

DIPLOMATISCHE DOKUMENTE
DER SCHWEIZ

DOCUMENTS DIPLOMATIQUES
SUISSES

DOCUMENTI DIPLOMATICI
SVIZZERI

3

1873–1889

COMMISSION NATIONALE
POUR LA PUBLICATION DE DOCUMENTS DIPLOMATIQUES SUISSES
NATIONALE KOMMISSION
FÜR DIE VERÖFFENTLICHUNG DIPLOMATISCHER DOKUMENTE DER SCHWEIZ
COMMISSIONE NAZIONALE
PER LA PUBBLICAZIONE DI DOCUMENTI DIPLOMATICI SVIZZERI

DOCUMENTS DIPLOMATIQUES
SUISSES
DIPLOMATISCHE DOKUMENTE
DER SCHWEIZ
DOCUMENTI DIPLOMATICI
SVIZZERI
1848—1945

BAND 3 (1873—1889)
1. Januar 1873—31. Dezember 1889

Unter der Leitung von
Erwin Bucher und Peter Stadler
bearbeitet von
Heinz Krummenacher und
Martin Lüdi

BENTELI VERLAG BERN

Dokument auf dem Umschlag:
Auszug aus dem Antrag von Bundespräsident E. Welti
an den Bundesrat, vom 18. November 1884.

Document reproduit sur la jaquette:
Extrait du rapport du Président de la Confédération, E. Welti,
au Conseil fédéral, du 18 novembre 1884.

©
1986 Benteli Verlag, 3011 Bern
Gestaltung, Satz und Druck: Benteli AG, 3018 Bern
Printed in Switzerland

ISBN 3-7165-0553-4

COMMISSION NATIONALE POUR LA PUBLICATION
DE DOCUMENTS DIPLOMATIQUES SUISSES

NATIONALE KOMMISSION FÜR DIE VERÖFFENTLICHUNG
DIPLOMATISCHER DOKUMENTE DER SCHWEIZ

COMMISSIONE NAZIONALE PER LA PUBBLICAZIONE
DI DOCUMENTI DIPLOMATICI SVIZZERI

Président	Jacques Freymond, Directeur honoraire de l'Institut universitaire de hautes études internationales, Genève
Vice-président	Oscar Gauye, Directeur des Archives fédérales, Berne
Secrétaire	Antoine Fleury, Chargé de cours à l'Université de Genève
Membres	
Jean-François Bergier	Professeur à l'Ecole polytechnique fédérale de Zurich
Jean-Charles Biaudet	Professeur honoraire de l'Université de Lausanne
Daniel Bourgeois	Adjoint scientifique aux Archives fédérales, Berne
Erwin Bucher	Professor em. der Universität Zürich
Yves Collart	Professeur à l'Institut universitaire de hautes études internationales, Genève
Alain Dubois	Président de la Société générale suisse d'histoire
Jean-Claude Favez	Professeur à l'Université de Genève
Walther Hofer	Professor an der Universität Bern
Georg Kreis	Privatdozent an der Universität Basel
Herbert Lüthy	Professor em. der Universität Basel
Philippe Marguerat	Professeur à l'Université de Neuchâtel
Beatrix Mesmer	Professor an der Universität Bern
Jean Monnier	Ambassadeur, Jurisconsulte du Département fédéral des Affaires étrangères
Louis-Edouard Roulet	Professeur honoraire de l'Université de Neuchâtel, Membre du Conseil national suisse de la recherche
Roland Ruffieux	Professeur aux Universités de Fribourg et Lausanne
Rudolf Stettler	Minister, Stellvertretender Direktor bei der Direktion für Völkerrecht im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten

INHALTSÜBERSICHT — TABLE DES MATIÈRES

I.	Vorwort	VII
	<i>Avant-propos</i>	X
II.	Einleitung	XIII
	<i>Introduction</i>	XVI
III.	Abkürzungen	XIX
IV.	Übersicht über das thematische Verzeichnis der Dokumente . . .	XXIV
V.	Thematisches Verzeichnis der Dokumente	XXIX
VI.	Dokumente	1
VII.	Anhang	955
	1. Organigramm der für die internationalen Beziehungen zustän- digen Stellen des Bundes 1873—1889	956
	2. Die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Schweiz im Ausland 1873—1889	958
	3. Die diplomatischen und konsularischen Vertretungen des Auslandes in der Schweiz 1873—1889	961
VIII.	Index	
	1. Personenregister	966
	2. Ortsregister	985
IX.	Verzeichnis der benützten Bestände des Schweizerischen Bundes- archivs Bern	994

I. VORWORT

Das Anliegen der Reihe «Diplomatische Dokumente der Schweiz» ist ein wissenschaftliches und praktisches zugleich. Den verantwortlichen Herausgebern geht es darum, der Forschung und Praxis die amtlichen Quellen zur Verfügung zu stellen, die nötig sind für die Rekonstruktion und das Verständnis der aussenpolitischen Geschichte der Schweiz, eines neutralen Staates, der jedoch in sehr hohem Masse Teil des internationalen politischen Systems ist.

Das Unternehmen steht unter dem Patronat der Allgemeinen Geschichtforschenden Gesellschaft der Schweiz; es fand die Unterstützung des Eidgenössischen Departementes für Auswärtige Angelegenheiten¹ und die finanzielle Hilfe des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung wie auch das Interesse der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik. Die Verantwortung für die Publikation trägt eine nationale Kommission für die Veröffentlichung diplomatischer Dokumente der Schweiz, in der alle betroffenen Kreise vertreten sind. Für die Periode 1848—1945 sind 15 Bände vorgesehen; mit der Bearbeitung sind die Schweizer Universitäten und Hochschulen betraut: Basel, Bern, Freiburg, Genf, Lausanne, Neuenburg und Zürich, sowie das Büro der Publikationskommission und das Schweizerische Bundesarchiv. Die Reihenfolge des Erscheinens hängt ab vom Voranschreiten der Arbeiten innerhalb dieser Institutionen.

Die veröffentlichten Dokumente stammen aus dem Schweizerischen Bundesarchiv, das die Akten von Parlament, Regierung und eidgenössischen Departementen (Ministerien) aufbewahrt. Die Schweiz hat eine Kollegialregierung, und alle Entscheide von irgendwelcher Tragweite fällt der Gesamtbundesrat. Darüber hinaus sind die verschiedenen Departemente und Amtsstellen vom einen oder andern Aspekt der schweizerischen Aussenpolitik betroffen. Demzufolge geben die veröffentlichten Dokumente nicht allein die Akten des Eidgenössischen Departementes für Auswärtige Angelegenheiten wieder; ein beachtlicher Teil der Texte sind Akten der Regierung selbst — so die Sitzungsprotokolle und Entscheide des Bundesrates —, der verschiedenen Departemente und besonderer Ämter oder gar von Delegationen und Spezialmissionen, die der Regierung Berichte zukommen liessen, selbst Briefe von Persönlichkeiten in amtlicher oder halbamtlicher Funktion oder gar von privaten Institutionen waren zu berücksichtigen.

Die Reihe strebt keine lückenlose Dokumentation aussenpolitischer Ereignisse aus schweizerischer Sicht an und kann auch nicht die ganze Entwicklung der eidgenössischen Aussenpolitik vollständig aufzeigen. Vielmehr versucht sie, die Grundzüge, die Leitideen und fundamentalen Gegebenheiten der internationalen Beziehungen der Schweiz in den verschiedenen Sparten zu illustrieren.

¹ vormalis: Eidgenössisches politisches Departement

Abgedruckt werden darum vornehmlich: Texte, die eine generelle Ausrichtung der schweizerischen Aussenpolitik erkennen lassen oder die zu einem gegebenen Zeitpunkt diese Orientierung nachhaltig beeinflussen konnten; ferner Texte, welche die Rolle der Schweiz in der internationalen Politik zeigen oder Erklärungen bieten für die Haltung der Schweiz gegenüber wichtigen Geschehnissen oder Problemen; sodann Berichte und Lageanalysen, die originale Informationen enthalten oder die den neutralen Blickwinkel geben zu wichtigen Vorgängen; schliesslich Instruktionen, Gutachten, Aufzeichnungen und Korrespondenzen, die unerlässlich sind für das Verständnis des jeweiligen Geschehens.

Die Dokumente sind in chronologischer Reihenfolge abgedruckt, ausgenommen die Anhänge. Zur Erleichterung der Benutzung wird jeder Band mit einem thematischen Verzeichnis der Dokumente und einem Register ausgestattet. Im allgemeinen sind die Dokumente vollständig und in der Originalsprache abgedruckt. Gestrichene Abschnitte sind durch Auslassungszeichen in eckiger Klammer gekennzeichnet. Mitunter gibt eine Fussnote eine Zusammenfassung der Tilgung. Anrede- und Grussformeln wurden weggelassen ausser in Fällen, wo sie eine besondere Bedeutung zu haben scheinen.

Der redaktionelle Teil ist in der Sprache des Leiters des Bandes abgefasst und setzt sich deutlich (*kursiv*) vom Text des Dokumentes (aufrecht) ab. Kursivsatz innerhalb des Dokumentes gibt originale Auszeichnungen an (Unterstreichungen, Sperrungen). Eingriffe der Redaktion in die Dokumente sind kursiv in eckiger Klammer gesetzt. Orthographie und Interpunktion wurden nur bei offensichtlichen Fehlern stillschweigend bereinigt und die Schreibweise einzig innerhalb des Textes vereinheitlicht.

Der Kopf der Dokumente enthält folgende Elemente: Archivsignatur, redaktioneller Titel — für Absender und Empfänger werden entweder die Initialen des Vornamens, Name und Funktion angegeben oder die betreffenden Amtsstellen —, Kennzeichnung der Textvorlage (Kopie, Minute), falls nicht das Original abgedruckt werden konnte, Gattungsbestimmung des Dokumentes, Ort und Datum seiner Entstehung. Der Titel enthält ferner, wenn die Angaben auf der Vorlage stehen: Klassifikation (vertraulich, geheim) oder Dringlichkeitsvermerk des Dokumentes, seine Ordnungsnummer, Paraphen von Autor und Sekretariat und Inhaltsangabe des abgedruckten Textes (Randvermerk). Wörtlich wiedergegebene Titel, die auf dem Dokument selbst stehen, sind in aufrechten **KAPITÄLCHEN** gesetzt. Bei Anhängen, die im vorangehenden Haupttext hinreichend charakterisiert sind, wird auf eine Wiederholung der Angaben verzichtet. Die Organigramme am Ende jedes Bandes geben Aufschluss über die Struktur der Verwaltung und der diplomatischen Vertretung der Schweiz im Ausland und des Auslandes in der Schweiz.

Der wissenschaftliche Apparat ist bewusst sparsam gehalten. Die Fussnoten wollen vor allem die Unzulänglichkeiten, die jede Auswahl mit sich bringt, beheben, indem sie die Fundstellen nicht veröffentlichter Dokumente angeben und auf amtliche Publikationen verweisen, die den Leser weiterführen können. Soweit möglich, wird auf Dokumente, die in den veröffentlichten Texten erwähnt sind, verwiesen, ausser wenn ihr Inhalt hinreichend aus dem Text hervorgeht. Die Formel «non reproduit / nicht abgedruckt» ohne Angabe der Herkunft heisst, dass sich die betreffenden Dokumente im selben Dossier befinden wie der veröffent-

lichte Text. Wo ein wichtig scheinendes Dokument trotz gründlicher Nachforschungen nicht ermittelt werden konnte, steht die Formel «non retrouvé / nicht ermittelt».

Diese paar Regeln sollen die Einheitlichkeit der Aktenpublikation sichern, die beinahe ein Jahrhundert umspannt; freilich haben die Herausgeber jedes Bandes die nötige Freiheit, um dem Geist der Epoche und der Vielfalt der Probleme, die sich dem Schweizer Volk und seiner Regierung stellten, Rechnung zu tragen.

Genf und Bern im September 1979

Nationale Kommission
für die Veröffentlichung diplomatischer Dokumente
der Schweiz:

JACQUES FREYMOND, *Präsident*

OSCAR GAUYE, *Vize-Präsident*

I. AVANT-PROPOS

L'objectif de la collection de «Documents diplomatiques suisses» est à la fois scientifique et pratique. Il s'agit, dans l'esprit de ceux qui en assument la responsabilité, de mettre à la disposition des chercheurs et des praticiens, les sources officielles utiles pour la reconstitution et pour la compréhension de l'histoire de la politique étrangère de la Suisse, d'un Etat neutre mais profondément impliqué dans le système politique international.

Placée sous le patronage de la Société Générale Suisse d'Histoire, l'entreprise a reçu l'appui du Département fédéral des Affaires étrangères¹ et le soutien financier du Fonds national suisse de la recherche scientifique. L'Association suisse de politique étrangère lui a apporté le témoignage de son intérêt. Une Commission nationale pour la publication de documents diplomatiques suisses, comprenant des représentants de tous les milieux concernés, assume la responsabilité de la publication. L'édition des 15 volumes prévus pour la période 1848—1945 est assurée par les divers Instituts d'histoire des Universités et Hautes Ecoles suisses: Bâle, Berne, Fribourg, Genève, Lausanne, Neuchâtel et Zurich, par le Bureau de la commission de publication et par les Archives fédérales. L'ordre de parution des volumes est fonction de l'avancement des travaux au sein de chacune de ces institutions.

Les documents publiés proviennent des Archives fédérales où sont conservés les actes du Parlement, du Gouvernement et des départements fédéraux (ministères). La Suisse ayant un gouvernement collégial, toutes les décisions de quelque portée relèvent du seul Conseil fédéral. De plus, les divers départements et offices sont concernés par l'un ou l'autre aspect de la politique étrangère de la Suisse. Il s'ensuit que les documents publiés ne reproduisent pas uniquement les actes du Département fédéral des Affaires étrangères; une part appréciable des textes provient des actes du gouvernement lui-même — ainsi les procès-verbaux des séances et les décisions du Conseil fédéral — de divers départements ou d'offices spécialisés, ou encore de délégations et de commissions spéciales qui ont transmis des rapports au gouvernement, sans oublier des lettres de personnalités officielles ou exerçant des fonctions semi-officielles, voire de représentants d'institutions privées.

La collection ne vise pas à documenter l'ensemble des événements extérieurs intéressant la Suisse ni à reconstituer toute l'évolution de la politique étrangère de la Confédération. Elle s'attache plutôt à illustrer les traits essentiels de la politique extérieure suisse dans ses diverses dimensions ainsi que les conceptions et les données fondamentales des relations internationales. Ont été retenus pour la publication d'abord des textes qui font saisir l'orientation générale de la politique extérieure suisse ou qui ont pu déterminer, à un moment donné, cette orienta-

¹ Anciennement: Département politique fédéral

tion; ensuite des textes qui montrent le rôle de la Suisse dans la politique internationale ou qui éclairent son attitude face à tel événement ou face à tel problème; des rapports, des analyses de situation qui contiennent des informations originales ou qui reflètent le point de vue du neutre sur des événements importants; enfin, des instructions, des avis, des notices et des correspondances qui sont indispensables à la compréhension de telle ou telle affaire.

Les documents sont présentés dans l'ordre chronologique à l'exception des textes placés en annexe. Afin d'en faciliter la consultation thématique, on a établi une table méthodique et un index. En règle générale, les documents sont publiés intégralement et dans leur langue d'origine. Les passages supprimés sont indiqués par des points de suspension entre crochets; une note en donne parfois l'essentiel. Les formules de salutations ont été supprimées, sauf dans le cas où elles paraissent avoir une signification particulière.

La partie rédactionnelle est écrite dans la langue du directeur du volume. Elle se distingue du texte du document lui-même, reproduit en caractère romain, par l'emploi de l'*italique*. Les passages soulignés ou en caractères espacés du document original sont également rendus par l'*italique*. Les interventions de la rédaction à l'intérieur du document figurent entre crochets. L'orthographe et la ponctuation ont été modifiées sans autre dans les cas de fautes évidentes ou pour unifier l'écriture à l'intérieur du texte.

L'en-tête des documents comprend les éléments suivants: la cote d'archives, le titre rédactionnel — pour les auteurs et les destinataires des documents, on indique soit les noms et les initiales des prénoms des personnes avec leur fonction, soit les administrations et les services concernés —, la qualification du texte (copie, minute) dans le cas où l'on n'a pu reproduire l'original, le genre du document, sa date et son lieu de rédaction. En outre, lorsque ces indications apparaissent sur l'original, l'en-tête peut comprendre encore: le degré de classification (confidentiel, secret) ou d'urgence du document, son numéro d'ordre, les initiales (ou la référence) du rédacteur et du secrétariat, l'objet du texte reproduit. Quand il est repris littéralement, le titre du document lui-même est rendu en PETITES CAPITALES DE CARACTÈRE ROMAIN. Lorsqu'elles sont suffisamment caractérisées dans le texte qui les introduit, les annexes sont reproduites sans nouvel intitulé. Des organigrammes en fin de chaque volume fournissent des renseignements sur la structure administrative et sur la représentation diplomatique de la Suisse à l'étranger et des pays étrangers en Suisse.

L'appareil critique est délibérément limité. Les notes visent avant tout à corriger les inconvénients de l'indispensable sélection, en fournissant notamment des références aux documents non publiés et aux imprimés officiels que le lecteur voudrait pouvoir consulter. Dans la mesure du possible, il est fait renvoi aux documents mentionnés dans les textes publiés, sauf dans les cas où leur contenu ressort suffisamment du document. La formule «non reproduit», sans indication de provenance, signifie que les documents en question figurent dans les mêmes dossiers que le texte reproduit. Lorsqu'un document présumé important a fait l'objet d'une recherche approfondie qui aboutit à un résultat négatif, on l'indique par la formule «non retrouvé».

Ces quelques règles ont pour objet d'assurer l'homogénéité de cette publication de documents qui couvre près d'un siècle tout en laissant aux éditeurs de

chaque volume la liberté nécessaire pour tenir compte de l'esprit d'une époque et de la variété des problèmes qui se sont posés au gouvernement et au peuple suisses.

Genève et Berne, septembre 1979

Commission nationale
pour la publication de documents
diplomatiques suisses:
JACQUES FREYMOND, *Président*
OSCAR GAUYE, *Vice-président*

II. EINLEITUNG

Die Schweiz zur «Bismarckzeit», in den Anfängen und der Verfestigung eines europäisch-deutschzentrierten Bündnis- und Blocksystems: das ist der geschichtliche Rahmen der Jahre zwischen 1873 und 1889. Für die Schweiz bedeutet das zunächst einmal den Einschnitt der Verfassungsrevision von 1874 mit den Anfängen der Referendumsdemokratie auch auf Bundesebene, die Einführung eines eidgenössischen Fabrikgesetzes, etwas später das Ringen mit dem Alkoholismus, dem Drogenproblem jener Zeit. Es bedeutet aber auch — und vor allem — die Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat, den Einbruch der Grossen Depression mit den gravierenden Folgen, die das Land und den Kontinent belasten, und — als Folge der geostrategischen Lage der Schweiz einerseits und dem Umstand andererseits, dass sie mehr und mehr zur bevorzugten Zufluchtstätte im nahen Ausland verfolgter Regimegegner wird — eine besonders in Zeiten internationaler Krisen sehr stark empfundene Belastung der nationalen Integrität.

Im Brennpunkt des vorliegenden Bandes der DDS stehen denn auch die letztgenannten, genuin aussenpolitischen Problemfelder eidgenössischer Politik. Nicht berücksichtigt werden konnten dagegen Berichte über internationale diplomatische Aktionen, wenn die Schweiz davon entweder überhaupt nicht oder nur marginal betroffen ist, denn in diesen Fällen fehlt der schweizerischen Diplomatie der Zugang zu authentischen Informationen.

Da infolge der strikten Handhabung des Kollegialprinzips und der mangelnden Unterstützung durch die personell stark unterdotierte Verwaltung die Leistungsfähigkeit der Bundesregierung sehr gering ist und — mindestens zu Beginn des hier dokumentierten Zeitraumes und trotz der Omnipräsenz von Bundesrat E. Welti — die intensive Behandlung jeweils nur eines Geschäftes zulässt, ergibt sich auch eine klare zeitliche Staffelung und Dominanz der einzelnen Themengruppen.

Zuerst dominiert in den Jahren 1873/74 der Kulturkampf, der ja auch die Bundesrevision mitbestimmt und eine gewisse Konvergenz mit — nicht aber Abhängigkeit von — Deutschland, andererseits auch Spannungen im Verhältnis zu Frankreich signalisiert.

Dann aber erzwingt die um 1875 einsetzende Konjunkturwende — in der Schweiz durch eine Krise der Eisenbahnpolitik zusätzlich verschärft — neue Prioritäten, bringt sie doch zugleich einen markanten Rückgang der Zolleinnahmen, der hauptsächlichen Finanzquelle des Bundes. Das schlägt sich nieder im Übergang zu einer Aussenhandelspolitik, die in neuen oder erneuerten Handelsverträgen möglichst gute Ausgangsbasen zu schaffen trachtet. Während bis anhin die Handelsvertragspolitik nach Möglichkeit an die Exportindustrie delegiert wurde, ist es nun, mit der Übernahme des damaligen Eisenbahn- und Handelsdepartements durch J. Heer, der Bundesrat selbst, der in der Aussenhandelspolitik die Akzente setzt — nicht immer zur Freude des Gesandten in Paris, J. K. Kern. Die auch in der Krise behauptete Dominanz der Exportinteressen erlaubt es der Schweiz — im Unterschied etwa zu Deutschland — zwar nicht, Schutzzölle aufzu-

richten, sie führt indessen — aufgrund der Erfahrungen aus den mühseligen Vertragsverhandlungen mit Frankreich und angesichts der bevorstehenden Verhandlungen mit Deutschland — zu einer alles Trennende überwindenden, parteiübergreifenden wirtschaftlichen Einigung. Das neue Zolltarifgesetz von 1884, das eingeführt werden kann, ohne dass das Referendum dagegen ergriffen worden wäre, ist Ausdruck davon.

Der dritte Themenblock endlich ergibt sich zum einen aus der vermeintlichen Unausweichlichkeit einer Neuauflage des deutsch-französischen Krieges von 1870/71 und der damit verbundenen Ungewissheit, ob die Schweiz dannzumal zum Kriegsschauplatz werden würde. Zum anderen sind die damaligen aussenpolitischen Sorgen auch eine Folge der Aktivitäten von revolutionären Kräften in Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland sowie deren im Ansatz konzentrierter Bekämpfung durch die jeweiligen Regierungen. Zwar hat die Schweiz zu Beginn dieses Jahrzehntes Ärger auch mit geflüchteten Kommunisten gehabt, aber zu einer eigentlichen Belastung der Aussenbeziehungen werden die politischen Flüchtlinge erst mit den von Anarchisten verübten Verbrechen von Wien und Stuttgart und — vor allem — dem Sozialistengesetz von 1878, als Bismarck Druck auf die Schweiz ausübt, in der Absicht, von ihr Massnahmen gegen emigrierte und von ihrem Boden aus tätige Sozialdemokraten zu erzwingen. Dass es dabei dem Kanzler letztlich um mehr geht — nämlich um ein innenpolitisch motiviertes, engeres Zusammenwirken mit dem bereits unsicher werdenden Russland — zeichnet sich in einzelnen Dokumenten gleichfalls ab. Was das Verhältnis des Bundesrates und einzelner Kantone zu Deutschland in der Folge zusätzlich belastet, sind die Versuche dieser Macht, «agents provocateurs» unter die Sozialisten einzuschleusen und damit Konflikte zu provozieren, welche die schweizerische Asylpolitik als large und ineffizient blossstellen sollen. Den Gipfel — auch des Misserfolges — solcher Versuche bildet die Wohlgemuth-Affäre von 1889. Es ist in diesem Zusammenhang von Bedeutung, dass erstmals die Leitung des Politischen Departements und damit der Aussenpolitik nicht im jährlichen Turnus des Bundespräsidiums wechselt, sondern in den Jahren 1887 bis 1892 kontinuierlich von einer Persönlichkeit wahrgenommen wird — dem Neuenburger Bundesrat Numa Droz.

Neben den Hauptthemen Kulturkampf, Wirtschafts-, Asyl- und Sicherheitspolitik gibt es, da eine möglichst umfassende aussenpolitische Problemschau angestrebt wurde, noch andere. So z. B. auch Bau bzw. Planung und Finanzierung der beiden Alpentransversalen Gotthard und Simplon sowie die wachsende multilaterale Zusammenarbeit auf Gebieten wie: «Eigentumsschutz», «Währungspolitik» (Stichwort: Lateinische Münzunion), «Rechtsvereinheitlichung» und — besonders im Hinblick auf das humanitäre Völkerrecht — «Rechtskodifikation». Probleme der Auswanderung stehen an, ebenso die über Jahrzehnte sich hinziehende, zu einem Dauerbrenner anwachsende Frage einer Rheinkorrektur längs der Grenze zu Österreich.

Diese thematische Vielfalt bedingte zusammen mit dem knapp bemessenen Raum, welcher der Zeit von 1873—1889 im Rahmen der DDS zugeteilt ist, eine gewisse Verdünnung der Dokumentation. Indem stets auch die entsprechenden Beiträge im Bundesblatt und die Geschäftsberichte des Bundesrates im Anmerkungsapparat berücksichtigt wurden, hoffen wir dennoch, die einzelnen

Geschäfte bzw. die Entscheidungs- und Verhandlungsabläufe einigermaßen transparent gemacht zu haben.

Soviel zum Inhalt. Zu danken ist in erster Linie dem Bundesarchiv und seinen Mitarbeitern, die nicht nur ihre Hilfe, sondern auch — und dies in einer schwierigen Umbauphase — das freundliche Arbeitsklima boten. Besonders gedankt sei im weiteren den Damen und Herren lic. phil. Catherine Krüttli und Marc Perrenoud und Dr. Mauro Cerutti, welche die französischen resp. italienischen Teile des Manuskripts kollationierten und nach Fehlern durchsahen sowie dem Nationalfonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung und der Erziehungsdirektion des Kantons Zürich und ihrem Vorsteher, Herrn Regierungsrat Dr. Alfred Gilgen. Nationalfonds und Kanton haben durch die Bewilligung je einer halben Assistentenstelle die Grundlage zum Werden dieses «Zürcher» Bandes der DDS gelegt.

Zürich, im Herbst 1986

E. BUCHER
P. STADLER
H. KRUMMENACHER
M. LÜDI

II. INTRODUCTION

La Suisse à «l'ère bismarckienne», qui se caractérise par la formation d'un système européen d'alliances se définissant par rapport à l'Allemagne, tel est le cadre historique des années qui s'étendent de 1873 à 1889. Pour la Suisse, ces années signifient d'abord la césure de la révision constitutionnelle de 1874, avec les débuts de la démocratie référendaire, l'introduction d'une loi fédérale sur les fabriques, et, un peu plus tard, la lutte contre l'alcoolisme. Mais ces années sont aussi et surtout celles du conflit entre l'Eglise et l'Etat, de l'irruption de la grande dépression qui affecte gravement la Suisse et le continent, enfin, lors des crises internationales surtout, de la mise à l'épreuve de l'unité du pays, en raison de sa situation géostratégique et de son élection comme terre d'asile par un nombre croissant d'opposants aux régimes des Etats avoisinants.

C'est naturellement ce dernier groupe de questions, plus particulièrement liées à la politique extérieure de la Confédération, qui constitue le cœur du présent volume des Documents diplomatiques suisses. La politique internationale générale, quant à elle, n'est illustrée que lorsque la Suisse est directement concernée. Dans le cas contraire, il n'a pas paru judicieux de retenir les rapports de nos diplomates, car ceux-ci n'avaient pas accès à des informations de première main.

Conséquence du respect strict du principe de la collégialité et de l'appui insuffisant d'une administration fortement sous-dotée en personnel, l'efficacité du Conseil fédéral est très faible. Celui-ci n'est souvent pas en mesure — en tout cas au début de la période considérée et malgré l'omniprésence du conseiller fédéral E. Welti — de traiter de manière approfondie plus d'une affaire à la fois. Ainsi, l'échelonnement chronologique des affaires et la primauté de telle thématique à un moment donné apparaissent d'autant plus clairement.

Dans les années 1873/74, c'est tout d'abord le *Kulturkampf* qui domine. Il joue un rôle important dans le processus qui mène à la révision de la Constitution fédérale et met en évidence une certaine convergence de comportement politique — mais pas un alignement — avec l'Allemagne. Il est en revanche source de tensions avec la France.

Le tournant conjoncturel de 1875 — aggravé en Suisse par une crise de la politique ferroviaire — impose ensuite de nouvelles priorités, tandis qu'il provoque un recul prononcé des recettes douanières, source principale des finances de la Confédération. Ce changement se reflète dans le passage à une politique commerciale extérieure qui cherche à s'ouvrir les plus larges débouchés possibles par la négociation de nouveaux traités ou par le renouvellement des anciens. Tandis qu'auparavant cette politique était déléguée, dans la mesure du possible, à l'industrie d'exportation, elle incombe maintenant, avec la reprise du Département des chemins de fer et du commerce par J. Heer, au Conseil fédéral lui-même qui en marque les accents — pas toujours à la satisfaction du ministre de Suisse à Paris, J. K. Kern. Si la prépondérance affirmée, même pendant la crise, des intérêts des milieux exportateurs n'a certes pas permis à la Suisse — à la différence de l'Allemagne par exemple — d'élever un tarif protecteur, il lui a été néanmoins possible

— sur la base des expériences faites au cours des négociations difficiles avec la France et dans la perspective de nouvelles négociations avec l'Allemagne — de surmonter ses divisions et de présenter quand même un front uni vers l'extérieur. La loi sur le nouveau tarif des péages de 1884, qui a pu entrer en vigueur sans que le référendum ne soit saisi contre elle, est l'expression de cette conciliation des intérêts.

Le troisième groupe de questions qui se dessine enfin, a trait, d'une part, à la possibilité d'une nouvelle guerre franco-allemande, que l'on croit inéluctable, et aux spéculations qui s'ensuivent sur la place de la Suisse dans un tel conflit. Pourra-t-elle échapper à la guerre? D'autre part, l'activité des forces révolutionnaires en Allemagne, en Autriche-Hongrie et en Russie ainsi que la lutte plus ou moins concertée que ces Etats ont entreprise pour la réprimer posent à la Suisse de nouveaux problèmes. Certes, au cours de la décennie 1870, les réfugiés communaux en Suisse avaient déjà été à l'origine de divers ennuis. Mais les réfugiés politiques ne mettent véritablement à l'épreuve ses relations extérieures qu'avec les attentats anarchistes de Vienne et de Stuttgart, et surtout avec la loi d'exception contre les socialistes allemands de 1878, à la suite desquels Bismarck fait pression sur la Suisse pour la contraindre à prendre des mesures contre les sociaux-démocrates émigrés qui agissent sur son sol. Que cette politique s'inscrive dans un projet plus ambitieux du Chancelier — à savoir une collaboration plus étroite en matière de sécurité intérieure avec la Russie déjà fortement travaillée par les panslavistes — c'est ce que suggèrent aussi quelques documents. Les tentatives ultérieures de l'Allemagne d'infiltrer des agents provocateurs parmi les socialistes afin de susciter des conflits en vue de mettre en évidence le caractère laxiste et inefficace de la politique d'asile suisse vont obérer encore plus ses relations avec la Confédération et certains cantons. Elles culmineront en 1889 avec l'affaire Wohlgemuth qui sera aussi un retentissant échec. Il est remarquable d'observer dans ce contexte, que pour la première fois, de 1887 à 1892, la direction du Département politique, donc de la politique extérieure, ne change pas, contrairement à la règle qui l'attribuait chaque année au nouveau président de la Confédération, mais demeure continuellement dans les mains d'une seule personnalité: le conseiller fédéral neuchâtelois Numa Droz.

A coté des thèmes principaux du *Kulturkampf*, de la politique économique, de la politique d'asile et de la politique de sécurité, on trouve dans ce volume un éventail aussi large que possible d'autres questions de politique extérieure. Parmi celles-ci, mentionnons par exemple la planification, la construction et le financement des deux transversales alpines du Gothard et du Simplon, ainsi que le développement accru de la coopération multilatérale dans des domaines tels que la protection de la propriété intellectuelle, la politique monétaire (Union monétaire latine), l'unification du droit et sa codification, ce dernier point valant surtout pour le droit humanitaire. Sont illustrés également le problème de l'émigration et la question de la correction du Rhin le long de la frontière autrichienne, objet de conflit dont on discutera pendant des décennies.

Cette richesse thématique jointe au nombre modeste de pages attribuées aux éditeurs pour illustrer la période 1873—1889 a contraint ces derniers à ne retenir qu'un nombre limité de pièces par thème. Ils espèrent néanmoins avoir réussi à rendre suffisamment claire la compréhension de chaque affaire, de son traitement

et du processus de décision dont elle a été l'objet. Les renvois systématiques aux passages correspondants de la Feuille fédérale et du Rapport de gestion du Conseil fédéral devraient faciliter aussi cette compréhension.

Il nous reste l'agréable devoir de remercier tous ceux qui nous ont apporté leur concours pour la réalisation de ce volume. Nos remerciements s'adressent tout d'abord aux Archives fédérales et à leurs collaborateurs, non seulement pour l'aide qu'ils nous ont dispensée mais aussi pour le climat de travail amical qu'ils ont su créer, même pendant la difficile période de restauration et d'agrandissement du bâtiment des Archives. Nous voudrions ensuite exprimer plus particulièrement notre gratitude à Madame Catherine Krüttli ainsi qu'à Messieurs Marc Perrenoud et Mauro Cerutti, qui ont révisé et collationné les parties française et italienne du manuscrit, au Fonds national suisse de la recherche scientifique, à la direction de l'éducation du canton de Zurich et à son chef, Monsieur le Conseiller d'Etat Alfred Gilgen. En finançant chacun un demi-poste d'assistant, le Fonds national et le canton ont assuré les bases matérielles indispensables à la réalisation de ce volume «zuricois» des Documents diplomatiques suisses.

Zurich, automne 1986

E. BUCHER
P. STADLER
H. KRUMMENACHER
M. LÜDI

III. ABKÜRZUNGEN

A	Annex
a.	alt
a. c.	année courante
al./Al.	Alinea
art./Art.	article/Artikel
AS/a. S./A. S.	Amtliche Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen
At	Antrag
Az	Aufzeichnung
B	Bericht
BBl	Bundesblatt
beil.	beiliegend
betr.	betreffend
bez./bezw.	beziehungsweise
bezügl.	bezüglich
Bog.	Bogen
BR/BRath	Bundesrat
BRB	Bundesratsbeschluss
BR-Prot.	Protokoll der Sitzung des Bundesrates
bzw.	beziehungsweise
C.	Conseil
c.	courant
c ^a .	circa
c. à. d.	c'est-à-dire
C ^{ie}	Compagnie
cit.	zitiert
confid.	confidentielle
crt./ct./c ^t .	courant
Ct.	Kanton
C ^{te}	Comte
d.	der/des (Monats)

DD./d. d.	de dato
DDS	Diplomatische Dokumente der Schweiz
Dep./Dept./ Dép ^t .	Departement/département
dgl.	dergleichen
d. h.	das heisst
diplom.	diplomatisch
d. J.	des Jahres
d. M./d. Mts.	des Monats
d ^r .	dernier
ds.	des (Monats)
ds. Js.	des Jahres
E	Eminenz/Exzellenz
EDA	Eidgenössisches Departement des Auswärtigen
EDI	Eidgenössisches Departement des Innern
EE	Euer Exzellenz
EFZD	Eidgenössisches Finanz- und Zolldepartement
EHD	Eidgenössisches Eisenbahn- und Handelsdepartement
eidg.	eidgenössisch
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EMD	Eidgenössisches Militärdepartement
EPD	Eidgenössisches Politisches Departement
EPED	Eidgenössisches Post- und Eisenbahndepartement
Ew. E./Ew. Ex.	Euer Exzellenz
Exc.	Excellence/Exzellenz
féd.	fédéral
févr.	février
finanz.	finanziell
fl./Fl.	Gulden
fol.	Folio
fragl.	fraglich
GBer.	Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über seine Geschäftsführung
G ^d /G ^{de}	Grand/Grande

gef.	gefällig/gefälligst
Geh./geh.	geheim
G ^l .	General
gl.	gleich
Gouv ^t .	gouvernement
h.	heuer/hohe
Hl./hl.	heilig
hiess.	hiesige
HLD	Eidgenössisches Handels- und Landwirtschaftsdepartement
Hochw. geb.	Hochwohlgeboren
H ^{te}	Haute
ibid.	ibidem
id.	idem
Ing ^r ./Ingr.	ingénieur
J.	Jahr
japan.	japanisch
K./k.	kaiserlich/königlich
Kil./Kilog.	Kilogramm
k. k./kk:/K. K.	kaiserlich-königlich
K. M.	Kilometer
K ^{os}	kilos
KS	Kreisschreiben
Kts.	Kantons
k. u. k.	kaiserlich und königlich
Leg.	Legation
l./lfd.	laufend
lit.	Litera
M.	Mark
Maj.	Majestät
métr.	métrique
Mgr.	Monseigneur
Mill.	Million
Min.	ministre

MK	Mark
Mts.	Monats
Multipl.	multipliziert
N	Note
Nat.	national
NR	Nationalrat
NR-Prot.	Nationalratsprotokoll
od.	oder
OS	Offizielle Sammlung der das Schweizerische Staatsrecht betreffenden Aktenstücke, der in Kraft bestehenden Eidgenössischen Beschlüsse, Verordnungen und Concordate, und der zwischen der Eidgenossenschaft und den benachbarten Staaten abgeschlossenen besonderen Verträge
Oz.	Unze
p. a.	per Adresse
pag.	pagina
pcto.	punkto
p. ex.	par exemple
P.N ^o ./PN ^o	Protokoll Numero
PO	Recueil officiel des pièces concernant le droit public de la Suisse, des décrets et arrêtés de la Diète et des concordats en vigueur, ainsi que des traités conclus entre la Confédération et d'autres Etats. Traduction faite par ordre de la Diète
pol./polit.	politisch
Präs.	Präsident/präsidial
Prés ^t	Président
Prot.	Protokoll
prov.	provisorisch
p ^{to}	punkto
q.	Zentner
resp.	respektive
Rp.	Rappen
S	Schreiben/Saint/Seite
S. A.	Son Altesse
S ^a St ^a	Sua Santità

S. E.	Seine Eminenz/Seine Exzellenz
s. g.	sogenannt
sig.	signiert
S. M./S ^c Maj	Sa Majesté/Seine Majestät
sog.	sogenannt
SS	Sa Sainteté/Seguro Servidor
SS. VV. OO.	Signorie Vostre
St./S ^t ./s ^t	saint/Sankt
StR	Ständerat
StR-Prot.	Ständeratsprotokoll
s. Z.	seinerzeit
T	Telegramm
tabellar:	tabellarisch
Tit.	tituliert
u.	und
u. A.	unter anderm
u. s. f.	und so fort
v.	vom/von/vorigen/votre
v. a.	vor allem
vgl.	vergleiche
vid.	vide
VN	Verbalnote
Vorort	Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins
v. W.	vom Wert
z. B.	zum Beispiel
Ziff.	Ziffer
z. Z.	zur Zeit
&	et/und
Ⓕ	Pfennige
Ⓖ	Pfund

IV. ÜBERSICHT ÜBER DAS THEMATISCHE VERZEICHNIS DER DOKUMENTE

I.	Kirchenpolitik	
	1. Der Kulturkampf	
	1.1. Die Ausweisung von Bischof Mermillod.	XXX
	1.2. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit dem Heiligen Stuhl.	XXX
	1.3. Der internationale Kontext	
	1.3.1. Beeinflussungsversuche der Mächte	XXXI
	1.3.2. Interventionsappelle ans Ausland.	XXXIII
	1.3.3. Der Kulturkampf im Ausland	XXXIII
	1.4. Die Beilegung des Kulturkampfes	XXXIV
	1.5. Die Inkamerationsfrage.	XXXVII
	2. Religiöse Minderheiten	
	2.1. Die Mormonen	XXXVII
	2.2. Die Heilsarmee.	XXXVII
	2.3. Die Juden.	XXXVIII
	3. Die Freiplätze am Collegium Borromäum.	XXXVIII
II.	Wirtschafts-, Handels- und Währungspolitik	
	1. Bilaterale Verhandlungen	
	1. 1. Der Handelsvertrag mit Frankreich	XXXIX
	1. 2. Der Handelsvertrag mit Deutschland	XLIV
	1. 3. Die Verhandlungen mit Italien	
	1.3.1. Die Handelsverträge	XLVII
	1.3.2. Die Bekämpfung des Schmuggels.	L
	1. 4. Die Verhandlungen mit Österreich-Ungarn	
	1.4.1. Der Handelsvertrag.	LI
	1.4.2. Die Viehseuchenkonvention	LIII
	1. 5. Der Handelsvertrag mit Japan	LIII
	1. 6. Der Handelsvertrag mit Rumänien.	LV
	1. 7. Der Handelsvertrag mit der Türkei	LVI
	1. 8. Der Handelsvertrag mit Spanien	LVI
	1. 9. Der Handelsvertrag mit Belgien.	LVII
	1.10. Der Handels- und Niederlassungsvertrag mit den Niederlanden.	LVII
	1.11. Die Wahrung der Handelsinteressen in Russland . . .	LVII
	1.12. Der Handelsvertrag mit Persien.	LVII
	1.13. Britischer Einfluss auf die schweizerische Handelspolitik.	LVIII
	1.14. Der Schiedsvertrag mit den USA.	LVIII
	1.15. Kriegsschädigungen in Chile.	LVIII
	2. Multilaterale Verhandlungen	
	2.1. Arbeiterschutz	LVIII

2.2. Schutz des Geistigen Eigentums	LIX
2.3. Gesundheitswesen.	LIX
2.4. Mass- und Gewichtsvereinheitlichung	LX
2.5. Wechselrechtsvereinheitlichung.	LX
3. Zollfragen	
3.1. Die schweizerischen Zolltarife.	LX
3.2. Die Zollunionsfrage	LXI
4. Die Münzfrage	
4.1. Die Lateinische Münzunion	
4.1.1. Die Einführung der reinen Goldwährung	LXI
4.1.2. Die Prägekontingente	LXII
4.1.3. Die Beitrittsgesuche von Spanien und Rumänien	LXIII
4.2. Die amerikanische Münzkonferenz	LXIII
5. Weltausstellungen	
5.1. Philadelphia (1876)	LXIV
5.2. Paris (1878 und 1889)	LXV
III. Sicherheitspolitik	
1. Internationale Lage	
1.1. Die Lage in West- und Mitteleuropa	LXV
1.2. Die Orientalische Frage.	LXVIII
1.3. Das Attentat auf Kaiser Wilhelm I.	LXVIII
1.4. Das Attentat auf Zar Alexander II.	LXVIII
1.5. Die Situation in den USA	LXIX
1.6. Der Tod von Kronprinz Rudolf von Österreich	LXIX
1.7. Der Stresazwischenfall	LXIX
1.8. Der Kampf um die Staatsform in Frankreich	LXIX
2. Die schweizerische Neutralität	
2.1. Die Neutralität im Urteil des Auslandes.	LXX
2.2. Neutralitätsgarantien.	LXX
3. Der Ausbau der Landesverteidigung	
3.1. Der Festungsbau.	LXXI
3.2. Die Schaffung eines Nachrichtendienstes	LXXII
4. Die Wahrnehmung von Hoheitsrechten in Savoyen	
4.1. Die Verhinderung französischer Festungsbauten	LXXII
4.2. Verhandlungen über eine Besetzung im Kriegsfall	LXXIII
4.3. Die Haltung Deutschlands und Italiens	LXXV
5. Französische Festungsbauten im Grenzgebiet zur Schweiz	LXXVI
6. Der italienische Irredentismus	LXXVI
IV. Niederlassungs- und Asylpolitik	
1. Niederlassung	
1.1. Der Niederlassungsvertrag mit Deutschland	LXXVII
1.2. Grunderwerb in der Türkei	LXXVIII
1.3. Russische Studentinnen in Zürich	LXXIX
1.4. Interessenwahrnehmung von Schweizer Emigranten	
1.4.1. Konsulargerichtsbarkeit in Japan	LXXIX
1.4.2. Siedler in Argentinien	LXXIX

1.4.3. Siedler in Chile	LXXX
1.4.4. Die Kolonie Chabag in Russland	LXXX
1.4.5. Kaufleute in Ägypten	LXXX
1.5. Die Passfrage mit Frankreich	LXXX
2. Die schweizerische Asylrechtspraxis	LXXXI
3. Massnahmen gegen die Emigrantenpresse	
3.1. Die «Avant-garde»	LXXXVI
3.2. Der «Révolté»	LXXXVI
3.3. Die «Freiheit»	LXXXVII
3.4. Der «Sozialdemokrat» und der «Rote Teufel»	LXXXVII
3.5. Der Schriftenschmuggel ins Ausland	LXXXVII
4. Ausweisungen	
4.1. Der Fall Don Carlos	LXXXVIII
4.2. Die französischen Kommunarden	LXXXVIII
4.3. Anarchisten	IXC
4.4. Die Zürcher Bombenaffäre	IXC
5. Deutsche «agents provocateurs»	
5.1. Der Fall Haupt/Schröder	IXC
5.2. Der Fall Wohlgemuth	XC
V. Emigration aus der Schweiz	
1. Die Auswanderungsdoktrin	XCII
2. Die Errichtung von Kolonien	XCIII
3. Kinderemigration	
3.1. Die «spazzacamini»	XCIII
3.2. Westschweizer Mädchen in Osteuropa	XCIII
4. Die Abschiebung von Sozialfällen in die USA	XCIII
5. Argentinische Auswanderungspropaganda	XCIV
VI. Eisenbahnen	
1. Der Bau der Gotthardbahn	
1.1. Finanzierung der Bahn und Verwendung der Baurest- gelder	XCIV
1.2. Arbeiterunruhen	XCVIII
1.3. Die Gotthardbahn im Urteil des Auslandes	XCVIII
1.4. Die internationalen Stationen im Tessin	XCIX
2. Der Bau der Simplonbahn	XCIX
3. Die Frage der Beteiligung am Bau der Arlbergbahn	CI
4. Die Anschlüsse an das französische Bahnnetz	CI
VII. Rheinkorrektion	CII
VIII. Humanitäres Völkerrecht	
1. Die Kodifikation des Kriegsvölkerrechts	CIII
2. Der Beitritt Persiens zur Genfer Konvention	CV
IX. Der politische Verkehr mit dem Ausland	
1. Die Aussenpolitik als Angelegenheit des Bundes	CV
2. Berufs- oder Honorarkonsulate	CVI

ÜBERSICHT THEMATISCHES VERZEICHNIS

XXVII

3. Schaffung einer Gesandtschaft in den USA	CVI
4. Schaffung eines diplomatischen Postens in Argentinien . . .	CVI
5. Information der Gesandten	CVII
6. Schweizer als Schiedsrichter im Kongo	CVII
7. Anerkennung der spanischen Republik	CVII
8. Kritik am französischen Botschafter in Bern	CVII
X. Staatsbesuche	
1. Japanische Handelsdelegation	CVIII
2. Der Schah von Persien	CVIII

V. THEMATISCHES VERZEICHNIS DER DOKUMENTE

I. KIRCHENPOLITIK

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
1. Der Kulturkampf 1.1. Die Ausweisung von Bischof Mermillod			
1	11. 2. 1873 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat lehnt die Ernennung von Bischof Mermillod zum apostolischen Vikar von Genf ab, da dies der Schaffung eines Bistums Genf gleichkomme und verlangt den Verzicht Mermillods auf dieses Amt.
A1	11. 2. 1873 N	Bundesrat an Luzern (Agnozzi)	Der Bundesrat erklärt, die Kurie habe nicht das Recht, ohne Zustimmung der weltlichen Behörden ein schweizerisches Bistum aufzuteilen.
A2	11. 2. 1873 S	Bundesrat an Regierung des Kantons Genf	Der Bundesrat stimmt mit der Regierung des Kantons Genf in der Ablehnung eines apostolischen Vikariats überein. Genf soll Mermillod zum Verzicht auf dieses Amt bewegen.
A3	15. 2. 1873 S	Genf (Mermillod) an Regierung des Kantons Genf	Mermillod lehnt den geforderten Verzicht ab und rechtfertigt, unter Darstellung der Vorgeschichte, den Entscheid der Kurie.
21	21. 7. 1873 N	Luzern (Agnozzi) an Bundesrat	Der päpstliche Geschäftsträger kritisiert die Ausweisung von Mermillod und erklärt, der Kanton Genf habe die Garantien des Turiner Vertrags zum Schutz der Katholiken verletzt.
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>I. 1.3.1. Beeinflussungsversuche der Mächte, Nrn. 2, 3, 5, 23.</p>			
1.2. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit dem Heiligen Stuhl			
30	12. 12. 1873 BR-Prot.	Bundesrat	Als Protest gegen die päpstlichen Vorwürfe in der Enzyklika «etsi multa luctuosa» beschliesst der Bundesrat, die Beziehungen mit dem Heiligen Stuhl abzubauen.
32	15. 12. 1873 KS	EPD (Cérésole) an die schweizerischen Gesandtschaften	Der Bundesrat rechtfertigt den Abbruch der Beziehungen zum Heiligen Stuhl und betont, die Beziehungen der Katholiken in der Schweiz zum Papst würden davon nicht betroffen. Misstrauen gegen neuen französischen Botschafter. Aufhebung der Passpflicht für Reisen nach Frankreich angekündigt.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft - Empfänger	Inhalt
35	28.12.1873 S	EPD (Cérésole) an Paris (Lardy)	Cérésole befürchtet, dass mit der Übernahme der Archive der Nuntiatur durch die französische Botschaft auch eine Vertretung der päpstlichen Interessen verbunden sein könnte.
37	17.1.1874 N	Luzern (Agnozzi) an Bundesrat	Der päpstliche Geschäftsträger protestiert gegen seine Ausweisung und wirft der Schweiz vor, sie habe die Verträge von Wien und Turin verletzt.
<p>1.3. Der internationale Kontext 1.3.1. Beeinflussungsversuche der Mächte</p>			
2	23.2.1873 B	Berlin (Hammer) an EPD (Cérésole)	Bericht über ein Gespräch mit Reichskanzler Bismarck, welches den Kulturkampf in Deutschland und Europa zum Thema hat. Bismarck greift die katholische Kirche heftig an und ermuntert die Schweiz zu entschiedenem Auftreten.
3	3.3.1873 B	Wien (Tschudi) an EPD (Cérésole)	Der österreichisch-ungarische Aussenminister Andrassy billigt der Schweiz das Recht zu, Mermillod auszuweisen. Anerkennung der spanischen Republik. Meterkonvention.
5	22.3.1873 B	Paris (Kern) an EPD (Cérésole)	Kern hat sich beim französischen Aussenminister Rémusat über die Kritik in Frankreich an der Ausweisung Mermillods beklagt und versichert, die Schweiz habe nur aus eigenem Antrieb gehandelt. Rémusat hält die Priestervertreibung aus dem Berner Jura für falsch. Postverkehr. Entsendung eines Gesandten der spanischen Republik nach Bern. Finanzierung der Simplonbahn. Auslegung des Zivilrechtsvertrages.
9	24.4.1873 B	Paris (Kern) an EPD (Cérésole)	Kern hat sich bei Innenminister Goulart für die Abschaffung des Passzwangs eingesetzt. Goulart erklärt, der Kulturkampf in der Schweiz habe in Frankreich viel Aufsehen erregt, jedoch sei der Regierung keine Aufforderung zugekommen, sich einzumischen. Gespräch mit Präsident Thiers über innerfranzösische Fragen. Rouland, der Gouverneur der Bank von Frankreich, lehnt reine Goldwährung ab. Handelsminister Ozenne möchte die Schweiz veranlassen, auf ihren Handelsvertrag zu verzichten und bietet Meistbegünstigung an. Staatsbesuch des Schah von Persien. Spanische Gesandtschaft.
10	26.4.1873 B	Paris (Kern) an EPD (Cérésole)	Kern berichtet über eine Unterredung mit Rémusat und Thiers, wobei der französische Präsident kategorisch erklärte, sein Land werde sich nicht in den Kulturkampf in der Schweiz einmischen. Innenminister Gou-

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft - Empfänger	Inhalt
16	4. 6. 1873 B	Berlin (Hammer) an EPD (Cérésole)	lard beschwört erneut die Gefahr der Kommunarden in Genf, um den Passzwang beibehalten zu können. Thiers äussert sich auch zum Bau der Simplonbahn und zur vorzeitigen Ersetzung des Handelsvertrags. Bismarck hat dem Gesandten versichert, Deutschland werde französischen Druck auf die Schweiz im Zusammenhang mit dem Kulturkampf mit Druck auf Frankreich beantworten. Er betont die Bedeutung der schweizerischen Neutralität für Europa und speziell für Deutschland. Gespräch über Niederlassungsvertrag. Schahbesuch.
19	3. 7. 1873 B	Paris (Kern) an EPD (Cérésole)	Der französische Generalkonsul Dubruel in Genf hat sich in die Genfer Politik eingemischt, doch ist die Sache erledigt, da Frankreich einen neuen Konsul ernannt hat. Revision des Postvertrags.
23	3. 9. 1873 B	Paris (Lardy) an EPD (Cérésole)	Die Befürchtung, Mermillod könnte Erzbischof von Chambéry werden, ist nach französischer Auskunft unbegründet. Aussenminister de Broglie schlägt zur Lösung des Kulturkampfes in der Schweiz eine Trennung von Kirche und Staat nach amerikanischem Vorbild vor. Gespräch mit dem spanischen Botschafter über die Lage in Spanien. Besuch des Ministerresidenten von Ekuador.
24	17. 10. 1873 B	Paris (Kern) an EPD (Cérésole)	Kern hat sich beim französischen Aussenminister erneut für die Aufhebung der Pässe eingesetzt. Er beklagt sich über eine feindliche Kundgebung Mermilods in Ferney. De Broglie verspricht Massregelung der schuldigen Beamten und beklagt schweizerische Indiskretionen. Kern wünscht rasche Einigung über Bahnlinie Genf-Annemasse. Internationale Lage. Situation in Frankreich. Zulassung Persiens zur Genfer Konvention und Handels- und Niederlassungsvertrag mit diesem Land.
31	13. 12. 1873 B	Paris (Lardy) an EPD (Cérésole)	Der italienische Geschäftsträger Ressmann in Paris versichert die Schweiz der italienischen und deutschen Unterstützung, falls Frankreich zugunsten der Ultramontanen interveniere. Er bezeichnet den designierten französischen Botschafter in Bern als charakterlos.
60	2. 2. 1875 N	Bern (Französische Botschaft) an EPD (Scherer)	Frankreich verurteilt die Verhaftung eines katholischen Priesters, der illegal in die Schweiz zurückgekehrt war, im französischen Flussbett des Doubs. Durch die rasche Freilassung des Priesters ist die Sache erledigt.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
80	4. 10. 1875 N	Bundesrat an Bern (Französi- sche Botschaft)	Der Bundesrat übermittelt der französischen Botschaft die Stellungnahme der Genfer Regierung, wonach die Übergabe der Kirche von Thônex, welche auch von den Bewohnern des französischen Gaillard benützt wird, an die Altkatholiken mit dem Vertrag von 1834 zu vereinbaren sei.
<i>Siehe auch:</i>			
I. 1.3.2. Der Kulturkampf. Interventionsappelle ans Ausland, Nr. 42.			
II. 1.1. Der Handelsvertrag mit Frankreich, Nr. 12.			
II. 1.7. Der Stresazwischenfall, Nr. 221.			
IV. 4.2. Die schweizerische Asylrechtspraxis, Nr. 15.			
VI. 2. Der Bau der Simplonbahn, Nr. 17.			
VIII. 1. Die Kodifikation des Kriegsvölkerrechts, Nr. 59.			
1.3.2. Interventionsappelle ans Ausland			
39	25. 1. 1874 S	EJPD (Cérésolle) an Paris (Kern)	Die Gesandtschaft in Paris soll auf offiziiösem Wege versuchen, die Herkunft des «Appel des Catholiques Suisses aux Puissances signataires du traité de Vienne» herauszufinden.
42	3. 2. 1874 S	EJPD (Cérésolle) an Lausanne (Bundesanwalt)	Cérésolle informiert den ausserordentlichen Bundesanwalt, dass der französische Botschafter darum gebeten hat, man möge den in Genf verhafteten französischen Priester freilassen, dem die Verbreitung eines Aufrufs an die Wiener Signatarmächte zur Intervention im schweizerischen Kulturkampf vorgeworfen wird.
1.3.3. Der Kulturkampf im Ausland			
38	18. 1. 1874 B	Paris (Lardy) an EPD (Schenk)	Die Angriffe der französischen Bischöfe auf die deutsche, italienische und schweizerische Kirchenpolitik haben zu schweren Spannungen geführt, doch wird eher die gegenwärtige französische Regierung stürzen, als ein Krieg ausbrechen.
<i>Siehe auch:</i>			
I. 1.3.1. Der Kulturkampf. Beeinflussungsversuche der Mächte, Nr. 2.			
II. 1.2. Der Handelsvertrag mit Deutschland, Nr. 141.			
III. 1.1. Die Lage in West- und Mitteleuropa, Nrn. 22, 45, 346.			
III. 1.3. Das Attentat auf Kaiser Wilhelm I., Nr. 132.			
III. 1.4. Das Attentat auf Zar Alexander II., Nr. 173.			
IV. 2. Die schweizerische Asylrechtspraxis, Nr. 142.			
IV. 3.1. Die «Avant-garde», Nr. 149.			
VI. 1.3. Die Gotthardbahn im Urteil des Auslandes, Nr. 90.			

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
1.4. Die Beilegung des Kulturkampfes			
129	5. 4. 1878 BR-Prot.	Bundesrat	Auf Drängen des Gesandten Kern in Paris wird Papst Leo XIII. zu seiner Wahl gratuliert.
A1	20. 2. 1878 Breve	Vatikan (Leo XIII.) an Bundesrat	Papst Leo XIII. zeigt seine Wahl an und wünscht die schlechten Beziehungen zur Schweiz zu verbessern.
A2	5. 4. 1878 S	Bundesrat an Vatikan (Leo XIII.)	Der Bundesrat gratuliert zur Wahl und erklärt, die Katholiken in der Schweiz genössen im Rahmen der Gesetze alle bürgerlichen Rechte.
140	16. 11. 1878 KS	EPD (Schenk) an Berlin, Wien und Rom	Den Gesandten wird mitgeteilt, dass entgegen umlaufender Gerüchte keine Verhandlungen zwischen der Schweiz und der Kurie stattfinden. Der Gesandte in Rom soll zudem abklären, woher diese Gerüchte stammen.
155	7. 2. 1879 B	Rom (Pioda) an EPD (Hammer)	Laut zuverlässiger Quelle sei der Papst bereit, eine Regelung für die Bistümer Lausanne und Basel zu treffen und das apostolische Vikariat Genf aufzugeben.
A	ohne Datum M		Wahrscheinlich von der Kurie stammende Vorschläge zur Regelung der Verhältnisse in den Bistümern Lausanne und Basel. Verzicht auf Vikariat Genf, Abschiebung von Lachat.
157	12. 3. 1879 B	Rom (Pioda) an EPD (Hammer)	Die Gesandtschaft in Rom sendet dem Bundesrat die Vorstellungen der Kurie zur Regelung der Verhältnisse im Tessin zu.
A	ohne Datum M		Wahrscheinlich von der Kurie stammende Vorschläge zur Schaffung eines Bistums Tessin.
167	9. 10. 1879 S	Paris (Nuntiatur) an Bern (Ottenfels, z. H. Hammer)	Der Nuntius in Paris, Czacki, zeigt sich erfreut, dass Hammer via Ottenfels Schritte zur Beilegung des Streites mit der Kurie unternommen hat. Schwierigkeit der Absetzung Lachats wäre ev. durch Koadjutor zu umgehen. Beklagt die Lage im Berner Jura und schlägt ein Bistum Tessin vor.
174	3. 4. 1880 S	Paris (Czacki) an Bern (Ottenfels, z. H. Bundesrat)	Der Erzbischof erklärt, Kardinalstaatssekretär Nina habe die Lösungsvorschläge geprüft. Schlägt für das Bistum Basel einen Koadjutor für die 5 abtrünnigen Kantone vor, während Lachat weiterhin Luzern und Zug betreuen würde.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
224	24.10.1882 BR-Prot.	Bundesrat	Entgegen dem Wunsch der Tessiner Regierung auf ein eigenes Bistum spricht sich der Bundesrat für den prov. Anschluss des Tessins an das schweizerische Bistum Chur aus und will diesen Vorschlag auch dem Heiligen Stuhl unterbreiten.
233	21.3.1883 At	EPD (Ruchonnet) an Bundesrat	Ruchonnet beantragt, dem neuernannten Bischof von Lausanne und Genf und früheren apostolischen Vikar von Genf, Mermillod, die Rückkehr in die Schweiz nicht zu gestatten, da ihm ein Weihbischof zur Seite gestellt werden soll.
235	14.4.1883 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat beschliesst nach eingehender Diskussion, dem neuernannten Bischof von Lausanne und Genf, Mermillod, die Rückkehr in die Schweiz zu gestatten, da das apostolische Vikariat Genf aufgehoben worden sei. Wegen des Widerstandes der Genfer Regierung darf er aber diesen Kanton noch nicht betreten.
A	6.4.1883 At	EPD (Ruchonnet) an Bundesrat	Ruchonnet berichtet, der Fall des angeblichen Weihbischofs Savoy sei erledigt. Alle betroffenen Kantone ausser Genf seien mit der Rückkehr Mermillods einverstanden. Im Gegensatz zur Genfer Regierung soll der Bundesrat auf der Integrität des Bistums Lausanne und Genf beharren.
243	31.7.1883 BR-Prot.	Bundesrat	Die Tessiner Bistumsfrage soll durch die Ernennung Lachats zum apostolischen Vikar des Tessins provisorisch gelöst werden. Durch die Vermittlung der Tessiner Regierung ist die Zustimmung des Heiligen Stuhls einzuholen, wobei die Einzelheiten daraufhin in direkten Verhandlungen geregelt würden.
A1	25.7.1883 Prot.	EPD	An einer Konferenz in Bern verlangt die Tessiner Regierung ein eigenes Bistum, während der Bundesrat das Tessin dem Bistum Chur anschliessen möchte. Als Kompromiss wird die provisorische Verwaltung durch Bischof Lachat vorgesehen.
A2	Juli 1883 Az	Bern (Welti)	Welti ist nach Gesprächen mit den zuständigen Behörden zum Schluss gelangt, vor Verhandlungen mit der Kurie müssten sich die schweizerischen Beteiligten einigen. Er schlägt die Abschiebung Lachats als apostolischen Vikar ins Tessin und seine Ersetzung durch einen Koadjutor für das Bistum Basel vor.
245	1.9.1883 M	Vatikan (Ferrata) an Bern (Ottenfels, z. H. Bundesrat)	Ferrata fordert die Wiederherstellung des integralen Bistums Basel und die Errichtung eines Bistums Tessin.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
A	ohne Datum Az	Bern (Welti)	Welti ist mit der Wiederherstellung von Kapitel und Bistum Basel einverstanden, ebenso mit der Schaffung eines apostolischen Vikariats im Tessin. Strittig bleiben die Rolle von Lachat und der Anschluss des Tessins an ein anderes schweizerisches Bistum.
246	12. 9. 1883 S	Bellinzona (Regierung des Kantons Tessin) an Bundesrat	Die Tessiner Regierung berichtet über die Reise einer Delegation nach Rom. Es wurde dort eine Einigung über die Frage des Tessins und des Bistums Basel erzielt, wenn auch die Absetzung Lachats sehr schmerzlich sei.
251	6. 11. 1883 KS	Bundesrat an Basler Diözesanstände	Der Bundesrat informiert die betroffenen Kantone über die geplante Regelung im Bistum Basel. Fordert sie zu einer Konferenz mit dem Bundesrat auf.
A	20. 10. 1883 N	Vatikan (Jacobini) an Bundesrat	Der Kardinalstaatssekretär fordert die Wiederherstellung des Bistums Basel und eine Lösung für das Tessin und bietet Verhandlungen an.
263	18. 6. 1884 BR-Prot.	Bundesrat	Nachdem die Diözesankantone, mit Ausnahme von Bern, sich an einer Konferenz damit einverstanden erklärt haben, dass der Bundesrat mit der Kurie Verhandlungen aufnimmt, um Fiala zum neuen Bischof von Basel zu machen und Lachat ins Tessin abzuschicken, fasst der Bundesrat den entsprechenden Beschluss.
265	15. 7. 1884 At	EPD (Welti) an Bundesrat	Welti schlägt Aepli und Peterelli als schweizerische Delegierte für die Verhandlungen mit dem päpstlichen Abgesandten vor und unterbreitet einen Instruktion-entwurf.
A	18. 7. 1884 S	Gurnigel (Ruchonnet) an EPD (Welti)	Ruchonnet schlägt in Abänderung der Instruktion vor, dass der Bundesrat den vorgesehenen Vertrag betreffend das Tessin ebenfalls unterzeichne.
267	20. 8. 1884 At	EPD (Welti) an Bundesrat	Die Verhandlungen mit dem päpstlichen Delegierten sind gemäss den Instruktionen geführt worden. Dessen zusätzliche Forderungen nach Aufhebung der Pfarrwahlgesetze und völliger Wiederherstellung des Domkapitels Basel lehnt Welti ab.
269	6. 9. 1884 At	EPD (Schenk) an Bundesrat	Nach dem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen sind die Vertragstexte den betroffenen Kantonen zur Ratifikation zuzustellen. Bern macht allerdings nicht mit.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
274	26.10.1884 S	Enge (Welti) an Bern (Schenk)	Bericht über den Besuch einer Tessiner Delegation beim kranken Welti. Der Staatsrat muss sich gegen den Widerstand der Ultrakonservativen und der Liberalen wehren und wünscht daher die Zusicherung, dass das apostolische Vikariat auch nach dem Ableben von Lachat erhalten bleibt. Welti will dies nicht in den Vertrag aufnehmen.
278	29.11.1884	Bundesrat	Die Diözesankantone, ausser Bern, und Tessin haben die Abkommen gebilligt, so dass der Austausch der Ratifikationen erfolgen kann.
1.5. Die Inkamerationsfrage			
316	2.2.1887 B	Wien (Aepli) an Bundesrat	Aepli legt dem Bundesrat nahe, die Inkamerationsfrage nicht wieder aufs Tapet zu bringen, solange der Staatsvertrag mit Österreich zur Korrektion des Rheinlaufes nicht abgeschlossen sei.
A	26.2.1886 B	Wien (Aepli) an Bundesrat	Aepli rekapituliert die Inkamerationsfrage und findet, man solle dieses Problem nicht zur Diskussion stellen, ehe der Staatsvertrag mit Österreich über die Rhein-korrektion zustande gekommen sei.
<i>Siehe auch:</i>			
I. 1.4. Die Beilegung des Kulturkampfes, Nr. 265 Annex.			
2. Religiöse Minderheiten			
2.1. Die Mormonen			
168	19.11.1879 N	Bundesrat an Bern (US-Gesandtschaft)	Der Bundesrat antwortet dem amerikanischen Geschäftsträger, er könne die Auswanderung von Mormonen aus der Schweiz nicht unterbinden, solange die USA einen Mormonenstaat dulde.
366	21.3.1888 B	Washington (Frey) an EPD (Ruchonnet)	Das Staatsdepartement scheint bereit, dem schweizerischen Wunsch zu entsprechen und gegen die Auswanderungswerbung der Mormonen einzuschreiten.
2.2. Die Heilsarmee			
248	6.10.183 BR-Prot.	Bundesrat	Als Reaktion auf eine britische Note weist der Bundesrat die Regierung des Kantons Neuenburg an, Massnahmen zum Schutz der Angehörigen der Heilsarmee anlässlich der geplanten, gegen sie gerichteten Protestversammlung zu treffen.

XXXVIII II. WIRTSCHAFTS-, HANDELS- UND WÄHRUNGSPOLITIK

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
2.3. Die Juden			
101	27.9.1876	Wien (Tschudi) an EPD (Welti)	Tschudi hat vom holländischen Gesandten in Wien vernommen, dass alle Mächte, mit Ausnahme von Österreich-Ungarn, von Rumänien Gleichstellung der Juden bei der Niederlassung verlangen.
<i>Siehe auch:</i>			
II. 1.6. Der Handelsvertrag mit Rumänien, Nrn. 103, 104, 123.			
II. 1.10. Der Handels- und Niederlassungsvertrag mit den Niederlanden, Nr. 57.			
3. Die Freiplätze am Collegium Borromäum			
<i>Siehe:</i>			
II. 1.3.2. Die Verhandlungen mit Italien. Die Bekämpfung des Schmuggels, Nr. 259.			

II. WIRTSCHAFTS-, HANDELS- UND WÄHRUNGSPOLITIK

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
1. Bilaterale Verhandlungen			
292	Juni 1885 M	HLD	Im Hinblick auf anstehende Handelsvertragsverhandlungen, besonders mit Deutschland und Österreich-Ungarn, skizziert das Handels- und Landwirtschaftsdepartement die Ausgangslage der Schweiz nach dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifgesetzes. Handel mit Rumänien, der Türkei, Japan, Griechenland, Italien und Spanien.
373	16. 5. 1888 M	EDA	Das Departement des Auswärtigen beschreibt die Ausgangslage für die Handelsvertragsverhandlungen mit Italien, Österreich-Ungarn und Deutschland nach der Abänderung des Zolltarifgesetzes von 1887. Die Ausgangslage sei schwierig, da Italien mit Frankreich und Deutschland und Österreich gegenwärtig miteinander unterhandeln. Dank Kampfzöllen sollte aber die Schweiz doch neue Verträge erreichen können.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
<i>Siehe auch:</i>			
II. 1.2. Der Handelsvertrag mit Deutschland, Nr. 300.			
II. 1.4.1. Die Verhandlungen mit Österreich-Ungarn. Der Handelsvertrag, Nr. 381.			
1.1. Der Handelsvertrag mit Frankreich			
12	5. 5. 1873 B	Paris (Kern) an EPD (Cérésole)	Bericht über eine Unterredung mit Präsident Thiers. Dieser wünscht das französische Kapital bei der Versteigerung der Ligne d'Italie zu schützen, lehnt erneut wegen der Kommunardengefahr die Aufhebung der Pässe ab, versichert wiederum, Frankreich werde sich nicht in den Kulturkampf in der Schweiz einmischen und wünscht, noch vor Ablauf des Handelsvertrags aus fiskalischen Gründen Zollerhöhungen vorzunehmen.
85	10. 12. 1875 B	Paris (Kern) an Bundesrat	Die französische Kündigung des Handelsvertrages betrifft laut Aussenminister Decazes auch das Reglement über das Pays de Gex. Frankreich will vom Wert- zum Gewichtszoll übergehen. Kern hat auch über die französisch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen gesprochen, welche weitgehend die Ergebnisse der schweizerischen Verhandlungen mit diesen beiden Staaten präjudizieren werden. Austausch der schweizerisch-italienischen gegen die französisch-italienischen Verhandlungsprotokolle.
99	6. 6. 1876 S	EHD (Schenk) an Paris (Kern)	Die Schweiz will den gekündigten Handelsvertrag nach dessen Ablauf durch Notenaustausch verlängern, da Frankreich seinen neuen Zolltarif noch nicht abgeschlossen hat.
107	17. 1. 1877 S	EPD (Heer) an Paris (Kern)	Heer beklagt sich, Frankreich benutze die Umwandlung der Wert- in Gewichtszölle dazu, die Zollbelastung zu erhöhen.
A	23. 12. 1876 S	Paris (Steiger-Meyer) an Paris (Kern)	Der Stickereiindustrielle Steiger-Meyer erinnert Kern daran, dass die zuständigen französischen Beamten bei einer Besprechung zugestehen mussten, dass der neue spezifische Stickereizoll einer massiven Zollerhöhung gleichkommt.
110	13. 2. 1877 S	EHD (Schenk) an Paris (Kern)	Schenk ist sehr erfreut, dass der neue französische Generaltarif bloss gegen jene Länder angewendet werden soll, welche keinen Vertrag abschliessen wollen und die Umwandlung der Wert- in spezifische Zölle keine Erhöhung bringen soll. Dies wird den Widerstand gegen eine Beschickung der Weltausstellung in Paris vermindern.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
A	5. 2. 1877 S	Paris (Handelsminister Teisserenc de Bort) an Paris (Aussenminister Decazes)	Der französische Handelsminister erklärt dem Aussenminister zuhanden der beunruhigten Handelspartner Frankreichs, der Generaltarif sei bloss als Kampfzoll gedacht und die Umwandlung der Wert- in Gewichtszölle solle einzig die Zolldeklaration vereinfachen.
124	14. 1. 1878 S	EHD (Heer) an Paris (Kern)	Obwohl Frankreich zu einer Vertragsverlängerung bereit ist, muss die Schweiz Neuverhandlungen anstreben, um ihre fiskalisch bedingten Zollerhöhungen auf den 1. 1. 1879 in Kraft setzen zu können. Handelsvertragsverhandlungen zwischen Frankreich und England. Politische Situation in Europa und im Orient.
A	31. 1. 1878 B	Paris (Kern) an EHD (Heer)	Kern spricht sich gegen den neuen schweizerischen Zolltarif aus, da dieser Frankreich verstimmen und die Protektionisten ermutigen würde. Der Vertrag mit Italien liege vor dem französischen Parlament, die Verhandlungen mit England seien unterbrochen. Internationale Wirtschaftskrise.
126	9. 2. 1878 S	EHD (Heer) an Paris (Kern)	Heer ärgert sich über die französische Verzögerungstaktik, ist jedoch wie Kern gegen einen vertragslosen Zustand. Ev. sei eine provisorische Einigung auf der Basis der Meistbegünstigung mit Bindung der wichtigsten Artikel zu erreichen, da die Schweiz unbedingt ihre Zolleinnahmen steigern müsse.
128	20. 3. 1878 B	Paris (Kern) an EHD (Heer)	Kern erläutert erneut seine Motive gegen die Inkraftsetzung des neuen schweizerischen Zolltarifs vor Abschluss der Verhandlungen mit Frankreich. 1878 ist Frankreich zudem wegen der Weltausstellung nicht verhandlungsfähig. Der französisch-italienische Vertrag hängt in der Schwebe.
130	27. 4. 1878 S	EHD (Heer) an Paris (Kern)	Aus fiskalischen Gründen sollte unbedingt ein Versuch gemacht werden, auf den 1. 4. 1879 einen neuen Vertrag abzuschliessen, da der schweizerische Zolltarif in den Räten vor der Annahme steht. Inzwischen ist der alte Vertrag zu verlängern. Handelsbeziehungen mit Frankreich und Italien.
136	26. 9. 1878 B	Paris (Kern) an EPD (Schenk)	Unterredung mit Aussenminister Waddington. Dieser spricht sich gegen Verhandlungen im gegenwärtigen Augenblick aus, da die Wirtschaftslage zu schlecht sei, doch wäre er einer Erhöhung des schweizerischen Tabakzolls wohlwollend gesinnt. Annexion von Bosnien-Herzegowina. Afghanistan. Stabilität der französischen Republik.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft - Empfänger	Inhalt
159	2. 5. 1879 S	EPD (Hammer) an Paris (Kern)	Nachdem Frankreich bereit scheint, schweizerischen Zollerhöhungen auf einigen Artikeln, vor allem auf Tabak, zuzustimmen, steht einer Vertragsverlängerung bis auf weiteres nichts mehr im Wege.
188	14. 4. 1881 S	HLD (Ruchonnet) an Paris (Kern)	Ruchonnet glaubt, die Situation für die bevorstehenden Verhandlungen mit Frankreich sei sehr schwierig, vor allem wegen der Meistbegünstigungsklausel des Frankfurter Friedens, wodurch Deutschland von allen Vergünstigungen profitiere, welche Frankreich der Schweiz zugestehe.
189	16. 4. 1881 B	Paris (Kern) an EPD (Droz)	Unterredung mit Handelsminister Tirard. Der neue französische Generaltarif hat die Kündigung aller Verträge zur Folge, danach wird mit allen Partnern gleichzeitig verhandelt.
191	29. 4. 1881 S	HLD (Ruchonnet) an Paris (Kern)	Die Parlamentarier, welche gleichzeitig Mitglieder der Expertenkommission sind, möchten, dass die Schweiz gemeinsam mit den Engländern die Verhandlungen mit Frankreich führt. Ruchonnet lehnt dies aus Gründen der Unabhängigkeit ab. Kern soll in den Verhandlungen von Experten unterstützt werden.
195	23. 6. 1881 BR-Prot.	Bundesrat	Nachdem Frankreich die Vertragsverlängerung gekündigt hat, beschliesst der Bundesrat, die angebotenen Verhandlungen aufzunehmen.
A	28. 6. 1881 Prot.	Bern (Konferenz der parlamentari- schen Mitglieder der Expertenkom- mission)	Kern informiert die parlamentarischen Mitglieder der Expertenkommission über die Ausgangslage der Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich. Falls die Schweiz nicht verhandelt, wird Frankreich den Generaltarif anwenden. Die Experten stehen der Aufnahme von Verhandlungen positiv gegenüber.
199	7. 9. 1881 B	Paris (Kern) an Bundesrat	Kern berichtet über seine Zusammenarbeit mit Grossbritannien in der Handelsvertragsangelegenheit. Austausch der jeweiligen Verhandlungsprotokolle mit Frankreich.
200	10. 10. 1881 S	EPD (Droz) an Paris (Kern)	Arago hat Droz mitgeteilt, dass Frankreich die schweizerischen Industriellen nicht länger als Experten an den Verhandlungen teilnehmen lassen will. Droz verteidigt ihre Entsendung mit dem Hinweis auf das mangelnde Sachwissen der schweizerischen Verwaltung.
201	3. 11. 1881 B	Paris (Kern) an EPD (Droz)	Handelsminister Tirard lehnt es ab, auf der Grundlage des schweizerischen Zolltarifs von 1878 zu verhandeln, da dieser noch keine Gesetzeskraft erlangt hat. Kern regt an, der Bundesrat solle mit Hinweis auf den dring-

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
			lichen Bundesbeschlüsse vom 28. 6. 1878 einige Zölle anheben.
202	15. 11. 1881 S	Bundesrat an Paris (Kern)	Um Frankreich zur Annahme des 1878er Tarifes als Verhandlungsgrundlage zu bewegen, verweist der Bundesrat auf seine Kompetenz, nach Vertragsablauf, unter Zustimmung der Bundesversammlung, die Zölle für französische Produkte heraufzusetzen.
A	15. 11. 1881 M	Bundesrat an Paris (schweizerische Gesandtschaft)	Der Bundesrat erläutert seine Befugnisse, die es ihm ermöglichen, beim Fehlen eines Handelsvertrages die Zölle auf dem Dringlichkeitsweg, unter Umgehung des Referendums, anzuheben.
204	26. 11. 1881 B	Paris (Kern) an HLD (Ruchonnet)	Da der französische Widerstand gegen den 1878er Zolltarif der Schweiz sehr stark ist, soll der Vorsteher des Handels- und Landwirtschaftsdepartements zu vertraulichen Gesprächen mit der neuen Regierung nach Paris kommen.
A1	3. 12. 1881 Instruktion	Bundesrat an HLD (Ruchonnet)	Ruchonnet soll bei den Verhandlungen in Paris nicht unter die Hälfte der Differenz zwischen den Ansätzen des Handelsvertrages von 1864 und denjenigen des Zolltarifs von 1878 gehen.
A2	3. 12. 1881 Instruktion	Bundesrat an HLD (Ruchonnet)	Liste jener Produkte, deren Ansätze die Schweiz in den Vertrag aufnehmen will.
A3	7. 12. 1881 Prot.	Paris (Handelsvertragsdelegierte)	Unterredung mit Ministerpräsident Gambetta, in welcher Ruchonnet darlegt, weshalb die Schweiz dringend höhere Zolleinnahmen braucht. Gambetta verweist für alle Einzelheiten auf den Handelsminister.
A4	7. 12. 1881 Prot.	Paris (Handelsvertragsdelegierte)	Unterredung mit Handelsminister Rouvier. Dieser erklärt, die französischen Kammern würden keine schweizerischen Tariferhöhungen akzeptieren. Da der Zolltarif von 1878 noch nicht Gesetz sei, könne ihn Frankreich nicht als Verhandlungsgrundlage annehmen.
205	21. 12. 1881 S	EPD (Droz) an Paris (Kern)	Droz erklärt sich bereit, nach Ablauf seines Präsidialjahres nach Paris zu gehen, da Ruchonnet aufgrund von Pressekritiken eine erneute Reise abgelehnt hat.
206	27. 12. 1881 At	EPD (Droz) an Bundesrat	Da die Verhandlungen an Ort treten, will Droz nach Paris fahren, um einen Durchbruch zu erzielen.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
207	9. 1. 1882 B	Paris (Droz) an EPD (Bavier)	Die Verhandlungen über Baumwolle sind festgefahren und ein Durchbruch ist erst nach einer Einigung zwischen Frankreich und England zu erwarten. Im Hinblick darauf soll der Bundesrat die Abschlussinstruktionen vorbereiten. Das wichtigste schweizerische Druckmittel ist der Weinzoll.
209	18. 1. 1882 B	Paris (Handelsvertragsdelegation) an Bundesrat	Frankreich hat der Schweiz die Erhöhung des Weinzolls auf Fr. 4. — zugestanden und wird möglicherweise die Ansätze für Spitzen senken. Weitere Konzessionen sind nicht zu erwarten. Soll die Delegation weiterverhandeln?
A	20. 1. 1882 T	Bundesrat an Paris (Handelsvertragsdelegation)	Die schweizerischen Vertreter sollen an der Senkung des Stickereizolls festhalten und die Verhandlungen unter Leitung von Droz fortsetzen.
210	28. 1. 1882 T	Paris (Kern) an EPD (Bavier)	Wegen dem Sturz der Regierung Gambetta soll der abgelaufene Vertrag um 1 Monat verlängert werden. Droz kehrt nach Bern zurück.
A	31. 1. 1882 Prot.	Bern (Handelsvertragskommission der Räte)	Anlässlich einer Sitzung der Handelsvertragskommission der eidgenössischen Räte umreisst Droz den Stand der Verhandlungen. Die Wollindustrie wird geopfert, für die Stickerei wird noch gekämpft. Einige Kommissionsmitglieder regen eine Senkung des Weinzolls gegen französische Konzessionen an.
211	3. 2. 1882 BR-Prot.	Bundesrat	Droz soll die abschliessenden Verhandlungen leiten und erhält entsprechende Instruktionen.
A	3. 2. 1882 Instruktion	Bundesrat an HLD (Droz)	Instruktionen: Unbedingt Senkung der Stickereizölle erreichen. Im Falle der Gebührenfreiheit für Handelsreisende und eines Ausschlusses Algeriens vom Vertrag behält sich der Bundesrat das letzte Wort vor. Im Übrigen freie Hand für Droz.
212	13. 2. 1882 T	EPD (Bavier) an Paris (Handelsvertragsdelegation)	Der Weinzoll wird nur gesenkt, wenn Frankreich bei den Stickereien, unter Einschluss der Vorhänge, entgegenkommt.
213	15. 2. 1882 T	Paris (Kern) an EPD (Bavier)	Freycinet und Tirard haben jede französische Zollsenkung abgelehnt, sie würden aber schweizerische Erhöhungen auf Baumwolle, Wolle, Leder und Konfektion nicht bekämpfen.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
214	17. 2. 1882 B	Paris (Handelsver- tragsdelegation) an Bundesrat	Nach dem Verhandlungsabbruch zwischen Frankreich und England muss die Schweiz sofort einen Vertrag abschliessen. Die Delegation ersucht um eine entsprechende Vollmacht.
A	19. 2. 1882 T	Bundesrat an Paris (Handels- vertragsdelegation)	Der Bundesrat erwartet die endgültigen Ansätze bei Wolle, Leder und Konfektion. Der Weinzoll bleibt auf Fr. 4.—, solange der französische Stickereizoll auf Fr. 5.— verharrt.
215	21. 2. 1882 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat stimmt allen in Paris neu ausgehandelten Verträgen zu, da Frankreich dank dem schweizerischen Nachgeben beim Weinzoll und der Ausfuhr des Pays de Gex den Stickereizoll senkt und der Schweiz Zollerhöhungen auf Wollwaare und Leder zugesteht, was die Staatskasse saniert.
216	27. 2. 1882 At	HLD (Droz) an Bundesrat	Droz schlägt den Handelsvertrag und die Annexverträge zur Genehmigung vor und betont, dass zwischen ihm und Kern kein Streit geherrscht habe, obwohl sich dieser dafür einsetzte, den Vertrag nicht durch einen Bundesrat unterzeichnen zu lassen, was auch geschah.

Siehe auch:

- I. 1.3.1. Der Kulturkampf. Beeinflussungsversuche der Mächte, Nrn. 9, 10.
- II. 1.2. Der Handelsvertrag mit Deutschland, Nrn. 169, 300.
- II. 1.3.1. Die Verhandlungen mit Italien. Die Handelsverträge, Nrn. 65, 83, 350, 362, 382.
- II. 1.5. Der Handelsvertrag mit Japan, Nrn. 138, 249.
- II. 1.6. Der Handelsvertrag mit Rumänien, Nrn. 103, 104.
- II. 1.7. Der Handelsvertrag mit der Türkei, Nrn. 64, 208, 427.
- II. 3.2. Die Zollunionsfrage, Nr. 280.
- II. 5.2. Weltausstellungen. Paris (1878 und 1889), Nr. 109.
- VI. 2. Der Bau der Simplonbahn, Nr. 17.
- VI. 4. Die Anschlüsse an das französische Bahnnetz, Nrn. 158, 184.

1.2. Der Handelsvertrag mit Deutschland

78	20. 9. 1875 B	Berlin (Claparède) an EPD (Scherer)	Delbrück beklagt sich, die Schweiz lege den Handelsvertrag in restriktiver und schutzzöllnerischer Weise aus und droht mit Repressalien. Claparède hält diese Vorwürfe für ein Zeichen seiner geschwächten Stellung im deutschen Kabinett.
141	20. 11. 1878 B	Berlin (Roth) an Bundesrat	Der neue deutsche Zolltarif wird in einzelnen Punkten protektionistisch sein, doch leisten die Freihändler im Reichstag starken Widerstand. Unmittelbar steht nur

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
169	24. 11. 1879 At	HLD (Droz) an Bundesrat	die Tabaksteuer vor der Einführung. Der Kaiser wurde durch das Attentat auf den italienischen König erschüttert. Die Schweiz soll, trotz der deutschen Zollerhöhungen, den Handelsvertrag verlängern, da sie grosses Interesse am Veredlungsverkehr besitzt. Die schweizerische Zollerhöhung auf Tabak wurde von Frankreich und Deutschland stillschweigend akzeptiert, jene auf Alkohol von Frankreich verhindert.
192	4. 5. 1881 At	HLD (Ruchonnet) an Bundesrat	Da Deutschland den abgelaufenen Vertrag nur unter wesentlichen Modifikationen verlängern will, beantragt Ruchonnet nach einer Besprechung mit Roth und der Expertenkommission, Verhandlungen zu einem neuen Vertrag aufzunehmen.
299	27. 4. 1886 B	Berlin (Roth) an HLD (Droz)	Roth sieht keine Anzeichen für ein Ende der deutschen Schutzzollpolitik. Auch bei einem vertragslosen Zustand sei aber an der Meistbegünstigung festzuhalten und ein Zollkrieg zu vermeiden, da die Schweiz ein grosses Interesse am Veredlungsverkehr hat. Vor einer Einigung mit Österreich wird Deutschland nicht mit der Schweiz verhandeln.
300	28. 5. 1886 BR-Prot.	Bundesrat	Wegen der neuen deutschen Zollerhöhungen verlangt der Bundesrat Verhandlungen über eine Abänderung, ev. sogar eine Neufassung des Handelsvertrags. Auf diesen Zeitpunkt hin soll auch der schweizerische Zolltarif angepasst werden, damit er als Kampfmittel in den Verhandlungen mit Deutschland und Österreich dienen kann.
A	19. 6. 1886 B	Zürich (Vorort) an HLD (Droz)	In der Schweiz verdrängt der deutsche Handel immer mehr den französischen, was die Grundlagen des Handelsvertrags mit Frankreich, der seit 20 Jahren die schweizerische Handelspolitik beherrscht, immer mehr untergräbt. Damit steigt die Bedeutung eines Tarifvertrags mit Deutschland.
304	4. 10. 1886 At	HLD (Droz) an Bundesrat	Droz diskutiert die Instruktionen für die Vertragsverhandlungen, welche in einer Expertenkonferenz vom 28./29. 9. 1886 ausgearbeitet worden sind.
A	12. 10. 1886 Instruktion	Bundesrat an Berlin (Roth)	Instruktionen: Ausdehnung und Sicherung des Veredlungsverkehrs. Ev. Ursprungszeugnisse. Gebühren für Handelsreisende.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
353	15.12.1887 N	Berlin (Roth) an Berlin (Staatssekretär Bismarck)	Die Schweiz will eine provisorische Regelung der Handelsbeziehungen mit Deutschland bis dieses einen neuen Vertrag mit Österreich abgeschlossen hat. Dabei wünscht die Schweiz die Herabsetzung oder Bindung der wichtigsten Zölle und eine Ausdehnung des Veredlungsverkehrs.
363	27.2.1888 B	Berlin (Roth) an EDA (Droz)	Deutschland macht generell nur in gleichem Ausmass Konzessionen wie sein Vertragspartner. Daher müssen die Deutschland zugestanden Zollsenkungen Österreich gegenüber geheimgehalten werden (Getreide, Rindvieh, Holz). Damit kann die Schweiz diese Konzessionen zweimal verwerten. Ev. auch noch ein drittes Mal gegenüber Italien.
378	1.11.1888 B	Berlin (Blumer) an EDA (Droz)	Der Entscheid des Reichskanzlers über Annahme oder Verwerfung des ausgehandelten Vertrages steht unmittelbar bevor. Blumer beurteilt das Ergebnis der Verhandlungen mit Deutschland und Österreich gedämpft positiv. Widerstand ist von den Bauern und dem Gewerbe zu erwarten. Die Verhandlungen mit Italien sind rasch aufzunehmen, da Italien z. T. die gleichen Artikel ausführt wie Österreich.
379	11.1.1888 B	Berlin (Roth) an EDA (Droz)	Der aktive Veredlungsverkehr konnte zwar nicht in den Vertrag aufgenommen werden, doch will ihn Deutschland weiterhin freiwillig zulassen.
384	17.12.1888 B	Berlin (Roth) an EDA (Droz)	Der überraschend günstige Abschluss der Verhandlungen ist auf ein Entgegenkommen Bismarcks zurückzuführen, das wahrscheinlich durch die Flüchtlingsaffären im Frühling veranlasst wurde.
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>II. 1. Wirtschafts-, Handels- und Währungspolitik. Bilaterale Verhandlungen, Nrn. 292, 373.</p> <p>II. 1.1. Der Handelsvertrag mit Frankreich, Nrn. 126, 188.</p> <p>II. 1.3.1. Die Verhandlungen mit Italien. Die Handelsverträge, Nrn. 386, 388.</p> <p>II. 1.4.1. Die Verhandlungen mit Österreich-Ungarn. Der Handelsvertrag, Nrn. 311, 377, 380, 383.</p> <p>II. 1.5. Der Handelsvertrag mit Japan, Nrn. 138, 198, 227, 249, 262, 425.</p> <p>II. 1.8. Der Handelsvertrag mit Spanien, Nr. 226.</p> <p>II. 3.2. Die Zollunionsfrage, Nrn. 280, 293.</p>			

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
1.3. Die Verhandlungen mit Italien			
1.3.1. Die Handelsverträge			
65	8. 3. 1875 At	EHD (Schenk) an Bundesrat	Italien wünscht die vorzeitige Auflösung des Handelsvertrages mit der Schweiz, da es seinen neuen Zolltarif in Kraft setzen möchte und die Verträge mit Österreich und Frankreich vor jenem mit der Schweiz ablaufen. Die Schweiz soll Verhandlungen nicht ablehnen, doch kann sie sich nicht festlegen, bevor der neue Zolltarif bekannt ist.
79	28. 9. 1875 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat beschliesst die Instruktionen für die Vertragsverhandlungen in Rom. Schwerpunkt bildet die Meistbegünstigung. Eine vorzeitige Kündigung soll bloss zugestanden werden, wenn Italien von einseitigen Zollerhöhungen abrückt.
83	19. 11. 1875 S	EHD (Schenk) an Paris (Kern)	Frankreich ist in seinem Bestreben zu unterstützen, die Verhandlungen mit Italien möglichst zu verzögern, denn ein neuer Vertrag wird zweifellos schlechter sein als der alte.
89	18. 2. 1876 N	Bundesrat an Bern (Italienische Gesandtschaft)	Die Schweiz akzeptiert den italienischen Wunsch, die Verhandlungen in Rom wieder aufzunehmen, fordert aber italienische Konzessionen, damit die Bundesversammlung dem Vertrag zustimme.
102	12. 10. 1876 At	EHD (Schenk) an Bundesrat	Schenk referiert die vorausgegangenen Verhandlungen mit Italien über eine vorzeitige Ersetzung des Handelsvertrages. Diese sind gescheitert, weil Italien zu viele Zollerhöhungen anstrebte. Der italienische Protektionismus und die Arbeiten an einem neuen schweizerischen Zolltarif lassen Verhandlungen nicht sinnvoll erscheinen.
153	16. 1. 1879 At	HLD (Droz) an Bundesrat	Droz hält das italienische Entgegenkommen für ungenügend, um einen Tarifvertrag mit Zollkartell abzuschliessen. Er schlägt stattdessen ein temporäres Meistbegünstigungsabkommen vor.
154	28. 1. 1879 N	Rom (Handelsvertragsdelegation) an Rom (italienische Unterhändler)	Die Schweiz kann ohne italienische Konzessionen kein Zollkartell eingehen und schlägt daher temporäre Meistbegünstigung vor.
A	26. 1. 1879 T	Rom (Handelsvertragsdelegation) an Bundesrat	Text einer Konvention mit Italien, welche dem Bundesrat von den Handelsvertragsdelegierten zur Gutheissung unterbreitet wird.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
228	19. 1. 1883 BR-Prot.	Bundesrat	Nachdem Italien den alten Vertrag nicht mehr verlängern will, beschliesst der Bundesrat, erneut Unterhändler nach Rom zu schicken. Der Abschluss eines Zollkartells ist zu vermeiden.
A	30. 10. 1882 Prot.	Bern (Expertenkonferenz)	Eine Expertenkonferenz bespricht die Handelsbeziehungen mit Spanien und Italien. Was Spanien betrifft, so sind Schritte zur Beilegung des Zollkriegs bereits eingeleitet. Eine Senkung des Weinzolls steht ausser Diskussion. Mit Italien ist ein Vertrag anzustreben, denn vom Generaltarif sind vor allem Baumwolle und Stickereien betroffen. Einen gewissen Ausweg bietet hier der Schmuggel. Gegen einen Vertrag opponieren die Vertreter der Baumwollindustrie.
232	1. 3. 1883 B	Rom (Handelsvertragsdelegation) an Bundesrat	Ein Konventionaltarif aufgrund der Instruktionen des Bundesrates ist unmöglich, denn die Unterhändler haben Italien verschiedene Reduktionen des Tarifs zugesichert. Die Forderungen nach italienischen Zollsenkungen sind nur mit einem Zollkartell zu erreichen.
234	22. 3. 1883 B	Rom (Bavier) an EPD (Ruchonnet)	Der Handelsvertrag ist unterzeichnet. Zusätzliche italienische Forderungen nach Einführung eines Zollkartells, Streichung des Artikels über die Förderung einer Alpenbahn und Senkung der Gotthardtarchive wurden in ein Protokoll verwiesen.
A	26. 2. 1883 B	Lugano (Franscini) an Oberzolldirektion	Der Zolldirektor in Lugano warnt vor dem Abschluss eines Zollkartells. Er erklärt, die Bedeutung des Schmuggels werde von Italien aus verhandlungstaktischen Gründen übertrieben und fordert Massnahmen gegen den öffentlichen Tabaksmuggel.
239	22. 6. 1883 BR-Prot.	Bundesrat	Die italienische Waffenfabrikanten blockieren den unterzeichneten Vertrag. Die Schweiz will ihren Wünschen nur nachkommen, wenn sie eine Reduktion auf Spitzen erlangt.
240	27. 6. 1883 B	Rom (Bavier) an EPD (Ruchonnet)	Bavier meldet, Minister Mancini sei ungehalten über die schweizerische Anfrage, ob die Regierung den unterzeichneten Vertrag dem Parlament vorlegen wolle, andernfalls würde ihn der Bundesrat für erledigt ansehen. Die Schweiz soll unbedingt einer Vertragsverlängerung zustimmen, um einen Bruch mit Italien zu vermeiden.
241	30. 6. 1883 T	Bundesrat an Rom (Bavier)	Der Bundesrat nimmt den italienischen Vorschlag, den alten Vertrag bis zur raschen Einigung auf einen neuen zu verlängern, an, er erwartet jedoch, dass Italien in der Zwischenzeit seine geplante Zollerhöhung aufschiebt.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
254	6.12.1883 BR-Prot.	Bundesrat	Am 27.11.1883 wurde in Rom ein Protokoll betreffend Abänderung des Vertragstexts vom 22.3.1883 vereinbart. Italien erhöht den Zoll für Gewehrbestandteile, die Schweiz jenen für Südfrüchte und Teigwaren.
350	5.11.1887 B	Rom (Bavier) an EPD (Droz)	Bavier hat beim italienischen Vertragsunterhändler Ellena sondiert, ob sich der schweizerisch-italienische Vertrag, jedenfalls in den wichtigsten Punkten, verlängern liesse. Ellena scheint zu akzeptabler Lösung bereit, nämlich Beibehaltung des Käsezolls, dafür freie Hand für Italien bei Holz und Kautschuk. Bavier hat sich auch bei den österreichischen Unterhändlern in Rom für den Käsezoll verwendet. Die französisch-italienischen Verhandlungen sind festgefahren.
354	16.12.1887 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat beschliesst die Instruktionen für die Verhandlungen mit Italien in Rom: Möglichst den status quo sichern. Die Schweiz will den Wermut höher belasten und das Vieh für die Verhandlungen mit Österreich reservieren sowie Erleichterung bei den Zollformalitäten verlangen.
362	17.2.1888 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat beschliesst neue Instruktionen für die Verhandlungen mit Italien: An italienischen Konzessionen für Baumwollgewebe, Maschinen und Stickerien wird festgehalten, die Sorge um die Seidenzölle dagegen Frankreich überlassen und das italienische Angebot bei Käse angenommen.
364	29.2.1888 B	Rom (Bavier) an EDA (Droz)	Bavier hat eine unbefristete reine Meistbegünstigungskonvention unterzeichnet, obwohl der Bundesrat eine solche Konvention von der Bindung der bisherigen Ansätze für Baumwolle und Maschinen abhängig gemacht hatte.
A	1.3.1888 T	Rom (Bavier) an EDA	Text der Meistbegünstigungskonvention.
365	3.3.1888 BR-Prot.	Bundesrat	Bavier soll das Meistbegünstigungsabkommen durch eine Meistbegünstigungserklärung ersetzen.
A	6.3.1888 T	Rom (Bavier) an EDA	Bavier übermittelt eine Stellungnahme von Crispi, wonach eine Ersetzung des Abkommens unmöglich ist und schlägt den gegenseitigen Verzicht auf die Ratifikation, bei gleichzeitiger stillschweigender Zubilligung der Meistbegünstigung, vor.
382	1.12.1888 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat verabschiedet die Instruktionen und ernennt die Unterhändler.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft - Empfänger	Inhalt
A	24.11.1888 At	EDA (Droz) an Bundesrat	Die Schweiz kann bei den gegenwärtigen italienischen Verträgen wenig von der Meistbegünstigung profitieren. Dies im Unterschied zu Italien, das die Vergünstigungen des Vertrages zwischen der Schweiz und Frankreich geniesst. Der französisch-italienische Zollkrieg hat die Verhandlungen verzögert. Falls Italien kein Entgegenkommen zeigt, ist mit schweizerischen Zoll-erhöhungen zu drohen.
386	25.12.1888 B	Rom (Bavier) an EDA (Droz)	Trotz starkem Widerstand der italienischen Unterhändler glaubt Bavier an ein Übereinkommen, da Crispi aus politischen Gründen daran gelegen sei. Die angebotenen guten Dienste der deutschen Botschaft sollen erst am Schluss in Anspruch genommen werden. Plädiert für Bekämpfung des Schmuggels.
388	29.12.1888 B	Rom (Bavier) an EDA (Droz)	Die deutsche Botschaft hat sich für die Schweiz eingesetzt. Solms zufolge steht einer Einigung nichts im Wege, wenn die Schweiz den Schmuggel unterbindet.
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>II. 1. Wirtschafts-, Handels- und Währungspolitik. Bilaterale Verhandlungen, Nrn. 292, 373.</p> <p>II. 1.1. Der Handelsvertrag mit Frankreich, Nrn. 85, 124 Annex, 128, 130.</p> <p>II. 1.2. Der Handelsvertrag mit Deutschland, Nrn. 300, 363, 378.</p> <p>II. 1.3.2. Die Verhandlungen mit Italien. Die Bekämpfung des Schmuggels, Nrn. 152, 259.</p> <p>II. 1.4.1. Die Verhandlungen mit Österreich-Ungarn. Der Handelsvertrag, Nrn. 311, 377, 383.</p> <p>II. 1.5. Der Handelsvertrag mit Japan, Nr. 249.</p> <p>III. 1.1. Die Lage in West- und Mitteleuropa, Nr. 428.</p> <p>VI. 1.4. Der Bau der Gotthardbahn. Die internationalen Stationen im Tessin, Nr. 279.</p>			
1.3.2. Die Bekämpfung des Schmuggels			
152	30.12.1878 BR-Prot.	Bundesrat	Italien will den Handelsvertrag bloss verlängern, wenn die Schweiz einem Zollkartell zur Bekämpfung des Schmuggels zustimmt, das in den wichtigsten Zügen skizziert wird. Der Bundesrat hält das Kartell für unannehmbar, erklärt sich aber zu Verhandlungen bereit.
A1	6.1.1879 At	EFZD (Hammer) an Bundesrat	Umreisst die Ausgangslage und formuliert die maximalen Konzessionen in bezug auf ein Zollkartell. Vorab gelte es, Zeit zu gewinnen.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
A2	6. 1. 1879 N	Bundesrat an Bern (Italienische Gesandtschaft)	Der Bundesrat erklärt, er lehne ein Zollkartell nach dem Vorbild des italienisch-österreichischen ab, erklärt sich aber bereit zu Verhandlungen.
A3	4./9. 2. 1879 B	Lugano (Franscini) an EFZD	Die neuen italienischen Schutzzölle haben zu einem starken Tabakschmuggel geführt. Ein Zollkartell würde, wie das Beispiel Österreich zeigt, Italien wenig nützen, wäre aber für die Schweiz sehr nachteilig.
179	5. 11. 1880 N	Bundesrat an Bern (Italienische Gesandtschaft)	Der Bundesrat erklärt auf italienische Beschwerde hin, der Kanton Tessin sei veranlasst worden, alle notwendigen Massnahmen zu treffen, um Angriffe von Schmugglern auf italienische Grenzposten von schweizerischem Gebiet aus zu verunmöglichen und die Schuldigen zu bestrafen.
A	8. 11. 1880 B	Lugano (Franscini) an Oberzolldirektion	Die Grenzzwischenfälle werden von Italien gewaltig aufgebauscht und die Angriffe gingen von italienischen Bürgern aus. Die Zolldirektion Lugano hat immerhin eine bessere Überwachung der Grenze angeordnet.
259	1. 3. 1884 B	Rom (Bavier) an EPD (Welti)	Bavier beklagt sich bei Aussenminister Mancini über Grenzverletzungen der italienischen Zöllner bei der Verfolgung von Schmugglern, über eine Auslegung des Zolltarifs, welche den schweizerischen Handel schädigt und über die Verschleppung der Frage der Freiplätze am Collegium Borromäum. Mancini verspricht Abhilfe, fordert jedoch gleichzeitig, die Schweiz solle den Schmuggel unterbinden.
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>II. 1.3.1 Die Verhandlungen mit Italien. Die Handelsverträge, Nrn. 153, 154, 228, 232, 234, 386, 388.</p> <p>III. 1.1. Die Lage in West- und Mitteleuropa, Nr. 428.</p> <p>VI. 1.4. Der Bau der Gotthardbahn. Die internationalen Stationen im Tessin, Nr. 279.</p>			
<p>1.4. Die Verhandlungen mit Österreich-Ungarn 1.4.1. Der Handelsvertrag</p>			
217	23. 3. 1882 B	Wien (Tschudi) an HLD (Droz)	Tschudi hält eine vom Bundesrat angeregte Intervention zugunsten schweizerischer Exporteure bei der Festsetzung des neuen, stark erhöhten österreichischen Zolltarifs aus politischen und diplomatischen Gründen für unmöglich.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
286	27. 3. 1885 S	HLD (Droz) an Wien (Aepli)	Die neuen österreichischen Zollerhöhungen sind bewusst protektionistisch gestaltet. Die fehlende schweizerische Handelsstatistik verhindert ein Urteil darüber, ob der Vertrag gekündigt werden soll. Von zentraler Bedeutung ist der Stickereiveredlungsverkehr mit dem Vorarlberg.
311	18. 1. 1887 BR-Prot.	Bundesrat	Die Kündigung des italienisch-österreichischen Vertrages wirft die Frage auf, ob die Schweiz ihren Vertrag mit Österreich ebenfalls künden soll. Der Bundesrat will aber noch die österreichischen Verhandlungen mit Deutschland und Italien und die neuen schweizerischen und österreichischen Zolltarife abwarten.
377	24. 9. 1888 At	EDA (Droz) an Bundesrat	Droz berichtet über eine Konferenz der Bundesräte Droz, Hammer und Welti mit den Gesandten Aepli, Bavier, Lardy und Roth über die Verhandlungen mit Österreich, Deutschland und Italien. Die Schweiz soll den Vertrag mit Österreich bis Ende Jahr verlängern. Arlbergbahn.
380	16. 11. 1888 S	EDA (Droz) an Wien (Aepli)	Zusatzvereinbarungen zum Handelsvertrag, besonders jene über die Viehseuchenpolizei, sind durch einen Notenaustausch zu regeln, um sie der Diskussion in den Räten zu entziehen. Die vorgeschlagene Formulierung für ein Zollkartell geht zu weit.
A1	14. 11. 1888 Prot.	Wien (Aepli) an Droz (EDA)	Aepli unterbreitet dem Bundesrat einen Protokollentwurf über Viehseuchen, Markenschutz und Zollkartell als Anhang zum Handelsvertrag.
A2	16. 11. 1888 S	Droz (EDA) an Wien (Aepli)	Droz schickt Aepli einen Notentwurf z. H. der österreichischen Regierung, welcher Viehseuchenpolizei und Gewerbliches Eigentum regelt und die Zollkartellfrage in die Zukunft verschiebt.
381	17. 11. 1888 S	EDA (Droz) an Wien (Aepli)	Droz verwahrt sich gegen die Kritik, der Bundesrat führe die Verhandlungen nachlässig. Er verweist darauf, dass der Bundesrat aufgrund schriftlicher Berichte der Departemente beschliesse, was sehr viel Zeit erfordere.
383	17. 12. 1888 S	EDA (Droz) an Rom (Cramer-Frey)	Nachdem sich die Delegierten aufgrund der heftigen und verunglimpfenden Kritik im Nationalrat ausserstande erklärt haben, die Verhandlungen mit Italien weiterzuführen, versichert ihnen Droz, der Bundesrat und die Parlamentsmehrheit hätten volles Vertrauen in ihre Verhandlungsführung.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>II. 1. Wirtschafts-, Handels- und Währungspolitik. Bilaterale Verhandlungen, Nrn. 292, 373.</p> <p>II. 1.2. Der Handelsvertrag mit Deutschland, Nrn. 299, 300, 353, 363, 378, 379.</p> <p>II. 1.3.1. Die Verhandlungen mit Italien. Die Handelsverträge; Nrn. 65, 350, 354.</p> <p>II. 1.4.2. Die Verhandlungen mit Österreich-Ungarn. Die Viehseuchenkonvention, Nr. 374.</p> <p>II. 1.5. Der Handelsvertrag mit Japan, Nr. 249.</p> <p>II. 1.6. Der Handelsvertrag mit Rumänien, Nr. 100.</p>			
<p>1.4.2. Die Viehseuchenkonvention</p>			
374	29. 5. 1888 BR-Prot.	Bundesrat	Die Viehseuchenkonvention nützt der starken österreichischen Ausfuhr und führt zur Einschleppung von Seuchen. Sie soll, wie von der Gesellschaft schweizerischer Landwirte gefordert, bei Gelegenheit gekündigt und im Zusammenhang mit dem Handelsvertrag nicht erwähnt werden.
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>II. 1.4.1 Verhandlungen mit Österreich-Ungarn. Der Handelsvertrag, Nr. 380.</p>			
<p>1.5. Der Handelsvertrag mit Japan</p>			
138	12. 11. 1878 S	Bundesrat an Paris (Kern)	Der Bundesrat hat Vorbereitungen zu den von Japan gewünschten Verhandlungen über eine Änderung des Handelsvertrages getroffen. Er macht seine Stellungnahme von jener Frankreichs, Englands und Deutschlands abhängig.
A	1. 11. 1878 N	Paris (Japanische Gesandtschaft) an Paris (Kern)	Japan wünscht seine Zolltarifautonomie zurückzuerlangen und bietet dafür die Öffnung weiterer Häfen und die Abschaffung der Ausfuhrzölle an.
198	2. 9. 1881 BR-Prot.	Bundesrat	Die Schweiz wird an den Handelsvertragsverhandlungen in Tokio teilnehmen und sich durch den deutschen Gesandten vertreten lassen. Sie lehnt, in Übereinstimmung mit Deutschland und England, den japanischen Vertragsentwurf ab.
A	ohne Datum Instruktion	Bundesrat	Instruktionen für die schweizerischen Delegierten an den Vertragsverhandlungen in Tokio. Starke Anlehnung an deutsche Vorschläge.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
227	18. 12. 1882 BR-Prot.	Bundesrat	Der frühere deutsche Gesandte in Tokio, Eisendecker, hat Bedenken geäußert, dass ein Honorarkonsul nicht die nötigen Eigenschaften besitze, um an den Handelsvertragsverhandlungen teilzunehmen.
229	13. 2. 1883 B	Zürich (Vorort) an HLD (Droz)	Der Handels- und Industrieverein ist für Annahme des Vorschlags der Mächte zur Abänderung des japanischen Handelsvertrags. Er wünscht eine Teilnahme der Schweiz an den weiteren Verhandlungen und die Beibehaltung der Konsulargerichtsbarkeit. Handel mit der Türkei.
230	15. 2. 1883 S	EPD (Ruchonnet) an Yokohama (Wolff)	Ruchonnet berichtet über eine Unterredung mit dem japanischen Gesandten in Paris, Ida. Dieser wünscht die Ersetzung des schweizerischen Handelskonsuls Wolff an den Vertragsverhandlungen durch einen Diplomaten. Ruchonnet erläutert das System der schweizerischen Aussenvertretungen, das wo immer möglich Honorarkonsuln anstelle von Diplomaten einsetzt.
249	19. 10. 1883 VN	Bundesrat an die teilnehmenden Staaten an der Konferenz von Tokio	Die Schweiz stimmt dem Vorschlag der Konferenz von Tokio über einen neuen japanischen Zolltarif zu. Sie ist auch bereit, die Konsulargerichte durch internationale Gerichte zu ersetzen und ein Ablaufdatum für den bisher unbefristeten Handelsvertrag gegen Öffnung des ganzen Landes für die Ausländer zuzugestehen.
262	4. 4. 1884 B	Yokohama (Wolff) an HLD (Droz)	Der Generalkonsul in Yokohama beklagt sich, er werde vom Bundesrat und vom deutschen Gesandten in Tokio nicht unterstützt. Er erachtet die schweizerischen Verhandlungsforderungen als unrealistisch und wünscht, sein Mandat als Delegierter an den Handelsvertragskonferenzen abzugeben.
A	31. 5. 1884 Az	EPD	Über die Vertretung der Schweiz bei den Verhandlungen in Tokio herrscht Verwirrung. Deutschland und Japan betrachten den deutschen Gesandten, der Bundesrat Generalkonsul Wolff als Delegierten der Schweiz. Das Beste ist auch weiterhin eine Doppelvertretung.
275	30. 10. 1884 S	Bundesrat an Yokohama (Wolff)	Die Schweiz akzeptiert den neuen japanischen Zolltarif, welcher von der Präliminarkonferenz in Tokio ausgearbeitet wurde. Sie ist aber nur zum Verzicht auf die Konsulargerichtsbarkeit bereit, wenn diese auch den Berufskonsuln entzogen wird.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
425	18. 9. 1889 S	EPD (Droz) an Berlin (Roth)	Auf den japanischen Vorschlag zu bilateralen Verhandlungen hin hebt der Bundesrat das Verhandlungsmandat für den deutschen Gesandten in Tokio auf. Er will die weiteren Verhandlungen in Bern oder Berlin führen.
A	21. 9. 1889 Az	Lancy-les Bains (Claparède)	Der schweizerische Gesandte in Washington betont den Nutzen, welchen die Öffnung des japanischen Inlandes dem Handel bringe. Der Preis hiefür seien Zollerhöhungen und die Abschaffung der Konsulargerichtsbarkeit. Die internationale Lage verlange ein Mitmachen der Schweiz, welche sich möglichst an die Grossmächte anlehnen müsse, weil ihr in diesem Raum keine Machtmittel zur Verfügung ständen.
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>II. 1. Wirtschafts-, Handels- und Währungspolitik. Bilaterale Verhandlungen, Nr. 292. X. 1. Japanische Handelsdelegation, Nr. 18 Annex.</p>			
<p>1.6. Der Handelsvertrag mit Rumänien</p>			
100	7. 8. 1876 BR-Prot.	Bundesrat	Rumänien hat mit Österreich eine Handels- und Zollkonvention abgeschlossen und seine Zölle massiv erhöht. Aufgrund von Interventionen aus der betroffenen Industrie will der Bundesrat unverzüglich die Meistbegünstigung anstreben.
103	10. 11. 1876 S	Bundesrat an Wien (Tschudi)	Der Bundesrat wünscht den Abschluss einer Meistbegünstigungserklärung nach dem Vorbild jener zwischen Frankreich und Rumänien.
104	16. 11. 1876 B	Wien (Tschudi) an EPD (Welti)	Rumänien wird sicher eine Meistbegünstigungserklärung nach dem Vorbild jener mit Frankreich, d. h. unter Ausklammerung des «Judenartikels», annehmen. Für einen definitiven Vertrag muss aber auf eine Regelung der Niederlassung verzichtet werden. Kriegsgefahr auf dem Balkan.
123	12. 1. 1878 S	EHD (Heer) an Wien (Tschudi)	Wünscht raschen Abschluss eines Handelsvertrags auf Meistbegünstigungsbasis. Die Niederlassung ist aus dem Vertrag auszuklammern, um die Diskriminierung der Juden nicht sichtbar zu machen, ebenso die Konsulatsfrage, da die völkerrechtliche Stellung Rumäniens noch zuwenig geklärt sei.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
<i>Siehe auch:</i>			
I. 2.3. Die Juden, Nr. 101.			
II. 1. Wirtschafts-, Handels- und Währungspolitik. Bilaterale Verhandlungen, Nr. 292.			
1.7. Der Handelsvertrag mit der Türkei			
64	22. 2. 1875 S	EPD (Scherer) an Wien (Tschudi)	Trotz der Abhängigkeit von Frankreich ist der Einschluss der Schweiz in den französisch-türkischen Vertrag vorteilhafter als ein eigener Vertrag, da die Türkei den Verzicht auf die Konsulargerichtsbarkeit oder die Schaffung einer schweizerischen Gesandtschaft fordern würde. Das Recht auf Grunderwerb ist weiterhin durch Unterzeichnung des Protokolls anzustreben.
208	17. 1. 1882 BR-Prot.	Bundesrat	Das Übereinkommen vom 1. 4. 1880 zwischen der Türkei und Frankreich, welches die in den Handelsvertrag zwischen diesen beiden Ländern eingeschlossene Schweiz benachteiligte, ist von Frankreich auf schweizerisches Ersuchen hin gekündigt worden.
427	22. 11. 1889 BR-Prot.	Bundesrat	Da die Verlängerung des Handelsvertrags mit der Türkei durch Frankreich fraglich ist, will die Schweiz die weitere Gültigkeit des Vertrags für ihren Handel auch nach einer allfälligen französischen Kündigung anstreben.
<i>Siehe auch:</i>			
II. 1. Wirtschafts-, Handels- und Währungspolitik. Bilaterale Verhandlungen, Nr. 292.			
II. 1.5 Der Handelsvertrag mit Japan, Nr. 229.			
II. 3.2. Die Verhandlungen mit Italien. Die Bekämpfung des Schmuggels, Nr. 293.			
II. 5.2. Weltausstellungen. Paris (1878 und 1889), Nr. 109.			
II. 4.2. Die Wahrnehmung von Hoheitsrechten in Savoyen. Verhandlungen über eine Besetzung im Kriegsfall, Nr. 314.			
IV. 1.2. Grunderwerb in der Türkei, Nr. 76.			
1.8. Der Handelsvertrag mit Spanien			
223	22. 10. 1882 S	HLD (Droz) an Madrid (Lardet)	Abriss der bisherigen Verhandlungen. Spanien führt den Zollkrieg gegen die Schweiz, weil diese keine Senkung des Weinzolls zugestehen will.
A	30. 10. 1882 N	Bern (Spanische Gesandtschaft) an EPD (Bavier)	Eine allgemeine Zusage von Zollreduktionen genügt Spanien zur Beendigung des Zollkrieges.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
226	7.12.1882 BR-Prot.	Bundesrat	Entsprechend dem Verhalten des Konkurrenten Deutschland ist Spanien in den Verhandlungen entgegenzukommen.
<i>Siehe auch:</i>			
II. 1. Wirtschafts-, Handels- und Währungspolitik. Bilaterale Verhandlungen, Nr. 292.			
II. 1.3.1. Die Verhandlungen mit Italien. Die Handelsverträge, Nr. 228 Annex.			
1.9. Der Handelsvertrag mit Belgien			
139	15.11.1878 N	Bundesrat an Bern (Belgische Gesandtschaft	Die Schweiz kündigt den Vertrag mit Belgien, da dieser die geplanten schweizerischen Zollerhöhungen verunmöglichen würde. Sie ist aber zu Neuverhandlungen bereit.
<i>Siehe auch:</i>			
II. 1. Wirtschafts-, Handels- und Währungspolitik. Bilaterale Verhandlungen, Nr. 373.			
II. 1.5. Der Handelsvertrag mit Japan, Nr. 249.			
1.10. Der Handels- und Niederlassungsvertrag mit den Niederlanden			
57	28.12.1874 S	Bern (Niederländischer Generalkonsul) an EJPD (Cérésolle)	Die Niederlande wünschen nach der Annahme der neuen Bundesverfassung die Verhandlungen wieder aufzunehmen, die 1863 am fehlenden Niederlassungsrecht für Juden gescheitert sind.
1.11. Die Wahrung der Handelsinteressen in Russland			
296	3.12.1885 B	St. Petersburg (Dupont) an HLD (Droz)	Beklagt sich, dass schweizerische Uhrenfirmen die russischen Einfuhrvorschriften verletzen und sich, wenn ihre Ware vom Zoll beschlagnahmt wird, hilfesuchend an das Konsulat wenden.
1.12. Der Handels- und Niederlassungsvertrag mit Persien			
<i>Siehe:</i>			
I. 1.3.1. Der Kulturkampf. Beeinflussungsversuche der Mächte, Nr. 24.			
X. 2. Staatsbesuche. Der Schah von Persien, Nr. 25 Anm. 3.			

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
1.13. Britischer Einfluss auf die schweizerische Handelspolitik			
<i>Siehe:</i>			
II. 1.1.	Der Handelsvertrag mit Frankreich, Nrn. 124, 191, 199, 207, 214.		
II. 1.5.	Der Handelsvertrag mit Japan, Nrn. 138, 198.		
II. 3.1.	Die schweizerischen Zolltarife, Nr. 238.		
1.14. Der Schiedsvertrag mit den USA			
242	28. 7. 1883 S	EPD (Ruchonnet) an Washington (Frey)	Ruchonnet zeigt sich enttäuscht über die bisherigen Verhandlungen mit den USA, hofft aber gleichwohl, dass ein Schiedsvertrag in naher Zukunft zustande kommen wird.
375	8. 6. 1888 B	Washington (Frey) an EDA (Droz)	Frey glaubt nicht mehr an ein Zustandekommen des Schiedsvertrages.
1.15. Kriegsentschädigungen in Chile			
264	4. 7. 1884 At	EPD (Welti) an Bundesrat	Welti möchte, dass die deutsche Diplomatie die Interessen der von Chile im Krieg gegen Peru und Bolivien geschädigten Schweizer übernimmt, während Chile mit der Schweiz, wie mit Frankreich und den USA, einen Schiedsvertrag abzuschliessen wünscht.
<i>Siehe auch:</i>			
IV. 1.4.3. Siedler in Chile, Nr. 125.			
2. Multilaterale Verhandlungen 2.1. Arbeiterschutz			
392	15. 3. 1889 N	Bundesrat an 14 europäische Staaten	Die europäischen Industriestaaten werden vom Bundesrat auf den September zu einer Arbeiterschutzkonferenz eingeladen.
420	12. 7. 1889 BR-Prot.	Bundesrat	Da Deutschland auf die Note vom Frühling nicht antwortete, wird die Konferenz auf den nächsten Frühling verschoben.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
2.2. Schutz des Geistigen Eigentums			
171	20.1.1880 BR-Prot.	Bundesrat	Trotz Bedenken konstitutioneller Art beschliesst der Bundesrat, die Konferenz zum Schutze des gewerblichen Eigentums zu beschicken.
258	15.1.1884 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat beschliesst, das Abkommen zum Schutze des gewerblichen Eigentums zu ratifizieren, weist jedoch darauf hin, dass die entsprechenden Gesetzesänderungen noch nicht durchgeführt seien.
288	24.4.1885 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat lädt auf den 7. September 1885 zu einer 2. Konferenz zum Schutze des literarischen und künstlerischen Eigentums nach Bern ein.
298	29.3.1886 At	HLD (Droz) an Bundesrat	Droz spricht sich gegen die Revision der Konvention zum Schutze des gewerblichen Eigentums aus und möchte allfällige Abänderungen auf dem Vollzugswege erreichen.
303	14.9.1886 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat informiert darüber, dass die internationale Konvention zum Schutze des literarischen und künstlerischen Eigentums unterzeichnet worden ist.
309	14.1.1887 BR-Prot.	Bundesrat	Minister Bavier wird vom Bundesrat ermächtigt, an der bevorstehenden Konferenz in Rom die beiden Zusatzartikel zur Konvention zum Schutze des gewerblichen Eigentums und das dazugehörige Vollzugsreglement zu unterzeichnen.
351	18.11.1887 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat unterrichtet sich über die Schwierigkeiten bei der Ratifikation der Zusatzartikel zur Konvention zum Schutze des gewerblichen Eigentums.
<i>Siehe auch:</i>			
II. 1.1. Der Handelsvertrag mit Frankreich, Nrn. 128, 205, 216.			
II. 1.4.1. Verhandlungen mit Österreich-Ungarn. Der Handelsvertrag, Nr. 380.			
2.3. Gesundheitswesen			
81	4.10.1875 N	Bundesrat an Bern (Österreichisch-ungarische Gesandtschaft)	Der Bundesrat ist bereit, einer internationalen Sanitar-kommission beizutreten, weist jedoch die Quarantänevorschriften des Konventionentwurfes zurück.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
2.4. Mass- und Gewichtsvereinheitlichung			
66	30. 3. 1875 B	Delegation an der Meterkonferenz an EPD (Scherer)	Der von der Schweiz der internationalen Meterkonferenz vorgelegte Vertragsentwurf dürfte sich – allen Schwierigkeiten zum Trotz – letztlich doch durchsetzen.
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>I. 1.3.1. Der Kulturkampf. Beeinflussungsversuche der Mächte, Nr. 3.</p>			
2.5. Wechselrechtsvereinheitlichung			
385	24. 12. 1888 B	Delegierter an der Wechselrechtskonferenz an Bundesrat	Speiser berichtet, eine Vereinheitlichung des Wechselrechtes habe man in Brüssel zwar nicht erreichen können, doch schein sich jetzt das deutsche Rechtssystem durchzusetzen.
3. Zollfragen			
3.1. Die schweizerischen Zolltarife			
238	21. 6. 1883 S	Bern (Britische Gesandtschaft) an HLD (Droz)	Adams teilt Droz die Befürchtungen des britischen «Board of Trade» bezüglich des neuen schweizerischen Zolltarifentwurfs mit und gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass sich im Nationalrat die protektionistischen Bestrebungen nicht durchzusetzen vermögen.
A	18. 5. 1883 B	Board of Trade an Foreign Office	Das «Board of Trade» bedauert die Abkehr der Schweiz von der Freihandelspolitik.
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>II. 1. Wirtschafts-, Handels- und Währungspolitik. Bilaterale Verhandlungen, Nr. 373.</p> <p>II. 1.1. Der Handelsvertrag mit Frankreich, Nrn. 124, 126, 128, 130, 136, 159, 201, 202, 204, 207, 209, 210 Annex, 211 Annex, 212, 213, 214 Annex, 215.</p> <p>II. 1.2. Der Handelsvertrag mit Deutschland, 169, 300.</p> <p>II. 1.3.1. Die Verhandlungen mit Italien. Die Handelsverträge, Nrn. 102, 232, 254, 354, 362.</p> <p>II. 1.4.1. Die Verhandlungen mit Österreich-Ungarn. Der Handelsvertrag, Nrn. 311, 377.</p> <p>II. 1.9. Der Handelsvertrag mit Belgien, Nr. 139.</p>			

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
3.2. Die Zollunionsfrage			
280	19. 12. 1884 B	Paris (Lardy) an EPD (Welti)	Lardy spricht sich gegen den vom Stickereiunternehmer Steiger-Meyer vorgebrachten Plan aus, die amerikanische Schutzzollpolitik mit koordinierten protektionistischen Massnahmen der Schweiz, Frankreichs und Deutschlands zu bekämpfen, da sich dies kontraproduktiv auswirken könnte.
293	24. 6. 1885 Prot.	Nationalrat	Bundesrat Droz will das Postulat betreffend Massnahmen gegen protektionistische Wirtschaftspraktiken annehmen, spricht sich jedoch gegen die Schaffung einer europäischen Zollunion aus. Handelsvertrag mit Deutschland. Türkei.
352	12. 12. 1887 BR-Prot.	Bundesrat	Droz lehnt das Postulat Berger ab, welches einen Vorstoss zur Schaffung eines zentraleuropäischen Zollvereins fordert.
A	13. 2. 1885	EPD (Droz) an Kiefer-Bär	Droz fasst zusammen, was bisher in der Frage der Schaffung einer europäischen Zollunion geschehen ist und hält eine solche noch immer nicht für realisierbar.
4. Die Münzfrage			
4.1. Die Lateinische Münzunion			
4.1.1. Die Einführung der reinen Goldwährung			
26	27. 10. 1873 At	EFZD (Naeff) an Bundesrat	Zur Klärung der Frage, ob man weiterhin an der Doppelwährung festhalten oder diese zugunsten der Goldwährung aufgeben solle, wie dies der Schweizerische Handels- und Industrieverein wünscht, soll eine Konferenz der Münzunionstaaten einberufen werden.
A	18. 10. 1873 S	Zürich (Vorort) an Bundesrat	Der Schweizerische Handels- und Industrieverein begründet sein Gesuch, der Bundesrat solle die andern Mitglieder der Lateinischen Münzunion zur Einführung der reinen Goldwährung bewegen.
29	5. 12. 1873 BR-Prot.	Bundesrat	Der Instruktionsentwurf des Finanz- und Zolldepartements für die Delegierten an die Pariser Münzkonferenz wird genehmigt, mit der Einschränkung, man solle nicht mit dem Anschluss an das deutsche Goldwährungssystem drohen.
A	4. 12. 1873 At	EFZD (Naeff) an Bundesrat	Instruktion für die schweizerische Delegation an der Konferenz der Lateinischen Münzunion von 1874 in Paris: Stopp der silbernen 5-Franken Prägung und Übergang zur reinen Goldwährung.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
34	24.12.1873 B	Paris (Lardy) an Bundesrat	Die Chancen für die Einführung der reinen Goldwährung haben sich verbessert, doch wird viel von der Zusammensetzung der französischen Delegation an der Konferenz abhängen.
430	28.12.1889 At	EFZD (Hammer) an Bundesrat	Hammer erklärt, dass die Schweiz, solange keine zentrale Notenbank den Geldumlauf regelt, nicht aus der Lateinischen Münzunion austreten und die reine Goldwährung einführen sollte.
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>I. 1.3.1. Der Kulturkampf. Beeinflussungsversuche der Mächte, Nr. 9. II. 4.1.2. Die Lateinische Münzunion. Die Prägekontingente, Nr. 58.</p>			
4.1.2. Die Prägekontingente			
36	15.1.1874 S	Bundesrat an Paris (Delegation an der Münzkonferenz)	Ergänzung der Instruktion für die Delegierten an der Konferenz der Lateinischen Münzunion. Einschränkung der Prägung silberner 5-Frankenstücke.
40	31.1.1874 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat ermächtigt die Delegierten an der Pariser Münzkonferenz zur Unterzeichnung der Zusatzartikel, welche die Prägung von Silbermünzen einschränken.
58	18.1.1875 BR-Prot.	Bundesrat	Da die divergierenden Interessen der Mitgliedstaaten der Lateinischen Münzunion einen völligen Prägestopp für silberne Fünffrankenstücke nicht zulassen, will der Bundesrat, unter Gutheissung des Instruktionseurwurfs von Feer-Herzog, die bisherigen Beschränkungen beibehalten.
62	12.2.1875 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat unterrichtet sich über die Ergebnisse der Pariser Münzkonferenz von 1875.
137	12.11.1878 BR-Prot.	Bundesrat	Die Schweiz kündigt die Münzkonvention von 1865, da diese ihren Interessen nicht mehr gerecht wird, im Falle einer Nicht-Ratifikation der Zusatzkonvention vom 5.11.1878 jedoch in Kraft bleiben würde.
244	28.8.1883 S	Bundesrat an Paris (Lardy)	Die Schweiz beantragt bei den Partnerstaaten der Lateinischen Münzunion eine Erhöhung ihrer Silberprägekontingente, da die bestehenden Münzvorräte nicht mehr ausreichen.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
A	20. 2. 1884 N	Paris (Aussenmini- sterium) an Paris (Lardy)	Frankreich und Griechenland sowie, mit einigen Vor- behalten, Belgien beantworten das schweizerische Begehren nach höheren Prägekontingenten für Silber- münzen positiv, während Italien im Gegenzug eine Erhöhung seiner Kontingente fordert.
276	17. 11. 1884 S	EFZD (Hammer) an Paris (Lardy)	Instruktionen für die Münzkonferenz von 1885.
A	ohne Datum	EFZD (Hammer) an die Delegation an der Münzkonferenz	Wortlaut der Instruktionen.
295	6. 11. 1885 B	Paris (Lardy) an Bundesrat	Lardy teilt mit, dass er die neue Münzkonvention von 1885 unterzeichnet hat.
<i>Siehe auch:</i>			
II. 4.1.1. Die Einführung der reinen Goldwährung, Nr. 29.			
II. 4.2. Die amerikanische Münzkonferenz, Nr. 134 Annex.			
4.1.3. Die Beitritte von Spanien und Rumänien			
349	20. 10. 1887 B	Paris (Lardy) an EPD (Droz)	Lardy spricht sich gegen die Aufnahme der Silberwäh- rungsländer Spanien und Rumänien in die Lateinische Münzunion aus und beklagt die mangelnde Initiative Frankreichs als Vorort der Union.
4.2. Die amerikanische Münzkonferenz			
133	7. 8. 1878 BR-Prot.	Bundesrat	Instruktionen für die Delegierten an der von den USA angeregten Pariser Konferenz zur Münzvereinheitli- chung: Absprache mit den übrigen Staaten der Lateini- schen Münzunion; Beschränkung der Silbermünzen; unveränderte Relation von Gold zu Silber 1:15½.
134	27. 8. 1878	Delegierte an der Münzkonferenz in Paris an Bundesrat	Bericht über den Verlauf der Münzkonferenz, die keine Resultate erbrachte.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
A	1. 9. 1878 S	EFZD (Hammer) an Delegierte an der Münzkonferenz in Paris	Hammer macht Vorbehalte gegenüber dem Vorprojekt des Münzvertrages von 1878. Insbesondere kritisiert er die Prägekontingente für Silbermünzen und die Kündigungsfristen.
166	8. 9. 1879 B	Nationalrat Feer-Herzog an EFZD (Bavier)	Der Währungsspezialist des Bundesrates analysiert die internationale Finanzlage. Deutschland wird nicht zum Bimetallismus zurückkehren und US-Versuche zur Stabilisierung des Silberpreises sind aussichtslos. Präsidentschaftskampagne in den USA.
187	13. 4. 1881 S	Bundesrat an Paris (Kern)	Weil ein Programm der zu behandelnden münzpolitischen Fragen der Einladung nicht beilag, sollen die Delegierten an der Konferenz vorläufig nur «ad audiendum et referendum» teilnehmen.
A	8. 4. 1881 Instruktion	EFZD (Hammer) an die Delegierten an der Münzkonferenz	Instruktionen für die Delegierten an der Münzkonferenz 1881. Nur wenn Deutschland und England zum Bimetallismus zurückkehren, soll sich die Schweiz dem französischen Konventionsentwurf anschliessen.
196	9. 7. 1881 B	Die Delegierten an der Münzkonferenz an EFZD (Hammer)	Burckhardt-Bischoff und Lardy teilen mit, dass eine Einigung zwischen Mono- und Bimetallisten nicht erzielt werden konnte und die Konferenz vertagt wurde.
<i>Siehe auch:</i>			
II. 1.5. Die Situation in den USA, Nr. 250.			
5.1. Weltausstellungen 5.1. Philadelphia (1876)			
56	18. 11. 1874 BR-Prot.	Bundesrat	Da in Industrie- und Handelskreisen nur ein mässiges Interesse an der Weltausstellung 1876 besteht, will der Bundesrat auf eine offizielle Teilnahme verzichten.
68	3. 5. 1875 B	Washington (Hitz) an EHD (Schenk)	Der schweizerische Generalkonsul gibt zu verstehen, dass sowohl wirtschaftliche als auch politische Motive eine Teilnahme der Schweiz an der Ausstellung in Philadelphia erforderten.
70	5. 7. 1875 BR-Prot.	Bundesrat	Nachdem die Räte den Antrag des Bundesrates, die Weltausstellung in Philadelphia offiziell zu beschicken, gutgeheissen haben, wird der Beschluss dem EHD zur Vollziehung überwiesen.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
5.2. Paris (1878 und 1889)			
109	3.2.1877 S	EPD (Heer) an Paris (Kern)	Der Bundesrat hat sich nach einigem Zögern für eine offizielle Beschickung der Pariser Weltausstellung 1878 ausgesprochen. Handelsvertrag mit Frankreich. Handel mit der Türkei. Gotthardbahn.
A	2.8.1878 B	Der Sekretär für Handelswesen (Willi) an EHD (Heer)	Willi berichtet über seine Eindrücke von der Weltausstellung 1878 in Paris.
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>II. 1.1. Der Handelsvertrag mit Frankreich, Nrn. 110, 128. III. 1.1. Die Lage in West- und Mitteleuropa, Nr. 346. III. 4.2. Die Wahrnehmung von Hoheitsrechten in Savoyen. Verhandlungen über eine Besetzung im Kriegsfall, Nr. 314.</p>			

III. SICHERHEITSPOLITIK

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
1. Internationale Lage und Kriegsgefahr 1.1. Die Lage in West- und Mitteleuropa			
22	28.7.1873 B	Berlin (Hammer) an EPD (Cérésole)	Hammer beurteilt das deutsch-französische Verhältnis als schlecht und fragt sich, wie lange es bis zum nächsten Krieg noch dauern wird. Die Beziehungen Deutschlands zu Russland seien sehr gut und England halte sich heraus.
45	7.4.1874 B	Berlin (Hammer) an EPD (Schenk)	Hammer glaubt, wie viele in Deutschland, dass ein neuer Krieg zwischen Deutschland und Frankreich auch die Schweiz treffen könnte, da Frankreich gezwungen wäre, eine Offensive über ihr Gebiet vorzutragen.
67	2.5.1875 B	Berlin (Hammer) an EPD (Scherer)	Hammer glaubt – von Moltke darin bestärkt – immer mehr Anhaltspunkte zu besitzen, dass 1876 ein deutsch-französischer Krieg ausbrechen wird.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
69	13. 5. 1875 B	Berlin (Hammer) an EPD (Scherer)	Die internationale Lage hat sich als Folge des Treffens zwischen dem deutschen und dem russischen Kaiser entspannt.
273	20. 10. 1884 B	Paris (Lardy) an EPD (Welti)	Lardy ist von verschiedener Seite über die Hintergründe der deutsch-französischen Annäherung informiert worden. Danach ist diese bloss temporärer Natur und auf gemeinsame Interessen in der Kolonialpolitik zurückzuführen.
305	28. 12. 1886 T	EPD (Deucher) an Gesandtschaften (Paris, Berlin, Rom und Wien)	Deucher wünscht von den Gesandten Auskunft darüber, wie sie die Kriegsgefahr zwischen Frankreich und Deutschland einschätzen, da sich Bülow in dieser Frage sehr pessimistisch geäussert habe.
306	30. 12. 1886 B	Paris (Lardy) an EPD (Deucher)	Die Gespräche mit einflussreichen Politikern haben ergeben, dass die Gefahr eines Kriegsausbruchs zwischen Deutschland und Frankreich nicht so gross sei, wie dies Bülow gesagt habe.
307	4. 1. 1887 B	Berlin (Roth) an EPD (Droz)	Roth teilt dem Bundesrat erneut mit, dass ein unmittelbar bevorstehender Krieg zwischen Frankreich und Deutschland sehr unwahrscheinlich sei.
308	6. 1. 1887 B	Berlin (Roth) an EPD (Droz)	Obwohl Moltke den Frieden in Europa für recht brüchig hält und vor allem den französischen Friedensbestrebungen nicht traut, schliesst Roth einen bevorstehenden Waffengang aus.
310	14. 1. 1887 B	Paris (Lardy) an EPD (Droz)	Die Tatsache, dass Bismarck die Grenze bei Belfort stärker sichern will, bedeutet, obgleich die Kriegsgefahr im Moment gering ist, dass auch die Schweiz ihrer Grenzsicherung vermehrte Beachtung schenken sollte.
312	20. 1. 1887 B	Wien (Aepli) an EPD (Droz)	Solange Frankreich keinen Allianzpartner findet und nicht aus innenpolitischen Gründen den Krieg mit Deutschland sucht, ist der Friede in Europa gesichert, meint Aepli, der sich im übrigen auch für eine verstärkte Landesverteidigung ausspricht.
321	18. 2. 1887 B	Berlin (Roth) an EPD (Droz)	Das Ausmass der Bedrohung infolge eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich sei von Bülow übertrieben worden. Seine Äusserungen hätten wohl die schweizerische Reaktion prüfen sollen. Tripelallianz. Bulgarien.
333	11. 3. 1887 B	Berlin (Roth) an EPD (Droz)	Roth glaubt, dass im deutsch-französischen Verhältnis eine Entspannung eingetreten ist und dass Italien — wenn überhaupt — anlässlich der Erneuerung der Tri-

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft - Empfänger	Inhalt
339	4. 5. 1887 B	Paris (Lardy) an EPD (Droz)	pelallianz höchstens Kompensationen in seiner «Mittelmeer-Interessensphäre» erwarten könne. Lardy hat von britischen Diplomaten Crowe erfahren, dass Kriegsminister Boulanger vom deutschen Militärattaché nicht begrüßt worden sei und sieht darin ein Zeichen deutscher Kriegsbereitschaft. Aufstand in Kreta.
344	30. 5. 1887 B	Berlin (Roth) an EPD (Droz)	Roth beklagt sich, dass seinen Berichten zur französisch-deutschen Krise weit weniger Gewicht beigemessen werde als jenen von Lardy, obwohl dessen Informanten nicht als zuverlässig angesehen werden könnten.
345	1. 6. 1887 S	EPD (Droz) an Paris (Lardy)	Droz teilt Lardy mit, dass Roth seine pessimistische Einschätzung der Kriegsgefahr nicht teile und den deutschen Botschafter in Paris nicht als Vertrauensmann von Bismarck bezeichnet habe. In Berlin wolle man den Frieden.
346	8. 6. 1887 B	Paris (Lardy) an EPD (Droz)	Auch nach der Entmachtung von Boulanger besteht die Kriegsgefahr weiterhin. Weltausstellung in Paris 1889. Ägypten.
428	20. 12. 1889 B	Rom (Bavier) an EDA (Droz)	Gespräch mit König Umberto I. Dieser hält den europäischen Frieden nicht für gefährdet. Italien muss die von Bavier beanstandeten Grenzkontrollen beibehalten, da es auf die Zollerträge angewiesen ist.
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>I. 1.3.1. Der Kulturkampf. Beeinflussungsversuche der Mächte, Nrn. 2, 14, 31. II. 1.1. Der Handelsvertrag mit Frankreich, Nrn. 124, 136. II. 1.2. Der Handelsvertrag mit Deutschland, Nr. 141. III. 1.2. Die Orientalische Frage, Nr. 355. III. 1.3. Das Attentat auf Kaiser Wilhelm I., Nr. 132. III. 1.4. Das Attentat auf Zar Alexander II., Nr. 173. III. 2.1. Die Neutralität im Urteil des Auslandes, Nrn. 331, 424. III. 2.2. Neutralitätsgarantien, Nrn. 313, 390. III. 3. Der Ausbau der Landesverteidigung, Nr. 371. III. 4.2. Die Wahrnehmung von Hoheitsrechten in Savoyen. Verhandlungen über eine Besetzung im Kriegsfall, Nrn. 314, 319, 334. III. 4.3. Die Wahrnehmung von Hoheitsrechten in Savoyen. Die Haltung von Deutschland und Italien, Nr. 336. III. 5. Französische Festungsbauten im Grenzgebiet zur Schweiz, Nrn. 71, 122. III. 6. Der italienische Irredentismus, Nr. 106. IV. 5.2. Der Fall Wohlgemuth, Nr. 413.</p>			

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft - Empfänger	Inhalt
1.2. Die Orientalische Frage			
355	21.1.1888 B	Wien (Aepli) an EDA (Droz)	Ein militärischer Zusammenstoss zwischen Österreich und Russland wegen des Besitzes von Bulgarien scheint unausweichlich. Die Verbündeten Österreichs sind an der Frage desinteressiert. Ein Verzicht Österreichs zugunsten Russlands hätte einen Aufschwung des staatsgefährdenden Panslawismus in Österreich selbst zur Folge.
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>II. 1.1. Der Handelsvertrag mit Frankreich, Nr. 136. II. 1.2. Der Handelsvertrag mit Deutschland, Nr. 141. II. 1.6. Der Handelsvertrag mit Rumänien, Nr. 104. III. 1.1. Die Lage in West- und Mitteleuropa, Nrn. 22, 306, 312, 321, 339, 346. III. 1.4. Das Attentat auf Zar Alexander II., Nr. 173. III. 2.1. Die Neutralität im Urteil des Auslandes, Nr. 424. III. 2.2. Neutralitätsgarantien, Nr. 313. IV. 1.4.4. Die Kolonie Chabag in Russland, Nr. 165. IV. 1.4.5. Schweizer Kaufleute in Ägypten, Nr. 220. IV. 2. Die schweizerische Asylrechtspraxis, Nr. 162 Annex. VI. 1.1. Der Bau der Gotthardbahn. Finanzierung und Verwendung der Baurestgelder, Nr. 120.</p>			
1.3. Das Attentat auf Kaiser Wilhelm I.			
132	11. 6. 1878 B	Berlin (Roth) an EPD (Schenk)	Der Feldzug gegen die Sozialdemokratie, der nach dem zweiten Kaiserattentat eingesetzt hat, wird die Schweiz ebenfalls tangieren. Auflösung des Reichstags. Annäherung Bismarcks ans katholische Zentrum.
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>IV. 3.1. Die «Avant-garde», Nr. 148.</p>			
1.4. Das Attentat auf Zar Alexander II.			
173	18. 2. 1880 B	Berlin (Roth) an EPD (Welti)	Roth befürchtet, Russland werde wegen des neuerlichen Attentats auf den Zaren Druck auf die Schweiz ausüben, um sie zu einer restriktiven Flüchtlingspolitik zu bewegen. Kulturkampf. Militärische Bedrohung Deutschlands und internationale Lage. Rumänien.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
<i>Siehe auch:</i>			
IV. 2. Die schweizerische Asylrechtspraxis, Nr. 186.			
1.5. Die Situation in den USA			
250	22. 10. 1883 B	Washington (Frey) an EPD (Ruchonnet)	Nach einem Überblick über die Rassenproblematik, die Arbeiterfrage und die Temperenzbewegung bespricht Frey die Bland Bill, d. h. die Remonetisierung des Silbers und ihre währungs- und handelspolitischen Folgen.
<i>Siehe auch:</i>			
II. 3.2. Die Zollunionsfrage, Nr. 280.			
II. 4.2. Die amerikanische Münzkonferenz, Nr. 166.			
1.6. Der Tod von Kronprinz Rudolf von Österreich			
391	31. 1. 1889 B	Wien (Aepli) an EDA (Droz)	Aepli erklärt, der plötzliche Tod des Kronprinzen habe eine Fülle von Gerüchten ausgelöst, doch sei offiziell der «Herzschlag als die wirkliche Todesursache anzusehen». Rühmt Bildung und Gelehrsamkeit des Verstorbenen.
1.7. Der Stresazwischenfall			
221	22. 9. 1882 BR-Prot.	Bundesrat	Ein Ausflug des Piusvereins nach Stresa führte dort, der mitgetragenen päpstlichen Bänder und Kokarden wegen, zu kleinen Zwischenfällen.
1.8. Der Kampf um die Staatsform in Frankreich			
<i>Siehe:</i>			
I. 1.3.1. Der Kulturkampf. Beeinflussungsversuche der Mächte, Nr. 24.			
I. 1.3.3. Der Kulturkampf im Ausland, Nr. 38.			
II. 1.1. Der Handelsvertrag mit Frankreich, Nr. 136.			
III. 4.2. Die Wahrnehmung von Hoheitsrechten in Savoyen. Verhandlungen über eine Besetzung im Kriegsfall, Nr. 337.			
IV. 4.2. Die französischen Kommunarden, Nr. 15.			
VI. 1.1. Der Bau der Gotthardbahn. Finanzierung der Bahn und Verwendung der Bau-restgelder, Nr. 119.			
VI. 2. Der Bau der Simplonbahn, Nr. 17.			

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft - Empfänger	Inhalt
2. Die schweizerische Neutralität 2.1. Die Neutralität im Urteil des Auslandes			
331	2. 3. 1887 S	EPD (Droz) an Berlin (Roth)	Bülow hat gegenüber Droz betont, dass der deutsche Reichskanzler über die Massnahmen der Schweiz zur Wahrung ihrer Neutralität im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich sehr erfreut sei.
424	6. 8. 1889 B	Rom (Pioda) an EDA (Droz)	Crispi hat sich beklagt, dass die Schweiz ihre Verteidigungsbemühungen ausschliesslich gegen Italien richte, obwohl doch im Wohlgemuthhandel einzig Italien auf der Seite der Schweiz gestanden habe. Äthiopienpolitik. Abflauen des Irredentismus.
<i>Siehe auch:</i> I. 1.3.1. Der Kulturkampf. Beeinflussungsversuche der Mächte, Nr. 16. III. 1.1. Die Lage in West- und Mitteleuropa, Nrn. 45, 321. III. 2.2. Neutralitätsgarantien, Nr. 390. IV. 2. Die schweizerische Asylrechtspraxis, Nrn. 403, 405, 408, 411, 414, 415. IV. 5.1. Der Fall Haupt/Schröder, Nr. 370. IV. 5.2. Der Fall Wohlgemuth, Nrn. 399 Annex, 409, 413.			
2.2. Neutralitätsgarantien			
183	22. 1. 1881 B	Berlin (Roth) an Bern (Welti)	Anlässlich einer Unterredung mit Moltke äusserte sich letzterer dahingehend, dass die schweizerische Neutralität von Deutschland respektiert werde, solange sich auch Frankreich daran halte.
313	26. 1. 1887 B	Berlin (Roth) an EPD (Droz)	Staatssekretär Bismarck sei erfreut darüber, dass einflussreiche schweizerische Persönlichkeiten ihr Vertrauen in die deutschen Zusicherungen, die Neutralität der Schweiz zu achten, ausgedrückt hätten.
318	10. 2. 1887 S	EPD (Droz) an Berlin (Roth)	Roth soll alles in die Wege leiten, um im Fall eines neuen Krieges zwischen Deutschland und Frankreich von der Regierung unverzüglich eine Erklärung zu erhalten, dass die Neutralität der Schweiz respektiert wird.
A	ohne Datum Az	Generalstab	Weil die Schweizerarmee nicht gleichzeitig die West- und die Nordgrenze erfolgreich verteidigen kann, verlangt der Generalstab eine schriftliche Garantieerklärung von Deutschland, die Integrität der Schweiz zu respektieren.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
329	27. 2. 1887 B	Berlin (Roth) an EPD (Droz)	Falls sich die Lage verschlimmert, wird Roth sofort mit Staatssekretär Bismarck zusammentreffen, um mit diesem eine Neutralitätsdeklaration auszuarbeiten. Gegenwärtig ist es jedoch noch zu früh.
389	13. 1. 1889 B	Berlin (Roth) an EDA (Droz)	Staatssekretär Bismarck hat Roth erneut versichert, Deutschland werde die schweizerische Neutralität auf keinen Fall verletzen. Die Schweiz müsse aber in der Lage sein, sich glaubwürdig zu verteidigen.
390	28. 1. 1889 S	EDA (Droz) an Berlin (Roth)	Droz vertritt die Meinung, man könne den Versicherungen der Nachbarstaaten, im Kriegsfall die Neutralität der Schweiz zu respektieren, kein absolutes Vertrauen schenken.
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>I. 1.3.1. Der Kulturkampf. Beeinflussungsversuche der Mächte, Nr. 31. III. 3. Der Ausbau der Landesverteidigung, Nr. 371. III. 4.2. Die Wahrnehmung von Hoheitsrechten in Savoyen. Verhandlungen über eine Besetzung im Kriegsfall, Nr. 323 Annex. III. 5. Französische Festungsbauten im Grenzgebiet zur Schweiz, Nr. 175.</p>			
<p>3. Der Ausbau der Landesverteidigung</p>			
371	8. 5. 1888 At	EDA (Droz) an Bundesrat	Dadurch, dass nun auch Italien mit Deutschland und Österreich-Ungarn verbündet ist, hat sich die sicherheitspolitische Lage der Schweiz entscheidend verändert. Daher schlägt Droz ein Massnahmenbündel vor, um der Gefahr entgegenzuwirken.
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>III. 2.2. Neutralitätsgarantien, Nrn. 389, 390. III. 4.2. Die Wahrnehmung von Hoheitsrechten in Savoyen. Verhandlungen über eine Besetzung im Kriegsfall, Nrn. 320, 323, 332. III. 5. Französische Festungsbauten im Grenzgebiet zur Schweiz, Nr. 122.</p>			
<p>3.1. Der Festungsbau</p>			
284	5. 3. 1885 B	Paris (Lardy) an EMD (Hertenstein)	Kriegsminister Lewal hat sich für eine verstärkte schweizerische Landesverteidigung ausgesprochen. Die Schweiz solle sich durch den Bau von Festungsanlagen die Mittel zur Verteidigung ihrer Neutralität schaffen.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>III. 1.1. Die Lage in West- und Mitteleuropa, Nrn. 310, 312. III. 2.1. Die Neutralität im Urteil des Auslandes, Nr. 424. III. 2.2. Neutralitätsgarantien, Nr. 183.</p>			
3.2. Die Schaffung eines Nachrichtendienstes			
326	25. 2. 1887 BR-Prot.	Bundesrat	Wegen der angespannten internationalen Lage erhält das Politische Departement einen Kredit von Fr. 1000.— zum Aufbau eines Nachrichtendienstes.
A	23. 12. 1886 B	Stabsbüro (Pfyffer) an EMD (Hertenstein)	Pfyffer schlägt vor, den Nachrichtendienst im Falle einer Verwicklung der Schweiz in einen Krieg mit Hilfe von Auslandschweizern und über neutrale Staaten zu organisieren.
4. Die Wahrnehmung von Hoheitsrechten in Savoyen			
4.1. Die Verhinderung französischer Festungsbauten			
252	17. 11. 1883 BR-Prot.	Bundesrat	Die Gesandtschaft soll in Paris eine Note übergeben, in welcher gegen den geplanten Bau einer Befestigung im neutralisierten Teil Savoyens protestiert wird.
A	17./18. 11. 1883 Az	Bern (Lardy)	Aufzeichnung des Gesandten in Paris über seine Unterredungen mit Ruchonnet und Welti über die Savoyerfrage. Ruchonnet wünscht eine Regelung des Besetzungsrechts, Welti den Verzicht auf die Neutralisierung gegen französische Kompensationen.
253	21. 11. 1883 B	Paris (Lardy) an EPD (Ruchonnet)	Lardy hat dem neuen Aussenminister Ferry die Protestnote überreicht. Dieser wünscht wegen der Tinking-Debatte keine öffentliche Diskussion, deutet aber französisches Entgegenkommen an.
255	19. 12. 1883 At	EPD (Ruchonnet) an Bundesrat	Ruchonnet berichtet über die Beilegung des Streits mit Frankreich wegen einer allfälligen Befestigung des Mont Vuache in der neutralisierten Zone Savoyens. Frankreich hat schriftlich und mündlich seinen Verzicht auf den Festungsbau erklärt.
256	24. 12. 1883 B	Paris (Lardy) an EPD (Ruchonnet)	Der glatte Verzicht auf den Festungsbau in der neutralisierten Zone Savoyens ist das Werk Ferrys, welcher sich gegen die Ministerialbürokratie durchgesetzt hat.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
4.2. Verhandlungen über eine Besetzung im Kriegsfall			
314	26.1.1887 B	Paris (Lardy) an EPD (Droz)	Aussenminister Flourens hält die Kriegsgefahr für gering und einzig von Deutschland ausgehend. Er zeigt sich beunruhigt über die italienischen Truppenverschiebungen in den Alpen und erinnert an den Irredentismus betr. Nizza und Savoyen. Um dieser Gefahr zu entgehen, sollte die schweizerische Besetzung der neutralisierten Zone geregelt werden. Weltausstellung in Paris 1889. Handel mit der Türkei.
317	8.2.1887 BR-Prot.	Bundesrat	Der französische Aussenminister und der Ministerpräsident haben dem schweizerischen Gesandten gegenüber Anspielungen über die savoyische Neutralität gemacht. Der Bundesrat beschliesst, Verhandlungen über das schweizerische Besetzungsrecht aufzunehmen.
A	3.2.1887 M	EPD (Droz)	Droz legt folgende Gedanken vor: Aufgrund der Wiener Schlussakte von 1815 ist das Besetzungsrecht der Schweiz unbestritten. Die savoyische Neutralität hat den gleichen Rang wie jene der Schweiz. Zur Besetzung ist keine vorherige Vereinbarung notwendig.
319	14.2.1887 B	Paris (Lardy) an EPD (Droz)	Flourens hat bei einem zufälligen Gespräch, unter Hinweis auf die drohende Haltung Italiens, Verhandlungen über eine ev. schweizerische Besetzung Savoyens vorgeschlagen.
320	16.2.1887 B	Paris (Lardy) an Bundesrat	Kriegsminister Boulanger weist auf die Verpflichtung der Schweiz hin, die Neutralität Savoyens zu verteidigen. Lardy fragt den Bundesrat, ob er Verhandlungen aufnehmen soll.
322	19.2.1887 B	Paris (Lardy) an EPD (Droz)	Lardy hat mit Flourens gesprochen. Dieser hält es für vordringlich, eine genaue Umschreibung des neutralisierten Gebietes vorzunehmen. Die Verhandlungen sollen rasch und äusserst geheim erfolgen.
323	22.2.1887 BR-Prot.	Bundesrat	Gestützt auf einen Bericht des Generalstabes beschliesst der Bundesrat den Entwurf für ein Abkommen mit Frankreich zur Regelung der Modalitäten bei einer allfälligen Besetzung.
A	19.2.1887 B	Stabsbüro (Pfyffer) an EMD	Pfyffer hält die allfällige Besetzung der neutralisierten Zone für vorteilhaft, falls Frankreich die Garantie abgibt, die schweizerische Neutralität zu beachten.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
324	22. 2. 1887 S	EPD (Droz) an Paris (Lardy)	Lardy soll mit dem französischen Aussenminister einen Vertrag über die Modalitäten einer ev. schweizerischen Besetzung abschliessen. Die Begrenzung der Zone soll nicht strategischen Überlegungen, sondern dem Wortlaut der Wiener Schlussakte entsprechen.
325	24. 2. 1887 B	Paris (Lardy) an EPD (Droz)	Flourens möchte anstelle des von der Schweiz vorgeschlagenen Vertrages bloss Schreiben austauschen, die im Kriegsfall veröffentlicht würden.
327	26. 2. 1887 S	EPD (Droz) an Paris (Lardy)	Droz ist erstaunt über die Zurückhaltung von Flourens gegenüber den Eröffnungen von Lardy, kann sich aber auch mit einem Notenaustausch einverstanden erklären.
328	26. 2. 1887 B	Paris (Lardy) an EPD (Droz)	Flourens erklärt, die Bestimmung der Demarkationslinie der neutralisierten Zone sei Sache des Kriegsministers, der sich seinerseits für eine klare Regelung ausspricht.
330	1. 3. 1887 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat billigt die 6 vom Gesandten Lardy ausgearbeiteten Schreibensentwürfe, welche eine allfällige Besetzung regeln sollen.
332	7. 3. 1887 B	Paris (Lardy) an EPD (Droz)	Die Verhandlungen haben eine schlechte Wendung genommen. Der Kriegsminister erhebt neue Forderungen betr. Abgrenzung des neutralisierten Gebietes und der Aussenminister fordert eine Regelung für den Fall, dass die Schweiz nicht imstande wäre, das Gebiet zu verteidigen.
334	15. 3. 1887 B	Paris (Lardy) an EPD (Droz)	Der Militärberater des Aussenministers hat erklärt, die französische Regierung habe das Interesse an den Verhandlungen verloren, da keine Kriegsgefahr mehr bestehe. Lardy hat sich bei Freycinet beklagt und will die Stellungnahme des verantwortlichen Ministers vor dem Abbruch der Verhandlungen abwarten.
335	27. 3. 1887 S	EPD (Droz) an Paris (Lardy)	Nachdem die Äusserungen eines Militärberaters die Schweiz nicht zum Abbruch der Verhandlungen hätten bewegen können, suche Frankreich die Verhandlungen zu verschleppen. Droz will darauf mit einer Note antworten, welche die Haltung der Schweiz darlegt.
337	16. 4. 1887 S	EPD (Droz) an Paris (Lardy)	Da der Sturz der französischen Regierung bevorsteht, muss sofort die geplante Note übergeben werden. Diese ist rückzudatieren, um den Eindruck zu erwecken, die Initiative zu den Verhandlungen sei von der Schweiz ausgegangen.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
338	20. 4. 1887 B	Paris (Lardy) an EPD (Droz)	Lardy hat Flourens die rückdatierte Note übergeben. Dieser nahm die Erklärung, die Schweiz erwarte keine Antwort, ohne Widerspruch zur Kenntnis.
A	23. 2. 1887 N	Paris (Lardy) an Paris (Aussenministerium)	Haltung der Schweiz zur Zonenfrage: Sie stützt sich auf den Wortlaut der Verträge von 1815 und ist zu Besprechungen über die Modalitäten einer Besetzung auch weiterhin bereit.
340	7. 5. 1887 S	EPD (Droz) an Paris (Lardy)	Auf weitere Vorstösse in der Savoyerfrage ist zu verzichten, denn Frankreich wird höchstens unter Druck nachgeben.
348	12. 9. 1887 At	EPD (Droz) an Bundesrat	Aufgrund von Presseberichten wünschte der französische Botschafter Auskunft über schweizerische Vorstösse in der Savoyerfrage. Droz orientiert ihn und gleichzeitig die Vertreter von Deutschland, Italien und England.
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>III. 2.2. Neutralitätsgarantien, Nr. 390. III. 4.3. Die Wahrnehmung von Hoheitsrechten in Savoyen. Die Haltung Deutschlands und Italiens, Nr. 336. IV. 5.1. Der Fall Haupt/Schröder, Nr. 370. IV. 5.2. Der Fall Wohlgemuth, Nr. 413. VI. 4. Die Anschlüsse an das französische Bahnnetz, Nr. 203.</p>			
4.3. Die Haltung Deutschlands und Italiens			
336	12. 4. 1887 BR-Prot.	Bundesrat	Holstein hat Roth erklärt, wegen der Beziehungen Deutschlands zu Italien wäre eine schweizerische Besetzung Savoyens nicht erwünscht. Italien seien keine Kompensationen im Rahmen der Tripelallianz gemacht worden. Der Bundesrat beschliesst, Holstein ein Memorandum über die Savoyerfrage zu überreichen.
393	21. 3. 1889 B	Berlin (Roth) an EDA (Droz)	Die Haltung der deutschen Regierung betreffend die Besetzung Savoyens durch die Schweiz habe sich insofern geändert, als man annehme, eine Besetzung «cum animo possidendi» komme nicht mehr in Frage. Roth verweist auch auf die Gefahr, dass Italien als Kompensation für eine schweizerische Erwerbung von Savoyen das Tessin beanspruchen könnte.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>III. 2.2. Neutralitätsgarantien, Nr. 390. III. 4.2. Wahrnehmung von Hoheitsrechten in Savoyen. Verhandlungen über eine Besetzung im Kriegsfall, Nrn. 340, 348. IV. 5.1. Der Fall Haupt/Schröder, Nr. 370.</p>			
<p>5. Französische Festungsbauten im Grenzgebiet zur Schweiz</p>			
71	9.7.1875 B	Berlin (Claparède) an EPD (Scherer)	Die Gesandtschaft Berlin informiert über den fortgeschrittenen französischen Festungsbau. Kriegsgefahr zwischen Deutschland und Frankreich.
121	30.10.1877 S	Bern (Welti) an Paris (Kern)	Der frühere Vorsteher des Militärdepartements zeigt sich beunruhigt über die französischen Festungsbauten.
122	11.1.1878 BR-Prot.	Bundesrat	Auf die Beschwerde des Bundesrates, Frankreich baue die Festungswerke zu nahe an der schweizerischen Grenze, habe der Gesandte auf den rein defensiven Charakter und die Schutzwirkung der Festungen auch für die Schweiz hingewiesen. Verhältnis Deutschland-Frankreich.
175	5.5.1880 B	Paris (Kern) an EPD (Welti)	Sowohl General Farre als Gambetta haben Kern gegenüber den rein defensiven Charakter der französischen Festungsbauten hervorgehoben und ihren festen Willen betont, die Neutralität der Schweiz zu respektieren.
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>III. 4.1. Die Wahrnehmung von Hoheitsrechten in Savoyen. Die Verhinderung französischer Festungsbauten, Nrn. 252, 253, 255, 256.</p>			
<p>6. Der italienische Irredentismus</p>			
106	16.12.1876 B	Rom (Pioda) an EPD (Welti)	Depretis bestreitet erneut jede ernsthafte Absicht Italiens, jemals die Annexion des Tessins in Aussicht genommen zu haben.
266	8.8.1884 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat wünscht die Abberufung des italienischen Konsuls in Lugano wegen irredentistischer Umtriebe.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
270	13. 9. 1884 VN	EPD (Schenk) an Bern (Italienische Gesandtschaft)	Falls Italien weiterhin zögert, die Konsequenzen aus den irredentistischen Tätigkeiten seines Konsuls in Lugano zu ziehen, wird der Bundesrat bis Ende Monat über weitere Massnahmen entscheiden.
272	17. 10. 1884 BR-Prot.	Bundesrat	Weil Italien mit der Amtsenthebung des Konsuls Grecchi die Forderungen der Schweiz erfüllt hat, will der Bundesrat auf weitere Schritte verzichten.
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>III. 1.1. Die Lage in West- und Mitteleuropa, Nr. 333. III. 2.1. Die Neutralität im Urteil des Auslandes, Nr. 424. III. 2.2. Neutralitätsgarantien, Nr. 390. III. 4.2. Die Wahrnehmung von Hoheitsrechten in Savoyen. Verhandlungen über eine Besetzung im Kriegsfall, Nr. 314. III. 4.3. Die Wahrnehmung von Hoheitsrechten in Savoyen. Die Haltung Deutschlands und Italiens, Nrn. 336, 393.</p>			

IV. NIEDERLASSUNGS- UND ASYLPOLITIK

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
1. Niederlassung			
1.1. Der Niederlassungsvertrag mit Deutschland			
8	21. 4. 1873 BR-Prot.	Bundesrat	Hammers Vorschlag, Elsass-Lothringen aus dem Niederlassungsvertrag auszuklammern, um das Vertragswerk nicht zu gefährden, findet die Zustimmung des Bundesrates.
88	11. 2. 1876 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat genehmigt die Formel, welche die Ausweisung in der Schweiz naturalisierter deutscher Staatsbürger aus Deutschland zulässt, wenn die Erwerbung des Schweizerbürgerrechts mit dem Ziel getätigt worden ist, dem Militärdienst zu entgehen.
422	29. 7. 1889 KS	EDA an Gesandtschaften (Berlin, Paris, Rom, Wien)	Die Gesandten werden über die Kündigung des Niederlassungsvertrags mit Deutschland und die Rechtfertigung der Kündigung durch Bülow informiert.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
426	15.11.1889 B	Berlin (Roth) an EDA (Droz)	Vieles spricht dafür, dass Deutschland den Niederlassungsvertrag deshalb gekündigt hat, weil Frankreich aufgrund der Meistbegünstigung Gleichbehandlung verlangt hat.
429	26.12.1889 S	EDA (Droz) an Berlin (Roth)	Droz ist mit Roths Absicht einverstanden, wonach die materiellen Hauptbestimmungen des alten Vertrags beizubehalten sind.
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>I. 1.3.1. Der Kulturkampf. Beeinflussungsversuche der Mächte, Nr. 16. III. 1.1. Die Lage in West- und Mitteleuropa, Nr. 22. IV. 2. Die schweizerische Asylrechtspraxis, Nrn. 403, 417, 419, 421. IV. 5.2. Der Fall Wohlgemuth, Nrn. 418, 423 Annex.</p>			
1.2. Grunderwerb in der Türkei			
27	29.10.1873 B	Wien (Tschudi) an EPD (Cérésole)	Die Türkei will der Schweiz die Unterzeichnung des Protokolls, welches den Ausländern den Grundbesitz erlaubt, nicht gestatten, solange sich ihre Bürger unter den Schutz fremder Konsulate stellen und so der türkischen Gerichtsbarkeit entzogen sind.
A	15.10.1873 S	Wien (Tschudi) an Konstantinopel (Heer)	Die persönliche Meinung Tschudis geht dahin, die Schweizer sollten sich unter die türkische Jurisdiktion stellen, da die Türken allen Grund hätten, sie für ihre Pionierrolle im Kampf gegen die Kapitulationen zu belohnen.
61	8.2.1875 B	Wien (Tschudi) an EPD (Scherer)	Tschudi umreisst die bisherigen erfolglosen Bemühungen, den Schweizern das Recht auf Grundbesitz zu verschaffen. Er führt den Misserfolg auf französische Intrigen und den türkischen Versuch zur Abschaffung der Konsulargerichtsbarkeit zurück.
76	20.8.1875 BR-Prot.	Bundesrat	Nachdem die bisherigen Verhandlungen in Wien mit dem türkischen Botschafter, in Bern mit dem englischen und deutschen Gesandten und in Paris mit dem früheren französischen Botschafter in Konstantinopel keinen Erfolg gebracht haben, beschliesst der Bundesrat, die Verhandlungen einzustellen.
A	25.3.1875	Landammann von Glarus (Heer) an EPD (Scherer)	Eine Konferenz der Glarner Druckindustriellen stellt fest, sie halte den Handelsvertrag und damit ein gutes Verhältnis zu Frankreich für vordringlich. Grunderwerb ist unter deutschem Schutz bereits möglich.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft - Empfänger	Inhalt
247	28.9.1883 BR-Prot.	Bundesrat	Nachdem die Verhandlungen mit der Türkei 1875 abgebrochen wurden, möchte der Bundesrat nun durch die Vermittlung Frankreichs das Protokoll über Grunderwerb unterzeichnen.
<i>Siehe auch:</i>			
II. 1.7. Der Handelsvertrag mit der Türkei, Nr. 64.			
1.3. Russische Studentinnen in Zürich			
63	17.2.1875 S	St. Petersburg (Radowitz) an Berlin (deutsche Regierung)	Das Vorgehen Scherers, der sich mittels einer Note an die russische Regierung über das Studienverbot für Russinnen in Zürich beschwerte, sei nach Meinung von Gortschakoff charakteristisch für die gelegentliche Überheblichkeit der kleinen, durch ihre Neutralität geschützten Schweiz.
1.4. Interessenwahrnehmung von Schweizer Emigranten			
1.4.1. Konsulargerichtsbarkeit in Japan			
219	11.7.1882 BR-Prot.	Bundesrat	Ergänzungen zum Konsularreglement von 1866 betreffend Konsulargerichtsbarkeit.
A	11.7.1882 KS	Bundesrat an Konsulate in Japan	Da die Schweiz kein einheitliches Strafrecht besitzt, die Anwendung von 25 verschiedenen kantonalen Strafrechten je nach Herkunft des Täters aber unsinnig ist, wird den Konsulaten ein deutsches Lehrbuch empfohlen.
<i>Siehe auch:</i>			
II. 1.5. Der Handelsvertrag mit Japan, Nrn. 229, 249, 262, 275.			
1.4.2. Siedler in Argentinien			
177	2.7.1880 B	Buenos Aires (Jaccard) an Bundesrat	Der Konsul in Buenos Aires erklärt, er könne den geschädigten Kolonisten von Helvezia nur durch Anfragen beim Auswanderungsamt beistehen und verweist sie an die Gerichte.
A	März 1880 Petition	Siedler in Helvezia an Bundesrat	Die Siedler klagen, die lokalen Behörden nähmen ihnen den Boden weg und sie würden zugunsten der spanischsprechenden Bevölkerung benachteiligt.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
218	2. 5. 1882 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat stimmt dem vom deutschen Ministerresidenten — unter Umgehung des schweizerischen Konsuls — ausgehandelten Vorschlag zu, die Angehörigen eines gelynchten Schweizer mit \$ 2000 zu entschädigen.
1.4.3. Siedler in Chile			
125	1. 2. 1878 S	Bundesrat an Valparaiso (Zürcher)	Der Konsul soll sich, zusammen mit den übrigen ausländischen Vertretern, bei der Regierung für seine geschädigten Landsleute in Punta Arenas verwenden.
A	5. 12. 1877 B	Valparaiso (Zürcher) an EPD (Heer)	Der Konsul hat sich, vorläufig erfolglos, für seine Landsleute eingesetzt. Er betont die Problematik der Auswanderung in den Süden Chiles.
1.4.4. Die Kolonie Chabag in Russland			
165	15. 7. 1879 BR-Prot.	Bundesrat	Der Generalkonsul aus Petersburg hat mitgeteilt, dass Schweizer, die wegen Verweigerung des Militärdienstes aus Russland ausgewiesen worden sind, nun auch aus Bessarabien, welches auf dem Berliner Kongress an Russland gefallen ist, vertrieben werden. Diese Massnahmen werden ungeachtet des schweizerisch-russischen Niederlassungsvertrages ergriffen.
1.4.5. Kaufleute in Ägypten			
220	12. 9. 1882 S	Bundeskanzlei an Zürich (Vorort)	Die bei den Unruhen in Alexandrien geschädigten Schweizer müssen sich für allfällige Entschädigungen an ihre jeweilige Schutzmacht wenden, doch ist der Bundesrat bereit, die vom Vorort gesammelten Forderungen an die betreffenden Staaten weiterzuleiten.
1.5. Die Passfrage mit Frankreich			
<p><i>Siehe:</i></p> <p>I. 1.2. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit dem Heiligen Stuhl, Nr. 32.</p> <p>I. 1.3.1. Der Kulturkampf. Beeinflussungsversuche der Mächte, Nrn. 9, 10, 24.</p> <p>II. 1.1. Der Handelsvertrag mit Frankreich, Nr. 12.</p>			

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
2. Die schweizerische Asylrechtspraxis			
92	13. 3. 1876 N	Bundesrat an Bern (Österreichische Gesandtschaft)	Der Bundesrat erklärt, dass Personen, welche sich eines politischen Vergehens schuldig gemacht haben, in der Schweiz weder belangt noch ausgeliefert werden, ausser es könne ihnen ein gemeinsames Verbrechen nachgewiesen werden.
142	29. 11. 1878 B	Berlin (Roth) an EPD (Schenk)	Roth hat, jedenfalls bis jetzt, noch keine Kenntnis von Unterredungen zwischen den europäischen Mächten über ein Vorgehen gegen die Schweiz wegen ihrer zu largen Handhabung der Asylrechtspolitik. Er vermutet, die deutsche Regierung werde in Bern vertraulich vorsprechen.
143	2. 12. 1878 B	Wien (Tschudi) an EPD (Schenk)	Die spanische Initiative, welche die Schweiz zu einer Verschärfung ihrer Asylpolitik zwingen will, wird in Wien kaum beachtet.
144	3. 12. 1878 B	Berlin (Roth) an EPD (Schenk)	Spanien drängt die andern Mächte, obwohl dies bestritten wird, Druck auf die Schweiz auszuüben. Roth glaubt, dass Deutschland und Frankreich entsprechende Schritte unternehmen werden.
145	3. 12. 1878 B	Rom (Pioda) an EPD (Schenk)	Pioda ist vom spanischen Gesandten in Rom versichert worden, Spanien wünsche die guten Beziehungen zur Schweiz aufrechtzuerhalten.
A	1. 12. 1878 S	Rom (Spanische Gesandtschaft) an Rom (Pioda)	Coello versichert Pioda, Spanien wolle keine Massnahmen gegen die Schweiz wegen ihrer Asylpolitik ergreifen.
146	4. 12. 1878 B	Paris (Kern) an EPD (Schenk)	In Paris besteht die Befürchtung, die Kampagne gegen die Schweiz könnte von den Monarchien auch auf Frankreich ausgedehnt werden.
147	7. 12. 1878 KS	EJPD an 9 Kantone	Das Justiz- und Polizeidepartement warnt die Kantone Zürich, Bern, Solothurn, Baselstadt, Baselland, Schaffhausen, Tessin, Neuenburg, Genf, dass wegen der Sozialistengesetzgebung ein Zustrom deutscher Sozialisten zu befürchten ist.
162	26./27. 5. 1879 B	Wien (Tschudi) an EPD (Hammer)	Laut Tschudi geht die Kampagne, welche die Schweiz zu einer Verschärfung des Asylrechts bewegen soll, von Reichskanzler Bismarck selbst aus. Dieser bezeichnet Genf als Angelpunkt der internationalen Anarchistenszene.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
A	29./30. 4. 1879 B	Wien (Tschudi) an EPD (Hammer)	Von Berlin ausgehend gibt es eine konzertierte Aktion zwischen Berlin, Petersburg und Wien, um die Schweiz zu einer Änderung ihrer Asylpolitik zu zwingen.
185	5. 4. 1881 B	Berlin (Roth) an EPD (Droz)	Roth berichtet über den Antrag Windthorst und die Hetzkampagne in der deutschen Presse gegen Länder, welche eine zu large Asylpolitik betreiben.
186	12. 4. 1881 B	Wien (Tschudi) an EPD (Droz)	Der deutsch-russische Vorschlag, das Asylrecht einzuschränken und gegen die politischen Flüchtlinge vorzugehen, stösst in Österreich-Ungarn auf wenig Unterstützung.
190	20. 4. 1881 B	Berlin (Roth) an EPD (Droz)	Roth nimmt an, dass England, Frankreich und Italien die russische Anregung für eine internationale Konferenz über die Asylrechtsfrage zurückweisen werden.
A	20. 4. 1881 T	Berlin (Roth) an EPD (Droz)	Roth teilt mit, dass eine russische Zirkularnote, welche eine Konferenz zur Bekämpfung des «revolutionären Cosmopolitismus» anregt, in Berlin eingetroffen ist.
193	5. 5. 1881 B	Wien (Tschudi) an EPD (Droz)	Die russische Zirkularnote wird sich trotz der zustimmenden Antwort der österreichischen Regierung als Schlag ins Wasser erweisen.
237	18. 5. 1883 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat lehnt es trotz anderslautenden Empfehlungen des Instituts für internationales Recht ab, politische Verbrecher auszuliefern. Ein entsprechendes Begehren der spanischen Regierung wird deshalb abgelehnt.
260	11. 3. 1884 Az	EPD (Welti)	Laut Bülow hat sich Bismarck über das Vorgehen der Behörden gegen die Anarchisten in der Schweiz gefreut, gleichzeitig aber auch zu verstehen gegeben, dass dies notwendig ist, wenn die Schweiz eine internationale Aktion gegen ihre Asylpolitik verhindern will.
261	15. 3. 1884 B	Berlin (Roth) an EPD (Welti)	Deutschland wird keine Initiative zur Bekämpfung des internationalen Anarchismus und Sozialismus ergreifen, einen russischen Vorschlag aber unterstützen.
268	26. 8. 1884 KS	Bundesrat an Kantone	Der Bundesrat erinnert die Kantone daran, dass, obschon die Polizeigewalt primär in ihren Händen liege, die Bundesbehörden dennoch in die Lage kommen könnten, Massnahmen gegen politische Flüchtlinge zu ergreifen. Er fordert die Kantone deshalb zur Zusammenarbeit auf.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
277	18.11.1884 At	EPD (Welti) an Bundesrat	Welti berichtet über eine Unterredung mit dem österreichischen Gesandten, welcher den Vorschlag machte, das Delikt der Ermordung eines Staatsoberhauptes in den Auslieferungsvertrag aufzunehmen.
281	8.1.1885 At	EJPD (Ruchonnet) an Bundesrat	Ruchonnet will auf der bestehenden Auslieferungspraxis beharren und Attentäter auf Staatsoberhäupter nur dann ausliefern, wenn ein gemeinsames Verbrechen vorliegt.
282	26.2.1885 BR-Prot.	Bundesrat	Um die beschlossene Anarchistenuntersuchung durchzuführen, wird Nationalrat Müller zum Generalanwalt ernannt.
283	2.3.1885 At	EPD (Schenk) an Bundesrat	Schenk berichtet, der österreichische Gesandte habe erneut die Auslieferung von Königsattentätern, ohne Rücksichtnahme auf ihre Motive, gefordert.
287	14.4.1885 At	EJPD (Ruchonnet) an Bundesrat	Das Justiz- und Polizeidepartement ist bereit, in der Anarchistenuntersuchung mit den deutschen Behörden zusammenzuarbeiten.
289	5.5.1885 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat will sich in keine Polemik über die erneuten deutschen Vorwürfe einlassen, die Schweiz protegiere die Anarchisten, weist jedoch die Anschuldigungen entschieden zurück.
297	29.1.1886 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat lehnt es definitiv ab, in den neuen Auslieferungsvertrag mit Österreich eine automatische Auslieferung bestimmter politischer Verbrecher aufzunehmen. Die Schweiz muss in jedem Fall selbst über die Natur des Verbrechens entscheiden können.
347	1.7.1887 PR-Prot.	Bundesrat	Die Schweiz soll politische Verbrecher nur dann ausliefern, wenn sie auch ein gemeinsames Verbrechen begangen haben, wobei sie nur wegen letzterem belangt werden dürfen.
372	10.5.1888 B	Berlin (Roth) an EDA (Droz)	Roth meint, die deutsche Reaktion auf die Indiskretionen von Fischer sei deswegen so heftig ausgefallen, weil sie für die Regierung in einem äusserst ungünstigen Zeitpunkt — Diskussion über die Verlängerung des Sozialistengesetzes — erfolgt seien.
402	30.5.1889 B	Wien (Carlin) an EDA (Droz)	Der österreichische Aussenminister hat sich dahin geäußert, das absolute Asylrecht sei nicht mehr zeitgemäss. Er zeigt sich auch befremdet vom harten Vorgehen gegen Wohlgemuth, zumal dem Treiben der russischen Flüchtlinge in Zürich ruhig zugeschaut worden sei.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft - Empfänger	Inhalt
403	31. 5. 1889 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat verteidigt sich gegen die deutschen Anschuldigungen, er behandle Anarchisten und Sozialrevolutionäre besser als den deutschen Beamten Wohlgemuth. Er lehnt auch die deutsche Auslegung des Niederlassungsvertrages ab, wonach die Schweiz nur deutsche Bürger mit einem Leumundszeugnis aufnehmen darf.
405	7. 6. 1889 B	Berlin (Roth) an EDA (Droz)	Die Note des Bundesrates vom 31. Mai hat die Lage noch verschlimmert. Deutscher Meinung nach müsse die Schweiz erkennen, dass ihr aus der Neutralität auch Pflichten erwachsen. Es sei nun eine konzertierte Aktion der Mächte zu erwarten. Roth spricht sich im nationalen Interesse für eine Verschärfung der Asylpolitik aus.
407	11. 6. 1889 BR-Prot.	Bundesrat	Droz informiert den Bundesrat über die Antwort Bismarcks. Da die Schweiz sich seinen Forderungen gegenüber ablehnend verhalten hat, wolle er nun die angedrohten Massnahmen ergreifen.
408	12. 6. 1889 Az	EDA (Droz)	Aufzeichnung von Droz über die Übergabe der Note durch Bülow und die mündliche Beschwerde von Hamburger, der sich persönlich von der Aktion distanzirt, aber wie Bülow das Treiben der Anarchisten und Sozialisten beklagt.
410	13. 6. 1889 S	EDA (Droz) an Berlin (Roth)	Droz informiert den Gesandten in Berlin über die Notenübergabe und die nachfolgenden Vorsprachen des österreichischen und des russischen Gesandten, die beide wenig Begeisterung für das deutsche Vorgehen zeigten.
411	13. 6. 1889 B	Berlin (Roth) an EDA (Droz)	Wenn der Bundesrat die fremdenpolizeilichen Massnahmen verschärft, ist nach Meinung von Roth die Angelegenheit Wohlgemuth beigelegt.
A	13. 6. 1889 T	Berlin (Roth) an EDA (Droz)	Bismarck werde sich wahrscheinlich damit zufriedengeben, dass die Schweiz ihre fremdenpolizeilichen Massnahmen verschärfe.
412	14. 6. 89 N	EDA (Droz) an Bern (Österreichische Gesandtschaft)	Droz beharrt auf seiner Ablehnung einer automatischen Auslieferung von Königsmördern und bedauert im übrigen die Verzögerung beim schweizerisch-österreichischen Auslieferungsvertrag. Im Konflikt mit Deutschland musste die Schweiz ihre souveränen Rechte wahren.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
414	17. 6. 1889 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat zeigt sich erstaunt über den Vorwurf, die Schweiz sei ein Zentrum der internationalen Verschwörung und verweist dabei auf die von ihm getroffenen Massnahmen.
415	25. 6. 1889 T	Berlin (Roth) an EDA (Droz)	Roth hat vernommen, dass die Erklärung von Droz im Nationalrat zur Frage der Asylrechtsgewährung der deutschen Regierung einen positiven Eindruck gemacht habe.
416	28. 6. 1889 T	Berlin (Roth) an EDA	Roth hält es für angebracht, der deutschen Regierung Zusicherungen betreffend eine bessere Überwachung politischer Flüchtlinge zu machen.
417	29. 6. 1889 T	Berlin (Roth) an EDA (Droz)	Der Konflikt mit Deutschland geht dem Ende entgegen. Bismarck werde voraussichtlich den Niederlassungsvertrag kündigen, im übrigen aber die Wirksamkeit der schweizerischen Massnahmen auf dem Gebiet der Fremdenpolizei abwarten.
419	9. 7. 1889 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat bestreitet in seiner Antwort auf die im Protokoll enthaltene deutsche Note vom 26. Juni erneut die dortige Auslegung des Niederlassungsvertrages, wonach die Schweiz den Deutschen ohne Leumundszeugnis keine Niederlassungsbewilligung erteilen darf.
421	17. 7. 1889 T	Berlin (Roth) an Bundesrat	Roth glaubt aufgrund eines Gesprächs mit Staatssekretär Bismarck annehmen zu dürfen, dass sich der Konflikt mit Deutschland entschärft hat. Die Kündigung des Niederlassungsvertrages werde allerdings bald erfolgen.
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>II. 1.2. Der Handelsvertrag mit Deutschland, Nr. 141. III. 1.1. Die Lage in West- und Mitteleuropa, Nr. 333. III. 1.3. Das Attentat auf Kaiser Wilhelm I., Nr. 132. III. 1.4. Das Attentat auf Zar Alexander II., Nr. 173. III. 2.2. Neutralitätsgarantien, Nr. 389. IV. 1.1. Der Niederlassungsvertrag mit Deutschland, Nrn. 422, 429. IV. 1.3. Russische Studentinnen in Zürich, Nr. 63. IV. 3.1. Die «Avant-garde», Nrn. 148, 149, 150. IV. 3.2. Der «Révolté», Nr. 197. IV. 3.3. Die «Freiheit», Nr. 225. IV. 3.4. Der «Sozialdemokrat» und der «Rote Teufel», Nrn. 367, 369. IV. 5.1. Der Fall Haupt/Schröder, Nrn. 356, 357, 359. IV. 5.2. Der Fall Wohlgemuth, Nrn. 399, 400, 404, 409, 418, 423.</p>			

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
3. Massnahmen gegen die Emigrantenpresse 3.1. Die «Avant-garde»			
148	8.12.1878 B	Berlin (Roth) an Bundesrat	Roth berichtet über den Besuch beim Kaiser kurz nach dem missglückten Attentat. In Deutschland, meint Roth, würde ein energisches Vorgehen gegen die «Avant-garde» sicher einen guten Eindruck machen.
149	11.12.1878 B	Berlin (Roth) an EPD (Schenk)	Roth hat Bülow versichert, der Bundesrat werde alles tun, um der deutschen Regierung in bezug auf die Überwachung der Fremden entgegenzukommen. Schritte gegen die «Avant-garde» stünden seiner Ansicht nach unmittelbar bevor.
150	13.12.1878 KS	Bundesrat an Gesandtschaften (Paris, Rom, Berlin, Wien)	Der Bundesrat teilt den Gesandten mit, dass die «Avant-garde» verboten worden ist und betont, dass dies ohne Druck von aussen geschehen sei.
151	18.12.1878 B	Berlin (Roth) an EPD (Schenk)	Roth schildert die positiven Reaktionen von Seiten Bismarcks und Bülows auf das Verbot der «Avant-garde».
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>IV. 2. Die schweizerische Asylrechtspraxis, Nr.162.</p>			
3.2. Der «Révolté»			
170	9.1.1880 S	Genf (Regierung) an Bundesrat	Aufgrund der Pressefreiheit kann die Genfer Regierung die Zeitschrift «Révolté» nicht verbieten, man werde jedoch die ausländischen Mitarbeiter des Blattes überwachen
197	23.8.1881 BR-Prot.	Bundesrat	Der abgeänderte Ausweisungsantrag gegen Kropotkin, der vom abwesenden Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartements, Welti, gutgeheissen worden ist, findet trotz Opposition von Ruchonnet Zustimmung.
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>IV. 2. Die schweizerische Asylrechtspraxis, Nr.162.</p>			

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
3.3. Die «Freiheit»			
225	6.12.1882 At	EJPD (Ruchonnet) an Bundesrat	Ruchonnet erläutert den Druck der «Freiheit» in Zürich. Da die Verteilung in Bern erfolgte, soll dieser Kanton die Angelegenheit untersuchen.
<i>Siehe auch:</i>			
IV. 2. Die schweizerische Asylrechtspraxis, Nrn. 162, 289.			
3.4. Der «Sozialdemokrat» und der «Rote Teufel»			
367	4.4.1888 At	EJPD (Ruchonnet) an Bundesrat	Ruchonnet lehnt den Antrag Droz ab, die Redaktoren des «Sozialdemokrat» auszuweisen, ab, u. a. weil sich dieser gemässigt habe und es zwischen Anarchisten und Sozialdemokraten zu unterscheiden gelte.
A	27.3.1888 BR-Prot.	Bundesrat	Auf Verlangen der national- und ständerätlichen Kommissionen beantragt Droz, die ausländischen Leiter und Redaktoren des «Sozialdemokrat» auszuweisen.
369	18.4.1888 BR-Prot.	Bundesrat	Gegen die Stimme Ruchonnets wird die Ausweisung der am Druck des «Sozialdemokrat» beteiligten Ausländer verfügt.
<i>Siehe auch:</i>			
IV. 2. Die schweizerische Asylrechtspraxis, Nrn. 289, 372, 414, 419.			
IV. 3.5. Der Schriftenschmuggel ins Ausland, Nr. 376.			
IV. 5.1. Der Fall Haupt/Schröder, Nrn. 357, 358, 360.			
IV. 5.2. Der Fall Wohlgemuth, Nrn. 399, 400.			
3.5. Der Schriftenschmuggel ins Ausland			
376	14.9.1888 BR-Prot.	Bundesrat	Das Justiz- und Polizeidepartement berichtet über den Schmuggel sozialistischer und anarchistischer Literatur nach Deutschland. Es hält fest, dass diese Untersuchung nicht auf Betreiben der deutschen Regierung angeordnet worden ist.
A	13.9.1888 BR-Prot.	Bundesrat	Das Justiz- und Polizeidepartement berichtet über den Schriftenschmuggel und in diesem Zusammenhang begangene Kompetenzüberschreitungen lokaler Behörden.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>IV. 2. Die schweizerische Asylrechtspraxis, Nr. 162. IV. 5.2. Der Fall Wohlgemuth, Nr. 399.</p>			
<p style="text-align: center;">4. Ausweisungen 4.1. Der Fall Don Carlos</p>			
6	3. 4. 1873 B	Paris (Kern) an EPD (Cérésole)	Kern glaubt, der spanische Thronprätendent Don Carlos halte sich in Südfrankreich auf. Er befürwortet ein Einreiseverbot aus Gründen der Neutralität und der republikanischen Sympathie.
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>I. 1.3.1. Der Kulturkampf. Beeinflussungsversuche der Mächte, Nr. 23.</p>			
<p style="text-align: center;">4.2. Die französischen Kommunarden</p>			
13	14. 5. 1873 S	EPD (Cérésole) an Paris (Kern)	Cérésole unterrichtet Kern über die angeblichen Vorbereitungen zur Ermordung von Thiers in Genf. Die Wirklichkeit sei eher harmlos.
A	13. 5. 1873 T	Paris (Kern) an EPD (Cérésole)	Kern berichtet über die französischen Befürchtungen, in Genf würden von Kommunarden Vorbereitungen zur Ermordung von Thiers getroffen.
14	20. 5. 1873 S	EPD (Cérésole) an Paris (Kern)	Cérésole meldet, dass sich der französische Botschafter von dem Vorgehen gegen die Kommunarden in Genf befriedigt erklärt hat.
15	21. 5. 1873 B	Paris (Kern) an EPD (Cérésole)	Kern findet, der Bundesrat solle und könne die Einmischung des französischen Generalkonsuls in Genf in die innern Angelegenheiten der Schweiz nicht dulden. Über den Simplontunnel sei ein neuer Bericht in Arbeit zu geben. Die Pläne, Thiers zu stürzen, haben wenig Aussicht auf Erfolg.
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>I. 1.3.1. Der Kulturkampf. Beeinflussungsversuche der Mächte, Nrn. 9, 10. IV. 2. Die schweizerische Asylrechtspraxis, Nr. 92.</p>			

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
4.3. Anarchisten			
<i>Siehe:</i>			
III. 1.3.			Das Attentat auf Kaiser Wilhelm I., Nr. 132.
III. 1.4.			Das Attentat auf Zar Alexander II., Nr. 173.
IV. 2.			Die schweizerische Asylrechtspraxis, Nrn. 186, 190, 193, 260, 261, 268, 282, 287, 289, 408.
IV. 5.1.			Der Fall Haupt/Schröder, Nrn. 356, 357, 358, 360.
IV. 5.2.			Der Fall Wohlgemuth, Nr. 400 Annex.
4.4. Die Zürcher Bombenaffäre			
<i>Siehe:</i>			
IV. 2.			Die schweizerische Asylrechtspraxis, Nrn. 402, 408, 412.
IV. 5.2.			Der Fall Wohlgemuth, Nrn. 399, 404, 409.
5. Deutsche «agents provocateurs»			
5.1. Der Fall Haupt/Schröder			
356	28.1.1888 B	Berlin (Roth) an EDA (Droz)	Roth meint, dass die Indiskretionen des Zürcher Polizeihauptmanns Fischer im Fall Haupt und Schröder den Eindruck verstärken, der Bundesrat sei den Kantonsregierungen gegenüber völlig machtlos.
357	5.2.1888 At	EDA (Droz) an Bundesrat	Das Departement des Auswärtigen findet, man könne die mündliche Beschwerde Bülows gegenüber Droz nicht beantworten, ohne den Text unter den Augen zu haben, in welchem die Indiskretionen von Fischer verurteilt werden.
358	8.2.1888 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat beschliesst mit 3:2 Stimmen, von der deutschen Regierung keine Abschrift der mündlich vorgetragenen Beschwerde über die Indiskretionen von Fischer zu verlangen, sondern die Antwort durch Roth ebenfalls nur mündlich zu erteilen.
359	10.2.1888 S	EDA (Droz) an Berlin (Roth)	Droz instruiert Roth über die Antwort, die er dem Auswärtigen Amt geben soll.
A	10.2.1888 N	Bundesrat an Berlin (Roth, z. H. Auswärtiges Amt)	Der Bundesrat bestreitet in der von Roth vorzutragenden Antwort auf die Beschwerde Bülows die Auffassung, wonach Deutschland im «Zustand der Notwehr» handle, wenn es Polizeispitzel in der Schweiz unterhalte.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
360	14. 2. 1888 B	Berlin (Roth) an EDA (Droz)	Roth berichtet über die Verlesung der bundesrätlichen Antwort. Die Unterredung mit Staatssekretär Bismarck muss sehr turbulent verlaufen sein, spricht doch Roth davon, dass er an seine Demission gedacht habe.
361	17. 2. 1888 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat betrachtet die Angelegenheit wegen der Indiskretionen von Fischer für erledigt. Es sollen nun Vorschläge zur besseren Organisation der Politischen Polizei ausgearbeitet werden.
370	7. 5. 1888 B	Berlin (Roth) an EDA (Droz)	Roth glaubt nicht, dass andere politische Motive – etwa die geheimen Verhandlungen über Savoyen und die Erfüllung der Neutralitätspflichten im Kriegsfall durch die Schweiz – die deutsche Haltung in der Sozialistenfrage beeinflussen.
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>II. 1.2. Der Handelsvertrag mit Deutschland, Nr. 384. IV. 2. Die schweizerische Asylrechtspraxis, Nr. 372. IV. 3.4. Der «Sozialdemokrat» und der «Rote Teufel», Nr. 367.</p>			
5.2. Der Fall Wohlgemuth			
394	30. 4. 1889 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat beschliesst mit 4:2 Stimmen, den zu Spitzelzwecken in die Schweiz eingereisten Mülhauser Polizeiinspektor Wohlgemuth auszuweisen.
395	3. 5. 1889 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat verfügt die Ausweisung von Lutz, dem vorgeworfen wird, ein «agent provocateur» im Solde der deutschen Regierung zu sein. Der Ausweisungsbeschluss gegen seinen Auftraggeber Wohlgemuth wird gleichzeitig präzisiert.
396	3. 5. 1889 T	Berlin (Roth) an EDA (Droz)	Roth meint, es sei unbedingt notwendig, dass der Bundesrat die in der deutschen Presse zirkulierenden Gerüchte von einer Zusammenarbeit der Aargauer Polizeibehörden mit den Sozialisten bei der Verhaftung von Wohlgemuth dementiere.
398	6. 5. 1889 Az	EDA (Droz)	Der deutsche Gesandte hat die Darstellung der Angelegenheit von Droz nach Berlin übermittelt. Dort glaube man immer noch an ein Komplott und empöre sich über die Gleichbehandlung von Wohlgemuth und Lutz.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
399	11. 5. 1889 B	Berlin (Roth) an EDA (Droz)	Roth berichtet über eine Unterredung mit Reichskanzler Bismarck. Da die Schweiz, wie der Fall Wohlgemuth zeige, nicht bereit sei, die deutsche Regierung im Kampf gegen die Sozialdemokratie zu unterstützen, müsse Deutschland zu Repressalien greifen. Schriftenschmuggel. Zürcher Sprengstoffaffäre.
A	30. 6. 1889 Az	Welti	Bismarck soll sich gegenüber Crispi dahingehend geäußert haben, dass er bei «Staaten zweiten Ranges» das Neutralitätsprinzip nicht mehr für zeitgemäss halte.
400	18. 5. 1889 BR-Prot.	Bundesrat	In seiner Antwort auf die deutsche Note vom 10. Mai 1889 betont der Bundesrat erneut die Rechtmässigkeit seines Vorgehens gegen Wohlgemuth. Die Schweiz weise Fremde nur aus, wenn sie die innere oder äussere Sicherheit gefährdeten.
A	10. 5. 1889 N	Berlin (Bismarck) an EDA (Droz)	Bismarck erklärt, die Schweiz sei seit Jahren ein Tummelplatz für anarchistische und sozialrevolutionäre Elemente. Damit begründet er auch die Tätigkeit Wohlgenuths.
401	25. 5. 1889 T	Berlin (Roth) an EDA	Roth befürchtet, dass sich die Situation dadurch, dass der Bundesrat das Vorgehen der Aargauer Polizei gegen Wohlgenuth ausdrücklich gebilligt habe, die Situation verschärft hat.
404	2. 6. 1889 S	EDA (Droz) an Berlin (Roth)	Hammer und Droz haben mit dem deutschen Gesandten gesprochen. Der Bundesrat wird die Ausweisung von Wohlgenuth bloss dann aufheben, wenn dieser in Deutschland bestraft wird. Droz hat die Schaffung einer ständigen Bundesanwaltschaft angekündigt.
409	12. 6. 1889 B	Wien (Carlin) an EDA (Droz)	Österreich schliesst sich den deutschen Forderungen an, Russland zeigt wenig Eifer.
413	15. 6. 1889 S	EDA (Droz) an Paris (Lardy)	Das Vorgehen Deutschlands im Fall Wohlgenuth ist anscheinend bloss ein Vorwand gewesen, um der Schweiz zu zeigen, dass Deutschland ihre Neutralität nicht zu respektieren braucht.
418	4. 7. 1889 B	Berlin (Roth) an EDA (Droz)	Roth stellt fest, dass die Krise in den Beziehungen zu Deutschland in der von ihm erwarteten Weise behoben werde. Lediglich die Kündigung des Niederlassungsvertrages sei nicht vorhersehbar gewesen.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
423	2. 8. 1889 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat begnügt sich damit, auf die deutsche Note vom 25. Juli mit einer Presseerklärung zu antworten, in welcher er der Hoffnung Ausdruck gibt, dass der Konflikt mit Deutschland einvernehmlich beigelegt werden kann.
A	25. 7. 1889 N	Berlin (Bismarck) an EDA (Droz)	Bismarck wiederholt den deutschen Standpunkt im Fall Wohlgemuth und weist die bundesrätliche Interpretation des Niederlassungsvertrags zurück. Die Beibringung eines Leumundszeugnisses für Deutsche, welche sich in der Schweiz niederlassen, sei obligatorisch.
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>III. 2.1. Die Neutralität im Urteil des Auslandes, Nr. 424. IV. 1.1. Der Niederlassungsvertrag mit Deutschland, Nrn. 422, 429. IV. 2. Die schweizerische Asylrechtspraxis, Nrn. 402, 403, 405, 407, 408, 410–412, 414–417, 419, 421.</p>			

V. EMIGRATION AUS DER SCHWEIZ

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
1. Die Auswanderungsdoktrin			
290	26. 5. 1885 At	HLD (Droz) an Bundesrat	Die in einer Nationalratsmotion geforderte Beteiligung des Bundes am Auswanderungs- und Kolonialwesen ist abzulehnen: einmal weil damit Pflichten zu übernehmen wären, welchen ein Binnenland nicht gerecht werden könne, und zum andern weil die Auswanderung aus wirtschaftlichen Gründen nicht notwendig sei.
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>V. 2. Die Errichtung von Kolonien, Nrn. 75, 131. V. 5. Argentinische Auswanderungspropaganda, Nr. 387.</p>			

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft - Empfänger	Inhalt
2. Die Errichtung von Kolonien			
75	13. 8. 1875 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat lehnt es ab, sich mit dem Gesuch nach Unterstützung einer geplanten Auswandererschutzorganisation zu befassen, da er bloss die Kompetenz zur Überwachung der Auswanderungsagenturen besitzt.
131	4. 6. 1878 At	EDI (Droz) an Bundesrat	Droz schlägt die Entsendung von Gefängnisdirektor Guillaume nach Kanada vor, um die Auswanderungsmöglichkeiten nach diesem Land zu prüfen.
3. Kinderemigration			
3.1. Die «spazzacamini»			
49	9. 5. 1874 N	Bundesrat an Bern (Italienische Gesandtschaft)	Der Bundesrat kann die von Italien gewünschten Schritte zur Bekämpfung der Kinderarbeit nicht unternehmen, da das Strafrecht in der Kompetenz der Kantone liegt.
A	28. 3. 1874 S	Bellinzona (Regierung des Kantons Tessin) an Bundesrat	Die Tessiner Regierung hält die von ihr erlassenen Massnahmen zur Bekämpfung der Kinderarbeit für wirkungsvoll.
3.2. Westschweizer Mädchen in Osteuropa			
271	Oktober 1884 B	EJPD	Das Justiz- und Polizeidepartement schliesst seinen Bericht über das Problem der Emigration junger Frauen nach Osteuropa mit der Aufforderung an den Bundesrat zu prüfen, ob nicht etwas zu deren Schutz getan werden könnte.
4. Die Abschiebung von Sozialfällen in die USA			
135	30. 8. 1878 N	Bundesrat an Bern (US-Gesandtschaft)	Der Bundesrat wendet sich gegen die Rückschiebung von J. Zimmermann. Dieser sei kein Sozialfall, welcher den amerikanischen Behörden zur Last falle
A	7. 5. 1879 N	Bern (US-Gesandtschaft) an EPD (Hammer)	Geschäftsträger Fish bekräftigt, dass nach Ansicht der US-Behörden Zimmermann ein Sozialfall ist, der zur Entlastung seiner Heimatgemeinde hätte in die USA abgeschoben werden sollen.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
5. Argentinische Auswanderungspropaganda			
387	28.12.1888 N	Bundesrat an Bern (Argentinische Gesandtschaft)	Der Bundesrat entgegnet auf die argentinische Klage, die Schweiz behindere die Werbung zur Auswanderung, er könne hemmungslose Propaganda nicht zulassen, sondern er müsse sich um das Wohlergehen der Auswanderer kümmern.

VI. EISENBAHNEN

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
1. Der Bau der Gotthardbahn 1.1. Finanzierung der Bahn und Verwendung der Baurestgelder			
73	2. 8. 1875 S	Altdorf (Favre) an Luzern (Gotthardbahn- direktion)	Der Bauunternehmer der Gotthardbahn gibt zu, dass die Arbeiten auf den Terminplan in Rückstand geraten sind. Dies sei jedoch technischen Ursachen zuzuschreiben. Favre wendet sich gegen die von der Gotthardbahndirektion verhängte teilweise Zahlungssperre.
84	3. 12. 1875 S	Bundesrat an Luzern (Gotthardbahn- direktion)	Der Bundesrat verlangt Auskunft über die finanzielle Lage des Gotthardunternehmens, nachdem in der ausländischen Presse die Finanzlage als prekär bezeichnet worden ist.
87	2. 2. 1876 Prot.	Luzern (Direktion der Gotthardbahn)	Die Gotthardbahndirektion hält fest, dass die Anfrage betreffend die finanzielle Lage noch nicht beantwortet werden kann, jedoch soll Bundespräsident Welti laufend informiert werden.
98	15. 3. 1876	Bundesrat	Nachdem die Berechnungen der Gotthardbahngesellschaft über ihre Finanzlage vorliegen, fordert der Bundesrat auf Betreiben von Welti Deutschland und Italien zu einer Expertenkonferenz auf.
93	19. 3. 1876 N	Bern (Deutsche Gesandtschaft) an Bundesrat	Trotz der Finanzkrise spricht sich Roeder für eine Weiterführung des Tunnelbaus unter Leitung von Favre aus.
94	16. 4. 1876 B	Berlin (Hammer) an EPD (Welti)	Laut Delbrück lässt sich das Gotthardunternehmen nur sanieren, wenn das geplante Streckennetz reduziert wird.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
95	18. 4. 1876 B	Rom (Pioda) an EPD (Welti)	Wie die deutsche, so vertritt auch die italienische Regierung die Ansicht, die von der Schweiz angeregte Expertenkonferenz zur Behebung der Finanzkrise der Gotthardbahngesellschaft sei überflüssig.
96	21. 4. 1876 S	EPD (Welti) an Rom (Pioda)	Für den Fall, dass Italien und Deutschland die von der Schweiz gewünschte Expertenkonferenz boykottieren sollten, befürchtet Welti eine Arbeitseinstellung und den Rückzug der Subventionskantone aus dem Unternehmen.
A	ohne Datum	EPD (Welti) Az	Welti hält die Weiterführung des Gotthardbahnprojektes nur dann für möglich, wenn die bestehende Gesellschaft gerettet werden kann.
105	16. 12. 1876 BR-Prot.	Bundesrat	Deutschland und Italien haben eine technische Konferenz zur Sanierung des Gotthardbahnunternehmens abgelehnt, zeigen sich jedoch bereit, eine diplomatische Konferenz zu beschicken.
A	31. 5. 1876 N	Interlaken (Roeder) an EPD (Welti)	Mit der Begründung, dass das Gotthardunternehmen durch eine technische Konferenz nicht zu retten sei, weigert sich die deutsche Regierung, an einer solchen teilzunehmen.
108	31. 1. 1877 B	Berlin (Roth) an EPD (Heer)	Laut dem italienischen Botschafter in Berlin wird sein Land nur dann zusätzliche Subventionen für das Gotthardunternehmen leisten, wenn der Bundesrat wirksamere Garantien übernehme, was aber im Lichte der kantonalen Eigenständigkeit wohl kaum zu realisieren sei.
111	14. 2. 1877 S	EPD (Heer) an Präsidenten der Gotthardbahngesellschaft (Escher)	Heer hält die Ergebnisse des Berichtes von Stoll zwar für erschreckend, doch zeigten sie auch, dass das Unternehmen finanziell saniert werden könne.
112	17. 2. 1877 B	Berlin (Roth) an EPD (Heer)	Roth berichtet, ihm sei nichts davon bekannt, dass man das Gotthardbahnunternehmen Konkurs gehen lassen und die Arbeit einer neuen Gesellschaft übertragen wolle.
113	15. 3. 1877 B	Berlin (Roth) an EPD (Heer)	Deutschland ist bereit, an einer Konferenz zur Besprechung von Massnahmen zur Sanierung des Gotthardunternehmens teilzunehmen, will jedoch noch den Entscheid Italiens abwarten.
114	17. 4. 1877 BR-Prot.	Bundesrat	Der Deutsche Gesandte hat vertraulich mitgeteilt, seine Regierung sei an einer Sanierung der Gotthardbahngesellschaft interessiert.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft - Empfänger	Inhalt
115	23. 4. 1877 S	Bern (Welti) an Präsidenten der Gotthardbahngesellschaft (Escher)	Welti beklagt sich darüber, dass die italienische Regierung die Sanierung des Gotthardbahnunternehmens blockiere und den Ruin der Gesellschaft abwarte.
116	29. 4. 1877 S	Präsident der Gotthardbahngesellschaft (Escher) an Rom (Maraini)	Weil ein Verzicht auf die Zufahrtslinien den Rückzug der Kantonssubventionen zur Folge hätte, sind die deutschen Vorschläge zur Sanierung des Gotthardbahnunternehmens unannehmbar.
A	24. 4. 1877 S	Rom (Maraini) an Präsidenten der Gotthardbahngesellschaft (Escher)	Angesichts der ungünstigen Stimmung in Italien muss der Bundesrat unbedingt die deutschen Vorschläge zur Sanierung des Gotthardunternehmens akzeptieren.
117	18. 5. 1877 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat legt, nachdem nun auch die italienische Zustimmung vorliegt, das Datum der Konferenz zur Rekonstruktion der Gotthardbahngesellschaft auf den 28. Mai 1877 fest.
A	24. 5. 1877 Instruktion	Bundesrat	Instruktionen für die Rekonstruktionskonferenz in Luzern.
118	15. 6. 1877 BR-Prot.	Bundesrat	Laut Beschluss der Konferenz von Luzern soll bloss die Strecke Immensee-Pino gleichzeitig mit dem Gotthardtunnel eröffnet und der Bau der übrigen Zufahrtslinien vorläufig zurückgestellt werden.
119	25. 6. 1877 B	Berlin (Roth) an Bundesrat	Staatssekretär Bülow hat Roth den Bescheid gegeben, dass Deutschland die Beschlüsse der Luzerner Konferenz zur Sanierung der Gotthardbahn ratifizieren wird. Staatskrise in Frankreich.
120	17. 7. 1877 B	Rom (Pioda) an EPD (Heer)	Pioda meint, Italien sei zu weiteren finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Gotthardbahn dann bereit, wenn der Bau der Ceneri-Linie zugesichert wird.
127	8. 3. 1878 BR-Prot.	Bundesrat	Nachdem Italien und Deutschland ihre Bereitschaft bekundet haben, eine Zusatzkonvention zum Gotthardbahnvertrag abzuschliessen, ermächtigt der Bundesrat auch die schweizerischen Delegation zur Unterzeichnung.
156	23. 2. 1879 At	EPD (Hammer) an Bundesrat	Wenn der Zusatzvertrag zum Gotthardvertrag von 1869 nicht bis zum 1. Mai 1879 ratifiziert wird, hat dies eine Bauverzögerung und erhebliche Mehrkosten zur Folge. Pioda soll deshalb darauf hinwirken, dass Italien die zusätzlichen Subsidien bewilligt.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
160	16. 5. 1879 BR-Prot.	Bundesrat	Da der italienische Senat die Zusatzkonvention zum Gotthardvertrag nur dann annehmen will, wenn zwei der sechs vom Bundesrat zu ernennenden Verwaltungsräte der Gotthardbahngesellschaft Italiener sind, gibt der Bundesrat einer entsprechenden Forderung Italiens nach.
161	19. 5. 1879 B	Rom (Pioda) an EPD (Hammer)	Obwohl die Schweiz Italien bei der Besetzung der Verwaltungsratssitze der Gotthardbahngesellschaft nachgegeben hat, beharrt die Senatskommission weiterhin auf dem gleichzeitigen Bau der Ceneri- mit der Pino-Linie.
163	12. 6. 1879 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat genehmigt den Finanzausweis der Gotthardbahngesellschaft und bestimmt, dass die in diesem verzeichneten Gelder ausschliesslich für den Bau der Stammlinie Immensee-Pino verwendet werden dürfen.
164	19. 6. 1879 N	Bundesrat an Bern (Deutsche Gesandtschaft)	Der Bundesrat informiert die deutsche Regierung, dass die Schweiz und Italien einen Vertrag zum vorzeitigen Bau der Ceneri-Linie abgeschlossen haben.
176	15. 5. 1880 At	EPED (Bavier) an Bundesrat	Bavier möchte, dass Pioda bei der italienischen Regierung erneut auf die Begleichung der Schulden drängt, die entstanden sind, weil Italien die Jahresraten nicht termingemäss bezahlt hat.
285	22. 3. 1885 S	EPED (Welti) an Berlin (Roth) und Rom (Bavier)	Die Schweiz ist vertraglich nicht verpflichtet, Rechenschaft über den Baufondsrest abzulegen. Der Bundesrat wird aber die Gotthardbahngesellschaft zum rechtzeitigen Bau des 2. Geleises veranlassen.
A	20. 3. 1885 M	Bundesrat	Ausführliches Memorandum über die Problematik der Baufondsrestgelder, gedacht zur Information der deutschen und italienischen Regierung.
294	22. 9. 1885 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat hält fest, die deutschen Befürchtungen, die Gelder des Baufondsrestes würden zum Bau der Zufahrtslinien, statt zum Ausbau der Hauptlinie auf Doppelspur, verwendet, seien völlig unbegründet.
302	23. 7. 1886 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat informiert die Gotthardbahngesellschaft, dass Deutschland und Italien die Frage der Verwendung des Baufondsrestes als erledigt ansehen, wenn innert fünf Jahren das zweite Geleise erstellt wird.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
<i>Siehe auch:</i>			
II. 1.3.1. Die Verhandlungen mit Italien. Die Handelsverträge, Nr. 234.			
II. 5.2. Weltausstellungen. Paris (1878 und 1889), Nr 109.			
VI. 2. Der Bau der Simplonbahn, Nrn. 257, 342, 343.			
1.2. Arbeiterunruhen			
74	3. 8. 1875 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat orientiert kurz über die Massnahmen der Urner Regierung anlässlich der Arbeiterunruhen in Göschenen und verlangt eine gründliche Untersuchung des Falles.
77	20. 8. 1875 B	Rom (Pioda) an EPD (Scherer)	Pioda berichtet, in Italien sei man über das unangemessene harte Vorgehen gegen die streikenden Arbeiter in Göschenen empört und werde Wiedergutmachungsforderungen stellen.
82	5. 11. 1875 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat behandelt den Bericht Hold über die Unruhen in Göschenen und ergreift ein Massnahmenbündel. Namentlich soll ein unabhängiges Polizeikommissariat geschaffen und die Arbeits- und Wohnverhältnisse der Arbeiter sollen verbessert werden.
A	26. 9. 1875 B	Göschenen (Hold) an EJPD (Céréssole)	Der eidgenössische Kommissär, welcher die Streikunruhen in Göschenen untersucht hat, führt diese vor allem auf die schlechten Wohnverhältnisse zurück.
86	29. 12. 1875 B	Rom (Pioda) an Bundesrat	Pioda meldet, dass der Bericht Hold die italienischen Behörden zufriedengestellt hat.
1.3. Die Gotthardbahn im Urteil des Auslandes			
90	24. 2. 1876 B	Berlin (Claparède) an EPD (Welti)	Claparède berichtet über die ersten spärlichen Reaktionen in Deutschland zum Bericht Hellwag. Die ultramontane Partei sei über die Schwierigkeiten erfreut, dränge doch die Finanzkrise den Kulturkampf etwas in den Hintergrund.
91	5. 3. 1876 B	Wien (Tschudi) an EPD (Welti)	Laut Tschudi wird in Österreich die schweizerische Eisenbahnpolitik allgemein und das Gotthardbahnunternehmen speziell sehr negativ beurteilt.
97	8. 5. 1876 S	Direktor der Gotthardbahngesellschaft (Escher) an EPD (Welti)	Escher hat erfahren, dass man sich in Frankreich über die Krise des Gotthardbahnunternehmens freut.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
<i>Siehe auch:</i>			
III. 1.1. Die Lage in West- und Mitteleuropa, Nr. 22.			
VI. 1.1. Der Bau der Gotthardbahn. Finanzierung der Bahn und Verwendung der Baurestgelder, Nr. 116 Annex.			
1.4. Die internationalen Stationen im Tessin			
279	12. 12. 1884	Bundesrat	Italien und die Schweiz wollen miteinander über die italienischen Grenzschikanen resp. über die Verhinderung des Schmuggels sprechen und gemischte Zollkommissionen in Chiasso und Luino schaffen.
A	11. 2. 1886 B	Lugano (Franscini) an Oberzolldirektion	Auszug aus dem Jahresbericht 1885. Der Fehlschlag der Verhandlungen hat Italien zu verstärkten Kontrollen veranlasst. Den gleichen Zweck hatte auch die Cholerasperre. Die Bedeutung des Schmuggels wird übertrieben.
2. Der Bau der Simplonbahn			
17	20. 6. 1873 B	Paris (Kern) an EPD (Cérésole)	Der frühere Aussenminister Daru hat die Befürchtungen, unter Mac-Mahon könnte sich Frankreich vermehrt in den schweizerischen Kulturkampf einmischen, als unbegründet erklärt. Minister Pierrot-Deseiligny bezweifelt zwar die Notwendigkeit einer Simplonsubvention, würde diese jedoch dem Unternehmen und nicht einer Gruppe von Personen zukommen lassen. Das Gesetz über die Besteuerung der Rohstoffe wird wahrscheinlich zurückgezogen, womit kein Anlass zu vorzeitigen Handelsvertragsverhandlungen mehr besteht.
41	1. 2. 1874 B	Paris (Lardy) an EPD (Schenk)	Der Berichterstatter der «Commission des Chemins de fer» ist gegen eine Subventionierung des Simplons durch Frankreich. Einerseits weil der Eisenbahnbau in Frankreich Priorität genieße und andererseits weil der Mont-Cenis gefördert werden müsse.
44	21. 3. 1874 B	Paris (Kern) an EPD (Schenk)	Während Botschafter Chaudordy das Simplonprojekt als gescheitert ansieht, weil nach den Verlusten der französischen Geldgeber bei der Versteigerung der «Ligne d'Italie» mit französischen Subventionen nicht mehr zu rechnen sei, zeigt sich Aussenminister Decazes positiver.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
51	11. 6. 1874 At	EHD (Scherer) an Bundesrat	Scherer weist die französischen Vorwürfe, wonach bei der Versteigerung der «Ligne d'Italie» die französischen Interessen nicht berücksichtigt worden seien, zurück.
180	9. 11. 1880 B	Paris (Kern) an EPD (Welti)	Kern glaubt aufgrund eines Gesprächs mit dem Vertreter der Simplonbahngesellschaft, Altbundesrat Cérésole, dass das Simplonunternehmen jetzt, da Freycinet nicht mehr im Weg stehe, in seine entscheidende Phase trete.
182	14. 1. 1881 S	Lausanne (Cérésole) an Bern (Welti)	Cérésole ist der Ansicht, dass eine gleich grosse Subvention von Italien und Frankreich keine Bedingung zur Realisierung des Simplonbaues sei.
236	20. 4. 1883 N	Paris (Lardy) an Paris (Aussenministerium)	Die bisherige Entwicklung in der Simplonfrage zusammenfassend, fordert Lardy die französische Regierung auf, sich erneut zum Projekt zu äussern.
257	4. 1. 1884 BR-Prot.	Bundesrat	Lardy soll die unrichtige Behauptung von Cérésole gegenüber Ministerpräsident Ferry, die Gotthardsubventionsstaaten könnten auf die Tarifgestaltung Einfluss nehmen, richtigstellen.
341	10. 5. 1887 BR-Prot.	Bundesrat	Da die Subventionierung nicht mehr das Hauptproblem beim Bau der Simplonlinie bildet, will der Bundesrat das Projekt, um welches es seit 1883 ruhig geworden ist, bei der italienischen Regierung wieder zur Diskussion stellen.
342	16. 5. 1887 B	Berlin (Roth) an EPD (Droz)	Deutschland ist aus zwei Gründen gegen den Bau der Simplonbahn. Erstens weil die Schweiz damit Frankreich ihr Gebiet öffne und zweitens weil damit die Gotthardbahn konkurrenziert werde.
343	20. 5. 1887 B	Rom (Bavier) an EPD (Droz)	Obschon Depretis vom Zustandekommen der Simplonbahn überzeugt sei, werde ein entsprechender italienischer Entscheid möglicherweise noch lange auf sich warten lassen.
397	4. 5. 1889 At	EDA (Droz) an Bundesrat	Droz zeigt sich erfreut darüber, dass Italien einer Konferenz zum Bau der Simplonbahn zustimmt und wünscht, diese bald durchzuführen.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt																
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>I.1.3.1 Der Kulturkampf. Beeinflussungsversuche der Mächte, Nrn. 5, 10. II. 1.1. Der Handelsvertrag mit Frankreich, Nr. 12. II.1.3.1. Die Verhandlungen mit Italien. Die Handelsverträge, Nr. 234. III. 3.1. Der Festungsbau, Nr. 284. IV. 4.2. Die französischen Kommunarden, Nr. 15.</p>																			
<p style="text-align: center;">3. Die Frage der Beteiligung am Bau der Arlbergbahn</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 5%; text-align: center;">172</td> <td style="width: 15%; text-align: center;">20.1.1880 S</td> <td style="width: 20%;">EPD (Welti) an Wien (Tschudi)</td> <td style="width: 60%;">Österreich wünscht für den Bau der Arlbergbahn zwar keinen Finanzierungsmodus nach dem Vorbild des Gotthard, begrüsst jedoch Gespräche mit den schweizerischen Bahnen zur Tarif- und Anschlussfrage.</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">A</td> <td style="text-align: center;">26.6.1879 S</td> <td>Wien (Aussenministerium) an Bern (Österreichische Gesandtschaft)</td> <td>Österreich wäre möglicherweise bereit, die Arlbergbahn mit Hilfe schweizerischen und französischen Kapitals zu realisieren, doch müsse die Initiative dazu von der Schweiz ausgehen.</td> </tr> </table>				172	20.1.1880 S	EPD (Welti) an Wien (Tschudi)	Österreich wünscht für den Bau der Arlbergbahn zwar keinen Finanzierungsmodus nach dem Vorbild des Gotthard, begrüsst jedoch Gespräche mit den schweizerischen Bahnen zur Tarif- und Anschlussfrage.	A	26.6.1879 S	Wien (Aussenministerium) an Bern (Österreichische Gesandtschaft)	Österreich wäre möglicherweise bereit, die Arlbergbahn mit Hilfe schweizerischen und französischen Kapitals zu realisieren, doch müsse die Initiative dazu von der Schweiz ausgehen.								
172	20.1.1880 S	EPD (Welti) an Wien (Tschudi)	Österreich wünscht für den Bau der Arlbergbahn zwar keinen Finanzierungsmodus nach dem Vorbild des Gotthard, begrüsst jedoch Gespräche mit den schweizerischen Bahnen zur Tarif- und Anschlussfrage.																
A	26.6.1879 S	Wien (Aussenministerium) an Bern (Österreichische Gesandtschaft)	Österreich wäre möglicherweise bereit, die Arlbergbahn mit Hilfe schweizerischen und französischen Kapitals zu realisieren, doch müsse die Initiative dazu von der Schweiz ausgehen.																
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>II.1.4.1. Die Verhandlungen mit Österreich-Ungarn. Der Handelsvertrag, Nr. 377.</p>																			
<p style="text-align: center;">4. Die Anschlüsse an das französische Bahnnetz</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 5%; text-align: center;">28</td> <td style="width: 15%; text-align: center;">29.11.1873 B</td> <td style="width: 20%;">Paris (Lardy) an Bundesrat</td> <td style="width: 60%;">Frankreich will aus politischen Gründen die Linie Annemasse-Collonges anstelle der Linie Annemasse-Genf bauen.</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">158</td> <td style="text-align: center;">17.4.1879 B</td> <td>Paris (Kern) an Bundesrat</td> <td>Frankreich stimmt dem Bahnanschluss von Genf an die savoyischen Bahnen nur gegen schweizerische Einfuhrkonzessionen für das Pays de Gex und Hochsavoyen zu.</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">181</td> <td style="text-align: center;">1.12.1880 B</td> <td>Paris (Kern) an EPD (Welti)</td> <td>Die Staatsräte Philippin aus Neuenburg und Gavard aus Genf bemühen sich in Paris, die Verhandlungen um die Anschlüsse Morteau-Le Locle und Genf-Annemasse wieder in Gang zu bringen.</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">184</td> <td style="text-align: center;">11.3.1881 S</td> <td>Bundesrat an Paris (Kern)</td> <td>Instruktionen für die anstehenden Verhandlungen. Die Schweiz ist zu Vergünstigungen an das Pays de Gex bereit, um Frankreich die Anschlüsse Morteau-Le Locle und Genf-Annemasse schmackhaft zu machen.</td> </tr> </table>				28	29.11.1873 B	Paris (Lardy) an Bundesrat	Frankreich will aus politischen Gründen die Linie Annemasse-Collonges anstelle der Linie Annemasse-Genf bauen.	158	17.4.1879 B	Paris (Kern) an Bundesrat	Frankreich stimmt dem Bahnanschluss von Genf an die savoyischen Bahnen nur gegen schweizerische Einfuhrkonzessionen für das Pays de Gex und Hochsavoyen zu.	181	1.12.1880 B	Paris (Kern) an EPD (Welti)	Die Staatsräte Philippin aus Neuenburg und Gavard aus Genf bemühen sich in Paris, die Verhandlungen um die Anschlüsse Morteau-Le Locle und Genf-Annemasse wieder in Gang zu bringen.	184	11.3.1881 S	Bundesrat an Paris (Kern)	Instruktionen für die anstehenden Verhandlungen. Die Schweiz ist zu Vergünstigungen an das Pays de Gex bereit, um Frankreich die Anschlüsse Morteau-Le Locle und Genf-Annemasse schmackhaft zu machen.
28	29.11.1873 B	Paris (Lardy) an Bundesrat	Frankreich will aus politischen Gründen die Linie Annemasse-Collonges anstelle der Linie Annemasse-Genf bauen.																
158	17.4.1879 B	Paris (Kern) an Bundesrat	Frankreich stimmt dem Bahnanschluss von Genf an die savoyischen Bahnen nur gegen schweizerische Einfuhrkonzessionen für das Pays de Gex und Hochsavoyen zu.																
181	1.12.1880 B	Paris (Kern) an EPD (Welti)	Die Staatsräte Philippin aus Neuenburg und Gavard aus Genf bemühen sich in Paris, die Verhandlungen um die Anschlüsse Morteau-Le Locle und Genf-Annemasse wieder in Gang zu bringen.																
184	11.3.1881 S	Bundesrat an Paris (Kern)	Instruktionen für die anstehenden Verhandlungen. Die Schweiz ist zu Vergünstigungen an das Pays de Gex bereit, um Frankreich die Anschlüsse Morteau-Le Locle und Genf-Annemasse schmackhaft zu machen.																

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
203	25. 11. 1881 BR-Port.	Bundesrat	Das Militärdepartement und Welti verlangen, der Schweiz sei der freie Truppentransport auf der Bahnlinie St. Gingolph-Genf als Kompensation für den Anschluss ans schweizerische Bahnnetz zuzusichern. Droz lehnt dies ab, da sonst die Verhandlungen über einen Anschluss Genfs an die Savoyerbahnen scheitern würden.
A	16. 3. 1881 Az	Bern (Burnier)	Oberst Burnier rät, die Verhandlungen über den Anschluss der französischen Bahnen bei St. Gingolph möglichst zu verzögern. Zumindest sei aber der Bau der Station auf Schweizerboden zu verlangen.
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>I. 3.1. Der Kulturkampf. Beeinflussungsversuche der Mächte, Nr. 24. II. 1.1. Der Handelsvertrag mit Frankreich, Nrn. 128, 205.</p>			

VII. RHEINKORREKTION

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
43	9. 3. 1874 B	Wien (Tschudi) an EPD (Schenk)	Weil man in Österreich unnachgiebig an der gleichzeitigen Eröffnung beider Durchstiche festhält, ist in der Rheinkorrektionsfrage kein Fortschritt zu verzeichnen.
48	4. 5. 1874 S	Bundesrat an Wien (Tschudi)	Nach wie vor ist der Bundesrat nicht gegen die gleichzeitige Ausführung, jedoch gegen die gleichzeitige Eröffnung der beiden Durchstiche.
178	6. 9. 1880 At	EDI (Schenk) an Bundesrat	Da sich die Überschwemmungsgefahr erneut verschärft hat, weil weitere Korrekturen am Oberlauf des Rheins durchgeführt worden sind, soll Tschudi die Rheinkorrektionsfrage wieder vorbringen.
222	22. 9. 1882 B	Wien (Tschudi) an EPD (Bavier)	Tschudi hat sich der Statthalterei Tirol gegenüber für eine rasche Behandlung der Rheinkorrektionsfrage ausgesprochen, notfalls auch gegen den Widerstand des Vorarlberger Landesausschusses.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
A	9. 3. 1882 S	St. Gallen (Kantonsregierung) an Innsbruck (Statthalter)	Da die jahrzehntelangen Diskussionen um die Korrektur des Rheinlaufes nichts gefruchtet haben, muss die Schweiz jetzt einseitige Massnahmen treffen, weil die Gefahr eines Rheindurchbruchs noch gewachsen ist.
231	22. 2. 1883 B	Wien (Tschudi) an EPD (Ruchonnet)	Tschudi sieht eine Lösung des Rheindurchstichproblems in die Nähe gerückt, da die Regierung endlich bereit scheint, sich über den Widerstand des Vorarlberger Landtags hinwegzusetzen.
431	30. 12. 1889 At	EDI (Schenk) an Bundesrat	Der Abschluss eines Staatsvertrags zur Korrektur des Rheinlaufes wird weiterhin dadurch verzögert, dass Österreich auf dem gleichzeitigen Durchstich an beiden Stellen beharrt.
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>I 1.5. Die Inkamerationsfrage, Nr. 316.</p>			

VIII. HUMANITÄRES VÖLKERRECHT

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
1. Die Kodifikation des Kriegsvölkerrechts			
7	14. 4. 1873 At	EPD (Cérésole) an Bundesrat	Weil der deutsch-französische Krieg von 1870/71 einen Unterbruch der Ratifikationsverhandlungen im Zusammenhang mit den Zusatzartikeln von 1868 gebracht hat, soll der Bundesrat einen erneuten Versuch unternehmen, um das Gespräch wieder in Gang zu setzen.
11	29. 4. 1873 S	Präsident des «Comité international de secours pour les militaires blessés» (Moynier) an EPD (Cérésole)	Moynier befürchtet, die Aufforderung des Bundesrates an die Signatarstaaten der Genfer Konvention zum Schutze der Kriegsverehrten, die Zusatzartikel von 1868 zu ratifizieren, gefährde, da der Krieg von 1870/71 noch zu nahe sei, das ganze Vertragswerk.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
33	24.12.1873 B	Berlin (Hammer) an EPD (Cérésole)	Die deutsche Regierung ist nicht bereit, den russischen Abänderungsvorschlag in bezug auf die Zusatzartikel zur Genfer Konvention anzunehmen und weigert sich, letztere zu ratifizieren.
46	28.4.1874 S	EPD (Schenk) an Berlin (Hammer)	Schenk erkundigt sich darüber, was die deutsche Regierung vom russischen Vorhaben, eine Konvention zur Regelung staatlichen Verhaltens in Kriegen auszu- arbeiten, halte.
47	2.5.1874 B	Berlin (Hammer) an EPD (Schenk)	Hammer vermutet, dass Deutschland die russische Initiative zur Bildung eines internationalen Kriegskodexes dazu benutzen könnte, die Ratifikation der Zusatzartikel zur Genfer Konvention weiter hinauszuzögern.
50	10.6.1874 S	Genf (Moynier) an EPD (Schenk)	Moynier kritisiert das russische Vorgehen in bezug auf die Erarbeitung eines allgemeinen Kriegskodexes, weil dieses ohne Absprache mit dem Bundesrat erfolgt sei und die Genfer Konvention in Frage stelle.
52	15.6.1874 BR-Prot.	Bundesrat	Die Schweiz will der deutschen Anregung folgen und an der Brüsseler Konferenz auch die Diskussion über die Ratifikation der Zusatzartikel zur Genfer Konvention von 1868 zulassen. Beitritt Spaniens zur Genfer Konvention.
A	27.7.1874 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat beschliesst die Instruktionen für die Delegierten an die Brüsseler Konferenz: Gegen die Festlegung von Pflichten der Neutralen; für die Erhaltung der vollständigen Verteidigungskraft; für die unveränderte Beibehaltung der Genfer Konvention; sich nicht exponieren, sondern möglichst mit den andern Neutralen zusammen auftreten.
53	8.7.1874 Zirkularnote	Bundesrat an Signatarstaaten der Genferkonvention	Die Frage der Ratifikation der Zusatzartikel zur Genfer Konvention soll, wie dies Deutschland vorgeschlagen hat, im Rahmen der Brüsseler Konferenz zur Sprache kommen.
54	14.7.1874 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat will den englischen Vorschlag, anlässlich der Brüsseler Konferenz die Frage der Seekriegsführung auszusparen, nicht unterstützen.
55	18.8.1874 B	Brüssel (Hammer) an EPD (Schenk)	Deutschland, so meldet Hammer, vertritt in Brüssel konsequent die Interessen einer Offensivarmee, was die völkerrechtliche Verankerung der «levée en masse» zur Illusion werden lasse.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
59	31.1.1875 S	EPD (Scherer) an Paris (Kern)	Der Bundesrat befürchtet, die russischen Vorschläge zur Regelung des staatlichen Verhaltens im Krieg wendeten sich gegen die Interessen der Kleinstaaten. Die Lage im Kampf zwischen Kirche und Staat bleibt weiterhin gespannt und im diplomatischen Korps zeigt sich Widerstand gegen die Übergabe der katholischen Kirche in Bern an die Altkatholiken.
A	18.1.1875 B	EMD (Welti) an EPD (Scherer)	Welti beanstandet, dass im Brüsseler Entwurf zur völkerrechtlichen Regelung der staatlichen Gewaltanwendung das Recht der Bevölkerung zur «levée en masse» zu stark eingeschränkt werde.
72	16.6.1875 BR-Prot.	Bundesrat	Der Bundesrat erklärt sich bereit, an einer Konferenz teilzunehmen, an welcher die Brüsseler Verhandlungen, mit denen er sich nicht indentifizieren kann, weitergeführt werden.
A	2.9.1874 B	Bern (Hammer) an EPD (Schenk)	Der Delegierte an der Brüsseler Konferenz legt seinen Schlussbericht über die Konferenz zur Kodifikation des Kriegsvölkerrechts vor.
2. Der Beitritt Persiens zur Genfer Konvention			
20	16.7.1873 S	Bundesrat an London (Streckeisen)	Der Bundesrat weist ein durch Vermittlung Dunants entstandenes Gesuch Persiens um Zugehörigkeit zur Genfer Konvention zurück.
<i>Siehe auch:</i>			
I.1.3.1. Der Kulturkampf. Beeinflussungsversuche der Mächte, Nr. 24.			

IX. DER POLITISCHE VERKEHR MIT DEM AUSLAND

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
1. Die Aussenpolitik als Angelegenheit des Bundes			
4	10.3.1873 KS	Bundesrat an Kantone	Der Bundesrat erinnert die Kantonsregierungen daran, dass der politische Verkehr mit ausländischen Regierungen Sachen der Bundesbehörden ist.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
<i>Siehe auch:</i>			
VI. 4.	Die Anschlüsse an das französische Bahnnetz, Nrn. 181 und 184.		
VII.	Rheinkorrektion, Nr. 222 Annex.		
2. Berufs- oder Honorarkonsulate			
315	1. 2. 1887 B	HLD (Deucher) an EPD (Droz)	Das Handels- und Landwirtschaftsdepartement spricht sich vorwiegend aus finanziellen Gründen gegen die Schaffung von Berufskonsulaten aus.
A	29. 7. 1880 S	Geographisch-kommerzielle Gesellschaft in St. Gallen an Bundesrat	Die Geographisch-kommerzielle Gesellschaft in St. Gallen regt eine bessere Berichterstattung seitens der Konsulate in wirtschafts- und handelspolitischen Fragen und in diesem Zusammenhang die Schaffung eines Koordinationsorgans in Bern an.
<i>Siehe auch:</i>			
II. 1. 5.	Der Handelsvertrag mit Japan, Nrn. 227, 230.		
IX. 4	Schaffung eines diplomatischen Postens in Argentinien, Nr. 406.		
3. Schaffung einer Gesandtschaft in den USA			
194	30. 5. 1881 BR-Prot.	Bundesrat	Der in einen Finanzskandal verwickelte schweizerische Generalkonsul in Washington, Hitz, wird vom Bundesrat zur Einreichung seiner Demission aufgefordert. Das Generalkonsulat wird einstweilen nicht in eine Gesandtschaft umgewandelt.
368	14. 4. 1888 At	EDA (Droz) an Bundesrat	Droz erläutert, weshalb die Beibehaltung der Gesandtschaft in Washington für die Schweiz von vitalem Interesse sei.
4. Schaffung eines diplomatischen Postens in Argentinien			
406	6. 6. 1889 B	Auswanderungsbüro (Karrer) an EDA (Droz)	Karrer kritisiert das Versagen des Generalkonsulats in Buenos Aires und hält eine, zumindest eine zeitlich befristete, Entsendung eines Diplomaten im Interesse des schweizerischen Handels und der zahlreichen Auswanderer nach Südamerika für unerlässlich.

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>II. 1.15. Kriegsschädigungen in Chile, Nr. 264. IV. 1.4.2. Siedler in Argentinien, Nrn. 177, 218. IV. 1.4.3. Siedler in Chile, Nr. 125.</p>			
<p>5. Information der Gesandten</p>			
291	26. 5. 1885	Wien (Aepli) an Bundesrat	Aepli beklagt sich, über die in Bern zwischen der Schweiz und Österreich abgeschlossenen Verträge nicht rechtzeitig informiert worden zu sein.
<p>6. Schweizer als Schiedsrichter im Kongo</p>			
301	15. 6. 1886 B	Paris (Lardy) an EPD (Deucher)	Bundespräsident Deucher soll im Grenzstreit zwischen Frankreich und der Kongogesellschaft die Rolle eines Schiedsrichters übernehmen. Dies böte eventuell auch Entfaltungsmöglichkeiten für die Schweiz im Kongo.
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>III. 1.1. Die Lage in West- und Mitteleuropa, Nr. 273.</p>			
<p>7. Anerkennung der spanischen Republik</p>			
<p><i>Siehe:</i></p> <p>I. 1.3.1 Der Kulturkampf. Beeinflussungsversuche der Mächte, Nrn. 3, 5, 9, 23. IV. 4.1. Der Fall Don Carlos, Nr. 6.</p>			
<p>8. Kritik am französischen Botschafter in Bern</p>			
<p><i>Siehe:</i></p> <p>I. 1.2. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit dem Heiligen Stuhl, Nr. 32. I. 1.3.1. Der Kulturkampf. Beeinflussungsversuche der Mächte, Nr. 31.</p>			

X. STAATSBESUCHE

Nr.	Datum Gattung des Dokumentes	Herkunft – Empfänger	Inhalt
1. Japanische Handelsdelegation			
18	25. 6. 1873 BR-Prot.	Bundesrat	Bericht über die Schweizerreise einer japanischen Delegation unter Leitung eines Botschafters, der in Bern sein Beglaubigungsschreiben übergab.
A	25. 6. 1873 Prot.	Konferenz in Bern	Konferenz mit den japanischen Gästen. Die Schweiz wünscht die Weiterführung des Handelsvertrags von 1864 und freie Niederlassung im Landesinnern. Die Japaner sind sehr zurückhaltend.
2. Der Schah von Persien			
25	23. 10. 1873 At	EPD (Cérésole) an Bundesrat	Cérésole gibt einen Überblick über den Schahbesuch in Genf und die daraus entstandenen Kosten, welche das für Repräsentationskosten vorgesehene Budget bei weitem übertreffen.
<p><i>Siehe auch:</i></p> <p>I. 1. 3. 1. Kulturkampf. Beeinflussungsversuche der Mächte, Nrn. 9, 16.</p>			

VI. DOKUMENTE

1

E 1004 1/92

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 11. Februar 1873

684. Päpstliches Breve betr. Errichtung eines apostolischen Vikariats

Politisches Departement. Antrag vom 7./10. Februar 1873

In der gestrigen Sitzung¹ wurde auf die Berathung über den Entwurf einer Note² eingetreten, welche das politische Departement der bezüglichen Schlussnahme vom 3. diess³ zufolge als Antwort für den *päpstlichen Geschäftsträger* auf die am 3. stattgefundenen Übergabe einer beglaubigten Abschrift *des päpstlichen Breve vom 16. v. Mts.*⁴ betreffend die *Errichtung eines apostolischen Vikariats für den Kanton Genf und die Übertragung desselben an Hrn. Gaspard Mermillod* vorgelegt hat.

Im Anschlusse an die gewaltete Diskussion wurde jener Entwurf vom Hrn. Bundespräsidenten einer Umarbeitung unterzogen und auf Grundlage der neuen Vorlage die Berathung heute wieder aufgenommen und zu Ende geführt.

Die gefasste Schlussnahme geht dahin:

I. Dem päpstlichen Geschäftsträger nach dem mit einigen Redaktionsänderungen angenommenen Entwurfe zu erklären, dass der Bundesrath kraft des von den schweiz. Behörden stets festgehaltenen Grundsatzes, wonach Fragen betreffend die Diözesaneintheilung nur mit ihrer Zustimmung erledigt werden können, und angesichts der vom Bundesrathe eingeleiteten Unterhandlungen mit dem heil. Stuhle in Sachen der Genfer Bisthumsfrage⁵, welche mit dem Erlass des päpstlichen Breve vom 16. Januar einseitig abgebrochen worden seien, jede ohne die ausdrückliche Zustimmung der politischen Behörden, nach dem eigenen, freien Belieben des heil. Stuhles einseitig vorgenommene Änderung in der Organisation eines schweizerischen Bisthums als null und nichtig betrachten und ansehen werde und Hrn. Agnozzi ersuche, den heil. Stuhle wissen zu lassen, die Eidgenossenschaft anerkenne für die Zukunft wie bis anhin nur das Bisthum Lausanne und Genf, wie es seit 1820 bestanden habe und bestreite dem apostolischen Vikar, den das Breve vom 16. Januar 1873 einseze, jeglichen amtlichen Charakter, werde sich nöthigenfalls auch dem widersetzen, dass er in der Schweiz die Amtsverrichtungen ausübe, welche ihm der heil. Stuhl ohne vorgängige Zustimmung der politischen Behörde zu übertrage kein Recht hatte.⁶

II. Der Regierung des Kantons Genf unter Bezugnahme auf die von ihrer Abordnung dem Hrn. Bundespräsidenten über ihre Absichten gegebenen Auf-

1. Vgl. E 1004 1/92, Nr. 651.

2. E 22/1669.

3. Vgl. E 1004 1/92, Nr. 523.

4. E 22/1669. *Abgedruckt im GBer.* 1873, S. 329 f.

5. Vgl. *DDS* 2, *Nrn.* 421, 422 und 443.

6. *Die Antwort des Bundesrates an Agnozzi ist als Annex 1 abgedruckt.*

schlüsse⁷ eine Abschrift der vorerwähnten Eröffnung an den päpstlichen Geschäftsträger Hrn. Agnozzi zuzustellen mit der Einladung, dieselbe amtlich dem vom heil. Stuhl bezeichneten apostolischen Vikar zuzustellen und ihn aufzufordern, ihr binnen einer bestimmten Frist zur Kenntniss zu bringen, ob er angesichts des Einspruchs der Bundes- und Kantonsbehörden gegen die Theilung des Bisthums Genf-Lausanne die Funktionen als apostolischer Vikar gleichwohl auszuüben gedenke⁸; im Bejahungsfalle oder wenn er nicht eine bestimmte Antwort geben sollte, würde der Bundesrath in Anwendung der ihm durch Art. 90 Ziff. 8 & 10 der Bundesverfassung⁹ verliehenen Befugnisse im Einverständnisse mit dem Staatsrath von Genf die geeigneten Massnahmen treffen, um einen Vertreter des heil. Stuhls an der Ausübung eines dem Willen der Landesbehörden und dem gesetzlichen Rechtszustand zuwidergehenden Mandats zu hindern.¹⁰

III. Das Präsidium zu ermächtigen, die Regierung von Genf zur Hersendung von Abgeordneten einzuladen, um sich mit denselben über das je nach Umständen erforderliche weitere Vorgehen im Sinne der gewalteten Diskussion zu verständigen.¹¹

ANNEX I

E 1001 (E) q 1/98

*Der Bundesrat
an den Geschäftsträger des Heiligen Stuhls in Luzern, G. B. Agnozzi*

Kopie
N 684 a

Bern, 11. Februar 1873

Le Bref du seize Janvier 1873, par lequel le St. Siège institue dans le Canton de Genève un *vica-riat apostolique*, bref que Mgr. Agnozzi a porté à la connaissance du Président de la Confédération le trois Février suivant, a été soumis à l'examen du Conseil fédéral.

Celui-ci tient à déclarer sans délai au Chargé d'affaires du St. Siège quelle est son opinion sur la valeur et la portée de cet acte.

Les pouvoirs politiques de la Suisse ont constamment proclamé le principe que les questions d'organisation diocésaine ne peuvent être résolues qu'avec leur assentiment.

Les autorités fédérales en particulier considèrent les mesures prises par le St. Siège quant au nombre, à la circonscription et au démembrement des évêchés suisses comme ayant un caractère à la fois confessionnel et politique et comme devant être formellement consenties par elles.

7. Vgl. zu dieser Konferenz vom 6. 2. 1873 in Bern das BR-Protokoll vom 7. 2. 1873 (E 1004 1/92, Nr. 603).

8. Vgl. das Schreiben des Bundesrates an den Staatsrat von Genf und die Antwort von Mermillod (als Annex 2 und 3 abgedruckt).

9. AS 1848—1850, I, S. 28.

10. Am 17. 2. 1873 wurde Mermillod aus der Schweiz ausgewiesen (E 1004 1/92, Nr. 786). Dieser BRB vom 17. 2. 1873 ist abgedruckt im BBl 1873, 1, S. 363 f. Vgl. zu den Rekursen gegen die Ausweisung auch Bericht und Antrag der Mehrheit der NR-Kommission vom 19. 7. 1873 (BBl 1873, 3, S. 409—442), den Bericht der Minderheit der NR-Kommission vom 26. 7. 1873 (BBl 1873, 3, S. 443—450), den Bericht der Mehrheit der StR-Kommission vom 30. 7. 1873 (BBl 1873, 3, S. 451—456) und den Bundesbeschluss vom 30. 7. 1873 auf Abweisung der Rekurse (BBl 1873, 3, S. 301 f.).

11. Eine Konferenz mit den Genfer Staatsräten Vautier, Cambessèdes und Ormond fand am 13. 2. 1873 in Bern statt. Vgl. das BR-Protokoll vom 14. 2. 1873 (E 1004 1/92, Nr. 764).

Cette opinion se fonde sur le droit public ancien et moderne de la Suisse et sur de nombreux précédents. L'Assemblée fédérale l'a proclamée entr'autres par un arrêté du 22 Juillet 1859.¹²

D'accord avec cette doctrine, un acte qui fait partie du droit public européen, celui du Congrès de Vienne du 20 Mars 1815, reconnaissait expressément à la Diète helvétique le droit de prononcer sur l'existence ou la suppression d'un évêché suisse.¹³

C'est parceque le St. Siège lui-même n'a pas contesté jusqu'ici le principe de l'intervention nécessaire du pouvoir civil dans les questions diocésaines en Suisse qu'il a entamé et poursuivi en dernier lieu avec le Conseil fédéral des négociations relatives à l'organisation de l'Eglise catholique dans le Canton du Tessin.¹⁴

C'est encore par suite du même principe que des négociations ont eu lieu pendant les derniers mois de 1872 entre le Département politique fédéral et Mgr. Agnozzi au sujet de l'organisation du culte catholique dans le Canton de Genève.¹⁵

Ces négociations n'étaient point rompues en ce qui concerne le Conseil fédéral, lorsque le St. Siège a adopté le bref du 16 Janvier 1873.

Ce bref fait sortir l'Eglise catholique de Genève d'un état de choses normal qui subsistait depuis plus de cinquante ans et qu'avait fixé entr'autres le bref du 20 Septembre 1819 et l'arrêté du Conseil d'Etat de Genève du 1^{er} Novembre suivant.¹⁶ Les autorités fédérales avaient concouru à ces actes dans les limites de leurs attributions constitutionnelles, et l'incorporation de l'Eglise catholique de Genève au diocèse dit de Lausanne et Genève était donc régulièrement et définitivement accomplie.

C'est cet état de choses que le bref du 16 Janvier 1873 modifie profondément sans que les autorités du pays aient même été consultées.

Dans cette situation le Conseil fédéral doit revendiquer hautement les droits de l'Etat. Il déclare donc que toute modification, introduite unilatéralement, par la pure et simple volonté du St. Siège, et sans l'assentiment exprès des pouvoirs politiques, dans l'organisation d'un diocèse suisse, est et sera considérée par lui comme nulle et non avenue.

Le Conseil fédéral n'admet pas dès lors en faveur du pouvoir ecclésiastique le droit de séparer les catholiques du Canton de Genève du diocèse auquel ils appartiennent légalement. Il a en conséquence l'honneur d'inviter Mgr. Agnozzi à faire savoir au St. Siège que la Confédération ne connaîtra à l'avenir, comme elle n'a connu jusqu'à présent que le diocèse de Lausanne et Genève tel qu'il a existé dès 1820, — qu'elle refuse tout caractère officiel au Vicaire apostolique que le Bref du 16 Janvier 1873 a désigné et qu'elle s'opposera au besoin à ce que celui-ci exerce en Suisse des fonctions que le St. Siège n'avait pas le droit de lui déléguer sans le consentement préalable de l'autorité politique.

ANNEX 2

E 1001 (E) q 1/98

Der Bundesrat an den Genfer Staatsrat

Kopie

S 684 b

Bern, 11. Februar 1873

Nous avons l'honneur de vous communiquer immédiatement la notification que dans notre séance de ce jour nous avons décidé d'adresser au Chargé d'Affaires du St. Siège en Suisse, en réponse à la communication officielle qu'il a faite le 3 de ce mois au Président de la Confédération du *bref pontifical du 16 Janvier précédent*.

12. AS 1857—1860, VI, S. 300f.

13. Vgl. OS, Bd. I, Zürich 1820, S. 50—58.

14. Vgl. DDS 2, Nrn. 388, 422, 431, 433 und 443.

15. Vgl. DDS 2, Nr. 443, Annex.

16. Vgl. *die Denkschrift vom 1. 10. 1872*: La séparation du Canton de Genève de l'Archevêché de Chambéry et sa réunion au Diocèse de Lausanne, d'après les documents officiels des Archives de la Confédération Suisse et du Canton de Genève. *Ohne Ort und Verfasser* (E 22/1669).

Le Conseil fédéral a vu avec satisfaction, par les renseignements donnés à son Président par vos délégués, que vous entendez, comme nous, vous opposer énergiquement à la tentative d'empîement du St. Siège et au démembrement du diocèse de Lausanne et Genève. Nous ne doutons pas que les mêmes vues ne continuent à animer les autorités fédérales et cantonales dans les mesures qu'elles devront prendre à l'avenir.

Le Conseil fédéral, tout en notifiant au St. Siège la réponse qu'il vous communique aujourd'hui, a décidé de vous demander de la porter officiellement à la connaissance du titulaire désigné par le St. Siège pour le Vicariat apostolique par le bref du 16 Janvier 1873, en l'invitant à vous faire connaître dans un délai que vous voudrez bien lui fixer, si en face de l'opposition que font les autorités fédérales et cantonales, au démembrement du diocèse de Lausanne et Genève, il entend néanmoins remplir les fonctions de Vicaire Apostolique. Dans ce cas, comme dans celui où il ne répondrait pas catégoriquement, le Conseil fédéral, agissant en vertu des attributions que lui donnent les §§ 8 et 10 de l'art. 90 de la Constitution fédérale, ordonnerait, d'accord avec le Conseil d'Etat de Genève, les mesures propres à empêcher un représentant du St. Siège de remplir en Suisse une mission contraire à la volonté des autorités du pays et à l'état de choses légalement établi.

E 22/1669

ANNEX 3

*Der Bischof von Hebron und apostolische Vikar von Genf, G. Mermillod,
an den Genfer Staatsrat*

S

Genève, 15 février 1873

Vous me demandez de vous faire connaître avant aujourd'hui samedi si malgré votre opposition et celle du Conseil Fédéral, j'entends remplir les fonctions de Vicaire apostolique.

Je dois à Dieu, à la Sainte Eglise catholique une réponse nette; je dois à mes concitoyens catholiques et protestants de sérieuses et franches explications.

Accusé d'être un brandon de discorde, dénoncé comme coupable de manœuvres séditeuses dans l'ombre, condamné sans avoir été entendu, je m'adresse à vous, Messieurs les premiers magistrats de mon pays, faisant appel à votre esprit de justice et le faisant avec la modération que me recommandent les graves circonstances où se trouve notre patrie.

Vous me permettez, Messieurs, de vous expliquer ce qu'est un Vicaire apostolique et quels motifs ont amené cette mesure ecclésiastique.

Ce n'est ni un délégué diplomatique du S'. Père ni un Evêque ayant un siège diocésain, ce n'est qu'un Chef spirituel donné par le S' Siège aux Catholiques qui en sont dépourvus, toujours révocable à son bon plaisir; en conséquence l'institution d'un Vicariat apostolique n'est nullement l'érection d'un diocèse. C'est la forme d'administration la plus modeste que l'Eglise emploie dans le pays où elle est à peine tolérée et où elle ne jouit pas même du bénéfice du droit commun. C'est ainsi qu'elle existe à Stockholm et à Edinbourg, qu'elle a existé longtemps en Angleterre et en Hollande. Le S' Siège adopte encore cette mesure dans les contrées où existe un conflit momentané et où se prépare par des tractations un accord entre l'Eglise et l'Etat. C'est ainsi que dans notre patrie, à St Gall et dans le Duché de Luxembourg ont existé jusqu'à ces dernières années des Vicariats apostoliques.

L'autorité du Vicaire apostolique est purement spirituelle. Il s'adresse librement aux consciences qui l'acceptent librement, comme un missionnaire de l'Eglise catholique.

Il ne réclame ni faveurs, ni privilèges, ni même, comme tel, aucune part du budget de l'Etat.

Permettez moi donc, Messieurs, de retracer brièvement et avec réserve les faits qui ont amené cette mesure.

Le droit public, qui est la base des rapports de l'Eglise et de l'Etat dans le canton de Genève, repose, nous l'avons dit et redit, sur les garanties des Traités¹⁷ qui constituent notre nationalité et

17. Arrangemens additionnels à l'article cinquième de la déclaration du Congrès de Vienne, touchant le canton de Genève. (Du 29 Mars 1815). (OS, Bd. 1, S. 75—80) und Traité entre sa

sur le Bref gracieusement accordé par le S^t Siège à notre canton.¹⁸ Nulle convention, nul concordat n'est intervenu.

Jamais le S^t Siège ne porta atteinte à l'esprit et à la lettre du Bref de 1819. La présence d'un auxiliaire, délégué par l'Evêque diocésain comme Vicaire Général, ne constituait aucune violation et n'était que l'exercice d'un droit le plus simple, et reconnu dans toute l'Eglise catholique.

Aussi, pendant sept ans, les Conseils d'Etat successifs ont traité avec le Vicaire Général pour la nomination des curés et l'ont laissé accomplir sa charge spirituelle sous la protection des libertés publiques.

En 1871, les Catholiques se virent menacés dans leurs droits essentiels et sous une impulsion que tous connaissent, les hostilités contre les Catholiques ont pris un caractère plus marqué.

Les écoles chrétiennes libres, fondées et entretenues par des citoyens genevois, ont été attaquées.

Les Associations religieuses ont eu leur existence et leurs œuvres entravées par la loi du 3 Février 1872 et le décret du 29 Juin, même année.¹⁹

Le Chargé d'affaires du S^t Siège fit une protestation²⁰ contre ces violations du Bref de 1819. Cette protestation fut sans succès et demeura même plusieurs mois sans réponse.

Les choses n'en restèrent pas là; le Gouvernement de Genève saisit le prétexte d'un article de la *Gazette de Lausanne*, annonçant l'érection de l'Evêché de Genève, pour briser entièrement les rapports avec le Vicaire Général et fatiguer l'Evêque diocésain.

Le Conseil Fédéral, interpellé par le Gouvernement de Genève, mit une prudente circonspection dans cette affaire, refusant d'en faire une note officielle, disant avec justice qu'il ne pouvait agir sur une simple rumeur de journal.

Les actes postérieurs et la démission de Monseigneur Marilley, en date du 20 Octobre 1872, constatent évidemment la fausseté de la nouvelle répandue et commentée par les journaux.

Malgré cette prudence du Conseil Fédéral, les arrêtés du 20 Septembre²¹ furent un acte nouveau qui brisèrent le droit de l'Ordinaire de déléguer sa juridiction; ces actes révoquèrent un curé inamovible et supprimèrent son traitement sans alléguer aucun grief sérieux.

De plus, un projet de loi schismatique fut annoncé au peuple; il est maintenant soumis aux délibérations d'un Grand Conseil en majorité protestant, — sans que ni le Pape, ni l'Evêque, ni le Clergé, ni les Catholiques aient été consultés dans une question qui touche essentiellement à la Constitution et aux dogmes de l'Eglise catholique.

Pendant ce temps, le S^t Siège usait de la plus grande longanimité. Le Président du Conseil Fédéral et Mgr. Agnozzi avaient des entretiens diplomatiques. Le Chargé d'Affaires du S^t Siège a dû exprimer à Monsieur le Président la douloureuse impression faite au S^t Père par les violations successives des droits et des garanties promises aux catholiques de Genève, garanties qui seules avaient engagé Pie VII à accorder gracieusement le Bref de 1819; il fit remarquer que la situation d'Evêque Auxiliaire n'était pas une création de diocèse et n'altérerait en rien les rapports de l'Eglise et de l'Etat qui avaient existé paisiblement depuis six ans et que devant de telles violations le S^t Siège ne pouvait pas garder le silence.

Cet entretien fut suivi d'une nouvelle conférence demandée aussi comme la première par le Président de la Confédération. Elle eut lieu plus tard et alors Mgr. Agnozzi exposait les principes, les actes du S^t Siège et manifestait les vues conciliantes du S^t Père pour arriver à l'apaisement du conflit tout en sauvegardant les droits de l'Eglise et des catholiques de Genève. Le Chargé d'Affaires avait reçu des instructions spéciales de S. E. le Cardinal Secrétaire d'Etat de Sa Sainteté, instructions qui devaient lui servir de bases dans le nouvel entretien qu'il avait accepté avec empressement de Monsieur le Président de la Confédération; Mgr. Agnozzi trouva chez Monsieur le Président le désir d'arriver à une solution; Monsieur le Président de la Confédération prit connaissance des instruc-

Majesté le roi de Sardaigne, la Confédération suisse et le canton de Genève. (Du 16 Mars 1816). (OS, Bd. 1, S. 153—167). *Vgl. auch Nr. 21 und DDS 2, Nr. 443, Annex.*

18. *Vgl. Anm. 16.*

19. *E 22/1519.*

20. *Die Noten vom 10. 8. und 23. 12. 1873 sind abgedruckt im GBer. 1873, S. 327 f.*

21. *Nicht abgedruckt.*

tions du Chargé d'Affaires du S' Siège et il fut convenu qu'il en référerait à ses collègues et au Conseil d'Etat de Genève et que Mgr. Agnozzi aurait plus tard une réponse officielle par une note écrite ou dans une nouvelle conférence.

La question de personne fut un instant agitée mais elle demeura subordonnée à la question principale surtout devant les observations du Chargé d'Affaires et devant la certitude que je n'hésiterais pas à me prêter à tout ce qui pourrait pacifier la situation sans compromettre les droits de l'Eglise et les intérêts des Catholiques.

Mgr. Agnozzi revint à Berne pour l'entretien prévu, espérant même y rencontrer les Délégués du Conseil d'Etat de Genève, mais à son Grand regret le Chargé d'Affaires du S' Siège apprit de Monsieur le Président de la Confédération que ces Messieurs du Conseil d'Etat de Genève, mis au courant des précédentes conférences et renseignés sur les propositions faites par Mgr. Agnozzi, au nom du S' Siège, ne voulaient rien entendre ni d'un accord, ni d'une tractation quelconque. Ce refus absolu du Conseil d'Etat de Genève brisait les essais de conciliation qui justement préoccupait le Président de la Confédération et le S' Père.

Devant cette dénégation de traiter, devant la situation des catholiques privés de chef spirituel, devant les tentatives de schisme légal poursuivies avec ardeur, devant les périls grandissant chaque jour et menaçant toujours plus la foi et les droits des Catholiques, le S' Père ne pouvait, en conscience, abandonner cette portion de l'Eglise universelle confiée à Sa garde par Notre Seigneur Jésus Christ.

Il nomme un Vicaire apostolique et pourvoit aux besoins urgents et spirituels d'une population et d'un clergé qui réclament son appui. Par cet acte le S' Siège n'use pas de la rigueur de ses droits, droits essentiels qu'il tient de Dieu pour le Gouvernement de l'Eglise, droits reconnus par les Traités de Vienne et de Turin, affirmés dans le Bref de 1819 et consacrés par l'Arrêté du Conseil d'Etat du 1^{er} Novembre de la même année.

I. Il ne crée donc pas un Diocèse, et n'érige pas un siège diocésain.

II. Il prend une mesure temporaire et toujours révoicable.

III. Aucune atteinte n'est par là faite aux droits de l'Etat et aux attributions du Pouvoir civil.

IV. Loin de briser les négociations, le S' Siège les laisse toujours ouvertes, prêt à toutes les tentatives de conciliation.

Après cet exposé calme des faits, il ne me reste, Messieurs, qu'à vous déclarer que je ne puis, que je ne dois cesser des fonctions purement spirituelles, trahir une mission évangélique et désertier un apostolat sacré qui m'est confié par le Chef Suprême de l'Eglise.

J'ai toujours obéi et je suis prêt à obéir à toutes les lois qui ne blessent ni la justice, ni le droit ni la Conscience; je proclame ainsi le grand principe formulé par notre Sauveur Jésus Christ, principe qui a été et qui est la source de toutes les libertés civiles et politiques: Rendez à Dieu ce qui est à Dieu et à César ce qui est à César.

J'ai travaillé et je travaille de toute mon âme à concilier mes devoirs de chrétien et de citoyen voulant unir à la fidélité de la foi l'ardeur du patriotisme.

Le regrettable conflit que ni les Catholiques, ni le Clergé ni moi n'avons créé peut rencontrer deux solutions: l'une, dans la liberté vraie, sincère, loyalement appliquée; l'autre dans le respect de l'*art. 130.* de notre Constitution cantonale qui trace au Conseil d'Etat le devoir et la voie d'une entente avec l'autorité ecclésiastique supérieure.

La liberté ou l'accord pacificateur — voilà la solution; sinon il ne reste plus que l'oppression des consciences.

J'ose espérer, malgré tout, dans votre esprit d'équité et dans l'impartialité de mes compatriotes.

L'histoire ne dira pas que sur notre sol où les réfugiés du monde entier trouvent un asile hospitalier, un citoyen de Genève n'a pas eu la liberté de se dévouer à la liberté de son pays en invoquant les droits inviolables et la Constitution de sa patrie; elle ne dira pas que notre cité républicaine, qui se glorifie de toutes les libertés, n'a redouté, en plein XIX^{me} siècle que la liberté de l'Evangile de Jésus Christ.

E 2300 Berlin 1

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, B. Hammer,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
P. Cérésolle*

B Confidentiell

Berlin, 23. Februar 1873

Gleich nach Empfang Ihres Telegramm's vom 17^t diess¹ theilte ich dasselbe abschriftlich dem Fürsten Bismark direkt — mit Umgehung des auswärtigen Amtes — mit, indem ich annehmen durfte, einer solchen Mittheilung stehe Ihre Intention jedenfalls nicht entgegen. Folgenden Tages liess mir der Fürst in den verbindlichsten Ausdrücken seinen Dank für die Mittheilung u. den Wunsch aussprechen, mit mir persönlich über die bezüglichliche Angelegenheit noch Rücksprache zu nehmen. In Folge dessen liess er mich auch auf letzten Mittwoch den 19. diess Nachmittags 2 Uhr zu sich berufen u. unterhielt sich mit mir nahezu während einer Stunde über die in der Schweiz u. in Deutschland waltenden Konflikte mit der katholischen Kirche, ihrem Klerus oder den ihre Interessen vertretenden politischen Partheyen.

Es ist Ihnen bekannt, wie schwer zugänglich Fürst Bismark für den persönlichen Verkehr mit den Diplomaten ist, selbst wenn solche um Audienzen nachsuchen. Es liegt desswegen nahe, anzunehmen, dass Fürst Bismark durch seine Einladung zu einer Besprechung anderes beabsichtigte, als nur dem Vermittler eines Telegramms die bereits schriftlich abgestattete Danksagung noch einmal mündlich zu wiederholen.

Ich will übrigens Ihrer eigenen Würdigung über den Sinn u. die Bedeutung dessen, was der Fürst hier that und sprach, keineswegs vorgreifen u. gehe gleich auf die Erzählung dessen über, was der Fürst im wesentlichen mir gegenüber äusserte:

Decadenz der katholischen Staaten.

Nachdem der Fürst die Zusendung des Telegramms verdankt, sagte er: «Wir kämpfen auf dem nämlichen Boden u. um die nämlichen Ziele.» Dann gieng er über in eine historische Betrachtung über die Entwicklung, resp. den Zerfall aller katholischen Staaten von Polen, im Osten, bis nach Portugal im Westen. — Das einzelne seiner Aperçu's übergehend, — hebe ich hier nur hervor, dass er über Italien äusserte: Das dermalige Aufblüh'n dieses Landes sei gerade eine Folge seines Antagonismus gegen den Katholizismus. Von Östreich sagte der Fürst unter anderm: die dem Klerus eingeräumte Macht u. in Folge dessen vernachlässigte Erziehung seiner reichbegüterten höhern Stände räche sich durch die auffallende Armuth an Männern von hohem Stand, die sich zu Staatsmännern, Diplomaten

1. Hammer erhielt folgendes Telegramm von Cérésolle: Par arrêté d'aujourd'hui Conseil fédéral a interdit séjour en Suisse à Monseigneur Mermillod tant qu'il prétendra vouloir exercer fonction de Vicaire apostolique. Arrêté a été exécuté ce matin sans aucune difficulté et Mermillod conduit à Ferney (E 2200 Berlin 1/4).

und Generalen eignen u.s.w. Indem der Fürst bei dieser Erörterung schliesslich auf den Gegensatz zwischen Irland und England hin wies, abstrahirte er aus den Lehren der Geschichte den Satz, dass alle Staaten, die das katholische Priestertum überwuchern lassen, verdorren.

Haltung der Schweiz u. Preussens.

Er freue sich die Haltung wahrzunehmen, welche die Schweiz der kirchlichen Amassung gegenüber beobachte, hob hervor, wie die Eigenart unser[er] Verhältnisse die Freiheit der Aktion sehr begünstige, während er seinerseits in der Aktionsfreiheit durch verschiedene Widerstände u. Schranken gelähmt und beengt werde. Namentlich bezeichnete er die Opposition «höchstgestellter Damen» als ihm besonders hinderlich.

Als ich dem Fürsten dann auch die Widerstände geschildert, welche in der Schweiz ein wirksames Vorgehen gegen die Aggression der Kirche sehr erschweren (Stimmgebung der katholischen Bevölkerungen etc) u. ihm gesagt, dass die Haltung Deutschlands in dieser Frage für uns selbst von höchster u. unmittelbarer Bedeutung sei, gieng der Fürst dann auf die Genesis des jetzt waltenden deutschen, resp. preussischen kirchlich-politischen Konflikts über u. betheuerte in dieser Beziehung nachdrucksamst, dass ihm der Kampf aufgenöthigt worden sey.

Genesis des deutschen Konflikts.

Es sey vollständig unwahr, dass Deutschland Italien zur Occupation Rom's er-muthigt habe. Im Gegentheil sei wahr, dass Deutschland aus dem Kriege mit Frankreich in guter Stimmung gegen den Papst u. voll Erbitterung gegen Italien zurückgekehrt sei.

Im besondern Verhältniss zu Italien.

Diese Erbitterung sei veranlasst worden durch Italien's zweifelhafte Haltung während dem Verlauf, namentlich aber im ersten Stadium des Krieges u. durch das Auftreten des Garibaldischen Corps, dem gegenüber ein loyal neutrales Italien ernstlicher u. wirksamer hätte einschreiten können. Deutschland hätte ein Schwanken der österreichischen Politik im letzten Krieg viel gutmüthiger ertragen können; denn nach allem, was geschehen u. bei allem, was auf dem Spiele stand, konnte Östreich sich allerdings die Frage stellen, ob eine Partheynahme für Frankreich nicht angezeigt. Dagegen sey das zweifelhafte Benehmen Italiens um so ärgerlicher gewesen, als die Erkenntnis seiner reellen Interessen die Regierung dieses Landes auf die Seite Deutschlands hätte führen sollen, indem sich eine solche doch sagen musste, dass der Sieg Deutschlands gleichbedeutend sei mit der Beseitigung von Frankreichs Präponderanz über Italien, u. eine Wiederholung deutscher Römerzüge vernünftigerweise doch nicht mehr in Aussicht genommen werden dürfe. Es hätte desswegen auch die deutsche Regierung Möglichkeiten in Erwägung gezogen, welche ein feindseliges Auftreten Italiens zu paralyisiren geeignet gewesen wären u. worüber mir der Fürst Andeutungen machte, die ich hier nicht näher erörtere.

Nach der Rückkehr aus dem französisch-deutschen Krieg seyen dem Fürsten dann sehr bald die Symptome einer gegen das neue Reich gerichteten, namentlich

in Wahlanglegenheiten sehr wirksamen katholischen Organisation wahrnehmbar geworden. Ein deutscher Bischoff hätte von ihm verlangt, dass die preussischen Verfassungsbestimmungen über die kirchlichen Verhältnisse auch in die Reichsverfassung aufgenommen werden sollen. Dadurch wäre in Deutschland ein Dualismus geschaffen worden, der noch schwerer als derjenige zwischen Cisleithanien und Transleithanien zu handhaben gewesen wäre. Dessenungeachtet hätte er zu diesem Ansinnen damals weder ja noch nein gesagt. Dann wären die Wühlereien zu Gunsten einer Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes, das aggressive Auftreten der Ultramontanen im Reichstag bei Anlass der Discussion der Grundrechte gekommen. Ein Ultramontaner hätte ihm persönlich erklärt, seine Parthey werde ihrer Überzeugung bis zum Bürgerkriege folgen. Dann hätte der Fürst die katholische Abtheilung im Cultusministerium, die sich als ein wahres jesuitisches Hauptquartier entpuppt, gesprengt; u. nach einem sechs wöchentlichen Feldzug den Minister Mühler, der Jahre lang das jesuitische Unwesen grossgezogen, zu Falle gebracht. Die Bayrische Regierung, die dem Andringen der Ultramontanen zu unterliegen fürchtete, habe Hülfe beim Reiche gesucht, u. so das Gesetz gegen den Kanzelmissbrauch veranlasst. Die preussische Regierung habe nun die 4 bekannten Kirchengesetze eingebracht, u.s.w., sie habe, zum Äussersten entschlossen, den Degen gezogen, u. die Scheide weggeworfen u. werde nun die Klinge nur noch im Leibe des Feindes begraben können.

Man dürfe auf die entschlossene Ausdauer der Preussischen Regierung zweifellos bauen, u. sich ihr Verhalten in den markantesten Verhältnissen der jüngsten Geschichte vergegenwärtigen; in der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit hätte Dänemark allzusehr auf den Langmuth Preussens gerechnet u. dann die Erfahrung gemacht, welch entschlossenen Feind es in die Schranken gefordert.

Vor dem deutschen Bruderkrieg hätten Preussens Feinde auch geglaubt, Preussen würde vor der letzten Entscheidung zurückschrecken u. vollends Hannover habe geglaubt, es dürfe Preussen am Barte kratzen etc; alle aber seien inne geworden, mit welch entschlossenen Feinde sie zu thun hätten. Ähnlich sei es auch mit Frankreich vor dem letzten Kriege gewesen. Man möge desswegen versichert sein, dass Preussen auch in dem gegenwärtigen kirchlichen Kampfe bis zum äussersten gehen werde.

Der Fürst schloss die Conversation damit, dass er sagte: *«Ich hoffe jedenfalls, die Schweiz werde in dem waltenden Streit mit der Kirche den Grundsatz wahren, dass sie auf ihrem Gebiete keine andere Souveränität dulde, als ihre eigene.»*

Ich beschränke mich für heute darauf, den Inhalt der Konversation, wie sie von Seite des Fürsten stattgefunden, ohne begleitende Bemerkungen — möglichst wörtlich — wiederzugeben, mir vorbehaltend, einiges zu ihrem Verständniss u. über meine Auffassung derselben in einem nächsten Schreiben nachzuholen.

Schliesslich danke ich Ihnen sehr für die mir zugesendeten verschiedenen Druksachen, von denen ich gern entsprechenden Gebrauch mache, u. bitte Sie mir s[einer] Zeit ähnliche Mittheilungen oder telegraphische Berichte auch hinsichtlich des Basler Kirchenconflikts zugehen zu lassen.

E 2300 Wien 20

*Der schweizerische Gesandte in Wien, J.J. von Tschudi,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
P. Cérésolle*

B Confidentiel

Wien, 3. März 1873

Da mir aus einer sicheren Quelle ganz confidentiel mitgetheilt wurde, dass die Berichte der K. u. K. Gesandtschaft in Bern über die Angelegenheiten der Bischöffe eine sehr prononcirte Färbung tragen, so ergriff ich heute die Gelegenheit um den Grafen Andrassy zu ersuchen, diese Vorgänge nicht so aufzufassen, wie sie Baron Ottenfels durch seine ultramontane Brille ansehe, u. stellte ihm dieselben so dar, wie sie mir aus den Berichten unserer grösseren Schweizerblätter bekannt sind. Graf Andrassy bemerkte mir, dass er sich immer bemüht habe, bei den Gesandtschaftsberichten die thatsächlichen Vorgänge von der subjectiven Anschauung des Darstellenden scharf zu trennen; er meinte auch, dass sich Baron Ottenfels doch bemühe die Ereignisse so objectiv, als es ihm möglich sei, zu berichten, dass ihm dagegen die Berichte des Legationsrathes Markwort denn doch schon zu arg geworden seien. Graf Andrassy billigte durchaus das Vorgehen des h. Bundesrathes gegen den Bischoff Mermillod. Selbst der ultramontane bayerische Gesandte am hiesigen Hofe, Graf Bray (bayerischer Minister des Äussern während des deutsch-französischen Krieges) sprach sich vom diplomatisch politischen Standpunkt ganz unverholen für das Vorgehen des h. Bundesrathes in dieser Angelegenheit aus.

In Bezug auf die Anerkennung der spanischen Republik wiederholte mir Andrassy, was ich Ihnen schon in meinem letzten Berichte mittheilte¹; er erkennt jedem Lande das volle Recht zu sich eine Regierungsform nach eigenem Gutdünken zu wählen u. desshalb habe er auch die officiellen Beziehungen zur spanischen Republik nicht unterbrechen lassen; die Republik könne er aber nur dann anerkennen, wenn sie eine Constituante erklärt habe; er betrachte die unter der Monarchie gewählten Cortes durchaus nicht berechtigt die Republik als definitive Regierungsform zu proclamiren. Der portugiesische Gesandte hat heute Telegramme erhalten, dass man in Estramadura (einer an Portugal gränzenden spanischen Provinz) mit der Theilung des Grossgrundbesitzes begonnen habe und dass alles dabei ganz friedlich vorgegangen sei!!

Gestern Nachts erhielten sowohl der italienische Gesandte, Graf Robilant, als auch der französische Botschafter Marquis Banneville von ihren Regierungen Telegramme, dass die Laurionfrage definitiv ihren Abschluss gefunden habe.

Graf Robilant fragte mich, ob ich vom hohen Bundesrathe Berichte habe, wie er sich gegenwärtig der Metercommission gegenüber verhalten werde, was ich verneinen musste. Graf Robilant theilte mir dann mit, dass seine Regierung die *wissenschaftliche* Aufgabe der Metercommission als vollendet betrachte u.

1. Vgl. das Schreiben vom 27. 2. 1873 (E 2300 Wien 20). Vgl. auch Nr. 5, Anm. 3.

durchaus nicht gesonnen sei, sich der neu erwählten *praktischen* Metercommission zu fügen, in der Italien nicht vertreten sei und die über Ausgaben verfüge (z. B. den Bau eines eigenen Palastes in Paris) die grosse gemeinschaftliche Opfer verlangen. Er vermuthete, dass die Schweiz, die ebenfalls nicht in dieser letzteren Commission vertreten sei, sich ebenso wenig wie Italien u. noch der eine oder andere Staat, den Massnahmen dieser Commission fügen, sie überhaupt anerkennen werde.

Da ich von den Schritten des h. Bundesrathes in dieser Angelegenheit durchaus nicht informirt bin², so beschränke ich mich lediglich darauf Ihnen diese Äusserungen des italienischen Gesandten zur Kenntniss zu bringen.

2. Vgl. Nr. 66.

Kreisschreiben des Bundesrates an die Kantone

Berne, 10 mars 1873

Nous avons pu nous convaincre en dernier lieu que les Gouvernements cantonaux et les fonctionnaires placés sous leurs ordres n'observent pas tous également l'article 10 de la Constitution fédérale¹, d'après lequel les rapports officiels entre les Cantons et les Gouvernements étrangers ou leurs représentants ont lieu par l'intermédiaire du Conseil fédéral.

Nous avons reçu de représentants diplomatiques accrédités auprès de la Confédération des communications relatives à des demandes adressées directement à eux par des autorités cantonales qu'ils ne sont pas censés connaître, et avec lesquelles ils ne peuvent entrer en rapports officiels. Les réponses à ces demandes arrivent au Conseil fédéral et non pas à l'autorité qui les a directement provoquées. Dans d'autres circonstances, des offices d'autorités cantonales nous ont été remis par des Représentants étrangers avec la prière qu'ils leur fussent communiqués régulièrement par l'intermédiaire de l'autorité fédérale.

Nous n'avons pas besoin de vous faire remarquer combien un pareil état de choses nuit à la dignité des autorités cantonales et à une expédition régulière des affaires. Nous nous bornons à ajouter que, chargés de veiller à l'exécution des dispositions de la Constitution fédérale, nous ne pouvons admettre qu'un mode de procéder anormal et qui, dans certains cas, pourrait présenter des inconvénients graves, s'établisse dans nos rapports internationaux.

Nous avons par conséquent l'honneur de vous inviter à prendre en due considération l'observation qui précède et nous vous prions de bien vouloir prescrire les mesures nécessaires pour qu'il en soit de même de la part des fonctionnaires placés sous votre direction.

1. AS 1848—1850, I, S. 5 f.

E 2300 Paris 26

*Der schweizerische Gesandte in Paris, J. K. Kern,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
P. Cérésolle*

B Confidentiel

Paris, 22 mars 1873

Après une interruption d'une semaine, M^r de Rémusat a reçu hier après midi les membres du corps diplomatique. J'ai remis à cette occasion au Ministre des Affaires Etrangères une dépêche exposant les réclamations du Département des Postes Suisses au sujet des lenteurs apportées à la transmission des correspondances, et j'ai appuyé verbalement les demandes de la Suisse pour l'accélération du service des postes sur les deux voies de Pontarlier & de Belfort.¹

M. de Rémusat et aucun des Ministres français n'assistait au dîner donné jeudi par M. Thiers au Corps diplomatique. Je n'avais donc pu m'entretenir avec lui des diverses questions qui font l'objet de l'office que Vous m'avez fait l'honneur de m'adresser le 11 de ce mois.² M^r Thiers, qui n'est arrivé qu'au moment de se mettre à table, a été ensuite tellement entouré, par des dames surtout, qu'une conversation confidentielle avec lui eût été impossible.

J'ai donc jugé indispensable d'aborder avec M. de Rémusat la question de l'attitude de la presse française et de Mgr de Nîmes à l'égard des conflits religieux en Suisse.

Conformément à Vos instructions, j'ai eu soin de dire à M^r de Rémusat que, si je lui en parlais, c'était plutôt *comme simple particulier*, et pour profiter de ce qu'aucun de mes collègues n'attendait dans la salle des pas perdus. J'ai même évité le

1. Vgl. *das Schreiben von Borel an Kern vom 18. 3. 1873* (E 2200 Paris 1/93).

2. *In diesem Schreiben führte Cérésolle aus: [...] J'attire aussi votre attention sur une lettre de Mgr. Plantier, Evêque de Nîmes, publié par le Courrier de Genève du 9 Mars [...].*

Je n'ai pas besoin de vous faire remarquer ce qu'il y a de surprenant dans le fait qu'un Evêque français, nommé par le Gouvernement de la France, accuse dans une lettre destinée à la publicité, un Gouvernement ami de la France d'être composé de traîtres et de vendus. Il ne sera peut-être pas inutile que, sans provoquer le moins du monde des mesures de répression que nous ne songeons point à réclamer, vous saisissiez une occasion favorable pour faire connaître aux membres du Gouvernement de la République Française avec lesquels vous toucherez ce sujet, qu'un pareil langage ne passe pas inaperçu en Suisse, et que bien loin de contribuer à l'apaisement des passions religieuses et aux bons rapports entre les deux pays, il ne peut que surexciter l'opinion publique et irriter les esprits!

Vous savez d'ailleurs aussi bien que nous ce qu'il faut croire des accusations que la presse ultramontaine dirige contre le Conseil fédéral. Nous n'avons eu avec le Gouvernement allemand aucune entente quelconque, et si nous suivons avec intérêt ce qui se passe en Allemagne sur le terrain confessionnel, si de plus, ce qui est bien naturel, nous sommes satisfaits de voir que les tentatives envahissantes de l'ultramontanisme rencontrent dans M. de Bismark un puissant adversaire, nous n'en sommes pas moins restés absolument et complètement indépendants dans la ligne de conduite que nous avons suivie [...] (E 2200 Paris 1/91).

mot «officieux» en parlant de notre entretien, & j'ai insisté en commençant sur le caractère purement *intérieur* de ces conflits.

J'ai abordé ensuite, en me conformant strictement aux indications contenues dans Votre office du 11 Mars, les deux points 1° qu'il est faux que le Conseil Fédéral ait agi dans ces questions sous une influence étrangère quelconque. 2° que le langage provocateur de Mgr Plantier, évêque de Nîmes, n'a pas passé inaperçu à Berne, et que le Conseil Fédéral a été étonné de voir un prélat nommé par le Gouvernement Français se servir de termes pareils dans une lettre évidemment destinée à la publicité et reproduite en effet par la presse. Ces publications ne peuvent qu'augmenter l'irritation & provoquer de fâcheux effets, surtout lorsqu'elles viennent s'ajouter aux excitations émanées d'une grande partie de la presse française.

M. de Rémusat a répondu: «Quant à l'évêque de Nîmes, c'est peut-être l'homme le plus violent de notre clergé. Il l'a prouvé dans plus d'une publication, et récemment encore dans une polémique dirigée contre Mgr Dupanloup.» M^r de Rémusat a ajouté qu'il ne pouvait qu'approuver l'opinion du Conseil Fédéral qu'il n'y a pas lieu de provoquer des mesures de répression contre ce prélat, les mesures de cet ordre n'ayant jamais produit de résultat favorable. Quant à l'accusation formulée contre le Gouvernement de la Suisse d'avoir agi sous une influence étrangère, tout homme sérieux sait quelle valeur il faut lui attribuer.

M^r de Rémusat a continué ensuite dans les termes suivants:

«Je ne puis vous cacher que je vois avec regret ces conflits, et ces rapports tendus entre les deux confessions qui se partagent le peuple suisse. En [*ce*] qui nous concerne, Gouvernement français, nous ferons tout notre possible pour éviter ces conflits. L'expérience prouve malheureusement que, même lorsqu'on n'a pas tort, on est toujours le plus souvent forcé de faire certaines concessions auxquelles on se serait refusé au début, parce que les populations réclament la célébration du service religieux, et qu'en mettant de côté les curés ou les évêques reconnus à Rome, on se trouve dans l'impossibilité de les remplacer. Alors même qu'on leur trouverait des successeurs, ceux-ci sont repoussés par Rome, & les populations qui ont encore la foi catholique se livrent à des agitations dangereuses. Je m'effrayerais par exemple, de suspendre en France une centaine de curés à la fois, ne sachant pas comment les remplacer. Je me permets cette observation sans vouloir en aucune manière exercer une influence quelconque sur l'attitude de tel gouvernement cantonal. C'est une simple considération personnelle qui m'a été suggérée par la lecture des journaux et des rapports de M^r Lanfrey. Avez-Vous un nombre important de curés qui ne marchent pas avec ceux contre lesquels les autorités civiles sont actuellement en lutte?»

J'ai répondu qu'il ne m'était pas possible de formuler un chiffre quelconque, mais que les curés anti-infallibilistes étaient, à mon avis, un petit nombre proportionnellement aux autres.

«Vous êtes comme nous», a continué le Ministre des Affaires Etrangères. «Le nombre de nos évêques & de nos curés gallicans diminue de jour en jour, à mon grand regret, et l'esprit romain est plus répandu qu'autrefois.»

J'ajouterai que M^r de Rémusat s'est exprimé pendant tout l'entretien, de la manière la plus calme, & je crois pouvoir Vous assurer que la pensée dominante du Ministre a été un sentiment de regret motivé par les embarras considérables

qu'il prévoit comme conséquence de cette lutte. M^r de Rémusat n'a pas prononcé le moindre mot de blâme à l'adresse des autorités fédérales, ce qui est du reste assez naturel, de la part d'un homme dont les opinions anticléricales sont connues.

J'ai répondu à M^r de Rémusat que ces difficultés étaient prévues dans toute leur gravité par le Conseil Fédéral & par les Gouvernements Cantonaux. L'attitude prise par ces derniers est non seulement nécessitée par l'état de l'opinion publique, mais elle se justifie encore par le fait que, depuis l'expulsion des jésuites du territoire de la Confédération, nous avons eu des relations satisfaisantes avec l'Eglise catholique. Les autorités civiles vivaient en paix avec Rome & avec les évêques. L'attaque est venue de Rome et non du pouvoir civil. C'est la proclamation du dogme de l'Infaillibilité *[sic!]* & des doctrines du syllabus qui ont engagé le clergé à changer d'attitude, à se faire agresseurs, et il est bien naturel que l'autorité civile use de son droit de nécessaire et légitime défense. — Déjà à des époques anciennes de notre histoire, déjà avant la Réformation, les Suisses ont refusé de tolérer les empiètements du clergé. Le *Pfaffenbrief* du XIV^e Siècle était l'expression de l'opinion publique de cette époque et avait formé d'une manière très énergique & très brève le sentiment général: «Nous voulons rester maîtres chez nous». Telle est aujourd'hui encore, la manière de penser de tous les hommes indépendants, & de tous les Suisses qui refusent de se courber devant les décrets du Vatican.

«La presse française, presque unanimement, a blâmé, & cela dans des termes parfois peu convenables, les mesures prises contre M. Mermillod. Il n'aura pas échappé à V. Exc. qu'il s'agissait là d'une mesure de haute police, qui présente plus d'une analogie avec les récentes décisions du Gouvernement Français contre un prince de l'ancienne maison impériale. La position est même plus favorable encore pour le Conseil Fédéral que pour le Cabinet de Versailles. Tandis que le prince Jérôme Napoléon déclarait vouloir vivre en simple particulier & se soumettre aux lois françaises, M^r Mermillod refusait opiniâtement de respecter les décisions des autorités de son pays et prétendait remplir en Suisse, malgré la volonté de l'autorité civile & en violation de conventions internationales, des fonctions à lui conférées par un pouvoir étranger. Le séjour du prince Napoléon était même, sous plus d'un point de vue, moins dangereux en France, que ne l'aurait été celui de M^r Mermillod dans un Canton de 100.000 âmes seulement, partagé en deux moitiés égales entre catholiques et protestants, au milieu d'une population déjà surexcitée, agitée & travaillée par lui de longue main, et cela au moment où il proclamait sa volonté énergique de résister.

M^r de Rémusat s'est borné à entendre mes explications, sans prononcer un seul mot ni de blâme ni d'approbation.

Au moment où je me levais, le Ministre des Affaires Etrangères m'a tendu les mains et m'a vivement remercié des paroles de sympathie pour la France & de confiance pour l'avenir de la République Française, que j'avais prononcées au banquet de la Société Helvétique de Paris, et qu'il avait lues dans le *journal des débats*.

Au dîner donné par M^r Thiers avant-hier Jeudi, M^r Olózaga m'a dit que M^r Roberto Robert, homme de lettres, républicain de la veille, savant distingué & très libéral, avait été nommé Ministre d'Espagne à Berne. M^r Roberto Robert est attendu à Paris très prochainement. Il sera probablement porteur de la Réponse

de M^r Castelar à la communication³ du Conseil Fédéral au sujet de la reconnaissance de la République Espagnole.

M^r Chenevière, que j'ai vu ce matin, m'a annoncé que la Banque de Paris et des Pays-Bas était toujours favorablement disposée pour le percement du Simplon, mais persistait à faire dépendre toute initiative de sa part de la demande qui lui serait adressée par le Gouvernement Français. M^r Chenevière partira Lundi pour Strasbourg, & a l'intention de s'arrêter à Berne pour conférer avec Vous, avant de rentrer à Genève, des résultats de son voyage.

M^r Dufaure, Ministre de la Justice, auquel j'avais demandé une audience pour l'entretenir de la question du service militaire des fils de Français naturalisés en Suisse, ainsi que des mesures à prendre pour assurer l'application du traité franco-suisse du 15 Juin 1869⁴, m'avait exprimé le désir d'étudier ces questions en détail avant d'en conférer avec moi. L'audience a été fixée à Mercredi prochain.

3. Mit Note vom 24. 2. 1873 hatte der Bundesrat die republikanische Regierung anerkannt (E 1001 (E) q 1/98, Nr. 919a). Vgl. auch E 2/895.

4. Vertrag über den Gerichtsstand und die Vollziehung von Urteilen in Zivilsachen (AS 1866—1869, IX, S. 1002—1022). Vgl. auch E 13 (B)/57.

6

E 2/48

*Der schweizerische Gesandte in Paris, J. K. Kern,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
P. Cérésolle*

B Confidentiel

Paris, 3 avril 1873

J'ai eu l'honneur de recevoir la lettre¹ confidentielle que Vous avez bien voulu m'adresser le 1^{er} de ce mois et par laquelle Vous me chargez de Vous procurer des renseignements sur la résidence actuelle de *Don Carlos*. Vous ajoutez, que Vous désireriez connaître mon opinion au sujet de l'intention que Vous avez de provoquer, de la part du Conseil Fédéral, un arrêté interdisant, même préventivement et pour le cas où Don Carlos ne serait point en Suisse, à ce prince le séjour sur notre territoire.

Pour satisfaire à la première de ces demandes, je me suis rendu hier chez M. Olózaga, Ambassadeur d'Espagne. M. Olózaga n'a pu me recevoir. Il a été blessé assez gravement à l'œil, il y a trois jours, en jouant au billard avec un des attachés de l'Ambassade. On espère sauver l'œil, mais l'Ambassadeur souffre beaucoup et son rétablissement exigera beaucoup de temps. Je me suis donc adressé à M. Hernandez, 1^{er} Secrétaire.

M. Hernandez m'a dit que d'après les nouvelles parvenues à l'Ambassade, Don Carlos ne serait pas en Suisse, mais en France. Il croit être assuré que le prétendant réside depuis plusieurs mois dans le Département des Basses-Pyrénées, dont le

1. E 2200 Paris 1/91.

Préfet, M. de Nadaillac, est un légitimiste prononcé. Il change fréquemment de demeure, et le Préfet sait faire en sorte de ne pas le découvrir. Les journaux d'hier annonçaient la démission de M. de Nadaillac, ce qui pourra modifier la situation. Quoiqu'il en soit, l'Ambassade d'Espagne paraît supposer, de la manière la plus positive, et en raison des communications faites l'année dernière par M. Welte, soit à la Légation d'Espagne en Suisse, soit à ma Légation, que la Suisse n'accordera plus d'asile au prétendant.

Je profite de cette occasion pour ajouter que l'Ambassade d'Espagne à Paris n'a aucune nouvelle récente de M. Roberto Robert désigné pour le poste de Berne et qui n'est pas encore arrivé ici.

Passant au second point qui fait l'objet de Votre lettre du 1^{er} Avril, je me réfère aux lettres² que j'ai adressées au Département politique les 30 Avril 1872 (Nr. 1082), 18 Mai (1267) et 25 Mai (1349). M. Welte me fit savoir par lettre sans date reçue le 13 mai 1872³, que le Conseil Fédéral «avait invité, le 3 Mai, le Gouvernement de Genève à faire savoir au duc de Madrid qu'il eut à s'abstenir de tout acte d'hostilité contre l'Espagne, sinon que l'asile lui serait retiré».

M. Welte m'autorisait à communiquer à M. Olózaga cette décision, en ajoutant, qu'il en avait verbalement informé le représentant de l'Espagne.

Le 22 Mai, le Département politique fédéral m'adressait sa circulaire Nr. 2⁴, contenant la réponse du Gouvernement de Genève, et la déclaration que les procédés de Don Carlos, «s'ils devaient se renouveler, provoqueraient son expulsion du Canton de Genève et du territoire suisse». Comme M. Welte ajoute «Le Conseil fédéral n'a encore pris aucune décision sur ce point» il paraît donc que la question n'a pas encore été définitivement tranchée.

Puisque Vous voulez bien me demander mon opinion, je n'hésite pas à penser, comme Vous, que Don Carlos a perdu tout titre au droit d'asile (das Asylrecht verwirkt) par le fait d'avoir rédigé et publié, sur territoire suisse, un appel aux armes contre un Gouvernement ami. Ce Gouvernement est tombé aujourd'hui, mais la Confédération a reconnu la République Espagnole, contre laquelle le duc de Madrid lance ses bandes et sur le territoire de laquelle les plus grandes atrocités se commettent en son nom et par ses partisans. Le changement de Gouvernement ne modifie en rien la position de Don Carlos, qui, après comme avant, cherche à main armée à renverser un Gouvernement ami de la Suisse, et qui, s'il rentrait sur notre territoire, compromettrait nos relations avec le Gouvernement reconnu par nous en Espagne. Je n'hésite donc pas à penser qu'en faisant savoir, au préalable, au Gouvernement du Canton de Genève que le territoire suisse est désormais interdit au duc de Madrid, la Suisse ne fait qu'assurer le maintien de sa neutralité et prouver son intention de respecter les devoirs imposés par le droit des gens vis-à-vis d'un peuple ami. Comme Vous le savez, Mazzini a été l'objet d'une mesure analogue et déclaré indigne de recevoir un asile en Suisse; je ne vois pas pourquoi un prétendant de famille royale serait mieux traité que le célèbre agitateur italien. Il s'agit du reste moins vis-à-vis du duc de Madrid, d'une mesure préventive, que de l'application à Don Carlos d'une mesure dictée par le droit des gens contre un

2. Die folgenden Schreiben nicht abgedruckt.

3. Nicht ermittelt.

4. E 21/15712. Vgl. auch DDS 2, Nr. 414.

individu *qui a déjà abusé sur notre territoire, de l'asile qui lui était donné, et qui, par là, a perdu tout titre à être de nouveau reçu chez nous comme réfugié politique.*⁵

5. *In seiner Sitzung vom 5. 5. 1873 behielt sich der Bundesrat vor, [...] beim allfälligen Eintreffen von Don Carlos in der Schweiz die Frage neuerdings zu prüfen, ob nach der Sachlage nicht eine förmliche Ausweisung am Plaze sei [...]. Gleichzeitig wurde der Gemahlin von Don Carlos [...] der fernere Aufenthalt in den Kantonen Genf, Waadt, Wallis, Neuenburg, Freiburg, Tessin und in den jurassischen Bezirken des Kantons Bern untersagt [...]* (E 1004 1/93, Nr. 2220). — *Der Beschluss gegen die Herzogin von Madrid wurde durch BRB vom 6. 8. 1880 wieder aufgehoben* (E 2/48).

7

E 2/311

*Antrag des Vorstehers des Politischen Departements, P. Cérésolle,
an den Bundesrat*

Berne, 14 avril 1873

Les Etats signataires de la Convention de Genève du 22 août 1864¹ pour l'amélioration du sort des militaires blessés dans les armées en campagne, désirant étendre les avantages de cette Convention aux armées de mer et préciser davantage quelques-unes de ces stipulations, ont envoyé des délégués à une Conférence internationale qui s'est réunie à Genève en octobre 1868 sous les auspices du Conseil fédéral et ont rédigé quinze articles additionnels² à la Convention de 1864, qui portent la date du 20 octobre 1868.

Les articles additionnels n'ont pas encore été ratifiés par tous les Gouvernements contractants, et cela d'abord à cause de la guerre de 1870—1871, qui est venue interrompre les négociations, puis aussi à cause d'une proposition de la Russie tendant à modifier l'article additionnel XII, en remplaçant le deuxième alinéa par la rédaction suivante: A l'exception des navires hospitaliers qui se distinguent par une peinture extérieure spéciale, tout bâtiment de guerre ou de commerce ne peut se servir du pavillon blanc à croix rouge que dans le cas où il en aurait reçu l'autorisation par suite d'une entente *préalable* des belligérants. En l'absence d'une pareille entente, le bénéfice de la neutralité n'est accordé qu'à ceux des navires dont le pavillon *neutre* tel qu'il est établi pour les bâtiments hospitaliers a été hissé avant qu'ils ne fussent aperçus par l'ennemi.

Cette proposition fut portée à la connaissance de tous les Etats signataires de la Convention de Genève, par circulaire du 2 mai 1870.³

En réponse à cette circulaire:

Bade, la Bavière, la Belgique, le Danemark, la Grèce, la Suède et Norvège, l'Autriche, l'Espagne, la Turquie et le Wurtemberg ont annoncé au Conseil fédéral leur adhésion à la dite proposition;

1. AS 1863—1866, VIII, S. 520—530.

2. BBl 1868, 3, S. 1076—1083. *Vgl. zur Konferenz von 1868 auch DDS 2, Kapitel IV.*

3. E 1001 (E) q 1/87, Nr. 1075 a.

Le Portugal, tout en adhérant à cette proposition a exprimé le désir qu'elle fût consignée dans un protocole explicatif, afin que le texte même de l'article XII ne fût pas changé, cet article ayant déjà été ratifié par les Cortès portugaises;

Les Pays-Bas ont aussi adhéré, mais voudraient cependant maintenir l'alinéa 2 de l'art. XII, qui serait alors suivi et non remplacé par la rédaction russe;

La France, l'Angleterre et l'Italie ont rejeté la proposition russe comme inutile;

L'Allemagne et la Hesse n'ont pas encore répondu. (Depuis la constitution de l'Empire d'Allemagne, la réponse du Grand-Duché de Hesse ne peut plus entrer en ligne de compte.)

Par note du 3/15 février 1871⁴, le Gouvernement impérial de Russie, auquel les observations de la France au sujet de sa proposition avaient été communiquées par le Conseil fédéral, déclara vouloir cependant la maintenir.

Enfin, à la suite de la Communication aux Etats signataires de l'adhésion récente de l'Espagne aux articles additionnels du 20 octobre 1868, la question du règlement définitif de cette affaire, momentanément suspendu, comme nous l'avons dit plus haut, à cause des événements de la guerre franco-allemande et en prévision d'une Conférence internationale qui devait avoir lieu l'an passé à Vienne entre les délégués des diverses sociétés de secours et qui ne s'est pas réunie, a été posée de nouveau par les Gouvernements de France et d'Italie, dans les notes⁵ de leurs Légations respectives des 21 et 26 février derniers.

Estimant que le moment est venu de reprendre activement les négociations relatives à la ratification définitive des articles additionnels de 1868, le Conseil fédéral a décidé:

1. d'adresser aux Légations de France, d'Italie et d'Angleterre à Berne, des notes pour leur exposer l'état de la question et leur demander si, dans les conditions actuelles, ces trois Etats ne pourraient pas adhérer à la proposition de la Russie, ou, en cas contraire, s'ils ne consentiraient pas au moins à la mise en vigueur définitive des six premiers articles additionnels, qui sont relatifs aux armées de terre, quitte à reprendre ensuite la discussion de ceux qui ont trait à la guerre maritime;

2. de donner à la Légation d'Allemagne connaissance des démarches qui précèdent et de lui demander la réponse de son Gouvernement à la circulaire du 2 mai 1870;

3. d'informer également la Légation de Russie de l'état des choses, en lui demandant l'avis du Cabinet de St-Petersbourg au sujet des démarches susmentionnées faites auprès de l'Allemagne, de l'Angleterre, de la France et de l'Italie.⁶

4. E 2/310.

5. *Nicht abgedruckt.*

6. *Der Antrag wurde vom Bundesrat in seiner Sitzung vom 18. 4. 1873 unverändert genehmigt* (E 1004 1/93, Nr. 1896 a).

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 21. April 1873

1951. Niederlassungsvertrag mit dem deutschen Reich

Justiz- und Polizei-Departement

Zur Frage, betreffend die Verhandlungen mit der deutschen Reichsregierung über einen *Niederlassungsvertrag* (Vergl. Prot. vom 18. November 1872, Nr. 5349)¹ legt das Departement einen Bericht des Gesandten in Berlin vom 2. dies.² vor, wonach die Reichsregierung eher den ganzen Vertrag fallen lassen als auf die Aufnahme des Vorbehalts in Art. 7 wegen Nichterfüllung der Militärflicht verzichten wird, und zwar letzteres namentlich nicht mit Rücksicht auf die Bevölkerung von Elsass-Lothringen; hinwider erachtet es der Gesandte für möglich, dass die Weglassung des fraglichen Vorbehalts beim Fürsten Reichskanzler zugestanden werden dürfte, wenn das Reichsland Elsass-Lothringen vom Vertrage ausgeschlossen, beziehungsweise die Bestimmung des Zeitpunkts des Inkrafttretens des Vertrags für Elsass-Lothringen einer spätern Vereinbarung vorbehalten würde.

Nach Einsichtnahme von diesem Berichte, sowie von der Vorlage im deutschen Bundesrathe über die fraglichen Vertragsverhandlungen vom 9. Dezember 1872 und nach gewalteter Berathung hat der Bundesrath beschlossen:

1. Das Justiz- und Polizei-Departement sei beauftragt, dem Gesandten in Berlin zu eröffnen, er möge beim Reichskanzler in der oben angedeuteten Meinung die Abänderung in Anregung bringen, dass der Vertrag nicht auf Elsass-Lothringen ausgedehnt werde;

2. Sei der Departementsvorstand, Herr Bundesrath Knüsel, im weitern ersucht, auch Herrn General von Roeder, als deutschen Unterhändler von dieser Wendung angemessen zu verständigen.

1. E 1004 1/91. Vgl. auch DDS 2, Nrn. 403, 407 und 415.

2. E 21/24532.

E 2300 Paris 26

*Der schweizerische Gesandte in Paris, J. K. Kern,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
P. Cérésolle*

B

Paris, 24 avril 1873

J'avais demandé à M. de Goulard, Ministre de l'Intérieur, une audience pour l'entretenir *personnellement* de la *question des passeports*¹, et faire ainsi auprès de lui une démarche pour obtenir qu'il fût donné suite à la note adressée le 8 Mars à M. de Rémusat par ma Légation², dans le sens des instructions contenues dans l'office du Conseil Fédéral du 6 du même mois³.

M. de Goulard m'a reçu avant-hier à deux heures.

J'ai renouvelé auprès de lui les demandes contenues dans la note du 8 Mars.

En première ligne, j'ai maintenu la demande de la Suisse tendant à la *suppression* complète de la formalité du passeport entre les deux pays. J'ai insisté de nouveau sur l'inutilité de cette formalité, ainsi que sur la fâcheuse impression produite en Suisse par son maintien, alors qu'un traité formel en exigerait l'abolition & que cette faveur a été accordée à la Belgique, à l'Angleterre, et même à l'Allemagne. Quant à l'objection tirée de la présence à Genève de réfugiés de la Commune de Paris, j'ai rappelé que la France n'avait jamais réclamé l'internement de ces individus. Il n'est donc pas équitable de faire sentir à tous les pénibles effets de cette omission. Je ne puis pas admettre l'objection que la Suisse aurait refusé l'internement des réfugiés; après le coup d'Etat sous le second Empire, la Suisse a interné les réfugiés français et a demandé elle-même en 1857 l'internement des royalistes neuchâtelois réfugiés à Morteaux. Quoiqu'il en soit, on ne peut pas dire que la Suisse ait refusé l'internement. — Depuis leur arrivée en Suisse, ces individus ont cherché à s'assurer une position, et leur internement serait aujourd'hui beaucoup plus difficile & plus pénible qu'au début.

M. de Goulard n'a pu contester aucun des faits qui précédent. Il a dit que la question des passeports et ma dernière note étaient encore à l'étude dans les bureaux, et qu'il m'adresserait prochainement une réponse. Il a ajouté qu'il lui paraissait toujours utile d'exiger une preuve de l'identité du voyageur.

J'ai demandé alors que le Gouvernement Français ne réclamât pas le signalement, et se contentât d'un *acte d'origine*, cette pièce de légitimation la plus importante aux yeux des autorités suisses. J'ai exposé le régime de nos lois en matière d'actes d'origine, et M. de Goulard m'a promis derechef un nouvel examen de toute la question et une prompté décision⁴.

II. M. de Goulard a passé ensuite aux *conflits religieux en Suisse*, et, prenant l'initiative, m'a dit que ces conflits avaient provoqué « beaucoup de sensation » en France.

1. Vgl. auch DDS 2, Nrn. 308, 410, 414, 416 und 418.

2. Nicht ermittelt.

3. Vgl. das Schreiben des Bundesrates an Kern vom 5. 3. 1873 (E 21/15712).

4. Vgl. auch Nr. 10.

J'ai répondu que la Suisse avait été forcée de se défendre contre les empiètements de Rome, et que le Gouvernement Français ne permettrait pas plus que le Conseil Fédéral, le démembrement d'un diocèse sans le consentement du pouvoir civil ni l'institution d'un Vicariat apostolique dans une province française en violation du Concordat. C'est là ce que Rome & M. Mermillod ont tenté de faire à Genève. — M. de Goulard n'a point contesté cette manière de voir. Quand à l'expulsion de M. Mermillod, j'ai répété à M. de Goulard ce que j'avais déjà dit au Ministre des Affaires Etrangères au sujet de l'analogie de cette mesure avec l'expulsion du prince Napoléon en France⁵, & de la position encore plus favorable du Conseil Fédéral à l'égard de M. Mermillod. M. de Goulard ne m'a parlé d'aucune demande d'intervention adressé au Gouvernement français, bien que M. Lanfrey eût fait quelques allusions à ces demandes.⁶ J'ai fait néanmoins observer à M. le Ministre de l'Intérieur que, dans les derniers temps, il avait été question de demandes de ce genre, mais qu'il m'était difficile d'y croire. Le Gouvernement français sait trop bien quel effet produirait en Suisse toute démarche de cette nature pour pouvoir avoir jamais la pensée de donner une suite à ces demandes. L'intérêt des catholiques eux-mêmes exige qu'on ne froisse pas en Suisse le sentiment national, qui ferait taire toutes les nuances d'opinion & porterait une sérieuse atteinte aux nombreuses sympathies du peuple suisse pour la France.

Il m'paru que M. de Goulard, bien que passant pour ami du clergé, partageait sur ce point ma manière de voir.

Avant hier soir, je me suis rendu chez le Président de la République, au palais de l'Elysée. — J'ai eu une longue conversation avec M. Thiers sur les sujets suivants:

1^o M. Thiers a vanté le crédit extraordinaire de la France, ses ressources exceptionnelles, et la situation favorable des finances du pays. Il a fait ressortir que les billets de la Banque de France faisaient actuellement prime de 2 pour mille. Je me suis permis de demander où ce fait se produisait: «A Nice», a répondu M. Thiers. — Cela comme indication des tendances optimistes du président.

2^o Quant à l'élection de M. de Rémusat à Paris, M. Thiers est pleinement convaincu du succès de son ministre, et n'en a pas douté un seul instant. Il est par contre indigné de la candidature légitimisto-bonapartiste du colonel Stoffel, et de la conduite des gens qui préfèrent retirer leurs voix au candidat de la république modérée dans l'espoir que la victoire du candidat radical amènera des désordres dont ils espèrent retirer quelque bénéfice.

M. Thiers a soigneusement évité toute allusion aux affaires franco-suisse. Il n'a parlé ni des passeports, ni de la révision du traité de commerce, ni des questions religieuses.

Je n'ai pas jugé opportun de provoquer dans le salon de M. Thiers une discussion sur ces divers points, connaissant sa vivacité et cela malgré la promesse qu'il m'avait faite chez le Comte Arnim de chercher à abolir les passeports.

M. Rouland, Gouverneur de la Banque, qui se trouvait présent, m'a confirmé ce que j'ai déjà écrit à M. Scherer au sujet d'un projet de réunion des signataires de

5. *Vgl. Nr. 5.*

6. *Vgl. den Bericht von Kern an den Bundesrat vom 16. 4. 1873 (E 2300 Paris 26).*

la Convention monétaire de Décembre 1865.⁷ Il n'est nullement question de convoquer les représentants de ces Etats. Dans l'opinion de M. Rouland, on s'exagère les inconvénients du double étalon. L'Allemagne a encore besoin d'argent pour longtemps & en tous cas pour plusieurs années. Si les Etats qui veulent l'étalon d'or unique venaient à démonétiser tout l'argent, et en inondaient la France, celle-ci ne resterait pas les bras croisés & prendrait des mesures pour la sauvegarde de ses intérêts. Il importe en pareille matière, a dit en terminant M. Rouland, de ne pas se laisser guider par des considérations purement théoriques, et de prendre ces questions par leur côté pratique — Vous m'obligeriez en faisant part des détails qui précèdent au Département fédéral des Finances.

M. Ozenne se trouvait également chez le Président de la République. J'avais donc de bonnes raisons pour Vous annoncer le 21 Avril qu'il n'avait pas encore quitté Paris.⁸

M. Ozenne m'a dit 1^o qu'il espérait arriver à une entente avec l'Italie pour la révision du *traité de commerce* franco-italien.

2^o qu'il n'est pas encore décidé à aller à Vienne avant de se rendre en Suisse. Chronologiquement le traité franco-suisse expire avant le traité franco-autrichien, et il est possible qu'il se rende en premier lieu à Berne. M. Ozenne a ajouté «J'ai parlé de la chose à M. Lanfrey».

3^o M. Ozenne a fini par me demander: «Pourquoi la Suisse n'adhérerait-elle pas à nos propositions? Les conditions de la concurrence entre les Suisses d'une part et les Belges, Anglais, Autrichiens etc sur notre marché n'en seraient point altérées?» J'ai répondu: «Mais il existe en France une autre concurrence bien plus dangereuse que celle des Anglais, Belges, etc, c'est la concurrence des négociants et fabricants français. Un grand nombre de droits nouveaux convenus avec l'Angleterre et la Belgique ne correspondent point à des droits payés par les Français. Pour ne prendre que les deux plus importants, les bois et les fromages français ne paient rien à l'intérieur, tandis que les bois et les fromages étrangers auraient à subir l'importation en France des droits fort élevés. Enfin, quelle concession proposeriez-Vous à la Suisse? Accorderiez-Vous par exemple une prolongation de dix ou douze ans du tarif franco-suisse actuel comme base à laquelle le droit compensateur viendrait s'ajouter? Pour l'Angleterre, Vous lui avez accordé la suppression de la surtaxe de pavillon; c'est une faveur que Vous ne pouvez pas accorder à la Suisse, à laquelle Vous demandez beaucoup sans paraître rien lui offrir en échange.

M. Ozenne a répondu que la France offrait, sous réserve de modifications sur lesquelles les deux Gouvernements auraient à s'entendre, le régime de la loi du 26 Juillet dernier, avec liberté d'action pour les deux parties à la fin de 1876.⁹ — Le principe de la Nation la plus favorisée sera en outre accordé, ce qui, à son avis, est la concession la plus importante.

Il est donc possible que Vous receviez M. Ozenne avant qu'il ne se rende à Vienne. Il ne m'a pas dit s'il voulait attendre, avant de se mettre en route, l'adoption des traités franco-anglais & franco-belge par l'Assemblée Nationale. Cela me

7. Vgl. die Schreiben von Kern an Scherer vom 19. und 21. 4. 1873 (E 12/27).

8. Nicht abgedruckt.

9. Vgl. DDS 2, Nrn. 398, 419 und 446.

paraît cependant probable, puisque toutes les négociations reposent sur cette base. M. Thiers croit pouvoir compter sur leur adoption, bien qu'elle reste toujours douteuse. Vous aurez appris par les journaux que la Commission chargée de leur examen a envoyé à toutes les Chambres de commerce de France une circulaire pour demander leur avis sur les traités. L'immense majorité des chambres de commerce est opposée à leur adoption, et cette enquête provoquera en tous cas des retards.

Je Vous remercie vivement [*de*] la communication¹⁰ que Vous avez bien voulu me faire en date du 22 de ce mois (reçu aujourd'hui) du procès-verbal¹¹ signé à Rome le 31 Mars entre MM. Luzzatti et Ozenne, et des démarches que Vous avez faites auprès de notre Légation à Vienne. Vous m'obligeriez également en communiquant au Département fédéral du Commerce le résumé de mon entretien avec M. Ozenne.

J'ai rencontré dimanche, dans la loge du Président de la République aux Courses de Longchamps, le Général Nazare-Agha, Chargé d'Affaires de Perse à Paris. Il m'a demandé de Vous annoncer qu'il avait été impossible à l'Envoyé extraordinaire de son Souverain, Mirza Malcom Khan, de se rendre à Berne; il a dû également renoncer à se rendre en Italie, et a dû partir subitement pour les frontières Russo-persanes, afin d'y recevoir le Schah de Perse. — Ce sera sans doute le Chargé d'Affaires de Perse à Londres ou à Paris qui se rendra en Suisse et à Rome pour y examiner les questions soulevées par le voyage du Schah.

M. Olózaga, chez lequel je m'étais rendu pour avoir des nouvelles de sa santé, & dont le rétablissement s'accentue chaque jour, m'a dit, sur ma demande, que M. Roberto Robert, Ministre d'Espagne en Suisse, était tombé assez sérieusement malade. Il ne lui est pas encore possible de préciser l'époque à laquelle il pourra se rendre à son poste. M. Olózaga a ajouté que, dans sa pensée, le Conseil Fédéral aurait à se louer du choix de M. Roberto Robert, républicain sincère, connu par sa modération & le sérieux de ses convictions avant & après la révolution espagnole, et enfin esprit distingué.

Si M. de Rémusat reçoit demain les membres du Corps diplomatique, j'ai l'intention de me rendre chez lui pour lui parler des demandes tendant à obtenir l'appui de la France en faveur des menées ultramontaines en Suisse. Je m'exprimerai envers lui dans le même sens que vis-à-vis de M. de Goulard, et en me conformant aux indications que Vous m'avez fait l'honneur de me transmettre le 22 de ce mois (reçues ce matin).

10. *Nicht abgedruckt.*

11. E 2200 Paris 1/91.

*Der schweizerische Gesandte in Paris, J. K. Kern,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
P. Cérésolle*

B Confidentiel

Paris, 26 avril 1873

J'ai eu hier avec M. de Rémusat et avec M. Thiers, deux conversations importantes sur les *conflits religieux en Suisse*, & je m'empresse de Vous en rendre compte.¹

I. M. de Rémusat recevait hier à l'hôtel du Quai d'Orsay les chefs de Missions accrédités à Paris. J'ai cherché à cette occasion à apprendre de lui quelque chose de plus que ce [que] m'avait dit M. Lanfrey, au sujet des démarches du parti clérical pour pousser le gouvernement français à intervenir contre le mouvement catholique-libéral en Suisse. J'ai introduit ma demande dans les termes suivants:

«Des renseignements provenant de sources différentes m'ont convaincu que ces démarches du parti clérical existent, sans cependant que j'aie pu arriver à en connaître les auteurs. Tout récemment, la *neue freie Presse* publiait la correspondance suivante, qui fait aujourd'hui le tour des journaux «on annonce que Mgr Nardi, envoyé confidentiel du Vatican, serait arrivé à Paris. Ce personnage, qui s'est immédiatement mis en rapport avec des personnalités éminentes, serait chargé d'une mission en Suisse. Le Ministre de France, M. Lanfrey, serait également parti pour Paris et il aurait été reçu lundi dernier par M. Thiers. L'entretien aurait naturellement roulé sur le conflit du clergé avec l'autorité fédérale et quelques cantons. D'après cette correspondance, la question prendrait des proportions inattendues et considérables». (Voir Suisse fédérative radicale du 23 Avril N° 66).

«Cet article, reproduit par la presse suisse, ai-je continué, augmente l'agitation et provoque une méfiance qui ne facilite pas les bons rapports entre la France et la Suisse. Je me fais donc un devoir de Vous demander s'il y a quelque chose de vrai dans les bruits répandus, afin de pouvoir en informer mon Gouvernement.»

M. de Rémusat a répondu: «Je ne sais rien de cet envoyé du Vatican. C'est donc dans tous les cas une nouvelle fausse.»

1. Am 22. 4. 1873 hatte Cérésolle an Kern geschrieben: [...]M. Lanfrey m'a également informé du mauvais effet que produisent en France les conflits confessionnels qui divisent la Suisse. A ce propos, je prends la liberté de vous recommander encore, Monsieur le Ministre, de saisir les occasions favorables pour éclairer soit M. de Rémusat, soit M. Thiers sur le véritable caractère de ces conflits, sur les véritables auteurs de l'aggression et sur la position spéciale dans laquelle la Suisse se trouve placée. Vous pouvez insister sur l'effet désastreux que produirait, *au point de vue & dans l'intérêt des catholiques suisses eux-mêmes*, une apparence quelconque d'intervention ou seulement de pression de la part de la France. Vous pouvez ajouter que nous n'avons reçu et que nous ne recevons aucune impulsion, ni aucune direction quelconque de la part de l'Allemagne ou de l'Italie, et que nous saurons maintenir à leur égard notre entière liberté d'action et d'allures si, ce qui n'a pas eu lieu jusqu'ici, on essayait d'agir sur nous, mais que nous n'accepterons pas davantage une ingérence quelconque de la part de la France. [...] (E 2200 Paris 1/91).

Sur ma réplique: «Mais il y a eu cependant, je le sais (voir mon rapport sur ma conversation avec M. Lanfrey²) des démarches de ce genre et il serait très intéressant pour le Conseil Fédéral de savoir si les auteurs de ces démarches sont suisses ou étrangers».

M. de Rémusat, après quelque hésitation, a répondu: «C'est Mgr Dupanloup, appuyé par quelques autres cléricaux, qui a adressé au Gouvernement, sous forme de pétition, un mémoire attirant l'attention du Gouvernement sur ce qui se passe en Suisse et sur la position des catholiques dans Votre pays. Ce mémoire, très bien rédigé, quoique contenant quelques exagérations, se base sur le fait que les traités annexant à la Suisse quelques paroisses sardes a garanti le libre exercice de la religion catholique.³ Par l'annexion de la Savoie à la France, cette dernière puissance succède aux droits du Roi de Sardaigne en tout ce qui concerne les obligations contractées par Genève et la Suisse envers les communes catholiques annexées; la France a donc un titre conventionnel qui l'autorise à intervenir.»

M. de Rémusat m'a communiqué les détails qui précèdent à titre tout à fait confidentiel, et attend qu'ils ne recevront pas de publicité. Comme Vous le voyez, ce mémoire ne parle nullement de Porrentruy, ce qui laisse place à la supposition qu'il est dû aux incitations de M. Mermillod, soit directement, soit par l'intermédiaire du Vatican.

J'ai immédiatement remercié M. de Rémusat de cette communication, en ajoutant: «Toute demande de cette nature, même sous la forme la plus adoucie et quels que soient les ménagements apportés dans la forme, susciterait le plus vif mécontentement en Suisse. Sous l'influence de l'esprit national, toutes les nuances d'opinion disparaîtraient, et tous y verraient une tentative d'immixtion dans nos affaires intérieures. La Suisse n'attaque nullement la religion catholique; elle se borne à défendre les droits de l'Etat contre les empiètements de Rome et contre les tendances du Vatican de placer l'obéissance à Rome au dessus de l'obéissance aux lois du pays. La Suisse et ses autorités n'ont subi aucune influence de la part de l'Allemagne ou de l'Italie; elles s'opposeront avec la plus grande fermeté à toute tentative d'ingérence dans ce que la Suisse considère comme les attributs de son indépendance, et celà de quelque côté que vienne cette tentative.» J'ai rappelé les conséquences de l'intervention française en 1847 en faveur des Jésuites & du *Sonderbund*, intervention qui a tourné au préjudice de ceux qui avaient essayé d'exercer une pression sur la Suisse. «Les ultramontains eux mêmes, regretteraient sûrement les suites des démarches qu'ils ont peut être provoquées, eux ou M. Mermillod, parce que ces démarches auraient sûrement un effet absolument contraire à celui qu'ils en attendent.»

M. de Rémusat m'a répondu qu'il comprenait toute la portée de mes appréciations, et que je devais être convaincu que le Gouvernement français réfléchirait mûrement et userait de la plus grande circonspection avant de faire une démarche dans le sens de la demande de l'Evêque d'Orléans. «Le Conseil des Ministres ne s'en est pas encore occupé. Il est possible, d'après ce que j'ai pu apprendre, qu'un certain nombre de membres du parti clérical, adressent au Gouvernement une interpellation lors de la rentrée de l'Assemblée Nationale le 19 Mai.»

2. Vgl. *das Schreiben von Kern an Cérésolle vom 16. 4. 1873* (E 2300 Paris 26).

3. Vgl. *Nr. 1, Anm. 17. Vgl. auch DDS 2, Nr. 443, Annex.*

J'ai répliqué que le fait seul de cette interpellation et des débats qui en seront la conséquence auraient déjà pour effet de froisser le sentiment suisse, très susceptible lorsqu'il s'agit d'immixtion de puissances étrangères dans les affaires intérieures, & que je devais répéter que cette manifestation irait contre le but de ses auteurs.

M. de Rémusat a terminé en exprimant, dans un esprit très bienveillant, et comme pensée *entièrement personnelle*, que l'intérêt de la Suisse même lui paraissait être d'user d'une prudence extrême dans tout ce qui touche ces délicates questions religieuses, d'autant plus délicates que la Suisse est un pays mixte. Je dois dire qu'il a employé les termes les plus réservés et les plus empreints de bon vouloir.

II. La certitude que j'avais acquise par mon entretien avec M. de Rémusat de l'existence de démarches du parti clérical auprès du gouvernement français m'a engagé à me rendre le soir même chez M. Thiers, qui reçoit tous les jours au palais de l'Élysée. Je tenais à confirmer directement au Président de la République ce que j'avais dit à 5 heures du soir à son Ministre des Affaires Étrangères, chez lequel j'étais resté près de 3/4 d'heure en conférence. J'ai expliqué et répété succinctement à M. Thiers ce que j'avais dit à M. de Rémusat; je l'ai fait dans le même esprit et en renouvelant les mêmes observations. J'ai terminé mon résumé en disant: «J'ai trop de confiance dans la haute sagesse du chef du pouvoir et de ses Ministres pour croire qu'ils se laisseraient entraîner à une intervention quelconque et sous quelque forme que ce soit, dans ces délicates questions. Les conséquences de cette immixtion pour les rapports entre les deux pays et pour les catholiques eux-mêmes ne peuvent pas Vous échapper».

M. Thiers m'a répondu aussitôt, avec une certaine vivacité, mais en baissant la voix (il y avait environ quarante personnes dans les salons): «Il n'y a pas eu jusqu'à ce jour de demande formelle d'intervention en faveur des catholiques en Suisse. Il y a eu seulement des lettres, dont le but était d'attirer l'attention du Gouvernement sur ce qui se passe en Suisse». M. Thiers n'a nullement indiqué la provenance de ces lettres, ce qui prouvait que M. de Rémusat n'avait pas encore pu lui faire part de notre conversation, qui avait eu lieu entre 5 et 6 heures au Ministère des Affaires Étrangères. Il ignorait donc que j'avais réussi à obtenir de M. de Rémusat, non sans une certaine insistance, communication de la démarche de l'évêque d'Orléans. N'étant pas certain que cette ouverture de M. Rémusat fut approuvée par le Président de la République, je me suis abstenu de dire à M. Thiers que je connaissais l'auteur du «Mémoire». M. Thiers a continué dans les termes suivants: «*Je sais très bien à quoi visent les cléricaux dans leurs démarches auprès de mon Gouvernement. Mais on n'y réussira pas; je ne veux rien entendre de tout cela. Vous pouvez en être convaincu, et je Vous autorise à l'écrire à Votre Gouvernement.*» — J'ai répliqué: «Ces cléricaux, qui attaquent le Conseil Fédéral et ceux des Gouvernements Cantonaux qui défendent les mêmes principes, ne sont pas non plus Vos amis». — «Je le sais bien» a ajouté M. Thiers. «Je ne m'étais donc pas trompé, ai-je continué, en Vous exposant, quelles conséquences aurait toute velléité d'intervenir dans cette affaire, sous quelque forme que se produise cette intervention, et je m'en réjouis sincèrement. Les bons rapports entre les deux pays dépendent de cette politique d'abstention et du respect de notre indépendance.»

Je me félicite d'autant plus de cette conversation avec M. Thiers que les antécédents du président de la République, ses discours sur le pouvoir temporel, comme aussi le langage d'un certain nombre de députés et la réserve dont M. de Rémusat ne s'est pas départi, ne me permettaient pas d'attendre une réponse aussi conforme au point de vue adopté dans cette question par le Conseil Fédéral.

J'avais l'intention de parler à M. Thiers de la Ligne d'Italie, mais avant que j'eusse pu aborder ce sujet est survenu Lord Lytton, Ministre d'Angleterre pendant le congé de Lord Lyons. M. Lytton venait présenter sa femme au Président, en sorte que j'ai dû me borner à dire à M. Thiers que j'espérais trouver prochainement l'occasion de lui faire quelques communications au sujet de la ligne du Simplon.

Je ne manquerai pas de le faire dès que les circonstances seront propices & cela dans le même sens que vis-à-vis de M. de Rémusat, dans mon entretien d'hier, sur lequel Vous trouverez plus bas des indications. — M. Thiers n'aime pas les audiences particulières. Ce fait est bien connu des membres du Corps diplomatique. Tout en dirigeant personnellement *toutes* les affaires jusque dans leurs détails, il préfère renvoyer les envoyés étrangers à ses Ministres. C'est pour cela qu'on ne demande une audience particulière que lorsque cela est absolument nécessaire. Même dans les audiences particulières, M. Thiers aime à se tenir dans les généralités, et évite d'en venir à la question même, ce que M. Lanfrey lui-même a éprouvé lors de son dernier séjour. — On est donc forcé de choisir, au milieu des réceptions habituelles du soir, un moment favorable pendant lequel M. Thiers n'est pas entouré, ce qui n'est pas toujours facile. — J'ai donc lieu d'être satisfait de mon entretien d'hier soir et de la déclaration faite spontanément par M. Thiers et d'un air bienveillant: «Je ne veux rien de tout cela. Vous pouvez écrire à Votre gouvernement, ce que je viens de Vous dire.» Il semble que M. Thiers n'a pas oublié les conséquences, pour le gouvernement de Louis Philippe, de l'intervention en faveur des Jésuites & du Sonderbund.

III. J'ai eu hier avec M. de Rémusat une longue conversation sur la *ligne d'Italie*.

J'ai exposé les motifs qui devraient engager le gouvernement français à ordonner *d'office* une enquête soit administrative soit judiciaire, sur l'état des finances de la compagnie, et sur la gestion de M. de La Vallette.

Je dois me réserver de faire sur ce sujet un rapport spécial⁴ qui partira lundi prochain, le temps me manquant aujourd'hui.

Je me bornerai donc à quelques détails sur ce que j'ai dit à M. de Rémusat sur la question des passeports & sur la mission de M. Ozenne.

IV. *Passeports*

«J'ai vu avec plaisir, ai-je dit au Ministre des Affaires Etrangères, que dans Votre dernière note du 22 Février⁵, Vous aviez reconnu que cette question s'était modifiée par suite de la suppression du passeport vis-à-vis de l'Allemagne. Les difficultés actuelles viennent donc du Ministère de l'Intérieur.

4. Nicht ermittelt. Vgl. auch das Schreiben von Kern an Cérésolle vom 30. 4. 1873 (E 53/44).
5. E 21/15712.

J'ai renouvelé vis-à-vis de M. de Rémusat les arguments développés il y a quelques jours vis-à-vis de M. de Goulard.⁶

M. de Rémusat a répété qu'en effet, le Ministère de l'Intérieur n'avait pu encore se décider à adhérer à la demande de la Suisse. M. de Goulard prétend qu'il existe des relations continuelles et des menées entre les réfugiés communards à Genève et les Français ou étrangers qui partagent leurs convictions à Lyon, à Marseille et à Grenoble.

Ces mots de M. de Rémusat ne laissent guère place à l'espoir de voir M. de Goulard renoncer à exiger la présentation de certaines pièces propres à constater l'identité des voyageurs.⁷

V. *Mission de M. Ozenne.*

J'ai dit à M. de Rémusat que, d'après ce que j'avais pu apprendre de M. Ozenne lui même, celui-ci se rendrait à Berne avant d'aller à Vienne pour y examiner la *révision des traités de commerce.*

M. de Rémusat m'a dit qu'il croyait en effet que tel était le projet de M. Ozenne.

J'ai répondu qu'il serait certainement agréable au Conseil Fédéral et au Département du Commerce d'être prévenu quelque temps à l'avance de l'arrivée de M. Ozenne, afin de pouvoir réunir les matériaux nécessaires pour pouvoir entrer en pourparlers avec ce fonctionnaire. J'ai ajouté que la question était fort difficile & extrêmement délicate pour le Conseil Fédéral, en présence de l'opinion libre-échangiste non seulement des autorités fédérales, mais du peuple suisse tout entier. J'ai donc prié M. de Rémusat de tenir compte de cette position tout à fait spéciale du pays que j'ai l'honneur de représenter. «Je comprends, a dit M. de Rémusat, qu'il ne sera pas très facile de s'entendre sur l'objet de la mission de M. Ozenne».

6. *Vgl. Nr. 9.*

7. *Vgl. Nr. 12, Anm. 5.*

11

E 2/311

*Der Präsident des Comité International de Secours aux Militaires Blessés,
G. Moynier,
an den Bundespräsidenten
und Vorsteher des Politischen Departements,
P. Cérésolle*

S

Genève, 29 avril 1873

J'ai l'honneur de vous remercier au nom du Comité international pour l'obligeante communication¹ que vous avez bien voulu lui adresser en date du 21 Courant.

Vous nous demandez quelques renseignements au sujet des motifs qui ont fait

1. *Nicht ermittelt.*

ajourner la Conférence des Sociétés de secours aux blessés qui devait avoir lieu à Vienne cette année. Or voici ce qui en est de cette affaire.

Le Gouvernement autrichien était originairement très favorable à la Conférence projetée et devait la prendre sous son patronage. Puis, sans motif apparent, un revirement complet s'est produit dans ses dispositions à cet égard, et il a mis son veto à ce que la Convention de Genève fût discutée à Vienne, ou du moins il a déclaré qu'il renoncerait à toute participation à la Conférence, si cet article n'était pas rayé des tractandas. Alors le Comité de Vienne, d'accord avec nous, a jugé que dans ces conditions, il était préférable que la Conférence n'eût pas lieu.

Mais nous ne nous en sommes pas tenus là et nous avons cherché à découvrir ce qui avait pu influencer le Gouvernement autrichien dans un sens défavorable à nos projets. Nous croyons aujourd'hui que sa détermination est due à une double cause.

En premier lieu, il est probable qu'après réflexion il a redouté qu'une discussion sur la Convention de Genève, dans une assemblée au sein de laquelle Allemands et Français se trouveraient en présence, ne troublât la bonne harmonie des étrangers présents à Vienne au moment de l'Exposition. Nous avons pu nous convaincre nous-mêmes, par une enquête faite ad hoc, que cette opinion était très généralement partagée par nos correspondants des divers pays, et que vu l'état des esprits chez les belligérants de 1870—1871, il était prudent en effet de retarder l'époque de la Conférence internationale en question.

Nous avons cru savoir aussi, et ceci nous a paru plus grave, que le Gouvernement autrichien avait été influencé par les dispositions peu favorables d'autres Etats à l'égard de la Convention de Genève. Certaines rumeurs tendaient à faire croire que tel des signataires de ce traité regrettait, jusqu'à un certain point, les engagements qu'il avait pris et cherchait plutôt l'occasion de les rompre que celle de les consolider. On aurait vu aussi avec déplaisir, dit-on, les Sociétés de secours continuer à empiéter sur les attributions des gouvernements et émettre des vœux auxquels ceux-ci seraient ensuite plus ou moins venus de donner satisfaction. Cette dernière crainte était assurément chimérique, mais nous avons voulu avoir le cœur net quant aux idées régnantes dans les régions officielles et influentes des principaux Etats signataires de la Convention. Sur ce point nous avons été rassurés, sinon complètement, du moins dans une très large mesure. D'abord, partout ailleurs qu'en France et en Allemagne, nous avons reçu les assurances les plus positives que l'on tenait fermement au maintien de la Convention. Quant au deux pays que je viens de nommer la certitude est moins absolue. En France il est difficile de rien affirmer; nous croyons que l'opinion n'y est pas formée, mais nous croyons aussi que la Convention y compte encore bien des adversaires parmi les militaires et les médecins, et nous ne serions pas surpris que le gouvernement, mis en demeure de se prononcer, se montrât peu partisan du statu quo. En Allemagne on ne répudie pas les principes de la Convention, mais on y désire très généralement des modifications plus ou moins profondes, et le parti franchement hostile à la Convention compte des adhérents en haut lieu.

En résumé, tant que le sort du traité ne sera pas mis en question, il est permis de supposer que personne n'osera demander ouvertement son abrogation, mais il ne faut pas se dissimuler qu'il y a un certain nombre d'opposants, et qu'il convient d'user de beaucoup de prudence à leur égard. Si tel a été le sentiment du cabinet de

Vienne, nous ne pouvons que l'approuver, mais ce n'est qu'une conjecture de notre part.

Dans ces circonstances, nous ne serions pas surpris que les propositions² récentes du Conseil fédéral pour rendre définitifs les articles additionnels, ne fournissent aux gouvernements désireux de changements l'occasion de les demander, car l'article cinq additionnel est l'un de ceux qui ont été le plus critiqués, et peut-être les mêmes Etats qui étaient prêts à le signer avant la dernière guerre ont-ils changé d'avis. Nous ne considérons donc point comme improbable qu'en réponse à ses ouvertures le Conseil fédéral reçoive l'invitation de provoquer une révision complète du traité, dès que les circonstances, c'est-à-dire l'apaisement des passions, le permettront.

Dans le cas où cette prévision ne se réaliserait pas et où l'on procéderait à la ratification des articles additionnels, il nous paraîtrait extrêmement regrettable que l'on dût en éliminer les articles relatifs à la marine, qui en constituent la partie la plus importante. Si la France, l'Italie, l'Angleterre et l'Allemagne n'acceptent pas l'amendement³ de la Russie, n'y aurait-il pas possibilité d'obtenir que ce dernier pays le retirât pour ne pas faire échouer les négociations? Ce qui nous donne quelque espoir sur ce point c'est que le gouvernement russe est un de ceux qui sont le plus attachés à la Convention de Genève et que nous en avons reçu tout récemment de St. Pétersbourg l'assurance la plus positive.

Pardonnez-moi, Monsieur le Président, la longueur de cette lettre. Je me suis laissé entraîner par la sollicitude que nous inspirent les négociations que vous dirigez et pour le succès desquelles nos vœux vous accompagnent.

2. *Vgl. Nr. 7.*

3. *Vgl. ibid.*

12

E 2300 Paris 26

*Der schweizerische Gesandte in Paris, J. K. Kern,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
P. Cérésolle*

B Confidentiel

Paris, 5 mai 1873

Comme Vous le savez par le rapport que j'ai eu l'honneur de Vous adresser le 26 Avril¹, j'avais demandé à M. Thiers une audience pour l'entretenir de la *ligne d'Italie*.

M. Barthélemy S' Hilaire m'annonça que le Président me recevrait hier dimanche à 5 heures à l'Élysée.

I. *Entretien avec M. Thiers.*

I. «Le but principal de ma visite, ai-je dit au Président, est de vous exposer les véritables intentions du Conseil Fédéral dans l'affaire du Simplon. M. de La

1. *Nr. 10.*

Valette a répandu de toutes parts à ce sujet des insinuations que je pourrais presque désigner comme calomnieuses. M. de La Valette cherche à faire croire que mon Gouvernement ou les autorités suisses veulent spolier les capitalistes français, favoriser un comité suisse et lui faire remettre à vil prix les lignes déjà construites, et enfin enlever à la France toute influence légitime sur la direction de cette ligne. La preuve de ce langage de M. de La Valette se trouve jusque dans le texte des motions déposées sur le bureau de l'Assemblée Nationale par MM. Barazon [!]& Lepère, dans lesquelles on lit textuellement: «Les intérêts français les plus élevés seraient gravement atteints en effet, par le succès de prétentions qui changeraient le caractère de la ligne internationale du Simplon».

«La vérité est que la Suisse veut procéder à l'égard du Simplon de la même manière qu'à l'égard du passage du S' Gothard. Elle accordera, pour tout ce qui concerne la formation du capital, l'influence des capitaux étrangers, la composition du Conseil d'administration, les mêmes facilités et assurera aux gouvernements qui subventionneraient le Simplon les mêmes droits que dans l'affaire du Gothard. Seulement elle ne peut accorder à la France sur le passage du Simplon plus qu'elle n'a accordé à l'Allemagne & à l'Italie sur le Gothard, et elle a le devoir de stipuler des garanties analogues pour le maintien de la neutralité de la Suisse & pour la défense du pays. — Il n'y a là aucun secret. Si Vous trouvez le temps d'étudier l'importante question de ce passage, je ne puis que mettre à Votre disposition, après y avoir été autorisé par mon Gouvernement, la collection complète de tous les traités, conventions de toute nature relatives au passage du Gothard, & qui peuvent servir de types pour les autres lignes ferrées destinées à franchir les alpes suisses.»

«Mais, en ce qui concerne la ligne du Simplon, une condition spéciale doit précéder toutes les autres, c'est l'exclusion de la compagnie La Valette, entièrement discréditée & qui est incapable de fournir des garanties suffisantes pour l'exécution d'une entreprise aussi importante, même dans le cas où les hommes les plus tarés viendraient à être exclus de son Conseil d'administration. Les financiers sérieux, tant à Paris qu'en Suisse, ne veulent pas plus que le Gouvernement fédéral admettre de nouveau cette compagnie. Il y a là une question d'honneur et de moralité publiques. — A cette occasion, je puis Vous dire que la Banque de Paris & des Pays Bas, dont vous connaissez le crédit, est toute prête, si le Gouvernement français le désire, & manifeste l'intention d'y participer, à trouver les fonds nécessaires & croit pouvoir y parvenir. Je sais même qu'elle fera des ouvertures dans ce sens, soit à Vous même, soit à Votre Ministre des Finances. Mais la Banque de Paris pose exactement la même condition, l'exclusion complète de M. de La Valette.»

«La France, dans les deux notes adressées en son nom au Conseil Fédéral par M. Lanfrey, a déclaré qu'elle avait pour seul but de protéger les capitaux français engagés dans l'entreprise.² Le seul moyen d'y parvenir est d'assurer la formation d'une compagnie capable de percer les alpes & de faire de cette ligne une voie de grande communication internationale; sinon l'exploitation de la ligne réussira à

2. Die Noten vom 16. 1. und 24. 2. 1873 befinden sich in: E 53/43. Abgedruckt im GBer. 1873, S. 289—304.

peine à couvrir les frais de l'entretien. Pour arriver à réunir les capitaux nécessaires, le Gouvernement français n'a pas autre moyen que d'entrer dans les vues du Conseil Fédéral en se montrant disposé à conclure une convention analogue à celle du Gothard.»

Passant ensuite à la convocation des porteurs de titres de la compagnie La Valette, j'ai exposé ce qu'elle avait d'irrégulier, et j'en ai fait ressortir le but évident, comme je l'avais déjà fait vis-à-vis de MM. de Rémusat et Dufaure. J'ai continué dans les termes suivants:

«Si le Gouvernement fédéral a cru devoir, dans ses réponses à M. Lanfrey, formuler contre l'administration de M. de La Valette des accusations graves, c'est qu'il avait en mains les preuves de ce qu'il avançait. Aujourd'hui que M. de La Valette cherche à tromper de nouveau la bonne foi de ses actionnaires, à abuser encore une fois les autorités des deux pays, le devoir du Conseil Fédéral était de l'empêcher d'ourdir de nouvelles intrigues & de mettre à la disposition de la justice française tous les faits qui sont parvenus à sa connaissance. Sans se porter partie plaignante, il était devenu nécessaire qu'il appelât l'attention de l'autorité judiciaire compétente & la mit en mesure de commencer une enquête sur la situation financière de la compagnie & sur les subterfuges employés par ses directeurs. Je n'ai donc pas hésité, je dois Vous le dire, à faire à M. le Garde des Sceaux des ouvertures dans ce sens.

Je dois Vous dire en terminant, que les travaux et les études préliminaires ne sont pas encore assez complets pour me permettre de Vous donner, sous les points de vue technique & financier, des indications détaillées & complets. Je suis seulement venu aujourd'hui Vous exposer les véritables intentions de la Suisse dans cette affaire, et Vous faire sentir combien les allégués de M. de La Valette étaient contraire à la vérité. — Quant au sort des victimes de l'administration déplorable de M. de La Valette, le Conseil Fédéral a, en toutes circonstances, témoigné de son désir de trouver une solution qui conciliât tous les intérêts». — J'ai terminé en communiquant à M. Thiers la conclusion de Votre lettre du 25 Avril.³

M. Thiers m'a remercié de mes communications et a ajouté: «J'ai appris avec plaisir que la Suisse voulait être équitable, & ne favoriser aucun passage au détriment de l'autre. Nous désirons que le Simplon se fasse, mais la question n'est pas mûre. Il est impossible de se prononcer actuellement sur la subvention & sur les autres questions qui s'y rattachent. Nous n'avons pas encore assez étudié ces divers points, mais nous examinerons avec intérêt toutes les communications que Vous pourrez nous faire sur les conditions financières & techniques de cette entreprise. Quant aux agissements de M. de La Valette, je comprends que Vous teniez à ce que sa conduite soit mise au jour. Nous protégeons & nous ne devons pas abandonner les capitaux français engagés dans l'entreprise, mais nous sommes bien loin de protéger des manoeuvres qui auraient un caractère frauduleux. Vous pouvez y compter.»

M. Thiers a donc été, comme Vous le voyez, moins réservé que M. de Rémusat ne me l'avait donné à entendre.⁴

3. E 53/44.

4. *Vgl. das Schreiben von Kern an den Bundesrat vom 30. 4. 1873 (E 53/44).*

2° J'ai profité de mon entretien avec le président de la République pour lui parler de nouveau de la *question des Passeports*.

Je lui ai fait part de la réponse de M. de Rémusat et du fait que l'abolition de cette formalité à l'égard de l'Allemagne semblait avoir engagé le Ministre des Affaires Etrangères à se montrer moins rigoureux envers la Suisse. Je lui ai dit que j'avais également entretenu M. de Goulard de cette question, et j'ai renouvelé vis-à-vis de M. Thiers toutes les considérations déjà tant de fois développées au sujet de l'inutilité des passeports, de leur inefficacité⁵; j'ai réfuté de nouveau les objections relatives aux communards réfugiés à Genève. M. Thiers m'a alors interrompu:

«Il y a de bien mauvaises gens à Genève parmi ces communards» — puis il a passé subitement & sans transition aucune

3° à la *question commerciale*.

«Nous aurons très prochainement, a dit le Président de la République, à parler à Votre Gouvernement de la révision du traité de commerce de 1864.⁶ J'espère qu'à cette occasion, la Suisse aura égard à notre position financière.»

J'ai répondu exactement dans le même sens qu'au Comte Arnim.⁷ «Bien que je n'ai pas d'instructions récentes à ce sujet, j'ai lieu de penser que la Suisse, en application de l'article 6 du traité, ne s'opposera pas à l'introduction de droits compensateurs, lorsqu'ils auront pour équivalents des surtaxes ou des droits nouveau correspondants venant frapper à l'intérieur les produits français similaires. Mais sous le nom de droits compensateurs, on ne saurait comprendre, dans mon opinion, des droits protecteurs, venant frapper le produit étranger sans atteindre le produit français dans une mesure identique. — Ainsi, pour les bois & les fromages, les projets anglo-français & franco-belge prévoient des droits très élevés, sans qu'aucune taxe frappe les bois ou les fromages français.»

«Sous ce rapport», a dit M. Thiers, «nous serons coulants».

J'ai répété à M. Thiers qu'en lui parlant de la sorte, je m'étais borné à exprimer une opinion purement personnelle. Passant ensuite

4° aux *questions religieuses*, j'ai dit à M. Thiers que je Vous avais fait part de sa réponse qu'il ne voulait pas entendre parler d'une intervention française en faveur de l'ultramontanisme en Suisse, et j'ai ajouté que le Conseil Fédéral avait pris avec plaisir acte de cette déclaration. — M. Thiers a répliqué: «Vous pouvez lui donner encore une fois la même assurance.»

En raison de l'heure avancée, je me suis abstenu d'entamer d'autres sujets de conversation & j'ai remercié M. Thiers d'avoir consenti, au milieu de ses nombreux sujets de préoccupations, à m'accorder une audience spéciale. — «Eh bien, a-t-il répliqué, si à l'avenir Vous avez encore des communications directes à me faire, je les recevrai avec plaisir.»

5. *Nach dem Rücktritt von Thiers zeigten Kerns Bemühungen Erfolg. Mit Note vom 22. 1. 1874 teilte der französische Botschafter dem Bundespräsidenten mit: J'ai l'honneur de donner à Votre Excellence communication d'une dépêche que le Ministre des Affaires Etrangères vient de m'adresser relativement à la suppression des passeports entre la France et la Suisse. Cette mesure qui doit entrer en vigueur le 15 février [...] (E 21/15712).*

6. AS 1863—1866, VIII, S. 215—320.

7. *Vgl. das Schreiben von Kern an den Bundesrat vom 2. 5. 1873 (E 2300 Paris 26).*

J'ai été satisfait de cette réponse en raison de l'appréhension que l'on rencontre en général chez le Président dès qu'il s'agit d'audiences particulières, & je dois dire en terminant que j'ai rencontré de sa part, pendant tout notre entretien, beaucoup de bienveillance.

II. M. de Fourtou, Ministre des Travaux Publics, assistait hier aux Courses dans la loge du Président de la République, où j'avais également été invité. Je lui ai parlé de la *ligne d'Italie*, suivant le désir, que Vous m'en aviez exprimé dans Votre lettre du 25 Avril.⁸ — Je me borne à Vous faire part des réponses de M. de Fourtou:

M. de Fourtou m'a dit qu'il serait le premier membre du Cabinet auquel incomberait la tâche de s'occuper de l'entreprise, & qu'il serait appelé à se rendre à cet effet au sein de la commission d'initiative parlementaire.

«Je puis Vous assurer», a-t-il dit dès le début, «que je m'opposerai fermement non pas à l'idée de subventionner le passage du Simplon, mais à l'idée d'une subvention quelconque en faveur de la compagnie La Valette. Les auteurs des motions Lepère & Baragnon sont venus me voir avant de déposer leurs motions sur le bureau de l'Assemblée. Je leur ai répondu que je ne pouvais m'opposer à ce dépôt, mais que, s'ils demandaient l'urgence, je m'y opposerais».

Je lui ai annoncé mon intention de lui demander une audience aussitôt que j'aurais reçu des renseignements complets sur la portée technique de l'entreprise.

M. de Fourtou m'a répondu qu'il m'accueillerait avec plaisir & il a terminé en disant: «Quant à LaValette, je sais ce qu'il faut en penser.»

III. J'ai ce soir à 5h¹/₂ audience chez M. Dufaure. J'aurai soin de me conformer dans cet entretien aux décisions du Conseil Fédéral telles qu'elles ont été formulées dans Votre dernier télégramme, et je m'empresserai de Vous transmettre les résultats de cette entrevue.⁹

8. E 53/43.

9. *Nicht ermittelt.*

13

E 2200 Paris 1/91

*Der Bundespräsident und Vorsteher des Politischen Departements, P. Cérésolle,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, J. K. Kern*

S

Berne, 14 mai 1873

Lorsque nous avons reçu hier soir, à huit heures et demie, votre télégramme chiffré¹, nous étions déjà depuis quelques heures en possession de deux rapports du Département de Justice et Police de Genève touchant le prétendu complot de communards contre la vie de M. Thiers². Voici ce que l'on nous écrivait à ce sujet:

Samedi dernier, M. le Chef du Département de Justice et Police du Canton de

1. *Als Annex abgedruckt.*

2. *Zu früheren Anständen mit französischen Kommunarden vgl. DDS 2, Nrn. 402 und 416.*

Genève, apprit que le commissaire spécial du Ministère français de l'Intérieur, à Ferney, avait écrit quelques jours avant à ce Ministère pour lui signaler un complot qui devait éclater en France après la libération du territoire et qui avait pour but l'assassinat de Monsieur Thiers et la proclamation d'un Gouvernement socialiste. Huit personnes devraient avoir pris part à ce complot. Elles se seraient réunies à cet effet chez un nommé Leblanc. Le Chef du Département de Justice et Police les fit aussitôt arrêter, ainsi qu'un nommé Blanpignon qui n'était pas indiqué dans le rapport, mais qui était signalé comme agent du commissaire de Ferney. Une enquête fût aussitôt ouverte et il en ressort: 1. Que les prévenus nient absolument avoir comploté l'assassinat de M. Thiers et la proclamation d'un Gouvernement socialiste. 2. Qu'ils conviennent s'être réunis chez Leblanc et avoir parlé de la libération du territoire et des éventualités qui se présenteraient à ce moment là. 3. Que Blanpignon assistait à cette réunion par ordre du commissaire de Ferney et pour le renseigner. 4. Que la perquisition faite chez l'individu signalé comme devant fabriquer les bombes n'a absolument rien découvert.

M. le Chef du Département de Justice et Police a l'impression que Blanpignon, soit pour se donner de l'importance, soit pour quelque autre motif, a dénaturé les faits auprès du commissaire de Ferney, qui lui paraît être du reste un homme intelligent et de bonne foi. Il estime qu'il n'y a absolument rien de sérieux dans cette affaire. D'autre part nous ne serions point étonnés que les personnes qui ont intérêt aujourd'hui à rendre compliquées les relations de la Suisse et de la France fussent pour quelque chose dans la fiction d'un complot contre la vie de M. Thiers et contre le Gouvernement de la République française.

Néanmoins, en suite de votre dépêche, nous avons aussitôt télégraphié³ à M. le Chef du Département de Justice et Police de maintenir l'arrestation des prévenus. Il nous a répondu⁴ cette nuit qu'il avait été fait droit à cette demande. Nous l'avons prié en outre de se rendre à Berne, désirant avoir avec lui une entrevue et il nous a répondu qu'il serait probablement ici demain jeudi. Nous vous communiquerons ce que nous aurons appris de lui.

P. S. Je recevrai M. Lanfrey dans la journée d'aujourd'hui et je le mettrai au courant. Je vous fais expédier, pour que vous soyez complètement au courant, des copies des 2 rapports de M. Girod, l'un du 12, l'autre du 13 mai.⁵

ANNEX

E 21/125

*Der schweizerische Gesandte in Paris, J. K. Kern,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements, P. Cérésolle*

Empfangskopie

T Urgent

Paris, 13 mai 1873, 8.35 h
(Ankunft: 13 mai 1873, 9.05 h)

Chef de cabinet au Ministère des Affaires étrangères et chef de la Sûreté générale au Ministère Intérieur, viennent de me communiquer personnellement ce qui suit: D'après rapport du Commissaire de police à Ferney il y aurait préparation d'un attentat à la vie de Thiers de la part de commu-

3. *Nicht abgedruckt.*

4. *Nicht abgedruckt.*

5. *Beide Berichte nicht abgedruckt.*

nards, à Genève. Six personnes auraient été arrêtées par la police de Genève. Une bombe trouvée chez un des prévenus. Ils recommandent vivement maintien sévère de l'arrestation, enquête s'il n'y a pas ramifications à Paris. Prompts renseignements sur ce qui a été découvert jusqu'à présent. Veuillez faire démarches dans ce sens auprès de la police de Genève. Me télégraphier immédiatement par chiffre ce que vous savez et faire suivre rapport écrit.

14

E 2200 Paris 1/91

*Der Bundespräsident und Vorsteher des Politischen Departements, P. Cérésolle,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, J. K. Kern*

S

Berne, 20 mai 1873

Le Département de Justice et Police du Canton de Genève nous a informé par lettre du 18 mai¹ que les neuf individus arrêtés pour l'affaire du complot dont l'existence a été signalée au Ministère de l'Intérieur français, ont été relâchés le 17, attendu qu'aucune charge sérieuse ne s'élevait contre eux, que toutefois, comme une partie d'entre eux (5 y compris Blanpignon) donnait lieu à des plaintes, ils ont été expulsés du Canton. Cette mesure de l'autorité genevoise est conforme à la marche dont nous étions convenus M. Girod et moi dans une conférence qui a eu lieu Jeudi 15 ct.

J'ai aussitôt communiqué la chose à M. Lanfrey qui m'a exprimé, dans les termes les plus favorables aux autorités suisses, ses remerciements sur la manière dont cette affaire avait été conduite. Il a dit qu'elle ne pouvait que contribuer au maintien des bons rapports qui existent entre la France et la Suisse.

J'attire tout spécialement votre attention sur le rapport² du Département de Justice et Police du 19 ct. dont je vous transmets ci-joint une copie et dont le Département politique approuve pleinement les conclusions. Nous pensons qu'il y aurait quelque chose à faire dans le sens indiqué par M. Girod, mais nous désirerions au préalable connaître votre avis sur la nature des démarches qu'il pourrait être convenable d'adopter.

1. E 21/125.

2. *Nicht abgedruckt.*

15

E 2300 Paris 26

*Der schweizerische Gesandte in Paris, J. K. Kern,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
P. Cérésolle*

B

Paris, 21 mai 1873

1. Je viens de recevoir, avec votre office¹ du 20 Mai, le rapport² final de M^r le Chef du Département de Justice et Police de Genève au sujet de la prétendue conspiration des communards dans cette ville. Comme Vous avez fait à M^r Lanfrey des communications au sujet de cette affaire, j'ai cru pouvoir me dispenser d'en donner connaissance à M^r de Rémusat.

Vous m'avez demandé mon avis sur les plaintes auxquelles donnent lieu le Consul de France et les agents français à Genève, ainsi que sur la nature des démarches à faire dans le sens de la demande de M^r Girod. Je m'empresse de vous répondre que, dans mon opinion, la marche la plus naturelle à suivre dans cette affaire serait d'en entretenir verbalement M^r de Rémusat par mon intermédiaire, tandis que Vous-même, en parleriez aussi à M^r Lanfrey. Il est évident que le Conseil Fédéral ne doit pas tolérer que M^r le Consul de France à Genève veuille s'immiscer dans les questions de nature politique pour lesquelles il n'a aucune compétence. Si vous approuvez ma manière de voir, j'agirai dans ce sens auprès de M^r de Rémusat dans la première réception qui suivra votre réponse.³

Quant au séjour d'agents français en Suisse, je ne vois guère de moyens de l'empêcher, et je ne crois pas me tromper en supposant que le Gouvernement français n'est pas le seul qui entretienne des agents de police soit à Genève, soit dans d'autres villes de la Suisse.

2. Je ne Vous ai rien communiqué sur l'Assemblée des porteurs de titres de la Ligne d'Italie, sachant que M^r Rambert vous a télégraphié à l'issue de l'assemblée, et que, du reste, il se rend directement à Berne pour vous donner verbalement connaissance de toutes ses démarches dans cette affaire.

Je me suis permis de rendre M^r de Loys attentif au fait qu'il me paraîtrait utile de profiter du temps, avant la conclusion d'un traité international, de rédiger un rapport contenant tout ce qu'on peut dire en faveur du Simplon, soit au point de vue technique et financier, soit au point de vue commercial, établissant l'importance du trafic et, en général, des avantages qui reviendraient aux pays intéressés, et plus particulièrement à la France par l'exécution de cette ligne. Le rapport Stockalper⁴ traite presque exclusivement la question technique, et celui de M^r Lommel⁵ a été écrit il y a déjà huit ans, avant le percement du Mont-Cenis, et avant

1. *Nr. 14.*

2. E 2200 Paris 1/91.

3. *Vgl. Nr. 19.*

4. *Nicht ermittelt.*

5. *Vgl. G. Lommel: Simplon, St-Gothard ou Lukmanier. Etude comparative de la valeur technique et commerciale des voies ferrées projetées par ces passages alpins italo-suissees. Lausanne 1865 (E 53/128, Bd. 2).*

que l'établissement du S^t Gotthard fut assuré. Un nouveau travail, résumant toutes les considérations qui militent en faveur de l'établissement du Simplon me paraîtrait des plus utiles, tant au point de vue des subventions à obtenir, qu'à celui de l'émission d'actions et des emprunts nécessaires. On ne peut supposer que les intéressés se contentent d'étudier la question sur la base de différents rapports dont une partie considérable ne peut plus satisfaire à l'étude de la question telle qu'elle se présente actuellement.

En comparant les travaux faits avec beaucoup de soins pour la ligne du S^t Gotthard, avec ceux qui existent sur le Simplon, on se convainc facilement de l'étendue de ce qui reste à faire. Il m'a paru que M^r de Loys approuvait pleinement cette manière de voir; l'important serait de trouver un ou des hommes compétents pour ce travail.

3. Vous aurez pu reconnaître, par les débats qui ont eu lieu à la réouverture de l'Assemblée Nationale que la Droite et le Centre droit sont décidés à tenter une attaque vigoureuse et même passionnée contre le Président de la République et son Gouvernement. Il n'y a guères de chances actuellement de voir se réaliser ce dont me parlait dernièrement M^r Barthélemy S^t Hilaire, que 50 à 60 membres du Centre droit se sépareraient de la politique du parti de combat et se joindraient au Centre gauche.

Mais, si les adversaires du Gouvernement auront une majorité pour ouvrir l'attaque, trouvera-t-on également la même majorité pour remplacer le Gouvernement qu'on veut renverser? Il est permis d'émettre des doutes à ce sujet. La responsabilité qu'encourraient les membres de l'Assemblée engagera sans doute quelques députés du Centre droit à ne pas assumer sur eux cette responsabilité. Mais, si le plan de remplacement de Thiers par un autre Gouvernement devait aboutir, la situation serait des plus graves pour la tranquillité intérieure de la France, et personne n'ose prévoir les conséquences que pourrait avoir une politique aussi hasardeuse et conduite avec tant de passion.

16

E 2300 Berlin 1

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, B. Hammer,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
P. Cérésolle*

B Confidentiell

Berlin, 4. Juni 1873

Bevor ich dazu gelange, einen ausführlichern politischen Bericht an Sie gelangen zu lassen, mit welchem ich anfänglich aus Mangel an Stoff, — nun aber auch aus Mangel an Zeit im Rückstand geblieben bin, — will ich Ihnen meinen verbindlichsten Dank abstaten für die verschiedenen confidentiellen Mittheilungen, die mich in verschiedenen und berührenden Angelegenheiten in der willkommensten Weise orientirten u. auf welche ich theilweise in meinem Bericht zurückkommen werde.

Für heute muss ich mich darauf beschränken, — Bezugnehmend auf Ihre confidentielle Depesche vom 2. Mai (Poststempel) abhin¹, Ihnen Kenntniss zu geben von einer Unterhaltung, die ich unterm 28. Mai — anlässlich der stattgehabten Besprechung des Entwurfes eines schweizerisch-deutschen Niederlassungsvertrages — mit dem Fürsten Reichskanzler gehabt.

Nach Erledigung der in beiliegendem Bericht ans Eidg. Justizdepartement erwähnten Angelegenheit, gieng die Unterhaltung zwischen dem Fürsten und mir auch auf die eingetretene Veränderung in den französischen Verhältnissen über. Der Fürst erwähnte in Übereinstimmung mit Ihrer confidentiellen Depesche v. 2. Mai, dass nach dem Bericht des deutschen Botschafters in Paris die clerikale Parthey in Frankreich die grössten Anstrengungen mache, die französische Regierung zu einer Pression gegen die Schweiz mit Rücksicht auf die dort wal tenden Kirchlich-politischen Konflikte zu veranlassen. Er (der Fürst) habe den Botschafter in Paris (noch vor dem Sturz von Thiers) beauftragt, diesem Andrängen der Clerikalen auf die französische Regierung entgegenzuwirken. «Frankreich, sagte der Fürst annähernd wörtlich, würde sich sehr täuschen zu glauben, gegen die Schweiz eine bedrohliche Sprache führen zu können, ohne selbst wieder von Deutschland bedroht zu werden. Hat Europa an der Neutralität der Schweiz ein allgemeines Interesse, so hat Deutschland an der Selbstständigkeit der Schweiz ein ganz besonderes, u. noch viel stärkeres Interesse. — Die nämliche Sprache würde Deutschland vorkommenden Falls Frankreich gegenüber auch mit Bezug auf Italien führen, wenn letzteres Seitens des erstern der Gegenstand von Drohungen werden sollte — obgleich man von König Victor Emmanuel sagt, dass er in neuerer Zeit wieder stark nach dem Pabst hin schwenke.»

Ich machte auf diese Eröffnung hin dem Fürst auch Mittheilung von dem bezüglichen Inhalt Ihrer confidentiellen Depesche vom 2. Mai, beifügend dass nach Äusserungen des frühern Präsidenten gegenüber dem Herrn Gesandten Dr. Kern, derselbe nicht gesonnen schien, dem Drängen der Clerikalen nachzugeben.²

Fürst Bismark schien diese Ansicht hinsichtlich der Gesinnung des gestürzten Präsidenten zu theilen, u. fügte bei, eine Antwort der französischen Regierung auf die ihr vom deutschen Botschafter gemachte Eröffnung sei noch nicht eingegangen. In Betreff des Präsidenten Marschall's Mac-Mahon äusserte sich der Fürst. «Mit Mac-Mahon könnte es schon noch gehen, wenn seine Frau, eine übereifrige Katholikin, spanischer Abkunft, nicht wäre.»

Ohne Belästigung für den Fürsten, durfte ich die Unterhaltung nicht länger ausdehnen, denn derselbe hatte mich während einer Reichstagssitzung zu sich rufen lassen, bei welcher er sich selbst an der Discussion zu betheiligen hatte.

Der Schah von Persien, der sich jüngst das diplomatische Corps hier vorstellen liess, beauftragte mich, dem Präsidenten unseres Landes die Versicherung seiner freundschaftlichen Gesinnungen zu übermitteln, u. dass er sich sehr freuen würde, unser Land, von dessen Klima der Schah viel Gutes gehört u. von dessen schönen Institutionen der als Dolmetscher funktionnirende Grossvezir sehr rühmliches sagte, besuchen zu können. Wie mir der Grossvezir sagte, wäre die

1. Nicht ermittelt.

2. Vgl. Nr. 10.

Frage, ob der Schah nach der Schweiz gehen würde, noch eine unentschiedene. Von hier geht der Schah zunächst nach Brüssel. Die Länder, welche der Schah mit seinem Besuch beehrt, werden durch die gastliche und fürstliche Aufnahme, die sie ihm und seinem zahlreichen Gefolge gewähren, zu sehr bedeutenden Auslagen veranlasst.³

3. Vgl. Nr. 25.

17

E 2300 Paris 26

*Der schweizerische Gesandte in Paris, J. K. Kern,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
P. Cérésolle*

B Confidentiel

Paris, 20 juin 1873

Le Maréchal Mac Mahon avait invité hier à dîner à Versailles les principaux membres du Corps diplomatique étranger, et à cette occasion j'ai pu avoir des entretiens soit avec le Président lui-même, soit avec quelques uns de ses Ministres, soit enfin avec des membres influents de l'Assemblée Nationale. J'ai l'honneur de Vous faire part des points qui m'ont paru, dans ces conversations, pouvoir présenter quelque intérêt.

I. *Situation politique générale*

J'ai cru pouvoir Vous écrire (Rapport du 25 Mai N° 1365)¹ que, depuis les événements du 24 Mai, l'opinion personnelle du Président de la République n'avait plus la même importance que sous le Gouvernement de M. Thiers. Celui-ci était la personnification du Gouvernement, tandis que le Maréchal Mac Mahon prend plutôt position d'un prince constitutionnel, et ne tâche de gouverner que par le Ministère et avec la majorité de la Chambre.

Il a été intéressant pour moi d'apprendre cela hier de la bouche du Maréchal lui-même. Il m'a dit «Je ferai tout ce qui dépendra de moi pour qu'il y ait moins de conflits entre le Gouvernement et la Chambre. Je n'ai nulle ambition de gouverner par ma personne, mais j'ai l'ambition de bien gouverner par mes Ministres, et s'il se trouve parmi eux des hommes qui déplaisent à la majorité de l'Assemblée, je les changerai.»

Le Maréchal Mac Mahon, qui fait toujours une excellente impression, chaque fois qu'on s'entretient avec lui, en ce qui concerne la sincérité, la droiture et la loyauté, laisse aussi d'autre part l'impression que, sous le rapport de l'intelligence politique, il n'y a pas de comparaison à faire entre lui et son prédécesseur.

C'est du reste précisément la trop grande habileté de M. Thiers qui lui a créé tant d'ennemis. Il a froissé par ses expressions trop vives, et dont j'ai eu l'occasion de Vous entretenir à diverses reprises, non seulement ses adversaires, mais même ses amis politiques.

1. Nicht abgedruckt.

Il m'a paru du reste résulter de divers entretiens qu'un changement dans le personnel du Ministère peut être considéré comme probable en raison de l'outrecuidance des bonapartistes et de la nécessité de chercher, si l'on se sépare d'eux, un appoint dans le centre gauche. Ces changements pourraient ne pas être très éloignés.

2. J'ai eu ensuite un long entretien avec le Comte Daru, ancien Ministre des Affaires Etrangères et Vice Président de l'Assemblée Nationale. Il m'a le premier abordé par ces mots: «J'ai appris qu'en Suisse on avait une certaine méfiance à l'endroit de notre nouveau gouvernement, et qu'en particulier la presse nous est généralement peu favorable. Qu'est-ce que ce bruit a de fondé?»

J'ai répondu à M. Daru: «Je ne veux pas Vous cacher ce que j'ai dit officiellement au duc de Broglie. Il s'est en effet manifesté en Suisse quelques craintes au sujet de la velleité que pourrait avoir le haut clergé français de demander une intervention dans nos affaires religieuses. Ces tentatives, qui étaient déjà survenues sous la présidence de M. Thiers, pourraient se renouveler avec plus de succès, et la presse s'est naturellement fait l'écho de ces craintes.»

«C'est là une grave erreur, a répliqué M. Daru. Je veux Vous dire franchement les choses. Au sein de l'Assemblée Nationale, comme dans toutes les Chambres, ce sont huit ou dix hommes qui dirigent la majorité. Je suis un de ces dix, a-t-il ajouté en riant, et je Vous dis que le Ministère ne peut pas gouverner sans être d'accord avec la majorité dont nous sommes les chefs. Le Ministère n'aura plus de majorité dès qu'il voudra sortir de l'attitude suivie jusqu'à présent et qui consiste à ne pas intervenir dans les affaires des pays étrangers. C'est pour ce motif que la Suisse n'a rien à craindre. La France est actuellement, après nos désastres, dans la position de la Russie après la guerre de Crimée. Nous devons nous recueillir, et pour se recueillir il faut du temps. La France ne peut et ne doit pas, dans ces conditions, se mêler des affaires des autres pays.»

3. M. Deseilligny, Ministre des Travaux Publics, m'a répété brièvement tout ce que M. Daru m'avait dit. Ces diverses réponses concordent donc pleinement avec les paroles de MM. d'Audiffret Pasquier et Decazes, dont j'ai eu l'honneur de Vous rendre compte. Elles sont de nature à confirmer l'opinion que j'ai déjà formulée, que pour un certain temps du moins, nous n'avons rien à craindre du Gouvernement actuel.

II. *Ligne d'Italie*²

J'ai profité de ma rencontre avec le Ministre des Travaux Publics pour lui demander si, dans sa pensée, la proposition Lepère-Baragnon serait discutée avant les vacances parlementaires (dont le commencement est généralement fixé au 15 ou 20 Juillet).

M. Deseilligny m'a répondu qu'il n'y avait pas de doute à avoir à cet égard. La discussion n'aura lieu qu'après les vacances. L'urgence n'a pas été demandée, et si on la réclamait il s'y opposerait. «Je ne Vous cache pas, a-t-il continué, que pour le moment, la France ne doit pas se presser dans cette affaire. Le budget fictif que M. Thiers a fait approuver par l'Assemblée laisse des lacunes énormes, entre autre

2. *Randvermerk von Secretan mit Datum vom 27. 6. 1873*: Communiqué en extrait et confidentiellement au Président du Conseil d'Etat du Canton du Valais et à M. de Loys à Lausanne.

les 93 millions de la loi sur les matières premières. Avant de voter 40 à 50 millions pour le Simplon, il nous faut trouver avant tout de nouveaux impôts pour établir l'équilibre. En outre je ne suis pas très-convaincu de la nécessité de cette ligne; est-elle indispensable pour nous qui avons déjà le Mont Cenis, avec la perspective de l'ouverture du Gothard d'ici à peu d'années? Je me réserve encore à ce sujet une opinion définitive, mais je ne puis m'empêcher de Vous faire part de mes doutes. Si plus tard la question est portée devant le Gouvernement et devant la Chambre, je suis tout prêt à accepter et à examiner toutes les communications que Vous voudrez bien me faire.»

J'ai demandé à M. Desseiligny si dans sa pensée, la subvention, si elle est votée, serait donnée à une compagnie spéciale ou à l'oeuvre elle même. Il m'a répondu: «Nous connaissons suffisamment La Valette, et la subvention ne serait évidemment donnée qu'à l'entreprise et non à une société déterminée.» J'ai ajouté que cette question devrait du reste faire, comme pour le Gothard, l'objet d'une entente, précédée de négociations, entre les divers gouvernements intéressés, ce que M. Desseiligny a paru trouver indispensable.

J'ai terminé en le remerciant de l'offre qu'il m'avait faite de recevoir tous les renseignements que je pourrais lui fournir sur l'utilité et l'importance du passage du Simplon.

III.

M. Desseiligny m'a dit que, dans la journée d'hier, le Conseil Supérieur du Commerce avait, à *l'unanimité*, décidé le retrait de la loi sur les matières premières.

Je lui ai demandé si, en raison de l'importance de cette décision, le Gouvernement ne comptait pas y donner suite à bref délai, afin de ne pas laisser plus longtemps le commerce dans l'incertitude.

M. Desseiligny a répondu que telle était bien l'intention du Ministère; il a ajouté qu'il était certain de ne pas rencontrer d'obstacles sérieux dans l'Assemblée Nationale.

IV.

J'ai eu l'honneur de recevoir la lettre³ par laquelle le Conseil Fédéral me transmet sa réponse à la notification de l'entrée en fonction du Maréchal Mac Mahon comme Président de la République française.

J'ai jugé nécessaire, après en avoir entretenu ceux de mes collègues qui ne remettront pas de nouvelles lettres de créance, de demander au Maréchal une audience spéciale pour lui remettre la réponse du Conseil Fédéral. J'ai donc envoyé au duc de Broglie une copie de cette réponse, en le priant de demander pour moi une audience au Président de la République. Je profiterai de cette occasion pour entretenir de nouveau, avant mon départ pour la Suisse, le Maréchal Mac Mahon de nos conflits religieux et des relations entre les deux pays en général.

3. E 2/723. Vgl. auch das BR-Prot. vom 30. 5. 1873 (E 1004 1/93, Nr. 2728).

18

E 1004 1/93

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 25. Juni 1873¹

3241. Japanesische Botschaft

Korrespondenz

Die im Protokoll der letzten Sitzung² erwähnte *Japanesische Gesandtschaft* ist am 20. Abends 5.45 in der Bundesstadt eingetroffen und am 21. zur Übergabe der Beglaubigung Vormittags 11 Uhr vom Bundesrath /:anwesend die Hrn. Bundespräsident Ceresole, Vizepräsident Schenk, Bundesrath Scherer, Bundesrath Knüsel und Bundesrath Borel:/ empfangen worden.

Das Beglaubigungsschreiben³, datirt aus Tokio vom 4. Tage des 11. Monats des 4. Jahres von Meiji /:1871:/ ist gezeichnet vom Kaiser von Japan Muts-hito und dessen erstem Minister Juichii Sanetomi Sanjo. Es wurde übergeben von Sionii Tomomi Iwakura als Botschafter und Juschii Hirobumi Ito und Juschii Mas-souka Yamagutti als beigeordnete Botschafter.

In der Empfangsaudienz bezeichnete der Botschafter als Zweck der Abordnung die Erweiterung der Freundschafts- und Verkehrsbeziehungen zwischen beiden Staaten, worauf nach Verlesung der französischen Übersetzung des Beglaubigungsschreibens von Seite des Hrn. Bundespräsidenten eine Begrüssungsansprache folgte, die mit der Versicherung schloss, dass die eidgenöss. Behörden, von den nämlichen Absichten wie S^c. Maj. der Kaiser von Japan geleitet, gerne bereit seien, auf eine weitere Entwicklung der Verkehrsbeziehungen und des Wohlstandes beider Länder zielende Vorschläge entgegenzunehmen.⁴

Für die der Botschaft zu erweisenden Ehren wurde folgendes Programm aufgestellt und durchgeführt:

Samstag den 21. und Sonntag den 22. diess. Reise durch das Berner Oberland und über den Brünig nach Luzern und zur Eröffnungsfeier für die Rigibahnstrecke Staffel-Kulm zu welcher sich der Bundespräsident & der Vizepräsident begaben.

Montag Rückkehr nach Luzern und Abends nach Bern.

Mittwoch den 25. grosses Diner im Hotel Bellevue.

In Betreff des Beglaubigungsschreibens wird beschlossen: dasselbe sei in üblicher Weise zu erwidern und die Antwort der Botschaft zuzustellen, sowie dem Generalkonsul in Yokohama davon Mitteilung zu machen.

1. Abwesend: Naeff.

2. Vgl. das Bundesratsprotokoll vom 20. 6. 1873 (E 1004 1/93, Nr. 3206). Vgl. auch Nr. 16 und DDS 2, Nr. 424.

3. E 2/1043.

4. Vgl. den Annex.

ANNEX

E 13 (B)/201

Conférence entre les délégués de la Confédération et l'Ambassade du Japon,
en vue de prendre connaissance de l'objet de sa visite en Suisse

*Le 25 Juin 1873 à 4 heures de l'après-midi au Palais fédéral,
Salle des réceptions*

Etaient présents du côté de la Suisse:

M^r. le Président de la Confédération Cérésolé et

M^r. le Conseiller fédéral Scherer, Chef du Département fédéral des finances, remplaçant le Chef du Département fédéral du Commerce et des Péages absent de Berne.

et du côté du Japon:

M^r. Iwakoura, premier Ambassadeur,

M^r. Ito, deuxième Ambassadeur.

Comme assistants du côté de la Suisse:

M^r. David, secrétaire du commerce,

M^r. Siber, Vice-consul de la Confédération à Yokohama,

et du côté du Japon:

M^r. Tanabé, premier secrétaire de l'Ambassade,

M^r. Kourimoto, interprète.

M^r. le Président *Cérésolé* informe les Ambassadeurs japonais qu'il a été désigné, avec le Conseiller fédéral *Scherer*, par le Conseil fédéral, pour prendre connaissance des communications, ou propositions, qu'ils peuvent avoir à faire au Gouvernement fédéral.

M^r. l'Ambassadeur *Iwakoura* répond: que l'Empereur du Japon étant désireux de développer les rapports de son pays avec la Suisse, et d'examiner de quelles améliorations serait susceptible le traité qui existe entre les deux pays, l'a chargé de venir exposer ce désir au Gouvernement de la Confédération et de lui demander quelles sont les propositions qu'il serait disposé à faire au Gouvernement du Japon.

M^r. le Président *Cérésolé* répond: que dans l'ignorance où était le Conseil fédéral de la nature des propositions que l'Ambassade présenterait, il n'a pu donner des instructions à ses mandataires. Que de son côté le Gouvernement fédéral est aussi animé du désir de faire ce qui sera en son pouvoir pour développer les rapports des deux pays. Que si l'Ambassade veut lui soumettre des propositions précises, le Conseil fédéral les étudiera et pourra en proposer l'acceptation au Gouvernement fédéral. Que ce qui pourrait dès maintenant être arrêté, serait la manière dont il sera procédé pour réaliser la révision du traité⁵, lorsqu'on en viendra aux négociations définitives.

M^r. l'Ambassadeur *Iwakoura* répond: que ce ne sera qu'après la rentrée de l'Ambassade au Japon que le Gouvernement japonais prendra une décision sur les modifications qui pourront être introduites dans le traité, mais que néanmoins il désire connaître dès maintenant les vues du Conseil fédéral.

M^r. le Président *Cérésolé* expose: que le Conseil fédéral désire le maintien des conditions générales du traité qui a cessé d'être en vigueur au 1^{er} Juillet 1872, qu'il admettra les changements qui seraient conciliables avec les intérêts du pays, et que ceux que l'Italie a proposés, en tant qu'ils peuvent concerner la Suisse, ainsi l'admission de nos nationaux à l'intérieur du Japon, aux conditions proposées par l'Italie, serait désirée par le Gouvernement fédéral.⁶

M^r. l'Ambassadeur *Iwakoura* répond: qu'en ce qui touche ce dernier point il n'a pu lui être donné d'instructions précises. La question pourra être débattue au Japon, ou le Gouvernement japonais désire qu'ayant lieu les négociations.

5. *Freundschafts- und Handelsvertrag vom 6. 2. 1864* (AS 1863—1866, VIII, S. 683—709).

6. *Vgl. das Schreiben von Brennwald aus Yokohama an den Bundesrat und die Note der diplomatischen Vertreter in Tokio an den japanischen Aussenminister vom 26. 7. 1873. Beide Schriftstücke in: E 13 (B)/201.*

M^r. le Président *Cérésolle* demande à quelle époque il est à présumer qu'elles puissent avoir lieu.

M^r. l'Ambassadeur *Iwakoura* répond: qu'il n'est pas possible de la préciser, mais que dans tous les cas ce sera peu de temps après le retour de l'Ambassade, et qu'alors des propositions seront remises à notre représentant au Japon.

M^r. le Président *Cérésolle* exprime le désir que ces propositions soient faites à temps, avant les négociations générales des nouveaux traités, pour que notre Consul général puisse prendre les ordres du Gouvernement fédéral. Après une réponse, qui est la confirmation de ce qui a déjà été dit par l'Ambassadeur, M^r. le Président *Cérésolle* demande, si il est dans les probabilités que les propositions de l'Italie, relativement à la libre circulation et au libre établissement des nationaux de ce pays à l'intérieur du Japon soient accordées. La Suisse tiendrait à être admise au bénéfice des mêmes conditions, en même temps qu'à toutes celles qui sont comprises dans la stipulation du traitement de la nation la plus favorisée.

M^r. l'Ambassadeur *Iwakoura* ne peut répondre à cette question. Le Japon a l'intention de traiter avec tous les pays aux mêmes conditions. Il fera certaines demandes qui ne peuvent être précisées pour le moment, et il dépendra de la Suisse, en acquiescant à ces conditions, de s'assurer de tous les avantages accordés aux autres nations.

M^r. le Président *Cérésolle* demande qu'il soit bien entendu, que les dispositions du traité qui vient d'expirer resteront en vigueur jusqu'au moment où elles seront remplacées par celles d'un nouveau traité.

Après quelques pourparlers sur cet objet, et après avoir pris l'avis de son collègue, M^r. l'Ambassadeur *Iwakoura* répond: que cette proposition est admise et qu'il consent à ce qu'elle soit consignée au protocole de la Conférence.

M^r. le Président *Cérésolle* demande: si avant la négociation générale du nouveau traité, il ne pourrait pas être entamé une négociation spéciale sur l'admission de nos nationaux à l'intérieur du pays?

M^r. l'Ambassadeur *Iwakoura* répond: qu'il ne peut s'engager sur ce point, mais qu'il est probable que ce serait accordé, sous réserve toutefois que les permissions seraient délivrées par un magistrat japonais. Cependant il y a lieu de régler dans le pays même certaines conditions. Sur la demande de M^r. le Président *Cérésolle* il explique qu'il s'agit de modifications dans l'administration de la justice.

M^r. le Président termine la Conférence en répétant: que la Confédération tient à conserver le traitement de la nation la plus favorisée. Que de son côté elle fera tout ce qui sera en son pouvoir pour donner satisfaction au Japon dans les demandes qu'il pourra présenter.

M^r. l'Ambassadeur *Iwakoura* remercie de cette assurance.

La Conférence est terminée à cinq heures.

19

E 2300 Paris 26

*Der schweizerische Gesandte in Paris, J.K. Kern,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
P. Cérésolle*

B Confidentiel

Paris, 3 juillet 1873

En me transmettant le 20 mai un rapport complémentaire du Département de Justice et Police de Genève du 19 mai sur un prétendu complot contre la vie de M. Thiers¹, Vous avez attiré mon attention spéciale sur un passage de ce rapport

1. E 2200 Paris 1/91.

relatif à l'attitude générale de M. Dubruel, alors Consul général de France à Genève. — Dans le rapport que j'ai eu l'honneur de vous adresser le lendemain 21 mai², je Vous annonçais mon projet d'entretenir verbalement de la question M. de Rémusat.

Les événements du 24 mai à Versailles m'ont empêché de donner suite à cette idée & ont eu pour conséquence, comme Vous le savez, la révocation de M. Dubruel et son remplacement par un M. Hennequin.

Ce changement survenu dans la personne du titulaire du Consulat de France à Genève m'a paru fournir une occasion très favorable pour présenter au duc de Broglie les observations que je n'avais pu présenter à M. de Rémusat.

M. de Broglie recevait ce matin à 9 heures les membres du Corps diplomatique. Après l'avoir entretenu d'autres affaires, je lui ai dit que j'avais appris qu'il était question de remplacer M. Dubruel par M. Hennequin. J'ai ajouté que j'avais reçu, immédiatement après le 24 mai, des instructions me chargeant de rendre le Ministère des Affaires Etrangères attentif aux agissements de l'ancien titulaire. Ce dernier, à ce que j'ai appris, avait l'habitude, la *mauvaise* habitude de se mêler de choses qui ne rentrent pas, d'après les usages universellement reconnus, dans les attributions consulaires. C'est ainsi qu'il aurait déployé une activité tout à fait digne de remarque dans les conflits survenus entre Mgr Mermillod et le gouvernement de Genève & autres faits analogues. Il est probable, ai-je continué, que des réclamations eussent été formulées si l'ancien titulaire eût été maintenu, car le Conseil Fédéral ne peut et ne veut admettre qu'un Consul sorte du rôle qui lui est attribué par les usages internationaux, intervienne dans les questions qui sont du ressort de la Légation de France, en un mot se mêle de ce qui ne le regarde pas.

M. de Broglie m'a répondu qu'en effet M. Hennequin avait été désigné pour le poste de Genève. C'est un homme très respectable, a-t-il ajouté, et il a déjà eu pendant longtemps la direction d'autres postes consulaires. Nous allons demander pour lui l'exequatur, si même ce n'est déjà fait. — «Je partage pleinement Votre manière de voir en ce qui me concerne les attributions consulaires, a-t-il ajouté, les affaires politiques regardent nos Légations ou Ambassades, et nous maintiendrons ce principe.»

J'ai abordé ce matin avec M. le duc de Broglie la question de la révision de l'article de la convention postale de 1865³ relatif au transit des dépêches par la France. Un rapport⁴ spécial à ce sujet est adressé aujourd'hui par ma Légation au Département des postes suisses.

2. Nr. 15.

3. AS 1863—1866, VIII, S. 485—512.

4. E 13 (B)/113.

E 1001 (E) q 1/100

*Der Bundesrat
an den schweizerischen Generalkonsul in London, A. Streckeisen*

Kopie
S 3707a

Bern, 16. Juli 1873

Indem wir Ihnen den Empfang des mit verehrlicher Zuschrift vom 12. diess.¹ übersandten, Ihnen von Herr Henri Dunant von Genf zugestellten Erklärung² des Grossvezirs des Schah betreffend den Beitritt Persiens zur Genfer Konvention von 1864³ für die Verbesserung des Looses der im Kriege verwundeten Soldaten bescheinigen, müssen wir Ihnen eröffnen, dass wir jene Erklärung nicht als einen gültigen und verbindlichen Akt anerkennen können, einmal weil er den üblichen Anforderungen weder in materieller noch in formeller Beziehung entspricht und dann weil Hr. Dunant, obwohl Mitbegründer jener Konvention, gar keinen offiziellen Beruf zu derartigen Verhandlungen hatte und seine Einmischung in diese Angelegenheit als eine ganz unbefugte sich qualifizirt.

Indem wir demnach das Vorgehen des Herr Dunant Ihnen gegenüber durchaus desavouiren, ersuchen wir Sie, diess demselben zur Kenntniss zu bringen. Wir theilen Ihnen übrigens zugleich mit, dass wir unsere Gesandtschaft in Paris angewiesen haben⁴, die geeigneten Schritte dafür zu thun, dass der Beitritt Persiens in regelmässiger Weise erfolge und uns auf offiziellem Wege zur Kenntniss gelange.⁵

1. E 2/309, Bd. 2.

2. *Ibid.*

3. AS 1863—1866, VIII, S. 520—530.

4. *Vgl. das Schreiben des Bundesrates an Kern vom 16. 7. 1873 (E 1001 (E) q 1/100, Nr. 3707 b).*

5. *Der Beitritt Persiens erfolgte dann definitiv am 5. 12. 1874. Vgl. das Schreiben des Bundesrates an Kern vom 5. 2. 1875 (E 1001 (E) q 1/105, Nr. 680 a).*

E 22/1669

*Der Geschäftsträger des Heiligen Stuhls in Luzern, G.B. Agnozzi,
an den Bundesrat*

N

Lucerne, 21 juillet 1873

Le Chargé d'affaires du S^t. Siège près la Confédération Suisse ne peut différer davantage la réponse qu'il est autorisé à donner à la Note fédérale du 11 février de cette année¹ sur la nomination faite par le S^t. Siège de Monseigneur Mermillod,

1. *Nr. I, Annex I.*

Evêque d'Hébron, à la charge de Vicaire Apostolique du Canton de Genève. Il a retardé jusqu'à ce jour cette réponse, ayant le vif désir de trouver les esprits plus calmes, après de tristes événements, et plus disposés à apprécier les graves motifs, qui, en suite de conférences avec les Autorités fédérales, ont déterminé le S^t. Siège à cet Acte.

Aux termes de Sa Note, le Conseil fédéral croyait voir que le S^t. Siège, par le Bref du 16 janvier 1873² instituait dans le Canton de Genève un Vicariat Apostolique; il considérait les mesures adoptées par le S^t. Siège concernant le nombre, la circonscription et le démembrement des Evêchés Suisses, comme ayant un caractère confessionnel et politique et comme devant être formellement consenties par les Autorités fédérales; il ajoutait que le Bref susmentionné modifiait profondément l'état des choses existant depuis cinquante ans, en vertu du Bref de 1819³ et l'acte d'acceptation⁴ du 1^{er} novembre de la même année, sans que les Autorités du pays aient même été consultées; en conséquence il déclarait nulle et non avenue une telle modification faite par la seule Autorité du S^t. Siège, sans le consentement des Autorités politiques, lesquelles ne reconnaissent pas au seul pouvoir ecclésiastique le droit de séparer les catholiques du canton de Genève du diocèse auquel ils appartiennent.

Il est de notoriété publique que le 23 octobre 1872 Sa Gr[andeur] Mgr Marilley, Evêque de Lausanne et Genève déclara formellement au S^t. Siège et au Gouvernement cantonal, qu'il ne voulait plus se charger de l'administration spirituelle des catholiques de Genève⁵, ce qui mit le S^t. Père dans la nécessité absolue de pourvoir aux besoins spirituels des catholiques genevois, et dans ce but il nomma un Vicaire Apostolique ad beneplacitum Sanctae Sedis.

Par cet acte Sa Sainteté ne faisait qu'exercer un droit du Chef spirituel de l'Eglise, et accomplir un devoir sacré en prenant une mesure provisoire comme plusieurs fois déjà cela était arrivé en Suisse.

Cette mesure n'altérerait en rien les rapports de l'Eglise et de l'Etat, ne tranchait nullement les questions pendantes d'organisation diocésaine et n'érigerait pas un Vicariat Apostolique, c'est-à-dire une situation stable et définitive.

Le S^t. Père voulait seulement confier d'une façon provisoire à Mgr Mermillod l'administration spirituelle des catholiques genevois en déshérence.

Il ressort de là que le S^t. Siège a accompli un acte impérieusement exigé par les circonstances, et qu'il a employé la forme la plus discrète dans l'exercice de Sa charge et en même temps la plus conciliante vis-à-vis de l'Etat, comme en font preuve les conférences tenues auparavant à ce sujet par le Soussigné avec le Président de la Confédération.⁶

Cette réponse générale suffirait; mais le Soussigné tient à éclaircir certains points de la Note fédérale; il fait observer d'abord que le S^t. Siège par toutes ses relations avec le pouvoir civil, dans le passé comme dans le présent, aussi bien que

2. E 22/1669. *Abgedruckt im GBer.* 1873, S. 329f.

3. *Vgl. die Denkschrift vom 1. 10. 1872: La séparation du Canton de Genève de l'Archevêché de Chambéry et sa réunion au Diocèse de Lausanne*, S. 31–37 (E 22/1669).

4. *Ibid.*, S. 38f.

5. *Vgl. das Schreiben von Marilley an den Genfer Staatsrat vom 23. 10. 1872* (E 22/1669).

6. *Vgl. DDS 2, Nr. 443, Annex.*

dans les actes indiqués par la Note fédérale a toujours montré l'intérêt et le vif désir qu'il a de marcher d'accord et de s'entendre avec les Gouvernements dans les modifications territoriales de diocèses. Les conférences que le Soussigné a eues sur cette question de Genève et les instructions qu'il a eu l'honneur de communiquer aux Autorités fédérales (et dont copie est ci-jointe) sont encore une preuve de cette pratique du S^t. Siège confirmée par toute l'histoire de ses rapports avec les Etats.

Le Soussigné répondra en outre, que l'article du Congrès de Vienne cité dans la Note fédérale, ayant trait seulement au Diocèse de Bâle n'affaiblit en rien les droits du S^t. Siège. Bien plus, ces droits sont formellement reconnus et garantis par le même Congrès de Vienne en ce qui concerne les paroisses catholiques détachées de la Savoie pour former le Canton de Genève.

Voici le texte du congrès de Vienne:

Art. III § 7. «Il est reconnu que:

Les communes catholiques et la paroisse de Genève continueront à faire partie du diocèse qui régira les provinces du Chablais et du Faucigny, sauf qu'il en soit réglé autrement par l'Autorité du S^t. Siège.»

Il est connu que le Président de la Confédération après les conférences susmentionnées en a communiqué le résultat aux Autorités Genevoises en les invitant à donner leur avis, et une réponse à transmettre au S^t. Siège par le Soussigné, ce qui fait voir que les Autorités du pays avaient été consultées.

Le Soussigné est bien d'avis avec la Note fédérale que les négociations n'étaient rompues entre le Conseil fédéral et lui, malgré l'opposition que souleva ensuite le Gouvernement de Genève contre tout arrangement avec le S^t. Siège. Le Bref du 16 janvier 1873 n'était ni une conclusion, ni une rupture des conférences, et le S^t. Père a eu la grande douleur de voir les Autorités civiles méconnaître le caractère et la portée de ce Bref, jusqu'à prendre de pénibles mesures de violence et de bannissement contre la Personne de Mgr Mermillod Vicaire Apostolique.

En protestant, au Nom du S^t. Père, contre cet exil le Soussigné espère que la continuation des conférences donnera aux consciences catholiques la satisfaction qu'elles attendent en ramenant à Genève le Prélat exilé, et rendra possible une solution convenable soit pour l'Eglise, soit pour l'Etat.⁷

7. Am 24. 10. 1873 beschloss der Bundesrat, die Note nicht zu beantworten (E 1004 1/95, Nr. 5628).

22

E 2300 Berlin 1

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, B. Hammer,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
P. Cérésolle*

B Confidentiell

Berlin, 28. Juli 1873

Bevor ich meinen Urlaub antrete, will ich in wenigen Worten noch die auswärtigen Beziehungen Deutschlands besprechen.

RUSSLAND

Die traditionell guten Beziehungen Preussens zu Russland haben sich in neuester Zeit noch dahin verbessert und befestigt, dass auch die Gesinnungen der höhern Gesellschaft in Russland dem neuen Zustand der Dinge in Deutschland geneigter geworden seien. Der Besuch des deutschen Kaisers in Petersburg habe nicht bloss der unzweifelhaften Intimität der beiden Herrscher einen demonstrativen Ausdruck gegeben, sondern wirklich auch in den sonst kalten oder gar feindseligen russischen Gesellschaftskreisen einen günstigen Eindruck gemacht. Ich hörte auch, selbst für französische Beobachter sei der Eindruck ein so tiefgehender gewesen, dass er die Illusion einer russisch-französischen Allianz für den *nächsten* Krieg ziemlich zerstört habe.

ÖSTREICH

Über die guten Beziehungen zu Östreich giebt der ausgesucht verbindliche Besuch der deutschen Kaiserin in Wien den zuverlässigsten Aufschluss. Unter dem Einfluss Preussens ist auch das seit dem Krimkrieg gespannte Verhältniss Russlands zu Östreich ein freundlicheres geworden und bestätigt sich durch die gegenseitigen Besuche der Herrscher von Östreich und Russland die stattgefundenene Wiederannäherung, welche als ein Erfolg der unablässigen Bemühungen Preussens zu betrachten ist, und welcher für die praktische Politik etwa folgende Bedeutung hat:

NORDISCHE ENTENTE CORDIALE

Russland lässt die eigentliche orientalische Frage einstweilen ruhen und erhält dafür ganz freie Hand nach Centralasien. Hinsichtlich der deutsch-französischen Frage acceptiren Russland und Östreich den durch den letzten Krieg geschaffenen Zustand und versagen Frankreich die Aussicht auf Allianzen zu einem Revanchekrieg. Russland wendet sich noch für eine geraume Zukunft von allen grossen Unternehmungen nach Aussen ab, und widmet sich vorzugsweise noch immer seiner «Sammlung» — seiner innern Entwicklung.

ENGLAND

Englands Verhältniss zu allen europäischen Staaten ist gegenwärtig die vollständige Isolirung. Deutscher Seits scheint man nach dieser Seite hin weder Hoffnungen noch Besorgnisse zu hegen; auch gegenseitige Bestrebungen sind zwischen beiden Ländern kaum bemerkbar, doch kann die Ernennung des Grafen Münster zum deutschen Botschafter in London als ein Versuch bezeichnet werden, den Deutschland macht, in den massgebenden gesellschaftlichen Schichten in England mehr Einfluss zu gewinnen.

ITALIEN

Verschiedene Erscheinungen lassen darauf schliessen, dass die Haltung Italiens mit den Auffassungen und Wünschen deutscher Politik nicht vollständig in Einklang steht. Man will Schwankungen und Gegenströmungen wahrnehmen, welche die Zuverlässigkeit seines politischen Verhaltens zweifelhaft erscheinen

lassen. Italien ist von den europäischen Staaten, etwa Holland ausgenommen, jedenfalls derjenige, in welchem der französische Einfluss sich unter Umständen noch am meisten zur Geltung bringen könnte, und der die deutsche Diplomatie in hervorragender Weise in Anspruch nimmt. Abgesehen vom Verhältniss zu Frankreich bildet vielleicht die beidseitige Stellung zur künftigen Pabstwahl einen Differenzpunkt.

FRANKREICH

Das Verhältniss zu Frankreich kennzeichnet sich am einfachsten dadurch, dass hier und dort die am meisten erörterte Frage die ist, wie lange die Pause sein wird, die uns vom nächsten Kriege trennt. Als Faktoren dieser Wahrscheinlichkeitsrechnung treten auf: *Verzögernd*, die Rücksichten auf nationalökonomische, politische und militärische Vorbereitung (Wiederherstellung der Staatsfinanzen, definitive Constituirung des Landes, nothwendiger Zeitraum zum Neu- und Umbau der Landesfestungen [und] zur Entwicklung der durch die neue Militärorganisation geschaffenen Verhältnisse, etc. *Beschleunigend*: das Ungestüm der Revanchegelüste und die Gefahr der fortschreitenden Germanisirung von Elsass-Lothringen; ohne Zweifel darf nach französischer Ansicht die Mehrheit der Generation, welche die Annexion miterlebte, beim Beginn des zweiten Krieges nicht ausgestorben sein. Ich bemerkte auch schon, dass man französischer Seits im Hinblick auf den Revanchekrieg die Zeit der Eröffnung des Gotthardtunnels erörterte. Wahrhaft verhängnisvoll kann hier die clerikale Agitation werden. Wenn man nun als Rechnungsergebniss der *bekannt*en Faktoren die jetzige Friedenspause auf höchstens *8 bis 10 Jahre* veranschlagen hört, so ist auch hiemit die Möglichkeit eines neuen Krieges *nach viel kürzerer Zeit* schon gegeben, falls für Frankreich besonders günstige oder zwingende Constellationen schon früher eintreten sollten. Es ergibt sich hieraus für uns die sehr ernste Erwägung, welch' verhältnissmässig kurze, fast zu kurze Zeit uns zur militärischen Vorbereitung bleibt, und wie dringlich es erscheint, unsere politische Neugestaltung zum baldigen und sichern Abschluss zu bringen.

Man ist hier sehr geneigt, in den neuesten Lebensäusserungen Frankreichs vorzugsweise nicht Zeichen der Wiedergeburt, sondern Zeichen des Verfalls wahrzunehmen und sieht desswegen der Zukunft mit grosser Sicherheit entgegen, was nicht ausschliesst, dass die massgebenden militärischen Kreise hier der Entwicklung der militärischen Dinge in Frankreich mit grosser Objektivität folgen. Sie ersehen auch, aus den kolossalen Vorbereitungen, die sich Deutschland in Aussicht des zweiten Krieges auferlegt, wie ernst und drohend es die Zukunft auffasst, und darf man ganz bestimmt annehmen, dass dieser II. Krieg noch viel gewaltiger, um sich greifender, entscheidender und folgenreicher sein wird als der erste.

SCHWEIZ

Über die Beziehungen des deutschen Reiches zur Schweiz wüsste ich etwas neues und anderes, als was deren herzlichen Charakter bestätigen würde, nicht beizufügen. Doch bemerke ich, dass neuste Zeitungen über die Einstellung der Deutsch-Schweizerischen Verhandlungen, den Niederlassungsvertrag betreffend, etwas gereizte Auslassungen enthalten, was mit Rücksicht auf die hier zu überwindenden Schwierigkeiten gar nicht schaden kann.

Den Zwischenfall mit der «Vigilante» kam der Kaiserlichen Regierung ganz unerwartet und beschäftigt dermalen etwas das auswärtige Amt, so dass Herr von Balan den Antritt seines heute beginnen sollenden Urlaubs bis auf weiteres noch verschiebt.

Ich reise heute Abend oder morgen ab und werde die ersten Tage nach meiner Ankunft in der Schweiz die Ehre haben, Ihnen meine Aufwartung zu machen.

23

E 2300 Paris 26

*Der schweizerische Legationsrat in Paris, Ch. Lardy,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
P. Cérésolle*

B Confidentiel

Paris, 3 septembre 1873

Un certain nombre de journaux suisses sont revenus avec persistance sur le projet attribué à M. Mermillod de se faire nommer archevêque de Chambéry. D'autre part le *Monde* de Paris reproduisait un sermon prêché à Versailles par M. Mermillod il y a peu de jours. Le *Temps* annonçait que le 8 septembre, M. Mermillod prêcherait à Lourdes.

Tous ces faits étaient de nature à faire supposer que l'ex-curé de Genève avait essayé de nouer de nouvelles intrigues. J'ai eu recours à diverses personnes de confiance pour savoir ce que ces bruits pourraient avoir de fondé, et je m'empresse de Vous faire part des renseignements recueillis.

Le directeur des cultes catholiques au Ministère de l'Instruction publique, M. Tardif, a déclaré catégoriquement, à la personne qui s'adressait à lui sur ma demande, que le Gouvernement n'avait jamais songé à M. Mermillod pour le poste de Chambéry, et cela pour deux motifs: le premier c'est que M. Mermillod n'est pas Français, et le second, c'est que le gouvernement ne veut pas de prélats aussi remuants que lui. Déjà il y a quelques temps, M. Mermillod avait sollicité le poste de coadjuteur d'un évêque français, & sa demande avait été écartée. (Je n'ai pu savoir si ce fait se passait il y a quelques mois ou il y a quelques années). En conséquence, c'est un prélat français, un évêque, qui a été désigné pour l'archevêché de Chambéry.

M. le duc de Broglie, que j'ai eu l'occasion de rencontrer aujourd'hui, m'a dit de son côté que la nomination du nouvel archevêque de Chambéry «était un fait accompli, et sur lequel ni le gouvernement ni le pape lui-même ne pouvaient plus revenir, à moins de démission du titulaire.»

A cette occasion, M. de Broglie a abordé le *premier* le terrain des conflits religieux en Suisse, en me disant que ces questions l'intéressaient beaucoup personnellement, ensorte qu'il me priait de ne pas lui en vouloir s'il m'en entretenait quelques instants, non comme Ministre des Affaires Etrangères, mais à titre purement privé.

Bien que M. de Broglie ait insisté à plusieurs reprises sur le caractère essentiel-

lement particulier et extra-officiel de notre conversation, je ne puis m'empêcher de Vous en signaler les principaux passages.

«On m'a envoyé de Genève, a dit le Ministre, la nouvelle loi sur l'organisation du culte catholique. J'ai beaucoup habité Genève; j'y ai des amis et même des parents, et tout ce qui s'y passe m'intéresse à un haut degré. Cette nouvelle loi me paraît bien dangereuse. Vous faites là l'essai de ce que nous appelons la constitution civile du clergé, & je crains que cet essai ne Vous réussisse pas mieux qu'il n'a réussi en France. Je me crois un catholique éclairé, et je *ne suis nullement d'accord avec* ce que l'Eglise à laquelle j'appartiens *a fait depuis deux ou trois ans*. Mais je déclare que, comme catholique, je ne puis reconnaître aucune juridiction sur moi à un prêtre élu par le suffrage universel. Je *n'irai jamais me confesser à lui*. Je ne reconnais pas l'autorité du suffrage universel en matière de conscience. (Les mots de suffrage universel étaient chaque fois accompagnés d'un sourire de dédain qui est particulier à M. de Broglie). Les catholiques n'iront pas voter, a continué le Ministre. Il y aura des prêtres tarés qui seront nommés, car aucun prêtre qui se respecte n'acceptera de se soumettre à l'élection de ses paroissiens. Mais les intérêts catholiques seront en souffrance. — Laissera-t-on les «vrais catholiques» organiser leur église à leur façon, & faire venir des prêtres reconnus par Rome, si ces vrais catholiques ne demandent pas d'argent à l'Etat? — C'est une grande question, car si Votre constitution garantit la liberté d'association, elle garantit aussi la liberté individuelle, & «Vous avez assez lestement passé sur cette garantie en ce qui concerne *l'abbé Mermillod*, que Vous avez expulsé sans jugement de son pays».

Je ne veux pas discuter la bulle de 1819. J'irai jusqu'à admettre que le Pape ait violé les engagements pris à cette époque par le St. Siège. — Que devait faire l'Etat en présence de cet acte? Il pouvait se considérer comme délié de son côté. Il pouvait refuser tout traitement aux curés, il pouvait reprendre les Eglises et les biens donnés par lui à ces Eglises. Il pouvait traduire devant les tribunaux les prêtres qui auraient violé les lois de l'Etat. Mais aller plus loin, c'est user de représailles; c'est user de violence en matière religieuse. Je n'aurais pas cru qu'en présence du courant des idées modernes, la libre Suisse se fut laissée aller à reculer de cent ans. Vous avez fait ce que nos parlements ont fait en France jusque sous Louis XV. Le Parlement de Paris a plusieurs fois réclamé du roi l'emprisonnement ou le bannissement d'évêques auxquels ils attribuaient des intentions usurpatrices. — Mais, croyez-moi, vis-à-vis de l'Eglise Romaine, on n'a rien à gagner avec la violence. Son histoire tout entière démontre que la voie des représailles est mauvaise, et qu'on n'en vient pas à bout de cette façon. Faites comme en Amérique, ignorez-la; laissez le pape faire évêque qui il voudra et créer les évêchés qui lui plairont. Vous aurez de cette manière laissé les consciences libres, et Vous rentrerez dans la seule voie conforme à l'esprit-moderne et au passé de la Suisse, la voie de la liberté.

Tel est, Monsieur le Président, le résumé de ce *discours* qui a duré plus d'une demie-heure et pendant lequel j'ai laissé M. de Broglie développer toute sa pensée. — Je me suis borné à répliquer en peu de mots que, pour faire comme en Amérique, il fallait le pouvoir, et que la Confédération n'avait aucune compétence pour décréter la séparation de l'Eglise et de l'Etat, à supposer qu'elle eut le projet de le faire; ensuite qu'en Amérique l'Eglise catholique ne demande rien à l'Etat, tandis que dans les Cantons Suisses elle leur demande un traitement pour ses

prêtres et des églises pour son culte. Enfin que vis-à-vis de la Suisse, c'était l'Eglise qui avait commencé l'attaque & mis à néant les conventions; si l'Etat, mis en demeure de se défendre, y répliquait par des mesures énergiques, c'était pour défendre ses droits & sa liberté contre les dogmes nouveaux imposés par l'église romaine & qui sont la négation de l'autorité de l'Etat. J'ai terminé en disant que je parlais uniquement en mon nom personnel, comme aussi j'aurais soin de considérer comme émanées de lui personnellement, les opinions qu'il avait cru devoir développer.

M. de Broglie a répliqué qu'il l'entendait bien ainsi; qu'il avait du reste déjà développé vis-à-vis de M. Kern tous les points dont il m'avait entretenu, et qu'il se faisait un plaisir de me renouveler l'assurance que, comme membre du Gouvernement français, il s'opposerait à toute immixtion de la France dans les conflits religieux en Suisse, «bien que, a-t-il ajouté en souriant, nous ayons quelques textes qui nous y autoriseraient».¹

Hier est venu à la Légation M. de Aberzuza, représentant de l'Espagne en France. Je lui ai rendu aujourd'hui sa visite. C'est un jeune homme de 28 à 30 ans, de manières fort affables & d'un esprit cultivé. Il a rang d'Ambassadeur, mais n'est reçu qu'officieusement par les Ministres français, puisque la République espagnole n'est pas encore reconnue ici. — Il connaît beaucoup la Suisse, y a voyagé & a témoigné une vive sympathie pour nos institutions. — Il a insisté sur la nécessité pour la République Espagnole de se débarrasser de toute solidarité avec l'insurrection socialiste. Quant à l'insurrection carliste, il affirme que l'arrivée de don Carlos au pouvoir est chose absolument impossible en Espagne, que le pays n'en veut pas et n'en voudra jamais. Si les Bourbons venaient à être restaurés en France, Henri V serait forcé par ses principes de reconnaître don Carlos comme roi d'Espagne. Si ce cas se présentait, le prétendant perdrait selon lui, un partisan sur trois, en raison de la répulsion que tout Espagnol éprouve contre tout prétendant qui s'appuie sur l'étranger en général & sur la France en particulier. — Il a ajouté que M. Salmeran l'avait chargé d'être auprès de Vous et auprès de M. Kern l'interprète de sa gratitude pour l'empressement apporté à la reconnaissance de la République Espagnole.

M^r le Général Salazar, Ministre Résident de la République de l'Equateur à Paris, a le projet de se rendre en Suisse pour y étudier les institutions scolaires et l'artillerie de montagne. — D'après ce que j'ai appris au bureau du protocole au Ministère des Affaires Etrangères, c'est un personnage important dans son pays, et son caractère n'a aucun rapport avec celui de Viada et autres envoyés de quelques-unes des républiques de l'Amérique centrale.²

Sur la demande de M^r le Général Salzar, j'ai cru pouvoir me permettre de lui remettre une lettre d'introduction auprès de Vous.

1. *Vgl. Nrn. 21 und 1, Anm. 17.*

2. *Vgl. DDS 2, Nr. 413 und E 2/965.*

E 2300 Paris 26

*Der schweizerische Gesandte in Paris, J.K. Kern,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
P. Cérésolle*

B Confidentiel

Paris, 17 octobre 1873

M. le duc de Broglie recevait hier, pour la première fois depuis mon retour à Paris, les membres du Corps diplomatique. Bien que je lui eusse déjà annoncé par écrit que j'avais repris mes fonctions, j'ai tenu à me rendre personnellement à son audience.

Après un échange de propos au sujet de mon voyage et de mon séjour en Suisse, j'ai profité de l'occasion qui m'était offerte, pour entret[enir] le Ministre des Affaires Etrangères de

1° *la question des passeports.*

J'ai exposé à M. de Broglie que, dans une récente conversation avec Vous, Monsieur le Président, Vous m'aviez dit avoir appris de M. Gaiffe, propriétaire à Oron dans le Canton de Vaud, que ce particulier, sachant combien le maintien des passeports nuit aux bonnes relations entre les deux pays, avait cru devoir signaler cet état de choses à M. le duc Decazes. D'après M. Gaiffe, M. Decazes en aurait entretenu M. de Broglie, qui aurait répondu qu'en ce qui le concernait, il n'avait pas d'objection à la suppression de cette formalité à la frontière franco-suisse. — Je serais heureux d'apprendre que les renseignements transmis par M. Gaiffe sont exacts.

M. de Broglie a répondu qu'il n'avait aucun souvenir d'un entretien de ce genre & qu'il ne croyait pas connaître M. Gaiffe. D'autre part, en ce qui concerne le duc Decazes, si celui-ci a dit avoir eu avec lui un entretien sur cette matière, l'entretien a certainement dû avoir lieu, mais «je n'en ai gardé aucun souvenir».

«Peu importe du reste cet incident, ai-je continué. Je crois devoir et pouvoir dire à V. Exc. combien je m'étais de nouveau convaincu, pendant mon dernier séjour en Suisse, combien le maintien de cette formalité mécontentait les populations. Depuis la suppression des passeports vis-à-vis de l'Allemagne, la mesure est devenue encore plus inutile. Si à Pontarlier, on réclame des Suisses leurs passeports à l'entrée et à la sortie, il n'en est pas de même sur la ligne de Bâle Belfort, sur laquelle on ne réclame nulle part le passeport. Si la mesure est inutile, puisqu'il suffit de passer par Bâle pour s'y soustraire, son maintien à Pontarlier et à Bellegarde a un caractère d'autant plus vexatoire. Pardonnez-moi cette expression, que j'emploie seulement pour Vous exposer fidèlement l'opinion générale en Suisse. — Il n'y a plus de contrôle sévère sur une des principales voies ferrées entre Paris et la Suisse. On ne peut donc plus prétendre que le passeport est nécessité par la présence des réfugiés français en Suisse, par des intérêts de sûreté générale, etc, comme cela m'a été dit et même écrit. Je crois donc pouvoir faire cette fois encore, appel à Vos sentiments personnels pour obtenir la mise à exécution de la déclaration franco-suisse du 30 juin 1864.»¹

1. AS 1863—1866, VIII, S. 378 f.

M. de Broglie a répondu qu'il ne s'était jamais occupé de la question, & qu'il en entretiendrait son collègue M. Beulé. Si M. Beulé propose la suppression, ce ne sera pas lui qui s'y opposera, parce que d'un côté il n'est pas favorable aux restrictions apportées à la circulation, et que, d'autre part, il désire tout ce qui peut faciliter les relations de la France avec les autres pays.

J'ai demandé alors au Ministre s'il voyait un inconvénient à ce que je parle de mon côté de la question à M. Beulé. — M. de Broglie a répondu qu'il était d'accord que je le fisse, et il a renouvelé l'assurance qu'il en entretiendrait lui-même son collègue de l'Intérieur.

J'attendrai donc, pour faire une nouvelle démarche écrite, le résultat de mes pourparlers avec M. Beulé, auquel je demanderai prochainement une audience, et j'aurai l'honneur de Vous rendre compte de ma conversation avec M. le Ministre de l'Intérieur.²

2. J'ai exposé ensuite à M. le duc de Broglie que je ne pouvais pas laisser passer cette première entrevue sans lui parler de démarches hostiles à la Suisse faites à notre frontière par M. Mermillod en présence de fonctionnaires français. «Je ne puis pas tarder plus longtemps, parce que, depuis plusieurs jours déjà, et avant même que ma Légation eût reçu à ce sujet la moindre communication officielle, les journaux suisses et français ont publié, avec plus ou moins d'exactitude, & le plus souvent en les exagérant ou en les falsifiant, la demande³ adressée par le Gouvernement de Genève au Conseil Fédéral, et les instructions⁴ arrêtées par le Conseil Fédéral.

Le Conseil d'Etat de Genève, ai-je continué, s'est borné à attirer l'attention du Gouvernement fédéral sur ces manifestations hostiles, et à demander que, dans l'occasion, elles Vous fussent signalées — (Comme Vous le voyez, je me suis servi à peu près exactement des termes employés par le Conseil d'Etat de Genève). Je dois particulièrement insister sur le fait que, dans ces manifestations hostiles aux autorités suisses, on a remarqué la présence de fonctionnaires français de l'ordre administratif et de l'ordre judiciaire. D'après les journaux à la dévotion de M. Mermillod & dans des articles rédigés peut-être par cet ecclésiastique, le sous-préfet de St. Julien et le substitut du procureur de la République auraient entendu les discours hostiles de M. Mermillod, et l'auraient reçu sous un arc-de-triomphe, conjointement avec la municipalité. Sur cet arc-de-triomphe se trouvait l'inscription «Soyez le bienvenu, digne exilé!» — Il ne peut pas échapper au Gouvernement français et à Votre Excellence en particulier, combien de pareils faits sont de nature à compromettre les bonnes relations que les deux pays ont tant d'intérêts à entretenir.»

M. de Broglie: «Quelle est donc la nature de ces manifestations? je croyais qu'il s'était agi d'actes purement religieux, et spécialement de la confirmation de cathécumènes.»

Réponse. «Oui, ces actes religieux ont eu lieu, mais on a profité de cette occasion pour faire des démonstrations. Il y a eu des discours échangés, et M. Mermil-

2. Vgl. auch Nr. 12, Anm. 5.

3. Vgl. das Schreiben des Genfer Staatsrates an den Bundesrat vom 9. 10. 1873 (E 2200 Paris 1/91).

4. Vgl. das Bundesratsprotokoll vom 13. 10. 1873 (E 1004 1/95, Nr. 5396).

lod et des Maires se sont permis des propos hostiles et des injures contre la Suisse & contre des mesures prises par les autorités supérieures de la Confédération. Ces mesures, Vous le savez, ne sont pas seulement d'ordre administratif. Elles ont été approuvées par les Chambres fédérales à l'occasion d'un recours de M. Mermillod.⁵ — J'ai la confiance que le Gouvernement français n'approuvera pas la présence de fonctionnaires à ces démonstrations, parce que leur présence est interprétée par M. Mermillod & par les journaux dont il dispose, comme une désapprobation par le Gouvernement français de l'attitude observée par la Suisse & comme un approbation de l'attitude de M. Mermillod. Voici ce qui dit le *Courrier de Genève* du 7 octobre: «M. Mermillod retourne à Ferney...après avoir reçu l'hospitalité de la part du sous-préfet & des magistrats, qui ont tenu à honneur, de montrer que les administrateurs, comme les populations du territoire français, veulent honorer en M. M[ermillod] un des plus dignes représentants de [la] liberté religieuse etc».

M. de Broglie. «Si le sous-préfet & le substitut n'ont pas assisté comme simples particuliers, par curiosité, à ces démonstrations, je ne puis pas les approuver, & je n'hésite pas à reconnaître que Votre réclamation est fondée. Je serais même disposé à agir pour que cette attitude de nos fonctionnaires ne se renouvelle pas. Mais je Vous prie avant tout de faire savoir au Gouvernement fédéral que ma position devient extrêmement difficile, si tout ce que je Vous dis devient immédiatement, soit à Berne soit à Genève, l'objet d'articles de journaux. Vous avez dû être Vous-mêmes péniblement impressionné de voir, avant même de les avoir reçues, Vos instructions reproduites et exagérées à Paris & en Suisse. — Ces publications, contraires à tous les usages dans le commerce diplomatique, m'imposent, dans mes relations avec les représentants de la Suisse, une réserve qui rend une conversation extrêmement délicate, & qui m'obligerait à renoncer à ce genre de relations. — Je m'en suis déjà ouvert dans ces sens vis-à-vis de M. Lardy à propos de l'affaire des Allinges.⁶ Je dois constater que la cause de M. Mermillod a beaucoup de défenseurs ici; il me serait difficile d'agir contre lui, si tout ce que je dis ou fais est répandu par les journaux. Si je devais supposer que cela se renouvelât, je devrais même renoncer à toute démarche du genre de celles que j'ai l'intention de faire».⁷ — M. de Broglie a encore insisté, à la fin de l'entretien, sur la nécessité d'empêcher ces indiscretions.

«Je ne puis pas Vous cacher, a continué M. de Broglie, que le courant en faveur des intérêts catholiques est très fort en France. Le Gouvernement ne peut pas faire abstraction de ce fait, soit à l'intérieur, soit dans les relations avec les Etats étrangers, sans cependant, comme Vous le savez, avoir l'intention de faire aucune démarche qui aurait le caractère d'une intervention. — Je Vous l'ai dit & je le maintiens. Nous ne trouvons pas opportun d'entrer dans cette voie, quoique des

5. Vgl. E 22/1669.

6. Vgl. E 22/1605.

7. Am 21. 10. 1873 antwortete Céréssole Kern: [...] J'ai eu hier, 20, [...] une longue et très amicale conversation avec M^r. Lanfrey. Il a reçu une lettre de M^r. de Broglie à la suite de votre entretien du 16. M^r. de Broglie lui dit qu'il a fait savoir aux fonctionnaires qui ont pris part au *manifestations en faveur de M. Mermillod*, que le Gouvernement les désapprouve d'y avoir participé *en leur qualité de fonctionnaires*. [...] (E 2200 Paris 1/91).

traités, sans doute connus de Vous, renferment des stipulations que nous pourrions invoquer».

Réponse. «Oui, je connais ces traités, et puisque Vous y faites allusion, je n'hésite pas à Vous faire part de mon opinion personnelle à leur sujet. Indépendamment de ce qu'on pourrait opposer spécialement à la France, ma conviction est que tout ce que ces traités peuvent donner le droit de demander, c'est un traitement identique entre les paroisses annexées au Canton de Genève en 1815, et les paroisses catholiques qui étaient déjà antérieurement incorporées à la Confédération. Les stipulations du traité qui a réuni quelques communes au Canton de Genève, ne peuvent annuler les dispositions du droit public suisse. Toute autre interprétation serait contraire à l'art. 4 de la Constitution fédérale, qui ne reconnaît aucun privilège, et qui établit l'égalité de tous les Suisses devant la loi.

Quant au mouvement catholique qui se manifeste en France & dont Vous voulez bien m'entretenir, je l'ai aussi remarqué, et les nombreux pèlerinages dont les journaux ont, même en Suisse, publié le récit, en est une preuve. En me signalant ce fait, Vous me donnez aussi l'occasion de dire qu'en Suisse il y a aussi un courant très prononcé, dans le sens du maintien des droits de l'Etat contre la politique inaugurée en 1864 par l'Eglise romaine par la publication de l'encyclique & de son annexe le syllabus, politique qui porte atteinte aux notions élémentaires de la vie publique, de la liberté de l'Etat, & de la tolérance confessionnelle. Ce courant, je l'ai constaté dans presque tous les Cantons et chez les hommes d'Etat de tous les partis & de toutes les confessions. Il est si prononcé que les gouvernements cantonaux et le Conseil Fédéral ne pourraient le méconnaître, et il peut se résumer comme suit: respecter les convictions religieuses, mais maintenir les droits de l'Etat. — Je n'hésite pas à dire que c'est le commencement d'une nouvelle réforme de l'Eglise, analogue au mouvement qui s'est produit au XVI^{ème} siècle & provoqué par la publication du syllabus.»

3. Le duc de Broglie n'a rien répondu, et j'ai abordé alors la question de la *ligne d'Annemasse*, en faisant observer que le Conseil Fédéral m'avait chargé de négocier cette affaire avec M. Lanfrey avec le concours des Départements des Péages et Politique. Mais [M. Lanfrey] m'a fait savoir à deux reprises qu'il n'avait reçu d'instructions ni sur le fond, ni même sur le lieu des négociations. «Quant à mon Gouvernement, je puis Vous dire qu'il est disposé à reprendre les pourparlers, soit à Berne soit à Paris, selon le désir qui lui en sera exprimé». J'ai demandé ensuite au Ministre pour quels motifs M. Lanfrey n'avait pas reçu de réponse à sa demande d'instructions.

M. de Broglie m'a dit qu'il ne pouvait me répondre. Il a fait appeler son directeur politique, M. Desprez, qui était absent, & il m'a donné l'assurance qu'il allait s'occuper de l'affaire. J'aurai soin de Vous tenir au courant des ouvertures qui me seront faites sur ce point.⁸

4° Quant à la *situation générale*, j'ai exposé au duc de Broglie que je me trouvais reprendre mes fonctions à une époque de crise qui pourrait être bien grave dans la situation actuelle de la France.

Le Ministre s'est borné à me répondre. «En effet, la situation est très grave. Il

8. Vgl. Nr. 28.

n'y a pas encore de décision prise, et les résultats des démarches faites auprès du Comte de Chambord ne sont pas encore officiellement connus; mais ils le seront très prochainement, avant la fin de cette semaine je pense. Il est à prévoir que nous aurons au sein de l'Assemblée des discussions non seulement vives, mais passionnées.»

M. de Broglie s'est borné à ces quelques mots. Il m'a paru regarder la position en noir et était visiblement préoccupé.

5. Le comte *Arnim*, avec lequel je me suis trouvé seul pendant quelques moments dans le salon d'attente, ne s'est pas gêné pour me dire: «Depuis l'évacuation, les Français se conduisent comme s'ils voulaient une nouvelle guerre. La presse prend une position tellement hostile, qu'en Allemagne, les gouvernements et l'opinion en sont froissés». M. d'Arnim est personnellement très blessé de ce qui a été dit de la correspondance échangée entre le pape et l'Empereur. «Si c'était seulement l'*Union* ou l'*Univers*, je n'y prendrais pas garde, mais c'est le *Français*, organe officieux du Gouvernement et du duc de Broglie, qui publie des observations offensantes pour l'Empereur, et ce n'est pas indifférent pour nous. Les Français se tromperaient du reste considérablement, s'ils pensaient qu'ils peuvent être hostiles, pousser à la revanche, et que l'Allemagne attendrait qu'ils fussent prêts et assez forts pour l'attaquer. Nous ne serons pas assez naïfs pour attendre le moment qui leur paraîtra opportun. Dans des questions de cette nature, chaque gouvernement choisit son heure, et veille à la défense de son territoire.» — Il va sans dire que cette ouverture est *tout à fait confidentielle* de la part de M. d'Arnim; il ne l'aurait pas faite si nous n'eussions pas été entièrement seuls, et je Vous prie en conséquence de lui conserver le même caractère strictement confidentiel.

L'opinion publique, autant que je puis en juger, est que, même si le Comte de Chambord fait des concessions considérables, il sera difficile aux monarchiques de former une majorité dans l'Assemblée. Le courant dans le sens du maintien de la République, est devenu trop fort depuis les élections de dimanche. Les adhésions des députés qualifiés de douteux vont en augmentant, et il me paraît difficile que tout le Centre droit vote, d'une manière compacte, avec la Droite. — Je dois cependant constater que d'autres personnes jugent plus favorablement la situation des royalistes. Comme il s'agira d'un nombre très restreint de voix dans les chambres, il est très difficile à un représentant étranger d'être suffisamment au courant des opinions personnelles de chacun des députés & de se prononcer d'une manière définitive.

6. J'ai eu cet après-midi un entretien avec Nazare Aga, Ministre de Perse, sur le *traité entre la Suisse et la Perse*⁹ & sur *l'adhésion de la Perse à la convention de Genève*.¹⁰ J'aurai l'honneur de Vous adresser demain un rapport¹¹ spécial à ce sujet. Mais je puis dire dès aujourd'hui qu'il n'y a pas d'objection à mettre le traité signé de Genève entre la Perse et la Suisse sur la liste des *tractanda* de la prochaine session de l'Assemblée fédérale.

9. Vgl. Nr. 25, Anm. 3.

10. Vgl. Nr. 20, sowie das Schreiben von Kern vom 18. 10. 1873 (E 2/309, Bd. 2).

11. E 2/309, Bd. 2.

*Antrag des Vorstehers des Politischen Departements, P. Cérésolle,
an den Bundesrat*

Berne, 23 octobre 1873

Le Département soussigné a l'honneur de soumettre au Conseil fédéral les comptes de la réception du Schah de Perse, Nasser ed Din, à Genève, les 20, 21, 22, 23 et 24 Juillet 1873. Le Département estime qu'il serait superflu de faire ici un rapport détaillé sur la manière dont les délégués du Conseil fédéral ont rempli la mission qui leur était confiée, une narration de ce genre ne serait qu'une répétition des récits déjà publiés à satiété par les journaux suisses et étrangers.

Cependant une simple consignation dans un acte officiel des dispositions prises par le Conseil fédéral pour recevoir, au nom de la Confédération, sur le territoire suisse, un souverain étranger ayant fait annoncer officiellement sa visite présenterait quelqu'intérêt pour l'avenir, quand cela ne serait qu'au point de vue de la constatation d'un fait unique encore dans l'histoire politique de la Confédération depuis l'entrée en vigueur de la Constitution de 1848.

Ayant pris connaissance d'une dépêche de la Légation suisse à Paris du 15 Juillet¹ annonçant définitivement l'arrivée du Schah de Perse à Genève pour le Samedi 19 Juillet, le Conseil fédéral désigna le 16 du même mois M. le Conseiller fédéral Borel et le soussigné pour se rendre à Genève en qualité de délégués officiels.²

Le temps était trop court pour que les délégués du Conseil fédéral, retenus d'ailleurs à Berne par la session de l'Assemblée fédérale, pussent faire procéder eux-mêmes sur place aux préparatifs indispensables pour une réception de ce genre. Il profitèrent donc de l'offre qui leur fut faite par les autorités cantonales et municipales de Genève de se charger des mesures à prendre et ils durent s'en rapporter à ces autorités pour les détails de l'organisation. Les délégués du Conseil fédéral ne peuvent que rendre hommage à la bonne volonté et à l'obligeance parfaite avec laquelle les autorités et la population de Genève ont coopéré à l'accueil fait au Schah. A certains égards même, le désir de faire à un souverain étranger un accueil convenable a entraîné les autorités genevoises au delà des limites que les délégués du Conseil fédéral auraient désiré voir observées. C'est ce qui explique en grande partie le chiffre élevé des comptes qu'il s'agit de solder aujourd'hui. Il est juste d'ajouter toutefois que l'Etat de Genève en prend une partie à sa charge.

Les délégués du Conseil fédéral, ainsi que le Secrétaire du Département Politique et M.A. de Goumëns à Morges, ancien officier Général en Perse qu'ils avaient désigné pour leur servir d'intermédiaire auprès du Schah se rendirent à Genève le 19 Juillet.

Les principales rues de la ville avaient été pavoisées par les soins de l'autorité

1. *Nicht abgedruckt.*

2. *Vgl. E 1004 1/94, Nr. 3745.*

municipale et de la population et une salle du bâtiment de la gare disposée par la C^{ie}- Paris-Lyon-Méditerranée pour servir de salle de réception.

Le 20 Août dans l'après-midi Nasser ed Din arriva à Genève par le chemin de fer Paris-Lyon-Méditerranée avec une suite de 40 personnes et 30 domestiques. Les délégués du Conseil fédéral accompagnés des autorités cantonales et municipales de Genève le reçurent à la gare. Le Président de la Confédération lui souhaita la bienvenue sur le sol de la Suisse et les délégués l'accompagnèrent à l'Hôtel des Bergues où le Schah avait fait arrêter des appartements pour lui et sa suite.

Pendant cette première journée et celle du lendemain les délégués du Conseil fédéral agirent auprès de l'entourage du Schah et auprès de celui-ci pour le détourner de l'idée très arrêtée qu'il avait manifestée d'aller à Berne rendre visite au Conseil fédéral. Craignant les inconvénients qui résulteraient de ce voyage inattendu pour le Conseil fédéral très occupé en ce moment vu la présence de l'Assemblée fédérale à Berne et redoutant les dépenses considérables qu'auraient entraînées une seconde réception dans la ville fédérale les délégués estimèrent que tout en remplissant les devoirs de l'hospitalité il fallait faire comprendre à leur hôte que l'intention du Conseil fédéral était de le recevoir officiellement à Genève. Dans ce but ils organisèrent le programme de manière à le retenir à Genève jusqu'à son départ pour l'Italie fixé au Jeudi 24 Juillet. Ce programme fut admis par le Schah qui renonça définitivement au voyage à Berne quand il sut que la réception de Genève était officielle et que le Conseil fédéral ne s'attendait pas à voir arriver Nasser ed Din au siège même des autorités fédérales.

La journée du Lundi 21, fut remplie par une promenade en bateau à vapeur sur le lac Léman et un dîner à l'Hôtel des Trois Couronnes à Vevey. A ce dîner avaient été invités les autorités cantonales (Conseil d'Etat et Président du Grand Conseil) de Genève, de Vaud et du Valais, Etats riverains du Lac et des délégués des autorités municipales de Genève et de Vevey. Les délégués du Conseil fédéral ayant été informés de la présence à Vevey du Roi de Hollande Guillaume III, voyageant incognito sous le nom de Comte de Büren, ils crurent devoir lui adresser une invitation qu'il accepta. M. le Sénateur Melegari, Ministre d'Italie à Berne, s'étant rendu auprès du Schah par ordre de son Gouvernement assistait aussi au dîner. Un feu d'artifice et une illumination de la rade de Genève offerts par le Gouvernement Genevois et le Conseil Administratif de la ville de Genève saluèrent la rentrée du bateau le soir du même jour.

Pendant la journée suivante il n'y eut aucune cérémonie officielle; le Schah de Perse en profita pour faire de son chef et à ses frais une promenade à Monnetier et au Salève sur territoire français.

Le Mercredi eut lieu à l'Hôtel de la Paix un dîner officiel auquel assistaient outre le Schah et une partie de sa suite désignée par lui, les représentants des autorités cantonales et municipales de Genève, M. le Général Dufour, M.M. Melegari et le Prince Gortschacow, Ministre de Russie et quelques fonctionnaires et officiers supérieurs fédéraux et cantonaux qui avaient pris une part active à la réception du Schah.

Après ce dîner les Délégués visitèrent avec leur hôte les bâtiments académiques et l'Athénée de Genève, puis se rendirent avec lui dans une campagne voisine où les avait invités M. le Professeur Alph. Favre. Le [soir] du même jour, 23 Juillet, sur le désir des délégués du Conseil fédéral et sur l'ordre exprès du Schah,

fut signé le traité de commerce entre la Suisse et la Perse qui avait fait l'objet de négociations et de pourparlers les jours précédents.³

Le Jeudi 24 Juillet, Nasser ed Din quitta le territoire suisse pour se rendre en Italie par le Mont-Cenis. Les délégués du Conseil fédéral l'accompagnèrent à la gare de Genève à son départ et reçurent ses remerciements réitérés pour l'accueil qui lui avait été fait en Suisse.

Après avoir rappelé en quoi a consisté la réception du Schah de Perse le Département sousigné à l'honneur de porter à la connaissance du Conseil fédéral que le chiffre total des dépenses se monte à Fr. 35,798.— dont voici le détail:

Dépenses faites directement par le Département Politique	
suivant justification ci-jointe	Fr. 1 235.55
Hôtel des Trois Couronnes, Vevey	Fr. 8 100.—
Hôtel de la Paix à Genève	Fr. 6 500.—
Restauration du Bateau à Vapeur le Winkelried	Fr. 1 425.40
Compte de l'Etat de Genève dont ci-joint le détail	Fr. 18 537.05
Total	Fr. 35 798.—

il faut en déduire Fr. 6211.60 que le Gouvernement de Genève a déclaré vouloir prendre à sa charge, ce qui laisserait

une dépense totale pour la Confédération de Fr. 29 586.40

Considérant que des 13 000 Fr. votés au budget de 1873 pour frais de représentation il ne reste plus en caisse que Fr. 1908.— le Département soussigné a l'honneur de proposer au Conseil fédéral:

1. De demander à l'Assemblée fédérale un crédit supplémentaire de 28 000 francs au poste III.A.9 du budget.

2. D'autoriser en attendant le Département à payer les comptes ci-joints.

3. De remercier le Conseil d'Etat du Canton de Genève des services qu'il a rendus au Conseil fédéral à l'occasion de la réception du Schah de Perse; de le remercier aussi de ce qu'il a bien voulu se charger d'une partie des frais de cette réception.

4. D'inviter le Conseil d'Etat de Genève à bien vouloir se faire l'organe des mêmes sentiments du Conseil fédéral vis-à-vis du Conseil Administratif de la ville de Genève.⁴

3. Vgl. die Botschaft des Bundesrates zum Freundschafts- und Handelsvertrag mit Persien und den dort abgedruckten Vertragstext (BB1 1873, 4, S. 529—532).

4. In seiner Sitzung vom 7. 10. 1873 wies der Bundesrat den Antrag an das Departement zurück, mit dem Auftrag [...] sich mit der Regierung des Kantons Genf über die Ausscheidung derjenigen Kosten, welche nicht durch Anordnung des Bundesrathes veranlasst sind und über Übernahme derselben seitens der dortigen Behörden (Kanton oder Stadt) zu verständigen [...] (E 1004 1/95, Nr. 5919). Den daraufhin vom Departement mit Datum vom 27. 11. 1873 gestellten Antrag, die umstrittenen Kosten in der Höhe von Fr. 18537.05 zwischen Bund und Kanton Genf aufzuteilen (E 2/1050), wurde vom Bundesrat am 28. 11. 1873 gutgeheissen (E 1004 1/95, Nr. 6336). Im weiteren wurde bei dieser Gelegenheit dann auch der vom Parlament zu bewilligende Zusatzkredit zur Deckung der Repräsentationskosten von Fr. 28'000 auf Fr. 25'000 reduziert und beschlossen, der Regierung von Genf den Betrag von Fr. 9'268.53 unter Verdankung der anlässlich des Schahbesuchs geleisteten Dienste auszuführen.

*Antrag des Vorstehers des Finanz- und Zolldepartements, W. M. Naeff,
an den Bundesrat*

Münzsache. Eingabe des schweiz.
Handels- und Industrievereins

Bern, 27. Oktober 1873

In einer vom 18. d. Monats datirten Eingabe¹ wendet sich der Vorstand des schweiz. Handels- und Industrievereins in Zürich wiederholt mit dem Gesuche an den Bundesrath, es möchte diese Behörde bei den Staaten der internationalen Münzconvention die Einberufung einer Conferenz veranstalten, um die Frage zu prüfen, ob die Doppelwährung, auf welcher unsere dermalige Münzgesezgebung beruht, noch der gegenwärtigen Sachlage entspreche, oder ob der Übergang zur reinen Goldwährung anzustreben sei, und falls diese Frage bejaht würde, auf welche Weise und mit welchen Mitteln diess am besten zu bewerkstelligen wäre.

Bekanntlich hat der Bundesrath bereits im verflossenen Sommer infolge eines gleichen Gesuches des obgenannten Vereins die belgische Regierung zu veranlassen gesucht, in Gemeinschaft mit der Schweiz in dem angedeuteten Sinne vorzugehen², von Hrn. Konsul Borel in Brüssel unter'm 20. Juni jedoch die Antwort³ erhalten, dass die Regierung Seiner Majestät des Königs unter den gegenwärtigen Umständen einen derartigen Schritt als inopportun betrachten müsse.

Bereits vor dem Einlangen des ersten Gesuches des schweiz. Handels- und Industrievereins hatte das Finanzdepartement durch den schweiz. Gesandten in Paris Erkundigungen darüber einziehen lassen, ob Frankreich als bisheriger Vortort allenfalls geneigt wäre, die Vertragsstaaten zu einer Münzconferenz einzuladen. Es war indessen, wie es scheint, keine Geneigtheit dazu vorhanden, Herr Kern erwiderte, dass ein derartiges Vorgehen keineswegs in der Absicht der franz. Regierung liege, und der Gouverneur der Banque de France, mit welchem unser Minister über diese Frage ebenfalls Rücksprache genommen, äusserte sich dahin, dass die Inconvenienzen, welche die Doppelwährung mit sich bringe, übertrieben werden. Wenn die den Goldfuss einführenden Staaten das Silber entwerthen und mit demselben als dann Frankreich überschwemmen würden, so würde dieses nicht ruhiger Zuschauer bleiben, sondern seine Interessen zu wahren wissen. Das war damals die Anschauungsweise in den massgebenden Kreisen Frankreichs.⁴

Durch die fortschreitende Ausmünzung von Gold in Deutschland haben sich indessen die Verhältnisse wesentlich geändert. Das Gold, welches in Deutschland höher gewerthet ist, als in den Vertragsstaaten, wird durch das zurückströmende, demonetisirte Silber je länger je mehr von unserem Markte verdrängt, und es steht allerdings zu befürchten, dass schliesslich dieses letztere Metall in den betreffen-

1. Als Annex abgedruckt.

2. Vgl. das BR-Prot. vom 16. 5. 1873 (E 1004 1/93, Nr. 2453).

3. Nicht ermittelt.

4. Vgl. Nr. 9.

den Ländern als einziges gesetzliches Zahlungsmittel übrig bleiben wird. In Belgien, welches sonst unentwegt am Silbermünzfuss festgehalten, regen sich einzelne Handelskammern ebenfalls zu Gunsten der alleinigen Goldwährung und das franz. Ministerium soll dem Vernehmen nach in neuster Zeit ebenfalls Neigung zum Fallenlassen des Silberfusses beurkundet haben.

Unter den obwaltenden Umständen scheint dem Finanzdepartement der Zeitpunkt gekommen zu sein, die Münzfrage unter den Conventionsstaaten einer ernstlichen Prüfung zu unterwerfen; da jedoch die Schweiz nicht in der Stellung ist, in der Sache vorzugehen, sondern die Initiative dazu von Frankreich, als Münzvorort, ausgehen muss, so wird beantragt:

es sei der schweiz. Minister in Paris unter Zusendung einer Abschrift der Eingabe des schweiz. Handels- und Industrievereins einzuladen, bei der franz. Regierung auf die Einberufung einer Conferenz der Münzconventionsstaaten hinzuwirken und zwar möchte diese Conferenz mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Sache in möglichst kurzer Frist abgehalten werden.⁵

ANNEX

Der schweizerische Handels- und Industrieverein⁶ an den Bundesrat

S

Zürich, 18. Oktober 1873

Unterm 21. April d.J. hat der unterzeichnete Ausschuss des schweizerischen Handels- und Industrievereins ein Schreiben⁷ an Ihre hohe Behörde gerichtet, worin derselbe unter ausführlicher Motivirung die Annahme der reinen Goldwährung für unser Münzwesen befürwortet und an den hohen Bundesrath das Ansuchen gestellt hat, es möchte derselbe behufs Durchführung dieser Massregel diplomatische Verhandlungen mit den Staaten der lateinischen Münzconvention einleiten.

Wir empfangen hierauf Ihr Schreiben vom 25. Juni⁸, womit Sie uns die Mittheilung machen, dass nach den Erkundigungen, welche Sie in Paris und in Brüssel eingezogen haben, wenig Aussicht dafür vorhanden sei, dass die betreffenden Regierungen dermalen zu einer Revision des Vertrages vom 23. Dezember 1865⁹ die Hand bieten würden und dass Sie demnach sich veranlasst finden, die Frage der Münzreform einstweilen auf sich beruhen zu lassen.

Der Ausschuss unseres Vereines hat sich in Folge dessen in seiner Sitzung vom 5. Oktober neuerdings mit dieser Frage beschäftigt, und ist zu dem Schlusse gekommen, die Aufmerksamkeit Ihrer hohen Behörde nochmals auf diesen hochwichtigen Gegenstand zu lenken.

Wenn wir vollständig Ihrer Ansicht beipflichten, dass für die Schweiz ein einseitiges Vorgehen in der Münzfrage aus rechtlichen wie aus sachlichen Gründen unthunlich wäre, so müssen wir dagegen umso mehr betonen, dass gegenüber den fortdauernden Silber-Ausmünzungen, welche mit der Ausfuhr unseres gemünzten Goldes Hand in Hand gehen, die Conventionsstaaten nicht länger rath- und planlos dastehen und sich von den Verhältnissen beherrschen und forttreiben lassen dür-

5. Der Antrag wurde vom Bundesrat in der Sitzung vom 27. 10. 1873 unverändert gutgeheissen (vgl. E 1004 1/95, Nr. 5712), worauf die französische Regierung mit Note vom 26. 11. 1873 (E 12/27) die Unionsstaaten auf den 10. 12. 1873 zu einer Conferenz einlud.

6. Im Namen des Ausschusses unterzeichnet von Präsident Steiner-Cramer.

7. Nicht abgedruckt.

8. Nicht abgedruckt.

9. AS 1863—1866, VIII, S. 825—837.

fen, sondern dass es für sie ein Gebot der Pflicht ist, die Sachlage, wie sie sich unter dem Einschluss verschiedener Faktoren in den letzten Jahren gestaltet hat, mit Ruhe und Unbefangenheit zu prüfen, und an diese Prüfung ihre weitem Entschlüsse zu knüpfen, sei es um im Sinne einer Aufrechterhaltung des Status quo oder aber im Sinne des Übergangs zur reinen Goldwährung.

Dass unser Verein die letztere Alternative, nämlich die Annahme der Goldwährung durch das wohlverstandene Interesse des Landes für absolut geboten betrachtet, haben wir bereits in unserer frühern Eingabe ausgesprochen, und der seitherige Verlauf der Ereignisse hat uns in dieser Ansicht bestärkt. Wir enthalten uns, die Gründe hiefür hier nochmals erschöpfend darzulegen. Wir verweisen hiefür auf das frühere Referat des Hrn. Prof. Dr. Böhmert vom 30. März dieses Jahres; wir verweisen namentlich auch auf die, einer sachkundigen Feder entfloßenen Aufsätze in der Neuen Zürcher Zeitung vom 8. Oktober u.s.f., welche ein reiches Material und eine ausgezeichnete klare Darstellung der Sachlage enthalten und die Dringlichkeit eines schleunigen Entscheides aufs Überzeugendste nachweisen.

Wir machen hier nur in Kürze noch darauf aufmerksam, dass seit unsern frühern Verhandlungen das Preisverhältniss der beiden Metalle sich neuerdings erheblich zu Ungunsten des Silbers geändert hat. Barren Silbers, welches sich wegen einer vorübergehenden Nachfrage im Februar d. J. auf 59 7/8 pr. Oz. stand *[sic]*; in London gehoben hatte, steht heute nur noch auf 59 S , was einem Werthverhältniss von 1:16 entspricht, also volle 3% niedriger als die offizielle Werthung in unserm Münzgesetz; dass hiemit der Bezug von Silber und die Ausmünzung von Fünffrankenthalern ein sehr einträgliches Gewerbe geworden ist, bedarf keiner weitem Erörterung.

Dass bei den Änderungen, welche in dem Münzwesen grosser Nachbarländer in nächster Zeit vor sich gehen, die Entwerthung des Silbers noch weitere Fortschritte machen wird, steht für uns ausser Zweifel, wenn auch über den Zeitpunkt und das Mass dieser Entwerthung die Ansichten auseinandergehen mögen. So viel betrachten wir als sicher, dass das Werthverhältniss von $15 \frac{1}{2} : 1$, welches der lateinischen Münzunion zu Grunde liegt, auf lange Zeit, wir möchten beinahe sagen für immer, ein gestörtes ist. Es kann sich daher heute für die Schweiz in keinem Fall mehr darum handeln, die Doppelwährung mit ihren angeblichen Vortheilen und Bequemlichkeiten festzuhalten, dieselbe besteht faktisch nicht mehr. Es bleibt uns einzig die Wahl, entweder mit Bewusstsein und Überlegung die Goldwährung anzunehmen und damit unsere Verbindung mit den Münzsystemen der aufgeklärtesten und fortgeschrittensten Nationen neu zu befestigen, oder aber bei längerem Zusehen unwiderstehlich der alleinigen Silberwährung zuzutreiben, auf die Vorzüge einer Goldmünze, welche durch jahrelangen Gebrauch sich bei uns eingebürgert hat, für die Zukunft zu verzichten, und im Verein mit unsern romanischen Nachbarn eine isolirte Stellung in der europäischen Handels- und Verkehrswelt einzunehmen.

Man hat mannigfach bedauert, dass die Bestrebungen für eine allgemeine Münz-Einigung, eine Weltmünze, welche im Jahr 1867 einige Aussicht auf Verwirklichung zu bieten schienen, durch die seitherigen Ereignisse durchkreuzt und heute vom Ziel weiter entfernt sind, als je. Ungleich wichtiger als eine Übereinstimmung in der Form und der Ausprägung der Münzen scheint uns aber die Einheit im Wesen und der Grundlage der verschiedenen Münzsysteme, und diese kann heute einzig in der Goldwährung gefunden werden.

Wenn im Frühjahr noch Zweifel darüber bestehen konnten, ob das deutsche Reich mit der Durchführung seines Goldmünzfusses definitiv und konsequent voranschreiten werde, so sind diese Zweifel durch die seitherige Gesetzgebung, welche die allmähliche Einziehung der kursirenden Silbermünzen und an deren Stelle die Ausprägung von neuem, minder wichtigem Silbergeld anordnet, gründlich gehoben.

Die skandinavischen Länder sind mit Einführung der Goldwährung nachgefolgt. Holland bereitet sich zu einem gleichen Schritte vor. Ja, selbst im fernen Osten begegnen wir Erscheinungen, welche das Vertrauen in einen unbegrenzten Silberkonsum durch jene Länder zu erschüttern geeignet sind; hat doch bereits Japan, welches am thätigsten bestrebt ist, der europäischen Civilisation sich anzuschliessen, ein neues, auf Gold basirtes Münzsystem eingeführt.

Alle diese Vorgänge haben auch in den Ländern, welche mit uns durch die Münzkonvention verbunden sind, die öffentliche Meinung in hohem Grade beschäftigt. Schon im Dezember v[origen] Jahres hat die Handelskammer von Antwerpen in einer einlässlichen Eingabe an den Finanzminister die Valutafrage angeregt und den Übergang zur Goldwährung befürwortet. Seither

hat sie sich wiederholt mit diesem Gegenstand beschäftigt, und hat sich mit andern Handelskammern in Belgien und Frankreich in Verbindung gesetzt und deren Mitwirkung und Unterstützung für ihre Bestrebungen nachgesucht. In der Deputirtenkammer hat der frühere Finanzminister Frère-Orban über die Münzfrage interpellirt und sich nachdrücklich für die Goldwährung ausgesprochen. Die belgische Presse fährt fort, diese Frage zum Gegenstand lebhafter Erörterungen zu machen. Wenn auch die belgische Regierung diesen Kundgebungen gegenüber sich bis jetzt eher zurückhaltend gezeigt hat, so beweist doch die neuliche Verfügung des Finanzministers, welcher die Ausmünzung von Silber-Fünffrankenthalern durch die Brüsseler Münze auf ein Maximum von fr. 150,000 pr. Tag beschränkt, dass die Regierung anfängt, auf die Wichtigkeit der Münzfrage aufmerksam zu werden, und die anhaltenden Silber-Ausmünzungen mit einem gewissen Misstrauen zu betrachten.

In Frankreich treten allerdings im Augenblicke volkwirtschaftliche Fragen gegenüber den Bestrebungen der politischen Partheien mehr in den Hintergrund. Wir wissen aber aus zuverlässiger Quelle, dass auch dort Handelsstand und Regierung anfangen, den Vorgängen auf dem Gebiete des Münzverkehrs grössere Aufmerksamkeit zu schenken. Auch in Paris sind, analog wie in Brüssel, durch Verfügung des Finanzministers die Ausprägungen von Fünffrankenthalern auf ein Maximum von fr. 200,000 pr. Tag beschränkt worden. Wir erinnern ferner daran, dass in Frankreich in den Jahren 1867—1870 wiederholt amtliche Enquêtes über die Währungsfrage angestellt worden sind, und dass in allen Fällen die überwiegende Mehrzahl sowol der einvernommenen Sachverständigen als auch der Handelskammern sich für den ausschliesslichen Goldfuss ausgesprochen, und ebenso, dass die Schlüsse der hiefür eingesetzten Kommissionen mit Einschluss des in letzter Instanz damit beauftragten Conseil supérieur du Commerce et de l'Industrie in diesem Sinne gelaute haben. Wenn gleichwol die damalige Enquête zu keinen praktischen Resultaten geführt hat, so muss die Ursache einzig in den verhängnissvollen Ereignissen des Jahres 1870 gesucht werden.

Aus den angeführten Umständen dürfen wir mit Zuversicht den Schluss ziehen, dass gegenwärtig ein Antrag auf Einberufung einer Konferenz zur Prüfung und Besprechung der Münzverhältnisse, wenn der hohe Bundesrath die Initiative zu diesem Schritte ergreift, bei den übrigen Vertragsstaaten ein günstiges Terrain finden wird. Es scheint uns gar nicht denkbar, dass ein einziger dieser Staaten seine Theilnahme und Mitwirkung verweigern werde, wenn es sich darum handelt, für eine volkwirtschaftliche Frage von dieser Wichtigkeit und Tragweite diejenige Lösung zu suchen, welche den Interessen der Bevölkerungen am besten entspricht.

Wenn aber eine Konferenz überhaupt einberufen wird, so hegen wir das vollständige Vertrauen, dass die Gründe, welche für Annahme der Goldwährung sprechen, so durchschlagender und zwingender Natur sind, dass der schliessliche Entscheid für uns kaum zweifelhaft sein kann.

Gestützt auf diese Erwägungen erlauben wir uns daher neuerdings das ehrerbietige Gesuch an Sie zu richten, es möchte der hohe Bundesrath bei den Staaten der 1865-er Münzkonvention die Einberufung einer Konferenz beantragen, um zu untersuchen, ob die Doppelwährung, auf welcher unsere dermalige Münzgesetzgebung beruht, der gegenwärtigen Sachlage noch entspricht oder ob der Übergang zur reinen Goldwährung anzustreben sei, und, wenn letztere Frage bejaht wird, auf welche Weise und mit welchen Mitteln diess am besten durchgeführt werden könne.

E 13 (B)/271

*Der schweizerische Gesandte in Wien, J. J. von Tschudi,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
P. Cérésolle*

B

Wien, 29. Oktober 1873

Nach langem vergeblichem Bemühen ist es mir endlich gelungen die Frage wegen *Unterzeichnung des Protokolls bezüglich des türkischen Gesetzes vom 18. Juni 1867*¹, betreffend das Recht der Erwerbung von Grundeigenthum durch Ausländer in den türkischen Staaten, mit dem hiesigen Botschafter der Pforte, wieder in Fluss zu bringen². Der fast in Permanenz erklärte Ministerwechsel in Konstantinopel und die dermaligen Änderungen der Chefs der hiesigen türkischen Botschaft haben ein höchst unliebsames Hinausschieben dieser Angelegenheit verursacht; zudem sind, wie mir confidentiell mitgetheilt wurde, von Seiten des französischen Botschafters in Konstantinopel, M^r Vogué, mannigfache unsere Wünsche kreuzende Intriguen gesponnen worden. Da M^r Vogué sich engagiert hatte, im Namen des hohen Bundesrathes das Protokoll zu unterzeichnen, und seine ohne bundesrätliches Vorwissen gemachten Propositionen nicht acceptirt worden waren³, so suchte er auf alle mögliche Weise eine directe Verständigung zwischen der Schweiz und der Pforte zu hintertreiben. Noch vor Kurzem wurde von Seite der französischen Botschaft die schweizerische Kolonie in Istantul aufgefordert, durch eine Petition die Unterzeichnung des Protokolls *durch Frankreich* zu verlangen.⁴ M^r Vogué möchte eben gerne die Schweiz als Dependenz von Frankreich im Oriente hinstellen; er sieht mit Neid und Ärger, dass eine grosse Anzahl dort niedergelassene Schweizer mit Vorliebe den Schutz des deutschen Reiches und Österreichs nachsuchen, und glaubt nun, wenn er im Namen des Bundesrathes das Protokoll unterzeichne, um so eher wieder die Schweizer unter seiner Protection sammeln zu können.

Schon vor ein paar Wochen wurde mir auf vertraulichem Wege mitgetheilt, dass die Antwort aus Konstantinopel, und zwar ungünstig lautend, in Wien eingetroffen sei, und dass der Botschafter, mit derselben persönlich nicht einverstanden, Anstand nahm, mir dieselbe mitzutheilen. Den Tag vor der Ankunft des deutschen Kaisers in Wien kehrte auch der Botschafter Kabouli Pascha nach Wien zurück, und ich drängte, als ich bei den Festlichkeiten wiederholt mit ihm zusammentraf, mir endlich eine schriftliche Antwort mitzutheilen. Der Botschafter versprach mir eine solche, bat mich aber um eine Unterredung für einen näher zu bezeichnenden Tag. Wie ich wiederum confidentiell erfuhr, wollte er in dieser

1. *Nicht abgedruckt.*

2. *Vgl. DDS 2, Nrn. 395, 401, 404 und 411.*

3. *Vgl. DDS 2, Nr. 404.*

4. *Vgl. die Petitionen der Schweizerkolonie in Konstantinopel vom 29. 11. 1871 an den französischen Botschafter und vom 19. 3. 1872 an Bundespräsident Welti (E 13 (B)/271) und das Schreiben von A. Heer an Tschudi vom 26. 9. 1873 (E 2200 Wien 1/54).*

Unterredung sich mit mir über die möglichst geschmeidige (*atténuante*) Form der Antwortnote an mich berathen.

Gestern nun fand meine Unterredung mit Kabuli Pascha statt. Nach einer entschuldigenden Einleitung las er mir die ziemlich lange Note⁵, die er vom Ministerium des Äusseren erhalten hatte, vor. Ihr Inhalt ist ungefähr folgender: Die Pforte wäre gerne bereit, den in der Türkei niedergelassenen Schweizern die nämlichen Vergünstigungen zur Erlangung von Grundbesitz, wie den übrigen Ausländern einzuräumen, wenn sich nicht besondere Schwierigkeiten der Unterzeichnung des Protokolls entgegenstellen würden. Das Protokoll nämlich sei nur eine Folge der Kapitulationen, und enthalte Vergünstigungen für die Nationen, welche im Kapitulationsverhältnisse zur Türkei stehen. Die Schweiz habe keine Kapitulation, folglich könne sie auch nicht dem Protokolle beitreten. Die Pforte strengte sich seit Jahren an, Mittel zu finden, das für sie demüthigende Verhältniss der Kapitulationen endlich verschwinden zu machen. Der Schweiz gestatten, sogar das Protokoll zu unterzeichnen ohne Capitulation mit der Türkei zu haben, hiesse gewissermassen, sich dem Auslande gegenüber noch mehr binden. Die Pforte werde indessen den in den türkischen Staaten niedergelassenen Schweizern gerne gestatten Grundbesitz zu erwerben, wenn sich dieselben nicht nur für diesen *sondern auch für alle andere Verhältnisse* der türkischen Gesetzgebung unterordnen würden.

Ich erwiderte dem Botschafter, dass ich, ohne vorhergehende Anfrage beim hohen Bundesrathe, ihm jetzt schon auf das Bestimmteste erwidern könne, dass der Bundesrath eine derartige Proposition entschieden ablehnen werde, da er den schweizerischen Staatsangehörigen nicht zumuthen könne, noch werde, sich als Versuchsobjekte für die türkische Justiz herzugeben⁶; dass auch die jüngsten Vorgänge in Bosnien und in Philippopolis der Art seien, dass ich die Proposition gar nicht officiell zur Kenntnis des hohen Bundesrathes bringen könne, indem ich mich nicht dem Vorwurf aussetzen wolle, ihm Vorschläge unterbreitet zu haben, von denen ich in meiner Stellung zum Voraus wissen müsse, dass sie kurz von der Hand gewiesen werden müssen. Übrigens könne ich nicht umhin, ihm mein Stauen über die Antwort der Pforte, die geradezu unlogisch sei, auszudrücken, nachdem mir einer seiner Vorgänger, Khalil Pascha, früher ganz bestimmt die Versicherung gegeben habe; dass dem Beitritt der Schweiz zum Protokolle keinerlei Schwierigkeiten entgegenstehen und er dies nicht auf eigene Faust sondern im Auftrage des damaligen Ministers des Äusseren, Server Pascha gethan habe.⁷

Der Botschafter bemerkte mir darauf, dass er mir schon eingangs erklärt habe, dass er persönlich /:er spreche es aber nicht als Botschafter aus:/ mit der Antwort der Pforte nicht einverstanden sei, und mir auch gerne zugebe, dass sie nicht logisch sei /:qu'elle manque de logique:/; was die Versprechungen Khalil

5. Nicht abgedruckt.

6. Vgl. den Annex.

7. Das Schreiben von Amin Server an Khalil Pascha vom 20. 3. 1872 führte aus: [...]Pour ce qui est de la proposition de Monsieur de Tschudi de signer le Protocole concernant le droit de propriété immobilière en Turquie, le Gouvernement Imp[éria]l est tout disposé à y accéder. [...]. Vgl. auch das Schreiben von Tschudi an Welti vom 22. 2. 1872 (beide Schriftstücke in: E 13 (B)/271).

Pascha's anbelangt, so habe sich derselbe bei Unterhandlungen nicht immer stricte an die Intentionen der Regierung gehalten, und er sei jedenfalls viel weiter gegangen als er ermächtigt war, er habe daher auch als Minister des Äussern nicht halten können was er als Botschafter versprochen habe. /:Khalil Pascha ist bekanntlich wenige Monate nachdem er das Portefeuille des Äussern übernommen hatte, in Ungnade gefallen und pensionirt worden:/.

Nach längeren Besprechungen machte ich dem Botschafter folgenden Vorschlag: wenn die Pforte aus *formellen* Gründen bestimmt sich weigere, dass die Schweiz dem Protokolle beitrete und dasselbe unterzeichne, so möchte durch einen Austausch von Noten zwischen dem hohen Bundesrathe und dem türkischen Ministerium des Äussern bestimmt werden, dass die Schweizer, welche unter dem Schutze einer fremden Macht stehen, eben diejenigen Vortheile zur Erwerbung von Grundeigenthum geniessen wie die dieser Macht Angehörigen; dass also die formelle Unterzeichnung des Protokolles durch eine andere Form ersetzt werde und somit möglicherweise die Bedenken behoben werden, die sich nach Ansicht der Pforte der Unterzeichnung entgegenstellen.

Cabouli Pascha fasste meine Proposition mit grosser Befriedigung auf, und versprach, diesselbe auf das lebhafteste bei der Pforte zu vertreten, indem er beifügte, dass er auch noch Gründe geltend machen werde, die sich speciell auf türkische Verhältnisse beziehen.

Wir kamen schliesslich noch auf Wunsch des Botschafters überein, dass er mir meine frühere Note⁸ kurz in einer Fassung, wie er mir sie vorlegte, beantworten werde, dass ich aber diese Antwort nicht officiell dem hohen Bundesrathe übersende, sondern ihm (dem Botschafter) als Erwiderung auf seine Note meinen Vorschlag⁹ mittheile, den er sogleich nach Konstantinopel befördern werde, und dass ich erst nach Eintreffen der Rückantwort dann meinen officiellen Bericht dem hohen Bundesrathe machen solle. Ich theile Ihnen daher die beigeschlossene Antwort Cabouli Pascha's nur confidentiell mit, damit Sie daraus ersehen, welchen Standpunkt die Pforte neuerdings in dieser Frage eingenommen hat.

Im ferneren Verlaufe des Gesprächs fragte ich den Botschafter, ob die Pforte nicht auch dem Beispiele, das Egypten eben jetzt durch Circularschreiben an die Kapitulationsstaaten gegeben habe, folgen werde, indem es denselben proponirte, an die Stelle der Consular-Jurisdiction gemischte Tribunale von fremden und einheimischen Richtern einzusetzen.

Cabouli Pascha erwiderte darauf, dass eine 33jährige Erfahrung, die er sich theils und hauptsächlich im Dienste des Ministeriums des Äussern, theils als Gouverneur von Provinzen und als Handelsminister gesammelt habe, ihm die Überzeugung geben, dass diese gemischten Tribunale ihren Zweck keineswegs erfüllen werden, denn die europäischen Richter werden, wenn sie einige Jahre im Oriente gelebt haben, in der Regel ebenso bestechlich wie die einheimischen, wenn ihnen nicht unverhältnissmässig hohe Besoldungen ausgesetzt werden. Nach seiner Ansicht wäre das einzige Mittel, um die Kapitulationen allmählig abzuschaffen das, dass die europäischen Mächte die Pforte zwingen würden, eine sehr gute

8. Vgl. die Note des Bundesrates an das türkische Aussenministerium vom 20. 5. 1872 (E 13 (B)/271).

9. Vgl. die Note von Tschudi an Cabouli vom 6. 11. 1873 (E 13 (B)/271).

Rechtsschule in Konstantinopel zu gründen und die aus dieser hervorgegangenen tüchtigen Juristen zu Richtern zu machen und sehr gut zu besolden. Jede zur Kenntniss der Regierung kommende Ungerechtigkeit oder Bestechlichkeit wäre mit den härtesten Strafen zu belegen.

ANNEX

E 2200 Wien 1/54

*Der schweizerische Gesandte in Wien, J. J. von Tschudi,
an den schweizerischen Kaufmann A. Heer in Konstantinopel*

Kopie

S

Wien, 15. Oktober 1873

Indem ich Ihnen Ihre geschätzten Nachrichten vom 26. September¹⁰ bestens verdanke, will ich nicht ermangeln Ihnen *vertrauliche* weitere Mittheilungen über den fraglichen Gegenstand zu machen.

Das Haupthinderniss, dass heute von uns das Protokolle zum Gesetze vom 7. Sépher 1284 (18. Juni 1867) noch nicht unerzeichnet ist, liegt in gewissen Intriguen der französischen Botschaft in Constantinopel. Der franz. Botschafter Vogué hat nämlich, ohne irgend eine Autorisation vom hohen schweizerischen Bundesrath, vor circa zwei Jahren dem damaligen türkischen Minister des Äussern gegenüber sich bereit erklärt, namens des Bundesrathes das Protocol zu unterzeichnen. Seine Absicht war es nämlich, Frankreich der türkischen Regierung gegenüber als Puissance protectrice der Schweiz erscheinen zu lassen; Frankreich sollte, was es durch den unglücklichen Krieg im Occident an Ansehen verloren hatte, nun durch verschiedene Mittel im Oriente wieder gewinnen.

Der schweiz. Bundesrath will also wie leicht begreiflich eine französische Vermittelung nicht, sondern zieht es als der Würde der Schweiz angemessener, vor, directe mit der Pforte zu verhandeln. Das verdrisst Herrn Vogué und er sucht nun auf alle mögliche Weise eine directe Verständigung zwischen der Schweiz und der Pforte zu hintertreiben, will aber gerne Hand biethen, wenn die Unterzeichnung durch ihn geschehen würde. Der Bundesrath hat die guten Dienste Frankreichs nur für den Abschluss des französisch-türkischen Handelsvertrages in Anspruch genommen¹¹, er will aber fernerhin dieselben nicht benutzen, sondern sucht wo möglich immer directe Verhandlungen zu eröffnen.

Wie Ihnen bekannt sein dürfte, stehen ausser Constantinopel die wenigsten Schweizer im Orient unter französischem Schutze; eine sehr grosse Zahl aber unter deutschem. Während die franz. Consulargerichte fast immer nur aus Franzosen zusammengesetzt sind; so ziehen die Deutschen auch Schweizer als Beisitzer dazu. Wie mir versichert und mit frappanten Beispielen belegt wurde stehen die Kanzleigebühren bei den franz. Consulaten auch unverhältnissmässig viel höher als bei den deutschen; es wurde zB. in immer demselben Fall von der französischen Kanzlei 200 frcs. von der deutschen aber nur ein preuss. Thaler verlangt.

Der grosse Wunsch der Pforte geht dahin, dass sich die Schweizer in den türk. Staaten einfach unter die Gesetze des Landes stellen möchten. Drei Botschafter haben mich nun übereinstimmend versichert, dass in diesem Falle, die Schweizer von den türkischen Behörden gewiss auf eine Weise behandelt würden, dass nie die geringste Klage einlaufen würde, da die Pforte allen Gouverneuren in dieser Hinsicht die genauesten Befehle ertheilen würde. Ich glaube es auch, denn es wäre diess zum grossen Vortheile der Pforte selbst. Es ist nämlich nicht in Abrede zu stellen, dass über kurz oder lang die Capitulationen aufgehoben werden. Unterhandlungen in dieser Richtung werden mit mehr oder weniger Erfolg schon seit Jahren von der Pforte mit den verschiedenen Staaten gepflo-

10. Nicht abgedruckt.

11. Vgl. E 13 (B)/270 und E 2200 Paris 1/87.

gen und mehrere derselben zeigen sich nicht abgeneigt darauf einzutreten, falls die Türkei die gehörigen Garantien durch ihre Gesetzgebung zu leisten im Stande wäre. Der Pforte selbst ist es begreiflicherweise im höchsten Grad daran gelegen dass das gegenwärtige für sie demüthigende Verhältniss endlich ein Ende nehme und sie wünscht deshalb so lebhaft, dass die Schweizer in den türkischen Staaten sich wie in den übrigen Ländern, unter die Gesetze des Reiches stellen um Europa den schlagenden Beweis zu liefern, dass die türkischen Behörden den Fremden den vollsten Schutz zu gewähren im Stande sind.

Ich habe mir diese Frage seit Jahr und Tag reiflich überlegt und erwogen und die verschiedenartigsten Ansichten von schweizerischen und anderen Staaten angehörigen, im Oriente etablirten Kaufleuten darüber eingeholt und erlaube mir Ihnen darüber meine *persönliche* Ansicht mitzutheilen. Ich glaube, dass nach den oben auseinander gesetzten Motiven, die Schweizer in den ottomanischen Staaten sich gewiss nicht über die türkischen Gerichte zu beklagen hätten, und dass in jedem vorkommenden zweifelhaften Falle die türkischen Gerichte sicherlich eher einem Schweizer als einem Eingeborenen Recht geben würden, indem eine gute Rechtspflege von Seiten der türkischen Behörden jedenfalls das meiste zur günstigen Lösung der für die Türkei hochwichtigen Frage der Aufhebung der Capitulationen beitragen würde.

Wären die Schweizer in den türk. Staaten unter die türk. Gerichtsbarkeit gestellt, so könnte der schweizerische Bundesrath nach Belieben in den Handelsplätzen schweiz. *Handelsconsuln* ernennen, die immerhin die Interessen ihrer Landsleute wirksam vertreten könnten, wie diess ja auch in andern Staaten geschieht. [*Speciel*] in den südamerikanischen Republiken, die zum Theil eine Gesetzgebung haben, die noch hinter der türkischen zurücksteht!

Die Unterzeichnung des Protocolls unserer Seits verlangt nach türkischer Auffassung die vorhergegangene Annahme der Capitulationen, eine diplom. Vertretung in Constantinopel und rechtskundige Consuln. Dass die schweiz. Bundesversammlung sich zu den sehr hohen Unkosten die ein solcher Apparat erfordert nicht verstehen wird, ist Ihnen wohl aus den Verhandlungen der schweiz. Bundesversammlung bekannt.¹² Sie würde sich aber vielleicht dazu verstehen, dass eine beschränkte diplom. Vertretung in Constantinopel stattfinde, indem der Gesandte in Wien auch in Constantinopel accreditirt würde.

Würde man schweizerischer Seits darauf eintreten, dass die Schweizer sich der türkischen Gerichtsbarkeit unterordnen, so müsste nach meiner Ansicht ein dahin bezüglicher Staatsvertrag abgeschlossen werden, in den eine Anzahl für die Schweiz günstige Bedingungen aufgenommen würden (natürlich auch die Intabulirung der Immobilien zu reducirter Taxe). Wenn wir den wichtigen Wunsch der Pforte erfüllen würden, so wäre dieselbe auch zu weitgehenden Concessionen uns gegenüber gerne bereit.

Ich theile Ihnen, hochgeachteter Herr diese Ansicht mit der Bitte mit, dieselben gefälligst *reiflich* überlegen und mir Ihre für mich sehr wichtige Anschauung darüber mitzutheilen.¹³ Ich glaube, dass Sie dieselbe im ersten Augenblicke entschieden verwerfen aber bei genauerer Erwägung der Verhältnisse doch deren Vortheile erkennen werden. Ich bemerke Ihnen noch, dass ich die Ihnen auseinander gesetzte Ansicht noch nicht zum Gegenstand eines Briefwechsels mit dem hohen Bundesrathe gemacht habe, indem meine Bemühungen vorerst dahin gehen, den Beitritt zum Protocol, ohne Capitulation zu erreichen.

Ich habe mir die Freiheit genommen einem Fräulein Dacord aus dem Canton Waadt meine Karte mit einigen empfehlenden Worten an Ihr Haus mitzugeben. Sie reist dieser Tage nach Constantinopel um die Stelle als Gesellschafterin bei d. Gattin des hiesigen türkischen Botschafters Kabuli Pascha einzunehmen. Ich erlaube mir Ihnen dieses Fräulein noch speciel zu empfehlen falls dieselbe Ihres Rathes bedarf.

12. Vgl. Etude de M^r Satie: Représentation de la Suisse dans l'Empire Ottoman, S. 15 (E 2/319).

13. Mit Schreiben vom 7. 11. 1873 antwortete A. Heer: [...] Unter allen meinen zahlreichen Bekannten hier, in Smyrna, Beyrouth, Salonik, Alep ect. habe ich noch keinen getroffen, der die Capitulationen unnöthig glaubte, der sie nicht als erste Nothwendigkeit betrachtete. [...] (E 2200 Wien 1/54).

E 13 (B)/90

*Der schweizerische Legationssekretär in Paris, Ch. Lardy,
an den Bundesrat*

B Confidentiel

Paris, 29 novembre 1873

J'ai eu hier la visite de M. Folliet, député de la H^{ie} Savoie, venu pour diverses petites affaires, et j'ai profité de sa présence pour l'entretenir de la question de la *ligne d'Annemasse*.¹

M. Folliet m'a dit que le rapporteur de la commission chargée d'examiner le projet de loi déposé le 9 Juin dernier², était entièrement opposé à la construction de l'embranchement d'Annemasse à Genève. Le rapporteur, M. de Montgolfier, invoque d'une part des considérations stratégiques, d'autre part des considérations diplomatiques³. M. de Montgolfier a entre autres, indiqué à M. Folliet une lettre de M. Lanfrey, à teneur de laquelle la Suisse se refuserait à toute concession en matière douanière, ce qui aurait engagé le Gouvernement français à renoncer à une entente.

M. Jägerschmidt, sous-directeur au Ministère des Affaires Etrangères, m a dit aujourd'hui qu'il considérait en effet, la question de la ligne d'Annemasse comme

1. Am 11. 3. 1873 hatte Lanfrey Bundespräsident Cérésolle einen Vertragsentwurf übergeben. Vgl. auch DDS 2, Nrn. 168, 182, 201 und 389.

2. Projet de loi relatif à la déclaration d'utilité publique et à la concession définitive de plusieurs chemins de fer [...]. Chemin de fer d'Annecy à Annemasse et d'Annemasse à la frontière suisse. (Journal officiel de la République française, cinquième année, N° 166, 19 Juin 1873, S. 4004. In: E 13 (B)/90).

3. Am 29. 12. 1873 berichtete Lardy dem Bundesrat: [...] M. Montgolfier a fait ressortir ensuite l'étonnement de la commission en apprenant, par un passage du rapport du Département fédéral des Péages [vgl. Anm. 4], que la Suisse se refusait à reconnaître l'annexion de la Savoie à la France. — Il a enfin déclaré péremptoirement: «La France a un intérêt majeur à la construction de la ligne de Collonges. Je ne suis pas diplomate, & je veux vous dire toute la vérité. L'esprit des populations savoisiennes nous inquiète. Les populations ne sont pas Françaises; elles sont plus suisses que françaises. Il est indispensable de les rattacher directement à la France. Nous ne nous sommes pas inquiétés des réclamations du pays de Gex. C'est le 17 ou le 19 Novembre que M. Paul Cottin nous a remis son amendement. Bien avant cette communication, la commission des chemins de fer s'était, à l'unanimité, prononcée pour la ligne de Collonges. — Nous savons très bien que cette ligne est mauvaise, au point de vue du rendement. Le trafic local y sera à peu près nul; le trafic international y sera inconnu tant que le Simplon ne sera pas percé. Elle coûtera à l'Etat 4 millions et demi de plus que la ligne d'Annemasse à Genève. Elle aura l'inconvénient de ne pas relier directement le pays de Gex à la Savoie. — Malgré tous ces obstacles, nous la préférons à la ligne de Genève, parce que la France ne peut laisser se perdre le fruit de la guerre d'Italie. — Cela ne veut pas dire que la ligne d'Annemasse est définitivement rejetée; elle se fera sans doute, puisqu'elle coûtera à l'Etat seulement 1.150.000 francs & que les populations la désirent. Pour ne pas nous mettre en opposition directe avec le Conseil général de la Haute-Savoie, nous avons, non pas supprimé cette ligne, mais suspendu notre décision jusqu'au moment où une entente avec la Suisse sera survenue. Voilà le fond de la question.» [...]

(E 13 (B)/90).

annonçant que le Gouvernement fédéral avait désigné Berne comme lieu des négociations, & chargé MM. Naeff & Kern de le représenter. M. Lanfrey demandait des instructions. Le 10 Juillet environ, le Ministre des Affaires Etrangères répondit à M. Lanfrey qu'il ne pouvait en donner, tant que le Gouvernement fédéral ne présentait pas au moins un contre-projet. M. Jägerschmidt ajoutait que le Ministre aurait préféré ne pas charger de ces négociations M. Lanfrey «qui n'est pas un homme technique». — Le 28 Juillet, M. Lanfrey communique au duc de Broglie un mémoire du Conseil fédéral, intitulé «observations du Gouvernement fédéral suisse sur le projet de Convention à substituer à celui de Novembre 1869 pour la construction d'un chemin de fer d'Annecy à Annemasse avec embranchement sur la frontière suisse»⁴. Dans ces observations, non seulement le Conseil fédéral refusait de faire aucune concession nouvelle, mais revenait même sur quelques-unes des concessions consenties par lui en 1869, en faisant observer que ce chemin de fer était exclusivement avantageux aux populations savoisiennes & qu'on ne comprenait guère pourquoi la Suisse devrait faire des concessions à l'occasion de l'établissement de cette ligne. M. Lanfrey demandait de nouvelles instructions.

C'est seulement en date du 13 Octobre que M. de Broglie, après avoir consulté les Ministres des travaux publics & du commerce, répondit à peu près textuellement à M. Lanfrey, qu'il devait considérer le contre-projet du Conseil Fédéral comme la preuve de son intention de ne pas reprendre les négociations. M. Lanfrey était en conséquence chargé de Vous annoncer, si l'occasion s'en présentait, que la France se verrait désormais obligée d'étudier cette question au seul point de vue de l'intérêt des populations françaises.

L'intention du Conseil Fédéral ne saurait être celle que le Gouvernement français lui prête, puisque M. Kern, dès son arrivée à Paris, a demandé à M. le duc de Broglie les motifs pour lesquels M. Lanfrey n'avait pas reçu d'instructions sur cette question, & lui annonçait que la Suisse était prête à reprendre les pourparlers (Rapport de M. Kern du 17 Octobre N° 2780 in fine)⁵.

Je n'ai pas cru devoir tarder davantage à Vous mettre confidentiellement au courant des dispositions que j'ai rencontrées chez M. Jägerschmidt, chargé spécialement des affaires franco-suissees au Ministère des Affaires Etrangères. Ce fonctionnaire a ajouté qu'il était «profondément regrettable que les populations savoisiennes eussent aussi publiquement manifesté leurs préférences pour la ligne d'Annemasse-Genève, parce que cela avait engagé le Conseil fédéral à refuser des concessions que le Gouvernement français considère comme indispensables».

Vous m'obligeriez, pour compléter le dossier de cette affaire, en m'envoyant une copie des «observations», soit du contre-projet remis à M. le Ministre de France à Berne en Juillet dernier, et, en me référant à la lettre que j'ai eu l'honneur de Vous adresser le 22 de ce mois⁶, [...]⁷.

4. *Vgl. dazu die* Convention avec la France touchant le chemin de fer d'Annemasse à Genève. Extrait de la Proposition faite au Conseil fédéral par le Département fédéral du Commerce et des Péages le 30 Mai 1873 (E 2200 Paris 1/80).

5. *Nicht abgedruckt.*

6. *Nicht abgedruckt.*

7. *Es folgt die Grussformel.*

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 5. Dezember 1873

6504. Instruktion für die Abgeordneten
an die Konferenz der Staaten der lateinischen Münzconvention

Finanz- und Zolldepartement. Antrag vom 1. Dezember 1873

Der vom Departement vorgelegte Entwurf¹ einer *Instruktion für die unterm 1. ds.*² zu *herwärtigen Abgeordneten an die am 10. ds. in Paris stattfindende Konferenz von Delegirten der lateinischen Münzconvention* bezeichneten HH. Nationalrath *Feer-Herzog* und Legationsrath Dr. *Lardy* wird mit der Modifikation genehmigt, dass im letzten Alinea für den Fall der Auflösung genannter Konvention nicht, wie das Departement beantragte, auf die Möglichkeit des Anschlusses der Schweiz an's deutsche Münzsystem hinzuweisen, sondern nur die Nothwendigkeit für die Schweiz, einem grössern Münzverbande anzugehören, constatirt wird.

E 12/27

ANNEX

*Instruktionsentwurf für die schweizerische Delegation
an die Konferenz der Lateinischen Münzunion*

Le Conseil fédéral suisse remet à ses Délégués à la Conférence monétaire internationale qui se réunira à Paris le 10 Décembre 1873 l'instruction suivante:

Les Délégués suisses auront en général conformément à la teneur de la note³ remise par M. Kern le 6 Novembre à M. de Broglie la tâche d'étudier avec leurs collègues des autres Etats signataires de la Convention de 1865⁴, si la situation nouvelle dans la valeur relative des métaux précieux ne nécessite point des mesures de sauvegarde et à proposer des remèdes éventuels. Ils devront aborder en première ligne la question s'il ne conviendrait pas de passer du double étalon par des mesures de transition à l'étalon d'or unique et ils auront dès lors à s'occuper de toutes les mesures propres à s'opposer à la fuite de l'or et à son remplacement par le métal relativement déprécié.

Sous réserve d'informations tout à fait nouvelles qui pourraient lui être fournies par les autres parties contractantes, le Conseil fédéral se prononce en première ligne pour l'adoption de l'étalon unique d'or que les Commissaires de la Suisse, de la Belgique et de l'Italie conformément avec l'opinion de leurs Gouvernements respectifs avaient déjà proposée en 1865.

Ils demanderont:

1. Comme mesure transitoire de nécessité absolue que les hautes parties contractantes s'interdisent mutuellement des frappes ultérieures de pièces de 5 francs en argent à partir du 1^{er} Janvier.

2. Qu'on étudie les mesures propres à maintenir provisoirement la circulation existante d'argent, ou une partie de cette circulation existante, de manière que tout en enlevant à l'argent sa qualité de métal étalon on ne soit pas obligé à réduire la quantité du numéraire des quatre Etats d'une manière trop sensible ou trop subite.

1. *Als Annex abgedruckt.*

2. *Vgl. das BR-Prot. vom 1. 12. 1873 (E 1004 1/95, Nr. 6404).*

3. E 2200 Paris 1/106.

4. AS 1863-1866, VIII, S. 825—837.

Ces mesures pourront consister soit dans le système de la Commission monétaire française de 1869 faisant de l'écu de 5 francs une monnaie d'appoint et fixant à une somme de cent francs le cours légal et obligatoire de celles qui existent aujourd'hui; soit dans le système qui ferait de l'écu de 5 francs une monnaie de commerce dont le cours par rapport à l'or varierait suivant un tarif officiel dressé conformément aux fluctuations de la Bourse; soit enfin dans tout autre système introduisant et maintenant le principe de l'étalon d'or exclusif en ménageant les nécessités de la transition.

Les Délégués suisses exprimeront des regrets que le Gouvernement d'Italie ait permis à la Banque Nationale et à nombre de banques privées d'émettre des coupures en papier de la valeur de deux francs, d'un franc et de cinquante centimes, mesure qui fait passer la monnaie d'appoint en argent italien dans les autres Etats et fausse le principe du coefficient de 6 francs par tête d'habitant. Ils demanderont qu'il soit remédié à cet état de choses.

Enfin si la question de la dissolution de la Convention de 1865 devait être mise en discussion ils se prononceront contre et feront observer que la Suisse devant nécessairement s'appuyer sur un grand système monétaire étranger la dissolution de la Convention de 1865 et le maintien du double étalon en France pourrait avoir la conséquence de l'adoption par la Suisse du nouveau système germanique.

Pièces à consulter au sujet de ces instructions:

Brochure: Or ou argent⁵?

Note de M. Kern à M. de Broglie du 6 Novembre.

Dépêches⁶ de M. Kern au Conseil fédéral du 6, 11, et 20 Novembre.

5. Nicht abgedruckt.

6. Nicht abgedruckt.

30

E 1004 1/95

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 12. Dezember 1873

6654. Päpstl. Geschäftsträger, Aufhören seiner Mission

Politisches Departement. Schreibensentwurf vom 10. Dezember 1873

Unterm 8. ds. ist das Departement eingeladen worden¹, Bericht und Antrag darüber zu hinterbringen, welche Stellung der Bundesrath der unterm 4. ds. von der Gesandtschaft in Rom übersandten päpstl. Encyclica vom 21. v. Mts. *Etsi multa luctuosa*² sowie mit Rücksicht auf eine bezügliche im Nationalrath angeregte Motion³, der Frage des Fortbestands der Nuntiatur in der Schweiz gegenüber einzunehmen habe.

In Erledigung dieses Auftrags legt das Departement heute den Entwurf einer an den *päpstlichen Geschäftsträger* Herrn Agnozzi zu richtenden Note vor, welche dahin lautet:

Hätte jene Kundgebung sich nur mit Fragen der kirchlichen Doctrin und Disciplin befasst, so hätte sie dem Bundesrath keinen Anlass geboten sich mit ihr zu beschäftigen, da er von jeher und namentlich auch anlässlich der jezigen Revisionsverhandlungen die Glaubensfreiheit garantirt und geschützt habe. Nachdem

1. Vgl. das Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 8. 12. 1873 (E 1004 1/95, Nr. 6564).

2. Vgl. den GBer. 1873, S. 337—344.

3. Vgl. Nr. 32, Anm. 6.

dieselbe aber den eidg. Behörden Bruch des gegebenen Worts vorwerfe und dass sie durch die Ausweisung eines katholischen Priesters eine hässliche und schimpfliche Handlung begangen hätten, obschon man doch bisher trotz der veränderten Stellung des Papstes dessen Geschäftsträger beibehalten hat, so liege es gegenüber so schwer wiegenden Anklagen in der Pflicht und fordere es die Würde des Bundesrathes, eine ständige diplomatische Vertretung des Hl. Stuhls in der Schweiz für als unnütz geworden zu erachten. Er erkenne also Herrn Agnozzi von heute an nicht mehr als päpstl. Geschäftsträger an und ersuche ihn den Zeitpunkt der Abreise zu bestimmen, bis zu welcher er noch alle seiner diplomatischen Stellung gebührenden Privilegien geniessen werde.

Nach gewalteter Berathung wird der Entwurf in folgender Fassung genehmigt:

Der Bundesrath hat am 8. d. Mts. durch die Gesandtschaft der schweizerischen Eidgenossenschaft bei Sr. Majestät dem König von Italien Mittheilung des amtlichen Wortlauts eines Erlasses, betitelt: «Epistola Encyclica», erhalten, welchen Se. Heiligkeit Papst Pius IX. unterm 21. November 1873 an die Patriarchen, Primas, Erzbischöfe und Bischöfe der katholischen Kirche gerichtet hat.

Wenn dieses Schriftstück, das in der Schweiz vermöge der bestehenden Pressfreiheit die vollste Veröffentlichung erlangt hat, sich darauf beschränkte, über Fragen der kirchlichen Lehre oder Zucht die Entscheidungen des Hohenpriesters der römischen Kirche bekannt zu geben, so hätte der Bundesrath sich damit nicht zu befassen. Er hat bis anhin die Glaubensfreiheit für die verschiedenen Bekenntnisse stets geachtet und wird sich stets angelegen sein lassen, ihr Achtung zu verschaffen.

Durch die Anträge, welche er vor mehreren Monaten schon der Bundesversammlung für die verfassungsmässige Regelung der kirchlichen Fragen unterbreitet hat, ist, wie der Herr Geschäftsträger des heil. Stuhles selbst in einer neuerlichen Unterhaltung mit dem Bundespräsidenten es anerkannt hat, der Beweis geleistet, dass der Bundesrath gegenüber allen Religionsbekenntnissen vom Geiste der Gerechtigkeit und der Unparteilichkeit durchdrungen ist.

Die Encyclica: «Etsi multa luctuosa» vom 21. November 1873 aber enthält und erhebt gegen verschiedene in der Schweiz zu Recht bestehende Behörden und von denselben nach ihren Befugnissen gefasste Beschlüsse unmittelbare Anschuldigungen von ernstester Bedeutung.

Es kommt darin die Beschuldigung vor: das öffentlich gegebene Wort gebrochen (*obstante etiam data publice fide*) und durch die Ausweisung eines Priesters vom schweizerischen Gebiet eine Handlung begangen zu haben, welche gleich schimpflich und schmähhlich sei für diejenigen, die sie angeordnet, wie für diejenigen, die sie zum Vollzug gebracht haben (*foeda et indecora mandantibus atque exequentibus*).

Obgleich die weltliche Macht der Päpste nicht mehr besteht, so hat der Bundesrath dennoch geglaubt, bis anhin mit dem heiligen Stuhle diplomatische und amtliche Beziehungen unterhalten zu sollen. Er hat es aus Rücksichten für den Papst und seine gegenwärtige Lage, aus persönlicher Rücksichtnahme für den gegenwärtigen Geschäftsträger des heiligen Stuhles, dessen versöhnlicher Gesinnung er gerne alle Anerkennung zollt, sowie aus Achtung für das religiöse Gefühl der schweizerischen Katholiken gethan.

Nachdem aber unter Misskennung dieser Beziehungen und der Rücksichten, die eine erste Folge derselben sein sollen, der Papst in auffälligster Weise gegen die schweizerischen Behörden und ihre Entschliessungen schwere und wiederholte Anklagen ausgesprochen hat, so liegt es in der Pflicht und ist durch die Würde des Bundesrathes geboten, der Erkenntniss Raum zu geben, dass eine ständige diplomatische Vertretung des heiligen Stuhles in der Schweiz nutzlos geworden ist.

Der Bundesrath hat demgemäss die Ehre, Monsignor Agnozzi, mit dem Ersuchen um entsprechende Mittheilung an seine Regierung, zur Kenntniss zu bringen, dass vermöge des Vorgehens des heiligen Stuhles die schweizerische Eidgenossenschaft von heute an den Geschäftsträger des Papstes nicht mehr als bei ihr beglaubigten diplomatischen Vertreter anerkennen kann.

Der Bundesrath ersucht Monsignor Agnozzi, ihn den Zeitpunkt seiner Abreise wissen zu lassen. Er wird die erforderlichen Massnahmen treffen, damit dem Geschäftsträger des heiligen Stuhles bis zu dieser Zeit alle Rücksichten zu Theil werden, welche seiner diplomatischen Stellung gebühren.

Indem der Bundesrath Monsignor Agnozzi sein Bedauern ausspricht, die Entschliessung fassen zu müssen, welche den Gegenstand der gegenwärtigen Note bildet, benutzt er den Anlass, Hochdensenben seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.⁴

Herr Bundesrath Knüsel erklärte zu Protokoll: dass er dem Antrag des politischen Departements, obwohl er denselben sachlich nicht für unbegründet erklären möchte, namentlich aus Opportunitätsrücksichten nicht beistimmen könne. 1. sei eine Encyklica kein diplomatisches Aktenstück, sondern ein Circular an die höhern hierarchischen Würdenträger über die Lage der Kirche, das nicht bestimmt sei einer Staatsregierung amtlich mitgetheilt zu werden. So unschicklich u. beleidigend sich die letzte im gewöhnlichen Curialstyl abgefasste Encyklica gegen schweizerische Behörden und Institutionen ausspreche, so möchte er diesen Auslassungen wie vielen andern päpstlichen Erlassen kein grösseres Gewicht beilegen, als sie in Wirklichkeit haben. Es stehe daher die beantragte ausserordentliche Massregel in keinem richtigen Verhältnis zu der wirklichen Sachlage. 2. werde durch diese Massregel die ohnehin wegen den bereits anhängigen kirchlichen Konflikten aufgeregte öffentliche Meinung noch mehr erregt und dem Misstrauen neue Nahrung gegeben, man beabsichtige von Oben herab eine Trennung der katholischen Bevölkerung von dem spirituellen Oberhaupt der Kirche anzubahnen. Diese Missstimmung könnte leicht grössere Nachteile nach sich ziehen und werde jedenfalls in einigen Kantonen mit katholischer Bevölkerung auf das Resultat der Abstimmung über den revidirten Entwurf einer Bundesverfassung nachtheilig einwirken. — Hauptsächlich aus diesen und andern angeführten Gründen hielt Herr Bundesrath Knüsel dafür, es wäre besser von dieser Massregel abzustehen und den nach menschlicher Berechnung in nicht allzuferner Zukunft bevorstehenden Tod des gegenwärtigen Papstes abzuwarten, bei welchem Anlass die Aufhebung der ohnehin ziemlich bedeutungslos gewordenen Nunziatur in regelmässiger Weise erzielt werden könnte.

4. Der Text der Note ist abgedruckt im BBl 1873, 4, S. 549-551.

E 2300 Paris 26

*Der schweizerische Legationsrat in Paris, Ch. Lardy,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
P. Cérésolle*

B Confidentiel

Paris, 13 décembre 1873

A l'occasion de la réception de M. le Ministre des Affaires Etrangères, j'ai eu hier un assez long entretien avec le Chargé d'affaires d'Italie, M. Ressmann, et j'ai l'honneur de Vous en transmettre le résumé.

M. Ressmann, qui est à Paris depuis une dizaine d'années & dont les capacités sont généralement estimées très haut par ses collègues, connaît depuis longtemps M. de Chaudordy. Il a été surtout en relations avec lui sous M. Drouyn de Lhuys et à Tours. Dans son opinion, le choix de M. de Chaudordy pour le poste de Berne est «détestable». M. de Chaudordy est selon lui, la personnification de la duplicité. Il cherche, non pas à atténuer les conflits, mais à les aggraver. Ne négligeant pas les petits moyens, il est allé à Tours jusqu'à faire surveiller M. Nigra dans son salon, et à faire ensuite au Ministre d'Italie, à l'occasion d'une audience officielle, des reproches sur ce qui s'était dit dans ce salon. Il a dû faire des excuses pour cette conduite. Sans convictions politiques ni religieuses, il pourra être très clérical si son intérêt lui paraît l'exiger. En un mot, dit M. Ressmann: «C'est un chien qui mange à tous les tas d'ordures».

M. Nigra rentrera à Paris à la fin de la semaine. Il avait lui-même exprimé le désir de changer de poste. Attaqué continuellement par certains journaux italiens d'un caractère assez morose, il avait été vivement impressionné par la publication de certains documents par le général La Marmora. C'est donc à regret et «probablement pour peu de temps» qu'il revient à Paris.

En ce qui concerne l'encyclique, M. Ressmann m'a dit que très probablement son gouvernement fermerait les oreilles, comme il l'a déjà fait tant de fois à l'occasion de publications analogues du St. Siège. Pour nous, M. Ressmann reconnaît que la position est peut-être différente. Il ajoute toutefois qu'avec un caractère comme celui de M. de Chaudordy, on peut avoir des craintes sérieuses du côté de la France. Dans sa conviction, il ne s'écoulera pas longtemps avant que la Suisse ne fasse des observations au sujet de l'attitude personnelle de cet ambassadeur ou avant que M. Decazes lui-même ne soit obligé de l'engager à atténuer sa ligne de conduite. M. Ressmann a ajouté: «Cela ne pourra pas aller plus loin que cela. *Ecoutez moi bien: si la France voulait aller plus loin, je Vous déclare qu'elle se trouverait, non pas en présence d'un adversaire, mais de trois*».

J'ai tenu à Vous répéter textuellement ces paroles, dites sur un ton très significatif, & qui méritent d'être rapprochées des termes dont M. d'Arnim s'est servi envers M. le Ministre Kern le 1^{er} mai dernier: «Je ne doute pas que si la France avait la velléité d'intervenir dans un pays étranger quelconque en faveur de l'ultramontanisme, l'Allemagne ne resterait pas indifférente».¹

1. Vgl. das Schreiben von Kern an Cérésolle vom 2. 5. 1873 (E 2300 Paris 26).

La différence de nuance entre les paroles de M. Ressimann et du Comte Arnim peut s'expliquer par le voyage du Roi Victor Emmanuel à Berlin et servir à établir les résultats de ce voyage.

Il va sans dire que je n'ai pas abordé avec M. Decazes la question de l'Encyclique et de la remise des passeports au Chargé d'affaires pontifical en Suisse, dont les journaux de Paris avaient déjà parlé hier matin. M. Decazes n'y a fait aucune allusion. Je l'ai entretenu de l'affaire des passeports, sur laquelle Vous recevrez un rapport spécial.

Quant à l'époque de l'arrivée de M. de Chaudordy à Berne, M. Decazes m'a dit que, malgré tout le désir du nouvel Ambassadeur d'entrer en relations personnelles avec Vous, il n'était pas encore certain de pouvoir être à Berne avant le 1^{er} janvier.

32

J I. 2/2

*Das Politische Departement
an die schweizerischen Gesandtschaften und Konsulate*

Circulaire N^o 3. Confidentielle. *Gedruckt*

Berne, 15 décembre 1873

La Chancellerie fédérale vous a adressé hier des exemplaires imprimés de la note que le Conseil fédéral, sur la proposition de son Département politique, a décidé le 12 décembre de faire parvenir au St-Siège.¹

Je tiens à faire suivre cette communication de quelques renseignements qui pourront vous être utiles.

Déjà, lors qu'au commencement du mois de février dernier Mgr. Agnozzi me fit la communication officielle du bref du 16 janvier 1873 instituant un Vicariat apostolique à Genève², je lui déclarai que cet acte était de nature à rendre très-difficiles les rapports diplomatiques, attendu qu'il constituait une véritable provocation à laquelle le Conseil fédéral serait obligé de répondre énergiquement³. Vous savez que, malgré l'opposition mise par nous dans notre note⁴ du 11 février à l'érection du Vicariat, le Pape a persisté dans cette institution et que pour donner suite à notre opposition, nous avons été conduits à expulser M. Mermillod.⁵ Alors déjà le Conseil fédéral a examiné la question de la rupture des rapports diplomatiques. La discussion qui a eu lieu au Conseil national en juillet dernier et dont le

1. *Vgl. Nr. 30.*

2. *Vgl. den GBer. 1873, S. 329 f.*

3. *Vgl. Nr. 1.*

4. *Vgl. Nr. 1, Annex 1.*

5. *Vgl. BBl 1873, 1, S. 363 f. Vgl. auch Nr. 1, Anm. 10.*

compte-rendu détaillé vous a été transmis, vous a indiqué pourquoi cette mesure n'a pas été prise dès cette époque.⁶

Depuis lors et malgré cet acte de provocation, le Conseil fédéral s'est appliqué à agir en matière confessionnelle dans un sens conciliant et pacificateur. Il en a donné la preuve dans ses propositions sur la révision de la Constitution fédérale et dans son message du 4 juillet 1873 sur cette question.⁷ Nous n'avons pas la prétention que nos actes et nos propositions soient connus et examinés par la Cour de Rome, mais nous estimons que dès que celle-ci accuse et incrimine, nous avons le droit d'exiger d'elle qu'elle s'informe du véritable état des choses. L'Encyclique du 21 novembre 1873 s'occupe longuement des décisions de la Conférence diocésaine de Soleure et énumère les votes de chaque Canton.⁸ A plus forte raison, le St-Siège était-il tenu de savoir quel rôle joue et quelle attitude prend, dans les questions confessionnelles, le pouvoir qui seul représente la Suisse vis-à-vis de l'étranger.

C'est ce dont le ou les auteurs de l'Encyclique ne se sont nullement mis en peine. Au moment même où devant le Conseil national, des membres du Conseil fédéral combattaient les propositions, selon eux, trop accentuées en matière confessionnelle, se prononçaient contre la prohibition des couvents et contre la rupture par voie constitutionnelle des rapports diplomatiques avec le St-Siège, celui-ci dirigeait contre nous les accusations les plus violentes et les plus injurieuses. Les catholiques suisses éclairés reconnaissent eux-mêmes que, sous le rapport de l'opportunité comme sous celui du fond, l'Encyclique du 21 novembre 1873 est déplorable et qu'elle prouve une fois de plus que les personnes qui entourent et qui inspirent le Pape défont par leurs passions et leurs violences tous les efforts des hommes de bonne volonté. Les choses en sont arrivées au point qu'on se demande s'il n'existe pas dans le monde catholique un groupe ou une coterie qui pousse systématiquement à la rupture de toute espèce d'entente avec les pouvoirs civils en Suisse, et qui, espérant profiter de nos luttes politiques, cherche à faire en Suisse une première application pratique des doctrines du Syllabus.

Peu de jours après que le Conseil national adoptant les vues du Conseil fédéral avait donné les mains en matière confessionnelle à des propositions modérées et conciliantes⁹, Mgr. Agnozzi vint à Berne et, en l'absence momentanée du Président, exprima vivement à plusieurs membres du Conseil fédéral sa reconnaissance au sujet de l'attitude que ce corps avait prise. A peu près au même moment, l'Encyclique paraissait dans la «*Correspondance de Genève*». Aussitôt après en avoir pris connaissance, je fis prier Mgr. Agnozzi de revenir au Palais fédéral et j'eus avec lui le samedi 6 décembre une conversation qui roula essentiellement sur l'Encyclique. Mr. Agnozzi me parut très-vivement et très sincèrement affecté de la fâcheuse coïncidence et du contraste frappant de cet acte avec les décisions du

6. Die Motion Anderwert vom 19. 12. 1872 verlangte die Aufhebung der Nuntiatur. Aufgrund der Diskussion im Nationalrat vom 12. 7. 1873 wurde die Forderung aber zurückgestellt (E 1001 (C) d 1/51, Nr. 170).

7. BBl 1873, 2, S. 964—968.

8. Vgl. den GBer. 1873, S. 339.

9. Vgl. Nr. 37.

Conseil national et avec l'attitude conciliante du Conseil fédéral. Il m'affirma qu'il avait fait ce qui dépendait de lui pour empêcher que le Vatican n'attaquât pas aussi violemment les autorités suisses, mais qu'on lui avait répondu de Rome qu'il était trop tard. Il insista du reste beaucoup sur ce que le Pape n'avait nullement eu en vue d'attaquer le Conseil fédéral, ni de porter atteinte à sa considération, et comme je lui faisais remarquer que cette affirmation était en contradiction directe avec le texte même de l'Encyclique, il m'offrit à deux reprises de faire venir de Rome une déclaration du Cardinal Antonelli portant que le Pape n'avait pas eu le Conseil fédéral en vue. Je lui répondis qu'il ne s'agissait nullement du Conseil fédéral en particulier, mais bien de la Confédération et de ses autorités dans leur ensemble, que notre amour-propre personnel n'était nullement en jeu, et qu'une déclaration du Cardinal Antonelli ne détruirait pas à nos yeux la portée et la gravité des affirmations du St-Père lui-même telles qu'elles sont contenues dans l'Encyclique. Je fis d'ailleurs clairement entendre à Mgr. Agnozzi, qui en parut fort consterné, qu'en face de cette provocation nouvelle le Conseil fédéral, convaincu désormais de l'inutilité de ces efforts et de ses concessions, n'aurait plus de motifs pour résister au courant qui dans l'Assemblée fédérale, comme dans l'opinion publique, se manifestait de plus en plus contre le maintien de la Nonciature en Suisse.

Parlant de l'éventualité de la rupture des rapports diplomatiques, Mgr. Agnozzi me fit entendre qu'il ne quitterait la Suisse que pour se fixer près de ses frontières, à Evian ou à Thonon par exemple, d'où il continuerait à remplir ses fonctions.

Je lui répondis qu'à cet égard, il ferait comme il jugerait convenable et que le Conseil fédéral aviserait le cas échéant.

Le Conseil fédéral fut instruit le surlendemain, 8 décembre, de cet entretien et il reçut le même jour communication par la Légation suisse à Rome du texte original de l'Encyclique.¹⁰ Il fut décidé que le Département politique présenterait des propositions spéciales. Elles furent effectivement mises sous les yeux du Conseil fédéral le 11 décembre. Le lendemain, 12, il les adopta sous la forme de la note qui vous est connue.¹¹

Il sera essentiel, lorsque vous vous expliquerez au sujet de cette note, de faire remarquer qu'elle n'a nullement pour but de créer une rupture entre les catholiques suisses et le Chef de leur Eglise. Sous ce rapport le Conseil fédéral entend ne rien changer à ce qui existe. Nous continuerons à laisser le Pape entièrement libre d'exercer son pontificat à l'égard de ceux de nos concitoyens qui continuent à s'y soumettre. Notre note du 12 décembre a pour effet unique de supprimer une représentation diplomatique que les circonstances et les événements que je viens de rappeler avaient rendue dérisoire et impossible. La Suisse se trouvera donc à l'avenir, quant au culte catholique, dans la même situation que les Etats-Unis ou l'Angleterre p. ex. où le Pape exerce à l'égard de l'Eglise catholique son autorité et ses attributions pontificales sans être diplomatiquement représenté auprès du Gouvernement.

La mesure que nous venous de prendre, saluée avec une vive satisfaction par le

10. *Vgl. den GBer.* 1873, S. 337—344.

11. *Vgl. Nr. 30.*

parti libéral suisse presque unanime, produit chez les catholiques éclairés une sensation très-vive. Ils reconnaissent bien que l'Encyclique était inopportune et injurieuse et que le Conseil fédéral ne pouvait pas ne rien faire. Mais tout en déplorant l'aveuglement du St-Siège, ils paraissent redouter vivement l'effet que produira cette rupture. Il est certain qu'au point de vue de la révision de la Constitution fédérale en particulier, elle rend beaucoup plus difficile, sinon impossible, une entente sur le terrain confessionnel, et que sous ce rapport la note du 12 décembre peut avoir une influence regrettable. Le Conseil fédéral ne se l'est point dissimulé. Mais dès le moment qu'une question de dignité et d'honneur était en jeu, il n'a pas cru qu'il lui fût possible d'agir autrement. Il lui a paru en outre que son devoir était d'agir sans aucun délai, et que tout attermoisement sous forme de demande d'explication au St-Siège p. ex., aurait porté atteinte à sa considération et à celle du pays, sans diminuer en rien l'intensité des passions que les conflits religieux et que l'Encyclique en particulier ont soulevées.

La nomination de M. de Chaudordy au poste d'Ambassadeur à Berne a donné lieu dans la presse à de nombreux commentaires. D'après les rapports qui sont parvenus au Conseil fédéral de divers côtés, nous ne sommes pas autorisés à donner à cette nomination un caractère agressif, mais il faut réserver son opinion.¹² C'est parce qu'ils prennent leurs désirs pour des réalités que certains journaux cléricaux annoncent dès à présent que M. de Chaudordy est destiné à jouer en Suisse un rôle accentué dans les questions confessionnelles. Ses propres déclarations seraient plutôt de nature à démentir cette attitude, et son prédécesseur si regretté parmi nous, a lui-même exprimé au soussigné la conviction que la ligne de conduite du nouvel Ambassadeur ne différerait en rien de celle que la France a suivie ces derniers temps. Pour donner une preuve de ces intentions amicales le Gouvernement français chargerait même, paraît-il, M. de Chaudordy de nous apporter la nouvelle depuis longtemps attendue de la suppression des passeports.¹³ Un avenir prochain nous renseignera sur ces éventualités.

Le Département politique vous sera reconnaissant si vous voulez bien lui transmettre avec détail l'expression des opinions que vous recueillerez sur la mesure prise le 12 décembre par le Conseil fédéral à l'égard du St-Siège et lui faire en outre l'envoi des principaux articles de journaux qui paraîtront sur cette matière dans votre rayon.¹⁴

12. *Vgl. Nr. 31.*

13. *Vgl. Nr. 12, Anm. 5.*

14. *Am 21. 12. 1873 berichtete Hammer an Céréssole: [...] Herr von Bülow hat die Mittheilung, betreffend die Schlussnahme über Aufhebung der Nuntiatur, sofort nach Empfang telegraphisch nach Varzin befördert u. mir dann mündlich im Namen des Fürsten für die Kenntnissgabe gedankt. Herr von Bülow fand heute die energische Haltung des Bundesrathes um so erfreulicher, als dessen Politik in kirchlichen Dingen sonst massvoll und schonend sei, u. sprach seine Befriedigung darüber aus, dass die beiderseitigen Regierungen in gleichen Angelegenheiten gleichartige Politik hätten etc. [...] (E 2300 Berlin 1).*

E 12/27

*Der schweizerische Delegierte an der Münzkonferenz in Paris,
Legationsrat Ch. Lardy, an den Bundesrat*

B

Paris, 24 décembre 1873

Vous recevrez, en même temps que la présente lettre, le compte-rendu sténographique¹ de la discussion d'hier sur la question monétaire à l'Assemblée Nationale. Comme Vous le savez par le télégramme² que j'ai eu l'honneur de Vous adresser Dimanche, M. de Soubeyrau avait demandé Samedi que le Gouvernement ne désignât aucun commissaire à la conférence du 8 Janvier³ sans que l'Assemblée eût été appelée à se prononcer. Le Sous-Secrétaire d'Etat aux Finances accepta le débat pour le surlendemain, et Lundi la discussion fut encore renvoyée d'un jour.

En parcourant le compte rendu de la séance d'hier, Vous remarquerez que M. Magne n'a pas répondu à la question précise qui lui était posée. Il l'a évitée en annonçant à M. de Soubeyrau qu'il le choisissait comme l'un des commissaires. Quant au but de la conférence, M. Magne l'a formulé à peu près exactement dans les termes de la note suisse du 5 Novembre⁴: «La conférence aura pour mission d'envisager le danger qui nous menace, d'en déterminer les causes, et de chercher, avec les cosignataires de la Convention, quels sont les remèdes qu'on peut y appliquer en commun.»

Toutefois cette discussion, dans son ensemble, laisse évidemment l'impression que les partisans du double étalon sont plutôt en majorité à l'Assemblée, et que M. Magne est toujours sous l'influence de la «haute-banque» française.

M. de Parieu, que j'ai vu ce matin, et dont M. Decazes m'a annoncé la nomination comme commissaire français, ne partage pas entièrement cette impression défavorable. Il a l'espoir que la Belgique n'insistera pas pour empêcher la conférence de discuter la question de l'étalon. La Chambre de Commerce de Bruxelles, à l'unanimité moins une voix, s'est jointe à la Chambre d'Anvers, et a demandé que des instructions soient données aux commissaires belges dans le sens de l'adoption de l'étalon unique d'or. M. Malou, dans un récent discours au Sénat, ne s'est plus montré aussi opposé à l'étalon unique d'or. La Chambre de Commerce de Lyon a adressé au Gouvernement français une pétition dans le même sens. Quant à la personne de M. de Soubeyrau, c'est un de ces financiers enrichis qui croient que tout doit céder devant leur volonté. Comme il n'a aucune notion du côté scientifique de la question, M. de Parieu est d'avis qu'il lui sera facile, avec le concours de M. Feer-Herzog, de tenir tête au délégué du Ministre des Finances.

Toute la question est donc de savoir si, après le débat d'hier, le duc Decazes

1. Nicht abgedruckt.

2. Nicht abgedruckt.

3. Die Konferenz war vom 10. 12. 1873 (vgl. Nr. 26, Anm. 5) auf dieses Datum verschoben worden. Vgl. die BR-Prot. vom 11. bzw. 19. 12. 1873 (E 1004 1/95, Nrn. 6634 und 6767).

4. E 2200 Paris 1/106.

maintiendra M. de Parieu comme délégué du Ministère des Affaires Etrangères à la Conférence, et s'il ne se laissera pas intimider par les tentatives hostiles de la Banque.

D'après ce que M. Jägerschmidt m'a dit aujourd'hui, il n'y a pas lieu de douter du maintien de M. de Parieu comme commissaire français, mais M. Jägerschmidt envisage que les délégués français seront très réservés sur la question de l'étalon unique d'or, dont il est personnellement partisan, mais qu'il craint d'être obligé soit de combattre, soit tout au moins de laisser de côté sans le discuter.

Quant aux dispositions de l'Italie, M. Jägerschmidt croit savoir qu'elles tendraient plutôt au maintien du double étalon, d'après ce que M. Nigra aurait dit Dimanche dernier dans une conversation privée. Les délégués italiens ne sont pas encore connus, en sorte que cette nouvelle mérite encore confirmation.

34

E 2/311

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, B. Hammer,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
P. Cérésolle*

B

Berlin, 24 décembre 1873

En réponse à Votre honorée dépêche du 8 courant¹ concernant l'adhésion de l'Allemagne aux articles additionnels de la Convention de Genève², j'ai l'honneur de Vous transmettre ci-joint en copie une note verbale³ que l'office des affaires étrangères m'a adressée sous date du 23 courant et dans laquelle il déclare ne pouvoir accepter les modifications qu'avait proposées la Russie au 2^d alinea du § 12 des dits articles. D'après la note précitée le Ministère prussien, estimant que par leur nature les articles additionnels forment un ensemble que l'on ne saurait accepter en partie, se refuse également à procéder à leur ratification pour ce qui concerne les armées de terre.

J'ai remporté de conversations que j'ai eues il y a déjà quelque temps avec des personnes de positions diverses, l'impression qu'il existerait ici relativement à la Convention de Genève deux partis dont les tendances iraient en sens inverses. L'un se composant des éléments civils verrait avec satisfaction le développement de cette institution humanitaire; le parti militaire par contre, se fondant sur les expériences de la dernière guerre, ne serait pas disposé à étendre pour le moment la Convention de Genève et voudrait se réserver sa liberté d'action pour l'avenir.

La note de l'office des affaires étrangères paraît être le résultat des influences que le parti militaire fait valoir à l'égard de la Convention de Genève.

1. *Nicht ermittelt.*

2. *BBl 1868, 3, S. 1076—1083.*

3. *Nicht abgedruckt.*

Monsieur de Bülow, que j'ai vu aujourd'hui, m'a donné à entendre que la décision actuelle de son gouvernement n'exclut pas la possibilité de revenir sur cette question, lorsque l'état des esprits en France et en Allemagne permettra une discussion plus objective des faits et des principes.

35

E 2200 Paris 1/91

*Der Bundespräsident und Vorsteher des Politischen Departements, P. Cérésolle,
an den schweizerischen Legationsrat in paris, Ch. Lardy*

S Confidentielle

Berne, 28 décembre 1873

La communication que vous nous avez faite par télégramme chiffré¹ et par dépêche écrite du 23 de ce mois² au sujet de la remise à la Légation de France des archives de la Nonciature en Suisse nous a été faite également le 22 par M. de la Londe, Chargé d'Affaires de France. Dans un entretien que j'ai eu, Vendredi 26, avec ce dernier, il m'a parlé de cette remise comme l'avait fait M. Chaudordy vis-à-vis de vous, c'est-à-dire comme d'une affaire de pure complaisance et qu'une Légation ne peut pas refuser. J'ai fait observer au Comte de la Londe que nous ne demandions pas mieux que de l'envisager ainsi et que, pris isolément, cet acte de pure courtoisie peut en effet être considéré comme sans importance. Toutefois l'opinion publique en Suisse ne tarderait pas à y voir un acte politique, si d'autres faits venaient s'ajouter à celui-là. De ce nombre serait la fixation de la résidence de Mgr. Agnozzi sur un point du territoire français voisin de la Suisse.

M. de la Londe, tout en me déclarant qu'il déplorerait toute interprétation de ce genre, m'a dit n'avoir reçu de son Gouvernement aucune communication autre que celle de la remise des archives et m'a annoncé qu'il en ferait l'objet d'une note écrite au Conseil fédéral.

Je ne sais ce que fera le Conseil fédéral au sujet de cette note, mais je crois qu'il fera bien d'examiner cette affaire avec quelque attention. Et d'abord pourquoi la France croit-elle devoir nous notifier cette remise d'archives? Elle n'avait nul besoin de nous en prévenir. Si elle nous en prévient, est-ce pour se créer vis-à-vis de nous un droit ou du moins une qualité spéciale? Le Pape n'a pas de nationaux à faire protéger chez nous et s'il y laisse des biens mobiliers, comme ses archives, ces biens sont protégés par le droit commun. Si le but de la démarche que le S^t. Siège a faite auprès de la France est de soumettre, non seulement les archives, mais encore, en quelque sorte moralement, au protectorat de la France les intérêts que devait défendre la Nonciature, alors la question prend un tout autre caractère. Je ne prétends nullement que tel soit le but du Gouvernement Français, mais ce qui me paraît possible & même probable, c'est que c'est de ce côté-là que vise le S^t.

1. E 2300 Paris 26.

2. *Ibid.*

Siège et qu'il cherche à substituer en quelque manière la Légation de France à sa propre représentation diplomatique.

A un autre point de vue encore, cette affaire n'est pas claire à mes yeux. Nous avons déclaré au S^t. Siège qu'une représentation diplomatique permanente de sa part en Suisse est devenue inutile & que nous ne la reconnaissons plus. Cette déclaration est définitive. Nous ne voulons plus de Nonciature, et nous ne recevrons plus ni Légat, ni Nonce, ni Chargé d'Affaires; il ne s'agit donc nullement ici d'un cas de rupture diplomatique *temporaire* comme lors d'une déclaration de guerre p.ex. Dès lors le Pape n'a qu'à faire reprendre en Suisse et expédier à Rome tout ce qui faisait partie intégrante de la Nonciature. Mais c'est précisément ce qu'il ne veut pas, et c'est comme une pierre d'attente qu'il nous laisse ses archives avec l'espoir secret de nous renvoyer tôt ou tard un représentant diplomatique.

Jusqu'à quel point convient-il au Gouvernement Français de se prêter à une pareille tactique? Je l'ignore & j'ignore même, je le répète, si le Conseil fédéral jugera bon de la relever. Mais vous ferez bien de présenter les observations qui précèdent aux personnages officiels avec lesquels vous aborderez ces questions. Je le ferai de mon côté avec le Chargé d'Affaires de France lorsqu'il me remettra la note qu'il m'a annoncée, ou même auparavant si j'en ai l'occasion.

Le S^t. Siège n'a du reste à Lucerne que des archives & aucun immeuble; c'est à tort qu'au Ministère des Affaires Etrangères Français on attribue à la Nonciature en Suisse une maison. Un membre du Gouvernement de Lucerne m'a affirmé tout récemment qu'il n'en est rien.

Ce qui touche au rôle de la France dans nos questions confessionnelles est tout particulièrement délicat dans le moment actuel. Les attaques dont la Suisse est l'objet systématique dans les journaux même officiels, produisent dans l'opinion publique de notre pays une assez grande irritation. On veut y voir l'expression des sentiments du Gouvernement lui-même. L'on sait combien celui-ci a de moyens d'action sur la presse et l'on est convaincu que s'il le voulait, ces attaques ne se produiraient pas. Il n'est pas étonnant dès lors que les sympathies pour la France, si vives & si cordiales dans le moment où il y avait quelque courage à en manifester, se refroidissent et s'effacent dans notre pays. On croirait par moments qu'il existe en France un parti dont le but est de nous jeter dans les bras de ceux que les Français considèrent comme leurs plus implacables ennemis et vis-à-vis desquels nous sommes restés et resteront à l'avenir complètement indépendants. Si vous avez l'occasion de toucher ce sujet, le plus grave et le plus vibrant de ceux qui peuvent être discutés entre la France & nous dans ce moment, faites-le avec une entière franchise. Dites au Duc Decazes que nous saurons toujours remplir nos devoirs de Gouvernement neutre, que nous ne demandons de mesures de répression à personne ni contre personne, mais que les attaques de la presse gouvernementale française contre la Suisse, les menaces d'intervention & les accusations de servilisme, peuvent avoir sur les relations futures des deux pays les conséquences les plus regrettables. Faites-lui remarquer en outre, si vous en trouvez l'occasion, que les accusations injurieuses portées publiquement contre notre pays dans des actes officiels comme les mandements des évêques ne passent pas inaperçues en Suisse & qu'on s'y étonne à bon droit que l'évêque de Nîmes p.ex. ose appeler la Suisse «un vil satellite de Berlin». Si des réfugiés politiques en Suisse s'exprimaient ainsi sur le Gouvernement de la France, nous y aurions mis

bon ordre depuis longtemps, & si un Gouvernement Cantonal ou un fonctionnaire public se laissait aller à des termes semblables dans un acte officiel, en parlant d'un Gouvernement voisin & ami, le Conseil fédéral saurait faire respecter les convenances internationales.

Je vous laisse le soin, Monsieur le Chargé d'Affaires, de faire de ces observations tout à fait personnelles l'usage qui vous paraîtra convenable, [...]³.

Les deux journaux ci-joints⁴ pourront vous être utiles. Veuillez me les renvoyer quand vous en aurez fait usage.

P. S. 28 Dec. midi. J'ai prié M. de la Londe de venir me voir & je viens de lui faire les principales observations qui précèdent. Il en a reconnu le bien-fondé, tout en me déclarant qu'il était convaincu que le Gouvernement Français envisage les questions comme nous, et que dans la remise des archives, il ne s'agit, comme s'exprime la dépêche qu'il a reçu, que « *d'un protectorat matériel* ». Dans le but de ne pas donner à cette affaire plus d'importance qu'elle n'en mérite, il ne me remettra pas de note écrite.

3. *Es folgt die Grussformel.*

4. Courrier de Genève vom 23. 12. 1873 und Union Franc-contoise vom 10. 12. 1873 (E 2200 Paris 1/91).

36

E 2200 Paris 1/106

*Der Bundesrat
an die schweizerischen Delegierten an der Konferenz der Lateinischen
Münzunion in Paris, K. Feer-Herzog und Ch. Lardy*

S

Berne, 15 janvier 1874

Le Conseil fédéral a pris connaissance avec un vif intérêt du rapport¹ que vous avez bien voulu lui faire en date du 12 de ce mois sur les travaux de la Conférence monétaire internationale et il s'empresse de vous en remercier.

Selon le désir que vous nous exprimez de voir compléter les instructions que nous vous avons précédemment remises nous le faisons de la manière suivante:

1. Les Délégués suisses sont autorisés en première ligne à appuyer la proposition faite par la France de restreindre la frappe des pièces de 5 frs. d'argent à 100,000 frs. par jour (30 millions par an); toutefois ils sont autorisés à admettre que cette frappe puisse être annuellement de 58 millions.

2. Pour la répartition de cette somme de 30 millions ou au maximum de 58 millions, les Délégués suisses devront réclamer comme base le chiffre de la population des Etats ou le chiffre indiqué par le commerce général de chacun des Etats *avec la France*. Chaque Etat devra rester libre de frapper ou de ne pas frapper les quantités qui lui seraient attribuées.

1. BBl 1874, 1, S. 1035—1058.

3. Les Délégués suisses sont autorisés à déclarer que la Suisse s'oppose formellement à la demande de l'Italie de pouvoir frapper une somme de 100 millions à titre exceptionnel, et si cette demande était maintenue elle se verrait dans l'obligation de refuser aux monnaies italiennes le cours légal en Suisse.

En tout cas la Suisse ne pourrait accéder à cette frappe exceptionnelle qu'à la condition que l'Italie s'engage à retirer dans un court délai de la circulation tous les papiers-valeurs émis par elle au-dessous de la somme de cinq francs.

4. La Suisse déclare se joindre au désir exprimé par la Belgique pour qu'une Conférence se réunisse chaque année afin d'examiner la situation de l'Union monétaire, au lieu de s'en tenir à l'échange des documents et renseignements mentionnés à l'art. 11 de la Convention du 23 Décembre 1865.²

5. Les Délégués suisses sont autorisés à admettre une proposition relative au droit d'accession à la Convention en faveur des *Etats limitrophes* seulement.

6. Quant aux tolérances de titre, les Délégués suisses admettront la proposition de réduire à 1 millième au lieu de 2 millièmes la tolérance inscrite dans l'art. 2 pour les pièces de 20 frs., vu que les expériences de fabrication ont établi que la différence constante était d'un 10,000^{ème} au plus.

2. AS 1863—1866, VIII, S. 825—837.

37

E 2/919

Der Geschäftsträger des Heiligen Stuhles in Luzern, G. B. Agnozzi, an den Bundesrat

N

Lucerne, 17 janvier 1874

Le Chargé d'Affaires du St-Siège près la Confédération Suisse ayant, par l'entremise de Son Eminence le Cardinal Antonelli, porté à la connaissance du Saint-Père la Note fédérale adressée au Soussigné en date du 12 décembre 1873¹, vient de recevoir les ordres et les instructions qui lui étaient nécessaires pour répondre aux Hautes Autorités fédérales.

Selon Sa Note le Conseil Fédéral ayant lu les Lettres Encycliques adressées le 21 novembre 1873 par Sa Sainteté à tous les Patriarches, Primats, Archevêques et Evêques de l'Eglise Catholique², a cru voir dans cet Acte du Saint-Père des accusations graves et directes contre diverses Autorités Suisses concernant certaines décisions par Elles adoptées, notamment d'avoir violé la foi publique, et expulsé du territoire de la Confédération un Prêtre citoyen Suisse, Mgr Mermillod, Evêque d'Hébron, Vicaire Apostolique de Genève. En conséquence le Conseil Fédéral était d'avis qu'une représentation diplomatique permanente du St-Siège en Suisse est devenue inutile; il faisait donc connaître au Soussigné, en l'invitant à

1. *Vgl. Nr. 30.*

2. *Die Enzyklika ist abgedruckt im GBer. 1873, S. 337—344.*

en faire rapport au St-Siège, que les Autorités Fédérales cessaient, dès la date de la Note susdite, de reconnaître le Chargé d’Affaires du St-Siège comme Représentant diplomatique accrédité près la Confédération. Enfin il demandait au Soussigné d’indiquer le jour de son départ de la Suisse.

Le Saint-Père, sans parler du Soussigné, n’avait pas à s’attendre que ses Lettres Encycliques adressées en sa qualité de Chef Suprême de l’Eglise aux Autorités Ecclésiastiques en communion avec le St-Siège pourraient donner lieu à une Note diplomatique de cette teneur. Sa Sainteté, par ses Lettres aux Evêques de la catholicité, dénonçait et condamnait des Actes regrettables qui violaient des engagements pris et jurés solennellement par les Autorités civiles et stipulés très-implicitement dans les Traités de Vienne et de Turin, que les hautes Autorités Fédérales par des déclarations antérieures ont Elles-mêmes reconnu être en pleine vigueur.

Il est donc manifeste que le Saint-Père, obligé par les devoirs de Sa Charge apostolique, ou tout au moins en vertu de ces Traités, de se plaindre et de réclamer, ne pouvait omettre de dire que la foi publique a été violée. En outre l’exil du Vicaire Apostolique de Genève, prononcé en dehors de toute loi Fédérale ou Cantonale, ayant nécessairement donné lieu à une protestation de Sa Sainteté auprès du Conseil Fédéral, par l’organe du Soussigné, un jugement public défavorablement motivé, partagé par les Catholiques fidèles et même par un grand nombre de Protestants, était déjà intervenu et le Saint-Père n’était pas libre ni de le contredire, ni de ne pas en relever la responsabilité.

De ces observations il résulte que la rupture des relations diplomatiques entre le St-Siège et les Autorités fédérales déclarée par celles-ci n’est en soi fondée sur aucune raison probante ou valable, d’autant moins que l’Assemblée Nationale, dans sa séance du 27 Novembre 1873, avait décidé par 69 voix contre 41 que la Nonciature Apostolique devait être maintenue dans la Confédération.³

Le Soussigné donc, tout en protestant contre une décision si inattendue et aussi pénible au Saint-Père que fâcheuse pour les intérêts des catholiques de la Suisse, espère que le Haut Conseil fédéral voudra bien, appréciant justement les Actes du St-Siège, revenir sur sa détermination annoncée par la Note du 12 décembre 1873.

Que si, au contraire, le Conseil Fédéral voulait persister dans sa résolution, le jour où le Soussigné recevra d’une manière définitive ses passeports, il se considérera comme contraint de céder à la nécessité et de quitter le territoire de la Confédération Suisse.⁴

3. Vgl. Protokolle über die Verhandlungen der eidgenössischen Râthe betreffend die Revision der Bundesverfassung, 1873/1874. Bern. 1877. S. 159.

4. Am 23. 1. 1874 wurden dem Nuntius die Pässe zugestellt und am 12. 2. 1874 verliess er die Schweiz (GBer. 1873, S. 321).

E 2300 Paris 27

*Der schweizerische Legationsrat in Paris, Ch. Lardy,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
K. Schenk*

B Confidentiel

Paris, 18 janvier 1874

Avant-hier soir j'avais l'honneur de Vous rendre compte des propos tenus par M. Nigra dans la salle d'attente du Ministre des Affaires Etrangères, & d'exposer que le Cabinet Italien avait demandé au Gouvernement français de se prononcer catégoriquement, à l'occasion de l'interpellation Du Temple, contre toute politique ultramontaine, contre toute pensée de restauration pontificale & de donner nettement à entendre au parti clérical français qu'il doit renoncer à l'appui du Cabinet de Versailles.¹

J'espérais rencontrer hier soir, dans un dîner, le Comte Arnim & obtenir de lui des renseignements officiels au sujet des intentions de l'Allemagne. Avant-hier soir, l'Ambassadeur a perdu sa fille aînée & je ne l'ai donc pas vu. — Cependant comme M. d'Arnim est venu vendredi à 2 heures chez le Duc Decazes, & qu'il est resté en conférence avec lui pendant près d'une heure, ce n'est pas trop s'avancer que de dire que l'objet de cet entretien devait être très-important. Sinon l'Ambassadeur n'eût pas quitté sa fille deux ou trois heures avant le dernier soupir de celle-ci.

Voici en quelques mots ce que j'ai appris hier par le C^{te} Wesdehlen, Conseiller de l'Ambassade d'Allemagne.

M. d'Arnim n'avait, comme Vous le savez, pas encore reçu d'instructions au sujet de l'attitude à prendre dans l'affaire des mandements épiscopaux, mandements dont la teneur était si injurieuse pour les gouvernements d'Allemagne, d'Italie & de Suisse. Vous Vous rappelez également que M. d'Arnim avait demandé à ne recevoir pour instructions que ce qu'on serait *décidé à obtenir*. — Mercredi soir, il n'avait encore reçu aucune réponse à sa demande d'instructions.

Dans l'intervalle, M. Decazes avait rapporté à M. d'Arnim une conversation entre M. de Gontaut-Biron & M. de Bülow dans laquelle le Ministre prussien des Affaires Etrangères aurait déclaré que la circulaire envoyée aux évêques par M. de Fourtou le satisfaisait pleinement. M. Decazes aurait ajouté: «Je me félicite vivement de ces déclarations de M. de Bülow, qui mettent fin à une question si délicate». — Quelques jours après, dans une nouvelle conversation entre Arnim & Decazes, ce dernier raconte que M. de Gontaut-Biron avait eu, avec le prince de Bismark un entretien sur cette même circulaire, & que le prince Bismarck avait, en termes très vifs, déclaré que les expressions employées par M. de Fourtou étaient beaucoup trop faibles; que l'Allemagne, en pleine lutte contre l'ultramontanisme, était obligé de surveiller partout les menées du parti clérical, & qu'en particulier l'Allemagne ne pouvait tolérer l'attitude des ultramontains français.

1. Vgl. das Schreiben von Kern an Schenk vom 16. 1. 1874 (E 2300 Paris 27).

Jeudi soir est arrivé de Berlin un courrier à l'Ambassade d'Allemagne à Paris, & c'est à la suite de l'arrivée de ce courrier que M. d'Arnim s'est rendu Vendredi, malgré l'état presque désespéré de sa fille, à l'audience du duc Decazes.

M. Wesdehlen dit ignorer ce qui a pu être dit à cette occasion, & n'avoir pas voulu encore parler à son chef de la situation politique.

Le correspondant du *Times*, qui s'était rapproché de nous pendant cette conversation, demanda à mon interlocuteur s'il avait connaissance d'un article de la *Nord Deutsche Allgemeine Zeitung* publié le soir même par les journaux de Paris, & dont je Vous remets sous ce pli la traduction française.² — Le correspondant du *Times* fit observer que, dans sa pensée, on s'irritait trop en Allemagne du langage de la presse et des évêques français; il ne pense pas que les articles de journaux & les mandements du haut clergé aient l'influence qu'on leur attribue. — «Je me demande où Vous voulez en venir», a-t-il continué. «Le Gouvernement français, depuis huit jours, s'est raccomodé avec la droite. Il ne lui est pas possible de se séparer d'elle si brusquement & après un si court délai. — D'autre part, n'oubliez pas que Vous pourriez, en poussant au renversement du Cabinet Broglie, en avoir un autre encore pire, parce que la France est au fond très catholique. — Voulez vous amener le Cabinet de Versailles dans un cul-de-sac?»

Le diplomate allemand a répondu: «Si j'étais un homme *qui tombe de la lune*, je Vous donnerais raison. Mais à Berlin, on est engagé dans une «lutte à outrance» contre les ultramontains, & cette lutte nous oblige à considérer comme des *ennemis* tous ceux qui les soutiennent, qu'ils soient en France ou ailleurs». — Il semble résulter de cette réponse que M. Wesdehlen est plus au courant qu'il ne veut le dire, de la teneur des instructions arrivées Jeudi.

A l'occasion de la conférence monétaire, j'ai eu avec M. Ressmann un assez long entretien sur la même question. Il m'a confirmé les détails donnés par M. Nigra au Ministre des Pays-Bas, et a ajouté: «L'Italie veut sincèrement la paix. Mais elle veut aussi la reconnaissance définitive de l'ordre de choses actuel. Si on lui refusait une réponse nette, elle verrait ce qui lui reste à faire».

Il a ajouté, & M. Wesdehlen a aussi abordé ce point, que l'Allemagne serait assez disposée à demander la poursuite de certains évêques en exécution de l'art. 12 de la loi française du 17 Mai 1819, ainsi conçu: «L'offense, par l'un des mêmes moyens, envers la personne des souverains ou envers celle des chefs des gouvernements étrangers, sera punie d'un emprisonnement d'un mois à trois ans, et d'une amende de 100 fr à 500 francs». Sur ce point, M. Wesdehlen m'a paru plus affirmatif que M. Ressmann.

Enfin j'ai rencontré hier soir un député du centre droit, lié depuis plus de 20 ans avec M. de Broglie, & auquel j'ai demandé ce qu'il savait de la situation. Ce député a dit que, depuis plusieurs jours, le Gouvernement français était sérieusement inquiet. M. de Bismark serait très irrité de la prétendue faiblesse du gouvernement français envers les évêques, & l'Italie, qui n'ose parler haut qu'à cause de son alliance avec l'Allemagne, surenchérit encore sur les réclamations prussiennes. Que peut faire le cabinet contre des prélats «à moitié fous» comme l'évêque de

2. Nicht ermittelt.

Nîmes? Il n'a aucune action sérieuse sur eux. Tout ce qu'il ferait ne contribuerait qu'à surexciter les cléricaux. Le gouvernement n'a aucune sympathie pour Mgr Plantier, qui ne lui épargne pas à lui-même les injures. Mais il a besoin de la droite pour sa lutte intérieure contre le radicalisme. Il ne peut se séparer d'elle. L'Allemagne semble décidément vouloir nous faire une mauvaise querelle. Elle sait que nous ne pouvons nous dégager de la droite; elle sait que notre réorganisation marche trop vite; elle veut semble-t-il nous infliger un affront sérieux, & peut-être une série d'affronts, pour nous obliger à prendre les armes. — A l'intérieur la position n'est pas meilleure. Aujourd'hui le cabinet a presque subi un nouvel échec à la Chambre. M. Ferry (centre gauche) avait demandé que le gouvernement, dans les localités comptant moins de 3000 âmes, dût choisir les maires au sein des Conseils municipaux. «La majorité contre cette proposition, n'a été que de 5 voix. Allons-nous avoir une nouvelle crise intérieure venant s'ajouter à ces graves complications extérieures?» Ce député, en sa qualité de membre de la droite, ajoutait naturellement que tous les députés avaient le devoir patriotique de se serrer autour du cabinet du 24 Mai.

A l'*officiel* de ce matin, la majorité obtenue hier par le Gouvernement est de 4 voix seulement, et *presque* tous les Ministres ont pris part au vote. Je dis «*presque* tous», parce que, chose curieuse, on trouve au nombre des *abstentions*, le nom de M. le Duc Decazes.

Est-ce un simple accident? Ou y a-t-il là un fait voulu? C'est ce que nous ne tarderons pas à savoir. M. Decazes peut avoir, après ses entretiens avec MM. Nigra & Arnim, le sentiment qu'il est indispensable de faire des concessions à l'Allemagne & à l'Italie, que le Cabinet actuel ne peut faire ces concessions, & qu'il doit s'ouvrir une porte pour se mettre à la tête d'un nouveau cabinet.

En résumé, la situation est réellement grave. Mais je dois dire que je ne puis croire à la guerre. La France devra céder. Il est impossible qu'elle ne le fasse pas. Il y aura plutôt un changement de *gouvernement* en France qu'une guerre. Le sentiment que le Cabinet actuel peut, moins que tout autre, donner satisfaction à l'Allemagne et à l'Italie, contribuera à hâter sa chute. Ce qui paraît donc le plus probable, c'est, non pas la guerre comme le font croire les pessimistes, mais un changement de Ministère, si M. de Broglie n'entre pas résolument dans une voie énergique contre les ultramontains.

En Vous priant de conserver un caractère *absolument confidentiel* aux détails communiqués plus haut, [...]³.

3. Es folgt die Grussformel.

39

E 2200 Paris 1/94

*Der Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartements, P. Cérésolle,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, J.K. Kern*

S

Bern, 25. Januar 1874

Es ist Ihnen ohne Zweifel durch die Presse bekannt geworden, dass in diesen Tagen in Genf eine Drukschrift entdekt wurde, welche sofort in hohem Grade die Aufmerksamkeit der Behörden u. des grössten Theiles der schweizerischen Bevölkerung auf sich gezogen hat. Die Drukschrift, welche nach Berichten der Polizei in Genf in grosser Anzahl in ein Ballot verpakt aus Frankreich nach Genf gekommen ist und wovon wir Ihnen beigeschlossen ein Exemplar übermachen, trägt den Titel «Appel des catholiques suisses aux Puissances signataires du traité de Vienne contre la violation de ce traité par les autorités suisses». ¹ Es charakterisirt sich also dieses Aktenstück schon durch seine Überschrift als eine Aufforderung fremder Staaten zur Intervention in die innern Angelegenheiten der Schweiz, und es würde, wenn dasselbe zur Unterschrift und Absendung gelangt wäre, nach Art: 37 des Bundesstrafgesetzes² strafbar sein. Der Inhalt selbst lässt denn auch über diese Tragweite des Aktenstücks gar keinen Zweifel, zumal es namentlich bestimmt war, durch die gegenwärtig aufgeregte katholische Bevölkerung im Kanton Genf und im bernischen Jura en masse unterzeichnet zu werden.

Wenn indess, wie wir vermuthen, noch keine eigentliche Vollendung eines Verbrechens gegen die äussere Sicherheit und Ruhe der Eigenossenschaft geredet [*sic!*] werden kann, so dürfte doch schon jezt von einem strafbaren Versuch im Sinne von Art: 14 des Bundesstrafrechtes³ gesprochen werden können. Es lag daher in der Pflicht der eidgenössischen und kantonalen Behörden, diejenigen Massnahmen zu treffen, welche geeignet sein möchten, den oder die Urheber zu entdecken.

Nun bietet die Drukschrift selbst auch einen Anhaltspunkt hiefür, indem am Ende derselben angegeben ist, sie sei gedruckt worden in «Bar-le-Duc». «Typographie des Célestins. — Bertrand.»

Es wäre uns daher von grossem Interesse, wenn Sie auf einem Ihnen passend scheinenden Wege etwas ermitteln könnten, das geeignet wäre, den oder die Verfasser des fraglichen Aktenstückes und andere dabei betheiligte Persönlichkeiten zu ermitteln, oder über die begleitenden Umstände aufzuklären.⁴

Wir vermuthen, dass man ein dahin zielendes offizielles Begehren ablehnen würde, weil es sich um ein politisches Verbrechen handle, oder weil es nicht im Wege einer Commission rogatoire gestellt sei, allein es dürft Ihnen dennoch gelin-

1. E 21/13109.

2. AS 1851—1853, III, S. 415 f.

3. *Ibid.*, S. 408.

4. *Vgl. Nr. 42.*

gen, in der einen oder andern Weise uns zu dem erwähnten Zwecke behülflich zu sein.

P. S. Wir haben nur erst *ein* Exemplar des «Appel» & können dieses zur Zeit nicht entbehren. So bald die von Genf nachgeforderten Exemplare ankommen, werden wir Ihnen sogleich eines nachsenden.

40

E 1004 1/96

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 31. Januar 1874

619. Internationale Münz-Konferenz. Zusatzartikel

Finanz- und Zolldepartement. Antrag vom 30. Januar 1874

Mit Depeschen¹ vom 24., 26. und 27. dies. haben die herwärtigen *Delegirten an der internationalen Münzkonferenz in Paris, HHrn. Feer-Herzog und Lardy*, weitem Bericht über die Verhandlungen derselben erstattet und mit letzterer zugleich ein am 27. dies. von der Konferenz ausgearbeitetes Projekt von *Nachtragsartikeln² zur Convention vom 23. Dezember 1865³* übermittelt, welche am 31. dies. unter Ratifikationsvorbehalt von den Mitgliedern der Konferenz unterzeichnet werden sollen. Die hauptsächliche Bestimmung derselben besteht darin, dass sich die Conventionsstaaten verpflichten, im Laufe dieses Jahres nicht über eine bestimmte Summe hinaus silberne V Fr. Stüke zu prägen. Dieselbe ist für Belgien 12, für Frankreich 60, für Italien 40, für die Schweiz 8 Millionen, wobei für Belgien fr. 5,900,000, für Frankreich fr. 34,968,000, für Italien fr. 9,000,000 bereits ausgestellte Bons inbegriffen sind, Italien indess die Fakultät gewährt ist, als Reservefonds für die Nationalbank noch für weitere 20 Millionen V Fr. Stüke prägen zu dürfen.

Wenn sich auch die Herren Delegirten nicht verhehlen, dass sie sehr weit davon entfernt sind, den von der Schweiz bei ihrem Antrag auf Einberufung der Konferenz ins Auge gefassten Zweck erreicht zu haben, so glauben sie immerhin, in der wenn auch nicht beträchtlichen Beschränkung der Silberprägung einen Gewinn erblicken zu sollen und suchen um die Ermächtigung nach, die projektirten Nachtragsartikel unterzeichnen zu dürfen.

Das Departement beantragt und es wird beschlossen:

Die nachgesuchte Ermächtigung telegraphisch und dann brieflich (dies Mal unter Empfangsanzeige für die citirten Berichte der Delegirten) zu ertheilen.⁴

1. *Alle Dokumente nicht abgedruckt.*

2. AS 1874—1875, 1, S. 97—103.

3. AS 1863—1866, VIII, S. 825—837.

4. *Die Zusatzartikel zum Münzvertrag von 1865 wurden am 31. 1. 1874 von Frankreich, Belgien, Italien und der Schweiz unterzeichnet. Vgl. dazu die Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung zum ersten Zusatzvertrag zur Münzkonvention von 1865 vom 25. 5. 1874* (BBl 1874, 1, S. 1027—1034).

E 53/83

*Der schweizerische Legationsrat in Paris, Ch. Lardy
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
K. Schenk*

B Confidentiel

Paris, 1^{er} février 1874

Ayant eu l'occasion de rencontrer hier M. le Duc Decazes, je l'ai entretenu officieusement des détails que M. de Chaudordy Vous a communiqués sur le prochain dépôt d'un rapport défavorable à une subvention du *percement du Simplon* par la France.

M. le Ministre des Affaires Etrangères ignorait jusqu'à l'existence de la proposition de MM. Baragnon, Gambetta et consorts. Après que j'eus mis brièvement M. Decazes au courant de la situation, j'ai obtenu de lui la promesse qu'il chercherait à voir le rapporteur de la Commission chargée d'étudier cette affaire, et qu'il n'avait aucune objection à intervenir personnellement pour obtenir le renvoi du dépôt du rapport, si rien de sérieux ne s'y oppose.

Ce matin, j'ai appris que la proposition Baragnon-Gambetta avait été renvoyée à la Commission des Chemins de fer et que M. Cézanne était chargé du rapport. Par l'entremise d'un député de ma connaissance, je me suis immédiatement fait introduire auprès de M. Cézanne.

Ce dernier était précisément occupé de l'étude de cette question et avait sur sa table de nombreux plans et cartes de la Vallée du Rhône et du Simplon. M. Cézanne, longtemps ingénieur du Chemin de fer du Nord, est du reste fort compétent en ces matières et a rédigé un remarquable rapport à l'Assemblée Nationale sur le chemin de fer de Calais à Marseille.

M. Cézanne n'est nullement favorable à M. de La Valette, qu'il considère comme «ayant discrédité la ligne du Simplon et causé par avance un sérieux préjudice aux personnes qui voudront s'occuper d'une manière réelle de la construction de cette grande voie alpestre». De plus, M. Cézanne m'a dit qu'il n'était personnellement animé que de sentiments bienveillants pour le percement du Simplon. Il a cependant présenté les objections suivantes:

«Nous sommes en France dans la position que voici: Un propriétaire riche, auquel on vient parler d'un chemin vicinal utile, voisin de son domaine, et qui est susceptible d'en augmenter la valeur, pourra accueillir avec faveur la demande que lui feront ses voisins de souscrire quelques milles francs pour la construction de cette route. Mais si cette demande lui est faite le lendemain de l'incendie de sa maison et alors que les murs en sont troués par les obus, il répondra: Laissez-moi d'abord rebâtir mon toit et restaurer mes murs, et ensuite j'examinerai ce que ces travaux de première nécessité ont coûté et je verrai si mes revenus me permettront de m'intéresser à votre chemin. La France est dans une position analogue à l'égard du percement du Simplon. Nous n'en contestons nullement l'utilité. Je crois même que cette ligne peut rendre de réels services. Cependant elle me paraît n'avoir en France qu'un rayonnement restreint. Si le chemin de fer d'Amiens à Dijon se construit, elle pourra gagner en importance. Cependant le Simplon aura

toujours, comparé au Mont Cenis, deux inconvénients: Le premier est qu'on doit franchir deux chaînes de montagnes, le Jura d'abord, puis les Alpes, tandis qu'au Mont Cenis on aborde directement les Alpes. Le second est qu'une seule compagnie est maîtresse de toute la ligne de Paris au Mont Cenis, ce qui rend plus faciles des combinaisons de tarifs pour lutter contre le Gothard. Sur le chemin de fer du Simplon par contre, il faudra toujours une entente avec les chemins de fer suisses.» Un troisième désavantage insinué par M. Cézanne est qu'au point de vue stratégique, la France ne pourrait se servir du Simplon sans violer la neutralité suisse, ce qui, dans une guerre quelconque, est une éventualité trop grave pour qu'on ne doive pas en tenir compte.

«Je suis cependant de l'avis, a continué M. Cézanne, que la question d'une subvention de la France doit seulement être ajournée et non pas écartée. J'ai la conviction que le Simplon se fera. Seulement le moment n'est pas favorable. Nous avons une foule de chemins de fer exclusivement français, dont la construction immédiate est pour nous absolument indispensable, tant au point de vue militaire qu'au point de vue commercial. Nous avons à refaire toutes nos forteresses anciennes et à en construire de nouvelles sur notre frontière de l'Est. Cela représente, *au bas mot*, deux milliards de dépenses *nécessaires* à l'intérieur du pays. Il me paraît donc difficile de songer en ce moment à subventionner à l'étranger un chemin de fer très utile sans doute, mais dont nous pouvons encore nous passer.

Quant à retarder le dépôt de mon rapport pour être agréable à Votre Gouvernement, et pour permettre de prendre en Suisse toutes mesures de sauvegarde que l'on jugerait utiles, soit dans l'intérêt de l'œuvre elle-même, soit en faveur des victimes de M. de La Valette, j'y consens très volontiers, d'autant plus volontiers que les conclusions de ce rapport ne sont pas encore très arrêtées dans mon esprit. Cependant, il ne faudrait pas que le délai fût trop long et dépassât le milieu du mois prochain.»

J'ai cru devoir Vous faire immédiatement part de cette conversation, dont Vous aurez à déduire les conséquences. M. de Loys devant arriver prochainement à Paris et étant très au courant de la situation, je suppose que Vous n'aurez pas d'objection à ce que je l'introduise auprès de M. Cézanne.

Le procès actuellement pendant entre La Valette et une partie de son Conseil d'Administration sera jugé dans le courant de la semaine par le tribunal de 1^{ère} instance de Paris, à ce que j'ai appris hier à la direction du Contentieux au Ministère des Affaires Etrangères.

Je dois ajouter que M. Cézanne a entendu émettre l'opinion, sans vouloir se prononcer encore sur son bien-fondé, qu'il serait peut-être préférable pour la France de ne pas engager un capital de cinquante millions dans le Simplon, mais d'employer, après l'achèvement du Gothard, les *revenus* de ces cinquante millions à subventionner la Compagnie P[aris] L[yon] M[éditerranée] pour lui permettre, par des tarifs différentiels, d'attirer vers le Mont Cenis le trafic des départements français de l'Est, plutôt que de laisser les produits de ces départements se diriger sur Bâle et le Gothard.

E 21/13109

*Der Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartements, P. Cérésolle,
an den ausserordentlichen Bundesanwalt in Lausanne, L. Berdez*

S

Berne, 3 février 1874

Nous vous confirmons notre télégramme de ce soir¹ et nous avons l'honneur de vous transmettre, ainsi qu'il vous l'annonçait, l'original de la lettre adressée au Président de la Confédération par l'abbé Defourny². Vous remarquerez que cette lettre datée de Beaumont en Argonne, a été mise à la poste à Paris. Le journal *l'Assemblée Nationale*, qui remplace provisoirement *l'Univers*, annonce à la première page de son N° d'aujourd'hui paru hier soir, qu'il publiera demain la lettre de l'abbé Defourny. Tout cela a l'air d'une manœuvre combinée de manière à dépister la justice & à attirer son attention sur un homme de paille. Vous & M^r. le Juge d'Instruction verrez le cas qu'il en faut faire.

M^r. de Chaudordy, Ambassadeur de France, dans une visite qu'il a faite au soussigné cet après-midi, est revenu sur la question de la mise en liberté provisoire de Collet, sans faire aucune demande expresse qu'il a reconnu d'ailleurs n'avoir lui-même point mission à formuler. Il a exprimé la conviction que l'affaire de Bar-le-Duc n'était que le fait de quelques étrangers imprudents & maladroits. Il a même laissé entrevoir que des polémistes trop ardents l'avaient entretenu assez récemment du projet de provoquer des manifestations semblables à celle de Bar-le-Duc, mais qu'il avait inutilement cherché à leur montrer l'imprudence & l'absurdité de pareilles démarches. Revenant ensuite sur l'arrestation de Collet, il a exprimé la crainte que sa qualité de prêtre & de français ne fût le motif de mesures particulières sévères contre lui. Il a parlé entr'autres du *secret* auquel on maintient le détenu. Il est évident qu'on a cherché à agir auprès de l'Ambassadeur de France pour provoquer de sa part une intervention auprès de nous.

Le soussigné a répondu à M. de Chaudordy que la détention provisoire de Collet ne présente aucun caractère exceptionnel de sévérité; que d'autre part Collet n'a rien fait qui puisse lui attirer la faveur d'une libération provisoire prématurée; qu'elle lui serait accordée aussitôt que le développement de l'enquête le permettrait³ & que le Département de Justice & Police vous écrirait pour vous transmettre le vœu de M^r. l'Ambassadeur de France de manière que vous & M^r. le Juge d'Instruction puissiez en tenir compte aussitôt que faire se pourra.⁴

1. *Nicht abgedruckt.*

2. *Nicht ermittelt. Kopie in E 21/13109.*

3. *Der Bundesrat beschloss am 7. 2. 1874: [...] In Anbetracht dass aus der in Bezug auf die Drukschrift, betitelt «Appel [...]» geführten Untersuchung sich ergeben hat, dass Firmin Collet, französischer Geistlicher, wohnhaft in Genf, mehrere Exemplare dieser Drukschrift erhalten & versendet hat, nach Einsicht des Art. 57 der Bundesverfassung [AS 1848—1850, I, S. 29]. [...] Art. 1. Firmin Collet ist aus dem Gebiete der schweizer. Eidgenossenschaft verwiesen. [...] (E 1004 1/96, Nr. 776).*

4. *Vgl. den GBer. 1874 (BBl 1875, 2, S. 625 f).*

*Der schweizerische Gesandte in Wien, J.J. von Tschudi,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
K. Schenk*

B

Wien, 9. März 1874

Ich beehre mich Ihnen beigeschlossen die Abschrift eines Promemoria¹ zu übersenden, welches das k. & k. Ministerium des Äussern als Antwort auf meine Note vom 14. Januar l. J.² bezüglich der Rheincorrectionsfrage an mich richtete. Sie werden aus demselben entnehmen, dass wir in dieser hochwichtigen Frage wieder um kein Haar weiter vorgerückt sind.³ Das k.k. Ministerium des Innern hält mit aller Hartnäckigkeit an der gleichzeitigen *Eröffnung* beider Durchstiche fest und macht von der bestimmten Erklärung von Seite der Schweiz, dass sie dieser gleichzeitigen Durchstichseröffnung beipflichte, die weiteren Verhandlungen abhängig. Sie begnügt sich also keineswegs mehr mit der gleichzeitigen Ausführung und Vollendung beider Durchstiche. Die Frage ist dadurch sehr acut geworden und es dürfte aussordentlich schwer halten noch einen vermittelnden Ausweg zu finden. Die österreichischen Experten scheinen sich durchaus nicht überzeugen zu lassen, dass die gleichzeitige Eröffnung beider Durchstiche wirklich Gefahren für das Unternehmen in sich birgt. Und wenn sie auch die Einsicht erlangt hätten oder erlangen würden und ein Gutachten *gegen* die Gleichzeitigkeit der Eröffnung abgeben würden, so ist ja es immer noch fraglich, ob die österreichische Regierung dasselbe acceptiren würde, denn sie erklärt ja ausdrücklich, dass die Experten-Commission gar nicht berufen sei sich über die Reihenfolge der Durchstiche auszusprechen, weil sich Österreich das Recht vorbehalten habe, über die Anträge der Experten-Commission zu entscheiden! Wenn also das Ministerium des Innern es aus *rein politischen* Zwecken für opportun erachtet an der Eröffnung beider Durchstiche fest zu halten um dadurch vielleicht einem ganz unzurechnungsfähigen Theile der Bevölkerung des kleinen Kronlandes Concessionen zu machen, so können Millionen nutzlos verschleudert werden!

Diese Frage wird wohl von unserer Seite eine ebenso eingehende als entschiedene Beantwortung erhalten müssen um endlich einmal dem unnützen hin und her Parlamentiren ein Ende zu machen.

Nachschrift: Eben im Begriffe diesen Brief zu schliessen erhalte ich noch eine Note⁴ vom k. & k. Ministerium des Äussern, wovon ich Ihnen anruhend Copie mitzutheilen die Ehre habe.

1. Nicht abgedruckt.

2. Nicht ermittelt.

3. Zur Rheinkorrectionsfrage vgl. auch DDS 2, Nrn. 48, 58, 67, 105, 106, 125, 127, 202, 345, 412 und 430.

4. Nicht abgedruckt.

*Der schweizerische Legationsrat in Paris, Ch. Lardy,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
K. Schenk*

B Confidentiel

Paris, 21 mars 1874

Ainsi que j'ai eu l'honneur de Vous l'écrire le 18 de ce mois¹ j'ai tenu à avoir, sur la *question de la ligne d'Italie*, un entretien avec M. le Ministre des Affaires Etrangères.

Dans la salle d'attente du Ministère est arrivé M. de *Chaudordy*, avec lequel j'ai eu sur cette affaire une longue conversation dont je commence par Vous rendre compte.

J'ai trouvé M. de Chaudordy très excité, et n'ayant pas encore connaissance de la note² que Vous lui avez adressée en date du 17 de ce mois. «Vous avez fait tout à fait fausse route», a-t-il déclaré, «et je n'hésite pas à Vous dire que Vous avez définitivement perdu le Simplon. Comment? Voilà une ligne dans laquelle trente millions, appartenant à des Français, ont été engloutis; Vous la vendez pour le prix de 10'000 fr, et Vous croyez que Vous obtiendrez une subvention de la France dans des conditions pareilles. J'ai la conviction que *jamais* une Chambre française ne votera *un centime* pour le Simplon, tant que les porteurs de titres de la Compagnie La Valette n'auront pas été, sinon intégralement, du moins en bonne partie indemnisés. Vous avez cru être habiles en Suisse et Vous avez définitivement perdu le Simplon — Cela m'est assez égal à moi, qui ne crois pas à l'intérêt de cette ligne pour la France, mais il n'y a pas d'illusions à Vous faire à cet égard. Je l'ai du reste déjà dit à M. le Président de la Confédération.»

J'ai répondu que tous n'étaient pas de l'avis de M. de Chaudordy, et qu'en particulier M. Cézanne m'avait déclaré, l'avant-veille, que la Suisse avait fait faire un grand pas à l'œuvre du Simplon, en débarrassant définitivement le terrain de la personne de M. de La Valette. La situation se trouve donc être aujourd'hui pour le Simplon meilleure qu'elle n'a jamais été: La Valette écarté, une compagnie sérieuse obligée de dépenser en pure perte 6 à 7 millions et intéressée par là à faire aboutir le percement des Alpes. Que pouvions-nous faire de plus? Avions-nous un moyen quelconque de contraindre des acquéreurs à se présenter? Nous avons tout fait pour donner aux enchères une grande publicité, ce n'est pas notre faute si le *consortium* vaudois a seul rempli les formalités prescrites. Quant à m'apitoyer sur le sort des porteurs de titres de la compagnie La Valette, je le ferais volontiers si je n'avais pas la conviction qu'on a fait à Berne tout son possible pour vendre la ligne aussi cher qu'elle le comporte. Ce n'est pas le Conseil Fédéral qui est responsable, si M. de La Valette a reçu 30 millions et si la ligne et le matériel ne valent pas plus de 3 millions 800'000 fr. Des actionno-obligataires qui laissent passer entre les doigts de l'administration des sommes aussi considérables, sans se faire pro-

1. Nicht abgedruckt.

2. Nicht abgedruckt.

duire de comptes sérieux, ne méritent qu'une sympathie restreinte, et on peut dire qu'il y a de leur part négligence grave dans la surveillance de leurs intérêts. Il convient de rappeler aussi que les porteurs *actuels* de titres ne sont guères ceux qui ont versé les fonds entre les mains de La Valette; un grand nombre d'entre eux ont acheté les titres à 20 fr. à la Bourse, et tel porteur de 100 actions que je pourrais Vous nommer n'a en réalité engagé que 2000 fr. dans l'affaire. A ce titre encore, il ne faut pas exagérer l'intérêt français. Ce n'est du reste pas la première fois qu'un chemin de fer se vend 10'000 fr. Le *Jura Industriel*, lors de sa première faillite, s'est aussi vendu pour 10'000 fr., alors que 18 millions avaient disparu dans sa construction et qu'une grande partie de cette somme provenait de souscriptions du Canton et des principales localités situées sur le parcours de la ligne. Un chemin de fer est une marchandise qui se vend difficilement, que l'Etat doit chercher à bien vendre; mais dont la vente onéreuse n'est, dans le cas spécial, pas due aux actes du Conseil Fédéral.

M. de Chaudordy a répliqué que, si M. Cézanne était moins hostile, c'était à lui Chaudordy que nous le devons; «si M. Cézanne a retardé le dépôt d'un rapport défavorable, c'était dans la pensée que Vous pourriez trouver une solution et indemniser quelque peu les porteurs de titres. Pourquoi a-t-on refusé à Berne d'attendre l'issue du procès entre La Valette et son Conseil d'administration? La Valette est du reste, quelque opinion qu'on ait de lui, le père du Simplon et celui qui en a fait une question française.»

Il était facile de répliquer que le procès entre La Valette et une partie des administrateurs avait fini au profit de La Valette, et que, comme j'avais été chargé de le déclarer formellement à M. de Broglie et comme M. Kern l'avait déjà dit à M. de Rémusat, nous étions absolument décidés à ne pas laisser M. de La Valette prendre part aux enchères. J'ai terminé en exprimant l'espoir que M. de Chaudordy se convaincrat de l'impossibilité dans laquelle le Conseil Fédéral s'était trouvé d'agir autrement qu'il ne l'a fait, en même temps qu'il pouvait être certain de notre regret de nous être trouvés en présence d'un seul acquéreur.

J'ai été frappé, je dois le dire, de l'insistance et presque de la vivacité avec laquelle M. de Chaudordy parlait de cette affaire, et j'ai cru devoir en mettre de mon côté dans mes réponses. Je crains que nous n'ayons en lui un adversaire assez vif et je ne doute pas que tous Vos efforts ne tendent à agir sur l'esprit de l'Ambassadeur de France pour atténuer les impressions dont il m'a fait part.

Introduit chez le duc Decazes, je me suis exprimé à peu près exactement dans les mêmes termes que vis-à-vis de M. Cézanne, dans la conversation dont j'ai eu l'honneur de Vous rendre compte le 18 Mars. Le Ministre des Affaires Etrangères n'a demandé de complément d'informations que sur un point, la question de savoir si l'enchère du 16 Mars était ou non une nouvelle enchère. J'ai répliqué naturellement que les opérations du 16 Mars étaient la continuation de l'enchère suspendue le 4 pour résoudre la question préjudicielle des hypothèques pouvant exister sur la ligne. M. Decazes a paru entièrement comprendre la position du Conseil Fédéral. Il a été en particulier frappé du texte de l'article 3 de la loi fédérale du 23 Décembre 1872³ sur les chemins de fer, article qui vise évidemment le

3. AS 1872—1874, XI, S. 1—18.

Simplon et qui démontre, de la manière la plus évidente, le bon vouloir des autorités fédérales en faveur de cette œuvre. Il a déclaré, à la fin de l'entretien, textuellement ce qui suit: «C'est l'argent qui nous manque. Nous courrons après 20 malheureux millions pour équilibrer notre budget, et ne parvenons pas à les trouver. Toute la question est là. Ne précipitons donc rien, et espérons qu'un avenir prochain nous permettra de reprendre l'étude de la question. Je suis de l'avis de M. Cézanne: nous n'avons rien à gagner, dans l'intérêt de l'œuvre, à précipiter le dépôt d'un rapport platoniquement favorable.»

En résumé, Monsieur le Président, j'ai trouvé M. le Ministre des Affaires Etrangères plutôt dans des dispositions bienveillantes et je le crois voisin de M. Cézanne dans leurs intentions à l'égard du Simplon. Vous pouvez mieux que moi apprécier l'attitude générale de M. de Chaudordy relativement à cette affaire, mais hier il m'a paru être décidément mal disposé. Comme j'ai été reçu avant lui par M. Decazes, il ne m'est pas possible d'apprécier l'influence que ses déclarations produiront sur le Ministre des Affaires Etrangères.

45

E 2300 Berlin 2

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, B. Hammer
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
K. Schenk*

B Confidentiell

Berlin, 7. April 1874

INNERES

Meinem jüngsten Bericht über die innere Lage kann ich nur beifügen, dass nach Informationen verschiedenen Ursprungs die Mehrheit für den § I der Militärvorlage nur eine geringe sein könne, und die Entscheidung liege im Bereich von 16—20 Stimmen, deren Votum zur Stunde noch unsicher sey.

KIRCHENCONFLIKT

Den Kirchenconflikt betreffend will ich nachholen, dass in jüngster Zeit verschiedene Mitglieder des Bundesrathes und des Reichstages bei mir Erkundigungen einzogen über thatsächliche Verhältnisse und einschlägige Bestimmungen bei uns. Überaus häufig wird mir bezeugt, dass das Vorgehen in der Schweiz der Politik des Fürsten Bismark in diesem Kampfe sehr zu Statten komme, und es ist desswegen auch die Stimmung gegen die Schweiz, je nach dem Standpunkt, den jemand zum waltenden Conflict einnimmt, eine sehr sympathische oder antipathische. Unterlassen will ich nicht, darauf hinzuweisen, dass selbst Männer, welche entschieden regierungsfreundlich, den katholischen Glaubensinhalt mit der modernen Geistesentwicklung und die katholische Kirchenverfassung mit dem modernen Staatsgedanken für unverträglich halten, dennoch den Zeitpunkt für

die Auseinandersetzung, mit Rücksicht auf den bevorstehenden zweiten Krieg mit Frankreich übel gewählt zu finden geneigt wären, wenn wirklich von einer Wahl dieses Zeitpunktes von Seite des leitenden Staatsmannes die Rede sein könnte.

Wie ich höre, soll auch im Grossherzogthum Hessen die Vorlage von Kirchengesetzen nahe bevorstehend sein. In Baden und Württemberg ist, wie bekannt, die Kurie bestrebt, keinen Stoff zu Konflikten zu liefern. In Bayern, wo die klerikale Parthey in überwiegender Mehrheit sich befindet, scheint die Erregung der Gemüther so stark zu sein, dass ein bekannter Reichstagsabgeordneter (Nationalliberal) mir von der Möglichkeit eines Bürgerkrieges sprach (?!). Ruhig beobachtende Offiziere hörte ich versichern, dass selbst in der Armee die politische Gährung sich fühlbar zu machen beginne. Ich hegte stäts und hege noch, die Ansicht, dass bei Erhaltung des äussern Friedens der gegenwärtige Kampf mit einer gründlichen Niederlage der Klerikalen seinen dereinstigen Abschluss finden müsse, doch kann ich mich der Annahme nicht verschliessen, dass die durch denselben geschaffenen innern Schwierigkeiten das Bedürfniss erzeugen können, eine Ableitung nach aussen mittelst eines Krieges suchen zu wollen, oder dass im Fall eines Krieges die Fortdauer des Konflikts Deutschland gewisse Gefahren bereiten könnte.

BEZIEHUNGEN ZUM AUSLAND — FRANKREICH

Was nun die Kriegsgefahr selbst betrifft, so bestätige ich heute in verstärktem Maass die in meinem politischen Berichte vom 28. July 1873¹ ausgesprochene Ansicht, dass nicht ein zweiter Krieg mit Frankreich überhaupt, sondern nur der Zeitpunkt *wann* derselbe ausbrechen werde, fraglich sey. Diese Auffassung ist in Deutschland eine so allgemeine, dass man die an Frankreich — zwar nicht in Form einer Circulardepesche — erlassene Drohung, den Zeitpunkt für Wiederbeginn des Krieges nach eigener Convenienz Deutschlands selbst bestimmen zu wollen, fast allgemein ganz selbstverständlich findet. Dass Frankreich selbst den Inhalt dieser Drohung als eine mögliche Eventualität auffasste, habe ich verschiedene Gründe anzunehmen, ergiebt sich übrigens in klarster Weise aus den Rüstungen Frankreichs, und ganz besonders aus dem fast übereilt beschlossenen neuesten Gesetz, die Landesbefestigung betreffend. Dass Fürst Bismark mittels seiner genugsam besprochenen amtlichen und ausseramtlichen Kundgebungen («kalten Wasserstrahl nach Paris», «die Franzosen seien Rothhäute» etc.) das französische Nationalgefühl zu verletzen *beabsichtigte*, scheint mir ebensowenig zu bezweifeln zu sein, als dass sich solche Kundgebungen in gleicher Absicht, amtlich oder ausseramtlich, wiederholen werden. Wie man übrigens zu Frankreich stehe, wird am besten durch das mir versicherte Factum beleuchtet, dass als es sich um die jüngste Berufung Chambords auf den Thron Frankreichs handelte, im preussischen Kriegsministerium alle Vorbereitungen zur Mobilmachung getroffen wurden. Die Ernennung des Fürsten Hohenlohe auf den Botschafter-Posten in Paris wird, trotz des milden Wesens dieses Staatsmannes, trotz seinen verwandtschaftlichen Beziehungen zur Pariser-Gesellschaft, die gegenseitige Stimmung der beiden Länder kaum verbessern, wird seine Mission in Paris doch schon dahin

1. Nr. 22.

gedeutet, «als solle durch diesselbe auch der Gegensatz zwischen einem deutschen, freisinnigen und dem französisch-ultramontanen Katholizismus accentuirt werden.» (Persönliche Mittheilung des Fürsten Hohenlohe).

Der hiesige Generalstab verfolgt die Entwicklung der französischen Armeeorganisation mit der angestrengtesten Sorgfalt und stellt — vielleicht mit Beziehung auf die im Reichstag schwebende Militärfrage — die Resultate in für Frankreich günstiger Weise dar. Hinsichtlich der hierseitigen Rüstungen (Festungsbauten und Umänderung der Infanterie- und Artilleriebewaffnung) hofft man bis zum Frühling 1875 im wesentlichen fertig zu sein, während die französischen Bauten und Reorganisationen bis zu ihrer Vollendung noch eines Zeitraumes von mehreren (7—8) Jahren bedürfen werden. Abgesehen von den politischen Conjunkturen könnte hienach Deutschland in der militärischen Initiative Frankreich um einige Jahre zuvorkommen.

Den Gang der künftigen Kriegsereignisse betreffend, ersehe ich aus verschiedenen Mittheilungen, dass man sich in dieser Hinsicht in der Schweiz keinen Täuschungen hingiebt. Der Frankfurter Friede hat Frankreich strategisch in eine Lage versetzt, welche es bei einem künftigen Zusammenstoss mit Deutschland nöthigt, in unserm Territorium die Basis eines Offensivkrieges gegen Deutschland zu suchen. Wie ich mehrfach wahrzunehmen Gelegenheit hatte, ist die Ansicht, dass unser Land zum nächsten Kriegsschauplatz bestimmt sein könnte, in militärischen und politischen Kreisen sehr geläufig. Die Lage für uns würde um so verhängnissvoller, als aller Wahrscheinlichkeit nach Italien im nächsten Kriege dazu gebracht werden wird, als Bundesgenosse der einten der kriegführenden Mächte aufzutreten, in welchem Fall gewiss — sonst aber möglicherweise — auch an uns die zwingende Nothwendigkeit herantritt, Parthey zu nehmen.

Ohne in diese Eventualitäten näher einzutreten, wollte ich doch denselben Erwähnung thun und mir eine eingehendere Erörterung hieran sich knüpfender Fragen einer künftigen Mittheilung vorbehalten. Es ist eine glückliche Fügung für unser Land, dass nach aller menschlichen Voraussicht in wenigen Tagen unsere politische Neugestaltung ihre Sanktion durch das Volk erhalten haben wird, und dass die Schweizerische Bundesregierung dann auf militärischem, finanziellem und politischem Gebiet die den kommenden Ereignissen entsprechenden Vorbereitungen wird treffen können.

Die politischen Beziehungen Deutschlands zum übrigen Ausland muss ich ebenfalls einer nächstkünftigen Darstellung vorbehalten und [...]².

2. Es folgt die Grussformel.

*Der Bundespräsident und Vorsteher des Politischen Departements, K. Schenk,
an den schweizerischen Gesandten in Berlin, B. Hammer*

Kopie

S

28. April 1874

Dem Schreiben¹, welches heute an Sie abgegangen ist und auf die Frage der Genfer-Convention² Bezug hat, bin ich im Falle, noch einige weitere Bemerkungen beizufügen.

Sie finden beiliegend Abschrift einer Note³, welche vom Fürsten Gortschacov an den russischen Gesandten in Paris gerichtet ist. Sie wurde mir letzter Tage vom hiessigen russischen Geschäftsträger ad interim im Auftrage seiner Regierung mitgetheilt und ich habe zu ihrer Erklärung nur anzumerken, dass General d'Houdetot Präsident der in Frankreich entstandenen Gesellschaft zur Verbesserung des Looses der Kriegsgefangenen ist.

Aus der Note des Fürsten Gortschacov ist ersichtlich, dass die russische Regierung damit umgeht, eine internationale Convention vorzubereiten, welche den Zweck hätte, die Rechte und Pflichten der Staaten und der Armeen in Kriegszeiten zu präcisiren.

Es ist dieses offenbar ein Project, welches nicht neben der Genfer-Convention Platz hat, sondern welches bestimmt ist, an die Stelle der letztern zu treten.

Der schweiz. Bundesrath war bis dahin bekanntlich die geschäftsführende Regierung in Sachen der Genfer-Convention. Der letzte Act, den er in dieser Angelegenheit in Empfang nahm, war die Erklärung des deutschen Reichscanzleramtes, wonach Deutschland im Gegensatz zu allen andern Regierungen die Annahme des später vorgeschlagenen Artikels verweigerte.⁴ Ich ersuchte Sie nach Empfang dieses Actes über die Gründe der Ablehnung nähere Erkundigungen einzuziehen, um ermessen zu können, wie der Bundesrath weiter vorzugehen haben dürfte. Es lag die Vermuthung nahe, der deutsche Reichscanzler beabsichtige, die Genfer-Convention in ihrer jezigen Gestalt und Einrichtung überhaupt fallen zu lassen. Erzeigte sich diese Vermuthung begründet, so müsste die Hoffnung aufgegeben werden, durch diese oder jene weitem Verhandlungen eine Einigung über die streitigen Punkte zu erzielen und es blieb dann dem Bundesrath nur übrig, sämmtlichen beteiligten Regierungen von der Sachlage Kenntniss zu geben und diese zu abschliessenden Erklärungen zu veranlassen. Da das politische Departement in Ermanglung der nöthigen Orientirung bis dahin nicht in der Lage war, dem Bundesrath Vorschläge betreffend das weitere Vorgehen zu machen, so blieb die Angelegenheit bis heute auf sich beruhen.

Ich habe mir nun in meinem Schreiben von heute erlaubt, Ihnen die Angele-

1. Nicht ermittelt.

2. AS 1863—1866, VIII, S. 520—530.

3. Vgl. die Note von Gortschakow an Glinka vom 17./29. 4. 1874 (E 2/333).

4. Vgl. Nr. 34.

genheit in Erinnerung zu bringen. Wir dürfen mit einer Kundgebung nicht länger zögern.

Sie werden vielleicht in Erfahrung bringen können, ob in der That die letzte Erklärung des Reichscanzlers so zu interpretiren ist, dass er die Genfer-Convention zur Auflösung bringen will; ob er dem Vorgehen der russischen Regierung fremd oder nicht vielmehr dieses von ihm veranlasst ist; ob der Zweck der russischen Regierung wirklich dahin geht, die Genfer-Convention als solche fallen zu lassen und sie durch einen neuen, umfassendren internationalen Staatsvertrag zu ersetzen; welche Gründe sie dazu bestimmt haben und welche Aufnahme die Note von Gortschacov bei der deutschen Regierung gefunden hat.

Indem ich Sie ersuche, der Angelegenheit ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen und mir baldmöglichst Ihren bezüglichen Bericht zukommen zu lassen⁵, ergreife ich die Gelegenheit, Sie meiner besonderen Hochachtung zu versichern.

5. Vgl. Nr. 47.

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, B. Hammer,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
K. Schenk*

B Confidentiell

Berlin, 2. Mai 1874

In Beantwortung Ihrer sehr geschätzten confidentiellen Schreiben vom 9. Januar¹ und 28. April² abhin — Genfer Convention betreffend — bedaure ich aufs lebhafteste, auch heute noch nicht in der Lage zu sein, Ihnen eine günstige oder auch nur definitive Entschliessung der Reichsregierung mittheilen zu können.

Einige Tage nach Empfang Ihres Schreibens vom 9. Januar hatte ich schon eine bezügliche Besprechung mit Herrn von Bülow, der mir versprach, die Sache einstweilen im Auge behalten, und zu gelegener Zeit an höchster Stelle wieder in Anregung bringen zu wollen. Sachlich machte er keine Mittheilungen, welche von denjenigen, über die ich dem Politischen Departement unterm 24. Dez. 73 referirte³, wesentlich sich unterschieden. Ich unterliess daher auch, Ihnen hierüber besondere Meldung zu machen, und da Sie Selbst mir hinsichtlich der Zeit freie Hand liessen, und Herr von Bülow sich in nämlicher Beziehung freie Hand vorbehalten musste, so wollen Sie geneigtst entschuldigen, wenn ich Herrn von Bülow bisher nicht drängen wollte, bei der Reichsregierung (resp. dem Kaiser selbst) neue Entschliessungen zu beantragen, die voraussichtlich umsoweniger von den früher gefassten abweichen würden, als zwischen beiden kein längerer Zeitraum und kein fassbarer Grund zum Stimmungswechsel läge.

1. Nicht abgedruckt.

2. Nr. 46.

3. Nr. 33.

In Folge Ihrer erneuten Schreiben vom 28. April brachte ich nun gestern neuerdings die Angelegenheit auf dem Auswärtigen Amte zur Sprache, und eröffnete Herr von Bülow Ihrer Instruktion [*gemäss*] die schwierige Lage, in welcher sich der schweizerische Bundesrath der Angelegenheit und der Haltung gegenüber befinde, welche die Reichsregierung zu derselben eingenommen habe. Herr von Bülow anerkannte diese Schwierigkeiten, und schien sich im schlimmsten Falle der Ansicht zuzuneigen, dass der schweizerische Bundesrath im Sinne Ihrer Dépêche vom 9. Januar den Signatarstaaten von der neuen Lage der Dinge Kenntniss gebe und deren Rückäusserung gewärtige. Herr von Bülow bat mich jedoch, noch einige Tage zuzuwarten, um ihm Zeit zu geben, die Sache neuerdings beim Kaiser zum Vortrag zu bringen.

Die Houdetot'schen und russischen, theils gemachten, theils noch zu machenden Vorschläge⁴ über einen eigentlichen «Kriegscodex» sind hier bekannt, von der Reichsregierung mit Courtoisie jedoch, wie mir scheint, mit einiger Ungläubigkeit aufgenommen. Dass die russischen Vorschläge auf Anregung Preussens und zum Zwecke gemacht worden seien, die Genfer Convention zum Fall zu bringen, scheint mir nach meiner bisherigen Empfindung nicht anzunehmen zu sein. Doch ist es möglich, dass die Reichsregierung die russischen Vorschläge zur Hülfe nehmen wird, um eine definitive Erklärung über die Additionalartikel noch ferners verschieben zu können.

4. *Vgl. das* Projet pouvant servir de base à un règlement international relatif aux prisonniers de guerre *der* Société pour l'amélioration du sort des prisonniers de guerre *und das* russische Projet d'une convention internationale concernant les lois et les coutumes de la guerre (*beide in:* E 2/333).

48

E 1001 (E) q 1/103

*Der Bundesrat
an den schweizerischen Gesandten in Wien, J.J. von Tschudi*

Kopie
S 2472 a

Bern, 4. Mai 1874

Mit Ihrem Schreiben vom 9. vor. Mts.¹ haben Sie in Abschrift zwei Noten² des k.u.k. Ministeriums des Auswärtigen vom 4. und 8. vor. Mts. betreffend die Rheindurchstich-Angelegenheit eingesandt.

Erstere bildet die Beantwortung der Note vom 14. Januar d.J.³ zu welcher Sie sich durch Äusserungen im Vorarlberger Landtage veranlasst fanden und in welcher Sie bemerkten, dass hierseits die gleichzeitige Ausführung der beiden

1. *Nr.* 43.

2. E 20/111.

3. *Vgl. das* BR-Prot. vom 7. I. 1874 (E 1004 1/96, Nr. 87).

Durchstiche gemäss Präliminar-Übereinkommen⁴ nicht beanstandet werde, dass man aber mit Rücksicht auf die zu befürchtenden verderblichen Folgen sich gegen die gleichzeitige Eröffnung derselben verwahren müsse.

Das k.k. Ministerium des Auswärtigen, auf Antrag des k.k. Ministeriums des Innern, erblickte hierin eine wesentliche Differenz, deren Beseitigung im Voraus erfolgen müsse, wenn man in dieser Angelegenheit ins Klare zu kommen, allen weiteren diessfälligen Zweifeln und Vorbehalten für die Zukunft vorzubeugen und ein wünschenswerthes beidseitiges Übereinkommen in dieser Hinsicht herbeizuführen gewillt sei.

Demgemäss werden Sie auch von dem k.u.k. Ministerium des Auswärtigen darum angegangen, von der schweizerischen Regierung eine endgiltige, rükhaltlose Zustimmung zur gleichzeitigen Eröffnung beider Durchstiche einzuholen und demselben bekannt zu geben.

Es wird beigefügt, dass nach Ansicht des k.k. Ministeriums des Innern allein auf Grund dieser Zusicherung weitere Verhandlungen über die Rheinkorrektion geführt werden könnten.

Wie Ihnen erinnerlich sein wird, haben wir Sie schon bei einem frühern Anlasse mittels Schreiben vom 15. November 1872⁵ in den Fall gesetzt, eine gleichbedeutende Erklärung, wie die dermalen von uns verlangte, an das k.u.k. Ministerium des Auswärtigen zu richten. Wir brauchen Ihnen kaum zu sagen, dass es nicht in unserer Absicht liegt, die damals unbedingt anerkannte Giltigkeit des Präliminar-Übereinkommens von 1871 jezt in Frage zu stellen, oder es im Speziellen zu beanstanden, dass nicht nur die gleichzeitige Vollendung der Arbeiten, sondern auch die gleichzeitige Eröffnung als Voraussetzung für die weitem Verhandlungen, und namentlich für die technischen Vorarbeiten, festgehalten werde.

Es ist selbstverständlich, dass die k.u.k. Regierung keine formelle Verpflichtung zu Führung von Verhandlungen über diesen Gegenstand hat, als insofern sie auf besagtem Präliminar-Übereinkommen beruht und dass keine Ergebnisse dieser Verhandlungen irgend welche Verbindlichkeit für genannte Regierung haben können, die nicht den Voraussetzungen dieses Übereinkommens entsprechen.

Zudem hat die k.u.k. Regierung schon in einer Note vom 4. April 1873⁶ und neuerdings in der vorliegenden Note vom 4. März abhin, zwar entgegen unserer in vorgenanntem Schreiben vom 15. November 1872 ausgesprochene Auffassung der betreffenden Bestimmungen des Präliminar-Übereinkommens, sich den schliesslichen Entscheid über die der Expertenkommission zur Austragung zugewiesenen Fragen vorbehalten. Es kann sonach namentlich von dieser Seite Österreich ein Präjudiz in keinem Falle erwachsen, nachdem wir auch diesen Anspruch des k.u.k. Ministeriums nicht beanstanden, sondern bloss das gleiche Recht auch der Schweiz vorbehalten.

Denn hienach liegt die Sache einfach so, dass nach Anfertigung der beidseitigen Projekte und Kostenvoranschläge und nach Begutachtung derselben durch

4. Präliminar-Übereinkommen zwischen der Schweiz und Österreich betreffend die Rheinkorrektion von Kriessern bis zum Bodensee vom 19. September 1871 (AS 1869—1872, X, S. 548—554).

5. Nicht ermittelt. Vgl. auch das Schreiben vom 25. 11. 1872 (E 2200 Wien 1/53).

6. E 20/111.

die internationale Expertenkommission, in Gemässheit des vereinbarten erweiterten Mandates, beide Regierungen sich in vollster Freiheit befinden diese Projekte und Kostenvoranschläge gut zu heissen und gestützt auf dieselben nach Massgabe des Präliminar-Übereinkommens in der Sache weiter vorzugehen, oder aber nicht.

Seitens der Schweiz will also, wie schon gesagt, vom Standpunkte der aus dem Präliminar-Übereinkommen sich ergebenden formellen Berechtigung es nicht beanstandet werden, wenn Österreich die ganze Unternehmung von der Bedingung der gleichzeitigen Eröffnung der Durchstiche abhängig macht.

Andererseits aber muss die Schweiz sich vor der Durchführung dieses Grundsatzes in einer Weise, welche das Misslingen der Unternehmung und die schwere Schädigung des betreffenden Landestheiles nach den vorliegenden technischen Urtheilen dringend befürchten liesse, verwahren und daher ihre schliessliche Zustimmung zu derselben von der Aufstellung eines Projektes abhängig machen, durch welches solche Befürchtungen beseitigt erscheinen.

Wie diese technische Aufgabe zu lösen sei, wird die internationale Expertenkommission zu beantworten haben, wenn ihr nach Antrag in unserm mehrerwähnten Schreiben vom 15. November 1872 aufgegeben wird, bei Erledigung ihres erweiterten Mandates von der Voraussetzung der gleichzeitigen Eröffnung beider Durchstiche auszugehen.

Das k.u.k. Ministerium des Auswärtigen hat mittels Note vom 4. April 1873 unsern damaligen Anträgen, ausgenommen die Endgiltigkeit der Kommissionsbeschlüsse, seine Zustimmung ertheilt.

Wir dürfen daher, indem wir der Ihnen vom k.u.k. Ministerium des Auswärtigen mit Note vom 8. vor. Mts. gemachten Mittheilungen mit Vergnügen entnommen haben, dass die Einberufung der Kommission schon für den nächsten Monat Mai eingeleitet sei, voraussetzen, dass derselben dabei ihre Instruktion in Gemässheit des einverständenen erweiterten Mandates ertheilt werde und es erübrigt uns bloss, in dieser Voraussetzung unser volles Einverständnis mit dieser baldigen Einberufung der Kommission auszusprechen.

Wir hoffen die Erläuterungen, welche Sie durch Vorstehendes in den Fall gesetzt sind, der k.u.k. Regierung zu ertheilen, seien geeignet, die Voraussetzung einer bestehenden Differenz zu heben, indem sie beweisen, wie auch der Bundesrath nur wünscht ins Klare zu kommen über die technischen und finanziellen Konsequenzen der Bestimmungen des Präliminar-Übereinkommens und er dabei keinen andern Vorbehalt macht, als den von der k.u.k. Regierung auch für sich in Anspruch genommenen des Entscheides über die Anträge der Expertenkommission.

E 1001 (E) q 1/103

*Der Bundesrat
an die italienische Gesandtschaft in Bern*

Kopie
N 2637

Berne, 11 mai 1874

Le Conseil fédéral a pris connaissance avec un vif intérêt de la communication contenue dans la Note du 27 Avril¹, et il en remercie Son Excellence Monsieur le Ministre d'Italie et Son Gouvernement. Son Excellence n'ignore pas qu'en Suisse les faits que la loi italienne du 21 Décembre 1873² est destinée à réprimer, sont du ressort de la compétence cantonale, à laquelle l'ancienne comme la nouvelle Constitution de la Suisse réserve à peu près tout ce qui touche au droit pénal. Le Conseil fédéral ne pourra donc entrer dans les vues du Gouvernement de Sa Majesté le Roi d'Italie qu'en agissant auprès des Cantons pour obtenir d'eux qu'ils prennent sur leur territoire des mesures analogues à celles que la loi italienne prescrit avec tant de raison et d'humanité sur le sien. Ce n'est qu'alors que des dispositions additionnelles au traité d'extradition³ entre l'Italie et la Suisse pourront être discutées avec quelque chance de succès.

Le Conseil fédéral ne perdra pas de vue cet objet, dont il saisit toute l'importance. Il profite d'ailleurs avec plaisir de cette occasion pour faire connaître au Gouvernement italien que par une loi qui porte la date du 28 Février 1874⁴ et dont un exemplaire accompagne cette Note, le Grand Conseil du Tessin est déjà entré dans la voie où la loi du 21 Décembre 1873 a fait entrer l'Italie.⁵

ANNEX

E 21/13546

*Der Staatsrat des Kantons Tessin⁶
an den Bundesrat*

S

Bellinzona, 28 marzo 1874

Rispondiamo alla pregiata Nota 20 corrente⁷ delle SS.VV.OO. con cui ci si chiede quali risultati fornì l'esperienza dell'applicazione del nostro Decreto 30 Agosto 1873⁸, concernente l'emigrazione degli spazzacamini.

1. *In dieser Note hatte die italienische Regierung den Bundesrat aufgefordert, das italienische Gesetz zur Bekämpfung der Kinderarbeit durch ebensolche Massnahmen abzustützen, [...] pour empêcher qu'elle ne devienne illusoire. [...] (E 21/13546).*

2. E 21/13546.

3. AS 1866—1869, IX, S. 610—653.

4. E 21/13546.

5. *Vgl. dazu den Rechenschaftsbericht der Regierung des Kantons Tessin an den Bundesrat vom 28. 3. 1874 (als Annex abgedruckt).*

6. *Unterzeichnet vom Präsidenten, G. Pedroli, und dem Sekretär, Lombardi.*

7. E 1001 (E) q 1/102, Nr. 1590 b.

8. *Nicht abgedruckt.*

Ed avantutto osserviamo, che siccome quel Decreto rivestiva un carattere di transitorietà, di provvedimento esecutivo interinale, adottato in virtù de' poteri conferitici dal Gran Consiglio; così, volendone ottenere la conversione in Decreto Legislativo, d'una applicazione duratura, ed evitare eventuali quistioni di incostituzionalità, ci siamo rivolti al Gran Consiglio con Messaggio, di cui già si comunicò il tenore alle SS. VV. OO., per riportarne la approvazione, e domandando anzi che gli fosse data maggiore estensione.

Il Gran Consiglio accolse di fatti la nostra proposta, rifiuse gli Articoli del Decreto nostro nel Decreto Legislativo 28 Febbrajo pmo. pto.⁹, di cui uniamo N° 5 Copie.

Con quest'ultimo si portarono alcune modificazioni alle primitive discipline, estendendole all'esercizio di professioni girovaghe d'altre specie, ed al Cantone (Art. 10), fissando il massimo della multa in fr 100 (Art. 4), e riducendo la proibizione all'età di 12 anni compiuti. Quest'ultima, per avventura, non sembrerà la più gradita innovazione; ma gioverà osservare, che allato di questo Decreto, sta la Legge Scolastica 10 Dicembre 1864, la quale all'Art. 49 stabilisce:

Articolo 49: «Alla Scuola Comunale devono intervenire tutti gli individui dell'uno e dell'altro Sesso, dai 6, ai 14 anni compiuti, calcolandosi l'età dal 1 Novembre di ciascun anno.»

E sta pure, l'Art. 422, del Codice Penale disponente:

Articolo 422: «I genitori, od i curatori, che abbandoneranno i loro figli o pupilli all'oziosità, all'accattonaggio, al vagabondaggio, o li presteranno od abbandoneranno ad altri perchè li menino seco nel vagabondaggio, nell'accattonaggio e nella oziosità, saranno puniti coll'arresto di 5 giorni, e coll'ammenda dal 2° al 3° Grado (fr 50 a 250).»

Daltronde, riconoscendolo necessario, non mancheremo, al caso, di proporre nuove modificazioni, nel senso d'elevare l'età per la proibizione, appena sia ben assicurata l'esecuzione delle discipline suddette.

Di tale esecuzione e de suoi risultati, su cui ora ci si muove interpellanza, noi abbiamo, fino dai primordi, ragione di essere soddisfatti; imperocché essa ci portò addirittura, giusta i dati statistici, la diminuzione di 100 emigranti spazzacamini sul Numero del 1872, essendosi constatata l'emigrazione di 467 nel 1872; 367 nel 1873 (e questi, nella quasi totalità, sopra i 14 anni); tutti appartenenti al Distretto di Locarno; differenza tanto più notevole in quanto che il nostro Decreto data solo dall'Agosto, e l'emigrazione comprende l'intero anno, quindi anche coloro che fossero emigrati prima della sua pubblicazione in Gennajo, Febbrajo ecct.

Vero è, che taluni trovarono ancor modo di eludere la proibizione, emigrando senza ricapiti regolari, ma fu ordinata una inchiesta, la quale ci constatò finora, non essere forte il N° di essi, non esservi connivenza delle Autorità, e che la giustificazione, principalmente accampata, si è l'ignoranza in cui erano le famiglie circa la proibizione; ma appena ultimato il Processo, le pene che ne seguiranno varranno d'esempio e di freno a chi volesse attentarsi in avvenire di commettere simili abusi.

Noi non dubitiamo punto della efficacia dei nostri provvedimenti, grazie alla facilità di scoprire i colpevoli, e specialmente per le seguenti ragioni:

1° Che le Autorità locali, in talune Comuni, che danno maggiore emigrazione di spazzacamini, vi fecero piuttosto buon viso, e se qualche riclamo fu avanzato, lo si basava precipuamente all'obbligo di esecuzione di Contratti anteriori, stipulati colle Comuni Italiane, per la spazzatura dei Camini;

2° Che ci riesce facile constatare le Contravvenzioni, col raffronto delle Tabelle degli obbligati alla Scuola, e Quelle degli intervenuti, e di là muovere alla ricerca dei fatti relativi;

3° Che abbiamo la certezza, che non saranno rilasciati passaporti quando trattisi di spazzacamini, compresi nella proibizione, e che non facilmente si rilasceranno nulla osta dalle Municipalità, od altre attestazioni simili, non volendo quelle Autorità impegnare la loro responsabilità;

4° Che, se in Italia, saranno applicate le severe disposizioni vigenti colà, contro l'accattonaggio che s'impone dai Padroni agli spazzacamini, non si rinnoveranno scene brutali, ed in ogni evento, i nostri Attinenti, ricondotti alla frontiera, saranno da noi fatti riconsegnare alle famiglie colle opportune provvidenze;

5° Che, a tale intento, non ci mancherà l'appoggio dei Consolati Svizzeri in Italia (edotti dei provvedimenti in discorso), o quello delle Società di Patronato per li spazzacamini, che ora vanno formandosi.

50

E 2/311

*Der Präsident des Comité international de secours aux militaires blessés,
G. Moynier,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
K. Schenk*

S

Genève, 10 juin 1874

J'ai reçu hier le projet russe¹ que vous avez eu la bonté de me communiquer, et qui vient de m'être également envoyé de Berlin. Veuillez en recevoir tous mes remerciements, et soyez certain que je ferai de ce document l'usage le plus discret.

Maintenant que j'en ai pris connaissance, je puis vous donner l'avis que vous m'avez fait l'honneur de me demander à Berne, sur la teneur de ce projet dans ses rapports avec la Convention de Genève.²

Je trouve d'abord comme vous, Monsieur le Président, que le gouvernement russe a manqué d'égards envers le Conseil fédéral en ne lui faisant pas part de ses intentions avant de convoquer la Conférence³, et il me paraît désirable que la Suisse maintienne, autant que possible, sa position et son rôle dans cette question. Pour cela, je verrais avec plaisir que le Conseil fédéral adressât, sans retard, une circulaire à tous les Etats signataires de la Convention de Genève et leur dît à peu près ceci:

«Il ressort de l'article 39 du projet russe, qui vise la Convention de Genève, que l'intention du Cabinet de St. Petersbourg est de ne proposer aucune modification au texte primitif de ce traité qui, dans sa pensée devrait continuer à subsister tel qu'il a été adopté en 1864. Le Conseil fédéral approuve tout à fait cette manière de voir. Il croit qu'une révision fondamentale de la Convention de Genève serait inopportune, et il désire que la Conférence de Bruxelles laisse subsister sans altération le texte de 1864.

Quant à l'adoption de dispositions nouvelles, explicatives ou complémentaires de ce texte, le Conseil fédéral y adhère volontiers en ce qui le concerne. Il croit toutefois de son devoir de rappeler que, depuis l'année 1868 il est chargé officiellement de poursuivre la ratification d'un premier projet d'articles additionnels⁴, qui a été délibéré à Genève à cette époque, et qui a même eu déjà force de loi pendant la guerre de 1870/71 par suite d'un accord entre les belligérants. Avant donc de discuter de nouvelles adjonctions à la Convention de Genève, le Conseil fédéral estime qu'il y aurait convenance à achever l'œuvre de 1868. Il ne se dissimule pas que l'adoption intégrale des articles d'alors rencontrerait de l'opposition chez quelques uns des signataires de la Convention, puisque c'est là ce qui a fait que, jusqu'à présent, leur ratification a toujours dû être ajournée. Aussi ne demande-t-il pas leur acceptation pure et simple, mais seulement leur révision par la Confé-

1. E 2/333.

2. AS 1863—1866, VIII, 520—530.

3. *Vgl. dazu den Antrag des Politischen Departements vom 9. 6. 1874* (E 2/311).

4. BBl 1868, 3, S. 1076—1083.

rence de Bruxelles, antérieurement à l'examen des nouvelles propositions russes ou concurremment avec elles.»

D'après ce que je sais de l'état général de l'opinion, j'ai tout lieu de croire qu'une note conçue dans ce sens serait bien accueillie des divers gouvernements. En particulier pour le maintien pur et simple de la Convention de 1864, la Suisse serait très certainement appuyée par l'Allemagne.

Le Conseil fédéral devrait, me semble-t-il s'efforcer encore d'obtenir que les articles additionnels votés à Bruxelles ne fussent pas compris dans le nouveau traité proposé, mais constituassent un acte distinct, annexe et complément de la Convention de Genève, la Convention de Bruxelles se bornant à renvoyer à la Convention de Genève et à ses articles additionnels *[pour]* tout ce qui concerne le service sanitaire et les blessés. Mais peut-être serait-il prématuré de parler de cela maintenant et vaudrait-il mieux se borner à le mentionner dans les instructions⁵ des délégués suisses à Bruxelles.

Quant au fond et aux instructions à donner aux délégués suisses, il serait je crois de bonne politique de renoncer à l'article 5 de 1868⁶, le seul qui empêche l'accord des puissances pour ceux des articles additionnels qui concernent les guerres terrestres. Cet article, laborieusement enfanté, n'est qu'un compromis sans valeur et impraticable, entre les aspirations philanthropiques des uns et la prudence des autres. Les Articles 1 à 4 de 1868 devraient être maintenus, sauf rédactions et améliorations qui n'en changeraient pas l'esprit.

En ce qui concerne la marine, la Suisse peut s'abstenir dans la discussion, et se ranger à l'opinion des puissances maritimes, lorsque celles-ci seront d'accord entre elles.

Quant aux nouvelles propositions russes, il faut distinguer. Il y a dans l'article 43 une disposition inacceptable parce qu'elle est en contradiction avec l'article 6 de la Convention. Les hommes guéris mais incapables de reprendre du service *doivent* être libérés, et c'est amoindrir cette conquête de la civilisation, contre laquelle d'ailleurs personne n'a protesté, que de dire seulement qu'il *peuvent* être libérés.

J'opine aussi dans un sens négatif à l'égard de l'article 41.⁷ La légitime défense est toujours permise, même aux neutralisés, mais l'article proposé pourrait leur être une excitation à se servir de leurs armes et couvrir bien des abus.

L'idée qui a présidé à la rédaction de l'article 42 est juste, mais sa formule (comme du reste la plupart de celles du projet) laisse beaucoup à désirer. Cette disposition serait à combiner avec l'article 2 de 1868.

5. *Als Annex zu Nr. 52 abgedruckt.*

6. *Artikel 5 des Zusatzvertrags von 1868 lautet:* Par extension de l'article six de la Convention, il est stipulé que sous la réserve des officiers dont la possession importerait au sort des armes, et dans les limites fixées par le deuxième paragraphe de cet article, les blessés tombés entre les mains de l'ennemi, lors même qu'ils ne seraient pas reconnus incapables de servir, devront être renvoyés dans leur pays après leur guérison, ou plus tôt si faire faire se peut, à la condition toutefois de ne pas reprendre les armes pendant la durée de la guerre (AS 1863—1866, VIII, S. 528—529).

7. *Artikel 41 des russischen Konventionentwurfes lautet:* Les personnes jouissant du droit de neutralité et mises dans la nécessité *de recourir aux armes pour leur défense personnelle*, ne perdent point, par ce fait, leur droit à la neutralité (E 2/333).

L'article 39 serait remplacé par une déclaration plus nette en faveur du maintien de la Convention de 1864.

L'innovation contenue dans l'article 38 est très acceptable. Elle consiste à conférer la neutralité au personnel sanitaire non seulement lors qu'il fonctionne, mais en principe. Toutefois il y a là un danger dont la dernière guerre a fourni la preuve et il faudrait un tempérament qui empêchât les neutralisés de se promener partout où bon leur semble et de se croire en droit de pénétrer même dans des places assiégées.

Enfin on peut souscrire sans inconvénient aux articles 40 et 44, dont le premier cherche à définir les mots *force militaire*, et dont l'autre exige que les neutralisés puissent justifier de leur identité.

Telles sont, Monsieur le Président, les remarques que, sur votre demande, je me permets de soumettre à votre appréciation.

Quant aux autres parties du projet russe, je n'ai pas encore eu le temps de les examiner attentivement, mais du reste je ne suppose pas qu'en m'envoyant le texte autographié votre intention ait été de me consulter sur d'autres points que ceux qui touchent à la Convention de Genève.

P.S. Ci-joint la liste⁸ des membres de l'Institut de droit international. J'y ai marqué d'un trait de plume ceux qui ont déjà promis formellement de venir à Genève cet été. J'espère beaucoup que vous pourrez venir un jour voir ces Messieurs pendant la durée de la session.

8. *Nicht abgedruckt.*

51

E 53/45

Antrag des Vorstehers des Eisenbahn- und Handelsdepartements, J.J. Scherer, an den Bundesrat

Ligne d'Italie.

Note an Frankreich

Bern, 11. Juni 1874

Die vom 2. d.Mts. datirte Note¹ der französischen Gesandtschaft, die Ligne d'Italie betreffend, *beantragt* das unterzeichnete Departement folgendermassen zu beantworten und der Gesandtschaft in Paris sowohl von der Note der franz. Legation als von deren Beantwortung abschriftlich Kenntniss zu geben:

In Angelegenheiten der Ligne d'Italie hat Herr Laboulaye, Chargé d'affaires ad interim der französischen Republik, Anlass nehmend von der am 1. d.Mts. stattgehabten Besitznahme der genannten Eisenbahn durch den neuen Konzessionär, und anschliessend an die im Januar und Februar v.Js. von Herrn Minister Lanfrey überreichten Noten², unterm 2. d.Mts. die Vorbehalte erneuert, welche

1. BBl 1874, 2. S. 461—463.

2. *Vgl. die Noten von Lanfrey an Cérésolle vom 16. 1. und 24. 2. 1873 (E 53/43).*

seine Regierung zu Gunsten der französischen Interessen machen zu sollen glaubte. Herr Laboulaye findet, der Verlauf und das Resultat des gegen die Ligne d'Italie gerichteten Verfahrens habe die Hoffnungen nicht erfüllt, welche die von jedem Versuch der Einmischung in die innern Angelegenheiten der Schweiz sich fern haltenden Vergleichsvorschläge der französischen Regierung und die Versicherung des Bundesrathes, dass er keinen Akt zugeben werde, welcher den Charakter einer Beraubung tragen würde, zu erwecken geeignet gewesen seien. Ohne auf andere Punkte, über welche die Diskussion erschöpft zu sein scheine, zurückzukommen, erinnert der Herr Geschäftsträger daran, dass das Gesetz vom 23. December 1872³, dessen Strafbestimmungen auf die Gesellschaft der Ligne d'Italie angewendet worden seien, dem mit dieser Gesellschaft abgeschlossenen Vertrag nachgehe und daher wohl kaum Anwendung finden könne. Namentlich aber wird der Überraschung Ausdruck verliehen, welche der Umstand hervorgehoben habe, dass bloss ein einziger Bewerber zur Steigerung zugelassen, dass die Steigerung unterbrochen und dann nach einigen Tagen ohne weitere Formalität und unter zum voraus festgestellten Bedingungen wieder aufgenommen, und dass eine Eisenbahn von 80 Kilometern, deren erster Ausrufspreis durch Experten auf fast 4 Millionen Franken fixirt wurde, um 10'000 Franken zugeschlagen worden sei. Auch die Behandlung, welche die Hypothekarforderung des Herrn Baur gefunden hat, fällt Herrn Laboulaye auf; denn entweder — so lautet die Argumentation — war sie gesetzlich begründet, dann war die Garantie des Bundesrathes unnöthig, oder sie war streitig, dann ist diese Begünstigung unbillig, nachdem im Interesse der französischen Titelinhaber nichts geschehen ist.

Nach den Aufschlüssen, welche der Bundesrath durch die Noten vom 24. Januar⁴ und 14. März⁵ v. J. Herrn Minister Lanfrey zu geben die Ehre hatte und welche in eingehender Weise die schweiz. Gesandtschaft in Paris am 6. Februar gl. J. Seiner Excellenz dem Herrn Grafen de Rémusat, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, zu ertheilen sich beeilte⁶, hielt sich der Bundesrath zu der Hoffnung für berechtigt, die Regierung von Frankreich überzeugt zu haben, nicht nur, dass es sich um eine innere Angelegenheit handle, über welche er einzig der gesetzgebenden Behörde der schweiz. Eidgenossenschaft Rechenschaft schulde, sondern auch, dass er sich in dieser Angelegenheit allezeit streng auf dem Boden der Gesetzlichkeit bewegt habe. Wenn nun trotzdem die frühern Vorbehalte wiederholt werden, so muss auch der Bundesrath vor allem seinen schon früher eingenommenen Standpunkt neuerdings nachdrucksam machen: dass, nachdem gegen eine unter schweizerischen Behörden stehende Eisenbahngesellschaft gemäss schweizerischem Recht und Gesetz verfahren worden ist, seines Erachtens ein Grund zu diplomatischer Intervention nicht vorliegt.

Getreu dem versöhnlichen Geiste, welcher den bisherigen Meinungs-austausch zwischen den beiden Regierungen beherrscht hat und von welchem, wie wir mit Befriedigung konstatiren, auch die neueste Note des Herrn Geschäftsträgers durchdrungen ist, steht der Bundesrath jedoch — nach Wahrung seines Stand-

3. AS 1872—1874, XI, S. 1—18.

4. E 1001 (E) q 1/98, Nr. 370 a.

5. E 1001 (E) q 1/98, Nr. 1245 a.

6. E 53/43.

punktes — nicht an, betreffend die oben kurz skizzirten Ausstellungen aktengemässen Aufschluss zu ertheilen.

I. Der Bundesrath ist sich nicht bewusst, bei dem gegen die Ligne d'Italie durchgeführten Verfahren materielle Strafbestimmungen zur Anwendung gebracht zu haben, mit welchen die Gesellschaft nicht schon durch die Konzession vom 6./17. Februar 1866 (Art. 7)⁷ bedroht gewesen wäre. Dass zwischen der Zurückziehung der Bundesgenehmigung und dem wirklichen Verkaufe das neue Eisenbahngesetz in Kraft trat, hatte im vorliegenden Falle nur die rein formelle Folge, dass die Versteigerung durch die Eidgenossenschaft und nicht mehr durch den Kanton Wallis durchgeführt wurde. Das Recht und die Pflicht der Execution gegen eine ihrer Konzession verlustige Gesellschaft gehört aber gewiss unbestreitbar zu den Hoheitsrechten, welche gemäss Art. 6 des Eisenbahngesetzes von den Kantonen auf den Bund übergegangen sind.

II. Wie bei der ersten, 1866 und 1867 in Folge Falliments vollzogenen Steigerung über die Ligne d'Italie der Staatsrath von Wallis sich vorbehalten hatte, über die Zulassung der sich präsentirenden Bewerber zu entscheiden, so hat auch für die in Rede stehende Steigerung (sowohl für die auf den 26. November 1873 als für die auf den 4. März 1874 angesetzte) der Bundesrath eine entsprechende Bestimmung in die Gantbedingungen aufgenommen. Die Termine der zwei Steigerungen wurden gehörig publizirt, in einer Mehrzahl französischer, englischer, italienischer und schweizerischer Blätter, und die Gantbedingungen Jedermann zugänglich zur Verfügung gestellt.

Während für die erste Steigerung sich 4 Bewerber meldeten, drei davon jedoch ihre Gesuche wieder zurückzogen, kamen um Zulassung zur zweiten Steigerung rechtzeitig (d. h. vor dem 19. Februar) nur die Regierung des Kantons Wallis, das Comité Suisse et International du Simplon in Lausanne und die Vereinigung der Société financière vaudoise und der Compagnie des chemins de fer de la Suisse Occidentale ein. Der erste Bewerber war jedoch nicht im Falle, die von ihm wie bei der ersten Gant geforderte Ermächtigung des Grossen Rathes beizubringen, und der zweite zog seine Anmeldung wieder zurück. Zwei Anmeldungen, der Herren Watel et Ferry in Paris (Telegramm vom 25. Februar⁸) und des Herrn A. Lion in Paris (Telegramm vom 26. Februar⁹) konnten wegen Verspätung nicht berücksichtigt werden. So blieb nur ein einziger Steigerer übrig, ein Umstand, der allerdings zu bedauern war, der jedoch wie bei jeder Steigerung von vornherein in der Möglichkeit lag.

Wenn der Preis, um welchen die der Eisenbahnunternehmung dienenden Immobilien und Mobilien der Ligne d'Italie losgeschlagen wurden, zu den darauf verwendeten Kapitalien in grellem Missverhältniss steht, so wird eine vorurtheillose Erwägung nicht verkennen, erstens, dass solche Eventualitäten bei jedem Zwangsverkaufe unvermeidlich sind, und zweitens, dass auf den ersteigerten Aktiven Pflichten von grosser finanzieller Tragweite lasten, Pflichten, denen die alte Gesellschaft nicht gewachsen war, wegen deren Nichterfüllung sie den gebauten Theil der Linie einbüsste. Gegenüber der ersten Gesellschaft, welche

7. Eisenbahnaktensammlung 6, S. 11—25.

8. E 53/44, Bd. 2.

9. *Ibid.*

die Walliser-Bahnen baute und betrieb, war übrigens ein Missverhältniss schon vorhanden, als die neue, die internationale Gesellschaft der Ligne d'Italie am 15. Juli 1867 die Eisenbahn- und die Dampfschiffunternehmung für 2,525,000 Franken erstand.

III. Die Steigerung vom 4. März wurde lediglich wegen Meinungsverschiedenheiten abgebrochen, welche zwischen dem Bundesrathe und der Vereinigung der Société financière vaudoise und der Suisse Occidentale über die Auslegung einer Klausel der Gantbedingungen und einer diesfalls abgegebenen Erklärung des Bundesrathes zu Tage traten. Mit Eingabe vom 16. Februar¹⁰ hatte nämlich die genannte, als Steigerer anerkannte Vereinigung die Frage aufgeworfen, ob nicht die von der Regierung des Kantons Wallis angemeldete Pfandrechtsansprache im Betrage von circa 400,000 Franken ungültig sei und ob der Ersteigerer eine in den Hypothekenbüchern enthaltene Forderung des Herrn J. C. Baur, im Betrage von circa 184,000 Franken, zu übernehmen habe. Gemäss Beschluss vom 26. Februar¹¹ antwortete der Bundesrath: er halte die Pfandrechtsansprache der Regierung von Wallis auch für ungültig, und erachte ebenfalls, dass durch den Verkauf der Erlös an die Stelle des Pfandobjectes trete und gegen Bezahlung des Kaufpreises das Gantobject in das unbeschwerte Eigenthum des Ersteigerers übergehe. Immerhin müsse der Bundesrath jede Verantwortlichkeit bezüglich der Erledigung dieser Fragen ablehnen.

Dem entsprechend wurden die Gantbedingungen durch folgende Bestimmung ergänzt:

«Die auf öffentliche Steigerung gebrachte Eisenbahn ist nach den Pfandbüchern der Bezirke Sitten und Leuk, laut den diesem Protokoll beigefügten Auszügen, d.d. 1. und 2. Juni 1873, mit 52 inscriptions hypothécaires zu Gunsten des Unternehmers J. C. Baur für die Gesamtsumme von 1,560,643 Fr. 40 Rp. belastet welche Summe jedoch nach der in Abschrift beiliegenden Schlussrechnung des Herrn Baur nur noch 184,884 Fr. 15 Rp., Kapitalwerth 1. Januar 1873, betragen soll.

Überdies hat der Stand Wallis seit der über die Ligne d'Italie unterm 26. November v. J. abgehaltenen ersten Steigerung ein Pfandrecht für eine angebliche Forderung von approximativ 400,000 Franken eintragen lassen. Der Bundesrath hat letztere Ansprache, soweit an ihm, nicht anerkannt, muss indessen dem Gantkäufer überlassen, ins Recht zu antworten, wenn die Pfandforderung gegen ihn geltend gemacht werden sollte; ebenso muss dem Ersteigerer die Vertheidigung gegen Pfandforderungen überlassen werden, durch welche er allfällig für einen den Gantpreis übersteigenden Betrag in Anspruch genommen werden wollte; der Bund übernimmt bezüglich der auf dem Gantobjecte haftenden Lasten keine Garantie.»

Durch vom 3. März datirte, am 4. eingegangene Zuschrift¹² erklärte die mehrerwähnte Vereinigung u.a.:

«Nous constantons... avec plaisir:

10. E 53/44, Bd. 2.

11. E 1004 1/96, Nr. 1146.

12. E 53/44, Bd. 2.

1. que vous considérez l'inscription hypothécaire de l'Etat du Valais comme illégale et de nul effet à tous égards; qu'en outre vous admettez que, par suite de la vente, le produit des enchères est substitué à l'objet de l'hypothèque et que, moyennant paiement du prix d'adjudication, l'objet mis aux enchères doit passer franc de toute charge en mains de l'adjudicataire;

2. ...les décisions de votre part nous suffisent et, sans nous arrêter aux réserves dont vous avez cru devoir les accompagner, c'est sous l'empire et sur la foi de cette double assurance que nous nous rendrons aux enchères de la Ligne d'Italie.»

Der in dieser Zuschrift liegende Versuch, dem Bundesrath, entgegen seinen Intentionen und Erklärungen, eine Garantie zu überbinden, bestimmte ihn, die Steigerung abzubrechen.

Nachdem dann aber der Ersteigerer vermöge eigenen Impulses die durch ihn provozirten Zweifel gehoben, nämlich erklärt hatte, er übernehme im Falle des Zuschlags die grundversicherte Forderung des Herrn Baur und er anerkenne, dass hinsichtlich der Absprache des Kantons Wallis der Bund jede Garantie von sich ablehne, war das Hinderniss beseitigt, welches sich der Durchführung der Steigerung entgegengestellt hatte, und wurde daher derselben der Fortgang gelassen. Eine neue Steigerung war das nicht, wie der Bundesrath sofort nach dem diesfälligen Beschluss vom 11. März¹³ nach verschiedenen Seiten hin zu erklären veranlasst war, sondern lediglich die Fortsetzung und Beendigung der durch den dargestellten Zwischenfall unterbrochenen zweiten und letzten Steigerung. Ob der Unterbruch 12 Tage oder 12 Minuten dauerte, bleibt sich vollständig gleich. Eine neue Ausschreibung und neue Bedingungen waren daher ausgeschlossen. Irgend welche berechnigte Interessen und erworbene Rechte wurden durch den Unterbruch nicht verletzt.

IV. Nicht ob die von Herrn Baur geltend gemachte Forderung zu Recht bestehe oder nicht, war fraglich oder streitig, sondern ob sie wegen des zu ihrer Sicherheit bestellten dinglichen Rechtes (Pfandrechtes) in der Weise auf die Käufer übergehe, dass diese sie zu übernehmen haben, auch wenn der Kaufpreis jenen Betrag nicht erreichte, oder aber ob das Pfandrecht an den Immobilien durch den Zwangsverkauf untergehe und lediglich den Erlös ergreife. Der Bundesrath sprach sich, immerhin nicht rechtsverbindlich, für die letztere Ansicht aus. Wenn diese richtig war und wenn für die Bahn nicht mindestens 184,884 Franken erlöst wurden, so blieb dem Herrn Baur eine Currentforderung gegen die Gesellschaft der Ligne d'Italie. Indem der Ersteigerer die in Rede stehende Forderung ohne Abrechnung an der Kaufsumme zu bezahlen übernahm, so kann das unter allen Umständen für die Gesellschaft der Ligne d'Italie nur vortheilhaft sein; denn wenn der Käufer es nicht gethan hätte, so wäre Angesichts der Möglichkeit, dass er doch zur Bezahlung der Forderung verurtheilt würde und Angesichts der von Seite des Kantons Wallis drohenden Pfandforderung wohl kein höheres Angebot gemacht worden.

Am Schlusse seiner Darstellung über einige Thatsachen aus dem letzten Akte des gegen die Ligne d'Italie gerichteten Verfahrens angelangt, glaubt der Bundesrath darauf hinweisen zu dürfen, dass die schweizerischen Behörden in der Beur-

13. E 1004 1/96, Nr. 1409.

theilung der Verwaltung der Ligne d'Italie und in dem Vorgehen gegen eine durch Vernachlässigung konzessionsmässiger Pflichten die allgemeinen Interessen schädigenden Gesellschaft nicht allein stehen. Eine unbefangene Prüfung der Verhältnisse und Vorgänge wird, hofft er zuversichtlich, leicht die Quelle finden, aus welcher die bedauerlichen Verluste französischer Angehöriger abzuleiten sind, und erkennen, dass sie nicht zu suchen sei bei Behörden, welche in die unangenehme Nothwendigkeit versetzt wurden, von so strengen Rechten Gebrauch zu machen.¹⁴

14. Der Antrag wurde vom Bundesrat in seiner Sitzung vom 13. 6. 1874 angenommen (E 1004 1/97, Nr. 3435). Die Antwortnote des Bundesrates ist im BBl 1874, 2, S. 463—469 abgedruckt.

52

E 1004 1/97

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 15. Juni 1874

3442. Genfer Übereinkunft, Nachtrag

Politisches Departement. Antrag vom 9. Juni 1874

Nachdem die *schweizerische Gesandtschaft* in Berlin im Verfolg von Mittheilungen vom 18.¹ und 24. December 1873² und 2. Mai³ über das ablehnende Verhalten der deutschen Reichsregierung gegenüber den in Genf am 20. October 1868 vereinbarten Zusätzen⁴ sammt spätern Erläuterungen zur Genfer Übereinkunft vom 22. August 1864⁵ unterm 8. Mai⁶ berichtet hat, dass die inzwischen eingetroffenen Einladungen zu einer Konferenz über die Houdebot'schen und russischen Vorschläge betr. Verbesserung der Stellung der Kriegsgefangenen und eine internationale Regelung der Gebräuche in Kriegszeiten es der deutschen Regierung rathsam erscheinen lassen, die Frage der Zusazartikel als zusammenhängend mit den neuen Vorschlägen⁷ einstweilen auf sich beruhen zu lassen und das Ergebnis der neuen Berathungen abzuwarten, beantragt das Departement unter Darlegung des jezigen Standes der Verhandlungen über die Annahme der besagten Zusazartikel und in der Meinung, dass die herwärtige Abordnung zu der von Russland vorgeschlagenen Konferenz in Brüssel anlässlich des Kapitels betr. die Nichtkämpfenden und Verwundeten, namentlich des § 37

1. E 2/311.

2. Nr. 34.

3. Nr. 47.

4. BBl 1868, 3, S. 1076—1083.

5. AS 1863—1866, VIII, S. 520—530.

6. E 2/311.

7. Vgl. das BR-Prot. vom 27. 5. 1874 (E 1004 1/97, Nr. 3000).

des russischen Vorschlags⁸, die Bedeutung der Genfer-Übereinkunft als Ergänzung der völkerrechtlichen Geseze und Gebräuche in Kriegszeiten überhaupt zur Geltung zu bringen haben werde⁹ und dass für die Behandlung dieser Frage Einleitungen zu treffen seien, je nach deren Ergebnis hierseits in der einen oder andern Richtung weiter vorzugehen wäre;

1. Der russischen Regierung sei mittels Note an deren Gesandtschaft nach Entwurf die Sachlage und die Antwort der deutschen Regierung an den schweiz. Gesandten in Berlin zur Kenntnis zu bringen, sowie der Wunsch des Bundesrathes mitzutheilen, anlässlich der Brüsseler Konferenz auch diese so lange hängige Angelegenheit zu regeln, endlich sie anzufragen, ob sie gegen die Anregung dieser Frage bei Behandlung des § 37 ihres Entwurfes, Bedenken trage.

2. Sei eine Abschrift des Departementsberichts dem Gesandten in Berlin vertraulich zuzustellen.

E 1004 1/98

ANNEX

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 27. Juli 1874*¹⁰

4329. Brüsseler Konferenz für Kriegsrecht; Instruktionen

Politisches Departement. Antrag vom 22. Juli 1874

Gemäss Schlussnahme vom 22. dies¹¹ ist der Bundesrath heute auf die Berathung des Entwurfs von *Instruktionen für den Abgeordneten zu der auf heute nach Brüssel einberufenen Konferenz in Sachen des Abschlusses eines internationalen Übereinkommens betreffend Geseze und Gebräuche des Kriegsrechts* eingetreten und hat dieselben wesentlich unter Bestätigung des Entwurfs wie folgt festgestellt:

A. Allgemeine Instruktionen.

1. Der Delegirte wird beauftragt, unter Anerkennung der in dem kaiserlich russischen Vertragsentwurf niedergelegten humanen und edlen Gesinnungen und unter Vorbehalt unserer Genehmigung und diesseitiger hoheitlicher Ratifikation von Konferenzbeschlüssen, an den am 27. d. Mts. zu eröffnenden Konferenzberathungen behufs Vereinbarung einer internationalen Convention über «Lois et coutumes de la guerre» Theil zu nehmen, ohne vorherige Guttheissung jedoch keine Vereinbarung zu unterzeichnen.

2. Hinsichtlich der Berathungsweise wird der Abgeordnete unserer Ansicht Ausdruck geben, dass es uns zweckmässig erscheine, über den kais. russischen Vertragsentwurf und über die bezüglichen Abänderungs- oder Ergänzungsvorschläge der Konferenzstaaten eine vorläufige Kommissionalberathung stattfinden zu lassen, wobei verstanden ist, dass solche nach den verschiedenen Materien durch verschiedene Ausschüsse geschehen könne. Der Delegirte wird auch dahin wirken, dass behufs Abschluss von Vereinbarungen der k. russische Vorschlag nach den verschiedenen Materien in verschiedene Conventionen zerlegt werde.

3. Über wesentliche und wichtige, neu eingebrachte Vorschläge hat der Delegirte besondere Instruktionen einzuholen.

Gegen den allfälligen Versuch, die Rechte & Pflichten der neutralen Staaten hinsichtlich der

8. E 2/333.

9. Vgl. dazu die *Instruktionen des Bundesrates an den schweizerischen Abgeordneten an die Brüsseler Konferenz, Hammer, vom 27. 7. 1874 (als Annex teilweise abgedruckt) und jene vom 9. 8. 1874 (E 1004 1/98, Nr. 4329)*.

10. *Abwesend: Naeff und Scherer.*

11. E 1004 1/98, Nr. 4238.

Kriegführenden, durch die Konferenz feststellen lassen zu wollen, hat der Delegirte sich ablehnend zu verhalten.

4. Als allgemeine Richtschnur ertheilen wir unserm Abgeordneten die Weisung sein Verhalten im Allgemeinen mit folgenden Gesichtspunkten in Einklang zu setzen:

a. mit der der Schweiz völkerrechtlich zugesicherten neutralen Stellung.

b. mit den in unserm Lande eingeführten oder einzuführenden Militär-Einrichtungen und den für unser politisches Leben Norm gebenden Grundsätzen und Anschauungen.

c. mit der Rücksichtnahme auf die bereits völkerrechtlich festgesetzten Grundsätze, wie solche in bestehenden Vereinbarungen, als Pariser-Deklaration von 1856, Petersburger-Deklaration vom 11. Dezember 1868 & der Genfer Convention vom 22. August 1864 niedergelegt sind;

d. mit der Erwägung, dass die Schweiz in der Regel nur Vertheidigungskriege, solche aber mit ihrer ganzen Volkskraft zu führen in der Lage sein wird.

5. Die Genfer-Konvention ins besondere betreffend, wird sich der Abgeordnete dahin verwenden, dass deren Inhalt unverändert und deren Geltung in Form eines selbständigen Vertrags intakt erhalten bleibe. Demgemäss hat er dahin zu wirken, dass die in dem kais. russischen Vertragsentwurf enthaltenen konkurrirenden Bestimmungen aus demselben entweder eliminiert, oder in demselben ausdrücklich nur als Bestimmungen der Genferkonvention aufgenommen, sowie dass die in Art. VII des vorliegenden Entwurfs neu vorgeschlagenen Bestimmungen als eine weitere Ausführung und als ein Anhang der Genferkonvention aufgestellt werden.

6. Der Delegirte wird möglichen Meinungsverschiedenheiten der Grossmächte gegenüber die unserer neutralen Stellung und den Interessen unseres Landes entsprechende Zurückhaltung beobachten. Zugleich wird derselbe sich mit den Delegirten der neutralen Staaten in geeignetes Einvernehmen setzen.

7. Hinsichtlich der einzelnen Vertragsbestimmungen richtet der Delegirte seine Stimmgebung im Wesentlichen nach Massgabe nachfolgender Spezialinstruktion sub B.

8. Zur Besorgung nothwendiger Scripturen wird der Delegirte im Bedarfsfall autorisirt, die Dienste eines Sekretärs beizuziehen.

8. Dringliche, vertrauliche Mittheilungen an uns geschehen telegraphisch in chiffirten Depeschen. Über den Gang der Konferenzverhandlungen sind dem Bundesrath periodische Berichte einzusenden. [...] ¹².

12. Es folgen die erwähnten Spezialinstruktionen.

*Der Bundesrat an die Signatarstaaten¹ der Genfer-Konvention zum
Schutze der im Kriege Verwundeten*

Zirkularnote

Berne, 8 juillet 1874

Par sa note circulaire du 2 mai 1870², le Conseil fédéral a eu l'honneur d'informer Son Excellence Monsieur le Ministre des Affaires étrangères d. ...³ qu'à l'exception de l'Espagne et de Rome, les Gouvernements de tous les Etats signataires

1. *Österreich-Ungarn, Belgien, Spanien, Grossbritannien, Italien, Portugal, Deutschland, Russland, Frankreich, Niederlande, Türkei, Schweden und Norwegen, Dänemark und Griechenland.*

2. *Nicht abgedruckt.*

3. *Es folgt der Name des entsprechenden Staates.*

de la Convention de Genève du 22 Août 1864⁴, pour l'amélioration du sort des militaires blessés dans les armées en campagne, ont adhéré aux articles additionnels⁵ à la dite Convention, adoptés à Genève le 20 octobre 1868, ainsi qu'aux modifications et interprétations proposées par la France et l'Angleterre aux paragraphes IX et X de ces articles. En même temps le Conseil fédéral portait à la connaissance de Son Excellence que le Cabinet impérial de St. Pétersbourg, tout en adoptant ces articles additionnels, avait proposé une adjonction à l'article XII, dans le but de prévenir l'abus du drapeau distinctif de la neutralité⁶ et La priaait de vouloir bien lui faire connaître aussitôt que possible les vues de son Gouvernement au sujet de cette nouvelle proposition.

Dès lors le Conseil fédéral a eu en outre l'honneur de communiquer aux Gouvernements des Etats signataires, par circulaire du 31 décembre 1872⁷, l'adhésion de l'Espagne aux articles additionnels du 20 octobre 1868.

Si jusqu'à présent le résultat des négociations relatives à l'adoption de l'amendement proposé par le Gouvernement impérial de Russie n'a pu encore leur être communiqué, c'est que les événements politiques dont l'Europe a été le théâtre pendant les années 1870 et 1871 ont retardé considérablement les réponses des divers Gouvernements à la circulaire susmentionnée du 2 mai 1870.

Aujourd'hui le Conseil fédéral est en mesure de présenter à ce sujet aux Etats intéressés un rapport qui, sans être complet et définitif, lui permettra cependant de leur rendre compte de l'état actuel de la question, en remettant entre leurs mains le soin de lui trouver une solution de nature à sauvegarder l'avenir d'une œuvre à la bonne réussite de laquelle de si grands intérêts sont liés.

A la fin de l'année 1873, tous les Etats signataires de la Convention de Genève, l'Allemagne exceptée, avaient annoncé au Conseil fédéral leur adhésion à la proposition du Cabinet de St. Pétersbourg. Le Portugal a mis à cette adhésion la condition que cette proposition puisse faire l'objet d'un protocole explicatif, afin de ne pas modifier le texte même des articles additionnels déjà ratifiés par les Cortès. Les Pays-Bas, tout en adoptant le principe, ont exprimé cependant le désir de maintenir le deuxième alinéa de l'article XII, lequel serait ainsi suivi de la rédaction russe et non remplacé par elle.

Tel était l'état des choses lorsque le Gouvernement impérial de Russie invita les Etats d'Europe à prendre part à une conférence internationale qui doit se réunir à Bruxelles le 27 juillet prochain pour discuter un projet⁸ de convention internationale concernant les lois et coutumes de la guerre⁹. Après avoir pris connaissance de ce projet, dont un chapitre consacré aux non-combattants et blessés mentionne expressément la Convention de Genève, le Cabinet de Berlin, prié par le Conseil fédéral de bien vouloir lui communiquer sa décision relativement à la ratification des articles additionnels de Genève, lui a répondu qu'il considère cette question comme connexe avec le projet de convention russe et qu'à ses yeux

4. AS 1863—1866, VIII, S. 520—530.

5. BBl 1868, 3, S. 1076—1083.

6. Vgl. dazu Nr. 7.

7. Nicht abgedruckt.

8. E 2/333.

9. Vgl. Nr. 46, Anmerkung 3.

il convient par conséquent pour la régler d'attendre la réunion de la conférence de Bruxelles.¹⁰

Ayant porté ce fait à la connaissance du Gouvernement impérial de Russie et lui ayant demandé s'il verrait quelque inconvénient à ce qu'il fût donné suite à l'idée émise par le Gouvernement de l'Empire d'Allemagne, le Conseil fédéral a eu la satisfaction de recevoir la réponse que le Cabinet de St. Pétersbourg n'y voit pour sa part aucun inconvénient, tout en laissant au Conseil fédéral le soin de prendre l'initiative de cette question, non comprise à l'origine dans le programme de la conférence de Bruxelles, tel qu'il a été communiqué aux différents Gouvernements.

En communiquant ce qui précède à Son Excellence Monsieur le Ministre des Affaires étrangères d. ...¹¹ le Conseil fédéral s'empresse d'ajouter qu'il n'a pas voulu décider dans quelle forme la question de la ratification définitive des articles additionnels du 20 octobre 1868 devrait être posée. Ce que le Conseil fédéral désire surtout, c'est de saisir l'occasion favorable qui lui est offerte par la généreuse initiative du Gouvernement impérial de Russie, pour rendre compte aux Etats signataires de la Convention de Genève de la manière dont il s'est acquitté du mandat honorable qu'ils ont bien voulu lui confier. Il estime d'ailleurs que des motifs de haute convenance l'obligent à laisser à la Conférence de Bruxelles le soin de décider elle-même s'il convient de poursuivre la ratification des articles additionnels de 1868 dans leur forme actuelle, ou s'il vaudrait mieux les insérer dans le projet de convention générale que la Conférence sera appelée à discuter.

10. Vgl. Nr. 52.

11. Es folgt der Name des entsprechenden Staates.

54

E 1004 1/98

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 14. Juli 1874¹

4083. Kongress in Brüssel, Anfrage und Verwahrung der Grossbritannischen Gesandtschaft

Politisches Departement. Antrag vom 13. Juli 1874

Unterm 9. diess. unterbreitet der *Grossbritannische Geschäftsträger* einen Abdruck einer von Graf Derby am 4. diess. an den Botschafter in St. Petersburg, Lord Loftus, wegen des von Russland angeregten *Kongresses in Brüssel in Sachen des Kriegsrechts* erlassenen Schreibens² und fragt an, ob die schweizer. Regierung eine gleichartige Erklärung wie sie bei der Russischen Regierung englischer Seits verlangt wurde, zu geben bereit sei, dass nämlich die Konferenzabgeordneten

1. Abwesend: Scherer.

2. E 2/333.

lediglich sich auf die [Erörterung] militärischer Verhältnisse und Vorgänge, welche im Russischen Entwurf³ vorgesehen seien, zu beschränken und in keinerlei Weise, weder mittelbar noch unmittelbar, irgend welche auf die Kriegführung zur See bezüglichen Verhandlungen zu pflegen haben.

Auf den Bericht und Antrag des Departements wird beschlossen:

1. Der Gesandtschaft mit Note nach Entwurf im Wesentlichen zu antworten, dass der Bundesrath nicht im Falle sein werde, seinem Abgeordneten nach Brüssel in letzterer Richtung Weisungen zu ertheilen, dass er aber an sein Rundschreiben vom 8. diess⁴ betreffend Eröffnungen über den Stand der Verhandlungen wegen der Zusazartikel vom 20. Oktober 1868⁵ zur Genfer Übereinkunft vom 22. August 1864⁶ und daran erinnern müsse, dass die §§ 6—14 der Zusazartikel auf den Seekrieg sich beziehen und es unmöglich wäre, ihrer keine Erwähnung zu thun neben den auf die Landheere bezüglichen §§ 1—5, mit welchen sie ein Ganzes bilden, das aufzulösen dem Bundesrath nicht zukomme.

2. Sei von dem Inhalte der Gesandtschafts-Note und der hierseitigen Antwort den Gesandtschaften in Paris, Rom und Wien Kenntniss zu geben und Abschrift der verschiedenen Aktenstücke dem schweiz. Gesandten in Berlin Hrn. Hammer zuzustellen.

3. E 2/333 Vgl. auch Nr. 50.

4. Nr. 53.

5. BBl 1868, 3, S. 1076—1083.

6. AS 1863—1866, S. 520—530.

55

E 2/333

*Der schweizerische Delegierte an der Brüsseler Kriegsrechtskonferenz,
B. Hammer, an den Bundespräsidenten und Vorsteher
des Politischen Departements, K. Schenk*

B Conferenz von Brüssel

Brüssel, 18. August 1874

Im Anschluss erhalten Sie das Redaktionsresultat der heutigen Commissionsitzung, auf deren später folgendes Protokoll¹ ich hinweisen muss, um demselben den einlässlichen Bericht über den Gang der Verhandlungen zu entnehmen.

Der einmal unternommenen Aufgabe getreu, aus der projektirten Convention, wenn sie doch einmal zu Stande kommen sollte, die grösstmögliche Ausbeute für die Ansprüche einer Offensiv-Armee par excellence zu gewinnen, war es auch hier wieder Deutschland, welches diese militärischen Ansprüche in § 45 in einer Weise urgirte, welche die Möglichkeit eines Falles von levée en masse soviel wie illusorisch macht.

1. Nicht abgedruckt.

Ich habe hiegegenüber die durch Ihre Instruktionen² vorgezeichnete Haltung, wenn auch ohne den gewünschten Erfolg, eingenommen und hege höchstens noch einige Hoffnung, dass in der II. Lesung etwa die eine oder andere Ungeheuerlichkeit von diesem Artikel noch abgestreift werden kann.

Morgen gelangen wir an die «Requisitionen und Contributionen» und nach Schluss des Russischen Entwurfes an die Belgischen Neutralitätspunkte³. In letzterer Hinsicht, glaube ich, werde es möglich sein, die vorzuschlagenden Rechtsbestimmungen auf diese genannten Punkte zu beschränken, und werde ich, unter Wahrung des mir von Ihnen vorgezeichneten Standpunktes und unter Vorbehalt aller Entschliessungsfreiheit Ihrerseits, in eine Discussion eintreten, falls Sie mir keine gegentheilige Weisung zugehen lassen. Besprechungen mit der belgischen Delegation, mit Holland und Belgien haben über diese und andere Punkte unsererseits stattgefunden, und es liegt Belgien ebensosehr daran, namentlich Art. 24 seiner Vorschläge durchzusetzen (zur Vermeidung künftiger Collisionen), als es ihm daran liegt, einen Neutralitätscodex aus der Hand der Grossmächte nicht zu empfangen.

Wir werden morgen über die Belgisch-Holländischen Vorschläge noch eine Besprechung unter den Klein- und Neutralstaaten haben und werde ich versuchen, das Programm der Belgischen Vorschläge auf ein Minimum zu beschränken und werde nöthigenfalls telegraphisch um Weisung bitten. Betreffend die Ihnen letzter Tage zugegangenen oder nächstens noch zugehenden Redaktionsentwürfe erbitte ich mir nach Ihrer Convenienz, entweder schliessliche Instruktionen oder die Erklärung, dass Sie über den gesamten Entwurf oder einzelne Punkte dermalen noch nicht schlüssig seien.

2. Vgl. Nr. 52, Anm. 9.

3. Vgl. Actes de la Conférence de Bruxelles. Bruxelles 1874. S. 269-274 (E 2/333).

56

E 1004 1/99

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 18. November 1874

6616. Ausstellung in Philadelphia im Jahre 1876

Eisenbahn- und Handelsdepartement. Antrag vom 12. November 1874

Nach Einsichtnahme von dem Berichte¹, welchen das Depart. über die gemäss Schlussnahme vom 2. September² lezthin getroffenen einleitenden Vorbereitungen für die *Betheiligung der Schweiz bei der 1876 in Philadelphia stattfindenden allgemeinen Ausstellung* und die daherigen Ergebnisse erstattet hat, wird in Genehmigung der gestellten Anträge beschlossen:

1. E 14/20.

2. E 1004 1/98, Nr. 5111.

1. die schweizerischen Consule in New York und Philadelphia sind anzuweisen, Schweizern, welche sich bei der Ausstellung in Philadelphia vom Jahr 1876 betheiligen wollen, auf erstes Begehren Rath und Hilfe zu gewähren und ihre Interessen gegenüber der Ausstellungskommission zu wahren.

2. an die amerikanische Gesandtschaft ist, in Erwiderung einer sachbezügl. Note vom 18. Juli 1874³ unter Kenntnissgabe von den gethanen einleitenden Schritten mitzuthemen: der Bundesrath habe theils aus den ihm geäußerten Urtheilen einzelner Industrieller verschiedener Gewerbszweige theils aus den vom Vorort des letztern Vereins ihm kundgegebenen Meinungsäußerungen⁴ der einzelnen Sektionen desselben die Überzeugung schöpfen müssen, dass wenig Neigung zur Beschickung der Ausstellung unter den schweiz. Industriellen vorhanden ist. Als Gründe werden hervorgehoben: einmal die schnelle Aufeinanderfolge der verschiedenen grossen Weltausstellungen, sodann die bei der grossen Distanz des Ausstellungsortes unvermeidlichen grossen Kosten, welche zu dem zu erwartenden Nutzen deswegen in keinem Verhältnis stehen, weil einerseits viele schweiz. Fabrikate durch die hohen Eingangszölle vom amerikanischen Markte ausgeschlossen, andere aber sonst schon bestens und gründlich daselbst bekannt sind, und andererseits der persönliche belehrende und fördernde Besuch der Ausstellung durch die schweiz. Aussteller bei der weiten Entfernung beinahe zur Unmöglichkeit wird. Angesichts dieser Sachlage habe daher der Bundesrath sich darauf beschränken zu sollen erachtet, den Einzelnen wenigstens, welche die Ausstellung direkt beschicken wollen, dies dadurch zu erleichtern, dass er die schweiz. Consulate in New-York und Philadelphia beauftragt habe, mit Rath und That ihnen an die Hand zu gehen. Dabei behalte sich der Bundesrath selbstverständlich immerhin vor, für den Fall, dass die gegenwärtige laue Stimmung ins Gegentheil umschlagen sollte, weitergehende Massnahmen zu treffen.

3. Das Eisenbahn- und Handelsdepart. ist beauftragt, auf geeignetem Wege dem Generalkonsul in Washington, sowie dem schweiz. Handels- und Gewerbeamt von der Lage der Ausstellungsangelegenheit und den heutigen Schlussnahmen Mittheilung zu machen.

3. Nicht ermittelt.

4. Vgl. das Schreiben des Handels- und Industrievereins an den Bundesrat vom 2. 11. 1874 (E 14/20).

*Der niederländische Generalkonsul in Bern, J. G. Suter,
an den Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartements, P. Cérésolle*

Lorsque, le 17 de ce mois, j'eus l'honneur de vous entrevoir un moment pour vous demander quand nous pourrions avoir une première conférence au sujet du traité à conclure entre la Suisse et les Pays-Bas, je vous disais aussi que, lors d'un entretien que j'avais eu préalablement (le 15 décembre) avec votre Collègue,

Monsieur Scherer, comme Chef du Département du Commerce, je lui avais remis officieusement, à titre d'information préliminaire seulement, le projet de traité¹ proposé maintenant par le Gouvernement Néerlandais, et que ce projet devait se trouver dans le dossier transmis à votre Département par celui du Commerce².

Aujourd'hui, je vois qu'il n'en est point ainsi, puisque je viens de recevoir, de la part de Monsieur Scherer, le projet en question, lequel, n'ayant pas encore été présenté officiellement, n'avait pas été joint au dossier comme je l'avais présumé. J'aimerais bien, cependant, que vous puissiez en prendre connaissance avant notre première conférence: je pense, en effet, que cela pourrait simplifier la négociation à reprendre en la réduisant à une simple constatation du fait qu'en réalité il n'y a plus rien à négocier, depuis que le seul obstacle sérieux qui s'opposait encore à la signature du traité — la question du libre exercice de tous les cultes — se trouve écarté en suite de l'heureuse révision de la Constitution fédérale, où ne figure plus le malencontreux article 44³ de l'ancienne Loi fondamentale. Et il y a plus: l'ancien projet de traité que feu Monsieur Frey-Hérosée était prêt à signer avec moi, contenait encore une réserve *générale* par rapport à *toutes les nations asiatiques* — l'un des points qui avait provoqué d'abord une opposition si vive et si tenace de la part du plénipotentiaire Suisse — tandis que maintenant, en suite de la législation commerciale si largement libérale adoptée depuis par les Etats Généraux, cette réserve a pu être restreinte aux seules peuplades indigènes de l'Archipel Oriental. Voilà donc un progrès auquel la Suisse, elle aussi, ne pourra qu'applaudir et qui facilitera, j'ose l'espérer, une entente définitive.⁴

Une autre raison encore me fait désirer que vous veuillez bien, dans le but d'abrégier la conférence, avoir la bonté de prendre d'ores et déjà connaissance du projet dont il s'agit et que je me permets, en conséquence, de vous présenter préalablement. C'est que la rédaction proposée actuellement est conforme, mutatis mutandis, à celle des traités conclus par les Pays-Bas avec d'autres Puissances, et que ce texte diffère donc un peu, quant à la forme, non pas quant au fond, de celui qui avait été si laborieusement préparé dans les conférences antérieures. Les conventions de cette nature conclues jusqu'ici par la Suisse n'ayant pas une rédaction uniforme, tandis que le Gouvernement Néerlandais a toujours tâché à obtenir cette uniformité, j'espère bien que la Suisse pourra y acquiescer puisque ses traités présentent déjà une si grande diversité de forme; et pour ne pas avoir à en parler longuement dans une conférence officielle, j'ai pensé qu'il vous serait, à vous aussi, agréable de pouvoir d'avance vous convaincre qu'il ne s'agit sous ce rapport que d'une question de forme indifférente pour la Suisse.

Vous avez eu la bonté de me faire espérer une première conférence entre Noël et le jour de l'an. Mais comme nous voilà déjà bien près de la fin de l'année, je commence à craindre que le temps ne vous ait manqué de vous occuper de cette affaire. Quant à moi, je ne pourrais maintenant être à Berne que demain et après-demain. A partir du 3 Janvier, je serais de nouveau à votre disposition.

1. *Nicht abgedruckt.*

2. *Vgl. das BR-Prot. vom 16. 12. 1874 (E 1004 1/99, Nr. 7171).*

3. AS 1848—1849, I.

4. *Zu den Motiven, welche einem früheren Vertragsabschluss im Wege standen, vgl. DDS 2, Nr. 10.*

Je termine en vous priant de bien vouloir excuser la liberté que j'ai prise de vous adresser ces lignes privées, écrites dans le but de préparer les voies pour notre première conférence et de nous épargner par-là, à vous et à moi, des éclaircissements préliminaires.

Pour le cas, bien probable maintenant, où je n'aurais plus le plaisir de vous voir cette année-ci, veuillez me permettre encore de profiter de cette occasion pour vous présenter, ainsi qu'à Madame Cérésolle, mes meilleurs vœux de nouvel an⁵.

5. *Der Vertrag mit den Niederlanden wurde am 19. 8. 1875 und ein Zusatzprotokoll dazu am 24. 4. 1877 unterzeichnet. Vgl. dazu die Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung vom 21. 5. 1878* (BBI 1878, 2, S. 1065—1079) *sowie den Bericht der Kommission des StR zu diesem Geschäft vom 25. 6. 1878* (BBI 1878, 3, S. 296—300).

58

E 1004 1/100

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 18. Januar 1875¹

308. Instruktionen für die Abordnung an die Münzkonferenz in Paris

Finanz- und Zolldepartement. Antrag vom 16. Januar 1875

Im Nachgange zur Schlussnahme vom 11. dies.², betreffend Bezeichnung der HH. Minister Kern in Paris und Nationarath Feer-Herzog in Aarau als Vertreter der Eidgenossenschaft bei der am 25. ds. in Paris zu eröffnenden Münzkonferenz, welche Sendung von den Genannten laut Zuschriften vom 14. und 13.³ angenommen worden ist, unterbreitet das Departement den von Herrn Feer-Herzog ausgearbeiteten und mit einem Berichte begleiteten *Entwurf^a der den Abgeordneten zu ertheilenden Instruktionen*.

Der Entwurf wird nach angehörter Verlesung ohne Abänderung genehmigt, worauf besagte Instruktion dahin festgestellt ist:

1. QUESTION DU MONNAYAGE DE L'ARGENT

Le Conseil fédéral maintient le principe de la position qu'il a prise dans la note⁵ remise le 6 novembre 1873 par M. Kern au gouvernement de la République française et qui se trouve accentué dans les instructions qu'il a données à ses délégués pour la conférence de 1874.⁶

1. *Abwesend: Cérésolle und Schenk.*

2. E 1004 1/100, Nr. 165.

3. *Beide Schreiben in E 12/28.*

4. E 12/28.

5. E 2200 Paris 1/106.

6. *Vgl. Nrn. 29, Annex und 36.*

Néanmoins, comme la diversité de la situation des vues et des intérêts des quatre Etats de la Convention de 1865⁷ n'a pas permis de supprimer complètement la frappe des écus de cinq francs et que la simple limitation de ces frappes a été préférée à la suppression complète, le Conseil fédéral se plaçant sur le terrain du résultat de la Convention additionnelle de 1874⁸ recommande à ses délégués d'appuyer la continuation du système de la limitation inauguré l'année dernière.

Tenant compte de la marche des prix de l'argent pendant l'année 1874 et de sa cote actuelle, et de la tendance croissante de l'envahissement de ce métal au détriment de l'or, le Conseil fédéral recommande pour l'année 1875 une limitation plus étroite encore que ne l'était celle de 1874. Il se prononce en général pour la continuation de la période d'arrêt et de réflexion introduite par la Convention additionnelle du 31 janvier 1874 et pour toutes les mesures propres à empêcher la substitution de l'or par l'argent et la fuite du premier de ces métaux.

2. QUESTION DE LA TOLÉRANCE DU TITRE DES MONNAIES D'OR

Les délégués suisses sont autorisés à accepter la réduction de la tolérance du titre de l'or de 2 millièmes à 1 millième, proposée par la France et déjà acceptée par la Belgique.

3. QUESTION DES CONDITIONS D'EXCLUSION DES PIÈCES USÉES PAR LE FRAI

Les délégués, si cette question venait à être discutée derechef, sont autorisés à se prononcer pour le principe contenu dans les lois monétaires anglaise et italienne et dans la loi suisse sur les frappes d'or, principe qui laisse la perte sur les monnaies détériorées et usées à la charge du porteur.

7. AS 1863—1866, VIII, S. 825—837.

8. AS 1874—1875, 1, S. 97—103.

59

E 2200 Paris 1/105

*Der Bundespräsident und Vorsteher des Politischen Departements, J. J. Scherer,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, J. K. Kern*

S Confidentiel

Berne, 31 janvier 1875

Nous lisons toujours avec un grand intérêt les rapports confidentiels que vous nous envoyez de temps à autre sur la situation politique & nous pensons devoir de notre côté vous tenir au courant des questions d'une certaine importance qui occupent en Suisse les autorités & le public. Toutefois ces questions ne sont actuellement pas nombreuses.

Quant à la *Conférence de Bruxelles* & à la note russe¹ qui demande aux Puis-

1. *Es handelt sich um die Zirkularnote vom 15. 10. 1874* (E 2/333).

sances de se prononcer sur le projet de déclaration², nous n'en sommes guère plus avancé que lorsque nous vous écrivions à ce sujet au mois de novembre dernier. La question a déjà été étudiée quant au fond par le Département Militaire fédéral³ & elle fait actuellement l'objet d'un travail semblable de la part du Département Politique. L'impression générale est que le projet sacrifie les petits Etats au profit des grands & qu'il ne saurait en tout cas pas être adopté tel quel. Mais la véritable difficulté n'est pas encore résolue, à savoir sous quelle forme il convient de répondre aux propositions du Gouvernement Russe et quelle attitude nous devons observer dans les négociations ultérieures. Vous comprendrez avec nous qu'il y aurait une grave imprudence à communiquer dès aujourd'hui au Cabinet de St. Petersbourg l'opinion du Conseil fédéral sur chacun des points du projet de Bruxelles avant surtout de connaître la manière de voir des autres Gouvernements. Nous nous lierions ainsi les mains pour l'avenir et nous n'aurions plus la même liberté d'allures dans les négociations ultérieures. Dans notre position d'infériorité à l'égard des partisans du projet nous devons au contraire éviter jusqu'au bout de nous engager et ce sont des négociations par voie de conférence de délégués qui répondront le mieux à ce but, d'abord parce qu'elles seront plus longues & donneront plus de temps à la réflexion, ensuite parce qu'elles nous permettront d'échanger nos idées avec les Etats qui ont des intérêts analogues aux nôtres & de nous appuyer mutuellement, enfin parce que l'intermédiaire d'un délégué autorise diverses nuances dans la manière d'adhérer à telle disposition du projet ou de la rejeter. Notre rôle paraît donc devoir être une attitude purement expectante. Nous sentons bien, il est vrai, qu'une réponse à la note russe ne saurait tarder plus longtemps, ne fût ce que par des motifs d'égard & de courtoisie. Cependant les renseignements qui nous sont parvenus nous apprennent qu'une seule puissance, l'Autriche, aurait répondu jusqu'ici. Or il est assez naturel que la Suisse n'estime pas devoir prévenir les autres Etats puisqu'elle a bien plus de motifs que la plupart de ceux-ci, de craindre les conséquences du projet de Bruxelles et qu'elle doit se montrer plus circonspecte dans son examen. Aussi tout en nous préparant à répondre, nous attendrons si possible pour le faire que les grandes puissances se soient prononcées. Lorsqu'enfin nous en serons arrivés là, il s'agira de faire une réponse qui ne nous engage pas trop & nous pensons que le Conseil fédéral pourra se borner à se déclarer prêt à prendre part à une nouvelle conférence pour y discuter les opinions divergentes qui se manifesteront, en se réservant d'ailleurs de présenter à cette occasion ses propres observations sur divers articles du projet. Ceci du reste n'est qu'une première solution sur laquelle il conviendra de revenir & qui demande encore un sérieux examen. Nous avons espéré que la presse suisse aurait discuté quelquefois ces questions, nous avons même envoyé aux grands journaux le texte du projet de déclaration avec les procès-verbaux de la conférence. Mais jusqu'ici aucun d'entre eux n'a rien publié à ce sujet, en sorte que l'opinion publique n'a pas eu l'occasion de se prononcer. Enfin dans cette question nous pensons marcher autant que possible d'accord avec la Belgique dont les intérêts ont beaucoup de rapport avec les nôtres. Nous en avons déjà conféré à diverses reprises avec M. le Chargé d'Affaires de Belgique qui nous a témoigné le

2. E 2/333.

3. *Vgl. den Annex.*

même désir de la part de son Gouvernement. Tout en vous remerciant des rapports que vous nous avez déjà envoyés sur ce sujet, nous vous prions de nous tenir au courant de tout ce que vous pourriez apprendre d'intéressant à ce propos.

La *crise religieuse* dans les Cantons de Genève & de Berne ne paraît pas devoir s'apaiser de si tôt. Les journaux vous auront appris les événements regrettables qui se sont produits à Genève à l'occasion du baptême de l'enfant Maurice.⁴ Toutefois jusqu'ici l'intervention du Conseil fédéral n'a point été réclamée. Nous ne pouvons nous empêcher de dire ici que l'attitude provocante du père de l'enfant nous a paru pour le moins inutile. La question de l'Eglise de Notre-Dame ne paraît pas résolue par la nomination de la Commission instituée en vertu de la loi de 1850 (Art. 7) et il n'est pas impossible qu'en définitive l'autorité fédérale soit nantie de cette affaire. Le clergé ultramontain s'est emparé de cette question dans laquelle il a trouvé l'occasion bienvenue d'entreprendre une nouvelle campagne et les démarches des catholiques anglais pourraient bien ne pas rester isolées.⁵

En ce qui concerne le *Canton de Berne* où la population catholique engagée dans la lutte est bien plus nombreuse, vous savez que le Conseil fédéral a été saisi d'un très-grand nombre de recours, partant du Jura bernois, et dirigés contre les lois nouvelles et contre les mesures prises par le Conseil Exécutif de ce Canton. L'une des mesures qui a soulevé les plus vives réclamations est le décret prononçant l'expulsion des prêtres catholiques révoqués, hors des districts jurassiens. Nous croyons savoir que le Gouvernement bernois se propose de revenir de cette décision dans un avenir prochain, probablement avant le mois d'Avril.⁶ Auparavant il tient à organiser le nouveau Synode Catholique & il craint que la présence des prêtres expulsés n'occasionne des troubles pendant les élections. Le Grand Conseil doit en outre être appelé à voter un décret sur l'exercice des cultes privés, statuant des pénalités pour en réprimer les abus. Lorsque ces mesures seront prises rien ne s'opposera plus à ce que les prêtres révoqués rentrent dans le Jura bernois. Sous ce rapport donc on peut prévoir que la situation se détendra quelque peu.

Vous aurez lu sans doute les articles qui ont paru dans le «Journal de Genève» (N° du 16 janvier) & dans «l'Indépendance Belge» à propos du nommé Stouff, curé français, arrêté puis relâché par les autorités bernoises et des négociations qui ont eu lieu à ce sujet entre l'Ambassade française & le Département des Cultes du Canton de Berne.⁷ Quoique ces articles nous aient paru quelque peu exagérés dans leurs appréciations, il n'en est pas moins vrai que l'Ambassadeur de France et, en une certaine mesure, le Chef du Département des Cultes ont fait fausse

4. Am 25. 1. 1875 fand in der katholischen Kirche von Compesières gegen den Widerstand der betroffenen Gemeinden unter kantonalem Polizeischutz eine altkatholische Taufe statt. Vgl. den Bericht des Genfer Staatsrats vom 10. 2. 1875 (E 22/1609).

5. Vgl. E 22/1606.

6. Zu den jurassischen Rekursen vgl. E 22/1546—1552 und 1554—1561 A sowie die Geschäftsberichte 1873, S. 323—326; 1874 (BBI 1875, 2, S. 33—49); 1875 (BBI 1876, 2, S. 204—205); 1876 (BBI 1877, 2, S. 17—19) und die Bundesblätter 1873, 4, S. 329—333, 1874, 1, S. 369—417, 1874, 3, S. 323—339, 1875, 1, S. 488—493, 515—519, 535—538, 1875, 2, S. 647—666, 1875, 3, S. 1—3, 595—613, 619—694.

7. Vgl. den Bericht des bernischen Regierungsrates Teuscher an den Bundesrat vom 14. 1. 1875 (E 22/1554).

route. Il est surtout inexplicable que M. d'Harcourt ait pû commettre l'imprudence d'écrire au curé Stofff et que celui-ci ait trouvé à propos de publier la lettre de M^r. d'Harcourt. Celui-ci a été vivement piqué des articles du «Journal de Genève» & de «l'Indépendance Belge» et il a cru devoir me faire part de ses griefs, se plaignant de ce qu'un journal suisse pût attaquer d'une manière aussi violente l'Ambassade française accréditée en Suisse. Je me suis vu dans la nécessité de lui répondre que la presse étant libre dans notre pays nous ne pouvions éviter qu'elle juge à sa façon les faits qui sont dans le domaine du public, que du reste les injures par la voie de la presse ne peuvent donner lieu qu'à une action judiciaire & que les cas de ce genre sont entièrement hors de la compétence des autorités administratives.

A ce propos M^r. d'Harcourt m'a annoncé qu'il se proposait de profiter d'une occasion dans laquelle je pourrais m'entretenir avec lui plus longuement, pour me parler de la question de l'Eglise Catholique de Berne, ce qui donne lieu de croire qu'il a des communications fort étendues à me faire. Vous savez que par suite des nouvelles lois & des nouveaux règlements bernois l'Eglise Catholique de Berne peut, par décision du Conseil Administratif de la Commune, être ouverte à des prêtres vieux-catholiques & il paraît en effet que c'est là son intention. Cette mesure provoque quelque contrariété non seulement chez la minorité catholique des habitants de la ville, mais aussi chez une partie du corps diplomatique.⁸ Nous avons appris que le Ministre d'Autriche, M^r. d'Ottensfels, est en relations suivies avec le curé de Berne, M^r. Perroulaz, & qu'il s'occupe beaucoup de cette question.⁹ Quelques uns des membres du corps diplomatique m'ont exposé leurs griefs, exprimant le vœu qu'on leur laisse leur Eglise; mais leur démarche n'avait rien d'officiel. En tout cas ils ne pourront guère se fonder que sur des intérêts purement privés & sur le fait que quelques souverains ont accordé dans le temps, de leur cassette particulière, une subvention pour la construction de l'Eglise.

8. *Die Frage war am 24. 12. 1874 im Bundesrat besprochen worden:* Der Herr Bundespräsident Schenk erstattet [...] Bericht über die von ihm auf Anregung von Mitgliedern des Bundesrathes mit dem Präsidenten und einzelnen Mitgliedern des Regierungsrathes von Bern gepflogenen vertraulichen Besprechungen betreffend die Möglichkeit der Inanspruchnahme der katholischen Kirche in Bern für gottesdienstliche Handlungen der Mitglieder der hiesigen altkatholischen Fakultät und die daraus sich ergebende Nothwendigkeit mit Rücksicht auf die katholischen Mitglieder der Bundesversammlung, des Bundesrathes und des diplomatischen Korps auf die Anweisung eines andern Raumes für die Feier des neukatholischen Gottesdienstes Bedacht zu nehmen. Die Regierung wäre, da ihr weder über die katholische noch über die sogen[annte] französische Kirche in Bern, deren Mitbenutzung wie in früherer Zeit für die Neukatholiken in Anregung gebracht worden ist, ein Verfügungsrecht zukömmt, nicht in der Lage, nach dieser Richtung von sich aus etwas zu thun, sondern müsste ein daheriges Entgegenkommen lediglich der betreffenden Gemeindebehörde überlassen, dagegen wäre sie aus Rücksichten für die katholischen Mitglieder der Bundesversammlung und des Bundesrathes geneigt, wofern die katholische Kirche den Altkatholiken überlassen würde, für eine Verständigung betr. Anweisung eines geeigneten Raumes zur Abhaltung des neukatholischen Gottesdienstes ihre Mitwirkung eintreten zu lassen (E 1004 1/99, Nr. 7309 b).

9. *Am 26. 2. 1875 berichtete Tschudi aus Wien:* [...] Die Angelegenheit der katholischen Kirche in Bern hat unter den hiesigen Vertretern der katholischen Staaten eine grosse Misstimmung hervorgerufen (E 22/1545).

ANNEX

E 2/333

*Der Vorsteher des Militärdepartements, E. Welti,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements, J. J. Scherer*

B

Bern, 18. Januar 1875

Das Militärdepartement hat die Ehre hiemit den Bericht über die Verhandlungen der Brüsseler-Conferenz abzustatten, welchen das politische Departement mit Schreiben vom 8. v.M.¹⁰ gewünscht hat.

Dieser Bericht beschränkt sich auf die Verhältnisse, welche ausschliesslich militärischer Natur sind und lässt diejenigen ausser Betracht denen eine mehr allgemeine politische Bedeutung zukommt. Unter diese letzteren rechnen wir den wichtigen ersten Abschnitt, welcher von der militärischen Autorität auf dem Gebiete des feindlichen Staates handelt sowie die Capitel von der militärischen Gewalt über die Privatpersonen (Art. 36—39) über die Contributionen und Requisitionen (Art. 40—42) über den Waffenstillstand (Art. 47—52) und die Internirung (Art. 53—56).

Von directer militärischer Wichtigkeit ist das Capitel «qui doit être reconnu comme partie belligérante» (Art. 9—11).

Vor allem ist hier zu bemerken, dass von dem Antrage unseres Abgeordneten, wonach die «Milizen» nicht besonders zu nennen sondern einfach als in dem Begriffe der Armee enthalten zu betrachten sind, nicht abgegangen werden sollte.¹¹ Allerdings enthält der letzte Absatz dieses Artikels eine derartige Zusage die aber immerhin die «Miliz» neben der «Armee» als eine besondere Kategorie von Kriegführenden auffasst und für dieselbe bestimmte Requisite aufstellt, welche für die «Armee» nicht gelten und die zu Erörterungen führen könnten welche für uns unter allen Umständen nur nachtheilig sein müssten.

Wichtiger sind übrigens die andern Bestimmungen dieses Artikels. Wenn die Schweiz in einen Krieg verwickelt wird, so wird derselbe mit der äussersten Kraftanstrengung geführt werden; jeder der eine Waffe tragen kann hat zur Vertheidigung des Landes mit zu wirken und das Bewusstsein dieser Pflicht, das glücklicherweise in unserem Lande besteht, soll in keiner Weise getrübt werden, geschweige denn dass es den Behörden erlaubt wäre durch irgend eine Zusage an andere Staaten sich des Rechtes des äussersten Widerstandes zu begeben.

Mit dieser Auffassung stehen die Art. 9 und 10 des Entwurfes der Conferenz nach unserer Auffassung im Widerspruch. Der schweizerische Landsturm, auf dessen Mitwirkung wir unter keinen Umständen verzichten können, ist nicht im Stande die Bedingungen zu erfüllen welche Art. 9 aufstellt um des Rechtes theilhaft zu werden, welches die Kriegführenden zu beanspruchen haben.

1. Es ist durchaus nicht annehmbar, wenn verlangt wird, dass alle Corps eine Person an ihrer Spitze haben, die für ihre Untergebenen verantwortlich ist. Eine solche Forderung stellen heisst die Verwendung von andern als den regulären Truppen der Armee unmöglich machen. Die hier geforderte Verantwortlichkeit kann von keinem Chef übernommen werden und wird auch keinem Befehlshaber in der «Armee» zugemuthet. Wie sollte vernünftiger Weise ein General für eine völkerrechtswidrige Handlung haften, welche von einem Subalternoffiziere seines Corps begangen wird oder dieser letztere für eine strafbare Handlung eines Soldaten seiner Compagnie. Der Natur der Sache nach kann ein Befehlshaber nur für das verantwortlich sein was er anordnet sowie für dasjenige was er dem fehlbaren Untergebenen gegenüber zu thun unterlässt, nicht aber für den Fehler selbst den dieser letztere begangen hat. Eine Verbindlichkeit wie sie der Entwurf nicht etwa bloss den Landsturmführern oder den Commandanten von freiwilligen Corps sondern auch allen Miliz-offizieren auferlegen will, würde notwendig dazuführen, dass der Offizier die rechtswidrigen

10. Nicht ermittelt.

11. Hammer hatte sich an der Conferenz folgendermassen ausgedrückt: [...]. [Die Schweiz] demande la suppression du mot *milices*, puisque les *milices* forment l'armée suisse proprement dite. [...] (Verhandlungsprotokoll der Brüsseler-Conferenz, S. 139 in: E 2/333).

Handlungen aller Untergebenen auf seine Rechnung zu nehmen und sobald er in die Hände des Feindes fällt auch zu verantworten hätte.

2. Die Forderung dass Milizen und Freiwillige (für die «Armee» wird dieselbe nicht gestellt) ein bestimmtes und von Ferne erkennbares Abzeichen tragen ist an und für sich nicht zu bestreiten, kann aber zu den mannigfachsten Chicanen führen. Wie gross ist die Distanz auf welche das Zeichen erkennbar sein soll? auf die grösste Schussweite der Handfeuerwaffen ist überhaupt kein noch so deutliches Ausrüstungszeichen für das blosse Auge erkennbar. Ein blosses Armband, ein gleichmässiger Caput oder Hut würde also unter keinen Umständen genügen und wäre übrigens wenn eine allgemeine Erhebung stattfindet auch nicht einmal zu beschaffen.

3. Am schlimmsten steht es mit der unter Nr. 4 formulirten Bedingung. Alle Milizen und Freiwilligen sollen sich in ihren Operationen an die Gesetze und Gewohnheiten des Krieges halten (se conformer dans leurs opérations aux lois et coutumes de la guerre). Wenn die Forderung gestellt würde, dass diese lois et coutumes in dem Verhalten gegen den Feind, in den völkerrechtlichen Beziehungen zu demselben beobachtet werden, so liesse sich für die Erörterung derselben ein Standpunct gewinnen. Davon ist aber nicht die Rede sondern von den *Operationen* unter denen doch offenbar nur die militärischen defensiven oder offensiven Unternehmungen verstanden werden können. Welches sind aber die lois et coutumes de guerre die hiefür gelten? Offenbar beziehen sich die Verbote von Art. 13 nicht darauf. Dort sind die moyens de nuire à l'ennemi abgehandelt, deren Definition mit den operations nicht zusammenfällt. Dieser Ausdruck umfasst nach seiner unzweifelhaften Bedeutung auch die tactischen Formen, die Kampfweise im Allgemeinen und für diese werden lois et coutumes angerufen und ausbedungen die wir nicht kennen, weil sie überhaupt nicht bestehen. In Art. 10 werden nun gegenüber den besprochenen, und wie uns scheint unerfüllbaren Bedingungen, Ausnahmen aufgestellt, die aber bei näherer Betrachtung keine Vortheile gewähren.

Nach diesem Artikel wird die Bevölkerung eines *besetzten* Landestheils welche dem Feinde Widerstand leistet nicht als kriegführend angesehen. Die Theilnehmer einer solchen Unternehmung werden dem Kriegsgericht überliefert und nach Kriegsrecht behandelt. Eine solche Auffassung kann sich die Schweiz unter keinen Umständen gefallen lassen und noch viel weniger kann sie dazu Hand bieten zu ihrer Sanction mitzuhelfen.

Aber auch die Rechte welche der Entwurf den Bevölkerungen der *nicht occupirten* Landestheile zuerkennen will, sind bei weitem nicht ausreichend. Diese Bevölkerung soll unter zwei Bedingungen als kriegführend angesehen werden. Erstens wenn sie nicht Zeit gehabt hat, sich nach Art. 9 zu «organisieren». Dabei ist völlig unklar gelassen ob sich dieser letztere Ausdruck nur auf Ziffer 1 von Art. 9 bezieht welche von der Organisation handelt und ob dann die andern Ziffern, trotz des Mangels an Zeit gleichwol gelten. Wer soll darüber entscheiden ob Zeit zu der verlangten Organisation vorhanden gewesen sei? Und giebt es ein Criterium nach dem die Frage erledigt werden kann? Man wird unter allen Umständen mit Grund bekämpfen können, jede Bevölkerung habe vor dem Kriege Zeit genug gehabt die Vorbereitungen zu treffen, die Art. 9 fordert.

Eine zweite Bedingung deren Bedeutung wir oben schon auseinandergesetzt haben kehrt hier wieder indem verlangt wird, dass die kämpfende Bevölkerung die Regeln und Gewohnheiten des Krieges respectire. Wir haben darüber nichts beizufügen als die Bemerkung, dass hier der Ausdruck «respecter les lois etc.» jedenfalls weniger verfänglich ist als in dem vorigen Artikel wo von lois et coutumes de la guerre mit Bezug auf die militärischen Operationen die Rede ist.

Wir schliessen unsere Analyse der Art. 9 und 10 mit der Erklärung dass dieselben von der Schweiz nie angenommen werden können und dass auch eine veränderte Redaction so lange nicht annehmbar ist als sie nicht das absoluteste Recht des Volkskrieges in allen Richtungen anerkennt. Der Titel «des moyens de nuire à l'ennemi (Art. 12–14) giebt zu keinen Ausstellungen Anlass indem er völkerrechtlich unbestrittene Sätze enthält, die wir auch unsererseits anerkennen.

Dasselbe gilt von dem Abschnitt «des sièges et bombardements» (Art. 15–18) und dem folgenden «des espions» (Art. 19–22).

In dem Abschnitte «des prisonniers de guerre» steht das erste Lemma von Art. 23 «les prisonniers de guerre sont des ennemis légaux et désarmés» in genauem Zusammenhang mit der eben besprochenen Frage, wem das Recht der Kriegführenden zuerkannt werden soll. Die Antwort auf diese Frage entscheidet selbstverständlich auch über die «Legalität» des Feindes. Die Vorschriften über die Behandlungen der Kriegsgefangenen selbst sind nach allen Richtungen annehmbar.

Über die folgenden Abschnitte (Art. 35, Art. 40—45, Art. 46) ist vom militärischen Standpunct aus ebensowenig etwas zu bemerken.

Zum Schlusse bleibt mir nur noch ein Punct zu besprechen. Sie wünschen nämlich in Ihrer Zuschrift vom 8. v. M. dass sich das Militärdep. darüber ausspreche in welcher Weise auf die russische Note vom 3./15. Oct/ober/ v. J. geantwortet werden soll.

Was die materielle Seite der Sache anbetrifft, so sind wir diesem Wunsche nachgekommen. Es scheint aber am Platze auch der Form Erwähnung zu thun in welcher unsere Bemerkungen vorzubringen sind. In dem Circular des russischen Ministeriums des Auswärtigen ist die Meinung und damit wohl auch der Wunsch ausgesprochen, es möchten die beteiligten Regierungen, Bemerkungen und Vorschläge zu dem Entwurfe dem russischen Cabinet mittheilen, damit dieses aus dem gesammelten Material die vereinbarten Punkte feststelle welche den Gegenstand einer Erklärung zwischen den Regierungen bilden würden oder damit es ein neues Project redigire oder endlich eine neue Conferenz veranstalte.

Da unter keinen Umständen angenommen werden kann, dass sich ohne neue Conferenz eine Übereinstimmung erzielen lasse, so erschiene es dem unterzeichneten Departement als fehlerhaft wenn wir vorerst schriftlich unsere Anschauungen, Ausstellungen und Vorschläge an die russische Regierung gelangen lassen wollten. Wir haben ein überwiegendes Interesse daran unser weiteres Vorgehen nach demjenigen der übrigen Staaten zweiten Ranges einzurichten; eine solche Übereinstimmung lässt sich aber nur erzielen, wenn aus der Fortsetzung der mündlichen Verhandlungen die Absicht dieser Staaten erkenntlich wird und in persönlichem Verkehr ein gemeinsames Ziel ins Auge gefasst werden kann; ein derartiges Verfahren wird aber verunmöglicht wenn wir von vornherein einseitig unsere Erklärungen abgeben und uns damit in einer Weise binden, die jede freie Bewegung unmöglich macht, der dirigirenden Regierung aber und ihren Gesinnungsgenossen ein Übergewicht giebt, das die Gleichberechtigung der übrigen und namentlich der kleineren Staaten geradezu aufheben würde.

60

E 22/1554

*Der französische Botschafter in Bern, B. d'Harcourt,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
J. J. Scherer*

N

Berne, 2 février 1875

Le 12 Octobre 1874, votre prédécesseur m'a adressé une réponse à une plainte de violation de territoire que l'Ambassade avait formulée au mois de Juillet dernier, à l'occasion de l'arrestation de M. l'abbé Lachat, dans la partie française du lit du Doubs.¹ M. Schenck [!], après avoir donné la relation de ce qui s'était passé d'après les témoignages recueillis, ajoutait:

«Le Conseil fédéral ne pense pas qu'il y ait rien à reprocher aux gendarmes qui ont arrêté le vicaire Lachat. D'une part ils ne pouvaient laisser ce dernier sans secours, alors qu'il courait le danger de se noyer; d'autre part, ils n'avaient pas à trancher de leur chef cette question douteuse à savoir si Lachat, alors qu'il se retenait encore aux branches d'un arbre situé sur la rive suisse du Doubs aurait ou non passé la frontière française.»

1. Vgl. die französische Note vom 9. 7. 1874 und die schweizerische Antwort vom 12. 10. 1874 (E 22/1554).

Je dois faire observer à Votre Excellence que les considérations invoquées par M. Schenck n'ont pas semblé à mon Gouvernement de nature à écarter le fait même de la violation de territoire. Si l'humanité faisait aux gendarmes suisses un devoir d'arracher à la mort l'ecclésiastique qu'ils poursuivaient, elle ne les obligeait en aucun cas à mettre ce dernier en état d'arrestation et en supposant d'après leurs déclarations qu'ils n'aient pas eu besoin de descendre eux-mêmes dans le lit du Doubs, ils n'en ont pas moins, en portant la main sur l'abbé Lachat qui s'y trouvait et en ne le relâchant pas immédiatement, fait acte de souveraineté sur notre territoire.

Comme l'autorité devant laquelle les gendarmes conduisirent M. Lachat après l'avoir arrêté, a ordonné spontanément la mise en liberté du prisonnier, je ne me propose pas d'insister davantage sur l'irrégularité qui a marqué, dans cette occasion les procédés des Agents Suisses; mais il a paru utile à mon Gouvernement de bien établir cette irrégularité aux yeux de Votre Excellence, afin qu'elle ait la bonté de donner les instructions nécessaires pour éviter, à l'avenir, le retour d'incidents semblables.

61

E 13 (B)/271

*Der schweizerische Gesandte in Wien, J. J. von Tschudi,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
J. J. Scherer*

B Vertraulich

Wien, 8. Februar 1875

Meine Antwort¹ auf das bundesrätliche Schreiben vom 1^{ten} Februar² bezüglich der türkischen Angelegenheit ist gestern von hier abgegangen, bevor ich Ihre vertraulichen Mittheilungen vom 6^{ten} Februar³ erhalten habe. Ich erlaube mir daher über diese letzteren noch einige Bemerkungen zu machen.

Bei der Beurtheilung des türkischen Vorgehens unseren Wünschen gegenüber, müssen wir folgende Punkte in's Auge fassen.

1^o) Die türkische Regierung zeigte sich Anfangs durchaus geneigt den Protocollsbeitritt der Schweiz zu gestatten, nur machte sie die bekannte Bedingung, dass der Bundesrath der französischen Regierung Anzeige machen solle, dass directe Verhandlungen eingeleitet seien, weil Graf Vogüé schon früher (und zwar ohne irgend eine Ermächtigung) sich angeboten hatte, namens des Bundesrathes, das Protocoll zu unterzeichnen.⁴

2^o) Durch die bundesrätliche Mittheilung an die Regierung des Herrn Thiers, die von derselben dem franz. Botschafter in Constantinopel übermittelt wurde,

1. Es handelt sich vermutlich um das Schreiben Nr. 17/135 vom 8. 2. 1875 von Tschudi an Scherer (E 13 (B)/271).

2. E 1001 (E) q 1/107, Nr. 609.

3. Nicht abgedruckt.

4. Vgl. Nr. 27.

begann dieser mit oder ohne höheren Auftrage, da er durch sein voreiliges Benehmen der Pforte gegenüber gewissermassen compromittirt war, seine feindselige Action, worin er durch einige unserer Landsleute, die bei ihm aus und eingehen, unterstützt wurde.

3°) Der Lieblingsgedanke des ehemaligen hiesigen türkischen Botschafters [*Khalil*] Pascha war stets die Emancipation der Türkei von der Europaeischen juridischen Bevormundung durch Consulate mit Jurisdiction. Er glaubte, wenn irgend ein europäischer Staat sich dazu verstehen würde seine Staatsangehörigen in allen Verhältnissen unter türkische Jurisdiction zu stellen, so würden allmählig die anderen Staaten auch zu bewegen sein ihre Consularjurisdiction aufzugeben. Khalil Pascha machte mir daher mündlich die verlockendsten Vorschläge, die ich natürlich zurückweisen musste.

4°) Als Khalil Pascha Minister des Äussern wurde, vertrat er in unserer Frage seine Idee bei der Pforte und es erfolgte dann die Ihnen bekannte Antwort⁵ des türkischen Ministers des Äussern, in welcher diesem Lieblingsgedanken [*Khalil*]'s Ausdruck gegeben wurde. Ich weiss durch private Mittheilungen dass sämtliche diplomatische Vertreter in Constantinopel mit Spannung unserer Antwort auf die türkische Proposition entgegensehen.

5°) Nachdem ich, vorerst *ohne*, später *im* Auftrage des h. Bundesrathes dem türkischen Botschafter erwiedert hatte, dass wir auf diese Proposition unter keiner Bedingung eintreten können, glaubte Herr v. Vogüé den richtigen Zeitpunkt gekommen, um mit neuem Eifer seine Intriguen fortsetzen zu können. Er erneuerte in dieser Zeit die Proposition im Namen des Bundesrathes das Protocol zu unterzeichnen⁶. Da die bundesrathliche Antwort⁷ abschlägig lautete, so machte er alle Anstrengungen um die Pforte zu einer entschieden ablehnenden Antwort zu bewegen; die Folge dieser Bemühungen war die Note Raschid Pascha's vom 6. Januar l. J⁸.

6°) Die Pforte will das von mir ihr stets und stets wiederholte sachgemässe Verhältniss, dass die in der Türkei lebenden Schweizer die freie Wahl haben sich einer beliebigen Schutzmacht unterzustellen, von Vogüé aufgehetzt, nicht anerkennen. Die dortige Regierung, das geht aus der Note vom 6. Januar klar hervor, ist so bornirt, dass sie dem gegentheiligen Geschwätze [*von*] Vogüé mehr Glauben schenkt, als meinen officiellen Versicherungen.

5. Note von Kabuli an Tschudi vom 27. 10. 1873 (E 13 (B)/271).

6. Am 16. 5. 1874 richtete de Laboulaye eine Note an Schenk, worin sich Frankreich anerbote, die Verhandlungen mit der Türkei über den Einschluss der Schweiz in das Protokoll betreffend Grunderwerb zu führen. Vgl. auch das Schreiben von Tschudi an Schenk vom 26. 5. 1874 (Beide Aktenstücke in: E 13 (B)/271).

7. E 1004 1/97, Nr. 3343.

8. In dieser Note führte Raschid aus: J'ai l'honneur de vous informer que, d'après une communication que je viens de recevoir de S. Exc. Aarifi Pacha, le Conseil des Ministres auquel avait été soumise la question relative à la signature par la Suisse du Protocole qui confère aux Etrangers le droit de propriété immobilière en Turquie, considérant d'une part, que les Suisses résidant dans l'Empire sont assimilés aux Français, en ce qui concerne les affaires commerciales ou autres, et que, de l'autre, il n'existe aucune convention entre la sublime Porte et la Confédération helvétique, a cru devoir décider de ne pas créer une exception en matière de propriété immobilière. [...] (E 13 (B)/271).

7°) Die in neuerer und neuester Zeit von der türkischen Regierung inaugurierte feindselige Haltung gegen die Fremden in Justizangelegenheiten, die darin gipfelt, dass die Dazwischenkunft der Dragomans bei Processen zwischen Fremden und Eingeborenen nicht mehr gestattet wird; in Folge dessen die meisten Gesandten sich veranlasst sehen, ihre Staatsangehörigen zu verhindern, Vorladungen türkischer Gerichte Folge zu leisten. Das türkische Verbot steht in inniger Beziehung zum Protocol, denn es betrifft nur diejenigen Prozesse und Gerichtsverhandlungen, die in Folge des gewährten Rechtes des Immobilienbesitzes durch Fremde entstehen. Meiner Ansicht nach, kann die Schweiz in Folge der türkischen Note vom 6. Januar die Verhandlungen als *abgebrochen* betrachten, sich aber vorbehalten dieselben beim Ablaufen des französisch-türkischen Handelsvertrages an dem wir auch participiren, wieder aufzunehmen. Die Schweiz kann bei Erneuerung des genannten Handelsvertrages, der wie es scheint von Frankreich oder der Türkei gekündigt, und der auf einer anderen Basis abgeschlossen werden wird, unmöglich noch einmal die guten Dienste Frankreich's ad hoc in Anspruch nehmen, um sich nicht etwa in der Zukunft wieder irgend einer so unliebsamen Frage, wie die gegenwärtige, auszusetzen. Sie kann aber ebenso wenig in Bezug auf einen Handelsvertrag an die guten Dienste irgend einer anderen Nation recurriren ohne Frankreich empfindlich zu verletzen; sie muss daher für diese Angelegenheit einen eigenen Vertreter in temporärer Mission nach Constantinopel schicken und dieser würde dann auch die Protocolangelegenheit zu regeln haben.

Ich erlaube mir Sie bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam zu machen, dass der französisch-türkische Handelsvertrag im Jahre 1861 auf die Dauer von 7 Jahren abgeschlossen wurde (vom 1. Sept. 1861 bis 1. Sept. 1868) und dann wieder verlängert, seinem Ende entgegengeht. Über diesen Punkt werde ich mir erlauben dieser Tage dem h. Bundesrathe Mittheilungen zu machen.

Aus Ihren Mittheilungen entnehme ich, dass Sie der Ansicht sind die Angelegenheit nicht ruhen zu lassen, sondern sich schon an die Gesandten Englands und Deutschlands, mit dem Ansuchen gewendet haben ihre Regierungen vertraulich anzufragen, ob sie nicht geneigt wären ihren Einfluss bei der Pforte dahin geltend zu machen, dass diese die directen Unterhandlungen mit der Schweiz fortsetze und schliesslich den Beitritt zum Protocoll ermögliche? Ich bedaure, dass Sie diesen Schritt schon gethan haben; hätte ich Ihre Absicht früher gekannt, so hätte ich mir erlaubt Sie darauf aufmerksam zu machen, dass es der Sache (soweit ich über die diplomatischen Verhältnisse in Constantinopel informirt bin und ich glaube es *genau* zu sein) keineswegs förderlich sein dürfte, wenn die Vermittelung *von zwei Grossmächten* beansprucht wird. Die Pforte wird in einer solchen *doppelten Intervention* sogleich eine Pression wittern und da sie ganz genau weiss, dass weder England noch Deutschland sich die Angelegenheit besonders zu Herzen nehmen wird, widerspänstiger als je, sein. Durch alle die diplomatischen Niederlagen, welche die Pforte in jüngster Zeit erlitten hat, erbittert, suchen die dortigen Staatsmänner sich in nebensächlichen Angelegenheiten zu revanchiren und da wo es ihnen nur einigermassen möglich ist, wenigstens den Schein der Unabhängigkeit zu wahren. Constantinopel ist, in Folge der eingenthümlichen Dragoman- und anderer Verhältnisse das grösste diplomatische Klatschneest, das existirt. Eine jede Gesandtschaft überwacht ängstlich die Schritte der anderen und eine jede ist,

wie schon angedeutet, auch in dieser Hinsicht gut informiert. Seien Sie überzeugt, dass Graf Vogüé noch am nämlichen Tage, als die englische und deutsche Intervention eintritt, von Pfortenbeamten selbst über die Lage informiert werden und dann alle Minen springen lassen wird, um aus dem schon angeführten Grunde, sie zum Nicht nachgeben zu veranlassen. Es ist höchst wahrscheinlich, dass es ihm gelingen, und dass der Stand unserer Angelegenheit dadurch auch für später ein weit ungünstigerer sein wird.

Es dürfte Ihnen, Herr Bundespräsident, erinnerlich sein, dass ich schon in meiner Depesche vom 14. Nov. 1874⁹ dem h. Bundesrathe den Vorschlag machte durch den Deutschen Botschafter in hier, General von Schweinitz, das Ministerium des Äussern in Berlin zu ersuchen seinen Botschafter in Constantinopel zu veranlassen confidentiel nach den Gründen zu forschen, warum die Pforte den Beitritt der Schweiz zum Protocoll nicht gestatten wolle und sie, wenn möglich, zu veranlassen demselben keine weiteren Schwierigkeiten entgegen zu setzen. Ich habe diesen Schritt zu dem mich der hohe Bundesrath mit Depesche vom 25. November v. J.¹⁰ ermächtigte, nicht gethan, weil das Gespräch mit dem Baron Herbert (vergl. meine Depeschen N^o 1158 vom 26. Nov. und N^o 1165 vom 28. Nov. v. J.)¹¹ und in Folge dessen mein Schreiben an Parnis Effendi¹² dazwischen traten. Wenn ich nun auch glaube, dass jetzt noch eine confidentielle Anfrage des deutschen *oder* des englischen Botschafters in Constantinopel vielleicht nützlich sein könnte, so bin ich aber doch ganz entschieden der Ansicht, dass durch eine Intervention *beider* gerade das Gegentheil von dem was beabsichtigt ist, erzielt werden wird.

Ich hätte Ihnen ferner bemerkt, dass es, bevor die Intervention fremder Gesandten in Anspruch genommen wird, wohl sehr zweckmässig sein dürfte, die Antwort des Parnis Effendi abzuwarten, indem dieselbe möglicherweise Anknüpfungspuncte zu weitem Verhandlungen hätte geben können. Es ist nämlich noch sehr fraglich ob Parnis Effendi schon von meinem Promemoria Gebrauch machen konnte, als die türkische Note an Raschid Pascha zu Ende December v. J. von Constantinopel abging. Wie sie aus meinen Schreiben an ihn entnehmen, habe ich ihm das Protectoratsverhältniss so klar und eingehend als möglich dargestellt. Da Parnis Effendi ein Engländer von klarer Auffassung und Talent ist, so hätte er ja unmöglich den Passus: «vu que les Suisses» etc. zugeben können. Diese Note ist nach meinem Dafürhalten ohne Vorwissen Parnis Effendi's und auf specielle Veranlassung des Grafen Vogüé an Raschid Pascha geschickt worden.

Ich werde jedenfalls nächster Tage an Legationsrath Baron Herbert¹³ schreiben und ihn ersuchen Parnis Effendi zu einer baldigen Antwort zu veranlassen.

Ich habe meine Antwort an den türkischen Botschafter noch nicht abgefasst und werde mit derselben warten, bis ich Nachrichten von Parnis Effendi habe. Sie kann ganz kurz sein, aber von zwei verschiedenen Standpunkten aufgefasst wer-

9. Nicht abgedruckt.

10. E 1001 (E) q 1/105, Nr. 6735.

11. Beide Schreiben nicht abgedruckt.

12. Am 15. 12. 1874 hatte Tschudi ein Promemoria an Parnis Effendi gerichtet (E 13 (B)/271).

13. Vgl. das Schreiben von Tschudi an Herbert-Rathkeal vom 10. 2. 1875 (E 2200 Wien 1/56).

den. Entweder halte ich mich ganz an den Auftrag des h. Bundesrathes vom 1. Februar, erkläre dem Botschafter, dass meine Regierung die Verhandlung als zu keinem Resultate führend, vor der Hand als abgeschlossen betrachte aber sich vorbehalte bei gelegener Zeit wieder darauf zurück zu kommen und lege zugleich auch die ernsteste Verwahrung gegen die Äusserung ein, dass die in den türkischen Staaten residirenden Schweizer unter französisches Protectorat gestellt seien.

Oder ich drücke dem Botschafter mein Bedauern über die abschlägige Antwort aus, setze voraus, dass sie nur Folge eines Missverständnisses sei, indem die Pforte von der durchaus irrigen Ansicht ausgehe, dass die im Oriente residirenden Schweizer unter französischem Protectorate stehen. Knüpfe dann, an allfällige Anhaltspuncte der Antwort Parnis Effendi's die Hoffnung, dass die Pforte die Frage von Neuem erwägen und zu einem unseren Wünschen entsprechenden Abschlusse führen werde.

Die erstere, in meiner Stellung correctere Antwort ist mir in Folge des neuerlichen Schrittes von Ihrer Seite unmöglich geworden; ich muss also, mit allfälligen, durch etwa eintretende Verhältnisse bedingten Modificationen, [*mich*] an die Zweite halten.

Ihrem Wunsche, einen Entwurf zu einem Promemoria für die Gesandten zu erhalten, ist, wie ich glaube durch mein Promemoria an Parnis Effendi vollkommen entsprochen; es enthält das geschichtliche Resumé und aus den Verhandlungen alles das was für die betreffenden Botschaften in Constantinopel zu wissen nöthig ist.

62

E 1004 1/100

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 12. Februar 1875¹

814. Münzconferenz in Paris, Schlussbericht und Erklärungsurkunde

Finanz- und Zolldepartement. Antrag vom 10. Februar 1875

Unterm 6. d. erstatteten die *Abgeordneten zur Münzconferenz in Paris Bericht² über die Tags zuvor stattgehabte Schlussitzung und übermachen zugleich die in dieser Sitzung unterzeichnete, an die Stelle einer eigentlichen Übereinkunft für 1875 tretende Erklärung³*, indem sie die Einsendung eines Gesamtberichts⁴ nach Beendigung des Druks der Conferenzprotocolle in Aussicht stellen.

Gemäss Antrag wird hierauf beschlossen:

Den Abgeordneten ist der Empfang zu bestätigen und dabei die Art und Weise zu verdanken, in welcher sie sich der ihnen gewordenen Aufgabe entledigt haben.

1. *Abwesend: Borel.*

2. E 2/28.

3. AS 1874—1875, 1, S. 797—800.

4. BBI 1875, 3, S. 164 (Beilage).

*Der deutsche Diplomat J. von Radowitz,
an die deutsche Regierung*

Abschrift
S Vertraulich

St. Petersburg, 17. Februar 1875

Fürst Gortchacow beklagt sich über die unfreundliche Haltung des jetzigen Präsidenten des Schweizer Bundesrathes, Scherer. Er sei in der Lage gewesen, demselben eine scharfe Zurechtweisung ertheilen zu müssen, aus folgendem Anlasse. Die russische Regierung habe es, im Mai 1873 für notwendig gehalten, durch einen Artikel im Journal de Petersbourg¹ diejenigen russischen Studentinnen, welche in Zürich den Vorlesungen folgen, darauf aufmerksam zu machen, dass sie durch die dortigen Studien oder Examen keine Anrechte auf spätere Praxis in Russland erwerben und besser thäten für ihre Ausbildung in der Heimath zu sorgen statt sich den Lehren der Züricher Professoren zu überlassen². Fürst Gortchacow bemerkte zu dieser Verwarnung habe man hier triftige Gründe und jedenfalls seinen eigenen Landeskindern gegenüber das Recht gehabt.

Dieser Artikel sei unter zwei schweizerischen Präsidenten nicht weiter relevirt worden. Jetzt komme Herr Scherer, ein Radicaler und als geborener Züricher, Verfechter des dortigen Cantonal-Interesses, greife jene Äusserung der russischen Regierung auf und verlange dans un style tout à fait impossible mittelst Note³ die Zurücknahme des erwähnten Artikels. Fürst Gortchacow sagte, er habe seinen Sohn beauftragt dem Präsidenten folgendes zu erwiedern: Le chancelier n'a pas commis l'inconvenance de mettre sous les yeux de S. M. l'Empereur Votre note. Quant aux mesures qu'il plaît à prendre au gouvernement russe vis à vis de ses sujets le chancelier n'a aucune explication à donner à un gouvernement étranger. L'article inséré dans le journal de Petersbourg n'ayant rien de blessant pour la Suisse, il n'y sera rien changé.

Der Reichskanzler wollte mir dieses nur als vertrauliche Mittheilung erzählt haben und als characteristisch für die Prätensionen in denen sich die kleine durch ihre Neutralität gesicherte Schweiz zuweilen gefalle.

1. E 8 (B)/8.

2. Vgl. das Schreiben von Philippin-Duval an den Bundesrat vom 23. 5. 1873 (E 8 (B)/8).

3. E 1001 (E) q 1/106, Nr. 383.

64

E 13 (B)/271

*Der Bundespräsident und Vorsteher des Politischen Departements,
J. J. Scherer,
an den schweizerischen Gesandten in Wien, J. J. von Tschudi*

S Vertraulich

Bern, 22. Februar 1875

Graf Vogüé, französ: Botschafter bei der Pforte, war, wie es scheint in Paris und suchte letzterer Tage, kurz vor seiner Abreise nach Konstantinopel bei Herrn Kern um eine Unterredung über «die Interessen der Schweizer in der Türkei» nach. Ich theile Ihnen die einschlägigen Stellen des Berichtes des Herrn Kern¹ in Abschrift mit und wünsche Ihre Ansichten darüber zu vernehmen², bevor ich dem Bundesrathe meine Anträge betreffend Beantwortung Ihrer Depesche vom 10. Februar³ in gleicher Angelegenheit unterbreite.

Da der türkische Zolltarif⁴, nicht der auf 28 Jahre abgeschlossene franz:-türkische Handelsvertrag⁵, erst im Jahre 1876 revidirt werden soll, so scheint es mir unthunlich diesen Termin abzuwarten um in der Protokollsfrage zum Ziele zu kommen.

Aber auch abgesehen hievon muss wohl überlegt werden, ob es in unserem Interesse liege uns von dem Abhängigkeitsverhältniss, in das wir durch jenen Vertrag gewissermassen zu Frankreich getreten sind, loszusagen und sich dagegen den Chancen von Unterhandlungen über einen Handelsvertrag auszusetzen. Wenn nämlich, was mehr als wahrscheinlich ist, die Türkei immer noch darauf ausgeht, die dort domizilirten Schweizer unter ihre Jurisdiktion zu bringen um dann den Kapitulationen überhaupt auf den Leib zu rücken, so wird sie die Vertragsunterhandlungen mit dieser Forderung eröffnen, oder wenigstens den Vertragsabschluss von der Errichtung eines diplomatischen Postens in Konstantinopel, der Eröffnung schweiz: Konsulate im Orient, eben von diesem abhängig machen. Wir müssten ein solches Ansinnen selbstverständlich ablehnen; damit wären aber auch — so fürchte ich — die Unterhandlungen überhaupt zu Ende. Dieses sind wohl auch die Gründe, von welchen die bundesrätliche Depesche vom 1. Februar⁶ als gegen den Abschluss eines Handelsvertrages sprechend, Erwähnung thut.

1. Vgl. die Schreiben von Kern an Scherer vom 17. und 19. 2. 1875 (E 13 (B)/271).

2. Tschudi antwortete am 25. 2. 1875: [...]Wie ich Ihnen ebenfalls schon mitzuthellen Veranlassung hatte, findet die Pforte darin, dass die Schweizer in der Türkei unter verschiedenen Protectoraten stehen einen Grund um die schweiz. Beitrittserklärung zu verweigern; wären sie unter einer Schutzmacht vereint, so hätte der Botschafter dieser Macht ohne Zweifel schon vor Jahren, von dem h. Bundesrathe dazu beauftragt, den Beitritt zum Protocolle ohne Schwierigkeit erlangen können. [...] (E 13 (B)/271).

3. E 2200 Wien 1/56.

4. Vgl. E 2200 Paris 1/87.

5. E 13 (B)/270.

6. E 1001 (E) q 1/107, Nr. 609.

Auf der andern Seite ist nicht zu verkennen dass der Genuss der Vortheile des französisch-türkischen Vertrages vom Jahr 1861 und des türkischen Zolltarifs vom nämlichen Jahre unseren Angehörigen im Orient und dem schweizerischen Handel überhaupt sehr zu statten kommt. Es scheinen unsere Landsleute nicht nur kein Verlangen zu haben das Verhältniss zu lösen, sondern wünschen vielmehr bei den Revisionsverhandlungen im Jahre 1876 mitzuwirken, was ihnen ohne Zweifel wie früher zugestanden werden wird.

Ich meine also, unser Programm für die weiteren diplomatischen Schritte sollte zunächst consequent lauten:

1. Festhalten an den durch den französisch-türkischen Handelsvertrag vom Jahr 1861 und den bezüglichlichen türkischen Zolltarif dem schweizerischen Handel eingeräumten Vortheilen. Betheiligung der Schweizer an den Verhandlungen über die Tarifrevision.

2. Betreffend Grunderwerb Gleichstellung der Schweizer mit den Angehörigen anderer Staaten durch Unterzeichnung des Protokolls von 1867⁷ oder durch irgend einen anderen Akt. (Declaration, Notenaustausch).

3. Freie Wahl der Schutzmacht für jeden im Orient domizilirten Schweizer.

4. Ablehnung der Entsendung eines ständigen schweizerischen diplomatischen Vertreters nach Konstantinopel.

Da nun die türkische Note vom 6. Januar⁸ kein Zweifel darüber lässt, dass die Pforte, ohne die Einwirkung anderer Mächte wenigstens, die Verhandlungen über die Protokollsfrage in der bisherigen Weise nicht fortsetzen will und bei dem geistigen & körperlichen Zustande ihres Botschafters in Wien durch diesen auch nicht weiter betreiben lassen kann, so entsteht die Frage:

1. Sollen wir bei den direkten Unterhandlungen beharren oder die Offerte des Herrn Vogüé als unvermeidlich annehmen?

2. Sollen wir im ersteren Falle die offiziöse Verwendung Deutschlands & Englands oder auch Deutschlands allein beanspruchen?

3. Ist es in demselben Falle rathsam einen Unterhändler in besonderer Mission nach Konstantinopel zu schicken oder riskirt man dabei dank der Thätigkeit eines gewissen Diplomaten eine gänzliche Erfolglosigkeit?

Sie werden nach Eintreffen der Antwort von Parnis Effendi auf Ihr Promemoria ohne Zweifel in der Lage sein sich über alle diese Punkte auszusprechen.

Ich füge nur noch bei, dass wenn wir trotz aller vorerwähnten Erwägungen zu Unterhandlungen über einen Handelsvertrag hingedrängt werden sollten, die angedeuteten Präliminarfragen im Voraus und sehr vorsichtig ventilirt werden müssten. Schliesslich mögen noch folgende Aufschlüsse über den mehrerwähnten französisch-türkischen Handelsvertrag Platz finden:

Der Vertrag wurde am 29. April 1861 abgeschlossen & gestützt auf denselben von Delegirten der Vertragsstaaten am 5. Dezember 1861 ein türkischer Zolltarif aufgestellt. Der Vertrag trat mit 1. October 1861 in Kraft und soll 28 Jahre dauern, wobei jedem Theil freigestellt ist am Ende des 14^{ten} & des 21^{ten} Jahres Modificationen vorzuschlagen. Der Tarif wurde vom 1. October 1861 an 7 Jahre gültig erklärt, in der Meinung, dass wenn nicht ein Jahr vor Ablauf dieser Frist von dem

7. Nicht abgedruckt.

8. Vgl. Nr. 61, Anm. 8.

einen oder anderen Theil die Revision des Tarifs verlangt werde, derselbe für weitere 7 Jahre in Kraft bleibe; sodann nach unbenutztem Ablauf dieses Termins abermals 7 Jahre und so fort.

Vertrag und Tarif wurden 1862 in einer Brochure: «Tarif des Douanes Turques, arrêté le 5 Decembre 1861 dans la commission mixte instituée ad hoc» u.s.w. «Publié par les soins de l'Ambassade de France»,

Constantinople, Typographie de Henri Cayol» veröffentlicht⁹.

P. S. Am 24. Juni 1864 macht das türkische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten dem französischen Botschafter Herrn v. Lavalette zu Händen des schweiz. Gesandten in Paris die Mittheilung: S. Exc. M^r de Thouvenel peut donc donner l'assurance à M^r Kern que le traité de Commerce conclu le 24 Avril dernier avec le Gouvernement de l'Empereur et le tarif qu'en sera le corollaire, seront applicables au commerce de la Suisse¹⁰. Es bildet also diese Mittheilung unseren Rechtstitel für die Betheiligung der Schweizer am franz.-türk. Handelsvertrag.

9. E 2200 Paris 1/87.

10. E 13 (B)/270.

65

E 13 (B)/210

Antrag des Vorstehers des Eisenbahn- und Handelsdepartements, K. Schenk, an den Bundesrat

Antwort auf die Note d. ital. Gesandtschaft,
betr. Revision d. Schweiz-Ital. Handelsvertrages¹

Bern, 8. März 1875

Mit Note vom 24. v. M.² macht die k. ital. Gesandtschaft folgende Mittheilung: Die Zeit sei nahe, in welcher die internationalen Stipulationen, auf denen das italiänische Zollwesen beruhe, nämlich die Handelsverträge mit Frankreich, Österreich und der Schweiz, zu Ende gehen. Die Untersuchungen, welche in dieser Aussicht gemacht wurden, seien beendet, und die königl. Regierung sei durch dieselben in die Lage gesetzt, die Modifikationen zu erkennen, welche nöthig sind, um den Verkehr mit dem Auslande zu erleichtern, und das Land in rationellem und billigem Maasse vom gegenwärtigen Zustande zu befreien, in welchem die Lasten, die so schwer und so verschieden auf die nationalen Erzeugnisse drücken, dasselbe denjenigen Ländern gegenüber gesetzt haben[sic!], deren Industrie in besserer Lage sich befindet.

Der franco-italiänische Handelsvertrag sei schon gekündigt worden; derselbe gehe am 19. Januar 1876 und der mit Österreich abgeschlossene am 30. Juni gl. J., der mit der Schweiz abgeschlossene dagegen erst am 1. Mai 1877 zu Ende. Der

1. AS 1866—1869, IX, S. 657—679. Vgl. auch DDS 2, Nrn. 110, 112, 138, 147, 165, 174.

2. Nicht abgedruckt.

Termin des letzteren sei zu entfernt von demjenigen der beiden übrigen, als dass er ohne wesentliche Inkonvenienzen für beide Länder aufrecht erhalten werden könnte. Was die Tarife betreffe, so beziehe sich der Vertrag mit der Schweiz wesentlich auf die Tarife der von Italien mit Frankreich und Österreich abgeschlossenen Verträge; das würde zur Folge haben, dass die Schweiz gegenüber Italien Tarife behielte, welche aber gegenüber anderen Nationen, mit denen sie fest gestellt worden seien, nicht mehr beständen. Für Italien und die Schweiz würde dies nachtheilige Folgen haben. Die königl. Regierung würde genöthigt, die mit einer grossen Anzahl Staaten, denen eigentlich nur die Gleichstellung mit den meistbegünstigsten Staaten zugesichert sei, abgeschlossenen Handelsverträge zu kündigen.

Aus dem gleichen Grunde und zum gleichen Zwecke würde sie genöthigt sein, von den schweizerischen nach Italien gehenden Erzeugnissen ein Ursprungszeugniss zu verlangen, eine vexatorische Maassregel, auf die bis jetzt glücklicherweise verzichtet werden konnte. Überdies müsste die Schweiz, wenn dann der Vertragstermin abgelaufen, einen Tarif annehmen, bei dem sie im Interesse ihres Handels, bevor das italiänische Parlament ihn definitiv festsetze, andere Modificationen hätte eintreten lassen können.

Der Bundesrath möchte nun — schliesst die Note — diese Verhältnisse in Betracht ziehen und einen Abgeordneten nach Rom senden, um vom Entwurf zu einem revidirten Tarife Kenntniss zu nehmen, die Begehren, welche die Schweiz in dieser Beziehung zu stellen habe, mitzutheilen, und nöthigenfalls bezüglich eines neuen Handelsvertrages zu unterhandeln.

Die Gesandtschaft ersucht um beförderliche Mittheilung der Beschlüsse, welche vom Bundesrathe auf diese Note gefasst worden, damit die königl. Regierung in der Lage sei, im Falle einer negativen Antwort, zur rechten Zeit diejenigen Maassregeln zu treffen, welche die ökonomischen Interessen Italiens erheischen.

Das unterzeichnete Departement beantragt:

Es sei der ital. Gesandtschaft der Empfang der Note v. 24. Februar zu bescheinigen, mit dem Beifügen, der schweiz. Bundesrath würde nicht ermangeln, die wichtigen Eröffnungen, welche den Inhalt der gedachten Note bilden, in gebührende Erwägung zu ziehen und die hierseitigen Ansichten und Entschliessungen seiner Zeit kund zu geben.

Dabei müsse er aber jetzt schon darauf aufmerksam machen, dass eine so beförderliche Beantwortung der erhaltenen Mittheilungen, wie die Gesandtschaft sie wünsche, mehrfachen Schwierigkeiten begegne. Der Bundesrath habe der verehrlichen Note der italiänischen Gesandtschaft wohl entnehmen können, welches die allgemeinen Absichten der italiänischen Regierung bei der projektirten Neugestaltung des ital. Zolltarifs seien, der an die Stelle der konventionellen Tarife treten solle, habe aber in derselben keinen Anhaltspunkt gefunden, um beurtheilen zu können, in welcher Weise die schweizerische Produktion und der schweiz. Handel mit Italien, und speziell dessen wichtigste Artikel von den Absätzen des neuen Tarifs betroffen werden.

Dieser Mangel versetze den Bundesrath in die Unmöglichkeit, diejenigen besondern Erhebungen und Untersuchungen zu veranstalten, welche nothwendig seien um die interessirten Kreise des Handels und der Industrie und den Bundesrath über die Vortheile oder über die Opfer in's Klare zu setzen, welche mit

einer Verzichtleistung auf die Tarifbestimmungen des bis 1. Mai 1877 in Kraft bestehenden Vertrags verbunden sein würden.

Wenn auch die Ansätze des ausgearbeiteten neuen Zolltarifs nicht als definitive aufgestellt und als solche behandelt werden können, vielmehr in Aussicht gestellt sei, dass dieselben nach Anhörung der Delegirten von Frankreich, Österreich und der Schweiz noch Modifikationen zugänglich sei, so würde eine Bekanntmachung derselben, beziehungsweise derjenigen, welche in dem Handel zwischen Italien und der Schweiz eine grössere Rolle spielen, doch den grossen Vortheil haben, eine approximative Orientirung über Tragweite und Einfluss der projektirten Änderung zu gestatten und eine Schlussfassung über den in der Note gestellten Antrag in nicht zu langer Frist zu ermöglichen.

Indem sich demgemäss der Bundesrath der angenehmen Erwartung hingebend, es möchte der ital. Regierung gefällig sein, die durch die Note v. 24. Februar gemachten Eröffnungen durch Mittheilung der projektirten Tarifansätze³ für die Hauptartikel des schweiz-ital. Imports ergänzen zu wollen, [...]⁴.

3. Mit Begleitschreiben vom 4. 3. 1875 übermittelte Melegari Bundespräsident Schenk ein Mémoire concernant le nouveau projet de tarif italien, dessen erstes Kapitel folgendermassen eingeleitet wurde: [...] L'administration italienne se réserve de justifier, en son temps, chaque article de son projet. Elle se borne, pour le moment, à faire connaître les considérations générales dont elle s'est inspirée. [...] (E 13 (B)/210). Auch Tschudi in Wien führte in seinem Schreiben an Schenk vom 12. 3. 1875 aus: [...] Es ist auch der hiesigen Regierung kein Entwurf eines Zolltarifs mitgetheilt worden, ein solcher soll auch noch gar nicht bestehen, sondern nur allgemeine Ideen oder Aperçus, von denen man bei den Verhandlungen auszugehen gedenkt. [...] Italien will, wie Ihnen bekannt sein wird, alle Conventionaltarife je nach Ablauf der Handelsverträge auflassen und einen einheitlichen, für lange Zeit und für alle künftigen Handelsverträge gültigen Zolltarif festsetzen. [...] (E 13 (B)/210). Vgl. auch Nr. 79, Anm. 6–9.

4. Der Antrag wurde am 12. 3. 1875 vom Bundesrat gebilligt (E 1004 1/100, Nr. 1385). Nach Eintreffen des italienischen Tarifentwurfs berief das Eisenbahn- und Handelsdepartement am 9. 6. 1875 eine 16-köpfige Expertenkommission ein, nachdem Melegari mit Note vom 8. 6. 1875 erneut auf eine rasche Antwort gedrängt hatte (E 13 (B)/210).

*Bericht der schweizerischen Delegierten¹ an der
internationalen Meterkonferenz an den Bundespräsidenten und Vorsteher des
Politischen Departements,
J. J. Scherer*

B Urgent, confidentiel

Paris, 30 mars 1875

Dans notre premier rapport, daté du 2 Mars², nous avons rapporté que la Conférence diplomatique du mètre avait chargé une Commission spéciale formée des délégués techniques, de préparer un projet de convention. Cette «Commis-

1. Hirsch und Kern.
2. Nicht abgedruckt.

sion spéciale du mètre» a tenu depuis lors une série de séances qui n'ont abouti que Mardi dernier (le 23 Mars) au résultat dont nous avons informé le Conseil fédéral par dépêche du même jour.³ Comme les discussions au sein de la Commission et les pourparlers particuliers auxquels Votre délégué a pris une part active, consistaient dans une lutte ouverte et cachée entre deux partis opposés, dont les péripéties n'offraient rien de saillant et n'exigeaient point de nouvelles instructions, nous avons cru devoir nous abstenir de les porter à la connaissance du Conseil fédéral et retarder notre rapport jusqu'au moment où nous pouvions lui communiquer une décision au moins provisoire, et en même temps transmettre les projets de convention tels qu'ils seront soumis à la Conférence diplomatique.

Nous avons espéré de pouvoir joindre au présent rapport les procès-verbaux des séances de la Commission; mais les choses se font ici avec une lenteur telle que nous ne sommes pas encore en possession des procès-verbaux, lus il y a quatre semaines. Du reste les procès-verbaux sont arrangés après-coup et ne rendent nullement un compte exact des séances telles qu'elles se sont passées, en dehors des séances. Comme les influences politiques s'en sont mêlées, il y aura lieu, Monsieur le Président, de porter à Votre connaissance dans un rapport verbal des faits assez curieux et caractéristiques; ici nous nous bornerons à donner succinctement les renseignements et explications nécessaires pour informer le Conseil fédéral de ce qui s'est passé et le mettre à même de juger de la situation.

Dès le début de la Conférence deux partis se sont trouvés en présence: l'un formé des représentants de l'Allemagne, Autriche, Espagne, Etats Unis, Italie, Russie et Suisse, qui voulait un bureau international, neutre, permanent et scientifique; et l'autre parti, formé des délégués d'Angleterre, Danemark, Grèce, Hollande, Pérou, Portugal, Turquie et Vénézuëla, qui voulait se borner à un simple dépôt des prototypes sans caractère scientifique et sans garanties sérieuses d'indépendance et de neutralité, enfin une continuation de l'état actuel des choses. Ce dernier parti se rattachait essentiellement — comme c'était le cas déjà dans l'ancienne commission du mètre en 1872⁴ — aux intérêts du «Conservatoire des arts et métiers», dont il suivait les inspirations.

La situation était cependant changée, par rapport à celle de 1872, en ce que le Gouvernement Français qui s'était alors identifié avec le Conservatoire, semblait maintenant avoir compris qu'il compromettrait tout, s'il continuait à s'opposer à une organisation internationale, et qu'en exigeant des privilèges pour la France, il risquerait de voir un certain nombre de grands pays former ailleurs un établissement international des poids et mesures. Le Gouvernement Français a donc pris ostensiblement, par l'organe de Mr. Dûmas, Président de la Commission, une position neutre, déclarant qu'il accepterait la décision de la Conférence, quelle qu'elle soit: véritable bureau international, ou simple dépôt des prototypes. Mais en même temps Mr. Dûmas nous donnait, d'une manière privée, l'assurance que le gouvernement finirait par se rallier à nous, et il allait même jusqu'à élaborer secrètement avec nous notre projet (désigné par le N^o 1)⁵.

De cette façon, nous nous trouvions en face de deux Frances: la France du

3. *Nicht abgedruckt.*

4. *Vgl. den GBer. 1872 (BBl 1873, 2, S. 291 f.).*

5. *Nicht abgedruckt.*

Gouvernement allait avec nous en secret, tout en proclamant ostensiblement sa neutralité entre les deux partis; et la France du Conservatoire qui combattait notre projet de toute manière: ouvertement dans la Commission, et surtout secrètement par des démarches personnelles, que le Général Morin, directeur du Conservatoire, faisait dans les Légations et Ambassades contre les intentions de son propre gouvernement. Ces tentatives, poursuivies à notre Légation comme dans la plupart des autres, ont eu de l'effet chez certains diplomates. notamment à l'Ambassade Russe, ce qui a failli compromettre, à un certain moment, la réussite de la Conférence. Il semblait alors qu'une rupture devenait inévitable et qu'il en résulterait peut-être quelque chance de voir une partie du moins des Etats se décider à fonder en commun un Bureau des poids et mesures à Berne. Votre délégué s'est attaché à s'informer auprès de ses collègues quels seraient, dans cette éventualité, les pays décidés à fixer à Berne le siège du Bureau; il s'est convaincu que ce serait seulement la Russie et l'Allemagne et peut-être l'Autriche, mais que ni l'Italie, ni l'Espagne ne se joindraient à [ceux-ci] pour le moment, et que même pour les Etats Unis ce serait peu probable. De cette façon le nombre des pays aurait été trop faible, pour fonder à Berne une institution viable, et pour que les avantages particuliers que la Suisse aurait retirés d'une telle combinaison, eussent contrebalancé, même à nos yeux, les avantages d'une organisation générale des poids et mesures, embrassant presque le monde entier. Nous étions donc d'accord qu'il n'y avait pas lieu de demander au Conseil fédéral de nouvelles instructions⁶. Nous nous sommes abstenus, soit de favoriser soit d'empêcher une rupture, et nous nous sommes bornés à nous informer autant que possible [de] ce qui se passait derrière les coulisses à Paris, Berlin et à St. Pétersbourg.

Dimanche dernier, le 21 Mars, le délégué Allemand a pris sur lui d'informer le représentant de la France, Mr. Dûmas, que le rôle douteux du gouvernement Français et les intrigues qu'il tolérait de la part de ses fonctionnaires, avaient indisposé les gouvernements Allemand et Russe au point que — si la France ne se décidait pas prochainement à adopter le projet international — ces gouvernements étaient résolus à quitter la Conférence et à fonder, avec les pays qui se joindraient à eux, un établissement international ailleurs. Cette démarche a eu pour effet, que dans la séance de Mardi le 23, le président Mr. Dûmas, a déclaré officiellement que le gouvernement Français, après avoir examiné les deux projets en présence, s'était décidé à accepter le projet N° 1 (le nôtre), sauf des modifications de forme et de rédaction qu'il pourrait encore subir et dans l'espoir que les autres Etats finiraient également par s'y rallier, parce qu'il offrait seul les conditions d'un développement scientifique et de la propagation ultérieure du système mètrique.

Cette déclaration franche, tout à fait inattendue pour les représentants des Etats qui avaient jusqu'alors soutenu le projet N° 2, dans la croyance qu'il était patronné par la France, a eu pour effet de rallier immédiatement à notre projet les Etats Scandinaves; le représentant Grec a déclaré que son gouvernement adhérerait sans doute. Il est probable que jusqu'à la prochaine séance de la Commission, fixée au 1^{er} Avril, les gouvernements du Danemark, du Brésil, du Pérou, de la Turquie et du Vénézuëla déclareront également leur adhésion; c'est plus douteux

6. Vgl. den Instruktionsewurf vom 17. 2. 1875 (E 8 (P)/18, der vom Bundesrat in seiner Sitzung vom 19. 2. 1875 unverändert genehmigt wurde (E 1004 1/101, Nr. 944).

pour les Pays Bas et surtout pour l'Angleterre. Cela dépendra essentiellement de la résolution définitive qu'on prendra à St. Pétersbourg, où l'on a changé trois fois les instructions, cédant à des influences diverses, mais où — suivant les dernières nouvelles — on paraît revenir à la première position. Quoiqu'il en soit, on peut prévoir que la grande majorité des Etats, à l'exception de deux ou trois, suivront la France dans l'adhésion au projet N° 1; et comme l'Angleterre, qui n'est pas même représentée diplomatiquement à la Conférence, si elle ne se rallie pas, s'abstiendra complètement, il est probable que le projet N° 2 ne sera pas du tout soumis à la Conférence diplomatique, à laquelle la Commission spéciale présentera le seul projet N° 1, appuyé alors par les délégués de *16 Etats avec 255 Millions*, ou bien si la Russie finit par adhérer, de *17 Etats avec 325 Millions*. La séance de la Conférence diplomatique, dans laquelle la Commission spéciale fera son rapport, aura lieu probablement *dans le courant de la semaine prochaine*; et comme il lui sera soumis un projet, réunissant l'immense majorité, sinon l'unanimité des Etats, il est à présumer qu'il n'y aura pas de discussion de fond et qu'elle se bornera à accepter le projet de la Commission. Quant à ce projet, conçu et rédigé en grande partie par Votre délégué, nous constatons qu'il est complètement d'accord avec les instructions du Conseil fédéral. Il n'y a que quelques points sur lesquels il convient de donner encore quelques explications.

En ce qui regarde d'abord la répartition des frais, M. Hirsch avait d'abord proposé et obtenu la répartition simplement proportionnelle au nombre de millions d'habitants des divers pays. Dans ce cas la part des frais d'établissement, incombant à la Suisse, serait de *frs. 4000* environ, et notre part dans les dépenses annuelles *frs. 750*. Mais dans le courant des tractations la Russie a protesté contre cette disposition, parce qu'elle aurait ainsi à payer le quart à peu près de tous les frais; on proposait une échelle basée sur la population, analogue à celle qui a été adoptée par la Conférence télégraphique et par le Congrès Postal. Mais avec cette échelle nous avons trouvé que notre part ascendrait [!] au triple environ des chiffres cités tout à l'heure. Pour améliorer sur ce point notre position, M. Hirsch a proposé de diviser les Etats en trois classes: ceux qui ont introduit le système métrique d'une manière obligatoire, ceux qui l'ont facultativement et ceux qui ne l'ont pas encore introduit; on multipliera les populations des Etats de la 1^{er} classe par 3, celles de la 2^{me} classe par 2, et celles de la troisième par 1. De cette façon notre part des frais serait de très peu supérieure aux chiffres cités, *savoir fr. 4800 pour les frais d'établissement et fr. 900 pour la contribution annuelle*.

Quant à la manière de voter dans la Conférence diplomatique et dans les Conférences générales prévues dans le projet, la participation d'un grand nombre de petits Etats peu civilisés surtout de l'Amérique, dont aucun n'était représenté par un délégué spécial et qui tous se bornaient à donner leur appoint à la France, faisait craindre aux grands pays civilisés qu'ils pourraient être majorisés ainsi dans des questions importantes. Ils demandaient donc que dans les votations au sein des Conférences les voix des Etats auraient un poids proportionnel à leurs populations. Bien que de cette façon la majorité aurait été assurée aux principes défendus par la Suisse, nous craignons les dangers d'un pareil précédent qui aurait introduit une inégalité de voix entre les grands et petits Etats dans les Conférences internationales. Nous avons donc fait tous nos efforts auprès de nos collègues, et nous avons réussi à faire disparaître cette disposition du projet dans lequel on a

inscrit simplement le paragraphe de la Convention Postale⁷, disant qu'on vote par Etats, et que tout Etat a une voix.

Enfin nous devons mentionner que les deux membres qui ont obtenu en 1872 le plus grand nombre de voix et par lesquels on propose de compléter le Comité international des poids et mesures, sont les délégués Suisse et Italien. De cette façon la Suisse sera représentée dans la Direction du Bureau international des poids et mesures.

Après avoir donné toutes ces explications et renseignements, il ne nous reste plus qu'à proposer au Conseil fédéral, de nous autoriser, s'il le juge convenable, à signer la Convention, dont le texte définitif⁸ ne s'éloignera du projet N° 1 que dans des détails insignifiants. [...] ⁹.

7. AS 1874—1875, 1, S. 616—638.

8. AS 1876—1877, 2, S. 3—38.

9. *Es folgen Ausführungen über die Modalitäten der Vertragsunterzeichnung. Die Ermächtigung dazu erteilte der Bundesrat unter Ratifikationsvorbehalt am 5. 4. 1875 (E 1004 1/101, Nr. 1837). Am 20. 5. 1875 wurde der Vertrag unterzeichnet und von der Schweiz am 20. 12. 1875 ratifiziert. Vgl. dazu die Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend den Metervertrag vom 10. 6. 1875 (BBl 1875, 3 S. 546—568) sowie das Schreiben von Kern an den Bundesrat vom 21. 12. 1875 (E 8 (P)/18).*

67

E 2300 Berlin 2

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, B. Hammer,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
J. J. Scherer*

B Confidentiell

Berlin, 2. Mai 1875

In Anknüpfung an meinen politischen Bericht vom 13. April d. J.¹ darf ich zur Kennzeichnung der gegenwärtigen Situation einiges nachholen.

KULTURKAMPF

Der s. g. Kulturkampf, über dessen Tageserscheinungen die Presse und die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses Sie auf dem laufenden erhalten, ist nun durch die jüngsten rasch aufeinander folgenden Züge der Gegner beim Anfang der letzten Consequenzen angelangt und hat in Wirklichkeit den Charakter eines Kampfes zwischen Pabst und Kaiser, Kirche und Staat, Papismus und Evangelium angenommen. Obgleich die Führer hüben und drüben (Bismark und Windthorst) von dem zu erkämpfenden «Frieden» als Ziel des Kampfes *sprachen*, so ist ein solches Ziel auch von ferne noch nicht in Sicht, und es hat der Kampf das eigenthümliche, dass er nicht nur die ganze innere, sondern auch die äussere Politik des Deutschen Reiches beeinflusst und verhärtet.

1. *Nicht abgedruckt.*

UND DESSEN EINFLUSS AUF DIE AUSWÄRTIGE POLITIK

Während die Politik der Staatsinteressen das Deutsche Reich in freundliche Beziehungen zu Österreich, Italien und Belgien hinweist, wirkt die Politik des Kulturkampfes entfremdend auf die Beziehungen zu diesen Staaten ein.

ENTREVUE IN VENEDIG

Wenn auch die hiesige Überraschung über die Monarchen-Entrevue in Venedig von keiner «Katholischen Liga» gegen Deutschland mehr spricht, so bleibt an der Italienisch-Österreichischen Verständigung doch soviel, dass Österreich und Italien der deutschen Kirchenpolitik nicht unbedingt folgen wollen.

DIFFERENZ MIT BELGIEN

Die Differenz mit Belgien ist nicht sowohl durch ihren Gegenstand, als durch ihre möglichen Beziehungen zu künftigen Ereignissen bedeutsam. Es wird hier sehr bemerkt, dass die «Offiziösen» einen förmlichen Feldzug gegen Belgien eröffnet haben und darauf hinweisen, dass seiner Neutralitätshandhabung nicht zu vertrauen sey, und dass Deutschland unter Umständen kein Interesse habe, die Einverleibung Belgiens durch Frankreich zu hindern. In die politisch-praktische Sprache übersetzt, würde diese Drohung die Bedeutung haben, dass man sich vorbehalte, unter Umständen das belgische Territorium zur Kriegführung zu benutzen, eventuell beim Friedensschluss zu verwerthen.

BEZIEHUNGEN ZU ÖSTREICH UND ITALIEN

Die nämlichen «Offiziösen» deuten Österreich gegenüber an, dass man bei Lösung der orientalischen Frage die österreichischen Interessen an der untern Donau preisgeben könnte, Italien gegenüber, dass die Wiederherstellung eines angreifbaren Kirchenstaates dem deutschen Interesse besser entspräche, als die Dekung des Pabstes durch die Italienischen Garantiesetze.

ZWEITER KRIEG MIT FRANKREICH

Hinsichtlich der Frage eines zweiten Krieges mit Frankreich gewinne ich immer mehr Anhaltspunkte, dass der Ausbruch eines solchen in politischen und militärischen Kreisen näher und näher ins Auge gefasst wird. Abgesehen von andern Persönlichkeiten darf ich den Feldmarschall Moltke erwähnen, der vorgestern von der Möglichkeit sprach, dass nächstes Jahr uns einen deutsch-französischen Krieg bringen könnte.

ANSICHTEN MOLTKE'S

Moltke *scheint* selbst zu glauben, dass Frankreich sich zu einem *nahen* Kriege rüste, anders könne er sich das militärische Vorgehen Frankreichs kaum erklären, die Organisation der französischen Streitkräfte geschehe in einem Umfange, der auf die Dauer auch für französische Finanzen nicht erträglich sey, und da bleibe für Frankreich nur die Alternative, entweder auf dem eingeschlagenen Wege wieder umzukehren oder loszuschlagen: Da ersteres auch für einen anders regierten

Staat als Frankreich eine fast undenkbare Sache sey, so ergebe sich das «Losschlagen» als fast unvermeidliche Folge. Moltke sagte auch, Frankreich habe bereits an seiner Ostgränze Truppen in auffallender Weise echellonirt.

KRIEGSBEREITSCHAFT DER DEUTSCHEN ARMEE

Ich vernehme auch, dass der grosse Generalstab sich in eingehendster Weise mit der Eventualität eines zweiten Krieges mit Frankreich beschäftigt. Die Übungen der deutschen Truppen geschehen auch dieses Jahr mit ganz besonderer Beflissenheit. Mit Urlaubsertheilungen an Offiziere wird es entgegen der Praxis anderer Jahre sehr knapp gehalten. Die Neubewaffnung der deutschen Infanterie mit Mausergewehren, die Ausrüstung der Artillerie mit dem Neuen Material ist vollendet. Mangelhaft seien noch die Munitionsbestände. Einige Zeit erfordern noch die Schiessübungen der abtheilungsweise einberufenen Reservisten mit dem neuen Gewehr. Zur Zeit fehle noch die Neubewaffnung der Kavallerie mit Karabinern. Jedenfalls sey die deutsche Armee zum nächsten Jahr vollkommen kriegsbereit.

DEUTSCHE FESTUNGSBAUTEN ETC.

Mit Ausnahme der erst in Bau genommenen Forts zu Köln und Deutz seien danzumal auch die neuen Befestigungsanlagen an der deutschen Westgränze fertig. An den Festungsneubauten im Osten (namentlich Königsberg) wird mit Beschleunigung gearbeitet. Die strategische Eisenbahn Berlin-Wetzlar (als Stük von Königsberg-Metz) ist im Bau begriffen.

FRANZÖSISCHE RÜSTUNGEN UND KRIEGSABSICHTEN

Nach einem mit den Ansichten des Feldmarschall's Moltke übereinstimmenden Gedankengang wurden in der politischen und militärischen Presse die Rüstungen Frankreich's besprochen, und wird dort, nach meiner unmassgeblichen Ansicht allerdings in fälschlicher Weise nachgewiesen, dass bis zum Jahr 1877 Frankreich den Maximalstand seiner neuorganisirten Streitkräfte erreicht haben werde. Jedenfalls könnte solches annähernd nur für die Feldarmee, nicht aber für die Territorial-Armee gelten, und solches auch nur hinsichtlich der Zahl, keineswegs rücksichtlich der Bewaffnung, Instruktion, Disciplinirung und des militärischen Werthes überhaupt — von den danzumal noch nicht vollendeten Festungsanlagen um Paris und an der Ostgrenze gar nicht zu sprechen.

STELLUNGSNAHME DES BERLINER CABINETS GEGENÜBER DEN FRANZÖSISCHEN RÜSTUNGEN

Über die Bedeutung der militärischen Rüstungen Frankreichs und dessen nahe kriegerische Absichten scheint übrigens zwischen dem leitenden Staatsmann und dem Feldmarschall Moltke Übereinstimmung der Ansichten zu herrschen, und man versichert nun, dass es dem Reichskanzler gelungen sey, diese Auffassung der Verhältnisse auch dem erst etwas ungläubigen Kronprinzen des Reiches glaubhaft zu machen, und es vertrete derselbe diese Auffassung gegenwärtig auch bei Anlass seiner Besuche in Italien gegenüber dem König und dem Kronprinzen dieses Landes. Lord Derby und Graf Andrassy hätten ähnliche Eröffnungen

bezweifelnd aufgenommen. Nun werde es sich darum handeln, auch den nächst-hin hierher kommenden Russischen Herrscher und seinen schon einige Tage vorher hier eintreffenden Reichskanzler für diese Auffassung zu gewinnen, zu welchem Zwecke der deutsche Kronprinz eigens, seinen Aufenthalt in Italien unterbrechend, während der Anwesenheit des Russischen Kaisers nach Berlin zurückkommen soll. Je nach dem Erfolg dieses Meinungs-austausches würde dann durch Russische Vermittlung auf Paris zu wirken sein etc. Morgen wird der Botschafter Schuwaloff auf seiner Durchreise nach London hier erwartet und ist bereits beim Reichskanzler zum Diner geladen, woselbst voraussichtlich die nämliche Frage zur Besprechung kommen werde.

Wie sich aus dieser Situation die Kriegsfrage entwickeln kann, will ich nicht voreilend erörtern, und begnüge mich für heute damit, zu bestätigen, dass nach der Auffassung der bestunrichteten Personen die Lage eine sehr ernste scheint, und muss ich Ihnen und dem Schweizerischen Bundesrath anheimgeben, die allseitigen Consequenzen aus dieser Sachlage zu ziehen.²

2. Bundespräsident Scherer bemerkte am Schluss des Berichtes: Confidentielle Besprechung der Mitglieder des Bundesrathes den 12. Mai im Bundesrathssaal nach Schluss der ordentlichen Sitzung.

68

E 14/20

*Der schweizerische Generalkonsul in Washington, J. Hitz,
an den Vorsteher des Eisenbahn- und Handelsdepartements,
K. Schenk*

B

Washington D. C., 3. Mai 1875

Ich glaubte noch, dem mitfolgenden Bericht einige Bemerkungen beizufügen, enthielt mich aber und lasse nun dieselben hiermit unoffiziell Ihnen verehrtester Herr und Freund zur Einsicht kommen.

Wie steht es mit der Schweiz und deren Betheiligung an der Ausstellung in Philadelphia 1876? Eine Frage die gar zu oft ihren demüthigenden Wiederhall den hiessigen schweizerischen Landesvertreter spüren lässt. Wohl bekenne ich und weiss zu würdigen alle die gegen eine Betheiligung seitens schweizerischer Industrieller wiederholt geltend gemachte Argumente¹. Andererseits aber lasse man einmal die Statistik des schweizerischen Waaren-Absatzes hier sprechen — Man sehe sich nur Wartmann'sche Karten an! Frage sich ein jeder schweizerische Handelsmann der sich im Ausland Kundschaft erworben, wo er im ganzen genommen die besten Käufer [und] die durchschnittlich profitablsten Geschäfte gemacht. Denken sie etwa es liege nicht in der Möglichkeit, dass thätige Konkurrenten ihnen dieses Absatzgebiet theilweis oder ganz erobern könnten? Glauben unsere Industriellen dass Frankreich, Belgien, Deutschland und sogar England sich nicht freuen würden, wenn der Schweizer mit seinem Fabrikate ferne bliebe? Froh-

1. Vgl. Nr. 56, Anm. 4.

lockte nicht selbst der Amerikanische Konkurrent in Baumwoll und Seiden-Waaren, in Uhren und Mathematischen Instrumenten, in Käse und Milch-Präparaten? Sollen unsere Geflechte durch andere ersetzt werden, die das hiessige Publikum an der Ausstellung Gelegenheit haben wird kennen zu lernen? Muss unsere schwer erlernte Holzschnitzerei durch diejenige des reger gewordenen Tyroler verdrängt werden? Haben unsere Chocolaten und Liquer-Fabrikanten keinen Begriff von dem hier noch zu *[gewinnenden]* ihnen offen stehenden Felde? Sollen unsere lackirten und sonstigen feinen Leder immer als französisches Fabrikat bekannt bleiben? Müssen unsere Stickwaaren denjenigen von Hamburg Platz machen? Will man, dass nur Seidenfabrikate geringerer Qualität «Schweizerisch» genannt werden, während unsere bessern Waaren Frankreich zuerkannt werden — und dazu noch für dieses uns einen Rabatt gefallen lassen müssen? Oder glauben wirklich unsere Industriellen dass eine gänzliche Enthaltung von, oder mangelhafte Betheiligung an dieser, voraussichtlich die letzte der eigentlichen Weltausstellungen, keinen Nachtheil bringen werde? Hat eine ähnliche Gleichgültigkeit nicht schon manchem kostbar erkaufte Kundschaft abtrünnig gemacht? Wo werden zu verhältnissmässig hohen Preisen so massenhaft Kunstsachen abgesetzt wie dahier — haben sich unsere Künstler je das Feld angesehen? Dürfte nicht einmal dem Amerikaner bewiesen werden, dass sich die Produktionen eines Vela, Schlöth und Imhof, eines Diday, Vautier und Anker, Ceseri u. Stephani, Giradet und Fritz Weber mit denjenigen Aller Länder messen dürfen und dass die Arbeiten eines Escher v. der Linth, eines Dufours wie diejenigen der Nachfolger von Pestalozzi und Wehrli Aller Menschheit anerkennungswerthen Nutzen gebracht. Wehre man sich noch bei Zeiten — dass es uns nicht nachgesagt werde die Schweiz steht still, industriell geht sie bergab. Ist etwa unser schweizerischer Industrie-Verein und dessen Sektionen in Einsicht und Energie den Östreichischen Handels und Industrie-Organisationen nicht ebenbürtig?

Ich bezweifle gar nicht, dass in mancher Richtung sogar während der Ausstellung gute Geschäfte gemacht werden könnten — z. B. Erstellung einiger in der Schweiz verfertigter Muster Châlets wie es derer in Wien gegeben würden hier unbedingt nach beendigter Ausstellung Käufer finden. Ein tüchtiger Chocolatenfabrikant in einem derartigen Häuschen müsste wenn Er geschäftkundig und sprachfähig ist vortreffliche Geschäfte machen. So gleichfalls eine Musikdosenfabrikation an Ort und Stelle dürfte auf einen starken Absatz rechnen. So auch Schnitzler, die sich den Amerikanischen Geschmack an Ort und Stelle zu erlernen und verwerthen wüssten. Es sind dieses wohl Bagatellen gegenüber unsern grössern Industrien und sollten gerade diese Letzteren auf eine so imponirende Weise auftreten, dass dem hiessigen Volk auf schlagende Weise die Tragweite des prohibitiven Zollsystems vor Augen gesetzt würde. Das Amerikanische Volk lässt sich schon auch belehren und besonders würde dieses den hiessigen Landwirthen gelten.

Dass, als politisch verwandt, es eine Pflicht der Schweiz ist bei diesem hundertjährigen Jubiläum der Geburt des mächtigst gewordenen Sprössling ihrer Grundsätze, Theil zu nehmen ist allzu anerkannt als dass es nöthig wäre sich weiter darüber einzulassen.²

2. Vgl. dazu auch einen Aufruf der Schweizer Kolonie in Philadelphia, die Schweiz möge sich an der Weltausstellung von 1876 in Philadelphia betheiligen (BB1 1875, 2, S. 757—760).

E 2300 Berlin 2

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, B. Hammer,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
J. J. Scherer*

B Confidentiell

Berlin, 13. Mai 1875

Das gestern von mir an Sie abgegangene chiffirte Telegramm lautete:

«Nach allen Informationen ergibt Russischer Besuch Übereinstimmung im Sinne des Friedens. Kaiser Alexander habe sich über Situation beruhigend, Fürst Bismark über grundlosen Kriegsallarm erstaunt ausgesprochen. Morgen Bericht.»

Behufs näherer Erläuterung habe ich folgende Notizen — die ich aus zuverlässigen Quellen geschöpft, theilweise von solchen Personen, die von den geführten Unterhaltungen Berichte von Ohrenzeugen hatten oder selbst daran Theil genommen — noch beizufügen:

Der Russische Kaiser habe sich bei verschiedenen Anlässen «rondement et nettement» zu Gunsten des Friedens ausgesprochen.

Gegenüber einem belgischen Gaste hat sich auch der deutsche Kronprinz in accentuirt friedlichem Sinne geäußert, seinem Abscheu vor dem Kriege überhaupt Ausdruck gegeben, versichernd dass, soviel von seiner eigenen Entschliesung abhängt, Kriege nicht mehr geführt werden sollen.

In den zwischen den Reichskanzlern Bismark und Gortschacoff stattgehabten Besprechungen kam Fürst Bismark dem Fürsten Gortschacoff in der Weise zuvor, dass er unveranlasst sein Erstaunen über den Kriegslärm jüngsten Datums äusserte, für welchen er jede Initiative, ja selbst die Kenntniss des Ursprungs von sich ablehnte. Es hätten sich zwar in den höhern militärischen Kreisen gewisse kriegerische Anschauungen bemerkbar gemacht, doch könne er für solche die Verantwortung nicht übernehmen.

Hinsichtlich Belgiens habe Fürst Bismark die Nützlichkeit der Belgischen Neutralität für Deutschland insbesondere betont, und gewissermassen beklagt, dass die Belgische Frage seinen Intentionen entgegen die bekannte Wendung genommen.

Herr von Bülow hat sich mir persönlich, als *[auch]* andern Personen gegenüber in entschieden freundlichem Sinne ausgesprochen.

Ich höre im Fernern, dass aus Veranlassung des Kriegsallarmes der letzten Wochen Deutschland gegenüber Russland und England ausdrücklich beruhigend sich ausgesprochen, Östreich und Italien schweigend und reservirt sich verhalten hätten.

In Summa hat die friedliche Strömung dermalen wieder Oberhand und hat die Kaiser-Entrevue in Berlin unzweifelhaft die Bedeutung einer Kundgebung zu Gunsten der Erhaltung des Friedens.

Ich enthalte mich aller persönlichen Meinungsäußerung und lege, da Ihnen die Haltung der officiösen Tagespresse in Folge des anscheinend eingetretenen Stim-

mungswechsels hinlänglich bekannt ist, einige Nummern der Vossischen Zeitung¹ bei, aus welchen Sie die Beurtheilung der Tagesfragen unter oppositioneller Beleuchtung entnehmen können.

1. *Nicht abgedruckt.*

70

E 1004 1/102

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 5. Juli 1875¹

3740. Ausstellung in Philadelphia. Bundesbeschluss

Eisenbahn- und Handelsdepartement. Antrag vom 2. Juli 1875

Unterm 29. vor. Mts. übermacht der *Nationalrath* zur Vollziehung den von den Räten am 26/29. zufolge hierseitiger Botschaft vom 22. vor. Mts. gefassten Beschluss *betreffend die Betheiligung der Schweiz bei der 1876 in Philadelphia stattfindenden allgemeinen Ausstellung*².

Das Departement beantragt hienach und es wird beschlossen:

1. Aufnahme des Beschlusses in die amtliche Gesetzsammlung³.
2. Mittheilung desselben an die Gesandtschaft der Vereinigten Staaten von Nordamerika.
3. Überweisung zur Vollziehung an das Departement⁴.

1. *Abwesend: Borel.*

2. *Vgl. das BBl 1875, 3, S. 447—468.*

3. *AS 1874—1875, 1, S. 573—576.*

4. *In bezug auf die Ergebnisse der Weltausstellung von 1876 in Philadelphia vgl. den Bericht von Generalsekretär Rieter vom 23. 2. 1877 (BBl 1877, 1, S. 463—479).*

71

E 27/23324

*Der schweizerische Legationsrat in Berlin, A. de Claparède,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
J. J. Scherer*

B Confidentielle

Berlin, 9. Juli 1875

In Ihrem confidentiellen Erlass an Herrn Obersten Hammer, vom 12. May¹ abhin, sprachen Sie den Wunsch aus über den Stand der französischen Landesbefestigungen Bericht zu erhalten. Da vor seiner Abreise nach Petersburg Herr

1. *Nicht ermittelt.*

Oberst Hammer das zur Berichterstattung erforderliche Material nicht mehr hatte beschaffen können, habe ich seither bei dem General von Voigts-Reetz confidentielle Erkundigung eingezogen und von ihm mündliche Mittheilungen erhalten, die er dadurch vervollständigt und bestätigt hat, dass er mir heute die letzter-schienene anbeifolgende Nummer 54 des «Militär-Wochenblattes»² übermittelt, in welcher eine übersichtliche Darstellung der von der französischen Regierung in Angriff resp. in Aussicht genommenen Befestigungen zu finden ist.

Dieser aus der vom Grossen Generalstabe veröffentlichten «Registrande» entnommenen Darstellung beehre ich mich hinzuzufügen, dass, den Mittheilungen des General von Voigts-Reetz zufolge, die Arbeiten an den Doubs-Ober Mosel und Maaslinien, — namentlich in Belfort, Besançon, Toul und Verdun, — sowie um Paris, Lyon und Dijon mit ganz besonderem Eifer und in der Weise betrieben werden, dass bis Ende des Sommers 1876 der grösste Theil der an gedachten Orten projektirten Werke in Vertheidigungszustand gesetzt werden können.

Was die Befestigungen von Paris insbesondere betrifft, so vernahm ich durch General von Voigts-Reetz sowie durch einen in Paris lebenden schweiz. Genie-Offizier, dass man dort zumeist mit der Ausführung der im Norden und im Süden der Hauptstadt zu errichtenden Werke beschäftigt sey.

Bei diesem Anlass will ich einen angeblich vom Grafen Moltke herrührenden Ausspruch über die Reorganisation des französischen Heerwesens erwähnen, demzufolge ein im Jahre 1876 oder 1877 ausbrechender Krieg mit Frankreich für Deutschland einen Mehrverlust von 100,000 resp. 180,000 Mann zur Folge haben würde, als wenn derselbe schon in diesem Jahr stattfände.

Ohne für die angegebene Autherschaft dieses in militärischen Kreisen kursirenden Ausspruches eintreten zu wollen, glaube ich denselben hier deshalb anführen zu können, weil er sowohl die Meinungen massgebender deutscher Offiziere oder Staatsmänner über die französischen Rüstungen zu kennzeichnen, als in Betreff der den jüngsten Kriegsdrohungen zu Grunde liegenden Motive Aufschluss resp. Bestätigung zu gewähren mir geeignet erscheint.

2. Nicht abgedruckt.

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 16. Juni 1875

3307. Brüsseler Konferenz, Fortsetzung der Verhandlungen in St. Petersburg

Politisches Departement. Antrag vom 9. Februar 1875

Unterm 3./15. Oktober 1874 hat die *Russische Gesandtschaft* ein Rundschreiben¹ des Kais. Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten vom 26. September/8. Oktober mitgetheilt², welches darauf abstellt, dass die Staaten, welche an der in *Brüssel* abgehaltenen *Konferenz*, über deren Verhandlungen der diesseitige Abgeordnete unterm 2. September 1874 seinen Schlussbericht³ abgegeben hat, Theil genommen haben, sowohl ihre Entschliessungen über die zu einer sofortigen Verständigung sich eignenden Artikel des Vertragsentwurfs⁴ als ihre Bemerkungen oder Vorschläge über diejenigen, welche zu Meinungsverschiedenheiten Veranlassung bieten, kundgeben möchten. Von der Ansicht ausgehend, dass die zu gewärtigenden Mittheilungen am passendsten wohl in St. Petersburg gesichtet werden dürften, erklärt sich das Ministerium zur Vornahme dieser Sichtung sowie der weiter nöthig sich erweisenden Vorarbeiten und zur Veranstaltung einer neuen Konferenz behufs Herbeiführung einer abschliesslichen Vereinbarung bereit.

In der Sitzung vom 10. Februar ist der Bericht des Departements⁵ nebst Gutachten des Militärdepartements⁶ und übrigen Akten aufgelegt und es sind denselben seither je nach Erfordernis weiter eingegangene Mittheilungen über die Behandlung der Angelegenheit durch die andern beteiligten Regierungen beigefügt oder solche Mittheilungen auch in anderer Weise den Mitgliedern zur Kenntnis gebracht worden.

Nachdem nunmehr eine Erledigung der im Rundschreiben des Russischen Ministeriums enthaltenen Einladung geboten erscheint, werden die Akten dem Kanzleisch enthoben und wird der mit dem Berichte des Departements verbundene Entwurf einer Antwortnote mit etwelchen Redaktionsänderungen zur Ausfertigung genehmigt. Diese Antwort geht im Wesentlichen dahin:

Bei aller Anerkennung der dem Anstoss zur Brüsseler Verhandlung zu Grunde liegenden menschenfreundlichen Bestrebungen, könne sich der Bundesrath nicht verhehlen, dass einzelne der dort getroffenen Bestimmungen weder mit dem vaterländischen Bewusstsein noch den Überlieferungen des Schweizervolks noch mit der, der Schweiz gebührenden Stellung im europäischen Staatenleben vereinbar wären. Um den Bedürfnissen der Schweiz in billiger Masse gerecht zu wer-

1. E 2/333.

2. *Ibid.*

3. *Als Annex abgedruckt.*

4. E 2/333.

5. *Nicht ermittelt.*

6. *Als Annex zu Nr. 59 abgedruckt.*

den, müsste das Werk der Brüsseler Konferenz einer Sichtung unterzogen werden und der Bundesrath werde nicht anstehen, sich bei einer zu diesem Ende einzuberufenden Konferenz vertreten zu lassen.⁷

ANNEX

E 2/333

*Der schweizerische Abgeordnete an der Brüsseler Konferenz, B. Hammer,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements, K. Schenk*

B

Bern, 2. September 1874

Indem ich im Anschluss Ihnen 6 Exemplare des «Projet d'une déclaration internationale concernant les lois et coutumes de la guerre» und zwei Exemplare des endgültigen Schlussprotocolls einsende, beehre ich mich, unter Berufung auf meine bezüglichlichen Tagesberichte, noch folgende Bemerkungen schliesslich anzufügen⁸.

Schlussprotocoll

Bei meiner Abreise von Brüssel fand sich das Schlussprotocoll von den Delegirten der Conferenzstaaten, mit Ausnahme Frankreichs, Englands und der Türkei, unterzeichnet. Die Delegirten Frankreichs erwarteten die Autorisation zum Unterzeichnen, deren Ertheilung durch die Rundreise des Präsidenten der Republik verzögert worden, seither aber eingetroffen sein soll. Der englische Delegirte verschob seine Abreise, bestimmte Weisungen in diesem oder jenem Sinne gewärtigend. Die Türkei schien ihre Haltung nach derjenigen Englands reguliren zu wollen.

Titel der Vereinbarung

Die ursprünglich gewählte Bezeichnung der angestrebten Vereinbarung als «Convention internationale» wurde auf Antrag der Delegation Frankreichs in diejenige einer «Déclaration internationale» umgeändert. Durch Annahme dieser Bezeichnung verliert die Vereinbarung die bindende Kraft eines gegenseitigen Vertrages und wird zur Bedeutung einer einseitigen, jederzeit widerruflichen Erklärung der Theilnehmer abgeschwächt. Es scheint demnach Frankreich, wenn es überhaupt zu einer solchen Declaration sich herbeilässt, für die Zukunft freie Hand behalten zu wollen.

Bedeutung des vorliegenden Entwurfs

Das vorliegende Declarationsproject hat — der Art und Weise seiner Entstehung entsprechend — nicht Anspruch darauf, ein von der Conferenz in allen Theilen eingenommenes Project genannt zu werden. Förmliche Abstimmungen oder Umfragen fanden überhaupt nicht statt, und gerade in den wesentlichsten Materien des Projectes, sog. «Hoheitsrechte des Occupanten», «Definition der Kriegführenden», «Contributionen und Requisitionen», kann das Project als den Wünschen und Ansichten der meisten Staaten widersprechend angesehen werden. Mit Rücksicht auf dieses Sachverhältnis erhielt desswegen auch das Project die Bezeichnung «Discuté dans la conference de Bruxelles. Juillet-août 1874». In der That und Wahrheit kann man vom Projecte sagen, es enthalte dasjenige was Russland und Deutschland den andern Staaten anzubieten übereingekommen, und was von letztern theilweise als nicht annehmbar erklärt wird.

7. Vgl. dazu die Antwortnote des Bundesrates vom 16. 7. 1875 (E 1001 (E) q1/107, Nr. 3307).

8. Die genannten Dokumente nicht abgedruckt.

Haltung der verschiedenen Staten

Die Haltung und Gruppierung der verschiedenen Staten in den Conferenzverhandlungen lässt sich in Kürze folgendermassen charakterisiren.

Russland und Deutschland vertraten wesentlich den Standpunct von Grossstaten, deren kriegsrische Thätigkeit voraussichtlich eine aggressive ist. Beide vertreten demnach gemeinsam die Interessen der Invasions- und Occupationsarmeen, Russland allerdings mit einer gewissen Rücksichtnahme auf humanitäre Ideen und die Interessen der Kleinstaten, Deutschland dagegen mit der ganzen rücksichtslosen Logik und Schärfe, welche der preussischen Heeresleitung eigen ist. Das Bestreben Russlands, seinem Programm unmittelbaren Erfolg zu verschaffen, verlieh dann Deutschland in der Führung der Conferenzverhandlungen ein sehr bestimmtes und bestimmendes Übergewicht, welches Russland zwang, seine eigenen Vorschläge hintanzusezen und diejenigen Deutschlands zu acceptiren. Deutschland selbst war in seiner Haltung nicht bloss durch die kategorischen Anforderungen der offensiven Kriegführung, sondern auch durch die Rücksichtnahme auf die von ihm selbst geübte Kriegspraxis von 1870/71 beeinflusst und gebunden. Dessen ungeachtet fanden in das Project Bestimmungen Eingang (z. B. Art. 9, 10, 38), welche mit der deutschen Kriegsmanier von 1870/71 nicht in Einklang stehen.

Diesen Staten gegenüber gruppirten sich die Mittel- und Kleinstaten Schweden-Norwegen, Belgien, Holland, Portugal, Griechenland, die Schweiz, denen sich stillschweigend Dänemark, ausgesprochenermassen Spanien beigesellten. Die Opposition dieser Staten richtete sich im Wesentlichen gegen die russisch-deutschen Vorschläge über die sog. Hoheitsrechte des Occupanten, die Definition der Kriegführenden, die Bestimmungen betreffend Contributionen und Requisitionen.

Die Grossstaten Frankreich, Österreich, Italien beobachteten eine gewisse Zurückhaltung, welche jedoch die Anschauungen der Mittel- und Kleinstaten mehr begünstigte, als die russisch-deutschen Bestrebungen.

Der englische Delegirte enthielt sich instructionsgemäss jeder Meinungsäusserung in den Beratungen und verzichtete auch auf Geltendmachung eines besondern Einflusses auf den Gang der Verhandlungen. Die türkische Delegation erschien erst zum Schluss der Conferenz und nahm somit nur einen geringen Antheil an ihren Arbeiten, doch stellte sie sich in ihrer Antrittserklärung zur Gruppe der Mittel- und Kleinstaten und scheint im Übrigen den Eingebungen Englands zu folgen.

Verhältnis der Conferenzergebnisse zum Inhalt der schweizerischen Instruction⁹

Die meisten Staten hatten ihren Delegirten keine speciellen und einlässlichen Instructionen über die einzelnen Bestimmungen des russischen Conventionsentwurfes, sondern, wie man anzunehmen berechtigt scheint, nur allgemein politische Verhaltensregeln gegeben. Eine Ausnahme hievon machte Deutschland und die Schweiz, deren Delegirten fast einzig in der Lage waren, in der artikelweisen Berathung sich auf bestimmte Instructionen ihrer Regierungen berufen zu können, und es hat auch der schweizerische Bundesrath die Genugthuung im Allgemeinen und Einzelnen einen sehr grossen Theil seiner Anträge und Bemerkungen berücksichtigt zu sehen.

A. zur Generalinstruction

Das Alinea 1 der Ziffer 2 der Generalinstruction, den Berathungsmodus betreffend, fand seine wörtliche Ausführung in dem von der Conferenz angenommenen Geschäftsgang.

Das Alinea 2, die Theilung des Russischen Conventionsentwurfs betreffend, wird erst in einem spätern Entwicklungsstadium der Verhandlungen Verwerthung finden können.

Die Ziffern 3, 4, 5, 6, 9 der Generalinstruction haben Seitens des Unterzeichneten möglichste Vollziehung, resp. Seitens der Conferenz, soweit an ihr lag, zum überwiegenden Theil Beachtung gefunden.

In Ausführung von Ziffer 8 der Generalinstruction hat der Unterzeichnete seinen Gesandtschafts-Attaché, Herrn von Freudenreich, als Secretär für die Dauer der Conferenz beigezogen.

9. Als Annex zu Nr. 52 abgedruckt.

B. zur Specialinstruction

Abgesehen von bloss redaktionellen Bemerkungen haben viele sachliche Anträge des hohen Bundesrathes (siehe Specialinstruction), wie Sie aus dem Protocolle und dem Declarationsentwurf entnommen konnten, etwa zwanzig ganz oder theilweise ihre Realisirung gefunden, und es hat der Unterzeichnete nur noch Veranlassung, folgenden Puncten eine besondere Besprechung zu widmen.

Occupation und ihre Folgen

Sog. Hoheitsrechte des Occupanten, Art. 1 bis 8 und Art. 36 bis 39 des Declarationsentwurfes.

Die Bestimmung von Begriff, räumlicher und zeitlicher Ausdehnung der Occupation (Art. 1) hat, wie ich in meinem Tagesberichte vom 17. v. Monats¹⁰ näher auszuführen die Ehre hatte, eine successive Verdunkelung erlitten, welche ich hiemit neuerdings der Aufmerksamkeit des hohen Bundesrathes zu signalisiren mich verpflichtet fühle.

Die Änderung, resp. Aufhebung von Landesgesetzen durch den Occupanten (Art. 3) ist zwar auf das durch die Nothwendigkeit motivirte Mass beschränkt worden. Aber auch in dieser Beschränkung liegt noch so viel rechtsverwirrende Willkür verborgen, dass auch dieser Punct einer fernern eingehenden Erörterung bedürfen wird; ebenso wie Art. 6, welcher, im Widerspruch mit den diesseitigen Anträgen, alle «fonds et valeurs exigibles appartenant en propre à l'Etat», sowie auch die «Moyens de transport» (Eisenbahnmateriale der Statsbahnen) als Kriegsbeute erklärt.

Es wird sich vielleicht empfehlen, auch vom Gesichtspuncte der Occupationsfolgen aus, die Frage der Landesbefestigung einer eingehenden Prüfung zu unterwerfen.

Bestimmung des Begriffs von «Kriegführenden», Art. 9 bis 11 des Deklarationsentwurfes.

Kriegführende

Die Ansichten der — um sie kurz zu bezeichnen — offensiven und defensiven Staten sind wol in keinem Puncte schwieriger oder unmöglicher in Einklang miteinander zu bringen, als über oben bezeichnete Materie. Staten mit vorherrschend offensivem Charakter werden im Interesse der Kriegführung in fremdem Lande kaum dazu zu bringen sein, den Bevölkerungen in occupirten Territorien das Recht von «Kriegführenden» einzuräumen, und Staten von defensivem Charakter können nicht auf dieses Recht verzichten. Es wird daher, auch wenn alle andern Differenzpuncte vermittelt werden könnten, dieser Punct stets ein nicht wegzuräumender Stein des Anstosses für eine Vereinbarung bleiben.

Aber auch die Bestimmungen des Art. 10 für die zu den Waffen greifenden Bevölkerungen nicht occupirter Landestheile sind noch zu restrictiv, als dass sie in dieser Form für uns annehmbar wären. Da jedoch dieser Artikel von den Vertretern der offensiven Staten als eine Conzession an die Defensiv-Staten betrachtet wird, und eine weitere Beseitigung der Restrictionen ohne irgend erhebliche Schädigung für die Interessen einer Invasionsarmee möglich ist, so mag es angezeigt erscheinen, diesem Differenzpunct ein erneutes, eingehendes Studium zu widmen und hiemit in Verbindung die Frage zu erörtern, in welcher Weise und in welchem Masse die Organisation der Massenerhebung (Landsturm) in dem neu zur Berathung liegenden Gesezesentwurf einer schweizerischen Militär-Organisation Aufnahme zu finden hätte, wobei ich nach den in Brüssel gemachten Wahrnehmungen zu constatiren habe, dass die Vertreter der grossen Invasionsarmeen der Massenerhebung eine viel ernstere Bedeutung einräumen, als man gewöhnlich anzunehmen pflegt.

Von den Kranken und Verwundeten, Artikel 35.

Genfer-Convention¹¹

Wenn auch einerseits der selbständige Fortbestand der Genfer-Convention als gesichert zu betrachten, so ist doch andererseits eine Umarbeitung derselben in bestimmte Aussicht zu nehmen.

10. Nicht abgedruckt.

11. AS 1863—1866, VIII, S. 520—530.

Das Commissionsprotocoll Nr. IX enthält die Zusammenstellung der diesfalls namentlich von deutscher Seite zur Kundgebung gelangten Ansichten und Wünsche. Die Fortsetzung der diplomatischen Bemühungen, um die schliessliche Ratification der Additionalartikel von 1868¹² zu erzielen, würde zweifellos von keinem Erfolg gekrönt sein.

Contributionen und Requisitionen, Art. 40 bis 42.

Contributionen und Requisitionen

Die vorgeschlagenen Bestimmungen über Contributionen und Requisitionen sind im Wesentlichen kaum etwas anderes als eine Codification des traditionellen ältern Kriegsrechts und bieten den Bevölkerungen occupirter Landestheile keine ernstlichen Garantien gegen Ausschreitungen des Occupanten. In quantitativer Beziehung ist der Erhebung von Contributionen und Requisitionen keine wirkliche Schranke gesetzt, hinsichtlich einer Ersatzeleistung keine Zusicherung gegeben. Nicht einmal gegen misbräuchliche Auferlegung von Strafcontributionen (contributions à titre d'amende) wollten von deutsch-russischer Seite sichernde Bestimmungen zugelassen werden. Die Eintreibung der Contributionen auf dem Steuerwege (Art. 41) ist eine weit mehr dem Occupanten, als dem Occupirten zu gute kommende Massregel. Ein occupirtes Territorium bleibt auch nach Massgabe der vorgeschlagenen Bestimmungen der Möglichkeit rücksichtslosester Aussaugung ausgesetzt. Russischerseits trug man sich mit dem Gedanken, für die Contributionen eine Maximalleistung zu statuiren, durch Beschränkung der Contributionserhebungen auf ein Vielfaches des ordentlichen Steuerbetrages, hegte aber gegen eine solche Bestimmung wieder das Bedenken, dass der Occupant dann jedesmal das Maximum eintreibe.

Die Schwäche der gegen den schweizerischen Vorschlag vorgebrachten Gründe wollen Sie aus dem Protocolle selbst entnehmen.

*Von den internirten Kriegführenden
und den in neutralem Lande aufgenommenen Verwundeten, Art. 53—56.*

Neutralitätsartikel

Durch Aufnahme dieser Bestimmungen wird der freien Entschliessung der neutralen Staaten keine Beschränkung auferlegt, die sich nicht jeder neutrale Staat durch Befolgung eigener Maximen aufzuerlegen hat. Dagegen verweise ich hinsichtlich gewisser Eventualitäten und der practischen Auslegung von Art. 55 auf die Discussion, die sich in der Conferenz anlässlich einer von dem Unterzeichneten gestellten Anfrage entsponnen hat (Conferenzprotocolle No. IV und V, Plenarsitzung).

So gerechtfertigt es erscheint, das Neutralitätsrecht nicht aus der Hand der Grossmächte normirt zu erhalten, so möchte es doch für künftige Eventualitäten von Nutzen sein, wenn die Neutralen selbst über gewisse Hauptgrundsätze der Neutralitätshandhabung sich einigen würden. Der Unterzeichnete hat auch in Brüssel eine hierauf abzielende und dort günstig aufgenommene Anregung gemacht.

Veröffentlichung der Conferenzverhandlungen

Nach den in der Conferenz kund gegebenen Ansichten ist die baldmöglichste Veröffentlichung der Conferenzverhandlungen und des Declarationsentwurfes wünschenswert. Die belgische Regierung wird es voraussichtlich übernehmen, über den Zeitpunkt der Veröffentlichung unter den Conferenzstaaten eine Verständigung zu erzielen und dann die Veröffentlichung veranstalten. Sollte eine solche Einigung auf Hindernisse stossen, so bleibt die Veröffentlichung selbstverständlich dem Ermessen jeder Regierung anheimgestellt.

12. BBl 1868, 3, S. 1076—1083.

Benehmen mit den neutralen Staten

Nach Berathung der sich kundgebenden öffentlichen Meinung, nach allseitiger Erörterung der legislatorischen, volkswirtschaftlichen, militärischen und völkerrechtlichen Fragen, welche durch den Declarationsentwurf angeregt werden können, würde vielleicht ein Meinungs-austausch unter den neutralen und gleichinteressirten Staten eine Verständigung über verschiedene Gesichtspuncte ermöglichen, deren gleichmässige Geltendmachung im weitern Fortgang der Angelegenheit nur nützlich sein könnte.

Weiterer Fortgang der Angelegenheit

Es steht wol ausser jedem Zweifel, dass Russland sich nicht damit begnügen wird, die Initiative zur Sache ergriffen zu haben. Es ist für die russische Regierung zur Ehrensache geworden, die Angelegenheit zu einem practischen Abschluss zu bringen, und es wird sich die Meinung eines Theils der Tagespresse, welche das ganze Werk gerne als gescheitert ansehen möchte, voraussichtlich als eine Täuschung erweisen. In dieser Voraussetzung wird es sich für unser Land ganz besonders empfehlen, der Sache gegenüber vorläufig sich nicht ablehnend zu verhalten, sondern bei der fernern Gestaltung des Entwurfes nach Möglichkeit mit- und einzuwirken.

Die eigentliche diplomatische Einwirkung der verschiedenen, namentlich der bisher zurückhaltenden grössern Staten beginnt erst jetzt und nicht unwahrscheinlich in einem mildernden, die Defensiv- und Humanitäts-Interessen mehr begünstigendem Sinne.

Indem ich noch zur Vervollständigung der Acten und zum Zwecke einer historischen Vergleichung ein Exemplar der preussischen Landsturm-Ordnung vom 21. April 1813¹³ beischliesse, benütze ich [...]¹⁴.

13. *Nicht abgedruckt.*

14. *Es folgt die Grussformel.*

73

J.1.2/7

*Der Unternehmer L. Favre
an die Gotthardbahndirektion*

Kopie

S

Altorf, 2 août 1875

Nous avons reçu en son temps votre lettre du 26/27 Juillet 1875¹, et nous prenons la liberté d'y répondre de la manière suivante:

Il est parfaitement vrai que les travaux du tunnel n'ont pas encore été amenés au point prévu par le programme fixé d'un commun accord à la Conférence de Berne du 19 Juin 1874.² Ce retard qui n'existe que pour les travaux de battage au large, cunette, maçonneries et achèvement, est compensé en partie par le fait que la galerie d'avancement a été poussée bien au delà de ce que prévoit le dit programme. Cette galerie devait en effet avoir atteint au 30 Juin 1875 la distance de 3677 m. En réalité, elle a atteint 4194, soit un excédant sur le programme de Berne de 517 mètres. Dans le mois de Juillet qui vient de s'écouler, cet avancement s'est augmenté de 243 mètres.

1. *Nicht ermittelt.*

2. *Vgl. das Konferenzprotokoll (E 53/150).*

Quant aux autres travaux, le retard est dû à des causes absolument indépendantes de ma volonté, et que j'ai moi-même hâte de faire disparaître. L'expérience a démontré que certaines installations doivent être modifiées ou complétées, surtout en vue d'obtenir la pression d'air suffisante pour alimenter tous les chantiers. Toutes les mesures sont prises par moi depuis longtemps pour arriver à ce résultat, et je puis assurer la Direction que d'ici au 30 Novembre en tout cas, et probablement beaucoup plus tôt, j'aurai complété, et mis en activité toutes les installations encore inachevées ou insuffisantes, à savoir: les turbines et compresseurs supplémentaires, les conduites des aspirateurs, les montes-charges d'Airolo, les nouvelles conduites d'air, les travaux de protection des conduites du Tessin, compatibles avec la nature des lieux, l'installation des pompes d'épuisement à Airolo. Je prendrai toutes les mesures nécessaires pour obtenir dans toutes les machines une pression constante et suffisante. A partir de cette époque, seulement, les chantiers nouveaux pourront être créés, et tous seront coordonnés de manière à assurer à chacun d'entre eux un travail régulier et normal. La surveillance de mes chantiers sera tenue à la hauteur de cette augmentation de travail, et je communiquerai à votre Direction les noms de mes Agents chargés de cette surveillance de jour et nuit.

A partir de ce même terme du 30 Novembre, je m'engage à observer le programme qui sera arrêté entre nous, et à exécuter mensuellement la quantité de travaux prévue pour chaque chantier.

A cet effet, et ainsi comme vous le demandez, je vous communique le programme nouveau que j'ai établi après avoir conféré avec Monsieur l'Ingénieur en chef et que je vous propose d'adopter en lieu et place de celui qui a accompagné ma lettre du 26 Mars³ dernier.

Par votre lettre du 26/27 Juillet courant vous me communiquez les décisions prises par votre Direction. La plus grave de ces décisions est celle par laquelle vous m'annoncez votre intention de soulever la question de savoir si le droit de la Compagnie de se substituer à l'entreprise ne sera pas prochainement encouru.

Vous me permettez, Monsieur le Président, de vous témoigner la surprise que j'ai éprouvée en recevant de la part de la Direction une menace de cette nature, et cela au moment même où une Conférence amiable était appointée entre la Direction et moi pour traiter les questions qui nous divisent encore. Vous me permettez également de vous déclarer que, dans mon opinion, l'état actuel des travaux, et les dispositions que j'ai prises pour compléter mes installations, dispositions connues du personnel technique de la Direction, ne justifient à aucun point de vue une pareille menace. Je réserve à cet égard tous mes droits pour le cas où elle serait exécutée.

Vous me communiquez en outre la décision prise par votre Direction de suspendre à partir du 1^{er} Août, et jusqu'à nouvel ordre, tous les paiements ultérieurs d'à-comptes pour la partie de la petite galerie qui est à plus de 600 mètres de chaque côté en avant du tunnel entièrement excavé et revêtu là où il y a lieu.

Si cette mesure était exécutée je me réserve tout droit d'interprétation de la clause de la conférence de Berne qui y est relative.

3. *Nicht ermittelt.*

Mais je prends la liberté de demander à votre Direction de vouloir bien tenir compte d'une part, des circonstances impérieuses et imprévues dans lesquelles je me trouve essentiellement par suite du retard de mes fournisseurs d'appareils d'installations et des difficultés considérables rencontrées à Airolo, d'autre part des engagements que je prends dans la présente lettre, et de vouloir bien suspendre jusqu'au 30 Novembre l'exécution de cette mesure de rigueur. Une modification aussi importante dans les paiements sur lesquels je compte, est de nature à apporter une perturbation grave dans mes dispositions administratives, et cela sans utilité suffisante pour la Compagnie.

Enfin, Monsieur le Président, il résulte soit de divers entretiens que j'ai eus avec Monsieur l'Ingénieur en chef, soit d'une lettre que vous avez bien voulu adresser à mon Conseil, Monsieur l'avocat Rambert à Lausanne, que vous désirez avoir de moi l'énumération des diverses réclamations que j'ai à adresser à la Direction, soit au point de vue de certaines modifications à apporter dans quelques natures de travaux, soit même au point de vue des questions laissées en suspens lors de la Conférence de Berne. Ces réclamations sont de différentes natures:

Les unes constituent un avantage à la fois pour la Compagnie et pour l'entreprise, ou pour l'une ou l'autre; d'autres sont l'exécution de ce que je considère comme des obligations de la Compagnie; d'autres enfin touchent aux questions litigieuses laissées en suspens entre nous. Je me fais un plaisir de les énumérer ci-dessous, et je serai heureux de pouvoir les discuter avec vous. Je fais la seule réserve que pour tout ce qui touche aux questions litigieuses, les propositions que je formule sont des propositions de conciliation. Je réserve toute ma liberté d'action et tous mes droits pour le cas où elles ne seraient pas acceptées. Je les formule avec le vif désir d'éviter si possible un procès, et à la condition que si nous devons avoir recours à cette extrémité, on ne pourra faire usage de part ni d'autre de ce qui pourra s'être dit et écrit entre nous à cet égard. Ces réserves, qui sont sans doute réciproques, sont nécessaires pour nous laisser toute liberté dans nos pourparlers. [...]⁴.

4. *Es folgt eine Reihe von technischen Abänderungsvorschlägen von Seiten Favres.*

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 3. August 1875¹

4327. Arbeiterunruhen in Göschenen

Korrespondenz

Von der Regierung des Kts. Uri ist in weiterm Verfolg des Telegamms vom 29. vorigen Monats², P. Nr. 4241, betreffend Ruhestörungen in Göschenen mit Telegramm vom 30. gemeldet worden, dass 80 Arbeiter entlassen, 8 verhaftet

1. *Abwesend: Naeff und Welti.*

2. *Dieses und die nachstehend erwähnten Dokumente alle in E 53/166.*

seien, die Untersuchung sich im Gange befinde und die aufgebotene Mannschaft belassen werde, bis die Aufregung sich gelegt habe.

Ebenfalls am 30. hat *das politische Departement* die Regierung ersucht, beförderlichst über den ganzen Hergang Bericht zu erstatten.

Andererseits hat der *italienische Gesandte* dem Präsidium eine Note vom 20. Juli zugestellt, in welcher unter Hinweisung auf den peinlichen Eindruck, welchen das scharfe Einschreiten des Kommandirenden des aufgebotenen Militärs auf der ganzen Halbinsel hervorbringen werde, um geeignete Massnahmen ersucht wird, damit die Untersuchung möglichst einlässlich und umfassend geführt und die Ergebnisse der Gesandtschaft mitgetheilt werden.

Nach Anhörung der vom Präsidium noch mündlich gegebenen Mittheilungen betreffend die vom Gesandten bei Überreichung der Note angebrachten Bemerkungen wird beschlossen:

1. Der Regierung von Uri das Schreiben des politischen Departements vom 30. abhin zu bestätigen und insbesondere die Nothwendigkeit zu betonen, dass eine unparteiische und umfassende Untersuchung geführt werde, mit dem Beifügen, dass, da die Arbeiter der grossen Mehrzahl nach Italiener seien, es dem Bundesrath unerlässlich erscheine, der Untersuchungsbehörde einen des Italienischen durchaus kundigen Mann beizugeben, so wie dass der Bundesrath wünsche, Tag für Tag über die Ergebnisse benachrichtigt zu werden und sich nöthigenfalls angemessen erachtete Massnahmen vorbehalte.

2. Das Präsidium zu ermächtigen, dem italienischen Gesandten vorläufig eine Abschrift des Schreibens an Uri zuzustellen.

75

E 1004 1/102

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 13. August 1875¹

4568. Auswanderung, Gesuch von F. Jäggi-Gyger

Departement des Innern. Antrag vom 10. August 1875

F. Jäggi-Gyger, in Bern, «gewesener Auswanderungs-Abgeordneter nach den La Plata-Staaten», hat mit Eingabe vom 30. Juni lezthin² das von der Zentralkommission der schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft unterm 28. gleichen Monats empfohlene Gesuch gestellt, *es möge der Bundesrath Fürsorge treffen zu dem Ende:*

«1. dass seine Schrift «der Freund der Auswanderer, Argentinische Zustände» nach allen Seiten hin, *in jeder der drei Landessprachen* Verbreitung finde, damit sie den Zweck erreiche, den der Verfasser *zum Nutzen und Frommen von Tausenden* sich dabei vorgesetzt;

1. *Abwesend: Borel, Schenk und Welti.*

2. E 2/2095.

2. dass ihm wenn nicht für seine Zeiteinbussen, so doch für seinen, anlässlich seiner Abordnung ihm erwachsenen Anstände und Verpflichtungen, *billige Entschädigung* gewährt, und

3. dass er in die Lage versetzt werde, jenem volksthümlichen Wirkungskreise, *der es so sehr bedarf*, noch verbleiben, resp. im Sinne einer, *den Interessen der schweiz. Auswanderung angemessenen Austragung der schweiz.-argentinischen Auswanderungs- und Colonisationsfrage*, speziell, und mit Absicht auf *Verwirklichung einer längst wünschbaren und schon vielfach angestrebten Schutzorganisation in Sachen des schweizerischen Auswanderungswesens*, überhaupt, sich fernhin bethätigen zu können.»

Nach Einsicht der in der Sizung vom 11. ds. auf den Kanzleitisch gewiesenen Zuschrift wird darüber gemäss Antrag beschlossen:

Dem Gesuchsteller ist durch die Kanzlei zu erwidern, dass der Bundesrath, so sehr er seine aufopfernde Thätigkeit im Interesse der Auswanderer anerkenne, immerhin nicht in der Lage sei, auf sein Gesuch einzutreten. Es stehe ihm hiefür kein Kredit zur Verfügung und es sei nicht die mindeste Aussicht vorhanden, dass die Bundesversammlung hiefür einen Posten aufnehmen würde, weil bis anhin die eidg. Behörden mit der Auswanderungsfrage sich nicht befasst und weder fördernd noch hindernd eingegriffen haben. Allerdings bestimme der Art. 34 der neuen Bundesverfassung³, dass der Geschäftsbetrieb von Auswanderungsagenturen der Aufsicht und Gesetzgebung des Bundes unterliege, welcher Verfassungsbestimmung der Bundesrath dadurch ein Genüge leiste, dass er den gesetzgebenden Räthen eine Gesetzesvorlage über diese Materie unterbreiten werde. Weiteres zu thun, stehe ihm dermalen nicht zu.

3. AS 1874—1875, 1, S. 12.

76

E 1004 1/102

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 20. August 1875¹

4671. Verhandlungen mit der Pforte betreffend Erwerbung von Grundbesitz durch Schweizer

Politisches Departement. Antrag vom 15. August 1875

Unter einlässlicher Darstellung der seit der bundesrätlichen Schlussnahme vom 1. Februar 1875, P. N^o. 609, *in Sachen des Beitritts der Schweiz zum Protokoll über die Erwerbung von Grundeigentum im Gebiete der hohen Pforte durch Ausländer in Wien durch den dortigen eidg. Gesandten, in Bern durch das Präsidium und die Vertreter Deutschlands und Grossbritanniens, in Paris durch den eidg. Gesandten und den frühern französ. Botschafter in Konstantinopel Herrn*

1. *Abwesend: Schenk, Borel.*

von Vogüé gepflogenen Verhandlungen², deren Ergebnisse im Zusammenhalt mit einer durch das Departement veranlassten Kundgebung³ der bei der Sache zumeist beteiligten Glarner Häuser, welche Zweigggeschäfte im Oriente haben, nach drei Richtungen eine Lösung der Angelegenheit bieten:

Fortsetzung unmittelbarer Verhandlungen mit der Pforte, Beitritt zum Protokoll von 1867⁴ durch Vermittlung der französischen Botschaft in Konstantinopel, Beibehaltung des jezigen Standes der Dinge, welcher Schweizern im Schutze einer Macht, die allen ihren Schutzbefohlenen gleiche Rechte gewährt, es möglich macht, in den Genuss der Grundbesitzerwerbung zu treten, schliesst das Departement seine Berichterstattung dahin:

Die Verhandlungen, in soweit sie durch die Gesandtschaft in Wien gegangen sind, müssen als abgeschlossen betrachtet werden und sind bei sich bietender Gelegenheit in Bern oder Paris wieder aufzunehmen, wobei der Bundesrath es unbedingt ablehnen wird, auf irgend einen den Abschluss eines Handelsvertrages oder einer Konsularübereinkunft mit der Pforte bezweckenden Vorschlag einzutreten.

Dem entsprechend beantragt das Departement:

1. Ein Schreiben an den Gesandten in Wien zu erlassen, in welchem Herr von Tschudi der Verzicht auf weitere Inanspruchnahme seiner Dienste in dieser Sache unter bester Verdankung seiner bisherigen Bemühungen zur Kenntnis gebracht wird.

2. Das politische Departement zu beauftragen, der Gesandtschaft in Paris den jezigen Stand der Angelegenheit zur Kenntnis zu bringen und sie einzuladen, anher zu berichten, sobald sich eine günstige Gelegenheit für die Wiederaufnahme der Verhandlungen in Paris erzeige.

Nach stattgehabter Auflegung und Prüfung der Akten wird der Antrag *zum Beschlusse* erhoben.⁵

ANNEX

E 13 (B)/271

*Der Landammann von Glarus, Nationalrat J. Heer,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
J. J. Scherer*

S

Glarus, 25. März 1875

Dem von Ihnen ausgesprochenen Wunsche gemäss, habe ich gestern sämtliche hiesige Firmen, welche im Orient eigene Häuser u. Filialen haben, oder welche dorthin Geschäfte machen, zu einer Versammlung einberufen, um sie mit dem Stand der Unterhandlungen betreffs die Frage der Liegenschafts-Erwerbung in der Türkei, einigermaßen vertraut zu machen & sie zugleich zu consultiren über das Mass von *Bedeutung*, welche sie dieser ganzen Angelegenheit beilegen. — Ich beehre mich, Ihnen im Nachstehenden die wesentlichen Ergebnisse der bezüglichlichen Besprechung vorzulegen:

2. *Vgl. Nrn. 27, 61 und 64.*

3. *Vgl. den Annex.*

4. E 13 (B)/271.

5. *Vgl. Nr. 247.*

1. Es ist durchaus wünschbar, dass den Schweizern das Recht ausgewirkt werde, Grundeigenthum auf eigenen Namen zu erwerben; der Fall kommt doch ziemlich häufig vor, u. wenn man sich auch bisher auf diese oder jene Weise zu behelfen wusste, so wäre doch der gerade Weg auch hier der beste. Gewiss ist übrigens so viel, dass schon jezt diejenigen Häuser u. Einzelpersonen, welche unter *deutschem* Schutze stehen, ohne Schwierigkeit dazu gelangten, Grundeigenthum auf eigenen Namen zu erwerben.

Eine generelle u. günstige Regelung muss also, trotz des Letztangeführten, als wünschbar erklärt werden; aber von einer ausserordentlichen Wichtigkeit ist die Sache nicht.

2. Unendlich viel werthvoller ist die Frage des *Zolltarifs*, der gegenwärtig in Revision gezogen werden soll. Hier hat die Schweiz wichtige Interessen zu wahren, indem sowohl die zürch[erische] Seiden- als die glarnerische Baumwollmanufactur in dem bestehenden Tarif, bez. weise dem darauf basirten Ästimations-Tableau⁶ äusserst schlecht gestellt sind. Es wurde der Nachweis geleistet, dass gewisse Sorten von Mouchoirs, in Folge veränderter Verhältnisse (sie werden jezt in kleinerem Format u. gröberem Stoffe angefertigt als zur Zeit der Entwerfung des Tableau), zur Zeit anstatt eines Zolles von 8% des Werthes, thatsächlich einen solchen bis auf 16% zu zahlen haben. Es wurde der dringende Wunsch erneuert, dass den Verhandlungen in Constantinopel zwischen den türkischen Commissarien u. der französ. Botschaft, *schweizerische* Sachverständige beiwohnen möchten, u. speziell wurde von *allen* Anwesenden Hr. Fridolin Heer (v. Haus Andreas Heer) in Constantinopel als Beirath empfohlen, da derselbe seit Dezennien am Orte wohnt u. in den umfassendsten Geschäftsbeziehungen steht.

3. Alle Anwesenden waren einstimmig in der Ansicht, dass gerade im gegenwärtigen Augenblicke, wo der Tarif in Frage liegt u. wo wir also der wohlwollenden Mitwirkung Frankreichs, als unseres Vertreters in der Zollangelegenheit bedürfen, jeder Schritt zu beklagen wäre, welcher die französ. Eigenliebe verletzen könnte, u. es würde ohne Zweifel ein Schritt solcher Art sein, wenn man die freundliche Anerbietung des Grafen Vogüé einfach u. kalt ablehnen wollte. Die Anwesenden Alle — & es befanden sich darunter solche, die lange in Constantinopel gelebt haben & die Verhältnisse genau kennen — sprachen sich dahin aus: dass eine, durch die französ. Botschaft erwirkte Erklärung der Pforte, dahin gehend: dass jeder Schweizer Grundeigenthum erwerben könne, sofern er Consular-Verwandter einer Macht sei, welche das Protokoll unterschrieben hat, & dass also der Ausdruck im Schlusspassus dieses letztern: «dont il relève» in diesem Sinne zu verstehen sei — dass, sage ich, eine derartige Erklärung als eine vollkommen ausreichende & erspriessliche Lösung zu betrachten wäre. Allerdings herrschte dabei auch volle Einstimmigkeit darüber, dass man es durchaus vermeiden müsse, das französische Protectorat sich als ein *obligatorisches* aufdrängen zu lassen. Die meisten Schweizer im Orient stehen zwar thatsächlich unter Frankreich; aber es gibt Fälle (z. B. bei Anständen mit National-Franzosen), wo es von grossem Werth ist, das Protectorat zu wechseln, u. es ist daher bestimmt daran festzuhalten, dass jedem Schweizer bei der Wahl & allfälligem Wechsel derjenigen Macht, deren Consularschutz er geniessen will, die vollste Freiheit gewahrt bleibe. Wenn dem Hrn. Vogüé dies a limine offen erklärt u. daneben sein Anerbieten dankend acceptirt würde (das ja übrigens nach den Mittheilungen von Hrn. Dr. Kern schon von vorn herein sich selbst auf den gleichen Boden gestellt hat), so würde keiner der consultirten Herren hierin das geringste Bedenken finden. Frankreich *sucht* allerdings dabei etwas für sich: aber dieses Etwas ist nichts Anderes, als eine Befriedigung der Eitelkeit, ein gewisses préstige, das ihm wohl gerade in seiner dermaligen Lage zur Behauptung seiner Stellung im Orient von einiger Bedeutung ist. Warum sollte man ihm das nicht gerne gönnen, wenn es ohne Schaden für uns geschehen kann, u. wenn es vielleicht dahin führt, den guten Willen für Wahrnehmung unserer Interessen in der Tarif-Frage bei Frankreich, an dessen Rokkschössen wir in *dieser* Hinsicht nun doch einmal hängen, zu vermehren?

4. Mit voller Entschiedenheit traten endlich alle Anwesenden der Ansicht bei, dass es durchaus thöricht u. weggeworfenes Geld wäre, wenn man an eine diplomatische Vertretung der Schweiz in Constantinopel denken wollte. Für ebenso unzuweckmässig erklärten sie den Gedanken an eine *Spezialmission*, z. B. von Hrn. Tschudy, nach dem Orient: ein solcher Emissär wird nirgends auch nur Zutritt finden, ausser unter den Auspizien einer Grossmacht, von deren guten od. minder

6. Nicht ermittelt.

gutem Willen auch der Erfolg durchaus abhängen würde. An dem guten Willen dürfte aber deshalb zu zweifeln sein, weil die betreffende Macht in der Entsendung einer schweiz. Spezialmission eine Art von Misstrauensvotum gegen sie, d. h. den Wunsch, ohne ihr directes Hinzuthun zum Ziele zu gelangen, erblicken müsste.

Sie werden vielleicht finden, dass ich manche Dinge in den Bereich der Besprechung hineingezogen habe, zu denen eine unmittelbare Veranlassung nicht vorlag; indessen hielt ich dafür, dass es Sie vielleicht doch interessiren werde, über das Ensemble der mit dem Oriente schwebenden Unterhandlungs-Gegenstände die Auffassung einer Anzahl, mit den dortigen Verhältnissen bestvertrauter Männer kennen zu lernen.

77

E 2300 Rom 1

*Der schweizerische Gesandte in Rom, G. B. Pioda,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
J. J. Scherer*

B

Rome, 20 août 1875

La répression sanglante de la mutinerie de Göschenen a ému l'opinion publique en Italie et certaine presse, surtout en Piémont, s'est laissée aller aux exagérations de circonstance. La presse officieuse, et en général les grands journaux, se tiennent sur la réserve. Cependant, j'ai pu me convaincre dans une conversation, que j'ai eue lundi au Ministère, qu'on y est convaincu que la répression a été excessive et que faute de mieux une réparation est due aux familles des victimes et aux blessés. On a pleine confiance à l'impartialité du Conseil fédéral. On aimerait par conséquent qu'il y eût un agent permanent sur place pour redresser, et si possible, prévenir tous les torts entre patrons et ouvriers.

Je reçus hier de M. l'Inspecteur Koller quelques informations préliminaires qui, je le pense, doivent avoir été puisées à bonne source. J'en ai fait part à la rédaction de *l'Italie* qui les a insérées dans son N° d'aujourd'hui. Je Vous l'envoie sous bande.

[...]¹.

1. Es folgt ein kurzer Bericht über eine Unterredung zwischen Pioda und Visconti-Venosta über die Situation in der Herzegowina, ein Bewässerungsprojekt am Luganersee (Villoresi-Kanal), usw.

*Der schweizerische Legationsrat in Berlin, A. de Claparède,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
J. J. Scherer*

B Confidentiell

Berlin, 20. September 1875

Bei Gelegenheit von Besprechungen im Reichskanzler-Amt hat Geheimrath Huber, vortragender Rath bei dieser Behörde, wiederholt mir gegenüber die Ansicht ausgesprochen, dass die eidgenössische Zoll-Verwaltung in der letzten Zeit durch Verzollung gewisser Gegenstände, die von der Schweiz zur Ausbesserung, Bearbeitung oder Veredlung in das deutsche Gebiet eingeführt und alsdann unter Beobachtung der vertragsmässigen Vorschriften nach der Schweiz zurückgeführt worden, — sowie durch andere ähnliche Massnahmen — schutzzöllnerische Tendenzen an den Tag gelegt habe.

Zur Begründung dieser Behauptung führte Ghrth Huber eine Reihe von That-sachen an, /: Bearbeitung von Leinen zu Säcken auf Badischem Gebiete; Ausfüllen von Stuhlrahmen mit Rohrgeflecht; Verzollung der Werkzeuge der deutschen Arbeiter für den Gotthardtunnel; etc.etc. ./, Thatsachen, auf die ich näher einzugehen verzichte, da dieselben zu den Ihnen bekannten diplomatischen Reklamationen Anlass gegeben haben, resp. noch geben werden.

In einem kürzlichen Bericht¹ an Herrn Minister Hammer habe ich Gelegenheit genommen, die Ansichten resp. die Verstimmung des gedachten Beamten mit dem Ersuchen ihm mitzutheilen, diesen Gegenstand bei Gelegenheit mündlich zu Ihrer Kenntniss zu bringen und ich wäre daher auf diese Erörterung, welche wie mir schien, zum Theil durch die subjektive Empfindung des mit der umfangreichen Bearbeitung dieser Frage betrauten gedachten Beamten veranlasst war, nicht zurückgekommen, wenn in den letzten Tagen, anlässlich einer Audienz im Reichskanzler-Amt, Staatsminister Delbrück in Betreff der «in der Schweiz sich geltend machenden schutzzöllnerischen Einflüsse» sich nicht mir gegenüber mit ganz besonderer Lebhaftigkeit ausgesprochen hätte.²

Ohne über die einzelnen, von Gehrth Huber angeführten Beschwerdepunkte — die er als mir bekannt voraussetzte — sich auszulassen, sprach sich Staatsminister Delbrück in Betreff der von der Schweizerischen Zollverwaltung gehaltenen Praxis in folgender Weise aus: «In jedem Vertrage seyen Bestimmungen enthalten, welche einer verschiedenen Auslegung unterliegen können; dies sey besonders der Fall in Betreff einiger Bestimmungen des Schweizerisch-Deutschen

1. Nicht ermittelt. Mit Schreiben vom 15. 9. 1875 (E 13 (B)/152) hatte Hammer Scherer über den Bericht Claparède orientiert.

2. In seinem Schreiben an Naeff vom 13. 10. 1875 führte Claparède aus: [...] Ich darf diesen Bericht nicht schliessen, ohne der Vermuthung Ausdruck gegeben zu haben, dass die seiner Zeit von Geheimrath Huber gethanen Äusserungen zum grössten Theil aus den ihm von Seite der betreffenden Säcke-Fabrikanten gemachten Mittheilungen hervorgegangen sein möchten. [...] (E 13 (B)/152).

Handelsvertrages, welche von Deutschland stets, und von der Schweiz bis vor Kurzem in der liberalsten Weise ausgelegt worden sind. Es sey indess dieses Verfahren — obgleich Deutschland hiezu keinen Anlass gegeben — in der letzten Zeit Seitens der Schweizerischen Zollverwaltung aufgegeben worden und es kämen seither an den eidg. Zollstätten allerley Massregeln vor, die Veranlassung von wiederholten Reklamationen gewesen; ohne jedoch dass letztere bei den Schweizerischen Behörden die erhoffte Berücksichtigung gefunden hätten.

Dem gegenüber und in Anbetrachte davon, dass die fraglichen Zölle meistens unbedeutend seien und daher für die Schweizerischen Finanzen kaum in Betracht kommen dürften, könne er (Delbrück) den Eindruck nicht abwehren, dass schutzzöllnerische Einflüsse in der Schweiz sich geltend machen, und, so ungerne er solche Bahnen betreten möchte, werde er sich möglicher Weise genöthigt sehen, der Schweiz gegenüber Gegenrecht anzuwenden.

Ghrath Huber, mit welchem am gleichen Tag ich eine Unterredung haben musste, kam wieder auf diese Frage zurück, und gab mir ganz unverhohlen die Verstimmung des Staatsministers Delbrück zu verstehen, welcher, wie er sich ausdrückte, vor Kurzem die Ansicht ernstlich ausgesprochen, «Deutschland möchte nunmehr einen Zollkrieg der Schweiz. Zollverwaltung erklären».

Bei diesen Unterhaltungen habe ich nicht unterlassen, auf die feste Grundlage hinzuweisen, welche freihändlerische Politik stets in der Schweiz gehabt; — diese Anführung wurde mir dadurch besonders erleichtert, dass ich gerade vom Eisenbahn- u. Handels-Departement den Auftrag erhalten, die freihändlerische Schmidlin'sche Brochüre hier zu verbreiten und hiemit den Beweis liefern konnte, dass bei dem gegenwärtigen brennenden Handels-politischen Kampf, die Schweiz ihren Platz im freihändlerischen Lager behalten werde.

Ich kann Ihnen nicht verhehlen, dass hinsichtlich der in Frage kommenden Beschwerdepunkte im Reichskanzleramt eine starke Missstimmung herrsche, welche vielleicht dadurch gesteigert wird, dass die schutzzöllnerische Agitation in Deutschland im Wachsen ist und dass die gegen die Regierung gerichteten Angriffe zum Theil einen für die Person des Herrn Delbrück verletzenden Charakter angenommen haben.³

3. In der Bundesratssitzung vom 9. 2. 1876 erklärte das Finanz- und Zolldepartement: Unterm 15. und 20. September v. Js. hat die *Gesandtschaft in Berlin* über Beschwerden Mittheilung gemacht, welche wegen *angeblicher schutzzöllnerischer Absichten der eidgenössischen Zollverwaltung* beim Reichskanzleramt eingegangen seien und daselbst etwelche Missstimmung hervorgerufen hatten.

In Gemässheit der Schlussnahme vom 24. gl. Mts. /:Prot. N^o. 5404:/ ist diese Auffassung durch eine Darlegung der diesfälligen Verhältnisse Seitens des Departements mit Schreiben vom 2. Oktober (E 2200 Berlin 1/6) widerlegt worden und da keine weitere Eröffnung gefolgt ist, so kann die Angelegenheit als erledigt abgeschrieben werden (E 1004 1/104, Nr. 781).

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 28. September 1875¹

5480. Schweizerisch-italienischer Handelsvertrag, Revision

Eisenbahn- und Handelsdepartement. Antrag vom 26. September 1875

Die gestern theilweise erledigte Vorlage² des Departements betreffend die Frage der *Revision des Handelsvertrages zwischen der Schweiz und Italien* vom 22. Juli 1868³ wird neuerdings in Behandlung gezogen und hierbei für den schweizerischen Abgeordneten, Herrn Alt-Ständerath Köchlin folgende Instruktion beschlossen:

1. Herr Köchlin wird sich über seine Ernennung als Abgeordneter des schweizerischen Bundesrathes für die Unterhandlungen betreffend Revision des schweizerisch-italienischen Handelsvertrages ausweisen und die Zuziehung von Fachmännern, welche er zur Aufschlussertheilung bei einzelnen Fragen als nöthig erachten sollte, vorbehalten.

2. Er wird hierauf die Vollmacht des Abgeordneten Seiner Maj. des Königs von Italien prüfen.

3. Der schweizerische Abgeordnete wird die nähern Eröffnungen und Erläuterungen, welche in der Note⁴ der Königl. italienischen Gesandtschaft vom 12. Juli d. J. P. N^o 4126 in Aussicht gestellt sind, von Seite des ital. Beauftragten entgegennehmen und sodann in eine allgemeine Besprechung der Frage der Vertragsrevision eintreten.

4. Der Bundesrath genehmigt bezüglich der allgemeinen Beurtheilung der italienischen Vorlagen und Begehren die in dem zu den Akten gegebenen Experten-Gutachten⁵ vom 23. ds. aufgestellten Grundsätze:

1^o- Der Handelsvertrag von 1868 ist in seinen Resultaten vortheilhafter für Italien, als für die Schweiz gewesen. Der schweizerische Export ist von 71 auf 48 Millionen gefallen und es wäre desshalb bei einer Erneuerung die Schweiz eher im Falle, Erleichterungen zu fordern, als sich neue Erschwerungen gefallen zu lassen.

2^o- Wenn im Prinzip die Berechtigung der sub 1, 2^b und 3 angeführten, im italienischen Memorial aufgestellten Grundsätze zugegeben werden kann, so muss dagegen die in 2^a enthaltene Prätension in dieser Ausdehnung des bestimmtesten zurückgewiesen werden.⁶

1. *Abwesend: Cérésolle.*

2. *Vgl. E 1004 1/102, Nr. 5460 und E 13 (B)/210.*

3. *AS 1866–1869, IX, S. 657–679.*

4. *E 13 (B)/210.*

5. *Ibid.*

6. *Mit Begleitschreiben vom 4. 3. 1875 hatte Melegari Bundespräsident Schenk ein Mémoire concernant le nouveau projet de tarif italien übermittelt.*

Punkt 1 dieses Memorandums führte aus: [...] L'administration italienne a donc eu soin de recueillir tous les éléments de fait, grâce auxquels ses conclusions ont pu être prises en pleine

3^o- Das italienische Memorial greift hier⁷ auf das Jahr 1861 zurück, also auf 7 Jahre früher, als der Abschluss des Handelsvertrages und schafft dadurch eine ausgleichende Steuerdifferenz, welche unberechtigt erscheint, indem im Jahre 1868 das Ausgabenbudget von Italien bereits eine Milliarde überschritten hatte und die daherigen Lasten bei den Tarifsätzen durchaus nicht ausser Berücksichtigung gefallen waren.

[Seit] 1868 sind überdiess die Steuerschrauben in den industriellen Kantonen der Schweiz, um welche es sich hier handelt, zum mindesten ebenso stark angezogen worden, als in Italien, wobei noch angenommen werden kann, dass industrielle Geschäfte in der Schweiz in der Regel richtiger und genauer ihre Steuern entrichten, als die italienische Concurrenz, welche in dieser Beziehung Compromisse zu treffen gewohnt ist.

Nach dem Grundsatz der *Reciprozität*, welcher von den Industriellen Italiens, wenigstens Frankreich gegenüber so sehr betont wird, indess die Schweiz diese höhere Besteuerung ihrer Angehörigen zur ganzen oder theilweisen Compensation geltend machen könnte.

Sogar wenn die Berechtigung eines solchen Anspruches auf Ausgleichung wegen höherer Besteuerung wollte zugelassen werden, so kommt man materiell auf ein so geringes Resultat, dass es kaum gerechtfertigt erscheint, desswegen den Zolltarif umzuarbeiten.

Die ganze italienische Steuer auf dem Einkommen beträgt nämlich 13½%, vom Nettoergebnis. Bei Berechnung dieses letztern auf 10% würden die 13½% davon, welche der italienische Fiskus bezieht einen Ausgleich von 1,3½% auf dem Verkaufspreis erfordern. Es liegt auf der Hand, dass die italienische Regierung die Prätension, die ganze Steuer zu berechnen, nicht stellen kann und nicht stellen wird, und dass es sich hier höchstens um einen Bruchtheil der Einkommenssteuer handeln kann, welcher die Ausgleichsquote weit unter 1% des Werthes sinken macht.

connaissance de cause. Ces éléments pourront, probablement, être livrés à la discussion, soit à l'occasion des négociations diplomatiques, soit à l'occasion des débats parlementaires qui devront s'ouvrir sur le projet de tarif pour qu'il devienne une loi d'Etat. [...].

Punkt 2 b sagte namentlich: [...] Les produits qui ont été jusqu'ici à l'abri des tarifs conventionnels ont joui, en quelque sorte, d'une immunité qui ne doit point survivre aux traités qui la sanctionnaient. Il est juste que ces produits cessent d'être affranchis des charges qui, par suite des événements politiques, se sont accumulées, chez nous, sur toutes les ressources du pays. [...].

Punkt 3 wurde folgendermassen eingeleitet: [...] Une considération économique suggérait de proportionner, les uns avec les autres, les différents articles du tarif. [...].

Punkt 2 a sagte namentlich: [...] Il existe quelquefois, au point de vue économique, entre les différents produits, une connexion tellement étroite, qu'en s'écartant des règles d'une impartialité absolue on aboutit fatalement aux résultats les plus fâcheux. [...] L'administration italienne a voulu inaugurer l'œuvre de la révision par la suppression de ces déplorables anomalies. Ce but a été atteint, dans quelques cas par l'atténuation des droits actuels, mais plus souvent par une légère aggravation des droits qui ont favorisé sans raison, jusqu'ici, certaines branches d'industrie. [...] (E 13 (B)/210).

7. Es handelt sich wahrscheinlich um Punkt 4 des Memorandums vom 4. 3. 1875. Dieser wurde folgendermassen eingeleitet: [...] Une considération fiscale suggérait de ramener les charges pesant sur les importations au niveau qu'ont atteint, en Italie, les impôts pesant sur l'industrie et sur la production nationale (E 13 (B)/210).

Es ist ebenso klar, dass hier von einer Ausgleichung der indirecten Steuern nicht die Rede sein kann. Es sind diese, so weit das Geschäft dadurch beschlagen wird, im Arbeitslohn und den allgemeinen Spesen bereits verrechnet, und was auf die Haushaltung des Fabrikbesizers speziell davon abfällt, wird doch gewiss ausser Frage bleiben müssen.

Es ist deshalb angezeigt, auf die in Ziffer 2 la. a⁸ angedeutete Grundlagen nicht einzugehen.

Es ist dies um so mehr gerechtfertigt, als laut den gemachten Erhebungen die italienische Industrie überall gegenüber der schweizerischen im Vorsprung ist. Bezüglich der übrigen Punkte müssen die in Aussicht gestellten Erklärungen vorerst abgewartet werden. *Es kann aber jetzt schon im Prinzip in Aussicht genommen werden, dass die Schweiz auch hier die Reciprozität soweit möglich vindizire, dh., dass sie für jede Erschwerung, welche die Neuerungen für sie involviren, eine entsprechende Erleichterung verlange.*

Bezüglich Punkt 2, lemma b⁹, lässt sich formal wenig einwenden. Es ist das Vorgeschlagene formell wirklich eine Vereinfachung, materiell aber werden diese unter dem Namen «droits compensateurs» bekannten Zuschläge unwiederbringlich festgenagelt und die Hoffnung auf ein Wegfallen ist in diesem Falle ganz verloren.

Es müsste in dieser Richtung in dem Vertrage stipulirt werden, dass neue «droits compensateurs» einzuführen untersagt sei.

Die Umwandlung der Werthzölle in Gewichtszölle ist nicht zurückzuweisen, die Klassifikation ist aber so festzustellen, dass keine der schweizerischen Exportartikel über Gebühr dadurch belastet und dass der Nachtheil der auf einer Seite erwächst, durch einen Vortheil auf der andern compensirt werde.

Bei dieser Gelegenheit soll die Schweiz die Verminderung resp. Aufhebung der noch in Kraft befindlichen Ausfuhrzölle verlangen.

Wenn die italiänische Regierung darauf eingeht, mit der schweizerischen Regierung auf diesem Boden zu unterhandeln, d. h. grundsätzlich den Standpunkt des Vertrags von 1868 festzuhalten und am Tarife nur nothwendige und wünschbare Veränderungen vorzunehmen, ohne das materielle Verhältnis in protektionistischem Sinne zu alteriren, so kann je nach dem Ergebnis auf die Einführung des neuen Tarifes pro 1. Juli 1876 eingegangen werden. Ist jedoch dies nicht der Fall, beharrt Italien auf seiner Vorlage, oder wird uns einfach ein mit Frankreich oder Oesterreich (vielleicht auf Reciprozitätsgrundsätzen) vereinbarter Tarif général vorgelegt, welcher unsere Stellung wesentlich zu schädigen geeignet ist, so dürfte es dagegen angezeigt sein, den Vertrag von 1868 bis zu seinem Ablauftermin im April 1877 aufrecht zu erhalten und auf das italienische Begehren um frühere Aufhebung nicht einzugehen.

In diesem Falle würde alsdann die weitere Frage zu erörtern sein, ob am Plaze eines Tarifvertrages schweizerischerseits ein einfacher Vertrag vorgeschlagen

8. Gemeint ist wahrscheinlich Punkt 4 des Memorandums. Vgl. Anm. 7 und 9.

9. Es handelt sich wahrscheinlich um folgende Stelle in Punkt 4: [...] Au point de vue de l'équité, les industries nationales, au fur et à mesure que les impôts s'aggravaient, auraient dû être replacées à tout prix sur un pied d'égalité vis-à-vis des industries étrangères. Il aurait fallu pouvoir ajouter, à ce titre un droit supplémentaire au droit principal de douane. [...] (E 13 (B)/210).

werden solle, *wonach die Schweiz auf dem Fusse der meistbegünstigten Nationen behandelt würde*, oder ob überhaupt auf jeglichen Vertrag dormalen zu verzichten, für die Schweiz ganz freie Hand vorzubehalten, das Beste sei, und ermächtigt den schweizerischen Abgeordneten, sich im Sinne derselben auszusprechen.

5. Der schweizerische Abgeordnete wird über den Gang und das Ergebnis dieser ersten Verhandlungen dem Bundesrathe Bericht¹⁰ erstatten und dessen fernere Instruktionen einholen, bevor über die weitere Fortführung derselben verbindliche Erklärungen abgegeben werden.

10. Vgl. den Bericht von Koechlin-Geigy an Schenk vom 9. 10. 1875 (E 2200 Paris 1/105).

80

E 1001 (E) q 1/109

Der Bundesrat an die französische Botschaft in Bern

Kopie
N 5578 a

Bern, 4. Oktober 1875

Dans le courant du mois d'Août de cette année Monsieur de Laboulaye, alors Chargé d'Affaires de France ad interim, a attiré l'attention du Président de la Confédération Suisse sur la situation anormale de la paroisse de Thônex-Gaillard.¹ L'église, le presbytère et le cimetière de la commune française de Gaillard se trouvant sur le territoire de la commune suisse /:genevoise:/ de Thônex, M. de Laboulaye expliquait que de temps immémorial ces deux circonscriptions, qui sous la domination de la maison de Savoie formaient une seule commune, ont été unies pour le culte. Les habitants de Gaillard comme ceux de Thônex ont constamment rempli leurs obligations paroissiales en contribuant à l'entretien des édifices religieux. Les églises, presbytères et cimetières, d'après l'ancienne législation sarde, appartenaient d'ailleurs non pas aux communes, mais aux paroisses représentées par les bénéfices, cures. M. de Laboulaye exprimait la crainte que le curé de Thônex ne vint à être destitué et remplacé par un prêtre vieux catholique, tandis que la partie française de la paroisse professe la religion catholique romaine. Il estimait que le Gouvernement Genevois ne pourrait, sans atteindre leur droit de propriété, modifier l'état présent des choses et proposait de chercher d'un commun accord le moyen d'empêcher la naissance d'un conflit.

Dès lors Son Excellence, Monsieur le Comte d'Harcourt, Ambassadeur de France à Berne, a donné lecture au Président de la Confédération Suisse d'une dépêche de Son Excellence Monsieur le Duc Decazes par laquelle il était invité à demander au Conseil fédéral d'assurer le maintien de l'état de choses actuel aussi longtemps que la question n'aurait pas reçu de solution.

1. Am 24. 8. 1875 hatte de Laboulaye bei Scherer vorgeschlagen. Vgl. den Antrag des Politischen Departements an den Bundesrat vom 6. 9. 1875 (E 22/1610).

Le Conseil fédéral, après avoir pris connaissance de ces différentes communications, s'est empressé de faire part au Gouvernement du Canton de Genève en l'invitant à ne laisser changer en rien le statu quo et à lui faire rapport sur les faits signalés et sur la question soulevée par le Gouvernement français². Il est en mesure aujourd'hui de fournir à S. E. Monsieur le Comte d'Harcourt les renseignements suivants:

En ce qui concerne le maintien de l'état présent des choses jusqu'à la solution de la question quant au fond, le Gouvernement de Genève explique qu'à la suite du refus du curé genevois de Thônex de prêter le serment exigé par la loi, il s'est vu dans la pénible nécessité de lui supprimer son traitement. D'après la loi constitutionnelle genevoise du 19 Février 1873³, c'est aux électeurs paroissiaux, mais aux Suisses seulement, qu'appartient la nomination du curé. Le pouvoir exécutif ne peut donc comme tel prendre aucun engagement quant au maintien ou au remplacement du curé actuel, tant que celui-ci n'aura pas prêté le serment qu'exige la loi. Il suffit en effet d'une pétition des électeurs suisses de la paroisse pour obliger le conseil supérieur catholique à les convoquer. Le Gouvernement de Genève déclare d'ailleurs ne pas avoir l'intention d'apporter, de sa propre initiative, des modifications à l'état actuel des choses.

Quant au fond même de la question, le Gouvernement de Genève estime que toute cause de conflit ou de malentendu est écartée par les dispositions très précises de la convention faite à Genève le 11 Mai 1834 entre le Gouvernement de la République et Canton de Genève et Sa Majesté le Roi de Sardaigne pour le partage des biens appartenant aux communes dont une partie seulement a été cédée à la Suisse par le traité du 16 mars 1816.

L'article 5 de la convention du 11 Mai 1834 porte textuellement ce qui suit: «ne seront pas compris dans le partage, les églises, presbytères, cimetières et leurs dépendances, ainsi que les effets mobiliers appartenant aux bénéfices ecclésiastiques; ces immeubles et ces effets mobiliers seront la propriété exclusive de la fraction des communes sur le territoire de laquelle ils sont situés, sans que l'autre fraction puisse prétendre aucune indemnité à raison de ce fait. En conséquence les communes savoisiennes et suisses ne pourront réciproquement se faire aucune réclamation pour constructions et réparations faites depuis 1816 à ces églises, presbytères et cimetières, et généralement pour toutes dépenses quelconques relatives aux dits biens.»⁴

En vertu de cet article la commune suisse de Thônex est ainsi seule propriétaire de l'église, du presbytère et du cimetière de la paroisse et les citoyens français, ressortissants de la commune de Gaillard, ne peuvent prétendre à aucun droit sur ces biens. Aussi depuis 1834, époque où fut conclue la convention qui fait ici règle, ceux-ci n'ont-ils jamais été invités à contribuer en quoique ce soit aux dépenses de culte de la paroisse suisse de Thônex. Le curé de cette paroisse qui fait d'ailleurs partie du diocèse suisse de Lausanne, est en outre nommé par l'autorité suisse

2. *Vgl. das Schreiben von Scherer an den Genfer Staatsrat vom 24. 8. 1875* (E 22/1610).

3. *Abgedruckt im BBl* 1873, 2, S. 930

4. *Vgl. das Schreiben des Genfer Staatsrates an den Bundesrat vom 13. 9. 1875, welches als Beilage den Text des Übereinkommens vom 11. 5. 1834 zwischen Savoyen und Genfenthält* (E 22/1610).

compétente, actuellement par les électeurs paroissiaux, mais par les Suisses seulement. Cet état de choses qui s'appuie sur la lettre non équivoque d'une convention internationale, n'a donné lieu jusqu'ici à aucune réclamation de la part de la commune de Gaillard et si ses ressortissants ont continué depuis 1834 à se considérer comme faisant encore partie de la paroisse de Thônex, s'ils ont été admis en particulier à jouir de tous les avantages et de tous les services que celle-ci procure à ses propres ressortissants, c'est en vertu d'un acte de tolérance qui ne saurait créer aucuns droits en leur faveur.

Le Gouvernement de Genève ne demande pas formellement que les ressortissants de la commune de Gaillard soient exclus à l'avenir des bénéfices de cet état de choses, mais il estime que si l'on désirait y mettre fin, la seule solution rationnelle serait l'adjonction de cette commune à une paroisse française.

En portant cette réponse à la connaissance de S.E. Monsieur le Comte d'Harcourt et en le priant de bien vouloir en faire part à Son Gouvernement, le Conseil fédéral ose espérer qu'elle paraîtra satisfaisante, ensorte que la question puisse être considérée comme résolue en ce qui le concerne.⁵

5. Nach erneuten französischen Beschwerden schrieb der Bundesrat am 27. 10. 1875 an die Regierung von Genf: [...] Ainsi que vous reconnaissez vous-mêmes, l'installation d'un nouveau curé à Thônex pourrait compliquer nos pourparlers avec le Gouvernement français et les rendre plus difficiles. Nous allons plus loin et nous disons que le simple fait de la convocation des électeurs de la paroisse et de la nomination d'un curé serait de nature à en compromettre la bonne issue. Vous n'ignorez pas en effet que le Gouvernement français a demandé avec insistance le maintien du statu quo jusqu'à la solution du conflit. Or, l'élection d'un nouveau curé serait considérée par la France comme une atteinte portée au statu quo. Nous estimons donc qu'il est nécessaire de sursoir à cet acte, aussi longtemps que tout différend diplomatique ne pourra pas être considéré comme écarté, et nous vous prions de bien vouloir ne pas permettre jusqu'à nouvel avis la convocation des électeurs paroissiaux de Thônex et la nomination d'un nouveau curé [...] (E 1001 (E) q 1/109, Nr. 6089).

In seiner Antwort vom 22. 12. 1875 beharrte der Genfer Staatsrat auf der Ersetzung des Priesters von Thônex (E 22/1610).

81

E 1001 (E) q 1/109

*Der schweizerische Bundesrat
an die österreichisch-ungarische Gesandtschaft in Bern*

Kopie

N 5580a

Bern, 4. Oktober 1875

Mit sehr verehrter Note vom 17. Juni d. Js.¹ ist es Seiner etc. gefällig gewesen, dem schweizerischen Bundesrath den Entwurf einer Übereinkunft mitzutheilen, welche im Interesse des öffentlichen Gesundheitswesens und nach den Beschlüs-

1. E 8 (L)/35.

sen der im Jahr 1874 in Wien stattgehabten internationalen Sanitarkonferenz ausgearbeitet worden ist.

Indem der Bundesrath von diesem Aktenstücke mit lebhafter Befriedigung Kenntniss nimmt, sieht er sich nichtsdestoweniger zu der Bemerkung veranlasst, dass es der Schweiz und andern Binnenländern den Beitritt zu diesem Werke erleichtert hätte, wenn, in Festhaltung des ursprünglichen Planes, zwei gesonderte Projekte vorgelegt worden wären, wovon das eine auf die Quarantäne und die Revisionen, das andere auf die internationale Kommission sich bezogen hätte. Die Schweiz hätte alsdann dem ersten Vertrage einfach fremd bleiben können, da sie für ihre Gewässer nicht an Quarantäne denken kann und nicht in der Lage sein wird, solche mit Aussicht auf Erfolg bei sich einzurichten. Da aber, wie es scheint, dieser Theilung der Convention gewichtige Gründe entgegenstehen, so erlaubt sich der Bundesrath bezüglich der Quarantäne [und] der Revisionsfrage zu bemerken, dass er dem Abkommnisse nur dann beitreten kann, wenn eine Antwort auf die Frage wegen Annahme des einen oder des andern Systems von ihm nicht verlangt wird. Diese Frage berührt nämlich die Schweiz nicht und der Bundesrath will daher auch den Schein vermeiden, durch seine Stimmabgabe nach irgend einer Seite hin eine Pression sich erlauben zu haben.

Was die internationale Kommission betrifft, so ist der Bundesrath, wie er schon in der Note vom 23. November 1874² sich auszusprechen die Ehre hatte, von der Zweckmässigkeit einer solchen Institution nach Massgabe des Vertragsprojectes überzeugt und er glaubt auch den der Schweiz zufallenden jährlichen Kostenbeitrag bis auf f. 2293 vertreten zu können.

Der Bundesrath wird daher unter Vorbehalt der Ratifikation durch die Bundesversammlung seinen Gesandten in Wien beauftragen, den Vertrag zu unterzeichnen, immerhin in der Meinung, dass die Beitrittserklärung der Schweiz sich wesentlich nur auf die Art. XX—XXXIII beziehe, da die Art. I—XIX auf die Schweiz keine Anwendung finden können.³

2. E 8(L)/35 Vgl. auch den GBer. 1874 (BBl 1875, 2, S. 236 f).

3. Die Verhandlungen zwischen der Schweiz und Österreich-Ungarn betreffend den teilweisen Beitritt ersterer zum internationalen Sanitarvertrag wurden laut GBer. 1876 (BBl 1877, 2, S. 4) in der Folge nicht wieder aufgenommen.

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 5. November 1875

6249. Ereignisse in Göschenen, Untersuchungsbericht

Justiz- und Polizeidepartement. Antrag vom 29. Oktober 1875

Der *eidgenössische Kommissär für die Untersuchung betreffend die Ereignisse in Göschenen* vom 27. und 28. Juli d. J., Herr Oberst Hold, gelangt in seinem Schlussbericht¹, dessen Druk vorläufig in französischer Sprache am 29. abhin² angeordnet worden ist, zur Aufstellung folgender durch die Ergebnisse der gepflogenen Erhebungen *als notwendig sich erzeigenden Forderungen*:

1. Zu möglicher Vermeidung von Reibungen zwischen den fremden Arbeitern und der einheimischen Bevölkerung und daraus entstehender, dauernder gegenseitiger Verstimmung sollte strenge auf eine gleichmässige Anwendung der Geseze geachtet werden. Einem während der Bauzeit der Gotthardbahn, womöglichst ständigen, Kommissariat, zu dem die fremden Arbeiter volles Zutrauen haben können, das also von kommunaler, wie auch seitens der Unternehmer ausgeübter Beeinflussung absolut unabhängig ist, sollte sowohl die Ausübung der Polizeigewalt als auch der Präliminarjustiz bezüglich Arrestanlagen, Anständen zwischen Arbeitgeber und Arbeitern etc. übertragen und demselben eine hinreichend organisierte Polizeimannschaft zur Verfügung gestellt werden.

2. In administrativer Beziehung ist vor Allem dafür zu sorgen, dass die Bequartierung der Arbeiter der Privatspekulation entzogen, oder letztere wenigstens einer genauen polizeilichen und sanitarischen Kontrolle unterstellt werde. Die Art und Weise, wie in dieser Beziehung Vorsorge zu treffen, wäre durch Sachverständige zu untersuchen und zu begutachten.

3. Bezüglich der Verpflegung sollte ebenfalls in Betracht gezogen werden, ob nicht auf billigere Weise dem Arbeiter eine zureichende kräftige Kost geboten werden könnte.

4. Jedenfalls aber ist das Magazinhalten der Unternehmer nicht am Plaze.

5. In technischer Beziehung ist dafür zu sorgen, dass ohne weitem Verzug genüendere Zufuhr guter Luft in den Tunnel, soweit immer möglich, bewerkstelligt werde, und solle die Tit. eidg. Gotthard-Inspektion mit der Überwachung dieser unerlässlichen Forderung speziell beauftragt werden.

In Betreff der polizeilichen Verhältnisse liegt des weitem ein Schreiben der Regierung von *Uri* vom 25. abhin³ vor, welches in Beantwortung hierseitiger Anregung vom 1. v. Mts.⁴ über die behufs Sicherung der öffentlichen Ordnung getroffenen Anordnungen Auskunft ertheilt und gegenüber weiter gehender Anforderungen und daraus erwachsenden Kosten Verwahrung einlegt.

1. BBl 1875, 4, S. 621–642. *Ein Zwischenbericht ist als Annex abgedruckt.*

2. *Vgl.* E 1004 1/103, Nr. 6118.

3. *Nicht ermittelt. Vermerk im Dossier* E 53/166: Bis jetzt nicht ins Archiv gelangt.

4. E 1001 (E) q 1/109, Nr. 5545.

Nach darüber gewalteter Berathung werden, mit Ergänzungen und Änderungen der vom Departement nebst den Akten unterbreiteten Anträge⁵ zur Erledigung der Vorlagen nachstehende Schlussnahmen gefasst.

1. Der Bericht des Kommissärs Hrn. Hold ist in einer Auflage von 600 deutschen, 400 französischen Exemplaren zu drucken und in genügender Anzahl von Abdrücken mitzutheilen:

- a. den Gesandten Hrn. Melegari und Pioda zuhanden der italienischen Regierung.
- b. den Gesandten Hrn. von Roeder und Hammer zuhanden der deutschen Regierung.
- c. den Mitgliedern der Bundesversammlung.
- d. den Regierungen von Uri und Tessin.
- e. der Direktion der Gotthardbahn für sich und zuhanden des Unternehmers Favre.
- f. der schweizerischen Presse.

2. Den Regierungen von Italien und Deutschland ist gleichzeitig zu eröffnen, dass der Bundesrath die nöthigen Massnahmen treffen werde, um den bei diesem Anlasse zu Tage getretenen Übelständen nach Möglichkeit Abhilfe zu verschaffen.

3. Der Regierung von Uri ist der Inhalt des bundesrätlichen Schreibens vom 1. Oktober zu bestätigen, namentlich in Bezug auf die Bestellung eines Spezialkommissärs und mit dem Beifügen, dass die Antwort vom 25. abhin von deren allgemeinen Zusicherungen der Bundesrath übrigens mit Befriedigung Vormerkung genommen habe, in dieser Hinsicht nicht genügende Aufschlüsse und Zuversicht für die Handhabung von Ruhe und Ordnung gewähre; der Bundesrath müsse darauf dringen, dass schleunige und vollständige Anordnungen zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit getroffen werden und erkenne als das richtigste Mittel zur Erreichung dieses Zweckes den vom eidgenöss. Kommissär unter Ziff. 1 gestellten Antrag; betreffend die Kosten möge die Regierung bedenken, dass es in Rechten und Pflichten des Staates liege, für Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Lande Fürsorge zu tragen und alle diejenigen Vorkehrungen und Anordnungen zu treffen, welche zur Ausführung dieser Aufgabe des Staates je nach Umständen nöthig werden sollten, dass also von einer Verwahrung gegen die Kosten solcher von den Umständen geforderten Massnahmen auf Seite des Kantons Uri nicht die Rede sein könne.

4. Die Regierungen von Uri und Tessin sind auf die unbedingte Nothwendigkeit aufmerksam zu machen, dass in Göschenen und Airolo ausserordentliche Massregeln getroffen werden, damit Unterkunft und Unterhalt der Arbeiter einer ernstlichen und ständigen Überwachung in gesundheitlicher und polizeilicher Hinsicht unterstellt seien; sie sind einzuladen, über die von ihnen beabsichtigten Anordnungen dem Bundesrath beförderlichst einlässlichen Bericht zu erstatten, unter Androhung eidgen. Einschreitens auf ihre Kosten, Kraft Art. 31 und 69 der Bundesverfassung.⁶

5. Nicht ermittelt.

6. AS 1874—1875, S. 10 und 21.

5. Mittheilung der Schlussnahmen unter Ziff. 3 und 4 an die Direktion der Gotthardbahn, damit sie dafür Sorge, dass Wohnung und Unterhalt sämmtlicher Arbeiter bei den Gotthardbahnbauten den Anforderungen der öffentlichen Gesundheitspflege entsprechen; die Direktion ist zugleich einzuladen, einerseits dem Bundesrath einen besondern Bericht darüber zu erstatten, ob ein unbedingtes Untersagen des Verkaufs von Lebensmitteln durch die Unternehmung im Nutzen der von ihr verwendeten Arbeiter gelegen und für die gute Ordnung in den Wohnstätten derselben förderlich wäre, andererseits die erforderlichen Vorschriften zu erlassen, damit dem Antrag des Hrn. Hold unter Ziffer 5 (Lufterneuerung) ohne Verzug Genüge geschehe.

6. Das Eisenbahn- und Handelsdepartement ist in Übereinstimmung mit einem seinerseits unterm 1. diess. gemachten Vorschlage anzuweisen, darüber zu wachen, dass für die Lufterneuerung im grossen Tunnel ohne Verzug die nöthigen Vorkehrungen ausgeführt werden.

7. Der eidg. Kommissär Hr. Hold ist unter Verdankung der Art und Weise, wie er die erhaltene Sendung erfüllt hat, des ihm gewordenen Auftrags zu entheben.

8. Die Kanzlei wird für nächste Sizung die Schreiben für die Regierungen von Uri und die Gotthardbahndirektion vorbereiten und zur Genehmigung unterbreiten.

ANNEX

E 53/166

*Der mit der Untersuchung der Unruhen in Göschenen betraute
eidgenössische Kommissär, H. Hold,
an den Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartements, P. Cérésolle*

B

Goeschenen, 26. September 1875

Meinen vorläufigen Bericht fortsetzend, theile ich Ihnen mit, dass ich bis Morgen Mittag die hiesigen Untersuchungen zu schliessen gedenke, um Nachmittags nach Airolo zur Vervollständigung des erforderlichen Materials zu reisen.

Speciell die Vorgänge vom 27/28. Juli anbelangend, ist bereits Bekanntem wenig beizufügen; der unmittelbare Beginn und Verlauf dieser Ereignisse ist vollständig festgestellt und wird in meinem Generalbericht in einlässlicher Weise auseinander gesetzt werden. Von ungleich grösserer Wichtigkeit und ebenso bedeutender Schwierigkeit stellt sich die Untersuchung derjenigen Verhältnisse heraus, aus welchen die berührten Vorfälle herausgewachsen sind und deren Wiederholungen nur durch zeitige Abhülfe schreiender Missstände verhindert werden können.

Diese Missstände sind wesentlich in drei Richtungen in's Auge zu fassen:

1. Mit Bezug auf die bestehenden polizeilichen Einrichtungen.
2. Auf die sociale Lage der Arbeiter und
3. auf das Verhältniss von Gemeinde und Arbeitern zur Unternehmung Favre.

Ad. 1. Ich bin zur vollen Überzeugung gelangt und werde im Falle sein, an der Hand der erhobenen Thatsachen, Solches zur Evidenz nachzuweisen, dass weder die Kantonsregierung noch viel weniger die Gemeinde Goeschenen je im Stande sein werden, gegenüber einer so bedeutenden und theilweise aus sehr schwierigen Elementen zusammengesetzten Arbeitermasse, die sich überdies mit nächstem Jahre verzehnfachen wird, auch nur einigermaßen polizeiliche Ordnung zu erhalten. Die Kantonalregierung von Uri ist eben ein ganz lockeres Gefüge, das eine ziemlich unzusammenhängende Gesetzgebung zu handhaben hat, gegenüber den Gemeinden jedoch, und zwar namentlich in polizeilicher Beziehung, wenige Kompetenzen *[besitzt]* und auch von diesen nur sehr mässigen Gebrauch macht. Die Gemeinde Goeschenen vollends, welche erst im letzten Mai sich von der

Gemeinde Wasen trennte, resp. selbständige Gemeinde wurde, hat gar keine polizeiliche Organisation, weder Gesundheits- noch Feuer- noch Strassen- noch Fremdenpolizei. Die hier Niedergelassenen, wie auch die meisten Einheimischen suchen aus der gegenwärtigen Situation grösstmögliche Gewinne zu ziehen und vereinigen sich daher niemals zu einer dieses ephemäre Gemeinwesen konsolidirenden Massnahme. So z. B. sind die sämmt[lichen] Neubauten in Goeschenen derartig mit Arbeitern überfüllt, dass bei Ausbruch einer Epidemie das Schlimmste zu befürchten wäre und auch jetzt schon der Gesundheitszustand der Arbeiter in erschreckendem Masse sich verschlimmert. Dazu kommt, dass dieselben meistens in den Zimmern selbst kochen, so dass die Feuergefahr in hohem Masse vorhanden ist. In keiner dieser Richtungen und ebenso wenig bezüglich Reinlichkeit auf der öffentlichen Strasse geschieht seitens der Gemeindebehörde zu Goeschenen das Geringste. Was aber gegebenen Falls am Auffälligsten erscheint, ist die äusserst laxen Handhabung der Fremdenpolizei.

Der Gemeindevorsteher geht einfach von Haus zu Haus und verlangt vom Eigenthümer Mittheilung der Anzahl der dort Logirenden, worauf derselbe gehalten ist, seinen Miethsleuten die Schriften abzunehmen und sie dem Gemeindepräsidenten zu bringen. Eine weitere Kontrolle findet nicht statt. So weiss der jetzige Gemeindevorsteher durchaus nicht die Zahl der gegenwärtig in Goeschenen befindlichen Arbeiter anzugeben und kann ein steckbrieflich verfolgter Verbrecher wohl nirgends sicherer sein Haupt hinlegen als in Goeschenen, wie denn auch mehrfach behauptet wird und selbst aktenmässig erwiesen ist, dass sehr gefährliche Verbrecher sich hier unbelästigt aufhalten können.

Die kant[onale] Polizeiwache selbst, die anfänglich aus einem alten, wenig intelligenten Landjäger bestand, dann mit einem ditto zweiten verstärkt, über die öffent[liche] Ruhe und Sicherheit in Goeschenen zu wachen hatte, und erst einen Tag vor Ankunft des Kommissärs einen dritten im Bunde erhielt, besitzt gegenüber der hiesigen Arbeitermasse nicht die geringste Autorität und wird vielmehr von derselben in jeder Weise verspottet und zu lächerlichen Figuren veranlasst.

Die vielbesprochene Bürgerwehr endlich existirt nur dem Namen nach, da keinerlei Organisation und Verpflichtung von Seite der Bürger zu einem Polizeidienste vorliegt.

Ad 2. Ich werde in meinem Generalbericht auf dieses Kapitel speciell und einlässlich zu sprechen kommen. Hier möge vorläufig nur Folgendes gesagt sein:

Aus dem oben Erwähnten geht schon hervor, dass die hiesige Arbeiterbevölkerung aus äusserst gemischten Elementen besteht. Im Grossen und Ganzen kann indessen auch hier, wie anderwärts, nicht in Abrede gestellt werden, dass der italienische Arbeiter Fleiss und Sparsamkeit zu verbinden weiss. Die hiesigen Arbeitslöhne, im Durchschnitt 4 Fr. per Tag, stehen eher höher als anderwärts, die Arbeitszeit dagegen niedriger. Die Lebensmittelpreise sind nach gemachten Erhebungen nicht höher als an anderen Orten. Daraus erklärt sich das Resultat, dass monatlich circa 30 000 Fr. von den Arbeitern per Post nach Italien geschickt werden, während mit Sicherheit angenommen werden kann, dass ein ungefähr gleich hoher Betrag direkte von den Arbeitern nach Hause genommen wird.

Die Löhnungen wie die Lebensmittelpreise können somit kaum zu Arbeitseinstellungen Veranlassung geben. Auch die Klagen über zu geringe Ventilation im Tunnel scheinen mir zwar nicht unbegründet, wohl aber etwas übertrieben zu sein, da die Grosszahl der Arbeiter keine Reklamation macht und auch ich bei Besuch des Tunnels selbst nach Entladung der Minen eine sehr merkliche Beeinträchtigung der Respiration nicht konstatiren konnte.

Der ungünstige Gesundheitszustand unter den Arbeitern dürfte wohl hauptsächlich von den durchaus unzulänglichen Massenquartieren herrühren, von deren Schmutz und Elend sich Niemand auch nur einen Begriff machen kann, der sie nicht selbst gesehen hat. So logiren z. B. in einem verhältnissmässig kleinen Hause 240 Personen — Männer, Frauen und Kinder! — Zimmer ohne Ventilation, Aborte auf offenem Gange etc.

Ad 3. Die Unternehmung Favre ist geschäftlich so eingerichtet, dass ihr gegenüber die Urnerische Gesetzgebung ganz wehrlos da steht. Die Unternehmung kümmert sich nicht das Mindeste um die Fremdenpolizei und lässt diesfalls die Gemeindebehörde ohne alle Unterstützung. Gegenüber den kleineren Händlern ist sie begreiflicher Weise im Falle, die erfolgreichste Concurrrenz zu halten, was bei denselben sehr böses Blut machte und bei den letzten Arbeiterunruhen einen sehr gewichtigen Faktor darstellte.

Auch gegenüber der Gottharddirektion selbst scheint die Unternehmung Favre ziemlich unabhängig zu stehen, wenigstens ist der Ersteren bis zur Stunde noch nicht gelungen, die schon lange verlangte Verbesserung der Ventilation des Tunnels durchzusetzen, wenn schon die hiezu erforderlichen Maschinen vorhanden wären.

Abgesehen von letzterem Punkte, kommt die Arbeiterfrage hiemit nicht in wesentliche Berührung, wesshalb ich zu weiteren Ausführungen mich nicht veranlasst sehe.

83

E 2200 Paris 1/105

*Der Vorsteher des Eisenbahn- und Handelsdepartements, K. Schenk,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, J. K. Kern*

S

Bern, 19. November 1875

Der Bericht über Ihre Unterredung¹ mit Herzog Decazes betreffend die Vertragsunterhandlungen mit Italien enthält für uns sehr interessante Mittheilungen. Es geht aus den Äusserungen des Ministers hervor, dass es in der Absicht der franz. Regierung liegt, den Abschluss eines neuen Vertrags mit Italien wo möglich bis in die Zeit hinauszuschieben, wo einige andere Handelsverträge Frankreichs auslaufen, d. h. in das Jahr 1877.

Diese Tendenz Frankreichs kann uns nur lieb sein. Unser Vertrag mit Italien² läuft bis 1^{ten} Mai 1877. Wir sind nur sehr ungerne auf den Wunsch Italiens eingegangen, jetzt schon neue Verhandlungen zu pflegen und unter Umständen den zu negozierten Vertrag am 1^{ten} Juli 1876 an die Stelle des alten treten zu lassen. Wir wünschen nichts mehr, als den jetzigen Vertrag, der jedenfalls besser ist, als was wir von einem neuen zu erwarten haben, bis zu seinem legalen Ablaufe festhalten zu können.

Wie gedenkt nun wohl Frankreich seine Zwecke zu erreichen? Bis jetzt war immer davon die Rede, dass nach den Präliminarverhandlungen der ital. Delegation, Herr Luzzatti, mit den Delegirten von Frankreich, der Schweiz, von Österreich, in Rom die eigentlichen Vertragsunterhandlungen sollen gepflogen werden [*sic!*]. Beabsichtigt die franz. Regierung diese Unterhandlungen in Rom möglichst hinauszuschieben? oder zwar diese Unterhandlungen in nächster Zeit zu beginnen, sie aber so zu führen, dass sie zu keinem Abschlusse kommen?

Wenn wir auch die Sache, so weit es unsern Vertrag mit Italien betrifft, insofern in der Hand haben, als es Seitens des Bundesraths, bez.weise der Bundesversammlung nur einer Nichttratisation des in Rom negociirten neuen Vertrags bedarf, um unserm jetzigen Vertrag die weitere Dauer bis zu seinem regulären Ablauf zu sichern, so ist das immerhin ein unangenehmes Mittel, zu dem man nicht gerne greift.

1. Vgl. den Bericht von Kern an Bundespräsident Scherer vom 18. 11. 1875 (E 13 (B)/210).

2. AS 1866—1869, IX, S. 657—697.

Viel erwünschter müsste es uns sein, wenn wir auf andere Weise dem drohenden Nachtheile entrinnen könnten. Und diese andere Weise läge darin, dass Frankreich es zu keinem eigentlichen neuen Verträge mit Italien kommen lässt. Denn dann hätte Italien gar kein Recht mehr, uns die Zumuthung zu machen, unsererseits vor Ablauf unseres Vertrags einen neuen mit ihm abzuschliessen. Wir würden uns dann Italien gegenüber einfach auf den Satz stellen: «Wir haben uns überhaupt nur unter der Voraussetzung zu eventueller Ersetzung unsres noch laufenden Vertrags durch einen andern auf einen früheren Termin herbeigelasen, dass Italien auf diesen Zeitpunkt auch mit Frankreich und Österreich zu neuen Verträgen kommt. Tritt diese Voraussetzung nicht ein, so behalten wir einfach ohne neue Verhandlungen den alten Vertrag.»

Sie wollen aus diesen Betrachtungen ersehen, dass es uns einerseits von grossem Interesse ist, über das Verfahren, das französischerseits betreffend die Verhandlungen in Rom eingeschlagen werden will, bestmöglich orientirt zu werden und dass Alles, was Sie zur Unterstützung der auf Verschiebung gerichteten Intentionen der franz. Regierung geeigneten Orts anbringen mögen, unserer Auffassung und unseren Zielen entspricht.³

3. *Bemerkung von Schenk am Schluss des Schreibens*: Ich bemerke noch dass ich dem Vorsteher des polit. Departements, Herrn Präsidenten Scherer von vorstehendem Schreiben Kenntniss gegeben habe. *Vgl. auch Nr. 85 und GBer. 1875 (BBl 1876, 2, S. 596—598).*

84

E 1001 (E) q 1/109

Der Bundesrat an die Gotthardbahndirektion

Kopie

S 6793. Konfidentiell

Bern, 3. Dezember 1875

Der Finanzausweis, welchen Sie uns seiner Zeit vorgelegt haben, gründete sich auf die Annahme, dass die Erstellung des ganzen Gotthardbahnnetzes, wie solches in den internationalen Verträgen¹ zwischen der Schweiz, Italien und Deutschland vorgesehen ist, eine Gesamtsumme von 187 Millionen Franken erheischen werde.

Da von dieser Summe 85 Millionen kraft Vertrags durch die drei Konventionsstaaten fest zugesichert waren, so betraf der Finanzausweis der Gesellschaft die Beschaffung von 102 Millionen, als derjenigen Summe, welche mit den Subventionen zusammengenommen dem angenommenen, nöthigen Baukapitale entsprach.

1. *Vgl. den Gotthardvertrag zwischen der Schweiz und Italien vom 15. 10. 1869 (AS 1869—1872, X, S. 555—577) und die Übereinkunft zwischen der Schweiz und Deutschland vom 28. 10. 1871 betreffend den Beitritt des Deutschen Reiches zu demselben (AS 1869—1872, X, S. 583—586). Zum Gotthardvertrag vgl. auch DDS 2, Thematisches Verzeichnis V.*

Wir erachteten die hiefür vorgelegten Nachweise als genügend, ermächtigten Sie zum Baubeginne und setzten die von Ihnen zu leistende Kautions, entsprechend einer Quote von 10% des gesammten Aktien- und Obligationskapitals auf 10 Millionen fest, welche von Ihnen geleistet wurden und in unsern Händen sind.

Seither hatten wir keine Veranlassung, uns weiter mit den finanziellen Verhältnissen der Gotthardbahn-Gesellschaft zu befassen. Wir nehmen keinen Anstand, Ihnen jeweilen die jährlichen Subventionen der schweizerischen Kantone und Eisenbahngesellschaften sowie Deutschlands und Italiens zu verabfolgen.

Wir hatten zwar, wenn auch nur ausserordentlich und nur im Allgemeinen, davon Kenntnis, dass der Bau der tessinischen Thalbahnen eine ansehnlich grössere Summe, als in dem Voranschlage, welcher dem Finanzausweise zu Grunde lag, für sie vorgesehen war, in Anspruch genommen hatte. Es lag indessen in dieser Thatsache, welche übrigens mit Anordnungen zusammenhing, die von uns gebilligt worden waren, nichts, was uns hätte bestimmen können, den finanziellen Stand der Gesellschaft zum Gegenstande unserer besonderen Aufmerksamkeit zu machen.

Seither haben Sie sich mit den Vorarbeiten für den Baubeginn der übrigen im Vertrage aufgeführten Zufahrtlinien befasst und vom Verwaltungsrathe die Ermächtigung erhalten, auf Grund der demselben gemachten Vorlagen, welche indessen von finanziellen Nachweisen nicht begleitet waren, vorzugehen. Auch wir sind über die allgemeinen und besondern Ergebnisse der veranstalteten neuen Kostenberechnungen für diesen Theil des Nezes bis jezt ohne offizielle Mittheilung geblieben. Dagegen haben wir wahrgenommen, dass sich seit einiger Zeit die öffentliche Presse der an der Unternehmung beteiligten und dieselbe subventionirenden Länder mit den Aussichten des Werkes und namentlich mit den finanziellen Verhältnissen der Unternehmung sehr angelegentlich beschäftigt und dass dieselben jüngst auch im Parlamente eines der beteiligten Nachbarstaaten zur Sprache gekommen sind.

Aus diesen Quellen, so trübe dieselben theilweise auch sein mögen, scheint sich immerhin zu ergeben, dass der Bau der vertragsmässigen und nunmehr successiv in Angriff zu nehmenden Zufahrtlinien eine bedeutend höhere Summe als die, zu welchen sie veranschlagt waren, beanspruchen wird und dass wir somit, bereits verausgabtes und zu verausgabendes zusammengenommen, vor einer wesentlichen Veränderung in den Voraussetzungen des Finanzausweises der Gesellschaft stehen.

Nun enthält der auf alle schweizerische Bahnen und Bahngesellschaften Anwendung findende Art. 29 der Verordnung zum Eisenbahngesetz vom 1. Februar 1875² folgende Bestimmung:

«Erhöht sich während der Bauzeit der Voranschlag des Anlagekapitals, so ist binnen eines vom Bundesrathe festzustellenden Termins für die Deckung des Mehrbetrages vorzusorgen.»

«Es behält sich der Bundesrath im Weitern überhaupt vor, auf seinen, die finanziellen Grundlagen eines Unternehmens genehmigenden Beschluss zurückzukommen, wenn vor Übergabe der Bahn an den öffentlichen Verkehr die

2. AS 1874—1875, 1, S. 251.

Grundlagen, auf welche der erwähnte Beschluss sich stützt, Änderungen erleiden würden.»

Das besondere Verhältnis, in welchem wir mit Rücksicht auf die Subventionen der Schweiz an die Unternehmung zu derselben stehen und mehr noch die Verantwortlichkeit, welche uns gemäss des Vertrages von Bern betreffend die Kontrolle über die Ausführung des Werkes und die Erfüllung der von der Gesellschaft übernommenen Verbindlichkeiten gegenüber Italien und Deutschland obliegt, machen es uns zur ersten Pflicht, sofern sich die oben berührten ausserordentlichen Nachrichten bewahrheiten sollten, im Sinne des angeführten Artikels rechtzeitig die geeignet scheinenden Massregeln zu treffen.

Wir sind dermalen noch nicht auf diesem Punkte angelangt. Wohl aber sind wir in der Lage, unter Hinweis auf das Gesagte, an Sie die Einladung ergehen zu lassen, uns über die berührten Verhältnisse im Allgemeinen, insbesondere über die Punkte, welche vom Gesichtspunkte der Vorschriften des zitierten Bundesrathsbeschlusses aus in Betracht kommen, Bericht zu erstatten, worauf wir uns, nach allfällig weiterer Anhörung weitere Massnahmen zu treffen vorbehalten.

85

E 13 (B)/171

*Der schweizerische Gesandte in Paris, J. K. Kern,
an den Bundesrat*

B

Paris, 10 décembre 1875

Pour répondre à Votre office du 29 Novembre¹ et en me référant à mes lettres des 29 Novembre², 8³ et 9 Décembre⁴, adressées au Département fédéral du Commerce, j'ai l'honneur de Vous annoncer que M. le Ministre des Affaires Etrangères, auquel j'avais demandé pour le commencement de la semaine prochaine une audience pour l'entretien des *négociations commerciales franco-italo-suisse*s, m'a reçu déjà ce matin. Je diviserai mon rapport sur cette entrevue en deux parties, l'une relative à la dénonciation des traités franco-suisses du 30 Juin 1864⁵, l'autre relative plus spécialement aux *négociations commerciales* avec l'Italie.

I Dénonciation des traités franco-suisses du 30 Juin 1864.

J'ai commencé par demander au duc Decazes si, dans sa pensée, tous les traités signés à cette date étaient dénoncés, ou si le Cabinet de Versailles avait eu plus spécialement ou même uniquement en vue le traité de commerce.

1. E 2200 Paris 1/105.

2. E 13 (B)/210.

3. *Nicht abgedruckt.*

4. E 13 (B)/210.

5. AS 1863—1866, VIII, S. 215—379.

Le Ministre a répondu que, dans tous les cas, le règlement relatif au Pays de Gex, devait être considéré comme dénoncé, parce qu'il forme l'annexe G du traité de commerce & fait ainsi directement partie de ce traité. Quant aux autres conventions (traité d'établissement, convention pour la garantie réciproque de la propriété littéraire, artistique et industrielle, et la convention sur les rapports de voisinage) M. Decazes a réservé sa décision, en faisant observer que, selon lui, la dénonciation n'impliquait pas nécessairement la révision de tous ces traités. Il a tenu seulement à constater que la révision pouvait en être réclamée par la France, et a ajouté que l'on pourrait examiner s'il y avait lieu de proroger telle de ces conventions pour un an, 5 ans etc, ou simplement de la laisser subsister d'année en année.

Je me suis permis à cette occasion de rendre le Ministre des Affaires Etrangères attentif à la circonstance qu'en 1864, on avait dû insérer dans la convention sur la protection de la propriété littéraire, artistique et industrielle une série de dispositions législatives destinées à suppléer à l'absence de lois fédérales sur la matière. La Confédération ayant acquis, par l'art. 64⁶ de la nouvelle Constitution fédérale, les compétences nécessaires pour légiférer sur la propriété littéraire et artistique, il y aura peut-être lieu de revoir cette partie des traités de 1864. Je me suis du reste empressé d'ajouter que je n'avais reçu de Vous aucunes instructions sur ce point, & que je me permettais seulement de signaler un fait nouveau, à titre de renseignement.

Quant au traité de commerce, M. le duc Decazes a confirmé les détails fournis par M. Ozenne, savoir que le traité actuel continuerait à servir de base pour les négociations, et que la modification essentielle consisterait dans la transformation des droits *ad valorem* en droits spécifiques. Mais, a fait observer le Ministre, cette transformation ne laisse pas que de présenter de très-grandes difficultés.

II *Négociations commerciales avec l'Italie.*

1. Il m'a paru utile de commencer par exposer à M. Decazes qu'en raison de l'urgence, j'avais cru devoir fournir directement à M. Ozenne des informations sur la portée attribuée par la Suisse aux résultats des conférences de Berne.⁷ Comme M. Decazes était retenu à Versailles et que des pourparlers avaient lieu chaque jour entre MM. Luzzatti & Ozenne, j'ai exprimé l'espoir que le Ministre approuverait mon attitude, d'autant plus que je m'étais borné à répéter à M. Ozenne ce que j'avais déjà dit à M. Decazes sur le caractère de ces conférences.

M. Decazes a pleinement approuvé mes démarches auprès de M. Ozenne, et les a trouvées d'autant plus justifiées «que M. Luzzatti avait paru attribuer aux résultats de ses pourparlers avec M. Koehlin une portée plus étendue».

6. AS 1874—1875, 1, S. 20.

7. Am 8. 12. 1875 hatte Kern Schenk über sein Gespräch mit Ozenne berichtet: [...] j'ai répété que, dans la pensée du Gouvernement fédéral, il ne pouvait être parlé d'engagements absolus, irrévocables, aussi longtemps qu'un grand nombre de points restaient réservés, que de nouveaux pourparlers devaient avoir lieu à Rome, et qu'un jugement sur l'ensemble ne pouvait être formé. [...] (E 13 (B)/171). *Zu den Verhandlungen vom 29. 9. — 8. 10. 1875 in Bern* vgl.: Conférences pour le renouvellement du traité de commerce entre l'Italie et la Suisse (E 13 (B)/210).

2. Quant à la question de la communication des procès-verbaux des conférences franco-italiennes, il m'a paru préférable, dans l'intérêt de nos relations avec l'Italie, de ne pas paraître offrir la communication des protocoles de Berne, *mais de chercher à me faire offrir par M. Decazes les procès-verbaux franco-italiens.*

J'ai donc dit au Ministre que le Gouvernement français ayant fait offrir au Conseil Fédéral, par M. d'Harcourt, de le tenir au courant des négociations commerciales entre la France et l'Italie, mon Gouvernement m'avait autorisé à lui déclarer, qu'en raison de la similitude de nos intérêts, il était prêt de son côté, à lui faire des communications au sujet des pourparlers italo-suisse. «Je suppose», ai-je continué, «que le sens et la portée de Votre office consiste dans la communication des procès-verbaux des conférences respectives; des communications verbales, ou des transmissions partielles des procès-verbaux peuvent donner lieu à des interprétations erronées, à des confusions, et nuire ainsi aux intérêts des trois parties engagées. — Ce qui me confirme dans cette interprétation de l'ouverture de M. d'Harcourt, c'est que les Cabinets de Vienne et de Versailles se seraient, à ce que j'ai appris, communiqué les procès-verbaux de leurs conférences avec Luzzatti.»

M. Decazes a répondu qu'il était entièrement de la même opinion.

J'ai alors annoncé que j'écrivais dans ce sens à Berne, et qu'en attendant, j'avais fait commencer une copie des protocoles de Berne. J'ai ensuite insisté vivement pour que les procès-verbaux français pussent, si le Conseil Fédéral était d'accord au sujet de cet échange, m'être remis dans le courant de la semaine prochaine, attendu que M. Luzzatti avait très-vivement insisté pour que M. Koechlin se rendit à Rome en Décembre, ce qui nécessite avant tout, pour le plénipotentiaire suisse, la connaissance complète des pourparlers de Paris.

3. J'ai ensuite demandé à M. Decazes si M. Ozenne et M. Luzzatti étaient aussi avancés dans leur entente au sujet des tarifs, qu'on le prétend dans certains cercles diplomatiques ou autres.

M. le Ministre des Affaires Etrangères a répondu: «Je crois que la plus grande partie est terminée. Cependant quelques points sont réservés, les lainages si je ne me trompe. — Mais il s'agit là des tarifs à l'entrée en Italie, *tandis que nous ne sommes nullement d'accord sur les tarifs à l'entrée en France. Sur ce point, notre travail pour l'élaboration d'un tarif général, applicable à toutes les puissances, n'est pas encore assez avancé pour qu'une entente avec l'Italie soit possible.*»

«Il ne s'agit donc plus», ai-je alors repris, «d'un traité valable pour quelques mois, mais d'une Convention liant les deux parties pour 6 ou 10 ans?» — «Vous avez raison», a répliqué le Ministre, «l'Italie est entrée aussi dans cet ordre d'idées». — «Il sera sans doute impossible de préparer ce travail de manière à ce qu'il entre en vigueur le 1^{er} Juillet?»

M. Decazes: «C'est ma pensée».

«Nous préférerions de beaucoup», ai-je continué, «si ce traité n'entraît pas en vigueur avant le 1^{er} Janvier, puisque, si nous arrivions à nous entendre dans le premier semestre de l'année prochaine et si le nouveau traité n'entraît en vigueur que le 1^{er} Janvier 1877, nous ne perdriions que 4 mois au lieu de 10 de notre traité actuel.»

M. Decazes: «Parfaitement. Nos vues sont exactement les mêmes. Je considère

une entente comme impossible avant le 1^{er} Juillet & ne puis supposer que le nouveau traité franco-italien entrera en vigueur avant la fin de l'année prochaine. — Les obstacles pratiques sont trop considérables. Notre intérêt s'y oppose. — Je crois que, sur ce point, M. Luzzatti se fait de fortes illusions. — Je veux être franc: Nous devons ménager l'Italie et son Ministère. Qu'on dise dans les journaux que nous sommes d'accord, cela m'est égal, si cela peut être agréable à M. Minghetti; mais le fait est que nous ne sommes pas d'accord, et qu'il faut du temps pour faire quelque chose de bien, quelque chose de susceptible de durer dix ans».

4. «Est que,» ai-je dit alors, «est-ce que la *situation de l'Autriche* ne Vous paraît pas de nature à justifier un retard?»

M. Decazes: «Oui, parce que nous avons l'intention de négocier l'année prochaine avec l'Autriche aussi bien qu'avec Vous».

5. M. Kern: «*Enverrez-Vous M. Ozenne à Rome dans la seconde moitié de Janvier?*»

M. Decazes: «Je ne sais pas encore. J'ai grand besoin de lui ici pour l'élaboration du tarif général. Mais nous ne voulons pas froisser l'Italie, et s'il le faut, je crois qu'en définitive je ne m'opposerai pas à ce que M. Ozenne, ou, au besoin, un autre négociateur fasse ce voyage. — Rien n'est décidé. Vous comprenez notre obligation de ne pas froisser le cabinet de Rome.»

III En raison des termes dont M. Luzzatti s'est servi envers M. Brousse (voir rapport d'hier) au sujet du voyage de M. Koechlin dans le courant de ce mois à Rome, et de l'attitude générale du négociateur italien, il est évident qu'il est fort délicat de se prononcer au sujet du moment à fixer.

Si je puis me permettre une opinion, il semblerait que M. Koechlin pourrait trouver un prétexte dans les fêtes de Noël et du Nouvel an, etc pour ne pas passer les Alpes avant le mois de Janvier.

De cette manière, il aurait le temps de recevoir les procès-verbaux des conférences de Bellagio et de Paris, de les étudier, et d'en faire son profit. Or ces procès-verbaux me paraissent un élément indispensable de ses pourparlers ultérieurs & des instructions que le Conseil Fédéral pourra être appelé à lui donner. — Quant à la question même de continuer les négociations à Rome, elle me paraît déjà tranchée par l'engagement pris dans la dernière conférence de Berne.

Il me sera permis en terminant d'appeler Votre attention sur la déclaration du duc Decazes que les points à régler avec M. Luzzatti portent surtout sur les *tarifs à l'entrée en France*. — Cette déclaration acquiert une importance spéciale en raison du fait qu'il s'agit aujourd'hui, nous le savons, non plus d'un traité de 10 mois, mais d'un traité de 10 ans. — Il résulte de là que tout ce qui sera arrêté entre l'Italie et la France le sera aussi indirectement entre la Suisse et la France. Il est extrêmement probable, pour ne pas dire certain, que le futur tarif franco-suisse ne diffèrera pas sensiblement du tarif qui sera arrêté entre MM. Ozenne & Luzzatti pour l'importation en France. — Prenons deux exemples, les cotons et les fromages. — En 1864, ce fut avec la plus grande peine, et après une suspension des pourparlers pendant plusieurs mois, que nous avons obtenu de la France une réduction de 15 à 10 % sur certaines catégories de broderies. On nous a déclaré à cette époque qu'il fallait attendre l'expiration du traité pour pouvoir se rendre compte des résultats

de cette première période. Récemment M. Michel Chevalier me disait que la Suisse devrait obtenir plus de facilités encore que dans le projet de Berne et surtout une plus grande simplicité dans le régime des cotons; il ajoutait que nous pourrions atteindre ce résultat. — Si nous admettons aujourd'hui définitivement le tarif convenu préalablement à Berne avec l'Italie, nous aurions certainement à subir ce même tarif de la part de la France, et tous nos efforts ultérieurs seraient paralysés, inutiles peut-être. C'est mon intime conviction.

La France ne manquera pas de nous dire «que nous ne pouvons lui refuser ce que nous avons accordé à l'Italie». M. Luzzatti a formellement déclaré, dans un de ses entretiens avec moi que la France «ferait probablement les mêmes conditions à la Suisse». — Il a raison, car c'est ici surtout qu'on tient à ménager certains industriels-députés (Pouyer-Quertier & autres).

Je prends un autre exemple, les fromages. Lorsque j'ai dit à M. Luzzatti que le droit de 8 f au lieu de 4 f avait un caractère évidemment trop fiscal, il a répliqué: «Oh! M. Gentsch⁸ était d'accord, et s'est déclaré satisfait. Du reste la France agira sans doute comme nous!»

Il est donc évident pour moi qu'on débattrà à Rome, non seulement les intérêts commerciaux italo-suisse, mais aussi et en même temps, les intérêts industriels & commerciaux de *la Suisse en France*. Il ne sera guère possible pour nous d'obtenir à Paris un tarif différent de celui qui aura été arrêté avec l'Italie pour l'importation en France.

MM. Ozenne & Decazes l'ont formellement déclaré: «Le tarif à l'entrée en France sera le même vis-à-vis de toutes les puissances.» — M. Ozenne m'a même dit textuellement: «Le nœud de la question est chez vous. Vous avez une position plus favorable que nous. Votre traité a encore une année et 4 mois de durée. L'Italie veut à tout prix en anticiper le terme, et sent qu'il ne lui sera pas facilement possible de s'entendre avec un autre état limitrophe si elle ne s'est pas mise d'accord avec Vous. Je ne doute pas que le Conseil Fédéral et son Plénipotentiaire ne sachent profiter de cette arme, qui lui permet d'obtenir sur un autre terrain des avantages plus étendus.»

Il ne me reste qu'à ajouter que j'ai pressé le chef du Cabinet du duc Decazes d'accélérer le travail de copie des procès-verbaux, de manière à ce qu'ils me soient transmis au cours de la semaine prochaine.⁹ Je ne manquerai pas de faire une démarche dans quelques jours dans le même sens auprès du bureau compétent.

En terminant, je dois dire que M. Decazes a exprimé toute sa satisfaction de l'accord qu'il remarque entre l'attitude des deux Gouvernements, et s'est montré fort aimable.

8. *Es handelt sich möglicherweise um den österreichischen Hofrat Joseph Gentz.*

9. *Am 25. 12. 1875 meldete Kern dem Bundesrat den Erhalt der Protokolle (E 13 (B)/210).*

E 53/166

*Der schweizerische Gesandte in Rom, G. B. Pioda,
an den Bundesrat*

B

Rome, 29 décembre 1875

J'ai peu de choses à ajouter ensuite de la réserve que je ferai dans mon rapport du 12 ct.¹ au *sujet des Affaires de Goeschenen*. Vous trouverez ci-avant copie de la Note du 22 Novembre² par laquelle le Ministère des Affaires Etrangères accuse réception des 12 exemplaires du Rapport du 16 Octobre du Colonel Hold³ et me remercie de la communication.

Quelques personnes semblaient croire qu'il y aurait eu des interpellations à l'occasion de la discussion du budget. Il y eut une interpellation de M. Bertani à l'occasion du chiffre de subside pour le tunnel du St. Gothard. Mais sur un tout autre objet. M. Bertani a paru se plaindre de la négligence des membres italiens du Conseil d'Administration.

Il y a donc lieu de croire que la publication des faits tels qu'ils sont résultés de l'enquête et des mesures prises par le Conseil fédéral ont tranquilisé les gens raisonnables. Même, un député vénitien à l'occasion du budget du Ministère des Aff[aires] Etrangères avait cru devoir faire ressortir que la Suisse avait donné satisfaction pour les ouvriers italiens maltraités à Goeschenen, tandis que l'Autriche n'en avait pas fait autant pour les ouvriers italiens malmenés par les Slaves en Dalmatie.

Je pense donc que pour le moment l'opinion est apaisée sauf à savoir en son temps de quelle manière les mesures décrétées par le Conseil fédéral auront été exécutées soit par les Cantons, soit par l'entrepreneur.

Ceci en réponse à Votre office du 5/8 Novembre.⁴

1. *Nicht abgedruckt.*

2. *Nicht abgedruckt.*

3. *Vgl. Nr. 82.*

4. E 1001 (E) q 1/109, Nr. 6306a. — *Der vom 3. I. 1876 datierte und vom Stellvertreter Welti unterzeichnete Antrag des Justiz- und Polizeidepartements am Schluss des Dokuments lautet: Sei dieser Bericht abschriftlich Hrn. Hold und der Regierung von Uri mitzuthemen, mit dem Bemerkungen an letztere, dass den am 30. Nov. abhin in Aussicht gestellten Mittheilungen entgegengesehen werde.*

J.I. 2/10

*Protokoll der Sitzung der Direktion der Gotthardbahn*Auszug
Nr. 289

Luzern, 2. Februar 1876

Mit Schreiben vom 28/30. v. Mts.¹ bringt der Schweizerische Bundesrath eine vom 3. Dezember abhin datierte Zuschrift² in Erinnerung, durch welche er die Direktion eingeladen hat, ihn mit Rücksicht auf die in der Presse erfolgten Kundgebungen betreffend namhafte Überschreitung des Kostenvoranschlages für die Gotthardbahn über diese Verhältnisse im Allgemeinen und insbesondere über die nach Art. 29 der Verordnung zum Eisenbahngesetz vom 1. Februar 1875³ in Betracht zu ziehenden Punkte Bericht zu erstatten, und sucht um sofortige Mittheilung darüber nach, bis wann spätestens er in den Besitz dieses Berichtes gelangen werde, da mehrere Kantonsregierungen Auskunft über diese Angelegenheit zu erhalten wünschen.

Herr Oberingenieur Hellweg eröffnet der Direction, dass er ihr heute noch oder spätestens morgen die nachfolgenden Vorlagen unterbreiten werde: 1. das Bauprojekt für die noch nicht in Angriff genommenen Linien des Gotthardbahnnetzes, 2. den Kostenvoranschlag für das gesammte Gotthardbahnnetz, 3. den Bericht zur Erläuterung der unter Ziffer 1 und 2 bezeichneten Vorlagen nebst einem Spezialbericht über die Gründe der stattgehabten Überschreitung des Kostenvoranschlages der internationalen Konferenz für die Bahnlinien Biasca-Bellinzona-Locarno und Lugano-Chiasso.

Das Tit. Präsidium theilt der Direction mit, es habe sich nach Eingang des oben erwähnten Schreibens des Schweiz. Bundesrathes mit dem Herrn Bundespräsidenten in mündliches Benehmen gesetzt. Dabei habe es demselben eröffnet, dass die eben erwähnten Vorlagen des Oberingenieurs sowie der Entwurf der Direktion zu einer an den Bundesrath betreffend die Finanzlage der Gotthardbahngesellschaft zu richtenden Eingabe ungefähr um die Mitte des gegenwärtigen Monats gedruckt an die Mitglieder des Verwaltungsrathes werden versendet werden können, dass es möglich werden dürfte, den Verwaltungsrath auf die letzten Tage des gegenwärtigen oder die ersten des künftigen Monats zur Behandlung dieser Angelegenheit einzuberufen, und dass erst nach dieser Sitzung des Verwaltungsrathes die von dem Bundesrathe mit seinem Eingangs erwähnten Schreiben verlangte Berichterstattung an denselben werde abgehen können. Das Präsidium fügt bei, es habe indessen dem Herrn Bundespräsidenten unter Vorbehalt der Genehmigung der Direction das Anerbieten gemacht, ihm schon jetzt in vertraulicher Weise die den Mitgliedern des Verwaltungsrathes zuzustellenden Imprime abschnittsweise je nach dem Vorschreiten des Druckes zu übermitteln.

1. E 1001 (E) q 1/110, Nr. 541.

2. Nr. 84.

3. AS 1874—1875, 1, S. 251.

Schliesslich theilt das Präsidium mit, dass sich der Herr Bundespräsident mit dem Inhalte dieser Eröffnungen einverstanden erklärt und die Bereitwilligkeit ausgesprochen habe, nachdem ihm das Einverständniss der Direktion mit dem Anerbieten ihres Präsidiums zur Kenntniss gebracht worden sein werde, was auf telegraphischem Wege geschehen möge, dem Bundesrathe die entsprechenden Mittheilungen zu machen, so dass dann eine schriftliche Beantwortung der Eingangs erwähnten Zuschrift des Bundesrathes nicht mehr nothwendig wäre.

Es wird beschlossen:

Sich im Ganzen mit dem von dem Tit. Präsidium entwickelten Programme für das in Sachen einzuschlagende Verfahren einverstanden zu erklären sowie im Speziellen das dem Herrn Bundespräsidenten gemachte Anerbieten gut zu heissen und das Präsidium zu ermächtigen, demgemäss zu verfahren.

88

E 1004 1/104

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 11. Februar 1876

818. Vertragsunterhandlungen mit dem Deutschen Reiche

Justiz- und Polizeidepartement. Mündlich

In Gemässheit der Schlussnahme vom 27. Dezember 1875¹ hat der Departementsvorstand wegen der Fortführung und Beendigung der *Unterhandlungen für den Abschluss eines Niederlassungsvertrags zwischen der Eidgenossenschaft und dem Deutschen Reiche* mit dem deutschen Gesandten sich in's Benehmen gesetzt. Er gibt nun mündlich Bericht über den Stand der Angelegenheit, indem er verlangt ermächtigt zu werden, für den Art. 7 die Aufnahme folgender Bestimmung (statt der Worte des deutschen Entwurfs: «oder weil sie vor Erfüllung ihrer Militärflicht ihre Staatsangehörigkeit gewechselt haben») in Vorschlag und zur Annahme zu bringen: «Die beiderseitigen Staaten behalten sich in Bezug auf solche Staatsangehörige, welche vor Erfüllung ihrer Militärflicht die Staatsangehörigkeit gewechselt haben und insofern dieser Wechsel durch sie, beziehungsweise durch ihre Eltern oder Vormünder nach dem zurückgelegten 17^{ten} Altersjahr bewerkstelligt worden ist, das Recht vor, ihnen die Befugnis zum bleibenden Aufenthalt oder die Niederlassung in ihrem frühern Heimatstaate zu untersagen.»

Nach gewalteter Berathung wird genehmigt, grundsätzlich die Zustimmung für dieses Vorgehen auszusprechen und Hrn. Bundesrath Anderwert zu ermächtigen, auf Grund des angeführten Vorschlags, jedoch unter *Streichung* der Worte: «durch sie beziehungsweise durch ihre Eltern oder Vormünder» weiter zu verhandeln. Dabei wird der Hr. Bevollmächtigte auch auf den Art. 4 des Vertrags-

1. E 1004 1/103, Nr. 7325.

entwurfs zurückkommen in dem Sinne, dass demselben folgende Fassung gegeben werde:

«Die Angehörigen des einen der beiden Länder, welche in dem andern wohnhaft sind, bleiben den Gesezen ihres Vaterlandes über die Militärflicht oder daherige Ersazleistung unterworfen und können deshalb in dem Lande, in dem sie sich aufhalten, zu keinem persönlichen Militärdienst noch zu einer Ersazsteuer angehalten werden.»²

2. Zum weiteren Verhandlungsverlauf vgl. die Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung zum schweizerisch-deutschen Niederlassungsvertrag und dem dazugehörigen Zusatzprotokoll (BBl 1876, 2, S. 877–890). Vertrags- und Protokolltext sind abgedruckt im BBl 1876, 2, S. 892–895 bzw. 1882, 3, S. 463–477.

89

E 13 (B)/211

Der Bundesrat an die italienische Gesandtschaft in Bern

Kopie
N

Berne, 18 février 1876

Par note du 9 de ce mois¹, Son Exc. M. le Ministre d'Italie a bien voulu transmettre au Conseil féd. copie d'une dépêche du Ministère des Affaires étrangères du Royaume d'Italie², par laquelle S. Exc. a été chargée d'inviter le Cons. féd. à envoyer à Rome, conformément aux engagements pris dans la note du 23 juin 1875³, un délégué pour négocier le traité de commerce sur la base des préliminaires convenus à Berne entre Monsieur Luzzatti et Monsieur Koechlin.

Le Cons. féd. a l'honneur de répondre à S. Exc. qu'il donnera suite à l'invitation qui lui a été adressée et qu'il prendra de son côté, sans retard, toutes les dispositions nécessaires pour reprendre & continuer les négociations entamées à Berne pour la conclusion d'un traité de commerce.

En reprenant la continuation de l'œuvre commencée, l'Autorité féd. est heureuse de pouvoir constater que le Gouvernement du Roi s'est déclaré d'accord de soumettre à un nouvel examen les points désignés à cet effet par elle, dans le but de diminuer, autant que cela était en son pouvoir, les difficultés que le nouveau traité pourrait rencontrer dans l'appréciation de l'Assemblée fédérale.

1. Nicht abgedruckt.

2. In diesem Schreiben erklärte Visconti-Venosta zu den Verhandlungen in Bern im Oktober 1875: [...] Après une discussion, qui a pris quelques jours seulement, mais où tous les points, intéressant les deux pays, ont été l'objet d'un examen soigneux et approfondi, l'entente a pu se faire entre M^r Luzzatti et M^r Koechlin, notamment, en ce qui concerne le tarif italien pour le régime des fromages et des cotons, deux articles qui paraissaient avoir pour la Suisse, une importance tout à fait spéciale. [...] (E 13 (B)/211). Vgl. auch Nr. 79.

3. E 13 (B)/210.

En témoignant au Gouv^t de Sa Majesté sa vive satisfaction de cet assentiment, le C. féd. n'hésite pas à reconnaître que — pour ce qui concerne les rapports entre les différentes négociations qui ont pour objet la conclusion de traités de commerce entre l'Italie et les Etats limitrophes — il n'y a effectivement entre ces diverses négociations aucune connexité de forme. D'autre part, le C. féd. se plaît à croire que le Gouv^t du Roi, en examinant le fond des choses et en se rappelant la marche historique des faits, arrivera volontiers à reconnaître la connexité, quant au fond, qui existe entre les différents traités qui sont en voie de négociation, ainsi que tout l'intérêt que peut avoir le C. féd. à ne pas ignorer les résultats généraux auxquels ces négociations ont abouti et l'ensemble de la nouvelle situation qu'elles auront contribué à créer à l'industrie et au commerce suisses.

En ce qui concerne la reprise des négociations à Rome, le C. féd. regrette vivement que son délégué, M. Koechlin, soit empêché, par des affaires privées urgentes, de se rendre à Rome d'ici à quelque temps. Toutefois, pour ne pas apporter, dans cet intervalle, de retard à la continuation de l'œuvre entamée, il munira son Ministre à Rome des pleins pouvoirs et des instructions nécessaires pour continuer les négociations, tout en se réservant de lui adjoindre à l'occasion un second délégué, qui sera également accrédité aux conférences.

En priant S. Exc. M. le Sénateur Melegari de bien vouloir transmettre à Son Gouv^t le contenu de la présente note et en attendant les communications ultérieures qu'Il sera dans le cas de lui faire, [...] ^{4.5}

4. *Es folgt die Grussformel.*

5. *Vgl. auch Nr. 102.*

90

J.I. 2/10

*Der schweizerische Legationsrat in Berlin, A. de Claparède,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
E. Welti*

B

Berlin, 24. Februar 1876

Ich beehre mich Ihnen den Empfang Ihrer geehrten Depesche vom 18. d. M. ¹ sowie des mit derselben mir avisirten Berichtes der Gottharddirection ² über die Finanzlage des Unternehmens ganz ergebendst zu bestätigen.

Ihrer Aufforderung Folge gebend, beehre ich mich Ihnen hieneben die bisher mir zu Gesichte gekommenen Kundgebungen der hiesigen Presse ³ mit dem Bemerkten zu übermitteln, dass die politischen und Fachzeitungen bisher nur

1. *Nicht ermittelt.*

2. *E 53/193.*

3. *Nicht abgedruckt.*

mehr oder weniger vollständige Auszüge aus dem betreffenden Berichte ohne Kommentare ihren Lesern mitgetheilt haben.

Von welcher Feder der u.A. mitfolgende erste Artikel der Norddeut[schen]/Allg[emeinen]/Zeitung über die Gotthard-Angelegenheit — ob von dem gewöhnlichen Börsen-Reporter dieses Blattes oder von einem dem deutschen Finanz-Konsortium nahe stehenden Schriftsteller — herrühre, vermag ich dermalen nicht zu beurtheilen.

Über die Urtheile anderer Pressorgane, namentlich technischer Blätter, bin ich deshalb nicht in der Lage zu berichten, weil ich die neuesten Nummern derartiger Zeitungen noch nicht zu Gesicht gehabt habe. Beiläufig sei hier noch bemerkt, dass die ultramontane «Germania» über die Eisenbahncalamität in der Schweiz laut jubelt, weil nach ihrer Voraussicht diese Frage den Kulturkampf in der Schweiz von der Tagesordnung zurückdrängen werde.

Dass nach den Vorgängen im deutschen Reichstage bei der Discussion des Invalidenfonds, die viel angefeindete «Discontogesellschaft» auch anlässlich der Gotthardbahn Gegenstand neuer Angriffe sein würde, — was übrigens auch geschehen, wie Sie aus den mitfolgenden Artikeln der von einem Theil der Börse inspirirten, sonst regierungsfreundlichen «Deutschen Reichsrespondenz» entnehmen wollen, — war vorauszusehen, und es dürften wohl in der hiesigen Presse und namentlich in der nächsten Nummer der berüchtigten «Deutschen Eisenbahn-Zeitung» fernere Angriffe gegen die Herren Hansemann und Oppenheim zu gewärtigen sein.

Ich will diesen vorläufigen Bericht nicht schliessen ohne Ihrer geneigten Erwägung die Frage unterbreitet zu haben, inwiefern in Anbetracht des vorliegenden wichtigen Interesses es Ihnen zweckmässig erschiene, Mittheilungen, welche den Intentionen des hohen Bundesrathes entsprächen, durch einen geschickten und absolut discreten Litteraten rechtzeitig an die deutsche Presse gelangen zu lassen; eintretenden Falles hätte ich leicht die Möglichkeit durch die Vermittlung des dem Herrn Bundesrath Hammer persönlich bekannten und aus den früheren Jahren mit den Verhandlungen über die Gotthardbahn auf das Genaueste betrauten Dr. Frenzdorf, diejenigen Mittheilungen, die Sie mir direct einsenden sowie diejenigen Zeitungsartikel aus der Schweizerischen und Deutschen Presse, die Sie mir bezeichnen würden, in der Cölnischen Zeitung, Indépendance belge, etc. etc. veröffentlichten zu lassen.

J.I. 2/14

*Der schweizerische Gesandte in Wien, J. J. von Tschudi,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
E. Welti*

B Privat und Confidential

Wien, 5. März 1876

In Ihrer Depesche vom 19. Februar¹, die von dem «Antrage der Direction der Gotthardbahn etc.» begleitet war, drücken Sie den Wunsch aus, dass, wenn ich etwas Interessantes über diese Angelegenheit erfahre, ich es Ihnen mittheilen möge. Da nun die Gotthardangelegenheit hier in weiten Kreisen ein Aufsehen macht, von dem man in der Schweiz kaum einen Begriff haben dürfte, und die Urtheile darüber im Allgemeinen sehr hart und böse sind, so ziehe ich es vor Ihnen ein Resumé derselben *privat und confidential* zu geben, statt sie zum Gegenstande einer officiellen, wenn auch confidentiellen Mittheilung an Ihr Departement zu machen.

Ich habe Gelegenheit gehabt mit techn[ischen]/Fachmännern, mit Staatsmännern und Finanzcapacitäten über die Verhältnisse der Gotthardbahn zu sprechen. In einzelnen Fällen habe ich das Gespräch darauf gelenkt, in den meisten geschah es aber von anderer Seite und ich bemerkte wiederholt, dass die Betreffenden sich dabei Reserve auferlegten und einen Theil ihrer pessimistischen Ansichten mir gegenüber gar nicht aussprachen.

Wenn ich in wenigen Worten den Eindruck charakterisiren soll, den diese Ansichten und Urtheile auf mich machten, so kann ich, offen gestanden, nur sagen, dass er ein unendlich bemühender war; es waren fast nur vernichtende Urtheile, die ich zu hören bekam. Ich will nur einzelne Punkte davon hervorheben.

Dass die Gotthardbahndirection die Schuld der mangelhaften Voranschläge von sich abwälzen und der internationalen Conferenz aufbürden will, findet man höchst ungerechtfertigt, da letztere doch annehmen musste, dass ihr gewissenhafte und gründliche Voranschläge vorgelegt worden und sie sich in der verhältnismässig kurzen Zeit, in der sie ihrer Aufgabe gerecht werden sollte, unmöglich mit einer gründlichen Überprüfung der vorliegenden Detailprojecte befassen konnte; sie musste Vertrauen in die ihr unterbreiteten Detailvoranschläge haben und als Hauptaufgabe die handelspolitische und finanzielle Frage betrachten. Es bemerkte jemand, der den Bericht auszugsweise in Zeitungen las, sehr boshaft er mache ihm den Eindruck, als wäre er in Kalksburg (ein Jesuitencollegium einige Stunden von Wien entfernt) und nicht in Zürich verfasst worden.

Die Überschreitung der Voranschläge der tessinischen Thalbahnen von 18,5 auf 51,6 Millionen findet man eine im Eisenbahnwesen einzig dastehende Ungeheuerlichkeit, die, im Auslande wenigstens, das grösste Misstrauen gegen das ganze Unternehmen einflössen müsse. Dass man, wo es sich um Milliarden

1. Nicht ermittelt.

handle, *[sich]* um 100,000,000 täuschen könne, will man allenfalls gelten lassen, aber sich bei einem Voranschlage von 187 Millionen um 102 Millionen zu täuschen, das erfachtet die herbste Kritik.

In technischen Kreisen erkennt man die Wahl Gerwigs als einen ausserordentlichen Missgriff der Direction, und billigt auch die von Hellweg durchaus nicht, denn man beschuldigt ihn als Hauptursache des finanziellen Ruins der österreichischen Nordwestbahn. Ob mit Recht oder Unrecht weiss ich absolut nicht. Übrigens hörte ich noch gestern, dass Hellweg beabsichtige seine Stelle niederzulegen; so soll er wenigstens an hiesige Freunde geschrieben haben; verbürgen kann ich es nicht.

Was die Subventionen betrifft so wird nach hiesigen Ansichten Italien keinen Centesimo mehr zahlen, als wozu es sich schon verpflichtet hat; man meint sogar man müsse schon *sehr* zufrieden sein, wenn es nur *das* pünktlich bezahlt. Dem Versuche England zur Subvention beiziehen zu wollen wird nicht der geringste Erfolg prophezeit, da England in dem Gotthardtunnel einen gefährlichen Concurrenten für seine Schifffahrt sehe; und seit der telegraphischen Verbindung mit Indien, für die Beschleunigung der Überlandpost um wenige Stunden keine nennenswerthen Opfer mehr bringen werde. Das ist die Ansicht eines engl. Staatsmannes. Deutschland allein, meint man werde sich vielleicht noch zu einer weiteren Unterstützung entschliessen, aber, sagte mir ein anderer Staatsmann, die Schweiz treibt ein frevelhaftes Spiel mit den fremden Subventionen; sie sind nicht à fonds perdu angelegt, sondern werden im gegebenen Momente der Schweiz furchtbar theuer zu stehen kommen. «Ihr Vaterland», fügte er bei, «steht vor der Pforte des verhängnisvollsten Ereignisses seit *[seiner]* Existenz; kein Mensch ist heute im Stande die Folgen, die die Gotthardfrage haben wird, zu berechnen, jedenfalls aber werden sie politisch von immenser Tragweite sein.»

Die Schweiz, meint man hier weiter, werde vor Allem *[aus]*, wenn sie auf irgend eine weitere Subvention von irgendwelcher Seite rechnen wolle, vorerst selbst mit einer sehr grossen Subvention einstehen müssen, und zwar einer so bedeutenden, wie sie die finanz. Kräfte der Schweiz nur irgendwie zu leisten im Stande seien. — Überhaupt wird von Finanzcapacitäten die schweizerische Eisenbahnpolitik einer sehr herben Kritik unterzogen. Sie behaupten die Schweiz müsse sich auf dem eingeschlagenen Wege finanziel gänzlich ruiniren, die Gemeinden verarmen und es müsse dann unausbleiblich ein zerstörender Rückschlag auf die agricolen und industriellen Verhältnisse folgen. Eine Entmuthigung der wegen unrentabler Eisenbahnen tief verschuldeten Gemeinden werde unausbleiblich und in politischer und socialer Hinsicht folgeschwer sein. In der schweiz. Eisenbahnpolitik herrsche kein leitender Grundsatz, es werden Eisenbahnen gebaut, die schon vom ersten Spatenstiche an den Keim des Ruines in sich tragen; die Concurrentbahnen ruiniren sich gegenseitig und binnen verhältnismässig kurzer Zeit werde ein gut Theil schweiz. Eisenbahnen einem traurigen Ende entgegen gehen; ein schweiz. Eisenbahnkrach sei fast unvermeidlich. Ich übergehe hier Vorwürfe, die man der Gotthardbahndirection macht und will nur beifügen, dass man unverhohlen sagt ein Directorium eines derartigen Riesenunternehmens, das nur aus drei Juristen bestehe, könne dem Auslande kein Vertrauen einflössen.

Es wurde mir ferner von einigen Seiten aus Fachkreisen bemerkt, man vermisse beim schweiz. Eisenbahn- und Handelsdepartemente als technischen Consuln-

ten eine *Capacität*, eine solche, und zwar *ersten Ranges*, bedürfe der Bundesrath eben so sehr, wie jeder weit grössere Staat und es sollte kein Opfer gescheut werden um eine solche für den Bund zu aquiriren.

Diese Mittheilungen mögen vielleicht schiefe, unrichtige oder pessimistische Anschauungen enthalten, aber ich habe mich verpflichtet erachtet sie Ihnen confidential zu berichten um Ihnen zu zeigen wie die Gotthardangelegenheit hier betrachtet wird; sie sind gewissermassen als ein «Stimmungsbericht» anzusehen. Ich wiederhole was ich schon eingangs bemerkte, dass die Angelegenheit hier sehr viel Aufsehen macht und leider für die Schweiz sehr ungünstig beurtheilt wird.

92

E 1001 (E) q 1/110

*Der schweizerische Bundesrat an den
österreichisch-ungarischen Gesandten in Bern, M. von Ottenfels*

Kopie
N 1441

Bern, 13. März 1876

Unter Bezugnahme auf den Spezialfall, dass ein wegen Theilnahme an der Pariser-Commune von 1871 in contumaciam verurtheilter ungarischer Staatsangehöriger in seiner Heimat verhaftet worden sei, wünschen Seine etc. Hochwohlgeboren mit verehrter Note vom 8. dies.¹ zu vernehmen, wie diesseits gegen hieher geflüchtete Pariser-Communarden eingeschritten werde, namentlich sofern gemeine Verbrechen ihnen zur Last gelegt werden sollten.

Der Schweizerische Bundesrath ist hierauf zu erwidern in der Lage, dass in der Schweiz ein ähnlicher Fall weder zum Untersuche, noch zur Bestrafung gekommen ist, da die Eidgenossenschaft grundsätzlich wegen politischer Vergehen oder wegen Handlungen, die mit politischen Ereignissen in Verbindung stehen, oder die davon eine natürliche Folge sind, eine Auslieferung nicht bewilligt und auch eine Verfolgung wegen solcher Handlungen nicht übernimmt. Sofern hieher geflüchtete Ausländer aus Anlass politischer Ereignisse gemeiner Verbrechen angeschuldigt waren, so ist eine genaue Prüfung aller Verhältnisse vorgenommen und eine Auslieferung nur wegen gemeiner Verbrechen bewilligt worden, unter dem Vorbehalte und gegen die bestimmte Zusicherung, dass eine weitergehende Ahndung nicht Plaz greifen dürfe und werde.

Hinwieder ist nicht bekannt, dass eine Klage, wie die in der geschätzten Note erwähnte, gegen einen in die Heimat zurückgekehrten schweizerischen Angehörigen angebracht worden wäre.

1. E 21/125.

J.I. 67/R

*Der deutsche Gesandte in Bern, M. von Roeder,
an den Präsidenten der Gotthardbahndirektion, A. Escher*

S

Bern, 19. März 1876

Sehr, mein verehrter Freund, habe ich bedauert Sie vor meiner Abreise nicht mehr gesehen zu haben, umso mehr als ich muthmasslich erst Sonnabend zurückkehre.

Wenn ich Ihnen neulich nicht vom Gotthard und seiner misslichen Lage gesprochen habe, so geschah dies aus schuldiger Rücksicht, um mich nicht ungerufen in dem gegenwärtigen Stadium in diese heikle Frage zu mischen. Inzwischen bin ich nunmehr vom Fürsten Bismarck zur Darlegung meiner Ansicht aufgefordert worden, welche unvorgreiflicher Weise dahin geht, dass die Beibehaltung des Herrn Favre, und das unausgesetzte Fortschreiten des Tunnels, als ein sehr wesentlicher Punkt betrachtet werden muss.

Für die subventionirenden Staaten, welche zwei Drittel der Subsidien dem Tunnel zugewandt haben, ist dies der Brennpunkt, und nach Aussage und Urtheil vieler Kenner hat Herr Favre die ihm gewordene schwere Aufgabe bisher innerhalb der vorgeschriebenen Frist angemessen gelöst. Das daher diesem zugewandte Vertrauen scheint, bei den jüngsten Erfahrungen, die man mit dem Regiebau gemacht hat, wohl vollkommen gerechtfertigt, und ich würde nicht allein im Interesse des grossartigen Unternehmens, sondern auch in dem Ihrigen, als vorurtheilsfreier Freund aufrichtig beklagen, wenn in der Gotthard-Direction eine entgegengesetzte Ansicht zur Geltung kommen sollte, deren unmassgebliche Folgen unberechenbar sein dürften.

E 53/193

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, B. Hammer,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
E. Welti*

B Confidentiell

Berlin, 16. April 1876

Ich verfügte mich gestern mit dem Arbeitsprogramm der Expertencommissionen in der Gotthard-Angelegenheit aufs Reichskanzleramt und übergab das Schriftstück dem Herrn Minister Delbrück. Derselbe nahm es beifällig auf, bemerkend, dass, wenn es auch gelinge, einige Millionen auf den Devisen abzustreichen, die Hauptsache doch nach seiner Auffassung darin zu bestehen habe, dass das

Unternehmen selbst, den Finanzmitteln gemäss, zu reduzieren sey. Als hauptsächlichste Reduktion bezeichnete er in Übereinstimmung mit der jüngsten Unterredung den Verzicht auf die Ausgabelung Arth-Zug-Luzern und deren Ersatz durch eine einzige Linie; ferner den Verzicht auf die Ceneri-Linie, welcher gegenüber die Linie über Pino hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit bei weitem den Vorzug verdiene, und sogar hinsichtlich der Fahrzeit nach Mailand derjenigen über Chiasso in keiner nennenswerthen Weise nachstehe.

Zugehend, dass die Vereinfachung der nördlichen Anschlüsse schwieriger sein dürfte als diejenige der südlichen, machte ich den Herrn Minister aufmerksam auf das hohe Interesse, welches die italienische Regierung als Wortführerin des Provinzialraths von Mailand für die Linie Lugano—Giubiasco kundgegeben indem sie beim schweiz. Bundesrath das Begehren stellte, es möchte diese Linie gleichzeitig mit derjenigen von Chiasso—Lugano fertig gestellt und bei ihrem Bau die Steigungsmaxima unter die vertragsmässigen 20/1000 gebracht werden. Man müsste sich also abgesehen von den schweizerischen Interessen ganz gewiss auf grosse Widerstände Seitens Italiens gefasst machen u.s.w.

Als ich ihn dann weiter fragte, was für Ansichten deutscher Seits hinsichtlich anderweitiger Reduktionen, Steigungsmaxima, Radien-Minima für Curven, Surrogat-Systeme für Locomotivbetrieb, etc. und in dieser Hinsicht vielleicht in Frage kommenden Vertragsmodifikationen herrschen, antwortete er in erregtem Tone, er gedenke in dieser Hinsicht nicht die Aufgabe der Schweiz auf sich zu nehmen. Die Schweiz hätte sich das Gotthardunternehmen als ausschliesslich schweizerisches sich angeeignet; sie möge es nun als solches auch behalten. Übrigens sey das Gotthard-Unternehmen *nur* durch Reduktionen zu retten.

Ich erwiederte, dass die Schweiz allerdings sich bestreben werde, dem Gotthard-Unternehmen seinen bisherigen Charakter zu bewahren, demnach auch nicht verfehlen werde, sich über die Willensmeinungen ihrer Mitinteressenten zu orientiren, bevor sie ihrerseits Anträge formulire, und wenn sie sich in dieser Hinsicht vorzugsweise zuerst an Deutschland wende, so geschehe solches nicht aus dem Grunde, weil Deutschland die höchste Subvention bezahle, sondern weil es ihr scheine, dass Deutschland aus andern Gründen in der Sache die massgebendste Meinung habe.

Im weitern Verlaufe des wieder in ruhigeres Fahrwasser einlaufenden Gespräches kam ich auf die früher besprochene Frage des Abtrennens des Tunnels vom Gesamtunternehmen zurück, fragend, ob ein dahinzielender Antrag eventuell Aussicht auf Unterstützung Deutschlands haben könnte. Der Herr Minister glaubte den Zeitpunkt für die Erörterung dieser Frage noch nicht gekommen, unter Angabe von Gründen, deren logischer Zusammenhang meiner Auffassung entgieng.

Im weitern Verlauf des Gespräches sprach sich der Herr Minister noch dahin aus, dass der Beschikung dieser Conferenz vorausgehend, die Schweiz ein «Reduktionsprogramm» aufzustellen habe, und erklärte ferner, man hege gegen die Gotthard-Direktion den Verdacht, sie stelle ihre Situation absichtlich ungünstig dar, um durch höhere Subventionen die Aktien zu verbessern. Ich erwiederte ihm: ein solcher Verdacht, an dieser Stelle und von einem Mann seiner Bedeutung ausgesprochen veranlasse mich, ihm zu versichern, dass ich nur, und nichts anderes als, die Interessen meines Landes zu vertreten habe, wie er auch seinerseits die

Interessen seines Landes vertrete, — übrigens gebe mir der kundgegebene Verdacht erwünschten Anlass, meine persönliche Überzeugung, auf Grund näherer Kenntnis von Personen und Thatsachen dahin auszusprechen, dass dieser Verdacht gegenüber der Direktion nicht begründet und von der öffentlichen Meinung in der Schweiz, soweit mir bekannt, auch nicht gehegt werde —. Ich gab dem Herrn Minister hierauf bezüglich einige nähere Informationen, und schien ihn meine Darstellung seine Zweifel zu beschwichtigen, indem er mir schliesslich sagte: «Ja, ja, das glaube ich Ihnen.»

Ich beschränke mich für heute auf dieses Thatsächliche und behalte mir vor, nächstens weitere Erörterungen anzuknüpfen.

95

E 53/193

*Der schweizerische Gesandte in Rom, G. B. Pioda,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
E. Welti*

B

Rome, 18 avril 1876

J'ai conféré dans ces derniers temps avec plusieurs personnages et notamment avec le Président du Conseil et le Ministre des Travaux Publics et le Ministre des Aff[aires]Etrangères touchant l'affaire du St. Gothard. L'impression qui m'en est restée est que malgré la stupeur produite par la révélation de la situation financière, on n'a pas perdu la confiance dans l'exécution de l'œuvre. Mais s'il est possible que le Gouvernement se prête à une modification du traité du 15 Octobre 1869¹ il est impossible de présenter aux Chambres la demande d'un nouveau subside.

Pour ce qui est de la proposition de la réunion d'experts contenu dans la Note du 20 Mars² du Conseil fédéral, M. Zanardelli était incertain. Sur ces entrefaites arriva une Note du Comte de Launay sur une entrevue avec le Ministre Delbrück. Il est dit dans ce rapport que l'Empire germanique décline la proposition attendu que le Conseil fédéral est nanti par le traité des pouvoirs nécessaires pour procéder à toute expertise et vérification. M. Delbrück part de l'idée que le Conseil fédéral a assumé l'obligation de gérer l'entreprise (voir particulièrement l'art. II du traité). Si après examen le Conseil fédéral aura des propositions à faire sur le fond, les Etats cointéressés seront alors dans le cas d'aviser. Cette communication mit fin à l'indécision et le Ministre des Travaux Publics adhérant à ces considérations prit une décision conforme. J'aurai ces jours-ci une réponse officielle.

Dans le cours des conversations l'on me fit observer ça et là que les communications destinées à l'Italie ne fussent pas faites au moins en français (toutes les

1. AS 1869—1872, X, S. 555—577.

2. Vgl. Nr. 98.

annexes étaient en allemand, même le message de la Direction, qui pourtant a été traduit et imprimé en français). L'on m'a aussi donné à entendre que le message de la Direction faisant retomber la faute des mauvais calculs sur les délibérations des conférences qui précédèrent la conclusion du traité du 15 Octobre, l'on ne veut plus s'exposer à une pareille responsabilité en prenant part à une délibération collégiale d'experts. L'on se réserve de faire inspecter et vérifier par des experts séparément, comme l'art. 12 du traité en confère le droit à chacun des Etats subventionnants.

96

E 53/193

*Der Bundespräsident und Vorsteher des Politischen Departements, E. Welti,
an den schweizerischen Gesandten in Rom, G. B. Pioda*

S

Bern, 21. April 1876

Ich bescheinige Ihnen den Empfang Ihrer Depesche vom 18. d. M.¹ betreffend die Gotthardconferenz. Vor allem muss ich Sie ersuchen Ihre Mittheilungen zu ergänzen. Sie sagen in Ihrem Schreiben nicht was Sie mit jedem einzelnen Minister gesprochen haben und ebensowenig welcher derselben Ihnen die Mittheilung über den Beschluss gemacht habe die Conferenz nicht zu beschicken. Es ist uns von Wichtigkeit hierüber Aufschluss zu erhalten und im Weiteren namentlich auch zu erfahren welchen Standpunct Sie selbst eingenommen und welche Gründe Sie geltend gemacht haben um den Standpunct den wir in unserer Depesche vom 20. März² einnehmen zu wahren. Diese Sache ist von der grössten Wichtigkeit und die von Italien beabsichtigte Antwort ganz geeignet das Gotthardunternehmen in höchstem Grade zu gefährden. Wie der Bundesrath bereit ist alle ihm durch die Verträge auferlegten Pflichten zu erfüllen, so wird er ebenso bestimmt alle Zumuthungen ablehnen, welche ihm ohne Rechtsgrund gemacht werden. So wird er aus Art. II des Vertrages vom 15. Oct. 1869³ nie die Pflicht ableiten lassen den beiden andern Staaten Vorschläge zu machen in welcher Weise die finanzielle Lage der Unternehmung verbessert werden kann. Die aus jenem Artikel hervorgehende Pflicht ist von uns durch die Note vom 20. März erfüllt d. h. wir haben den beiden Seiten davon Kenntniss gegeben, dass sich das Unternehmen auf Grund des Vertrages vom 15. Oct. 1869 nicht durchführen lasse; in bezug auf alles weitere anerkennen wir keine andere Pflicht als sie den beiden andern Staaten auch obliegt. In diesem Sinne werden wir uns auf eine Antwort, wie Sie dieselbe in Aussicht stellen, bestimmt aussprechen.

Diese Antwort von Italien und Deutschland wird aber auch in anderer Beziehung Consequenzen nach sich ziehen, welche wahrscheinlich weder in Rom noch

1. Nr. 95.

2. Vgl. Nr. 98.

3. AS 1869—1872, X, S. 555—577.

in Berlin beabsichtigt sind. Kommt die Conferenz in den nächsten Monaten nicht zu Stande, so unterliegt es keinem Zweifel, dass Ende September die Arbeiten im Tunnel aufhören werden. Dieser Stillstand wird den Rücktritt der subventionirenden Cantone zur Folge haben und wenn sich dazu noch die Aussicht gesellt, dass ein Theil der Gotthardlinie nicht gebaut werden soll, so ist die allergrösste Gefahr vorhanden, dass die Schweiz nicht einmal im Stande sein wird bei einer neuen Combination nur die jetzigen Subsidien aufzubringen. Es ist mit einem Wort zu fürchten, dass die Einstellung der Arbeiten den Ruin des ganzen Unternehmens nach sich zieht.⁴ Da diess nicht die Absicht von Italien und Deutschland sein kann, so sollten diese Staaten auch nicht zu Mitteln greifen, welche über den Zweck hinausgehen. Wollen sie keine Conferenz von Experten, so sind wir bereit sofort eine diplomatische Conferenz anzunehmen, nachdem man uns Zeit zu den nöthigen Vorstudien gelassen hat.

Ich ersuche Sie nun dringend in diesem Sinne zu wirken und bemerke, dass es mir angenehm gewesen wäre, Ihre Nachricht telegraphisch zu erhalten, da zu befürchten ist, dass bei der Ankunft dieses Briefes die Antwort aus Berlin oder Rom schon abgegangen ist.

Über den Schlusssatz Ihres Schreibens füge ich noch folgende Bemerkung bei: Wenn man sich im dortigen Ministerium an dem Berichte der Direction gestossen hat, so mögen Sie darauf erwiedern, dass die Anschauungen und Urtheile der Direction den Bundesrath in keiner Weise berühren und dass es daher sonderbar ist, wenn man das Verhalten gegen den letztern von jenem Berichte abhängig machen will. Was die Sache selbst anbetrifft, so ist es eine unbestreitbare Thatsache, dass die beiden andern Staaten sich in der Kostenberechnung ebenso geirrt haben wie die Schweiz und dass der letzteren an diesem Irrthum keine Schuld beigemessen werden kann, die nicht auch die beiden andern träfe. Aus diesem Grund anerkennen wir auch keine Pflicht gegenüber den Folgen dieses Irrthums eine andere Stellung einzunehmen als die Mitcontrahenten.

ANNEX

J.I. 2/9

*Aufzeichnung des Bundespräsidenten und Vorstehers des Politischen Departements,
E. Welti*

WELCHE WIRKUNGEN ERGEBEN SICH AUS DER LIQUIDATION DER
JETZIGEN GOTTHARDBAHNGESELLSCHAFT FÜR DIE WEITERE
FORTFÜHRUNG UND VOLLENDUNG DES UNTERNEHMENS?

1. Sehr wichtige Fragen die bei dem Ausbruch des Concurres sofort auftauchen werden, sind in dem betreffenden Gesetz nicht gelöst. z. B.

a) Kann während des Concurres der Bau der Bahn fortgesetzt werden? Wird diese Frage bejahend entschieden, so ist es das *Bundesgericht*, welches Namens und auf Rechnung der Masse die Fortsetzung der Arbeiten leitet und damit an die Stelle der jetzigen Gesellschaft tritt und zum

4. Vgl. dazu die Ausführungen von Welti in einer Aufzeichnung ohne Datum (als Annex abgedruckt).

eigentlichen Bauherrn wird, eine Situation die factisch ganz unmöglich erscheint. Wollte das Bundesgericht diese Aufgabe auch übernehmen, so würde es nicht einfach von Favre die Fortsetzung seines Contractes verlangen können. Dieser würde sich darauf berufen, dass mit dem Concurs der Vertrag hinfällig geworden sei und dass er nur gestützt auf ein neues Abkommen die Arbeiten fortsetze. Soll nun das Bundesgericht einen solchen Vertrag schliessen? Es ist offenbar die einzige Behörde die dazu legitimirt wäre. Auf wie lange soll ein solcher Vertrag abgeschlossen werden? Offenbar könnte er nur bis zur Beendigung der Liquidation gelten, also auf einen ganz unbestimmten Termin den sich Favre nicht gefallen lassen kann.

Wie werden sich aber die Gläubiger zu dieser Frage der Tunnelbau Fortsetzung stellen? Werden sie zugeben, dass die im Momente des Concurses vorhandenen Geldmittel, die ohne allen Zweifel zur Masse gehören, während des Concurses ausgegeben werden; oder werden sie nicht vielmehr verlangen, dass alle Werthe welche sich nicht als Pertinzenz der vollendeten Bahn oder der Bauten darstellen zu ihrer Befriedigung verwendet werden? Die grösste Wahrscheinlichkeit spricht dafür, dass während des Concurses auch der Tunnelbau unterbrochen werden wird.

b) Eine zweite wichtige Frage ist die: Was ist bei der Liquidation Gegenstand des Verkaufes? Kann von einer Trennung zwischen den im Betrieb befindlichen Bahnen und den im Bau befindlichen die Rede sein? Ich glaube es nicht. Man wird das Fertige mit der Verpflichtung an einen Käufer überbinden dasselbe zu betreiben und das Unfertige auszuführen. Dass sich unter einer solchen Bedingung Niemand findet liegt auf der Hand. Die Abtrennung der Tessiner Thalbahnen und die getrennte Versteigerung ist aber auch nicht möglich, wenn man nicht in Zukunft zwei Gesellschaften haben will, was nicht nur sachlich unthunlich, sondern auch dem Staatsvertrag entgegen wäre.

2. Der Favre'sche Vertrag wird durch den Concurs ohne Zweifel hinfällig. Wie steht es aber mit den Installationen? Dieselben sind nach dem Verträge über den Tunnelbau Eigenthum der Gesellschaft gehen aber in das Eigenthum von Favre über sobald derselbe den ihm von der Gesellschaft gemachten Vorschuss von 4 Millionen Franken zurückbezahlt hat (Art. 5). Die Rückzahlung geschieht auf dem Wege der Compensation, indem die Gesellschaft sich auf der Verdienstsumme des Favre bezahlt macht. Mit dem Eintritt des Concurses fällt die Möglichkeit der Compensation dahin und Favre wird das Eigenthum der Installationen beanspruchen mit dem Anerbieten den Tunnel aber nach ganz andern Stipulationen fortzusetzen. Wird aber Favre durch gerichtliches Urtheil Eigenthümer der Installationen, so ist er der Herr der Situation und kann jeder neuen Gesellschaft das Gesetz vorschreiben.

3. Eine Schwierigkeit eigenthümlicher Natur kann aus der Bestimmung von Art. 31 der Tessiner Concession entstehen, wonach der Canton auf die erstellten Linien und ihr Erträgniss sich eine Art Pfandrecht dafür bestellt hat, dass die gesammte Concession ausgeführt werde. Dieses Pfandrecht würde Tessin jedenfalls geltend machen und es wäre damit einem neuen Rechtsstreit gerufen.

4. Für die Obligationsgläubiger eröffnen sich folgende Aussichten:

Wenn dieselben die Bahn nicht ersteigern, so sind sie auf den Erlös derselben angewiesen. Dieser Erlös wird aber aus folgenden Gründen gleich Null sein:

Nach dem Devis der den Subventionsstaaten mitgetheilt wurde erfordern die noch auszuführenden Arbeiten ein Capital von Fr. 188 000 000. Eine neue Gesellschaft wird an dieses Capital erhalten: 1. die von der Gesellschaft geleistete Caution, insofern die Staaten ihr diese Verwendung geben wollen. Diese beträgt Fr. 10 000 000. 2. die noch ausstehenden Subventionen im Betrage von rund Fr. 65 000 000. Es bleiben also noch zu beschaffen rund 113 Millionen. Diesem Capital steht eine Rente gegenüber welche im Maximum und nach Verlauf von einigen Jahren auf 7 Millionen geschätzt ist. Für die ersten Jahre wird auf mehr als 5 Millionen nicht gerechnet werden können d. h. es wird sich das Anlagecapital nicht verzinsen und demnach auch nicht erhaltlich sein. Eine neue Gesellschaft kann also für die Bahn nichts bezahlen und wenn die jetzigen Obligationäre dieselbe übernehmen, so wird für ihre Forderungen nichts abfallen und dieselben werden in beiden Fällen ganz verloren sein. 4. Da es unmöglich sein wird das erforderliche Baucapital von Fr. 113 Millionen aufzubringen, so wird die Frage der weiteren Subventionen durch die Liquidation der Gesellschaft nicht beseitigt. Zu dieser Summe ist nämlich der Mehrbetrag der Tunnelkosten gegenüber dem jetzigen Vertragspreise noch zuzurechnen und mit mindestens 15 Millionen zu veranschlagen, so dass das nötige Gesamtcapital auf Fr. 128 Millionen ansteigt. Solange aber das Baucapital nicht auf 80—90 Millionen heruntergeht ist nicht anzunehmen, dass eine Gesellschaft dasselbe aufbringe.

Wie soll aber die Reduction erfolgen?

a) durch Reduction der Linien nicht; weil wir damit die schon versprochenen Subventionen einbüßen und weil überdiess eine Verständigung über die Reduction auch zwischen den Staaten Schwierigkeiten machen wird.

b) es bleibt also nur der Weg der weiteren Subventionen übrig, die nach obiger Supposition 38—48 Millionen betragen müssten. Die Differenz gegenüber den jetzt nötigen 60 Millionen ist weit geringer als die mit der Liquidation verbundenen Nachteile; von dem ganz verlorenen jetzigen Obligationencapital von 48 Millionen gar nicht zu reden.

c) Wollen die Staaten überhaupt keine weitem Subventionen mehr leisten, so wird das ganze Unternehmen notwendig aufgegeben werden müssen. In diesem Falle würden die Staaten ohne Zweifel auf die Caution greifen und damit ihre Zahlungen bis auf 9 Millionen zurückerhalten.

5. In obigen Notizen ist der Umstand nicht erwähnt, dass die bloss Unterbrechung der Bauten schon eine bedeutende Differenz im Baucapital bewirken kann. Nach den Berechnungen der Direction sind nämlich die Material und Arbeitspreise gegenüber dem Jahre 1875 um so viel gesunken, dass der Unterschied auf dem gesamten Baucapital etwa 8 Millionen Franken ausmacht. Voraussichtlich wird in einigen Jahren diese Ersparniss nicht mehr zu machen sein.

97

J.I. 67/E

*Der Präsident der Gotthardbahndirektion, A. Escher,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
E. Welti*

Kopie
S

Zürich, 8. Mai 1876

Empfangen Sie meinen besten Dank für Ihre gef. Mittheilungen vom 4. ds. Mon.¹, die mir in Folge eines Zufalles erst am 6. zukamen. Dieselben waren nicht sehr erfreulicher Natur. Indessen werden doch noch die weitem Aufschlüsse und Berichte kommen und abzuwarten sein. Maraini glaubt, ohne die Einwirkung im entgegengesetzten Sinne von Berlin aus, hätte die italienische Regierung Sachverständige an eine technische Vorconferenz abzuordnen beschlossen.

In Beilagen beehre ich mich, Ihnen einen neusten Brief² von Fierz aus Rom sammt einer Copie meiner Antwort³ zu übermitteln. Ich bitte um gef. gelegentliche Zurücksendung dieser Schriftstücke.

Hr. Director Stoll, der am Freitag von Paris zurückgekehrt ist, sagt mir, man verfolge in Paris mit einem eigentlich auffallenden Interesse die Entwicklung der Gotthardbahnangelegenheit. Nicht bloss sei diess in den Regierungskreisen der Fall, wie ihm Hr. Kern mitgetheilt, sondern er habe die gleiche Erscheinung auch in den Regionen der haute finance, in welcher er sich bewegte, wahrgenommen. Der Wunsch, dass das Unternehmen in Trümmer gehen möchte, sei ein allgemeiner. Hoffentlich wird dieser edle Wunsch nicht in Erfüllung gehen! Man sollte übrigens glauben, dass eine derartige Stimmung in Frankreich, welche der deutschen Regierung nicht verborgen geblieben sein wird, die letztere zu einer etwas entgegenkommendern Haltung veranlassen würde.

1. J.I. 67/W.

2. Vgl. das Schreiben von J. H. Fierz an Escher vom 3. 5. 1876 (J.I. 67/F).

3. Vgl. das Schreiben von Escher an Fierz vom 8. 5. 1876 (J.I. 67/E).

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 15. März 1876

1478. Gotthardbahn, Finanzlage

Eisenbahn- und Handelsdepartement. Antrag vom 11. März 1876

Die Direktion der Gotthardbahn kommt mit Schreiben vom 3. d.¹ der Einladung vom 3. Dezember 1875² nach, über die *Finanzlage der Gotthardbahngesellschaft* in einlässlicher Weise zu berichten, nachdem die hiefür nöthigen technischen Untersuchungen in den letzten Tagen zu Ende gediehen sind. Es ergibt sich daraus, dass die Voranschläge, welche der Finanzierung der Gesellschaft zu Grunde gelegt waren, bei weitem zu niedrig sind und dass zur Vollen- dung des Werkes über die Voranschlagssumme von fcs. 187'000'000 an Aktien, Obligationen und Staatsbeiträgen weitere fcs. 102'370'500 aufzubringen sein werden.

An der Hand dieser Darlegung und der dazu gehörigen technischen Berichte ist vom Departement der Entwurf³ einer Mittheilung an die Regierungen von Italien und des deutschen Reichs ausgearbeitet und unterbreitet worden. Nach darüber gewalteter Berathung wird dieser Entwurf jedoch abgelehnt und der Erlass einer Kundgebung in anderer Fassung beschlossen, für welche wesentlich nach Vorschlag des Herrn Bundespräsidenten Welti folgende Gesichtspunkte als massgebend angenommen werden:

1. Die Gesellschaft, welche sich zur Ausführung der Gotthardeisenbahn auf Grund des internationalen Vertrags vom 15. Oktober 1869⁴ gebildet hat, legte ihrem Finanzplan dieselbe Kostenberechnung zu Grunde, von welcher die internationale Konferenz beim Abschluss des genannten Vertrages ausgegangen ist.

2. Das Gesellschafts-Kapital wurde demnach in folgender Weise gebildet:

1. Aktien und Obligationen	fcs. 102'000'000
2. Unterstützungs-Kapital	<u>fcs. 85'000'000</u>
	fcs. 187'000'000

3. Nachdem die Gesellschaft den Bau des grossen Tunnels und der tessinischen Thalbahnen in Angriff genommen hatte, begann dieselbe mit der detaillirten Planaufnahme und Kostenberechnung für die Zufahrtslinien, um diese so frühzeitig zu beginnen, als es bei der vertragsmässig dafür ausgesetzten Bauzeit nothwendig war.

4. Schon vor dem Abschluss dieser Vorarbeiten verlangte der Bundesrath von der Gesellschaft einen Bericht über das Resultat derselben und eine genaue Darstellung der gesammten Finanzlage.

1. E 53/193.

2. Nr. 84.

3. E 53/193.

4. AS 1869—1872, X, S. 555—577.

5. Unterm 3. ds. sind die Gesellschaftsbehörden diesem Auftrage nachgekommen und es hält sich der Bundesrath verpflichtet, den Vertragsstaaten von der heutigen Sachlage ungesäumt Kenntniss zu geben.

6. Die Gesellschaft erklärt, dass nach den von ihr angeordneten technischen Untersuchungen und Berechnungen über die noch auszuführenden Linien und nach den Kosten der bereits erstellten Arbeiten das ihrem Finanzplan gemässe Gesellschaftsvermögen, sowie die damit übereinstimmenden Berechnungen der internationalen Konferenz auf durchaus irrthümlichen Voraussetzungen beruhen, indem sich die Kosten der nach dem Vertrage auszuführenden Linien um die Summe von frs. 102'371'500 höher belaufen werden, als sie von der Konferenz und der Gesellschaft veranschlagt worden seien.

7. Bei dieser Sachlage ist unzweifelhaft, dass die Gesellschaft die nöthigen Mittel nicht besitzt, um die ihr durch den internationalen Vertrag zugewiesene Aufgabe zu erfüllen und dass diese Mittel bei den jezigen Bestimmungen des Vertrags überhaupt nicht aufgebracht werden können.

8. Die Vollziehung des Vertrages selbst erscheint also in Frage gestellt und es findet sich der Bundesrath dadurch genöthigt, sich sofort an die mitkontrahirenden Staaten zu wenden und eine gemeinschaftliche Berathung der Sachlage und Verabredung der zu ergreifenden Massregeln zu beantragen.

9. So dringend auch ein solches Vorgehen angezeigt ist, indem eine längere Zögerung die Einstellung der Arbeiten und damit unersezlichen Schaden zur Folge haben würde, so kann der Bundesrath unter den heutigen Verhältnissen gleichwohl nur einen präparatorischen Schritt in Vorschlag bringen. Er hält nämlich dafür, dass bei der hohen Bedeutung der Sache, die von den beteiligten Staaten zu treffenden Verabredungen unmöglich auf die zur Zeit allein vorliegenden Berechnungen und Angaben der Ingenieure der Gesellschaft gegründet werden können, sondern dass jedem weiteren Beschlusse der Staaten eine eigene gemeinschaftliche Prüfung der von der Gesellschaft aufgestellten Kostenvorschläge vorausgehen müsse.

10. Der Bundesrath wird seinerseits die nöthigen Anordnungen treffen, um die Mittel zu einer solchen Prüfung in möglichst vollständiger Weise zur Hand zu bringen und macht nun den Vorschlag, die Intervention der Vertragsstaaten damit zu beginnen, dass ein jeder derselben die ihm gutscheinende Anzahl von Sachverständigen zu einer Konferenz abordine, welche im Laufe des Monats April in Bern zusammentreten soll.

11. Diese Konferenz erhält den Auftrag, sowohl den jezigen Stand der Arbeiten als die Finanzlage der Gesellschaft nach allen Richtungen zu prüfen, wozu ihr der Bundesrath alle und jede Mittel verschaffen wird, als auch im Weiteren die Kosten der noch auszuführenden Arbeiten zu ermitteln und überhaupt alle Faktoren festzustellen, die erforderlich sind um der sofort nach diesen Untersuchungen anzuordnenden Verhandlung und Vereinbarung unter den Staaten zur Grundlage zu dienen.

Des fernern ist beschlossen:

a. der Gotthardbahn den Empfang des Berichts zu bestätigen und von der Mittheilung an die Vertragsstaaten Kenntniss zu geben, mit dem Verdeuten, dass der Bundesrath keineswegs durch die Erwägungen, welche die Direktion in ihrer Zuschrift Seite 33 geltend mache, zu diesem Beschlusse veranlasst worden sei,

vielmehr sich vorbehalte, zu geeigneter Zeit sich über dieselben auszusprechen und dass der Bundesrath ebensowenig einverstanden sei, es einfach als Sache der Vertragsstaaten zu betrachten, über das «Zustandekommen einer neuen Kombination» zu berathschlagen, sondern wünschen müsse, in der weitern Entschliessung von seiner Seite vorgängig die Vorschläge der Direktion über die Mittel und Wege zu erhalten, wie die finanziellen Mittel der Gesellschaft und der von ihr zu lösenden Aufgabe wieder ins Gleichgewicht gebracht werden können.

b. an die beteiligten Kantonsregierungen und die Direktionen der Nordost- und der Centralbahn eine entsprechende Mittheilung abgehen zu lassen.

Die abschliessliche Feststellung der an die Vertragsstaaten zu machenden Eröffnungen wird nach Vorlage eines neuen Entwurfs erfolgen.⁵

5. Vgl. die Notizen des Bundesrates an die Regierungen von Italien und Deutschland (E 1001 (E) q 1/104, Nr. 1626 a und b).

99

E 2200 Paris 1/117

*Der Vorsteher des Eisenbahn- und Handelsdepartements, K. Schenk,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, J. K. Kern*

S

Bern, 6. Juni 1876

In Ihrem Berichte vom 2. diess¹, den wir Ihnen bestens verdanken, machen Sie uns die Mittheilung, dass bis zum Ablauf des bestehenden französisch-schweizerischen Handelsvertrages ein neuer unmöglich zu Stande kommen könne, indem in Frankreich vor der Berathung des Projektes zu einem Generaltarif durch die Nationalversammlung, welcher nach der Feststellung den Vertragsunterhandlungen zur Grundlage dienen sollte, eine parlamentarische Enquête stattfinden werde. Sie verbinden damit das Gesuch um Mittheilung unserer Ansichten über das Verfahren beim gegenseitigen Handelsverkehr vom Ablauf des bestehenden, (24. Nov. 1876), bis zur Inkrafttretung des neuen Vertrages, damit sie sodann die Frage mit dem Minister des Äussern und mit Herrn Ozenne besprechen können, worauf Ihnen erst vom Bundesrathe bestimmte Instruktionen betreffend jenes provisorische Verfahren zu ertheilen wären. Sie bemerken dabei, dass laut den Ihnen gemachten Mittheilungen die französische Regierung mit einer provisorischen Verlängerung des bestehenden Vertrages einverstanden sein werde.

Wir beeilen uns, Ihnen Nachstehendes zu erwiedern. Wie Ihnen der Bundesrath mit Schreiben vom 29. November v. J.² mitgetheilt, hat der Botschafter der französischen Republik in Bern, im Auftrage seiner Regierung mit der Kündigung des Handelsvertrages vom 30. Juni 1864³ den Vorschlag gemacht, die Stipulatio-

1. E 13 (B)/171.

2. E 2200 Paris 1/105.

3. AS 1863—1866, VIII, S. 215—327.

nen des gegenwärtigen Vertrages einstweilen fortbestehen zu lassen, wenn bis zum 24. November 1876 der neue Vertrag noch nicht zu Stande gekommen sein sollte. Auf diesen Vorschlag wurde geantwortet, dass der Bundesrath diese Frage prüfen & sodann seine Ansichten dem französischen Botschafter mittheilen werde.

Der Grund, warum wir diese Frage von der erstern trennten, lag nicht in der Ungewissheit, wie dieselbe zu beantworten sei, denn, wenn auch der Vertrag von 1864 günstigere Erfolge für Frankreich als für die Schweiz gehabt hat, so lag es doch andererseits auf der Hand, dass wir mit einer Ablehnung der anbotenen provisorischen Fortdauer des Vertrags uns selbst nur schädigen würden. Wir hielten jene Frage noch offen, weil damals die Vertragsunterhandlungen mit Italien im Gange waren und wir möglicherweise je nach dem Gang oder Resultat derselben ein Interesse haben konnten, bei Frankreich auf möglichst rasches Anschliessen des neuen Vertrags an den auslaufenden alten zu dringen, resp. eine Erklärung in *diesem* Sinne zu geben. Dazu kam wohl auch noch die Rücksicht auf die alte Regel in Staatssachen, sich erst dann zu binden, wenn diess geschehen *muss* und mit aller Kenntniss der Sachlage geschehen kann.

Dieser Zeitpunkt scheint jetzt gekommen zu sein. Man kann die Handelswelt nicht länger im Unklaren und Unsichern darüber lassen, auf welchem Boden sie nach dem 24. November 1876 stehen werde.

Nach Ihren Mittheilungen ist nicht daran zu denken, dass vor Ablauf des alten ein neuer Vertrag zum Abschlusse gebracht werden könne; es ist unter diesen Umständen vernünftigerweise nichts anderes möglich, als provisorische Verlängerung des jetzigen Vertrags.

Hiefür haben wir ein förmliches Anerbieten der französischen Regierung, wie Sie sich aus der beigelegten Copie der Kündigungsnote überzeugen werden.⁴ Wir brauchen also unsererseits nicht die Initiative zu nehmen, sondern nur zu acceptiren, was von Frankreich uns anboten worden ist.

In welcher Form hat die Vereinbarung zu geschehen? Genügt es, dass wir einfach in Beantwortung des zweiten Theils der Note unsere Erklärung abgeben, wir seien einverstanden, dass «les dispositions de l'acte qui régit actuellement les relations commerciales entre les deux pays continueront à être appliquées de part et d'autre — jusqu'à ce qu'un nouveau traité les aura remplacées?» oder bedarf es einer besonders zu verhandelnden, zu unterzeichnenden und zu ratificirenden Konvention? Es scheint uns, dass die Form von Notenaustausch vollkommen genügen sollte.

Sobald der *modus vivendi* auf diesem Wege sicher gestellt wäre, würden wir unter Veröffentlichung der bezüglichen Noten unsere Geschäftswelt avertiren, dass das *régime actuel* fort dauere und unsere Zolladministration würde das Nöthige bezüglich unserer Zolleinhebung anordnen.

Wenn die französische Regierung mit dieser Form einverstanden wäre, so wären wir denn umsomehr der Ansicht, dass wir die Bundesversammlung jetzt mit der Frage nicht behelligen sollten. Es scheint uns, dass auch das französische Ministerium es nicht für nothwendig erachtet, für einfache Prolongation des betreffenden Vertrags einen Beschluss der Kammern hervorzurufen.

4. Französische Note vom 22. 11. 1875 in: E 13 (B)/171.

Diess ist indessen eine offene Frage, deren Entscheid wir dem Bundesrathe anheim stellen werden.

Für jetzt geht, unter bester Verdankung Ihrer Schreiben vom 2. & 3. Juni⁵, unsere Bitte an Sie dahin, Sie möchten sich geeigneten Orts erkundigen:

1. Ob die französische Regierung für die Prolongation des schweizerisch-französischen Vertrags die Vollmächtertheilung oder Ratifikation ihrer Kammern nöthig erachtet;

2. Ob sie eine Vereinbarung auf dem Wege des Notenaustauschs für geeignet, und bejahendenfalls eine Antwort in obenangegebener Fassung für ausreichend hielte. Sobald wir im Besitz Ihrer Antwort sein werden, werden wir die Angelegenheit sofort dem Bundesrathe vorlegen.⁶

6. *Durch Notenaustausch vom 29. 11. 1876 wurde der Vertrag bis 10. 8. 1877 verlängert* (BBl 1876, 3, S. 510).

100

E 1004 1/106

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 7. August 1876¹

4522. Handelsvertrag mit Rumänien

Eisenbahn- und Handelsdepartement. Antrag vom 3. August 1876

Unterm 1. Juni d. Js. hat Österreich-Ungarn mit *Rumänien* eine *Handels- und Zollconvention* abgeschlossen, welche am 1./13. v. Mts. in Kraft getreten, durch welche jenem Staate beträchtliche Handelsvergünstigungen eingeräumt, hinwieder aber für diejenigen Waaren, welche nicht österreichisch-ungarischen Ursprungs sind, neue erhöhte Gewichtszölle vorgesehen sind. Auf die Reklamation der Vertreter anderer Staaten hin ist dann unterm 12. vorigen Monats der Finanzminister von den Kammern ermächtigt worden, die gegenüber Österreich-Ungarn bestehenden Mauthtarife vom 1. Juli abhin neun Monate lang auf alle jene Staaten auszudehnen, die den Wunsch ausgedrückt haben sollten, mit Rumänien Handelsverträge abzuschliessen. Bereits haben seither mehrere Staaten diesen Wunsch kundgegeben und es ist ihnen darauf jene Vergünstigung gewährt worden.

Mit Schreiben vom 26. Juli resp. 1. ds.² machen nun die Herren F. Marty-Raschle, zur Zeit in Zürich, Chef des Hauses Marty und Comp. in Bucharest und Ständerath Jenny in Schwanden auf die Gefahr aufmerksam, die der Concurrenzfähigkeit der schweiz. Industrie von daher drohe, wenn nicht auch der Schweiz

1. *Abwesend: Scherer und Schenk.*

2. *Beide Schreiben in: E 13 (B)/249.*

jene Vergünstigung zu Theil werde und verbinde damit das Gesuch, es möchten in dieser Richtung die geeigneten Schritte gethan werden.

Dem Antrag des Departements gemäss wird beschlossen, dem gestellten Begehren zu entsprechen, aber nicht wie jenes beantragt durch Vermittlung der schweiz. Gesandtschaft in Wien, sondern im Interesse der Beschleunigung in der Weise, dass der rumänischen Regierung unter Berufung auf die oben scizzirten Vorgänge der Wunsch ausgedrückt wird, mit ihr in Unterhandlungen betreffend den Abschluss eines Handelsvertrags zu treten und damit der Ausdruck der Erwartung verbunden wird, der Mauthtarif gegenüber Österreich-Ungarn werde auch der Schweiz gegenüber zur Anwendung kommen. Der Bundesrath gewärtige die Rückäusserung der Regierung über ihre bezüglichen Entschliessungen.

An's rumänische Ministerium.

Nach seither gepflogener Verabredung zwischen dem Herrn Bundespräsidenten und dem Departementsvorsteher ist bezüglicher Auftrag dennoch und zwar auf telegraphischem Wege ergangen, an den Minister in Wien.³

3. Das Telegramm von Welti wurde am 9. 8. 1876 abgesandt und traf am gleichen Tag in Wien ein (E 2200 Wien 1/79).

101

E 13 (B)/249

*Der schweizerische Gesandte in Wien, J. J. von Tschudi,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
E. Welti*

B Confidentiel

Wien, 27. September 1876

Ich habe in einer meiner früheren Depeschen bezüglich des projectirten Handelsvertrages mit Rumänien erwähnt, dass ich mich mit den Gesandten anderer Staaten ins Einvernehmen setzen werde um von ihnen zu erfahren, wie ihre Verhandlungen mit dem Fürstenthum stehen. Auf mein Ansuchen hat nun Graf Zuylen, der Gesandte Hollands confidenciel im Haag angefragt, und mir in einem Billete von dem ich die Ehre habe Ihnen Copie¹ beizulegen, die von dort erhaltene Antwort mitgetheilt. Wie ich auch von andern Kollegen erfahren, werden alle Mächte, die in ein Handelsvertragsverhältniss zu Rumänien treten wollen, auf die Gleichstellung der Confessionen dringen. Die rumänische Regierung hat sich bekanntlich auf das Äusserste gesträubt, die Erwerbung von ländlichem Grundbesitz oesterreichischen Staatsangehörigen zu gewähren und diesen Punkt von vornherein als *conditio sine qua non* des Abschlusses eines Handelsvertrages aufgestellt, indem sie mit vollem Rechte behauptete, dass so wie der Besitz von Immobilien im Lande Fremden vertragsmässig zugestanden werde, Rumänien

1. Nicht abgedruckt.

von galicischen und ungarischen Juden überschwemmt würde, und dass dieselben durch Wuchergeschäfte bei der bäuerlichen Bevölkerung geradezu den Ruin derselben herbeiführen würden (ähnlich wie sie es auch in Galicien factisch schon gethan haben, wo entweder die Aehre am Felde dem Grundbesitzer nicht mehr gehört, oder der bäuerliche Besitz schon grösstentheils in die Hände der Juden gelangte und auf die verderblichste Weise parcellirt wurde). Die oesterreichische und die ungarische Regierung, sowie die beiderseitigen Parlamente haben ohne besonders grosse Opposition die rumänische Bedingung vertragsmässig angenommen, die übrigen Staaten hingegen sträuben sich diesem Beispiele zu folgen.

Ich glaube nun, es wäre sehr angezeigt, dass auch wir uns wie Holland mit den übrigen Staaten ins Einvernehmen setzen würden, um die nämlichen Forderungen wie sie an Rumänien zu stellen.

102

E 13 (B)/211

*Antrag des Vorstehers des Eisenbahn- und Handelsdepartements, K. Schenk,
an den Bundesrat*

Wiederaufnahme der
Verhandlungen mit Italien betr.
Revision des Handelsvertrages

Bern, 12. Oktober 1876

Der italienische Geschäftsträger hat unterm 2. ds. im Namen seiner Regierung dem Bundespräsidenten mündlich den Wunsch ausgesprochen, dass die letztes Frühjahr abgebrochenen Unterhandlungen über den schweizerisch-italienischen Handelsvertrag gegen Mitte dieses Monats in Rom wieder aufgenommen werden möchten.

Indem das unterzeichnete Departement dem Bundesrathe seine Anträge betreffend Beantwortung dieses Wunsches der ital. Regierung unterbreitet, schickt er denselben folgende Bemerkungen voraus:

Der Handelsvertrag mit Italien ist am 22. Juli 1868 auf die Dauer von 8 Jahren von der Auswechslung der Ratifikation, welche am 1. Mai 1869 stattfand, an gerechnet, abgeschlossen worden. Der Art. 18 desselben enthält folgende Bestimmung:

«Wofern keiner der hohen vertragschliessenden Theile zwölf Monate vor dem Ablauf des genannten Zeitraumes die Absicht kundgegeben haben sollte, die Wirkung des Vertrages aufhören zu lassen, so bleibt derselbe verbindlich bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage ab, an welchem der eine oder andere der hohen vertragschliessenden Theile ihn gekündet haben wird.»¹

Eine Kündigung ist bis jetzt von keiner Seite erfolgt. Wohl aber hat die italienische Gesandtschaft in Bern im Auftrage ihrer Regierung mit Note vom

1. AS 1866—1869, IX, S. 673 f.

24. Februar 1875² dem Bundesrath den *Vorschlag* gemacht, gleichzeitig mit dem italo-französischen und italo-österreichischen Vertrag, welche beide im Jahre 1876, und zwar ersterer am 19. Jänner, letzterer am 30. Juni, zu Ende gehen, auch den zwischen der Schweiz und Italien bestehenden Handelsvertrag zu revidiren. Die Verfallzeit des letztern sei zu entfernen, als dass nicht für beide Länder grosse Inconvenienzen eintreten müssten, wenn an derselben festgehalten werden wollte. In der Hauptsache gelten für den schweizerisch-italienischen Verkehr die Tarife, welche von Italien mit Frankreich und Oesterreich vereinbart worden seien. Im Falle die Schweiz auf ihren Vertrag vor dessen Ablauf nicht verzichtete, würde dieselbe gegenüber Italien Tarife besitzen, welche gegenüber den Nationen mit welchen sie vereinbart worden, nicht mehr beständen. Die italienische Regierung würde dadurch genöthigt, auch die sämmtlichen Verträge, in welchen nur die Gleichstellung mit der meistbegünstigten Nation zugesichert worden sei, zu kündigen. Aus dem gleichen Grunde und zum gleichen Zwecke wäre die italienische Regierung genöthigt, von den schweizerischen nach Italien gehenden Erzeugnissen Ursprungszeugnisse zu verlangen, eine vexatorische Massregel, auf die bis jetzt habe verzichtet werden können.

Nachdem der Bundesrath diesen Vorschlag der Verzichtleistung auf den Vertrag vor dessen legalem Ablauf in konstitutioneller und volkwirtschaftlicher Beziehung geprüft hatte, antwortete derselbe unterm 23. Juni gl. Jahres³, dass er, soweit an ihm bereit sei, Hand zu bieten, um den schweiz.-ital. Handelsvertrag, wo möglich, schon auf [den] 30. Juni 1876 durch neue Stipulationen zu ersetzen. Er werde zu diesem Behufe Delegirte ernennen, um mit den Bevollmächtigten der k. ital. Regierung die nöthigen Verhandlungen zu pflegen, für deren Resultat selbstverständlich die Genehmigung der schweizerischen Bundesversammlung vorbehalten werden müsse. Wenn der Bundesrath auf diese Weise bestrebt sei, den Wünschen der italienischen Regierung entgegenzukommen, so glaube er andererseits, der bestimmten Hoffnung sich hingeben zu dürfen, dass die ital. Regierung den Begehren, welche die Schweiz bei der Neugestaltung der Tarife zu stellen im Falle sei, Rechnung zu tragen geneigt sein werde.

Da diese Antwort hinsichtlich der Verzichtleistung auf den Vertrag nicht so definitiv lautete, wie es die italienische Regierung gewünscht hatte, so kündigte dieselbe den 25. Juni gl. J. die Verträge, mit welchen Italien anderen Nationen die Gleichstellung mit der meistbegünstigten Nation zugesichert hat.⁴

Vom 29. September bis 8. Oktober fanden sodann zwischen dem Delegirten des Bundesrathes, Herrn Köchlin-Geigy in Basel, und der italienischen Abordnung, nachdem diese bereits mit den Abordnungen der französischen und der österreichischen Regierung behufs Revision der resp. Handelsverträge negociirt hatte, die ersten Verhandlungen über Revision des schweiz.-ital. Vertrages in Bern statt.

Die abschliessenden Verhandlungen zwischen der Schweiz und Italien sollten im Frühling abhin stattfinden. Nachdem die italienische Regierung durch das

2. E 13 (B)/210.

3. *Ibid.*

4. *Vgl. das Telegramm des italienischen Aussenministers an die Gesandtschaft in Bern vom 26. 6. 1875 (E 13 (B)/210).*

Organ ihrer Gesandtschaft in Bern zur Sendung einer Abordnung nach Rom eingeladen, traf diese mit Vollmacht zur Fortsetzung der Verhandlungen am 18. März in Rom ein.

Am folgenden Tage trat das Ministerium wegen des Resultates einer Abstimmung im Parlamente über die Eisenbahnpolitik des Ministeriums, welche in dem sogenannten «Baslervertrag»⁵ ihren Ausdruck fand, zurück. Das neue Ministerium war nicht geneigt, mit unserer Abordnung sofort die Negotiationen fortzusetzen. Am 4. April erhielt dieselbe von dem Beschlusse des Ministeriums, die Angelegenheit einstweilen zu verschieben, Kenntniss, worauf unsere Abordnung von Rom abreiste.

Bis zu der unterm 2. ds. von dem italienischen Geschäftsträger dem Bundespräsidenten gemachten Mittheilung, dass die ital. Regierung die Unterhandlungen Mitte dieses Monats wieder aufnehmen möchte, ist in Sachen nichts weiter vorgegangen.

Bei der Frage, welche Antwort dem italienischen Geschäftsträger zu ertheilen sei, fällt Folgendes in Betracht.

Wie aus der obigen Darstellung hervorgeht, ist bis jetzt von keinem der beiden Kontrahenten eine rechtskräftige Kündigung des Vertrages erfolgt. Die Note der ital. Gesandtschaft vom 24. November 1875⁶ und die Antwort des Bundesrathes vom 23. Juni gl. J. können nicht als solche angesehen werden. Auch sind die Voraussetzungen, welche dem Vorschlage hinsichtlich der Vereinbarung neuer Handelsverträge mit Frankreich und Oesterreich zu Grunde lagen, nicht eingetroffen. Unser Vertrag mit Italien bleibt verbindlich bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage ab, an welchem die im Art. 18 desselben vorgesehene Kündigung stattfinden sollte.

Das den bisherigen Negotiationen zu Grunde gelegene Projekt der ital. Regierung zu einem neuen Generaltarife⁷ trägt eine stark protektionistische Färbung und ist nicht geeignet, den gegenseitigen Handelsverkehr zu fördern, während letzteres doch das Ziel eines jeden internationalen Handelsvertrages sein soll. Bei den bisherigen Unterhandlungen wurden zwar einige Positionen des Projektes moderirt, immerhin aber ist das Gesamtergebniss desselben ein die Verkehrsinteressen sehr unbefriedigendes. Wie uns die schweiz. Gesandtschaft in Rom unterm 1. lf. Mts. berichtet,⁸ befolgt das gegenwärtige Ministerium die gleiche Handels- und Zollpolitik, wie das abgetretene. Abgesehen von der Erleichterung des Grenzverkehrs, bemerkt die Gesandtschaft, werden die liberalen Neigungen des Ministeriums durch die Forderungen der Staatskasse und durch den Zustand, in welchem sich gewisse wenig entwickelte Zweige der nationalen Industrie befinden, bedingt.

Endlich fällt in Betracht, dass vom schweizerischen Handels- und Industrie-stande längst das Verlangen nach Revision unseres schweizerischen Zolltarifs laut geworden, und jetzt dahin formulirt wird, dass, bevor in dieser Beziehung die Schweiz durch Erneuerung der Handelsverträge sich wieder für eine Reihe von

5. Dieser Vertrag regelte den Verkauf der Alta Italia-Eisenbahn an den italienischen Staat.

6. Es handelt sich um die Note vom 24. Februar 1875 (E 13 (B)/210).

7. E 13 (B)/210.

8. Nicht abgedruckt.

Jahren die Hände binde, unser Tarif neugeregelt und den veränderten Verhältnissen entsprechend eingerichtet werde.

In diesem Sinne sprechen sich Berichte der Herren Köchlin-Geigy in Basel, a. Nationalrath H. Fierz in Zürich und Oberst Rieter in Winterthur, sowie die vom Regierungs-Rathe des Kantons Zürich in Sachen der Revision des schweizerisch-französischen Handelsvertrages bestellte Expertenkommission aus. Diese Berichte⁹ werden hier beigelegt und auf dieselben verwiesen.

Mit Rücksicht auf die Verhältnisse stellt das unterzeichnete Departement den *Antrag*:

Es sei der Herr Bundespräsident einzuladen, dem italienischen Geschäftsträger auf den Wunsch betreffend Wiederaufnahme der Unterhandlungen über Revision des Handelsvertrages mündlich zu antworten, dass dem Bundesrathe der gegenwärtige Moment nicht dienlich sei, und dass er die Wiederaufnahme bis zum nächsten Jahre zu verschieben wünsche.¹⁰

9. Nicht abgedruckt.

10. Der Antrag wurde vom Bundesrat am 17. 10. 1876 gebilligt (E 1004 1/107, Nr. 6002). Der Vertrag wurde am 17. 12. 1877 bis 31. 3. 1878 verlängert (BBl 1877, 4. S. 787). Vgl. auch die GBer. 1876 (BBl 1877, 2, S. 251–253) und 1877 (BBl 1878, 2, S. 81f.)

103

E 2200 Wien 1/79

*Der Bundesrat
an den schweizerischen Gesandten in Wien, J. J. von Tschudi*

S

Bern, 10. November 1876

Unterm 11. September abhin haben Sie unserm politischen Departemente das Project zu einer Declaration betreffend den Abschluss eines Handelsvertrags mit Rumänien zur Prüfung zugesendet.¹

In den Artikeln 1 & 4 desselben² ist für Israeliten eine Beschränkung des Gütererwerbs auf dem Lande enthalten. Nähere Erkundigungen darüber, ob andere Nationen, welche mit Rumänien ebenfalls einen Handelsvertrag abzuschliessen beabsichtigen, eine ähnliche Erklärung unterzeichnet und ausgewechselt haben, führen uns zu folgendem Resultate:

1. E 13 (B)/249.

2. Die Artikelnummern beziehen sich auf das österreichisch-rumänische Abkommen, da der Entwurf einer schweizerisch-rumänischen Erklärung darauf ausdrücklich Bezug genommen hatte. Das Abkommen stellte die Österreicher den Einheimischen gleich, womit den Juden der Erwerb von Grundbesitz verboten war. (Vgl. die Berichte des Politischen Departements vom 6. 10. 1876 und des Justiz- und Polizeidepartements vom 9. 10. 1876 an das Eisenbahn- und Handelsdepartement (E 13 (B)/249).

1. *Frankreich.* Das Project zu einer solchen Erklärung enthält keine Restriction hinsichtlich des Gütererwerbes durch Israeliten.

Dasselbe lautet:

Les Gouvernements etc. ... désirant régler provisoirement les relations entre les deux pays pendant la période de temps nécessaire pour la négociation et la conclusion d'une convention de commerce, les soussignés dûment autorisés etc. ... sont convenus des dispositions suivantes:

Les produits d'origine ou de provenance françaises qui seront importés en Roumanie, et les produits d'origine ou de provenance roumaines qui seront importés en France, seront respectivement soumis, quant aux droits d'importation, d'exportation, de transit, quant à la réexportation, au courtage, à l'entrepôt, aux droits locaux, et quant aux formalités douanières, au même traitement que les produits de la nation la plus favorisée.

Le Gouvernement de S.A. le Prince de Roumanie, et le Gouvernement de S.M. l'Empereur d'Autriche, roi de Hongrie, etc. étant convenus de s'assurer certains avantage spéciaux pour l'échange et la circulation des produits des districts limitrophes, ces avantages ne seront pas réclamés par la France.

S'il n'est pas expressement renouvelé, le présent arrangement provisoire cessera le 12 mai/30. April/ 1877.

En foi de quoi etc. ...

2. *Italien.* Das Project, welches der italienischen Regierung von Seiten Rumäniens zur Annahme vorgelegt worden ist, lautet ähnlich wie das von Ihnen anher gesandte. Italien wird aber, wie von der schweizerischen Gesandtschaft daselbst berichtet wird, niemals einen Vertrag eingehen, in welchem die Staatsangehörigen israelitischer denjenigen der christlichen Religion nicht gleichgestellt wären. Die Regierungen beider Länder haben sich dahin geeinigt, provisorisch den zwischen Rumänien u. Oesterreich festgestellten Zolltarif auch zwischen Rumänien & Italien anzuwenden. Die bezügliche Erklärung sei indessen zur Stunde noch nicht unterzeichnet.

3. *Deutschland.* Den unserer Gesandtschaft in Berlin *vertraulich* gemachten Mittheilungen zufolge habe Rumänien allerdings Deutschland gegenüber seine Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, letzterem aufgrund einer abzuschliessenden Erklärung diejenigen Vortheile zu gewähren, welche Österreich-Ungarn aufgrund der Handelsconvention vom 22. Juni 1875 zustehen. Diesem Vorschlag gegenüber habe Deutschland geltend gemacht, dass eine zwischen dem Zollverein u. der Pforte abgeschlossene Handelsconvention Deutschland seitens des ottomanischen Reichs u. seiner Vasallenstaaten die Behandlung der meistbegünstigten Nation sichere, dass daher es auch ohne Austausch der fraglichen Erklärung für sich die gleiche Behandlung wie Österreich beanspruchen könne. Die rumänische Regierung habe dagegen Einspruch nicht erhoben u. es werde gegenwärtig seitens Rumäniens Deutschland in derselben Weise behandelt wie Österreich aufgrund seiner Handelsconvention.

Wie unserer Gesandtschaft im Auswärtigen Amte zu verstehen gegeben worden ist, würde Deutschland niemals die Bestimmungen von Art. 4 der fraglichen Erklärung angenommen haben.

4. *England* hat ebenfalls eine solche Erklärung noch nicht unterzeichnet. Das Project zu einer Erklärung zwischen Frankreich u. Rumänien, welches, wie uns

mitgetheilt wird, nächstens unterzeichnet werden soll, entspricht nach unserem Dafürhalten den beiderseitigen Anforderungen. Wir ertheilen Ihnen demnach den Auftrag, der rumänischen Gesandtschaft in Wien zuhanden ihrer Regierung vorzuschlagen, eine mutatis mutandis mit dem französischen Project übereinstimmende Erklärung zwischen Rumänien u. der Schweiz statt des uns zugesandten Projectes zu unterzeichnen u. auszuwechseln. Dabei glauben wir annehmen zu dürfen, dass die rumänische Regierung zu einer solchen vorläufigen Erklärung, die mit der zwischen ihr u. der französischen Regierung [*vereinbarten*] identisch wäre, gerne Hand bieten wird.³

3. Vgl. Nr. 104.

104

E 13 (B)/249

*Der schweizerische Gesandte in Wien, J. J. von Tschudi,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
E. Welti*

B

Wien, 16. November 1876

In Folge der geschätzten bundesrätlichen Depesche vom 10. Nov.¹ habe ich mich zum diplomatischen Agenten Rumaeniens, Herrn Balatschano, begeben um mit ihm wegen der Modification der Declaration bezüglich des projectirten Handelsvertrages zu sprechen.

Herrn Balatschano war es unbekannt, dass Frankreich eine andere Declaration unterzeichnet habe, als diejenige deren Project² ich Ihnen einsandte und die auch Italien vorgelegt wurde; er bemerkte aber, er glaube mir jetzt schon die Versicherung geben zu koennen, dass die rumaenische Regierung gewiss gerne bereit sein werde, von uns nur eine Erklärung die derjenigen, die sie von Frankreich, der Romainien [*sic!*] am meisten sympathischen Nation verlange, gleich sei, unterzeichnen zu lassen. Er glaubte aber die Ansicht aussprechen zu müssen, dass das Wegfallen des «Judenartikels» nur in der Declaration stattfinden koenne dass aber spaeter bei den definitiven Verhandlungen über die Convention seine Regierung jedenfalls die Forderung wegen Aufnahme dieses Artikels aufrecht halten werde.

Herr Balatschano versprach mir unverzüglich seiner Regierung zu berichten und mir die Antwort sogleich nach deren Eintreffen zu notificiren.³

1. Nr. 103.

2. Nicht abgedruckt.

3. Am 12. 12. 1876 mahnte Welti Tschudi auf telegraphischem Weg: [...] Sie sind beauftragt persönlich Bucharest zu gehen und die Angelegenheit zu erledigen (E 2200 Wien 1/79). Am 28. 12. 1876 wurde die Meistbegünstigungserklärung zwischen Tschudi und Balatschano in Wien ausgetauscht (BB1 1877, 1, S. 37 und 96).

Der «Judenartikel» bildet, wie es sich herausstellt, die grösste Schwierigkeit um mit Rumainien [!] eine Handelsconvention wie die zwischen diesem Staate und Oesterreich-Ungarn vereinbarte, abzuschliessen. Es fragt sich nun, wie diese Schwierigkeit zu überwinden sein wird?

Ich habe die rumaenisch-oester. ungarische Convention wiederholt einer sehr genauen Prüfung unterzogen und finde, dass dieselbe strenge genommen unter dem Titel einer «Handelsconvention» eigentlich einen Handels- und gewissermassen einen Niederlassungsvertrag in sich schliesst. Der «Judenartikel» hat im rechten Lichte betrachtet mit einem Handelsvertrage nichts zu thun; er bezieht sich auf die Aquisition von laendlichem Grundbesitz, einen Punkt, der naturgemäss weit eher in einem Niederlassungsvertrage an seinem Platze ist. Wir wollen aber mit Rumainien [!] einen blossen *Handelsvertrag* abschliessen, einen Vertrag der dem schweizerischen Handel mit Rumainien [!] die Rechte und Vortheile der meist begünstigten Nation sichert; darüber hinaus wollen wir nicht gehen; wir verlangen in diesem Vertrage nicht die Rechte, die Oesterreich seinen Juden erworben hat (das Recht von *staedtischem* Grundbesitze und das Recht der Schankwirthschaft) lassen aber auch gewisse Rechte, die die rumaen. Regierung allen Juden verweigert, bei den Verhandlungen ganz unberührt. — Es koennte vielleicht in zwanzig Jahren einmal der Fall eintreten, dass ein schweizerischer Jude, der in den Donaufürstenthümern etablirt ist, etwa zur Deckung einer Schuldforderung od. dergl. einen laendlichen Grundbesitz als Pfand nehmen moechte; er wird es aber nicht koennen, weil die rumaenischen Staatsgrundgesetze es ihm, dem fremden, ebenso wie dem einheimischen Juden verbieten, und da er diess weiss wird er sich auf eine andere Weise zu decken suchen. Eine solche Eventualitaet darf aber nach meiner Ansicht kein Hinderniss bilden um jetzt mit der rumaenischen Regierung einen *einfachen Handelsvertrag* abzuschliessen, der für unsere Kaufleute von grossem Werthe ist. Ich glaube wir sollten bei den spaeteren Verhandlungen diesen Standpunkt einnehmen und dürften dann kaum einen Anstand haben zum gewünschten Ziele zu gelangen. Die rumaenische Regierung wird uns gewiss das vollste Entgegenkommen zeigen wenn wir auch die Niederlassungs- und Grundbesitzerwerbungsfrage von den Verhandlungen ausschliessen und nichts verlangen, was die innere Gesetzgebung der Donaufürstenthümer nicht gewähren kann.

Ich habe H. Balatschano gegenüber diese meine Ansicht noch nicht ausgesprochen, da es bei den definitiven Vertragsverhandlungen⁴ Zeit dazu ist, und ich vorerst die Anschauung des hohen Bundesrathes über diesen meinen Vorschlag kennen wollte. Ein Handelsvertrag, wie ich ihn meine, würde nicht im Mindesten gegen unsere Verfassung verstossen.

Ich will nur noch beifügen, dass H. Balatschano mir mittheilte dass nach den neuesten Berichten, die er von seiner Regierung erhalten hat, dieselbe den Krieg für absolut unvermeidlich halte.

4. Vgl. Nr. 123.

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 16. Dezember 1876¹

7153. Gotthardbahn Rekonstruktion

Politisches Departement. Antrag vom 14. Dezember 1876

Durch diesseitige Note vom 20. Merz² ist der deutschen und der italienischen Regierung von der finanziellen Lage der Gotthardbahn Kenntnis gegeben und damit der Vorschlag verbunden worden, es möchte zur Vorbereitung einer weitern Verständigung zwischen den Subventionsstaaten zuvörderst eine seitens der letztern zu beschickende Konferenz von Sachverständigen die von dem Oberingenieur der Gotthardbahn-Gesellschaft neu entworfenen Pläne und Kostenberechnungen³ untersuchen und begutachten, auch überhaupt alle für die ferneren Stadien in Betracht kommenden technischen Verhältnisse klarstellen. Mit gleichlautenden Noten vom 14. Juni⁴ erwiderten das auswärtige Amt des deutschen Reichs und das italienische Ministerium des Äussern, dass die beiden Regierungen sich nicht dazu entschliessen können, die vorgeschlagene Konferenz zu beschicken, dass sie sich dagegen gerne bereit finden werden, sobald der Bundesrath in der Lage sein sollte, den Zusammentritt einer diplomatischen Konferenz, wie solche 1869 stattgefunden, in Anregung zu bringen und derselben ein bestimmtes Programm zu unterbreiten, diese Konferenz zu beschicken und bei Berathung derjenigen Massnahmen mitzuwirken, durch welche die Weiterführung des Unternehmens ermöglicht werden könne. Infolge dieser Eröffnungen sind seitens des Departements, resp. des Bundesrathes, eine Reihe technischer Untersuchungen eröffnet worden, die nun soeben ihren Abschluss gefunden haben. Dieselben verfolgten das doppelte Ziel, einmal den Kostenbetrag des nach den Bestimmungen des Vertrags vom 15. Oktober 1869⁵ auszuführenden Nezes mit möglichster Genauigkeit festzustellen und sodann diejenigen Modifikationen im Bau und Betrieb dieses Nezes zu ermitteln, welche ohne wesentliche Beeinträchtigung des von den Subventionsstaaten verfolgten Zweckes zu einer Verminderung der Kosten führen könnten. In ersterer Richtung wurde die Gotthardbahndirektion zu einer Revision ihres Kostenvoranschlages vom Januar dieses Jahres veranlasst, welche eine wesentliche Reduktion desselben ergab. Der Kostenvoranschlag, sowie die von der Direktion zur Feststellung desselben aufgenommenen Detailpläne wurden dann von einer unterm 28. Merz ds. Jahres hierseits niedergesetzten Expertenkommission geprüft, deren Arbeiten vor wenigen Tagen zu Ende gedie-

1. *Abwesend: Anderwert.*

2. *Vgl. Nr. 98.*

3. *Vgl. den Bericht von Hellwag betreffend die zum Zwecke der Verwendung des Baucapitals der Gotthardbahn in Frage kommenden Reductionen des Bauprogrammes vom 9./12. 4. 1876 (E 53/198).*

4. E 53/193. *Vgl. auch den Annex.*

5. AS 1869—1872, X, S. 555—577.

hen und Ihrem wesentlichen Inhalte nach in gedruckten Protokollen⁶ enthalten sind.

Nach dieser Enquête ergibt sich ein erforderliches Gesamtbaucapital von Fcs. 260,821,578 statt Fcs. 187,000,000, welche letztere Summe die Subventionsstaaten ihren Verhandlungen von 1869 zu Grunde legten, und sonach ein Deficit von rund 74,000,000 Franken gegenüber den dem Unternehmen zur Verfügung stehenden Mitteln. Wenn also auch gegenüber der frühern Annahme eines Deficits von 102,000,000 Fcs. eine wesentliche Reduktion eingetreten, so ist doch die Lage der Gesellschaft, wie sie in der Note vom 20. Merz dargestellt worden, immerhin unverändert geblieben, für die Subventionsstaaten aber damit die Veranlassung um so dringender geworden über diese Verhältnisse eine baldige Entschliessung zu treffen.

Das Departement beantragt nun den beiden Regierungen von diesem Stand der Sache Kenntnis zu geben, ihnen die Protokolle sowohl der Plenar- als der Sub-Commission für die Gotthard-Expertise, dann den revidirten Kostenvorschlag, endlich zwei Finanzprogramme vorzulegen und ihnen des Weiteren Folgendes zu eröffnen: Ohne den eigenen Vorschlägen der Subventionsstaaten vorzugreifen, erlaube sich der Bundesrath mit diesem Programm anzudeuten, auf welchem Wege das für Vollendung des Unternehmens fehlende Kapital beschafft werden könne. Mit den genannten Vorlagen glaube der Bundesrath den Wünschen der beiden Regierungen, für die in Aussicht genommenen Unterhandlungen einen festen Ausgangspunkt und eine fruchtbare Grundlage zu schaffen, gerecht geworden zu sein, und in dieser Voraussetzung erlaube er sich, die beiden Regierungen zum Zwecke der definitiven Vereinbarung über die gegenüber der dormaligen Finanzlage der Gotthardbahn zu treffenden Massregeln auf Ende des nächsten Monats zu einer Conferenz einzuladen. Das Departement legt zugleich den Entwurf einer gleichlautenden bezüglichen Note an die beiden Regierungen vor, welche in der Sitzung von gestern zur Einsichtnahme durch die Mitglieder auf den Kanzleisch gelegt wurde.

In der Discussion machten sich mehrfach Bedenken gegen den Passus der Note geltend, der sich auf die Übermittlung des Finanzprogramms bezieht, indem die Besorgnis geäussert wurde, es möchte gemäss der beantragten Fassung jenes Programm von den beiden Mitcontrahenten als Vorlage des Bundesrathes aufgefasst und er von ihnen bei demselben behaftet werden; es wurde daher jene Stelle dahin abgeändert, dass die beiden Programme ausdrücklich als von der Gotthardbahndirektion eingereicht bezeichnet wurden.⁷

6. E 53/193.

7. Vgl. E 1001 (E) q 1/113, Nr. 7153 a und b.

ANNEX

E 53/193

*Der deutsche Gesandte in Bern, M. von Roeder,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
E. Welti*

N

Interlaken, 30./31. Mai 1876

Die Kaiserliche Regierung hat seiner Zeit die Ehre gehabt die Note richtig zu erhalten, welche Seine Excellenz der Schweizerische Bundespräsident Herr Welti unter dem 20. März d. J. dem Staatsminister Herrn Delbrück, über die finanzielle Lage der Gotthard-Bahn-Gesellschaft, adressirt hat.

Die in derselben enthaltenen Vorschläge sind dahin gerichtet, zur Vorbereitung einer weiteren Verständigung zwischen den Subventions-Staaten zuvörderst durch eine seitens der letzteren zu beschickende Konferenz von Sachverständigen die von dem jetzigen Ober-Ingenieur der Gotthardbahn-Gesellschaft neu entworfenen Pläne und Kostenberechnungen untersuchen und begutachten, auch überhaupt alle für die ferneren Stadien in Betracht kommenden technischen Verhältnisse klarstellen zu lassen.

Die Kaiserliche Regierung hat diese Vorschläge, sowie deren Ausgangspunkte und Ziele einer eingehenden Erwägung unterzogen und, wenn sie sich nach dem Ergebniss der letzteren nicht in der Lage sieht, die Eingangs erwähnte Note in kurzweg zustimmendem Sinne zu beantworten, so ist sie hierbei nirgend von einer Abgunst gegen das Gotthardbahn-Unternehmen geleitet.

Es liegt derselben fern, Angesichts der gegenwärtigen unerwünschten Wendung, diesem grossen Unternehmen ihre bewährte Theilnahme und ihr lebhaftes Interesse entziehen zu wollen, aber sie kann auch bei dem aufrichtigen Wunsche, dass die hierzu geeigneten Wege bald thunlichst gefunden werden mögen, weder die bestehenden Vertragsverhältnisse, noch die Erwägung auf das, was Deutschland in dieser Coniunctur übernehmen kann und darf, noch endlich die Rücksicht auf die öffentliche Meinung, und auf die den verfassungsmässigen Organen des Reiches vorzubehaltende Entscheidung ausser Betracht lassen.

Aus diesen Gründen ist die Kaiserliche Regierung noch nicht in der Lage, schon eine Stellung einzunehmen, aus welcher über die Grenzen der Erfüllbarkeit hinausgehende Verpflichtungen vorab hergeleitet werden möchten.

Indem dieselbe in diesem Sinne an die Beurtheilung der geehrten Vorschläge des Schweizer Bundesrathes herantreten musste, hat sie nach Durchsicht der neu aufgestellten Pläne und Berechnungen die Überzeugung genommen, dass sich von einer weiteren Prüfung derselben, eine erhebliche Ermässigung der Voranschläge und bezw. eine ins Gewicht fallende Verminderung der eventuellen Mehrkosten schwerlich erwarten lassen dürfte.

Die Kaiserliche Regierung ist an und für sich der Ansicht, dass wenn die Ausführung des Unternehmens gelingen soll, dies durch eine Beschränkung des ursprünglichen Programmes zu ermöglichen sein wird. Es dürfte sich daher zunächst um die Eventualität einer Ausscheidung solcher im Artikel 1 des Vertrages v. 15. October 1869 bezeichneter Linien handeln, welche nicht unbedingt nöthig sind, um eine ununterbrochene, durch den grossen Gotthard-Tunnel vermittelte Eisenbahn-Verbindung zwischen Deutschland und Italien herzustellen, sowie ferner um eine Erwägung etwa zulässiger Abweichungen von einzelnen im Artikel 2 des Vertrages enthaltenen technischen Vorschriften.

Vorschläge nach der einen oder anderen Richtung scheinen aber aus der Initiative einer rein technischen Konferenz, oder Vorschlägen der Subventions-Staaten, nach der Überzeugung der Kaiserlichen Regierung nicht hervorgehen zu können.

Die Schweiz, in welcher das grosse Unternehmen seinen eigentlichen, nicht nur räumlichen, sondern auch administrativen Schwerpunkt hat, deren staatlicher Oberhoheit dasselbe unterstellt ist, und in deren Gebiete namentlich die von einer etwaigen Programm-Veränderung betroffenen Linien belegen sind, wird vielmehr berufen und in der Lage sein, die entscheidenden Vorfragen so weit zu prüfen und zur Lösung zu bringen, dass sich daran weitere internationale Verhandlungen mit Aussicht auf die Möglichkeit eines Erfolges werden anknüpfen lassen.

Soweit jene Vorfragen technischer Natur sind, hegt die Kaiserliche Regierung volles Vertrauen zu den an der Hand der bisherigen Erfahrungen anzustellenden Untersuchungen der Schweizerseits zu befragenden Sachverständigen, welchen überdies alles Material zu Gebote steht, das erforderlich ist, um über die entscheidenden Punkte Aufklärung zu gewinnen.

Für zu entsendende deutsche Techniker würde es unter diesen Umständen an einer die unmittelbare Förderung der Sache bezweckenden Aufgabe überhaupt fehlen.

Dies sind die Gründe, aus denen die Kaiserliche Regierung sich von der in Vorschlag gebrachten technischen Vorkonferenz einen Erfolg nicht versprechen kann, und es sich deshalb glaubt versagen zu müssen, der an sie gerichteten Einladung zu deren Beschickung Folge zu geben.

106

E 2300 Rom 1

*Der schweizerische Gesandte in Rom, G. B. Pioda,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
E. Welti*

B

Rome, 16 décembre 1876

Je viens de chez M. Depretis, Président du Conseil, avec lequel j'ai eu une conversation, entre autres choses, sur le projet d'alliance dont il est question dans mes rapports du 2 et du 12c¹. Il n'a pas hésité à me donner les déclarations les plus rassurantes. Après m'avoir dit qu'il n'avait aucune connaissance des négociations en question il ajouta: «Mais quel serait donc ce Gouvernement italien qui pourrait aider à détruire de ses propres mains ce boulevard où la Suisse monte la garde sur trente lieues et derrière lequel l'Italie se sent aussi sûre de toute attaque que si elle avait cent mille hommes sur cette frontière? Dites au Conseil fédéral que je ne vois aucunes Nations qui aient plus de raison d'être amies que la Suisse et l'Italie. Ceci est un intérêt permanent de la Nation et les changements de Ministère n'y peuvent rien changer.» Ce point de vue, que j'ai cherché de bien mettre en évidence en toute occasion, paraît être celui des classes influentes, et j'ai été flatté de l'entendre ce matin expliquer avec tant de clarté et de chaleur par le Président du Conseil. M. Depretis finit en me disant qu'il ferait insérer quelques lignes dans le «Diritto» pour couper court à toute induction malveillante.

1. Am 2. 12. 1876 hatte Pioda in einem Schreiben an Welti einen laut «Le Temps» am 10. 5. 1870 zwischen Frankreich, Italien und Österreich abgeschlossenen Defensivvertrag erwähnt, in welchem es heisse: [...] que la neutralité de la Suisse devrait être respectée, que toutefois, dans le cas où la Suisse aurait pris parti contre les trois puissances alliées, l'Italie aurait été autorisée à rectifier ses frontières du côté du Tessin. [...] (E 2300 Rom 1). Kern meinte in einem Schreiben an Welti vom 8. 12. 1876 allerdings: [...] je dois déclarer que plusieurs chefs de missions étrangères, et même des Ambassadeurs de Grandes Puissances qui devraient être au courant des événements secrets qui ont précédé la guerre franco-allemande, ne croient pas à l'existence d'un traité formel. Ils pensent qu'il a pu y avoir des pourparlers, des ouvertures, mais peu de chose d'autre. [...] (E 2300 Paris 29).

*Der Bundespräsident und Vorsteher des Politischen Departements, J. Heer,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, J. K. Kern*

S Confidentiel

Berne, 17 janvier 1877

J'ai pris connaissance avec un vif intérêt de vos rapports au Département du Commerce et de ceux que vous m'avez personnellement adressés au sujet de la révision des tarifs français et des conversations que vous avez eues à ce propos.¹ J'ai même cru devoir entretenir le Conseil fédéral de cette importante question et j'ai l'honneur de vous faire savoir aujourd'hui en son nom qu'il rend pleine justice à l'énergie et à l'activité infatigable que vous déployez en cette circonstance pour protéger les intérêts suisses en jeu. Il n'est sans doute pas nécessaire de faire ressortir que nous appuyons à tous égards les raisons que vous avez fait valoir et je ne puis vous cacher que la manière de procéder du Conseil supérieur a causé ici une surprise pénible. Les assurances qui avaient été publiquement données nous autorisaient à espérer que, pour la transformation des droits à la valeur en droits spécifiques, on prendrait pour base inaltérable le tarif conventionnel en vigueur entre la Suisse et la France. Mais nous devons constater aujourd'hui, à notre sincère regret, que cette transformation a eu lieu suivant de tout autres principes et que le tarif général, tel qu'il est proposé, consacre des droits qui, comparativement au tarif conventionnel en vigueur, constituent une aggravation très sensible précisément pour plusieurs branches importantes de notre industrie suisse.² On cherche sans doute à nous tranquilliser en nous faisant espérer que l'on pourra revenir de ces rigueurs à l'occasion des négociations du nouveau traité. Mais cette consolation n'est pour nous que de bien peu de prix. Car il faut considérer, d'abord que l'issue de ces négociations est encore absolument incertaine et surtout qu'un retour des droits élevés du tarif général aux droits relativement modérés du tarif conventionnel nous sera compté comme une concession pour laquelle on prétendra peut-être à des concessions réciproques de notre part. La situation dans laquelle nous nous trouverons placés, si les vues du Conseil supérieur sont adoptées par le Gouvernement et par les Chambres, est dès lors des plus difficiles et l'industrie Suisse aussi bien que nos Conseils en seront sans doute d'autant plus péniblement impressionnés que les assurances précédemment données par le Gouvernement français faisaient prévoir avec certitude une toute autre solution. Nous vous prions de ne point cacher aux représentants du Gouvernement français le sentiment de *désillusion* que provoquerait fatalement un tel état de choses et dont les négociations à venir auraient indubitablement à souffrir.

1. *Berichte Kerns in:* E 13 (B)/171 und 172.

2. *Vgl. den Annex, sowie:* Tarif des douanes françaises. Projet de conversion en droits spécifiques des droits à la valeur. Berne 1876 und Protokoll der Sitzungen der eidgen. Expertenkommission betreffend Revision des schweiz.-franz. Handelsvertrags (v. 1. & 2. December 1876). (E 13 (B)/171).

Nous espérons toutefois que, grâce à votre activité et à votre habileté éprouvée, vous parviendrez encore à prévenir des complications aussi fâcheuses en obtenant qu'à l'occasion déjà de l'adoption du tarif général, la transformation des droits à la valeur en droits spécifiques ait lieu d'une manière plus conforme aux légitimes espérances des industries suisses intéressées.

Nous attendons avec impatience les communications ultérieures³ que vous aurez à nous faire [...] ⁴.

ANNEX

E 2200 Paris 1/117

*Der schweizerische Stickereiexperte, J. Steiger-Meyer,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, J. K. Kern*

B

Paris, 23. Dezember 1876

Je mehr ich auf die Details unserer Verhandlungen zurückblicke & mir die Situation der einzelnen Personen & des Ganzen abzuklären suche, desto bestimmter komme ich zu folgenden Resultaten.

1. Es war ein schon längst überlegtes Project die Erneuerung des Handelsvertrages & speziell die Umwandlung der Werthzölle in Gewichtszölle dazu zu benützen um der Schweiz den s. Z. durch Ihre unermüdliche Ausdauer & Ihre Festigkeit errungenen Vortheil eines Zolles von 10% statt 15% auf den sämtlichen Broderien und dichten Stoffen wieder zu entwenden.

2. Sowohl der Conseil consultatif des arts et manufactures, als der Conseil supérieur du commerce & das Handelsministerium waren schon von Anfang an über diesen Punct einig; denn nicht der Conseil supérieur erhöhte die Taxation von 10 auf 15%, sondern schon H. Roy fixirte den Zoll für Rideaux auf 1.70 écu & f 2.— apprêté per Kilog., was auf geringe Artikel 25%, auf mittlere 15—20% & auf ganz reiche 10—15% ausmacht; die Trennung der Rideaux en pièce von den Rideaux encadrés durch den Conseil supérieur war bloss eine Verschärfung, welche den Zoll auf billigen Rideaux encadrés verdoppelte resp. auf 35—50% brachte. Der Conseil supérieur verlangte nämlich anstatt 1.70 & 2.— (Vorschlag von H. Roy) eine Moyenne von 1.95 für pièces & f 4.05 für Rideaux encadrés.

3. Wenn trotz dieser klar bewussten Erhöhung sowohl der Conseil consultatif, als der Conseil supérieur, als das Ministerium es wagten offiziell zu erklären, dass mit der Conversion des droits ad valorem [en] droits spécifiques durchaus keine Zollerhöhung beabsichtigt werde, wenn sogar der Minister Ihnen privatim und H. Ozenne in der *Einleitung* unserer ersten Conferenz diese *bewusste Unwahrheit*⁵ aufrecht zu halten & sich die Air der Coulanz zu geben [suchten], so geschah diess bloss im Vertrauen auf die Versicherungen des *Hauptanstifters*⁶ H. Roy, er werde die Sache schon zu masquieren wissen & sie durchfechten.

4. Das Factum, dass wir unsere Beweisführung nicht auf Schweizerfabricate, sondern auf die Waare von H. Hughes-Canoni in St. Quentin begründeten & damit total unanfechtbar bewiesen, dass der Zoll von 1.95 einer Belastung von 20—25% auf *französischer* Waare gleichkommt, vernichtete jede Möglichkeit einer Vertheidigung & es blieb H. Ozenne nichts übrig als sich auf H. Roy zurückzuziehen, der am Mittwoch & Donnerstag einen neuen Ausweg suchte & am Donnerstag uns kurz resumirt mit der Erklärung empfangen musste: «Es ist nicht nöthig in Beweisleistungen einzutreten, ich kenne dieselben schon, ich muss Ihnen im Vertrauen gestehen, dass die Chambre de

3. Vgl. Nr. 110.

4. Es folgt die Grussformel.

5. Kern ersetzte Unwahrheit durch Unaufrichtigkeit.

6. Kern strich Hauptanstifter durch.

commerce de Tarare uns *gezwungen* hat, die Rideaux mit 15% zu belegen, wie die andern Baumwollgewebe & angesichts des beinahe vollständigen Ruins, welchen die in einer schwachen Stunde der Schweiz erlaubten 10% der Tarareindustrie gebracht haben, konnten wir das Gesuch unmöglich verweigern. Es ist an diesem Beschlusse des Conseil consultatif & des Conseil supérieur durchaus nichts zu ändern & wenn Sie auf ein Zurückkommen dringen wollen, so kann diess bloss in den offiziellen Unterhandlungen & durch irgendwelche Concessionen geschehen, welche das Entgegenkommen von Frankreich zu Ungunsten der Tarare-Industrie rechtfertigen können. Ich wiederhole Ihnen jede Bemühung *jetzt* eine Abänderung dieser Beschlüsse zu erreichen ist total unnütz.»

5. Diese offenen Erklärungen, zu denen H. Roy sich gedrängt sah, wurden in der zweiten Conferenz mit H. Ozenne in Gegenwart von H. Marie durch H. Roy wiederholt & nachher von H. Ozenne bestätigt, welcher erklärte er habe mit dem Minister über die Sache gesprochen & sei angewiesen zu erklären, es sei rein unmöglich den Beschluss des aus Präsidenten der Handelskammern & aus Senatoren bestehenden Conseil supérieur abzuändern & sie können nicht erlauben die Unterhandlungen über den Tarif général, welche vor der Hand bloss das Interesse von Frankreich berücksichtigen können, unterbrechen zu lassen, es sei denn, dass bestimmte Irrthümer nachgewiesen werden können, was aber laut den Erklärungen von H. Roy nicht der Fall sei.

6. Wenn es uns leider nicht gelungen ist jetzt unser Ziel zu erreichen, weil es *momentan* überhaupt unerreichbar ist, so haben wir doch das franz. Ministerium & den franz. Experten zu der offenen und unreservirten Erklärung gezwungen, dass ihre officielle Versicherung die Umwandlung der Wertzölle in Gewichtszölle beabsichtige keine Zollerhöhung, sondern die Umwandlung begründe sich auf die alten Ansätze, nicht wahr sei, wenigstens in Bezug auf die uns zum Untersuch übertragenen Artikel. Sowohl H. G. Roy als H. Ozenne mussten sich von Ihnen scharfe Wahrheiten sagen & sich als Männer hinstellen lassen, welche zu Gunsten einer einzelnen Industrie, ihre officiellen Versicherungen nicht bestätigen konnten.

Also ein Ziel haben wir erreicht, die Abklärung der Wahrheit, welche man glaubte uns durch schöne Phrasen & allerlei Versicherungen verhüllen zu können.

Ich fühlte mich gedrungen Ihnen diesen Gesamteindruck der Verhandlungen, wie er mir vorschwebt, noch vor *m[einer]* Abreise zur Prüfung vorzulegen.

Wenn sie diese Anschauungen theilen, so hat die Schweiz resp. der Bundesrath eine bedeutende Waffe in der Hand um seiner Zeit gegen diese officiellen Unwahrheiten zu protestiren &⁷ alle & jede Unterhandlungen für einen neuen Vertrag abzuweisen so lange die franz. Regierung keine Satisfaction ertheilt hat.

7. Kern änderte das Satzende in: [...] und solche bei künftigen Unterhandlungen für einen neuen Vertrag mit allem Nachdruck zu benutzen.

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
J. Heer*

Ich bin gestern von Lord Russel, und heute von den Botschaftern von Frankreich, Russland und Italien empfangen worden. Letzterer, H. de Launay, kam in unserer längern Unterredung natürlich sofort auf den Gotthard zu sprechen und zwar vorerst in der Weise, dass er mich anfragte, ob ich von H. v. Bülow noch

nichts über die Entschliessungen der hiess. Regierung über die Frage der Beschickung der Conferenz erfahren habe; er, fügte er bei, sei vom Ministerium des Äussern in Rom (ein Mal brieflich und dann neulich wieder telegraphisch) aufgefordert worden, über die Intentionen der kaiserl. Regierung Bericht zu erstatten und er habe sich auch in Folge dessen vorgestern wieder zu H. v. Bülow begeben und bei diesem zuerst mündlich und dann durch das Mittel einer «note verbale» rechargirt. Ich erwiderte hierauf, ich sei leider ebenfalls in der Lage, absolut Nichts vernommen zu haben, als dass H. v. Bülow, gemäss seiner Mittheilung vom letzten Sonntag, auch seinerseits abermals rechargirt habe und dass H. v. Bülow die hiesige Stimmung in dieser Frage eher als eine günstige ansehe. Ich bemerkte H. de Launay noch, ich sei auf morgen, Donnerstag, zu H. v. Bülow zum Diner geladen und werde jedenfalls die Gelegenheit benützen, um neuerdings die Dringlichkeit der Erklärung der betr. Regierungen ganz besonders zu betonen und ihn auf die bedauerlichen Consequenzen dieser Verspätung aufmerksam zu machen. H. de Launay sprach sich im Übrigen dahin aus, die Stimmung in Italien sei weiter zu bringenden, materiellen Opfern nicht günstig, Italien habe jetzt schon das doppelte der von Deutschland und der Schweiz gelieferten Subventionen geleistet und sei diese Leistung seiner Zeit schon auf den heftigsten Widerspruch gestossen, das damalige Ministerium habe sogar eine Cabinetsfrage daraus machen müssen, um damit durchzudringen. Zudem dominire in dem gegenwärtigen Ministerium das meridionale Element, das bei dem Gotthard nicht direkt interessirt sei und es könnte im Weitern eventuell von weitem Subventionen nur unter der Bedingung die Rede sein, dass der Bundesrath «des garanties plus efficaces» biete, was er wieder, gestützt auf die Bundesverfassung, beziehsw. die Souveränität der Kantone, wohl nicht leicht werde thun können. Ich antwortete hierauf, ich sei ganz ohne Instruktionen und könne mich über die Intentionen des Bundesrathes um so weniger aussprechen, als derselbe überhaupt in Sachen noch keinen Beschluss gefasst habe, sondern vorerst das Resultat der conferenziellen Besprechungen abwarten wolle; jedenfalls könne man versichert sein, dass der Bundesrath sein Möglichstes thun werde, um gemeinschaftlich mit Italien und Deutschland eine Lösung zu finden u.s.w. Was die «garanties plus efficaces» betreffe, so müsste ich vorerst die bezüglichen Forderungen kennen, um meine *persönliche Ansicht* über deren Zulässigkeit oder Unzulässigkeit zu äussern. Auf meine Bemerkung, ich wage doch, mit Rücksicht auf die Bedeutung des grossen Werkes, auf eine günstige Umstimmung des ital. Cabinets zu hoffen, äusserte sich H. de Launay dahin, er wisse eigentlich gar nichts, man sei in Rom äusserst reservirt. Schliesslich bat ich H. de Launay, mir zu erlauben, ihn von Zeit zu Zeit wieder um Nachrichten anzugehen und mir vorkommenden Falls Neues von Belang mitzutheilen.

Erfahre ich morgen bei H. v. Bülow etwas über das Materielle der Frage, so werde ich Sie sofort davon in Kenntniss setzen.

Noch mache ich Ihnen die Mittheilung, dass mich die Kaiserin gestern, Dienstag, 2 Uhr empfangen hat und dass ich nun auf eine Audienz beim Kronprinzen warte. Mit meiner ersten Besuchs-Tournée bei dem diplomatischen Corps bin ich jetzt beinahe fertig, somit wird meine Isolirung allmählich weichen und mir der Verkehr mit den H.H. Collegen erlauben, auch Ihnen gegenüber bald pto. politische Berichte eine aktivere Stellung einzunehmen.

E 2200 Paris 1/124

*Der Bundespräsident und Vorsteher des Politischen Departements, J. Heer,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, J. K. Kern*

S

Bern, 3. Februar 1877

Ihre vertrauliche Zuschrift vom 31. I. Mts.¹ habe ich ungesäumt den Mitgliedern des B[undesra]th[e]s zur Kenntniss gebracht und sie um Mittheilung ihrer Ansichten gebeten. Der Erfolg ist der, dass einstimmig der von Ihnen gemachte Vorschlag gebilligt wurde; dahin gehend, dass sie dem türkischen Botschafter Sadyk Pascha mündlich eröffnen, es könne, Angesichts unserer gesetzlichen Vorschriften, auf die von ihm geäußerten Gedanken nicht eingegangen werden. Ich denke mir, diese formlose Mittheilung durch mich wird Ihnen genügen, um darauf hin im Sinne Ihres Vorschlages die Sache definitiv zu erledigen. Sollten Sie, mit Rücksicht auf Ihr Gesandtschafts-Archiv, noch eine nachträgliche Bestätigung in amtlicher Ausfertigung wünschen, so bitte ich nur zu befehlen.

Durch das Handelsdepartement werden Sie ohne Zweifel bereits erfahren haben, dass der B[undes]R[ath], nach einigem Schwanken, sich im Prinzip nun doch für die Beschickung der Pariser Ausstellung von 1878 ausgesprochen und demgemäss beschlossen hat, den erforderlichen Credit im März bei der Bundesversammlung nachzusuchen. Wie es dort tönen wird, ist freilich noch sehr unsicher; im Grunde hat auch in der Schweiz Niemand eine sonderliche Freude an der Sache und man ist ziemlich allgemein der Ansicht, dass Paris wohl noch ein paar Jahre hätte warten dürfen. Speziell die Industrie in der Ostschweiz ist durch die Ihnen nur zu bekannten Vorgänge verstimmt und schwärmt gar nicht für eine Betheiligung; auch der Stand unserer Bundesfinanzen wäre wohl eher dazu angethan, sich die erheblichen Kosten (man rechnet auf f 350,000) vom Leibe zu halten. Aber offenbar würde es in Paris tief verletzen, wenn die Schweiz ferne bliebe, und wenn darüber noch ein Zweifel möglich wäre, so würde derselbe beseitigt durch die Sprache des französ. Botschafters, der in letzter Zeit sehr dringend um baldige Entschliessung mahnte und dabei deutlich durchblicken liess, was man von dem «befreundeten Nachbarland» erwarte. Diese Rücksicht hat schliesslich alle andern Bedenken überwogen und ich nehme fest an, es werde dies auch in den gesetzgebenden Räten — trotz vielfachen inneren Widerstrebens — der Fall sein.²

1. Kern übermittelte die Anfrage des türkischen Botschafters, ob die Schweiz bereit wäre, Offiziere zum Aufbau einer türkischen Polizeitruppe zu stellen (E 2200 Paris 1/0117).

2. Zur Diskussion im Parlament über die Frage der Teilnahme der Schweiz an der Pariser Weltausstellung von 1878 vgl.: NR-Prot. vom 22. und 27. 3. 1877 (E 1001 (C) d 1, 64, Nrn. 643 und 669); StR-Prot. vom 26. 3. 1877 (E 1001 (D) d 1/62, Nr. 500); Bericht der Kommission des Nationalrats vom 22. 3. 1877 (BBl 1877, 2, S. 711—717); und die Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung vom 9. 3. 1877 (BBl 1877, 1, S. 447—456). Eine kritische Begutachtung der schweizerischen Aussteller und der Arbeit des Generalkommissariats in Paris findet sich in einem Schreiben von Willi an Heer (als Annex abgedruckt).

Ihre Erfolge in der Handelsvertrags- resp. Tarif-Frage sind der Art, dass Sie wohl zufrieden sein können. Es ist zum Mindesten ein erster Stein aus dem Wege geräumt und für die künftigen Verhandlungen freie Bahn gemacht; mag nun der Tarif général aussehen, wie er will: wir wissen, dass dadurch der Tarif conventionnel nicht beeinflusst werden wird. Für den gegenwärtigen Augenblick ist dies wohl das Einzige, was zu erreichen war.³ Mit unserer Gotthardbahn-Frage rücken wir leider nicht vom Flekke; weder in Rom, noch in Berlin scheint man noch über die einzunehmende Haltung schlüssig zu sein, und wenn man es einmal sein wird, dürfte es dann erst noch einige Zeit kosten, bis diese Beiden unter sich *einig* sind. Ich habe das Möglichste gethan, um einigermassen dahinter zu kommen, wie man an den beiden Orten über die Sache und über den Gang, den sie nehmen soll, vorläufig *denkt*, aber im Ganzen ohne allen Erfolg: entweder ist man äusserst zugeknöpft, oder man weiss eben selber noch nicht, wo man hinaus will.

Im Tessin ist bis dato Alles ruhig verlaufen und der neue Gr[osse] Rath hat diese ganze Woche friedlich getagt. Leider ist ein Versuch unseres Commissärs, eine Art Friedensschluss unter den Partheien zuwege zu bringen (mit Fusionsregierung) an dem Widerspruch der Conservativen gescheitert und dadurch die Stimmung eher wieder verbittert worden; doch hege ich die Hoffnung, dass es bei vehementen Zeitungsartikeln sein Bewenden haben wird.

ANNEX

E 14/23

*Der Sekretär der Abteilung für Handel und Gewerbe des Eisenbahn- und
Handelsdepartements, Ph. Willi,
an den Vorsteher des Eisenbahn- und Handelsdepartements, J. Heer*

B

Paris, 2. August 1878

In diesem Weltmeere der Kunst- und Industrie habe ich mich nun durch den täglichen Besuch, einigermassen orientirt. Frankreich hat Alles aufgeboden, um ruhmreich aus diesem grossartigen Wettkampfe hervorzugehen. Mehr als die Hälfte des ganzen Ausstellungsraumes ist von Frankreich besetzt. Paris hat ein kolossales Gebäude allein für seine Ausstellungsgegenstände. Lyon hat eine ganze Reihe von Sälen für seine Seidenwaaren. Tarare und St. Etienne sind ebenfalls ganz grossartig vertreten. Die Uhren-Industrie von Besançon hat allem aufgeboden, um die schweiz. rivalisirende Industrie in Schatten zu setzen, was aber, wie ich höre, nicht gelingen wird. Nach Frankreich treten England und die Vereinigten Staaten von Nordamerika in den Vordergrund. Wie zu erwarten war, macht sich namentlich die amerikanische Uhren-Industrie breit; mit Interesse beobachte ich beinahe täglich, wie die amerikanischen Aussteller bei den Besuchern Reklame machen. Italien glänzt mit seinem Kunstgewerbe. Die kleine Schweiz befindet sich ungefähr in der Mitte der Ausstellung. Die Installation macht Einem sofort den besten Eindruck. Alles ist wohl geordnet und wohl durchdacht. Herr Jäger verdient in der That volle Anerkennung. Indem er die Pläne gemacht hat, habe ich ihn gebeten, mir einige Stunden zu widmen, um unsere Abtheilung zu durchgehen und mir die nöthigen Aufschlüsse zu geben, was er bereitwilligst that, und was ich hier gerne erwähne. Der Saal der Uhren-Industrie ist ganz ausgezeichnet. Die Grafer'sche Abtheilung zieht hauptsächlich die Besucher an. Auch der Saal für die Seiden-Industrie und derjenige für die Stickereien sind in jeder Beziehung, sowohl Installation als Ausstellungsobjekte, vorzüglich. Ebenso der Saal für die

3. Vgl. Nr. 110.

Baumwoll-Industrie. Dass die schweiz. Musikdosen-Fabrikanten Fiasco gemacht haben, wird Ihnen wohl zur Kenntniss gelangt sein. Das Berner Oberländer Zimmer mit den Parquetterien und Holzschnitzereien ist immer von den Besuchern besetzt. Es ist allgemein anerkannt, dass die Schweiz in der Maschinen-Abtheilung eine ganz hervorragende Stellung einnimmt. Sehr mittel-mässig scheint mir die Schweiz in der Kunstausstellung vertreten zu sein; kein einziges hervorragendes, sägirendes Gemälde. Besucht man die Kunst weiterer Nationen, so sieht man immer und immer Objekte, die Einen ergreifen und zu wiederholtem Besuche veranlassen. Das schweiz. Generalkommissariat hat sein Hauptbüro nicht in der Ausstellung, sondern in der Rue Monceaux, Nr. 3, wo ich zwei Mal Besuche machte. Die Bücher habe ich in Ordnung gefunden; Alles ist bis auf den Tag aufgetragen: Journal, Kostenbuch, Conto-Corrente. Die ganze Baurechnung beläuft sich auf circa fr. 240,000. Die Eidgenossenschaft übernimmt davon fr. 100,000 so dass fr. 140,000 auf die Aussteller fallen. Das Kommissariat ist eben im jetzigen Momente damit beschäftigt, von den Ausstellern die Beträge einzukassiren. Überschreitungen des Voranschlags werden betr. die Transportkosten und die Jury vorkommen. Wie mir Herr Beeler bemerkte, wird der Ausfall aber dadurch gedeckt werden können, dass auf andern Rubriken weniger ausgegeben wird als budgetirt ist, so dass wahrscheinlich kein Nachtragskredit nöthig sein wird. Hr. Guyer ist zurückhaltender und hat sich mir gegenüber nicht so günstig geäußert, wohl deshalb, damit er mit dem Rechnungsergebnis angenehm überrasche. Die Thätigkeit des Personals unseres Kommissariats beobachte ich so viel als möglich und habe nichts gesehen, was mich zu Aussetzungen veranlassen könnte. Immerhin scheint mir, dass dasselbe zahlreich genug sei und dass die Anstellung des Hrn. Zuan für die ganze Ausstellungszeit ganz überflüssig gewesen wäre. Man wird gewiss auf diese Frage auch nicht mehr zurückkommen.

Ich beschränke mich auf diese wenigen Mittheilungen betreffend die schweiz. Abtheilung, einlässlicher werde ich Ihnen mündlich berichten.

Die Gotthardfrage, die Handelsverträge und Handelspolitik höre ich sehr oft besprechen; auch hierüber werde ich Ihnen mündlich referiren.

Wie ich bereits bemerkt, bin ich nun allerdings in der Ausstellung einigermaßen orientirt, genau habe ich aber in der kurzen Zeit meines bisherigen Aufenthaltes ausser der schweizerischen keine andere Sektion durchgehen können und zu meinem Bedauern sehe ich den Tag, an welchem mein Urlaub zu Ende geht und ich demnach in Bern eintreffen soll, nahe bevorstehend. Ich werde gegen Ende der nächsten Woche abreisen und Montag den 12. d. Nachm[itags] vis major vorbehalten, auf dem Departemente mich einfinden.

110

E 2200 Paris 1/124

*Der Vorsteher des Eisenbahn- und Handelsdepartements, K. Schenk,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, J. K. Kern*

S

Bern, 13. Februar 1877

Ihre Berichte vom 8., 10. & 11. dies sind uns zugekommen.¹ Wir beantworten Ihnen dieselben anmit der Reihe nach:

1. In Ihrem Berichte vom 8. dies ersuchen Sie um Weisung betreffend die Verwendung der bis jetzt noch nicht ausgetheilten Expertenberichte, sowie desjenigen des Herrn Weiss über Horlogerie.²

1. *Alle Schreiben in:* E 13 (B)/172.

2. *Eingaben der Kantone, Wirtschaftsverbände und Firmen in:* E 13 (B)/171.

Wie wir Ihnen mit Telegramm vom 9. ds.³ mitgetheilt, sind die Chefs der II. & III. Section, die Herren Director D^r. Hirsch in Neuenburg, Etienne aux Brenets & J. R. Geigy, Fabrikant in Basel zu einer Besprechung der Frage, ob die übrigen Rapporte der Expertenkommission den betreffenden franz. Amtsstellen mitzutheilen seien, einberufen worden. Diese Herren Experten sind einstimmig der Ansicht, dass die Vertheilung stattzufinden habe. Dieselbe soll sich indessen nicht auf den Bericht des Herrn Weiss ausdehnen, dessen Konklusionen von denjenigen des Berichtes der II. Section theilweise abweichen.

In Folge Ihrer Depesche vom 13. dies⁴, die wir Ihnen bereits telegraphisch beantwortet haben, wird nun von der Vertheilung jener Expertengutachten abstrahiert. Die oben genannten Herren Experten werden wir hievon sofort in Kenntniss setzen.

2. Ihrem Schreiben vom 10. dies legen Sie Copie eines vom 5. dies datirten Schreibens des Handelsministers Teisserenc de Bort an das Ministerium des Äussern bei.⁵ Laut demselben soll der Generaltarif *ausschliesslich* gegenüber denjenigen Ländern Anwendung finden, welche von Frankreich vollständig unabhängig sein wollen & diejenigen Länder, welche gegenwärtig Handelsverträge mit Frankreich haben, nur insofern berühren, als sie ihre bisherige Handelspolitik ändern & in die Isolirtheit zurücktreten würden.

Betreffend die Umwandlung der Werth- in Gewichtzölle wird bemerkt, dass dieselbe bona fide stattfinden & nicht zu dem Zwecke vorgenommen werden soll, um für Zollerhöhungen einen Anlass zu haben. Diese Umwandlung finde statt, um die Zollabfertigungen zu erleichtern & bessere Garantien gegen falsche Declarationen, die dem Staatsschatz & dem loyalen Handel nachtheilig seien, zu gewinnen.

Jenes Schreiben hat sofort bei den Mitgliedern des Bundes-Rathes circulirt & ist von demselben mit Rücksicht auf den darin enthaltenen Aufschluss mit unverhohlener Befriedigung Kenntniss genommen worden.

Das Departement stellt sich die Frage, ob auf das Schreiben, in irgend welcher Form eine Antwort gegeben werden könne. Mit Rücksicht auf die darin enthaltenen & oben erwähnten Bemerkungen, dürfte eine Antwort wünschenswerth erscheinen; allein bei dem eingeschlagenen Weg, nach welchem derselbe von einem Ministerium an das andere gerichtet ist, scheint uns die Zulässigkeit einer Antwort von einer ausländischen Behörde oder deren Vertreter in Frage gestellt.

Wir möchten indessen gerne hierüber Ihre Ansicht kennen lernen.⁶

Eine zweite Frage, die sich das Departement hiebei stellt & über welche es ebenfalls Ihre Meinung hören möchte, besteht darin, ob nicht auf Grundlage jenes Schreibens, aber selbst vollständig ohne Nennung desselben, ein Stimmungsbericht veröffentlicht werden sollte, um dadurch unsern Handels & Gewerbebestand

3. Nicht abgedruckt.

4. E 13 (B)/172.

5. Als Annex abgedruckt.

6. Mit Schreiben vom 16. 2. 1877 beauftragte der Bundesrat Kern: [...] Vous voudrez bien, comme vous l'avez déjà fait de votre propre mouvement, remercier en notre nom M. le Duc Decazes de la communication qu'il a bien voulu faire de la lettre du Ministre du Commerce, et lui dire que nous avons pris avec satisfaction connaissance du contenu de ce document. [...] (E 13 (B)/172).

wenigstens einigermassen zu beruhigen. Es ist nicht zu verkennen, dass bei der Fortdauer der jetzigen, durch die Beschlüsse des Comité consultatif & insbesondere des Conseil supérieur du Commerce veranlassten Missstimmung, es sehr schwer halten würde, unsere Industriellen & zwar namentlich diejenigen der Ostschweiz zur Betheiligung an der Ausstellung heranzuziehen, eine Stimmung, die sich wohl zu Gunsten derselben ändern würde, wenn den fraglichen Kreisen von den Intentionen der franz. Regierung bezüglich der Handelsvertragsnegotiationen Kenntniss gegeben werden könnte.⁷

3. Privatschreiben vom 11. dies. — Ihre Berichte vom 22. & 23. v. Mts. & das dem erstern beigefügte Pro Memoria sind den Experten noch nicht mitgetheilt worden⁸, weil wir annehmen mussten, es liege die Mittheilung nicht in Ihrem Willen. Da Sie nun die Mittheilung verlangen, so wird dieselbe sofort angeordnet. — Das Protokoll über die Expertenkommission vom 1. & 2. Dec. v. J.⁹ ist nicht vervielfältigt. Der wesentliche Inhalt desselben findet sich indessen in unserm Geschäftsberichte pro 1876¹⁰, der bereits angefertigt ist und demnächst gedruckt wird.

ANNEX

*Der französische Minister für Handel und Landwirtschaft, P. E. Teisserenc de Bort,
an den französischen Aussenminister, L. C. Decazes*

Copie
S

Paris, 5 février 1877

Par votre dépêche du 21 Janvier, vous m'avez entretenu des préoccupations que la communication gracieuse que nous leur avons faite du travail préparé par le Conseil supérieur pour le remaniement du tarif général français, a causées à quelques uns des représentants des Puissances avec lesquelles nous aurons à renouveler les traités de commerce.¹¹

J'ai quelque peine à m'expliquer cette émotion. En refondant son tarif général, le Gouvernement français a eu pour but de faire disparaître de la législation commerciale des dispositions prohibitives, des taxes exagérées, qui ne répondent plus aux besoins de notre temps, et de les remplacer par une tarification qui reste, sur un grand nombre de points, très inférieure aux tarifs que les produits français doivent payer quand ils sont importés dans les Etats soumis au régime conventionnel.

7. *Darüber führte Kern am 20. 2. 1877 ein Gespräch mit Decazes: [...]J'ai ajouté que je supposais que le Conseil Fédéral apprendrait avec plaisir quelles sont les intentions du Gouvernement français au sujet du caractère plus ou moins confidentiel de cette lettre du 5 Février. [...]Vous vous souvenez, a répondu le Ministre, qu'en Vous remettant cette lettre, j'ai ajouté qu'elle était confidentielle. Je crois devoir aujourd'hui lui maintenir ce caractère.*

J'ai répliqué en demandant si, dans le cas où cela deviendrait nécessaire, il aurait des objections à ce que des explications fussent données dans ce sens que le Conseil Fédéral avait reçu, au cours des pourparlers officiels nécessités par les difficultés provoquées par le projet de tarif général élaboré par le Conseil Supérieur de Commerce, des explications et des assurances de nature à écarter ces difficultés.

«Dans ces termes généraux, je n'ai pas d'objections,» a répondu le Ministre des Affaires Etrangères; «mais je tiendrais à ce qu'il ne fut pas donné de publicité à la lettre elle-même, dont la teneur doit rester confidentielle.» [...] (E 13 (B)/172).

8. *Das Schreiben, die Berichte und das Promemoria in:* E 13 (B)/172.

9. E 13 (B)/171.

10. BBI 1877, 2, S. 247—251.

11. *Vgl. Nr. 107.*

Je dois, d'ailleurs, rappeler que le tarif général est la partie du tarif français *exclusivement* applicable aux pays qui entendent garder, vis-à-vis de nous, une entière indépendance. Il ne saurait donc atteindre les Etats aujourd'hui associés par des traités de commerce que tout autant que leur intention serait d'abandonner la politique commerciale actuelle pour rentrer dans l'isolement. En prorogeant après leur échéance les anciens traités, la France a suffisamment prouvé qu'elle n'était pas de ces derniers et qu'elle voulait rester fidèle au régime conventionnel.

Ce serait surtout la manière dont a été effectuée la conversion des taxes *ad valorem* en taxes spécifiques qui aurait soulevé des critiques. Cette transformation semblerait aux représentants des Puissances s'être traduite par des chiffres qui porteraient une grave atteinte à leurs intérêts.¹² Ils vous demandent donc que, dans les négociations ultérieures, la France renonce à leur imposer le travail du Conseil supérieur et du comité consultatif comme base inflexible des futurs arrangements.

Le Département du Commerce n'a jamais entendu se poser sur ce terrain exclusif. «En demandant la transformation des droits *ad valorem* en droits spécifiques, il ne poursuit d'autre but que de simplifier les opérations en Douane et de garantir le Trésor et le Commerce de bonne foi contre les effets des fausses déclarations. Il est donc d'accord avec vous pour penser que la situation actuelle devra servir de point de départ aux négociations qui s'ouvriront à bref délai et que la transformation des droits *ad valorem* en droits spécifiques devra être étudiée contradictoirement, bona fide, en s'inspirant des sentiments d'équité et du désir de bonne entente qui en rendront la solution satisfaisante pour tous les intérêts.»

J'espère, Monsieur le Duc et cher Collègue, que ces explications dissiperont tout malentendu et calmeront les appréhensions que vous avez bien voulu me communiquer.

12. Vgl. Nr. 107, Annex.

111

J.I. 67/ H

*Der Bundespräsident und Vorsteher des Politischen Departements, J. Heer,
an den Präsidenten der Gotthardbahndirektion, A. Escher*

S

Bern, 14. Februar 1877

Mit grossem Interesse habe ich gestern Abend den Bericht von Herr Stoll¹, den Sie die Freundlichkeit hatten mir mitzutheilen, durchgegangen: es ist kein schönes Bild, das uns hier aufgerollt wird u. wenn die Sachlage, wie sie hier in markigen, scharfen Zügen dargestellt ist, in weiteren Kreisen u. namentlich in denen der Betheiligten u. [davon] Betroffenen bekannt wird, so wird es wohl an bitteren Vorwürfen nicht fehlen. Insofern ist der Bericht tröstlich, als er den Beweis dafür erbringt, dass, bei Wiederaufnahme gesunder Geschäfts-Maximen, das Unternehmen wohl im Stande sein wird, wieder zu gesunden, u. wenn diese Überzeugung Eingang findet, so werden wohl auch Mittel u. Wege gefunden werden, um aus der Klemme des Moments herauszukommen. Leicht ist dies freilich nicht u. ich begreife vollkommen, dass die Last dieser Aufgabe Ihnen schwer wird. Ich bin sehr gespannt darauf, bei Ihrer nächsten Anwesenheit in Bern Näheres über die

1. Nicht ermittelt.

Intentionen der Commission zu erfahren, die nun ohne Zweifel bald ihre Aufgabe ernstlich an die Hand nehmen wird.

Von Berlin höre ich gar nichts: Roth hat das Mögliche gethan, um einmal klaren Wein eingeschenkt zu erhalten; bis jetzt hat er eigentlich nur Hofbescheide u. Allgemeinheiten ohne Werth zu hören bekommen. Röder habe ich noch mit keinem Auge gesehen: er sitzt beharrlich in Vevey, u. ich schliesse daraus, dass er nichts Erhebliches erhalten hat; er wäre sonst längst herbeigesegelt. — Von Pioda vernehme ich in einem Billet vom 10.², das ich gestern erhielt, Melegari habe ihm eine Depesche de Launay's vorgelesen (vom 4.), worin dieser melde: die deutsche Regierung gedenke dem Reichstag eine Vorlage in dem Sinne zu machen, dass Deutschland u. Italien *zusammen* eine Erhöhung der Subvention um 12 Mill. Fr. bewilligen u. es der Schweiz anheimgeben wollen, die allfällig nöthig werdenden Kürzungen an dem Netze der Zufahrts-Linien vorzunehmen. Ich schrieb an Pioda sofort zurück, dass nach meiner Ansicht ein derartiger Vorschlag ungefähr soviel hiesse, als: man wolle das ganze Unternehmen aufgeben. — Ist es richtig, dass eine Mailänder Gesellschaft Ihnen Anerbietungen wegen der Pino-Linie gemacht u. sich bereit erklärt hat, die Verbindung von Cadenazzo nach Arona (?) auf eigene Rechnung und Gefahr zu bauen? Pioda hörte dies in Rom behaupten.

2. Nicht ermittelt.

112

E 2300 Berlin 2

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
J. Heer*

B

Berlin, 17. Februar 1877

Im Begriffe, mich auf die Kanzlei zu verfügen, erhalte ich Ihr Geehrtes vom 15. d. M.¹ und beeile ich mich, Ihnen unter theilweiser Bezugnahme auf mein letztes Schreiben, ebenfalls vom 15.², mitzutheilen, dass ich bis jetzt weder von offizieller noch von irgend einer andern Seite her Andeutungen darüber erhielt, dass man sich mit dem Gedanken beschäftige, die bestehende Gotthard-Gesellschaft ihrem Schicksale zu überlassen d. h. dem Concourse zuzutreiben und damit die Durchführung des Unternehmens einer neuen Gesellschaft zuzuweisen.

Diese meine Erklärung verliert freilich dadurch an Werth, dass mir, wie ich wiederholt zu melden im Falle war, über die Absichten der Regierungen des deutschen Reichs und Italiens, absolut nichts bekannt ist. Ich wollte aber doch nicht unterlassen, zu constatiren, dass ich *auch von fraglicher Eventualität* seit meinem Hiersein nie weder direkt noch indirekt sprechen hörte.

1. Nicht ermittelt.

2. Nicht ermittelt.

Ich nehme nun von Ihren verdankenswerthen Eröffnungen gebührend Notiz und werde mich für den Fall, dass sich mir eine passende Gelegenheit bietet, in Sachen Nachfrage zu halten und mich über jene Eventualität auszusprechen, genau an Ihre Direktiven halten. Im übrigen betrachte ich Ihre frühern Instruktionen als immer noch bindend, d. h. ich abstrahire von jedem Drängen auf dem Auswärtigen Amt und warte, allerdings mit Ungeduld, eine offizielle oder offiziöse Mittheilung über die prinzipielle Frage der Beschickung der Conferenz ab, bevor ich mich irgendwie weiter in die Sache einlasse, es wäre denn, dass man mir unerwartet Anlass gäbe, diesen oder jenen Punkt jetzt schon zu berühren.

Unter der Hand frage ich aber doch tagtäglich nach dem Stand der Dinge und hoffe die richtigen Quellen gefunden zu haben, um über einen bezügl. Entscheid ohne Verzug Kenntniss zu erhalten.

Dass H. General v. Roeder absolut nichts weiss, wundert mich, denn gestern vor 8 Tagen wiederholte mir H. v. Bülow, er habe v. Röder geschrieben und denselben ersucht, den B[undes] R[ath] noch um eine ganz kurze Frist für die Beantwortung der Conferenz-Note zu bitten.

113

E 53/196

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
J. Heer*

B

Berlin, 15. März 1877

In Ergänzung meines soeben abgesandten Telegramms¹ mache ich Ihnen die Mittheilung, dass ich heute wieder eine längere Unterredung mit H. v. Bülow über die Gotthardangelegenheit hatte und dabei zu der Überzeugung gelangt bin, dass die diesbezügliche Situation dem Antritte meines Urlaubs nicht hindernd im Wege steht, oder mit andern Worten, dass meine persönliche Anwesenheit, dieser Frage wegen, nicht unbedingt nothwendig ist, wenigstens zur Zeit nicht. Warum ich dringend wünschen muss, den Urlaub ohne weitem Verzug anzutreten, hatte ich früher schon die Ehre zu melden, es sind rein geschäftliche Gründe, nämlich die s. Z. bestimmt übernommene Verpflichtung, meinen kantonalen Ämtern noch ca. 6 Wochen obzuliegen und speziell auch noch während einiger Zeit den Sitzungen des Ständerathes beizuwohnen. Ich würde nun, falls Sie meine telegraphische Urlaubsanfrage bejahen sollten, morgen, Freitag Abend von hier abreisen, Montag und Dienstag die Sitzung unseres Grossen Rathes mitmachen und dann Mittwoch in Bern eintreffen, um mein Ständeraths-Mandat noch bis zum Schluss der Session zu versehen, während welcher Zeit mir auch Gelegenheit geboten wäre, verschiedene Fragen und speziell die Gotthard-Angelegenheit näher mit Ihnen zu besprechen, was ich für absolut wünschenswerth erachte.

1. Nicht abgedruckt.

Nachdem H. v. Bülow vorerst mich angefragt hatte, ob ich nichts Neues betreffend den Gotthard wisse, welche Frage ich verneinend beantworten musste, sagte er mir, H. v. Keudell habe ihm telegraphisch berichtet, das Ministerium des Äußern in Rom habe ihm neuerdings die bestimmte Zusicherung gegeben, man werde die Sache möglichst beschleunigen. Confidentiell habe dann H. v. Keudell aber auch gemeldet, die Rekonstruktionspläne, d. h. die Frage einer Mehrleistung finde im Ministerium eine lebhaftere Opposition. Zur Zeit, fügte H. v. Bülow bei, vermöge er durchaus noch nicht zu sagen, ob die längst erwartete Antwort in der allernächsten Zeit wirklich eintreffen werde, es sei ebenso gut möglich, dass man noch Wochen lang darauf warten müsse, besonders wenn, wie die Zeitungen berichtet haben, erst Anfangs dieses Monats eine Kommission von Technikern zur Prüfung der Vorlagen einberufen worden sei. — Unter allen Umständen müsse man nun eben hier die Antwort von Rom abwarten, denn ein einseitiges Vorgehen sei nicht zulässig; hier sei man schlüssig und mit den nöthigen Vorarbeiten schon längst fertig, man habe auch bereits den Beamten im Auge, welcher mit G[enera]l v. Roeder oder vielleicht auch ohne denselben Deutschland in der Conferenz zu vertreten hätte, kurz, deutscherseits werde keine Veranlassung zu weitem Verzögerungen gegeben werden. — Übergehend auf die Situation im Allgemeinen, sprach sich H. v. Bülow wiederholt in sehr bestimmter und accentuirter Weise dahin aus, dass man Allem [*sic!*] aufbieten müsse, um die Rekonstruktion durchzuführen und zwar durch Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Gesellschaft, denn der «Krach» dieser letztern wäre entschieden in jeder Beziehung höchst verderblich für das Unternehmen. — Die deutsche Regierung sei fest entschlossen, die Sache nicht sterben zu lassen, sie sei hiebei durch volkswirtschaftliche und politische Interessen geleitet, Fürst Bismark nehme ganz diesen Standpunkt ein und interessire sich lebhaft für die Frage, ebenso beschäftige sich der Präsident des Reichskanzleramtes, Hofmann, intensiv mit derselben und auch der Bundesrath bekunde eine günstige Stimmung, etwa mit Ausnahme einiger Vertreter der süddeutschen Staaten, welche eine gewisse Lauheit zeigen. Auch bei diesem Anlasse betonte aber H. v. Bülow ganz besonders, der Bundesrath müsse sich nun eben an die Spitze stellen und es sei nöthig, dass die Schweiz, als solche, als Staat auch direkt etwas thue; wir sollen ja nicht glauben, es sei dies ein Steckenpferd, das man ohne tiefere Überzeugung, aus purer Rechthaberei reite, sondern man habe hier immer mehr die bestimmte Ansicht, dass nur auf diesem Wege dem Unternehmen aufgeholfen werden könne, wir mögen versichert sein, dass Deutschland, das bei der Vollendung des Werkes so sehr interessirt sei, leisten werde, was nur immer möglich sei.

Da ich mich ohne Instruktionen befinde oder, richtiger gesagt, von Ihnen angewiesen worden bin, in eine Diskussion der von dem Bundesrathe in den zuletzt berührten Fragen einzunehmenden Stellung nicht einzutreten, erklärte ich H. v. Bülow ganz einfach, ich werde Ihnen seine Mittheilung zur Kenntniss bringen.

Ich zweifle nicht daran, dass Sie bei dieser Sachlage mit mir einig gehen werden, dass im Grunde genommen meine Anwesenheit in Berlin zur Zeit nicht mehr absolut nothwendig ist und dass, unter Umständen, H. v. Claparède das Nöthige besorgen könnte. — So viel scheint nämlich sicher zu sein, dass man von hier aus die Conferenz beschicken und die bezügl. Note des Bundesrathes beantworten

wird, sobald Italien schlüssig ist, ebenso darf die Stimmung in den maassgebenden Kreisen als eine im Allgemeinen günstige bezeichnet werden und wenn *vor* der Conferenz noch weitere Schritte zu thun sind, so kann dies erst der Fall sein, wenn der Bundesrath durch die Vermittlung des deutschen und italienischen Gesandten in Bern die Antwort beider Staaten erhalten haben wird. Höchstens könnte es sich vorher etwa um eine offizielle recharge handeln, deren Übermittlung dann H. v. Claparède besorgen würde. Und sollte sich unerwarteter Weise die Situation während meiner Urlaubszeit so gestalten, dass meine sofortige Rückkehr nach Berlin Ihnen wünschenswerth erscheinen könnte, so wäre ich natürlich jeden Augenblick hiezu bereit.

114

E 1004 1/109

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 17. April 1877¹

2049. Gotthardbahn, Promemoria der deutschen Regierung

Die Sizung ist anberaumt zur Behandlung einer streng vertraulichen Mittheilung des *deutschen Gesandten* betreffend die Gotthardbahnangelegenheit. Die Mittheilung, welche er in gestriger Sizung vorläufig zur Kenntnis gebracht und sodann der Gotthardbahnkommission zur Antragstellung überwiesen worden ist, besteht:

1.) In einem *Promemoria*², welches die Auffassung der Reichsregierung betreffend die von hier aus mit Note vom 16. December v. Jahres³ gemachten Vorschläge über die Wiederherstellung des Unternehmens darlegt;

2.) In einem Begleitschreiben des Auswärtigen Amts an Herrn von Roeder vom 8. ds.⁴, nach welchem das Reichskanzleramt in Anbetracht, dass es hierorts von Werth sein werde, nicht nur des fortdauernden Interesses der deutschen Regierung an dem Zustandekommen des Unternehmens versichert zu werden, sondern namentlich auch zu erfahren, dass dieselbe mit den von der bundesrätthlichen Kommission in Vorschlag gebrachten Abänderungen⁵ des frühern Bauprogrammes, die eingleisige Anlage des Tunnels bei Goldau ausgenommen, einverstanden und unter gewissen Voraussetzungen bereit ist, eine gewisse Erhöhung der bisher zugesicherten Subvention in Erwägung zu ziehen, das Reichskanzleramt also keinen Anstand nimmt, dem Bundesrath obenerwähntes Promemoria jezt schon mittheilen zu lassen, obgleich eine Äusserung der italienischen Regierung noch nicht erfolgt ist. Der Herr Gesandte möge hierbei der Ansicht Ausdruck geben, dass nach dem Stande der Sache zuvörderst eine Übereinstimmung der

1. *Abwesend: Heer und Scherer.*

2. E 53/196.

3. *Vgl. Nr. 105.*

4. E 53/196.

5. *Ibid.*

Subventionsstaaten (die Schweiz einschliesslich) über die Grundlagen der zu führenden weitem Verhandlungen herbeizuführen sein werde, ehe es sich um den Zusammentritt der von hier aus in Vorschlag gebrachten Konferenz handeln könne. Des Weiteren soll die Mittheilung, in Erwartung einer Äusserung der italienischen Regierung, einstweilen noch durchaus vertraulich behandelt und namentlich nach Aussen hin nicht verlautbart werden, zumal die darin gemachten Vorschläge gewissen Abänderungen zu unterwerfen sein würden, falls die italienische Regierung wider Verhoffen es ablehnen sollte, die Herstellung einer Verbindungsbahn auf dem linken Ufer des Langensees südlich von Pino bis zum Anschlusse an das norditalienische Bahnnetz alsbald in Angriff nehmen und bis zur Fertigstellung der Gotthardbahn vollenden zu lassen. Schliesslich ist bemerkt, dass ungeachtet des nationalen und Verkehrs-Interesses des Reichs an dem Zustandekommen der Gotthardbahn schon die Rücksicht auf die Stimmung im deutschen Bundestage und im Reichstage, es der Regierung unthunlich machen würde, den Wünschen der Schweiz über diejenigen Grenzen hinaus entgegenzukommen, welche in dem Promemoria angedeutet sind.

Die Hauptpunkte dieses Promemoria sind kurz gefasst folgende:

1.) Betreffend das Bauprogramm wird den von der schweizerischen Expertenkommission in Aussicht genommenen Abänderungen zugestimmt, vorbehalten doppelspurige Anlage des Tunnels bei Goldau.

2.) In Bezug auf die Deckung des Mehrbedarfs wird der nach Projekt 1 beanspruchte Subventionsbetrag zu hoch befunden und würde eine so weit gehende Betheiligung deutscherseits jedenfalls abgelehnt. Das Projekt 2 ist abgelehnt. Das deutsche Gegenprojekt geht dahin:

Beschränkung des Bahnnetzes auf die Linien Immensee-Pino (:174² Kilometer, Mehrbedarf an Baukosten 45,656,811 Fcs.), Lugano-Chiasso und Cadenazzo-Locarno. Will die Schweiz auf dem Ausbau des ganzen Netzes bestehen, so wird sie für die Aufbringung der für den Bau der Zufahrtslinien nöthigen Mittel zu sorgen haben.

Die Jahreseinnahmen betragen nach der Berechnung der Experten netto Fcs. 6,042,237 und würden verwendet zur Verzinsung der bisherigen Obligationen zu 5%, der Stammactien zu 4% und einer neuen Kapitalaufnahme von Fcs. 25,644,740 zu 5%. Bei Nichtverzinsung während der Bauzeit wäre noch ein Zuschuss erforderlich von 18,500,000 und es würde sich das deutsche Reich an der Aufbringung dieses Kapitals im Verein mit den andern Subventionsstaaten betheiligen, sofern die Beschaffung der zur Vollendung des Unternehmens alsdann noch fehlenden Mittel anderweitig sicher gestellt werde.

Die bundesrätliche Gotthardbahnkommission stellt folgende Anträge:

1.) Weisung an den bereits nach Bern einberufenen und seit gestern anwesenden Herrn Minister Dr. Roth, mit möglichster Beförderung sich auf seinen Posten in Berlin zurückzugeben und gegenüber dem Staatssekretär Herrn von Bülow im Sinne einer Instruktion sich auszusprechen, zu welcher der Entwurf vorgelegt und welche aus der heutigen Berathung in der unten folgenden Fassung hervorgegangen ist.

2.) Ermächtigung des Präsidiums, in gleichem Sinne Hrn. General von Roeder unter Rückstellung der übergebenen Aktenstücke die hierseitige Auffassung auseinander zu setzen.

3.) Vertrauliche abschriftliche Mittheilung des Schriftenwechsels an die Gotthardbahn-Direktion.

4.) Einladung ans politische Departement, den Gesandten in Rom in vertraulichster Weise von der Sachlage in Kenntniss zu setzen und zu beauftragen, bei den Ministerien in Rom auf Beschleunigung der Antwort hinzuwirken und, wenn er auf denselben Gedanken bezüglich der Konferenz wie in der deutschen Eröffnung stossen sollte, demselben mit Entschiedenheit entgegen zu treten.

Zufolge Berathung werden die Anträge unter 1, 2 und 3 genehmigt, Ziffer 4 dahin abgeändert:

Herr Pioda ist zu beauftragen, bei den Ministerien in Rom auf Beschleunigung der Antwort hinzuwirken und, falls auf Seite des dortigen Ministeriums die Tendenz auftreten sollte, einzelne Fragen gesondert einer Konferenz vorgängig auf dem Wege diplomatischer Korrespondenz behandeln zu wollen, demselben mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

Die Instruktion für Herrn Minister Roth lautet:

Seine Excellenz General von Roeder, Kais. deutscher Gesandter bei der schweizerischen Eidgenossenschaft, hat dem Bundespräsidenten zuhanden des schweizerischen Bundesrathes unterm 13. April d. Js. folgende 2 Aktenstücke vorläufig mitgetheilt:

1.) die Abschrift einer von dem Auswärtigen Amte des deutschen Reiches an S. Exc. Herrn General von Röder gerichteten Depesche, d. d. Berlin 8. April 1877, betreffend die Gotthardbahnangelegenheit, und

2.) als Beilage zu dieser Depesche ein Promemoria in welchem die dortseitigen Anschauungen über die Rekonstruktion des Gotthardunternehmens detaillirt niedergelegt sind.

Zu der unter 1 aufgeführten Depesche des Auswärtigen Amtes hat S. Excellenz der Herr Staatsminister von Bülow unter Anderm den Kaiserl. Gesandten des deutschen Reiches eingeladen bei dem Bundesrathe der Ansicht Ausdruck zu geben, dass nach dem Stande der Sache zuvörderst eine Übereinkunft der Subventionsstaaten (einschliesslich der Schweiz) über die Grundlagen der zu führenden weitem Verhandlungen herbeizuführen sein werde, bevor es sich um den Zusammentritt der in Vorschlag gebrachten Konferenz handeln könne.

Der Bundesrath befindet sich nun aber vollständig im Unklaren darüber, was die Kaiserl. deutsche Regierung unter der noch zu erzielenden Übereinstimmung «über die Grundlagen der zu führenden weitem Verhandlungen» verstehe und es wird daher die schweiz. Gesandtschaft in Berlin beauftragt, sich hierüber von dem Auswärtigen Amte Aufklärung zu erbitten.

Sollte der fragliche Passus dahin zu interpretiren sein, dass nur auf Grundlage der in dem zitierten Promemoria enthaltenen Gesichtspunkte konferenziell verhandelt werden könnte, so sehe sich der Bundesrath zu der Erklärung veranlasst:

1.) Dass nach seiner Ansicht alle in dem Promemoria behandelten Punkte erst bei den Konferenzverhandlungen zur Sprache kommen können.

2.) Wenn auch der schweizerische Bundesrath keinen Anstand nehmen wird, bei den neuen Vertragsverhandlungen in alle Vorschläge näher einzutreten, welche von Seiten Deutschlands und Italiens, in Abweichung von dem ihnen zugestellten Bauprogramme und Finanzprojekte, behufs Rekonstruktion des Unternehmens vorgebracht werden möchten und durchaus Willens ist, mit den beiden

andern genannten Staaten diejenige Lösung der Frage zu suchen, welche dem Zwecke selbst und auch den Verhältnissen und Interessen der drei Staaten am besten entspricht, so befindet er sich dagegen nicht in der Lage, über einzelne Theile der Frage, den konferenziellen Vertragsverhandlungen vorgängig in dem Sinne Vorverhandlungen zu pflegen, dass jene Punkte für sich festgestellt und darüber bindende Erklärungen abgegeben werden sollten.

3.) Muss auch hervorgehoben werden, dass der von der Kaiserl. deutschen Reichsregierung vorgeschlagene Modus der Vorverhandlungen auf diplomatischem Wege nothwendig ein abermaliges Hinausschieben des Zusammentrittes der Konferenz zur Folge hätte und dass diese Verzögerung für das Gotthardunternehmen von den nachtheiligsten Folgen wäre.

Von diesem Standpunkte ausgehend muss der Bundesrath seiner Überzeugung, von der dringenden Nothwendigkeit des beschleunigten Zusammentrittes der Konferenz, neuen Ausdruck verleihen.

115

J.I. 67/ W

*Der Vorsteher des Post- und Telegraphendepartements, E. Welti,
an den Präsidenten der Gotthardbahndirektion, A. Escher*

S

Bern, 23. April 1877

Von Martuscelli habe ich erfahren «es sei das italienische Ministerium von den Tagesfragen so sehr in Anspruch genommen, dass es sich mit dem Gotthardt zu beschäftigen keine Zeit finde». Obschon der Geschäftsträger diese Mittheilung privatim machte beruht sie ohne Zweifel doch auf Nachrichten die er aus Rom erhalten hat. Ich muss gestehen, dass mich dieser Bericht in Verbindung mit dem Schweigen von Pioda trost- und rathlos macht. Ich bin völlig niedergedrückt und kann nicht anders als Ihnen mein Herz zu leeren, obschon ich weiss, dass ich es nicht thun sollte; aber wohin soll ich mich wenden? Diese Italiener speculiren offenbar auf den Ruin der Gesellschaft von dem sie für das Unternehmen Erleichterung und Nutzen hoffen. Darum habe ich seit Monaten — freilich ohne Erfolg — darauf gedrungen, dass durch unsern Gesandten die italien. Regierung über diesen Punct aufgeklärt und unterrichtet werde. Was soll nun geschehen? Theilen Sie mir Ihre Meinung mit; die Gefahr ist gross und noch grösser die Qual derselben mit gebundenen Händen gegenüber zu stehen. Es ist doppelt traurig, weil wir nach Berichten aus Berlin, der dortigen thätigen Theilnahme sicher sein können.

116

J.I. 2/9

*Der Präsident der Gotthardbahndirektion, A. Escher,
an den Vertreter der Gotthardbahngesellschaft in Rom, C. Maraini*

Kopie
S

Zurich, 29 avril 1877

J'ai bien reçu vos deux lettres du 24¹/26² crt.

J'aurais préféré vous télégraphier, mais vu la nature délicate des communications que j'ai à vous faire, je suis forcé de vous écrire.

Les propositions de l'Allemagne concernant la réorganisation de l'entreprise du Gothard sont malheureusement inadmissibles et en voici les raisons:

1. Si, comme le portent ces propositions, on abandonnait les lignes Lucerne—Immensee, Zug—Arth et la ligne du Monte-Ceneri, il est plus que probable que les Cantons et Chemins de fer suisses spécialement intéressés à ce que ces lignes s'exécutent, non-seulement refuseraient de continuer à payer leur part de la subvention suisse de 20 millions de francs, mais réclameraient encore le remboursement immédiat des sommes qu'ils ont déjà versées à ce titre, et il se pourrait fort bien que, par suite de cela, on se vît privé de plus de la moitié de la subvention suisse de 20 millions de francs.

2. Il n'y a pas l'ombre d'un doute qu'en présence de la position qui serait faite aux actionnaires, d'après les propositions de l'Allemagne, le versement des derniers Frs. 200.— par action, qui représente une somme de Frs. 13,600,000.—, ne s'effectuerait pas.

3. Le Consortium pour la formation du capital de construction du chemin de fer du Gothard qui s'est chargé dans le temps des 68 millions de francs de capital-obligations et qui a encore à prendre la IV^{ème} série de 20 millions de francs, se prévaudrait immanquablement et avec un succès indubitable de la circonstance que les conditions sous lesquelles il s'est engagé à prendre le capital-obligations sont essentiellement modifiées par les propositions allemandes, et par suite de cela il se refuserait à prendre cette IV^{ème} série. Cela est d'autant plus certain que le dit Consortium est tenu à prendre ces obligations au cours de 95, tandis qu'elles sont actuellement au plus à 40!

4. Il serait impossible de trouver dans le public le placement pour une émission ultérieure de 25½ millions de francs à 5%. D'après l'exposé de l'Allemagne, tout ce qu'on pourrait faire pour engager le public à souscrire à un nouvel emprunt, serait de présenter un calcul de rendement qui permette d'espérer un intérêt de 5%; mais on sait ce que le public pense de telles promesses de rendement et cela surtout s'agissant de l'entreprise du Gothard où il y a déjà eu tant de déceptions. Il est donc impossible de supposer qu'à ces conditions on puisse placer la moindre somme.

1. *Als Annex abgedruckt.*

2. J.I. 67/M.

Il est évident, d'après ce qui précède, qu'environ 68 millions de francs sur lesquels comptent les propositions de l'Allemagne, feraient défaut. Par conséquent le programme sur lequel se basent ces propositions est, sous le point de vue financier, inexécutable. Or, ou l'on veut l'exécution de l'œuvre du Gothard ou on ne la veut pas. Il n'est pas douteux que l'Allemagne ne la veuille sincèrement; mais dans ce cas il ne faut pas prendre un chemin qui ne permet évidemment pas d'atteindre le but.

Si, par les raisons susindiquées, les propositions de l'Allemagne sont inadmissibles, les autres que vous m'avez communiquées et dont je ne veux pas nommer l'auteur le sont encore moins, et quand vous et M. Depretis les qualifiez «d'absurdes», ce n'est que trop vrai.

La Suisse a réclamé à Berlin contre l'idée qu'on s'entende préalablement par voie de correspondance sur les points fondamentaux qui devraient alors servir de bases obligatoires pour la nouvelle Conférence internationale, et a demandé que ces points soient, surtout et en première ligne discutés dans la Conférence internationale. Le Gouvernement Allemand a reconnu le bien-fondé de cette demande et y a adhéré. Il désire aussi que la Conférence internationale se réunisse au plus tôt.

Dans cet état de choses, il me semble qu'il serait excessivement à désirer que l'Italie s'associât à cette manière de procéder sur laquelle l'Allemagne et la Suisse sont d'accord et que le Gouvernement Italien ne tardât pas davantage à répondre à la Note³ du Conseil fédéral du mois de Décembre dernier, en se déclarant disposé à prendre part à la Conférence internationale proposée par le Gouvernement Suisse. Mais alors il faudrait que les Délégués Italiens ne fussent pas liés par des instructions absolues et qu'il leur soit laissé la faculté de discuter, sans parti pris, même les bases d'un arrangement, comme l'Allemagne et la Suisse sont disposées à le faire.

Je vous prie de faire tous vos efforts pour que le Gouvernement Italien se place sur ce terrain.

Vous pouvez compter sur ma discrétion absolue relativement au document⁴ que vous m'avez communiqué.

A l'avenir, pour suivre votre exemple, je signerai mes dépêches télégraphiques du nom de «Keller», ce dont je vous prie de prendre bonne note.

ANNEX

J.I. 67/M

*Der Vertreter der Gotthardbahngesellschaft in Rom, C. Maraini
an den Präsidenten der Gotthardbahndirektion, A. Escher*

S

Rome, 24 avril 1877

Les intrigues bureaucratiques [*sic!*] et les antipathies qu'on a couvées dans ces dernières années contre la Société du Gothard, malgré mon action persistante, ont prévalu au Ministère des Travaux Publics.

3. *Vgl. Nr. 105.*

4. *Nicht ermittelt.*

Enfin le Ministre a communiqué au Président du Conseil son avis sur la question du Gothard, qui prend pour base le travail de la Commission (Massa, Biglia, Ferrucci). Monsieur le Président Depretis, qui n'accepte pas ces conclusions absurdes, m'a donné connaissance aujourd'hui de ce rapport absurde sous tous les aspects: J'en prends *copie* et je vous l'envoie d'une manière tout à fait *réservée*. M. le Président du Conseil a reconnu avec moi l'absurdité de ces propositions qu'il repoussera. Mais je dois constater que ses dispositions qui étaient excellentes [*sic!*], ont été ébranlées dans ces derniers temps par la gravité de la situation parlementaire qui est faite à son Ministère. — D'un côté une condition financière qui n'est pas prospère; la question générale des chemins de fer qu'on n'a pas encore pu résoudre; d'un autre côté les prétentions d'une grande partie de la majorité pour avoir des nouvelles lignes dans les provinces du Midi; tout cela, malheureusement, a contribué à modifier sensiblement les idées de M. Depretis. Mais malgré cela M. Depretis n'acceptera pas sûrement les idées du Ministère des Travaux Publics. Il acceptera au contraire les propositions du Gouvernement Allemand. Son idée fixe c'est d'avoir la ligne Gênes-Rhin; tout le reste, dit-il, on l'exécutera après.

Je ne vous dis pas tous les efforts que j'ai fait dans ces malheureuses conditions, sans un appui et sans trouver dans le Parlement Italien et dans le pays aucune personne qui voulût soutenir avec moi vigoureusement la cause du Gothard. Les seuls amis qui nous restent sont Messieurs Depretis et Correnti. Mais ils doivent compter, eux aussi avec le milieu hostile qui nous entoure. Tout cela me décourage profondément; mais je résiste et ne me donne pas pour vaincu.

M. Depretis, je dois vous le dire, a eu le tort grave de retarder d'une manière si déplorable, les négociations et les études nécessaires. S'il avait travaillé immédiatement en Janvier, on aurait pu faire beaucoup plus; mais ces retards ont été funestes.

L'hostilité du Ministère des Travaux Publics est manifeste. M. Zanardelli, mon ami personnel, m'avait promis le rapport de la Commission, mais lorsqu'il a vu ces conclusions il m'en a fait un mystère. Vous verrez dans le ton de ce rapport, les raisons pour lesquelles on voulait me le laisser ignorer.

Au point où en sont les choses, si vous le jugez possible et convenable, je vous conseille d'accepter immédiatement le projet allemand, que j'ai lu et que vous connaissez certainement et qui du reste se trouve résumé dans le Rapport que je vous envoie. Lorsque la grande ligne sera assurée, on étudiera les moyens pour résoudre les autres questions. Mais si vous vous décidez, ne perdez pas un seul jour; agissez à Berlin pour qu'on interpelle de nouveau l'Italie et j'agirai à Rome.

Croyez-le-moi, cher et honoré Monsieur, personne, j'ose le dire, ni en Italie, ni même en Suisse, ne partage comme je le fais, vos légitimes inquiétudes au sujet de l'avenir de la grande entreprise. J'en suis affligé comme d'un malheur personnel. La seule satisfaction qui me reste c'est d'avoir fait toujours loyalement et activement mon devoir. Mes silences, attribuez-les aux conflits intérieurs dans lesquels je me trouvais espérant toujours de vous donner une bonne et définitive nouvelle. Mais les dates que vous trouverez dans le Rapport vous montreront que les retards ne sont pas imputables à moi.

Je vous recommande toute réserve sur le document confidentiel que je vous transmets et duquel je ne peux pas même en conserver copie. Toutes vos observations veuillez me les envoyer sans retard.

PS. Veuillez excuser la hâte avec laquelle je vous écris pour ne pas tarder l'envoi du Rapport.

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 18. Mai 1877¹

2643. Gotthardbahnkonferenz

Politisches Departement. Antrag vom 18. Mai 1877

Laut Telegramm des Gesandten in Rom v. 15. dies.² ist auch die italien. Regierung einverstanden, dass die Konferenz für Verhandlungen über die Wiederherstellung des Gotthardbahnunternehmens und zutreffenden Falles für den Abschluss einer neuen bezüglichen Übereinkunft vom 25. dies. an einberufen werde, und auf Anfrage des Depts., ob der Zusammentritt der Konferenz in Bern auf den 28. dies. genehm sei, ist von Berlin und Rom bejahende Antwort eingegangen.

Mit Rücksicht auf diese Mittheilungen wird gemäss Antrag beschlossen:

1. Den Zusammentritt der Konferenz auf Montag den 28. Mai, Nachmittags 3 Uhr, in Bern (Bundesrathshaus) festzusezen.³

2. Die schweizer. Gesandten in Berlin und Rom telegraphisch anzuweisen, den Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, hievon Kenntniss zu geben und damit die Einladung zu verbinden, ihre Bevollmächtigten auf genannten Tag nach Bern abordnen zu wollen. Das politische Departement wird in Betreff der hierseitigen Abordnung und der ihr zu ertheilenden Instruktion zu nächster Sitzung Bericht und Antrag bereit stellen.⁴

ANNEX

E 53/196

Instruktion für die Abgeordneten des
Bundesrathes zu den internationalen Gotthard-Konferenzen⁵

Bern, 24. Mai 1877

[...]⁶.

— III. —

Die Abordnung hat als oberste Richtschnur für die Verhandlungen im Auge zu behalten, dass die politische Stellung der Schweiz, ihre Unabhängigkeit und Neutralität absolut intakt bleiben soll.

1. *Abwesend: Anderwert, Heer und Schenk.*

2. E 53/196.

3. *Auf Ersuchen der italienischen Regierung wurde der Konferenzbeginn in der Folge auf den 4. Juni verschoben. Vgl. das BR-Prot. vom 24. 5. 1877 (E 1004 1/109, Nr. 2762).*

4. *In der Sitzung vom 23. 5. 1877 ernannte der Bundesrat die Mitglieder der Schweizer Delegation (Heer, Schenk, Welti und Koller), und in jener vom 24. 5. 1877 erliess er die bezüglichen, als Annex teilweise abgedruckten, Instruktionen (E 1004 1/109, Nrn. 2742 bzw. 2762).*

5. *Unterzeichnet von Scherer und Schiess.*

6. *Es gehen Vorschläge des Bundesrates betreffend die Protokollführung an der Konferenz (I) und der Wunsch, über ihren Verlauf laufend informiert zu werden (II), voraus.*

— IV. —

Die Abordnung wird sich auf keine Vorschläge und Bedingungen einlassen, welche zum Zwecke haben oder dazu führen könnten, die Schweiz für die Ausführung des neu zu gestaltenden Werkes gegenüber den andern Staaten haftbar zu machen.

— V. —

Sie wird die Stellung des Bundesrathes zu dem Gutachten⁷ seiner technischen Experten-Kommission und den daran anschliessenden Reconstructionsprojecten präcisiren.

Sie wird dabei auseinandersetzen, dass der Bundesrath, nachdem die neuen Untersuchungen über die Anlage und Kosten der Zufahrtlinien die Unzulänglichkeit des frühern Devises für das Gotthardbahnez und damit die Unmöglichkeit herausgestellt, mit den vorgesehenen Mitteln das vertragsmässige Nez auszuführen, unter Kenntnissgabe des Sachverhalts den hohen Regierungen der Subventionsstaaten vorgeschlagen habe, denselben zum Gegenstand einer gemeinsamen technischen Untersuchung zu machen. Dieser Vorschlag habe zu seinem Bedauern die Zustimmung der hohen Vertragsstaaten nicht gefunden, welche vorgezogen hätten, diese Untersuchung zunächst dem schweizerischen Bundesrath zu überlassen und deren Resultate zu gewärtigen.

Diese Resultate der Untersuchung einerseits der von ihm eingesetzten technischen Experten-Kommission, andererseits, soweit es die finanzielle Reconstruction betrifft, der Direktion der Gotthardbahn-Gesellschaft, habe der Bundesrath die Ehre gehabt, den hohen Regierungen mitzutheilen.

Dieselben seien in ihren Schlüssen weder für den schweizerischen Bundesrath absolut massgebend, noch viel weniger machten sie bei den hohen Regierungen der beiden andern Subventionsstaaten einen andern Anspruch, als denjenigen, ihnen eine möglichst sorgfältige und umfassende Prüfung der Frage und einen Ausgangspunkt für die gemeinsamen Berathungen zu bieten.

Die schweizerische Abordnung gewärtige nunmehr, zu welchen Ergebnissen die hohen Regierungen der Subventionsstaaten nach Kenntnisnahme der hierseits gemachten Vorlagen gekommen seien, und sie sei ermächtigt, alle Abänderungen in Erwägung zu ziehen, welche behufs einer das Werk selbst sichernden und den Interessen der drei Staaten entsprechenden Lösung der Frage proponirt werden sollten.

— VI. —

Insofern zum Zwecke der Reduction der Kosten die Abänderung des in dem Vertrage von 1869⁸ enthaltenen Bauprogrammes nöthig erscheint, so wird die Abordnung dazu Hand bieten und dabei von dem leitenden Grundsatz ausgehen, dass durch das neue Bauprogramm eine sichere, betriebs- und concurrenzfähige Bahn in Aussicht genommen wird, welche die durch den bestehenden Vertrag begründeten Interessen der Eidgenossenschaft und der schweizerischen Subventionen in möglichst geringem Masse beeinträchtigt. Im Besondern sind namentlich folgende Punkte ins Auge zu fassen:

a. Auf Vorschläge, welche die definitive Elimination einzelner Linien des Gotthardnezes zum Zwecke haben, wird die Delegation an dem Programm des Vertrages von 1869 festhalten; dagegen ist sie ermächtigt, dazu Hand zu bieten, dass der Bau einzelner Theile des Nezes auf spätere Zeit verschoben werde.

b. Die Delegation wird darauf hinwirken, dass die Frage der provisorischen Errichtung von Trajektanstalten auf dem Vierwaldstättersee und eventuell auch auf dem Langensee⁹, sowie diejenige der definitiven oder provisorischen Erstellung von ausserordentlichen Bahnanlagen (Steilrampen, Anwendung von Zahnschienen etc.) nicht von vornherein beseitigt werde. Sie wird vielmehr darauf dringen, dass solche und andere Vorschläge, wenn sie sich auch mit den Anschauungen der eidg. Experten-Kommission in Widerspruch befinden, von Seiten der Konferenz einer gemeinsamen Untersuchung unterstellt werden.

7. Nicht abgedruckt.

8. AS 1869—1872, X, S. 555—577.

9. Vgl. E 53/195.

c. Bevor die Delegation zu einem nach obigen Grundsätzen zu vereinbarenden Programme in der Konferenz ihre Zustimmung erteilt, wird sie hiezu vorerst die Ermächtigung des Bundesrathes einholen.

— VII. —

Der Bundesrath behält sich eine nachträgliche Instruktion über das Mass der schweizerischen Betheiligung an den eventuell weiter nothwendigen Leistungen der Subventionsstaaten bis zu dem Zeitpunkte vor, in welchem er sich über das neu zu vereinbarende Bauprogramm ausgesprochen haben wird. (Art. 6, c.)

Dagegen ermächtigt er die Delegation zu der vorläufigen Erklärung, dass man schweizerischerseits geneigt sei, zur Ausführung eines ihr genehmen, neuen Bauprogramms weitere Leistungen zu übernehmen, insofern dieses in entsprechendem Masse auch von Seiten der andern contrahirenden Staaten geschieht.

— VIII. —

Die schweizerische Delegation wird beantragen, dass einstweilen Massregeln für die Fortführung der Tunnelarbeiten getroffen werden und zu diesem Behufe die Zustimmung der andern Vertragsstaaten erwirken, dass die von der Gesellschaft nach Mitgabe des Genehmigungsbeschlusses ihrer Statuten bei der Bundeskasse deponirte Caution von zehn Millionen Franken, soweit dies nothwendig wird, zur Bezahlung der monatlichen Situationen des Tunnelbaues verwendet werden.

118

E 1004 1/109

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 15. Juni 1877¹

3203. Gotthardbahnkonferenz

Eisenbahn- und Handelsdepartement. Bericht vom 14. Juni 1877

Nachdem die *Gotthard-Konferenz in Luzern* am 13. diess. ihre Endschaft erreicht hat und die herwärtige Delegation² nach Bern zurückgekehrt ist erstattet Namens letzterer Hr. *Bundesrath Schenk Bericht über den weitem Verlauf der Verhandlungen seit Erlass der nachträglichen Instruktion*³, wie sie unterm 9. diess. hiersieits festgestellt worden. Er bespricht dabei hauptsächlich das Schlussprotokoll⁴ über die Verhandlungen der Konferenz, das in der 8. Sitzung vom 12. diess. angenommen worden und das diejenigen Propositionen zusammenfasst, welche die Zustimmung aller Delegirten oder einer Mehrheit derselben erhalten haben und zugleich die Modifikationen und Zusätze präzisirt, welche die Annahme obiger Propositionen zu dem Verträge vom 15. Oktober 1869⁵ nothwendig macht.

Der wesentliche Inhalt desselben ist folgender:

-
1. *Abwesend: Heer.*
 2. *Nr. 117, Anm 3.*
 3. *Vgl. E 1004 1/109, Nr. 3088.*
 4. *E 53/201.*
 5. *AS 1869—1872, X, S. 555—577.*

Von den noch nicht eröffneten Linien des Gotthardbahnnetzes werden zunächst die Strecken Immensee-Göschenen, Airolo-Biasca und Cadenazzo-Pino in Angriff genommen und auf den muthmasslichen Zeitpunkt der Eröffnung des grossen Tunnels (Ende September 1881) vollendet.

Der Bau der Linien Luzern—Immensee, Zug—Arth und Giubiasco—Lugano wird bis zu dem Zeitpunkt der Eröffnung der Linie Immensee-Pino verschoben. Will die Gotthardbahnunternehmung die eine oder andere dieser Linien vorher bauen, so hat sie hiefür dem Bundesrath einen besondern Finanzausweis zu leisten, der die für den Bau der Linie Immensee—Pino bestimmten Mittel unberührt lässt.

Nach Eröffnung der Linie Immensee—Pino ist die Gotthardbahn-Unternehmung verpflichtet, den Bau der aufgeschobenen Linien so bald in Angriff zu nehmen, als ihre finanziellen Verhältnisse es erlauben. Über diese Voraussetzung sowie über die Reihenfolge des Baues der drei Linien entscheidet der Bundesrath.

Die in dem Vertrage vom 15. Oktober 1869 auf 85 Millionen festgestellte Subvention wird von den drei Staaten um 28 Millionen Franken vermehrt, von welcher Summe schweizerischerseits 8 Millionen und von Deutschland und Italien je 10 Millionen übernommen werden.

Neben der in dem Vertrage von 1869 enthaltenen Verpflichtung, alle Vorschriften dieses Vertrages durch die Bahngesellschaft ausführen zu lassen, macht sich die Eidgenossenschaft im besondern anheischig, die Baupläne und Kostendeckung zu prüfen und zu genehmigen und wenigstens alle drei Monate von der Gesellschaft einen Ausweis über die den Voranschlägen gemässe Verwendung der Mittel zu verlangen.

Die Repräsentanten der drei Staaten verpflichten sich, das Protokoll ihren Regierungen in empfehlendem Sinne vorzulegen. Die Regierungen werden bis zum 31. Juli d. Js. den schweizerischen Bundesrath davon in Kenntnis setzen, ob sie das Protokoll genehmigen, in welchem Falle das Schlussprotokoll als Nachtragsvertrag zu der Konvention vom 15. Oktober 1869 unterzeichnet und den Kammern der drei Staaten zur Ratifikation unterlegt werden soll.

Sollte die Genehmigung des Schlussprotokolls von einer der drei Regierungen beanstandet werden, so hat der schweizerische Bundesrath ohne Verzug eine neue Konferenz zu berufen.

Mit dieser Berichterstattung verbindet die Delegation folgende Anträge:

1. Der Bundesrath nimmt von dem Schlussprotokoll sammt Bericht und Konferenzprotokollen vorläufig Kenntniss.

2. Den Regierungen der Kantone und den Direktionen der Eisenbahngesellschaften, welche sich an der Subvention von 20 Millionen betheilig haben, wird von den Ergebnissen der Konferenz Kenntniss gegeben mit der Einladung, Delegirte zu bezeichnen zu einer vom Bundesrathe in der ersten Hälfte Juli einzuberufenden Konferenz behufs Besprechung der Frage, in welcher Weise die durch das Schlussprotokoll der Schweiz zugewiesene neue Subvention von 8 Millionen Frkn. aufgebracht werden könne.

3. Der Gotthardbahngesellschaft wird das Schlussprotokoll sammt zudienenden Konferenzprotokollen zur Vernehmlassung zugestellt namentlich bezüglich des nach dem Konferenzprojekte noch aufzubringende Privatkapitals.

Nach gepflogener Berathung werden diese Anträge genehmigt. Der dritte mit

dem Zusaze, dass die Gotthardbahndirektion mit Rücksicht auf die Bestimmung der IX Konferenz eine bindende Erklärung darüber abzugeben habe, dass sie ohne Zustimmung des Bundesrathes an dem zwischen ihr und Hrn. Tunnelbauunternehmer Favre bestehenden Rechtsverhältniss bezüglich der Installationen zum Tunnel nichts ändern werde.

119

E 53/196

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Bundesrat*

B

Berlin, 25. Juni 1877

Ich kehre soeben vom Auswärtigen Amte zurück und beeile mich, Ihnen über meine Unterredung mit dem H. Staatssekretär v. Bülow Bericht zu erstatten.

Nachdem ich demselben die Note¹ betreffend den Beitritt der Argentinischen Republik zum Weltpost-Verein übergeben und wir über diese Angelegenheit einige allgemeine Phrasen gewechselt, ergriff H. v. Bülow die Initiative in der Gotthardfrage und äusserte sich hierüber folgendermassen:

«Seitdem ich Sie zum letzten Male gesprochen, ist es mir gelungen, die Sache wesentlich zu fördern und ich freue mich Ihnen mittheilen zu können, dass sich die Reichsregierung entschlossen hat, den gesetzlichen Organen (Bundesrath und Reichstag) die Ratifikation eines Abkommens auf der Basis der Luzerner-Conferenzbeschlüsse zu beantragen und zu empfehlen. Die bezügliche Mittheilung nach Bern wird erfolgen, sobald H. Hofmann, welcher für einige Tage nach *Kissingen* gereist ist, zurück sein wird; wir werden dann H. Kinel beauftragen, die Sache abzufassen, jedenfalls nehme ich aber an, dass die Erklärung spätestens in der nächsten Woche abgegeben werden wird. Wir müssen nun unter der Hand auch noch mit H. Camphausen sprechen, ich denke aber, er werde keine Schwierigkeiten machen und so dürfte also einstweilen die Sache ganz nach Wunsch des schweizerischen Bundesrathes und zwar, wie bemerkt, in nächster Bälde erledigt werden. Ich habe auch confidentiell mit H. de Launay gesprochen und ihm den dringenden Wunsch ausgesprochen, dass Italien bald nachfolge; zudem beauftrage ich anderseits H. v. Keudell in gleichem Sinne in Rom thätig zu sein und der dortigen Regierung mit Nachdruck auseinanderzusetzen, wie sehr es im Interesse des Unternehmens liegt, dass man italienischer Seits unser Beispiel rasch befolge, um endlich die Sache in Gang zu bringen. Was endlich die Spezialfrage der Verwendung der Caution der Gotthardgesellschaft zur einstweiligen Weiterführung der Arbeiten betrifft, so habe ich dem General v. Röder bereits geschrieben, dass wir hiemit einverstanden seien.»

Ich ermangelte meinerseits nicht, auf's Neue die hohe Wünschbarkeit einer möglichst beschleunigten Erklärung von Seiten der deutschen Regierung zu beto-

1. K I, 1747.

nen, übrigens scheint mir nun wirklich «die Sache im Gang zu sein», denn die Erklärung des H. v. Bülow lautete sehr bestimmt und der Abstecher des H. Hofmann nach Kissingen (zum Reichskanzler) wird uns sicherlich gegen eine Verschleppung der Ratifikationsfrage schützen. — Dass wir endlich so weit sind, ist mir um so erwünschter, als H. v. Bülow mir mittheilte, er werde nun ohne Verzug, wahrscheinlich schon heute Abend, zum Kurgebrauch nach Marienbad verreisen, «jetzt erlaube ihm die politische Situation eher eine Absenz, als etwa in 6 Wochen.»

Ich versuchte diese Andeutung zu benützen, um ihn zu bewegen, sich im Allgemeinen über die politische Situation auszusprechen, er war aber, vermuthlich seiner Reise-Vorbereitungen wegen, so affairé, dass ich betreffend die orientalische Frage nichts von Belang von ihm erfahren konnte. Dagegen gieng er in die französische Frage ein und äusserte sich, in Beantwortung verschiedener von mir gestellter Fragen, kurz wie folgt:

«Die Zustände in Frankreich sind höchst unerquicklich, die Krisis ist äusserst leichtfertig in Szene gesetzt worden, wer weiss wie sie enden wird. Wenn die Wahlen, wie zu erwarten steht, republikanisch ausfallen, so bleiben nur 2 Eventualitäten, entweder Rücktritt des Marschal's oder Staatsstreich. Man sagt nun allerdings, der «loyale» Soldat würde nur mit Widerstreben zu diesem letzten Mittel greifen und ich habe heute, unter uns gesagt, die Mittheilung erhalten, dass so lange der jetzige Kriegsminister an seiner Stelle belassen werde, pcto. Staatsstreich nichts zu befürchten sei, dagegen wäre, hat man ausdrücklich hinzugefügt, bei einem Wechsel in diesem Ministerium Alles möglich. Betreffend die Wahlen wurde mir gemeldet, dieselben dürften am 15. August vorgenommen werden, also, nicht wahr, am Napoleonstag?»

Ich hatte von Anfang an die Überzeugung, dass man hier über die Krisis in Frankreich sehr beunruhigt ist und dass man die Entwicklung derselben misstrauisch verfolgt; offenbar hat die Äusserung des H. v. Bülow, er könne jetzt leichter weg, als vielleicht in 6 Wochen, vorherschend auf Frankreich Bezug, auf den 15. August, aber auch in andern Kreisen, all überall wo man von der Sache spricht, begegnet man einer erklärten Missstimmung und dem grössten Misstrauen, natürlich mit Ausnahme der ultramontanen Presse. Die Wirkung der Erklärungen der H. H. de Broglie, Decazes und Fourtou ist also gleich null oder, besser gesagt, eher negativ.

Ihre Depesche² betreffend mein Urlaubsgesuch habe ich soeben erhalten. Ich kenne natürlich die nähere Veranlassung Ihres Beschlusses, wonach ich bis *Ende Juli* hier zu bleiben hätte, nicht, vermuthe aber, derselbe stehe mit der Gotthard-Frage und mit meinem letzten Schreiben³ an das polit. Dept. vom 23. Juni, über meine Besprechung mit H. Kinel, in enger Verbindung. Ist diese meine Vermuthung richtig, so darf ich wohl annehmen, Sie würden mir, wenn die deutsche Ratifikation früher erfolgt, gestatten, vor dem vorgeschriebenen Termin, d. h. so bald die Ratifikation definitiv beschlossen und H. Röder beauftragt ist, Sie davon in Kenntniss zu setzen, ohne weitem Verzug abzureisen. Ich glaube Ihnen dieses Frühjahr schon den Beweis geleistet zu haben, dass ich meine Privat-Interessen

2. Nicht ermittelt.

3. Nicht abgedruckt.

unbedingt den Amtspflichten unterordne und hätte auch jetzt trotz Ihrer Autorisation den Posten nicht verlassen, ohne über das Schicksal der Ratifikation der Luzerner-Beschlüsse bestimmte, absolut beruhigende Zusicherungen erhalten zu haben.

Ebenso fällt es mir nicht ein, auf die Sache zurückzukommen, falls Ihrem Beschlusse von heute andere Motive zu Grunde liegen, sondern ich werde mich, wie es meine Pflicht ist, streng an Ihre Instruktionen halten, obschon dieser Aufschub der Rückkehr nach Teufen mich in meinen Privatinteressen empfindlich schädigt, denn es musste eben bei meiner raschen Abreise Vieles ungeordnet bleiben und nothgedrungen auf den Sommer-Urlaub verschoben werden.

120

E 2300 Rom 1

*Der schweizerische Gesandte in Rom, G. B. Pioda,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements, J. Heer*

B

Rome, 17 juillet 1877

Je reçois Votre honorée du 14.¹ Vous devez recevoir demain les 2 notes² de Melegari, dont Vous ne serez, je pense, pas trop mécontent. Je Vous ai aussi envoyé déjà le 12³ un N^o. du *Risorgimento* de Turin et 2 N^{os}. du *Sungolo* de Milan pour Vous faire connaître la presse modérée; et le 14 un exemplaire de la circulaire adressée aux localités intéressées avec celle qui a été adressée à Como spécialement. Ce que M. Maraini a écrit à M. Escher est la vérité.⁴ Zanardelli au fond est toujours hostile, mais il est modifié, et ce qui pourrait le tourner tout à fait, ce serait la ligne du Monte Cenere, qui moyennant un raccordement entre Como et Lecco, deviendrait la ligne de Venise et de la Vénétie (*Z[anardelli]* est de Brescia). J'ai écrit à M. Koller comme quoi M. Valsecchi pense qu'il faudrait non pas 4½ mais 6 millions de subsides en plus pour le Cenere dont 1½ à fournir par l'Italie et 1 par Como. Milan serait coupé par le raccordement et on ne pourrait rien lui demander en sus de ce qu'il a promis. Si le Tessin donne un million et si l'Allemagne donnait 1½ million comme Vous le faites supposer la Suisse n'aura pas plus de difficulté de trouver 9 millions que 8. J'ai lu avec attention les débats au G[ran]d Cons[ei]l Tessinois et il m'en est resté l'impression que le Gouv[ernement]t s'est bien tenu et que tout dépend de la ligne du Cenere. Si celle-ci est assurée on ajoutera encore à ce qu'on a déjà promis, si elle manque on refusera de payer ce qu'on a déjà signé. Le Cenere est donc la pierre angulaire de la reconstruction de la société. Je suis très-heureux que Vous envisagiez la question de la même manière.

1. Nicht ermittelt.

2. E 53/202.

3. Die folgenden Zeitungsausschnitte und Schreiben nicht ermittelt.

4. Vgl. Nr. 116 Annex, sowie die Schreiben von Maraini an Escher vom 26. 4. und 20. 5. 1877 (J. I. 67/M).

L'une des quatre recommandations de la note du Ministère sur le protocole est en faveur des Ingénieurs italiens. Ne serait-ce pas le tems *[sic!]* de poser carrément la question, comme je viens de l'écrire à M. Koller, et d'offrir au Gouv[ernemen]t italien de prendre un des Ingénieurs plus capables du royaume en qualité d'Ingénieur en chef? Je ne crois pas qu'il fera des miracles, mais il paraît qu'il n'est nullement nécessaire pour tenir la comparaison avec ceux qui ont dirigé jusqu'ici. Dans tous les discours du parlement dans tous les articles des journaux Vous trouverez le refrain: «Et après tous ces sacrifices, si peu de considération pour l'Italie et ses ingénieurs.» Le Conseil féd. aussi bien que la Société se déchargeraient par-là d'une bonne partie de responsabilité.

On ne sait pas plus ici qu'à Berne ce qui arrivera le lendemain. Vous dites qu'il est difficile de pénétrer les idées de l'Autriche: je crois qu'il faut poser la question d'une autre manière, soit: l'Autriche a-t-elle une idée? Il est possible qu'elle en ait plusieurs, il ne paraît pas qu'elle en ait une bien arrêtée. Elle vit au jour le jour, comme peut-être quelqu'autre puissance qui se donne l'air de faire trembler le monde (l'Angleterre). Hier il n'y avait pas un seul Ministre à Rome. Melegari est revenu aujourd'hui de Montecatini, mais il aurait l'intention de changer d'air de nouveau dans quelques jours. Vous voyez qu'on laisse les gros événemens se dérouler en Orient sans plus de souci qu'en Suisse. Quand la situation militaire se sera mieux dessinée et qu'il y aura lieu à l'action diplomatique, ce sera autrement.

[...]⁵.

5. Es folgt der Wunsch Piodas, der Bundesrat möge, da das Gotthard-Geschäft so gut wie erledigt sei und die Handelsvertragsverhandlungen erst im Herbst zur Sprache kämen (vgl. Nr. 102), ihn beurlauben und an seiner Stelle seinen Sohn als interimistischen Geschäftsträger einsetzen.

121

E 2200 Paris 1/126

*Bundesrat E. Welti
an den schweizerischen Gesandten in Paris, J. K. Kern*

S

Berne, 30 octobre 1877

Il règne depuis quelque temps, dans la population des cantons situés au nord-ouest de la Suisse, une certaine inquiétude causée par la construction, en France, d'ouvrages de fortification importants dans le voisinage immédiat de notre frontière. C'est ainsi que sur un prolongement élevé du mont Lomont vient d'être établi un ensemble de fortifications dont le front au Nord et à l'Est se trouve tourné directement vers le territoire suisse, de telle sorte que ces fortifications commandent plusieurs localités du district de Porrentruy. S'il faut en croire les renseignements qui nous parviennent, le génie militaire français se proposerait d'élever d'autres ouvrages semblables le long de notre frontière, ouvrages dont quelques-uns seraient même plus rapprochés du territoire suisse que ceux qui sont à peine

terminés. On se demande quelle peut être la destination de ces nouveaux forts et quels motifs peuvent avoir engagé la France à en décider l'érection sur la frontière d'un Etat voisin qui a toujours entretenu avec elle les meilleures relations d'amitié; qui, en raison de sa situation et de ses circonstances internationales, ne peut que s'interdire toute politique agressive; et qui s'est appliqué, ces derniers temps encore, à développer ses forces défensives, uniquement afin de pouvoir repousser vigoureusement toute atteinte à sa neutralité, et afin d'offrir ainsi à ses voisins, aussi longtemps qu'ils respecteront cette neutralité, une garantie sérieuse que leurs flancs sont efficacement couverts. La Suisse n'a qu'à faire appel aux souvenirs d'un passé qui n'est pas encore très-loin de nous, pour démontrer que cette tâche que lui imposent ses devoirs internationaux, elle a la volonté et la force de la remplir en tous points.

En faisant de cette affaire, qui préoccupe à un très haut degré l'opinion publique de notre pays, l'objet de ses délibérations, le Conseil fédéral suisse a dû admettre avant tout que les ouvrages dont il s'agit ne pouvaient et ne devaient avoir, dans l'intention du Gouvernement français, d'autre signification et d'autre but que d'assurer la défense du territoire français. Mais néanmoins le Conseil fédéral a dû aussi reconnaître que l'érection et le maintien de semblables forts, dans le voisinage immédiat de notre frontière, ont quelque chose d'inquiétant pour les populations suisses directement intéressées, et d'autre part il ne peut se soustraire à l'appréhension que, en cas de complications militaires entre les Etats voisins de la Suisse, l'existence de fortifications tout près de nos frontières pourrait, dans certaines circonstances, devenir une menace sérieuse pour la neutralité suisse ou tout au moins rendre le maintien de celle-ci beaucoup plus difficile.

En considération de ce qui précède, nous croyons donc nécessaire d'appeler l'attention du Gouvernement français sur cet état de choses, et nous vous invitons en conséquence à porter à sa connaissance que le Conseil fédéral lui saurait gré de tenir compte, dans ses décisions ultérieures, des circonstances énumérées plus haut, et verrait, dans un acquiescement à notre demande, une nouvelle preuve de sympathie et un acte de bon voisinage.

Nous vous invitons à porter le contenu de la présente note¹ à la connaissance de S. E. M. le Ministre des Affaires Etrangères de France et nous vous autorisons à lui en laisser copie.²

1. E 27/23324.

2. Kern führte, weil er das Ende der innenpolitischen Krise abwarten zu müssen glaubte, diesen Auftrag erst am 24. 12. 1877 aus. Vgl. das Schreiben von Kern an den Bundesrat vom 26. 12. 1877 (E 27/23324).

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 11. Januar 1878

167. Grenzbefestigungen

Präsidential-Mittheilung vom 9. Januar 1878

Im Verfolg der vom schweizerischen Gesandten in Paris nach Auftrag vom 30. October 1877¹ dem französ. Minister des Äussern gemachten Mittheilung über die Anschauungen und Wünsche des Bundesrathes in betreff der *längs der schweiz.-französ. Grenze ausgeführten und angeordneten Festungswerke* hat der *französ. Botschafter* dem Hrn. Bundespräsidenten in besonders anbegehrter Audienz aus Auftrag des jezigen Ministers des Äussern Hrn. Waddington wesentlich folgende Eröffnungen gemacht:

Die Fortifikationen an der französ.-schweiz. Grenze seien ein Theil der allgemeinen durchgreifenden Grenzbefestigung, welche von Seite der französ. Regierung in Aussicht genommen und im Werke sei. Einzelne jener Fortifikationen seien bereits errichtet; ob an der französ.-schweiz. Grenze noch weitere solche ausgeführt und wo sie eventuell placirt werden sollen, hierüber sei noch nichts beschlossen. Was die Distanz von der Grenze betreffe, so sei schweiz. seits besonders hervorgehoben worden, dass die Fortifikationen gegen die Schweiz hin ganz ausnahmsweise nahe an die Grenze gerückt seien. Diese Behauptung widerspreche den Thatsache. Von den 5 Forts, welche Frankreich in der Nähe des schweiz. Territoriums besitze, stünden 3 sieben Kilometer und 2 vier Kilometer von der Grenze. An der französ.-belgischen Grenze habe Frankreich das Fort Rocroi, 3 Kilom. und die Forts von Condé, Givet und Longwy 4 Kilom. von der Grenze; gegenüber Deutschland das Fort du Ballon de servance 4 K. M. von der Grenze; gegenüber Italien die Linie von Goudron (Briançon) 3½ K. M. von der Grenze.

Die ital. Regierung sei ihrerseits mit Fortifikationen der Grenze noch viel näher gerückt; sie habe im J. 1876 die Errichtung des Forts von St. Dalmas, im Thal der Roya, begonnen, 2. K. M. von der französ. Grenze und in demselben Jahre zwei Werke auf dem Mont Cenis erstellt, das eine an der Côte Droset, das andere bei der Grande Croix, weniger als 4 K. M. von der französ. Grenze. Dies bezüglich des Thatsächlichen.

Was nun den Zweck und die Bedeutung der hierseits hervorgehobenen und zur Sprache gebrachten Fortifikationen betreffe, so bedürfe es keiner besondern Versicherung, dass Frankreich nicht von ferne daran denke, die Sicherheit der Schweiz zu bedrohen oder deren Neutralitätsstellung und Pflichten und Rechten irgendwie zu nahe zu treten. Seine Massregeln seien durchaus defensiver Natur und erstrecken sich über alle Theile seiner Grenze in gleicher Weise. Eine offenbare Lücke in dem Ringe seiner Grenzsicherung zu lassen, wäre für Frankreich misslich und für die Schweiz selbst nach Ansicht der französ. Regierung eher

1. Nr. 121.

schädlich und gefährlich als nützlich. Es hiesse dies die Aufmerksamkeit eines Feindes gerade auf diese schwächere Seite lenken und die Versuchung hervorrufen oder bestärken, diese schwache Seite gegebenen Falles zum Angriffspunkte auszuersuchen. Je stärker und geschlossener Frankreichs Grenze sei, desto sicherer könne die Schweiz sein, dass der Gedanke, ihren neutralen Boden zum Einbruch in das benachbarte Land zu benutzen, von vornherein fern bleibe. Die französ. Regierung wisse wohl, dass die Schweiz vom besten Willen beseelt sei, ihre Neutralität selbst gegen wen immer zu behaupten und dass sie alles daran setzen würde, es zu thun; allein Frankreich könne sich nicht von dem guten Willen und der Kraft der Schweiz in der Weise abhängig machen, dass es mit Rücksicht auf jene auf die Massregeln zur eventuellen, eigenen Vertheidigung seines Landes verzichten dürfte. Man könne allerdings sagen, dass in der Errichtung der fragl. Fortifikationslinien ein Zweifel liege an der allseitigen Beobachtung anerkannter Verträge, allein dieses Verhalten sei durchaus nichts auffallendes. Der Friede zwischen Frankreich und Deutschland sei sehr ernst gemeint, nichts destoweniger hätten beide Länder unmittelbar nach dem Abschluss des Friedens auf möglichste Befestigung ihrer gegenseitigen Grenzen Bedacht genommen.

Was die Berechtigung Frankreichs anbetreffe, zum Schutze seiner Grenzen auf seinem Boden die ihm nothwendig scheinenden Vertheidigungswerke anzulegen, so könne dieselbe ernsthaft nicht in Zweifel gezogen werden und sei auch vom Bundesrathe nicht in Frage gestellt worden. In der That müsse die französ. Regierung diese Angelegenheit als eine rein interne Angelegenheit behandeln, die keiner internationalen Behandlung unterstellt werden könne. Was besonders die Schweiz betreffe, so habe Frankreich sich vertraglich nur bezüglich eines Punktes seiner Grenze in dem Rechte der Befestigung limitirt, nämlich durch den Dappenthalvertrag bezüglich des französisch gewordenen Theiles des Dappenthals: aber gerade diese Beschränkung auf einem Punkte auf dem Wege des Vertrages beweist, dass Frankreich betr. seiner ganzen übrigen Grenze durchaus frei sei.²

Die französ. Regierung müsse auf ihrem Rechte bestehen und sich freie Hand vorbehalten, soweit es die Interessen des Landes erfordern, von demselben Gebrauch zu machen. Sie könne aber in der Sicherung der französ. Grenze auch nichts der Schweiz und ihren Interessen Nachtheiliges erblicken und sie wünsche sehr, dass jene Massregeln schweiz. seits durchaus nur in dem angedeuteten Sinne aufgefasst werden möchten.

Auf die Anfrage des Bundespräsidenten, ob der Bundesrath eine die Eröffnungen unseres Ministers in Paris beantwortende schriftliche Note gewärtigen dürfe, erklärte Graf Harcourt, dass er angewiesen sei, über die angeregte Frage alle wünschbaren Aufklärungen zu geben, dieselben jedoch nicht zum Gegenstand einer schriftlichen Note zu machen, wie die Angelegenheit auch schweiz. seits nicht durch eine förmliche Note anhängig gemacht worden sei.

Bei der hienach stattgehabten weitem Erörterung der Angelegenheit wurde vom Präsidium unter Hinweisung auf den übeln Eindruck und die Missstimmung, welche durch die rücksichtslose Annäherung der Festungswerke an die Grenze in der Bevölkerung des anstossenden Gebiets hervorgerufen worden sei, dem Wunsche erneuerten Ausdruck gegeben, dass die französ. Regierung in ihren weitem

2. Vgl. E 2/1989—1990.

Entschliessungen diesen Umständen Rechnung tragen und dadurch der Schweiz einen neuen Beweis ihrer Sympathien und freundnachbarlichen Gesinnung geben möge, so wie vom Botschafter Zusage ertheilt, darüber gebührende Mittheilung zu machen.

Nach Entgegennahme der Berichterstattung wird Vormerkung derselben am Protokoll und abschriftliche Zustellung an den Gesandten in Paris angeordnet.

123

E 2200 Wien 1/82

*Der Vorsteher des Eisenbahn- und Handelsdepartements, J. Heer,
an den schweizerischen Gesandten in Wien, J. J. von Tschudi*

S

Bern, 12. Januar 1878

Indem ich Ihnen in der Anlage die Vollmacht¹ zum Abschlusse einer Handels-Convention mit Rumänien, nebst zugehöriger kurzer Instruktion², zugehen lasse, erlaube ich mir, die letztere mit einigen Bemerkungen zu begleiten:

1. Was die *Niederlassung* betrifft, so scheint es uns das Rathsamste zu sein, dieses Verhältniss gänzlich aus dem Spiele zu lassen. Soweit mir bekannt, besteht in den rumänischen *Städten* die ausgedehnteste Niederlassungsfreiheit und die Schweizer, die sich in Bukarest, Jassy u.s.f. etabliren wollen, stossen dabei nicht auf die geringste Schwierigkeit. Nach dieser Seite scheint also für den Abschluss eines neuen Vertrages ein *Bedürfniss* nicht zu bestehen; was dagegen das platte Land anbetrifft, so würden wir hier, falls ein Vertrag abgeschlossen werden wollte, sofort auf die bekannte Juden-Schwierigkeit stossen, die freilich einen mehr theoretischen als praktischen Werth hat, aber eben doch, namentlich in der Ratifications-Instanz, eine Schwierigkeit wäre.³ Da nun, so viel ich weiss, nir-

1. K I, 101.

2. *Nicht abgedruckt.*

3. *Bereits am 18. 2. 1877 hatte Dreyfus-Neumann in einer Petition im Namen der schweizerischen Israeliten und der Alliance israélite universelle gefordert: [...] Es möchte der hohe Bundesrath der schweizerischen Eidgenossenschaft, mit dem Fürstenthum Rumänien, nur dann einen Handelsvertrag abschliessen, wenn alle Schweizerbürger, also auch Israeliten, darin als gleichberechtigt erklärt werden. [...] Am 24. 1. 1878 doppelte Kisch im Namen des Cultur-Vereins der Israeliten in der Schweiz nach und am 12. 6. 1878 folgte die Vorstellung der Schweizerbürger israelitischer Confession an die hohe Bundesversammlung betreffend die projektirte Handelskonvention mit Rumänien. Darin wurde ausgeführt:*

[...] Es ist nämlich bisher den Rumäniern lediglich gelungen, mit den zwei unmittelbar benachbarten Grossstaaten, Oesterreich und Russland, solche Handelsconventionen abzuschliessen. Staaten, welche natürlich schon durch ihre Situation und Grösse besser als alle andern in der Lage sind, in vorkommenden concreten Fällen ihre Angehörigen in wirksamen Schutz zu nehmen. Während umgekehrt die sämmtlichen übrigen weiter abliegenden Länder, denen ähnliche Conventionen proponirt sind, Italien, Frankreich, England, Deutschland, Belgien, theils zögern auf dieselben einzutreten, theils bereits positiv und motivirt abgelehnt haben. Der Grund

gends Anzeichen dafür vorhanden sind, dass Schweizer die Neigung hätten, sich in Rumänien ausserhalb der Städte zu etabliren, so ist es, Angesichts der für die Städte thatsächlich geltenden liberalen Grundsätze, gewiss das Einfachste, die Niederlassungs-Verhältnisse in der Convention überhaupt nicht zu berühren, womit man wohl auch rumänischer Seits ganz wohl einverstanden sein wird. Der in Ihrem Brief vom 25. Dezember⁴ empfohlene Ausweg, wonach man sich auch in Bezug auf die Niederlassung gegenseitig schlechtweg und in aller Kürze das Recht der meistbegünstigten Nation zugestehen würde, scheint mir nicht empfehlenswerth zu sein: er *verschleiert* die Schwierigkeit, ohne sie zu heben; denn, so wie man die Bestimmung analysirt, so findet man, dass darin der Satz verborgen liegt: *jeder* Rumäne, wess Glaubens er sei, muss in der Schweiz behandelt werden, wie ein Eingeborner; in Rumänien aber ist ein Theil der Schweizer Bürger — die Israeliten — von wesentlichen Rechten ausgeschlossen. Die scheinbare, formelle Gleichheit verdeckt also eine reelle Ungleichheit, die wir doch lieber faktisch bestehen lassen, als vertraglich durch unsere Unterschrift sanctionniren wollen.

2. In Betreff der eigentlichen Handels- und Zollverhältnisse wird es sich wohl empfehlen, eine blossе Zusicherung beidseitiger Meistbegünstigung auszutauschen. Sie sehen zwar aus den Beilagen⁵, dass von Seiten der Uhren- und der Strohwaaren-Fabrikanten gewisse Desiderien im Sinne conventioneller Ermässigung der bestehenden Taxen ausgesprochen werden. Aber es wird kaum möglich sein, diesen Wünschen Eingang zu verschaffen, und da sie jedenfalls auch an sich von untergeordneter Bedeutung sind, so mögen sie zwar bei der Verhandlung angemeldet und thunlichst befürwortet werden, aber wenn eine Ablehnung erfolgt und die Gewährung an Gegen-Concessionen unsererseits von irgend erheblichem Belange geknüpft werden sollte, so wird man sie einfach fallen lassen. Die betreffenden Industriellen scheinen ja, wie aus dem Tenor ihrer Zuschriften hervorgeht, selbst gar keinen sehr hohen Werth auf die Sache zu legen.

3. Den schwierigsten Punkt bildet wohl das Consular-Wesen. Meines Erachtens dürfte allerdings die Aufrichtung wenigstens Eines schweiz: Consulats für Rumänien sich mehr und mehr als ein wirkliches Bedürfniss herausstellen, namentlich wenn — wie vorauszusehen — unsere Verkehrs-Interessen in jenem

dieser Zögerungen und Ablehnungen ist überall ganz derselbe, nämlich die ausnahmsweise, völlig mittelalterliche Behandlung der *Juden* in Rumänien und die Unmöglichkeit, die eigenen Bürger dieser Confession in jenem Staate in ihren bürgerlichen und commerziellen Interessen zu beschützen und den Christen gleich zu halten. [...].

Daraufantworteten 19 Glarner Unternehmer am 14. 6. 1878 in einer Eingabe an die Bundesversammlung: [...] Da kein eigentliches Bedürfniss für den gleichzeitigen Abschluss eines Niederlassungsvertrages vorliegt, so wäre es angesichts der Schwierigkeiten, welche die Regierung von Rumänien genöthigt ist einer allgemeinen Niederlassungsfreiheit der Israeliten auf dem platten Lande entgegen zu stellen, in keiner Weise gerechtfertigt, wenn einer mehr theoretischen Frage zulieb, die ohnehin so schwer bedrohte Baumwoll-Industrie der Schweiz geopfert und ihr der Absatz nach den stark konsumirenden Donau-Fürstenthümern durch eine Ablehnung der Handelskonvention, abgeschnitten würde (alle Petitionen in: E 13 (B)/249). Endlich sprach sich am 18. 6. 1878 auch das Kaufmännische Directorium in St. Gallen gegenüber der Bundesversammlung für den Vertragsabschluss aus (E 13 (B)/249).

4. E 13 (B)/249.

5. Nicht abgedruckt.

Lande bedeutend grössere Dimensionen annehmen.⁶ Andererseits ist es aller Erwägung werth, ob wir im gegenwärtigen Augenblicke die delikate Frage wegen der international-diplomatischen Stellung Rumäniens präjudiciren sollen.⁷ Deshalb geht unsere Instruktion dahin: es soll womöglich die bevorstehende Convention auf die Handels- und Zollfrage stricte beschränkt und das Consularwesen dabei nicht berührt werden, in der Meinung, dass dieser letztere Punkt ausdrücklich einer späteren separaten Übereinkunft vorbehalten bleibe, wobei Sie ganz füglich sagen könnten, der Bundesrath wünsche die daherigen Verhältnisse baldthunlichst mit Rumänien geordnet zu sehen, halte aber dafür, dass bei der karg bemessenen Zeit, die für den Abschluss der Handelsconvention zu Gebote stehe, es zweckmässig sei, jenen Gegenstand, der noch mancherlei Vorstudien bedürfe, ad separatum zu verweisen. — Man wird sehen, was der rumänische Unterhändler dazu sagt; sollte es sich zeigen, dass man in Bukarest einen ganz eminenten Werth darauf legt, bei gleichem Anlasse, wie die Handels-, auch die Consulars-Verhältnisse geordnet zu sehen, so wollen wir uns die Frage noch einmal erwägen, und ich denke fast, man wird dann auf die, von Ihnen bereits in Ihrem Briefe vom 7. Januar geäusserten Ansichten hinauskommen.⁸ Gelingt es Ihnen aber, *für einmal* die beiden Fragen auseinander zu halten, so wird dies die willkommenere und correctere Lösung sein. — Es versteht sich wohl, dass Sie, falls Sie in die Lage kommen sollten, weitere Instruktion über diesen Punkt einzuholen, dabei auch Ihre Auffassungsweise und Ihre Wünsche darlegen würden.

Auf Grundlage der dormaligen Instruktion würde die Convention ungefähr die Gestalt des Entwurfes erhalten, der Ihnen s. Z. ist mitgetheilt worden und von welchem Sie eine Übersetzung ins Französische Ihrem Schreiben v. 25. Dezember⁹ beigelegt haben; nur würde Art: VI¹⁰ (wenigstens für einmal) und Art: III¹¹ definitiv wegfallen; denn für letztern liegt wohl ein Bedürfniss keineswegs vor, und ausserdem ist es, so lange wir kein Bundesgesetz über die Materie besitzen, angezeigt, in internationale Versprechungen darüber so wenig als immer möglich sich einzulassen.¹²

Noch muss ich Einen Punkt zur Sprache bringen, auf welchen mich Ihre Zuschrift vom 7. Januar führt. Es heisst dort: eine Prolongation der, bis 12. Februar gültigen «Deklaration» werde rumänischer Seits nur zugestanden werden, wenn inzwischen eine Convention wenigstens gezeichnet, obgleich noch nicht ratifizirt sei. Mir scheint, auch dies geht noch zu weit. Es ist ja sehr leicht

6. Zur Errichtung eines Generalkonsulats in Bukarest und eines Konsulats in Galatz 1881 vgl. E 2/1265.

7. Vgl. auch Nr. 185.

8. In diesem Schreiben hatte Tschudi ausgeführt: [...] Dass eben einerseits die Verhältnisse gegenwärtig derart liegen, dass wir mit dem Abschluss einer Handelsconvention nicht länger zuwarten können, andererseits aber der Abschluss eines Niederlassungsvertrages nach anerkannter Unabhängigkeit, mit Aufnahme des Consularartikels, wegen der Judenfrage auf grosse Schwierigkeiten stossen würde, so liegt es in unserem Interesse die Consularsfrage in die nun abzuschliessende Convention aufzunehmen. [...] (E 13 (B)/249).

9. E 13 (B)/249.

10. Konsularartikel.

11. Markenschutz.

12. Vgl. Nr. 258, Anm. 4.

möglich, dass die Unterzeichnung auch beim besten Willen der Unterhändler und ihrer Committenten sich über den 12. Februar hinaus verzögern könnte, und da wäre es dann doch ein seltsames Schauspiel, wenn, während die Unterhandlungen in gutem Zuge sich befänden, Rumänien uns eine Zeit lang ungünstig differenzieren wollte. Es scheint mir, Sie dürfen mit aller Bestimmtheit das Verlangen stellen, dass, nachdem die Verhandlungen begonnen haben, eine Verlängerung des, durch die Deklaration geschaffenen Zustandes bis zum definitiven Austrag der Negotiation uns zugesichert werde, und ich möchte Sie ersuchen, dieses Verlangen sofort beim Beginn Ihrer Pourparlers mit Hrn: Balatschano anzumelden¹³; ich glaube, es liegt darin nichts, was nicht jeder Staat dem andern bei solcher Sachlage gewähren kann, ja zu gewähren schuldig ist.¹⁴

13. Am 10. 2. 1878 sandte Tschudi folgendes Telegramm an Heer: Gestern Abend auf rumänischer Agentschaft schriftliche Mittheilung eingelaufen, dass Declaration bis Ratification verlängert wurde. Kann publicirt werden (E 13 (B)/249).

14. Vgl. die Botschaft des Bundesrathes an die Bundesversammlung, betreffend die Handelskonvention mit dem Fürstenthum Rumänien. (Vom 7. Mai 1878.) und den Vertragstext (BBl 1878, 2, S. 745—755. Vgl. auch den Bericht der Kommission des Ständerates vom 18. 6. 1878 (BBl 1878, 3, S. 12—19), die Protokolle des Ständerates vom 19. 6. und 22. 8. 1878 (E 1001 (D) d 1/66, Nrn. 828 und 912), den Bericht der Nationalratskommission vom 15. 8. 1878 (BBl 1878, 3, S. 677—681), das Protokoll des Nationalrates vom 15. 8. 1878 (E 1001 (C) d 1/69, Nr. 1186) und die Botschaft des Bundesrathes an die Bundesversammlung, betreffend den am 7. Juni 1886 mit Rumänien abgeschlossenen Handelsvertrag. (Vom 14. Juni 1886) (BBl 1886, 2, S. 725—743). Vgl. auch Ministère des Affaires Etrangères. Documents diplomatiques. Négociation commerciale avec la Roumanie, 1876—1885. Paris 1885 (E 2200 Wien 1/98).

124

E 2200 Paris 1/127

*Der Vorsteher des Eisenbahn- und Handelsdepartements, J. Heer,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, J. K. Kern*

S

Bern, 14. Januar 1878

Nachdem ich einigermaßen mich in meinem neuen Departement umgesehen u. orientirt habe, erlaube ich mir, sofort bei Ihnen eine Einfrage mit Bezug auf unsere Handelsvertrags-Angelegenheit zu stellen. Bekanntlich ist der gekündigte 64er Vertrag ehemals & zwar bis 1. May l.J. prolongirt worden¹, u. ich denke mir, dass, wenn dieser Termin erreicht u. noch nichts Neues vereinbart ist, keine besondere Schwierigkeit bestände, eine neue Verlängerung zu erhalten u. zu gewähren. Gleichwohl scheint mir, dass die Sache nicht auf unbegrenzte Zeit in diesem Schwebezustand bleiben kann u. wir insbesondere sind durch die Lage unserer Zolltarif-Revision genöthigt, eine Lösung der Fessel anzustreben, welche der bestehende Vertrag uns angelegt hat. Im nächstem Juny wird der Nationalrath

1. Vgl. BBl 1877, 3, S. 515.

sich mit dem Zolltarif beschäftigen u. wenn dann, wie ich hoffe, eine Einigung mit dem Ständerathe erzielt wird, so stände nichts im Wege, den neuen Tarif — Referendumsschwierigkeiten vorbehalten — auf 1. Jan[uar] 1879 in Kraft zu setzen, was uns, bei der Lage unserer Finanzen², äusserst erwünscht sein müsste. Die nothwendige Voraussetzung aber besteht darin, dass wir *vorher* auch mit Frankreich (& Italien) im Reinen seien; u. wenn dies in Aussicht zu nehmen ist, so darf man mit dem Anfangen nicht zu lange warten; denn man weiss, dass derartige Verhandlungen sich immer in die Länge ziehen — weit mehr, als man zuerst es sich vorstellt. Nun hätte es mir in jedem Betracht ungemein wünschbar geschienen, wenn wir *vor* dem Juny wenigstens einige präliminäre Verhandlungen hätten durchführen können, welche uns ohne Zweifel darüber ins Klare gesetzt hätten, ob u. in welchen Punkten u. in welchem Umfange von der, durch die ständeräthlichen Beschlüsse³ (die Sie in Händen halten werden?) gelegten Grundlage wird abgewichen werden müssen: es würde dies für die Behandlung der Angelegenheit im Nath[ional] Rathe unzweifelhaft sehr erspriesslich sein. Allein da entsteht nun die Frage: ist Frankreich bereit, innerhalb einiger Monate mit uns anzubinden. — Die frühern Vorgänge scheinen zu beweisen, dass man in Paris wünscht, England den Vortritt zu lassen & ich glaube, auch uns kann dies ganz recht sein: was dieser Stärkere den franz. Protectionisten abringt, ist ja dann ohne Zweifel auch schon für uns gewonnen. Nun weiss ich absolut nicht, ob die Negotiation zwischen Frankreich & England, die ja schon begonnen hatte, aber dann durch die Ereignisse vom letzten May⁴ unterbrochen wurde, seither wieder aufgenommen worden ist oder doch demnächst wieder aufgenommen werden soll. Bevor wir nun bei der französ. Regierung Schritte thun, um *unsere* Angelegenheit in Fluss zu bringen, wird es sich empfehlen, zuerst einmal sich Gewissheit darüber zu verschaffen, wie es mit jener englisch-französischen Unterhandlung steht. Für heute geht daher meine Bitte lediglich dahin, Sie möchten bei englischen u. französischen Quellen anklopfen, um *hierüber* genauere Kunde zu erlangen. Daneben aber wird es nichts schaden, wenn Sie eine sich ungesucht darbietende Gelegenheit benutzen, um zu hören, ob die jetzige Regierung auch die Ansicht der frühern theilt, dass England voraus gehen soll, u. ich halte es für angezeigt, wenn Sie dabei zu erkennen geben, dass wir, mit Rücksicht auf unsere interne Lage, eine allzu weite Verzögerung der Neu-Regulirung der Vertrags-Angelegenheit nicht wünschen oder acceptiren könnten. — Sie würden mich zu grossem Danke verpflichten, wenn Sie mir in nächster Zeit über den Erfolg daheriger Schritte, über die dort waltenden Stimmungen, u. über ihre eigene Würdigung der Sachlage einige Mittheilungen zukommen lassen wollten.⁵ — Von dem Stand der Dinge in Betreff des italo-französ. Handelsvertrages weiss ich auch nichts Bestimmtes: hier will man wissen, dass derselbe kaum die beidseitige Ratification erlangen dürfte, doch beruht dies kaum auf ganz zuverlässigen Angaben. Möglicherweise sind Sie in der Lage, auch hierüber etwas Sichereres in Erfahrung zu bringen.

2. Vgl. Gber. 1878 (BBl 1879, 2, S. 407).

3. Vgl. das Protokoll der Sitzungen des Ständerates vom 7., 8. und 13. 12. 1877 (E 1001 (D) d 1/64, Nrn. 628, 630, 635 und 652).

4. Vgl. E 2300 Paris 30.

5. Vgl. den Annex.

ANNEX

E 13 (B)/172

*Der schweizerische Gesandte in Paris, J. K. Kern,
an den Vorsteher des Eisenbahn- und Handelsdepartements, J. Heer*

Confidentiel

B

Paris, 31 janvier 1878

I Il m'a paru nécessaire d'avoir un entretien avec M. le Ministre des Affaires Etrangères avant de répondre à la lettre⁶ que Vous m'avez fait l'honneur de m'adresser le 14 de ce mois. M. Waddington reçoit en général le mercredi; comme il n'a pas accordé d'audience il y a huit jours, j'ai été obligé d'attendre jusqu'à hier pour pouvoir avoir avec lui un entretien officiel.

Il me sera permis, avant de Vous rendre compte de l'entretien avec M. Waddington, de rappeler que, par rapport en date du 17 Décembre⁷ N° 3494 adressé à M. le Président de la Confédération, l'opinion personnelle de M. Teisserenc de Bort, Ministre du Commerce, au sujet de la politique commerciale du nouveau Cabinet français, avait déjà été exposée. Par rapport du 26 Décembre⁸ N° 3572, la Légation rendait également compte d'un entretien entre lord Lyons & M. Teisserenc de Bort, entretien dans lequel ce Ministre avait émis les mêmes idées que vis-à-vis de moi.

Il y a quelques jours, lord Lyons m'avait dit qu'ayant signalé à son Gouvernement les idées qu'il avait rencontrées en France, le Cabinet de S' Jämes s'était rangé à la manière de voir du Gouvernement français, et avait été d'avis que le moment n'était pas favorable pour reprendre les négociations.

L'esprit de la réponse officielle de M. Waddington était donc assez facile à prévoir. Voici, du reste, le résumé de notre conversation d'hier après-midi.

Lorsque j'eus exposé à M. Waddington le but de ma visite, en rappelant l'entretien privé & extra officiel que j'avais eu avec son collègue du Commerce, le Ministre des Affaires Etrangères a répondu « que le Gouvernement avait eu à s'occuper de la question et avait été de l'avis qu'il y avait lieu d'attendre des circonstances plus favorables. Actuellement, l'Europe est en état de crise industrielle et commerciale; les événements politiques en France & en Orient ont pesé ou pèsent lourdement sur la situation; on ne sait pas encore si la paix se fera, si la guerre ne prendra pas une nouvelle extension; de toutes parts, l'industrie fait entendre de vives plaintes; en France en particulier, il existe un stock des plus considérables de marchandises de toute espèce dont la vente n'a pu encore s'effectuer; les fabricants prétendent que, malgré les droits des tarifs conventionnels, ils ne peuvent soutenir la concurrence étrangère. — Le moment ne semble pas venu de trancher des questions aussi graves, et ceux qui espèrent d'une révision des tarifs actuels un abaissement des droits d'entrée pourraient regretter d'avoir choisi l'époque actuelle. — Dans les divers Etats continentaux règne un courant protectionniste assez prononcé qui n'est pas de nature à faciliter un rapprochement; il est de l'intérêt même de l'entente à atteindre de réserver l'étude de ces questions pour des circonstances meilleures; l'Angleterre en particulier l'a compris, & la France a reçu du Cabinet Britannique l'avis qu'il partageait cette manière de voir.»

J'ai répondu, dans le sens de Votre office du 14 Janvier, que la Suisse avait le désir que la solution de la question ne fût pas trop retardée; les charges nouvelles imposées depuis 1874 au pouvoir fédéral sont considérables; il y a fort peu de moyens constitutionnels de faire face à ces charges, et le Conseil Fédéral s'est vu obligé de soumettre aux Chambres un projet de tarif général des péages qui est évidemment connexe avec la révision des traités de commerce.

M. Waddington a répliqué: «Je le sais; on m'a appris que la Suisse se proposait d'augmenter ses tarifs douaniers; il est donc tout naturel que Votre Gouvernement soit préoccupé de la reprise des

6. Nr. 124.

7. E 2300 Paris 30.

8. *Ibid.*

négociations commerciales entre la France & les autres pays. — La position des autorités fédérales doit être bien difficile avec ce que Vous appelez le *referendum*; si le peuple doit être appelé à se prononcer sur les questions d'impôts, si les contribuables doivent d'avance consentir à augmenter leurs charges, il doit se présenter souvent des obstacles bien difficiles à surmonter; chez nous en France, jamais nous n'aurions pu relever nos finances & pourvoir aux services financiers que la guerre nous a imposés, si nous avions eu des rouages constitutionnels analogues aux Vôtres.»

Je n'ai pas manqué de faire observer à M. Waddington que le projet soumis aux Chambres fédérales, s'il consacre des augmentations de droits, reste encore considérablement au dessous des taxes perçues par la France & par la plupart des autres Etats européens; ce tarif a un caractère purement fiscal; il ne peut être, à aucun titre, considéré comme ayant, même de très loin, un caractère protectionniste.

Lord Lyons, que j'ai vu hier soir, et auquel j'ai rapporté mon entretien avec M. Waddington, a répété que son Gouvernement, *comme lui aussi personnellement*, étaient de l'avis que la France avait raison de considérer comme inopportune la reprise actuelle des négociations.

II Quant au *traité de commerce franco-italien*, signé à Paris en Juillet dernier⁹, M. Teisserenc de Bort m'avait dit il y a quelques temps que la Commission chargée de l'étudier (M. Waddington, frère du Ministre, Président) le considérait comme peu favorable à la France; les catégories de filés de coton produites par la France sont trop imposées à l'entrée en Italie, et les numéros produits en Italie seraient trop peu imposés à l'entrée en France. Quant aux vins, ceux de France paieraient 4 f 50 à l'entrée en Italie, tandis que les vins italiens entreraient en France à 3 f 50 l'héctolitre; il est vrai que l'Italie perçoit un droit de sortie de 1 fr, mais la Commission trouverait que le fisc italien s'est fait la part trop belle. D'après M. Teisserenc de Bort, le vote de ce traité serait donc fort incertain. — Il y a peu de jours, un Sénateur influent de la gauche, M. Claude (des Vosges), a dit à M. Lardy qu'il avait l'intention de combattre énergiquement ce traité.

M. Waddington, auquel j'en ai parlé hier, et qui est entré dans moins de détails que M. Teisserenc de Bort, a dit en substance qu'en présence des réclamations des industriels français, il n'était pas encore possible de savoir ce que feraient les Chambres, et que le sort du traité était entièrement incertain.

III Vous avez bien voulu exprimer le désir de connaître mon opinion personnelle sur la reprise des négociations commerciales franco-suisse, et sur notre politique commerciale en général. Je considère comme un devoir de profiter de cette occasion pour Vous exprimer ma manière de voir avec une entière franchise.

1. En ce qui concerne le moment actuel, je n'hésite pas à partager entièrement l'opinion de lord Lyons qu'il est décidément très défavorable. Indépendamment des arguments mis en avant par M. Waddington, et qui ont leur grande portée industrielle & commerciale, il y a la situation politique de plus en plus inquiétante en Orient: Il y a aussi le courant protectionniste qui se manifeste en France comme en Allemagne, en Italie & en Autriche; il me paraîtrait réellement imprudent de choisir cette époque de crise commerciale, de crise politique & de retour au protectionnisme pour négocier un traité qui nous liera les mains pendant un grand nombre d'années.

2. Les augmentations de taxes à l'entrée en Suisse, telles qu'elles résultent du projet du Conseil fédéral & des délibérations du Conseil des Etats, permettent de prévoir, au cours des négociations, *de très sérieuses difficultés*. — Vous Vous rappelez la peine et les efforts qui ont été nécessaires pour obtenir, en 1864, quelques concessions pour les broderies en particulier; les négociations sont restées suspendues plusieurs mois; l'intervention de l'Empereur a été invoquée; *enfin il a fallu faire des concessions sur nos tarifs de péages, déjà si réduits*.

Si nous nous présentons avec des augmentations de droits, *combien nous restera-t-il de chances d'obtenir des réductions sur les droits payés par nos produits à l'entrée en France?* Si nous disons que ces droits sont très minimes, sont très inférieurs aux tarifs français, on nous combattra en disant que ces droits sont une innovation, qui frappe les principaux produits français d'exportation, les vins, les draps, les confections, les articles de Paris. Si nous invoquons nos nécessités financières, les

9. Vgl. E 2200 Paris 1/124.

négociateurs français établiront la comparaison entre nos charges et celles qui pèsent depuis la guerre sur l'industrie française & les contribuables français en général.

3. Si, en raison des difficultés que rencontreront, dans ces conditions, les pourparlers avec les Gouvernements étrangers, on se rejette sur l'idée, souvent mise en avant, de ne pas conclure de traités, de se borner à avoir un tarif général, sauf aux autres Etats à en faire autant, je n'hésite pas à penser que le remède est pire que le mal.

Sur la question en elle-même «tarif général ou traités» je puis Vous renvoyer aux remarquables études de M. Leroy-Beaulieu, dans l'Economiste français. Voir en particulier le numéro du 10 Novembre 1877. Sans vouloir aborder la question au point de vue théorique, je me borne à rappeler que, *pour la Suisse* en particulier, le besoin de traités de commerce est plus impérieux que pour la plupart des autres Etats. Au point de vue des produits fabriqués, notre marché intérieur est presque nul, comparé à notre force productive; nous vivons par l'exportation de ces produits. Notre but principal, notre politique commerciale ne peuvent donc être que de chercher à faciliter l'écoulement de ces produits au dehors. Si, en élevant nos tarifs, en laissant les autres Etats libres d'en faire autant, nous laissons se dresser autour de nous des barrières, sous lesquelles nos concurrents allemands, belges, anglais, italiens, pourront passer à la faveur de traités de commerce, la Suisse ne sera-t-elle pas dans une condition beaucoup moins bonne que si elle cherche des ressources financières dans un autre domaine? Les traités de commerce sont seuls de nature à assurer des débouchés pour un temps suffisamment long, et pour donner de la stabilité aux industries. Si la France, par exemple, n'est lié à nous par aucune convention, il suffira d'une crise commerciale pour que, sur les plaintes de telle ou telle catégorie de fabricants, les chambres françaises élèvent le droit d'entrée sur telle ou telle catégorie de nos produits. — Dans ma conviction, la Suisse, en entrant dans la voie des tarifs généraux, verrait bientôt naître une véritable crise industrielle; des réclamations très-nombreuses ne tarderaient pas à se produire; on se verrait bientôt forcé de revenir au système des traités, et on y reviendrait dans des conditions plus difficiles qu'auparavant.

4. En résumé, il me paraîtrait donc qu'il conviendrait d'attendre, pour l'ouverture des négociations avec la France, un moment moins défavorable, et de retarder l'adoption définitive de la loi fédérale sur les péages jusqu'au moment où les négociations auront abouti à un résultat connu. — Si notre situation financière l'exige, il appartiendrait au Conseil Fédéral d'examiner s'il n'existe pas d'autres sources de revenus auxquelles il pourrait être fait appel, par exemple l'impôt sur les tabacs, les contingents d'argent, etc. Mais ici je dois m'arrêter, puisqu'il s'agit d'une question d'ordre intérieur, qui n'est pas de la compétence de la Légation Suisse à Paris.

Vous me pardonnez, Monsieur le Conseiller Fédéral, la longueur de ce rapport et les considérations finales dans lesquelles je me suis permis d'entrer sur Votre invitation. J'aurais cru manquer à mon devoir vis-à-vis du Conseil Fédéral si je n'avais pas exprimé sans réticences ma manière de voir au début d'une campagne diplomatique dont les suites sont d'une si grave importance pour notre pays, & j'ai la confiance que Vous voudrez bien les accueillir dans l'esprit qui les a inspirés. Je me permets, du reste, de faire appel à Votre mémoire, & de rappeler qu'au mois d'Août dernier, pendant mon dernier séjour à Berne, j'ai exposé verbalement des considérations analogues.

125

E 1001 (E) q 1/118

*Der Bundesrat
an den schweizerischen Konsul in Valparaiso, J. U. Zürcher*

Kopie
S 590 a

Bern, 1. Februar 1878

Mit Ihren Depeschen vom 29. November¹ und 5. Dezember 1877² gaben Sie uns Kenntniss von dem Aufstande, welcher am 12. November in der *Kolonie Punta Arenas* ausgebrochen ist, wobei auch die dort ansässigen Schweizer, c^a. 40 an der Zahl, arg mitgenommen und in hohem Masse geschädigt worden sind. Wir entnehmen Ihren Zuschriften ferner die Schritte, welche Sie im Interesse unserer Kolonisten in aner kennenswerther Weise gethan haben. Wir beehren uns Ihnen mitzutheilen, dass die freiburgischen Angehörigen unter den Kolonisten sich in einer Petition an ihre heimathliche Regierung gewendet haben und dass, hiedurch veranlasst, die Regierung des Kantons Freiburg uns ersucht, darauf hinzuwirken, dass die fraglichen schweizerischen Kolonisten von der chilenischen Regierung ebenso human und günstig behandelt werden, wie die französischen, englischen oder die Kolonisten anderer Nationalitäten, welche sich in gleicher Lage befinden u. dass insbesondere unsere Kolonisten auf Staatskosten nach der Schweiz befördert werden, wenn die dortige Regierung nicht im Stande sei, die gegen die Kolonisten eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.³

Indem wir Ihren Bericht verdanken, stehen wir nicht an die von Ihnen im Interesse der schweizerischen Kolonisten in Punta Arenas getroffenen Anordnungen zu billigen und Sie einzuladen, bei der chilenischen Regierung die berechtigten Ansprüche der unglücklichen schweizerischen Kolonisten mit allen Ihnen zu Gebote stehenden Mitteln kräftigst zu vertreten.

Wir sind natürlich nicht in der Lage Ihnen hinsichtlich der einzelnen Forderungen der Kolonisten von hier aus bestimmte Instruktionen zu ertheilen, vielmehr ist Ihre Haltung durch die Verhältnisse bedingt, welche uns nicht genügend bekannt sein können. Um möglichst erfolgreich wirken zu können, wird es angemessen sein, mit dem Vorgehen der andern ebenfalls beteiligten Konsulate in Übereinstimmung zu bleiben. Inzwischen empfehlen wir diese Angelegenheit Ihrer ernstesten und besondern Aufmerksamkeit und wollen wir Ihren recht baldigen Berichten über die von Ihnen in Sachen weiter gethanen Schritte und über den Erfolg gerne entgegensehen.⁴

1. E 2/2128.

2. *Als Annex abgedruckt.*

3. *Vgl. das Schreiben der Freiburger Regierung vom 23. 1. 1878 (E 2/2128).*

4. *Am 14. 2. 1879 theilte der Konsul in Valparaiso dem Bundesrat mit: Herr Alejandro Fierro, Minister der auswärtigen Angelegenheiten Chile's, [...] habe ich besucht, und wiederholte er mir, dass er alles thun werde, um die unverschuldeten Unglücklichen in Punta-Arenas zu entschädigen; [...]. Ich benutzte den Anlass, um ihm zu betonen, dass meine Reklamanten arm seien und daher diese Verluste, wenn auch klein, sehr bedauern und ich zähle auf seinen Bei-*

ANNEX

E 2/2128

*Der schweizerische Konsul in Valparaiso, J. U. Zürcher,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements, J. Heer*

B

Valparaiso, 5. Dezember 1877
(Ankunft: 18. Januar 1878)

Unter höflicher Bezugnahme an mein Ergebenes vom 29. Nov[ember]⁵ habe ich heute via Magellan Linie die Ehre, Ihnen mitzuthemen, dass ich, gestützt auf die beiden Ihnen in Copie eingesandten Briefe von Albert Conus und Ignace Jungo⁶ am Samstag Abend den Herrn Minister Alfonso sah, und ihm mündlich die Reklamation der Schweizer mittheilte; er versprach mir, wie das erste Mal, alles mögliche zu thun und möchte mich freundlichst ersucht haben, die Schweizer in *Punta Arenas* um etwas Geduld zu bitten.

In aller erster Linie werde man die Rapporte der nach Punta Arenas abgesandten Commission abzuwarten haben und weil ich das gleiche dachte, wollte ich nicht schriftlich wegen dieser Sache verkehren und in erster Linie nur in Erfahrung bringen, in wie weit man auf Beistand von seiner Seite zählen könnte. Er gestand mir offen, die Regierung sei sehr knapp an Geld und habe überall Ersparnisse eintreten lassen, so dass vor allem aus ein neuer Kredit dafür verlangt werden müsse.

Ich gab also den Schweizern genaueste Mittheilungen, dass sie ihre Reklamationen in bester Ordnung machen und sich ruhig verhalten sollen, denn der Herr Minister meinte, es habe sich schliesslich ein Schweizer auch der Revolution angeschlossen.

Ich benutzte diesen Besuch, um dem Herrn Minister zu sagen, dass ich nicht an eine nutzeinbringende Agricultur in jenem Lande glauben könne, indem ich gehört hätte, dass früher gesandte Muster von Korn, Gerste, Kartoffeln etc nicht auf freiem Felde, sondern im Garten von Conus gewachsen seien, und dass derselbe von hohen Brettern umgeben sei und somit die kalten Winde so sehr nicht schaden. Auch betonte ich, dass die unerhörte Fracht, die man der engl. Dampfercompagnie bezahlen müsse, nicht passend sei, um Agricultur zu treiben, denn wie liesse es Nutzen, Früchte wegzuschicken, wenn die Fracht zu hoch sei, und nur so viel zu produciren, um nicht kaufen zu müssen, sei nicht genügend. Diese beiden Wahrheiten schienen ihn zu interessiren.

Einige Angaben wegen Verhaltungsmassregeln von Ihrer Seite wären mir sehr angenehm, denn ohne Instruktionen könnte ich nur thun, was mir am besten schiene.

Man hat sich hier zu schönen Hoffnungen über die Agricultur in Punta Arenas hingegeben und kann ich begreifen, dass Niemand mehr dort bleiben will, da sie bei den losgewordenen Sträflingen keine genügende Sicherheit finden.

Nahrungsmittel sind mit der «O'Higgins» gesendet worden und auch der heutige Steamer nimmt welche mit.

Der Herr Minister sprach mir von einer Provinz Cañete, ca 150 Stunden von hier im Süden, wo die Regierung gedächte eine Colonie zu bilden. Jenes Land wäre auf jeden Fall besser als Punta Arenas und wenn die Schweizer auf einmal hieher kommen sollten, wozu sie zwar keine Erlaubniss vom Gouverneur bekommen werden, so wüsste ich mir nicht anders zu helfen, als den Minister um Hülfe anzusprechen. Glücklicherweise habe ich keinen einzigen Schritt gethan, um die Schweizer von zu Hause zu locken und trifft diese Ehre andere, — leider das Unglück — Schweizer.

[...]⁷.

stand, um diese Angelegenheit bald und zwar zur Zufriedenheit aller aus der Feder zu bekommen. Alle andern Repräsentanten sind auch noch nicht weiter gekommen und erfreuen sich wie ich der angenehmen Versprechungen, denen wohl einst die That folgen wird (E 2/2128).

5. Nicht abgedruckt.

6. Die Schreiben von Conus vom 17. und von Jungo vom 18. 11. 1877 werden beide nicht abgedruckt.

7. Es folgt ein Bericht über verschiedene sensationelle Unglücksfälle in Chile.

E 2200 Paris 1/127

*Der Vorsteher des Eisenbahn- und Handelsdepartements, J. Heer,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, J. K. Kern*

S

Bern, 9. Februar 1878

Ich bin Ihnen für Ihren sehr einlässlichen u. interessanten Bericht vom 31. Jan.¹ zu grossem Danke verpflichtet, obgleich derselbe mit einem Ergebnisse abschliesst, das meinen Wünschen durchaus nicht entspricht. Man vertröstet uns auf die Zukunft — und zwar auf eine ganz unbestimmte Zukunft, u. unterdessen brennt uns die Frage des Zolltarifs auf den Nägeln. Die Verweisung auf Geldcontingente u. Tabaksteuer ist ein ganz schlechter Trost: denn von jenen will — wenigstens in bedeutendem Umfang — Niemand etwas wissen, u. die Anregungen, sich wesentlich auf dem Tabak zu erholen, sind bis jezt, insbesondere im Nationalrath, noch immer mit ganz entschiedener Ungunst aufgenommen worden. Dagegen scheint ziemlich allgemein eine gute Disposition vorhanden zu sein, uns durch mässige Erhöhung unserer Eingangszölle diejenigen Finanzquellen aufzuschliessen, deren wir bedürfen. Es wird sich zeigen, wie im Juny der Nationalrath sich zu dieser Frage stellt, u. je nachdem werden wir weiter sehen; unterdessen wird sich dann wohl endlich auch das Schikksal des französisch-italienischen Handelsvertrags entschieden haben. Wenn Frankreich z. Z. absolut nicht in Verhandlungen eintreten will, so können wir natürlich daran nichts ändern, u. ich will ja auch gerne zugeben, dass der Moment kein glücklich gewählter wäre — aus den Gründen, die man Ihnen angeführt hat u. die Sie selbst namhaft machen. Eine Prolongation des bestehenden Vertrages bis zum 31 Xbr. l. J.² hat auch keinerlei Bedenken, weil vorher unser neuer Zolltarif — *falls* er zu Stande kommt — jedenfalls nicht in Kraft gesetzt werden könnte. Dagegen wird man allerdings rechtzeitig sich die Frage vorlegen müssen, wie man sich denn einrichten soll, wenn bis zu dem genannten Zeitpunkt ein neuer Vertrag nicht zu Stande kommen sollte u. doch unser Tarif in neuer Gestalt zu Kräften gelangen würde? Einfach den alten Vertrag zu kündigen u. völlig ohne Vertrag mit Frankreich zu bleiben, hielte ich ebenfalls durchaus nicht für rathsam, u. *in so weit* theile ich die von Ihnen ausgesprochenen allgemeinen Auffassungen über die Nützlichkeit u. Nothwendigkeit vertragsmässiger Regelung der Handels- & Zollbeziehungen zwischen verschiedenen Staaten; dagegen scheint mir die Frage: was besser sei, blosse Verträge auf dem Fusse der Behandlung der meistbegünstigten Nation, od. eben eigentliche Conventional-Tarife — noch sehr der Erörterung fähig zu sein u. die Arbeit des Hrn. Leroy-Beaulieu im *Economiste* dürfte wohl kaum als «der Wahrheit letzter Schluss» anzuerkennen sein. Beispielsweise haben wir mit Deutschland einen blossen generellen Vertrag u. befinden uns sehr wohl dabei. — Aber ich will zugeben, dass im Verhältnisse zu Frankreich es sich empfehlen wird, die bisherige

1. Nr. 124, Annex.

2. 31. Dezember laufenden Jahres.

Grundlage nicht ohne Weiteres zu verlassen u. dass man also suchen soll, sich über einen neuen Conventional-Tarif zu verständigen. Was aber soll geschehen, wenn diese Verständigung sich auf längere Zeit, vielleicht auf Jahre, hinausspinnet & wir den bisherigen Conv[entional-] Tarif für unsere Einfuhr so lange nicht ertragen können. Hierauf scheint mir eine Art von Antwort zu liegen in der Convention, welche neulich zwischen Frankreich u. Spanien abgeschlossen worden ist & auf deren Reproduction im Journal officiel Sie die Freundlichkeit hatten, mich aufmerksam zu machen.³ Man hat hier für die Zeit *bis zum Abschluss* eines wirklichen u. definitiven Vertrages eine interimistische Abkunft getroffen, die im Wesentlichen auf dem Grundsatz der meistbegünstigten Nation fusst, daneben aber einzelne, für das eine oder andere Land besonders wichtige Punkte doch auch conventionell regelt. Sollte es nicht möglich sein, etwas Ähnliches zwischen der Schweiz u. Frankreich zu machen? also etwa in der Meinung, dass dabei unsererseits der neue Tarif, wie er im Juny wird festgestellt werden, zu Grunde gelegt u. in einzelnen wenigen Positionen — zB. Wein, Pariser Artikel & dgl. conventionell abgeändert würde, während Frankreich uns zB. den Tarif des franco-italienischen Vertrags (falls derselbe zu Stande kommt) zugestände, auch etwa mit etwelchen Concessionen für Broderien, Garne & dgl. Ich möchte Sie bitten, diesen Gedanken in Erwägung zu ziehen u. gelegentlich in vertraulicher Weise an geeigneter Stelle zu sondiren, was man französischer Seits dazu sagen würde.⁴ Mir scheint, dass auf diese Art sich so ziemlich allen denjenigen Interessen Rechnung tragen liesse, die für uns von Bedeutung sind, u. ich halte es nicht für unmöglich, dass auch Frankreich darauf eintreten könnte.

PS. So eben, wie ich diese Zeilen schliesse, vernehme ich, dass der Ständerath mit ansehnlicher Mehrheit (²²/₁₂ St[immen]) sich im Prinzip für die Einführung einer Steuer auf Tabak u. Spirit ausgesprochen hat.⁵ Hiedurch könnte allerdings eine Wendung in die Sache kommen; doch zweifle ich noch, ob der Nat[ional] Rath sich anschliessen wird.

3. Convention de commerce entre la France et l'Espagne. In: Journal Officiel de la République française. Dixième année, N° 17, Vendredi 18 Janvier 1878, p. 405 (E 13 (B)/172).

4. Vgl. Nr. 128.

5. Vgl. E 1001 (D) d 1/65, Nr. 729.

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 8. März 1878

1269. Gotthardbahn: Zusazconvention zum Vertrag von 1869

Eisenbahn- und Handelsdepartement

Nachdem sowohl die *deutsche*, als die *italienische Gesandtschaft*, jene mit Note vom 8. November¹, diese mit Note vom 10. Dezember² v. Jahres dem Bundesrathe die Eröffnung gemacht hatten, dass ihre Regierungen geneigt seien, die in der internationalen Konferenz d. d. Luzern 12. Juni 1877 vereinbarten Resolutionen³ betreffend das Gotthardbahnunternehmen zu genehmigen und den Inhalt derselben in eine Zusaz-Convention zum Vertrag vom 15. October 1869⁴ umzuwandeln, sind dieselben unterm 13. Dezember hierseits ersucht worden⁵, in Bälde die erforderlichen Vollmachten ihrer resp. Regierungen beizubringen, um gemeinsam mit den Delegirten des Bundesrathes behufs Formulirung und Unterzeichnung jener Convention zusammenzutreten. Der Herr Bundespräsident theilte nun heute mit, dass die beiden Gesandtschaften sich im Besize jener Vollmachten befinden und beantragte, es sei die herwärtige Delegation, bestehend aus den Herren Schenk, Heer und Welti, zu ermächtigen, gemeinsam mit jenen die fragliche Convention zu formuliren und zu unterzeichnen.

Der Antrag wurde nach gepflogener Discussion genehmigt.⁶

1. Nicht ermittelt.

2. Nicht ermittelt.

3. Vgl. Nr. 118.

4. AS 1869—1872, X, S. 555—577.

5. E 1001 (E) q 1/117, Nr. 6531.

6. Die Zusatzkonvention (AS, 1879, 4 S. 169—180), die im wesentlichen mit dem Inhalt des Schlussprotokolles der Luzerner-Konferenz übereinstimmt, wurde am 12. 3. 1878 in Bern unterzeichnet. Vgl. dazu die Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend das Gotthardunternehmen vom 25. Juni 1878 (BBl 1878, 3, S. 49—63).

E 13 (B)/172

*Der schweizerische Gesandte in Paris, J. K. Kern,
an den Vorsteher des Eisenbahn- und Handelsdepartements, J. Heer*

B Confidentiel

Paris, 20 mars 1878

Par l'office que Vous m'avez fait l'honneur de m'adresser le 17 de ce mois¹, Vous exprimez l'opinion qu'il y aurait lieu de considérer la récente prorogation du traité de 1864 comme la dernière², et qu'il serait opportun d'examiner si les négociations pour la conclusion d'un nouveau traité de commerce avec la France ne devraient pas être inaugurées au mois de Septembre, pour que leur résultat soit, si possible, soumis à l'Assemblée fédérale en Décembre prochain.

Il me sera permis, *tout en reconnaissant* la gravité de la question pour le Conseil Fédéral & *les difficultés financières qui peuvent en être la conséquence* pour notre pays, d'énumérer les motifs qui me font personnellement considérer *comme tout à fait improbable* la conclusion d'un nouveau traité dans le courant de l'année.

1° Tous les Ministres, chefs de Service, etc, donnent nettement à entendre qu'il ne peut être question de négocier pendant l'Exposition.

2° La France a déclaré qu'elle ne croyait pas opportun de poursuivre les négociations commerciales pendant la crise actuelle et l'Angleterre s'est prononcée dans le même sens.

3° Il serait désirable que l'Angleterre eût, en tous cas, la priorité. Vous avez vu que lord Derby a annoncé l'intention du Cabinet britannique de faire des réductions sur les droits d'entrée sur les vins. Vous savez que l'Angleterre n'a pas de droits sur les produits fabriqués. Elle est donc dans une situation beaucoup plus favorable que nous pour obtenir de la France des concessions, & nous serons appelés à en bénéficier, tandis que, si nous négocions les premiers, la France ne manquera pas de déclarer que sa situation est plus mauvaise vis-à-vis de la Suisse que sous le régime de 1864 & s'autorisera de ce fait pour nous refuser les avantages que nous réclamerons en faveur de nos industries.

4° On ne peut pas se faire d'illusion sur la durée des négociations; à supposer qu'on puisse entrer en matière au mois de Septembre, il faut s'attendre à ce que les pourparlers, dans lesquels viendront s'intercaler la question des zones de la Savoie, les franchises du pays de Gex, peut-être d'autres encore comme celle du chemin de fer d'Annemasse, les questions d'établissement, de propriété artistique & littéraire, d'assistance & de traitement dans les hopitaux, de recrutement, etc, dureront fort longtemps; il me paraît pratiquement impossible que, même si on commence en Septembre, on arrive à quoi que ce soit de définitif dans le courant de la présente année.

5° Divers faits nouveaux, que je n'ai pas encore eu l'occasion de signaler dans

1. E 2200 Paris 1/127.

2. *Verlängerung vom 19. 3. 1878* (AS 1877—1878, 3, S. 389).

mes précédents rapports, méritent d'être relevés ici, et confirment la crainte qu'il n'y ait pas possibilité de marcher aussi rapidement.

Vous aurez vu, aux dernières nouvelles du *Temps* d'hier soir (d. d. 20 Mars), que la Chambre des députés a déjà nommé 30 membres (sur 33) de la Commission chargée d'étudier le projet de tarif général des Péages français; les trois derniers seront élus Jeudi. Un journal de ce matin, le XIX Siècle, les classe comme suit:

Libre-échangistes. — MM. Millaud, Devès, Dréo, Wilson, Garrigat, Rouvier, Gaudin, Rouher, Tirard, de Mahy.

Protectionnistes ou compensateurs. — MM. Caze, Ferry, Louis Legrand, Méline, Develle, Gailly, Mollien, Lebaudy, Danelle-Bernardin, Malézieux, Brelay, Waddington, Philippoteaux, Viette, Guillemain, Goblet, Pierre Legrand, Jametel, Escarguel, Dautresme.

Soit 10 libre échangistes et 20 compensateurs-protectionnistes. Le *Temps* d'hier ajoute que, dans la discussion qui a précédé au sein des bureaux, la nomination de la Commission, «la *presque unanimité* des commissaires est d'avis que la Commission, avant de statuer, doit *procéder à une enquête*.»!!

A une réception donnée hier par le Ministre de la Marine, j'ai entendu M. Pouyer-Quertier, chef du parti des protectionnistes, se féliciter vivement de la composition de cette commission.

Je me suis ensuite rendu à une soirée donnée par M. Léon Say, qui, tout en se déclarant dans l'impossibilité d'avoir encore un avis personnel sur chacun des Commissaires, a ajouté qu'à première vue, la Commission lui paraissait compter un tiers de libre-échangistes, et 2/3 de protectionnistes ou de partisans des droits soi-disant compensateurs.

Vous voyez, par ces renseignements, que M. Teisserenc de Bort & ses collègues avaient assez exactement le sentiment de l'état des esprits dans la Chambre, lorsqu'ils ont déclaré que le Gouvernement devait prendre l'initiative d'une majoration du tarif général, s'il voulait éviter des motions plus défavorables encore au libre échange de la part de la Commission ou de groupes de Députés. — Quant au Sénat, l'opinion protectionniste est pour le moins aussi accentuée qu'à la Chambre.

Le *Temps* d'hier publie, en outre, l'article suivant:

L'*Association de l'Industrie française* a tenu hier, à Paris, une réunion plénière à laquelle assistaient un très grand nombre d'industriels venus de tous les points du territoire et représentant les grandes industries. Après une discussion approfondie de la situation économique actuelle, l'Association a adopté à l'unanimité les résolutions suivantes:

L'*Association de l'Industrie française* déclare qu'elle considère comme extrêmement périlleux pour le travail national le tarif général, tel qu'il est présenté à la Chambre des députés, et comme plus périlleuse encore la pensée de conclure des traités de commerce sur des bases inférieures à celles fixées par ce tarif; elle conclut à ce que l'enquête de 1870³ soit reprise et continuée, excepté pour la marine marchande, pour laquelle l'enquête est complète.

Comme Vous le voyez, l'*Association de l'Industrie française* considère le tarif général comme *insuffisant*, & réclame également une *enquête parlementaire*.

Du moment où une commission du Sénat a cru pouvoir s'arroger le droit de faire une enquête industrielle, et où les bureaux de la Chambre se sont prononcés

3. Vgl. auch DDS 2, Nr. 228.

dans ce sens, il est très-vraisemblable que la Chambre des Députés voudra faire cette enquête. — Cela exigera encore un assez grand nombre de mois, & retardera le moment auquel les négociations officielles pourront commencer.

En résumé, tous ces motifs ne me permettent pas de garder beaucoup d'illusions, & m'imposent le devoir de Vous signaler la crainte très sincère que j'ai de ne pouvoir nullement considérer comme probable la possibilité, pour le Conseil fédéral, de compter sur un nouveau traité & sur un accroissement de nos recettes douanières pour le 1^{er} Janvier prochain. Quelque pénible que puisse être cette déclaration, je la crois fondée sur de trop sérieux éléments d'appréciation pour que je n'ai pas l'*obligation* de Vous en faire part dès maintenant en vue des questions financières qui s'y rattachent.

Le prince Hohenlohe est venu hier pour me demander ce que je pensais d'un article de M. Boibeau (*Journal des Débats* d'avant-hier) sur la majoration du tarif général. Lorsque je lui eus fait part de la situation & des pourparlers officieux que lord Lyons & moi avons eus avec MM. Waddington, Say & Teisserenc de Bort, il m'a dit que l'Allemagne, bien qu'elle fût couverte par l'article de la Paix de Francfort qui lui assure le traitement de la nation la plus favorisée, n'était pas cependant absolument désintéressée dans la question; si, par suite de ces majorations, l'Angleterre, la Suisse, etc, ne peuvent pas s'entendre avec la France, le tarif général projeté sera applicable à l'Allemagne, qui partagera le sort des Anglais, Belges, Suisses, etc. Le prince Hohenlohe a manifesté l'intention d'appeler l'attention de la Chancellerie allemande sur la portée de la question.

En me réservant de revenir encore sur cette grave matière lorsque des informations plus précises auront pu être obtenues sur la Commission de la Chambre, sur l'*Association de l'Industrie française*, etc, j'ai l'honneur de Vous renouveler, Monsieur le Conseiller fédéral, les assurances de ma haute considération.

5 h^{1/2}. Je regrette de ne pouvoir vous envoyer pour le moment des exemplaires du tarif général parce qu'on n'en a pas encore reçu plusieurs exemplaires au Ministère des Affaires étrangères.

Waddington juge la composition de la commission exactement comme Léon Say ²/₃ contre ¹/₃. Il m'a montré la lettre qu'il venait de signer sur la prorogation du traité actuel avec l'Italie jusqu'au 1 Janv[*ier*]. Il m'a dit en outre: qu'il ne voit pas qu'actuellement il y aurait une majorité à la Chambre pour la ratification du nouveau traité.⁴

4. *Am Kopf des Schreibens bemerkte Heer*: Ich halte diesen Bericht für wichtig genug, um ihn Hrn. B[undes]Präs[identen] zu überreichen, mit der Bitte, denselben unter den Mitgl[iedern] des B[undes]R[aths] circuliren zu lassen. Nachher erbitte ich mir ihn zurück zu den Akten des Dep[artements]. 21. III. 78.

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 5. April 1878

1787. Regierungsantritt Leos XIII., Erwiderung der Notifikation

Korrespondenz

In Beantwortung des herwärtigen vom 19. vor. Mts.¹ macht der *Gesandte in Paris* mit Depeschen vom 21., 27. & 28. diess.² aufmerksam, dass die hierseits beschlossene Form einer blossen von ihm ausgehenden Empfangsanzeige an den Nuntius Meglia für das *päpstliche Breve vom 20. Februar*³ Aufsehen erregen würde und leicht Anlass zu Missdeutungen und Recriminationen geben könnte. Dieselbe sei im Verkehr mit Souveränen, als welcher der Papst auf Grund des Garantiegesezes vom 13. Mai 1874 stets noch zu betrachten sei, durchaus ungewohnt; auch die Kaiser von Russland und Deutschland, deren Beziehungen zur Curie in letzter Zeit ebenso unfreundlich gewesen wie diejenigen der Schweiz, hätten daher die analogen Notifikationen entweder bereits beantwortet, oder werden dies sicherlich nächstens thun. Ein Abgehen von der üblichen Form lasse sich übrigens nicht durch Inhalt und Form des Breves begründen; dasselbe sei vielmehr der Art, dass der Papst bei der dermaligen Sachlage unmöglich eine weniger accentuirte Form habe wählen könne. Hinwider dürfte eine direkte Beantwortung sich auch vom politischen Standpunkte und mit Rücksicht auf die Stimmung der römisch-katholischen Bevölkerung der Schweiz empfehlen. Hr. Kern glaubt daher den Erlass einer kurzen in üblicher höflicher Form gehaltenen, auf den bestehenden Konflikt nicht eingehenden und der Zukunft nicht präjudizirenden Antwort anrathen zu sollen. Das Präsidium hat darauf den Hrn. Kanzler mit dem Entwurf⁴ eines bezüglichen Schreibens beauftragt, welcher am 29. vor. Mts. zur Einsicht aufgelegt wurde. An der Hand dieser Vorlage hat der Bundesrath nach gepflogener Berathung die folgende Antwort⁵ erlassen, welche durch Hrn. Kern an den Nuntius Meglia zu bestellen ist.

1. E 2/915. *Vgl. auch das Protokoll der Sitzung des Bundesrats vom 19. 3. 1878* (E 1004 1/112, Nr. 1475).

2. *Alle Schreiben in:* E 2/915.

3. *Als Annex 1 abgedruckt.*

4. E 2/915.

5. *Als Annex 2 abgedruckt.*

ANNEX 1

E 2/915

*Papst Leo XIII. an Bundespräsident K. Schenk**Breve*

Romae, die 20 februarii 1878

Nobilis Vir salutem. Innalzati per Divino volere sebbene senza alcun nostro merito alla sublime Cattedra del Principe degli Apostoli, ci rendiamo solleciti di darne partecipazione all. Eccellenza Vostra nella fiducia che questo nostro personale annunzio Le possa riuscire grato ed accetto. Siamo però dolenti che le amichevoli relazioni un giorno esistenti tra la Santa Sede e la Confederazione Elvetica abbiano in questi ultimi anni subito una deplorabile interruzione e che deplorabile altresì sia lo stato della Religione cattolica nella Svizzera. Confidando nei sentimenti di giustizia che animano l'Eccellenza Vostra ed il popolo Elvetico, speriamo che non si tarderà a trovare opportuni ed efficaci rimedii a questi mali, ed in tale dolce speranza Le imploriamo dal Signore la maggiore abbondanza dei celesti doni, nell'atto che lo supplichiamo a degnarsi di congiungerla a Noi coi vincoli della carità più perfetta.

ANNEX 2

E 1001 (E) q 1/119

*Der Bundesrat an Papst Leo XIII.**Kopie*

S 1787a

Bern, 5. April 1878

Par bref daté du 20 février de cette année, Votre Sainteté a bien voulu donner au Conseil fédéral de la Confédération Suisse connaissance de Son avènement au Siège apostolique, survenu le même jour.

C'est avec le plus haut intérêt que le Conseil fédéral a pris acte de cette communication. Aussi ne veut-il pas laisser passer cette occasion de présenter à Votre Sainteté, avec ses meilleurs remerciements pour le bref dont Elle l'a honoré, ses félicitations les plus sincères.

En ce qui concerne la situation de la Religion catholique en Suisse, que Votre Sainteté qualifie de déplorable /:deplorabile:/, le Conseil fédéral doit relever ici que cette religion jouit, comme tous les autres cultes, d'une liberté garantie par la Constitution sous la seule réserve que les autorités ecclésiastiques n'empiètent ni sur les droits et compétences de l'Etat ni sur les droits et libertés des citoyens.

Le Conseil fédéral sera heureux de seconder, dans sa sphère d'action, les efforts de Votre Sainteté pour le maintien de la paix confessionnelle et de la bonne harmonie entre les divers cultes en Suisse; et c'est dans ces sentiments qu'il saisit avec empressement cette première occasion de présenter à Votre Sainteté l'expression de sa haute considération et de son profond respect, et de se recommander avec Elle à la protection du Tout-Puissant.⁶

6. *Vgl. auch den GBer. 1878 (BBl 1879, 2, S. 5—9).*

E 2200 Paris 1/127

*Der Vorsteher des Eisenbahn- und Handelsdepartements, J. Heer,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, J. K. Kern*

S

Bern, 27. April 1878

Ich habe Ihnen bisher auf Ihre sehr interessanten u. wichtigen Berichte vom 20.¹ & 23. März² nicht geantwortet, weil ich im Grunde nicht wusste, was ich antworten sollte. Wenn es in Wahrheit Frankreichs Absicht ist, im ganzen Laufe des Jahres 1878 die Verhandlungen wegen der Vertrags-Erneuerung nicht zu eröffnen, so werden wir daran nichts ändern können; aber ich muss, im Anschlusse an früher Gesagtes, wiederholen, dass eine Verschiebung von solcher Ausdehnung für die Schweiz eine ausserordentlich fatale Lage schafft. Die nationalrät[h]liche Commission, welche sich mit dem Zolltarif zu beschäftigen hatte, hat in diesen Tagen ihre Arbeit vollendet u. sich dabei im Wesentlichen ganz auf den Standpunkt der bundesrät[h]lichen Vorlage u. des Ständerathsbeschlusses gestellt³, so dass man mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarten darf: es werde der neue Tarif in der Junisession durch übereinstimmenden Beschluss beider Räte *ungefähr* in der bekannten Gestalt zu Stande kommen⁴; allerdings noch vorbehalten die Volksabstimmung. Wenn aber auch diese dem Werke günstig ausfällt, so läge kein weiterer Grund vor, die Inkraftsetzung über den 1. Jan[uar] 1879 hinaus zu vertagen, u. wie sehr unsere Finanzen die baldige Aufschliessung dieser neuen Quelle erheischen, ist Ihnen sattem bekannt. Ich bitte Sie, sich diese Situation gegenwärtig zu erhalten u. danach Ihre Schritte zu bemessen; ich zweifle doch noch daran, ob Frankreich, wenn wir insistieren, sich absolut auf der Negative halten wird, sobald wir das Begehren darauf beschränken, dass etwa im September od. meinewegen im October die Verhandlungen beginnen sollen. Wird man dann auch vor Jahresschluss nicht fertig, so bleibt doch zu hoffen, dass man etwa auf 1. April 1879 sowohl den neuen Vertrag mit Frankreich, als auch den neuen Tarif in Kraft setzen können, u. eine solche Verschiebung blos um drei Monate wäre dann auch wohl zu ertragen. Da ich hoffe, Sie werden im Laufe Sommers Ihren gewohnten Ferien-Aufenthalt in der Schweiz machen, so wird sich dann wohl Anlass bieten, diese Fragen mündlich zu erörtern u. ich will mich also, da ja für den Moment so wie so nichts zu thun ist, auf diese wenigen Bemerkungen beschränken.

In Ihrer verehrl. Zuschrift vom 23. März machten Sie u.A. die Bemerkung, es dürfte nützlich sein, Ihnen Material in die Hände zu legen, mittelst dessen Sie den französ. Ministern den Nachweis leisten könnten, dass, wenn in Frankreich seit

1. Nr. 128.

2. E 13 (B)/172.

3. Vgl. die Botschaft des Bundesrates vom 16. 6. 1877 (BB1 1877, 3, S. 229—256) und E 11/13—15.

4. Vgl. den Zolltarifgesetzentwurf vom 28. 6. 1878 (BB1 1879, 3, S. 517—557).

1864 die steuerlichen Lasten zugenommen haben, dies ganz ebenso u. vielleicht noch in höherem Masse in der Schweiz der Fall gewesen sei. Ich habe nun versucht, zuerst von einem einzelnen Kanton mir ein Bild über die daherigen Verhältnisse zu verschaffen, u. ich wählte dazu den Ct. Zürich, nicht bloß weil derselbe die höchst entwickelte Industrie in seinem Schoosse birgt, sondern namentlich auch deshalb, weil dort ein eigenes statistisches Bureau besteht, welches Gewähr dafür bietet, dass man gute & zuverlässige Arbeit erhält. Gestern nun gieng das Ergebniss in Gestalt der Tabelle⁵ ein, die ich Ihnen in der Anlage mittheile u. die Sie behalten können: Die Ziffern sind sprechend genug, um für ihren Zweck nützlich verwendet werden zu können. Bei andern Kantonen habe ich bisher noch nicht angeklopft, weil ich leider aus Erfahrung weiss, wie unendlich schwer es hält, in derartigen Dingen auch nur halbwegs brauchbares Material zu bekommen. Wenn Sie aber einen Werth darauf setzen, so will ich nachträglich doch einen Versuch machen, hoffend, dass, wenn die Zürcherische Arbeit als Muster gegeben werden kann, das Verständniss eher zu erreichen sein werde.

Von Italien ist in letzten Tagen der Bericht eingegangen, dass man nicht abgeneigt sei, die Negotiation wegen eines neuen Handelsvertrags demnächst zu eröffnen u. zu diesem Behufe Unterhändler *hieher* zu entsenden; ganz positiv ist die Zusage noch nicht, u. wir werden also gewärtigen müssen.

5. Nicht abgedruckt.

131

E 2/2127

*Antrag des Vorstehers des Departements des Innern, N. Droz,
an den Bundesrat*

Auswanderung nach Canada,
Bezeichnung eines
schweiz. Delegirten

Bern, 4. Juni 1878

Mit beiliegender Note¹ stellt die kanadische Gesandtschaft in London im Auftrage ihrer Regierung an den Bundesrath das Ansuchen, behufs Einsichtnahme der Verhältnisse in Canada im Interesse der Auswanderung einen Abgeordneten zu bezeichnen, welcher dann in Begleitung des Hrn. Dr. Hahn aus Reutlingen im Juli ds. Js. dahin abzugehen hätte. Die genannte Gesandtschaft theilt gleichzeitig mit, dass das kanadische Ackerbauministerium zur Deckung der Kosten einer solchen Abordnung die Summe von 1500 Dollars ausgesetzt habe.

Das Departement hat die Gelegenheit durch Hrn. Kummer, Direktor des statistischen Bureau's prüfen lassen und beehrt sich nun, auf Grund dessen Gutachten Ihnen folgenden Bericht zu erstatten.

Der Art. 34 der Bundesverfassung² überträgt dem Bunde bloss das Aufsichts-

1. Note vom 15. 5. 1878 (E 2/2127).

2. AS 1874—1875, 1, S. 11—12.

und Gesetzgebungsrecht über den Geschäftsbetrieb von Auswanderungsagenturen. Wenn nun also einerseits anerkannt werden muss, dass der Bund keine Verpflichtung habe, den Schweizern, welche in der Fremde ihr Brod suchen, selbst Kolonien zu gründen oder auch nur zu diesem Zwecke die Initiative zu ergreifen, oder die Auswanderung in irgend einer andern Weise zu begünstigen, so kann andererseits nicht bestritten werden, dass es Pflicht des Bundes sei, innerhalb der Grenzen der Möglichkeit den Auswanderern *Rath* zu ertheilen, bestehe derselbe nur im Warnen und Abmahnen von gewissen Spekulanten und Zielpunkten, sei es in Veröffentlichung von günstigen Berichten. Diese Stellung hat der Bundesrath gegenüber der Auswanderung stets eingenommen und die Bundesversammlung ihrerseits hat eine Menge Beschlüsse und Postulate in diesem Sinne angenommen. Auch die Opfer für die schweizerischen Agenten im Auslande, insoweit es die überseeischen betrifft, werden als wesentlich im Interesse der schweiz. Auswanderer geleistete betrachtet. Hiezu tritt der fernere Umstand, dass selbst bedeutende Opfer für einen speziellen Commissär gebracht wurden, welcher eigens den Auswanderern in Brasilien zu Hülfe gesandt wurde³. Der Bundesrath betritt also durchaus nicht eine neue Bahn, wenn er sich herbei lässt, um über Canada wahrheitsgetreuen Bericht sich zu verschaffen.

Eine andere Frage ist die, ob der Bundesrath auf das Anerbieten der canadischen Regierung, in der Weise, wie dieses gestellt ist, eintreten könne.

Das Departement glaubt, indem es diesfalls auf das beiliegende Gutachten verweist, die Frage bejahend beantworten zu sollen. Die canadische Regierung zunächst hat ein ganz besonders Interesse, ihr grosses Landesgebiet bevölkert zu sehen und ist darum auch bereit, diesfalls Opfer zu bringen. Wenn daher der Bund nicht gewillt ist, die Kosten einer solchen Abordnung ganz oder theilweise zu übernehmen, so sollte unseres Erachtens die günstige Gelegenheit, sich zuverlässige Auskunft über Canada zu verschaffen, nicht von der Hand gewiesen werden, vorausgesetzt nämlich, dass dem Bundesrath eine Persönlichkeit zur Verfügung steht, welcher er sein ganzes Vertrauen schenken darf auch in dem Falle, wo eine andere Regierung die Reisekosten trägt. Als eine solche Persönlichkeit wird Herr Dr. Guillaume, Strafhausdirektor in Neuenburg bezeichnet, welcher selbst schon Sträflingen nach abgelaufener Strafzeit nach Canada verholfen hat und über dessen Verdienste in dieser Richtung das Gutachten weitere Auskunft gibt. Herr Guillaume hat sich auch auf erfolgte Anfrage zur Übernahme der in Frage liegenden Mission bereit erklärt.

Das Departement stellt daher folgende *Anträge*:

1. Es sei das Anerbieten der canadischen Regierung anzunehmen;
2. Sei zum Zwecke der Besichtigung von Canada hinsichtlich dessen Eigenschaften als Zielpunkt der Auswanderung mit dem Auftrage zur Berichterstattung über die dortigen Verhältnisse Herr Dr. Guillaume, Direktor der Strafanstalt in Neuenburg, zum Abgeordneten zu bezeichnen;
3. Kenntnissgabe hievon und Verdankung an den canadischen Botschafter in London mit dem Beifügen, so gerne der Bundesrath den Wünschen der canadischen Regierung entgegentzukommen sich anschieke, so hätten sich andererseits Zweifel erhoben, wenn die betreffende Zeitversäumnis der Delegirten mit in

3. Vgl. DDS 2, Nr. 124.

Berücksichtigung gezogen werde, ob die ausgesetzte Summe von 1500 Dollars zu genügen vermöge. Der Bundesrath erlaube sich daher, noch besonders auf diesen Punkt aufmerksam zu machen und sehe er allfälligen Aufklärungen darüber gerne entgegen.

4. Kenntnissgabe an Herrn Dr. Guillaume und an die Regierung von Neuenburg, an letztere mit dem Ersuchen, Hrn. Dr. Guillaume den von ihm zu dem angegebenen Zwecke begehrten Urlaub von etwa zwei Monaten nicht verweigern zu wollen.⁴

4. In der Folge zog das Departement des Innern diesen Antrag wieder zurück und das Geschäft blieb *pendent* (vgl. E 1004 1/113, Nr. 3491).

132

E 2300 Berlin 3

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Bundesrat*

B

Berlin, 11. Juni 1878

In Bestätigung meines gestrigen, chiffirten Telegramms¹ mache ich Ihnen die Mittheilung, dass mir Herr Reichskanzleramtspräsident Hofmann, welchen ich im Laufe des Nachmittags besuchte, die bestimmte Erklärung abgegeben hat, der Bundesrath werde heute einstimmig dem Antrage des preussischen Staatsministeriums auf Auflösung des Reichstages beistimmen und werde dann die Auflösung morgen Mittwoch, durch das Erscheinen des bundesrätthlichen Beschlusses im Reichsanzeiger, zum *fait accompli* werden. Sämtliche Bundesrathsbevollmächtigte seien im Besitze zustimmender Instruktionen, nur *ein* Staat sei nicht einverstanden, indessen werde der bezügliche Vertreter nicht gegen den preussischen Vorschlag stimmen, sondern sich einfach der Abstimmung enthalten. Da in den letzten Tagen sonst gut informirte Persönlichkeiten wissen wollten, man beabsichtige, die Neuwahlen schon in ca. 3 Wochen anzuordnen, bat ich Herrn Hofmann auch hierüber um Auskunft und erhielt dann von ihm zur Antwort, vor Ende Juli oder Anfang August könne hievon nicht die Rede sein; man brauche vorerst 3 Wochen zur Ausfertigung der Wahllisten und dann müssen dieselben 4 Wochen aufgelegt werden, unter 7 Wochen dürfe man also nicht gehen. Von den Neuwahlen scheint sich die Regierung, nach den Äusserungen des H. Hofmann zu schliessen, vor Allem eine wesentliche Verminderung der Zahl der Vertreter der Sozialdemokraten zu versprechen; ja man giebt sich sogar, wenn auch noch sehr schüchtern, der Hoffnung hin, es dürfte unter dem Eindruck der beiden ruchlosen Attentate gelingen, das sozialdemokratische Element ganz aus dem Reichstage auszurotten. Im Fernern prognostiziert man dahin, dass die nationalliberale Fraktion jedenfalls eine ziemlich grosse Anzahl ihrer Vertreter verlieren

1. Nicht abgedruckt.

werde und dass sich die Wähler mehr der conservativen Richtung zuwenden dürften; jedenfalls erwartet man mit Bestimmtheit von dem neuen Reichstage, dass derselbe mit grosser Mehrheit das in Aussicht genomene Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie annehmen werde. Vor Mitte oder Ende September wird aber diese neue Vorlage schwerlich zur Behandlung kommen können.

Die nationalliberale Fraktion ist natürlich im Stillen über das Auflösungs-Projekt sehr verstimmt; sie raisonnirt, wie Sie aus den Zeitungen ersehen haben werden, dahin, man hätte vorerst den gegenwärtigen Reichstag ausserordentlich einberufen und mit ihm den wiederholten Versuch machen sollen, das Ausnahmegesetz durchzubringen, denn es unterliege keinem Zweifel, dass jetzt, bei der veränderten Sachlage, diese Fraktion mit grosser Mehrheit der Regierung zugestimmt hätte und, wäre diese Erwartung gegen alle Vermuthung getäuscht worden, so hätte man immer noch zu dem letzten Mittel, zu der Auflösung, greifen können; man beabsichtige aber etwas anderes, man wolle à tout prix mit den Nationalliberalen brechen und der Auflösungsbeschluss sei ganz einfach der Schluss der unwürdigen Comödie, welche man mit Bennigsen und der ganzen Fraktion in der neuern Zeit gespielt habe. Sie, die nationalliberale Fraktion, scheint aber den Neuwahlen mit grossem Selbstvertrauen entgegenzugehen; sie rüstet sich bereits auf den Wahlkampf und hat auf den 16. d. M. eine Fraktionsversammlung nach Berlin einberufen. Wie die Fortschrittspartei über die Situation denkt, weiss ich zur Zeit noch nicht; auch diese Fraktion wird aber sofort Stellung nehmen. Mir scheint dieselbe insofern weniger exponirt zu sein, als ihre Wähler fester organisirt sind, als diejenigen der Nationalliberalen, welche nunmehr ihre Stellung als Regierungspartei verloren haben.

Von sehr grossem Einfluss wird das Verhalten der Zentrumsparthei für die nächste Zukunft sein und es steht ausser Frage, dass die Regierung, pcto. Annäherung an dieselbe, bis zu den äussersten Grenzen des Erlaubten gehen wird. Als ebenso sicher betrachte ich es aber dennoch, dass der Fürst Bismark seinen bisherigen prinzipiellen Standpunkt in der Culturkampffrage auch in der neu geschaffenen Situation nicht preisgeben wird.

Über die Maassregeln, welche speziell die preussische Regierung bis zur Ertheilung ausserordentlicher Vollmachten durch den Reichstag zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Agitation zur Anwendung bringen dürfte und schon getroffen hat, erwähne ich Folgendes:

Die Idee der Verhängung des Belagerungszustandes ist ernstlich erwogen, schliesslich aber wieder aufgegeben worden, weil dieselbe für *ganz* Berlin einen unerträglichen Zustand geschaffen hätte. Auch ist von der Konsignation der Berliner-Garnison, von welcher viel gesprochen wurde, Umgang genommen worden; dagegen weiss ich aus guter Quelle, dass zur Zeit gar kein Urlaub, und wäre er auch nur für 24 Stunden, ertheilt wird, sowie dass die Wachtmannschaft seit ca. 4 Tagen mit geladenem Gewehr auszieht und mit Munition versehen ist. Von der Garnison in Potsdam heisst es ganz bestimmt, dass sie in die Kasernen konsignirt sei.

Im Übrigen ist die Staatsregierung sicherem Vernehmen nach gewillt, von den andern Befugnissen Gebrauch zu machen, welche ihr das Gesetz vom 4. Juni 1851 über den Belagerungszustand in solchen Zeiten gewährt, in welchen sie auch zur Erklärung des Belagerungszustandes befugt ist. Nach § 16 dieses Geset-

zes kann nämlich die Regierung, auch wenn der Belagerungszustand nicht erklärt ist, bei dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit die Bestimmungen der preussischen Verfassungsurkunde über die persönliche Freiheit, über Haussuchung und Beschlagnahme, über freie Presse und das freie Vereins- und Versammlungsrecht und über die Befugniss der Militärmacht zum unmittelbaren Einschreiten gegen Aufrührerische zeitweise bis zum nächsten Zusammentritt des Landtages ausser Kraft setzen. Wie und wie weit die Regierung diese Befugnisse ausnützen will, ob sie sämmtliche oben hervorgehobenen Bestimmungen der Verfassung suspendiren, ob sie hierbei nur für die Hauptstadt und einzelne andere preussische Städte oder für ganz Preussen die Suspension aussprechen wird, hängt von dem weitem Verlauf der auf Anlass des Nobiling'schen Attentats und der zahlreichen damit zusammenhängenden Thatsachen schwebenden gerichtlichen Untersuchungen ab.

Über den Fortgang der Untersuchung betreffend Nobiling erfährt man sehr wenig, immerhin aber doch noch zu viel, d. h. viel mehr, als es im Interesse der Untersuchung liegt. Der Zustand Nobilings ist, wie ich gestern von sehr gut unterrichteter Seite her erfahren, derart, dass er ohne Verzug wieder vernommen werden kann. Der behandelnde Arzt improvisirte vorgestern einen kleinen Vernehmungsversuch in folgender Weise. Frage: Wie haben Sie sich ihre Verwundung am Kopfe beigebracht? Antwort: Mit einem Revolver. Frage: Hatten Sie keine andern Waffen? Antwort: Ja, eine Jagdflinte. Frage: Was haben Sie mit der Flinte gemacht? Antwort: Ich habe damit auf den Kaiser geschossen. Frage: Hätten Sie nicht, da es Ihnen wieder besser geht, Freude daran, einige Freunde von Ihnen zu sehen? Antwort: Ja. Frage: Wollen Sie mir dieselben nennen, damit ich sie herberufen kann? Keine Antwort. Frage: Sagen Sie mir doch, wie dieselben heissen, sonst kann ich ja Ihrem Wunsche nicht entsprechen. Wiederum keine Antwort und damit war das nicht gerade sehr klug in Szene gesetzte Privat-Verhör beendet. Die Untersuchungsbehörde soll dagegen in Sachen sehr sorgfältig zu Werke gehen und auf indirektem Wege mehrern Complicen auf die Spur gekommen sein. Die Haussuchungen und Verhaftungen mehren sich von Tag zu Tag und in ganz Deutschland finden zahlreiche Sistirungen und, bei höchst summarischen Verfahren, Verurtheilungen wegen Majestätsbeleidigung bei Anlass des Bekanntwerdens des zweiten Attentates statt. In Berlin erfolgten letzten Sonnabend 8 Erledigungen solcher Fälle, wobei das Urtheil bis auf 5 Jahre Gefängniss lautete. Die Bevölkerung leistet der offenbar der Situation nicht gewachsenen Polizei durchwegs vorzügliche Dienste; sie macht selbst Polizei und die kleinste missbeliebige Äusserung wird sofort zuständigen Orts hinterbracht. Alle öffentlich angekündeten oder verkappt angeordneten Sozialisten-Versammlungen werden in ganz Deutschland verboten und die Führer der Parthei mit Hausdurchsuchungen bedacht; ebenso wird die sozialistische Presse streng überwacht; überhaupt entwickelt man jetzt nach allen Richtungen eine sehr eingehende Thätigkeit behufs der leider nur zu lange tollerirten Agitation. Dass diese Agitation in verschiedenen Kreisen der Bevölkerung schon tief Wurzeln gefasst hat, muss heute allseitig anerkannt werden; selbst in die obern Klassen der Gymnasien ist das Gift eingedrungen, so dass es im günstigsten Falle Jahrzehnte dauern wird, bis der ausgestreute Saame durch Gewalt und andere Mittel wieder ausgerottet sein wird. Jedenfalls wird man in dem gesunden, praktischen Sinne des noch nicht infi-

zirten Theiles des Volkes das wirksamste Mittel zur Bekämpfung der gemeinschädlichen Theorien der Sozialdemokratie finden, insofern man demselben in wirtschaftlichen Fragen auch nur halbwegs entgegenkömmt; die Katheder-Sozialisten, welche man bisher grossgezogen und gehätschelt hat, müssen dagegen gründlich aufgegeben werden; von dieser Seite her kömmt kein Heil, sie haben den Knoten nur noch mehr verwickelt und werden mit dem nunmehr unausweichlichen Zerschneiden desselben ihre künstlich gefristete Existenz, in Deutschland wenigstens, von heute auf morgen sicherlich gänzlich einbüßen. Vermuthlich wird bei allen diesen Schutzmitteln gegen die Sozialdemokratie auch das Ausland zur Sprache kommen; heisst es ja sogar, man beabsichtige die Frage international zu behandeln und hiefür den bevorstehenden Kongress zu benützen. Wäre auch Russland hiezu zweifelsohne sehr geneigt, so betrachte ich doch diese letztere Combination als ausgeschlossen, womit aber nicht gesagt sein soll, dass nicht etwa nebenbei bezügliche vertrauliche Pourparlers zwischen den leitenden Ministern stattfinden dürften. Die Schweiz ist bis jetzt in den vielfachen Kundgebungen der Presse in keiner Weise berührt worden; doch wird der Feldzug gegen die Sozialdemokratie für die Zukunft auch für uns, mit unserer Pressfreiheit, dem Versammlungs- und dem Asyl-Recht, seine Folgen haben und gelegentlich heikle Fragen Ihrem Entscheide aufdrängen.

Das Befinden des Kaisers ist fortwährend sehr befriedigend. Der Heilungsprozess geht ganz normal und rasch von Statten, so dass der Patient gestern z. B. etwa 8 Stunden ausser dem Bette zubringen konnte, was die Ärzte in ganz besonderm Maasse beruhigt, währenddem sie bis jetzt befürchteten, das fortdauernde Liegen und die hiemit verbundene Störung der Blutzirkulation könnte eine Affektion der Lungen nach sich ziehen. Zur Zeit kömmt nur noch die Anschwellung am rechten Handgelenk und die sog. Einkapslung des «Stehpostens», welcher dort sitzt, in Frage. Es soll aber auch hiemit gut gehen und hofft man dessgleichen, der Kaiser werde recht bald wieder den traditionellen Hohenzollern-Appetit entwickeln. Ob er wirklich beabsichtigen soll, Ende dieser Woche nach Babelsberg überzusiedeln, habe ich noch nicht bestimmt ermitteln können.

Der Rücktritt Falks ist wohl «aufgeschoben» aber nicht «aufgehoben». Ich habe hierüber gestern von durchaus genau unterrichteter Seite Folgendes vernommen: Falk antwortete dem Kaiser auf dessen äusserst freundlich gehaltenes Handschreiben, er wünschte sehr bleiben zu können, allein es bestehe zwischen S^r Majestät und ihm betreffend verschiedene Fragen eine so grosse Meinungsdivergenz, dass er nicht einsehe, wie es ihm möglich sein werde, auf seinem Posten zu verharren. Hierauf erneuerte der Kaiser seine Einladung an Falk, er möge bleiben, mit dem Beifügen, man könne ja dann gelegentlich sehen, ob sie sich nicht dennoch verständigen werden. Bald folgte dann das zweite Attentat und nun hat Falk in der That das Abschiedsgesuch einstweilen zurückgezogen. Er sagt aber selbst mit der grössten Offenheit, sein Rücktritt sei nur eine Frage der Zeit, denn die Motive zu demselben werden bestehen bleiben.

Übermorgen beginnt also der Kongress. Ich werde Ihnen hierüber so oft und so viel berichten, als es mir möglich sein wird. Heute Abend schon sind einige Bevollmächtigte hier erwartet und der Telegraph hat bereits die Abreise Aller, selbst auch von Gortchakoff, über welchen, wie ich früher berichtet, noch vor wenigen Wochen allgemein das Todesurtheil gesprochen wurde, gemeldet.

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 7. August 1878

4239. Münz-Conferenz in Paris, Instruktion

Finanz- und Zolldepartement. Antrag vom 6. August 1878

Nachdem Herr Feer-Herzog der mit der Anzeige von seiner Wahl zum Abgeordneten an die auf Veranlassung der Regierung der Ver[einigten] Staten von Amerika in Paris zusammentretende *Münz-Conferenz*¹ verbundenen Einladung vom 16. vor. Mts². zur Vorlegung des Entwurfs einer *Instruktion* nachgekommen ist³, wird dieser vom Dept. unterbreitete Entwurf zur Ausfertigung genehmigt wie folgt:

1. Les délégués suisses sont chargés en première ligne de se mettre d'accord au sujet de la proposition contenue dans l'article 2 du Blandbill avec les délégués des autres Etats de la Convention de 1865, ou au moins avec ceux de plusieurs de ces Etats.

2. Le Conseil fédéral désire que cet accord puisse avoir lieu sur la base de l'état de fait actuellement existant; monnayage illimité de l'or, monnayage suspendu des pièces de cinq francs. Partant de cet état de fait, il n'admet point que le rapport qu'établissent les lois des Etats de la Convention entre la valeur de l'argent et celle de l'or, savoir: 1 : 15¹/₂, puisse être actuellement changé.

3. Dès lors, le Conseil fédéral instruit ses délégués, au sujet de la proposition des Etats-Unis, que la Suisse ne peut ni s'écarter actuellement du rapport de 1 à 15¹/₂, ni s'engager par un accord international universel pour ce même rapport, ou pour un autre rapport quelconque entre les deux métaux.

4. Dans le cas où les suppositions contenues sous 1 et 2 ne seraient pas réalisables, ou dans celui où des incidents non prévus surgiraient au Congrès, les délégués en référeront au Conseil fédéral et prendront ses nouvelles instructions.

1. Vgl. die Note der amerikanischen Regierung an den Bundesrat vom 6. 4. 1878 (E 12/28).

2. Vgl. das BR-Prot. vom 16. 7. 1878 (E 1004 1/114, Nr. 3833).

3. Vgl. das Schreiben von Feer-Herzog an den Bundesrat vom 2. 8. 1878 (E 12/28).

134

E 12/29

*Die schweizerischen Delegierten an der Münzkonferenz von 1878,
K. Feer-Herzog und Ch. Lardy,
an den Vorsteher des Finanzdepartements, B. Hammer*

B

Paris, 27 août 1878

La conférence monétaire internationale¹ s'est réunie hier Lundi au Ministère des Affaires Etrangères à 1½h^s.

M. *Groesbeck*, délégué des Etats-Unis, lit un long mémoire contenant un assez grand nombre de détails insignifiants ou de banalités économiques. Voici le résumé des principaux points qui peuvent être relevés dans ce discours en anglais: 1. L'Union latine a contribué largement à la baisse de l'argent. 2. Il est erroné de croire que les besoins des Indes diminuent. 3. La production des mines d'argent aux Etats-Unis va décroître. Conclusion, l'Europe n'a pas lieu de s'inquiéter si vivement de la dépréciation de l'argent.

Invité par le Président à répondre, M. *Feer-Herzog* repousse encore une fois les reproches faits à l'Union latine d'avoir amené en partie la baisse de l'argent; elle était souveraine et pouvait faire ce que bon lui semblait; elle a tenu à ne pas échanger son stock d'or contre l'argent que l'Allemagne serait venue faire monnayer à Paris. Il ne croit pas à la diminution de la production de l'argent, d'abord parce qu'on a achevé, sous la mine de Comstock, le grand tunnel qui doit en faciliter considérablement l'exploitation; ensuite parce que les voies de communication se sont développées, et qu'aujourd'hui l'exploitation des mines est une question de communication, de capitaux, et aussi, mais moins que jadis, une question corrélative du prix du mercure. Les géologues s'accordent à dire que les Andes et les Cordillères sont riches en métaux précieux. Le chemin de fer s'approche des mines du Pérou, du Pasco, etc.; avec ses moyens de communication et le développement des procédés d'extraction industriels, il est difficile de croire à une diminution sérieuse de la production des mines. Mais, s'il était vrai que les besoins d'argent aux Indes augmentent et que la production diminue, pourquoi M. *Groesbeck* et le Gouvernement des Etats-Unis se préoccupent-ils tant de la dépréciation de l'argent? N'y a-t-il pas là une pétition de principes? Le Gouvernement fédéral Suisse a écouté avec la plus grande attention les propositions américaines, il a tenu à prendre part à la Conférence avec les sentiments de respect et d'affection qui unissent la Suisse républicaine à sa grande soeur transatlantique. Mais il est difficile pour la Suisse d'accueillir les propositions du Cabinet de Washington. Sans avoir à se permettre des conseils, les délégués suisses doivent se borner à déclarer qu'ils ne sont pas autorisés à adopter un rapport de valeur fixe, à régler par voie de convention internationale, quel que puisse être ce rapport.

1. Zum Konferenzverlauf vgl. auch den Bericht von *Feer-Herzog* vom 30. 9. 1878 (BBI 1878, 4, S. 302—371).

M. Pirmez (Belgique) estime que la crise sans exemple traversée par la valeur relative de l'or et de l'argent justifie pleinement la réunion de la conférence, et il s'en félicite. Mais, dans sa pensée, l'action combinée de tous les Gouvernements ne suffirait pas à établir un rapport fixe; or cette action combinée est impossible, puisqu'aucun des Etats qui ont l'étalon unique d'or ne veut l'abandonner et qu'on ne peut s'adresser à la Chine le principal pays d'argent. Aujourd'hui, les Etats-Unis paraissent nous dire: «Déclarez seulement qu'il serait *désirable* de pouvoir prendre la mesure que nous Vous proposons.» C'est comme si des chasseurs, après avoir constaté qu'un oiseau est hors de la portée de leurs armes, venaient à voter qu'il est désirable qu'ils puissent arriver à atteindre l'oiseau. Entrons pour un instant dans les vues des délégués des Etats-Unis: Le double étalon universel constituerait le plus gigantesque effort de l'humanité pour dominer les faits naturels. Le but des Etats-Unis est d'arriver à la stabilité; mais la mesure qu'ils proposent commencerait par la plus effroyable perturbation, dans les pays d'or en premier lieu, et dans les pays d'argent ou de double étalon aussi, suivant la nature du rapport de valeur qu'on fixerait entre les deux métaux. Admettons cette tempête passée. Est-ce que le calme renaîtrait? On veut réhabiliter l'argent, a dit M. Groesbeck dans notre première séance, aujourd'hui il a si grande confiance dans l'avenir de ce métal que cette réhabilitation ne serait plus nécessaire; mais passons sur cette contradiction; croit-on qu'on réhabiliterait quoi que ce soit? On peut comparer les deux métaux précieux à deux moteurs, dont l'un marcherait plus vite que l'autre, si on les lie l'un à l'autre, croit-on qu'on obtiendra plus de force qu'avec les deux moteurs séparés? Evidemment non; en accouplant les deux métaux, on n'aura créé aucune richesse, on n'aura absolument pas réhabilité l'argent; on pourra changer la résidence des valeurs, mais on n'aura rien corrigé; prenons un exemple tiré de la situation de l'Angleterre qui a l'or et de l'Inde qui a l'argent; si on adoptait un rapport fixe favorable à l'argent, l'Inde gagnerait, mais l'Angleterre perdrait exactement la même somme; c'est comme si on apportait des Indes en Angleterre un morceau d'étoffe, et qu'on diminuât la longueur du yard anglais; on dirait que l'étoffe mesure une plus grande longueur, mais on n'aurait pas créé un pouce d'étoffe pour cela.

M. Walker a dit, continue M. Pirmez, que l'étalon d'or était dangereux, parce qu'il était accompagné d'une grande quantité de monnaie divisionnaire à un titre inférieur, et préférerait la création du papier-monnaie. Mais M. Walker a oublié que la monnaie divisionnaire, tout en contenant une respectable quantité d'argent fin, était un billet de banque écrit sur du métal et échangeable en tout temps contre de la monnaie de païment.

Je suppose maintenant le rapport fixe établi entre les deux métaux. Pourrez-Vous le maintenir, si l'écart naturel et commercial continue? Je ne le crois pas, dit M. Pirmez, à moins que le lien entre les deux métaux ne soit en caoutchouc. On oublie les distances. Si l'Australie produit beaucoup d'or, et les Etats-Unis beaucoup d'argent, il se produira des variations dans les cours, parce que, de fait, la circulation sera ici en argent et là en or, suivant la production. Il y a ensuite la consommation industrielle des métaux précieux, et la thésaurisation qui se produira sur le métal le moins cher. Au bout d'un certain temps, un des métaux fera nécessairement prime et Vous échouerez devant les faits.

Passant à un autre ordre d'idées, M. Pirmez estime qu'on confond souvent le

crédit et la monnaie; les crises commerciales amènent parfois des crises monétaires, entièrement indépendantes des crises monétaires elles-mêmes. Un des délégués des Etats-Unis, M. Horton, a confondu ces deux questions lorsqu'il a parlé du cours forcé en Angleterre au commencement de ce siècle, et qu'il a attribué la gravité de la crise traversée par la Grande Bretagne au fait que cet Etat venait de démonétiser l'argent, et a eu ainsi plus de peine à conserver au début et à reprendre en 1816 ses paiements en espèces. M. Pirmez a lieu de croire que les métaux précieux ont pu être trouvés en 1816 et ne manquaient pas en 1806; la crise a été provoquée par l'immense consommation de capitaux faite par l'Angleterre dans ses guerres contre Napoléon I^{er}, et qui a obligé le Gouvernement anglais à recourir au cours forcé; en 1816, la reprise des paiements en espèces était une question de crédit reconquis et de paix assurée, et non pas une question d'abondance de métaux. J'admets cependant, ajoute M. Pirmez, qu'un pays qui a vécu sous le régime vicieux du double étalon et qui introduit ensuite le cours forcé, préfère garder le double étalon et ne pas se libérer plus tard dans le métal le plus cher, pour l'acquittement de ses dettes antérieures. En faisant table rase des faits, y a-t-il quelque raison théorique pour que le crédit soit plus facile avec deux métaux qu'avec un seul? En quoi la richesse publique peut-elle être augmentée par le fait qu'il y aura deux métaux libérateurs? Le crédit résulte du travail et de la confiance. Le travail, les Gouvernements ont le devoir de ne rien faire pour l'entraver, mais quelle production de richesse naîtra du double étalon? Aucune. La confiance, sera-t-elle accrue par l'instabilité du double étalon, ou par l'adoption du meilleur des deux métaux et la certitude du créancier qu'on lui rendra exactement ce qu'il a prêté? La réponse ne saurait être douteuse.

En terminant, M. Pirmez remercie les Etats-Unis de leur initiative; il ne doute pas que, malgré la réponse négative que la Conférence va probablement leur faire, la Conférence ne produise d'heureux fruits; au lieu de heurter les faits économiques, on marchera dans la direction de la liberté, et les Etats-Unis ont leur rôle tout tracé dans cette voie et sauront y marcher pour le bien de l'humanité.

M. le Comte *Rusconi* (Italie) persiste à renouveler sa proposition habituelle de ne pas tant discuter sur les mérites respectifs de l'or et de l'argent, et de discuter l'établissement du rapport à établir entre les deux métaux.

Sir *Saccombe*² (G^de Bretagne) développe quelques courtes observations pour démontrer que l'adoption d'un rapport uniforme de valeur «ne rentre pas dans la limite des mesures pratiques.»

M. *Horton* (Etats-Unis) lit un long mémoire, en style d'avocat, en faveur du double étalon, et rédigé de manière à laisser comprendre que la conférence n'a pas voulu entendre sérieusement les délégués américains.

M. *Fenton* (Etas-Unis) émet la pensée que les délégués du Cabinet de Washington seraient disposés à donner une autre forme à leur proposition.

Le Président, M. Say, demande que cette nouvelle rédaction soit communiquée aux autres délégués avant la prochaine réunion, qui est fixée à demain Mercredi à 1½ h.

La séance est levée à 5 heures.

Nous avons l'honneur de Vous remettre sous ce pli la rédaction de la réponse

2. *Es sollte heissen Seccombe.*

concertée entre les délégués des Pays Bas, la Belgique, de la France, de la Grande Bretagne, de la Russie et de la Suisse.³ Il est possible qu'elles subisse quelques remaniements si la proposition américaine est modifiée. Vous verrez que les termes ont dû successivement devenir assez vagues pour satisfaire la plupart des Etats européens et se concilier avec les divers systèmes monétaires. Elle ne nous paraît pas contraire à nos instructions, bien que nous l'eussions préférée moins pâle.

Aujourd'hui devait avoir lieu la première réunion officielle des délégués des Etats de l'Union latine, par suite d'un empêchement de M. Léon Say, cette Conférence restreinte aura lieu Jeudi seulement.

Nous avons préparé, sur la base de Vos instructions⁴, un avant-projet⁵ de rédaction de la Convention de 1865⁶ modifiée. Il a été soumis officieusement hier soir par nous à M. Pirmez, la Belgique étant aujourd'hui partisan déclaré de l'étalon d'or comme en 1865 et en 1867. Nous craignons que M. Pirmez ne cherche à faire réduire le plus possible la durée du traité à conclure, afin, dit-il, de permettre au besoin à la Belgique de profiter du premier moment favorable pour passer à l'étalon unique d'or; il aurait désiré une convention dénonçable chaque année. Dans notre pensée, la durée de la convention devrait être plus considérable, parce qu'en cas de changement dans la personne du Ministre des Finances en France, il pourrait survenir dans la situation monétaire de l'Union une instabilité fâcheuse. M. Pirmez se montre aussi adversaire décidé de tout arrangement monétaire avec les Etats à cours forcé, et, tout en désirant user de ménagements à l'égard de l'Italie, il paraît vouloir réclamer des mesures assez radicales de ce chef. La Belgique ayant avec l'Italie des rapports fort différents des nôtres, et n'ayant avec ce dernier Etat aucun trafic local, nous considérons comme un devoir politique de ne pas être aussi absolus que les délégués belges.

Cet avant-projet a été également soumis à M. Ruau, directeur de la Monnaie, l'un des délégués français, qui s'est montré d'accord sur la plupart de ses dispositions. Il constitue une sorte de transaction entre les vues des délégués de la France, de la Belgique et de la Suisse. Nous avons l'honneur de Vous le remettre sous ce pli, en Vous priant de nous faire parvenir sans retard Vos observations. Il est bien entendu que ce projet sera présenté comme base de discussion sans engager ni aucun de nos Gouvernements, ni nous-mêmes personnellement, attendu que chacune des personnes qui ont collaboré à sa rédaction a des observations *de détail* à formuler contre tel ou tel point.

Nous Vous serions reconnaissants de nous faire parvenir Votre réponse⁷ au besoin par télégramme chiffré, et nous saisissons cette occasion pour Vous renouveler, Monsieur le Conseiller fédéral, les assurances de notre très haute considération.

3. *Randvermerk der Delegierten*: Les délégués autrichiens et italiens font seuls des réserves.

4. *Nr. 133*.

5. *Nicht abgedruckt*.

6. AS 1863—1866, VIII, S. 825—837.

7. *Vgl. das Schreiben von Hammer an Lardy/Feer-Herzog vom 1. 9. 1878 (als Annex abgedruckt)*.

ANNEX

E 2200 Paris 1/107

*Der Vorsteher des Finanz- und Zolldepartements, B. Hammer,
an die schweizerischen Delegierten an der Münzkonferenz von 1878,
K. Feer-Herzog und Ch. Lardy*

S

Bern, 1. September 1878

In unsern Telegrammen⁸ von gestern und heute haben wir Ihnen vorläufig angezeigt, dass die Art. 9, 14 und 15 des Entwurfes einer neuen [internationalen] Münzconvention uns zu einigen Bemerkungen veranlassen werden.

Was vorerst den Art. 9 anbelangt, so soll laut demselben das den Contrahenten zuzuschneidende Contingent von Silberscheidemünzen im Verhältniss von 6 Franken per Kopf der Bevölkerung festgesetzt werden, wie diess in dem zur Zeit in Kraft bestehenden Verträge der Fall gewesen ist. Auf der Basis der im Jahre 1860 stattgefundenen Volkszählung und mit Rücksicht auf die künftige Vermehrung erhielt die Schweiz im Jahre 1865, als die jetzige Münzconvention abgeschlossen wurde, mit einer Bevölkerungszahl von 2,507,170 Seelen eine Quote von 17 Millionen Franken. Nach der Volkszählung von 1870 betrug die Bevölkerung 2,669,147 Seelen; im Verhältniss dieses Anwachsens wird somit die Schweiz im Jahre 1880 — im Zeitpunkt der nächsten Volkszählung und des Inkrafttretens der neuen Münzconvention — nahezu 2,900,000 und einige Jahre später ca. 3,000,000 Einwohner zählen, was zu 6 Franken per Kopf der Bevölkerung berechnet, das bisherige Contingent von 17 auf 18 Millionen Franken erhöht.

Diesem Umstande möchten wir in dem neuen Entwurfe um so mehr Rechnung getragen wissen, als die Schweiz ihr bisheriges Contingent von 17 Millionen jetzt schon für ihre eigene Circulation bedarf und, sobald in Italien die in Art. 10 des Conventionsprojectes vorgeschriebene Einlösung des Papiergeldes unter zwanzig Franken zur Ausführung kommt, eine weitere Vermehrung der Silberscheidemünzen in der Schweiz sich mit Wahrscheinlichkeit als nothwendig herausstellen wird.

Aus diesen Gründen müssen wir gegen die Aufhebung der Worte «*und auf die muthmassliche Bevölkerungszahl bis zum Auslaufe des gegenwärtigen Vertrages*» Einspruch erheben.

Die in Art. 14 festgesetzte Vertragsdauer von 6 Jahren dürfte nach unserm Dafürhalten mit Rücksicht auf die zeitweise eintretenden Schwankungen in den Preisen der Edelmetalle auf eine kürzere Zeit beschränkt werden, in welchem Sinne die schweiz. Delegation wirken müsste.

Der Art. 15 enthält die Bestimmung, dass im Falle der Auflösung des Vertrages sechs Monate anberaumt werden sollen zur gegenseitigen Einlösung der silbernen 5-Frankenstücke gegen Gold. Diese Frist scheint uns zu kurz zugemessen, und wir würden dem in Art. 7 zum Rückzug der Silberscheidemünzen anberaumten Termine von zwei Jahren namentlich auch aus dem Grunde den Vorkzug geben, weil es sich um den Austausch sehr grosser Summen handeln wird, welcher in einer Zeitfrist von sechs Monaten kaum zu bewältigen sein dürfte. Überhaupt würden wir am Schlusse des Art. 15 etwa folgende Bestimmung eintreten lassen:

«Über die nähern Modalitäten der Auswechslung werden die betheiligten Staaten weitere den Umständen angemessene Verständigung treffen.»

Sobald der Vertrag zur Unterzeichnung bereit sein wird, wollen Sie uns denselben vor Unterzeichnung gütigst zur Einsicht mittheilen. Wir werden übrigens nächster Tage die vom Bundesrath zu beschliessenden weitem Instruktionen Ihnen mittheilen und wollen Sie Gegenwärtiges nur als persönlichen Meinungsausdruck des Departementschefs betrachten.

8. E 12/29

135

E 1001 (E) q 1/120

*Der Bundesrat
an den amerikanischen Geschäftsträger in Bern, N. Fish*

Kopie
N 4705

Bern, 30. August 1878

Le Conseil fédéral suisse a l'honneur de transmettre dans une pièce annexe, à Monsieur le Chargé d'Affaires des Etats-Unis d'Amérique à Berne, les résultats de l'enquête ouverte au sujet de l'émigrant Jacob *Zimmermann*, qui a donné lieu aux Notes de la légation américaine des 30 mai, 1, 2 et 3 juin de cette année.¹

Il ressort de cette enquête: que l'émigrant dont il s'agit n'est pas idiot mais est parfaitement en état de travailler et de gagner honnêtement sa vie, ainsi que cela résulte du rapport² ci-joint du médecin de district d'Unterhallau, que le Conseil fédéral prie Monsieur le Chargé d'Affaires de bien vouloir lui retourner après en avoir fait usage; qu'il était muni à son départ de la Suisse, outre tous les frais de son voyage payés, d'une petite somme d'argent qui devait lui permettre de gagner l'endroit où des parents aisés auraient pu le recevoir; que la dénonciation dont il a été l'objet provient d'un concurrent de l'agent qui a passé le contrat d'émigration.

Monsieur le Chargé d'Affaires des Etats-Unis pourra aussi se convaincre, par la lecture de l'exposé des faits ci-joint, que le Conseil fédéral n'a rien négligé, dans les limites de sa compétence, pour donner aux réclamations présentées la suite à laquelle elles pouvaient légitimement prétendre. Aucune démarche n'a été épargnée de sa part pour faire retenir *Zimmermann* à Anvers jusqu'à ce que le véritable état des faits eût été établi. De leur côté, les autorités du Canton et de la commune en cause ont loyalement prêté leur concours pour que la vérité soit faite sur la dénonciation accueillie par la Légation. L'examen des dates prouvera également qu'il n'était pas possible d'agir avec plus de célérité pour obtenir, dans le temps même où *Zimmermann* était en route, des renseignements précis sur son compte. Sans ces renseignements, on s'exposait à commettre une injustice à son égard, et cette injustice a été en effet le résultat de la dénonciation à laquelle la Légation américaine a ajouté créance.

A cet égard, le Conseil fédéral doit regretter que la Légation, induite en erreur par cette dénonciation et par le fait de l'embarquement de *Zimmermann* pour Liverpool, qui était déjà un fait accompli alors que l'autorité suisse, à peine nantie de la réclamation, faisait des démarches immédiates pour le retenir à Anvers³; que la Légation, disons-nous, ait cru devoir parler dans ses Notes d'acte commis en violation des bonnes relations qui doivent exister entre nations amies («such an

1. *In der Note vom 2. 6. 1878 beschwerte sich Fish darüber, dass [...] the imbecile pauper Jakob Zimmermann has been shipped by the authorities of Switzerland to the United States, [...]. Alle Noten in E 2/2116.*

2. E 2/2116.

3. *Vgl. das Schreiben des Bundesrates an die Regierung von Schaffhausen vom 7. 6. 1878 (E 2/2116).*

act, which it regards as a violation of the comity which ought to characterize the intercourse of nations.»).

Monsieur le Chargé d'Affaires n'hésitera sans doute pas à reconnaître, après avoir pris connaissance des faits et des dates, que son appréciation des faits telle qu'elle est contenue dans les trois dernières de ses Notes, ainsi que la protestation qui y était jointe, étaient alors prématurées, et que la suite a prouvé qu'elles étaient dénuées de fondement.

Le Conseil fédéral doit aussi manifester sa surprise à l'égard des procédés par lesquels un citoyen suisse a été entravé dans son voyage, empêché de l'accomplir et en définitive obligé de revenir en arrière, et cela sur la base d'une simple dénonciation sur la provenance de laquelle la Légation elle-même a dû demander le secret, et avant qu'on eût laissé à une enquête, si sommaire qu'elle fût, le temps matériel de se faire.

Le Conseil fédéral ne peut reconnaître à un représentant diplomatique accrédité en Suisse le droit d'agir de la sorte envers un citoyen suisse qui se trouve en passage sur le territoire de tiers Etats [*et qui*] est ainsi soumis en première ligne à la juridiction de ces pays, en seconde ligne à celle de son pays d'origine, mais nullement à l'autorité d'un autre Etat. Il aime à croire qu'un pareil acte ne se renouvelera pas, tout comme il déclare qu'il n'a jamais cessé et ne cessera de prêter son loyal appui aux représentants des Etats étrangers en Suisse pour donner satisfaction à leurs demandes légitimes.

Conformément à la demande de Monsieur le Chargé d'Affaires des Etats-Unis, le Conseil fédéral lui renvoie les pièces par lesquelles la dénonciation est parvenue à la Légation. L'enquête ayant mis d'autre part en évidence le nom du délateur, le Conseil fédéral estime, que, sans violer le secret que la Légation a garanti, ce nom doit être communiqué au Gouvernement de Schaffhouse pour répondre à la juste réclamation de la commune de Trasadingen, à laquelle un préjudice réel a été causé ainsi qu'à Zimmermann lui-même.⁴

ANNEX

E 2/2116

*Der amerikanische Geschäftsträger in Bern, N. Fish,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements, B. Hammer*

N

Berne, May 7th 1879

[...] ⁵ The United States has seen with regret that in foreign countries municipal corporations, private societies for reforming offenders, directors of alms houses and even private individuals have not been restrained by their governments from sending to the United States convicts, or lunatics, or

4. Zum weiteren Verlauf der Affäre Zimmermann, vgl. die Note von Fish an Hammer vom 7. 5. 1879 (als Annex teilweise abgedruckt). Vgl. zu diesem Problemkreis auch das BR-Prot. vom 8. 2. 1881 (E 1004 1/124, Nr. 668).

5. In den vorhergehenden Abschnitten dieser sehr ausführliche Note weist Fish erneut den bundesrätlichen Standpunkt, bei Zimmermann handle es sich nicht um einen Sozialfall, zurück, und er legt eine Beweiskette dafür vor, dass es der Gemeinde Trasadingen nur darum ging, sich eines armengenen Bürgers zu entledigen, indem man ihm zur Emigration riet und ihn mit den hierzu notwendigen finanziellen Mitteln versah.

idiots, or imbecile paupers unable to maintain themselves, and has instructed its agents to exert an active vigilance to prevent such acts.⁶ If therefore the communes disregard the often repeated injunctions of the High Federal Government to prevent this nefarious traffic, it must be for the United States to take such measures as will prevent this abuse of the hospitality of its shores, extended with open generosity to all nations.

The Legation on its part has never presented a similar complaint to the consideration of the High Federal Council, without having reasonable and satisfactory grounds for so doing; and it will in the future, as in the past, refrain from acting in cases where the facts do not warrant it; but in view of the great pecuniary inducement of getting rid of their paupers which assisted emigration furnishes the communes, the Legation has the honor very respectfully to invite the attention of the High Federal Council to the necessity of taking active measures to secure thorough, prompt and impartial investigations of such complaints as may be brought to its notice by the Legation on behalf of the Government of the United States.

The undersigned sees with pleasure that the High Federal Council is engaged in considering legislation⁷ to do away with the evil complained of, and if at the same time that legislation should secure a method of prompt, just and thorough examination of similar complaints which may be made, it will be welcomed by the government of the United States as another bond of friendship, uniting the two sister Republics, who while welcoming citizens of all nations to a generous hospitality within their borders do not fail to guard, with watchful eye and jealous care, against abuses of the sanctity which that hospitality should merit and receive from the citizens and governments of other nations.

6. *Vgl. DDS 2, Nr. 373.*

7. *Vgl. die Botschaft des Bundesrathes und den Text des Bundesgesetzes betreffend den Geschäftsbetrieb von Auswanderungsagenturen (BBl 1879, 3, S. 929—970).*

136

E 2300 Paris 31

*Der schweizerische Gesandte in Paris, J. K. Kern,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
K. Schenk*

B Confidentiel

Paris, 26 septembre 1878

Le Ministre des Affaires Etrangères, que j'avais cherché à voir aussitôt après mon retour à Paris le 2 Septembre, avait quitté la capitale pour se rendre dans l'Aisne, au Conseil Général dont il est le Président, et à Trouville. — Il vient seulement de rentrer à Paris, où je me suis empressé d'aller hier lui présenter mes hommages. Voici les traits principaux de notre entretien:

I. Au sujet du *Congrès de Berlin*, qui s'est terminé sans que j'aie eu occasion de revoir M. Waddington, celui-ci est entré dans quelques détails en ce qui concerne les difficultés soulevées par l'exécution des décisions du Congrès.

1° A l'égard de la *Bosnie & de l'Herzégovine*, M. Waddington a déclaré que l'Autriche avait elle même demandé à réitérées fois et avec insistance d'être chargée d'occuper ces provinces. Le parti militaire & le parti de la Cour y tenaient tout spécialement. L'Empereur aussi, se rappelant des provinces perdues en Italie, et

considérant comme une question d'honneur de les remplacer ailleurs et de recevoir une sorte de compensation des avantages obtenus pendant la dernière guerre par la Russie, avait vivement désiré cette occupation. — D'après M. Waddington, on n'avait pas d'idée à Vienne des difficultés militaires qui se sont produites; le C^{te} Andrassy lui aurait dit, la veille de leur départ de Berlin: «La question militaire est facile; ce qui nous donnera plus de peine, c'est l'organisation & l'administration de ces provinces; ce sera, au début, une promenade militaire.» Du reste, a continué M. Waddington, «d'après les dernières nouvelles, l'Autriche est presque au bout de sa mission militaire; la lutte proprement dite sera prochainement achevée, mais il est évident que l'attitude de l'Autriche vis-à-vis des populations bosniaques ne sera pas la même que si son armée avait été reçue à bras ouverts; les mesures de désarmement prises par les troupes d'occupation en sont la preuve. — Un autre côté de la question est le mécontentement incontestable de l'Italie, qui supporte avec regret la pensée de voir la Dalmatie, ancienne dépendance de Venise, consolidée entre les mains de l'Austro-Hongrie par l'adjonction de «Hinterlaender» importants.

2^o Quant à la *Grèce*, il n'est pas possible d'admettre des déclarations de la Porte édulcorant la rectification de frontières accordée aux Hellènes par le traité de Berlin. Des démarches seront faites par les Grandes Puissances à Constantinople; l'initiative en sera prise, probablement, par la France, qui a déjà reçu des ouvertures à ce sujet de la part de trois puissances. «Je m'entendrai à cet égard avec le prince de Bismark, mais je n'ai pas lieu de douter qu'il ne soit d'accord», a dit en terminant M. Waddington.

Dans quelle mesure réussira-t-on? a-t-il continué; l'avenir nous le dira, mais il est certain qu'on ne peut laisser passer sans exécution un article formel du traité.

II. En ce qui concerne *Caboul* & les difficultés survenues entre Cheir-Ali & le Gouvernement des Indes Britanniques, M. Waddington ne paraît pas en savoir plus que le public. Il est d'avis qu'il n'y a pas lieu de se lancer actuellement dans la politique conjecturale & de voir déjà de graves conflits surgir à cette occasion entre Londres & S^t Pétersbourg.

III. Quant à la *situation intérieure*, comme j'exprimais à M. Waddington ma satisfaction de voir la République se consolider de plus en plus en France, le Ministre a répliqué: «Oui, mais nous avons besoin de temps & de prudence. Je reconnais l'excellente impression produite par les discours sensés, le langage conciliant & politique de M. de Freycinet dans ses voyages en province; à cet égard je puis dire que ce n'est pas Gambetta, mais moi seul qui ai demandé l'entrée au Ministère de M. de Freycinet, que je connaissais depuis longtemps. — Quant au discours de M. Gambetta, j'ai quelques doutes et je me demande s'il est très opportun dans toutes ses parties si peu de temps avant les élections sénatoriales; il ne faut pas oublier que le corps chargé de nommer les Sénateurs a des tendances ou subit des influences fort conservatrices, sorte qu'on peut se demander si M. Gambetta ne s'est pas laissé entraîner par son talent oratoire.»

IV. J'ai demandé en terminant à M. Waddington où en étaient les *négociations entre la France & l'Italie pour le renouvellement du traité de commerce*. — Le Ministre a répondu qu'il avait peu d'espoir de voir les négociations couronnées de succès; l'esprit des deux Parlements est trop divergent, les vues sont trop opposées. — «Dans mon intime conviction», a continué M. Waddington, «ceux qui

désirent un abaissement des taxes devraient s'efforcer d'arriver à ce qu'on ne négocie pas pendant la crise industrielle actuelle; j'en suis tellement persuadé que je Vous prie, dans l'intérêt des relations entre les deux pays, d'exposer en toute franchise cette manière de voir à Votre Gouvernement; si on veut tenter des négociations & qu'on n'aboutisse pas, il en résultera des froissements pénibles; & si on arrive à une élévation des droits, cela sera également fâcheux pour les bons rapports internationaux».

Bien que je n'eusse pas l'intention, en me rendant chez M. Waddington, de l'entretenir dans cette première entrevue des propositions faites par le Département fédéral des Péages au sujet de l'augmentation des droits sur les tabacs à l'entrée en Suisse, l'occasion m'a paru si favorable que j'ai cru devoir répondre aussitôt à M. Waddington en disant que la position financière de la Confédération l'empêchait de continuer à maintenir longtemps l'état de choses actuel, & de laisser subsister cette situation, si défavorable pour la Suisse, de droits très élevés à la frontière française & de taxes excessivement réduites à la frontière suisse; peut-être une prolongation du *statu quo* pourrait-elle devenir moins inacceptable, si les droits sur les tabacs pouvaient être relevés par la Suisse; le droit à l'entrée en France est, sur cet article, de 36 fr le Kilog; en Suisse, il est seulement de 7 centimes le Kilog de tabac en feuilles, et de 8 centimes pour les cigarres. En France, cet article est monopolisé, le commerce français n'a pas à souffrir d'une augmentation des droits en Suisse, & les envois de la régie française sont insignifiants.

M. Waddington a répondu qu'il ne pouvait pas préjuger des vues des administrations compétentes en France, mais que, si le Gouvernement fédéral trouvait un expédient pour ne pas négocier actuellement, « je m'en féliciterai & ce n'est pas moi qui ferai des objections».

J'ai dit alors au Ministre des Affaires Etrangères que je pense qu'il n'aura pas d'objections à ce que j'entretienne de la question ses collègues du Commerce, et des Finances.

M. Waddington a répondu qu'il considérait au contraire ces entretiens comme utiles.

J'ai tenu à lui faire part dès maintenant de mon intention de traiter la question avec les deux Ministres spéciaux, dans la pensée de ne pas le froisser & d'éviter qu'il apprenne ces pourparlers par MM. Say ou Teisserenc de Bort.

Quant au fond & à la forme à adopter pour arriver à une solution, ces points feront l'objet de pourparlers & de rapports ultérieurs.¹

1. *Notiz von Heer am Schluss des Schreibens*: Ich bitte um eine auszügliche Mitth[eil]un[g] des Art[ikels] IV vorstehender Note an das Handelsdep[artement]. 1. X. 78. Heer. — *Vgl. auch Nr. 169.* — *Am 13. 12. 1878 wurde der Vertrag bis 1. 1. 1880 verlängert* (AS 1877—1878, 3, S. 660).

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 12. November 1878¹

5935. Münzconvention von 1865, Kündigung

Finanz- und Zolldepartement. Antrag vom 10. November 1878

In Artikel 14 der lateinischen Münzconvention vom 23. Dezember 1865² ist die Giltigkeitsdauer dieses Vertrags bis zum 1. Januar 1880 festgesetzt und dabei bestimmt, dass, falls derselbe ein Jahr vor dieser Frist nicht gekündigt wird, er mit voller Rechtskraft auf eine weitere Zeitdauer von 15 Jahren verbindlich bleiben solle.

Inzwischen ist am 5. diess. zwischen den Vertragsstaten eine neue Convention³, gültig für 6 Jahre, vom 1. Januar 1880 an, abgeschlossen worden, welche dermalen noch der Ratification der betr. Regierungen unterliegt und im Ratificationsfalle an Stelle der Convention von 1865 treten würde.

Falls nun infolge Nichtratification seitens eines der Vertragsstaten die neue Convention hinfällig würde und die alte nicht gekündigt worden wäre, so wären jene durch letztere neuerdings für 15 Jahre gebunden. Da nun die Convention von 1865 den veränderten Verhältnissen und den schweizer. Interessen nicht mehr entspricht, so hat der Bundesrat heute auf Antrag des Finanz- und Zolldepartements beschlossen:

es sei den Regierungen der Vertragsstaten, Frankreich, Italien, Belgien und Griechenland die Münz-Convention vom 23. Dezember 1865 (durch Note⁴ nach Entwurf) auf 1. Januar 1880 zu kündigen.⁵

1. *Abwesend: Anderwert.*

2. AS 1863—1866, VIII, S. 825—837.

3. AS 1879, 4, S. 293—317.

4. E 2200 Paris 1/107.

5. *Die Ratifikation des Münzvertrages vom 5. 11. 1878 erfolgte am 1. 8. 1879, wobei der Vertrag nur teilweise in Kraft treten konnte, da Italien auf gewissen Begünstigungen beharrte und sich Griechenland ausserstande wähnte, eine Ratifikation vorzunehmen. Vgl. dazu das BR-Prot. vom 22. 8. 1879 (E 1004 1/118, Nr. 4666); die Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend die Münzconvention vom 5. 11. 1878 (BBl 1878, 4, S. 497—528) sowie jene vom 20. 6. 1879 (BBl 1879, 3, S. 65—67).*

Der Bundesrat an den schweizerischen Gesandten in Paris, J. K. Kern

S

Berne, 12 novembre 1878

Depuis quelque temps déjà, nous avons appris, tant par notre Légation à Berlin que par notre Consulat général à Yokohama et par les Légations d'Allemagne et d'Autriche accréditées à Berne, que le Gouvernement japonais avait repris l'intention, déjà précédemment manifestée par lui, de se rendre indépendant en matière de douanes, et de modifier les traités qu'il a conclus avec d'autres Etats, et qu'il a déjà fait à quelques-uns d'entre eux des communications à cet effet.¹ Or, nous lisons dans Votre dépêche du 2 de ce mois² que ce Gouvernement avait fait faire des ouvertures de ce genre, par l'entremise de sa Légation à Paris, en ce qui concerne la Suisse.³ D'après tout ce qui est parvenu à notre connaissance de divers côtés, notre Département du Commerce a déjà pris les mesures nécessaires pour préparer les négociations avec le Japon. Le Comité de la Société commerciale et industrielle suisse, qui a été informé des intentions du Japon, ouvrira une enquête ultérieure sur les points suivants:

1°. Quels sont les articles qui intéressent spécialement la Suisse tant pour l'exportation au Japon que pour l'importation provenant de ce pays?

2°. Quelle est la valeur de ces articles?

Les renseignements sur le premier de ces points doivent nous mettre à même, lors des négociations, de réduire les exigences qui seraient exagérées, lorsque cela paraîtra nécessaire pour notre commerce, et d'autre part de pouvoir faire, de notre côté, des concessions, lorsque cela sera possible sans inconvénient pour notre pays.

Le Gouvernement japonais ayant l'intention d'établir la plus grande partie des droits sous forme de droits ad valorem, les indications que nous recueillerons sur le second point démontreront la nécessité de les transformer en droits spécifiques, soit au poids et à la pièce.

Nous joignons à la présente, pour votre usage *personnel*, le projet douanier du Japon⁴, ainsi que la copie d'une lettre⁵ du Ministère des Affaires Etrangères de l'Empire d'Allemagne à sa Légation à Berne. Vous verrez d'après le premier de ces documents, que le Japon se propose d'établir des droits d'entrée de 5 à 30%; quant au second, il fournit des renseignements sur le point de vue auquel se place l'Allemagne en regard de cette révision.

D'après une communication *confidentielle* de notre Légation à Berlin, le Ministère Allemand des Affaires Etrangères a été informé indirectement que les

1. Vgl. E 13 (B)/201.

2. E 13 (B)/201.

3. Vgl. den Annex.

4. E 13 (B)/201.

5. E 2200 Berlin 1/9.

Etats-Unis d'Amérique ont conclu avec le Japon un traité séparé, qui est encore tenu secret et qui n'entrera en vigueur que lorsque le Japon aura terminé les négociations avec les autres Etats au sujet de traités de commerce.⁶ On a aussi appris que l'Italie était près de conclure avec le Japon un traité indépendant. Quant au contenu de ces deux traités, ils tendraient à accorder au Japon un tarif autonome, tandis que l'Amérique et l'Italie se seraient réservés la suppression des droits japonais et d'autres avantages, pour la plupart de peu d'importance.

Il va sans dire que ces communications sont de nature *absolument confidentielle*.

Quant à la question de savoir quelle position la Suisse doit prendre vis-à-vis des ouvertures qui Vous ont été faites par la Légation du Japon, nous sommes parfaitement d'accord avec la réponse préalable que Vous y avez faite, savoir qu'un des contractants ne peut pas purement et simplement déclarer, unilatéralement et sans accord préalable avec l'autre, qu'ils se réservent de modifier librement la partie essentielle du traité. D'autres Etats qui ont des conventions de commerce avec le Japon et entre autres, comme Vous nous le faites remarquer, le Ministre des Affaires Etrangères de la République Française, ont déjà donné des réponses analogues au Japon.

En ce qui concerne le mode ultérieur à suivre en cette affaire, il sera avant tout opportun de savoir ce que feront, à propos de la modification de leur traité de commerce avec le Japon, les Etats qui, comme la France, l'Angleterre et l'Allemagne, entretiennent un commerce important avec ce pays. Nous devons donc Vous prier de faire chaque fois rapport, à nous ou au Département fédéral du Commerce, sur ce que Vous pourrez apprendre à cet égard. Il paraît convenable que la Suisse laisse l'avance aux Etats qui ont le plus d'intérêts en jeu en cette matière et prenne, dans les limites du possible, une position expectante, sans toutefois rien négliger au point de vue des travaux préparatoires pour les négociations avec le Japon.

Partant de ce point de vue, nous ne jugeons pas opportun de Vous donner, en ce moment, des instructions ultérieures, et nous désirons auparavant attendre le développement futur de l'affaire.

ANNEX

*Der japanische Gesandte in Paris, N. Sameshima,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, J. K. Kern*

N

Paris, 1^{er} novembre 1878

Les observations verbales que j'ai eu l'honneur d'adresser à Votre Excellence au sujet de la révision du traité actuel entre le Japon et la Suisse, Vous ont informé des vues générales de mon Gouvernement sur la question.

Il sera utile, je crois, des les résumer par écrit, en quelques mots, afin de faciliter la communication au Gouvernement Fédéral, dont, conformément aux instructions de mon Gouvernement, j'ai prié Votre Excellence de vouloir bien avoir la bonté de se charger.

6. Vgl. das Schreiben von Claparède an Schenk vom 11. 10. 1878 (E 13 (B)/201).

Depuis 1872 la question de la révision des traités a occupé l'attention de mon Gouvernement; mais diverses circonstances sont intervenues et ont empêché, jusqu'à présent, la réalisation du projet.⁷

Aujourd'hui il n'existe plus de motifs de retard, et mon Gouvernement vient de faire part à tous les Cabinets avec lesquels il est lié par des traités, de son désir de procéder à la révision stipulée dans ces traités.

Mon Gouvernement se proposerait de faire disparaître des traités les engagements purement unilatéraux qui s'y trouvent actuellement, et d'y introduire des conditions plus en harmonie avec la situation présente du Japon, avec ses droits et avec ses besoins.

La première des nouvelles conditions que le Gouvernement Impérial soumettrait aux Puissances consisterait dans une modification du système actuel des tarifs de douane. Les nécessités financières du Japon sont devenues urgentes; il est indispensable de trouver de nouvelles ressources budgétaires. Dans cette situation mon Gouvernement désire pouvoir augmenter les produits des douanes et reprendre dans ce but, la faculté de fixer lui-même ses tarifs et de déterminer lui-même ses réglemens de commerce.

Le Cabinet de Tokio a la conviction que le bien-fondé de ces propositions sera reconnu en Suisse et qu'il trouvera auprès du Gouvernement Fédéral les dispositions d'amitié et de justice qu'il cherche à apporter lui-même à la discussion de la question.

Comme preuve de ses intentions conciliantes mon Gouvernement est prêt — si les demandes que je viens d'indiquer sont accordées — à abolir les droits d'exportation qui existent au Japon et à ouvrir deux nouveaux ports au commerce étranger.

La révision s'étendrait à quelques autres matières, mais le réglemant des droits de douane est la question à laquelle mon Gouvernement attache le plus d'importance.

Je serai heureux de recevoir de Votre Excellence une expression des vues du Gouvernement Fédéral aussitôt qu'Elle sera en situation de m'en faire part.

7. *Vgl. DDS 2, Nr. 394.*

139

E 21/24504

Der Bundesrat an die belgische Gesandtschaft in Bern

Kopie

N

Berne, 15 novembre 1878

L'Assemblée fédérale suisse s'est récemment occupée d'une révision du tarif des péages et en a approuvé déjà, en premier débat, le nouveau projet¹ qui, il est vrai, repose en général sur la même base que celui de 1851² mais contient cependant, en détail, des taxes supérieures à celles qui sont fixées dans celui-là. Le Conseil fédéral se voit par là obligé de dénoncer ceux des traités conclus avec les Etats étrangers qui pourraient empêcher la mise en vigueur de ce nouveau tarif. Parmi ces traités, se trouve incontestablement le traité de commerce que la Suisse a conclu avec le Royaume de Belgique en date du 11 déc. 1862³ et dont l'article XI⁴ statue ce qui suit:

1. *Vgl. BBl 1878, 3, S. 517—559.*

2. *AS 1850—1851, II, S. 555—576.*

3. *Vgl. den Freundschafts-, Niederlassungs- und Handelsvertrag zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Königreich Belgien (AS 1860—1863, VII, S. 484—529).*

4. *AS 1860—1863, VII, S. 498—501.*

«La Confédération suisse s'engage à ne pas élever, pendant la durée du présent traité, à l'égard de la Belgique les droits d'entrée, de sortie, et de transit, tels qu'ils sont établis dans le tarif des péages actuellement en vigueur en Suisse, et modifiés, pour quelques produits, dans l'art. IX qui précède.»

Le C. fédéral se trouve donc dans le cas de dénoncer ce traité, en application de l'art. XIII⁵, et il prie M. le Chargé d'affaires de vouloir bien porter cette décision à la connaissance de Son haut Gouvernement. Le Cons. fédéral ne veut pas omettre d'ajouter expressément qu'il est bien disposé à entamer de suite des négociations sur un nouveau traité, et que, dans les relations d'amitié, ainsi que dans les tendances de politique commerciale essentiellement concordantes des deux pays, il voit une garantie certaine que les négociations amèneront sans difficultés un nouvel arrangement, satisfaisant les deux parties.⁶

5. AS 1860—1863, VII, S. 501 f.

6. *Mit Note vom 11. 11. 1879 sicherten sich die beiden Staaten die Meistbegünstigung [...] auf unbestimmte Dauer, jedenfalls bis Ende 1879 (BB1 1879, 3, S. 828, 897, 1057).*

140

E 2/915

*Der Bundespräsident und Vorsteher des Politischen Departements, K. Schenk,
an die schweizerische Gesandtschaft in Rom¹*

Kopie

S Très-confidentielle

Berne, 16 novembre 1878

Un grand nombre de journaux ont à plusieurs reprises et avec insistance parlé ces derniers temps de négociations qui seraient pendantes entre le Conseil fédéral et la Cour de Rome, voire d'une mission à Berne tantôt du Cardinal Bianchi, tantôt du Cardinal Secrétaire d'Etat Nina.

Nous avons l'honneur de vous informer à ce propos que, depuis l'échange de lettres qui a eu lieu entre le Conseil fédéral et le St. Siège à l'occasion du décès du pape Pie IX² et de l'avènement du pape Léon XIII³, auquel se rapporte notre dépêche du 8 Avril de cette année⁴, il n'y a eu absolument aucun rapport entre le Gouvernement fédéral et le Vatican, dont nous n'avons reçu et auquel nous n'avons fait ni directement ni indirectement aucune communication ni officielle ni officieuse.⁵

1. *Die ersten drei Abschnitte dieses Schreibens wurden auch den schweizerischen Gesandtschaften in Paris und Wien (E 2200 Wien 1/82) mitgeteilt.*

2. E 2/915.

3. *Vgl. Nr. 129, Annexe 1 und 2.*

4. *Nicht ermittelt.*

5. *Am 28. 11. 1878 sah sich der Bundesrat veranlasst, den Kantonen Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Zug, Freiburg, Appenzell IR, Tessin und Wallis zu erklären, er lehne ihre Forderung nach Wiederaufnahme der Beziehungen zum Hl. Stuhl ab (E 1001 (E) q 1/121, Nr. 6244).*

Vous êtes autorisé, cas échéant, si l'occasion le demande, à donner connaissance de la présente déclaration au Gouvernement près duquel vous êtes accrédité.

Il nous serait par contre du plus haut intérêt de savoir à quoi nous en tenir au sujet de ces tentatives de rapprochement de la part du St. Siège sur lesquelles la presse revient souvent: nous vous prions en conséquence confidentiellement et pour autant toutefois que cela vous paraîtra possible, de bien vouloir nous renseigner sur le degré de créance qu'on peut donner à ces bruits, et au cas où il y aurait quelque chose de positif à cet égard, nous faire savoir ce qu'il y a de vrai dans cette prétendue mission du Cardinal Bianchi ou du Cardinal Nina, et éventuellement aussi quel en serait le but, en un mot quelles sont les dispositions actuelles de la Cour de Rome et ses intentions probables à ce sujet.

Nous nous rendons fort bien compte des difficultés qu'il y a à vous procurer ces informations délicates qui sortent de la sphère de votre Légation [...]⁶.

6. *Es folgt die Grussformel.*

141

E 2300 Berlin 3

Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth, an den Bundesrat

B

Berlin, 20. November 1878

Der Reichskanzler hat dem Bundesrathe den Antrag betreffend Einsetzung einer Kommission zur Revision des Zolltarifs in einem, vom 12. d. M. datirten Schreiben, wie sie aus beiliegendem Zeitungsausschnitte¹ ersehen werden, vorgelegt.

Indem ich mir erlaube, Sie, unter Bezugnahme auf meine Mittheilung vom 2. d. M.² vorläufig auf diese neue Kundgebung des Reichskanzlers zu verweisen, beehre ich mich betreffend die gegenwärtige handelspolitische Situation Folgendes beizufügen: Es ist, wie Ihnen mein Stellvertreter, H. v. Claparède, schon berichtet hat³, Thatsache, dass bei den vorbereitenden Arbeiten für die Revision des deutschen Zolltarifs die schutzzöllnerischen Tendenzen des Reichskanzlers in ganz erheblichem Maasse zur Geltung kommen sollen. Über die Détails Näheres zu erfahren, ist aber zur Zeit noch nicht möglich, da es sich, wie bemerkt, nur um Vorarbeiten handelt und den mit diesen Vorstudien beauftragten Beamten die strengste Diskretion anbefohlen ist. Eine festere Gestalt kann zudem dieses Projekt erst annehmen, wenn einerseits die im Gange befindlichen Enquêtes zum Abschlusse gelangen werden und anderseits die bundesrätliche Tarif-Revisionskommission ihre Arbeit wird beginnen können. Darüber, dass es unmöglich

1. *Nicht abgedruckt.*

2. *Ibid.*

3. *Vgl. das Schreiben von Claparède an den Bundesrat vom 25. 10. 1878 (E 13 (B)/152).*

sein wird, dem Reichstage schon in der nächsten Session bezügliche Vorlagen zu unterbreiten, ist man in maassgebenden Kreisen nicht im Zweifel; nur in der Tabak-Frage, sagte mir dieser Tage H. Reichskanzleramts-Präsident Hofmann, sei eine beschleunigte Behandlung denkbar.

Auf meine Frage, welche Anträge wohl die Tabaks-Enquête-Kommission stellen werde, antwortete mir H. Hofmann, es sei sehr wahrscheinlich, dass diese Kommission betreffend das von Deutschland zu wählende System [!] (Tabak-Monopol oder Fabrikatsteuer etc. etc.) gar nicht zu einer abgeschlossenen Ansicht gelange, denn die Meinungen seien in derselben sehr getheilt und dass es somit dem Bundesrath vorbehalten bleibe, bestimmte Anträge zu stellen bezw. über die Enquête ein endgiltiges Urtheil zu fällen und sich gestützt darauf eine Ansicht über das zu wählende System zu bilden. Diese Enquête scheint allerdings ihrem Abschlusse nahe zu stehen, denn auch die nach den Vereinigten Staaten Amerika's abgeordneten Kommissions-Mitglieder haben dort ihre Arbeit beendigt und werden die unfreiwillige Musse der Überfahrt zur Ausarbeitung des Berichtes ausnützen.

Lässt sich, wie vorhin ausgeführt, über die Stellung welche der Bundesrath, bezw. dessen Kommission zu der Tarif-Revision einnehmen wird, noch nichts Bestimmtes voraussagen, so ist dies in erhöhtem Maasse der Fall betreffend die Haltung des Reichstages. So viel scheint mir aber jetzt schon festzustehen, dass eine grundsätzliche Umkehr zum Schutzzoll nicht zu befürchten ist, denn der neue Reichstag repräsentirt, betreffend die handelspolitischen Fragen, die beiden Richtungen ungefähr in dem gleichen Verhältnisse, wie dieses in der abgetretenen (aufgelösten) Versammlung vertreten war. Und im Grunde genommen beweist eigentlich die bekannte Erklärung der neuen sog. volkswirtschaftlichen Vereinigung des Reichstages sehr wenig; sie lässt höchstens darauf schliessen, dass die Mehrheit des Reichstags allerdings bei *einzelnen* Positionen des Tarifs zu Concessionen geneigt wäre und dass also der Reichskanzler mit diesen und jenen partiellen Schutzzöllen, wenn nicht gerade in der von ihm gewünschten Höhe, so doch prinzipiell durchdringen dürfte.

Auch diesen *partiellen* Sieg wird er aber nicht ohne heftige Opposition erringen können, denn die sehr einflussreichen Abgeordneten Delbrück und Bamberger zeigen sich zu keinen Concessionen bereit und werden keinen Zoll breit von ihrem bisherigen Standpunkte weichen. Auch rüstet sich überhaupt die Freihandelsparthei in Deutschland zum Kampfe, (freilich nicht, ohne dass im andern Lager nicht auch wieder eine vermehrte Thätigkeit entwickelt würde). So ist hier in Berlin ein «Verein zur Förderung der Handelsfreiheit» in der Bildung begriffen. (Vorsitzender H. D'. Bamberger), welcher alle gleichgesinnten Elemente Deutschlands in sich aufnehmen soll. (Auch an mich ist eine Einladung zum Beitritte gerichtet worden, ich habe aber derselben natürlich keine Folge gegeben, da ich meine Theilnahme als mit meiner amtlichen Stellung unvereinbar betrachte.) Die betreffenden Druckschriften⁴ schicke ich Ihnen heute unter Kreuzband zu.

Was endlich noch die Unterhandlungen mit Oestreich betrifft, so ist es Thatsache, dass die oestreichisch-ungarische Regierung eine weitere Prolongation des bestehenden Vertrages abgelehnt hat. Dagegen schlägt sie, um dem Eintritte

4. Nicht ermittelt.

eines vertragslosen Zustandes, welcher Oestreich hauptsächlich wegen des Wegfalls des Zollkartells und der Erleichterungen des Veredlungsverkehrs sehr nachtheilig wäre, vor, einen Vertrag auf der Basis der «Meistbegünstigung» abzuschliessen. Auf diesen Vorschlag tritt aber die deutsche Regierung nicht ein, da ihr ein derartiger Vertrag keine Vortheile gewähren würde, bezw. der autonome oestr. Zoll-Tarif unannehmbar erscheint und die wenigen Concessionen, welche Oestreich Italien gemacht hat, für Deutschland ohne Werth sind. Die deutsche Regierung will absolut einige bestimmte Tarif-Begünstigungen verlangen; ob ihr dies gelingen wird, muss sich bald entscheiden, denn die oestreichischen Unterhändler werden, behufs Wiederaufnahme der Unterhandlungen, in den nächsten Tagen *hier* erwartet.

Über die weitem praktischen Konsequenzen der Heidelberger-Minister-Conferenz wüsste ich nichts Zuverlässiges zu berichten.

Die gestrige Eröffnung des preussischen Landtages und die hiebei von dem Vice-Präsidenten des Staatsministeriums verlesene Thronrede bieten nichts Erhebliches, ich habe mich daher darauf beschränkt, Ihnen gedachte Rede ohne Bericht zuzuschicken.

Das Attentat auf den König von Italien hat, wie leicht begreiflich, hier einen ganz besonders berührenden Eindruck gemacht. Es heisst auch speziell der Kaiser sei sehr ergriffen und es könnte dieser Zwischenfall, sowie die Gemüthsaufrührung, welche die Erkrankung der gross[*herzoglich*] hessischen Familie und der Tod der jüngsten Prinzessin, bei ihm hervorgerufen habe, leicht eine weitere Verschiebung seiner Rückkehr nach Berlin zur Folge haben. Dafür, dass er nach seiner Rückkunft wirklich wieder die Regierung übernehmen werde, liegen immer noch nur Vermuthungen und Indicien vor, an einem direkten, bestimmten Beweise fehlt es ganz.

Betreffend die allgemeine politische Situation kann ich mich wohl darauf beschränken zu bemerken, dass man dieselbe auch hier wesentlich günstiger beurtheilt, als vor einigen Wochen. Man glaubt an die Lebensfähigkeit des Berliner-Vertrages, wenn man sich auch nicht verhehlt, dass man nach den seither gemachten Erfahrungen, eint und anderes nicht ganz glücklich behandelt hat. Von der Absicht, eine ergänzende Nach-Conferenz zu veranlassen, — die Presse sprach hievon — spricht man in den hiessigen politischen und diplomatischen Kreisen nicht.

In den nächsten Tagen werde ich Ihnen über einzelne, andere Fragen (Ausführung des Sozialistengesetzes⁵ u. Verhältniss zum Vatikan⁶) Bericht erstatten.

5. Vgl. das Schreiben von Roth an den Bundesrat vom 26. 11. 1879 (E 2300 Berlin 3).

6. Vgl. das Schreiben von Roth an den Bundesrat vom 11. 12. 1878 (E 2300 Berlin 3).

E 21/13929

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
K. Schenk*

B

Berlin, 29. November 1878

Bis jetzt ist es mir noch nicht gelungen, indirekt in Erfahrung zu bringen, ob etwas Wahres an dem Grüchte ist, dass zwischen den europäischen Staatsregierungen pourparlers über allfällig der Schweiz gegenüber zu thuende Schritte betreffend strengere Überwachung der Sozialisten-Führer, Nihilisten, Internationalen etc. stattfinden.¹ Einer meiner deutschen Collegen, welchem ich näher stehe, hat mir aber versprochen, sich über diese Frage näher zu erkundigen und mir baldmöglichst Bericht zu geben. Seiner Ansicht nach ist es nicht unwahrscheinlich, dass zwischen den Regierungen ein derartiger vertraulicher Gedankenaustausch stattfinde. Er sagte mir schon vor ca. 14 Tagen, er vermüthe, dass mit der Zeit etwas kommen werde. Gestern theilte er mir nun als positiv einstweilen Folgendes mit: Das preussische Ministerium des Innern wisse, dass es im Plane der hiessigen Sozialistenführer liege, ihr Aktions-Zentrum nach der Schweiz zu verlegen; Zürich sei hiefür auserkoren, der Redaktor der Berliner Freien Presse, welches Organ hier unterdrückt worden ist, befinde sich schon dort, auch den Redaktor eines suspendirten Hamburgerblattes vermüthe man dort. Es liege im Plane der Parthei, von der Schweiz aus auf dem Wege der Presse im grössten Maassstabe die sozialistische Agitation neu zu organisiren und mit vermehrter Kraft wieder aufzunehmen. Auf dieses Treiben habe die deutsche Regierung ein wachsames Auge und es scheine ihm, meinem erwähnten Collegen, sehr wahrscheinlich, dass man von hier aus gelegentlich in Bern die Sache vertraulich zur Sprache bringen werde.

Betreffend die gestern avisirte Verordnung des preuss. Staatsministeriums betreffend Ausweisungen und Verbot des Waffentragens habe ich aus der gleichen Quelle erfahren, dass z. B. der Reichstagsabgeordnete Hasselmann (Sozialist), welcher sein Domizil unlängst nach Berlin verlegt habe, als erster mit einem Ausweisungs-Dekret bedacht werden dürfte und dass andere Gesinnungsgenossen bald nachfolgen werden, denn die Übersiedelung Hasselmann's nach Berlin und andere Anzeichen mehr deuten bestimmt darauf hin, dass man auch hier im Stillen sich wieder organisiren und agitiren wolle.

Das Verbot Waffen zu tragen etc. habe seinen Grund nicht nur in den traurigen Erfahrungen anlässlich der Attentate in Berlin, Madrid und Neapel, sondern

1. Am 25. 11. 1878 bat Schenk die schweizerischen Gesandten in Paris, Wien, Berlin und Rom um Auskunft darüber, was es mit dem von der Presse verbreiteten Gerücht auf sich habe, wonach, [...] «quoique le Président de la Confédération n'ait encore reçu aucune communication, des pourparlers existeraient entre les Puissances pour demander que la Suisse fasse cesser la tolérance dont elle fait preuve envers les anarchistes». [...] (E 2200 Paris 1/127). Zur Berichterstattung der Gesandten vgl. auch die Nrn. 143, 144, 145, 146.

auch ganz besonders in der Thatsache, dass in der allerneusten Zeit in Berlin Sprengmaschinen, ähnlich derjenigen, welche s. Z. der bekannte Thomas in Bremerhafen zur Verwendung brachte, angefertigt und auch hier in der Stadt, abgesetzt worden seien.

Von H. Reichskanzleramtspräsident Hofmann habe ich gestern auch vernommen, dass man in Deutschland ein kleines schweizerisches, wie er glaube ultramontanes Blatt, mit dem Titel «Der Erzähler» verboten habe, da dasselbe sozialistischen Tendenzen huldige und dessen Verleger mit der grössten Offenheit publizire, er werde alle verbotenen sozialistischen Druckschriften in Verlag nehmen und alle Kundgebungen der Parthei drucken. H. Hofmann sprach sich, allerdings mehr allgemein, in gleichem Sinne aus, über die oben angedeuteten Versuche der Sozialisten-Partheiführer, sich in Zürich zu organisiren, er zog aber keine Schlussfolgerungen betreffend allfällige Vorstellungen in Bern.

Der neulich im «Bund» erschienene Artikel über unser Asylrecht ist hier nicht unbemerkt geblieben und wird beifällig commentirt. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung hat auf heute Abend eine nähere Behandlung desselben in Aussicht gestellt.

Mit Bezug auf die Kulturkampffrage habe ich einstweilen nur das erfahren können, dass Alles was die Zeitungen hierüber berichten, ungenau oder unrichtig sei. So scheint mir aus Allem hervorzugehen, dass der Reichskanzler diese Angelegenheit persönlich behandelt und dass wohl Niemand gründlich über den Stand derselben Bescheid weiss. H. Dr. Falk ist immer noch unwohl und kann nicht empfangen, ich werde nun aber gelegentlich doch wieder einen Versuch machen ihn zu sprechen. Vielleicht auch, dass es mir gelingt, von H. von Bülow etwas zu vernehmen.

143

E 21/13929

*Der schweizerische Gesandte in Wien, J. J. von Tschudi,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
K. Schenk*

B Konfidentiell

Wien, 2. Dezember 1878

Als ich heute mit mehreren Diplomaten auf dem Ministerium des Äusseren zusammentraf, fragte mich der bayer'sche Gesandte Bray ob der Bundesrath irgend eine officielle Mittheilung der spanischen Regierung wegen der Internationalen erhalten habe. Auf meine Verneinung hin entspann sich ein allgemeines Gespräch über die diesbezüglichen Zeitungsnachrichten und es wurden dieselben von den Anwesenden als kindische Demonstrationen bezeichnet und es fehlte nicht an komischen Bemerkungen über die spanischen Gelüste.

Alle Diplomaten versicherten es sei ihnen nicht das Mindeste davon bekannt, dass spanischerseits an ihre Regierungen irgend eine Anfrage oder Einladung wegen Maassregeln gegen das Asylrecht der Schweiz gerichtete worden, ebenso

wenig, dass diess bezüglich der hiesigen Regierung geschehen sei. Man kam auch auf das Asylrecht, das Andrassy in schwierigen Zeiten genossen hatte zu sprechen und der deutsche Botschafter Prinz Reuss erzählte bei dieser Gelegenheit es sei ihm vor kurzem aus Budapest ein ungarisches sogenanntes «Witzblatt» mit einer charakteristischen Doppelzeichnung zugeschickt worden. Unter der Überschrift 1849 ist nämlich ein Galgen abgebildet, an dem Graf Andrassy hängt; ein Türke eilt hinzu und schneidet den Strick durch; nebenan unter der Überschrift 1878 ist wieder ein Galgen, an dem ein Türke hängt. Andrassy steht daneben und zieht an den Füssen des Türken um ihn ja sicher zu erdrosseln.

Baron de Pont gegenüber erwähnte ich, Ihrem Wunsche gemäss, über diese Frage gar nichts. Als ich das Zimmer verliess begegnete mir der spanische Legationssecretair, Herr Baguer, der bei Baron de Pont sich erkundigen wollte, wann sein Chef, Minister Conte, seine Creditive dem Kaiser übergeben könne. Ich sagte zu H. Baguer, der bei Baron de Pont sich erkundigen wollte, wann sein Chef, Minister Conte, seine Creditive dem Kaiser übergeben könne. Ich sagte zu H. Baguer, den ich seit 8 Jahren kenne, scherzend «Sie wollen uns ja den Krieg erklären». Ach, das sind Journalauswüchse, entgegnete er, denen die Regierung ganz fremd ist; ich kann Sie auf das bestimmteste und ganz aufrichtig versichern, dass unsere Gesandtschaft nicht die leiseste Andeutung von der Königl. Regierung über die ganze Geschichte erhalten hat.

Nach All dem glaube ich die Annahme, dass die spanische Regierung Schritte gegen das Asylrecht der Schweiz plane, für nicht zutreffend, es bleibt indessen nicht ausgeschlossen, dass das spanische Ministerium durch die Artikel der «Correspondencia» und der «Epoca» Fühler um die Stimmung in anderen Staaten in dieser Richtung zu sondieren, ausstrecken wollte, sie aber, bei dem geringen Anklange, den ihre Intentionen gefunden, wieder zurückzog.

144

E 21/13929

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
K. Schenk*

B Confidentiel

Berlin, 3. Dezember 1878

Bis zur Stunde konnte ich über die angeblichen pourparlers zwischen einzelnen Regierungen betreffend Collectiv-Schritte bei dem schweizerischen Bundesrathe und etwa auch bei der belgischen Staatsregierung behufs Überwachung etc. der Sozialdemokraten nur Folgendes in Erfahrung bringen:

Es ist Thatsache, dass die Spanische Regierung gewaltig schüret und speziell bei der Reichsregierung bezügliche Schritte gethan hat. Die hiessige spanische Legation stellt dies zwar in Abrede, wie mein Gewährsmann behauptet, — ich habe natürlich dort nicht angeklopft — allein die Richtigkeit dieser Auskunft ist

von sehr kompetenter Seite her bestens verbürgt. Bis gestern Abend wenigstens hat aber weder die Reichsregierung, noch das preussische Staatsministerium irgend eine Entscheidung in Sachen gefasst; ein sehr gut unterrichteter *Botschafter* glaubt aber Indizien dafür zu haben, dass nach der Rückkehr des Kaisers irgend ein Schritt nach der angedeuteten Richtung wahrscheinlich von S^r Majestät selbst provocirt werden dürfte. Auch der Reichskanzler neige nach dieser Seite hin, währenddem umgekehrt der Kronprinz nichts nach Aussen zu thun wünsche und überhaupt von Anfang an gegen alle Ausnahms-Verfügungen gestimmt gewesen sei. Von Italien glaube man bestimmt zu wissen, dass die Regierung keine internationalen Maassregeln befürworte, sondern die Ansicht vertrete, die Ordnung könne und müsse auf internem Wege und nur auf diesem hergestellt werden. Was Frankreich betrifft, so heisst es auf gewisser Seite, die spanische Regierung und Consorten haben dort nicht auf das gewünschte Entgegenkommen zu hoffen, mir ist es aber sehr fraglich, ob man nicht in Paris, bei dem jetzt notorischen Bestreben Deutschland angenehm zu sein, doch gewisse Conzessionen machen würde, wenn die Reichsregierung sich herbeilassen sollte, die Direktion der von Spanien angeregten Aktion zu übernehmen.

Als ganz sicher ist mir auch gemeldet worden, der Polizeipräsident von Berlin, sowie der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, haben sich dahin ausgesprochen, die 3 gefährlichsten Punkte für die Agitation der Sozialdemokraten seien zur Zeit Pest, Zürich und Verviers, diese 3 Städte müssen ganz besonders überwacht werden. Sobald ich Weiteres erfahren haben werde, sollen Sie von mir Bericht erhalten.

Betreffend den «kleinen», «trockenen» Belagerungszustand und weitere Ausweisungen erlaube ich mir, mich auf die nebenstehenden Zeitungsausschnitte zu beziehen. Eine Art Abschiedsproklamation der Ausgewiesenen ist sofort mit Beschlag belegt worden, auch sind alle Gesuche um Fristverlängerung ohne Ausnahme abschlägig beschieden worden; man will eben für die Ankunft des Kaisers tabula rasa haben.

145

E 21/13929

*Der schweizerische Gesandte in Rom, G. B. Pioda,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
K. Schenk*

B Confidentielle

Rome, 3 décembre 1878

Le Ministre d'Espagne m'a fait parvenir un billet daté le 1.c.¹ tendant à établir que le Gouvernement espagnol entend garder avec le Gouvernement suisse tous les ménagements qui sont dus envers un Gouvernement qui mérite son estime. En même temps il m'a ajouté qu'il a reçu la nouvelle officielle que le comité révo-

1. Als Annex abgedruckt.

lutionnaire espagnol résidant à Genève a décidé d'attenter de nouveau aux jours du Roi d'Espagne.² Si cela est vrai vous en aurez eu connaissance par le Chargé d'Affaires à Berne.

Cette affaire des internationalistes préoccupe ici aussi l'opinion publique et l'on se demande si l'Europe y compris la Suisse n'a point de mesures à prendre en commun.

Les mesures prises soit par l'autorité judiciaire pour la répression des cercles Barsanti des sociétés internationalistes, soit par la police pour la sûreté personnelle du Roi et des citoyens sont assez vigoureuses et sous ce rapport le Ministère s'est présenté aujourd'hui sous de meilleurs auspices. Les interpellations ont commencé à la Chambre et continueront demain. Le Président du Conseil n'a pu paraître; on dit qu'il paraîtra demain, mais il faudra qu'il se fasse porter. Il paraît certain que la majorité lui fait défaut, mais il est encore plus certain que la majorité ferait défaut à toute autre combinaison. Ce sera alors à la Couronne à prendre une décision. Dans ce cas il n'est pas probable que le Roi se sépare de son chevalier sans peur et sans reproche, de Cairoli qui lui a sauvé la vie.

ANNEX

*Der spanische Gesandte in Rom, D. de Coello,
an den schweizerischen Gesandten in Rom, G. B. Pioda*

S

Rome, 1^{er} décembre 1878

Je crois que vous aurez lu la dépêche télégraphique de Madrid que j'ai envoyée hier à l'Agence Stephani. J'ai pris soin d'y rétablir les faits concernant les rapports entre la Suisse et l'Espagne, en les rendant conformes à la vérité, ainsi qu'aux télégrammes de Madrid publiés dans les journaux de Paris.

«La Epoca» que je reçois ici tous les jours, n'a fait autre chose que conseiller au Gouvernement espagnol de se mettre d'accord avec celui de la Suisse pour la vigilance à exercer sur les véritables conspirateurs révolutionnaires, qui après avoir été expulsés de la France républicaine, se trouvent aujourd'hui à Genève. Mais «La Epoca» n'a point parlé d'une action contre la Confédération Suisse, dont elle respecte les lois et le patriotisme. — Vous savez très bien comment la concision du télégraphe donne quelquefois une tournure trop vive à des articles rédigés dans un sens conciliant et raisonnable.

2. *Vgl. dazu auch Nr. 6.*

*Der schweizerische Gesandte in Paris, J. K. Kern,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
K. Schenk*

B Confidentiel

Paris, 4 décembre 1878

Pour faire suite à mon rapport du 28 Novembre¹, j'ai l'honneur de Vous annoncer que, dans une soirée donnée hier par le Ministre des Finances, le Directeur des Affaires Criminelles au Ministère français de la Justice, M. Picot, s'est exprimé comme suit dans un entretien avec M. Lardy:

«Vous avez lu les bruits de mesures collectives qui seraient projetées par diverses puissances contre la Suisse à raison de l'asile qu'on accorde dans Votre pays aux réfugiés socialistes. Nous nous préoccupons de ces bruits, dans une certaine mesure; nous craignons qu'on ne commence par la Suisse, pour venir ensuite s'en prendre à la France; nous avons, il est vrai, notre loi sur ou plutôt contre l'Internationale; mais cette loi n'augmente pas les compétences du pouvoir administratif et s'en remet à l'action des tribunaux. Nous craignons que, dans divers Pays, et notamment à Berlin, on ne vienne un beau jour nous dire que l'ordre matériel est, il est vrai, sauvegardé en France, mais que la forme républicaine du Gouvernement est un encouragement donné à la démocratie-socialiste, et qu'il conviendrait, de la part de la France, de donner aux Etats monarchistes [de] certaines garanties législatives.»

M. Picot a lieu de croire qu'aucun Ambassadeur étranger n'a encore entretenu officiellement M. Waddington de la question, mais le Gouvernement français croit savoir que, dans deux ou trois Ambassades étrangères, le bruit de démarches futures conçues dans cet esprit est sérieusement accrédité, mais que ces Ambassades attendent les élections du 5 Janvier avant d'agir. Il a terminé en disant qu'il serait heureux de savoir, à l'occasion, la nature des démarches qui pourraient être tentées auprès de la Suisse par d'autres puissances, parce que, a-t-il répété, «nous craignons ici que notre tour ne vienne si on commence une fois cette campagne.»

M. Picot est un ancien Président de Chambre au Tribunal de la Seine; il est gendre du C^{te} de Montalivet, ancien Ministre de Louis Philippe, et il a montré, comme son beau père, une grande fermeté contre la tentative réactionnaire du 16 Mai. M. Dufaure a attiré à lui ce magistrat éclairé, déjà très connu par son «Histoire des Parlements avant 1789», pour le mettre à la tête de tout le service de la justice criminelle en France. Cette grande situation de M. Picot donne un certain poids à ses paroles, ce qui m'engage à Vous les transmettre à titre de renseignement et en raison *de l'initiative qu'il a prise.*

1. Nicht abgedruckt.

147

E 21/14461

*Das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement
an einige kantonale Polizeibehörden¹*

Copie
KS

Bern, 7. Dezember 1878

Durch verschiedene Umstände ist es für uns sehr wahrscheinlich geworden, dass eine gewisse Anzahl von den Förderern und Anhängern der Sozialdemokratie in Folge der in Deutschland gegen sie getroffenen Massregeln nach der Schweiz kommen, um von hier aus ihre agitatorische Thätigkeit gegen die Regierungen und gegen die verfassungsmässigen Zustände anderer Staaten fortzusetzen.

Wenn auch der Bundesrath auf der einen Seite keineswegs geneigt ist, das Asyl politischer Flüchtlinge, wie es bis anhin gewährt worden ist, zu schmälern, so ist er doch auf der andern Seite entschlossen, jeder Thätigkeit solcher Flüchtlinge, sei es durch Schrift oder Wort, wodurch die freundschaftlichen Beziehungen der Schweiz zu andern Staaten gestört werden könnten, entgegenzutreten.

Wir ersuchen Sie, der Entwicklung der Verhältnisse in diesem Sinne Ihre Aufmerksamkeit zu schenken und uns stets durch genaue Berichte auf dem Laufenden zu halten.

Zu diesem Ende übermachen wir Ihnen ein Verzeichniss von Personen², die als hervorragende sozialdemokratische Parteigänger aus Berlin ausgewiesen worden sind. Es wäre uns sehr erwünscht, bald nach dem Empfange dieses Schreibens einen Bericht über den gegenwärtigen Stand dieser Angelegenheit in Ihrem Kanton zu erhalten.

1. *Es handelt sich um jene von Zürich, Bern, Solothurn, Baselstadt, Baselland, Schaffhausen, Tessin, Neuenburg und Genf.*

2. *Nicht abgedruckt.*

148

E 21/13929

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Bundesrat*

B

Berlin, 8. Dezember 1878

Heute, Sonntag, Mittags 1 Uhr, sind alle Chefs de mission des hiessigen diplomatischen Corps von dem Kaiser und der Kaiserin empfangen worden. Die Initiative hiefür hatte der englische Botschafter, Lord Russel, als Doyen, ergriffen. Der Kaiser, welcher sehr wohl aussah, den rechten Arm aber noch in der Binde trug, richtete, gleich beim Eintritt in den Empfangssalon, an die ganze Versammlung

einige allgemeine Dankesworte für die Glückwünsche des diplomatischen Corps. Dann machte er die Runde und unterhielt sich der Reihe nach mit Gruppen von je 3 oder 4 Gesandten. Mir und meinen Nebenmännern (den Gesandten von Meklenburg, Hessen-Darmstadt und Bayern) sprach er von der schweren Zeit, welche er durchgemacht, «er habe allerdings körperlich ziemlich viel durchmachen müssen, ungleich grösser seien aber die Leiden gewesen, welche seine Gefühle getroffen haben» (sic). Dann fügte er scherzend bei: «Der Mann hats übrigens recht gut mit mir gemeint, ich hatte über 80 Schrotkörner in meinem Mantel, wovon mich allerdings etwa 40 verwundeten.»

Mit dem spanischen Gesandten unterhielt er sich sehr lange über die gleiche Angelegenheit; letzterer äusserte, die Regierung habe sehr energische Sicherheits-Maassregeln getroffen, worauf ich von Seite des Kaisers die Worte vernahm: «Il faut espérer que les autres Etats imiteront cet exemple; c'est bien triste de voir que ce mouvement est surtout dirigé contre la vie des souverains.»

Betreffend die Einzugsfeierlichkeiten erwähne ich nur die Anrede des Kaisers an die Staatsminister und die Präsidenten der beiden Häuser des Landtags, in welcher es unter Anderem heisst: «Die schmerzlichen Erfahrungen, welche mich persönlich betroffen, haben aber auch wunde Stellen in unseren gesammten gesellschaftlichen Verhältnissen aufgedeckt und erkennen lassen, *welche nur von der starken Hand des Gesetzes geheilt werden können*, dessen Einwirken neuerdings aufgerufen werden musste...

Ich sage daher allen Dank, welche in der Gesetzgebung zu einer weitem Entwicklung dieser Erkenntniss mitgewirkt haben und kann nur noch den Wunsch aussprechen, *dass auch die ausführenden Behörden mit energischer und nach allen Seiten gerechten Handhabung dahin wirken mögen, die Absicht und den Zweck des Gesetzes zu erreichen...*»

Der Deputation des Magistrats von Berlin gegenüber, welche gestern Mittag empfangen wurde, äusserte sich der Kaiser u. A. folgendermassen: «... Eine Änderung der Gesetze ist nothwendig geworden, und wie nothwendig diese Änderung für Deutschland und dessen Einzelstaaten war, liegt jetzt wohl Allen klar vor Augen. *Aber auch für die andern Staaten ist dadurch eine Anregung gegeben. Es ist ja doch bewiesen, dass weit verzweigte Verbindungen existiren und zwar mit dem ausgesprochenen Prinzip, die Häupter der Staaten zu beseitigen.*

Die Hauptsache ist aber die Erziehung der Jugend etc. ...»

Einzelne hiessige Blätter drucken jeweilen mit Wohlgefallen die telegraphisch gemeldeten Hetzereien der spanischen Journale gegen die Schweiz ab, soweit aber meine Wahrnehmungen reichen, ist *bis jetzt* von Schritten gegen die Schweiz, im Sinne der angeblichen Pourparlers, in den offiziellen Kreisen noch nicht die Rede gewesen. Einen sehr guten Eindruck würde es hier jedenfalls machen, wenn gegen die Leute der «Avantgarde»¹, deren öfters erwähnte Artikel aus der letzten Zeit allgemeine Entrüstung hervorgerufen, bald und kräftig eingeschritten würde. Ein Vorgehen nach dieser Seite aus eigener Initiative dürfte ohne Zweifel allfällige andere Reklamationen von uns abwenden.

1. Vgl. zum Thema «Avant-garde» auch die GBer. 1878 (BBl 1879, 2, S. 644—645); 1879 (BBl 1880, 2, S. 652) und 1880 (BBl 1881, S. 721).

E 2300 Berlin 3

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
K. Schenk*

B Vertraulich

Berlin, 11. Dezember 1878

Ich bin nunmehr im Falle, Ihre geehrten Schreiben vom 16. Nov. l. J.¹ (betreffend Unterhandlungen zwischen der deutschen Reichsregierung mit dem Vatikan) und vom 25. Nov. l. J.² (betreffend angebliche pourparlers zwischen den verschiedenen Staatsregierungen über der Schweiz gegenüber in der Sozialistenfrage zu thuende Schritte) einlässlicher zu beantworten.

Wie ich Ihnen schon gemeldet, begegnete ich bis anhin überall, wo ich, betreffend beide Fragen, confidentiell anklopfte, einer absoluten Unsicherheit in der Beurtheilung der Situation und konnte mir auch mit Bezug auf die Sozialistenfrage nur das Eine als positiv verbürgt werden, dass bis zur Stunde hier über ein Kollektiv-Vorgehen mit andern Mächten eine Entscheidung nicht gefasst sei und dass man sich überhaupt mit dieser Frage noch nicht ernstlich beschäftigt habe.

Gestern Abend aber hat mir H. Staatsminister von Bülow in einer confidentiellen Unterredung in seinem Wohnhaus (er darf wegen Unwohlsein immer noch nicht ausgehen) über beide Fragen, besonders über die zweite, in aller Offenheit die Situation klar gelegt, mit dem wiederholt ausgesprochenen Wunsche jedoch, ich möchte diese Mittheilungen als *streng vertraulich* auffassen.

Erlauben Sie mir, vorerst zu meiner Rechtfertigung auszuführen, wie ich zu dieser Unterredung gelangt bin.

Ich habe Ihnen neulich gemeldet, ich sei der Ansicht, über die Römische Frage dürfte ich wohl einzig von dem mir persönlich näher bekannten Cultusminister Dr. Falk Zuverlässiges erfahren können und ich beabsichtige, meine Versuche, ihn zu sehen, zu wiederholen. In der That verfügte ich mich dann auch vor ca. 10 Tagen abermals in seine Wohnung, erhielt aber neuerdings den Bescheid, H. Dr. Falk sei erkrankt und werde ohne Zweifel noch für längere Zeit verhindert sein, Besuche zu empfangen. Einmal in der Nähe der Bureaux des Cultusministeriums, wollte ich die Gelegenheit benutzen, um bei dem mir ebenfalls persönlich bekannten Unterstaatssekretär Sydow das Terrain zu rekognoszieren, allein ich konnte von ihm nur in Erfahrung bringen, dass Alles, was die Zeitungen in der letzten Zeit über die Verhandlungen mit Rom berichtet haben, zum Theil ungenau, zum Theil erfunden sei; zu positiven Mittheilungen — fügte er bei — erachte er sich, zu seinem Bedauern, als nicht legitimirt und müsse er mir anheimgeben, mich an H. von Bülow zu wenden. Ich war also, im Grunde genommen, um kein Haar breit weiter und so entschloss ich mich denn, mein Heil wirklich im Auswärtigen Amte zu suchen und H. von Bülow anzufragen, ob ich ihn dieser Tage gele-

1. E 2/915.

2. Vgl. Nr. 142, Anm. 1.

gentlich sprechen könnte. Die Antwort lautete, er werde mich Freitag, den 6. d. M. um 1 Uhr empfangen; als ich aber zur bestimmten Stunde auf seinem Bureau eintraf, empfing mich H. Geh. Leg. Rath v. Jasmund mit der Mittheilung, der H. Staatsminister sei sehr stark erkältet, er dürfe in Folge dessen das Haus nicht verlassen und habe nun ihn, v. Jasmund, beauftragt, meine allfälligen Eröffnungen und Wünsche entgegenzunehmen. Hierauf antwortete ich ganz kurz, ich hätte gewünscht, von dem H. Staatsminister vertraulich zu erfahren, in welchem Stadium sich gegenwärtig die angeblichen Verhandlungen der deutschen Regierung mit Rom befinden; ich habe hiefür keinen Auftrag, müsse aber doch sehr wünschen, meiner Regierung gelegentlich berichten zu können, was an den Zeitungsberichten Wahres sei; betreffend die Schweiz sei ich im Falle ihm, H. v. Jasmund, behufs Kenntnissgabe an H. von Bülow, die Mittheilung zu machen, dass die Meldungen der Tagespresse über neuere Unterhandlungen zwischen Bern und Rom ganz aus der Luft gegriffen seien; seit dem Tode des Pabstes Pius IX und der Wahl seines Nachfolgers Leo XIII sei der Verkehr zwischen dem Bundesrathe und dem Vatikan nicht wieder aufgenommen worden und über die Stellung, welche der Bundesrath in dieser Frage im Allgemeinen einnehme, enthalte das neuliche Kreisschreiben³ an die Regierungen der katholischen Kantone (welches am gleichen Tage hier durch ein Telegramm bekannt gegeben wurde) Alles, was überhaupt gesagt werden könne. Letzten Montag suchte ich dann H. v. Jasmund wieder auf, um von ihm zu erfahren, ob ich wohl H. v. Bülow bald sehen könne und sagte ihm beiläufig, obschon es zwar kaum nöthig sei, möchte ich ihn doch ersuchen, H. v. Bülow mitzutheilen, dass die von den hiessigen Blättern hartnäckig aufrecht erhaltene Nachricht (die Post hatte dieselbe in Ihrer Montagsnummer, unter Rubrick «Politische Wochenschau» abermals gebracht) dahingehend: «Die schweizerische Regierung habe beschlossen, das Ersuchen einiger Mächte, in Erwägung zu ziehen, ob nicht durch geeignete Maassregeln dem gefährlichen Treiben der Internationalen in der Schweiz entgegengewirkt werden könne, ablehnend zu beantworten», — in allen Theilen erfunden und dass dem Bundesrathe ein derartiges Ansuchen bis jetzt von keiner Seite zugekommen sei, er somit auch nicht in der Lage gewesen sei, einen diesbez. prinzipiellen Beschluss zu fassen. H. v. Jasmund antwortete dann, er habe H. v. Bülow von unserer ersten Unterredung (betreffend Rom) Kenntniss gegeben, er werde ihn auch von meiner heutigen Mittheilung benachrichtigen und könne mir übrigens jetzt schon anzeigen, dass mich der H. Staatsminister gerne empfangen werde, sobald es seine Gesundheit erlaube.

Gestern Nachmittag erhielt ich dann ein Schreiben von H. Bülow, des Inhalts, er würde sich sehr freuen, mich zu sehen, ich möchte ihn doch in seiner Wohnung aufsuchen und dieser Aufforderung gab ich auch sofort Folge.

Sie werden hieraus ersehen, Herr Bundespräsident, dass ich die Sozialistenfrage nur beiläufig berührte und, was ich besonders hervorhebe, mich jeder direkten oder indirekten Fragestellung enthielt. Betreffend die römische Frage dagegen erachtete ich mich nach dieser Richtung nicht gebunden, d. h. ich nahm keinen Anstand, H. v. Bülow ganz offen den Wunsch zu äussern, von ihm Näheres über die Situation zu erfahren. Ich wiederhole, zur Klarstellung meines diesf. Ver-

3. BBl 1878, 4, S. 406 f.

haltens, dass ich ausdrücklich betont habe, ich handle in beiden Fragen ganz ohne Auftrag meiner Regierung, es sei dies eine ganz persönliche Demarche, indem ich einerseits wünsche zu wissen, was ich dem Bundesrathe über die römische Frage berichten könne und anderseits Werth darauf gelegt habe, H. v. Bülow über die Grundlosigkeit der schon citirten, während 8 Tagen in den hiessigen Zeitungen verbreiteten Nachricht betreffs eines Beschlusses des Bundesrathes in der Sozialistenfrage keinen Zweifel zu lassen.

Nach dieser etwas schwerfälligen «Vorgeschichte» meiner gestrigen Audienz bei H. v. Bülow will ich nun versuchen, unsere Unterredung möglichst getreu wiederzugeben, möchte Sie aber bitten, mir zu gestatten, die Behandlung der römischen Frage auf morgen zu verschieben und heute nur über den dringlicheren Theil meiner Conversation mit dem H. Staatsminister, über das Thema der Sozialistenfrage, Bericht zu erstatten.

Nachdem ich sehen konnte, dass H. v. Bülow den ersten Gegenstand als erledigt betrachte, gieng ich in *der* Weise zu der brennenden Frage über, dass ich so ziemlich genau dasjenige wiederholte, was ich Herr v. Jasmund, an die Adresse des H. Staatsministers, mitgetheilt hatte und von vornherein Betonung darauf legte, ich habe keinen Auftrag von Bern, dieses Ihnen zur Sprache zu bringen. Es liege mir aber doch nahe, fügte ich bei, die Überzeugung auszusprechen, dass der schweizerische Bundesrath der gegenwärtigen Bewegung seine volle Aufmerksamkeit schenke und im Interesse der Aufrechterhaltung der freundschaftlichen Beziehungen Alles thun werde, was er gestützt auf die Bundesverfassung und unsere politischen Institutionen und Traditionen thun könne und zwar aus eigener Initiative, wie er überhaupt seine völkerrechtlichen Verpflichtungen stets scrupulös erfüllt habe. Ich glaube auch zu wissen, dass an einzelnen Punkten der Schweiz, welche, nach den Zeitungen zu schliessen, zur Zeit besonders in Frage kommen, eine sorgfältige Controlle des Verhaltens der fremden Staatsangehörigen ausgeübt werde und dass im Speziellen auch für die nächste Zeit Schritte gegen die Leute der «Avantgarde» in Chauxdefonds zu gewärtigen seien. Eines müsse aber wieder auf's Neue hervorgehoben werden, nämlich das, dass es nicht möglich sei, gestützt auf vage, ganz allgemein gehaltene «dit-on» der Zeitungen Untersuchungen anzuordnen; dies könne vielmehr nur geschehen, wenn bestimmte Anhaltspunkte geboten werden und für diesen letzteren Fall habe, meines Wissens, der Chef des Justiz- und Polizeidepartements H. General Roeder gegenüber wiederholt die Bereitwilligkeit ausgesprochen, jeder einzelnen Beschwerde seine Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Indem mir H. v. Bülow die erwähnte Mittheilung an H. v. Jasmund, sowie die obenerwähnten Ergänzungen verdankte und beifügte, er habe in der That angenommen, die fragliche Mittheilung betreffend eines Bundesrathsbeschlusses sei in das Gebiet der grundlosen Sensationsnachrichten zu verweisen, äusserte er sich in der Folge, ganz aus eigener Initiative, in nachstehender Weise:

«Da wir die Sache vertraulich besprechen und immer auf dem gleichen freundschaftlichen Fusse stehen, kann ich Ihnen mittheilen, dass wir von der Absicht einzelner Regierungen, besonders der spanischen, der Schweiz gegenüber Kollektiv-Vorstellungen betreffend Handhabung des Asylrechtes etc. zu machen — wovon die Zeitungen wiederholt sprachen, nichts wissen und dass also bei uns keine derartigen Schritte gethan worden sind. Wir selbst würden hiezu nie Hand

bieten und auch andern Regierungen hievon entschieden abrathen, denn solche Kollektiv-Schritte würden einen unerlaubten Druck involviren und die Frage auf ein Gebiet hinüberdrängen, (auf den Boden des Asylrechts im Allgemeinen und — noch weiter — der Unabhängigkeit der Schweiz,) auf welchem Alles eher, als der Zweck einer solchen Demarche erreicht würde. Wir wollen also Alles vermeiden, was auch nur im Geringsten als ein Druck auf Ihre Institutionen interpretirt werden könnte und werden, wie bemerkt, bei allfällig beabsichtigten Kollektiv-Schritten nicht mitwirken.

Dagegen, — ich darf es Ihnen nicht verhehlen, — werden wir ohne Zweifel im Falle sein, in der allernächsten Zeit Ihrer Regierung vertraulich den Wunsch zu erkennen zu geben, es möchte dieselbe auch das Ihrige thun, um dem gefährlichen Treiben der Internationalen in der Schweiz Einhalt zu thun. Es unterliegt ja doch keinem Zweifel, dass die in der Schweiz residirenden Nihilisten, Internationalen, Communarden und Sozialdemokraten eng untereinander verbunden sind und zum Theil (wie dies in Chauxdefonds geschehen) offen den Fürstenmord predigen. Diese Leute unterhalten auch ihre Verbindungen mit Deutschland: besonders in Genf und dann also in Chauxdefonds scheint die Bewegung sorgfältig organisiert zu sein und zwar noch weit mehr, als bei dem Gesindel in Zürich, welchem zum Theil die Rolle einer «Vorhut» zufallen dürfte. Die Parthei hat ihre Presse und versendet deren Organe massenhaft ins Ausland, sie gründet Buchdruckereien, welche speziell die Aufgabe haben, Alles zu drucken, was der sozialdemokratischen Sache dient⁴, kurz, es geschieht Alles, um die Bewegung möglichst zu erhalten und auszudehnen. Wir wissen nun sehr wohl, dass das arbeitssame, solide Schweizervolk, bei seinem gesunden, praktischen Sinne, der ganzen Bewegung nicht zugethan ist, trotzdem scheint es mir aber doch fraglich, ob nicht dieses Gebahren der sozialdemokratischen Führer schliesslich auch bei Ihnen nachtheilige Folgen nach sich ziehen dürfte und ob Sie daher nicht auch in Ihrem eigenen Interesse gutthun würden, geeignete Maassregeln gegen das Weitergreifen dieser ansteckenden Krankheit zu treffen. Es kömmt mir da eine sehr zutreffende Äusserung des Fürsten Bismark ins Gedächtniss; er äusserte sich nämlich mir gegenüber dahin, «die Sozialdemokratie sei ein allgemeines internationales, die Gefahren der Ansteckung in sich tragendes Übel und da wäre es doch gewiss ganz sachgemäss, wenn auch die Schweiz, welche sich ja in so anerkennenswerther Weise an die Spitze der Bekämpfung der ebenfalls international gewordenen Phyloxera⁵ gestellt habe, zu der Bekämpfung der Weiterverbreitung des sozialdemokratischen Giftes das Ihrige beitragen würde.» «Ich weiss nun zwar nicht», fuhr H. v. Bülow fragend weiter fort, «ob Ihnen die Verfassung und die Gesetze die Möglichkeit an die Hand geben, in Sachen etwas zu thun», worauf ich erwiderte, ich möchte den diesf. Anschauungen des Bundesrathes in keiner Weise vorgreifen, wisse auch gar nichts darüber, wie er eventuel derartige Fälle behandeln würde, glaube aber doch beispielsweise den Art. 70⁶ der Bundesverfassung hervorheben zu dürfen, wonach dem Bunde das Recht zustehe, Fremde, welche die innere oder äussere Sicherheit der Eidgenossenschaft gefährden, aus dem

4. Vgl. dazu Nrn. 6 und 376.

5. Vgl. dazu E 2514.

6. AS 1874—1875, 1, S. 21.

schweizerischen Gebiete wegzuweisen. Dieser Punkt wurde aber nur effleurirt und schien H. v. Bülow selbst noch eigentlich nicht zu einer gründlichen Beantwortung der Frage veranlassen zu wollen, denn er nahm seine hiemit ganz kurz unterbrochene Vernehmlassung sofort wieder auf, indem er, das bereits Gesagte zusammenfassend, ungefähr noch Folgendes beifügte; «Sie werden begreifen, dass wir schon dem Kaiser gegenüber, welchem die betreffende Nummer der «Avantgarde» auch unter die Augen gekommen ist, die Verpflichtung haben, in Bern unserm Wunsche Ausdruck zu geben, es möchte die uns befreundete Schweizer Regierung Mittel und Wege finden, dem gedachten Treiben ein Ende zu machen, es wird dies aber in ganz freundschaftlicher Weise und nur vertraulich geschehen, unter Vermeidung jeder Form, welche unserer Demarche den Charakter eines Druckes geben könnte.»

Ich erachtete es nicht als geboten, direkt den Wunsch auszusprechen, es möchte der fragl. Schritt unterbleiben, sondern beschränkte mich darauf, unter Verdankung der gemachten Mittheilungen, zu wiederholen, ich habe die feste Überzeugung, der Bundesrath werde aus eigener Initiative bereits schon das Nöthige betreffend Überwachung der Bewegung im Allgemeinen und Prüfung der Sachlage mit Bezug auf den Spezialfall der «Avantgarde» angeordnet haben. Im Übrigen benütze ich — sagte ich schliessend — diese vertrauliche Besprechung, um die von H. v. Bülow ausgesprochene Ansicht zu bestätigen, wonach jede Pression auf die Schweiz, betreffend die Handhabung des Asylrechtes u.s.w. jedenfalls eine den Intentionen, welche die betreffenden Mächte hiebei leiten würde, gegentheilige Wirkung hervorrufen müsste. Die Stimmung sei allerdings bei unserm Volke im grossen Ganzen der sozialistischen Bewegung der Neuzeit ganz ungünstig, sollte aber ein Druck von Aussen auf uns ausgeübt werden wollen, so würden sicherlich die guten Dispositionen der öffentlichen Meinung einer vollständigen Verstimmung Platz machen und dann wäre es allerdings den Behörden sehr schwer oder sogar unmöglich gemacht, den betreffenden Beschwerden gegenüber in irgendwelcher Weise zu remediren.

Da ich nun einmal bei H. v. Bülow war, sprach ich ihm auch noch mein Befremden über die Zeitungsnotiz aus, (hier sprach die Börsenzeitung davon,) nach welcher General von Röder aus Gesundheitsrücksichten beabsichtigen soll, seinen Rücktritt vom Berner-Gesandtschaftsposten zu nehmen, mit dem Beifügen, es sei mir ja sehr wohl bekannt, dass sich der General im Gegentheil einer vorzüglichen Gesundheit erfreue und nie so gut aufgelegt sei, als wenn er tüchtig arbeiten könne. Hierauf erwiderte H. v. Bülow, dieses Gerücht habe ihn ebenso frappirt, wie mich; es sei dasselbe von den Hofkreisen ausgegangen, (vermuthlich — sage *ich* — von der Seite der Umgebung der Kaiserin — wo er nicht persona grata ist,) im Auswärtigen Amte denke natürlich kein Mensch daran, ihm zu ersetzen, das Ganze sei also eine müssige Erfindung, welche vielleicht, wenigstens zum Theil, in dem Umstande Nahrung gefunden habe, dass der General nach Montreux verreist sei.

Ich fügte dann noch bei, einzelne Zeitungen haben den Entschluss des Generals mit seiner Missstimmung und seiner schwierigen Lage betreffend die Asylfrage motivirt, worauf H. von Bülow, auf die vorstehenden Mittheilungen zurückkommend, bemerkte, ich werde mich aus diesen letztern überzeugen können, dass auch diese Version in der wahren Sachlage keine Anhaltspunkte finde.

General v. Röder schreibe über diesen Gegenstand wenig, (ich erlaube mir doch ein?,) unlängst habe er ihm, (Bülow) den Wunsch ausgesprochen, man möchte dem fortgesetzten Hetzen der Berliner-Blätter gegen die Schweiz entgegentreten; er habe ihm aber hierauf antworten müssen, die Regierung habe keine Beziehungen zu der Presse, sie kenne keine offiziösen Blätter, also sei eine direkte Einwirkung nicht möglich, er werde aber gerne thun, was möglich sei.

H. v. Bülow zeigte während der ganzen Besprechung nicht die geringste Kälte oder Verstimmung und sprach ganz positiv die Überzeugung aus, dass unsere gegenseitigen Beziehungen auch in der Folge gleich freundlich bleiben werden, wie bis jetzt.

Sie sehen aus diesen Mittheilungen, dass ich richtig informirt war, als ich Ihnen am 3. d. M.⁷ schrieb, es sei nicht unwahrscheinlich, dass nach der Rückkehr des Kaisers doch irgend ein Schritt der Schweiz gegenüber von hier aus gethan werde. Ich möchte auch besonders jetzt, da ich noch besser informirt bin, neuerdings die Ansicht aussprechen⁸, dass ein beschleunigtes Vorgehen gegen die «Avantgarde» unsere Situation gegenüber der Regierung und der öffentlichen Meinung Deutschlands wesentlich verbessern und vielleicht zur Folge haben würde, dass man entweder von weitem Vorstellungen abstrahiren oder aber doch den betreffenden Wünschen eine noch mildere Form geben dürfte, als es jetzt beabsichtigt ist.

Beiläufig erwähne ich noch, dass die verschiedenen Sensationstelegramme meist von dem «Bureau Hirsch» herrührten, welches als sehr unzuverlässig und als selbst Nachrichten tendenziös erfindend oder fälschend allgemein schlecht angeschrieben ist.

Morgen werde ich Ihnen also über die andere Frage (Stand der Unterhandlungen zwischen Deutschland und Rom) berichten.⁹

7. Nr. 144.

8. Vgl. Nr. 148.

9. Nicht ermittelt.

150

E 2200 Paris 1/127

*Der Bundespräsident und Vorsteher des Politischen Departements, K. Schenk,
an die schweizerischen Gesandten in Berlin, Paris, Rom und Wien*

KS Confidentielle

Berne, 13 décembre 1878

Nous avons l'honneur de vous informer que le Conseil fédéral, dans sa séance du 10 ct., a ordonné la suppression du journal collectiviste et anarchiste «l'Avant-garde», paraissant à la Chaux-de-fonds.¹ Le Conseil fédéral a invité le Gouvernement du Canton de Neuchâtel à citer l'éditeur de «l'Avant-garde», à lui faire prendre l'engagement d'arrêter immédiatement l'impression et la publication de

1. E 1004 I/115, Nr. 6456.

ce journal, et en cas de refus à en interdire formellement l'impression et la publication et à employer les mesures nécessaires pour faire respecter cette interdiction, enfin à agir de même, si «l'Avant-garde» continue à paraître sous un autre titre ou chez un autre imprimeur.²

Le Conseil fédéral a invité, en second lieu, le Conseil d'Etat de Neuchâtel à faire établir, par voie administrative et aussi exactement que possible, quelles sont les personnes qui, à la Chaux-de-fonds, sont considérées comme intéressées dans la rédaction de «l'Avant-garde», ou comme les collaborateurs ou les correspondants de ce journal, à faire établir aussi si des étrangers se trouvent parmi elles, et quels sont dans ce cas leurs antécédents, et dans quelles conditions ils y vivent.³

L'administration des postes suisses a reçu les ordres nécessaires afin de refuser le transport des numéros de ce journal.

Le Conseil d'Etat du Canton de Neuchâtel a aussitôt commencé une enquête qui lui a appris le nom de la maison qui édite «l'Avant-garde» (ce journal ne porte ni nom d'éditeur ni nom d'imprimeur) et délégué deux de ses membres à la Chaux-de-fonds, en les munissant des pouvoirs nécessaires pour exécuter les décisions du Conseil fédéral.

Nous attendons le résultat de l'enquête ouverte par le Gouvernement neuchâtelois, ainsi que son rapport sur l'exécution des décisions précitées du Conseil fédéral.⁴

Vous êtes autorisé à donner, cas échéant, communication au Ministère des Affaires étrangères des mesures prises par le Conseil fédéral.

Nous ajoutons, en terminant, que ni le Conseil fédéral ni nous n'avons jamais reçu aucune réclamation, soit sous forme de note soit verbalement, relativement au droit d'asile de la Suisse et au séjour de socialistes ou anarchistes étrangers dans notre pays.

Tout ce que la presse a pu dire à ce sujet est entièrement inexact.

2. Vgl. das Schreiben des Bundesrates an die Regierung von Neuenburg vom 10. 12. 1878 (E 21/14461).

3. *Ibid.*

4. Vgl. Nr. 148, Anm. 1.

151

E 2300 Berlin 3

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
K. Schenk*

B Confidentiel

Berlin, 18. Dezember 1878

Ich verdanke Ihnen bestens Ihre Mittheilungen vom 13. d. M.¹ betreffend die Unterdrückung des Journals «l'Avantgarde». Da die Zeitungen alle möglichen Varianten über den bezügl. Beschluss des Bundesrathes gebracht, habe ich mich

1. Nr. 150.

denn auch veranlasst gesehen, von Ihrer Autorisation Gebrauch zu machen und H. v. Bülow vertraulich von diesen Mittheilungen Kenntniss zu geben, jedoch mit dem Bemerkten, ich handle auch dieses Mal ohne Auftrag und thue diesen Schritt, einmal um dem H. Staatsminister die Mittel an die Hand zu geben, genau beurtheilen zu können, was an den betreffenden Zeitungsnachrichten Wahres sei und dann auch überhaupt, weil durch die gemeldeten Maassregeln meine bei Anlass unserer letzten vertraulichen Unterredung² ausgesprochenen Vermuthungen bezüglich der diesf. Absichten des Bundesrathes als der Sachlage durchwegs entsprechend bestätigt worden seien.

H. v. Bülow betonte hiebei mit einigem Pathos, dass er an dem ernstesten Willen des schweiz. Bundesrathes, gegenüber diesem schändlichen Blatte die nöthigen Maassregeln zu ergreifen, nie gezweifelt habe, wir seien ja als Regierungen christlicher Staaten, solidarisch zur Bekämpfung der von den Leuten der Avantgarde bekannten Grundsätze und verfolgten Pläne miteinander verbunden. Der General v. Röder habe ihm auch von den guten Dispositionen des Bundesrathes berichtet und ihm *im Allgemeinen* von dem obigen Beschlusse Kenntniss gegeben, es sei ihm aber sehr erwünscht, hierüber Näheres zu erfahren. Unterdessen habe er mit dem Reichskanzler über die Frage conferirt und diesem auch über unsere neuliche vertrauliche Unterredung Bericht erstattet. Der Fürst sei durch diese Mittheilungen sehr angenehm berührt gewesen, habe ihn aber immerhin angewiesen, den General v. Röder zu beauftragen, die Sache bei Ihnen, ganz im Sinne seiner, H. v. Bülows, mir gemachten Eröffnungen, zur Sprache zu bringen, also wohlverstanden, — betonte er lebhaft — vertraulich, in ganz freundschaftlicher Weise und keineswegs im Einverständniss oder laut Verabredung mit andern Regierungen.

Der H. Staatsminister erwähnte hierauf ein Schreiben des Generals v. Röder, mit welchem derselbe Ihrem Wunsche Ausdruck gegeben habe, dass die zuständigen deutschen Behörden mit der Ausstellung der Pässe nach der Schweiz etwas sorgfältiger vorgehen möchten. Diesem Wunsche zu entsprechen, sei aber, bemerkte H. v. Bülow, ziemlich schwierig, man bekenne sich hierseits betreffend Ertheilung von Reiselegitimationen zu sehr largen Grundsätzen; indessen habe er doch seinen Collegen, den Minister des Innern, ersucht, die Frage zu prüfen und speziell in Erwägung zu ziehen, ob nicht für den Grenzverkehr irgendwelche Cautelen aufgestellt werden könnten. In gleichem Sinne seien von ihm die Regierungen von Bayern, Würtemberg und Baden um Prüfung der Sachlage, bezw. Verschärfung der Controlle angegangen worden, ebenso die zuständigen Behörden von Elsass-Lothringen. Unlängst sei berichtet worden, es existire in Basel eine clandestine Passfabrik, welche die zureisenden Deutschen mit Pässen versehe, er möchte aber doch an der Richtigkeit dieser Nachricht zweifeln, worin ich ihn dann zu bestärken versuchte, mit der Bemerkung, man sei überhaupt gegenwärtig allen möglichen unglaublichen Sensationsnachrichten ausgesetzt und das fragliche Gerücht dürfte wohl dahin zu reduciren sein, dass etwa einzelne Individuen eine Geldspeculation daraus machen, ihre Pässe nach dieser Richtung zu verwerthen. Derartige Vorkommnisse könne beinahe jede Gesandtschaft constatiren; auch mir sei es schon vorgekommen, dass Leute, um eine Unterstützung zu erhalten, gelegentlich geborgte oder auf eine andere unredliche Art erworbene

2. Vgl. Nr. 149.

Pässe vorgewiesen haben, etwas Ähnliches werde wahrscheinlich in Basel geschehen sein, wenn überhaupt Unregelmässigkeiten stattgefunden haben, die *Pass-Fabrik* dagegen gehöre offenbar ins Reich der Erfindungen.

Anschliessend an die Behandlung der Frage des Aufenthalts der deutschen Sozialdemokraten in der Schweiz äusserte sich H. v. Bülow noch dahin, nach Berichten, welche er aus *London* erhalten habe, scheine es, dass sich die Herren Sozialisten in der letzten Zeit vorherrschend diesem letztern Punkte zuwenden, da ihnen der Boden der Schweiz wahrscheinlich zu unsicher erscheine und die Controlle zu lästig falle. Wir kamen dann auch, betreffend Controlle, auf das Kreis Schreiben³ des Justizdepartements zu sprechen, wobei ich bemerkte, direkt wisse ich hierüber nichts, allein der Umstand, dass einzelne Schweizer-Blätter den Text von demselben brachten, unter Angabe des Datum's, (7. Dez.) lasse mich vermuthen, dass dieses Aktenstück wirklich existire.

3. Nr. 147.

152

E 1004 1/115

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 30. Dezember 1878¹

6846. Handelsvertrag mit Italien

Eisenbahn- und Handelsdepartement. Antrag vom 27. und 30. Dezember 1878

Der schweizer-italien. Handelsvertrag vom 22. Juli 1868 (A.S. IX, 657), der im Jahre 1875 gekündet, aber letztlich unterm 2. Juli ds. Js. (PN^o 3589) prolongirt worden ist, geht mit dem 31. dies zu Ende. Das Departement hat nicht unterlassen durch Vermittlung der schweizer. Gesandtschaft in Rom eine nochmalige Prolongation auf etwa 6 Monate vorzuschlagen. Trotz wiederholter Bemühungen ist es aber Herr Pioda nicht gelungen, eine längere Prolongation als auf 1 Monat auszuwirken, und zwar in dem Sinne, dass innert dieser Frist in Rom über die Revision des bisherigen Vertrages verhandelt werden solle, wofür aber der Abschluss eines Zollkartells zwischen den beiden Staten nach Analogie des zwischen Italien und Oesterreich bestehenden unerlässliche Bedingung sei.² Das Departement hat Herr Pioda unterm 27. dies dann ermächtigt, eine Deklaration betr. Verlängerung auf einen Monat auszuwechseln und dabei die Abordnung eines Unterhändlers, der auch mit Instructionen bezüglich der Kartellfrage versehen sein werde, zugesagt.³

Laut neuerlichem Telegramm des Herrn Pioda vom 28. dies⁴ hat nun aber die italien. Regierung die Prolongation des bisherigen, sowie den Abschluss eines

1. *Abwesend: Heer.*

2. *Vgl. E 13 (B)/214. Vgl. auch den Annex 1.*

3. *Vgl. E 13 (B)/212.*

4. *E 13 (B)/63.*

neuen Handelsvertrages abgelehnt, wenn die Schweiz nicht zum voraus im Grundsatz dem Kartell zustimme. Die Propositionen des Herrn Depretis, die quasi als Ultimatum zu betrachten, sind folgende:

1. La Svizzera stabilisce coll'Italia un «cartello» doganale per impedire reciprocamente il contrabbando, lungo i confini, come lo è stabilito tra l'Austria e l'Italia.

2. Si contenta di limitarsi per ora ad un solo trattato di «trattamento di nazione la più favorita.»

3. Un trattato speciale a Tariffa può farsi, ma escludendo il cotone (riservandosi la sua decisione in riguardo alla seta, non essendone lui abbastanza informato) e ciò sino a quando un simile trattato non sia conchiuso con la Francia, per avere con questa nazione la libera azione.

4. Proroga di un mese (se l'Austria l'ottiene) colla condizione, che la Svizzera sia disposta di entrare in queste trattative comprese nei Artⁱ 1, 2, 3, 4 & 5.

5. Desidera, mettendolo quasi qual condizione, che le negoziazioni succedino e si facciano a Roma invece a Berna.

Heute Vormittag hat nun zwischen dem Stellvertreter des Handels- und dem Vorsteher des Finanz- & Zolldepartements, dann den Herren Köchlin-Geigy von Basel, welcher früher die Vertragsunterhandlungen mit Italien geführt und Henri Hotz in Winterthur und Mailand, welcher kürzlich für das Dept. eine Mission in Rom besorgt hat, endlich den Zolldirektoren Meyer und Franscini eine Konferenz über die neuen Vertragsunterhandlungen im Allgemeinen und über die Cartellfrage insbesondere stattgefunden.

Sie führte zu dem Resultat, dass die Schweiz mit Italien ein Zollcartell, wie das zwischen Österreich und Italien bestehende, nicht abschliessen könne, dass sie aber ein solches auch nicht rundweg ablehnen dürfe, weil sonst eine Prolongation verweigert werden und die Wiederaufnahme der Unterhandlungen für einen neuen Vertrag sehr schwer halten würde. In Übereinstimmung hiemit beantragt das Departement das Telegramm des Herrn Pioda vom 28. dies folgendermassen zu beantworten:

«Nous ne refusons pas cartel en principe, mais nous nous réservons discussion des conditions à Rome.»

Nach gepflogener Beratung hat der Bundesrat heute beschlossen: es sei Herrn Pioda telegraphisch folgender Bescheid zu erteilen:

Annoncez Gouvernement Italien que nous admettons N^o 2, 3, 4 & 5 comme base négociations. Quant au premier point, nous ne refusons pas un cartel en principe, mais nous réservons discussion des conditions à Rome. — Réponse.

ANNEX I

E 13 (B)/63

*Antrag des früheren Vorstehers des Finanz- und Zolldepartements, B. Hammer⁵,
an den Bundesrat*

Zollcartel mit Italien

Bern, 6. Januar 1879

Mit Note vom 2^{ten} Dezember 1878⁶ macht der italienische Gesandte in hier die Eröffnung, dass seine Regierung «bei Anlass der Verhandlungen für Erneuerung des Handelsvertrages die Abschliessung eines Zollcartels gegen den Schmuggel, wie das zwischen Österreich u. Italien bestehende, herbeizuführen wütsche.»

Es hat sich denn auch seither die italienische Regierung zur Verlängerung des Vertrages bis Ende diess nur auf die diesseitige Erklärung hin herbeigelassen, dass man die Abschliessung eines Zollcartels nicht ablehne.

Die im Zollcartel zwischen Österreich und Italien enthaltenen gegenseitigen Verpflichtungen sind im Wesentlichen folgende:

1^o Das beidseitige Zoll- und Finanzpersonal soll beabsichtigte, versuchte oder stattgehabte Fälle von Schmuggel oder von Verletzung von Zoll- oder Staatsmonopol-Gesezen zum Nachtheil des andern Staates, den Behörden des Letztern durch die eigene Oberbehörde verzeigen.

Das Departement ist der Ansicht, dass die schweiz. Behörden eine Verpflichtung solcher Natur nicht eingehen können, auch nicht in Voraussicht der Eventualität, dass die Schweiz selbst in den Fall kommt, besondere Massregeln zur Bekämpfung des Schmuggels auf ihrem Staatsgebiet zu ergreifen.

2^{o a}. Die Zollstätten haben die hiezu ermächtigten Finanz- oder Zollbeamten des andern Staates von ihren Büchern und Registern, soweit sie den Waarenverkehr betreffen, zu jeder Zeit Einsicht nehmen zu lassen.

2^{o b}. Jeder der beiden Staaten hat das Recht, Beamte an die Zollstätten zu senden, um von der Geschäftsbehandlung in Bezug auf das Zollwesen und die Grenzbewachung Kenntniss zu erlangen.

Die Bestimmung *a* findet das Departement annehmbar, sofern dieselbe so, wie in dem hier mitfolgenden Entwurf eines Cartels⁷ modifizirt wird.

Diejenige sub *b* dagegen wäre, nach seiner Ansicht, besser wegzulassen, weil bei einem Zugeständniss von so bedeutender Tragweite bedenkliche Belästigungen für das diesseitige Zollpersonal und dessen Verrichtungen unvermeidlich wären.

3^o Jeder Theil soll auf Verlangen, für Ermittlung versuchter oder vollführter Verletzungen der Zoll- oder Monopolgeseze des andern Staates die gleichen Massregeln ergreifen, wie es ihm in Fällen der Umgehung der eigenen genannten Geseze vorgeschrieben ist oder statthaft erscheint.

Auch eine solche Mitwirkung erscheint dem Departement für unsere Verhältnisse als eine viel zu weitgehende Massregel, welche /sich/ gegen die öffentliche Meinung in unserm Lande verstossen würde.

4^o Man darf keine Waare ausgehen lassen, deren Ein- und Durchfuhr im andern Staate verboten ist.

Eine solche Beschränkung der Ausfuhr ist mit unserer Zollgesezgebung⁸ unvereinbar.

5^o Für Waaren, die im andern Staate eingangszollpflichtig sind, ist die Ausfuhr nur in der Weise zu gestatten, dass deren Ankunft und Anmeldung bei der Zollstätte des andern Staates gesichert sei.

5. Hammer übernahm 1879 als Bundespräsident ususgemäss das Politische Departement. Sein Nachfolger im Finanz- und Zolldepartement, Bavier, war erst im Dezember 1878 in den Bundesrat gewählt worden.

6. Nicht abgedruckt.

7. *Ibid.*

8. AS 1850—1851, II, S. 535—553.

Auch hier ist zu bemerken, dass das Zollgesetz die Aufstellung von Bedingungen, wie sie die nähere Ausführung einer solchen Bestimmung involvirt, nicht zulässt.

An anderer Stelle ist diesbezüglich vorgesehen, dass die Ausfuhrwaaren bis zur jenseitigen Zollanmeldestelle begleitet werden sollen, was ebensowenig sich mit unserm Gesetze vereinigen liesse. Abgesehen davon, würde Schweizerischer Seits die absolute Unmöglichkeit einer solchen Leistung zu Folge unseres unvergleichlich kleinern Zollbeamten- und Grenzwächterpersonals, als demjenigen, über welches Italien verfügt, entgegenstehen.

6^o Jeder Staat soll, auf Ansuchen, die Angehörigen oder Bewohner des eigenen Staates, welche Übertretungen der Zoll- oder Monopol-Gesetze des andern Staates begangen haben, verfolgen und bestrafen, in gleicher Weise, wie er es für die Übertretung der genannten Gesetze des eigenen Staates thun würde.

Auch diese Bestimmung widerstrebt dem Charakter unserer Staatseinrichtungen u. Gesetze.

Aus den vorgebrachten Bemerkungen ergibt sich wohl, dass die wesentlichen Punkte des italienisch-österreichischen Zollcartels eliminirt werden müssten. Abgesehen von den eben angedeuteten Gründen fällt auch nicht weniger in Betracht, dass ein so gehaltenes Cartel den beiden Theilen ganz ungleiche Lasten und Leistungen auferlegen und ihnen ebenso ganz ungleichen Vortheil bringen würde.

Um den Bestimmungen, wonach einerseits die Ausfuhrwaaren an die Grenze zu begleiten und andererseits für Verhinderung des Schmuggels nach Italien zu sorgen und die darauf Betroffenen zu verzeihen und strafrechtlich zu verfolgen wären — nur zur Noth genügen zu können, müsste die Schweiz eine ungleich grössere Zahl von Grenzwächtern als jetzt aufstellen und auch das Beamtenpersonal erheblich vermehren.

Der Schmuggel nach Italien besteht wegen der Tabak- und Salzmonopole und der hohen Zölle, mit denen hauptsächlich Petroleum, Kaffee und Zucker belastet sind⁹, in weitaus grösserer Ausdehnung und Wichtigkeit, als von Italien nach der Schweiz. In der Richtung nach der Schweiz ist der Schmuggel bis anhin und so lange er nicht durch erheblich erhöhte Zölle angeregt wird, ohne Bedeutung.

Es würden also die Schweiz. Zollbehörden für die Handhabung des Zollcartels in gar nicht zu vergleichendem Masse mehr als die italienische in Anspruch genommen werden, ohne dass den Interessen des eidg. Fiskus daraus ein Vortheil erwüchse, während dieser für den italienischen Fiskus allerdings von grosser Bedeutung sein würde.

Nachdem der Bundesrath mittelst telegraphischer Depesche v. 30. v. M.¹⁰, unter Vermeidung der Zustimmung zu dem von Italien vorgeschlagenen Zollcartel, lediglich seiner Geneigtheit zu Unterhandlungen über eine solche Vereinbarung überhaupt zu erkennen gegeben und sich dadurch seine freie Entschliessung gewahrt hat, ist von dem Departement der Entwurf eines Cartels, wie es mit den diesseitigen Zolleinrichtungen, Verhältnissen und Anschauungen vereinbar erscheint, ausgearbeitet worden.

Das Departement beehrt sich, diesen Entwurf dem Bundesrathe hiemit vorzulegen, mit dem Antrage, Erstern nebst den im vorliegenden Berichte enthaltenen Bemerkungen der Instruktion¹¹ an die Abordnung für die Vertragunterhandlungen mit Italien beizufügen, nebst der Mittheilung, der Bundesrath sei bei Aufstellung dieser Bestimmungen auf die äusserste Grenze des Möglichen gegangen, das sich mit den hierseitigen Zolleinrichtungen vereinigen lasse, und, obgleich einige der vorgeschlagenen Bestimmungen in der Schweiz Bedenken erregen dürften.

Der Bundesrath bezwecke damit einem Versuch zu einem an sich sehr schwierigen Entgegenkommen. Indem die Herren Delegirten diese Eröffnung zur Geltung bringen, möchten dieselben dahin wirken, dass die Aufstellung eines Zoll-Cartels auf den Zeitpunkt verschoben werde, wo in

9. *Vgl. die* Tabella delle merci non comprese nei trattati, disposte secondo l'ordine e la nomenclatura della nuova tariffa generale delle dogane. *In:* Ministero delle Finanze. Direzione generale delle gabelle. Bollettino ufficiale XIV. Anno 1878 — Giugno. Volume XVIII, S. 216—223 (E 13 (B)/212).

10. *Vgl. Nr. 152 und das Telegramm des Eisenbahn- und Handelsdepartements an die Gesandtschaft in Rom vom 27. 12. 1878* (E 13 (B)/212).

11. *Instruktion vom 2. 4. 1878* (E 13 (B)/212). *Vgl. auch Anm. 12.*

der Schweiz, nach Durchführung der obschwebenden Tarifrevision, erhöhte Zoll-Ansätze zur Anwendung kommen werden.¹²

E 1001 (E) q 1/122

ANNEX 2

Kopie

N 105 A

Der Bundesrat an die italienische Gesandtschaft in Bern

Bern, 8. Januar 1879

Par Sa Note du 2 décembre écoulé, la Légation de S. M. le Roi d'Italie a demandé à connaître les intentions du Conseil fédéral au sujet de l'établissement d'un *cartel douanier* ayant pour but d'empêcher, de découvrir et de punir réciproquement les contraventions aux lois douanières et aux monopoles des deux Etats.

Nanti de la même question par la Légation suisse à Rome, à l'occasion du renouvellement du traité de commerce entre les deux pays, le Conseil fédéral a déjà eu l'honneur de faire connaître au Gouvernement de S. M. le Roi d'Italie, par l'intermédiaire de son Ministre plénipotentiaire à Rome, qu'il ne se refuse pas à un cartel en principe, mais qu'il doit se réserver la discussion des conditions d'un tel arrangement.¹³

Un cartel de la portée de celui qui existe entre le Royaume d'Italie et l'Autriche-Hongrie est impossible à établir dans l'état des institutions de la Confédération.

Toutefois, le Conseil fédéral, pour donner au Gouvernement de S. M. le Roi d'Italie la preuve des bonnes intentions qui l'aminent, se déclare disposé à examiner dès maintenant la proposition dont il s'agit, au point de vue des conditions compatibles avec les principes qui se trouvent à la base des institutions douanières de la Suisse. Il doit réserver, dans ce but, que la question sera traitée indépendamment de celle du renouvellement du traité de commerce, ou tout au moins, si les deux questions devraient demeurer liées, qu'une nouvelle prorogation du traité actuel laissera le temps nécessaire pour cet examen.

E 11/289

ANNEX 3

*Der Direktor des 4. eidgenössischen Zollkreises, A. Franscini,
an das Finanz- und Zolldepartement*

Jahresbericht pro 1878

Lugano, 4./9. Februar 1879

[...] ¹⁴Überhaupt ist von einem organisirten Schmuggel gegen unsere Zölle bis jetzt nicht die Rede.

Dafür besteht ein solcher bekanntlich auf unserer Grenze gegen Italien und hat im Berichtsjahre eine ungewohnte Entwicklung genommen, die sich namentlich für Tabak & Cigarren immer mehr

12. Vgl. die Nachtrags-Instruktion betr. Handelsvertrag mit Italien vom 10. 1. 1879. In: Vollmachten und Instruktionen des Bundesrates. 1878—1898, S. 16 f. (E 1001 (E) t 1/2).

13. Vgl. auch die Bemerkungen von Droz in seinem Schreiben an Kern vom 8. 1. 1879: [...] Bei den Verhandlungen wird der von Depretis gemachten Eröffnung entsprechend Italien ein Zollkartell verlangen. Es ist selbstverständlich, dass unsererseits wenig Geneigtheit vorhanden ist, Italien Hand zu bieten, dass seine hohen Zölle richtig einbezogen werden können. Indessen hat der Bundesrath in einer Depesche an die schweizerische Gesandtschaft in Rom im Grundsatz das Kartell nicht abgelehnt, die Modalitäten desselben aber den bevorstehenden Vertragsunterhandlungen vorbehalten. Wir haben in der Frage also ganz freie Hand. Wenn Italien Frankreich gegenüber ein ähnliches Begehren nicht gestellt hat & die französische Regierung auf ein solches Verlangen nicht eintritt, so liegt hierin für uns ein mächtiger Hebel, das Verlangen mit Erfolg zu bekämpfen. [...] (E 2200 Paris 1/130).

14. In den Teilen A. und B. wurden Einnahmen und Personalfragen behandelt. Hier abgedruckt wird ein Auszug aus Teil C. Straffälle.

steigert. In letzter Zeit werden diese Artikel sogar auf kleinen Wagen geschmuggelt. Wie dies bei einem Cordon von über 1400 Mann Douaniers möglich ist, dafür giebt es gewiss keine andere Erklärung als die, dass zwischen Schmugglern & Grenzwächtern ein Einverständniss herrscht, wonach diese gegen Gratification ein Auge zudrücken. Der Schaden, der davon dem Italienischen Fiscus erwächst, ist jedenfalls bedeutend, aber noch bedeutender ist der, welcher mit falschen Declarationen ebenfalls im Einverständniss mit den Beamten und Angestellten für die Waaren in den grossen Binnendouanen (Entrepôts) wie Mailand, Turin, Rom & a.¹⁵ ihm verursacht wird; und in diese Richtung können alle Zollcartelle nichts ausrichten. Die Leute sind eben viel zu schlecht bezahlt, als dass die Redlichkeit bei Vielen den Versuchungen und der Noth Stand halten könnte.

Bevor Italien den durch seine Zölle hart betroffenen Nachbarn die Zumuthung macht, ihm zu helfen, damit die Zölle redlich bezahlt werden, sollte es die in seiner Hand liegenden Mittel erschöpfen, um das Übel zu bekämpfen. Die Schmuggler sind fast ausschliesslich nur Italiener, und dass sich so viele Leute diesem unmoralischen Gewerbe zuwenden, ist socialen Missständen zuzuschreiben, unter welchen die Bauernklasse leidet und bei denen derselben jede Aussicht benommen ist, trotz allem Fleiss und aller Sparsamkeit es je zu einer bescheidenen Selbständigkeit zu bringen.

Je mehr man die Frage des Zollcartels prüft, desto mehr findet man, dass der bezügliche Wunsch Italiens der Schweiz gegenüber ein ganz ungebührlicher ist. So lange die eigentlichen Ursachen des Schmuggels nicht beseitigt oder modificirt werden, wird auch das beste Zollcartel wenig wirken, möchte es auch noch so gewissenhaft von uns gehandhabt werden. In letzterer Beziehung ist wohl zu erwägen, dass ein Zollcartel uns allerhand Unannehmlichkeiten bringen wird; denn, wenn wie vor auszusehen ist, der Schmuggel nicht sonderlich sich mindert, werden die Italienischen Behörden, weil sie den eigentlichen Ursachen nicht auf den Leib rücken mögen oder können, es bequem finden, den Grund hievon der laxen Handhabung des Cartels seitens der Schweiz zuzuschreiben. Unter Umständen dürfte ihnen dieses Verhältniss auch dazu dienen, im Interesse politischer Zwecke auf die öffentliche Meinung in ihrem Lande einzuwirken. [...]¹⁶.

15. *alia*.

16. *Teil D. Grenzschutz wurde weggelassen.*

153

E 13 (B)/210

Antrag des Vorstehers des Handels- und Landwirtschaftsdepartements, N. Droz, an den Bundesrat

Traité de commerce avec l'Italie

Berne, 16 janvier 1879

ÉTAT DES NÉGOCIATIONS

Les négociations entamées à Rome me paraissent pas devoir aboutir à la conclusion d'un traité avec tarif conventionnel. Dès la première séance, qui a eu lieu dimanche soir 12 courant à 4 heures immédiatement après l'arrivée de nos délégués, une divergence essentielle s'est fait jour. Les représentants de l'Italie voulaient prendre comme base des négociations les résultats des conférences de 1875 à Berne¹, tandis que la délégation suisse avait pour instructions² de tenir

1. *Vgl. die Protokolle der Verhandlungen vom 29. 9.—8. 10. 1875 (E 13 (B)/210). Vgl. auch Nr. 79, Anm. 10 und Nr. 89, Anm. 2.*

2. *Vgl. die Instruktionen vom 14. 1. 1879 (E 13 (B)/212) und vom 10. 1. 1879 (E 13 (B)/210).*

compte de notre nouveau tarif général.³ La journée de lundi a été consacrée à l'échange de pièces. Mardi, les plénipotentiaires se sont de nouveau réunis, et voici la dépêche⁴ que nous avons reçue à 7 heures du soir:

«Dans séance d'aujourd'hui chez soussigné, chaque partie resta sur son terrain, toute concession étant déclarée impossible; négociations suspendues; traitement nation plus favorisée jusque fin décembre sans cartel paraît pouvoir être accepté. Traité semblable avec France sera bientôt signé. Lettre suit. Pioda.»

Une autre dépêche⁵ reçue mercredi matin contient ce qui suit:

«Je dois ajouter que commissaires italiens ont déclaré péremptoirement impossible toute prorogation au-delà du 1^{er} février. Pioda.»

Une troisième dépêche⁶ du 15 à 8 h. 50 du soir porte:

«Convention avec France sur le pied de la nation la plus favorisée jusque fin décembre a été signée aujourd'hui et présentée au Parlement.»

La lettre annoncée ci-dessus est jointe au présent rapport, ainsi qu'une première lettre⁷ de M. Koechlin, datée de lundi soir.

SITUATION GÉNÉRALE

Les demandes de la Suisse, y compris la prorogation, étant déclinées, nous sommes en présence de deux alternatives:

Modifier les instructions données à nos délégués,
ou bien

Accepter le traitement de la nation la plus favorisée jusqu'à fin décembre et sans cartel.

La première alternative doit être écartée pour la raison que les concessions qu'il faudrait faire ne seraient pas compensées par de sérieux avantages. Les positions *convenues* en 1875 (conférences de Berne) ne diffèrent pas sensiblement du tarif conventionnel austro-italien⁸ (nation la plus favorisée) par lequel elles se trouvent ainsi réglées sans notre concours. Quant aux *questions à débattre*, si nous atténuons nos demandes, l'écart entre celles-ci et les propositions italiennes cesse d'être véritablement appréciable.

Négocier un traité avec tarif dans de telles conditions c'est se placer à coup sûr dans une situation défavorable en se liant les mains pour toute la durée du traité.

Par contre, en gagnant du temps, on peut espérer que les conditions s'amélioreront, d'autant plus que la France et l'Angleterre négocieront aussi avec l'Italie dans le même délai et nous feront bénéficier des avantages qu'elles réussiront à obtenir.

Ce qui vaudrait le mieux pour nous serait la prorogation pure et simple du traité actuel jusqu'à la conclusion d'un traité définitif, mais à défaut, le traitement de la nation la plus favorisée, est, comme provisoire, le régime le moins désavantageux.

3. *BBl* 1878, 3, S. 517—557.

4. *Vgl. das Telegramm von Pioda ans Handels- und Landwirtschaftsdepartement vom 14. 1. 1879* (E 13 (B)/210).

5. *Nicht abgedruckt.*

6. E 2200 Rom 1/77.

7. *Nicht abgedruckt.*

8. *Vgl. 5.) Droits à l'entrée en Italie d'après le tarif. (Traité austro-italien)* (E 13 (B)/212).

Examinons les conséquences financières de ce régime pour nos principales industries.

TRAITEMENT DE LA NATION LA PLUS FAVORISÉE

La comparaison doit être faite pour chaque pays entre le *tarif général* de ce pays et le tarif appliqué à la nation *la plus favorisée*. Nous prenons pour base la statistique commerciale de 1877.

Les principales importations de la Suisse en Italie sont les suivantes:

1. *Cotons*. En 1875 les commissaires suisses avaient consenti à une augmentation générale allant en moyenne jusqu'à 15% de la valeur. Il faut admettre que notre industrie reconnaissait elle-même qu'elle pourrait (à cette époque du moins) supporter une pareille augmentation. Nous avons fait calculer par le Département des Péages d'après le *Movimento commerciale* un tableau duquel il résulte que la différence de droits qui serait perçue en Italie, en admettant les quantités de 1877, serait de fr 26,000 pour ne importation de fr. 4,750,640. On sait que sur ce point, l'Italie a maintenu son tarif général vis-à-vis de l'Autriche, en sorte que nous aurions à payer cette différence jusqu'à un traité plus avantageux.

2. *Fromages*. En 1875, l'Italie est descendue de son tarif général (fr 15 les 100 K^{os}) à fr 8. Ce dernier taux est celui du traité austro-italien. La Suisse demandait fr. 6. Aujourd'hui nous payons 3 & 4 fr.

Il a été importé en Italie en 1877 11,950 quintaux métriques qui ont payé au maximum fr 45,000 de droits.

Avec le tarif général italien, ils paieraient	fr 179,250
avec le tarif austro-italien (nation la plus favorisée)	fr 95,600
	<i>Différence fr 83,650</i>

3. *Soiries*. En 1875, les délégués se tenaient à une différence d'un franc sur les différentes positions du tarif général italien.

Les importations de 1877 représentent 2150 Kilos qui avec une augmentation d'un franc par Kilo paieront de plus fr 2150, ce point n'étant pas traité avec l'Autriche.

4. *Lin et Chanvre*. Cette branche étant peu importante, la différence entre le tarif actuel et le tarif austro-italien est imperceptible. Les positions de ce dernier tarif ayant été communiquées par notre Département au principal industriel dans cette branche, celui-ci les a déclarées acceptables.

5. *Laines*. L'article n'a pas été non plus traité avec l'Autriche. En regard des desiderata formulés par la Suisse en 1875, nous aurions à subir une augmentation du 15%, soit d'environ fr. 6,000.

6. *Bestiaux*. Le tarif austro-italien est très favorable, et nous n'aurons pas de perte sensible à enregistrer sur ce point. Le tarif général italien est plus élevé & nous constituerait une perte de fr 4,000.

7. *Peaux corroyées non dénommées*: Cet article devrait être classé; actuellement il paierait environ fr 1200 de plus avec le tarif général italien (fr. 30 par quintal métr.) qu'avec le tarif austro-italien (fr 17).

8. *Horlogerie et bijouterie*. Ces deux articles ne peuvent guère figurer ici que pour mémoire, attendu que les droits exorbitants fixés par le tarif général italien sont une prime si belle offerte à la contrebande que celle-ci ne la laissera pas

échapper.⁹ En vain nous avons fait observer à l'Italie qu'elle gagnerait à un régime favorisant l'honorabilité des transactions. Elle persiste dans son système, mais nous ne pouvons mettre sérieusement en ligne de compte l'augmentation énorme, des droits sur ces deux branches. Le point n'a naturellement pas été négocié avec l'Autriche.

9. *Boîtes à musique.* Cet article est frappé d'un droit uniforme de fr 2 par pièce, que la valeur de celle-ci soit de fr. 3 ou de fr. 3,000. La Suisse a proposé une échelle partant de 0,25 Cent. Le point reste en suspens, mais son importance paraît être très relative, puisqu'en 1877, la statistique douanière italienne n'accuse qu'une importation de 114 pièces. La contrebande jouerait-elle ici son rôle comme pour les deux précédents articles? C'est cependant plus difficile.

La Suisse a en outre cherché à obtenir de l'Italie une disposition sur le « *Veredlungsverkehr* », (Admissions temporaires) semblable à celle contenue dans l'art. 5 de notre traité avec l'Union douanière allemande.¹⁰ Le traité austro-italien ne renferme rien à cet égard.

Résumant nos pertes et nos gains pour l'importation en Italie si nous acceptons le traitement de la nation la plus favorisée, nous arrivons aux résultats suivants:

	<i>Nos pertes</i>	<i>Nos gains</i>
1. Cotons	fr. 26,000	—
2. Fromages	—	fr. 83,650
3. Soiries	fr. 2,150	—
4. Lin et chanvre	—	appr. fr. 1,000
5. Laine	fr. 6,000	—
6. Bestiaux	—	fr. 4,000
7. Peaux corroyées non dénommées	—	fr. 1,200
8. Horlogerie et bijouterie	?	?
9. Boîtes à musique	?	?

C'est à dire que les gains viendraient s'ajouter aux pertes si nous refusions le régime provisoire qui nous est offert.

Les importations de l'Italie en Suisse consistent essentiellement dans les soies brutes, les vins, la volaille, le bétail de boucherie, les fruits du midi, les pâtes d'Italie, etc. Ces produits ne font pas concurrence aux nôtres, mais sont nécessaires à notre industrie et à notre consommation. En accordant à l'Italie le traitement de la nation la plus favorisée, nous faisons donc subir une perte uniquement au fisc fédéral, et cette perte est calculée par le Département des péages à fr 235,000 pour une année entière sur la base de la statistique de 1877. Mais on doit tenir compte que le Conseil fédéral ne peut appliquer de son chef le tarif général nouveau. Il faut pour cela une autorisation de l'Assemblée fédérale (arrêté du 28 juin

9. *Vgl. das Schreiben der Société intercantonale des Industries du Jura an Droz vom 15. I. 1879, in welchem die Sektion La Chaux-de-Fonds zitiert wird: [...] En effet le tarif pour la contrebande en Italie est de fr 1. — par montre d'or et il ne s'en acquitte en douane qu'une quantité insignifiante; tandis qu'en réduisant le droit d'entrée à fr 1. — par pièce la contrebande serait supprimée de fait. [...] (E 13 (B)/210).*

10. AS 1866—1869, IX, S. 891 f.

1878)¹¹, en sorte que jusqu'à ce que cette autorisation eût été accordée, nous devrions également traiter l'Italie sur le pied de la nation la plus favorisée.

En résumé, il est avantageux pour plusieurs de nos industries que nous ayons le traitement de la nation la plus favorisée. Les autres industries se trouveront, dans un cas comme dans l'autre, dans la même situation. Les intérêts du fisc fédéral souffriront à ce régime.

PROROGATION DU TRAITÉ ACTUEL

Bien que les commissaires italiens aient déclaré *péremptoirement* qu'une prorogation est impossible, il faudrait, à notre avis, charger la délégation suisse de demander la prorogation jusque fin mars, pour que l'Assemblée fédérale, seule compétente pour ratifier définitivement le nouveau traité provisoire puisse statuer dans sa session de mars.

URGENCE DE L'AFFAIRE

Si la prorogation est définitivement refusée, il n'y a pas de temps à perdre pour le cas où le nouvel arrangement devrait entrer en vigueur le 1^{er} février. Non seulement les signatures et les déclarations doivent être échangées, mais nous devons porter le nouveau tarif austro-italien à la connaissance du commerce suisse. Peu de jours nous restent pour ces différentes opérations.

COMPÉTENCE DU CONSEIL FÉDÉRAL

Il est certain que le Conseil fédéral n'est pas compétent pour ratifier un traité de commerce même provisoire. Seulement nous sommes dans un cas d'urgence. Si l'Italie refuse la prorogation, faut-il que celles de nos industries auxquelles nous pourrions faire obtenir quelques avantages en soient privées jusqu'après ratification par l'Assemblée fédérale? Nous estimons que non, et puisqu'il s'agit d'un régime provisoire, nous croyons que le Conseil fédéral doit prendre sur lui de traiter sauf à demander un bill d'indemnité à l'Assemblée fédérale, qui, nous aimons à le croire, ne le refusera pas.

PROPOSITIONS

1° Télégraphier par chiffres à Pioda:

Tenez ferme au sens de votre instruction. Impossible traiter aux conditions italiennes. Nous vous autorisons à poursuivre l'idée d'un traité temporaire jusque fin décembre sur le pied de la nation la plus favorisée et sans cartel. Toutefois, demandez prorogation traité actuel jusque fin mars, l'Assemblée fédérale se réunissant en mars et devant ratifier le traité temporaire. Si cette prorogation est formellement refusée, signez sans prorogation.

2° Charger le Département de faire savoir éventuellement à la délégation suisse qu'elle est définitivement autorisée à signer un traité temporaire du 1^{er} février à fin décembre sur le pied de la nation la plus favorisée et sans cartel.¹²

(Le Département se réserve d'ailleurs de faire au Conseil fédéral les propositions éventuelles pour l'exécution du traité nouveau dès le 1^{er} février si une prorogation du traité actuel n'est pas possible.)

11. BBl 1878, 3, S. 558 f.

12. *Der Bundesrat stimmte den Anträgen am 18. I. 1879 zu* (E 1004 1/116, Nr. 288). *Vgl. auch Nr. 154, Anm. 4.*

154

E 13 (B)/210

*Die schweizerischen Handelsvertragsdelegierten G. B. Pioda und A. Koechlin,
an die italienischen Handelsvertragskommissäre*Copie
N

Rome, 28 janvier 1879

Après la conférence que nous avons eu l'honneur d'avoir avec S.E. Monsieur le Président du Conseil nous nous sommes empressés de télégraphier hier au Conseil fédéral le résumé de la discussion.¹

Nous sommes maintenant dans le cas de vous communiquer le contenu de la réponse² que nous venons de recevoir et par laquelle le Conseil fédéral regrette de devoir déclarer qu'il lui est impossible de soumettre l'art. 2³ avec espoir de succès à l'Assemblée fédérale, attendu que le cartel est dans l'organisation douanière suisse une innovation trop grave pour qu'elle puisse être concédée sans les études nécessaires et sans des compensations réelles qu'il ne trouve pas dans le *modus vivendi* proposé. Le Conseil fédéral s'est déclaré disposé à traiter la question. Il accepte qu'elle le soit dans le cours des négociations pour un traité définitif au cas où une convention temporaire serait maintenant conclue, mais il ne peut engager d'avance la solution finale qui dépendra de circonstances et de compensations encore inconnues.

Quant à la réserve empruntée à la convention italo-française, elle peut être abandonnée pourvu que la ratification du traité austro-italien devienne avant le 1^{er} février un fait accompli dans ces deux Etats.

Il nous est donc impossible d'apposer notre signature à la Convention projetée sans la suppression de l'article 2.⁴

ANNEX

*Die schweizerische Handelsvertragsdelegation in Rom
an den Bundesrat*Empfangskopie
TRome, 26 janvier 1879
(Départ: 12 h 45 soir)
(Arrivée: 13 h 10 soir)

Convention d'aujourd'hui article 1 les hautes parties contractantes s'assurent mutuellement jusque 31 décembre 1879 le traitement de la nation la plus favorisée pour tout ce que concerne l'importation, l'exportation et le transit. Article 2 elles s'engagent à négocier en même temps que le nou-

1. Nicht abgedruckt.

2. Vgl. das Bundesratsprotokoll vom 27. I. 1879 (E 1004 1/116, Nr. 465).

3. Vgl. den Annex.

4. Am 28. I. 1879 wurde in Rom ein Meistbegünstigungsübereinkommen bis Ende Jahr abgeschlossen, welches das Zollkartell nicht erwähnte. Vgl. das Kreisschreiben des Bundesrates an die Kantone vom 30. I. 1879 (BBl 1879, 1, S. 139—141) und die Botschaft des Bundesrates vom 3. 3. 1879 (BBl 1879, 1, S. 302—313).

veau traité de commerce qui serait stipulé entre elles un arrangement spécial (cartel de douane) ayant pour objet de régler la coopération des administrations respectives pour la répression de la contrebande entre les deux territoires. Article 3 la présente convention entre en vigueur le premier février prochain sous réserve cependant de l'accomplissement des formalités constitutionnelles dans les deux pays. Les ratifications seront échangées à Berne le plus tôt possible et au plus tard le 31 de ce mois. Pouvons nous signer?

155

E 22/1665

*Der schweizerische Gesandte in Rom, G. B. Pioda,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
B. Hammer*

B Très-confidentielle

Rome, 7 février 1879

Je regrette de n'avoir pu répondre plus tôt à la lettre¹ confidentielle de M. le Président Schenk du 16 Novembre d^r. concernant les rapports entre la Suisse et le Vatican. Mais comme M. Schenk le prévoyait, ce n'est pas la chose la plus aisée que d'avoir des renseignements précis sur ce qui se passe dans la Chancellerie papale.

J'ai maintenant l'honneur de vous transmettre ci-joint les informations² que j'ai enfin obtenues et qui ont été puisées, j'ai lieu de le croire, à une bonne source.

On agite, comme vous saurez, depuis quelque temps au sein du clergé tessinois et dans les sphères officielles du Canton, la question de l'institution d'un évêché tessinois. Léon XIII doit s'en être occupé aussi. Je me réserve de vous faire part en son temps des renseignements que j'aurai recueillis à ce sujet.³

ANNEXE À LA LETTRE DU 7 FÉVRIER 1879
DE LA LÉGATION SUISSE À ROME AU DEP^r. POLITIQUE

1. L'intention du Pape est de ne s'occuper des affaires de Suisse qu'après avoir réglé celles d'Allemagne, et il tient à entendre Mgr. Mermillod de même qu'il a déjà entendu Mgr. Lachat et Mgr. Marilley.

2. Il est arrêté en principe, au Vatican, que les évêques de Bâle et d'Hébron, ce dernier surtout, se démettront, si cela est nécessaire, *pro bono pacis*, mais qu'on leur fournira le moyen d'opérer honorablement leur retraite, et qu'on leur offrira, surtout au premier, une compensation en Suisse, à Rome ou ailleurs.

3. Le Pape comprend que le vicariat apostolique de Genève, détaché par Pie IX du diocèse de Fribourg, Lausanne et Genève pour Mgr. Mermillod, doit être supprimé et rentrer dans le diocèse en question, c'est à dire sous la houlette de Mgr. Marilley, mais il lui semble difficile de détruire brusquement un état de choses créé par son prédécesseur. Il y a lieu de croire qu'il laissera subsister encore quelque temps le vicariat apostolique de Genève en lui donnant pour titulaire Mgr. Marilley,

1. Nr. 140.

2. Als Annex abgedruckt.

3. Vgl. Nr. 157.

qui signerait alors évêque de Fribourg et Lausanne et vicaire apostolique ou bien administrateur du vicariat apostolique de Genève. A la première occasion, quand le Gouvernement de Genève aurait donné des preuves sérieuses de récipiscence (sic), Léon XIII révoquerait le bref de Pie IX érigeant le Canton en vicariat apostolique.

4. L'opinion générale est que Léon XIII maintiendra l'encyclique de Pie IX du 21 Novembre 1873 qui condamne l'élection des curés par le peuple, telle qu'elle est entendue et pratiquée dans les Cantons de Berne et de Genève.

5. Le S^t. Siège préfère laisser les Cantons catholiques réclamer du Gouvernement fédéral, comme ils ont déjà commencé à le faire, le rétablissement du poste de Chargé d'Affaires de S.S. à Lucerne.⁴ C'est parce qu'il a gardé Mgr. Agnozzi à Rome au lieu de l'utiliser dans le corps diplomatique papal. Il est actuellement attaché à la Propagande, mais le Pape le consulte souvent sur les affaires de la Suisse et le considère même comme étant encore Chargé d'Affaires: les évêques et le clergé cath[oliques] suisses correspondent avec le S^t. Siège par son intermédiaire.

Un autre prélat que le Pape consulte pour les affaires de la Suisse, c'est Mgr. Czaski⁵, polonais, secrétaire de la congrégation des affaires ecclésiastiques extraordinaires.

4. *Vgl. Nr. 140, Anm. 5.*

5. *Es handelt sich um Wladimir Czacki, Titularerzbischof von Salamina.*

156

E 53/203

Antrag des Vorstehers des Politischen Departements, B. Hammer, an den Bundesrat

Berne, 23 février 1879

En exécution de l'invitation qui lui a été adressée le 18 courant, le Département Soussigné a l'honneur de proposer au Conseil fédéral:

1. d'adresser à la Légation suisse à Rome une lettre d'après le modèle ci-dessous;
2. de transmettre une copie de cette lettre à la Légation suisse à Berlin, en l'invitant à demander au Ministère des Affaires Etrangères de l'Empire allemand d'en faire appuyer l'objet par son Ambassade à Rome.

Projet

A la Légation suisse à Rome.
Monsieur le Ministre,

Nous sommes en possession de votre dépêche du 14 courant¹, par laquelle vous nous présentez votre Rapport sur les démarches que vous avez faites, en exécution de notre office du 8 janvier² dernier, relatif à la subvention complémentaire de l'Italie à l'entreprise du Gothard, ainsi que sur l'état dans lequel se trouve cette affaire auprès du Ministère et du Parlement italiens.

1. *Nicht abgedruckt.*

2. E 1001 (E) 1/122, Nr. 103.

Nous avons vu, par ce Rapport, que le commencement et la clôture des débats sur cette affaire, qui est pendante depuis le 18 mai 1878 auprès du Parlement, ne pourront en aucun cas avoir lieu avant le mois de mars. Vous nous informez également que, si cette question de subvention était traitée à part des projets de lois généraux sur les subsides aux chemins de fer, et que l'on voulût en accélérer la solution au moyen de la présentation d'un projet spécial, cela ne pourrait, dans l'opinion du Ministère des travaux publics, que compromettre le succès de toute l'affaire.

Nous ne sommes en position ni de pouvoir ni de vouloir exercer une influence sur la manière dont cet objet sera traité; nous désirons seulement ne rien négliger de ce qui serait de nature à convaincre les autorités italiennes de l'urgence absolue de résoudre le plus tôt possible la question dont il s'agit et de nous dégager, pour autant, de la responsabilité qui nous incombe.

En faisant abstraction du contrat passé le 15 février 1878 entre la Direction du Gothard et le consortium financier et dont les stipulations ont fait l'objet d'explications détaillées, dans la dépêche que nous vous avons adressée le 8 janvier dernier et dans votre note du 12 du même mois³ au Ministère italien, nous devons vous rappeler les points suivants, qui démontrent l'urgence d'une solution définitive.

Les travaux sur les versants nord et sud du Gothard (tunnels et corps de la voie) ont déjà été adjugés à un certain nombre d'entrepreneurs sous réserve de la reconstruction financière de l'entreprise du Gothard; pour que la ligne puisse être entièrement achevée le 1^{er} juillet 1882, il est absolument indispensable que les travaux soient entamés sur toutes les sections au commencement de la belle saison, c'est-à-dire le 1^{er} mai prochain.

Or, la reconstruction financière de l'entreprise est subordonnée à l'assurance du versement de la part de la subvention complémentaire afférente à l'Italie. Une fois cette subvention assurée, l'examen de la justification financière de la Compagnie par les trois Etats intéressés exigera encore un certain temps. Ce n'est qu'après l'approbation de cette justification financière que l'on pourra procéder à l'échange des ratifications de la Convention de Berne du 12 mars 1878⁴ et par là même à la reconstruction financière de l'entreprise du Gothard.

Si cet échange de ratification était reculé au delà du 1^{er} mai prochain, il ne serait plus possible de terminer les travaux d'ici au 1^{er} juillet 1882, et les entrepreneurs se trouveraient dégagés des contrats qu'ils ont signés et qui sont avantageux à la compagnie. Le délai d'achèvement devrait forcément être prolongé d'une année, et le commencement de l'exploitation serait retardé d'autant, ce qui aurait pour résultat, abstraction faite des frais d'administration, et de direction des travaux, de grever l'entreprise d'un surcroît d'intérêts de 4 millions de francs, et partant non seulement de mettre en question la reconstruction financière, mais même, selon toute apparence, de la rendre impossible.

Dans la supposition que la subvention complémentaire de l'Italie sera assurée dans un bref délai, nous avons, pour perdre le moins de temps possible, invité la Compagnie du Gothard à présenter sa justification financière d'ici au 15 avril prochain au plus tard. Nous invitons aussi les Etats subventionnants à nommer, ainsi que le pré-

3. *Nicht abgedruckt.*

4. *Vgl. Nr. 127, Anm. 6.*

voit le protocole final de la convention de Berne du 12 mars 1878, des délégués pour procéder à l'examen de la justification financière de la Compagnie.

En outre, le coupon semestriel des obligations actuelles de la Compagnie, qui se montent à 48 millions de francs, sera échu à la fin de juin prochain, et la société ne se trouverait probablement pas en mesure de satisfaire à ses engagements si la reconstruction financière n'était pas un fait accompli avant cette époque.

Nous vous chargeons donc, Monsieur le Ministre, de rappeler l'état des choses au Ministère Royal et aux personnes qui peuvent exercer une influence prépondérante sur la prompt solution de l'affaire, et en même temps de demander, au besoin, s'il n'y aurait pas lieu de traiter à part la question du Gothard. Quant à la forme de la communication que vous ferez aux Ministères Respectifs, il serait peut-être opportun de joindre une copie de la présente dépêche à vos explications orales.

Dans la conviction que la chute financière de la Compagnie aurait infailliblement pour conséquences d'innombrables difficultés juridiques et un retard incalculable dans l'achèvement de l'entreprise, nous vous prions, Monsieur le Ministre, de continuer à vouer une attention soutenue à cette affaire et à nous maintenir constamment, par vos Rapports, au courant de la manière dont elle suit son développement à Rome.⁵

5. *Der Antrag wurde vom Bundesrat in seiner Sitzung vom 25. 2. 1879 unverändert genehmigt* (E 1004 1/116, Nr. 1011).

157

E 22/1665

*Der schweizerische Gesandte in Rom, G. B. Pioda,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
B. Hammer*

B Très-confidentielle

Rome, 12 mars 1879

Comme je vous l'avais promis dans mon rapport du 7 février¹ et conformément au désir exprimé dans votre office du 19², j'ai l'honneur de vous transmettre ci-joint des informations³ provenant de la même source à laquelle ont été puisées les précédentes et concernant le projet de l'érection d'un évêché dans le Canton du Tessin.

Ces informations sont confirmées par une correspondance du 3 c¹. du Tessin que vous pourrez lire dans le N 56 de la «Voce della Verità» du 8 c¹. que je vous adresse sous bande.⁴ A en juger par certaines inexactitudes à propos de nos lois et institutions, il paraît que l'auteur de cette lettre est un de ces ecclésiastiques étrangers qui aban-

1. *Nr. 155.*

2. *Nicht abgedruckt.*

3. *Als Annex abgedruckt.*

4. *Nicht ermittelt.*

donnent l'Italie pour se fixer dans le Tessin sous les auspices de la politique cléricale inaugurée par le Gouvernement.

Je me réserve de vous envoyer un autre jour un rapport sur la marche générale de la politique ecclésiastique suivie depuis l'avènement de Léon XIII.

ANNEX

Memorandum des schweizerischen Gesandten in Rom, G. B. Pioda

Rom, 12. März 1879

Il paraît que le Pape recevra, aux environs de Pâques, une députation d'ecclésiastiques et de laïques tessinois lui apportant une pétition du clergé et des fidèles en faveur de la création d'un évêché dans le canton.

D'après ce passage d'une vraie ou prétendue lettre du Tessin à la *Voce*, le siège de cet évêché serait fixé à Locarno.

Les promoteurs de cette pétition en ont manipulé une autre, dans le même sens, au Conseil Fédéral, et il est probable que celle-ci sera présentée avant celle-là, afin de ne pas trop froisser le gouvernement fédéral en ayant l'air de ne requérir son concours qu'après celui du St. Siège⁵, et sans doute aussi afin que le Pape puisse se régler, dans sa réponse, sur celle de ce gouvernement.

Au Vatican, on semble compter sur l'acquiescement du Conseil Fédéral, la création d'un évêché dans le Tessin ne pouvant que fortifier, dans le canton, le sentiment de l'autonomie et de l'indépendance, et contrecarrer les vellétés d'annexion dont l'Italie pourrait être animée un jour ou l'autre.

La séparation des biens de la mense épiscopale entre le Tessin et les diocèses de Côme et de Milan a été opérée par la convention italo-suisse du 30 Novembre 1862⁶. Si la partie de cette mense qui est afférente au canton était reconnue, comme c'est probable, insuffisante, le gouvernement cantonal et les fidèles la complèteraient par des dotations, fondations, offrandes, ou autrement.

Le Pape demandera aussi, selon l'usage, que l'on pourvoie à la création et à l'entretien d'un chapitre et d'un séminaire.

En principe, le St. Siège ne s'opposerait *peut-être* pas à ce que, à défaut de biens immeubles, l'évêque, le chapitre et le séminaire soient nantis de titres de rente, ou même, comme en France, payés par le gouvernement local: mais *alors* il *exigerait* des précautions minutieuses contre la mauvaise volonté dont les libéraux pourraient se trouver animés s'ils revenaient au pouvoir.

Resterait, en outre, à décider de quelle façon l'évêque serait élu: si par le Pape, sur la présentation d'une liste de noms composée par le chapitre, comme le prescrit le droit commun ecclésiastique, ou si par le gouvernement cantonal, comme cela se pratique dans le Canton du Valais.

Donc, ni *Vicario Apostolico*, ni (à plus forte raison, puisque l'arrêté du 22 juillet 1859⁷ abolit toute juridiction épiscopale étrangère sur le territoire suisse) *Vicario Foraneo*, c'est à dire délégué des ordinaires de Milan et de Côme, résidant dans le Tessin avec ou sans caractère épiscopal: mais un évêque.

On prévoit néanmoins que l'affaire trainera encore *beaucoup* en longueur.

5. Vgl. *das Schreiben des Tessiner Staatsrats vom 12. 3. 1879, das den Bundesrat aufforderte: [...] dar luogo, senza vitando, alla ripresa delle trattative per la regolarizzazione della questione diocesana nel Cantone Ticino, e ciò preferibilmente nel senso della istituzione d'un Vescovado speciale. [...]* (E 22/1665).

6. AS 1860—1863, VII, S. 609—631.

7. AS 1857—1860, VI, S. 300 f.

158

E 2300 Paris 32

*Der schweizerische Gesandte in Paris, J. K. Kern,
an den Bundesrat*

B Confidentiel

Paris, 17 avril 1879

Pour faire suite au rapport du 24 mars¹ relatif au *Chemin de fer dit d'Annemasse* j'ai l'honneur de vous rendre compte d'une conversation que j'ai eue hier à ce sujet avec M^r Tirard Ministre du Commerce. J'avais été voir M^r Tirard au sujet de la prorogation pour 6 nouveaux mois du traité de commerce avec l'Angleterre, prorogation qui fait aujourd'hui l'objet d'un rapport séparé.² Il m'a paru utile de sonder à cette occasion les intentions du nouveau Ministre sur la question d'Annemasse, et dans ce but j'ai commencé l'entretien en lui disant que j'avais regretté de voir que le Gouvernement français n'avait pas partagé l'idée primitive de M^r de Freycinet relative à l'examen technique du tracé³ et de voir que la France introduisait de nouveau la question de concessions à accorder au pays de Gex. J'ai ajouté que du reste je devais réserver la réponse attendue du Gouvernement fédéral, et que l'étendue des facilités à accorder et les conditions de ces facilités devront à mon avis faire l'objet des travaux de la Conférence diplomatique à réunir ultérieurement.

M^r Tirard a répondu:

Nous ne pouvions nous empêcher de parler du pays de Gex, car les réclamations de cet Arrondissement sont tout aussi vives que celles de la zone de la Savoie. Les députés de l'Ain réclament continuellement. Comme ceux de la Haute Savoie; ils font ressortir combien il est pénible pour les populations qu'ils représentent de voir entrer en franchise tous les produits suisses, tandis que les marchandises originaires du pays de Gex ou de la zone savoisiennne [*sic!*] sont soumis aux péages suisses à la seule exception de quelques concessions de minime importance. L'opinion publique se préoccupe très vivement de cette situation, et il était nécessaire que le Gouvernement français en fit mention dans sa réponse au Conseil fédéral, parce qu'il est impossible au point de vue français d'accorder le chemin de fer sans réclamer les facilités douanières si vivement sollicitées par les populations intéressées.

J'ai répondu à M^r Tirard en faisant observer que la question avait changé par le fait de la construction de la ligne de Collonges et que les concessions douanières consignées dans l'arrangement de 1869⁴ avaient eu précisément pour but de substituer au

1. E 13 (B)/90.

2. E 13 (B)/172.

3. *Am 31. 1. 1879 hatte Kern an Welti geschrieben: [...]* j'ai l'honneur de Vous annoncer que le nouvel Ambassadeur de France à Berne, M. Challemeil-Lacour, à la suite d'une conversation officieuse entre nous, a rappelé cette affaire à M. de Freycinet, son ami. Celui-ci a, séance tenante, donné l'ordre écrit au chef de la Division de la construction des Chemins de fer, de répondre immédiatement au Ministère des Affaires Etrangères que le Département des Travaux Publics n'avait aucune objection à ce qu'il fût procédé, par des ingénieurs, à l'étude technique du tracé, aussitôt que les autres Ministères n'auraient pas d'objections au point de vue diplomatique. [...](E 13 (B)/90).

4. E 13 (B)/89.

tracé Collonge-Annemasse le tracé Genève-Annemasse; j'ai fait valoir la circonstance que si la zone savoissienne alimentait Genève elle se fournissait aussi à Genève d'un nombre considérable de produits, qu'ainsi la ligne projetée était dans l'intérêt réciproque des deux pays, et autres considérations connues.

M^r Tirard a répliqué:

Je reconnais que les intérêts commerciaux sont connexes des deux côtés de la frontière et que la création d'une voie ferrée reliant Genève au réseau de la Haute Savoie sera utile aux deux pays. Mais si Genève désire le chemin de fer nous désirons des concessions douanières; «*do ut des*. Tel est le point de vue que la France ne saurait oublier.»

Supposons qu'il y ait une zone franche dans le Grand Duché de Bade, aux environs de Bâle ou de Schaffhouse, croyez vous que le Gouvernement allemand ne prendrait pas la même position que nous, et ne demanderait pas une certaine réciprocité pour permettre aux produits de cette zone franche d'entrer en Suisse au minimum de droits possible, ou même en franchise pour des quantités à déterminer. Pour le moment il ne s'agira que d'examiner les questions techniques, mais les autres questions devront nécessairement suivre et la Conférence technique ne pourra avoir lieu que sous cette réserve formelle. La France a le devoir et le désir de ne pas mécontenter les populations frontières. J'ai du reste appris, par un député de la Savoie, a continué M^r Tirard, qu'à Genève, on est complètement d'accord avec la réponse faite par le Gouvernement français, mais que c'est à Berne qu'il y aurait des hésitations. Je sais du reste, a ajouté le Ministre du Commerce, qu'il existe une opinion à Genève qui préférerait de voir Genève sortir de la ligne des péages fédéraux et devenir une zone suisse à l'instar de la zone savoissienne.

Je me suis empressé de répondre que cette dernière éventualité était absolument chimérique, attendu que la Constitution fédérale interdit les douanes intérieures, n'admet aucun privilège de lieu et ne connaît des péages qu'à la frontière.

Il ne pouvait du reste s'agir d'entrer actuellement dans un examen détaillé de la question, en sorte que le présent rapport ne vous rend compte de notre conversation qu'en ses traits essentiels, avec la suppression d'arguments connus, renouvelés de part et d'autre, mais qui empruntent une certaine actualité parce qu'ils caractérisent l'attitude du nouveau Ministre de Commerce dans cette question.

Comme impression d'ensemble, je dois dire que M^r Tirard est lui aussi très décidé à ne pas accorder même une Conférence technique si la France ne resoit [*sic!*] pas une réponse satisfaisante à la dernière lettre de M^r Waddington.⁵ Toute l'attitude du Ministre du Commerce confirme de nouveau ce que je vous écrivais le 24 mars; à savoir qu'en repoussant la dernière proposition du Gouvernement français, la Suisse s'expose à retarder jusqu'à une époque impossible à fixer toute entente au sujet de cette ligne internationale.

Comme indice des dispositions de M^r Tirard je puis ajouter qu'il y a quelque temps M^r Jägerschmidt m'a dit dans une soirée que deux ou trois jours après l'envoi à la Légation Suisse de la dernière lettre du Ministère des Affaires Etrangères, en ajoutant que ce renseignement est d'une nature confidentielle. M^r Waddington avait reçu de M^r Tirard une lettre lui demandant de mettre pour condition expresse de la réunion de la Conférence technique l'acceptation formelle par la Suisse, comme base des

5. Vgl. die Note von Waddington an Kern vom 22. 3. 1879 (E 2200 Paris 1/80).

négociations ultérieures du contre-projet présenté en 1873 au Conseil fédéral par M^r Lanfrey⁶, alors Ministre de France à Berne.

Il m'a paru utile qu'avant toute décision du Conseil fédéral, vous soyez mis au courant des dernières dispositions du nouveau Ministre français du Commerce.⁷

6. *Vgl. Nr. 28, Anm. 1.*

7. *Für die Konferenzen vom 26. 5. und 26. 6. 1880 in Genf vgl. Procès-verbaux des Conférences pour le raccordement à la frontière franco-suisse du Chemin de fer Genève-Annemasse avec le réseau français de la Haute-Savoie (E 13 (B)/90).*

159

E 2200 Paris 1/130

*Der Bundespräsident und Vorsteher des Politischen Departements, B. Hammer,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, J. K. Kern*

S

Berne, 2 mai 1879

Par vos intéressants rapports des 17 et 19 du mois écoulé¹, vous nous avez informés que l'élaboration définitive du nouveau tarif général français ne sera pas aussi rapide qu'on le croyait, et qu'il est très-probable qu'on arrivera vers la fin de l'année courante, avant que ce tarif soit discuté et adopté par les Chambres.

En conséquence, on serait bien fondé à prendre en très-sérieuse considération, dès aujourd'hui déjà, l'éventualité de ne pas encore voir, à partir du nouvel-an prochain, le traité de commerce franco-suisse actuellement en vigueur remplacé par un nouveau. Il ne peut pas être douteux qu'il n'est pas dans l'intérêt de notre industrie de laisser expirer, à la fin de cette année, le traité actuel avec tarif conventionnel et de le voir remplacer par le tarif général français. Aussi longtemps qu'il paraîtra probable qu'on ne parviendra pas, jusqu'à l'expiration du traité actuel, à en conclure un nouveau, l'intérêt de notre industrie exige de faire ses efforts pour que les conditions de droit actuellement existantes continuent à être en vigueur. Il est certain qu'à ce propos il faut prendre en considération le fait que, aussi longtemps que durera le statu quo, il ne peut pas être question, cela va sans dire, de l'application du nouveau tarif des péages fédéraux. Toutefois, on peut assurer à la caisse fédérale l'augmentation de recettes dont elle a un si impérieux besoin en taxant d'après notre nouveau tarif certains articles tels que le café, le thé, les épices, le pétrole, le tabac et les produits de la manufacture du tabac.² A l'exception du tabac, dont une quantité insignifiante est importée de France en Suisse, ces articles ne sont pas de provenance française.

Nous avons déjà ordonné les travaux préparatoires nécessaires dans le but d'appliquer à ces objets des taxes plus élevées à partir de l'année prochaine. Pour cela, nous

1. *Beide Schreiben in: E 13 (B)/172.*

2. *Am 20. 6. 1879 wurde ein Bundesgesetz betreffend Erhöhung des Eingangszolls (AS 1879, S. 347—349) von den Räten in dringlicher Form gutgeheissen (BBl 1879, 3, S. 4f.). Betreffend den Alkohol vgl. Nr. 169.*

avons l'espoir que la France, surtout en considération de l'élévation des taxes douanières introduite sous le régime des traités encore existants, et sur laquelle vous avez adressé, le 8 décembre dernier, à notre Département du Commerce un rapport³ très-circonstancié et très-intéressant, ne s'opposera pas à la faible augmentation que nous avons l'intention de faire subir aux droits d'entrée sur le tabac et les produits de la manufacture du tabac. D'après notre manière de voir, on ne peut pas trouver matière à réclamation dans la disposition finale⁴ du tarif B annexé au traité de commerce.

En conséquence, nous vous prions de bien vouloir nous tenir constamment au courant de la question et nous faire rapport aussi-tôt que vous saurez que le Gouvernement français a donné à l'Angleterre l'assurance positive d'informer cette dernière, six mois avant son application, d'une modification apportée au régime douanier actuellement existant.⁵

3. E 13 (B)/172.

4. *Dieser Absatz lautete: [...]Für alle diejenigen Waarenartikel (nebst Vieh), die nicht namentlich in diesem Einfuhrzolltarif aufgeführt sind, bleiben die Ansätze des allgemeinen schweizerischen Zolltarifs, wie sie zur Zeit bestehen, in Kraft. (AS 1863—1866, VIII, S. 304).*

5. *Am 29. 11. 1879 wurde der Handelsvertrag mit Frankreich auf unbestimmte Zeit verlängert (AS 1879, 4, S. 382—384).*

160

E 1004 1/117

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 16. Mai 1879

2662. Gotthardbahn, Verhandlungen mit Italien

Präsidialverfügung

Der *italienische Gesandte* hat dem Hrn. Bundespräsidenten Abschrift folgenden Telegrammes mitgeteilt, welches vom Ministerpräsidenten Hrn. Depretis in Antwort auf das diesseitige an die schweizer. Gesandtschaft in Rom vom 15. dies.¹ diesen Morgen früh an ihn gerichtet worden ist:

«Je reviens de la Commission du Sénat. Pour que la convention du Gothard puisse passer au Sénat, il est indispensable que nous soyons mis en mesure d'annoncer qu'au moins deux des membres du Conseil d'administration dont la nomination est réservée au Conseil fédéral seront des Italiens. Sur ce point nous avons besoin d'une réponse immédiate et catégorique. On pourra s'entendre ensuite sur les modifications à apporter aux statuts. (signé) Depretis.»

Die Gotthardkommission² legt folgenden Entwurf einer Verbalnote vor, welche Hrn. Senator Melegari zuzustellen und abschriftlich der schweizer. Gesandtschaft in Rom mitzutheilen ist:

1. *Nicht ermittelt.*

2. *Bestehend aus: Bavier, Hammer und Welti.*

«Note verbale.

Le Conseil fédéral dans le but d'écartier des obstacles et de hâter l'échange des ratifications concernant le St. Gothard, prie Son Excellence Mr. le Ministre d'Italie de bien vouloir informer Son Gouvernement qu'il est prêt à disposer, en faveur de deux ressortissants italiens, agréés par le Gouvernement Royal, de deux des six sièges dont les statuts actuels de la Compagnie du Gothard lui attribuent la nomination. Le pied de l'égalité avec l'Italie est réservé à l'Allemagne.

Le Conseil fédéral exprime le désir que les propositions du Gouvernement Italien soient faites le plus tôt possible au Conseil fédéral, afin que la réorganisation des autorités de la Compagnie, qui est urgente, ne subisse plus de retard.³

Berne, le 16. Mai 1879.»

Der Entwurf wird auf dem Zirkulationswege genehmigt.

3. Die Ernennung der sechs vom Bunderat zu bestimmenden Verwaltungsratsmitglieder erfolgte am 12. 6. 1879 (E 1004 1/117, Nr. 3221).

161

E 53/203

*Der schweizerische Gesandte in Rom, G. B. Pioda,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
B. Hammer*

Copie
B Confidentielle

Rome, 19 mai 1879

Je vous ai télégraphié hier¹ qu'en vertu du télégramme² de M. Melegari annonçant que le Conseil fédéral nommera immédiatement deux membres du Conseil d'administration à la proposition du Gouvernement italien ce point pouvait être considéré comme réglé pour le moment. Je dis pour le moment car on s'attend ensuite à une réforme des statuts de la Société de sorte que le Conseil d'administration soit composé de 29 membres dont dix à la nomination du Conseil fédéral; l'Italie et l'Allemagne auraient alors chacune six membres dont trois au choix du Conseil fédéral et trois au choix de la Société, toujours sur la proposition des Gouvernements respectifs.

Mais cela n'a pas suffi à la Commission du Sénat qu'on appelle le bureau central. Elle exige avant de faire son rapport des garanties positives que le Montecenero sera construit et mis en exercice simultanément avec la ligne de Pino et que la surtaxe n'y soit pas appliquée. M. Depretis qui a assisté hier à la séance n'a pu la convaincre. Et l'affaire reste en suspens. Je l'ai vu après la séance et je lui ai dit qu'à Berne on attend toujours sa réponse sur la convention préliminaire du 8 janvier qui lui a été communiquée en son temps par M. Melegari, sur quoi il me répondit qu'il vous ferait faire une communication par Melegari. Quelles seront ces communications? L'idée domi-

1. Nicht abgedruckt.

2. Vgl. Nr. 160.

nante est que le Montecenero doit être assuré mais que l'Italie ne doit pas concourir au delà de trois millions. M. Depretis personnellement aurait été plus large. Et que la ligne du Montecenero quant au tarif doit être une ligne de plaine.

M. l'avocat Airoldi s'est présenté au Sénateur Brioschi muni d'un billet d'introduction de l'Ing^r. Maraini et du Député Giudici de Como, pour soutenir sa thèse de l'incapacité de la Société du Gothard, de la nécessité de la création d'une société à part pour le tronçon Bellinzona-Chiasso etc. Le Sénateur lui a répondu que ces idées sont hors de saison. Mais voilà que j'apprends que le Ministère des travaux publics dans son préavis sur la convention préliminaire du 8 janvier propose entre autres choses l'idée d'une société italienne qui construirait la ligne Giubiasco-Lugano et à laquelle on céderait la ligne Lugano-Chiasso. Et voilà qu'il se trouve que le rapport Ferruci donne une base à ceux qui prétendent que la Société du Gothard n'a pas les moyens d'assumer la ligne du Montcendre. Le Directeur G[énéral] aux Affaires étrangères m'a parlé en homme convaincu de l'inopportunité de ce projet et moi je n'ai pas manqué de rappeler que cette idée avait déjà reçu une solution négative et j'ai fait valoir en toute occasion les arguments contenus dans votre (c.à. dire du Dépt. des Chemins de fer) office du 12 février dernier.³ M. Depretis jusqu'ici est d'accord avec nous et il a même invité l'Ingr. Massa à venir ici pour l'opposer à Ferrucci. Mais si les choses traînent en longueur on n'est sûr de rien. Telle est la situation au moment actuel.

3. Nicht ermittelt.

162

E 2200 Wien 1/83

*Der schweizerische Gesandte in Wien, J. J. von Tschudi,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
B. Hammer*

Kopie

B Confidentiel

Wien, 26./27. Mai 1879

In meinem vertraulichen Berichte vom 30. April¹ hatte ich die Ehre Ihnen auf beste Informationen gestützt mitzuthemen, dass in jenen Tagen Verhandlungen bezüglich der Asylfrage der Schweiz zwischen verschiedenen Cabineten stattfanden und dass die Initiative dazu von Berlin ausgegangen sei. Näheres hatte ich seither nicht darüber erfahren können, indessen brachte der Dayly [sic!] Telegraph vor 12—14 Tagen eine aehnliche Nachricht und ebenso vor wenigen Tagen das Journal des Débats, beide betonten, dass die Initiative vom Fürsten Bismark ausgegangen sei, nur war, wie es scheint, das Journal des Débats insoweit schlecht informirt, als es von einer diesbezüglichen Note des Fürsten Bismark sprach, die an den h. Bundesrath abgegangen sein soll.

Heute bin ich in der Lage Ihnen die Richtigkeit meines Berichtes vom 30. April

1. Als Annex abgedruckt.

vollkommen zu bestätigen, denn Baron Orszy² theilte mir gestern auf eine dahin zielende Anfrage ganz *vertraulich* mit, dass die Frage wegen Schritten beim Bundesrath um strengere Beaufsichtigung der Flüchtlinge und Maassnahmen gegen die Internationalen in der Schweiz vom Fürsten Bismark ausgegangen sei und dass der deutsche Botschafter Prinz Reuss schon zu verschiedenen Malen bei ihm (Baron Orszy) den Gegenstand in Anregung gebracht und besprochen habe. Baron Orszy sagte mir: «ich kann Sie ganz bestimmt versichern, dass Bismark nicht von Russland aufgefordert sondern aus eigener Initiative gegen die Internationalen in der Schweiz Mittel ergreifen will, dass er sich in dieser Frage sogar von Gortchakoff trennen wird wenn dieser etwa andere Wege einschlagen will als er. Bismark nimmt die Sache ungemein ernst, und wird nichts unversucht lassen um die Communication zwischen dem Genfer Comité und den deutschen Internationalen zu unterbinden.»

Nach Baron Orszy's Aeusserungen sucht der Fürst Reuss nun das hiesige Cabinet zu veranlassen im gegebenen Momente ebenfalls Schritte in Bismark'schem Sinne beim Bundesrathe zu unternehmen. Es sollen dieselben bezwecken den h. Bundesrath zu veranlassen sehr strenge polizeiliche Maassregeln gegen die Internationalen in der Schweiz, besonders in Genf und Neuchâtel zu ergreifen; wie weit dieselben nach Bismark'schem Sinne gehen sollen, konnte mir Baron Orszy nicht sagen.

Auf meine Frage wie sich das hiesige Cabinet den Bismark'schen Aufforderungen gegenüber verhalten werde, sagte mir Orszy, dass Graf Andrassy bisher sich nur habe referiren lassen, aber durchaus noch nach keiner Richtung hin sich geaussert habe, was er zu thuen gedenke.

Baron Orszy theilte mir ferner mit, dass das auswaertige Amt durch Ueberwachung des internationalen Socialisten-Comités in *Pest* über das Treiben der Internationalen in Genf Aufklärung erhalten habe. Das Genfercomité soll nämlich Hauptvermittler zur Verbreitung der internationalen Brandschriften sein. Die in London in deutscher Sprache erscheinende «Freiheit» (die übrigens von Zeit zu Zeit den Titel wechseln soll) soll für die geheime Verbreitung auf so feines Papier gedruckt sein, dass mehrere Exemplare bloß 15 Gramme wiegen und nur einfachem Porto unterliegen; sie wird von London nach Genf geschickt, ebenso nimmt die Avant-Garde ihren Weg dorthin. Das Genfercomité schickt diese Blätter an das Comité nach Pest und dieses wieder sendet sie theils nach Krakau, von wo sie ihren Weg nach Russland finden, theils an die Comités nach Dresden und Breslau, die sie wieder auf die moeglichst wenig auffallende Weise verbreiten. Diesen Weg nehmen nicht nur die Zeitungen und kleineren Flugblätter sondern auch andere internat. Sendungen. In Krakau werden die internationalen Agenten auf das schärfste überwacht; an der Spitze der dortigen Polizei befindet sich nämlich Polizeidirector English, der im Rufe steht, der feinste, scharfsichtigste und thaetigste Polizeichef der Monarchie zu sein, ja man ist sogar der Ansicht dass er von keinem der jetzt lebenden Polizeichefs übertroffen werde. — Das Bestreben Bismarks wird nun dahin gerichtet sein womöglich das Genfer-Comité unschaedlich zu machen.

2. Es handelt sich um Geheimrat Béla von Orczy.

ANNEX

*Der schweizerische Gesandte in Wien, J. J. von Tschudi,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements, B. Hammer*

Kopie

B Confidential

Wien, 29./30. April 1879

Ich kann Ihnen *des Bestimmtesten* mittheilen, dass *in diesen Tagen* ein Notenwechsel zwischen den Cabineten stattfindet, dessen Zweck es ist eine Verstaendigung herbeizuführen um eine gemeinsame Pression auf den Bundesrath auszuüben, damit er strenge Maassregeln gegen die Internationalen, Socialisten, russischen Flüchtlinge, etc. in der Schweiz ergreife. Die Initiative dazu ist nicht etwa von Petersburg, *sondern von Berlin* ausgegangen³; aber es hat schon eine Verstaendigung zwischen den Ministern des Aeussern an der Neva und an der Spree stattgefunden. Von diesen beiden Cabineten werden die übrigen Regierungen sehr intensiv angegangen sich ihnen hinsichtlich der an den Bundesrath zu stellenden Forderungen anzuschliessen. Hier ist man nicht im Mindesten geneigt auf diese Propositionen einzutreten; man hat keine Furcht vor den Socialdemokraten, da sie in Oesterreich in der That von keiner Gefahr sind und höchstens in Galizien der Regierung vis à vis Russlands Verlegenheiten bereiten; noch weniger aber fürchtet man sich vor Kaisermördern, denn das Band das Kaiser und Volk in Oesterreich-Ungarn verbindet, ist wohl einiger und fester als in irgend einem anderen monarchischen Staate. Andrassy würde auch, selbst wenn er dazu geneigt wäre, was aber gewiss nicht der Fall ist, es der öffentlichen Meinung sowohl in Oesterreich als in Ungarn gegenüber kaum wagen zu einem so odiiösen Schritte die Hand zu bieten. Frankreich dürfte ebenfalls wenig geneigt sein der Einladung der beiden nordischen Cabinete zu folgen; ich schliesse diess aus einigen Aeusserungen, die der Botschafter Teisserenc de Bort heute mir gegenüber machte. Er hat wenigstens ganz bestimmt keinen Auftrag in dieser Frage auf Andrassy einzuwirken. Ueber die Intentionen der ital. Regierung bin ich nicht unterrichtet.

Was England anbetrifft, so kann ich sie nach den verlaesslichsten Mittheilungen versichern, dass sowohl Hr. v. Bülow als auch der russ. Botschafter in Berlin dem dortigen englischen Botschafter den Wunsch ausgedrückt haben, die engl. Regierung möge die Hauptführer der Internationale aus England ausweisen, dass aber der Botschafter ihnen den wohlmeinenden Rath gegeben habe, dahin *[zu]* wirken, dass ihre Regierung sich nicht die vergebliche Mühe gebe an das Cabinet Beaconsfield ein Ansinnen zu stellen, das auf das entschiedenste zurückgewiesen würde.

Graf Schuwaloff ist heute abgereist. Er hat aber doch so viel erreicht, dass Andrassy einwilligt, dass der Termin zur Evacuation Ost-Rumeliens von russ. Truppen vom 3. Mai an um 6 Wochen verlaengert werde. England scheint damit einverstanden zu sein. Es waere diess das erste Loch in den Berliner Vertrag! Aleko Pascha reist morgen ab. Er sagte mir heute Abend er werde die Wahl zum Fürsten von Bulgarien annehmen, er wisse aber zum Voraus, dass ihn die Maechte nicht bestätigen würden, wenn er zugleich Gouverneur von Rumelien bliebe. Zwei Stunden spaeter traf die telegraph. Nachricht von der Wahl des Fürsten Battenberg ein. Wie in dipl. Kreisen erzählt wird, soll der Gewählte ebenso schwach als bereit sein.

3. In früheren Schreiben vom 21. und 25. 4. 1879 hatte von Tschudi noch vermutet, dass die russische Regierung hinter den Druckversuchen stehe (E 2200 Wien 1/83).

163

E 1004 1/117

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 12. Juni 1879

3217. Gotthardbahn, Genehmigung des Finanzausweises

Post- und Eisenbahndepartement. Antrag vom 5. Juni 1879

In Gemässheit von Art. 2 lit. c des Bundesgesetzes, betreffend Gewährung von Subsidien für Alpenbahnen vom 22. August 1878¹ und in der Voraussetzung, dass die Ratification des Nachtragsvertrages, betreffend die Gotthardbahn vom 12. März 1878², rechtzeitig erfolge, hat das Departement der Gotthardbahndirection unterm 18. Februar³ dieses Jahres eine mit dem 15. April zu Ende gehende Frist für Leistung des Ausweises angesetzt:

«Dass die Gotthardbahngesellschaft unter Einrechnung von Fr. 29 Millionen neuer Subventionen die erforderlichen Mittel besitze, um das Programm der Luzerner-Konferenz beziehungsweise des Staatsvertrages vom 12. März 1878 nach den vom Bundesrathe genehmigten Plänen und Kostenanschlägen durchzuführen.»

Die Direction hat die diesfalls erforderlichen Documente unterm 28. März eingesandt und dieselben später mehrfach ergänzt. Bei Prüfung der Vorlage hat das Departement die beiden Fragen in's Auge gefasst:

1. Kann nachgewiesen werden, dass der im Schlussprotokoll⁴ der internationalen Conferenz von Luzern vorgesehene Mehrbedarf von 40 Millionen, auch unter Berechnung eines Aktienzinses von jährlich 6 Procent während der Bauzeit, für die Ausführung des reduzierten Nezes ausreicht? Mit andern Worten: genügt der von der Luzerner-Conferenz berechnete Bedarf von 227 Millionen wirklich für die Ausführung des reduzierten Nezes?

2. Kann die Gesellschaft den Besiz von 227 Millionen nachweisen?

Bezüglich beiden Fragen ist das Departement zu einem bejahenden Entscheid gelangt, und es beantragt nun auf Grund dessen Genehmigung des Finanzausweises.

Nach Einsicht von dem bezüglichlichen Berichte, welcher in der Sitzung vom 6. dies zur Einsicht aufgelegt worden, hat der Bundesrath heute dem gestellten Antrage gemäss folgenden Beschluss gefasst:

1. Die Gotthardbahn-Gesellschaft hat durch die am 28. März dieses Jahres dem Bundesrathe gemachten Vorlagen den Nachweis über den Besiz, resp. die Sicherung der finanziellen Mittel, deren sie zur Ausführung des gemäss dem Schlussprotokolle der internationalen Conferenz von Luzern und des Vertrages, d.d. Bern, den 12. März 1878 festgestellten Bahnnezes, bedarf, in genügender Weise geleistet, und es wird diesem Finanzausweis die Genehmigung des Bundesrathes hiemit ertheilt.

2. Die in diesem Finanzausweis verzeichneten Mittel dürfen ausschliesslich nur

1. AS 1879, 4, S. 1—4.

2. Vgl. Nr. 127, Anm. 6.

3. Vgl. E 1001 (E) q 1/122, Nr. 898.

4. E 53/201.

auf die in dem Vertrag vom 12. März 1878 bezeichnete Hauptlinie Immensee-Pino verwendet werden.

3. Dieser Beschluss tritt mit dem Tage in Kraft, an welchem der Austausch der Ratifikationen des Vertrages vom 12. März 1878 stattgefunden und der Grosse Rath von Zug die Subvention dieses Kantons beschlossen haben wird.⁵

5. Zur Vertragsratifikation vgl. die Bundesratsprotokolle vom 16. und 19. 6. 1879 (E 1004 1/117, Nrn. 3290 und 3364).

164

E 1001 (E) q 1/123

Der Bundesrat an den deutschen Gesandten in Bern, M. von Roeder

Kopie
N 3369 a

Bern, 19. Juni 1879

Der schweiz. Bundesrath beehrt sich, Ew. Excellenz von dem Ergebniss der Verhandlungen Kenntniss zu geben, welche im Laufe dieses Jahres zwischen der Schweiz und Italien betreffend die Erstellung der Monte-Cenere Linie stattgefunden haben.

Diese Verhandlungen hatten ihren Ausgangspunkt in der Bestimmung des Art. 3 des Vertrages vom 12. März 1878¹ betreffend den Bau der Gotthardbahn, wo gesagt ist, dass der Bau u. A. auch der Linie Giubiasco-Lugano (Monte-Cenere) verschoben werde bis nach Inbetriebsetzung der Hauptlinie Immensee-Pino, dass es aber nichtsdestoweniger der Gotthard-Gesellschaft gestattet sein solle, denselben schon vorher in Angriff zu nehmen, wenn sie dem schweiz. Bundesrath einen Finanzausweis leiste, welcher die für die Hauptlinie bestimmten Hilfsmittel aber unberührt lassen müsse.

Wie Ew. Excellenz bekannt sein wird, hat der schweiz. Bundesrath jederzeit darauf aufmerksam gemacht, dass es wünschbar wäre, wenn die Erstellung der Monte-Cenere Bahn nicht zu lange aufgeschoben werden müsste, und es ist dann schon Anfangs dieses Jahres zwischen demselben und der italienischen Regierung in dieser Richtung verhandelt und am 8. März ein Präliminarvertrag² abgeschlossen worden, durch den beide Regierungen sich zur möglichsten Förderung dieser Angelegenheit verbindlich machten.

Nachdem seither das italienische Parlament den Staatsvertrag vom 12. März 1878 genehmigt und gleichzeitig für den Bau des Monte-Cenere eine separate Unterstützung von 3 Millionen Franken zugesichert hat, sind unter Bezugnahme hierauf und auf die von der schweiz. Bundesversammlung und dem Grossen Rath des Kantons Tessin der Cenere Linie ebenfalls zugesicherten weitem 3 Millionen die Verhandlungen neu aufgenommen worden und es haben dieselben am 16. d. Mts. zu demjenigen Verträge³ geführt, den der schweiz. Bundesrath Ew. Excellenz zu gef. Mittheilung an die deutsche Reichsregierung in einigen Exemplaren zu übermitteln sich beehrt.

1. AS 1879, 4, S. 169—180.

2. Nicht ermittelt.

3. AS 1879, 4, S. 352—361.

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 15. Juli 1879*¹

3898. Schweizerische Ansiedler in Russisch-Rumänien

Justiz- und Polizeidepartement. Antrag vom 8. Juli 1879

Mit 2. Schreiben vom 19. Juni² gibt der *Nähmliche*³ davon Kenntniss, dass die Schweizer-Kolonisten in Chabag (Südrussland), welche seiner Zeit wegen Verweigerung der Leistung des Militärdiensts aus Russland ausgewiesen worden sind (zu vergl. *P[rotokoll]* vom 15. Februar 1875)⁴ seither einen Güterkomplex des wirklichen Staatsraths Manassli in Bessarabien gepachtet und bereits Saaten auf demselben angelegt haben. Da nun jener Theil Rumäniens zufolge des Berliner-Friedens vom Juni 1878 an Russland gefallen ist, so stehe fraglichen Ansiedlern eine abermalige Ausweisung bevor. Wirklich habe dann der Generalgouverneur von Bessarabien, Todleben, diese unterm 15. Mai auch verhängt, auf Verwendung des Konsulats in Odessa aber den Aufschub auf 3 Monate gewährt. Herr Dupont begleitet zugleich Abschrift der Note⁵ ein, durch welche er unterm gleichen Datum sich bei der kaiserl. Regierung für Belassung unserer Landsleute an ihrem jezigen Aufenthaltsorte verwendet. Er ersucht seine bezüglich Schritte durch den russischen Gesandten bei der Eidgenossenschaft in Bern unterstützen zu lassen.

Zufolge Antrags wird beschlossen:

Das Generalkonsulat in St. Petersburg wird unter Verdankung seiner bisherigen Bemühungen eingeladen, bei der russischen Regierung auch noch im Namen des Bundesraths sich für Gestattung des fernern Aufenthalts der fraglichen Kolonisten in Bessarabien zu verwenden. Dabei möge er mit Nachdruck sich auf den schweizerisch-russischen Niederlassungsvertrag vom 26./14. December 1872⁶ stützen, der diesfalls allein massgebend sein müsse und der durch das beliebige Wegweisen arbeitsamer und friedlicher Leute verletzt werde.⁷

1. *Abwesend: Droz.*

2. Das 2. Schreiben vom 19. Juni/1. Juli 1879 ist in E 2/162. — Zum 1. Schreiben vgl. E 1004 1/118, Nr. 3897.

3. *Der schweizerische Generalkonsul in St. Petersburg, E. Dupont.*

4. E 1004 1/100, Nr. 857.

5. E 2/162.

6. AS 1872—1874, XI, S. 376—393. *Vgl. auch den GBer.* 1878 (BB1 1879, 2, S. 580).

7. *Mit Note vom 31. 7. 1879 (E 2/162) hielt die russische Regierung fest, dass der Niederlassungsvertrag vom 26./14. 12. 1872 für den vorliegenden Fall gegenstandslos sei, da die Ausweisung sich auf ein in Kraft befindliches Reglement stütze. Der Bundesrat erklärte hierauf, in dieser Angelegenheit nichts weiter unternehmen zu können (E 1004 1/118, Nr. 4878).*

E 12/29

*Nationalrat C. Feer-Herzog
an den Vorsteher des Finanz- und Zolldepartements, S. Bavier*

B

Mornex, Haute Savoie, 8. September 1879

Ich erhielt Ihre geschätzte Zuschrift vom 5.¹ nebst den beiden Einschlüssen von Paris vorgestern, und beehre mich darauf zu antworten. Der Hauptinhalt derselben war mir seit längerer Zeit durch meine Münzcorrespondenzen mit Berlin und New York, sowie durch direkte Mittheilungen des Herrn Lardy bekannt.

Ich will mir erlauben Ihnen in kurzen Zügen die hauptsächlichsten Momente dieser Fragen vor Augen zu führen.

Der gegenwärtige Finanzminister John Sherman ist ein grundsätzlicher Gegner der Blandbill und der Silberprägungen. Allein der Umstand dass er als Presidentschaftscandidat für das Jahr 1880 auftritt, versetzt ihn in die Lage allen Fractionen gegenüber zuvorkommend sein zu müssen, und dieser Umstand hat ihn dazu gebracht eine besondere Silbermission nach Europa abordnen zu müssen. Für diese Mission hat der Finanzminister auch in dem Umstande noch einen besondern Grund, dass er die neuen Silberdollar, die er in Folge der Blandbill gesetzlich zu prägen gezwungen ist, durchaus nicht an den Mann bringen kann. Von 36 Millionen Dollars, die bis jetzt geschlagen worden sind, bleiben 34 Millionen unbeweglich in den Gewölben des Schatzamtes zurück. Jeden Monat kommen 2 weitere Millionen dazu, und Sie können sich denken, welches die Verlegenheit des Herrn Sherman während der Presidentschaftscampagne im nächsten Jahre sein wird. Daher die Mission des Herrn Walker nach Europa. Als vor mehr als einem Monate Dr. Bamberger von Berlin aus mir diese Mission ankündigte, konnte ich meinen Augen nicht trauen, denn mein Freund General Francis Walker ist ein ausserordentlich sanftmütiger Gelehrter, der absolut nur Englisch versteht, und dessen Naturell ihn für die Durchführung einer so schwierigen Aufgabe durchaus nicht eignet.

Sie können denn auch den Mittheilungen des Herrn Lardy entnehmen wie ausserordentlich kühl er in Paris empfangen worden ist. Man würde Unrecht haben aus dem Artikel des Herrn von Reinach im Journal des Débats, der sehr blöde ist, zu schliessen, dass die französische Regierung irgendwie Herrn Walker entgegen kommen kann oder will. Die Banque de France sowohl als die Union Latine sind mit Fünffrankenthalern so gesättigt dass sie durchaus keine Vermehrung des Vorrathes vertragen können. Am 30. August besass die Banque de France 1147 Millionen in Fünffrankenthalern, weil auch in Frankreich das Publikum diese Münze überall zurückweist. In der Schweiz selbst, haben wir einen übergrossen Vorrath, der noch überdies zu 48% aus italienischen Stücken besteht. Aus zwei Privatbriefen, die mir Herr Say im Monat Mai geschrieben, sowie aus dem Briefe vom 5. Mai, den die Banque de France an den Finanzminister gerichtet hat, und welchen Sie mir selbst mittheilten, geht hervor dass Frankreich auch nicht die Prägung eines einzigen Fünffrankenthalers mehr zugeben kann. Freilich stellt Herr Lardy in seinem Briefe die ganze Frage als die

1. Nicht ermittelt.

Gefahr einer grossen Goldexportation vor.² Allein die Sache liegt nicht ganz so. In erster Linie wird man den aus Amerika zu beziehenden Getreidebedarf mit amerikanischen Titeln bezahlen und erst nachher kommt das Geld an die Reihe. Die diessfälligen Momente sind in der «Semaine Financière» vom 30. August nach allen Richtungen sehr klar entwickelt (Pag. 594).

Der lateinische Münzverband ist übrigens auf die Dauer von sechs Jahren neuerdings festgekittet: Solange nur ein einzelner Staat widersteht, kann kein einziger Fünffrankenthaler geprägt werden und solange der Zwangscurs in Italien existirt können Frankreich, Belgien und die Schweiz keine Prägungen von grobem Silber zugeben. Unser Münzverband befindet sich daher dem Gegenstand der zwischen Deutschland und Amerika angeregten Frage naturgemäss entrückt; und der sarcastische Brief, den Herr Say von Italien aus darüber nach Paris geschrieben hat, findet in diesem Umstande seine naturgemässe Erklärung.

Gehen wir zu Deutschland selbst über, so wird Herr Walker dort noch grössere Schwierigkeiten antreffen, als in Frankreich. Es wäre zu weitläufig diesen Punkt hier vollständig zu entwickeln. Es kann aber im Allgemeinen gesagt werden, dass die deutsche Münzreform zu weit vorgerückt ist als dass man sie rückgängig machen kann und dass die Verluste des Rückgängigmachens wahrscheinlich grösser ausfallen dürften, als die Ersparnisse an den Silberverkäufen. Herr von Bismark hat offenbar diese Frage noch nicht studirt. Es ist viel leichter einige Tarifsätze hinaufzuschrauben, als einen seit sieben Jahren geführten Feldzug plötzlich wieder vollständig rückgängig zu machen.

Das allergrösste Hinderniss, welches sich in Deutschland ergeben wird, besteht aber in dem Umstande, dass Deutschland für die Umwandlung der ehemaligen Silberforderungen in Goldforderungen das Verhältniss von 15½ zu 1 gesetzlich eingeführt hat. Wollte nun aber Deutschland die Doppelwährung nun wieder einführen, so müsste dasselbe das Silber auf 15½: 1 hinaufführen. Darin besteht aber gerade die absolute Unmöglichkeit. Ein Eingehen von Amerika und Deutschland kann wohl das Silber um einige Punkte hinaufschrauben, niemals aber wieder das alte Verhältniss zwischen Gold und Silber wieder herstellen. Der gewaltige Faktor der dieses Verhältniss beherrscht, liegt nicht in den Prägungen einzelner Staaten, sondern in der indischen Handelsbilanz. Ich habe diesen Punkt in meinen frühern Schriften ausführlich entwickelt und derselbe Punkt hat in der Sitzung des englischen Parlamentes vom 12. Juni deren Stenographie ich besitze durch die Reden der Herrn Goschen, Cross und Anderer eine glänzende Bestätigung gefunden. Dieselben haben bewiesen, dass die Silberbezüge Indiens von nun an nie mehr die frühere Höhe wieder erreichen können, und dass sie wenigstens um 15 Millionen ₹ *St[erling]* jährlich gegen früher zurückbleiben müssen. Die alten Silberpreise werden desshalb nimmer wiederkehren, und wenn Sie die Tabellen des neuesten Werkes von Soetbeer consultiren, so werden Sie selbst erstaunt sein über die Grösse der Revolution die in den letzten Jahren stattgefunden hat. Herr Hammer hat dieses Werk für das Finanzdepartement angeschafft.

Ich beschränke mich für heute soweit es sich um die deutsch-amerikanische Frage handelt auf die vorstehenden Mittheilungen. Da ich Ihnen aber einmal über Münzsachen schreibe, so will ich mir erlauben noch eine weitere Anzeige beizufügen.

2. Vgl. das Schreiben von Lardy an Bavier vom 3. 9. 1879 (E 12/29).

Seitdem ich mich hier befinde hat mir die Regierung der Argentinischen Republik einen Gesetzesentwurf und einen Bericht in spanischer Sprache übermacht, womit sie ihrem Congress ein neues Münzsystem vorschlägt. Der letztere Bericht trägt zu meiner Überraschung meinen eigenen Namen an der Spitze. Es hat damit folgende Bewandniss. Sechs Monate vor dem Kriege veranstaltete die französische Regierung eine grosse enquête über die Münzfrage und die allgemeine Münzeinheit. 1872 wurden die Berichte und Vorträge sämtlicher französischer und ausländischer Experten in 2 grossen Quartbänden veröffentlicht. Die argentinische Regierung hat diese Publication als Ausgangspunkt angenommen, und sagt in ihrer Botschaft, dass sie meinen Bericht als den erschöpfendsten zum Ausgangspunkte ihrer Vorschläge mache. Die letztern bestehen darin, dass die Einheit von 25 fs. in Gold als Basis des Münzsystems genommen, und diese 25 fs. in 5 Pesos von 5 fs. eingetheilt werden. Dadurch entsteht für die argentinischen Staaten, wo sehr viele fremde Münzsorten existiren, französische, amerikanische und englische, die möglichst grösste Übereinstimmung mit dem durchschnittlichen Werthe derselben.

In Folge meiner noch immer andauernden Gliederschmerzen bin ich gezwungen, meine sämtlichen Briefe meiner Tochter zu dictiren und es wäre mir desshalb sehr angenehm, wenn Sie mir eine Copie dieser Zeilen hierher zurück schicken wollten.

P.S. Wenn Herr Reinach über die Silberproduction der Vereinigten Staaten sagt, dass dieselbe während der ersten sechs Monate dieses Jahres abgenommen habe, so ist dieses richtig. Die auf das ganze Jahr berechnete Production hat aber durchaus nicht abgenommen, & wird neuerdings wachsen, indem der sogenannte Sutrotunnel der bestimmt ist, die Lüftung, Entwässerung und Ausbeutung aller Schächte des Comstockgebirges bis auf die Tiefe von 2000' möglich zu machen, theils vollendet und in Funktion begriffen, theils seiner gänzlichen Durchführung ganz nahe gebracht ist. In Colorado und in Arizona sind auch weitere Silbergebiete in Thätigkeit gesetzt worden.

167

J.I. 2/13

*Der päpstliche Nuntius in Paris, W. Czacki,
an den österreichischen Gesandten in Bern, M. von Ottenfels,
zuhanden von Bundespräsident B. Hammer*

Copie
S

Paris, 9 octobre 1879

Je Vous remercie pour votre intéressante lettre du 11 Sept.¹ beaucoup plus tard que je ne l'aurais voulu, à cause de mon départ de Rome pour Paris, où je viens d'arriver. J'aurais d'autant plus aimé y répondre immédiatement qu'il m'aurait été très agréable de pouvoir Vous dire le plus tôt possible que Son Eminence monseigneur le Cardinal Secrétaire d'Etat a appris avec plaisir l'échange d'idées que Vous avez dernièrement eu avec Son Excellence le Président de la République Helvétique.

1. Nicht ermittelt.

En effet le désir que Vous a exprimé Son Excellence d'en arriver à un accord avec le S. Siège au sujet de la question du Diocèse de Bâle, n'a pû que réjouir aussi bien le Cardinal Secrétaire d'Etat que le Souverain Pontife Lui même, dont le cœur Paternel et les dispositions de mansuétude et de paix Lui inspirent le désir de soulager les consciences souffrantes des fidèles de ce diocèse et de leur prouver une réconciliation véritable et durable avec le Pouvoir civil.

Voilà pourquoi Sa Sainteté ne s'est pas refusée d'examiner la proposition² de M^r. Hammer, bien que, comme Votre Excellence le comprendra facilement, elle ne soit pas libre de difficultés même d'une grande importance. Et en premier lieu, je dois à ce propos Vous faire observer, Monsieur le Baron, qu'il est toujours fort difficile au S. Siège de porter, fût-ce même la moindre atteinte, aux droits imprescriptibles des Evêques, que ceux-ci tiennent comme Vous le savez, de dieu lui même. Tout ce qui pourrait diminuer ces droits ou même en amoindrir le prestige, risquerait non seulement de blesser les principes immuables de notre S[ainte] religion, mais encore pourrait offenser les consciences des fidèles. Or, dans ce cas, chacun le voit, loin d'obtenir la pacification des esprits, que je crois nous cherchons désormais des deux côtés, nous nous exposerions à les surexciter, ce qu'il importe d'éviter à tout prix. Ces considérations obligent le S. Siège à ne pas se départir des règles de prudence et des ménagements que le Souverain-Pontife observe scrupuleusement dans tous les cas semblables, c'est à dire lorsque le bien des âmes Lui conseille de faire quelques concessions à un Etat qui, se pénétrant Lui-même des droits de l'Eglise, Lui exprime le désir de se reconcilier ne fût-ce que graduellement avec Elle. Le langage que dernièrement Son Excellence M^r. Hammer Vous a tenu semble être inspiré par les sentiments susindiqués. C'est la raison pour laquelle le St. Père ne croirait pas impossible d'entamer une négociation au sujet de la question du Diocèse de Bâle.

Toutefois, afin de ne pas les rendre stériles et ne pas exposer aussi bien son gouvernement que celui de la Confédération à des mécomptes, Il m'a ordonné de Vous faire connaître dès aujourd'hui les conditions auxquelles ce genre de pourparlers pourraient être entrepris.

Désirant donner au Conseil fédéral une nouvelle preuve de ses sentiments conciliants, le S^t. Père ne se refuserait pas de conseiller à M^r. Lachat de demander au S^t. Siège l'aide d'un Evêque coadjuteur qui serait chargé de l'administration provisoire des Cantons dont M^r. Hammer Vous a parlé. Le coadjuteur de M^{gr}. Lachat demandé par lui, serait muni de tous les pouvoirs communs aux Evêques diocésains, mais devant le for extérieur il devrait faire ses actes au nom de l'Evêque dont il ne serait que l'auxiliaire.

En échange de ces bonnes dispositions, le S^t.-Siège demanderait au Conseil fédéral d'user de toute son influence sur les gouvernements des Cantons qui se sont détachés du diocèse de Bâle pour les faire revenir à de meilleurs sentiments envers leurs ressortissants catholiques et les décider à écouter leurs justes réclamations. Ceci a surtout trait aux catholiques du Jura, dont la position, bien qu'un peu améliorée depuis quelque temps, laisse encore beaucoup à désirer. Il faudrait avant tout leur assurer et garantir la paisible possession des Eglises et chapelles qu'ils ont récupérées avec tant de peine et de sacrifices. Vouloir les contraindre d'en partager la jouissance avec les minorités vieux-catholiques, serait remettre de nouveau tout en question. Ce

2. Nicht ermittelt.

serait le signal immédiat d'une nouvelle lutte religieuse. Cette communauté d'Eglises, même si le S^t. Siège y consentait, serait repoussée avec horreur par les fidèles du Jura, qui préféreraient sans aucun doute retourner dans les granges qui leur ont servi de refuge pendant le régime terroriste qu'ils ont traversé.

Voilà, Monsieur le Baron, ce que je suis chargé de répondre aux ouvertures que S.E. M^r. le Président Hammer nous a faites par Votre obligeante entremise. Vous voyez, et Monsieur le Président en conviendra aussi, je l'espère, que nous ne sommes pas bien exigeants en demandant pour l'Eglise catholique en Suisse une situation légale et à l'abri des persécutions, une situation telle qu'elle lui est faite dans tous les pays où le libre exercice de la religion est assuré aux catholiques, même par des gouvernements qui en professent une autre.

Si le Conseil fédéral entre dans cet ordre d'idées, s'il a réellement l'intention d'arriver à une réconciliation, il ne sera pas si difficile de s'entendre, et nous serions disposés à entrer avec lui en pourparlers sur la question d'un coadjuteur de Mgr. Lachat. Les négociations pourraient s'ouvrir en même temps, ou immédiatement après celles destinées à régler la question diocésaine du Tessin.

Quant à cette question, il n'est pas de doute que le S^t. Siège préférerait que le projet présenté par ce canton fût admis par le gouvernement fédéral comme le plus avantageux à l'Eglise et peut-être plus conforme aux idées de libertés religieuses professées par le Gouvernement de la République.³ Toutefois, cette question pourra facilement être examinée et même résolue à la satisfaction des deux parties intéressées, pourvu que le Gouvernement Suisse soit prêt à assurer à l'Eglise les compensations que celle-ci exige de tous les Gouvernements auxquels Elle accorde, sous telle ou telle autre forme quelque part dans la nomination des Evêques de leurs pays respectifs.

Pour notre part, nous ne désirons pas mieux également que de voir au plus vite commencer les négociations relatives au Tessin dont le succès, j'en suis sûr, aura pour résultat de faciliter l'arrangement de tous les autres différends lesquels depuis quelque temps troublent l'harmonie qui doit exister entre l'Eglise et l'Etat pour l'avantage des intérêts de l'une et de l'autre. Je ne doute pas que Vous trouverez que ma réponse peut servir de nouvelle preuve au Gouvernement Suisse des dispositions amicales qui animent le S^t. Siège à son égard, et qu'il ne Vous sera pas difficile de démontrer à S.E. M^r. Hammer que le S^t. Siège recherche toujours à la fois aussi bien les garanties nécessaires à la dignité et aux intérêts de l'Etat, que celles qui assurent à l'Eglise la possession légitime et le libre exercice de ses droits.

3. *Vgl. Nr. 157, Anm. 5.*

168

E 1001 (E) q 1/125

*Der Bundesrat
an die Gesandtschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Bern*

Kopie
N 6267

Berne, 19 novembre 1879

Par sa note du 17 octobre écoulé¹, M. le Chargé d'affaires des Etats-Unis à Berne attire l'attention du Conseil fédéral sur *la propagande faite en Suisse par les apôtres du mormonisme* et exprime le désir que des mesures soient prises dans le but de mettre fin à cet état de choses, contraire non seulement aux lois des Etats-Unis, mais encore à la paix, au bon ordre et à la moralité qui sont cultivés et encouragés par tous les Etats civilisés.

En constatant avec regret qu'effectivement des agents du mormonisme ont parcouru à diverses époques et parcourent peut-être actuellement plusieurs contrées de l'Europe, y compris la Suisse, le Conseil fédéral doit faire remarquer que ces agissements n'ont eu lieu sur aucun point de notre territoire avec l'assentiment tacite des autorités fédérales ou cantonales, bien au contraire, que les lois de tous les Cantons sont aussi sévères contre la polygamie que celle des Etats-Unis dont parle la note du 17 octobre, et que, toutes les fois que des faits tombant sous le coup des lois suisses sont venus au jour, ils ont été réprimés suivant la gravité des circonstances. Il ne manquera pas d'en être de même à l'avenir.

En revanche, on ne saurait disconvenir que, aussi longtemps que les lois votées par le Congrès des Etats-Unis resteront inappliquées sur le territoire de l'Utah, il faut malheureusement s'attendre à ce qu'une propagande secrète et difficile à saisir se fasse en faveur du mormonisme dans les autres pays, et la surveillance la plus stricte ne réussira pas à empêcher des êtres libres de leur corps et de leurs biens d'émigrer vers le pays qui leur promet la satisfaction de leur idéal.

Aussi le Conseil fédéral ne peut-il qu'appeler de ses vœux le moment où les mesures sévères prises par le Gouvernement des Etats-Unis pour faire disparaître la plaie du mormonisme auront produit tous les effets qu'on en attend. A ce propos, le Conseil fédéral doit informer M. le Chargé d'affaires Fish qu'il vient d'adresser au Gouvernement américain, par l'intermédiaire de son Consul général à Washington, une demande concernant une jeune suisse, Marie Wyss, de Zäziwyl (Berne), qui s'est laissé séduire par la propagande occulte des apôtres mormons et qui, tombée dans la situation la plus malheureuse à Bear Lake County, où elle se trouve, est aujourd'hui réclamée par ses parents. Des faits de cette nature démontrent surabondamment que, pour détruire le mal, il faut commencer par en détruire la cause, et celle-ci est sans conteste l'existence d'un Etat des Mormons, qui, nous l'espérons, ne tardera pas à faire place à un régime conforme aux notions de moralité et d'ordre social aussi bien qu'aux intentions du Gouvernement des Etats-Unis.

1. Nicht ermittelt.

E 13 (B)/153

*Antrag des Vorstehers des Handels- und Landwirtschaftsdepartements,
N. Droz, an den Bundesrat*

Traité de commerce avec l'Allemagne. Prorogation

Berne, 24 novembre 1879

Le Département soussigné *propose* d'adresser à la Légation suisse à Berlin la dépêche suivante:

(Confidentiel). Nous sommes en possession de votre dépêche du 18 courant¹, relative au traité de commerce avec l'Allemagne, et nous vous remercions des renseignements et indications qui y sont contenus et qui éclaircissent pour nous divers points, restés jusqu'ici plus ou moins obscurs.

Tout d'abord, nous devons vous dire que nous approuvons l'initiative que vous avez prise de remettre une note au Ministère des Affaires étrangères pour demander la prorogation du traité; nous approuvons également le texte même de cette note, pleinement conforme à nos instructions.²

L'attitude réservée que nous avons cru devoir vous recommander d'observer soit par nos dernières dépêches³, soit par un télégramme⁴ du Département du Commerce du 14 octobre dernier, est motivée par la situation générale qui nous oblige à beaucoup de circonspection. L'augmentation générale des tarifs qui vient d'avoir lieu ou qui est projetée partout en Europe jette en Suisse une grande inquiétude. En ce qui concerne spécialement nos relations avec l'Allemagne, les intérêts suisses ne sont pas tous d'accord à désirer la prorogation du traité de commerce. Bien loin de là, les industries que va atteindre rudement le nouveau tarif allemand, dès le 1^{er} janvier, appellent instamment des mesures compensatrices, et ce mouvement gagne du terrain chaque jour dans la Suisse orientale et septentrionale. En revanche, d'autres industries tiennent avant tout à garder le trafic de perfectionnement.

Entre ces intérêts contradictoires, aucune conciliation n'est malheureusement possible et elle ne dépend pas de nous. Si nous nous sommes décidés après mûre réflexion à accepter la prorogation et même à la demander officiellement, c'est parce que d'une part, la prépondérance de nos intérêts nous a paru être dans le maintien du trafic de perfectionnement, et que d'autre part, pour des motifs plus généraux, nous désirons éviter de nous trouver vis-à-vis de l'Allemagne dans une situation qui ne serait pas régie par un traité de commerce. Mais nous ne pouvons nous empêcher de regretter vivement que les intérêts de notre commerce se trouvent ainsi sacrifiés dans une mesure considérable, sans que nous puissions, pour le moment du moins, accorder la plus légère compensation à celles de nos industries que le nouveau tarif alle-

1. *Nicht ermittelt.*

2. *Vgl. den Antrag von Droz an den Bundesrat vom 23. 10. 1879 (E 13 (B)/153), welcher einer Vertragsverlängerung bis 30. 6. 1880 zustimmte. Der Antrag wurde durch Präsidialverfügung vom 23. 10. 1879 erledigt (E 1004 1/119, Nr. 5734). Vgl. auch den Antrag vom 12. 11. 1879, in welchem Droz einen schweizerischen Vorstoss zur Verlängerung vorschlug, falls Roth es für notwendig ansehe. Dieser Antrag wurde vom Bundesrat am 14. 11. 1879 gebilligt (E 1004 1/119, Nr. 6191).*

3. *Nicht abgedruckt.*

4. *Nicht ermittelt.*

mand va mettre le plus sérieusement en souffrance. Dans de telles conditions, ce n'est pas de gaieté de cœur que nous arrivons à proroger un traité dont tout le bénéfice reste assuré à l'Allemagne, tandis que la Suisse n'y trouve que des avantages très-relatifs. Aussi le Conseil fédéral n'a-t-il pas voulu se donner l'apparence de rechercher avec ardeur une solution qui satisfait si peu les intérêts de notre pays.

Puisque vous avez jugé que le Ministère des Affaires étrangères ne nous ferait pas le premier la proposition formelle d'une prorogation qui est pourtant beaucoup plus dans l'intérêt de l'Allemagne que dans le nôtre, nous estimons que vous avez bien fait de faire la première ouverture dans les termes mesurés de votre note du 17 courant.⁵ Il importe en effet que nos industriels ne tardent pas à être fixés sur le régime qui les attend dès le 1^{er} janvier.

La politique commerciale qui s'impose maintenant à nous, c'est de ne pas nous lier pour une longue durée, afin de pouvoir rentrer aussi vite que possible en possession de notre liberté d'action si les circonstances, comme il est probable, le rendent nécessaire. C'est dans ce sens que nous avons également instruit notre Légation à Paris, et à cet égard vos informations privées ne sont pas tout à fait dans le vrai lorsqu'elles vous disent que nous voulons la prorogation *illimitée* du traité de commerce franco-suisse; nous demandons au contraire la même faculté que s'est réservée la France, à savoir de dénoncer le traité par *6 mois* d'avertissement.

Passant à la question de *l'alcool*, nous devons vous dire que nous n'avions pas jugé utile jusqu'ici de vous entretenir des négociations avec la France, d'autant moins qu'elles étaient purement préparatoires. Mais, dès l'instant que vous désirez avoir connaissance de ce qui se passe à cet égard, nous allons vous mettre en peu de mots au courant de l'affaire.

Nous avons effectivement chargé M^r. Kern d'obtenir de la France que nous puissions appliquer les nouveaux droits sur l'alcool, nonobstant la prorogation du traité.⁶ Il s'agissait de savoir si la France consentirait à nous laisser prélever un droit maximum de fcs. 15.— par 100 Kilos sur les alcools ne provenant pas de la vigne. Cela nous aurait permis de réaliser une recette de plus d'un demi-million et aurait donné satisfaction aux membres de l'Assemblée fédérale qui réclament avec insistance l'élévation de ces droits et qui ne reculeraient pas devant la perspective du non-renouvellement des traités afin de rendre à la Suisse sa pleine liberté d'action.

Les négociations sur ce point n'ont abouti que très-partiellement. L'administration française consent à ce que nous fassions la distinction ci-dessus indiquée, mais sous la condition, qui détruit toute la portée de la concession, que le commerce français ne réclame pas. Comme le Nord de la France produit aussi des alcools de pommes de terre, etc., il aurait été impossible d'éviter les réclamations du commerce français, et, par conséquent, nous avons laissé la question à l'étude, nous réservant de la reprendre en temps utile, et, en attendant, nous avons chargé M^r. Kern de poursuivre les négociations pour la prorogation pure et simple du traité moyennant une dénonciation de six mois de part et d'autre.

Dans la prévision que la question des alcools n'aboutirait pas, du côté de la France, au résultat désiré, nous vous avons chargé d'opposer, à la réserve générale qui vous a été annoncée par M^r. Hofmann, la contre-réserve relative à l'application de notre loi

5. *Nicht ermittelt.*

6. *Vgl. auch Nr. 126.*

du 20 juin dernier.⁷ Cette contre-réserve aurait, bien entendu, le sens que sur ce point l'Allemagne ne peut plus revendiquer le traitement de la nation la plus favorisée. Nous continuons à trouver qu'en tout état de cause cette contre-réserve serait conforme à l'équité. En effet, la Suisse, qui ne retire que des avantages très-problématiques de la prorogation, y perdra en outre une recette importante si elle doit renoncer à faire l'application des nouveaux droits sur les alcools. L'Allemagne hausse son tarif dès le 1^{er} janvier⁸; elle frappe de droits prohibitifs plusieurs de nos produits, tandis que nous continuerons à appliquer à ses industries un tarif extrêmement bas. Il ne serait que juste que nous puissions reprendre aussi notre liberté d'action sur ce point spécial des alcools.

Cela est surtout le cas si l'Allemagne veut introduire dans la déclaration de prorogation une réserve générale aussi menaçante que celle indiquée par M^r. Hofmann.

Nous sommes d'accord avec vous qu'il faut la repousser très-catégoriquement, si elle vient à être formulée, et c'est aussi dans ce but que nous vous avons chargé d'opposer la contre-réserve en question.

Si grand que soit notre intérêt à maintenir cette contre-réserve, nous ne voulons toutefois pas en faire une condition *sine qua non*.

Nous apprécions vivement les considérations que vous faites valoir pour nous engager à ne pas en faire mention, et nous pouvons en première ligne accepter votre manière de voir, qui est de repousser la réserve générale et de s'en tenir à excepter seulement le «Mutterlauge» si on ne peut proroger purement et simplement le traité, ce qui serait préférable. Il nous en coûte de faire le sacrifice de l'élévation du droit sur les alcools, mais nous ne voudrions pas, pour cette question, compromettre le maintien du trafic de perfectionnement, *en sorte que nous vous autorisons à négocier dans le sens indiqué par votre dépêche*.

Toutefois, si la réserve générale venait à être formulée et maintenue, nous vous prions de nous faire rapport sur la situation avant de conclure et de nous indiquer les chances que notre contre-réserve aurait soit de faire retirer la réserve générale, soit d'être elle-même acceptée.

Il va sans dire que, quant aux droits perçus sur les tabacs depuis le mois de juin dernier, nous envisageons que l'Allemagne pas plus que la France ne serait fondée à réclamer, et aussi bien, jusqu'ici, aucun de ces pays ne l'a fait. Si donc nous demandons éventuellement à l'Allemagne la reconnaissance de notre loi du 20 juin 1879, ce ne serait pas en vue des tabacs, mais uniquement des alcools. Nous avons cru devoir ajouter ceci pour le cas où la question viendrait à être abordée d'une manière ou d'une autre.⁹

7. Vgl. die Botschaft des Bundesrates und den Gesetzestext (BBl 1879, 2, S. 833–849). — Zur Reserve von Hofmann bemerkte Droz in seinem Antrag an den Bundesrat vom 12. 11. 1879: [...] Quant à l'idée, exprimée par M.^r le Président Hoffmann [sic!], de formuler la réserve expresse «dass der bestehende Vertrag nur soweit in Kraft bleibe, als dessen Bestimmungen dem neuen deutschen Zolltarif nicht zuwiderlaufen», nous pouvons l'accepter, mais à la condition tout à fait légitime que l'Allemagne nous reconnaitra aussi le droit de réserver les dispositions de notre nouvelle loi du 20 juin 1879 concernant l'augmentation des droits sur les tabacs et les alcools. [...] (E 13 (B)/153).

8. Vgl. den neuen deutschen Tarif in: BBl 1879, 3, Beilage zu Nr. 37.

9. Am 22. 12. 1879 wurde der Vertrag — mit Ausnahme des Abschnitts von Salzsiedereien die Mutterlauge (AS 1879, 4, S. 367 f.) — bis 30. 6. 1880 und erneut am 1. 5. 1880 bis 30. 6. 1881 verlängert (AS 1879, 4, S. 367 f. und 1880–1881, 5, S. 186 f.).

170

E 21/14497

*Der Staatsrat des Kantons Genf¹
an den Bundesrat*

S

Genève, 9 janvier 1880

Par votre office du 12 Novembre 1879² vous attiriez notre attention sur divers articles publiés par le *Journal socialiste le Révolté* et nous demandiez de vous faire connaître s'il y avait des étrangers qui coopéraient à la rédaction, à l'expéditions et à l'impression du dit journal, et dans l'affirmative, de vous communiquer leurs noms et de vous renseigner sur l'attitude que nous avons l'intention de prendre. Nous avons l'honneur de vous transmettre le résultat de l'enquête qui a été immédiatement ouverte à ce sujet.

La composition de ce journal doit avoir lieu dans un local particulier mais, faute de matériel suffisant, l'impression se fait dans l'imprimerie du sieur Falk, citoyen genevois, établi rue du Conseil général Nr. 8.

Le Révolté se tire à 600 ou 800 exemplaires; une centaine de numéros est distribuée en ville, le reste est expédié dans l'intérieur de la Suisse et à l'étranger.

L'éditeur responsable inscrit à notre Chancellerie d'Etat se nomme *Thomaschot, citoyen genevois*, exerçant la profession de menuisier et qui a son domicile dans la Commune des Eaux-vives. Au nombre des rédacteurs, nous n'avons encore trouvé que le sieur *Levachoff, sujet russe*, dont il est fait mention dans le Numéro du 1 Novembre et un nommé *Dumartheray, d'origine française*, attaché au service de la partie matérielle de la rédaction.

Nos lois et nos habitudes sur la liberté de la presse, ne nous permettront pas d'agir contre un journal, ni d'en empêcher la publication. Nous aurons soin cependant d'exercer une surveillance administrative sur les étrangers qui nous seront signalés comme collaborateurs à ce journal et de veiller à ce qu'ils soient sous permis de séjour régulier.

En ce qui concerne spécialement Levachoff qui est sans permis de séjour régulier, notre Département de Justice et Police a été chargé de lui interdire de séjourner dans le Canton tant qu'il n'aurait pas régularisé sa situation.

Nous nous empresserons de vous communiquer les renseignements ultérieurs que nous pourrions obtenir.³

1. *Unterzeichnet vom Präsidenten, Michel Chauvet, und dem Kanzler, Ch[arles] Archinard.*

2. *Nicht abgedruckt.*

3. *Vermerk des Vorstehers des Justiz- und Polizeidepartements, Anderwert, am Schluss des Schreibens: Sei nach Kenntnissnahme dieses Berichtes der Regierung von Genf hievon Vermerk am Protokoll zu nehmen, und der Sache einstweilen keine weitere Folge zu geben. Dieser Antrag mit Datum vom 17. I. 1880 wurde vom Bundesrat in der Sitzung vom 23. I. 1880 gutgeheissen (E 1004 1/120, Nr. 404).*

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 20. Januar 1880

348. Kongress für gewerbliches Eigenthum in Paris

Handels- und Landwirtschaftsdepartement. Antrag vom 8. Januar 1880

Der internationale Kongress, betreffend gewerbliches Eigenthum, in Paris vom 5.—17. September 1878, an welchem die Schweiz durch die Herren Ständerath Bodenheimer und Ingenieur Imer-Schneider, beide in Bern, vertreten war (zu vergl. Protokoll vom 27. August 1878)¹, welche über das Resultat des Kongresses einen gedruckten Bericht² erstattet haben, hat sich unter Anderm auch mit der Frage der Gründung eines internationalen Verbands zum Schutze des gewerblichen Eigenthums beschäftigt, und es hat sich darauf zu diesem Zwecke eine permanente internationale Kommission gebildet.

Mit Note vom 30. vorigen Monats³ überreicht nun die französische Botschaft den von der französischen Sektion dieser Kommission ausgearbeiteten Entwurf⁴ zu einer «Union internationale pour la protection de la propriété industrielle» sammt einem Exemplar der stenographischen Protokolle⁵ des Kongresses und verbindet damit die Anfrage, ob der Bundesrath geneigt sei, durch eine Abordnung an einer internationalen Konferenz sich vertreten zu lassen, welche die Aufgabe hätte, jenen Entwurf zu prüfen.

Das Departement hatte anfangs beantragt, der Botschaft ihre Mittheilung mit dem Beifügen zu verdanken, der Bundesrath sei gerne bereit, sich an der in Aussicht genommenen Konferenz vertreten zu lassen und gewärtige nähere Mittheilungen über Zeitpunkt und Ort derselben. Es hat indessen seinen Antrag, da in der ersten Berathung im Bundesrathe konstitutionelle Bedenken bezüglich des Erlasses eines Bundesgesetzes zum Schutze speziell der Erfindungspatente geäußert worden sind, seither modifizirt.

Nach Einsicht der Akten und gepflogener Berathung hat der Bundesrath heute, entgegen einem Antrage auf Nichteintreten, gemäss dem modifizirten Antrag des Departements beschlossen:

Die Note der französischen Botschaft ist in folgendem Sinne zu beantworten:

Wenn auch mit Bezug auf gewerbliche Erfindungen die Bundesverfassung keine Bestimmungen enthalte, welche dem Bundesrathe daherige Kompetenzen übertragen, und der Bundesrath diesfalls seine Vorbehalte machen müsse, so glaube er doch, die von der französischen Regierung gemachte Eröffnung bejahend beantworten zu sollen und dies um so mehr, als andere Gegenstände des Programmes der Konferenz durch die Bundesgesetzgebung bereits geregelt seien oder demnächst werden geregelt werden.

1. E 1004 1/114, Nr. 4626.

2. *Nicht ermittelt.*

3. E 22/2415.

4. E 2200 Paris 1/143.

5. E 22/2415.

E 2200 Wien 1/85

*Der Bundespräsident und Vorsteher des Politischen Departements, E. Welti,
an den schweizerischen Gesandten in Wien, J. J. von Tschudi*

S Confidentiell

Bern, 20. Januar 1880

Ihre heute eingegangene Depesche vom 17. d. M.¹ veranlasst mich Ihnen über den Verlauf den die Arlberg-Frage in der letzten Zeit genommen hat folgende Mittheilungen behufs genauer Orientirung zu machen.

Am 29. November vor. J.² theilte Ihnen das politische Departement mit, dass die Erbauung der Arlbergbahn in der Schweiz ein sehr lebhaftes Interesse erzeuge, und dass sogar von einzelnen Blättern eine finanzielle Unterstützung dieser Bahn von Seite der Schweiz befürwortet worden sei. Sie wurden daher ersucht gelegentlich in geeigneter Weise Herrn von Schwegel von dieser Stimmung zu verständigen nachdem Sie demselben mitgetheilt hätten, dass Ihrer persönlichen Ansicht nach die Arlbergbahn nur für eine kleine Zahl schweizer. Bahnen von Werth wäre.

Am 27. Dezember berichteten Sie sodann über eine Unterredung welche der Handels-Minister Baron von Korb mit Ihnen über die gleiche Frage gepflogen hatte. In diesem Berichte³ ist folgender Passus enthalten: «Aus dem Gespräche mit Baron Korb empfang ich den Eindruck, dass ihm weit weniger um eine Geldsubvention unserer Seite als um den Staatsvertrag (über die Anschluss- und Tariffrage) zu thun sei. Es ist diess auch in sofern begreiflich als die schweizerische Subvention, wenn eine solche wirklich geleistet würde, doch nicht so bedeutend ausfallen könnte, dass sie für Österreich sehr ins Gewicht fallen würde, was indessen der Fall wäre, wenn ausser der Schweiz auch Frankreich zur Betheiligung beigezogen würde, letzteres scheint man aber hier durchaus nicht anzustreben.»

Dieser Bericht stand mit der Auffassung, welche den Besprechungen des hiesigen österreichischen Gesandten mit unserm Eisenbahn-Departement zu Grunde lag wenig im Einklang und theilweise sogar im Widerspruch. Wir waren hier zu der Annahme berechtigt, dass Österreich eine Betheiligung Frankreichs geradezu wünsche und dass eine Betheiligung der Schweiz ebenfalls genehm sein würde. Dabei wurde hierseits als selbstverständlich angenommen, dass daherige Anträge von Seite Österreichs gewärtigt würden.⁴

Dieser für uns auffallende Widerspruch veranlasste den Unterzeichneten dem Herrn von Ottenfels Ihre Depesche vom 27. vor. M. auszüglich d. h. mit Weglassung der Stellen die für Herrn Korb irgendwie unangenehm hätten sein können mitzutheilen, um ihn um eine definitive Lösung resp. um eine bestimmte Eröffnung von Seite seiner Regierung zu ersuchen. Herr von Ottenfels antwortete dar-

1. Nicht abgedruckt.

2. Nicht abgedruckt.

3. E 2200 Wien 1/83.

4. Vgl. den Annex.

auf mit der Note vom 9. d. M.⁵ von welcher ich Ihnen eine Abschrift beilege. Damit war endlich die nötige Klarheit in die Situation gebracht.

Wenn von Seite Österreichs für das Zustandekommen der Arlbergbahn ein ähnlicher Weg hätte beschritten werden wollen, wie diess von Seite der Schweiz in Bezug auf den Gothard geschah, so hätten hieraus für uns ohne Zweifel mannigfache und wesentliche Vortheile hervorgehen können und es ist bei dem ganz eminenten Interesse dieser Verbindung für unser Eisenbahnwesen keineswegs unwahrscheinlich, dass sich das Land gegen entsprechende Gegenleistungen zu finanziellen Opfern verstanden haben würde. Diese Opfer können wir uns aber ersparen sobald Österreich erklärt die Bahn allein bauen zu wollen oder besser gesagt sobald es seiner Erklärung thatsächliche Folge giebt.

Der Bundesrath hat nun nach Eingang der Note des Herrn Ottenfels das Eisenbahndepartement ermächtigt die beteiligten Eisenbahngesellschaften zu einer Conferenz einzuberufen um dieselben zu der Erklärung zu veranlassen unter welchen Bedingungen sie bereit seien dem von Österreich gestellten Begehren zu entsprechen.⁶ Nach dem in dieser Conferenz von den Bahnen die in der Anlage enthaltene Erklärung⁷ abgegeben worden war, beantwortete der Bundesrath heute (den 20. Januar) die österreichische Note dahin, dass er sein Eisenbahndepartement beauftragt habe mit Herrn von Ottenfels die gewünschten Verhandlungen zu pflegen. Die daherigen Conferenzen werden ohne Zweifel schon nächste Woche beginnen und zwar unter Assistenz von Delegirten der schweiz. Bahnverwaltungen und eines von Wien erwarteten Eisenbahnbeamten.⁸ Das Departement wird nicht ermangeln Sie auch über die weiteren Vorgänge in dieser wichtigen Angelegenheit im Laufenden zu erhalten.

ANNEX

J.I.2/9

*Das österreichisch-ungarische Ministerium des Äussern
an den österreichisch-ungarischen Gesandten in Bern, M. von Ottenfels,
zuhanden von Bundesrat E. Welti*

Abschrift

S

Wien, 26. Juni 1879

Mit lebhaftem Interesse habe ich von den Mittheilungen Kenntniss genommen, welche mir Eure Excellenz in dem Berichte vom 27. v. Mts. Z: 15⁹ über eine mit dem schweizerischen Bundesrathe Welti gepflogenen Unterredung, hinsichtlich des Ausbaues der Arlberg-Bahn, auf Grund eines unter eventueller finanzieller Betheiligung der Schweiz und Frankreichs abzuschliessenden internationalen Übereinkommens, vorgelegt haben. Ich habe diesen Bericht dem Hrn: kk: Handelsminister, so wie auch dem Hrn: k: ungar: Kommunikationsminister mitgetheilt und zugleich dieselben auf die Nothwendigkeit in dieser für die handelspolitischen Interessen der Monarchie besonders unter der gegenwärtigen Konstellation der Verhältnisse sehr wichtigen Frage, eine rasche Entscheidung zu treffen, aufmerksam gemacht.

5. Nicht abgedruckt.

6. Vgl. das BR-Protokoll vom 13. I. 1880 (E 1004 1/120, Nr. 269).

7. Nicht abgedruckt.

8. Vgl. die Verhandlungsprotokolle vom 29. I. 1880 (E 2200 Wien 1/85).

9. Nicht abgedruckt.

Der Hr: kk: Handelsminister hat mir auch bereits seine vom oesterreichischen Ministerrathe gebilligten Ansichten über das vom Bundesrath Welti angeregte Projekt bekanntgegeben. Dieselben gehen im Wesentlichen dahin, dass dem Bundesrath Welti in verbindlichster Weise und unter Betonung der vollen Würdigung, welcher seiner Initiative in Bezug auf diese die oester: ungar: Monarchie und die Schweiz gleichmässig interessirende handelspolitische und Verkehrsfrage gezollt wird, eröffnet werden möge, dass wie schon aus den von ihm mit E. E. gepflogenen mündlichen Erörterungen ersichtlich ist, die ganze, den Ausbau der Arlberg-Bahn auf Grund eines internationalen Übereinkommens betreffende Combination von der diesfälligen Haltung Frankreichs abhängig sei und wir daher vor Allem Bedacht seyn müssten, über diesen Punkt Klarheit zu erlangen. Aus naheliegenden Gründen würde es uns aber schwer fallen, an die französische Regierung direkt mit einer Anregung des Gegenstandes heranzutreten. Wir würden daher vorziehen den zweiten vom Bundesrath Welti angedeuteten Weg zu wählen, wonach die einleitenden Schritte in Paris Seitens der Schweiz erfolgen würden.

Führen dieselben zu einem Erfolge und gelangen wir auf diesem Wege zu positiven konkreten Anträgen über die Form in welcher die finanzielle Mitwirkung der Schweiz und Frankreichs an der auch sie interessirenden Alpenbahnlinie in Aussicht zu nehmen ist, so werde die k. u. k. Regierung, welche diese Bahnverbindung schon vorlängst, und zwar als Staatsbau in's Auge gefasst hat, und nur wegen den hieraus entstehenden finanziellen Lasten mit der Realisierung des Projektes gezögert hat, ihrerseits mit aller Bereitwilligkeit in die Prüfung dieser Vorschläge eintreten.

Von Seite des Hrn: k: ungarischen Kommunikationsministers ist mir zwar eine Antwort in dieser Angelegenheit zur Zeit noch nicht zugekommen, allein es ist anzunehmen dass die von der kk: oesterreichischen Regierung kundgegebene Auffassung auch dem Standpunkte der ungarischen Regierung, insoweit derselbe in dem gegenwärtigen Stadium der Angelegenheit in Betracht kommt, entsprechen werde.

Ich glaube daher bei der Dringlichkeit der Frage nicht zögern zu dürfen E. E. von den im Vorstehenden dargelegten Anschauungen des Hrn: k: k: Handelsministers in Kenntniss zu setzen und hochdieselben zu ersuchen, im Sinne derselben die vom Bundesrath Welti ausgegangene Anregung vertraulich zu beantworten.

Hieran knüpfte ich zugleich auch die Bitte mich von der Aufnahme welche diese Eröffnungen finden und von den Schritten welche in Folge derselben schweizerischer Seits eingeleitet werden, in Kenntniss zu *[setzen]*.

173

E 2300 Berlin 3

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
E. Welti*

B

Berlin, 18. Februar 1880

Ich bestätige Ihnen mein soeben expedirtes Telegramm lautend:

«Über die gestern Abend spät gemeldete Explosion im Winter-Palais in Petersburg, angeblich direkt unter dem Speisesalon der kaiserlichen Familie, sagt der russische Regierungsbote: Am 17. Nachmittags gegen 7 Uhr erfolgte im Erdgeschoss des Winter-Palais, unter dem Hauptwachzimmer, eine Explosion, wobei von der Wache 8 Mann getödet und 45 verwundet wurden. Die Diele des Wachzimmers und mehrere Gasröhren sind beschädigt. Die amtlichen Erhebungen sind im Gange.»

Ein Mitglied der russischen Botschaft bestätigte mir vor einer Stunde den Inhalt dieses Telegramms, mit dem Beifügen, man vermuthet, dass Dynamith in die Gasröhren gebracht worden sei.

Dieses neue Verbrechen dürfte ohne Zweifel auch uns wieder Unannehmlichkeiten bringen. Heisst es ja doch fortwährend, Genf sei ein Hauptherd aller russischen Verschwörungen.¹ Noch vor kurzer Zeit sagte mir Herr von Oubril, der bisherige russische Botschafter, anlässlich einer flüchtigen Conversation betreffend das Moskauer Attentat. «On croit connaître les malfaiteurs, mais ils auront probablement réussi à gagner la frontière pour se rendre en Angleterre ou chez vous en Suisse, à Genève, où se trouve le centre de toutes ces conspirations. Il y a, entre autres, un individu très dangereux, un prince ... (der Name ist mir entfallen)² qui est un des chefs du parti révolutionnaire. Il faudra pourtant voir de nouveau, s'il n'y a pas moyen de changer cet état des choses.»

Ich verhielt mich äusserst reservirt, äusserte meine Zweifel über die Richtigkeit der russischen Beurtheilung der Verhältnisse in Genf, legte Betonung auf unsere Traditionen und die bei uns allgemein herrschenden Anschauungen über das verfassungsmässig anerkannte Asylrecht und fügte dann noch, halb scherzend bei, mit allfälligen internationalen Abmachungen könnte man uns allerdings Ungelegenheiten bereiten, einen praktischen Erfolg würde man aber dabei nicht erreichen, denn wir können unser jetziges Verhalten nicht ändern und England werde allen derartigen Zumuthungen sicherlich die Ohren verschliessen.

Etwas von neuen Versuchen, Deutschland und Osterreich für die Sache zu gewinnen, lag in der letzten Zeit entschieden in der Luft und nun kommt noch die gestrige Katastrophe als frisches agens dazu.

Ich werde dieser Angelegenheit fortgesetzt meine volle Aufmerksamkeit zuwenden.

Die Budget-Berathung im preussischen Abgeordnetenhaus ist von dem Centrum, wie vorauszusehen war, wieder benutzt worden, um die Kulturkampffrage zur Sprache zu bringen. Prinzipiell genommen ergieng sich die Opposition bei diesem Anlasse wieder in den heftigsten, zum Theil nichts weniger als parlamentarischen Angriffen gegen die Mai-Gesetze und deren Schöpfer und Vollstrecker, ganz in derselben Weise, wie wir dies seit Jahren gewohnt waren. Auch die gleichen Bedingungen für den Friedensschluss wurden gestellt. *Eine* Variante ist indess doch zu verzeichnen. Die Kämpen der ultramontanen Parthei, wie Windhorst (Meppen), Schorlemer-Alst u. s. w., behandelten den zeitweiligen Cultusminister sehr glimpflich und richteten ihre Rekrimationen fast ausschliesslich gegen den Vorgänger des letztern, Dr. Falk und dessen Mitarbeiter. Diese Kampfweise hatte nun allerdings für die angreifende Parthei, in der Hauptsache wenigstens, nicht den gewünschten Erfolg, denn sie zwang v. Puttkammer zu der ausdrücklichen Erklärung, dass die vollständige Anerkennung der Rechte des Staates, nach wie vor, die unumstössliche Bedingung für jede Verständigung bilden müsse. Insofern hat sich also die Situation gegen früher nicht geändert. Dagegen zeigte sich der Cultusminister auch bei diesem Anlasse im Übrigen als so conciliant und zu Concessionen auf praktischem Boden geneigt, dass die Ultra-

1. Vgl. dazu Nr. 162.

2. Es dürfte sich um Kropotkin handeln. Vgl. Nrn. 170, 197.

montanen im Grunde mit dem Resultate ihres Feldzuges und mit der Lage der Dinge im Allgemeinen dennoch viel zufriedener sein werden, als in den vergangenen Jahren.

Wer über den Stand der Unterhandlungen mit Rom nicht sonst näher vertraut ist, hat allerdings in diesen Debatten vergeblich nach «etwas mehr Licht» gespäht. Ich hörte hierüber von verschiedenen Seiten Klagen. Mit Hülfe der Auskunft, welche ich neulich hierüber erhalten (vid. mein Bericht³ vom 28. Januar l. J.) glaube ich mich aber doch hinlänglich orientirt, um mich dahin äussern zu können, dass die Situation genau so zu beurtheilen ist, wie ich dieselbe in dem erwähnten Bericht gezeichnet habe.

Auch seither habe ich wieder vernommen, dass die Unterhandlungen in Wien auf der gleichen Basis weitergeführt werden. Es wurde mir auch versichert, die Kurie habe die preussischerseits gestellte Forderung betreffend die Anzeigepflicht bei den Wahlen der Geistlichen bereits anerkannt.

Zur Zeit soll man über die Zulassung der geistlichen Congregationen und über das Fortbestehen des obersten geistlichen Gerichtshofes unterhandeln. Rom, heisst es, verlange die Aufhebung des letztern, sowie (als erste höchste Forderung) die Admission aller Congregationen. Preussischerseits sei die Geneigtheit zu erkennen gegeben worden, die Competenzen des obersten Gerichtshofes zu präzisiren und etwas enger zu ziehen und im Weiteren auch die Frage zu prüfen, ob einzelne Congregationen, welche sich mit der Krankenpflege beschäftigen, wieder zugelassen werden könnten. Von einem Weichen betreffend die andern Congregationen, besonders mit Rücksicht auf die Jesuiten, ist dagegen keine Rede.

Man paktirt also weiter und wenn nicht unvorhergesehen Hindernisse eintreten, wenn namentlich — ich wiederhole es — das Centrum in seinem blinden Eifer die Unterhandlungen nicht weiter erschwert, wenn es den Reichskanzler nicht in andern wichtigen Fragen vor den Kopf stösst, und wenn es sich schliesslich mit dem Gedanken vertraut macht, dass der Frieden auf praktischem Boden und nicht auf dem Gebiete einer prinzipiellen Umkehr der preussischen Staats-Regierung zu suchen ist, so werden wir allmählig einer Verständigung entgegengehen. Aber jedenfalls nur allmählig, sehr allmählig, denn die Behandlung der Detailsfragen wird noch viele Schwierigkeiten bieten.

Der Bundesrath hat den Ihnen bekannten Militär-Gesetz-Entwurf, sammt Motiven, ohne Änderung genehmigt und ist diese Vorlage dem Reichstag bereits zugegangen.

Wenn einzelne Pressorgane sich dahin aussprechen, diese Vorlage habe sehr überrascht, so können mit den Überraschten nur Leute gemeint sein, welche für öffentliche Fragen wenig Verständniss haben. Für jeden, der diese Frage seit Jahren verfolgt hat, war es im Gegentheil längst eine ausgemachte Sache, dass ein solcher Vorschlag kommen werde und müsse und schon aus diesem Grunde glaubte man bei Anlass der Zolldebatten vom vorigen Jahr auch nicht einen Augenblick an die Möglichkeit der Verwirklichung der in Aussicht gestellten Steuererleichterungen.

Auch die Regierung hat aus ihrer Absicht, bezügl. Vorschläge zu bringen, nie

3. Nicht abgedruckt.

ein Geheimniss gemacht. Es könnte sich höchstens fragen, ob man diese Vorlage schon jetzt einbringen solle oder erst im nächsten Jahre. Man entschied sich aber sehr bald für die diesjährige Session, um so für die Aufstellung des ganzen Budgets pro 1881/1882 eine zuverlässige Basis und die nothwendige Zeit zu gewinnen.

An der Zustimmung des Reichstags zweifelt Niemand. Nur der Fortschritt und theilweise das Centrum, wahrscheinlich auch die Polen, werden dagegen stimmen. Die bezüglichlichen Debatten dürften aber jedenfalls interessant werden. Namentlich ist man auf die nähere, mündliche Motivirung durch die Regierung, bezw. den Reichskanzler gespannt, obschon man eigentlich jetzt schon über den Grundton derselben ziemlich orientirt zu sein glaubt. Die Entwicklung der Wehrkräfte Frankreichs und Russlands, wird es mutatis mutandis heissen, nöthigt Deutschland mit Osterreich gleichen Schritt zu halten.

Betreffend die Entwicklung des französischen Heerwesens erachtet man sich als hinlänglich aufgeklärt; dagegen gehen die Ansichten über die diesbez. Anstrengungen Russlands und über die viel besprochenen russischen Truppen-Anhäufungen in den gegen Deutschland gelegenen Grenzbezirken wesentlich auseinander.

Deutscherseits ist man sehr misstrauisch, trotz aller Dementis aus Petersburg. Wie unsicher man im Allgemeinen in der Beurtheilung dieser Frage ist, geht auch aus einer Mittheilung hervor, welche mir neulich der englische Botschafter, Lord Russel, machte. Er sagte mir nämlich, die englischen Consule in Russland, hierüber zum Berichte aufgefordert, hätten einstimmig gemeldet, ihnen sei von den angeblichen Truppen-Dislokationen nichts bekannt, währenddem auf der andern Seite die englischen Consuln in Osterreich das Gegentheil melden.

Sicher ist, dass man in Berlin, namentlich in den höhern und höchsten militärischen Kreisen, Russlands wegen immer sehr preocupirt ist. Ich schliesse dies auch aus einer Unterredung, welche ich unlängst mit dem Feldmarschall Moltke (anlässlich eines Diner) hatte, und wobei er auch auf die Militärvorlage zu sprechen kam. Er betonte hiebei die Nothwendigkeit für Deutschland, stets gerüstet zu sein, da man beständig von zwei Seiten her (Frankreich und Russland) bedroht sein könne. Die russischerseits gemachten Anstrengungen und Truppendislokationen beweisen deutlich, fügte er hinzu, dass man im gegebenen Falle aggressiv vorgehen wolle, denn es könne weder Deutschland noch Osterreich einfallen, Russland den Krieg zu machen. «Was wollten wir auch in Russland machen», fragte er wörtlich, «unsere Armeen müssten ja dort verhungern»; und dann zog er noch eine Paralele zwischen Frankreich und Russland betreffend die Ressourcen für die Verpflegung einer deutschen Armee.

So Moltke und so denken mit ihm, wie ich mich wiederholt überzeugen konnte, nicht nur zahlreiche Vertreter der Armee, sondern auch viele deutsche Politiker.

Betreffend die Anerkennung Rumaeniens erwartet man in der allernächsten Zeit die erwünschte Lösung. Die deutsche Regierung, in der Eisenbahnangelegenheit nunmehr zufrieden gestellt, wird jetzt mit Frankreich und England die rumänischen Kammerbeschlüsse in der Judenfrage als vorläufig genügend anerkennen, nachdem nämlich die rumänische Regierung in irgend welcher Form die Erklärung abgegeben, dass diese Beschlüsse nur als ein commencement d'exécu-

tion der betreffenden Bestimmungen des Berliner-Friedens aufzufassen seien. Auch in dieser Frage hat der Reichskanzler sehr glücklich operirt; er verstand es, für die deutschen Interessen, in der Eisenbahnfrage, auch England und Frankreich in der Weise zu gewinnen, dass sie sich verpflichteten, Rumaenien nur gemeinsam mit Deutschland anzuerkennen.

Das selbständige Vorgehen Italien's und neulich auch der Niederlande betreffend diese Anerkennung ist hier natürlich etwas übel vermerkt worden. Die Nachrichten über eine ernstliche Erkältung in den Beziehungen zwischen Deutschland und Italien, sei es aus obigem oder einem andern, Grunde, gehören aber offenbar in das Gebiet der Fabrikation von grundlosen Sensations-Berichten. Ebenso, ohne Zweifel, die Versuche, der Reise des Kronprinzen nach Pegli eine politische Bedeutung zu geben.

174

J. I. 2/13

*Der päpstliche Nuntius in Paris, W. Czacki,
an den österreichisch-ungarischen Gesandten in Bern, M. von Ottenfels,
zuhanden von Bundespräsident E. Welti*

Copia
S Confidenziale

Parigi, 3 aprile 1880

Conforme a quanto ebbi già il piacere di far noto all'Eccellenza Vostra per mezzo dell'ultima mia, non mancai di trasmettere a Sua Eminenza Reverendissima il Signor Cardinal Nina Segretario di Stato di Sua Santità l'importante lettera¹ ch'Ella Si compiacque di dirigermi intorno agli affari religiosi di cotesto paese.

Il prelodato Eminentissimo riservandosi di darmi in seguito precise e concrete istruzioni sull'argomento, mi fa ora conoscere che Sua Santità ha provato una non comune sodisfazione nel udire com'Ella seguiti, Signor Barone, con tanto zelo ed intelligenza ad impiegare l'opera sua a vantaggio della buona causa e cooperi colle Sue operose cure a ricondurre la pace e la tranquillità di coscienza nell'animo di coteste cattoliche popolazioni. Mi commette quindi di ringraziarla nell'augusto nome di Sua Santità per tutto ciò ch'Ella va facendo e farà in seguito pel conseguimento di questo nobile scopo.

Facendosi poi a parlare delle notizie da Lei trasmesse intorno ai tentativi fatti nei Cantoni dissidenti per comporre le insorte discordie, rileva con dispiacere che il partito radicale non voglia aver più a che fare in alcun modo col Vescovo di Basilea, il quale ha si strenuamente difeso in questo lungo periodo di lotta, i diritti e la libertà della Chiesa. Quest'avversione è tanto più dolorosa, rifletto l'Eminentis-

1. Nicht ermittelt.

simo Segretario di Stato, in quanto che si trova eziandio negli Uomini del Governo Federale i quali sebbene nutrano il desiderio di componimento e di pace, pur nondimeno non sembrano voler recedere dall'antico proposito di toglier di mezzo il pio e fermo campione della Chiesa, Monsignor Lachat. Infatti a questo punto culminante fanno capo le varie ipotesi ch'Ella accenna, Signor Barone, come atto a comporre le cose di Basilea, e che il S. Padre si riserva di esaminare con maturità ed attenzione prima di prendere un qualsiasi provvedimento che possa condurre ad un risultato più concreto. In questo intervallo di tempo però l'Eminentissimo Segretario di Stato non potendosi rassegnare all'idea che venga escluso definitivamente il progetto di un ausiliare bramerebbe che l'Eccellenza Vostra con quella abilità e prudenza che tanto La distingue, lo proponesse nuovamente agli Uomini del Governo facendo loro riflettere che l'elezione di un ausiliare che reggesse i cinque cantoni dissidenti senza alcuna dipendenza da Monsignor Lachat porrebbe gli avversarii di questo Prelato nella situazione stessa da loro desiderata, vale a dire di non avere più alcun rapporto col medesimo, che rimarrebbe a governare i soli due Cantoni rimastigli fedeli. Così pure l'Eminentissimo Cardinal Nina Le sarebbe ben riconoscente s'Ella volesse fare opportune indagini a fin di conoscere, se convenendo sulla base di un pacifico componimento per gli affari di Basilea si potesse sperare che sarebbe ben ricevuta una persona che fosse dalla S. Sede colà inviata per trattare del modo di ristabilire relazioni amichevoli fra la medesima ed il Governo della Confederazione Elvetica.

E questa la mente dell'Eminentissimo Segretario di Stato ch'io mi affretto a comunicare all'Eccellenza Vostra ond'Ella che a incominciato sì bene l'ardua missione, la conduca colla sua ben nota attività e penetrazione sino al suo compimento. Ella ha dimostrato sino all'evidenza nell'accuratissima sua lettera che questo è il momento più adatto per arrivare alla pacificazione e che per conseguenza non bisogna lasciarsi isfuggire un'opportunità che non sarebbe per ripresentarsi così facilmente.

175

E 27/23324

*Der schweizerische Gesandte in Paris, J. K. Kern,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
E. Welti*

B Confidentiel

Paris, 5 mai 1880

Vous avez vu par mon rapport de ce jour¹ relatif au chemin de fer du Simplon que M. le Général Farre et que M. Gambetta avaient parlé d'une autre question que j'avais cru devoir réserver pour un rapport spécial. Il s'agit de la construction de *fortifications en Suisse*. Je m'empresse de vous rendre compte de cette partie de mes entretiens avec ces messieurs.

1. E 53/83.

I. *Entretien avec M. le Général Farre.*

M. le Ministre de la Guerre a pris l'initiative, après m'avoir fait part de sa première impression au sujet du percement du Simplon, de me parler «de l'agitation qui se fait en Suisse dans les cercles militaires et ailleurs sur la question des fortifications à la frontière franco-suisse». «Je puis vous assurer», a dit le Ministre de la Guerre, «que tous les ouvrages français élevés depuis 1870 sur la frontière franco-suisse ont un caractère exclusivement et uniquement défensif. Aucun officier supérieur, en état de juger ces questions, ne pourrait songer à attribuer à ces forts un caractère offensif. Puisqu'on s'est placé en Suisse à propos de cette agitation sur le terrain de la possibilité d'une guerre entre l'Allemagne et la France, il me sera permis de dire qu'il ne pourrait pas être sensé de la part de la France de tenter une invasion de l'Allemagne par la Suisse. Quel intérêt la France pourrait-elle avoir à ajouter aux forces allemandes celles dont dispose la Confédération? Nous connaissons les forces de la Suisse, son patriotisme; non seulement nous ne pouvons pas avoir la moindre intention de violer, les premiers, sa neutralité, mais cela n'aurait pas de bon sens de superposer aux difficultés d'une guerre franco-allemande, les obstacles de toute nature, militaires et politiques que ferait naître la violation d'un territoire dont la neutralité est garantie par le droit public européen. J'irai même plus loin», a continué le Général Farre, «non seulement les nouveaux forts construits par nous à la frontière suisse n'ont aucun caractère offensif contre la Suisse, mais ils contribuent, à mon avis, à renforcer la neutralité de votre pays. Puisque nous raisonnons dans l'hypothèse d'une guerre franco-allemande, est-ce qu'il n'est pas préférable qu'on sache à Berlin que si une armée allemande essayait de traverser la Suisse et réussissait à franchir votre territoire elle rencontrerait à la frontière française des forteresses importantes? Il me paraît qu'on se rend compte en Allemagne du caractère défensif de ces forts, puisqu'on a pas créé de nouvelles défenses le long de la frontière entre la Suisse et l'Allemagne. Je tiens donc à vous répéter en terminant que *[nous]* ne pouvons pas songer à des ouvrages offensifs contre la Suisse, et j'ai tenu à profiter de cette occasion pour vous le dire.»

J'ai répondu à M. le Général Farre, qu'en décembre 1877 j'avais déjà eu l'occasion d'entretenir de cette question M. Waddington qui venait de prendre le portefeuille des Affaires Etrangères, et que M. d'Harcourt, alors Ambassadeur à Berne avait fourni au Conseil fédéral des explications tout à fait semblables à celles qu'il venait de me donner.² J'ai ajouté que je n'avais reçu du Conseil fédéral ni communications, ni instructions à ce sujet depuis cette époque, en sorte que je devais m'abstenir d'aborder le fond même de la question. J'ai ajouté cependant que cette question des fortifications préoccupait en Suisse l'opinion publique et les cercles militaires à un plus haut degré aujourd'hui qu'à l'époque de mon entretien avec M. Waddington et de l'entretien de M. d'Harcourt avec M. le Président de la Confédération. J'ai fait observer que la Suisse dans tout ce qui touche à la défense de sa neutralité avait toujours su concilier les égards dus à tous ses voisins avec les besoins de sa sécurité et que le Conseil fédéral saurait en cette circonstance encore s'inspirer des mêmes sentiments, et j'ai terminé en disant à M. Farre que je ne manquerais pas de vous rendre compte de notre conversation.

2. *Vgl. Nrn. 121 und 122.*

II. *Entretien avec M. Gambetta.*

J'ai dit à M. Gambetta que M. le Général Farre, à l'occasion de notre entretien sur le Simplon m'avait aussi parlé de l'agitation qui se manifestait en Suisse à propos des fortifications. M. Gambetta avait déjà eu connaissance de cette conversation par M. Cérésolle et a développé avec chaleur, et en manifestant des sentiments de vive sympathie pour notre pays, l'idée de M. le Général Farre, que les nouveaux forts français n'ont aucun caractère offensif et qu'il ne pourrait entrer dans l'idée d'aucun gouvernement français de violer le premier la neutralité de la Suisse et d'ajouter la résistance de l'armée suisse et des complications européennes aux difficultés d'une guerre franco-allemande. M. Gambetta a aussi répété que les nouveaux forts français étaient plutôt une sauvegarde de la neutralité suisse puisqu'une armée étrangère qui aurait réussi à la violer, serait certaine de rencontrer ce nouvel obstacle.

J'ai répondu à M. Gambetta dans le même esprit qu'au Général Farre.

176

E 53/156

Antrag des Vorstehers des Post- und Eisenbahndepartements, S. Bavier, an den Bundesrat

Gotthardbahn, Verzugszinse von Italien

Bern, 15. Mai 1880

Italien schuldet immer noch die auf den verspätet einbezahlten Annuitäten des fünften und sechsten Gotthardbaujahres erlaufenen Verzugszinsen.

Unserm Antrag, den Herrn Gesandten in Rom mit wiederholter Erinnerung an diesen Rückstand bei der k. italienischen Regierung zu beauftragen, schicken wir zur Orientirung folgende Bemerkungen voraus:

Nachdem im Jahre 1877 die Krisis der Gotthardbahnunternehmung acut geworden war, schrieb die italienische Regierung schon am 14. August desselben Jahres¹, dass sie die Annuitäten auf der Gotthardsubvention nicht weiter einzubezahlen gedenke, und zwar so lange nicht, als nicht die Arbeiten an den Zufahrtlinien nach dem Programm von 1869² wieder aufgenommen sein werden.

Der Bundesrath schlug hierauf mit Noten vom 21. August³ den beiden Subventionsstaaten eine Besprechung vor, welche anlässlich der Abnahme der Tunnelbauten aus dem V. Baujahr statthatte und deren Erfolg das sog. Goeschener-Protokoll vom 5. September 1877⁴ gewesen ist.

1. E 53/154.

2. *Vgl.* AS 1869—1872, X, S. 555—577.

3. E 1001 (E) q 1/116, Nrn. 4477 a und b.

4. E 53/154.

Nach diesem Protokoll haben sich die Delegirten der Subventionsstaaten auf Vorschläge an ihre Regierungen geeinigt, welche davon ausgingen, dass bald ein neuer Staatsvertrag zu Stande kommen dürfte und dass man also nur die Einzahlungen pro 1877 zu ordnen habe. Nach den von diesen Delegirten den resp. Regierungen zu machenden Vorschlägen sollte die V. Annuität an den Bundesrath bezahlt werden und da deponirt bleiben bis zur Erledigung der finanziellen Neugestaltung des Unternehmens. Deutschland und die Schweiz traten diesen Vorschlägen ausdrücklich bei und bezahlten ihre Raten.

Eingefordert wurden die Quoten aus dem V. Baujahr am 21. September 1877 und zwar bei Italien mit

Fr. 4,603,552 Tunnelbaukosten

Fr. 1,666,666 $\frac{2}{3}$ Annuität.

Italien bezahlte aber nur den Beitrag an die Tunnelbaukosten; die Annuität blieb zurück.

Eine Reklamation wurde nicht erhoben bis am 4. October 1878.⁵ An diesem Tage wurde die VI. Jahresrate der Subventionen eingefordert; von Italien

an Tunnelbaukosten Fr. 5,499,128

an Annuität Fr. 1,666,666 $\frac{2}{3}$, mit dem Beifügen: der Bundesrath

glaube, bei diesem Anlass seine frühern Mittheilungen in Betreff der fixen Annuität bestätigen und auf die Erfüllung der Vereinbarungen des Protokolls von Goe schenen dringen zu sollen, um so mehr, als Deutschland gemäss dieser Vereinba rung den fixen Beitrag für die fünfte Annuität bezahlt habe.

Am 20. October zeigte Italien die Anordnung der Einzahlung der Tunnelbaukosten an.⁶ Mit Bezug auf die Annuität wurde, ohne dass ein Wort über das Goe schener-Protokoll gesagt ist, bemerkt, dass man noch auf dem frühern Standpunkt sich bewege, d. h. nichts an die V. Annuität bezahlen werde bis nach ernstlicher Wiederaufnahme der Arbeiten auf den Zufahrtslinien. Die sechste Annuität aber sei nach Massgabe des inzwischen zu Stande gekommenen Zusatzvertrags⁷ zum Staatsvertrag von 1869 zu bestimmen und unter diesem Gesichtspunkt sei wiederum nichts zu bezahlen, so lange nicht mit dem Bau der Zufahrtslinien begonnen sei.

Der Bundesrath erwiderte am 15. November⁸, dass, da der Zusatzvertrag (vom 12. März 1878) noch von keinem der Subventionsstaaten genehmigt sei, die Einzahlungen sich nach dem Hauptvertrag von 1869 richten müssen, mit der einzigen Änderung, dass die Annuitäten in Verwahrung der schweiz. Staatskasse gehalten werden sollen bis nach vollendeter Reconstruction der Gotthard-Gesellschaft.

Da auch diese Erinnerung nichts fruchtete, so erhielt Herr Minister Pioda in Rom unterm 15. Juli 1879⁹ eine neue Einladung, bei der italienischen Regierung zu reklamiren. Mit dieser Einladung wurde zum ersten Mal die Forderung von Verzugszinsen erhoben. Abschrift von derselben ging ans auswärtige Amt in Berlin.

5. E 1001 (E) q 1/122, Nr. 5298 b.

6. E 53/155.

7. AS 1879, 4, S. 169—180.

8. E 1001 (E) q 1/121, Nr. 6018 a.

9. E 1001 (E) q 1/124, Nr. 3927 a.

Darauf ging die Note der italienischen Regierung vom 5. August¹⁰ ein, womit die Einzahlung der fünften Annuität versprochen wurde. Eine sechste Annuität sei, nach dem schon früher eingenommenen Standpunkt, gar nicht fällig geworden. Verzugszinsen werden überall nicht anerkannt, weil die Hauptforderung nie ein rechtmässig verfallenes Guthaben gebildet habe.

Diese Note veranlasste den Bundesrath, unterm 22. August¹¹ in einlässlicher Weise den Standpunkt der italienischen Regierung sowohl hinsichtlich der Fälligkeit der sechsten Annuität als auch mit Bezug auf die Verzugszinsforderung zu durchgehen und als unhaltbar nachzuweisen. Auch von diesen Auseinandersetzungen ging Abschrift nach Berlin.

Die Folge davon war, dass auch die VI. Annuität einbezahlt wurde, ohne dass die Frage der Verzugszinse weiter berührt worden wäre.

Es blieb also noch *diese Frage* zu ordnen (die in der Depesche vom 8. November¹², womit Herr Pioda neuerdings ersucht worden ist, Zahlung zu begehren, genannten andern Summen sind mittlerweile bezahlt worden).

Herr Pioda schrieb nun am 26. November 1879¹³: «Sur les intérêts de retard je ne puis encore rien vous dire de précis, attendu que le dicastère compétent lui-même n'a, je crois, pas encore fixé son opinion. Cependant il m'a paru entrevoir de bonnes dispositions à la Direction générale des chemins de fer.»

Da es inzwischen wieder stille blieb, so erging am 4. Februar¹⁴ eine neue Depesche an Herrn Pioda, der am 18. gl. Mts.¹⁵ erwiderte, der Minister der öffentlichen Arbeiten habe geglaubt, dass die Ausrichtung der Verzugszinsen keinen weitem Anständen mehr begegnen sollte; der Finanzminister dagegen habe die Zahlung rund verweigert: «Les intérêts je ne les dois pas et je ne les payerai pas», und dann, nach Belehrung durch Herrn Pioda: «Je rouvre la question.»

Am 19. Februar¹⁶ endlich schrieb Herr Pioda: «Man stelle in Italien darauf ab, dass auch der Kanton Tessin für die nachträglich bezahlten Subventionen keine Verzugszinse habe bezahlen müssen», worauf ihm erwidert wurde, dass der Bundesrath die auf den verspäteten Einzahlungen dieses Kantons erlaufenen Verzugszinsen an den Guthaben zurückbehalte, welche demselben aus andern Verhältnissen (Alpenbahnen) an den Bund zustehen.

Weitere Mittheilungen sind seither nicht eingegangen.

Wir *beantragen* nun, folgendes Schreiben an unsern Herrn Minister in Rom zu erlassen:

Notre Département des chemins de fer a répondu à vos dernières communications des 18 et 19 Février écoulé, relatives aux *intérêts de retard encore impayés*, dus par l'Italie ensuite du versement tardif des V^e et VI^e annuités de la subvention du Gothard. En ce qui concerne spécialement le procédé suivi à l'égard du Canton du Tessin, qui était aussi resté en arrière avec ses paiements, nous vous rappelons que le montant des intérêts de retard afférents à ce Canton a été porté en déduc-

10: *Nicht ermittelt.*

11: E 1001 (E) q 1/124, Nr. 4671.

12: E 1001 (E) q 1/125, Nr. 6084.

13: *Nicht abgedruckt.*

14: *Nicht abgedruckt.*

15: *Nicht abgedruckt.*

16: *Nicht ermittelt.*

tion sur une prétention contre la Confédération. Le Canton de Zoug, également en retard, a acquitté sa part d'intérêts sans faire aucune difficulté, mais en ajoutant que c'était à la condition seulement que les autres subventionnants, restés en arrière, seraient traités sur le même pied.

Or, à part les Cantons du Tessin et de Zoug, il n'y a que le Gouvernement italien qui ait tardé pendant assez longtemps à verser les annuités susmentionnées, et qui ait été prié à réitérées fois déjà, par votre intermédiaire, de bonifier les intérêts résultant de ce retard.

Nous sommes obligés d'insister sur le règlement définitif de cette affaire, et nous vous invitons à en nantir de nouveau le Gouvernement royal dans ce sens.

Le point de vue auquel s'est placée l'Italie dans ses notes de 14 Août 1877 et 20 Octobre 1878 ainsi que dans celle du 15 Août 1879, pour discuter la question de l'obligation pour elle de payer des intérêts de retard, savoir qu'il n'existait aucune obligation juridique de verser, soit la V^e soit la VI^e annuité, est devenu complètement caduc par le fait du paiement subséquent de ces mêmes annuités. Or, ce paiement a été certainement effectué sous l'empire du sentiment d'un engagement légal qui, comme nous l'avons exposé par nos notes antérieures, existe bien réellement. Nous nous référons de nouveau, sous ce rapport, aux arguments suivants.

1. L'art. 17 du traité international du 15 Octobre 1869 statue, sans aucune réserve, que $\frac{1}{3}$ des subsides (l'annuité fixe) sera payé par 9 annuités égales. Cette disposition, abstraction faite entièrement de la situation financière de la Compagnie du Gothard, a conservé sa validité aussi longtemps qu'elle n'avait pas été abrogée d'une manière expresse. Toutefois, cette abrogation n'a eu lieu que le 17 Juin 1879, c'est-à-dire le jour auquel, par suite de l'échange des ratifications, la convention additionnelle du 12 Mars 1878 est entrée en vigueur. Il en résulte que le règlement des comptes relatifs aux V^e et VI^e années de la construction (Septembre 1877 et Octobre 1878) appartient indubitablement au régime du traité de 1869, et nous avons le droit et le devoir de réclamer, ainsi que nous l'avons fait et pour les échéances prévues, le paiement des contributions respectives.

2. Nous avons déjà expliqué en détail, dans notre note du 22 Août 1879, que l'on est parti de la base susindiquée, soit lors de la rédaction du protocole dit de Goeschenen, du 5 Septembre 1877, soit notamment aussi lors des délibérations sur la convention additionnelle du 12 Mars 1878, et la délégation italienne, en particulier, n'a fait aucune objection à ce sujet.

3. La façon d'agir adoptée par l'Allemagne et la Suisse concorde également avec ce qui vient d'être dit. En effet, l'Allemagne a acquitté chaque fois, sans autre, sa part aux annuités pour 1877 et 1878, comme aussi aux frais de construction; il en est de même de la Suisse qui, ensuite, a procédé suivant cette maxime contre les subventionnants Tessin et Zoug, seuls cantons retardataires.

Nous espérons que cet exposé et les arguments identiques que nous avons fait valoir dans nos diverses recharges engageront le Gouvernement royal à ordonner le paiement des intérêts de retard dont il s'agit et à lever ainsi une difficulté pendante depuis trop longtemps déjà.¹⁷

17. *Der Antrag wurde vom Bundesrat am 21. 5. 1880 unverändert genehmigt* (E 1004 1/121, Nr. 2737).

*Der schweizerische Konsul in Buenos Aires, J. U. Jaccard,
an den Bundesrat*

B

Buenos Aires, 2 juillet 1880
(Ankunft: 4. August 1880)

J'ai eu l'honneur de recevoir votre dépêche du 14 Mai dernier¹ à laquelle se trouvait jointe la copie d'une réclamation² qui vous a été adressée à la date du 31 Mars par des citoyens suisses établis dans la *Colonie Helvetia*.

Vous me recommandez d'examiner cette réclamation et de protéger les droits des réclamants dans le cas où leurs griefs me paraîtraient fondés.

J'avais reçu il y a quelque temps déjà les mêmes réclamations de la part des dits colons et à cet effet, commencé des démarches auprès du Chef de l'immigration, et cas échéant, faire rendre justice aux réclamants. Mais ces démarches ont été interrompues par les divisions politiques survenues dans ce pays à propos des élections présidentielles. Aussitôt que l'ordre dans les administrations publiques sera rétabli, je suivrai cette affaire et vous en ferai rapport en son temps.

Du reste je suis dans l'impossibilité, en tous cas, d'intervenir dans cette affaire autrement que par voie amiable et par des conseils.

Il s'agit de la violation d'un contrat librement conclu. Par ce seul fait les colons se sont soumis à la juridiction des tribunaux argentins avec tous les inconvénients qui s'y rattachent.

S'ils sont lésés par les autorités provinciales ils ont leur recours ouvert devant les Juges nationaux établis dans toutes les Provinces et ils ont droit d'appel à la Haute Cour de Justice fédérale; et ce ne serait qu'en cas de délit flagrant de justice de la part des dits Tribunaux qu'ils pourraient prétendre à la protection du Gouvernement Suisse.³

ANNEX

Die Colonisten von Helvezia, Provinz Santa Fé,
an den Hohen Schweizerischen Bundesrath in Bern

Petition

Colonie Helvezia, im März 1880

Im Jahre 1866 gründete ein Schweizer: Dr. Romang am Rio Parana die Colonie Helvezia. Dieselbe misst dem Flusse nach vier Stunden in die Länge & in das Land hinein eine Stunde Breite, wurde so ausgemessen & chartiert, sowie darauf der Stadtplatz bezeichnet & die vom Gründer zu verkaufenden Conzessionen. Zwischen dem Stadtplatz und dem Flusse einer- & den Conzessionen anderseits zieht sich der ganzen Länge nach ein grösseres Stück Land, das auf Verwenden von zwanzig Familien, die von der Colonie Esperanza hieher zogen, vom Gründer Dr. Romang dieser Colonie durch Schenkungsakt als Eigenthum der hiesigen Bewohner abgegeben wurde.

1. E 2200 Buenos Aires 1/86.

2. Als Annex abgedruckt.

3. Der Bundesrat billigte am 16. 8. 1880 das Verhalten des Konsuls (E 1004 1/122, Nr. 4345).

Die Colonie gedieh bald gut, hatte jedoch durch die immer eindringenden Indianer viel Gefahren auszustehen & durch ihre Diebstähle viel zu leiden. Vier Personen wurden von denselben ermordet & andere verwundet. Zur Aufmunterung versprach der Gouverneur von Santa Fé den Colonisten bei seinen Besuchen ihnen den auf der Westseite in ganzer Länge anstossenden Wald als Geschenk, ebenfalls eine Stunde breit, & bekräftigte seine öftern mündlichen Zusagen durch einen Schenkungsbrief, der in hier aufbewahrt ist. Der argentinische Consul in der Schweiz sagt schon im Jahre 1874 in seinem Handbuche über Auswanderung fol. 181: «Das Gebiet von Helvezien hat vier Stunden (Leguas) Länge von Süd nach Nord & zwei Stunden Breite,» also der Wald inbegriffen & ebenso ist derselbe auf dem topographischen Bureau in Santa Fé zur Colonie aufgenommen. Die Eigenthumstitel gemein und privat wurden ausgestellt & denselben höhern Orts die Genehmigung erteilt & erstere im Jahre 1876 mit der Beschreibung: «grenzt östlich an das Comunalland & westlich an den Wald». Ein kleineres Stück dem Fluss nach wurde ebenfalls verkauft, der Titel genehmigt & für diese Liegenschaft seit Jahren nach Gesetz die Vermögenssteuer bezahlt. Allein jetzt werden weder die Rechte der Privat- noch Gemeintitel mehr respektirt & dieselben nicht mehr als gültig angesehen & zwar von den gleichen Behörden und dem Gouverneur in Santa Fé in gleicher Person. Im Jahre 1873 wurde der nach Colonievertrag von den stimmfähigen gewählte Gemeinderath & der Richter ohne Grund & ohne Grundangabe abgesetzt & durfte kein neuer Gemeinderath mehr gewählt werden, trotz deutlicher Bestimmungen hiesiger Gesetze, dass alle abgeschlossenen Colonieverträge in ihren, zur Zeit der Abschliessung aufgestellten Bedingungen aufrecht zu erhalten seien. Ein von der Provinzialregierung ernannter Richter amtete in verwaltender & richterlicher Beziehung in weitumfassender Machtbefugniss. Vor zwei Jahren fieng derselbe an, mit Erlaubniss des Gouverneurs den Wald pachtweise schlagen zu lassen & das Holz, oder die daraus gewonnenen Kohlen zu verkaufen & den Erlös zu behändigen. Beschwerden dagegen wurden höflich, auch unhöflich entgegen genommen, fruchteten aber nichts. Unterm 21. Febr. d. J. kamen trotz Protestationen Abgeordnete des Gouverneurs von Santa Fé & versteigerten trotz Titelvorweisung das vom Gründer Dr. Romang abgetretene Gemeindeland, den Wald & das vorhin erwähnte Einzelstück. Nächstens solls an den Stadtplatz gehen, dessen Erlös laut Colonievertrag von der Ortsbehörde zu öffentlichen Zwecken: Kirche, Schulen, Strassen etc. verwendet werden soll. Gemein- & Privattitel sind von der gleichen Behörde genehmigt & folglich müssen wir über kurz oder lang gewärtigen, dass sie uns einem jeden seine gekauften Conzessionen wegnehmen. Die Grundgedanken der im Jahre 1853 von der Republik Argentinien aufgestellten Verfassung; «Freiheit des Cultus, des Unterrichts & der Presse, Freiheit der Arbeit & Gewerbe, Unverletzlichkeit der Person & des Eigenthums, Gleichheit vor dem Gesetze, ohne Rücksicht auf Farbe & Abstammung, Freiheit des Handels & Begünstigung der Einwanderung etc» sind sehr schöne — aber für uns ganz inhaltslose Worte. Auf diese Weise sind wir, die wir hier unter mancherlei Gefahren cultivirt & getreulich gearbeitet haben, gezwungen auszuwandern, od. aber mit Landwirthschaft & besonders mit Viehzucht beengt & als Bürger in der Sklaverei zu verbleiben. Steuern aller Art, direkte & indirekte, alte & neugegründete, zahlen wir ohne Widerrede. Dass auch Gerichte hier existiren, an die wir uns wenden können, ist uns wohl bekannt, aber ebenso ist uns bekannt, dass wer prozessirt & gewinnt, danach sein Vermögen verliert. Offen und ungeschminkt dürfen wir reden: Wer die grösste Summe schmiert, gewinnt!

Vor Jahren liessen wir aus freiwilligen Beiträgen ein Schulhaus bauen, das auch als Lokal zum Gottesdienst benutzt wurde, & regelrechte Schulbänke erstellen. Wegen Mangel eines Lehrers wurde der Unterricht eingestellt, die Schulbänke ohne Anfrage in die spanische Schule genommen & nun bei dem Zurückverlangen die Herausgabe verweigert, & bei allfälliger Wegnahme vom Herrn Richter mit Gefängnisstrafe bedroht. Prozessirt wurde nicht, wir liessen wieder neue machen.⁴ Auf obige & noch viele andere Vorgänge hin, sind wir Schweizer im Einverständniss der Angehörigen des Deutschen Reichs, der Franzosen & der Italiener dahin übereingekommen, an Sie, Hochgeachtete Herren! die Bitte zu stellen, dass Sie hier eingreifen möchten & mit Hülfe der Tit. Consulate oder anderer Europäischer Staaten bei der Centralregierung der Argentinischen Republik in Buenos-Ayres ernste Vorstellungen zu machen, um uns wieder zu unsern verbrieften Rechten zu verhelfen.

4. *Am Rand dazugesetzt:* Kleinlich, aber solche Fälle erscheinen zu oft.

Ein gleiches Ansuchen an das Schweizerconsulat in Buenos-Ayres blieb, auch auf eine Mahnung hin, unbeantwortet. Es sind dies sicherlich keine müssigen Plagereien der Behörden, sondern ein Akt der Notwehr.

In der Ansicht & dem Bewusstsein, dass der Hohe Schweizerische Bundesrath sich meiner bemühte, & keine Arbeit scheute, seine Angehörigen in fremden Landen, wenn immer möglich, in ihren erworbenen Rechten zu schützen, unterzeichnen mit der Versicherung vollkommener Hochachtung und Ergebenheit.⁵

5. *Es folgen die Unterschriften von 28 Schweizern, 9 Deutschen, 7 Franzosen und 7 Italienern. — Der Erstunterzeichner, Büchler, führte in einem Begleitschreiben vom 31. 3. 1880 aus: In beiliegendem Schreiben an den hohen Bundesrath haben unterzeichnet, wer 20 Jahre & darüber alt ist & wer in hier Eigenthum besitzt an Vieh od. Land. Viel Schuld an diesen traurigen Zuständen betreffs des Eigenthumsbegriffs & anderer Unannehmlichkeiten trägt der Gründer Dr. Romang, indem er die Colonisten in jeder Weise betrog, es mit der Regierung hielt, hier es erreichen konnte; dass die Behörde abgesetzt wurde & dann gegen den Colonievertrag noch Stadtplätze zu seinem Nutzen verkaufte, sich noch mit fcs: 1200 bezahlen liess, dass die Colonisten neue Titel erhielten, welche nun wieder nicht gehalten werden. [...] (E 7175 (A) 1/44). — Vgl. auch die gleichlautenden Klagen der Siedler aus Paraná vom 6. 11. 1880 (E 2200 Buenos Aires 1/85 und 86).*

178

E 20/87

Antrag des Vorstehers des Departements des Innern, K. Schenk, an den Bundesrat

Rheindurchstich-Angelegenheit

Bern, 6. September 1880

Die einverständlich mit der Regierung von St. Gallen von Ihnen angeordnete Konferenz in der Rheindurchstichangelegenheit¹ haben wir am 28. vorigen Monats zu St. Gallen abgehalten. Verhandlungsgegenstände waren gemäss dem Schreiben von St. Gallen vom 5. Mai² abhin die Veranlassung einer Äusserung der östr. Regierung über das Schlussprotokoll der internationalen Commission und die eventuellen Maassnahmen auf der Flusstrecke unterhalb Monstein, dem gegenwärtigen Endpunkte der Rheinkorrektion; woneben noch besprochen wurde, wie dem üblen Eindrucke entgegen zu wirken sein möchte, welchen die Dünkelberg'sche Schrift³ bezüglich der Durchstichfrage auf die Bevölkerung des Vorarlbergs hervorgebracht hat.

Ein Protokoll ist über diese Konferenzverhandlung nicht aufgestellt worden. Gemäss bei derselben getroffener Abrede

beantragen wir

Erlassung eines Schreibens an unsern Herrn Gesandten in Wien folgenden Inhaltes:

1. *Vgl. die BR-Prot. vom 14. und 26. 5. 1880 (E 1004 1/121, Nrn. 2587 und 2833).*

2. *Nicht abgedruckt.*

3. E 20/112.

Wir haben Ihnen seiner Zeit — 1. März 1878⁴ — das Protokoll d. d. Chur 20. Januar 1878⁵ zur Kenntnis gebracht, mit welchem die Arbeiten der gemäss Präliminarübereinkommen⁶ zwischen der Schweiz und Österreich betreffend die Rheinkorrektion von Krissern bis zum Bodensee vom 19. September 1871 aufgestellten internationalen Expertenkommission ihren definitiven Abschluss fanden. Seither gab nur noch die Publikation der Dünkelberg'schen Schrift von Seiten des Vorarlberg'schen Landesausschusses zu Äusserungen Veranlassung, welche mit Ihrem Schreiben vom 2. April 1878⁷ und der dadurch abschriftlich mitgetheilten Note des k. k. Ministeriums des Äussern vom 30. gleichen Monats⁸ ihren Abschluss fanden, indem sich daraus ergab, dass die k. u. k. Regierung dieser Publikation ferne gestanden und auch in technischer Beziehung der genannten Schrift keinen Werth beigelegt habe.

Die Angelegenheit der Rheinkorrektion selbst, deren einverständliche Regelung das Präliminarübereinkommen von 1871 anbahnen wollte, hat also seit der Schlussversammlung der Expertenkommission im Jahre 1878 gänzlich geruht. Da bis dahin alle diesbezüglichen Veranlassungen von der k. k. Regierung ausgegangen waren, glaubte der Bundesrath deren Initiative auch abwarten zu sollen bezüglich des weitern Vorgehens nach Abschluss der internationalen Expertise.

Wenn er nun sich erlaubt, aus dieser zuwartenden Stellung herauszutreten, so geschieht dies aus dringender äusserer Veranlassung. Dieselbe könnte schon hergenommen werden von Ereignissen, welche in den letzten Jahren an andern Gewässern unter Verhältnissen von gewisser Ähnlichkeit mit den am Rhein bestehenden vorgekommen sind und als dringende Mahnung anzusehen sein möchten, solche Verhältnisse hier nicht länger fortbestehen zu lassen. In Wirklichkeit genügen dazu aber die Erscheinungen, welche am Rheine selbst in sehr Bedenken erregender Weise zu Tage traten. Es handelt sich dabei um diejenigen Verhältnisse und ihre Folgen, welche schon in der Erwiderung des eidgen. Oberbauinspektors von Salis⁹ auf die Schrift des Professors Dünkelberg, von der dem k. k. Ministerium des Äussern Kenntnis zu geben wir die Ehre hatten, sich hervorgehoben finden und welche auf dem zwischen dem obern korrigirten Flusslaufe und der fraglichen untern Flussstrecke bestehenden Gegensätze beruhen. Indem letztere nicht die entsprechenden Abflussbedingungen bietet, ist die Folge davon eines Theils eine durch Profilmessungen nachgewiesene fortschreitende Aufschotterung des Flussbettes und anderseits die Gefahr des Austretens der aussergewöhnlichen Hochwasser, wie dieselbe nach den Wahrnehmungen angenommen werden muss, welche neuerdings bei geringern auf den obern Strecken keinerlei Bedenken veranlassenden Anschwellungen hier gemacht wurden.

Da hienach nicht bezweifelt werden kann, dass in Folge der veränderten Verhältnisse des obern Flusslaufes auf dem untern durch ausserordentliche Hochwasser solche Wasserstände erzeugt werden müssen, wie sie bisher hier nicht vor-

4. E 1001 (E) q 1/118, Nr. 1122b.

5. *Nicht abgedruckt.*

6. AS 1869—1872, X, S. 548—554.

7. E 20/112.

8. *Ibid.*

9. *Ibid.*

gekommen sind und welche das jetzige Rheinbett nicht zu fassen vermag, so ist es wohl begreiflich, dass die Regierung des Kantons St. Gallen sich dabei nicht länger glaubt zuwartend verhalten zu dürfen, sondern sich verpflichtet erachtet, in eint oder anderer Weise der daherigen Gefahr auf ihrem Gebiete zu begegnen.

Der Bundesrath kann diese Anschauungsweise nur theilen und er nimmt daher davon Veranlassung Sie zu ersuchen, auch die Aufmerksamkeit der k. u. k. Regierung auf eine Sachlage zu lenken, deren Gefährlichkeit kaum weniger für das dortige Gebiet besteht.

Überhaupt aber wollen Sie der k. k. Regierung unter Bezugnahme auf die Sachlage wie sie in der Angelegenheit der Rheinkorrektion von Krissern bis zum Bodensee laut Vorstehendem nach Abschluss der internationalen Expertise besteht, den Wunsch des Bundesrathes ausdrücken, dass es derselben gefällig sein möchte, sich über ihre Anschauungsweise über das weitere Vorgehen in der Sache auszusprechen.¹⁰

10. Der Antrag wurde vom Bundesrat anlässlich seiner Sitzung vom 10. 9. 1880 unverändert genehmigt (E 1004 1/112, Nr. 4767) und das entsprechende Schreiben durch Tschudi der österreichischen Regierung am 15. 9. 1880 übergeben (vgl. das Schreiben des österreichisch-ungarischen Ministerialinspektors Kallay an Tschudi vom 24. 1. 1882 (E 20/87).

179

E 2/1910

Der Bundesrat an die italienische Gesandtschaft in Bern

Kopie

N

Berne, 5 novembre 1880

En réponse à la note de S. E. M. le Sénateur Melegari, du 1^{er} de ce mois¹, le C. féd. a l'honneur de Lui renouveler l'assurance qu'il a fait les démarches nécessaires² pour que les faits qui, d'après les communications de M. le Ministre, se sont passés sur la frontière suisse, dans les environs de Chiasso, ne se répètent pas, pour autant du moins qu'il est possible de l'empêcher. Dans cette occurrence, les mesures propres à arriver au but ont été prises de concert avec le gouvernement du canton du Tessin. De plus, le C. féd. a donné des ordres pour que les personnes qui se rendraient coupables, sur le territoire suisse, d'une attaque ou de toute action contraire aux lois envers des *employés des douanes italiennes* soient poursuivies judiciairement et punies comme il convient.³

1. Nicht ermittelt.

2. Vgl. die Schreiben des Bundesrates an den Tessiner Staatsrat vom 29. 10. (E 1001 (E) q 1/129, Nr. 5575 a) und 5. 11. 1880 (E 2/1910).

3. Vgl. den Annex.

E 6/37

ANNEX

*Der Direktor des 4. eidgenössischen Zollkreises, A. Franscini,
an die Oberzolldirektion in Bern*

B Agressions contre douaniers italiens

Lugano, 8 novembre 1880

Cette Direction avait en effet déjà, depuis le milieu du mois passé, connaissance, que d'après des rapports d'Autorités italiennes, les douaniers italiens étaient l'objet d'attaques nocturnes de contrebandiers dans le voisinage de la frontière tessinoise entre Pedrinato et Drezzo. Le soussigné a été informé verbalement par M. l'Inspecteur Supérieur des Douanes, Cher. Bonelli, des faits mentionnés dans vos offices⁴ et, par écrit, de celui arrivé dans la nuit du 22 au 23 Octobre d'., dans lequel les douaniers auraient été attaqués à coups de pierre par environ 60 contrebandiers et les douaniers auraient tiré quelques coups de fusil pour effrayer les agresseurs. Mais aucun rapport du bureau de péages ni des postes n'était parvenu à cette Direction sur des faits semblables. Ayant adressé au Receveur postal de Chiasso et au Maréchal des logis le 25 Octobre d'., une interpellation⁵ avec invitation de se rendre sur les lieux pour compléter ce qui était à leur connaissance, ils me répondirent en termes positifs, qu'ils avaient ignoré jusque là absolument les faits susmentionnés et que malgré tous leurs soins ils n'ont pu recueillir aucune information confirmant que des faits de la susdite nature aussi importante et en particulier celui de la nuit du 22—23 Octobre fussent arrivés.

Le Maréchal de Chiasso a appris uniquement qu'il y a plus d'un mois, on aurait tiré des coups de pierre aux douaniers près de Paré (territoire italien) sans que ceux-ci aient répondu avec des coups de fusil et que l'on ne sait pas si les agresseurs étaient des contrebandiers. Le Maréchal a aussi entendu parler du fait, que les douaniers italiens auraient voulu arrêter sur territoire suisse un garçon suspect de contrebander [*sic*] avec des chiens, et qu'un douanier voulait tirer sur un chien sur territoire suisse, mais que sur les remontrances d'un habitant de Seseglio les douaniers ont désisté.

Le Receveur postal de Chiasso a aussi eu des informations concernant le fait de Paré arrivés à l'époque indiquée par le Maréchal et dans lequel en effet, dit-on, plusieurs Douaniers auraient été maltraités par des coups de pierre. Mais il ne lui a pas été possible d'apprendre quelque chose de plus précis sur les circonstances de ce conflit, ni que d'autres faits semblables soient arrivés depuis. Selon quelques personnes le Corps des Douaniers étant formé de beaucoup d'individus tout à fait jeunes et de pays différents, il serait arrivé des conflits entre eux-mêmes. D'autres personnes admettent qu'il y ait eu quelque collision entre douaniers et particuliers, mais elles ne savent ou ne veulent pas préciser les faits.

Le Receveur postal dit qu'en tout cas il n'est point vrai qu'il y ait continuellement des attroupelements et des conflits entre des particuliers et des douaniers à l'effet d'empêcher ces derniers de faire leur service et afin de pouvoir effectuer la contrebande; qu'il est tout à fait invraisemblable que les contrebandiers veuillent se chamailler à coups de pierre avec les douaniers, qui sont armés de fusils et de sabres, dont il sont autorisés à faire usage et qu'enfin les contrebandiers ont trop peur d'être surpris ou seulement reconnus par les douaniers, puisqu'ils s'exposent à une punition de plusieurs années de prison.

Il est un fait que les contrebandiers sont tous Italiens habitant sur le territoire italien.

De ce qui précède on devrait conclure que si des conflits sont arrivés, il leur a été donné une

4. *Mit Schreiben vom 1. 11. 1880 hatte das Finanz- und Zolldepartement der Zolldirektion Lugano mitgeteilt:* Le Conseil Fédéral reçut du Gouvernement Italien des réclamations incessantes renouvelées au sujet d'attaques nocturnes incessantes auxquelles les douaniers Italiens sont exposés depuis le territoire suisse sur la partie de la frontière entre Drezzo et Chiasso de la part de contrebandiers. Déjà plusieurs de ces gardes ont reçu des lésions graves provenant de pierres qui leur ont été lancées et l'un d'eux a été blessé à mort. Cet état de choses dure depuis l'été passé et les agressions précitées doivent se réitérer presque chaque nuit. [...] (E 6/37).

5. *Nicht ermittelt.*

importance fort exagérée, car il n'est pas admissible que dans les localités aussi voisines comme Chiasso on n'en ait pas eu connaissance ou qu'on n'en aurait pas parlé, puisque dans les petites localités le moindre petit événement fait le sujet de la conversation de tous. Il est presque incroyable aussi, que la présence de 60 individus ait pu passer inaperçue.

Toutefois je ne voudrais pas exclure la probabilité que les faits indiqués par l'Autorité Italienne, mais réduits à des proportions bien plus petites, n'aient pas eu lieu effectivement, car d'un autre côté il faut tenir compte

1°) que la population frontière est habituée à l'agitation de contrebande et qu'elle n'y fait pas grande attention.

2°) que des deux côtés toute la population, y compris les représentants des Autorités locales ont intérêt direct ou indirect, à ménager les contrebandiers et à s'abstenir de tout ce qui pourrait nuire à leur métier. L'ignorance générale des faits pourrait bien être un mutisme calculé.

3°) que les dits faits peuvent bien avoir échappés à l'attention de notre personnel, en tant qu'il paraît que les agressions ont lieu près de notre frontière, mais à quelque distance de la ligne sur territoire italien. En effet l'Autorité italienne, à ce qu'il me semble, ne se plaint pas de ce que les agressions ou le jet des pierres se font depuis notre territoire, mais que les contrebandiers peuvent s'y assembler et se réfugier, de manière à empêcher une répression des désordres et la poursuite.

Les postes des douaniers le long de la frontière en question ont été renforcés par des soldats d'infanterie et il est un fait que depuis quelque temps la contrebande a mauvais jeu. Cette situation peut bien avoir exaspéré les contrebandiers et les avoir poussés à donner essor par des insultes et des attaques à cet état d'exaspération.

J'avais déjà donné l'instruction de redoubler dans l'activité de surveillance, afin de constater les faits nouveaux qui pourraient arriver. A la réception de votre premier office⁶, j'ai immédiatement ordonné le renfort des postes de Novazzano et Chiasso et d'organiser un service de patrouilles de nuit continu[elles], le long de la frontière en question. Six hommes font ce service jusqu'à 1 h du matin, 6 autres le reste de la nuit et cela jusqu'à nouvel ordre. Dans quelques jours je vous ferai rapport sur les résultats de cette surveillance extraordinaire.

Les gardes ont l'instruction d'arrêter et de remettre à l'Autorité de Police Tessinoise tous les individus qu'ils voient insulter ou molester les douaniers Italiens, ainsi que ceux qu'ils ne connaissent pas et qu'ils trouvent dans une attitude suspecte. Si ces derniers leur sont connus ils se limiteront à les dénoncer à la susdite autorité.

6. Vgl. Anm. 4.

180

E 53/83

*Der schweizerische Gesandte in Paris, J. K. Kern,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
E. Welti*

B Confidentiel

Paris, 9 novembre 1880

En me référant aux précédentes communications de la Légation de Suisse, et particulièrement aux rapports¹ de M. Lardy des 1^{er} et 9 octobre derniers, j'ai l'honneur de vous transmettre les renseignements suivants au sujet de *l'affaire du Simplon*:

M. Cérésolle, qui est de nouveau à Paris depuis quelques jours, s'est rendu à la

1. Nicht abgedruckt.

Légation de Suisse pour me renseigner sur l'état actuel de ses démarches. Voici, en substance ce qu'il m'a dit dans un entretien que nous eûmes samedi dernier:

Il ne paraît avoir été donné aucune suite au projet d'un examen en commun de la question par les Ministres des Travaux Publics, de la Guerre, du Commerce et des Finances, dont il avait été parlé précédemment (lettre de M. de Freycinet du 18 mai dernier²). M. le Général Farre, d'après ce que M. Cérésolle tient de la bouche même de ce Ministre, n'aurait jamais été invité à élaborer le préavis de son département.

M. Cérésolle a conféré, dans les derniers temps, au sujet de toute l'affaire, avec MM. Gambetta, Magnin, Ministre des Finances, et Léon Renault, Député à la Chambre, qui tous les trois, se sont trouvés cet automne à Lausanne ou dans les environs. A la suite de ces entretiens, il a été arrêté le plan suivant: M. Léon Renault, usant de son initiative parlementaire proposerait à la Chambre d'adopter un projet de loi par lequel elle se déclarerait favorable au percement du Simplon, et voterait, pour assurer l'exécution de l'entreprise, un crédit de 48 à 50 millions (le chiffre n'est pas encore fixé). Un nombre important de députés, de 100 à 150, adhéreraient par leurs signatures à la motion de M. L. Renault, qui serait formulée, si ce n'est dans la première, du moins dans la deuxième semaine de la session législative ouverte demain (9 novembre). La discussion serait mise à l'ordre du jour à une date aussi rapprochée que possible, et peut-être déjà dans le délai indiqué ci-dessus. Le Gouvernement serait chargé d'ouvrir des négociations avec la Suisse et l'Italie au sujet de la participation financière de ces deux Etats. M. Cérésolle a communiqué à M. L. Renault toutes les données et tous les documents nécessaires pour mettre ce dernier à même de soutenir sa proposition contre les objections qui pourraient se produire. M. Renault aurait étudié la question à fond.

M. Cérésolle a ajouté que M. Gambetta lui avait déclaré être parfaitement décidé à appuyer de son influence, et par l'intermédiaire de ses amis, le projet en question. M. Renault et consorts se mettront en relation avec le Gouvernement, et ils pensent obtenir qu'il ne fasse pas d'opposition. Ils seraient déjà assurés du concours, soit de M. Sadi Carnot, Ministre actuel des Travaux Publics, soit de M. Magnin, Ministre des Finances. Ce dernier a dit à M. Cérésolle: «*L'argent nécessaire se trouvera*».

D'après ce qui précède, l'affaire du Simplon est sur le point d'entrer dans une nouvelle phase, et l'on peut, semble-t-il, prévoir qu'elle aura, devant les Assemblées françaises, une solution assez rapprochée, si, comme les intéressés l'espèrent, l'on peut vaincre l'opposition, ou tout au moins l'inactivité du Gouvernement.

Vous vous souvenez, Monsieur le Président, qu'il avait déjà été question, depuis assez longtemps, de mettre en jeu l'initiative parlementaire d'un député favorable à l'entreprise, soit par voie de motion, soit par celle d'une interpellation (Voir les deux rapports précités de M. Lardy). Mais, MM. Cérésolle et Gambetta avaient préféré attendre encore, pour ne pas froisser les membres du Gouvernement. La composition actuelle de ce dernier les a décidés à sortir de l'expectative.

J'ai demandé à M. Cérésolle s'il redoutait l'opposition probable des amis du projet d'un percement du Mont Blanc. Il m'a répondu que non. D'après son avis et

2. Nicht abgedruckt.

celui de M. L. Renault et consorts, cette opposition serait dans tous les cas impuissante à empêcher la réunion d'une majorité favorable au Simplon.

Il est manifeste que si, aujourd'hui, l'on se décide à porter la question devant les Chambres, cela doit être attribué à la retraite de M. de Freycinet. Celui-ci, en effet, d'après tous les indices, exerçait sa haute influence dans un sens hostile au projet, sans toutefois se prononcer catégoriquement et ouvertement contre.

Je me ferai un devoir de vous tenir au courant de ce qui pourra survenir d'important au sujet de l'affaire, dans la nouvelle voie où elle est sur le point d'entrer, [...] ³.

3. Es folgt die Grussformel.

181

E 13 (B)/92

*Der schweizerische Gesandte in Paris, J. K. Kern,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
E. Welti*

B Confidentielle

Paris, 1^{er} décembre 1880

J'ai l'honneur de Vous annoncer que j'ai eu la visite de MM. Philippin, chef du Département des Travaux publics du Canton de Neuchâtel, & Gavard, chef du Département des Travaux publics du Canton de Genève. Ces Messieurs ont dit s'être rencontrés par hasard [*sic!*] à Paris, et tenir à profiter de cette rencontre pour s'occuper du *raccordement des chemins de fer suisses & français près d'Annemasse & près de Morteau*, puisque le Conseil fédéral avait établi une connexité entre ces deux questions.¹ — Ils ont dit avoir vu M. Tirard, Ministre du Commerce, qui leur aurait déclaré n'avoir pu s'occuper de cette affaire, à cause de la dernière crise ministérielle & du changement survenu aux Ministères des Travaux Publics et des Affaires Etrangères par le départ de MM. Varroy et de Freycinet; M. Tirard aurait donné à entendre que le raccordement à Annemasse était subordonné à des concessions douanières à faire par la Suisse dans une mesure à déterminer. —

1. *Das Protokoll einer Konferenz vom 13. 7. 1878 in Bern, an welcher unter Leitung von Heer, dem Vorsteher des Eisenbahn- und Handelsdepartements, das Militärdepartement, das Finanz- und Zolldepartement, die neuenburgische Regierung und die bernischen Jurabahnen vertreten waren, hält fest: [...] H. Bundesrath Heer schliesst die Konferenz unter Verweisung auf die wegen einer Linie Genf—Annemasse schwebenden Verhältnisse zu Handen der schweiz. Delegirten. Die Schweiz müsse wünschen, dass Frankreich einer Linie Genf—Annemasse den Anschluss an das savoyische Bahnnetz gewähre; nun lägen aber alle Anzeichen vor, dass Frankreich diesen Beschluss nur gestatten wolle gegen Concessionen, welche schweizerischerseits im Gebiet des Zollwesens zugestanden werden sollten. Nun sollte man die Anschlussfragen nicht mit solchen Zollfragen vermischen lassen; Frankreich soll in Annemasse den Anschluss der schweizerischen Bahnen aus den Rücksichten gestatten, welche Nachbarländer sich ohne anderes schuldig sind; wenn Frankreich das in Annemasse nicht thun sollte, so haben wir auch keine Pflicht, es bei Col des Roches zu thun. [...] (E 13 (B)/91).*

M. Philippin a insisté sur le mécontentement que provoquerait, dans les Montagnes neuchâteloises, le prochain achèvement de la ligne de Besançon jusqu'à quelques mètres de la frontière suisse.

J'ai répliqué à ces Messieurs que, dans ma pensée, la Suisse n'avait pas d'intérêt à prendre l'initiative de la reprise des négociations; que c'était à la France, auteur de la condition de la réunion d'une conférence diplomatique devant suivre la conférence technique convoquée à Genève au printemps dernier², à provoquer la réunion de cette conférence chargée d'étudier les questions douanières ou autres dont on a compliqué la question d'Annemasse; que cette conférence douanière avait été subie par la Suisse & non demandée par elle, en sorte qu'à moins d'ordres formels de la part du Conseil fédéral, il me paraissait qu'à notre point de vue, une attitude passive était, pour le moment, dans la nature des choses.

M. Gavard et M. Philippin sont retournés, paraît-il, chez M. Tirard, & m'ont fait savoir que ce dernier s'était montré disposé à reprendre les pourparlers & à se concerter, dans ce but, avec son collègue le Ministre des Affaires Etrangères.³

2. Vgl. Nr. 158, Anm. 7.

3. Vgl. dazu den GBer. 1880 (BBl 1881, 2, S. 400—405 und 406—409).

182

J.I.2/13

Der Direktor der Simplonbahn-Gesellschaft, P. Cérésolle, an Bundesrat E. Welti

S Personnelle

Lausanne, 14 janvier 1881

La conversation qu'ont eue le 18 Décembre avec toi des délégués des Cantons de Fribourg, Vaud et Valais sur le Simplon a donné lieu de la part des délégués vaudois à un rapport à leurs collègues qui m'a été communiqué confidentiellement par le Président du Conseil d'Etat et dont plusieurs autres personnes ici ont eu connaissance de la même manière que moi, entr'autres M. Chéronnet. De ce rapport il résulterait entr'autres que le Gouvernement Français aurait déclaré «*que pour qu'ils'occupât du Simplon, il fallait au préalable que l'assurance formelle fût donnée par l'Italie que de son côté elle ferait en faveur de cette entreprise une subvention égale à celle que pourrait faire la France, et que c'était là une condition sine qua non.*»

Cette déclaration aurait été faite d'abord par M. Waddington à M. Kern; elle aurait été renouvelée dès lors par M. de Freycinet et même par M. Ferry.

Bien qu'à l'heure qu'il est la question du Simplon soit engagée dans la phase parlementaire et qu'ainsi l'opinion d'un Ministre et surtout d'un Ministre qui n'est plus aux affaires, n'ait plus une aussi grande importance, le rapport n'en est pas moins de nature à faire une sensation très-fâcheuse parmi ceux qui l'ont connu, et cela d'autant plus qu'il renferme en quelque sorte comme conclusion cette phrase textuelle: «*Le Conseil fédéral a acquis la pénible conviction que du côté de la France rien n'avait été fait, pas plus à l'intérieur qu'en Italie.*»

Il me paraît impossible que le rapport rende exactement tes paroles et ta pensée.

Je viens de relire tous les résumés que j'ai rédigés avec grand soin de mes conversations avec les Ministres Français, ainsi que les notes que j'ai prises sur les rapports de M. Kern au Conseil fédéral, rapports qui m'ont été communiqués confidentiellement soit à Berne, soit à Paris. J'y ai vu qu'au commencement des pourparlers, quelques-uns des Ministres ont exprimé l'idée, bien naturelle du reste, que si l'Italie faisait une part de subvention égale à la France, toutes les difficultés seraient levées. Cette idée a été émise en particulier par MM. Waddington et de Freycinet (voir rapport de M. Kern du 21 Juillet 1879).¹ Mais M. de Freycinet n'est pas revenu sur ce point et ni lui ni M. Waddington n'en ont jamais fait une condition *sine qua non* (Voir rapport de M. Kern du 29 Avril 1880).²

Quant à M. Ferry et au Ministère actuel, j'affirme positivement qu'il n'a jamais mis en avant une condition pareille. Je ne crois pas d'ailleurs que M. Kern ait conféré sur le Simplon avec M. Ferry depuis que celui-ci est Président du Conseil. L'idée que la France devrait faire une part plus large que l'Italie est au contraire généralement admise en France; c'est celle qui résulte entr'autres des déclarations de M. Gambetta faites à M. Kern, de ce qui a été publié dans les rapports présentés aux réunions parlementaires et enfin du fait que 110 députés ont proposé, il y a moins d'un mois, une subvention de 50 millions.

Je le répète, je n'attache pas dans l'état actuel des choses une importance très grande à l'opinion qu'ont pu émettre dans le temps certains Ministres français. Mais les termes du rapport sur la conférence du 18 Décembre 1880 sont si absolus, ils semblent engager tellement l'opinion du Conseil fédéral et ils sont si peu en rapport avec les faits *tels que je les connais*, que j'ai cru indispensable de te les signaler. Je ne suppose pas un instant que M. Kern ait tenu un autre langage à Berne qu'à Paris et je pense au contraire qu'il serait le premier à reconnaître que les appréciations du rapport ne répondent pas à la réalité.

Peut-être, mon cher ami, trouveras-tu un moyen de rétablir les faits sous leur vrai jour. Je t'en serai très reconnaissant.

Je compte me rendre à Berne la semaine prochaine, probablement le 20 et je ne manquerai pas de te faire une visite.

1. *Freycinet hatte sich darin wie folgt geäußert: [...] La France sera disposé à allouer une subvention, mais elle ne pourrait pas accepter une base telle que celle exposé par M. Cérésolle dans son mémoire. Il faut que l'Italie se place sur un tout autre terrain; ce qu'elle offre n'est pas une subvention; les lignes d'accès, dont parle M. Cérésolle, sont nécessaires dans l'intérêt même de l'Italie et n'acquerront une véritable portée, surtout au point de vue du rendement, que par l'ouverture du Simplon. C'est pour le percement du Simplon lui-même qu'il faut une contribution commune, et pour être équitable, l'Italie devrait accorder une subvention au moins égale à celle de la France [...]* (E 53/83).

2. E 53/83.

J.I. 2/14

183

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartements, E. Welti*

B Persönlich und confidentiel

Berlin, 22. Januar 1881

Heute habe ich den Feldmarschall Moltke in seiner Wohnung aufgesucht und gesprochen.

Nachdem ich denselben — die Conversation einleitend — dafür beglückwünscht, dass der neuliche Brand im Generalstabsgebäude keine grössern Dimensionen erreicht und dass er persönlich hiebei keinen Schaden genommen, sprach ich ihm zunächst meinen Dank aus für die Zusendung der Winterfeld'schen Brochure, mit dem Beifügen, ich habe dieselbe natürlich mit grossem Interesse gelesen; da aber Winterfeld die Idee der Nothwendigkeit einer, wenn auch numerisch noch so bescheidenen *stehenden* Armee vertrete, so könne dieses Schriftchen, nach meiner Ansicht, nur in sehr beschränktem Maasse praktische Berücksichtigung finden etc.

Der Feldmarschall liess sich hierauf in folgender Weise vernehmen:

«Es ist nicht zu bestreiten, dass die Winterfeld'sche Ansicht, betreffend das Erforderniss einer stehenden Armee für die wirksame Vertheidigung der zu errichtenden Befestigungswerke, vom fachwissenschaftlichen Standpunkte aus als die allein rationelle Lösung der Frage aufgefasst werden muss. Sie haben jedoch in der Schweiz mit andern Factoren ebenfalls zu rechnen und ich begreife recht gut, dass Sie auf diese Grund-Idee nicht eintreten können.

Die Frage, welches System Sie bei den gegebenen Verhältnissen wählen sollen, vermag ich nicht zu beantworten. Hiefür sind eingehende Studien nothwendig, welche übrigens — wie ich vernommen — bei Ihnen in der Schweiz seit längerer Zeit gemacht werden. Gerade jetzt soll die betreffende Commission in Bern versammelt sein. Natürlich wird es für mich von besonderm Interesse sein zu erfahren, wie dieselbe die Frage zu lösen gedenkt.

Aus der Winterfeld'schen Brochure geht hervor, dass die topographische Beschaffenheit Ihrer West-Gränze derart ist, dass Sie mit Grenz-Forts eine eigentliche Sperre nicht erlangen können. Die Grenz-Forts könnten umgangen werden, wenigstens mit Infanterie und leichter Cavalerie und Artillerie. Doch würden dieselben die Invasion der gegnerischen Armee unter allen Umständen wesentlich erschweren und Ihnen Zeit verschaffen, Ihre Armee-Korps an den maassgebenden Punkten zu concentriren.

Betreffend Centralbefestigung habe ich wirklich keine rechte Idee darüber, welchen Punkt Sie hiefür zu wählen hätten. Sie haben ja keine eigentliche Hauptstadt, mit deren Fall Alles als verloren betrachtet werden müsste, wie dies z. B. bei Paris eintrat.

Dann haben Sie ja auch ein gutes Eisenbahnnetz und vortreffliche Strassen, welche Ihnen gestatten, die einzelnen Armee-Corps rasch auf den gefährdeten Punkten zur Hand zu haben.

Im Weitern werden Sie sich mit provisorischen, je nach der Lage der Dinge beim

Herantreten eines Krieges auszuführenden Befestigungsarbeiten bis zu einem gewissen Grade ebenfalls schützen können.

Bei der Behandlung der Frage im Allgemeinen müssen Sie natürlich auch die andern Gränzen in Betracht ziehen. Das begreife ich ganz gut. Ich wiederhole Ihnen aber, dass Sie von uns nichts zu befürchten haben. Wir haben kein Interesse, in die Schweiz einzudringen, um Frankreich an seiner starken, durch eine ganze Tirailleurs-Kette von Festungswerken geschützten Ost-Front anzugreifen. Von unserer Seite wird eine Verletzung der schweizerischen Neutralität nie erfolgen, *wenn dieselbe nicht von anderer Seite missachtet wird*. Der Gedanke liegt allerdings nahe, dass die Franzosen gegebenen Falls ihren Weg durch die Schweiz nehmen würden, denn, wollen sie nach Deutschland eindringen, so dürften sie zur Zeit hiefür nur Belgien und die Schweiz in Aussicht nehmen. Belgien hat aber eine stehende Armee. Dieselbe ist zwar nicht sehr leistungsfähig und numerisch unbedeutend. Doch hat man sie sofort bei der Hand und es wird dieselbe durch die feste Stellung von Antwerpen unterstützt, so dass die Verletzung der belgischen Neutralität den Franzosen immerhin eine Armee von ca. 100,000 Mann lahm legen würde. Sie dagegen müssten sich erst organisiren. Somit scheint die Schweiz in der That eventuel französischerseits stärker bedroht, als Belgien. Für diesen Fall erachte auch ich die Einbruchsrichtung Lyon, Genf, Waadtland als die wahrscheinlichste, denn Frankreich huldigt ja auch dem Nationalitäten-Princip und könnte demgemäss darauf bedacht sein, Genf und Waadt für sich zu erwerben. Die Zustimmung Italiens würde es dann dadurch zu erkaufen suchen, dass es ihm, wieder gestützt auf das Nationalitäten-Princip, Tessin überlassen würde. Das ist der jetzt grassirende Panslavismus in anderer Form.»

Hiemit war die Conversation eigentlich zu Ende. Meine Zwischenbemerkungen lasse ich unberührt. Ich sprach nur so viel, als absolut nothwendig war, um die Unterredung im Fluss zu halten und auf diejenigen Punkte zu leiten, über welche ich Auskunft gewünscht hätte. Wie Sie sehen, war aber die Ausbeute sehr mässig. Namentlich blieb mir der Feldmarschall die Beantwortung der Hauptfrage, welches System wir wählen sollen, schuldig. Übrigens glaube ich wirklich nicht, dass er persönlich mit den Detailsstudien vertraut ist, was auch bei seinen 80 Jahren leicht zu begreifen ist.

Vergleichen Sie seine heutigen Äusserungen mit meinen diesbez. Mittheilungen vom 7. März v. J.¹, so werden Sie letztere zwar zum Theil bestätigt, nach verschiedenen Richtungen dagegen doch erheblich modificirt finden. Namentlich ist dies der Fall mit Rücksicht auf die nunmehr zugegebene Möglichkeit oder, richtiger gesagt, Wahrscheinlichkeit der Verletzung unserer Neutralität durch Frankreich, mit der Consequenz, dass dann auch für Deutschland die Nothwendigkeit eintreten könnte, sich nicht mehr an die Beobachtung derselben zu halten; ferner auch mit Bezug auf den praktischen Nutzen der Sperrforts, sowie auch betreffend die Beurtheilung der Widerstandskraft Belgiens.

Dass ich den Feldmarschall nicht eindringlicher zu positiven Mittheilungen zu veranlassen suchte, werden Sie gewiss billigen, denn die Conversation hätte durch ein weiteres Insistiren meinerseits einen mit unserer Sache und mit meiner Stellung unverträglichen Charakter erhalten.

Interessant war für mich, le peu de cas, welchen Moltke aus dem gegenwärtig in Frankreich demonstrativ zur Schau getragenen Friedensbedürfniss macht. Er sagte:

1. Nicht abgedruckt.

«Man spricht jetzt in den maassgebenden politischen Kreisen Frankreichs überall von Frieden; die opinion publique ist aber unbeständig und ein Tirann und wenn sie morgen schreit «à Berlin», so brüllt Alles mit.»

184

E 2200 Paris 1/80

*Der Bundesrat
an den schweizerischen Gesandten in Paris, J. K. Kern*

S

Berne, 11 mars 1881

Pour faire suite à notre office du 8 courant¹, par lequel nous vous avons désigné pour représenter la Suisse à la conférence diplomatique² qui doit se réunir à Paris le 15 courant dans le but de régler les questions de *raccordements de chemins de fer franco-suisse*, nous avons l'honneur de vous adresser ci-joint les instructions que nous avons arrêtées en vue de cette conférence.

Les questions qu'il s'agit de traiter vous étant connues de longue date, nous avons peu de chose à ajouter à nos instructions.

Dans votre lettre du 10 février écoulé³ à Monsieur le conseiller fédéral Droz, vous avez exprimé l'opinion que «si le conseil fédéral ne voulait faire aucune concession douanière, il n'y aurait pas de chance sérieuse d'aboutir.»

Malgré notre vif désir de donner le plus promptement possible satisfaction aux vœux des populations genevoises et neuchâteloises, nous ne pouvons abandonner le point de vue de principe que nous avons constamment soutenu dans cette affaire. Le bon droit étant de notre côté, ce serait un affaiblissement de notre position que de nous en départir. C'est pourquoi vous avez à faire prévaloir qu'il n'y a aucune connexité entre la question des raccordements et celle des concessions douanières.

Le choix que nous avons fait de M. Meyer, Directeur général des péages, pour vous être adjoint dans les négociations, vous indique du reste que nous ne nous refusons pas d'une manière absolue à examiner la question douanière, mais celle-ci doit être traitée indépendamment des autres questions, dans une seconde partie de la conférence diplomatique. En conséquence, M. Meyer ne se rendra à Paris que lorsque nous aurons jugé, par vos rapports, que le moment est arrivé de discuter cet ordre de ques-

1. *Nicht abgedruckt.*

2. *Die Verhandlungen fanden zwischen dem 17. 3. und dem 14. 6. 1881 sowie zwischen dem 13. 9. 1881 und dem 27. 2. 1882 statt. Vgl. Ministère des affaires étrangères. Négociations entre la France et la Suisse. Régime douanier entre le canton de Genève et la zone franche de la Haute-Savoie. Raccordements de chemins de fer. Procès-verbaux. Paris, Imprimerie Nationale, 1881 und Négociations entre la France et la Suisse. Régime douanier entre le canton de Genève et la zone franche de la Haute-Savoie. Raccordements de chemins de fer. Deuxième session (E 13 (B)/93).*

3. *Nicht abgedruckt.*

tions. En attendant, nous ne manquerons pas de faire préparer les données statistiques⁴ dont vous signalez l'utilité dans votre lettre du 8 courant.

MM. Philippin et Gavard arriveront à Paris, si nous sommes bien informés, dans la journée du 14. Vous pourrez leur donner connaissance de vos instructions, en les engageant à s'abstenir de toutes démarches personnelles du genre de celles qu'ils ont faites à Paris l'année dernière et dont votre rapport du 1^{er} décembre 1880 nous a rendu compte.⁵ Il est en effet dans l'intérêt des négociations qu'une pensée et une impulsion uniques y président.

Si le renvoi de huitaine dont vous a parlé M. Mariani est effectivement proposé, vous pourrez communiquer à la délégation française les projets de traités pour les deux raccordements⁶, afin que l'examen en soit fait dans cette intervalle. Nous attendons votre rapport sur la situation, en particulier sur les ouvertures de principe qui auront pu être faites dès le début des négociations par la délégation française.

4. *Vgl. dazu das* Tableau général des recettes de péages et des marchandises expédiées pour la sortie pour la Haute-Savoie. Au Bureau des péages dans l'Année 1880 (E 13 (B)/92).

5. *Vgl. Nr. 181.*

6. E 13 (B)/92.

185

E 2300 Berlin 4

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
N. Droz*

B

Berlin, 5. April 1881

Ich beehre mich, Ihnen in der Anlage den Bericht der National-Zeitung (Nr. 161. 5. April 1881)¹ über die gestrige Reichstagssitzung zu übermitteln. Über die Vorgeschichte des Windhorst'schen Antrags² ist mir von gutunterrichteter Seite noch mitgeteilt worden, die Linke sei anfänglich eher geneigt gewesen, gegen den Antrag zu stimmen, es sei ihr dann aber insinuirt worden, der Kronprinz setze sehr grossen

1. *Nicht abgedruckt.*

2. *Der Antrag Windthorst lautete wie folgt:* Der Reichstag wolle beschliessen: den Reichskanzler zu ersuchen, auf eine Vereinbarung mit den Regierungen anderer Staaten hinzuwirken, wodurch jeder solcher Vereinbarung beitretende Staat sich verpflichtet,

(a) den Mord oder den Versuch des Mordes, welche an dem Oberhaupt eines der Vertragsstaaten verübt worden sind,

(b) die zwischen Mehreren getroffene Verabredung des unter a bezeichneten Verbrechens, auch wenn es zum Beginn dieses Verbrechens nicht gekommen ist,

(c) die öffentliche Aufforderung zu dem unter a bezeichneten Verbrechen, sowohl gegen seine eigenen Angehörigen, als auch gegen die in seinem Gebiete sich aufhaltenden Fremden mit Strafe zu bedrohen,

(d) einen in seinem Gebiete sich aufhaltenden Ausländer, welcher das unter a bezeichnete Verbrechen begangen hat, auf Ansuchen der Regierung des Staats, in welchem das Verbrechen verübt worden, an letzteren auszuliefern (E 2300 Berlin 4).

Werth auf die Mitwirkung der liberalen Elemente des Reichstages und da die Linke wünsche, mit dem Kronprinz gut zu stehen, habe man sich entschlossen, jede Opposition aufzugeben. Auch die Perspective der Wahlen dürfte mitgewirkt haben. Dem Reichskanzler, meint man, liege die Haltung der Sezessionisten und des Fortschrittes nicht ganz recht; er hätte offenbar vorgezogen, diese Fraktionen in der Opposition zu sehen, um ihnen bei den Wahlen mit dem odium dieser Opposition recht wirksam entgegenzutreten zu können.

Dass ich in meinem gestrigen Telegramm³ der bezüglichen Erklärung der Fraktion der Polen nicht erwähnte, wollen Sie gefälligst einem Versehen zuschreiben.

Da die Regierung sich gar nicht vernehmen liess, ist man betreffend die Verwerthung des Reichstagsbeschlusses immer noch lediglich auf Vermuthungen angewiesen. Meine Collegen wissen hierüber ebenfalls nichts.

Es wird indessen da und dort die Meinung vertreten, die deutsche Regierung werde nicht die Initiative ergreifen, sondern abwarten, dass Russland seine Mitwirkung nachsuche, was zweifelsohne entweder schon geschehen oder doch in der aller-nächsten Zeit erfolgen wird. Und was dann? Die Vermuthung liegt nicht ferne, dass man etwa die Form von Interpretationserklärungen betreffend die Auslieferungsverträge wählen dürfte. Daran, dass in Bälde irgend etwas geschehen wird, zweifelt man nicht mehr. Dem Fürsten Bismark ist nach der Ansicht der Politiker durch den Reichstagsbeschluss ein willkommener Anlass gegeben, Frankreich in erster Linie in Verlegenheit zu bringen. Entweder lehnt die franz. Regierung ab und entfremdet sich dadurch Russland oder aber sie macht mit und dann ist sie, bezw. Gambetta im Innern compromittirt. Einstweilen glaubt man entschieden an die erste Alternative. Auch von England erwartet man, dass es sich nicht international binden werde.

Gegen uns dauert die Hetze immer noch fort. Die absurdesten Sensationslügen von 1870 her werden wieder aufgefrischt, um Stimmung zu machen. Auch in liberalen Kreisen heisst es, so könne es in der Schweiz nicht weiter gehen und dergl. mehr.

Dass Rumänien mit so viel empressionement vorgeht und noch in aller Eile ein Fremden-gesetz erlassen will, ist, wie mir aus gut unterrichteter Quelle gemeldet worden, dem Einflusse hiessiger Diplomaten zuzuschreiben und hängt eng zusammen mit dem Bestreben der rumänischen Regierung, hiedurch die Anerkennung des Königreiches möglichst rasch und glatt zu erlangen.

Ich lege ein specimen der oben erwähnten Press-Hetze bei. (Das Kleine Journal Nr. 93. 4. April 1881.)⁴ Auch die «Post» argumentirte gestern ähnlich. Ebenso wüthete die N[ord] D[eutsche] Allgem[eine] Zeitung, namentlich gegen England.

3. Nicht abgedruckt.

4. Nicht abgedruckt.

*Der schweizerische Gesandte in Wien, J. J. von Tschudi,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
N. Droz*

B Confidentiell

Wien, 12. April 1881

Von verlässlichster Seite wird mitgeteilt, dass die von Berlin ausgehenden Vorschläge in Bezug auf Einschränkung des Asylrechtes und verschärfter Maassregeln gegen politische Flüchtlinge auf dem hiesigen auswärtigen Amte nur sehr geringes und reservirtes Entgegenkommen finden dürften und höchst wahrscheinlich eine ablehnende Erwiderung zu gewärtigen haben.

Damit soll aber durchaus nicht gesagt sein, dass nicht in den höchsten und maassgebendsten Kreisen eine sehr grosse Geneigtheit vorhanden sei, freudig den deutschen Propositionen beizustimmen und in deren Ausführung Hand in Hand mit Berlin und Petersburg zu gehen. Wenn auch der Minister des Aeusseren Baron Haymerle schwach genug wäre dem Einflusse von «Oben» nachzugeben und den nordischen Forderungen Concessionen machen wollte, so würde er auf eine fast unüberwindliche Schwierigkeit stossen; die ungarische Regierung würde naemlich nie und unter keiner Bedingung Maassnahmen beistimmen, welche das Asylrecht wesentlich beschränken würden. Dieser Factor paralyisirt jedes thätige Mitwirken seitens Oesterreich-Ungarn's um die Bismarkischen Intentionen zu verwirklichen. Ohne Beistimmung der ungarischen Regierung aber kann das auswärtige Amt keinen Schritt in Bezug auf eine internationale Vereinbarung gegen das Asylrecht ausführen. In Ungarn lebt, besonders bei den ersten Familien des Landes die Wohlthat, die sie Ende der Vierziger Jahre und in den Fünfziger Jahren durch das Asylrecht im Auslande genossen haben, noch zu lebhaft im Gedächtnisse fort, als dass sie sich nicht auf das Aeusserste dagegen auflehnen würden ein Recht beschränken zu lassen, dem so viele ihrer Mitglieder das Leben zu danken haben, das ihnen Sicherheit und Ruhe vor den erbittertsten und leidenschaftlichsten Verfolgungen in ihrem Vaterlande gewährt hatte. Überdiess sind die gesetzlichen Bestimmungen, welche das Asylrecht in Ungarn regeln, so ähnlich den Schweizerischen, dass ein jeder Angriff auf letztere auch Ungarn treffen würde und einen solchen lassen sich die Ungarn ebenso wenig gefallen wie wir. Ich habe noch fortwährend in den höheren gesellschaftlichen Kreisen gegen Unkenntniss und Unverstand in Bezug auf die Flüchtlingsfrage in der Schweiz anzukämpfen. Die oesterreichisch-ungarische Presse hat sich im Allgemeinen, die der Verfassungs-Parthei ausnahmslos, dem Windthorst'schen Antrag¹ und der Bismarkischen Agitation gegenüber mehr oder weniger scharf ausgesprochen; sie haben hier nicht das beifällige Echo gefunden wie in einem so grossen Theil der deutschen Presse.

P.S. So eben war der franz. Botschafter Graf Duchâtel bei mir und theilte mir mit, dass er schon seit acht Tagen Kenntniss von dem Wortlaute der russischen Circular-

1. Vgl. Nr. 185, Anm. 2.

note² bezüglich des Asylrechtes, die vom Fürsten Bismark amendirt wurde, habe, und die an alle europaischen Regierungen gerichtet werden sollte. Ausserdem solle das Wiener Cabinet speciel aufgefordert werden ernste Schritte beim schweizerischen Bundesrathe zu unternehmen (warum gerade das hiesige Cabinet dazu ausersehen wurde, konnte mir Graf Duchâtel nicht sagen). Der Botschafter gab seiner Verwunderung Ausdruck, dass bis heute diese Noten dem Baron Haymerle noch nicht mitgetheilt wurden (dass sie bis gestern noch nicht eingetroffen waren, wusste ich bestimmt) auch wusste er nicht genau ob sie von dem H. v. Oubril oder vom Prinzen Reuss dem Minister des Aeusseren übergeben werden sollen, vermuthete aber von ersterem. Was ich oben über die Schwierigkeiten auf die Haymerle bei der ungarischen Regierung stossen würde, erwähnte, wusste der fr. Botschafter ebenfalls, und ist auch der Ansicht dass deshalb beim hiesigen auswaertigen Amte keine grosse Geneigtheit vorhanden sei den russisch deutschen Propositionen entgegenzukommen.

Graf Duchâtel bestaetigte mir auch, was ich schon von anderer verlässlicher Seite erfahren hatte, dass naemlich das militär. Gefolge welches den Erzherzog Karl-Ludwig zu den Leichenfeierlichkeiten nach Petersburg begleitet hatte, geradezu entsetzt über die dortigen Zustaende war; es solle eine Kopfllosigkeit, Zerfahrenheit und Desorganisation herrschen, die jeden Begriff übersteige. Von einer wirklichen Trauer um den Kaiser Alexander II soll weder beim Militär, noch in den hoeheren Aristocraten- und Beamtenkreisen keine Spur vorhanden sein, aber ebensowenig auch von einer Liebe oder Anhaenglichkeit an den Kaiser Alexander III. Die Armee solle sich in dem klaeglichsten Zustande befinden; Unterschlagungen von Verpflegungsgeldern und enormer Summen zur Ergaenzung an Kriegsmaterial nach den Verlusten im türkischen Kriege sollen sie in einen Zustand der Decomposition gebracht haben, welche sie zu jeder Action nach Aussen total unfähig mache. Deshalb trachte man auch in Petersburg mit allen möglichen Mitteln das Dreikaiserbündniss zu reactiviren.

2. Vgl. Nr. 190, Anm. 1.

187

E 2200 Paris 1/107

Der Bundesrat an den schweizerischen Gesandten in Paris, J. K. Kern

S

Bern, 13. April 1881

Die Konferenz ist von den Regierungen Frankreichs und Nordamerikas mit folgender Formel zusammenberufen worden¹: «La Conférence se réunirait à Paris, mardi le 19 avril, pour examiner et adopter, dans le but de soumettre à l'acceptation des Gouvernements représentés à cette Conférence, un plan et un système pour l'éta-

1. Vgl. das Schreiben der französischen Regierung an den Bundesrat vom 25. 2. 1881 (E 12/30).

blissement, au moyen d'une Convention internationale, de l'usage de l'or et de l'argent comme monnaie bi-métallique suivant un valeur relative, déterminée entre ces deux métaux.» Die Schweiz beantwortete die beidseitigen Einladungsschreiben in folgender Fassung²: «P.O. En vous remerciant de votre obligeante communication et en reconnaissant la haute importance de la question, dont il s'agit, nous nous empressons de vous informer que nous acceptons l'invitation d'assister à cette Conférence. Nous aurons soin de vous faire connaître en temps utile la délégation que nous aurons désignée.»

Ein detaillirtes Programm des zu beratenden Entwurfes einer internationalen Vereinbarung wurde uns *nicht* mitgeteilt. Sollte ein solches im Laufe der Verhandlung vorgelegt werden, so ersuchen wir um sofortige Einsendung, um darüber unsere Instruktionen einzuholen.

Es geht also nach Lage der Dinge und nach Inhalt der Ihnen erteilten Instruktionen³, Ihre Mission vorläufig nur «ad audiendum et referendum».

Es erscheint angezeigt, von diesem Standpunkt aus, gleich Anfangs der Konferenz eine ausdrückliche Erklärung abzugeben und die Rechtstellung der Vertragsstaten der lateinischen Münzunion, sowie dieselbe durch die Münzconvention vom 5. November 1878⁴ begründet worden ist, für alle Eventualitäten vorzubehalten, und darüber keinen Zweifel zu lassen, dass wir die Konferenz nur als eine präparatorische beschikt haben, deren Aufgabe darin bestehen soll, die Grundlagen erst aufzufinden, auf welchen ein diskutirbares Vertragsprojekt aufgebaut werden kann.

ANNEX

E 12/30

INSTRUCTION FÜR DIE DELEGIRTEN ZUR MÜNZCONFERENZ (APRIL 1881) PARIS⁵

Die schweiz. Delegirten zur internationalen Münzconferenz vom April 1881 werden erklären, dass die Schweiz ihrerseits keinen Grund habe, ein Abgehen von den Bestimmungen der lateinischen Münz-Convention vom 5. November 1878, deren Dauer bis zum 1. Januar 1886 festgesetzt ist, zu provociren; dass sie aber bereit sei, an der von der französischen Regierung in Gemeinschaft mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika's auf den 19. April d. J. nach Paris einberufenen internationalen Münzconferenz theil zu nehmen. Die Schweiz erachtet es für angezeigt, dass vor dem Zusammentritt der internationalen Conferenz die französische Regierung eine vorläufige Besprechung der Vertreter der Staaten der lateinischen Münz-Union veranstaltet, um über die Stellung, welche die Staaten der lateinischen Münz-Union an dieser Conferenz einnehmen werden, eine vorläufige Berathung zu pflegen.

Da nach dem Wortlaut des Einladungsschreibens vom 25. Februar 1881 die Aufgabe der allgemeinen Münzconferenz darauf gerichtet sein soll, durch einen internationalen Vertrag die gleichzeitige Verwendung von Gold und Silber als bimetallische Münze für eine grössere Gruppe von Staaten ins Leben zu rufen, ein derartiges System aber in einem gewissen Widerspruch steht mit den

2. Vgl. das Schreiben des Bundesrates an die französische Regierung vom 5. 4. 1881 (E 1001 (E) q 1/131, Nr. 1682).

3. Als Annex abgedruckt.

4. AS 1879, 4, S. 293—317.

5. Der vom Finanz- und Zolldepartement vorgelegte Instruktionsentwurf war vom Bundesrat in seiner Sitzung vom 8. April 1881 unverändert genehmigt worden (E 1004 1/125, Nr. 1748).

unter den Staaten der lateinischen Münz-Union in den letzten Jahren geschlossenen Verträgen, durch welche die Silberausmünzungen für eine Reihe von Jahren kontraktlich suspendirt worden sind, so werden die schweiz. Delegirten sich vorerst darauf beschränken, die Beweggründe anzuhören, welche die französische und nordamerikanische Regierung bei ihrem Vorgehen geleitet haben; sodann zu vernehmen, wie die Vertreter der grossen Handelsstaaten, namentlich Englands und Deutschlands, sich zu diesen Vorschlägen verhalten, und werden über das Ergebniss dieser Besprechungen an den h. Bundesrath berichten und dessen fernere Instructionen einholen, bevor sie Namens der Schweiz den gemachten Vorschlägen gegenüber, sei es in zustimmendem oder in ablehnendem Sinne, feste Stellung nehmen.

Was sodann speziell den in den Zeitungen veröffentlichten Conventionsentwurf betrifft, welcher möglicher Weise als Grundlage für die Besprechungen der Conferenz vorgelegt wird, so werden die schweiz. Delegirten darauf aufmerksam machen, dass zur Durchführung eines solchen festen Werthverhältnisses jedenfalls die Beistimmung *aller* grössern Handels- und Kulturvölker, also vor Allem England's und Deutschland's erforderlich wäre.

Wenn sich diese beiden Staaten, oder auch nur Einer derselben, sich zu den Vorschlägen der franz. Regierung ablehnend verhalten würde, so scheinen hiemit die erforderlichen, praktischen Grundlagen der angestrebten Vereinbarung in Frage gestellt.

Wenn hingegen England und Deutschland ihre Bereitwilligkeit aussprechen, den Bimetallismus als Grundlage ihres Münzwesens zu adoptiren, und wenn man sich über gemeinsame Massregeln für die praktische Durchführung dieses Systems verständigen kann, so kann es nicht in der Aufgabe der Schweiz liegen, diesen Bestrebungen Hindernisse zu bereiten, oder sich von den andern grössern Staaten im Bezug auf ihr Münzwesen zu isoliren.

Übergehend zu den Details des erwähnten Entwurfes, so werden mit Bezug auf Art. 2 und ff. die schweiz. Delegirten die Frage aufwerfen, ob es rathsam sei, aus dem gegenwärtigen Zustande einer absoluten Einstellung der Silberprägungen in fast allen europäischen Staaten, ohne Vermittlung in das entgegengesetzte Extrem unbeschränkter Ausmünzung überzugehen, oder ob es sich nicht eventuell empfehlen würde, für eine Reihe von Jahren eine Contigentirung der Silberprägungen als Übergangsstadium für sämtliche Staaten aufzustellen.

In diesem Falle würde voraussichtlich der Preis des Silbers nicht plötzlich seinen höchsten Stand erreichen, sondern würde successive in die Höhe gehen und im Verlaufe der fortschreitenden Ausprägungen sich allmählig der als Norm angenommenen Werthproportion von 1 : 15 ½ nähern. Es würden daher in den ersten Jahren die contingentirten Silberprägungen gegenüber dem Ankaufspreise des Barrensilbers einen mehr oder weniger grossen Gewinn abwerfen, und diesen Gewinn werden bis zur Einführung der unbeschränkten freien Silberausprägung die Regierungen nicht den Privaten überlassen wollen, sondern für den Fiscus beanspruchen. Es sollte daher, wenigstens während der Übergangszeit, der § 4, welcher jeder Person das Recht einräumt, jede bliebige Quantität Gold oder Silber nach den Münzen eines jeden Staates der Union zu bringen, und sie in Form von geprägtem Gelde wieder in Empfang zu nehmen, jedenfalls eine Modifikation erleiden.

Die Schweiz müsste sich schon aus constitutionellen Gründen auf diesen Boden stellen, da laut Art. 38 der Bundesverfassung⁶ das Münzwesen Regal des Bundes ist, und die Münzprägung einzig vom Bunde ausgeht.

Aber auch aus praktischen Gründen könnte die Schweiz die Verpflichtungen nicht übernehmen, welche die §§ 4 und 5 des Conventionsentwurfes den einzelnen Unions-Staaten überbürden. Ihre Münzstätte ist dermalen für grössere Ausprägungen von Gold- oder Silbermünzen nicht eingerichtet und sie wäre nicht in der Lage nach Sage der genannten §§ von In- und Ausländern beliebige Quantitäten von Gold und Silber in Barren oder fremden Goldstücken jederzeit entgegenzunehmen und sie in Form baaren Geldes so rasch wie möglich wieder zurückzuerstatten.

Sie könnte diese Verpflichtung um so weniger übernehmen, wenn nach § 4 die Ausmünzung unentgeltlich zu geschehen hätte und die Kosten dieser Ausmünzung dem prägenden Staate zur Last fielen, und vollends nicht, wenn nach § 5 die Person, welche Gold oder Silber zur Ausmünzung überbringt, berechtigt sein sollte, die unverzügliche Auszahlung des Gegenwerthes mittelst eines Abzuges, welcher 2 % nicht übersteigen darf, zu verlangen.

6. AS 1874—1875, 1, S. 13.

Endlich erscheint es bedenklich für eine Convention, welche mit den bisherigen Grundlagen unserer Münzverfassung vollständig bricht und über deren Tragweite und Consequenzen noch keine Erfahrungen vorliegen, für die lange Dauer von 20 Jahren durch internationalen Vertrag sich zu binden.

Dieses sind die Anschauungen und Bemerkungen, welchen die schweiz. Delegirten bei einer eventuellen Berathung des vorliegenden Conventionsentwurfes Ausdruck geben wollen. Sie werden aber zu keinen Beschlüssen irgend welcher Art mitwirken, ohne zuvor den schweiz. Bundesrath von der Sachlage in Kenntniss gesetzt und dessen fernere Instruktionen eingeholt zu haben.

188

E 2200 Paris 1/147

*Der Vorsteher des Handels- und Landwirtschaftsdepartements, L. Ruchonnet,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, J. K. Kern*

S Confidentiell

Bern, 14. April 1881

Ihre Berichte vom 7., 9. & 13. an den Bundesrath, und vom 11. lfd. Mts. an das unterzeichnete Departement betreffend den neuen französ. Generaltarif, sowie die Unterhandlungen über Revision des Handelsvertrages sind jeweilen rechtzeitig hier eingetroffen, & wir verdanken Ihnen dieselben bestens.¹

In Ihrem Berichte vom 11. April bemerken Sie, dass Sie uns in den nächsten Tagen hinsichtlich der Verlängerung der Kündigungsfrist von 6 Monaten, sowie hinsichtlich der Vorbereitungen für die Unterhandlungen Ihre Ansichten eingehend mittheilen werden. Aus dieser Bemerkung schliessen wir, dass Sie unser Schreiben vom 8. lfd. Mts.², in welchem wir Ihnen unser Programm³ für die Vorbereitungen zu den Unterhandlungen mittheilten, erhalten haben. Wie Sie am Schluss Ihres Berichtes vom 13. ds. bemerken, wird es nöthig sein, auch die im Vertrag von 1864 enthaltenen spezifischen Zölle bei den Vorbereitungen zu prüfen, indem bei einer Anzahl jener Artikel der Werth sich vermindert hat. Diese Prüfung wird unseres Erachtens von der Expertencommission vorgenommen werden, welche im Jahre 1876 aufgestellt worden ist, & die die Ihnen bekannten Gutachten angefertigt hat.⁴ Ihre Mittheilung, dass der Handelsminister Tirard nicht geneigt ist, bei den Vertragsverhandlungen wesentliche

1. *Alle Schreiben in:* E 13 (B)/173.

2. *Nicht abgedruckt.*

3. *Am 8. 4. 1881 theilte das Handels- und Landwirtschaftsdepartement Kern mit: [...] Sobald zwischen der Kammer & dem Senate hinsichtlich des neuen Zolltarifs Übereinstimmung herrscht, denselben in einer grössern Anzahl v. Exemplaren drucken zu lassen und den K[an]t[on]s Reg[ierungen] sowie dem Handels- & Industrieverein mitzutheilen, mit der Einladung, den Tarif zu prüfen, ihre Postulate für die Vertragsunterhandlungen an uns mitzutheilen u. dieselben eingehend zu motiviren; sobald diese Berichte vorliegen, die Expertenkommission von 1876 einzuberufen, damit dieselbe ihre in jenem Jahre gemachten Arbeiten auf Grundlage des neuen franz. Tarifs, sowie der Berichte der K[an]t[on]s Reg[ierungen] u. des Handels- & Industrievereins einer gründlichen Revision unterwirft. [...] (E 13 (B)/173). Vgl. auch Nr. 191.*

4. E 13 (B)/171.

Concessionen zu machen, hat uns nicht überrascht. Denn der exorbitante Zolltarif Deutschlands, die im Frankfurter-Friedensvertrag (Art 11) enthaltene Meistbegünstigungsklausel, in Verbindung mit den neuesten Nachrichten aus Berlin & Wien, laut welchen es sich bei einem Handelsvertrage zwischen jenen Staaten nur darum handelt, einen Theil der hohen Positionen ihrer autonomen Tarife für die Vertragsdauer zu binden, — hat für uns sowie für England die Situation für die Unterhandlungen mit Frankreich wesentlich erschwert. Wir werden voraussichtlich grosse Mühe haben, bei unsern Exportartikeln nach Frankreich Concessionen & Zollermässigungen auszuwirken. Um so mehr ist es geboten, dass wir bei unsern Vorbereitungen zu den Unterhandlungen mit aller Umsicht & Gründlichkeit zu Werke gehen. Dieses Ziel diene uns als leitender Gesichtspunkt bei dem Ihnen mitgetheilten Programm, über welches wir Ihre Ansichtsäußerung gewärtigen.⁵

5. Vgl. auch Nr. 189.

189

E 13 (B)/173

*Der schweizerische Gesandte in Paris, J. K. Kern,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
N. Droz*

B

Paris, 16 avril 1881

Ainsi que Vous l'annonçait mon rapport du 13 Avril n° 60¹, j'ai demandé au Ministre du Commerce une audience pour connaître son opinion à l'égard des négociations à engager entre les deux pays en vue de la révision *du traité de commerce*.

M. Tirard, qui devait quitter Paris pour quelques jours, m'a reçu hier.

Il a déclaré que le tarif général français allait être très prochainement promulgué & que cette promulgation entraînait, *ipso facto*, la dénonciation de la plupart des traités de commerce conclus par la France; pour le traité franco-suisse, qu'il faudrait une dénonciation spéciale, qui interviendrait de manière à coïncider avec la promulgation du tarif général.² — Par suite, a continué M. Tirard, il y a lieu de commencer sans retard les négociations pour arriver à la conclusion d'un nouveau traité.

J'ai demandé alors à M. Tirard s'il n'y aurait pas lieu de procéder comme en 1860, c'est à dire successivement, d'abord avec l'Angleterre puis avec les autres Etats; il semblerait fort difficile, pour ne pas dire impossible, de mener de front des négociations aussi délicates et aussi importantes avec une série d'Etats en même temps.³

M. Tirard a répliqué qu'en effet, cela serait extrêmement lourd pour lui comme

1. Nicht abgedruckt.

2. Die Kündigung erfolgte am 8. 5. 1881 (E 13 (B)/173).

3. Mit Note vom 27. 5. 1881 wurde der schweizerischen Gesandtschaft in Paris eröffnet: Le Gouvernement français désire, comme le Gouvernement helvétique, engager le plus tôt possible la négociation d'un nouveau traité de commerce entre les deux Pays.

Il lui paraît, toutefois, nécessaire d'attendre que la négociation de même nature qui vient de s'ouvrir à Londres, soit, sinon terminée, au moins très avancée. [...] (E 2200 Paris 1/147).

travail, mais que deux motifs principaux l'y obligeaient; d'une part, une loi française stipule formellement que les traités de commerce cesseront six mois après la promulgation du tarif général; la loi impose donc au Gouvernement l'obligation ou d'arriver à la conclusion de nouveaux traités, ou d'appliquer le tarif général dans six mois. — D'autre part, les Chambres françaises désirent en finir avec les discussions douanières & l'incertitude des tarifs, & le Gouvernement, qui n'a plus le droit, comme sous l'Empire, de conclure des traités de ce genre sans le concours du Parlement, est tenu de déférer à ce vœu des Chambres.

M. Tirard a continué en faisant observer que, d'ailleurs, les négociations seront simplifiées par le fait que la France désire le maintien du *status quo*. — Le tarif conventionnel sera pris pour base à peu près partout où il contient des droits spécifiques. Là où il est question de droits à la valeur, on leur substituerait les taxes du tarif général nouveau, diminuées de 24 %, ces taxes spécifiques étant la traduction des droits *ad valorem* du tarif conventionnel avec une augmentation d'un quart environ.

J'ai fait observer alors que, pour beaucoup d'articles importables, d'après le tarif conventionnel, contre paiement d'une taxe spécifique, il s'était produit depuis vingt ans des modifications de prix considérables, & qu'il y aurait lieu, par suite, de revoir & de débattre non seulement les articles tarifés *ad valorem* mais aussi les articles précédemment tarifés au poids. J'ai rappelé que des travaux d'industriels suisses des plus compétents faits en 1876/77 avaient constaté que le transfert de droits *ad valorem* renfermait très souvent un *déguisement* d'une augmentation *très considérable des droits*.⁴

M. Tirard a dit alors que le moment n'était pas venu d'entrer dans les détails, mais que ces détails devaient être renvoyés aux négociations elles-mêmes.

Je n'ai pas manqué de répliquer que son prédécesseur, M. Teisserenc de Bort, dans une dépêche officielle adressée au Ministre des Affaires Etrangères sous date du 6 février 1877 & communiquée par ce dernier à la Légation suisse, avait donné l'assurance que la question de la révision du tarif & notamment celle de la transformation des droits *ad valorem* en droits spécifiques «devait être étudiée *contradictoirement, bona fide*, etc., ce qui impliquerait des négociations très détaillées & d'une longue durée.⁵ J'ai lu en face du Ministre tout le passage de la dépêche de Tesserein [!] de Bort du 6 Févr. 1877 reproduit dans mon rapport du 13 Avril a. C.⁶

M. Tirard a répété que tous ces points feraient l'objet des pourparlers & des négociations futures, dont l'ouverture ne pouvait tarder. — Il a annoncé qu'avec l'Angleterre, elles devaient commencer immédiatement et que le délégué britannique allait arriver, s'il n'était déjà à Paris.

Comme Vous le voyez, Monsieur le Président, si M. Tirard n'a pas dit «c'est à prendre ou à laisser» comme à Lord Lyons, il n'en a pas moins été extrêmement positif sur l'urgence d'entamer les négociations, et très réservé concernant les modifications futures.

Dans cet état de choses & pour répondre à deux communications récentes du Département fédéral du Commerce, il paraît qu'il y a lieu de se mettre, sans le moindre retard, à la préparation des instructions.

4. Vgl. Nr. 107, Annex.

5. Nr. 110, Annex.

6. Nr. 110.

Dans ce but, il semblerait désirable

1° de réunir & de faire autographier, *par industries*, les diverses observations formulées par les Cantons, associations commerciales & industrielles, fabricants, négociants etc *en Suisse*.⁷

2° de faire le même travail en ce qui concerne les demandes *françaises*, pour autant que ces demandes soient consignées dans les travaux du Comité consultatif, du Conseil supérieur du Commerce, de la Commission du tarif général des Douanes & dans les débats des Chambres françaises — au moins en ce qui concerne les principaux articles du commerce franco-suisse. — De simples renvois aux pages correspondantes des publications françaises suffiront probablement.

3° de réunir en un volume, sous forme de tableau synoptique, le tarif actuel des péages fédéraux⁸, le tarif voté en 1^{ère} délibération⁹, le tarif conventionnel franco-suisse actuellement en vigueur¹⁰ & le tarif général français *nouveau*.¹¹ — En regard de chaque article, il serait utile d'indiquer le chiffre des importations & exportations franco-suissees en 1879 d'après les documents français (commerce général & spécial) et d'après la statistique des péages fédéraux. — Une colonne devrait contenir le taux d'évaluation de chaque Kilog. pour les marchandises taxées au poids, d'après la commission des valeurs en douane en 1879.

4° de dresser un tableau des articles à rayer du tarif à l'entrée en Suisse, pour éviter que ce tarif contienne des articles qui ne figurent pas dans le tarif à l'entrée en France — on a eu le tort, en 1864, d'insérer dans le tarif B une série de marchandises qui ne figurent pas dans le tarif A & de lier ainsi la Suisse lorsque la France conservait sa liberté pour les mêmes produits. J'ai en 1864 vivement insisté auprès du Département fédéral du Commerce de rayer les articles dans le tarif conventionnel pour la Suisse qui ne se trouvaient pas dans le tarif conventionnel français, mais ma proposition *n'a pas été adoptée*. (Voir la correspondance de cette époque, et mon rapport sur la question du tabac et des spiritueux. DD. ... adressé au Département fédéral du Commerce).¹²

5° de convoquer, dès l'achèvement des travaux préparatoires ci-dessus ou même sans attendre cet achèvement, les commissions qui se sont déjà occupées de la préparation des négociations, & de leur soumettre à nouveau a) la question des droits sur les articles déjà tarifés au poids en 1864 b) la question de la transformation des droits *ad valorem* sur la base du tarif général voté par les Chambres françaises.¹³

Tel est l'ensemble des principales mesures à prendre, semble-t-il, d'urgence en ce qui concerne la révision du traité de commerce, indépendamment de la révision des autres traités du 30 Juin 1864, révision sur laquelle il y aura lieu de revenir d'une manière spéciale.

En restant à Votre plus entière disposition pour tout ce qui concerne les travaux

7. E 13 (B)/173, 177 und 178.

8. Vgl. *das Zolltarifgesetz vom 27. 8. 1851* (AS 1850—1851, II, S. 555—576).

9. Vgl. *den Zolltarifentwurf vom 28. 6. 1878* (BBI 1878, 3, S. 517—576).

10. AS 1863—1866, VIII, S. 241—310.

11. Vgl. Loi relative à l'établissement du tarif général des douanes. *In: Journal Officiel de la République française*, treizième année, N° 126. 8 Mai 1881, S. 2521—2536 (E 13 (B)/177).

12. *Nicht ermittelt*.

13. Vgl. Révision du Traité franco-suisse. Compte-rendu de la session de la Commission de Commissaires et d'Experts. 15—17 Août 1881 (E 13 (B)/178) und Nr. 191, Anm. 2.

préparatoires, j'ai l'honneur de Vous renouveler, Monsieur le Président, les assurances de ma très haute considération.

Tout en supposant qu'une bonne partie des travaux ci-dessus indiqués se trouvent déjà préparée au bureau du Départ[ement] de Commerce, j'ai trouvé nécessaire de les mentionner dans leur ensemble.

190

E 2300 Berlin 4

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
N. Droz*

B Confidentiel

Berlin, 20. April 1881

Ich bestätige Ihnen mein chiffriertes Telegramm von heute früh¹ (vid. Beilage) und beehre mich, Ihnen in Ergänzung desselben Folgendes zu melden:

Wie ich Ihnen am 12. d. M.² schrieb, war man in der letzten Zeit überzeugt, dass zwischen Russland, Östreich und Deutschland betreffend internationale Maassregeln gegen die Socialisten und Nihilisten ein reger Verkehr herrsche. Im Weitern beurtheilte man die Situation dahin, dass Deutschland pro forma die Initiative Russland überlassen, dass aber der Fürst Bismark, — weniger der Sache selbst willen, als aus politischen Gründen (Förderung der guten Beziehungen mit der Regierung Alexanders III., Verhinderung einer Annäherung zwischen Russland und Frankreich, Rücksicht auf die Reichstagswahlen) — beabsichtige, den bekannten Reichstagsbeschluss auszunützen und dass nun, wie man sich ausdrückte, «bald etwas kommen werde». Vom Fürsten Bismark hiess es aber gleichzeitig, er stehe im Grund der Sache sehr kühl gegenüber. Dann wurde auch allgemein die Ansicht vertreten, England, Frankreich und Italien werden nicht «mitmachen» und eben desshalb betrachtete man die Idee einer internationalen *Conferenz* als aussichtslos und daher auch als aufgegeben.

Nun hat jedoch Russland trotzdem die Sache damit eingeleitet, dass es durch eine Circularnote die Grossmächte zur Besprechung der Frage auf dem Conferenzzwege einladet. Betreffend den Hauptinhalt dieser Note berufe ich mich auf mein Telegramm und füge nur noch vertraulich bei, dass die betreffenden Mittheilungen mir gestern Abend von dem franz. Botschafter, St. Vallier, bei dem ich zu Tisch geladen war, gemacht worden sind. H. St. Vallier sagte mir, er habe bei seinem russischen Collegen von dem Texte der Note Einsicht genommen. Auf meine Frage, wie sich wohl

1. *Dieses lautet:* Russische Note gestern hier angekommen macht den Vorschlag einer Conferenz der Grossmächte zur Besprechung der Frage in ihrer Allgemeinheit, ob nicht Mittel gefunden werden könnten, um dem revolutionären Cosmopolitismus entgegenzutreten. Hiemit sei jedoch keineswegs beabsichtigt, die Selbständigkeit der einzelnen Staaten anzutasten oder dieselben zu nöthigen ihre innere Gesetzgebung zu ändern. Man glaubt in gut informirten Kreisen England, Frankreich und Italien werden sich ablehnend verhalten (E 2300 Berlin 4).

2. *Nicht abgedruckt.*

Frankreich dem Conferenz-Vorschläge gegenüber verhalten werde, sprach er sich ganz allgemein dahin aus, es sei wohl seiner Regierung kaum möglich, auf die Sache einzugehen. Im gleichen Falle werden sich England und Italien befinden. Er, St. Vallier, habe dem russischen Botschafter auseinandergesetzt, wie eigentlich, Frankreich betreffend, weitere internationale Abmachungen gar nicht opportun seien. Die franz. Regierung besitze die nöthigen Vollmachten, um jeden, von einem der bei ihr accreditirten diplomatischen Vertreter als gefährlich signalisirten Fremden sofort auszuweisen. Dann habe Frankreich in verschiedenen Auslieferungsverträgen den Fürstenmord als gemeines Verbrechen anerkannt, müsse aber gestützt auf seine Gesetzgebung jeweilen den einzelnen Fall den Gerichten zum Entscheide vorlegen und diese können die Auslieferung nur unter der Bedingung gewähren, dass ein «commencement d'exécution» des Verbrechens constatirt sei.

H. St. Vallier bemerkte dann noch im Vorübergehen, er habe von einer Depesche des H. Arago Kenntniss genommen, mit welcher er melde, es seien in Bern noch keine Schritte gethan worden, d.h. von Aussen her, der H. Bundespräsident habe ihm aber durchblicken lassen «qu'on était à ce sujet assez inquiet».³

Der englische Botschafter Lord Russel, jetzt Ampthill, welcher an dem Diner ebenfalls Theil nahm, sprach sich, obschon ziemlich reservirt, desgleichen dahin aus, dass die Conferenz wohl kaum zu Stande kommen dürfte. «Il me paraît bien difficile pour l'Angleterre de prendre part à cette conférence et de s'engager dans la voie des stipulations en questions» fügte er bei — «Je n'ai du reste point de nouvelles à ce sujet de Londres, mais nous avons fait des expériences, surtout Lord Palmerston, qui sont bien de nature, à imposer au Gouvernement la plus grande réserve.»

Ich werde nun suchen, mich über den weitem Verlauf möglichst à jour zu halten. Über die Haltung Oesterreichs konnte ich bis jetzt nichts Bestimmtes erfahren, da die Herrn der Botschaft, der Chef vor Allem, in der Regel äusserst vorsichtig und zurückhaltend sind. Man glaubt indess, die österreichisch-ungarische Regierung werde sich Russland und Deutschland anschliessen, wenn schon die Stimmung der öffentlichen Meinung den projektirten internationalen Abmachungen keineswegs günstig ist.

Von Petersburg erfahre ich aus bester Quelle, dass Alexander III. sich ganz abschliesst und mit den Ministern gar nicht verkehrt. Nur einige wenige Adjutanten sollen bei ihm Zutritt haben.

Auch der deutsche Kronprinz soll von der Situation in Petersburg einen sehr bemühenden Eindruck nach Hause gebracht haben.⁴

3. *Randvermerk von Droz*: Je dois relever que je n'ai pas vu M. Arago depuis plusieurs semaines, et que je ne lui ai jamais donné à entendre ce qu'il dit dans sa dépêche. Je n'ai du reste pas eu d'entretien avec lui sur la question, sauf deux ou trois mots échangés à table au dîner diplomatique et sans aucune importance.

4. *Vgl. Nr. 186.*

E 2200 Paris 1/147

*Der Vorsteher des Handels- und Landwirtschaftsdepartements, L. Ruchonnet,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, J. K. Kern*

S

Berne, 29 avril 1881

A l'occasion des négociations qui vont s'ouvrir dans un avenir que vous croyez très-rapproché pour lier un nouveau traité de commerce entre la République française et la Confédération suisse¹, une commission d'experts dont nous avons pris l'avis, pour réunir les desiderata du commerce et de la fabrique suisse, nous a demandé s'il n'aurait pas été possible que la Suisse s'unît à la Grande Bretagne pour mener ces négociations, de manière à lier avec la France deux traités identiques.² Nos experts étaient d'avis que nos intérêts dans cette négociation sont assez semblables à ceux de la Grande Bretagne pour que nous puissions marcher d'accord avec cette puissance.

Bien que l'idée émise par cette commission nous semble incompatible avec l'indépendance que chaque Etat veut & doit conserver dans la conduite des négociations, nous n'avons pas voulu répondre à la question posée par nos experts avant de vous avoir demandé ce que vous en pensiez. Monsieur le Ministre, et dans quelle mesure vous croyez que les négociateurs anglais pourraient s'accorder avec ceux de la Suisse.

Le but essentiel de la présente lettre est de vous rappeler que, lors de votre dernière visite à Berne, il fut entendu, sur votre demande, que le Conseil fédéral vous ferait assister lors des négociations par des représentants de divers intérêts en jeu. Vous désiriez qu'un certain nombre d'experts, groupés par spécialités, fussent envoyés successivement à Paris pour assister et participer même aux débats, et vous vous engagiez à prévenir les membres de ces divers groupes du moment où leur présence serait utile, de manière à ne pas prolonger inutilement leur séjour à Paris.

Le moment nous semble venu de donner un corps à cette partie du programme, en désignant les délégués et en formant les groupes. C'est un point sur lequel nous tenons tout particulièrement à recourir préalablement à vos lumières et à votre grande connaissance de la question.

Un travail semblable fut fait en 1876 déjà, alors qu'on prévoyait comme aujourd'hui la prochaine ouverture des négociations.³ Une commission d'experts nous fit à cette époque des présentations pour le choix des délégués. Elle les divisait en trois groupes, savoir:

I^{ère} section, devant s'occuper des tissus & des machines. Elle se composait de quatre personnes, qui représentaient spécialement: filature, soie, dentelles & broderies, impression & machines;

1. *Vgl. Nr. 189.*

2. *Vgl. das Protokoll der Handelsvertragskommissionssitzung vom 28. 4. 1881 (E 13 (B)/173).*

3. *Vgl. das Protokoll der Sitzungen der eidgen. Expertenkommission betreffend Revision des schweiz.-franz. Handelsvertrags (v. 1. u. 2. December 1876) (E 13 (B)/171).*

II^me section, devant s'occuper de l'horlogerie, de la bijouterie, des boîtes à musique et des instruments de précision; elle se composait de deux horlogers;

III^me section, chargée de la défense des autres industries. On l'avait composée de 8 membres, savoir: deux fabricants de produits chimiques, un fabricant de mèches pour mineurs, un fabricant de chaussures, un coutelier, un fabricant de calorifères, un négociant de fromages et un représentant de la partie machines agricoles.

Nous vous avons rappelé en détail ce projet de composition et de groupement pour que vous vouliez bien nous dire les critiques qu'il vous suggère. Il va sans dire d'ailleurs que les personnalités elles-mêmes ont dû jouer un rôle de quelque importance dans ce projet; on y voit figurer telle industrie plutôt que telle autre, parce qu'elle était représentée par un homme d'un mérite reconnu & que ses circonstances personnelles permettaient de charger d'une mission. Le plan général que nous arrêterons, lorsque vous auriez bien voulu nous donner votre avis, ne sera qu'un type, dont nous nous rapprocherons autant que possible, mais sans pouvoir le suivre exactement.

La question la plus délicate que nous paraît soulever ce groupement est celle de savoir si la première section ne doit pas être divisée en deux sous-sections, de manière à séparer le coton et la soie.⁴

4. *Vgl. auch* Révision du Traité franco-suisse. Compte-rendu de la session de la Commission et d'Experts. 15—17 Août 1881 (E 13 (B)/178).

192

E 13 (B)/153

Antrag des Vorstehers des Handels- und Landwirtschaftsdepartements, L. Ruchonnet, an den Bundesrat

Revision des Handelsvertrages mit Deutschland

Bern, 4. Mai 1881

Nachdem die Gesandtschaft des deutschen Reichs dem Bundespräsidenten die Eröffnung gemacht hat, es sei seitens der deutschen Regierung die Geneigtheit zur Verlängerung des am 30. Juni lfd. Js. zu Ende gehenden Handelsvertrages vorhanden¹, hat der Bundesrath am 25. März lfd. Js. der schweiz. Gesandtschaft in Berlin die Instruction² ertheilt, dem Auswärtigen Amte des deutschen Reichs zu eröffnen, dass der Bundesrath ebenfalls geneigt sei, zur Verlängerung des Vertrages Hand zu bieten.

1. *Im Namen des Handels- und Landwirtschaftsdepartements richtete Bundespräsident Droz am 24. 3. 1881 den Antrag an den Bundesrat, ein Schreiben an die Gesandtschaft Berlin gutzuheissen. In diesem hatte Droz ausgeführt: [...]*S. Excellenz Herr General von Röder, K. Gesandter bei der schweizerischen Eidgenossenschaft hat beim Bundespräsidenten mündlich und vertraulich die Anfrage gestellt, ob schweizerischer Seits die Geneigtheit vorhanden sei, auf eine weitere Verlängerung des jetzt bestehenden Handelsvertrags auf ein Jahr, also bis 30. Juni 1882 einzugehen [...](E 13 (B)/153).

2. E 1001 (E) q 1/130, Nr. 1499.

Die Behörde ging von dem Standpunkte aus, dass es sich um eine Verlängerung des status quo handle. Gegenwärtig ist die Sachlage eine andere. Laut den Berichten der schweiz. Gesandtschaft in Berlin verlangt die deutsche Regierung sowohl Streichung der Weintrauben in der Beilage A zum Verträge vom Jahr 1869³, sowie Veränderungen im Veredlungsverkehr und beim Grenzverkehr (Beilage B des cit. Vertrages).

Das unterzeichnete Departement hat eine Commission, bestehend aus den Herren Nationalrath Geigy,
Nationalrath Gonzenbach,
Ständerath Blumer &
Bertheau-Hürlimann

auf heute einberufen, um die Angelegenheit zu besprechen. Herr Minister Roth hat den Verhandlungen beigewohnt. Nach der Commissionssitzung hat das Departement die Frage der Prolongation, resp. Revision des Vertrages noch mit dem Bundespräsidenten, Herrn Droz, Herrn Bundesrath Hammer & Herrn Minister Roth besprochen. Letzterer hat eine Note des Auswärtigen Amtes des deutschen Reiches vom 2. Ild. Mts. vorgelegt, welche lautet wie folgt:

«An den ausserordentl. Gesandten etc.

der schweiz. Eidgenossenschaft, Hrn. Roth!

Der Unterzeichnete beehrt sich, den ausserordentlichen Gesandten & bevollmächtigten Minister der Schweiz. Eidgenossenschaft, Herrn Roth, in Erwiderung auf die gefällige Note vom 28. März d. Js.⁴ ganz ergebenst zu benachrichtigen, dass inzwischen stattgehabte Erwägungen die Kaiserliche Regierung von der Nothwendigkeit überzeugt haben, eine fernerweite Verlängerung des Handels- & Zollvertrages mit der Schweiz vom 13. Mai 1869 von gewissen Einschränkungen der darin enthaltenen Vereinbarungen abhängig zu machen. Zunächst ist es vom Standpunkt der deutschen Interessen aus nothwendig, den Artikel «Weintrauben» in der Anlage A des genannten Vertrages zu streichen. Es wird ferner deutscherseits vom 1. Juli dieses Jahres an eine unveränderte vertragsmässige Begünstigung im Veredlungsverkehr nicht mehr zugestanden werden können. Ausserdem werden auch die in der Anlage B des Vertrages enthaltenen Bestimmungen über die Behandlung des grenznachbarlichen Verkehrs einer Revision in der Richtung zu unterwerfen sein, dass die daselbst vereinbarten Erleichterungen auf den Grenzbezirk beschränkt werden.

Bei den eventuell hierüber einzuleitenden Verhandlungen werden endlich auch diejenigen Punkte einer Erörterung zu unterziehen sein, welche den Gegenstand der bei Unterzeichnung der Übereinkunft vom 1. Mai 1880 ausgetauschten Note⁵ bilden.

Der Unterzeichnete beehrt sich, die gefällige Vermittlung des Hrn. Roth ganz ergebenst in Anspruch zu nehmen, um vorstehende Mittheilungen zur Kenntniss des schweizerischen Bundesrathes zu bringen. Derselbe erlaubt sich dabei zu bemerken, wie es für den Fall, dass der schweizerische Bundesrath auf entsprechende Verhandlungen einzugehen geneigt sein sollte, der Kaiserlichen Regierung erwünscht sein würde, wenn diese Verhandlungen am 10. ds. laufenden Monats hierselbst eröffnet werden könnten.

3. AS 1866—1869, IX, S. 888—1053.

4. Nicht ermittelt.

5. Vgl. Nr. 169, Anm. 9.

Indem der Unterzeichnete um eine baldige gefällige Rückäusserung bitten darf, benutzt er zugleich diesen Anlass, um Herrn Roth die Versicherung seiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.»
(sig.) Busch.

In Übereinstimmung mit den Herren Bundespräsident Droz, Bundesrath Hammer & Minister Roth stellt das unterzeichnete Departement folgende

Anträge:

1. Es sei das Anerbieten der deutschen Reichsregierung, die Unterhandlungen am 10. lfd. Mts. zu beginnen, zu acceptiren.

2. Mit denselben sei Herr D^r. Roth, schweiz. Minister in Berlin, zu beauftragen & seien demselben als Experten beizugeben die Herren,

Nationalrath Geigy in Basel,
Nationalrath Gonzenbach in St. Gallen,
Ständerath Blumer⁶ in Schwanden,
Zolldirector Meyer in Bern.

3. Den Delegirten sei für die Unterhandlungen folgende *Instruction* zu geben:

A. Die Delegation gibt ihre Zustimmung zum Vorschlage Deutschlands betr. «Weintrauben», in der Meinung jedoch, dass Deutschland auf autonomem Wege die fernere zollfreie Einfuhr von *Tafeltrauben* zulasse, & zwar im Sinne von Art. 5, al. 2 des Vollziehungsreglementes betr. Vorkehren gegen die Reblaus, lautend: «Die Tafeltrauben dürfen nur dann an den Grenzen der Schweiz angenommen werden & im Innern der Schweiz circuliren, wenn sie in wohlverschlossenen, aber dennoch leicht zu untersuchenden Kisten, Schachteln & Körben verpackt sind. Das Gewicht einer gefüllten Kiste & Schachtel, oder eines gefüllten Korbes darf 10 Kilo's nicht überschreiten.

Mit dieser, sowie mit der voriges Jahr vereinbarten Abänderung betr. die Mutterlauge ist Beilage A des Vertrages vom 13. Mai 1869 beizubehalten.

B. Veredelungsverkehr.

I. Aufrechterhaltung des Veredelungsverkehres im Sinne des bestehenden Vertrages und nach der bisherigen Praxis.

II. Eventuell, wenn Deutschland auf dieses Forderung nicht eingeht:

1. vertragsmässige Aufrechterhaltung des passiven Veredelungsverkehrs, d.h. zollfreie Wiedereinfuhr der in der Schweiz veredelten Waaren;

2. eine möglichst liberale Interpretation der deutschen Forderung betreffend das nationalisiren der zu veredelnden Waaren, durch irgend welche Vorarbeit.

3. für diejenige Branche des Veredelungsverkehrs, mit Rücksicht auf welche eine Beschränkung oder die Aufhebung erfolgen will, Aufrechterhaltung des status quo für ein weiteres Jahr, also bis zum 30. Juni 1882 als Übergangstermin.

III. Vertragsmässige Garantie einer Frist von einem Jahre für die Wiedereinfuhr der veredelten Waaren.

IV. Möglichste Erleichterung des Veredelungsverkehrs mit Rücksicht auf Zollformalitäten, z.B. betreffend Identitätscontrole.

6. Nachdem E. Blumer mit Telegramm vom 6. 5. 1881 (E 13 (B)/153) seine Ernennung abgelehnt hatte, wurde durch Präsidialverfügung vom 6. 5. 1881 der von ihm vorgeschlagene Pierre Blumer, Unternehmer in Schwanden, als Experte bestimmt (E 1004 1/125, Nr. 2243).

V. Für den Fall, dass deutscherseits auch der passive Veredlungsverkehr streitig gemacht werden sollte, Androhung der Aufhebung der zollfreien Rückeinfuhr der in Deutschland veredelten Waaren (Stickerei).

C. Hinsichtlich der von Deutschland verlangten Abänderung der Bestimmungen der Beilage B des Vertrages werden vorläufig bestimmte Instructionen nicht ertheilt, sondern es sind zunächst die Abänderungsvorschläge Deutschlands zu gewärtigen.

D. Fabrik- & Handelsmarken.

Die Delegation macht den Vorschlag, dass sich die beiden vertragschliessenden Theile gegenseitig auf dem Fusse der Gleichstellung mit den eigenen Staatsangehörigen behandeln.

E. Vertragsdauer.

Wenn Deutschland uns in einer für die Schweiz. Interessen befriedigenden Weise den Veredlungsverkehr einräumt, so wird die Delegation den Vorschlag machen, einen Handelsvertrag für die Dauer von 5 Jahren zu vereinbaren, immerhin hat aber dieselbe die Entschliessung des Bundesrathes vorzubehalten.

F. Im Falle die Verhandlungen nicht rechtzeitig zum gewünschten Resultate führen sollten, & die neue Vereinbarung am 30. Juni nächsthin (Ablauf des gegenwärtigen Vertrages) nicht ins Leben treten könnte, so wird die Delegation mit allem Nachdruck dahin wirken, dass eine Prolongation des status quo mit Streichung der «Weintrauben» auf ein Jahr zu Stande kommt. — Wenn sich im Verlauf der Negotiationen überhaupt in Betreff einer neuen Vereinbarung nach Inhalt der gegenwärtigen Instruction oder in Betreff der Prolongation des status quo Schwierigkeiten ergeben sollten, so wird die Delegation beim Bundesrath neue Instructionen einholen.⁷

7. Der Bundesrat stimmte am 5. 5. 1881 allen Punkten zu, wobei Punkt E neu formuliert wurde: Wenn Deutschland uns in einer für die Schweiz. Interessen befriedigenden Weise den Veredlungsverkehr einräumt, so wird die Delegation die Geneigtheit aussprechen, statt blos zu einer zeitweisen Verlängerung des bisherigen, vielmehr zum Abschluss eines neuen Handelsvertrages auf die Dauer von 5 Jahren Hand zu bieten, immerhin ist aber die Entschliessung des Bundesrates vorzubehalten. [...] (E 1004 1/125, Nr. 2213). — *Der vollständige Text der beschlossenen Instruction befindet sich in: Instruktionen und Kreditive des Bundesrates 1878—1898, S. 45—47 (E 1001 (E) t 1/2). Der neue Vertrag wurde am 23. 5. 1881 in Berlin unterzeichnet. Vgl. den Vertragstext und die Botschaft des Bundesrates (BBl 1881, 3, S. 453—486).*

193

E 2300 Wien 23

*Der schweizerische Gesandte in Wien, J. J. von Tschudi,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
N. Droz*

B Confidentiel

Wien, 5. Mai 1881

Erst seit ein Paar Tagen hat das hiesige Ministerium des Äusseren sein unerklärliches Schweigen über die russische Circularnote¹ gelöst und nicht nur den Empfang

1. Vgl. Nr. 190, Anm. 1.

der Note bestätigt sondern auch erklärt, dass dieselbe hier eine günstige Aufnahme gefunden habe. Baron Haymerle ist ganz damit einverstanden, dass in einer von den Grossmächten zu beschickenden Conferenz die Flüchtlingsfrage behandelt werde. Ein bestimmter Ort für diese Conferenz ist in der russischen Note, die überhaupt in sehr vagen Ausdrücken abgefasst sein soll, nicht enthalten, Haymerle hat offenbar sich über die Note nicht äussern wollen bevor er nicht über die Aufnahme die sie bei den anderen Mächten fand unterrichtet war. Diese Aufnahme war bei England, Frankreich und Italien, keine den Wünschen der Ostmächte entsprechende und der Minister Haymerle hat dem Grafen Duchâtel gegenüber unverholen sein Bedauern ausgedrückt, dass sie beim französischen Cabinet so wenig Anklang gefunden habe. Ähnlich soll er sich Elliot gegenüber in Bezug auf das englische Cabinet geäussert haben. Der französische Botschafter sagte mir, dass man der Note in London noch weniger Sympathie entgegengebracht habe als in Paris, Frankreich werde sich in dieser Frage von England nicht trennen; wenn Italien an seinem Standpunkte festhält und mit Frankreich und England zusammengeht, so dürfte die russische Note schliesslich doch nur ein Schlag in's Wasser sein.

Meine Umfrage bei den hiesigen Gesandten ob ihren Regierungen die Note mitgetheilt worden sei hatte ein negatives Resultat, keinem von Allen war etwas davon bekannt. Graf Duchâtel meinte sie werde erst nach Vereinbarung der Grossmächte den übrigen Staaten zur Kenntniss gebracht werden; es ist jedoch bis jetzt noch gar nichts darüber bestimmt.

194

E 1004 1/125

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 30. Mai 1881

2665. Generalkonsul Hitz

Politisches Departement. Antrag vom 28. Mai 1881

Unterm 2. Dezember 1879 hat der Bundesrat dem Antrag des politischen Departements, Herrn Generalkonsul Hitz, mit Rücksicht auf den gegen ihn waltenden Strafprozess p^o Unterschlagung einen Urlaub von 2 Monaten zu erteilen, abgelehnt¹ und in Übereinstimmung unterm 27. April 1880 eine Anfrage der nationalrätlichen Geschäftsprüfungskommission, ob er Hrn. Hitz einen Urlaub zu erteilen gedenke, verneinend beantwortet.²

Laut Mitteilung des Geschäftsträgers der Vereinigten Staaten von Amerika, Hrn. Fish, ist seither in dem Prozess gegen Herrn Hitz von dessen Frau als Klägerin, mit Rücksicht auf dessen amtlichen Charakter als agent politique, seine Verweisung vor den Statsgerichtshof statt vor das gewöhnliche Gericht verlangt worden. Doch gesteht die Regierung der Vereinigten Staaten Herrn Hitz jenen Charakter nicht zu.³

1. Vgl. E 1004 1/119, Nr. 6541.

2. Vgl. E 1004 1/121, Nr. 2259.

3. Vgl. DDS 2, Nrn. 244, 305.

Wenn nun Herr Fish diese Mitteilung in schonendster Weise gemacht hat, so geht aus derselben doch hervor, dass der Prozess gegen Herrn Hitz eine Wendung genommen hat, welche der Regierung ein längeres Verbleiben des letztern im Amte als unangemessen erscheinen lässt.

Die Angelegenheit ist bereits am 24. ds. Gegenstand der Berathung der Behörde gewesen und damals übereinstimmend dahin aufgefasst worden, dass, nachdem von Seite des Bundesrates bisher gegen Herrn Hitz, in Anbetracht von dessen Dienstleistungen und in der Erwartung eines günstigen Ausganges des Prozesses, möglichste Rücksicht beobachtet worden, nunmehr das Interesse des Landes dessen Rücktritt verlange. Das Departement ist damals eingeladen worden, einen Antrag in dem Sinne vorzulegen, Hr. Hitz zur Einrichtung seiner Demission einzuladen und anlässlich die Frage zu prüfen, ob nicht statt des bisherigen Generalkonsulates in Washington ein diplomatischer Posten zu kreiren sei.

Das Departement hat inzwischen seine daherigen Anträge vorgelegt und in Gutheissung derselben wird heute vom Bundesrate

beschlossen:

1. Das Departement ist eingeladen, Herrn Hitz durch Schreiben nach vorgelegtem Entwurf zur Einreichung seiner Entlassung einzuladen⁴;

2. Von der Verwandlung des Generalkonsulats in einen diplomatischen Posten wird einstweilen Umgang und lediglich die Übertragung der interimistischen Leitung des Generalkonsulats an den zeitherigen Vizekonsul, Herrn Rudolph Gebner, in Aussicht genommen.

Das Departement ist eingeladen, die erstere Frage weiter zu prüfen und mit Bezug auf die letztere dem Bundesrat Anträge vorzulegen.⁵

4. Vgl. das Schreiben des Politischen Departements an Hitz vom 30. 5. 1881 (E 2/1506).

5. Zur Schaffung der Gesandtschaft in Washington vgl. die Botschaft des Bundesrates und den Bundesbeschluss vom 26. 11. 1881 (BB1 1881, 4, S. 473—475) sowie den GBer. 1882 (BB1 1883, 2, S. 10f.).

195

E 1004 1/125

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 23. Juni 1881¹

3101. Handelsvertrag mit Frankreich

Handels- und Landwirtschaftsdepartement. Antrag vom 23. Juni 1881

Mit Note vom 18. ds.² gibt die *französische Botschaft* anher Kenntnis, dass die Regierung der französischen Republik bereit sei, die *Unterhandlungen über einen neuen Handelsvertrag* /zu vergl. Prot. v. 10. Mai N° 2280/ sofort zu eröffnen und

1. *Abwesend: Hammer.*

2. E 13 (B)/173.

dass eine Verlängerung des gegenwärtigen am 8. November 1881 ablaufenden Handelsvertrages nur denjenigen Staaten gegenüber zugestanden werde, mit welchen vorher neue Verträge unterzeichnet worden seien. Über das Verfahren bei den Vertragsverhandlungen und über den Zeitpunkt der letztern, worüber der Bundesrath unterm 10. Mai von der Botschaft³ u. unterm 20. gl. Mts. /P.N. 2503/ durch seine Gesandtschaft in Paris⁴ von der französischen Regierung Auskunft sich erbat, enthält die Note keine Mittheilung. Hinwieder sind die Unterhandlungen über den neuen französisch-englischen Vertrag noch nicht so weit vorgeschritten, um im jezigen Momente für die französisch-schweizerischen Unterhandlungen als Ausgangspunkt dienen zu können, wie die französische Regierung beabsichtigt hatte.⁵ Immerhin wird vom Bundesrathe auf den Antrag des Departements *beschlossen*:

1. Die Einladung der französischen Regierung zur Eröffnung der Unterhandlungen wird angenommen.⁶

2. Die Botschaft ist ersucht, den Zeitpunkt derselben anher mitzuthemen, damit der Bundesrath seine Delegirten für die Unterhandlungen bezeichnen und denselben die nöthigen Instruktionen ertheilen kann.⁷

3. Da die Verhandlungen wahrscheinlich längere Zeit in Anspruch nehmen werden und die Frist bis zum 8. November 1881 hiefür als zu kurz erscheint, so wird der Botschaft zuhanden der französischen Regierung eine Prolongation des bestehenden Vertrages vom 30. Juni 1864 um 6 Monate vorgeschlagen.⁸

ANNEX

E 13 (B)/173

REVISION DES SCHWEIZ.-FRANZ. HANDELS-VERTRAGES

Protokoll

Bern, 28. Juni 1881

Commissionssitzung vom 28. Juni, Nachm[ittags], im Conferenzsaale des Bundesrathes:

Anwesend: Herr Bundesrath Ruchonnet

Herr Minister Kern

Herr Nat[ional]Rath Geigy-Merian

Herr Nat[ional]Rath Gonzenbach

Herr Nat[ional]Rath Schmid (Bern)

Herr Ständerath Hauser.

Die Herren Nationalräthe Künzli & Heitz, & Ständeräthe Rieter & Blumer sind verhindert, zu der Sitzung sich einzufinden.

Herr Bundesrath Ruchonnet eröffnet die Verhandlungen, indem er bemerkt, dass das Handels-

3. *Note des Bundesrats in:* E 13 (B)/173.

4. *Ibid.*

5. *Vgl. Nr. 189, Anm. 3.*

6. *Vgl. auch den Annex.*

7. *Instruction pour les négociations avec la France concernant la révision des traités conclus en 1864, savoir: le traité de commerce, le traité sur l'établissement, le traité pour la protection réciproque de la propriété littéraire, artistique et industrielle, la convention sur les rapports de voisinage et la surveillance des forêts limitrophes. Vom 26. 8. 1881 (E 13 (B)/173).*

8. *Am 26. 9. 1881 kam eine erneute Vertragsverlängerung bis zum 8. 2. 1882 zustande (AS, 1880—1881, 5, S. 572—574).*

& L[andwirtschafts]Dep[artmen]t die Anwesenheit des H. Minister D' Kern benutzen wollte, um eine Besprechung mit denjenigen Mitgliedern der Bundesversammlung, welche auch Mitglieder der Spezialcommission des Dep[artemen]ts betr. Revision des schweiz.-franz. Handels-Vertrags sind, abzuhalten.

Herr D' Kern macht sodann über die gegenwärtige Situation der Angelegenheit im Wesentlichen folgende Mittheilungen:

Im Ganzen sei gegenwärtig in den massgebenden offiziellen Kreisen Frankreichs die Stimmung betr. Abschliessung internat[ionaler] Handelsverträge eine günstigere, als sie noch vor einigen Wochen war. Vor seiner Abreise von Paris habe er die Revision des schweiz.-franz. Vertrages mit den Ministern des Äussern, der Finanzen, des Handels und endlich mit dem Kammerpräsidenten Gambetta besprochen. Der Minister des Äussern sowie derjenige der Finanzen seien damit einverstanden, dass die Umwandlung der Werth- in spezifische Zölle eine Erhöhung nicht involviren dürfe, und bona fide auf contradictorischem Wege geprüft werden solle. Der Handelsminister Tirard dagegen sei zurückhaltender; er offerire die 24 % Rabatt vom Gen[eral]-Tarif. Selbstverständlich werden daneben die Ermässigungen, welche England bei den Vertrags-Unterhandlungen zugestanden werden, auch der Schweiz eingeräumt. Im Allgemeinen sei der Handelsminister auch damit einverstanden, dass in eine Prüfung der Umgestaltung der Werth- in spezifische Zölle eingetreten werde. Gambetta sei gegenwärtig wie früher der Ansicht, dass ein auch für die Schweiz & England annehmbarer Handels-Vertrag zu Stande kommen werde. Herr Kern schliesst mit der Anfrage, ob in dem Falle, wenn bei den Unterhandlungen der status quo im Wesentlichen nicht erhaltlich sei, man überhaupt auf einen Vertrag verzichten wolle, oder nicht.

Herr Gonzenbach bemerkt, dass der vorliegende neue franz. Generaltarif namentlich für die Baumwoll-Industrie äusserst ungünstig sei, die Frage indessen, ob und in welchem Falle man auf diesen Vertrag verzichten wolle, bedürfe noch näherer Untersuchung, und es sei vor Allem der Gang der Verhandlungen, bezw. das Resultat derselben abzuwarten.

Herr Geigy.

Bei den Vertrags-Unterhandlungen müssen wir den status quo im Auge behalten. Bei der Prüfung der Umwandlung der Werth- in spezifische Zölle und bei den Vertrags-Unterhandlungen überhaupt empfehle es sich, dass wir mit aller Ehrlichkeit zu Werk gehen. Auf diese Weise werden wir am besten fahren. Eingehende und gründliche Untersuchungen müssen deshalb den Vertrags-Unterhandlungen voran gehen. Jene seien nun im besten Gange und kommen rechtzeitig zum Abschluss. Wenn wir mit Frankreich einen Vertrag nicht abschliessen können, so werden wir in eine schlimme Lage versetzt, indem alsdann die Schweiz in zollpolitischer Beziehung wahrscheinlich eine retrograde Richtung einschlagen werde. Indem unser Generaltarif noch nicht definitiv aufgestellt sei, haben wir für die Vertrags-Unterhandlungen eine grössere Latitude. Je nachdem die Unterhandlungen ausfallen, können wir unsern Tarif den Verhältnissen gemäss einrichten; nöthigenfalls können wir da & dort mit den Ansätzen höher gehen; Frankreich habe ein grosses politisches Interesse, mit der Schweiz einen Handelsvertrag abzuschliessen, und es stehe nicht ausser dem Bereich der Möglichkeit, dass der status quo erhalten werde.

Herr Hauserhält die Frage, ob wir in dem Falle, dass der status quo nicht erhaltlich sei, auf einen Vertrag verzichten wollen oder nicht, noch für verfrüht; vor Allem sollen wir in bester Vorbereitung in die Unterhandlungen eintreten, um dann je nach dem Verlaufe und Resultate derselben jener Frage näher zu treten.

Herr Schmid hebt hervor, dass es für die Schweiz von höchster Wichtigkeit sei, mit Frankreich einen günstigen Handelsvertrag abzuschliessen; mehr als den status quo werde man indessen kaum erreichen. Sonderbarer Weise höre man sehr häufig von Frankreich sprechen, als wäre es freihändlerisch gesinnt. Gerade das Gegentheil sei richtig; die Zollansätze im neuen franz. Tarife seien höher als die Ansätze im deutschen Tarife. Können wir mit Frankreich einen Vertrag nicht abschliessen, so sei unsere handelspolitische Position gegeben; die Schweiz werde dann von heute auf morgen ins System des Schutzzolles getrieben. Das Volk werde nach Repressalien rufen. Schliesslich wünsche er, dass bei der Bezeichnung von Experten für die Vertrags-Unterhandlungen, alle Industrie-Zweige um Vorschläge ersucht werden.

Damit war die Discussion erschöpft; Herr Bundesrath Ruchonnet verdankt den Anwesenden ihre Mitwirkung, & erklärt die Verhandlungen für geschlossen.

*Die schweizerischen Delegierten an der internationalen Münzkonferenz
in Paris, A. Burckhardt-Bischoff und Ch. Lardy,
an den Vorsteher des Finanz- und Zolldepartements, B. Hammer*

B

Paris, 9 juillet 1881

La Conférence monétaire venant de terminer sa seconde session et de se proroger au 12 Avril de l'année prochaine¹, nous avons l'honneur de vous rendre compte des incidens des deux dernières réunions des 6 et 8 c^t.² *Le 6 c^t M. Seismit Doda* (Italie) a déclaré, que son gouvernement serait prêt à entrer dans une union bimétallique dont l'Allemagne et l'Angleterre feraient partie; du moment que ces deux états refusaient d'y entrer, il était évident que c'est sur eux que retomberait la responsabilité de l'échec de la combinaison. Dans ce cas l'Italie serait prête à s'entendre avec d'autres états pour la reprise d'une frappe *limitée* d'argent sur la base d'une proportion à établir pour chaque état, toujours sous réserve de certains engagements à prendre par l'Allemagne et l'Angleterre. Cette idée d'une frappe limitée nous ayant paru assez confuse, nous avons demandé (en particulier) aux délégués italiens des explications sur la manière dont ils entendaient cela, mais il nous a paru qu'ils n'avaient eux-mêmes aucune idée arrêtée à ce sujet, et que ce n'était pas bien sérieux.

Ensuite *M. Freemantle* (délégué britannique) a communiqué au nom de son gouvernement, une proposition émanant de la Banque d'Angleterre, qui déclare être prête à user de la faculté que lui confère l'acte de 1844, c.à.d. de constituer en argent jusqu'au 1/5^{ème} de son encaisse totale, à condition que les hôtels des monnaies d'autres nations reprendront la libre frappe des pièces d'argent à un taux fixe. La Banque d'Angleterre motive cette condition par la raison, que les Billets de Banque étant remboursables en *or*, il ne lui sera possible d'admettre *l'argent* dans son encaisse métallique, qu'autant qu'elle aurait la certitude de pouvoir à tout moment convertir cet argent en or à des conditions fixes et connues, dans les hôtels de monnaie de France ou des Etats-Unis. De son point de vue c'est une réserve très-sage, mais qui n'entre nullement dans les idées du bimétallisme. C'est le même ordre d'idées que les propositions de l'Allemagne; les unes et les autres sont inspirées par l'intérêt même bien entendu des états de qui elles émanent. Du reste il convient de faire remarquer que le *gouvernement* anglais ne propose aucun changement quelconque de son régime monétaire et qu'il se borne à transmettre des propositions faites par la *Banque* d'Angleterre en vertu de sa constitution actuelle, et en échange d'engagements d'une très-grande portée que prendraient des gouvernements étrangers.

1. Mit Telegramm vom 10. 4. 1882 meldete Bavier, dass die Konferenz nicht wie vorgesehen am 12. 4. 1882 zusammentreten könne (E 12/30). Die Gespräche wurden als Folge von Unstimmigkeiten erst im Juli 1882 wieder aufgenommen. Vgl. dazu die Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend die Ratifikation der Münzkonvention vom 6. 11. 1885 (BB 1885, 4, S. 453–490).

2. Vgl. auch den Schlussbericht der Delegierten über die internationale Münzkonferenz in Paris vom Sommer 1881 (E 12/30).

Nous joignons du reste à la présente les déclarations³ présentées par les délégués italiens et anglais.

Après quelques observations de M. Rusconi (italien) et M. Pierson (hollandais) le Président *M. Magnin* a exposé que la continuation plus longue de la discussion générale, quelque intéressante qu'elle fût, n'avancerait nullement une solution pratique de la question, qu'il convenait à la conférence de se séparer pour le moment et de remettre la suite des négociations entre les mains des gouvernemens, et que par conséquent la prochaine réunion de Vendredi 8 c' aurait pour sujet la question de la dissolution ou prorogation.

Dans la *séance du 8 c'* *M. Evarts* (Etats-Unis) a lu d'abord une déclaration (en anglais) concertée entre les délégués américains et français au nom de leurs gouvernemens, et contenant des thèses en faveur du bimétallisme à 15 1/2. Nous n'avons pu avoir aujourd'hui une copie de cette déclaration, qui a été reproduite par *M. Magnin* en français, elle sera insérée au procès-verbal.

Ensuite *M. Magnin* propose la prorogation de la Conférence pour le mois d'Avril prochain, afin de laisser aux gouvernemens le soin d'agir dans l'entretemps par voie diplomatique.

M. Forssell (Suède) s'étant opposé à la prorogation et ayant proposé la dissolution de la Conférence vu l'impuissance dans laquelle elle se trouvait d'arriver à une entente, la séance a été suspendue pour une demi-heure, afin de fournir aux délégués français et américains le temps de formuler et motiver leur proposition d'ajournement.

A la réouverture de la séance *M. Magnin*, Président, propose un ordre du jour, dont nous vous joignons le copie, et qui renferme l'ajournement de la Conférence jusqu'au 12 Avril 1882. Vous remarquerez les termes très-inoffensifs et sans couleur, dans lesquels ce document est rédigé. *M. Denormandie* (France) prend la parole pour motiver la prorogation; il fait un beau discours oratoire et littéraire, énumérant toutes les belles choses réalisées par la Conférence, la lumière qui s'est faite sur cette matière difficile, le rapprochement des idées; tout le monde est d'accord que quelque chose doit être fait, il s'agit seulement de s'entendre sur les meilleurs moyens, on y arrivera, mais il faut pour cela du temps; c'est pourquoi il ne faut pas se séparer pour tout de bon, mais simplement se proroger etc.

Mess. *Pirmez* (Belgique), *Lord Reay* (Indes britannique), de *Kuefstein* (Autriche) et Dr. *Broch* (Norvège) ont appuyé l'ajournement. Mr. *Forssell* a déclaré (quoique non convaincu) retirer sa proposition contraire, et s'abstenir de voter. L'ajournement au 12 Avril est prononcé à l'unanimité. Après des remerciemens votés au Président Mr. *Magnin* et au Vice Prés^t *M. Vrolik* (empêché par sa santé d'assister à la seconde session) ainsi qu'aux secrétaires, la séance a été levée et la Conférence s'est séparée.

Nous vous dirons qu'il a répugné quelque peu aux délégués suisses de voter pour la prorogation, par laquelle la Conférence se constitue en quelque sorte en permanence, et qu'elle leur a paru même dépasser la mesure du mandat conféré aux délégués. Sous ce rapport la proposition *Forssell* leur aurait paru plus opportune et plus conforme à la vérité. D'un autre côté les gouvernemens français et américains ayant attaché beaucoup de valeur à cette formule d'ajournement et la grande majorité des délégués s'étant rangée de cet avis, ils n'ont pas crû devoir se séparer de leurs collègues dans

3. *Nicht abgedruckt.*

s'étant rangée de cet avis, ils n'ont pas crû devoir se séparer de leurs collègues dans une matière de pure forme. Il leur paraît que le Conseil fédéral est toujours libre de se faire représenter ou non, comme il l'entendra, à la nouvelle réunion de la Conférence, et qu'il reste également libre dans le choix de ses délégués, sans qu'il ait été nécessaire de faire des réserves expresses à ce sujet; tous les gouvernemens du reste sont dans ce même cas.

Le résultat de cette seconde session de la Conférence a été tel que nous l'avions prévu et prédit, et il est évident que la Conférence aurait mieux fait, en se séparant au mois de Mai, de ne pas fixer une époque aussi rapprochée pour sa nouvelle réunion, mais de préparer avant une base quelconque pour une délibération. Sera-t-on plus avancé en Avril prochain? Nous ne nous permettons pas d'avancer une opinion sur ce point, mais du moins aujourd'hui les gouvernemens d'Allemagne et d'Angleterre paraissent aussi éloignés que jamais des idées préconisées par Mess. Cernuschi et Dana Horton, et d'un autre côté tout le monde paraît être convaincu qu'aucune union bimétalliste n'est possible sans le concours franc et absolu de ces deux états. Dans cet état de choses les partisans du statu quo dans l'Union latine avaient beau jeu; ils n'avaient qu'à se taire et se tenir à l'écart, et tous les châteaux en Espagne construits par les bimétallistes français et américains croulaient en eux-mêmes, faute d'être assis sur une base solide et réelle.

197

E 1004 1/126

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 23. August 1881¹

128. Genfer-Untersuchung, Verweigerung des Aufenthaltes für Fürst Krapotkine

Das Präsidium machte in Sachen betr. die Untersuchung der Vorgänge vom 18. März und 21. April abhin² und den Antrag auf Ausweisung des politischen Flüchtlings, Fürsten Krapotkine, aus dem Gebiete der Schweiz über die Person des letzteren, sowie das Vorleben desselben vor dessen Ankunft in der Schweiz in der Sizung vom 20. ds. Mts. mündliche Mitteilungen, legte die bezeichneten Aktenstücke sowie einen von der Vorlage des Departements etwas abweichenden Beschlussesentwurf auf den Kanzleisch.

Es wird nun heute wiederum zur Beratung dieses Gegenstandes übergegangen.

Die Herren Bundesrat Schenk und Hertenstein erklären sich durch die nachträglich erteilten Aufschlüsse befriedigt.

Herr Bundesrat Ruchonnet dagegen hält an seinem bereits in der Sizung vom

1. *Abwesend: Bavier und Welti.*

2. *Vgl. E 21/6898.*

19. diess. gestellten Verschiebungsantrag³ fest, eventuell beantragt er, den Antrag des Justiz- und Polizeidepartements abzulehnen.

Mit 3 gegen 1 Stimme wird aber der Verschiebungsantrag verworfen.

Da der in Urlaub abwesende Chef des Justiz- und Polizeidepartements, Herr Bundesrat Welti, welchem der Beschlussesentwurf des Herrn Bundespräsidenten Droz von letzterem zur Einsichtnahme mitgeteilt worden, sich mit diesem einverstanden erklärt hat, kommt nur noch *diese* Vorlage gegenüber dem eventuellen Antrage des Herrn Bundesrates Ruchonnet in Frage.

Nach gewalteter Beratung wird mit drei gegen 1 Stimme der Entwurf des Herrn Bundespräsidenten Droz zum Beschlusse erhoben.

Derselben lautet: [...].⁴

3. Ruchonnet hatte den Antrag gestellt, mit der Beratung der Angelegenheit bis zur Rückkehr des Vorstehers des Justiz- und Polizeidepartements, Welti, zuzuwarten, und er hatte diesen damit begründet, dass [...] der Antrag auf Ausweisung des Fürsten Krapotkine [...] wegen der Vorgänge vom 18. März und 21. April allein nicht begründet [sei], wegen der Beteiligung desselben bei der Redaktion des «Révolté» müsste aber auf gerichtlichem Wege vorgegangen werden und dessen Auftreten am Kongress in London falle, weil ausserhalb der Schweiz, hier nicht in Betracht [...] (E 1004 1/126, Nr. 4167).

4. Es folgt der Wortlaut des Bundesratsbeschlusses betreffend die Wegweisung des Fürsten Peter Kropotkin aus der Schweiz (BBl 1881, 3, S. 715–717).

198

E 1004 1/126

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 2. September 1881¹

4291. Vertragsunterhandlungen mit Japan, Vollmachten an den deutschen Gesanten in Tokio

Handels- und Landwirtschaftsdepartement. Antrag vom 29. August 1881

Die kaiserl. *deutsche Gesantschaft* macht mit Note vom 23. v. Mts.² die Mitteilung, dass die königl. grossbritannische Regierung die Vorschläge³ der deutschen Regierung für eine gemeinschaftliche Behandlung der Revision der mit Japan bestehenden Verträge angenommen und sich bereit erklärt habe, ihren Vertreter in Tokio alsbald mit entsprechenden Weisungen zu versehen. Die Gesantschaft fügt bei, dass, nachdem auch die übrigen europäischen Vertragsmächte schon vor einiger Zeit mit den Vorschlägen der deutschen Regierung sich einverstanden erklärt haben, es nach

1. Abwesend: *Bavier, Schenk, Ruchonnet.*

2. E 13 (B)/201.

3. Vgl. dazu das *deutsche Rundschreiben vom 18. 1. 1881 über die Revision des Handelsvertrages mit Japan*: Deutschland. Bericht und tabellar: Zusammenstellung der neuen Tarifvorschläge (E 13 (B)/201).

der Ansicht der letztern sich empfehle, dass die Beantwortung der japanesischen Vorschläge⁴ im Sinne des erzielten Einverständnisses möglichst bald erfolge; die kaiserliche Regierung sei bereit, die unterm 7. März a.c. (PN^o 1132) der Gesandtschaft mitgetheilten Wünsche⁵ betreffend die schweiz. Exportartikel bei den Unterhandlungen durch den deutschen Gesanten in Japan unterstützen zu lassen.

Gemäss dem Antrage des Departements wird *beschlossen*:

1.) Der Erlass eines Schreibens an die deutsche Gesandtschaft in Bern nach Entwurf, worin das erwähnte Anerbieten unter Verdankung angenommen und ihr förmliche Vollmacht erteilt wird, dass der deutsche Gesante in Tokio bei den bevorstehenden fraglichen Präliminarverhandlungen die Schweiz vertrete.

2.) Kenntnissgabe von dem Stande der Sache an den schweizerischen Generalkonsul in Yokohama ebenfalls nach Entwurf, mit der Anzeige, dass der Bundesrat ihn als Commissär bezeichnet habe, damit er den deutschen Gesanten in Japan bei den Unterhandlungen unterstütze.⁶

ANNEX

E 13 (B)/201

Instruktionen des Bundesrates

REVISION DES SCHWEIZ.-JAPANESISCHEN HANDELSVERTRAGES

1.) Bei den bevorstehenden Unterhandlungen mit Japan wird der kais. deutsche Gesandte in Tokio, S. Excellenz Herr Eisendecker, die Schweiz vertreten. Der schweizerische Generalconsul in Yokohama, Herr Arnold Wolff, ist als Commissär ernannt & beauftragt, den k. deutschen Gesandten bei den Unterhandlungen zu unterstützen & allfällig nöthige Aufschlüsse hinsichtlich der schweizerischen Interessen demselben zu ertheilen.

2.) Die Instruktionen sind in Übereinstimmung mit den von Deutschland & England ihren Vertretern ertheilten Instruktionen folgende:

Der Bundesrath habe bei den bisherigen Verhandlungen mit Japan stets eine Revision & nicht eine Abrogation des bisherigen Vertrages als Ausgangspunkt genommen. Eine Abänderung könne daher nicht einseitig, sondern nur im gegenseitigen Einverständniss vorgenommen werden. Der Bundesrath wolle vor Allem die bestimmten & detaillirten Abänderungsvorschläge Japan's kennen, um einen Einblick zu gewinnen, wie sich nach denselben die Handelsverhältnisse zwischen beiden Ländern gestalten würden. Der im September 1880 von der japanesischen Gesandtschaft in Paris dem Bundesrath vorgelegte Entwurf⁷ zu einem neuen Vertrage bietet keinen befriedigenden Ersatz für den bisherigen Vertrag & ist für die Schweiz nicht annehmbar.

3.) Der deutsche Gesandte, welcher die Schweiz bei den Präliminarunterhandlungen repräsentirt, hat keine Vollmacht, einen neuen Vertrag zu unterzeichnen; der schweiz. Generalconsul ebenfalls nicht.

4.) Wie bereits unter Ziffer 2 angedeutet, handelt die Schweiz ganz in Übereinstimmung mit Deutschland & England.

4. *Vgl. die Proposed New Treaties between Japan and Foreign Powers vom 16./17. 7. 1880* (E 13 (B)/201).

5. E 13 (B)/201.

6. *Beide Schreiben in: E 13 (B)/201. Vgl. auch den Annex.*

7. *Nicht abgedruckt.*

Der schweizerische Gesandte in Paris, J. K. Kern, an den Bundesrat

B Confidentiel

Paris, 7 septembre 1881

Ainsi que Vous le savez, j'avais demandé à M. Adams, Ministre d'Angleterre, en apprenant que Sir Ch^s Dilke resterait probablement un ou deux jours à Paris à son retour de la Bourboule, s'il ne pensait pas qu'il serait utile que je puisse avoir un court entretien confidentiel avec le Sous-Secrétaire d'Etat du Foreign Office. J'ai ajouté que je ne demandais pas cette entrevue, mais que j'autorisais M. Adams à dire à Sir Ch^s Dilke que je m'empresserais de me rendre à l'Ambassade d'Angleterre si M. Dilke le désirait et avait le temps de me recevoir pendant quelques instants pour conférer des intérêts communs de la Suisse et de la Grande Bretagne dans la question du traité de commerce.¹ — M. Adams a écrit à Sir Ch^s Dilke et, peu de jours après, me fit savoir que je trouverais ce dernier le 6, soit hier Mardi, à l'Ambassade, à 11 heures du matin.

Je me suis donc empressé de m'y rendre, à l'heure indiquée.

Sir Ch^s Dilke, après l'échange de compliments réciproques, a pris l'initiative de me dire: «Vous avez exprimé à M. Adams le désir de recevoir si possible les demandes formulées par l'industrie cotonnière anglaise & les dernières concessions offertes par la France avant la suspension des négociations. Vous avez déjà reçu communication des demandes anglaises², mais on a hésité à Vous donner connaissance des concessions françaises. — Je suis heureux d'adhérer à Votre seconde demande et M. Adams Vous communiquera ces concessions. — D'autre part, je suppose que Votre Gouvernement n'aura pas d'objection à nous communiquer ses instructions³ pour les négociations.»

J'avais d'autant moins d'hésitation à promettre la communication de Vos instructions, que celles-ci se réfèrent essentiellement aux rapports des sections de la Commission fédérale, rapports dont la plupart ont été communiqués déjà à M. Adams. — J'ai donc annoncé à M. Dilke qu'il recevrait une copie des instructions.

Em même temps, Sir Ch^s Dilke a autorisé M. Adams à faire la remise de la copie des dernières concessions offertes par la France. Cette remise a eu lieu ce matin. Vous en trouverez un exemplaire sous ce pli à titre *confidentiel & secret*. Il est absolument indispensable qu'*aucune communication quelconque n'en soit faite à qui que ce soit*, ce document étant non seulement confidentiel mais ayant été remis à Sir Ch^s Dilke à titre *personnel*. Il va sans dire que la communication des instructions du Conseil fédéral a été indiquée également comme confidentielle et secrète. — Les dernières concessions françaises se trouvent consignées dans un mémorandum daté du 27 Juillet & remis par M. Challemeil Lacour (annexe I)⁴; sur la base de ce memorandum, le gouvernement anglais a fait traduire en chiffres ces concessions (annexe 2)⁵.

1. *Vgl. Nr. 191.*

2. *Vgl. die Beilage zum Schreiben von Kern an Ruchonnet vom 30. 8. 1881 (E 13 (B)/173).*

3. *Vgl. Nr. 195, Anm. 7.*

4. *Nicht abgedruckt.*

5. *Nicht abgedruckt.*

MM. les experts suisses présents à Paris se félicitent vivement de ce que l'Angleterre ait consenti à nous communiquer ce document, promis par M. Tirard, mais refusé quelques jours plus tard par ce Ministre (voir rapport du 30 août)⁶.

J'ai donné à Sir Ch^s Dilke, en épreuve, un exemplaire du procès-verbal de la 1^{ère} séance de la Commission franco-suisse⁷, en attirant son attention sur le fait que, dès le début, il a été déclaré que la Suisse demandait au moins le maintien du *status quo*, et ensuite qu'elle entendait faire usage du tarif de 1878⁸ et de l'arrêté du 28 Juin de cette même année⁹ comme base des négociations. J'ai signalé également le fait qu'en cas d'échec des négociations la clause de la nation la plus favorisée tombait avec le traité lui-même. Quant à la marche générale des négociations, j'ai fait observer que nous entendions ne nous lier quant à présent sur aucun point; que nous transmettrions au Conseil fédéral, *ad referendum*, les propositions que les délégués français pourraient faire, et que, le moment venu, nous demanderions une prorogation de 3 mois jusqu'au 8 Février 1882.¹⁰

Sir Ch^s Dilke a trouvé cette attitude toute naturelle, et a compris la nécessité où nous sommes de négocier avant de pouvoir demander la prorogation.

J'ai demandé au Sous Secrétaire d'Etat quelles étaient les intentions du Gouvernement britannique relativement à la reprise des négociations, reprises qu'on désire vivement dans les cercles gouvernementaux français.

Sir Ch^s Dilke a répondu: nous ne ferons rien, nous resterons immobiles, aussi longtemps que la France ne nous accordera pas la prorogation de trois mois. — L'agence Havas d'aujourd'hui a communiqué aux journaux parisiens l'entrefilet suivant:

Sir Charles Dilke, revenant des eaux de la Bourboule, a passé hier soir à Paris. Le sous-secrétaire d'Etat anglais a rendu visite au ministre du commerce et au ministre des affaires étrangères.

Après les déclarations de M. Chamberlain et le discours de la reine d'Angleterre, cette visite fait espérer que les négociations du traité de commerce anglo-français vont être reprises, puisque tant de voix autorisées ont déclaré qu'elles n'avaient jamais été rompues, mais simplement suspendues.

Cet avis n'est manifestement pas exact, car Sir Ch^s Dilke m'a déclaré avoir fait aux Ministres français des Affaires Etrangères & du Commerce de simples visites de politesse, et n'avoir pas abordé les questions d'affaires, qu'il a tenu soigneusement à éviter.

Sir Ch^s Dilke a manifesté son étonnement de ce que des experts suisses aient été admis, pour chaque branche d'industrie, à prendre part aux négociations attendu que, deux fois au moins, cette facilité a été refusée à l'Angleterre par M. Tirard. J'ai exposé qu'en 1864, MM. Rouher, Drouyn de L'huys et Béhic avaient admis, sans la moindre difficulté, la présence d'experts, et que j'avais rappelé ce précédent à MM. S^t Hilaire & Tirard, ce qui avait amené ce dernier à céder après quelques hésitations. — M. Dilke a paru quelque peu froissé de cette différence de traitement.

Quant à la question des représailles, Sir Ch^s Dilke a exposé que l'Angleterre

6. E 13 (B)/173.

7. E 13 (B)/177.

8. BBl 1878, 3, S. 517—559.

9. *Vgl. Nr. 202, Annex.*

10. *Vgl. Nr. 195, Anm. 8.*

avait, par les droits sur les vins, une arme très-efficace en favorisant les vins de provenance espagnole, portugaise & italienne. — Vous remarquerez qu'il s'est abstenu de parler d'articles autres que les vins. — De mon côté, j'ai exposé au Sous-Secrétaire d'Etat l'arme suisse de l'arrêté fédéral du 28 Juin 1878; il la connaissait déjà.

J'ai ensuite annoncé à Sir Ch^s Dilke qu'un travail très consciencieux avait été achevé dans les derniers jours par M. Ed. Bühler délégué fédéral pour les tissus, à l'effet de proposer un système tout nouveau, reposant sur la base d'un droit sur les tissus exactement double du droit sur les fils moyens dont le tissu se compose. Ce système, modifiant de fond en comble le projet français, ne pourrait venir qu'en seconde ligne & après échec des propositions actuelles du Conseil fédéral, auquel il n'a pas encore été communiqué officiellement. — Pour avoir des chances de réussite, il faudrait que ce projet fût accepté aussi par l'Angleterre, et il importerait que M. Bühler pût être mis en rapports avec un expert anglais aussi sûr que compétent, afin de l'étudier contradictoirement.

Sir Ch^s Dilke a répondu qu'il chercherait en Angleterre qui il pourrait désigner, et a exprimé le vœu d'être prévenu quelques jours à l'avance du moment auquel l'expert anglais devrait se rendre à Paris. — Cette question sera donc reprise plus tard, le projet de M. Ed. Bühler ayant un caractère d'autant plus éventuel que Vous n'avez pas encore eu l'occasion de Vous prononcer à son sujet.

La fin de la conversation s'est passée en échange de paroles cordiales sur les intérêts communs des deux pays, et nous nous sommes réciproquement promis la communication réciproque de tout ce qui pourrait avoir intérêt pour l'autre Etat.

A l'occasion de la remise de la copie des dernières concessions offertes par la France à l'Angleterre, M. Lardy a obtenu ce matin de M. Adams quelques renseignements de nature plutôt rétrospective, sur les dernières correspondances échangées entre Londres & Paris avant la suspension des négociations. En raison du caractère plutôt historique de ces correspondances, on peut être assez bref.

Vous Vous rappelez que, le 10 Août, lord Granville avait écrit à M. Challemel Lacour (Voir rapport du 11 Août N^o 214)¹¹ pour exprimer son étonnement de la contradiction existante entre les dépêches françaises du 4 et du 9 Août, représentant la première, les concessions françaises comme n'étant pas un ultimatum et comme comportant un examen loyal & approfondi, et la seconde représentant les bases du nouveau tarif comme désormais arrêtées au moins dans leurs lignes principales. — Le lendemain, M. Challemel Lacour répondit à lord Granville en rappelant que l'Angleterre s'était offerte à déclarer qu'elle considérerait la conclusion d'un traité comme très probable, & que la dépêche du 10 semblait revenir sur cette déclaration, puisqu'elle impliquait la demande d'une prorogation & la promesse de concessions sur les laines & les cotons comme conditions préalable de la reprise des négociations.

Le 17 Août, M. Challemel Lacour communiquait une dépêche de M. Barthélemy S^t Hilaire, postérieure à l'entretien de M. Adams avec MM. Ferry, Tirard & S^t Hilaire (rapport du 12 Août N^o 217), dans laquelle il n'était faite aucune mention de la «formule» rédigée par M. Tirard en présence de M. Adams pour faciliter

11. *Schreiben vom 11. und 12. 8. 1881 in: E 13 (B)/173.*

une entente sur la question de prorogation; cette dépêche de M. S^t Hilaire exposait les engagements pris envers les Chambres lors de la loi de prorogation, et concluait en demandant purement & simplement au Gouvernement britannique l'envoi de ses délégués à Paris le 22 Août, & ne faisait plus la moindre allusion aux conditions auxquelles l'Angleterre avait subordonné la reprise des négociations.

C'est là dessus que le Cabinet britannique décida de renoncer à cette reprise, ce qu'il fit par une note rédigée en projet à Paris par M. Adams et contentant en substance que l'Angleterre, *sans insister sur la promesse de réductions ultérieures sur les cotons & les laines*, aurait consenti à reprendre les négociations à Paris si la prorogation eût été consentie, mais qu'en présence du refus de proroger, elle ne pouvait envoyer ses délégués à Paris.

«Depuis ce moment,» a ajouté M. Adams, «l'échange des communications écrites a cessé. D'après ce que m'a dit hier soir Sir Ch^s Dilke avant de quitter Paris, nous sommes décidés à ne faire aucune démarche pour la reprise des pourparlers. Nous espérons qu'à la fin d'octobre, un mouvement de l'opinion en France, ou un changement de Ministère à Paris, amèneront le gouvernement français à proroger de trois mois les traités actuels; et alors nous verrons».

Pour compléter notre télégramme de ce matin¹², nous Vous remettons sous ce pli le texte complet, d'après la *République française* du passage du discours de M. Gambetta à Honfleur dans lequel il se prononce pour la signature, «dans un avenir très rapproché, des traités qui ouvrent la liberté des échanges avec les peuples».

Aussi, messieurs, je crois qu'il est temps pour tout le monde que le régime économique et commercial de ce pays soit fixé avec les puissances étrangères. Vous connaissez mes convictions; elles n'ont pas varié. Je pense que vous êtes assez forts, que vous êtes assez ingénieux, assez audacieux et, en même temps, assez expérimentés et assez prudents, pour supporter la concurrence avec les autres nations qui nous entraînent. Et, par conséquent, je complète les espérances que je forme pour votre développement local, par le vœu que j'exprime pour que les traités qui ouvrent la liberté des échanges avec les peuples soient consacrés dans un avenir très-rapproché.

12. *Nicht ermittelt.*

200

E 2200 Paris 1/153

*Der Bundespräsident und Vorsteher des Politischen Departements, N. Droz,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, J. K. Kern*

S

Berne, 10 octobre 1881

Pour répondre à votre honorée lettre d'hier¹, je commence par vous confirmer la teneur du télégramme que je vous ai adressé jeudi et qui était ainsi conçu:

«Légation suisse, Paris.

1. E 2300 Paris 34.

(*chiffré*) Gouvernement français ayant exprimé désir de voir prendre fin les discussions avec commissaires suisses pour les diverses industries, discussions qui lui paraissent ressembler plutôt à enquête industrielle, mais ayant offert cependant d'entendre encore les autres commissaires désignés par nous dans une conférence qui pourrait avoir lieu lundi, nous avons répondu:

Les commissaires suisses pour traité de commerce ayant tous été entendus à l'exception d'un tout petit nombre, rien n'est plus facile que de répondre au désir du gouvernement français, et nous avons par conséquent chargé M. Kern de convoquer immédiatement ces derniers. (*non chiffré*) Veuillez vous entendre directement avec négociateurs français pour la fixation du ou des jours qui conviendraient.

signé Droz»

J'ai bien reçu ensuite votre télégramme du même jour, portant:

«Président Confédération, Berne.

Après entente avec commissaires français séances sont fixées pour samedi et lundi. Geigy arrive demain et les agriculteurs dimanche.

Légation suisse: Kern»²

Voici maintenant les informations complémentaires que, sur le désir que vous exprimez, je m'empresse de vous faire parvenir.

Monsieur l'Ambassadeur Arago s'est présenté chez moi jeudi matin et m'a exposé qu'il venait de recevoir un long télégramme chiffré de son gouvernement, le chargeant de faire une démarche verbale auprès de moi. Le gouvernement français désirait me faire savoir que l'admission de commissaires suisses aux négociations, accordée pour être agréable au Conseil fédéral et «par déférence pour M. Kern», commençait à présenter de sérieux inconvénients, attendu que les conférences diplomatiques tournaient à la commission d'enquête industrielle, dans laquelle une seule partie, les industriels suisses, était représentée. Les industriels français réclament vivement contre cette faveur accordée à la Suisse et qui est «contraire aux usages». Le gouvernement français ne pensait pas, en consentant à ce que des experts suisses fussent entendus, que cela prendrait de telles proportions. Il ne veut pas troubler le Conseil fédéral dans l'exécution des mesures qu'il a préparées pour la négociation du traité de commerce, et il consent volontiers à ce que les autres commissaires délégués pour les *principales* industries soient encore entendus, mais il exprime le désir que cette audition ait lieu promptement, pour laisser ensuite aux *véritables négociateurs* la discussion des intérêts en présence et restituer aux conférences leur caractère diplomatique.

J'ai répondu à Monsieur Arago que le mode adopté d'un commun accord n'était pas contraire aux usages et qu'en 1864 la même marche avait été suivie. Rien n'empêchait les négociateurs français de s'adjoindre aussi des experts, et je crois ne pas me tromper en disant que vous aviez vous-même (Monsieur Kern) exprimé à M. Tirard l'opinion qu'il nous serait très-agréable de voir les hommes du métier des deux pays en présence dans les conférences. Le gouvernement français ne saurait perdre de vue que, sans l'envoi de commissaires suisses, les négociations auraient forcément traîné en longueur, puisque nos négociateurs en titre, Messieurs Kern et Lardy, auraient dû, sur chaque point technique controversé, se procurer des renseignements et faire attendre les réponses. Les négociateurs français étant des spécialistes pour les ques-

2. *Telegramm vom 6. 10. 1881 (E 13 (B)/174).*

tions de commerce et de douane, et pouvant consulter aisément leurs industriels qu'ils ont pour ainsi dire sous la main, ont un notable avantage qui ne pouvait être compensé quelque peu que par la sage mesure prise par le Conseil fédéral et à laquelle le gouvernement français avait donné son adhésion.

Au reste, ai-je ajouté, je ne méconnaissais pas que la marche suivie a pu présenter quelques inconvénients aux yeux du gouvernement français, mais il me paraît d'autant plus facile de tenir compte du désir exprimé que, si je ne me trompe, nous arrivons au bout des catégories qui doivent être discutées. Je vais voir à quoi la situation en est exactement au département du commerce, et je vous ferai connaître ma réponse dans la journée.

Après m'être entendu avec Monsieur Ruchonnet et avoir constaté qu'il n'y avait plus en effet que quatre commissaires à envoyer à Paris, MM. Geigy, Demole, Schatzmann et Fehr, j'ai expédié à M. Arago la réponse dont je vous ai immédiatement donné connaissance par le télégraphe.

201

E 13 (B)/174

*Der schweizerische Gesandte in Paris, J. K. Kern,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
N. Droz*

B particulière & personnelle¹

Paris, 3 novembre 1881

Vous avez vu, par le rapport officiel sur la séance de ce jour, quelle attitude M. Tirard paraît vouloir adopter à l'égard de notre tarif de 1878.² — Le Ministre du Commerce estime n'avoir aucun intérêt à se lier avec nous sur la base d'un tarif qui n'existe

1. *Am Schluss des Schreibens bemerkte Kern:* Tout en maintenant à cette lettre le caractère d'une communication personnelle et confidentielle je vous prie de bien vouloir en donner connaissance à Messieurs Vos Collègues.

2. *Laut dem Bericht Kerns vom 3. 11. 1881 wurde erklärt: [...]*M. Tirard: Plus je réfléchis, plus je me demande si nous avons des avantages quelconques à traiter avec la Suisse sur cette base. Nous Vous aidons indirectement à faire voter votre loi sur les péages sous forme de tarif annexé au traité franco-suisse. Qu'avons nous à y gagner?

M. Kern: Vous êtes assurés de ne pas subir d'augmentations lors du vote définitif de la loi.

M. Tirard: Je me demande s'il ne serait pas préférable de nous entendre sur la base du traitement de la nation la plus favorisée. — Au fond, Vous ne nous offrez rien de mieux que cela.

M. Mariani: Qu'avons nous à gagner à rendre obligatoire une loi qui n'est pas encore votée et qui consacre des augmentations?

M. Kern: Le tarif de 1878 est une base de discussion & nous sommes prêts à entrer en matière sur cette base.

M. Tirard: Consolidez-le par une loi définitive. — D'autres sont dans la même situation que Vous, notamment l'Autriche-Hongrie, qui cherche à établir un tarif uniforme dans les deux parties de l'Empire, et qui nous a dit elle-même n'être pas en état de négocier actuellement. — Nous l'avons compris — une convention provisoire sur la base du traitement de la nation la plus favorisée, jusqu'au vote définitif du tarif général suisse, semblerait très-naturelle dans ces conditions. Il me semblerait difficile de me présenter devant le Parlement avec un tarif aggravé à l'entrée en Suisse, alors qu'aucune loi fédérale ne consacre ces aggravations vis-à-vis des Etats qui n'ont pas traité avec Vous. [...] (E 13 (B)/174).

pas encore, qui ne peut pas être opposé aux Etats qui ne traitent pas avec nous, ou tout au moins que le Conseil fédéral n'est pas *obligé* de leur opposer. — M. Tirard *donne à entendre qu'il n'a aucun intérêt à nous aider à faire une loi qui consacre des aggravations de la situation actuelle*, & qu'en attendant le vote de cette loi, on pourrait se contenter d'une convention provisoire sur la base du traitement de la nation la plus favorisée. — Il n'a pas définitivement insisté sur ces points de vue, mais on peut craindre que, lorsqu'on aura sérieusement comparé à Paris les taux de 1878³ avec ceux de 1864⁴, ces points de vue ne se renforcent plutôt que de s'atténuer.

M. Tirard a parlé, à ce qu'il nous a paru, plutôt *d'intention* que d'après une conviction basée sur une étude approfondie de la question.

On ne peut nier que son raisonnement n'ait quelque chose de fondé. — Vis-à-vis des Etats qui n'ont pas avec nous de traité de commerce, nous devons légalement appliquer la loi & le tarif de 1851⁵ jusqu'à ce qu'ils aient été remplacés, à moins qu'on ne puisse leur appliquer l'arrêté fédéral du 28 Juin 1878⁶. — La France n'a aucun intérêt à se lier avec nous sur la base d'un certain nombre, d'un grand nombre de positions du tarif de 1878, aussi longtemps que l'ensemble de ce tarif ne sera pas opposé aux Etats qui n'ont pas ou ne veulent pas traiter avec nous.

La situation est donc grave & la marche ultérieure de toute la négociation peut se trouver compromise.

En revenant de la séance, & pendant le cours de cet après midi, nous nous sommes vivement préoccupés, M. Lardy & moi, de ce qu'il conviendrait de faire; il va sans dire que le Conseil fédéral doit seul connaître de la question & la trancher; par conséquent nous avons tenu à éviter absolument d'aborder ce sujet dans le rapport officiel sur la séance de ce matin. — Nous nous permettons seulement, à titre personnel, de Vous faire part, à Vous personnellement, des quelques observations suivantes:

L'art 1^{er} de la loi fédérale du 17 Juin 1874 statue que les lois fédérales sont soumises au peuple ... et que les arrêtés fédéraux qui sont d'une portée générale *et* qui n'ont pas un caractère d'urgence sont également sujets au *referendum*⁷.

L'arrêté fédéral du 28 Juin 1878, déclaré urgent par l'Assemblée fédérale, autorise le Conseil fédéral, à frapper — sous réserve de l'approbation de l'Assemblée fédérale, — d'une taxe additionnelle etc ... les produits provenant d'Etats placés dans certaines conditions vis-à-vis de nous.

Afin d'assurer aux négociateurs français un traitement plus favorable qu'aux Etats qui n'ont pas de traités avec la Suisse, ou qui refuseront de traiter avec nous, et de constituer une base solide & légale pour nos négociations avec l'Italie, etc — ne serait-il pas possible au Conseil fédéral de faire usage de l'autorisation qui lui est conférée par l'arrêté du 28 Juin 1878? — Il y a urgence; la France, on doit s'y attendre, persistera de plus en plus, après réflexion, dans les vues exposées aujourd'hui par M. Tirard. — Le Conseil fédéral, en agissant de la sorte, demanderait la ratification de l'Assemblée fédérale par un arrêté qui serait déclaré urgent, puisqu'il y a réellement urgence vis-à-vis de la France si on veut éviter l'application du tarif général français.

3. BBl 1878, 3, S. 517—559.

4. AS 1863—1866, VIII, S. 272—304.

5. AS 1850—1851, II, S. 535—554.

6. *Vgl. Nr. 202, Annex.*

7. AS 1874—1875, 1, S. 116.

— De cette manière, le tarif de 1878 serait consolidé & placé sur une base indiscutable par les Etats étrangers. — On couperait court à d'interminables discussions intérieures; on assurerait le succès de négociations gravement mises en question. La discussion et l'adoption d'une loi définitive seront réservées à une époque plus opportune. — Il va sans dire que l'application du nouvel arrêté fédéral serait restreinte aux Etats avec lesquels la Suisse n'a pas de traités, & aux Etats qui, à l'expiration des traités actuels, n'en auraient pas signé de nouveaux avec la Confédération.

Telle est, à grands traits, et à la hâte, car le temps presse, la proposition absolument confidentielle & privée que nous nous permettons de soumettre à Vos réflexions personnelles. — Vous voudrez bien excuser l'intervention que nous nous permettons dans une question qui regarde avant tout le Conseil fédéral; mais la répercussion sur la marche des négociations franco-suisse est si énorme & le temps presse si fort que Vous voudrez bien ne pas prendre en mauvaise part ces quelques jalons sur une voie qui mérite la plus profonde attention de tous.

202

E 2200 Paris 1/153

Der Bundesrat an den schweizerischen Gesandten in Paris, J. K. Kern

S

Berne, 15 novembre 1881

Nous avons pris connaissance de votre nouveau rapport du 8 courant au sujet de l'incident soulevé par M. Tirard dans la 15^{me} conférence pour le renouvellement du *traité de commerce*, ainsi que de votre télégramme chiffré du 9, dont nous avons reçu le jour suivant votre copie conforme à notre traduction.¹

Les nouvelles instructions que nous vous donnons par la présente étaient préparées en vue d'une reprise des négociations avec M. Tirard; nous espérons que le changement de Ministère survenu dès lors aura rendu votre tâche plus facile.

Notre point de vue se trouve résumé dans la forme du mémoire ci-joint², dont vous pourrez donner lecture aux négociateurs français, leur laisser copie pour qu'ils puissent l'étudier à loisir et demander l'insertion au procès-verbal de la conférence.

Vous ne manquerez pas de relever que, dans la 1^{ère} séance pour le nouveau traité de commerce, le tarif de 1878 a été admis par les négociateurs français comme base de la discussion pour l'entrée en Suisse³; vous rappellerez aussi que l'on est convenu de part et d'autre de ne pas reproduire toutes les positions des anciens tarifs conventionnels de 1864⁴, ce qui exclut par conséquent la proposition française de maintenir purement et simplement à l'entrée en Suisse le tarif B de cette époque, qui n'est autre chose que notre tarif de 1851⁵, modifié sur quelques points.

1. *Beide Schriftstücke in:* E 13 (B)/174.

2. *Als Annex abgedruckt.*

3. *Vgl. das Protokoll der Sitzung vom 1. 9. 1881* (E 13 (B)/177).

4. AS, 1863—1866, VIII, S. 241—310.

5. AS, 1850—1851, II, S. 555—576.

Vous ferez ressortir que la Suisse ne peut accepter le rôle d'un Etat inférieur, qui serait condamné, comme le Japon l'est actuellement, à ne pouvoir modifier ses droits d'entrée, même à l'expiration d'une période contractuelle.⁶

Dans l'exposé ci-joint, nous avons évité de nous occuper du maintien du tarif de 1851, qui serait probablement appliqué, à partir du 8 février et jusqu'à l'adoption de notre tarif définitif, aux produits français et à ceux des nations liées avec nous par des traités. Ce sont là des questions d'ordre purement intérieur, qui peuvent être réglées par nous comme nous l'entendrons, dans les limites, cela va sans dire, de l'entente internationale à intervenir. *La France n'a aucun motif de se plaindre si nous n'appliquons pas à son égard les nouveaux droits dès le 8 février; elle n'aurait le droit de le faire que si d'autres nations étaient traitées plus favorablement, ce qui ne serait pas le cas. D'autre part, nous devons envisager comme inouïe et unique dans l'histoire des négociations diplomatiques la prétention de la France de nous obliger à traiter d'autres Etats plus défavorablement qu'elle-même.*

Par ces motifs, nous devons donc maintenir notre liberté d'action vis-à-vis des Etats qui n'auraient pas de traité avec nous à la date du 8 février. D'une lettre que nous a adressée M. Philippin⁷, à la suite d'un entretien que vous avez eu avec lui à ce sujet, il résulte que la démarche que vous nous sollicitez de faire, soit la mise en vigueur de l'arrêté fédéral du 28 juin 1878⁸, serait en Suisse mal interprétée. On verrait dans cette décision une espèce de surprise par laquelle nous aurions soustrait à l'Assemblée fédérale et au peuple suisse la discussion en second débat et l'adoption du nouveau tarif. Nous savons que telle ne serait pas la portée d'une telle mesure, puisque:

1° l'article 34 de la loi de 1851 et l'arrêté fédéral du 28 juin 1878 réservent expressément l'approbation de l'Assemblée fédérale⁹; et

2° que le nombre des Etats civilisés avec lesquels nous n'avons pas un traité de commerce ou une convention renfermant la clause de la nation la plus favorisée est infiniment petit, et qu'en conséquence notre arrêté ne s'appliquerait en réalité à personne.

Néanmoins, nous vous invitons à ne faire aucun usage de l'instruction éventuelle¹⁰ contenue dans notre dépêche du 4 courant et à vous conformer uniquement aux présentes instructions.

La conversation que vous avez eue avec M. Philippin nous ayant montré qu'il y

6. Vgl. dazu Nr. 138.

7. Vgl. das Schreiben von Philipin an Droz vom 5. 11. 1881 (E 13 (B)/174).

8. Vgl. Nr. 201.

9. Art. 34, Absatz 1 der Bundesverfassung und der Bundesbeschluss vom 28. 6. 1878 sind im Annex abgedruckt.

10. Der Bundesrat führte in diesem Schreiben aus: [...] Nous avons lieu d'espérer que ces explications [über den schweizerischen Zolltarif] suffiront pour dissiper les objections de M.M. les négociateurs français. Si nos prévisions sur ce point ne se réalisaient pas et qu'il fallût nécessairement recourir à des mesures spéciales, le Conseil fédéral pourrait se résoudre à faire usage des pouvoirs que lui donne l'arrêté de 1878, en décidant que, l'approbation de l'Assemblée fédérale réservée, le tarif de 1878 sera applicable dès la conclusion d'un traité franco-suisse, à tous les pays avec lesquels nous ne serons pas au régime de la nation la plus favorisée.

Nous désirons toutefois garder sur ce point notre liberté d'action et nous vous prions de ne faire usage de ce qui précède qu'en cas d'absolue nécessité. [...] (E 13 (B)/174).

avait des inconvénients à entretenir des personnes étrangères aux négociations d'une question de cette nature, nous vous prions de ne pas lui faire d'autres communications à ce sujet.

ANNEX

*Denkschrift des Bundesrates
an die französischen Handelsvertragsunterhändler¹¹*

Bern, 15. November 1881

Le tarif fédéral des péages de 1851 ne peut pas être maintenu comme base d'un nouveau tarif conventionnel. D'abord, il ne répond plus à l'état actuel des choses, et, d'autre part, tous les autres Etats ont apporté dès lors des modifications plus ou moins profondes à leurs tarifs douaniers, quelques-uns même plusieurs fois dans le cours des trente dernières années. La Suisse ne saurait se condamner à l'immobilisme sur ce point, en laissant subsister, seule en Europe, une loi surannée qui ne tient plus suffisamment compte ni des besoins actuels de l'industrie et du commerce ni des exigences de sa situation financière.

Le tarif révisé de 1878¹² est la seule base sur laquelle le Conseil fédéral puisse accepter la discussion. Acquis depuis longtemps aux idées de libre échange, la Suisse, en élaborant son nouveau tarif conformément aux prescriptions de l'article 29 de la constitution fédérale¹³, a conservé aux droits prévus le caractère essentiellement fiscal. Si l'on compare ce tarif avec ceux des autres Etats, on verra que sur l'immense majorité des articles, en particulier sur les produits fabriqués, les taux suisses restent de beaucoup inférieurs à ceux perçus à d'autres frontières. Tout en insistant sur cette situation, qui fait que la Suisse est le plus ouvert des pays continentaux, le Conseil fédéral n'est pas moins disposé à examiner les demandes de réductions qui pourraient lui être soumises.

La circonstance que le tarif de 1878 n'est pas encore une loi définitive ne peut être invoquée contre l'admissibilité de ce tarif comme base de discussion internationale. En semblable matière, chaque Etat a le droit évident de dire: Voilà le terrain sur lequel, en principe, j'entends me placer. Un simple projet de loi gouvernemental peut aussi bien servir à une telle discussion qu'une loi faite et parfaite, puisque l'établissement d'un tarif conventionnel a précisément pour effet soit de modifier, par voie d'entente internationale, la loi intérieure lorsqu'elle existe, soit de limiter la liberté de légiférer lorsque la loi n'est encore qu'à l'état de projet.

Si l'Assemblée fédérale a cru devoir s'en tenir au premier débat du tarif révisé et a chargé le Conseil fédéral de négocier les traités de commerce sur cette nouvelle base, c'est d'un côté par des motifs d'égards pour les autres Etats, et d'un autre côté pour se réserver la main entièrement libre dans le cas où les négociations ne donneraient pas le résultat désiré. On fait remarquer que, si le seul tarif conventionnel qui lie encore la Suisse, celui de 1864 avec la France, n'était pas remplacé par un autre, la Suisse rentrerait en possession de son autonomie douanière pleine et entière, comme c'est le cas, par exemple, de l'Allemagne, et, n'étant plus liée, comme celle-ci, que par des conventions sur la base du traitement de la nation la plus favorisée, pourrait élever à son gré et en tout temps les droits de son tarif bien au delà des taux de 1878 si elle y trouvait un intérêt immédiat ou futur.

Que cette dernière éventualité soit destinée à se produire, cas échéant, doit être envisagé comme certain. L'Assemblée fédérale mettra dans tous les cas la main à la fixation définitive du tarif de 1878, dès l'année prochaine, en tenant compte d'un nouveau tarif conventionnel s'il en existe un ou, au cas contraire, des exigences de la situation. En attendant — qu'un nouvel acte législatif soit inter-

11. *Anmerkung am Kopf der Denkschrift*: A insérer dans le procès-verbal de la séance du 4 Janvier.

12. BBl 1878, 3, S. 517—557.

13. AS, 1874—1875, 1, S. 9.

venu et ait obtenu la sanction populaire, le Conseil fédéral peut, sous la seule réserve de l'approbation de l'Assemblée fédérale, appliquer dès l'expiration du traité franco-suisse, non seulement le tarif de 1878, mais encore des droits plus élevés. Il tient ce pouvoir:

1^o de l'article 34 de la loi sur les péages de 1851 ainsi conçu: Dans des circonstances extraordinaires, notamment aux temps de disette, lorsque le commerce de la Suisse deviendrait l'objet de restrictions plus considérables de la part de l'étranger, etc, le Conseil fédéral est spécialement autorisé à prendre temporairement des mesures exceptionnelles et à apporter au tarif les changements qu'il jugera convenables.

Toutefois il doit apporter ces dispositions à la connaissance de l'Assemblée fédérale lors de sa première réunion et elles ne peuvent être maintenues, qu'autant que l'Assemblée les approuve.

2^o de l'arrêté fédéral du 28 juin 1878, dont voici la teneur:

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,

en application de l'article 34 de la loi fédérale sur les péages, du 27 août 1851;

vu que le nouveau tarif adopté le 28 juin 1878 par les deux Chambres, arrête:

1. Le Conseil fédéral est autorisé — même avant l'entrée en vigueur du nouveau tarif — à frapper, sous réserve de l'approbation de l'Assemblée fédérale, d'une taxe additionnelle correspondante, les produits provenant d'Etats qui ne traitent pas la Suisse sur le pied de la nation la plus favorisée, ou dont le tarif général impose des droits particulièrement élevés sur les produits suisses.

Comme on le voit par ces différentes citations, le tarif de 1878 n'est pas une simple arme pour la négociation des traités de commerce, mais une instruction formelle donnée par l'Assemblée fédérale, en même temps qu'une œuvre destinée à devenir définitive après que l'on sera fixé sur le résultat de cette négociation. Les Etats qui traiteront avec la Suisse sur la base de ce tarif obtiendront les avantages suivants:

1^o l'assurance que, sur les positions inscrites au nouveau tarif conventionnel, les droits prévus au tarif de 1878 ne seront en tout cas pas dépassés;

2^o des diminutions conventionnelles sur ces droits.

Les Etats qui ne traiteront pas avec la Suisse pourront s'attendre à ce qu'il leur soit fait application de l'article 34 de la loi fédérale de 1851 et de l'arrêté fédéral de 1878, et, à cet égard, le Conseil fédéral n'hésitera pas, cas échéant, à faire usage de ses pouvoirs.

Le remplacement du traité franco-suisse avec tarif conventionnel de 1864 par la seule clause du traitement de la nation la plus favorisée doit être considéré sous son véritable point de vue. Si ce tarif conventionnel de 1864 vient à tomber sans être remplacé par un autre, cela signifie, comme il a été déjà dit plus haut, que la Suisse redevient maîtresse absolue de son tarif et par conséquent que le Conseil fédéral pourra percevoir, dès le 8 février 1882, la totalité des droits du tarif de 1878 et même une surtaxe sur tous les articles qu'il désignera, avec la seule restriction de ne pas traiter plus mal les unes que les autres les nations qui ont avec la Suisse la clause de la nation la plus favorisée. Or, ce ne sera pas là un obstacle à l'élévation des droits, bien au contraire.

Le Conseil fédéral désire éviter cette éventualité, car il préfère assurer aux industries suisses le maintien et, si possible, le développement de leurs débouchés actuels, et dans ce but il est disposé à discuter les concessions qu'on pourra lui demander sur le tarif de 1878.

Une fois ces demandes réglées conventionnellement, la fixation définitive du nouveau tarif dans les limites arrêtées internationalement demeure une question d'ordre intérieur, que les autorités fédérales régleront comme elles jugeront convenable.

203

E 1004 1/127

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 25. November 1881

5713. Bahnanschluss bei St. Gingolph

Politisches Departement, Anträge vom 21. und 23. November 1881

Post- und Eisenbahndepartement, Antrag vom 21. November 1881

Das Post- und Eisenbahndep[artemen]t legte mit seinem Vortrage vom 21. diess in Form eines Entwurfes zu einem Statsvertrage die Instruktionen für die Verhandlungen betr. den Anschluss der Eisenbahn von Thonon nach Bouveret über Evian und St. Gingolph vor.¹ Das polit[ische] Departement erklärte unterm gleichen Tage seine Zustimmung zu dieser Vorlage. Auf den in der Sitzung vom 22. diess (PN^o 5647) geäusserten Wunsch unterbreitet nun das polit[ische] Departement mit seinem Vortrage vom 23. diess dem Rate bezüglich der sich an diese Linie knüpfenden politischen und militärischen Fragen:

1. einen Bericht des Militär-Dep[artemen]ts vom 23. März² (zu vergl. auch Prot. v. 22. Nov[em]b[er] N^o 5647) an das polit[ische] Departement;
2. eine Darstellung des polit[ischen] Dep[artemen]ts über die einschlägigen Vertragsbestimmungen;
3. ein konfidentielles Memorial des Herrn Obersten Philippin an Herrn Minister Kern.³

Das Militär-Departement gelangt in seinem Berichte zu dem Schluss, es seien bei den fraglichen Vertragsverhandlungen folgende Bedingungen zu stellen:

a. Hinsichtlich der Benutzung dieses Schienenstranges seien die gleichen Vorteile in gleichem Umfange vorzubehalten, wie sie der Schweiz auf den schweizer[ischen] Linien zu Militärzwecken zustehen und wie sie der Schweiz für die Simplonstrasse vertraglich vorbehalten sind, (communication entre la canton de Genève et le Valais und passage libre en tout temps pour les troupes suisses).

b. Der internat[ionale] Bahnhof sei in Bouveret auf schweiz[erischem] Gebiete zu errichten, wo die Raumverhältnisse diess am ehesten gestatten und ein Anschluss an die Dampfschiffahrt zu erzielen ist, wodurch der Vorteil gewonnen wird, auf dieser Übergangsstation immer einiges Betriebsmaterial zu finden. Die letztere Bedingung ist infolge des Protokolls über die technische Frage des Anschlusses⁴ bereits erfüllt, und es handelt sich blos noch um die erste dieser beiden Anforderungen.

Das polit[ische] Departement schlägt vor, in Übereinstimmung mit der von der Schweiz bezüglich dem Verhältnisse mit Savoyen stetsfort geübten Politik, welche darin bestanden, nicht unnützer Weise Schwierigkeiten in der Auslegung der Verträge zu veranlassen, durch welche das Recht der Schweiz nur leiden könnte und mit

1. E 13 (B)/93. Alle weiteren erwähnten Aktenstücke finden sich unter der gleichen Signatur.

2. E 13 (B)/93. Vgl. auch den Annex.

3. Denkschrift vom 25. 4. 1881 (E 13 (B)/93).

4. Vgl. das Protokoll der technischen Konferenz vom 9. 10. 1881 in Bouveret (E 13 (B)/93).

der Erörterung technischer und ökonomischer Fragen nicht solche anderer Art zu vermengen, ein solches Begehren, wie es vom eidgen[össischen]/Militärdepartement gestellt wird, fallen zu lassen.

Herr Bundesrat Welti stellt, denjenigen des Militär-Dep[artemen]ts aufnehmend, den Antrag, Herrn Dr. Kern folgende Instruktion zu erteilen:

Die Schweiz verlangt, dass diejenigen Rechte, welche ihr durch den Wienerkongress und die internat[ionalen] Verträge in Bezug auf die Simplonstrasse zwischen St. Gingolph und Genf zugesichert sind, in dem abzuschliessenden Verträge auch mit Bezug auf die zu erstellende Eisenbahn anerkannt werden.

Herr Bundespräsident Droz, von der Ansicht ausgehend, es sei zu befürchten, dass mit dieser Instruktion die Vertragsverhandlungen sich zerschlagen werden, stellt folgenden vermittelnden Antrag: Herr Kern sei einzuladen, neuerdings und auf die ihm am angemessensten erscheinende Weise den Standpunkt des Bundesrates zu betonen, dass er nämlich nicht technische und ökonomische Fragen mit politischen habe vermengen wollen, und dabei der Meinung sei, dass die Lösung jener den Vereinbarungen des internat[ionalen] Rechts, an welche die Gesandtschaft in der Konferenz vom 14. April 1881 (gedrucktes Protok[oll]/S. 47)⁵ ausdrücklich erinnert habe, keinen Eintrag tun könne. Die Gesandtschaft werde daher, unter förmlichem Vorbehalt dieses Gesichtspunktes, ermächtigt, die Konvention betr. den Anschluss bei St. Gingolph abzuschliessen.

Diesem Antrage gegenüber wünscht Herr Bundesrat Hammer, dass dieser Vorbehalt ausdrücklich ins Schlussprotokoll aufgenommen werde.

Nach gewalteter Beratung wird vorerst in eventueller Abstimmung der Antrag des Herrn Hammer mit 2 gegen 3 Stimmen abgelehnt. Hierauf wird dem Antrage des Herrn Bundespräsidenten mit 4 Stimmen der Vorzug gegeben, gegenüber dem Antrage des Herrn Bundesrates Welti, welcher 2 Stimmen auf sich vereinigt.

Endlich wird der Antrag des Eisenbahndep[artemen]ts mit dem Zusaz des Herrn Bundespräsidenten definitiv beschlossen.⁶

ANNEX

E 27/15246

Aufzeichnung des Obersten im Armeestab V. Burnier

Berne, 16 mars 1881

Au sujet du raccordement de la ligne d'Italie avec le Paris-Lyon-Méditerranée à St. Gingolph, on peut se demander:

1° La Suisse a-t-elle un avantage à pousser à l'ouverture de cette nouvelle communication internationale?

5. E 13 (B)/93.

6. Vgl. die Botschaft des Bundesrates vom 31. 2. 1882 und den Vertragstext betr.:

a. eine Konvention über die Zollverhältnisse zwischen dem Kanton Genf und der freien Zone von Hochsavoyen;

b. vier Konventionen über die Eisenbahnanschlüsse:

1) von Annemasse nach Genf;

2) von Besançon über Morteau und den Col des Roches nach Locle;

3) von Thonon über St. Gingolph nach Bouveret;

4) von Genf nach Bossey-Veyrier.

(BBl 1882, 1, S. 738—782).

Il est évident que la Suisse a plutôt un grand intérêt à retarder le plus possible le moment de l'ouverture de cette nouvelle ligne et cela au point de vue politique, économique et militaire.

Au point de vue militaire, il suffit de rappeler le conseil que nous donnait le Colonel Simmons en 1863, dans son rapport sur la défense de la Suisse⁷: l'honorable Colonel Anglais nous disait que nous ne devons jamais laisser construire la ligne sur la rive gauche du lac Léman.

Il est donc tout indiqué de laisser dormir la question le plus longtemps possible et si par hasard, les commissaires français la mettaient sur le tapis, de n'y entrer qu'avec la plus grande réserve.

Cependant, comme il est évident que cette ligne se fera tôt ou tard, on pourrait s'il y a lieu, profiter des négociations pour obtenir que la station de raccordement c'est à dire la station où se fera le changement d'exploitation soit sur le territoire suisse.

Si cette station était située au Bouveret, par exemple, cela faciliterait beaucoup la mise à l'abri du matériel roulant, mais il faut bien dire qu'en présence de la masse du matériel roulant étranger qui circule sur nos lignes, cette question n'a pas une importance majeure.

7. E 27/11361.

204

E 13 (B)/174

*Der schweizerische Gesandte in Paris, J. K. Kern,
an den Vorsteher des Handels- und Landwirtschaftsdepartements,
L. Ruchonnet*

B Confidentielle

Paris, 26 novembre 1881

Vous avez appris ce matin, par le rapport d'hier¹ sur la conversation officieuse avec M. Rouvier, que le nouveau Ministre du Commerce paraît craindre des résistances parlementaires très sérieuses pour les augmentations du tarif à l'entrée en Suisse, qu'il déclare n'avoir pas encore pu se former une opinion personnelle définitive, & qu'il demande un nouvel entretien officieux avant la prochaine séance officielle. — Vous avez appris en même temps que les bureaux compétents, au Ministère des Affaires Etrangères, comme à celui du Commerce & comme à la Douane, *sont entièrement hostiles à tout relèvement des droits*, & partagent les opinions de M. Tirard.

La situation est donc telle que l'entrevue de la semaine prochaine sera sans doute décisive. — De plus, il y a urgence, car, du côté français, la Chambre des Députés se séparera dans peu de jours à cause du renouvellement partiel du Sénat, et ne se réunira que le 2^{ème} mardi de Janvier d'après la constitution. — Du côté suisse, les Chambres vont se réunir & des interpellations seront sans doute adressées au Conseil fédéral, et il importe que les choses aient pu prendre une tournure dans une direction favorable.

Pour cet entretien si important avec M. Rouvier², qui sera inévitablement suivi d'un autre avec M. Gambetta³, nous estimons que Votre présence serait d'une importance très considérable; elle Vous permettrait de Vous rendre compte immédiatement de la nature des objections formulées, de la possibilité de les surmonter, de l'attitude à prendre par la Suisse, & de rendre compte, par suite d'impressions personnelles, de la situation à l'Assemblée fédérale.

1. *Nicht abgedruckt.*

2. *Als Annex 4 abgedruckt.*

3. *Als Annex 3 abgedruckt.*

Les correspondances si nombreuses échangées dans les derniers temps, Vos entretiens avec les autres Membres du Conseil fédéral, Votre tact relativement à l'attitude à prendre vis-à-vis de nos Chambres, la gravité et l'importance de la question, justifiaient pleinement, nous semble-t-il, une proposition dans ce sens auprès du Conseil fédéral.⁴

Comme, dans notre conviction, il sera nécessaire d'abandonner, si on veut réussir à obtenir un traité, un bon nombre des positions du tarif de 1878⁵, il a été préparé par la Légation un tableau⁶ des points sur lesquels il serait le moins difficile de céder, et des conséquences financières de ces concessions. Comme il y a urgence, grande urgence, et comme il serait extrêmement désirable, indispensable même qu'à la prochaine réunion officieuse avec M. Rouvier, nous pussions lui faire part de l'opinion du Conseil fédéral à ce sujet, M. Lardy se décide à partir ce soir pour aller en conférer avec Vous, ainsi qu'avec MM. Droz & Hammer. — Après l'entretien avec MM. Rouvier & Gambetta, il serait peut être trop tard, et en outre, nous tomberions, pour l'examen de ces concessions éventuelles, pendant la session de nos Chambres, ce qui rendrait cet examen plus difficile.

Nous espérons très vivement que Vous consentirez à faire le sacrifice de ce voyage à Paris. Je regrette beaucoup d'être obligé de Vous demander ces quelques jours à la veille de la session, au moment où Votre temps est mis, plus que jamais, à contribution. Mais je connais trop Vos sentimens de patriotisme pour n'être pas convaincu que, dans une circonstance aussi grave, Vous ne refuserez pas un concours qui peut être d'une aussi grande utilité à notre Pays.⁷

ANNEX I

INSTRUCTIONS POUR LA DÉLÉGATION À PARIS (MONSIEUR LE CHEF DU DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DU COMMERCE)⁸

Berne, 3 décembre 1881

1° Exposer la nécessité absolue où le Gouvernement fédéral se trouve, eu égard aux ressources financières déterminées par la Constitution fédérale et aux compétences et devoirs résultant de cette Constitution (spécialement organisation militaire, mesures à prendre contre les dévastations de la nature, instruction publique), — de prévoir une augmentation des recettes de péages d'au moins 4 millions pour l'avenir des dix années pendant lesquelles le nouveau traité de commerce avec la France serait en vigueur.

4. *Der Bundesrat stimmte der Entsendung von Ruchonnet am 3. 12. 1881 zu* (E 1004 1/127, Nr. 5837). — *Für die Instruktionen vgl. die Annexe 1 und 2.*

5. BBI 1878, 3, S. 517—557.

6. E 2200 Paris 1/153.

7. *Am Schluss des Schreibens setzte Kern hinzu:* Je vous prie de bien vouloir m'informer en temps utile du jour et de l'heure, ou vous arriverez ici, pour pouvoir m'entendre pour la fixation définitive de la conférence officieuse aussi avec Min. Rouvier et pour pouvoir vous procurer à temps une entrevue avec M. Gambetta & permettez moi cher Monsieur de vous recommander vivement l'exécution du projet ci dessus exposé. Kern.

8. *Vom Bundesrat am 3. 12. 1881 beschlossen. Vgl. Anm. 4.*

Si désireux que le Gouvernement fédéral soit de renouveler son traité de commerce avec la France, il lui est tout à fait impossible de renoncer à cette augmentation de recettes en se liant comme en 1864 sur la presque totalité des catégories du tarif et en acceptant, comme les négociateurs français l'ont demandé, le maintien pur et simple du status quo, sauf sur les points pour la plupart sans importance déjà retranchés par eux.

Par contre, en demandant sa liberté ou un relèvement de droits sur un certain nombre d'articles afin d'assurer le développement nécessaire des ressources du fisc, le Gouvernement fédéral n'entend pas aggraver la situation du commerce florissant entre les deux pays. Il donne au contraire la déclaration formelle qu'il est disposé à faire les concessions nécessaires pour que le statu quo ne subisse pas de modifications sensibles. Les augmentations qu'il réclame porteront de préférence sur des articles frappés par tous les Etats, en particulier la France, comme articles fiscaux, tels que les alcools et les vins. Et quant aux articles sur lesquels il revendique sa liberté, ce sont uniquement ceux qui intéressent beaucoup plus le commerce d'autres pays que celui de la France avec la Suisse.

2° Si les membres du Gouvernement français que verra le délégué du Conseil fédéral se refusaient en principe à entrer dans ces vues et persisteraient à demander le retour pur et simple au status quo (moins les retranchements déjà opérés), le délégué déclarera qu'il doit renoncer à poursuivre la négociation.

3° Pour le cas où la réponse serait favorable en principe et où l'on demanderait à connaître les articles qu'entend réserver le Gouvernement fédéral, le délégué insistera pour qu'il soit procédé à une discussion détaillée des taux de 1878 tels qu'ils ont été indiqués en regard de la classification de 1864. Le délégué, ou éventuellement la Légation reçoit pour instructions, dans ce cas de faire ensorte qu'il ne soit pas descendu en général au-dessous de 50 % sur la différence entre les taux de 1864 et ceux de 1878 pour les produits manufacturés.

4° S'il n'était pas possible d'obtenir cette discussion détaillée, le délégué est autorisé à communiquer la liste ci-jointe (A) et il est également autorisé à agir ou à charger la Légation suisse d'agir dans le sens de l'instruction renfermée dans la liste B.⁹

5° Le délégué appréciera l'opportunité de négocier l'affaire non seulement dans des conversations officieuses avec les ministres français qu'il jugera nécessaire de voir, mais encore dans la Conférence diplomatique officielle en vue de laquelle il reçoit des pleins pouvoirs, dont-il pourra faire usage conformément aux instructions qui précèdent.¹⁰

6° Pour le cas où les propositions contenues dans la liste A donneraient lieu du côté français à des difficultés que la liste B ne permet pas de résoudre, le délégué ou éventuellement la Légation suisse devra faire rapport au Conseil fédéral.

9. Die Liste A ist identisch mit der als Annex 2 abgedruckten Liste B, enthält jedoch keine Tarifansätze (E 13 (B)/174).

10. Vgl. Nr. 205.

ANNEX 2

*Instruktionen des Bundesrates für die schweizerische
Handelsvertragsdelegation in Paris*¹¹

Berne, 3 décembre 1881

Liste B

I. Articles à augmenter en les insérant au tarif conventionnel

Instruktionen

Alcools	maintien absolu du taux proposé.
Vins	descendre à fr. 4.50
Vinaigres	(dans le cas d'inscription) fixer à fr. 5, dernière limite fr. 4.50.

II. Articles à sortir du tarif conventionnel

Instruktionen

Bière	maintien absolu.
Fils et tissus de lin	évent[uellement] tarif de 1878
Fils et tissus de coton	maintien absolu
Peaux et ouvrages en peaux	évent[uellement] tarif de 1878
Verre à vitres	id.
Gobeletterie	id.
Marbres et ouvrages	id.
Fruits du midi	id.
Poteries et ouvrages en étain	on peut abandonner.
Ouvrages en fer et en acier	évent[uellement] tarif de 1878
Epices préparées	id.

ANNEX 3

I ENTRETEN AVEC M. GAMBETTA

Paris, 7 décembre 1881

Le 7 Décembre 1881, M. Ruchonnet, chef du Département fédéral du Commerce, et M. Kern, Ministre de Suisse à Paris, se sont rendus, accompagnés de M. le Conseiller de Légation Lardy, chez M. Gambetta, Président du Conseil, Ministre des Affaires Etrangères. Ils ont été reçus à 9 h^s ½ du matin.

Après un échange de compliments et après un exposé fait par M. le Ministre de Suisse des motifs qui avaient engagé le Conseil fédéral à charger le Chef du Département fédéral du Commerce d'une mission spéciale à Paris, M. Ruchonnet s'est exprimé à peu près comme suit.

La nouvelle Constitution fédérale¹² a augmenté dans une très-large mesure en 1874 les attribu-

11. Ruchonnet, Kern und Lardy.

tions du pouvoir central. En Suisse, on ne peut le nier, on est cantonaliste, et c'est le cas même de ceux qui se croient centralisateurs. Aussi, en même temps qu'on augmentait les charges du pouvoir fédéral, on ne lui donnait pas les ressources indispensables pour faire face à ses nouvelles attributions. Les institutions nouvelles dont le germe a été déposé dans la Constitution de 1874 sont nombreuses et importantes. Dans le domaine militaire les Cantons ont été déchargés de la presque totalité de leurs obligations et, pour l'infanterie seule, les dépenses du pouvoir central ont augmenté de plusieurs millions.

Les endiguements de fleuves et les subventions aux travaux publics intéressant une partie considérable de la Suisse, absorbent et doivent absorber chaque année des sommes plus considérables. — Le reboisement exige également de la part de la Confédération de grands sacrifices, et un projet de loi, qui va être déposé sur le bureau des Chambres, propose, de ce chef des endiguements, une dépense d'environ 3 millions. — L'école polytechnique fédérale voit ses dépenses s'accroître chaque année. — L'unification de parties importantes de la procédure civile et du droit civil et commercial, nécessitera dans un avenir plus ou moins rapproché, la fondation d'une Université fédérale prévue depuis 1848. L'extension des compétences du pouvoir central en ce qui concerne l'instruction primaire, la non-confessionnalité des écoles et la surveillance de certaines parties de l'instruction publique dans les Cantons, peuvent provoquer, sous forme de fondation d'écoles normales d'instituteurs ou autrement, des dépenses assez sérieuses. — Pour l'agriculture, l'amélioration de la race chevaline et du bétail bovin provoqueront aussi d'importantes dépenses. — Dans tous les domaines, en un mot, le pouvoir fédéral a reçu mandat de faire des dépenses et on ne lui a guère donné, en échange, que la moitié de la taxe sur les individus exemptés du service militaire. — La Suisse est donc obligée de recourir aux douanes.

Qu'est-ce que ce tarif de 1878, qui a paru provoquer de si vives résistances de la part de MM les Commissaires français? — C'est le tarif le plus libéral du Continent. Un pourcent sur les matières premières; 2 % sur les articles mi-fabriqués; 3 % sur les produits fabriqués; 5 % sur les confections; 10 % sur les articles de luxe — c'est presque un tarif de statistique, sauf pour les articles de luxe, à l'égard desquels nous sommes prêts à faire d'importantes concessions pour éviter la fraude. La France, qui vient de traiter avec l'Italie et avec la Belgique sur des bases trois ou quatre fois plus défavorables, semble difficilement pouvoir se refuser à traiter dans ces conditions avec la Suisse. — Si des erreurs ont été commises, si involontairement on a dépassé les taux ci-dessus en les traduisant en droits au poids, nous sommes prêts à les rectifier; nous sommes prêts également à sacrifier tous les droits un peu élevés frappant les objets d'une grande valeur et d'un petit volume, parceque nous n'avons pas une police suffisante à la frontière pour empêcher la contrebande. — Nous repoussons toute arrière pensée protectionniste. Notre tarif a été et doit demeurer fiscal et le propre du protectionnisme est de faire disparaître les recettes à la frontière pour développer la production nationale. Nous sommes obligés — et c'est là une condition de l'existence même et du développement de la Confédération suisse — de nous procurer par les douanes un supplément de recettes évalué par les optimistes à trois millions et demi et par les pessimistes à cinq millions. Nous avons reçu des Chambres, par le tarif de 1878, une direction, pour les négociations avec les Etats étrangers, et nous ne pouvons renoncer à une base qui nous a été indiquée par le pouvoir législatif.

M. *Gambetta*. Il m'a été rapporté que cette base n'avait jamais été formellement acceptée par nous.

M. *Kern*. Nous en avons constaté dès la première séance «le tarif de 1878 comme base de la discussion pour le régime des marchandises françaises à l'entrée en Suisse» (voir pag. 8 des procès verbaux officiels.)¹³

M. *Ruchonnet*. Ils nous paraît difficile de supposer, que la France persiste à nous refuser les ressources indispensables pour la marche et le développement régulier de nos institutions. — Nous sommes prêts, d'ailleurs, pour faciliter une entente, à faire de larges concessions sur les taux du tarif de 1878, pour autant qu'il s'agira d'articles ayant une importance réelle pour l'exportation française. Nous sommes prêts à chercher le complément de recettes dont nous avons un besoin absolu, dans les articles que tous les Etats européens considèrent comme destinés à alimenter leur

12. AS, 1874—1875, 1, S. 1—37.

13. E 13 (B)/177.

budget: tabacs, alcools, vins et dans les articles qui n'ont pas d'importance sérieuse pour l'exportation française. — Nous désirons rechercher en commun avec les négociateurs français ces articles et, si nous obtenons de la sorte un résultat financier suffisant, à nous montrer faciles sur le reste du tarif. Nous estimons, en agissant ainsi, proposer à la France des bases équitables et nous avons la confiance qu'elles pourront être acceptées par le Gouvernement de la République.

M. Gambetta. Je comprends et je m'explique parfaitement votre situation. Vous voulez un tarif financier. Je ne suis pas prêt à entrer en discussion détaillée avec vous. J'avais dit la semaine dernière à M. Kern, que je pourrais seulement le faire pendant les vacances parlementaires. Je ne suppose pas que les Chambres se séparent cette semaine. Je vous propose donc de reprendre l'entretien vers le milieu de la semaine prochaine. Nous avons à faire voter cette semaine, par la Chambre des Députés, le traité franco-italien. Mais, dès que les Chambres se seront séparées, je compte que nous pourrons nous mettre énergiquement à l'œuvre. — Je ne vous cache pas, que la question me paraît mal posée, mal engagée et qu'il faudrait trouver un moyen quelconque de sortir de cette fausse position de la question. — Si vous le voulez bien, nous examinerons cela la semaine prochaine.

M. Ruchonnet. Je dois répéter que le Conseil fédéral ne peut abandonner une ligne de conduite dictée par le pouvoir législatif; il n'est donc pas possible à la Suisse de poser la question d'une autre manière. — D'autre part, si le Gouvernement français devait, au point de vue de la ratification parlementaire, éprouver de sérieuses difficultés à se placer explicitement & formellement sur le terrain du tarif de 1878, on pourrait rechercher s'il n'est pas possible d'arriver à une entente sans mentionner ni le tarif de 1878, ni le tarif de 1864.¹⁴ L'essentiel est de savoir, de part et d'autre, où l'on veut en venir et de préciser les prétentions réciproques. Nous exposons nettement nos besoins fiscaux. Nous croyons qu'il est possible de les satisfaire sans porter une atteinte sérieuse à l'exportation française en Suisse, en permettant à la Confédération de frapper avant tout des articles non français ou des articles avec lesquels la France se procure des ressources énormes. — Voilà la question, telle que nous la posons et que nous la comprenons.

Si, en disant que la question vous paraissait mal posée, vous avez eu en vue que le tarif de 1878 n'a pas été voté en seconde lecture, il est facile d'expliquer, pourquoi un vote définitif n'a pas encore eu lieu sur ce tarif. A diverses reprises depuis trois ans, ce vote définitif a été demandé; en Suisse, comme ailleurs, il y a des protectionnistes nombreux et puissants. Si le tarif avait été définitif, s'il avait reçu la sanction plébiscitaire, il eût été infiniment plus difficile de faire des concessions aux Etats étrangers; le parti du libre-échange l'a compris et c'est pour cela qu'au mois de Juin, encore, il a réussi à obtenir l'ajournement du vote en deuxième lecture. La France et les autres Etats contractants ne peuvent donc que se féliciter de la situation actuelle. Si les négociations devaient échouer, on pourrait craindre un développement considérable de l'esprit protectionniste et, une fois le nouveau tarif voté, une difficulté extrême de reprendre les négociations.

M. Gambetta. Nous en sommes réduits là nous-mêmes; et un peu partout sur le Continent et même en Angleterre il faut compter avec les protectionnistes. Dans nos Chambres, on nous fait déjà des difficultés pour quelques relèvements à l'entrée à l'Italie. Nous devons compter avec notre Parlement et nous devons y regarder de très-près avant de consentir à des relèvements de droits. La question doit être examinée mûrement. Cet examen détaillé, je le répète, ne peut pas avoir lieu pendant que nos Chambres sont encore réunies, mais nous pourrons y procéder la semaine prochaine, avec le concours de M. Rouvier, Ministre du Commerce.

M. Kern. Si j'ai insisté, à la demande de M. le Président de la Confédération, pour que M. Ruchonnet pût avoir l'honneur de vous entretenir sans plus de retard, c'est que les Chambres fédérales viennent de se réunir pour une session d'environ trois semaines et qu'il importait au Gouvernement fédéral de savoir avant leur séparation, s'il était possible d'arriver à une entente. Si vous le voulez bien, nous chercherons dans des entretiens avec M. Rouvier, à étudier en commun les bases de cette entente, avant de vous revoir la semaine prochaine.

M. Gambetta. Je suis parfaitement d'accord avec ce mode de procéder.

La suite de l'entretien a porté sur la question d'Annemasse et fera l'objet d'un autre rapport spécial.¹⁵

14. AS, 1863—1866, VIII, S. 241—310.

15. *Nicht ermittelt.*

ANNEX 4

II ENTRETIEN AVEC M. ROUVIER

Paris, 7 décembre 1881

Le 7 Décembre a 3 h^s MM Ruchonnet, Kern, et Lardy se sont également rendus chez le Ministre du Commerce M^r Rouvier.

M^r Ruchonnet a exposé de nouveau à ce dernier, comme il l'avait fait le matin à M^r Gambetta, la situation générale faite à la Confédération par la révision de 1874, l'esprit du tarif de 1878, les conséquences d'une rupture des négociations, les motifs pour lesquels le tarif de 1878 n'a pas été voté en deuxième lecture, et a conclu en demandant à M^r Rouvier, s'il serait disposé à examiner, en détail, les moyens d'assurer à la Suisse l'augmentation de recettes dont elle a besoin.

Il n'y a pas lieu de répéter en détail cet exposé.

M^r Rouvier a répondu qu'il appréciait toutes les difficultés budgétaires du Gouvernement fédéral et qu'il serait heureux de contribuer pour sa part à une entente avec la Suisse pour la conclusion d'un nouveau traité de commerce. Il a ajouté qu'il désirait cette entente, non seulement au point de vue économique, mais aussi au point de vue politique, en raison de la similitude des institutions des deux pays. — Avant d'entrer dans des détails, M^r Rouvier a déclaré qu'il ne lui était pas possible d'émettre une opinion définitive et officielle, attendu qu'il avait été extrêmement absorbé par les travaux des Chambres, et qu'il ne pourrait pas s'occuper de la négociation avant leur séparation. Il a ajouté que cette séparation aurait probablement lieu mardi ou mercredi de la semaine prochaine et qu'alors son intention serait de procéder, sans désespérer, à la suite des pourparlers, sous forme d'entretiens officieux d'abord, qui seraient ensuite consacrés dans des séances officielles — et cela dans les deux alternatives pour constater l'entente ou pour constater le désaccord.

Nous ne devons pas cacher, a continué M^r Rouvier, qu'au point de vue français les traités de commerce ont pour but le maintien et le développement du statu quo à notre profit. Or la Suisse, en demandant à se créer par les douanes un accroissement de recettes de 3 à 5 millions, ce qui équivaut à augmenter d' $\frac{1}{4}$ ses recettes douanières, rend une entente bien difficile. A toute époque et dans tous les pays lorsqu'un Gouvernement est embarrassé, on voit se produire tout naturellement la pensée d'élever les droits de douane et de prélever sur l'étranger ce qui est nécessaire pour équilibrer le budget. La France a vu, dans une proportion bien plus lourde encore que la Suisse, ses charges budgétaires augmenter depuis 1870; elle a dû se procurer annuellement 700 millions de ressources nouvelles et les traités de commerce ont empêché M^r Thiers d'augmenter les droits de douane. — Nous reconnaissons parfaitement, que les droits suisses sont très-peu élevés et que même les taxes du tarif de 1878, c'est à dire, des droits de 3 % sur les produits fabriqués, n'ont rien de commun avec le protectionnisme; ce sont presque des droits de statistique, au regard des droits de 10 et de 15 % des tarifs conventionnels français. Mais, pour notre Parlement, c'est le statu quo qui sert de base à la négociation; c'est le statu quo amélioré que l'on réclame. Les difficultés sérieuses que nous rencontrons à propos de quelques augmentations faites par l'Italie, font prévoir l'accueil qui serait réservé à un traité consacrant un grand nombre d'augmentations. Le précédent traité de 1877 avec l'Italie a été rejeté par la Chambre de Versailles précisément parcequ'il consacrait des aggravations du statu quo à l'entrée en Italie. Je serais personnellement très heureux de pouvoir m'entendre avec vous, mais à quoi me servirait-il d'accepter un traité qui ne serait pas ratifié? Je ne dois pas oublier, non plus, que mon prédécesseur, M. Tirard, s'étant refusé à accepter cette base de votre tarif de 1878, il me serait fort difficile de me présenter devant nos Chambres, après avoir consenti à vous accorder des avantages qui vous ont été refusés par mon prédécesseur. Nous devons nous attendre à des luttes fort vives. Vous avez parlé des protectionnistes suisses. Nos traités seront attaqués par les protectionnistes français comme trop favorables à l'étranger et par les libre-échangistes, aussi, dans le cas où je consentirais à des relèvements importants à l'entrée en Suisse. Notre traité courrait le risque de n'être soutenu par personne et, par conséquent, il me serait difficile d'accepter de traiter sur la base

générale du tarif de 1878, ou sur la base d'un relèvement d'ensemble des droits à l'entrée en Suisse, avec des droits moins élevés que ceux de votre nouveau tarif.

M^r Ruchonnet. Sans pouvoir abandonner une base générale de négociations qui a été donnée au Gouvernement fédéral par les Chambres suisses, on peut se demander, s'il ne serait pas possible d'arriver à assurer à la Confédération les ressources financières dont elle a un besoin impérieux, sans porter atteinte aux articles d'exportation française.

M^r Rouvier. Pouvez-vous indiquer les principaux de ces articles?

M^r Ruchonnet. Il ne serait pas impossible d'arriver approximativement au résultat, en frappant, d'une part, les articles que la France a relevés elle-même depuis 1864 et, d'autre-part, ceux que la France n'envoie pas en Suisse ou n'envoie que dans des proportions très-minimes comparativement à d'autres pays. La Suisse a dû accorder à l'Allemagne le traitement de la nation la plus favorisée; elle est donc, vis-à-vis de l'Allemagne, dans la même situation que la France, et il n'y a pas de motif, semble-t-il, pour que la France s'oppose à des relèvements sur des articles qu'elle n'exporte pas et que la Suisse tire d'Allemagne.

M^r Rouvier. Nous serons, au contraire, très-heureux que d'autres Etats européens nous aident à enserrer l'Allemagne d'un réseau de droits élevés sur les produits d'exportation allemande et contribuent ainsi à faire comprendre à Berlin les inconvénients de l'absence de tarifs.

M^r Ruchonnet. Dans cet ordre d'idées, et tout en réservant notre base de discussion, voici quels seraient les principaux articles pour lesquels nous demanderions des relèvements ou notre liberté.

Une conversation, d'une heure environ, s'engage ensuite sur chacun des points des instructions¹⁶ du Conseil fédéral. MM Ruchonnet et Lardy fournissent à M^r Rouvier des explications statistiques, pour démontrer, ou bien que la France a fait des relèvements sur les vins et les alcools, par exemple, ou bien que la France n'est pas, ou presque pas intéressée au maintien des droits actuels sur les bières, les tissus de coton etc etc. Le sens et même le texte de ces explications, se trouvent résumés dans l'annexe A.

M^r Rouvier a constamment pris des notes; mais, pour éviter tout malentendu, il lui sera remis une copie de l'annexe A. Après que tous ces articles ont été passés en revue, M^r Rouvier en a relu la liste, d'après les notes qu'il avait prises pendant la conversation, et a ajouté:

Je ne dois pas vous cacher, en parcourant la liste de vos demandes, que l'entente sera difficile. Je ne conteste pas que ces articles n'aient en France un caractère fiscal ou n'aient qu'un intérêt minime pour l'exportation de France en Suisse; mais la liste en est très-nombreuse. Encore une fois, je dois tenir compte de la situation parlementaire. Vous avez encore des demandes à formuler pour les articles que la Suisse envoie en France. Comment vous accorder des réductions sur vos articles nationaux et faire approuver ces réductions par nos Chambres, tout en leur présentant une aussi longue liste d'élévations de droits à l'entrée en Suisse? Quelles sont vos principales demandes de réductions à l'entrée en France?

M^r Ruchonnet. Il y a d'abord les broderies; nous demandons 4 fs comme extrême limite sur les broderies à la main et à la mécanique. C'est pour le moins, 13 % de la valeur, au lieu de 10 %. — Nous demandons aussi une réduction sur les rideaux non encadrés.

Quant à l'horlogerie, nous acceptons les propositions de M^r Tirard, sauf sur les petites montres d'or de 14 lignes et au-dessous, pour lesquelles nous demandons un droit de 2 fs.

Nous demandons, enfin, une réduction de 100 fs au moins, sur les rubans mélangés, coton dominant. — Voilà nos principales demandes.

M^r Rouvier. En ce qui concerne l'horlogerie, les députés des départements français intéressés, et notamment M^r Viette, sont d'avis qu'il doit y avoir réciprocité. Nous avons donc pris votre nouveau tarif suisse. Mais on peut se demander si, de part et d'autre, on ne pourrait pas en arriver presque au libre-échange absolu.

M^r Ruchonnet. Cela entrerait absolument dans nos idées, chaque montre de provenance suisse contenant une grande quantité de travail français et réciproquement.

M^r Rouvier. Quant aux broderies et aux rubans, nous recevons les réclamations les plus vives en faveur du maintien pur et simple du tarif général et il nous sera très-difficile de vous faire des concessions sérieuses, si vous faites d'importants relèvements à l'entrée en Suisse.

16. Vgl. die Annexe 1 und 2 sowie die Anm. 9.

M^r Ruchonnet. Il nous serait très-difficile pour ne pas dire impossible de présenter aux Chambres fédérales un traité qui ne consacrerait pas à peu près le statu quo sur les broderies. Le droit de 3 fs sur les broderies à la mécanique représente très-certainement ce *statu quo*, et ce serait une concession très-considérable de notre part, d'aller jusqu'à 4 fs.

M^r Rouvier. Je crois pouvoir maintenant me rendre exactement compte de l'ensemble de vos principales demandes, tant à l'entrée en France, qu'à l'entrée en Suisse. Elles seront étudiées avec le plus grand soin; je ne vous cache pas que les difficultés, du côté du Parlement surtout, sont considérables, mais je vous répète, que je ferai cette étude avec le désir très-sincère d'arriver à une entente dans l'intérêt économique et politique des relations entre les deux pays.

M^r Kern insiste, en terminant, sur la gravité des conséquences politiques de la non-réussite des négociations et sur la réaction économique qu'on pourrait redouter au sein de l'Assemblée fédérale et du peuple suisse.

M^r Rouvier réplique qu'il a parfaitement le sentiment de cette gravité et que la similitude des institutions des deux pays est pour lui un motif de plus d'étudier la question avec le désir de lui donner une solution favorable. — Il répète en terminant, que si les Chambres françaises se séparent vers le milieu de la semaine prochaine, il sera possible dans une dizaine de jours, d'avoir une ou deux réunions officielles dans lesquelles toutes les questions seront débattues et qui seront suivies de séances officielles ayant lieu chaque jour, sans désemparer, jusqu'à une solution définitive. — Les points sur lesquels l'accord se serait établi dans les séances officielles n'auraient plus qu'à être entérinés dans les réunions officielles.

205

E 2200 Paris 1/154

*Der Bundespräsident und Vorsteher des Politischen Departements, N. Droz,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, J. K. Kern*

S

Berne, 21 décembre 1881

A titre *personnel et confidentiel*, je dois vous mettre au courant d'un incident fâcheux qui vient de se produire. A la suite d'articles de journaux et de bruits répandus dans l'Assemblée fédérale, faisant voir sous un jour malveillant la mission de M. Ruchonnet, celui-ci a déclaré au Conseil fédéral qu'il ne voulait pas retourner à Paris. Il est probable que les journaux s'empareront de cet incident pour le dénaturer, car la décision prise subitement par M. R[uchonnet] sous l'empire d'un sentiment d'irritation n'a pas été tenue secrète, loin de là.

Le Conseil fédéral a cherché hier à le faire revenir de sa détermination, mais en vain.¹ J'ai tenu à vous prévenir sans retard, en vous priant de ne pas ajouter trop d'importance aux *potins* de la presse, et de faire en sorte que les négociateurs français ne soient pas influencés d'une manière défavorable par cette nouvelle si elle leur parvient d'une manière ou d'une autre.

Je pense que la situation n'est du reste pas aggravée, d'autant plus que, suivant votre dernière lettre² à M. Ruchonnet, M. Rouvier n'est pas encore prêt. Vous savez que je passe, à partir du 1^{er} janvier, au Département du Commerce, que je reprends à

1. Vgl. die BR-Protokolle vom 20. und 21. 12. 1881 (E 1004 1/127, Nrn. 6161 und 6187).

2. Vermutlich das Schreiben N^o 551 von Kern an Ruchonnet vom 19. 12. 1881 (E 13 (B)/174).

la suite d'une *entente amiable*; j'insiste sur ce point afin que l'on ne croie pas que c'est le motif de la détermination de mon collègue. Or, si vous jugez que la présence à Paris d'un membre du Conseil fédéral soit nécessaire, je ne me refuserai pas à remplir la mission peu agréable d'ailleurs confiée à M. Ruchonnet. Mais dans ce cas, je ne pourrais partir avant le 2 ou le 3 janvier. Le temps d'ici là ne pourrait-il être employé à négocier toutes les petites questions accessoires (propriété littéraire et artistique, traité d'établissement, pays de Gex, sels, etc.), de telle sorte que tout soit à peu près réglé, sauf la grosse question du tarif à l'entrée en Suisse?

Le Conseil fédéral vous écrira sans doute officiellement aujourd'hui³ ou demain pour vous informer qu'en attendant qu'un membre du Conseil puisse se rendre à Paris si cela est nécessaire, vous prépariez toujours l'acheminement à la solution des questions d'un ordre secondaire. J'espère que, dans le commencement de janvier, les négociations pourront être menées assez rondement pour que le 15 au plus tard nous sachions à quoi nous en tenir.

C'est à mon corps défendant et à regret que je remplacerai M. Ruchonnet. Il n'y a rien de bien agréable dans la perspective d'aller négocier un traité qui n'aboutira certainement pas si la France ne donne pas satisfaction à nos demandes. Mais enfin, il faut que quelqu'un se dévoue, et si volontiers que j'eusse vu mon collègue mener ces négociations jusqu'à leur terme comme nous l'en avons prié, je ne crois pas devoir me soustraire au devoir de le remplacer, si vous jugez que cela soit nécessaire.

Les dispositions de l'Assemblée fédérale sont certainement défavorables à un traité qui ne sera pas conclu dans le sens de nos demandes. Nous sommes arrivés à l'extrême limite des concessions possibles. Ou bien cela, ou bien rupture. Espérons encore que la France entendra raison.

Les instructions pour S^t Gingolph sont arrêtées⁴ et le Département politique est autorisé à vous les faire parvenir quand nous saurons un peu mieux à quoi nous en tenir sur le traité de commerce. Car parler de concessions douanières à la Zone franche alors qu'on nous refuserait le traité de commerce, ce serait sans doute peine perdue.

Je dois vous écrire à la hâte dans le brouhaha du Conseil national.

3. *Nicht abgedruckt.*

4. *Vgl. das BR-Protokoll vom 19. 12. 1881 (E 1004 1/127, Nr. 6129).*

206

E 13 (B)/174

*Antrag des Vorstehers des Politischen Departements, N. Droz,
an den Bundesrat*

Berne, 27 décembre 1881

Le soussigné, ayant été chargé par le Conseil fédéral dans sa séance d'hier¹, de se rendre à Paris pour diriger les négociations en vue du renouvellement du traité de commerce, a l'honneur de présenter un rapport succinct sur la situation actuelle, et de proposer les instructions qui lui paraissent nécessaires pour cette mission difficile.

Bien que les négociations aient déjà duré deux mois (septembre et octobre), le nombre des questions qui peuvent être considérées comme réglées est relativement très restreint, et celui des questions pendantes très considérable. Ainsi, il reste à négocier:

- 1° 30 positions et catégories à l'entrée en France;
- 2° autant à l'entrée en Suisse;
- 3° la rédaction du traité de commerce, qui soulève une vingtaine de questions;
- 4° les conventions annexes, avec également une vingtaine de points à discuter.

L'Assemblée fédérale se réunissant le 23 janvier, il serait indispensable que l'on fût fixé vers le 15 janvier sur le résultat des négociations, qui recommencent seulement le 4 ou le 5. La tâche est immense pour un si court délai.

Le soussigné fera de son mieux pour la remplir, mais il doit demander que l'on ait égard aux difficultés d'une telle situation et qu'en conséquence on veuille bien lui en tenir compte comme de raison.

Les instructions qu'il croit devoir solliciter sont les suivantes:

1° Toutes les précédentes instructions données soit à M. Kern, soit en dernier lieu à M. Ruchonnet, sont confirmées; celles qui sont des dates les plus récentes prévalant naturellement lorsque, sur le même point, il y a diversité de directions.

2° Le représentant du Conseil fédéral est autorisé à agir dans les limites de ces instructions.

3° Si quelque difficulté imprévue se présente, il en référera au Conseil fédéral.

4° Avant de conclure définitivement, il soumettra le résultat d'ensemble au Conseil fédéral.

5° S'il lui paraissait impossible d'aboutir à une entente, il fera rapport au Conseil fédéral avant de déclarer la rupture des négociations.

6° Pour le cas où une convention sur la base du traitement de la nation la plus favorisée paraîtrait possible à défaut de traité définitif, il demandera des instructions au Conseil fédéral.

7° Dans l'éventualité d'un défaut d'entente sur les questions commerciales, il demandera également des instructions au sujet des conventions annexes.

Confiant dans l'assurance qui lui a été donnée hier par ses collègues qu'ils partageront pleinement avec lui la lourde responsabilité de négociations qui doivent être

1. *Vgl.* E 1004 1/127, Nr. 6270.

menées dans de telles conditions, le soussigné se déclare prêt à remplir la mission que les circonstances lui imposent.

En terminant, il demande des *pleins pouvoirs* pour prendre part comme négociateur aux conférences officielles s'il y a lieu.

Extrait du procès-verbal au soussigné avec les instructions et les pouvoirs.²

2. Am 30. 12. 1881 stimmte der Bundesrat dem Antrag zu (E 1004 1/127, Nr. 6342).

207

E 13 (B)/175

*Der Vorsteher des Handels- und Landwirtschaftsdepartements, N. Droz,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
S. Bavier*

B

Paris, 9 janvier 1882 au soir

Aujourd'hui nous avons eu conférence officielle jusqu'à 7 hs du soir. Nous avons discuté les tarifs à *l'entrée en Suisse* et à *l'entrée en France*. Les deux tableaux¹ ci-joints vous indiquent l'état actuel des négociations.

Ce qui nous paraît ressortir de la discussion laborieuse qui a eu lieu, c'est qu'on a fait un pas vers l'entente, mais que sur divers points importants, l'écart est encore considérable. Aussi longtemps que les négociations avec les Anglais n'auront pas abouti à un résultat définitif soit de rupture, soit d'entente, il nous sera difficile de conclure nous-mêmes, notamment pour ce qui concerne la catégorie importante des *cotons* à l'entrée en France. Or, bien que les choses paraissent s'arranger de ce côté, il n'y a encore aucune certitude.

Nous ne pouvons évidemment pas signer un traité en blanc sur ce point, car la classe des tissus de coton de 3 à 5 Kilog., qui est notre plus forte exportation en France, et à laquelle les Anglais ne sont pas intéressés, pour laquelle, par conséquent ils ne feront aucune concession. Cette classe, dis-je, courrait risque d'être complètement sacrifiée. Il nous faut faire un effort vigoureux pour la sauver, et la sauver *en temps utile*.

Pour les *broderies* nous n'avons pas perdu l'espoir de les obtenir à 4 fs. — Mais ce sera dur.

La réponse de M. Rouvier sur *l'horlogerie* (petites montres d'or) a été catégoriquement négative. Il n'ose évidemment pas s'aventurer dans la voie de concessions sur un article traité par M. Tirard, ancien horloger-bijoutier. Nous ne pouvons que maintenir notre demande.

La *rubannerie* a la perspective d'une réduction résultant de celle sur les filés de coton. Mais comme nous n'obtiendrons rien sur les cartons d'emballage, sur lesquels les Français perçoivent un droit spécial, fort onéreux, il faut maintenir également nos

1. *Nicht abgedruckt.*

demandes. A cet égard, je dois vous annoncer que M. Geigy-Merian nous a envoyé à notre demande M. Vischer de la maison Sarrasin², en sorte que nous marchons en toute sécurité dans les négociations pour cet article assez difficile.

Sur les autres points à l'entrée en France, vous remarquerez que nous avons obtenu certains succès. Mais il y a aussi des positions qu'il faut considérer comme perdues. Il va sans dire qu'on ne peut tout obtenir dans de pareilles négociations, car sans concessions réciproques, il n'y aurait pas d'entente possible.

En ce qui concerne *l'entrée en Suisse*, j'ai commencé par une déclaration de principe maintenant le tarif de 1878 comme base de négociations. M. Rouvier a protesté, un peu *pro forma*, mais j'ai soutenu catégoriquement mon point de vue. Puis on a passé outre.

Les *vins* ont donné lieu à une très grosse résistance. C'est le point capital. M. Rouvier a déclaré qu'il lui était impossible d'aller au delà de fs 3.50. J'ai riposté que mes instructions ne me permettaient pas de descendre au dessous de 4 fs 50. — La question des Ohmgelder a ensuite été agitée très-vivement par les Français. La perspective de leur suppression en 1890 les a beaucoup calmés, mais j'en ai profité pour insister sur le maintien du taux de 4 fs 50, qu'il serait même rationnel, ai-je dit, de relever à 6 fs au moins, lorsque les ohmgelder auront pris fin. Ceci en réponse à M. Rouvier, qui nous proposait de maintenir les vins à 3 fs et de prévoir un relèvement à partir de 1890.

Dans tous les cas, vous pouvez vous attendre à une très vive résistance sur les droits des vins. M. Mariani a soulevé la question de notre tarification au quintal métrique, et demandé la tarification à l'hectolitre. Je lui ai riposté que c'était une ironie de nous offrir 3 f 50 et de retirer de l'autre main ces 50 cts d'augmentation par une taxe sur les futailles. Nous en sommes restés en définitive à nos positions respectives, les Français offrant fs 3.50 et nous maintenant 4 fs 50.

Nous avons obtenu les alcools, c'est un bon point. La liberté sur la bière et les cotons est aussi acquise. Pour le reste des articles à l'entrée en Suisse, je m'en réfère simplement à la liste ci-jointe³.

Demain, nous discuterons officieusement avec M. Mariani les questions annexes et la rédaction du traité.

Jeudi à 10^{hs} du matin nouvelle Conférence officielle pour laquelle nous avons promis des réponses sur l'entrée en Suisse et l'entrée en France.

Conformément à nos instructions, nous déclarerons que les propositions françaises sur les broderies, les cotons (spécialement les tissus de 3 à 5 Kilog.), l'horlogerie et la rubannerie, sont insuffisantes. Par conséquent nous devons maintenir nos propositions sur les vins, les savons, l'industrie du lin, les peaux et les ouvrages en peau, le verre à vitres et la ramerie fine. Comme les Français se refusent à nous laisser notre liberté sur les ouvrages en nickel tout en nous l'accordant sur les ouvrages en étain, il en résulterait une anomalie dans notre tarif. Nous leur offrirons de céder aussi les ouvrages en étain en maintenant notre liberté sur les poteries grossières et de grès. Nous tiendrons également en réserve les concessions au Pays de Gex, comme moyen de compensation.

Si les Anglais viennent à s'entendre avec la France, nos négociations pourront

2. *Wahrscheinlich das Seidenbandunternehmen Hans Franz Sarasin in Basel.*

3. *Nicht abgedruckt.*

marcher très-vite. Aussi aurons nous besoin *d'instructions à bref délai*. C'est pour-quoi nous prions instamment le Conseil fédéral d'étudier la situation pour qu'au moment décisif, nous puissions terminer.

La lutte va, suivant toute probabilité, se circonscrire autour d'un très-petit nombre d'articles.

Depuis que nous sommes ici, nous avons dû travailler presque chaque jour jusqu'à minuit et au delà. Je ne puis donc vous envoyer des détails plus circonstanciés sur chaque point. Je me borne à donner l'impression générale.

208

E 1004 1/128

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 17. Januar 1882¹

273. Zollanstände mit der Türkei

Handels- und Landwirtschaftsdepartement. Antrag vom 13. Januar 1882

Frankreich hat am 29. April 1861 mit der Türkei einen *Konventionaltarif für den Import in die Türkei* abgeschlossen, welcher auch auf die Schweiz Anwendung findet, wie es bei den Negociationen von der schweiz. Bundesbehörde gewünscht worden war.² In Folge eines Arrangements zwischen Frankreich und der Türkei, vom 1. April 1880, wurden nun einige Positionen jenes Tarifs, welche schweizerische Waaren, die hauptsächlich Gegenstand der Exporte nach der Türkei bilden /: printanières, demi-cotons etc:/ betreffen, um ca. 50% erhöht, wogegen für französische Erzeugnisse /: Stearinkerzen:/ von der Türkei Zollermässigung zugestanden wurde.³

Gegen diese Massregeln, welche die schweiz. Interessen empfindlich schädigten, wurde von Firmen in der Ostschweiz & von schweiz. Firmen in Konstantinopel Klage geführt.⁴ Die Beschwerde wurde der schweiz. Gesandtschaft in Paris zur Geltendmachung bei der französ. Behörde übermittlelt. Das französische Ministerium des Äussern erklärte in einer Note, laut Bericht der schweiz. Gesandtschaft vom 13. September⁵, dass es die Beschwerde als begründet erachte, und dass Frankreich das betreffende Übereinkommen künden werde, wenn nicht bald eine befriedigende Lösung des Anstandes von Seiten der Türkei erfolge.

Am 12. Oktober 1881 ersuchte das referirende Departement die schweiz. Gesandtschaft in Paris, mit Nachdruck dahin zu wirken, dass der genannten Note des Ministeriums des Äussern gemäss beförderlichst Abhülfe geschaffen werde.

1. *Abwesend: Welti, Droz.*

2. *Vgl. E 13 (B)/270.*

3. *Vgl. GBer. 1880 (BBl 1881, 2, S. 11) und 1881 (BBl 1882, 2, S. 129).*

4. *Vgl. E 6/46.*

5. *Alle Schreiben in E 6/46.*

Mit Schreiben vom 9. Januar a. c. übermittelt nun die Gesandtschaft die Kopie einer Note des französ. Ministeriums des Äussern, vom 6. Januar a. c., wonach Frankreich das Übereinkommen mit der Türkei, vom 1. April 1880, unterm 31. Dezember 1881 gekündet hat, so dass von diesem Zeitpunkt an das frühere Regime wieder in Kraft tritt.

Auf Antrag des Departements wird beschlossen:

Der schweiz. Gesandtschaft in Paris ist der Empfang der Kopie der Note des französischen Ministeriums des Äussern vom 6. Januar 1882 zu bescheinigen und dieselbe zu beauftragen, im Namen des schweiz. Bundesrathes die guten Dienste der französischen Regierung zu verdanken.

209

E 13 (B) 175

Die schweizerische Handelsvertragsdelegation¹ an den Bundesrat

B

Paris, 18 janvier 1882

Nous vous confirmons notre télégramme chiffré de ce jour, portant:

«Lutte opiniâtre dans conférence officielle ce matin; conclusion: Rouvier a déclaré qu'il subirait le droit de quatre francs sur les vins, pour lequel il ne voulait pas rompre les négociations, mais qu'il lui était impossible de consentir à aucune concession nouvelle sur les articles encore pendants à l'entrée en France. Rapport détaillé sur l'état actuel des négociations suit ce soir.»

Ce télégramme résume exactement la situation résultant de la séance de ce matin. Nous pouvons être brefs sur les détails de la séance, et nous borner à constater que nous avons été des plus pressants pour obtenir ce droit de quatre francs. Nous n'avons pas manqué, à côté de tous les arguments d'ordre général qui ont été naturellement présentés par nous, de faire ressortir et de déclarer catégoriquement que la concession extrême à laquelle nous pouvions consentir sur les vins, avait pour contre-partie l'ensemble de nos autres demandes à l'entrée en France et à l'entrée en Suisse.

L'impression que nous avons emportée de la séance, c'est que, *sans pouvoir rien vous garantir*, il n'est peut-être pas impossible, par un effort vigoureux et opiniâtre, d'enlever encore de haute lutte une réduction plus ou moins appréciable sur les broderies, mais c'est à peu près tout ce que nous pouvons vous faire entrevoir en ce qui concerne les tarifs.

Nous savons aussi, par diverses communications qui nous arrivent de Suisse, que l'opinion y est très vivement surexcitée dans des sens contraires. Nous avons entre autres sous les yeux une lettre du fils Rieter², se plaignant de ce que les experts suisses (la grande commission) ne savent pas ce qui se passe à Paris, et annonçant que la

1. Die Delegation bestand aus Droz, Kern und Lardy.

2. Vgl. das Schreiben von F. Rieter an Lardy vom 16. 1. 1882 (E 13 (B)/175). Vgl. auch Nr. 210, Annex.

«Zolltarifcommission» se réunit demain jeudi pour prendre connaissance de l'état des négociations. Un télégramme de Gais (Appenzell)³, nous signifie qu'on préfère «point de traité à un mauvais traité.» (Il s'agit sans doute ici de la question des *rideaux*, sur lesquels nous avons maintenu très fermement les demandes suisses.) Nous passons sous silence d'autres manifestations que sans doute vous connaissez mieux que nous.

Dans cette situation, nous devons nous en remettre au Conseil fédéral, mieux placé que nous pour apprécier l'état de l'opinion publique en Suisse, *de nous tracer exactement notre ligne de conduite.*

A nos yeux, la question se pose et va se poser toujours plus impérativement entre les satisfactions nécessaires pour nos besoins financiers, auxquelles viennent s'ajouter les réclamations des partisans d'un tarif autonome, et, d'autre part, les exigences de nos industries d'exportation.

Nous le répétons, c'est au Conseil fédéral à faire maintenant pencher la balance du côté qui doit l'emporter. Le tableau ci-joint⁴, qui indique l'état actuel des négociations, vous permettra de [vous] prononcer en parfaite connaissance de cause.

Un autre élément important de la question nous paraît être l'attitude des Anglais. Si les deux pays rompaient ensemble, la situation serait évidemment pour nous tout autre que si nous étions seuls à ne pas nous entendre avec la France. Or, d'après nos informations, non seulement les négociations avec l'Angleterre continuent, mais M. Rouvier nous a déclaré que les concessions faites aux Anglais sur les cotons nous surprendraient agréablement, et que l'ensemble des tarifs conventionnels de la France serait beaucoup plus libéral qu'on ne pouvait s'y attendre. Cet état de choses doit être pris en considération.

Nous devons aussi constater, pour ce qui nous concerne, que la mission que nous avons à remplir d'après vos instructions est *exceptionnellement difficile*. D'abord, par le nombre considérable des questions. Si nous avons réduit notablement le nombre, (au début de près de *deux cents*), il n'en reste pas moins debout une quantité assez grande, et ce ne sont pas les moins ardues. Ensuite, parce que vos instructions très précises s'éloignent généralement des demandes françaises, auxquelles nous n'opposons guère que des *non possumus*. «En échange des concessions que vous nous demandez à l'entrée en France, disent régulièrement les Français, vous nous offrez des relèvements de droits ou des demandes de liberté à l'entrée en Suisse; pour les autres questions, vous ne nous concédez rien.»

Nous savons tout ce que cet argument a de spécieux; nous le réfutons avec énergie chaque fois qu'il se présente, mais on nous l'oppose quand même.

Si nous insistons sur les difficultés exceptionnelles de ces négociations, c'est pour vous convaincre qu'en dépit d'un travail opiniâtre, nous ne pouvons marcher plus vite. D'ailleurs, les instructions prennent du temps à venir de Berne ici. Celles sur la rédaction du traité que nous avons demandées vendredi, arriveront demain jeudi. Le temps matériel manque à Berne comme ici pour traiter tant de questions importantes à la fois. Nous prions seulement qu'on veuille bien nous en tenir compte à notre décharge.

3. Vgl. *das Telegramm des Industrievereins Gais vom 18. 1. 1882 an die schweizerische Gesandtschaft in Paris* (E 2200 Paris 1/154).

4. *Nicht abgedruckt.*

Et à ce propos, nous devons vous prier d'examiner la question de savoir jusqu'à quand le séjour de M. Droz doit se prolonger ici. L'arrivée de l'Assemblée fédérale à Berne lundi prochain rend la question pressante. Mais avec tant de points en suspens et en présence de vos instructions nouvelles⁵ et de celles qui vont arriver demain⁶ et qui nous sont annoncées comme renfermant des divergences avec nos propositions, il ne faut pas songer à terminer les négociations, *si on conclut un traité*, avant le milieu ou même la fin de la semaine prochaine. Et encore sera-t-il nécessaire de régler les questions par dépêches télégraphiques.

Nous avons cru devoir vous faire cet exposé pour que vous vous rendiez un compte exact de la situation comme nous l'envisageons ici, sans aucun pessimisme, dont nous cherchons à nous défendre, mais aussi avec le sentiment de notre lourde responsabilité.

En résumé, nous vous prions de bien vouloir examiner à bref délai les questions suivantes et nous faire part de vos instructions par télégramme chiffré:

1° Quelle attitude devons-nous prendre en présence de la déclaration de M. Rouvier?

2° M. Droz doit-il retourner à Berne? (Dans la pensée de M. Droz, ce retour ne peut être que définitif).

ANNEX

Der Bundesrat an die schweizerische Gesandtschaft in Paris

Abgangskopie

T Expédié en chiffres

Berne, 20 janvier 1882 à midi

Persistez à exiger 4 francs pour broderies à la main et à la mécanique. Sur tous les autres points encore en suspens nous vous donnons pleins pouvoirs. M. Droz doit rester à Paris jusqu'à la fin des négociations. Le chiffre de 4 francs sur le vin doit demeurer définitivement acquis.

Proposition concernant ohmgeld est repoussée.⁷ Lettre suit sur quelques points subordonnés.⁸

5. Vgl. *das Schreiben des Bundesrats vom 17. 1. 1882* (E 13 (B)/175).

6. Vgl. *die Beilage zum Schreiben des Bundesrates an die Verhandlungsdelegation vom 18. 1. 1882* (E 2200 Paris 1/154) *und den Annex*.

7. *Mit Telegramm vom 19. 1. 1882 hatte die Gesandtschaft dem Bundesrat berichtet*: D'après un renseignement officieux, les Français vont nous demander l'engagement de supprimer les ohmgelder le 1^{er} janvier 1890, se fondant sur le précédent de 1864, où la Suisse a pris engagement similaire quant à des relèvements de droits cantonaux. [...] (E 2200 Paris 1/154).

8. Vgl. *das Schreiben des Bundesrates an die Handelsvertragsdelegation vom 20. 1. 1882* (E 2200 Paris 1/154).

E 13 (B)/175

*Der schweizerische Gesandte in Paris, J. K. Kern,
an den Bundespräsidenten, S. Bavier*

Empfangskopie
Télégramme chiffré

Paris, 28 janvier 1882 à 8 h. du soir¹

Gambetta et Rouvier viennent de nous déclarer verbalement qu'ils présenteraient lundi aux Chambres un projet de loi autorisant le Gouvernement à proroger pour un mois les traités actuels, non seulement vis-à-vis des Etats qui ont déjà signé de nouveaux traités, mais aussi vis-à-vis de la Suisse², de l'Angleterre, de l'Espagne. Ils ne pensent pas que ce projet rencontre des difficultés, car disent-ils, ce serait rompre. Gambetta a ajouté que ceux qui le remplaceraient suivraient certainement la même politique commerciale que lui. Rouvier a dit que son successeur probable serait Tirard. A l'Elisée on ne peut ou ne veut encore rien dire sur le nouveau Cabinet ni même sur le nom de celui qui le formera; tout serait encore dans les pourparlers préliminaires. Freycinet a eu cet après midi long entretien avec Gambetta. Dans cette situation, et vu la certitude que sa présence n'est pas nécessaire à Paris jusqu'à la constitution du nouveau Cabinet et jusqu'à la signature de la prorogation, M. Droz se décide à partir ce soir pour Berne.³

ANNEX

Protokoll der Sitzung der Handelsvertragskommission

Bern, 31. Januar 1882

REVISION DES SCHWEIZERISCH-FRANZÖSISCHEN
HANDELSVERTRAGES

Unterm 31. Jänner 1882 hat Herr Bundesrath Droz die Herren Nationalräthe Geigy, Künzli, Heitz, Bühler-Honegger, Chenevière, Francillon & Gonzenbach, sowie die Herren Ständeräthe Blumer, Rieter, Hauser & Martin eingeladen, sich am gleichen Tage, Nachmittags 3 Uhr auf dem Handels- & Landwirtschaftsdepartement zu einer konfidentiellen Besprechung der Handelsvertragsunterhandlungen mit Frankreich einzufinden.

In Folge dieser Einladung haben sich eingefunden

Hr. Geigy,
Hr. Heitz,
Hr. Francillon,
Hr. Blumer,
Hr. Rieter,
Hr. Martin,
Hr. Hauser &

1. Bemerkung am Kopf des Schreibens: [...] déchiffré le lendemain matin, Dimanche 29 janvier.

2. Am 3. 2. 1882 wurde der Vertrag bis 1. 3. 1882 verlängert (BBl 1882, 1, S. 273).

3. Zum Aufenthalt von Droz in Bern vgl. den Annex.

Hr. Hohl, Ständerath, letzterer für Herrn Gonzenbach, welcher verhindert war, an den Verhandlungen Theil zu nehmen. Hr. Chenevière lässt sich für seine Abwesenheit entschuldigen.

Das Protokoll führt Hr. D^r Willi, Chef des Handelsbureau.

Herr Bundesrath Droz eröffnet die Verhandlungen indem er mittheilt, dass er zu dieser Besprechung vom Bundesrath autorisiert worden ist⁴ und bittet, es möchten dieselben strikte geheim gehalten werden, indem Indiscretionen bei der Fortsetzung der Vertragsunterhandlungen mit Frankreich grossen Nachtheil verursachen könnten.

Herr Droz eröffnet sodann einen eingehenden schriftlichen Bericht über den Stand der Unterhandlungen am 20. Jänner 1882.⁵ Bei seiner Abreise von Bern (2. Jänner), um die Unterhandlungen in Paris in Gemeinschaft mit der schweiz. Gesandtschaft daselbst fortzusetzen, waren noch mehr als 200 auf den Conventionaltarif, den Text des Handelsvertrages & die mit demselben zusammenhängenden Verträge bezügliche Fragen pendent. Dieselben beschränken sich gegenwärtig auf eine kleine Anzahl, von denen indessen einzelne eine grosse Bedeutung für uns haben. Die schweizerischen Delegirten waren stetsfort in lebhaftem Contact mit den englischen & vom Stande der Unterhandlungen zwischen Frankreich & England stets genau unterrichtet. Diese seien nicht so weit vorgeschritten, wie die Verhandlungen zwischen der Schweiz & Frankreich. Es bestehen in den englischen und fr[anz]ös[ischen] Vorschlägen noch manche wesentlichen Divergenzen. Die Unterhandlungen seien durch die bekannte Ministerkrise, welche am 26. Jänner zur Demission des Ministeriums Gambetta führte, unterbrochen worden.

Wir stehen nun vor der Frage, ob wir bei der Sachlage, wie sie mit dem erwähnten schriftlichen Berichte & den mündlichen Erörterungen des Vorsitzenden Hr. BRath Droz dargelegt ist, einen Vertrag mit Frankreich abschliessen wollen & ob derselbe Aussicht habe, von den eidg. Räten genehmigt zu werden. Hr. Droz möchte hierüber die Ansichten der zur heutigen Besprechung eingeladenen Sachkundigen kennen lernen.

Herr *Blumer* bemerkt, dass die Fabrikanten von Wollwaaren sich wahrscheinlich gegen den Vertrag aussprechen werden, wenn Frankreich die im 78^{er} schweiz. Zolltarifentwürfe vorgesehene Erhöhung des Zolles auf wollenen Tücher nicht zugebe. Es wäre sehr wünschenswerth, dass Frankreich diese Concession machen würde; wenn indessen dies nicht geschähe, so soll man desshalb den Vertrag nicht ablehnen. Er finde, dass im Allgemeinen die Ansätze, über welche man sich bis jetzt bei den Unterhandlungen geeinigt habe, befriedigend seien. Es erscheine als zweckmässig, dass der Vertrag weder *vor*, noch *nach*, sondern *gleichzeitig* mit dem franco-englischen unterzeichnet werde. Schliesslich verdankt Herr Blumer dem Herrn BRath Droz die grossen Bemühungen bei den Unterhandlungen & die klare Darstellung der jetzigen Sachlage bestens.

Herr *Rieter* ist mit den Ansichten des Herrn Blumer durchaus einverstanden. Bis jetzt haben die Stickerei & die Wolltuchfabrikation bei den Unterhandlungen mit Frankreich am wenigsten ihre Befriedigung gefunden. Wenn indessen der grössere Theil unserer Industrien beim neuen Verträge ihre Interessen finden, so müsse man sagen: nehmen wir lieber dies als gar nichts! Ein vertragsloser Zustand hätte für die Schweiz bedenkliche Folgen; er würde ihr jedenfalls sehr schädlich sein. Es erscheine desshalb angezeigt, dahin zu wirken, dass wir einen neuen Vertrag erhalten.

Herr *Martin* hält die Situation, wie sie im eröffneten Berichte dargestellt ist, für viel besser als man glaubte, dank den grossen Anstrengungen der Hrn. BRath Droz & der schweizerischen Gesandtschaft in Paris. Um die verlangten Concessionen auf Broderien noch auszuwirken, wäre er seinerseits geneigt, die Erhöhung des schweizerischen Zolles auf Wein zu opfern.

Herr *Geigy* hält das Resultat der bisherigen Unterhandlungen ebenfalls für besser als man glaubte, dass es wäre: in manchen Beziehungen sei es besser, als der status quo, in andern gleich, in einigen freilich ungünstiger. Bei der Fortsetzung der Unterhandlungen & den bisherigen Bemühungen seien vielleicht neue Concessionen erhältlich, wie bei Seidenbändern & namentlich auch hinsichtlich der Wolltücher. Wenn bei diesem letztern Artikel von Frankreich die bereits in der Discussion erwähnte Concession nicht zugestanden werde, so sei zu befürchten, dass diese Industrie in wenigen Jahren der ausländischen Concurrenz erliege. Die schweiz. Wolltuchfabrikanten könnten, wie dieselben bei einer Besprechung mit demselben zugestanden haben, bei den Ansätzen des 78^{er}

4. Vgl. das BR-Protokoll vom 30. 1. 1882 (E 1004 1/128, Nr. 506).

5. Nicht ermittelt. Vgl. auch Nr. 209 nebst Beilagen (E 13 (B)/175).

Tarifs bestehen. Wenn die Schweiz Gegenconcessionen machen müsse, so könne das beim Importzoll auf Wein geschehen, indem auf die Erhöhung desselben verzichtet würde.

Hr. BRath *Droz* erwiedert, dass, nach den bisherigen Unterhandlungen zu schliessen, Frankreich die gedachte Concession bei den Wolltüchern kaum machen werde. Die Frage werde sich so stellen, ob wir einen Vertrag ohne jene Concession oder aber keinen Vertrag wollen. Man dürfe nicht unberücksichtigt lassen, dass jetzt schon ein sehr grosser Theil der im 64er Verträge für den Import in die Schweiz enthaltenen Positionen gestrichen sei. Die französischen Unterhändler haben kategorisch abgelehnt, bei diesen Eliminationen noch weitere Zugeständnisse zu machen & zwar namentlich beim in Frage liegenden Artikel, welcher einen Hauptzweig der frz. Produktion bilde. Die frz. Unterhändler seien der festen Meinung, dass ein Vertrag, in welchem die erwähnte Concession gemacht wäre, keine Aussicht hätte, von den Kammern ratificirt zu werden.

Herr *Geigy* bemerkt, dass die französischen feinen Wollstoffe, die in Sedan etc. fabricirt werden, durch die verlangte Concession nicht betroffen würden, wohl aber die schweren deutschen Stoffe; die Schweiz fabricire eben jene erstern nicht.

Herr *Droz* antwortet, dass auch dieses Verhältniss bei den Unterhandlungen geltend gemacht worden sei; man habe stets die Antwort erhalten: kein Vertrag mit dieser Concession.

Herr *Hauser* will sein Wort hinsichtlich der Frage der Genehmigung des in Aussicht stehenden Vertrages jetzt noch nicht verpfänden; immerhin haben ihn die von Hrn. BRath *Droz* gegebenen Aufschlüsse beruhigt. Die Mehrzahl der schweizerischen Interessen scheinere gerettet zu sein. Bei der Wollindustrie soll man sich bei der Fortsetzung der Unterhandlungen neuerdings anstrengen, um die verlangten Concessionen wenigstens theilweise auszuwirken & um dem Vorwurf vorzubeugen, als wäre die Wollindustrie zu Gunsten anderer Industrien geopfert worden. Eine zweite Industrie, die ihn zu einer Bemerkung veranlasse, sei das *Leder*. Die schweizerische Gerberei würde Werth darauf legen, dass der schweizerische Zoll auf Leder etwas erhöht werden könne & zwar um eine Regulirung im Preise der Häute & des gegerbten Leders zu erzielen. In dieser Beziehung bestehe nämlich seit Jahren ein grosses Missverhältniss. Die Situation der schweizerischen Gerberei sei keineswegs eine tröstliche; ohne eine Erhöhung des erwähnten Importzolles könne sie in die Länge kaum mehr bestehen.

Herr *Hohl* kann im jetzigen Momente ebenfalls, wie Hr. *Hauser*, noch nicht sagen, ob er zum neuen Verträge stimmen werde. Er wünscht, dass mit aller Anstrengung auf Ermässigung des frz. Zolles auf Stickereien gewirkt werde.

Hr. *Francillon* verlangt, dass ausdrücklich auf einen frz. Eingangszoll von höchstens frk 3 auf goldene Uhren hingearbeitet werde.

Hr. *Heitz* bemerkt, es würde im Allgemeinen in der Schweiz einen sehr guten Eindruck machen, wenn bei möglichst vielen Importartikeln Zollfreiheit uns zugestanden werde.

Herr BRath *Droz* resümirte hierauf diejenigen Artikel, bei welchen weitere Concessionen, sei es beim Import in Frankreich, sei es bei demjenigen in die Schweiz gemacht werden & schliesst die Verhandlungen, indem er der Commission seinen Dank ausspricht, dass sie zur Klarlegung der Situation der Vertragsangelegenheit durch ihre Voten wesentlich beigetragen hat.

211

E 13 (B)/175

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 3. Februar 1882¹

Mündlich

Bei Anlass der Feststellung der Instruktionen für den Handelsvertrag mit Frankreich wird als selbstverständlich angenommen, dass Hr. Bundesrat Droz, in seiner Eigenschaft als Mitglied des Bundesrates und als Vertreter desselben, und weil mit den Intentionen des Bundesrates völlig bekannt, bei den weiteren Unterhandlungen das entscheidende Wort zu führen hat und dass er die andern hierseitigen Bevollmächtigten nach seinem freien Ermessen beiziehen oder allein verhandeln kann. Es werden ihm in diesem Sinne auch besondere und konfidentielle Instruktionen erteilt², welche vom Rate gleichzeitig mit den allgemeinen Instruktionen festgestellt werden (zu vergl. Instruktionenbuch).³

ANNEX

Instructions particulières et confidentielles
pour Monsieur le Conseiller fédéral Droz (du 3 février 1882)

A. TARIF À L'ENTRÉE EN FRANCE.

Les concessions demandées sur les broderies sont indispensables. Pour le reste, y compris les rideaux, M. Droz est autorisé à abandonner définitivement celles de nos demandes qu'il ne serait pas possible d'obtenir après des efforts persistants.

B. TARIF À L'ENTRÉE EN SUISSE.

Sur tous les articles pour lesquels nous demandons en premier lieu notre liberté, M. Droz reçoit des pleins-pouvoirs complets pour les négocier au mieux possible et abandonner ceux de ces articles qui devront être sacrifiés.

C. RÉDACTION DU TRAITÉ DE COMMERCE.

M. Droz est autorisé à abandonner sans en référer de nouveau au Conseil fédéral:

1. Art. 15, la demande d'arbitrage,
2. les points de détail qui ne pourraient être obtenus.

Par contre, il référerá sur la question des commis-voyageurs et celle du transit à destination de l'Algérie, si elles ne peuvent être réglées dans notre sens.

Il demeure bien entendu que la demande d'un engagement pour la suppression «des ohmgeld» doit être repoussée catégoriquement et définitivement.

D. CONVENTION POUR LES MARQUES ET DESSINS DE FABRIQUES.

M. Droz reçoit pleins-pouvoirs pour régler cette convention d'une manière définitive.

1. *Es handelt sich um eine gekürzte Fassung des Protokolls* Nr. 591 (E 1004 1/128).

2. *Als Annex abgedruckt.*

3. Vollmachten und Instruktionen des Bundesrates 1878—1898, S. 137—140 (E 1001 (E) t 1/2).

212

E 2200 Paris 1/154

*Der Bundesrat an die schweizerische Gesandtschaft in Paris**Empfangskopie*T¹Berne, 13 février 1882, 6 h 45 soir
(reçu le 14 février 1882 au matin)

Le Conseil Fédéral n'est pas d'accord pour descendre sur les vins au dessous de quatre francs. Un pareil sacrifice ne pourrait pas² être arraché qu'à la dernière extrémité et seulement si d'une part nous obtenions satisfaction complète sur broderies 4 f (et sur rideaux!) Suisse³ et d'autre part si nous obtenions par un tarif se basant⁴ sur laines et cuirs à l'entrée en Suisse de quoi rendre⁵ à nos finances ce qu'elles attendaient des vins et ce qui leur est d'ailleurs indispensable. Du reste, nous sommes d'accord avec mode⁶ de procéder que vous proposez.⁷ Lettre partira demain.⁸

1. *Bemerkung am Kopf der Versandkopie*: Expédié en chiffres (E 13 (B)/175).

2. *In der Versandkopie*: lui.

3. *Dieses Wort fehlt in der Versandkopie*.

4. *Versandkopie*: suffisant.

5. *Versandkopie*: donner.

6. *Versandkopie*: la manière.

7. *Vgl. das Schreiben der Handelsvertragsdelegation in Paris an den Bundesrat vom 11. 2. 1882* (E 13 (B)/175).

8. *Vgl. das Schreiben des Bundesrates an die Handelsvertragsdelegation vom 13. 2. 1882* (E 13 (B)/175).

213

E 13 (B)/175

*Die schweizerische Gesandtschaft in Paris
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
S. Bavier*

Empfangskopie

T Chiffré

Paris, 15 février 1882
(*erhalten*: 15 février 1882 à 8 heures du soir)¹

Conférence officieuse aujourd'hui avec Freycinet et Tirard. Ils ont refusé catégoriquement et définitivement toute concession nouvelle sur broderies, rideaux, horlogerie, rubannerie et cotons à l'entrée en France. Peut-être accorderont-ils notre demande sur les cartons d'emballage pour soieries et rubans. Ils ont accepté d'examiner nos propositions à l'entrée en Suisse sur les cotons, sur la nouvelle classification

1. *Bemerkung am Kopf des Telegramms*: déchiffré le lendemain matin.

des laines et des cuirs et sur les confections. Conférence officielle vendredi dans laquelle nous insisterons vivement sur ces derniers points particulièrement sur les laines. Nous vous demanderons ensuite une instruction définitive.² Les dispositions du nouveau Ministère sont peu conciliantes.

2. *Vgl. Nr. 214.*

214

E 13 (B)/175

*Die schweizerische Handelsvertragsdelegation in Paris*¹ *an den Bundesrat*

B Confidentiel et secret

Paris, 17 février 1882, 5 h. du soir

La dépêche chiffrée que nous vous avons envoyée ce soir et dont ci-joint copie², vous a mis au courant de la situation. Le temps presse trop pour que nous y ajoutions des détails qui ne vous apprendraient pas grand chose de nouveau. Ce qui importe, c'est de savoir ce qu'il convient maintenant de faire.

Lorsque nous sommes allés à 2 heures à la conférence officielle, nous savions déjà ce qui s'était passé entre M. Tirard et les Anglais. M. Tirard était visiblement très impressionné de la rupture imminente des négociations franco-anglaises. Il nous a parlé d'une manière qui était une allusion évidente aux pourparlers du matin avec Lord Lyons et Crowe. Il a répété l'opinion émise en présence de ceux-ci que la France renoncerait sans doute au régime des traités de commerce pour entrer dans la voie d'un tarif autonome arrangé uniquement en vue des intérêts français. Les dispositions du Parlement français sont certainement très mauvaises, et le rejet des traités devient d'autant plus probable que les Anglais auraient rompu.

Dans cette prévision, que nous convient-il de faire? Evidemment, *nous assurer en tout cas le maintien du statu quo jusqu'au 15 mai*. Or, pour cela, il faut signer un traité avant le 1^{er} mars, sinon, nous tomberions à partir du 1^{er} mars sous le coup du tarif général français. D'ailleurs, votre opinion nous a paru être que vous vouliez réserver le dernier mot à l'Assemblée fédérale.

S'il en est ainsi, la seule instruction à nous donner pour *lundi à midi* au plus tard devrait être dans le sens suivant:

«Faites tous vos efforts pour obtenir à l'entrée en Suisse tout ce qu'il sera possible d'obtenir. Tenir ferme sur le pays de Gex dans les limites des instructions reçues.³ S'il est absolument nécessaire de déclarer que la Suisse consent à regret à signer un traité

1. *Droz, Kern und Lardy.*

2. *Nicht abgedruckt.*

3. *Mit Telegramm vom 20. 2. 1882 antwortete der Bundesrat:* Nous vous donnons pleins pouvoirs pour faire au sujet du Pays de Gex celles des concessions demandées par la France que vous jugerez nécessaires pour obtenir en retour de nouvelles concessions par exemple sur laines, cuirs, confections. Nous désirons toutefois beaucoup maintenir au moins le quart de droit. Ne cédez sur ce point que si vous ne pouvez faire autrement pour obtenir une concession importante (E 2200 Paris 1/154).

qui ne lui donne complètement satisfaction ni sur l'entrée en France ni sur l'entrée en Suisse, autorisation aux négociateurs de le faire dans la séance de lundi.»

Si vous préférez au contraire vous réserver encore une instruction définitive à nous faire parvenir après la séance de lundi, nous vous prions de nous le faire savoir également avant *lundi à midi*.

La situation est certainement mauvaise, et le temps manque pour marchander d'avantage. Les Français sont nerveux à l'excès; ils ne cachent pas leurs sentiments de lassitude; ils feront de plus en plus la sourde oreille à toute demande et nous pouvons considérer que la séance de lundi sera décisive, et qu'il sera inutile de vouloir faire d'autres démarches, même officieuses.

Il faut aussi songer que nous n'avons plus qu'une semaine pour faire l'expédition de chancellerie de tous les traités; que, même si l'on imprime traités et tarifs pour la signature diplomatique, les travaux de collationnement prendront encore plusieurs jours. En conséquence, nous vous proposons d'en finir d'une manière ou d'une autre.

Il va sans dire que si vous nous donnez des pleins-pouvoirs pour adhérer, c'est-à-dire pour déclarer que nous subissons les exigences de la situation, nous le ferons dans des termes soigneusement étudiés, à moins que vous ne préfériez nous indiquer vous-mêmes la formule que nous devons employer.⁴

Nous vous prions de tenir absolument *secret* le contenu de la présente, en particulier en ce qui concerne le motif de la prorogation au 15 mai, car si les journaux suisses venaient à dire que c'est là notre mobile, tout pourrait être ici *gravement* compromis.

ANNEX

E 2200 Paris 1/154

Der Bundesrat an die schweizerische Gesandtschaft in Paris

Empfangskopie

T

Berne, 19 février 1882, 10 h⁵⁵ matin
(*erhalten*: 19 février 1882, 1 h 35)

Nous atten...r⁵ définitivement de connaître les concession françaises sur laine, cuire, confectious — il demeure entendu que quatre francs sur vin reste acquis que⁶ la France reste à cinq francs sur broderies.

4. *Vgl. den Annex.*

5. *In der Versandkopie steht: [...] attendrons pour nous déterminer [...] (E 13 (B)/175).*

6. *In der Versandkopie steht: puisque.*

215

E 1004 1/128

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 21. Februar 1882*¹

914. Revision des Handelsvertrages und der Annexverträge

Mündlich

Mit 3 Telegrammen vom 20. ds. Mts.² teilen die herwärtigen *Vertreter* für die *Revision des Handelsvertrages* mit Frankreich und der *Annexverträge* /zu vergl. auch Prot. vom 20. ds. N^o. 876³/ mit: In der offiziellen Sitzung vom 20. seien folgende Tarifansätze definitiv festgestellt worden:

Hinsichtlich der Einfuhr nach Frankreich, für die Stikereien 4 Fr. 50 Rp., auf Messerwaaren sei gegenüber dem belgischen Tarif eine Ermässigung von 24%, wie auch eine Reduktion für Eisenwaaren und für Holzschuhriemen zugestanden worden. Für die Einfuhr nach der Schweiz sei der Weinzoll auf Fr. 3.50 herabgesetzt worden. Der Zoll für Leder sei ohne Unterschied auf 8 Fr. angesetzt, für Lederarbeiten und Schuhwaaren in Leder auf 30 Fr. ohne Unterschied; für Wollengarne auf 5,8 & 9 Fr., für rohe Wollengewebe auf 12 Fr., für die anderen Wollgewebe auf 25 Fr., für die Deken ohne Unterschied auf 16 Fr., für die Teppiche auf 12 & 30 Fr., für Strumpfwaren (bonneterie) auf 25 Fr., für Posamentierwaaren und Seidenbänder und Schals etc. auf 30 Fr., für andere Konfektionsartikel 40 Fr. Da diese Tarife eine ansehnliche Vermehrung der herwärtigen Einnahmen ergeben, so haben die herwärtigen Vertreter erklärt, sie definitiv annehmen zu wollen. Bezüglich des Pays de Gex sei das dem Bundesrat zur Einfuhr vorgelegte Projekt⁴ ohne eine weitere wesentliche Abänderung angenommen worden, mit der Ausnahme, dass Tirard die Forderung stellte 2000 Zentner Wein zollfrei in die Schweiz einführen zu können. Sie empfehlen dem Bundesrate Angesichts der Zugeständnisse Frankreichs auf Wolle, Leder und Konfektionen, sich hiemit einverstanden zu erklären. Im übrigen seien von ihnen für das Reglement betr. die Landschaft Gex noch einige weitere kleine Zugeständnisse sowie die Aufhebung des Viertels des Zolles für die betreffenden Artikel eingeräumt worden. Sie wünschen bezüglich der 2000 Zentner Wein für die zollfreie Einfuhr aus dem Pays de Gex noch Dienstag Abends Weisung zu erhalten, so dass dann die Unterzeichnung der Verträge Mittwochs oder Donnerstags stattfinden könne. Sie ersuchen um Einsendung von Vollmachten zur Prorogation der bisherigen Verträge bis 15. Mai⁵, und zur Unterzeichnung der neuen Verträge, insbesondere auch einer Vollmacht für Herrn Legationsrat D^r. Lardy.

Nach gewalteter Beratung wird *beschlossen*:

1. *Abwesend: Bavier, Droz.*

2. E 13 (B)/175.

3. *Nicht abgedruckt.*

4. E 13 (B)/175.

5. Vgl. BBl 1882, 1, S. 393.

1. Die hierseitigen Delegirten seien ermächtigt die Verträge auf Grundlage der Verhandlungen vom Montag zu unterzeichnen⁶;

2. Insbesondere ist auch der Vertrag betreffend die Landschaft Gex unter Einräumung der französischen Forderung bezüglich der zollfreien Einfuhr nach der Schweiz von 2000 Hektoliter Wein genehmigt.⁷

3. Herr D^r. Lardy wird ermächtigt, die Verträge mit Herrn D^r. Kern zu unterzeichnen.

4. Die Delegirten werden um Auskunft ersucht über den Zoll für Einfuhr nach der Schweiz von Seife, Liqueurs und Wein in Flaschen.

6. *Die Botschaft des Bundesrates und der Text der Verträge sind abgedruckt in: BBl 1882, 1, S. 525—691. Vgl. auch die NR-Protokolle vom 18.—24. 4. 1882 (E 1001 (C) d 1/79, Nrn. 203, 206, 210, 217, 222 und 224f.) und die StR-Protokolle vom 25. und 26. 4. 1882 (E 1001 (D) d 1/74, Nrn. 183—183 II und 192—194 B) sowie die Berichte der Mehrheit der NR-Kommission vom 12. 4. 1882 (BBl 1882, 2, S. 493—514), der Minderheit vom 6./14. 4. 1882 (BBl 1882, 2, S. 520—566), von Nationalrat Philippin (Feuille fédérale 1882, 2, S. 188—210) sowie den Bericht der Mehrheit der StR-Kommission vom 25. 4. 1882 (BBl 1882, 3, S. 33—76). Vgl. auch die Eingaben und Beschwerden (E 13 (B)/176 bis 178) und die gedruckten Verhandlungsprotokolle (E 13 (B)/177).*

7. *Vgl. BBl 1882, 1, S. 572. f und 683—687. Vgl. auch Nr. 214, Anm. 3.*

216

E 13 (B)/175

Antrag des Vorstehers des Handels- und Landwirtschaftsdepartements, N. Droz, an den Bundesrat

Berne, 27 février 1882

J'ai l'honneur de vous présenter un court rapport final sur la mission extraordinaire que vous m'avez confiée et qui, contre mon attente et mon désir, a duré près de deux mois entiers. J'ai l'intention de vous soumettre plus tard un projet de message qui, à mon avis, pourra tenir lieu de rapport détaillé.¹

Les instructions très-larges et les pouvoirs très-étendus que vous m'avez donnés en date du 3 février², m'ont permis de diriger la négociation d'une manière conforme à vos vues. Je me suis tout particulièrement efforcé de ménager les susceptibilités pour autant que l'intérêt des négociations et la responsabilité pesant sur moi le permettaient; j'ai réussi dans tous les cas à éviter les conflits, ce qui n'était pas le côté le plus facile de ma mission.

Dans la séance du 3 février, vous avez décidé que je ne devais pas prendre part à la signature du traité, à moins d'urgence absolue. Lundi dernier, à la suite d'un rapport envoyé ici à mon insu par M. Kern³, M. le Président de la Confédération m'a écrit qu'il

1. *Nicht abgedruckt. Vgl. auch das BR-Protokoll vom 17. 3. 1882 (E 1004 1/128, Nr. 1336).*

2. *Vgl. Nr. 211, Annex und Anm. 3.*

3. *Nicht ermittelt.*

me priait derechef, au nom des collègues, de ne pas signer «um Ihnen eine Unannehmlichkeit zu ersparen»⁴. Quelle que soit la teneur, à moi inconnue, du rapport de M. Kern, je dois constater que je n'ai pas eu avec lui de conflit sur ce point, attendu que, dès mon retour à Paris, je lui ai annoncé que je ne signerais pas. Les choses étant ainsi, ma ferme intention était, pour nous épargner à tous une situation fautive que je sentais venir, de ne pas assister à la séance de clôture, et dans ce but, j'avais déjà fait la veille mes visites d'adieu, soit au Président de la République, soit aux Ministres avec lesquels j'avais été en relations. Mais les difficultés survenues au dernier moment ont exigé ma présence à la séance finale.⁵ Je me suis trouvé alors dans une situation fort délicate vis-à-vis des 3 Ministres français qui signaient le traité et s'attendaient à ce que j'en fisse autant. J'ai expliqué qu'il n'était pas d'usage qu'un Membre du Conseil fédéral négociât & signât un traité ailleurs qu'à Berne. Ces Messieurs ont déclaré qu'ils devaient accepter l'explication, non sans regret et dans la pensée que cette abstention n'impliquait pas de ma part le désaveu de l'œuvre laborieusement accompli en commun.

Je dois donner ici un témoignage de haute satisfaction à M^{rs}. Lardy & Manuel dont le concours intelligent et dévoué m'a été indispensable pour l'accomplissement de ma tâche.

J'ai maintenant l'honneur de vous remettre les instruments diplomatiques signés du côté suisse par M^{rs}. Kern & Lardy, du côté français, par M^{rs}. de Freycinet, Ministre des Affaires étrangères, Tirard, Ministre du Commerce, & Rouvier, ancien Ministre du Commerce & des Colonies.

Ces instruments⁶ contiennent:

- 1.) Le traité de commerce avec un protocole additionnel relatif à la question des sels, ainsi que les annexes suivantes, savoir:
 - a.) tarif à l'entrée en France,
 - b.) tarif à l'entrée en Suisse,
 - c.) régime à la sortie de France,
 - d.) droits à la sortie de Suisse,
 - e.) tableau des «Ohmgeld»,
 - f.) règlement pour le Pays de Gex,
 - g.) déclaration relative aux échantillons,
 - h.) formule de carte de légitimation pour voyageurs de commerce;
- 2.) traité d'établissement;
- 3.) convention pour la propriété littéraire & artistique;
- 4.) convention pour les marques de fabrique, noms de commerce, dessins et modèles industriels;

4. Nicht ermittelt.

5. Am 21. 2. 1882 hatte Tirard in einem Schreiben an Kern ausgeführt: [...] J'ai le regret de vous déclarer qu'il m'est impossible d'accepter aucune distinction entre les vins en fûts et les vins en bouteilles [...] (E 13 (B)/175). Die Instruktion des Bundesrates vom 22. 2. 1882 an die Handelsvertragsdelegation lautet: La nouvelle exigence française venant lorsque tout semble conclu, doit être repoussée. Elle est [d'ailleurs, laut Versandkopie (E 13 (B)/175)] injustifiable en soi. Maintenez donc au moins le tarif actuel.

Si toutefois les négociations devaient être rompues pour ce point, vos pouvoirs sont assez étendus pour vous permettre de céder. [...] (E 2200 Paris 1/154).

6. Originale in: K I, 138–142.

5.) convention pour les rapports de voisinage & la surveillance des forêts limitrophes.

La déclaration de prorogation du traité actuel jusqu'au 15 mai a été signée le même jour et fait l'objet d'une proposition spéciale du Département fédéral du Commerce.⁷

Sous réserve de l'autorisation du Conseil fédéral, j'ai demandé à M. Kern de laisser venir M. Lardy à Berne pour rédiger avec moi le projet de message à l'Assemblée fédérale.

Je vous prie de bien vouloir accorder cette autorisation.

Je me mets d'ailleurs à votre disposition pour vous donner dès maintenant les renseignements et explications que vous pourriez désirer.

Ma proposition final consiste:

1.) à prendre note au procès-verbal de ce rapport final et du dépôt du Traité.⁸

7. Nicht abgedruckt. Original der Erklärung in: K I, 119.

8. Vgl. das BR-Protokoll vom 27. 2. 1882, worin alle Verträge und Reglemente gutgeheissen wurden (E 1004 1/128, Nrn. 994 f.).

217

E 2200 Wien 1/90

*Der schweizerische Gesandte in Wien, J. J. von Tschudi,
an den Vorsteher des Handels- und Landwirtschaftsdepartements, N. Droz*

Kopie

B

Wien, 23. März 1882

Durch Ihre geschätzte Depesche vom 18. Merzl. J. übersenden Sie mir Copie eines Schreibens des Herrn Joh. Wunderly, Gerberei und Lederhandlung in Zürich und eines der Firma Nestlé in Vivis, in welchem die Genannten sich über allzuhohe Zollansätze im neuen österreichisch-ungarischen Zolltarife beklagen und Ihr Departement womöglich um Einflussnahme auf eine Verminderung der diese Firmen betreffenden Tarifsätze ersuchen.¹

Sie ersuchen mich zugleich Ihnen meine Ansicht wissen zu lassen ob ich es als thunlich erachte, dass ich, ähnlich wie es in Paris geschehen sei, im Sinne jener Zuschriften bei Mitgliedern der Kammern und Kommissionen auf konfidentiellern Wege Schritte thue.

Zur Beantwortung dieser Frage erlaube ich mir die folgende Auseinandersetzung der Verhältnisse, die hier in Wien *ganz wesentlich andere* sind, als in Paris. Die K.K. österreichische u. die K. ungarische Regierung beschlossen eine Revision des bisher bestehenden autonomen Zolltarifes um durch eine erhöhte Zolleinnahme dem alljährlich mehr anschwellenden Deficit engere Grenzen zu ziehen. Um diess zu erreichen mussten in dem neuen Zolltarife durchschnittlich *sehr bedeutende* Zollerhöhungen vorgenommen werden und es geschah diess mit einer fast ungläublichen

1. Alle drei Schreiben nicht abgedruckt.

Rücksichtslosigkeit nicht nur dem Auslande, sondern auch dem Inlande gegenüber. Die Finanzzölle werden bis auf die äusserste Grenze des noch Zulässigen erhöht, die Industriezölle zum Theile unter dem Deckmantel von Schutzzöllen, derart, dass sie wahrhafte Prohibitivzölle sind. Als ich Ihnen unterm 17. Febr. l. J. den projectirten Zolltarif² einzusenden die Ehre hatte, theilte ich Ihnen auch mein Urtheil über den die Regierungsvorlage begleitenden Motivenbericht mit, das Sie selbst gewiss bestätigt gefunden haben werden und das auch bei den vergeblichen Minoritätsanträgen der Verfassungspartei in den Verhandlungen des Zollausschusses wiederholt Ausdruck gefunden hat. Aus dem ganzen Elaborat geht unleugbar *[her]*vor dass die Zoll-erhöhung eine «partie prise» ist und die Regierung es nicht der Mühe werth hält, dieselbe den Kammern gegenüber, rational zu motiviren was ihr auch in der That nicht möglich wäre.

Der neue Zolltarif wurde zwischen den österreichischen und den ungarischen Finanz- und Handelsministerien nach vielmonatlicher Arbeit vereinbart. Österreichischerseits mussten trotz besserer Überzeugung, in sehr vielen Zollansätzen den ungarischen Forderungen nachgegeben werden, woraus eine Anzahl Anomalien entstanden, die nur dadurch zu entschuldigen sind, dass Ungarn wieder auf anderen Gebieten nachgeben musste. Nach der Vereinbarung des Zolltarifes verpflichteten sich die beiden Regierungen mit ihrem ganzen Einfluss für die Annahme desselben in den Kammern von Wien und Budapest einzustehen. Sie konnten diess um so leichter thun, als beide Regierungen über eine durchaus dienstwillige blindergebene Majorität verfügen.

Die parlamentarischen Verhältnisse in Wien sind Ihnen bekannt u. Sie wissen dass jede der beiden grossen Partheien, einerseits die aus feudalen, clericalen u. nationalen Elementen bestehende Regierungspartei, andererseits die Verfassungspartei in allen Fragen wie ein Mann stimmen, dass es gegenwärtig in dem österreichischen Abgeordnetenhaus durchaus keine selbständige unabhängige Meinung mehr giebt, sondern alle Deputirten der eisernen Klubdisciplin unterworfen sind. Während in Paris eine einheitliche Regierung ist und die politischen Partheien nicht so scharf getrennt sind, auch freien Willensäusserungen und Ansichten Raum gegeben ist, haben wir hier den hemmenden Dualismus und Abgeordnete, die mit streng gebundener Marschroute vorgehen müssen. Das ist u. A. auch in den Zollausschusssitzungen scharf zu Tage getreten, indem die rationellsten und zwekmässigsten Anträge der Mitglieder der Verfassungspartei von der Regierungspartei oft gegen ihre bisherige Überzeugung ausnahmslos abgelehnt worden.

Aus dieser Darstellung der gegenwärtigen Verhältnisse werden Sie, Herr Bundesrath bereits einsehen, dass von einer Einflussnahme irgend eines fremden Gesandten auf die Zolltarifverhandlungen im österreichischen Abgeordnetenhause keine Rede sein kann.

An Ihre an mich gestellte Anfrage knüpft sich aber auch noch eine Principienfrage; nämlich: ist es *zulässig*, dass überhaupt ein Diplomat auf Verhandlungen in den Kammern des Staates, bei dem er accreditirt ist, gegen *Vorlagen* der Regierung, auf deren Annahme dieselbe grossen Werth legt, bei Abgeordneten einen directen Einfluss zu nehmen sucht? In Frankreich scheint diess, nach Ihrer Depesche, keinen Anstoss zu erzeugen; ob es bei uns dem hohen Bundesrath angenehm wäre, wenn bei

2. Nicht ermittelt.

der Berathung unseres Zolltarifes der k. u. k. österreichische Gesandte bei den Mitgliedern der Bundesversammlung *gegen* die bundesrätlichen Vorlagen u. zu Gunsten österreichisch-ungarischer Producenten agitiren würde, kann ich nicht entscheiden, wohl aber kann ich Sie des Bestimmtesten versichern, dass ein solches Vorgehen hier von der Regierung sehr übel vermerkt u. dem betreffenden Gesandten auch gelegentlich unverhohlen gezeigt würde. Ich habe mich bei mehreren meiner hiesigen Collegen, ganz in academischer Weise und ohne einen concreten Fall zu nennen, nach ihrer Ansicht über diese Principienfrage erkundigt, u. sie haben einstimmig eine derartige Ingerenz als unzulässig u. dem diplomatischen Usus durchaus widersprechend erklärt. Es ist auch von keinem hiesigen Diplomaten weder officiöser noch officieller Einspruch gegen die projectirten Zollansätze des neuen Tarifes erhoben worden.

Gesetzt aber, es wäre der Versuch einer Einflussnahme auf die Kammermitglieder zulässig, so wäre aus zwei Gründen ein solcher doch ganz fruchtlos: erstens nämlich könnte er natürlich nur auf die Anhänger der Regierung genommen werden, und diese werden sich bei den hiesigen Partheiverhältnissen ja doch nicht durch einen fremden Diplomaten bestimmen lassen, gegen die Regierung u. ihre eigene Parthei aufzutreten; zweitens würde es ganz unnütz sein nur auf österreichische Abgeordnete einwirken zu wollen, wenn das nämliche nicht auch in Budapest auf die ungarischen stattfinden würde. Dort liegen aber die Verhältnisse ganz ähnlich, wie hier in Wien. Wie schon bemerkt sind die Zollpositionen von beiden Regierungen vereinbart worden u. beide stehen für deren integre Annahme durch die Kammern ein.

Ich gehe nun zu den beiden mir übermittelten Schreiben über. Es ist mir geradezu unbegreiflich, dass Herr Wunderly in Zürich auch nur einen Augenblick glauben kann, dass, wenn der neue Zolltarif einmal von den Kammern angenommen u. von der Krone sanctionirt ist, die Regierung das Inkrafttreten des neuen Zollansatzes für Lederwaaren um Monate hinausschieben werde, damit nicht ausländische Lederfabricanten zu Schaden kommen. Die Regierung will Geld haben, und wie sehr es ihr daran gelegen ist, sich nichts von dem was Einfuhrartikel abwerfen können entgehen zu lassen, hat sie ja eclatant durch das *Sperrgesetz* für Kaffee, Thee, Schaumweine etc. bewiesen. Bei jeder Zollerhöhung auf Industrieartikel werden stets die Interessen ausländischer Producenten mehr oder weniger schwer geschädigt.

Der Zolltarif wird sobald er perfect geworden ist unverzüglich in Kraft treten. Forderungen, wie sie Herr Wunderly stellt, können ja von Producenten aller möglichen Industrieartikel gestellt werden. Die österreichisch-ungarischen Regierungen, wie jede andere, wird aber in solchen Fällen nur in ihrem eigenen Interesse handeln, ohne Rücksicht ob fremde Producenten zu Schaden kommen oder nicht, daher auch derartige Reclamationen gänzlich unberücksichtigt lassen.

Herr Henri *Nestlé* beklagt sich darüber, dass der Zoll von seinem Kindermehl von 7 fl. auf 40 fl. erhöht und dass im Motivenberichte der Handelswerth desselben auf 300 fl. angegeben wurde, da es effectiv doch nur einen solchen von 80 bis 100 fl. per 100 Kilogr. habe. Was die Motivirung der Regierung anbelangt, so brauche ich darüber nichts mehr zu bemerken, da es schon Eingangs geschehen ist. Ich möchte aber nur zu bedenken geben, dass, wenn eine Regierung mit einer solchen Rücksichtslosigkeit gegen die *eigenen* Staatsangehörigen vorgeht, dass sie einen Artikel (den Kaffee) der in einem grossen Theile der Monarchie zum *Volksnahrungsmittel* geworden ist, und nur einen durchschnittlichen Handelswerth von 70—80 fl. per 100 Kil. hat,

mit einem Einfuhrzolle von 40 fl. belastet, auf Reclamationen fremder Staatsangehöriger für ein zwar nützlich aber nicht unbedingt nöthiges Genussmittel nicht von ihrem Erhöhungsprincipe abweichen würde. Ich habe s. Z. im Auftrage des hohen Bundesrathes, zu Gunsten des Herrn Henri Nestlé bei der rumänischen Regierung die das Nestlé'sche Kindermehl mit dem Zolle für «Medicamente» belegte intervenirt und es ist auch gelungen dass dasselbe nach dem Tarife der «Nahrungsmittel» verzollt werden konnte; die damalige Forderung der Fabrik Nestlé lag aber verschieden von der heutigen der öster. ungar. Regierung gegenüber, denn dort handelte es sich nur um eine sachentsprechende Classification der Artikel, während es sich jetzt um einen neuen Tarifsatz für ein genau benanntes u. classificirtes Product handelt (Préparations d'aliments solubles comme extraits de viande, lait condensé, farine lactée). Fleischextracte u. Condensirte Milch, die beide in grosser Menge nach Österreich eingeführt werden, sind also ebenso hart betroffen wie das Nestlé'sche Kindermehl. Wie aussichtslos überhaupt eine jede Reclamation des H. Henri Nestlé wäre, geht daraus hervor, dass der Handelsminister v. Pino in der Zollausschusssitzung vom 13. Merz sich wörtlich äusserte, *Kindermehl* Artikel, wie *Kindermehl* seien ein *blosser Schwindel*.

Wie ich erfahren habe sollen mehrere schweizer Industrielle die durch den neuen Zolltarif hart getroffen werden, beabsichtigen im Vorarlberg Filialen ihrer Geschäfte zu errichten. Vielleicht wird es auch der Nestlé'schen Fabrik, falls ihre Geschäfte mit Österreich-Ungarn sehr bedeutend sind, conveniren, ein ähnliches Verfahren einzuschlagen.

Ich werde die Ehre haben, Ihnen nächstens ein Resumé der Verhandlungen des Zollausschusses zu übersenden.

Im ferneren Verlaufe Ihrer Depesche sagen Sie: Es würde uns lieb sein wenn Sie gelegentlich officiös Erkundigungen einziehen würden ob nach Aufstellung des neuen Tarifes in Wien Geneigtheit vorhanden ist in Unterhandlungen mit der Schweiz über einen Conventionaltarif einzutreten.

Ich habe in früheren Berichten theils an den hohen Bundesrath theils an das Handels-Departement wiederholt Gelegenheit gehabt mitzutheilen, dass die österreichische und die ungarische Regierung entschlossen sind mit der Handelsvertragspolitik vollständig zu brechen und also keine Handelsverträge mehr abzuschliessen. Daran scheitern auch hauptsächlich die Bemühungen eine deutsch-österreichische Handelsconvention abzuschliessen. Offen wird österreichischer Seite diese Absicht nicht eingestanden, aber officiös ist sie mir wiederholt mitgetheilt worden wenn ich confidentiel einen eventuellen Abschluss eines Handelsvertrags mit der Schweiz in Anregung brachte. Am allerwenigsten wird hier Geneigtheit sein auf Verhandlungen über einen Conventionaltarif einzutreten. Man ist hier vollkommen auf einen Zollkrieg gefasst.

Erst wenn wider Erwarten ein Conventionaltarif mit dem deutschen Reiche zu Stande käme, wäre es angezeigt officiél einen solchen unsererseits in Anregung zu bringen, da ein derartiger Versuch erst dann Aussicht auf Erfolg haben könnte.

Schliesslich wünschen Sie ein Exemplar der österreichischen Handelstatistik von 1877 bis 1881³ zu erhalten. Da ich diese Handelsstatistiken regelmässig eingesendet habe, so müssen sie sich in der Bibliothek des Statistischen Bureau's vorfinden; soll-

3. Nicht ermittelt.

ten Sie aber ein *zweites* Exemplar wünschen so bitte ich Sie es mir mitzuthemen; ich hoffe es in der k.k. Staatsdruckerei käuflich erhalten zu können.

Soeben erhalte ich Ihre Depesche vom 20. Merz⁴ und beehre mich vorläufig darauf zu bemerken, dass das was der franz. Handelsminister Tirard in seinem Briefe vom 24. Febr. an den Senateur Dauphinat für unmöglich hielt, dass nämlich der Zoll auf Champagner schon für den 1. Merz in Österreich erhöht werden solle, in Wirklichkeit stattfand. Das *Sperrgesetz* (dessen Vorlage ich Ihnen s.Z. einsandte) d.h. jenes Gesetz, welches die Einfuhr auf gewisse Consumartikel noch vor den Berathungen über den neuen Zolltarif erhöht, ist den 28. Februar perfect geworden; noch in den Abend- u. Nachtstunden wurden sämtliche k.k. österreichische Grenzzollbehörden davon verständigt u. am folgenden Morgen, den 1. Merz, ist dasselbe in Kraft getreten bevor noch die französische Botschaft von den Intentionen des Herrn Tirard unterrichtet war. Binnen Kurzem werde ich Ihnen dann noch über den weiteren Punkt⁵ Ihrer Depesche Auskunft geben, obgleich derselbe schon durch den gegenwärtigen Bericht beantwortet ist.

4. Nicht abgedruckt.

5. Droz wünschte zu erfahren, ob andere diplomatische Vertretungen in Wien sich gegen die Zollerhöhungen gewandt hätten.

218

E 1004 1/129

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 2. Mai 1882

2156. Lynchung des Karl Ludwig Kalbfuss von Bex in Ocampo in Argentinien

Politisches Departement

Von der *Gesantschaft in Berlin* ist mit Depesche vom 9. v. Mts¹. ein vertraulicher Bericht eingelangt über eine Unterredung des Herrn Ministers Roth mit dem deutschen Gesanten in Buenos-Ayres, Herrn von Holleben, der von seiner Regierung auf hierseitigen Wunsch Weisung erhalten hat, Herrn Jaccard, den schweizerischen Konsul in Buenos-Ayres in der Angelegenheit betreffend die *Lynchung des Karl Ludwig Kalbfuss von Bex, Kts. Waat, in Ocampo*² (zu vergl. auch Prot. vom 8. Februar v. Jah-

I. E 2/2390.

2. Am 24. 8. 1880 berichtete der Verwalter des Gutes Ocampo dem schweizerischen Konsul in Buenos Aires: J'ai le regret de vous annoncer que le nommé Charles Kalbfuss, coupable de trois vols successifs à main armée, a été jugé, trouvé coupable, et pendu par les deux coupables qu'il avait entraînés dans son dernier vol [...] (E 2200 Buenos Aires 1/67). In seinem Schreiben vom 7. 9. 1880 an den Bundesrat bemerkte der Konsul dazu: Au point de vue de la loi criminelle et de la Constitution de la République Argentine la pendaison de Charles Louis Kalbfuss n'est en réalité qu'une application de la loi de Lynch, en usage aux Etats Unis, mais non tolérée dans ce pays. Je ne pouvais pas laisser passer ce meurtre sans réclamation, mais il était permis de douter de son

res)³ mit seinem Rate beizustehen. Herr von Holleben hat mit dem argentinischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten in dieser Angelegenheit oft verkehrt und es hat dieser jenem bestimmt versprochen, er werde zuhanden der Erben des Kalbfuss *aus freien Stücken* eine Entschädigung im Betrage von 2,000 Dollars = 10,000 Fr. offeriren, sobald er von ihm (von Holleben) erfahren haben werde, dass die schweiz. Regierung hiemit einverstanden sei.⁴ Herr von Holleben wünscht aber diese Angelegenheit allein und wie bisher in vertraulicher Weise, mit dem Herrn Minister verhandeln zu können und Herrn Jaccard erst Mitteilung machen zu dürfen, wenn der *fait accompli* vorliege. — Herr Konsul hat nämlich in dieser Angelegenheit gegenüber den argentinischen Behörden es am nötigen Takt fehlen lassen.⁵

In einiger Abänderung des Antrages des politischen Departements wird beschlossen:

es sei die Gesandtschaft in Berlin zu beauftragen, Herrn von Holleben zu ersuchen, die Entschädigungsfrage in der von ihm beabsichtigten Weise zu erledigen, ohne dabei der Frage der Aufnahme eines neuen Untersuches und eventuell der Bestrafung des oder der Schuldigen, welches Begehren früher schon gestellt worden, neuerdings Erwähnung zu tun.

succès, vu la position du propriétaire de la Colonie, M. Manuel Ocampo, homme hautement influent par les attaches politiques et religieuses, par le rang social de sa famille, due à l'importance de sa fortune pécuniaire [...] (E 2/2390).

3. E 1004 1/124, Nr. 675.

4. Am 9. 4. 1882 berichtet der schweizerische Gesandte in Berlin dem Politischen Departement: [...] Im Laufe des vorangegangenen Jahres benutzte dann Herr von Holleben eine Reise nach Paraguay, um sich in dem Dorfe, von welchem aus die gedachte Colonie verwaltet wird, nach dem Gang der Sache zu erkundigen. Zu diesem Zwecke liess er den Friedensrichter des Dorfes zu sich auf das Schiff bescheiden und dieser letztere erklärte ihm dann, die ganze Angelegenheit sei erledigt. Der hiefür designirte Strafrichter habe nicht genügende Beweise beibringen können, um seinerseits weiter vorzugehen und habe desshalb den Fall ihm, dem Friedensrichter, zur Erledigung überwiesen. Es sei dann unter seinem Vorsitz eine Art Gericht organisirt worden (aus Mitgliedern der Colonie bestehend) und von diesem ad hoc zusammengesetzten Collegium sei Andrieux zu einer Busse von 1,000 Dollars (frcs. 5000) zu Gunsten der dortigen Schulen verurtheilt worden. [...] (E 2/2390).

5. So beklagte sich der argentinische Aussenminister Irigoyen in einer Note an das schweizerische Konsulat vom 19. 1. 1881: [...] El Sr. Cónsul manifiesta, en una forma inaceptable, que Carlos Kalbfuss vino á América, buscando la realización de una fortuna que los enganchadores de Inmigrantes no tienen escrúpulo en prometer á los demasiado crédulos proletarios europeos. No puedo admitir conceptos tan ofensivos, si S. S. ha querido referirse á los Agentes de este Gobierno, porque ellos comprometen el crédito y la lealtad con que el Gobierno Argentino acostumbra cumplir sus compromisos y hace efectivas las garantías que ofrece [...] (E 2200 Buenos Aires 1/67).

219

E 1004 1/130

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 11. Juli 1882

3519. Jurisdiction der schweizer. Konsulate in Japan

Politisches Departement. Antrag vom 8. Juni 1882
Justiz- und Polizeidepartement. Mitbericht vom 8. Juli 1882

Das schweizerische Generalkonsulat in Japan hat wiederholt auf das *Ungenügende der Bestimmungen* des §. 5 der Instruktionen¹ aufmerksam gemacht, welche der Bundesrat demselben am 14. Februar 1866 erteilt hat, in Bezug auf die Ausübung der Jurisdiction, die durch die Art. 5, 6 u. 7 des am 6. Februar 1864 in Yeddo zwischen der Schweiz und Japan abgeschlossenen Freundschafts- und Handelsvertrages (a.S. III, 683) den schweiz. Konsularbeamten eingeräumt ist.

Das politische Departement hat im Einverständnis mit dem Justiz- und Polizeidepartement, mit Vortrag vom 8. vor. Mts. den Entwurf² eines Kreisschreibens an die beiden schweizer. Konsulate in Japan vorgelegt, in welchen in Erläuterung der genannten Instruktion einige Andeutungen gegeben werden.

Nachdem der Bundesrat in seiner Sitzung vom 7. ds. Mts. einen Antrag, dahin gehend; Es sei auf die Vorlage des politischen Departements wegen Mangels an Kompetenz nicht einzutreten, und es sei, im Fall dies sich als notwendig herausstelle, der Bundesversammlung eine bezügliche Vorlage zu machen, abgelehnt hat, sind die Akten dem Justiz- und Polizeidepartement zugewiesen worden, mit der Einladung, das Schreiben in dem Sinne umzuarbeiten, dass den Konsulaten für die Ausübung der Strafgerichtsbarkeit ein anerkannt gutes Handbuch (statt dem Strafgesetz eines bestimmten schweizer. Kantons, wie dies vom politischen Departement vorgeschlagen worden ist) oder ein *Gesetzesentwurf* als Wegleitung zu empfehlen sei.

Das Justiz- & Polizeidepartement legt nun seine Abänderungsvorschläge vor, und es wird hierauf der Schreibensentwurf des politischen Departements in Verbindung mit den letzteren genehmigt.³

1. Artikel 5 des betreffenden Bundesratsbeschlusses vom 14. 2. 1866 lautet: Bei Ausübung der Jurisdiction soll der H. Generalkonsul sich jedesmal einige seiner Landsleute als Gerichtsbeisitzer beordnen und die in der Schweiz geltenden allgemeinen Rechtsgrundsätze sowie die Platzusancen zur Richtschnur nehmen (E 2/1510). Vgl. auch DDS 2, Nr. 2 und den GBer. 1881 (BBl 1882, 2, S. 11–13)

2 2. E 2/1510.

3. Vgl. den Annex.

ANNEX

Der schweizerische Bundesrath
an die
schweizerischen Konsularbeamten in Japan

Kreisschreiben *gedruckt*

Bern, 11. Juli 1882

Das schweizerische Generalkonsulat in Japan hat wiederholt unsere Aufmerksamkeit auf das Ungenügende der Bestimmungen des § 5 der Instruktionen hingelenkt, welche der Bundesrath demselben am 14. Februar 1866 in Bezug auf die Ausübung der Jurisdiktionsbefugnisse ertheilt hat, welche durch die Artikel 5, 6 und 7 des am 6. Februar 1864 in Yeddo zwischen der Schweiz und Japan abgeschlossenen Freundschafts- und Handelsvertrags (A.S. VIII. 683) den schweizerischen Konsularbeamten eingeräumt sind.

Wir haben diese Frage mit all' der Sorgfalt die sie verdient, geprüft und haben nun die Ehre, Ihnen einige Andeutungen zu geben, welche als Kommentar zu den genannten Instruktionen dienen und deren Anwendung erleichtern können.

Zunächst bemerken wir, dass die Artikel 5, 6 und 7 des Vertrags zwischen der Schweiz und Japan von den «schweizerischen Behörden», von den «schweizerischen Konsularbeamten» und von der «schweizerischen Konsularbehörde» sprechen. Darnach steht die Ausübung der Jurisdiktion unsern Konsularbeamten ohne Unterschied des Grades zu. Wir halten daher den § 5 der Instruktion vom 14. Februar 1866 für anwendbar nicht nur auf das Generalkonsulat, dem sie ertheilt worden sind, sondern auch auf das schweizerische Vice-Konsulat in Hiogo-Osaka und auf jede andere Konsularstelle, welche die Eidgenossenschaft in der Folge in Japan schaffen könnte.

Der *Konsular-Gerichtshof* muss dem § 5 der Instruktion vom 14. Januar 1866 entsprechend konstituiert werden. Er besteht aus dem Konsularbeamten, der den Vorsitz führt, und aus den Beisitzern, in der Zahl von regelmässig zwei bis höchstens vier, die für jeden Spezialfall vom Konsularbeamten ernannt werden.

In Bezug auf das *Gerichtsverfahren* werden Sie sich sowohl an die Gebräuche halten, die Sie bisher befolgten, als an die Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 22. November 1850 über das Verfahren bei dem Bundesgerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten (A.S. II. 73), soweit diese Bestimmungen unter den besondern Verhältnissen Ihrer Jurisdiktion anwendbar sein können.

In allen civilrechtlichen Fragen, welche durch das Bundesgesetz über das Obligationenrecht, durch das Bundesgesetz über die Handlungsfähigkeit oder durch andere Bundesgesetze behandelt sind, haben Sie diese Gesetze in Anwendung zu bringen.

Sie werden ein *Handelsregister* für Ihren Konsularkreis halten und, auf Kosten der Betheiligten, in einem Journal Ihres Plazes oder durch Anschlag an der Thür des Konsulats, alle Publikationen vornehmen lassen, welche nach dem Obligationenrecht im Handels-Amtsblatte stattfinden sollten.

Nächstens wird eine Verordnung über die Handelsregister, nebst Formularen, publiziert werden und gleichzeitig mit dem Gesetze über das Obligationenrecht, nämlich mit dem 1. Januar 1883, in Kraft treten.

In civilrechtlichen Fragen, welche Gegenstand kantonaler Gesetzgebungen sind, haben Sie das Gesetz des Heimathkantons des Interessenten oder vorkommendenfalls des Beklagten anzuwenden; es wäre denn, dass Lokalgebräuche beständen, deren Beobachtung alsdann vorzuziehen sein dürfte, für Statusfragen ist stets das Gesetz des Heimathkantons massgebend.

In Schuldbetreibungssachen wird der Konsular-Gerichtshof stets auf die Mittel bedacht sein, welche dem Gläubiger am schnellsten zur Bezahlung verhelfen können. Zur *Failliterklärung* ist nur mit vieler Vorsicht zu schreiten. Immerhin ist dieses Mittel in Anwendung zu bringen, wenn der verfolgte Schuldner entfernte Gläubiger hat oder wenn derselbe durch betrügerische Handlungen einen Gläubiger zum Schaden der andern begünstigt, wie z. B. durch Zahlungen in Waaren oder vor Verfallzeit, oder durch Pfandbestellungen für Forderungen, die anfänglich ohne solche Garantien begründet worden sind.

Welche Kompetenz hat nun der Konsularbeamte in *Strafsachen* und welches Gesez soll er anwenden? Diese Fragen hat unser Generalkonsulat in Japan wiederholt an uns gestellt. Die Konsularkompetenz in Strafsachen ist durch keinerlei vertragliche, gesetzliche oder Reglements-Bestimmung beschränkt. Der Art. 6 des Vertrags beschränkt sich darauf, zu bestimmen: «Die Schweizerbürger, welche eine verbrecherische Handlung gegen japanesische Unterthanen oder Angehörige anderer Nationen begehen sollten, werden vor die schweizerischen Konsularbeamten gestellt und nach ihren Gesezen bestraft».

Wir finden es auch unseerseits geboten, Ihrer diesfälligen Jurisdiktion eine feste Grundlage zu geben.

Auf den ersten Blick erscheint das Strafgesez des Heimathkantons des Angeklagten als die rationellste Grundlage für diesen Theil der Konsularjurisdiktion. Eine nähere Prüfung dieser Frage hat uns jedoch dahin geführt, derselben eine andere Lösung zu geben. Das Strafgesez ist nämlich wesentlich ein Territorialgesez, d. h. ein Gesez, das auf sämtliche, innerhalb eines gegebenen Territoriums vorgefallenen Vergehen angewendet werden soll, und es nimmt im Allgemeinen, entgegen den Civilgesezen über Personalstatus, keine Rücksicht auf die Heimathhörigkeit der Angeklagten. So trifft es sich z. B., dass im Kanton Waadt ein und das nämliche Vergehen, von Bürgern dreier verschiedener Kantone unabhängig von einander begangen, allen gegenüber mit der gleichen Strafe geahndet wird, während das gleiche Vergehen, von drei Waadtländern unabhängig von einander in drei verschiedenen Kantonen begangen, sehr verschiedenen Strafen unterliegt. Es kann selbst der Fall vorkommen, dass im einen Kanton eine Handlung als Vergehen gilt und bestraft wird, während sie in einem benachbarten Kanton nur zu einer Civilklage Anlass gibt.

Diese Verschiedenheiten in der Gesezgebung erklären sich durch die Verschiedenheiten, welche in der Geschichte, in den Überlieferungen und Sitten unserer Kantone zu Tage treten. Es liegt in der Natur der Sache, dass das Strafrecht und die daherige Doctrin in Genf eine andere Entwicklung nehmen mussten, als z. B. im Kanton Uri.

Diese Verschiedenheit in der Strafgesezgebung müsste zur Folge haben, dass, wenn unsere Konsular-Gerichtshöfe in Japan das Gesez des Heimathkantons des Angeklagten anwenden würden, die gleiche Handlung ganz verschiedenen Strafen unterliegen könnte, je nachdem sie von einem Bürger dieses oder jenes Kantons begangen worden wäre. Noch mehr: es könnten zwei Individuen ein gemeinsames Verbrechen einverständlich begangen haben und gleich strafbar befunden worden sein, und doch müssten dieselben verschieden bestraft werden, weil der eine z. B. ein Berner, der andere ein Genfer wäre.

Wenn es sich noch begreifen und mit Gründen belegen lässt, dass das nämliche Vergehen in zwei verschiedenen Kantonen mit verschiedenen Strafen belegt wird, so leuchtet es dagegen weniger ein, dass die gleiche Handlung an einem und demselben Orte verschiedenen Strafen sollte unterliegen können.

Die Schweizer sind in Japan wie die andern Fremden der Exterritorialität theilhaftig und entgegen daher in Strafsachen der japanesischen Justiz und den dortigen Gesezen. Es ist offenbar etwas Abnormes, dass das gleiche Vergehen, begangen in Yokohama durch einen Engländer, einen Franzosen und einen Deutschen, drei verschiedenen Strafen unterliegen kann. Diese Anomalie ist mit ernstlichen Übelständen verbunden; diese verschwinden aber noch im Vergleiche zu der Gefahr, die sich darbieten würde, wenn man die Fremden der genannten Justiz und Gesezgebung unterwerfen würde. Wir halten es indessen nicht für nöthig, die Buntschekigkeit der in Japan für die Fremden geltenden Strafgesezgebungen noch durch Anwendung unserer 25 kantonalen Gesezgebungen zu vermehren. Die Gerechtigkeit erfordert, dass das gleiche Vergehen so weit möglich in der gleichen Weise bestraft werde, wenn es am gleichen Orte und unter den nämlichen Umständen begangen worden ist.

In Strafsachen solle unseres Erachtens der Schweizerbürger in Japan nur als Schweizerbürger und nicht als Bürger dieses oder jenes Kantons angesehen werden, und wäre es in jeder Hinsicht angemessen, in Japan für unsere Staatsangehörigen nur *ein* Strafgesez zu haben.

Welches Gesez soll aber angenommen werden, wenn man auf das Gesez des Heimathkantons verzichtet? Das eidgenössische Strafgesezbuch vom Jahr 1853 behandelt gemeinrechtliche Vergehen nicht, und das eidg. Militärstrafgesezbuch ist natürlich von speziell militärischem Gesichtspunkte aus abgefasst.

Wir haben uns unter den zahlreichen Handbüchern über Strafrecht nach einem solchen umgesehen, welches, in einfacher und gedrängter Form, Ihnen als Leitfaden für die, übrigens sehr seltenen Fälle dienen könnte, wo der Konsular-Gerichtshof Delinquenten zu bestrafen hat; und es ist dann unsere Wahl auf das Werk von *Berner* gefallen: «Lehrbuch des deutschen Strafrechtes», wovon wir Gegenwärtigem ein Exemplar beilegen. Dieses Werk, welches bei den Juristen und Anwälten einen verdienten Ruf geniesst, wird Ihnen alle Andeutungen, deren Sie bedürfen, an die Hand geben. Übrigens werden Sie natürlich, was die dort angegebenen, dem deutschen Rechte entnommenen Strafen betrifft, stets *unter* das Minimum derselben herabgehen können, in keinem Falle aber die Todesstrafe aussprechen.

Wenn es sich um Fälle handelt, die in lokalen Vorschriften oder Gebräuchen vorgesehen sind, so sind diese massgebend.

Wir hoffen übrigens, dass die Ausübung der Strafjurisdiktion durch unsere Konsular-Gerichtshöfe auch ferner eine so seltene wird sein können, wie bisher.

Die von den Konsular-Gerichtshöfen gemäss § 5 der Instruktionen vom 14. Februar 1866 ausgefallten Urtheile sind sofort vollziehbar, selbst wenn dagegen an den Bundesrath rekurrirt wird. Übrigens werden Sie immer, in jedem Stadium einer Angelegenheit, bei jedem Spezialfalle, Instruktionen bei uns einholen können. In Strafsachen würde es sich in einem solchen Falle empfehlen, den Angeklagten vorläufig, gegen eine genügende Kautions, in Freiheit zu lassen.

Wir ermächtigen Sie übrigens überhaupt, in allen dringenden, durch das Konsular-Reglement nicht vorgesehenen Fällen diejenigen Vorschriften von Ihnen aus zu erlassen und provisorisch in Anwendung zu bringen, welche Sie im Interesse unserer Staatsangehörigen, die sich in Ihrem Jurisdiktionskreise befinden, für nöthig erachten mögen, unter der Bedingung jedesmaliger sofortiger Kenntnissgabe hievon an uns durch einlässlichen Bericht.

Wir werden immer sehr gerne Ihnen die Aufschlüsse ertheilen, die Sie von uns einzuholen in den Fall kommen könnten; allein bei Ihrer grossen Entfernung vom Vaterland werden Sie oft genöthigt sein, von sich aus vorzugehen, ohne unsere Instruktionen abzuwarten. Sie haben dies bis anhin mit Eifer, Umsicht und Hingebung gethan. Wir sind sicher, dass Sie die patriotische und schwierige Aufgabe, die Ihnen obliegt, auch ferner in der gleichen Weise erfüllen werden.

220

E 1001 (E) q 1/136

Die Bundeskanzlei
an den Präsidenten des Schweizerischen Handels- und Industrievereins,
C. Cramer-Frey

Kopie
S 4605

Bern, 12. September 1882

Der schweiz. Bundesrat hat nicht ermangelt, sich mit dem Inhalt Ihres Geschätzten vom 4. dies.¹, betr. Schädigung schweiz. Angehöriger in Alexandrien, zu beschäftigen, und wir beehren uns, Ihnen im Auftrage desselben nachfolgende Aufschlüsse zu erteilen.

Es mag zugegeben werden, dass es wünschenswert wäre, wenn die Geltendmachung aller daherigen Reklamationen in Eine Hand gelegt werden könnte: dem stehen aber die Verhältnisse entgegen, wie sie sich tatsächlich im Oriente gemacht haben.

1. E 2/197.

Hiernach haben sich unsere Landesangehörigen, in Ermangelung eines Schweiz. Repräsentanten, seit Jahren nach freier Wahl unter den Schuz einer fremden Grossmacht begeben; in Alexandrien speziell scheint sich der grösste Teil derselben unter französischen Schuz gestellt zu haben.

Es liegt nun in der Natur der Sache, dass jeder Geschädigte sich behufs Geltendmachung seiner Interessen der Vermittlung derjenigen Macht zu bedienen haben wird, unter deren Schuz er sich s. Z. aus freien Stücken begeben hat.

Dass auch diejenigen Schweizer, welche unter französischem Schuze standen, sich dort des bestem Willens zu versehen haben werden, scheint uns aus dem Berichte des Präsidenten des Schweiz-Hülfsvereins klar hervorzugehen. Alle Zuschriften desselben an den Bundesrat sind des Lobes voll über die uneigenzügige und werktätige Hülfe, welche der franz. Generalkonsul in Alexandrien seinen Schuzbefohlenen Schweiz. Nationalität habe angedeihen lassen.

Es ist nicht zu bezweifeln, dass auch deren Schadenersatzbegehren einer ebenso freundlichen Verwendung begegnen werden.

Was nun die Art und Weise des Vorgehens in diesen Entschädigungsfragen betrifft, so dürfte die Note der Schweiz. Gesandtschaft in Berlin, die wir in Abschrift beilegen², hierüber das wünschenswerthe Licht verbreiten.

Der Bundesrat hat sich jedenfalls darauf zu beschränken, die Reklamationen der geschädigten Schweizer der betreffenden Schuzmacht zuzuleiten, in der Meinung dass dieselben in der gleichen Weise, wie diejenigen der Angehörigen jener Schuzmacht & der Schuzbefohlenen anderer Nationalität zu behandeln & zu erledigen seien, wie er dies bereits auch mit den bei ihm direkt anhängig gemachten Reklamationen der Schweizer Zuppinger, Surbeck & Hübner gemacht hat.³ Ein unzeitiges Drängen möchte eher schädlich als nützlich sein.

Gerne will sich dabei der Bundesrat der vom Vorort d. Schweiz. Handels- und Industrievereins in so entgegenkommender Weise offrirten Mithülfe bedienen und lässt denselben daher freundlichst ersuchen, in angedeuteter Weise vorgehen, sich gewissermassen als Centralstelle für die Reclamanten organisiren und dem Bundesrate die einzelnen Reklamationen mit den gehörig beglaubigten Belegstücken versehen, zur Weiterbeförderung an die betreffenden Schuzmächte übermitteln zu wollen.⁴

2. Vgl. das Schreiben von Claparède an den Bundesrat vom 6. 9. 1882 (E 2/197).

3. Vgl. E 2/197.

4. Nach dem Protokoll des Bundesrates vom 1. 8. 1884 [...] wurden durch Vermittlung Frankreichs 84 Begehren von Schweizerbürgern mit einer Gesamtforderung von Fr. 1,630,261 und durch Vermittlung von Deutschland 15 Begehren von Schweizerbürgern mit einer Gesamtforderung von Fr. 195,995.27 geltend gemacht.

Von diesen 99 Forderungen wurden 82 mit einer Gesamtentschädigung von Fr. 1,062,132 zugelassen und 17 abgewiesen. [...] (E 1004 1/138, Nr. 3699), vollständig abgedruckt in: BBl 1884, 3, S. 531 f). Vgl. auch die GBer. 1882 (BBl 1883, 2, S. 6 f), 1883 (BBl 1884, 2, S. 581 f.) und 1884 (BBl 1885, 2, S. 645 f.).

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 22. September 1882¹

4767. Stresa-affaire

Politisches Departement. Antrag vom 16. September 1882²

Das politische Departement hat seinen Bericht betreffend die Reklamation³ der italienischen Regierung wegen der *Vorfälle in Stresa* einer- und anderseits betreffend das Gesuch⁴ des tessinischen Statsrates, bei der ersteren Genugtuung wegen der gleichen Angelegenheit zu verlangen, sammt den herwärtigen und den vom italienischen Gesanten konfidentiell übergebenen italienischen Akten⁵ bei den Mitgliedern des Bundesrates in Zirkulation gesetzt.

Nach den vorgelegten Akten feierte der schweizerische Piusverein am 21., 22., 23. und 24. August d. J. in Locarno sein 25. Jahresfest. Laut Programm war für den 24. August ein Besuch der borromäischen Inseln in Aussicht genommen. Da das an den Besitzer der Inseln, Graf Borromeo, gerichtete Gesuch um Erlaubnis hiezu unbeantwortet blieb, wurde mit dem Dampfboot «Verballo» eine Fahrt auf dem See ausgeführt, ohne die Inseln zu berühren.

An dieser Fahrt beteiligten sich zirka 500 Mitglieder des Piusvereins mit einer Anzahl von Frauen und Kindern. Das Schiff wurde von den meisten italienischen Orten, die es passirte, freundlich begrüsst, nur in Intra soll dasselbe mit Pfeifen empfangen worden sein. Als es dann nach Stresa kam, woselbst man beschlossen hatte, eine Stunde zu verweilen, und als die Mitglieder des Vereins ans Land stiegen, wurden sie mit unzweideutigen Zeichen des Missfallens aufgenommen. Der Sindaco, an welchen sich die Herren Ständerat Respini und der Präsident des Vereins, Graf Scherer, werten, um Aufschluss über das unfreundliche Benehmen der Bevölkerung zu erhalten, bedeutete ihnen, dass es namentlich das Tragen der päpstlichen Farben (: die Vereinsmitglieder trugen weissgelbe Kokarden oder Bänder mit diesen Farben:) sei, welches die Bevölkerung aufrege und dass vor allen Dingen diese Insignien abgelegt werden sollen oder sie den Ort zu verlassen hätten. Die Vereinsmitglieder wollten der Zumutung, ihre Vereinszeichen abzulegen, — welche sie als eine unberechtigte erklärten — nicht Folge leisten, fügten sich jedoch der Weisung, den Ort zu verlassen und begaben sich wieder auf das Schiff, mit welchem sie nach Locarno zurückfuhren. Tätlichkeiten sind nicht vorgekommen, ausser dass — wie Herr Respini berichtet — versucht wurde, einem Mitglied sein Band zu nehmen und dass zwei am

1. *Abwesend: Welti.*

2. *Es handelt sich wahrscheinlich um den Antrag vom 18. 9. 1882 (E 2/49).*

3. *Vgl. die Bundesratsprotokolle vom 29. 8. und 5. 9. 1882 (E 1004 1/130, Nrn. 4356 und 4486).*

4. *Vgl. die Schreiben des Tessiner Staatsrates vom 2., 12., 22. und 28. 9. 1882 (E 2/49).*

5. *Vgl. die Berichte des Bürgermeisters von Stresa vom 28. 8. 1882 und des Unterpräfekten von Pallanza vom 11. 9. 1882 (beide Berichte in: E 2/49).*

Land zurückgebliebenen Damen, welche ihre Taschentücher (: pozzuole :) schwenkten, dieselben aus der Hand gerissen wurden.

Da die mündlichen Anbringen des italienischen Gesanten über die Vorfälle in Stresa von der Darstellung des von der tessinischen Regierung übermittelten Berichtes⁶ des Herrn Fürsprechers und Ständerates Respini in Locarno in wesentlichen Punkten abweichen und von Italien namentlich vorgebracht wurde, die Exkursion nach Stresa sei eine absichtliche Demonstration zu Gunsten der weltlichen Herrschaft des Papstes gewesen, wurde vom Statsrat des Kantons Tessin unterm 5. d. M. (: Prot. N^o. 4486 :) nach verschiedenen Richtungen Auskunft verlangt. Die diesbezügliche Antwort der tessinischen Regierung vom 12. September geht nun im Wesentlichen dahin:⁷

1. Die Mitglieder des Piusvereins haben die gleichen Abzeichen getragen, wie dies bei eidgenössischen und kantonalen Festen stets der Fall sei, nämlich: die Mitglieder des Komité eine gelbe und weisse Kokarde, mit dem eidgenössischen Kreuz in der Mitte, die andern Mitglieder ein gelb und weisses Band. Damit sei aber die weltliche Gewalt des Papstes in keiner Weise angedeutet. Es habe, im Gegenteil, bei allen Reden, die gehalten wurden, auch nicht die leiseste Anspielung hierauf stattgefunden. Auch sei, weder in Stresa, noch anderswo, jemals der Ruf: «es lebe der Papstkönig» (: papa rè :) erhoben worden. Das Tragen der päpstlichen Farben — gelb und weiss — werde übrigens in Italien sonst nicht als Provokation angesehen. In Rom, in Mailand und an vielen andern Orten durchziehen Vereine, mit denselben geschmückt, die Strassen und werden überdies auch Fahnen mit gelben und weissen Farben getragen. Noch in den letzten Tagen seien in Como derartige Fahnen sogar von der Polizei geschützt worden. Es sei daher unbegreiflich, wie man nun in Stresa im Tragen dieser Abzeichen eine Provokation habe erblicken wollen.

2. Die Anschuldigung, dass eine italienische Fahne von einem Balkon weggenommen worden sei, erweise sich als durchaus unrichtig. Es sei überhaupt auf keinem Balkon eine italienische Fahne sichtbar gewesen, und unter allen Umständen könne des Bestimmtesten versichert werden, dass niemand sich an einer solchen vergriffen habe. Der Ruf: «es lebe der Papstkönig» sei von Niemandem erhoben worden; wohl aber habe man von vielen Seiten den Ruf gehört: «Nieder mit den Schweizern» (: abasso gli Svizzeri :) . Es sei somit nicht an den Einwohnern von Stresa, Klage zu führen, sondern vielmehr seien die Mitglieder des schweizerischen Piusvereins hiezu berechtigt.

3. An der Fahrt nach Stresa haben allerdings 4 Gensdarmen teil genommen, von denen 2 die Erlaubnis vom Kommissär in Locarno erhalten hatten, und zwei andere, unter denen der Kommandant, von sich aus und ohne Erlaubnis auf das Schiff gegangen waren. Die Gensdarmen trugen den Säbel an ihrer Seite, Sie begaben sich, als sie in Stresa anlangten, sofort in ein Café-Haus, in welchem sie verweilten, bis sie, zur Abfahrt, in das Schiff gerufen wurden. Es sei der Regierung nicht bekannt gewesen, dass die Gensdarmen bewaffnet erschienen und dem Kommandanten, welcher ebenfalls auf das Schiff gegangen, sei hiefür ein ernstlicher Verweis erteilt worden.

Was übrigens das Tragen von Waffen anbelange, so sei es auffallend, dass man in Italien hierüber so viel Wesens mache, da italienische Carabinieri stets in Brissago

6. Bericht vom 29. 8. 1882 (E 2/49).

7. Beide Schreiben in: E 2/49.

und Ascona mit Säbel und Revolver bewaffnet, erscheinen. Auch kommen oft Offiziere der italienischen Armee mit dem Degen an der Seite nach dem Tessin, ohne dass jemals einer derselben deshalb molestirt worden wäre. Die Gensdarmen seien eigentlich weniger wegen des Tragens der Waffen zu tadeln, als dafür, dass wenigstens ein Teil von ihnen ohne reglementarische Erlaubnis an der Fahrt teilgenommen habe.

Auf den Antrag des politischen Departements wird nun *beschlossen*:

1. Es sei an den Statsrat des Kantons Tessin folgendes Schreiben zu erlassen:

«Mit Schreiben vom 12. d. erteilen Sie uns die gewünschte weitere Auskunft über die Vorgänge in Stresa, bei Anlass der am 24. August stattgehabten Fahrt des schweizerischen Piusvereins.

Wir entnehmen ihrem Berichte, dass die von der italienischen Presse erhobenen Klagen sich grossenteils als ungenau oder übertrieben erweisen, und wollen daher dieser ganzen Angelegenheit keine weitere Folge geben, indem wir mit Ihnen voraussetzen, dass sich die italienischerseits behauptete Wegnahme einer Fahne durch schweizerische Teilnehmer an der Festfahrt als unrichtig herausstelle.

Der Umstand jedoch, dass Gensdarmen mit dem Säbel bewaffnet den italienischen Boden betreten, (: wenn auch diese Tatsache dadurch, dass sie sich im Urlaub befanden und nicht in dienstlicher Stellung handelten, an Bedeutung verliert :), veranlasst uns, Sie einzuladen, dieselben in angemessener Weise zu bestrafen.

Im Übrigen betrachten wir die Sache als erledigt und benutzen den Anlass etc.»

2. Es sei dem italienischen Gesanten, Herr Graf Fé d'Ostiani durch das Präsidium folgende mündliche Antwort (: Wenn es gewünscht wird, in Form einer Verbalnote⁸;) zu erteilen:

Der Bundesrat habe nicht ermangelt, über die Vorgänge in Stresa eingehende Untersuchung zu pflegen und auch die Regierung des Kantons Tessin zur Vernehmung einzuladen. Es ergebe sich nun zu seiner Befriedigung, dass in keiner Weise konstatiert sei, dass irgend welche provokatorische Absicht bei dem Besuch des Piusvereins in Stresa gewaltet habe. Die Mitglieder desselben haben die gleichen Insignien getragen, wie dies bei ihren eidgenössischen und kantonalen Festen und Vereinigungen Übung sei. Die von einzelnen Zeitungen behaupteten Demonstrationen, namentlich der Ruf «es lebe der Papstkönig», haben nach übereinstimmenden Zeugnissen von Anwesenden nicht stattgefunden. Auch sei keine italienische Fahne von einem Balkon weggenommen worden, ja, es sei in ganz Stresa auf keinem Balkon eine solche Fahne sichtbar gewesen.

«Sollte sich diese formelle Erklärung, die uns abgegeben worden ist, nicht als richtig erweisen und die Angaben der 3 Zeugen von Stresa als tatsächlich wahr sich herausstellen, so würden wir dies in hohem Grade bedauern und tadeln. Immerhin aber können wir keine Verantwortlichkeit für Handlungen, die von uns unbekanntem Privatpersonen verübt worden, übernehmen. Wir wollen es dahin gestellt sein lassen, inwieweit die von Mitgliedern des Piusvereins vorgebrachten Klagen, so namentlich: dass von vielen Seiten gerufen worden sei «abasso gli Svizzeri», dass man einem Mitgliede seine Abzeichen zu entreissen versucht habe, dass Frauen ihre Taschentücher entrissen worden seien, sich als richtig oder unrichtig erweisen. — Der Vorfall

8. Die Kopie der Verbalnote trägt den Vermerk: Remise par le Président de la Confédération au Ministre d'Italie le 22 Septembre 1882 (E 2/49).

erscheint um so mehr von ganz untergeordneter Bedeutung zu sein, als es sich lediglich um den Besuch einer Gesellschaft von Privatpersonen handelte, bei denen kein einziges Mitglied einer kantonalen Regierung anwesend war. Ebenso wie in der Schweiz das öftere Erscheinen italienischer Gesellschaften mit Abzeichen und Kokarden, mit uniformirten Musiken und Fahnen, keinem öffentlichen Tadel begegnet, erwarten wir, dass ein Gleiches von Seite Italiens auch uns gegenüber geübt werde. — Die freundnachbarlichen Beziehungen beider Staten sind glücklicherweise derart, dass man sich füglich über solche Vorgänge hinwegsetzen kann, zumal deren Bedeutung noch geringer ist, da sie, wir wiederholen es, durch Privatpersonen veranlasst wurden, mit denen die beiden Regierungen keinerlei Solidarität haben. — Als tadelnswert müssen wir jedoch die Teilnahme der Gensdarmen bezeichnen. Wenn zwar auch zum öfteren italienische Offiziere und Carabinieri den schweizerischen Boden bewaffnet betreten, ohne dabei molestirt zu werden, so erachten wir dies doch *beiderseits* für unstatthaft und haben daher, soweit die Sache uns anbelangt, die tessinische Regierung eingeladen, den Gensdarmen für ihr bei diesem Anlass unbefugtes Betreten des italienischen Bodens in angemessener Weise zu bestrafen.

Hiemit glauben wir, dass gegenseitig die ganze Angelegenheit als definitiv erledigt zu betrachten sei.⁹»

9. *Der italienische Aussenminister Mancini erklärte seiner Gesandtschaft in Bern mit Telegramm vom 27. 9. 1882: Le projet de Note du Conseil Fédéral que vous m'avez transmis par votre Rapport du 22 courant, me paraît absolument inacceptable. Le refus ouvert d'une satisfaction qu'on ne saurait refuser jamais entre Gouvernements amis serait contraire au bons procédés et produirait en Italie la plus fâcheuse impression. Le principe de la non responsabilité de la part de l'Etat suivant nous, doit répondre des faits délictueux de ses sujets qu'il n'a pu empêcher ou réprimer. [...] (E 2/49). Der Bundesrat hielt in seiner Sitzung vom 27. 9. 1882 an seiner früheren Haltung fest (E 1004 1/130, Nr. 4853).*

222

E 20/87

*Der schweizerische Gesandte in Wien, J. J. von Tschudi,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
S. Bavier*

B

Wien, 22. September 1882

Auf meiner Rückreise von Wiesbaden nach Wien habe ich mich nach Innsbruck begeben um bei der Statthalterei von Tirol die Angelegenheit der Rheinkorrektion auf das angelegentlichste zu betreiben. Da der Statthalter Baron Wiedemann *[sic]* zum Kurgebrauche in Ems abwesend war, so verhandelte ich mit dem prov. Statthaltereileiter, der zugleich auch Referent über die Rheinkorrektion ist. Im Grossen und Ganzen stimmt die Statthalterei bezüglich der Korrektionsarbeiten mit uns überein und auch das Ministerium des Innern ist principiell damit einverstanden. Nur der Vorarlberger Landesausschuss opponirt noch mit seiner altgewohnten Hartnäckigkeit. Ich vertrat daher bei der Statthalterei die Ansicht, die Regierung solle über den Lan-

desausschuss hinweg zum Abschlusse des Staatsvertrages schreiten. Da das Land Vorarlberg an den Korrekionsarbeiten nichts zahlen werde, sondern das Reich dieselben zahlen müsse, so könne man auch dem Vorarlberger Landesausschuss unmöglich eine decidirende, sondern nur eine konsultative Stimme einräumen. Man habe nun seit mehr als einem Decenium mit der grössten Geduld alle Einwürfe des Landtages angehört und sie wohl erwogen, dabei aber auch, wenn man auf die letzten Ursachen der Opposition zurückgehe, die Überzeugung gewinnen müssen, dass ganz andere Motive, als die wirklichen Interessen des Landes, die Opposition geleitet haben, dass gerade die am meisten gefährdeten Gemeinden die Korrektion sehnlich wünschen und über das Hinausschleppen der Angelegenheit in der Landtagsstube sehr unzufrieden seien. Die Regierung wolle sich ermannen um diesem unnatürlichen Zustande ein Ende zu machen. Ich ergriff nochmals die Gelegenheit um dem Statthaltereileiter die stets wachsende Gefahr klar zu machen und ihm ganz entschieden zu erklären, dass die Schweiz nicht mehr länger gewillt sei zuzuwarten, sondern energisch an die Wahrung ihrer Ufer gehen werde, möge daraus für die österr. Ufer entstehen was da wolle; sie wälze die Verantwortlichkeit von sich ab; sie habe lange genug gewartet und Österreich die Hand gebothen, jetzt trete aber gebieterisch die Pflicht an sie heran für die Sicherheit ihrer Ufergemeinden zu sorgen.¹

Der Statthaltereileiter versichert mich, dass er meine Ansichten vollkommen theile, dass er sich der Gefahr, die den Vorarlberg'schen Ufergemeinden drohe, bewusst sei und Alles aufbiethen werde seinerseits die Angelegenheit in kürzester Frist einem Abschlusse entgegen zu führen. Er erwarte täglich das Gutachten der internen kulturtechnischen Commission unter Professor Perels um dann seinen Bericht und Vorschläge an das k.k. Ministerium des Innern zu leiten. Er bat mich um Erlaubniss sich darin auf meinen Besuch in Innsbruck und auf unsere Unterredung zu berufen, was ich ihm gerne gestatete und beifügte dass ich in dem nämlichen Sinne mich direkte in Wien bei der Regierung verwenden werde.²

ANNEX

*Der Vorsteher des Baudepartements des Kantons St. Gallen, L. A. Zollikofer,
an den k.u.k. Statthalter für Tirol und Vorarlberg, B. von Widmann*

S

St. Gallen, 9. März 1882

Am 1. Dezember v. J. haben Eure Excellenz auf ergebendst gestelltes Ansuchen mir die Ehre einer Audienz gestattet zu dem Zwecke, über verschiedene nach meinem Dafürhalten bei den benachbarten rechtsrheinischen Behörden nicht hinlänglich bekannte neuere und hochwichtige Verhältnisse des Rheines mündlich vorstellungsweise Aufschlüsse zu geben. Am Schlusse der erwähnten Audienz haben der Herr Statthalter den Wunsch geäussert, dass ich die damaligen Mittheilungen auch noch schriftlich übermitteln möchte.

1. Vgl. dazu das Schreiben von Zollikofer an Widmann (als Annex abgedruckt).

2. Das Schreiben wurde am 24. 9. 1882 an das Departement des Innern, Abteilung Bauwesen, weitergeleitet, worauf dieses den Antrag stellte:

1. Abschriftliche Mittheilung an die Regierung des Kantons St. Gallen;
2. Protokollauszug an's Departement.

Indem ich mir die Ehre geben, dem so eben berührten Wunsche nachzukommen, erübrigt mir zunächst vorzuschicken, dass die ziemlich lange Verzögerung der Zustellung gegenwärtiger Äusserung ihren Grund in dem Umstande hat, dass ich behufs vollster Erhärtung eines in Innsbruck am 1. Dezember erwähnten Umstandes noch die gänzliche Ausarbeitung der bezüglichen, unten näher berührten Projektvorlagen unseres Rheintechnikers abwarten wollte, um in meiner heutigen schriftlichen Wiedergabe mit erhöhter Sicherheit auf entscheidende Verhältnisse hinweisen zu können.

Zur Sache übergehend erlaube ich mir vorerst daran zu erinnern, dass im Jahre 1865 von den österreichischen Experten über die Rheinkorrektion, nämlich dem k. k. Oberingenieur Jos. Neusburger und dem Ingenieur im k. k. Staatsministerium Anton Beyer in ernstlicher Weise darauf aufmerksam gemacht worden ist, dass die damaligen Einwendungen gegen die Rheinkorrektion das ganze Korrektionsprojekt zum Sturze bringen können, und dass dieser Fall in's Auge gefasst und nicht mit Stillschweigen übergangen werden dürfe. In Folge dessen gelangten die genannten Experten — wie erwähnt schon im Jahre 1865 — zu dem bedenklichen Schlusse, «dass das Scheitern des Korrektionsprojektes die bedrohten Rheingemeinden zwingen werde, sich auf die Abwehr der Flussangriffe zu beschränken, und dass insbesondere die Lage der schweizerischen Rheingemeinden derart sei, dass die schweizerischen Behörden dem Drängen derselben nach Schutz und augenblicklicher Hülfe — auf was immer für eine Art — kaum werden zu widerstehen vermögen.»

Die Herren Experten schildern hienach am Schlusse des bezüglichen Protokolls von Bregenz vom 5. August 1865³ die Folgen der einseitigen Schutzmassnahmen, und betonen, dass dieselben früher oder später *doch* zu hereinbrechenden Gefahren führen würden, dass die Nothwendigkeit einer radikalen Flusskorrektion nicht aufgehoben, sondern nur auf eine spätere sehr wahrscheinlich ungünstigere Zeit verschoben werde und nach unnützer Verwendung riesiger Summen die Korrektion doch ausgeführt werden müsse. Indem diese fatalen Folgen des Fallenlassens der Rheinkorrektion berührt worden, lehnen schliesslich die mehrerwähnten österreichischen Experten den Vorwurf ab, dass sie auf diese Folgen und die daherige Verantwortung nicht ausdrücklich aufmerksam gemacht haben.

Nach dieser Aushebung aus einem vor 16 Jahren verfassten Gutachten betone ich, dass in Folge der seither von Lustenau aufwärts auf beiden Rheinufern betriebenen Schutzbauten die Lage der beidseitigen Rheingemeinden unter Lustenau-Monstein sich, wie vorausgesetzt, in der That wesentlich verschlimmert hat. Gründliche Untersuchungen, welche hierorts über die Verhältnisse angestellt worden sind, haben den Nachweis geleistet, dass die Hochwasser von der gleichen Höhe wie diejenigen von 1868 und 1871 auf der Strecke Lustenau-Montlingen bis Bodensee — links oder rechts oder beidseitig — förmliche Katastrophen herbeiführen würden. Diese bedenkliche Thatsache und der Umstand, dass die Verhandlungen über eine im Interesse beider Ufer liegende Rheinkorrektion nun schon Jahrzehnde lang resultatlos geblieben sind und voraussichtlich bei der waltenden Opposition gegen die Abkürzung und Tieferlegung des Rheinbettes in Vorarlberg noch weitere Jahre leider erfolglos bleiben werden, haben die hierseitigen Behörden gezwungen, die Frage studiren zu lassen, welche Massnahmen zum Schutze des schweizerischen Ufers von dem direkten und indirekten Einflusse der Rheinhochwasser möglich seien und ergriffen werden müssen, wenn die Rheinkorrektion auch künftig keine Aussicht auf Ausführung haben sollte.

Die heute abgeschlossenen Untersuchungen haben nunmehr ergeben, dass auf dem linken Ufer die nachtheilige Rückstauung der Rheinhochwasser beseitigt werden kann durch Abwärtsverlegung der Binnengewässermündung im Bruggerhorn nach dem Glaser- eventuell nach dem Nebengraben, und direkte Ausleitung der Binnengewässer unter Rheineck in den Bodensee. Dagegen die direkten Nachtheile der Rheinhochwasser, d. h. die Gefahren eines Rheineinbruches können abgewendet werden durch entsprechende Schutzbauten. Die Sicherung des schweizerischen Gebietes unter Monstein-Lustenau ist also möglich, und nachdem wir überzeugt sein müssen, dass jedes Hochwasser entweder auf dem rechten oder linken Ufer eine Katastrophe herbeiführen wird, so müssen wir auch entschlossen sein, unser Land zu schützen. Die diesfälligen Bauvorlagen sind dieser Tage vollendet und die Unterhandlungen über successive Ausführung mit den zuständigen Behörden bereits im Gange.

3. E 20/112.

Das schweizerische Ufer ist leider in der zwingenden Lage, mit den fraglichen Bauten nicht abermals Jahrzehnde auf die Lösung der Rheinkorrektionsfrage warten zu dürfen.

Die Kosten dieser Massnahmen sind hoch, aber dieselben sind immerhin viel kleiner als der Schaden einer Katastrophe. Diese Massnahme wird aber doch eine dereinstige Rheinkatastrophe zur Folge haben. Mit den Eingangs citirten österreichischen Experten hege ich die volle Überzeugung, dass eine derartige, mit mathematischer Sicherheit vorauszusehende Katastrophe den Gedanken an die einzig mögliche Abhülfe mittelst Abkürzung des Rheinlaufes und daheriger Tieferlegung der Rheinsohle dann wieder auf *beiden* Ufern in den Vordergrund drängen wird. Ob aber dann eine zweckmässige radikale Abhülfe möglich ist, nachdem das schweizerische Ufer zu kostspieligen Schutzmassnahmen sich gezwungen gesehen hat, ist eine andere Frage. Unter Umständen können dazumal die finanziellen Verhältnisse auf dem linken Ufer so liegen, dass an grosse Unternehmungen überhaupt nicht gedacht werden darf.

Eure Excellenz mögen gefälligst festhalten, dass die bevorstehende Katastrophe und die Zwangslage der unausweichlichen und baldigen Inangriffnahme hierseitiger Schutzbauten eine nach hierseitiger Überzeugung äusserst bedenkliche Situation für die Zukunft schafft, und dass alle hiebei beteiligten Behörden einer wahrhaft schweren Verantwortung entgegengehen.

Meinerseits wollte ich nicht unterlassen, rechtzeitig freundlich und am rechten Orte auf diese Situation hinzudeuten und zu konstatiren, dass hierseitige Behörden entschlossen sind, sich den Folgen dieser Situation und der daherigen Verantwortung zu erwehren. Es scheint mir mit den Pflichten der Nachbarschaft gegen die in gleich schlimmer Lage befindlichen rechtsufrigen Bewohner des Rheinthales nicht vereinbar, wenn ich diesen Schritt unterlassen würde, und ich kann denselben noch viel weniger unterlassen, wenn ich mir sage, dass die Zeit leider kommen wird, in welcher ich selber oder meine Nachfolger die unglückliche Pflicht haben werden, Angesichts zerstörter Fluren und Wohnstätten, Angesichts eines entsetzlichen Unglücks auf diese Vorstellung sich berufen zu müssen.

Wollen Eure Excellenz die Wärme und Eindringlichkeit meiner Vorstellung mit der Wichtigkeit und dem Ernste der Sache entschuldigen.

Ich habe in jüngster Zeit nicht unterlassen, mündlich in Bregenz bei massgebenden dortigen Personen ähnliche Vorstellungen zu machen; dieselben werden vermuthlich fruchtlos gewesen sein. Es walten in Bregenz noch die alten, vielfach vor Jahrzehnden und von österreichischen Technikern widerlegten Vorurtheile gegen die Rheinkorrektion. Man verkennt in Bregenz ganz und gar die schlimmer und immer schlimmer sich gestaltenden Verhältnisse der Rheingemeinden drüben und hüben, und man glaubt in Bregenz, dass meine Erklärungen über bald zu beginnende Schutzbauten auf dem linken Ufer eine leere Drohung oder ein blosser Schreckschuss seien.

Gestatten Eure Excellenz gütigst, dass ich nach Allem, wie ich die Verhältnisse in beiden Rheinuferstaaten kenne, der Überzeugung Raum gebe, dass die Rheinkorrektion längst vollendet wäre, wenn beide Rheinufer entweder nur österreichisches oder nur schweizerisches Gebiet wären. In beiden Staaten würde längst erkannt worden sein, dass allerdings, wie fast bei jeder grösseren Gewässerkorrektur, gewisse wohl begreifliche und theilweise auch gerechtfertigte Widerstände vorhanden seien, dass aber die weitaus grössere Summe von Interessen auf beiden Ufern eine Korrektur gebieterisch verlange, und in beiden Staaten würden in dem vorgenommenen Falle zweifelsohne diese Widerstände überwunden worden sein und zwar um so mehr, weil beide Staaten bewährte und glänzend gelungene Beispiele ähnlicher Operationen in der Wasserbautechnik aufzählen können, so dass an einem Erfolge der Korrektur und der Sicherheit, mit welcher Hülfe geschafft werden kann, nicht gezweifelt werden muss. Beide Staaten würden längst erkannt haben, dass sicherheitspolizeiliche und kulturtechnische Rücksichten in gleich starkem und sich völlig deckenden Maasse die Sicherheit des ebenen, unter der jetzigen Hochwasserfläche liegenden Landes und die Entsumpfung desselben fordern, und dass die Tieferlegung der Rheinsohle durch Kürzung des Rheinlaufes in gleich wirksamer Weise sichern und entsumpfen werde.

Wenn ich mir aber sagen muss, dass alle Verhältnisse in beiden Ländern dazu drängen würden, das einfachste, billigste und wirksamste Mittel der Abhülfe, nämlich die Rheinkorrektion zu ergreifen, so will es mir schwerverständlich scheinen, dass es blos deshalb, weil der Rheinstrom zufällig zwei Staatsgebiete scheidet, bei Unterhandlungen seine Bewandniss haben, und nie zur wirklichen Abhülfe gelangen soll. Ich trage mich indessen wirklich auch mit der Hoffnung, dass die wahr-

haft verzweifelte Lage, in der die *beiden* Rheinufer sich zur Zeit befinden, das Gute haben werde, dass die beiden Staaten sich zur Ausführung Hand bieten werden, und es bei der Inangriffnahme der hier in Aussicht gestellten Abwehr sein Verbleiben haben möge. Die Lage der Dinge ist indes derart, dass allerdings nur die schleunigste Förderung der Rheinkorrektion drohende Gefahren abwenden und die verantwortungsreiche Stellung aller beteiligten Behörden mildern kann. In Zusammenfassung des Gesagten erlaube ich mir Euer Excellenz kurz zu wiederholen:

a. die Lage des untern Rheinthales rechts und links des Rheines hat sich verschlimmert und steht dieses Gebiet bei dem nächsten Rheinhochwasser vor einer Katastrophe.

b. Die Rheinkorrektion könnte einer derartigen Katastrophe wirksam abhelfen. Die Hoffnung auf Verwirklichung derselben ist aber auf dem St. Gallischen Ufer durch die Jahrzehnde dauernde und bis heute resultatlos gebliebene Verhandlung so herabgestimmt, dass auf anderseitige Abhülfe resp. Schutz des Landes Bedacht genommen werden muss.

c. Die schweizerischen Behörden sind entschlossen und müssen entschlossen sein, sich gegen eine Katastrophe möglichst bald zu wehren.

d. Gelangt die in c erwähnte Abwehr der Rheinhochwasser zur vollen Ausführung, so wird eine später doch eintretende Katastrophe die Rheinkorrektion als das allein gründliche Abhülfmittel doch wieder in den Vordergrund drängen, die dannzumalige Ausführung aber unsäglich schwieriger sein als die jetzige Ausführung.

Indem ich schliesslich der Überzeugung Ausdruck geben darf, dass in St. Gallen und Bern, d.h. bei meiner Kantonsregierung sowie in der schweizerischen Bundesbehörde durchaus übereinstimmende Ansichten, wie die hier entwickelten, walten, erübrigt mir noch das Gesuch auszusprechen, Eure Excellenz mögen gütigst die am 1. Dezember v. J. in Innsbruck mir im Interesse beider Rheinufer erlaubten und heute schriftlich wiederholten Vorstellungen allseitiger Würdigung und Prüfung unterziehen.

223

E 2200 Madrid/627

*Der Vorsteher des Handels- und Landwirtschaftsdepartements, N. Droz,
an den schweizerischen Generalkonsul in Madrid, Ch. Lardet*

S

Berne, 22 octobre 1882

En réponse à votre télégramme¹, nous vous établissons ci-après le tableau des négociations que nous avons poursuivies jusqu'ici avec l'Espagne; ainsi que vous le verrez, ce n'est pas notre faute, si elles n'ont abouti à faire intervenir en temps utile la prolongation de la déclaration en vigueur.

En date du 1^{er} juin déjà, le Conseil fédéral a annoncé au Gouvernement espagnol qu'il était disposé à entrer immédiatement en pourparlers au sujet d'une nouvelle convention.² Or, comme par sa note du 4 septembre³, la Légation d'Espagne à Berne n'était pas encore en mesure de communiquer une réponse définitive de la part de son Gouvernement et que, dès lors, il n'était plus possible de procéder dans le délai voulu

1. Am 20. 10. 1882 hatte Lardet dem Bundesrat gemeldet: Traité avec Espagne ayant caduque 18 sans avoir accepté en principe bases proposées par Espagne, produits suisses payent comme nation non convenue, importation impossible pour beaucoup articles (E 13 (B)/253).

2. Am 1. 6. 1882 hatte Droz den entsprechenden Antrag vorgelegt und am 5. 6. 1882 war dieser vom Bundesrat gutgeheissen worden (E 13 (B)/253).

3. E 13 (B)/253.

à l'élaboration et à la ratification d'une nouvelle convention, le Conseil fédéral proposa de prolonger d'une année, à titre provisoire, la déclaration existante, en se déclarant en même temps prêt à entamer de suite les tractations relatives au nouveau traité et à le mettre, cas échéant, en vigueur avant même l'expiration de la prorogation.

Le Gouvernement espagnol répondit le 17 septembre en transmettant un projet de convention avec tarif conventionnel pour l'importation en Suisse⁴, lequel exigeait entre autres que le droit d'entrée sur les vins fut réduit à 2 pesetas. A ce propos, la Légation exprimait le vœu que la nouvelle convention n'en fût pas moins conclue avant le 18 octobre; or, le Conseil fédéral, en démontrant l'impossibilité matérielle de satisfaire à ce désir, ayant renouvelé sa proposition tendant à une prolongation provisoire, l'Espagne déclara n'accepter cette prolongation que moyennant que ses prétentions soient admises en principe par le Conseil fédéral — condition à laquelle ce dernier ne pouvait consentir, ne fut-ce déjà qu'eu égard à la réduction exigée sur le droit d'entrée sur les vins; par contre, il était disposé à négocier avec l'Espagne sur la *base* des propositions formulées par elle. L'Espagne n'a rien répondu depuis, mais nous apprenons que le tarif général espagnol est déjà appliqué à l'égard de la Suisse, éventualité sur laquelle nous avons appelé il y a quelque temps par la presse l'attention des intéressés.⁵ De son côté, le Conseil fédéral va imposer jusqu'à nouvel ordre de droits plus élevés certains produits de l'Espagne.⁶

Nous vous transmettons ci-joint, à titre confidentiel, copie du tarif conventionnel proposé par le Gouvernement espagnol.

ANNEX

E 13 (B)/253

*Der spanische Gesandte in Bern, M. de Sangro, conde de la Almina,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements, S. Bavier*

N

Berne, 30 octobre 1882

Aussitôt le Gouvernement de S.M. le Roi (mon Auguste Souverain) a pris connaissance des considérations que je me suis empressé de lui transmettre après l'entretien que Votre Excellence a bien voulu m'accorder le 25 courant, son premier soin a été de me communiquer, par télégraphe, que pour obtenir la prorogation dont il s'agit il ne faut pas que le Conseil Fédéral s'engage d'avance à réduire jusqu'à deux francs les droits d'importation des vins de l'Espagne. D'après ses instructions il suffirait de la part du Haut Conseil de prendre en principe l'engagement d'accorder des réductions aux produits espagnols, en général; réductions dont l'importance et la portée seraient déterminées d'après la discussion du nouveau traité de commerce.

Ce n'est que sous cette même condition que le Gouvernement de S.M. Catholique a crû pouvoir accorder la prorogation des traités dénoncés, jusqu'au 15 Décembre⁷, date à laquelle je me permets

4. *Beide Schriftstücke in:* E 13 (B)/253.

5. *Vgl. das Communiqué, welches der Bundesrat am 13. 10. 1882 in der Neuen Zürcher Zeitung, dem St-Galler Tageblatt, der Neuen Glarner-Zeitung, dem Bund, den Basler Nachrichten und dem Journal de Genève erscheinen liess* (E 13 (B)/253).

6. *Vgl. das Bundesratsprotokoll vom 24. 10. 1882, wo der Entscheid auf den 31. 10. 1882 verschoben wurde* (E 1004 1/131, Nr. 5308). *Vgl. auch den Annex sowie Nr. 228, Annex.*

7. *Am 3. 11. 1882 wurde der abgelaufene Vertrag rückwirkend ab dem 18. 10. 1882 bis zum 15. 12. 1882 verlängert* (AS 1882—1883, 6, S. 591 f.).

d'espérer, à mon tour, que les négociations que nous venons d'entamer pourraient avoir aussi atteint le résultat qu'il faut souhaiter.

En attendant la réponse du Haut Conseil Fédéral que je m'empresserai de transmettre à mon Gouvernement, aussi tôt qu'elle me sera parvenue⁸, [...].

8. Der Bundesrat erteilte der spanischen Regierung mit Note vom 31. 10. 1882 die gewünschte Antwort (E 13 (B)/253). Vgl. auch Nr. 228, Annex.

224

E 1004 1/131

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 24. Oktober 1882

5294. Tessiner Bistumsfrage

Politisches Departement, Antrag vom 12. Oktober 1882

In der *Tessiner Bistumsangelegenheit* wird, nachdem das Departement einen historischen Überblick gegeben, den gegenwärtigen Stand der Frage klargelegt und die verschiedenen möglichen Lösungen nämlich:

- a. Provisorische Verwaltung durch einen Vikar;
 - b. Anschluss an ein bestehendes schweizerisches Bistum;
 - c. Gründung eines eigenen tessinischen Bistums;
 - d. Provisorische Administration durch einen schweizerischen Bischof;
- einer eingehenden Prüfung unterzogen hatte, auf dessen Antrag
beschlossen:

1. Dem Statsrate des Kts. Tessin ist in Beantwortung seiner Zuschrift vom 30. August abhin¹ zu bemerken, dass, wie ihm wohl bekannt sei, der Bundesrat von jeher die richtigste Lösung in dem provisorischen oder definitiven Anschlusse des Tessin an eines der bestehenden schweizerischen Bistümer erblickt habe. Auch der gegenwärtige Vorsteher des Departements habe dem Vertreter der Tessiner Regierung in diesem Sinne Propositionen gemacht und sich überdem vielfach auf privatem Wege bemüht, ein solches Resultat herbeizuführen. Wenn dies bisher nicht gelungen sei, so könne daraus für den Bundesrat kein Vorwurf abgeleitet werden, da er jeden Augenblick bereit gewesen und noch sei, auf diesem Wege zu einem Abschluss zu gelangen. Dass von den Behörden des Kantons Tessin diesfalls kein Entgegenkommen bewiesen werde & dass von Rom aus keinerlei Kundgebung erfolgt sei, könne der Sache nicht förderlich sein, indem dadurch eine Erledigung der Angelegenheit in weite Ferne gerückt werde. Zu der vom Statsrate /im Gegensatz zu den früheren Regierungsbehörden, welche während beinahe 30 Jahren den Anschluss an ein schweiz. Bistum verlangten/ gewünschten Errichtung eines eigenen tessinischen Bistums könne der Bundesrat aus verschiedenen Gründen nicht Hand bieten. Dage-

1. E 22/1665. Vgl. auch das BR-Protokoll vom 1. 9. 1882 (E 1004 1/130, Nr. 4407).

gen sei er gerne bereit, den Wünschen des Statsrates im Übrigen soweit als möglich entgegenzukommen. Von einer kompetenten Persönlichkeit sei dem Vorsteher des Departements erklärt worden, die Hauptfrage bestehe in der Lostrennung von Como und Mailand und in einem Episkopat unter einem römisch-katholischen, der italienischen Sprache mächtigen Bischof.² Ob dies durch ein spezifisch tessinisches Bistum oder durch Anschluss an ein anderes schweizerisches erreicht werde, sei von untergeordneter Bedeutung. Es scheine nun dem Bundesrate in der Tat, dass dies für Tessin der richtige Standpunkt sei, und er schlage daher dem Statsrat vor, statt einer definitiven Regelung ein Provisorium einzuführen, welches darin bestünde, dass der Kanton Tessin unter die provisorische Verwaltung des Bischofs von Chur gestellt würde. Der Statsrat werde sich nach der Ansicht des Bundesrates um so eher hiemit befreunden können, als die Frage dadurch zwar für einmal ihre Erledigung fände, für die Zukunft jedoch noch immer eine allfällig andere Regelung möglich bliebe. Der Bischof von Chur, Herr Rampa, sei aus der italienischen Schweiz gebürtig. Seine Eigenschaften lassen ihn als besonders geeignet erscheinen, die Verwaltung des Bistums mit dem richtigen Verständnis zu führen. Der Bundesrat hoffe auch, dass der Berufung desselben zu diesem Amte keine Schwierigkeiten entgegenstehen würden. Der Kostenpunkt sowohl als die Frage der Seminaristen können keine grösseren Schwierigkeiten darbieten, als dies bei einer tessinischen Diözese der Fall wäre. Ein Teil des tessinischen Klerus des ambrosianischen Ritus würde, wie dem Statsrat ohne Zweifel bekannt sei, sich mit einem tessinischen Bistum nicht befreunden und vermutlich ein Provisorium demselben vorziehen. Der Statsrat werde ersucht, diesen Vorschlag um so eher in reifliche Erwägung zu ziehen, als derselbe unter allen Umständen dem gegenwärtigen Stand der Dinge weit vorzuziehen sei, wogegen andererseits ein stationäres Verbleiben des gegenwärtigen Zustandes in jeder Beziehung zu bedauern wäre.

2. Das politische Departement wird beauftragt, die geeigneten Schritte zu tun, damit dieser Beschluss des Bundesrates dem h. Stuhle in konfidentliher und diskreter Weise zur Kenntnis gebracht werde, und für dessen Annahme soviel als möglich zu wirken.

2. Vgl. das Gutachten Studio o Memoria über Ordnung der Kirchlichen Verhältnisse im Kanton Tessin von Aepli, welches er am 21. 9. 1882 Droz zukommen liess (E 22/1665).

*Antrag des Vorstehers des Justiz- und Polizeidepartements,
L. Ruchonnet, an den Bundesrat*

Bern, 6. Dezember 1882

Schon im Laufe des Sommers dieses Jahres ist mitgeteilt worden, dass die bekannte Most'sche Zeitschrift «Freiheit»¹ statt in London jetzt in Bern gedruckt und von hier aus verbreitet werde². Es hat damals nichts ermittelt werden können, was diese Vermuthung bestätigt hätte.

Später, im September, erfolgte die Mittheilung, sie erscheine bei Buchdrucker Bühler in Riesbach bei Zürich und werde von dort aus in 2700 Exemplaren versendet.³ Die Regierung des Kts. Zürich berichtete am 2. October 1882⁴, es habe nicht in Erfahrung gebracht werden können, ob die «Freiheit» bei Bühler gedruckt werde, dagegen scheine ausser Zweifel zu liegen, dass er sie nicht versende.

Aus einem folgenden Berichte der Regierung des Kts. Zürich vom 11. November a.c.⁵ ergibt es sich dagegen, dass nachdem unterm 28. October im Zeitungskiosk Berges beim Hôtel Bellevue eine Anzahl Exemplare der «Freiheit» sequestrirt worden, weil der Name des Druckers nicht angegeben sei, festgestellt werden konnte, dass die vom 5. August bis 30. September 1882 erschienen Nummern dieses Blattes wirklich bei *Wilhelm Bühler in Riesbach* gedruckt worden sind, während *London* als Druckort angegeben war. Als Redaktoren wurden von Bühler bezeichnet: F. Schneider, Maler, aus Vorarlberg, wohnhaft gewesen in Oberstrass, und Stellmacher, Schuhmacher, aus Deutschland(?), wohnhaft gewesen an der Brunngasse in Zürich, beide jetzt unbekannt. Bei der Herausgabe sollen ferner betheiligte sein: Schröder, Möbelpolirer, im Seefeld, und Joseph Kaufmann, Mechaniker, von Bludenz, Häringsgasse 20 in Zürich.

Während, wie bereits erwähnt, in der «Freiheit» bis zum 30. September (Nummer 32) obschon in Riesbach gedruckt, London als Druckort angegeben war, trägt schon die folgende Nummer 33 vom 7. October *Brüssel* als Druckort an der Stirne und seither bis jetzt ist *Exeter* angegeben, mit der Bezeichnung «Druk u. Verlag von Franz Fuhrich». Es scheint das jedoch eine blosser Spielerei zu sein, zumal dieses Unternehmen, so klein es auch sein mag, kaum in 14 Tagen zwei Mal Domizil gewechselt und auf der Reise von Zürich nach Exeter einen Aufenthalt in Brüssel gemacht haben wird, um schnell eine Nummer der «Freiheit» auszugeben.

Es ist daher sehr wahrscheinlich, dass die «Freiheit» jetzt noch in der Schweiz

1. Vgl. zum Thema «Freiheit» auch den diesbezüglichen Auszug aus dem Bericht des Generalanwaltes über die anarchistischen Umtriebe in der Schweiz (BB1 1885, 3, S. 543—594).

2. Vgl. das Schreiben des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Äussern an den Gesandten in Bern, Ottenfels, vom 2. 8. 1882 (E 21/14477).

3. Vgl. das Schreiben des deutschen Gesandten in Bern, von Roeder, an den Bundesrat vom 16. 9. 1882 (E 21/14477).

4. Nicht abgedruckt.

5. Nicht abgedruckt.

gedruckt wird, wofür auch das Papier und die Lettern zu sprechen scheinen. Die Direktion der Justiz- u. Polizei des Kts. Zürich bemerkte in ihren letzten Berichten, dass die «Freiheit» nicht mehr bei Bühler in Riesbach erscheinen soll; der angebliche Druker und Verleger Franz Fuhrich in Exeter sei ohne Zweifel ein Pseudonym. Bei der Ausgabe des Blattes in Zürich sei es noch etwas feucht, wesshalb der Drukort nicht weit entfernt sein könne. — Was die Abonnements betrifft, so konnte früher bei dem deutschen Arbeiterverein in Bern abonniert werden. In der Nummer 34 vom 14. October abhin wurde angezeigt, dass alle Briefe ohne wichtige Mittheilungen von Österreich und Deutschland an *Kennel*, deutscher Arbeiterverein in Bern zu adressiren seien. Reclamationen werden auch von da aus an die Expedition befördert. Seit dem 11. November ds. Js. scheint nun die ganze Administration nach Bern verlegt zu sein. In Nr. 38 vom 11. November ist nämlich angezeigt, dass alle Abonnements bei Kennel in Bern, Aarberggasse Nr. 10, gemacht werden müssen und zwar von Zürich wie von andern Orten. Hievon ist nur Amerika ausgenommen, wo in New York abonniert werden muss wie früher.

Nach diesen thatsächlichen Verhältnissen scheint es ausser Zweifel zu stehen, dass die «Freiheit» seit sie in London unterdrückt ist, in der Schweiz erscheint. Mit Rücksicht auf den Umstand, dass dieses Blatt in seiner revolutionär-anarchischen Richtung den äussersten Standpunkt einnimmt, ist es von Wichtigkeit zu wissen, wo dasselbe gedruckt wird und wer dessen Redaction, Druk und Verbreitung besorgt. In letzterer Richtung enthält allerdings das Blatt selbst einen bestimmten Nachweis, obschon es noch nicht fest steht, dass Kennel in der Aarberggasse zu Bern selbst die Versendung besorgt oder ob er bloss die bei ihm eingekommenen Abonnements an den Ort vermittelt, wo das Blatt erscheint. Immerhin dürften hier wichtige Nachweise dafür zu finden sein, wo die «Freiheit» gedruckt wird.

Wir stellen daher den Antrag:

Es seien der Regierung des Kts. Bern obige Verhältnisse zur Kenntniss zu bringen, unter Anschluss der vorliegenden Nummern der «Freiheit», mit der Einladung, darüber Untersuchung anzuordnen, ob Kennel in der Aarberggasse Nr. 10 wirklich der Verbreiter der «Freiheit» ist und woher ihm die Masse von Paketen zukommen, sowie wer diese Persönlichkeit sei und womit er sich im Übrigen beschäftige und wer allfällig ihm bei der Besorgung der Verwaltung der «Freiheit» behülflich sei, eventuell wohin er die erhaltenen Abonnemente zu versenden habe. Dabei sei zu bemerken, dass die Kreispostdirektion von Bern Auftrag erhalten habe, bei der Ausmittelung ob und welche grössern Pakete Kennel von Aussen erhalte und woher sie kommen, sowie nach welchen Richtungen die kleineren Versendungen abgehen, behüflich zu sein. Die Regierung werde eingeladen, diese Untersuchung angemessen zu befördern und mit den erhobenen Akten die ihr zugestellten Nummern der «Freiheit» wieder zurück zu senden.⁶

6. Der Antrag wurde am 7. 12. 1882 vom Bundesrat genehmigt (E 1004 1/131, Nr. 6110). Die daraufhin erfolgende Untersuchung brachte zu Tage, dass die «Freiheit» nicht in der Schweiz, sondern in New York gedruckt werde, worauf die Untersuchung eingestellt wurde. Vgl. BR-Prot. vom 9. 1. 1883 (E 1004 1/132, Nr. 97).

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 7. Dezember 1882¹

6122. Unterhandlungen mit Spanien betreff. den Handelsvertrag

Handels- und Landwirtschaftsdepartment. Mündlich

Herr Bundesrat *Droz* erstattet *Bericht* über die mit dem spanischen Gesanten, Grafen von Almina gepflogenen *Unterhandlungen betreffend Abschluss eines Handelsvertrages mit Spanien*.

Hienach herrscht bezüglich der Redaktion des Vertrages im Wesentlichen Übereinstimmung, und es walten blos noch Differenzen hinsichtlich des Tarifs für die Einfuhr nach der Schweiz und nach Spanien, insbesondere beruft sich der Vertreter des Königreichs Spanien darauf, dass letzteres Angesichts eines Gesezes vom 6. Juli 1882 auf dem besonderen Tarif, welcher für den Handel mit denjenigen Ländern aufgestellt sei, mit welchen Spanien einen Handelsvertrag abschliesse, keine Reduktionen eintreten lassen dürfe, und dass es sich nur darum handeln könne, über diejenigen Positionen einig zu werden, welche diesem Tarif entnommen und in den Konventionaltarif des betreffenden Landes aufgenommen werden sollen.

Da nun nach konfidentiellen Mitteilungen auch Deutschland auf dieser Grundlage mit Spanien unterhandeln und letzterem selbst ebenfalls Konzessionen auf seinem Tarif machen wird, Deutschland auf dem spanischen Märkte aber der Konkurrent des schweiz. Handels ist, so wird nach dem Antrag des Vorstehers des Handels- u. Landwirtschafts-Departements, welchem sich auch der Chef des Finanz- u. Zolldepartements anschliesst, *beschlossen*:

I.) Es sei, trotzdem niedrigere Ansätze, als die im genannten speziellen Tarife vorgesehenen, nicht zu erwarten seien, mit Spanien weiter zu unterhandeln.

II.) Es seien Spanien die verlangten Zugeständnisse auf dem Tarif für die Einfuhr in die Schweiz zu machen mit Ausnahme folgender Artikel:

1.) Des Weines in Fässern und Flaschen; — der Bundesrat erklärt sich bereit, den Ansatz von 3,50 Rp. im Tarif zu binden, er kann aber mit Rücksicht auf die Finanzen des Bundes keine weitere Herabsetzung gewähren.

2.) Des Zuckers; — der Bundesrat will sich für diesen Artikel aus finanziellen Gründen nicht vertraglich binden.

3.) Der Südfrüchte und der Trauben; — dieser Gegenstand muss für die Unterhandlungen mit Italien vorbehalten bleiben.

4.) Des bearbeiteten Korkholzes; hier soll der gegen Frankreich verbindliche Ansatz von 7 fr. beibehalten werden, dagegen erklärt sich der Bundesrat für Korkholz in Tafeln zu einem Ansatz von 1 fr. statt wie von Spanien verlangt wird, von 2 fr. bereit.

III.) Dagegen sei auf dem Tarif für die Einfuhr in Spanien die Einschreibung derjenigen Artikel zu verlangen, welche vom Handels- u. Landwirtschafts-Departement nach Einvernahme der beteiligten Kreise bezeichnet worden sind.

1. *Abwesend: Schenk, Welti.*

IV.) Ferner sei mit Rücksicht auf das oben erwähnte spanische Gesez vom 6. Juli 1882 einer Vertragsdauer von blos 5 Jahren die Zustimmung zu geben, jedoch zu verlangen, dass wenn Spanien mit einem andern State eine längere Vertragsdauer eingehe, diese auch der Schweiz bis zum Auslaufe des schweiz.-französischen Handelsvertrages, 1. Februar 1892 zu statten komme.²

V.) Endlich sei Spanien die Verlängerung der bisherigen Handelskonvention um weitere 3 Monate vorzuschlagen.³

2. Am 14. 3. 1883 wurde der neue Vertrag unterzeichnet, Vertragstext und Botschaft des Bundesrates in: BBl 1883, 2, S. 286—308. Vgl. auch die Protokolle des Nationalrates vom 24. 4. 1883 (E 1001 (C) d 1/82, Nr. 629 und des Ständerates vom 19. 4. 1883 (E 1001 (D) d 1/77, Nr. 451).
3. Im Bundesratsprotokoll vom 15. 2. 1882 wurde festgehalten: [...] Laut Verständigung mit dem spanischen Gesanten dahier wird nun diese bis zum 15. Dez. prorogirte Deklaration bis auf weiteres beiderseits stillschweigend in Kraft verbleiben (E 1004 1/131, Nr. 628).

227

E 1004 1/131

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 18. Dezember 1882

6339. Vertragsunterhandlungen mit Japan

Präsidialverfügung

Politisches Departement. Antrag vom 18. Dezember 1882

Herr Minister Roth berichtete in seiner Depesche an den Bundespräsidenten vom 23. v. Mts.¹ über eine Unterredung, die er mit Herrn C. von Eisendecker, bis vor kurzem Gesanten des Deutschen Reiches in Tokio, bezüglich der *von Japan begehrten Revision der Handelsverträge* gehabt hat. Bei diesem Anlasse habe sich Herr von Eisendecker in Bezug auf den Antrag des Bundesrates, dass Herr Generalkonsul Wolff zu den fernern Beratungen als sein Delegirter zugelassen werde², dahin geäußert, derselbe werde auf ernste Schwierigkeiten stossen und neuen Complicationen rufen, da die diplomatischen Vertreter und die Berufskonsuln den Kaufmannskonsuln die nötigen Eigenschaften für derartige diplomatische Unterhandlungen ebensowenig zuerkennen, wie die Japanesische Regierung selbst.

Darauf wird gemäss dem Antrag des Departements in einer nach dessen Entwurf verfassten confidentiellen Depesche erwidert:

Herr Arnold Wolff, schweiz. Generalkonsul in Jokohama, habe, seinen Depeschen an den Bundesrat vom 25. Oktober und 6. November abhin³ zufolge, dem K. japanesischen Minister des Auswärtigen seine Ernennungsurkunde als zweiter Delegirter der Schweiz bei den Vertragsrevisions-Verhandlungen mit Note vom

1. E 13 (B)/202.

2. Vgl. Nr. 198.

3. Beide Schreiben in: E 13 (B)/202.

25. Oktober eingesant und am 30. gl. Mts. eine bezügliche Empfangsanzeige ohne weitere Bemerkung erhalten⁴. Zu gleicher Zeit seien ihm vom Ministerium des Auswärtigen die Protokolle⁵ der bisher stattgefundenen Konferenzsitzungen zugestellt worden. Die Angelegenheit dürfte somit als geordnet betrachtet werden⁶, was dem Bundesrate zur grossen Befriedigung gereiche, da der deutsche Bevollmächtigte in der Wahrung der schweizerischen Interessen nicht die wünschbare Energie entfaltet habe.

4. *Beide Noten nicht ermittelt.*

5. *Protokolle Nr. 1 und 2 nicht ermittelt. Nrn. 3–16 in: E 2200 Tokio 1.*

6. *Vgl. Nr. 229.*

228

E 1004 1/132

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 19. Januar 1883*¹

263. Revision des schweizerisch-italienischen Handels-Vertrags²

Handels- und Landwirtschaftsdepartement. Antrag vom 11. Januar 1883

Auf den Vorschlag des Bundesrates vom 2. Juni vor. Jahres (Prot. N^o. 2777), betreffend *Revision des schweizerisch-italienischen Handelsvertrages*, antwortete das italienische Ministerium mit Note vom 31. August³ an die schweizerische Gesandtschaft in Rom in folgendem Sinne:

1. Infolge Beschlusses der italienischen Kammern könne eine Prolongation des Handelsvertrages, welcher am 30. Juli 1883 zu Ende geht, nicht mehr eintreten;

2. Die Kammern haben der kgl. italienischen Regierung den Auftrag erteilt, bei Zusammenstellung des neuen Zolltarifs Zuschlagstaxen in diesen aufzunehmen, die den Waaren derjenigen Staaten gegenüber Anwendung finden sollen, welche die italienischen Erzeugnisse nicht auf dem Fusse der Gleichstellung mit der meistbegünstigten Nation behandeln;

3. Italien müsse der Schweiz gegenüber die Gleichstellung mit der meistbegünstigten Nation davon abhängig machen, dass die Schweiz auf einzelnen Positionen ihres mit Frankreich für den Import in Frankreich vereinbarten Tarifs⁴, sowie auf einzelnen Positionen ihres Generaltarifs Italien Ermässigungen einräume, denn anders — behauptet das Ministerium — hätte Italien keine gehörige Gegenleistung für die Gleichstellung mit der meistbegünstigten Nation;

1. *Bavien, welcher auf Anfang 1883 als Gesandter nach Rom ging, war noch nicht ersetzt worden.*

2. AS 1866—1869, IX, S. 657—679.

3. E 13 (B)/213. *Vgl. auch den Annex.*

4. AS 1882—1883, 6, S. 327—347.

4. Endlich verlangt das italienische Ministerium, dass die Schweiz zu einem Zollkartel⁵, ähnlich dem zwischen Italien und Österreich vereinbarten, Hand biete.

Das Handels- & Landwirtschafts-Departement gelangt nach Anhörung von Sachverständigen zu folgenden Anträgen:

1. Mit den Unterhandlungen über einen Handelsvertrag zwischen der Schweiz und Italien seien die Herren Minister Bavier und Nationalrat R. Geigy-Merian in Basel zu beauftragen und zu ermächtigen, den neuen Vertrag unter Vorbehalt der Ratifikation des Bundesrates und der Bundesversammlung zu unerzeichnen, denselben seien von der Bundeskanzlei die nötigen Kreditive auszustellen.

2. Für die Verhandlungen seien folgende Instruktionen zu erteilen:

«Tout en témoignant du sincère et ferme désir de la Suisse de conclure un nouveau traité de commerce avec l'Italie, ce qui est certainement dans l'intérêt bien entendu des deux pays, que vient encore d'unir plus étroitement le chemin de fer du Gothard, les négociateurs déclareront cependant que le Conseil fédéral ne peut accepter la base de négociations proposée dans la note italienne du 31 août 1882. Cette base est en effet contraire à la notion de réciprocité, qui forme l'essence des traités de commerce. Le Conseil fédéral se déclare disposé à faire à l'Italie de sérieuses concessions en échange de celles qu'il croit pouvoir attendre du Gouvernement de ce pays; mais les négociateurs suisses déclareront n'être autorisés à entrer avec les représentants de l'Italie dans l'examen du détail de ces concessions que lorsqu'ils auront pu faire connaître au Conseil fédéral que l'Italie accepte comme base de négociations:

la discussion d'un traité avec tarif conventionnel de part et d'autre.

Les négociateurs éviteront en particulier de se prononcer soit dans un sens soit dans l'autre sur la question du cartel de douane, sauf pour dire que c'est là une des concessions dont l'examen entier doit être réservé aux négociations ultérieures qui ne pourront avoir lieu que si la base proposée par le Conseil fédéral est admise.

Les négociateurs feront rapport sur le résultat de leurs pourparlers sur ce point capital, et ils attendront ensuite les nouvelles instructions qui pourront leur être données.»

Nach gewalteter Beratung werden diese Anträge, mit Ausnahme des Passus, betreffend das Zollkartel, angenommen und an Stelle des letztern folgende Weisung erteilt:

«Si pour consentir à cette proposition, les représentants de l'Italie posent la condition préalable que la Suisse se déclare disposée à conclure un cartel de douane, les négociateurs suisses déclareront qu'ils ne peuvent aborder cette questions dans l'état actuel de la négociation. Si l'Italie veut venir sur cette demande dans le cours ultérieur des négociations, la Suisse donnera alors sa réponse; mais les négociateurs envisagent comme leur devoir de signaler dès maintenant les difficultés considérables que présente la question.»

Dieser Abänderung entsprechend ist auch der Schlussatz in den Ausführungen zur Instruktion «ainsi que sur la question d'un cartel de douane» auszulassen.

5. E 13 (B)/214. Vgl. auch Nr. 152, Annex 1.

ANNEX

E 13 (B)/213

Schweizerisch-italienischer Handels-Vertrag.
Protokoll
der
Conferenz vom 30. Oktober 1882

Zum Zwecke der Berathung des Vorgehens des Bundesrathes während den Verhandlungen über den Abschluss eines definitiven Handelsvertrages mit Italien, sowie über eine prov. Verlängerung der schweiz.-spanischen Meistbegünstigungs-Deklaration⁶ und den Abschluss eines neuen Handelsvertrags mit Spanien hat das Handelsdepartement auf heute, 30. Oktober 1882, eine Conferenz der nachgenannten Experten angeordnet:

Hr. Ständerath Ed. Blumer in Schwanden
Hr. Ed. Bühler, Winterthur
Hr. Nationalrath Bühler-Honegger, Rüti
Hr. Commandant Bürgi, Arth
Hr. Albert Cingria, Genf
Hr. C. Cramer-Frey in Zürich, Präs. d. schweiz. Handels- & Industrie Vereins
Hr. Heinrich Fehr, Burgdorf
Hr. Nationalrath Geigy-Merian, Basel
Hr. Nationalrath Gonzenbach, St. Gallen
Hr. Nationalrath Grosjean, Chaux-de-fonds
Hr. J.E. Jakob-Kunkler, St. Gallen
Hr. Jenny-Zwicky, Glarus
Hr. Nationalrath Andr. Schmid, Burgdorf
Hr. Aug. Rübel, Zürich
Hr. Hans Wunderly von Muralt, Zürich

folgende Herren haben sich unter dem Vorsitz des Herrn Bundesrath Droz zur Conferenz eingefunden:

[...]⁷

Der Conferenz wohnten ausserdem bei:

Hr. D^r. Willi, Chef des Eidg. Handelsbureau
Hr. D^r. Arnold Eichmann, Secretär des Eidg. Handelsbureau & Protokollführer.

Hr. Bundesrath Droz eröffnet die Conferenz, Vorm[ittags] 10¹/₂ Uhr. Er verdankt den Anwesenden ihr Erscheinen und theilt mit, dass in Folge eines Versehens bei der Versendung Hr. Nat. Rath Schmid von Burgdorf, Vertreter der Leinen-Industrie, bei der Einladung übergangen und nun nachträglich telegraphisch ersucht worden sei, wenn möglich Nachmittags noch an der Conferenz Theil zu nehmen.

Vor Eintreten auf die Gegenstände der Tagesordnung wird beschlossen, über die heutigen Verhandlungen strenge Discretion walten zu lassen, ferner auf die spanische Vertragsangelegenheit, als die augenblicklich dringendere, vor der italienischen einzutreten.

Hr. Bundesrath Droz ertheilt sodann den Anwesenden im Anschluss an die im Einladungsschreiben⁸ des Departements enthaltenen Mittheilungen die nöthigen ergänzenden Aufschlüsse über das gegenwärtige Stadium der Unterhandlungen mit Spanien.

Unsere Meistbegünstigungs-Declaration mit diesem Lande ist am 18. Oktober abgelaufen,

6. AS 1869—1872, X, S. 283—286. Vgl. auch Nr. 223.

7. Die obigen, ausser E. Bühler, Cingria, Jakob, Jenny, A. Schmid.

8. Das Einladungsschreiben von Droz an die Kommissionsmitglieder vom 14. 10. 1882 enthielt als Beilage die Demandes des intéressés comparées avec les tarifs général et conventionnel de l'Italie (E 13 (B)/213).

ohne dass der Bundesrath auf seine letzte Note⁹ an die spanische Regierung eine Antwort erhalten hat. Vom 19. Oktober an sind statt dessen alle Waaren schweiz. Ursprungs dem spanischen Generaltarif unterworfen worden. Nach Erkundigungen, welche das Handelsdepartement eingezogen hat, ist die gleiche Massregel auch auf die Erzeugnisse Portugals, Dänemarks, der Niederlande, Italiens etc., deren Verträge mit Spanien ebenfalls nicht erneuert wurden, angewendet worden. Dagegen hat Spanien seine Verträge mit Deutschland, Schweden & Norwegen gegen das prinzipielle Zugeständniss von unbestimmten Tarifiereduktionen bis 15. Dezember ds. Js. verlängert¹⁰. Von der Schweiz wurde dagegen *s[eine]r z[ei]t* die prinzipielle Einwilligung in eine bestimmte Tarifvorlage verlangt¹¹, ein Begehren, in welches der Bundesrath nicht einwilligen konnte, wogegen er der spanischen Regierung die Bereitwilligkeit aussprach, auf der *Grundlage* ihres Tarifentwurfs¹² zu unterhandeln. Nach Mittheilungen des schweiz. Gl. Consuls in Madrid über eine Unterredung mit dem spanischen Handelsminister würde die spanische Regierung vermuthlich auf eine prinzipielle Erklärung hin, wie sie Deutschland abgegeben hat, auch der Schweiz eine Verlängerung bis zum 15. Dezember ds. Js. zugestehen¹³, wesshalb dem Gl. Consulat in Madrid telegraphische Weisung ertheilt worden ist, die Verlängerung unter dieser Bedingung nachträglich einzuleiten.¹⁴

Nach den Mittheilungen des genannten Consuls würde sich die spanische Regierung auch mit einem kleinen Bruchtheil der Tarif-Reduktionen begnügen, welche *[sie]* verlangt hat.

Hr. *Bundesrath Droz* bezeichnet nun folgende Gesichtspunkte, nach welchen die Discussion zu erfolgen hätte:

1. Wenn Spanien in eine Verlängerung einwilligt, welches sind die Conzessionen, welche die Schweiz gewähren und fordern soll?

2. Fährt dagegen Spanien mit der Anwendung seines General-Tarifs fort, wäre es dann nicht angezeigt, den Bundesbeschluss von 1878, resp. den Art. 31 des eidg. Zollgesetzes¹⁵, d. h. entsprechende Tarifierhöhungen *[ihm]* gegenüber anzuwenden?

Hr. *Cramer-Frey* erklärt es ausser Zweifel, dass man der Forderung Spaniens betreffend die Reduktion des schweiz. Weinzolls nicht nachgeben könne. Dagegen dürfen die von Spanien verlangten Conzessionen für Früchte, Öl, Kork etc. unbedenklich gewährt werden. Was den span. Einfuhrzolltarif betrifft, überlässt Hr. Cramer den anwesenden Vertretern der verschiedenen in Betracht kommenden schweiz. Industriezweigen das Wort.

Hr. *Blumer*. Wir entschliessen uns im Allgemeinen nur ungern, unsern ohnehin niedrigen Tarif noch tiefer zu schrauben. Wenn aber dafür ansehnliche Conzessionen von Spanien zugegeben werden, dürfte es wohl zulässig sein, einige Vortheile zuzugestehen. Von der Herabsetzung des Weinzolls kann aber schon mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Bundeskasse keine Rede sein. Ausserdem ist auf unsere Unterhandlungen mit Italien Rücksicht zu nehmen, Angesichts welcher wir die diesem Land so wichtigen Reduktionen, welche wir für Wein, Olivenöl und Südfrüchte einzuräu-

9. *Note des Bundesrates an die spanische Gesandtschaft in Bern vom 13. 10. 1882* (E 13 (B)/253).

10. *Vgl. das Schreiben des Konsuls in Barcelona, Hohl, an den Bundesrat vom 20. 10. 1882* (E 13 (B)/253).

11. *Der spanische Gesandte de la Almina hatte Bavier mit Note vom 11. 10. 1882 mitgeteilt: [...] Seulement dans le cas où la Suisse voudrait bien accepter «en principe» les limitations du droit d'importation que l'Espagne lui a proposé par le tarif qui accompagnait le projet de traité, le Gouvernement espagnol se croirait en mesure de pouvoir, de sa part, proroger la déclaration en vigueur. [...]* (E 13 (B)/253).

12. *Vgl. Tarif a. Zollansätze für die Einfuhr spanischer Produkte in die Schweiz* (E 13 (B)/253).

13. *Der schweizerische Konsul in Madrid, Lardet, hatte mit Schreiben an Droz vom 26. 10. 1882 berichtet: [...] Mons' le Directeur du Commerce m'a dit confidentiellement: Nous vous demandons, mais nous accepterons ce que vous voudrez bien nous accorder; Si nous prétendons à beaucoup, accordez nous au moins quelque chose. Où nous demandons un franc, 5 ou 10 centimes nous suffiront. [...]* (E 13 (B)/253).

14. *Vgl. das Telegramm des Handels- und Landwirtschaftsdepartements an das Konsulat in Madrid vom 29. 10. 1882, 11 Uhr morgens* (E 13 (B)/253).

15. *Vgl. Nr. 202, Annex.*

men im Falle sind, nicht schon an Spanien vergeben dürfen. Die übrigen Vergünstigungen, die Spanien wünscht, können leicht zugestanden werden.

Was dagegen von Spanien zu verlangen sei, muss dem richtigen Ermessen des Bundesrathes anheimgestellt werden, weil wesentlich vom Gang der Unterhandlungen abhängig.

Was speziell die dem Redner nahe liegenden bedruckten Gewebe betrifft, so beträgt der spanische Einfuhrzoll ungefähr 40 % v. W. Dennoch scheint, nach den vielen Erkundigungen zu schliessen, welche in letzter Zeit von schweiz. Industriellen über den Stand der Unterhandlungen mit Spanien eingezogen worden sind, zu diesem Ansatz noch ein ziemlicher Verkehr mit diesem Lande stattzufinden. Die Drucker verlangen jedoch Reduktion des Einfuhrzolls um die Hälfte¹⁶. So viel wird aber Spanien kaum gewähren wollen; wir werden uns daher mit Bezug auf diese Artikel wohl mit der Meistbegünstigung begnügen müssen.

Hr. *Wunderly*. Um Baumwollengarn regelmässig nach Spanien exportiren zu können, müsste eine so bedeutende Zollreduktion stattfinden, wie sie wohl schwerlich erhältlich sein wird. Ohne diese Reduktion ist es aber für die schweiz. Spinner gleichgültig, ob Spanien seinen Conventionaltarif oder den verhältnissmässig nicht viel höhern Generaltarif anwende; es sind beide so hoch, dass ein regelmässiger Absatz unmöglich ist. Hr. *Wunderly* sieht daher kein Interesse für die Schweiz darin, Spanien Conzessionen zu machen, nur um die Meistbegünstigung zu erhalten. Ausserdem ist im Sinne des Votums von Hr. *Blumer* auf die Verhandlungen mit Italien Bedacht zu nehmen.

Hr. *Gonzenbach* legt mehr Werth auf das Zustandekommen eines Meistbegünstigungs-Vertrags.

Einzelne Industriezweige arbeiten beträchtlich für Spanien und würden durch eine dauernde Anwendung des spanischen Generaltarifs schwer geschädigt, so dass einige Opfer selbst für die blossе Meistbegünstigung wohl gerechtfertigt wären. Ein Industrieller der Zeugdruck-Branche erklärte dem Sprecher, dass gegenwärtig $\frac{2}{3}$ seiner Produktion ausschliesslich für Spanien bestimmt seien. Auch die St. Galler Artikel wurden zum bisherigen Tarif in erheblichen Mengen nach Spanien geliefert. Der Redner erklärt aber ebenfalls eine Reduktion des schweiz. Weinzolls für unmöglich; dagegen wäre eine Zollermässigung für Südfrüchte, Olivenöl, Kork etc. um so thunlicher, als nach den, vom Hrn. Vorsitzenden mitgetheilten Äusserungen des spanischen Handelsministers sehr geringe Zugeständnisse genügen würden, so dass Italien immer noch Reduktionen auf denselben Artikeln eingeräumt werden könnten.

Hr. *Rübel* hebt die Bedeutung hervor, welche die Meistbegünstigung für die schweiz. Seidenweberei hat, deren Fabrikate ohne diesen Vortheil durch die franz. Concurrenz in kurzer Zeit von Spanien abgeschnitten würden; schon ein Zollunterschied von 5 % würde genügen, dieses Resultat herbeizuführen. Es sollten daher, mit Ausnahme unseres Weinzolles, einige Opfer als Gegenwerth für die Einräumung auch nur der Meistbegünstigung eventuell nicht gescheut werden.

Hr. *Fehr* betont ebenfalls die Rücksichten, die auf die Unterhandlungen mit Italien zu nehmen sind. Es wäre desshalb gut, wenn mit Spanien nur ein Meistbegünstigungs-Vertrag zu Stande käme. Beharrt aber die spanische Regierung auf der Einräumung von Conzessionen, so sollten diese jedenfalls nicht ohne entsprechende Gegenconzessionen gemacht, und der Wein davon ausgeschlossen werden.

Hr. *Bühler-Honegger* möchte Spanien so viel als möglich entgegenkommen. Eine Reduktion des Zolls auf Olivenöl wäre um so eher zulässig, als Spanien kein Speiseöl sondern Rohöl erzeugt, welches u. A. die mannigfaltigste Verwendung in der Industrie findet, so dass eine Zollreduktion im eigenen Interesse der Schweiz liegt. Der Redner misst der Einfuhr von Olivenöl eine grössere Bedeutung bei als derjenigen von Wein; für Spanien müsste also eine Reduktion des Ölzolls mehr Gewicht haben als diejenige des Weinzolls.

Was die von Spanien zu gewährenden Begünstigungen betrifft, so hat sich Hr. *Bühler* davon überzeugt, dass die span. Webereien unter so ungünstigen Bedingungen arbeiten, dass der gegenwärtige spanische Zolltarif, ungefähr 40 % v. W. betragend, kaum hoch genug ist, um sie gegen die ausländische Concurrenz wirksam zu schützen, dass daher jede Ermässigung, welche Spanien einräumt, als bedeutende Erleichterung unserer Ausfuhr nach diesem Land zu betrachten wäre.

Auch schweiz. Maschinen geniessen einen ziemlich bedeutenden Absatz in Spanien, der in

16. Vgl. den Antrag von Droz an den Bundesrat vom 1. 6. 1882 (E 13 (B)/253).

neuerer Zeit auch durch den billigen Transit-Transporttarif der franz. Eisenbahnen, der wenig mehr kostet als der Seetransport von England aus, sehr befördert wird.

Hr. *Geigy* findet, dass man, wenn Spanien zu erheblichen Tarifiereduktionen die Hand bietet, füglich 50^{cs} von unserm Weinzoll ablassen, und auch für Olivenöl & Früchte gewisse Conzessionen machen könnte. Verweigert Spanien besondere Ermässigungen seines Tarifs, so werden wir uns eben mit der Meistbegünstigung begnügen müssen; sollte auch diese nicht zu Stande kommen, so werden wir schwerlich einen Tarifkrieg zu beschliessen haben, da wir damit mehr uns selbst als Spanien treffen würden.

Hr. *Bundesrath Droz* konstatirt, dass 1. die Conferenz sich der Ansicht hinneige, es seien gewisse Ermässigungen des spanischen Einfuhrzolltarifs anzustreben, dass sie es 2. als unthunlich erachte, den schweiz. Weinzoll zu reduzieren, dass 3. was Olivenöl und Früchte betrifft, die Ansichten über die von uns einzuräumenden Begünstigungen auseinandergehen, dass dagegen die andern, von Spanien geforderten Zollermässigungen allgemein als zulässig erachtet werden.

Der Vorsitzende macht ferner darauf aufmerksam, dass es sich nicht um die Frage: ob blosser Meistbegünstigungs- oder ob Tarif-Vertrag handle. Spanien macht die Einräumung der Meistbegünstigung unter allen Umständen von der Gewährung von Conzessionen von Seiten der Schweiz abhängig; es handelt sich daher um die Frage, ob diese Bedingung auch einzugehen wäre, wenn die Schweiz die ihrerseits gewünschten Tarifiereduktionen von Spanien nicht erhalten sollte.

Hr. *Grosjean*. Für Uhren ist der spanische Einfuhrzoll viel zu hoch. Um die Einfuhr auf legalem Wege zu gestatten, dürfte derselbe 5 % v. W., d. h. für goldene Uhren ungefähr frs. 5.— vom Stück, nicht übersteigen. Der Zoll beträgt gegenwärtig frs. 7.50. Es sollte ferner dahin gewirkt werden, dass der Verkehr von Handelsreisenden in Spanien von den Gebühren & lästigen Formalitäten aller Art befreit würde.

Hr. *Blumer* erklärt sich gegen einen Vertrag mit einseitigem Tarif für die Einfuhr spanischer Produkte in die Schweiz.

Hr. *Gonzenbach* schliesst sich dieser Erklärung nicht unbedingt an. Durch die Verwerfung eines Vertrags mit den fragl. Bedingungen wäre der schweiz. Industrie auch nicht sehr gedient. Begnügt sich Spanien mit mässigen Begünstigungen für die Einfuhr in die Schweiz, so ist der Abschluss eines solchen Vertrags jedenfalls noch wünschenswerther, als der Abbruch der Verhandlungen.

Hr. *Wunderly* tritt wiederholt für eine ablehnende Haltung gegenüber den Zumuthungen Spaniens ein.

Hr. *Geigy* unterstützt dagegen das Votum des Hrn. Gonzenbach.

Hr. *Bürgi* hebt die Wichtigkeit der Käse- & Viehausfuhr nach Spanien hervor und wünscht daher wenigstens den Abschluss eines Meistbegünstigungs-Vertrages.

Hr. *Cramer-Freys* spricht sich ebenfalls wiederholt in dem Sinne aus, dass einige Conzessionen, wenn sie auch von Spanien nicht erwiedert würden, gemacht werden sollten, wenn die Meistbegünstigung von Spanien sonst nicht erhältlich sein sollte.

Hr. *Fehr* formulirt seine Ansicht so, dass Spanien jedenfalls nur solche Conzessionen gemacht werden sollten, welche die Unterhandlungen mit Italien in keiner Weise kompromittiren.

Hr. *Cramer-Frey*, im Wesentlichen mit dieser Formulirung einverstanden, wünscht nur, dass dieselbe dadurch gemildert werde, dass anstatt «in keiner Weise» gesagt wird: «so wenig als möglich.»

Hr. *Bundesrath Droz* bringt sodann die 2^{te} Alternative:

Abbruch der Verhandlungen durch Spanien im Falle der Nichtgewährung einer Reduktion des schweiz. Weinzolls, zur Erörterung. Eine Lage, wie die gegenwärtige, bemerkt derselbe, präsentirt sich zum ersten Male in der Geschichte der schweiz. Handelsverträge und es wäre nun zu entscheiden, ob wir überhaupt je die Bahn betreten wollen, welche die Bundesversammlung dem Bundesrath durch seinen Beschluss von 1878 gewiesen hat. Wenn ja, so dürfte keine Gelegenheit geeigneter sein als die jetzige, zu zeigen, dass die Schweiz es nicht mit ihrer Würde vereinbar hält, stets alle Zumuthungen zu erfüllen, die ihr gemacht werden. Der Bundesrath hat die in Betracht kommenden Eventualitäten genau erwogen. Spanien sucht vor Allem und in jeder Weise seinen Landbau und den Absatz seiner Bodenprodukte, namentlich Wein zu entwickeln, zu welchem Zwecke sich dieses Land auch so viel als möglich vom franz. Zwischenhandel zu emanzipiren und den direkten Absatz

zu erleichtern sucht. Spanien glaubt durch eine drohende Zollpolitik den interessirten Staaten besonders niedrige Zollsätze abnöthigen zu können, scheint sich aber dabei nicht genügend Rechenschaft davon zu geben, dass alle Begünstigungen, die es auf diese Weise erlangt, in Folge der Meistbegünstigungsverträge allen seinen Concurrenten in gleichem Masse zu Gute kommen. Man wird die span. Regierung auf den Irrthum, in welchem sie befangen ist, aufmerksam machen, und ihr ausserdem zu verstehen geben müssen, dass die Zwangs-Politik, welche sie befolgt, überhaupt nicht geeignet ist, die Nationen für ihre Zwecke zu gewinnen, abgesehen von dem Interesse, welches Spanien hat, sich mit der geringsten Conzession zufrieden zu geben, statt durch Zwangsmassregeln die Staaten zu Zollerhöhungen zu reizen.

Der Absatz spanischer Weine wird in der Schweiz von einer ganz bedeutenden Zahl Händler und sog. spanischen Weinhallen vermittelt, so dass eine Zollerhöhung für span. Wein sehr empfindlich wirken müsste. Dass von den span. Exporteuren das Mittel ergriffen würde, ihre Weine in Frankreich zu nationalisiren, um solche Tarifmassregeln zu hintergehen, ist nicht wahrscheinlich, da der franz. Zoll frs. 2.—, der schweiz. 3.50, der [zu]entrichtende Zollbetrag im Ganzen also frs. 5.50 betrüge, ohne das *bénéfice* des französischen Zwischenhändlers zu rechnen.

Über allen diesen Erörterungen steht aber der zweifellos heilsame Einfluss, den die Ergreifung von Zwangsmassregeln gegen Spanien auf unsere Unterhandlungen mit Italien ausüben müsste. Der Zoll, den das Zolldep^{t.} zu diesem Zweck dem Bundesrathe vorgeschlagen hat, würde für spanische Weine frs. 10.— per 100 Kilogr. betragen.

Hr. *Geigy* ist durchaus gegen solche Massregeln und empfiehlt, jedenfalls wenigstens das Ergebniss der Verhandlungen mit Italien abzuwarten. Sollte auch dieses Land unsern billigen Anforderungen nicht entsprechen, so wäre es dann immer noch Zeit zu Zwangsmassregeln gegen dieses Land sowohl als gegen Spanien.

Hr. *Blumer* theilt diese Ansicht nicht. Gegenüber keinem Lande können wir unsern Ernst mit weniger Gefahr zeigen, als gegenüber Spanien, da unser Verkehr mit diesem Lande immerhin relativ gering ist. Wir dürfen diese Gelegenheit, einen indirekten Druck auf Italien auszuüben, nicht unbenützt lassen. Was die Folgen einer dauernden Anwendung des spanischen Generaltarifs auf schweiz. Produkte anbetrifft, so dürften unsere Lieferungen für Spanien in kurzer Zeit so organisirt werden können, dass die Waare als deutsche eingeführt und also nach deutschem Vertragstarif verzollt werden kann.

Hr. *Gonzenbach* unterstützt das Votum von Hrn. *Blumer*.

Hr. *Wunderly* tritt ebenfalls sehr für die Ergreifung von Zwangsmassregeln ein, findet aber einen Weinzoll von frs. 10.— zu niedrig.

Hr. *Bundesrath Droz* konstatiert, dass die grosse Mehrheit der Commission für event. Anwendung von Retorsionszöllen ist.

Nach einer kurzen Discussion über die Höhe des eventuell festzusetzenden Weinzolls ist man einverstanden, dass in dieser Hinsicht dem Bundesrathe freie Hand gelassen werden müsse.

Die Commission beschliesst um 1¼ Uhr Vertagung bis Nachmittags 3 Uhr.

Hr. *Bundesrath Droz* giebt vor der Vertagung noch Kenntniss von der Note vom 31. August a.c.¹⁷ mit welcher das ital. Ministerium des Äussern dem Bundesrathe die Bedingungen mittheilt, unter welchen die ital. Regierung geneigt wäre, der Schweiz die Behandlung der meistbegünstigten Nation zuzusichern: nämlich gegen Einräumung von besondern Tarifkonzessionen von Seiten der Schweiz ohne jede Gegenkonzession von italienischer Seite und gegen Eingehung eines Zollkartels.

Hr. *Bundesrath Droz* legt der Commission als Wegleitung für die Discussion über den ital. Handelsvertrag, folgende Fragen vor:

1. Hätte ein Vertrag, der u.A. die schweiz. Forderungen betreffend die Zölle für Baumwollwaaren unberücksichtigt liesse, noch genügenden Werth für die Schweiz?

2. Würde ein solcher Vertrag die Conzessionen rechtfertigen, welche von der Schweiz gegen die blosser Einräumung der Meistbegünstigung verlangt werden?

Wenn ja, in wie weit könnten diese Conzessionen gewährt werden?

17. Nicht abgedruckt.

3. Ist es, abgesehen von allen andern Fragen, möglich, auf die Frage eines Zollkartells einzutreten?

4. Welche Haltung erscheint im Allgemeinen als Antwort auf die italienische Note von 31. August als angezeigt?

Die Discussion über obige 4 Fragen wird um 3 Uhr eröffnet.

Frage 1.

Hr. *Gonzenbach*. Der Handelsvertrag mit Italien ist für die ostschweiz. Industrie *eine Lebensfrage*. Der gegenwärtige ital. G^l. Tarif ist so beschaffen, dass die Ausfuhr nach Italien im Falle dauernder Anwendung dieses Tarifs aufhören müsste. Namentlich würden die leichten ostschweizerischen Gewebe schwer betroffen und könnten, wenigstens auf legalem Wege, in Italien nicht mehr eingeführt werden. Es herrscht daher in der Ostschweiz unbedingt die Ansicht: Lieber kein Vertrag als ein solcher, der unsere Forderungen betreffend B[aum]wollgewebe & Stickereien nicht berücksichtigen würde. Die faç[onirten] Stoffe, (gestreifte & carrirte mousseline etc.) welche zur Zeit frs. 74.— pro 100 Kilogr. zu entrichten haben, wären nach dem Generaltarif mit frs. 300.— zu verzollen.

Was die bunten Gewebe betrifft, so ist für sie das ital. Absatzgebiet schon durch die frühern Zollerhöhungen verloren gegangen, so dass sie heute gar nicht mehr in Betracht kommen.

Herr Gonzenbach giebt zu, dass die Rücksichten auf die ostschweizerische Weberei und Stickerei nicht die allein massgebenden sind.

Hr. *Wunderly* steht auf dem gleichen Boden mit Bezug auf Baumwollgarne. Der ital. Vertragstarif ist viel höher als der franz. Generaltarif. Nicht nur haben sich die italienischen Weber in Versammlungen und durch Petitionen gegen die enorme Protektion der ital. Spinner ausgesprochen, die letztern selbst sogar finden den Garnzoll so hoch, dass sie in einer Versammlung in Rom beschlossen haben, die Regierung zu ersuchen, denselben nicht mehr zu erhöhen, da sonst eine allzu starke Vermehrung der inländischen Spinnereien zu befürchten wäre.

Die Garne, welche die Schweiz noch nach Italien liefern kann, sind hauptsächlich solche von grobem Baumwollenabfall, dessen Ausfuhr in rohem Zustande in Betracht der hohen Zölle vorgezogen würde, wenn nicht in Folge der vielen unreinen Bestandtheile desselben der Transport verhältnissmässig zu theuer zu stehen käme.

Hr. *Bühler-Honegger* unterstützt, was die Gewebe betrifft, die Ausführungen des Herrn Gonzenbach. Mit Rücksicht auf die andern Industriezweige, namentlich auch Maschinenindustrie, wäre aber die Frage 1 doch nicht so unbedingt zu verneinen.

Hr. *Bürgi* empfiehlt, den Abschluss eines Tarifvertrages statt eines blossen Meistbegünstigungs-Vertrags.

Hr. *Fehr* äussert sich im Sinne des Votums von Hrn. Bühler, nämlich die Meistbegünstigung event. auch um den Preis einseitiger Conzessionen zu erwerben. Italien ist ein ausserordentlich wichtiger Abnehmer für Schweizerkäse, der nach dem italienischen Vertragstarif frs. 8.—, nach dem Generaltarif aber frs. 15.— zu entrichten hat. Fast sämtliche Kantone sind am Absatz von Käse nach Italien interessirt; für die Urkantone ist dieses Interesse geradezu ein vitales. Auch die Leinwand-Industrie kann sich nur mit Hülfe des italienischen Absatzgebietes aufrecht erhalten. Es muss so viel als möglich ein Tarifvertrag angestrebt werden, denn der österr.-ital. Vertrag, der für die genannten Artikel wesentliche Zollreduktionen bedingt, ist nur bis Ende 1887 geschlossen; die blossen Meistbegünstigung würde uns also vielleicht nicht lange von Vortheil sein.

Hr. *Rübel*. Für Seidenwaaren ist der ital. Einfuhrzoll unwesentlich, da gegen die ital. Concurrenz, welche den Rohstoff an Ort & Stelle hat und von ausserordentlich billigen Arbeitslöhnen und sonstigen Vortheilen begünstigt wird, nicht aufzukommen ist. Dagegen wäre es für unsere Industrie von grossem Werthe, wenn der ital. Ausfuhrzoll für Rohseide herabgesetzt und uns so der billigere Bezug dieses Rohstoffes ermöglicht würde.

Hr. *Cramer* ist ebenfalls der Ansicht, dass die Interessen der Baumwoll-Industrie nicht als massgebend betrachtet werden können.

Hr. *Blumer*. In Glarus herrscht in dieser Hinsicht die gleiche einmüthige Stimmung wie in St. Gallen: Lieber keinen Vertrag als einen solchen ohne Reduktion der ital. Zölle für B[aum]wollwaaren. Die Interessen der übrigen Industriezweige sind verhältnissmässig unbedeutend und es ist

voraussetzen, dass sie event. den ital. G^l. Tarif werden vertragen können, bis Italien zur Einsicht gekommen sein wird, dass seine Politik nicht die richtige ist.

Hr. *Geigy* findet den Abschluss eines Vertrags auch ohne Concessionen von Seiten Italiens wünschenswerth. Es würde dadurch wenigstens für die Landwirthschaft Etwas erreicht, währenddem wir durch Zurückweisung der italienischen Bedingungen vermuthlich gar nichts gewinnen.

Hr. *Wunderly*. Wir müssen trotz allen Rücksichten an die Landwirthschaft die italienischen Offerten zurückweisen, wenn Italien jede Reduktion seiner Zölle auf Baumwollwaren zurückweist. Es würde durch unser Nachgeben Frankreich ermuthigt, uns nach Ablauf des schweiz.-franz. Vertrags in diesem Punkt die gleiche Zähigkeit entgegenzusetzen.

Hr. *Rübel* unterstützt dieses Votum aus dem gleichen Grunde auch vom Standpunkt der Seidenweberei aus, welche ausserordentlich geschädigt würde, wenn Frankreich später aus unsern Proben von Nachgiebigkeit die praktische Nutzenanwendung zöge.

Hr. *Grosjean*. Für die Uhrenindustrie ist es unter dem gegenwärtigen italienischen Tarife unmöglich, einen ehrlichen Verkehr mit Italien zu unterhalten. Es muss so viel als möglich auf einen Vertragstarif mit Italien hingearbeitet werden; die B[aum]woll-Industrie darf hiebei nicht als ausschlaggebend betrachtet werden.

Hr. *Bundesrath Droz* fasst die gefallenen Voten in dem Sinne zusammen, dass der Abschluss eines Vertrags nicht geradezu ausschliesslich vom Gesichtspunkt der B[aum]wollen-Industrie zu beurtheilen wäre, dass aber doch ein Vertrag ohne ital. Concessionen für diesen Industriezweig einen nur relativen Werth hätte.

Frage 2.

Ein verneinendes Votum von Hrn. Cramer erhält die allgemeine Zustimmung. Man hielte es mit der Würde des Landes nicht vereinbar & auch nicht im Interesse der Schweiz, Italien gegen die blosser Einräumung der Meistbegünstigung ausser der Reciprocität noch besondere Conzessionen zu machen, ohne von Italien die mindeste Reduktion seiner Tarifsätze zu erlangen.

Frage 3.

Hr. *Bundesrath Droz* entwirft ein Bild der 1879 mit Italien über die gleiche Angelegenheit gepflogenen Unterhandlungen.¹⁸ Italien übermittelte damals einen Cartell-Entwurf¹⁹, der sich von dem mit Oesterreich vereinbarten durch grosse Mässigung auszeichnete. Heute jedoch verlangt es ein Cartell nach dem Vorbild des oesterreichischen, welches so weit geht, die Contrahenten zu gegenseitiger Anzeige im Falle von wirklicher oder vermeintlicher Contrebande zu verpflichten.

Hr. *Geigy*. Im J[ahre] 1879 hatte sich der Nat.Rath & dessen Commissionen einstimmig gegen die Eingehung eines Zollkartells ausgesprochen.²⁰ Auch heute würde ein Vertrag mit Cartell wahrscheinlich zurückgewiesen. Italien scheint auch Frankreich nicht zu Eingehung eines Zollcartells vermocht zu haben; wenigstens ist im franz.-ital. Vertrag hievon nicht die Rede. Auch wenn an dieser Frage allein die Verhandlungen scheitern sollten, müsste man auf der Weigerung entschieden beharren. Nachdem auch die HH. Blumer & Fehr sich in gleichem Sinne ausgesprochen, konstatiert der Herr *Vorsitzende* die vollständige Übereinstimmung der Conferenz über diesen Punkt. Derselbe eröffnet sodann die Discussion über

Frage 4

und legt seine Ansicht über das Vorgehen des Bundesrathes dar. Die italienische Regierung lehnt sich in ihrer Note an 2 Beschlüsse der ital. Kammern, wovon der eine die Verlängerung der ital. Verträge über den 30. Juni 1883 hinaus als unthunlich erklärt, der andere aber bestimmt, dass für die neuen Verträge, die Oesterreich & Frankreich gewährten Begünstigungen als Norm dienen sollen. Was den ersten Punkt betrifft, so können wir uns mit der ital. Regierung um so eher einverstanden erklären, als auch die eid. Räte bei Gelegenheit der letzten Verlängerung von der Vorsetzung ausgingen, dass dies die letzte Verlängerung sei.

Betreffend den 2. Punkt, wird der ital. Regierung entgegenzuhalten sein, dass auch die Schweiz

18. Vgl. Nrn. 152, 153 und 154.

19. E 13 (B)/214. Vgl. auch Nr. 152 und den Handelsvertragsentwurf zwischen Deutschland und Oesterreich in der Beilage zum Schreiben von Tschudi an Heer vom 17. 12. 1878 (E 13 (B)/212).

20. Vgl. das Nationalratsprotokoll vom 27. 3. 1879 (E 1001 (C) d 1/71, Nr. 165).

die Vortheile nicht für genügend erachte, welche ihr durch die blosse Meistbegünstigung von Seite Italiens geboten würden, dass sie namentlich darauf dringen müsse, gewisse Conzessionen auf Baumwollwaaren, sowie auf andere, in heutiger Conferenz genannte Artikel zu erhalten. Dagegen wird man der ital. Regierung die Bereitwilligkeit aussprechen können, die meisten Reduktionen, die Italien vermuthlich verlangen wird, zuzugestehen, was wir in der That unbedenklich thun dürfen.

Schliesslich wird der ital. Regierung der Vorschlag zu erneuern sein, die Unterhandlungen durch Abgeordnete und zwar in Bern, zu führen; dieselbe wird so genöthigt, wenigstens zu antworten. Fällt die Antwort negativ aus, wird dann aber die Frage entstehen, ob ein einseitiger Tarifvertrag nicht dennoch einzugehen sei; jedenfalls werden wir den eventuell bejahenden Bescheid hierauf auf den letzten Augenblick zu verschieben haben.

Die Conferenz erklärt sich *einstimmig* mit diesem Vorgehen einverstanden.

Man ist ferner einverstanden, vorderhand auf keine Einzelheiten betreffend die event. Vertrags-tarife einzutreten, sondern je nach dem Ausfall der ital. Antwort in einer spätern Sitzung hierauf einzugehen.

Herr Bundesrath Droz verdankt den Anwesenden ihre Mitwirkung und schliesst die Conferenz um 5 $\frac{1}{4}$ Uhr.

229

E 13 (B)/202

*Der Vorort des schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins¹
an den Vorsteher des Handels- und Landwirtschaftsdepartements, N. Droz*

B

Zürich, 13. Februar 1883

In Ihrer geehrten Zuschrift vom 2. d. M.² geben Sie uns Mittheilungen über den gegenwärtigen Stand der Handelsvertragsunterhandlungen mit Japan, und ersuchen uns um allfällige Bemerkungen zu dieser Angelegenheit. Indem wir Ihnen, hochgeehrter Herr Bundesrath, die gefl. Kenntnissgabe der bezüglichen Anfrage ergebenst verdanken, gestatten wir uns Ihrem Ansuchen, soweit es uns möglich, und gestützt auf den Inhalt des Schreibens des schweiz. Generalkonsuls in Jokohama³, nachzukommen.

Wie wir vernehmen, war es unserem Generalkonsul in Folge von Abwesenheit nicht möglich, persönlich an den bisherigen Conferenzverhandlungen betr. die Revision der japanischen Handels- und Freundschaftsverträge Theil zu nehmen. Wir bedauern dies, weil wir uns nach Prüfung der verschiedenen Punkte dem Eindrucke nicht ganz verschliessen können, dass eine unmittelbare persönliche Vertretung vielleicht doch etwas mehr Nachdruck auf die *spezifisch schweizerischen Interessen* zu legen vermocht hätte, als es die Coalition der übrigen Delegirten von ihren Gesichtspunkten aus zu thun sich veranlasst sehen konnte. Immerhin hoffen wir, dass es den Bemühungen des Vertreters unseres Landes⁴ noch gelingen werde, bei den defini-

1. *Unterzeichnet:* C. Cramer-Frey, Präsident; Alfred Frey, Sekretär.

2. *Nicht ermittelt.*

3. *Vgl. das Schreiben von Wolff an den Bundesrat vom 22. 12. 1882 (E 13 (B)/202).*

4. *Vgl. Nr. 262, Annex.*

tiven Verhandlungen wenigstens in etwelchem Masse das Ergebniss der bisherigen Conferenzen umzugestalten, welches er selbst als ein für die Schweiz höchst ungünstiges bezeichnet.

Zu der *Revision des Zolltarifs vom 25. Juni 1866*⁵ übergehend, glauben wir uns nicht verhehlen zu sollen, dass an Japan gewisse Zugeständnisse gemacht werden müssen. Man würde sich somit nicht allzu sehr beklagen dürfen, wenn die von den Delegirten der fremden Mächte übereinstimmend proponirten Ansätze⁶ Annahme finden würden, denn sie enthalten doch eine ganz bedeutende Reduktion der japanesischerseits gestellten Begehren. Was allerdings die Ansätze betrifft, welche für die unseren Export vorzüglich bildenden Artikel vorgeschlagen sind, so scheint es uns auf den ersten Blick wie gesagt, als ob sie der Ausdruck von Concessionen wären, welche die fremden Mächte zu Gunsten der Waaren ihrer Provenienz der japanesischen Regierung gemacht haben.

Mit Bezug auf die einzelnen Positionen erlauben wir uns einige wenige Bemerkungen, indem wir die Nummerirung des Gegenprojekts zu Grunde legen:

N^o 77. *Taffachelass* wurde in frühern Jahren massenhaft aus der Schweiz nach Japan ausgeführt, allein der jährliche Export ist von 2—300,000 Stük auf etwa 20,000 hinuntergegangen. Der gegenwärtige Zoll von 5% bewirkt bei der rasch steigenden einheimischen Produktion jetzt schon beinahe einen Ausschluss vom japanesischen Markte, so dass eine Erhöhung des Zolles auf 10% unsern Export kaum mehr empfindlich treffen wird.

Bei N^o 79. *Rouge d'Adrianople, batistes et tissus teints und bedruckt* ist England z. B. weit mehr interessirt als die Schweiz.

N^o 150. *Anilinfarben*. Hier stehen die Interessen Deutschlands und Englands ebenso sehr auf dem Spiel wie diejenigen der Schweiz. Der Ansatz von 10% erscheint nicht übermässig hoch.

N^o 382. *Tissus de soie de toute sorte, en soie pure ou mélangé*. Die hier in Betracht fallenden halbseidenen Gewebe, *Satins mi-soie*, sind mit 15% etwas stark belastet, aber man sagt uns, dass Japan eben grundsätzlich darauf bestehe *Luxusartikel* höher als andere zu besteuern. Aus diesem Grunde scheinen auch:

N^o 429. *Montres ou pièces d'horlogerie fine, en or*, welche vorzugsweise die Schweiz einführt, mit 20% verhältnissmässig höher taxirt als

N^o 429 (?) *Montres et pièces d'horlogerie en métal ordinaire, argent ou argent doré*, welche nur 10% Zoll bezahlen. Wenngleich namentlich Nordamerika diese ordinären Uhren in Japan importirt, so schickt es doch in nicht unbeträchtlichem Masse auch *feinere*.

Dem hohen Ansätze von 20% auf:

N^o 431. *Absinthe, Bitters, Kirsche*ct. darf wohl kaum ein Widerstand entgegengesetzt werden, da der schweizerische Export nach Japan in diesen Artikeln ein geringer ist, und wieder z. B. England mit Brandy u. s. w. weit mehr an der betr. Position interessirt ist.

5. Vgl. The Tariff Convention, signed on the 25th June 1866, by the Representatives of England, America, France, Holland and Japan, also The Bonded Warehouse Regulations, and rates of charges. Yokohama, Japan (E 13 (B)/197).

6. Vgl. die Beilage zu Protokoll Nr. 10 vom 11. 5. 1882: *Projet de tarif. Contre-projet des délégués étrangers* (E 2200 Tokio 1).

Ob jetzt noch Bemühungen schweizerischerseits um Reduktionen einzelner Ansätze von Erfolg sein möchten, nachdem die Conferenz der fremden Mächte ihr Gegenprojekt ausgearbeitet hat, wird wohl davon abhängen, wie sich die andern Regierungen zu dem von ihren Vertretern vorgelegten Elaborate stellen werden.

In seinem Schreiben berührt der schweiz. Generalkonsul als weitere Punkte, die mit der Revision des Handels- und Freundschaftsvertrags von 1864⁷ im Zusammenhange stehen, die Bestimmungen über die *Jurisdiktionsbefugniss* und *das Reiserecht* des *Generalkonsuls* im Innern des Landes. Nach den anlässlich der Revision getroffenen Vereinbarungen sollen nun:

1. die *kaufmännischen* Consuln keine Jurisdiktion mehr ausüben;
2. die *kaufmännischen* Consuln gegenüber den andern Kaufleuten mit Bezug auf das Reiserecht im Innern des Landes kein Vorrecht mehr geniessen.

ad 2. Was den letztern Punkt anbelangt, so findet der schweiz. Generalkonsul diese Bestimmung nicht vereinbar mit einer andern, nach welcher «les fonctionnaires des Consulats (all regular official members) au Japon» das freie Circulationsrecht im Innern zugesichert erhalten. Es ist zu bedauern, dass es unserem Vertreter nicht gelungen ist durch Anfrage an Ort und Stelle bei den Mitgliedern der Conferenz die von ihm angedeuteten Zweifel und Incongruenzen zu lösen. Der Sinn ist wohl der, dass man eben keine *Handelsconsuln* mehr im Innern reisen lassen will, gestützt auf Erfahrungen, dass vom Einem oder Andern dieser Herren zum Zwecke privater Handelsgeschäfte mit dem Privileg Missbrauch getrieben worden ist. Da, was die Schweiz anlangt, auch nach dem bestehenden Vertrag nur der diplomatische Agent und der Generalkonsul dieses Privileg innehatten, so wird dem Wegfall desselben nicht eine grosse Bedeutung beizulegen sein.

ad 1. Ein empfindlicherer Schlag für die Schweiz und andere kleine Mächte wäre dagegen die *Aufhebung der Jurisdiktionsbefugnisse der kaufmännischen Consuln*, da die Unterstellung der schweiz. Angehörigen unter japanesische Gerichtsbarkeit für eine *längere Periode* noch von vornherein als absolut unzutraglich bezeichnet werden muss.

Es darf als ziemlich sicher vorausgesetzt werden, dass bei den meisten Mächten vorderhand bezüglich der Ablehnung der japanesischen Gerichtsbarkeit nur eine Meinung herrscht. Andererseits besteht jedoch das Faktum, dass namentlich die Grossmächte, welche bevollmächtigte Minister und *Berufsconsuln* in Japan haben, durchaus damit einverstanden sind, dass die *Handelsconsuln* keine Jurisdiktion ausüben sollen.

Der Schweiz bleibt damit unseres Erachtens wohl bloss folgende Alternative:

a. Entweder ein *Berufsconsulat* zu kreiren, welches durch einen keine Handelsgeschäfte betreibenden juristisch gebildeten Mann zu besetzten wäre. Liesse sich freilich nun auch denken, dass sich für kürzere Zeit jüngere Juristen unter theilweiser Aufwendung eigener Mittel zur Übernahme eines solchen Postens bereit fänden, ohne dass die Eidgenossenschaft finanziell stark beansprucht würde — so dürfte wohl der hohe Bundesrath aus noch andern Gründen schwerlich geneigt sein, das Institut der *Berufsconsuln* im Allgemeinen und für Japan im Speziellen, anzuregen.

b. Oder ihre Landesangehörigen wie verschiedene kleinere Staaten unter den Schutz anderer Mächte zu stellen. Es stehen z. B. Dänemark und Schweden u. Nor-

7. AS 1863—1866, VIII, S. 683—709.

wegen unter holländischem Schutze. Allerdings würden wir diesen Ausweg nur in letzter Linie betreten und erlauben uns desshalb die Anregung, ob nicht der hohe Bundesrath im gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen sich mit den kleinern Vertragsstaaten: Portugal, Dänemark, Schweden und Norwegen, zu dem Zwecke in Verbindung setzen könnte, dass sie bei den weitem Verhandlungen mit der Schweiz gemeinsam für Beibehaltung der Jurisdiktionsbefugnisse der kaufmännischen Consuln eintreten würden. Ein Urtheil über die Zweckmässigkeit eines solchen Schrittes massen wir uns allerdings nicht an.

Eventuell würde sich unser Bemühen einstweilen darauf zu beschränken haben, die Verhandlungen, so weit es in unserer Macht liegt, möglichst in die Länge zu ziehen.

Was zum Schlusse die Vertragsdauer anlangt, so wird sie sich am besten nach der Gunst oder Ungunst des neuen Vertrages richten. Da in Europa sonst 10 Jahre gebräuchlich sind, so möchte diese Dauer auch im vorliegenden Falle nicht sehr anfechtbar sein. Die Schweiz wird wohl gegen die Annahme derjenigen Dauer nicht opponiren, welche den übrigen Mächten genehm sein wird.

Dieses sind, hochgeehrter Herr Bundesrath, die Bemerkungen, die wir auf Grund eingegangener Erkundigungen zu machen uns erlauben.

Wir bekennen uns bei diesem Anlasse zum Empfange Ihres geehrten confidentiellen Schreibens vom 5. d. M.⁸ — betr. die Revision des franz.-türkischen Conventionaltarifs und werden Ihrem darin ausgesprochenen Wunsche binnen Kurzem nachzukommen in der Lage sein.⁹

8. E 13 (B)/270.

9. Vgl. das Schreiben des Vororts an Droz vom 11. 3. 1883 (E 13 (B)/270).

230

E 13 (B)/202

*Der Bundespräsident und Vorsteher des Politischen Departements,
L. Ruchonnet,
an den schweizerischen Generalkonsul in Yokohama, A. Wolff*

Kopie
S

Berne, 15 février 1883

Il peut être utile que vous connaissiez les faits suivants, que je vous communique à titre strictement confidentiel.

Le général Ida, Ministre plénipotentiaire du Japon auprès de la République française, accrédité également auprès de la Confédération suisse, est venu à Berne ces jours derniers & m'a demandé audience pour me faire de la part du Ministre des Affaires étrangères du Japon une communication confidentielle.

La communication consistait en ceci: le Ministre des Affaires étrangères du Japon me fait demander par le général Ida de renoncer à vous déléguer comme second représentant de la Suisse aux conférences de Tokio.

Le motif que le général Ida m'a donné, en l'entourant de mille précautions oratoires, c'est que vous êtes un commerçant et non un consul de carrière. J'ai demandé tout d'abord au représentant japonais si le Ministre agissait de sa propre inspiration, ou s'il était poussé par des représentants étrangers à faire cette démarche. J'étais autorisé à poser cette question, puisqu'en fait vous avez été admis et reconnu par le Ministre japonais comme délégué suisse¹, en sorte que la démarche faite par le général Ida est en contradiction avec la première décision du Ministre. Le général Ida m'a affirmé que le Ministre n'agissait que de sa propre inspiration & que s'il n'avait pas voulu repousser tout d'abord votre mandat, c'était par égard pour le gouvernement suisse et dans l'espoir que ce dernier renoncerait de lui-même à insister pour votre présence aux conférences.

Dans deux longs entretiens que j'ai eus avec le général Ida, j'ai exposé les points suivants:

1. A la seule exception de cinq Ministres plénipotentiaires, dont quatre pour nos quatre Etats-frontières (France, Allemagne, Autriche-Hongrie & Italie) & le cinquième pour les Etats-Unis de l'Amérique du nord (en raison de la grande émigration), la Suisse n'a d'autres représentants que des consuls-généraux. Ce sont des consuls-généraux qui la représentent à Londres, à S'Pétersbourg, à Bruxelles, à Madrid, à Lisbonne, à Buenos-Ayres, etc., etc.

2. Ces consuls-généraux sont tous des commerçants. La Suisse n'a aucun consul de carrière.

3. Néanmoins, ils ont toujours été agréés comme intermédiaires diplomatiques. La Suisse n'a pas d'autres agents qu'eux pour porter ses communications auprès des Gouvernements de la Russie, de l'Angleterre, etc.

4. Toutes les fois que, dans ces derniers temps, la Suisse a eu à discuter des traités de commerce, elle a adjoint à son représentant principal, comme délégués officiels, un ou plusieurs industriels ou commerçants. C'est ce qui a eu lieu, entr'autres, en 1881 pour la discussion du traité de commerce avec l'Allemagne, en 1881 & 1882 pour le traité de commerce avec la France, en ce moment pour un traité avec l'Italie.

5. De même que cela a lieu à l'occasion du traité entre le Japon & [la] Suisse, on a agité dans nos récentes négociations avec l'Allemagne et la France des questions diverses, qui ne se rapportaient pas au commerce, sans que pour cela les Etats aient contesté à nos représentants commerçants la compétence et le droit d'en parler, étant d'ailleurs bien entendu que chaque représentant a la convenance de ne traiter que les questions sur lesquelles il est instruit.

De tout ceci résulte que le choix fait par la Suisse dans la personne de M. Wolff pour la représenter comme second délégué dans les conférences du Japon, est conforme à tous les antécédents de la Suisse, que dans cette occasion la Suisse agit vis-à-vis du Japon comme elle l'a fait vis-à-vis des plus grands Etats de l'Occident, & que dans des cas identiques ces dits Etats n'ont pas soulevé la moindre objection contre le mode de faire que la Suisse a choisi dans sa libre appréciation & en conformité avec ses idées, ses moeurs, ses institutions démocratiques & ses antécédents.

A ces divers considérations, que j'ai exposées verbalement & dont j'ai résumé une partie dans une note écrite², que j'ai remise au général Ida, j'ai ajouté à peu près ces

1. *Vgl. Nr. 227.*

2. *Nicht ermittelt.*

paroles; «Je comprends fort bien quel est au fond le motif pour lequel le Ministre des Affaires extérieures du Japon ou ses inspirateurs voudraient écarter M. Wolff des conférences: C'est qu'on veut supprimer le droit de juridiction des consuls de commerce. Sur ce point je ne cache pas mon sentiment; le voici: si le Japon cherche à secouer le poids de la juridiction étrangère sur son sol il poursuit un but patriotique & il l'atteindra certainement un jour, lorsque la civilisation aura réellement pénétré ce pays. Mais s'il veut supprimer la juridiction des consuls de commerce & laisser subsister celle des consuls de carrière, je ne le comprends plus. Au point de vue politique, l'autorité des consuls des grands pays est la seule qui doit porter ombrage au gouvernement japonais. Quant aux capacités, je tiens un commerçant pour plus capable qu'un diplomate de juger les conflits soumis aux consuls et qui pour la grande majorité sont des affaires de commerce. Ici, en Occident, nous ôtons aux jurisconsultes pour la donner à des tribunaux de commerçants, la connaissance des litiges commerciaux, & nous considérons cela comme un progrès.

Nos conférences se sont terminées ainsi. Le général Ida qui va rentrer au Japon fera part de mon point de vue au Ministre Japonais.³ En tous cas et jusqu'à ultérieure décision du Conseil fédéral, vous ne devez point vous départir de votre mandat.⁴

Je tenais à ce que vous fussiez au courant de ce qui précède, mais je répète que vous devez le tenir pour strictement confidentiel.

3. Mit Note vom 4. 3. 1883 sprach Ida erneut den Wunsch aus, Wolff möchte an den Verhandlungen nicht teilnehmen (E 13 (B)/202).

4. Vgl. auch Nr. 262.

231

E 20/87

*Der schweizerische Gesandte in Wien, J. J. von Tschudi
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
L. Ruchonnet*

B

Wien, 22. Februar 1883

Ich beehre mich Ihnen beigeschlossen eine vorgestern erhaltene Note¹ des k. u. k. Ministeriums des Äusseren zu übersenden, in welcher nun dasselbe Mittheilung über den gegenwärtigen Stand der Rhein-Korrektionsfrage als Antwort auf meine verschiedenen Noten, die ich in dieser Frage in jüngster Zeit an dasselbe gerichtet habe, macht.

Sie wollen aus dieser Note gefälligst entnehmen:

a) Das Resultat der internen kulturtechnischen Kommission, die im Juni v. Js. die Korrektionsfrage an Ort und Stelle eingehend geprüft und ihren Bericht in dem beiliegenden Protokolle, aufgenommen zu Feldkirch am 7. Juni 1882, niedergelegt hat.

1. Nicht abgedruckt.

Ich ersuche auf Wunsch des Ministeriums um gefällige Rücksendung dieses Protokollens.²

b) Die Mittheilung der k. u. k. Statthalterei für Tirol dass die Rhein-Korrektionsfrage in der letzten Vorarlberger Landtagssession zur Verhandlung kam, die Majorität des Landtages sich gegen die Durchstichsausleitung in die Hard-Fussacher-Seebucht ausgesprochen, und den Antrag gestellt habe, dass die Rheinausleitung westlich von der Rohrspitz stattfinden und noch verschiedene weitere Erhebungen gepflogen werden.

c) Die Mittheilung dass den Anträgen des Vorarlberger Landtages seitens der k. u. k. Regierung keine Folge gegeben, die Statthalterei für Tirol und Vorarlberg vielmehr beauftragt wurde unverzüglich die Ausarbeitung der nothwendig anerkannten Projektmodifikationen vornehmen zu lassen und eventuell zum Abschluss des Staatsvertrages mit der Schweiz geschritten werden könne.

Ich erlaube mir hiezu folgende Bemerkungen:

ad a) Ich habe mit Prof. Dr. Perels wiederholt Rücksprache über das Resultat der Untersuchungen der kulturtechnischen Kommission genommen; er glaubt, dass die im Protokolle niedergelegten Vorschläge wesentlich zum günstigen Erfolge des Unternehmens beitragen werden. Gegen den gleichzeitigen Beginn beider Durchschnitte, glaubt er, sei kaum noch anzukämpfen, da derselbe einerseits durch gegenseitige Vereinbarung schon bestimmt sei, andererseits die Stimmung in Vorarlberg auf das entschiedenste gegen die Aufeinanderfolge der Durchstiche sei. Nach seiner Ansicht wäre es ebenso rationell zuerst den unteren Durchstich zu vollenden, die Wirkung davon abzuwarten, und dann je nach den Bedürfnissen Hand an den oberen zu legen. Wie die Verhältnisse aber gegenwärtig liegen, sei an ein einseitiges Vorgehen durchaus nicht zu denken.

ad b) Die Abweisung des Regierungsvorschlages und die neuen Anträge durch den Vorarlberger Landtage sind weder wissenschaftlich noch technisch begründet und durchaus nicht ernst zu nehmen. Sie sind nur ein Verschleppensmanoeuvre wie von Zeit zu Zeit solche auftauchen. Wenn heute die Regierung die Vorschläge des Landtages annehmen würde und Aussicht vorhanden wäre, dass sie durchdringen würden, so würden die Opponenten der Rheinkorrektion unverzüglich wieder mit neuer und womöglich noch unsinnigerer Proposition hervortreten. Es ist eine politische Opposition quand même.

ad c) Seit Jahr und Tag habe ich sowohl mündlich und schriftlich dahin gearbeitet, dass die Regierung die Opposition des Landtages nicht mehr berücksichtigen, und über den Kopf desselben hinweg den Staatsvertrag mit der Schweiz abschliessen solle, da nur auf diese Weise das gewünschte Ziel erreicht und der unsinnigen Opposition die Spitze gebrochen werden könne. Endlich hat nun die Regierung dieser meiner Ansicht beigepflichtet, indem sie die Statthalterei beauftragte den Anträgen des Landtages keine Folge zu geben. Es ist diess der *grösste* und geradezu *ein entscheidender* Fortschritt in der Rhein-Korrektionsfrage. Wenn die Punkte, welche die kulturtechnische Kommission angeführt hat genau untersucht und erwogen sind, so steht nach meiner Ansicht dem Abschlusse des Staatsvertrages nichts mehr im Wege und mein Nachfolger kann dann die Frucht meiner fünfzehnjährigen Arbeit ernten.

2. Nicht abgedruckt.

*Die schweizerischen Handelsvertragsdelegierten in Rom, S. Bavier und
J.R. Geigy, an den Bundesrat*

B N° 6¹

Rom, 1. März 1883

Wir sind gestern Nacht in Besitz Ihres chiffirten Telegramms² gekommen und erlaubten uns heute Morgen auf gleichem Wege unsere Antwort³ zuzusenden, indem wir Ihnen nach innerster Überzeugung unsere Ansicht über den Stand der Dinge betreffend unsere Unterhandlungen mit der italienischen Regierung klar zu machen suchten.

Wir haben von Anfang an die Hauptpunkte von den Nebenpunkten zu unterscheiden gesucht. Als Hauptpunkte mussten wir nach unserer Instruction⁴ ansehen:

1°. Ein Vertrag mit Conventional Tarif auf Grundlage der Reciprocitaet.

2°. Die Einräumung der gegenseitigen Meistbegünstigungs Clausel.

3°. Die Abweisung des von Italien verlangten Zoll-Cartels.

Als Nebenpunkte betrachteten wir die Tarifpositionen, mit Ausnahme einerseits der «Baumwolle» und anderseits des «Kaese» für welche Producte wir theils Concessionen auf dem Generaltarif, theils den Vortheil des Conventionaltarifs zu verlangen trachten müssen.

Wir glauben nun, dass trotz den trüben Aussichten, welche sich auf das Schreiben der ital. Regierung vom 31. August 1882⁵ und die anfänglich gestellten Bedingungen der ital. Minister stützten, wir mit grossen Anstrengungen die sämtlichen drei Hauptpunkte glauben erlangt zu haben. Des fernern scheint es uns, dass die von Italien im projectirten Conventional Tarif uns bewilligten Concessionen sich neben denjenigen, welche wir Italien zugestehen müssen, ganz gut sehen lassen dürfen. Man eröffnet damit einigen unserer Industrien die Aussicht auf einen loyalen und möglicherweise bedeutenden Verkehr mit Italien, während abgesehen von fiscalischen Gründen wir uns durch die gemachten Concessionen einige Lebensmittel billig zuführen können.

Wenn unsere Anschauung richtig ist, so glauben wir, was die Hauptpunkte anbelangt uns auf dem gewünschten Boden zu befinden und mit Ausnahme von Baumwolle ein unter jetzigen Umständen befriedigendes Resultat erlangt zu haben; wir müssten desshalb bedauern, wenn wegen einiger Nebenpunkte die ganze mühevoll

1. Dieser Bericht existiert doppelt (N° 3 und N° 6). Hier wird die Fassung idem rectifié abgedruckt, welche Geigy seinem Schreiben an den Bundesrat vom 3. 3. 1883 beilegte (E 13 (B)/213).

2. Nicht abgedruckt.

3. Nicht abgedruckt.

4. Vgl. Nr. 228, sowie die Anträge von Droz an den Bundesrat vom 6. 11. 1882 und 11. 1. 1883 (E 13 (B)/213) und die Bundesratsprotokolle vom 23. und 28. 2. 1883 (E 1004 1/132, Nrn. 940 und 1043).

5. Nicht abgedruckt.

Arbeit nochmals zu beginnen wäre ohne jegliche Aussicht auf Besserung unserer Lage. Wir haben in unserm Telegramm hervorgehoben, wie durch die Presse und durch Petitionen und Deputationen die Minister beeinflusst werden und dadurch die Geneigtheit neue Verträge abzuschliessen täglich kleiner wird. Unsere Ohmgelder sind den Leuten ein Dorn im Auge und die Frage des Cartels kann wieder auftauchen.

Wenn wir nun kurz auf die in Ihrem Telegramm erwähnten Punkte eintreten, so wollen wir vorerst bemerken dass was «Kaese» anbelangt wir das Binden dieser Position in unserm Vertrag selbst zu f 8.— als selbstverständlich ansehen, da erstens der oestr. Vertrag schon per Ende 1887 abläuft, und zweitens diese Position nur in diesem einen Vertrag gebunden ist. Wir haben übrigens die wenigen Positionen, welche für uns von Wichtigkeit sind und nicht gleichzeitig im oestr. und franz. Verträge gebunden sind, vorgemerkt, um zu verlangen, dass sie unserm Conventionaltarif einverleibt werden.

Mit Ihrem Telegramm verlangen Sie nun

1°. Insistez encore pour réduction sur coton:

Wir haben früher Gesagtem noch beizufügen, dass wir unterm 26^l. Februar an Minister Mancini ein Memorial abgegeben haben, wovon wir Ihnen beiliegend eine Copie⁶ zuzustellen die Ehre haben. Ein grosser Theil der Schuld an dem Misslingen unserer Bemühungen Concessionen für die Baumwolle-Artikel zu erhalten, liegt erstens in dem Mangel von zu leistenden Gegen-Concessionen unsererseits und zweitens in dem verhältnissmässig unbedeutenden Import der Schweiz gegenüber andern Staaten, besonders England. Selbstverständlich würden sämtliche der Schweiz gemachten Concessionen auch den andern Vertrags-Staaten zu gut kommen und dadurch die Zollintrade Italiens ohne jegliche Gegenconcession bedeutend geschädigt werden.

Folgendes ist die genaue Aufstellung des Importes in Baumwolle. (Die Statistik für 1882 erscheint erst im Juny).

Filati	1880	total Import	57583 qm.	von der Schweiz	4502 qm.
Filati	1881	total Import	112336 qm.	von der Schweiz	6257 qm.
Tessuti	1880	total Import	89751 qm.	von der Schweiz	8223 qm.
Tessuti	1881	total Import	131480 qm.	von der Schweiz	9921 qm.

Würde man also auf den Filati eine Reduction von f 2.— erhalten, so hätte die Schweiz 1881 allerdings f 12,514.— an Zöllen erspart; die Zollintrade Italiens wäre aber um f 224,672.— kleiner gewesen. Erhielten wir bei den Tessuti die energisch verlangte Abänderung des Classement bezüglich der Erhöhung der Fadenzahl von 27 auf 35, was ungefähr einer Zolldifferenz von f 2.— entsprechen würde, so gewönne wiederum die Schweiz f 19,842.—, dagegen hätte die Zollintrade Italiens f 262,960.— weniger auszuweisen.

Zusammengezogen würde also der Gewinn der Schweiz von f 32,356.— Italien f 487,632.— gekostet haben. Da die andern Länder diese Concession gratis erhalten, so fragt es sich welche Concessionen wir zu bieten haben, um Italien einigermassen zu befriedigen.

2°. Demandez que taxe sur emballage filés soit fixée à 18 et 5 %

Wir hatten in dieser Beziehung nichts versäumt und das Begehren mündlich

6. Nicht abgedruckt.

und schriftlich gestellt, gestützt auf den Bericht von Zürich Seite 17⁷; aber ablehnenden Bescheid erhalten.

Bei der ersten Gelegenheit werden wir dieses berechnigte Begehren wiederholen.

3°. Dans tous les cas insistez pour que droits sur broderies, tulles, mousselines, bonneterie, coton et fromages soient liés aux taux actuels.

Auch hier gilt die gleiche Bemerkung wie vorstehend und werden wir gerne nochmals darauf zurückkommen. Dagegen herrscht auch hiebei in der Schweiz einige Übertreibung bezüglich des Importes dieser Artikel nach Italien.

Der Import der Stickerei betrug im Jahr 1880 total qm 419, von der Schweiz qm 71 — im Jahr 1881 total qm 666, von der Schweiz qm 90 —

für tulle, gaze & mousseline erzeigt die Statistik folgende Importe

1880 total qm 651 von der Schweiz qm 39.—

1881 total qm 861 von der Schweiz qm 40.—

4°. Demandez également forte réduction sur lait condensé avec sucre et chocolat.

Es ist dies geschehen, jedoch ohne Erfolg, da Italien betreffend Zucker strenge Vorschriften hat und davon alle Artikel berührt werden, welche Zucker enthalten. Deshalb hat sich auch Italien gegenüber Frankreich und Östreich freie Hand behalten und kann sich auch mit der Schweiz nicht binden.

Der Absatz von lait condensé avec sucre wäre jedenfalls höchst unbedeutend, dagegen ist Chocolate wichtiger und wenn es möglich gewesen wäre Concessionen zu erhalten, so hätten wir nicht verfehlt hier darauf zu dringen.

Im Übrigen ist Ihnen nicht unbekannt, dass beantragt ist den Zoll von Chocolate von f 85.— auf f 100.— zu erhöhen, und zwar weil auch Cacao erhöht werden soll. Aussicht auf eine Reduktion ist in keiner Weise vorhanden.

5°. Demandez que dénomination au tarif des tuyaux à gaz parmi ouvrages fonte polis.

Es ist auch dies geschehen und nicht abweisend beantwortet worden, und ist dies ein zurückgestellter Punkt.

Sie ersehen also aus Vorstehendem, dass sämtliche Begehren entweder unmöglich zu erhalten sind — es sei denn, dass man ernstlich die Frage des Cartels in ausgedehnter Weise in Überlegung ziehen wolle — oder, dass dieselben nicht von derjenigen Bedeutung sind, welche ein Scheitern der Vertragsunterhandlungen rechtfertigen dürften.

6°. Quant à durée traité acceptons art. 18 franco-italien, mais avec modification six mois avertissement au lieu douze.

Wir werden nicht ermangeln dieser Instruction nachzukommen, und über den Erfolg zu berichten.

7°. Si ces propositions sont acceptées vous pouvez offrir à l'Entrée en Suisse Oranges et Citrons f 5.— fruits du midi autres f 10.— riz en grains perlés f 1.— Pâtes d'Italie f 7.— Vous tiendrez ferme à ces taux nécessaires pour équilibre financier.

Es ist unbedingt dieser Gegenstand, welcher uns am meisten überrascht hat.

7. Gutachten der vom Regierungsrathe des Kantons Zürich bestellten Expertenkommission für die Revision des Handelsvertrages mit Italien. Januar 1882 (E 13 (B)/214).

Wie sie wissen sind es gerade diese Artikel, auf welchen wir Concessionen zusagten, um die Concessionen auf Uhren etc zu erhalten, und nun sollen wir

a) für Oranges & Citrons auf f 5.— und für die andern Früchte auch f 10.— festhalten, während sie bis jetzt auf f 7.— stunden, 1878 auf f 5.— & f 8.— als tarif de combat herabgesetzt wurden;

b) für riz en grains perlés auf f 1.— halten, während derselbe bis jetzt —.30 Centimes Zoll und 1878 auf —.50 gesetzt wurde;

c) für Pâtes d'Italie ist der jetzige Ansatz f 7.— 1878 f 4.— und jetzt sollen wir auf f 7.— festhalten.

Die sehr genaue italienische Statistik sagt nun über diese Artikel folgendes:
Für Fruits du Midi frais — Werth f 20.—%K^{os}.

Export 1881	total q. 52,775
für die Schweiz 1881	total q. 561

Für Riz, geschält oder nicht geschält, Werth f 38½ %K^{os}.

Export 1881	total q. 835,980
für die Schweiz 1881	total q. 22,920

für Pâtes d'Italie Werth f 60.—%K^{os}.

Export 1881	total q. 65,012
für die Schweiz 1881	total q. 545

Angenommen wir würden für alle Fruits auf f 2.— heruntergehen, so wäre dieser Zollansatz noch 10% vom Werth und die

Zolleinbusse gegenüber f 5.— also f 3.— von q. 561	f 1683
--	--------

für Reis erscheint —.50 Cent^s. gegenüber Weizen zu —.30 Cent^s.

ganz im Verhältniss und auch im Sinn der frühern Beschlüsse;

allerdings gegenüber f 1.— wird die Einbusse bei q. 22,920	f 11460
--	---------

für Pâtes d'Italie ist f 3.— immer noch 5% vom Werth.

Die Zolleinbusse hätte 1881 bei q. 545 betragen	f 2180
---	--------

zusammen	f 15,323
----------	----------

Nach unserer Überzeugung müssen wir die Idee eines Convent[iona]l Tarifs mit gegenseitigen Concessionen aufgeben, wenn der hohe Bundesrath an diesem Theil der Instructionen festhält.⁸

8. Der Bundesrat antwortete mit Telegramm vom 1. 3. 1883: Nous ne pouvons modifier nos instructions. Les concession offertes par Ellena sont loin de valoir celles demandées entrée Suisse. Vous savez que concessions sur cartel et ohmgeld sont impossibles. Tenez ferme à nos instructions et référez sans rompre négociations (E 13 (B)/213).

233

E 22/1671

*Antrag des Vorstehers des Politischen Departements, L. Ruchonnet,
an den Bundesrat*

Berne, 21 mars 1883

Le Département politique a déjà soumis au Conseil dans la séance, du 20 courant¹, deux lettres qui étaient parvenues à la Présidence le 18, savoir²:

1. Une lettre datée de Rome le 16 courant, & adressée au Président de la Confédération par M. Gaspard Mermillod, signant, Evêque de Lausanne et de Genève, accompagnant:

2. Une lettre adressée le 13 Mars à M. Mermillod par Son Eminence le Cardinal Jacobini, Secrétaire d'Etat du St. Siège.

Dans cette dernière lettre le Secrétaire d'Etat s'exprime comme suit au sujet du Vicariat apostolique conféré à M. Mermillod en 1873: «Il Santo Padre è venuto alla determinazione di preconizzare nell'imminente concistoro Monsign/or/ e Gaspare Mermillod a vescovo di Losanna e Ginevra. Questa pontifica determinazione pone conseguentemente fine al Vicariato apostolico di questa ultima città istituito dalla sa[nta] me[n]te di Pio IX.»

Sur le même sujet M. Mermillod dit dans sa lettre ... «Cet acte du St. Siège (l'élévation de M. Mermillod à l'épiscopat de Lausanne et Genève) comme le déclare la note de Son Eminence le Secrétaire d'Etat met fin au Vicariat apostolique de Genève, institué par Pie IX en 1873; il écarte en conséquence les motifs de mon éloignement, ...».

Par sa lettre du 17 mars³, le Ministre suisse à Rome, confirmant le télégramme qui annonçait la nomination de M^r. Mermillod, ajoutait, que le même jour M^r. l'Abbé Savoy avait été désigné comme l'Adjoint de M^r. Mermillod. Cette seconde nomination n'a pas été communiquée au Conseil fédéral, mais selon la rumeur publique et la presse la mieux informée en cette matière, M^r. Savoy aurait été nommé «*Evêque auxiliaire* de Mgr. Mermillod pour le Diocèse de Lausanne». On assure même que M^r. Savoy porterait le titre d'Evêque d'Hébron (in partibus infidelium).

L'importance de cette seconde élection ne peut échapper au Conseil fédéral. En attendant des renseignements plus précis et plus complets sur ce fait, on peut dores et déjà se demander pourquoi le St. Siège institue deux Evêques pour ce petit diocèse et s'il ne poursuit pas l'idée de créer en réalité, sous une réunion apparente, deux Evêchés distincts.

Le 20 courant le Gouvernement de Genève a délégué auprès du Président de la Confédération deux de ses membres, en la personne de son Président et de son Vice-Président. Ces délégués ont insisté tout particulièrement auprès de l'autorité fédérale pour que celle-ci ne prit aucune décision, ni sur la qualité nouvelle dont le St. Siège a revêtu Mr. Mermillod, ni sur la levée de l'arrêté d'exil, avant d'avoir pris l'avis du Gouvernement de Genève.

1. E 1004 1/132, Nr. 1400.

2. *Beide Schreiben nicht abgedruckt.*

3. *Nicht ermittelt.*

Le même jour, le Conseil fédéral, décidant de s'occuper de cet objet dans sa séance du 22 mars, a chargé son Ministre à Rome de faire savoir verbalement à Mr. Mermillod que le Conseil fédéral prendrait une décision demain et de l'inviter à attendre cette décision avant de quitter Rome. Le Ministre suisse a répondu aujourd'hui même à cette communication «Reçu télégramme. Mermillod attendra votre décision avant de quitter Rome».

En présence de tous ces faits et de la demande instante qui a été présentée au nom de l'Etat de Genève, le Département politique a dû en venir à cette conviction que le Conseil fédéral devait, avant toute décision, prendre l'avis des Gouvernements des cantons intéressés. Le Département propose en conséquence:

1. d'adresser aux Gouvernements des Cantons de *Fribourg, Vaud, Neuchâtel, et Genève*, la lettre suivante:

«Le Conseil fédéral a reçu de M^r. Gaspard Mermillod les deux lettres incluses. Avant de prendre une décision à leur sujet, il désire savoir si vous avez reçu aussi une communication semblable, si vous auriez en outre été informés de l'élévation de M. l'Abbé Savoy au poste d'Evêque auxiliaire du Diocèse et quelle attitude vous croyez devoir prendre ensuite de ces communications.»

2. d'adresser au Ministre suisse à Rome le télégramme suivant:

«Conseil fédéral a décidé d'attendre l'avis des Gouvernements de Fribourg, Vaud, Neuchâtel et Genève avant de prendre une résolution sur les communications Mermillod. Veuillez dire à M. Mermillod que l'arrêté du 17 février 1873⁴ n'est pas levé et qu'il doit attendre ultérieure décision du Conseil fédéral.»⁵

4. E 1004 1/92, Nr. 786. *Abgedruckt in: BBl 1873, 1, S. 363 f.*

5. *Vgl. das BR-Protokoll vom 22. 3. 1883: [...] Herr Vizepräsident Welti stellt den Antrag, der Bundesrat wolle auf Grund der von Herrn Mermillod gemachten Mitteilungen schon heute beschliessen: das gegen Hrn. Kaspar Mermillod in Carouge unterm 17. Februar 1873 erlassene Ausweisungsdekret wird als dahingefallen erklärt.*

Herr Bundesrat Hammer stellt zum Antrag des Herrn Welti folgenden Zusazantrag:

Mit diesem Beschluss soll allfälligen Einsprachen eines Diözesan-Kantons in keiner Weise vorgegriffen sein.

Herr Bundesrat Welti erklärt sich mit diesem Zusaz, der übrigens selbstverständlich sei, als einverstanden.

Nach gewalteter Beratung wird der Antrag des politischen Departements gegenüber dem Antrage der Herren Welti und Hammer mit 3 gegen zwei Stimmen angenommen. [...] (E 1004 1/132, Nr. 1445). Wegen der Ernennung Baviens zum Gesandten in Rom waren nur sechs Bundesräte anwesend.

E 13 (B)/213

*Der schweizerische Gesandte in Rom, S. Bavier,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
L. Ruchonnet*

B

Rom, 22. März 1883

Wie ich Ihnen soeben telegraphirte¹, haben wir heute Abend 6° den Handelsvertrag unterzeichnet. Es war schon gestern Alles zur Unterzeichnung vorbereitet & wir hatten uns zu diesem Behuf im Ministerium des Äussern eingefunden. In dem gestern stattgehabten Ministerrath war jedoch der zwischen den Herren Mancini, Magliani & Berti & uns vereinbarte Entwurf stark angegriffen worden und hatte man verschiedene Begehren gestellt nemlich:

1. Dass ein allgemeiner Zollcartel eingeführt werde.²
 2. Dass der Art 17 des alten Vertrages³, betreffend Begünstigung einer Verbindung beider Länder durch eine Alpenbahn, gestrichen werde.
 3. Dass wir uns verpflichten eine Ermässigung der Gotthardtarife herbeizuführen.
- Wir erklärten auf diese 3 Punkte nicht eintreten zu können & begründeten unsere Weigerung in einlässlicher Weise.

Man beschloss hierauf heute nochmals in einer Conferenz zusammentreten & bei derselben einigten wir uns dahin am Vertrag nichts zu ändern; dagegen die Wünsche der Italiäner in ein Protocoll aufzunehmen ohne unsererseits bindende Verpflichtungen gegenüber denselben einzugehen.

Der Vertrag ist nun ganz in den Schranken unserer erhaltenen Instruktionen abgeschlossen⁴ & es wird Hr. Geigy, der heute noch abreist, Ihnen denselben persönlich überbringen⁵.

ANNEX

E 6/37

*Der Zolldirektor in Lugano, A. Franscini,
an die Oberzolldirektion in Bern*

B Confidentielle

Lugano, 26. Februar 1883

Seit einiger Zeit kommen die italienischen Zeitungen, sowohl die grossen politischen von oben inspirierten als die localen Blätter so oft auf den Schmuggel an der tessin. Grenze, auf dessen Unmoralität und auf die Erfolglosigkeit oder Unzulänglichkeit der bisher getroffenen besondern Massnahmen und überhaupt der gemachten Anstrengungen für dessen Bekämpfung zu sprechen, und

1. Nicht abgedruckt.

2. Vgl. den Annex.

3. AS 1866—1869, IX, S. 673.

4. Vertragstext und Botschaft des Bundesrates in: BBl 1883, 2, S. 761—821. Vgl. auch Nr. 239.

5. Randbemerkung von Bavier: Sehr in Eile, um den Postabgang nicht zu versäumen.

betonen stets die grosse Wichtigkeit für den Fiscus und die öffentl. Moral, dieses Übel zu beseitigen, dass man auf die Vermuthung kommt, es geschehe dies auf eine ausgegebene Parole, wenn nicht zu einem politischen Zwecke, wohl zu demjenigen, bei Anlass der Verhandlungen für einen neuen Handelsvertrag mit der unabweisbaren Nothwendigkeit eines Zollcartels hervorzutreten und um vielleicht den Standpunkt rechtfertigen zu können, dass wenn die Schweiz nochmals ablehnt, Italien zu besondern für uns unangenehmen Massregeln Zuflucht nehmen müsse. Wie gesagt, mir scheint, es beruhen alle die Artikel auf einem Plane in den höheren politischen Regionen.

Besagte Zeitungsartikel können nicht umhin, Eindruck zu machen, wenn sie von Organen an Grenzorten, wie Como, herrühren, von welchen man eben annehmen muss, dass sie gut unterrichtet seien.

In diesem Sinn von grosser Bedeutung erscheint mir der im Araldo, einem angesehenen und als unabhängig geltenden Blatte in Como, kürzlich in beiliegender Nummer erschienene Artikel, welcher tale quale von den grösseren Zeitungen, wie z. B. der angesehenen Perseveranza reproduzirt worden ist, wie mehrere andere vom Araldo rasch auf einander gebrachte sensationelle Nachrichten über von Grenzwächtern entdeckte Schmuggelversuche & blutige Zusammenstösse mit Schmugglern. Die Daten, die im besagten Artikel enthalten sind, rühren offenbar von offizieller Quelle her und deshalb fällt es um so mehr auf, wenn darin die Schmuggler als *svizzeri* bezeichnet werden. Allen, die nur etwas näher über den Schmuggel an dieser Grenze unterrichtet sind, ist es nun bekannt, dass von den zahlreichen Leuten die gewerbsmässig oder auch nur sporadisch den Schmuggel betreiben, sozusagen keiner Tessiner oder Schweizer ist. Es sind alles Italiener, resp. Angehörige der italien. Grenzorte, die ihren Standort bei uns haben oder von Zeit zu Zeit herüberkommen, um die Waare zu holen. Es muss daher obige Unrichtigkeit eine tendenziöse sein. Dass die Depots der zu schmuggelnden Waaren meistens Tessinern gehören ist selbstverständlich, aber wenn die Italiener es nicht übernehmen würden, den Schmuggel auszuführen, würden die Depots eingehen.

Kurz nach Erscheinen obigen Artikels traf ich zufällig mit einem italien. Oberdouaneninspector zusammen. Ich brachte das Gespräch auf den Schmuggel und auf obigen Artikel des Araldo und derselbe äusserte sich dahin: «Was doch die Journalisten für Unsinn bringen, es weiss ja jedes Kind, dass die Schmuggler alle Italiener sind.»

Übrigens ist es sicher, dass der Schmuggel viel weniger stark ist, als derjenige der vor wenigen Jahren stattfand.⁶ Wenn man ihn jetzt so wichtig macht, so ist dies wohl mit der oben angedeuteten Absicht. Zugegeben aber, dass ein starker Schmuggel besteht, so hebe ich hervor, dass die Zeitungen eben so oft Schmuggelfälle an der österreichisch-italien. Grenze bringen, wo doch das Zollcartell in seiner ganzen Herrlichkeit besteht, und wo auf beiden Seiten die Zahl der Grenzwächter eine verschwenderische ist. Es scheint also, dass das Zollkartell ziemlich ohnmächtig ist. Die italienischen Behörden sind im Grunde selbst überzeugt, dass ein Zollkartell, abgesehen davon, dass das mit der Schweiz abgeschlossene nothwendig in verschiedenen Punkten weniger absolut ausfallen müsste, keine grosse Wirksamkeit hätte. Aber man will trotzdem sagen können, dass man dasselbe von der Schweiz verlangt habe.

Unter den Forderungen eines Zollcartels, welche nach der Meinung des obigen Oberdouaneninspectors von der Schweiz doch zugestanden werden sollten, ist diejenige eines Rayons von 10 Km. auf beiden Seiten der Grenze, in welchem den beidseitigen Grenzwächtern die Verfolgung der Schmuggler gestattet wäre.

Ich mache auf diese Äusserung aufmerksam, weil ich glaube, dass der questl[iche] Beamte das ausgesprochen hat, was in Rom die consultirten competenten Behörden angeregt haben werden. Nun gebe ich zu bedenken, was eine solche Concession zu bedeuten hätte! Auf diese Weise könnten und würden Trupps von 10 à 15 Douaniers unsere Grenzorte bis über Mendrisio hinaus durchstreifen, auf Schmuggler schiessen, in Häuser dringen usw. Was dies alles im Gefolge haben würde ist leicht sich vorzustellen.

Ich habe geglaubt, die Oberbehörde auf Vorstehendes aufmerksam zu machen, da ja gerade die Vertragsunterhandlungen bevorstehen oder im Gange sind. [...]⁷

6. Vgl. Nr. 152, Annex 3.

7. Francini wünscht italienische Erleichterungen bei der Verzollung in Chiasso und Luino.

V. Um auf die Frage des Schmuggels zurückzukommen, so kann mit Sicherheit behauptet werden, dass abgesehen von den hohen Zöllen, die Hauptschuld an dessen Fortbestehen die italien. Behörden bei sich selbst & bei Verhältnissen zu suchen haben, zu welchen die Schweiz in keiner Weise mitgewirkt hat. Dass noch viele der italien. Douaniers bestechlich sind ist factum, dass dies der Fall ist, beweist dass die ital. Behörde ihrerseits noch nicht die zunächst angezeigten Mittel erschöpft habe, um das Schmuggelgewerbe gehörig zu hemmen. So lange man ihm dies sagen kann, hat wohl Italien kein Recht eine bezügl[iche] Leistung der Schweiz zu beanspruchen.

Es ist überhaupt naiv dass Italien, von der Schweiz, welcher es den Absatz ihrer Waaren mit steilen Zollerhöhungen fast unmöglich macht, während es (Italien) seinerseits in der Schweiz alle seine Waaren leicht absetzen kann, verlangen will, sie (die Schweiz) möchte dazu selbst mitwirken, damit der Absatz ihrer Waaren nach Italien noch in anderer Weise verhindert werde. Es ist dies wie wenn man Einem der gehängt wird zumuthen wollte, dass er den Strik selber noch stärker zuschliesse.

Der «Araldo» sagt in einem Artikel, es werden die grossen Schmuggeloperationen am hellen Tage unter den Augen der eidg. Behörden vorbereitet, und diese sehen /es/ stillschweigend zu.

Diess ist in gewissem Sinne richtig, und es sollte wirklich etwas geschehen damit nicht Alles so öffentlich geschehe und so den ital. Behörden immer neuer Anlass gegeben werde, den Schmuggel als bedeutend hinzustellen.

Es ist Thatsache, dass z. B. in Lugano sehr oft vor dem Magazine eines Tabakhändlers die öffentl. Arkade am hellen Tage durch Leute versperrt ist, welche damit beschäftigt sind, Ballots von Tabak und Cigarren in da wohl bekannter Form für den Schmuggel zu verpacken. Den Fremden, welche desswegen ausweichen müssen, fällt diese Manipulation auf, und auf Befragen antworten die Leute von Lugano mit einer gewissen Befriedigung, es sei diess alles für den Schmuggel bestimmt und übertreiben dann manchmal auch sehr die Bedeutung dieser Operationen. Dass unter den Fremden, die nach Lugano kommen oder durchreisen viele Italiener sind und darunter Leute die mit den ital. Behörden verkehren oder auch selbst dazu gehören, wird natürlich oft der Fall sein. Dieselben werden natürlich über das, was sie gesehen haben, berichten und die Sache manchmal auch wichtiger machen, auch darauf hinweisen, dass die geheimen Operationen wohl noch grösser sein werden, als die öffentlichen usw.

Um sich grössere Unannehmlichkeiten zu ersparen dürfte es wohl angezeigt sein, dass die eidg. Behörde die kantonalen & durch diese die Gemeindebehörden und durch letztere die betreffenden Geschäftsleute aufmerksam mache, dass wenigstens das öffentliche Treiben letzterer puncto Schmuggel nach Italien in jeder Beziehung nachtheilig sei und im Interesse der nachbarlichen Beziehungen und um Ungelegenheiten sich möglichst zu ersparen vermieden werden sollte.⁸

8. *Am Schluss des Schreibens setzte Droz hinzu: Verf[ügung].* An Hr. Fr[ancini] persönlich: Ersuche er möchte im Auftrage der Oberbehörde sich an d. Vorstand d. kantonalen Polizeibehörde wenden, um dort konfidentiel Verwendung zu erwirken, dass der im Nachsaz gemeldeten Unzukömmlichkeit Einhalt gethan werde, indem diese Augenfälligkeit des Schmuggelgewerbes die Beziehung mit d. ital. Behörde erschwere.

Im Übrigen den Bericht verdanken, der auch Hrn. B[undes]R[ath] Droz mitgetheilt & von ihm gelesen worden sei & aus welchem d. Unt[erzeichnete] einen Auszug an Hr. Geigy-Merian nach Rom übermittelt hat, nebst den 2 Zeitungsnummern. 15. III. 83 Droz.

Ein entsprechendes Schreiben wurde am 17. 3. 1883 vom Finanz- und Zolldepartement an Francini gerichtet (E 6/37).

235

E 1004 1/133

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 14. April 1883

1878. Mermillod-Angelegenheit

Politisches Departement. Antrag vom 6. April 1883

Nach Eingang der Antworten der beteiligten Regierungen Freiburg, Waadt, Neuenburg und Genf auf das herwärtige Schreiben¹ vom 22. März abhin (Prot. N° 1445), erstattet das politische Departement Bericht über die Frage der Aufhebung des gegen Herrn Kaspar *Mermillod* am 17. Februar 1873 erlassenen Ausweisungsdekretes.² Dieser Bericht, welcher seit dem 6. dies auf dem Kanzleisch aufgelegt war, schliesst auf Grund einlässlicher Erörterung mit der Empfehlung der Annahme des nachfolgenden Beschlussesentwurfes:

Der schweizerische Bundesrat,

in Anbetracht des Beschlusses vom 17. Februar 1873, durch welchen dem Herrn Kaspar Mermillod der Aufenthalt auf schweizerischem Gebiet untersagt wird;

in Anbetracht des Wortlautes des genannten Beschlusses, wonach dieses Verbot vom Tage an aufhören wird, wo Hr. Mermillod dem Bundesrat oder dem Statsrat des Kantons Genf erklären wird, auf jede ihm vom heil. Stuhl zuwider den Beschlüssen der eidgenössischen und kantonalen Behörden übertragenen Funktionen zu verzichten;

in Anbetracht, dass diese Bestimmung das Amt eines apostolischen Vikars für den Kanton Genf im Auge hatte, welches der heil. Stuhl dem Hrn. Mermillod am 16. Januar 1873 verliehen hatte und welches dieser letztere trotz der gegenteiligen Beschlüsse des Bundesrates und des Statsrates von Genf ausüben zu wollen erklärt hatte;

in Anbetracht, dass Mgr. Mermillod in seinem unterm 16. März 1883 an den Bundesrat gerichteten Schreiben ausdrücklich erklärt hat, dass das apostolische Vikariat von Genf seine Endschaft erreicht habe;

in Anbetracht, dass eine ähnliche Erklärung auch in der am 13. gl. Mts. von S.E. dem Kardinal Jakobini, Statssekretär des hl. Stuhles, unterzeichneten Note enthalten ist, welche dem Bundesrat durch Mgr. Mermillod zugestellt wurde³;

in Erwägung, dass durch diese Erklärung den Bedingungen Genüge geleistet ist, welche der Beschluss vom 17. Februar 1873 für die Aufhebung des gegen Hrn. Kaspar Mermillod erlassenen Verbotes des Aufenthaltes auf schweizerischem Gebiet feststellt;

in Betracht jedoch anderseits, dass die Rückkehr von Mgr. Kaspar Mermillod in den Kanton Genf im gegenwärtigen Augenblicke die bedenklichsten Folgen für die

1. *Alle Schreiben in:* E 22/1671.

2. *Bericht und Antrag vom 6. 4. 1883 sind als Annex abgedruckt, der Ausweisungsbeschluss im BBl 1873,1, S. 363 f.*

3. *Beide Schriftstücke in:* E 22/1671.

öffentliche Ordnung und für den Frieden zwischen den Konfessionen nach sich ziehen könnte;

in Betracht, dass die Regierung von Genf den Bundesrat auf diese Gefahr, sowie auf die Aufregung aufmerksam machte, welche sich der überwiegenden Mehrheit der genferischen Bevölkerung bemächtigen müsste, wenn nach Allem, was im Jahre 1873 geschehen, Mgr. Mermillod mit dem Titel eines Bischofs von Genf zurückkehren würde;

im Hinblick auf Art. 50, Alinea 2 der Bundesverfassung⁴, wonach den Kantonen sowie dem Bunde vorbehalten bleibt, die geeigneten Massnahmen zur Handhabung der Ordnung und des öffentlichen Friedens unter den Angehörigen der verschiedenen Religionsgenossenschaften zu treffen;

im Hinblick endlich auf die am 27. März 1883 von der Regierung von Genf gefasste Schlussnahme und ihre Zuschrift⁵ an den Bundesrat vom gleichen Tage, beschliesst:

1. Der Beschluss vom 17. Februar 1873 ist aufgehoben. Immerhin wird in Anwendung der obenerwähnten Bestimmung des Art. 50, 2 Alinea der Bundesverfassung Monsignor Kaspar Mermillod der Aufenthalt auf Genfer-Gebiet bis zu einem neuerlichen Entscheide des Bundesrates untersagt.

2. Was die dem Mgr. Mermillod verliehene bischöfliche Würde anbelangt, so werden die Rechte der beteiligten Kantone und besonders diejenigen, welche für den Kanton Genf aus seinem konstitutionellen Geseze vom 19. Februar 1873 und seinem Geseze vom 25. Oktober 1876 über die christkatholische Diözese der Schweiz hergeleitet werden können, gänzlich vorbehalten.

Herr Vicepräsident Welti nimmt den am 22. vor. Mts. gestellten Antrag⁶ wieder auf, dahingehend:

1. das gegen Herrn Kaspar Mermillod von Carouge unterm 17. Februar 1873 erlassene Ausweisungsdekret wird als dahingefallen erklärt.

2. Mit diesem Beschluss soll allfälligen Einsprüchen eines Diözesankantons gegen Zulassung des Bischofs Mermillod zur Amtsführung in keiner Weise vorgegriffen sein.

Herr Bundesrat Droz stellt folgenden Antrag:

Die ersten 6 Alinea der Erwägungen gleich wie der Departementalantrag, sodann an Stelle der 4 letzten Erwägungen und der Disposition folgende Fassung:

In Betracht jedoch anderseits, dass die Regierung von Genf, mit Schlussnahme vom 27. März 1883 und mit Zuschriften gleichen Tags und vom 5. April an den Bundesrat⁷, erklärt hat: sie betrachte es «als eine Verletzung der Souveränität und der Verfassung des Kantons, wenn Hr. Mermillod prätendire, gegen den Willen des States den Titel eines Bischofs von Genf zu tragen und die Funktionen eines solchen auszuüben;» — und der Zustand der Gemüter in Genf sei derart, dass die Anwesenheit des Hrn. Mermillod im Kanton «die ernstlichsten Folgen für den konfessionellen Frieden» nach sich ziehen könnte;

in Betracht, dass dieser Widerstand verschiedene bundesrechtlich wichtige Fra-

4. AS 1874—1875, 1, S. 17.

5. E 22/1671.

6. Vgl. Nr. 233, Anm. 5.

7. Beide Schreiben in: E 22/1671.

gen hervorruft, welche der Bundesrat einer spätern Prüfung vorbehalten muss; dass aber inzwischen ein Entscheid über den Beschluss vom 17. Februar nicht zu verschieben ist,

beschliesst:

1. Der Beschluss vom 17. Februar 1873 tritt mit heute ausser Wirksamkeit. Dagegen wird bis auf weitem Entscheid des Bundesrats Mgr. Mermillod sich enthalten, das Gebiet des Kantons Genf zu betreten.

2. Mitteilung des gegenwärtigen Beschlusses an die Regierungen von Freiburg, Waadt, Neuenburg und Genf, sowie an Mgr. Kaspar Mermillod.

Nach gewalteter Beratung einigt man sich dahin:

1. die letzten 4 Erwägungen des Antrages des politischen Departements werden gestrichen und durch folgenden Satz ersetzt:

betreffend den Beschluss der Regierung von Genf vom 27. März 1883 und ihr unter gleichem Tage an den Bundesrat gerichtetes Schreiben, in Erwägung, dass alles, was die Organisation der Kirche betrifft, unter Vorbehalt der Bestimmungen der Bundesverfassung, in die Kompetenz der Kantone fällt;

(Diese Beschlussfassung für den Fall der Nichtannahme der Anträge des Departements und des Herrn Droz).

2. Der Eingang des Dispositivs 1 des Departementalantrages wird einstimmig angenommen.

3. In Dispositiv 2 wird das Zitat des Gesetzes vom 25. Oktober 1876 über die christkatholische Diözese der Schweiz gestrichen.

4. In Dispositiv 2 werden die Worte: *ceux (droits) qui découlent* ersetzt durch: *ceux qui peuvent découler*.

Für den Antrag des politischen Departements sowie denjenigen des Hrn. Bundesrat Droz, betreffend Aufnahme eines Zusazes zu Dispositiv 1 im Sinne des Verbotes des Aufenthaltes in Genf nebst entsprechender Begründung stimmt jeweils einzig der bezügliche Antragsteller.

Der Beschluss lautet somit:

Der schweizerische Bundesrat,

in Anbeacht des Beschlusses vom 17. Februar 1873, durch welchen dem Hrn. Kaspar Mermillod der Aufenthalt auf schweizerischem Gebiet untersagt wird;

In Anbeacht des Wortlautes des genannten Beschlusses, wonach dieses Verbot vom Tage an aufhören wird, wo Hr. Mermillod dem Bundesrat oder dem Statsrat des Kantons Genf erklären wird, auf jede ihm vom heil. Stuhl zuwider den Beschlüssen der eidgenössischen und kantonalen Behörden übertragenen Funktionen zu verzichten;

in Anbeacht, dass diese Bestimmung das Amt eines apostolischen Vikars für den Kanton Genf im Auge hatte, welches der hl. Stuhl dem Herrn Mermillod am 16. Januar 1873 verliehen hatte und welches dieser letztere trotz der gegenteiligen Beschlüsse des Bundesrates und des Statsrates von Genf ausüben zu wollen erklärt hatte;

in Anbeacht, dass Mgr. Mermillod in seinem unterm 16. März 1883 an den Bundesrat gerichteten Schreiben ausdrücklich erklärt hat, dass das apostolische Vikariat von Genf seine Endschaft erreicht habe;

in Anbeacht, dass eine ähnliche Erklärung auch in der am 13. gl. Mts. von S.E.

dem Kardinal Jakobini, Statssekretär des hl. Stuhles, unterzeichneten Note enthalten ist, welche dem Bundesrat durch Mgr. Mermillod zugestellt wurde;

in Erwägung, dass durch diese Erklärung den Bedingungen Genüge geleistet ist, welche der Beschluss vom 17. Februar 1873 für die Aufhebung des gegen Hrn. Kaspar Mermillod erlassenen Verbotes des Aufenthaltes auf schweizerischem Gebiet feststellt und — betreffend den Beschluss der Regierung von Genf vom 27. März 1883 und ihr unter gleichem Tage an den Bundesrat gerichtetes Schreiben, dass alles, was die Organisation der Kirche betrifft, unter Vorbehalt der Bestimmungen der Bundesverfassung, in die Kompetenz der Kantone fällt,

beschliesst:

1. Der Beschluss vom 17. Februar 1873 ist aufgehoben.

2. Was die dem Mgr. Mermillod verliehene bischöfliche Würde anbelangt, so werden die Rechte der beteiligten Kantone und besonders diejenigen, welche für den Kanton Genf aus seinem konstitutionellen Geseze vom 19. Februar 1873 hergeleitet werden können, gänzlich vorbehalten.

ANNEX

E 22/1671

*Antrag des Vorstehers des Politisches Departements, L. Ruchonnet,
an den Bundesrat*

Berne, 6 avril 1883

Le 20 mars écoulé, le département politique a communiqué au Conseil les lettres de S.E. le cardinal Jacobini secrétaire d'Etat du St. Siège et de Monseigneur Gaspard Mermillod, annonçant au Conseil qu'ensuite de l'élévation de *Mgr. Mermillod au poste d'Evêque de Lausanne et de Genève*, le Vicariat apostolique de Genève institué par Pie IX en 1873 avait pris fin. Mgr. Mermillod ajoutait, qu'ensuite de ce fait il pensait que les motifs de son éloignement étaient écartés.

Le département faisait part en même temps au Conseil des renseignements divers qui concouraient à faire croire que la nomination de M. l'abbé Savoy au poste d'évêque auxiliaire du diocèse de Lausanne avait probablement eu lieu en même temps que celui de Mgr. Mermillod, d'où naissait la crainte que le S^t. Siège ne préparât la séparation du diocèse au moment même où il paraissait le réunir de nouveau sous une seule main. On devait se demander en effet quelle raison il pouvait y avoir eu à désigner simultanément deux évêques, tous deux dans la plénitude de leur activité, pour diriger un diocèse restreint, qui ne compte pas 180 000 habitants catholiques. En France, les Evêchés ont une population catholique moyenne de 528 000 âmes; elle est de 680 000 en Autriche et de 916 000 en Belgique.

Avant de statuer sur la demande de Mgr Mermillod, le Conseil fédéral décida, le 22 mars, sur les instances des délégués du gouvernement de Genève, de transmettre par copies les lettres de S.E. le cardinal Jacobini (du 13 mars) et de Mgr. Mermillod (du 16 mars) aux Etats de Fribourg, Vaud, Neuchâtel et Genève, en leur demandant 1^o. s'ils avaient reçu des avis semblables, 2^o. s'ils auraient été informés de l'élévation de M. l'abbé Savoy à la charge d'Evêque auxiliaire du diocèse de Lausanne, 3^o. quelle attitude ils pensaient devoir prendre ensuite de ces communications.

Les réponses de ces quatre gouvernements nous sont parvenues, savoir celle de Fribourg le 23 mars déjà, celle de Neuchâtel le 24, celle de Genève le 27 et celle du canton de Vaud le 29 mars.

En ce qui concerne l'incident Savoy, voici ce que le département politique a pu apprendre. Dans une note qu'il remettait le 23 mars à M. Bavier, Mgr Mermillod disait «... dans la question d'auxiliaire qui servirait de supérieur de séminaire *rien n'est définitivement résolu*». Puis dans un télégramme qu'il adressait le 26 mars au Président de la Confédération Mgr Mermillod disait «secrétaire d'Etat vous prévient aucune nomination faite ni auxiliaire, ni coadjuteur. Pour tout diocèse seul évêque nommé et devant résider à Fribourg ...».⁸ L'avenir a fait voir que les dénégations

8. *Beide Schriftstücke nicht abgedruckt.*

n'étaient pas complètement exactes et que M. Bavier et les journaux qui défendent plus particulièrement en Suisse les intérêts du S^t. Siège étaient bien informés lorsqu'ils annonçaient l'élévation de M. Savoy au poste de coadjuteur ou d'auxiliaire. Voici en effet la note que Mgr Chigi a remise de la part de S.E. Mgr Jacobini à M. Bavier le 30 mars:

«Colla nomina di Monsig^e. Mermillod a vescovo di Losanna e Ginevra il S. Padre ha voluto ricondurre la pace religiosa, a quei fedeli, facendo cessare con questa il Vicariato apostolico affidato a quel Prelato.

A tale intenzione di Sua Santità contraddice apertamente il sospetto di alcuni, che vorrebbero vedere nella promozione del Sacerdote Savoy ad ausiliare di Mgr Mermillod un espediente larvato per mantenere il Vicariato medesimo. La Santità sua con tale promozione voleva unicamente dare un pegno di sua benevolenza a quell'egregio Ecclesiastico, e soddisfare anche nel modo possibile tutti quei cattolici, comprese le autorità di Friburgo, che bramavano il Savoy a Vescovo effettivo di Losanna e Ginevra.

Suscitatosi però ora, sebbene senza fondamento, l'indicato sospetto, il S. Padre a togliere qualunque motivo si limita ad ascrivere il Sig^e. Savoy tra i suoi Prelati Domestici e Protonotari apostolici ad *instar*, titoli puramente onorifici della sua Casa Pontificia.»

Traduction: Par la nomination de Mgr Mermillod aux fonctions d'Evêque de Lausanne et Genève, le S^t. Père a voulu rétablir la paix religieuse entre les fidèles, en mettant fin au Vicariat apostolique confié à ce prélat.

Les soupçons de quelques personnes, qui voudraient voir dans la promotion du prêtre Savoy aux fonctions d'auxiliaire de Mgr Mermillod un expédient secret pour maintenir ce Vicariat [*sont*] ouvertement en contradiction avec les intentions de S.S. Le Souverain pontife, [*qui*] par cette promotion, voulait uniquement donner un gage de sa bienveillance à cet excellent ecclésiastique et donner en même temps satisfaction, dans la mesure du possible, à tous les catholiques, y compris les autorités de Fribourg, qui désiraient la nomination de Savoy comme évêque effectif de Lausanne et Genève.

Toutefois, ces soupçons, bien que sans fondement, s'étant fait jour, le S^t. Père, pour leur enlever toute raison d'être, s'est borné à inscrire M. Savoy parmi ses prélats domestiques et protonotaires apostoliques *ad instar*, titres purement honorifiques de sa maison épiscopale.

Observation.

«La note ci-dessus m'a été remise aujourd'hui par le prince Chigi, qui m'a dit être d'accord à ce sujet avec le cardinal Jacobini et en avoir été chargé par lui.

Rome, 30 mars 1883.

signé: Bavier.»

Ensuite de cette note, on peut admettre que l'incident est clos, le S^t. Père ayant fait ce qu'il pouvait pour dissiper les inquiétudes qu'aurait à bon droit fait naître la nomination simultanée de deux Evêques pour ce diocèse que le S^t. Siège avait tenté autrefois de démembrer contre la volonté de l'Etat.

Ce qui concerne la renonciation de Mgr Mermillod au Vicariat apostolique de Genève et son élévation au siège épiscopal de Lausanne et de Genève présente plus de difficultés:

Prenons d'abord le premier point:

La renonciation de Mgr Mermillod au Vicariat apostolique. Est-elle complète? est-elle suffisante pour répondre au prescrit de l'arrêté de 1873?

Sur ce point, les gouvernements de Fribourg, Vaud et Neuchâtel ne soulèvent pas d'objections. Fribourg dit: «Nous acceptons avec empressement l'avènement de Mgr Mermillod au siège épiscopal de Lausanne et Genève. ...». — Vaud dit qu'il n'aura aucune opposition à faire à ce que Mgr Mermillod exerce dans le canton la charge ecclésiastique dont il a été revêtu, en se conformant aux lois du canton et aux usages en la matière, si d'ailleurs le Conseil fédéral croit devoir rapporter son arrêté de 1873 et que Mgr Mermillod soit reconnu comme leur évêque par les membres de l'église nationale vaudoise qui appartiennent à la religion catholique. — Quant au gouvernement de Neuchâtel, qui soulève diverses objections au sujet de l'éventualité de la nomination d'un évêque auxiliaire, il déclare qu'il est prêt à reconnaître Mgr Mermillod comme évêque du diocèse de Lausanne et de Genève et à entrer en relations avec lui au sujet des paroisses du canton qui se rattachent à

l'église catholique romaine, dès que le Conseil fédéral aura levé l'arrêté d'expulsion prononcé contre M. Mermillod, après avoir reconnu que le Vicariat apostolique de Genève n'existe plus et que toute idée de scission du diocèse a été abandonnée par le S^t. Sièg.

L'attitude prise par le canton de Genève s'écarte sensiblement des précédentes. Tout d'abord Genève demande si les conditions prévues par l'arrêté de 1873 pour la rentrée de M. Mermillod ont été accomplies. «C'est un bref, dit-il, qui a détaché le canton de Genève de l'ancien Evêché de Lausanne et Genève pour le constituer en Vicariat apostolique au détriment de M. Marilley. Si la cour de Rome a réellement la pensée de mettre fin au Vicariat apostolique, il faut qu'un bref nouveau rapporte celui du 16 juin 1873. Evidemment, ajoute le gouvernement de Genève, le Conseil fédéral ne peut accorder aucune valeur à une simple note de la Chancellerie apostolique.»

Sur cette question le département politique se place à un autre point de vue que le gouvernement de Genève. Il se peut qu'il existe un bref supprimant le Vicariat; mais nous ne croyons pas devoir nous en assurer, car nous ne considérons pas que ce fait soit décisif ici. Nous n'admettons pas en effet que se soit de la volonté du S^t. Sièg qui puisse défendre l'accès à M. Mermillod, du territoire suisse. Il ne doit dépendre que de la seule volonté du banni de renoncer à la fonction qui a été la cause de son exil. Nous admettons donc que si même le S^t. Sièg avait ostensiblement persisté à maintenir le Vicariat créé en 1873, Mgr Mermillod aurait pu reprendre le chemin de son pays sous la seule déclaration qu'il renonçait quant à lui à la charge de Vicaire apostolique de Genève. Or, M. Mermillod nous affirme que le vicariat a pris fin; cela implique évidemment qu'il déclare ne plus remplir cette charge; cette déclaration nous suffit.

On pourrait dire il est vrai, — et on l'a dit — que cette renonciation n'était que conditionnelle; S.E. le cardinal Jacobini et Mgr Mermillod affirment que le Vicariat apostolique a pris fin *parce que* le S^t. Sièg avait élevé à l'Episcopat de Lausanne et de Genève le titulaire de l'emploi; or, ajoute-t-on, si la qualité d'évêque de Genève venait à être contestée à Mgr Mermillod, il reprendrait de plein droit celle de Vicaire apostolique. Nous reconnaissons que cela est dans les choses possibles; il est clair que quand le S^t. Sièg ne voudra pas *ou ne pourra pas* placer les catholiques romains de Genève sous la direction spirituelle de l'Evêque de Lausanne, il leur donnera un autre directeur. Ce chef spirituel sera nommé Vicaire apostolique, ou il portera tel autre titre équivalent, ou peut-être encore sera-ce quelque Evêque du voisinage. Cette seule possibilité n'est cependant pas un motif qui doive empêcher le retrait de l'arrêté de 1873. Le Vicariat apostolique que ni la Suisse ni Genève n'ont consenti à supporter n'existe plus. S'il venait à reprendre vie, les autorités suisses sauraient agir, comme elles l'ont fait en 1873.

La seconde question, qui est beaucoup plus difficile à trancher, est celle de savoir si Mgr Mermillod a le droit d'ajouter à son titre d'évêque de Lausanne ces mots «et de Genève», — si le Conseil fédéral doit, selon la demande du gouvernement de Genève, inviter Mgr Mermillod à s'expliquer sur ce point et prendre des mesures contre lui au cas où il persisterait à s'appeler Evêque de Genève et à vouloir remplir des fonctions épiscopales dans ce canton.

Il faut rappeler tout d'abord que les paroisses catholiques de Genève, qui pour la plupart relevaient autrefois de l'Archevêque de Chambéry, ont été annexées au diocèse de Lausanne le 1^{er} novembre 1819 par la Bulle *inter multiplices*. Le Directoire suisse et le gouvernement de Genève avaient attaché le plus grand prix à obtenir du S^t. Sièg cette Bulle; ils avaient fait pour cela les plus grands efforts et sollicité même le concours des grandes puissances. Il leur paraissait important, et avec raison, que le chef spirituel des catholiques de Genève ne fût pas l'Evêque d'un Diocèse étranger. Ils tenaient aussi à ne pas créer à Genève un centre épiscopal, aussi l'annexion des paroisses genevoises au diocèse de Lausanne réalisait-il tous les vœux du Directoire suisse et de Genève.

La Bulle *temporum vices*, du 30 janvier 1821, vint compléter la précédente en transférant à l'Evêque de Lausanne le titre honorifique d'Evêque de Genève, porté jusque-là par l'Archevêque de Chambéry, «*meri nimirum honoris*». Le gouvernement de Genève accepta ce bref, le 9 mars 1821, et le fit insérer dans le recueil de ses lois.⁹

Lorsqu'en 1873 on vit clairement apparaître l'intention du S^t. Sièg et de M. Mermillod de défaire l'œuvre de 1819 et de 1821, de violer l'accord établi sur la base des Bulles *inter multiplices* et

9. *Beide Breve sind abgedruckt in* Carl Gareis/Philipp Zorn: Staat und Kirche in der Schweiz, Bd. 2, Zürich 1878, S. IV—VII.

temporum vices, en d'autres termes de séparer Genève du diocèse de Lausanne et Genève, les autorités de la Suisse et du canton firent ce qui était en leur pouvoir pour maintenir l'unité du diocèse et demeurer sur le terrain ferme de 1819. Mais cette attitude claire et correcte, conforme aux véritables intérêts du pays, devait plus tard s'obscurcir sous des événements nouveaux, que nous devons rappeler ici:

Deux jours après le décret d'expulsion, savoir le 19 février 1873, le canton de Genève fit une loi constitutionnelle sur le culte catholique. L'art. 2 de cette loi dit que «L'Evêque diocésain *reconnu par l'Etat* peut *seul*, dans les limites de la loi, faire acte de juridiction et d'administration épiscopales.» Le même article ajoute que «*les paroisses catholiques du canton doivent faire partie d'un diocèse suisse.*»

Cette loi a reçu, en tant qu'elle modifiait la constitution, la sanction des Chambres fédérales. Cette sanction n'a point été donnée sans lettres; on se souvient des débats passionnés qui l'ont précédée, des protestations nombreuses qui ont été portées devant l'Assemblée fédérale. Il est à remarquer cependant que dans tous ces débats, comme dans les divers messages et rapports y relatifs, la question de l'épiscopat n'est pas même mentionnée.¹⁰ Il faut remarquer aussi et avec plus de soin encore, que dans le message qui présentait ladite loi à la sanction de l'Assemblée, le Conseil fédéral disait:

«Les autorités fédérales n'ont pour mission ni de soumettre cette loi constitutionnelle à une élucidation critique ni de l'examiner sous une autre face que sous celle de s'assurer:

1° si elle ne contient rien de contraire aux prescriptions de la constitution fédérale;

2° si elle a été acceptée par le peuple et si elle peut être révisée dans le cas où la majorité absolue des citoyens le demande.»

Trois années plus tard, le 25 octobre 1876, le haut conseil de Genève, rendait, en application de l'article 2 précité, une loi par laquelle il adjoignait les paroisses catholiques du canton au diocèse catholique chrétien de la Suisse. L'art. 2 dit que le Conseil d'Etat est chargé de reconnaître au nom de l'Etat de Genève l'Evêque diocésain.

Il faut ajouter que la constitution de l'Evêché catholique-chrétien de la Suisse a reçu du Conseil fédéral en 1876 la sanction de la Confédération¹¹, comme le prescrit l'art. 50, dernier alinéa, de la constitution fédérale.¹²

C'est en vertu de ces deux Lois que Genève pense être sorti de l'ancien Diocèse de Lausanne et Genève. Son raisonnement peut se résumer comme suit: le S^t. Siège a violé l'accord de 1819. Sur ces faits nous avons été déliés de nos engagements et nous avons recouvré notre liberté d'action. Nous en avons fait usage pour entrer dans l'Evêché catholique-chrétien. Le diocèse de Lausanne et Genève n'existe donc plus; nul n'a le droit d'ajouter à son titre celui d'Evêque de Genève. En prenant ce titre Mgr Mermillod usurpe une qualité qu'il n'a pas; or les termes mêmes de l'arrêté d'expulsion portent qu'il ne pourra rentrer en Suisse s'il ne renonce à *toute fonction* conférée par le S^t. Siège contrairement aux décisions des autorités fédérales et *cantonales*.

Sur ce dernier point, nous ne pouvons suivre l'opinion du gouvernement de Genève. Il est bien vrai que le texte de l'arrêté de 1873 est général; il parle de «*toute fonction*» et ne mentionne pas expressément celle de Vicaire apostolique, mais les considérants de l'Arrêté la mentionnent. Ces considérants, comme aussi tous les actes de cette affaire, ne permettent pas de douter un seul instant que l'expulsion n'ait été motivée par le fait que Mgr Mermillod avait accepté la charge de Vicaire apostolique de Genève et qu'il refusait d'y renoncer. Il a été déclaré alors, devant le Conseil national, par M. le Président de la Confédération, que lorsque M. Mermillod cesserait d'être Vicaire apostolique de Genève, il pourrait rentrer en Suisse. M. Mermillod a satisfait à cette condition; l'arrêt de 1873 doit donc être rapporté. Si M. Mermillod revêt aujourd'hui, de nouveau, une nouvelle qualité contraire à nos lois, prenons les décisions nécessaires, mais n'appliquons pas à ces faits nou-

10. Vgl. die Botschaft des Bundesrathes an die hohe Bundesversammlung betreffend die Garantie von drei Verfassungsgesetzen des Kantons Genf. (Vom 13. Mai 1874). (BBl 1874, 1 S. 913—919) und die Protokolle des Ständerats vom 13. 6. 1874 (E 1001 (D) d 1/52, Nr. 538) und des Nationalrats vom 25. 6. 1874 (E 1001 (C) d 1/54, Nr. 676).

11. Vgl. den GBer. 1876 (BBl 1877, 2, S. 21f).

12. Vgl. Anm. 4.

veaux un arrêté qui a été édicté pour un autre cas. En tout état de cause le département politique estime donc que l'arrêt de 1873 doit être rapporté.

Mais est-il bien vrai que le Diocèse de Lausanne et Genève ait cessé d'exister? Le Conseil fédéral paraît avoir été jusqu'à présent d'un autre avis. Il suffit pour s'en convaincre de lire son rapport de Gestion pour 1880.¹³

Il s'agissait de l'avènement de Mgr Christophore à la charge laissée vacante par la retraite de Mgr Marilley. Le Conseil fédéral constate d'abord qu'il a le droit de s'opposer à tout démembrement du diocèse. Le bruit s'étant répandu que Mgr Christophore avait été nommé Evêque de Lausanne, tandis que le diocèse s'appelle «Lausanne-Genève», le Conseil fédéral en a pris inquiétude; il a cru saisir une nouvelle tentative du S^t. Sièges de démembrer le Diocèse; il a recueilli des informations; celles-ci l'ont rassuré.¹⁴ A vrai dire, le Conseil fédéral a bien voulu se laisser aisément rassurer; en y regardant de plus près il aurait facilement constaté qu'en 1880 le S^t. Sièges n'avait pas confié à Mgr Christophore les paroisses genevoises. Le Vicariat subsistait encore alors; il n'a pris fin qu'en mars dernier. Mais si le Conseil fédéral a mis quelque complaisance alors à prendre Mgr Christophore pour le successeur de Mgr Marilley dans la plénitude de l'Episcopat Lausanne Genève, il n'en a pas moins saisi cette occasion pour affirmer une fois encore qu'à ses yeux le diocèse réuni existait encore et qu'il ne permettrait pas qu'on le divisât.

Il paraît donc y avoir sur ce point divergence de vues entre le gouvernement de Genève, qui aurait rompu avec les antécédents, et le Conseil fédéral, qui serait demeuré fidèle aux actes de 1819 et 1821, ainsi qu'à la ligne de conduite qui a dicté l'expulsion de Mgr. Mermillod en 1873.

Si l'on y regarde de plus près on reconnaîtra que cette divergence est plus apparente que réelle. Par des actes souverains, revêtus de l'approbation fédérale, le canton de Genève a placé les églises catholiques officielles dans le Diocèse catholique-chrétien suisse. Il y a incontestablement là un changement à l'état des choses antérieur, changement que le S^t. Sièges a lui-même provoqué et justifié en cherchant à rompre unilatéralement l'accord de 1819. Ensuite de ces actes souverains l'Evêque de Lausanne n'a plus droit de juridiction sur les paroisses officielles du canton de Genève, il n'a plus droit à la mense ou à la subvention que Genève lui allouait autrefois. C'est cela sans doute qui fait dire au gouvernement de Genève que son canton était sorti du Diocèse de Lausanne-Genève et que Mgr. Mermillod ne pouvait sans s'insurger contre les lois genevoises, porter encore le titre qui fût attribué en 1821 à l'Evêque diocésain.

A ce point de vue Genève a raison.

Mais les lois de 1873 et de 1876 n'ont pu atteindre dans la liberté de leur culte les catholiques romains genevois qui ne veulent point adhérer à l'église officielle. Ils ont le droit aussi de se placer sous la direction d'un Evêque de leur confession et le gouvernement genevois l'a si bien admis que pendant les dix ans qui viennent de s'écouler l'Evêque de Béthléem in partibus a rempli sa charge dans le canton de Genève sans que le gouvernement l'ignorât et l'en empêchât. Il ne faut pas oublier que les fonctions épiscopales ne comprennent pas seulement la juridiction, mais aussi l'ordre; la confirmation des enfants, et l'ordination entr'autres ne peuvent être faits que par l'Evêque. La présence de l'Evêque est donc, en certains moments, nécessaire au catholique romain; la liberté des cultes exige donc qu'il ne soit pas mis obstacle à ce qu'un évêque romain officie dans les lieux de réunion des communautés libres des catholiques romains.

Il reste à savoir quel sera cet Evêque. Le département politique estime que c'est celui du diocèse de Lausanne. Pas plus qu'en 1819 le Conseil fédéral ne doit oublier qu'il y a un intérêt national à ce que les catholiques de Genève aient pour directeur spirituel le chef d'un Evêché suisse; — pas plus qu'en 1873 il ne doit permettre qu'un centre épiscopal soit créé à Genève. C'est à ce point de vue là que le Conseil fédéral doit exiger le maintien de l'intégrité diocésaine, sans porter atteinte pour cela aux lois de Genève.

La question de savoir si l'Evêque du Diocèse ajoutera au titre d'Evêque de Lausanne (lequel est déjà une fiction) celui d'Evêque de Genève, *meri nimirum honoris*, n'a donc plus qu'une impor-

13. BBl 1881, 2, S. 176 f.

14. *Vgl.* E 22/1670.

tance secondaire. Il n'établit point un droit de l'Evêque à une juridiction reconnue par l'Etat et s'exerçant sur les paroisses officielles. Il constate seulement *le fait* que le S^t. Siège a donné cet Evêque pour directeur spirituel aux catholiques romains de Genève qui obéissent au S^t. Père et — aux yeux du Conseil fédéral — qu'ils n'en doivent pas avoir d'autre, si d'ailleurs les cantons qui forment le diocèse national n'ont pas des motifs suffisants pour refuser le placet au titulaire de la charge.

Telles sont les raisons pour lesquelles le Département politique croit devoir ne pas accéder aux demandes du gouvernement genevois. Mais d'autre part nous devons constater que, sous réserve des dispositions de la Constitution fédérale sur la liberté des cultes, sur les mesures à prendre pour le maintien de la paix publique et sur la circonscription des évêchés, toutes ces matières rentrent dans la compétence cantonale. Nous devons en conséquence affirmer ici qu'en rapportant le décret d'expulsion dirigé contre le citoyen suisse nous laissons aux cantons le soin de prendre les mesures qu'ils jugeront nécessaires vis-à-vis de l'Evêque. L'exercice du droit de placet, entr'autres, n'appartient pas à la Confédération; lorsqu'il a été exercé en Suisse cela a toujours été le fait des cantons. Il convient même, pensons nous, de mentionner expressément dans nos réserves les lois genevoises, pour qu'on ne croie pas que nous entendions les méconnaître ou les amoindrir en rapportant le décret de 1873.

Il reste enfin à examiner un autre côté de la question et ce n'est pas celui qui a le moins préoccupé le Département politique.

Nul n'ignore que l'élévation de Mgr Gaspard Mermillod à la dignité d'Evêque de Lausanne et Genève a provoqué dans plusieurs parties de la Suisse un vif mécontentement. Si les uns ont vu dans le choix de Mgr Mermillod l'indice d'intentions pacifiques et ont estimé que le S^t. Siège faisait même une grande concession en supprimant le Vicariat apostolique et en renonçant à démembrer le diocèse, d'autres au contraire n'ont pas admis que l'instrument ou peut-être même l'instigateur des tentatives dirigées il y a dix ans contre les droits de la Suisse, pût y rentrer en revêtant avec un titre plus élevé encore la même charge qu'autrefois.

Il est certain qu'en réunissant de nouveau sous une même direction toutes les parties du diocèse le S^t. Siège fait acte de paix. Il n'est pas moins certain que s'il a poursuivi un but pacifique le S^t. Siège a fait un choix malheureux.

C'est à Genève surtout que l'excitation provoquée par la prochaine rentrée de M. Mermillod a pris des proportions inquiétantes. Il ne faut pas oublier que pendant dix ans M. Mermillod placé près de la frontière du pays, continuait à exercer de là le Vicariat apostolique. Cette longue persistance dans la révolte n'a pu que maintenir et développer dans la population les plus vifs sentiments d'hostilité contre le prêtre rebelle. Les fruits de cette lutte ont mûri. Aujourd'hui la présence de Mgr Mermillod à Genève ferait courir les plus grands dangers à la paix entre les confessions. Le gouvernement de Genève l'atteste dans les termes les plus précis et tous nos renseignements, puisés à diverses sources, constatent la réalité de ces appréhensions.

Le Conseil fédéral a le droit et le devoir de prendre les mesures qui sont nécessaires au maintien de l'ordre public. Le Département politique pense que la seule mesure efficace, à moins de recourir à des moyens que désavouerait Mgr Mermillod lui-même et qui ne seraient point en harmonie avec le caractère religieux de sa charge, c'est de lui fermer pour le moment le territoire de Genève. Cette mesure aurait un caractère provisoire et prendrait fin aussitôt que la nécessité de son maintien ne serait plus reconnue.

Ce n'est pas sans regret cependant que le Département politique propose de recourir à des moyens d'un caractère aussi exceptionnel; mais il est pénétré du sentiment très vif de la responsabilité du Conseil fédéral, il tient à n'avoir rien négligé pour éviter une regrettable conflagration, et vraiment les circonstances qui ont fait sortir Mgr Mermillod de la Suisse et qui l'y font rentrer aujourd'hui sont elles-mêmes si exceptionnelles que l'on ne craint pas en prenant à leur occasion des mesures spéciales de créer un antécédent fâcheux.

Par ces motifs le Département politique recommande au Conseil le projet d'arrêt ci-joint.

Projet

Arrêté du Conseil fédéral *concernant Mgr. Gaspard Mermillod*

Le Conseil fédéral suisse,

vu l'arrêté du 17 février 1873 interdisant à M. Gaspard Mermillod le séjour sur le territoire suisse;

vu les termes de cet arrêté, portant que cette interdiction cesserait à partir du jour où M. Mermillod déclarerait au Conseil fédéral et au Conseil d'Etat de Genève qu'il renonçait à toute fonction conférée par le S^t. Siège contrairement aux décisions des autorités cantonales et fédérales,

attendu que cette disposition visait la charge de Vicaire apostolique pour le canton de Genève, conférée par le S^t. Siège le 16 janvier 1873 à M. Mermillod et que ce dernier avait déclaré vouloir exercer malgré les décisions contraires du Conseil fédéral et du Conseil d'Etat de Genève;

attendu que, dans sa lettre du 16 mars 1883, adressée au Conseil fédéral, Mgr^f. Gaspard Mermillod a expressément déclaré que le Vicariat apostolique de Genève avait pris fin;

attendu qu'une déclaration semblable se trouve aussi dans la note signée le 13 du même mois par S.E. Mgr le Cardinal Jacobini, Secrétaire d'Etat du S^t. Siège, note remise au Conseil fédéral par Mgr Mermillod;

considérant qu'il est satisfait par ces déclarations aux conditions exigées par l'arrêté du 17 février 1873 pour la main-levée de l'interdiction de séjourner sur le territoire suisse, prononcée contre M^r Gaspard Mermillod;

mais attendu d'autre-part que le retour de Mgr Gaspard Mermillod dans le canton de Genève en ce moment-ci pourrait avoir les conséquences les plus graves pour l'ordre public et pour la paix entre les confessions;

attendu que le Gouvernement de Genève a signalé ce danger au Conseil fédéral et lui a fait part de la surexcitation qu'occasionnait chez l'immense majorité de la population genevoise l'éventualité d'un retour de Mgr Mermillod rentrant à Genève après les événements de 1873¹⁵, avec le titre d'Evêque de ce canton;

vu l'art. 50 2^{ème} alinéa de la Constitution fédérale portant que «les Cantons et la Confédération peuvent prendre les mesures nécessaires pour le maintien de l'ordre public et de la paix entre les diverses communautés religieuses;»

vu enfin la décision prise le 27 mars 1883 par le Gouvernement de Genève et sa lettre du même jour au Conseil fédéral;

arrête:

1. L'arrêté du 17 février 1873 est rapporté. Toutefois, en application de la disposition susmentionnée de l'art. 50, 2^{ème} alinéa, de la Constitution fédérale, le séjour sur le territoire genevois est interdit à Mgr Gaspard Mermillod jusqu'à nouvelle décision du Conseil fédéral.

2. En ce qui concerne la charge épiscopale conférée à Mgr Mermillod, les droits des cantons intéressés sont entièrement réservés et notamment ceux qui découlent, pour le Canton de Genève, de sa loi constitutionnelle du 19 février 1873, et de sa loi du 25 octobre 1876 sur le Diocèse catholique-chrétien de la Suisse.

15. *Vgl. Nr. 1.*

*Der schweizerische Gesandte in Paris, Ch. Lardy,
an den französischen Aussenminister, P.A. Challemel-Lacour*

Kopie

N

Paris, 20 avril 1883

La Confédération Suisse, appelée, aux termes de la loi de 1872¹ sur les chemins de fer, à «améliorer le plus possible les jonctions avec l'Italie et la mer Méditerranée», continue à vouer un intérêt tout particulier à la question du *percement du Simplon*.

Votre Excellence m'excusera, si je me permets, en raison de l'importance de cette

1. AS 1872—1874, XI, S. 1—18.

œuvre internationale d'exposer brièvement la situation actuelle de l'entreprise dans les trois pays intéressés:

En 1877 et 1878 la Compagnie du chemin de fer du Simplon, actuellement fusionnée avec celle de la Suisse Occidentale, a fait un premier ensemble d'études détaillées du tunnel du Simplon; ces études ont été rendues publiques et communiquées aux Gouvernements de Suisse, de France et d'Italie. En même temps, les travaux de la section septentrionale de la ligne étaient achevés jusqu'à l'entrée du tunnel projeté. De plus, la loi fédérale du 22 août 1878² allouait une subvention de 4½ millions au chemin de fer alpin à construire à l'occident de la Suisse, en même temps qu'une somme égale était attribuée à la ligne du Gothard.

D'autre part, la Compagnie des chemins de fer de la Suisse Occidentale a renouvelé et confirmé, en 1881, lors de la fusion avec la Compagnie du Simplon, son engagement de fournir une subvention de cinq millions au moins. La Compagnie croit, d'ailleurs, pouvoir compter sur l'appui pécuniaire des Cantons qui, par leur position géographique, sont intéressés à l'entreprise du Simplon.

Telle est la situation en Suisse.

En ce qui concerne l'Italie, M. Kern a fait connaître à un de vos prédécesseurs, par dépêche en date du 22 avril 1880³, que la Chambre des Députés italienne avait classé la ligne d'accès méridionale, de Gozzano à Domod'ossola, dans la catégorie des chemins de fer pour lesquels l'Etat paie les neuf dixièmes du coût total, laissant à la charge des provinces et des communes seulement le dernier dixième; et ajoutant que le Gouvernement du Roi avait fait savoir au Conseil fédéral, «qu'en principe, il ne serait pas éloigné d'entrer en négociation avec la Compagnie pour la concession, en sa faveur, de la partie de la galerie du Simplon située sur territoire italien ... et qu'il ne se refuserait pas à disposer de la ligne d'accès à la galerie pour l'époque où celle-ci serait terminée, afin d'assurer la jonction du réseau suisse avec le réseau italien.»

Depuis cette époque, la construction de la ligne de Domo-d'Ossola à Gozzano et Novare a été commencée; les travaux avancent, il est vrai, assez lentement, d'autre part, des études très complètes, dues à l'initiative du Conseil provincial et de la Chambre de Commerce de Milan, ont été faites pour la ligne qui devra se diriger, sur la rive droite du Lac Majeur, du Simplon sur Milan par Stresa et Arona; l'exécution de cette ligne se liera intimement au percement du grand tunnel.

Le 20 janvier dernier, dans une réunion tenue à la Chambre de Commerce de Milan, les délégués des Comités italiens ont décidé de transmettre à leur gouvernement les nouvelles études faites par la Compagnie du Simplon, et pris la résolution d'appuyer à Rome les démarches de celle-ci. Enfin en ce qui concerne *la France*, sans insister sur une première proposition faite le 20 juin 1870 au Corps Législatif en vue d'allouer 40 millions au Simplon, il me sera permis de rappeler que, le 5 avril 1873, 123 membres de l'Assemblée Nationale demandèrent une subvention de 48 mio., et que cette proposition fut renvoyée le 28 mai 1874 à l'examen de M.M. les Ministres des Finances et des Travaux Publics à la suite d'un rapport où M. Cézanne constate: «que la percée du Simplon est une œuvre qui intéresse à la fois la France, l'Italie et la Suisse.»

Sans m'arrêter ici aux vœux nombreux et réitérés émis en faveur du Simplon par plusieurs Conseils Généraux ou Chambres de Commerce, notamment à Paris,

2. AS 1877—1878, 3, S. 744—746.

3. *Nicht abgedruckt.*

Rouen, Bordeaux et Besançon, et sans énumérer en détail les publications et rapports de divers particuliers et de Commissions parlementaires ou extra-parlementaires, Votre Excellence me permettra d'invoquer ces manifestations assurément sérieuses de l'opinion publique française.

Quelques mois après la remise par M. Kern de sa dépêche précitée du 22 avril 1880, 109 membres de la Chambre des Députés demandèrent en faveur du Simplon une subvention de 5 millions pendant dix ans; cette proposition en fit naître une autre munie de 25 signatures à l'effet d'obtenir l'ajournement de toute décision jusqu'après une étude complète du passage du Mont Blanc. Par un vote préliminaire du 8 mars 1881, ces deux propositions furent renvoyées à une commission spéciale de onze membres, dont le rapport, déposé en juillet suivant, concluait à inviter le Gouvernement de la République, «à faire étudier dans un bref délai, le projet d'une nouvelle ligne internationale à travers les alpes et spécialement par le Mont Blanc.» La Chambre, dont les pouvoirs expiraient au moment même où ce rapport fut déposé, n'eût pas à statuer sur ces conclusions. Au point de vue parlementaire, la question se trouve donc replacée dans la même situation qu'à l'époque de la remise de la dépêche d'avril 1880 par M. Kern à M. le Ministre des Affaires Etrangères. Il convient cependant de rappeler le fait qu'au printemps de l'année dernière, l'un de vos prédécesseurs a chargé un spécialiste, M. Marteau, d'une enquête et d'un rapport sur un nouveau percement des alpes, et que cet expert, se basant principalement sur les conséquences de l'ouverture du St Gothard pour le commerce français, s'est prononcé catégoriquement en faveur du Simplon.

La Compagnie de la Suisse Occidentale et du Simplon, tenant compte de plusieurs objections formulées dans les divers pays intéressés, tant par la commission parlementaire française dans son rapport de juillet 1881, que par divers hommes particulièrement versés dans les questions techniques soulevées par la construction d'un tunnel aussi considérable, a fait procéder à de nouvelles études très complètes.

Ces études ont pour but, d'une part, d'améliorer les conditions d'exploitation sur le versant méridional des alpes, en réduisant les pentes de 23 à 12½‰, puis d'améliorer le tracé du grand tunnel pour diminuer la chaleur souterraine pendant la période de construction, enfin d'améliorer le passage du Jura, entre Dijon et Lausanne.

La Direction et le personnel technique de la Compagnie des chemins de fer de la Suisse Occidentale et du Simplon sont prêts à fournir aux fonctionnaires que l'administration supérieure française voudrait bien désigner pour examiner les nouvelles études, toutes les indications qui seraient réclamées.

Le Conseil fédéral me charge de remettre à Votre Excellence, qui les trouvera sous ce pli, trois collections des plans, profils, devis, cartes et mémoires élaborés par la Compagnie des chemins de fer de la Suisse Occidentale et du Simplon. Le Conseil fédéral serait heureux que le Gouvernement de la République, après avoir pris connaissance de ces documents, voulut bien formuler son opinion à leur sujet et lui faire connaître quelle attitude la France a l'intention d'adopter pour l'exécution du projet du Simplon.

Je me mets à l'entière disposition de Votre Excellence pour lui fournir verbalement, dans la mesure de mes attributions et de mes compétences, les informations complémentaires qu'Elle pourrait désirer en vue du but à atteindre [...]⁴.

4. *Es folgt die Grussformel.*

237

E 1004 1/133

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 18. Mai 1883*¹

2514. Auslieferungsvertrag mit Spanien. Verhandlungen

Justiz- und Polizeidepartement. Antrag vom 9. Mai 1883

Das Justiz- und Polizeidepartement, beziehungsweise der mit den bezüglichen Verhandlungen betraute Hr. Bundespräsident Ruchonnet erstattet Bericht über den gegenwärtigen Stand der Unterhandlungen betreffend *Abschluss eines Auslieferungsvertrages mit Spanien*.²

Hienach hat sich die spanische Regierung laut einer Note³ der spanischen Gesandtschaft dahier bereit erklärt, den Text des schweizerisch-französischen Auslieferungsvertrages als Grundlage einer zwischen der Schweiz und Spanien abzuschliessenden Übereinkunft anzunehmen. Dagegen schlägt sie folgende 2 Abänderungen vor:

1. Es sei in Art. 2 die Bestimmung aufzunehmen, dass das Attentat gegen den Souverain oder den Leiter des States oder gegen die Glieder seiner Familie weder als politisches Verbrechen noch als eine mit einem ähnlichen Verbrechen in Zusammenhang stehende Handlung betrachtet werden soll, wenn das Attentat den Charakter der Tödtung, des Mordes oder der Vergiftung trage. Diese Bestimmung sei auch in die von Spanien mit Deutschland und den Republiken Mexiko und Argentinien abgeschlossenen Auslieferungsverträge aufgenommen worden.

2. In Art. 4 sei das Maximum der provisorischen Verhaftung, die im schweizerisch-französischen Verträge auf 15 Tage angesetzt sei, auf 30 zu erhöhen, da 15 Tage in vielen Fällen zur Beibringung der nötigen Ausweise nicht genügen.

Das Departement beantragt, sich mit letzterer Abänderung einverstanden zu erklären, dagegen die erstere definitiv abzulehnen.

Es verweist mit Bezug auf den erstern Antrag auf die seit 1833 von der Schweiz und andern Staten befolgte Praxis, wegen politischer Verbrechen oder Vergehen oder irgend einem andern damit in Verbindung stehenden Grunde die Auslieferung zu verweigern. Allerdings habe sich infolge der in letzter Zeit häufig vorgefallenen Attentate auf fürstliche Personen eine andere Richtung geltend gemacht. Insbesondere habe das im Jahre 1880 in Oxford vereinigte Institut für internationales Recht die Annahme folgenden Grundsatzes empfohlen:

«Der angesprochene Stat entscheidet in souveräner Weise, nach den Umständen, ob die Handlung, um deren Willen die Auslieferung verlangt wird, einen politischen Charakter habe oder nicht. Hiebei hat er folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen: a) Handlungen, welche alle Merkmale gemeinrechtlicher Verbrechen an sich tragen (Mord, Brandstiftungen, Diebstäle) dürfen nicht, — bloss weil die Täter dabei politische Absichten hatten, — von der Auslieferung ausgeschlossen werden. b) Um die im

1. *Abwesend: Welti.*

2. *Vgl. das BR-Prot. vom 12. I. 1883 (E 1004 1/132, Nr. 143).*

3. *Note der spanischen Gesandtschaft an den Bundesrat vom 5. I. 1883 (E 21/24654).*

Verlaufe eines Aufstandes, eines Bürgerkriegs, einer politischen Empörung begangenen Handlungen zu beurteilen, hat man sich zu fragen, ob sie durch die Kriegsgebräuche entschuldigt würden oder nicht.»

Das Departement erachtet, an folgenden, von der schweiz. Juristenversammlung im Jahre 1880 auf Antrag des Hrn. Bundesrichter Morel aufgestellten Thesen festhalten zu sollen:

«Als politische Vergehen sind anzusehen und daher von der Auslieferung ausgeschlossen: *a.* die gegen den Stat und die öffentliche Ordnung gerichteten Vergehen; *b.* alle andern strafbaren Handlungen, welche in ihren Zwecken oder in ihren Beweggründen einen politischen Charakter haben. Konnexe Vergehen würden ebenfalls in diese Kategorie fallen, wenn die Zuwiderhandlung gegen gemeines Recht mit dem politischen Vergehen in innigem Zusammenhang stünde.»

Zur weiteren Begründung dieses Standpunktes führt das Departement aus:

Die Strafbarkeit der politischen Verbrechen und Vergehen und der mit diesen in Zusammenhang stehenden verbrecherischen Handlungen an und für sich sei nicht festgestellt, und es seien die besten Männer hierüber verschiedener Ansicht, da der politische Verbrecher meistens mit seiner Handlung für sein Land das Beste wolle. Der Auslieferung Verbrecher dieser Art stehe aber auch der Umstand hindernd entgegen, dass der ausliefernde Stat keine Gewissheit habe, dass der Ausgelieferte in dem Stat, in welchem er die bestehenden Einrichtungen hat umstürzen wollen, unparteiische Richter finden werde. Die Ansichten darüber, was als politische strafbare Handlung zu betrachten sei, seien übrigens in den verschiedenen Ländern auch verschieden, je nach der besonderen Organisation derselben. Sobald aber für die sog. connexen Vergehen in gewissen Fällen eine Ausnahme gestattet und die Auslieferung solcher Delinquenten bewilligt würde, so müsste der requirirte Stat in jedem einzelnen Falle die Strafbarkeit des Angeschuldigten abwägen und müsste dadurch zum Richter über die innere Politik des andern Landes werden, was zu Vorwürfen der Parteilichkeit und zu internationalen Verwickelungen Veranlassung gäbe. Es sei also der Schweiz anzuempfehlen, von ihrer Praxis in dieser Angelegenheit nicht abzugehen.

Auf seine Ausführungen sich stützend, beantragt das Departement, der spanischen Gesandtschaft in Form des von ihm vorgelegten Notenentwurfes seine Entschliessung zur Kenntnis zu bringen, dass es der von Spanien vorgeschlagenen ersten Abänderung betreffend Auslieferung politischer Verbrecher nicht beipflichten kann, dass es aber sich mit dem Vorschlag, das Maximum der provisorischen Haft auf 30 Tage anzusezen, einverstanden erkläre und dass der Delegierte des Bundesrates bereit sei, dem spanischen Bevollmächtigten weitere Vorschläge für die entgeltige Fassung des Vertrages zu machen, sobald auf dem ersten Vorschlag seitens der spanischen Regierung nicht mehr beharrt werde.

Vom Bundesrat wird nach gewalteter Beratung beschlossen:

I. Die vom Departement beantragte Antwort wird mit folgenden Abänderungen genehmigt:

a. Der Satz, wonach seit 50 Jahren die Schweiz beständig dem Grundsatz gehuldigt habe, dass keine Auslieferung wegen einer politischen Handlung verlangt werden könne, wird gestrichen.

b. Dagegen wird folgender Zusaz aufgenommen:

In keinem der bisherigen Statsverträge sei der von Spanien beantragte Vorbehalt

aufgenommen worden, und jedesmal wenn ein solcher Vorschlag der Schweiz gemacht worden, habe er vom Bundesrat, unterstützt von der Bundesversammlung, abgelehnt werden müssen. Dies sei unter anderem im Jahre 1869 der Fall gewesen, als Frankreich gegenüber der Schweiz die Aufnahme einer ähnlichen Bestimmung wie die von Spanien beantragte in den damals vereinbarten Auslieferungsvertrag verlangt habe. Die Ablehnungsgründe der Schweiz seien in der bezüglichen Botschaft an die Bundesversammlung vom 29. November 1869⁴ enthalten und seien heute noch dieselben.

2. Diese Antwort ist durch Hrn. Bundespräsident Ruchonnet, als Bevollmächtigten für diese Vertragsunterhandlungen, dem spanischen Gesandten in Form einer Verbalnote und unter Anschluss eines Exemplares der erwähnten Botschaft zu eröffnen.

4. BBl 1869, 3, S. 462—478.

238

E 11/15

*Der britische Gesandte in Bern, F. O. Adams, an den
Vorsteher des Handels- und Landwirtschaftsdepartements, N. Droz*

S

Berne, 21 juin 1883

J'ai transmis à Lord Granville des exemplaires du «Projet d'une loi fédérale concernant un nouveau Tarif des Péages Fédéraux (du 3 Nov./11 Déc. 1882)¹ et Arrêté du Conseil National du 23 Avril 1883»².

Sa Seigneurie vient de me faire parvenir la copie d'une lettre³ provenant de notre «Board of Trade», ainsi que d'un Tableau⁴ donnant les droits actuels et proposés sur plusieurs articles intéressant la Grande Bretagne.

Je me permets de vous communiquer copies de ces documents. Vous verrez que l'opinion de notre «Board of Trade» est que, après tout, les changements proposés feraient du tort à notre Commerce. Je sais très bien que ce tarif est encore en état de délibération, et d'après ce que vous m'avez dit la dernière fois que j'ai eu l'honneur de m'entretenir avec vous, il me semble que vous espérez que les vues protectionnistes de certains membres du Conseil National ne triompheront pas à la longue. Cependant, si vous avez quelques observations à faire sur les documents ci-inclus, je me ferai un plaisir de les transmettre à Lord Granville.

1. BBl 1882, 4, S. 355—376.

2. BBl 1883, 1, S. 431 (Beilage).

3. *Als Annex abgedruckt.*

4. *Nicht abgedruckt.*

ANNEX

*Der Chef der Abteilung Statistik des britischen Board of Trade, R. Giffen,
an den Unterstaatssekretär des Foreign Office, Ch. Dilke*

Copy
S

London, may 18th 1883

I am directed by the Board of Trade to acknowledge the receipt of your letter of the 5th instant, transmitting a draft of a proposed new Swiss Tariff, and requesting that Earl Granville may be furnished with any observations the Board of Trade have to make as to the effect of the proposed new duties on British trade.

In reply I am to request that you will inform Earl Granville that it appears to the Board of Trade that the effect of the proposed changes will on the whole be prejudicial to the interests of the British Trade. While certain reductions are proposed to be made in the Import duties on Chemical Products and Pig Iron, the rates of duty on cotton yarn and piece goods, which are the principal articles of British Export are to be considerably increased; the duties also on cutlery and fine iron are to be raised, though the increased rates will still be below those levied on the importation of similar articles, into such countries as France, Belgium or Germany, still the proposed change would be a distinct retrograde step on the part of a country that has hitherto been considered as upholding Free Trade principles.

This Department would view with regret any increase in the Import duties of Switzerland not only as being prejudicial to British trade in themselves, but also especially as regards the tariff «B» as tending to lead to a further increase of duties and to complications and a war of tariffs with other countries.

239

E 1004 1/135

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 22. Juni 1883

3186. Handelsvertrag mit Italien

Handels- und Landwirtschaftsdepartement. Mündlich

Nach Anhörung neuerlicher Mitteilungen und Telegramme der schweizerischen Gesandtschaft in Rom¹ betreffend den *italienischen Handelsvertrag* sowie der Berichte der Vorsteher des Handels- und Landwirtschafts-² und des Zolldepartements³ wird nach gemachter Beratung der Erlass des folgenden Telegrammes an die Gesandtschaft beschlossen:

«Le Conseil fédéral doit persister dans sa manière de voir; il ne lui appartient pas de modifier un traité soumis à l'Assemblée fédérale et qui doit être ratifié ou rejeté tel quel. Si le Conseil fédéral entrait dans une nouvelle négociation, il ne pourrait le faire

1. Vgl. die Schreiben von Bavier an Ruchonnet vom 19. und 20. 6. und sein Telegramm vom 22. 6. 1883 (E 13 (B)/213).

2. Vgl. den Antrag Droz vom 22. 6. 1883 (E 13 (B)/213).

3. Nicht ermittelt.

qu'après avoir retiré formellement le traité des mains de l'autorité législative. Une telle mesure ne se justifierait que si nous avions la certitude que la négociation aboutira. La compensation équitable devrait porter sur les positions 99 et 100 (broderies), que nous avons demandé, dans les négociations, de lier aux taux actuels de fr. 300.—, ce qui nous a été refusé. Il en est résulté, de la part de l'industrie cotonnière, une opposition au traité semblable à celle des armuriers italiens. Si le gouvernement italien pouvait nous accorder cette compensation, nous pourrions nous décider à retirer le traité et à y apporter les modifications qui seraient convenues. Nous ne pouvons envisager comme une compensation la proposition contenue dans votre télégramme de ce jour, attendu que les droits nouveaux pour la position 100 sont presque prohibitifs, surtout le dernier de frs. 500.— sur des articles d'une valeur moyenne de frs. 22.— le Kilo» Conseil fédéral.

240

E 13 (B)/213

*Der schweizerische Gesandte in Rom, S. Bavier,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
L. Ruchonnet*

B Confidentiel

Rom, 27. Juni 1883 (Morgen)

Nach Empfang Ihres Telegrammes¹ habe ich mich gestern Abend 10 $\frac{1}{2}$ ° zu Herrn Mancini in seine Privatwohnung begeben und ihm den Inhalt desselben, nachdem es übersezt worden, mitgetheilt.

Der Minister zeigte sich sehr überrascht & empfindlich. Er sagte: die Schweiz habe ja leztes Jahr selber eine Prorogation verlangt & er habe eine solche nun, in beidseitigem Interesse, diesen Abend der Kammer vorgelegt & sie sei bereits der Commission überwiesen worden. Den Vertrag pur et simple, ohne Reserve, bei der Kammer durchzusezen sei jezt nicht möglich; ich müsse mich davon überzeugt haben. Aber die Prorogation sei für beide Theile sehr nützlich. Sie praejudizire nichts, die Verhältnisse können sich abklären & man könne in den Vertrag diejenigen Modificationen einführen, welche man später gegenseitig zu vereinbaren im Stande sei.

Er wolle nun zwar die Erklärung des Bundesrathes morgen (heute) dem Ministerathe vorlegen, sehe aber voraus, dass derselbe nicht in der Lage sein werde für einen Erfolg der Vorlage des Vertrages zu garantiren. Er werde aber den Vertrag — wenn der Bundesrath darauf bestehe — in der Kammer zur Discussion bringen, nur müsse er jede Responsabilität ablehnen wenn derselbe verworfen werde: Er wiederholte diess einige Male.

1. *Das Telegramm des Bundesrates an die Gesandtschaft in Rom lautete:* Herr Bavier wird beauftragt, Herrn Mancini anzufragen, ob die Regierung beabsichtige, den Vertrag wie er vorliegt, innert der festgesetzten Auswechslungs-Frist dem Parlament vorzulegen und ihr verneinenden Falles zu erklären, dass die Schweiz unter diesen Umständen den Vertrag als dahin gefallen betrachte (E 13 (B)/213).

Hr. Mancini sagte dann er lege dem Vertrag einen geringen materiellen Werth bei, aber einen sehr hohen politischen. Wenn ein Tarifkrieg entstehe, so werde diess die allerbedauerlichsten Folgen haben, nicht sowohl für die einzelnen Import- & Exportartikel als für die Beziehungen der beiden Länder die, nach seinem Wunsche, sich immer freundschaftlicher gestalten sollten, wie diess bei zwei Nachbarländern mit freisinnigen Constitutionen wünschbar & natürlich sei. Er gab mir sehr deutlich zu verstehen, dass ein Scheitern unserer Verhandlungen in jeder Beziehung zu beklagen wäre.

Ich konnte & wollte Hr. Mancini nicht die geringste Aussicht eröffnen, dass der Bundesrath neue Concessionen machen würde sondern will nun abwarten welchen Eindruck die Erklärung auf den Ministerrath macht: Hr. Mancini hatte gesagt, die Erklärung des Bundesrathes werde, wie er fürchte, die Stimmung nicht verbessern & manche die empfindlicher als er seien, könnten sich durch diesen atto d'alterigia (stolze Haltung) verletzt fühlen.

Wie peinlich die ganze Sache für mich geworden ist können Sie sich denken.

Ich habe Ihnen heute ein zweites Telegramm² gesandt, mit welchem ich Sie bitte mich zu ermächtigen gegen die Prorogation keine Einwendung zu erheben; *wenn ich mich überzeugt habe, dass das Ministerium nicht im Stande ist den Vertrag, bedingungslos, in der Kammer durchzusezen. Nur* in diesem Falle werde ich dem Minister erklären, dass wir keine Opposition gegen die Prorogation erheben & die telegrafische Erklärung des Bundesrathes kann vorher also ungeschwächt auf die Minister einwirken. Hat sie Erfolg; so ist es um so besser, hat sie aber keinen, so würde einem Bruche, durch die Prorogation vorgebeugt.

Ich bitte um Entschuldigung, dass ich mir erlaubt habe, gegenüber der vom Bundesrath erhaltenen Instruktion Ihnen eine abweichende Ansicht zu telegrafiren.

Aber wie ich die Verhältnisse kenne, würde ein Bruch die allerbeklagenswertheiten Folgen haben & ich habe es für *meine Pflicht* erachtet, darauf aufmerksam zu machen.

Auch mich geniren die Zollansätze auf den einzelnen Artikeln hüben & drüben viel weniger als die sonstigen Folgen die die Verwerfung des Vertrages mit sich bringt & die Verbitterung welche eintreten & sich in allen Fragen des Grenzverkehrs, Eisenbahnsachen & überhaupt in allen Beziehungen kund geben wird.

Man wird sich gegenseitig Vorwürfe machen: die Italiäner werden sagen, die Schweiz habe sich geweigert in einem höchst unbedeutenden kleinen Punkte, der für Italien grosse, für die Schweiz höchst geringe Wichtigkeit habe nachzugeben & lieber den Vertrag auf das Spiel gesetzt. In der Schweiz wird man die Italiäner beschuldigen. Die Presse wird Öl in das Feuer giessen & es wird aus höchst minimen Ursachen ein sehr grosser unberechenbarer Nachtheil entstehen. Ich sehe mit grosser Spannung der Antwort³ auf mein Telegramm entgegen & zeichne inzwischen mit vollkommener Hochachtung.

2. Nicht abgedruckt.

3. Vgl. Nr. 241.

241

E 13 (B)/213

Der Bundesrat an die schweizerische Gesandtschaft in Rom

Versandkopie

T

Berne, 30 juin 1883, 6 h 50 soir

Nous vous autorisons à signer la convention de prorogation telle qu'elle vous a été proposée par le gouvernement italien.¹ Toutefois vous communiquerez à M. Mancini que, si nous ne maintenons pas notre rédaction pour tenir compte des motifs constitutionnels qu'il vous a donnés et pour fournir une preuve de notre désir de maintenir les bonnes relations commerciales entre les deux pays, c'est en exprimant en même temps le ferme espoir que les notables relèvements de droits dont la riforma doganale menace des produits essentiellement suisses ne seront pas appliqués avant qu'une nouvelle entente ait réglé les difficultés soulevées au sujet du nouveau traité de commerce. Ces difficultés ne sont pas venues de notre côté, et il nous paraît équitable de laisser la situation intacte jusqu'à ce qu'un nouvel accord soit intervenu. L'on verrait en Suisse avec peine frapper divers articles, spécialement les broderies, pendant la durée d'une prorogation consentie par nous dans de telles circonstances, et cela ne manquerait pas de provoquer ici une opposition des plus accentuées contre le traité de commerce. Vous déclarerez aussi que, si l'Italie maintient en fait le *statu quo*, nous sommes disposés à le maintenir également et à ne pas faire usage de notre côté, sur les articles libres, tels que les pâtes, les volailles, le bétail de boucherie, les fruits, les huiles, etc., de la faculté que nous avons de les frapper aussi de droits plus élevés pendant la durée de cette prorogation. Nous espérons que notre attitude conciliante engagera le gouv^l. italien à tenir compte dans les faits de l'attente que nous vous chargeons d'exprimer.

1. *Text der Verlängerungserklärung in: BBl 1883, 3, S. 250.*

242

E 2200 Washington 1/276

*Der Bundespräsident und Vorsteher des Politischen Departements,
L. Ruchonnet,
an den schweizerischen Gesandten in Washington, E. Frey*

S

Berne, 28 juillet 1883

Comme j'ai déjà eu la faveur de vous le dire dans notre entrevue d'hier, vous recevrez avant votre départ pour Washington le projet de traité d'arbitrage¹ que nous soumettons à l'examen du gouvernement des Etats-Unis. Je désire que vous le présentiez

1. BBl 1884, 2, S. 577f.

de suite au Secrétaire d'Etat afin que quand le Président reviendra de sa villégiature les formalités préliminaires soient accomplies et que vous puissiez sans ultérieur délai aborder les négociations.

Je suppose que celles-ci auront lieu à Washington et naturellement c'est vous, mon cher Ministre, qui dans ce cas représenterez la Suisse. Vous pourrez même aborder de suite les négociations en vertu des pouvoirs généraux de votre charge, jusqu'au moment où vous aurez reçu les pouvoirs spéciaux que je m'empresserai de vous faire parvenir. Si le Président Sir Arthur préfère que le traité se débâte à Berne, je suis pour cela à sa disposition.

Je ne répèterai pas ici ce que je vous ai dit hier sur les modifications qui pourront être apportées à notre projet. Vous vous en souvenez. J'ai cherché dans la rédaction à être aussi simple et aussi bref que possible; mais je donnerai les mains à telles adjonctions que l'Amérique jugera nécessaires.

Je ne puis vous cacher que l'accueil réservé jusqu'ici à mes ouvertures a dépassé mes espérances. Vous vous souvenez sans doute que l'an dernier déjà, lorsque vous vous rendiez pour la première fois à votre poste nouveau, je vous entretins de mon désir de lier entre nos deux confédérations un traité permanent d'arbitrage. Le 2 février de la présente année je vous priai de pressentir sur ce projet le gouvernement des Etats-Unis.² A cette époque je n'en avais pas encore entretenu mes collègues et je ne voulais leur présenter une proposition que si je pouvais en même temps leur faire entrevoir au moins comme probable une heureuse issue. Le rapport³ que vous m'avez fait de votre entrevue avec M. le Secrétaire d'Etat, puis votre télégramme⁴ m'ont autorisé à dire au Conseil fédéral que je considérais l'adhésion du gouvernement américain comme presque assurée; j'espère que vous ferez en sorte de réaliser mes promesses.

Mon rapport⁵ au Conseil fédéral mentionne le message annuel du Président Arthur, puis une décision du Parlement américain (joint resolution) autorisant à l'avance le Président à accueillir les ouvertures qui lui seraient faites en vue de traités d'arbitrage.

A vrai dire je ne connais ces faits que par les journaux et vous m'avez donné de l'inquiétude en me disant hier que vous les ignoriez. Vous voudrez bien, je vous prie, dès votre retour à Washington vous mettre en mesure de me renseigner officiellement sur cette résolution du Parlement. Vous voudrez bien aussi m'envoyer, avec la copie de la réponse à votre note, le message présidentiel.

Il se pourrait que vos collègues, les représentants des Etats du Continent américain, vous demandent à Washington si la Suisse serait disposée à lier avec d'autres Etats un pareil traité. Vous pourrez répondre affirmativement. Je ne m'avance pas trop en vous disant cela sans avoir consulté le Conseil. J'y suis autorisé par l'accueil excessivement sympathique que mes collègues ont fait à mon projet. Ils y ont vu le point de départ de nombreux traités et partant d'un nouveau droit international. Puisse-t-il en être ainsi.

2. *Nicht abgedruckt.*

3. *Nicht ermittelt.*

4. *Nicht ermittelt.*

5. E 22/1918.

243

E 1004 1/134

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 31. Juli 1883¹

3883. Tessiner Bistumsfrage

Politisches Departement. Antrag vom 30. Juli 1883

Schon zu wiederholten Malen, leztlich durch das Organ des Herrn Pedrazzini, seines Delegirten an der Konferenz mit dem Herrn Bundespräsidenten vom 25. Juli, hatte der tessinische Statsrat erklärt, dass weder Volk noch Regierung zu einem wenn auch nur provisorischen Anschlusse des Kantons Tessin an das Bistum Chur ihre Zustimmung geben würden.²

In Bestätigung der von Herrn Pedrazzini gemachten Vorschläge erklärt sich nun der Statsrat in seiner Zuschrift vom 27. Juli³ bereit, angesichts des hierseitigen Widerstandes gegen die Errichtung eines selbständigen *Tessiner Bistums* in die *provisorische Verwaltung durch einen apostolischen Vikar* einzuwilligen und sich in dieser Richtung beim hl. Stuhle zu verwenden, auch einer allfälligen Wahl des Herrn Lachat auf diesen Posten sich nicht zu widersetzen, falls diese Wahl den Bundesrat veranlassen könnte, auf seinen Beschluss vom 24. Oktober abhin⁴ zurückzukommen und der vorstehenden Kombination seine Zustimmung zu erteilen.

Entsprechend dem Antrage des Departements wird beschlossen:

Dem Statsrat des Kantons Tessin ist zu erwidern, dass der Bundesrat, obzwar er seinen frühern Vorschlag noch immer sowohl im allgemeinen schweizerischen, als im speziell tessinischen Interesse als die beste Lösung der Frage betrachte, dennoch geneigt sei, zu der vorgeschlagenen Verständigung, welche es zugleich ermöglichen würde, den gegenwärtigen Zuständen im Bistum Basel ein Ende zu machen, Hand zu bieten, und zwar auf folgender Grundlage.

1. Herr Lachat würde auf Titel und Würde eines Bischofs von Basel Verzicht leisten. Die Bezeichnung seines Nachfolgers hätte nach einem zwischen dem hl. Stuhle, dem Bundesrat und den beteiligten Kantonen zu vereinbarenden *modus vivendi* stattzufinden, oder auch würden sich die verschiedenen Beteiligten sofort über die Wahl des neuen Bischofs von Basel zu verständigen suchen, wobei die Rechte der Kantone für die Zukunft übrigens erhalten blieben.

2. Die Amtstätigkeit des Herrn Lachat wäre eine durchaus provisorische. Sie würde aufhören, sobald man sich über ein endgültiges Arrangement geeinigt hätte. Sollte ein derartiges definitives Arrangement bei einem etwaigen Ableben des Herrn Lachat noch nicht zu Stande gekommen sein, so würden in diesem Falle die Beteiligten sich über die zu treffenden provisorischen Massnahmen verständigen.

1. Abwesend: Droz, Schenk.

2. Das Protokoll dieser Konferenz ist als Annex 1 abgedruckt. Vgl. auch Annex 2.

3. E 22/1665.

4. Vgl. Nr. 224.

ANNEX I

E 22/1665

Compte rendu de la Conférence qui a eu lieu ce jour à la demande
du Gouvernement du Tessin, entre les délégués du Conseil fédéral
& le Délégué du Conseil d'Etat du Tessin

Affaires ecclésiastiques tessinoises

Berne, 25 juillet 1883

Preennent part à la Conférence: au nom du Conseil fédéral, son Président et son Vice-Président, M.M. Ruchonnet et Welti; au nom du Conseil d'Etat du Tessin, M^r. le Conseiller national Pedrazzini.

M^r. Pedrazzini expose en substance ce qui suit:

Le Gouvernement et le peuple du Tessin sont fermement résolus à ne pas consentir à une annexion de leur canton au Diocèse de Coire. Ils n'admettent pas non plus la solution provisoire proposée par le Conseil fédéral et qui consisterait à placer momentanément les paroisses tessinoises sous l'administration ecclésiastique de Mgr Rampa, l'Evêque actuel de Coire. Leur résolution à cet égard est fondée sur une foule de motifs, parmi lesquels M^r. Pedrazzini mentionne la distance entre Coire et le Tessin, la différence de langue, une certaine dualité entre le caractère du peuple grison et celui du peuple du Tessin, en somme assez de divergences pour que jamais les tessinois ne consentent à envoyer leur jeune clergé se préparer à la prêtrise dans un séminaire à Coire.

Le Gouvernement du Tessin insiste vivement pour que le Conseil fédéral renonce non seulement à une annexion au Diocèse de Coire, mais aussi à une annexion à quel autre diocèse que ce soit. Il insiste non moins vivement pour que le Conseil fédéral donne sans plus tarder les mains à la création dans le Tessin d'une organisation ecclésiastique qui permette de réaliser enfin la séparation de ces paroisses d'avec les ordinaires de Côme et de Milan. M^r. Pedrazzini dépeint l'état actuel comme un état illégal et irrégulier. La loi qui a ordonné la suppression de toute juridiction étrangère sur le territoire suisse n'est pas observée en Tessin et ne pourra pas l'être aussi longtemps qu'on n'aura pas substitué aux ordinaires de Côme et Milan un pouvoir ecclésiastique régulier. Les relations du clergé tessinois avec l'Evêque de Côme et l'Archevêque de Milan n'ont pas cessé d'avoir lieu; le Gouvernement est impuissant à y mettre un terme et la conséquence de cet état de choses est qu'il manque au Clergé du Tessin une direction ferme.

M^r. Pedrazzini rappelle que la population du Tessin presque unanime désire la création d'un Evêché distinct. Le Conseil d'Etat a reçu la mission d'insister pour obtenir du Conseil fédéral qu'il y donne son consentement. En cas de refus, le Conseil d'Etat a reçu du Grand Conseil l'ordre d'organiser par une loi la hiérarchie catholique dans le Canton.

Le Conseil d'Etat ayant constaté à son regret que le Conseil fédéral persistait à refuser de consentir en ce temps-ci à la création d'un Evêché tessinois, et sans perdre d'ailleurs l'espoir de le voir venir un jour à d'autres résolutions, vient lui demander de consentir à ce que, pendant le cours des négociations, il puisse être organisé en Tessin une administration ecclésiastique, distincte de tout autre ordinaire et qui serait placée sous la direction d'un ecclésiastique portant le titre de Vicaire apostolique ou telle autre dénomination à convenir.

M^r. Pedrazzini ajoute que le gouvernement serait disposé si cela pouvait entrer dans les vues du Conseil fédéral & faciliter une entente, à agréer pour remplir ce poste d'administrateur provisoire, Mgr. Lachat, actuellement Evêque de Bâle et qui serait relevé de cette charge.⁵

Les Délégués du Conseil fédéral ont répondu en substance ce qui suit:

Tout d'abord ils constatent avec regret la persistance du Tessin à repousser une annexion au Diocèse de Coire et même à refuser d'agréer à titre purement provisoire Mgr. Rampa comme administrateur des paroisses tessinoises. Les délégués du Conseil fédéral constatent, que tout en déplorant ce refus, qui ne leur paraît pas suffisamment motivé, ils ne peuvent qu'en prendre acte.

Ils admettent, avec le Gouvernement du Tessin, que les autorités compétentes ont le devoir de

5. *Vgl. Annex 2.*

réunir leurs efforts pour procurer l'exécution de l'arrêté fédéral du 22 juillet 1859⁶, savoir la suppression de la juridiction ecclésiastique des ordinaires de Côme et Milan sur les paroisses tessinoises.

Pour atteindre, sans plus tarder, ce but, ils sont disposés à consentir à ce que, durant le cours des négociations par lesquelles les parties continueront à chercher le terrain d'une entente définitive, il soit établi en Tessin un administrateur ecclésiastique.

Ils y sont d'autant plus disposés que le Gouvernement du Tessin propose d'ors et déjà pour remplir cette fonction Mgr. Lachat, lequel devrait en conséquence renoncer au siège épiscopal de Bâle et en être relevé.

Les délégués du Conseil fédéral entendent d'ailleurs bien que le nouvel Evêque de Bâle devrait être nommé d'entente avec les Cantons du Diocèse et agréé par eux. (La Conférence s'est même occupée de la personnalité sur laquelle devrait porter ce choix; toutefois il n'y a pas lieu de consigner ici cette partie de la négociation, qui par sa nature même demeure confidentielle).

Après cet échange de vues, les participants à la Conférence ont constaté qu'une entente pourrait s'établir sur les bases suivantes:

1. Le Conseil fédéral ne voulant pas consentir à l'érection d'un Evêché tessinois et le Tessin ne voulant pas consentir à être joint à l'Evêché de Coire, ni même à être placé provisoirement sous l'administration personnelle de Mgr. Rampa, en ce moment Evêque de Coire, il est entendu que l'on cherchera le terrain d'une autre solution. Pendant le cours de ces négociations, et pour ne pas ajourner encore l'exécution de l'arrêté fédéral de 1855, les paroisses tessinoises seront placées sous l'autorité d'un administrateur ecclésiastique, qui sera choisi en la personne de Mgr. Lachat. Cette entente provisoire prendrait fin à la mort de Mgr. Lachat, si une entente définitive n'était intervenue auparavant.⁷

2. Mgr. Lachat sera relevé de sa charge d'Evêque de Bâle. Il y sera remplacé selon un modus vivendi à convenir, par un ecclésiastique agréé par les Cantons du Diocèse.

M^r. Pedrazzini ayant demandé quelle serait la suite donnée à cette conférence, les délégués du Conseil fédéral ont fait remarquer que l'autorité fédérale ne consentirait pas à ouvrir des négociations officielles si elle n'avait pas au préalable l'assurance que les bases ici posées auraient l'agrément du S^t. Siège, que c'était d'ailleurs au Gouvernement du Tessin, qui avait fait les propositions ci-dessus consignées à pressentir l'accueil que le S^t. Siège leur ferait. Au cas où le Gouvernement du Tessin pourrait affirmer que son projet rencontrerait un bon accueil à Rome le Conseil fédéral aurait à prendre l'avis des cantons du Diocèse de Bâle, puis à examiner s'il lui convient de lier avec le S^t. Siège des négociations directes et sous quelle forme.

Sur cela la Conférence s'est terminée.⁸

ANNEX 2

J I. 2/13

Aufzeichnung des Vizepräsidenten des Bundesrates, E. Welti

Bern, im Juli 1883

Die Besprechungen, welche während der letzten Versammlung der eidg. Râthe zwischen Mitgliedern des Bundesrathes und einzelnen Vertretern von Cantonen stattgefunden haben, berechtigten zu der Hoffnung, dass es gelingen werde die kirchl. Verhältnisse der Schweiz zu ordnen. Die Geneigtheit dazu ist auch im Bundesrathe vorhanden und macht sich in den Cantonen immer mehr

6. AS 1857—1860, VI, S. 300 f.

7. *Randnotiz von Ruchonnet*: Il est à remarquer ici que le délégué tessinois a insisté pour qu'il fût entendu qu'après la mort de Mgr. Lachat, celle-ci survenant avant qu'une entente pour le règlement définitif de la question, un autre [*Schluss der Notiz fehlt*].

8. *Bemerkung von Ruchonnet am Schluss des Protokolls*: exact, avec la note ci-contre (vgl. *Anm.* 7).

geltend. Zu irgend welchen Verabredungen und verbindlichen Zusagen ist es übrigens bis jetzt nicht gekommen; dagegen hat man sich über einige Ideen verständigt von denen man annimmt, dass dieselben als Ausgangspuncte für offizielle Verhandlungen dienen könnten. Diese Ideen sind folgende:

1. Die kirchliche Verwaltung des Cantons Tessin wird dem Bischof Lachat unter dem Titel eines Vicaire apostolique oder eines Administrateur übertragen. Die Frage über die Errichtung eines eigenen Bisthums bleibt dadurch unberührt und sie könnte während der Dauer der Administration des Herrn Lachat zur Lösung gebracht werden.

2. Für die Diöcese Basel würde ein Coadjutor ernannt, dem ausschliesslich und allein die Ausübung aller bischöflichen Amtsgewalt und aller Amtshandlungen übertragen würde. Die Ernennung dieses Coadjutors würde durch den Pabst geschehen; die Cantone der Diöcese sich aber vorbehalten dafür einen Vorschlag zu machen, dessen Berücksichtigung zugesagt werden müsste. Der Coadjutor würde das Bisthum neu organisiren und den Domsenat wählen lassen, so dass die Behörde wieder vorhanden wäre, welche im Falle der Vacanz die ihr zukommenden Rechte bei der Bischofswahl ausüben könnte.

Durch die Wahl eines Coadjutors wäre dem Pabste die Möglichkeit gegeben, Herrn Lachat bei seiner bischöflichen Würde zu belassen. Dieses könnte aber unter allen Umständen nur unter der Bedingung geschehen, dass in den Verhandlungen mit den Cantonen der Diöcese Basel von Herrn Lachat gar keine Rede wäre, und dass die förmliche Versicherung gegeben würde, dass die sämmtlichen bischöflichen Functionen einzig und allein dem Coadjutor obliegen.

3. Es müsste auch der Fall vorgesehen werden, dass der Coadjutor vor dem Bischof Lachat sterben oder überhaupt seine Functionen nicht mehr fortsetzen sollte. Würde man diese Möglichkeit nicht vorsehen, so könnte daraus die Schwierigkeit entstehen, dass angenommen würde, die kirchl. Jurisdiction gehe durch den Tod des Coadjutors wieder an Hr. Lachat über. Die erste Voraussetzung des Gelingens der Verhandlungen ist aber die, dass Herr Lachat von den Cantonen der Diöcese nie mehr, weder jetzt noch künftig, als Bischof anerkannt werden kann.

Das sind die Hauptpuncte der bisherigen Besprechungen, welche nun fortgesetzt werden sollen. Es ist aber zu wiederholen, dass bis jetzt niemand gebunden ist und dass die bisherigen Verhandlungen allerdings zwischen Mitgliedern von Behörden, nicht aber unter den Behörden selbst gepflogen worden sind. Immerhin lässt sich soviel constatiren, dass sich auf allen Seiten ein versöhnlicher Geist geltend gemacht hat, der bis jetzt auf keine Schwierigkeiten gestossen ist.

Eine wesentliche Bedingung des guten Fortgangs der Sache ist die, dass die römische Curie sich so lange nicht in die Verhandlungen mischt, als dieses absolut notwendig wird. Es muss aber auch jede indirecte Einmischung, wie z. B. durch Rede oder durch Zeitungsartikel etc. unterbleiben. Die Curie wird die Mittel und Wege schon finden, um ihre Meinung in einer Weise zu äussern, die keinen Schaden bringt. In erster Linie überlasse man nun den Schweizerischen Beteiligten die Verständigung; wenn dieselbe soweit gediehen ist, dass Verhandlungen mit Rom nötig werden, so wird man dieselben nachsuchen. In welcher Weise und durch welche Personen dieselben geführt werden sollen, ist wohl noch nicht zu erörtern; nur eines kann jetzt schon gesagt werden; dass die Schweiz nie zugeben wird, dass diese Verhandlungen zum Vorwand gebraucht werden, um einen Nuntius wieder einzuführen; in dieser Richtung müssen alle Hoffnungen aufgegeben werden. Wird die Bestellung eines päpstl. Bevollmächtigten nötig, so muss er ausschliesslich ad hoc bestellt werden. Wahrscheinlich ist es auch besser, wenn hiefür nicht ein schweizerischer Bischof oder ein anderer schweiz. Würdenträger bezeichnet wird.

*Der Bundesrat
an den schweizerischen Legationsrat in Paris, E. Roguin*

S

Berne, 28 août 1883

L'article 10 de la convention monétaire internationale¹ du 5 novembre 1878 fixe à 6 francs par tête de population le montant des pièces de 2 francs, de 1 franc, de 50 centimes et de 20 centimes que les Etats contractants ont le droit d'émettre; d'après cette stipulation, la Suisse a eu comme contingent une somme de 18 millions de francs, qui a été frappée dans les années 1874 à 1882, comme suit:

8 millions de francs en pièces de 2 francs.

7 millions de francs en pièces de 1 franc.

3 millions de francs en pièces de 50 centimes.

Or, on a pu constater que ce contingent de 18 millions de francs est insuffisant pour la Suisse.

En faisant même abstraction complète de la circonstance que, par suite du trafic intense de frontière avec la France et l'Italie, une grande quantité de monnaies divisionnaires s'écoulent dans ces pays, le trafic interne, combiné avec l'affluence des étrangers, qui augmente d'année en année et qui s'étend sur une grande partie de la Suisse, exige une augmentation des monnaies d'appoint.

Aussi se produit-il dans notre pays, surtout pendant les mois d'été, une pénurie de monnaie qui entrave les transactions, de sorte que la caisse d'Etat fédérale s'est trouvée à plusieurs reprises dans l'obligation non seulement de retirer des Etats contractants limitrophes nos propres monnaies divisionnaires, mais encore de prier la France de lui en envoyer des siennes.

Dans ces conditions, nous devons demander aux Etats signataires de la convention monétaire du 5 novembre 1878 de nous autoriser à faire frapper complémentairement pour un million de francs de petites monnaies d'argent. Nous espérons que cette autorisation nous sera d'autant plus facilement accordée que, comme on le sait, la Suisse n'a fait usage que dans la mesure d'un tiers à peu près de son droit contractuel de frapper des pièces de 5 francs en argent.

En vous priant de transmettre notre demande au gouvernement français, en sa qualité de directoire des Etats de l'union monétaire latine, et de nous faire ensuite rapport² sur le résultat de vos démarches [...] ³.

1. AS 1878, 4, S. 294—312.

2. *Zur Antwort der französischen Regierung vgl. die Note von Ferry an Lardy vom 20. 2. 1884 (als Annex abgedruckt).*

3. *Es folgt die Grussformel.*

ANNEX

E 2200 Paris 1/108

*Der französische Ministerpräsident, J. Ferry,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, Ch. Lardy*

N

Paris, 20 février 1884

J'ai eu l'honneur de vous annoncer le 22 novembre⁴ dernier, que le Gouvernement de la République accueillait la demande formée par le Gouvernement Fédéral, en vue d'obtenir, des Etats co-signataires de la Convention monétaire du 5 novembre 1878, l'autorisation de faire frapper des monnaies divisionnaires d'argent pour la somme d'un million de francs, en sus des 18 millions que l'Art. 10 de ladite Convention donne à la Suisse le droit d'émettre. J'ajoutais que les représentants du Gouvernement de la République auprès des autres Etats de l'Union latine avaient été chargés de pressentir les dispositions de ces Gouvernements et je me réservais de vous transmettre leurs réponses, à mesure qu'elles me parviendraient.

Pour faire suite à cette communication, j'ai l'honneur de vous informer, Monsieur, que le Gouvernement Hellénique vient de donner son acquiescement à la demande formée par la Suisse.

Le Cabinet de Bruxelles s'est également prononcé dans un sens favorable au désir du Gouvernement Fédéral. Toutefois, il conserve quelques doutes sur l'efficacité du moyen proposé par la Suisse pour remédier à la pénurie de sa monnaie: Il serait à craindre, en effet, dans son opinion, que la monnaie nouvelle que le Gouvernement Fédéral se propose de frapper ne fût soumise aux mêmes causes d'exportation que le contingent existant, et ne suivit le même chemin que celui-ci. Désireux néanmoins de donner satisfaction au Gouvernement Fédéral, le Cabinet de Bruxelles serait tout disposé, en ce qui le concerne, à accéder à sa demande, si la Suisse voulait consacrer à la fabrication de la nouvelle monnaie divisionnaire des pièces de cinq francs en circulation. Cette combinaison aurait, aux yeux du Gouvernement Belge, l'avantage de permettre, tout en donnant satisfaction à la Confédération, d'éviter un accroissement de la quantité d'argent monnayé en cours dans les Etats de l'Union latine. En indiquant ce mode d'effectuer la frappe complémentaire dont il s'agit, le Gouvernement Belge n'entend pas en faire une condition «*sine qua non*» de son adhésion à la demande de la Suisse; mais il estime qu'il conviendrait, tout au moins, de stipuler que la frappe du nouveau million de monnaie divisionnaire serait imputé sur les contingents futurs, dans le cas où ceux qui sont actuellement fixés viendraient à être augmentés.

Enfin, vous trouverez, ci-joint, une copie de la réponse⁵ du Gouvernement Italien. M. Mancini se fonde, comme vous le verrez, sur une erreur de fait qui aurait été commise au préjudice de l'Italie, lors de la fixation des contingents, pour demander que, si celui de la Suisse venait à être relevé, celui de l'Italie fût également augmenté et porté de 170 à 174 millions de francs. Toutefois, le Cabinet de Rome juge préférable de demander au Gouvernement Fédéral d'attendre, pour soulever la question, la réunion des Conférences monétaires qui pourront avoir lieu, dans le courant de cette année, et par lesquelles une solution pourra être adoptée, comme elle l'eût été sans doute dans la Conférence qui devait se réunir en 1882. M. Mancini fait, d'ailleurs, observer que, dans les pourparlers qui eurent lieu à cette occasion, la proposition d'augmenter les contingents avait toujours été subordonnée à celle d'une refonte par laquelle les monnaies divisionnaires aux 835 millièmes auraient été ramenées au taux légal.

4. E 2200 Paris 1/107.

5. *Nicht ermittelt.*

JI.2./13

*Der Sottosegretario der Kongregation für ausserordentliche kirchliche
Angelegenheiten, D. Ferrata, an Bundesrat E. Welti*

Abschrift¹

M

Rom, 1. September 1883

1. Que les sept cantons reconnaissent l'autorité et la juridiction de l'Evêque. Le Conseil fédéral devrait interpellier à ce sujet les sept cantons² et assurer le S. Siège par un acte quiconque (sic) écrit.

2. Sérieuses garanties pour la liberté de l'administration épiscopale dans tous les cantons et pour son traitement.

3. Que la Bulle *Inter praecipua*³ de 1829 (c'est à dire le concordat) soit remise en vigueur par les gouvernements diocésains.

4. Que le chapitre de la Cathédrale de Soleure soit rétabli.

5. Que dans le Jura, canton de Berne, la circonscription des paroisses, réduites de moitié par l'autorité seule en 1874 au grand détriment du peuple catholique soient rétablies.

6. Que les garanties contenues dans les traités de Vienne de 1815 en faveur de l'Eglise catholique soient rétablies.

7. Que l'Evêque actuel de Bâle soit indemnisé de la spoliation subie depuis le 29. Janv. 1873 par le retrait (sic) de ses revenus.

8. Qu'il puisse faire les fonctions épiscopales comme tous les autres évêques dans tous les cantons.

Pour le Tessin il faut préciser nettement

1. La nomination de l'Evêque ou Vicaire apostolique faite par le S. Siège seul.

2. Le lieu de sa résidence, son logement, les revenus ou la mense.

3. Son entière liberté pour toute son administration, la composition de sa chancellerie et les publications pastorales et la nomination du supérieur, directeur et professeur de ou des séminaires ecclésiastiques à ériger.

4. L'élection d'un chapitre, la nomination des chanoines.

5. L'abrogation des lois ecclésiastiques contraires au droit canon encore en vigueur actuellement.

ANNEX

Aufzeichnung des Vizepräsidenten des Bundesrates, E. Welti

Tessiner Bistum

Bern, ohne Datum

Unter der Voraussetzung, dass der rechtliche Bestand der Diözese Basel sowol von den geistlichen als von den weltlichen Behörden anerkannt wird und dass es sich nur darum handelt, diesen

1. *Notiz am Kopf des Dokuments*: Abschrift der am 1. Sept. 1883 von Baron von Ottenfels vorgelegten, von Mgr Ferrata verfassten Fragen und Bedingungen.

2. *Vgl. Nr. 251.*

3. *Abgedruckt in* Carl Gareis/Philipp Zorn: Staat und Kirche in der Schweiz, Bd. 2, Zürich 1878, S. LVI—LIX.

rechtlichen Bestand wieder thatsächlich ins Leben zu setzen, halte ich die Erfüllung der vier ersten Bedingungen für selbstverständlich.

Der Bundesrath wird in die Lage kommen die beteiligten Cantonsregierungen anzufragen, ob sie auf Grund der jetzigen Constitution des Bisthums und speciell auf Grund der Bulle «*Inter praecipua*» zur Wiederherstellung des Bisthums schreiten wollen oder nicht. Wird diese Anfrage verneint, so betrachte ich alle weiteren Verhandlungen für überflüssig, weil es unmöglich sein wird, dass eine Vereinigung der Cantone unter sich und eine solche zwischen den Cantonen und dem Bunde einerseits und dem heiligen Stuhle andererseits über neue Grundlagen für die Errichtung eines Bisthums zu Stande komme. Bejahen aber die Cantone obige Frage, so anerkennen damit die Cantone die Autorität und Jurisdiction des Bischofs (1. Bedingung) und geben auch zu dass das Capitel wieder hergestellt werde (Art. 4), sowie dass der Bischof seine Administration in allen Cantonen ausübe (2. Beding). Dass die Verpflichtungen in Bezug auf die Besoldung des Bischofs sowie in Bezug auf die übrigen bisherigen Prästationen wieder eingegangen oder vielmehr erneuert werden müssten ist selbstverständlich.

In Hinsicht dieser ersten vier Punkte scheint also eine Schwierigkeit durchaus nicht zu bestehen. Sie würde aber eintreten, wenn verlangt werden sollte, dass die vier Bedingungen nicht bloss thatsächlich durch die factische Wiederherstellung des Bisthums erfüllt werden, sondern, dass die Cantone oder in ihrem Namen der Bundesrath, durch einen besondern schriftlichen Act die Autorität und Jurisdiction des Bischofs anerkenne und die in der Bedingung N^o 2 geforderten Garantien gegenüber dem heil. Stuhl ertheile.

Eine solche Forderung hätte nicht die geringste Aussicht auf Erfüllung; die weltlichen Behörden würden einen solchen Schritt nicht nur als überflüssig, sondern als unvereinbar mit ihrer Würde erklären; zudem wäre derselbe auch nutzlos, denn es ist nicht einzusehen, wesshalb in einer solchen schriftlichen Zusicherung mehr Garantie liegen sollte, als in der Erklärung, dass die weltlichen Behörden bereit seien auf Grundlage der Bulle «*Inter praecipua*» das Bisthum wieder herzustellen.

Zu N^o 5. Die Forderung in Bezug auf die Kirchgemeinden im Jura sollte notwendig von der jetzigen Frage getrennt werden, da die letztere gelöst werden kann, wenn auch die Forderung nicht erfüllt ist. Man sollte sich überhaupt hüten Verhältnisse in die Verhandlungen hineinzuziehen, die nicht notwendig damit im Zusammenhang stehen und auch nicht sämmtliche zur Diöcese gehörenden Cantone berühren.

Zu N^o 6 u. 7. Diese beiden Bedingungen sind unerfüllbar. Die Bundesbehörden haben den Grundsatz stets festgehalten, dass sie nur den Unterzeichnern des Wiener Vertrages das Recht zuerkennen sich darauf zu berufen und dass sie sich überdiess selbst das Recht vorbehalten zu untersuchen, ob eine solche Berufung begründet sei.

Die «*Entschädigung*» des Bischofs von Basel für die ihm seit 1873 nicht ausbezahlte Besoldung wäre einer Erklärung gleich, dass sich die Cantone im Unrecht befinden.

Zu N^o 8. Es ist kaum zu bezweifeln, dass dem jetzigen Bischof von Basel diese Befugniss zugestanden wird, sobald die Verhältnisse der Diöcese im gegenseitigen Einverständniss geregelt sein werden. Dagegen ist es sehr fraglich, ob die Stellung einer solchen Forderung in den Unterhandlungen der Sache förderlich ist.

Was nun die auf den Canton Tessin bezüglichen Fragen und Forderungen anbelangt, so dürfte wohl folgendes das richtige sein:

ad 1. Die Ernennung des apostol. Vicars (nicht eines Bischofs) kann allerdings durch den heil. Stuhl geschehen, aber unter der Voraussetzung, dass in definitiver Weise die Zusicherung gegeben wird, dass die Wahl auf den jetzigen Bischof von Basel fallen werde.

ad 3. Wenn der Canton Tessin und der Bundesrath sich mit dem heil. Stuhl darüber verständigen, dass ein Vicaire apostolique ernannt werden soll, so versteht es sich von selbst, dass diesem auch die Rechte eines solchen zugestanden werden. Dasselbe gilt auch von N^o 4. Dabei ist aber nicht aus den Augen zu verlieren, dass die ganze Anordnung, wie sie für den Canton Tessin getroffen werden soll nur einen provisorischen Charakter haben kann und dass es nicht im Interesse der Sache liegen würde, wenn beabsichtigt werden sollte, bei Anlass der Bestellung eines apostolischen Vicars das Bisthum Tessin zu organisiren.

ad 2 u. 5. Diese Fragen werden am besten mit der Regierung von Tessin behandelt; die erste derselben ist sicher auch schon in Rom besprochen worden.

Der Staatsrat des Kantons Tessin¹ an den Bundesrat

B

Bellinzona, 12 settembre 1883

Il giorno 24 dello scorso mese di Agosto erano di ritorno dalla loro missione a Roma presso la Santa Sede il Sig^r Presidente di questo Consiglio, Regazzi, ed il Sig^r Consigliere di Stato, Pedrazzini.

Noi avremmo prima d'ora riferito alle SS.VV. il risultato di tale missione, se non ci avesse consigliati a soprasedere per alcuni giorni la speranza di poter soggiungere qualche notizia intorno all'andamento succesivo della bisogna diocesana. Ma siccome tali notizie non abbiamo peranco, così noi vi preghiamo intanto di gradire il breve rapporto, che segue:

I nostri delegati trovarono a Roma le migliori accoglienze e disposizioni a prendere in attento esame la divisata combinazione, sia in quella parte, che tocca il Cantone Ticino, e sia in quella, che riguarda la Diocesi di Basilea. Siccome però la cosa presentavasi per molti lati complessa, così si dovette concentrare ogni sforzo ad ottenere che fosse mandato allo studio delle persone competenti il più presto possibile. Che poi questo siasi effettivamente ottenuto, possiamo assicurare le SS.VV., avendoci riferito i nostri Delegati come, dalle ripetute conferenze avute col Sig^r Cardinale Segretario di Stato, con altri tra i più influenti membri del Sacro Collegio, e collo stesso Santo Padre, sia emerso, che le istanze fatte a tal uopo sarebbero state indubbiamente esaudite. A questo proposito i Sig^{ri} Regazzi e Pedrazzini non omisero[!] di far valere presso la Curia Pontificia lo spirito conciliativo, di cui sono animate le SS.VV., non meno che questo Consiglio di Stato, e la necessità di giungere ad una soluzione, che soddisfi tutte le parti interessate. Fra queste parti furono compresi anche i Governi di quei Cantoni, che abbraccia la Diocesi di Basilea, ed anche a loro riguardo credettero i nostri Delegati di potere, sulla vostra autorevole parola, affermare uguale intendimento ad una religiosa pacificazione.²

Sebbene non ci sia dato per ora di prevedere quelle difficoltà che per avventura potranno nascere contro la effettuazione del noto progetto, non vogliamo però intralasciare di informarvi, che sarebbe un grave sacrificio pel Santo Padre il richiamare dalla Sede di Basilea Monsignor Lachat, affine d'incaricarlo eventualmente del Vicariato Apostolico nel Ticino, — questo fatto, per quanto possa andare accompagnato da molti riguardi, e da qualche compenso, non potendo non implicare una tal quale offesa alla dignità di quel Prelato. Di che però essendosi addati, i nostri Delegati ebbero cura di porre in evidenza gl'importanti vantaggi che verrebbero dal detto sacrificio.

Onde, a dir breve, noi crediamo che le pratiche avviate abbiano a conseguire lo scopo a cui mirano, sempre che, come non dubitiamo, si mantengano nell'Alto Consiglio Federale e nelle Autorità Cantionali, interessate nella questione, le buone disposizioni a procedere colla Santa Sede a quegli accordi, i quali, se ridaranno a tanta parte di Cattolici Svizzeri quel pieno e libero esercizio del loro culto, cui hanno diritto, contribuiranno insieme indubbiamente alla felicità della Patria.

1. *Unterzeichnet: Conti, Vize-Präsident des Staatsrates und Tognetti, Staatsschreiber.*

2. *Vgl. Nr. 243, Annex 1.*

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 28. September 1883¹

4774. Erwerb von Grundeigentum in der Türkei

Politisches Departement. Antrag vom 22. September 1883

Das politische Departement erstattet ausführlichen Bericht über die bisherigen Verhandlungen über die *Frage des Erwerbes von Grundeigentum in der Türkei* durch schweiz. Angehörige. Der Bundesrat beschäftigte sich mit dieser Angelegenheit zuletzt im Jahre 1875 (Prot. vom 20. August N^o 4671² und 30. August N^o 4869).

Damals wurden die Verhandlungen abgebrochen und es verblieb beim status quo, jedoch wurde die schweizer. Gesandtschaft in Paris eingeladen, anher zu berichten sobald sich eine günstige Gelegenheit für die Wiederaufnahme der Verhandlungen in Paris zeige.

Durch Rescript des türkischen Sultans vom 18. Juni 1867 ist nämlich den Fremden die Befugnis eingeräumt, gleich wie die türkischen Untertanen, zu Stadt und Land im ganzen Reich, mit Ausnahme der Provinz Hedjaz Grundeigentum zu besitzen, mit der Verpflichtung, alle jezt oder in Zukunft dem Grundeigentum auferlegten Lasten und Steuern zu entrichten. Artikel 5 des erwähnten Rescriptes fügt bei, dass jeder fremde Untertan die Vorteile des gegenwärtigen Gesezes genieesse, sobald die Macht, zu welcher er gehöre (de laquelle il relève), den Übereinkommen beigetreten sein werde, welche von der hohen Pforte für die Ausübung des Eigentumsrechtes vorgeschlagen sind. Ein Protokoll regelt die in Art. 5 des Gesezes in Aussicht genommenen Übereinkommen und bestimmt, dass das Gesez den Freiheiten keinen Eintrag tue, die durch die Verträge, welche auch fernerhin die Person und das bewegliche Gut der Grundeigentümer gewordenen Fremden schützen werden, eingeräumt seien.³

Diejenigen Mächte, deren Schuz unsere Angehörigen in der Türkei gewöhnlich wählen, sind alle diesem Protokoll beigetreten. Während jedoch Deutschland und Österreich die Schuzgenossen sowohl als auch die eigenen Angehörigen an den Vorteilen des Protokolls teilhaftig werden lassen, haben die diplomatischen und konsularischen Vertreter Frankreichs bis jezt, trotz der Bestimmungen des türkischen Gesezes selbst und der völkerrechtlichen Gebräuche nicht eingewilligt, dasselbe zu tun; sie sind der Ansicht, dass Frankreichs Beitritt zum Protokoll vom Jahre 1867 nur für die Franzosen Geltung habe.

Die Frage blieb dann namentlich wegen des türkisch-russischen Krieges und anderer politischer Verhältnisse unerledigt.

Im Jahre 1882 wurde dieselbe jedoch wieder durch die Glarner Handelskammer angeregt.⁴

1. Abwesend: Welti, Schenk.

2. Nr. 76.

3. Vgl. E 13 (B)/270.

4. E 13 (B)/271.

Nach einem Berichte des Herrn Lardy, damaligen interimistischen Geschäftsträgers in Paris, vom 10. August 1882⁵, erklärte sich der damalige Minister der auswärt. Angelegenheiten, Herr Decrais⁶, dahin, *Frankreich sei, sobald der Bundesrat darum nachsuche, bereit, seine Botschaft in Konstantinopel zu beauftragen, über den Beitritt der Schweiz zu dem erwähnten Protokoll zu unterhandeln, und zwar allgemein und zu Gunsten aller Schweizer, unter welchen Schuz sie sich in der Türkei gestellt haben mögen.*

Unterm 9. Juli ds. Js. endlich lud die Bundesversammlung den Bundesrat durch Postulat ein, die nötigen Schritte zu tun, dass den in der Türkei niedergelassenen Schweizerbürgern gestattet werde, daselbst Grundeigentum zu erwerben.⁷

Das politische Departement erachtet es für angezeigt, von jenem Anerbieten des Herrn Decrais⁶ Gebrauch zu machen und dem gestellten Antrage gemäss wird *beschlossen:*

Die schweizer. Gesandtschaft in Paris wird beauftragt, die Regierung der französ. Republik zu ersuchen, sie wolle gefälligst, wie sie es s. Z. anerbotten habe⁸, ihre Botschaft in Konstantinopel beauftragen, den Beitritt der Schweiz zum Protokoll vom 18. Juni 1867, betr. das Recht zum Erwerb von Grundstücken in der Türkei, und zwar allgemein und zu Gunsten aller Schweizer, und unter welchen Schuz sie sich in der Türkei gestellt haben mögen, zu vermitteln.⁹

5. E 13 (B)/271.

6. Decrais war Direktor für politische Angelegenheiten

7. E 1001 (C) d 1/83, Nr. 751.

8. Vgl. Nr. 61, Anm. 6.

9. Zwar lehnt die türkische Regierung am 7. 7. 1884 das französische Gesuch ab, jedoch duldet sie die Weisung der französischen Botschaft in Konstantinopel an die Konsulate: [...] die unter französischem Schuze stehenden Schweizer in dieser Beziehung auf dem gleichen Fusse zu behandeln, wie die Angehörigen Frankreichs. [...] (E 1004 1/139, Nr. 5748).

248

E 1004 1/135

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 6. Oktober 1883¹

4867. Heilsarmee

Justiz- und Polizeidepartement. Mündlich

Das Präsidium eröffnet, dass ihm folgende Aktenstücke übergeben worden seien:

I. Vom englischen Gesanten eine Note vom 5. dies.², in welcher die Befürchtung ausgesprochen werde, es könnten anlässlich der am nächsten Sonntag gegen die Anhänger der Heilsarmee in Aussicht genommenen Volksversammlung die in Neu-

1. Abwesend: Droz und Welii.

2. E 22/1828.

enburg niedergelassenen britischen Angehörigen und deren Eigentum Gefahr laufen, und in welcher das Gesuch gestellt wird, der Bundesrat möchte zu deren Schutz die nötigen Vorsichtsmassregeln treffen (dabei wird bemerkt, dass die Mitglieder der Heilsarmee alle den Kanton Neuenburg verlassen haben).

2. Von einer Privaten-Abordnung aus dem Kanton Neuenburg die am Mittwoch den 3. Oktober in Neuenburg angeschlagene Proklamation, in welcher zu einer am 7. Oktober in Neuenburg stattfindenden Volksversammlung eingeladen wird, um gegen das die Mitglieder der Heilsarmee freisprechende Urteil des Schwurgerichtes in Boudry zu demonstrieren und die Ausweisung der Salutisten aus dem Kanton Neuenburg zu verlangen.³

Bei der Übergabe dieser Proklamation sei ihm von dieser Abordnung die Befürchtung ausgesprochen worden, dass an dieser Volksversammlung Unruhen ausbrechen und Gewalttätigkeiten begangen werden könnten.

Die auf Freitag den 5. dieses Monats angesetzte Sitzung des Bundesrates habe nicht stattfinden können, da der Rat nicht beschlussfähig gewesen sei (die Herren Welti und Schenk waren in Urlaub, Hr. Hertenstein war bei den Herbstmanövern und Hr. Droz wegen Familienverhältnissen abwesend). Da aber die Angelegenheit dringlicher Natur und eine Verschiebung derselben nicht möglich gewesen, so seien die anwesenden Mitglieder des Rates dahin übereingekommen, das Justiz- und Polizeidepartement zu ermächtigen, der Regierung des Kantons Neuenburg von der Note der englischen Gesandtschaft Kenntnis zu geben und dieselbe einzuladen, für Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung die nötigen Massregeln zu treffen und der Gesandtschaft zu erwidern, dass die Ausübung der Polizei Sache der Kantone sei, dass aber die Regierung des Kantons Neuenburg eingeladen worden sei, das Nötige vorzukehren. Der Rat erklärt sich mit dieser Anordnung einverstanden.

3. Vgl. das Schreiben von Ruchonnet an das Justiz- und Polizeidepartement vom 4. 10. 1883 (E 22/1828).

249

E 13 (B)/202

Der Bundesrat an die teilnehmenden Staaten an der Handelsvertragskonferenz in Tokio¹

Kopie
VN

Berne, 19 octobre 1883

Le Conseil fédéral de la Confédération suisse est disposé à donner les mains, sur la demande instante du gouvernement du Japon², à la prochaine mise en vigueur d'un nouveau tarif douanier, sur la base de l'entente qui s'est établie dans les conférences

1. Die Noterichtete sich an Frankreich, Grossbritannien, Deutschland, Österreich-Ungarn, Italien und Belgien. Ebenfalls informiert wurden die schweizerischen Gesandtschaften in Paris, Berlin, Wien, Rom und Washington (E 1004 1/135 Nr. 5099).

2. Vgl. das Schreiben von Claparède an den Bundesrat vom 1. 10. 1883 (E 13 (B)/202).

de Tokio³, en réservant pour d'ultérieures négociations l'examen des autres points en contestation⁴.

Il se réserve toutefois d'insister pour obtenir quelques modifications au nouveau projet de tarif et notamment pour maintenir les droits actuels sur les tissus et l'horlogerie.

Dans l'entente qui s'établirait sur cette première convention, il y aurait lieu également d'obtenir du gouvernement du Japon quelques améliorations à l'état actuel de la circulation monétaire et du change dans ce pays, une extension du système des passeports et des garanties en faveur du commerce étranger.

En ce qui concerne les questions réservées pour un examen ultérieur, le Conseil fédéral suisse est disposé en principe à donner pour instruction à ses représentants de consentir à ce que la juridiction consulaire soit remplacée par des cours spéciales, ayant juridiction sur les étrangers et composées de juges étrangers. Il doit toutefois se réserver d'examiner au préalable les lois de procédure qui seront établies pour ces cours.

Le Conseil fédéral n'est pas disposé à renoncer à la clause de la nation la plus favorisée. Par contre, il ne se refusera pas à entrer en négociations pour renoncer au caractère perpétuel du traité actuel, lorsque, dans un délai à déterminer, le Japon aura réglé l'admission des étrangers dans tout l'empire d'une manière qui puisse obtenir l'assentiment des autres gouvernements.

3. Vgl. Nr. 229, Anm. 6.

4. Vgl. Nr. 275.

250

E 2300 Washington 11

*Der schweizerische Gesandte in Washington, E. Frey,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
L. Ruchonnet*

B

Washington, 22. Oktober 1883

Während das politische Leben in den Ver.¹ Staaten sich mehr und mehr um blosse Macht- und Personenfragen dreht und der Kampf um grosse Prinzipien mit alleiniger Ausnahme der Zoll- und Besteuerungsfrage gänzlich in den Hintergrund gedrängt ist, sind in jüngster Zeit einzelne Zeichen am politischen Firmamente sichtbar geworden, die einstweilen zwar noch schattenhaft erscheinen, binnen Kurzem aber möglicher Weise etwas schärfere Umrisse anzunehmen und auf die unmittelbare Gestaltung der politischen Verhältnisse einen gewissen Einfluss auszuüben bestimmt sein mögen.

Ich habe hier in erster Linie die s. g. *Negerfrage* vor Augen. Bekanntlich verdanken die Neger in den Ver. Staaten ihre bürgerliche und politische Emanzipation dem

1. Vereinigten.

Secessionskriege 1861/65 und, parteipolitisch gesprochen, der republikanischen Partei. Dieser Partei sind sie bis jezt auch in allen Stücken und soviel ich weiss ausnahmslos treu geblieben. Seit einiger Zeit scheint jedoch die demokratische Partei sich da und dort um die Gunst des schwarzen Stimmvolkes zu bewerben und es unterliegt keinem Zweifel, dass im Schosse der Negerbevölkerung sich die Tendenz zu entwickeln beginnt, die Hörigkeitsbande, welche sie bisher mit der republikanischen Partei scheinbar unlösbar verknüpft haben, von sich abzuschütteln. Hiezu ist nun ein Ereigniss getreten, welches mit Recht oder Unrecht die Stimmung der Farbigen ungemein gereizt hat und welches unter allen Umständen der republikanischen Partei erhebliche Verlegenheiten bereiten wird.

Im Jahre 1875 erliess der Kongress unter dem Einflusse des seither verstorbenen radikalen Republikaners und Absolutionisten Charles Sumner die s. g. Civil Rights Akte, deren Hauptbestimmung folgendermassen lautet:

«Dass alle Personen innerhalb der Gerichtsbarkeit der Ver. Staaten berechtigt sein sollen zum vollständigen und gleichen Genusse aller Bequemlichkeiten, Vorteile und Privilegien von Gasthöfen, öffentlichen Verkehrsanstalten zu Land und zu Wasser, Teatern und öffentlichen Vergnügungsplätzen, nur unter den Bedingungen und Beschränkungen, die das Gesez vorschreiben mag und die gleichmässig auf die Bürger jeder Race und Farbe und ohne Rücksicht auf frühere Dienstbarkeitsverhältnisse anwendbar sind.»

Die Akte sezt ferner fest, dass jede Person, welche den obigen Bestimmungen zuwiderhandle, zu einem Civilschadenersatz von \$ 500.— und zu einer Geldbusse von \$ 500—1500 oder zu einer Gefängnisstrafe von 30 Tagen bis zu einem Jahre verurteilt werden solle.

Auf Grund dieser Vorschriften wurden von Farbigen, welchen in Hotels, Teatern, Eisenbahnen, Dampfboten u. s. w. gleiche Rechte mit den Weissen verweigert worden waren, eine Anzahl Prozesse gegen die Eigentümer der fraglichen Anstalten angestrengt, von denen fünf bis an die Ver. Staaten Supreme Court gelangten. Letztere hat nun aber dieser Tage zu Gunsten der Beklagten entschieden, indem dieselbe die «Civil Rights Bill» als verfassungswidrig erklärte. In seiner Begründung stüzte sich das Bundesgericht, das, nebenbei gesagt, in seiner grossen Mehrheit aus Republikanern besteht, darauf, dass die Bundesverfassung nur die Rechtsgleichheit aller Bürger postulire, dass aber die Benüzung von Eisenbahnen und Hotels nicht zu den Grundrechten der Ver. Staaten Bürger gehöre.

Es ist nicht meine Sache, die Richtigkeit dieses bundesgerichtlichen Entscheides zu prüfen; diese Frage berührt uns auch keineswegs. Wichtig ist allein die Tatsache, dass jener Entscheid im Widerspruch mit der bisherigen volkstümlichen Auslegung der Civil Rights Bill steht, wobei ich allerdings nicht zu behaupten wage, dass das Urteil des Bundesgerichts nicht eine rükläufige Bewegung in der Volksmeinung bewerkstelligen werde.

Unter den Farbigen jedoch hat der bundesgerichtliche Spruch eine grosse Aufregung hervorgerufen, welche sich ganz besonders in der Konvention Luft machte, die dieser Tage in Louisville stattfand. Und wie die Sache jezt steht, ist für die republikanische Partei die Gefahr vorhanden, dass die grosse Masse der Farbigen sich von ihr lossagen und eine besondere Partei bilden werde, welche sich jeweilen dem Meistbietenden zur Verfügung stellen würde.

Es ist mir nicht bekannt wie viele Stimmen das farbige Element bei der Präsiden-

tenwahl abzugeben pflegt. Jedenfalls ist diese Stimmenzahl aber beträchtlich genug, um bei der nächsten Präsidentenwahl möglicher Weise von ganz entscheidender Bedeutung zu werden.

Im Übrigen lege ich dieser Bewegung kein grösseres Gewicht bei, als sie es verdient; denn auf der andern Seite darf selbstverständlich auch die Abneigung nicht ausser Betracht fallen, welche die schwarze Race gegen die demokratische Partei empfindet, eine Abneigung, die in der Geschichte der letzten 30 Jahre ihre volle Begründung hat.

Die zweite, einstweilen zwar auch noch mehr oder weniger schattenhafte Erscheinung am Horizonte des politischen Firmamentes der Ver. Staaten, die aber unter Umständen eine ungleich gewaltigere Gestaltung annehmen wird, ist die *Arbeiterfrage*. Wenn man im allgemeinen berechtigt ist, den Satz aufzustellen, dass die Wurzeln der Arbeiterfrage unserer Zeit nicht allein in der tatsächlichen Lage des Arbeiterstandes zu suchen sind, sondern vielleicht in eben demselben Grade in dessen relativer Lage zu der Lebensstellung anderer Stände, so gilt dieser Satz wohl vor Allem in den Ver. Staaten. Hier sind die Löhne im allgemeinen ausreichend zur Bestreitung des Notwendigsten; allein nirgends ist der Luxus, auch der massvollste, teurer als in den Ver. Staaten und nirgends wird ein massloserer Luxus getrieben, als unter den oberen Zehntausend in den Ver. Staaten. Fügt man nun das Gleichheitsgefühl hinzu, das unter den hiesigen Arbeitern einen weit ausgeprägteren und bewussteren Charakter trägt als bei uns, so liegt der Schluss sehr nahe, dass die ungeheure Kluft, welche zwischen den enormen Vermögensanhäufungen und der hoffnungslosen Besitzlosigkeit, zwischen dem schrankenlosen Luxus der Einen und dem sorgen- und entbehrungsreichen Leben der Anderen besteht, eines Tages wohl auch die Einheit dieser Nation erschüttern könnte.

Als ich noch die Ehre hatte, Mitglied des Nationalrats zu sein, habe ich die Frage einer umfassenden volkswirtschaftlichen Enquete mittelst statistischer Erhebungen einerseits und persönlicher Einvernahmen von Beteiligten andererseits angeregt. Im Senate der Ver. Staaten wurde verwichenen Winter ein ähnlicher Antrag gestellt und angenommen und sofort aus der Mitte der Behörde eine Kommission gewählt, welche mit der Enquete beauftragt wurde. Diese Kommission reist seit mehreren Monaten im Lande umher und hat vor wenigen Tagen ihre zahlreichen mündlichen Abhörungen geschlossen, dabei aber eine öffentliche Aufforderung zur Eingabe von schriftlichen Auseinandersetzungen erlassen. Es würde mich hier zu weit führen, wollte ich mir erlauben, Ihre Aufmerksamkeit auf die Einzelseiten des ausgedehnten Materials zu lenken, welches die Senatskommission mittelst ihrer persönlichen Einvernahmen bisher zu Tage gefördert hat. Wenn einmal der Bericht der Kommission im Druke erscheint, hoffe ich in der Lage zu sein, Ihnen ein Exemplar desselben übermitteln zu können. Auch wird es mir dannzumal erst möglich sein, mir ein Bild von den Ergebnissen der Untersuchung und von den grossen Strömungen zu konstruieren, welche in der Anschauung von volkswirtschaftlichen Dingen hier zu Lande bestehen. Aus den Berichterstattungen der Presse geht inzwischen das Eine klar und deutlich hervor, dass die Tage der s. g. Harmonie der Interessen und des volkswirtschaftlichen Friedens auch in den Ver. Staaten gezählt sind.

Diese Tatsache ist für uns auch wichtig mit Rücksicht auf die Auswanderungsfrage und hier erlaube ich mir namentlich darauf aufmerksam zu machen, dass selbst der Betrieb der Landwirtschaft, dieses letzte refugium des Besitzlosen, wenn auch lang-

sam, so doch stetig in die Hand des Grosskapitals, d. h. des Grossgrundbesizes überzugehen sich vorbereitet. Auffallender Weise hat auch das Pachtssystem besonders in den südlichen Teilen der Ver. Staaten ganz erheblich zugenommen und eine Klasse von Bauern geschaffen, welche sehr weit entfernt ist von dem Ideale bäuerlicher Unabhängigkeit.

Insofern ich voraussetzen darf, dass diese amerikanische Arbeiterfrage Ihr Interesse besitzt, werde ich nicht ermangeln, wieder auf dieselbe zurückzukommen.

Eine etwas untergeordnetere Bedeutung nimmt die s. g. *Temperenzfrage* in Anspruch. In kulturhistorischer Beziehung sind die unausgesetzten und stets sich steigenden Bemühungen der «Temperenzpartei», die Gesetzgebung für ihre Zwecke zu gewinnen, nicht ohne Interesse. Und ich füge hinzu, dass die bestialische Trunksucht, welche hier zu Land vielfach herrscht und sich in nicht minder bestialischen Ausschreitungen gegen das Leben und das Eigentum äussert, den amerikanischen s. g. Temperenzbestrebungen eine breitere Unterlage und gewiss auch eine höhere Berechtigung gewähren, als anderswo. Vom parteipolitischen Standpunkte aus kommt diese Bewegung insofern in Betracht, als sie mit der republikanischen Partei in Zusammenhang gebracht wird. In Folge dessen ist es schon mehrfach vorgekommen, dass die republikanische Partei bei Staatswahlen von ganzen Gruppen sogenannter Anti-Temperenzler im Stiche gelassen wurde, so namentlich von den Deutschen, welche das Verbot des Bierausschenkens in Aufregung versetzt, und von den Wirten, die sich in ihrer Existenz bedroht sehen. Diesem Umstande wird beispielsweise die kürzliche Niederlage der republikanischen Partei im Staate Ohio bei der Gouverneurswahl vielfach zugeschrieben, während allerdings auch behauptet worden ist, die Deutschen seien trotz der Gefahr, von allen Bierzufuhren abgeschnitten zu werden, ihrer Partei bei dieser Wahl unerschütterlich treu zur Seite gestanden, was indessen schwer zu glauben ist.

Verhalte sich das übrigens so oder anders, so darf doch nicht ausser Acht gelassen werden, dass auch diese Temperenzbewegung im Laufe der nächsten Präsidentenwahl-Kampagne der republikanischen Partei fatale Überraschungen bereiten könnte. Und dass dies geschehen möge, ist im Interesse unserer handelspolitischen Beziehungen mit den Ver. Staaten allerdings dringend zu wünschen, wenn auch anderseits der Sturz der grossen und ehemals so ruhmvollen Partei, der die civilisirte Welt die Erhaltung der Union und die Zertrümmerung der Negersklaverei verdankt, nur mit aufrichtigem menschlichen Bedauern ins Auge gefasst werden kann.

Endlich liegt es mir ob, Ihre Aufmerksamkeit auf die gegenwärtige Situation der *Münzfrage* in den Ver. Staaten zu lenken. In Bezug auf die Geschichte dieser Frage nehme ich mir die Freiheit, Sie auf den ausgezeichneten Bericht der Herren Feer-Herzog und Lardy, vom 30. September 1878², zu verweisen. Kurze Zeit vor Abfassung dieses Berichtes war im Kongress die s. g. Bland Bill durchgegangen, welche prinzipiell die Remonetisirung des Silbers inaugurierte, indem sie den Silberdollar zu 4.12½ Grain als gesetzliches Zahlungsmittel für alle Zahlungen erklärte und das Schatzamt zu einer allmonatlichen Prägung von wenigstens 2 Millionen Silberdollars verpflichtete. Die Folge dieses Gesetzes ist, dass während im Februar 1878, zur Zeit des Erlasses desselben, sich kein Vorrat von geprägtem Silber in den Gewölben des Schatzamtes befand, heute in den Kellern des Finanzministeriums eine wahre Silber-

2. BBI 1878, 4, S. 302 (Beilage). Vgl. auch Nr. 134.

flut herrscht, welche täglich im Steigen begriffen ist, so dass diese Keller gegenwärtig beträchtlich erweitert werden müssen. Der Gesamtbetrag dieser Silberanhäufung betrug am 1. Nov. 1882 nach dem Berichte des Schazamtes 92½ Millionen Dollars und ist, wenn ich recht berichtet bin, heute auf über 120 Millionen Dollars gestiegen.

Es geht hieraus auf das evidenteste hervor, dass diese Silberprägung nicht etwa einem kommerziellen Bedürfnisse entspricht, sondern dass dieselbe im Gegenteil von der Geschäftswelt beharrlich zurückgewiesen wird und dass sie schliesslich, wenn ihr nicht bei Zeiten Halt geboten wird, die Goldcirkulation überfluten muss. In der Tat ist die Goldreserve in der Schazkammer in stetigem Rückgang begriffen. Während im Jahre 1877 noch 93% der Baarreserve in Gold bestand, war die Goldreserve am 1. Oct. 1882 bereits auf 55% zurückgewichen. Somit erscheint der Zeitpunkt sehr nahe, wo der Silbervorrat ein grösserer sein wird, als der Goldvorrat und zwar darf diess um so sicherer angenommen werden, als fortwährend beträchtlich mehr Silber als Gold geprägt wird.

Dass aber von dem Augenblicke an, wo das Silber die Oberhand über das Gold gewinnt, grosse Störungen im hiesigen Handelsverkehr unausweichlich entstehen müssen, darüber ist ein Zweifel nicht erlaubt. Zwar werden die s. g. Goldcertifikate in ihrem Cirkulationswerte dadurch nicht berührt werden, weil dieselben gegen Gold ausgetauscht werden müssen. Allein, das kömmt um so weniger in Betracht, als die grosse Masse der Goldcirkulation in s. g. Greenbacks und Silbercertifikaten besteht, welche nach dem Belieben des Schazamtes auch gegen Silber ausgetauscht werden können. Sobald daher die Gefahr besteht, dass das Gold aus den Gewölben des Schazamtes verdrängt wird und dass das Silber den Hauptbestandteil der Baarreserve bildet, wird der Wert der Greenbacks und der Silbercertifikate ins Schwanken geraten. Der geringste Allarm wird zur Folge haben, dass die Gold-Certifikate beim Schazamte zur Einlösung presentirt werden und dass das Gleiche auch mit den Greenbacks so lange geschehen wird, bis der letzte Golddollar aus der Baarreserve wird verschwunden sein. Dann aber werden die Greenbacks und die Silbercertifikate in ihrem Cirkulationswerte auf den wirklichen Wert des Silberdollars, gegen welchen sie dannzumal allein ausgewechselt werden können, zurücksinken, d. h. auf etwa 85 cents per Dollar. So muss in kurzer Zeit, sofern die Bland Bill nicht aufgehoben wird, eine gänzliche Umwälzung im Münzsystem der Ver. Staaten eintreten. Aus der Goldwährung, welche trotz der genannten Bill tatsächlich bis jetzt geherrscht hat, wird die Silberwährung hervorgehen; das Gold wird, so lange noch solches vorhanden ist, ins Ausland abfliessen; im innern Verkehr wird mit Naturnotwendigkeit eine erhebliche Schwankung und Erhöhung der Güterpreise erfolgen, einer verderblichen Spekulation werden Tür und Tor mehr als je geöffnet sein und ohne Zweifel wird dieser Zustand der Dinge auch eine sehr fühlbare Rückwirkung auf den auswärtigen Handel der Ver. Staaten ausüben.

Ob die gesetzgebende Gewalt sich entschliesst, einzugreifen, steht dahin; von republikanischer Seite ist eine Zustimmung hiezu kaum zu gewärtigen, obgleich Präsident Hayes die Bland Bill s. Z., wenn auch erfolglos, mit seinem Veto belegt hat. Doch ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, dass die demokratische Partei, welche im neuen Kongresse die Mehrheit besitzt, dem drohenden Unheil noch rechtzeitig vorbeuge.

Von einer s. g. industriellen Krisis in den Ver. Staaten, von der einzelne schweizerische Blätter, wie ich sehe, berichtet haben, ist mir indessen nichts bekannt worden.

Kreisschreiben des Bundesrates an die Diözesanstände¹ des Bistums Basel

Bern, 6. November 1883

Im Laufe der Verhandlungen, welche zum Zwecke der Regelung der kirchlichen Angelegenheiten des Kantons Tessin gepflogen wurden, hat uns der dorthrige Statsrat ersucht, unsere Zustimmung zu geben, dass im Tessin provisorisch ein apostolischer Verwalter aufgestellt werde, mit dem Beifügen, dass er geneigt sei, als hiefür geeignete Person den Herrn Eugen Lachat zu bezeichnen.²

Nach stattgefundener Beratung haben wir der Regierung von Tessin erklärt, dass wir unsererseits geneigt seien, soweit an uns, zu einer Verständigung Hand zu bieten, wobei folgende 2 Hauptpunkte im Auge zu behalten wären:

1. Herr Lachat hätte auf Titel und Stellung eines Bischofs von Basel zu verzichten und die Wahl seines Nachfolgers nach einem *modus vivendi* stattzufinden, der zwischen dem hl. Stuhle, dem Bundesrate und den beteiligten Kantonen zu vereinbaren wäre; oder aber die verschiedenen Beteiligten hätten sich sofort über die Wahl eines neuen Bischofs zu verständigen, wobei übrigens die Rechte der Kantone für die Zukunft gewahrt blieben.

2. Die von Hr. Lachat im Kanton Tessin (: unter dem Titel eines Verwalters (*amministratore apostolico*) oder unter einer ähnlichen noch zu vereinbarenden Bezeichnung :) auszuübenden Funktionen wären als bloß provisorische zu betrachten und hätten selbstverständlich aufzuhören, sobald man mit Tessin über eine definitive Regelung der dortigen kirchlichen Verhältnisse einig geworden wäre; für den Fall, dass Herr Lachat vor Erzielung dieser Regelung mit Tod abgehen sollte, hätten sich die Beteiligten über neue provisorische Massnahmen zu verständigen.

So ist es gekommen, dass die zum Bistum Basel gehörenden Kantone in eine Verhandlung mit hineingezogen wurden, welche ursprünglich Tessin allein betreffen sollte. Wenn wir Ihnen diese Verumständlungen nicht schon früher mitteilen wollten, so geschah dies, weil wir es für notwendig erachteten, uns vorher darüber zu orientieren, welche Aufnahme die tessinischen Vorschläge von Seiten des hl. Stuhles zu gewärtigen hätten und namentlich darüber, ob dieser sich nunmehr dazu verstehen dürfte, Herrn Lachat seines Amtes zu entbinden. Solange man von den Absichten des hl. Stuhles in Bezug auf diesen wichtigen Punkt überhaupt nichts wusste, konnten wir uns durch die Vorschläge der Regierung von Tessin nicht veranlasst finden, diplomatische Verhandlungen zu eröffnen, oder auch nur jene Vorschläge zum Gegenstande einer offiziellen Mitteilung an die zum Bistum Basel gehörigen Kantone zu machen.

Seither ist nun die Regierung von Tessin, welche über die Intentionen des hl. Stuhles Erkundigungen hatte einziehen lassen, im Falle gewesen, uns dieselben zur Kenntnis zu bringen. Eine Note des Kardinal-Statssekretärs Jacobini, von welcher uns eine Abschrift³ vorliegt, besagt: es sei der Hl. Stuhl, von dem Wunsche geleitet,

1. Die Kantone Bern, Luzern, Zug, Solothurn, Baselland, Aargau, Thurgau.

2. Vgl. das Schreiben des Tessiner Staatsrates vom 23. 10. 1883 (E 22/1647).

3. Als Annex abgedruckt.

für eine normale Verwaltung des Bistums Basel Vorsorge zu treffen und den von der katholischen Bevölkerung Tessins wiederholt geäusserten Wünschen zu entsprechen, geneigt, auf den obbezeichneten Grundlagen in Unterhandlungen einzutreten. Allerdings fügt die Note einen Vorbehalt bei, welcher dahin lautet: «... vorausgesetzt, dass das Domkapitel von Solothurn und das Bistum Basel gemäss den Vorschriften der Bulle Inter praecipua Sr. Heil. Leo's XII. wiederhergestellt und in den sieben Diözesankantonen die Hindernisse beseitigt werden, welche der freien Ausübung der bischöflichen Funktionen (ministero episcopale) im Sinne der kirchlichen Vorschriften entgegenstehen.»

Wenn wir auch nicht im Falle sind, die Tragweite dieses Vorbehaltes, welcher vorkommenden Falles Gegenstand diplomatischer Verhandlungen sein wird, genau zu bemessen, so wollen wir doch nicht mehr länger anstehen, Ihnen das Vorstehende mitzuteilen.

Sie mögen nun beurteilen, ob es Ihnen genehm ist, dass wir den Vorschlägen von Tessin, soweit die Sache Sie direkt betrifft, Folge geben.

Eine vorläufige Konferenz⁴ zwischen Abgeordneten der beteiligten Stände und solchen des Bundesrates dürfte den diesfälligen Meinungsaustausch erleichtern und uns in den Stand setzen, eine Einigung darüber zu erzielen, welche Stellung den ange deuteten Vorschlägen gegenüber einzunehmen und welche Schritte zu Erreichung eines abschliesslichen Resultates weiter zu tun seien.

Wenn Sie die Veranstaltung dieser Konferenz wünschen und daran Teil nehmen wollen, so ersuchen wir Sie, uns dies anzuzeigen; wir werden uns dann beeilen, den Tag des Zusammentritts festzusetzen und die nötigen Einberufungsschreiben ergehen zu lassen.

ANNEX

*Der Kardinalstaatssekretär des hl. Stuhls, L. Jacobini,
an den Präsidenten des Tessiner Staatsrates, P. Regazzi*

Copia⁵

N

Roma, dalle Stanze del Vaticano, 20 ottobre 1883

La Santa Sede ha preso in matura considerazione il progetto presentato dalla Delegazione spedita in Roma dal Governo Ticinese, diretto a regolare le questioni diocesane del Ticino e Basilea, separando le parrocchie del Ticino dalle Diocesi di Milano e di Como, affidandole a Monsig. Lachat Vescovo di Basilea in qualità di Amministratore Apostolico, e dando a questo un successore grato al Governo Svizzero nella Sede di Basilea. Dapprima non si è potuto a meno di rilevare le penose condizioni che contiene simile progetto, sia per la rinuncia alla Sede di Basilea di un Prelato altamente benemerito della Chiesa, sia per i vantaggi onde verrebbero private le Parrocchie del Ticino per la separazione canonica da Milano e da Como, tra i quali primeggia l'educazione del giovine clero negli antichi e bene ordinati Seminari di quelle Diocesi.

4. Diese fand am 12. 3. 1884 unter dem Vorsitz Solothurns und in Anwesenheit von Bundesrat Welti in Bern statt (E 22/1647). Vgl. auch den GBer. 1883 (BBI 1884, 2, S. 603–605) und Nr. 263.

5. Bemerkung am Kopf der Note: Beilage zu dem Schreiben des Staatsrathes von Tessin an den Bundesrath dd. 23. Oct. 1883.

Ciò non ostante la Santa Sede, volendo provvedere alla regolare amministrazione della Diocesi di Basilea e secondare i voti ripetutamente espressi dalle cattoliche popolazioni del Ticino, è disposta ad entrare in trattative sulle menzionate basi, — purchè sia ristabilito il Capitolo Cattedrale di Soletta e la Diocesi di Basilea secondo la prescrizione della Bolla «*Inter praecipua*» della S^a. St^a. di Leone XII, e nei sette Cantoni condioocesani vengano rimossi gli ostacoli che si oppongono al libero esercizio del ministero Episcopale a norma dei sacri canoni.

Il Santo Padre mentre vuole dare con questa benigna concessione una prova di speciale deferenza al Governo Federale, non intende che la medesima abbia punto a pregiudicare nell'avvenire la prerogativa Pontificia sulla nomina dei Vescovi nella Svizzera.

Tanto il sottoscritto Cardinale Segretario di Stato deve partecipare all'Eccellenza vostra per ordine espresso di Sua Santità, e profitta ben volentieri di questa occasione per rinnovarle i sensi della sua distinta considerazione.

252

E 1004 1/135

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 17. November 1883

5584. Neutralität von Savoyen

Antrag des Militärdepartements vom 4. Oktober 1883

Antrag des Politischen Departements vom 16. November 1883

Im Laufe des Monats September wurde die öffentliche Meinung lebhaft erregt durch *Bewegungen französischer Truppen in der neutralisirten Zone von Savoyen* an der Grenze des Kantons Genf. Fast gleichzeitig wurde die Genfer Regierung benachrichtigt, dass das französische Genie mit der Absicht umzugehen scheine, auf dem *Mont Vuache Befestigungen* anzulegen.

Am 19. September entsante die genannte Regierung den Herrn Würth an Ort und Stelle, um sich hierüber Gewissheit zu verschaffen. Derselbe konstatierte, dass zwar noch keinerlei Erd- oder Mauerarbeiten erstellt, dagegen zahlreiche Abstekungen behufs Profilirung des Bergplateaus vorgenommen worden seien, zu welchem Zwecke in dem dichten Gehölz des Berges lange Lichtungsreihen haben eingeschnitten werden müssen. Auf dem höchsten Punkt der nördlichen Partie des Vuache sei ein hölzernes Beobachtungsgerüst von ungefähr 12 Meter Höhe errichtet und auf der Westseite gegen das Dorf Arsine der Bau einer Strasse für den Transport des zur Erstellung eines Forts erforderlichen Materials in Angriff genommen worden.

Am 22. September liess die Genfer Regierung durch eines ihrer Mitglieder, Herrn Patru, die Aufmerksamkeit des Bundesrates auf die vorstehenden Tatsachen lenken und demselben in konfidentieller Weise den erwähnten Bericht abschriftlich mitteilen.¹

Schon am 21. September (Prot. Nr. 4682) war das Militärdepartement auf Antrag des politischen Departements beauftragt worden, über die Manöver der französischen Truppen in den neutralisirten Gebieten Savoyens und über die Befestigungsarbeiten am Mont Vuache Bericht zu erstatten.

1. Vgl. das Schreiben des Genfer Staatsrates an den Bundesrat vom 21. 9. 1883, samt Beilage (E 2/1642).

Das Militärdepartement schickte zu dem Ende eine Abordnung, bestehend aus den Herren Obersten Pfyffer und Lochmann, auf den Platz.

Aus den einlässlichen Berichten² derselben geht hervor, dass einzig das etwa 1400 Mann starke 30. Infanterieregiment, welches zum 14. Armee-Korps, Hauptquartier Lyon, gehört, am 12. und 13. September zwischen Annecy und Thonon, hinter dem Mont Salève, manövriert hat.

Was die Befestigungsarbeiten am Mont Vuache anbelangt, so befinden sich dieselben allerdings noch im Stadium der Studien; indessen sind die letzteren auf dem Platze als beinahe beendet zu betrachten. Das Observatorium auf dem Gipfel des Berges ist erstellt worden, um das Profiliren zu erleichtern. Zahlreiche Abholzungen sind vorgenommen und eine Strasse von Entremont auf den Vuache ist abgesteckt worden. Kurz, obschon die eigentlichen Befestigungsarbeiten noch nicht begonnen haben, kann man doch sagen, dass alle Vorbereitungen beendet sind.

In seinem Vortrag vom 4. Oktober³ beantragt das Militärdepartement:

1. von einer Beschwerdeführung bei der französischen Regierung wegen der an der Schweizergrenze bei Genf stattgefundenen Konzentration französischer Truppen Umgang zu nehmen;

2. dagegen über die auf dem Mont Vuache getroffenen Vorarbeiten zu einer Festungsanlage durch unseren Gesanten in Paris bei der französischen Regierung Aufklärung zu verlangen und gegen die projektierte Befestigung dieses in der neutralisirten Zone von Savoyen gelegenen Bergkammes Einsprache zu erheben, beziehungsweise deren Unterlassung zu verlangen;

3. diese Angelegenheit bei den Wiener Kongressmächten durch unsere diplomatischen Organe anhängig zu machen.

Das politische Departement teilt die Ansichten des Militärdepartements in Bezug auf die beiden ersten Punkte; dagegen glaubt es, die Angelegenheit noch nicht zum Gegenstand einer Verhandlung zwischen den europäischen Mächten machen zu sollen, behält sich aber vor, die letztern für den Fall zu begrüßen, als dies notwendig werden sollte.

Es stellt demgemäss den Antrag, an die französische Regierung durch Vermittlung des schweizerischen Ministers in Paris die nachfolgende Note⁴ zu richten:

«Le gouvernement fédéral a appris que le génie militaire français aurait fait faire

2. Vgl. die Berichte von Pfyffer und Lochmann an Hertenstein vom 1. 10. 1883 (E 2/1642). In seinem Begleitschreiben führte Pfyffer aus: [...] Wäre nicht jetzt der Moment in welchem wir mit der Unterstützung der Congress Mächte oder einem Theile derselben, einmal zu einer Regulierung der unhaltbaren & selbst sehr gefährlichen Verhältnisse gelangen könnten?

[...] Die Forderungen die wir stellen müssten, wären hauptsächlich folgende:

1.) Genauere Grenzen des neutralisirten Gebietes mit Ausschluss der Eisenbahnlinie Chambéry-Culoz.

2.) Anerkennung dass in dem neutralen Gebiete keine Garnisonen gehalten werden & dass in demselben Gebiete keine Festungen & keine Depots von Kriegsmaterial angelegt werden dürfen.

Diese Forderungen bezwecken zu verhindern, dass die Franzosen nicht schon im Frieden auf dem neutralen Gebiete uns bedrohende Kriegsvorbereitungen treffen können. Alle weitem Stipulationen; wie freier Durchmarsch etc. sind illusorisch, da sie im Kriegsfall mit Frankreich doch von selbst wegfallen würden (E 2/1642).

3. E 2/1642.

4. Vgl. das Schreiben des Bundesrates an Lardy vom 17. 11. 1883 (E 2200 Paris 1/0184).

récemment quelques études qui paraissent avoir en vue la construction d'ouvrages fortifiés sur le mont Vuache.

Comme ce mont est situé dans la région de la Savoie qui fait partie de la neutralité de la Suisse, en vertu des stipulations de l'acte final du congrès de Vienne du 9 juin 1815, le gouvernement fédéral n'a pu voir ces faits avec indifférence.

L'article 92 de l'acte de 1815 dit:

«Art. XCII. Les provinces de Chablais et du Faucigny, et tout le territoire de Savoie au nord d'Ugine, appartenant à S.M. le Roi de Sardaigne, feront partie de la neutralité de la Suisse, telle qu'elle est reconnue et garantie par les Puissances.

En conséquence, toutes les fois que les puissances voisines de la Suisse se trouveront en état d'hostilité ouverte ou imminente, les troupes de S.M. le Roi de Sardaigne qui pourraient se trouver dans ces provinces, se retireront, et pourront à cet effet passer par le Valais, si cela devient nécessaire, aucunes autres troupes armées d'aucune autre Puissance ne pourront traverser ni stationner dans les provinces et territoires susdits, sauf celles que la Confédération suisse jugerait à propos d'y placer; bien entendu que cet état de choses ne gêne en rien l'administration de ces pays, où les agents civils de S.M. le Roi de Sardaigne pourront aussi employer la garde municipale pour le maintien du bon ordre.»

Lorsqu'en 1860 S.M. le roi de Sardaigne a consenti à la réunion de la Savoie à la France, il a stipulé expressément qu'il ne pouvait transférer les parties neutralisées de la Savoie qu'aux conditions auxquelles il les possédait lui même et qu'il appartenait à S.M. l'empereur des Français de s'entendre à ce sujet tant avec les puissances représentées au congrès de Vienne qu'avec la Confédération helvétique, et de leur donner les garanties qui résultent des stipulations de ce congrès.

Pour les parties neutralisées de la Savoie, la France est donc soumise, comme l'était le roi de Sardaigne, aux conditions de l'art. 92 précité. Elle a ainsi l'obligation de retirer ses troupes des parties neutralisées de la Savoie toutes les fois que les puissances voisines de la Suisse se trouveront en état d'hostilité ouverte ou imminente.

En présence de cette disposition si précise dont le gouvernement français a déclaré solennellement, peu après la cession de la Savoie, qu'il acceptait la complète exécution, le gouvernement fédéral se plaît à croire que la France ne nourrit pas le projet d'élever des ouvrages fortifiés sur le mont Vuache.

On ne saurait en effet concilier l'établissement dans les parties neutralisées de la Savoie d'ouvrages qui ne peuvent être faits qu'en vue de la guerre et utilisés qu'en cas de guerre, avec l'obligation imposée du souverain de la Savoie de retirer ses troupes toutes les fois que les puissances voisines de la Suisse se trouveraient en état d'hostilité ouverte ou imminente.

Le Conseil fédéral ose donc espérer, Monsieur le Ministre, que le gouvernement français voudra bien lui donner l'assurance qu'il n'a pas l'intention de fortifier le mont Vuache. Cette déclaration rassurerait l'opinion publique, justement alarmée en Suisse, et contribuerait dans une large mesure [à] accroître les sentiments réciproques d'amitié et de confiance que le gouvernement de la Suisse, comme celui de la République française, a toujours eu à cœur de cultiver et de développer entre les deux pays.

Si d'ailleurs le Gouvernement français en exprime le désir, le Conseil fédéral se déclare prêt à entrer en négociations avec lui pour régler d'une manière précise le mode d'exécution des stipulations du congrès de Vienne qui concernent la neutralité d'une partie de la Savoie.»

Zunächst werden in dem Entwurfe der Note einige kleinere, mehr redaktionelle Änderungen vorgenommen. Im fünftletzten Alinea wird der Ausdruck «la France est donc soumise ... aux conditions» ersetzt durch «la France est donc tenue ... de se conformer aux conditions», im folgenden Alinea die Worte «si précise» gestrichen, im zweitletzten Alinea die Wendung «Le Conseil fédéral ose donc espérer» abgeändert in «Le Conseil fédéral croit donc pouvoir espérer» und der Passus «dans une large mesure» weggelassen. Sodann wird auf gestellten Antrag das ganze letzte Alinea unterdrückt. Endlich wird beschlossen, die Note statt an die französische Regierung an den schweizerischen Gesanten in Paris zu adressiren; infolge dessen kommen im zweitletzten Alinea die Worte «Monsieur le Ministre» in Wegfall, und es wird als Schlussatz beifügt: «Vous voudrez bien, Monsieur le Ministre, donner communication de la présente note à Son Excellence Monsieur le Ministre des Affaires étrangères de la République française et lui en laisser copie.»

Nachdem das Militärdepartement im Laufe der Diskussion die Ziffer 3 seines Antrages betreffend die Mitteilung an die Kongressmächte zurückgezogen, werden die nunmehr sich dekenden Anträge der beiden referirenden Departemente zum Beschluss erhoben und die Note in der vereinbarten Form aberlassen.⁵

ANNEX

E 2200 Paris 1/0184

Aufzeichnung des schweizerischen Gesanten in Paris, Ch. Lardy

Berne, 17 novembre 1883

M. Ruchonnet, après m'avoir donné à relire la note arrêtée le matin par le CF⁶ (note dont, à la gare, le Secrét[aire] du D[épartemen]t polit[ique] m'avait remis le texte), dit qu'il avait été supprimé, en Conseil, une phrase finale par laquelle la Suisse se déclarait, d'ailleurs, prête à entrer en négociations. — Cette suppression a eu lieu pour laisser la France prendre l'initiative d'ouvertures de ce genre & nous permettre de nous placer ainsi dans une situation de défendeur.

Il a ajouté qu'au Conseil, il n'y avait pas eu de discussion, M. Welti & lui paraissant d'accord, M. Hammer seul voulant agir très-vivement, & ayant demandé, comme chef ad int[erim] du D[épartemen]t milit[aire] la communication immédiate de la situation aux puissances; M. Hammer voudrait une affirmation b[eaucou]p plus énergique de nos droits, même là où ils sont contestables.

M. Ruchonnet, auquel j'ai exposé l'idée d'une communication verbale à la France, sauf à donner, dans le rapport de gestion ou autrement, une publicité convenable au rapport de la Légation, m'a dit qu'en effet, ce mode de procéder serait moins raide que la remise immédiate d'une note; que d'ailleurs, la note n'était pas adressée à la France, mais à moi avec mission d'en remettre copie; aussi que le CF préférerait au système anglais des Blue-Books le système de ne rien publier du tout, mais d'avoir q[uel]q[ue] chose d'écrit à montrer aux commissions et à personne d'autre. Les démocrates sont cachottiers en fait de diplomatie & de relations extérieures.

Passant au fond de la question, M. Ruchonnet pense que trois genres de réponse peuvent nous être faites par la France:

1°) «Nous n'avons rien fait sur le Vuache; et nous n'avons pas l'intention d'y rien faire. Il n'y a donc rien; il n'y a pas de question; il n'y a pas à répondre.» — M. R[uchonnet]et, selon lui, le CF se contenterait de cette réponse & regarderait l'incident comme vidé.

2°) «Nous n'avons fait qu'une route & des travaux préliminaires. Peut-être fortifierons-nous. — Mais nous en avons le droit. Art 90 de l'acte final de 1815 —.» Dans ce cas il y aurait à répondre que

5. Vgl. auch den Annex.

6. Conseil fédéral.

ce protocole ne nous a pas été notifié, qu'il est pour la Suisse une *res inter alios acta*, que tous les actes suisse-européens et tous les actes suisse-sardes sont muets à cet égard; qu'à aucune époque la Sardaigne n'a élevé cette prétention; qu'en fait, elle n'a rien fortifié dans la partie neutralisée, bien qu'elle aît reçu 10 millions en 1815 pour se fortifier contre la France; M. Ruchonnet n'a pu obtenir aucun renseignement sur la restitution par la Sardaigne à la Prusse & à l'Autriche, d'une partie de cette somme, ni sur la cause de cette restitution; il écrit à M. Bavier à cet égard. — On doit donc, à défaut de toute clause connue de la Suisse, s'en référer d'une part à l'acte même par lequel l'Europe a constitué la neutralité pour elle de la Suisse, acte par lequel la Savoie du nord fait partie intégrante de la neutralité suisse. — Il est contre le bon sens d'admettre qu'on ait le droit de fortifier & qu'on ait un intérêt à fortifier une contrée faisant partie de la neutralité d'un autre pays, avec le but d'abandonner ces ouvrages le jour ou ils devront servir. — C'est comme si Strasbourg était confiée à la garde *[de]* la France avec mission de la remettre aux allemands à l'ouverture des hostilités.

3°) «Nous ne fortifions ou ne fortifierons le Vuache pour défendre la France; ce fort n'a rien d'offensif; il est le complément indispensable du fort de l'Ecluse. — Nous nous sommes fermés dans toutes les directions; quel intérêt avez vous à nous empêcher de le faire là? Cette fortification aura le même but que tous les autres le long de la frontière suisse; elle prévoit le cas d'une violation victorieuse de votre neutralité, et elle la prévient probablement. — Vous avez un intérêt à fermer les yeux.» — Cette réponse, il conviendrait de le constater immédiatement, constituerait l'engagement de ne pas construire ailleurs dans la zone, ce qui est *b[eaucou]p* plus important pour nous que le Vuache; des fortifications sur le Monthoux, dominant Annemasse & permettant d'y concentrer à l'abri des troupes en vue de l'invasion du Simplon, seraient infiniment plus dangereuses. Néanmoins, il y a là un précédent, grave, qu'il faut empêcher absolument, et qui pourrait, Vous le savez par Votre entretien avec M⁷, avoir des conséquences européennes. — Je pense donc qu'on comprendra qu'il serait inopportun de soulever cette question, que la fortification du Vuache ne vaut pas une difficulté de nature européenne, et que tout s'apaisera.

J'ai demandé si j'étais autorisé à déclarer

1°) qu'on avait attendu à Berne afin de laisser se calmer les agitations de la presse & d'éviter de paraître agir sous l'influence de ces excitations dans les divers pays — oui.

2°) qu'on n'avait ni sondé, ni été sondé par les grandes puissances; que la Suisse agissait seule, entendait agir seule, amicalement, cordialement, entre bons voisins & entre républicains, dans le désir de mettre fin à une discussion irritante, dont l'apaisement, & le règlement serait dans l'intérêt commun. — oui.

3°) qu'il n'y avait aucune arrière pensée & aucun désir de soulever indirectement la question de Savoie pour faire des difficultés — Réponse oui. Par cette réponse, a dit M. Ruchonnet, j'entends dire que le CF, qui a supprimé la phrase finale du projet de note faisant allusion à une reprise des négociations, n'insistera pas si on lui répond qu'il n'y a rien et qu'on ne fera rien. — Mais je ne cache pas que la neutralisation de la Savoie me paraît offrir certains dangers; notre organisation militaire est territoriale; avec quoi irons nous défendre la zone? — Les Suisses se battront-ils volontiers au-delà du Vuache? En cas de guerre franco-italienne, n'est-il pas dangereux d'aller nous mettre entre deux meules près de Culoz; quel intérêt y avons nous? Il est incontestable que la situation comporte des modifications, que nous serions heureux de régler d'un commun accord & amicalement avec la France; en bonne foi, nous devons reconnaître qu'il y a obligation à défendre la zone, et que nous sommes (le Général suisse) libres de déterminer la quantité d'hommes & les dispositions techniques; mais ce serait une interprétation par trop extensive que de prétendre défendre à Brugg la neutralité de la Savoie. — En 1859 on aurait dû, *avant la guerre*, aller aux Bauges & au Bourget, & la France & la Sardaigne auraient capitulé.

M. Ruchonnet m'a lu alors des notices historiques a) sur l'applicabilité du traité de 1603 (art 19) en vertu de l'art 23 du traité de Turin de 1816; la notice conclut négativement et b) sur la clause du droit de fortifier, cette clause n'a jamais été notifiée à la Suisse et lui est inconnue; elle est stipulée entre tiers, & dans ces actes, elle précède la neutralité de la Savoie, qui semble en être l'exception. — Enfin c) sur les variantes des textes de S¹ Marsan; les textes officiels suisses portent *se retireront*; en

7. *Wahrscheinlich handelt es sich um den italienischen Gesandten in Paris, Menabrea. Vgl. das Schreiben von Lardy an Ruchonnet vom 9. 11. 1883 (E 2/1642).*

outre ce n'est qu'après 1860, et sans doute pour les besoins de la cause, qu'on a vu apparaître la version Baron-DeClercy «puissent se retirer».

J'ai demandé à M. R[uchonnet] s'il avait des objections à ce que j'entretinsse MM. Welty & Hammer — Il a répondu que le dernier était chez sa fiancée à Soleure, & que, pour le premier, il y consentait volontiers. — Il a dit qu'il ferait parler à M. Cérésolle par M. Hammer — et qu'il y avait des relations d'intimité entre Secrétan rédacteur de la *Gazette de Lausanne* & le *Temps* de Paris — Il sévira contre les indiscretions qui ont divulgué mon arrivée à Berne & qui sont dues à l'agence Cornaz.

Le même jour, *entretien avec M. Welty*, à son domicile au Beundenfeld

J'ai dit que j'aimerais savoir s'il a un but, attendu que les nuances des conversations doivent se ressentir de ce but sur lequel l'œil est fixé. — Exposé l'état général de la politique, telle que je la connais d'après les Français, les Allemands, les Anglais & les Italiens de Paris. Exposé la difficulté d'obtenir des concessions sérieuses de la France par des négociations directes, & l'impossibilité pour un ministre français, de signer & faire ratifier p.ex. des cessions de territoires.

Quant au fond de la question, M. Welty considère la neutralisation de la Savoie comme un danger grave pour la Suisse. Il a été heureux d'entendre ce matin M. Ruchonnet énoncer une idée qu'il avait communiquée par écrit en 1860 à Dufour, à savoir qu'avant la guerre d'Italie, la Suisse aurait pu obtenir une solution favorable au moment où les Français voulaient passer par Culoz & le Bourget, et où les Sardes les attendaient; leur succès aurait empêché toute réclamation de l'Autriche; on a laissé le passage s'effectuer sans en tirer parti. — Aujourd'hui, en cas de guerre italo-germano [française], il nous faudrait des troupes sur le Rhin, dans le Jura Bernois, dans le Tessin, et en Savoie. — Les uns & les autres nous demanderaient des masses énormes de troupes dans cette contrée; pour quoi? dans quel avantage pour nous? — Si les Italiens doivent nous rencontrer au Bourget, ils aimeront mieux essayer de forcer le Simplon. Il en sera de même des Français, pour lesquels un coup offensif sur le Gothard peut être très tentant. — Le but me semble donc être de chercher à nous débarrasser d'une situation dangereuse en en tirant le plus d'avantages possibles, en nous faisant payer au plus haut prix l'abandon d'un avantage qui est, au fond, absolument onéreux, pour ne pas dire plus. — A ce point de vue, M. Welty redouterait une réponse de la France dans le cas du n° 1 de M. Ruchonnet; il est vrai qu'il y aurait là un recul de la France, un certain succès pour nous; le status quo serait maintenu — Mais ce status quo lui-même est dangereux. Tout ce que la Suisse pourra obtenir en échange de l'abandon de son droit d'occupation sera un très bon gain. — Tâche intéressante; entière confiance en la manière dont je chercherai à la mener.

M. W[elty] d'accord sur les deux premières déclarations que j'ai demandé à M. R[uchonnet] l'autorisation de faire verbalement; sur la troisième, il y a, au fond, coïncidence entre MM. R[uchonnet] et W[elty] que de simples nuances séparent seulement.

Berne 17/18. Nov. 1883 chez Edmond.

Le Dimanche matin, 18 Nov. 83 j'ai revu M. Ruchonnet; il croit, contrairement à M. W[elty] que nous ne devons pas abandonner absolument la neutralisation; il y a là une perspective ouverte pour les Suisses comme pour les populations savoisiennes, & nous n'avons pas d'intérêt à fermer définitivement cette fenêtre. D'autre part, la neutralisation est dangereuse au delà de nos frontières naturelles. M. Ruchonnet désirerait plutôt négocier l'abandon de la neutralisation étendue dans des proportions exagérées contre quelque chose d'autre, et pour l'occupation du territoire restreint, en arriver à un règlement très précis des rapports entre la troupe & la population, règlement aussi respectueux que possible des droits du souverain. — M. Ruchonnet n'a pas abandonné d'une façon définitive & irrévocable dans son esprit la phrase finale du projet de note; mais il estime avoir bien fait de la supprimer, afin d'avoir cette position à défendre, càd. d'amener la France à formuler elle des propositions; elle y a un intérêt voir le rapport de gestion du Dép[artement] politique de l'an 1870⁸; aussi afin de ne pas avoir l'air de donner, dans la conclusion, à notre note l'apparence d'avoir pour but principal de prendre l'initiative de négociations sur le fond de la question. Aller lentement. Rien ne presse.

8. BBl 1871, 1, S. 134—136.

*Der schweizerische Gesandte in Paris, Ch. Lardy,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
L. Ruchonnet*

B Confidentielle

Paris, 21 novembre 1883

Le *Journal officiel* de ce matin annonçait définitivement la retraite de M. Challe-mel-Lacour et l'appel de M. Jules Ferry à la direction du Ministère des Affaires Etrangères. — En même temps je recevais de ce dernier une lettre¹ me notifiant qu'il avait pris possession de son nouveau Département. Je ne pouvais donc me dispenser d'aller le voir, et cela d'autant moins que je tenais à lui exprimer mes sentiments à l'égard de l'odieuse tentative d'assassinat dont il venait d'être l'objet de la part d'un anarchiste nommé Curien.

Dans le salon d'attente il n'y avait que l'Ambassadeur d'Angleterre; j'ai donc été introduit immédiatement après lui, et, profitant de ce que j'étais à cette heure-là seul à la réception hebdomadaire du Ministre-Président, j'ai cru devoir ne pas tarder davantage à remettre la copie de la note du Conseil fédéral du 17 Novembre sur les *fortifications projetées au Mont Vuache*.²

Après avoir entretenu M. le Président du Conseil de l'attentat Curien, et avoir exprimé à M. Ferry les félicitations du Conseil Fédéral d'y avoir si heureusement échappé, et après avoir échangé quelques paroles sur l'état de santé de M. Challe-mel-Lacour, j'ai dit à M. Ferry que, depuis deux mois, la presse française et suisse, et même la presse étrangère, s'étaient occupées de la pensée, attribuée à M. le Général Thibau-din, de fortifier le Vuache. Le Conseil fédéral a été d'avis d'attendre que cette polémi-que de presse fût apaisée pour faire de cette question l'objet de pourparlers entre les deux Gouvernements. Depuis quelques temps, les journaux des deux Pays sont deve-nus plus réservés; le moment semble donc venu d'entrer en matière; je n'ai pas besoin de dire que je suis chargé de le faire non seulement dans l'esprit le plus amical, mais avec le sentiment profond de l'importance de la cordialité des relations entre les deux Pays, et avec le but d'écarter toute source de récriminations entre les populations des deux côtés de la frontière.

Après avoir donné lecture de la dépêche du Conseil fédéral du 17 de ce mois, et en avoir laissé une copie sur le bureau de M. Ferry, j'ai dit n'avoir pas besoin d'ajouter que le Gouvernement fédéral agissait de son propre mouvement, sans avoir consulté les puissances signataires du Traité de 1815, sans avoir reçu d'elles de communica-tions à ce sujet, et avec l'unique pensée de chercher à traiter la question directement avec la France, amicalement, entre voisins, amis et républicains.³

1. E 2200 Paris 1/165.

2. Vgl. Nr. 252.

3. *Zur Haltung Italiens vgl. das Schreiben von Lardy an Ruchonnet vom 5. 10. 1883 über sein Gespräch mit dem italienischen Geschäftsträger Ressimann in Paris (E 2300 Paris 36) und die Ausführungen Baviens in seinem Schreiben an Ruchonnet vom 23. 10. 1883: [...] J'ai abordé la question et Monsieur Depretis m'a dit que en ce qui concerne cet incident, le Gouvernement ne*

M. Ferry a fait alors observer que le plus sûr moyen d'éviter l'immixtion de tiers aurait été de ne pas soulever du tout la question, et de la laisser dormir. — «Il me semble», a-t-il continué, «que l'idée de neutralité n'exclut nullement le droit de se fortifier; jamais nous ne contesterons à la Suisse la faculté d'ériger des fortifications sur son territoire; sans donc contester la neutralité de la Savoie, il peut nous convenir de renforcer cette neutralité par des ouvrages, et la Suisse ne pourrait que s'en féliciter le jour où elle aurait la mission de défendre la neutralité de la Savoie.»

Comme M. Ferry remarquait probablement quelque chose d'ironique ou d'incrédule dans mon regard, il a repris avec une certaine vivacité: «Qu'a-t-on d'ailleurs fait sur le Vuache? de simples tranchées dans les taillis je crois?» J'ai répondu que, d'après les journaux, les travaux de fortification proprement dits n'étaient en effet pas commencés.

«Vous voyez bien», a repris M. Ferry, «qu'il n'y a pas de question. Nous n'avons rien fortifié; nous avons assez de fortifications; nous en avons trop; nous n'en ferons plus. D'ailleurs, Vous savez parfaitement que la France n'a pas la moindre pensée agressive contre la Suisse; j'espère que personne n'en doute en Suisse. Si donc nous devons fortifier le Vuache, ce ne pourrait être qu'en vue d'augmenter notre ligne de défense nationale pour le cas où des agresseurs victorieux auraient réussi à forcer la neutralité suisse; il suit de là que ces fortifications seraient de nature à prévenir la tentation de traverser la Suisse, par la certitude inspirée aux tiers de rencontrer, à leur entrée en France, d'importants travaux de défense.»

J'ai répondu que le Conseil fédéral serait heureux d'apprendre que la France n'avait pas l'intention de fortifier le Vuache et qu'une déclaration donnée dans ce sens pourrait être une des solutions de la question spéciale; que j'étais heureux d'apprendre que, si on avait eu l'intention de fortifier le Vuache à titre de défense de la frontière française, cela aurait exclu toute pensée de fortifier un autre point de la zone neutre; mais qu'on ne devait pas se dissimuler que la Suisse, en acceptant tacitement l'érection d'un fort sur un point quelconque de la partie neutralisée de la Savoie, aurait laissé créer un précédent qui aurait pu devenir sérieux pour sa propre sécurité, ou provoquer l'immixtion de tiers, ce que la France comme la Suisse doit désirer éviter.

«Je regrette vivement», a répété M. Ferry, «que Vous ayez crû devoir soulever cette question de la *neutralité de la Savoie*, car enfin, s'il y a des négociations de Vous à nous, sera-t-il possible d'éviter précisément cette intervention de tiers et ne serons-nous pas obligés de leur soumettre le résultat de l'entente directe à laquelle nous pourrions arriver?»

J'ai répondu que si un arrangement satisfaisant et honorable pour les deux parties pouvait être conclu entre nous, c'est-à-dire entre les deux Pays les plus directement intéressés, il y avait des chances sérieuses pour que nos efforts communs parvinssent à obtenir la consécration par les Puissances de l'entente franco-suisse. J'ai fait ensuite remarquer à M. Ferry que le Conseil fédéral, dans sa note, n'avait pas parlé de la question de la Savoie neutralisée en général, mais seulement du projet prêté à la France

s'en était pas encore occupé. Mais que, d'après son opinion, la Suisse était parfaitement dans son droit, car les traités étaient trop clairs (i patti sono chiari abbastanza) pour ne pas permettre à la France d'établir des fortifications, telles qu'on prétend qu'elle ait l'intention de le faire. [...] (E 2/1642).

d'élever des fortifications sur le Vuache. Les autorités fédérales ne se dissimulent pas que les traités de 1815 contiennent des dispositions plus ou moins surannées; qu'il pourrait être de l'intérêt bien entendu de la Suisse et de la France, de la France surtout, de les réviser amicalement en temps de paix plutôt que d'attendre le moment où les «hostilités seront ouvertes ou imminentes», parce que, dans ce moment-là, ou bien les esprits sont trop surexcités ce qui peut facilement faire naître des conflits, ou bien les Gouvernements ont des intérêts plus graves à sauvegarder. — Il y a donc là, puisque Vous y avez fait allusion, un point de vue sur lequel il pourrait être utile, en effet, que Vous vouliez bien réfléchir; mais, pour le moment, la Note du Conseil fédéral n'aborde pas ce côté de la question, bien que je n'aie pas été chargé, comme Vous le voyez, de repousser l'examen d'une proposition plus étendue qui serait faite à la Suisse. — Il n'y a pas urgence, ai-je dit en terminant, et je n'ai pas la prétention de réclamer de Vous, séance tenante, une réponse aux ouvertures du Conseil fédéral. — Nous aurons l'occasion de nous revoir plus fréquemment que cela n'a été le cas jusqu'ici, la Légation de Suisse ayant constamment, en sa qualité de représentant d'un pays limitrophe, de petites questions à traiter avec le Département dont Vous venez de prendre la direction.

M. Ferry a répliqué qu'en effet il valait mieux réfléchir, et qu'en attendant, il priait instamment le Conseil fédéral d'éviter toute discussion si possible dans la presse et surtout dans les Chambres, sur la question de Savoie. Il désirerait, si des interpellations devaient se produire, que le gouvernement fédéral refusât d'y répondre; de son côté, il agira de la même manière; le Conseil fédéral a dû comprendre que le silence de la presse française et des députés savoyards étaient le résultat d'une action du gouvernement français.

En me reconduisant, M. Ferry m'a serré la main de son bureau jusqu'à la porte, tout en me disant, en manière de conclusion, sur le seuil du salon: «C'est égal; on aurait mieux fait de ne pas soulever la question.»

En résumé, Monsieur le Président, je crois avoir réussi à convaincre M. Ferry que nous agissons avec des intentions amicales, que nous ne sommes le porte-voix de personne, que notre sincère désir est de développer les bons rapports entre les deux pays, en écartant du chemin, dans la mesure du possible, une source de conflits futurs. — Il ne m'est pas possible de me rendre compte de la nature de la réponse qui nous sera faite, puisque, dans une seule phrase débitée avec une certaine volubilité, M. Ferry a indiqué trois réponses s'excluant plus ou moins les unes les autres sur la question des fortifications, et qu'il s'est réservé également de réfléchir aussi sur l'opportunité d'aborder vis-à-vis de nous le règlement de l'ensemble de la question de Savoie.

Je pense qu'il y a donc lieu d'attendre de nouvelles ouvertures de la part de M. le Président du Conseil, et de ne pas insister, quant à présent, dans les entrevues que je serai appelé à avoir avec M. Jules Ferry à propos d'affaires courantes. D'autre part, je Vous serai extrêmement reconnaissant d'éviter absolument toute publicité quelconque; dans la situation parlementaire actuelle du Cabinet Ferry, toute crainte de complication européenne avant le vote des crédits pour le Tonkin pourrait être funeste au Ministère, et celui-ci ne nous pardonnerait pas d'avoir contribué à son échec. Il y a donc là des motifs graves d'observer une discrétion absolue.

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 6. Dezember 1883¹

5930. Handelsvertrag mit Italien; Nachtragsbotschaft

Handels- und Landwirtschaftsdepartement. Antrag vom 4. Dezember 1883

Das Departement legt vor:

1. Das am 27. November abhin von den Herren Minister Bavier und Nationalrat Geigy-Merian einerseits und den k. italienischen Ministern Mancini, Magliani und Berti andererseits unterzeichnete Protokoll² über die *Schlussverhandlungen mit Italien betreffend den Handelsvertrag vom 22. März 1883*.

Laut diesem Protokolle haben sich die Delegirten beider Staaten auf folgender Basis geeinigt:

Die Schweiz verzichtet auf die in Tarif A zum Handelsvertrag vom 22. März abhin enthaltene Konzession betreffend Teile von Flinten, Pistolen und Revolvern, und es wird diese Position³ gestrichen.

Dagegen gestattet Italien der Schweiz, den in Tarif B zum bezeichneten Vertrag für den Import in die Schweiz bei Orangen und Zitronen enthaltenen Ansatz von fr. 2.— und fr. 3.— und den Zollansatz bei italienischen Teigwaren von fr. 3.— auf fr. 5.50^{cs.} zu erhöhen.⁴

2. Den Entwurf zu einer Vertragsbotschaft nebst Beschlussesentwurf⁵ betreffend den Handelsvertrag und das Schlussprotokoll vom 27. November abhin.

Entsprechend dem Antrage des Departements wird *beschlossen*:

1. Das Protokoll über die Schlussverhandlungen mit Italien betreffend den Handelsvertrag vom 22. März a. c. ist genehmigt und wird mittels der vom Departement ausgearbeiteten Botschaft, an welcher noch zwei unbedeutende redaktionelle Berichtigungen angebracht werden, den gesetzgebenden Räten zur Ratifikation empfohlen.⁶

2. Den schweizerischen Unterhändlern, Herren Minister Bavier und Nationalrat Geigy-Merian sind ihre Bemühungen zu verdanken.

1. *Abwesend: Hertenstein.*

2. K I/122.

3. *Vgl. BBl 1883, 2, S. 794.*

4. *Vgl. BBl 1883, 2, S. 804.*

5. E 13 (B)/213.

6. *Vertragstext und Botschaft des Bundesrates in: BBl 1883, 4, S. 800—810. Vgl. auch das Nationalratsprotokoll vom 17. und 18. 12. 1883 (E 1001 (C) d 1/84, Nrn. 870 und 873) und den Bericht der NR-Kommission (BBl 1884, 1, S. 29—42).*

*Antrag des Vorstehers des Politischen Departements, L. Ruchonnet,
an den Bundesrat*

Berne, 19 décembre 1883

Le Département politique a l'honneur de présenter au Conseil le rapport suivant sur l'heureuse issue de ce qui aurait pu devenir le conflit de la Savoie.

Le Conseil sait que notre Ministre à Paris a remis le mercredi 21 Novembre à M. Jules Ferry, Président du Conseil des Ministres de France, copie de la dépêche du Conseil fédéral du 17 novembre.¹ Le rapport² de M. Lardy du 21 rend compte des circonstances de cette entrevue.

Le dimanche 25 Novembre déjà, M. Jules Ferry appelait M. Lardy et lui donnait réponse à la dépêche du Conseil fédéral.³ Cette réponse était complètement satisfaisante, mais malheureusement verbale. M. Ferry déclarait à notre Ministre « que le projet de fortifier le Vuache avait été formé par le général Farre, qui en sa qualité d'officier du génie voulait des fortifications partout, — que le Gouvernement avait abandonné ce projet et décidé de charger M. Arago de communiquer au Conseil fédéral cette résolution de la France de ne fortifier ni le Vuache ni aucun autre point de la Savoie neutralisée. » M. Ferry ajouta qu'il avait envoyé à M. Arago copie d'une lettre du général Campenon, Ministre de la guerre, à teneur de laquelle en cas de guerre la Savoie neutre serait laissée en dehors de la mobilisation et que des ordres étaient déjà donnés pour le retrait immédiat en cas de mobilisation des petites garnisons de la zone neutralisée.

Le 8 Décembre M. Arago, Ambassadeur de France à Berne, est venu faire au Président de la Confédération la communication annoncée par M. Jules Ferry. N'ayant pas rencontré M. le Président, M. Arago a fait à M. Rodé, secrétaire du Département politique, la communication dont il était chargé.⁴ Le Conseil a déjà eu connaissance de cette entrevue. M. Arago a dit entr'autres et notamment: « La France est décidée à ne fortifier ni le Mont-Vuache ni aucun autre point de la zone neutralisée. M. le Général Campenon a pris ses dispositions pour que la Savoie neutre ne soit pas même comprise dans le plan de mobilisation de la France. »

M. l'Ambassadeur de France a répété à peu près textuellement ces paroles au Président de la Confédération le 12 décembre. Il lui a donné à lire la lettre du général Campenon. Bien qu'il fût à prévoir qu'une réponse écrite ne serait pas si complète que la réponse verbale donnée à notre dépêche soit par M. Ferry, soit par M. Arago, le Président crut devoir insister auprès de l'Ambassadeur pour que le Gouvernement français autorisât ce dernier à laisser en mains du Conseil fédéral une copie de la dépêche que le gouvernement français avait adressée à son représentant, ou qu'il

1. *Vgl. Nr. 252.*

2. *Nr. 253.*

3. *Die besagte Unterredung fand am 2. 12. 1883 statt. Vgl. das Telegramm und das Schreiben von Lardy an Ruchonnet vom 2. 12. 1883 (E 2/1642).*

4. *Vgl. das von Rodé erstellte Gesprächsprotokoll (E 2/1642).*

adresserait. L'Ambassadeur déclara qu'il en demanderait télégraphiquement l'autorisation.

Le 17 Décembre déjà, M. l'Ambassadeur de France est venu remettre au Président de la Confédération une copie de la dépêche⁵ qu'il avait reçue de son gouvernement. Il est à remarquer que cette dépêche est du 14 courant; elle est donc postérieure à la première communication faite à M. Arago, laquelle a vraisemblablement été châtiée, devant notre désir d'en recevoir copie. Cette dépêche nouvelle est moins riche en déclarations que les paroles de M. Ferry ou celles de M. Arago. En fait de fortifications elle se borne à parler du Vuache et ne dit plus rien des autres positions de la Savoie neutre. Cependant cette réponse est complète puisque le Gouvernement français y déclare qu'il n'est pas dans ses intentions de fortifier le Vuache; et c'était le seul point sur lequel nous eussions nous-mêmes fait porter le débat. La réponse va même au delà de notre demande puisque le Gouvernement français y déclare que dans ses études pour la mobilisation l'Etat major s'est attaché à respecter complètement le territoire neutralisé. Cette dernière phrase est de la plus haute importance, car elle établit que la France reconnaît la force obligatoire du Traité de 1815.

Le Département politique estime que par cette réponse l'incident est vidé. Il se borne donc à proposer:

1. de mettre ad acta la copie remise par M. Arago au Président de la Confédération et d'en prendre note au procès-verbal.

2. de la communiquer par copie au Ministre suisse à Paris, en lui disant que le Conseil fédéral considère l'incident comme clos et qu'il le remercie pour la manière distinguée dont il a rempli sa mission en cette occasion.

3. de réserver pour le compte-rendu de gestion la publication des pièces officielles de cette affaire, en se bornant pour le présent à rendre public qu'en réponse à la dépêche du Conseil fédéral du 17 novembre, dont M. Lardy a remis copie à M. Ferry, l'Ambassadeur de France a donné au Président de la Confédération copie de la dépêche du Gouvernemen]t français du 14 Décembre, laquelle répond à la demande suisse de manière à clore l'incident.⁶

ANNEX

*Der französische Ministerpräsident und Aussenminister, J. Ferry,
an den französischen Botschafter in Bern, E. Arago,
zuhanden des Bundesrates*

Copie⁷

N

Paris, 14 décembre 1883

Des renseignements parvenus à Berne, ont, paraît-il, donné lieu de penser que le génie militaire français se proposait d'élever certains ouvrages de défense sur le mont Vuache. Le Gouvernement Fédéral désirerait recevoir l'assurance que nous n'avons pas l'intention de fortifier ce point. Dans sa

5. *Als Annex abgedruckt.*

6. *Alle Anträge wurden vom Bundesrat am 19. 12. 1883 genehmigt* (E 1004 1/135, Nr. 6184). *Vgl. auch den* GBer. 1883 (BB1 1884, 2, S. 584—588).

7. *Bemerkung am Kopf des Schreibens:* La présente copie m'a été remise ce matin par M. Emmanuel Arago, ambassadeur de France.

pensée, cette déclaration de notre part rassurerait l'opinion publique en Suisse, et contribuerait à accroître les sentiments de confiance amicale qui existent entre les deux pays.

Nous ne voyons aucune difficulté à faire connaître qu'il n'entre pas dans nos intentions d'établir un ouvrage de fortification au Mont Vuache, et que dans les études pour la mobilisation l'Etat-major Français s'est attaché à respecter complètement le territoire neutralisé.

Vous pouvez remettre au Conseil Fédéral copie de la présente communication, qui dissipera, je l'espère, les préoccupations dont nous avons été entretenus, et qui témoignera de notre désir de resserrer les liens traditionnels d'amitié qui nous unissent à la Confédération.

256

E 2/1642

*Der schweizerische Gesandte in Paris, Ch. Lardy,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
L. Ruchonnet*

B Confidentiel

Paris, 24 décembre 1883

A titre de simple renseignement, et en Vous accusant réception, avec mes meilleurs remerciements, de Votre office confidentiel du 19 de ce mois¹, j'ai l'honneur de Vous faire savoir qu'à l'occasion d'une soirée donnée Samedi par M. Jules Ferry, le Directeur des Affaires Politiques, M. Billot, est venu s'excuser auprès de moi de ne pas m'avoir, comme il l'eût désiré, apporté encore la copie de la dépêche adressée à M. Arago par M. Ferry relativement aux *fortifications* en *Savoie*², lorsque je lui eus dit que Vous aviez eu l'obligeance de m'envoyer cette copie, M. Billot ajouta: «Je dois déclarer que Vous n'avez pas à me remercier de cette solution; j'ai fait ce que j'ai pu pour qu'une réponse tout autre Vous fût donnée; c'est M. Ferry, personnellement, qui a voulu Vous donner les déclarations qu'il Vous a faites verbalement & qu'il a chargé M. Arago de faire par écrit au Conseil fédéral.»

Le Général Campenon, Ministre de la Guerre, que je ne connaissais pas encore personnellement, et auquel je me suis fait présenter, a abordé immédiatement la question des fortifications du Vuache et de la zone neutralisée de la Savoie en général; il a répété que la France ne fortifierait ni le Vuache, ni aucune autre partie de la Savoie neutralisée, et que la mobilisation de l'armée française était organisée de telle sorte qu'elle impliquait l'évacuation de la partie neutralisée. M. le Général Campenon a émis ensuite l'opinion personnelle que la situation de la zone était assez singulière; j'ai répondu que telle était aussi mon opinion personnelle, et que, sans en être chargé officiellement, j'avais cependant dit à M. le Président du Conseil que les deux Pays, la France surtout, pouvaient avoir un intérêt à rafraîchir & à revoir les traités anciens, dont certaines dispositions ne correspondaient plus à la situation actuelle. — C'est tout à fait mon opinion, a répliqué M. le Général Campenon, & je pense aussi que c'est celle de M. le Président du Conseil. J'ai fait observer que je ne pouvais en dire autant en ce qui me concernait sur l'opinion de M. Ferry, mais que, s'il avait des

1. *Nicht abgedruckt.*

2. *Vgl. Nr. 255, Annex.*

communications à me faire à ce sujet, & s'il voulait réfléchir de son côté à la situation, je restais à sa disposition. — M. le Général Campenon a dit alors qu'en ce qui le concernait, il était prêt à toute combinaison, en Savoie ou ailleurs, qui pourrait renforcer la défense militaire de la Suisse «contre quelque ennemi que ce soit».

Je Vous répète cet entretien pour ce qu'il vaut, pour une conversation non provoquée, après un dîner, entre le café et les cigares, et sans y ajouter une importance qu'elle n'a probablement pas. Par contre, je crois M. Billot tout à fait sincère, & suis convaincu que la Direction politique, & notamment le Directeur des Archives M. Desprez, ancien Directeur politique à la fin de l'Empire et pendant les premières années de la Troisième République, ont fait leur possible pour détourner M. Ferry de ses dispositions éminemment politiques & conciliantes.

257

E 1004 1/136

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 4. Januar 1884

39. Simplonbahn

Eisenbahndepartement. Antrag vom 29. Mai 1883
 Politisches Departement. Mitbericht vom 24. Dezember 1883

Durch Schreiben vom 16. April 1883¹ wurden Herr Minister Lardy in Paris und Herr Minister Bavier in Rom beauftragt, der Regierung, bei welcher sie akkreditirt sind, die neuen *Pläne* für die *Simplonbahn* und die bezügliche Denkschrift², welche von Seite der Suisse occidentale eingereicht worden waren, mit einer angemessenen Note³ zu überreichen. Das Departement legte nun mit Vortrag vom 29. Mai 1883 die von Herrn Minister Lardy eingegangenen Berichte über die in dieser Angelegenheit getanen Schritte vor und machte auf folgende Mitteilungen des Leszern aufmerksam:

In einer Besprechung, welche Herr Lardy in Gesellschaft des Herrn Cérésolle am 6. Mai und mit dem Ministerpräsidenten, Herrn Ferry, gepflogen hat⁴, kam dieser letztere darauf zu sprechen, dass von dem frühern Minister Sadi-Carnot der Vorschlag gemacht worden sei, den Nachteilen, die der Gotthard für Frankreich haben könnte, dadurch zu begegnen, dass die französ. Ostbahn ihre Linien zwischen Calais und Delle abkürze.

Herr Lardy berichtet über das an diese Bemerkung sich anschliessende Gespräch folgendermassen:

«Monsieur Cérésolle a répondu que les Etats subventionnants du Gotthard s'étaient réservé l'approbation des tarifs élaborés par la Compagnie, ce qui, à suppo-

1. E 1001 (E) q 1/139, Nr. 1920 A und B.

2. E 53/83.

3. Nr. 236.

4. Vgl. das Schreiben von Lardy an den Bundesrat vom 7. 5. 1883 (E 53/83).

ser que la solution préconisée par Monsieur Sadi-Carnot fût la moins coûteuse pour la France, constituerait une grande difficulté. Il a insisté ensuite sur les frais considérables d'une ligne directe de Porrentruy sur le Gothard, et au Central Suisse entre Bâle et Lucerne.

Monsieur Ferry a répliqué qu'il pourrait être plus simple d'accorder une légère subvention pour la ligne Suisse de raccordement entre l'Est français et Lucerne et que les tarifs du Gothard étant élaborés par une direction exclusivement Suisse et par un conseil d'administration en majorité suisse, les craintes relativement aux tarifs pourraient s'atténuer en raison de l'intérêt même de la Compagnie du Gothard à attirer sur son réseau le trafic français.

Monsieur Cérésolle a insisté alors sur la nécessité, pour les tarifs élaborés par la Compagnie, d'obtenir l'homologation des Etats subventionnants, tandis que si la Compagnie Paris-Lyon-Méditerranée accorde une subvention au Simplon, il est probable que le P.L.M. aura une représentation directe ou indirecte dans le Conseil d'administration du tunnel et par conséquent, sa part légitime d'influence dans l'élaboration des tarifs destinés à concurrencer le Gothard.»

Das Eisenbahndepartement spricht sich hierüber wie folgt aus:

«Es braucht wohl kaum bemerkt zu werden, dass die Behauptung des Herrn Cérésolle, als unterliegen die Tarife der Gotthardbahn der Genehmigung der subventionierenden Staaten, keinerlei Grund hat. Leider ist dieselbe aber auch geeignet, den schweiz. Eisenbahnen wesentlichen Schaden zuzufügen. Bekanntlich ist der Verkehr zwischen der franz. Ostbahn einerseits und der Jura-Bern-Luzern-Bahn und der Centralbahn, als Zufahrtslinie zum Gotthard andererseits, ein sehr bedeutender und es bestehen zur Regelung desselben mannigfache Tarifkonventionen, wie sie auch in Zukunft notwendig sein werden. Es ist nun einleuchtend, dass dieses Verhältnis notwendig gestört und geschädigt werden muss, wenn der französischen Regierung offiziell mitgeteilt wird, es stehe der Verkehr der Ostbahn mit den schweizer. Bahnen unter der Kontrolle der deutschen Regierung. Die P.L.M.-Bahn tut ohnedies ihr Möglichstes, um den englisch-italienischen Verkehr von den schweizer. Bahnen abzulenken und wird hierin durch die von Herrn Lardy berichteten Vorgänge wirksam unterstützt.» Das Departement hält daher dafür, es sei Herr Lardy zu beauftragen, die französische Regierung über die wahre Sachlage zu unterrichten.

Sodann verwies das Departement auf weitere Mitteilungen des Herrn Lardy, die ebenso wichtiger Natur sind, aber nicht in seinen Geschäftskreis fallen, so die Erklärung des Herrn Ministers Raynal, es habe der Simplon für Frankreich ausschliesslich nur ein politisches Interesse (Brief vom 25. April, pag. 10)⁵, und Anderes, was sich mehr auf die Art der Behandlung dieser Frage von Seite des Ministers bezieht. Das Departement stellte den Antrag:

1. «Es sei Herrn Lardy der Auftrag zu erteilen, die oben erwähnten, in seiner Gegenwart und ohne Widerspruch von seiner Seite getanen Äusserungen des Herrn Cérésolle gegenüber der französischen Regierung zu berichtigen und derselben die Erklärung abzugeben, dass eine Kontrolle über die Gotthardtariife weder der deutschen noch der italienischen Regierung zustehe, sondern dass diese Kontrolle einzig von der schweizer. Regierung, wie über alle andern schweizer. Bahnen ausgeübt werde.

5. E 53/83.

2. Die Akten seien zur weiteren Berichterstattung dem politischen Departement zu übermachen.»

Diese Angelegenheit wurde dem politischen Departement mit Bezug auf beide Anträge zum Mitbericht überwiesen.

Das politische Departement hegte die Besorgnis, es könnte ein Schreiben in dem Wortlaute, wie ihn das Eisenbahn-Departement vorschlug, als einzige Antwort auf die zahlreichen Schritte des Herrn Lardy und seine Interesse bietenden Mitteilungen, von diesem Minister als ein Tadel oder selbst als eine Missbilligung seines Verhaltens in dieser Angelegenheit angesehen werden.

Es schien dem politischen Departement, die an und für sich übrigens ganz richtige Bemerkung des Eisenbahndepartements sollte in schonender Weise eingekleidet werden.

Es lag dem Departement besonders daran, von Herrn Lardy mündlich zu vernehmen, welche Auskunft er über die Unterredung vom 6. Mai zu erteilen im Falle sei. Diese mündlichen Auseinandersetzungen sind sodann dem Vorsteher des Departements gegeben worden. Herr Lardy bemerkte, er habe sich nicht getraut, die Behauptungen des Herrn Cérésolle zu dementiren, den er in allem auf den Gotthard Bezüglichen für genauer unterrichtet hielt, als sich selbst; er erklärte sich aber bereit, den Irrtum zu berichtigen, sobald sich hiefür ein günstiger Anlass böte.

Diess sei jedoch bisher nicht der Fall gewesen. Es dürfte daher dieser Anlass durch den Auftrag an Herrn Lardy herbeigeführt werden, der französischen Regierung die hierseitige Mitteilung vom 20. April in Erinnerung zu bringen. An jenem Tage habe Herr Lardy die neuen Simplonpläne und Voranschläge dem Herrn Ferry zugestellt und der franz. Regierung zur Prüfung empfohlen. Der Augenblick sei nun gekommen, wo der Bundesrat derselben die Mitteilung in Erinnerung rufen und an sie eine Anfrage über das Ergebnis der betreffenden Prüfung richten könne.

Das politische Departement beantragt daher, an den Minister in Paris eine entsprechende Zuschrift zu richten und legt den Entwurf zu einer solchen vor.

Die Vorlage erhält die Genehmigung des Bundesrates.

E 1004 1/136

258

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 15. Januar 1884

246. Internationale Konvention zum Schuze
des gewerbl. Eigentums

Handels- und Landwirtschaftsdepartement. Antrag vom 15. Januar 1884

Die eidgen. Räte haben unterm 21. vor. Mts. die *internationale Konvention zum Schuze des gewerbl. Eigentums*¹, welche am 20. März zwischen der Schweiz, Belgien, Brasilien, Frankreich, Guatemala, Italien, den Niederlanden, Portugal, Salvador,

1. AS 1883—1884, 7, S. 517—532.

Serbien und Spanien unter Ratifikationsvorbehalt abgeschlossen worden ist, genehmigt (zu vergl. Prot. vom 30. Oktober vor. Js.²), immerhin mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, dass durch den Beitritt der Schweiz zur Konvention, speziell zu den Art. 11 und 12 derselben, den verfassungsmässigen Kompetenzen des Bundes keinerlei Eintrag geschehen soll, wie diess bereits an den Konferenzen von 1880 und 1883 durch die schweizerischen Repräsentanten erklärt worden ist. Der Bundesrat ist beauftragt, diesen Vorbehalt anlässlich des Austausches der Ratifikationen ausdrücklich zu erneuern.

Nach Antrag des Handels- und Landwirtschaftsdepartement wird
beschlossen:

1. Es sei die schweizerische Gesandtschaft in Paris zu beauftragen, der französischen Regierung von der erfolgten Ratifikation Mitteilung zu machen, und ihr in Erinnerung zu bringen, dass, gemäss den von den schweizer. Bevollmächtigten im Verlaufe der Konferenzen von 1880 und 1883 abgegebenen und in den gedruckten Sitzungsprotokollen³ enthaltenen Erklärungen, die schweiz. Eidgenossenschaft nur dann in der Lage sein werde, auf ihrem Gebiete die Erfindungen, Modelle und gewerblichen Zeichnungen zu schützen, wenn sie selbst eine sachbezügliche Gesetzgebung besitzen werde.⁴

2. Auftrag an die Bundeskanzlei, das herwärtige Vertragsexemplar für den Austausch der Ratifikationen auszufertigen und es unmittelbar der Gesandtschaft zuzusenden.

3. Niederlegung des herwärtigen Originals im Archiv.

2. E 1004 1/135, Nr. 5294. *Vgl. auch die Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend die Konvention zum Schutze des gewerblichen Eigentums vom 30. 10. 1883* (BBl 1883, 4, S. 333—355).

3. E 22/2415 und 2416.

4. *Die Mitteilung an die Signatarstaaten des Vertrages von 1883, dass die gesetzlichen Voraussetzungen zur Handhabung des Vertrages nun bestünden, erfolgte am 7. 5. 1889. Vgl. das BR-Prot. vom 7. 5. 1889* (E 1004 1/157, Nr. 1886).

E 2300 Rom 2

259

*Der schweizerische Gesandte in Rom, S. Bavier,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
E. Welti*

B Confidential

Rom. 1. März 1884

Da es beinahe unmöglich ist dermalen, während der Kammer-Verhandlungen & bei der Geschäftsüberhäufung der Minister, eine längere, offizielle Audienz bei denselben zu erhalten & da der Ministerpräsident, Herr Depretis, leider seit längerer Zeit, wegen Krankheit, das Bett hütet, begab ich mich gestern Abend 10^o zu Herrn Mancini in seine Privatwohnung, woselbst ich mit ihm eine sehr einlässliche Discussion gepflogen habe.

Ich will nicht säumen Ihnen über den Inhalt derselben Bericht zu erstatten.

Obschon verschiedene, nicht in engem Zusammenhang stehenden Fragen dabei zur Sprache kamen, erlaube ich mir dennoch dieselben in einem einzigen Rapport zusammenzufassen, da keine zur definitiven Erledigung gelangte & meine Berichterstattung nur zur Orientirung über die, im gegenwärtigen Augenblick uns am meisten interessirenden, anhängigen Reklamationen dienen soll.

Ich begann damit, dass ich ihm wiederholte wie sehr mir daran gelegen sei die vortrefflichen Beziehungen unserer beiden Staaten zu pflegen & zu fördern & wie ich aus Erfahrung wisse, dass es auch in seinem Wunsche liege dieses Verhältniss, in beidseitigem Interesse, ungetrübt zu erhalten.

Nun seien aber, in der letzten Zeit, verschiedene Fragen zur Behandlung gelangt, bei denen ich nicht dasjenige Entgegenkommen finde, welches ich erwarten zu dürfen geglaubt habe. Dass ich daher, um gleich von Anfang an jedem Missverständniss & jeder ernstlichen Differenz vorzubeugen, mich vertrauensvoll an ihn wende, um von ihm eine energische Unterstützung unserer gerechten Begehren zu erlangen, wobei ich ihn unserer bereitwilligen Reciprocität versichern könne. Ich erwähnte namentlich drei Punkte, welche wir nach einander einlässlich discutirten.

Erstens beschwerte ich mich über die in den letzten Wochen so häufig vorgekommenen *Grenz-Verletzungen*¹ & verlangte, dass man denselben, italiänischer Seits, durch strengere Instruktionen & durch Bestrafung der Schuldigen entgegenwirke. Ich bemerkte, dass wir weit entfernt davon seien dem Schmuggel Vorschub leisten zu wollen oder die dieses Gewerbe treibenden zu schützen. Im Gegentheil! man möge auf diese Leute, sobald sie auf italiänischem Boden ergriffen werden, die ganze Strenge des Gesezes anwenden, um ihnen das unmoralische Handwerk (welches übrigens, nebenbei bemerkt, grösstentheils von *Italiänern* & nicht von Schweizern ausgeübt werde) zu verbieten.

Aber er werde begreifen, dass wir, unter keinen Umständen, ruhig zusehen können, wenn, bei Verfolgung der Schmuggler, Verletzungen unseres Territoriums vorkommen, wie diess nun wiederholt geschehen sei. Es werde hiedurch allgemeiner Unwille & Missstimmung hervorgerufen & wir seien berechtigt mit aller Entschiedenheit zu verlangen, dass die Regierung fürderhin derartige für uns höchst widerwärtige Vorkommnisse, ahnde & verhindere.

Zweitens machte ich darauf aufmerksam, dass von Seite des Finanzministeriums, bezw. der Oberzolldirektion, eine so pedantische, fiskalische & zuweilen geradezu unberechtigte & vertragswidrige Interpretation des *Zolltariffes*² gegenüber dem schweizerischen Import geübt werde, dass dadurch unsere Industrie & unser Handel eine schwere Schädigung erleiden. Ich bemerkte, dass unsererseits der italiänischen Einfuhr keine Erschwerungen bereitet werden, obschon es ziemlich nahe liege, dass man auf ein schroffes Vorgehen der ital. Zollbehörden, in gleicher Weise & unter Anwendung von Retorsionsmassregeln, zu antworten versucht sei. Ich wisse aber sehr wohl, dass es weder Italien noch uns conveniren könne, einen solchen kleinen Zollkrieg zu beginnen. Das Interesse beider Länder gebiete den Verkehr zu fördern & zu beleben & nicht denselben noch mehr zu erschweren & dadurch nicht nur die materiellen, sondern auch einigermassen die bestehenden freundschaftlichen Beziehun-

1. Vgl. den Bericht von Zolldirektor Franscini an die Oberzolldirektion vom 14. 2. 1885 (E 11/289) und den GBer. 1884 (BB1 1885, 2, S. 649 f.). Vgl. auch Nr. 279.

2. Vgl. den GBer. 1884 (BB1 1885, 2, S. 273 f.).

gen zu beeinträchtigen. Ich ersuche ihn daher sich, nach Kräften, dafür zu verwenden, dass man uns eine wohlwollendere und coulantere Behandlung angedeihen lasse, die gewiss nur zum Vortheil für beide Theile ausschlagen werde. Denn nachdem die italiänische Industrie durch — nur allzuhohe — Zollsätze, in protektionistischer Weise, geschützt werde, scheine mir es sei bessere Politik, die Zolleinnahmen auf dem schweizerischen Import, durch Aufmunterung & Vermehrung desselben zu steigern & zugleich damit dem Publikum einen wesentlichen Dienst zu leisten, als den Import durch rigorose Massregeln nach & nach beinahe ganz vom Markte zu verdrängen, was bei einigen Artikeln schon jetzt der Fall sei.

Endlich erwähnte ich noch der fortwährenden Verschleppung der Frage betreffend der Freiplätze im *Collegium Borromäum*.³ Es sei dieses Hinausziehen der Angelegenheit dem Bundesrathe um so unangenehmer, als fortwährend von Seite der interessirten Cantone reklamirt werde. [Ich] erinnerte ihn an das mir schon wiederholt gegebene Versprechen die Sache zu einem möglichst befriedigenden Abschluss zu bringen zu suchen & ersuchte, uns nun doch nicht mehr lange darauf warten zu lassen.

Herr Mancini antwortete mir im Wesentlichen Folgendes: Ich wisse wie sehr ihm daran liege speciell mit der Schweiz ein recht gutes, freundschaftliches Einverständnis zu unterhalten. Er habe dieses Bestreben schon oft durch die That bewiesen, wie ich es ihm wohl bezeugen werde. Noch in der letzten Zeit sei er, anlässlich der Discussion über den Handelsvertrag, in der Kammer & ganz besonders im Senat, heftigen Angriffen ausgesetzt gewesen, weil man ihm vorgeworfen habe die Schweiz zu sehr zu begünstigen. Er werde aber aus politischen & aus freundschaftlichen Rücksichten, auch in Zukunft sein Möglichstes thun sich uns entgegenkommend & gefällig zu erweisen.

In Bezug auf die *Grenz-Verletzungen* solle eine rasche & strenge Untersuchung stattfinden, von deren Resultat er mich, zu Händen des Bundesrathes, unverweilt in Kenntniss setzen werde. Er beklagte sich neuerdings über den in grossem Masstabe betriebenen Schmuggel an der Grenze & die durch denselben veranlassten, vielfachen Verdriesslichkeiten. Übrigens gab er, als ganz selbstverständlich, zu, dass man uns, wenn die Untersuchung eine Verletzung des schweizerischen Gebiets herausstelle, die übliche Satisfaktion ertheilen werde.

Was die Handhabung des *Zolltariffes* anbelangt so versprach er mir bei'm Finanzminister darauf hinzuwirken, dass man unseren Begehren möglichst gerecht werde.

3. Im GBer. 1881 hatte der Bundesrat ausgeführt: [...] Die italienische Regierung hat mit königlichem Dekret vom 6. Dezember 1880 die 24 Freistellen am erzbischöflichen Seminar zu Mailand aufgehoben (vom Ende des Schuljahrs 1880—1881 an gerechnet), welche der Schweiz durch Übereinkunft vom 22. Juli 1842 zwischen der helvetischen Tagsatzung und Oesterreich (alte offizielle Samml. III, 232) zugesichert wurden, in Ersetzung des im Jahr 1797 aufgehobenen ehemaligen helvetischen Collegiums.

Wir haben durch unsere Gesandtschaft in Rom [...] so viel erwirkt, dass alle Zöglinge, welche früher im Seminar zugelassen worden waren (17 an der Zahl), ihre Studien während des gegenwärtigen Schuljahres fortsetzen können. [...] (BBl 1882, 2, S. 4f.)

Vgl. auch das schweizerische Memorandum an das italienische Aussenministerium vom 5. 7. 1881 (E 8 (B)/12), sowie die GBer. 1882 (BBl 1883, 2, S. 8), 1883 (BBl 1884, 2, S. 582) und 1884 (BBl 1885, 2, S. 646). 1886 stellte Italien die 24 Freiplätze wieder her (GBer. 1886 in: BBl 1887, 2, S. 195—198).

Was endlich das *Collegium Borromäum* betrifft, so gab er zu, dass die Frage schon sehr lange ungelöst geblieben. Er versicherte mich, dass das hierauf bezügliche Dossier fortwährend auf seinem Schreibtisch unter den urgentesten Geschäften liege. Da er aber diese Angelegenheit selbst & ganz allein prüfen & erledigen wolle, so möchte ich ihn entschuldigen wenn er theils durch Krankheit, theils durch Geschäftsüberhäufung, bis jezt noch nicht dazu gekommen sei darüber zu entscheiden. Er versprach übrigens in nächster Zeit zu antworten.

Ich muss es nun Ihrer Würdigung anheimstellen welchen Werth Sie der vorstehend erwähnten Unterredung beilegen wollen. Immerhin zeugt dieselbe von der aufrichtigen Absicht uns in unsern Bestrebungen zu unterstützen. Mit welchem Erfolg diess geschehen ist, werde ich die Ehre haben Ihnen in wohl nicht ferner Zeit wieder zu berichten.

260

E 21/24646, Bd. 1

Aufzeichnung von Bundespräsident E. Welti

Abschrift

Bern, 11. März 1884

Der deutsche Gesandte Herr von Bülow hat heute bei dem Unterzeichneten eine Audienz nachgesucht und in derselben folgende Eröffnung gemacht:

Durch Zuschrift des Reichskanzlers sei die Gesandtschaft angewiesen worden, dem Bundespräsidenten in durchaus vertraulicher und freundschaftlicher Weise mitzuteilen, dass der Reichskanzler mit Befriedigung durch die öffentlichen Blätter erfahren habe, es sei in Bern ein hervorragender Führer der Anarchistenpartei zur Haft gebracht worden.¹ Diese Nachricht sei umso erfreulicher, weil dadurch constatirt werde, dass die Schweiz nicht gesonnen sei, *Verschwörern* und Mördern Asyl zu gewähren; damit werde auch die Kaiserl. Regierung der Verpflichtung enthoben, im Verein mit andern befreundeten Regierungen gegenüber der Schweiz in dieser Richtung vorstellig zu werden.

Auch in England, wo bis anhin eine sehr weitgehende Asylpraxis geübt worden sei, komme man zu der Überzeugung, dass Massregeln zum Schutz der Gesellschaft getroffen werden müssten, und es lasse das Verhalten der Presse und der Bevölkerung gegenüber den Vorgängen in America über die Stimmung keinen Zweifel.

Der Kaiser sowohl als die Kaiserl. Regierung habe nur den einen Wunsch, die freundschaftlichsten Beziehungen mit der Schweiz wie bis anhin so auch ferner zu

1. Mit Schreiben vom 6. 3. 1884 meldete die Polizeidirektion des Kantons Bern die Verhaftung von Kennel und Schultze, denen Kontakte zu Stellmacher und Kammerer und eine indirekte Beteiligung an den Verbrechen von Wien und Stuttgart nachgesagt wurde (E 21/8165).— Mit Bundesbeschluss von 22. 3. 1884 wurden dieselben zusammen mit Falk und Lissa aus der Schweiz ausgewiesen (BBl 1884, 2, S. 233f.). — Vgl. zur Ausweisung von Kennel u. a. auch den GBer. 1884 (BBl 1885, 2, S. 724—728) sowie den Bericht des Generalanwaltes über die anarchistischem Umtriebe in der Schweiz (BBl 1885, 3, S. 596—598).

erhalten, und die Eröffnung, zu welcher der Gesandte beauftragt werde, möge als ein Beweis hiefür betrachtet werden.

Der Reichskanzler hoffe denn auch, dass das Verhalten der schweiz. Regierung diesen Gesinnungen entspreche, indem die Kaiserl. Regierung es bedauern würde, sich den Schritten derjenigen Mächte anschliessen zu müssen, welche unter den jetzigen Verhältnissen zu leiden haben.

261

E 21/8165

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
E. Welti*

B

Berlin, 15. März 1884

Ich beehre mich, Ihnen Ihre Mittheilungen vom 8. d. M.¹ betreffend die neuesten Vorfälle auf dem Gebiete der anarchistischen Umtriebe etc. bestens zu verdanken.

Die Presse fährt fort, gemeinsame, internationale Massregeln gegen die anarchistischen und die Dynamit-Verbrechen in Aussicht zu stellen.

Einige Blätter erklären allerdings die diesbezügl. Meldungen als verfrüht und als zu positiv, andere dagegen, wie z.B. die National-Zeitung (vid. beil. Ausschnitt der Nr. 160, vom 13. März l.J.)² beharren auf der Richtigkeit gedachter Meldungen.

So viel ich ermitteln konnte, dürfte die Sachlage folgende sein:

Deutscherseits wird zur Zeit die Frage geprüft, ob man pcto. Fabrikation und Handel von Dynamit auf dem Weg der *internen* Gesetzgebung erhöhte Garantien gegen den Missbrauch desselben schaffen könnte. Das Resultat dieser Vorprüfung wird aber ohne Zweifel dahin lauten, dass ein anderes Mittel als die Verschärfung der bereits bestehenden strafrechtlichen Bestimmungen kaum erreichbar sein wird und dass die Fortschritte, welche die Chemie in neuerer Zeit gemacht hat, jedem Versuche, anderweitige prophylaktische Cautelen ausfindig zu machen, spotten würden.

Was in obigem Sinne bis jetzt geschehen, ist als eine exclusiv *interne* Massregel aufzufassen. Internationale Besprechungen über diese Détailfrage, sowie auch über das Asylrecht haben bis jetzt nicht stattgefunden und ist auch an massgebender Stelle nichts davon bekannt, dass solche internationale Verhandlungen bereits beabsichtigt wären. Immerhin hält man es, mit Rücksicht auf die allgemeine Situation, eher für wahrscheinlich, dass das am meisten geängstigte Russland gelegentlich wieder eine diesbezügliche Anregung machen werde und legt man Betonung darauf, dass der Fürst Bismark sich einer solchen Anregung gegenüber zweifellos sympathisch verhalten würde, da er heute ebensogut, wie vor 3 Jahren, den Standpunkt vertrete, man sollte den anarchistischen Umtrieben als einem internationalen Übel mit wirksamen internationalen Schutzmassregeln gegenübertreten und u.a. endlich auch ein Mal

1. E 2300 Berlin 4.

2. *Randvermerk von Welti*: Beilage lag nicht bei.

dem Grundsätze, dass Mord unter allen Umständen Mord sei, internationale Geltung verschaffen.

Ich bin in der Lage, die Quellen, aus welchen ich diese Auskunft erhalten habe, als durchaus zuverlässig zu bezeichnen.

262

E 13 (B)/202

*Der schweizerische Generalkonsul in Yokohama, A. Wolff,
an den Vorsteher des Handels- und Landwirtschaftsdepartements, N. Droz*

B Via Brindisi

Yokohama, 4. April 1884
(Ankunft: 17. Mai 1884)

Mit Ihrer geehrten Zuschrift vom 14. Februar¹, welche gestern in meinen Besitz gelangte, übermitteln Sie zu meiner Orientirung die Note², welche der hohe Bundesrath an die verschiedenen Regierungen als Ausdruck seiner Gesinnung betreffend die japanesischen und die deutsch-englischen Vorschläge gerichtet hat, sowie, konfidentiell, den Protokollauszug³ aus den betreffenden Bundesraths-Verhandlungen, welche Mittheilungen ich Ihnen bestens verdanke.

Was mich in dem genannten Protokollauszug, welcher vom 19. Oct. vorigen Jahres datirt, in erster Linie frappirte, ist, dass obige Verbalnote sogleich allen schweizerischen Gesandtschaften mitgetheilt wurde, während Ihr Vertreter in Japan erst sechs Monate später davon Kenntniss erhält, obschon er doch das grösste Interesse an dieser Angelegenheit hat. Aus meinem Schreiben an das politische Departement vom 2. Feb. a.c.⁴ geht auch hervor, dass der hiesige deutsche Vertreter schon im Dezember vorigen Jahres von dieser Note Kenntniss hatte.

Welcher Natur die deutsch-englischen Vorschläge sind, ist mir zur Stunde noch unbekannt, u. ebenso die der japanischen, sofern sie von den in den Conferenz-Protokollen⁵ angeführten abweichen.

Der neue englische Minister für Japan ist kürzlich hier eingetroffen und scheinen nun alle fremden Vertreter ihre neuen Instruktionen erhalten zu haben, so dass die Wiederaufnahme der Conferenzen in Tokio in allernächster Zeit bevorsteht. Obschon daher bei Ankunft dieser Zeilen in dort die Unterhandlungen hier sehr wahrscheinlich wieder im Gang sein werden, so erlaube ich mir dennoch Ihnen meine persönliche Ansicht bezüglich der genannten Verbalnote zu unterbreiten.

Dass das Protokoll über den Zolltarif wieder eröffnet wird, glaube ich nicht, jedenfalls dürften weder England noch Deutschland, die am Tarif am meisten interessirten Mächte, den Vorschlag des Bundesrathes unterstützen, dass für Gewebe und Uhren

1. *Es handelt sich um das Schreiben vom 15. 2. 1884 (E 13 (B)/202).*

2. *Nr. 249.*

3. *E 1004 1/135, Nr. 5099.*

4. *E 13 (B)/202.*

5. *E 2200 Tokio 1.*

der bisherige Tarif (von c^a 5%) beibehalten werde, da mit Ausnahme der Schweiz sämtliche Vertragsmächte schon vor längerer Zeit sich bereit erklärt haben, den jetzigen Importtarif von einer Durchschnittsbasis von 5% auf durchschnittlich 10% zu erhöhen. Wenn wir daher noch eine Concession in dieser Hinsicht zu erreichen wünschen, so scheint es mir, wäre solche eher zu erlangen, wenn wir eventuell statt der von den fremden Delegirten proponirten Ansätze

von 15% auf halbseidenen Geweben
 von 20% auf goldenen Uhren
 einen Zoll von 10% verlangen würden.

Die Passage betreffs anzustrebender Verbesserungen in Bezug auf den gegenwärtigen Stand der Münzcirculation und des Münzwechsels in Japan ist mir, offen gestanden, nicht recht klar. Aus meinem Bericht für das Jahr 1883⁶ geht hervor, dass der Werth des einheimischen Papiergeldes sich in letzter Zeit bedeutend gebessert hat, u. dass die japanische Regierung überhaupt ihr Möglichstes thut, um, so weit es die ihr zu Gebote stehenden beschränkten Mittel erlauben, der gegenwärtigen Finanznoth abzuhelfen. Dass aber auswärtige Regierungen Japan in Bezug auf dessen eigene, innere Angelegenheiten Vorschriften machen wollen, scheint mir nicht gerechtfertigt, und überdiess würde die japanische Regierung uns ohne Zweifel, u. nicht mit Unrecht, entgegenhalten, dass wir in unsern Forderungen selbst nicht consistent sind, wenn wir einerseits niedrigere Zölle und andererseits Verbesserung bezüglich der Münzcirculation verlangen; denn die japanische Regierung hat von je her betont, dass sie auf einem höhern Tarif hauptsächlich aus finanziellen Gründen insistire, da die Zölle beinahe ihre ausschliessliche Einnahme in Spezie bilden u. sie solche zur Amortisirung der Papierschuld zu verwenden beabsichtige.

Wenn der Bundesrath ferner seine Einwilligung dazu gibt, dass die Consular-Jurisdiction durch Spezial-Gerichtshöfe ersetzt werde, welche über Ausländer Gerichtsbarkeit besitzen u. aus *ausländischen* Richtern zusammengesetzt werden, so scheint mir dieser Passus auf einer unrichtigen Voraussetzung zu beruhen; denn Japan hat schwerlich je eine derartige Proposition gemacht, und würde eine solche auch nicht annehmen. So viel mir wenigstens bekannt, hat Japan bis jetzt nur proponirt, gemischte Gerichtshöfe, also aus fremden u. japanischen Richtern zusammengesetzt, zu errichten, und wurde dabei deutlich zu verstehen gegeben, dass die fremden Richter nur auf eine limitirte Zeit engagirt würden, d. h. so lange, bis die japanischen Richter für competent erachtet würden, die Jurisdiction über die Fremden ausschliesslich auszuüben.

Diese meine Bemerkungen basiren sich natürlich auf den Stand der Revisionsfrage, soweit es mir eben zur Stunde bekannt ist, u. ist es ja wohl möglich und sogar wahrscheinlich, dass Sie ein viel reicheres Material zur Beurtheilung dieser Angelegenheit an der Hand haben, wie ich.

Ich kann bei diesem Anlass Ihnen nicht verhehlen, dass ich mit meiner Stellung in dieser Revisionsfrage nichts weniger wie befriedigt bin. Der Bundesrath hat mich zu seinem zweiten Delegirten ernannt, ohne mich dieserhalb nur anzufragen, obschon ich zur Zeit in der Schweiz weilte, (Sommer 1882) und ohne dass ich mich je für diese Charge beworben hätte.⁷ Der erste Delegirte, Graf Dönnhoff, der deutsche Vertreter

6. E 2400 Yokohama 2.

7. Vgl. das Bundesratsprotokoll vom 1. 8. 1882 (E 1004 1/130, Nr. 3879).

in Tokio, lebte mit mir auf einem gezwungenen freundschaftlichen Fuss, doch kann ich von ihm absolut keine Unterstützung erwarten, da er ohne die directe Ordre von Berlin mich auch heute noch ignoriren würde.⁸ Der hiesige deutsche Generalkonsul, welcher ebenfalls zweiter Delegirter seiner Regierung ist, hat übrigens in dieser Beziehung ganz ähnliche Erfahrungen gemacht.

Von meiner eigenen Regierung fehlen mir nicht nur neue, auf die letztjährigen Verhandlungen in Europa basirte, Instructionen, wie sie heute jeder andere Delegirte hier besitzt, (eigentliche Instructionen⁹ habe ich überhaupt nie empfangen,) sondern ich werde von Allem, was vorgeht, in Unwissenheit gelassen. Ich hätte aber um so eher erwarten dürfen, vom Bundesrath kräftig unterstützt u. renseignirt zu werden, als demselben ja bekannt ist, dass die japanische Regierung sowohl wie die fremden Diplomaten in Tokio meine Zulassung zu den Conferenzen lebhaft bekämpft haben.¹⁰

Ich habe dem Konsulat schon viele Opfer an Zeit und Geld gebracht, und werde so lange ich an meinem Posten bin, solche auch in Zukunft nicht scheuen, dagegen sehe ich absolut nicht ein, wie ich unter den jetzigen Verhältnissen an der bevorstehenden Conferenz den schweizerischen Interessen nützlich sein kann, und Sie würden mich daher zu Dank verpflichten, wenn Sie mich meiner Stellung als zweiter Delegirter entheben wollten, denn die Rolle, die ich unter diesen Umständen spielen kann, ist allzu unbefriedigend u. peinlich für mich. Ich begreife sehr wohl, dass der Vertrag mit Japan für die Schweiz wenig Interesse hat, u. überhaupt besser gar nie gemacht worden wäre; wenn es aber dem Bundesrath zu viele Mühe verursacht, mich von dem, was bezüglich der Vertragsrevision vorgeht, auf dem laufenden zu halten, und mich überhaupt so zu postiren, dass ich meiner Aufgabe gerecht werden kann, u. ich mich nicht vor den andern Delegirten zu schämen brauche, so ist es viel einfacher u. jedenfalls für mich weit angenehmer, wenn ich jeder Betheiligung dabei enthoben werde.¹¹

ANNEX

Aufzeichnung des Politischen Departements

Notizen¹²

Bern, 31. Mai 1884

Das polit[ische]D[epartemen]t legt dem B[undes]R[at] vor zwei Noten der deutschen Gesandtschaft vom 14. & 16. April sowie eine Note des japanischen Ministers in Paris vom 7. Mai, die Revision der Handelsverträge mit Japan betreffend.¹³ Aus denselben ergibt sich dass die Verhandlungen der Konferenz in Tokio in den nächsten Tagen wieder eröffnet werden sollen & dass Deutschland sowohl wie Japan über die Tragweite der an *unsern* Vertreter ergangenen Instruktionen mit näherer Mittheilung versehen zu werden wünschen.

Auf die Anregung & nach Entwurf des H[andels-] & L[and]W[irtschafts]dep[artemen]ts wurde

8. Vgl. das Schreiben von Wolff an den Bundesrat vom 21. 9. 1883 (E 13 (B)/202).

9. Vgl. auch Nr. 229 und den Annex.

10. Vgl. Nr. 230.

11. Vgl. den Annex.

12. Ursprüngliche, später durchgestrichene Überschrift: An den Bundesrath.

13. Alle drei Noten nicht abgedruckt.

die deutsche Note unterm 25. April beantwortet. (vide fragl. Note)¹⁴. Auf die Note der japan. Gesandtschaft ist noch keine Antwort erfolgt.

Den 30. April wurde unser Gen[eral]Konsul in Yokohama telegraphisch bevollmächtigt an den Verhandlungen der Conferenz Theil zu nehmen, & unterm 2. Mai liess ihm das unterfertigte Dep[artemen]t sehr detaillirte Instruktionen zugehen. (Vide Schreiben vom 2. Mai nebst Beilagen)¹⁵.

Dabei scheint aber allseitig übersehen worden zu sein dass die Schweiz nicht nur *einen*, sondern *zwei* Bevollmächtigte Vertreter in Tokio besitzt, nämlich 1^o den deutschen Gesanten, Graf Dönhoff & 2^o unsern Generalkonsul Wolff. Und das Eigenthümliche dabei ist dass während Deutschland & Japan unter «unserm Vertreter» offenbar den Erstern meinen & den andern absichtlich ignoriren, wir denselben vollständig übergehen wie wenn er aufgehört hätte unser Vertreter zu sein, & die nöthigen Instruktionen & Vollmachten nur Hrn. Wolff zukommen lassen. Freilich wurde der deutsche Gesante in Tokio, in Folge des freundlichen Anerbietens seiner Regierung nur für die *Praeliminar*-verhandlungen zu unserm Spezialbevollmächtigten bestimmt (vide B[undes]R[ats]verfügung v. September 1881)¹⁶; allein, abgesehen von der Frage ob die Praeliminarverhandlungen gegenwärtig schon zum Abschluss gebracht worden sind, scheint es dass die beteiligten Regierungen sein Mandat noch nicht als erloschen betrachten. Die Schweiz hat offenbar ein grosses Interesse daran dass dem so sei in Anbetracht der vielen Schwierigkeiten denen wir begegneten um die Anerkennung des Hrn. Wolff als zweiten Delegirten der Schweiz bei der Conferenz durchzusehen.¹⁷ Wir wollen hiebei nicht unerwähnt lassen dass laut Note vom 4. März [18]83¹⁸ der japan. Gesante ausdrücklich erklärt hat dass Hr. Wolff gewissermassen von seiner Regierung als Bevollmächtigter der Schweiz nur geduldet werde. Andererseits wird Hr. Wolff von den diplomatischen Vertretern der Mächte, welche auf ihre Praerogativen eifersüchtig sind scheinlich betrachtet, & dürfte sein Auftreten als alleiniger Vertreter der Schweiz unbedingt zu neuen Reklamationen Anlass geben.

Hr. Gen[eral]Konsul Wolff scheint diess auch wohl eingesehen zu haben wie aus seinem neulichen Schreiben an das H[andels-] & L[and]W[irtschafts]Dep[artemen]t vom 4. April abhin erhellt. (vide fragl. Zuschrift). Er bittet sogar ihn seines Amtes als Bevollmächtigter der Schweiz bei den Vertragsverhandlungen zu entheben. Allein wir glauben seinen Wünschen nicht willfahren zu können, da die nämlichen Gründe welche für seine Ernennung sprachen, in noch erhöhtem Masse heute fortbestehen.

Aus Obigem erhellt dass wir heute noch *zwei* Vertreter bei der Konferenz in Tokio besitzen & dass wir keinen von beiden entbehren können. Ist dem so, so haben wir irriger Weise in der neuesten Note an die d[eutsche] Gesandtschaft von *dem* schweiz. Bevollmächtigten gesprochen, während es von «*den*» hätte heissen sollen; auch haben wir im gleichen Gedankengange nur einem Vertreter, nämlich Hrn. Wolff den wir in der fragl. Note meinten Instruktionen & Vollmachten gesandt, während der deutsche Minister offenbar glaubt diese Instruktionen & Vollmachten wären dem Grafen Dönhoff übermittelt worden.

14. *Nicht abgedruckt.*

15. *Telegramm und Schreiben nicht abgedruckt.*

16. *Nr. 198.*

17. *Vgl. Nrn. 227 und 230.*

18. *Nicht abgedruckt.*

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 18. Juni 1884

2892. Diözese Basel, Kirchliche Verhältnisse im Tessin

Politisches Departement. Antrag vom 9. Juni 1884

Das Departement erstattet Bericht über das Resultat seiner Verhandlungen mit den die *Diözese Basel* bildenden Kantonen in Bezug auf die Neubesezung des bischöflichen Stuhls.¹

Darnach ist von den Kantonen Solothurn, Luzern, Zug, Aargau, Thurgau & Baselland als Ergebnis einer am 12. März l. J. in Bern stattgefundenen Konferenz², an welcher auch der Vorsteher des Departements teilgenommen, das übereinstimmende Einverständnis erklärt worden, dass durch Vermittlung des Bundesrates mit der römischen Kurie die von dieser anerbundenen Unterhandlungen zum Zwecke der Neubesezung des bischöflichen Stuhles der Diözese Basel in dem Sinne zum Abschluss gebracht werden, dass an die Stelle des von Zug und Luzern noch als Bischof anerkannten Herrn Lachat eine neue Wahl für diese geistliche Würde getroffen werde. Diese Kantone stimmen auch darin überein, dass zum künftigen Bischof von Basel der Domprobst des aufgehobenen Kapitels, Herr Fiala in Solothurn, ernannt werde, und es sind die Kantone unter der Voraussetzung, dass eine Form gefunden werde, welche die Erfüllung dieser Bedingung sichert, bereit, die Wahl für diesen speziellen Fall dem Pabste zu überlassen. Endlich erklären die Kantone ihre Geneigtheit, auch über die Wiederherstellung des Domkapitels mit der Kurie in Unterhandlungen zu treten.

Die Regierung des Kantons Bern hingegen hat erklärt, dass sie nicht in der Lage sei, an den Beratungen über das Bistum teilzunehmen.

Auf Antrag des Departements wird nun beschlossen, im Namen der erstgenannten Kantone und des Kantons Tessin auf denjenigen Grundlagen³ mit der römischen Kurie in Unterhandlung⁴ zu treten, welche unterm 31. Juli 1883 erörtert worden sind.

Hievon ist der Regierung des Kantons Tessin Mitteilung zu machen, und dieselbe zu ersuchen, den hl. Stuhl davon zu benachrichtigen, dass der Bundesrat sich bereit erkläre, namens der oben genannten Kantone an den in dem Schreiben⁵ des Kardinals Jacobini an den Regierungspräsidenten Regazzi vom 20. Oktober 1883 anerbundenen Verhandlungen über die Neubesezung des bischöflichen Stuhles der Diözese Basel sowohl als über die Ordnung der kirchlichen Verhältnisse des Kantons Tessin teilzunehmen, unter der Voraussetzung, dass diese Verhandlungen in einer noch zu bestimmenden schweizerischen Ortschaft stattfinden und dass von beiden Seiten Delegirte zu diesem speziellen Zweck ernannt werden.

1. Vgl. das Protokoll der Bundesratssitzung vom 6. 11. 1883 (E 1004 1/135, Nr. 5395). — Vgl. auch Nr. 251.

2. Vgl. Nr. 251, Anm. 4.

3. Vgl. Nr. 243.

4. Vgl. Nrn. 267 und 269.

5. Nr. 251, Annex.

*Antrag des Vorstehers des Politischen Departements, E. Welti,
an den Bundesrat*

Berne, 4 juillet 1884

Le Département politique a l'honneur de soumettre au Conseil une lettre de la Légation à Paris du 10 Juin écoulé¹ relative aux dommages causés à nos nationaux par les opérations des troupes chiliennes durant la guerre contre le Pérou et la Bolivie avec toutes les pièces à l'appui. A l'occasion d'une réclamation d'un de nos compatriotes, M. Brailard, qui demandait à être admis au bénéfice de la convention franco-chilienne du 2 novembre 1882, instituant une commission arbitrale pour statuer sur les prétentions des neutres ayant souffert des faits de la guerre, M. Lardy nous prie d'examiner s'il ne serait pas opportun pour la Suisse de conclure sur les mêmes bases une convention avec le Chili. Cette convention aurait, paraît-il, en vue que M. Brailard et ne pourrait s'appliquer aux autres réclamations suisses, à moins de décision contraire.

Ainsi que nous avons eu l'honneur de le dire dans notre rapport de gestion pour 1883², le Département a eu à s'occuper des réclamations de huit citoyens suisses pour dommages subis pendant la guerre. Une neuvième réclamation d'un certain Francesco Biaggi n'a pas été prise en considération jusqu'à ce jour le requérant n'ayant pu fournir au Département aucune pièce justificative.

L'Allemagne qui avait refusé jusqu'ici de souscrire à un arbitrage avec le Chili s'est immédiatement mise à notre disposition et dans une note verbale du 17 août 1880³ le Ministère des Affaires étrangères de l'Empire a fait la déclaration suivante que nous croyons devoir reproduire ici: «Die kaiserl. Regierung wird gerne bereit sein, wenn Solches seitens der schweiz. Regierung gewünscht wird, sich der Reklamationen der schweiz. Staatsangehörigen in gleicher Weise, wie derjenigen der deutschen Reichsangehörigen anzunehmen». Le Gouvernement allemand a tenu parole et il a mis le même empressement à poursuivre les intérêts de nos nationaux lésés, que s'il se fût agi de ressortissants de l'Empire.

Nous regrettons d'avoir à constater que le France et les Etats-Unis de l'Amérique du Nord n'ont pas suivi la même ligne de conduite. Ces deux puissances ont pensé que les intérêts de leurs ressortissants seraient mieux sauvegardés si elles concluaient le traité d'arbitrage proposé par le Chili; elles ont agi en conséquence, mais sans étendre le bénéfice du compromis à leurs protégés suisses. Le Chili s'en prévaut aujourd'hui pour s'opposer à ce que des réclamations de protégés suisses soient soumises aux commissions mixtes chargées de fixer le montant des indemnités pour le motif spécieux qu'il «ne peut accepter les bons offices d'un Gouvernement étranger présentant des réclamations de citoyens ou sujets d'une autre nation autrement que sur la base d'un arrangement formel». (Voir note du 18 décembre 1883 adressée par M. Frelin-

1. Nicht abgedruckt.

2. BBl 1884, S. 588–590.

3. Nicht ermittelt. Vgl. den Bericht von Claparède an den Bundesrat vom 14. 9. 1880 (E 2/301).

ghuysen à M. le Ministre Frey⁴). Ainsi le Chili, dans l'intention bien évidente de se soustraire à ses obligations, voudrait contraindre la Suisse de même que toutes les autres petites Puissances qui ont eu des nationaux lésés par les événements de la guerre à conclure avec lui, et séparément des traités d'arbitrage pour liquider leurs réclamations. Par ce moyen il arriverait à enlever à nos concitoyens la protection de la Grande Puissance sous laquelle ils se sont placés ou à diminuer tout au moins sensiblement l'intérêt qu'elle leur porte. Enfin et c'est là l'essentiel, pour le cas où leurs réclamations seraient reconnues fondées en tout ou partie, nos nationaux n'auraient aucun moyen de coercition vis-à-vis du Chili et en seraient réduits à sa merci. Si le fisc chilien refusait le paiement aux indemnitaires, l'appui purement moral de leur Gouvernement ne leur serait que d'un faible secours. C'est par ces motifs que nous avons chargé nos représentants à Washington et à Paris de faire des démarches dans le but d'obtenir que les protégés suisses fussent admis au bénéfice des conventions arbitrales conclues par l'Amérique et la France avec le Chili, comme s'ils étaient citoyens américains ou français. Il résulte des pièces que nous soumettons au Conseil, (note du 18 décembre de M. Frelinghuysen à M. Frey et dépêche du 28 mars du Ministre français au Chili au Ministère des Affaires étrangères de la République⁵) que ces démarches n'ont pas abouti et qu'elles n'ont aucune chance d'aboutir puisque le Ministre de France nous conseille de conclure un traité d'arbitrage avec le Chili.

Nous ne pensons pas devoir suivre cette voie, en égard encore au fait que notre convention avec le Chili n'aurait pour objet que les réclamations de M. Braillard, protégé français, et de M. de Rutté protégé américain. Car il nous paraîtrait inadmissible de l'étendre aux réclamations présentées par l'Allemagne et d'infliger ainsi à cette Puissance une espèce de désaveu. Or il serait évidemment inopportun de conclure une convention internationale dans le but de régler deux simples réclamations pour faits de guerre, alors surtout que nous avons d'autres moyens plus efficaces d'y parvenir. Rien ne paraît s'opposer en effet à ce que M. Braillard et de Rutté ne poursuivent leurs réclamations contre le Chili par l'obligeante entremise de l'Allemagne; cette puissance ne se refuserait pas sans doute à les présenter et elle deviendrait ainsi notre seul mandataire. Il va toutefois sans dire que nous ne pourrions procéder de cette manière que du consentement des intéressés, et que ceux-ci devront de leur côté se soumettre à toutes les exigences de l'Allemagne, pour la justification de leurs demandes d'indemnités. L'énergie avec laquelle l'Allemagne a pris en mains les intérêts de nos nationaux, nous autorise à croire qu'elle ne les abandonnera pas à leur sort quand bien même elle conclurait une convention d'arbitrage avec le Chili, événement qui paraît très-probable, d'après les dernières communications parvenues au Département.

Le Département politique a donc l'honneur de proposer au Conseil fédéral d'adresser la lettre suivante à notre Chargé d'affaires à Berlin:

«Von H. Minister Roth erhalten wir die Mittheilung dass der deutsche Gesandte in Chile bei seiner Regierung telegraphisch um die Ermächtigung nach-gesucht habe, Namens Deutschlands mit Chile einen Schiedsvertrag behufs Erledigung durch eine gemischte Kommission sämmtlicher Reklamationen deutscher Staatsangehöriger aus dem peruanischen Kriege zu unterzeichnen. Herr Roth

4. E 2200 Washington 1/281.

5. E 2200 Paris 1/152.

fügte bei dass sehr wahrscheinlicher Weise diesem Gesuch entsprochen werden würde.

So würde demnach Deutschland seine bisherige Haltung in dieser Angelegenheit aufgeben und gleich Frankreich, Italien u. der Ver[einigten] St[aaten] von Nordamerika die Schadensersatzansprüche seiner geschädigten Landsleute nicht mehr auf diplomatischem Wege zur Geltung bringen.

Angesichts der Forderungen welche Chile bisher an die übrigen Grossmächte stellte u. welche dahin gingen dass deren fremde Schutzbefohlene von den Schiedsverträgen ausgeschlossen wurden (vide Beilagen)⁶ sehen wir uns nunmehr veranlasst, Sie Herr Geschäftsträger, einzuladen sich unverzüglich beim Auswärtigen Amte darüber erkundigen zu wollen, ob Deutschland gesonnen ist, gleich diesen Mächten die drei Schweizerbürger deren Reklamationen es eingegeben hat, von den Wohltaten eines eventuellen Schiedsvertrages ausschliessen zu lassen. Sie werden unserer Zuversicht Ausdruck geben, dass das deutsche Reich, auch wenn es mit Chile ein Schiedsverfahren einleite, die Interessen seiner Schutzbefohlenen gleich denjenigen seiner eigenen Angehörigen zu wahren wissen werde. Diese Zusicherung wurde Ihnen in einer Verbal-Note unterm 17. August 1880 in bestimmter Weise vom Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst gegeben.

Aus den Beilagen werden Sie ersehen, dass die Ver[einigten]Staaten u. Frankreich es ohne Protest geschehen liessen, dass Chile die Reklamationen von zwei durch diese Staaten repräsentirten Schweizern geradezu ignorirte und dieselben der gemischten Kommission zu überweisen sich weigerte, aus dem nichtigen Grunde weil die Schweiz mit Chile keinen Schiedsvertrag abgeschlossen. So möchte uns Chile einen Schiedsvertrag aufdrängen, u. das franz: auswärtige Amt scheint sich der Ansicht hinzuneigen dass dieses die einzige Lösung der Frage sei. Wir werden aber vorerst auf diese Vorschläge nicht eintreten, namentlich wenn Deutschland unsere Landsleute vom Schiedsvertrag nicht ausschliessen lässt, & wenn es zu bewegen ist, die Forderungen der Herren Braillard & von Rütté auch noch unter seinen Schutz zu nehmen. Über diesen letztern Punkt ersuchen wir sie mit der grössten Vorsicht das Terrain zu sondiren, da das Deutsche Reich sehr leicht Bedenken hegen könnte die Reklamationen unserer französischen und amerikanischen Schutzbefohlenen unter diesen Umständen einzugeben. Möglicherweise aber dürfte Deutschland gerade durch den Umstand bewogen werden, sich der Interessen der HH. Braillard u. v. Rütté anzunehmen, dass dieselben von den Ver[einigten]Staaten u. Frankreich erfolglos vertreten wurden. Jedenfalls ist diese Thatsache dem Ausw[ärtigen] Amte nicht zu verschweigen, da sie in der Folge demselben dennoch zur Kenntniss gelangen würde. Schliesslich bemerken wir noch, dass wir von den Interessenten nicht ermächtigt sind, den deutschen Schutz für sie anzusprechen, u. es auch nicht ohne ihre Einwilligung thun werden.⁷

6. Nicht ermittelt. Vgl. dazu die Notiz am Schluss des Dokuments: Beilagen. Welche? Auf dem Pol[itischen] Dep[artement] fragen.

7. Für den Verlauf der Verhandlungen vgl. die GBer. 1883 bis 1887 (BBl 1884, 2, S. 588—590, 1885, 2, S. 646 f., 1886, 1, S. 873 f., 1887, 2, S. 193 f., 1888, 2, S. 942 f.) und die BR-Botschaft (BBl 1886, 2, S. 860—867). — Die endgültige Entschädigung betrug 10,200 Silberthaler (vgl. die Präsidialverfügung vom 1. 9. 1887 in E 1004 1/150, Nr. 4472).

*Antrag des Vorstehers des Politischen Departements, E. Welti,
an den Bundesrat*

Bern, 15. Juli 1884

Am 18. Juni d. J. hat der Bundesrath die Regierung des Kantons Tessin von den Beschlüssen in Kenntniss gesetzt, welche am gleichen Tage in Betreff der Diözese Basel und der Tessiner-Kirchenangelegenheiten gefasst worden sind und dieselbe ersucht, der römischen Curie zu eröffnen, dass der Bundesrath bereit sei auf die diesfalls anerbötenen Verhandlungen einzutreten.

Mit Schreiben vom 25. gl. M. sprach der Staatsrath von Tessin seine Bereitwilligkeit zu dieser Vermittlung aus & ersuchte und ermächtigte gleichzeitig den Bundesrath auf Grund der gepflogenen Verabredungen auch in seinem Namen die Verhandlungen mit der Curie zu pflegen.

Durch ein zweites Schreiben vom 3. d. M. dieser Behörde erhält der Bundesrath von der Antwort des Cardinals Jacobini Kenntniss, welcher erklärt, dass der hl. Stuhl bereit sei, mit dem Bundesrath über die Ordnung der kirchlichen Verhältnisse im Canton Tessin und in der Diözese Basel in Verhandlungen zu treten und zu diesem Zweck einen Delegirten nach der Schweiz abzusenden.¹

Bei dieser Sachlage ist das politische Departement im Falle dem Bundesrathe seine Vorschläge über die Bezeichnung der hierseitigen Bevollmächtigten und die Instruktionen derselben vorzulegen. Diese Anträge gehen dahin:

I. Es seien als Bevollmächtigte des Bundesrathes zu bezeichnen:

die Herren Minister Aepli in Wien, z. Z. in St. Gallen und Ständerath Peterelli von Schweiningen, Graubünden.

II. Den Bevollmächtigten sei folgende Instruktion zu ertheilen:

1.) Es werden von dem Bundesrathe mit der Curie zwei formell selbständige Verträge abgeschlossen, der eine «im Namen des Cantons Tessin» zum Zwecke der Regelung der dortigen kirchlichen Verhältnisse, der zweite «im Namen der Cantone Luzern, Zug, Solothurn, Aargau, Thurgau & Baselland».

2.) Beide Verträge beruhen auf der Voraussetzung, dass Bischof Lachat mit der Leitung der kirchl. Angelegenheiten des Cantons Tessin betraut & aufhören würde irgendwelche kirchl. Funktionen in der Diözese Basel auszuüben.

Es ist durch ein besonderes Protokoll festzustellen, dass der Bundesrath nicht eher zur Auswechslung der Vertragsratifikationen schreiten werde, bis derselbe in dieser Beziehung die genügenden Zusicherungen von Seite der Curie erhalten haben wird.

In Bezug auf die Wahl des Bischofs von Basel ist die weitere protokollarische Erklärung abzugeben, es werde die Vertragsratifikation auch davon abhängig gemacht dass dem Bundesrath die Zusicherung gegeben werde, dass die Wahl auf eine ihm genehme Person falle. Von den Delegirten ist den päpstlichen Bevollmächtigten mitzutheilen, dass als persona grata hierseits einzig Herr Dompropst Fiala in Solothurn in Betracht fallen könne.

1. *Alle drei Schreiben nicht abgedruckt.*

Besondere Instruktionen betr. die Diözese Basel:

3.) Da die Besezung des bischöfl. Stuhles von Basel nach den Vorschriften der Verträge zur Zeit nicht möglich ist, weil das Domkapitel dem die Wahl zukömmt nicht besteht und vertragsmässig ebenfalls nicht wiederhergestellt werden kann, so wird von den Diözesanständen die nächste einmalige Ernennung des Bischofs dem Papste anheimgestellt.

Die Delegirten werden in erster Linie das Begehren stellen, dass die Wahl nur auf eine dem Bundesrathe genehme Persönlichkeit fallen dürfe. Wird diese Forderung nicht zugestanden, so ist nach der von oben unter N^o.2 enthaltenen Instruktion zu verfahren.

Es ist förmlich und ausdrücklich in dem Vertrage zu erklären, dass das Wahlrecht sich nur auf die bevorstehende Ernennung beziehe und dass sich die Stände für die Zukunft alle vertragsmässigen Rechte im vollen Umfange wahren.

In dem Vertrage ist eine Frist festzusetzen binnen welcher die Wahl des Bischofes durch den Papst vorzunehmen ist.

4.) Der Vertrag wird die Bestimmung enthalten, dass nach der Einsetzung des neuen Bischofes in sein Amt zu den Verhandlungen über die Wiederherstellung des Domkapitels geschritten werde. Bei diesen Verhandlungen sind auch allfällige ökonomische Fragen zu reguliren, insofern sich ein Bedürfniss dazu herausstellen sollte.

5.) Die Ratifikation der eingangs genannten Stände wird vorbehalten & durch den Bundesrath vollzogen.

6.) Bei dem Beginn der Unterhandlungen wird dem päpstl. Delegirten eröffnet, dass der Kanton Bern an den Verhandlungen nicht Theil nehme; dass derselbe aber seine vertraglichen Verbindungen mit den übrigen Diözesanständen nicht gelöst oder aufgekündigt habe.

Instruction betr. den Canton Tessin.

7.) Es wird von Seite der Curie die förmliche von den Bundesbehörden bereits verfügte Trennung der sämmtlichen Gemeinden des Kantons Tessin von den Diözesen Como & Mailand ausgesprochen.

8.) Das Gebiet des Kantons Tessin wird unter eine provisorische bischöfl. Verwaltung gestellt. Die Wahl des Verwalters oder Stellvertreters kommt dem Papste zu, in der Meinung, dass dazu nur eine dem Bundesrathe genehme Person bezeichnet werden dürfe. Wird diese Forderung nicht zugestanden so ist nach N^o.2. dieser Instruktion zu verfahren.

9.) Der definitiven Ordnung der kirchl. Verhältnisse des Kantons Tessin wird durch dieses Abkommen in keiner Weise vorgegriffen & es hat die provisorische Verwaltung nur so lange zu dauern bis die definitive Regelung stattgefunden haben wird.

10.) Sollte der zu ernennende bischöfl. Stellvertreter vor der definitiven Ordnung dieser Verhältnisse mit Tod abgehen, so werden sich die bei dieser Frage beteiligten kompetenten Behörden über die weiter zu treffenden Massnahmen verständigen.

11.) Der Kanton Tessin ist bereit die Anordnungen & weiteren Vereinbarungen zu treffen, welche zur Vollziehung des Vertrages & namentlich auch in Bezug auf die Bezeichnung der Residenz und die Mensa des zu ernennenden Stellvertreters erforderlich sind. Die Ratifikation dieses Vertrags durch den Kanton Tessin und die Vollziehung desselben durch den Bundesrath bleiben vorbehalten.

III. Die Verhandlungen werden in Bern gepflogen & es wird das politische Dep^t. mit den weitem Anordnungen beauftragt.

Vollziehung der obigen Beschlüsse durch das pol. Dep¹.
Ausstellung der Vollmachten an die Bevollmächtigten.
Kenntnisgabe von diesen Beschlüssen (soweit nöthig) an sämtliche Betheiligten.²

ANNEX

J I. 2/14

*Der Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartements, L. Ruchonnet,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements, E. Welti*

B

Gurnigel, 18 juillet 1884

Voici deux ou trois observations rapides sur le projet d'instructions à nos délégués dans la question des Evêchés:

1. Au N°1, il est dit qu'on fera deux traités, l'un au nom du Tessin, l'autre au nom des six cantons.

Sur le 1^{er} point, je remarque que l'arrêté fédéral du 22 juillet 1859³ a chargé le Conseil fédéral de pourvoir aux négociations pour la création de Grands Vicariats provisoires jusqu'au moment où le lien épiscopal définitif du Tessin sera fixé. Cet arrêté n'a pas été abrogé par la Constitution de 1874; au contraire. Il me semble donc que dans le 1^{er} traité le Conseil fédéral devrait agir au nom du Tessin, et aussi au nom de la Confédération⁴, en vertu de l'arrêté de 1859, lequel devrait être rappelé dans le traité. Cette réserve est utile pour le maintien de la compétence fédérale, qui se déploiera peut-être encore après la mort de M^r Lachat, en tous cas aussi longtemps que la situation épiscopale du Tessin sera provisoire.

Sur le 2^o point, le traité des six cantons, je me demande s'il ne faudrait pas en tous cas réserver en faveur de Berne le droit d'adhésion, et peut-être prévoir l'accession de Bâle-Ville, Schaffhouse et Zürich.

2. Au N° 8. Il est dit «Das Gebiet des K[antons]/Tessin wird unter eine provisorische bischöfliche Verwaltung gestellt». Je voudrais ôter ce mot «bischöfliche» et le remplacer par une expression indiquant une simple *administration* ecclésiastique.⁵ Il va sans dire que «l'administrateur» pourra être un Evêque in partibus, voire même un Archevêque, et qu'il aura reçu faculté d'administrer les sacrements réservés aux Evêques (la confirmation et l'ordination), mais pour nous ce doit être un simple administrateur. Le Tessin est d'accord.

3. Reste la question des *Biens*: Sur celle-là je suis peu renseigné. En 1855, avant l'arrêté fédéral, le gouvernement du Tessin demanda au Conseil fédéral «La séparation du diocèse et la liquidation des biens de la mense». Je crois, mais sans en être certain, que dès lors le Tessin a pris ceux de ces biens qui étaient sur son territoire. A-t-il l'intention de les sortir des biens nationaux en faveur de l'Eglise? c'est possible. Resterait à voir comment une pareille mesure serait accueillie dans la population du Tessin et dans les autres cantons qui ont dès longtemps incameré les anciens biens d'Eglise. C'est une matière délicate, que le Conseil fédéral ne peut ni ignorer, ni traiter sans exacte connaissance de cause. Le mieux serait, je crois, de réserver sur ce point des instructions ultérieures et de charger verbalement nos commissaires de s'enquérir des intentions du Tessin sur la situation matérielle à faire au futur administrateur provisoire.

2. *Bemerkungen am Schluss des Dokuments: Pol[itisches Departement] v[on] 15. Juli [18]84. Bisthumsfrage (in Diözese Basel & Tessin) u[n]verändert] a[ngenommen], (mit Bezug auf I & III) vorbehältlich der noch zu gewärtigenden Anträge v[on] Herrn Ruchonnet bezügl[ich] der Instruction [vgl. den Annex]. Instruction genehmigt 22. Juli [18]84. Dabei entschied der Bundesrath, den Vertrag mit Tessin selbst auch zu unterzeichnen (E 1004 1/138, Nr. 3508).*

3. AS 1857–1860, VI, S. 300 f.

4. *Vgl. Anm. 2.*

5. *Diese Änderung wurde stillschweigend angenommen.*

266

E 1004 1/138

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 8. August 1884¹

3819. Konsul Grecchi u. die Brochure «Svizzeri o Italiani»

Politisches Departement. Mündlich

Nach Mitteilungen der Tagespresse² erscheint es sehr wahrscheinlich, dass der italienische Konsul in Lugano, Herr *Grecchi*, Verfasser der unlängst erschienenen anonymen Schrift «Svizzeri o Italiani» ist, in welcher für Vereinigung des Kantons Tessin mit Italien plädiert wird, oder dass er doch bei deren Abfassung, Druk oder Verbreitung beteiligt ist.

Nach Antrag des politischen Departements wird *beschlossen*:

Das politische Departement sei ermächtigt und beauftragt, diese Angelegenheit bei der italienischen Regierung anhängig zu machen, diese um eine Untersuchung derselben anzugehen, und gleichzeitig sich dahin auszusprechen, dass, möge das Ergebnis der Untersuchung ausfallen, wie es wolle, es im Interesse der Aufrechterhaltung der gegenseitigen freundschaftlichen Beziehungen liegen dürfte, die konsularische Vertretung in Lugano in andere Hände zu legen.

1. *Abwesend: Deucher, Droz und Hammer.*

2. *Vgl. u.a. den Artikel im «Bund» vom 1. 8. 1884 (E 2/824).*

267

E 22/1647

*Antrag des Vorstehers des Politischen Departements, E. Welti,
an den Bundesrat*

Bern, 20. August 1884

Die Verhandlungen unserer Delegirten mit dem päpstlichen Bevollmächtigten sind für einige Tage unterbrochen worden. Die zwischen denselben bis anhin vereinbarten Punkte sind bereits in diejenige Vertragsform gebracht, welche Sie in den Beilagen verzeichnet finden und es entsprechen diese Entwürfe genau den Instruktionen, welche der Bundesrath erteilt hat.¹ Es würde somit der Unterzeichnung unsererseits nichts entgegenstehen, wenn nicht von der andern Seite noch Schwierigkeiten beständen. Der päpstliche Delegirte erklärt nämlich den Vertrag nur annehmen zu können, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. *Vgl. Nr. 265.*

1. *Tessin* es wird verlangt, dass an entsprechender Stelle (nach Art. 4) die Bestimmung aufgenommen werde: der Kanton Tessin hat dafür zu sorgen, dass alle Schwierigkeiten gehoben werden, welche sich der freien Ausübung der Jurisdiction des Administrators entgegenstellen.

2. *Diöcese Basel*. Hier werden nachstehende Begehren gestellt:

a) Im Ingress sind die Kantone, für welche der Vertrag abgeschlossen wird nicht namentlich aufzuführen.

b) Nach Art. 2 ist eine Bestimmung aufzunehmen, wie sie für den Tessinervertrag verlangt wird.

c) In Art. 3 ist eine Redaktion zu wählen aus welcher hervorgeht, dass das Domcapitel im alten Bestand wieder hergestellt werden muss.

Als Hindernisse der freien Ausübung der Jurisdiction im Tessin und der Diöcese Basel sind allgemein die den canonischen Vorschriften entgegenstehenden weltlichen Gesetze bezeichnet werden, unter denen die auf die periodische Wahl der Geistlichen bezüglichen in erster Linie stehen. Daneben wurden in der Discussion auch andere Gesetze der Kantone und der Eidgenossenschaft als unverträglich mit der bischöfl. Verwaltung dargestellt.

Für das Begehren, dass die Kantone nicht namentlich aufgeführt werden, wurde angeführt, dass sich aus dem Protocoll die Stellung von Bern deutlich genug ergebe & es daher überflüssig sei auch im Eingang anzuzeigen, dass dieser Kanton im Verträge nicht begriffen sei.

Die Bildung des Domkapitels kann nach den Verhandlungen der Diözesankonferenz nur in der Weise von den Kantonen übernommen werden, wie es der Entwurf thut. Dieselben können ein Domcapitel *errichten* (constituieren) aber dasselbe nicht *wiederherstellen*. Die Wiederherstellung des Domkapitels wie es im Jahr 1828 vertraglich normirt worden ist, setzt auch die Wiederherstellung des seither von dem Kanton Solothurn aufgehobenen Collegiatstiftes S^t. Urs & Victor, also eine Anordnung voraus, deren Vollziehung geradezu als unmöglich erscheint.

Obschon von Seite der Delegirten dem Herrn Ferrata die bestimmte Erklärung abgegeben wurde, dass keiner seiner Vorschläge angenommen werden könne, beharrte er gleichwohl darauf und stellte das Ansuchen, dass dieselben auch dem Bundesrathe unterstellt werden möchten und ihm überdiess die nöthige Zeit zur Einholung neuer Vollmachten gegeben werde.²

Das Departement stellt den Antrag:

Es sei auf die von Herrn Ferrata zu den beiliegenden Verträgen vorgeschlagenen Änderungen und Zusätze nicht einzutreten und die hierseitigen Delegirten in diesem Sinne zu verständigen.³

2. Vgl. den Bericht von Aepli und Peterelli an Welti vom 18. 8. 1884 (E 22/1647).

3. Der Antrag wurde vom Bundesrat am 26. 8. 1884 gebilligt (E 1004 1/138, Nr. 4078).

*Kreisschreiben des Bundesrats an die Kantone**Kopie*

4084 Confidentiell

Bern, 26. August 1884

Dem Vernehmen nach hat sich eine gewisse Anzahl von Anarchisten in der Schweiz eingefunden, welche infolge der gegen sie ergriffenen Polizeimassregeln aus Österreich und Deutschland ausgewiesen sind.

Es ist Ihnen bekannt, dass die Mörder, deren Taten im vergangenen Jahre und in den ersten Monaten dieses Jahres Strassburg, Stuttgart und Wien in Schrecken und Bestürzung versetzten, Anarchisten waren, und dass ihre Zeitungsorgane für die ganze Anarchistengruppe die Solidarität mit jenen Verbrechen in Anspruch nahmen, obgleich dieselben alles und jedes politischen Charakters entbehren.

Die öffentliche Sicherheit sowie die Wahrnehmung unserer internationalen Obliegenheiten legen deshalb den Schweizerbehörden die Pflicht auf, das Tun und Treiben dieser Individuen aufmerksam zu beobachten.

Obschon es nun vor allem /aus/ in der Aufgabe der kantonalen Behörden liegt, diese Aufsicht auszuüben, da die Polizeigewalt den Kantonen unmittelbar zusteht und die Handlungen, gegen welche wir uns hauptsächlich vorzusehen haben, in die Kategorie der gemeinen, in den kantonalen Strafgesetzen mit Strafen belegten und von den kantonalen Gerichten zu beurteilenden Verbrechen gehören, so kann doch auch die Bundesbehörde, unter gegebenen Umständen, in den Fall kommen, diesfalls Massregeln zu treffen, die in ihrer Kompetenz liegen, was sie bereits durch ihren Beschluss vom 22. März 1884¹ getan hat.

Indem wir Ihnen hiermit anempfehlen, in Betreff der Anarchisten von Ihnen aus alle diejenigen Vorkehrungen zu ergreifen, welche die öffentliche Sicherheit erfordert, ersuchen wir Sie zugleich, uns genau von allen Vorkommnissen Kenntnis zu geben, welche in dieser Beziehung für uns von Interesse sein können, und ganz besonders uns über die Anwesenheit und das Gebahren fremder Anarchisten in der Schweiz stets auf dem Laufenden zu erhalten.

Unserer Seits werden wir nicht ermangeln, Ihnen alle sachbezüglichen Aufschlüsse zu erteilen, welche Ihnen dienlich sein können.

1. *Vgl. Nr. 260, Anm. 1.*

*Antrag des Stellvertreters des Vorstehers des Politischen Departements,
K. Schenk, an den Bundesrat*

Berne, 6 septembre 1884

Les négociations de nos délégués avec le plénipotentiaire du S^t Siège, ont heureusement abouti. Après avoir été suspendues pendant plusieurs jours sur la demande de M^{gr} Ferrata, pour les motifs indiqués dans notre rapport au Conseil du [20] août écoulé¹, elles ont été reprises lundi, le 1^{er} septembre dernier. Déjà le lendemain les projets de convention², tels qu'ils ont été soumis au Conseil par nos délégués étaient signés, la Curie romaine abandonnant, en présence de l'inutilité de ses efforts, toute nouvelle insistance pour obtenir de plus amples concessions.

Nous avons l'honneur de vous présenter aujourd'hui, avec les rapports de nos délégués, ces deux conventions, conclues, l'une, soit celle qui se rapporte à la reconstitution du diocèse de Bâle³, par le Conseil fédéral, au nom des cantons de Lucerne, Zoug, Soleure, Bâle-Campagne, Argovie & Thurgovie, — et l'autre, celle qui a trait à la régularisation de la situation religieuse des paroisses du canton du Tessin⁴, par le Conseil fédéral, en son propre nom et au nom du canton du Tessin. Pour les deux conventions la ratification des commettants a été réservée, l'échange des ratifications devant avoir lieu à Berne, dans le délai de trois mois.

En ce qui concerne la première convention, il est évident que la ratification doit en être prononcée par les cantons intéressés. Ces cantons se sont du reste expressément réservé ce droit dans leurs missives⁵ au Conseil fédéral, par lesquelles ils l'autorisaient à entrer en négociations avec la Curie romaine. (Voir rapport du Dép^t politique au Conseil fédéral du 9 juin avec les annexes⁶). Relativement à la seconde convention, il n'est pas douteux non plus, que la ratification doit en être prononcés par le canton du Tessin et par le Conseil fédéral. En prononçant cette ratification, le Conseil fédéral ne sortira pas de ses attributions, car il s'agit, non pas de l'érection d'un nouvel évêché (Art 50.4. C[onstitution]F[édérale]), mais de l'institution d'une administration épiscopale provisoire. Par égard pour le titulaire en vue, qui, étant Evêque, occupe dans la hiérarchie catholique un rang supérieur à celui de Grand-Vicaire, M^{gr} Ferrata a insisté pour que l'on se servit de l'expression «administration épiscopale provisoire», au lieu de Grand-Vicariat provisoire. Or, à teneur de l'arrêté fédéral du 22 juillet 1859 (R[ecueil]O[fficiel]anc[ienne]série T. 6, p. 287), concernant la séparation de parties du territoire suisse d'avec des diocèses étrangers, le Conseil fédéral est chargé des négociations relatives à l'institution de Grands-Vicariats provisoires, sans que les conventions s'y rapportant soient soumises à la sanction de l'Assemblée fédérale.

1. *Vgl. Nr. 267.*

2. *Nicht abgedruckt.*

3. AS 1883—1884, 7, S. 805—809.

4. AS 1883—1884, 7, S. 798—802.

5. *Nicht abgedruckt.*

6. *Nicht abgedruckt.*

En conséquence le Département politique à l'honneur de proposer au Conseil:

1°, De communiquer par copie la convention relative à la reconstitution de l'évêché de Bâle aux cantons de Lucerne, Zoug, Soleure, Bâle-Campagne, Argovie & Thurgovie, — avec l'invitation de bien vouloir y donner leur sanction et nous faire part de leur décision à temps utile pour que l'échange des ratifications puisse avoir lieu dans le délai fixé;

2°, de faire une communication semblable au Gouvernement du Tessin en ce qui concerne la convention relative à la régularisation de la situation des paroisses du canton du Tessin;

3°, de réserver la ratification du Conseil fédéral jusqu'à ce que la réponse du Tessin nous soit parvenue.⁷

Le Département politique ne considère pas comme opportun de communiquer aux Cantons de Berne et de Bâle-Ville le résultat des négociations avant leur ratification.⁸

7. Vgl. dazu Nr. 274.

8. In seiner Sitzung vom 9. 9. 1884 billigte der Bundesrat die Anträge. Offen blieb die Frage, ob Bern und Baselstadt auch zu informieren seien (E 1004 1/138, Nr. 4244). Am 12. 9. 1884 wurde darauf verzichtet (E 1004 1/138, Nr. 4298). — Baselstadt hatte am 24. 11. 1883 das Ersuchen gestellt, ins Bistum Basel aufgenommen zu werden (E 22/1647).

270

E 2/824

*Der Stellvertreter des Vorstehers des Politischen Departements, K. Schenk,
an den italienischen Gesandten in Bern, A. Fé d'Ostiani*

Kopie

Note verbale

Berne, 13 septembre 1884

Monsieur le Président de la Confédération Suisse à eu l'honneur d'entretenir le 19 août dernier S. Exc. Monsieur le Comte Fé, Ministre d'Italie, de l'incident relatif à Monsieur le Consul Grecchi. Monsieur le Président a exposé que selon le sentiment de Messieurs les membres du Conseil fédéral, Monsieur Grecchi ne paraissait plus jouir de la confiance nécessaire à l'exercice de ses fonctions de consul; puis il a exprimé l'espoir que le Gouvernement Royal prendrait de son propre mouvement une décision de nature à satisfaire l'opinion publique en Suisse.

Ses ouvertures étant restées jusqu'à ce jour sans effet et même sans réponse M. le Vice-Président de la Conf[édération] se voit dans la nécessité d'informer S. Exc. Mons. le Ministre d'Italie que la solution de cette fâcheuse affaire ne pouvant être retardée plus longtemps, il provoquera une décision du Cons[eil] fédéral dès l'expiration de ce mois.

Das Justiz- und Polizeidepartement an den Bundesrat

M

Bern, im Oktober 1884

Die Kantonsregierungen von Freiburg, Waadt, Neuenburg und Genf haben im Jahre 1875 ein Concordat zum *Schutze junger Leute im Auslande*¹ abgeschlossen. Dasselbe hatte den Zweck, die in's Ausland reisenden Gespielinnen, Kindermädchen und Erzieherinnen vor den mannigfachen Übelständen zu bewahren, welche für sie aus der uncontrolirten Thätigkeit der Plazirungsbüreaux und ihrer Mittelspersonen entspringen.²

Indess scheint es nicht gelungen zu sein, diese Übelstände zu beseitigen, denn in neuerer Zeit ist wieder von verschiedenen Seiten auf die Gefahren aufmerksam gemacht worden, die namentlich in moralischer Hinsicht den Kindermädchen und Erzieherinnen im Auslande drohen.

Herr von Claparède insbesondere widmete dieser Angelegenheit während der zwei Monate, die er als schweizerischer Geschäftsträger ad interim in Wien verbrachte, seine spezielle Aufmerksamkeit und erstattete über das Resultat seiner Beobachtungen, speziell über die Verhältnisse jener jungen Leute in Oesterreich und Ungarn dem Bundesrathen einen umfangreichen Bericht³, dem er gleichzeitig einzelne Vorschläge zur Hebung der Uebelstände anfügte.

Dieses Memoire ist von Herrn Minister Aepli in Wien durch weitere Bemerkungen und Anträge ergänzt worden.⁴ Der Herr Minister kommt dabei zu dem Schlusse, dass das schädliche Treiben der Plazirungsagenturen in Wien und Pest nur dann beschränkt werden könne, wenn der Bund oder die interessirten Kantone den in letztern Städten bestehenden «Home Suisse» Unterstützung gewähren wollten, unter der Bedingung, dass jene Anstalten hinfort allein zur Gewinnung von Bonnen- und Gouvernantenstellen in Anspruch genommen werden dürften.

Der Bundesrath hat seiner Zeit alle diese Anregungen und Vorschläge der Regierung des Kantons Waadt, unter deren Leitung das Concordat von 1875 zu Stande

1. AS 1874—1875, 1, S. 867—872. Vgl. in diesem Zusammenhang auch das *Verbot der Kinderarbeit in der französischen Industrie* (Gber. 1875 in: BBl 1876, 2, S. 569).

2. Bereits 1868 hatte von Tschudi diese Missstände angeprangert (vgl. DDS 2, Nr. 145) und sie in einem Schreiben an Schenk vom 26. 4. 1874 erneut zur Sprache gebracht: [...] Der Grund des ganzen Unwesens ist fast ausnahmslos in den schweizerischen und österreichischen Plazirungsinstituten zu suchen. Sie betreiben einen förmlichen Sklavenhandel gerade wie die Agenten der transatlantischen Auswanderungsbüreaux. Die schweizerischen Bonnen-Agenten erhalten 8—20 Fr für jedes abgelieferte Stück Menschenware, die österreichisch-ungarischen Plazirungsinstitute (mit äusserst seltenen Ausnahmen) verlangen ihnen 10—20 % des fixirten Jahresgehalts, ausser den Einschreibebühren. Obgleich es zwar eine feststehende Thatsache ist, dass manche Inhaberinnen solcher Institute Mädchen an Bordelle oder andersweitig verkuppeln, so ist es doch fast unmöglich rechtsgültige Beweise dafür beizutragen, denn die Betroffenen gehen dabei mit ausserordentlicher Schlaueit vor. [...] (E 21/13545).

3. Nicht abgedruckt.

4. Vgl. das Schreiben von Aepli an den Bundesrat vom 30. 11. 1883 (E 21/13545).

gekommen, zu Händen der Concordatskantone mitgeteilt, ihnen die allfällige Ergänzung der bestehenden Vorschriften zum Schutze junger Leute in der Fremde und bezügliche weitere Schritte überlassend.⁵

In Folge dessen hat nun am 27. Juni d. J. in Lausanne eine Conferenz von Delegirten der 4 Concordatskantone stattgefunden, welche nach Prüfung des in den letzten Jahren eingegangenen Materials über folgende Punkte sich geeinigt hat:

I. Herstellung eines Büchleins, enthaltend nützliche Belehrungen und Notizen für junge Leute, die im Auslande als Gespielinnen, Kindermädchen und Erzieherinnen plazirt sind.

II. Anfertigung eines Anmeldeformulars für genannte Personen zum Zwecke der Erleichterung ihrer Immatriculation auf den schweizerischen Consulaten.

III. Führung eines besonderen Registers durch die schweizerischen Consulate, worin alle im Consulatsbezirke plazirten schweizerischen Bonnen und Gouvernanten etc. einzutragen sind; jährliche Berichterstattung dieser Consulate über die Verhältnisse genannter Personen zuhanden der betreffenden Kantonsregierung.

IV. Gesuch an den Bundesrath, die Vorschläge des Herrn Ministers Aepli in Wien in Erwägung ziehen und die Frage zu prüfen, ob es nicht angezeigt wäre, dem «Home Suisse» in Wien, sowie demjenigen in Pest einen jährlichen Bundesbeitrag zu gewähren.

V. Diplomatische Verwendung bei der oesterr.-ungarischen Regierung, in dem Sinne, dass die jungen Leute, welche aus der Schweiz nach Oesterreich-Ungarn sich begeben, im Besitze eines Passes sich befinden müssen. Die Regierung des Kantons Waadt wurde mit der direkten Vollziehung der beiden ersten Beschlüsse betraut und erhielt zugleich den Auftrag, behufs Ausführung der übrigen Beschlüsse beim Bundesrathe die erforderlichen Schritte zu thun.

Das Conferenz-Protokoll hat nachträglich die Ratification der Regierungen sämmtlicher beteiligter Concordatskantone erhalten.

In Folge dessen schritt die Regierung des Kts. Waadt zur Ausführung der Conferenzbeschlüsse, indem sie einerseits ein bezügliches Anmeldeformular ausstellte und dasselbe mittelst Kreisschreiben⁶ den Präfecten zu entsprechender Verwendung übermachte, sowie andererseits unterm 18. Juli d. J.⁷ an den Bundesrath das Gesuch stellte, es möchte derselbe:

1. Den schweizerischen Consulaten in Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Rumänien und Russland Instructionen zukommen lassen betreffend die Führung von Namensregistern über alle im Consulatsbezirke plazirten jungen Schweizerinnen, sowie betreffend die jährliche Berichterstattung über deren Verhältnisse zu Händen der bezüglichen Kantonsregierungen.

2. Hinsichtlich Beschluss IV der Conferenz eine Entscheidung treffen und

3. Im Sinne von Beschluss V bei der oesterr.-ungarischen Regierung die diplomatische Verwendung eintreten lassen.

Mit Memoire vom 7. October d. J.⁸ kommt Herr Minister Aepli wiederum auf

5. Vgl. die Schreiben des Bundesrates an die Regierung des Kantons Waadt vom 6. 12. 1883 und 26. 5. 1884 (E 21/13545).

6. Nicht abgedruckt.

7. Nicht abgedruckt.

8. Nicht abgedruckt.

diese Angelegenheit zurück und erklärt die Schlussnahme der erwähnten Conferenz als ungenügend, den bestehenden Uebelständen durchgreifend abzuhelpfen. Wenn sie auch in einzelnen Fällen von Nutzen sein werden, so vermöge sie doch nicht zu verhindern, dass die Placirungsbüreaux ihre bisherige Thätigkeit fortsetzen. Die projectirten Livrets und die in Aussicht genommene Controle vermögen nicht zu schützen vor den Machinationen der Agenten.

Herr Aepli macht sodann gewisse Vorschläge, welche nach seiner Ansicht geeignet wären, den Uebelständen abzuhelpfen. Im Speziellen erklärt er sich damit einverstanden, dass die Frage geprüft werden soll, ob nicht die «Home Suisse» in Wien und Pest aus eidgenössischen Mitteln unterstützt werden sollen, da er der Ansicht ist, dass die Verhandlungen der vier Concordatskantone so lange keine fruchtbaren Resultate haben werden, als nicht der Bundesrath die Leitung dieser Verhandlungen an die Hand nehme und die Kantone nöthige zu eingreifendern Massnahmen zu schreiten.

In diesem Falle sollten aber auch die Kantone Bern und Wallis, deren französisch sprechende Bevölkerung ebenfalls nicht wenige junge Mädchen in's Ausland sende, beigezogen werden.

Die Unterstützung der «Home Suisse» in Wien und Pest mit eidgenössischen Mitteln hält Herr Aepli für so lange überflüssig, als deren Organisation nicht festgestellt und mit den in der Schweiz bestehenden Einrichtungen in Verbindung gebracht sein werde. Auch müsste nachgewiesen werden, dass sie nicht ohne Subsidien aus öffentlichen Mitteln bestehen können.

Übrigens wären diese öffentlichen Mittel nach der Ansicht des Herrn Aepli zunächst von den beteiligten Kantonen der Westschweiz zu leisten.

Was speziell den Beschluss anlangt, dass die oesterr.-ungarische Regierung ersucht werde, von den einwandernden Mädchen die Vorweisung von Pässen zu verlangen, so ist Herr Minister Aepli der Ansicht, dass bei den Grundsätzen, welche heutzutage auf dem Gebiete der Fremdenpolizei in Oesterreich-Ungarn massgebend seien, eine diesbezügliche diplomatische Verwendung keine Aussicht auf Erfolg hätte.

Herr Aepli schliesst seine Eingabe mit dem Gesuche, der Bundesrath möchte dieser Angelegenheit auch selbst einige Aufmerksamkeit schenken und untersuchen, ob nicht zum Schutze der im Auslande und besonders in Oesterreich-Ungarn als Gouvernanten und Bonnen sich aufhaltenden Mädchen vom Bunde etwas gethan werden müsse.⁹

9. Auf diesen und einen weiteren von Cornaz im Auftrag der Konkordatskantone angefertigten Bericht hin (vgl. das Schreiben der Regierung von Neuenburg an den Bundesrat vom 2. 11. 1885) entschloss sich der Bundesrat in seiner Sitzung vom 19. 2. 1886 die «Home suisse» in Wien und Budapest zu subventionieren (E 1004 1/144, Nr. 797).

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 17. Oktober 1884¹

4819. Grecchi-Angelegenheit

Politisches Departement. Mündlich

Das Präsidium berichtet, dass die schweizerische Gesandtschaft in Rom auf das Telegramm² geantwortet habe, welches am 15. dies. gemäss Beschluss³ des Bundesrates von diesem Tage an dieselbe abgesandt worden sei. Der schweizerische Geschäftsträger antwortete, er habe sich enthalten, den im Schreiben vom 15. September⁴ erteilten Instruktionen Folge zu geben, indem er positiver Weise erfahren habe, dass die Abberufung des Konsuls *Grecchi* beschlossen sei, und dass Herr Mancini wünsche, die Schweiz möchte sich enthalten, diesfalls irgendwie einen Druck auszuüben.

Es ist demnach, entgegen dem Beschlusse des Bundesrates vom 12. September⁵, keinerlei Reklamation direkte vom schweizerischen Minister an die italienische Regierung gerichtet worden. Andererseits ergibt sich aus den Akten dieser Angelegenheit, dass am 8. August der Bundesrat seinen Präsidenten beauftragt hat, über die dem Konsul Grecchi vorgeworfenen Handlungen eine Untersuchung vorzunehmen⁶; dass am 15. August das politische Departement dem Bundesrat den Entwurf einer Note⁷ unterbreitet hat, welche dem Minister Italiens in Bern zugestellt werden sollte; dass am 19. August, nachdem das Präsidium von einer Unterredung desselben mit dem genannten Minister dem Bundesrate Kenntniss gegeben, beschlossen wurde, dem Antrage vom 15. keine Folge zu geben, sondern das Präsidium zu beauftragen, dem Minister Italiens mitzuteilen, der Konsul Grecchi besitze nicht mehr das Vertrauen des Bundesrats⁸; dass diese Mitteilung vom Bundespräsidenten dem Grafen Fé mündlich und sodann auch selbst noch schriftlich gemacht worden ist; dass später am 12. September der Bundesrat, auf die Wahrnehmung hin, dass die italienische Regierung noch keine Schlussnahme in dieser Angelegenheit gefasst, beschlossen hat⁹: 1) diese Angelegenheit dem Minister Italiens mündlich in Erinnerung zu bringen und ihn wissen zu lassen, dass wenn im Laufe des Monats keine befriedigende Schlussnahme getroffen würde, der Bundesrat selbst Beschluss fassen würde; 2) diess der italienischen Regierung durch den schweizerischen Minister in Rom mitzuteilen;

1. *Abwesend: Schenk und Welti.*

2. E 2/824.

3. E 1004 1/139, Nr. 4787.

4. E 1001 (E) q 1/144, Nr. 4354.

5. E 1004 1/138, Nr. 4299.

6. *Vgl. Nr. 266.*

7. E 2/824.

8. *Vgl. E 1004 1/138, Nr. 3984.*

9. *Vgl. Nr. 270.*

dass dieses letztere wie oben ersichtlich nicht zur Vollziehung gelangt, dass aber die beschlossene Mitteilung dem Grafen Fé mündlich gemacht worden ist.

Angesichts dieser thatsächlichen Verhältnisse und im Ganzen genommen berücksichtigend, dass die italienische Regierung den Konsul Grecchi vom Ende September ausser Amt gesetzt und damit der öffentlichen Meinung, die sich in der Schweiz klar kund gegeben, sowie der Auffassung des Bundesrates volle Genugthuung geleistet hat; dass die den annexionistischen Tendenzen ertheilte Desavouirung nur gewinnen kann, wenn sie der freiwillige Ausdruck des Willens der italienischen Regierung ist oder als solcher erscheint; und da der Bundesrat übrigens nicht gewillt ist, die Verlegenheiten zu vermehren, welche die Angelegenheit der italienischen Regierung vor ihrem Parlamente verursachen könnte, wird beschlossen:

im bundesrätlichen Schreiben an die italienische Gesandtschaft vom 10. Oktober abhin das zweite Alinea¹⁰ durch folgendes zu ersetzen:

«Nous avons accueilli avec satisfaction cette communication, qui est de nature à fortifier les bonnes relations entre les deux pays. M. le Chevalier Grecchi ne possédant plus notre confiance, nous sommes heureux de constater que la résolution du gouvernement italien a répondu à la légitime attente du Conseil fédéral.»

Das Präsidium ist beauftragt, diese Schlussnahme dem Minister Italiens mitzutheilen und dieselbe sodann in Vollzug zu setzen.

10. *Ursprünglich hatte dieses gelautet:* Le Conseil fédéral ne peut que constater avec satisfaction que le gouvernement royal a bien voulu tenir compte des représentations qu'il s'est vu dans la nécessité de faire au sujet du chevalier Grecchi (E 1001 (E) q 1/145, Nr. 4713).

273

E 2300 Paris 37

*Der schweizerische Gesandte in Paris, Ch. Lardy,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
E. Welti*

B Confidentiel

Paris, 20 octobre 1884

Le 11 de ce mois¹, j'avais eu l'honneur de Vous rendre compte des impressions du Ministre d'Italie à Paris sur la *situation politique générale*. Depuis lors, j'ai eu l'occasion de voir quelques uns de mes collègues, en petit nombre toutefois, la plupart d'entre eux étant encore en congé; tel est, en particulier, le cas des ambassadeurs d'Angleterre, d'Allemagne, d'Espagne et de Russie, du Ministre de Belgique, etc.

Le Ministre des Pays-Bas, M. de Zuylen, venait de rentrer à Paris; il avait précisément la visite de son collègue de Londres, et ce dernier assurait que l'Angleterre, surprise par le rapprochement franco-allemand, était décidée à refuser l'invitation de prendre part à la Conférence africaine de Berlin; M. de Bismarck aurait alors fait savoir à Londres que la Conférence dite du Congo se réunirait même en dehors de

1. *Nicht abgedruckt.*

l'Angleterre; on incline donc au Palais de St. Jâmes pour accepter l'invitation. Quant à admettre que l'entente franco-allemande ait des visées continentales, on n'y croit pas à La Haye; on incline à penser qu'il s'agit d'un rapprochement momentané, portant exclusivement sur des affaires coloniales, mais on reconnaît ne rien savoir de précis.²

Le chargé d'affaires d'Allemagne, M. de Rothenhahn, dont j'ai eu la visite à l'occasion d'une affaire courante, et auquel j'ai eu soin de ne pas demander ce que le Comte Bismarck était venu faire à Paris, a porté lui-même la conversation sur ce terrain, en disant que «cette visite n'avait rien changé, qu'elle avait été simplement la confirmation et la constatation d'arrangements antérieurs.» Je n'ai pas insisté; je ne connais pas encore M. de Rothenhahn, qui vient d'arriver à Paris, et ne voulais pas commencer nos relations par des procédés de reporter ou m'exposer à un refus.

Le Ministre d'Angleterre en l'absence de Lord Lyons, Sir Walsham, assure ignorer complètement ce qui se passe entre Paris et Berlin, et pense que son Gouvernement et l'ambassade anglaise à Berlin n'en savent pas plus long que lui.

Aujourd'hui j'ai eu une longue visite de l'Envoyé commercial britannique auprès des Gouvernements de France, Allemagne, Autriche, Espagne, Italie, Turquie, etc., M. Crowe, avec lequel d'anciennes et intenses relations me lient. D'après M. Crowe, le Gouvernement Britannique n'a pris encore aucune résolution au sujet de sa participation à la Conférence du Congo; les intérêts français sont nuls sur la côte occidentale de l'Afrique; même dans les possessions françaises anciennes, l'importation britannique représente 90 et même 95% du total. Quant à la liberté commerciale dont M. de Courcel fait briller les perspectives dans ses dépêches à M. de Bismarck, l'Angleterre la connaît; elle se traduit au Gabon par des droits différentiels de 60% en faveur des produits français, et par la prétention de la France d'accaparer tout le trafic de l'Ogowé. Un accord franco-allemand est néanmoins évident au Congo; la preuve en est que divers postes récemment occupés par les Français, Little Pope et autres, ont été abandonnés et sont aujourd'hui aux mains des Allemands. Que l'Allemagne ait des visées sérieuses, cela semble résulter de l'appareillage d'une forte escadre allemande de cinq grands bâtiments dont au moins deux cuirassés, dont les officiers ont été prévenus que leur campagne d'Afrique ne durerait pas moins de neuf mois. De ce qui précède, on est forcé de conclure en Angleterre que, si la France est si gracieuse dans l'Afrique occidentale pour le Cabinet de Berlin, celui-ci a dû offrir une contrepartie. En France, la forme prime souvent le fond; pour un Ministère français, *avoir l'air* d'être bien avec l'Allemagne pouvait être mortel, pouvait être pire que d'être bien en réalité. Donc, la contre-partie peut avoir été forte. Depuis trois mois, la diplomatie anglaise cherche à percer ce mystère sans y parvenir; à Berlin, il n'y a rien à faire; le prince Bismarck ne met aucun subalterne dans la confiance de ses plans; à Paris, où les secrets se gardent moins, mais où l'on a déjà su garder secrète, pendant trois mois, la mission du commandant Fournier en Chine, rien n'a transpiré. — On est préoccupé à Londres —. A première vue, on ne croit pas qu'il s'agisse d'une main-libre donnée de part et d'autre pour agir, la France en Belgique, l'Allemagne dans les Pays-Bas, mais on étudie tous les indices qui pourraient faire prévoir une combinaison de ce genre. On n'a pas confiance dans le prince de Bismarck, dont l'esprit est, dit-on, plus aventureux qu'on ne le croit généralement; on se rappelle à Londres qu'à une

2. Vgl. das Schreiben von Lardy an Welti vom 6. 11. 1884 (E 2300 Paris 37).

certaine époque, M. de Bismarck a offert à la Russie une grande étendue de territoire allemand (pas polonais, allemand) en vue d'une combinaison qui n'a pas abouti; l'histoire de M. de Bismarck n'a pas encore été écrite et révélera bien des choses singulières. Tout dépend du but qu'il a en vue; suivant la hauteur du but, il proportionne l'importance des moyens à mettre en jeu et des sacrifices à faire; c'est ce but qu'il faut connaître. A priori, on croit que le pivot de la politique allemande est la consolidation de l'Empire par le maintien de la paix et par l'exclusion de toute coalition contre l'Empire; si tel reste le pivot, alors le rapprochement franco-allemand n'a d'autre but que d'écarter «l'entente *naturelle*» franco-anglaise; «le Cabinet de Berlin cajole M. Ferry et donne des coups de pied au gouvernement anglais dans l'espoir de flatter et d'ama-douer le premier, et de mettre le second en colère. S'il n'y a que cela, nous tâcherons de ne pas nous fâcher, bien que M. Ferry ait complètement mordu à l'hameçon.» On a dit, a continué mon interlocuteur britannique, que l'Allemagne, en échange des politesses françaises au Congo, soutiendrait M. Ferry en Egypte afin d'assurer l'éloignement de M. de Freycinet des affaires; mais que demande-t-on de nous en Egypte? Nous y sommes allés parce que personne n'y allait, et parce que nous ne pouvions, à cause de nos sujets mahométans, laisser le Mahdi accroître son influence; la France avait, à cause de l'Algérie et de la Tunisie, les mêmes intérêts que nous. Nous avons offert de neutraliser et d'européiser l'Egypte; que veut-on de plus? Car nous ne pouvons admettre que les Rothschild et autres porteurs de bons égyptiens, guident la politique à Berlin; à Paris, «ils la guident certainement», mais ils n'ont aucune action sur M. de Bismarck. En résumé, a dit en terminant M. Crowe, nous ne savons rien, malgré tous nos efforts, sinon qu'on est fort désagréable envers nous à Berlin et à Paris, et qu'une entente [*franco*]-allemande au Congo est patente. Nous ne disons rien encore, sinon que nous ne laisserons pas prendre la Belgique contre son gré; mais nous ne nous dissimulons pas que la République est, en Belgique, «à fleur-de-terre», et que si la République belge s'annexait à la France, nous pourrions nous trouver dans une situation assez embarrassante. Heureusement, nous n'avons pu constater jusqu'ici aucun indice d'une action française ou allemande dans ce sens, et nous croyons encore que là n'est pas la compensation obtenue par M. Ferry pour les risques qu'il courrait en affrontant, devant l'opinion française, le danger d'un rapprochement avec l'Allemagne.

274

E 22/1647

*Der Bundespräsident und Vorsteher des Politischen Departements, E. Welti,
an den Vizepräsidenten des Bundesrates, K. Schenk*

S

Enge bei Zürich, 26. Oktober 1884

Ich war die letzten zwei Tage etwas unwohl, sonst hätten Sie die Antwort auf Ihr letztes Schreiben¹ früher erhalten.

1. Nicht ermittelt. Vgl. auch das Schreiben von Ruchonnet vom 22. 10. 1884 an den Tessiner Staatsrat, welcher ein Gespräch mit ihm verweigert hatte (E 22/1647).

Bei dem Besuche, welchen mir die Deputation² des tessinischen Staatsrathes hier gemacht hat, bemerkte ich derselben, dass ich ihre Eröffnungen nur persönlich entgegennehmen könne und sie bitten müsse nach Bern zurückzukehren und sich dort an den Stellvertreter des Bundespräsidenten zu wenden. Die Herren bemerkten mir aber, dass ihnen dieses aus verschiedenen Gründen unmöglich sei und dass sie, wie es nun geschehen ist, ihre Eingabe schriftlich machen würden.³ Meine Anschauung über die Sache selbst, wie ich sie der Deputation in der Hauptsache mitgetheilt habe, ist folgende:

In der Conferenz⁴, welche in den letzten Tagen des Juli vorigen Jahres in Bern abgehalten wurde, und an welcher Herr Pedrazzini als Abgeordneter der Regierung Theil nahm, wurde von unserer Seite die Ordnung der kirchlichen Verhältnisse des Kantons Tessin genau in der Weise und beinahe mit denselben Worten vorgeschlagen in denen der Artikel III⁵ der Convention vom 1^{ten} September 1884 gefasst ist. Herr Pedrazzini machte zwar, wie das Protokoll jener Conferenz ausweist, verschiedene Einwendungen, war aber damit einverstanden, dass auf diesem Boden verhandelt und die Propositionen der bundesrätlichen Abordnung zunächst dem Staatsrath von Tessin mitgetheilt werden. Diese Mittheilung erfolgte durch den Bundesrath, welcher die Anträge seiner Abgeordneten ohne Änderung angenommen hatte, und der Staatsrath war somit officiell davon in Kenntniss gesetzt, dass der Bundesrath seine Intervention nur unter der Bedingung eintreten lasse, dass Artikel III so gefasst werde, wie er nun gefasst ist.⁶

Auf die betreffende Zuschrift gab der Staatsrath von Tessin dem Bundesrathe keine Antwort, dagegen theilte er die vom Bundesrathe aufgestellten Vertragsbedingungen (wenn ich nicht irre in wörtlicher Abschrift) der päpstlichen Curie mit, die sich bereit erklärte auf dieser Basis zu unterhandeln und deren Bevollmächtigter, Monsignore Ferrata, den Artikel III auch ohne Anstand annahm.

Bei dieser Sachlage dürfte man sich über die jetztige Haltung der tessinischen Regierung billig verwundern, wenn nicht zu bedenken wäre, dass sich in dieser Sache eine Opposition gegen die Regierung gebildet hat, deren Leiter Herr Respini zu sein scheint und deren Zwecke die Regierung dem Bundesrathe gegenüber unterstützt.

Die Behauptungen und Gründe welche dieselbe geltend machen sind nach meiner Ansicht nicht stichhaltig.

Es ist richtig, dass die; von der Regierung dem Bundesrathe zum Zwecke der Verhandlungen ertheilte Vollmacht und Instruction⁷ mit den vom Bundesrathe gestellten Bedingungen nicht genau übereinstimmen, indem die Instruction (soviel mir

2. Die Delegation bestand aus dem Staatsratspräsidenten Pedrazzini und den Grossräthen Magatti und Respini.

3. Vgl. die Schreiben des Tessiner Staatsrates an den Bundesrat vom 9., 21. und 31. 10. 1884 (E 22/1647).

4. Vgl. Nr. 243, Annex.

5. Art. III lautet: Pour le cas où le titulaire viendrait à mourir avant l'organisation définitive de la situation religieuse des paroisses du canton du Tessin, le Conseil fédéral, le canton du Tessin et le Saint-Siège s'entendront sur la prolongation de l'administration provisoire instituée par cette convention (AS 1883—1884, 7, S. 800f.).

6. Vgl. die Schreiben des Bundesrates an den Tessiner Staatsrat vom 31. 7. 1883 (E 22/1665) und vom 18. 6. 1884 (E 22/1647).

7. Vgl. das Schreiben des Tessiner Staatsrates an den Bundesrat vom 27. 7. 1883 (E 22/1665).

erinnerlich) verlangt, dass die provisorische Administration nicht bloss bis zum Tode des Monsignore Lachat, sondern bis zur definitiven Regelung der kirchlichen Angelegenheiten bestehen soll. Dagegen ist in erster Linie zu bemerken, dass der Bundesrath in dieser Angelegenheit nicht bloss als Mandatar des Kantons Tessin, sondern auch in eigenem Namen handelte, und daher vollkommen berechtigt war entgegen den Instructionen der Regierung von Tessin an seinen eigenen und vom Staatsrath unwidersprochenen, und vom Papste angenommenen Bedingungen festzuhalten.

Die Einwendung, dass durch den Artikel III nach dem Tode von Mgr. Lachat die kirchlichen Angelegenheiten des Kantons Tessin gewissermassen der Willkür des Bundesrathes anheimgegeben seien, hat keinen Boden. Der Bundesrath übernimmt die Pflicht mit dem Kanton und dem heiligen Stuhle diese Angelegenheit seiner Zeit zu ordnen, und es liegt in der Convention keinerlei Gefahr, dass er dabei eine Stellung einnehmen oder sich Rechte anmassen werde, die ihm konstitutionell nicht zukommen. Es wird von der Natur der künftigen Verhandlungsgegenstände abhängen, ob dannzumal der Bundesrath in eigenem Namen oder in demjenigen des Kantons Tessin oder, wie jetzt, für beide Theile zu handeln berechtigt und verpflichtet sein wird. Dieser Punkt scheint mir gegenüber der tessinischen Reclamation der wesentliche zu sein, insofern als eine argwöhnische Interpretation der Convention vom 1^{ten} September die Absicht unterschieben könnte, es habe sich der Bundesrath neben den konstitutionellen Rechten in der tessinischen Diöcesanfrage noch weitergehende Befugnisse vertragsmässig schaffen wollen. Es würde dadurch allerdings die Stellung des Kantons Tessin gegenüber derjenigen der andern Kantone beeinträchtigt und gemindert werden. Diese Absicht besteht aber bei dem Bundesrath nicht und findet auch in der Convention vom 1^{ten} September keinen Ausdruck. Bringen es die Verhältnisse bei den künftigen Verhandlungen mit sich, so wird der Bundesrath den Kanton Tessin genau so behandeln, wie dieses gegenüber den Ständen der Diöcese Basel geschehen ist⁸; erscheint aber die Eidgenossenschaft selbst betheilt so wird sie auch eine andere Stellung einnehmen. Da weder das eine noch das andere heute vorausgesehen werden kann, so ist auch in dem angefochtenen Artikel III nichts darüber entschieden. Das sind die Ideen, zu denen mich die Eingabe des Staatsrathes veranlasst hat und die ich auch der Delegation in ähnlicher Weise auseinandersetzte. Ich glaube, dass dieselben mit den Akten und auch mit Ihren Intentionen übereinstimmen.⁹

In der Hoffnung Sie bald persönlich wieder begrüßen zu können grüsse ich Sie mit dem Ausdruck meiner Verehrung.

8. *Vgl. Nr. 251.*

9. *Im Sinne dieses Schreibens antwortete Schenk am 31. 10. 1884 dem Tessiner Staatsrat (E 22/1647).*

*Das Politische Departement
an den schweizerischen Generalkonsul in Yokohama, A. Wolff*

Kopie
S

Bern, 30. Oktober 1884

Vorerst bestätigen wir den Inhalt des Telegramms¹ welches wir unterm 25. d. M. an Sie haben abgehen lassen, & welches folgendermassen lautet:

Federal Council accepts in principal [!] memorandum japonese [!] as a basis for the negociations [!]. Letter follows. Federal Council.

Wie Sie sehen entspricht die Entschliessung des B[undes]R[ates] im Allgemeinen Ihren Andeutungen.² Wir haben jedoch unserm Telegramm folg[ende] Erörterungen beizufügen:

1°) Unsere Annahme des in den Praeliminarkonferenzen in Tokio aufgestellten japan. Zolltarifs «en bloc»³ als Basis der zu eröffnenden Spezialverhandlungen ist so zu verstehen, dass die Schweiz darauf verzichtet Modifikationsanträge einzubringen, sofern auf von einer andern Macht gestellte Abänderungsbegehren nicht eingetreten würde. Andernfalls haben Sie sich an unsere Instruktionen vom 2. Mai d. J.⁴ zu halten & auch Ihrerseits sofort die Modifikation der projektirten Zölle für halbseidene Gewebe & Uhren zu beantragen.

2°) Bezüglich der Stellung der Handelskonsulate in Japan kann davon keine Rede sein dass die Schweiz einen Berufskonsul nach Yokohama sende. Prinzipiell ist der B[undes]R[at] der Ansicht dass es für die Schweiz für den Fall dass sie die Gleichberechtigung unserer Konsuln mit den Berufskonsuln der Grossmächte, vornehmlich in der Ausübung der Gerichtsbarkeit nicht durchsetzen kann, vorteilhafter ist, die Unterhandlungen abubrechen, auf die Gefahr hin, dass uns in der Folge, wie natürlich, Japan die «perpetuellen» Verträge kündige & unsere Konsulatsposten in Japan eingehen müssten. Denn es würden sich unsere Landsleute in Japan unter dem Protektorat einer Grossmacht, deren Konsulargerichtsbarkeit sie auch unterworfen wären besser stellen, als wenn sie, als Schweizer, vielleicht die einzigen unter den Weissen wären, welche sich den japan. Gerichten unterziehen müssten.

Da jedoch das japan. Memorandum⁵ eine Gleichstellung sämmtlicher Konsulate dadurch anzustreben scheint dass es ihnen die Ausübung der Gerichtsbarkeit überhaupt wegnehmen möchte, so können wir uns grundsätzlich mit diesem Gedanken einverstanden erklären.

Wir halten dafür es sei nicht mehr daran zu denken das Jurisdiktionsprivileg für die Handelskonsuln zu retten, & haben demnach nur noch dahin zu streben dass es auch

1. *Versandkopie des Telegramms in französischer Sprache in:* E 13 (B)/202.

2. *Vgl. das Schreiben von Wolff an Welti vom 16. 8. 1884* (E 13 (B)/202).

3. *Vgl. Nr. 229, Anm. 6.*

4. *Nicht abgedruckt.*

5. *Es handelt sich um die japanische Antwort vom 4. 8. 1884 auf die britischen Vorschläge zur Revision der Verträge* (E 13 (B)/202).

für die Berufskonsuln verloren gehe. Sie erhalten demnach die bestimmte Instruktion den Standpunkt welchen die japan. Regierung in ihrem Memorandum bezüglich der Jurisdiktionsfrage eingenommen hat zu unterstützen & werden angewiesen für den Fall dass die frühere Entschliessung⁶ der Praeliminarkonferenz in Tokio in dieser Angelegenheit zum Beschluss erhoben würde (vide Protokoll der Sitzung vom 8. Februar 1882) die Erklärung abzugeben dass Ihre Regierung auf dieser Grundlage die Unterhandlungen nicht weiter zu führen gedenke.

Wenn diese letztere Eventualität eintritt, wollen Sie uns sofort telegraphisch benachrichtigen & sich dabei des in bes[on]d[erer] Verpack[un]g nachfolgenden Schiffrirschlüssels⁷ bedienen. Die Anleitung zum Gebrauche desselben ist beige-schlossen. (abschreiben).

Im Übrigen verbleibt es genau bei unsern Ihnen früher ertheilten Instruktionen.⁸

Unterm 15. d. M.⁹ hat uns die deutsche Gesandtschaft mitgeteilt dass die kaiserl. Regierung in dem Japan. Memorandum eine geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen erblicke, & dass es ihr von Werth sein würde, wenn der B[undes]R[at] sich dieser Auffassung anzuschliessen vermöchte. Wir haben der deutschen Gesandtschaft geantwortet dass wir uns grundsätzlich dieser Auffassung anschliessen.

Vom Inhalt des Vorstehenden ist S.E. dem Grafen Dönhoff Kenntniss zu geben.¹⁰

6. *Im Konferenzprotokoll Nr. 3, S. 2 heisst es: [...] Mr. Inouye communicated further observation on the subject of «Consular Privileges,» in continuation and explanation of the proposals made by him on this head at the previous meeting.*

Firstly, he sees no objection to the appointment of merchant-consuls, provided always that they are not charged with judicial powers. [...] (E 2200 Tokio 1).

7. *Nicht ermittelt.*

8. *Vgl. Nr. 262, Annex.*

9. *Nicht abgedruckt.*

10. *Die Wiederaufnahme der Verhandlungen erfolgte am 1. 5. 1886 (E 2200 Tokio 1).*

276

E 2200 Paris 1/108

*Der Vorsteher des Finanz- und Zolldepartements, B. Hammer,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, Ch. Lardy*

S

Berne, 17 novembre 1884

Nous avons l'honneur de Vous adresser ci-joint, pour Votre usage, un exemplaire de l'instruction¹ adoptée par le Conseil fédéral pour les délégués suisses à la prochaine conférence de l'Union monétaire latine.

1. *Als Annex abgedruckt.*

ANNEX

*Instruktion für die schweizerische Delegation²
an die Konferenz der Lateinischen Münzunion von 1885*

Les délégués suisses déclareront: que le Conseil fédéral a dénoncé la convention monétaire du 5 novembre 1878³ pour l'époque du 31 décembre 1885 en vertu de l'art. 15 de cette convention, parce qu'il est d'avis qu'il y a lieu d'apporter plusieurs modifications aux clauses de la convention telle qu'elle existe; que le Conseil fédéral n'a nullement en vue la dissolution de l'union latine, mais qu'il est au contraire disposé à la renouveler à condition que des modifications, réclamées par les expériences faites et par les circonstances actuelles, y soient introduites.

Le Conseil fédéral considère comme conditions essentielles et formelles d'une nouvelle convention:

1. Le maintien de l'art. 9, alinéa 2 de la convention existante, suspendant le monnayage des pièces d'argent de 5 francs pendant toute la durée de la nouvelle convention;

2. Le droit accordé à la Suisse, eu égard aux besoins de sa circulation intérieure, de frapper pour une somme de 6 millions de francs, soit 2 francs par tête, de pièces divisionnaires d'argent de 2 francs, de 1 franc et de 50 centimes, en dehors du contingent fixé pour chaque Etat par l'art. 10;

3. L'obligation prise par tous les Etats, de recevoir dans leurs caisses publiques, à leur valeur nominale les pièces de 5 francs d'argent (art. 3) qu'ils ont émises et dont le poids aura été réduit par le frai de 1% au dessous de la tolérance admise dans l'art. 3 de ladite convention, ou dont les empreintes auront disparu et de les échanger contre une valeur égale de monnaie courante en pièces d'or au dessus de 5 francs ou en écus de 5 francs en argent au poids normal.

Ces pièces devront être retirées de la circulation, mais les frais et pertes résultant de la refonte seront à la charge de l'Etat qui les avait émises;

4. (Art. 4) Le titre du 835/1000 pour les pièces divisionnaires d'argent doit être maintenu, ou, si un changement du titre est adopté par la conférence, il ne s'appliquera qu'aux frappes futures et il sera fait abstraction d'une refonte des monnaies divisionnaires existantes;

5. Il sera introduit une clause de liquidation, stipulant qu'à l'expiration de la présente convention, chacun des Etats sera tenu de reprendre les pièces de 5 francs d'argent frappées par lui et circulant dans les autres Etats de l'union, et de les échanger, à leur valeur nominale contre les pièces de 5 francs d'argent frappées par l'état qui en demanderait l'échange; l'excédant devra être soldé en or.

S'il n'est pas fait droit aux demandes formulées par les délégués suisses concernant ces cinq points essentiels, ils en référeront au Conseil fédéral et demanderont de nouvelles instructions.

Quant aux autres clauses et détails de la nouvelle convention à conclure, les délégués suisses prendront part aux délibérations de la conférence, en appuyant sur les points suivants:

a. (Art. 2 et 9¹) Les pièces de 5 francs en or sont à exclure de la convention et celles en circulation doivent être retirées par les Etats qui les ont émises et échangées à leur valeur nominale contre une valeur égale de monnaie courante en pièces d'or.

b. (Art. 3) Le cours légal existant en Suisse et en Italie sera également admis par la France et la Belgique pour toutes les pièces d'or et les pièces de 5 francs d'argent frappées par tous les Etats de l'union indistinctement; ou à défaut les engagements pris à cet égard par la Banque de France et par la Banque nationale de Belgique par leurs lettres des 2 Novembre et 29 Octobre 1878, seront maintenus pendant toute la durée de la nouvelle convention.

c. (Art. 8) Le régime du cours forcé du papier-monnaie ayant été supprimé en Italie, les dispositions exceptionnelles de l'art. 8 par rapport à la monnaie divisionnaire italienne cessent d'être appliquées.

d. Il ne doit plus être émis de billets de banque et de papier-monnaie en coupures au dessous de fr. 50. — évent. 20, évent. 10 francs — et celles au dessous du minimum fixé qui se trouvent actuellement en circulation, doivent être successivement retirées et détruites.

2. *Bestehend aus: Lardy und Cramer-Frey.*

3. AS 1879, 4, S. 293—317.

e. (Art. 9²) Des mesures seront prises pour arriver à une circulation monétaire plus satisfaisante par la réduction successive du stock actuel de pièces de 5 francs d'argent; par conséquent, les Etats, dont les frappes dépassent les besoins de leur circulation intérieure, s'engageront à retirer successivement une certaine proportion de ces pièces en commençant par celles usées par le frottement; les pièces retirées sont à convertir en lingots et ne peuvent plus être mises en circulation.

f. (Art. 12) L'administration des monnaies de Paris se chargera de réunir et de classer tous les documents administratifs et statistiques ayant rapport à la production et consommation des métaux précieux à la circulation monétaire, à la contrefaçon et à l'altération des monnaies; elle les communiquera aux Etats contractants et fera les publications périodiques nécessaires pour éclairer l'opinion publique.

g. (Art. 13) Les dispositions actuelles relatives à l'accession d'autres Etats à l'union latine seront maintenues.

h. (Art. 15) La nouvelle convention sera faite pour un terme de 6 ans, avec prorogation de plein droit d'année en année, tant qu'elle ne sera dénoncée par aucune des parties contractantes une année d'avance.

i. Concernant le décret du gouvernement italien du 23 août 1883 par rapport aux encaisses des banques d'émission aussi longtemps que ces banques continuent d'accepter toutes les pièces d'or et toutes les pièces de 5 francs d'argent aux conditions de la convention, ce décret est à considérer comme une mesure d'ordre intérieur, dont la discussion n'entre pas dans la compétence de la conférence internationale.

k. De plus, les délégués suisses sont autorisés à déclarer qu'afin de participer dans une certaine mesure aux charges et responsabilités de la circulation monétaire des Etats de l'union latine, le Conseil fédéral à l'intention de proposer aux Chambres fédérales des frappes périodiques de pièces de 20 francs en or jusqu'à concurrence d'environ 3 millions de francs par an.

Dans le cas où d'autres questions seraient soulevées au sein de la conférence, les délégués suisses demanderont de nouvelles instructions au Conseil fédéral.⁴

4. Diese Instruktionen wurden in der Folge verschiedentlich ergänzt und korrigiert. Vgl. dazu folgende BR-Prot.: E 1004 1/142, Nrn. 3441, 3461, 3475, 3535, 3552 und E 1004 1/143, Nrn. 4625, 4909 und 4952. Vgl. im weiteren auch die Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung vom 4. 12. 1885 (BBl 1885, 4, S. 453–490).

*Der Bundespräsident und Vorsteher des Politischen Departements, E. Welti,
an den Bundesrat*

B

Bern, 18. November 1884

Von dem östr. Gesandten Herrn von Ottenfels ist dem Unterzeichneten am 10. d. M. folgende «durchaus vertrauliche» Mitteilung gemacht worden:

Die östr. Gesandtschaft hat von dem Grafen Kálnoky den Auftrag erhalten dem Bundespräsidenten zu eröffnen, es beabsichtige die östr. Regierung den zwischen unseren Staaten bestehenden Auslieferungsvertrag¹ zu kündigen, da derselbe in verschiedenen Beziehungen antiquirt und unvollständig sei; bevor hierüber eine for-

1. AS 1854–1857, V, S. 188–197.

melle Eröffnung an die Schweiz habe erfolgen können, sei von dem Fürsten Bismark in einer «vertraulichen Eröffnung» der Gedanke angeregt worden, ob es sich nicht empfehlen würde in den künftig abzuschliessenden Auslieferungsverträgen den Fürstenmord oder allgemein Angriffe auf das Leben eines Staatsoberhauptes nicht mehr als ein besonderes Verbrechen unter die die Auslieferung begründenden strafbaren Handlungen aufzunehmen. Die Auslieferung sollte vielmehr wegen «Mord» überhaupt zuzusichern sein. Wolle man gleichwol wegen politischen Verbrechen einen Vorbehalt machen, so müsste gesagt werden, dass Mord oder Mordversuch gerichtet gegen wen es sei niemals als ein pol. Verbrechen anzusehen sei; denn ein gemeines Verbrechen könne niemals dadurch zum politischen werden, dass seine Motive politische seien; mit der gegenteiligen Deduction würde man dahin gelangen auch Diebstahl, Brandstiftung, Falschmünzerei etc. zu polit. [*Verbrechen*] zu machen; die Politik könne die Triebfeder zu den verschiedensten gemeinen Verbrechen werden (irländ. Attentate auf englische Schiffe; Falschmünzerei der Nihilisten; Anarchistenverbrechen etc.). Ein politisches Verbrechen liege nach der Anschauung des Reichskanzlers nur dann vor, wenn der Thatbestand eines gemeinen Verbrechens nicht in ihm zur Erscheinung komme (z. B. die socialistischen allgemeinen Verschwörungen der Gegenwart). Sobald es bei letzteren zu einem Mordversuche irgend welcher Art komme, höre der pol. Character des Verbrechens auf.

Die östr. Regierung schliesst sich diesen Ausführungen des Fürsten Bismark an und es erscheint ihr sehr wünschenswerth den Vertrag mit der Schweiz auf diese Praxis zu stellen. Es wird für die Schweiz leichter sein eine generelle Formel anzunehmen als eine Spezialbestimmung, welche ein gegen das Staatsoberhaupt gerichtetes Verbrechen aus der Reihe der übrigen heraushebt und eine Ausnahme in betreff des ersteren statuirt.

Der österreichische Gesandte hat nun den Auftrag diese Angelegenheit «ganz vertraulich» bei der Bundesregierung zur Sprache zu bringen. Sollte von Seite der Schweiz der Einwand erhoben werden, dass Tödtungen, die man eventuell als «Mord» interpretiren würde, in Folge von politischen Ereignissen (bei Bürgerkriegen und Empörungen) eintreten könnten wo dann der pol. Character des betreffenden Delictes immer noch im Vordergrund stehen würde, sollte dieses eingewendet werden, so werde man sich gerne zu einer Formel verstehen, welche ein jedes Missverständniss in dieser Richtung ausschliesst.

Auch die Theorie namentlich die bekannten Oxforder-Beschlüsse² stimmen mit dem Vorschlage des Fürsten Bismark überein und tragen auch der erwähnten eventuellen Einwendung Rechnung.

Der Gesandte wiederholt schliesslich nochmals es handle sich «zunächst nur um einen ganz vertraulichen Meinungs austausch»; jedoch lege die Regierung ein grosses Gewicht auf die Annahme ihrer Auffassung; von der Aufnahme dieser Eröffnung werde es abhängen in welcher Weise mit Rücksicht auf den Standpunct der Regierungen beider Reichshälften vorzugehen sei.

Nach dieser am 10. Nov. stattgehabten und möglichst getreu wiedergegebenen Eröffnung des östr. Gesandten, erschien am 15. Nov. der deutsche Gesandte Herr von Bülow bei dem Bundespräsidenten und theilte ihm mit, dass er von der Reichsregierung beauftragt worden sei dem Bundesrat in «vertraulicher Weise» zu eröffnen,

2. Vgl. auch Nr. 237.

es habe der Bundeskanzler von den durch den östr. Gesandten gemachten Erörterungen und Vorschlägen Kenntniss und unterstütze dieselben in allen Theilen; zu weitem selbständigen Anträgen finde er sich aber nicht veranlasst und beschränke sich darauf das genaue Einvernehmen der beiden Regierungen zu constatiren.

Der Unterzeichnete beschränkte sich darauf diese Kundgebungen entgegenzunehmen und beschränkt sich auf den Antrag, es wolle der Bundesrat davon Kenntniss nehmen und zunächst in eine allgemeine Berathung darüber eintreten.³

3. Dieser Bericht wurde am 20. 11. 1884 auf dem Kanzleisch aufgelegt und am 22. 11. 1884 dem Justiz- und Polizeidepartement zur Antragsstellung überwiesen. Der daraufhin vom Departement ausgearbeitete Antrag ist abgedruckt unter Nr. 281.

278

E 1004 1/139

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 29. November 1884

5550. Diözesanangelegenheiten, Ratifikation der Verträge vom 1. September

Politisches Departement. Mündlich.

Das Präsidium berichtet, dass nunmehr von sämmtlichen bei Abschluss der beiden Verträge¹ mit dem hl. Stuhl vom 1. September beteiligten Kantonen die Ratifikationserklärung nebst der Vollmacht für den Bundesrat, zum Austausch der Ratifikationen zu schreiten, eingelangt sei.² Die Regierung von Luzern habe ausdrücklich erklärt, dass ihre Ratifikation des Vertrages eine vorbehaltlose sei, und die Erläute-

1. AS 1883—1884, 7, S. 798—802 und 805—809.

2. *Vgl. das Schreiben von Solothurn, dem Vorort der Diözesanstände, an den Bundesrat vom 19. 11. 1884: [...].*

I. Die Abgeordneten von Solothurn, Aargau, Thurgau u. Basellandschaft [...] erklären [...] zu Protokoll, dass sie dem unterm 1. September 1884 abgeschlossenen Übereinkommen zwischen den Abgeordneten des Bundesrathes und dem Abgeordneten des Hl. Stuhles über die Verwaltung des Bisthums Basel ihre Zustimmung ertheilen und den Bundesrath ermächtigen, die Ratifikation auszusprechen, sowie die Auswechslung der Verträge vorzunehmen.

Ferner geben sie die Erklärung ab, dass sie gestützt auf den schon früher dem Bundesrath gemachten Vorschlag bereit sind, Herrn D^r. Fiala, Domprobst in Solothurn, sobald er gewählt sein wird, als Bischof von Basel anzuerkennen, ihm den vorgeschriebenen Eid abzunehmen u. demselben die Bewilligung zu ertheilen, vom bischöflichen Stuhle der Diözese Basel Besitz zu ergreifen und sich kirchlich konsekriren zu lassen.

II. Die Abordnung von Bern erklärt zu Protokoll, dass die dortige Regierung, wenn Herr Dompropst Fiala zum Bischof von Basel ernannt sein wird, demselben in Aufrechthaltung ihrer unterm 16. Februar d. J. abgegebenen Erklärung die Erlaubniss ertheilen werde, bischöfliche Funktionen in ihrem Kanton auszuüben, soweit sie mit dem bernischen Kirchengesetz verträglich seien (E 22/1647).

rungen³, die von ihr angebracht worden sind, lediglich ihren Standpunkt kennzeichnen sollen.⁴ Eine gleiche telegraphische Erklärung sei auch seitens der Regierung von Zug eingelangt, welche die nämlichen Erläuterungen wie Luzern ihrer Ratifikationserklärung habe folgen lassen.

Nach Antrag des politischen Departements wird
beschlossen:

1. Die am 1. September von den herwärtigen Delegirten, Namens des Bundesrates und des Kantons Tessin, betr. die kirchliche Verwaltung der Pfarreien dieses Kantons mit dem heiligen Stuhle abgeschlossene Übereinkunft nebst Protokoll sei auch vom Bundesrate genehmigt.

2. Das politische Departement wird ermächtigt, zum Austausch der Ratifikationen dieser Übereinkunft sowie der am gleichen Tage vom Bundesrate namens der Kantone Luzern, Zug, Solothurn, Basellandschaft, Aargau und Thurgau und dem hl. Stuhle abgeschlossenen Übereinkunft betreffend die Diözese Basel zu schreiten.⁵

3. *Die Luzerner Regierung schrieb dem Bundesrat am 12. 11. 1884 im Anschluss an ihre Ratifikation: [...]* damit verbinden wir jedoch folgende Erläuterungen, die wir als integrierenden Theil unserer Genehmigung angesehen wissen wollen:

1. Wir nehmen an, dass die Übereinkunft weder eine Abänderung, noch eine neue Bekräftigung des Bisthumsvertrags vom Jahre 1828 enthalte, sondern einfach den Sinn der Lösung einer innert demselben entstandenen konkreten Schwierigkeit habe.

2. Sollte der Papst einen andern als den vom Bundesrathe in seiner Stellung als Mandatar der Diözesan-Kantone als *persona grata* bezeichneten Herrn Dompropst Friedrich Fiala zum Bischof von Basel ernennen, oder derselbe vor Antritt des bischöflichen Amtes sterben, so behalten wir uns unsere Convenienz vor und soll für den Eintritt eines solchen Falles die vorstehende Ratifikation als nicht erfolgt angesehen werden.

3. Für den Fall, dass der durch die Dazwischenkunft des schweizerischen Bundesrathes erzielte Traktat mit dem hl. Stuhl die Zustimmung der Interessenten nicht erhalten, oder der darin angestrebte Zweck einer Lösung der im Bisthum Basel eingetretenen Missverhältnisse nicht erreicht werden sollte und der Amtsverwaltung des neuen Bischofs abermals Hindernisse in den Weg gelegt würden, wahren wir uns das Recht, unsererseits den Bisthumsvertrag zu kündigen und aus dem kontraktlichen Verhältniss mit den übrigen Diözesanständen zurückzutreten (K I, 7).

4. *Vgl. das Schreiben der Luzerner Regierung an den Bundesrat vom 26. 11. 1884 (K I, 7).*

5. *Die Ratifikation der beiden Abkommen erfolgte am 29. 11. 1884 (AS 1883—1884, 7, S. 802 f und 810). Vgl. den GBer. 1884 (BBl 1885, 2, S. 66 f.). — Nach dem Tode von Bischof Lachat wurde das Tessin 1888 ans Bistum Basel angeschlossen, behielt aber seine apostolische Administration. Vgl. die Botschaft des Bundesrathes an die Bundesversammlung, betreffend Ratifikation der am 16. März 1888 zwischen der Schweiz und dem Heil. Stuhle abgeschlossenen Übereinkunft zur endgültigen Regelung der Kirchenverhältnisse des Kantons Tessin. (Vom 23. Mai 1888) (BBl 1888, 3, S. 177—195).*

Der Bundesrat an die schweizerische Gesandtschaft im Rom

Kopie
S 5747

Berne, 12 décembre 1884

Par note du 7 octobre, la légation royale d'Italie nous informait que son gouvernement était disposé à se faire représenter à la conférence que nous avons l'honneur de proposer le 10 avril dernier.¹ A cette occasion, Monsieur le comte Fé nous communiquait que le gouvernement du roi n'avait pas cru devoir accéder tout d'abord à notre proposition, dans les termes dans lesquels elle avait été formulée, mais que, notre Ministre à Rome lui ayant fourni plus tard, verbalement, les éclaircissements nécessaires à ce sujet, il était maintenant disposé à prendre part à une conférence qui serait destinée à régler, entre l'Italie et la Suisse, la question du service de *douane*, et cela avec la certitude que, dans une pareille conférence, toutes les questions se rattachant à cet important sujet trouveraient leur développement complet, ainsi que leur assiette satisfaisante.

En réponse à cette communication, nous devons rappeler que notre proposition du 10 avril est en rapport intime avec les réclamations que nous avons présentées au gouvernement royal², à propos d'une série de violations de territoire commises par les douaniers italiens, et que la source d'une partie tout au moins des conflits qui ont surgi entre les autorités frontalières doit être recherchée dans une interprétation différente et dans l'insuffisance de la convention du 15 décembre 1882³. C'est dans la pensée que des négociations verbales fourniraient le meilleur moyen d'aplanir ces difficultés que la proposition de réunir une conférence fut soumise au gouvernement royal, avec la prière de l'examiner et de la considérer comme une preuve de notre désir sincère d'éviter de nouvelles complications et de résoudre plus facilement les complications pendantes.

Dans l'intervalle, le gouvernement royal a reconnu que les faits qui lui ont été signalés constituaient des violations de territoire suisse, sans toutefois que l'état de choses qui nous a engagé à prendre l'initiative de la conférence ait subi aucune modification, un arrangement propre à prévenir la répétition de conflits n'étant pas intervenu entre les deux États intéressés.

C'est donc avec satisfaction que nous avons appris la décision récente du gouvernement royal de donner son agrément à notre proposition. De notre part, nous ne manquerons pas de désigner nos délégués dans le plus bref délai et de vous faire connaître en quel endroit et à quelle date nous pensons que les négociations pourront s'ouvrir.

En ce qui concerne la fixation des questions qui feront l'objet des négociations, nous répétons que nous avons en vue, avant tout, les dispositions de la convention du

1. *Beide Noten in*: E 13 (B)/68.

2. *Vgl. Nr. 259 und den* GBer. 1884 (BB1 1885, 2, S. 649f).

3. *Übereinkunft zwischen der Schweiz und Italien über den Zolldienst in den internationalen Bahnhöfen Chiasso und Luino* (AS 1883—1884, 7, S. 193—211).

15 décembre 1882 qui ont donné lieu à des complications; que toutefois les négociations auront à s'étendre aussi sur tous les autres points qui paraîtraient rendre désirable aux délégués soit une interprétation, soit un complément de la convention, par suite des expériences faites jusqu'à ce jour.

Nous estimons que, dans ces limites, tous les moyens proposés par l'un ou l'autre des deux Etats pourront être discutés utilement et que le but de la conférence, qui est de parer aux inconvénients de la situation actuelle, sera atteint.⁴

Les éclaircissements que vous avez donnés à Monsieur Mancini et auxquels la note du 7 octobre se réfère ne nous paraissent pas nécessiter, pour le moment un plus ample développement de cette question préalable, et ce d'autant moins que le gouvernement royal n'a pas jugé nécessaire d'établir d'une manière spéciale les points sur lesquels les négociations devront porter. Au surplus, il sera toujours loisible à la conférence d'examiner une proposition tendant à compléter son programme.

Vous voudrez bien, M. le Ministre, donner communication de la présente note à S. E. M. le Ministre des Affaires étrangères du royaume d'Italie et lui en laisser copie.

E 11/289

ANNEX

Der Direktor des IV. Zollkreises, A. Franscini, an die Oberzolldirektion

Jahresbericht pro 1885.

Lugano, 11. Februar 1886

[...]⁵

H. BEZIEHUNGEN MIT ITALIEN

Mit der Aufhebung der Cholerasperre⁶ im Herbst 1884 und der bald darauf in Aussicht gestellten Abhaltung einer Zoll-Conferenz hatte sich die beiderseits in Volk und Presse gereizte Stimmung etwas gelegt und es schien auch das Verhalten der italienischen Behörden und ihres Personals an der Grenze ein weniger demonstratives zu sein.

Das Fehlschlagen der im Juli des Berichtsjahres in Como stattgehabten Konferenz⁷ hat nun an der Grenze zu einer noch schärferen Aufsicht durch die italienischen Douaniers Anlass gegeben und es werden nun auch im kleineren Grenzverkehr selbst minime Quantitäten nicht zollfrei durchgelassen, und Versuche damit durchzuschlüpfen als Schmuggel behandelt. Immerhin kann nicht gesagt werden, dass hierbei die italienischen Behörden und Personal eine gehässigere Stimmung und Verhalten zeigen, als es die Durchführung dieses Systems absolut erfordert. Das gleiche ist nicht der Fall bei der italienischen Presse, die nach der Konferenz wieder angefangen hat, das Verhalten der Schweiz als ein für Italien odioses und nicht zu ertragendes hinzustellen.

Die von Italien auf Ende November 1885 adoptirten neuen, bedeutenden Erhöhungen der ohnehin schon sehr hohen Zölle auf Zucker, Kaffee, Chocolate u.s.w. sind natürlich nur geeignet den Schmuggel noch mehr zu provociren; und wenn das Fehlschlagen der Konferenz Italien die darauf gestellten Hoffnungen benommen hat, neue Mittel zur Bekämpfung des Schmuggels zu erlangen, so hat Italien durch die fraglichen Zollerhöhungen in dieser Beziehung seine Lage selbst noch mehr verschlechtert. Trotz Zollerhöhungen hat aber der Schmuggel an der Tessiner Grenze lange nicht die Bedeutung, welche Italien ihm zuschreiben will, und man muss annehmen, dass seine Behörden die Schmuggelfrage aus anderen Gründen, als bloss fiscalen oder moralischen, so wichtig machen und warm halten!

4. *Vgl. Annex.*

5. *Die Punkte A—G behandeln den Warenverkehr und administrative Fragen.*

6. *Vgl. E 8 (L) 12.*

7. *Vgl. E 13 (B)/68 und den GBer. 1885 (BBI 1886, 1, S. 880—882 und 2, S. 438 f.).*

*Der schweizerische Gesandte in Paris, Ch. Lardy,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
E. Welti*

Copie

B Confidentielle

Paris, 19 décembre 1884

Dimanche dernier, j'ai eu un entretien de plusieurs heures consécutives avec M. Steiger-Meyer, de Hérisau, l'un des délégués suisses pour les négociations commerciales de 1881 à 1882 avec la France. M. Steiger-Meyer est un de nos négociants les plus perspicaces.¹ Il voyage constamment dans toute l'Europe et même aux Etats-Unis, et, en général, sa manière de voir mérite d'être prise en très sérieuse considération.

M. Steiger-Meyer vient de passer plusieurs mois dans l'Amérique du Nord et résume ses impressions sur la situation industrielle de ce pays comme suit:

I. Par l'énorme protection douanière, un certain nombre d'industries ont acquis une situation tellement forte, occupent un personnel si considérable, représentent des intérêts si importants, que ce serait folie, de la part de l'Europe, de croire que les Etats-Unis pourront jamais, par des abaissements de tarifs, sacrifier les dites industries et permettre aux produits européens de revenir prendre leur place antérieure sur le marché américain.

Si, contre toute espèce d'attente, l'Europe obtenait des droits suffisamment bas pour pouvoir de nouveau pénétrer aux Etats-Unis et y faire concurrence à ces industries sérieusement implantées dans l'Union, M. Steiger-Meyer est convaincu que les fabricants américains se résoudraient à subir un chômage de quelques mois pour réduire de moitié le salaire de leurs ouvriers. Alors les industries américaines seraient en état de faire concurrence aux produits européens en Europe et partout ailleurs. Nous n'aurions donc aucun intérêt à provoquer cette crise, puisque, non seulement cela ne nous rendrait pas le marché américain pour ces produits, mais que nous aurions à redouter la concurrence américaine dans les autres parties du monde.

Les industries américaines qu'il y aurait lieu de considérer comme perdues pour nous seraient la filature et le tissage grossier du coton, la métallurgie et en général les industries essentiellement mécaniques dans lesquelles l'habileté ou le goût de l'homme ne jouent pas de rôle important.

II. En revanche M. Steiger-Meyer est d'avis que les Etats-Unis n'ont pas encore réussi à implanter chez eux, d'une façon quelque peu solide, l'industrie des soieries, des rubans et de la broderie, qui exigent de l'habileté, du tour de main, du goût artistique ou coloriste.

Tout l'effort de l'Europe devrait porter sur ce point: d'empêcher les Etats-Unis d'introduire chez eux les industries des soieries, des rubans et des broderies. La Suisse exporte la moitié de sa production de ces trois articles aux Etats-Unis. Depuis longtemps, la Suisse a renoncé à nourrir notre peuple avec du blé suisse qui coûterait trop

1. Vgl. Nr. 107, Annex.

cher. Notre peuple préfère acheter du blé bon marché dans des pays nouveaux et le payer en produits manufacturés. Si nous ne pouvons plus payer aux Etats-Unis en produits manufacturés le blé et la viande, si nos trois principales industries d'exportation voient disparaître la moitié de leurs débouchés, il doit en résulter pour notre Suisse une crise de la plus haute gravité. Les ouvriers de ces industries ne peuvent pas facilement se jeter dans d'autres industries sans y diminuer les salaires ou sans en exagérer la production d'une manière fatale. Ils n'auraient donc probablement d'autre ressource que l'émigration.

III. Existe-t-il des moyens d'amener les Etats-Unis à transiger? En autres termes, si l'Europe laisse intactes les industries déjà définitivement établies et puissantes dans l'Amérique du Nord, a-t-elle les moyens d'amener le cabinet de Washington à ne pas protéger la création de *nouvelles* industries aux Etats-Unis et de laisser, pour ces dernières industries, le marché américain ouvert aux produits européens?

D'après M. Steiger-Meyer, il existe une hostilité ardente entre les Etats de l'ouest et ceux de la côte de l'océan atlantique; la lutte présidentielle entre M. M. Cleveland et Blaine a été aussi violente que la lutte pour la nomination de Lincoln, il y a 20 ans. Dans l'un et l'autre cas, c'était une question sociale de la plus haute importance qui s'agitait. Les Etats de la Côte atlantique possèdent les fabriques, et, sous une protection de 50 ou 80%, ont gagné des sommes fabuleuses en vendant aux fermiers de l'Ouest, exclusivement agriculteurs, les produits de leurs manufactures. Mais le protectionnisme a pour conséquence naturelle de faire naître artificiellement les fabriques, et, après 20 ans de serre chaude, les fabriques américaines sont devenues si nombreuses qu'elles se font une concurrence acharnée; à la concurrence européenne s'est substituée la concurrence américaine. D'après M. Steiger-Meyer, l'animosité des hommes de l'Ouest contre les industriels de l'Est est si grande, qu'elle pourrait très facilement dégénérer en nouvelle guerre civile; chacun aux Etats-Unis, sent ce danger. La puissance des industriels et leur action sur le Sénat ou sur l'administration sont moins considérables depuis que leurs bénéfices ont diminué.

D'autre part, les fermiers de l'Ouest ont tellement exagéré leur production de blé, que les prix sont à peine rémunérateurs. Donc, d'après M. Steiger-Meyer, il suffirait d'une entente entre les principaux pays du continent européen, notamment entre l'Allemagne et la France, à l'effet de *menacer* les produits agricoles américains de droits d'entrée élevés en Europe, pour porter un coup formidable à la situation des fermiers de l'Ouest. Dans la pensée de M. Steiger, la tension est si grande entre les uns et les autres aux Etats-Unis, et les industriels ont vu leurs bénéfices tellement réduits, que, si on ne pousse pas ces derniers au désespoir, si on laisse subsister les industries qui existent; on obtiendra la liberté commerciale, pour les industries qui ne se sont pas encore fondées aux Etats-Unis, *par la simple menace de mettre en Europe des droits sur les produits agricoles américains*.

IV. M. Steiger pense que l'Allemagne et la France ont un intérêt majeur à tout tenter pour sauver l'industrie de la soie et des rubans à Crefeld et Eberfeld², à Lyon et à St. Etienne. La Seiden-Industrie-Gesellschaft de Zurich a décidé de se mettre en rapport avec la chambre de commerce de Lyon. M. Steiger-Meyer s'est mis en rapport avec le président de la chambre de commerce à Eberfeld² et avec M. Natalis Roudot à Paris, l'écrivain le plus qualifié en France pour tout ce qui

2. Es handelt sich wahrscheinlich um Elberfeld/Wuppertal.

concerne l'industrie de la soie et des rubans. Tous seraient enthousiastes des idées de M. Steiger-Meyer, M. Natalis Roudot serait même allé les exposer à M. Rouvier, Ministre du commerce, et celui-ci aurait manifesté l'intention de m'entretenir de cette affaire, afin que, sous une forme quelconque, la Suisse pût faciliter une action commune de la France et de l'Allemagne contre les Etats-Unis.

V. Comme j'avais lu dans la *Neue Zürcher Zeitung* (N^{os} des 8,9,10,11 et 12 décembre 1884) et dans l'*Allgemeine Schweizer Zeitung* (N^{os} des 13,14,15 et 18 novembre 1884) des résumés des impressions rapportées des Etats-Unis par M. Steiger-Meyer, je n'ai pas manqué de faire à celui-ci plusieurs objections que m'avait déjà précédemment inspirées la lecture des journaux précités, savoir:

1. Si la simple menace ne suffit pas, si la supposition de M. Steiger que les Etats-Unis céderont devant la seule crainte de voir l'Europe frapper de droits de douane les produits agricoles américains, se trouve erronée, quelle sera notre situation? Ce n'est pas en Suisse que les Chambres et le peuple accepteraient des droits élevés sur le blé ou la viande. Nous aurons excité l'Allemagne et la France à voter des droits de ce genre. Qui nous garantit qu'une fois votés, ces droits ne resteront pas? Et s'ils restent, ne sommes-nous pas certains de voir les protectionnistes industriels, en France et en Allemagne, réclamer un supplément de droits sur les produits manufacturés, parce que la vie de leurs ouvriers aura été rendue plus chère? En France, tout au moins, où les considérations électorales priment tout cet hiver, les droits sur les céréales sont réclamés par une coalition composée des royalistes qui veulent faire la cour aux agriculteurs, des grands industriels qui espèrent obtenir indirectement une augmentation de protection, et des intransigeants qui se lancent dans le camp protectionniste pour procurer, pendant un an ou deux, des augmentations factices de salaire aux ouvriers, sans se préoccuper des calamités qui en seront la conséquence dès que la concurrence intérieure aura repris son niveau.

Le plus clair de cette campagne pourrait être que les Etats-Unis ne céderaient pas à la menace, n'ouvriraient pas leur marché à nos soieries, rubans et broderies, et que nous aurions favorisé l'onction de nouvelles barrières à l'entrée de nos produits en Allemagne et en France.

2. Si c'est la Suisse qui prend l'initiative de cette campagne et qui en est l'âme, ne peut-on pas craindre que, même en cas de succès pour les soieries et les rubans, produits qui intéressent l'Allemagne et la France, nous ne soyons abandonnées par elles pour les broderies et pour l'horlogerie, produits presque exclusivement suisses? Les Etats-Unis ne tenteront-ils pas de se venger sur ces deux industries des sacrifices qu'ils auront dû faire à la France et à l'Allemagne pour les soies et rubans? Une action de la Suisse devrait donc être essentiellement cachée, non officielle, émaner d'industriels agissant à leurs risques et périls, et non du gouvernement fédéral ou de ses agents.

A ces deux objections principales, M. Steiger-Meyer a répondu qu'il croyait, en effet, nécessaire de ne pas faire apparaître officiellement le Conseil fédéral, mais qu'il considérait comme désirable que les agents de la Suisse à l'étranger, notamment à Berlin et à Paris, fussent autorisés, dans leurs conversations privées, à signaler sa manière de voir, à lui Steiger, aux personnages compétents. C'est ainsi qu'en France, où M. Léon Say a accepté la présidence d'une ligue contre les droits projetés sur les céréales, on pourrait signaler à M. Say la situation améri-

caine afin d'obtenir que le vote des droits sur le blé par les Chambres françaises, si ce vote est inévitable par suite de considérations électorales, reçût un caractère temporaire et constituât seulement des représailles contre les Etats-Unis et l'Autriche-Hongrie.

M. Steiger-Meyer m'a fait observer, en outre, qu'il y avait à Lyon une centaine de mille ouvriers en soieries et que, si ces cent mille hommes de la région lyonnaise se trouvent, à bref délai, privés de travail, ou obligés de se jeter sur d'autres industries beaucoup moins aptes à l'exportation que celle de la soie, il en résultera pour la France un danger politique et social plus grave que pour aucun autre pays. L'ouvrier français n'émigre pas, tandis que l'ouvrier anglais ou allemand trouve toujours, de l'autre côté de la mer, des gens parlant sa langue. Si l'industrie lyonnaise est ruinée parce que la France ne sait pas agir à temps sur le gouvernement des Etats-Unis, les ouvriers lyonnais, travaillés par l'Internationale et en relations de chaque instant avec les anarchistes parisiens, deviendront un péril pour l'existence même de la forme républicaine du gouvernement en France. Le danger est si grave que cela vaut bien la peine, pour le gouvernement français, de tenter un accord avec l'Allemagne pour agir sur le cabinet de Washington. Une conversation avec M. Léon Say serait déjà utile si elle aboutissait seulement à faire donner le caractère de *Kampfzölle* aux droits projetés en France sur les céréales et s'il pouvait être entendu que ces droits sont essentiellement temporaires.

Il ne m'appartient pas, M. le Président, de m'engager dans des pourparlers, même privés, avec des membres du gouvernement ou du parlement français, sur des questions aussi vitales pour nos industries d'exportation sans vous en avoir préalablement référé. J'ajouterai que M. le conseiller national Francillon qui connaît fort bien les Etats-Unis et qui a également représenté la Suisse aux négociations commerciales de 1881 à 1882, considère comme fort dangereux l'action proposée par M. Steiger-Meyer. M. Francillon m'a déclaré aujourd'hui que la Suisse, étant dépourvue de tous moyens de représailles vis-à-vis des Etats-Unis, serait certaine d'être la victime d'une campagne franco-allemande suscitée par elle. Les Etats-Unis n'hésiteraient pas à frapper nos broderies et notre horlogerie, pour lesquelles ni l'Allemagne ni la France ne feront le moindre sacrifice, de droits énormes, si l'on apprend à Washington que nous sommes derrière Berlin et Paris. Si nous pouvons encore lutter quelque peu contre les Etats-Unis et leur outillage mécanique perfectionné, c'est, d'après M. Francillon, uniquement à cause de la main d'œuvre élevée créée par le protectionnisme de l'autre côté de l'Atlantique. Le jour où, sous l'aiguillon de la concurrence européenne, l'industrie américaine abaissera sa main d'œuvre et développera encore son outillage, ce jour-là nous aurons non-seulement perdu ce qui nous reste du marché américain, mais nous verrons les produits américains lutter contre les nôtres dans le monde entier. M. Francillon admet, avec M. Steiger-Meyer, la possibilité, la probabilité même, d'une violente lutte industrielle et sociale entre les Etats de l'Ouest et ceux de l'Atlantique, mais il estime que, si l'Europe veut devancer les temps, veut exercer une pression, elle retardera le moment d'un abaissement des droits de douane américains en rapprochant temporairement des partis opposés aux Etats-Unis. La meilleure politique, selon M. Francillon, est d'attendre le développement naturel de ces luttes de partis; il espère qu'il en sortira, à mesure que les besoins fiscaux du trésor seront moindres et les réclamations des consommateurs plus

vives, un abaissement gradué des droits de douane sur l'ensemble de toutes les marchandises, ce qui empêchera l'avilissement des salaires et nous conserverait à peu près la situation actuelle.

Vous m'obligeriez, M. le Président, après avoir pris connaissance des numéros cités plus haut de la *Neue Zürcher Zeitung* et de *L'Allgemeine Schweizer Zeitung*, en m'indiquant quelle attitude générale je dois observer si des questions me sont posées par M. Rouvier, Ministre du commerce, par M. M. Natalis Roudot, Léon Say, etc.

Il est évident que les intentions de M. Steiger-Meyer sont excellentes et sa compétence indiscutable. Il est évident aussi que le but à atteindre est un de ceux qui doivent préoccuper au plus haut degré un gouvernement soucieux de sa politique économique. Mais il est non moins évident que c'est au Conseil fédéral, placé au centre, recevant les rapports de nos diverses légations et consulats à l'étranger, comme aussi l'expression des vœux des diverses associations industrielles et commerciales de la Suisse, qu'incombe la mission de statuer sur la marche à suivre, sur la meilleure tactique à adopter pour atteindre le but.³

3. In seiner Antwort vom 30. 12. 1884 folgte der Bundesrat der Argumentationsweise von Lardy, indem er diesem mitteilte: [...] En considération des difficultés multiples auxquelles vient se heurter une coopération officielle ou officieuse de la Suisse, ainsi que de l'incertitude du succès de la coalition projetée, nous estimons qu'il y a lieu de garder une attitude expectante et en conséquence nous nous déclarons d'accord que, dans les pourparlers qui auront lieu prochainement, vous vous borniez essentiellement à prendre connaissance des vues qui dominent dans les sphères compétentes au sujet de cette affaire en général et du mode de participation de la Suisse, et à nous faire rapport sur le tout (E 2200 Berlin 1/17). Vgl. auch Nr. 293.

281

E 21/24646, Bd. 1

*Antrag des Vorstehers des Justiz- und Polizeidepartements, L. Ruchonnet,
an den Bundesrat*

Berne, 8 janvier 1885

Dans une note qui porte la date du 18 Novembre dernier et qui a été remise au Département de Justice et Police pour rapport et propositions, M. le Président de la Confédération a consigné la communication suivante:

[...] ¹.

Ce n'est pas la première fois qu'un Etat étranger nous demande de nous engager à livrer tous les individus compromis dans les attentats contre la vie des chefs d'Etats ou des membres de leurs familles.

Lors des négociations qui ont abouti au traité d'extradition franco-suisse, du 9 Juillet 1869², les délégués français proposèrent la clause suivante: «Ne sera pas

1. Es folgt der unter Nr. 277 abgedruckte Bericht von Welti.

2. AS 1869—1872, X, S. 35—56.

réputé délit politique, ni fait connexe à un semblable délit, l'attentat contre la personne d'un souverain étranger ou contre celle des membres de sa famille, lorsque cet attentat constituera le fait soit de meurtre, soit d'assassinat, soit d'empoisonnement.» Les délégués français mirent beaucoup d'insistance à faire accepter leur proposition. Mais le Gouvernement fédéral la repoussa péremptoirement, déclarant qu'il renoncerait au traité plutôt que de l'accepter. La France dut ainsi renoncer à sa demande.

Plus récemment, lors des négociations qui ont abouti au traité d'extradition lié en 1883 entre l'Espagne et la Suisse³, le Gouvernement espagnol nous proposa une clause presque identique à celle que la France nous soumettait en 1869. Bien que le délégué espagnol nous eût fait savoir que l'adoption de cette proposition était pour son Gouvernement une condition *sine qua non* de son adhésion au traité, le Conseil fédéral refusa nettement d'y souscrire. Il exposa au Gouvernement espagnol les motifs qui avaient inspiré sa décision de 1869. Il rappela que la Suisse avait lié des traités d'extradition avec de nombreux pays, que dans aucun de ces traités on ne trouvait la clause proposée par l'Espagne et que lorsqu'il avait été demandé à la Suisse de l'y introduire le Conseil fédéral, appuyé par l'Assemblée fédérale, s'y était constamment refusé.

L'Espagne se décida alors à ne point insister en faveur de sa proposition. Il est bon de rappeler dans quels termes elle nous le fit savoir: «Le Gouvernement espagnol a examiné attentivement les motifs auxquels l'Empire français a dû céder en 1869 et il doit à son tour considérer que, depuis cette époque, le Conseil fédéral ayant constamment repoussé la clause dont il s'agit, l'exception qu'elle aurait dû déclarer est devenue de plus en plus impossible» (17 Juin 1883).⁴

Ce qui était vrai en 1869 et en 1883 l'est encore aujourd'hui. Pas plus aujourd'hui qu'alors le Conseil fédéral ne pourrait souscrire à la clause dont la communication confidentielle du Ministre d'Autriche-Hongrie vient renouveler l'examen.

Quant à la théorie que le Ministre d'Autriche nous recommande, en l'attribuant d'ailleurs au Prince de Bismarck, théorie d'après laquelle la qualification de délit politique serait refusée d'emblée à tout acte qui aurait d'autre part les caractères d'un délit commun, nous pouvons nous borner à dire qu'elle est en contradiction avec tous les enseignements du droit criminel, avec la conscience générale des peuples et avec la pratique constamment suivie par le Gouvernement fédéral. Nous comprenons bien que l'on subit en ce moment le contre-coup des nombreux et récents attentats qui ont signalé en Allemagne et en Autriche les années 1883 et 1884. Même lorsqu'ils étaient dirigés contre la vie ou la fortune de simples particuliers, ces attentats osaient se couvrir du manteau du délit politique. Cette excuse, invoquée par les assassins sortis des rangs des anarchistes, ne prouve rien contre la théorie qui fait une différence entre le même acte selon qu'il est commis pour la satisfaction des passions individuelles ou que l'auteur a cru poursuivre l'intérêt collectif. Il est aisé au premier scélérat venu de se poser en apôtre d'une théorie sociale, mais il appartient toujours au Juge du délit et cas échéant à l'autorité qui statue sur la demande d'extradition, d'examiner toutes les circonstances du crime et de voir s'il s'y trouve réellement les caractères d'un acte politique. C'est là un droit auquel la Suisse ne peut pas renoncer.

Le Département de Justice et Police propose au Conseil de charger M. le Président

3. AS 1883–1884, 7, S. 357–380. Vgl. auch Nr. 237.

4. E 21/24654.

de la Confédération de répondre verbalement et confidentiellement à la communication confidentielle de M. le Ministre d'Autriche-Hongrie dans le sens de ce qui précède.⁵

5. Der Antrag wurde vom Bundesrat mit Beschluss vom 17. 2. 1885 gutgeheissen, mit dem Zusatz, dass die Antwort an den österreichisch-ungarischen Gesandten ausserdem die folgenden ergänzenden Bemerkungen enthalte: [...] die Schweiz als souveräner Stat habe nicht die Pflicht, überhaupt einen Vertrag abzuschliessen, viel weniger aber einen solchen, der ihr nicht genehm sei. Ebenso wenig könne von ihr verlangt werden, dass sie sich vor Einleitung bezüglicher Vertragsverhandlungen darüber ausspreche, welchen Standpunkt sie einzunehmen gedenke. [...] die Schweiz sei nicht in der Lage, in dieser Beziehung ein neues Recht schaffen zu helfen, das von verschiedenen andern Staten noch nicht anerkannt worden sei (E 1004 1/140, Nr. 738).

282

E 1004 1/140

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 26. Februar 1885

898. Untersuchung gegen die Anarchisten

Confidentiel

Justiz- und Polizeidepartement. Antrag vom 24. Februar 1885

In definitiver Annahme des vom Departement vorgelegten Beschlussesentwurfes¹ wird beschlossen:

Der schweizerische Bundesrat
in Betracht:

dass die von den Polizeibehörden mehrerer Kantone angestellten Untersuchungen ergeben haben, dass in einigen Orten der Schweiz Individuen unter dem Namen «Anarchisten» Associationen bilden und offen Raub, Brandstiftung, Mord und Vernichtung der bestehenden Gesellschaft empfehlen; dass solche Aufforderungen durch Zeitungen verbreitet werden, die in der Schweiz erscheinen oder dort zur Austeilung gelangen;

dass eine gewisse Anzahl von Indizien die Vermutung aufkommen lassen, dass behufs Sprengung des Bundespalastes in Bern von Anarchisten ein Komplott angezettelt worden ist und dass sogar dem letztern äussere Handlungen nachgefolgt sind, die als Anfang der Ausführung sich charakterisiren²;

dass diese Tatsachen entweder Verbrechen oder Vergehen gegen das Völkerrecht, oder Verbrechen oder Vergehen gegen die verfassungsmässige Ordnung und die innere Sicherheit des Landes bilden;

dass es unter allen Umständen notwendig geworden ist, eine gerichtliche Untersu-

1. Vgl. das BR-Prot. vom 24. 2. 1885 (E 1004 1/140, Nr. 854).

2. Vgl. dazu den Bericht des eidgenössischen General-Anwaltes über die anarchistischen Umtriebe in der Schweiz (Mai und Juni 1885) (BBl 1885, 3, S. 600—603).

chung über das Tun und Treiben der Anarchisten zu eröffnen und dieselbe einer einheitlichen Leitung zu unterstellen;

nach Einsicht

des Berichtes und der Anträge des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements

und in Anwendung von Art. 4, 6, 11 und ff. des Bundesgesetzes über die Bundesstrafrechtspflege³ und von Art. 32, 36 und 37 des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege⁴

beschliesst:

Art. 1. Eine strafrechtliche Verfolgung wird eröffnet gegen diejenigen Individuen, die auf schweizerischem Gebiete zur Begehung von gemeinen Verbrechen im In- oder Auslande aufgefordert oder auf andere Weise versucht haben, die verfassungsmässige Ordnung und die innere Sicherheit des Landes zu stören.

Art. 2. Herr Fürsprech und Nationalrat Müller in Bern ist zum Generalanwalt der schweizerischen Eidgenossenschaft ernannt und wird bei Anlass dieser Verfolgung die Funktionen erfüllen, die dem Generalanwalt durch die Bundesgesetzgebung zugeschrieben sind.

Art. 3. Der gegenwärtige Beschluss wird dem Bundesgerichte mitgeteilt, mit der Einladung, die zwei eidgenössischen Untersuchungsrichter davon in Kenntnis zu setzen, sowie den Kantonsregierungen und durch deren Vermittlung den kantonalen Polizeibehörden.

Art. 4. Das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement ist mit der Vollziehung des gegenwärtigen Beschlusses beauftragt.

3. AS 1851—1852, III, S. 404—429.

4. AS 1848—1849, I, S. 65—86.

283

E 21/24646, Bd. 1

*Der Bundespräsident und Vorsteher des Politischen Departements, K. Schenk,
an den Bundesrat*

B

2. März 1885

Dem k.u.k. österreichischen Gesandten ist am 23. Febr. in hiefür anberaumter Audienz vom Unterzeichneten die Antwort des Bundesrathes auf die vertrauliche Mittheilung vom 10. November 1884 eröffnet worden.¹

Dasselbe geschah am 24. gegenüber dem k. deutschen Gesandten. Heute, den 2. März, fand sich der österr. Gesandte wieder bei dem Bundespräsidenten ein, um ihm im Auftrage seiner Regierung in der Angelegenheit nachfolgende weitere vertrauliche Mittheilungen zu machen.

1. Vgl. Nrn. 277 und 281.

Es scheine, dass sich in der Schweiz unter dem Eindrucke der jüngsten Anschläge der Anarchisten in London, Frankfurt etc. die Erkenntniss Bahn zu brechen beginne, dass auch ihrerseits eine Abwehr gegen jene verbrecherischen Unternehmungen nothwendig sei, welche nunmehr auch den Boden bedrohten, der bisher ihre Urheber vor fremder Verfolgung geschützt habe.

Es lasse diess Seitens des Bundesrathes ein Eingehen auf die von Österreich gestellten Anträge hoffen. Die k. Regierung verlange nichts Anderes, als gleichmässige Vertheilung der Gerechtigkeit. Angriffe auf die Person des Staatsoberhauptes und der Mord sollen nicht straflos ausgehen dürfen, wenn sie unter dem Deckmantel von politischen Motiven an Personen in öffentlicher Stellung verübt werden; es solle ausgesprochen werden, dass diese Verbrechen unter allen Umständen als gemeine behandelt werden und auf den Schutz des Asyls keinen Anspruch haben.

Die Theorie des Asylrechts habe nach und nach unter dem Einflusse der von den Flüchtlingen selbst aufgestellten Doctrinen und unter den seither gänzlich veränderten Umständen eine Ausdehnung erfahren, welche über die in der Natur der Sache gelegenen Grenzen hinausgehe. In der Wissenschaft sowol als in der öffentlichen Meinung sei bereits ein wesentlicher Umschwung und das Bedürfniss nach entsprechender Einschränkung zu Tage getreten.

Die k.u.k. Regierung erkenne gerne an, dass die Schweiz, namentlich in der letzten Zeit bestrebt gewesen sei, dem Missbrauch des Asylrechts entgegenzuwirken; auch habe der frühere Bundespräsident noch jüngst dem österr. Gesandten die Versicherung gegeben, dass keineswegs die Absicht bestehe, wegen Verbrechens des Mordes, unter welchen Umständen er auch verübt werde, die Auslieferung zu verweigern.²

Auf den Vorbehalt jedoch, die Auslieferung in jedem einzelnen Falle von der *Beurtheilung über den politischen Character der Handlung abhängig zu machen, könne die k.u.k. Regierung schon principiell nicht eingehen*, da sie den Mörder unter keinen Umständen als politischen Verbrecher gelten lassen könne. Nur wenn dieser Grundsatz anerkannt und vertragsmässig festgelegt werde, sei eine internationale Abwehr gegen die internationale Organisation des gemeinen Verbrechens möglich.

Der Ernst der allgemeinen Lage fordere zu Massnahmen gegen eine Bewegung heraus, welche sich nicht gegen einen einzelnen Staat, sondern gegen die gesellschaftliche Ordnung in allen Staaten richte. Solchen internationalen Bestrebungen gegenüber würden Vereinbarungen internationaler Natur immer nothwendiger. Die Schweiz selbst habe sich ja trotz ihres vorsichtigen Verhaltens nicht davor bewahren können, dass auch sie zum Gegenstand des Angriffs von Seite Jener werde, denen sie bisher eine Heimstätte gewährt habe.

Das Verlangen der k.u.k. Regierung sei ohne diess mit Rücksicht auf die von der Schweiz erhobenen Bedenken auf das unerlässlichste Mass reducirt worden und gipfle schliesslich in dem Satze, dass beim Verbrechen des Mordes der Schuldige nicht seinem ordentlichen heimathlichen Richter entzogen werden solle, der in den meisten Fällen allein im Stande sei, ihn der verdienten Strafe zuzuführen.

Diess sei nicht ein vereinzeltes Postulat der k.u.k. Regierung, sondern es werde

2. Anlässlich der Bundesratssitzung vom 9. 3. 1885 präzisirte Welti dies dahingehend: [...] Er [...] habe den ausdrücklichen und bestimmten Vorbehalt gemacht, dass die Schweiz das Recht beanspruche, in jedem einzelnen Falle zu entscheiden, ob ein politisches Verbrechen vorliege oder nicht. [...] (E 1004 1/140, Nr. 1065).

von andern massgebenden Regierungen als ein Minimum dessen angesehen, was das staatliche Interesse erfordere und es würde ihr im eigenen Interesse der Schweiz besser erscheinen, der von ihr angebrachten gemässigten, in der Rechtsidee begründeten Anforderung lieber schon jetzt nachzugeben, ehe sie, wenn neue Unthaten und Catastrophen die Situation noch verschlimmern, in die Lage gebracht würde, unter dem Drucke anderer Verhältnisse oder der Verstimmung mehrer Mächte nachzugeben.

Die gegenwärtige Sachlage könne nicht unter demselben Gesichtspunkte betrachtet werden, wie seinerzeit, als es sich um politische Vergehen im eigentlichen Sinne des Wortes gehandelt habe, welche nur in jenem Staate strafbar seien, gegen dessen Institutionen sie gerichtet erscheinen, in dem Zufluchtsstaate aber nach dessen Gesetzgebung überhaupt kein Delict bildeten. Derzeit handle es sich um das gemeine Verbrechen, welchem der politische Character nur mit Unrecht zugesprochen werden könnte und welches, wenn es ihn auch hätte, mit Rücksicht auf seine Verabscheuungswürdigkeit durch denselben nicht geschützt zu werden verdiene.

Es sei der verbrecherische Kampf einer Verbindung gegen Alles, was bisher den Kitt der gesellschaftlichen Existenz bilde und dieser Kampf werde mit Mitteln geführt, welche den Begriff der Humanität geradezu auslöschen. Auf Individuen, welche in dieser Weise nicht eine Änderung, sondern nur den Umsturz der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung herbeizuführen bestrebt seien, die das Asylrecht rechtfertigenden Principien anzurufen, hiesse die letztern zum Deckmantel für die abscheulichsten Verbrechen missbrauchen lassen. Auch könne die Regierung nicht umhin, darauf hinzuweisen, dass es eben jene politischen Flüchtlinge gewesen seien, welche aus der sicheren Stätte des Asyls ihre wahnwitzigen Zerstörungstheorien verbreitet und endlich die Mordgesellen erzogen und ausgesandt hätten, deren Thaten nun die civilisirte Gesellschaft mit Schrecken erfüllen.

Der Gesandte hat den Auftrag, die gemachte Anregung im Sinne der obigen Ausführungen in freundschaftlicher, aber bestimmter und eindringlicher Weise wieder zur Sprache zu bringen und dahin zu wirken, dass der k.u.k. *Reg[ierung]* nunmehr ehestens eine, wie sie hoffen wolle, befriedigende Erwiderung auf ihre Vorschläge zu Theil werde.

Nachdem inzwischen, wie gemeldet, der k. österr. Gesandtschaft die hierseitige Erwiderung auf die vertraul. gestellten Anträge in ebenfalls vertraulicher Weise eröffnet worden ist, wird neu abzuwarten sein, ob und zu welchen weitem Schritten die österr. *Reg[ierung]* sich veranlasst sehen werde.

Im übrigen beantragt der Unterzeichnete, auch diese Relation dem Justiz- und Polizeidepartement zu überweisen.³

3. Der Bundesrat entschied antragsgemäss.

*Der schweizerische Gesandte in Paris, Ch. Lardy,
an den Vorsteher des Militärdepartements, W. F. Hertenstein*

Kopie

B Confidentiel

Paris, 5 mars 1885

Hier soir, dans un dîner d'hommes chez le Président du Sénat, je me trouvais placé à côté du Ministre de la Guerre, et la conversation a été portée par M. le Général Lewal d'abord sur le Simplon «qui se fera un jour parce que les intérêts du négoce finissent toujours par l'emporter et parce que les moyens de mettre un chemin de fer hors de service en temps de guerre sont suffisamment puissants» — puis sur les *fortifications en Suisse*. Il me paraît utile de Vous rendre compte de cette conversation, bien qu'elle ne contienne rien de très-inédit. M. le Général Lewal passe pour le premier théoricien militaire français et, à ce titre, comme aussi en raison de sa qualité de Chef de l'Armée française, ses assertions méritent de ne pas passer inaperçues:

«Et Vos fortifications?», a dit le Général Lewal, «n'allez-Vous pas mettre bientôt la main à l'œuvre? Voyez-Vous, en temps de guerre, quand un commandant de corps d'armée a l'espoir sérieux de réussir une opération en passant sur un petit bout de territoire étranger, il sera bien tenté de faire semblant d'ignorer la géographie, il dira à son chef d'état-major de ne pas lui dire qu'il y a là une frontière; une fois l'opération réussie, on fera toutes les excuses voulues; on se confondra en regrets, mais on aura atteint le but. Mais si ce commandant de corps d'armée rencontre des forts, s'il doit engager une action sanglante, il ne peut plus invoquer son ignorance, et il y a des chances pour que la seule vue de fortifications l'engage à ne pas tenter son coup. C'est à peu près la même différence qu'entre l'homme qui pince en passant la taille d'une fille sans trop s'émouvoir des cris qu'elle poussera, et l'homme qui la violerait. Vous avez en Suisse des positions si admirables, et en si grand nombre, qu'il suffirait, à mon avis, de les renforcer seulement par quelques ouvrages dont le coût ne doit pas être excessif. Il n'y a pas à le nier, il faut être fort pour être respecté. Une neutralité derrière laquelle n'est pas la force est une neutralité de papier. Aujourd'hui, cela ne compte plus. Les morceaux de papier, Vous savez ce qu'on en fait. La prochaine guerre ne ressemblera pas du tout à celle de 1870/71; les masses en présence seront tellement nombreuses que tout sera changé; je ne crois pas que les principaux coups se porteront de Votre côté; mais quand on a un ou deux millions d'hommes en présence, on ne peut les empiler tous dans le même village, ni dans le même Département; il faut les loger, les administrer, les faire vivre; dans ce choc colossal de deux millions d'hommes, les petits seront réduits en miettes s'ils ne prennent pas à l'avance leurs précautions. L'indépendance est le plus précieux des biens, et il faut savoir le payer; les Belges l'ont un peu compris avec Anvers. Je ne conseillerais pas à la Suisse un grand réduit central dans le style d'Anvers, mais des forts de barrage, et des fortifications pour appuyer les points principaux sur lesquels une bataille est probable; c'est ainsi qu'il est urgent à mes yeux de fortifier Bellinzone et le Simplon ou le débouché du Valais; je ne veux pas entrer dans le détail; mais la question des frais disparaît

devant un intérêt aussi vital dans les conditions actuelles de la guerre. Et puis, Vous savez ce que coûte le passage d'une armée étrangère; huit jours d'invasion Vous coûteront en ponts sautés, routes impraticables, réquisitions et nourriture de troupes, plus peut-être que toutes vos fortifications. Je ne comprends pas que Vous hésitiez vingt minutes. On ne peut, d'ailleurs, pas tout faire en une année; on peut échelonner la dépense, et quand on a des finances aussi prospères et une dette aussi petite que la Suisse, on n'a pas à se gêner, et on peut demander aux générations futures leur quote-part des frais faits par la génération actuelle pour la sécurité permanente du Pays. Ah! je sais bien qu'on a cinquante ans de paix, qu'on négocie, qu'on fabrique, qu'on trafique, et on croit que cela continuera toujours de la même manière; mais vient la 51^{ème} année, et alors le réveil est terrible. Pour être indépendant, encore une fois, il faut être fort, et la Suisse peut être forte à moins de frais que la plupart de ses voisins; il n'y a que les forts qui comptent.»

Il ne faudrait évidemment pas se froisser de certaines des paroles prononcées *inter pocula* par M. le Général Lewal, qui parle beaucoup, très vivement, et est un ancien professeur à l'Ecole Supérieure de Guerre. Il ne s'agit pas d'une conversation officielle avec un Ministre Politique, mais d'une causerie de table avec un Militaire. L'intention de M. Lewal m'a paru être absolument amicale, et le ton de l'entretien était celui d'un Monsieur âgé, à la fois bon enfant et bourru, ton qui est habituel aux généraux français.

Il va sans dire que je Vous prie de considérer la présente lettre comme rigoureusement confidentielle et destinée uniquement à Vous, et, si Vous y voyez un avantage quelconque, à Vos collègues du Conseil Fédéral. Il ne m'appartient pas de décider quel but M. Lewal poursuivait en me faisant les déclarations qui précèdent; M. Lewal aime un peu parler, et ne paraissait pas avoir le moins du monde prémédité cet entretien.

285

E 53/192

*Der Vorsteher des Post- und Eisenbahndepartements, E. Welti,
an die schweizerischen Gesandten in Berlin und Rom,
A. Roth und S. Bavier*

Kopie

S

Bern, 22. März 1885

Mit Zuschrift vom [20]¹ d.M. haben Sie von dem Bundesrate den Auftrag erhalten der dortigen Regierung ein Memoire² zu überreichen, welches sich auf die sog. Baufondersparnisse der Gotthardbahn bezieht. Das unterzeichnete Departement ist gleichzeitig eingeladen worden, Ihnen diejenigen weiteren Mitteilungen zu machen, welche es in dieser Angelegenheit [als] notwendig erachtet.

1. Das Datum fehlt, doch handelt es sich zweifellos um jenes Schreiben, dessen Ausfertigung der Bundesrat in seiner Sitzung vom 20. 3. 1885 beschlossen hatte (E 1004 1/140, Nr. 1294).

2. Als Annex teilweise abgedruckt.

Es wird Ihnen Herr Minister nicht entgehen, dass die zuerst von der deutschen Regierung *angeregte Frage für die Schweiz eine bedeutende Tragweite hat; die Forderung unserer Mitcontrahenten schliesst den Anspruch in sich von dem Bundesrat über die Verwendung der Subventionen Rechnung zu verlangen und damit in ein Gebiet hineinzugreifen, in welchem ihnen keinerlei Berechtigung zusteht*. Seit dem Bestande des Gotthardvertrages vom Jahre 1869³ hat sich über den Umfang der hierseitigen Verpflichtungen ein Anstand nie erhoben und es erscheint daher dem Bundesrate von der höchsten Bedeutung, dass dem ersten Versuche diese Verpflichtungen über das durch die Verträge bestimmte Mass auszudehnen entgegengetreten werde.

Was nun die factische und rechtliche Seite der vorliegenden Frage anbetrifft, so verweisen wir Sie auf die in dem bundesrätlichen Memorial enthaltenen Auseinandersetzungen und sind selbstverständlich zu jeder Auskunft bereit, welche Sie von uns zu verlangen in den Fall kommen sollten.

Sie ersehen aus dem Memorial, dass der Bundesrat grundsätzlich jede Pflicht bestreitet über den sog. Baufondrest einen Ausweis zu erteilen und ein Recht der beiden Staaten in bezug auf die Verwendung desselben anzuerkennen. Andererseits liegt es aber in dem hierseitigen Interesse die Differenz in möglichst enge Grenzen einzuschränken und so bald als möglich zu beseitigen und das gute Einvernehmen in einer gemeinsamen Unternehmung, welche naturgemäss noch zu manchen Erörterungen Anlass bieten wird, ungetrübt zu erhalten. Dieses Ziel setzt sich der Bundesrat namentlich in dem dritten Theile des Memorials, in welchem des näheren ausgeführt wird, das thatsächlich kein Grund vorliege die eigentliche rechtliche Streitfrage weiter zu erörtern. Es ist dieses der Punct auf welchen wir Ihre Aufmerksamkeit zunächst und hauptsächlich lenken wollen.

Die beiden Staaten verlangen von uns Rechenschaft über die Verwendung des Baufondrestes; wir bestreiten im ersten und zweiten Theil dieselbe schuldig zu sein, erklären aber im dritten, es werde der Bundesrat ganz abgesehen von der Verpflichtung gegen die Mitcontrahenten dafür sorgen, dass die Gotthardbahn auf die Hauptlinie Immensee-Pino einen Betrag von ungefähr 4,1 Millionen verwende und dass die Differenz zwischen dieser Verwendung und den zur Zeit verfügbaren Mitteln jederzeit gesichert bleibe.

Diese Zusage des Bundesrates sollte nach hierseitiger Auffassung die beiden Staaten zufrieden stellen. Was nun speciell die noch erwähnte Sicherstellung anbelangt, so verhält es sich damit folgendermassen.

Deutschland und Italien erklären: die Linie Immensee-Pino ist noch nicht ausgebaut; sobald das Bedürfniss sich einstellt muss das zweite Geleise gebaut werden und für diese Ausgabe ist der Baufondrest zu reserviren.

Wir anerkennen diese Pflicht das zweite Geleise zu bauen und fügen bei, dass wir alle Mittel besitzen um die Gotthardbahn zur Erfüllung derselben zu verhalten. Der Baufondrest würde hiezu gar nicht ausreichen, denn es ist derselbe weit geringer als die Summe (voraussichtlich 20 Millionen), welche für das [zweite] Geleise mutmasslich notwendig ist. Allein auch diese Summe wird erhältlich sein. Für's erste ist es klar, dass eine Steigerung des Verkehrs, welche ein zweites Geleise erfordert, auch die Einnahmen der Gesellschaft in einem Masse erhöhen wird, das die Beschaffung der nötigen Mittel leicht macht und im weitem haftet der gesammte Werth der ganzen

3. AS 1869–1872, X, S. 555–577.

Unternehmung für die Erfüllung der fraglichen Pflicht. Wenn die Gesellschaft sich je weigern sollte derselben nachzukommen, so hat der Bund das Recht derselben die Concession zu entziehen, die Bahn zu veräussern und aus dem Erlös den Bau des zweiten Geleises zu bestreiten. Diesem gesetzlichen Recht gegenüber wird Niemand behaupten wollen, es werde sich kein Käufer finden, der die Bahn mit der Verpflichtung übernimmt «im Falle des Bedürfnisses» das zweite Geleise zu erstellen.

Wir ersuchen Sie an massgebender Stelle diesen Punct namentlich zu betonen und daneben die «Erklärung» des Bundesrates im III Theile des Memorials, mit den Worten beginnend «Gemäss den Vorschriften ...» ebenfalls klar hervorzuheben und zu bemerken, dass diese Erklärung zwar keine aus den Verträgen herausgehende Verpflichtung enthalte aber einer solchen tatsächlich vollständig gleichkomme.

Schliesslich wollen wir noch beifügen, dass der Conflict ohne allen Zweifel durch die Haltung des Herrn Kinel hervorgerufen worden ist, welcher seine Rechte und Pflichten, die er als Reichsbeamter hat, nicht gehörig von denjenigen unterscheidet, die ihm als Mitglied des Verwaltungsrathes der Gotthardbahn zukommen. Wir ersuchen Sie Herr Minister diesen Punct nicht aus den Augen zu lassen und denselben in angemessener Weise zu verwerthen.

Die in dieser Zuschrift enthaltenen Aufschlüsse sind selbstverständlich nur zur Verwertung bei den mündlichen Erörterungen bestimmt, indem das Memorial mit einem einfachen Einbegleitungsschreiben überreicht werden soll.

Wir zweifeln nicht daran, dass ein genaues Eingehen auf die verschiedenen Seiten der Angelegenheit auch bei Ihnen die Überzeugung feststellen wird, dass unsere Auffassung sich mit guten Gründen vertheidigen lässt, deren Gewicht nicht verfehlen wird auch die dortige Regierung von ihren Ansprüchen abzubringen.

ANNEX

Memorandum des Bundesrates an die deutsche Regierung

Bemerkungen auf das Promemoria der kaiserlich deutschen Gesandtschaft in Bern vom 27. Juni 1884⁴ betreffend die Frage der Verwendung des Baufondsrestes der Gotthardbahn.

Bern, 20. März 1885

I.

Da die Gotthardbahngesellschaft zu den Subventionsstaaten in keinem Vertragsverhältnisse steht, so geht die Frage, welche erörtert werden soll, dahin, ob die Schweiz dafür zu sorgen habe, dass ein allfälliger Baufondüberschuss der Gotthardbahn, als unverwendeter Restbetrag der staatlichen Subventionen angesehen werden müsse und darum ausschliesslich auf die Linie Immensee-Pino zu verwenden sei.

Wenn eine solche Verpflichtung für die Schweiz besteht, so kann sie dieselbe nur durch die Verträge vom 15. October 1869 und vom 12. März 1878⁵ übernommen haben, denn andere Verpflichtungen als vertraglich begründete sind aus der Annahme der Subventionen nicht hervorgegangen.

4. Nicht abgedruckt.

5. AS 1879, 4, S. 169—180.

Die Vertragsartikel, welche von den Subventionen und den Verpflichtungen reden, welche an die Verwendung derselben geknüpft wurden, sind so klar, dass ihr Wortlaut die aufgestellten Fragen entscheidet:

«Um die Ausführung des Gotthardunternehmens zu erleichtern», sagt Artikel 1 des Vertrages vom 15. Oktober 1869, «werden die vertragsschliessenden Parteien derjenigen Gesellschaft, welche sich für den Bau und Betrieb der Gotthardbahn bilden wird, gemeinsam eine Subvention gewähren.»

Gegenüber dieser Zusage verpflichtet sich die Schweiz «bei der Organisation dieser Gesellschaft die erforderlichen Massregeln zu treffen, um die Ausführung des Unternehmens und aller in dem Verträge erwähnten Verbindlichkeiten sicher zu stellen, zu welchem Zwecke die Gesellschaft ihre Statuten dem Bundesrate zur Genehmigung zu unterstellen hat.»

Art. 16: «Die vertragsschliessenden Parteien sind übereingekommen, nach dem Schlussprotokoll der Konferenz von Bern, den für die Erstellung der Gotthardbahn nötigen Subventionsbetrag auf 85 Millionen Franken festzusetzen.»

Art. 17 bestimmt den Modus der Einzahlung der Subsidien.

Art. 18. Die Staaten behalten sich einen bestimmten Überschuss des Reinertrages als Zins ihrer Subsidien vor.

Art. 19. «Die Subsidien sollen dem Bundesrate nach den Vorschriften des Art. 17 zur Verfügung gestellt werden. Der Bundesrat wird diese Subsidien gleichzeitig mit denen der Schweiz an die Gesellschaft verabfolgen, mit welcher er sich über den Bau und Betrieb der Gotthardbahn verständigt.»

Art. 20. Repartition der Subvention unter die Staaten.

Art. 21. Vorbehalt der Ergänzung der gesamten Subventionssumme. Der zweite Gotthardvertrag vom Jahr 1878 beschäftigt sich nur in Art. II mit den Subventionen; dieser lautet wörtlich folgendermassen:

«Die Subvention, deren Betrag durch Artikel 16 des Vertrages vom 15. Oktober 1869 auf fünfundachtzig Millionen Franken festgestellt worden ist, wird um achtundzwanzig Millionen Franken erhöht.

Deutschland verpflichtet sich, an dieser Vermehrung mit zehn Millionen Franken, Italien mit 10 Millionen Franken und die Schweiz mit acht Millionen Franken teilzunehmen.

Am Ende jedes Baujahres wird der schweizerische Bundesrat die Grösse der auf diese Ergänzungssubvention zu zahlenden Annuität nach Massgabe der stattgehabten Ausgaben festsetzen und den Anteil jedes der kontrahirenden Staaten auf Grundlage ihrer Beteiligung an den neuen Subsidien bestimmen.

Gemäss dem Protokoll vom Göschenen, d. d. 5. September 1877⁶, soll in Zukunft dieser gleiche Grundsatz auch zur Bestimmung der jährlichen Quote von dem Drittel der Subsidien von 85 Millionen Franken angewendet werden, welcher bis jetzt nach Art. 17 Absatz 1 des Vertrages vom 15. Oktober 1869 in neun gleichen Annuitäten einbezahlt werden sollte.

Die Bestimmungen der Artikel 18 und 19 des internationalen Vertrages vom 15. Oktober 1869 sind auf diese Subsidien anwendbar.»

Andere Vertragsbestimmungen, welche von den Subventionen handeln, bestehen in den beiden Verträgen nicht. Es ergeben sich daraus folgende Schlüsse:

In Art. 1 des Hauptvertrages, der später ganz unverändert geblieben ist, wird das besondere Verhältniss, in welchem sich die Schweiz gegenüber den beiden andern Staaten befindet, grundsätzlich so geordnet, dass das von den drei Staaten gebildete Subventionskapital, durch Vermittlung der Schweiz derjenigen Gesellschaft übergeben werden soll, mit welcher sich der Bundesrat über den Bau und Betrieb des Gotthardnetzes (Art. 1, Absatz 2) verständigt haben wird (Art. 19). Infolge dieser Stellung zu der Gotthardbahn übernimmt die Schweiz folgende Verbindlichkeiten:

1.) Bei der Organisation der Gesellschaft die erforderlichen Massregeln zu treffen, um die Ausführung des Unternehmens und aller im gegenwärtigen Verträge erwähnten Verbindlichkeiten sicher zu stellen;

2.) Zu diesem Behuf die Statuten der Gesellschaft zu genehmigen;

3.) Die Vorschriften des Vertrages betreffend den Bau der Gotthardbahn vollziehen zu lassen (Art.11).

Diese Verpflichtungen, welche durch den Vertrag von 1878 unverändert geblieben sind, lassen sich in den Satz zusammenfassen: es hat der Bundesrat die zu bildende Gesellschaft zu verhalten, das Gotthardunternehmen in der Ausdehnung wie es die Verträge bestimmen und nach den in den letztern enthaltenen besondern Vorschriften erstellen und betreiben zu lassen. Andererseits ist der Bundesrat berechtigt, als Gegenleistung gegen diese Pflicht von den beiden andern Staaten zu fordern, dass ihm die Subventionen «zur Verfügung gestellt werden» (Art.19 des Hauptvertrages).

Dieser Verpflichtung sind die Subventionsstaaten nachgekommen, indem sie die ganze Subventionssumme dem Bundesrate zur Verfügung stellten, der sie seinerseits mit seinem eigenen Anteil an die Gesellschaft verabfolgte.

Es bleibt nun zu entscheiden, ob nach geleisteter Zalung der Subventionen die Staaten kraft der dargestellten rechtlichen und tatsächlichen Verhältnisse berechtigt sind, die Gotthardbahn zu einer bestimmten Verwendung eines allfälligen Baufondrestes verhalten zu lassen.

Wir glauben, es sei vor Allem aus nötig, diese Frage richtig zu stellen. Es ist nämlich einleuchtend, dass die Antwort präjudiziert wird, wenn von vorneherein der Bestand eines «Baufondrestes» zur Voraussetzung irgend einer Verbindlichkeit gemacht wird. Diese Voraussetzung besteht nur dann, wenn die Subventionsstaaten die Befugniss haben, zu ermitteln, ob ein solcher Rest bestehe, was offenbar nur durch Prüfung der Baurechnungen geschehen kann. Eine derartige Verpflichtung ist aber in den Verträgen nicht enthalten und noch viel weniger eine Andeutung über die Grundsätze, nach denen ein solcher «Rest» festgestellt werden müsste. Diese Grundsätze sind aber keineswegs selbstverständlich, indem die Bedingungen, unter denen eine Subvention gegeben wird, sehr verschieden sein können. Wird z. B. eine Subventionssumme davon abhängig gemacht, dass die effectiven Bauausgaben einen bestimmten Betrag erreichen, so wird sich ein anderes Resultat der Abrechnung ergeben, als in dem Falle, in dem eine Quote der Baukosten versprochen worden ist u.s.w.

Weder der eine noch der andere Vertrag enthält aber eine solche oder eine andere ähnliche Bedingung; die Gesellschaft wird nicht verpflichtet, einen bestimmten Betrag an Baukapital aufzubringen und zu «verwenden», und mit keinem Worte wird die Höhe der versprochenen Subvention mit der Höhe der «Verwendungen» in Beziehung gebracht, oder daran ein Verfügungsrecht über Teile und Überschüsse der bezaltten Subvention geknüpft, im Gegentheil blieb es der Gesellschaft anheimgegeben, sich die Mittel, welche über die Subventionen hinaus notwendig waren, in beliebiger Höhe zu beschaffen; sie hätte ohne allen Zweifel das Recht gehabt, um gerade so viel weniger Schulden zu machen, als sich an Baufondrest ergeben wird, und damit von vorneherein jede Discussion über einen solchen Rest auszuschliessen, gleich wie ihr heute noch das Recht zusteht, den gleichen Schuldbetrag zurückzuzahlen und damit jeden Überschuss zu beseitigen. Nur aus der Pflicht, das Aktien- und Obligationenkapital auf eine bestimmte Höhe zu bringen, ergibt sich der Begriff eines Baufondrestes und die Befugniss, über seine Verwendung zu verfügen. Dass aber eine solche Pflicht nie bestand, ist wohl unbestritten und demgemäss hat auch die Gesellschaft in Art.12 des Vertrages⁷, welchen sie am 10. Oktober 1871 über die Beschaffung des Baukapitals abgeschlossen hat, Folgendes bestimmt:

«Wenn die Ausführung des Unternehmens weniger als das durch Emission der Aktien im Betrage von 34 Millionen und der Obligationen im Betrage von 68 Millionen Franken aufzubringende Kapital erfordern sollte, so verringert sich auf desfallsige Erklärung der Gesellschaft die Übernahme der Obligationen um den entsprechenden Betrag, insoweit die Abnahme oder die Berechtigung zur Abnahme nicht bereits eingetreten ist.»

Die Subventionsstaaten ihrerseits haben keinerlei Verbindlichkeit übernommen, ihre Beiträge zu erhöhen, insofern die Kosten einen bestimmten Betrag überschreiten, aber ebensowenig haben sie für den gegenteiligen Fall irgend ein Recht vorbehalten; sie haben der Gesellschaft den Bau auf ihre eigene Gefahr überlassen. Die Verträge sind von dem in Art.1 des Hauptvertrages ausgesprochenen und in Art.20 wiederholten klar ausgesprochenen Gedanken beherrscht, es habe die Schweiz gegen Empfang einer festen unveränderlichen Subventionssumme dafür zu sorgen, dass

7. Nicht ermittelt.

die Gesellschaft die vertraglichen Vorschriften über den Bau und Betrieb erfülle. Aus diesem Grunde muss auch die Erörterung der Frage, ob die Subventionen als Zuschuss zu dem Gesellschaftskapital oder das letztere als Ergänzung des erstern zu betrachten sei und ob ein Baufondrest von dem einen oder andern Theile des Gesamtkapitals herrühre, als irrelevant erscheinen.

Thatsächlich steht jedenfalls fest, dass die Subventionen vertraglich beschlossen waren, bevor die Gesellschaft überhaupt bestand; dieselbe bildete sich erst in Folge jener Zusicherungen und nur durch diese konnte sie sich den weitem Bedarf an Aktien- und Obligationenkapital beschaffen, so dass also diese Geldmittel nach dem historischen Verlauf sich als Ergänzung der Subventionen zum Zweck der Bildung des gesammten Baukapitals darstellen. Deshalb ist auch der Baufondrest, ein Rest auf dem gesammten Kapital, und eine Zerlegung des letztern in seine Theile ist vertraglich nirgends vorgesehen, so dass auch irgendwelche Ansprüche auf eine solche Theilung nicht begründet werden können. Zum Gesellschaftskapital im weitem Sinne des Wortes gehören die Subventionen ebensogut als das Aktien- und Obligationenkapital, wie denn auch in Art. 18 des Hauptvertrages ein eventueller Antheil des *Subventionskapitals* an dem Reinertrag des Unternehmens vorbehalten wird.

Diese Auffassung des Rechtsverhältnisses liegt unverkennbar auch dem Art. 17 des Hauptvertrages zu Grunde. Sowol dieser Artikel als Art. II des Vertrages vom Jahr 1878 ordnen die Bezahlung der Subventionen in der Weise, dass die Annuitäten von dem Wert der jährlich geleisteten Arbeit abhängig gemacht werden, so dass also bei der letzten Zahlung ein Saldo zu Gunsten der Gesellschaft auf der Totalsubvention sich ergeben konnte, dem ein entsprechender Ausgabenposten nicht zur Seite stand. Diese Eventualität ist in dem Vertrage auch wirklich vorausgesehen und zum voraus durch die Vorschrift geregelt, dass ein derartiger Saldo ausbezahlt werden soll. Diese Verfügung, die denn auch wirklich zur Vollziehung gelangte, findet ihre innere Begründung in dem Gedanken, dass die Subventionen ein von den Baukosten unabhängiger Beitrag an die Gesellschaft sei, welche den Bau und Betrieb der Bahn auf eigene Rechnung und Gefahr zu übernehmen habe. Wären die Contrahenten von einer andern Meinung ausgegangen, so hätte dieselbe in dem Vertrage gerade in den genannten Artikeln zum Ausdruck kommen müssen. Hier wäre die Veranlassung vorgelegen, die gutfindenden Vorbehalte in Bezug auf den bei der Beendigung des Baues sich ergebenden Subventionssaldo anzubringen, und es hätte der Begriff eines Subventionsüberschusses in dem Momente [*seine*] Begründung gehabt, als der Saldo der Totalsubvention am Schlusse der Bauperiode noch in Händen der Subventionsstaaten lag. Aber auch in diesem Sinne kennen die Verträge einen Subventionsüberschuss nicht und knüpfen daher auch keinen Vorbehalt daran. Die bedingungs- und vorbehaltlose Bezahlung des Saldo bildete den vertragsmässigen Abschluss der Subventionsliquidation.

Es ist schon darauf hingewiesen worden, dass die für die bisher entwickelte Anschauung entscheidenden Bestimmungen des Vertrages vom 15. October 1869 durch denjenigen vom 12. März 1878 (Art. III desselben) ausdrücklich bestätigt worden sind und es bleibt nur noch auszuführen, dass auch Art. I. 3 des letztern daran keine Änderung getroffen hat. Dieser Nachweis ergibt sich aus dem Wortlaute selbst:

«Der Bau der Linien Luzern-Immensee, Zug-Arth und Giubiasco-Lugano, welche nach beiden Verträgen integrirende Bestandteile des Gotthardnetzes bilden, wird bis zu dem Zeitpunkt verschoben, wo die Linie Immensee-Pino dem Verkehr übergeben sein wird.

Wenn in der Zwischenzeit die Gotthardbahngesellschaft sich in der Lage befinden würde, die eine oder andere dieser Linien zu bauen, so hätte sie dem schweizerischen Bundesrate einen Finanzausweis zu leisten, welcher die für die Hauptlinie Immensee-Pino bestimmten Hilfsmittel gänzlich unberührt lässt.

Nach Eröffnung der Linie Immensee-Pino soll die Gotthardbahngesellschaft den Bau der drei verschobenen Linien, sobald als ihre finanzielle Lage es gestattet, an Hand nehmen und ausführen. Der schweizerische Bundesrat hat zu entscheiden, ob dieser Fall vorliegt und in welcher Reihenfolge die fraglichen Linien in Angriff genommen werden sollen.»

Diese Vorschriften sind von dem zunächst verpflichteten Contrahenten, der Schweiz, genau eingehalten worden und namentlich auch in dem Punkte, welcher sich auf die in Erörterung befindliche Frage bezieht. Bei dem in der «Zwischenzeit», d. h. in der Zeit zwischen dem Abschluss des Vertrages und «der Eröffnung der Linie Immensee-Pino» erfolgten Bau der Linie Giubiasco-

Lugano wurden nämlich «die für die Hauptlinie Immensee-Pino bestimmten Hilfsmittel» gänzlich unberührt gelassen. Damit ist aber auch die einzige Vertragspflicht, welche für die Schweiz in Bezug auf die Verwendung des Baukapitals (nicht nur des Subventionskapitals) besteht, vollständig erfüllt.

Allerdings sind nach Art. I. 2 des Vertrages von 1878 die Zufahrtlinien von Erstfeld (oder Silenen) nach Göschenen und von Airolo nach Bodio bestimmt, im Falle des Bedürfnisses ein zweites Geleise zu erhalten, woraus selbstverständlich die Pflicht für die Gesellschaft hervorgeht, dieses Geleise zu erstellen, sobald das Bedürfniss hiezu constatirt sein wird, aber diese eventuelle Pflicht zum Bau eines zweiten Geleises unterscheidet sich in keiner Weise von den Pflichten, welche die Gesellschaft in Bezug auf die Erstellung des ganzen Bahnnetzes und seiner einzelnen Theile übernommen hatte, und darum kann aus derselben auch für den Bundesrat keine andere Verbindlichkeit abgeleitet werden, als die ihm vertraglich für die Ausführung aller andern Linien obliegende, nämlich: «die erforderlichen Massregeln zu treffen, um die Ausführung des Unternehmens und aller in den Verträgen erwähnten Verbindlichkeiten sicher zu stellen» (Art. 1 des Vertrages von 1869). Von allen diesen Massregeln ist dem Bundesrat durch die Verträge nur die eine vorgeschrieben, von der Gesellschaft eine Caution oder andere Garantien zu verlangen, welche den durch sie übernommenen Verpflichtungen in genügender Weise entspricht (Art. 11 des Vertrages von 1869 und Art. I. 11 des Vertrages von 1878). Diese spezielle Verpflichtung ist, wie dieses schon früher nachgewiesen wurde, erfüllt. In Bezug auf alle andern «erforderlichen Massregeln» ist aber der Bundesrat an keine besondern Vorschriften gebunden, sondern es ist ihm die Wahl derselben freigegeben, wie dieses seit dem Beginne des Baues der Fall war; seine aus freier Entschliessung hervorgehenden Massnahmen werden für die Erstellung des zweiten Geleises ebenso ausreichen, wie dieses für die Herstellung des ganzen Unternehmens der Fall war. Die Stellung, welche der Bundesrat in der Erörterung dieser Frage einnimmt, ist keineswegs durch das Bestreben veranlasst, sich seinen Vertragspflichten in irgend welcher Weise zu entziehen. Sobald das Bedürfniss des zweiten Geleises vertragsgemäss constatirt ist, wird er die Gesellschaft zum Bau desselben anhalten und er verfügt zu diesem Zweck über Mittel, welche ausreichender und wirksamer sind, als dasjenige, welches man ihm zur Pflicht machen will.

Die Frage des zweiten Geleises steht mit dem «Baufondrest» noch in einem weitem Zusammenhang. Unzweifelhaft ist die Subvention für den Bau dieses Geleises in gleicher Weise bestimmt, wie für denjenigen irgend eines andern Theiles der Gotthardbahn und deshalb bilden die dafür nötigen Erstellungskosten auch einen Theil des effectiven Baukapitals, welches in Rechnung fallen muss, wenn ein Überschuss dieser Kosten über die disponibeln Baugelder ermittelt werden soll. Da nun aber diese Erstellungskosten die zur Zeit vorhandenen disponibeln Mittel bei Weitem übersteigen, so ist dadurch heute schon festgestellt, dass im Momente des definitiven Schlusses der Baurechnung sich kein «Baufondrest», sondern ein nicht unwesentliches Defizit sowol gegenüber den zur Zeit verfügbaren Mitteln als gegenüber den Berechnungen der Conferenz von 1878 ergeben wird. Nach der hiesigen Auffassung wird dieses Defizit die Gesellschaft darum zu keiner Reclamation gegen die Subventionsstaaten berechtigen, weil die Höhe der Subventionen durch den Vertrag festgestellt und von den Baukosten unabhängig ist.

Die hiesige Auffassung der Frage des Baufondrestes wird den Bundesrat nicht hindern, die Pflichten genau zu erfüllen, welche ihm in Bezug auf den Bau der verschobenen Linien durch den Vertrag von 1878 auferlegt worden sind. Er wird nicht zugeben, dass die Gesellschaft die Erfüllung ihrer Baupflicht ungebührlich verzögere, aber anderseits die Erfüllung dieser Pflicht erst gestatten oder fordern, wenn «ihre finanzielle Lage es gestattet» (Art. I. 3, Vertrag von 1878). Bei der Entscheidung über diese letztere Voraussetzung, welche ihm durch den Vertrag anheimgegeben ist, wird die Frage der Bauüberschüsse der Natur der Sache gemäss ohne Zweifel in Erwägung fallen. Zu Mehrerem ist aber der Bundesrat nicht verhalten und er kann daher auch nicht anerkennen, dass aus seiner Verbindlichkeit zum Entscheid über «die finanzielle Lage» der Gesellschaft für ihn die Vertragspflicht erwachsen sei, von vornherein dafür zu sorgen, dass ein allfälliger Baufondrest auch nach Eröffnung der Hauptlinie für den Bau der verschobenen Linien in gleicher Weise unberührt bleibe, wie dieses vor der Eröffnung zu geschehen hatte. Das letztere war für den Bundesrat eine vertragliche Pflicht, das erstere ist es nicht. Diesen Unterschied und damit die vertraglichen Pflichten der Schweiz gegen die beiden andern Staaten zu constatiren, ist der einzige Zweck der bisher-

gen Erörterungen. Die Befugnisse des Bundesrates gegenüber der Gesellschaft kommen hier nicht in Frage und bemessen sich keineswegs nach jenen Verpflichtungen.

Die vorangegangenen Erörterungen berechtigen daher zu folgenden Schlüssen.

1. Nach den Verträgen, welche für die Rechte und Pflichten der Subventionsstaaten allein in Betracht kommen, ist die Subventionssumme von 113 Millionen Franken als ein fest zugesicherter und in seiner Höhe von den effectiven Baukosten unabhängiger Betrag zu betrachten, welcher der Gotthardbahngesellschaft gewährt wurde, um derselben den Bau und Betrieb der Unternehmung zu erleichtern.

2. Die Schweiz hat mit den zu Händen der Gesellschaft übernommenen Subventionen die Verpflichtung übernommen, die Unternehmung nach denjenigen Vorschriften erstellen und betreiben zu lassen, welche in den Verträgen speziell aufgeführt sind.

3. Aus den Verträgen kann eine Verbindlichkeit der Schweiz nicht abgeleitet werden, die Gesellschaft zur Rechnungsstellung über den Bau der Gotthardbahn zu verhalten und es besteht daher auch kein Recht der Subventionsstaaten, aus einem allfälligen Baufondrest Ansprüche in Bezug auf die Verwendung desselben abzuleiten.

II.

Wir haben diese Schlüsse auf den Vertrag gegründet, weil wir der Meinung sind, dass die unzweideutigen Bestimmungen desselben hier allein in Betracht zu fallen haben und zwar selbst auf den Fall, dass es erweislich wäre, es habe bei den vorangehenden Unterhandlungen unter den Contrahenten eine andere Ansicht bestanden. Die Prüfung der den beiden Vertragsabschlüssen vorangehenden Protokolle ergibt aber die Thatsache, dass über die in Erörterung liegende Frage nie eine andere als die in die Verträge niedergelegte Ansicht bestanden hat.

Wir beginnen zunächst mit dem Protokoll der 9. Conferenzsitzung vom 7. Oktober 1869⁸, aus welchem sich ergeben soll, dass «die Subventionssumme Nichts anderes sei, als ein auf Grund des Voranschlages über die Höhe der Baukosten und des Reinertrages des Unternehmens ermittelter Zuschuss zu dem zu verwendenden Privat- resp. Gesellschaftskapital.»

[...] ⁹.

III.

Wenn der Bundesrat nach den vorhergehenden Abschnitten eine vertragliche Pflicht nicht anerkennen kann, über den Bestand und die Verwendung eines Baufondrestes der Gotthardgesellschaft sich auszuweisen, so erklärt er sich anderseits aus freien Stücken zu jeder Auskunft an die beiden Subventionsstaaten gerne bereit, wie er dieselbe auch schon in seiner Note an die deutsche Reichsregierung d.d. 29. Mai 1884¹⁰ in einlässlicher Weise erteilt hat.

A. Es liegt uns in erster Linie daran, den Nachweis zu leisten, dass die Anlage der gesamten Bahn und darum auch der Hauptlinie Immensee-Pino vollkommen dem Projecte entspricht, welches die drei Subventionsstaaten im Jahre 1879 der Genehmigung des Finanzausweises zu Grunde gelegt haben.

[...] ¹¹.

8. K I/489/1.

9. *Es folgt die angekündigte rechtliche Argumentation. Insbesondere wird dabei auf den Annex zum Protokoll der Konferenz vom 6. 10. 1869 (Section politique, premier rapport) verwiesen, wo es heisst: [...] que les subventions soient données à fonds perdus dans le sens le plus strict du mot [...] (K I/489/1).*

10. E 1001 (E) q 1/143, Nr. 2564 A.

11. *Es folgt die Beweisführung darüber, dass die Bauten gemäss den von der Schweiz anlässlich der Prüfung des Finanzausweises der Gotthardbahngesellschaft (Konferenz von Bern vom April 1879, vgl. E 53/203) vorgelegten Plänen und Kostenvoranschlägen ausgeführt worden sind und daher die Erstellung des zweiten Geleises weder grosse technische noch finanzielle Probleme aufwerfen werde.*

B. Wir gehen nun zu dem Nachweise über, was die Verwaltung seit Eröffnung des Betriebes gethan hat, um sowol die Sicherheit als die Leistungsfähigkeit der Bahn zu erhöhen.

[...]¹².

Gemäss den Vorschriften der Verträge und namentlich der Art. 5 und 6 des Hauptvertrages liegt dem Bundesrat die Sorge für Einrichtung eines gehörigen Betriebsdienstes und die Sicherstellung desselben gegen jede Unterbrechung als eine allgemeine Verpflichtung ob, aber die Art und Weise, wie er sich derselben zu entledigen und welche Mittel er dafür zu sichern habe ist seiner eigenen Entschliessung anheimgegeben und es geschieht daher auch keineswegs in der Meinung, einer Verbindlichkeit zu genügen, wenn er erklärt, die nötigen Anordnungen dafür treffen zu wollen, dass der Unterhalt, die Ergänzung und Verbesserung der bestehenden Einrichtungen im Sinne der obigen Auseinandersetzung ins Werk gesetzt und die dazu vorhandenen Geldmittel im angegebenen Umfange zu diesem Zwecke verwendet und reservirt werden.

Nach der obigen Rechnung wird eine Summe von fs. 4 700 000 überschossen und ist vorausgesetzt, dass die Legung des zweiten Geleises für die nächste Zukunft nicht in Aussicht genommen ist. Die Rechtfertigung liegt in beiden Punkten nahe. Wir haben schon früher erwähnt, dass das zweite Geleise einen wesentlich höhern Betrag in Anspruch nehmen wird, als der eben genannte und fügen hier noch bei, dass für diese der Gesellschaft obliegende Bauverpflichtung nicht bloss die von ihr geleistete Caution, sondern ihr ganzes Vermögen haftet, so dass gemäss der hierseitigen Gesetzgebung (Art. 28 des Gesetzes vom 23. Dezember 1872)¹³, «die Concession als verwirkt erklärt und die Bahn sammt den Transportmitteln und allem Zugehör für Rechnung der Gesellschaft versteigert werden kann», wenn die Gesellschaft die ihr in Bezug auf den Bau und Betrieb der Bahn obliegenden Verpflichtungen nicht erfüllt. Eine solche Massregel wird aber nie nöthig werden, weil dem Bedürfniss des zweiten Geleises der Natur der Sache nach eine wesentliche Einnahmensvermehrung vorausgehen wird. Jedenfalls sind in der angegebenen Weise die wirksamsten Mittel immer bei der Hand, um im Falle des Bedürfnisses die Gesellschaft zur Erstellung des zweiten Geleises zu verhalten und es liesse sich daher in keiner Weise rechtfertigen, die Erstellung auch vor eingetretenem Bedürfniss nur darum zu verlangen, weil die Gesellschaft sich im Besitze verfügbarer Geldmittel befindet.

Wir wünschen lebhaft, dass das zweite Geleise bald nothwendig werde, aber dürfen uns deshalb der Überzeugung nicht verschliessen, dass das Eine vorhandene dem Bedürfnisse zur Zeit noch in vollem Masse genügt.

Auch wir sind der Meinung, dass es den Absichten der Staatsverträge zuwider laufen würde, wenn der Ausbau der Linie verschoben werden sollte bis die Bewältigung des Verkehrs auf dem vorhandenen Geleise bereits Schwierigkeiten bietet, halten aber dafür, dass dieser kritische Moment noch nicht eingetreten ist und leider noch in ziemliche Ferne gerückt scheint.

[...]¹⁴.

Mittelst einer Anlage von circa 1,6 Millionen könnte also die Bahn, wenn es sich ereignen sollte, dass der Güterverkehr um mehr als das Doppelte des gegenwärtig vorhandenen anwachsen würde, auf eine Leistungsfähigkeit gebracht werden, welche derjenigen einer Doppelspurbahn wenig nachstehen würde. Ein Blick auf den daherigen graphischen Fahrplan, welcher 10 Personen- und 55 bergwärts fahrende Güterzüge aufweist, lässt erkennen, dass auch auf doppelspurigen Bahnen ein grösserer Zugsverkehr selten bewältigt wird.

Eine derartige Mehrausgabe könnte in einem Zeitpunkte, in welchem die Unternehmung zu

12. *Es folgen entsprechende Ausführungen und Kostenbilanzen.*

13. AS 1872–1874, XI, S. 478–492.

14. *Es folgen technische Angaben über die Transportkapazität der Gotthardbahn und deren Relation zum prognostizierten Transportvolumen. Der Bundesrat gelangt dabei u.a. zum Schluss: [...]Hieraus geht hervor, dass abgesehen von etwa entstehenden Konkurrenzbahnen es voraussichtlich noch einige Jahre dauern wird, bis der Verkehr nur um die Hälfte desjenigen wird zugenommen haben, was die einspurige Bahn noch wird leisten können. In jenem Zeitpunkte erst werden die Verhältnisse sich so gestalten, dass an eine theilweise Ausführung der zweiten Spur oder anderer baulicher Vorkehrungen zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Bahn mit Recht wird gedacht werden müssen. [...].*

einem so gewaltigen Aufschwunge gelangt sein wird, derselben keine Verlegenheit bieten, so wenig wie die Beschaffung des dadurch bedingten weitem Materiales für die Zugkraft.

Es liegt deshalb sowol aus diesem Grunde, sowie auf die Erwägung gestützt, dass eine solche Verkehrszunahme nicht plötzlich eintreten kann, sondern im günstigsten Falle nach mehreren Jahren, eine Veranlassung nicht vor, heute schon für solche eventuell und in unbestimmter Zeit eintretenden und dann auch nicht unverhältnismässig grossen Bedürfnisse zu sorgen.

Endlich dürfte diese Untersuchung nachgewiesen haben, dass es durchaus unzweckmässig und unwirtschaftlich wäre, heute die weitere Durchführung der Doppelspur zu urgiren, da dadurch zwecklos grosse Kapitalien immobilisirt würden, während durch viel einfachere und wenig kostspielige Mittel die Leistungsfähigkeit der Einspurbahn in jedem beliebigen Zeitpunkte ohne Störung des Betriebs in einem Masse erhöht werden kann, welches jedem denkbaren Bedürfnisse genügt und demjenigen stark frequentirter Doppelspurbahnen gleichkommt.

Über die Verwendung der Zinsen des Baufondrestes haben wir uns nach dem schon früher Gesagten nicht weiter auszusprechen, da hier dieselben Grundsätze wie bei dem Kapital in Betracht kommen, über welches die internationalen Verträge den Subventionsstaaten ein Verfügungsrecht nicht vorbehalten haben.

Wenn von Seite des Bundesrates das Verwendungsrecht der Gesellschaft über diese Zinse gleichwohl eingeschränkt wurde, so liegt darin nicht die Erfüllung einer Pflicht der Schweiz gegen die Subventionsstaaten, sondern der Gebrauch eines von den Verträgen unabhängigen Rechtes, das dem Bundesrate kraft der schweizerischen Gesetzgebung und besonderer Rechtsverhältnisse gegenüber der Gotthardbahn zusteht.

Wir erachten es überhaupt als unsere Pflicht, genau zwischen den Rechten und Verbindlichkeiten zu unterscheiden, welche den Vertretern unserer Interessen in dem Verwaltungsrate der Gesellschaft, dem Bundesrate als Bundesbehörde und der Schweiz als Subventionsstaat zukommen.

286

E 2200 Wien 1/100

*Der Vorsteher des Handels- und Landwirtschaftsdepartements, N. Droz,
an den schweizerischen Gesandten in Wien, A. O. Aepli*

S

Bern, 27. März 1885

Wir bestätigen Ihnen den Empfang Ihres geschätzten Berichts vom 21. ds.¹ über die Unterredung mit dem Chef der 1. Sektion im oesterreichischen Ministerium des Aeussern betreffend die, die Schweiz berührenden *Zollerhöhungen* und danken Ihnen wärmstens für Ihre angelegentlichen Bemühungen in dieser Angelegenheit.

Ihre Nachrichten scheinen die Vermuthung durchaus zu bestätigen, dass in den massgebenden Kreisen eine Schädigung des schweiz. Exportes zu Gunsten der oesterreichischen Industrie *gewünscht* werde und dass der Vorwand, französische und deutsche Zollerhöhungen zu erwidern, benützt worden sei, um eine neue, möglichst ausgedehnte Verschärfung des gegenseitigen Zolltarifs *überhaupt* durchzuführen.²

1. Nicht abgedruckt.

2. Vgl. Nr. 292.

Unter diesen Umständen glauben wir von einem offiziellen Eingreifen in den Lauf der oesterreichischen Zolltarifvorlage nicht die Wirkung erwarten zu dürfen, welche dadurch vielleicht erzielt werden könnte, wenn es sich wirklich nur um Repressalien gegen Frankreich und Deutschland handelte. Da eine solche Beschränkung nicht beabsichtigt wird, glauben wir, dass von weiteren Schritten im bisherigen Sinne vor derhand abgesehen werden könne. Wir haben bereits in unserm vorletzten Schreiben³ hervorgehoben, dass die Stimmung gewisser Interessentenkreise in der Schweiz ohnehin auf eine Kündigung des oesterreichisch-schweizerischen Handelsvertrages drängt und dass im Hinblick darauf die Veranstaltung einer Enquête⁴ über den Handelsverkehr zwischen der Schweiz und Oesterreich-Ungarn in nahe Aussicht genommen ist; wahrscheinlich wird die Anhandnahme dieser Untersuchungen in Folge der neuen oesterreichischen Tarifoperationen beschleunigt werden. Wir bitten Sie jedoch, diese Bemerkung als konfidentiell betrachten zu wollen, da es immerhin fraglich ist, ob man zu dem Resultate gelangen werde, dass die Kündigung des Vertrages opportun wäre. Einstweilen sind zu einer einigermaßen zuverlässigen Schätzung unseres Exportes nach Oesterreich-Ungarn wenig sichere Anhaltspunkte vorhanden. Die amtliche oesterreichische Zollstatistik, von welcher Sie uns in dankenswerther Weise ein Exemplar übermittelt haben⁵, unterscheidet gleich der bisherigen, schweizerischen Statistik, nur die Grenzstrecken des Waareneingangs, nicht die wirklichen Herkunftsländer, so dass sie für den angedeuteten Zweck nicht verwendbar ist. Eine bessere Orientirung wird die neue schweizerische Handelsstatistik gestatten, wenn einmal die Ergebnisse des Jahres 1885, oder wenigstens des ersten Halbjahres, vorliegen werden. Einstweilen hat die schweiz. Zollverwaltung versuchsweise den Verkehr der hauptsächlichsten Artikel im Monat Januar veröffentlicht, und da in dieser Publikation die Bestimmungsländer der Ausfuhr, sowie auch die Werthdeklarationssummen bereits angegeben sind, gestattet sie wenigstens einen provisorischen, interessanten Einblick in unsere Exportbeziehungen zu Oesterreich, wobei zwar stets im Auge zu behalten ist, dass nicht alle Artikel aufgeführt sind; dass es sich ferner nur um einen Monat handelt und dass in den angegebenen Quantitäten vielleicht Waaren inbegriffen sind, die zwar nach Oesterreich, speziell nach Wien, fest verkauft wurden, von hier aus aber nach den angrenzenden Donauländern verhandelt und nicht im Reiche selbst konsumirt werden; auch mag die Contrebande sich auf diesen und jenen Artikel kostbarer Natur erstrecken.

Wir übermitteln Ihnen in besonderer Verpackung ein Exemplar dieser Publikation. Zu Ihrer leichtern Orientirung über den Verkehr mit Oesterreich haben wir beiliegenden Auszug⁶ anfertigen lassen.

Das Total der Deklarationssummen, welche in dieser Monatstabelle für den Export nach Oesterreich-Ungarn angegeben sind, ergiebt 1.901,383 fs., was, mit 12

3. *Nicht ermittelt.*

4. *Vgl. den Bericht des Vororts des Schweizerischen Handels- & Industrie-Vereins über die Wirkungen des Handelsvertrags zwischen der Schweiz und Oesterreich-Ungarn vom 1868. Bern 1886 und das Résumé der Gutachten des Schweizerischen Handels- und Industrievereins und des Schweizerischen Gewerbevereins. Bern 1888 (E 13 (B)/236).*

5. *Nicht ermittelt.*

6. *Vgl. die abgedruckten Tabellen und die Übersicht der Ein- und Ausfuhr der wichtigsten Waarenartikel im 1. Quartal 1885. Herausgegeben vom Schweizerischen Zolldepartement, Bern (E 2200 Wien 1/96 und E 13 (B)/236).*

multipliziert, einem Jahresexport von rund 23 *Millionen* Franken entsprechen würde. Vermuthlich wird der wirkliche Gesamtexport im Jahre 1885 bedeutend grösser sein. Aber auch wenn er das Doppelte betragen sollte, stünde er unserm Export nach Deutschland, der im Jahr 1883 nach der deutschen Statistik 229 Millionen Franken betrug, und demjenigen nach Frankreich, der sich im gleichen Jahre auf 123 Millionen Franken belief, bedeutend nach. Andererseits kommt, was die Schweiz allein an Getreide, Mehl, Zucker, Wein und Weingeist von Oesterreich bezieht, annähernd dem Betrag von 30 Millionen Franken gleich, ist also möglicherweise gleichbedeutend mit dem Betrag der gesammten schweizerischen Ausfuhr nach diesem Lande.

Diejenigen schweizerischen Artikel, welche durch die Zollerhöhung am meisten berührt erscheinen, sind Chokolade, Baumwollgarn, Baumwollgewebe, Stickereien, Kammgarn, seidene und halbseidene Stoffe und Bänder, Uhren und Musikdosen. Im Januar 1885 wurden von diesen Artikeln folgende Quantitäten nach Oesterreich ausgeführt:

Artikel	Januar 1885		Ganzes Jahr 1885 (Multipl. mit 12) Werth in Fr.	Oester- reich Gesamt- einfuhr 1884 q.	Schweiz Gesamt- ausfuhr 1884 q.	Zoll	
	Quant q.	Werth Fr.				Jetziger Fl.	Projek- tirter Fl.
Chokolade	37	16,037	192,000	827	5,320	50	60
Baumwollgarn, einfaches, rohes	790	231,350	2,776,000	130,439	73,758	6—30	6—60
anderes	40	19,569	235,000				
Baumwollgewebe, roh	125	29,645	355,000	15,819	30,821	32—160	34—160
gebleicht	11	6,580	79,000				
buntgewoben	39	18,870	226,000				
gefärbt	65	35,173	422,000				
bedruckt	208	174,275	2,091,000				
Baumwollene Plattstichgewebe	1	4,531	54,000	287	39,768	200	250
Stickereien	11	45,405	544,000				
Kammgarn	32	30,771	369,000	49,418	11,298		
Seiden-Stoffe	18	179,720	2,156,000	988	36,684	400	500
Seiden-Bänder	3	17,425	208,000				
Halbseidene Stoffe	1	4,602	52,000	1,106	}	200	250
Halbseidene Bänder	3	5,950	70,000	389			
Wand- und Taschenuhren und Musikdosen	Stück 14,563	353,190	4,238,000	485 (q)	1,844	50	75

Nach dieser Zusammenstellung wäre Oesterreich für keinen dieser Artikel ein Hauptabnehmer; nichtsdestoweniger aber immerhin ein bedeutender Konsument für einfaches, rohes Baumwollgarn, bedruckte Baumwollgewebe, Seidenstoffe, wovon indessen die glatten durch den oesterreichisch-italienischen Konventionallzolltarif bis Ende 1887 noch gegen eine Erhöhung des Zolles geschützt sind, und für

Uhren. Was die bedruckten, gefärbten und buntgewobenen Baumwollgewebe anbelangt, so dürften dieselben zu einem ansehnlichen Theil von Wiener Handelshäusern nach den umliegenden Gebieten weiter verhandelt werden.

Mit Bezug auf die Frage, ob die genannten Artikel vorwiegend von Deutschland und Frankreich her in Oesterreich eingeführt werden, ergibt sich aus der amtlichen Statistik dieser Länder folgende Zusammenstellung:

<i>Ausfuhr nach Oesterreich aus:</i>	<i>Frankreich</i>	<i>Deutschland</i>	<i>Schweiz</i>
	1883	1883	1883
			Ausfuhr v. Januar mit 12 multipliziert
Chokolade	5 q	42 q	444 q
Baumwollgarn	—	10,191 q	9,960 q
Baumwollgewebe	—	7,646 q	5,388 q
Baumwollstickereien	20 q	116 q	132 q
		incl. Spitzen	
Wollgarn	—	13,764 q	384 q
			Kammgarn
Seidene & halbseidene Gewebe & Bänder	433 q	1,139 q	300 q
	excl. 3,309 Spitzen		
Taschenuhren	—	4 q	4,299,828 fs.
Andere Uhren, Musikdosen & Spielwerke	91 q	1,639 q	27 q

Es scheint hiernach, dass Deutschland jedenfalls hinsichtlich der Baumwollgewebe, der Seidengewebe und des Wollgarns von den oesterreichischen Zöllen stärker berührt wird als die Schweiz. Die oesterreichische Einfuhr von *Stickereien* ist überhaupt nicht sehr bedeutend im Vergleich zur schweizerischen Gesamtausfuhr von ungefähr 40,000 q., selbst wenn in Folge der Ermittlungen des Kaufmännischen Direktoriums in St. Gallen⁷ angenommen wird, dass die oesterreichischen Bezüge nicht nur 130 q., sondern 400 q. jährlich betragen; der oesterreichische Bedarf an den gangbarsten Artikeln der Stickerei wird zum grössten Theil jetzt schon von den Händen und Maschinen geliefert, die im Vorarlberg für eigene oder für Rechnung von St. Gallerhäusern beschäftigt sind. Was die Uhren betrifft, so wird Niemand daran zweifeln dass sie, abgesehen von Pendeluhrn, in wesentlichem Masse *nur* die Schweiz interessiren und die Thatsache, dass sich nicht nur diese letzteren, sondern auch die spezifisch schweizerischen Artikel Taschenuhren und Musikdosen unter den Positionen befinden, die erhöht werden sollen, und zwar um 50 %, lässt zur Genüge ersehen, dass man in den massgebenden Kreisen Oesterreichs die Schweiz keineswegs ausser Spiel zu lassen beabsichtigt, wie es ja überdiess auch im Motivenbericht⁸ betreffend Stickereien offen ausgesprochen wird.

7. Vgl. das Schreiben des Kaufmännischen Direktoriums in St. Gallen an Aepli vom 20. 3. 1885 (E 2200 Wien 1/100).

8. Vgl. die Regierungsvorlage: Gesetz vom ... betreffend Abänderungen des Gesetzes vom 25. Mai 1882, betreffend den allgemeinen Zolltarif des oesterreichisch-ungarischen Zollgebietes (R[eichs] G[esetz] Bl[att] Nr. 47) und den dazugehörigen Einfuhrzolltarif (E 2200 Wien 1/100).

Der Hauptpunkt der schweizerisch-oesterreichischen Verkehrsbedingungen liegt übrigens offenbar nicht in den berührten Zollerhöhungen, die unabwendbar erscheinen, aber keine geradezu vitalen Interessen der Schweiz verletzen, sondern im *Veredlungsverkehr*. Die Forterhaltung der bis jetzt noch vertraglich garantirten, zollfreien Stickereiveredlung etc. ist trotz der Gegenagitationen der rheinthalischen Stickerkreise das wichtigste, schweizerische Interesse, das bei einer allfälligen Vertragserneuerung mit Oesterreich zu wahren sein wird. Die schweizerischen Zeugdruckindustriellen dringen ausserdem darauf, dass von Oesterreich auch das Zugeständniss des zollfreien *Druckerei-* und *Färberei-*Verkehrs gemacht werde. Dieselben werden im abweisenden Falle sich wahrscheinlich der Erneuerung eines Vertragsverhältnisses widersetzen, wie man zweifelsohne auch in den weiterblickenderen Kreisen der Stickereiindustrie jeden Vertrag, der nicht wenigstens die Garantie des *bisherigen* Veredlungsverkehrs in sich schliesse, für verwerflich hielte.

Wir ersuchen Sie indessen, Herr Minister, die Frage einer Kündigung des schweizerisch-oesterreichischen Vertrags und die darauf bezüglichen Verhältnisse einstweilen noch in keiner Weise zur Sprache bringen und auch die hierseits waltende Absicht der Veranstaltung eingehenderer Voruntersuchungen vorderhand geheim halten zu wollen, damit uns noch vollständige Aktionsfreiheit in dieser oder jener Richtung gewahrt bleibt.

287

E 21/14093

*Antrag des Vorstehers des Justiz- und Polizeidepartements, L. Ruchonnet,
an den Bundesrat*

Bern, 14. April 1885

Nach Einsicht der Note der Kais. deutschen Gesandtschaft vom 10. d. Mts.¹ betr. die vertrauliche Mittheilung von Materialien zur Benutzung der hierseitigen Untersuchung gegen die Anarchisten, stellen wir den

Antrag:

Es sei diese Note wie folgt zu beantworten:

An die Kais. deutsche Gesandtschaft.

Der schweizerische Bundesrath hat von der vertraulichen Note Sr. Excellenz des Herrn von Bülow, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers des deutschen Reiches, datirt 10. d. Mts. Kenntniss erhalten und daraus das freundliche Anerbieten der hohen Kaiserlichen Regierung zur Mittheilung von Thatsachen entnommen, welche für die Förderung des obschwebenden Untersuchungsverfahrens, sowie für die Beurtheilung der anarchistischen Bewegung im Allgemeinen von Werth sein würden.

1. *Nicht abgedruckt.*

Der schweiz. Bundesrath hat auch seinerseits die Thatsache nicht übersehen können, dass die in der Schweiz sich aufhaltenden deutschen Anarchisten fortwährend in regem Verkehr stehen mit ihren Gesinnungsgenossen in andern Staaten, und ist mit der Kais. Regierung einverstanden, dass die Unterdrückung der aus diesen Kreisen hervorgegangenen Umsturzbewegung im allgemeinen Interesse liegt.

Dieses Bestreben mag in der That durch gegenseitige vertrauliche Mittheilungen über die Resultate der Ermittlungen sehr gefördert werden. Er ist daher gerne bereit, solche vertrauliche Mittheilungen, die den Kais. deutschen Behörden zur Verfügung stehen und die ohne Zweifel für die hiesige Untersuchung von Werth sein mögen, durch das Organ eines mit dieser Untersuchung vertrauten Beamten entgegenzunehmen und bezeichnet hiefür schon jetzt den eidg. Generalanwalt Herrn Nationalrath Müller in Bern. Herr Müller würde bereit sein, zu der persönlichen Besprechung mit dem noch zu bezeichnenden sach- und personenkundigen deutschen Polizeibeamten an einem Orte sich einzufinden, dessen Bezeichnung den beiden Herren Delegirten überlassen bleiben dürfte.

Indem der schweiz. Bundesrath einer gefälligen Rückäusserung mit Benennung des deutschen Delegirten entgegenseht, benutzt er etc.²

2. Der Antrag wurde durch Präsidialverfügung vom 14. 4. 1885 genehmigt (E 1004 1/141, Nr. 1678).

288

E 1004 1/141

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 24. April 1885

1823. Einberufung einer diplomatischen internationalen Konferenz zur Feststellung und Unterzeichnung eines Übereinkommens zum Schutze der Urheberrechte

Handels- und Landwirtschaftsdepartement. Anträge vom 17. und 23. April 1885

Auf die Einladung des Bundesrates an die Auswärtigen Statsregierungen vom 17. Oktober 1884¹, ihre allfälligen Abänderungsvorschläge zu dem am 18. Sept. 1884 vereinbarten Entwurf² einer *internationalen Übereinkunft zum Schutze der Urheberrechte* bis 1. April d. J. einzureichen, sind in letzter Stunde von Frankreich und Belgien Eingaben³ eingegangen.

Nach Antrag des Departements und in Genehmigung des vorgelegten Notentwurfes wird *beschlossen*:

Die nachgenannten Regierungen seien unter Mitteilung der Antworten der französischen und belgischen Regierungen einzuladen, sich bei einer am 7. September

1. Vgl. das BR-Prot. vom 17. 10. 1884 (E 1004 1/139, Nr. 4832).

2. E 22/2378.

3. *Ibid.*

nächsthin, Vormittags 10 Uhr, in Bern stattfindenden internationalen diplomatischen Konferenz, an welcher der am 17. Oktober 1884 von der ersten Konferenz vereinbarte Entwurf einer internationalen Übereinkunft zum Schutze der Urheberrechte definitiv festgestellt und unterzeichnet werden soll, vertreten zu lassen.⁴

An die Ministerien der Auswärtigen Angelegenheiten folgender Staaten:

Amerika, Vereinigte Staaten von, (durch die Vermittlung der schweiz. Gesandtschaft in Washington); Argentinien (Konsulat in Buenos-Aires); Belgien (Konsulat in Brüssel); Bolivia; Brasilien (Generalkonsulat in Rio de Janeiro); Bulgarien; Chile (Konsulat in Valparaiso); China; Columbia, Vereinigte Staaten (Konsulat in Panama); Costa Rica; Dänemark; Deutschland (Gesandtschaft in Berlin); Egypten; Equador; Frankreich (Gesandtschaft in Paris); Griechenland; Grossbritannien (Generalkonsulat in London); Guatemala; Haïti; Honduras; Italien (Gesandtschaft in Rom); Japan (Generalkonsulat in Yokohama); Liberia; Luxemburg; Mexiko (Generalkonsulat in Mexiko); Montenegro; Nicaragua; Niederlande (Konsulat in Amsterdam); Österreich-Ungarn (Gesandtschaft in Wien); Paraguay; Persien; Peru (Konsulat in Lima); Portugal (Generalkonsulat in Lissabon); Rumänien (Generalkonsulat in Bukarest); Russland (Generalkonsulat in St. Petersburg); Salvador; San Domingo; Schweden und Norwegen (Konsulat in Christiania); Serbien; Spanien (Generalkonsulat in Madrid); Transvaal; Türkei; Uruguay (Konsulat in Motevideo); Venezuela.

4. Diese zweite Konferenz, die vom 7. bis zum 18. 9. 1885 dauerte, endete mit der Unterzeichnung eines Vertragsentwurfes durch Deutschland, England, Frankreich, Spanien, Italien, Schweden und Norwegen, Haïti, Honduras, Tunis, die Niederlande und die Schweiz. Vgl. das BR-Prot. vom 22. 9. 1885 (E 1004 1/142, Nr. 4358).

289

E 1004 1/141

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 5. Mai 1885¹

2024. Anarchisten

Justiz- und Polizeidepartement. Antrag vom 4. Mai 1885

Das Justiz- und Polizeidepartement legt seinen Bericht über die vom deutschen Reichskanzler, Fürst Bismark, durch das Organ der deutschen Gesandtschaft dahier in der *Anarchistenangelegenheit* gemachten Kundgebung vor.²

Derselbe bespricht folgende drei Punkte der letztern:

1. Der deutsche Kanzler halte dafür, dass bei gerichtlichen Untersuchungen in der Anarchistensache nicht viel herauskomme; es müsse das Hauptgewicht auf die polizeiliche Aktion gelegt werden.

1. Abwesend: Welti.

2. Vgl. das BR-Prot. vom 10. 4. 1885 (E 1004 1/141, Nr. 1591).

Das Departement bemerkt hierauf, dass man auch hierseits diese Anschauung teile, dass der Bundesrat aber nichtsdestoweniger triftige Gründe gehabt habe, um bezüglich der verbrecherischen Handlungen, deren die Anarchisten bezichtigt wurden, eine gerichtliche Untersuchung einzuleiten, obwohl er sich über deren Ausgang keine zu grossen Erwartungen gemacht habe.

2. Fürst Bismark lenkt die Aufmerksamkeit des Bundesrates auf die Presse und bezeichnet als eines der gefährlichsten Blätter nicht nur die Most'sche «Freiheit», sondern ebensosehr den «Sozialdemokrat» und andere ähnliche Blätter.

Das Departement würde es als den hauptsächlichsten Erfolg der gegenwärtigen Untersuchung ansehen, wenn die «Freiheit», ein Organ, welches auch auf die schweizerische Bevölkerung einen sehr unheilvollen Einfluss ausübe, aus der Schweiz entfernt würde.

Gegen den «Sozialdemokrat» einzuschreiten habe man, da die Pressfreiheit durch die Bundesverfassung gewährleistet sei, bis anhin keine Veranlassung gehabt.

3. Gegenüber dem Vorwurf, die Schweiz sei das Land, welches die Anarchisten immer noch vorzugsweise aufsuchen und wo die verbrecherischen Anschläge und Taten der letzten Zeit ihre Vorbereitung gefunden haben, wird vom Departement angebracht:

Stellmacher, Kammerer, Kumitsch und Reinsdorf haben allerdings, wie die Mehrzahl deutscher Handwerksburschen, ihre Tour durch die Schweiz gemacht und haben sich kurz vor Begehung ihrer Verbrechen daselbst aufgehalten, aber dieselben haben sich auch in Deutschland und Österreich aufgehalten, haben dort ihre Verbrechen vorbereitet und ausgeführt und dort ihre Helfershelfer gefunden. Alle seien Deutsche oder Österreicher. Die deutsche Polizei, welche vom Niederwald-Komplott, das ganz auf deutschem Gebiete geplant und vorbereitet worden, keine Ahnung gehabt, habe keine Veranlassung, sich über das zu beklagen, was in Nachbarländern vorgehe.

Dem Departement erscheint die Mitteilung der Gesandtschaft als zwecklos und unnütz. Es hält dafür, dass auf dieselbe keine Antwort zu erteilen sei, und *beantragt* daher:

Es sei die Mitteilung der deutschen Gesandtschaft lediglich ad acta zu legen.

Für den Fall, dass die Gesandtschaft vom Herrn Bundespräsidenten eine Antwort verlangen sollte, sei letzterer zu ermächtigen, der Gesandtschaft zu sagen, dass der Bericht des eidgenössischen Generalanwaltes³ über die gegen die Anarchisten eröffnete Untersuchung, welche bald zum Abschluss gelangen werde, die genauesten Aufschlüsse erteilen, und dass die Kanzlei denselben der Gesandtschaft auf deren Wunsch mitteilen werde.

Dieser Antrag wird zum Beschluss erhoben mit der Erweiterung, dass das Tit. Präsidium auch auf den sachbezüglichen Teil des Geschäftsberichtes des Justiz- und Polizeidepartements pro 1884⁴ verweisen könne.

3. BBI 1885, 3, S. 537–721.

4. BBI 1885, 2, S. 724–728.

J.I.129 1971/116

*Der Vorsteher des Handels- und Landwirtschaftsdepartements, N. Droz,
an den Bundesrat*

B Maschinenschrift

Bern, 26. Mai 1885

REVISION DER BUNDESVERFASSUNG
AUSWANDERUNGS- & KOLONISATIONSWESEN. ART. 34

Mit Schlussnahme des Bundesrates vom 25. November 1884¹ ist dem unterzeichneten Departement (Abteilung II) die Motion des Herrn Nationalrat Vögelin² zur Behandlung überwiesen worden, welche dahin zielt, es sollte der Art. 34 der Bundesverfassung³ im Sinne einer «direkten legislatorischen und materiellen Beteiligung des Bundes beim Auswanderungs- & Kolonialwesen» revidiert werden.

Das unterzeichnete Departement hat die Frage geprüft, soweit die ungemein vage und etwas dunkle Fassung der Motion es gestattete, und ist dabei zu dem Schlusse gekommen, dass ihm eine Revision des Art. 34 der Bundesverfassung keineswegs angezeigt erscheint. Der Grundsatz, an dem die Bundesbehörde von jeher festgehalten, nicht an Vorkehrungen Teil zu nehmen, welche die Auswanderung hervorrufen, sondern sich darauf zu beschränken, diejenigen Statsangehörigen, die Willens sind, auszuwandern, oder die wirklich auswandern, bestmöglich zu schützen, sollte nach dem Dafürhalten des Departements nicht aufgegeben werden. Mit der Beteiligung an Kolonisationsunternehmungen würde der Bund eine Verantwortlichkeit übernehmen, der er unter Umständen absolut nicht gerecht werden könnte. Darüber sind alle Nationalökonomien einig, dass, um zu kolonisieren, ein Stat ein Küstenland sein und also auch eine Flotte haben muss. Ohne eine solche wird eine Kolonie früher oder später sich dem Einfluss des Mutterlandes vollständig entziehen. Dass durch Anlegen von Kolonien der Handel und die Industrie des Mutterlandes belebt werden, hat sich fast immer als Illusion erwiesen; der Handel ist kosmopolitisch und kauft und verkauft, wo ihm das Absatz- resp. das Bezugsgebiet am günstigsten zu sein scheint und keineswegs aus patriotischen Motiven.

Dass die Auswanderung für die Schweiz eine Notwendigkeit geworden, welcher Gedanke einer Motion des verstorbenen Herrn Nationalrat Philippin zu Grunde liegt, ist keineswegs erwiesen.⁴ So bedeutend sie in den letzten Jahren gestiegen, den Charakter einer Massenauswanderung hat sie durchaus nicht angenommen; ihre Ursache ist deshalb nicht ein allgemeiner Notstand, vielmehr sind die Gründe, aus denen die Auswanderer unser Land verlassen, höchst mannigfaltiger Natur. Dass die Erwerbsverhältnisse zur Auswanderung zwingen, scheint auch schon darum nicht richtig zu sein, weil — ein Umstand, der vielfach unbeachtet geblieben ist — wir eine ganz bedeutende Einwanderung haben. Der Bericht des eidg. statistischen Bureau

1. E 1004 1/139, Nr. 5469.

2. Vgl. *das Protokoll des Nationalrats* (E 1001 (C) d 1/86, Nrn. 1024 und 1027).

3. AS 1874—1875, 1, S. 12.

4. Vgl. *den Auszug aus den Berichten der Kantone* (E 7175 (A) 1/2).

über die Ergebnisse der eidg. Volkszählung vom Dezember 1880⁵ spricht sich über diesen Punkt folgendermassen aus.:

«Wir müssen aber, mit unsern bevölkerungsstatistischen Ergebnissen in der Hand, noch auf eine andere Gefahr aufmerksam machen, welche uns selbst dann bedroht, wenn wir auch nur in bisheriger Weise die Auswanderung gewähren lassen, d.h. den Übeln nicht abzuhelfen suchen, welche zu Vermehrung der Auswanderung führen. Wir zählten im Jahr 1850 in der Schweiz 2,321,170 Schweizerbürger, im Jahr 1880 dagegen 2,635,067, d.h. etwa 1/8 mehr. Wir zählten aber im Jahr 1850 in der Schweiz 71,570 Ausländer, im Jahr 1880 dagegen 211,035, d.h. fast die dreifache Zahl! Einzig im letzten Jahrzehnt hat sich die normale ausländische Bevölkerung in der Schweiz durch grosse Geburtenüberschüsse und zahlreichen Zuzug von aussen (die vielen unterdessen eingebürgerten Ausländer nicht einmal gerechnet) um 70,000 vermehrt, ungefähr ebenso viele, als unterdessen Schweizer ausgewandert sind. Jeder auswandernde Schweizer ist durch einen Ausländer ersetzt worden. Diese in geometrischer Progression sich vollziehende Zunahme der Fremden, deren Zahl jährlich 1,0352 mal stärker wird, während diejenige der Schweizerbürger nur 1,0044 mal, ladet uns ein zu dem Rechenexempel: wann würde – die Fortdauer dieser Vermehrungskoeffizienten vorausgesetzt – die Zahl der Ausländer in der Schweiz die Zahl der Bürger in derselben erreichen? Antwort: im Jahr 1963! Wir halten nun zwar eine anhaltende Vermehrung der Fremden in der Schweiz in diesem Massstabe als unwahrscheinlich; aber das wäre doch möglich, dass in einzelnen Kantonen der Schweiz mit der Zeit die Einwohner deutscher oder italienischer Herkunft zur Mehrheit gelangen könnten und dass alsdann, wenn diese noch immer zum grössern Teil von der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten ausgeschlossen, mit derselben aber unzufrieden wären, daraus ernste Schwierigkeiten entstehen könnten, wie wir sie in andern Ländern von gemischter Bevölkerung schon jetzt beobachten können.

Es kann natürlich heutzutage nicht die Rede davon sein, durch Zwang die auswanderungslustigen Schweizer zurück-, die einwanderungslustigen Fremden fernzuhalten. Aber die Frage müssen wir uns stellen, woher es komme, dass so viele Schweizer aus Mangel an lukrativer Arbeit (so behauptet man) wegziehen, während eine fast gleiche Zahl von Ausländern Arbeit und guten Verdienst bei uns findet? Wir werden in einer spätern Publikation Gelegenheit finden, auf die grosse Zahl nicht bloß von Erdarbeitern und Dienstboten, sondern auch von Gärtnern, Köchen, Bäckern, Metzgern, Maurern, Gypsern, Schreibern, Schlossern, Zimmerleuten, Kaufleuten, Apothekern, Künstlern und Gelehrten hinzuweisen, welche in der Schweiz mit Erfolg ihr Auskommen suchen, während wir dieselbe für überbevölkert erklären. Und zu diesem Import von Arbeitskräften kommt ein noch viel grösserer von Arbeitsprodukten aller Art, welche wir von aussen beziehen müssen, während wir an Arbeitern Überfluss zu haben erklären. Wie stimmt diese starke Verwendung von fremden Arbeitskräften und fremden Arbeitsprodukten zu der Klage, dass wir überflüssige Arbeiter haben und unsere Arbeitsprodukte nicht mehr absetzen können? Haben wir etwa unsere Arbeiter ohne Rücksicht auf unsere Bedürfnisse, also planlos, erzogen? Produzieren wir etwa planlos, d.h. ohne genügende Berücksichtigung der wirklichen Nachfrage?»

Eventuell beantragt das Departement, Art. 34 der Bundesverfassung in dem Sinne

5. Nicht ermittelt.

zu ergänzen, dass nicht nur der Geschäftsbetrieb von Auswanderungsagenturen, sondern auch Kolonisationsunternehmungen der Aufsicht des Bundes unterliegen.⁶

Falls der Bundesrat mit den oben entwickelten Anschauungen einverstanden ist, wird das Departement erforderlichen Falls die Gründe seines Antrags in dem in der Schlussnahme des Bundesrates vom 17. April abhin⁷ vorgesehenen definitiven Berichte einlässlicher behandeln.⁸

6. Zur gesetzlichen Regelung des Auswanderungswesens vgl. das BBl 1879, 3, S. 929–970 und BBl 1887, 3, S. 193–246.

7. E 1004 1/141, Nr. 1727 B.

8. Der Bundesrat entschied in seiner Sitzung vom 26. 5. 1885 antragsgemäss (E 1004 1/141, Nr. 2404).

291

E 2/550

Der schweizerische Gesandte in Wien, A. O. Aepli, an den Bundesrat

B

Wien, 26. Mai 1885

Aus den eben herausgekommenen neuesten Blättern der eidgenössischen amtlichen Sammlung (Bd. VIII. Bog. 6) ersehe ich, dass zwischen Ihnen & dem K.&K. Ministerium des Äussern vom 16. Februar & 7. März lf. J. datirende Erklärungen über die *Vollziehung der Civilurteile aus dem Canton Waadt in Österreich-Ungarn*¹, am 13^{ten} März, also vor circa 2½ Monaten, in Bern ausgewechselt worden sind.

Gestützt auf diese Wahrnehmung, erlaube ich mir den schon mehrfach geäusser-ten Wunsch zu wiederholen, jeweilen über die zwischen Ihnen & der hiesigen Regierung in Bern getroffenen Vereinbarungen durch directe Mitteilung & unter Beischluss einer Abschrift oder eines Abdruckes derselben unterrichtet zu werden. Wenn auch mit Recht erwartet werden darf, dass ein Gesandter von dem Inhalt der successiv herauskommenden Bogen der Gesetzessammlung Kenntniss nehme, so bleibt die directe & sofortige Mitteilung solcher Aktenstücke schon aus dem Grunde wünschbar, weil jene Bogen erst lange nach Inkrafttreten der betreffenden Vereinbarung erscheinen & der Gesandte bis dahin in vollkommener Unwissenheit über dieselben bleibt, was für ihn & andere dabei interessirte Personen, welche in den Fall kommen mögen, darüber bei ihm Auskunft zu verlangen, mit Unannehmlichkeiten & Nachteilen verbunden sein kann. In welcher compromittirenden Stellung befindet sich übrigens nicht auch der Gesandte, wenn er auf dem Ministerium des Äussern inne werden muss, es sei in Bern eine Übereinkunft abgeschlossen worden, über die er von seiner eigenen Regierung keinerlei Mitteilung erhalten hat. Ich erlaube mir hiebei zu erinnern, dass der hiesigen Gesandtschaft auch erst durch die Blätter der Gesetzessammlung die Übereinkunft vom 31. März 1883, über Verhinderung der Ausbreitung von Viehseuchen², & vom 8. Februar 1884, über Armenrecht in Civil- &

1. AS 1884–1885, 8, S. 83f.

2. AS 1883–1884, 7, S. 141–156.

Strafsachen³ welche beide, ohne alle vorherige & nachherige directe Kenntnissgabe an sie, *in Bern* abgeschlossen wurden, officiell bekannt geworden sind.

Ich weiss, dass sich auch schon andere schweizerische Gesandte über diesen Mangel an Mitteilungen, wenn nicht schriftlich, doch wenigstens in Unterredungen mit einzelnen Mitgliedern Ihrer hohen Behörde beschwert haben, & darf daher um so mehr hoffen, dass dem mit diesen Zeilen geäusserten Wunsch für die Zukunft einige geneigte Beachtung geschenkt werde.⁴

3. *Ibid.*, S. 490–497.

4. *Auf Antrag des Vorstehers des Politischen Departements, Schenk, den dieser am Kopf des Schreibens formulierte, beschloss der Bundesrat in seiner Sitzung vom 29. 5. 1885, in Zukunft die Gesandten über den Abschluss von Verträgen mit Staaten, bei welchen sie akkreditiert sind, umgehend zu unterrichten* (E 1004 1/141, Nr. 2454).

292

E 2/50

Memorandum des Handels- und Landwirtschaftsdepartements

Gedruckt

Bern, Anfang Juni 1885¹

STAND DER SCHWEIZERISCHEN HANDELSVERTRÄGE

Der grösste Theil der schweizerischen Handelsverträge ist abgelaufen oder dem Ablauf nahe.

Abgelaufen sind die Verträge mit:

Österreich²
 Russland³
 Rumänien⁴
 Serbien⁵
 Portugal⁶
 Belgien⁷
 Grossbritannien⁸
 den Hawaii-Inseln⁹
 den Ver[einigten]Staaten v. Nordamerika¹⁰.

1. *Das Memorandum entstand zwischen dem 15. 5. und dem 19. 6. 1885. Vgl. die Anm. 21 und 25.*

2. AS 1866–1869, IX, S. 576–594.

3. AS 1872–1874, XI, S. 376–393. *Vgl. auch DDS 2, Nr. 303 und E 13 (B)/31.*

4. AS 1877–1878, 3, S. 643–652.

5. AS 1880–1881, 5, S. 172–174. *Vgl. auch E 13 (B)/250.*

6. AS 1876–1877, 2, S. 328–338. *Vgl. auch DDS 2, Nr. 194 und E 13 (B)/248.*

7. AS 1860–1863, VII, S. 484–506.

8. AS 1854–1857, V, S. 271–286. *Vgl. auch E 13 (B)/195.*

9. AS 1866–1869, IX, S. 497–514. *Vgl. auch E 13 (B)/195.*

10. AS 1854–1857, V, S. 201–228. *Vgl. auch E 13 (B)/33.*

Von diesen ist der rumänische Vertrag bereits gekündigt und zwar durch Rumänien. Derselbe erlischt am 13. Januar 1886, wenn die Verlängerung oder Erneuerung nicht gelingt. Die übrigen können von Jahr zu Jahr gekündigt werden.

Freiwillig in Revision begriffen sind zur Zeit die Verträge mit Japan¹¹ (ursprünglich ad perpetuum geschlossen) und mit der Türkei¹² (ursprünglich für 28 Jahre, d.h. bis 1. Oktober 1889 geschlossen).

Dem Ablauf nahe sind die Verträge mit

Dänemark ¹³ :	10. Juli 1885
Deutschland ¹⁴ :	30. Juni 1886
Persien ¹⁵ :	27. Oktober 1886
Spanien ¹⁶ :	30. Juni 1887
Italien ¹⁷ :	31. Dezember 1887
	(fakultativ kündbar).

Ausser diesen bestehen noch die Verträge mit Frankreich¹⁸, den Niederlanden¹⁹ und San Salvador²⁰. Dieselben laufen ab:

Niederlande am	30. September 1888
Frankreich am	31. Januar 1892
San Salvador am	6. Februar 1895.

Diejenigen der kündbaren Verträge, deren Revision zur Zeit am dringendsten gewünscht wird, sind die Verträge mit Deutschland und Österreich.

A. Der Vertrag mit *Deutschland* datirt vom 23. Mai 1881 und ist am 1. Juli gleichen Jahres in Kraft getreten, wird also am 1. Juli nächsthin 4 Jahre in Gültigkeit gewesen sein. Dem Abschluss desselben war die allgemeine deutsche Zollerhöhung von 1879 vorausgegangen, von welcher der schweizerische Export erheblich betroffen wurde, die aber durch den Vertrag von 1881 in keiner Weise gemildert ward. Dieser beschränkt sich auf die Meistbegünstigungsgarantie und Stipulierung der Zollfreiheit für einige Produkte. Da derselbe vom 30. Juni dieses Jahres an kündbar ist und Stimmen aus den Handelskreisen gegen die Fortdauer desselben sich bemerkbar machten, hat das Handelsdepartement die schweiz. Handelskammer und den Vorort des Schweiz. Handels- und Industrievereins um die Veranstaltung einer Enquête²¹ über die bisherigen Wirkungen des deutschen Zolltarifs von 1879 ersucht. Diese Enquête ist seit dem Herbst vorigen Jahres im Gang, zur Zeit aber nicht abgeschlossen; ihre Ergebnisse werden nebst den statistischen Zusammenstellungen²², welche

11. AS 1863–1866, VIII, S. 103f. und 683–709.

12. Vgl. BBl 1861, 2, S. 390.

13. AS 1874–1875 1, S. 668–681. Vgl. auch DDS 2, Nr. 385 und E 13 (B)/147.

14. AS 1880–1881, 5, S. 458–482.

15. AS 1874–1875, 1, S. 196–208.

16. AS 1883–1884, 7, S. 222–248.

17. AS 1883–1884, 7, S. 382–425.

18. AS 1882–1883, 6, S. 305–402.

19. AS 1877–1878, 3, S. 522–532. Vgl. auch E 13 (B)/233.

20. AS 1883–1884, 7, S. 744–761.

21. Vgl. Handelsvertrag mit Deutschland. Bericht des Vorortes des schweiz. Handels- & Industrie-Vereins. [Zürich]. V[om] 19. Juni 1885 (E 13 (B)/154).

22. Vgl. II. Übersicht d. Special- und des Generalhandels im Jahre 1885 geordnet nach den einzelnen Herkunfts- und Bestimmungsländern (E 13 (B)/154).

im Departement in der Bearbeitung begriffen sind, die Grundlage bilden für die Beantwortung der Frage, ob der Vertrag zu künden sei und ob im Falle, dass Deutschland sich zu keinen Zollermässigungen bereit finden lasse, auf ein neues Meistbegünstigungsverhältniss verzichtet und demgemäss für deutsche Waaren ganz oder theilweise der neue schweiz. Generaltarif²³ angewendet werden solle.

Auf die Beurtheilung dieser Frage in den interessirten industriellen und kommerziellen Kreisen wirken die jüngsten Beschlüsse des deutschen Reichstags, durch welche neuerdings der Zoll für eine ganze Reihe von schweizerischen Exportartikeln, namentlich Uhren, Seidenzwirn und Seidengewebe, Stickereien, Mühlenfabrikate, Vieh etc., erhöht worden ist, ausserordentlich ungünstig ein. Es unterliegt keinem Zweifel, dass diese neuen Zollverschärfungen den schweizerischen Export in empfindlichster Weise schädigen und dass auch die Mehrzahl der übrigen Importzölle Deutschlands so hoch bemessen sind, dass sie der Entwicklung der Einfuhr aus der Schweiz in merklicher Weise entgegenwirken und dieselbe zum Theil geradezu verunmöglichen.

Vielleicht wird indessen von den Interessenten der einzelnen Industriezweige der Umstand nicht genügend berücksichtigt, dass die schweizerische Ausfuhr nach Deutschland eine ausserordentlich *mannigfaltige* ist und nach den Ausweisen der deutschen Statistik im Jahr 1883 *den Gesamtwert der deutschen Ausfuhr nach der Schweiz um eine Million Franken übersteigt, wogegen sie im Jahr 1880 noch um 41 Millionen Franken kleiner war.* Einer Anzahl Artikel, deren Ausfuhr nach Deutschland in Abnahme begriffen ist, steht eine Menge von Rohprodukten sowohl als von Fabrikaten gegenüber, deren Ausfuhr in erfreulichster Zunahme begriffen ist. Das in Bearbeitung sich befindliche statistische Material, sowie die im Schosse des Schweiz. Handels- und Industrievereins obschwebende Enquête wird in dieser Hinsicht nähere werthvolle Aufschlüsse bieten.

Es muss ferner bei der Beurtheilung der deutschen Tariferhöhungen in etwelche Berücksichtigung gezogen werden, dass seit Anfang dieses Jahres die Schweiz selbst zum Theil bedeutend erhöhte Zölle von einer Reihe wichtiger deutscher Importartikel, wie Zucker, Zichorien, feine Esswaaren, Malz, Bier, pharmazeutische Präparate, Zündhölzchen, Bürsten, Tuschuhe, verschiedene Eisenartikel, wie Eisenbahnschienen, Façoneisen, Eisendraht etc., Messerschmiedwaaren, Waffen; ferner Baumwollgarn und Zwirn, Strumpfwaaen, Spitzen und Stickereien, Leinengarn, Hüte, Kleider, Schirme, Cement, Kalk, Gyps, Vieh, Häute und Felle etc. etc., bezieht. Die Mehrleistung an Zöllen, die dadurch dem Import aus Deutschland erwächst, beträgt nach ungefährer Berechnung weit über $\frac{1}{2}$ Million Franken. Die Mehrleistung, die die neuen deutschen Zollerhöhungen für den schweizerischen Export bedingen werden, wird dadurch ungefähr ausgeglichen, mit Ausnahme der Taschenuhren; für diese bedeutet der neue deutsche Stückzoll gegenüber dem bisherigen Gewichtszoll für sich allein eine künftige Mehrverzollung im Betrage von einer Million Franken, jedoch unter der kaum gerechtfertigten Voraussetzung, dass der deutsche Fiskus auch in Zukunft mit den *bisherigen* Einfuhrquantitäten von Taschenuhren zu rechnen haben werde. Zollerhöhungen

23. Vgl. das Bundesgesetz betreffend einen neuen schweizerischen Zolltarif. (Vom 26. Juni 1884.) (AS 1883—1884, 7, S. 549—581).

pflügen von einer gewissen Gränze an bei Taschenuhren aus Gold oder Silber die beabsichtigte Wirkung zu versagen.

Eine erhebliche Rolle spielt ferner im deutsch-schweizerischen Waarenaustausch der *Veredelungsverkehr* und die sogen. *Admission temporaire*. Die beiden Theile haben sich im gegenwärtigen Vertrag die zollfreie Rückkehr von Waaren, die in einem der beiden Länder veredelt worden sind, zugesichert. Auf Grund dieser *vertragsmässigen* Begünstigung werden in der Schweiz alljährlich erhebliche Quantitäten süddeutscher Baumwolltücher in Glarus und Zürich appretirt, gefärbt und bedruckt; ferner Seide, Floretseide und Seidenbänder für, auf badischem Gebiete gelegene Spinnereien, Zwirnereien und Webereien in Basel gefärbt und appretirt.

Umgekehrt werden auf Grund der vertraglichen Garantie grosse Quantitäten schweizerischer Baumwollgewebe — namentlich von St. Gallen aus — nach Süddeutschland, zum Theil auch nach Sachsen, zum Besticken, und ferner rohe Baumwolltücher zum Färben und Bedrucken nach dem Elsass, auch etwas Seide und Floretseide von Basel aus zum Reinigen, Spinnen und Zwirnen nach dem Badischen gesandt. Was ausserdem durch Spinnen, Zwirnen und Weben, Bleichen und Appretiren, Mahlen, Gerben, Repariren etc. in beiden Lädern veredelt wird, ist in vertragspolitischer Hinsicht von keiner wesentlichen Bedeutung.

Die in Deutschland und die in der Schweiz in angedeuteter Weise erfolgenden Veredelungsmanipulationen dürften sich hinsichtlich der Zahl der beschäftigten Arbeiter und der bezahlten Löhne annähernd die Waage halten; auf beiden Seiten wird das Interesse an der Erhaltung des bisherigen, vertraglich garantirten Stickerei-, Appretur-, Färberei- und Druckereiveredelungsverkehrs ungefähr das Gleiche sein. Die daraus resultirenden Löhne mögen sich beiderseits dem Betrage von ca. 1½ Millionen Fr. nähern, eher aber auf deutscher Seite überwiegen.

Ausser diesem konventionellen Veredelungsverkehr vollzieht sich aber noch ein anderer, der jenen an Bedeutung weit überragt, nämlich die sog. *Admission temporaire* von Baumwollgeweben zum Färben und Bedrucken. Die Zollfreiheit für diesen Verkehr resultirt aus keiner Vertragsbestimmung, sondern aus autonomer, gesetzlicher Verfügung; sie ist liberaler als der sog. eigentliche Veredelungsverkehr, insofern als sie keine Gegenseitigkeit voraussetzt und nicht mit der Bedingung der Rücksendung der veredelten Waare in das Ursprungsland verknüpft ist, sondern die unmittelbare Weiterversendung nach beliebigen ausländischen Bestimmungsorten zulässt. Diese *Admission temporaire* im deutsch-schweizerischen Verkehre nun beruht auf der *deutschen* Gesetzgebung (§ 115 des Vereinszollgesetzes), während die schweiz. Zollgesetzgebung diese Institution gar nicht kennt, oder vielmehr geradezu ausschliesst, obschon z. B. namentlich die schweizerische Färbereiindustrie im Falle wäre, behufs Veredelung roher Baumwolldamastgewebe aus England davon den vorteilhaftesten Gebrauch zu machen. Zur Stunde vollzieht sich also lediglich die zollfreie *admission temporaire* roher schweizerischer Baumwollgewebe zum Färben und Bedrucken im Elsass, von wo dieselben direkt nach allen Weltgegenden versendet werden. Das Quantum roher Baumwollgewebe, für welche die schweizerischen Webereien im J. 1883 auf diese Weise in Deutschland Absatz fanden, betrug 8695 q., im Werthe von annähernd 3½ Millionen Fr. Im J. 1880 betrug das Quantum nur 5996 q.; dasselbe hat sich also bis Ende 1883 um nahezu 50 % gehoben. Dieser, für die schweiz. Baumwollweberei sehr vortheilhafte Verkehr kann durch Verfügung der

deutschen Regierung jederzeit unterbunden werden; *es wird hierauf bei der Frage allfälliger Massregeln gegen die deutsche Schutzzollpolitik selbstverständlich Bedacht zu nehmen sein.*

Vor der Beendigung der oben erwähnten Enquête und genaueren statistischen Untersuchungen wird übrigens ein zuverlässiges Urtheil über die, Deutschland gegenüber zu beobachtende Vertrags- und Zollpolitik nicht möglich sein.

B. Der Vertrag mit *Österreich-Ungarn* datirt vom 14. Juli 1868 und ist seit dem 5. Februar 1869, also seit etwas über 16 Jahren, in Kraft. Die ursprünglich vereinbarte Dauer ist im Februar 1877 abgelaufen; seither hat der Vertrag von Jahr zu Jahr stillschweigend fortbestanden; jeder Theil ist berechtigt, denselben jederzeit auf Jahresfrist zu kündigen. Dieser Vertrag bietet hinsichtlich der damit verknüpften Verhältnisse mannigfache Analogien mit dem deutsch-schweizerischen Handelsvertrag. Dem Abschluss war auch hier eine allgemeine Zollerhöhung vorausgegangen. Der Vertrag änderte nichts hieran. Indem er sich im Wesentlichen auf die Meistbegünstigungsklausel, ohne Bindung von Zöllen, beschränkte, bezweckte er lediglich zu verhüten, dass schweizerische Waaren bei der Einfuhr in Österreich-Ungarn noch ungünstiger behandelt würden als solche anderer Länder.

Dem, dem Vertragschluss vorgängig festgesetzten, erhöhten Zolltarif sind dann zu zwei Malen neue, allgemeine Verschärfungen desselben nachgefolgt, die eine im Jahr 1878, die andere im Jahr 1882²⁴, jeweilen in beträchtlichem Masse zum Schaden verschiedener schweizerischer Exportindustrien, die in Folge dessen ihre Unzufriedenheit mit dem dermaligen schweiz.-österreichischen Vertragsverhältniss bekundeten. Wie in Deutschland, stehen nun zur Zeit auch in Österreich, und zwar unter dem Einfluss der jüngsten deutschen und franz. Zollerhöhungen, Tarif-Ausbesserungen nach Oben in Aussicht. Diese neue Gefahr von dieser Seite hat die angedeutete Stimmung gegen die Fortdauer des bisherigen Verhältnisses bedeutend verschärft und die schweizerische Handelskammer veranlasst, das Handelsdepartement um Anknüpfung von Unterhandlungen mit der Österreichisch-Ungarischen Regierung behufs Rücknahme der Propositionen zu veranlassen, welche die Erhöhung des Zolles für diejenigen Artikel bezwecken, die, wie Uhren, Käse, Baumwollgarn etc., den deutschen und französischen Export wenig oder gar nicht berühren, wohl aber zu den wenigen zu zählen sind, von welchen die Schweiz erhebliche Quantitäten nach Österreich exportirt.²⁵

Die Handelskammer geht hiebei von der nicht ganz richtigen Voraussetzung aus, dass die österreichisch-ungarische Zolltarifnovelle wesentlich als Repressalie gegenüber den jüngsten Getreide- und Viehzoll-Erhöhungen in Deutschland und Frankreich aufzufassen sei, während sie in Wirklichkeit vielmehr dazu bestimmt sein soll, die Entwicklung der Industrie in Österreich-Ungarn mittelst der Zölle noch mehr zu begünstigen als es bisanhin schon der Fall war, und gleich-

24. Vgl. das österreichische Gesetz betreffend einige Abänderungen des Zolltarifes vom 25. Mai 1882 (E 2200 Wien 1/100).

25. Vgl. das Schreiben des Schweizerischen Handels- und Industrievereins an Droz vom 15. 5. 1885 (E 13 (B)/236) und Nr. 286.

zeitig die Einfuhr fremder Zerealien noch mehr abzuhalten, in der Hoffnung, durch diese vereinten Massregeln dem Absatz, resp. Konsum der eigenen Produkte im eigenen Lande nach Möglichkeit Vorschub zu leisten. «Bis zur Auffindung und Ausbeutung neuer Absatzwege im Auslande», heisst es im Motivenbericht zur österreichischen Zolltarifnovelle, «wird einer fortschreitenden Entwertung der verfügbaren Rohprodukte nur dadurch begegnet werden können, dass die Aufnahmefähigkeit der Consumenten landwirthschaftlicher Produkte im Inlande möglichst zu steigern gesucht wird. Auf die Hebung der industriellen und gewerblichen Produktion des Inlandes muss also gleichzeitig mit dem Schutze der Landwirthschaft das Hauptaugenmerk mehr denn je gerichtet werden. Jeder Betrag, um den es gelingt, die Industrialieneinfuhr von jährlich ca. 246 Millionen Gulden zu restringiren und der heimischen Industrie in's Verdienen zu bringen, wird verfügbar, um den in seinem Absatze nach Aussen bedrohten Überschuss land- und forstwirthschaftlicher Produkte aufzusaugen und zu bezahlen. Die k. k. Regierung hat deshalb eine gleichzeitige Revision der Zollsätze für Industrieprodukte für ein unerlässliches Corrolar der Getreidezollerhöhungen gehalten und hiebei namentlich auf eine Verbesserung der Konkurrenzverhältnisse jener Industriezweige Bedacht genommen, welche (wie z. B. die Baumwollspinnerei) bei der Revision des Jahres 1882 ... aus vorübergehenden Ursachen nicht entsprechend geschützt werden konnten, oder hinsichtlich welcher die seither gemachten Erfahrungen das Ungenügende des damaligen Schutzes dargethan haben» ... *«Nicht um die Vergeltung des uns durch die Zollpolitik des Auslandes zugefügten Schadens handelt es sich, sondern um die Ergreifung jener Zollmassregeln, welche das bedrohte Gleichgewicht unserer Handelsbilanz aufrecht erhalten können.»*

Die Novelle ist demnach bewusstermassen eben so sehr gegen die Einfuhr aus der Schweiz, aus England, aus Italien etc. gerichtet als gegen diejenige aus Frankreich und Deutschland, und es wird im Motivenbericht denn auch z. B. ausdrücklich betont, dass der Zollschutz gegen schweizerische und englische Garne noch nicht genügend und dass es ferner wünschenswerth sei, durch Erhöhung des Zolles für schweiz. Stickereien dazu beitragen, dass sich die bis jetzt fast ausschliesslich im Dienst von St. Gallen stehende vorarlbergische Maschinen- und Handstickerei vom schweizerischen Dienstverhältniss emanzipire.

Unter diesen Umständen können mit Österreich selbstverständlich keine Unterhandlungen angeknüpft werden, welche die Voraussetzung zum Grunde haben, dass das neue Zollprojekt nur Deutschland und Frankreich zu treffen beabsichtige.

Was aber die Anknüpfung von Unterhandlungen auf anderer, gewöhnlicher Grundlage gegenseitig auszutauschender Conzessionen betrifft, so empfiehlt es sich, vor der Hand abzuwarten, wie das Zollprojekt aus der Diskussion im Reichstag hervorgehen werde, wenn es diesem überhaupt wieder vorgelegt wird. Jetzt eingeleitete Unterhandlungen könnten leicht zur Folge haben, dass gewisse Tarifsätze, die sonst vielleicht unverändert blieben, nur im Hinblick auf die schweiz. Unterhandlungen erhöht würden, um für die Erlangung von Conzessionen von Seiten der Schweiz eine günstigere Basis zu schaffen.

Im Übrigen darf berücksichtigt werden, dass die Meistbegünstigungsklausel im derzeitigen Vertrag mit Österreich zur Zeit noch eine nicht ganz unwesentliche

aktuale Bedeutung hat, indem durch den österreichisch-italienischen Vertrag die Zölle für einige wichtige schweiz. Exportartikel, wie Käse, glatte Seidengewebe etc., zu Ansätzen gebunden sind, die noch einen gewissen Verkehr mit Österreich erlauben und bedeutend unter den Ansätzen des autonomen Tarifes stehen. Diese Vortheile sind noch bis Ende 1887, dem Ablaufstermin des österreichisch-italienischen Vertrages, garantirt. Die Meistbegünstigung kraft des gegenwärtigen Vertrages mit *Deutschland* hat in dieser Beziehung weniger aktuellen Werth als die österreichische, indem bis jetzt lediglich die, Spanien gegenüber eingeräumte Bindung des alten Chokoladézolles, der neulich autonom von 60 auf 80 Mark erhöht wurde, etwelche Bedeutung für den schweiz. Export nach Deutschland hat.

Eine besondere Bedeutung hat in den schweizerisch-österreichischen Beziehungen der *Veredlungsverkehr*, der jedoch, zum Unterschied von dem viel mannigfaltigeren und bedeutenderen deutsch-schweizerischen Veredlungsverkehr, ein sehr einseitiger ist, indem er fast ausschliesslich die Stickerei, und zwar das Sticken in Österreich, betrifft.

Der Vertrag lässt die Zollfreiheit lediglich für diejenigen Veredlungsarten zu, welche zur Zeit des Vertragsschlusses faktisch schon Zollfreiheit genossen haben, d. h. also lediglich für das Besticken von schweiz. Geweben in Österreich und für das Weben schweizerischer Baumwoll-Garne ebendasselbst.

Österreich gewährt ausser diesen vertraglichen Erleichterungen keine irgendwie erheblichen Vergünstigungen, und namentlich ist das Veredeln österreichischer Fabrikerzeugnisse in der *Schweiz* ausgeschlossen; auf einen solchen Verkehr, speziell zum Färben und Bedrucken österreichischer Gewebe und nachheriger zollfreier Zurücksendung, würde namentlich von den Glarner Druckereindustriellen sehr viel Werth gelegt; es wird daher u. A. namentlich von dieser Seite die Revision des schweizerisch-österreichischen Vertrages gewünscht, in dem Sinne, dass versucht werden solle, von Österreich fragliche Begünstigung zu erlangen.

Der zur Zeit allein bedeutende Stickereiveredlungsverkehr mit diesem Lande, d. h. mit dem Vorarlberg, wie er sich bis zur Stunde entwickelt hat, besitzt für beide Theile grosse Wichtigkeit. Derselbe betrifft einerseits die sog. Grobstickerei (Kettenstich- oder Vorhangstickerei), anderseits die Maschinenstickerei in Plattstich. Was die Grobstickerei anbelangt, so ist die Benützung der billigen vorarlbergischen Arbeitskräfte für den Fortbestand dieser st. gallisch-appenzellischen Industrie eine Lebensfrage, wie es anderseits auch für die Fortdauer des Wohlstandes eines grossen Theils der Bevölkerung des Vorarlbergs, die im Winter vom Sticken in schweizerischem Lohne lebt, von eminenter Wichtigkeit ist, dass ihm diese Nahrungsquelle nicht abgeschnitten werde. Ähnlich verhält es sich mit der Maschinenstickerei, deren Verkehr mit Österreich ungefähr doppelt so umfangreich ist, als derjenige der Grobindustrie. Eine Unterbindung dieses Verkehrs müsste auf beiden Seiten bedenkliche Folgen nach sich ziehen. Die vorarlbergische Stickerei ist hinsichtlich der nöthigen Hilfsindustrien der Bleicherei und Appretur, so wie in kommerzieller Beziehung, viel zu unselbständig, um ohne die Führung des st. gallischen Handelsstandes allein fortgedeihen zu können. Auf Seiten der Schweiz aber hätte die Ausschliessung der 2400 Maschinen des Vorarlbergs wahrscheinlich die Aufstellung einer entsprechenden Zahl neuer Maschi-

nen zur Folge, was zu einer grossartigen Überproduktion führen müsste und leicht eine Landeskalamität bewirken könnte. Die Rücksicht auf die Erhaltung dieses Veredlungsverkehrs, der der Schweiz Tausende von billigen Arbeitskräften, dem Vorarlberg aber eine jährliche Lohnsumme von über 5 Millionen Franken sichert, erfordert grosse Vorsicht in der Vertragspolitik beider Länder, zumal aber auf schweizerischer Seite, indem wie bereits erwähnt wurde, Österreich die Tendenz verfolgt, die vorarlbergische Stickerei nach und nach von St. Gallen unabhängig zu machen.

In Gewärtigung des weiteren Verlaufs der österreichischen Zollprojekte hat sich das Handelsdepartement einstweilen mit der schweiz. Handelskammer, resp. mit dem Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, hinsichtlich der Veranstaltung einer möglichst genauen Enquête über die derzeitigen Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und Österreich verständigt. Das Ergebniss dieser Enquête wird eine werthvolle Grundlage für die Entscheidung des weitern Vorgehens gegen Österreich-Ungarn bilden.

C. Der, auf den 13. Januar 1886 gekündete Vertrag mit *Rumänien* datirt vom 30. März 1878 und ist seit dem 4. Dezember gleichen Jahres in Kraft. Derselbe stützt sich im Wesentlichsten ebenfalls auf die Klausel der meistbegünstigten Nation.

Die Schweiz sicherte sich durch diesen Vertrag den Mitgenuss des ermässigten österreichisch-rumänischen Conventionaltarifs und Vertrags vom 22. Juni 1875. Durch nachträgliche Vereinbarung war dann noch der rumänische Eingangszoll für schweizerische Strohgeflechte auf 20 Fr. per 100 kg, für Uhren auf 75 Cts. per Stück festgesetzt, resp. ermässigt worden.

Rumänien verfolgt seit einiger Zeit die Tendenz, möglichst freie Hand für die Festsetzung seiner Zölle zu bekommen und durch Zollprotektion Industrie ins Land zu ziehen. Zu diesem Zwecke ist nebst dem schweizerischen auch der österreichische Vertrag gekündet worden, jener, wie bereits erwähnt, auf den 13. Januar 1886, dieser auf den 1. Juli gleichen Jahres.

Ferner ist im April dieses Jahres ein Gesetz votirt worden, wonach bis zur Promulgation eines neuen Generaltarifs der im Vergleich zum Vertragstarif schon beträchtlich höhere autonome Zolltarif vom 16. Mai 1876 vom 1. Juli nächsthin an für alle Waaren in Kraft tritt, die aus Ländern kommen, welche mit Rumänien in keinem Handelsvertragsverhältniss stehen. Es sind dies zur Zeit Frankreich, die Türkei und Serbien. Am 13. Januar nächsten Jahres würde sich nach obigen Andeutungen die Schweiz, am 1. Juni Österreich-Ungarn hinzugesellen, wenn ein neuer Vertrag oder eine Verlängerung des bestehenden nicht zu Stande kommen sollte.

Hingegen würden Belgien, Deutschland, die Niederlande und England, deren Verträge mit Rumänien noch bis 1890 und 1891 laufen, die Vortheile des bisherigen Conventionaltarifs auf Kosten der schweizerischen, französischen und österreichischen Konkurrenzindustrien fortgeniessen, ohne dass anderseits Rumänien aus dem theilweisen Bezug höherer Zölle irgend einen Vortheil für die Entwicklung seiner inländischen Industrie zöge, die noch für beträchtliche Zeit der ausländischen Konkurrenz nach wie vor ausgesetzt bliebe.

Es ist kaum anzunehmen, dass diese Anomalie in den rumänischen Vertrags-

verhältnissen wirklich eintreten werde. Es ist vielmehr wahrscheinlich, dass Rumänien gezwungen sein werde, Österreich und Frankreich, und alsdann wohl auch die Schweiz, auf gleichem Fusse zu behandeln, wie die übrigen Staaten, und mit der Verwirklichung seiner Protektionspolitik zuzuwarten, bis auch der Vertrag mit Deutschland, in welchen der dermalige rumänische Conventionaltarif aufgenommen ist, abgelaufen sein wird.

Für die Schweiz besteht zunächst die Sorge, wenigstens eine Verlängerung der Meistbegünstigungsbehandlung bis zum Ablauf des österreichischen Vertrages zu erlangen. Bis dahin wird sich die Situation betreffend die österreichisch-rumänischen Beziehungen näher aufklären und das weitere Vorgehen schweizerischerseits eher bestimmen lassen.

Die, gelegentlich der Kündigung des Vertrags vom schweizerischen Generalkonsul in Bucharest gemachten Versuche, die rumänische Regierung zu bestimmen, die Kündigung auf den Ablaufstermin des österreichischen Vertrages zu stellen, waren erfolglos. Ebenso sollen Bemühungen Frankreichs, sich die Behandlung auf dem Fusse der Meistbegünstigung über den 1. Juli d. J. hinaus zu sichern, ohne Resultat geblieben sein. Sollte die rumänische Regierung wider Erwarten in dieser ablehnenden Haltung verharren, so träte allerdings die Frage in den Vordergrund, ob nicht rumänisches Getreide, der einzige Artikel von Belang, den Rumänien nach der Schweiz exportirt, vom 13. Januar 1886 an einer differenziellen Zollbehandlung zu unterwerfen sei.²⁶

Die Quantität Weizen, die nach der rumänischen Statistik im Jahr 1883 nach der Schweiz ging, betrug zwar nur ungefähr 30,000 q im Werthe von $\frac{1}{2}$ Million Fr., d. h. den hundertsten Theil der gesammten rumänischen Weizenausfuhr. Es ist aber anzunehmen, dass in Wirklichkeit — zum Theil vielleicht durch österreichische Vermittlung — eine erheblich grössere Quantität nach der Schweiz gelangt sei; ferner fällt in Betracht, dass die rumänische Regierung eben jetzt bestrebt ist, diesen Export nach der Schweiz auszudehnen, und dass sie speziell zu diesem Zwecke ein Konsulat in Zürich zu errichten beabsichtigt; endlich würde fragliche Repressalie in einen Zeitpunkt fallen, wo dem rumänischen Getreideexport im Falle der Nichtverständigung hinsichtlich des Handelsvertrages auch von Österreich her, das den vierten Theil des rumänischen Getreideexports aufnimmt, ähnliche Massregeln drohen würden.

Es wird sich vermuthlich schon in nächster Zeit zeigen, in wie fern die rumänische Regierung wirklich gewillt ist, ihre Projekte durchzuführen, indem es sich am 1. Juli für sie darum handeln wird, die differentielle Behandlung auf die *französischen* Waaren anzuwenden. Wird für *diese* in letzter Stunde die Meistbegünstigung verlängert, so dürfte das als gute Vorbedeutung für den schliesslichen Ausgang der schweizerisch- und österreichisch-rumänischen Verhandlungen betrachtet werden.

D. Der französisch-schweizerische Handelsvertrag mit der *Türkei*, der am 29. April 1861 geschlossen worden und am 1. Oktober gleichen Jahres in Kraft getreten ist, dauert noch bis zum 1. Oktober 1889. Der Zoll für sämmtliche Ein-

26. Vgl. die Botschaft des Bundesrates und den Vertragstext vom 14. 6. 1886 (BBl 1886, 2, S. 725–743).

führen in die Türkei ist darin grundsätzlich auf 8 % vom Werthe normirt, und ebenso in allen anderen, noch nicht erloschenen Verträgen der Türkei. Mit Rücksicht auf die Finanzlage der Pforte haben sich alle betreffenden Staaten mit einer, vor dem Ablauf der Verträge in Kraft zu setzenden, mässigen Erhöhung der türkischen Zölle und mit einigen anderen Modifikationen des Vertrags und Konventionaltarifs im Princip einverstanden erklärt.

Die bezüglichlichen französisch-schweizerischen Unterhandlungen mit der Pforte sind nun bereits seit 2 Jahren im Gange, haben zur Stunde jedoch hinsichtlich der wichtigeren Import-Artikel erst zu einer vorläufigen principiellen Vereinbarung der Unterhändler über einige Klassifikationsänderungen und Werthungen als Grundlage der festzusetzenden Zölle geführt. Das Hauptbegehren der Schweiz, insoweit es die Klassifikation und Werthung der sog. Kalemkiars, Jasmars oder Türkenkappen, (baumwollene bedruckte Kopftücher) betrifft, von welchen jährlich für ca. 4 Millionen Fr. nach der Türkei exportirt wird, hat hiebei Berücksichtigung gefunden.²⁷

Der bisherige Gang der Unterhandlungen lässt kaum annehmen, dass dieselben im laufenden Jahre zu Ende gedeihen werden. Die Inkraftsetzung der erhöhten Zölle dürfte demnach noch geraume Zeit auf sich warten lassen, was selbstverständlich im diesseitigen Interesse liegt; bis dahin bleibt als Provisorium die Werthverzollung zu 8 %.

Die Inkraftsetzung der von *Japan* mit den vereinigten Mächten vereinbarten Zollerhöhungen, die für sämmtliche Hauptartikel des schweizerischen Exports nach diesem Lande sehr ungünstig ausgefallen sind, dürfte im Laufe dieses Jahres noch erfolgen.

E. Ausser Deutschland, Österreich-Ungarn, Rumänien, der Türkei und Japan fallen für Handelsvertragsunterhandlungen für die nächste Zeit nur noch Griechenland, sodann Italien und Spanien in Betracht.

Was *Griechenland* betrifft, so sind durch die Gesandtschaft in Berlin, auf Grund eines Gutachtens des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, Verhandlungen über den Abschluss eines Meistbegünstigungsvertrages eingeleitet worden.²⁸ Griechenland hat im letzten Jahre eine allgemeine Erhöhung seines Zolltarifs vorgenommen und diesen Tarif mit wenig Änderungen in einem Vertrag mit Deutschland binden lassen, gegen Bindung einiger deutscher Zölle für Südfrüchte etc. Eine ähnliche Vereinbarung dürfte sich für die Schweiz erzielen lassen. Eine Ermässigung der griechischen Zölle für die schweiz. Hauptartikel, wie seidene und baumwollene Gewebe, Garn, Maschinen, Cigarren, wäre nur durch Gegenkonzessionen für Südfrüchte erhältlich, könnte aber, der verhältnissmässig unbedeutenden Quantität wegen, die Griechenland bis jetzt aufzunehmen im Falle ist, in keinem Verhältniss zu der Bedeutung neuer schweizerischer Zollreduktionen für Südfrüchte stehn. Vortheilhafter dürften solche Reduktionen für die, im J. 1887 bevorstehenden, neuen Unterhandlungen mit Italien und Spanien reservirt werden.

27. Vgl. Nrn. 310, 314 und 427.

28. Vgl. den Vertragstext und die Botschaft des Bundesrathes an die Bundesversammlung, betreffend die provisorische Handelskonvention mit Griechenland. (Vom 11. Juni 1889.) (BBl 1889, 3, S. 584—597). Vgl. auch E 13 (B)/195.

Was *Italien* anbelangt, so kann der im letzten Jahre geschlossene Vertrag Ende 1886 auf Ende 1887 gekündet werden.

Eine italienische Parlamentskommission hat zur Stunde die Aufstellung eines neuen italienischen Generalzolltarifs in Bearbeitung. Italien wird daher von seinem Kündigungsrecht aller Voraussicht nach Gebrauch machen. Eine Menge von, durch den österreichisch- und französisch-italienischen Vertrag zur Zeit noch gebundenen Zöllen, die zum grossen Theil auch für die Schweiz Wichtigkeit haben, werden alsdann ebenfalls frei.

Einer Zollerhöhung mancher Tarifpositionen kommt zur Zeit schon die unmotivirte und oft genug mit offenkundigen Chicanen verbundene Art und Weise gleich, in welcher dieselben von den italienischen Zollbureaux, mit und ohne Billigung der Oberbehörde, ausgelegt und angewendet werden. Diese willkürlichen Tarifinterpretationen und die, die Regel bildende Aussichtslosigkeit aller Zollreklamationen, verbunden mit den sonstigen administrativen Schwierigkeiten, die dem Import aus der Schweiz in Form von Erschwerung der Zollabfertigung, umständlichen, zeit- und geldraubenden Kontrolevverfahren etc. bereitet werden, lassen es bedenklich erscheinen, in der bevorstehenden Zollkonferenz den italienischen Bevollmächtigten ohne bereitwilligstes Entgegenkommen für die *schweizerischen* Wünsche auch nur den kleinen Finger zu reichen. Was die Schweiz an Erleichterungen noch zu bieten hat, kann gelegentlich der Unterhandlungen im J. 1887 vielleicht vortheilhaftere Verwendung finden.

Der Vertrag mit *Spanien* erlischt am 30. Juni 1887 *unwiderruflich*. Das spanische Parlament beabsichtigt auf jene Zeit — nicht eine Erhöhung, sondern eine allgemeine *Ermässigung* der Einfuhrzölle, jedoch gegen das Entgelt neuer Tarifkonzessionen von Seiten der Staaten, welche derselben theilhaftig werden wollen. *Spanien ist zur Zeit ausser Belgien fast der einzige Staat von kommerzieller Bedeutung, der nicht die Tendenz der Erhöhung, sondern der successiven Reduzirung seiner Zölle verfolgt*. Überall sonst hat das Prinzip des Schutzes der nationalen Arbeit durch Zollerhöhungen Fortschritte gemacht, welche die, vorwiegend vom Export ihrer Erzeugnisse lebende Schweiz wider Willen und Prinzip genöthigt haben, ihre Blicke mehr als bisher auf die Produktion von Erzeugnissen zu werfen, die im eigenen Lande Absatz finden und bei der Festsetzung der Zölle nicht nur auf den Fiskus, sondern auch auf die künstliche Förderung des inländischen Konsums nationaler Erzeugnisse Rücksicht zu nehmen, insoweit die Verhältnisse eines kleinen *industriellen* Volkes diese Politik der Grossstaaten zulassen.

Protokoll der Sitzung des Nationalrates vom 24. Juni 1885

264. Rapport de gestion. Postulats

Postulat N°6.

Il a été adopté *aux Etats* en ces termes:

6. Le conseil fédéral est invité à examiner, en s'entourant de l'avis d'experts, quelles mesures (au besoin en s'entendant avec d'autres Etats) on pourrait prendre pour résister à la politique protectionniste des grandes puissances, qui nuit à l'industrie suisse.¹

La *commission* du Conseil national, rapporteur M. *Kaiser* (Soleure), propose:

6. Le Conseil fédéral est invité à examiner, en s'entourant de l'avis d'experts, quelles mesures on pourrait prendre pour résister à la politique douanière protectionniste des grandes puissances, qui nuit à l'industrie suisse.

Cette enquête aurait à porter notamment:

- a. sur la dénonciation du traité de commerce avec l'Allemagne, du 8 mai 1881;²
- b. sur la représentation diplomatique ou consulaire directe de la Suisse en Turquie et dans les pays en dépendant.

L'idée qui a guidé le postulat des Etats a bien sa raison d'être, mais l'union douanière qu'ils ont visée offre bien des inconvénients; quant aux petits Etats, nous en sommes trop éloignés, et s'unir à un grand équivaldrait pour la Suisse à renoncer à son indépendance politique.

C'est pourquoi on a donné au postulat une rédaction plus générale; les traités de commerce, et leurs conséquences économiques doivent notamment rentrer dans le cadre de l'enquête à faire par le Conseil fédéral; car on peut se demander sérieusement si une bonne partie des causes de notre crise économique ne doit pas être attribuée à ces traités, en particulier à celui avec l'Allemagne. Sans doute, l'exportation pour l'Allemagne a augmenté chez nous, mais en revanche l'importation a aussi augmenté, et précisément quant aux articles qui excluent du marché indigène nos petits producteurs et nos artisans. Or, à ce prix, la conservation d'anciens débouchés ou la création de nouveaux est payée trop cher.

Au point de vue commercial, une extension donnée à nos relations avec la Turquie ne présenterait pas de grands risques. En cas de collision d'intérêts, la représentation de la Suisse par les Ambassadeurs étrangers ne suffit pas; l'intérêt de l'Etat par lequel nous sommes représentés prime naturellement le nôtre. Nous devons d'autant plus

1. E 1001 (D) d 1/82, Nr. 147.

2. AS 1880–1881, 5, S. 458–485.

songer à nous faire représenter diplomatiquement en Turquie, que, dans ce pays, on ne tolère des consuls que des Etats qui sont représentés diplomatiquement. On pourrait par exemple confier ces fonctions à notre Ministre à Vienne.³

M. Droz expose: Le Conseil fédéral ne croit pas que ce postulat soit nécessaire, puis qu'il a déjà mis ces questions à l'étude; en revanche, il ne le combat pas. Il n'est pas fort aisé de dire comment on doit combattre le courant protectionniste. Sans doute pas en se jetant soi-même dans ce même courant. La conception d'une ligue européenne contre les droits protecteurs américains présente des difficultés de réalisation insurmontables et est inacceptable pour la Suisse; en effet, celle-ci ne pourrait pas, et pour cause, recourir aux représailles les plus efficaces: l'élévation des droits sur les blés.

L'alliance avec une grande puissance ne nous convient pas davantage. Ce sont là des vérités qui ont été constatées et formulées il y a quelques années à Lucerne, à l'occasion d'une conférence de spécialistes.⁴ Le meilleur moyen serait d'agir sur l'opinion publique pour que l'on rentre dans les principes du libre échange. Le courant protectionniste actuel passera comme tant d'autres choses, et l'on reviendra à de plus saines notions d'économie politique.

Il est illogique d'augmenter les moyens de transport pour les relations commerciales internationales, et les communications de toute espèce, et d'autre part de s'isoler en établissant des barrières de douane infranchissables. Il y a là une contradiction qui doit cesser sous peu et ce ne peut être que par la suppression de ces dernières barrières.

Quant aux procédés à employer par le Conseil fédéral, il faut observer que l'on compte sans doute un peu trop sur la collaboration d'experts. Il en fera entendre sans doute, mais tout en se réservant le dernier mot.

Lui seul est suffisamment impartial et désintéressé pour reconnaître quels sont les intérêts généraux du pays: tandis que, suivant qu'ils appartiennent à telle ou telle région, ou à telle ou telle profession, les experts sont trop souvent enclins à oublier les intérêts généraux pour représenter avant tout ceux de la région ou de la partie industrielle à laquelle ils appartiennent.

La circonstance que le Conseil fédéral ne s'oppose pas à l'adoption de la 1^{re} partie du postulat ne signifie pas qu'il est d'avis de dénoncer le traité avec l'Allemagne, mais seulement qu'il entend étudier consciencieusement les idées soulevées par la commission. La seconde partie du postulat mérite évidemment aussi une étude.

M. Suter propose de retrancher du postulat les mots: «*en s'entourant de l'avis d'experts*».

La rédaction des Etats n'est reprise par personne. A la votation, l'amendement Suter est voté par 65 voix contre 1, puis le postulat ainsi amendé, voté à l'unanimité.⁵

3. *Vgl. dazu Nrn. 61 und 64.*

4. *Vgl. Nr. 280 und Nr. 352, Annex.*

5. *Die gleiche Verhandlung, jedoch in deutscher Sprache, findet sich in E 1001 (C) d 1/89, Nr. 264.*

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 22. September 1885

4345. Gotthardbahn; Verwendung des Baufondsrestes

Post- und Eisenbahndepartement. Antrag vom 14. September 1885

In einer Note vom 14. Mai 1884¹ hat die deutsche Gesandtschaft die Frage der *Verwendung der ersparten Baugelder der Gotthardbahn* bei dem Bundesrate anhängig gemacht.

Die Beantwortung dieser Note erfolgte am 26. Mai 1884.² Die deutsche Replik wurde unter dem Titel «Promemoria» am 27. Juni gl. J.³ dem Bundesrate vorgelegt und mit Note vom 3. November⁴ schloss sich die italienische Regierung derselben an.

Am 20. März 1885⁵ beschloss der Bundesrat, den beiden Regierungen ein Memorial⁶ auf die eben genannten Schriftstücke überreichen zu lassen.

Auf dieses Memorial, d. d. 20. März 1885, liegt nun wiederum eine Eingabe⁷ der deutschen Regierung vor, während von italienischer Seite eine Rückäusserung bis zur Stunde nicht erfolgt ist.

Diese Eingabe der deutschen Regierung trägt den Titel: «Promemoria betreffend die Verwendung des Baufondsrestes der Gotthardbahn»; dieselbe wurde am 1. August d. J. auf Veranlassung des Herrn Bundespräsidenten dem Chef des Eisenbahndepartements direkt übergeben, mit der Bitte, nach genommener Kenntnissnahme Tag und Stunde zur Entgegennahme von mündlichen Ergänzungen anzuberaumen.⁸ Diese Besprechung fand am 8. August statt und es gibt hierüber das bei den Akten liegende Protokoll⁹ Auskunft.

Wie aus dem letzten Promemoria deutlich zu ersehen ist, befürchtet die deutsche Regierung, dass die Verwaltung der Gotthardbahn mit Zustimmung des Bundesrates aus den vorhandenen, ursprünglich für den Bau der Pinolinie bestimmten Baugeldern, die Linien Luzern—Immensee und Zug—Arth erstelle und dass dann, wenn die Erstellung des zweiten Geleises notwendig wird, die Mittel dazu fehlen. Sie befürchtet ferner, dass in diesem Momente der Bundesrat nicht im Stande sein werde, die Bahn zur Erfüllung ihrer Pflicht zu verhalten und so die Erstellung des zweiten Geleises den Subventionsstaten auffallen könnte.

1. E 53/192.

2. *Nicht ermittelt.*

3. E 53/192.

4. *Ibid.*

5. Vgl. E 1004 1/140, Nr. 1294.

6. *Nr. 285, Annex.*

7. E 53/192.

8. *Vgl. dazu das Begleitschreiben von Welti vom 8. 8. 1885 (E 53/192).*

9. *Nicht ermittelt.*

Dieser Auffassung liegen nach Ansicht des Departements offenbar eine Reihe von Missverständnissen zu grunde, welche im Vortrage näher bezeichnet werden.

Für die Antwort auf das letzte Promemoria ergeben sich nach der Ansicht des Departements folgende Hauptpunkte:

1. Die Gotthardbahn ist verpflichtet, auf der Strecke Erstfeld—Biasca das 2. Geleise zu erstellen, sobald die 3 Subventionsstaaten die Erstellung verlangen. Die Schweiz nimmt bei dieser Entscheidung kein Vorrecht gegenüber den andern Staaten in Anspruch.

2. Sobald der Entscheid über die Erstellung des 2. Geleises getroffen ist, wird der Bundesrat gegenüber der Gotthardbahn diejenigen Massregeln treffen, welche die Ausführung dieses Beschlusses sicher stellen.

3. Die Frage über den Zeitpunkt des Baues des 2. Geleises bleibt einer besondern Erörterung, zu der die Schweiz jederzeit bereit ist, vorbehalten.

Das Departement hält dafür, dass aber die weitem Verhandlungen besser mündlich geführt werden, da die Verständigung durch den Notenwechsel bisanhin keineswegs gefördert worden sei.

Nach Antrag des Departements werden daher die Gesandtschaften in Berlin und Rom nach dem Schreibensentwurfe des Departements beauftragt, sich bei der dortigen Regierung zu erkundigen, ob sie an einer bezüglichen Konferenz Teil zu nehmen geneigt seien, und deren Vorschläge mit Bezug auf Ort und Zeit der Zusammenkunft entgegenzunehmen.¹⁰

10. Mit Schreiben vom 25. 1. 1886 teilte die Gesandtschaft in Berlin mit, die deutsche Regierung sei mit diesem Vorgehen einverstanden (E 53/192), Vgl. auch das BR-Prot. vom 29. 1. 1886 (E 1004 1/144, Nr. 481).

295

E 12/31

Der schweizerische Gesandte in Paris, Ch. Lardy, an den Bundesrat

B

Paris, 6 novembre 1885

Nous avons l'honneur de Vous informer que, faisant usage de l'autorisation que Vous avez bien voulu nous en donner et qui nous a été communiquée par le Département Fédéral des Finances dans son télégramme¹ d'aujourd'hui, nous avons signé cet après midi la nouvelle convention monétaire² conclue entre la France, la Grèce, l'Italie et la Suisse. Nous Vous faisons parvenir sous ce pli les instruments³ de cette convention ainsi que les annexes qui s'y rapportent; Vous nous obligeriez en voulant bien nous accuser réception de cet envoi.⁴

1. E 2200 Paris 1/108.

2. AS 1884—1885, 8, S. 425—465.

3. Nicht abgedruckt.

4. Vgl. dazu die Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend die Ratifikation der Münzkonvention vom 6. 11. 1885 (BBl 1885, 4, S. 453—490).

*Der schweizerische Generalkonsul in St. Petersburg, E. Dupont,
an den Vorsteher des Handels- und Landwirtschaftsdepartements, N. Droz*

B

Saint-Pétersbourg, 21 novembre 1885
3 décembre 1885

En réponse à votre lettre du 21 Novembre d^r.¹ au sujet d'une réclamation de la maison d'horlogerie Lucien Sandoz et fils, du Locle, j'ai l'honneur de vous faire savoir que cette maison avait déjà adressé à mon Consulat en date du 30 Octobre, une requête² pour le Département des douanes, avec prière de la faire parvenir, ce qui a été fait le 7 novembre en demandant de prendre cette requête en considération et de bien vouloir autoriser la remise de la marchandise confisquée au destinataire ou, si cela était impossible, de permettre le renvoi à l'expéditeur.

Je dois ajouter que la maison L. Sandoz et fils avait déjà en mains une réponse du Département lui disant que l'autorisation ne dépendait pas de lui, mais du Ministère de la cour, ce qui prouve que les montres ayant le portrait de l'Empereur ne peuvent entrer qu'avec une permission de ce ministère.

Je n'ai pas encore de réponse du Département des Douanes et il se peut fort bien que je n'en reçoive point; voici pourquoi:

Malgré les derniers règlements que j'ai fait connaître en Suisse en temps voulu³, nos fabricants ont quand même expédié des marchandises dont l'entrée était défendue espérant que leurs agents pourraient les faire passer, sinon que le Consulat obtiendrait, comme cela a été souvent le cas dans les années précédentes, que la confiscation fût levée et que les montres fussent retournées au fabricant, si elles ne pouvaient être remises au destinataire. Mais les réclamations adressées au Département des Douanes par mon Consulat ont été si nombreuses dans ces derniers mois que le Département n'y répond plus, car il paraît qu'il ne veut plus faire de concessions, les règlements ayant été publiés en temps opportun et chacun devant les connaître et s'y soumettre.

En conséquence j'ai l'honneur de vous prier, Monsieur le Président, de vouloir bien, lorsque des demandes analogues à celle de Messieurs Lucien Sandoz et fils vous seront adressées, engager les requérants à adresser directement ou par l'entremise de leurs agents en Russie leur requête au Département douanier.

1. *Nicht abgedruckt.*

2. *Nicht ermittelt.*

3. *Am 27. 8./8. 9. 1885 hatte der schweizerische Vizekonsul in St. Petersburg, Schinz, an Droz geschrieben: J'ai l'honneur de vous signaler deux récentes circulaires par lesquelles le Département des douanes russes donne aux Bureaux douaniers des instructions qu'il serait très utile de porter à la connaissance des fabricants d'horlogerie de notre pays.*

La première, en date du 12 Juillet 1885 & sous N°12246, défend l'entrée en Russie de montres portant: 1) le nom ou la marque de fabricants russes, 2) les armes impériales. [...] (E 6/44). Das Handels- und Landwirtschaftsdepartement sandte am 15. 9. 1885 der Société intercantonale des industries du Jura eine Abschrift des Briefes von Schinz zu, worauf diese eine öffentliche Verlautbarung entwarf und am 19. 9. 1885 Droz zustellte (E 6/44).

Le Consulat ne peut plus, en dehors de cas spéciaux, s'adresser au Département des Douanes pour faire lever des saisies de marchandises prohibées en Russie, il courrait la chance de recevoir une réponse désagréable; par exemple, on pourrait lui répondre, qu'au lieu d'intervenir à chaque instant en faveur de ses compatriotes il ferait mieux de leur faire connaître les règlements en vigueur, ce qui a pourtant, je le répète, été fait en temps voulu.

J'ai cru devoir vous faire ce petit rapport parce que j'ai l'intime conviction que nos fabricants agissent en connaissance de cause et risquent les envois avec l'espoir qu'en cas de besoin, une requête suffira pour faire restituer la marchandise confisquée.⁴

4. Am 7. 12. 1885 berichtete die Firma Sandoz & fils Bundesrat Droz: Nous avons l'avantage de vous annoncer Monsieur que les 48 montres à Portraits, de notre Envoi IS N° 1306 retenues par les douanes Russes, nous sont parvenues hier en retour au Locle, de quoi nous sommes heureux [...] (E 6/44).

Am 8. 12. 1885 orientierte das Handels- und Landwirtschaftsdepartement die Firma Lucien Sandoz & fils über das Schreiben von Dupont.

297

E 1004 1/144

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 29. Januar 1886

465. Auslieferungsverträge mit Österreich und Deutschland

Justiz- und Polizeidepartement. Antrag vom 19. November 1885

Am 10. November 1884 hat der Gesante von Österreich-Ungarn dem Bundespräsidenten mitgeteilt, dass seine Regierung den schweizerisch-österreichischen Auslieferungsvertrag zu künden gedenke¹, da dessen Bestimmungen unvollständig oder veraltet erscheinen; dass er aber, vor dieser Kündigung, die Anfrage an den Bundesrat zu stellen habe, ob dieser bei Unterhandlungen über einen neuen Auslieferungsvertrag mit der Aufnahme einer Bestimmung einverstanden sei, dahingehend: «dass der Königsmord und überhaupt Attentate gegen das Leben eines Statsoberhauptes nicht als politisches Verbrechen zu gelten haben, sondern zu den Verbrechen zu zählen seien, derentwegen eine Auslieferung stattfindet.»

Der Schritt des österreichischen Gesanten wurde gleich darauf durch denjenigen Deutschlands unterstützt.

Der Bundesrat hat am 17. Februar 1885 beschlossen², den Bundespräsidenten zu beauftragen, dem Herrn Minister Ottenfels eine Antwort dahin zu erteilen: Der Bundesrat sei mit der vorgeschlagenen Bestimmung nicht einverstanden. Er habe schon früher gleichlautende Anträge, die von verschiedenen Staten, so von Frankreich im Jahre 1869, von Spanien im Jahre 1883³, ausgingen, abgelehnt und wolle in jedem

1. Vgl. Nr. 281.

2. E 1004 1/140, Nr. 738.

3. Vgl. Nr. 237.

Falle der Behörde, welche über das Auslieferungsbegehren entscheidet, das Recht vorbehalten, zu prüfen, ob sie in den nähern Verumständungen des Verbrechens den Charakter eines politischen Aktes finde oder nicht.

Der österreichische Gesante, dem dieser Bescheid mitgeteilt wurde, tat sodann beim Bundespräsidenten einen neuen Schritt, indem er einen Auszug aus einer Note des Grafen Kalnocky überreichte. Diese, vom 25. April 1885⁴ datirte Note, beauftragt den Gesanten Österreichs, beim Bundesrate das Versprechen der Zustimmung zu einer Bestimmung nachzusuchen, derzufolge die Schweiz sich verpflichten würde, diejenigen Individuen, nach Konstatirung des Tatbestandes, auszuliefern, welche des Mordes, insbesondere des Attentates gegen das Statsoberhaupt oder die Mitglieder seiner Familie überwiesen sind, auch dann, wenn das Verbrechen aus politischen Motiven begangen wurde oder mit einem politischen Delikte im Zusammenhang steht. Hiedurch, bemerkte die Note, bliebe für die Schweiz das von ihr sorgfältig gehütete Prüfungsrecht intakt, und es wäre doch ausgesprochen, dass nicht unter allen Umständen für die Verweigerung der Auslieferung der angeblich politische Charakter der Handlung angerufen werden könnte.

Falls die beantragte Redaktion nicht beliebt sollte, ersucht Graf Kalnocky um einen andern Vorschlag.

Die Angelegenheit wurde am 19. Mai 1885 dem eidgen. Justiz- und Polizeidepartement zum Bericht überwiesen. Dieses beantragt nun in seinem Vortrag vom 19. November, auf welchen hier verwiesen wird, den neuen Vorschlag Österreich-Ungarns abzulehnen und keinen eigenen Vorschlag zu machen.

Dieser Antrag bildete in letzter Sizung den Gegenstand der Diskussion. In Genehmigung des ersten Antrages des Justizdepartements wird der Standpunkt, den der Bundesrat bei einer allfälligen Revision des Auslieferungsvertrages einzunehmen gedenkt, durch nachfolgende, im Sinne der Diskussion der letzten Sizung abgefasste Erklärung präzisirt und der Herr Bundespräsident ermächtigt, diese letztere dem österreichisch-ungarischen Gesanten mündlich und vertraulich zu eröffnen:

«Die k.u.k. Regierung ist der Ansicht, es liesse sich vielleicht eine Modalität finden, dem Auslieferungsvertrage, nebst den allgemeinen Grundsätzen der Nichtauslieferung bei politischen Verbrechen, eine Bestimmung des beiläufigen Inhaltes beizufügen, dass sich die vertragschliessenden Teile in Ansehung des Verbrechens des Mordes vorbehalten, auch dann, wenn dasselbe aus politischen Motiven begangen wurde oder mit einem politischen Delikte im Zusammenhange steht, und insbesondere im Falle des Attentats auf das Oberhaupt eines fremden States oder die Mitglieder seiner Familie, sofern der Tatbestand eines Mordes, Meuchelmordes oder der Vergiftung vorläge, nach Untersuchung der Sache die Auslieferung zu gewähren.

Der Bundesrat spricht zunächst die Ansicht aus, dass weder ein juristischer, noch ein praktischer Grund dafür vorliegt, die aufgeworfene Frage auf das Verbrechen des Mordes zu beschränken, dass vielmehr eine grosse Zahl anderer gemeiner Verbrechen in gleicher Weise in Betracht fallen, bei denen politische Motive vorhanden sind oder vorgeschützt werden.

Der Bundesrat nimmt keinen Anstand, die Frage von diesem allgemeinen Standpunkte aus aufzufassen und zu erklären, dass auch er keineswegs die Ansicht teilt, dass ein gemeines Verbrechen schon darum als ein politisches betrachtet werden

4. E 21/24646.

müsse, weil der Urheber desselben tatsächlich oder angeblich aus solchen Motiven gehandelt hat. Die Haltung, welche die schweizerische Regierung in der jüngsten Zeit in der Anarchisten-Angelegenheit beobachtet hat, legt hiefür genügendes Zeugnis ab, um in dieser Beziehung alle weitem Erklärungen überflüssig zu machen.

Von diesem Grundsatz ist aber die weitere Frage ganz unabhängig, ob auf dem Wege des Vertrages festzusetzen sei, dass in Ansehung gewisser gemeiner Verbrechen die Auslieferung auch dann stattzufinden habe, wenn dieselben aus politischen Motiven begangen wurden oder mit einem politischen Delikte in Zusammenhang stehen. Diese Frage kann der Bundesrat nicht bejahen; er ist vielmehr der Ansicht, dass eine derartige vertragsmässige Einschränkung weder mit den Grundsätzen vereinbar sei, welche in Bezug auf die gegenseitige Auslieferung allgemein anerkannt sind, noch, dass sie einem praktischen Bedürfnis entspreche. Alle neuern Auslieferungsverträge gehen von dem Grundsatz aus, dass zur Begründung eines Auslieferungsbegehrens der Nachweis nicht genügt, dass in dem requirirenden State ein in dem Vertrage vorgesehenes Verbrechen begangen worden sei, sondern es wird die Pflicht zur Auslieferung erst dadurch begründet, wenn der in dem einzelnen konkreten Falle vorliegende und nachzuweisende Tatbestand auch nach der Gesetzgebung des angesprochenen States den Charakter eines Verbrechens hat und infolge dessen strafbar ist. Dem angesprochenen State fällt somit der Entscheid über die rechtliche Qualifikation der Delikte zu, den er allerdings nicht willkürlich, sondern nach seiner jeweiligen Gesetzgebung zu treffen die Verpflichtung übernimmt. Diese Gesetzgebung ist durch den Bestand der Auslieferungsverträge nicht beschränkt, sondern im Gegenteil anerkannt, und aus diesem Grunde enthalten die Verträge auch die blossen Aufzählungen der Delikte, keineswegs aber ihre Begriffsbestimmungen, weil diese eine schwere Beeinträchtigung des Gesetzgebungsrechtes der Staten in sich schliessen würden. Dass diese Wahrung der Statshoheit den Interessen, welche durch die Auslieferungsverträge geschützt werden sollen, keinen Eintrag tut, hat die Erfahrung zur Genüge bewiesen, was sich durch die einfache Erwägung erklärt, dass die Auslieferungspflicht auf den nämlichen Gesetzen des angesprochenen States beruht, welcher dieser zu seinem eigenen Schutze nicht bloss zu erlassen das Recht hat, sondern geradezu gezwungen ist. Die gleiche Notwendigkeit besteht für die Legislation auch auf demjenigen Rechtsgebiete, welches die Delikte zum Gegenstand hat, bei denen sich die politischen Vergehen mit den gemeinen verbinden und berühren. Auch auf diesem Gebiete hat jeder Stat ein zwingendes Interesse, das politische Delikt nicht zum Dekmantel des gemeinen Verbrechens werden zu lassen, und jeder dritte Stat findet daher auch in diesem Falle in der internen Gesetzgebung des angesprochenen States genügenden Schutz; ein praktisches Interesse besteht demnach nicht, auf diesem speziellen Gebiete den angesprochenen Stat zu etwas Weiterem als zur Anwendung seiner Gesetzgebung zu verpflichten und dadurch die allgemeinen Grundsätze der Auslieferungsverträge zu durchbrechen, das Hoheitsrecht der Staten zu beschränken und die Freiheit der Prüfung im einzelnen Fall aufzuheben, und dieses um so weniger, als die Eidgenossenschaft seit ihrem neu geordneten Bestande und lange vorher nie in den Fall gekommen ist, mit irgend einem State über die Natur eines politischen Delikts in irgend welchen Konflikt zu geraten. Zudem ist nicht zu übersehen, dass diese komplexen Delikte bei ihrer naturgemäss grossen Mannigfaltigkeit und bei der Unsicherheit ihrer Grenzen sich noch weit weniger zu einer vertraglichen Definition eignen, als die meisten übrigen Verbrechen, von denen es allgemein feststeht, dass

ihre Begriffsbestimmung nicht dem Vertrage, sondern der statlichen Gesetzgebung zufalle.

Der Bundesrat glaubt durch diese Erklärungen die Grenzen deutlich gezogen und auch gerechtfertigt zu haben, in welchen er die Diskussion für den Fall von Unterhandlungen über einen neuen Auslieferungsvertrag mit der k.u.k. Regierung zu halten gezwungen wäre, und spricht zugleich die Hoffnung aus, die k.u.k. Regierung werde sich davon überzeugen, dass es möglich sein sollte, auf dem angedeuteten Wege die aufgeworfene Frage in beidseitig befriedigender Weise zu lösen.»

298

E 22/2425

*Antrag des Vorstehers des Handels- und Landwirtschaftsdepartements,
N. Droz, an den Bundesrat*

Bern, 29. März 1886

In Vollziehung der Schlussnahme vom 16. Februar a.c.¹ legt das unterzeichnete Departement den Entwurf zu einer Instruktion für Herrn Dr. Willi, Chef der I. Departements-Abtheilung vor, den der Bundesrath zum Delegirten der nächsten in Rom abzuhaltenden Konferenz betreffend das gewerbliche Eigenthum ernannt hat.²

*1. Revision der internationalen Convention zum Schutz des gewerblichen Eigenthums*³.

Eine Revision der Convention wird von 2 Staaten verlangt, Frankreich und Belgien. *Frankreich* beantragt nämlich, dass in Artikel 5⁴ ausdrücklich gesagt werde, dass derjenige, welcher von einem Staate ein Erfindungspatent erhalten hat, auch verpflichtet sei, in demselben die Erfindung auszubeuten, d. h. zu fabriziren.⁵

Die Schweiz ist insoweit mit diesem Vorschlage einverstanden, als sie der Meinung ist, dass das Wort «exploiter» nicht nur im Sinne von «vendre», sondern auch von «fabriquer» zu verstehen sei. Immerhin sollte das erste Lemma des Artikel 5 unberührt bleiben. Ihre Delegirten haben schon in der internationalen Konferenz vom November 1880 den gleichen Standpunkt eingenommen.⁶ Es bedarf aber, um das

1. E 1004 1/144, Nr. 762.

2. Die Konferenz hätte eigentlich bereits im Jahre 1885 in Rom stattfinden sollen, war dann aber auf Ersuchen Italiens auf den April 1886 vertagt worden. Vgl. dazu den GBer. 1885 (BBl 1886, 1, S. 261) sowie die Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend die Ratifikation von Zusätzen zur internationalen Konvention über den Schutz des gewerblichen Eigenthums (BBl 1886, 3, S. 521—535).

3. AS 1883—1884, 7, S. 517—532.

4. Artikel 5 lautet: L'introduction par le breveté, dans le pays où le brevet a été délivré, d'objets fabriqués dans l'un ou l'autre des Etats de l'Union, n'entraînera pas la déchéance.

Toutefois le breveté restera soumis à l'obligation d'exploiter son brevet conformément aux lois du pays où il introduit les objets brevetés.

5. Vgl. das Schreiben von Lardy an Droz vom 23. I. 1886 (E 22/2425).

6. Vgl. E 22/2413.

zweite Lemma in diesem Sinne auszulegen, keiner Revision der Convention, sondern nur einer bezüglichen Bestimmung im Ausführungsreglement. Es ist richtig, dass Art. 5 der Convention Zweifel darüber lässt, ob der Patentirte verpflichtet sei, im Staate, welcher demselben das Patent ertheilt hat, zu fabriziren oder nicht, und es empfiehlt sich desshalb, dass das Vollziehungs-Reglement hierüber Klarheit verschaffe. Artikel 10⁷ der Convention enthält die Bestimmung, dass jedes Erzeugniss, welches fälschlich den Namen eines bestimmten Ortes als Angabe der Herkunft trägt, mit Beschlag belegt werden kann, wenn diese Angabe mit einer fingirten oder in betrügerischer Absicht entlehnten Geschäftsfirma verbunden ist. Frankreich verlangt hier einen Zusatz lautend: «... si la localité indiquée comme lieu de provenance est située sur le terrain de l'un quelconque de ces Etats.» Sodann verlangt Frankreich zu diesem Artikel noch einen zweiten Zusatz, laut welchem für die in demselben vorgesehene Beschlagnahme die innere Gesetzgebung des betreffenden Staates massgebend sein soll.

Diesen beiden Vorschlägen kann ebenfalls im Vollziehungsreglemente Rechnung getragen werden, und wenn letzteres geschieht, so wird der Delegirte dieselben unterstützen.

Der Delegirte wird überhaupt den Standpunkt einnehmen und mit allem Nachdruck vertheidigen, dass im jetzigen Momente eine Revision der Convention weder nöthig noch zeitgemäss sei. Der weitere Ausbau derselben auf dem Wege der Vollziehungs-Vorschriften biete noch ein grosses Feld der Thätigkeit. Auch die Schweiz habe Wünsche betreffend Änderung und Erweiterung der Convention, sie halte aber für zweckmässig, dieselben erst später zur Geltung zu bringen, wenn die Convention sich eingelebt und festen Fuss gefasst und der berührte Ausbau stattgefunden habe. An derselben im jetzigen Momente zu rütteln, hiesse, sie in Frage zu stellen, und damit die grossen Interessen, welche dieselbe anerkanntermassen biete.

Belgien schlägt vor, es sei in die Convention eine Bestimmung aufzunehmen, laut welcher ein Patentinhaber, welcher sein Patent in irgend einem Unionsstaate ausbeutet, in den andern Unionsstaaten aus dem Grunde, weil er das Patent nicht auch in diesen ausbeutet, seines Patentes nicht verlustig werden darf. *Belgien* hat schon in der Conferenz vom November 1880 diesen Vorschlag gemacht; es wurde derselbe von den Delegirten mehrerer Staaten angefochten und dann fallen gelassen. An der Conferenz in Rom wird der Delegirte den Vorschlag mit allem Nachdruck bekämpfen; es liegt nicht im Interesse der schweiz. Industrie, dass hier Patente ausgewirkt, in der Schweiz aber nicht ausgebeutet, d.h. fabrizirt würde. Die Schweiz hat billige Eingangszölle und dabei theilweise Mangel an Rohmaterial, und es wäre, wenn der Vorschlag angenommen würde, zum Nachtheil unsers Landes zu riskiren, dass hier Patente ausgewirkt, in andern Staaten aber fabrizirt und die Objekte dann in die Schweiz importirt würden. Die Schweiz könnte zu einer solchen Vorschrift nur dann Hand bieten, wenn die Zollgesetzgebungen anderer Staaten, wie die ihrige, dem internationalen Verkehr keine Hindernisse entgegenstellen würden.

7. Artikel 10 lautet: Les dispositions de l'article précédent seront applicables à tout produit portant fausement, comme indication de provenance, le nom d'une localité déterminée, lorsque cette indication sera jointe à un nom commercial fictif ou emprunté dans une intention frauduleuse.

Est réputé partie intéressée fabricant ou commerçant engagé dans la fabrication ou le commerce de ce produit, et établi dans la localité fausement indiquée comme provenance.

Der Delegirte wird zu den Vorschlägen sowohl Belgiens als Frankreichs bemerken, dass, falls der einte oder der andere angenommen würde, die Schweiz eine solche Abänderung der Convention wahrscheinlich nicht ratifiziren könnte, und dass die Aussichten auf eine baldige Einführung der Erfindungspatente sich dannzumal viel ungünstiger gestalten würden.

2. Vollziehungsreglement zur Convention.

Bei diesem schlägt die schweizerische Verwaltung einige Abänderungen⁸ vor, und zwar bei den Sektionen 1, 4, 5 und 9. Dieselben sind den sämtlichen Unionsstaaten gedruckt mitgetheilt worden. Der Delegirte wird an der Conferenz diese Vorschläge, die theils die Redaktion des Vollziehungs-Reglements, theils kleine Zusätze zu demselben betreffen, näher motiviren und die Annahme derselben empfehlen. Voraussichtlich werden diese Vorschläge keiner ernstern Opposition begegnen. Sollte dies indessen bei den einen oder andern der Fall sein, so ist das Departement ermächtigt, den Delegirten anzuweisen, nicht zu insistiren.

3. Übereinkunft (Arrangement) betreffend die internationale Einregistrirung von Fabrik- und Handelsmarken.

Die Schweiz schlägt der Conferenz den Entwurf zu einem Arrangement vor, durch welches den Angehörigen der Unionsstaaten die Möglichkeit verschafft würde, in allen Staaten, welche der Übereinkunft beigetreten sind, den Schutz ihrer Fabrik- und Handelsmarken dadurch zu ermöglichen, dass diese beim internationalen Bureau einregistrirt und von demselben publizirt würden. Ein Reglement, welches dem Arrangement beigefügt ist, enthält die nöthigen Ausführungsbestimmungen.

Der Delegirte wird der Conferenz in Rom die Vortheile, welche der Antrag der schweiz. Verwaltung bietet, näher auseinandersetzen, und dahin wirken, dass wenn nicht sämtliche Vertreter der Unionsstaaten dazu Hand bieten, dies wenigstens von einzelnen geschieht.

Die Auswirkung des Markenschutzes in den Staaten, welche der Übereinkunft beitreten, würde ausserordentlich vereinfacht und die Kosten reducirt, denn statt an die betreffenden Amtsstellen direkte oder durch Vermittlung von Agenturen sich zu wenden, hätte der Markeninhaber, welcher den internationalen Schutz verlangt, einfach das dem Vorschlag beigefügte Formular auszufüllen, und dem internationalen Bureau einzusenden, welches das weitere besorgen würde. Die nach dem Vorschlage zu entrichtende Gebühr bestünde in frs. 50.—. Sollte eine Erhöhung dieser Gebühr vorgeschlagen werden, so würde der Delegirte nichts dagegen einwenden. Bis jetzt sind von den Unionsstaaten gegen diese Vorschläge der schweiz. Verwaltung keine Einwendungen erhoben und auch keine Abänderungen verlangt worden; sollte letzteres an der Conferenz stattfinden, so wird der Delegirte, wenn die verlangten Abänderungen wesentlich sein sollten, beim Bundesrath Instruktionen einholen.

4. Dotation des internationalen Bureau.

Der Bundestath hat mit Kreisschreiben vom 17. Nov. 1885⁹ den Unionsstaaten den Vorschlag gemacht, dass, wenn die Einnahmen des Bureau die Ausgaben nicht

8. E 22/2426.

9. E 1001 (E) q 1/149, Nr. 5253.

decken, der Überschuss der letztern vorläufig, d. h. bis zu der Conferenz, welche derjenigen von Rom folgt, von den Unionsstaaten nach Massgabe ihrer allgemeinen Beitragspflicht (Ziffer 6 des Schlussprotokolls) zur Deckung zu vertheilen sei. Die Vermehrung der Ausgaben, sowie auch der Einnahmen hängt von den Beschlüssen ab, welche an der Conferenz gefasst werden; der Delegirte wird desshalb dahin wirken, dass die Behandlung der Dotation des Bureau erst am Schlusse der Conferenz stattfindet. Derselbe wird schon bei der Berathung der von der Schweiz vorgeschlagenen Übereinkunft betreffend internationale Einregistrirung der Fabrik- und Handelsmarken die Vermehrung der Einnahmen des Bureau's als Argument benutzen und wenn diese Übereinkunft nicht von den Delegirten einer grössern Anzahl Staaten Beifall fände, mit allem Nachdruck dahin wirken, dass nach Vorschlag der Schweiz (Circular vom 17. Novbr. 1885) für Deckung eines Überschusses der Ausgaben gesorgt wird. Wenn sich Schwierigkeiten bieten, so wird derselbe sich vorab mit dem schweiz. Minister über das weitere Vorgehen in's Einverständniss setzen oder weitere Instruktionen einholen.

Das letztere wird er ebenfalls thun, wenn im Verlaufe der Verhandlungen in Bezug auf die Convention oder das Vollziehungsreglement neue Vorschläge von wesentlicher Bedeutung gestellt würden.

Der schweiz. Gesandtschaft in Rom ist mit folgendem Schreiben Copie der Instruktion zuzusenden:

[...] ¹⁰.

10. Es folgt das Schreiben an Bavier, mit dem Ersuchen, Willi an der Konferenz zu unterstützen. Der Antrag wurde vom Bundesrat am 2. 4. 1886 unverändert genehmigt (E 1004 1/145, Nr. 1468).

299

E 13 (B)/154

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Vorsteher des Handels- und Landwirtschaftsdepartements, N. Droz*

B Confidentiel

Berlin, 27. April 1886

Da Sie, laut Ihrem geehrten Schreiben vom 24. d. Mts. ¹, vorziehen, dem Bundesrathe über die dermalige Situation betr. den deutsch-schweizerischen Handelsvertrag Bericht zu erstatten ², ohne vorher der Frage näher zu treten, ob und in welcher Form

1. Nicht ermittelt.

2. Droz legte seinen Antrag am 29. 4. 1886 dem Bundesrat vor. Darin führte er aus: [...] Der jetzige Vertrag beschränkt sich, was die Zölle betrifft, im Wesentlichen auf die Klausel der meistbegünstigten Nation. Deutschland hat bis jetzt nur Griechenland, Italien und Spanien einige wenige Tarifbegünstigungen eingeräumt, worunter nur diejenige für Chocolate der Schweiz einigen Vortheil gewährt. Die Meistbegünstigungsklausel hatte daher für die Schweiz bis jetzt wenig praktischen Werth. [...] Der jetzige Vertrag gibt im Falle seiner Fortdauer Deutschland auch für weitere Zollerhöhungen, z. B. für Käse, oder für die theilweise Aufhebung des Vered-

die deutsche Regierung über ihre Absichten betreffend eine eventuelle Revision des Vertrags auf Grundlage von Tarifconcessionen zu sondiren sei, so erachte ich es als angezeigt, Ihr Schreiben vom 15. d.Mts.³ zu beantworten ohne einen weitem Auftrag Ihrerseits abzuwarten.

Hiebei glaube ich jedoch auf eine einlässliche Berichterstattung verzichten und mich vielmehr auf folgende mehr allgemeine Gesichtspunkte concentriren zu sollen.

Mit der in Ihrem Schreiben vom 10. d.Mts.⁴ enthaltenen Wiedergabe der Quintessenz meines Berichtes vom 11. December 1884⁵ bin ich im grossen Ganzen unbedingt einverstanden.

Nur einen Punkt finde ich darin zu wenig berücksichtigt, nämlich den Passus, in welchem ich mich gegen den Schluss des Berichtes hin, wie folgt ausgesprochen habe:

«Aber auch für den Fall eines in der Hauptsache vertragslosen Zustandes dürfte es sich für uns, im Hinblick auf die schon angedeuteten eventuellen Repressalien der Reichsregierung kaum empfehlen, dem Nachbarstaate Deutschland die bisherigen Vorteile der Meistbegünstigung ohne Weiteres zu entziehen. Ich nehme vielmehr an, dass man sich bei dieser Sachlage auf dem Wege des Notenaustausches die Behandlung der Meistbegünstigung wenigstens provisorisch (auf Zusehen hin) dennoch zusichern würde, und dass mithin nach dieser Richtung nur insofern eine Änderung gegenüber dem status quo eintreten dürfte, als die gedachte Begünstigung zu jeder Zeit widerruflich wäre.

Und weil ich betreffend die Eventualität eines vertragslosen Zustandes von dieser Auffassung ausgehe, möchte ich auch *die* Frage einer sorgfältigen Prüfung unterbreitet wissen, ob nicht vielleicht unsererseits, für den Fall, dass die Aussichten für die Revision des Vertrages im Laufe der Vorbesprechungen sich nicht bessern sollten, von einer Kündigung vorläufig abgesehen und vor der Hand eher eine stillschweigende Verlängerung des jezigen Vertragsverhältnisses von Jahr zu Jahr, nach Massgabe des Art. 12 des Vertrages⁶, ebenfalls ins Auge gefasst werden könnte und sollte.»

So, wie ich die dermalige Sachlage auffasse, gewinnt letzteres Auskunftsmittel immer mehr und mehr an Actualität.

Die Aussichten auf einen günstigen Tarif-Vertrag sind, wie ich in meinem Schreiben vom 20. d.Mts.⁷ ausgeführt habe, in Folge der Zolltarif-Novelle vom letzten Sommer insofern auf ein bedenkliches Minimum herabgesunken, als wir vor der Perspec-

lungsverkehrs, der für die Baumwollspinnerei, -Zwirnerei und -Weberei eine fast vitale Bedeutung hat, völlig freie Hand. [...].

Das Verlangen der beteiligten schweizerischen Industriekreise tendirt unter diesen Umständen sehr entschieden nach einer Kündigung des Vertrages, [...].

Angesichts der dringenden Wünschbarkeit irgendwelcher Massregeln gegen die bereits eingetretenen und noch zu befürchtenden Verschlechterungen der schweiz.-deutschen Exportbedingungen wäre das unterzeichnete Departement unter dem Vorbehalt eines günstigen Gutachtens des Zolldepartements über die Tarifffrage im Falle, die Kündigung des Vertrages mit Deutschland und gleichzeitige Anbahnung eines neuen Vertrages auf noch näher zu bestimmender Grundlage zu befürworten (E 13 (B)/154).

3. *Nicht ermittelt.*

4. *Nicht abgedruckt.*

5. *Nicht abgedruckt.*

6. AS 1880—1881, 5, S. 465.

7. *Nicht abgedruckt.*

tive stehen, dass Deutschland in der Hauptsache wohl höchstens auf die Ansätze des Generaltarifs vor Inkrafttreten der Novelle zurückgehen würde. Und andererseits scheint mir festzustehen, dass wir, wie ebenfalls schon erwähnt, Tarifconcessionen mit Gegen-Tarifconcessionen erkaufen müssten.

Die Frage, ob *wir* bei unserer gegenwärtigen Situation überhaupt Tarif-Concessionen machen könnten, lasse ich vor der Hand unerörtert.

Auch darüber, ob Deutschland sich wirklich auf Verhandlungen über Tarif-Reductionen betr. *industrielle* Artikel, welche in das Gebiet der Schutzzoll-Politik fallen, einlassen würde, will ich mich für heute nicht näher aussprechen. Um hierauf eine bestimmte Antwort geben zu können, müsste ich, wie schon bemerkt, vorerst in die Lage versetzt werden, dieses Thema an zuständiger Stelle in vernehmlicher Weise anzutönen.

Zur Zeit glaube ich, offen gestanden, eher an die Negative; denn nichts, gar nichts deutet darauf hin, dass der Reichskanzler geneigt wäre, an seinem principiell schutzzöllnerischen Standpunkte rütteln zu lassen.

Wenn in der Schweiz, z. B. in Basel, als günstiges Prognosticon für eine Revision des Vertrags auf der Grundlage von Tarifconcessionen geltend gemacht wird, Deutschland habe ja Spanien und Italien bereits solche Concessionen zugestanden, so beruht dies auf einer irrthümlichen Auffassung.

Allerdings sind Spanien und Italien deutscherseits Tarifconcessionen gemacht worden. Dieselben betreffen aber sozusagen ausschliesslich Finanzartikel, und keine einzige industrielle Position, welche in den Rayon der Schutzzoll-Artikel gehört, ist hiebei preisgegeben worden.

Ich gieng indess entschieden zu weit, wenn ich von der *Möglichkeit*, für uns in der Folge von Deutschland dennoch einzelne Concessionen auf Schutzzoll-Artikeln zu erkämpfen, ganz absehen würde.

Es können ja, in mehr oder weniger ferner Zeit, Umstände eintreten, welche dem Fürsten Bismark auch auf handelspolitischem Gebiete ein von seiner bisherigen Politik abweichendes Experiment als opportun erscheinen lassen.

Und wer weiss, ob uns nicht das Jahr 1887 d. h. der unwiderrufliche Ablauf des deutsch-österreichischen Handelsvertrages eine solche Überraschung bringt.

Selbst in amtlichen Fachkreisen scheint man mir die Möglichkeit als nicht ausgeschlossen zu betrachten, dass sich der Reichskanzler eventuell doch herbeilassen könnte, eine Verständigung Österreich-Ungarn gegenüber mit Tarifconcessionen auf industriellen Artikeln zu erkaufen.

In den gleichen Kreisen vertritt man aber die Ansicht, dass gerade gestützt auf diese Eventualität die deutsche Regierung bis zum Zeitpunkte der Unterhandlungen mit Wien sich schwerlich geneigt zeigen dürfte, mit uns über einen Tarifvertrag zu unterhandeln, denn wenn Deutschland wirklich geneigt sein sollte, auf Grundlage des «do ut des» Österreich gegenüber einzelne Tarif-Concessionen zu machen, so könne es sich nicht durch vorher der Schweiz gemachte Concessionen die Operationsbasis verschlechtern lassen.

Damit habe ich, so gut als es uns zur Zeit möglich ist, Ihre Frage⁸ betr. das handelspolitische Programm Deutschlands gegenüber Österreich-Ungarn beantwortet. Im

8. Vgl. das Schreiben des Handels- und Landwirtschaftsdepartements an die Gesandtschaft in Berlin vom 10. 4. 1886 (E 13 (B)/154).

gegenwärtigen Momente scheint man hier dieser Frage noch keineswegs näher getreten zu sein.

Ich nehme also, was die Zeitfrage betrifft, an, dass Deutschland im besten Falle erst in dem Zeitpunkte mit uns über Tarif-Concessionen zu unterhandeln geneigt wäre, wo es seine diesbezüglichen Unterhandlungen mit Österreich-Ungarn aufnehmen will.

Bis dahin dürften uns demnach unsere Interessen direct auf *den* Ausweg verweisen, dass wir faute de mieux den bestehenden Vertrag stillschweigend weiter aufrecht erhalten.

Erlauben Sie mir zum Schlusse noch einige allgemeine Bemerkungen betreffend das zur Zeit in der Schweiz in vielen Kreisen so populäre Programm der Kündigung des Vertrags⁹ à tout prix, mit dem Endzwecke, durch diese Kündigung Deutschland gegenüber auf handelspolitischem Gebiete tabula rasa zu erlangen und den deutschen Export an Stelle des Vertragstarifes mit Frankreich mit unserem Generaltarif zu belegen.

Es will mir scheinen, dass man in diesen Kreisen die muthmasslichen Folgen einer Kündigung quand même nicht mit der gewünschten Klarheit übersieht.

Man vergisst nämlich, mit der von mir früher schon besprochenen Eventualität zu rechnen, dass Deutschland uns in diesem Falle mit der Anwendung des § 6 des deutschen Zolltarifgesetzes, d. h. mit den 50 % Zuschlag antworten könnte, davon gar nicht zu reden, dass wir alsdann, als Zugabe zu diesem Zollkriege en miniature, den Veredlungsverkehr ganz verlieren würden.

Darüber, wer einen solchen Zollkrieg länger aushalten könnte, ob *wir* oder *Deutschland*, mögen sich die Vertreter unserer Industrie, des Gewerbes und der Landwirthschaft ins Klare setzen. Mir liegt vor der Hand nur die Aufgabe ob, auf diese Eventualität aufmerksam zu machen.

Ich bin der Ansicht, dass, so lange wir Tarifverträge mit andern Staaten haben, die Kündigung des Vertrags mit Deutschland in der Absicht, ein vacuum herbeizuführen, aus obigen Gründen unter allen Umständen ein sehr gewagtes Experiment wäre, und dass die zur Zeit viel gepriesene Unabhängigkeit der Schweiz auf zollpolitischem Gebiete jedenfalls erst für den Zeitpunkt ins Auge gefasst werden könnte, wo wir durch den Ablauf unseres Vertrages mit Frankreich wirklich tabula rasa haben werden.

Gehen wir vorher diesem oder jenem Staate gegenüber puncto Kündigung isolirt vor, so haben wir, wie gesagt, mit der Eventualität eines Zollkrieges zu rechnen.

Die ganze Frage will nach allen Richtungen mit kaltem Blute geprüft sein. Im Allgemeinen mögen diejenigen, welche der Kündigung das Wort reden, auch den Factor mit in Rechnung bringen, dass, nachdem mit einem Staate alle vertraglichen Beziehungen abgebrochen, Verhandlungen behufs neuer Regelung der Handels- und Verkehrsbeziehungen erfahrungsgemäss wesentlich grössere Hindernisse entgegenstehen, und dass die Chancen betreffend des zu erreichenden empfindlich ungünstiger sind, als wenn man bei solchen Unterhandlungen im gegebenen Momente sich an ein besseres Vertragsverhältniss anlehnen kann, und nicht mit Verstimmungen zu rechnen hat, welche die Kündigung eines Vertrages in der Absicht, einen vertragslosen Zustand herbeizuführen, immer nach sich ziehen.

9. Vgl. Nr. 293 und Nr. 300, Anm. 4.

300

E 1004 1/145

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 28. Mai 1886

2421. Handelsvertrag mit Deutschland

Handels- und Landwirtschaftsdepartement. Anträge vom 29. April
und 20. Mai 1886, Notenentwurf ohne Datum

Zolldepartement. Mitberichte vom 6. und 27. Mai 1886

Nach Einsichtnahme der von den obengenannten Departementen erstatteten Berichten¹ wird auf Grundlage des vom Handelsdepartement vorgelegten neuen Notenentwurfes und in Genehmigung der vom Zolldepartement mit Vortrag vom 27. Mai unter 1, 2 und 3 gestellten Anträge *beschlossen*:

1. Die schweizerische Gesandtschaft in Berlin wird beauftragt, dem Auswärtigen Amt des Deutschen Reiches folgende Note zu überreichen:²

«Die Verhältnisse, unter denen am 23. Mai 1881 der deutsch-schweizerische Handelsvertrag auf die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen wurde, sind heute wesentlich verändert.³

Während für die deutsche Einfuhr nach der Schweiz verhältnissmässig niedrige Tarife, von welchen eine grosse Anzahl durch Verträge mit andern Staten für eine bestimmte Zeitdauer gebunden sind, zur Anwendung kommen, ist der schweizerische Handel mit Deutschland durch bedeutend höhere Zölle belastet, und zudem gegen die Erhöhungen, welche in neuerer Zeit stattgefunden haben, auch in der Zukunft in keiner Weise geschützt und damit eine stetige und gedeihliche Entwicklung des Verkehrs unmöglich gemacht.

Die zahlreichen Beschwerden, welche dieser Zustand der Ungleichheit in der Schweiz hervorgerufen hat, mehren sich und werden dringender, seitdem die von der Bundesversammlung angeordneten Untersuchungen den Nachweis geleistet haben, dass seit dem Jahr 1881 die Situation für die schweiz. Interessen immer ungünstiger geworden ist.

Der schweizerische Bundesrat hat die Überzeugung, dass der Vertrag vom 23. Mai 1881 unter solchen Umständen nicht unverändert fortbestehen kann, und sieht sich daher auf die Bestimmungen des Art. 12 betr. die Kündigung und die Revision des Vertrages angewiesen.

Indem er vorerst den Weg der Verständigung beschreitet, stellt der Bundesrat an die H. Kaiserl. Regierung das Gesuch, sich gefälligst darüber aussprechen zu wollen, ob sie geneigt sei, in Unterhandlungen einzutreten, welche dahin zielen, den bezeichneten Übelständen Rechnung zu tragen und die gegenseitigen Handelsbeziehungen gleichmässig und dauernd zu ordnen.»

1. E 13 (B)/154. *Vgl. auch Nr. 299, Anm. 2.*

2. *Die Note wurde dem Auswärtigen Amt am 31. 5. 1886 übergeben, welches am 11. 6. 1886 seine Zustimmung zu Vertragsverhandlungen erklärte. Beide Noten in: E 13 (B)/154.*

3. *Vgl. Nr. 292.*

2. Es ist die Vereinbarung eines neuen Vertrages und zwar eines Tarifvertrages mit Deutschland anzustreben.

3. Von Seite der Schweiz sind eventuell entsprechende Konzessionen in Aussicht zu nehmen, sei es durch vertragsmässige Bindung von Tarifsätzen auf ihrer dermaligen Höhe, sei es durch Herabsetzung einiger Tarifsätze vorzugsweise in Positionen und Beträgen, welche die schweiz. Produktion und die Bundesfinanzen in erheblichem Masse nicht beeinträchtigen.

4. Behufs Kompensation des eventuellen Ausfalles in den Bundeseinnahmen und sowohl mit Rücksicht auf die bevorstehenden Vertragsunterhandlungen mit Deutschland, Italien und Österreich-Ungarn, als auch im Hinblick auf die eingelaufenen Zollpetitionen⁴ ist eine partielle Revision des Zolltarifs⁵ beförderlich vorzubereiten.

5. Das Handels- & Landwirtschaftsdepartement wird eingeladen, den Entwurf einer Mitteilung an die eidgen. Räte über diese Angelegenheit vorzulegen.

6. In dem vom Zolldepartement vorgelegten Entwurf einer Zuschrift an die Bundesversammlung über die Behandlung verschiedener Petitionen auf Abänderung des Zolltarifs ist zu erwähnen, dass der Bundesrat sich vorbehalte, den Räten mit Rücksicht auf die Zollverhältnisse des Auslandes noch weitere Vorschläge für Tarifänderungen einzureichen.⁶

ANNEX

E 13 (B)/154

*Der Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins⁷
an den Vorsteher des Handels- und Landwirtschaftsdepartements, N. Droz*

Bericht

Zürich, 19. Juni 1885

HANDELSVERTRAG MIT DEUTSCHLAND

[...]⁸

Hauptsächlich wegen dieser Lückenhaftigkeit des vorstehenden Berichtes⁹ unterlassen wir auch eine Zusammenstellung der in ihm enthaltenen Bemerkungen über die Lage der einzelnen Industrien, wie sie durch den Handelsvertrag mit Deutschland geschaffen worden ist. Daneben wollen

4. *Vgl. den Annex und den Bericht des Schweiz. Gewerbevereins an das Schweizer. Handelsdepartement über die Kündigung des deutsch-schweizer. Handelsvertrages. Vom 29. Mai 1886 (E 13 (B)/154). Vgl. auch die Botschaft des Bundesrathes an die Bundesversammlung betreffend Abänderung der Positionen Nr. 356 [Strohgeflechte], 16 und 17 [Holzessigsäure, Holzgeist] des Zolltarifs. Vom 10. November 1885. In: BBl 1885, 4, S. 283—293.*

Am 17. 12. 1885 hatte Nationalrat Keller in einer Interpellation die Kündigung des Vertrags mit Deutschland angeregt (E 13 (B)/154); vgl. auch Nr. 293.

5. *Vgl. die Botschaft des Bundesrathes an die Bundesversammlung, betreffend Abänderung des Zolltarifgesetzes vom 26. Juni 1884. Vom 19. November 1886 (BBl 1886, 3, S. 1045—1095). Vgl. auch das Bundesgesetz betreffend einen neuen schweizerischen Zolltarif. Vom 26. Juni 1884 (AS 1883—1884, 7, S. 549—581).*

6. *Vgl. den Bericht des Bundesrathes an die Bundesversammlung über Eingaben betreffend Abänderung des Zolltarifs. Vom 28. Mai 1886 (BBl 1886, 2, S. 587 f.).*

7. *Unterzeichnet: C. Cramer-Frey, Präsident; Alfred Frey, Sekretär.*

8. *Das 97seitige Gutachten gibt eine nach Industrien geordnete Übersicht der Aus- und Einfuhr zwischen der Schweiz und Deutschland. Die abgedruckten Stellen finden sich auf den Seiten 94—96.*

9. *Vgl. den Bericht, S. 93: [...] Es fehlen Angaben über Hopfen, Bier, Leinen, Glaswaaren, Bijouterien, Metallwaaren aller Art und viele andere Gegenstände [...].*

wir freilich die Schlussfolgerung nicht unbeachtet lassen, welche eine Sektion aus den von ihr gemachten Erhebungen mit Rücksicht auf die Zukunft gezogen hat:

«Seit zwei Jahrzehnten hat der Handelsvertrag mit Frankreich die wesentlichste Unterlage der ganzen schweizerischen Zollpolitik gebildet, und sieben Jahre lang werden diese Verhältnisse noch unverändert fort dauern. Auch Frankreich selbst hat sich durch den mit der Schweiz vereinbarten Vertrag für diese Zeit seiner Handlungsfähigkeit mehr begeben als durch irgend einen der mit andern Staaten abgeschlossenen Handelsverträge. In der That mag die Schweiz auch zur Stunde relativ das beste Absatzgebiet Frankreichs sein, und dieser Umstand erklärt es, warum mitten in der grossen Schutzzollbewegung, welche den Kontinent durchzieht, die französisch-schweizerischen Handelsbeziehungen — geschützt durch einen Tarifvertrag — sich bis vor wenig Jahren fast unverändert fortzuerhalten vermochten. Die Grundlagen auf welchen der Vertrag sich aufbaute, beginnen aber zu zerbröckeln. Schritt um Schritt verdrängt der rührige Deutsche in der ganzen deutschen Schweiz mit den Erzeugnissen seiner Industrien den Franzosen. Der Italiener, Österreicher, Ungar, Spanier u.s.w. tritt der Ausfuhr französischer Weine nach der Schweiz entgegen, und am Absatz dieses Massenartikels bei uns ist Frankreich heute um gar viel weniger betheilig als vor einem Jahrzehnt. So verliert Frankreich mehr und mehr das Interesse, durch besondere Konzessionen auf seinem Generaltarif die schweizerischen Zollansätze darnieder zu halten; denn die Folgen dieser Anstrengungen kommen in höherem Masse Deutschland zu Gute. Unsere Kohlen und unser Eisen liefert Deutschland — zwei der wichtigsten Lebens-elemente jeglichen Industriestaates.

Spätere Zeiten werden zeigen, wie diese Verschiebung deutscher und französischer Interessen in der Schweiz auf den Absatz schweizerischer Fabrikate in Frankreich zurückwirken muss. Sie werden auch zeigen, dass sich in Folge der Ereignisse, die langsam Woche für Woche weiter gedeihen, allmählig die kommerzielle Stellung der Schweiz zu ihren Nachbarstaaten verschieben muss.

Dies darf die Schweiz nicht ausser Acht lassen, wenn sie einen neuen Handelsvertrag mit Deutschland vereinbaren will.

Über unserer Zukunft dämmert ein so schwarzer Himmel, dass solche Fragen kaum ernst genug aufgefasst werden können.»

Wir erachten es nicht als in unserer Aufgabe gelegen, über die Frage der Kündigung oder Fortführung des bisherigen Vertragsverhältnisses zu Deutschland unsrerseits uns auszusprechen. Gleichwohl haben wir es für angemessen gehalten die auf diese Frage bezüglichen Auslassungen der Einzelrapporte im Gutachten aufzunehmen, und möchten an diesem Orte auch noch einer kurzen Stelle eines Sektionsberichtes Raum geben, welche diese Angelegenheit berührt:

«Der Versuch wird jedenfalls gemacht werden müssen von Deutschland einen Tarifvertrag zu erlangen, in welcher die beidseitigen Ansätze nicht wesentlich verschieden sind. Sollte in diesem Punkte wenig oder nichts erreicht werden und etwa auch noch der Veredlungsverkehr eine Einschränkung erleiden, dann gebietet allerdings die nationale Würde ein derartiges Abkommen von der Hand zu weisen.»

[...] ¹⁰.

10. Am Schluss des Berichtes folgt noch ein Anhang über den Veredlungsverkehr.

E 2/100

*Der schweizerische Gesandte in Paris, Ch. Lardy
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
A. Deucher*

B Persönlich und vertraulich

Paris, 15. Juni 1886

Aus einer Unterredung die ich gestern bei Anlass der Truppenrevue mit dem belgischen Gesandten hatte, glaube ich den Schluss ziehen zu sollen, dass Belgien respective der belgische König fest annimmt, dass Sie die Funktionen eines Schiedsrichters nicht ablehnen werden.¹

Französischerseits habe ich seit dem Empfange Ihres verehrlichen Schreibens vom 9. dies² keine Gelegenheit gehabt, mit Herrn v. Freycinet über die Sache zu sprechen. Die parlamentarischen Angelegenheiten (französisch-italienischer Schiffahrtsvertrag, Ausweisung des Herzogs von Aumale etc) haben Freycinet zu sehr in Anspruch genommen, dass ich es wagen konnte, zu ihm zu gehen für eine Angelegenheit welche vorläufig keine Eile hat. Dagegen sagte mir vor ca 10 Tagen der Direktor der politischen Angelegenheiten auf dem hiesigen auswärtigen Amte Herr Charmes, dass, falls eine direkte Verständigung zwischen Frankreich und dem Congostaate nicht eintreten könne, die beiden Parteien völlig einverstanden seien, den Präsidenten der schweizer. Eidgenossenschaft zu ersuchen, die Funktionen eines Schiedsrichters zu übernehmen. — Der Grund liegt auf der Hand; einerseits ist die Schweiz in der Sache nicht betheilig; andererseits haben sowohl Frankreich als der belgische König nicht nur ausgezeichnete Beziehungen zu der Schweiz, sondern auch vollständiges Zutrauen in die Gerechtigkeit, Unparteilichkeit und Gewandheit des schweizer. Bundespräsidenten, so dass auf der Welt keine competentere und auch keine sympathischere Persönlichkeit gedacht werden könne.

Herr Charmes ist nachher in das Detail der Angelegenheit etwas eingetreten, ohne aber viel mehr zu sagen als das was Ihnen bereits bekannt ist. — Ein Punkt muss aber betont werden, nämlich dass congolische und französische Kommissäre den Punkt oberhalb des Zusammenflusses der vermuthlichen Licona und des Congo's bereits festgestellt hatten, von welchem aus die Grenze gezogen werden sollte, um den 17. Grad östlicher Länge schräg zu erreichen; Frankreich behauptet, dass in der Zwischenzeit man in Brüssel erfahren hatte, dass die Licona einer anderen Richtung gefolgt habe als man glaubte, so dass die Kommissäre des Congostaates in Brüssel desavouirt worden sind. — Frankreich stützt sich aber auf diese desavouirte Verein-

1. *Lardy hatte Deucher am 3. 6. 1886 über sein Gespräch mit dem belgischen Staatsminister informiert: [...] J'ai dit à M. Pirmez que, s'il ne s'entendait pas avec la France, il ferait bien de Vous choisir comme arbitre; [...] Ce matin, je trouve un petit billet de M. Pirmez, écrit hier soir et conçu comme suit: «Confidentielle et personnelle. Cher Ministre. Nous sommes tombés d'accord ce matin pour prendre Votre Président pour arbitre de notre différend franco-congolais. [...]» (E 2/100).*

2. E 2200 Paris 1/208. *Mit Telegramm vom 15. 6. 1886 hatte Deucher Lardy erwidert: Sofern ich wirklich als Schiedsrichter in Aussicht genommen bin, werde unbedingt annehmen. (E 2/100).*

barung, um zu behaupten, dass man wirklich die Absicht gehabt habe, den betreffenden Zusammenfluss ohne Weiteres an Frankreich zu belassen, entgegen der congo-belgischen Behauptung dass Frankreich nur das Bassin der Licona beanspruchen könne.

Sei ihm wie ihm wolle, glaube ich entschieden, dass eine Weigerung von Ihnen die schiedsrichterlichen Funktionen zu übernehmen, sowohl hier als in Brüssel peinlich überraschen würde. Ich habe keinen Zweifel, dass Ihnen alle möglichen Memoires, Belege, Karten, juristische & geographische Gutachten zur Verfügung gestellt werden um Ihnen ein Urtheil zu erleichtern. — Vom schweizerischen Standpunkte aus würde die Abweisung einer solchen Ehre, nach meiner innersten Überzeugung, keinen günstigen Eindruck machen; ich halte es sogar für sehr zweckmässig die öffentliche Meinung in der Schweiz für die Congo-angelegenheiten zu interessiren, indem der Congostaat nicht nur für unsere Industrie ein wichtiges Absatzgebiet werden könnte, sondern auch indem der belgische König, welcher bekanntlich nicht mehr viel Geld zur Verfügung hat, sich bewogen finden könnte, wenn die Schweiz sich für die Congo-angelegenheiten erwärmen sollte, uns vielleicht andere Perspektiven zu eröffnen, oder umgekehrt *wir* dazu kommen könnten nach näherer Prüfung der Lage des Congostaates die Geldverlegenheit des belgischen Königs je nach Umständen im Interesse unseres Handels und unserer Industrie zur Gründung einer schweizerischen Kolonialpolitik auszubeuten. — Immerhin, und selbst wenn man solche Gedanken als phantastisch ansehen sollte, gibt uns das schiedsrichterliche Amt Einsicht in die Angelegenheiten des schwarzen Continents, bringt uns in Verkehr mit den Männern welche die dortige Lage kennen, und erlaubt uns auch indirekt über unser schweizerisches Interesse nachzudenken und mit besserer Sachkenntniss uns in neue Gebiete des künftigen Jahrhunderts einzuleben.

Da es für uns alle die Hauptaufgabe ist, immer die Interessen unserer alten Schweiz vor Augen zu haben, so glaube ich, dass Ihr vaterländischer Sinn Sie entschieden, nach näherer Prüfung der Sachlage, dazu bewegen wird, das allerdings unangenehme Verantwortlichkeitsgefühl zu überwältigen, und das Ihnen anvertraute ehrenvolle Amt anzunehmen.

Sobald Herr v. Freycinet das diplomatische Corps wieder empfangen wird, werde ich versuchen Denselben auf diese Frage zu bringen; es ist besser, dass er die Initiative ergreife, sonst hätten wir den Anschein als wenn wir nach der Rolle des Schiedsrichters laufen wollten. Ich glaube aber bestimmt, dass eine direkte Verständigung zwischen dem Congostaate und Frankreich nicht mehr möglich ist, so dass es ganz sicher ist, dass, wenn genannte direkte Verständigung nicht stattfindet, die beiden Parteien Ihnen das Schiedsrichteramt anvertrauen werden.³

3. Am 28. 9. 1886 instruierte der Bundesrat den schweizerischen Generalkonsul in Brüssel: [...] Nous avons l'honneur de vous faire savoir, en réponse [auf das Schreiben des Generalkonsuls vom 30. 8. 1886], que, dans l'état actuel des choses, où il est au moins douteux si le compromis dont il s'agit aboutira, il nous paraît absolument inopportun de nous prononcer sur le mode éventuel de procéder, de même que nous ne sommes pas non plus en mesure de prendre dès maintenant position sur la question de savoir si, éventuellement, le président de la Conféd[ération] ou le Cons[eil] féd[éral] serait disposé à se charger des fonctions arbitrales. [...] (E 2/100). Vgl. auch den Freundschafts-, Niederlassungs- und Handelsvertrag mit dem Unabhängigen Congostaat vom 22. November 1889. Akten in: E 21/24537. Botschaft des Bundesrates und Vertragstext in: BBl 1889, 4, S. 772–785).

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 23. Juli 1886¹

3419. Baufondrest der Gotthardbahn

Post- und Eisenbahndepartement. Antrag vom 20. Juli 1886

Das Departement legt das Protokoll² der am 1., 2. und 3. Juli zwischen dem Vertreter der Schweiz (Herrn Bundesrat Welti) und denjenigen von Deutschland und Italien bezüglich des *Baufondrestes der Gotthardbahn* stattgefundenen Beratungen vor.³

Demselben ist zu entnehmen:

Die deutsche und die italienische Delegation beharren zunächst auf dem Begehren, dass die Gotthardbahn verhalten werde, sich jeder Verfügung sowohl über das bei dem Bau ersparte Kapital als über die Zinsen desselben zu enthalten, solange das zweite Geleise nicht gebaut sei. Der schweizerische Delegirte bestreitet dieses Begehren, indem er sich darauf stützt, dass das Verhältnis des Bundesrates zu der Verwaltung der Gotthardbahn die beiden Mitcontrahenten nicht berühre, und es ihnen daher auch nicht gestattet sein könne, zu bestimmen, ob dieser oder jener Betrag so oder anders verwendet werden solle. Indessen sei die schweizerische Regierung bei den bestehenden tatsächlichen Verhältnissen (d. h. bei dem Vorhandensein eines Baufondrestes von 10 Millionen) in der Lage, die Garantie zu übernehmen, dass jederzeit die Mittel zur vertragsmässigen Erstellung des zweiten Geleises in dem Betrag des Baufondrestes bereit stehen und zur Erstellung dieses Geleises verwendet werden. Diese Erklärung werde jedoch unter der Bedingung abgegeben, dass die von den beiden Mitcontrahenten gestellten Begehren als gegenstandslos und hinfällig erklärt werden.

Hierauf geben die Delegirten Deutschland's und Italien's «für jezt» den bisherigen Standpunkt auf und stellen sich auf den Boden des Art. I, 2 des Vertrags vom 12. März 1878⁴, indem sie verlangen, dass der Bundesrat sich verpflichte, für die Erstellung des zweiten Geleises innerhalb einer Frist von 5 Jahren zu sorgen.

Die schweizerische Delegation erklärt, dass die in Betracht kommenden Verhältnisse noch nicht in einer Weise geprüft seien, welche es der schweizerischen Regierung erlauben würde, sich zur Zeit schon in einer bindenden Weise auszusprechen. Sie müsse namentlich darauf aufmerksam machen, dass die Baufrist nicht willkürlich angenommen werden dürfe, sondern sich u. a. nach den vorhandenen Mitteln richten müsse, in der Weise, dass die voraussichtlichen jährlichen Bauausgaben durch die jeweiligen zur Verfügung stehenden Kapital- und Zinsbeträge des Baufondrestes gedeckt werden können. Diese Rechnung lasse sich nur dann aufstellen, wenn ein Bauplan und ein wenigstens annähernder Kostenvoranschlag vorhanden sei. Der Mangel dieser Vorarbeit sei für sich allein schon hinreichend, um der schweizeri-

1. *Abwesend: Droz, Hammer und Ruchonnet.*

2. E 53/192.

3. *Vgl. auch das BR-Prot. vom 11. 5. 1886 (E 1004 1/145, Nr. 2081).*

4. AS 1879, 4, S. 169—180.

schen Delegation das Eintreten auf die Frage des zweiten Geleises zu verunmöglichen. Immerhin sei der Bundesrat bereit, sofort alle Vorarbeiten an die Hand zu nehmen, welche notwendig seien, um eine bestimmte Erklärung abzugeben, und er mache sich verbindlich, dieselbe den beiden Mitcontrahenten zur Kenntnis zu bringen.

Die beiden andern Delegationen bestehen jedoch auf ihrem Antrag, und da der schweizerische Delegirte seinerseits wiederholt erklärt, auf denselben nicht eingehen zu können, so werden die Verhandlungen geschlossen. Es entstehen nun die Fragen:

1. Soll der Bund sich auf das Begehren der beiden andern Staten inbezug auf den Bau des zweiten Geleises einlassen, und

2. was hat inbezug auf die Sicherstellung der Schweiz durch die Gotthardbahn zu geschehen?

Ad 1. Über die Verpflichtung der Schweiz, das zweite Geleise zu bauen, besteht kein Zweifel; auch die Gotthardbahn stellt ihre Verbindlichkeit nicht in Abrede. Die Frage ist nur die, ob die Verpflichtung schon fällig sei. Der Vertrag vom 12. März 1878 sagt darüber in Art. I, 2: «les lignes d'accès d'Erstfeld (ou Silenen) à Göschenen et d'Airolo à Bodio seront prévues pour recevoir la double voie en cas de besoin. En attendant, ces lignes seront construites pour une voie, cependant, partout où plus tard, en cours d'exploitation, l'élargissement de la plate-forme ne serait plus possible ou entraînerait un surcroit de dépenses considérable par exemple dans les longs tunnels, les grands ponts, les murs, terrassement, etc., ces travaux seront de prime abord exécutoires pour deux voies».

Von deutscher und italienischer Seite wird dieser Bestimmung folgende Interpretation gegeben:

a. der Vertrag sagt einfach, wie der Unterbau zu erstellen sei, und keineswegs, unter welchen Bedingungen das zweite Geleise erstellt werden müsse; es ist namentlich mit keinem Worte die Erstellung des zweiten Geleises von dem Verkehr abhängig gemacht.

b. In dem Vertrage wird verlangt, dass in den langen Tunneln, auf den grossen Brücken, bei den Mauern, Terrassirungen, etc. der Unterbau von Anfang an ohne allen Verzug (de prime abord) so hergestellt werde, dass das zweite Geleise ohne weiteres gelegt werden kann. Diese Verpflichtung hat die Gotthardbahn nicht erfüllt und es belaufen sich die Kosten für diese Arbeiten, für welche sie im Verzug ist und die allein eine Zeitdauer von einigen Jahren in Anspruch nehmen, auf mehrere Millionen Franken.

Das Departement hält die erste dieser Behauptungen nicht für gerechtfertigt; die Worte «en cas de besoin» sind allerdings nicht auf den Verkehr bezogen, sondern ganz allgemein hingestellt und können auch von der Sicherheit des Betriebes verstanden werden, was denn auch von deutscher und italienischer Seite in der Konferenz sehr wesentlich betont worden ist; aber immerhin ist auch der Nachweis, dass der Betrieb ohne das zweite Geleise gefährdet erscheine, nicht geleistet.

Anders verhält es sich mit der zweiten Behauptung; denn es muss zugegeben werden, dass eine Reihe von sehr bedeutenden Arbeiten, welche schon bei der Eröffnung der Bahn hätten fertig sein sollen, heute noch nicht ausgeführt sind (s. das bei den Akten liegende Verzeichnis)⁵. Wenn daher die Staten die Anhandnahme dieser

5. E 53/192.

Arbeiten jederzeit verlangen können, so kann sich die Schweiz dessen nicht weigern, zumal die Mittel dazu vorhanden sind. Müssen aber diese Arbeiten vorgenommen werden, so ist damit der Bau des zweiten Geleises begonnen und die einzige Streitfrage ist im Grunde nur noch diejenige der Baufrist. Auf diese Frage einzutreten hält das Departement nicht für angezeigt, solange die Verwaltung noch nicht darüber gehört worden ist.

Ad 2. Betreffend die Frage, was inbezug auf die Garantien zu geschehen habe, die der Bund von der Gotthardbahn zu verlangen hat, ist in den Berichten des Departements, auf welche sich der Beschluss vom 22. September 1885⁶ stützt, das Nötige schon gesagt worden. Seitdem hat die Verwaltung der Gotthardbahn den Ausweis über den Betrag des Baufondrestes geleistet, und es ergibt sich daraus, dass zur Zeit, d. h. auf den 31. August 1885 noch verfügbar waren Fr. 10,302,124.79, während nach den durch das Departement veranlassten Kostenberechnungen das zweite Geleise Fr. 12,500,000 kosten wird. Nun ist aber ferner zu erinnern, dass das zweite Geleise nicht die einzige Bauanlage verlangt, die in nächster Zeit bevorsteht, sondern dass auf die Stammlinie folgende *nicht vertragsmässig vorgeschriebene* Summen verwendet werden sollen:

[...] ⁷.

Wird bloss die Summe in Rechnung gezogen, welche für das zweite Geleise auszugeben ist, zu dessen Erstellung die Schweiz, ganz abgesehen von dem Beginn und der Dauer, vertraglich verpflichtet ist, so beträgt das Defizit:

Kosten des 2. Geleises	Fr. 12,500,000
vorhandene Mittel	Fr. 10,300,000
Defizit	Fr. 2,200,000

Für diese Summe hat sich der Bundesrat, wenn er den Bund nicht kompromittieren will, zu deken, was nur dadurch geschehen kann, dass die sämtlichen Zinse des Baufondrestes von Fr. 10,300,000 so lange zum Kapital geschlagen werden, bis die Bausumme ergänzt ist und um den Betrag von Fr. 2,200,000 angewachsen sein wird. Um dieses zu ermöglichen, ist die Verfügung notwendig, dass die sämtlichen Zinse künftig zum Kapital geschlagen werden müssen und also die bisherige Verwendung von zwei Dritteln derselben zugunsten der Betriebskasse aufzuhören hat.

Das Departement stellt daher folgende Anträge:

1. Es wird der Gotthardbahn zur Kenntnis gebracht, dass die beiden Subventionsstaaten (Deutschland und Italien) die Erstellung des zweiten Geleises im Verlaufe von fünf Jahren auf den durch Art. 1, 2, des Vertrages vom 12. März 1878 vorgesehenen Strecken verlangen, und zwar in der Meinung, dass, wenn die schweizerische Regierung sich verpflichtet, für die Erstellung des Geleises innert dieser Frist zu sorgen, der Anstand über die Verwendung der Gelder als vollkommen erledigt zu betrachten sein würde.

2. Die Verfügung des Bundesrates vom 8. Mai 1883⁸ über die Verwendung der Zinse des Baufondrestes wird aufgehoben und beschlossen, dass die sämtlichen

6. E 1004 1/142, Nr. 4345.

7. Es folgt eine Aufzählung von unmittelbar notwendigen Ausgabeposten und deren finanzielle Veranschlagung, welche ergibt, dass sich das Defizit auf Fr. 6 900 000 beläuft.

8. E 1004 1/133, Nr. 2319.

Zinse des Baufondrestes und zwar schon in der Rechnung pro 1886 vollständig dem Kapital zugeschlagen und über das letztere ohne Zustimmung des Bundesrates nicht verfügt werden darf.

3. Das Eisenbahndepartement wird beauftragt, nach Eingang des in Betreff von N^o 1 und 2 von der Gotthardbahn zu gewärtigenden Berichtes dem Bundesrat Antrag darüber zu hinterbringen, welche Stellung die Schweiz in bezug auf den Bau des zweiten Geleises den beiden andern Staaten gegenüber einzunehmen habe.⁹

Der Bundesrat stimmt zu.

9. Am 8. 2. 1887 beschloss der Bundesrat: [...] Antrag an die schweizerischen Gesandtschaften in Berlin & Rom, die in dem Konferenzprotokolle vom 1., 2. & 3. Juli 1886 (E 53/192) in Aussicht gestellte Antwort [...] dahin abzugeben, dass der Bundesrat bereit sei, die Gotthardbahn zum Bau des II. Geleises auf den Strecken Erstfeld-Göschenen und Airolo-Bodio zu verhalten, und dafür zu sorgen, dass das zu erbauende Geleise innert der Frist von längstens 10 Jahren, vom 1. Januar 1887 an gerechnet, dem Betriebe übergeben werde (E 1004 1/148, Nr. 774).

303

E 1004 1/146

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 14. September 1886¹

4207. Übereinkunft zum Schutze des litterarischen und künstlerischen Eigentums

Handels- und Landwirtschaftsdepartement. Antrag vom 11. September 1886

Unterm 9. September a. c. ist in Bern die *Konvention betreffend den internationalen Schutz des litterarischen und künstlerischen Eigentums*² von den Vertretern der Schweiz, Deutschland's, Belgien's, Spanien's, Frankreich's, Grossbritannien's, Haiti's, Italien's, Liberia's und Tunis unterzeichnet worden.³

Das Departement behält sich vor, dem Bundesrat zum Zwecke der Ratifikation genannter Konvention durch die eidg. Räte eine besondere Vorlage zu machen.

1. *Abwesend: Hertenstein.*

2. AS 1889, 10, S. 219—253.

3. *Vgl. die Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend die internationale Konvention zum Schutz der literarischen und künstlerischen Werke vom 19. 11. 1886 (BBl 1886, 3, S. 1151—1177). Die Ratifikation der Konvention erfolgte am 5. 9. 1887 in Bern. Vgl. das BR-Prot. vom 6. 9. 1887 (E 1004 1/150, Nr. 4543).*

E 13 (B)/154

Antrag des Vorstehers des Handels- und Landwirtschaftsdepartements,
N. Droz, an den Bundesrat

Bern, 4. Oktober 1886

Unter Bezugnahme auf seinen Bericht vom 30. September¹ betreffend die Revision des Handelsvertrags mit Deutschland legt das unterzeichnete Departement hie mit nebst dem ausführlichen Protokoll der Kommissionssitzungen vom 29. und 30. September² den Entwurf für die Instruktion³ vor, welche der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin an Hand zu geben ist.

Zur Motivirung der Begehren des Bundesrathes stehen Herrn Minister Roth die abzuordnenden Experten, ferner das eingehende Protokoll der Kommissionssitzungen und die Berichte des schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins und des schweizerischen Gewerbevereins⁴ zur Verfügung.

Einige Begehren, welche im Schoosse der Kommission gestellt wurden, aber keine einstimmige Billigung fanden, sind in der Instruktion nicht erwähnt oder in andere Form gebracht. Es betrifft dies 1. den von Herrn Nationalrath Geigy im Interesse der schweizerischen Färberei und Appretur geäusserten Wunsch, dass beim zollfreien Veredlungsverkehr auch das Baumwollgarn, gleich wie die Seide, vom Nachweis der inländischen Erzeugung entlastet werde. Von den Vertretern der schweizerischen Spinnerei wurde aus den im Protokoll angegebenen Gründen⁵ diesem Wunsch so

1. Nicht abgedruckt.

2. Laut Protokoll fand die Sitzung, an welcher 33 Vertreter von Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft, die Bundesräte Droz und Hammer, der Gesandte in Berlin, Roth, und der Chef der I. Abteilung des Handels- und Landwirtschaftsdepartements teilnahmen, am 28. und 29. 9. 1886 in Bern statt (E 13 (B)/154).

3. Als Annex abgedruckt.

4. Vgl. Nr. 300, Annex und Anm. 4.

5. Laut Verhandlungsprotokoll verlief die Diskussion folgendermassen: [...] Herr Wunderly-von Muralt erhebt als Vertreter der schweizerischen Baumwollspinnerei Bedenken gegen den von der Sektion II [Seide, Wolle (Kammgarnspinnerei), Wirkwaaren, Chemikalien] ausgedrückten Wunsch, für Baumwollgarn zum Färben und Appretiren die gleiche Ausnahme wie für Seide zum Färben anzustreben. Die deutsche Halbseidenweberei, namentlich Crefeld, bezieht zur Zeit grössere Quantitäten der benötigten Garne aus der Schweiz; würde der deutsche Färbereiveredlungsverkehr mit der Schweiz durch fragliche Vergünstigung erleichtert, so würde den deutschen Interessenten dadurch zum Schaden der schweizerischen Spinner zugleich der Bezug von rohem Garn aus England leichter gemacht.

[...] Herr Geigy berichtet, dass man das Garn im Auge habe, welches die Badenser- und Elsässer-Webereien bedürfen, und zwar namentlich Schweizerfirmen, die ihre Fabrikation dorthin verlegt haben. Diesen sollte die Möglichkeit gegeben werden, ihr englisches Garn in der Schweiz färben und appretiren zu lassen; es handelt sich um die Zuleitung einer Verdienstquelle. [...].

Herr Wunderly-von Muralt spricht die Ansicht aus, dass es nicht Sache der Schweiz sei, Anstrengungen zu machen, um für ihre ausgewanderten Angehörigen im Elsass und Baden etc. Verkehrs erleichterungen anzustreben, sondern dass sich diese Interessenten mit mehr Aussicht auf Erfolg selbst an die deutsche Reichsregierung wenden würden. [...] (E 13 (B)/154).

lebhaft entgegengetreten, dass das Departement es um so weniger angezeigt erachtet, denselben in den bevorstehenden Unterhandlungen Ausdruck zu geben, als die Situation, wie in der Instruktion angedeutet, offenbar zur Beschränkung auf das unbestritten Nothwendige oder Wünschenswerthe drängt.

Von Herrn Nationalrath Cramer-Frey wurde ferner die Ansicht begründet, dass die Bestimmung, wonach gegenseitig keine Ursprungszeugnisse für die einzuführenden Waaren gefordert werden dürfen (Schlussprotokoll VII, 1)⁶ nicht erneuert werden sollte, um für den nicht ganz unmöglichen Fall der Anwendung von Differentialzöllen für gewisse oesterreichische Erzeugnisse bei der Einfuhr in die Schweiz nicht gehemmt zu sein.

Das Departement vermag sich dem Eindruck einer gewissen Berechtigung dieser Anregung nicht ganz zu verschliessen, hält es hingegen für zweckmässig, den Grundsatz der Nichtbescheinigung des Ursprungs der Waaren wenigstens in der Form aufrecht zu erhalten, wie es im Art. 13 des schweizerisch-französischen Handelsvertrags geschehen ist, derselbe lautet: [...]⁷.

Hinsichtlich einer andern Anregung von Herrn Cramer-Frey, betreffend Aufnahme eines Artikels zum Schutze gegen die allfällige Einführung deutscher Exportprämien für Alkohol, behält sich das Departement noch nähere Prüfung vor.

Von Herrn Nationalrath Geigy wurde laut Protokoll auch die Frage der Stipulation *schiedsgerichtlicher Austragung von Anständen* betreffend Auslegung oder Ausführung von Vertragsbestimmungen oder Anwendung von Zöllen etc., ähnlich wie im belgisch-italienischen Handelsvertrag, angeregt.

Im Hinblick auf die Schwierigkeiten und Bedenken, welche einer solchen Vereinbarung schon gelegentlich der früheren schweizerischen Unterhandlungen mit Frankreich und mit Italien entgegengetreten sind, und welche aller Voraussicht nach Deutschland gegenüber noch schärfer zu Tage treten müssten, hält das Departement ein einschlägiges Begehren nicht für angezeigt.

ANNEX

Instruktion für Herrn Minister Roth in Berlin, behufs Führung der Unterhandlungen über die Revision des schweizerisch-deutschen Handelsvertrages vom 23. Mai 1881

Herr Minister Roth wird nachstehende Begehren des Bundesrathes formuliren und mit Hülfe der Experten und der ihm zur Verfügung stehenden Dokumente motiviren:

1. VEREDLUNGSVERKEHR

a. Dem Art. 6, a⁸ ist folgender Zusatz beizufügen:
«und zum Zwirnen.»

6. AS 1880—1881, 5, S. 478.

7. Vgl. den Annex, Abschnitt 2. Zollformalitäten

8. Artikel 6 lautet:

Zur Regelung des Verkehrs zum Zwecke der Veredlung von Waaren zwischen den Gebieten der vertragschliessenden Theile wird festgesetzt, dass bei der Rückkehr aus dem Veredelungslande von Eingangsabgaben befreit bleiben:

b. Punkt a des Art. 6 ist durch folgende, an Stelle der jetzigen zu setzende Redaktion zu ergänzen:

«Seide zum *Zwirnen*, Färben oder *Umfärben* und *Flachs* zum *Spinnen*.»

Im Zusammenhange damit soll Al. 2 des Art. 6 folgenden Zusatz erhalten:

«Für Seide, welche zum *Zwirnen*, Färben und *Umfärben* in das Gebiet des einen oder andern der Vertrag schliessenden Theile gesendet wird, ist ein solcher Nachweis (der einheimischen Erzeugung) nicht zu erbringen.»

c. Der sog. *aktive Veredelungsverkehr*, wie er durch den alten Vertrag von 1869⁹ gesichert war, ist durch eine entsprechende Ergänzung des Art. 6 wieder zuzusichern.

d. Der sog. *Transitveredelungsverkehr*, wie er sich zur Zeit mit schweizerischen Geweben zum Bedrucken etc. in Deutschland, speziell im Elsass, und zur nachherigen Wiederausfuhr über beliebige Grenzen auf Grund des § 115 des deutschen Vereinszollgesetzes vollzieht, ist durch einen entsprechenden Zusatz zum Art. 6 oder durch einen besonderen Artikel für die Dauer des Vertrages ausdrücklich zuzusichern.

Für den Fall, dass die deutsche Regierung auf dieses Begehren nicht eintreten sollte, ist zur Vermeidung plötzlicher Verkehrshemmungen eine Bestimmung anzustreben, nach welcher beide Theile gehalten sind, die zur Zeit des Vertragsabschlusses zwischen beiden Ländern bestehenden, vertraglich nicht garantirten Verkehrserleichterungen, insbesondere den genannten Transitveredelungsverkehr, nicht aufzuheben, ohne dem andern Theil ein Jahr vorher von der Absicht Kenntniss zu geben.

e. Im Schlussprotokoll V¹⁰, zu Art. 5 und 6 des Vertrages ist an geeigneter Stelle festzusetzen, dass deutsche Mouchoirgewebe, welche auf dem Wege des zollfreien Veredelungsverkehrs in der Schweiz gefärbt oder bedruckt worden sind, in zerschnittenem Zustande, d. h. zum Verkauf hergerichtet zurückgeführt werden dürfen und dass zu diesem Zwecke die nöthigen Kontrolmassregeln zu vereinbaren sind.

2. ZOLLFORMALITÄTEN

Die Bestimmung im Schlussprotokoll VIII, 1, wonach im wechselseitigen Verkehr *Ursprungszeugnisse* für die Waaren nicht gefordert werden sollen, ist in der bisherigen Form nicht zu erneuern. An deren Stelle ist der Art. 13 des schweizerisch-französischen Handelsvertrags zu vereinbaren, welcher lautet:

«Die Importeure schweizerischer oder französischer Waaren sollen gegenseitig von der Verpflichtung, Ursprungszeugnisse vorzuweisen, enthoben sein.

Sofern jedoch einer der Nachbarstaaten der Schweiz oder Frankreichs mit einem der hohen vertragschliessenden Theile nicht durch die Clausel der *meistbegünstigten Nation* gebunden wäre, so dürfte die Vorweisung von Ursprungszeugnissen ausnahmsweise verlangt werden. In diesem Falle sollen genannte Zeugnisse entweder durch den Vorstand des Ausfuhrzollbüreau oder durch die in den Versandtorten oder Einschiffungshäfen wohnenden Konsuln oder Konsularagenten desjenigen Landes ausgestellt werden, nach welchem die Einfuhr stattzufinden hat. Die Ausstellung und das Visum der Ursprungszeugnisse hat unentgeltlich zu geschehen.

Es ist überdies vereinbart, dass für Weine in Doppelfässern und Dessertweine, für welche der Versender die in Art. 9 vorgesehenen Ermässigungen beansprucht, von Seite der schweizerischen Kantone ausnahmsweise die Vorweisung derartiger Ursprungszeugnisse verlangt werden darf.»

Herr Minister Roth wird indessen für die Formulirung dieses Begehrens ein fortgeschritteneres Stadium der Unterhandlungen abwarten, um sich zu vergewissern, ob nicht die deutsche Regierung *selbst* die Aufhebung fraglicher Bestimmung fordern werde.

a. Gewebe und Garne, welche zum Waschen, Bleichen, Färben, Walken, Appretiren, Bedrucken und Striken, sowie Garne, welche zum Striken, [...] in das andere Gebiet ausgeführt worden sind. [...] (AS 1880—1881, 5, S. 462).

9. AS 1866—1869, IX, S. 888—1053.

10. AS 1880—1881, 5, S. 474—478.

3. HANDELSREISENDE

Die bei der Auswechslung der Ratifikationsurkunden¹¹ stipulirten Beschränkungen hinsichtlich der Abgabefreiheit für das Aufsuchen von Bestellungen ist im Art. 10 des bestehenden Vertrages zum Ausdruck zu bringen.

4. ZÖLLE FÜR DIE EINFUHR IN DEUTSCHLAND

Von der vom Handelsdepartement zusammenberufenen Expertenkommission sind folgende Begehren betr. Reduktion oder Bindung der deutschen Einfuhrzölle gestellt worden:

		Position des deutschen Tarifs
1. <i>Eindrächtiges, rohes Baumwollgarn über N° 60:</i>	24 MK. statt 30—36 MK.	N°. 2,C,1,d u. e
oder Bindung der jetzigen Zölle.		
2. <i>Zweidrächtiges, wiederholt gezwirntes Baumwollgarn, auch akkommodirten, zum Einzelverkauf hergerichteten Baumwollzwirn:</i>	48 MK. statt 70 MK. (Tarif 1879)	N°. 2,c,5.
oder Bindung des jetzigen Zolls von 70 MK.		
3. <i>Stickereien:</i>	250 MK. statt 350 MK. (Tarif 1879)	N°. 2,d,6
Jedenfalls wäre der jetzige Zoll von 350 MK. zu binden.		
4. <i>Zwirn und Rohseide:</i>	50 MK. statt 200 MK.	N°. 30,d.
oder 100 MK. (Tarif 1879)		
5. <i>Waaren aus Seide oder Floretseide:</i>	400 MK. statt 800 MK.	N°. 30,e,1
oder 600 MK. (Tarif 1879)		
6. <i>Andere Waaren aus Seide oder Floretseide, in Verbindung mit Baumwolle, etc.:</i>		
oder 300 MK. (Tarif 1879)		
7. <i>Seidenbeuteluch.</i> Zollfreiheit oder Klassifizierung unter N°. 4,b des deutschen Zolltarifs: «feine Siebmacherwaaren», zu 24 MK., oder unter N°. 30,e,1, Anmerkung: «Tülle», zu 250 MK.		
8. <i>Unbedruckte, wollene Tuch- und Zeugwaaren:</i>	60 MK. statt 135—200 MK. (Tarif 1879)	N°. 41,d,5
Filztücher für Papier-, Cellulose-, Holz- und Strohstofffabriken: a) baumwollene	40 M.	
b) wollene	65 M. statt 135 M.	N°. 41,d,5,d
9. <i>Strumpfwaaaren.</i> Ansätze des deutschen Tarifs von 1873 feststellen, und zwar in einer eigenen Position «Strumpfwaaaren.»		
10. <i>Kleider und Leibwäsche.</i> Ansätze des deutschen Tarifs von 1873 feststellen.		N°. 18.

11. AS 1880—1881, 5, S. 485.

11. *Taschenuhren.* Vereinbarung der Ansätze, die in der Petition der deutschen Uhreninteressenten an den deutschen Bundesrath verlangt worden sind, nämlich:
- | | | |
|------------------------------|----------------------------------|----------------------------|
| für goldene Uhren | — .80 Pf. statt MK. 3.— | N ^o . 20,d,1. |
| für silberne Uhren | — .60 Pf. statt MK. 1.50 | N ^o . 20,d,2. |
| für Uhren aus anderem Metall | — .40 Pf. statt MK. — .50 | N ^o . 20,d,3. |
| für leere Gehäuse | — .40 Pf. statt MK. — .50 à 1.50 | N ^o . 20,d,4&5. |
| für Werke ohne Gehäuse | — .40 Pf. statt MK. 1.50 | N ^o . 20,d,2. |
- Unter allen Umständen festhalten an der Reduktion für goldene und silberne Uhren.
12. *Käse* 10 MK. statt 20 MK. N^o. 25,o.
13. *Kondensirte Milch* 20 MK. statt 60 MK. N^o. 25,p,l.
14. *Sohlleder* maximum 16 MK. statt 36 MK. N^o. 21,b.
Eventuell wäre, um der deutschen Regierung die Beibehaltung des höhern Zolles gegen die Konkurrenz des amerikanischen Hemlock-Leders zu erleichtern, folgende Tarifunterscheidung zu proponiren:
- | | |
|---------------------------|--------|
| Hemlockleder | 36 MK. |
| Eichengegerbtes Sohlleder | 16 MK. |
15. *Reduktion für folgende Artikel:*
Kindermehl, Chokolade, Bier, Salz, Holz, Schmalleder, Schuhe, Seilerwaaren, Steinhauer- und Bildhauerarbeiten, Thonwaaren, gewalztes Gold, Silber und Platin in Form von Bändern, Schienen und Draht, als Rohstoff für die Bijouterie (Nachträgliche Eingabe der Usine de dégrossissage d'or in Genf, vom 1. Oktober 1886)¹²
16. *Bindung der deutschen Einfuhrzölle für:*
- | | | |
|---|----------|--------------------------------|
| 1.) Eindrängiges, rohes Baumwollgarn bis N ^o . 60. | | N ^o . 2,c,l,d—z. |
| 2.) Baumwollendamast | 120 MK. | N ^o . 2,d,3. |
| 3.) Floretseide | zollfrei | N ^o . 30,a. |
| 4.) Wollengarn | 8—24 MK. | N ^o . 41,c,3,, d—h. |
| 5.) Maschinen und Instrumente | | N ^o . 15 |
| 6.) Rindvieh | | N ^o . 39, b—e. |

Der Bundesrath musste vorderhand konstatiren, dass es mit dem Charakter einer blossen Vertragsrevision und speziell mit der dermaligen zollpolitischen Situation in Deutschland kaum vereinbar wäre, die ganze Reihe der vorliegenden Begehren in den bevorstehenden Unterhandlungen geltend zu machen, wie denn auch die Kommission selbst ihre Aufgabe, in Übereinstimmung mit den Intentionen des Handelsdepartements, in der Weise aufgefasst hat, dass zu Händen des Bundesrathes, resp. der Unterhändler, alle dringenderen Begehren der schweiz. Industrie zu nennen seien, jedoch in der Voraussetzung, dass dieselben schliesslich vom Bundesrathe vom Gesichtspunkt ihrer *Opportunität* aus geprüft werden.

Der Bunderath ist nun nicht im Falle, zur Stunde schon des genaueren zu beurtheilen, in welchem Umfange die deutsche Regierung geneigt sein dürfte, auf schweizerische Forderungen hinsichtlich der Zölle *überhaupt einzutreten*. Herr Minister Roth wird demzufolge in erster Linie beauftragt und ermächtigt, an Ort und Stelle die Dispositionen der massgebenden Persönlichkeiten, den eigentlichen Unterhandlungen vorgängig, speziell in dieser Hinsicht zu sondiren. Sollte sich danach die Nothwendigkeit einer Beschränkung der schweizerischen Begehren ergeben, so wird Herr Minister Roth die abzuordnenden Experten in Berlin besammeln; um mit denselben diejenigen Forderungen festzustellen, welche für die Unterhandlungen endgültig zu formuliren wären. Dem Bundesrathe ist von diesen Entschliessungen Kenntniss zu geben, worauf derselbe über die Gutheissung derselben sofort Beschluss fassen wird.

12. *Nicht abgedruckt.*

5. VERTRAGSDAUER

Dieselbe ist wenn immer möglich so zu vereinbaren, dass der Ablauf des Vertrages mit dem Ablauf des schweizerisch-französischen Handelsvertrages zusammenfällt.

Herr Minister Roth wird eventuell die Forderungen der deutschen Regierung entgegennehmen und darüber dem Bunderathe behufs Einholung der nöthigen Instruktionen Bericht erstatten.¹³

13. *In seiner Sitzung vom 12. 10. 1886 billigte der Bundesrat die Instruktion* (E 1004 1/147, Nr. 4602). *Vgl. auch die Protokolle über die Unterhandlung für die Revision des Schweizerisch-Deutschen Handelsvertrages vom 23. Mai 1881. Verhandlungen der schweizerischen Delegation in Berlin [vom 28. 10. – 4. 11. 1886] und die Verhandlungen für die Revision des Deutsch-Schweizerischen Handelsvertrages vom 31. Mai 1881. Verhandlungen in Berlin zwischen der schweizerischen und der deutschen Delegation [vom 1. – 3. 11. 1886]. Beide Protokolle in: E 13 (B)/154.*

305

E 2/2322

*Der Bundespräsident und Vorsteher des Politischen Departements, A. Deucher,
an die schweizerischen Gesandtschaften in Berlin, Wien, Rom und Paris*

Versandkopie

T Streng konfidentiell, chiffriert

Bern, 28. Dezember 1886

Letzten Freitag kam der deutsche Gesante von Bülow zu mir vorgeblich zu einem gewöhnlichen Besuche. Im Laufe des Gesprächs kam er wie zufällig auf die allgemeine Lage zu reden und bemerkte, Privatnachrichten die er aus Berlin bekommen habe schilderten die Lage als eine sehr düstere und die Hoffnungen auf Erhaltung des Friedens als sehr trübe. Der alte Kaiser selbst mache sich mit dem Gedanken an einen neuen Feldzug vertraut; er werde an der Spitze seiner Heere in's Feld ziehen, wenn er sich auch nicht verhehle dass er an den Strapazen erliegen werde. Herr von Bülow bezeichnete namentlich Frankreich als den Störenfried. [...]¹.

Der deutsche Gesandte betonte wiederholt er mache mir diese Mittheilungen nicht offiziell sondern blos privatim; allein sie scheinen mir desshalb nicht weniger bedeutungsvoll, da er seine Informationen offenbar aus den besten Quellen erhalten hat.

Was können Sie uns darüber berichten?²

1. *Lediglich für den Gesandten in Paris bestimmt, ergänzte Deucher seine Ausführungen an dieser Stelle wie folgt: Er [von Bülow] fügte bei von Deutschland hätten wir nichts zu befürchten und frug, ob wir uns aber auch klar wären welche Gefahren im Kriegsfall uns von Frankreich her drohten, ob und wie wir gerüstet wären denselben zu begegnen? Der deutsche Gesandte u. s. w. Was können Sie uns darüber im besonderen über die angeblichen Absichten Frankreichs mittheilen?*

2. *Vgl. Nrn. 306, 307, 308, 310 und 312.*

306

E 2300 Paris 39

*Der schweizerische Gesandte in Paris, Ch. Lardy,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
A. Deucher*

B Confidentielle

Paris, 30 décembre 1886

Hier matin, j'ai eu l'honneur de recevoir votre office chiffrée¹, sans date, relatif à l'entretien que vous avez eu la veille de Noël avec le Ministre d'Allemagne, M. de Bülow.

Vous avez pu voir par les rapports² que j'ai eu l'honneur de vous adresser en date des 22 et 24 de ce mois, combien étaient pacifiques le langage du nouveau Ministre des Affaires étrangères d'une part et les impressions de l'Ambassadeur d'Angleterre de l'autre.

En raison de la nature des communications de M. de Bülow, j'ai cru de mon devoir de vous rendre compte avec détails de quelques entretiens que j'ai eus dans les derniers jours, bien que le sens de ces divers entretiens soit à peu près le même, en sorte que le présent rapport contiendra forcément un certain nombre de répétitions.

I

La veille de Noël, j'ai eu vers neuf heures du soir la visite de mon vieil ami *Ressmann*, Ministre d'Italie, qui est resté jusqu'à minuit à causer au coin du feu; M. *Ressmann* a la passion de la politique; avant vingt ans il s'était rendu de son lieu de naissance (Trieste) pour faire ses études en Italie et se faisait condamner à mort par les Autrichiens en 1848; il eut l'habileté de se cacher à Vienne où personne ne songeait à le chercher; depuis cette époque, M. *Ressmann* a consacré sa haute intelligence à la politique internationale et je pense qu'aucun de mes collègues à Paris ne s'y consacre avec plus d'intensité que lui.

M. *Ressmann* reconnaît bien qu'il y a une certaine détente dans les relations russo-allemandes, mais il ne croit pas à une réconciliation profonde et durable entre Berlin et St. Pétersbourg. Voici ses motifs:

L'empereur de Russie est un homme violent et borné. Il puise ses informations dans un cercle de courtisans assez restreint et assez peu éclairé. Il subit des influences sur lesquelles personne au monde ne peut exercer le moindre contrôle; de ce nombre, sont surtout les rapports de sa police secrète. Au début de son règne, Alexandre III pouvait donner une constitution à la Russie; il ne l'a pas fait; il se trouve et il se trouvera probablement toute sa vie en présence de ce dilemne: liberté à l'intérieur ou gloire militaire à trouver à l'extérieur. Ajoutez à ces hésitations, les impressions ou, pour parler plus clairement, les hallucinations qui hantent le cerveau d'un homme dont presque tous les ancêtres sont morts ailleurs que dans leur lit, et les craintes journalières de cet homme pour sa propre vie, et vous comprendrez l'influence que peut

1. *Nr. 305.*

2. *Beide Schreiben nicht abgedruckt.*

avoir sur les résolutions de cet homme un rapport de police secrète dont les auteurs sont inconnus de l'Europe et dans lequel on lui représentera le mouvement panslaviste comme tellement puissant qu'une diversion à l'extérieur est indispensable. Ce jour-là, nous aurons la guerre ou, tout au moins, *une* guerre. Quand? Nul ne le sait. L'autocrate de toutes les Russies est un colosse aux pieds d'argile dont les résolutions dépendent de facteurs sur lesquels l'Europe n'a presque pas d'action; la paix européenne dépend de ces résolutions et cela non pas aujourd'hui seulement mais pendant des années peut-être: il y a là une fatalité qui pèse sur tous les Etats, grands et petits.

Un second point qui empêche M. Ressmann d'avoir confiance, c'est que la prétendue détente dans les relations russo-allemandes n'a pas encore produit ses fruits dans les relations de la Russie avec l'Autriche. Il est certain que l'Allemagne n'abandonne pas l'Autriche; il n'est pas douteux non plus que la candidature du prince de Saxe-Cobourg au trône de Bulgarie, sans être appuyée par l'Autriche, même officieusement, serait agréable au Cabinet de Vienne. Qu'a fait le tzar? Tout récemment, c'est-à-dire depuis le prétendu rapprochement russo-allemand, il a fait signifier directement au Prince de Cobourg qu'il maintenait la candidature du Mingrélien, alors qu'on sait pertinemment à Pétersbourg que ni l'Autriche ni l'Angleterre n'en veulent.

M. le Ministre d'Italie voit aussi d'une façon générale dans les armements excessifs de tous les Etats une cause de guerre à assez brève échéance.³ L'Ambassadeur italien à Vienne, M. Nigra, est venu récemment passer quelques jours à Paris et résumait la situation de l'Europe à cet égard dans l'apologue suivant: Il y avait à Lemberg un vieux Juif qui buvait tous les jours un petit verre de schnaps et le payait un sou; il vint à Vienne où le schnaps est plus cher et prit l'habitude de payer deux sous son petit verre journalier; de retour à Lemberg, le Juif se dit que puisqu'il avait consacré chaque jour deux sous à se procurer de l'eau-de-vie, il pouvait maintenant s'accorder deux petits verres. Nouveau voyage à Vienne: le Juif paye quatre sous ses deux verres de schnaps, et ainsi de suite. Au bout de cinq ou six voyages, le vieillard était mort tué par l'eau-de-vie. On en est venu à se demander si la guerre n'est pas beaucoup meilleur marché que les armements. Ajoutez à cela que tant qu'il y aura des monarchies, on verra naître des guerres sans causes bien déterminées aussi souvent qu'il se produira chez les peuples un mécontentement général, une crise intense et prolongée, qui font craindre aux rois des révolutions; dans ces cas-là, qu'ont fait les rois du passé et que feront ceux de l'avenir? Ils suivent le conseil de Machiavel et font tuer du monde.

M. de Bismarck, et c'est ici le noeud de la question, désire-t-il la guerre pour lui ou pour d'autres? Plus spécialement, désire-t-il renouveler la tentative de 1875 et marcher brusquement sur la France, en laissant les choses s'aggraver en Orient de façon à occuper les autres Etats? La tentation est énorme, dit M. Ressmann. Il n'est pas douteux, selon lui, que si, au début de la guerre, les Allemands remportent une grande victoire, il se produira dans les 24 heures à Paris une anarchie telle que n'en ont pas vues les dernières années du 18^{ème} siècle. Tout comme inversément, en cas de grande victoire des Français au début de la guerre, il se produirait dans toute la France une explosion de chauvinisme qui décuplerait les forces des troupes françaises. M. Ressmann n'hésite pas à penser que le chancelier allemand ne veut pas prendre l'initiative

3. *Einschub von Lardy*: Voir les déclarations concordantes de M. Aepli dans son rapport daté de Vienne, le 4 Déc. (E 2300 Wien 24).

d'une guerre avec la France. Si telle eût été son intention, il l'aurait réalisée dans les diverses occasions qui se sont offertes à lui depuis 1875 et notamment en 1877 et 1878, alors que la Russie avait tant de peine à se tirer d'affaire devant Plevna. Reste la question de savoir si la France voudrait prendre l'initiative de l'attaque. M. Rössmann n'hésite pas à affirmer que les Français désirent actuellement la paix plus que jamais et cela pour des motifs militaires, dans le sentiment de leur infériorité vis-à-vis de l'armée allemande, et pour des motifs politiques, dans le sentiment qu'une guerre, heureuse ou malheureuse, serait probablement la chute du régime républicain.

En résumé, M. le Ministre d'Italie conclut que ni l'Allemagne, ni la France ne prendront l'initiative d'une guerre, mais que le rapprochement russo-allemand n'est pas aussi solide qu'on le représente volontiers et que la situation austro-russe reste tendue.

Il estime enfin que l'état de paix armée s'impose à l'Europe pour des années à cause de la situation spéciale de l'Empereur Alexandre III.

II

L'Ambassadeur d'Autriche, le comte *Hoyos*, avec lequel je suis rentré hier soir d'une visite chez M. Flourens, considère, ainsi que le faisait il y a quelques jours son collègue, la situation comme considérablement détendue, en général et entre Berlin et Pétersbourg en particulier.⁴ Quant aux affaires bulgares, depuis le rappel de Kaulbars, la Russie a fait savoir à Vienne dans les termes les plus explicites *qu'elle n'occuperait pas la Bulgarie* et qu'elle entendait rester dans les termes du Traité de Berlin. On n'a donc plus en Autriche de crainte de guerre et, à moins d'incidents toujours possibles, on ne doute plus qu'avec du bon vouloir et des concessions qu'on est disposé à faire, on ne puisse arriver, dans un temps plus ou moins long, à une solution acceptable même pour les Hongrois. Quant aux relations franco-allemandes, le comte *Hoyos* pense qu'on cherchera de Berlin, comme on l'a déjà fait, à inspirer aux Français «une crainte salutaire»; cette crainte existe déjà à un haut degré à Paris et ce serait folie pure que de croire les Français désireux de prendre l'initiative d'une guerre offensive contre l'Allemagne. Attribuez d'autre part à M. de Bismarck la pensée de se jeter sur la France, ce serait méconnaître le sens même du caractère allemand et de la politique allemande depuis dix ans. Nous marchons vers des temps meilleurs et les plus gros nuages sont certainement derrière nous.

III

A la réception du Ministre des Affaires étrangères hier après-midi, nous devions signer, M. Flourens et moi, la déclaration retardant jusqu'au 30 avril le délai d'échange des ratifications de la Convention sur l'alcool⁵; le fonctionnaire chargé de préparer le document n'avait pas terminé son travail, en sorte que M. Flourens m'a entretenu pendant une bonne demie-heure de la situation générale.

«Vous savez, a dit le Ministre, combien pacifiques sont nos intentions et j'ai tenu à le déclarer à vos collègues comme à vous dès ma première réception. Ce qui contri-

4. Vgl. *das Schreiben von Lardy an Deucher vom 24. 12. 1886* (E 2300 Paris 39).

5. Vgl. *die Botschaft des Bundesrats und den Text des Übereinkommens in BB1 1886*, 3, S. 959—966.

buera plus que tout autre facteur à détendre la situation européenne, c'est la chute à mon avis imminente du Ministère Salisbury; c'est lui qui a soufflé partout sur le feu en Europe depuis une année et c'est sa main que nous avons constamment trouvée à Philipopoli, à Sofia, à Vienne et à Rome; avec le successeur de Lord Salisbury, nous espérons dénouer moins difficilement la question égyptienne pour le règlement de laquelle nous n'avons pas trouvé l'Allemagne en travers de notre chemin. Ceci m'amène à parler des relations franco-allemandes. On les a représentées dans une partie de la presse française et aussi à l'étranger, chez vous peut-être, comme tendues. Je viens de vous dire que dans les affaires égyptiennes nous n'avons pas rencontré l'hostilité de l'Allemagne, c'est déjà quelque chose. On a représenté M. de Bismarck comme disposé à se jeter sur la France, comme on prétend qu'il a voulu le faire en 1875; nous savons parfaitement que l'Allemagne a augmenté d'une façon considérable, inquiétante, ses garnisons à notre frontière. Nous savons que l'Allemagne se livre à des achats de toutes espèces et à des préparatifs importants, comme si elle devait avoir à faire une grande guerre au printemps prochain. Mais la situation n'est plus la situation de 1875 et nous n'avons pas à redouter une attaque. Nous avons l'impression que les préparatifs de l'Allemagne ont un but défensif et nous ne cachons pas que nous prenons nous-mêmes les mesures nécessaires pour être en situation de nous défendre avec la dernière énergie. Quant à attaquer, nous, grands dieux! Nous avons bien d'autres choses à faire et l'Europe peut être bien rassurée à cet égard. En résumé, il n'y a rien à craindre entre l'Allemagne et la France dont les relations sont aussi satisfaisantes que possible; nous en avons eu la preuve toute récente dans la courtoisie extrême avec laquelle le Ministère des Affaires étrangères de Berlin a annoncé à notre Ambassadeur l'élargissement de M. Letellier, cet officier français arrêté à Carlsruhe sous prévention d'espionnage. Quant aux affaires d'orient, nous espérons surtout une détente de la chute du cabinet conservateur britannique.»

Le ton significatif avec lequel M. Flourens a insisté sur ce point que la situation franco-allemande n'était plus la même qu'en 1875 m'engage à poser la question de savoir s'il n'existerait pas une alliance *défensive* franco-russe, ou quelque combinaison analogue. Les personnes très autorisées desquelles j'ai appris que M. de Freycinet avait décliné l'alliance franco-russe, ont toujours parlé plutôt d'une alliance *offensive*. Les deux choses ne s'excluent pas. Je me borne à signaler cette impression à votre examen.

IV

Je n'ai pas besoin de vous dire que vis-à-vis d'aucun des interlocuteurs dont je viens de rapporter les paroles, je n'ai fait la plus petite allusion au contenu de votre communication chiffrée. Il n'en a pas été de même vis-à-vis du Comte de Münster, Ambassadeur d'Allemagne que j'ai été voir cet après-midi et qui a bien voulu me recevoir, quoiqu'il fût toujours souffrant et obligé de porter le bras en écharpe. Mes relations avec lui sont suffisantes pour que j'aie cru pouvoir lui demander l'engagement personnel absolu de ne communiquer à qui que ce soit, notamment pas à son Gouvernement, notre entretien. J'ai alors entretenu le Comte de Münster des communications qui vous avaient été faites à titre privé par M. de Bülow.

L'Ambassadeur d'Allemagne m'a donné l'explication détaillée, avec noms à l'appui, de tout l'incident. Mais j'ai dû prendre de mon côté l'engagement de ne vous transmettre ces détails qui pourraient être désagréables à des personnes de

l'entourage immédiat de l'Empereur Guillaume et à M. de Bülow lui-même, toutes personnes avec lesquelles le Comte de Münster entretient les relations les plus amicales. Tout ce que je me sens autorisé à dire, à titre rigoureusement secret, c'est que l'état d'esprit que M. de Bülow vous a signalé a existé dans l'entourage de l'Empereur il y a plusieurs semaines, à la suite de rapports verbaux d'un officier très distingué qui a occupé et occupe encore à l'étranger des situations qui lui donnent une réelle influence sur la politique militaire extérieure de l'Allemagne.

Depuis cette époque, cet état d'esprit («*Stimmung*») a disparu et le Comte de Münster ne m'a nullement caché que dans tous ses derniers rapports à son Gouvernement il avait affirmé sa conviction absolue que la France ne prendrait pas l'initiative d'une attaque contre l'Allemagne: 1. *pour des motifs militaires*; les renseignements de l'Ambassade allemande à Paris concordent tous à représenter les officiers généraux français comme à peu près unanimes à considérer une guerre contre l'Allemagne comme devant être désastreuse pour les Français; en outre, un général français a dit récemment et ce propos est revenu aux oreilles du Comte de Münster, qu'en cas de guerre 40 à 50 000 réservistes ne répondraient pas à l'appel, tant les paysans français redoutent la guerre; 2. *pour des motifs politiques* — les républicains français sentent tous qu'ils n'ont pas la cohésion suffisante pour mener à bien une grande guerre et que, quelle qu'en soit l'issue, la République est très compromise par l'anarchie en cas de défaite et par un dictateur en cas de victoire. Même M. Clemenceau déclare à ses amis, surveillé de près par l'Ambassade d'Allemagne, que «si Boulanger voulait la guerre, on le rejette-rait comme une pomme de terre trop cuite»; 3. que le Général Boulanger n'est pas l'homme dangereux qu'on s'est trop souvent représenté à Berlin; il tient à son poste, non pas pour faire la guerre, mais parce que c'est la première situation de France au point de vue des petits profits du métier; on avoue dans l'entourage du Général Boulanger que sur les 360 millions de crédits militaires extraordinaires qu'il est question de demander, l'Etat ne recevra guère plus de 300 millions, le reste devant passer en frais divers. Le Général Boulanger est un «braque» et ne sera jamais ni un Moltke ni un Frédéric II.

A la suite des rapports réitérés du Comte de Münster sur l'attitude résolument pacifique de la France, celui-ci a reçu de Berlin l'avis officiel et écrit que l'Allemagne ne songerait pas à prendre les devants et à prévenir une attaque.

Le Comte Münster a ajouté que tous ses collègues les Ambassadeurs des grandes puissances étaient unanimes à reconnaître que la France ne voulait pas la guerre et ne prendrait pas l'initiative d'une attaque contre l'Allemagne. Le Comte Münster m'a autorisé à vous transmettre cette affirmation de sa part.

Vous aurez remarqué, Monsieur le Président, que dès le lendemain de votre entretien avec M. Bülow, les journaux parisiens publiaient, en en altérant le sens, le résumé de votre conversation avec le Ministre d'Allemagne à Berne. Il est possible que l'on ait à Berlin tenu à faire peur aux Français par votre entremise et que les communications à la presse viennent de source allemande. Quoiqu'il en soit, j'ose faire directement appel à vous, Monsieur le Président, pour que le contenu du présent rapport et en particulier le résumé de mon entretien avec le Comte Münster demeure *rigoureusement secret*.

Il y a quelques mois, le Président de la République avait bien voulu m'inviter à

assister dans sa tribune aux courses de Longchamps. J'étais monté un instant sur une sorte de tour qui surmonte la tribune présidentielle et, sur la plate-forme, je me trouvai seul avec M. Goblet, alors Ministre de l'Instruction publique et aujourd'hui Président du Conseil. M. Goblet me questionna sur le cercle d'activité de la Légation de Suisse à Paris et comme je n'aime pas à poser pour faire de la haute politique, j'insistai surtout sur le côté commercial et consulaire de nos travaux. M. Goblet me demanda alors à brûle-pourpoint: «Considérez-vous comme nécessaire que nous entretenions à Berne un *Ambassadeur*? On nous dit pour justifier le rang de cet agent qu'étant bien avec tout le monde, vous savez beaucoup de choses et qu'on peut suivre sans trop de peine chez vous le fil de nombre d'intrigues sur lesquelles on n'apprend rien dans les pays où les membres du Gouvernement sont plus boutonnés que chez vous.» Cet incident est significatif.

Permettez-moi de rappeler aussi ce [qui] est arrivé à M. Doubs [!] le 14 juillet 1870 à la suite de conversations avec le Général de Roeder naïvement rapportées à l'Ambassadeur de France M. de Comminges-Guitaut (voir Rothan. *L'Allemagne et l'Italie en 1870—1871* tome I, p. 17). Je n'oublierai jamais la séance du Corps législatif le 15 juillet 1870; la Gauche républicaine demandait à connaître l'affront fait à l'Ambassadeur de France par le Roi de Prusse; je vis alors M. Emile Ollivier sortir de son portefeuille une dépêche bleue et lire les mots suivants: «*le Président vient de me dire ...*» Alors le duc de Grammont s'écria: «Ne lisez pas, ne faites pas ces gens-là juges d'une question d'honneur.» L'incident n'a pas été publié au Journal officiel, mais vous le trouverez aux dernières nouvelles du Temps du même jour.

Veillez excuser, Monsieur le Président, ces deux anecdotes que j'ose rappeler dans le sentiment de la responsabilité énorme qui pèse sur nous tous dans les temps troublés, alors que nous ne pouvons pas connaître tous les dessous de la politique européenne et que nous pouvons ainsi nous trouver inconsciemment, par l'indiscrétion la plus inoffensive en apparence mêlés à des incidents d'une réelle gravité.⁶

6. *Vermerk von Lardy am Schluss des Schreibens*: Je n'ai pas le temps de relire ce rapport, qui est confié aux bons soins de M. d'Ernst, de Berne.

307

E 2300 Berlin 7

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
N. Droz*

B Streng confidentiell

Berlin, 4. Januar 1887

Ich habe aus den verschiedensten Quellen geschöpft, um für mich festzustellen, ob wirklich meine bisherigen Berichte über die Kriegs- oder Friedensaussichten im Sinne der gedachten Privatmittheilungen von H. von Bülow¹ einer Correctur bedürfen.

Das Resultat dieser Erhebungen hat mich jedoch nicht wankend gemacht, sondern mir im Gegentheil die beruhigende Gewissheit verschafft, dass an massgebender Stelle nach wie vor an einen *nahen* Krieg entschieden nicht geglaubt wird.

Im Auswärtigen Amte sagte mir der 1. vortragende Rath in der politischen Abtheilung, welcher in hohem Maasse das Vertrauen des Fürsten Bismark genießt, u. A. wörtlich Folgendes:

«Wir, mit unserm 90 jährigen Kaiser und einem 72 jährigen Kanzler, werden den Krieg nicht anfangen und dass die Franzosen denselben ebenfalls nicht anfangen werden, steht für uns sicher, denn sie wissen sehr wohl, dass sie uns in den Vertheidigungsmitteln sehr weit nachstehen etc. Ich sehe *jetzt* einen Krieg für's Frühjahr nicht um ein Haar als wahrscheinlicher an, als alle frühern Jahre.»

Von Russland war bei dieser Conversation sozusagen gar nicht die Rede. Es hiess nur, der Kaiser Alexander sei notorisch der friedfertigste Mensch, er habe einen wahren Abscheu vor dem Kriege und hasse Alles, was mit seiner Stellung als oberster Feldherr nothwendig verbunden wäre, wie z. B. das Reiten, das sich öffentlich Zeigen, Ansprachen an die Truppen halten etc. etc. Auch erklärte der gedachte «Rath», an allen Zeitungsnachrichten über den aufgeregten Gemüthszustand des Czaren (Affaire Rentern, Affaire Vuillaume² und dergl. mehr) sei kein wahres Wort.

Am 31. Dezember besuchte ich successive den französischen, den englischen und den russischen Botschafter. Der erstere, H. Herbette, bestritt aufs Lebhafteste jede Absicht der französischen Regierung den Krieg mit Deutschland irgendwie zu provociren oder für denselben die Initiative zu ergreifen. Er sowohl, wie Malet (englischer) und Schouwaloff (russischer Botschafter) kamen immer wieder darauf zurück, «que personne ne veut la guerre, que tout le monde désire la paix» und alle drei erklärten sich mutatis mutandis mit einem «je suis peut-être trop optimiste, mais je ne puis croire à la guerre», mit meiner Anschauung einverstanden. Der englische Botschafter war hiebei sehr positiv und betonte u. A., dass die Beziehungen zwischen London und Berlin wieder sehr gut seien.

Auch meine *deutschen* Collegen sprach ich in den letzten Tagen wiederholt und keiner von denselben glaubt an den «Krieg im Frühjahr».

1. Vgl. Nr. 305.

2. Es handelt sich vermutlich um den deutschen Militärattaché in St. Petersburg, Karl von Villaume.

Nur die Generalität giebt sich den Anschein, an das Gegentheil zu glauben und zwar recht demonstrativ. Und wenn weiter in Rechnung gebracht wird, dass von Seiten der Kriegsministerien zweifellos nach allen Richtungen einer eventuellen Mobilmachung vorgearbeitet wird und da ferner allgemein zugegeben werden muss, dass die Situation immerhin eine recht verwinkelte ist, so ergibt sich von selbst eine gewisse Nervosität in der öffentlichen Meinung, von welcher offenbar auch die *Hofkreise* nicht ganz frei sind. Ich erwähne die *Hofkreise*, weil ich eher zu der Annahme neige, H. v. Bülow habe die gedachten Mittheilungen von dieser Seite her erhalten. Dass der Kaiser auch nur einen Moment im Ernste daran gedacht habe, sich eventuell an die Spitze der Armee zu stellen, kann ich nicht glauben. Einen 90 jährigen Greis, welcher nur an ganz guten Tagen im geschlossenen Wagen eine (½ stündige) kleine Fahrt machen kann und in seinen Wohnräumen eine übermenschliche Temperatur nothwendig hat, kann sich doch wohl Niemand, und er, der Kaiser, selbst gewiss am Wenigsten, als Feldherrn denken. Daran, dass er niedergeschlagen war und vielleicht noch ist, dass ihn die verwinkelte Situation und die beständig wieder auftauchenden Kriegsbefürchtungen für eine nicht allzu ferne Zeit trübe stimmen, zweifle auch ich nicht, wie ich auch überhaupt nie den Standpunkt vertreten habe, dass man an massgebender Stelle sich in Friedenshoffnungen für eine fernere Zukunft wiege. Nur das möchte ich heute also aufs Neue constatiren, dass ein naher Krieg in den hiessigen politischen Kreisen nach wie vor nicht befürchtet wird.

308

E 2/1643

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
N. Droz*

B Streng confidentiell

Berlin, 6. Januar 1887

Gestern Abend traf ich, wie alljährlich am 5. Januar, anlässlich eines Geburtstagsfestes in einem dem Feldmarschall Graf Moltke und mir näher befreundeten Hause mit erstem zusammen.

Unsere Unterhaltung drehte sich bei diesem Anlasse indess ausschliesslich um Dinge, welche der Politik fernliegen. Erst bei der gegenseitigen Verabschiedung nahm der Graf Anlass, die Situation anzutönen, indem er mir zurief: «Rüsten Sie sich nur!»

Der Umstand, dass Moltke in diesem Momente sich bereits anschickte, die Gesellschaft zu verlassen, hinderte mich jedoch daran, ihn um nähere Auskunft zu bitten und so war ich denn in der unangenehmen Lage, seinen wenig tröstlich lautenden Nachtgruss bis auf Weiteres ohne jeden Commentar entgegennehmen zu müssen.

Heute war es aber mein Erstes, den Feldmarschall aufzusuchen und zwar um 11 Uhr Vormittags, welche Stunde er mir seiner Zeit als diejenige Tageszeit bezeichnete, zu welcher er mich immer empfangen werde. Ich darf wohl hinzufügen, dass ich den

alten Herrn näher kenne, dass wir seit einer Reihe von Jahren gesellschaftlich miteinander verkehren und dass somit meine jeweiligen Besuche bei ihm sich eigentlich von selbst verstehen, d. h. für ihn durchaus nichts Auffälliges haben.

Ich führte mich heute mit dem Bemerken bei ihm ein, gestern Abend, nachdem er die gedachte Äusserung gethan, sei es mir leider nicht mehr möglich gewesen, ihn zu sprechen; er werde aber begreifen, dass ich grossen Werth darauf lege, von ihm vertraulich zu erfahren, wie ich die fraglichen Worte aufzufassen habe und wie er die Situation beurtheile.

Hierauf sprach sich dann Moltke wie folgt aus:

«Es ist zur Zeit sehr schwer, sich eine Meinung darüber zu bilden, was kommen wird. Alle Regierungen wünschen ja aufrichtig, den Frieden zu erhalten, und man muss auch hoffen, dass ihnen dies gelingen möge, denn giebt es jetzt Krieg, so wird es ein fürchterlicher Krieg sein, ein Krieg mit Sengen und Brennen. Auf die Friedensversicherungen aus Frankreich dürfen wir uns aber nicht zu sehr verlassen. Nur starke Regierungen können Vertrauen einflössen. Frankreich hat keine starke Regierung. Von heute auf morgen kann dort Alles in Frage gestellt sein; daher müssen wir für alle Eventualitäten gerüstet sein.

Die Schweiz hat von uns im Falle eines Krieges nichts zu befürchten. Wir werden nie daran denken, die schweiz. Neutralität zu verletzen. Das wäre ja widersinnig. Dagegen könnte es allerdings den Franzosen eventuell einfallen, den Weg durch schweizerisches Gebiet zu nehmen, um in Süd-Deutschland einzufallen. Wenn die Schweiz aber gerüstet, wenn sie gewillt ist, fest für die Wahrung der Neutralität einzustehen und wenn man in Paris weiss, dass man bei einer derartigen Combination also vorerst mit dem Widerstand einer vorzüglich geschulten und ausgerüsteten Armee von 100,000 Mann zu rechnen haben würde, ehe man überhaupt an unsere Grenze gelangen könnte, so darf man doch als ziemlich sicher annehmen, dass die Schweiz auch von dort her nichts zu fürchten hat. Hierauf kann aber nur unter der Bedingung gezählt werden, dass man schweizerischerseits wirklich gerüstet ist und deutlich zu verstehen giebt, dass man fest entschlossen wäre, die Neutralität mit dem ganzen Aufwande der verfügbaren Kräfte zu vertheidigen. Das habe ich gestern Abend andeuten wollen.

Übrigens setzen wir das nöthige Vertrauen in die Schweiz. Wir sind überzeugt, dass man sich dort rechtzeitig vorsieht und auch den festen Willen hat, die Neutralität unter allen Umständen zu wahren.

Weniger zweifellos erscheint uns die eventuelle Haltung Belgien's. Wären wohl dort die Regierung und die Kammern geneigt und stark genug, sich bei einem Kriege zwischen Frankreich und Deutschland einem Durchmarsche der französischen Armee zu widersetzen? Es herrscht in Belgien eben immer ein gewisses Misstrauen gegen Deutschland, wegen dessen angeblicher Annexionsgelüste.

Auch ein Einbruch im Norden, auf dem Wege über Belgien, erscheint mir indess kaum wahrscheinlich. Ich muss vielmehr annehmen, dass die Franzosen versuchen würden, uns direkt zu fassen und zwar in Elsass-Lothringen und da wären Strassburg und Metz ihre Hauptangriffsobjekte. Für Alles sind wir gerüstet. Wir sind auch gerüstet, um nach zwei Seiten hin Front zu machen. Der Kaiser Alexander ist unbestritten ein sehr friedliebender Herr. Wird er aber gegenüber der slavischen Gegenströmung Stand halten können? Auch der verstorbene Czar

war friedliebend. Als derselbe sich seiner Zeit nach Moskau begab, hatte man eben doch den Krieg.

Sollte Russland jetzt zum Kriege kommen, so würde es sich zweifellos in erster Linie gegen Östreich wenden, welches ihm den Weg nach Konstantinopel versperrt. In diesem Falle müsste es seine Armee in Warschau concentriren. Warschau aber liegt hart an unserer Grenze. Mithin wären wir gezwungen, zur Dekung der Grenze einen Theil unserer Armee der Verwendung im Westen zu entziehen.

Kein Staat in Europa ist so schlecht situirt, wie Deutschland. Frankreich hat im Rücken Dekung durch die Pyrenäen, Russland ist gedeckt durch wilde Völkerschaften, welche ihm, weil zersplittert, nie gefährlich werden dürften. Wir aber befinden uns im Osten und Westen ohne Dekung und wer weiss, ob nicht auch Dänemark zweifelhaft wäre. Nur wenn wir ein starkes Heer haben, können wir allen diesen Gefahren dreist ins Auge sehen. Nur dann kann Deutschland und mit ihm Europa auf die Erhaltung des Friedens hoffen. Und trotz dieser für Jedermann feststehenden Thatsache haben wir eine solche Mühe, unsere Vorlage betreffend Erhöhung der Friedenspräsenziffer der deutschen Armee im Reichstage durchzubringen. Wir Deutschen sind unglaublich. Während die Franzosen per acclamation für ihre Heeresorganisation hunderte von Millionen votiren, müssen wir uns Wochen hindurch mit der Volksvertretung herumzanken, um das für die Erhaltung des Reichs absolut Nothwendige am Ende doch nicht zu erhalten.

Das wird sich indess nun bald entscheiden. Giebt uns der Reichstag nicht, was wir bedürfen, so wird er eben aufgelöst, und erlangen wir trotzdem vom Reiche nicht, was wir haben müssen, so lassen wir das Reich Reich sein und verlassen uns auf das alte Preussen, welches uns nicht im Stiche lassen wird.»

Auf meine Bemerkung, ich wolle nunmehr seine kostbare Zeit nicht weiter in Anspruch nehmen, antwortete der Feldmarschall in übrigens sehr verbindlicher Form, Arbeit liege allerdings in Hülle und Fülle vor, denn man habe betreffend die gedachte Vorlage Alles für beide Eventualitäten, für die Annahme und für die Verwerfung, vorbereiten müssen. Auch diese Arbeiten seien jedoch in der Hauptsache durchgeführt.

Sie gestatten mir wohl, Herr Bundespräsident, dass ich es Ihnen überlasse, das Facit aus obigen Mittheilungen zu ziehen. *Relata refero.* *Ich* habe die Empfindung, dass diese «Gegenprobe» die von mir bis anhin vertretene Anschauung über die Situation in der Hauptsache keinesweg widerlegt hat.

309

E 1004 1/148

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 14. Januar 1887

199. Internationale Konvention zum Schutze des industriellen Eigentums

Handels- und Landwirtschaftsdepartement. Antrag vom 8. Januar 1887

Nachdem die italienische Gesandtschaft dahier mit Note vom 13. August¹ abhin vom Resultat der *internationalen Konferenz*, welche letztes Jahr *betreffend den Schutz des gewerblichen Eigentums* in Rom abgehalten worden ist, Kenntnis gegeben, übersendet dieselbe mit Note vom 21. Dezember 1886² den Entwurf zu einem diplomatischen Dokumente betreffend die in Rom beschlossenen Zusätze³ zu Art. 5 und 10 der internationalen Konvention vom 20. März 1883 und fügt bei, dass dieser Entwurf einer diplomatischen Konferenz, welche baldmöglichst in Rom abgehalten werde, zur Unterzeichnung vorgelegt werde, und es könne hierauf die Auswechslung der Ratifikationsurkunden vorgenommen werden. Gleichzeitig könne auch das an der im letzten Jahr abgehaltenen Konferenz beschlossene Vollziehungsreglement⁴ unterzeichnet werden.

Nach Antrag des Departements wird Herr Minister Bavier in Rom ermächtigt, an der bevorstehenden diplomatischen Konferenz in Rom teilzunehmen und die erwähnten 2 Zusätze zur internationalen Konvention vom 20. März 1883, sowie das erwähnte Vollziehungsreglement zu derselben zu unterzeichnen, und beauftragt, nach Abhaltung der diplomatischen Konferenz über diese, sowie über den Zeitpunkt, auf welchen das Vollziehungsreglement in Kraft und Anwendung tritt, zu berichten.

1. E 22/2425.

2. *Ibid.*

3. BBl 1886, 3, S. 538f.

4. *Ibid.*, S. 540—545.

310

E 2300 Paris 40

*Der schweizerische Gesandte in Paris, Ch. Lardy,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
N. Droz*

B Confidentiel

Paris, 14 janvier 1887

Ce matin j'ai eu l'occasion de voir M. Flourens, auquel je tenais à exposer personnellement et avec détails notre situation dans l'affaire des Kalemkiars¹ et qui m'a pro-

1. Vgl. Nrn. 314 und 427.

mis son concours actif; un rapport spécial est adressé à ce sujet au Département du Commerce. Naturellement, quelques mots ont été échangés au sujet du *discours prononcé Mardi au Reichstag par M. de Bismarck*.

M. Flourens considère, au fond, ce discours comme pacifique; il se déclare disposé, quant à lui, à subir toutes les allusions ou insinuations désagréables, brutales, du Chancelier allemand, lorsqu'elles sont accompagnées de la déclaration que l'Allemagne n'attaquera pas la France; on peut dans ce cas considérer la paix comme absolument assurée, car on peut être sûr que la France, elle, n'attaquera pas. M. Flourens a ajouté que l'on retrouve dans le discours du Chancelier, malgré la brutalité de la forme, un bon sens admirable, qui permet d'espérer la réussite des efforts de l'Allemagne au point de vue du maintien *général* de la paix en Europe, puisqu'on peut admettre que l'Allemagne veut la paix. Cependant, l'ensemble du discours du Chancelier paraît impliquer, pour M. Flourens, que non seulement il n'y a pas d'entente russo-allemande spéciale, mais qu'au fond, on craint énormément à Berlin une attaque de la Russie; M. de Bismarck, dans les deux tiers de ce qu'il dit à l'adresse de la France, semble parler à la Russie, et emploie des arguments applicables à la Russie. Dire que les nécessités de la politique intérieure pourront amener la France à chercher une diversion à l'extérieur, c'est parler au Czar et non à M. Grévy ou à un homme d'Etat français. Au fond, M. de Bismarck a «battu le chien devant le lion», quand il dit encore que la guerre peut éclater dans dix jours, dans dix semaines ou dans dix ans, il sait parfaitement que la France ne bougera ni dans dix jours, ni dans dix semaines, tandis qu'il craint que, *d'un jour à l'autre*, l'Empereur de Russie n'éclate. «Oui, avec du bon sens, on peut assurer la paix en Europe», a continué M. Flourens, «car il résulte du discours du Chancelier que la Russie ne laissera pas écraser la France et que le parti militaire allemand ne sera pas le maître de se ruer sur nous; il y a donc un équilibre pacifique et raisonnable possible, si on reste sur la défensive dans le groupe Autriche-Allemagne et dans le groupe Russie-France. Mais nul, pas même M. de Bismarck, ne peut répondre de ce que fera l'Empereur Alexandre; il est acquis que ce dernier n'est accessible à aucune influence, pas même à celle de l'Allemagne; d'où l'obligation pour tous de rester armés malgré un équilibre pacifique facile à maintenir avec une politique raisonnée.»

«Une autre chose qui m'inquiète malgré tout ce qu'il y a de profondément pacifique dans le langage du prince, c'est,» a continué M. Flourens, «la perspective de la dissolution du Reichstag et d'une campagne électorale menée exclusivement sur la question militaire, sur la question des armements pour se mettre à l'abri d'une attaque ... française. N'y a-t-il pas la matière à incendie? Quoi qu'il en soit, ne nous inquiétons pas outre mesure, car le discours et son auteur sont visiblement pacifiques, il n'y a pas de doute à avoir. Reste toujours le Czar!»

Deux points me paraissent devoir être relevés dans le discours du Chancelier allemand comme spécialement importants pour nous:

1. Il dit que l'Allemagne n'a pas à compter nécessairement sur un allié dans une guerre contre la France. Depuis quelques mois, je sais de source certaine, et je regrette d'avoir omis de Vous l'écrire, que l'alliance austro-allemande ne comporte *pas* la garantie, par l'Autriche, de l'Alsace-Lorraine à l'Allemagne, tout comme certains objets de la politique ou du territoire de l'Autriche ne sont pas garantis par l'Allemagne; on n'a pu ou voulu préciser vis-à-vis de moi lesquels.

2. Il dit qu'il est indispensable d'avoir 40,000 hommes de plus pour la garde des

frontières, et que le gouvernement se réserve de se le procurer même pendant la campagne électorale, dès le 1^{er} avril 1887, sauf à demander plus tard un bill d'indemnité, et cela notamment en vue *d'occuper les passages des Vosges, du Jura et de la Forêt Noire, dans le voisinage de la trouée de Belfort*. Cette partie du discours de M. de Bismarck ne se trouve pas dans les journaux français, mais figure dans la *Gazette de Francfort*, numéro du 12 janvier, au bas de la 4^{ème} colonne de la seconde page. Il est évident dès lors que la visite de M. de Bülow à M. Deucher² était moins personnelle et extra-officielle qu'il ne le disait et que la question de fortifications dans le Porrentruy va se poser devant l'opinion publique suisse, dans des conditions difficiles et urgentes à la fois.

2. *Vgl. Nr. 305.*

311

E 1004 1/148

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 18. Januar 1887

284. Handelsvertrag mit Österreich-Ungarn

Handels- und Landwirtschaftsdepartement. Antrag vom 12. Januar 1887

Zwischen der Schweiz und *Österreich-Ungarn* besteht ein *Handelsvertrag*¹, welcher vom 14. Juli 1868 datirt, jederzeit auf 1 Jahr kündbar ist und im wesentlichen auf der Meistbegünstigung beruht, mit Ausnahme des wichtigen Grenz- und Veredlungsverkehrs, für welchen darin besondere Begünstigungen vereinbart sind. Kraft der Meistbegünstigungsklausel participirt die Schweiz an den Vorteilen des umfassenden, österreichisch-italienischen Konventionaltarifs, in welche für einige bedeutende schweizerische Exportartikel, wie Käse, Seidengewebe, Papier, etc. erhebliche Tariferlässigungen stipulirt sind.

Dieser Tarif, resp. der bezügliche Vertrag, ist nun auf 1. Januar 88 gekündet worden und die Erneuerung der alten Begünstigungen ist zum mindesten ungewiss, wenn nicht unwahrscheinlich, da weder in Italien noch in Österreich Neigung zum Abschluss neuer Tarifverträge mit Zollreduktionen vorhanden ist. Die Vorteile des österreichisch-italienischen Tarifs, die nicht wenig dazu beitragen, dass der schweiz.-österr. Handelsvertrag bis jezt hierseits als relativ vorteilhaft betrachtet wurde, drohen demnach in nächster Zeit zu verschwinden.

Ausserdem ist Österreich, gleich wie Italien, mit einer abermaligen Erhöhung seines Zolltarifs beschäftigt², der schon im Jahre 1882 bedeutende Verschärfungen erlitten hatte. Für verschiedene schweizerische Exportartikel sind wieder beträchtlich erhöhte Zölle in Aussicht genommen. Das Handelsdepartement hatte sich dadurch schon im Vorjahre veranlasst gesehen, die Eventualität einer Kündigung des

1. AS 1866—1869, IX, S. 576—594.

2. *Vgl. den österreichischen Zolltarifentwurf von 1885* (E 2200 Wien 1/100) und *die Zolltarifrevision des österreichischen Herrenhauses* (E 2200 Wien 1/105).

Vertrages mit Österreich, dessen Wert nach dem Gesagten eine grosse Einbusse zu erleiden droht, näher ins Auge zu fassen und vorderhand eine eingehende Berichterstattung des schweizerischen Handels- und Industrievereins³, sowie des schweizerischen Gewerbevereins⁴ über die schweiz.-österr. Handelsbeziehungen zu veranlassen, sowie die verfügbaren statistischen Nachweise über den Waarenverkehr mit Österreich⁵ in passender Form zusammenzustellen. Diese bereits gedruckten, aber, mit Ausnahme der Statistik, noch nicht veröffentlichten Elaborate legt das Departement vor.

Lezteres hat ferner im November vor. J. ein ebenfalls vorgelegtes Gutachten⁶ der schweizerischen Gesandtschaft in Wien eingeholt. Die Gesandtschaft teilt darin auf Grund ihrer Beobachtungen und ihrer Auffassung der Sachlage die Ansicht des Departements, dass es kaum zwekdienlich wäre, die Kündigung, resp. Revision des Vertrages mit Österreich heute schon vorzunehmen; dieselbe hält es vielmehr in jeder Hinsicht für angezeigt, die definitive Festsetzung des neuen österreichischen Zolltarifs und ferner den Beginn oder selbst das Ende der demnächst zu eröffnenden Unterhandlungen Österreichs mit Italien⁷ und mit Deutschland abzuwarten. Es ist anzunehmen, dass Österreich nach erfolgter Abklärung und Neugestaltung seiner Vertragsverhältnisse mit genannten Mächten auch eher im Falle sein werde, den speziellen Forderungen der Schweiz Rücksicht zu tragen. Ferner läge eine gewisse Gefahr darin, mit der österreichischen Regierung zu unterhandeln und ihr zu diesem Zwecke die schweizerischen Tarifbegehren namhaft zu machen, ehe der neue österreichische Zolltarif endgültig festgesetzt ist.

Durch diese Erwägungen sieht sich das Departement in seiner Ansicht bestärkt, dass ein aktives Vorgehen der Schweiz gegenüber Österreich zur Zeit nicht zweckmässig wäre, und es wird demgemäss beschlossen, es sei in der Angelegenheit des Handelsvertrages mit Österreich-Ungarn vorderhand eine zuwartende Haltung zu beobachten.⁸

3. *Vgl. den Bericht des Vororts des Schweiz. Handels- & Industrie-Vereins über die Wirkungen des Handelsvertrages zwischen der Schweiz und Österreich-Ungarn vom Jahre 1868.* Vom 8. 2./30. 3. 1886 (E 13 (B)/236).

4. *Vgl. den Bericht des Leitenden Ausschusses des schweiz. Gewerbevereins an das Schweizerische Handelsdepartement betreffend den Handelsvertrag der Schweiz mit Österreich-Ungarn.* Vom 24. September 1886 (E 13 (B)/236).

5. E 13 (B)/236.

6. *Vgl. das Gutachten des schweizerischen Gesandten in Wien über die Opportunität der Kündigung des zwischen der Schweiz und Österreich-Ungarn unterm 14. Juli 1868 abgeschlossenen Handelsvertrages,* vom 16. 12. 1886 (E 13 (B)/236). *Vgl. auch Nr. 292 sowie das Protokoll der VII. Sitzung der Schweiz. Handelsvertragskommission vom 23. 1. 1886* (E 2200 Wien 1/100).

7. *Vgl. den Text des Handelsvertrages zwischen Italien und Österreich-Ungarn vom 7. 12. 1887* (E 2200 Wien 1/105).

8. *Mit Schreiben vom 4. 11. 1887 forderte der Bundesrat den Gesandten in Wien auf, den Handelsvertrag zu kündigen* (E 2200 Wien 1/105). *Vgl. auch das Protokoll der Konferenz vom 24. Juni 1887 über den schweizerisch-österreichischen Handelsvertrag* (E 13 (B)/236).

312

E 2300 Wien 24

*Der schweizerische Gesandte in Wien, A. O. Aepli,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
N. Droz*

B

Wien, 20. Januar 1887

Bei dem am 6. Januar stattgefundenen Hofdiner redete mich der Kaiser, der sich im Übrigen sehr freundlich über die Beziehungen zwischen der Schweiz und der Monarchie aussprach, mit den Worten an: «Und Sie rüsten also auch?» Mit ganz den gleichen Worten begrüßte mich der Minister des Äussern bei dem am 15. stattgefundenen Empfang beim neuen französischen Botschafter Decrais. Da ich zu diesen Fragen keinerlei Veranlassung gegeben habe, über den Inhalt derselben auch nur durch Zeitungen und Privatbriefe einigermaßen unterrichtet bin, nehme ich an, dass sie in Folge von Mittheilungen der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft in Bern geschehen sind.

Beim gestrigen Empfang beim Grafen Kalnoky lag mir daran, einmal dessen persönliche Ansicht über die gegenwärtige Stellung Deutschlands und Frankreichs zu vernehmen. Sie stimmte in der Hauptsache ganz mit dem überein, was ich die Ehre hatte, Ihnen unterm 4. Januar zu berichten¹, und was auch aus der berühmten Rede des Fürsten Bismark im Reichstage zu entnehmen war. Nach diesen Daten muss daher angenommen werden, dass die Gefahr eines neuen Kriegsausbruches zwischen Frankreich und Deutschland fortbesteht, wenn Frankreich dabei von einer andern Macht (Russland) unterstützt wird, oder wenn es sich besser als Deutschland dazu vorbereitet glaubt, oder wenn es endlich durch innere politische Zustände dazu gedrängt wird. Es scheint das Gefühl in Frankreich durch's Land weg fortzubestehen, dass die im Jahre 1871, wenn auch durch einen regelrechten Vertrag, abgetretenen Provinzen zurückgewonnen werden müssen und dabei die Beruhigung zu herrschen, dass im Falle eines neuen Unterliegens die übrigen europäischen Mächte eine Zertrümmerung des Landes im Interesse des Gleichgewichtes und um Deutschland nicht zu übermächtig werden zu lassen, nicht gestatten würden. Vorbehalten bleibt natürlich immer die Möglichkeit einer Wandlung der Anschauungen in Frankreich im Sinne einer unumwundenen Anerkennung der bestehenden vertraglichen Zustände, wofür z. Z. zwar allerdings noch keine Anzeichen vorhanden sind.

Gesprächsweise wurde auch die neutrale Stellung der Schweiz und Belgiens berührt. Der Minister sprach die Ansicht aus, dass ihm vor der Hand nicht scheine angenommen werden zu dürfen, dass sie von der einen oder andern Seite missachtet würde. Indessen fügte er bei: à la guerre comme à la guerre, man könne daher allerdings nicht zum Voraus wissen, was der Krieg, einmal erklärt, mit sich bringen werde. Die beiden Länder thun immerhin wohl daran, sich auf eine kräftige Handhabung ihrer Neutralität vorzubereiten. Er begreife sehr wohl und finde es ganz in Ordnung, wenn man auch in der Schweiz rüste.

1. Nicht abgedruckt.

Über die Frage, was denn die unbetheiligten Signatarmächte des Wiener-Vertrages thun würden, wenn die Neutralität der Schweiz verletzt werden sollte, erwiderte er, dass die letztere überzeugt sein dürfte, an Österreich-Ungarn stets einen warmen Freund zu finden. Was indessen in casu geschehen könnte, lasse sich zum Voraus nicht bestimmen. Der Minister frug mich, ob die Schweiz bei Ausbruch des Krieges im Jahr 1870 eine besondere Erklärung über Handhabung der Neutralität den kriegführenden Mächten abgegeben habe, in der Meinung, dass, wenn es damals geschehen wäre, es vorkommenden Falls wohl wieder zu erfolgen hätte. Meines Erinnerns war eine solche Erklärung von Seite der Schweiz damals nicht erfolgt, doch hatten Frankreich und der Norddeutsche Bund die Anerkennung der schweizerischen Neutralität ausdrücklich zu erkennen gegeben.²

Übergehend zur Frage ob für die Wiederbesetzung der Gesandtenstelle in Bern bereits eine Wahl getroffen sei, erwiderte der Minister, dass dies noch nicht geschehen, man aber darauf Bedacht nehmen werde einen Gesandten zu wählen, mit dem wir eben sowohl, als mit Baron Ottenfels, zufrieden sein dürften.

Endlich brachte ich auch den gegenwärtigen Stand der bulgarischen Frage zur Sprache. Der Minister erwiderte darauf, dass man die Hoffnung nicht aufgeben dürfe, sie im friedlichen Wege zur Austragung zu bringen. Obschon alle Mächte in Kriegsrüstungen starren, scheue sich doch eine jede derselben, zuerst zum Schwerte zu greifen. Das Bestreben sei fortgesetzt ein gemeinsames, Russland möglichst zu befriedigen, ohne Bulgarien förmlich preiszugeben. In ähnlicher Weise hat sich vor einiger Zeit auch Prinz Reuss, der deutsche Botschafter, gegen mich ausgesprochen. Ich konnte nicht umhin, dem Minister am Schlusse unserer längeren Conversation zu bemerken, dass seine v. J. in den Delegationen in Budapest abgegebenen Erklärungen über die Stellung Österreich-Ungarns zu den Balkanstaaten einen äusserst wohlthuenden Eindruck hinterlassen haben und nur zu wünschen wäre, dass alle Mächte in gleicher Weise die selbständige, freie Entwicklung derselben als im allgemeinen europäischen Interesse liegend, zum Prinzipie ihres Verhaltens machen möchten.

Gestern ebenfalls habe ich mit dem belgischen Gesandten Grafen Jonghe d'Ardoye eine längere Unterredung über die Auffassung der Situation in seinem Lande gehabt. Er glaubt zwar nicht an einen baldigen Wiederausbruch des Krieges, hat aber gleichzeitig auf die Anstrengungen seiner Regierung für die Hebung der Vertheidigungsanstalten, zu welch letzteren auch die an der Maas zu verbessernden oder neu herzustellenden Befestigungen gezählt werden, aufmerksam gemacht. Auf die Frage was geschehen würde, wenn die Neutralität Belgiens verletzt werden wollte, gab er mir, als seine persönliche Ansicht, zur Antwort, dass sich Belgien wohl derjenigen Macht, durch welche das Land zuerst angegriffen würde, entgegenwerfen und sofort mit der andern Macht verbinden würde um gemeinschaftlich mit dieser den Krieg gegen den Angreifer fortzusetzen. Über die Stellungnahme der unbetheiligten Mächte im Falle einer Verletzung der belgischen Neutralität bemerkte er, dass er glaube, England dürfte sich vor Allem für die Aufrechthaltung derselben interessieren, da es einen Werth darauf zu legen hätte, dass der so wichtige Platz Antwerpen nicht in die Hände einer der kontinentalen Grossmächte falle. Was die allgemeine Lage der europäischen Staaten in den internationalen Beziehungen zu einander anbelangt, so stimmen die Ansichten des belgischen Gesandten so ziemlich mit den-

2. Vgl. *DDS 2, Kapitel VI.3 und BBI 1870, S. 10–13.*

jenigen des italienischen Botschafters überein, von welchen ich in meiner Depesche vom 4. Dezember³ Bericht gegeben habe.

Es wird gewiss für die Schweiz nur vortheilhaft sein, wenn sie auch äusserlich zu erkennen gibt, dass sie im Falle eines Wiederausbruches des Krieges zwischen Frankreich und Deutschland entschlossen ist, ihre Neutralität mit aller Kraft aufrecht zu erhalten. Dazu dürften wohl Vorkehrungen beitragen, auf welche Herr Minister Lardy am Schlusse seiner Depesche vom 14. I. Mts.⁴ aufmerksam gemacht hat; zögert ja auch Belgien nicht in der unzweideutigen Absicht Befestigungen aufzuführen, um dem möglichen Versuche eines Feindes in sein Gebiet einzudringen, besseren Widerstand entgegenzusetzen zu können.

3. *Vgl. Nr. 306, Anm. 3.*

4. *Nr. 310.*

313

E 2300 Berlin 7

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
N. Droz*

B Streng confidentiell

Berlin, 26. Januar 1887¹

Als ich gestern den Staatssecretär des Äussern, Graf Bismark, anlässlich Ihres Auftrages vom 22. d.M.² betreffend Pferdeausfuhrverbot, besuchte, benutzte ich selbstredend die Gelegenheit, um denselben um Auskunft über die dermalige politische Lage zu ersuchen.

Die Antwort des Grafen Bismark lautete im Wesentlichen wie folgt:

«Die Situation hat sich in der letzten Zeit nicht geändert. Wir zweifeln auch heute nicht an dem ernstesten Willen der jetzigen französischen Regierung, den Frieden nicht zu stören und glauben den diessbezüglichen Versicherungen des Herrn Herbette und des Herrn Flourens aufs Wort. Wir sind überzeugt, dass die Herren Grévy, Goblet, Flourens etc. alle erdenklichen Anstrengungen machen, um eine Regierung Boulanger abzuwenden. Hiezu muss sie schon der Trieb der Selbsterhaltung veranlassen; denn darüber kann wohl kein Zweifel herrschen, dass, wenn Boulanger ans Ruder käme, die Civilisten aus der Regierung gänzlich verdrängt würden.

Bei der Unsicherheit der französischen Zustände und bei der Erregbarkeit der Franzosen liegt aber die Gefahr einer Aktionsregierung mit dem Revanche-Programm und mit Boulanger an der Spitze trotzdem immer sehr nahe.

Aus Paris ist uns gemeldet worden, Boulanger sei über die Reichstagsreden meines Vaters «très irrité». Dass die Franzosen ihre Armee an unserer Grenze verstärken wollen, ist Thatsache. Dies beweisen auch die bekannten Bretter-Ankäufe in Elsass-Lothringen durch französische Holzhändler. Diese letztere Massregel «soll eine Ant-

1. *Im Original steht irrtümlich: 1886.*

2. *Nicht ermittelt.*

wort sein» auf die offene Erklärung meines Vaters im Reichstag, dass die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres namentlich den Zweck habe, unsere Grenze gegen Westen in erhöhtem Masse zu sichern. Wir werden natürlich diese Vorgänge wachsam verfolgen müssen.

Betreffend die Nothwendigkeit der Militärvorlage mit Rücksicht auf Frankreich war für mich u.A. auch eine Äusserung sehr bezeichnend, welche neulich dem russischen Botschafter, General Schuwaloff, mir gegenüber «entschlüpfte». Er sagte mir, «Votre armée est inférieure à l'armée française». Hiebei wollte er natürlich nur von der numerischen Stärke sprechen. Wir müssen indess zugeben, dass die Franzosen z. B. auch in ihrer Artillerie weiter voran sind als wir. Sie haben neuere Geschütze und sollen puncto Bespannung vortrefflich organisiert sein.

Kurz, wir haben fortwährend allen Grund, uns in jeder Beziehung vorzusehen.

Auch im Übrigen ist die Situation unverändert. Mit Russland stehen wir gut. Wir glauben u. A. zu wissen, dass dem Kaiser Alexander das radikale Regiment in Frankreich gründlich zuwider ist und dass er mit demselben schon aus diesem Grunde eine nähere Verbindung gegen uns nicht sucht.

Sehr hat es uns gefreut, von unserem Gesandten in Bern zu vernehmen, dass sich mehrere einflussreiche Persönlichkeiten, ich glaube der Herr Bundespräsident, dann General Herzog und auch Ihr Vorgänger, Herr Hammer, ihm, Herrn von Bülow, gegenüber vertraulich dahin ausgesprochen haben, man setze in der Schweiz in unseren festen Willen, die Neutralität derselben nie zu verletzen, das vollste Vertrauen. Es war diess früher nicht so, und wir haben Herrn von Bülow beauftragt, unserer Genugthuung über diese Änderung bei passendem Anlasse Ausdruck zu geben.

Dass dieses Vertrauen der Schweiz auf uns ein durchaus begründetes ist, bedarf wohl Ihnen gegenüber keiner weitem Versicherung.

Weniger sicher dürften Sie dagegen von französischer Seite her sein. Es liegt die Vermuthung doch recht nahe, dass die Franzosen sich veranlasst sehen könnten, gegen uns eine Umgehung durch schweizerisches Gebiet zu versuchen und haben sie daher allen Grund, mit dieser Eventualität zu rechnen.»

Die bulgarische Frage hat Graf Bismark bei dieser Unterredung aus eigener Initiative nicht berührt, und da ihm nach mir noch acht Gesandte zur Audienz angemeldet waren, hielt ich es nicht für passend, ihn weiter in Anspruch zu nehmen.

Von gutunterrichteter Seite (ebenfalls aus dem Auswärtigen Amte) wurde mir indess vor zwei Tagen bemerkt, die bulgarische Frage schein doch wieder «in Gang zu kommen». Von verschiedenen Mächten sei den in Konstantinopel akreditierten Botschaftern die Weisung zugegangen, dort mit der Bulgarischen Deputation in Verkehr zu treten und «dieselbe besser zu behandeln als es seitens der gedachten Regierungen bis anhin der Fall gewesen sei».

Aus obigen Mittheilungen des Grafen Bismark betreffend die Bretterankäufe in Elsass-Lothringen glaube ich den Schluss ziehen zu müssen, dass diessbezügliche «Reclamationen» seitens der deutschen Regierung bis jetzt nicht erfolgt und bis auf Weiteres auch nicht beabsichtigt sind.

E 2/1643

*Der schweizerische Gesandte in Paris, Ch. Lardy,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
N. Droz*

B Confidentielle

Paris, 26 janvier 1887

Vu le départ d'une personne de confiance à laquelle je peux remettre le présent rapport, je me hâte de vous rendre compte d'un entretien que je viens d'avoir avec M. Flourens sur la situation générale; il est six heures du soir, en sorte que je suis obligé d'écrire en toute hâte.

M. le Ministre des Affaires étrangères persiste à penser que la paix ne sera pas troublée; les affaires de Bulgarie commencent à entrer dans la voie de l'arrangement. Si M. de Bismarck tient parole et si l'Allemagne n'attaque pas la France, on peut être certain que la France n'attaquera pas l'Allemagne. — Et cependant, a continué M. Flourens, je ne peux m'empêcher d'être nerveux et d'avoir de l'inquiétude; l'Allemagne a 63 000 hommes en Alsace Lorraine, soit 18 000 de plus que les garnisons françaises correspondantes; il est parfaitement exact que tout est minutieusement préparé pour une mobilisation allemande et cela jusque dans les plus petits détails, le long de la frontière; tout cela peut encore s'expliquer à titre de manoeuvres électorales; je ne demande pas mieux que de croire à cette version. Mais ce qui me préoccupe, c'est l'attitude de l'Italie; elle fait, sur une grande partie de la frontière, des préparatifs militaires, comme si nous étions, non pas à l'avant-veille, mais à la veille d'une déclaration de guerre; elle paye des journées quadruples pour faire travailler au milieu des neiges dans les passages des Alpes. A qui en veut-elle? Est-ce à nous? Est-ce à vous? J'ai demandé à M. Arago de se renseigner sur les concentrations d'«alpini» à votre frontière. J'en viens à me demander si les Italiens qui, nous le savons, convoient Nice et la Savoie, ne cherchent pas à se faire déclarer la guerre par nous pour faire intervenir le «casus foederis» entr'eux et les Allemands. Alors M. de Bismarck, sans avoir dit le contraire de la vérité, pourra marcher sur la France sans avoir pris l'initiative de l'attaque. Je ne peux rien préciser; ce sont des craintes vagues; mais, par moment, elles m'envahissent. Si par malheur et contre mon attente, elles venaient à se réaliser, l'importance de la neutralité de la Suisse est bien grande pour nous et vous pouvez être assuré que nous vous tiendrons au courant de tout ce que nous pouvons apprendre qui serait de nature à faciliter ou à accélérer vos mesures de précaution. Les travaux des Italiens au Mont Cenis me préoccupent et nous nous demandons s'ils veulent tenter un coup de surprise sur la Savoie. — A ce propos, j'ai demandé au Ministre de la Guerre ce qui en était de cette histoire de fortifications du Salève près de Genève: c'est absolument faux. Mais si la guerre devait éclater dans le voisinage immédiat de la Savoie neutralisée, nous pourrions avoir à régler entre nous les conditions de l'occupation de cette contrée par vos troupes avant le retrait des nôtres et de la garantie de la neutralité de ce territoire. J'ai tort de paraître plus inquiet que je ne le suis. J'ai encore la ferme confiance qu'à Berlin on ne veut pas la guerre plus qu'ici et qu'alors l'Italie sera bien obligée de se tenir tranquille. D'ailleurs — et ici la figure

assez abattue de M. Flourens a paru légèrement illuminée — les affaires des Italiens ne paraissent pas aller trop bien à SOUAKIM ou à MASSOUAH, sinon le gouvernement italien n'intercepterait pas tous les télégrammes.

Cependant en voici un qui m'annonce le départ de 6000 h[ommes] et de deux bâtiments de guerre. Il paraît qu'il y a là un chef de bande dont les Anglais se sont débarrassés moyennant finances qui pourra occuper les Italiens. — Espérons, ayons confiance que nous verrons la fin de nos anxiétés sans trop tarder. Nous ajournons au mois d'avril, à cause de la situation générale, l'envoi de nos invitations pour l'Exposition universelle de 1889; si ces invitations partent en avril, le délai laissé aux Gouvernements étrangers pour leurs préparatifs sera encore plus long qu'en 1878. J'ai été heureux, soit dit en passant, de pouvoir donner à Constantinople des instructions conformes aux vues de votre Département du commerce en ce qui concerne les kalemkiars.¹

Je vous serais obligé de bien vouloir faire parvenir à M.M. les colonels Pfyffer et Bleuler les deux rapports militaires ci-joints.² Leurs auteurs m'affirment que chaque régiment d'artillerie a dû envoyer 44 chevaux et 48 hommes aux régiments stationnés près de la frontière. Les Français prennent donc aussi leurs précautions. Une division du VI^e corps serait complètement sur pied de guerre dans les Vosges et ce corps aurait [atteint] prochainement son effectif de guerre par des versements d'autres corps. De plus, l'instruction des recrues serait menée, dans certaines de ses parties, plus vite qu'en Suisse, de façon que ces jeunes soldats puissent être mobilisés le 15 mars. «Relata refero» sans garantie.³

1. Vgl. GBer. 1887 (BBl 1888, 2, S. 7f.)

2. Nicht ermittelt.

3. Bemerkung von Lardy am Schluss des Schreibens: En toute hâte.

315

E 2/1193

*Der Vorsteher des Handels- und Landwirtschaftsdepartements, A. Deucher,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
N. Droz*

B

Bern, 1. Februar 1887

Wir beehren uns, Ihnen über folgendes Postulat der Bundesversammlung unsern Mitbericht zu erstatten:

«Der Bundesrath wird eingeladen, die Frage zu prüfen, ob es für Handel und Industrie nicht förderlich wäre, in gewissen Ländern Berufskonsulate zu errichten, welche über unsere Handelsinteressen zu wachen, alle, die Entwicklung unserer Ausfuhr interessirenden Vorgänge zu kontroliren und daherige Erkundigungen einzuziehen, sowie das Resultat derselben zusammenzustellen hätten.¹»

1. Zur Diskussion des Postulates im Nationalrat vgl. das NR-Prot. vom 12. 6. 1886 (E 1001 (C) d 1/91, Nr. 447.

Wir hatten zum Zwecke der Untersuchung und Beantwortung dieser Frage zunächst ein Gutachten des schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins eingeholt, welches nun nebst dem Protokoll der bezüglichen Verhandlungen der schweizerischen Handelskammer gedruckt vorliegt und wovon wir je ein Exemplar beifügen.²

In ausgedehnter Weise hat sich auch die schweiz. Presse über das Thema verbreitet. Ferner deckt sich das Postulat, insoweit es die Berufskonsulate im Allgemeinen betrifft, zum Theil mit einem solchen vom Jahr 1883, welches die «Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Schweiz im Auslande» zum Gegenstand hatte und worüber der Bundesversammlung unterm 29. Mai 1884 Bericht erstattet worden ist.³ Endlich erstreckte sich auf diese Materie theilweise auch die Verhandlung, welche auf Veranlassung der geographisch-kommerziellen Gesellschaft in St. Gallen⁴ am 26. Juni⁵ 1881 zwischen dem Handelsdepartement und Vertretern des schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins, der geographisch-kommerziellen Gesellschaften und einigen andern Experten über unser Konsulatswesen im Allgemeinen und die Errichtung eines Spezialorgans für den Verkehr mit den schweizerischen Konsulaten im Besondern gepflogen worden ist und worüber ein ausführliches Protokoll⁶ erstellt und gedruckt wurde.

Alle diese Erörterungen und Untersuchungen über das schweizerische Konsulatswesen, auch die jüngste, haben, von Einzelheiten abgesehen, im Wesentlichen das Resultat gehabt, die Zweckmässigkeit unserer jetzigen Konsularorganisation im Grossen und Ganzen und besonders unseres Systems der sog. Wahlkonsulate im Gegensatz zu den Berufskonsulaten, trotz vielen bestehenden Mängeln, zu bestätigen. *Die Resolution 1⁷ der schweizerischen Handelskammer lautet: «Es sei vom kommerziellen Standpunkt aus die Beibehaltung des bisherigen Konsularsystems zu empfehlen.»*

Übrigens bezweckt das Postulat nach seinem Wortlaut offenbar nicht, dass in so allgemeiner Weise System gegen System geprüft werde. Die Postulanten wünschen ausdrücklich, dass die Frage geprüft werde, ob «in gewissen Ländern» Berufskonsulate zu errichten seien. Es handelt sich also nach der Absicht der Urheber des Postulates offenbar lediglich um die Untersuchung *lokaler Verhältnisse*, um die, von Fall zu Fall nach verschiedenen Gesichtspunkten zu behandelnde Frage, ob nicht in gewissen, erst noch zu bestimmenden Ländern die Errichtung von Berufskonsulaten am Platz wäre.

Auf Grund der gepflogenen Untersuchung muss nun für einmal konstatirt werden, dass z. Zeit kein bestimmtes Bedürfniss für Errichtung von eigentlichen Berufskonsulaten oder für Umwandlung bestehender Wahlkonsulate in Berufskonsulate nachgewiesen worden ist. An Gutachten, die sich prinzipiell, oder damit überhaupt

2. Beide Dokumente nicht abgedruckt.

3. Vgl. den Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Schweiz im Auslande vom 29. 5. 1884 (BBl 1884, 3, S. 71—105).

4. Vgl. das Schreiben der geographisch-kommerziellen Gesellschaft in St. Gallen an den Bundesrat vom 29. 7. 1880 (als Annex abgedruckt).

5. Es sollte heissen Januar.

6. E 2/1191.

7. E 2/1193.

einmal ein Versuch gemacht werde, für solche Posten aussprechen, fehlt es zwar nicht und als Länder, die in Betracht kommen könnten, werden mit Ausnahme der europäischen so ziemlich alle genannt, mit welchen wir vorzugsweise Handel treiben oder mit Aussicht auf Erfolg treiben könnten. Auf motivirende Details wird indessen nirgends eingetreten; es müsste jedenfalls einer künftigen, höchst umständlichen Spezial-Enquete vorbehalten bleiben, diese mehr von ungefähr erfolgten Vorschläge in ein deutliches Licht zu stellen.

In den meisten der zahlreichen Ansichtsäusserungen der Handels- und Industrievereine, wie auch der Presse und verschiedener kompetenter Persönlichkeiten tritt eine gewisse Abneigung gegen die Errichtung von Berufskonsulaten überhaupt zu Tage. Einerseits sträubt man sich gegen den bürokratischen Charakter solcher Konsulate und die damit verbundenen, bedeutenden Kosten; andererseits wird es für mindestens zweifelhaft gehalten, dass Berufskonsulate an sich, schon des Systems halber, punkto Überwachung und Förderung unserer Handelsinteressen, Erstattung von Berichten und dgl. leistungsfähiger seien als Wahlkonsulate. Es befinden sich unter den Letzteren zur Zeit in der That eine Anzahl, welche in dieser Hinsicht geradezu Ausgezeichnetes leisten, obwohl sie eigenen grossen Handelsgeschäften vorzustehen haben und für ihre Konsularfunktionen ausser bescheidenen Kanzleigebühren für Legalisationen und dgl. keine Geldentschädigungen beziehen.

Dass unter Umständen auch Berufskonsuln eine nützliche Thätigkeit zu entfalten im Stande wären, wird von Niemand bezweifelt, wohl aber herrscht eigentlich nur eine Stimme darüber, dass die Leistungsfähigkeit eines Konsuls weit mehr von seinen persönlichen Eigenschaften als vom Charakter seines Konsulates abhänge, und dass demgemäss mit den Berufs- wie mit den Wahlkonsulaten je nach der Persönlichkeit sehr gute und sehr schlechte Erfahrungen gemacht werden müssten, mit dem Unterschied indessen, dass alle ersteren ungleich grössere Budgetposten beanspruchten als die letzteren. Für die Errichtung von Berufskonsulaten ist daher überhaupt nur von wenigen Seiten nachhaltig und nirgends in einer für uns überzeugenden Weise eingetreten worden.

Hingegen wurde mehrfach betont, dass die Leistungsfähigkeit dieses oder jenes der bestehenden Wahlkonsulate durch Beigabe von besoldeten Gehülfen mit guter allgemeiner und speziell volkswirtschaftlicher Bildung unter dem Titel «Kanzler», «Sekretär», «Attaché» oder dgl. vielleicht wesentlich erhöht werden könnte, in dem Sinne, dass dadurch dem Konsul viele Skripturen abgenommen und dafür mehr Zeit für initiative Thätigkeit gelassen würde. Resolution 2 der schweizerischen Handelskammer hat speziell solche Hilfskräfte im Auge; dieselbe lautet:

«Es sei immerhin wünschenswerth, dass das gegenwärtige System der Wahlkonsuln möglichst verbessert werde. Hinzu scheinen zwei Mittel besonders geeignet:

Einmal möchten Konsularvertreter, welche es an der nöthigen Pflichterfüllung fehlen lassen, hieran von der h. Bundesbehörde nachdrücklich erinnert werden, und sodann sollte der Bund in Fällen, wo es angezeigt erscheint, den Konsuln die Erfüllung ihrer Obliegenheiten durch Ausrichtung entsprechender finanzieller Beiträge etwas mehr als bis anhin erleichtern.»

Solche Beiträge resp. Hülfсарbeiter stehen bereits mehreren unserer Generalkonsulate und Konsulate unter verschiedenen Titeln und Besoldungsformen zur Verfügung. Die Anregungen betreffend die Ausdehnung solcher Hülfсарstellen verdienen nach unserer Ansicht Berücksichtigung, jedenfalls eine genaue Prü-

fung, selbst in der gewissen Voraussicht, dass dadurch das Budget für unser Konsularwesen erheblich erweitert werden müsste.

Ein dritter und in gewisser Hinsicht vielleicht wichtigster Punkt, der in den stattgehabten Berathungen hervorgehoben worden ist, ist die Konsularthätigkeit auf *diplomatischem* Gebiete: Mitwirkung bei der Vorbereitung und dem Abschluss von Handelsverträgen und ähnliche Dienstleistungen. Auch in dieser Hinsicht haben mehrere unserer kaufmännischen Generalkonsuln und Konsuln, wo und insoweit es mit den diplomatischen Formen der betreffenden Länder verträglich war, schon Vortreffliches geleistet, wobei ihnen neben tüchtiger Bildung und dem aufrichtigen Wunsche, für ihr Vaterland etwas thun zu können, eben ganz besonders ihre praktische Einsicht in den Handel, ihre Waarenkenntnisse u. s. w. zu Gute kamen. Vorzüge letzterer Art gehen den Berufskonsuln gewöhnlich ab, wogegen sie im Allgemeinen zweifellos in anderer, namentlich formeller Hinsicht, verwendbarer wären. Aber gerade in letzterem Punkte sind besondere Bedenken gegen die Institution der Berufskonsulate geäußert worden; sie erfordern einen erheblichen Kostenaufwand, ohne dass sie für den eigentlichen diplomatischen Verkehr in *allen* Fällen verwendbar wären, und es machte sich dabei die Ansicht geltend, dass in solchen Fällen eher *sog. diplomatische Geschäftsträger* am Platze seien; es hat darüber die schweizerische Handelskammer folgende Resolution 4 gefasst:

«Es möchte für besondere Fälle — wenn sich nämlich hieraus für die Vertretung schweizerischer Interessen ein beträchtlicher Nutzen erwarten lässt — die Ernennung von Geschäftsträgern zu vorübergehender oder bleibender Verwendung in Aussicht genommen werden.»

Da diess übrigens ein Punkt ist, welcher mehr in den Rayon des politischen Departements gehört, und mit dem Postulate selbst nur indirekt in Zusammenhang steht, so dürfte es kaum unsere Aufgabe sein, denselben hier des Weiteren auszuführen, und enthalten wir uns diesbezüglich besonderer Antragsstellung.

Die schweizerische Handelskammer hat ausserdem einen Wunsch betreffend fernere Erleichterung von Explorationsreisen, wie die jüngste von Privatdozent Dr. C. Keller nach Madagaskar, durch die Resolution 3 ausgedrückt: dieselbe lautet:

«Es möchten die h. Bundesbehörden auch in Zukunft Explorationsreisen subventionieren, die sich — neben eventuellen andern Zwecken — namentlich die Förderung unserer Exportgewerbe zur Aufgabe gesetzt haben.»

Schliesslich glauben wir betonen zu sollen, dass wir das Postulat durch die obschwebende Untersuchung keineswegs für erledigt halten. Es liegt in der Natur der Sache, dass dasselbe nicht durch eine einmalige Untersuchung abgethan werden kann. Unsere Meinung geht dahin, dass, wenn auch vorderhand festgestellt ist, dass zur Zeit kein Bedürfniss nach Berufskonsulaten im Sinne des Postulates vorhanden ist, dieses Bedürfniss nicht zugleich auch für die Zukunft ausgeschlossen sei. Der Bundesrath dürfte daher jeweilen auch bei künftiger Besetzung oder Errichtung von Konsulaten erwägen, ob im gegebenen Falle ein Berufs- oder ein Wahlkonsulat am zweckmässigsten sei. Es dürfte zugleich auch die Urheber des Postulates am meisten befriedigen, wenn dem letzteren eine solche, gleichsam *kontinuierliche* Folge gegeben würde.

Wir fassen also das Ergebniss der von unserem Standpunkte aus gepflogenen Untersuchung, wie folgt, zusammen:

- 1.) Für die Errichtung von Berufskonsulaten ist zur Zeit kein Bedürfniss zu Tage getreten;
- 2.) Die Leistungsfähigkeit einiger der bedeutenderen Generalkonsulate und Konsulate könnte im Sinne des Postulates durch Beigabe besoldeter Gehülfen von tüchtiger allgemeiner und volkswirtschaftlicher Bildung vielleicht gesteigert werden.

ANNEX

E 2/1191

*Die kommerzielle Abteilung der Ostschweizerischen geographisch-kommerziellen
Gesellschaft in St. Gallen⁸
an den Bundesrat*

B

St. Gallen, 29. Juli 1880

In unserem Berichte über die Verhandlungen des Congrès Internationale de Géographie Commerciale in Brüssel erlaubten wir uns einige Bemerkungen über unser Konsulatswesen zu machen.

Angesichts der hohen Wichtigkeit, welche dieses Institut wenn richtig funktionirend für unsere schweizerische Industrie hat ist es wohl der Mühe werth zu untersuchen, in welcher Weise der Einfluss desselben auf unsern auswärtigen Handel gehoben werden könnte. Wir wollen weder den guten Willen einiger unserer Konsulate noch den Werth verkennen, den ihre periodischen Berichte in manchen Fällen haben, jedoch spricht die Erfahrung dafür, dass der bisher eingehaltene Modus sowohl in Bezug auf die Zeit der Publikation als auch der Form dem gutgemeinten Zwecke durchaus nicht entspricht. Die Klage ist schon oft durch die Presse wiederholt worden, dass der unfreiwillige Aufenthalt der betreffenden Dokumente in der Bundesstadt hie & da die Grenze des Statthafthen überschreite & dadurch der Werth mancher dem Handel nützlichen Ideen verkümmert werde.

Die letztere Ansicht hat ihre grosse Berechtigung. Der Handel steht heut zu Tage mehr als jedes andere Gewerbe unter dem Einflusse der Alles überströmenden Hast, welche seit der enormen Vermehrung der Eisenbahnen & der grossen Ausdehnung der Telegraphenleitungen das jetzige Verkehrsleben charakterisirt. Jedes industrielle Land überbietet das Andere, in der Aufbringung aller nur erdenkbaren Mittel, um dem Absatze seiner Gewerbszeugnisse auf allen Theilen der Erde Bahn zu brechen & wo nur immer die Konsumation einer Bevölkerung die Möglichkeit in Aussicht stellt, dass ein Theil der Produktion Verwendung finden könne, so wird gleich Hand angelegt, um die Chancen, welche sich finden lassen, nach allen Seiten auszunützen. Es geht daraus hervor, dass dem Handel eines Landes in erster Linie dadurch gedient werden kann & soll, dass derselbe fortwährend von allen Conjunctionen nah & fern unterrichtet & auch, dass ihm die Möglichkeit gegeben werde, dasjenige auf möglichst zuverlässige & prompte Weise zu erfahren, was er wissen will.

Diesen Zweck erfüllen die periodischen Konsularberichte nur halb & auch gar nicht; — halb, weil sie vielfach nur in eine zu auffällig conventionelle Form gekleidet sind, Thatsachen erörtern, die schon länger Gemeingut sind, die Interessen der Hauptindustrien nicht oder nur unvollständig im Auge behalten & zuweilen ein statistisches Material aufstellen, dessen Mangel an Lebensfrische dem geringen Interesse entspricht, mit welchem sie aufgenommen werden; und gar nicht, weil den, durch die raschwechselnden Conjunctionen nothwendig werdenden momentanen Aufschlüssen darin nicht Rechnung getragen wird, noch getragen werden kann.

Es soll dies keine Anklage gegen unsere schweiz. Konsulate sein. Was der Bund von unsern Vertretern im Auslande bisher verlangte, ist gethan worden, vielfach mit dem besten Willen, über die

8. Unterzeichnet vom Präsidenten, Scherrer-Engler, und vom Vize-Präsidenten, Künzle-Steger.

bescheidenen Ansprüche desselben hinaus, ein Mehreres zu thun. Aber bei diesen periodischen Leistungen stehen unsere Konsulate schon an der Grenze ihrer Wirksamkeit, wenigstens insoweit, als es die besondern Interessen des schweizerischen Handels betrifft.

Es ist kein Ansporn da, weder von hüben noch drüben, welcher einer grössern Thätigkeit Vorschub leistet. Die Unbefangenheit & das Vertrauen, mit welchem jede Frage privaten & öffentlichen Interesses vor diese Organe gebracht werden sollte, existirt nicht & will nicht aufkommen & die formelle Erledigung welche derselben, wo es einmal geschieht, oft zu Theil wird, ist nicht dazu angethan, dieser Unbefangenheit Vorschub zu leisten.

Unser Konsulat in Bahia hat diesem leidigen Verhältniss zuerst Worte verliehen & damit den Nagel auf den Kopf getroffen.⁹ Warum sollte nun, da das Gefühl der Unzulänglichkeit des bisherigen Verfahrens von der einen Seite zum Ausdruck gelangt ist, nicht auch die andere Seite sich aufraffen & verbesserte Communicationen zwischen den zwei Partheien zu erstellen suchen? Woher sollte auch das thätigste Konsulat bei der bisherigen Organisation die Form hernehmen, um dem schweiz. Handel in der Vielseitigkeit zu dienen, auf welche er Anspruch macht, wenn es sich in der Bestimmung des Maasses dieser Ansprüche lediglich auf sein eigenes Urtheil verlassen muss, weil ihm von keiner Seite die nöthige Anregung & Unterstützung zufliesst. Es fehlt das richtige Bindeglied, um den ungehemmten Strom zwischen diesen zwei Polen zu erstellen. Die bisherige Organisation stellt sich demselben entgegen & im Fernern qualifiziren sich die Bundesbehörden oder ihre Organe in der Bundesstadt nicht als das richtige Organ, um einen raschen, lebensfrischen Verkehr, sowie ihn die täglich sich wechselnden Bedürfnisse erheischen, aufrecht zu erhalten. Die Weitschichtigkeit & Schwerfälligkeit der öffentlichen Verwaltungen wird sich, ob verdienter oder unverdienter Weise, für die Vermittlung solcher Fragen nie denjenigen Kredit verschaffen können, welcher die Grundbedingung zu einer allseitigen freien Benützung bildet. Das ist wahr & wird wahr bleiben, daher muss es gesagt sein, wenn auch die verdiente Achtung, deren sich die Eidgenössischen Behörden erfreuen, diesen Ausdruck freier Meinungsäusserung vielleicht nicht als statthaft erscheinen lässt.

Das Mittel, um den freien Verkehr zwischen den Konsulaten & unserem Handel hervor zu rufen, ersehen wir in der Erstellung eines Organes, welches nicht nur dafür da ist, denselben mit Sachkenntniss und Raschheit zu vermitteln, sondern auch die nöthige Thätigkeit entfaltet, um dem Gefühl des Bedürfnisses & der Zweckmässigkeit einer solchen Vermittlung in unserem Lande Bahn zu brechen. Es wird auch da, wie mit jeder andern Neuerung die Zeit abgewartet werden müssen, bis die Vorurtheile beseitigt sind & der Werth & Nutzen einer solchen Institution sich bewähren kann & allseitige Anerkennung findet.

Die Leitung dieses Bureau, weil in der Hauptsache dem Handel dienend, sollte einem kaufmännisch gebildeten Manne übergeben werden, welchem mit Vertrauen die Vermittlung auch der confidenziellsten Fragen überlassen werden dürfte & dessen Thätigkeit eine rasche Beförderung der ihm überwiesenen Geschäfte verspricht. Es unterliegt gewiss keinem Zweifel, dass sich aus dem Schoosse der vielen einflussreichen & in aller Uneigennützigkeit den Interessen unseres Handels dienenden Gesellschaften ein Organ rekrutiren liesse, welches allen Ansprüchen gewachsen wäre. Der Kontrolle des Bundes über die laufenden Arbeiten & Korrespondenzen würde nichts im Wege stehen & es ist ebensowenig daran zu zweifeln, dass nach offizieller Anerkennung der Vermittlungsstelle unsere auswärtigen Vertreter in der Mehrzahl dieses Mittel zu einer erfolgreichen Thätigkeit begrüssen würden.

Die vollendete Überzeugung, dass unserem auswärtigen Handel damit gedient wäre, hat uns nach reiflicher Überlegung bewogen, Ihnen, hochgeachtete Herren Bundesräthe, diesen Vorschlag zu unterbreiten & Ihnen unsere Mitwirkung anzubieten, wenn wir etwas dazu beitragen können, diesen Gedanken so oder anders zur Verwirklichung zu bringen. Wir erlauben uns zu wiederholen, dass unser Land mehr als jedes andere, es nöthig hat, die grössten Anstrengungen nicht zu scheuen, um die Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit dem Auslande zu erleichtern & jede Gelegenheit im Auge zu behalten, die Ressourcen ferner Länder bekannt werden zu lassen. Wer sollte dazu

9. *Vgl. den Bericht des schweizerischen Konsuls in Bahia [...]. Vom 28. Januar 1880 (Sammlung von Jahresberichten schweizerischer Konsulate über das Jahr 1879, Bern 1880, S. 52).*

geeigneter sein, als die Vertreter unseres Landes, deren Stellung sie schon an & für sich als wirkliche Vorposten unseres Handels & unserer Industrie qualifiziert.

Ein geeigneterer Weg, als der vorgeschlagene, um die Konsularvertretung auf die Höhe ihrer Aufgabe zu bringen, ist in unseren Verhältnissen wohl kaum denkbar. Es ist dieses eine Organisation, welche für den Bund keine grossen Kosten involvirt, namentlich wenn man den Abgang einer nicht unerheblichen Arbeitslast bei der Bundesverwaltung selbst in Berücksichtigung zieht & dann sind wir ferner der Überzeugung, dass die Übertragung der nöthigen Kompetenzen an eine ausserhalb derselben befindliche & den Handelskreisen näher gerückte Centralstelle allenthalben nur gebilligt werden wird.

316

E 22/1779

Der schweizerische Gesandte in Wien, A. O. Aepli, an den Bundesrat

B

Wien, 2. Februar 1887

Mit Schreiben vom 27. ds. Mts.¹ theilen Sie mir eine Kopie der Zuschrift des Kleinen Rats des Kantons Graubünden vom 12. gl. Mts.² mit, und laden mich ein, mich über dieselbe vernehmen zu lassen. Unter Bezugnahme darauf, dass, so viel bekannt sei, ein Vertragsabschluss mit Österreich in *S[achen]* der Rheinkorrektion wohl nicht, wie früher angenommen wurde, so bald erfolgen werde, ersucht die Regierung von Graubünden, die nötigen diplomatischen Schritte zur Betreibung und endlichen Erledigung der Inkamerations-Angelegenheit nicht zu länger zu verzögern.

Es ist nun vor Allem daran zu erinnern, dass ich mich in meinem Gutachten vom 26. Februar vor. Js.³ über die Frage der Zweckmässigkeit einer sofortigen Einleitung von diplomatischen Verhandlungen über die Inkamerations-Angelegenheit mit Rücksicht auf die Wirkung, welche dieselbe auf den Ausgang der in *S[achen]* des Rheindurchstichs schwebenden Verhandlungen ausüben könnten, dahin ausgesprochen habe, dass mit jener zurückgehalten werden sollte, bis diese erledigt seien. Dabei wurde, unter anderem, darauf aufmerksam gemacht, dass man auf dem Punkte stehe, die technischen Vorarbeiten für den Rheindurchstich als erschöpft zu erklären, um sodann zur Vereinbarung des Statsvertrages überzugehen. Wenn wir heute nun auch noch nicht an diesem Ziele angelangt sind, so ist der Stand jener Frage deshalb doch der gleiche geblieben. Es kann, wie es damals von mir in Aussicht genommen worden ist, zum Beginn von Verhandlungen über den Staatsvertrag gelangt werden, wenn nur einmal *das* vollständig in Ausführung gebracht wird, was ich schon vor beiläufig einem Jahre in Antrag gebracht habe. Ich muss mir erlauben, bei dieser Gelegenheit Ihnen selbst, Hr. Bundespräsident, H.H. Bundesräte, meine leztjährigen Anregungen bekannt zu geben, Ihnen die Prüfung derselben zu empfehlen und daran die Hoff-

1. *Es sollte heissen vorigen Monats* (E 22/1779).

2. *Nicht abgedruckt.*

3. *Als Annex abgedruckt.*

nung zu knüpfen, dass Sie, wenn Sie sich von ihrer Richtigkeit überzeugt haben sollten, zur Ausführung derselben mitwirken werden.

Nachdem, wie ich annahm, die letzten unabweislichen technischen Erhebungen stattgefunden hatten, beantragte ich in meinem Schreiben vom 2. Februar vor. Js.⁴ an das St. Gallische Baudepartement, die Feldkircher Protokolle vom Juli und Dezember 1885⁵ durch den Bundesrat und die Regierung von St. Gallen genehmigen, durch dieselben die technischen Vorarbeiten für einmal als beendet erklären zu lassen und der Statthalterei in Innsbruck hiezu mit der Bemerkung Kenntnis zu geben, dass nunmehr in Gemässheit der Note des Ministeriums des Äussern vom 19. Februar 1883⁶ die Einleitungen zum Abschluss des Statsvertrages getroffen werden dürften. Dieser Antrag fand leider erst im Mai zustimmende Erledigung.⁷ Die Statthalterei gab, wie sie unterm 31. Mai an die Regierung von St. Gallen berichtete⁸, dem Ministerium des Innern von diesen Eröffnungen Kenntnis, fügte aber, wie kaum anders erwartet werden konnte, gleichzeitig die Bemerkung bei, dass nach dem Resultate der Expertenkommission eine umfassende Umarbeitung des Detailprojektes bevorstehe und die Kostenanschlagssumme eine Änderung erleiden werde, daher ein weiteres Vorgehen in Absicht auf den Abschluss eines Statsvertrages gegenwärtig noch nicht für angezeigt erachtet werde, und verhiess seiner Zeit Mitteilung von der Entscheidung des Ministeriums des Innern zu machen. Ob solche Mitteilung je erfolgt ist, weiss ich nicht, mir wenigstens wurde nichts darüber berichtet.

Um Mitte Juni befand sich Hr. Oberbauinspektor von Salis in Wien. Ich brachte ihn mit Hrn. Oberbaurat Indra in Berührung, der im Ministerium des Innern das Referat in *S[achen]* der Tyroler- und Vorarlberger-Flusskorrekturen hat, und mit welchem die Durchstichfrage besprochen wurde. Man war allseitig darüber einig, dass keine genügenden Motive vorliegen, das Begehren um Beginn der Verhandlungen über den Statsvertrag weiter hinauszuschieben, da es sich bei letzterem im Grunde doch nur um drei Punkte handeln könne: 1.) um Festsetzung des Traces der neuen Kanäle; 2.) der Quoten, in welchen die Unkosten von der Schweiz und von Österreich bestritten werden sollen, und 3.) der Frist, innerhalb welcher die Korrekturen auszuführen seien. Gestützt auf diese Unterredung, zugleich überzeugt, dass nun ein entscheidender Schritt gethan werden müsse, um die Verhandlungen über den Statsvertrag herbeizuführen und im Einverständnis mit Hrn. Oberbauinspektor von Salis, stellte ich durch Schreiben vom 18. Juni vor. Js.⁹ an das St. Gallische Baudepartement die Anträge: 1. Der Statthalterei von Tyrol und Vorarlberg das Bedauern darüber auszusprechen, dass sie auch jetzt noch den Zeitpunkt zum Beginn jener Verhandlungen nicht als vorhanden betrachten könne und die Eröffnung beizufügen, dass man sich darüber nun direkte an das Ministerium wenden müsse. 2. Den Bundesrat zu ersuchen in einer einlässlichen Note an das K.u.K. Ministerium des Äussern, die hohe Dringlichkeit, die Unterhandlungen über den Statsvertrag nicht weiter zu verschieben, auseinander zu setzen. 3. Diese Note nur zur persönlichen Übergabe an den

4. E 2200 Wien 1/99.

5. E 20/87.

6. *Ibid.*

7. *Vgl. das Schreiben der Regierung von St. Gallen an die Statthalterei Innsbruck vom 21. 5. 1886 (E 2200 Wien 1/99).*

8. E 2200 Wien 1/99.

9. *Ibid.*

Minister des Äussern zuhanden stellen zu lassen und 4. endlich fürzusorgen, dass sie mir etwa bis Mitte September, jedenfalls vor der Wiedereröffnung der Session des Reichsrats eingehändigt werde, damit ich ihr durch persönliche Verwendung beim Minister des Innern, der während der Reichsratssitzungen für längere Besprechungen keine Zeit finden könnte, lezteren Eingang zu verschaffen im Falle wäre. Mit diesem Vorgehen war, wie mir das Baudepartement berichtete, der Regierungsrat von St. Gallen einverstanden, infolge dessen derselbe sich in einem vom 3. August datirten entsprechenden Schreiben¹⁰ an den Bundesrat gewendet hat. Bei meiner Anwesenheit in Bern, im verwichenen Spätsommer, hatte ich mir erlaubt, sowohl dem Hrn. Oberbauinspektor, als dem Hrn. Vorstand des Departements des Inneren die Behandlung dieser Angelegenheit noch besonders mündlich zu empfehlen.

Zu weiterer Motivirung des von mir beantragten Verfahrens muss ich speziell noch darauf aufmerksam machen, dass es nun durchaus notwendig erscheint, wenn ein entscheidender Schritt gethan werden soll, um endlich zur Negozirung des Statsvertrages zu gelangen, in dem angedeuteten Sinne vorzugehen. Bei den wiederholten mündlichen Erörterungen der Rheinkorrektionsangelegenheit suchte mich Graf Taafe, der Minister des Innern, stets damit zu beruhigen, dass er sagte, dieselbe sei in das Tableau der im Reiche successive in Ausführung zu bringenden Flusskorrekturen bereits aufgenommen. Wann sie aber an die Reihe kommen werde, konnte ich nie erfahren. Ich habe viel mehr mit Rücksicht auf die dem Reichsrate bereits vorgelegten Anträge über die Flusskorrekturen in Galizien, auf die grossartigen Kanalprojekte in Böhmen, auf die Verbauungen und Korrekturen in Südtyrol, u.s.w. nicht die Hoffnung, dass, wenn nicht besondere Einwirkungen stattfinden, sobald an die Rheinkorrektion gedacht werde. Weitere, bloss mündliche Mahnungen, könnten daher absolut zu nichts führen, und erschien deshalb das unmittelbare, den ganzen Ernst der Frage betonende Eingreifen des Bundesrates durch das Mittel des Ministeriums des Äussern ganz unerlässlich. Das letztere darf hier deshalb besonders in Anspruch genommen werden, weil mir eines Teiles Graf Kálnoky schon beim Antritt der Gesantenstelle die Versicherung gegeben hat, dass er selber einen Wert darauf setze, dass die Rheinkorrektionsfrage endlich einmal zum Abschlusse gelange, und weil er andern Teils ohnehin bei jeder Gelegenheit seine Bereitwilligkeit an den Tag legt, den Wünschen der Schweiz in freundlichster Weise entgegenzukommen. Ich darf daher auf seine Unterstützung beim Ministerium des Innern rechnen.

Leider ist nun aber im Laufe des letzten Jahres nichts geschehen und sind, man kann es nicht leugnen, die Zeitverhältnisse für Förderung unserer Sache seither nicht günstiger geworden. Die ausserordentlichen finanziellen Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung für Kompletirung der Kriegsbereitschaft werden nicht dazu beitragen, die Neigung für Übernahme neuer finanzieller Verpflichtungen zu erhöhen. Indessen darf doch daran erinnert werden, dass es sich hier ja noch nicht darum handeln würde, jezt schon bestimmte Kredite zur Ausführung der Rheinkorrektion zu verlangen, sondern für einmal nur um eine Vereinbarung über die Grundbedingungen, unter welchen sie ausgeführt werden soll und welche in den obigen drei Punkten angedeutet worden sind. Dieses Ziel, mit welchem schon viel gewonnen wäre, dürfte wenigstens auch gegenwärtig erreicht werden können.

In der Voraussetzung, dass Sie, Herr Bundespräsident, Herren Bundesräte, dazu

10. E 20/87.

Hand bieten werden, kann also auch jetzt noch darauf hingewiesen werden, dass die Verhandlungen über die Rheinkorrektion fort dauern, dass sie durchaus keine Unterbrechung erleiden dürfen und daher heute noch die gleichen Gründe, wie letztes Jahr, vorhanden sind, die Inkamerationsbeschwerden von Graubünden einmal ruhen zu lassen.

ANNEX

Der schweizerische Gesandte in Wien, A. O. Aepli, an den Bundesrat

B

Wien, 26. Februar 1886

Mit Schreiben vom 12. f. Mts.¹¹ übermitteln Sie mir die an Sie ergangenen Zuschriften¹² der Regierung von Graubünden vom 6. Nov. und 28. Dezember, sowie das Schreiben der Regierung von St. Gallen vom 4. Dez. vorigen Jahres, die österreichische *Inkamerationsangelegenheit* betreffend, laut welcher die Regierung von Graubünden wünscht, dass letztere für ihren Kanton sofort auf diplomatischen Wege anhängig gemacht und das bezügliche St. Gallische Begehren nicht gleichzeitig mit dem Graubündnerischen vorgelegt werde, während die Regierung von St. Gallen die Erwartung ausspricht, es möchten beide Begehren s. Z. gleichzeitig eingebracht, dieselben aber für solange zurückgelegt werden, bis die in Aussicht stehenden Verhandlungen mit Österreich über die Correktion des untern Rheinlaufes abgeschlossen seien. Angesichts dieser divergirenden Anträge wünschen Sie mein Gutachten über die Frage der Zweckmässigkeit einer sofortigen Einleitung von diplomatischen Verhandlungen, mit Rücksicht namentlich auf die Wirkung, welche dieselbe auf den Ausgang der in Sachen des Rheindurchstichs schwebenden Verhandlungen auszuüben geeignet wären, zu erhalten.

Indem ich mir die Ehre gebe, im Nachfolgenden mein Gutachten über diese Frage vorzulegen, scheint mir vor Allem nothwendig zu sein, einen Irrthum zu berichtigen, in welchem sich die Regierung von Graubünden bei Aberlass ihres Schreibens vom 26. Dezember befunden hat. Sie nimmt nämlich an, die Regierung v. St. Gallen beabsichtige, ähnlich wie im Jahre 1870, die Ausgleichung ihrer aus der Inkameration herrührenden Forderungen an Österreich bei Gelegenheit der Vereinbarung über den Rheindurchstich anzustreben, während sie laut ihrem Schreiben vom 4. Dezember schon im Jahre 1870 auf diese Anregung förmlich Verzicht geleistet hat und dieselbe auch gegenwärtig nicht wieder geltend zu machen sucht. Es kann sich daher gegenwärtig nur um die Frage handeln, ob die Graubündnerischen und St. Gallischen Forderungen, wenn sie überhaupt anhängig gemacht werden, in gleichzeitige Behandlung zu fallen haben, und ob sie zurückgelegt werden sollen, bis die Rheinkorrektionsangelegenheit erledigt ist.

Bevor ich auf Beantwortung dieser Fragen eintrete, ist es nothwendig, auf die ausserordentlichen Schwierigkeiten aufmerksam zu machen, welche der Lösung der Inkamerationsangelegenheit entgegenstehen. Diese Schwierigkeiten müssen dem Bundesrathe, seitdem er durch die neue Bundesverfassung im Jahre 1848 die oberste Leitung der Eidgenössischen Angelegenheiten übernommen hat, stets vorgeschwebt haben, sonst wäre es kaum erklärlich, wie er dieses ihm von der Eidgenössischen Tagsatzung unerledigt überlassene Traktandum trotz wiederholter Anregungen, seit jenem Zeitpunkt bis heute niemals an die Hand genommen hat. Die letzten und in gewisser Hinsicht entschiedensten Verhandlungen haben im Jahre 1847 stattgefunden, für St. Gallen durch den in Postsachen nach Wien gesandten Landammann Baumgartner, für Graubünden durch den vom Bischof von Chur bevollmächtigten Domprobst Riesch. Ersterer erhielt den Bescheid des damaligen Haus- Hof- und Staatskanzlers Fürsten Metternich, durch welchen die St. Gallischen Forderungen, gestützt auf das *Epaven-Recht* mit wenig Worten abgewiesen wurden. Domprobst Riesch, der unter

11. E 1004 1/114, Nr. 714.

12. Die folgenden Schreiben nicht abgedruckt.

den für seine Sache denkbar günstigsten Bedingungen verhandelte, und die Hoffnung hegen durfte, dass die Rechtsansprüche des Bisthums Erhöhung finden werden, brachte nur eine die Restitutionspflicht kategorisch ablehnende und nur einen widerrufbaren Gnadenakt enthaltende Kaiserliche Entschliessung nach Hause, des Inhalts: «*In Berücksichtigung aber der grossen Armuth des Bisthums Chur und der guten Gesinnungen des dortigen Bischofs und Domkapitels* bewilligen Seine Majestät aus *allerhöchsten Gnaden*, dass eine *jährliche Pension* von fl. 4000 l.M.¹³ für den Bischof und fl. 2000 l.M.¹³ für das Domkapitel verabreicht werde, mit dem Vorbehalte jedoch, diese Pension je nach Umständen theilweis oder ganz einstellen zu mögen. Schon im Jahre 1864 strich das Abgeordneten-Haus die dem Domkapitel zuge dachte Pension von fl. 2000 l.M.¹³ oder fl. 2100 ö[sterreichischer] W[ährung] und nur auf Intervention des Cardinals Rauscher im Herrenhause wurde es zunächst in diesem und dann auch im Abgeordnetenhause wieder ins Budget aufgenommen. Im Jahre 1877 fiel die Auszahlung dieses Postens aber definitiv dahin und wurde dem Bischof Willi eröffnet, dass die dem Bischof von Chur zuge dachte Pension von fl. 4000 l.M.¹³ oder fl. 4200 ö.W. nur noch auf die Dauer der Lebenszeit des in Ruhestand getretenen Bischofes Nikolaus Florentini geleistet werde. Nach dem im Jahre 1881 erfolgten Tode dieses letztern erfolgte dann wirklich keine Zahlung mehr. Die übrigen Graubündnerischen Forderungen für das ehemalige Kloster St. Lutzi, für Churwalden, Tarasp und das Kloster Münster sind ebenfalls ganz oder wenigstens theilweise unberücksichtigt geblieben. Wenn nun diese von der Inkameration herrührenden Forderungen wieder aufgegriffen werden sollen, so hat nicht nur das Ministerium, sondern auch der Reichsrath über dieselben zu entscheiden, der letztere indessen selbstverständlich erst dann, wenn ihm vom Ministerium die erforderlichen Vorlagen gemacht worden sind. Ob nun das Ministerium Taaffe den historischen und rechtlichen Erörterungen der Regierungen von St. Gallen und Graubünden ein offeneres Ohr leihen wird, als es das Ministerium Metternich that, und ob es sich von andern Gesichtspunkten leiten lassen werde als die in den Jahren 1864 und 1877 im Amte gestandenen Ministerien, muss sich aus den Unterhandlungen ergeben. Die seit dem Jahre 1881 vom Bischöfe von Chur gemachten und von der päpstlichen Nunziatur unterstützten Schritte beim Kaiser, der erklärte «als konstitutioneller Monarch nicht viel thun zu können», blieben ohne Wirkung, woraus hervorgeht, dass, um einen Erfolg zu erzielen, das Ministerium Taaffe, das vom Kaiser berathen worden sein wird, vollkommen umgestimmt werden müsste.

Ich musste auf diesen Standpunkt, auf welchem die Inkamerationsfrage gegenwärtig steht, schon jetzt aufmerksam machen, damit man sich nicht etwa der Illusion hingabe, sie werde, ob sofort oder später anhängig gemacht, nicht unschwer die gewünschte Erledigung finden, wenn nur erst die treffliche von Herrn D.P.C. von Planta bearbeitete Denkschrift¹⁴ einbegleitet, und die österreichische Regierung zu Verhandlungen veranlasst sein werde.

Ich gehe nun über zur Beantwortung der Frage, ob eventuell die St. Gallische gleichzeitig mit der Graubündnerischen Reklamation anhängig gemacht werden soll. Nach meinem Dafürhalten muss sie unbedingt bejaht werden. Die Haupteinwendungen, welche die Regierung von Graubünden gegen diese Gleichzeitigkeit erhebt, bestehen darin, einmal dass sie ihre Begehren bereits formulirt und durch eine Denkschrift motivirt habe, während die St. Gallische Regierung sich mit beidem noch im Rückstande befinde, und noch viele Zeit darüber verstreichen könnte, bis sie damit zu Stande gekommen sein würde, und sodann dass gegen die St. Gallischen Forderungen, herrührend von säkularisirten Klöstern, lediglich das Epavenrecht geltend gemacht werde, das gegen das fortbestehende Bisthum Chur jedenfalls keine Anwendung finden könne. Hierauf ist unschwer zu erwiedern, dass der St. Gallischen Regierung ein Termin gestellt werden könnte, bis zu welchem sie, unter Androhung der Zurückstellung ihrer Forderungen, ihre Eingabe einzusenden hätte. Und was das Epaven-Recht anbelangt, so wird dasselbe Österreichischer Seits auch gegen die für das ehemalige Kloster St. Lutzi, das jetzige Priesterseminar gemachte Forderung und gegen die von Graubünden beanspruchte Verwaltung des in Tirol gelegenen Vermögens des Klosters Münster, in Anspruch genommen, so dass die Erörterung des Epaven-Rechtes bei den St. Gallischen wie bei den Graubündner-Forderungen Platz zu greifen hätte. Darin, sowie in dem Umstande, dass das Inkamerationsdekret von 1803 den gemeinsamen Ausgangspunkt für die unrechtmässige Sequen-

13. Laut Münzkonvention von 1837.

14. Nicht abgedruckt.

strirung der von St. Gallen und Graubünden geltend gemachten Forderungen auf in Österreich liegende Vermögensobjekte bildet, und dass auch früher die Tagsatzung die sämtlichen schweizerischen Inkamerationsangelegenheiten gleichzeitig behandelt hat, liegt der positive Grund, aus welchem sie nicht getrennt werden sollen. Für die Graubündnerischen Begehren kann daraus kein Nachtheil erwachsen, da, wenn es überhaupt zu einer einlässlichen Verhandlung kommt, alle Forderungsposten einzeln behandelt werden müssen, und für jeden derselben die Begründung besonders untersucht und dabei die allfällig bessere Graubündnerische zur Geltung kommen wird.

Was nun, mit Rücksicht auf die anhängigen Rheindurchstichsverhandlungen, die weitere Frage der Zweckmässigkeit einer sofortigen Einleitung von diplomatischen Verhandlungen mit Österreich über die Inkamerationsangelegenheit anbelangt, so muss allerdings zugegeben [werden], dass letztere mit der Sache der Rheinkorrektion in durchaus keinem innern Zusammenhange steht, dagegen kann nicht übersehen werden, dass beide Ansprüche an das Österreich. Aerar erheben. Da nun, ganz abgesehen von den stets knappen österreichischen Finanzen und den hohen, an dieselben gemachten ausserordentlichen Ansprüchen für innere Bedürfnisse, wohin z. B. die in mehreren Kronländern projektirten grossartigen Flusskorrekturen gehören, Zahlungen nach dem Auslande oder in vorzüglich vom Auslande betonten Interessen, wenn damit gleichzeitig auch eigene Interessen beschlagen werden, nicht gerne gemacht werden, so wäre es allerdings wünschbar, wenn nicht in einem Zeitpunkte, wo die Verhandlungen über die von der Schweiz so beharrlich angestrebte und Österreich für mehrere Millionen in Anspruch nehmende Rheinkorrektion ihrem endlichen Abschlusse entgegenreifen, gleichzeitig auch die Inkamerationsforderungen geltend gemacht würden. Diese Anhäufung von Forderungen an den Österr. Fiskus könnten weder beim Ministerium, noch viel weniger bei den Kammern einen günstigen Eindruck machen. Ja, ich fürchte, dass gerade die aus der Inkameration abgeleiteten Forderungen zunächst darunter zu leiden hätten, indem diese für Österreich nur eine Ausgabe involviren, während die Rheinkorrektion doch gleichzeitig auch dem Vorarlberg grosse und bleibende Vortheile zuwendet. Deshalb könnte statt eines geeigneten Entgegenkommens zur Prüfung der von der Schweiz erhobenen Beschwerden gegen die Inkameration eine einfache Bezugnahme auf die längst stattgefundene Abweisung derselben eintreten. Dass die weitere Betreibung der Rheincorrectionssache nicht hinter die Forderungen aus der Inkameration gestellt werden darf, ergibt sich aus dem gegenwärtigen Stande dieser beiden Angelegenheiten. Bekanntlich hat sich das Ministerium im Frühjahr 1883 definitiv für den Durchstich bei Fussach ausgesprochen und, bevor zu den Verhandlungen über den abzuschliessenden Staatsvertrag geschritten wird, nur noch einige nachträgliche technische Erhebungen und Prüfung derselben vorbehalten.¹⁵ Die Erhebungen haben noch im Jahre 1883 stattgefunden und die Prüfung derselben im vorigen Jahre, so dass man jetzt auf dem Punkte steht, die technischen Vorarbeiten als erschöpft zu erklären, um sodann zur Vereinbarung des Staatsvertrages überzugehen. Von einer Sistirung dieser Angelegenheit kann daher absolut keine Rede sein. Dagegen wird es für die Behandlung der Inkamerationsfrage, über welche in officieller Weise von der Schweizerischen Politischen Behörde mit der Österreichischen Regierung seit mehr als vierzig Jahren nicht mehr verhandelt worden ist, wenig darauf ankommen, ob sie wieder etwas früher oder später anhängig gemacht werde. Allerdings ist in hohem Masse zu bedauern, wenn unter diesen Umständen durch die Verhandlungen über die Ansprüche des Bisthums Chur, welches bei der Sache so sehr beteiligt ist, und für welches eine günstige Erledigung ganz besonders gewünscht werden müsste, zurückgeschoben würden. Wenn mit Sicherheit angenommen werden könnte, dass eine solche Erledigung nur davon abhänge, dass, neben der weitem Betreibung der Rheinkorrektion, auch die diplomatischen Verhandlungen über die Inkameration sofort eröffnet werden, so müsste ich letzteres unbedingt empfehlen. Da ich aber diese Überzeugung nicht hege, viel eher einen ungünstigen Erfolg vermuthete, so kann ich nicht umhin, der Ansicht Ausdruck zu geben, dass die Inkamerationsache bis nach Abschluss des Staatsvertrages über die Rheinkorrektion ruhen sollte, zu welchem wir, hoffe ich, nun doch bald gelangen werden.

Noch muss ich mir erlauben, für den Fall, dass früher oder später die Verhandlungen über die Inkameration stattfinden, den Wunsch auszusprechen, dass ich über die Form, in welchen dieselben geführt werden sollen, gehört werde. Ich bemerke nämlich jetzt schon, dass erwogen werden

15. Vgl. Nr. 231.

dürfte, ob nicht, was die Graubünd. Forderungen anbelangt, sowohl ein Repräsentant der dortigen Regierung als ein Vertreter des Bischofs von Chur oder der Bischof selbst wenigstens bei der Einleitung der Sache, eventuell aber auch später, bei den Verhandlungen anwesend sein sollte.¹⁶

16. *Der Bundesrat schloss sich in seiner Sitzung vom 1. 6. 1886 der Argumentation von Aepli an, und er entschied, die Inkamerationsfrage vorläufig aufsich beruhen zu lassen. Vgl. dazu das BR-Prot. vom 1. 6. 1886 (E 1004 1/145, Nr. 2460).*

317

E 1004 1/148

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 8. Februar 1887

656. Savoierfrage

Politisches Departement. Antrag vom 3. Februar 1887

Mit Depesche vom 30. Januar abhin¹ berichtet Herr Minister Lardy in Paris, dass sowohl der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herr Flourens, als der Ministerpräsident, Herr Goblet, in Gesprächen über die gegenwärtige politische Lage Anspielungen auf die Frage der Neutralität Savoiens gemacht haben, und zwar, ohne dass er seinerseits hiezu die geringste Veranlassung gegeben hätte. Indem Herr Lardy an die Verhandlungen in den Jahren 1870 und 1871 erinnert² und den Entscheid der Frage, ob über diese Angelegenheit Besprechungen mit der französischen Regierung stattfinden sollen, um mit dieser eine Verständigung zu erzielen, spricht er den Wunsch aus, die Ansichten des Bundesrates kennen zu lernen.

Herr Bundespräsident Droz hat über die Savoier Neutralitätsfrage ein Memoire³ mit bestimmten Schlussfolgerungen⁴ ausgearbeitet und beantragt:

1. Herr Lardy sei mit Schreiben⁵ nach Entwurf des politischen Departements, das teilweise zu chiffriren ist, zu beauftragen, sich nach den bezüglichen Ansichten der französischen Regierung sowie darüber zu erkundigen, ob die Aussichten auf eine annehmbare Verständigung günstig seien; und es sei Herrn Lardy das Memoire, wenn der Bundesrat mit dessen Schlussfolgerungen einverstanden sei, zu seiner persönlichen Information mitzuteilen.

2. Es sei das Militärdepartement, welchem ebenfalls eine Abschrift des Memoire zuzustellen sei, einzuladen, Bericht zu erstatten über das Interesse der Schweiz an einer Besezung Savoiens beim Ausbruch eines Kriege, an dem Frankreich, Deutschland und Italien sich beteiligen würden, selbst wenn sich der letztgenannte Stat nur auf die Aufstellung von Beobachtungstruppen an der französischen Grenze beschränken

1. E 2/1643.

2. Vgl. DDS 2, Nrn. 343, 370 sowie *ibid.*, Nrn. 273, 298, 301, 310, 323 und 360.

3. E 2/1643.

4. *Als Annex abgedruckt.*

5. E 2200 Paris 1/0185.

würde, sowie über die nähern Bestimmungen einer über die Besezung der neutralen Zone Savoie mit Frankreich zu treffenden Verständigung. Dieser Bericht⁶ sei dem politischen Departement zu überweisen, welches dem Bundesrat seine Anträge zu unterbreiten hätte.

In der Diskussion wird auf eine Note des Herrn de Varax, des Geschäftsträgers von Sardinien, an den schweizerischen Vorort vom 18. Oktober 1815⁷ und andere sachbezügliche Dokumente verwiesen und das Memoire entsprechend ergänzt.

Mit dieser Ergänzung wird das letztere genehmigt und die Anträge des politischen Departements werden zum Beschlusse erhoben.

ANNEX

E 2/1643

RAPPORT DE MONSIEUR LE CONSEILLER FÉDÉRAL NUMA DROZ
EN 1887
SUR LA QUESTION DE SAVOIE

Auszug
Maschinenschrift

Bern, 3. Februar 1887

I. *Le droit* de la Suisse d'occuper la Savoie si les circonstances prévues dans l'art. 92 de l'acte final du Congrès de Vienne viennent à se produire, c'est-à-dire «toutes les fois que les Puissances voisines de la Suisse se trouveront en état d'hostilités ouvertes ou imminentes», n'est pas contestable et n'a jamais été contesté.⁸

II. Ce droit implique le *devoir* pour la Suisse de défendre la neutralité de la Savoie exactement comme la sienne propre, dont elle est une partie intégrante.

III. *L'exercice* de ce droit et *l'accomplissement* de ce devoir ne sont subordonnés à aucune autre condition que celle fixée par l'art. 92 de l'acte final du Congrès de Vienne, à savoir: le respect de l'administration civile du territoire occupé.

Une entente préalable n'a donc pas été réservée;⁹ elle n'est pas non plus indispensable. La prévision qui sert de base à l'art. 92 est que, en cas d'hostilités ouvertes ou imminentes, les troupes de l'Etat possesseur du territoire neutralisé, doivent se retirer sans avis ni invitation de qui que ce soit, en simple et stricte exécution du traité. Quant à la Confédération suisse, elle demeure seule juge de la question de savoir si elle doit ou non placer des troupes dans le territoire évacué: cela dépend des exigences de sa stratégie, et elle n'a pas, sous ce rapport, d'obligations plus grandes ou autres vis-à-vis de la Savoie que vis-à-vis d'aucune partie de la Suisse même; sa tâche consiste uniformément à prendre toutes les mesures qui lui paraissent indiquées pour la sauvegarde de la neutralité totale qui lui est confiée, et de repousser toute atteinte qui pourrait y être portée sur un point quelconque.

En vertu des mêmes principes, le mode d'occupation doit être exactement le même en Savoie qu'en Suisse, sous la seule réserve, qui d'ailleurs existe aussi vis-à-vis des cantons, du respect de l'administration civile par les pouvoirs militaires.

6. *Vgl. den Bericht Pfyffer vom 19. 2. 1887* (E 2/1643).

7. D 2190 b. *Hier wird die Note mit 28. 10. 1815 datiert. Ihr Wortlaut findet sich auch im vollständigen Memorandum Droz vom 3. 2. 1887* (E 2/1643).

8. *Vgl. OS 1820, 1, S. 81.*

9. *Anmerkung im Text:* On remarquera que la Diète fédérale avait, dans son acte d'accession du 12 Août 1815 [abgedruckt in: OS 1820, 1, S. 94—96], prévu que des conventions particulières pourraient (et non devraient) déterminer les conditions de l'occupation; mais la Sardaigne a repoussé cette réserve comme affaiblissant la neutralisation de la Savoie, et les Puissances ont adhéré à cette manière de voir en accentuant, dans le traité de Paris, la signification de cette neutralité (voir les actes cités plus haut).

IV. Pratiquement, toutefois, il serait préférable qu'une convention entre la Suisse et la France réglât à l'avance, d'une manière claire et précise, les modalités de l'occupation (utilisation des moyens de communication, réquisitions de toute nature, indemnités etc.)

Le gouvernement suisse a témoigné à diverses reprises de son désir de s'entendre à cet égard avec le gouvernement français. Il semble que le moment actuel serait bien choisi pour amener cette entente.

318

E 2/1643

*Der Bundespräsident und Vorsteher des Politischen Departements, N. Droz,
an den schweizerischen Gesandten in Berlin, A. Roth*

Kopie

S très confidentielle

Berne, 10 février 1887

A diverses reprises et avec une insistance toute particulière, la Légation d'Allemagne à Berne a exprimé verbalement vis-à-vis de plusieurs membres du Conseil fédéral la satisfaction que le Gouvernement impérial éprouve de savoir que la Suisse ne craint, en cas de guerre, aucune violation de son territoire par les armées allemandes. Vous vous êtes fait également, Monsieur le Ministre, l'organe de ce sentiment dans votre rapport du [26] janvier.¹

L'autre jour, un des chefs de l'armée suisse (M. Pfyffer), m'a exposé combien, si un conflit venait à éclater entre la France et l'Allemagne, une déclaration officielle, catégorique et surtout *rapide* dans le sens indiqué, aurait d'importance pour l'état-major fédéral.² Je n'entrerai pas dans le développement des considérations stratégiques qui motivent cette manière de voir; comme militaire, vous les comprendrez sans cela.

Bien que ma foi dans le maintien de la paix ne soit pas trop ébranlée par tout ce qui se passe, je crois devoir appeler votre attention sur le point dont il s'agit. Il est certain que si les choses devaient tourner au pire, la *promptitude* et la *netteté* avec lesquelles les puissances voisines répondraient à notre déclaration de neutralité exerceraient la plus grande influence sur les décisions à prendre par notre état-major. Mais il faudrait pour cela que, dans l'espace de quelques heures, nous eussions cette réponse par télégramme. En 1870, le Conseil fédéral a télégraphié déjà le 15 juillet à Berlin et à Paris sa déclaration de neutralité³, mais la réponse de la France n'a été notifiée à M. Kern que le 17⁴, et celle de l'Allemagne, par un télégramme à M. de Roeder, que le 21⁵. C'est un délai très long, trop long dirai-je, au point de vue de nos dispositions militaires.

En vue de cette éventualité, croyez-vous qu'il serait prudent de préparer d'une manière tout à fait discrète les voies à une réponse éventuelle et de s'assurer que la

1. Vgl. Nr. 313.

2. Vgl. die Aufzeichnung des Generalstabs (als Annex abgedruckt).

3. Vgl. DDS 2, Nrn. 246 und 252.

4. DDS 2, Nr. 249.

5. Vgl. DDS 2, Nr. 256, Anm. 7.

déclaration allemande sera aussi explicite que possible? Il serait non moins désirable qu'en pareil cas l'Italie donnât une réponse qui nous mît à l'aise du côté de notre frontière sud, en particulier de la Savoie. Jusqu'à quel point pensez-vous que l'Allemagne pourrait y contribuer?

Telles sont les questions qu'il m'a paru utile de vous soumettre. Je serai heureux de connaître votre manière de voir à ce sujet.

ANNEX

Aufzeichnung des Generalstabs

Im Kriegsfall zwischen Deutschland und Frankreich befindet sich die Schweiz in misslichen strategischen Verhältnissen. Gleich einer breiten Heeresstrasse zieht sich die schweiz. Hochebene mit ihren reichen Hilfsmitteln, Eisenbahn- und Strassennetz vom Boden- zum Genfer-See. Diese Hochebene könnte beiden kriegführenden Mächten sehr gut dienen um die feindlichen Flügel zu umgehen und den starken Hindernissen auszuweichen welche sie jenseits der eigenen Grenze im gegnerischen Lande fänden.

Es kann sich nun für die schweiz. Armee nicht darum handeln jede dieser beiden Grenzen mit einem annähernd gleichen Corps zu bewachen, d. h. eine Hälfte der Armee gegen Westen, die andere gegen Norden aufmarschiren zu lassen. Eine solche Hälfte wäre zu schwach um einer französischen oder deutschen Invasion die Stirne bieten zu können. Da die muthmasslichen Invasionspunkte der beiden genannten Staaten sehr weit auseinanderliegen, einerseits in Genf, Verrières und Locle, andererseits in Schaffhausen, Stein, so wäre auch eine gegenseitige Unterstützung der beiden Hälften der schweiz. Armee ausgeschlossen. Wir müssen also auch in diesem Kriegsfall das Gros unserer Armee vereinigt behalten.

Bei den gegen Deutschland für uns sehr ungünstigen strategischen Verhältnissen wäre ein Eindringen einer deutschen Armee selbst nur auf ein bis zwei Tagmärsche in unsere Hochebene von den bedenklichsten Folgen, während ein gleiches Eindringen von Westen her unsere Landesverteidigung noch nicht bedenklich verwunden würde. Dieser Grund zwingt uns, unseren Aufmarsch mehr gegen Deutschland als gegen Frankreich zu machen, so lange wir keine Garantie haben, dass von Deutschland her nichts zu befürchten ist. Das hat immerhin den grossen Nachtheil, dass es den Franzosen die Möglichkeit giebt, unsere Aufstellung zu benutzen um grössere Gebietstheile unseres Landes zu besetzen, bevor wir von unserer Centralstellung herbeigeeilt sind um sie zurück zu werfen.

Noch complizirter und schwieriger werden die Verhältnisse, wenn wir auch noch gegen Italien vorsorgen müssen, wodurch weitere Kräfte weit abgezogen würden.

Haben wir von Deutschland und Italien die reelle Garantie, dass sie unser Territorium respectiren werden, so erleichtert das unsere Aufgabe wesentlich, weil wir dann unsere Aufstellung der Westgrenze näher rücken können und die Nordgrenze nur noch soweit zu beobachten haben, um rechtzeitig abgedrängte Corps sei es von der einen oder andern Partei abzufangen und zu entwerfen.

Eine solche concentrirte Aufstellung unserer sämtlichen Streitkräfte an der Westgrenze dürfte auch den Franzosen die Lust einer Invasion etwas benehmen.

Sollten sie aber trotz unserer Concentration der Kräfte den Einbruch auf schweiz. Gebiet unternehmen, so müssen sie in verschiedenen Colonnen lange Jura-Defiléen passiren und es sollte uns möglich werden, sie in denselben anzugreifen und zu schlagen, oder doch uns auf die Täten der Colonnen bei ihrem Débouchiren zu werfen, ehe sich letztere vereinigt haben.

Auch für Deutschland ist der Vortheil evident. Er verkürzt die Angriffsfront der Franzosen, hindert diese von ihrer numerischen Überlegenheit Nutzen zu ziehen. Auf der schmalen Angriffsfront können die Franzosen alle ihre Steitkräfte gar nicht entwikkeln, weil nicht genug Strassen zur

Verfügung stehen. Dagegen wird auf der schmälern Front die bessere Qualität der deutschen Armee zur Geltung kommen. Die deutsche Armee erhält an unserer Grenze eine solide Anlehnung und kann daher [ihre] Hauptkräfte auf der entscheidenden Operationsrichtung Berlin-Paris anhäufen.

Es kommt nun allerdings die Frage, ob die deutsche Regierung glaubt, dass wir einer franz. Invasion widerstehen können. Gewissheit können wir ihr darüber nicht geben, weil das Endergebniss eines jeden Krieges von zu vielen Factoren abhängt. Allein wir können ihr sagen, dass wir zuversichtlich hoffen, es werde uns gelingen eine einzige Front mit Erfolg zu vertheidigen.

Unter allen Umständen werden wir einen Vormarsch über unser Gebiet erheblich verzögern und selbst zurückgedrängt uns an die Flanken des Invasor's hängen, so dass auch in diesem Falle Deutschland alle Zeit hätte, Truppen nach Süddeutschland zu werfen.

Daraus geht folgendes hervor:

1. Deutschland und die Schweiz haben ein gleiches, hohes Interesse dass, für den Fall eines deutsch-franz. Konfliktes, die schweizer. Armeeleitung den strategischen Aufmarsch der Armee nur gegen Westen vornehme. Das gleiche Interesse hat auch Italien, wenn es als Bundesgenosse Deutschlands gegen Frankreich auftritt;

2. Ein solcher Aufmarsch gegen eine einzige Front hin kann nur erfolgen, wenn die Schweiz die vollste Garantie besitzt, dass Deutschland und Italien die Integrität des schweiz. Bodens in jeder Kriegslage respectiren werden;

3. Der schweiz. Diplomatie liegt es ob diese Garantien bei Zeiten, d. h. entweder *vorder* Kriegserklärung oder *unmittelbar* (nicht länger wie einen Tag) *nach* derselben zu beschaffen.

Jedenfalls sind die bezüglichen Schritte, in Berlin wenigstens, jetzt schon einzuleiten, damit man nicht von den Ereignissen überrascht werde. Man könnte sich mit einer mündlichen Zusicherung *gegenwärtig* zufrieden geben; die schriftliche Erklärung müsste sodann unserer Neutralitätserklärung auf dem Fuss folgen.

4. Die vorstehenden Sätze sind nur insoweit richtig als Deutschland und eventuell auch Italien fest entschlossen sind unsere Neutralität zu respectiren. Die im angeführten Sinne zu eröffnenden, *streng geheim und mündlich* zu führenden Unterhandlungen würden am Besten geeignet sein uns über deren wirkliche Absichten zu orientiren.

5. Unsere Demarschen dürfen und können nicht von Deutschland als ein Ausdruck des Misstrauens angesehen werden. Den bisher erfolgten Zusicherungen, welche uns vom deutschen Geschäftsträger überbracht wurden, wird voller Glaube beigemessen. Die Gründe welche uns deren schriftliche Bestätigung als erwünscht erscheinen lassen werden indessen — bei der Wichtigkeit einer Massregel, wie die Entblössung unserer Nordfront — von Deutschland gewiss nach Gebühr gewürdigt werden.

319

E 2/1643

*Der schweizerische Gesandte in Paris, Ch. Lardy,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
N. Droz*

B Confid., teilweise chiffriert

Paris, 14 février 1887

Samedi soir, en sortant d'un banquet donné par notre Société Suisse de Bienfaisance, je me suis rendu à une soirée donnée au Ministère des Affaires Etrangères. Il était assez tard, et il n'arrivait plus grand monde; M. Flourens était donc a peu près seul à la porte d'entrée du premier salon. Pendant que ma femme parlait avec Madame Flourens, j'ai dit au Ministre que je venais de porter sa santé dans une nom-

breuse assemblée de mes compatriotes, et d'y remercier de mon mieux la France de sa gracieuse hospitalité envers nous. La conversation s'étant engagée sur un pied très amical, nous avons peu à peu passé à la politique, et notamment à la marche de la crise ministérielle italienne. M. Flourens a constaté que les chances d'un maintien de M. de Robilant aux affaires étaient redevenues très grandes, ce qui était bien inquiétant après l'article de l'*Opinione* qui déchirait plusieurs voiles et manifestait presque au grand jour les sentiments d'hostilité de l'Italie. — J'ai dit que tout cela commençait aussi à me préoccuper plus vivement qu'autrefois, depuis que M. Flourens avait fait allusion, dans un de nos entretiens, à cette hostilité de l'Italie et à la possibilité de pourparlers avec nous au sujet de la Savoie neutralisée. J'ajoute que j'avais espéré une détente, mais que l'article de «l'*Opinione*» m'avait aussi fait me poser personnellement la question de savoir s'il ne serait pas prudent de causer de cette question avant qu'on fut trop préoccupé partout des grands événements en perspective, s'ils devaient se produire. J'ai tenu alors à passer rapidement à un autre sujet et ai dit: qu'un de mes voisins au banquet suisse, un grand banquier parisien (je n'ai pas nommé M^r Hentsch, et ce n'est pas de lui que j'ai appris en premier lieu cette nouvelle, encore très-secrète, car Hentsch n'est pas régent de la banque et n'est pas de ceux auxquels je refuserais le titre de spéculateur) prétendait ce soir que la Russie cherchait à faire ici un emprunt «aussi gros que possible». M. Flourens a eu l'air fort embarrassé de quelqu'un qui n'aime pas mentir. Il a évité de répondre d'une façon précise, puisqu'il s'est raccroché à l'affaire de Savoie; que disant oui si j'ai fait jadis quelque allusion à l'occupation éventuelle de la Savoie par vos troupes, c'est qu'*[il]* semblait préférable d'en parler amicalement pendant que chacun est de sang-froid afin d'éviter que les mesures les plus simples prises par vous ou nous puissent dans l'excitation du moment prendre un caractère qu'elles ne comporteraient pas. Il est peut-être prudent que je me fasse remettre le dossier et que nous en parlions un de ces jours en dehors de ma réception du mercredi.

Comme vous y allez, ai-je répondu en riant, je ne vous ai dit qu'un mot en passant en mon nom personnel. Je n'ai pas la moindre instruction et redouterais beaucoup d'en demander afin de ne pas éveiller des craintes qui n'existent pas encore et qui pourraient aller au delà de ce qu'exige actuellement la situation générale. Quoiqu'il en soit, s'il vous convient de m'en parler à titre personnel et amical, je ne demande pas mieux sans pouvoir m'engager à aller au delà d'une simple conversation personnelle. Puis nous avons parlé d'autre chose; tout cela a été dit debout près d'une porte, sous forme de conversation de soirée et très rapidement, on ne pouvait guère être moins officiel. A la prochaine réception hebdomadaire de M. Flourens j'éviterai de lui reparler de l'Affaire et je le laisserai venir. Pour la bonne règle, j'ai l'honneur de vous accuser réception de votre office du 8 de ce mois¹ et de constater le passage à Paris de M. le notaire Gerster de Berne.

1. E 2200 Paris 1/0185.

*Der schweizerische Gesandte in Paris, Ch. Lardy,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
N. Droz*

B Personnel & confidentiel

Paris, 16 février 1887 soir

Avant-hier soir, je Vous écrivais que je comptais ne prendre aucune initiative vis-à-vis de M. Flourens sur la question de la Savoie neutralisée & attendre ses communications.¹ Les choses vont quelquefois autrement & plus vite qu'on ne pouvait le supposer, et ce soir, je viens constater que les circonstances m'ont engagé à avoir à ce sujet un entretien avec le Général Boulanger.

J'ai dîné chez Madame Floquet avec le Ministre de la Guerre, qui était placé à côté de ma femme, et que j'ai ensuite entretenu de petites affaires (libérations de la Légion étrangère, etc). Nous avons passé au fumoir, où nous avons commencé par échanger des banalités sur la situation générale, le Ministre disant entre autres qu'il ne faut jamais reculer, et que la force des choses amène le plus souvent la lutte entre deux hommes, fussent-ils seuls au monde, témoin l'histoire de Caïn & d'Abel. De fil en aiguille, nous nous sommes trouvés seuls près de la cheminée, et cela m'a engagé à demander au Ministre de la guerre s'il avait quelques renseignements sur la présence d'alpini à la frontière suisse, présence signalée par nos journaux suisses sans que j'ai d'ailleurs d'informations officielles à ce sujet. Le Général a répondu qu'il ne savait rien sur ce point, parce qu'en ce moment son service d'informations était essentiellement employé au Nord & au Sud de la Suisse. J'ai dit alors que M. Flourens avait manifesté vis-à-vis de moi d'assez sérieuses craintes à l'égard de l'Italie, mais avait constaté que sur les représentations de la France, les troupes italiennes avaient été retirées de l'extrême frontière française. M^r Boulanger a confirmé le fait, puis il a ajouté: «Nous sommes heureux de voir combien Vous faites tout ce qui dépend de Vous pour assurer le maintien énergique de Votre neutralité; je ne sais pas si nous marchons à la guerre; chaque matin, en me réveillant, je me demande quelle tuile va me tomber sur la tête; il faut une grande prudence & un sang-froid continu; il ne s'agit pas de jeter par distraction un bout de cigare dans le tas de poudre. — Nous savons que Vous faites tout ce qui est en Votre pouvoir pour Vous mettre en garde contre le seul danger qui Vous menace, celui d'avoir à désarmer ou à repousser les corps plus ou moins nombreux qui pourraient être rejetés sur Votre territoire, et nous avons confiance dans Votre force. Les traités, Vous le sentez depuis quarante ans, ne valent guères que ce que vaut la force destinée à les faire respecter. Personne ne désire ajouter Votre armée à ses autres embarras.»

Moi. En fait de traités, avez Vous l'impression, Général, que l'Italie médite un coup sur la Savoie? Je me suis demandé si M. Flourens n'avait pas quelques inquiétudes à ce sujet.

Boulanger. Non; en tous cas je n'ai pas d'impression précise sur ce point. Pour Vous la Savoie est neutre, et il Vous est assez indifférent qui en est le «propriétaire». Pour nous, Vous le comprenez, il en est un peu autrement. Vous avez toutefois un

1. Nr. 319.

grand intérêt au maintien de cette neutralité. Si Vous y laissez toucher, Votre propre neutralité est bien malade.

Moi. On s'est beaucoup disputé depuis soixante dix ans sur la question de Savoie dans l'intérêt de qui cette neutralité de la Savoie a été créée; les Suisses ont soutenu qu'elle était faite dans leur intérêt exclusif; les Piémontais ont soutenu qu'elle était dans leur intérêt exclusif; je parle naturellement en mon nom personnel et je tiens à Vous déclarer que je n'ai pas sur ce point la plus petite instruction; comme Vous le disiez tout à l'heure, il faut faire attention en ce moment de ne pas jeter des allumettes sur le trottoir après avoir allumé son cigare et je redoute de lever à Berne ce lièvre de la Savoie, parce que cela pourrait inquiéter l'opinion; si l'on nous voit inquiets, Vous pourriez croire ici que nous avons de mauvaises nouvelles de Berlin et vice-versa — et nous n'avons, nous qui désirons la paix, aucun intérêt à accroître l'appréhension des autres. — Je me demande donc, à titre absolument personnel, comme le ferait un monsieur qui écrirait une brochure historique sur la question, si les uns & les autres ne sont pas trop absolus, et si la neutralité de la Savoie n'a pas été, au fond, inventée dans l'intérêt des deux, ou si Vous préférez, dans l'intérêt de tout le monde, dans l'intérêt de la paix européenne. Il est d'ailleurs à peu près dit dans les traités de l'époque que cette neutralité est dans l'intérêt de la politique européenne. Si chacun voulait laisser de côté les débats oiseux et faire du pratique, on ferait peut être bien de s'y prendre d'avance.

Boulangier. Vous avez absolument raison. La neutralité de la Savoie est dans Votre intérêt à plusieurs points de vue; géographiquement, elle est dans Votre intérêt pour la partie la plus voisine du lac de Genève; elle est plutôt dans l'intérêt savoisien pour la partie méridionale du territoire neutralisé. En tout cas, Vous avez un intérêt considérable à l'assurer, car, je le répète, qui y touche Vous touche, et une neutralité ne vaut que si elle est respectée. La neutralité de la Savoie ne forme qu'un tas, un morceau avec la Vôtre.

Moi. Il ne faudrait pas aller trop loin si Vous voulez faire quelque chose de pratique. Nous sommes en Suisse d'honnêtes gens qui tiennent leurs engagements, mais qui tiennent à ne pas être engagés au delà de ce qu'ils ont promis. J'ai donné l'année dernière des leçons d'histoire suisse à quelques enfants de notre colonie de Paris, et je ne crois pas qu'il y ait depuis six siècles un seul cas dans lequel la Suisse n'aurait pas exécuté fidèlement ses promesses. — Pensez-Vous que nous soyons sérieusement tenus d'occuper et de défendre militairement le chemin de fer d'Aix à Culoz?

Boulangier. Certainement; il est dans le territoire neutralisé.

Moi. Comme Vous y allez! N'oublions pas cependant qu'en 1815, la route du Mont-Cenis était absolument en dehors du territoire neutralisé; il est équitable d'admettre que le chemin de fer, qui a remplacé la route, est dans la même situation que celle-ci. — N'oublions pas non plus qu'en 1859, Vous avez passé par ce chemin de fer et que les Sardes Vous ont appelés, sans que personne ait protesté, pas même l'Autriche?

2. *Anmerkung im Dokument:* Voir dépêche de M. de Rechberg au Ministre d'Autriche à Berne, M. de Menschingen [*verbessert in:* Menshengen], en date de Vienne, 27 Juillet 1859 [*verbessert in:* 14 août (E 2/1629)], et dont copie nous a été envoyée à l'époque; il s'agissait de la réunion à Zürich de la Conférence qui a suivi les préliminaires de Villafranca.

Boulangier. Vous avez été maladroit en 1859; Vous deviez aller au lac du Bourget. Vous courriez, sans le moindre équivalent, un très-grand risque, si l'Autriche eût été victorieuse.

Moi. Vous n'avez peut-être pas tort. Quoiqu'il en soit, il me semble que Vous et les Italiens pouvez, moins que personne, nous reprocher de considérer la voie ferrée de Culoz à Aix comme n'étant pas neutralisée.

Boulangier. Le fait est qu'il vaut mieux, de notre part, ne pas lever ce lièvre; ce serait Vous faire la réplique trop facile. Restons pratiques, encore une fois. Vous avez absolument raison; je Vous remercie de m'avoir parlé de cette affaire dès maintenant. Nul ne sait ce que peut nous apporter l'avenir le plus rapproché. Il faut absolument que nous réglions les détails d'une occupation éventuelle par Vos troupes, en gens calmes, sinon, comme tout ce qui touche à Votre neutralité est extrêmement délicat & peut nous mettre de gros embarras sur le dos, les mesures les plus inoffensives de Votre part ou de la nôtre pourraient prendre des proportions désagréables dans la fièvre d'une déclaration de guerre. Je Vous en prie donc, parlez en à M. le Ministre des Affaires Etrangères; il m'en nantira, et Vous me trouverez bien disposé, Vous le voyez.

Moi. Je Vous le répète, je redoute d'en parler, d'abord parce que je n'ai pas d'instructions, et ensuite parce que je crains qu'en Suisse, le fait qu'on viendrait à savoir dans le public qu'on s'occupe de l'affaire de Savoie ne fasse naître la crainte d'une guerre imminente. — Sur qui pourrait, selon Vous, porter l'arrangement?

Boulangier. Il pourrait constater que, si Vous nous notifiez Votre intention d'occuper la Savoie neutralisée, ou si nous Vous demandons de l'occuper, Vos autorités militaires auront telles & telles compétences; on réglerait les rapports de l'autorité militaire avec l'autorité civile, les réquisitions de matériel de transport, la juridiction militaire, enfin tout ce qui pourrait, à défaut d'entente, provoquer des conflits entre Vos troupes & les habitants.

Moi. Si nous admettions le principe, dont Vous venez de parler, que la neutralité de la Suisse & de la Savoie forment un seul tas, un seul morceau, il est bien entendu que nous aurions à défendre cette neutralité de notre mieux, c'est à dire de la manière que nos militaires jugeraient la plus profitable; supposons une tentative des Italiens de passer le Simplon; notre général peut décider de se battre en Valais et retirer toutes nos troupes de la Savoie pour agir au mieux de la défense de cette neutralité commune. Il ne serait pas pratique de lui lier les mains en fixant l'effectif à laisser en Savoie ou à y placer.

Boulangier. C'est évident. Vous pouvez défendre à Bâle la neutralité de Genève, et au Simplon ou au Gothard celle de la Savoie. — Tout cela, c'est de la «technique», qui regarde exclusivement Votre commandant en chef. C'est Votre affaire, et j'ajouterai: c'est Votre intérêt, le plus grand de Vos intérêts. — Encore une fois, faisons du pratique; ne soulevons pas de questions oiseuses; pourquoi n'en parleriez-Vous pas tout de suite à M. le Ministre des Affaires Etrangères?

Moi. Tout cela est bien gros; je n'aime pas à me mêler de ce qui ne me regarde pas, et pour que cela me regarde, je devrais provoquer des instructions qui risquent d'être le bout de cigare imprudemment jeté.

Boulangier. Comment, cela ne Vous regarde pas? Mais rien ne Vous regarde plus que cela. — Si Vous craignez de Vous lier pour toujours, on pourrait faire un arrangement valable pour une année. On pourrait même, je Vous sou mets cette

idée sans être certain qu'elle soit bonne, publier notre arrangement afin que personne ne puisse prétendre à une surprise et à une entente irrégulière entre Vous & un seul des belligérants possibles. — Non, non, je Vous en prie, ne craignez pas d'en parler à M. le Ministre des Affaires Etrangères. C'est agir en bons pères de famille que de régler calmement, de sang froid & à temps ce qui pourrait donner lieu à des brouilles si l'on retardait jusqu'à la presse de la dernière heure.

Le général m'a tendu la main & nous sommes redescendus auprès des dames.

Il est bien entendu de part & d'autre que l'entretien de ce soir avec le général Boulanger est exclusivement personnel & n'engage personne.

M. Flourens ne m'a rien dit aujourd'hui de l'affaire de Savoie.

Il pourrait être utile que Vous consultiez, dans les archives fédérales, un projet d'arrangement de Juin 1859 avec la Sardaigne³, projet dont je Vous prierais de m'envoyer au besoin le texte et qui est mentionné dans les documents conservés dans nos dossiers; un autre projet a été rédigé en Novembre 1870;⁴ je ne l'ai pas non plus.

Je ne dis rien encore à mes collaborateurs de toute cette affaire, en vertu de la règle que, pour garder un secret, le plus sûr est de n'en parler à personne.

Il est une heure du matin; j'ai tenu à rédiger en rentrant chez moi cette conversation qui constitue une reconnaissance assez avancée de la situation. Il est évident que le Ministre des Affaires Etrangères comme aussi les bureaux ministériels peuvent ne pas avoir la même manière d'envisager les questions traitées. Quoiqu'il en soit, si Vous jugez, après avoir lu le présent rapport, qu'il y ait lieu de reparler de cette question, le premier, à M^r Flourens, veuillez simplement me télégraphier: «oui».⁵ Il va sans dire que je continuerais vis-à-vis de M. Flourens à m'exprimer comme vis-à-vis de M. le général Boulanger, c'est à dire à rester ce que je suis en réalité, un agent sans instructions, écoutant en son nom personnel & n'ayant pas qualité pour répondre.

3. E 2/1629.

4. *Nicht ermittelt. Vgl. DDS 2, Nrn. 300 und 301.*

5. *Mit Telegramm vom 19. 2. 1887 antwortete das Politische Departement: Oui si Flourens partage les idées de Boulanger, Vous ouvrir davantage et annoncer que vous demanderez des instructions pour régler l'affaire sans bruit, mais sans retard comme mesure de bonne précaution vous recevrez par occasion les copies demandées merci de votre activité si perspicace (E 2200 Paris 1/0185).*

321

E 2300 Berlin 7

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
N. Droz*

B

Berlin, 18. Februar 1887

Ich habe in den letzten Tagen wiederholt Gelegenheit gefunden, mich an zuverlässiger Stelle über die momentane Situation zu erkundigen.

Das Facit dieser Erkundigungen geht dahin, dass nach diesseitiger Auffassung eine merkliche Änderung in der politischen Lage seit dem Zeitpunkte des Abgangs meiner letzten Berichte¹ nicht eingetreten ist.

In Zeiten, wie wir sie jetzt durchmachen, kann es sich für uns, diplomatische Vertreter, eben nicht nur darum handeln, Neues zu melden. Auch die Bestätigung früherer Beobachtungen gehört in den Bereich der uns obliegenden Berichterstattung, und wenn hiebei auch wesentlich neue Hauptmomente also nicht zu verzeichnen sind, so wechseln gelegentlich wenigstens die Nuancen der uns gewordenen Mittheilungen und bieten diese anscheinbar bedeutungslosen Varianten der Meinungsäusserung unserer Gewährsmänner doch wieder neue Anhaltspunkte für die Beurtheilung der Situation.

Nicht geändert hat sich die Sachlage in der allerletzten Zeit vor Allem insofern, als die Generalität im Allgemeinen und mit ihr natürlich die Officierskreise überhaupt, sowie diejenigen, welche mit denselben verwandtschaftlich oder gesellschaftlich in Berührung stehen, fortgesetzt die nächste Zukunft sehr schwarz sehen, bezw. an einen nahen Krieg glauben und die Ansicht geltend machen, da ein Krieg doch unvermeidlich sei, sei es ein Gebot der Klugheit, dass man jetzt losschlage, wo die Franzosen in ihren Rüstungen erwiesenermaassen der deutschen Armee noch weit nachstehen. Dass aber die Spitzen der Armee, wie z. B. Moltke, Graf Waldersee u. s. w. letztere Ansicht in so imperativer Weise vertreten, wie es die öffentliche Meinung behaupten will, möchte ich doch bezweifeln. Ich habe wenigstens aus Besprechungen mit Moltke und Waldersee den Eindruck nicht erhalten, dass von ihrer Seite eine directe Pression im angegebenen Sinne auf die Entschliessungen des Fürsten Bismark versucht wird, wenn gleich auch sie zugeben, dass vom militärischen Standpunkte aus die Chancen für Deutschland Frankreich gegenüber durch das Zuwarten sich zweifellos weniger günstig gestalten dürften.

Mit andern Worten, ich glaube nicht, dass Moltke und Waldersee derjenigen Richtung angehören, welche aus eben erwähnten Gründen die deutsche Regierung bestimmen möchte, den Krieg mit Frankreich à tout prix zu provociren. Vertrauen in die Zukunft haben aber entschieden auch sie sehr wenig. Auf meine Frage, ob sich wirklich die Situation in der letzten Zeit eher etwas gebessert habe, wie diess von gewisser Seite her behauptet wurde, antwortete mir Graf Waldersee vor einigen Tagen: «Nein, die Lage ist immer die gleiche. Bringen sie in Paris den Boulanger nicht

1. Vgl. Nr. 313.

weg, so stehen wir beständig vor der Gefahr eines Krieges. Man hat ja unlängst dort die Frage Boulanger ernstlich ins Auge gefasst. Boulanger ist aber bereits zu einflussreich geworden, als dass man ihn verdrängen könnte. Auch Rothschild in Paris, dessen Einfluss man von gewisser Seite für eine Bewegung gegen Boulanger zu gewinnen hoffte, vertritt diese Ansicht und hat derselbe seine Mitwirkung zu dem gedachten Zwecke abgelehnt.»

Dass bei dieser Auffassung der Sachlage der deutsche Generalstab sich bei Zeiten vorsieht und dass die mannigfachsten Vorbereitungen für eine eventuelle Mobilisation bereits getroffen worden sind und noch fortgesetzt werden, kann um so weniger befremden, als ja betreffend die Gefahr Boulangers das Auswärtige Amt ganz die gleichen Besorgnisse hegt. Doch dürfte meinen Wahrnehmungen zur Folge auch hier d. h. bei der Beurtheilung der Bedeutung dieser vorbereitenden Massnahmen das Richtige in der Mitte liegen. Ja; die unsichere Situation findet auf Seiten der Armeeleitung und Verwaltung die vollste Aufmerksamkeit und Thätigkeit; dass aber bereits für einen *nahen* Krieg gerüstet würde, ist mir von glaubwürdiger Seite wiederholt bestritten worden. Meine eigenen Beobachtungen bieten mir ebenfalls keine Anhaltspunkte für diese angeblichen dringlichen Kriegsrüstungen.

Auch meine Besuche im Auswärtigen Amte geben mir keinen Stoff für Nova betreffend die Situation im Allgemeinen.

Graf Bismark, welchen ich vorgestern sprach, erklärte mir aufs Neue, man setze deutscherseits das vollste Vertrauen in die jetzige französische Regierung, und sei fest überzeugt, dass sie den Frieden nicht stören werde. Er habe aber soeben wieder dem französischen Botschafter bemerkt, so wie die Dinge in Frankreich liegen, müsse man hier eben doch stets mit Besorgniss der Eventualität einer Actionsregierung Boulanger entgegensehen.

Ich erwähne noch, dass Graf Bismark bei dieser Besprechung Anlass nahm, seinen Zweifel in die Zuverlässigkeit der Wehrkraft Belgiens, mit Rücksicht auf dessen Pflichten als neutraler Staat, in sehr bestimmter Weise Ausdruck zu geben, während er gleichzeitig aus freien Stücken betonte, in den festen Willen und in die Fähigkeit der Schweiz, eine Verletzung ihrer Neutralität nothwendigerweise mit Gewalt abzuwehren, setze man dagegen hier das vollste Vertrauen.

Diesen Bedenken betreffend Belgien bin ich auch gestern im Auswärtigen Amte anlässlich einer vertraulichen Besprechung mit einem Beamten, welcher das besondere Vertrauen des Fürsten Bismark genießt, begegnet. Es sei — sagte mir dieser Beamte — in Belgien viel zu wenig geschehen, um dasselbe in Stand zu setzen, seinen Verpflichtungen zu genügen; man habe sich hier denn auch veranlasst gesehen, in Brüssel diessbezügliche Vorstellungen zu machen.

Diese letztere Eröffnung bringt mich auf die Vermuthung, dass die angeblich rein privaten Mittheilungen des Herrn von Bülow gegenüber von Herrn Praesident Deucher², im verflossenen December, vielleicht doch vom Auswärtigen Amte befohlen waren und mutatis mutandis den gleichen Zweck hatten, wie das gedachte Vorgehen in Brüssel. D. h. dass man uns, als hier gelegentlich die Lage der neutralen Staaten etwas näher ins Auge gefasst wurde, durch officiös vertrauliches Aufmerksammachen auf den Ernst der Lage indirect veranlassen wollte, bei Zeiten die nothwendig-

2. Vgl. Nr. 305.

gen Vorkehrungen für die Wahrung unserer Neutralität zu treffen, bzw. die diessbezüglichen Massnahmen weiterzuführen.

Auf dieser Unterlage steht die gedachte Demarche des Herrn von Bülow wenigstens nicht mehr in so erklärtem Widerspruche mit demjenigen, was man *mir* im Auswärtigen Amte wiederholt über die Situation mittheilte, wie dies früher der Fall zu sein schien.

Mir erklärte man von Anfang an, man vertraue in uns. Die deutsche Gesandtschaft in Bern und der dortige kaiserliche Militärbevollmächtigte haben sehr beruhigend berichtet. Ich nahm auch wiederholt Anlass, so beiläufig zu bemerken, dieses Vertrauen sei ganz begründet. Und da man mir bekanntlich consequent das Vorhandensein einer *akuten* Gefahr in Abrede stellte, so wäre ich auch nicht die richtige Adresse für einen derartigen Wink gewesen, abgesehen davon, dass solche Aufträge nach diplomatischer Usance gewöhnlich dem eigenen Gesandten übertragen werden.

So erkläre ich mir jetzt, bessere Belehrung vorbehalten, die gedachte vertrauliche Demarche des Herrn von Bülow. Es ist da wohl nach der Maxime «Das Eine thun und das Andere nicht lassen» verfahren worden.

Im Übrigen hat sich der gedachte Vertrauensmann des Fürsten Bismark im Auswärtigen Amte mir gegenüber vertraulich in folgender Weise ausgesprochen:

«Eine akute Kriegsgefahr liegt entschieden nicht vor. Dass wir aber früher oder später einen Krieg mit Frankreich haben werden, steht für mich fest.» Auf meine Frage, ob er sich betreffend den annähernden Zeitpunkt des Ausbruchs dieses Krieges bereits eine Meinung gebildet habe, antwortete mein Gewährsmann: «Wir wissen, dass Boulanger eine Zeit lang der Ansicht war, man wäre dort jetzt schon gerüstet, dass ihm aber dann von den Corps-Commandos bedeutet worden ist, man brauche noch zwei Jahre, um «auf der Höhe zu sein». Diese Nachrichten könnten also bis zu einem gewissen Grade einen Anhaltspunkt für die Annahme bilden, bis dahin seien wir mehr oder weniger sicher. Fürst Bismark will den Krieg entschieden nicht. Natürlich hindert diess Alles aber nicht, dass irgend ein Zwischenfall doch schon vorher zum Kriege führt. Es wäre überhaupt vermessen, bei den jetzigen Verhältnissen hiefür einen Termin fest in Aussicht zu nehmen. Andererseits sollte man meinen, man dürfe auch mit *der* Eventualität rechnen, dass politische Zwischenfälle eintreten, welche einen Krieg noch weiter in die Ferne rücken.

Akut ist die Gefahr nach meinem Dafürhalten — wie gesagt — nicht. Ich glaube sogar, dass eine Änderung der Situation im Osten noch früher eintreten dürfte, als im Westen. Verschiedene Anzeichen lassen nämlich darauf schliessen, dass Russland dahin tendiert, seine Meerengen-Aspirationen auf directem Wege (durch das schwarze Meer) zu verwirklichen und Östreich und die Balkanstaaten unbehelligt zu lassen. Damit würde natürlich eine ganz andere Situation geschaffen und dürften dann also Russland gegenüber die sogenannten Mittelmeerstaaten etc. in den Vordergrund treten. *Wir* stehen dieser Frage des schwarzen Meeres vollkommen fern und würden uns in keiner Weise direct einmischen, es sei denn, dass der Fürst Bismark auch unter diesen Verhältnissen der Sache der Erhaltung des allgemeinen Friedens sich nützlich erweisen könnte. Mit Russland steht Deutschland fortgesetzt gut.»

Auf meine Frage, wie eigentlich Italien jetzt Deutschland gegenüber stehe, und was Wahres an den Zeitungsnachrichten über das fragliche Bündniss, d. h. dessen Ablauf und Erneuerung sei, erhielt ich zur Antwort:

«Lassen wir die Frage der sogenannten Abmachungen bei Seite und begnügen wir uns zur Beurtheilung der Sachlage vielmehr einfach mit der unbestreitbaren Thatsache, dass Italiens Interessen bei der heutigen Sachlage dasselbe unbedingt auf uns anweisen.»

In der bulgarischen Frage scheint man immer nicht recht vom Fleck zu kommen. Gestern hiess es, die Bulgaren haben zwar den Russen drei Ministerportfeuillees eingeräumt, jedoch mit Ausschluss des Ministeriums des Äussern und des Kriegsministeriums und diese Bedingung wurde von Russland, wie zu erwarten stand, zurückgewiesen.

Nächsten Montag 21^{ten} d. M. werden also die Wahlen zum deutschen Reichstag stattfinden. Allgemein wird angenommen, dass, mögen diese Wahlen ausfallen, wie sie wollen, die Regierung im neuen Reichstag auf eine Mehrheit für das Septenat sicher zählen kann.

322

E 2/1643

*Der schweizerische Gesandte in Paris, Ch. Lardy,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
N. Droz*

B Personnel & confidentiel

Paris, 19 février 1887

Cet après midi à trois heures, je me suis rendu chez M. Flourens, Ministre des Affaires Etrangères pour lui dire que la situation générale me paraissant toujours moins claire, je croyais devoir prendre sur moi, en mon nom personnel & sans avoir d'instructions spéciales & détaillées, de l'entretenir de la question de la Savoie neutralisée, à laquelle il avait été fait allusion à deux reprises dans nos entretiens antérieurs. Je l'ai instamment prié d'excuser ma démarche, inspirée par le sentiment qu'il était de mon devoir d'écarter toute cause de difficultés, d'incertitudes, ou de froissements dans le cas où, contre notre espoir à tous les deux, la situation viendrait à ne pas se détendre.

M. Flourens a été aussitôt de l'avis qu'il était tout à fait désirable de préciser tous les points sur lesquels des difficultés pourraient surgir, & de les régler sans retard & sans bruit, ce sont ses expressions textuelles.

M. le Ministre des Affaires Etrangères pense qu'il convient avant tout de délimiter la zone neutralisée, attendu que nul n'en connaît exactement l'étendue. La France retirera ses troupes de la partie neutralisée; elle occupera & défendra le reste. — La Suisse devrait proposer la ligne de démarcation, qui devrait être inscrite sur une carte; la Suisse peut demander seulement la ligne du Vuache & du bassin de l'Arve, si cela lui plaît, ou venir à Annecy si elle le préfère; l'essentiel est, pour la France, de savoir ce qui est neutralisé & ce qui ne l'est pas. En dedans du territoire neutralisé, l'autorité militaire suisse est en quelque sorte chez elle; c'est à elle à occuper, à ne pas occuper, à agir au mieux des intérêts de la défense technique; il est très possible, très probable qu'en ayant suffisamment de monde au Simplon, la Suisse n'aura pas ou presque pas

besoin d'occuper la Savoie; cela la regarde; ce qu'elle déclarera être neutre, elle aura la mission de le défendre de son mieux, comme la neutralité de la Suisse elle-même; celui qui y touchera, portera atteinte à la neutralité générale de l'ensemble. — En dehors de ce que la Suisse aura déclaré neutre, la France agira à son gré; ce qu'il lui faut, c'est de ne pas être tournée. — Si donc il convient notamment à la Suisse d'interpréter les mots de l'art 3 du traité de Paris du 20 Novembre 1815 (P.O, Tome I^{er}, p. 101)¹ «*et de là au lac du Bourget jusqu'au Rhône*» comme suivant la crête des montagnes à l'est du lac jusqu'au Rhône, dans la direction du Nord, en laissant le chemin de fer d'Aix à Culoz en dehors de la zone neutralisée, la France n'y fera aucune objection. — En résumé, l'essentiel est, pour la France, de savoir ce qui est neutre & ce qui ne l'est pas. La Suisse agira à peu près à son gré pour la défense de ce qui sera neutre; occupera, n'occupera pas, suivant les nécessités de sa stratégie.

Quant à la forme, il est désirable, a continué M. Flourens, d'aller vite & sans bruit; vite parce qu'on est encore calme; sans bruit parce que la moindre publicité donnée aux négociations peut provoquer de très-graves conséquences, étant donnée l'attitude de l'Italie en ce moment. — On pourrait signer la convention & la carte *ne varietur* à titre de projet qui serait signé officiellement si la situation l'exigeait, et qui serait notifié à l'Europe lors de la déclaration de guerre ou de la déclaration de neutralité de la Suisse. Il pourrait être stipulé que l'arrangement n'aurait pas une longue durée, afin de ne pas lier *ad perpetuum* des clauses de nature à être modifiées. — Quant aux relations de la population civile avec l'autorité militaire suisse, *a priori* M. Flourens n'aurait pas d'objection à admettre les règlements militaires suisses pour tout ce qui aurait un caractère exclusivement militaire (indemnités, juridiction, etc); le Préfet d'Annecy resterait à son poste & pourrait avoir auprès de lui un haut fonctionnaire suisse chargé de servir de tampon entre l'administration civile française & l'administration militaire suisse. Tout cela est secondaire. L'essentiel est & reste la délimitation de la zone neutralisée.

M. Flourens avait sur son bureau un dossier qu'il m'a dit être celui de l'affaire de Savoie; nous n'avons pas eu à le consulter; on voyait que M. le Ministre des Affaires Etrangères connaissait à fond la question. Il a évité toute allusion aux questions de doctrine pendantes entre les historiens; il incline à admettre que la neutralité savoisienne est plutôt dans l'intérêt de Genève & de la Suisse, tout en étant avant tout imaginée dans l'intérêt européen comme la neutralité suisse elle-même; il n'a d'ailleurs tiré aucune déduction de cette proposition.

J'ai remercié M. Flourens de ses déclarations, et lui ai demandé si, malgré le caractère tout personnel de notre entretien, il m'aurorisait à en faire part au Gouvernement fédéral. M. le Ministre des Affaires Etrangères a répondu qu'il désirait instamment cette communication, & il a conclu par les mêmes mots qu'il avait employés au début: «*faisons vite, amicalement & sans bruit*».

Voilà donc cette grosse question engagée, dans des termes qui, avec du bon vouloir de part & d'autre, permettent d'en entrevoir le règlement sur un pied conforme aux excellentes relations entre les deux pays. Comme j'ignore entièrement Vos impressions sur les points de détail, je dois me borner à ce simple compte-rendu, et à la prière, si Vous croyez pouvoir entrer dans les vues de M. Flourens, *d'agir vite et avec la plus absolue discrétion*. Je Vous offrirais volontiers d'aller à Berne, mais ce dépla-

1. Vgl. OS 1820, 1, S. 108.

cement serait imprudent avec le «reportage» actuel; l'envoi de courriers, à défaut d'occasions favorables, semble indiqué. Je n'ai d'ailleurs pas de motifs de chiffrer le présent rapport, puisqu'il n'est pas destiné à être transmis à mes collègues de Rome ou Berlin.

323

E 1004 1/148

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 22. Februar 1887¹

981. Neutralität Savoyens

Politisches Departement

Am 8. dieses Monats wurde das Militärdepartement eingeladen, Bericht zu erstatten über das Interesse der Schweiz an einer Besetzung Savoyens beim Ausbruch eines Krieges, an dem Frankreich, Deutschland und Italien sich beteiligen würden, selbst wenn sich der letztgenannte Stat nur auf die Aufstellung von Beobachtungstruppen an der französischen Grenze beschränken würde, sowie über die nähern Bestimmungen einer über die Besetzung der neutralen Zone Savoyens mit Frankreich zu treffenden Verständigung.²

Das Militärdepartement legte diese Frage dem Generalstabsbüro zur Begutachtung vor. Das von diesem abgegebene Gutachten³ wurde vom Militärdepartement gutgeheissen und Herr Bundespräsident Droz erklärt sich namens des politischen Departements vollkommen mit demselben einverstanden.

Nach den von Herrn Lardy erstatteten Berichten ist der französische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herr Flourens, bereit, auf Unterhandlungen zur Erzielung einer Verständigung über die Modalitäten einer Besetzung der neutralen Zone Savoyens durch schweizerische Truppen einzutreten.⁴ Es steht somit der Regelung der Angelegenheit von dieser Seite nichts entgegen.

Herr Bundespräsident Droz wirft nun die Frage auf: Welches Interesse hat jezt Frankreich, das so lange von einer vorherigen Regelung der Angelegenheit nichts hat wissen wollen, diese zu wünschen? und liegt diesem Bestreben Frankreichs nicht für die Schweiz etwas Gefährliches zu Grunde? Herr Bundespräsident Droz hatte hierüber mit dem Chef des Stabsbüro, Herrn Oberstdivisionär Pfyffer, eine Besprechung. Herr Pfyffer fand, dass Frankreich angesichts der allgemeinen Lage und insbesondere angesichts einer Allianz Deutschlands, Österreich-Ungarns und Italiens ein Interesse daran habe, dass die von ihm zu schützende Grenze durch eine schweizerische Besetzung Savoyens verkürzt und eine Verkehrslinie, welche den Italienern ihre Verbindung mit den ihnen über Dijon die Hand reichenden Deutschen erleichtern und sie dann in den Stand setzen würde, gegen den wichtigen Punkt Lyon vorzu-

1. *Abwesend: Ruchonnet.*

2. *Nr. 317.*

3. *Als Annex abgedruckt.*

4. *Vgl. Nr. 322.*

gehen, welcher von ihnen nicht umgangen werden könnte, unterbrochen werde. Dieses Interesse Frankreichs stimme aber mit dem militärischen Interesse der Schweiz vollkommen überein.

Herr Bundespräsident Droz bespricht sodann die Frage, ob der Abschluss eines derartigen Abkommens mit Frankreich die Schweiz gegenüber Italien in eine schiefe politische Lage versetzen würde, und verneint dieselbe, indem er geltend macht: Gerade Italien könnte der Schweiz Vorwürfe machen, wenn sie die Neutralität Savoyens nicht behaupten würde; durch dieses Abkommen werden aber nur die Hindernisse aus dem Wege geräumt, welche Frankreich im gegebenen Falle der schweizerischen Besetzung schaffen könnte; es erleichtere der Schweiz lediglich die Erfüllung einer internationalen Pflicht. Herr Bundespräsident Droz macht aufmerksam, dass das Stabsbureau eine strategische Demarkationslinie wünsche, welche mit der im Pariservertrag vom 20. November 1815 (alte offizielle Sammlung I, 107 und 108, Art. 3) bezeichneten Luftlinie nicht ganz übereinstimme. Das politische Departement, erklärt Herr Bundespräsident Droz, könnte sich nur, wenn dies unbedingt notwendig wäre, dieser Forderung anschliessen. Nach einer neuerlichen Besprechung mit Herrn Oberstdivisonär Pfyffer erhebe aber auch das eidgen. Stabsbureau vom militärischen Standpunkte aus keine Einwendung, wenn man sich möglichst genau an die vertragliche Linie halte.

Herr Bundespräsident Droz weist darauf hin, die französische Regierung erachte die Regelung der Angelegenheit als sehr dringlich, und das politische Departement sei der Ansicht, dass die Dringlichkeit auch auf Seite der Schweiz bestehe, da die Bereitwilligkeit Frankreichs zu Verhandlungen sofort aufhöre, sobald die politische Lage nicht mehr gespannt sei.

Nach dem Antrage des Herrn Droz wird die Angelegenheit als dringlich erklärt und das Eintreten auf die Eröffnungen der französischen Regierung einstimmig beschlossen.

Das politische Departement hat ein Vertragsprojekt⁵ ausgearbeitet und an die Mitglieder des Rates vor der Sizung verteilen lassen. Heute legt es noch einige Abänderungsvorschläge vor. Der Rat geht sofort zur Beratung dieses abgeänderten Entwurfes über.

Die Einleitung lautet:

«Le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement de la République française, ayant reconnu qu'il est désirable de régler d'un commun accord les détails d'exécution des stipulations internationales qui se rapportent à l'occupation éventuelle, par les troupes suisses, des parties neutralisées de la Savoie, ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir: ... lesquels, après s'être communiqué leurs pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants.»

Auf gestellten Antrag wird die Nennung der Bevollmächtigten gestrichen und die Redaktion folgendermassen festgestellt:

«Le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement de la République française, en exécution des stipulations internationales qui se rapportent à l'occupation éventuelle, par les troupes suisses, des parties neutralisées de la Savoie, sont convenus des articles suivants:»

5. E 2/1643. Vgl. auch das Schreiben von Lardy an Droz vom 20. 2. 1887 (E 2/1643).

Art. 1 lautet nach dem abgeänderten Entwurfe des politischen Departements:

«La présente convention déploiera ses effets dès le jour où, en cas d'hostilités ouvertes ou imminentes entre les Puissances voisines de la Suisse, le Conseil fédéral aura notifié aux Puissances sa déclaration de neutralité, basée sur les stipulations des Actes internationaux qui garantissent la neutralité de la Suisse et de certaines parties de la Savoie.

Dans un délai de ... jours à dater de cette notification, le Gouvernement français retirera les troupes qu'il pourrait avoir sur le territoire savoisien neutralisé (dont les limites seront fixées exactement sur une carte en double), et la Confédération suisse prendra sous sa sauvegarde ce territoire et en défendra la neutralité de la même manière que s'il s'agissait de la neutralité du territoire suisse. Elle pourra en conséquence y placer des troupes et les déplacer suivant les dispositions militaires qu'elle jugera à propos de prendre pour défendre, aux mieux des circonstances, la neutralité totale tant suisse que savoisienne, dont le maintien est garanti, en même temps qu'il est confié à sa vigilance par les traités européens.

A l'expiration du délai fixé au précédent paragraphe pour l'évacuation du territoire savoisien neutralisé, toutes les prescriptions fédérales relatives au maintien de la neutralité suisse deviendront aussi exécutoires sur toute l'étendue dudit territoire.»

In der Beratung wird der Vorschlag des Stabsbureau, eine grosse strategische Grenzlinie festzustellen, nicht wieder aufgenommen, vielmehr einstimmig beschlossen, man solle sich womöglich an der im Pariservertrag bezeichneten Grenze halten. Im weitem Verlaufe der Diskussion wird der Vorschlag gemacht, im Vertrag die Grenze der Zone nur mit dem Wortlaut des Pariservertrages zu bezeichnen und in einem Schlussprotokoll eine Karte vorzusehen, auf welcher die an den Gemeindebann der erwähnten Ortschaften sich eng anschliessende Grenze eingezeichnet und welche beiderseits genehmigt würde.

Von anderer Seite wird der Vorschlag gemacht, die Grenze der neutralen Zone im Verträge gerade so zu bezeichnen, wie dies im Pariserverträge vom 20. November 1815⁶ geschehen, und dieselbe nicht näher zu bestimmen oder auf der Karte zu verzeichnen. Dagegen sei eine Linie festzusetzen, hinter welche sich die französischen Truppen zurückziehen hätten. Diese Linie wäre in einem Schlussprotokoll näher zu bezeichnen und auf einer Karte einzutragen.

Mit diesem letzteren Vorschlag erklärt sich der Rat einstimmig einverstanden.

Hierauf wird der Antrag gestellt, die ursprüngliche Redaktion des Entwurfes sei wieder aufzunehmen, welche lautet:

... («qui se rapportent à la neutralisation de la Suisse et de certaines parties de la Savoie.) Le Gouvernement de la République française déclarera, de son côté, qu'il entend respecter scrupuleusement cette neutralité dans son ensemble; il retirera etc.»

Dieser Antrag wird bekämpft, indem geltend gemacht wird: Die Neutralität der Schweiz und Savoyens, welche von den Grossmächten im Pariservertrag anerkannt worden sei, dürfe nicht von einer Erklärung der französischen Regierung abhängig erklärt werden, und im Rückzug der Truppen werde im gegebenen

6. OS 1820, 1, S. 108.

Falle eine tatsächliche Anerkennung der Neutralität der Schweiz und Savoyens liegen; dass Frankreich nicht bloss die Neutralität Savoyens sondern auch diejenige der Schweiz zu respektiren habe, sei selbstverständlich und gehe aus dem ganzen Tenor des Vertragsentwurfes zur Genüge hervor.

In der Abstimmung wird die ursprüngliche Redaktion mit 3 gegen 2 Stimmen gegenüber der neuen abgelehnt.

Auf gestellten Antrag wird nach den Worten: «Elle pourra en conséquence y placer des troupes et les déplacer» einstimmig der Zusatz aufgenommen: «et en général prendre toutes les dispositions militaires.» Durch diese Bestimmung soll insbesondere auch das Recht ausdrücklich gewahrt werden, Feldbefestigungen vorzunehmen und des Weitern alles vorzukehren, was die Bedürfnisse des Krieges erfordern.

Art. I lautet nunmehr wie folgt:

«La présente convention déploiera ses effets dès le jour où, en cas d'hostilités ouvertes ou imminentes entre les Puissances voisines de la Suisse, le Conseil fédéral aura notifié aux Puissances sa déclaration de neutralité, basée sur les stipulations des Actes internationaux qui garantissent la neutralité de la Suisse et de certaines parties de la Savoie.

Dans un délai de ... jours à dater de cette notification, le Gouvernement français retirera les troupes qu'il pourrait avoir sur le territoire savoisien neutralisé (à savoir le Chablais, le Faucigny, et le territoire au nord d'une ligne à tirer depuis Ugine, y compris cette ville, au midi du lac d'Annecy, par Faverges et Lecheraines, et de là au lac du Bourget jusqu'au Rhône); et la Confédération suisse prendra sous sa sauvegarde ce territoire et en défendra la neutralité de la même manière que s'il s'agissait de la neutralité du territoire suisse. Elle pourra en conséquence y placer des troupes et les déplacer et en général prendre toutes les dispositions militaires qu'elle jugera à propos pour défendre, au mieux des circonstances, la neutralité totale tant suisse que savoisienne, dont le maintien est garanti, en même temps qu'il est confié à sa vigilance par les traités européens.

A l'expiration du délai fixé au précédent paragraphe pour l'évacuation du territoire savoisien neutralisé, toutes les prescriptions fédérales relatives au maintien de la neutralité suisse deviendront aussi exécutoires sur toute l'étendue dudit territoire.»

Art. 2 lautet nach dem abgeänderten Entwurfe des Departements:

«Le Conseil fédéral désignera un commissaire chargé de veiller à l'exécution de la présente convention en même temps qu'aux bons rapports des autorités militaires suisses avec les autorités civiles du territoire savoisien neutralisé.

Le fonctionnement de l'administration civile de ce pays est entièrement garanti. Toutefois cette administration ne devra édicter aucune mesure contraire aux intérêts de la défense du pays ou aux ordres et dispositions du commandant des troupes suisses.

La garde municipale que les autorités françaises jugeront convenable de maintenir ou d'instituer dans les diverses communes, ne pourra être employée qu'au service de la police, dans les limites de la commune respective. En cas de conflit entre militaires et bourgeois, l'autorité militaire interviendra pour le rétablissement du bon ordre.»

Das Wort «entièrement» wird gestrichen und das Wort «bourgeois» hier und

später durch «habitants» ersetzt. Im Übrigen wird der Artikel einstimmig angenommen.

Art. 3 lautet nach dem abgeänderten Entwurf:

«Les dispositions des règlements militaires fédéraux, relatives au cantonnement et à l'entretien des troupes suisses, ainsi qu'aux transports, charrois, fournitures et prestations diverses que l'administration militaire serait dans le cas de requérir, seront aussi applicables dans le territoire savoisien neutralisé. Les indemnités aux communes et aux particuliers pour ces fournitures et prestations de toute sorte, seront réglées, d'après les mêmes dispositions, par le commissariat fédéral des guerres.»

Chaque fois que cela sera possible, il sera pourvu à l'entretien des troupes par les magasins militaires suisses. Exceptionnellement, cet entretien pourra être requis du bourgeois moyennant l'indemnité réglementaire.»

Hier werden die Worte «aux communes et aux particuliers» gestrichen, da, wenn die Bezeichnung der Berechtigten vollständig sein soll, auch die Transportanstalten (Eisenbahngesellschaften) ausdrücklich genannt werden müssen; diese zu nennen sei aber nicht notwendig, da die Beziehungen der Armee zu den Eisenbahngesellschaften in den für die Besetzung massgebend erklärten eidgen. Verwaltungsreglementen geregelt seien.

Art. 4 lautet nach Vorschlag des politischen Departements:

«Tous les approvisionnements, de quelque nature qu'ils soient, venant de Suisse à destination du corps d'occupation, seront admis dans le territoire savoisien neutralisé, francs de tous droits et contributions soit de l'Etat français, soit des communes savoisiennes. Il en sera de même des envois particuliers à l'adresse de militaires pour leurs besoins personnels.»

Dieser Artikel wird einstimmig gutgeheissen.

Art. 5 lautet nach dem abgeänderten Entwurf:

«Il sera organisé pour les troupes suisses, par les soins de l'administration fédérale, un service spécial de postes et de télégraphes, lequel n'acceptera aucune lettre ou télégramme de la population savoisienne. L'administration suisse se réserve de pouvoir utiliser à cet effet le réseau télégraphique savoisien.»

Hier wird einstimmig der Zusatz aufgenommen: «et avec le concours de l'administration française». Der Satz: «lequel n'acceptera aucune lettre ou télégramme de la population savoisienne» wird gestrichen. Art. 5 lautet somit:

«Il sera organisé pour les troupes suisses, par les soins de l'administration fédérale et avec le concours de l'administration française, un service spécial de postes et de télégraphes. L'administration suisse se réserve de pouvoir utiliser à cet effet le réseau télégraphique savoisien.»

Art. 6 lautet:

«En ce qui concerne les rapports de juridiction, il est entendu que les dispositions du code militaire fédéral feront aussi règle dans le territoire savoisien neutralisé pour tous les cas où elles sont applicables en Suisse.»

Dieser Artikel wird ohne Anstand angenommen.

Art. 7 lautet:

«Le droit, pour les troupes suisses, d'occuper le territoire savoisien neutralisé, cessera dès que les circonstances qui l'ont fait naître auront pris fin.»

Dieser Artikel wird gestrichen.

Art. 8 lautet nach dem ursprünglichen Entwurfe wie folgt:

«Chaque partie se réserve de dénoncer la présente convention si, après l'application qui en aurait été faite, il lui paraissait désirable d'y faire introduire des modifications.

Toutefois, cette dénonciation ne pourra déployer ses effets que six mois après qu'elle aura été notifiée si la notification a lieu en temps de paix, ou, au cas contraire, six mois après le rétablissement de la paix entre les Puissances voisines de la Suisse. Sont d'ailleurs réservées les modifications que les deux parties décideraient d'y apporter d'un commun accord.

Il est entendu que cette dénonciation ne préjudiciera en rien aux stipulations des traités européens qui font règle entre les deux parties.»

Im abgeänderten Entwurfe beantragt das Departement die Streichung dieser Bestimmung. Die Streichung wird einstimmig beschlossen.

Art. 9 lautet:

«La présente convention sera ratifiée, et elle entrera en vigueur dès le jour de l'échange des ratifications, lequel échange devra avoir lieu aussi vite que faire se pourra.»

Hier wird die Frage erörtert, ob diese Vereinbarung der Genehmigung der Bundesversammlung unterworfen sei. Diese Frage wird einstimmig verneint, da es sich im vorwürfigen Falle lediglich um die Ausübung eines international anerkannten Rechtes, die Vollziehung einer internationalen Pflicht, somit um eine Vollziehungsmassregel und speziell um die Wahrung der Neutralität handle, die nach Art. 109, Zif. 9, der Bundesverfassung in den Geschäftskreis des Bundesrates falle. Aus diesem Grunde wird folgende Fassung gewählt.

«La présente convention sera ratifiée par les Gouvernements respectifs et elle entrera en vigueur dès le jour de l'échange des ratifications, lequel échange devra avoir lieu aussi vite que faire se pourra.»

Dieser Artikel ist nunmehr Art. 7.

Der Schlusssatz soll die Bedeutung haben und Herr Minister Lardy soll die Weisung erhalten, dass der Vertrag jezt vereinbart und sofort, nicht, wie Herr Minister Flourens sich ausgesprochen hat, erst bei Ausbruch eines Krieges ratifiziert werden soll, da die Schweiz plötzlich von kriegerischen Ereignissen überrascht werden könnte und nicht mehr Zeit zum Austausch der Ratifikationen fände, und da es wünschenswert sei, dieses Verhältnis nicht bloss für jezt zwischen Nachbarstaaten in Aussicht stehende Konflikte, sondern allgemein zu regeln.

Was die Veröffentlichung dieser Verhandlungen anbetrifft, so ist man allgemein damit einverstanden, dass diese bis zu ihrem Abschluss unbedingt geheim gehalten werden, dass sich aber der Bundesrat für die Zeit nach dem Abschluss des Übereinkommens gegenüber Frankreich freie Hand vorbehalten müsse, letzteres zu veröffentlichen oder auswärtigen Regierungen zur Kenntnis zu bringen, sofern und soweit es ihm angezeigt erscheine.

Die vom Departement vorgelegten Instruktionen⁷ sind von ihm im Sinne dieser Beschlüsse abzuändern.

7. E 2/1643.

ANNEX

E 2/1643

Der Chef des eidgenössischen Stabsbureaus, A. Pfyffer, an das Militärdepartement

Bern, 19. Februar 1887

BERICHT ÜBER DAS INTERESSE DER SCHWEIZ AN EINER BESETZUNG
HOCHSAVOYENS IM FALL EINES KRIEGES ZWISCHEN FRANKREICH,
DEUTSCHLAND UND ITALIEN

1. Die Schweiz hat in einem Kriege zwischen Deutschland und Italien gegen Frankreich kein militärisches Interesse Savoyen zu besetzen, so lange sie von keinem dieser Staaten Garantien hat, dass unsere Neutralität unter allen Umständen von denselben respektirt werde, d. h. wenn wir in der Verfassung sein müssen nach allen Seiten Front machen zu können.

Bei dem Mangel solcher Garantien müssen die schweizerischen Streitkräfte so aufgestellt werden, dass sie möglichst schnell konzentriert werden können um im Stande zu sein, mit den Gesamtkräften sich auf denjenigen zu werfen, der unser Gebiet zuerst verletzt. Theilkräfte auf den verschiedenen Fronten genügen absolut nicht, denn es ist anzunehmen, dass eine Invasion nur mit grossen feindlichen Kräften versucht werden wird. Die Grenzbewachung muss daher nur kleinern Detachementen anvertraut werden.

Allerdings hat eine solche Aufstellung der Truppen den Nachtheil, dass möglicherweise grössere schweizerische Gebietstheile vom Feinde besetzt werden, bevor unsere Armee gegen die bedrohten Grenzen herangezogen werden kann. Das lässt sich jedoch nicht ändern.

Anders verhält es sich wenn wir von einem oder mehreren unserer Grenznachbarn Garantien der Respektirung unserer Neutralität erhielten. Dann können wir unsere Hauptkräfte gegen diejenige Seite dirigiren von welcher wir keine Garantien besitzen.

Nehmen wir also an, wir erhielten von Deutschland genügende Garantien, es werde unser Gebiet unter allen Umständen respektiren, so hätte eine Besetzung von Savoyen folgende Vortheile:

1. Wir erhalten eine zweite Verbindung von Genf nach der Schweiz respektive nach dem Canton Wallis, so dass wenn auch die auf dem rechten Seeufer bedroht wäre, wir doch noch diejenige auf dem linken Ufer hätten.

2. Durch die Besetzung von Nord-Savoyen erklärt die Schweiz, dass sie völkerrechtlich auch noch zur Stunde voll und ganz den Wiener- und Turinervertrag anerkenne und den Willen und die Kraft habe, die ihr dadurch eingeräumten Rechte auszuüben. Dadurch werden auch die Garantiestaaten nachdrücklicher als durch eine blosser Notifikation der Neutralitätsgarantie, an ihre diessfalls eingegangenen Verpflichtungen gegenüber der Schweiz erinnert.

3. Die Besetzung von Nord-Savoyen hebt das Selbstbewusstsein von Armee und Volk.

4. Der thatsächliche Besitz Nord-Savoyens während dem Krieg und zur Zeit des Friedensschlusses gibt ein werthvolles Pfand für allfällige Eigenthums-Ansprüche der Schweiz auf dieses Gebiet, wenn die Verhältnisse hiefür günstig sind, andernfalls verpflichtet man sich Frankreich zu Dank, weil ihm die Last der Vertheidigung eines Theils seines Gebietes abgenommen würde, woraus auch materielle Entschädigungsansprüche z. B. auf Bezahlung der Occupationskosten abgeleitet werden können.

5. Durch die Besetzung Savoyens werden die unmittelbaren Wirkungen des Krieges zwischen Frankreich und Italien, weiter von der Landesgrenze von Genf, Waadt und Wallis entfernt gehalten.

6. Die Occupation braucht nicht den Charakter einer eigentlichen Vertheidigung von Nord-Savoyen zu haben. Es handelt sich vielmehr dabei nur um die Constatirung der Neutralität des Landes. Wir bedürfen zu diesem Zwecke nur einer combinirten verstärkten Landwehrbrigade, wodurch unsere Armee um so weniger geschwächt wird, als wir dafür zweckmässiger Weise die Landwehrbri-

gade verwenden können, die wir sonst im Unter-Wallis zum Schutz gegen die Invasionslinien von Hoch-Savoyen über St. Gingolph, Morgins und Tête noire aufstellen müssten.

Die militärische Grenze in Hoch-Savoyen ist nicht länger als die jetzige schweizerische Landesgrenze & leichter zu vertheidigen.

7. Respektirt *Frankreich* in der Folge des Feldzuges weder die Neutralität von Savoyen, noch diejenige der Schweiz, sondern will eine seiner Armeen durch die Schweiz nach Süddeutschland oder Italien vordringen, so gewinnen wir durch die Occupation von Hoch-Savoyen zum wenigsten einige Zeit für die Evacuation der Kriegsmittel von Genf. Ja unter Umständen könnte selbst Genf vertheidigt werden, was ohne dem kaum denkbar wäre. Hoch wichtiger sind die Vortheile, welche wir in diesem Falle für die Sicherung der Invasionslinien von Hoch-Savoyen durch das Unter-Wallis auf Bülle-Thun oder Brieg-Gotthard erzielen, indem unser Widerstand schon an der Arve oder Dranse statt am Gebirgskamme der Wallisergrenze beginnt.

8. Respektirt Italien die Neutralität von Hoch-Savoyen nicht, so kann es dorthin nur entweder durchs Wallis oder vom Thal der Isère (Albertville) gelangen. Weder im einen noch im andern Falle bringt uns die Occupation Nachtheile. Dringt die italienische Armee ins Wallis ein, so kommen wir mit Italien in's Kriegsverhältniss und können unsere Occupationstruppen entweder auf dem Grenzkamme des Wallis oder über St. Gingolph und dem Unter-Wallis oder über Genf zur Vereinigung mit dem Gros heranziehen und gewinnen in allen Fällen Zeit zur Evacuation von Genf. Dringt ein überlegenes italienisches Corps vom Thal der Isère aus in Hoch-Savoyen ein, so haben wir freien Rückzug über Genf, Thonon, die Seestrasse und den Walliser-Grenzkamm.

9. Wird die Neutralität Hoch-Savoyens weder von Frankreich noch von Italien respektirt, so gewinnen wir durch die Besetzung Nord-Savoyens wiederum Zeit für die Evacuation von Genf und Morges und riskiren nichts für den Rückzug unseres Corps, der im Nothfalle auch ganz allein auf die in Thonon und Evian vereinigten Dampfer des Genfersees basirt werden könnte.

Diese Vortheile sind jedoch an folgende Bedingungen geknüpft:

1.) Es darf das Besatzungscorps die Schweizerische Hauptarmee nicht schwächen und es müssten daher disponible Landwehrruppen in der Stärke von nicht mehr als drei Landwehr-Infanterie-Regimenter und zwei Landwehrbatterien mit einem Cavallerie-Detachement dazu verwendet werden.

2.) Es müsste das Occupations-Gebiet genau begrenzt werden, denn die von dem Wienerprotokoll genannte Grenze ist zu unbestimmt und schliesst sich weder militärischen noch topographischen Verhältnissen an. Für uns die beste Grenze dürfte sein:

vom Montblanc über den Col du Bonhomme zum Mont Joli. Von da längs dem Gebirgskamm südlich Megève und Flamet bis Ugine, von Ugine über Faverges an den lac d'Anney und Cruseilles und von da längs des Baches les Ussets zur Rhone.

Dadurch erhielten wir eine Linie welche an wenig Punkten bewacht und gesperrt werden könnte, nämlich:

auf dem Col du Bonhomme, in Ugine eventuell Flamet, Faverges, in Anney eventuell zwischen Anney & la Roche, am südlichen Contrefort des Salève und längs dem tief eingeschnittenen Bache Les Ussets bis zur Rhone, eventuell durch die Position von Mont Sion und Mont Vuache.

Diese Grenze umschliesst allerdings nicht die ganze jetzige neutrale Zone, dürfte aber unsern Interessen besser entsprechen, als wenn wir uns bis nach dem lac du Bourget und Yenne an der Rhone ausdehnen würden.

Allein bei einer Verständigung mit Frankreich würde dieses vielleicht darauf dringen, dass wir auch dieses Gebiet besetzen, weil dadurch die Eisenbahnlinie Chambéry Culoz gegen italienische Unternehmungen geschützt würde. Für uns wäre das jedoch in zweifacher Richtung unvortheilhaft.

1.) Weil das Occupationsgebiet bedeutend vergrößert würde und zwar in einer Weise, welche bedeutend mehr Besatzungstruppen erfordern würde; denn dieses Gebiet zwischen Les Ussets, Yenne, Aix les Bains und Faverges ist schwer zu überwachen und zu vertheidigen.

2.) Weil wir in den Fall kommen könnten diesen Theil gegen italienische Durchbruchversuche vertheidigen zu müssen. Allerdings darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass umgekehrt Italien reklamiren dürfte, wenn wir die Linie Culoz Chambéry den französischen Truppen-Durchzügen offen liessen, währendem doch laut Wienerprotokoll diese Linie ebensogut neutral ist als der von uns besetzte Theil von Savoyen. Wollte man dennoch darauf eintreten das ganze neutralisirte

Savoyen zu besetzen, so müsste die Grenze von Ugine über Fort-Chaboux längs dem Gebirgskamme Belle Etoile, La Louche, Roche du Guet, Mont Pennay, Dent du Nivolet, Bourget nach Yenne an der Rhone gezogen werden, wodurch wir in den Besitz des ganzen Massif des Bauges kämen, welches alle Occupationslinien der Italiener gegen Hoch-Savoyen beherrscht.

Es scheint mir, dass unter allen Umständen nur dann eine Verpflichtung eingegangen werden dürfte, Savoyen zu besetzen, wenn uns Frankreich neue Garantien gibt, unsere Neutralität unter allen Umständen zu wahren.

Solche Garantien dürften die Sendung und Abdetaschirung von Truppenkörpern nach Savoyen vollständig rechtfertigen, namentlich wenn wir auch gleiche Garantien von Deutschland hätten.

Aus Obigem geht hervor:

1. Die Neutralitätserklärung von Savoyen als integrierender Theil der Neutralität der Schweiz kann und darf nicht die Consequenz haben, dass wir uns durch sehr starke Besetzung dieses Landes in unserem eigenen Lande schwächen, sondern sie kann nur den Sinn haben, dass das Gebiet von Hoch-Savoyen sich bezüglich der Neutralität in dem ganz gleichen Verhältniss befinde, wie die eigenen schweizerischen Landestheile. Nun werden wir auch viele schweizerische Landestheile nur schwach oder gar nicht besetzen. Dagegen werden wir jeden als unsern Feind erklären, der gewaltsam, sei es schweizerisches, sei es neutrales savoyisches Territorium verletzt, und werden denselben dort angreifen wo es militärisch für uns am nützlichsten ist.

2. So aufgefasst hat die Besetzung Savoyens für uns entschieden militärische Vortheile.

3. Wir werden wohl unseren Schutz dem ganzen laut Wienerprotokoll neutralen Savoyen angeheihen lassen müssen, trotzdem die bessere militärische Linie weiter zurück liegt.⁸

8. *Am Schluss des Berichtes bemerkte Hertenstein:* Bei der Dringlichkeit dieser Angelegenheit geht dieses Gutachten des Generalstabsbureau mit der Erklärung ans politische Depart[e]m[en]t, dass sich der Unterzeichnete diesen Ausführungen im allgemeinen anschliesse. 20. Febr[uar] [18]87. Schweiz[erisches] Mil[itär]Depart[e]m[en]t. Hertenstein.

324

E 2200 Paris 1/0185

Der Bundesrat an den schweizerischen Gesandten in Paris, Ch. Lardy

S

Berne, 22 février 1887

Pour donner suite aux pourparlers¹ que vous avez eus avec M. Flourens, Ministre des Affaires étrangères, concernant l'occupation éventuelle, par les troupes suisses, des parties neutralisées de la *Savoie*, nous vous chargeons d'ouvrir officiellement avec lui des négociations à ce sujet. Vous lui soumettez comme base le projet de convention ci-joint.²

En ce qui concerne la limite exacte du territoire neutralisé, nous croyons, vu les difficultés que peut présenter la détermination d'une ligne qui ne reste pas en-deçà ou qui n'aille pas au-delà de celle indiquée par les stipulations internationales, devoir nous en tenir à reproduire dans la convention les termes mêmes de ces stipulations. Mais d'un autre côté, nous devons demander que la France consente à retirer ses troupes à une certaine distance au-delà de cette ligne, et à constater dans un protocole

1. Vgl. Nrn. 319 und 322.

2. Vgl. Nr. 323.

final, ayant la même valeur que la convention, la ligne derrière laquelle les troupes françaises seront retirées. De cette manière il y aura entre les deux armées un territoire inoccupé et on évitera les occasions de contestations et de conflits. Nous laissons au gouvernement français le soin de déterminer cette dernière ligne.

En ce qui concerne la durée du traité, il ne nous serait pas possible d'admettre qu'il fût fait pour un temps limité. Cela présenterait entre autres le gros inconvénient qu'on veut éviter, celui de lui donner le caractère d'un arrangement d'occasion, destiné à certains buts spéciaux, dont nous ne pouvons pas même avoir l'apparence de faciliter la réalisation. Nous ne prévoyons pas non plus de clause résolutoire, attendu qu'il nous semble que notre projet n'est que la simple et stricte exécution des traités et qu'il ne peut y avoir de divergence de vues sur les principes qui y sont contenus.

En ce qui concerne enfin la question du moment où la signature et les ratifications devront intervenir, nous sommes d'avis qu'il y a lieu d'y procéder le plus vite possible, sans attendre les événements ultérieurs. Ces événements peuvent se précipiter d'une manière inattendue; nous avons d'ailleurs besoin de savoir exactement à quoi nous en sommes lorsque nous serions appelés à faire notre déclaration de neutralité. Cette déclaration doit, comme vous le savez, intervenir le jour même où nos voisins se trouvent en état d'hostilités, et nous ne pourrions attendre un échange des ratifications avant de la notifier. Quant à la publicité à donner à cette convention, nous vous prions de ne pas vous engager à ce sujet avant d'avoir pris nos instructions, car, tout en admettant qu'il peut être utile de ne la publier qu'avec la déclaration de neutralité, il peut se faire que nous y soyons contraints plus tôt, par exemple pour dissiper le bruit que nous aurions conclu avec la France un arrangement secret ou fait un acte contraire à l'observation stricte de notre neutralité.

En nous réservant de vous fournir d'autres instructions³ s'il y a lieu et dans l'espoir que vos efforts aboutiront à un résultat favorable, nous vous prions d'agréer, monsieur le Ministre, les assurances de notre considération distinguée.

3. *Das Politische Departement sandte der Gesandtschaft in Paris am 22. 2. 1887 das folgende Telegramm: [...].* Un officier d'état major M. le colonel Schweizer part après midi pour Paris porteur des instructions pour la Savoie il sera à votre disposition pour détails techniques pendant la durée des négociations, vous pouvez dès aujourd'hui préparer les voies pour que l'affaire marche vite (E 2200 Paris 1/0185).

E 2/1643

325

*Der schweizerische Gesandte in Paris, Ch. Lardy,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
N. Droz*

S

Paris, 24 février 1887

Mardi soir, à la réception de votre télégramme¹, j'ai annoncé à M. Flourens à l'occasion d'un dîner chez M. le Président du Sénat, l'arrivée prochaine de M. le colonel Schweizer. La réception hebdomadaire du corps diplomatique ayant lieu le Mercredi

1. *Nr. 324, Anm. 3.*

après-midi, M. Flourens a fixé à aujourd'hui Jeudi à cinq heures notre entretien sur la *Savoie neutralisée*.

En voici le résumé:

J'ai exposé en quelques mots les points principaux de vos instructions², savoir: nécessité pour la Suisse de rester sur le terrain des traités de 1815; désir de la Suisse de ne rien conclure qui aurait l'apparence d'un arrangement d'occasion avec une puissance, à l'insu ou au détriment vrai ou prétendu d'autres puissances; assimilation de la zone neutralisée au territoire suisse au triple point de vue de la sauvegarde de la neutralité, de la libre répartition des forces militaires suivant les besoins et les instructions du Commandant en chef de l'armée suisse, et enfin de l'application dans le territoire neutralisé des lois et règlements suisses tant à l'égard des troupes suisses que de leurs rapports avec la population civile. *M Flourens* a répondu que si on ne touchait en rien aux traités de 1815, il n'y avait pas besoin de négociations. Dans sa pensée, il serait très dangereux d'en dévier par des arrangements particuliers. Ni la France, ni la Suisse ne peuvent y déroger. En outre, la conclusion d'un traité dans le moment actuel, alors que l'Italie paraît chercher des prétextes pour faire croire à l'hostilité de la France, (témoin les reproches faits au consul français à Massouah sans l'ombre d'aucune raison) imposent la plus grande prudence; la France, comme la Suisse, ne songe à attaquer personne, et ni l'une ni l'autre ne doivent fournir des prétextes à ceux qui pourraient être mal disposés. Une convention, signée dans le moment actuel, pourrait faire croire à Rome par exemple que nous méditions une attaque et que nous voulons nous assurer certains avantages par des arrangements particuliers avec la Suisse. Il est donc plus raisonnable et plus prudent, si nous restons sur le terrain des traités, de ne rien faire du tout.

J'ai répondu que le Conseil fédéral dans ses instructions était pleinement d'accord qu'il ne pouvait être question de toucher aux anciens traités par voie d'entente franco-suisse, mais que, pour l'exécution des détails de ces traités et en restant strictement dans les limites de leurs stipulations, il pouvait être tout aussi prudent de régler certains points pour éviter des froissements. C'est ainsi par exemple que la ligne de délimitation n'a pas été clairement précisée notamment du Lac du Bourget jusqu'au Rhône. D'une manière générale, tous les points obscurs, dans les limites même des traités, peuvent faire l'objet d'une entente et être précisés entre nous. Sur cette question de la délimitation de la zone neutralisée, le Conseil fédéral pense notamment que le Gouvernement français pourrait proposer une ligne en arrière de laquelle les troupes françaises s'engageraient à se retirer dans un certain délai à partir³ de la proclamation de la neutralité du Conseil fédéral aux puissances.

M. Flourens a répondu qu'il soumettrait cette proposition à son collègue le Ministre de la guerre dans la journée de demain, puis il est revenu sur sa crainte de donner prise à des critiques ou à des accusations agressives, s'il signait actuellement un arrangement dont la publication pourrait faire croire que la France se prépare à des hostilités. Ne serait-il pas possible, puisqu'il s'agit de simples mesures d'exécution et non de modifications des traités, de consigner, par exemple dans un échange de correspondances, l'accord sur les points de détail? Cela pourrait avoir l'avantage, que ces cor-

2. Nicht abgedruckt. Vgl. Nr. 323.

3. Korrigiert nach dem Schreiben von Lardyan Droz vom 25. 2. 1887 (E 2/1643). Der ursprüngliche Text lautete: [...] à partir d'un délai à partir [...].

respondances, comme tous autres actes diplomatiques analogues, restent confidentielles.

Réponse. La forme de correspondances se prête-t-elle bien à des arrangements qui doivent, à un moment donné, pouvoir être portés à la connaissance du public par voies d'affiches ou de proclamations, puisqu'ils seront destinés en grande partie à régler les rapports de la troupe d'occupation avec les habitants? Une convention pourrait être conclue assez facilement, semble-t-il, puisqu'elle pourrait être ratifiée par le Président de la République sans aller devant les Chambres.

M. Flourens: Je crois en effet que la ratification pourrait intervenir, par décret, mais on peut, dans un échange de lettres, numéroter les points sur lesquels l'accord est intervenu, aussi bien que l'on met des numéros aux articles d'une convention. L'échange de notes ne deviendrait public que si vous étiez obligés de proclamer votre neutralité cette année, ou alors si, comme j'en ai l'espoir, il n'y a pas de guerre cette année, il ferait l'objet de communications à vos Chambres sous la forme usuelle du rapport de gestion.

Réponse. Votre proposition sur la forme de l'arrangement sera soumise ce soir au Conseil fédéral. Quant au fond, voici les points sur lesquels on pense à Berne que l'accord devrait porter.

J'ai alors donné rapidement lecture à M. Flourens du projet de convention⁴ annexé à votre office du 22 de ce mois.⁵

M. Flourens. Ce projet reproduit souvent les anciens traités. Nous n'avons pas à les reproduire, ni à les discuter, ils existent entre nous. Nous sommes d'accord avec vous que vous sauvegarderez la neutralité de la Savoie comme vous l'entendez, c'est l'affaire de vos militaires. Il suffira probablement de votre proclamation de neutralité pour qu'il ne soit pas nécessaire que vous envoyez beaucoup de monde en Savoie; les Italiens ne s'y risqueront probablement pas. Il me paraît tout naturel aussi que vous vouliez appliquer vos règlements militaires. Je ne vois non plus d'objections, ni à l'envoi d'un commissaire civil, ni à vos demandes quant aux postes et télégraphes et à l'exemption d'impôts pour les troupes. Mais il y a la question du chemin-de-fer d'Aix à Culoz; le précédent de 1859 est pourtant là.

Réponse. Le Conseil fédéral ne se croit pas autorisé à toucher de son chef ou par des arrangements particuliers à une partie quelconque de la délimitation de 1815. Les mots «du Lac du Bourget jusqu'au Rhône» figurent dans le Traité de Paris du 20 novembre; si l'on peut admettre qu'on ait voulu atteindre le Rhône au nord du lac, il est difficile de contester que la zone neutre doit toucher quelque part le lac du Bourget et aller de là au Rhône. Il s'en suit nécessairement qu'une partie du chemin-de-fer d'Aix à Culoz passe dans le territoire neutralisé.

M. Flourens ayant paru peu agréablement surpris de cette réponse, j'ai ajouté que la construction du chemin-de-fer de la Tour du Pin à Chambéry avait beaucoup diminué l'importance stratégique de cette ligne.

M. Flourens a alors dit qu'il en parlerait à son collègue le Ministre de la guerre et s'est posé à lui-même la question de savoir si par exemple, on ne pourrait pas admettre que cette voie ferrée pût être utilisée pour des transports de blessés.

4. Nicht abgedruckt.

5. Nr. 324.

Réponse. Il pourra peut-être être difficile⁶ de prendre un engagement formel⁷ à ce sujet car, en 1870, la France a fait des observations à la Belgique sur les évacuations de blessés allemands qui constituaient une facilité donnée aux transports militaires allemands sur le chemin-de-fer de l'Est.

M. Flourens a terminé l'entretien en disant qu'il verrait demain M. le général Boulanger et nous ferait dire à quelle heure il pourrait nous recevoir après demain samedi.

Veillez envoyer vos instructions sur le tracé exact de la zone neutre sauf à attendre les propositions françaises sur la ligne sur laquelle les troupes françaises se retireront, ainsi que vos instructions⁸ sur la proposition de M. Flourens de se contenter d'un échange de correspondances.

M. Flourens ne sait pas si la situation est détendue ou non; il dit seulement qu'en Italie M. Depretis se montre froissé de la pression que l'Allemagne exerce sur lui pour la composition de son cabinet et craint que cette pression ne nuise à son autorité morale⁹ en Italie. Ce serait la cause pour laquelle il aurait résigné hier soir le mandat de constituer un cabinet.¹⁰

6. *Vgl. Anm. 3. Ursprünglicher Text: [...] peut-être difficile [...].*

7. *Vgl. Anm. 3 Ursprünglicher Text: formel fehlte.*

8. *Vgl. Anm. 3. Ursprünglicher Text: vos instructions fehlte.*

9. *Vgl. Anm. 3. Ursprünglicher Text: autorité militaire.*

10. *Bemerkung von Lardy am Schluss des Schreibens: Nous n'avons pas le temps de relire.*

326

E 1004 1/148

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 25. Februar 1887

1023. Nachrichtendienst

Politisches Departement. Antrag vom 23. Januar 1887

Das politische Departement erachtet es für nothwendig, sich auf dem Laufenden zu erhalten, was für kriegerische Vorkehren von unseren Nachbarstaaten jenseits unserer Grenzen getroffen werden, und hat zu diesem Behufe einen *Nachrichtendienst* eingerichtet.

Zur Deckung bezüglichlicher Kosten wird ihm unter der Rubrik «Unvorhergesehenes» Kap. IV des Voranschlages ein Kredit von Fr. 1000 eröffnet.¹

1. *Wie dieser Nachrichtendienst aufgezogen werden sollte, geht aus einem Bericht des Chefs des Generalstabs, Pfyffer, hervor (als Annex abgedruckt). Bereits zu einem früheren Zeitpunkt hatte der Bundesrat als konkrete Kriegsvorbereitungsmassnahme beschlossen, Weizen aufzukaufen und die russischen sowie die österreichisch-ungarischen Staatspapiere zu veräussern. Vgl. dazu das BR-Prot. vom 11. 1. 1887 (E 1004 1/148, Nr. 101).*

ANNEX

E 27/13264

*Der Chef des Stabsbureau's, A. Pfyffer,
an den Vorsteher des Militärdepartements, W. F. Hertenstein*

B

Bern, 23. Dezember 1886

Wir müssen im Kriegsfall Agenten im Auslande haben, welche uns möglichst rasch wichtige militärische Nachrichten übersenden.

Für die Organisation dieses Nachrichtendienstes können wir zwei Fälle unterscheiden:

- 1.) Den Fall, wo wir nur eine bewaffnete Neutralität beobachten.
- 2.) Der Fall, wo wir selbst in die kriegerischen Ereignisse verwickelt werden.

Im ersten Falle ist der Nachrichtendienst leicht und einfach. Es wird genügen, wenn wir in den Nachbarstaaten Agenten haben, welche uns wichtige Nachrichten von grossen Truppenbewegungen dadurch mittheilen, dass sie eben über die Grenze kommen und dort erst ihre Meldung niederschreiben und an das Armeecommando adressiren. Ferner muss dafür gesorgt werden, dass möglichst viele Zeitungen und besonders auch Localblätter regelmässig in unsern Besitz kommen. Diese werden vom Generalstab gelesen und interessante Nachrichten systematisch eingetragen und zusammengestellt. Briefe der Post zu übergeben ist nicht rathsam, weil das Briefgeheimniss nicht mehr gewahrt, sondern alle verdächtigen Briefe auf der Post geöffnet werden.

Schwieriger wird der Nachrichtendienst, wenn wir selbst in den Krieg verwickelt werden.

In diesem Falle sind die interessantesten Nachrichten diejenigen, welche vom Kriegsschauplatz selbst und aus den unmittelbar dahinter oder daneben liegenden Gegenden kommen. Es wird aber feindlicherseits dafür gesorgt sein, dass diese Nachrichten nur unter den grössten Schwierigkeiten zu uns gelangen können.

Die Organe des Heeres, die Polizei, sowie alle Behörden, die Post- und Telegraphenbeamten, alles wird strenge bezüglich Instructionen erhalten haben. Der Verkehr der beiden Länder ist total unterbrochen und die Jagd auf Spione wird nicht nur eröffnet, sondern im grossen Style organisirt sein.

Es ist eben für den Gegner ebenso wichtig, unseren Nachrichtendienst zu erschweren, als es für uns wichtig ist, ihn gut zu organisiren. Das kann nur vor dem Kriege geschehen.

Wir würden die Sache wie folgt organisiren:

Wir haben in allen angrenzenden Provinzen unserer Nachbarstaaten zahlreiche Schweizer angesiedelt, welche Land und Leute so gut kennen wie Einheimische. Unter diesen werden sich patriotisch gesinnte Leute finden, welche entweder selbst aus Liebe zum Vaterland eine solche Mission übernehmen, oder aber uns Agenten anderer Nationalitäten verschaffen, welche Letztere natürlich nur gegen gute Bezahlung den Dienst übernehmen.

Die Agenten haben uns nach einer vom Stabsbureau ausgearbeiteten Instruction militärisch wichtige Nachrichten zu übermitteln. Diese Nachrichten können sich in der Regel beschränken auf Angabe über feindliche Truppenconcentrationen und Bewegungen, die Namen der Generäle, welche sie commandiren, über Anhäufungen von Kriegs-, Verpflegungs- und Eisenbahnmaterial etc.

Da die direkte Verbindung der kriegführenden Länder schwierig und gefährlich, wenn nicht unmöglich ist, so muss die Übermittlung der Nachrichten über neutrales Gebiet gehen. So erhielt bekanntlich der deutsche Generalstab anno 1870/71 seine werthvollsten Nachrichten über London.

Dieser Verkehr macht sich gewöhnlich brieflich an einen Zwischenagenten im neutralen Lande, welcher dann direct durch chiffirte oder gewöhnliche Depesche die erhaltene Nachricht an eine dafür bestellte Civilperson in der Schweiz übermittelt.

Nachrichten von grösster Wichtigkeit werden vom ersten Agenten direct an den Zwischen Agenten im neutralen Lande per Telegramm geschickt. Da aber chiffirte Depeschen oder Depeschen, welche militärische Nachrichten enthalten, vom Telegraphenamte nicht spedirt werden, auch nicht nach einem neutralen Lande, so haben wir ein System erfunden, welches gestattet, die

militärischen Nachrichten in einer gewöhnlichen, etwas anderes sagenden Privatdepesche zu verstecken. Dieses System² legen wir Ihnen hier bei.

Es wird nicht schwer sein, dasselbe noch zu vervollkommenen. Eine Verbesserung dürfte bereits in dem zweiten, hier beigelegten Vorschlage enthalten sein.

Die schwierigste Aufgabe wird sein, die richtigen Agenten zu finden. Wir gedenken in folgender Weise vorzugehen:

Zwei oder drei durch ihre Geschäftsverbindungen im Ausland bekannte Generalstabsoffiziere werden für einige Tage auf das Stabsbureau einberufen um dort ihre Instruktion zu erhalten. Diese Offiziere sind dazu bestimmt die nöthigen Agenten aufzufinden, dieselben zu unterrichten und auf diese Weise den Nachrichtendienst im Auslande zu organisiren.

2. *Nicht ermittelt.*

327

E 2200 Paris 1/0185

*Der Bundespräsident und Vorsteher des Politischen Departements, N. Droz,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, Ch. Lardy*

S

Berne, 26 février 1887

Pour faire suite à mon télégramme chiffré d'hier soir¹, je crois utile de vous donner quelques détails sur la manière dont le Conseil fédéral a envisagé la question après avoir pris connaissance de votre rapport sur la conférence que vous avez eu avec M. Flourens jeudi 24 courant.²

Au premier abord nous avons été un peu surpris de la réserve avec laquelle il a accueilli vos ouvertures officielles, mais nous nous la sommes expliquée par le désir qu'a le Gouvernement français et que nous partageons complètement de ne rien faire qui puisse être envisagé par d'autres Etats comme le résultat de visées ou de craintes spéciales que la situation ne comporte pas. D'un autre côté, nous devons attacher du prix, de part et d'autre, comme vos précédents entretiens avec des membres du Cabinet l'ont fait ressortir, à régler sans retard les détails d'exécution des stipulations internationales, pour ne pas nous laisser surprendre par des événements qui, s'ils sont encore incertains, peuvent éclater à bref délai.

Il nous paraît que ces deux ordres de considérations sont parfaitement conciliables; le programme que vous a exposé M. Flourens, dans votre entretien du 19 février après-midi³, est entièrement conforme à celui que je vous envoyais le 19 au matin par dépêche chiffrée:⁴ Entendons-nous *sans bruit et sans retard*, comme une mesure de bonne précaution.

La forme de la convention est certainement celle qui serait préférable, pour les motifs que vous avez si bien exposés à M. Flourens. Mais on peut aussi adopter celle d'un échange de correspondances, à condition toutefois que chaque point, délibéré

1. *Nicht abgedruckt.*

2. *Vgl. Nr. 325.*

3. *Vgl. Nr. 322.*

4. *Nicht abgedruckt.*

verbalement comme s'il s'agissait d'une convention, soit ensuite noté et numéroté, ainsi que le proposait lui-même M. le Ministre des Affaires étrangères. Cela facilitera en particulier les citations et les publications éventuelles (affiches, proclamations, etc.). Il faudrait alors convenir que cet arrangement aura un caractère définitif, et n'est pas simplement destiné à être transformé en convention, car les inconvénients que je vous signalais dans ma dépêche du 22 courant⁵ (remise au Colonel Schweizer) se produiraient alors, exactement comme si nous nous bornions à signer une carte et un texte ne varierait pour ne rendre l'arrangement définitif que par une nouvelle signature et un échange de ratifications.

Vous pouvez donc, sous ces réserves, entrer dans les vues de M. Flourens quant à la forme d'un échange de correspondances. Et pour que l'on ne puisse donner une fausse interprétation aux mesures que nous arrêtons, il est bien entendu que c'est la Suisse qui prendra l'initiative dans cet échange de notes, comme elle l'a prise en réalité pour l'ouverture des négociations actuelles. J'ai préparé à cet égard un projet de note⁶ ci-joint qui répond aux vues du Conseil fédéral et que vous pourrez expédier s'il y a lieu, à moins que vous n'ayez des remarques à y faire, lesquelles je vous prierais de me communiquer sans retard.

En ce qui concerne le texte soit de la convention, soit des points à admettre dans un échange de notes, je crois que les critiques faites à notre projet par M. Flourens ne sont fondées que sur un point: la citation de la ligne de démarcation du territoire neutralisé. C'est le seul point au sujet duquel nous reproduisons, d'une manière qu'on peut envisager comme surabondante, les traités de 1815. Les autres citations très partielles qui en sont faites sont nécessaires pour amener les déductions que nous en tirons, savoir: *le point de départ de l'application de la convention est la déclaration de neutralité du Conseil fédéral* (à ce sujet je dois remarquer qu'on peut s'en remettre à notre loyauté et à notre bon sens de ne pas faire une telle notification si les circonstances ne l'exigeaient pas, mais nous ne pouvons nous subordonner à la volonté d'une autre puissance pour déterminer le moment où cette notification doit être faite); — *les troupes françaises se retireront dans le délai à déterminer; — à partir de ce moment, la défense du territoire incombe à la Confédération; — les autorités militaires suisses défendront ce territoire au mieux des circonstances, sans avoir à suivre les injonctions d'une autre puissance* (il est certain que ce point est déjà nettement fixé par les traités, et que la fin du second paragraphe de l'article premier⁷ n'est essentiellement qu'une paraphrase, mais cette paraphrase a sa très grande importance, il faut insister pour la faire admettre dans les points à stipuler; en tout cas elle doit faire l'objet d'une déclai-

5. Nr. 324.

6. Nicht abgedruckt.

7. Artikel 1, 2. Abschnitt des Vertragsentwurfs lautet: [...] Dans un délai de ... jours à dater de cette notification, le Gouvernement français retirera ses troupes qu'il pourrait avoir sur le territoire savoisien neutralisé (savoir le Chablais, le Faucigny et le territoire qui se trouve au nord d'une ligne à tirer depuis Ugine, y compris cette ville, au midi du Lac d'Annecy, par Faverges jusqu'à Lecheraines, et de là au lac du Bourget jusqu'au Rhône); et la Confédération prendra sous sa sauvegarde ce territoire et en défendra la neutralité du territoire suisse. Elle pourra en conséquence y placer des troupes et les déplacer et en général prendre toutes les dispositions militaires qu'elle jugera à propos pour défendre, au mieux des circonstances, la neutralité totale tant suisse que savoisienne, dont le maintien est garanti, en même temps qu'il est confié à sa vigilance par les traités européens (E 2200 Paris 1/0185).

ration formelle que les deux parties l'entendent bien ainsi); — *la garantie de l'Administration civile est soumise à certaines réserves de détail plus explicites que dans les traités.*

Il serait aussi fort utile que la France nous donnât l'assurance officielle, comme un nouveau gage de ses intentions de respecter scrupuleusement notre neutralité, qu'elle ne songe pas à placer des troupes dans le Pays de Gex, où leur présence, au point de vue militaire français, ne peut avoir aucune raison d'être. Je vous charge d'aborder ce point avec la délicatesse que vous saurez y mettre, dès que l'on sera d'accord en substance sur les autres.

Quant à la publicité, nous avons, comme je vous le dis en commençant, le même intérêt que la France à ne pas faire naître des suppositions erronées sur nos arrangements. Nous garderons donc la chose dans le domaine de notre correspondance diplomatique ordinaire dont, comme vous le savez, nous ne publions rien. Je suis persuadé qu'il nous sera très facile, en raison de nos habitudes, de tenir compte des vœux de la France à cet égard.

Encore un mot au sujet de la ligne de démarcation. Nous avons envisagé, après un mûr examen, qu'il était préférable de ne pas indiquer notre ligne, en raison de certaines incertitudes des textes, mais plutôt celle derrière laquelle les troupes françaises devraient se retirer. Nous avons tracé cette dernière aussi près que possible des indications des traités, ensorte que la zone inoccupée éventuellement est réduite presque à rien. Notre proposition éventuelle se rapproche encore davantage de la ligne rigide; vous la recevrez par le même courrier.⁸

8. *Nicht abgedruckt.*

328

E 2/1643

*Der schweizerische Gesandte in Paris, Ch. Lardy,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
N. Droz*

B teilweise chiffriert

Paris, 26 février 1887

Nous avons été reçus, M. le Colonel Schweizer & moi, aujourd'hui Samedi à 2 heures, au Ministère des Affaires Etrangères, par M. Flourens.

Celui-ci a exprimé le désir que, dans l'échange de correspondances entre les deux Gouvernements, la Suisse parût prendre l'initiative; il désirerait donc que j'adressasse au Ministère des Affaires Etrangères trois lettres traitant l'une la question de la ligne frontière du territoire neutralisé, l'autre la question de la juridiction, de l'application des règlements suisses etc, et la troisième les questions postales, télégraphiques etc; il m'a demandé de consentir à rédiger lesdites lettres & leurs réponses, à l'état de projet¹; il me les rendrait avec ses observations en marge puis le tout Vous serait communiqué. — Si Vous êtes d'accord, les lettres seraient signées & échangées entre nous deux.

1. *Vgl. Nr. 330.*

Quant à la ligne de démarcation, M. Flourens a consulté son collègue le Ministre de la Guerre, dont il avait sur sa table le préavis; à ce préavis était jointe une carte informe, très-petite, avec des lignes *droites* d'Ugine à Faverges, de Faverges à Lecheraines, puis deux lignes, l'une de Lecheraines au sud du lac du Bourget & à S' Genix sur le Rhône & l'autre directement de Lecheraines au nord du lac du Bourget & au Rhône. — M. Flourens nous a dit que le Général Boulanger était prêt à conférer avec nous sur la ligne de démarcation, lundi prochain à 4 heures²; tout en nous renvoyant à son collègue de la guerre pour cette question, M. Flourens a émis l'opinion personnelle que la frontière la plus pratique, dans les limites imposées par les traités, serait une ligne atteignant le lac du Bourget au Sud & prenant le lac comme front. Cette délimitation coïncidant exactement avec Vos instructions³ télégraphiques, nous avons cru pouvoir montrer à M. Flourens Votre ligne.

Nous nous sommes ensuite rendus chez M. le Général Boulanger, à titre de visite de présentation & de courtoisie & avons pris rendez-vous avec lui pour lundi à 4 heures. — Le Ministre de la Guerre, a d'une façon positive & très nettement déclaré qu'il était raisonnable de régler & de préciser, dès maintenant & sans retard, tous les détails de l'exécution des traités, parce qu'au moment d'une mobilisation, personne n'aurait plus le temps de s'occuper de cela, & qu'il pourrait en résulter des conflits.

M. Flourens nous a dit être sans nouvelles précises de la crise ministérielle italienne. Marchons-nous, comme on le dit, à une dissolution de la Chambre, c'est à dire à une réédition de ce qui vient de se passer en Allemagne, aggravée par la différence de tempérament des deux peuples? ou bien assistons-nous à une petite comédie de Depretis qui se retirerait pour quelques jours dans la coulisse seulement en vue de tempérer l'appétit des diverses fractions de la Chambre? Tout cela n'est pas très-rassurant, dit M. Flourens.

Nous Vous serions obligés de préparer la rédaction éventuelle des lettres à adresser à M. Flourens; nous en ferons autant de notre côté, & ne Vous enverrons notre projet⁴ que lundi soir au plus tôt après avoir vu le Général Boulanger, attendu que c'est lundi seulement que commencera l'examen & la discussion de la ligne exacte de démarcation. S'il était impossible de faire rentrer le fort de Chaboux près Ugine dans le territoire neutralisé, nous supposons que nous sommes d'ores et déjà autorisés, sous réserve du consentement du Conseil Fédéral, à consentir lundi à la ligne esquissée plus près d'Ugine sur la carte⁵ apportée par le colonel Schweizer. Nous n'avons encore rien dit de tout cela à Boulanger.⁶

Nous supposons que si M. Flourens demande plusieurs lettres, c'est pour pouvoir se mettre d'accord avec les divers Départements que cela concerne, comme par exemple la guerre pour les évacuations, les Postes pour le service postal & télégraphiques, les travaux publics pour les chemins de fer.

Nous sommes heureux de constater que l'accueil de MM. Flourens & Boulanger a été non seulement courtois, mais tout à fait amical.

2. *Vgl. Nr. 334.*

3. E 2200 Paris 1/0185.

4. *Vgl. die Beilagen zum Schreiben von Lardy vom 27. 2. 1887 an Droz (E 2/1643).*

5. E 2/1643.

6. *Vgl. Nr. 330, Anm. 7.*

329

E 2/1643

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
N. Droz*

B Confidentielle

Berlin, 27 février 1887

J'ai l'honneur de vous remercier de vos communications du 23 de ce mois¹ relativement à la déclaration éventuelle de neutralité et de vous informer en même temps, que je partage entièrement votre manière de voir en ce qui concerne les démarches que j'aurais à faire à ce sujet dans le cas où la situation allait devenir plus menaçante.

Ainsi il est entendu que dans cette dernière éventualité j'aurais soin de convenir à l'avance avec le Comte de Bismark des termes de la première déclaration de neutralité à échanger et d'insister auprès de lui sur notre désir, que cas échéant la déclaration allemande soit aussi nette que celle de 1870 et nous soit notifiée de suite.

En attendant et à moins de circonstances imprévues il ne me semblerait par contre pas opportun d'entretenir le Comte de Bismark de nouveau de cette question. Si, par hasard [*sic*], il devait lui même m'en parler le premier à l'occasion de mes visites aux Affaires Etrangères, j'agirais selon les circonstances.

Dans tous les cas je vous tiendrai continuellement au courant de la question.

Il va sans dire que je vous serai très obligé de vouloir bien continuer de votre côté à me faire connaître tout ce qui se passe à ce sujet à Paris, Rome et Vienne.

1. *Nicht abgedruckt.*

330

E 1004 1/148

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 1. März 1887

1106. Neutralität Savoyens

Politisches Departement. Vortrag vom 28. Februar 1887

Seit letzter Sitzung sind von Herrn Minister Lardy in Paris in Sachen der *Neutralität Savoyens* zwei Berichte vom 26. und 27. Februar eingetroffen¹; diesen zufolge wünscht Herr Flourens, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, für den Abschluss des Übereinkommens folgende Form: Die Schweiz wolle in dem bezüglichen Notenwechsel die Initiative ergreifen; die schweiz. Gesandtschaft hätte an das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten drei Schreiben zu richten, von wel-

1. *Beide Schreiben in: E 2/1643.*

chen das eine die Frage der Grenzlinie des neutralisirten Gebietes, ein zweites die Frage der Jurisdiktion und der Anwendung der schweizerischen Reglemente etc. und ein drittes die Post-, Telegraphenfragen etc. behandeln würde. Die Noten und die darauf abzugebenden Antworten würden im Entwurf dem Ministerium vorgelegt, welches sie mit seinen Randbemerkungen der Gesandtschaft wieder zurückerstatten würde. Wenn ein Einverständnis erzielt sei, so würden die Noten beiderseits unterzeichnet.

Herr Minister Lardy hat auf Grund des ihm als Instruktion zugesandten Vertragsentwurfes² drei Noten und die vom Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten auf diese zu erteilenden Antworten entworfen. Diese Entwürfe lauten:

Projet I a

Paris le ... février 1887

La Légation de Suisse au Ministère des Affaires étrangères de la République française

Monsieur le Ministre,

Le Traité de Paris du 20 novembre 1815 stipule que «la neutralité de la Suisse sera étendue au territoire qui se trouve au nord d'une ligne à tirer depuis Ugine, y compris cette ville, au midi du lac d'Annecy, par Faverges jusqu'à Lecheraines, et de là au lac du Bourget jusqu'au Rhône, de la même manière qu'elle a été étendue aux provinces de Chablais et de Faucigny par l'art. 92 de l'acte final du Congrès de Vienne.»

Le 29 mars 1815, les Puissances représentées au Congrès de Vienne avaient approuvé une déclaration du Gouvernement sarde à teneur de laquelle «toutes les fois que les puissances voisines de la Suisse se trouveront en état d'hostilités ouvertes ou imminentes, les troupes de S.M. le Roi de Sardaigne qui pourraient se trouver dans ces provinces se retireront, qu'aucunes troupes armées d'aucune puissance ne pourront y stationner ni les traverser, sauf celles que la Confédération suisse jugerait à propos d'y placer.»

Dans la pensée du Gouvernement fédéral, il y aurait convenance à régler les détails de la ligne derrière laquelle les troupes françaises auraient à se retirer dans le cas où la Suisse viendrait à notifier sa déclaration de neutralité au Gouvernement de la République française. — Le Conseil fédéral, désireux de respecter scrupuleusement les termes du Traité de Paris, est d'avis qu'il y a lieu de se borner uniquement à préciser la ligne de démarcation entre les points nominativement désignés dans l'acte du 20 novembre 1815.³

La ligne dont il s'agit serait la suivante:

Description:

xxxxx

Votre Excellence trouvera sous ce pli deux exemplaires d'une carte sur laquelle est tracée la ligne décrite ci-dessus et qui ont été revêtues de ma signature.⁴

Si, comme j'ose en exprimer l'espoir, le Gouvernement de la République française se déclare d'accord avec la ligne décrite plus haut et consignée dans les cartes ci-jointes, j'ai l'honneur de Vous prier, Monsieur le Ministre, de m'accuser réception de la présente communication et de me retourner une des deux cartes revêtue de Votre signature.

Agréé, etc ...

2. Vgl. die Nrn. 323 und 327, Anm. 6.

3. Vgl. OS 1820, 1, S. 108.

4. E 2/1643.

Projet I b

Paris, le ... février 1887

Le Ministère des Affaires étrangères de la République française à la Légation de Suisse

Monsieur,

Le ... de ce mois, vous m'avez fait l'honneur de me transmettre deux cartes sur lesquelles est indiquée la ligne derrière laquelle les troupes françaises auraient à se retirer après proclamation de la neutralité de la Confédération suisse, en exécution des traités de 1815 qui neutralisent une partie de la Savoie. Ces cartes servent de commentaire à la description que vous avez été chargé de faire dans le texte même de votre communication.

Le tracé indiqué par le Gouvernement fédéral ne nous paraissant contenir aucune dérogation aux traités de 1815, le Gouvernement de la République ne fait pas d'objection à vous donner acte de votre communication du ... de ce mois. J'ai donc l'honneur de vous retourner sous ce pli, après l'avoir revêtu de ma signature, selon le désir que vous avez bien voulu m'en exprimer, une des deux cartes jointes à votre communication précitée, et de vous faire savoir que, le cas échéant, le Gouvernement de la République n'aura pas d'objection à ce que les troupes suisses s'avancent jusqu'à la ligne dont il s'agit.

Agréez, etc ...

Projet II a

Paris, le ... février 1887

La Légation de Suisse au Ministère des Affaires étrangères de la République française

Monsieur le Ministre,

Par le Traité de Paris du 20 novembre 1815 et, en même temps qu'elles garantissaient et reconnaissaient la neutralité de la Suisse et l'inviolabilité de son territoire, les Puissances ont stipulé ce qui suit:

«Les Puissances reconnaissent et garantissent également la neutralité des parties de la Savoie désignées par l'acte du Congrès de Vienne du 29 mars 1815 et par le traité de Paris de ce jour comme devant jouir de la neutralité de la Suisse de la même manière que si elles appartenaient à celle-ci.»

La note du comte de Saint-Marsan du 26 mars 1815, approuvée le 29 du même mois par les Puissances réunies au Congrès de Vienne avait déjà expliqué que «toutes les fois que les Puissances voisines de la Suisse se trouveront en état d'hostilités ouvertes ou imminentes, les troupes de S.M. le Roi de Sardaigne qui pourraient se trouver dans les provinces neutralisées se retireront, ... qu'aucunes autres troupes armées d'aucune puissance ne pourront y stationner, ni les traverser, sauf celles que la Confédération suisse jugerait à propos d'y placer; bien entendu que cet état de choses ne gêne en rien l'administration de ces provinces, où les agents civils de S.M. le Roi pourront aussi employer la garde municipale pour le maintien du bon ordre.⁵»

Le Gouvernement fédéral suisse, désireux d'assurer l'exécution des stipulations qui précèdent, estime qu'il y a lieu de régler certains détails d'application afin d'éviter toute hésitation et toute cause de malentendu, si un jour ou l'autre les éventualités prévues dans les actes de 1815 devaient se produire.

A cet effet, le Conseil fédéral suisse considère comme un devoir de profiter de l'état de paix qui existe actuellement en Europe pour faire savoir au Gouvernement de la République française qu'à partir du jour où, par suite d'hostilités ouvertes ou imminentes entre les Puissances voisines de la Suisse, le Conseil fédéral aura notifié aux Puissances sa déclaration de neutralité basée sur les stipulations des actes internationaux qui garantissent la neutralité de la Suisse et de certaines parties de la Savoie, la Confédération suisse adoptera les règles de conduite ci-après:

5. *Vgl.* OS 1820, 1, S. 81 f.

1° Dans un délai de ... jours à dater de la notification de la déclaration de neutralité de la Suisse, la Confédération suisse prendra sous sa sauvegarde le territoire neutralisé de la Savoie et en défendra la neutralité de la même manière que s'il s'agissait de la neutralité du territoire suisse. La Confédération pourra en conséquence placer des troupes dans ledit territoire, les déplacer et en général prendre toutes les dispositions militaires qu'elle jugera à propos pour défendre, au mieux des circonstances, la neutralité totale, tant suisse que savoisiennne, dont le maintien est garanti en même temps qu'il est confié à sa vigilance par les traités européens.

Avant l'expiration de ce délai de ... jours, le Gouvernement français retirera les troupes qu'il pourrait avoir sur le territoire savoisien neutralisé, à l'exception de la gendarmerie qu'il aura la faculté de laisser sur ledit territoire.

A l'expiration du délai de ... jours, indiqué aux paragraphes précédents pour l'évacuation par les troupes françaises du territoire savoisien neutralisé, toutes les prescriptions fédérales relatives au maintien de la neutralité suisse deviendront aussi exécutoires sur l'étendue du territoire neutralisé.

2° Les dispositions des règlements militaires fédéraux, relatives au cantonnement et à l'entretien des troupes suisses ainsi qu'aux transports, charrois, fournitures et prestations diverses que l'administration militaire serait dans le cas de requérir, seront aussi applicables dans le territoire savoisien neutralisé. Les indemnités pour ces fournitures et prestations de toute sorte, seront réglées d'après les mêmes dispositions, par le commissariat fédéral des guerres. — Chaque fois que cela sera possible, il sera pourvu à l'entretien des troupes par les magasins militaires suisses. Exceptionnellement, cet entretien pourra être requis de l'habitant, moyennant l'indemnité réglementaire.

3° Tous les approvisionnements, de quelque nature qu'ils soient, venant de Suisse à destination du corps d'occupation, seront admis dans le territoire savoisien neutralisé, francs de tous droits et contributions soit de l'Etat français, soit des communes savoisiennes. Il en sera de même des envois particuliers à l'adresse de militaires pour leurs besoins personnels.

4° En ce qui concerne les rapports de juridiction, les dispositions du code militaire fédéral feront règle aussi dans le territoire savoisien neutralisé dans tous les cas où elles seraient applicables en Suisse.

5° Dans le délai de ... jours après la notification de la conclusion de la paix au Conseil fédéral suisse, celui-ci retirera les troupes qu'il aurait jugé à propos de placer dans la partie neutralisée de la Savoie.

Les dispositions qui précèdent ont exclusivement le caractère de mesures d'exécution des traités qui régissent la neutralité d'une partie de la Savoie et le Gouvernement fédéral a la confiance que le Gouvernement de la République française verra dans leur adoption une nouvelle preuve du vif désir de la Suisse d'éviter tout ce qui pourrait rendre moins facile le fonctionnement amical des stipulations de 1815, si ces stipulations devaient un jour être mises en exécution.

Je serais heureux, Monsieur le Ministre, de recevoir de Votre Excellence l'avis qu'Elle n'a pas d'observations à formuler au sujet des vues que le Gouvernement fédéral m'a chargé [de] développer.

Agréer, etc ...

Projet II b

Paris, le ... février 1887

Le Ministère des Affaires étrangères de la République française à la Légation de Suisse

Monsieur,

Le Conseil fédéral suisse vous a chargé de me communiquer ses vues relativement à l'occupation éventuelle du territoire neutralisé de la Savoie en ce qui concerne notamment l'évacuation par nos troupes du territoire neutralisé lorsque des hostilités seraient imminentes ou ouvertes, la situation des troupes que la Suisse jugerait à propos de placer dans le territoire neutralisé et enfin l'évacuation dudit territoire par les troupes suisses après la conclusion de la paix.

Je m'empresse de vous faire savoir que les vues exprimées par vous au nom du Conseil fédéral sur ces divers points n'ont pas paru au Gouvernement de la République porter atteinte aux stipula-

tions des traités de 1815. En conséquence, j'ai l'honneur de vous donner acte de votre communication et de vous faire savoir que, le cas échéant, nous n'avons pas d'objections à formuler contre la mise à exécution des prescriptions que le Gouvernement fédéral vous a chargé de nous communiquer. Nous sommes en particulier d'accord avec lui pour les délais d'évacuation du territoire neutralisé tant par vos troupes que par les nôtres.

Agréez, etc ...

Projet III a

Paris, le ... février 1887

La Légation de Suisse au Ministère des Affaires étrangères de la République française

Monsieur le Ministre,

Les Traités de 1815 stipulent que si la Condédération suisse jugerait à propos, en cas d'hostilités ouvertes ou imminentes entre les Puissances voisines de la Suisse, de placer des troupes dans la partie neutralisée de la Savoie, il est «bien entendu que cet état de choses ne gêne en rien l'administration de ces provinces, où les agents civils de Sa Majesté le Roi pourront aussi employer la garde municipale pour le maintien du bon ordre»⁶.

Désireux d'assurer l'exécution de cette stipulation et d'éviter toute cause de conflit entre l'administration civile du territoire neutralisé et les troupes que la Suisse pourrait juger à propos de placer dans ledit territoire pour en sauvegarder la neutralité, le Conseil fédéral me charge de faire part à Votre Excellence des mesures qu'il se proposerait de prendre si la Suisse était appelée à proclamer sa neutralité en invoquant les stipulations des actes internationaux qui la garantissent et qui garantissent aussi la neutralité de certaines parties de la Savoie:

1° Le Conseil fédéral suisse pourra désigner, après la déclaration de neutralité de la Suisse, un commissaire civil chargé de veiller au maintien des bons rapports entre les autorités militaires suisses et les autorités civiles du territoire savoisien neutralisé. Le commissaire pourra entrer en fonctions avant toute occupation dudit territoire par les troupes suisses. Il sera autorisé à entrer en relations directes avec les autorités locales pour tout ce qui concerne la neutralité. Il aura le caractère diplomatique et jouira de l'exterritorialité pour la personne, son habitation, ses archives et ses correspondances.

2° Le fonctionnement de l'administration civile dans le territoire neutralisé est garanti par la Confédération suisse. Toutefois cette administration ne devra édicter aucune mesure contraire aux intérêts de la défense du pays ou aux ordres et dispositions du commandant des troupes suisses.

3° La garde municipale qui pourrait exister dans le territoire neutralisé ne pourra être employé qu'au service de la police dans les limites de la commune respective. La gendarmerie que le Gouvernement français jugerait à propos de laisser dans ledit territoire, sera assimilée à la garde municipale.

4° Il sera organisé pour les troupes suisses, par les soins de l'administration fédérale et avec le concours de l'administration française, un service spécial de postes et de télégraphes. L'administration suisse se réserve de pouvoir utiliser à cet effet et sans indemnité, le réseau télégraphique savoisien.

Le Commissaire civil de la Confédération suisse jouira de la franchise postale et télégraphique pour les correspondances officielles.

Votre Excellence m'obligerait vivement en me faisant savoir si le Gouvernement de la République française a des objections à formuler à l'égard des points qui précèdent. Le Gouvernement fédéral sera heureux de recevoir de Vous, Monsieur le Ministre, l'assurance que les mesures proposées par lui pour assurer, le cas échéant, le libre fonctionnement des pouvoirs civils dans le territoire neutralisé sont jugées suffisantes par le Gouvernement de la République.

Agréez, etc ...

6. *Vgl.* OS 1820, 1, S. 81 f.

Projet III b

Paris, le ... février 1887

Le Ministère des Affaires étrangères de la République française à la Légation de Suisse

Monsieur,

Vous m'avez fait l'honneur de me faire part des intentions du Gouvernement fédéral pour assurer le fonctionnement de l'administration civile des parties neutralisées de la Savoie dans le cas où il y aurait lieu pour la Suisse de procéder à l'occupation temporaire de ce territoire.

J'espère bien vivement que les circonstances pouvant motiver cette occupation sont fort éloignées de nous, mais il peut être utile de prévoir ces éventualités quelque invraisemblables qu'elles puissent être.

Dans cet espoir, je m'empresse de vous faire savoir que le Gouvernement de la République considère les propositions du Conseil fédéral comme ne contenant rien de contraire aux traités concernant la neutralité d'une partie de la Savoie et que, le cas échéant, nous n'aurions pas d'objections à formuler contre la mise à exécution des propositions que vous avez été chargé par votre Gouvernement de nous présenter.

Agrérez, etc ...

Das Departement unterbreitet dem Rate seine Anträge. Mit dem Erlass von drei Notizen statt einer, wie hierseits angenommen wurde, und von drei Antworten kann sich das Departement einverstanden erklären, und es wird vom Rate nach seinem Antrage auf die drei Entwürfe eingetreten.

Die Entwürfe werden mit folgenden Abänderungen gutgeheissen:

Entwurf I, a, Note der schweiz. Gesandtschaft betr. die Abgrenzung des neutralen Gebietes:

Statt «la ligne de démarcation» soll gesagt werden «cette ligne», nämlich die Linie, hinter welche sich die französischen Truppen zurückziehen hätten.

Entwurf II, a, Note der Gesandtschaft betr. die militärischen Anordnungen:

Die Frist für die Räumung des neutralen Gebietes seitens der französischen Truppen und seitens der schweizerischen Truppen nach abgeschlossenem Frieden wird auf 8 Tage angesetzt.

Die Frage, ob an der herwärtigen Grenzbezeichnung, welche das Fort Chaboux bei Ugine in die neutrale Zone einbezieht, festgehalten werden soll, wird bis nach Einlagen der Antwort⁷, des französischen Kriegsministers General Boulanger verschoben.

Unter Ziffer 1 werden folgende Worte gestrichen: «et en défendra la neutralité de la même manière que s'il s'agissait de la neutralité du territoire suisse». Der Schlusssatz: «pour défendre, au mieux des circonstances, la neutralité totale, tant suisse que savoisiennne, dont le maintien est garanti en même temps qu'il est confié à sa vigilance

7. Am 2. 3. 1887 liess Boulanger Lardy nachstehende Note zukommen:

J'ai l'honneur de vous faire le renvoi des cartes communiquées.

Pour ma part, je ne vois aucune objection au tracé que vous indiquez. Quant à l'affaire d'Ugine, la feuille d'Albertville, sur laquelle on a tracé les limites de la commune d'Ugine, d'après la carte sarde au 1/50.000^e, indique la solution.

Le fort de Lestal (Chaboux sur la carte) se trouve en dehors de la région de neutralité. Du reste, la carte de Raymond (1820), la carte sarde et la carte de l'Etat-major français ne laissent aucun doute à cet égard (*alle Karten in: E 2200 Paris 1/0184*) (*E 2200 Paris 1/0185*).

par les traités européens», erhält folgende Fassung: «pour défendre, au mieux des circonstances, cette neutralité.»

Die Frage der Gendarmerie ist sowohl in diesem wie im III. Entwurfe unberührt zu lassen.

Im letzten Absatze von Ziffer 1 ist noch beizufügen: «Les autorités françaises prêteront leur concours à cette exécution» (nämlich der Vorschriften über Wahrung der Neutralität).

Entwurf III, a, Zivilverwaltung, Posten und Telegraphen, Schreiben der Gesellschaft:

Hier wird folgender Satz gestrichen: «Il (der Zivilkommissär) sera autorisé à entrer en relations directes avec les autorités locales pour tout ce qui concerne la neutralité.» Für den Fall, dass Frankreich auch einen Zivilkommissär ernennen wollte, soll im Schreiben von diesem Institut gar keine Erwähnung getan werden.

In Ziffer 4 soll gesagt werden: «Les autorités civiles et militaires suisses jouiront de la franchise pour leur correspondance officielle.»

In den Antwortsentwürfen sind die Worte: «ont paru conformes», «n'a pas d'objection» durch andere behandelnde, wie «sont conformes», «nous sommes d'accord», zu ersetzen.

331

E 2/1643

*Der Bundespräsident und Vorsteher des Politischen Departements, N. Droz,
an den schweizerischen Gesandten in Berlin, A. Roth*

Kopie

S

Berne, 2 mars 1887

Ce matin, M. le Ministre de Bülow, de retour de Berlin depuis hier, est venu me dire qu'il avait été chargé par le chancelier prince de Bismarck de m'apporter, avec ses salutations, tous ses remerciements pour les mesures qu'a prises la Suisse en vue du maintien de sa neutralité! On a été très-agréablement impressionné des communications faites à ce sujet, en particulier après l'entretien du Ministre avec Monsieur Deucher¹. On est moins satisfait de l'attitude de la Belgique. M. de Bismarck et des personnes de son entourage ont tenu à déclarer à M. de Bülow, pour me le répéter, que l'on ne songe en aucune manière à s'écarter de la ligne strictement tracée par les traités, et que la Suisse peut compter sur le respect absolu de sa neutralité de la part de l'Allemagne. Il semble du reste que la situation se détende un peu sans que l'on puisse rien garantir surtout du côté de la France, où les incertitudes ministérielles rendent tout possible.

J'ai naturellement remercié M. de Bülow de ces communications qui ne font que confirmer tout ce que nous savions déjà sur les intentions amicales de l'Allemagne à notre égard, mais que nous n'en accueillons pas moins de nouveau avec la plus grande satisfaction.

1. Vgl. Nr. 305.

M. de Bülow m'a aussi entretenu des excès de la presse socialiste allemande en Suisse. Je lui ai dit que le Département de Justice et de Police s'occupait de l'affaire et que nous ne manquerions pas de prendre les mesures que les circonstances réclament.

Votre lettre du 24 Févr.² concernant notre déclaration de neutralité m'est bien parvenue, et je suis parfaitement d'accord avec les vues que vous exprimez.

Dans ces derniers temps, la presse européenne s'occupe beaucoup du renouvellement de l'alliance italo-austro-allemande. *L'Opinione*, dont les attaches avec le Ministère actuel sont connues, a donné comme un fait certain que l'Italie obtiendrait des compensations dans ce renouvellement. Il est de la plus haute importance pour nous de savoir si ces compensations se feraient dans notre voisinage immédiat, en particulier s'il s'agit de la Savoie, dont une partie, celle neutralisée, nous intéresse grandement. Pourriez-vous vous informer d'une manière discrète, mais certaine, sur ce qui en est à cet égard?³

2. Nicht ermittelt. Es könnte sich jedoch um Nr. 329 handeln.

3. Vgl. Nr. 333.

332

E 2/1643

*Der schweizerische Gesandte in Paris, Ch. Lardy,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
N. Droz*

B Teilweise chiffriert

Paris, 7 mars 1887, 7h^s soir

Les choses ont pris depuis hier soir une autre tournure et il ne paraît pas que nous nous rapprochions d'une entente.

Hier soir Dimanche 6 Mars, à 8 h ¹/₂, est arrivée une lettre de M. le Général Boulanger, datée du matin et dont Vous trouverez copie¹ sous ce pli. — Vous Vous rappelez que, le 2 Mars, le Ministre de la Guerre écrivait, en nous retournant la carte sur laquelle figurait la ligne primitive de Vos instructions: «Pour ma part, je ne vois aucune objection au tracé que Vous indiquez»². Dans la lettre d'hier, et en réponse à la communication officieuse du tracé convenu, M. le Général Boulanger revient sur sa déclaration et demande une modification du tracé entre Ugine et le lac du Bourget, sans entrer dans les détails.

Cet après-midi, vers 5 heures, nous avons été reçus, M. le Colonel Schweizer et moi, par M. Flourens. Comme j'avais prévenu ce dernier, par un billet personnel, qu'il y avait accord avec M. le Ministre de la Guerre sur la question du tracé, j'ai commencé par montrer à M. le Ministre des Affaires Etrangères la lettre du 2 Mars de M. Boulanger, pour qu'il ne crût pas à une erreur volontaire de ma part.

1. Nicht abgedruckt.

2. Nr. 330, Anm. 7.

M. Flourens nous a répondu qu'il n'avait pas encore de communication écrite de la Guerre, mais qu'un attaché au Cabinet du Général Boulanger lui avait apporté une carte avec une ligne plus au Nord, à l'intérieur de celle prévue par le Conseil fédéral, entre Ugine, Faverges et Lescheraines. — M. Flourens n'est pas entré dans les détails, mais il a parlé une fois de route, en sorte que nous nous demandons s'il entend peut-être réserver aux troupes françaises la route d'Ugine à Faverges par la vallée. Le Ministre des Affaires Etrangères annonce pour demain ou après demain une communication plus précise à ce sujet.

Quant à la rédaction des six lettres³ à échanger, M. Flourens a demandé encore un certain temps pour mieux en étudier les termes & présenter ses observations. Il insiste pour que la gendarmerie reste en tout état de cause dans les provinces neutralisées; il croit aussi qu'il y aura lieu de stipuler quelque chose au sujet des prisons, mais en général, il préfère ne pas entrer à présent dans les détails.

Il y a une *autre question*, a continué le Ministre, *dont nous n'avons pas encore parlé*, et qui m'a paru devoir faire l'objet de stipulations précises entre nous. — La Savoie est une partie du territoire français; elle offre donc pour nous un intérêt tout spécial. Supposons que ce territoire soit plus directement menacé; supposons qu'un coup de main soit médité spécialement contre ce territoire. Vous pouvez être occupés ailleurs; Vous pouvez avoir besoin de toutes Vos troupes sur une autre frontière. — Il nous semblerait désirable que, si Vous êtes prévenus par nous du danger, et si Vous ne pouvez pas, pour un motif ou pour un autre, y faire face, nous ayons la faculté de protéger la Savoie, sans que cette défense d'une partie du territoire français par des troupes françaises constitue une violation de Votre neutralité.

Nous avons répondu que, si la Suisse avait cru pouvoir entrer en pourparlers, c'était uniquement pour régler les détails d'exécution des traités et pour éviter des frottements si l'on devait en arriver à une occupation. Aller au delà, prévoir la possibilité d'une violation de la neutralité, et, comme conséquence, une action plus ou moins commune des troupes françaises & des troupes suisses en Savoie, constituerait précisément une sorte, sinon d'alliance, tout au moins d'arrangement occasionnel franco-suisse en vue d'une éventualité déterminée, ce qui, dès le début, avait été considéré, de part & d'autre, comme devant être soigneusement & absolument évité; si la neutralité de la Savoie est violée, il en résultera les conséquences qui pourront résulter de toute violation de la neutralité suisse; toutes deux sont garanties sur le même morceau de papier; ce morceau de papier vaut ce qu'il vaut, pour les deux territoires neutralisés. Vouloir régler d'avance les conséquences d'une violation de la neutralité alors qu'on négocie seulement pour exécuter en détail des traités qui garantissent cette neutralité, cela constitue une pétition de principes. Nulle des Puissances ne peut savoir ce qu'elle fera si la neutralité de la Suisse est violée. C'est la guerre; c'est peut-être la guerre portée sur le territoire suisse, même sous prétexte de garantir cette neutralité. Le Conseil fédéral ne pourrait, semble-t-il, faire plus que de régler le fonctionnement de cette neutralité; aller au-delà, serait vouloir régler à l'avance des faits de guerre.

M. Flourens a répondu qu'il y avait cependant une distinction à faire entre la neutralité de la Suisse et celle de la Savoie. La Suisse est suisse; la Savoie est française. Il y a eu une époque où il a été question de supprimer la neutralité de la Savoie, et de lais-

3. *Vgl. Nr. 330.*

ser à la France, qui a son armée, le soin de défendre ce pays; *certaines Puissances ont répondu que la neutralisation de la Savoie leur était absolument indifférente*; on peut se demander si, aujourd'hui, toutes les Puissances assimilent complètement la neutralité de la Savoie à celle de la Suisse; or, pour la France, la réponse à cette question n'est pas indifférente.

J'ai répondu que la Suisse ne pouvait pas abandonner le terrain des traités, ni aller au delà de ce que les traités prévoyaient; la neutralité de la Savoie est pour nous la même en temps de guerre que celle de la Suisse; nous ne pouvons rien dire de plus; en cas de violation, il ne me paraît pas qu'on puisse rien stipuler, pas plus pour l'une que pour l'autre, comme aussi, d'autre part, une proclamation claire de notre neutralité, avec indications précises sur les conditions du fonctionnement de la neutralité en Savoie, nous aurait paru constituer une manifestation dont l'Europe tiendrait d'autant plus de compte que les arrangements sur les détails d'exécution seraient moins anciens. J'ai donc exprimé la pensée qu'il serait tout à fait désirable d'abandonner l'idée de mentionner le cas de violation dans les correspondances à échanger.

M. Flourens a répliqué que cette idée ne lui était pas personnelle, mais qu'elle était l'expression de la pensée de M. le Ministre de la Guerre & aussi de M. le Président du Conseil, auquel il en avait référé. Il a conclu en demandant du temps pour répondre sur les questions de rédaction et en promettant, ainsi que cela a été dit plus haut, qu'il nous transmettrait à très-bref délai, les observations de M. le Ministre de la Guerre sur la question du tracé.

Il semble résulter de ce qui précède que si, ce que nous ignorons encore, le Ministre de la Guerre réclamait réellement la route d'Ugine à Faverges pour les troupes françaises.

Nous nous trouverions en présence de deux difficultés graves, l'une *militaire* (impossibilité pour nous de communiquer entre deux points spécialement mentionnés dans le traité du 20 Nov[em]b[re] 1815, et l'autre *diplomatique* (impossibilité pour nous de stipuler des engagements spéciaux avec la France, en cas de violation du territoire neutralisé).

Il y a lieu, en tout cas, d'attendre la communication des changements de tracé annoncée par MM. Boulanger & Flourens, avant de se former une opinion définitive sur l'issue des pourparlers, ou sur l'opportunité de les rompre de notre chef & sans délai.

M. le Colonel Schweizer me demande expressément de Vous écrire que, dans sa pensée, la tournure prise par les pourparlers est de nature à l'engager à rentrer en Suisse, aussitôt que la nouvelle ligne militaire sera connue (ou éventuellement, sera discutée, si elle paraît discutable) et d'aller à Berne, pour vous rendre compte personnellement de sa mission.

333

E 2/1643

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
N. Droz*

B

Berlin, 11. März 1887

Für Ihre interessanten Mittheilungen vom 21^{ten} d. M.¹ bin ich Ihnen sehr zu Dank verpflichtet.

Über die bewussten Details des italienisch-österreichisch-deutschen Bündnisses kann ich Ihnen zur Zeit noch nichts Zuverlässiges mittheilen. Man beobachtet diesbezüglich im Auswärtigen Amte die grösste Reserve, und Bekannte von mir (deutsche Collegen), welche sonst von dort her über Alles unterrichtet sind, haben mich versichert, dass sie bis jetzt in dieser Frage nichts Genaueres haben in Erfahrung bringen können. So viel glaube ich aber den mir gewordenen Mittheilungen entnehmen zu dürfen, dass die fraglichen Compensationen für Italien eher in seiner Mittelmeer-Interessensphäre zu suchen sein dürften, wenn wirklich in dem in Frage liegenden Bündniss speciell von Compensation die Rede ist.

Dass Ihnen Herr von Bülow von der deutsch sozialistischen Presse in der Schweiz gesprochen hat, wundert mich keineswegs; denn ich weiss, dass der Fürst Bismark über diese Elaborate sich gelegentlich sehr schroff ausspricht, und dass man hier an officieller Stelle in letzter Zeit namentlich über eine anlässlich der Reichstagswahlen von Zürich aus lancierte Zeitung, in welcher die Vertreter der Regierung, der Kaiser sogar nicht ausgeschlossen, als Diebe illustriert wurden, im höchsten Grade aufgebracht war.

Die allgemeine Situation betreffend ist zu erwähnen, dass nach der Ansicht der officiellen und officiösen Kreise in dem Verhältnisse zwischen Deutschland und Frankreich wirklich eher eine «Détention» eingetreten zu sein scheint. Ob, wie Viele annehmen möchten, u. A. auch der Besuch von Lesseps in Berlin im Sinne dieser détention ausgelegt werden kann, lasse ich dahingestellt. Ich constatire nur, dass man sich hier grosse Mühe giebt, den grossen Gelehrten mit der grösst möglichen Zuvorkommenheit zu behandeln.

Andrerseits sollen auch die Beziehungen Deutschlands zu Russland trotz der neuesten Vorgänge in Bulgarien sich nicht nur nicht verschlechtert, sondern eher noch besser gestaltet haben, als sie es schon waren. Aus bester Quelle ist mir nämlich gestern mitgetheilt worden, dass der russische Botschafter, Graf Schouwalow, vor zwei Tagen dem Grafen Bismark in sehr verbindlicher und beruhigender Weise die bestimmtesten Zusicherungen gemacht habe, betreffend die Absicht Russlands, sich auch bei der neuen Lage der Dinge jeder gewaltsamen Einmischung in die bulgarische Frage zu enthalten.

Ferner wird auch eine Annäherung Englands an Italien in der Frage der Mittelmeer-Politik signalisiert und insofern für die Verbesserung der Situation escomptiert als dieselbe eine weitere Isolierung Frankreichs involviere.

1. Das Datum ist wahrscheinlich falsch. Es muss sich um Nr. 331 handeln.

Heute hat der Reichstag die Regierungsvorlage betreffend die Friedenspraesenz-Stärke der deutschen Armee, wie Sie den heutigen Abendzeitungen entnommen haben werden, in dritter Lesung, und somit *definitiv* angenommen; es steht zu erwarten, dass die Promulgation des Gesetzes in der aller kürzesten Frist erfolgen wird. Die Vorarbeiten für die sofortige Ausführung desselben sind durchwegs beendet.

Mit diesem Factor, d. h. mit dem Motiv des «Bangemachens», um die gedachte Vorlage durchzubringen, haben wir somit bei Beurtheilung der Kundgebungen der Kaiserlichen Regierung über die allgemeine Lage von nun an nicht mehr zu rechnen.

334

E 2/1643

*Der schweizerische Gesandte in Paris, Ch. Lardy,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
N. Droz*

B Teilweise chiffriert

Paris, 15 mars 1887, mardi

Hier lundi, à six heures du soir, M. le Commandant Hue, attaché militaire auprès de M. Flourens, Ministre des Affaires Etrangères, est venu à la Légation pour rapporter la carte sur laquelle nous avons tracé, le 12 de ce mois, les modifications demandées par la Suisse à la contre-proposition¹ française du 9 Mars entre Ugine & Lescheraines.

M. le Commandant Hue, après beaucoup de paroles plus ou moins utiles & qui ne paraissent pas tout à fait rentrer dans sa mission technique et militaire, a conclu:

1^o en repoussant tout changement aux propositions françaises quant au tracé, attendu *a)* que Faverges est un centre d'approvisionnement indispensable aux troupes françaises chargées de défendre le massif des Bauges entre Albertville et Montmélian au nord de la Vallée de l'Isère. *b)* que la Suisse ayant admis que Lescheraines pouvait être placé en dehors du territoire neutralisé, devait tout aussi bien admettre que Faverges eût le même sort.

2^o en soutenant que la Suisse s'étant abstenue en 1848, en 1859, en 1870, et, en général, depuis 1815, d'occuper la Savoie neutralisée, il était difficile de s'expliquer pourquoi, subitement, elle se trouvait si désireuse de faire valoir les anciens traités à l'égard d'un territoire étranger dont la situation était profondément modifiée depuis sa cession à la France, et qui ne pouvait être attaqué par l'Italie qu'après une violation de la neutralité suisse en Valais ou après une défaite des Français dans la Maurienne, au Mont-Cenis, au Petit S^t Bernard & à Albertville.

3^o en faisant observer que la France, dans sa défense de la Vallée de l'Isère, n'avait aucun intérêt à être gênée éventuellement dans sa ligne de retraite par la neutralisation du territoire au nord de cette vallée & par la crainte de voir ses troupes, après une défaite, désarmées au nord du massif des Bauges, sur le territoire même de la France,

1. Vgl. das Schreiben von Lardy an Droz vom 9. 3. 1887 (E 2/1643).

par les troupes d'un pays qui, pour être voisin et ami de la France, n'en sont pas moins des troupes étrangères qu'il est toujours pénible de voir sur son sol.

4^o en ajoutant que, dans la pensée de M. le Ministre des Affaires Etrangères, le danger d'une guerre était passé depuis le début des pourparlers, en sorte que la France n'avait plus d'intérêt positif et précis à se lier les mains, alors que, depuis 70 ans, on était resté dans un certain vague au sujet de l'étendue du territoire neutralisé et des conditions du fonctionnement de la neutralité.

L'entretien avec M. Hue a fini à 7 h^s20; je devais aller dîner à 7 h^s30 chez M. le Général Boulanger, Ministre de la Guerre, & n'avais que le temps de me rendre à cette invitation. Je me suis abstenu à ce dîner de parler de la Savoie, tant vis-à-vis de M. Flourens que vis-à-vis de M. le Général Boulanger, puisque M. le Colonel Schweizer et moi avons été dans l'impossibilité de conférer sur la marche à suivre.

Toutefois, j'ai dit au général Joung [!], chef du Cabinet de M. le Ministre de la Guerre, que je sortais d'un entretien avec M. le Commandant Hue, qui semblait avoir voulu rompre les pourparlers, soit de son chef, soit sur l'ordre de M. Flourens, en nous déclarant que, le danger étant passé, la France n'avait plus d'intérêt à négocier. M. Jung a répondu qu'il n'y comprenait rien, et qu'il avait seulement chargé M. Hue de demander pour la France la crête des Bauges, et qu'il parlerait immédiatement à M. le Général Boulanger de cet incident.

Enfin, connaissant l'influence de M. de Freycinet sur M. Goblet, Président du Conseil, j'ai cru pouvoir prendre sur moi d'exposer en quelques mots la situation à M. de Freycinet avec lequel j'avais à parler d'une petite affaire de succession intéressant une Vaudoise à son service. Freycinet parut vivement contrarié & me dit textuellement: «Il fallait, ou bien Vous dire qu'une discussion était inopportune & ne pas entrer en matière, ou bien, dès qu'on entrait en matière, régler amicalement cette affaire avec Vous. Ce qui se passe n'a pas de sens. Je vais aller aux informations et chercher à arranger les choses. Venez me voir un de ces matins.»

Cela exposé, il me sera permis d'ajouter les quelques considérations suivantes:

1^o M. le Commandant Hue n'aurait pas parlé comme il l'a fait sans y avoir été autorisé par M^r. Flourens ou plutôt sans avoir été expressément chargé de le faire. M^r. Hue a dit probablement trop vite ce que pense le Ministre des Affaires Etrangères: «le danger d'une guerre étant passé, la France n'a plus d'intérêt à se lier les mains.»

2^o Personnellement, j'ai l'impression que M^r. Flourens agit moins par hostilité ou par défiance envers nous que par crainte de se compromettre; il a peur d'une interpellation devant le parlement français, il redoute le reproche d'avoir rendu moins facile la défense du territoire français; il ne se sent pas assez sûr de sa situation personnelle pour oser quelque chose autrement que sous la menace d'un autre danger plus grave encore, et il ne paraît pas avoir l'amplitude de coup d'œil suffisante pour se rendre compte qu'il froisse la Suisse et lui rend difficile le rôle de confiance qu'elle jouait avec une franchise & un désintéressement absolus. M. Flourens ne paraît pas comprendre que de la part d'un grand pays la meilleure politique à l'égard d'un petit pays c'est: de se montrer large, facile sur les détails, et que la France a un intérêt majeur à faire à jamais disparaître les inquiétudes de certaines personnes en Suisse, à l'égard d'une distinction que la France serait disposée à établir entre la neutralité savoisienne et la neutralité suisse, ou les inquiétudes d'autres personnes trop défiantes, que la

France serait heureuse d'avoir des difficultés sur la question de la Savoie neutralisée afin de n'avoir pas à tenir compte le cas échéant de la neutralité de la Suisse. En d'autres termes il y a chez M^r- Flourens, j'en ai l'impression beaucoup moins mauvais vouloir ou intention de nous froisser que crainte pour sa situation personnelle, ou inquiétude de commettre un faux-pas. La perspective d'être en butte à des critiques inspirées par un amour-propre mal placé à raison de l'occupation d'une partie du territoire français par les troupes de la petite Suisse entre pour une forte part dans la somme des facteurs qui agissent sur M^r- le Ministre des Affaires Etrangères.

3^o Dans quelle mesure le Ministre de la Guerre est-il d'accord avec celui des Affaires Etrangères? Je l'ignore; j'ai la conviction que le Général Boulanger est infiniment trop intelligent pour ne pas comprendre la portée de la question et l'intérêt de la France dans cette affaire; il se rend parfaitement compte que la question n'est ni très grosse pour la France ni dangereuse pour un grand pays militaire. Je crois aussi que M. le Général Boulanger était parfaitement sincère lorsqu'il m'a remercié le 16 février² et nous a remerciés Mr Schweizer & moi le 28 du même mois³ d'aborder cette question. Seulement continuera-t-il à nous soutenir? Je ne crois pas qu'il faille espérer beaucoup de son concours pour le succès final, en ce sens que le Ministre des Affaires Etrangères pourra toujours sur le terrain politique et sur les questions administratives trouver les moyens de faire échouer les pourparlers, s'il le veut.

4^o Etant donné qu'à mesure que la situation générale semblait plus pacifique nous avons chaque fois reculé d'un pas pour l'arrangement de cette question, qu'on vient de faire. Je désire ne pas revoir M^r. Flourens sans avoir vos instructions.⁴

Il ne me paraît pas en première ligne que nous devions considérer le commandant Hue comme un personnage suffisant pour rompre sur ce qu'il nous a dit. Il importe qu'un Ministre responsable confirme les déclarations de cet officier pour qu'on ne puisse pas désavouer ou qu'on ne puisse pas prétendre que nous avons ajouté une importance exagérée à des dires personnels de sa part. Il importe tout autant que nous ne poursuivions pas naïvement une négociation sans issue, dans laquelle nous laissons un morceau de notre dignité.

Je me demande donc s'il n'y a pas lieu de poser nettement en notre nom à M^r. Flourens la question de savoir s'il est du même avis que M^r- Hue et s'il n'y a pas lieu aussi de poser la même question à M. Goblet, sur lequel je me réserve dans l'intervalle de faire agir son ami et patron M. de Freycinet. Cela n'est nullement agréable pour moi de me faire répéter des déclarations de ce genre, mais nous devons peut-être épuiser toutes les instances. Puis, ces instances françaises épuisées, voulons-nous poser la question de l'application de détail des traités de 1815 devant les grandes puissances, en prévenant la France de cette intention? C'est un jeu qui n'est pas sans péril, car si l'on a voulu la paix et si réellement on est sur le point de l'obtenir, les puissances ne demanderont qu'une chose, c'est que nous ne réveillions pas d'anciennes affaires, qui les intéressent médiocrement, qu'elles auraient acceptées sans phrases en cas d'entente entre la Suisse et le Souverain de la Savoie neutralisée, mais qu'elles nous prieront de laisser dormir, si cela n'entre pas dans leurs convenances du moment.

2. Vgl. Nr. 320.

3. Vgl. das Schreiben von Lardy an Droz vom 28. 2. 1887 (E 2/1643).

4. Mit Telegramm vom 18. 3. 1887 forderte das Politische Departement Lardy zu sofortiger Besprechung mit Flourens auf (E 2200 Paris 1/0185).

Il me paraît que la marche ultérieure des pourparlers dépend avant tout de vos intentions sur la conduite future de cette affaire. Nous pouvons laisser tomber le tout sans phrase, sauf à faire notre profit des incidents des trois dernières semaines. Nous pouvons vouloir aller plus loin, et conformément à nos traditions de loyauté & de droiture en prévenir le Gouvernement français. Sur ces points j'ai besoin de connaître vos impressions confidentielles, avant d'avoir de nouveaux entretiens avec les représentants du gouvernement français.

M. le colonel Schweizer me demande après avoir pris connaissance de ce qui précède d'ajouter que dans sa pensée le tracé français n'est pas acceptable et que le tracé indiqué [*dans*] votre office du 11 Mars⁵ doit être fermement maintenu, parce que la communication par la vallée ne doit pas pouvoir être menacée ou interrompue par des troupes étrangères dans cette même vallée. Nous n'avons pas eu occasion de parler du tracé éventuel dans le petit secteur à l'est et au sud de Faverges, l'ensemble de la discussion ne s'y prêtant pas. M. le Col. Schweizer estime que le côté militaire de la question paraît épuisé et s'attend à recevoir l'ordre de revenir à Berne, parce que la question lui paraît entrer dans une phase exclusivement diplomatique.

Je ne puis me refuser à Vous transmettre cette impression de M. le Colonel Schweizer, mais je tiens à ajouter que, depuis son arrivée, son concours a été pour moi si précieux, que je serais désolé d'en être privé, ne fût-ce qu'un jour trop tôt. On a besoin, dans des questions aussi délicates, d'échanger ses impressions, et personne n'est plus apte que M. Schweizer à comprendre et à partager les sentiments à la fois d'impartialité & de droiture envers tous qui nous ont guidés depuis le début des négociations; j'ose donc exprimer l'espoir qu'à moins de nécessités de service, le départ de M. le Colonel Schweizer pourra être retardé autant que possible.⁶

5. E 2200 Paris 1/0185.

6. *Anmerkung von Lardy am Schluss des Dokuments.* Pas le temps de relire.

335

E 2200 Paris 1/0185

*Der Bundespräsident und Vorsteher des Politischen Departements, N. Droz,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, Ch. Lardy*

S

Berne, 27 mars 1887

Votre rapport du 21 concernant votre dernier entretien avec M. Flourens sur la neutralité de la Savoie¹, ainsi que les détails que m'a fournis M. le Colonel Schweizer lors de son passage à Berne, ont produit sur moi l'impression qu'après avoir cherché à nous faire renoncer à la négociation au moyen des déclarations brutales du Comman-

1. *Laut diesem Schreiben hatte Flourens versichert: [...].* Ne vous inquiétez pas; nous nous entendrons. [...] (E 2/1643).

dant Hue, on veut maintenant traîner les choses en longueur pour qu'en tout cas le Ministère actuel n'ait pas besoin de conclure. Ce jeu ne saurait nous convenir, car il est fort possible qu'un nouveau Ministère nous déclare tout nettement qu'il ne s'envisage pas comme lié par les pourparlers engagés avec leurs prédécesseurs. Or, maintenant que la question est posée, il est pour nous d'un intérêt majeur de la mener à bonne fin.

Si M. Flourens avait confirmé les déclarations de son attaché militaire, j'aurais proposé au Conseil fédéral de notifier tout tranquillement au Gouvernement français notre manière de voir sur le tracé de la ligne et sur le règlement des rapports des troupes d'occupation avec les autorités civiles et les habitants, comme si aucuns pourparlers n'avaient eu lieu. Les Ministres actuels auraient dû avaler la pilule sans faire trop la grimace, car ils savent que leur attitude à notre égard a été compromettante.

J'estime que le même moyen peut être employé très utilement pour déjouer la nouvelle tactique que je crois entrevoir. Les jours du Ministère actuel sont évidemment comptés. Il peut se faire qu'après la rentrée de Pâques, une crise éclate. Si la négociation n'est pas encore terminée, il faudrait, avant le vote de la Chambre qui mettrait le Ministère en minorité, faire une notification dans le sens indiqué. Vous remettriez cette note en l'accompagnant de commentaires verbaux indiquant pourquoi, après les ouvertures faites par les Ministres français nous demandant de «faire vite et amicalement,» nous ne pouvons nous laisser éconduire comme un serviteur dont on n'a plus besoin.

Avant de faire au Conseil fédéral une proposition dans ce sens, j'aimerais avoir votre avis sur la question. J'ai rédigé un projet de note² que je joins à la présente en vous priant de me donner aussi votre opinion à ce sujet.³

Dans tous les cas, j'admets que vous ferez auprès de M. Flourens des démarches pour témoigner du désir du Conseil fédéral de voir terminer la négociation sans retard. Ou bien seriez-vous d'avis de n'en faire aucune, pour pouvoir dire, en présentant notre note, qu'étant sans réponse malgré les promesses faites, nous nous voyons obligés d'agir de la sorte?⁴

J'ai tenu à vous soumettre toutes ces questions dès maintenant, estimant qu'il est utile de profiter du répit forcé que la négociation subit, pour arrêter en commun, avec le calme et la maturité de la réflexion dont nous pouvons prendre le temps, la meilleure marche à suivre.

2. Nicht abgedruckt. Vgl. auch Nr. 338, Annex.

3. Lardy antwortete mit Schreiben vom 29. 3. 1887: [...]. Ce projet de note me semble absolument irréprochable à tous les points de vue, & je n'aurais pas la plus petite modification à proposer. [...](E 2/1643. — *Dementsprechend billigte der Bundesrat in seiner Sitzung vom 30. 3. 1887 den Notenentwurf* (E 1004 1/148, Nr. 1659).

4. Mit Schreiben vom 29. 3. 1887 schlug Lardy folgendes Vorgehen vor: [...]. Telle me paraît être la ligne de conduite à adopter; Remise de la note s'il y a crise ministérielle afin de constater que nous tenons à ce que la question ne disparaisse pas avec le Cabinet actuel. — Insistance, s'il n'y a pas crise, pour que les pourparlers soient menés rondement pendant les vacances. Si on n'en tient pas compte, remise de la note comme sorte de déclaration de nos intentions, sauf à la France à nous attaquer comme défenseurs, si elle n'accepte pas notre manière de voir (E 2/1643). — Vgl. auch Nr. 337.

336

E 1004 1/149

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 12. April 1887¹

1850. Neutralität Savoiens

Politisches Departement. Antrag vom 11. April 1887

I.

Herr Minister Roth in Berlin erstattet mit Schreiben vom 7. d.² Bericht über eine vertrauliche Unterredung, welche er am 6. dies. Abends, mit dem in hohem Masse das Vertrauen des Fürsten Bismark besitzenden ersten vortragenden Rate der politischen Abteilung des auswärtigen Amtes, Baron von H.³, hatte, und welche ausser einem kleinen Vorgange an der badischen Grenze betreffend einen eventuellen Truppentransport (Reservisten) im Falle einer Kriegsmobilisation durch schweizerisches Gebiet, dessen Unzulässigkeit von den Deutschen Behörden anerkannt worden war, die Savoierfrage zum Gegenstande hatte. Dieser Bericht enthält folgende zwei Stellen:

1. «Dann ging Baron v.H. auf die Savoier-Frage über und sprach sich diesbezüglich wie folgt aus:

«Als Sie mir vor einiger Zeit, anlässlich unserer Unterhaltung über die sogen. politischen Verhandlungen mit Italien, von Savoyen sprachen, war ich nicht in der Lage, hierüber mich zu äussern. Wir hatten uns bis dahin mit dieser Frage noch gar nicht befasst. Seither sind wir aber derselben näher getreten und nunmehr zu dem Schlusse gelangt, dass, mit Rücksicht auf unser Verhältnis zu Italien, für den Fall eines Krieges mit Frankreich für uns die Besezung Savoyens durch schweizerische Truppen *nicht* erwünscht wäre. Hievon haben wir bereits auch Herrn von Bülow Mitteilung gemacht. Wir stützen uns hiebei einfach auf das Präcedens von 1870. Damals hat sich Frankreich gegen die Besezung Savoyens durch die Schweiz ausgesprochen und, so viel mir bekannt, u. A. geltend gemacht, dass durch die Annexion Savoyens an Frankreich die für die Schweiz in Frage kommenden Bestimmungen der frühern Verträge gegenstandslos geworden seien. Die Schweiz hat denn auch damals auf die Besezung Savoyens verzichtet. Sollte nun im Falle eines Krieges zwischen Frankreich einer- und Deutschland-Italien andererseits die Schweiz Savoyen dennoch besezen wollen, so hätte dies nach unserer Auffassung den Effekt einer zu unserem Nachteil Frankreich gewährten Vergünstigung, auf welche es nach seinem Verhalten von 1870 zudem nicht den geringsten Anspruch erheben kann.»

2. «Dieser Gegenstand führte uns, für mich erwünschtermassen, wieder auf die allgemeine Situation und speziell auf das sogen. italienische Bündnis. Ohne Umschweife stellte ich dann auch sofort die Frage, ob wirklich in diesen Abmachun-

1. *Abwesend: Welti.*

2. E 2/1643. *Vgl. auch Nr. 370, Anm. 3.*

3. *von Holstein.*

gen eventuelle Kompensationen vorgesehen und wenn ja, ob etwa einzelne dieser Kompensations-Objekte in unserer Interessenssphäre gelegen seien.»

Hierauf gab mir Baron v.H. folgende kategorische Antwort:

«Ich gebe Ihnen, ohne jede reservatio mentalis, die bestimmteste Versicherung, dass in diesen Abmachungen auch nicht mit einer Silbe von derartigen Kompensationen die Rede ist. Ich selbst habe bei den Verhandlungen mitgearbeitet und kenne die Abmachungen in ihrem vollen Umfange. Seien Sie also vollkommen beruhigt.» etc. Nach Antrag des politischen Departements wird Herrn Minister Roth ein von jenem über die Neutralität Savoiens verfasstes Promemoria übermittelt, mit der Einladung, dasselbe dem Baron v.H., der von dem, was sich im Jahre 1870 zutrug, nicht unterrichtet zu sein scheine, zur Kenntnis zu bringen und ihm auf seinen Wunsch Abschrift davon zu belassen.

Dieses Promemoria lautet:

—1.—

Art. XCII de l'acte final du Congrès de Vienne:

«Les provinces de Chablais et du Faucigny, et tout le territoire de Savoie au nord d'Ugine, appartenant à S.M. le Roi de Sardaigne, feront partie de la neutralité de la Suisse, telle qu'elle est reconnue et garantie par les Puissances.

En conséquence, toutes les fois que les Puissances voisines de la Suisse se trouveront en état d'hostilité ouverte ou imminente, les troupes de S.M. le Roi de Sardaigne qui pourraient se trouver dans ces provinces, se retireront, et pourront à cet effet passer par le Valais, si cela devient nécessaire; aucunes autres troupes armées d'aucune autre Puissance ne pourront traverser ni stationner dans les provinces et territoires susdits, sauf celles que la Confédération suisse jugerait à propos d'y placer; bien entendu que cet état de choses ne gêne en rien l'administration de ces pays, où les agents civils de S.M. le Roi de Sardaigne pourront aussi employer la garde municipale pour le maintien du bon ordre.»

—2.—

Acte de Paris du 20 novembre 1815:

«Les Puissances reconnaissent et garantissent également la neutralité des parties de la Savoie, désignées par l'acte du Congrès de Vienne du 29 mars mil huit cent quinze, et par le traité de Paris de ce jour, comme devant jouir de la neutralité de la Suisse de la même manière que si elles appartenaient à celle-ci.

Les Puissances signataires de la déclaration du 20 mars reconnaissent authentiquement, par le présent Acte, que la neutralité et l'inviolabilité de la Suisse, et son indépendance de toute influence étrangère, sont dans les vrais intérêts de la politique de l'Europe entière.»

—3.—

Traité de Turin du 24 mars 1860 (Art. 2):

«Il est entendu que Sa Majesté le Roi de Sardaigne ne peut transférer les parties neutralisées de la Savoie qu'aux conditions auxquelles il les possède lui-même, et qu'il appartient à Sa Majesté l'Empereur des Français de s'entendre à ce sujet, tant avec les Puissances représentées au Congrès de Vienne qu'avec la Confédération helvétique, et de leur donner les garanties qui résultent des stipulations rappelées dans le présent article.»

—4.—

Déclaration de neutralité du Conseil fédéral⁴ (18 juillet 1870):

«Relativement aux parties de la Savoie qui, aux termes de la déclaration des grandes Puissances

4. *Vollständig abgedruckt in: DDS 2, Nr. 252.*

du 29 mars 1815, de l'acte final de Vienne du 9 juin 1815, du traité de Paris du 20 mai 1815, art. III, et de l'acte de reconnaissance et de garantie de la neutralité suisse, portant la même date, doivent jouir d'une neutralité identique à celle de la Suisse, disposition que la France et la Sardaigne ont confirmée à l'art. 2 du traité de Turin précité, du 24 mars 1860, le Conseil fédéral croit devoir rappeler que la Suisse a la droit d'occuper ce territoire. Le Conseil fédéral ferait usage de ce droit si les circonstances lui paraissaient l'exiger pour la défense de la neutralité suisse et de l'intégrité du territoire de la Confédération; toutefois il respectera scrupuleusement les restrictions que les traités apportent à l'exercice du droit dont il s'agit, et il s'entendra à cet égard avec le gouvernement impérial français.»

—5.—

Le Ministre des Affaires étrangères de France ayant cru pouvoir admettre que la phrase finale ci-dessus signifiait que la Suisse n'adopterait aucune mesure sans une entente préalable avec le gouvernement de l'Empereur⁵, M. Kern fut chargé de faire savoir que «le Conseil fédéral ne saurait restreindre l'exercice de son droit par un défaut éventuel d'entente sur le mode d'occupation.» Une note fut remise partant: «C'est avec satisfaction que le Conseil fédéral a pris acte du fait que le gouvernement Impérial ne conteste pas les droits de la Suisse. Mais une erreur qui s'est glissée dans la note de M. le Duc de Grammont lui paraît devoir être rectifiée. M. de Grammont semble partir de l'idée que le Conseil fédéral aurait promis de ne prendre aucune mesure sans une entente préalable avec le gouvernement Français. Le gouvernement fédéral n'a cependant nullement exprimé cette pensée dans la déclaration de neutralité et il se réfère pour cela aux termes mêmes de cette déclaration. Ce n'est point sur le droit lui-même ou sur l'usage de ce droit, dans un cas spécial, que le Conseil fédéral a fait mention d'une entente préalable, mais sur le mode de procéder relatif à l'exécution de ce droit, comme les mots «à cet égard» le donnent clairement à entendre. S'il eût été autrement, le Conseil fédéral aurait placé son droit entre les mains du gouvernement Français. Le Conseil fédéral entend se réserver, comme cela est dans la compétence de tout ayant-droit, la faculté d'apprécier, suivant les circonstances, s'il y a lieu de faire usage de son droit. Si ce cas devait se présenter, il s'empresserait d'en informer à temps le gouvernement Français, afin que celui-ci pût éventuellement retirer ses troupes et afin de faciliter une entente sur l'exercice des Pouvoirs civils et militaires, auxquels la Suisse ne saurait prétendre en ce qui la concerne.»⁶

—6.—

Le 9 novembre 1870, le Conseil fédéral, considérant que les troupes allemandes se rapprochaient de la Savoie, décida qu'il y aurait lieu, le cas échéant, de faire occuper ce pays, et résolut en même temps d'envoyer un délégué à Tours.⁷ Les instructions⁸ ci-jointes furent adoptées pour lui être remises. La marche ultérieure des troupes allemandes n'ayant pas rendu ces mesures nécessaires, le délégué ne partit pas.

—7.—

En février 1871, les Conseils municipaux de la Savoie transpirent au Conseil fédéral une délibération prise sur l'initiative du Comité républicain de Bonneville et portant ce qui suit:

«Considérant que les armées ennemies se rapprochent de nos contrées et n'en sont plus qu'à une faible distance; que notre pays peut être envahi d'un moment à l'autre;

Considérant que l'absence de toutes les forces vives du pays nous prive de tous nos moyens de défense;

Considérant que les traités de 1815 garantissent la neutralité de notre territoire et donnent à la Suisse le droit de l'occuper militairement;

5. Vgl. DDS 2, Nr. 260.

6. Vgl. das Telegramm des Bundesrates an Kern vom 12. 8. 1870 (E 2/1641).

7. Beschluss des Bundesrates vom 9. 11. 1870 (E 1004 1/83, Nr. 4716). Vgl. auch DDS 2, Nrn. 300, 301.

8. DDS 2, Nr. 301.

Délibère de demander l'exécution des traités de 1815 en ce qui concerne cette neutralité, et de faire instance auprès de la Confédération suisse pour occuper immédiatement le territoire neutralisé.⁹»

—8.—

A la même époque, des pourparlers eurent lieu à Berne entre le Président de la Confédération, M. Schenk, et le Ministre de France, M. de Châteaurenard¹⁰, à la suite desquels ce dernier annonça que M. Jules Favre était disposé à entrer en négociation, aussi vite que les circonstances le permettraient, pour régler les questions de détail qui se rapportent à l'exercice du droit de la Suisse. En date du 13 mars, des instructions¹¹ furent envoyées à M. Kern, mais les événements (proclamation de la Commune, etc.) ne permirent pas de donner suite à ces pourparlers.

—9.—

En 1883, la question de Savoie fit l'objet d'une correspondance diplomatique entre le Conseil fédéral et le gouvernement français. Il s'agissait du projet attribué au génie militaire français d'élever des fortifications sur le Mont Vuache. A la note écrite du Conseil fédéral¹², M. Jules Ferry répondit en date du 14 décembre 1883:

«Nous ne voyons aucune difficulté à faire connaître qu'il n'entre pas dans nos intentions d'établir un ouvrage de fortification au Mont Vuache et que dans les études pour la mobilisation, l'état major français s'est attaché à respecter complètement le territoire neutralisé.»¹³

Ainsi, en aucun temps et en aucun cas, la Suisse n'a renoncé à l'occupation de la Savoie, en tant que celle-ci résulte des stipulations internationales ci-dessus rappelées.

II.

Von Herrn Minister Lardy ist betreffend die Savoier-Neutralitätsfrage ein weiterer Bericht dd. 7. d. M.¹⁴ eingelangt. Er wünscht, dass die Stelle, welche in der vom Bundesrat am 30. März genehmigten, an das französische Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten zu richtenden Note¹⁵ gestrichen wurde: «bien que'une telle convention / qu'un tel acte bilatéral / ne soit pas prévu(e) par les traités», belassen werde.

Herr Lardy übermittelt sodann die von Herrn Oberst Pfyffer redigirte Beschreibung der Grenzlinie der neutralen Zone, welche dieser Note nebst einer Karte mit eingezeichneter Linie beigegeben werden soll.

Diese Grenzbeschreibung lautet:

[...].¹⁶

Herr Lardy beabsichtigt, da das Ministerium Goblet für mehr als einen Monat wieder als gesichert erscheint, bei Herrn Flourens, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, etwa in 14 Tagen auf eine Erledigung dieser Frage zu dringen und je nach der Antwort sofort oder nach einigen Tagen die Note zu übergeben.

9. Vom 16.—27. 2. 1871 wurden in Hochsavoyen 39 derartige Entschliessungen von Gemeinderäten und zahlreiche Volkspetitionen durchgeführt (E 2/1641).

10. Vgl. DDS 2, Nr. 343.

11. E 2/1641.

12. Vgl. Nr. 252.

13. Nr. 255, Annex.

14. E 2/1643.

15. Ibid.

16. Die detaillierte Grenzbeschreibung ist weggelassen.

Nach Antrag des politischen Departements erklärt sich der Bundesrat mit der Belassung des obenerwähnten Sazes einverstanden, genehmigt die vorgelegte Grenzbeschreibung und heisst das von Herrn Lardy beabsichtigte Verfahren gut.

337

E 2200 Paris 1/0185

*Der Bundespräsident und Vorsteher des Politischen Departements, N. Droz,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, Ch. Lardy*

S

Berne, 16 avril 1887

J'ai bien reçu votre lettre du 13 courant¹ concernant la question de Savoie. Vous aurez aussi reçu sans doute la nôtre du 12² relative à la même question et par laquelle nous vous autorisons à rétablir dans la note à M. Flourens les mots «bien qu'une telle convention (un tel acte bilatéral) ne soit pas prévue par les traités,» en même temps que nous approuvons la marche que vous vous proposez de suivre.

Aujourd'hui, profitant du départ de M. Jules Marquard, je vous envoie les dernières directions que vous désirez.

Certains indices nous font supposer que l'Italie a eu vent que quelque chose se préparait au sujet de la Savoie, ce qui ne lui est pas précisément agréable.³ Le Conseil fédéral n'y voit pas un motif de renoncer à régler la question, mais il est bien plutôt d'avis d'aller de l'avant pour sauvegarder, d'une manière définitive, des droits qui, tantôt d'un côté, tantôt de l'autre, sont à chaque circonstance remis en question. Nous ne pouvons donc qu'approuver pleinement la remise de la note⁴, mercredi 20 courant, et même il est *hautement* à désirer qu'elle le soit en tout état de cause. Présentez-la donc à M. Flourens de la manière la plus douce, ainsi que d'ailleurs vous en avez l'intention. Naturellement que, comme vous nous l'avez proposé, la note doit porter la date du 23 février, début des négociations effectives. Il y a un intérêt de *premier ordre* à ce que cette date soit en tête de la note, et à ce que la Suisse ait l'initiative des négociations. Pour M. Flourens, cela ne peut être qu'agréable, d'après tout ce qu'il vous a dit précédemment, et nous avons des motifs très sérieux de pouvoir plus tard faire la preuve que nous n'avons pas attendu à ce moment de nous occuper de la question. Il faut établir le plus vite possible un fait accompli.

1. E 2/1643.

2. *Nicht abgedruckt.*

3. *Vgl. dazu das Schreiben von Lardy an Droz vom 1. 3. 1887, laut welchem der italienische Gesandte in Paris, Rössmann, erklärt hatte: [...] qu'on avait appris à Rome que M^r Flourens aurait à diverses reprises excité la Suisse contre l'Italie en faisant croire à Berne que le Gouver[n]e[m]e[n]t italien nourrissait des intentions hostiles à notre égard. Un pareil jésuitisme est scandaleux. On doit savoir à Berne que l'Italie n'a pas la plus petite pensée d'hostilité envers la Suisse et est formellement résolue à respecter de la façon la plus complète la neutralité helvétique. [...]* (E 2/1643).

4. *Nr. 338, Annex.*

Attachez-vous à faire comprendre à M. Flourens, s'il avait des velléités de répondre à notre note d'une manière défavorable, que le Conseil fédéral ne pourrait se dispenser de relever la conduite contradictoire qu'on a tenue à notre égard et dont les lettres du général Boulanger⁵ sont des témoignages irrécusables. Vous verrez s'il y a lieu d'employer cette sorte d'argument; je sais d'ailleurs que je puis m'en rapporter à vous pour agir au mieux.

Le but de ces lignes n'est par conséquent pas de vous indiquer ce que vous avez à dire. Vous saurez trouver les meilleures raisons à donner suivant l'accueil fait à votre démarche. Mais je tiens à vous dire, d'une manière générale, que nous attachons au résultat de cette démarche la plus haute importance. Si vous pouvez la faire réussir, comme je l'espère, vous aurez rendu un service éminent au pays.

Si M. Flourens vous objectait qu'il préfère continuer les négociations sur le pied actuel, vous répondriez que le Conseil fédéral vous a chargé expressément de remettre la note, ce qui n'empêche nullement la continuation des pourparlers, tout au contraire, puisqu'on leur donne un point de départ certain.

Je vous ai écrit un peu à bâtons rompus, ayant été dérangé à plusieurs reprises depuis que ma lettre est commencée. Si l'ordre logique des idées fait un peu défaut, vous le rétablirez de vous-même. Je vous ai dit l'essentiel.

5. Vgl. Nr. 330, Anm. 7 und das Schreiben von Boulanger an Lardy vom 6. 3. 1887 (E 2200 Paris 1/0185).

338

E 2/1643

*Der schweizerische Gesandte in Paris, Ch. Lardy,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
N. Droz*

B

Paris, 20 avril 1887, 6 h^s 15

Il y avait foule cet après-midi à 4 heures chez le Ministre des Affaires Etrangères, & je n'ai été reçu qu'après cinq heures.

J'ai dit à M. Flourens que la situation politique générale ne nous paraissait pas se rasséréner aussi complètement qu'on pouvait le désirer, et que, devant les incertitudes dont il avait bien voulu m'entretenir lui-même il y a une quinzaine de jours¹, le Conseil fédéral tenait à préciser la position prise par nous dans la question de la Savoie neutralisée, et à résumer dans une note² le point de vue auquel nous nous sommes placés. Cette note, ai-je ajouté, ne contient pour Vous rien de nouveau, rien qui ne Vous soit entièrement connu. Comme Vous avez manifesté le désir que nous prissions l'initiative des négociations, nous lui avons donné la date du 23 Avril³, c'est

1. Vgl. das Schreiben von Lardy an Droz vom 7. 4. 1887 (E 2/1643).

2. Als Annex abgedruckt.

3. Randnotiz: sans doute février. E. Rodé.

à dire la date du jour de ma première démarche officielle en compagnie de M. le Colonel Schweizer.⁴ — Il est tout naturel que nous acceptions la responsabilité de cette initiative, puisqu'il est tout naturel que la Suisse se préoccupe à un haut degré de cette question si importante pour elle, si étroitement connexe avec sa propre situation internationale; nous tenons donc à ce que nos déclarations verbales soient confirmées par une déclaration écrite portant la même date.

M. Flourens, après avoir parcouru la note, m'a remercié de ma démarche, s'est déclaré absolument d'accord avec ce mode de procéder, et notamment avec l'inscription de la date du 23 Février. Bien que la question soit importante pour la France aussi, a-t-il ajouté, on pourrait peut-être avoir quelques susceptibilités chez certains tiers si l'on nous attribuait l'initiative des pourparlers; à cet égard aussi, Votre note est la bien-venue.

J'ai alors fait observer que notre but étant d'éviter des conflits & des froissements dans le cas où les circonstances de la politique générale viendraient à motiver une occupation de la Savoie, nous désirions avant tout ne pas faire naître entre nous des difficultés actuelles pour éviter des difficultés futures; — que je ne venais donc pas pour le presser à tout prix & toutes affaires cessantes de suivre aux pourparlers de détail sur les questions de rédaction, mais que nous étions surpris de la lenteur de la marche de cette affaire, alors qu'au début, on s'était montré de part & d'autre très vivement désireux d'aller vite, d'écarter ce qui pouvait nous diviser & de rester pratiques. Les questions pratiques sont si peu nombreuses, si simples, qu'on pourrait presque se contenter de la note de ce jour, acceptée par la France même tacitement, bien que l'échange des correspondances dont il avait en mains les projets semblât préférable & ne nécessitât pas de bien longues négociations.

M. Flourens a répliqué qu'en effet, les difficultés de détail étaient minimes; en ce qui concerne la ligne & la question de Faverges, le Ministre de la Guerre est d'avis que l'importance de la chose est très-secondaire ou tout au moins secondaire; — M. le Ministre des Affaires Etrangères a alors pris son trousseau de clefs, ouvert le tiroir du milieu de sa table de travail & m'a montré nos trois projets de dépêches, pour bien prouver qu'il considérait leur lecture comme sa tâche personnelle pressante. — Il a dit qu'il avait lu nos projets⁵, qu'en général il était d'accord; qu'il avait entretenu très-brièvement le Conseil des Ministres de la question, sans qu'il y ait eu discussion, et qu'il l'avait fait avec une grande réserve, parce qu'il y a en France, comme ailleurs parfois, des Ministres qui parlent trop. — M. Flourens désire encore une fois consulter le Président du Conseil, M. Goblet, en sa qualité de Ministre de l'Intérieur; le seul point à redouter serait l'action produite sur l'opinion publique savoisiennne; les Sénateurs ou les Députés de cette contrée ont parlé, non pas de nos négociations, mais de l'état des esprits soit à l'égard de la Suisse, soit à l'égard de l'Italie; «dès que j'aurai pu me renseigner à ce sujet auprès de M. Goblet, ce qui est parfois difficile car le Président du Conseil n'a pas beaucoup d'heures de liberté, je compte que nous pourrons aller de l'avant.»

J'ai alors pris sur moi, en ayant soin de dire que je parlais en mon nom personnel à M. Flourens, et que ce n'était pas le Ministre de Suisse qui parlait au Ministre des Affaires Etrangères, de dire que l'état des esprits en Savoie tout en étant un facteur

4. *Vgl. Nr. 325.*

5. *Vgl. Nr. 330.*

dont il y avait à tenir compte, ne semblait pas devoir être considéré comme un facteur décisif. C'est ainsi qu'en 1870/71, les autorités savoisiennes & la population ont demandé avec insistance à la Suisse d'envoyer des troupes dans la zone neutralisée⁶, et que la Suisse n'avait pas jugé nécessaire d'accéder à ce vœu aussi longtemps que le théâtre de la guerre ne se rapprochait pas de la Savoie. — Il s'agit moins des vœux des populations que d'une question d'ordre général, de l'attitude de la Suisse à l'égard du territoire neutralisé. Nul ne sait ce que réserve l'avenir, quelles incitations pourront être faites ou renouvelées; il est bon, pratique, prudent, de fixer dès à présent notre politique à cet égard, pour que vis-à-vis de tous ceux qui voudraient aller au delà ou au delà, on puisse répondre par une ligne de conduite arrêtée.

J'ai vu que M. Flourens avait parfaitement compris ce que je voulais lui faire comprendre, à savoir qu'en 1870, si nous avions eu des arrière-pensées de conquête, il n'aurait guères tenu qu'à nous de mettre ces plans à exécution, d'une part — et d'autre part, que la France a intérêt à régler cette question avec nous sur la base des traités de 1815 pour que d'autres ne nous offrent pas de la régler d'une autre manière.

En terminant, M. le Ministre des Affaires Etrangères m'a encore remercié de la démarche que Vous m'avez chargé de faire auprès de lui; l'entretien n'a pas cessé d'avoir un caractère tout à fait dépourvu de gêne. Sur la question d'accepter tacitement notre note, M. Flourens n'a pas répondu, mais j'ai remarqué qu'il a parfaitement noté ma phrase dans son esprit.

Quoiqu'il en soit, la note est remise, avec la date acceptée du 23 Février. Elle est reçue, non pas avec mauvaise humeur, mais comme une manifestation à la fois amicale & ferme de notre manière de voir.

Je rappellerai à M. Flourens, d'ici à huit ou quinze jours, suivant les circonstances, sa promesse de conférer avec M. Goblet et nous verrons.⁷

En somme, ce qui me frappe plutôt dans cet entretien, c'est que M. Flourens n'a nullement paru ennuyé que je lui parlasse de la question; je crois qu'il a été impressionné favorablement par notre crânerie, & que, ne craignant plus d'être rendu responsable de l'initiative des pourparlers verbaux dont il ne resterait pas de traces, il sent qu'il n'y a pas de piège à craindre.

Je Vous écris en sortant du Ministère, afin de pouvoir confier ce rapport à un jeune Bernois, fondé de pouvoirs du Crédit Lyonnais, M. de Fischer, qui part ce soir pour Berne & Vous remettra demain matin la présente lettre.

ANNEX

E 2200 Paris 1/0185

*Der schweizerische Gesandte in Paris, Ch. Lardy,
an den französischen Aussenminister, E. Flourens*

Kopie

N

Paris, 23 février 1887

Les incertitudes de la situation politique générale ont engagé le Conseil Fédéral à se préoccuper de la neutralité de la Savoie, garantie par les traités européens. Il s'est demandé quelles seraient les mesures de détail qu'il aurait à prendre, le cas échéant, en exécution des stipulations internationales

6. Vgl. E 2/1641 und DDS 2, Nrn. 297, 298, 300.

7. Vgl. Nr. 340.

dont il s'agit, et il s'empresse de faire connaître au Gouvernement de la République française les résultats de l'examen auquel il s'est livré.

Les détails d'exécution que les stipulations des traités ont laissées à la pratique concernent:

1^o le tracé exact de la ligne qui, aux termes de l'acte du 20 Novembre 1815, doit être tirée «depuis Ugine (y compris cette ville), au midi du lac d'Annecy, par Faverges jusqu'à Lescheraines, et de là au lac du Bourget jusqu'au Rhône». ⁸

2^o les rapports des troupes d'occupation avec les autorités civiles et les habitants.

Voici les règles que le Conseil Fédéral croit qu'il y aurait lieu d'observer si les circonstances prévues par l'article 92 de l'acte final du Congrès de Vienne⁹ venaient à se produire:

En ce qui concerne le tracé de la ligne extérieure de la région de neutralité, il lui paraît que ce tracé est suffisamment indiqué par le libellé de l'acte du 20 Novembre 1815 pour qu'il ne puisse s'élever aucune contestation à ce sujet. La carte ci-jointe¹⁰, avec la description¹¹ y annexée, fixe ce tracé d'une manière strictement conforme au sens littéral dudit acte. Tout d'abord, la ville d'Ugine se trouve expressément comprise dans la région de neutralité; les mots «par Faverges» signifient indubitablement que cette localité y doit également rentrer; quant aux mots «*jusqu'à* Lescheraines», «*au* lac du Bourget», ils indiquent clairement que ces points doivent être touchés extérieurement par la ligne; c'est-à-dire laissées en dehors de la zone neutralisée.

En ce qui concerne les rapports des troupes d'occupation avec les autorités civiles et les habitants, il est dans la nature des choses que le même traitement soit appliqué sur toute l'étendue du territoire neutralisé tant suisse que savoisien, sous le rapport soit des prestations à fournir à la troupe et des indemnités à payer en échange, soit de la juridiction militaire. Ces divers points sont déterminés de la manière la plus équitable par les lois et règlements suisses, et le Conseil Fédéral estime que les populations savoisiennes ne peuvent désirer rien de mieux que les égards et le traitement garantis sous ce rapport aux populations suisses.

L'art: 92 de l'acte final du Congrès de Vienne assure le fonctionnement de l'administration civile, qui ne doit être gêné en rien par les dispositions militaires que la Confédération suisse jugera à propos de prendre. Il va de soi que les autorités civiles ne doivent, de leur côté, rien faire qui soit contraire aux intérêts de la défense du pays, et que les agents de police dont elles disposent ne seront employés, sous leurs ordres, qu'à leur service habituel. Le Conseil fédéral est en outre d'avis que la présence d'un commissaire civil suisse pourrait, à l'occasion, faciliter les bons rapports des troupes d'occupation avec les autorités civiles et les habitants.

Deux autres points de détail doivent encore être abordés ici. Il paraît utile et même nécessaire qu'en cas d'occupation, un service de postes et de télégraphes soit organisé pour les troupes suisses. Le Conseil fédéral ne manquerait pas de s'entendre avec l'Administration française pour déterminer les détails de cette organisation. L'autre point concerne les approvisionnements et envois destinés à l'usage de la troupe, que le Gouvernement français jugera sans doute équitable d'exempter de tous droits et contributions.

Le Conseil fédéral aime à croire que les principes, qui ne sont à ses yeux que la conséquence toute naturelle des stipulations des traités, ne rencontreront pas d'objections de la part du Gouvernement de la République française. Il les appliquera scrupuleusement, le cas échéant, et il est du reste disposé à donner à la présente déclaration la forme d'un acte bilatéral, si le désir en est manifesté, bien qu'un tel acte bilatéral ne soit pas prévu par les traités.

Persuadé d'ailleurs que le gouvernement français accueillera cette démarche comme une preuve du sincère désir qui anime le Conseil fédéral d'observer scrupuleusement, vis-à-vis de tous les Etats, les stipulations qui garantissent la neutralité savoisienne, à laquelle nos deux Pays sont plus particulièrement intéressés, — et non moins convaincus que les loyales déclarations qui précèdent contribueront à resserrer les liens étroits d'amitié qui les unissent depuis si longtemps, [...].¹²

8. OS 1820, 1, S. 103.

9. *Vgl. Nr. 336.*

10. *Nicht ermittelt.*

11. *Nicht abgedruckt.*

12. *Es folgt die Grussformel.*

E 2300 Paris 40

*Der schweizerische Gesandte in Paris, Ch. Lardy,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
N. Droz*

B Teilweise chiffriert

Paris, 4 mai 1887 (trois heures)

M. Crowe a appris de l'attaché militaire allemand à Paris, de Huene¹, que le Général Boulanger était tellement inconvenant dans ses rapports avec lui qu'il évitait de le saluer lorsqu'il le rencontrait dans le monde ou dans ses promenades à cheval au Bois de Boulogne.

Crowe ayant demandé où pouvait conduire un état de choses dans lequel un attaché militaire évitait de reconnaître le Ministre de la guerre, auprès duquel il est accrédité, et cependant continuait à rester à son poste, M. de Huene aurait répondu: «Wir treiben zum Kriege», ce qui peut signifier aussi bien nous marchons à la guerre que nous poussons à la guerre.

D'autre part, le même von Huene montrant à Crowe, avec lequel il se promenait, divers personnages à mines de policiers qui couraient des bordées dans le voisinage, aurait ajouté: «Flourens a si peur qu'il m'arrive le moindre accident qu'il m'a fait offrir une escorte. Naturellement j'ai refusé.»

Le même Crowe ayant rencontré à cheval au Bois le chargé d'affaires allemand M. de Leyden et s'étant félicité de ce que l'affaire Schnaebeler fut finie: «Oh! finie,» aurait répliqué Leyden. «Oui, jusqu'à ce qu'elle recommence; cela ne durera probablement pas très longtemps; les choses vont aussi vite que mon cheval.» Il donna un énergique coup d'épée et partit au galop. Je m'empresse d'ajouter que le Comte Leyden est un fort jeune homme qui n'a pas encore eu l'occasion de prouver sa force, il en est tout autrement de Monsieur de Huene, militaire très-distingué, dit-on.

Enfin mon interlocuteur britannique continuait à signaler les intentions pacifiques de l'Empereur Alexandre III comme se confirmant toujours d'avantage. D'après des correspondances particulières, il serait mal vu de l'armée qui lui reprocherait d'avoir peu de goût pour les choses militaires et d'affecter de s'amuser sous une tente avec ses enfants pendant les revues. Est-ce qu'à Berlin on compte sur l'apathie d'Alexandre III et qu'on veut en profiter pour exciter la France et l'amener à déclarer la guerre à l'Allemagne? Cela est très possible, car, d'après mon interlocuteur, M. de Bismarck a été gaté par la toute puissance, il ne se gêne pas de traiter brutalement même ses amis du moment, les Anglais, et n'est pas retenu dans cette voie par son fils, au contraire. — Il est absolument capable de faire la guerre, si ses renseignements politiques et militaires lui permettent de compter sur la victoire; lui qui affirmait jadis ne pas vouloir agir comme Napoléon I^{er} commence peut-être à donner des signes précurseurs de la même folie, a ajouté Monsieur Crowe, pour lequel le crime de haute-trahison contre l'Allemagne commis en France par un français est d'ailleurs une notion tout à fait nouvelle.

1. *Es handelt sich vermutlich um den Kanzleichef der deutschen Botschaft, Eugen Hoene.*

Quant à l'insurrection de Crète, il affirme que non seulement l'Angleterre n'y est pour rien mais qu'elle a tout fait pour retenir les Grecs. Le fond de l'affaire est, selon lui, qu'à Constantinople on considère la Crète comme jadis on considérait à Londres les colonies des Etats Unis.

Comme je faisais observer que la baie de la Sude passait pour un des plus beaux mouillages du monde, M. Crowe répondit: Nous n'avons pas besoin d'avoir la Crète pour utiliser la baie de la Sude sans être sérieusement dérangés par personne.

L'ambassadeur de Russie, M. de Mohrenheim, avec lequel je causais aujourd'hui du dernier livre de M. Rothan: «La France et sa politique extérieure en 1867» où il est mis en scène comme peu enthousiaste pour la cause danoise, ce qui semble lui être aujourd'hui fort pénible, Mohrenheim assurait qu'à l'époque où il représentait la Russie à Berlin, il avait acquis la conviction que M. de Bismarck «a peu de tours dans son sac». Les grands ou petits mais incessants conflits à l'aide desquels l'opinion publique a été surexcitée en Allemagne et en Europe de 1867 à 1870 semblent devoir se renouveler en 1887 à l'aide de procédés très peu différents. D'après l'ambassadeur de Russie, un homme de soixante-douze ans change difficilement sa manière de travailler.

4 mai 1887. Soir

M. Flourens, avec lequel j'ai eu ce soir vers 6 h^s ½ un entretien, s'est exprimé en termes fort catégoriques et que je reproduis *aussi textuellement que possible*:

«L'Allemagne», a dit le Ministre des Affaires Etrangères, «est résolue à nous faire la guerre; seulement, nous savons qu'elle n'ose pas nous la déclarer. Elle cherche toutes les occasions de nous faire tomber dans un piège quelconque et nous tend toutes les embûches qu'elle peut imaginer. C'est le jeu du chat et de la souris, avec cette différence que, nous l'espérons, le chat aura quelque peine à croquer la souris. Nous avons l'espoir que l'opinion publique française, à chaque incident nouveau que l'Allemagne soulève et soulèvera encore, comprend et comprendra mieux ce jeu, et ne se laissera pas entraîner au moindre acte qui pourrait nous compromettre. Toutefois, une émotion populaire, une sortie déplacée de quelques journaux, tout peut devenir l'occasion cherchée. Pendant l'affaire Schnaebeler, nos Chambres n'étaient pas réunies, mais nous ne sommes pas dans la situation de la Suisse dont les sessions parlementaires n'excèdent guère trois mois par an. L'Allemagne est absolument prête pour la guerre; elle la veut; nous savons d'autre part qu'elle ne peut pas la déclarer. Nous réglons notre conduite en conséquence — espérant que le pays comprend et continuera à comprendre la marche à suivre.»

J'ai alors dit que je n'avais pas de nouvelles de mes collègues accrédités auprès des autres Etats limitrophes de la Suisse, en sorte que j'en étais réduit à mes impressions personnelles; la gravité de la situation telle qu'il venait de l'exposer, ai-je ajouté, me semble s'étendre aussi à la petite Suisse, dont le rôle sera bien difficile au milieu de ces énormes meules de moulin qui paraissent s'apprêter à tourner.

M. Flourens a répliqué: «Oh! la Suisse n'a rien à craindre; je ne suis pas inquiet pour elle; et, d'ailleurs, nous savons que la petite Suisse, comme Vous l'appelez, est assez solidement outillée pour qu'on ne songe pas à se frotter à elle.» M. Flourens n'a pas abordé d'autre question franco-suisse, malgré l'occasion que j'avais tenu à lui en fournir et je n'ai pas insisté.

Je lui ai demandé si l'insurrection crétoise était une génération spontanée ou le commencement d'un incendie volontaire.

Le Ministre a répondu que tout était préparé en Crète pour une insurrection, et qu'à la première nouvelle, il avait envoyé un bâtiment de guerre dans la baie de la Sude, «où il n'est pas bon de laisser les Anglais ou d'autres arriver seuls ni les premiers.» D'autre part, a ajouté M. Flourens, il paraît qu'on se trouve plutôt en présence d'un incident que de l'explosion de l'insurrection projetée. Une jeune chrétienne a été enlevée par un musulman; on a échangé des coups de fusil, mais l'excitation paraît se localiser, et les télégrammes reçus aujourd'hui de l'agent français tendent à représenter les bandes comme rentrant chez elles et la population comme commençant à écouter les conseils des consuls européens qui tous cherchent à calmer l'agitation.

Il est évident que la France a un intérêt à représenter M. de Bismarck comme poussant à la guerre, surtout auprès d'un pays neutre et ami de la paix comme la Suisse. Cependant il ne faut pas se dissimuler la gravité des paroles de M. Flourens, puisqu'elles ont été prononcées non pas à titre de conversation privée dans un salon quelconque, mais au cours d'un entretien au Ministère des Affaires Etrangères à la réception hebdomadaire des chefs de mission. Mises en regard des renseignements consignés au début du présent rapport, leur portée s'accroît encore.

(Dans le cas où Vous jugeriez à propos de transmettre à d'autres Légations suisses la copie de la dernière partie du présent rapport, j'ose compter que Vous voudrez bien la faire chiffrer).

340

E 2200 Paris 1/0185

*Der Bundespräsident und Vorsteher des Politischen Departements, N. Droz,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, Ch. Lardy*

S Confidentielle

Berne, 7 mai 1887

La probabilité d'une nouvelle crise ministérielle en France allait m'engager à vous écrire au sujet de la question de Savoie lorsque m'est parvenue votre lettre du 6 courant.¹ Je vous remercie de l'initiative que vous avez prise, et m'empresse de vous faire part de la manière dont j'envisage la situation.

L'attitude plus que réservée de M. Flourens me paraît comme à vous tout à fait compréhensible. Il craint de s'engager trop avant vis-à-vis de nous, et je doute fort qu'en le pressant davantage, nous obtenions des résultats plus décisifs et surtout plus satisfaisants. L'imminence même d'une crise serait un motif de plus pour lui de nous donner des réponses dilatoires ou évasives, et peut-être de chercher à faire naître des difficultés sur des points de détail.

Quel intérêt aurions-nous à pousser à une solution en ce moment? Le seul serait, à mes yeux, d'avoir une situation réglée pour le cas où une occupation de la Savoie deviendrait nécessaire. Mais un tel arrangement présenterait aussi l'inconvénient de

1. E 2/1643.

faire croire à d'autres Etats que nous avons agi à la sourdine et fait preuve envers la France d'une complaisance qui ne serait pas vue de bon œil par chacun. J'ai de sérieuses raisons de supposer que ni l'Italie ni l'Allemagne ne désirent que nous occupions la Savoie, à moins que ce ne soit avec *animus possidendi*. Mais la question n'est pas là pour nous: il s'agit de faire usage de notre droit, en restant sur le terrain strict des traités, afin d'être à l'abri de tout reproche de la part de qui que ce soit. A ce point de vue, il est utile que l'initiative soit partie de nous, et l'absence d'une adhésion formelle de la France nous sert plus qu'elle ne nous nuit.

Il est évident que, dans les conditions où une guerre se présenterait aujourd'hui, la France aurait un intérêt très réel à ce que nous occupassions la Savoie pour diminuer d'autant sa ligne de frontières. Un Ministère nouveau, quel qu'il soit, aurait sans doute assez d'intelligence pour le reconnaître, et de même qu'en février, sous le coup des préoccupations de guerre imminente, le gouvernement français semblait disposé à accéder à nos vues sans discussion, de même il me semble qu'en cas d'hostilités ouvertes ou imminentes, les circonstances restant d'ailleurs ce qu'elles sont, on ne demanderait pas mieux à Paris que de s'entendre avec nous, «vite et sans bruit.²»

Mais en admettant que ce ne fût pas le cas, qu'en résulterait-il? La même situation qu'en 1870, améliorée pour nous du fait de notre note du 23 février.³ La marche des événements nous dicterait alors notre conduite, et nos revendications s'accroîtraient du refus de la France d'exécuter et de laisser exécuter les traités. La conséquence finale serait probablement la régularisation satisfaisante, avec l'assentiment de l'Europe, de nos rapports avec la Haute-Savoie.

Voici du reste comment je crois qu'il y aurait lieu de procéder si la guerre venait à éclater sans que nous fussions expressément d'accord avec la France sur le mode d'occupation. Dans notre déclaration de neutralité, après avoir rappelé les stipulations internationales relatives à la Savoie, nous ajouterions qu'en prévision de l'occupation, nous avons notifié au Gouvernement français la manière dont nous ferions usage de notre droit, le cas échéant, et que nous ne doutons pas que ce gouvernement ne se mette d'accord avec nous sur les détails de l'exercice de ce droit conformément aux traités.

De cette manière, nous aurions tout le bénéfice de notre déclaration du 23 février, et il n'est guère probable que la France se risquât, dans de telles conjonctures, à contester notre droit; elle pourrait vouloir nous empêcher de l'exercer, mais le reste dépendrait des événements.

Il y a une autre éventualité qu'il faut aussi envisager. C'est celle où M. Flourens ou bien son successeur voudrait répondre à notre note du 23 février dans un sens plus ou moins négatif. Nous verrions alors jusqu'à quel point il nous convient d'entrer en discussion ou de repousser tout point de vue différent du nôtre. Dans ce dernier cas, mon opinion est que nous ne devrions pas nous hâter de faire appel à l'Europe, mais nous saurions, dans une déclaration éventuelle de neutralité, tenir un langage approprié aux circonstances.

En résumé, je suis d'avis que nous devons maintenant garder une attitude expectante. Ainsi que vous le dites fort bien, nous avons en ce moment «l'avantage d'être en présence d'une manifestation non contestée de notre point de vue». Nous ne devons

2. Vgl. Nr. 322.

3. Nr. 338, Annex.

rien faire qui nous expose à le perdre. Restons plutôt au bénéfique de l'axiome: Qui ne dit mot consent.

Je vous prie d'examiner encore la question et de me faire savoir au plus vite quelle est votre opinion définitive. Je pourrais alors soumettre notre correspondance au Conseil fédéral.

En ce qui concerne la situation générale, les rapports de vos collègues ne renferment rien de particulier. M. Roth, tout en constatant la tension des esprits, ne paraît pas croire à une guerre tout à fait imminente, bien qu'il n'en écarte pas la possibilité. M. Bavier est généralement optimiste, et s'occupe plutôt des questions italiennes intérieures. M. Aepli n'écrit presque pas. Au Conseil fédéral, l'opinion varie avec la température, mais on continue à être très prudent et à tout préparer⁴ pour n'être pas surpris par les événements. Personnellement, je suis d'avis que la logique des faits nous conduit à la guerre, et je ne vois pas d'où viendrait la détente. Mais quand l'explosion se produira-t-elle? Beaucoup de gens disent que ce ne sera pas cette année; mais pourquoi plutôt l'année prochaine? Qui vivra verra. En attendant, je crois que vous ferez bien de préparer le texte définitif des trois projets de lettres et de réponses déjà arrêtés, mais qu'il faut remettre au point.⁵ Vous nous soumettrez les différences de texte. — J'ajoute que le bureau fédéral d'état-major a été chargé depuis plusieurs mois de la confection des cartes de Savoie.

4. Vgl. Nrn 326 und 371.

5. Vgl. Nr. 330.

341

E 1004 1/149

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 10. Mai 1887¹

2433. Simplondurchstich

Post- und Eisenbahndepartement. Antrag vom 6. Mai 1887

In Sachen des Unternehmens des *Simplondurchstichs* fasste der Bundesrat am 16. April 1883 folgenden Beschluss:²

1. Die (auf Veranlassung einer französischen parlamentarischen Kommission von der Verwaltung der S.O.S.³ ausgearbeiteten) neuen Pläne etc. der franz. und der italienischen Regierung zur Kenntnisnahme mitzuteilen, mit der Einladung, dieselben zu prüfen und event. sich darüber auszusprechen;

2. Es seien die beiden Regierungen einzuladen, sich darüber auszusprechen, welche Stellung sie gegenüber der eventuellen Ausführung des Simplonprojektes einzunehmen gedenken;

1. *Abwesend: Welti.*

2. E 1004 1/133, Nr. 1920.

3. Chemins de fer Suisse occidentale et Simplon.

3. Diese Mitteilungen seien von den beiden Gesandtschaften an die beiden Regierungen in einer schriftlichen Note⁴ zu machen, in welcher auch das Historische der Angelegenheit in Erinnerung zu bringen sei;

4. Sodann seien die Herren Gesanten zu beauftragen, bei der Übergabe der Note mündlich zu eröffnen, dass durch diese beabsichtigt werde, der Zusammenkunft einer Konferenz zwischen den beteiligten Staaten den Weg zu bahnen, und dass der Bundesrat hinsichtlich dieser Konferenz den Regierungen von Frankreich und Italien weitere Mitteilungen machen werde, wenn er über die Ansichten derselben unterrichtet sei.

Abgesehen von der späteren Übermittlung eines Expertengutachtens⁵ über die geologischen Verhältnisse des projektirten Tunnels sind die in Ausführung vorstehenden Beschlusses erlassenen Noten die letzten offiziellen Mitteilungen, welche der Bundesrat den beteiligten Regierungen von Italien und Frankreich in Betreff des Simplonunternehmens zugehen liess. Weder von Seite des einen noch des andern States ist darauf bis jetzt eine offizielle Antwort eingelangt.

Seither ist nun aber die Angelegenheit in eine neue Phase getreten und steht man heute einer wesentlich anderen Sachlage gegenüber, auf welche gestützt die Direktion der S.O.S. mit Eingabe vom 4. April⁶ das Gesuch stellt, die diplomatischen Verhandlungen mit Italien in Betreff des Simplonunternehmens wieder an die Hand zu nehmen.

Im Jahr 1883 ebenso wie bei den frühern mit Bezug auf diesen Gegenstand geführten Verhandlungen stand die Frage der Subventionirung des Unternehmens durch Italien und Frankreich im Vordergrund und bildete in mehr oder weniger ausgesprochener Weise den Angelpunkt der ganzen Angelegenheit. Dies ist nun nicht mehr der Fall.

Die Schwierigkeiten, welchen die Finanzierung des Projektes von 1882 begegnete, veranlassten die Interessenten, eine ökonomischere technische Lösung zu suchen, ohne indessen die Idee eines Durchstiches durch den Fuss des Gebirges, welcher einzig den an eine grosse internationale Linie zu stellenden Anforderungen genügen kann, preiszugeben.

Zur Prüfung der verschiedenen zu diesem Behufe sowohl durch die S.O.S. seitens ihr fremden Firmen und Persönlichkeiten aufgestellten Projekte wurde von Seiten der Interessenten, nämlich der S.O.S. und der Regierungen der beteiligten Kantone der Westschweiz, eine Expertenkommission niedergesetzt, welche ihre Schlüsse in einem einlässlichen Bericht⁷ vom 17. November vor Js. niederlegte und darin einen 16 km. langen, hinsichtlich des Betriebes noch genügenden und auf schweizerischem Gebiete, in der Nähe von Gondo, ausmündenden Tunnel durch den Fuss des Gebirges empfahl.

Dieser Vorschlag wurde von der S.O.S. und den Kantonen gutgeheissen und alsbald die Finanzierung des Projekts auf der neuen technischen Grundlage mit aller Energie an die Hand genommen.

In der Folge beschlossen die Kantone Freiburg, Waadt und Wallis, sich bei dem

4. Nr. 236.

5. Nicht ermittelt.

6. E 13 (B) 78.

7. Nicht ermittelt.

Unternehmen des Simplondurchstiches mit Subventionen im Gesamtbetrage von 7 Millionen Franken (nämlich Freiburg mit 2, Waadt mit 4 und Wallis mit 1 Million) zu beteiligen, und durch Bundesbeschluss vom 28. April 1887⁸ ist auf Grund des Bundesgesetzes betreffend Gewährung von Subsidien für Alpenbahnen, vom 22. August 1878⁹, vorbehältlich der spätern Festsetzung der näheren Bedingungen, anerkannt worden, dass die genannten Kantone, sowie diejenigen, welche sich allenfalls ferner mit Subventionen am Simplonunternehmen beteiligen werden, auf die in Art. 5 des genannten Gesetzes für eine Alpenbahn im Westen der Schweiz zugesicherte Subvention von 4 ½ Millionen Franken, und zwar behufs Verwendung für das Unternehmen des Simplondurchstiches, berechtigt geworden seien.

Von Seite anderer interessirter Städte und Gegenden seien mehr oder weniger bedeutende Subventionen in Aussicht gestellt und endlich habe sich die S.O.S. der Mitwirkung privaten Kapitals versichert, welche eine baldige und glückliche Lösung der für die Schweiz so hochwichtigen und für die Zukunft des westschweizerischen Schienenetzes entscheidenden Frage erhoffen lasse.

Die Mitwirkung des Privatkapitals – fährt die Eingabe der S.O.S. weiter fort – hänge jedoch wesentlich ab von der Stellungnahme der italienischen Regierung zu der neuen Lösung des Simplon-Überganges und von dem Bau der Anschlusslinie an das italienische Bahnnetz durch *Italien* auf seinem Gebiete. Es sei deshalb der S.O.S. von höchster Bedeutung, über die Intentionen der italienischen Regierung genau unterrichtet zu werden.

Unter Hinweis auf die Bestimmungen von Art. 3, Al. 1, und Art. 2., Al. 2, des Eisenbahngesetzes, ferner auf die bei ähnlichen Unternehmungen zur Regelung der internationalen Anschlussverhältnisse wiederholt seitens des Bundes eingetretene Vermittlung, sowie auch auf die Bestimmung in Art. 13 des schweiz.-italienischen Handelsvertrages vom 1. Februar 1884¹⁰, stellt die Direktion der S.O.S. das Gesuch, es möchte der Bundesrat im Sinne der vorliegenden Eingabe ungesäumt mit Italien Verhandlungen für einen internationalen Anschlussvertrag eröffnen. Behufs Übermittlung an die italienische Regierung hat die S.O.S. gleichzeitig eine Anzahl der auf das neue Projekt des Simplondurchstiches bezüglichen Pläne, Profile, Karten und Memoriale eingereicht.

Eine Begrüssung Frankreichs kommt unter diesen Umständen nicht weiter in Frage.

Die S.O.S. hält dafür, es sei folgender Weg einzuschlagen:

1. die schweizerische Gesandtschaft in Rom zu beauftragen, der italienischen Regierung durch eine schriftliche Note den von der Gesellschaft dargestellten Sachverhalt zur Kenntnis zu bringen, unter gleichzeitiger Übermittlung einer Anzahl der Dokumente über die neuen Studien;

2. die italienische Regierung zu ersuchen, Delegirte zu ernennen und mit den nötigen Vollmachten zu versehen, um an einer internationalem Konferenz betr. den Anschluss der Simplonlinie an das italienische Bahnnetz Teil zu nehmen;

3. die hierseitigen Delegirten zu bezeichnen und der italienischen Regierung bekannt zu geben.

8. BBI 1887, 2, S. 451.

9. AS 1877–1878, 3, S. 744–746.

10. BBI 1884, 1, S. 216.

Was den Vorschlag sub 1 betrifft, so kann das Eisenbahndepartement demselben nur zustimmen.

Dagegen erscheint ihm verfrüht, schon dermalen Italien die Veranstaltung einer internationalen Konferenz zur Regelung der Anschlussverhältnisse vorzuschlagen, was in dem Ansuchen, Delegirte zu ernennen, und in der Bestellung der hierseitigen Abordnung offenbar liegen würde.

Das Eisenbahndepartement beantragt daher:

1. Es sei die schweizerische Gesandtschaft in Rom zu beauftragen, der k. italienischen Regierung, im Sinne der obigen tatsächlichen Darstellung, von der seit der letzten Mitteilung vom April 1883 eingetretenen Veränderung der Sachlage und dem dermaligen Stand des Simplonunternehmens durch eine schriftliche Note Kenntnis zu geben, unter gleichzeitiger Mitteilung einer Anzahl der die Studien über das neue Projekt enthaltenden Dokumente, zur Kenntnisnahme und Prüfung.

2. Es sei die italienische Regierung in der gleichen Note, unter Bezugnahme auf ihre Erklärung vom 23. Mai 1877¹¹ und auf Art. 13 des schweiz.-italienischen Handelsvertrages vom 1. Februar 1884 zu ersuchen, sich über das neue Projekt sowie darüber auszusprechen, ob sie sich bereit finden werde, für den Fall der Realisirung des Unternehmens des Simplondurchstiches seitens der schweizerischen Interessenten, in einem internationalen Verträge die Verpflichtung zu übernehmen, die Ausführung der südlichen Zufahrtlinie von Domo d'Ossola bis gegen Gondo auf den Zeitpunkt der Übergabe des Tunnels an den Betrieb sicher zu stellen, und im bejahenden Falle eine internationale Konferenz zur Regelung der Anschlussverhältnisse zu beschicken, in Betreff welcher sich der Bundesrat weitere Vorschläge zu machen vorbehalte, sobald er über die Intentionen der italienischen Regierung in Betreff des neuen Projekts und die Zufahrtlinie unterrichtet sein werde.

Das politische Departement erklärt sich mit den Anträgen des Eisenbahndepartements einverstanden und legt zugleich den Entwurf einer Note¹² vor, welche Herr Minister Bavier beauftragt werden soll, in seinem Namen der italienischen Regierung mit den darin erwähnten Beilagen zu überreichen, und beantragt, Hrn. Bavier zu seiner Information eine Abschrift des Schreibens der S.O.S. zu übermitteln.

Die Anträge der beiden Departemente werden unverändert genehmigt.

11. *Nicht ermittelt.*

12. E 13 (B) 78.

342

E 53/92

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
N. Droz*

B Confidentiell

Berlin, 16. Mai 1887

Ihr geehrtes Schreiben vom 14. d.Mts.¹ kann ich in der Hauptsache sofort beantworten.

Aus verschiedenen Conversationen, welche ich in den letzten Jahren und auch in der ganz letzten Zeit mit hiessigen massgebenden Persönlichkeiten hatte, muss ich den bestimmten Schluss ziehen, dass man hier aus politischen Gründen die Erstellung der *Simplon-Bahn* als für Deutschland sehr unerwünscht betrachtet und dass man findet, wir öffnen den Franzosen durch dieses Unternehmen unser Gebiet für einen Kriegsfall in ganz bedenklicher Weise.

Dann sagt man auch, wir verschlechtern dadurch die Existenz-Bedingungen der Gotthard-Bahn und ich glaube sicher annehmen zu können, dass die Zustimmung Deutschlands zu der Frist von 10 Jahren für die Ausführung des 2^{ten} Gleises der Gotthard-Bahn (Bergbahn-Streke) wegen der Entwicklung der Simplon-Frage so lange auf sich warten lässt.

Ich werde die erste passende Gelegenheit wahrnehmen, um bei den indicirten Persönlichkeiten in ungesuchter Weise auf diese Frage zurückzukommen und Ihnen alsdann wieder berichten.

1. Nicht abgedruckt.

343

E 13 (B) 78

*Der schweizerische Gesandte in Rom, S. Bavier,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
N. Droz*

B Confidentiell

Rom, 20. Mai 1887

Nachdem ich Ihnen gestern über die *Simplonbahn* geschrieben,¹ erhielt ich heute Ihre vertraulichen Zeilen vom 18.², auf welche ich mich beeile zu antworten.

Ich bestätige den Inhalt meines Schreibens vom 19. und füge confidentiel noch etwas Näheres über meine mit Herrn Depretis gepflogene Unterhaltung bei. Er sagte

1. Nicht abgedruckt.

2. Nicht abgedruckt.

mir, dass er vom Zustandekommen des Simplon überzeugt sei und liess durchblicken, dass die Zufahrtslinie von Italien erstellt werde. Ich wollte diess in meinem offiziellen Briefe nicht ausdrücklich sagen, da ich von Herrn Depretis hiezu nicht autorisirt worden war. Wir unterhielten uns über den Bau dieser Zufahrtslinie einlässlich und ich bemerkte zu ihm wie die Bergbahnen überall ihren Nutzen nicht sowohl auf dem von ihnen durchlaufenen Localrayon, als vielmehr auf die dahinter liegenden Bahnstrecken ausüben und dass sich diess natürlich auch bei den italiänischen Bahnen fühlbar machen werde.

Er gab es zu und wir erwähnten verschiedene Beispiele welche den Beweis dafür liefern. Im Verlaufe des Gespräches äusserte er sich über die Lage und die Verkehrszone des Simplon und bemerkte beiläufig er kenne diesen Berg recht gut und habe ihn schon zweimal zu Fuss zurückgelegt. In Bezug auf unser Begehren sagte er mir, man müsse ihm Zeit lassen die Sache zu studiren, vorerst überweise er sie nun dem Bauminister. Gegenwärtig seien übrigens dringliche Finanz- und Eisenbahngeschäfte anhängig und er könne mir unmöglich sagen bis *wann* er im Stande sein werde mir eine Antwort zu ertheilen, die er sobald thunlich mir geben werde.

Meine persönliche Ansicht geht dahin: dass keine Rede davon sein kann schon *vor* Eintrit des Sommers einen Entscheid zu erhalten oder zu veranlassen, dass das Tracé an Ort und Stelle durch italiänische Ingenieure untersucht werde. Dagegen halte ich es nicht für unmöglich eine solche im Spätherbst oder Winter zu erlangen und glaube auch, dass man uns schliesslich die Erstellung der Zufahrtslinie zusichern wird.

Freilich wird dabei die Tunnelausmündung zur Sprache kommen; indessen halte ich diese Frage denn doch nicht als eine *conditio sine qua non* von Seite Italiens.

Staatssubsidien wird man sehr schwerlich verabfolgen und ich weiss, dass der Finanzminister sich absolut ablehnend gegenüber dem hierauf bezüglichen Begehren verhält. Dagegen ist sowohl Hr. Depretis, als auch der Bauminister, der Ansicht, dass Mailand und vielleicht auch andere Städte sich finanziell beteiligen werden.

Nach meinem Dafürhalten wäre es unklug auf einen sofortigen Entscheid zu dringen. Es würde diess eine ablehnende Antwort zur Folge haben; denn man ist hier gewohnt alle Traktanden und namentlich solche dieser Natur sehr umständlich zu behandeln. So habe ich in letzter Zeit fast ein Jahr gebraucht, um einen Entschluss Italiens in Bezug auf Verwendung des «Baufondrestes» der Gotthardbahn zu erlangen. Auch weiss ich, aus vieljähriger eigener Erfahrung, welche Geduld es bei diesen Alpenbahnverhandlungen braucht!

Wie ich schon zu schreiben die Ehre hatte, werde ich von Zeit zu Zeit die Sache anregen und nichts versäumen, um sie zu fördern. Aber wenn wir die Zustimmung Italiens auf den Winter erlangen können, so dürfen wir damit zufrieden sein.

Mein heutiges Schreiben, betreffend *Simplonbahn*, ergänzend, will ich nicht unterlassen noch beizufügen, dass ich beabsichtige nächster Tage den neuen Bauminister Saracco zu besuchen und ihm vorzuschlagen, wenigstens eine Untersuchung des Projektes durch italiänische Ingénieurs, im Verein mit den schweizerischen, *diesen Sommer* vornehmen zu lassen. Obschon ich daran zweifle, dass er sofort darauf eingehe, will ich doch diesen Punkt, auf welchen ich bei Herrn Depretis nicht eingetreten war, zur Sprache bringen und überhaupt mich bei dem Bauminister kräftig dafür verwenden, dass man unserem Gesuche baldigst entspreche. Nächste Woche werde ich Ihnen dann über das Resultat meiner Schritte neuerdings berichten.

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
N. Droz*

B Streng confidentiell und persönlich

Berlin, 30. Mai 1887

Ich hatte im Laufe dieses Winters wiederholt die Empfindung, meine Berichte über die Anschauungen und die Absichten der deutschen Regierung betreffend die politische Situation finden in Bern, in Folge divergirender Meldungen meines Collegen H. Lardy und dann auch auf Grund gelegentlicher «Winke» des H. von Bülow, nicht dasjenige Maass von Vertrauen in die Lauterkeit und die Zuverlässigkeit meiner Quellen, welches ich denselben zugewendet zu sehen gewünscht hätte.

Betreffend die Aufregung, welche sich dort der politischen Kreise und der öffentlichen Meinung bemächtigte, nachdem H. von Bülow, kurz vor Neujahr, H. Präsident Deucher gegenüber confidentiell und, wie er ausdrücklich bemerkte, «ohne Auftrag» sich in der bekannten Weise geäussert,¹ habe ich früher bereits meine Ansicht ausgesprochen.² Jene Ansicht vertrete ich auch heute noch. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass H. v. Bülow damals in der That ohne Auftrag gehandelt hat, wenn er sich wirklich dahin ausgesprochen, man glaube an massgebender Stelle in Berlin an eine *akute* Kriegsgefahr.

H. von Bülow mag ja in breiten Umrissen den Auftrag erhalten haben, die Unsicherheit der politischen Situation zur Sprache zu bringen — auch ich habe derselben in meinen Berichten stets Ausdruck gegeben — und uns zu veranlassen, bei Zeiten das Nöthige für die Vertheidigung unserer Neutralität vorzubereiten.

Die Nuancen, mit welchen dies geschehen, schreibe ich aber der individuellen Stimmung des H. von Bülow zu. Auch werden Berichte aus der unmittelbaren Umgebung des Kaisers, welche letztern H. von Bülow bekanntlich sehr nahe steht, mitgewirkt haben. Und dass der alte Herr schwarz sah und sehr betrübt war, über die Eventualität, in seinem hohen Alter durch die französische Revanche-Parthei in nicht ferner Zeit zu einem Kriege gezwungen zu werden, ist ja selbstverständlich. Auch mit Rücksicht darauf, dass H. von Bülow eben doch eher eine ängstlich angelegte Natur und Gemüthsmensch ist, kann ich es mir sehr wohl erklären, wie er dazu gekommen, sich in der gedachten, besorgten Weise zu äussern.

In der *Nuancirung* der Situation war er aber bei dem erwähnten Anlasse gewiss nicht das Sprachrohr des Fürsten Bismark und des Auswärtigen Amtes. Wie hätte letztere Amtsstelle dazu kommen können, durch ihn bei Ihnen das «Hannibal ante portas» in so dringlicher Weise zu vertreten, währenddem man mir, allerdings mit dem Bemerken, auf einen längeren Frieden dürfte bei der Unsicherheit der Situation kaum gehofft werden können, doch immer und immer wieder erklärte, nach diesseiti-

1. Vgl. Nr. 305.

2. Vgl. ausser den Nrn. 307 und 321 auch das Schreiben von Roth an Droz vom 25. 5. 1887 (E 2300 Berlin 7).

ger Ansicht liege eine akute Kriegsgefahr nicht vor? Wo wäre das Motiv dafür zu suchen, dass man mich über den Ernst der Situation täuschen oder ununterrichtet lassen wollte, währenddem die deutsche Regierung für diesen Fall zweifellos wünschen musste, d. h. also für den Fall eines *nahe* bevorstehenden Krieges, dass wir sofort und in dem ausgedehntesten Maasse rüsten?

Ich würde für eine solche Zweideutigkeit keinen plausibeln Grund ausfindig machen können.

Doch genug hierüber.

Was mir heute Veranlassung giebt, mich Ihnen gegenüber in aller Offenheit und mit der Bitte um strengste Discretion anzusprechen, ist der andere eben angedeutete Punkt, nämlich der Umstand, dass ich namentlich in den Berichten meines Collegen H. Lardy, über seine Unterredungen mit dem Grafen Münster und mit andern Mitgliedern der deutschen Botschaft in Paris, den Grund erblicke, welchem Ihre und Ihrer H.H. Collegen Zweifel in die Zuverlässigkeit meiner Quellen zuzuschreiben sein dürften.

Ein derartiger Bericht³ (Mittheilungen über eine Conversation zwischen H. Lardy und dem deutschen Militär-Attaché von Huene) war auch der Gegenstand Ihrer neulichen Unterredung mit H. von Claparède, bei welchem Anlasse Sie letzterm den Auftrag ertheilt haben, mich zur Vernehmlassung über die Äusserungen des H. von Huene zu veranlassen.

Der Zufall hat es gefügt, dass ich mich vorgestern über den Werth und die Bedeutung der Mittheilungen, welche Herrn Lardy jeweilen Seitens des Grafen Münster, bezw. aus der deutschen Botschaft in Paris zukommen, bei meinem Ihnen früher schon, anlässlich der Behandlung der Savoyerfrage genannten Gewährsmann nach Wunsch informiren konnte.

Baron v. H.⁴, welcher mich neulich auf der Strasse ermuntert hatte, ihn gelegentlich wieder zu besuchen und welchen ich dann vorgestern, Abends, im Auswärtigen Amte sprach, ertheilte mir bei diesem Anlasse, unsere Unterredung einleitend, betreffend die Situation im Allgemeinen genau diejenige Auskunft, welche ich Ihnen in meinem letzten Berichte (vom 25. d.M.)⁵ gegeben habe. «Überall un calme complet», sagte er, «der Ministerkrisis in Paris sehen wir in aller Ruhe zu. Graf Münster ist in seinen Berichten zurückhaltend. Wir haben aber aus anderer, guter Quelle erfahren, dass General Saussier erklärt hat, er stehe für die Zuverlässigkeit der Armee ein, falls die Radikalen versuchen sollten, die Ordnung zu stören. Man kann ziemlich sicher darauf zählen, dass die Parthei der Ordnung sich den Antisemiten und Radikalen gegenüber behaupten wird.

Der Reichskanzler befolgt immer noch die gleiche Politik. Er *will* keinen Krieg. So hat er z. B. in der Angelegenheit Schnaebele von Anfang an allen Stimmen sein Ohr verschlossen, welche es bei diesem Anlasse auf ernstere Verwicklungen mit Frankreich ankommen lassen wollten. Die bekannte Note an den französischen Botschafter Herbette betreffend Schnaebele hat der Fürst selbst redigirt.

Die Situation ist beständig die gleiche. Ich wüsste Ihnen absolut nichts Neues mitzutheilen.» etc.

3. Nr. 339.

4. von Holstein.

5. E 2300 Berlin 7.

Hierauf erwiderte ich, es freue mich, die Richtigkeit meines Urtheils über die Situation durch Baron v. H. bestätigt zu sehen. Bei diesem Anlasse möchte ich ihm jedoch, mit der Bitte, um Beobachtung der strengsten Discretion, die Frage vorlegen, wie es komme, dass sich der Graf Münster gelegentlich so besorgt für die allernächste Zeit ausspreche und zwar nicht etwa nur betreffend die Dinge, wie sie speciell in Paris liegen, sondern auch mit Rücksicht auf deren Beurtheilung durch die deutsche Regierung und auf die Absichten und Besorgnisse der letztern. So glaube ich, unter Anderm, aus einem Berichte unseres Gesandten in Paris, welcher meines Wissens gute Beziehungen zu der dortigen deutschen Botschaft habe, schliessen zu müssen, dass sich Graf Münster nach seiner letzten Rückkehr aus Berlin wieder sehr beunruhigt ausgesprochen und Äusserungen fallen gelassen habe, als könnte die Botschaft schon in den nächsten Wochen in die Lage kommen, in Paris «aufzupaken», und dergleichen mehr. (Von H. von Huene sprach ich absichtlich mit keinem Wort). Es wäre mir — damit schloss ich diese kleine confidentielle Privat-Interpellation — um so erwünschter, von ihm, Baron v. H., vertraulich zu erfahren, was wir von diesen periodischen Äusserungen des Grafen Münster zu halten haben, als ich mich des Eindrucks nicht erwehren könne, dieselben haben jeweilen in Bern eine gewisse Unsicherheit in der Beurtheilung der Zuverlässigkeit meiner Berichte aus Berlin zur Folge.

Baron von H. war mit seiner Antwort sofort. «Graf Münster», sagte er, «Sie können das nach Bern melden, wenn Sie mit einem der Herrn des Bundesraths intim stehen und dessen Discretion gewiss sind, Graf Münster ist ein absolut unfähiger Diplomat, der unfähigste den wir besitzen. Wir haben denselben desswegen auch von London abberufen und nach Paris versetzt, allerdings in der stillen Hoffnung, dass er dann ganz abgehen werde. Dass er doch geblieben ist, kann uns indess ganz gleichgültig sein. Die französischen politischen Zustände liegen offen vor uns; es giebt für uns gar keine *französische* Politik, keine politischen Fragen, welche es uns als erwünscht oder als nothwendig erscheinen lassen könnten, in Paris einen fein beobachtenden und klug operirenden Botschafter zu haben. Was Frankreich gegenüber zu thun ist, können wir von hier aus klar übersehen. Dagegen giebt es für uns in der neuern Zeit allerdings eine *englische* Politik. Daher haben wir auch in London den unbrauchbaren Graf Münster durch den sehr gewandten Graf Hatzfeldt ersetzt.

Wenn Münster sich gelegentlich so äussert, wie Sie es andeuten, so thut er das aus eignen Stücken und ohne im Geringsten Fühlung mit uns, geschweige denn unsere Ermächtigung oder gar einen Auftrag von uns hiefür zu haben. Kehren Sie sich ganz und gar nicht an diese Äusserungen von Münster. Ich glaube Sie z. B. des Bestimmtesten versichern zu können, dass bei dem letzten Besuche Münsters in Berlin Seitens des Fürsten Bismark und des Staatssekretärs Graf Herbert Bismark ihm, Münster gegenüber, auch nicht *ein* Wort gefallen ist, welches letztern hätte zu der Annahme führen können, die Situation puncto Stimmung und Absichten an massgebender Stelle in Berlin habe sich irgendwie verändert und lasse auf naheliegende Verwicklungen schliessen.

Lassen Sie sich also in Ihrer Berichterstattung nicht irre machen. Über das, was in Paris vorgeht, können Sie natürlich nicht berichten, sondern muss sich Ihre Regierung selbstverständlich durch Ihren Collegen Lardy informiren lassen. Für die Beurtheilung *unserer* Auffassung und der Politik, welche *wir* befolgen, ist aber Paris nicht der geeignete Ort und der Graf Münster im Besondern, wie schon bemerkt, nichts weniger als eine zuverlässige Quelle.»

Ich gebe Ihnen, Herr Bundespräsident, diese Mittheilungen des Baron von H. ohne Randglossen und möchte nur noch die Ansicht äussern, dass bei dieser Sachlage auch gewissen Winken und Äusserungen, welche von andern Mitgliedern der deutschen Botschaft in Paris herrühren, kaum diejenige Bedeutung beizulegen sein dürfte, welche mein College, H. Lardy — von Obigem jedenfalls nicht unterrichtet — denselben begreiflicher Weise zuschreibt. Die Herrn der Botschaft werden eben in der Regel unter dem Eindrucke der persönlichen Auffassung des Grafen Münster stehen.

Nur noch eine Bemerkung. Graf Münster ist beim Kaiser persönlich sehr gut angeschrieben, als ehemaliger hannoveranischer Staatsmann, welcher sans phrase in den preussischen Dienst übergetreten ist, und da der Fürst den Kaiser nicht gerne zu Personal-Mutationen veranlasst, welche letztere Mühe machen, so hat er eben Münster quand-même im Dienste behalten.

Ich darf wohl nochmals die Bitte aussprechen, Sie möchten diese Mittheilungen als sehr confidentiell auffassen.

Baron v. H. hat mir seinerseits betreffend die ihm von mir gemachten Andeutungen ebenfalls die strengste Discretion zugesichert. Somit können wir bestimmt darauf zählen, dass für H. Lardy hieraus keine Ungelegenheiten entstehen, sofern auch wir die Discretion wahren.

Vorliegender Bericht wird von einer Vertrauensperson, welche heute Abend nach der Schweiz reist, morgen, Dienstag Abend, in Basel auf die Post gegeben werden. Für eine gelegentliche Empfangsbescheinigung wäre ich Ihnen zu Dank verpflichtet.⁶

6. *Randvermerk von Droz*: Empfang teleg. bescheinigt.

345

E 2/1643

*Der Bundespräsident und Vorsteher des Politischen Departements, N. Droz,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, Ch. Lardy*

Kopie
S Confid.

Berne, 1^{er} juin 1887

Je profite du départ de M. Louis Borel, fils de Mons[ieur] Eugène Borel, qui se rend à Paris, pour vous faire tenir quelques informations.

Votre rapport¹ rendant compte d'un entretien avec M. de Huene a été seulement communiqué par moi à MM. Hertenstein et Hammer, comme chefs des Départements avec lesquels le Départ. politique confère sur la situation. Le secrétaire de M. Roth, M. de Claparède étant venu passer ses vacances en Suisse, j'ai cru devoir lui en parler aussi en termes généraux, le priant de demander au Ministre quelle est son impression. M. Roth m'a envoyé deux rapports² confidentiels et personnels, desquels il résulte que M. de Münster ne peut pas être envisagé comme représentant la pensée

1. Nr. 339.

2. Vgl. Nr. 344.

du prince de Bismarck. L'entourage de ce dernier continue à assurer de la manière la plus positive que le chancelier ne veut pas la guerre, et que dans l'affaire Schnaebeli il a résisté à ceux qui auraient voulu tirer parti de l'incident dans un sens belliqueux; il a rédigé lui-même la note à M. Herbette. M. Roth continue, de son côté, à croire qu'il n'y a pas un danger aigu de guerre (*eine akute Kriegsgefahr*); il envisage que les communications faites à la fin de l'année dernière à M. Deucher par M. de Bülow trahissent les sentiments qui régnaient alors dans l'entourage immédiat du vieil empereur, très-impressionné par le langage qu'on tenait pour faire accepter le septennat, mais n'ont pas été l'exécution d'un véritable «Auftrag» du chancelier.

En somme, les cercles politiques et diplomatiques à Berlin croient plutôt à la paix. On n'a pas même d'inquiétudes sérieuses du côté de la France, où l'on s'attendait à voir la crise ministérielle tourner à l'avantage du parti de l'ordre. Je ne me charge pas de démêler si ce langage si confiant est sincère ou s'il est destiné à faire croire que l'Allemagne est innocente de toute idée provocatrice. Dans tous les cas, M. Roth est persuadé que si le danger devenait sérieux, on ne manquerait pas de lui faire des communications en temps utile.

J'ai pensé qu'il vous serait agréable de connaître les appréciations de votre collègue. La différence des milieux dans lesquels chacun de vous est placé explique ce qu'il peut y avoir en apparence de contradictoire dans vos renseignements. Mais précisément pour nous, il ne peut qu'être des plus utiles d'avoir deux sources d'informations aussi précieuses. Les unes nous servent à contrôler les autres, et la résultante moyenne est que nous devons être des plus prudents et ne nous abandonner ni à une confiance absolue ni à des craintes exagérées. Je vous serai donc toujours très-reconnaissant de nous faire connaître tout ce que vous apprenez; il y aura sans doute encore bien des hauts et bien des bas dans la situation que nous traversons; vos rapports si minutieux sont pour nous comme un baromètre extrêmement sensible qui nous indique les moindres changements dans l'état de l'atmosphère. Je ne saurais vous dire combien tous mes collègues sont d'accord avec moi pour admirer votre activité infatigable et la précision de vos informations. Bien entendu que nous ne vous rendons pas responsables des opinions de vos interlocuteurs, mais elles nous servent à apprécier la situation.

Je vous remercie aussi derechef pour vos envois de journaux, vous voudrez bien nous en donner le compte, qui vous sera réglé à l'occasion.

Dans quelques jours, je vous écrirai au sujet de la question de Savoie, que j'ai renvoyée à l'examen du Département militaire et que je vais reprendre au premier moment que j'aurai de libre.

*Der schweizerische Gesandte in Paris, Ch. Lardy,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
N. Droz*

B

Paris, 8 juin 1887¹

Depuis la constitution définitive et la comparution devant la Chambre du Cabinet Rouvier, je ne Vous ai pas adressé de rapport politique, parce qu'il fallait laisser aux nouveaux Ministres le temps de s'installer, de se concerter et d'élaborer le commencement de programme qui fait défaut dans la déclaration ministérielle.

J'ai l'impression qu'aujourd'hui encore, nous ne sommes pas beaucoup plus avancés qu'au 31 mai; c'est ainsi que Dimanche, ayant eu l'occasion de passer l'après-midi à la campagne avec cinq ou six des membres du Cabinet, M. Rouvier m'a dit ne pas savoir encore s'il prendrait les postes avec un sous-secrétaire d'Etat parlementaire ou s'il en ferait un service administratif avec un Directeur Général; c'est ainsi que le Ministre de la Guerre M. Ferron m'a parlé avec une extrême vivacité du monopole suisse de l'alcool, et a paru s'y intéresser beaucoup plus qu'au fusil de petit calibre. Le Ministre du Commerce, M. Dautresme, semble avoir pour principale préoccupation d'établir, au 31 Mai, le bilan de l'exposition de 1889 afin de bien distinguer les responsabilités; il paraît s'être passé sous M. Lockroy des actes de camaraderie assez singuliers. Le Ministre de la Marine, M. Barbey, est un Genevois parent d'une foule de personnes connues à Lausanne et à Genève, entre autres de la famille de notre Consul Général Rivier; comme les journaux intransigeants le maltraitent beaucoup, il faut éviter, puisque M. Barbey est marin, de dire qu'il est citoyen suisse. Le Ministre de l'Intérieur, M. Fallières, se préoccupe, lui aussi, beaucoup du monopole de l'alcool; il est probable que cette question est à l'ordre du jour au sein du Conseil; quant à la politique intérieure, M. Fallières déclare indispensable de rendre les populations confiantes envers l'autorité, de gouverner en un mot, et pour cela, il est prêt à accueillir quiconque viendra seconder les efforts du Cabinet; «Le Ministère ne repoussera personne, mais n'ira demander le concours de personne; nous ne désirons pas la rupture de l'union entre les gauches, mais nous n'entendons pas sacrifier nos idées sur le rôle du Gouvernement dans un pays centralisé comme la France à une réconciliation avec qui que ce soit; il faut qu'on vienne à nous.»

Tout cela est encore assez vague, je le répète, et il faut laisser les choses se tasser, les programmes financier et politique se faire chez les membres du Gouvernement d'abord et au sein du parlement ensuite.

Pour aujourd'hui j'en viendrai donc à la *question Extérieure*.

Il y a une semaine, je Vous écrivais² que M. Flourens avait reçu de l'Ambassadeur d'Allemagne les assurances les plus pacifiques à la suite du changement de Ministère. Aujourd'hui les choses paraissent déjà moins lune de miel. M. Flourens a bien voulu, très confidentiellement, me lire cet après-midi un télégramme de Berlin du 7 Juin, soit

1. *Im Original irrtümlich 1889.*

2. *Vgl. das Schreiben von Lardy an Droz vom 1. 6. 1887 (E 2300 Paris 40).*

d'hier, dans lequel M. Herbette rend compte d'un entretien avec le Comte Bismarck (Herbert) au sujet de la récente convention anglo-turque sur l'Égypte. M. de Bismarck fils dit carrément: «Nous ne voyons pas pourquoi nous nous séparerions de nos amis anglais et autrichiens dans cette affaire d'Égypte. Quel intérêt avons-nous à être agréables à un voisin constamment excité contre nous? Depuis 1870, nous jouons ce rôle de dupes; nous en avons assez; aujourd'hui Vous êtes plus violents que jamais contre nous, et jamais les idées de revanche n'ont été aussi vivaces.» Tel est le sens et presque exactement la teneur de ce télégramme; «comme Vous le voyez», a continué M. Flourens, «la Chancellerie berlinoise n'a pas changé d'attitude, et ce que M. de Münster disait il y a une semaine n'était pas l'expression de la pensée du Chancelier. «D'autre part», dit M. Flourens, «l'Allemagne ne peut pas nous déclarer la guerre; l'Empereur ne la veut pas; l'Allemagne est de mauvaise humeur parce qu'elle est dans une mauvaise situation; le prince impérial peut être considéré comme mourant; son fils a une mauvaise santé, des écoulements dans les oreilles etc. qui sont inquiétants; mais cette mauvaise humeur allemande ne se manifesterait pas cette année par une déclaration de guerre à la France; je ne le crois pas; je ne voudrais pas en jurer, mais il y a des chances pour que nous gardions la paix cet été — en grande partie à cause du vieil Empereur — la détente que nous espérions dans les relations franco-allemandes n'est pas encore intervenue.»

M. Léon Say, avec lequel j'ai passé la soirée Samedi, et qui revient d'Italie, déclare qu'on se fait illusion complète dans les cercles français si l'on croit aux sentiments gallophiles des nouveaux membres du Cabinet Depretis. D'après M. Say, les Italiens ont une haine absolument incontestable de la France et cette haine est à la base de leurs relations vis-à-vis du Gouvernement français. M. Say a été peiné de la grossièreté de l'esprit du Roi; on ne retrouve rien en lui, paraît-il, des éclairs de finesse de son Père. Quant à la réconciliation du Quirinal et du Vatican, M. Say la craint beaucoup au point de vue français.

Sir Charles Dilke a été récemment appelé par M. Rouvier à venir conférer avec lui sur la situation générale. Dilke ridiculise à droite et à gauche Rouvier qui aurait avoué n'avoir aucune opinion sur la question égyptienne et aurait suggéré, au cours de la conversation, l'idée de se faire interpellé dans la Chambre pour savoir quelle attitude le Cabinet devait prendre. Sir Ch. Dilke estime, d'ailleurs, que le nouveau Ministère français agit très imprudemment; c'est ainsi que la *République française* annonçait le maintien, par le Général Ferron, du projet de M. Boulanger de mobiliser un corps d'armée (non désigné d'avance) dans la région de l'ouest; c'est ainsi encore que le Général Ferron voudrait, d'urgence, créer, avant la discussion de la loi sur l'armée, quatre nouveaux régiments de cavalerie. Tout cela est fait, selon Dilke, pour engager les Allemands à ne pas modifier leur attitude hostile. D'autre part, la France, et avec elle la Russie, fait partout en Europe des démarches pour faire échouer l'arrangement anglo-turc relatif aux affaires d'Égypte; cet arrangement doit être ratifié à un jour donné; si le Sultan ne le ratifie pas, eh bien, croit-on ici à Paris que la situation sera beaucoup meilleure? Dans la pensée de Sir Ch. Dilke, c'est s'illusionner étrangement que de croire pouvoir être en froid en même temps avec Londres et avec Berlin. Le ton de l'ancien *S/ous* Secrétaire d'Etat de M. Gladstone impliquait, d'une façon générale, le désir de faire tomber les Français dans quelque trappe et l'impression que le Gouvernement conservateur anglais continuerait à créer à la France le plus d'embarras possible.

Cette conversation avec Dilke, l'hostilité dont l'ancien ami (ou pseudo-ami) de Gambetta fait preuve, le ton d'Herbert Bismark hier ou avant-hier vis-à-vis de l'Ambassadeur de France à Berlin, les impressions de M. Say sur la pensée intime des hommes d'Etat italiens, tout cela fait réfléchir. Nous ne sommes pas encore au bout. M. Flourens espère la paix pour cet été, sans la garantir; c'est mieux que ses dires du mois de Mai, mais c'est peu.

M. Borel m'a remis la lettre que Vous m'avez fait l'honneur de m'adresser le 1^{er} Juin.³ Je Vous en suis extrêmement reconnaissant et ai été particulièrement heureux d'apprendre que les rapports de Paris étaient intéressants pour Vous. J'espérais bien vivement pouvoir Vous écrire moins souvent sur la politique générale, mais il faut continuer à avoir l'oreille tendue et l'œil ouvert comme une sentinelle aux avant-postes. Il est bien désagréable que ce soient toujours les comparaisons militaires qui se présentent le plus naturellement devant l'esprit.

3. Nr. 345.

347

E 1004 1/150

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 1. Juli 1887

3429. Auslieferungsvertrag mit Österreich-Ungarn

Justiz- und Polizeidepartement. Antrag vom 22. Juni 1887
 Politisches Departement. Antrag vom 25. Juni 1887

Mit Depesche vom 17. Juni¹ abhin hat der k. und k. österr.-ungarische Geschäftsträger einen von seiner Regierung ausgearbeiteten Entwurf eines zwischen der Schweiz und der österreichisch-ungarischen Monarchie abzuschliessenden Statsvertrages wegen gegenseitiger Auslieferung von Verbrechern mit dem Ersuchen vorgelegt, es möchte dieser Entwurf einer eingehenden Prüfung unterstellt und eine baldige Rückantwort gegeben werden.

Indess wünscht Graf Brandis vor Allem aus die Ansicht des Bundesrates zu kennen über den Artikel III dieses Entwurfes, welcher wie folgt lautet:

«In Ansehung der politischen Verbrechen und Vergehen besteht keine Verpflichtung zur Auslieferung.

Auf Grund dieser Bestimmung wird aber die Auslieferung nicht verweigert werden, wenn die strafbare Handlung, welche dem Auslieferungsbegehren zu Grunde liegt, nach dem Gesez des um die Auslieferung angegangenen States den Tatbestand eines gemeinen Deliktes begründet.

Die Beurteilung und Entscheidung darüber steht dem State zu, von welchem die Auslieferung gewährt werden soll und welcher berechtigt ist, von dem reklamirenden

1. Nicht ermittelt.

State alle hiefür erforderlichen Aufklärungen und Nachweise über den Tatbestand zu verlangen.

Obwohl die Auslieferung nur wegen der im vorigen Artikel spezifizirten gemeinen Verbrechen stattfindet, so wird doch der Auslieferung der gemeiner Verbrechen Beschuldigten der Umstand nicht entgegentreten, dass sie auch politischer Delikte schuldig sind; jedoch können sie in diesem Falle nur wegen den ersteren gerichtlich verfolgt oder bestraft werden.»

Auf den gemeinsamen Antrag des politischen und des Justiz- und Polizeidepartements wird beschlossen, der Gesantschaft zu erwidern, dass sich der Bundesrat mit der Redaktion des Artikels III einverstanden erklären könne, falls dessen viertes Alinea einen Zusatzfolgenden Inhaltes erhalte: «auch darf die Connexität mit einem politischen Delikte nicht als Verschärfungsgrund angesehen werden.» — und ferner ein fünftes Alinea aufgenommen werde, folgenden Inhaltes: «Die daherigen Gerichtsverhandlungen sind öffentlich.»

348

E 2/1643

Antrag des Vorstehers des Politischen Departements, N. Droz, an den Bundesrat

Question de Savoie

Berne, 12 septembre 1887

Par un billet daté d'hier, M. Arago, Ambassadeur, m'ayant demandé une audience pour aujourd'hui, je l'ai reçu ce matin à 11 heures.

Parlant des nouvelles des journaux relatives à la Savoie¹, il m'a exposé avec une certaine animation qu'il avait été informé que M. Lardy aurait remis une note² au Gouvernement français et serait revenu récemment sur la question³; que notre Minis-

1. *Bereits am 9. 9. 1887 hatte der Bundesrat die Zeitungsberichte vom 6. 9. 1887 besprochen:* Verschiedene schweizerische Zeitungen, so die Basler Nachrichten, die Zürcherzeitung & die Gazette de Lausanne, haben soeben Mitteilungen gebracht, welche auf die zwischen der Schweiz & Frankreich über eine eventuelle Besezung der neutralen Zone Hochsavoyens gepflogenen Verhandlungen Bezug haben.

Nach gewalteter Beratung wird beschlossen:

1. Der Presse ist folgende Mitteilung zu verabfolgen:

«In verschiedenen Blättern wird in jüngster Zeit mitgeteilt, dass zu Anfang dieses Jahres von französischer Seite die Aufforderung zur Besezung der neutralisirten Theile Savoyens an die Schweiz gestellt worden und in der Folge ein die Verhältnisse im Falle einer eventuellen Okkupation regulirender Vertrag abgeschlossen worden sei. Beide Nachrichten sind falsch. Eine solche Aufforderung hat nicht stattgefunden, und es ist auch kein Vertrag abgeschlossen worden.» [...] (E 1004 1/150, Nr. 4601).

Am 11. 9. 1887 druckten daraufhin *Le Temps* und *La République française* offiziöse Darstellungen über die Verhandlungen ab (E 2/1643).

2. Nr. 338, Annex.

3. Vgl. das Schreiben von Bourcart an Droz vom 7. 9. 1887 (E 2/1643).

tre ferait du zèle en abordant et en soulevant des questions qu'il vaudrait mieux laisser de côté; que lui, M. Arago, en est d'autant plus surpris qu'à Berne on ne lui en a jamais parlé, et qu'on lui a même dit, en réponse à une question posée par lui, que rien ne s'était passé relativement à la Savoie.

J'ai fait observer à M. Arago que nous n'avions pas à lui rendre compte des missions dont nous chargeons notre Ministre à Paris; que si son gouvernement juge à propos de ne pas l'en informer, ce n'est pas à nous à le faire, ne serait-ce déjà qu'au point de vue de la correction de nos rapports avec le Ministère français; que la question qu'il m'avait posée au mois de mai était celle-ci: «Est-il vrai que MM. les colonels Pfyffer et Bleuler sont allés à Paris pour la question de Savoie?» — que je lui avais alors répondu textuellement: «Si le fait était vrai, ce ne serait pas à moi, mais à votre gouvernement que vous devriez le demander; je puis toutefois vous dire que cela n'est pas exact;»⁴ — que je maintiens encore cette réponse dans toute sa teneur.

Comme du reste M. Arago ne me disait pas s'il avait mission de la part de M. Flourens de me tenir un tel langage, je lui ai demandé s'il parlait en son nom, ou s'il était chargé de m'entretenir de cette question, attendu que je devais savoir exactement quelle était sa situation avant de continuer l'entretien.

M. Arago a alors sorti de sa poche une longue dépêche de M. Flourens, datée du mois de mai. Il m'en a lu une partie, sautant certains passages, autant que j'ai pu le remarquer, ou glissant rapidement sur d'autres. Le ton de cette dépêche est loin d'être bienveillant pour nous. En résumé, M. Flourens communique à M. Arago le texte de la note que nous lui avons fait remettre et qui est daté du 23 février, il a l'air de trouver notre démarche importune et inattendue. «Le Conseil fédéral a pris *prétexte*, est-il dit entre autres, de la situation générale pour aborder la question de Savoie.» Ailleurs, M. Flourens s'exprime ainsi: «Mon intention est de laisser tomber cette négociation.» Il charge l'Ambassadeur de le tenir au courant de ce qu'il pourra apprendre, en particulier des manifestations de l'opinion publique.

J'ai alors dit à M. Arago: «La teneur de cette dépêche, rapprochée de la communication publiée dans le *Temps* d'hier et qui émane évidemment de source officielle, fait au Conseil fédéral une situation que nous ne pouvons absolument pas accepter. Nous paraissons avoir inconsidérément et fort mal à propos soulevé une question inopportune, et avoir ainsi mérité une sorte de leçon. Je me vois obligé de vous indiquer maintenant la manière exacte en laquelle les choses se sont passées, ce qui est du reste à la connaissance de M. Flourens aussi bien que du Conseil fédéral.» J'ai alors rappelé les principales phases de la négociation, insistant en particulier sur les deux lettres du général Boulanger⁵. J'ai terminé en disant: «Vous voyez bien, Monsieur l'Ambassadeur, que le communiqué du *Temps* n'est ni exact ni bienveillant pour nous. Il ne sera pas possible au Conseil fédéral d'accepter la situation qui en résulte: l'opinion publique en Suisse ne nous le permettrait pas. A mon avis, que je soumettrai d'ailleurs à mes collègues, la meilleure manière d'en finir avec toutes ces nouvelles fantaisistes, c'est de faire connaître simplement l'état de la question. Or, cet état, le voici officiellement: Au commencement de cette année, le Conseil fédéral a dû naturellement s'occuper des éventualités qui pourraient se produire s'il avait à pourvoir à la sauvegarde de notre neutralité. Il a cru devoir faire connaître ses vues au Gouvernement français

4. Vgl. das Schreiben von Droz an Lardy vom 26. 4. 1887 (E 2/1643).

5. Vgl. Nr. 330, Anm. 7 und das Schreiben von Boulanger an Lardy vom 6. 3. 1887 (E 2/1643).

sur les modalités d'exécution des traités de 1815, en ce qui concerne notre droit d'occuper les parties neutralisées de la Savoie. Le Gouvernement français n'a formulé aucune objection à notre manière de voir, et dès lors il n'a pas été donné d'autre suite à cette affaire.»

M. Arago a été très fort impressionné de mes communications. Il m'a dit qu'après ce qui s'est passé, il comprend parfaitement notre attitude. Il a ajouté qu'il lui paraissait aussi qu'une publication dans le sens indiqué serait ce qu'il y aurait de mieux, attendu qu'elle ménagerait aussi les susceptibilités du Ministère français. «On pourrait même dire, ce sont ses propres paroles, que l'affaire en est restée là, *d'un commun accord*.» Il s'est félicité, en terminant, d'avoir provoqué cette explication, et m'a remercié des sentiments d'amitié dont nous avons fait preuve envers la France dans toute cette affaire.

A la suite de cet entretien, j'ai cru devoir faire part immédiatement à MM. de Bülov (junior) et Fé de l'état réel de la question, en les priant de le communiquer à leurs Gouvernements. Voici en substance ce que je leur ai dit: «Les polémiques des journaux ont remis sur le tapis la question de Savoie dont nous ne nous étions plus occupés depuis le printemps. A cette époque, nous n'avions pas jugé utile d'en parler pour des raisons faciles à comprendre, nous réservant de le faire dans notre rapport de gestion⁶, car nous n'avons rien à cacher vis-à-vis des autres pays. Puisque l'occasion s'en présente plus tôt, j'estime qu'il y a lieu de couper court à des nouvelles fantaisistes et à des commentaires erronnés. Au commencement de cette année, le Conseil fédéral s'est effectivement préoccupé de ses rapports avec la Savoie neutralisée pour le cas d'une occupation éventuelle. Il a cru devoir faire connaître ses vues à cet égard au Gouvernement français, par une note du 23 février. Dans cette note, le Conseil fédéral précise les modalités de l'occupation, telles qu'elles résultent du texte des traités. En premier lieu, il a tracé sur une carte annexée à sa note la ligne de démarcation du territoire neutralisé; en second lieu, il a annoncé qu'il appliquerait les lois et règlements militaires suisses en matière de prestations, de discipline et de juridiction; en troisième lieu, il a prévu la création d'un service postal et télégraphique militaire qui serait organisé d'accord avec l'administration française. Le Gouvernement français a reçu la note et n'y a fait aucune réponse. — Je tiens à insister sur un point qui a déjà fait l'objet de notre démenti officiel: c'est que nous n'avons pas eu de sollicitation ou d'invitation (*Aufforderung*) de la part de la France. C'est tout à fait spontanément que nous avons abordé la question, qu'il ne nous était pas permis d'ignorer, vu que nous avons à respecter et à faire respecter, pour autant que cela nous concerne, les traités y relatifs. Nous ne nous sommes pas non plus préoccupés de savoir si notre démarche était agréable ou désagréable à la France, désirée ou non désirée. Nous avons accompli notre devoir, dans l'idée que si des complications se produisaient, il était utile que nous eussions d'avance établi nettement notre point de vue.»

Dans mon entretien avec M. de Bülov (junior), celui-ci a particulièrement insisté sur ce point: la France n'a donc manifesté aucun désir de vous voir occuper? — Non, lui ai-je dit. Dans les quelques pourparlers qui ont eu lieu, — de notre part pour sonder et préparer le terrain, — avant la remise de la note, la France n'a pas abordé la question de droit, et nous ne l'aurions pas laissé discuter. Elle a admis la situation

6. *Im GBer. 1887 wird Savoyen nicht erwähnt.*

comme allant de soi, ce qui résulte déjà de nos négociations de 1883 au sujet du Mont Vuache⁷. — Je suis heureux, a dit M. de Bülow, de pouvoir en faire part à mon Gouvernement, et je puis vous dire que le Gouvernement italien a fait savoir à Berlin que, bien que la Savoie soit le berceau de la maison royale, il ne songe nullement à en reprendre possession, mais il verrait avec peine que la Suisse en sauvegardât la neutralité uniquement pour faire plaisir à la France.

M. Fé a accueilli ma communication avec une satisfaction visible. Il m'a dit n'avoir jusqu'ici transmis à son Gouvernement que les appréciations du *Bund*⁸, leur supposant une source officielle. Il s'est particulièrement intéressé à la question de savoir si la France avait contesté notre droit d'occupation. Il m'a quitté en me disant qu'il trouvait notre manière de faire absolument correcte et de nature à dissiper toute suspicion.

C'était aussi le sentiment de M. de Bülow, ainsi que de M. Adams, qui est venu le même jour m'entretenir de la question. Je pense qu'il y aura lieu d'en passer également à MM. de Hamburger et Brandis, comme représentants des Puissances garantes des Traités de 1815.

La question est maintenant de savoir s'il y a lieu de faire une nouvelle communication à la presse. Le cas échéant, on pourrait introduire dans le bulletin du Conseil fédéral la notice suivante:

«En présence des nouvelles erronées que les journaux continuent à publier sur l'affaire de la Savoie neutralisée, il y a lieu de faire connaître l'état réel de la question. Dans les premiers mois de cette année, les incertitudes de la situation ont naturellement amené le Conseil fédéral à s'occuper de cette question. Il a fait connaître au Gouvernement français ses vues au sujet des modalités d'une occupation éventuelle, en exécution des traités relatifs à la Savoie neutralisée.⁹ Le Gouvernement français n'a pas formulé d'objections contre cette manière de voir, et l'affaire en est restée là.¹⁰

7. Vgl. Nrn. 252, 253, 255 und 256.

8. Nicht ermittelt.

9. Später abgeändert in: à la neutralité de la Savoie.

10. Der Schluss wurde später abgeändert in: et l'affaire, dès lors, n'a pas eu d'autre suite. — Der Bundesrat billigte am 14. 9. 1887 die Auskünfte, welche Droz den Diplomaten erteilt hatte, und beauftragte ihn, von Arago eine Richtigstellung in den französischen Zeitungen zu verlangen. Das Politische Departement sollte zudem den Entwurf eines Pressekommunikés vorlegen (E 1004 1/150, Nr. 4657). — In der gleichen Sitzung beschloss der Bundesrat zudem als Strafe für eine Indiskretion: [...]es sei der Korrespondent des genannten Blattes [*Neue Zürcher Zeitung*] von der Liste der auf der Bundeskanzlei akkreditirten Journalisten zu streichen und in Zukunft vom Journalistenzimmer sowohl wie vom Zutritt zu sämtlichen Büreaux des Bundesrathshauses auszuschliessen [...] (E 1004 1/150, Nr. 4658).

*Der schweizerische Gesandte in Paris, Ch. Lardy,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
N. Droz*

B

Paris, 20 octobre 1887

D'après ce que m'a dit M. Magnin, Gouverneur de la Banque de France et délégué à plusieurs des dernières conférences monétaires, l'Espagne et la Roumanie auraient manifesté le désir d'entrer dans l'Union latine. Les délégués italiens pour le traité de commerce, MM. Luzzatti et Ellena, qui avaient représenté leur gouvernement à la conférence monétaire de Paris en 1885 ont demandé un rendez-vous à M. Magnin, lors de leur récent passage à Paris, pour l'entretenir de la question, mais ils ne sont pas venus. (Vis-à-vis de moi, ils ont usé du même procédé). M. Magnin croit savoir que l'Italie ne serait pas opposée à cette entrée de la Roumanie et de l'Espagne dans l'Union.

Personnellement, M. le Gouverneur de la Banque de France est d'un avis opposé. Il estime que la Roumanie aurait dû, ainsi que la Serbie, être invitée à entrer dans l'Union lorsque ces Etats ont proclamé leur indépendance; parce qu'alors nous aurions pu leur imposer des contingents pour la frappe des écus de 5 fr. en argent et faire circuler chez eux une partie de notre superflu d'écus. Aujourd'hui il est trop tard; la Roumanie a frappé plus de 50 millions en écus d'argent; de cette somme, 30 millions viendraient s'enterrer rapidement dans les caves de la Banque de France si la Roumanie entrait dans l'Union et trois ou quatre autres iraient peut-être en Suisse, tandis qu'en refusant la demande du Cabinet de Bukarest, nous pouvons fermer la porte aux écus roumains et même les couper (ce que la Banque de France fait lorsqu'on lui en remet en paiement).

Quant à l'Espagne, M. Magnin est aussi d'avis qu'on doit la laisser en dehors de l'Union parce qu'elle n'a pas d'or. Dans les deux dernières années, des spéculateurs français ont drainé l'or espagnol en gagnant à cette opération environ un pour mille; la seule maison André, Girod et C^{ie} à Paris a fait fondre l'an passé pour 35 millions de francs de monnaies d'or espagnoles, et, chose surprenante, a constaté lors de la transformation de ces monnaies en lingots, que leur valeur intrinsèque était bonne et qu'en moyenne, il y avait dans la péninsule beaucoup moins de fausses pièces d'or que la tradition n'aurait permis de le supposer. L'Espagne étant donc un pays d'argent, par suite des opérations pratiquées en grand dans les derniers temps, il y a lieu de ne pas se lier à elle, puisque ce n'est pas l'argent qui nous manque.

Il est surprenant que le Ministère des Affaires Etrangères de France ne nous ait pas prévenus de ces ouvertures de la Roumanie et de l'Espagne. En général, la France en prend à son aise avec son rôle de Directoire de l'Union monétaire latine; aucune publication, aucun signe de vie n'ont paru de la part du bureau international de Paris; déjà avant la guerre franco-allemande, la France avait gardé le silence sur les ouvertures faites par l'Autriche en vue d'une union monétaire sur la base de l'étalon d'or, union que l'Italie, la Belgique et la Suisse auraient saluée avec empressement et qui

aurait sans doute assuré l'adoption de notre système monétaire par l'Allemagne, en même temps qu'elle nous aurait peut-être permis (à la Belgique et à la France) de nous débarrasser en temps utile d'une partie de notre trop plein d'écus. Vous m'obligeriez en me faisant savoir si Vous avez reçu de l'Ambassade de France à Berne quelque ouverture au sujet des demandes de la Roumanie et de l'Espagne, et en me faisant savoir s'il y a lieu d'entretenir de la question de cette accession le Ministère français des Affaires Etrangères. J'avoue d'ailleurs être, quant au fond, assez partisan des idées de M. Magnin et pencher plutôt pour une réponse négative.¹

1. *In seiner Antwort hielt der Bundesrat fest: [...]*In Übereinstimmung mit der Ansicht des Herrn Magnin, Leiter der Banque de France, des Herrn Minister Lardy und des Herrn Nationalrat Cramer-Frey hält das Departement und mit ihm der Bundesrat den Beitritt der genannten Staaten für die Interessen der Unionsstaaten als nachteilig. Der bezügliche Schreibensentwurf wird genehmigt, jedoch ist mit Bezug auf die von Herrn Lardy gestellte Anfrage beizufügen, dass seitens der französischen Botschaft dem Bundesrat keine diesen Gegenstand berührenden Eröffnungen gemacht worden seien und dass daher, für einmal wenigstens, solche auch dem französischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten gegenüber unterbleiben sollen (E 1004 1/151, Nr. 5981).

350

E 13/(B)/215

*Der schweizerische Gesandte in Rom, S. Bavier,
an den Bundespräsidenten und Vorsteher des Politischen Departements,
N. Droz*

B Persönlich & vertraulich

Rom, 5. November 1887

Ihr verehrl. Schreiben vom 31^{ten} Oct.¹ habe ich erhalten & entnehme demselben mit Befriedigung, dass mein Vorgehen in Sachen unseres *Handelsvertrags* sich ganz im Einklang mit Ihren Instruktionen & mit Ihren Anschauungen befindet.

Auch bei meinem letzten Besuch erklärte mir H^r Crispi, er glaube nicht dass es möglich sei unserm Begehren einer Verlängerung des bestehenden Vertrags zu entsprechen, da man mit Österreich & Frankreich bereits unterhandle & wo möglich noch vor Ende des Jahres einen neuen Vertrag vereinbaren werde. Immerhin behielt er sich vor sich noch genauer zu informiren & mir dann seine definitive Antwort zu ertheilen.

Ich überzeugte mich bald, dass dieselbe ganz von den Anträgen der Unterhändler abhängig sein wird.

Vorher begab ich mich zu dem einflussreichsten Mitglied der ital. Delegation, H^r Ellena, mit dem ich, seit Jahren, auf sehr gutem Fusse stehe.

Derselbe erklärte mir, dass man, wenn es die Schweiz allein betreffen würde, keinen Anstand nähme eine Verlängerung des Vertrages zu bewilligen. Aber da man,

1. *Nicht abgedruckt.*

namentlich mit Österreich, noch in diesem Jahre zu einem Abschluss gelangen dürfte so sei es unerlässlich auch im Vertrag mit der Schweiz einige Änderungen einzuführen & aus diesem Grunde sei eine Verlängerung geradezu unmöglich. Ich sagte dann Hr Ellena man könnte vielleicht einige gebundene Artikel unseres Conventionaltarifs ausnehmen & im Übrigen dann die Prorogation vereinbaren.

Hierauf nahm er unsern, sowie den östr. Vertrag zur Hand & bemerkte mir dann, dass er allerdings glaube wenn man einige Positionen unseres Tarifs aufhebe, die Sache sich dann, nach seinem Wunsche ordnen liesse. Als solche Artikel bezeichnete er:

1. Holz in Brettern sowie für Parquets zugerichtetes. 2. Holz, gemeines, roh, gesägt, vierkantig oder einfach zugehauen. 3. Käse. 4. Posamentierarbeiten etc von Kautschuk oder Guttapercha. 5. Andere Arbeiten von Kautschuk.

Ich erwiederte Hr Ellena, dass von Käse keine Rede sein könne. Derselbe betreffe ja in der Hauptsache *nur* die Schweiz & sobald man uns diese Position wesentlich erhöhen wolle, höre alles Unterhandeln auf! Er sagte dann lachend: nun so will ich, was mich betrifft, auf die Erhöhung des Käses verzichten & denselben einstweilen zum gegenwärtigen Tarif stehen lassen!

Ellena würde also eine Verlängerung bevorzugen [!], wenn die obenerwähnten 4 Artikel aus dem bestehenden Conventionaltarif ausgemerzt würden.

Dieselben würden, bei Anwendung des ital. Generaltarifs, folgendes Opfer von uns im *Maximum* bedingen:

1. Für Holz in Brettern: bei Verlängerung des Vertrags bis 1. Juli 1888 = f	1566
2. Für Holz gemeines, roh gesägt vierkantig bei Verlängerung des Vertrags bis 1. Juli 1888 =	f 31, 320
3. Für Kautschuk oder Gutta percha etc bei Verlängerung des Vertrags bis 1. Juli 1888 =	f 686
4. Für Kautschuk (andere Arbeiten) bei Verlängerung des Vertrags bis 1. Juli 1888 =	f 4631
Das von uns gebrachte Opfer wäre im Maximum =	f 38, 203 ²

Ich sagte im Maximum, denn durch den östr. Vertrag wird der Generaltarif gerade bei vorstehenden Artikeln ohne Zweifel ermässigt & unser Opfer daher auf etwa f 25,000 reduziert.

Dagegen würden unsere Käseexporteure, gegenüber dem Generaltarif, bei einer Verlängerung bis 1. Juli 1888 mehr als eine halbe Million Franken gewinnen! Wahrscheinlich sogar bedeutend mehr, weil sie ihren Export in der ersten Hälfte des Jahres möglichst machen könnten.

Es ist sehr einleuchtend, dass Ellena auf vorerwähnten Artikeln bestehen zu müssen glaubt. Denn der Import von Holz aus Österreich (der bei Fortbestand unseres Conventionaltarifs *frei* bliebe) beträgt 1,191,546 Cent. Meter & repräsentirt einen Werth von fr 53,619,570, während dem unsere Einfuhr von 10,440 mit einem Werth von f 469,800, also kaum $\frac{1}{100}$ der österreichischen erreicht!

Hr Ellena sagte mir es sei nur seine *persönliche & unverbindliche* Ansicht, dass man in vorerwählter Weise vorgehe. Bei der Autorität die er hat, ist dieselbe aber von grossem Gewicht.

2. Die Zahlen wurden in Bern folgendermassen abgeändert: 1. 48,493; 2. 16,790; 3. 2,866; 4. 420; Total 68,569 fr. nach schweiz. Statistik v. 1886.

Ich schreibe nun nächste Woche an H^r Crispi & verlange nur eine Verlängerung pur et simple von 1 Jahr, eventuell bis 1. Juli 1888. Zwei Tage später begeben sich dann zu ihm, um das Begehren mündlich zu wiederholen. Er wird dann ohne Zweifel Ellena consultiren & es ist wahrscheinlich, dass er dann auf eine Verlängerung in obigem Sinne eingeht. Ich schreibe Ihnen dann offiziell. Einstweilen ist obige Mittheilung nur streng vertraulich & ich bitte Sie, im Interesse der Sache, gef. dafür zu sorgen, dass dieselbe *absolut geheim bleibe*. Dagegen wäre mir sehr lieb, von Ihnen zu vernehmen ob Sie mit einem solchen, wie mir scheint, höchst annehmbaren Übereinkommen einverstanden wären.³

Was den Ort der Unterhandlungen anbelangt, so sagte mir Ellena er sei mit Vergnügen bereit nach der Schweiz zu kommen, wenn dieselben im Frühjahr oder Sommer stattfinden können.

Ich bin mit dem östr. Botschafter & der östr. Delegation in stetem Verkehr. Sie verhandeln äusserst zähe, glauben aber mit ziemlicher Sicherheit auf Ende des Jahres abschliessen zu können. Die Details der Ansätze sind noch nicht beschlossen. Sobald diess der Fall ist, erfahre ich sie & werde dann unverzüglich an Sie berichten. Einstweilen habe ich, für alle Fälle, mich dringend verwendet, dass sie auf Herabsetzung des Käses auf unsern jezigen Tarif, oder doch wenigstens auf einen mässigen Ansatz hinwirken sollen & sagte ihnen, dass wir ja gemeinsame Interessen haben & uns gegenseitig nach Kräften die Situation erleichtern sollten. Sie versprachen mir denn auch für den Käse das Möglichste zu thun.

Mit Frankreich geht es sehr langsam vorwärts & ich glaube kaum, dass sie je zu einem Abschluss kommen. Ellena klagt auch über die Pedanterie der französischen Unterhändler. Einer derselben (Marie, der schon unter 47 Ministerien gedient habe!) sei so ängstlich & kleinlich, dass man fast nicht vorwärts komme. Die Hauptsache ist übrigens die Unsicherheit in welcher die franz. Regierung sich befindet & H^r Crispi will nicht abschliessen, bis man ihm die Ratification durch die französische Kammer zugesichert habe. Diess kann aber kein Mensch voraussehen! Darum hängt der franz.-italiänische Vertragsabschluss noch ganz in der Luft.

3. Nach Besprechungen mit Deucher, Cramer-Frey und Hammer teilte Droz Bavier am 12. 11. 1887 mit: [...] Il a été convenu que je vous prierais de vous rendre auprès de M^r Ellena, et de lui dire que vous m'avez fait part de votre récent entretien. «L'opinion personnelle du Président de la Confédération, qui réserve d'ailleurs celle du Conseil fédéral est qu'une prorogation dans les conditions indiquées, n'aurait pas de chance d'être acceptée à Berne. Elle manque de la base de la *réciprocité*, attendu, d'une part, qu'elle assure un avantage à l'Italie sans compensation pour la Suisse, et, d'autre part, qu'elle place les produits suisses qui ne seraient pas au bénéfice de droits conventionnels, sous le coup des rigueurs du nouveau tarif général italien, très-élevé, tandis que les produits italiens jouiraient sans réserve des droits très-modérés du nôtre ainsi que des tarifs conventionnels favorables à la plupart des articles que l'Italie nous envoie. [...]» (E 13 (B)/215).

E 1004 1/151

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 18. November 1887

5826. Zusazartikel zur Konvention betr. gewerbliches Eigentum

Handels- und Landwirtschaftsdepartement. Antrag vom 17. November 1887

Mit Schreiben vom 5. Juni¹ a. c. hat der Geschäftsträger der italienischen Regierung dem Bundesrat mitgeteilt, dass die Ratifikation der von der internationalen Konferenz in Rom vom Frühjahr 1886 beschlossenen *Zusazartikeln zur internationalen Konvention betreffend den gegenseitigen Schutz des gewerblichen Eigentums* seitens einiger Unionsstaaten Schwierigkeiten begegne, und es hat daraufhin der Bundesrat mit Schreiben vom 8. Juni² dem italienischen Geschäftsträger zuhanden der k. Regierung seine Ansicht dahin ausgesprochen, dass es unter diesen Umständen geraten erscheine, diese Vereinbarungen ihres Charakters als allgemein verbindliche Zusätze zur Konvention zu entkleiden und dieselben als Spezialvereinbarung jener Unionsstaaten, welche sich zu deren Durchführung verpflichten, der Ratifikation der Regierungen der letztern zu unterbreiten. Hierauf ist eine Rückäusserung seither nicht erfolgt.

Unter diesen Umständen hält das Departement dafür, es sei die durch Botschaft vom 5. November 1886³ den eidgen. Räten beantragte Ratifikation der erwähnten Zusazartikel so lange zu verschieben, bis seitens der Unionsstaaten eine Beschlussfassung über die Modalitäten der Ratifikation derselben vorliege, und es wird in diesem Sinne ein Schreiben an die eidgen. Räte nach Entwurf des Departements erlassen.⁴

1. E 22/2425.

2. *Ibid.*

3. BBl 1886, 3, S. 521—545.

4. *Vgl. den GBer.* 1886 (BBl 1887, 1, S. 391).

352

E 1004 1/151

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 12. Dezember 1887

Nr. 6210 Motion Berger

Mündlich

Herr Nationalrat *Berger* hat am 24. Juni d.J. im Nationalrat folgende *Motion* gestellt:

«Der Bundesrat ist eingeladen, Bericht und Antrag einzubringen über die Frage, ob es nicht angezeigt sei, die Initiative zu ergreifen zur Anbahnung eines centraleuropäischen Zollvereins.»¹

Herr Bundespräsident erstattet mündlich Bericht über diese Anregung und schliesst dahin, der Vertreter des Bundesrates möge sich im Nationalrat dahin aussprechen: Die Schaffung eines centraleuropäischen Zollvereins sei derzeit unausführbar und es wäre eventuell für die Schweiz nicht ratsam, weder die Initiative zur Herbeiführung eines solchen Verbandes zu ergreifen, noch einem solchen anzugehören². Wenn der Nationalrat trotz dieser Auskunftserteilung einen schriftlichen Bericht wünsche, so sei der Bundesrat bereit, einen solchen zu erstatten; es sei aber nicht anzunehmen, dass der Schlussantrag des schriftlichen Berichtes ein anderer sein werde.

Der Rat erklärt sich mit dem Antrag des Herrn Bundespräsidenten einverstanden und ersucht den letztern, die Vertretung des Bundesrates zu übernehmen.

ANNEX

E 6/50

*Der Vorsteher des Handels- und Landwirtschaftsdepartements, N. Droz,
an den Basler Kurzwarenhändler G. Kiefer-Bär*

Kopie
S

Bern, 3. Februar 1885

[...]³. Der Gedanke einer Zollunion und zwar einer mitteleuropäischen sowohl als einer Union einzelner Staaten ist alt und dessen Verwirklichung hinsichtlich der Schweiz und Deutschlands hat einst ziemlich nahe gelegen als (im Jahr 1834) der deutsche Zollverein gegründet wurde. Der Anschluss der Schweiz an diesen Zollverband wurde nicht nur von Privaten und Gesellschaften, sondern auch von den Kantonsregierungen und von der Tagsatzung allen Ernstes erwogen. Die Experten-Kommission kam aber in ihrem Bericht an die Tagsatzung u.A. zu dem Schlusse: die

1. Vgl. das NR-Prot. vom 15. 12. 1887 (E 1001 (C) d 1/95, Nr. 48).

2. Zur Argumentation von Droz vgl. auch Nr. 293 sowie sein Schreiben an Kiefer-Bär vom 3. 2. 1885 (als Annex teilweise abgedruckt).

3. Vorangehend äussert sich Droz zur Frage der Zollfreilager in Genf.

schweiz. Eidgenossenschaft solle unabänderlich festhalten an ihrem bisherigen bewährten System der Freiheit des Handels und des Gewerbe und sich unter keinerlei Umständen, noch unter irgend einer Bedingung, weder den Mauthlinien Frankreichs, noch der preussischen Zollunion, noch irgend einer andern fremden Zolllinie anschliessen: Der Grundsatz der Neutralität in Handelssachen sei eine Folge der politischen Neutralität der Schweiz, etc. Dabei *blieb* es damals. Im Winter 1879/80 trat unter dem Einfluss des franz. Nationaloekonomen Molinary in Luzern eine Versammlung verschiedener Industrieller, der ich ebenfalls beiwohnte, zusammen, um die Idee einer kontinentalen Zollunion oder dann speziell eines Zollanschlusses der Schweiz an *Frankreich* zu besprechen. Die Versammlung ernannte ein Komite mit dem Auftrag die Sache näher zu prüfen und zu betreiben. Der Auftrag ist ungelöst geblieben und die Sache im Sande verlaufen. Die Zollunionsfrage war auch in der Bundesversammlung vorübergehend zur Sprache gekommen, aber auch da traten wie ich mich wohl erinnere, sofort dieselben politischen Bedenken zu Tage, die schon vor 50 Jahren in der Tagsatzung zur raschen Verwerfung jeder Idee einer Zollunion geführt hatten. Ich habe seither über diese Projekte keine Reflektionen mehr angestellt, da sie mir im Allgemeinen von vorneherein unausführbar erscheinen.

353

E 13 (B)/154

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes des Deutschen Reiches,
H. von Bismarck*

Abschrift
N

Berlin, 15. Dezember 1887

Der unterzeichnete ausserordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister der schweizerischen Eidgenossenschaft beehrt sich, aus Auftrag des schweizerischen Bundesraths¹ S^r. Excellenz, Herrn Grafen von Bismarck-Schönhausen, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes des Deutschen Reiches, ergebenst folgende Eröffnungen zu machen:

Im Laufe des Monats Januar dieses Jahres ist zwischen S^r. Excellenz Herrn Staatsminister von Boetticher, Staatssekretär des Reichsamtes des Innern, und dem Unterzeichneten mündlich vereinbart worden, dass, mit Rücksicht auf die dermaligen handelspolitischen Beziehungen Deutschlands zu andern Staaten und im Besondern zu Östreich-Ungarn, die Weiterführung der zwischen den Delegationen der kaiserlichen Regierung und des schweizerischen Bundesraths am 1. und 3. November 1886 eingeleiteten Verhandlungen² für die Revision des deutsch-schweizerischen Handelsvertrags vom 31. Mai 1881 vor der Hand sistirt werden solle.

Bei diesem Anlass hat indess der Unterzeichnete die Erklärung abgegeben, dass der schweizerische Bundesrath im Hinblick auf die Sachlage in der Schweiz, für die Wiederaufnahme der gedachten Verhandlungen als spätesten Termin die letzten Monate des laufenden Jahres in Vorschlag bringen müsse.

Mittlerweile ist zwischen der kaiserlichen Regierung und derjenigen von Östreich-

1. Vgl. das Bundesratsprotokoll vom 12. 12. 1887 (E 1004 1/151, Nr. 6160).

2. Vgl. Nr. 304, Anm. 13.

Ungarn ein Abkommen getroffen worden, dem zu Folge der Handelsvertrag vom 23. Mai 1881 bis zum 30. Juni 1888, bezw. auf unbestimmte Zeit pure verlängert wird.

So sehr auch der schweizerische Bundesrath geneigt ist, der Situation nach Möglichkeit Rechnung zu tragen, welche sich für die kaiserliche Regierung aus diesem Aufschub von Tarif-Verhandlungen mit der k.u.k. österreichisch-ungarischen Regierung ergibt, so nöthigt Sie doch andererseits die von der öffentlichen Meinung in der Schweiz neuerdings wieder dringend geforderte Reciprocität für den Waarenaustausch zwischen Deutschland und der Schweiz, nunmehr, in Ausführung oben erwähnter Erklärung des Unterzeichneten, die alsbaldige Fortsetzung der in Frage stehenden Verhandlungen zu beantragen.

Da jedoch bei der dermaligen handelspolitischen Situation Deutschlands gegenüber andern Vertragsstaaten die kaiserliche Regierung kaum geneigt sein dürfte, diese Verhandlungen auf der unveränderten Grundlage der schweizerischerseits im November 1886 vertretenen Vorschläge³ weiter zu führen, so wäre der schweizerische Bundesrath bereit, sich bis auf Weiteres mit einer provisorischen Erledigung der beantragten Revision des Vertrags vom 31. Mai 1881⁴ zu begnügen und hiefür das Maass der gedachten Anträge noch weiter einzuschränken.

Dieses Provisorium, welches der Unterzeichnete hiemit auftragsgemäss in Vorschlag zu bringen die Ehre hat, hätte der Form nach, darin zu bestehen, dass ein Zusatzartikel zu dem gegenwärtigen Verträge vereinbart würde, welcher, als integrierender Bestandtheil des letztern, mit demselben von den vertragschliessenden Parteien jeden Tag auf ein Jahr gekündigt werden könnte.

Materiell werden schweizerischerseits, behufs Aufnahme in den vorgeschlagenen Zusatzartikel, die nachstehenden Reductionen, bezw. Bindungen des deutschen Zolltarifs beantragt.

<i>Nos des deutschen Zolltarifs</i>	<i>Artikel</i>	<i>Anträge</i>
2.C.1.δ u. ∑	Baumwollengarn, roh über N ^o 60	Bindung der jetzigen Zölle von 30 u. 36 MK.
2.d.3.	Baumwollengewebe rohe, undichte	Bindung des Zolles von 120 MK.
22i; 41.d.7; 2.d.6; 30.e.2	Stickereien	Einräumung einer besonderen Position «Stickereien», ohne Unterschied des Stoffes zum Ansätze von 200 MK. statt 150, 300, 350 und 600 MK.
30.a	Floretseide, ungefärbt	Bindung der jetzigen Zollfreiheit.
30.d	Rohseidenzwirne, ungefärbt	50 MK. statt 200 MK.
	gefärbt	100 MK. statt 200 MK.
	Seidenbänder (seidene, floretseidene und halbseidene) «mit offenen Geweben»	Verzollung wie seidene und halbseidene Waaren, Position 30.e.1 und f zu 800 und 450 MK, statt als Gaze 1000 MK.
	Beuteltuch	Zollfreiheit statt Verzollung als Gaze zu 1000 MK.

3. *Vgl. Nr. 304, Annex.*

4. AS 1880—1881, 5, S. 458—482.

<i>N^{os} des deutschen Zolltarifs</i>	<i>Artikel</i>	<i>Anträge</i>
20.a.	Gewalztes Gold	50 MK. statt 600 MK.
20.d.	Taschenuhren, goldene	0,80 MK. statt 3,00 MK.
	silberne	0,60 MK. statt 1,50 MK.
	andere	0,40 MK. statt 0,50 MK.
	Gehäuse ohne Werk	0,40 MK. statt 0,50, resp. 1,50 MK.
	Werke ohne Gehäuse	0,40 MK. statt 1,50 MK.
25.o.	Käse	Bindung des jetzigen Zolles von 20 MK.
21.b.	Sohlleder	Einräumung einer besonderen Position «eichenge- gerbtes Zahn-Sohlleder» zu 16 MK. statt 36 MK.

Ferner wünscht der Schweizerische Bundesrath von der kaiserlichen Regierung in dem provisorischen Übereinkommen als Ergänzung zu Art. 6⁵ des bestehenden Vertrages folgende Zugeständnisse betreffend den Veredelungsverkehr zu erhalten:

- 1, Zollfreiheit für Garne zum Zwirnen,
für Seide zum Zwirnen oder Umfärben,
für Flachs, Hanf und Werg zum Spinnen.
- 2, Erlass des Nachweises der einheimischen Erzeugung
für Seide zum Zwirnen, Färben oder Umfärben.
- 3, Gestattung zollfreier Rückfuhr in zerschnittenem Zustande für die in der Schweiz gefärbten oder bedruckten deutschen Gewebe.

Diese verschiedenen Anträge, welche schweizerischerseits als das minimum der Concessionen betrachtet werden, welche der Bundesrath notwendig verlangen müsste, um der weiteren Aufrechterhaltung des bestehenden Vertrags zustimmen zu können, sind in den schon erwähnten Conferenz-Verhandlungen vom 1. und 3. November 1886 von den schweizerischen Delegirten einlässlich begründet worden.

Der Unterzeichnete darf daher auf eine weitere Motivirung derselben füglich verzichten und erlaubt sich nur noch, betreffend die beantragten Tarif-Ermässigungen, bezw. Bindungen die Aufmerksamkeit Sr. Excellenz im Besonderen darauf zu lenken, dass an der Einfuhr der genannten Artikel nach Deutschland die Schweiz ausschliesslich oder in ganz überwiegendem Maasse betheiligt ist und dass, nach diesseitigem Dafürhalten, die kaiserliche Regierung daher kaum durch Rücksichten gegen andere Vertragsstaaten verhindert sein dürfte, die gestellten Anträge in Erwägung zu ziehen.

Indem der Unterzeichnete sich beehrt, nochmals hervorzuheben, wie in der Schweiz die öffentliche Meinung über die Frage der Fortdauer des Vertrages vom 31. Mai 1881 einer Entscheidung dringend verlangt, ferner, wie es demnach dem schweizerischen Bundesrath in der That unmöglich geworden ist, diese Entscheidung noch weiter zu verschieben, und wie sehr derselbe daher der kaiserlichen Regierung zu Dank verpflichtet wäre, wenn Hochdieselbe durch beförderliche Behandlung vorstehender Anträge und thunlichst baldige Mittheilung ihrer Entschliessungen die Vereinbarung des beantragten Provisoriums in kürzester Zeit ermöglichen würde,

5. Vgl. Nr. 304, Anm. 8.

benutzt er zugleich mit Vergnügen den Anlass, um S^r.Excellenz, Herrn Grafen von Bismarck-Schönhausen, aufs Neue seiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

354

E 1004 1/151

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 16. Dezember 1887

6310. Handelsvertrag mit Italien

Handels- und Landwirtschaftsdepartement. Antrag vom 14. Dezember 1887

Nachdem laut Mitteilungen der Gesandtschaft in Rom Herr Ministerpräsident Crispi sich bereit erklärt hat, auf Grund der hierseitigen Note vom 8. dies¹ mit der Schweiz über einen neuen Handelsvertrag zu unterhandeln, wird auf Antrag des Departements folgende

Instruktion
für die Herren Minister Bavier, Nationalrat
Cramer-Frey und Ständerat Blumer

beschlossen:

A. *Zölle.* Da bei der gegenwärtigen Sachlage eine Reduktion der bisherigen italienischen Zölle kaum erhältlich wäre, werden die Herren Delegirten ihre Bemühungen im Allgemeinen darauf konzentriren, wenigstens einer wesentlichen Erhöhung dieser Zölle vorzubeugen, also für die neue Vertragsperiode den status quo zu sichern. Dieselben werden demnach in erster Linie proponiren:

1. Gegenseitige Erneuerung der Konventionaltarife des jezigen Vertrages mit Italien für die Einfuhr sowohl als für die Ausfuhr, mit Ausnahme von Wermuth.

2. Bindung derjenigen Positionen des Ende dieses Jahres ablaufenden französisch-italienischen Vertragstarifs, mit welchen wesentliche schweizerische Interessen verknüpft sind, hauptsächlich Baumwollgewebe und Maschinen; Italien bleibt hingegen für die neue Vertragsperiode im Mitgenuss der Vorteile des schweizerischen Konventionaltarifs mit Frankreich², sowie desjenigen mit Spanien³, deren Dauer noch bis 1. Februar 1892 gesichert ist.

3. Bindung der bisherigen italienischen Generalzölle für Baumwollgarn und -Zwirn, Tüll, Gaze und Mousseline, Stikereien und Chokolade, wogegen die Schweiz ihre bisherigen autonomen Zölle für totes Geflügel, Trauben, Strohgeflechte und Hüte binden würde.

1. E 13 (B)/215. Für die italienischen Forderungen vgl. Nr. 350 inklusive Erhöhung des Käsezolls. In Ergänzung seiner Instruktion vom 12. 11. 1887 (vgl. Nr. 350, Anm. 3) hatte der Bundesrat Neuverhandlungen gefordert.

2. AS 1882—1883, 6, S. 348—361.

3. AS 1883—1884, 7, S. 234f.

Die Position «Vieh», hinsichtlich welcher beide Staten freie Hand haben, werden die Herren Delegirten nicht zur Sprache bringen, oder im Falle, dass sie von Seite der italienischen Abordnung in Diskussion gestellt würde, erklären, dass die Schweiz diese Position für ihre Unterhandlungen mit Österreich reserviren müsse.

In zweiter Linie werden die Abgeordneten zu etwelcher Erhöhung einzelner der genannten Artikel Hand bieten, bezw. durchblicken lassen, dass der Bundesrat eine mässige Zollerhöhung acceptiren würde. Im Übrigen werden dieselben eine Liste dieser Erhöhungen und der dagegen von Italien zuzugestehenden schweizerischen Zollerhöhungen je nach ihrem eigenen Ermessen und der Haltung der italienischen Delegirten aufstellen und dem Bundesrate die gegenseitigen Zugeständnisse, auf Grund welcher ein neuer Vertrag resp. ein Provisorium möglich würde, zu endgültiger Entscheidung nebst ihren eigenen Gutachten, wenn nötig, telegraphisch, mittheilen.⁴

B. *Text.* Hinsichtlich des Vertragstextes werden die Herren Delegirten in allen Teilen den jezigen Vertrag⁵ erneuern, mit Ausnahme von Art. 4, welcher von den kantonalen Ohmgeld- und Octroiegebühren handelt und durch die eidgen. Alkoholgesetzgebung⁶ gegenstandslos geworden ist.

Mit Bezug auf Art. 11 (Handelsreisende) wird eine endgültige Instruktion des Bundesrates vorbehalten. Die Abgeordneten werden sich zunächst über das Regime in Italien erkundigen und darüber berichten.

Die Abgeordneten werden zugleich die Aufnahme einer Bestimmung proponiren, durch welche die im Art. 1 stipulirte Behandlung auf dem Fusse der meistbegünstigten Nation als für Gegenstände des Statsmonopols nicht verbindlich erklärt würde. Diesem Erfordernis entspräche die Adoption von Art. 26 des schweizerisch-französischen Handelsvertrages.

Der Bundesrat wünscht ferner die Aufnahme eines Zusazes zu Art. 8 des jezigen Vertrages, durch welchen Italien sich verpflichten würde, die Versender der Waaren resp. deren Beauftragte zur Verzollung der Waaren im italienischen Zollamte zuzulassen und dieselben dadurch in den Fall zu sezen, ihre berechtigten Interessen besser zu wahren als es durch die Agenten der italienischen Bahnverwaltungen, welche allein zu den Verzollungsformalitäten zugelassen werden, geschieht.⁷

Was die Dauer des Vertrages betrifft, so soll derselbe nicht länger als der Handelsvertrag mit Frankreich, also bis zum 1. Februar 1892, verbindlich sein.

C. *Provisorium.* Die Herren Delegirten sind ermächtigt ein Provisorium zu vereinbaren, durch welches bis zur Ratifikation des neuen Vertrages die vereinbarten Bestimmungen des leztern hinsichtlich der Zölle gelten. Kommt keine Einigung über einen Vertrag zu Stande, so werden die Herren Delegirten neue Instruktionen einholen.

4. Am 29. 12. 1887 wurde der abgelaufene Handelsvertrag bis 1. 3. 1888 verlängert (AS 1889, 10, S. 438 f.).

5. Handelsvertrag mit Italien vom 22. 3. 1883 (AS 1883—1884, 7, S. 382—425).

6. Vgl. BBl 1886, 3, S. 421—494, 604 (Beilage zu Nr. 47) und 1309—1316.

7. Vgl. Nr. 279.

E 2300 Wien 24

355

*Der schweizerische Gesandte in Wien, A. O. Aepli,
an den Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz*

B

Wien, 21. Januar 1888

Seit meinem letzten Berichte vom 31. v. Mts.¹ haben sich in den thatsächlichen Verhältnissen keine bemerkenswerthen Veränderungen ergeben. Berichtigend mag erwähnt werden, dass von den in meinem Schreiben vom 18. Dezember² genannten Truppen ausser zwei Bataillonen Genie, etwas Cavallerie und Befestigungsartillerie, keine anderen nach Galizien abgegangen, sondern dass sie nur auf den Kriegsfuss gestellt worden sind und marschbereit gehalten werden. Nicht uninteressant erscheint es, dass die hier garnisonirenden Offiziere strenge zur Erlernung der russischen Sprache angehalten werden. Im Offiziercorps betrachtet man die gegenwärtige Ruhe als die Stille vor dem Ausbruch des Gewitters.

Dass die Erörterungen in den öffentlichen Blättern über die Zeitlage und die mögliche Entwicklung der gespannten internationalen Verhältnisse auch zu Besprechungen darüber und zur Untersuchung der Frage über den wahrscheinlichen Verlauf der Dinge Veranlassung geben, mag nicht auffallen, müssen sich doch alle Regierungen und deren Vertreter dazu gedrängt fühlen, über die bevorstehenden Ereignisse womöglich zu einiger Klarheit zu gelangen, um sich desto besser auf dieselben vorzubereiten.

Wenn ich mir erlaube, Ihnen das Ergebniss meines eigenen Nachdenkens und die Ansichten von Collegen hierüber vorzulegen, so nehme ich es als selbstverständlich an, dass Sie diese Mittheilungen nur als für Sie gemacht betrachten werden.

Nachdem allem Anscheine nach in Frankreich durchaus keine kriegerische Stimmung herrscht, vielleicht auch mit Rücksicht auf die für das Jahr 1889 beabsichtigte Säcularfeier und die damit verbundene Ausstellung, liegt der Schwerpunkt der internationalen Verwicklungen in Russland. Die Ängstlichkeit, mit der alle von da ausgehenden Symptome für Frieden oder Krieg von der Presse verfolgt werden, erscheint beinahe etwas lächerlich. Dass in den nächsten Paar Wochen ein Krieg nicht ausbrechen werde, dessen dürfte man, nach meinem Dafürhalten, sicher sein, aber ebenso sicher sollte man darauf gefasst sein, dass die ernstesten Verwicklungen nicht fehlen werden, wenn Russland nicht bis zu einem gewissen Grade befriedigt wird.

Als ich im November 1883 mit dem damaligen rumänischen Gesandten die Lage der Donau- und Balkanländer besprach, äusserte er sich ungefähr dahin: Er betrachte die Zukunft aller dieser Staaten noch als sehr ungewiss. Die Interessen Russlands und Österreichs bekämpfen sich in denselben und werden früher oder später unnachsichtlich zu einem Kriege führen, dessen Ausgang alsdann ergeben werde, ob jene Länder einer vorherrschenden Abhängigkeit von Russland, vielleicht einer Annexirung, verfallen, oder ob sie, unter dem vorherrschenden Einflusse Österreichs, ihre Selbständigkeit bewahren werden.

1. Nicht abgedruckt.

2. Nicht abgedruckt.

Wenn die seit Jahren beobachtete und mit Zähigkeit festgehaltene Politik Russlands im Orient in Betracht gezogen wird, sowie die Geduld, mit der Russland den richtigen Moment zu erwarten weiss, in dem es in Action treten soll, wenn man berücksichtigt, dass in die Situation durch die so starke militärische Besetzung der Grenze gegen Deutschland und Österreich ein höchst bedeutungsvolles Moment eingetreten ist und dass trotz aller Friedensversicherungen eine Änderung dieses factischen Zustandes nicht stattfindet, so darf man mit aller Sicherheit darauf zählen, dass Russland in nicht zu ferner Zeit mit allem Nachdrucke die Wiederherstellung oder vielleicht richtiger gesagt, die Gewinnung seines unbedingt prädominirenden Einflusses im Oriente Europa's zu erlangen bestrebt ist. Es ist selbstverständlich, dass die Situation um so mehr verdüstert ist, als Österreich-Ungarn heute noch als auf dem Standpunct stehend betrachtet werden muss, der im Spätjahr 1886 in den Delegationen präcisirt worden ist, und denen damals zu entnehmen war, dass es als eine Verletzung der vitalsten Interessen des Reichs betrachtet würde, wenn Russland Bulgarien besetzen und die Regierung dieses Fürstenthums seinem ausschliesslichen Einflusse unterwerfen würde. Geht nun die Absicht Russlands dahin, dieses letztere ganz an sich zu reissen, so muss angenommen werden, dass Deutschland, von dem man längst weiss, dass es Bulgarien als in die Machtsphäre Russlands gehörend betrachtet, keine ernstliche Opposition erheben werde, von Frankreich hat Russland eine Opposition nicht zu befürchten, mit England, mit welchem Russland schon ein Mal theilen wollte und das ja ohnehin die bereits im tiefsten Verfall befindliche Türkei nicht mehr als Grossmacht aufrechterhalten könnte, wird man sich durch Compensationen abzufinden suchen, Italien wird sich, trotz aller Sympathien für Bulgarien, zu Gunsten des allein wesentlich beteiligten Österreich-Ungarns in keinen ernsten Conflict mit Russland einlassen, sofern es nicht etwa zu möglichst geringem Preise einen möglichst grossen Vortheil für sich gewinnen kann, die Türkei fällt überhaupt nicht mehr in Berechnung und so bleibt nur Österreich-Ungarn übrig, mit dem sich Russland ernstlich und schliesslich auseinander zu setzen hat.

Es ist nicht uninteressant bei dieser Gelegenheit einen Blick auf die Stellung Russlands zu der Türkei in den letzten fünfzig Jahren zurückzuwerfen, um in der Überzeugung bestärkt zu werden, dass in der gegenwärtigen Situation ein tiefer Ernst liegt, und dass es dabei viel weniger auf die persönlichen Eigenschaften und Neigungen des Czaren ankömmt, auf welche man in Deutschland stetsfort so grosses Gewicht zu legen scheint, als dass es sich um Vollziehung eines historischen Vorgangs handelt, in welchem der Czar nur das zu vollenden haben wird, was sein Grossvater begonnen und sein Vater fortgesetzt hat.

Schon im Jahre 1844 hatte der Czar Nicolaus die Geschichte von dem «kranken Mann» aufgebracht und sich über die Liquidation der Hinterlassenschaft desselben mit England zu verständigen gesucht. Im Jahr 1853 wurde dieser Gedanke wieder angeregt, England Ägypten und Kandia angeboten, wogegen der Czar uneigennützig (!) nur die Erhebung der damals noch der türkischen Herrschaft unterworfenen Provinzen Bosnien, Bulgarien und Serbien zu selbständigen Staaten forderte. England, welches die Türkei nicht preisgeben wollte, ging auf diess Anerbieten nicht ein, und da der Czar nun einmal entschlossen war, mit der Türkei anzubinden, so konnte sich aus dem von ihm an die letztere gestellten Begehren, das Protectorat Russlands über alle griechischen Christen anzuerkennen, ein casus belli entwickeln, der im Juli 1853 zum Einmarsche der Russen in die Moldau und sodann zum Krimkriege führte, in

welchem Russland allerdings den verbundenen Waffen Frankreichs, Englands, Sardinien und der Türkei unterlag.

Trotz dieses für Russland höchst nachtheiligen Ausgangs des Krieges, auf welchen der Pariser Congress von 1856 folgte, durch den u. a. die Unverletzlichkeit des türkischen Gebietes von allen Mächten verbürgt wurde, begannen zwanzig Jahre nachher unter russischem Einflusse die kriegerischen, zwar wenig erfolgreichen Bewegungen in Montenegro und Serbien gegen die Pforte und die revolutionäre, aber blutig niedergeworfene Erhebung in Bulgarien, wodurch die europäischen Mächte zum Einschreiten und schliesslich Russland zum Beginne eines neuen Krieges gegen die Türkei veranlasst wurde. War es diesmal auch siegreich, so entsprachen die Früchte des Krieges doch offenbar den ungeheuern Opfern an Geld und Menschenleben nicht, welche es erheischt hatte. Nachdem der zwischen Russland und der Türkei im März 1877 abgeschlossene Vertrag von San Stefano in Folge Einsprache von England und Österreich hinfällig wurde, folgte ihm der Berliner Vertrag von 1878, der zwar den bisherigen Vasallenstaaten, Serbien und Rumänien, die Unabhängigkeit brachte, Bosnien und die Herzegowina der türkischen Verwaltung gänzlich entzog, Bulgarien zu einem autonomen Fürstenthum unter türkischer Suzeranität erhob, Russland selbst aber nur unbedeutende, directe Vortheile einräumte, während es ursprünglich doch ohne Zweifel hauptsächlich auf weit grössere abgesehen war. Für Russland verschlimmerten sich die Verhältnisse in der Folge noch um so mehr, als sich Bulgarien trotz aller Wühlereien unter der Regierung des Fürsten Alexander und auch nachher mehr und mehr dem russischen Einflusse entzog, während sich Serbien ganz dem österreichischen hingab und Österreich die ihm blos zur Verwaltung übergebenen Provinzen Bosnien und Herzegowina den übrigen Theilen des Reiches mehr und mehr assimiliert, in dessen Zollverband sie auch längst aufgenommen sind.

Wenn nun offizielle Verhandlungen zwischen Russland und den übrigen Mächten bis zur Stunde nicht stattgefunden zu haben scheinen, so darf doch als sicher angenommen werden, dass es insbesondere zwischen Deutschland und Österreich an freundschaftlichen Besprechungen über die Lage nicht fehlt, in welcher Weise Russland wenigstens so weit Satisfaction gegeben werden könnte, um es zu veranlassen, von weiterem kriegerischen Vorgehen abzustehen. Und hier wird es nun wesentlich nur darauf ankommen, ob Österreich von seinem im Nov. 1886 eingenommenen Standpunkte zurücktreten und Russland Bulgarien Preis geben oder ob es auf demselben verharren wird. Im letztern Falle dürfte der Ausbruch des Krieges unvermeidlich sein. Österreich wird zunächst gezwungen sein, eine beträchtliche Armée an der russischen Grenze in Galizien aufzustellen, während Russland im Einverständniss mit Rumänien oder ohne dasselbe Bulgarien militärisch besetzt, um dort diejenigen Einrichtungen zu treffen, welche seinen Interessen angemessen scheinen. Dann wird Österreich an seiner galizischen Grenze Russland angreifen oder im Einverständniss mit Serbien auch seinerseits einen Theil von Bulgarien besetzen müssen, in welchem Falle dort der Krieg zum Ausbruch kommen dürfte. Die Preisgebung Bulgariens wäre allerdings auch denkbar, wenn vielleicht unter der Einwirkung Deutschlands Österreich vom seinem Standpunkt von 1886 zurücktreten würde. Eine Verständigung auf dieser Grundlage müsste aber ähnliche Wirkungen wie die gewaltsam erzwungene Besitzergreifung Bulgariens durch Russland nach sich ziehen. Die panslawistischen Tendenzen, von welchen auch die österreichisch-ungarischen Provinzen unterwühlt

sind, würden dadurch nicht eingeschränkt, sondern viel eher ermuthigt und die Gefahren für Oesterreich erhöht werden.

Oesterreich-Ungarn befindet sich daher unzweifelhaft in einer äusserst klemmen Lage. Ich halte dafür, dass ihm in derselben die Trippelallianz nur von geringem Werthe ist, namentlich wenn es sich veranlasst sehen sollte, selbst anzugreifen. Nur wenn es Gefahr laufen würde, durch Russland ganz niedergeworfen und zu Friedensbedingungen gezwungen zu werden, welche seine Machtstellung wesentlich erschütterten, dürfte es auf die Hülfe Deutschlands zählen.

Bei der Stellung, die Russland eingenommen, scheint mir daher ein Krieg zwischen dem Czar und der österreichisch-ungarischen Monarchie unvermeidlich, ob nun die letztere der angegriffene oder der angreifende Theil ist. Was sich daraus weiter entwickeln wird, wer kann es voraussehen! Man denkt dabei unwillkürlich an die nach 1815 in Europa vorwaltende Metternich'sche Politik zurück, welche, bei allen ihren Schattenseiten, doch eine wahrhaft conservative war und auch den kleinern Staaten Garantien für ihren Fortbestand gewährte. Wohin werden wir aber heute kommen, wenn die Grossmächte unter sich in Krieg gerathen und dabei eine jede nur auf Erweiterung ihrer Macht bedacht ist!

356

E 2/60

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz*

B

Berlin, 28. Januar 1888

Ich bestätige Ihnen den Inhalt meines heutigen Chiffren-Telegramms lautend:

«Gestern bei erster Lesung Sozialistengesetz hat Abgeordneter Singer die bekannten Details betreffend Schröder und Haupt etc. und deren Verbindung mit Polizeidirektor Krüger mitgetheilt und Brief von Polizeihauptmann Fischer Zürich, de dato 6. Januar dieses Jahres, vorgelesen, in welchem Fischer den Abgeordneten Bebel und Singer auf deren briefliche Anfrage und auf Grund des Untersuches 8 betreffend Schröder und 5 betreffend Haupt gestellte Fragen beantwortet.¹ Eine Vervielfältigung dieses Schreibens, welches den amtlichen Stempel Polizeicommando Zürich trägt ist von Singer im Reichstage ausgetheilt worden.

Minister Puttkammer erwiderte betreffend diese Mittheilungen u.A., er erkläre hiemit offen, er werde in der Lage sein, beim Reichskanzler zu verlangen, dass er bei den schweizerischen Behörden gegen ein solches ganz unverantwortliches Benehmen eines Untersuchungsrichters protestire.

Heute Fortsetzung erster Lesung. Stenographischer Bericht² über gestern folgt

1. *Der Briefwechsel ist abgedruckt im BBl 1888, 1, S. 596—598.*

2. *Nicht abgedruckt.*

mit heutiger Abendpost. Es gilt schon jetzt als sicher, dass Verschärfungsvorschläge abgelehnt werden und nur 2 oder 3 jährige Verlängerung des jetzigen Gesetzes resultiren wird. Vor der Hand Überweisung an Kommission wahrscheinlich.»

Im übrigen darf ich Sie füglich auf den beigeschlossenen stenographischen Bericht und, mit Rücksicht auf die Stimmung in nationalliberalen Kreisen, auf den ebenfalls mitfolgenden Leitartikel der National-Zeitung³ (heutige Morgen-Ausgabe) verweisen.

Betreffend das Verfahren des Polizei-Hauptmann's Fischer in Zürich kennen Sie bereits meine Ansicht. Eine *solche* Auffassung der Pflichten eines Untersuchungsrichters und eine *derartige* Fahrlässigkeit, um mich eines gelinden Ausdrucks zu bedienen, dürften ihres Gleichen kaum finden. Wir werden es in hervorragendster Weise Fischer zuzuschreiben haben, wenn nunmehr neue Recriminationen Seitens der Reichsregierung an uns gelangen — und sie werden sicherlich nicht ausbleiben — und wenn das Vertrauen der hiessigen amtlichen Kreise und der öffentlichen Meinung in die Zuverlässigkeit der schweizerischen Untersuchungs- und andern höher stehender Behörden auf ein Minimum reducirt wird.

Damit, dass wir erklären, die Mittheilungen Fischers seien ohne Mitwissen und gegen den Willen der Bundesbehörden erfolgt, werden wir au fond wenig Effekt erzielen. Im Gegentheil wird man sich hier in dem Urtheile bestärkt zeigen, dass der Bundesrath, dessen korrekte Haltung nie bemängelt worden ist, gewissen Kantonsregierungen gegenüber (Zürich an deren Spitze) eben machtlos ist und dass die guten Dispositionen desselben daher materiell verzweifelt wenig nützen. Auf diesem Gebiete erscheint mir eine gründliche Remedur sehr dringlich. Nur unter dieser Bedingung werden wir die immer wiederkehrenden Frictionen mit der Reichsregierung in Sachen der Socialisten- und Anarchisten-Frage aus der Welt schaffen, bezw., so weit es von uns abhängt, auf ein minimum zurückführen können, welches nicht, wie die verschiedenen Vorfälle der letzten Zeit, die Gefahr in sich birgt, unsere guten Beziehungen zu Deutschland fortwährend in Frage zu stellen. Und dass wir dies in unserem Interesse wünschen müssen, dafür scheint mir die gegenwärtige politische Situation und speziell das Machtverhältniss des deutschen Reichs in unwiderlegbarer Weise zu sprechen.

Mit der gedachten Remedur würden wir uns zugleich in die Lage versetzen, anderseits dem Unwesen der agents provocateurs mit mehr Autorität und mit mehr Effekt entgentreten zu können, als dies jetzt der Fall ist.⁴

3. Nicht abgedruckt.

4. Randvermerk von Roth: Natürlich finde im Übrigen auch ich es ganz erwünscht, dass man diesen agents provocateurs auf die Spur gekommen und als durchaus angezeigt, dass wir uns gelegentlich hierüber bei der deutschen Regierung beschweren.

*Antrag des Vorstehers des Departements des Auswärtigen, N. Droz,
an den Bundesrat*

Berne, 5 février 1888

Samedi, 4 février, à 5 heures du soir, le soussigné a reçu la visite de M. de Bülow, Ministre d'Allemagne. «Je suis chargé, a dit celui-ci, de vous faire une communication extrêmement sérieuse. Pardonnez-moi de venir si tard, un samedi, mais comme la dépêche que j'ai reçue faisait allusion à une note du Conseil fédéral, j'ai dû rechercher celle-ci dans mes actes, ce qui a pris un peu de temps. Voici maintenant le contenu de ma dépêche, dont je ne suis pas autorisé à vous laisser copie, mais que je pourrai vous lire lentement deux fois, afin que vous puissiez en retenir les divers points.»

Cette dépêche avait six pages d'écriture de chancellerie allemande. M. de Bülow m'a fait remarquer qu'elle était signée par le Chancelier lui-même. Il m'a fait remarquer également qu'elle est datée du 31 janvier, c.à.d. du jour de notre dernier entretien, dont il avait télégraphié le résumé. J'en déduis que très-probablement, si j'avais pu ce jour-là donner suite aux ouvertures qu'il me faisait, évidemment ensuite d'instructions, l'affaire aurait pu prendre une autre tournure. Cela ressort également du fait que cette dépêche n'est arrivée ici que le 4 février.

Quoiqu'il en soit voici, autant que ma mémoire a pu les retenir, les points de la dépêche que j'ai notés immédiatement.

La dépêche commence par rappeler les communications faites à Bebel et Singer par Fischer.¹ Elle continue en qualifiant ce procédé de contraire aux principes du droit des gens entre nations amies. C'est une immixtion des autorités d'un pays ami dans les affaires intérieures de l'autre, et un appui officiel donné par elles aux agissements révolutionnaires et aux agitations dirigés par un parti d'opposition contre le gouvernement ami. Que le capitaine Fischer ait agi intentionnellement et dans la pleine conscience de ce qu'il faisait résulte de sa lettre même.

Le Ministre est chargé de demander au Conseil fédéral de faire connaître sa manière de voir sur l'acte de Fischer et ses intentions sur les mesures qu'il se propose de prendre pour sauvegarder les intérêts politiques allemands contre une pareille atteinte (eine solche Schädigung) de la part d'autorités suisses.

La dépêche rappelle en la citant la note du Conseil fédéral du 14 avril 1885² et continue en disant que c'est en contradiction avec les assurances données par cette note, que le «Socialdemokrat» puisse continuer après comme avant ses provocations à la révolution, à l'assassinat et à des actes sanglants (Revolution, Mord und Blutthaten); que les révolutionnaires aient pu tenir leurs congrès en Suisse et puissent non seulement diriger d'ici leurs actes sans être inquiétés, mais trouver encore, à cet effet, l'appui des autorités suisses.

1. *Vgl. Nr. 356, Anm. 1.*

2. E 1001 (E) q 1/147, Nr. 1678.

L'Allemagne est ainsi placée dans l'état de légitime défense (im Zustande der Notwehr) et elle doit se réserver de prendre des mesures dont le but sera de faire cesser l'appui que les révolutionnaires trouvent en Suisse (den Schutz dessen die Revolutionäre sich in der Schweiz erfreuen).

Voilà ce que j'ai pu retenir de la dépêche qui est d'ailleurs très nuancée et qu'il faudrait avoir sous les yeux pour se rendre un compte exact de la signification de chaque tournure de phrase.

J'ai répondu à M. de Bülow que j'avais reçu pour instructions du Conseil fédéral de ne répondre à aucune communication de cette nature, sans lui en avoir référé. M. de Bülow m'a dit qu'il le comprenait parfaitement, vu la gravité de la communication. Puis il s'est retiré.

Appelé à donner son avis sur l'attitude qu'il y a lieu de prendre en présence de cette communication, le Département des Affaires étrangères a examiné la question sous toutes ses faces, et en fin de compte il arrive à la conviction que l'on ne peut répondre à l'Allemagne sans avoir sous les yeux le texte même de la dépêche. Une réponse purement orale ne laisserait pas de trace ici, ni peut-être d'une manière suffisante à Berlin. Une note verbale nous expose au reproche d'avoir répondu à côté de la question. Puisque M. de Bismarck ne tient pas à laisser un écrit entre nos mains, il a ses bonnes raisons pour cela, et ces raisons doivent être précisément celles qui nous engagent à en obtenir la copie.

Le département soussigné propose en conséquence: de le charger de faire à M. de Bülow la réponse suivante:

Vu la gravité de la communication dont il s'agit, le Conseil fédéral n'est pas en état de répondre en l'absence d'un texte précis, attendu que sa situation constitutionnelle peut le contraindre à porter la question devant l'Assemblée fédérale et à lui soumettre par conséquent des documents authentiques.³

3. *Im Verlauf der Sitzung des Bundesrates vom 7. 2. 1888 wurde der Antrag gestellt, man solle auf die Forderung nach einer Abschrift der vorgelesenen Note verzichten, da die Mitteilung der Gesandtschaft in dieser Form eine grössere Bedeutung erfahren würde als in der bloss mündlichen Eröffnung. Zudem wurde angeregt: [...] dass in der vom Departement beantragten Antwort an H. Bülow der Bundesversammlung nicht Erwähnung getan werde. [...] (E 1004 1/152, Nr. 545). Beschlüsse wurden in der Folge jedoch keine gefasst.*

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 8. Februar 1888¹

585. Sozialisten, Anarchisten und Polizeispizel

Departement des Auswärtigen. Antrag vom 6. Februar 1888
Justiz- und Polizeidepartement. Antrag vom 7. Februar 1888

Die Beratung über das Vorgehen des Bundesrates gegenüber den Indiskretionen des Herrn Polizeihauptmann Fischer in der gegen die Polizeispione Schröder und Haupt geführten Untersuchung und über die Antwort, welche auf die an jene Indiskretionen anschliessenden Mitteilungen der Deutschen Gesandtschaft zu erteilen ist², wird wieder aufgenommen und vorerst über die internen Verhältnisse Verhandlung gepflogen.

I.

Aus den Berichten der Regierung von Zürich vom 3. dies.³ ergibt sich Folgendes:

Die am 27. Januar beschlossene Fortsetzung der Untersuchung gegen Seymannsky, Krüger und Stern⁴ ist angeordnet und der postalische Verkehr der Polizeispione Schröder und Haupt mit Deutschland wird konstatiert werden. Den beiden Letzgenannten gegenüber sollen seitens ihrer Genossen keine unerlaubten Zwangsmittel zur Erhaltung ihres Geständnisses angewendet worden sein. Die Hausdurchsuchung Schröders hat mit dessen Einwilligung stattgefunden und Haupt ist freiwillig von Genf nach Zürich gereist, wo er verhaftet wurde. Die Regierung hat sodann in Aussicht genommen, den Herren Conzett, welcher nach dem Handelsregister Inhaber der Geschäftsfirma der Genossenschaftsbuchdruckerei ist, Bernstein, Redaktor, Motteler, Chef der Expedition, und Schlüter, Chef der Volksbuchhandlung, den Beschluss des Bundesrates vom 27. vorigen Monats betreffend den «Sozialdemokrat» mitzuteilen und jeden derselben persönlich für die Befolgung der erteilten Weisung verantwortlich zu erklären.

Herr Polizeihauptmann Fischer hat die Erklärung abgegeben, dass er den Reichstagsabgeordneten Singer und Bebel auf ihre schriftliche Anfrage über die Untersuchung gegen Schröder und Haupt die von Ersteren im Deutschen Reichstag verlesene schriftliche Antwort gegeben habe. Herr Fischer nimmt in seiner Rechtfertigung den Standpunkt ein, dass er nur das in amtlicher Form als richtig bestätigt habe, was die Herren Singer und Bebel von den Genossen des Schröder und Haupt erfahren und was die Veranlassung zur Verhaftung der beiden Polizeispione geboten habe. Sodann habe er gefunden, es müsse der Welt gesagt werden, dass es Agenten im Dienste der Deutschen Polizei seien, welche unsere arbeitende Klasse gegen die stat-

1. *Abwesend: Hertenstein.*

2. *Vgl. Nr. 357.*

3. *BBl 1888, 1, S. 298—299.*

4. *Vgl. BR-Prot. vom 27. 1. 1888 (E 1004 1/152, Nr. 360).*

liche Ordnung aufwiegeln, sie irreleiten und zur unglücklichen Propaganda der Tat verführen, und die beste Gelegenheit, es zu tun, habe die Verhandlung im Deutschen Reichstag über die Verlängerung und Verschärfung des Sozialistengesetzes geboten. Die Regierung billigt diesen Standpunkt nicht und betrachtet das Vorgehen des Herrn Fischer als inkorrekt, sieht sich aber zu weiterem Einschreiten nicht veranlasst, nachdem der Vorsteher der zürch. Justizdirektion ihm deswegen einen Verweis erteilt habe.

Nach gewalteter Beratung wird auf Grund der von den beiden Departementen gestellten Anträge beschlossen:

1. Es sei mit folgendem Schreiben an die Regierung von Zürich die Missbilligung über die Indiskretionen des Herrn Polizeihauptmann Fischer und dessen Rechtfertigung auszusprechen:

«Bekanntlich hat unser Justiz- und Polizeidepartement, durch die Andeutungen einiger Journale darauf aufmerksam gemacht, unterm 20. Januar⁵ schon von Ihrer Polizeidirektion Bericht darüber eingefordert, ob es richtig sei, dass Polizeihauptmann Fischer den Deutschen Reichstagsabgeordneten Bebel und Singer Mitteilungen über die Ergebnisse der gegen Haupt und Schröder geführten Untersuchung gemacht habe. Dieser Bericht⁶ ist den 27. Januar der Post übergeben worden und liegt uns vor. Ebenso liegt uns vor die Antwort Ihrer Behörde auf die von uns nach den bekannten Vorgängen im Deutschen Reichstage vom 28. Januar an Sie erlassene Einladung um Ergänzung jener vorläufigen Berichterstattung Ihrer Polizeidirektion, nebst Beilagen, und wir sind nun im Stande, uns ein klares Bild über den Hergang der Sache, sowie über die Motive zu machen, welche Herrn Fischer bei seinem Vorgehen geleitet haben mögen, und über die Art und Weise, wie derselbe sein Mandat als Untersuchungsbeamter aufgefasst hat und zurzeit noch auffasst.

Wir können Ihnen nun nicht verhehlen, dass die Akten auf uns einen geradezu bemühenden Eindruck gemacht haben. Zwar hat Ihre Polizeidirektion Herrn Fischer bereits einen Verweis erteilt und Sie selbst haben dessen Handlungsweise als eine inkorrekte bezeichnet, allein das schliesst nicht aus, dass wir unsererseits die entschiedenste Missbilligung des Vorgehens des Herrn Fischer aussprechen, und zwar trifft diese Missbilligung nicht nur die von ihm begangene Indiskretion, sondern in nicht geringerem Masse auch die von ihm versuchte Rechtfertigung.

Was sich anlässlich der Untersuchung gegen Schröder und Haupt zugetragen hat, in Verbindung mit dem Anspruch, den jener Polizeibeamte darauf erhebt, dritten Personen nach Gutfinden Mitteilungen über die Ergebnisse der Untersuchungen zu machen, mit deren Führung er betraut ist, nötigt uns, auf Mittel und Wege Bedacht zu nehmen, die geeignet sind, das Geheimnis von Untersuchungen zu sichern, welche im Interesse der politischen Polizei geführt werden.

Es liegt auf der Hand, dass diese Polizei ihrerseits im Interesse nicht nur des Kantons besteht und ausgeübt wird, in welchem sie zufälligerweise in Bewegung gesetzt worden ist, sondern in demjenigen der gesamten Schweiz, deren äusserer und innerer Sicherheit sie zu dienen hat. Nach Mitgabe von Art. 102, Ziff. 8 und 10⁷, und Art. 70⁸

5. Nicht ermittelt.

6. Nicht ermittelt.

7. AS 1874—1875, I, S. 28—30.

8. *Ibid.*, S. 21.

der Bundesverfassung müssen wir für uns das Recht der Aufsicht und Oberleitung auf diesem Gebiete beanspruchen, und können unmöglich zugeben, dass es kantonalen Beamten gestattet sei, derartige Untersuchungen nach ihrem Belieben zu führen oder, ohne unsere Ermächtigung, dem Publikum oder Drittpersonen darauf bezügliche Mitteilungen zu machen.

Es ist, im Interesse des Ansehens und der Würde der Eidgenossenschaft nach Aussen, unerlässlich, dass wir, in dieser Richtung, unsere verfassungsmässigen Kompetenzen in vollem Umfange auszuüben in der Lage seien. Wir haben daher auch allen Grund, die bestimmte Erwartung auszusprechen, dass, ganz abgesehen von den Massnahmen, welche uns in Zukunft einen bestimmenden und massgebenden Einfluss auf die Führung derartiger Untersuchungen sichern sollen, Erscheinungen, wie sie jetzt zu Tage getreten sind, sich nie und nirgends mehr wiederholen werden.»

2. Herr Dr. Trachsler, I. Sekretär des Justiz- und Polizeidepartements, sei mit der Führung der gegen Seymanowsky, Krüger und Stern eröffneten und allfällig gegen andere Individuen noch zu eröffnenden polizeilichen Untersuchung zu betrauen.

3. Der Präsident der zürcherischen Regierung sei einzuladen, nach Bern zu kommen, und es seien ihm vom Herrn Bundespräsidenten und dem Vorsteher des Departements des Auswärtigen folgende Eröffnungen zu machen:

- a. Vertrauliche Kenntnissgabe von der diplomatischen Situation;
- b. Mitteilung vom Wunsche des Bundesrates, mit der Regierung des Kantons Zürich in dieser Angelegenheit einig zu gehen und ihrer Unterstützung sicher zu sein;
- c. Mitteilung vom Beschluss ad 2;
- d. Mitteilung der Gründe, welche den Bundesrat veranlassen, in die weitere Amtstätigkeit des Herrn Polizeihauptmann Fischer auf dem Gebiet der politischen Fremdenpolizei kein Vertrauen mehr zu haben, wobei es der Regierung anheimzugeben ist, über die weitem Beschwerdepunkte noch eine Untersuchung gegen Herrn Fischer zu veranlassen.

II.

Bezüglich der Mitteilung des Deutschen Gesanten vom 4. dies.⁹ erklärt der Vorsteher des Departements des Auswärtigen, dass er sich dazu verstehen könne, an seinem früheren Antrage¹⁰, eine Abschrift derselben zu verlangen, nicht festhalten, wenn

1. die Antwort auf diese Mitteilung nicht dem Herrn von Bülow, sondern durch den schweiz. Gesanten in Berlin dem Grafen Herbert Bismark selbst in gleicher Weise erteilt werde, wie die Mitteilung seitens des Deutschen Gesanten eröffnet worden, nämlich durch zweimaliges Vorlesen, ohne dass eine Kopie zurückgelassen werde und ohne zu gestatten, dass Notizen gemacht werden, und

2. wenn die Antwort in ebenso entschiedenem Tone wie die Mitteilung des Gesanten gegeben und nicht bloss die Abwehr der ungerechtfertigten Vorwürfe, sondern auch die hierseitigen Beschwerden über das inkorrekte Vorgehen Deutschlands bezüglich der Anwendung von Polizeispionen, die als agents-provateurs auftreten, enthalten werde.

Herr Bundesrat Droz verliert für den Fall, dass der Rat sich mit diesem Verfahren

9. *Vgl. Nr. 357.*

10. *Vgl. Nr. 357 sowie den Antrag des Departements des Auswärtigen vom 7. 2. 1888 (E 2/60).*

einverstanden erklären sollte, den Entwurf¹¹ der durch Herrn Minister Roth zu eröffnenden Antwort.

In der über diesen Antrag sich entwickelnden Beratung wird der Antrag aufrecht erhalten, es sei von dem Deutschen Gesanten eine Abschrift der verlesenen Depesche zu verlangen. In der Abstimmung unterliegt aber dieser Antrag gegenüber dem von Herrn Bundesrat Droz vorgeschlagenen Verfahren mit 2 gegen 3 Stimmen.

Nach diesem Beschlusse ist somit die Antwort auf die Mitteilung des Herrn Gesanten von Bülow durch den schweizerischen Gesanten in Berlin, Herrn Roth, zu erteilen; im übrigen wird beschlossen, Herr Bundesrat Droz als Vorsteher des Departements des Auswärtigen sei eingeladen, dem Herrn von Bülow hievon Kenntniss zu geben und ihm zu seiner Information das Schreiben, das betreffend den Polizeihauptmann Fischer an Zürich erlassen wird, vorzulesen, mit dem Bemerkten, dass dasselbe veröffentlicht werde.¹²

Herr Bundesrat Droz teilt mit, in welcher Form er Herrn von Bülow die bezügliche Mitteilung machen werde, und der Rat erklärt sich mit derselben einverstanden.

Der Inhalt der durch Herrn Minister Roth abzugebenden Antwort soll in der nächsten Sitzung festgestellt werden.¹³ Der Herr Bundeskanzler wird eingeladen, den von Herrn Bundesrat Droz vorgelegten französischen Entwurf ins Deutsche zu übersetzen.

11. E 2/60.

12. BBl 1888, 1, S. 559—560.

13. Vgl. Nr. 359, Annex.

359

E 2/60

*Der Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz,
an den schweizerischen Gesandten in Berlin, A. Roth*

Kopie

S

Berne, 10 février 1888

Ainsi que nous vous en avisons par notre lettre d'hier¹ nous avons l'honneur de vous transmettre avec les présentes la dépêche² qui répond à la communication allemande du 31 janvier³ dernier. Les termes en ont été arrêtés dans la séance du Conseil fédéral de ce matin.⁴ Vous donnerez lecture de cette dépêche au Chancelier ou au Comte de Bismarck, à votre choix, mais sans en laisser copie. Nous vous rappelons que la dépêche du 31 janvier était signée du Prince de Bismarck et que M. de Bülow avait spécialement attiré notre attention sur ce point; vous apprécierez si cette circonstance est de nature à justifier une réponse directe au Prince.

1. Nicht abgedruckt.

2. Als Annex abgedruckt.

3. Vgl. Nr. 357.

4. BR-Prot. vom 10. 2. 1888 (E 1004 1/152, Nr. 617).

Des différents entretiens que nous avons eus avec M. de Bülow nous avons retiré l'impression qu'au Ministère impérial des Aff[aires] Etrang[ères] on attendait la réponse du Cons[eil] féd[éral] avec une certaine impatience. Cela vous engagera sans doute d'en hâter la communication.

ANNEX

*Der Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz,
an den schweizerischen Gesandten in Berlin, A. Roth*

Kopie

S

Bern, 10. Februar 1888

Samstag den 4. Febr. abhin hat der k. Deutsche Gesandte in Bern, H. von Bülow, Herrn Bundesrath Droz, Vorsteher des Eidg. Departementes des Auswärtigen, eine Depesche des Deutschen Reichskanzlers vorgelesen, welche sich mit Vorgängen beschäftigte, die in völkerrechtswidriger Weise zum grossen Schaden der politischen Interessen des Deutschen Reiches, auf Schweizerischem Gebiet stattgefunden hätten.⁵

Der Schweizerische Bundesrath hat diese Mittheilung in reifliche Erwägung gezogen und bringt Ihnen nachfolgend das Wesentliche seiner Auffassung in dieser Sache zur Kenntniss.

Die erste Beschwerde, welche von der k. Deutschen Regierung betont wird, bezieht sich auf die Handlungsweise des Zürcherischen Polizeihauptmannes Fischer. Die Depesche wünscht zu wissen, wie sich der Bundesrath zu dessen Vorgehen stelle und welche Massnahmen er diesbezüglich zu ergreifen beabsichtige. Die Anschauungsweise des Bundesrathes und die von ihm projectirten Massnahmen sind, in der Form mehrfacher mündlicher Mittheilungen, den 31. Jan., den 6. und 8. Febr., zur Kenntnis des H. von Bülow gebracht worden, der nicht ermangelt haben wird, hiervon seine Regierung zu verständigen. Der Bundesrath kann sich daher darauf beschränken, hier zu wiederholen, dass er diese Angelegenheit den 20. Jan. schon, d. h. mehrere Tage vor der Rede des H. Minister v. Puttkammer im Deutschen Reichstage, an die Hand genommen und aus eigenem Antrieb, nach Massgabe seiner verfassungsmässigen Competenzen, als eine innere Frage erledigt hat.

In zweiter Linie will die von H. von Bülow vorgelesene Depesche einen Widerspruch herausfinden zwischen der vom Bundesrath unterm 14. April 85 an die k. Deutsche Gesandtschaft erlassene Note⁶, welche die gegen die Anarchisten zu ergreifenden Massregeln betrifft, und der in der Depesche behaupteten Thatsache, dass von Schweizerischem Gebiet aus wiederholte, gegen das Deutsche Reich gerichtete Aufreizungen zu gewaltsamem Umsturz, zum Mord und zu anderen Blutthaten ausgegangen seien, und zwar so, dass deren Urheber nicht nur nicht belästigt worden wären, sondern sich sogar noch der Unterstützung der Schweiz. Behörden zu erfreuen gehabt hätten.

Der Bundesrath muss derartige Vorwürfe mit aller Entschiedenheit ablehnen, Vorwürfe, welche übrigens in der von H. von Bülow vorgelesenen Depesche durch keinerlei bestimmte, greifbare, spezialisirte thatsächliche Angaben unterstützt sind, welche als solche einer Untersuchung unterstellt werden und eine zutreffende Würdigung ermöglichen könnten. Der Bundesrath hat weder der Presse, noch den auf Schweiz. Gebiet abgehaltenen Versammlungen völkerrechtswidrige Ausschreitungen ungeahndet freigehehen lassen. Jedesmal, wenn er von solchen Kenntnis erhielt, hat er sie unnachsichtlich verfolgt und bestraft resp. bestrafen lassen, wobei er beizufügen nicht unterlassen will, dass die zahlreichen Ausweisungen, die er im Jahre 1885 gegen anarchistische Wühler verhängt hat, alle späteren Datums sind, als die hierseitige Note vom 14. April gleichen Jahres, auf welche sich die Depesche des H. Reichskanzlers beruft. Wenn die k. Deutsche Regierung Grund für die

5. *Vgl. Nr. 357.*

6. E 1001 (E) q 1/147, Nr. 1678. *Vgl. auch E 21/14093.*

Annahme zu haben glaubt, dass die Schweiz in dieser Beziehung ihren internationalen Verpflichtungen nicht nachgekommen sei, so wäre es wünschbar, dass sie die genaueren Verumständungen namhaft machte, unter denen Solches vorgekommen sein soll, damit der Bundesrath in die Lage gesetzt wäre, seine vollkommene Legalität und die Correctheit seiner völkerrechtlichen Haltung auf unanfechtbare Weise darzuthun.

Weil aber durch die Mittheilung des H. von Bülow das Gebiet der internationalen Polizei berührt worden ist, so will der Bundesrath seinerseits die Aufmerksamkeit der Deutschen Reichsregierung auf die Art und Weise hinlenken, wie dies übrigens schon in der H. von Bülow gemachten Eröffnung geschehen ist, wie die Deutsche Geheimpolizei auf Schweiz. Gebiete ausgeübt wird. Der Fall Haupt und Schröder, welche bezahlte Agenten seiner Polizei waren und sich zur Aufgabe machten, Unordnungen und Ausschreitungen hervorzurufen, steht in den Annalen der von den Behörden betreffend der anarchistischen Umtriebe angeordneten Untersuchungen nicht vereinzelt da. Vor noch nicht zu langer Zeit hat man constatiren können, dass ein Agent seiner Polizei, Namens Weiss, der in Basel zur Haft gebracht und durch Bundesrathsbeschluss vom 25. Sept. '84⁷ des Landes verwiesen wurde, den Stellmacher'schen Aufruf verbreitet hat. Man hat in gleicher Weise beweislich erstellen können, dass ein anderer, als äusserst gefährlich bekannter Anarchist, Namens Kaufmann, welcher durch Bundesrathsbeschluss vom 15. Dec. '84⁸ ausgewiesen wurde, ebenfalls ein Agent der gleichen Polizei war. Der Bundesrath kann diesen befremdlichen Erscheinungen gegenüber gar nicht lebhaft genug betonen, wie sehr seine Stellung erschwert, wie sehr seine Action wie diejenige der kantonalen Behörden gelähmt werden muss durch den Umstand, dass, wenn man einen der anscheinend gefährlichsten Agitatoren gefasst zu haben glaubt, derselbe nachträglich oft genug als ein Agent der Deutschen Geheimpolizei erkannt wird; allein er kann und darf eine weit ernstere Seite der Angelegenheit nicht mit Stillschweigen übergehen, und das ist die [*Frage*], ob es, vom Standpunkte des Völkerrechtes aus, zulässig sei, dass ein kleines, ruhiges, friedliebendes Land, wie die Schweiz, trotz des nüchtern verständigen Sinnes seiner Bevölkerung, durch die gefährlichen Aufreizungen fremder Agenten in Gährung versetzt werde, welche, wahrscheinlich um sich in den Augen ihrer Ansteller mehr Verdienste zu erwerben und um interessante und der Höhe der Bezahlung entsprechende Mittheilungen machen zu können, sich an die leichtest entzündbaren Elemente wenden, wie sich solche in jeder staatlichen Gesellschaft finden, und das bloss glimmende Feuer zu hellem Brande ausschlagen zu lassen bemüht sind. Ein solches Vorgehen qualifizirt sich, ganz gewiss, als eine Einmischung jener Agenten in die inneren Angelegenheiten der Schweiz, als eine «Schädigung ihrer politischen Interessen», als eine Störung ihres äusseren wie inneren Friedens. Der Bundesrath ist auch überzeugt davon, dass die Deutsche Reichsregierung dieses Vorgehen subalternen Angestellter, von dem sie sicherlich, wie auch H. von Puttkammer im Reichstage erklärte, keinerlei Kenntniss gehabt hat, des entschiedensten missbilligt, und bereits Weisungen erteilt hat, welche die Wiederkehr ähnlicher Vorgänge zu verhindern geeignet sind.

Aus den eben entwickelten Gründen kann der Bundesrath nicht zugeben, dass Deutschland sich im «Zustande der Nothwehr» befinde und dass in Folge dessen besondere Massnahmen der Schweiz gegenüber gerechtfertigt seien. Er ist vielmehr der Ansicht, dass der stattgehabte Meinungsaustausch den Erfolg haben werde, alle Missverständnisse zu beseitigen, und kann nur den Ausdruck seiner festen Entschlossenheit wiederholen, seine völkerrechtlichen Verpflichtungen jederzeit gewissenhaft zu erfüllen, wie er sich dessen auch vertrauensvoll zum Deutschen Reiche versieht.

Sie wollen vom Inhalt dieser Depesche dem Staatssekretär des Auswärtigen durch Vorlesung derselben Kenntniss geben.

7. BBl 1884, 3, S. 711.

8. BBl 1884, 4, S. 694 f.

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz*

B Streng confidentiell

Berlin, 14. Februar 1888

Ich bestätige Ihnen:

1. Den Inhalt meines chiffrierten Telegramms von gestern Abend, lautend:

«Cassette heute erhalten. Habe Schreiben des Bundesrathes um 4 Uhr Grafen Bismarck vorgelesen. Er verhielt sich betr. Bundesrätliche Ausführungen über agents provocateurs und über den allgemeinen Character der Deutschen Reclamationen vom 4. Februar äusserst schroff. Am Schlusse unserer fünfviertelstündigen Unterredung war er eher etwas ruhiger und erklärte, nach dem, was Bülow und ich ihm betr. den Fall Fischer und die andern vom Bundesrath getroffenen Maassnahmen mitgetheilt haben, glaube er allerdings annehmen zu können, dass vor der Hand diese Angelegenheit beigelegt sei. Immerhin hat er seine Äusserung, er werde durch Herrn von Bülow gegen die Art der Beantwortung der Mittheilung vom 4. protestieren lassen, nicht zurückgenommen. Werde morgen Abend durch Extra-Dossier detaillirten Bericht an Sie abgehen lassen.»

Und

2. Den Empfang:

a. Des Bundesrätlichen Schreibens ohne Datum¹: Vernehmlassung gegenüber den Mittheilungen des Herrn von Bülow vom 4. d.M.

b. Ihres persönlichen Begleitschreibens vom 11. d.M.²

Der Berichterstattung über meine Unterredung mit dem Grafen Bismarck schicke ich, in Beantwortung Ihres oben gedachten Begleitschreibens folgende Bemerkungen voraus:

ad. 2. Ihrer persönlichen Mittheilungen: der officielle Geschäftsverkehr zwischen den fremden Missionschefs und dem hiesigen Auswärtigen Amt geschieht *immer* durch die Vermittlung des *Staats-Secretärs* (Graf Bismarck). Nur die Botschafter werden gelegentlich vom Fürsten Bismarck empfangen. Auch für sie bildet jedoch der Verkehr mit dem Staats-Secretär die Regel. Also war mir der Weg für die Kenntnissgabe der gedachten Bundesrätlichen Mittheilungen von vornherein vorgezeichnet d. h. ich war hiefür auf den Grafen Bismarck angewiesen. Der Umstand, dass die Note vom 4. d.M.³ an Herrn von Bülow vom Reichskanzler gezeichnet war, konnte hieran nichts ändern.

Ad 3. Ihrer persönlichen Mittheilungen: Obschon ich sofort nach Durchsicht des Bundesrätlichen Schreibens die Empfindung hatte, dass es opportun gewesen wäre, in dieser Kundgebung die «*désapprobation des Bundesrathes au sujet des agissements du capitaine Fischer*» und was vom Bundesrath noch weiter in der Angelegenheit

1. Nr. 359, Annex.

2. Es handelt sich hier um Nr. 359, die im Entwurf vom 10. 2. 1888 datiert ist.

3. Vgl. Nr. 357.

Fischer verfügt worden ist, bestimmt zum Ausdruck gelangen zu lassen, so konnte ich mich doch nicht veranlasst sehen, dieses Punktes wegen eine Umarbeitung des Bundesrätlichen Schreibens in Vorschlag zu bringen.

Ich stand ja diessbezüglich einem detailliert motivierten Beschlusse des Bundesrathes gegenüber und sagte mir im Weitern, es stehe mir ja immer noch der Weg offen, den diessbezüglichen Passus der Bundesrätlichen Ausführungen durch mündliche Zwischenbemerkungen zweckentsprechend zu ergänzen, von welchem Mittel ich auch, wie Sie in der Folge sehen werden, in ausgiebiger Weise Gebrauch gemacht habe.

Bei der gegebenen Sachlage und namentlich auch mit Rücksicht auf die schwierige Situation des Bundesrathes gegenüber der öffentlichen Meinung in der Schweiz konnte ich auch betr. den übrigen Inhalt der Bundesrätlichen Äusserungen keine «*motifs sérieux*» für ein anderes Verfahren geltend machen, und musste ich meine persönlichen Empfindungen und Wünsche betr. diese oder jene Nuancen der Bundesrätlichen Redaction der auch nach meinem Dafürhalten unbestreitbar vorliegenden Nothwendigkeit, die gedachten schweren Angriffe entschieden zurückweisen und die Thatsachen *ad vocum* «*agents provocateurs*» ein Mal officiell zur Sprache zu bringen, unterordnen.

Der Erfolg hat übrigens gezeigt, dass kleinere Modificationen nichts genützt hätten, und dass das Resultat der Unterredung mit dem Grafen Bismarck zweifellos nur dann ein anderes geworden wäre, wenn ich mich an Stelle des Vorlesens des Bundesrätlichen Schreibens auf mündliche Mittheilungen nach eigener freier Wahl hätte beschränken können.

Dass dieses Procedere gegen den Willen des Bundesrathes gewesen wäre, geht sowohl aus dem Schlusspassus des Bundesrätlichen Schreibens, als auch aus Ziffer 1 Ihrer persönlichen Mittheilungen klar hervor. Dass meine letzten Mittheilungen vom 10. d.M.⁴ betreffend Handelsvertrag und Hauptmann Fischer «*de nature*» wären, «*à modifier la manière de voir du Conseil fédéral*» konnte ich ebenfalls nicht annehmen. Es ist denselben ja im Wesentlichen nur die Bestätigung dessen zu entnehmen, was Sie am 4. Februar bereits erfahren haben, nämlich die Bestätigung der Thatsache, dass der Reichskanzler diese Angelegenheit zu der Seinigen gemacht hat, bezw. dass er persönlich über die Fischer'schen Indiscretionen in hohem Maasse aufgebracht ist. Diesem Umstande ist auch das schroffe Verhalten des Grafen Bismarck bei unserer gestrigen Unterredung zuzuschreiben.

Also — mein Weg war mir bestimmt vorgezeichnet.

Ich erachtete es als meine Amtspflicht, den Instructionen des Bundesrathes in der Hauptsache unbedingt Folge zu geben und ersuchte daher im Laufe des gestrigen Vormittags den Grafen Bismarck schriftlich um eine Unterredung, welche er alsdann auf 4 Uhr Abends festsetzte.

Und nun zum Bericht über diese peinliche Unterredung, welche, — gestatten Sie mir diese Zwischenbemerkung — wenn mich die Natur nicht mit einem ruhigen Temperament bedacht hätte, zunächst zweifellos *das* Resultat gehabt haben würde, dass ich den Hohen Bundesrath noch gestern Abend um meine Entlassung hätte bitten müssen. Darüber, wie sich diese Special-Frage in der Folge noch gestalten wird, dürfen wir bald ins Klare kommen. Selbstverständlich fallen bei meinen diessbezüglichen

4. Nicht ermittelt.

chen Entschliessungen Privat-Motive und persönliche Empfindungen in keiner Weise ins Gewicht, und werde ich hiebei und wird auch der Hohe Bundesrath ausschliesslich in Erwägung zu ziehen haben, ob mir, je nach dem weitem Gang der Dinge das hiesige Verbleiben als Gesandter vom Standpunkt unserer Ehre (dignité) möglich sein wird.

Vor weitem, sicherlich nicht ausbleibenden Unannehmlichkeiten schrecke ich im Übrigen nicht zurück, namentlich wenn ich dabei das Bewusstsein haben darf, dass ich mich durch mein Verbleiben dem Bundesrathe nützlich erweisen kann.

Nach gegenseitiger Begrüssung eröffnete ich dem Grafen Bismarck, ich sei beauftragt, ihm eine Kundgebung des Bundesrathes (an mich) in Beantwortung der Mittheilungen des Herrn v. Bülow zur Kenntniss zu bringen, worauf ich sofort mit der Verlesung des gedachten Schreibens begann.

Nachdem ich mit dem Passus betr. den Polizeihauptmann Fischer zu Ende war, machte ich eine Pause und legte, «in Ergänzung und Bestätigung der Mittheilungen, welche Herr v. Bülow dem Auswärtigen Amt gemacht haben werde», ganz ausdrücklich Betonung auf jedes einzelne Moment des Bundesrätlichen Vorgehens gegen Fischer.

Graf Bismarck erwiderte hierauf nur ganz kurz. «Ja, Herr von Bülow hat in Sachen berichtet.»

Sodann gieng ich in der Verlesung des Bundesrätlichen Schreibens weiter. Kaum mit dem Theile zu Ende, welcher die Anschuldigungen der Deutschen Regierung wegen des Gewährenlassens des Treibens der Anarchisten und Sozialisten behandelt, unterbrach mich Graf Bismarck mit den Worten: «Das ist aber unerhört.»

Ich: «Bitte, Herr Graf, gestatten Sie mir vorerst, weiter zu lesen. Sie dürften die Sache anders auffassen, wenn Sie den Zusammenhang kennen.»

Nun gieng wieder leidlich weiter mit der Verlesung; doch bemerkte ich bald, dass dem Grafen allmählig das Blut immer unheimlicher zum Kopfe stieg, und, als ich bei dem Passus «ein solches Vorgehen qualificiert sich ganz gewiss als eine Einmischung jener Agenten etc.» anlangte, fiel er mir mit ungefähr folgenden Worten hastig in die Rede:

«Das kann ich nicht weiter anhören. Das ist zu stark, das ist eine unerhörte Sprache. Was! Wir beschwerten uns bei Ihnen über das bekannte unerhörte Vorgehen des dortigen Polizeibeamten Fischer, welches für uns, also für die Regierung eines Ihnen befreundeten Staates, die grössten Unannehmlichkeiten zur Folge hatte, welches uns erheblichen Schaden zufügte, und auf diese Beschwerde finden Sie uns mit einigen allgemeinen Bemerkungen ab! Aber nicht nur das! Sie antworten mit Beschwerden Ihrerseits, die für uns geradezu beleidigend sind.»

Der Einwand, wir hätten unsere Beschwerden betr. das Gewährenlassen des Treibens der Sozialisten mit keinen thatsächlichen Angaben unterstützt, sieht ganz so aus, als wollten Sie uns aushöhen. Es ist notorisch, dass das ganze anarchistische und sozialistische Gesindel bei Ihnen Aufnahme findet und sozusagen tagtäglich zum Umsturz unserer staatlichen Ordnung aufreizt. Lesen Sie doch den in Zürich erscheinenden Sozialdemokrat; sozusagen jede Nummer hetzt die öffentliche Meinung in strafbarster Weise auf. Das alles haben Sie gewähren lassen und jetzt verlangen Sie von uns Anhaltspunkte für unsere Beschwerden. Und dann die Behauptung, wir halten in der Schweiz Polizei-Beamte, welche mit unserem Wissen agents provocateurs seien!»

Ich: «Pardon, Herr Graf, das behaupten wir nicht. Lassen Sie mich Ihnen sofort die Stelle des Bundesrätlichen Schreibens vorlesen, wo es heisst: «Der Bundesrath ist auch überzeugt davon, dass die Deutsche Reichsregierung dieses Vorgehen subalternen Angestellter, von dem sie sicherlich, wie auch Herr von Puttkammer im Reichstage erklärte, keinerlei Kenntniss gehabt hat, des Entschiedensten missbilligt etc.»»

Er, Graf Bismarck, fortfahrend: «Trotz allem, was Sie mir sagen, kommt der Ton dieses Schreibens eben doch auf obige Behauptung hinaus. Und wegen eines oder zweier Menschen, — wie nennen Sie sie? Ich glaube Schröder und Haupt — welche im der gedachten Weise auf ihre eigene Verantwortung und aus eigener Initiative verfahren sind, soll Ihre idyllische ruhige Schweiz gefährdet sein! Als ob nicht Ihre eigenen Leute in Zürich und Genf etc. durch ihren regen Verkehr mit dem dort angehäuften sozialistischen und anarchistischen Gesindel ohnehin schon ganz empfindlich sozialistisch inficiert wären!»

Ich: «Das letztere muss ich wieder bestreiten. Wir haben ja da und dort, namentlich in den grösseren Industrie-Centren auch Schweizer-Bürger, welche sozialistische Tendenzen verfolgen. Die grosse, sehr grosse Mehrzahl des Schweizer-Volkes hat sich jedoch bis jetzt der sozialistischen Bewegung gegenüber entschieden ablehnend verhalten etc.»

Er, Bismarck: «Factum bleibt, dass namentlich in Zürich und Genf und auch in andern Städten wahre Nester der Umsturzparthei vorhanden, dass uns das agitatorische Treiben dieses Gesindels seit 20 Jahren schädigt, dass Sie, angeblich weil es Ihre constitutionellen Verhältnisse nicht erlauben, in der Hauptsache Nichts gegen dieses Treiben thun, dass der Bundesrath der Regierung von Zürich gegenüber ohnmächtig ist. Und bei dieser Sachlage sind wir eben schliesslich im Zustande der Nothwehr, und müssen wir uns die nöthigen Maassnahmen vorbehalten, um uns für die Folge gegen eine solche Schädigung unserer politischen Interessen zu schützen. Ihnen fügen wir von Deutschland aus keinen Schaden zu. Das ist Ihnen indifferent, was die Sozialdemokraten bei uns anstiften. Uns dagegen schädigt das Treiben der Sozialdemokraten in der Schweiz constant sehr schwer.»

Ich: «Was Sie aus der Kundgebung des Bundesrathes herauslesen, steht entschieden nicht darin. Vor allem kann von «Aushöhnen» und dergleichen mehr keine Rede sein. Der Bundesrath vertheidigt sich einfach an der Hand der Aufzählung der seit 1885 erfolgten Ausweisungen gegen den schweren Vorwurf, dass von seiner Seite gegen die gedachten Aufreizungen nichts gethan worden sei, und er erklärt sich bereit, weitere Untersuchungen anzustellen, wenn ihm die nöthigen Anhaltspunkte an die Hand gegeben werden etc.

Ferner beweist der Bundesrath gestützt auf zuverlässiges Actenmaterial, dass wirklich diese und jene Individuen, welche als agents provocateurs entlarvt worden sind, mit der Deutschen Geheim-Polizei in Verkehr gestanden haben; er führt aus, wie sehr ihm derartige Vorfälle seine Aufgabe erschweren und spricht den Wunsch und die Zuversicht aus, dass die Kaiserliche Regierung, hievon in Kenntniss gesetzt, im gemeinsamen Interesse das Erforderliche veranlassen werde, um die Wiederkehr ähnlicher Vorgänge zu verhindern.

Das steht in dem Bundesrätlichen Schreiben, und nichts anderes!»

Graf Bismarck: «Nein, das sagen *Sie persönlich*. *Sie* hätten auch eine so

befremdende Sprache, wie sie der Bundesrath führt, uns gegenüber nie gebraucht. Wir haben ja mit Ihnen immer den angenehmsten Verkehr gehabt. Was Sie persönlich sagen, kann aber in dem vorliegenden Falle nicht maassgebend sein. Wir müssen uns an den Wortlaut des Bundesrätlichen Schreibens halten, und gegen diese Sprache werden wir in Bern durch Herrn von Bülow protestieren. Ich glaube, ein derartiges Actenstück, bestimmt, einer befreundeten Regierung vorgelesen zu werden, steht einzig da in seiner Art. Dass eine Regierung der Redaction eines so wichtigen Actenstücks so wenig Sorgfalt zuwendet, ist mir unerfasslich. *Wir* wägen in solchen Fällen aufs Sorgsamste jedes Wort ab und sind in unsern Noten ausnahmslos immer höflich. Das war auch wieder der Fall betr. den fraglichen an Herrn v. Bülow gerichteten Erlass.»

Ich: «An Letzterem zweifle ich nicht. Doch bitte ich Sie, zu bedenken, welche eine *harte* Sprache zum Theil in dem gedachten Erlasse gegen den Bundesrath geführt wird. Den schweren Anschuldigungen gegenüber hat sich der Bundesrath allerdings in fester Sprache vertheidigt; durch das ganze Schreiben geht aber ein Zug unverkennbarer Loyalität, und schliesslich wollen Sie nicht ausser Acht lassen, dass beinahe jede Regierung ihren eigenen Amtsstyl hat, welcher sich gewöhnlich wenigstens in der Nuancierung von demjenigen anderer Regierungen unterscheidet, ohne dass deswegen auf eine Verschiedenheit in der Auffassung der Höflichkeitsrücksichten vorhanden wäre.

Was Sie mich persönlich betreffend erwähnt haben, muss ich berichtigen. Der Bundesrath hat mich ausdrücklich ermächtigt, nöthigenfalls seine Ausführungen interpretierend zu ergänzen, und das habe ich in besten Treuen und in der festen Überzeugung gethan, dass meine Regierung jedes Wort, welches ich zu diesem Zwecke zu Ihnen gesprochen, billigen wird.

Nun komme ich noch auf den Hauptpunkt zurück.

Ist nicht durch die verschiedenen Maassnahmen, welche der Bundesrath gegen den Hauptmann Fischer d'abord aus freien Stücken getroffen, welche er dann ergänzend fortgesetzt hat, und welche seinerseits in nächster Zeit noch zu gewärtigen sind, Ihren Gravamina in der weitgehendsten, loyalsten Weise Rechnung getragen?

Diese Frage wird auch Ihrerseits bejaht werden müssen, und da darf ich doch annehmen, dass besondere Maassnahmen der Schweiz gegenüber um so mehr gegenstandslos wären, als der Bundesrath auch in anderer Richtung z. B. betr. die Genossenschafts-Druckerei in Zürich und betr. Fortsetzung des Untersuchungs bereits schon in der letzten Woche das Erforderliche veranlasst hat.

Ich wüsste also in der That nicht, was bei dieser Sachlage noch weiter zu verhandeln wäre und wie die Kaiserliche Regierung dazu kommen sollte, neue Maassnahmen in Aussicht zu nehmen.»

Bei meinen letzten Ausführungen wurde Graf Bismarck sichtlich ruhiger. Er verstieg sich sogar zu der Äusserung, man anerkenne hier gerne, was wir in der Angelegenheit Fischer gethan, man werde sich zweifellos hiemit zufrieden geben, und bis auf Weiteres dürfte dieser Zwischenfall als erledigt angesehen werden können. Doch wiederhole ich, dass er auf seine Äusserung, das Auswärtige Amt werde in Bern gegen den Tenor der Bundesrätlichen Ausführungen protestieren, nicht zurückgekommen ist, bzw. dieselbe nicht zurückgenommen hat.

Den Rest des Bundesrätlichen Schreibens brachte ich ihm in freier Rede zur Kenntniss. Zur förmlichen Verlesung zurückzukehren, erschien mir inopportun.

Noch machte Graf Bismarck, mehr im gesellschaftlichen Conversationstone, einige Bemerkungen betr. «den übel beläumdeten Hauptmann Fischer» betr. «die sozialistischen Allüren des Herrn Stössel» und stellte einige Fragen betr. die politische Partei-Richtung der «Herren vom Bundesrath».

Die Antworten, welche ich ihm hierauf ertheilte, führe ich nicht besonders an. Ich bemerkte nur noch, an eine seiner früheren Äusserungen anknüpfend, Graf Bismarck täusche sich, wenn er annehme, das Treiben der sozialistischen Agitatoren sei uns indifferent. Wir wünschten im Gegentheil, dass alle diese fremden agitatorischen Elemente die Schweiz sammt und sonders für immer verlassen, und dass wir vor neuem Zuzug dauernd gesichert werden. Da von diesen Umtrieben die Rede gewesen sei, möchte ich auch noch erwähnen, dass man übrigens auch Paris und London mit in Rechnung bringen müsse. Dort seien die Sozialisten offenbar in weit grösserer Zahl vorhanden, als bei uns in der Schweiz.

Um 5 Uhr war unsere Unterredung zu Ende, und entfernte ich mich dann nach normaler Verabschiedung.

Ich habe mich als verpflichtet erachtet, Ihnen den Verlauf dieser Unterredung materiell möglichst genau zu schildern und dabei nichts zu verschweigen. Wiederholungen in Rede und Gegenrede habe ich natürlich weggelassen. Nicht überflüssig dürfte die Bemerkung sein, dass Graf Bismarck als gelegentlich sehr heftig und aufbrausend bekannt ist.

Das Weitere muss ich nun Ihnen bzw. dem Hohen Bundesrathe überlassen. Sollten Sie sich veranlasst sehen, mich mit weitem Mittheilungen für den Grafen Bismarck zu beauftragen, so würde ich bis auf Weiteres unbedingt dazu rathen, dass hiefür nicht mehr der Modus von gestern zur Anwendung gelange, sondern dass ich ermächtigt werde, die *Form* der Mittheilung je nach den Umständen selbst zu bestimmen.

Auch einer *Note* von Regierung zu Regierung könnte ich vor der Hand nicht das Wort reden.

Übrigens hängt Alles weitere nun zunächst davon ab, welche Auffassung bei Ihnen und dem Hohen Bundesrathe betr. meine gestrige Entrevue mit dem Grafen Bismarck Platz greifen wird. Weiter werden hiebei auch eventuelle neue Demarchen des Herrn v. Bülow (im angedeuteten oder auch in anderem Sinne) maassgebend sein.

Ich habe wohl nicht nöthig, Sie zu ersuchen, mich fortwährend von Allem zu unterrichten. Ich selbst werde gewissenhaft Gegenrecht halten.⁵

5. *Bemerkung von Roth am Schluss des Schreibens*: Nicht wahr, Sie erlassen mir eine *offizielle* Beantwortung der Depesche des Bundesrates vom 10./11.(?) Februar l.J.?

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 17. Februar 1888

714. Sozialisten und Polizeispizel

Departement des Auswärtigen. Antrag vom 16. Februar 1888

Unter Bezugnahme auf die von Herrn Legationsrat von Claparède im Namen des Herrn Minister Roth gemachten Mittheilungen über die Unterredung, welche Herr Roth am 13. dies mit dem Herrn Grafen Herbert von Bismark hatte¹, wird beschlossen:

1. Das Departement des Auswärtigen wird beauftragt, Herrn Roth Kenntniss zu geben, dass der Bundesrat sein Verhalten völlig billige und ihm dafür seinen Dank ausspreche;

2. Es sei dieser Unterredung keine weitere Folge zu geben, sondern es seien die allfälligen Mittheilungen des Deutschen Gesanten Herrn von Bülow abzuwarten. Dem Ermessen des Vorstehers des Departements des Auswärtigen, Herrn Bundesrat Droz, werde es überlassen, ob er auf die Mittheilungen des Herrn von Bülow sofort antworten oder ob er vom Bundesrat weitere Instruktionen einholen wolle;

3. Das Justiz- und Polizei-, sowie das Departement des Auswärtigen werden beauftragt, dem Bundesrat über eine bessere Organisation der politischen Polizei Vorschläge zu machen.²

Von einer Seite wird gewünscht, dass von Herrn Roth ein offizieller Bericht über die Erledigung des ihm erteilten Auftrages zu den Akten eingereicht werde.

1. *Vgl. Nr. 360.*

2. *Vgl. den Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend das Gesuch um einen Nachtragskredit zum Zwecke einer besseren Organisation der Politischen Polizei vom 12. 3. 1888 (BBl 1888, 1, S. 586—603) sowie das Kreisschreiben an die Kantone vom 11. 5. 1888, (ibid., 4, S. 1044—1048).*

362

E 1004 1/152

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 17. Februar 1888

715. Handelsvertrag mit Italien

Departement des Auswärtigen, Handelsabteilung. Antrag vom 17. Februar 1888

Seit dem Abschluss der am 30. Dez. erfolgten zweimonatlichen Verlängerung der italienischen Handelsverträge mit der Schweiz¹, Frankreich & Spanien hat sich nach dem Berichte des Departements die Situation nicht wesentlich verändert. Dieselbe gleicht hinsichtlich unserer eigenen Vertragsangelegenheit fast genau derjenigen um Mitte Dezember, vor der Abreise der schweiz. Delegirten nach Rom: einerseits dieselbe Ungewissheit über die Gestaltung des Verhältnisses zwischen Italien & Frankreich, auf welches sich unsere bisherige Ausfuhr von Maschinen, Seiden- & Baumwollenwaaren stützt; anderseits eine nur wenig günstigere Haltung der italienischen Regierung gegenüber den schweiz. Hauptforderungen. Diese zielen im Wesentlichen gemäss den vom Bundesrat aufgestellten Prinzipien auf Erhaltung des status quo.² In dieser Hinsicht sind nun nach den neuesten Meldungen des Hrn. Bavier gewissermassen günstige Dispositionen des Ministerpräsidenten Crispi zu konstatiren, welche hoffen lassen, vor Ende des Monats wenigstens zu einem *Provisorium* zu gelangen. Letzterer offerirt laut Note an Hrn. Bavier³ einen Käsezoll von 10 Fr. statt dem jezt gültigen schweiz.-italienischen Konventionalzoll von 8 Fr. (neuer ital.-österreich. Vertragszoll 12 Fr., ital. Generalzoll 25 Fr.) und stellt ausserdem eine leichte Konzession für Stikereien in Aussicht. Derselbe verweigert hingegen mit Rücksicht auf Frankreich die Bindung der jezigen Konventionalzölle für Seide- & Baumwollenwaaren. Was die Maschinen betrifft, so werden dieselben in der Note mit Stillschweigen übergangen, welcher Umstand vielleicht eine günstige Auslegung zulässt.

Was die Seidenwaaren anbelangt, so macht sich nun allerdings die Erwägung geltend, dass dieser Artikel in aller erster Linie *Frankreich* interessirt, und dass mit Sicherheit darauf gerechnet werden kann, dass dieses Land auf keinen Fall einen Vertrag mit Italien schliessen wird, ohne die Interessen der Seidenindustrie zu wahren. Die Schweiz darf also hinsichtlich dieses Artikels auf die Meistbegünstigungsklausel abstellen, in der Überzeugung, dass eine Verständigung zwischen beiden Ländern nicht lange ausbleiben kann.

Was hingegen die im jezigen französ.-italienischen Vertrag ebenfalls gebundenen Baumwollgewebe & Maschinen anbelangt, so kann nach dem Erachten des Departements keineswegs auf ein entschiedenes Eintreten Frankreichs gerechnet werden; für dieses Land haben dieselben nur sekundäre Bedeutung, wogegen sie im Vordergrunde der schweiz. Interessen stehen und es sich demnach empfiehlt, mit Bezug auf

1. AS 1889, 10, S. 438 f.

2. Vgl. Nr. 354, Anm. 1.

3. Vgl. die Note von Crispi an Bavier vom 10. 2. 1888 (E 13 (B)/215).

dieselben selbständig zu handeln. Die schweiz. Interessenten verlangen dringend, dass an der Bindung der jezigen Zölle im neuen Vertrag festgehalten werde⁴.

Es scheint dem Departement geboten, an den herwärtigen Hauptforderungen für Maschinen, Baumwollgewebe & Stikereien unter allen Umständen und selbst auf die Gefahr des gänzlichen Abbruchs der Unterhandlungen festzuhalten, dagegen aber, um Italien von der andern Seite entgegenzukommen und eine Verständigung nach Möglichkeit zu erleichtern, auf Seidenwaaren zu verzichten und den offerirten, nach dem übereinstimmenden Urteil der Fachleute erträglichen Käsezoll von 10 Fr. anzunehmen.

Sollte die ital. Regierung dennoch ablehnen, so würden, wie angedeutet, die Unterhandlungen abgebrochen. Voraussichtlich zöge dies noch keinen Tarifkrieg nach sich, sondern beide Parteien würden sich gegenseitig stillschweigend auf Zusehen hin auf dem Fusse der meistbegünstigten Nation behandeln, so dass uns alsdann der immer noch erträgliche österreich.-ital. Käsezoll von 12 Fr. zu Gute käme. Wenn aber wider alles Erwarten und entgegen wiederholten bündigen Erklärungen des Ministerpräsidenten Crispi, dass er niemals einen Tarifkrieg mit der Schweiz führen würde, der ital. Generalzoll von 25 Fr. für Käse in Kraft gesetzt werden sollte, so wäre es schweiz.seits auf Grund des neuen Zolltarifgesetzes⁵ möglich, auf eine Reihe von wichtigen italienischen Importartikeln, wie Wein & Trauben, Reis & Teigwaaren, Geflügel, Eier etc. wirksame Repressalien auszuüben.

Nach gewalteter Beratung wird beschlossen, das Departement des Auswärtigen sei ermächtigt, Hrn. Bavier successive Instruktionen zu erteilen: dass an den schweizerischen Hauptforderungen für Maschinen, Baumwollgeweben & Stikereien unter allen Umständen und selbst auf die Gefahr des gänzlichen Abbruchs der Unterhandlungen festzuhalten, dagegen aber auf Seidenwaaren zu verzichten und der offerirte Käsezoll von 10 Fr. anzunehmen sei. Sollte die ital. Regierung dennoch ablehnen, so seien die Unterhandlungen abzubrechen.

4. Vgl. die Eingabe des Vereins schweizerischer Maschinen-Industrieller an das Handels- und Landwirtschaftsdepartement vom 31. 5. 1887 (E 13 (B)/216).

5. Vgl. das Bundesgesetz betreffend einen neuen schweizerischen Zolltarif. (Vom 26. Juni 1884.) (AS 7, 1883—1884, S. 549—581) und das Bundesgesetz betreffend Abänderung des Zolltarifgesetzes vom 26. Juni 1884. (Vom 17. Dezember 1887.) (AS 10, 1889, S. 561—576).

E 13 (B)/155

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz*

B Streng Confidentiell und
nicht zu den Acten

Berlin, 27. Februar 1888

Von bestunterrichteter Seite habe ich gestern betreffend Handelsvertragssituation, mit der Bitte um unbedingte Discretion, nachstehende Andeutungen erhalten:

Bei der Feststellung der deutschen Gegenforderungen¹ hat sich der Reichskanzler einfach auf folgende breite Grundlage gestellt: Der Export-Werth derjenigen Positionen, betreffend welche Deutschland von der Schweiz Concessionen verlangt, soll annähernd dem Export-Werth derjenigen Positionen entsprechen, bei welchen Deutschland der Schweiz Concessionen macht.

An dieser Grundlage wird Fürst Bismarck im Falle der Weiterführung der Verhandlungen zweifellos festhalten.

Sollten wir dieser Rechnungsweise gegenüber geltend machen zu müssen glauben, dass einzelne der Hauptforderungen Deutschlands, wie z. B. betreffend die Positionen Getreide, Rindvieh und Holz, von uns namentlich darum nicht zugestanden werden können, weil diese Positionen unsere Hauptkampffartikel Östreich-Ungarn gegenüber bilden d. h. also, dass wir diese Concessionen gestützt auf die Meistbegünstigungsklausel Östreich-Ungarn gegenüber nicht mehr verwerthen könnten, wenn wir dieselben vorher Deutschland gemacht hätten, so ist dem gegenüber zu bemerken, dass man Deutscherseits einem eventuellen Antrage der Schweiz auf strenge Geheimhaltung der betr. Anträge und Zugeständnisse wohl unbedingt zustimmen würde. Wir könnten also bei diesem Verfahren die fraglichen Concessionen zwei Mal «verkaufen», einmal, auf obiger Rechnungsgrundlage, Deutschland und dann gleichzeitig noch Östreich-Ungarn gegenüber, von welchem wir natürlich ebenfalls die Geheimhaltung verlangen müssten.

Diese Bedingung der Geheimhaltung ist bei derartigen Verhandlungen schon oft gestellt und in der Regel auch immer acceptirt worden.

Deutschland gegenüber wäre es für uns darum von grossem Werth, die verlangten Concessionen auf Getreide, Vieh und Holz machen zu können, weil dieselben namhafte Export-Ziffern aufweisen, und weil wir durch diese Zugeständnisse verhindern könnten, dass die deutsche Regierung auf Grundlage der vom Fürsten Bismarck gestellten Bedingung der Compensation der gegenseitigen Export-Werthe, weitere Concessionen auf andern Artikeln von uns verlange.

Unterhandeln wir zugleich mit Italien, so könnten wir bei dreiseitig durchgeführter Geheimhaltung einzelne Concessionen also sogar dreimal «verkaufen».

Es wäre dann bei diesem Vorgehen einfach darauf zu achten, dass der formelle Abschluss der Verhandlungen möglichst zu dem gleichen Zeitpunkt erfolge.

1. Vgl. die Beilage zum Schreiben von Roth an Droz vom 18. 2. 1888, welche die deutschen Concessionen auf die schweizerischen Vorschläge und die deutschen Gegenforderungen enthält (E 13 (B)/155).

Sollte etwa das Schicksal unserer Verhandlungen mit Deutschland eventuell später noch von den baumwollenen Stickereien abhängen, so ist Grund für die Annahme vorhanden, dass man uns Deutscherseits bei dieser Position noch entgegenkommen würde.

Deutschland hat überhaupt in den gedachten zwei Anlagen das letzte Wort noch nicht gesprochen. *Das* mögen wir aber, wie schon bemerkt, als feststehend betrachten, dass der Reichskanzler von der erwähnten Compensationsgrundlage betr. die Export-Werthe nicht abgehen würde.

Ich habe die Gewissheit, dass Vorstehendes genau den mündlichen Mittheilungen meines Gewährsmannes entspricht und bin auch fest überzeugt, dass diese Mittheilungen die Auffassung der deutschen Regierung getreu wiedergeben, weshalb ich nicht unterlassen wollte, Ihnen dieselben sofort zur Kenntniss zu bringen.

364

E 13 (B)/215

*Der schweizerische Gesandte in Rom, S. Bavier,
an den Vorsteher des Departements des Äussern, N. Droz*

B Confidentiel

Rom, 29. Februar 1888

Gestern Abend 9^o habe ich Ihnen telegrafirt, der Text des chiffirten Telegramms ist in meinem Brief vom 28^{ten} enthalten.¹

Um 10^o erhielt ich dann Ihr in Bern um 4,45 aufgegebenes Telegramm², das trotz der von Ihnen verlangten Urgenz doch über 5 Stunden Zeit brauchte. Es lautet (chiffirt):

Possédons télégramme 27³ vous donnons instructions suivantes. Primo: si un accord avec France stipule statu quo pour machines et tissus coton vous concluez un provisoire de trois mois au plus aux conditions offertes par Crispi le 21⁴ tout en demandant ancien droit pour tessuti, tullì e mussole ricamati a catinella mais en acceptant une taxe unique de quatre cent cinquante francs pour tessuti ricamati a punto passato. Nouvelle classification ricamati inacceptable. Secondo: si un accord avec France stipule augmentations considérables pour machines et tissus coton unis vous concluez un provisoire aux mêmes conditions mais en réservant les droits suisses pour Wermouth et en refusant d'omettre les parquets et les élastiques du Tarif A⁵. Tertio: si négociations avec France sont rompues vous accepterez conditions offertes par Crispi seulement si statu quo machines et tissus coton unis est concédé à nous et en stipulant les conditions ci-dessus pour broderies. Quarto: si Crispi refuse vous déclara-

1. *Beide Schriftstücke nicht abgedruckt.*

2. *Nicht abgedruckt.*

3. *Nicht abgedruckt.*

4. *Vgl. das Schreiben von Bavier an Droz vom 21. 2. 1888 (E 13 (B)/215).*

5. AS 1883—1884, 7, S. 406.

rerez que dès le 1 Mars nous traiterons l'Italie sur pied nation la plus favorisée sauf réciprocité. Droz.

Um den Irrthum zu vermeiden, dass mein um 9^o aufgegebenes Telegramm, eine Antwort auf vorstehendes sei, telegrafirte ich Ihnen nachdem wir letzteres dechiffriert hatten, um Mitternacht⁶:

Votre télégramme s'est croisé avec le mien.

Da mir Bedenken aufgestiegen waren ob man uns die Meistbegünstigung zugestehe, schrieb ich in der Frühe heute an Crispi ein Billet in welchem ich sagte, dass wir, um die guten Beziehungen möglichst wenig zu stören, wie diess ja in beidseitigem Wunsche liege, vorschlagen die Behandlung auf dem Fusse der meistbegünstigten Nation vom 1. März an zu vereinbaren. Er liess mich dann sofort ersuchen in den Palazzo Braschi zu kommen, wo der Ministerrath unter seinem Präsidium versammelt war. Als ich ihn dort traf sagte er mir, er wolle um dem Bundesrath zu beweisen, wie der Gang unserer Verhandlungen den Sympathien für die Schweiz keinen Abbruch thue, diese Bedingung annehmen & sofort diessbezügliche Aufträge an alle Zollstätten ertheilen. Nachmittags kamen dann Ellena & Castorina im Auftrag des H^r Crispi mit dem Entwurf des Protocolls zu mir, den ich genehmigte & der nun ausgefertigt wird.

In Bezug auf Frankreich sagte Crispi, dort sei der Fall ein ganz anderer als bei der Schweiz & man werde den masslosen Forderungen damit antworten, dass man den Generaltarif für den französischen Import sehr bedeutend erhöhe. Mit uns werde er stets gerne unterhandeln & zweifle nicht daran, dass wir, in nicht ferner Zeit, einen Vertrag abschliessen können. Bei der uns vorgeschlagenen Basis, müsse aber von uns *ausdrücklich* auf die Cotons & Maschinen *verzichtet* werden, denn *nur* in diesem Falle sei eine Prorogation zulässig. Ich sagte, dass wir auf diese «voci» nicht verzichten können; indessen erwarte ich noch Ihre telegrafische Antwort auf seinen Vorschlag den ich Ihnen gestern telegrafirt habe & werde diese Antwort ihm heute Abend eröffnen.

Die neben dem Generaltarif für die französische Einfuhr vorgesehene Erhöhung beträgt auf den wichtigsten Artikeln 50%, während dem der Schweiz gegenüber der *G[eneral]Tarif* nicht erhöht wird. Ich war so eben auf dem Handelsministerium um das détail der wichtigsten Erhöhungen zu erhalten & man versprach mir dieselben noch heute mitzuthemen, so dass ich sie wahrscheinlich am Fusse des Briefes & vorher noch telegrafisch Ihnen berichten kann.

Um 5 Uhr erhielt ich Ihr Telegramm⁷ das am Schluss lautet:

déclarez formellement que nous traiterons l'Italie comme nation la plus favorisée sauf réciprocité et télégrafiez réponse formelle du Président conseil.

Ich glaubte nun, da Crispi eine Unterzeichnung eines Protocolls⁸ verlangte, nicht zu fehlen wenn ich dieselbe vollzog & telegrafirte Ihnen überdiess um Vollmacht⁹, weil Crispi obschon ich ihm erklärt *hatte dass ich zur Unterzeichnung berechtigt sei*, diese Formalität verlangte, inzwischen aber sich zur Unterzeichnung bereit erklärte, nachdem ich ihm versprochen die Vollmacht beizubringen.

6. Nicht ermittelt.

7. Nicht ermittelt.

8. Vgl. den Annex.

9. Nicht abgedruckt.

Ich bedauere unendlich wenn ich damit gefehlt habe, Schuld daran ist zum Theil die Langsamkeit des Telegrafs. Wenn Sie meine Unterschrift désavouiren bin ich in einer sehr fatalen Lage gegenüber dem Ministerium! Materiell bleibt sich die Sache ja gleich.

Ich habe das Bewusstsein mein Möglichstes in guten Treuen gethan zu haben & es ist mir höchst peinlich, dass der Schluss der Verhandlungen nun ein so unerwünschter ist!¹⁰

ANNEX

*Der schweizerische Gesandte in Rom, S. Bavier,
an das Departement des Auswärtigen*

*Empfangskopie
T*

Rome, 1^{er} mars 1888, 9 h 55
(reçu: 1^{er} mars 1888, 11 h 30)

Reçu votre télégramme¹¹ à 8,30 heures voici teneur Convention commerciale entre Suisse et Italie S.M. roi Italie et Conseil fédéral suisse désidérant [!] en vue échéance imminente traité commerce régler rapports entre deux pays en matière douane vut noine [sic] etc lesquelles après s'être communiqué pleins pouvoirs trouvés en bonne et due forme sont convenus des articles suivants. Art 1 les hautes parties contractantes s'assurent mutuellement le traitement nation plus favorable [!] pour tout ce qui concerne importation exportation transit. Art 2 présente convention entre en vigueur sous réserve accoplessivement [!] formalités constitutionnelles dans deux pays 1 mars.

10. *Bemerkung von Bavier am Schluss des Schreibens:* Ihr Telegramm, welches mir die Unterzeichnung untersagte, erhielt ich um 6³/₄ nachdem ich um 6 unterzeichnet hatte. *Vgl. auch Nr. 365.*

11. *Nicht abgedruckt.*

365

E 1004 1/152

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 3. März 1888

996. Handelsvertrag mit Italien

Departement des Auswärtigen, Antrag vom 2. März 1888

Das Departement des Auswärtigen hat den Entwurf¹ eines Schreibens vorgelegt, das wegen der von Herrn Minister Bavier in Rom am 29. Februar abgeschlossenen Handelskonvention² an Herrn Bavier zu erlassen wäre.

In diesem Schreibensentwurfe wird vorerst angebracht, dass Herr Minister Bavier in gänzlichem Widerspruch mit den ihm erteilten Weisungen die Konvention unterzeichnet habe. Sodann wird als der einzige Ausweg aus dieser Situation bezeichnet,

1. E 13 (B)/215.

2. Nr. 364, Annex.

dass Herr Bavier Herrn Crispi vorschlage, die fragliche Konvention durch einen Austausch von Erklärungen der beiden Regierungen zu ersezen, laut welchen jedes der beiden Länder das andere bis auf Weiteres und unter Vorbehalt der Reziprozität auf dem Fusse der meistbegünstigten Nation behandeln würde. Diese Erklärungen sollten nicht veröffentlicht werden und man würde auch über die Angelegenheit der Handelskonvention Stillschweigen beobachten und es bei der Veröffentlichung in der *Gazetta ufficiale* und den von Herrn Crispi im italienischen Parlament abgegebenen Erklärungen bewenden lassen.

Auf gestellten Antrag wird beschlossen: Herrn Minister Bavier den vom Departement vorgeschlagenen Auftrag zu erteilen, dagegen den ersten Teil des Schreibens, in welchem das Vorgehen des Gesanten einer missbilligenden Kritik unterzogen wird, noch zurückzubehalten und die in Frage kommenden Aktenstücke zur Einsichtnahme des Bundesrates auf den Kanzleisch zu legen.³

ANNEX

E 13 (B)/215

*Der schweizerische Gesandte in Rom, S. Bavier,
an das Departement des Auswärtigen*

Empfangskopie

T

Rome, 6 mars 1888

Crispi qui m'avait déclaré hier qu'il retirerait convention de la Chambre m'a appelé aujourd'hui au Ministère et m'a dit: réflexion faite il trouvait impossible de le faire sur ma demande. Il m'a dicté ce qui suit: «la convention ayant été approuvée par décret royal, publié dans la gazette officielle et présenté au Parlement M' Crispi ne peut plus la retirer; seulement comme le Parlement italien n'approuve pas les traités avant qu'ils aient été approuvés par ceux des nations avec lesquelles ils ont été stipulés, notre Convention manquera de la sanction législative. Si ainsi il plaira à la Suisse ce nonobstant, elle est appliquée depuis le 1^{er} mars et elle continuera de l'être de fait.» — Je l'aj interpellé sur les déclarations à échanger au sujet desquelles nous nous étions trouvés d'accord comme je vous ai télégraphié hier.⁴ Il répondit qu'elles n'avaient pas d'importance et qu'on suivrait tacitement le régime de la nation la plus favorisée. Toutefois, si la Suisse voulait envoyer sa déclaration, il se réserverait la réponse. Je lui dis alors qu'en tel cas je lui soumettrais confidentiellement la déclaration suisse, mais que je ne l'aurais remise officiellement qu'après avoir eu sa promesse formelle de répondre dans le même sens. Il répondit être d'accord.⁵

3. *Vgl. Annex.*

4. *Nicht abgedruckt.*

5. *In seiner Sitzung vom 9. 3. 1888 erklärte der Bundesrat die Angelegenheit für erledigt* (E 1004 1/152, Nr. 1076).

E 22/1863

*Der schweizerische Gesandte in Washington, E. Frey,
an den Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartements, L. Ruchonnet*

B

Washington, 21. März 1888

Im September v. J. haben Sie mich beauftragt, unter der Hand dahin zu wirken, dass das Staatsdepartement der Ver[einigten] Staaten in der Mormonenfrage beim Bundesrath vorstellig werde¹, in der Meinung, dass eine solche Reklamation dem Bundesrathe verstärkte Veranlassung geben dürfte, gegen die propagandistischen Wühlereien der Mormonen in der Schweiz vorzugehen.

Ich sprach darüber vor einiger Zeit mit dem ersten Unterstaatssekretär Hr. Rives.² Er schien darüber in Zweifel zu sein, ob die Ver[einigten] Staaten Regierung konstitutionell in der Lage sei, eine solche Reklamation zu erheben. Die Gesetze der Ver[einigten] Staaten, meinte er, verpflichten die Regierung allerdings, dafür zu sorgen, dass einwandernde «paupers», Irrsinnige, Verbrecher und dergl. zurückgewiesen werden; von den Mormonen sei jedoch in diesen Gesetzen nicht die Rede.

Als ich vor einigen Tagen den Gegenstand wieder zur Sprache brachte, bat mich Hr. Rives, heute auf das Staatsdepartement zu kommen. Inzwischen hatte er Kenntniss von einem Circular erhalten, welches die V[ereinigten] Staaten Regierung im Jahre 1879 an ihre Vertreter im Ausland gerichtet hat und in welchem sie dieselben aufforderte, die Regierungen, bei denen sie beglaubigt waren, auf die Werbungen der Mormonen aufmerksam zu machen, mit dem Bemerkten, dass man in Washington für ein thatkräftiges Einschreiten gegen die Werber dankbar sein würde.³ Dieser Thatsache gegenüber scheint nunmehr Hr. Rives seine konstitutionellen Bedenken aufgegeben zu haben, denn er versprach mir, es werde das Staatsdepartement Hr. Winchester Auftrag geben, gestützt auf jenes Circular die Sache beim Bundesrathe wieder anhängig zu machen.

1. Vgl. die Aufzeichnung von Frey vom 8. 3. 1888 (E 2200 Washington 1/285).

2. *Ibid.*

3. Vgl. Nr. 168.

367

E 21/14502 B

*Antrag des Vorstehers des Justiz- und Polizeidepartements,
L. Ruchonnet, an den Bundesrat*

Rapport du Département fédéral de Justice et Police sur la proposition de
M. le Conseiller fédéral Droz, demandant l'expulsion des Chefs du Journal le
«Sozialdemokrat».

Berne, 4 avril 1888

Dans la séance du Conseil fédéral du 27 mars écoulé¹, M. le Conseiller fédéral Droz, comme chef du Département des affaires extérieures, a déposé la proposition suivante:

Considérant qu'il a paru en janvier 1887 à Zurich, sortant de l'officine du Sozialdemokrat, une feuille intitulée *der Rothe Teufel*² et contenant les injures les plus grossières à l'adresse de la famille impériale et du gouvernement allemands;

Que, dans l'enquête ouverte à ce sujet, les chefs du Sozialdemokrat ont prétendu que cette publication avait été faite à leur insu par les ouvriers de leur imprimerie, qu'ils la regrettaient et la désavouaient hautement comme contraire à leurs intérêts et à leurs tendances, et qu'ils n'en connaissaient pas les auteurs;

Que l'enquête est dès lors demeurée pendante en vue de rechercher si d'autres indices ne pourraient pas aboutir à mettre la main sur les auteurs de cette publication;

Qu'un examen tout récent de la collection du Sozialdemokrat vient de faire découvrir les trois annonces suivantes, savoir:

«In den nächsten Tagen erscheint und ist durch die Unterzeichnete zu beziehen:

«Der Rothe Teufel»

Reich illustriertes sozialdemokratisches Witzblatt.

«*Der Rothe Teufel*» wird nicht regelmässig erscheinen, sondern nur, wenn es ihm passt.

«*Der Rothe Teufel*» wird in *rothem* Gewande, d. h. auf rothem Papier gedruckt, herauskommen.

«*Der Rothe Teufel*» bringt ausser einer ganzen Masse verschiedener Teufeleien in Poesie und Prosa ein prachtvolles Vollbild: «Die Marseillaise», Zeichnung von G. Doré. «*Der Rothe Teufel*» kostet per Exemplar 20 Pfg. = 25 Cts. Porto extra. Es empfiehlt sich, dass man den «*Rothen Teufel*» nicht einzeln, sondern mehrere Exemplare zusammen bezieht, da Einzelbezug den Preis des Porto halbers verdoppelt. *Lieferung nur gegen Vorausbezahlung.*

Zahlreichen und baldigen Bestellungen sehen entgegen

Volksbuchhandlung und Expedition des Sozialdemokrat.»

Considérant que les chefs du Sozialdemokrat ont ainsi voulu tromper sciemment le Conseil fédéral par leurs déclarations données dans l'enquête;

1. Vgl. das BR-Prot. vom 27. 3. 1888 (als Annex teilweise abgedruckt).

2. Nicht abgedruckt.

Que cette circonstance vient aggraver le fait qu'en matière de législation sur la presse, l'éditeur est responsable à défaut d'auteur connu et l'imprimeur responsable de ses ouvriers;

Que le Conseil fédéral ne peut, dans les limites de sa compétence constitutionnelle, tolérer que des étrangers fassent des publications injurieuses et offensantes pour des nations amies, leurs souverains ou leurs gouvernements;

faisant application de l'article 70 de la constitution fédérale³,
arrête:

I. Les nommés⁴ seront expulsés du territoire suisse.

II. Le gouvernement de Zurich est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Bien que le Département fédéral de Justice et Police se fût dès l'abord prononcé contre cette proposition, par des motifs du bien-fondé desquels il est encore aujourd'hui convaincu, ainsi qu'il sera exposé plus bas, il s'est empressé de provoquer immédiatement la nouvelle enquête que nécessitait la proposition de M. Droz. Il fallait en effet déterminer avec exactitude quelles étaient d'entre les nombreuses personnes qui travaillent à l'imprimerie d'Hottingen celles qui devaient être rendues responsables de la publication du «Rother Teufel».

On sait par l'enquête du printemps 1887⁵ que la «Schweizerische Genossenschaftsbuchdruckerei und Volksbuchhandlung C. Conzett, in Hottingen», est ins-

3. AS 1874—1875, 1, S. 21.

4. *Die betroffenen Personen wurden nicht namentlich genannt.*

5. *Vgl. den Bericht des Justiz- und Polizeidepartements vom 5. 8. 1887. Darin hatte letzteres in bezug auf den «Rothen Teufel» festgehalten: [...] Nous avons déjà mis sous les yeux du Conseil cette feuille, écrite avec infiniment d'esprit, illustrée avec art, mais qui a laissé bien loin derrière elle en violence les plus violents des articles du «Sozialdemokrat» d'autrefois.*

L'enquête n'a pu fournir aucune lumière sur le «Rother Teufel», si ce n'est qu'il a été imprimé chez Conzett. Le rédacteur Bernstein dit que le «Rother Teufel» n'a rien à faire avec le «Sozialdemokrat». Il affirme au surplus que cette publication n'aura pas de suite.

Nous avons eu à nous demander si quelques mesures étaient à prendre contre le «Rother Teufel» ou contre certains numéros du «Sozialdemokrat».

Il faut remarquer d'abord qu'il ne peut être question d'une poursuite pénale pour outrage envers un souverain ou un gouvernement étranger, parce que l'article 42 du code pénal fédéral ne permet de poursuivre ce délit que sur la plainte du gouvernement injurié.

Quant à faire usage de l'article 70 de la constitution fédérale qui permet de renvoyer de la Suisse les étrangers qui compromettent la sûreté du pays, nous ne croyons pas que ce soit ici le lieu. Nous remarquons:

1. que nous n'avons devant nous aucun personnage important, mais des rôles secondaires, de simples agents, qui seraient remplacés du jour au lendemain, en sorte qu'il en serait après leur renvoi comme avant;

2. que ces étrangers ne menacent en aucune manière leur pays et n'y portent pas le trouble. Ils se bornent à critiquer les actes du gouvernement allemand. S'ils le font avec une vivacité regrettable et dans des termes qui dépassent certainement les limites d'une polémique convenable, nous n'avons rien trouvé dans ces numéros qui dépassât le ton de quelques petites feuilles suisses parlant de leurs adversaires ou même du gouvernement fédéral. Il est à remarquer d'ailleurs que la presse allemande a souvent et impunément attaqué la Suisse avec autant de violence (voir entre autres la brochure «Schweizerehre» dans les annexes Zurich, Nr. 11).

L'enquête que nous avons ouverte a déjà eu ce résultat d'engager la rédaction du «Sozialdemokrat» à adoucir sa polémique, et peut-être d'empêcher que le «Rother Teufel» n'eût une suite. Nous proposerons de charger le gouvernement de Zurich de renouveler auprès de qui de droit cet appel à la modération.

crité au registre du commerce du Canton de Zurich sous cette raison, que Conzett a la signature sociale et que Edouard Bernstein et Frédéric Schlütter signent par procuration.

Le Département a écrit le 28 mars⁶ déjà à la Direction de Justice et Police du Canton de Zurich, la rendant attentive à l'annonce qui parut dans le «Sozialdemokrat» des 8, 15 et 29 janvier 1887⁷ et l'invitant à faire rapidement une nouvelle enquête pour déterminer aussi exactement que possible quels étaient d'entre les divers chefs de cette imprimerie et du «Sozialdemokrat» ceux qui avaient composé et fait imprimer le «Rother Teufel».

Le résultat de cette enquête nous est parvenu le 31 mars.⁸ Elle a été conduite par le lieutenant de police Meyer-Hofer avec autant de rapidité que de succès. Nous la plaçons sous les yeux du Conseil qui y trouvera, comme nous, toutes les lumières désirées. Il résulte de cette enquête en résumé les faits suivants:

1. Le manuscrit du «Rother Teufel» a été composé en Allemagne et envoyé de là à *Frédéric Schlütter*, qui est certainement l'un des principaux chefs de l'entreprise puisqu'il a la signature par procuration. Nous rappelons que d'après les renseignements fournis par la Direction de Justice et Police le 11 avril 1887⁹ et d'après les données concordantes qu'on lit dans la brochure de M. Krieter¹⁰, Frédéric Schlütter est l'archiviste de la société; il est l'administrateur des brochures et des publications volantes. Tandis que Bernstein s'occupe exclusivement de la rédaction du «Sozialdemokrat» c'est Schlütter qui pourvoit à la publication des brochures et des feuilles que le parti juge à propos de publier à certains moments.

2. A réception du manuscrit du «Rother Teufel», Schlütter a demandé à Conzett la permission de le faire imprimer. Conzett ayant accordé cette permission, Schlütter a chargé *Johann Taucher*¹¹ de l'impression. Taucher et Fischer sont les deux maîtres imprimeurs de l'entreprise; ils sont mentionnés en cette qualité dans le rapport du 11 avril 1887 et aussi dans la brochure de Krieter.

3. Le rôle de Motteler, dont les fonctions paraissent consister spécialement à pourvoir à l'expédition du journal, n'a pu être déterminé exactement, attendu que Motteler est absent en ce moment; mais il résulte de deux dépositions que Motteler serait demeuré étranger à l'impression du «Rother Teufel». Quant à Bernstein, qui ne s'occupe pas des annonces, il paraît n'avoir lu le Rother Teufel que lorsque cette feuille était déjà imprimée.

Le résultat de cette enquête nous paraît désigner très exactement comme portant la responsabilité du Rother Teufel, avant tout Frédéric Schlütter, en second lieu Conzett, et en troisième lieu Taucher.

Contre le journal lui-même, couvert par la liberté de la presse, aucune mesure administrative n'est possible. [...] (E 21/14235).

Bereits zuvor hatte sich der Bundesanwalt in seinem Bericht über die anarchistischen Umtriebe in der Schweiz mit dem «Sozialdemokrat» befasst (vgl. BBl 1885, 3, S. 537—721; besonders S. 580—593).

6. *Nicht ermittelt.*

7. *Nicht abgedruckt.*

8. *Nicht abgedruckt.*

9. *Nicht ermittelt.*

10. W. Krieter: Die geheime Organisation der Sozialdemokratischen Partei (E 21/14502 B).

11. *Richtige Schreibweise: Tauscher.*

Schlütter, Frédéric-Hermann, originaire du Schleswig-Holstein, est maintenant citoyen de Chicago.

Quant à Taucher, Johann-Léonard, il est ressortissant d'Augsbourg. Après avoir lu cette enquête, dans laquelle les divers intéressés semblent avoir parlé avec franchise et sans réticences, nous avons repris la phrase du récent message du Conseil fédéral dans laquelle il est dit que, d'après les déclarations des chefs du «Sozialdemokrat», le Rother Teufel aurait été imprimé par des ouvriers de l'imprimerie à leur insu et qu'ils le désavouaient comme contraire à leurs intérêts et à leurs tendances. Nous avons recherché d'où cette affirmation avait été tirée et nous devons avouer que nous ne l'avons trouvée nulle part dans notre volumineux dossier. Cette recherche était d'autant plus nécessaire que, d'après les considérants de l'arrêté proposé par M. Droz, les chefs du Sozialdemokrat seraient accusés d'avoir trompé sciemment le Conseil fédéral par leurs déclarations données dans l'enquête. Il va sans dire qu'un «Considérant» pareil doit être appuyé sur des preuves précises et ne pouvoir être contesté. Malheureusement cette preuve nous manque.

Voici en effet tout ce que nous avons pu trouver dans nos dossiers:

3 mars 1887¹². Apprenant l'apparition du Rother Teufel, nous écrivons à Zurich pour demander l'envoi du numéro qui avait paru et cas échéant des numéros suivants. On nous envoie ce numéro.

18 mars 1887. Nous écrivons de nouveau à Zurich pour nous faire renseigner complètement sur les divers chefs du parti socialiste, sur Krüger, sur von Stern, etc., ainsi que sur les personnes qui rédigent le «Sozialdemokrat» et le «Rother Teufel».

11 avril 1887. Le Chef de la Direction de Justice et Police de Zurich nous adresse en réponse à cette demande un rapport très circonstancié sur toutes ces personnes. Mais dans ce rapport nous ne trouvons qu'une phrase relative au Rother Teufel; c'est la suivante: «In derselben Druckerei ist der «Rothe Teufel» erschienen, eine Publikation die gewiss besser nie erschienen wäre und auch künftig, wie man vernimmt, nicht mehr erscheinen wird.» Au nombre des annexes de ce document on trouve un rapport du Capitaine de police Fischer, qui ne parle pas du Rother Teufel; puis un mémoire de M. Bernstein dans lequel on lit entre autres ce qui suit: «Was ferner den Rothen Teufel anbetrifft, so hat derselbe mit dem Sozialdemokrat nichts zu thun, sondern ist ein ganz selbständiges Unternehmen, das namentlich den Zweck hatte eine Antwort auf die vielen Verfolgungen und Prozesse des vorigen Jahres zu geben ... Auch in Bezug auf ihn will ich auf meine Freunde im Sinne der vorstehenden Ausführungen eventuell einwirken, glaube überhaupt mittheilen zu können, dass das Blatt wirklich nur eine Eintagsfliege war.»

Il n'y a pas dans nos archives d'autre document sur cet objet. Le Département des Affaires extérieures en possède-t-il d'autres? Nous l'ignorons.

Il est fort possible que le Chef de la Direction de Justice et Police de Zurich, dans les nombreux entretiens qu'il a eus avec nous au sujet de cette affaire et peut-être dans ceux qu'il a eus avec M. le Chef du Département des Affaires extérieures

12. *Dieses und die Schreiben vom 18. 3. und 11. 4. 1887 sowie die darin erwähnten Dokumente nicht ermittelt.*

nous ait verbalement fait savoir que certains chefs de l'imprimerie d'Hottingen auraient blâmé la publication du «Rother Teufel», qu'ils auraient déclaré que cette publication était contraire à leurs intérêts, qu'elle n'était point en harmonie avec la modération relative dont ils s'étaient fait une loi depuis quelque temps, que cette feuille volante n'aurait pas de suite (notre rapport du 5 août 1887, malheureusement égaré, renfermait peut-être quelques traces de ces conversations; il serait bien à désirer aujourd'hui que ce rapport fût retrouvé); mais encore une fois nous ne trouvons pas de document précis qui permette au Conseil d'accuser publiquement de mensonge les chefs du Sozialdemokrat, ni de chercher pour une décision à prendre une autre base que l'enquête des jours derniers.

Nous concluons de ce qui précède que si une mesure d'expulsion devait être prise aujourd'hui, en raison de la publication du Rother Teufel, elle ne pourrait s'appuyer que sur la récente enquête et que celle-ci désignerait au Conseil comme pouvant en être l'objet Schlütter et Taucher, Conzett étant protégé par sa qualité de citoyen suisse contre toute application de l'article 70 de la constitution fédérale.

Mais le Département de Justice et Police propose de ne prendre aucune mesure au sujet du Rother Teufel et de ne pas donner suite à la proposition de M. Droz. Voici en substance ses motifs:

I. La publication du «Rother Teufel» est aujourd'hui trop ancienne pour justifier une mesure de rigueur d'ordre politique. Sévir administrativement en avril 1888 contre une publication qui a vu le jour en janvier 1887 et qui a été connue dès son apparition n'est pas admissible. Cette mesure par trop rétrospective donnerait lieu à des suppositions malveillantes et l'on ne pourrait guère justifier sa tardiveté. L'on a donné à entendre, il est vrai, et même dans le Message du Conseil fédéral, que l'enquête au sujet du Rother Teufel était encore pendante; mais cette allégation ne s'appuie sur aucune décision du Conseil. En effet, dans sa décision du 27 janvier de l'année présente¹³, qui a porté sur toutes les affaires zurichoises, le Conseil fédéral n'a demandé au gouvernement de Zurich que deux compléments d'enquête et ni l'un ni l'autre ne concerne le Rother Teufel. Les voici:¹⁴

Nr. II. Die Regierung von Zürich ist eingeladen, die Untersuchung mit Bezug auf Simanosky, Krüger und von Stern vervollständigen zu lassen.

Nr. VIII. Sie ist einzuladen über die näheren Verumständungen der Verhaftung Schröder's und Haupt's... weitere Untersuchungen zu pflegen.

II. Sur les remontrances qui lui ont été faites par la Direction de Justice et Police de Zurich, l'administration de l'imprimerie d'Hottingen n'a pas donné de suite à la publication du Rother Teufel. C'est un acte de soumission dont il est juste de tenir compte.

III. Donnant suite aux propositions conformes des Départements des Affaires extérieures et de Justice et Police, le Conseil fédéral a décidé le 27 janvier dernier d'exprimer au Gouvernement du Canton de Zurich la ferme attente que ce gouvernement veillerait «à ce que les publications de l'officine du Sozialdemokrat s'enferment à l'avenir dans les limites d'une discussion tranquille et objective et à ce qu'elles évitent les excitations, les injures et les offenses.» Le gouvernement de

13. E 1004 1/152, Nr. 360.

14. Vgl. auch Nr. 358.

Zurich comprit qu'il devait faire part de cet avertissement aux chefs de l'imprimerie socialiste et il s'est acquitté de ce mandat. Il ne nous paraît pas possible de ne pas considérer cet avertissement comme renfermant, de la part du Conseil fédéral, une menace pour l'avenir, mais aussi un oubli des faits anciens, de ceux du moins qui lui étaient connus à ce moment. Nous devons remarquer d'ailleurs que, dès lors, comme depuis assez longtemps déjà, le Sozialdemokrat s'est efforcé de prendre une allure modérée, ce qui est certainement de sa part un acte de soumission aux exigences de l'hospitalité qu'il reçoit en Suisse. Nous avons relu le Nr. 10 de ce journal, le seul depuis longtemps dans lequel on ait cru trouver un article qui sortît des termes d'un débat convenable, mais il nous a été impossible d'y trouver quelque chose qu'il ne fût permis à tous et dans tout pays de dire ou d'écrire.

IV. On a invoqué en faveur de la proposition de M. Droz le passage du rapport de la Commission du Conseil des Etats¹⁵ qui paraît engager le Conseil fédéral à prendre des mesures de rigueur contre «l'Ecole d'Hottingen». Une phrase du rapport d'une commission n'est pas une décision de l'Assemblée fédérale. Nous nous permettons de douter fort que si la suggestion du rapport se fût transformée en proposition et eût provoqué ainsi les explications du Conseil fédéral, la proposition eût été adoptée par les Chambres. Le Conseil fédéral, en effet, a distingué avec le plus grand soin jusqu'à présent les excitations des anarchistes, leurs appels à la violence et au crime, d'avec les théories idéales des socialistes. Ces dernières, vieilles comme l'humanité, formulées à travers les âges par de grands philosophes, par d'éminents magistrats, rentrent dans le libre domaine des spéculations de la pensée. Aucun pays ne pourrait songer à en arrêter un seul jour l'essor. Le Conseil fédéral qui s'est inspiré de la distinction profonde qu'il y a entre les anarchistes et les socialistes ne pourrait se laisser entraîner hors de cette sage voie par un rapport rapidement rédigé et qui ne s'est sans doute pas basé sur une connaissance complète des faits. Nous devons remarquer d'ailleurs que le Conseil fédéral est d'autant plus indépendant des termes de ce rapport que les chefs des Départements intéressés n'ont été invités à conférer ni avec la Commission ni même avec son président.

V. Nous devons déclarer enfin que la mesure proposée nous paraît à la fois inutile et impolitique. Elle est inutile, parce que, en renvoyant M. Schlütter ou M. Taucher ou même tout le personnel de l'imprimerie d'Hottingen, nous ne pouvons renvoyer ni le Sozialdemokrat ni M. Conzett. Pour un administrateur ou un rédacteur renvoyé, il en reviendra deux autres, dix autres, plus violents peut-être que ceux que nous avons renvoyés. Les instances d'un Ministre étranger, appuyées sur un succès d'un jour, deviendront toujours plus pressantes, tandis que devant nous se dressera une résistance de plus en plus insurmontable.

Cette mesure serait impolitique, parce qu'elle jetterait l'inquiétude et la méfiance dans toute la population ouvrière suisse. On croira, — on le dit déjà, — que ce n'est pas au Sozialdemokrat que l'on en veut, mais au Socialisme lui-même. Il s'établira ainsi entre le gouvernement fédéral et toute la population ouvrière de

15. *Bericht vom 20. 3. 1888* (BBI 1888, 1, S. 697—701). *Vgl. auch den Bericht der Kommission des Nationalrats sowie die Rede von Droz betreffend die Organisation der Politischen Polizei in der Sitzung des Nationalrats vom 20. 3. 1888* (BBI 1888, 1, S. 688—696).

la Suisse un divorce, dont nos œuvres législatives et nos réformes de l'avenir seront nos premières victimes.

Par ces motifs, le Département de Justice et Police propose au Conseil de ne pas adopter la proposition de M. Droz.

[...] ¹⁶.

E 1004 1/152

ANNEX

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 27. März 1888*¹⁷

1393. Untersuchung betreffend die Drukschrift «Roter Teufel»

Herr Bundesrat Droz als Vorsteher des Departements des Auswärtigen bringt vor:

Die mit Prüfung der Botschaft über eine bessere Organisation der politischen Polizei beauftragten Kommissionen des Nationalrats und des Ständerats¹⁸ haben beiderseits gefunden, es liege in der Pflicht des Bundesrates, gegen die Chefs der Drukerei des «Sozialdemokrat» einzuschreiten, welche als verantwortlich erscheinen sowohl für diese Publikation als für diejenige betitelt «Roter Teufel».

Das Departement fragte sich, ob vom *politischen* Gesichtspunkte aus dieser Einladung Folge zu geben sei, und gelangte dahin, dies zu bejahen. Man würde in der Schweiz wie im Auslande eine nachsichtige Haltung des Bundesrates nicht begreifen, nachdem die Räte ihren Willen in so unzweifelhafter Weise kundgegeben haben.

Dazu kommen noch weitere Gründe für das Einschreiten:

1. Die Untersuchung gegen den «Roten Teufel» ist nicht geschlossen erklärt worden.
2. Die Chefs des «Sozialdemokrat» haben nicht die Wahrheit gesagt, als sie erklärten, sie hätten von dem «Roten Teufel» vor seiner Publikation nichts gewusst und sodann denselben missbilligt. Eine neue Prüfung der Sammlung des «Sozialdemokrat» stellte heraus, dass der «Rote Teufel» daselbst in den Nummern 3 und 5 vom 15. und 29. Januar 1887 angekündigt worden war, als eine offizielle Partei-Publikation.
3. Überdies gilt in Presssachen der Grundsatz, dass bei Abgang eines bekannten Verfassers der Herausgeber verantwortlich ist, wie auch der Arbeitgeber für seine Arbeiter haftet.
4. Das Durchlesen der Sammlung des «Sozialdemokrat» hat nicht nur dem Departement, sondern auch den Kommissionen der beiden Räte gezeigt, dass dieses Blatt kaum weniger injuriös ist als der «Rote Teufel».
5. Ungeachtet der hiesseitigen Verwarnung vom 27. Januar hat der «Sozialdemokrat» neuerdings heftige Artikel gebracht. Er hat die Schlussnahme des Bundesrates verspottet; er hat in seiner Nr. 10 einen Brief eines Landwehrmannes reproduziert, welcher als eine wahre Aufhezung zur Meuterei in der Deutschen Armee erscheint.
6. Der Chef der Offizin, Bernstein, hat sich letztes Jahr durch eine anarchistische Rede anlässlich des Jahrestages der Kommune hervor getan.

Aus diesen Gründen wird vom Departement vorgeschlagen:

1. Eine Schlussnahme zu fassen über Ausweisung der ausländischen Chefs der Drukerei des «Sozialdemokrat» wegen Beschimpfungen, Aufreizungen und Provokationen gegenüber einer befreundeten Nation und ihrer Regierung;
2. Diese Schlussnahme sofort zu fassen.

Für den daherigen Bundesratsbeschluss wird folgender Entwurf vorgelegt: [...] ¹⁹.

Nach gewalteter Beratung wird beschlossen, es sei dieser Vorschlag dem Justiz- und Polizeidepartement zum Bericht und zur Antragstellung zu überweisen.

16. Es folgt eine Reihe von Annexen (nicht abgedruckt).

17. Abwesend: Hertenstein.

18. Vgl. BBl 1888, 1, S. 586—603.

19. Es folgt der oben abgedruckte Antrag von Droz.

*Antrag des Vorstehers des Departements des Auswärtigen, N. Droz,
an den Bundesrat*

Berne, 14 avril 1888

Pour faire suite à son rapport du 19 Mars écoulé¹ concernant la démission de M. le Ministre Frey et son remplacement éventuel, le Département des Affaires Etrangères, Division politique, a l'honneur de soumettre au Conseil la correspondance qu'il a échangée avec M. de Claparède. Le Département des Affaires Etrangères n'hésite pas à considérer le remplacement de M. Frey par un nouveau Ministre plénipotentiaire comme une nécessité absolue: nous avons aux Etats-Unis d'Amérique la plus nombreuse colonie suisse; elle compte suivant les uns quatre-vingt mille, suivant les autres deux cent mille personnes et ce dernier chiffre est évidemment plus près de la vérité si l'on y comprend les Suisses naturalisés américains, mais qui n'ont pas perdu leur nationalité originaire. La colonie suisse a donc le droit de demander que ses intérêts soient aussi bien représentés à Washington que le sont ceux de ses colonies sœurs en France, en Allemagne, en Italie et en Autriche. Si nous supprimions la légation de Washington nous ne le ferions évidemment que par des raisons d'économie. Or, comme nous devrions la remplacer par un chargé d'affaires ou tout au moins par un consul général de carrière, l'économie que nous réaliserions ainsi serait des plus mesquines. Mais le motif principal qui nous engage à insister de toutes nos forces pour le maintien du poste est que sa suppression froisserait à Washington, où son érection fut si vivement saluée. Dans les temps critiques que nous traversons il importe que la Suisse maintienne et augmente ses amitiés et qu'elle évite soigneusement tout ce qui pourrait être de nature à diminuer les sympathies des puissances.

Comme successeur à donner à M. Frey, nous vous proposons M. de Claparède, conseiller de légation à Berlin. M. de Claparède nous paraît apte et digne à tous égards de revêtir ce poste et nous approuvons en tous points l'éloge qu'en fait son chef M. le Ministre Roth, dans sa missive du 24 Mars dernier². M. de Claparède nous a donné l'assurance qu'il accepterait sa nomination sans réserve, à condition qu'il fût autorisé à ne se rendre à son poste qu'en automne et nous avons d'avance, au nom du Conseil, acquiescé à cette condition. M. Kloss pourra faire l'intérim pendant les mois de Juillet, Août et Septembre, ainsi qu'il l'a fait déjà plusieurs fois.

Nous avons donc en résumé l'honneur de proposer au Conseil fédéral:

1. de nommer M. de Claparède, Conseiller de Légation à Berlin, comme Ministre plénipotentiaire et envoyé extraordinaire à Washington;
2. de décider que son traitement commencera à courir à partir du premier Juillet prochain — date à laquelle la mission de M. Frey prendra fin — sous déduction de l'indemnité qui sera alloué à M. Frey pour ses frais de retour.³

1. *Nicht abgedruckt.*

2. *Nicht abgedruckt.*

3. *Dem Antrag wurde vom Bundesrat in seiner Sitzung vom 18. 4. 1888 entsprochen* (BB1 1888, 2, S. 431).

369

E 1004 1/153

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 18. April 1888

1753. Ausweisung der bei der Herausgabe des «Rothen Teufels» und des «Sozialdemokrat» Beteiligten

Justiz- und Polizeidepartement. Antrag vom 4. April 1888
 Departement des Auswärtigen. Antrag vom ...¹ April

Am 27. März ist dem Justiz- und Polizeidepartement ein Antrag des Herrn Bundesrat Droz als Vorsteher des Departements des Auswärtigen zum Bericht überwiesen worden, nach welchem die an der Herausgabe der Schmähschrift «*Rother Teufel*» beteiligten Ausländer aus der Schweiz auszuweisen wären.²

Das Justiz- und Polizeidepartement gelangt in seinem einlässlich motivirten Berichte³ zu dem Schlusse, es sei dem Antrag des Herrn Droz keine Folge zu geben.

Das Departement des Auswärtigen hat seither an Stelle des ersten Antrages einen neuen eingebracht, welcher nicht blos auf die Herausgabe des «Rothen Teufels», sondern auch auf die seit Erlass der am 27. Januar gegenüber den Herausgebern des «Sozialdemokrat» beschlossenen Verwarnung⁴ in diesem Blatte erschienenen, das gute Einvernehmen mit einem Nachbarstat störenden Artikel abstellt.

Dieser Antrag⁵ ist allen Mitgliedern des Rates gedruckt ausgeteilt worden.

Im Verlaufe der Diskussion wird von Herrn Bundesrat Ruchonnet der Antrag auf Ablehnung auch des neuen Antrages gestellt.

Nach Schluss der Beratung wird der Antrag des Departements des Auswärtigen mit 5 gegen 1 Stimme grundsätzlich angenommen.

Herr Bundesrat Ruchonnet gibt zu Protokoll, dass er für Verwerfung des Antrages gestimmt habe.

Der vorgelegte Entwurf wird mit der Abänderung angenommen, dass der Art. V des Tatbestandes gestrichen wird, in welchem die diesen Gegenstand betreffenden Bemerkungen der Berichte⁶ der von den eidg. Räten bestellten Kommissionen betreffend das Kreditbegehren für bessere Gestaltung der politischen Polizei zitiert sind, und dass das Dispositiv II durch die in solchen Beschlüssen übliche Formel ersetzt wird.

Im Übrigen wird die Feststellung der Redaktion den Herren Bundesrat Droz und Bundeskanzler Ringier übertragen.

Der Beschluss lautet nunmehr: [...]⁷.

1. Das Datum fehlt.

2. Vgl. Nr. 367, Annex.

3. Vgl. Nr. 367.

4. Vgl. das BR-Prot. vom 27. I. 1888 (E 1004 1/152, Nr. 360).

5. Nicht ermittelt.

6. Vgl. Nr. 367, Anm. 15.

7. Es folgt der Ausweisungsbeschluss gegen Bernstein, Schlütter, Motteler und Tauscher (BBl 1888, 2, S. 423–430).

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz*

B Confidentiel

Berlin, 7. Mai 1888

Im Verfolge meines Berichtes vom 25. April l.J.¹ komme ich heute auf den Schlusspassus Ihres confidentiellen Schreibens vom 19. gl. Monats² zurück und zwar also auf die Frage, ob wir bei der Beurtheilung der Haltung der Reichsregierung und der deutschen officiösen Presse in der Angelegenheit der sog. Socialisten-Umtriebe in der Schweiz etc. etwa Factoren mit in Rechnung zu bringen haben, welche eher auf allgemein politischem Gebiete zu suchen wären.

Diese Ihre Andeutung hat mich keineswegs überrascht. Auch ich hatte gelegentlich Momente, in denen ich mich eines gewissen Gefühl's des Misstrauens in der von Ihnen ins Auge gefassten Richtung nicht erwehren konnte. Bei ruhigem Nachdenken bin ich dann aber doch immer wieder zu dem Schlusse gelangt, dass jenes Misstrauen kaum begründet sein dürfte. Hiebei liess ich mich von folgenden Gesichtspunkten und Wahrnehmungen leiten:

Die deutsche Regierung hat sich von jeher in der bestimmtesten Weise dahin vernehmen lassen, dass sie die Neutralität der Schweiz als in Deutschlands Interesse liegend auffasst. Sie erinnern sich wohl, dass u. A. Graf Bismark im Laufe des letzten Jahres mir gegenüber geäussert hat, es sei so selbstverständlich, dass die Kaiserl. Regierung für den Fall eines Krieges unsere Neutralität unbedingt anerkennen und respectiren würde, dass er jeden Augenblick bereit wäre, mir von sich aus eine bezügl. offizielle Erklärung auszustellen, «jetzt schon, diesen Augenblick, wenn Sie wollen», fügte er damals bei. Auch seither, und zwar selbst anlässlich der Erörterungen der Differenzen in der Sozialistenfrage, äusserte man sich im Auswärtigen Amte mir gegenüber wiederholt dahin, die bisherigen guten *politischen* Beziehungen der deutschen Regierung zu uns seien ja im Übrigen gar nicht in Frage, und im Besondern auch nicht die Neutralität der Schweiz.

Stellen wir diesen Versicherungen gegenüber, gleichsam als Gegenprobe, die Frage, ob nicht Deutschland mit Rücksicht auf gewisse Kriegseventualitäten zur Zeit doch ein Interesse daran haben könnte, der Anerkennung unserer Neutralität entbunden zu werden und in den dermaligen Differenzen mit uns hiefür einen Vorwand zu suchen, so haben wir nach dieser Richtung wohl einzig das *deutsch-italienische Bündniss* und in Verbindung mit demselben die *Savoyerfrage* in's Auge zu fassen.

Das deutsch-italienische, bezw. das deutsch-österreichisch-italienische Bündniss betreffend, ist nun vorerst hervorzuheben, dass Deutschland den Hauptwerth derselben zweifellos in der Garantie der Dekung des Rückens von Östreich für den Fall eines Krieges im Osten findet.

Bei dieser Combination kommen wir jedenfalls nicht in Frage und haben wir uns

1. Nicht ermittelt.

2. Nicht ermittelt.

daher einzig mit der Bedeutung und der Tragweite des gedachten Bündniss für den Fall kriegerischer Verwicklungen im Westen zu befassen.

Zugegeben auch, dass es im letzten Falle für Deutschland unter Umständen erwünscht sein könnte, auch abgesehen von Savoyen, bei Verwerthung des Bündnisses mit Italien durch die Anerkennung unserer Neutralität nicht länger gehindert zu sein, so darf dem doch wieder entgegengehalten werden, dass die Vortheile, welche Deutschland Frankreich gegenüber in anderer Richtung aus der Neutralität der Schweiz zieht, auch nach deutscher Auffassung so schwer in's Gewicht fallen, dass obige Eventualität uns kaum Veranlassung zu ernstern Bersorgnissen betreffend Gefährdung unserer Neutralität durch das deutsch-italienische Bündnis und betreffend diesbezüglicher geheimer Combinationen Deutschlands geben dürfte.

So viel über dieses Bündniss betreffend seine mehr allgemeine Bedeutung für uns.

Aber auch speziell in der Savoyerfrage vermag ich, so wie die Verhältnisse heute liegen, einen Anhaltspunkt dafür nicht zu finden, dass Deutschland sich veranlasst sehen könnte, eine Combination zu suchen, welche seiner bisherigen Politik gegenüber zuwiderlaufen würde.

Allerdings wissen wir von Berlin her und (über Paris) von Rom her, dass es der deutschen und der italienischen Regierung unerwünscht wäre, wenn wir im gegebenen Falle von dem Rechte der Besetzung Gebrauch machen würden, es wäre denn, hiess es damals, «dass wir mit dem animus possidendi hingehen sollten».³ Es ist uns sogar unter der Hand angedeutet worden, in Berlin würde die temporäre Besetzung Savoyens durch uns als ein unfreundlicher Akt gegenüber Deutschland, als ein Frankreich gewährter Vortheil aufgefasst, besonders nachdem wir 1870/1871 von einer Besetzung Umgang genommen haben.

Ferner will ich nicht unerwähnt lassen, dass ich bei der Rückkehr aus meinem letzten Sommerurlaub, anlässlich einer Privat-Conversation mit einem mir näher bekannten, höhern Beamten des Auswärtigen Amtes, den Eindruck erhalten habe, man stehe hier, trotz der auf Grund Ihrer Mittheilungen⁴ von H. v. Bülow erstatteten Berichte, den Zeitungsnachrichten vom letzten Jahr, betreffend Verhandlungen in Paris über die Savoyerfrage, eher misstrauisch gegenüber und es sei das Auswärtige Amt durch seine Quellen in Paris mit Mittheilungen über den Hergang der Sache versehen worden.

Diesen Andeutungen gegenüber berief ich mich dann einfach auf die H. v. Bülow bekannt gegebene Mittheilung des Bundesrathes an die französische Regierung, hob hervor, dass Verhandlungen mit Frankreich betreffend unser Recht der Besetzung Savoyens im Kriegsfall und betreffend die Frage, ob wir eventuell die Besetzung

3. *Laut Schreiben von Roth an Droz vom 7. 4. 1887 hatte der Erste vortragende Rat im Auswärtigen Amt, von Holstein, erklärt: dass [...] mit Rücksicht auf unser Verhältniss zu Italien, für den Fall eines Krieges mit Frankreich für uns die Besetzung Savoyens durch schweizerische Truppen nicht erwünscht wäre. [...]. [Ausser], setzte Holstein laut Schreiben von Roth vom 22. 4. 1887 hinzu, [...] wenn wir Savoyen alsdann nicht nur momentan, sondern die Besetzung mit dem animus possidendi vornehmen würden, d. h. also um Savoyen definitiv für die Schweiz zu erwerben. [...] Für Deutschland wäre der Vortheil, dass Savoyen in den soliden Besitz der Schweiz übergehen würde, schwerwiegender als der momentane Nachtheil, welche die Besetzung durch uns [Schweizer] vom strategischen Standpunkte aus für Deutschland und Italien bilden würde (E 2/1643). Vgl. auch Nr. 336.*

4. *Vgl. Nr. 348.*

vornehmen würden, schon deshalb nicht haben stattfinden können, weil es sich hierbei für uns um wohl erworbene, allgemein anerkannte Rechte handelt, über welche wir überhaupt gar nicht mehr zu unterhandeln brauchen und dass, wenn etwa Seitens unsers Gesandten in Paris die Savoyerfrage gelegentlich und mündlich zur Sprache gebracht worden sein sollte — wovon ich indess nichts wisse —, es hierbei sich nur um diejenigen Punkte habe handeln können, welche in der bundesrätlichen Mittheilung an die franz. Regierung behandelt worden seien.

Mehr als ein gewisses, unbestimmtes Misstrauen der deutschen offiziellen Kreise betreffend unsere Absichten in der Frage der eventuellen Besetzung Savoyens lag aber damals nicht vor. Seither habe ich hierüber gar nicht mehr sprechen hören.

Daran, dass die Savoyer-Frage anlässlich der Verhandlungen über das deutsch-italienische Bündniss zur Sprache gekommen, ist freilich nicht mehr zu zweifeln. Auch das steht für mich fest, dass die Besetzung Savoyens durch unsere Truppen im Kriegsfall eventuell zu Differenzen zwischen uns und Deutschland und Italien führen würden und dass wir allen Grund haben, die Consequenzen unsers diesbezüglichen Verhaltens rechtzeitig auf's Sorgfältigste zu erwägen.

Zur Zeit aber liegt ja durchaus nichts vor, was Deutschland zu der Annahme bringen könnte, dass es wirklich unsere Absicht ist, eventuell von dem Rechte der Besetzung ohne Weiteres Gebrauch zu machen.

Mithin kann ich, wie schon angedeutet, auch in der Savoyer-Frage kein Motiv dafür finden, dass die deutsche Regierung bei ihrer jetzigen Haltung uns gegenüber andere Ziele im Auge habe, als diejenigen, welche bei den verschiedenen Beschwerden direkt und offen zum Ausdruck gelangt sind.

Ich neige mich also bei der Beurtheilung der derzeitigen Situation unbedingt der Ansicht zu, dass die Veranlassung der gedachten Schritte der Kaiserlichen Regierung wirklich ausschliesslich in der Sozialistenfrage zu suchen ist und behalte mir vor, mich Ihnen gegenüber hierüber morgen oder übermorgen noch weiter auszusprechen.⁵ Neues werde ich Ihnen bei diesem Anlasse indess nicht zu melden haben.

5. Vgl. Nr. 372.

371

E 2/2322

Antrag des Vorstehers des Departements des Auswärtigen, N. Droz, an den Bundesrat

Situation politique générale

Berne, 8 mai 1888

Parmi les devoirs qui incombent au nouveau Département des Affaires étrangères, le premier et le plus grand lui paraît être de suivre avec vigilance le développement des questions qui intéressent la paix européenne et qui peuvent réagir sur notre propre situation. Il s'est accompli, ces derniers temps, dans la politique continentale, des modifications grosses de conséquences, qu'il est absolument nécessaire de considérer avec une attention toujours en éveil. C'est surtout le cas de la triple alliance conclue

l'année dernière entre l'Allemagne, l'Autriche et l'Italie, et qui est de nature à changer profondément, suivant les circonstances, les conditions de la défense de notre neutralité. Tant que l'alliance était limitée aux deux premiers de ces pays, son objectif se trouvait naturellement dirigé du côté de l'Orient, et nous n'avions pas à nous en inquiéter. Le fait grave pour nous est l'entrée de l'Italie dans cette alliance; il en résulte que c'est maintenant la France qui est aussi visée, et qu'en cas de guerre dans notre voisinage, c'est sur trois au moins de nos frontières que notre neutralité pourrait être mise en péril. Il est à peine nécessaire d'insister sur l'aggravation de responsabilité que cette situation fait naître pour les autorités chargées de pourvoir à la défense du pays.

Dès que l'adhésion de l'Italie à l'alliance austro-allemande nous a été connue, nous avons chargé nos légations en Europe de chercher à s'informer autant que possible des conditions dans lesquelles l'alliance s'est faite, en particulier pour savoir si peut-être il était question de la Suisse dans les arrangements conclus (...1887). Nous ne nous faisons pas d'illusions sur le résultat de ces recherches: de tels arrangements sont tenus rigoureusement secrets; mais il arrive aussi que par voie d'insinuations, ou par certaines indiscretions, quelque chose en transpire. Nous voulions que nos Ministres fussent à l'affût de tout ce qu'ils pourraient apprendre à cet égard. Jusqu'ici rien d'inquiétant ne nous a été signalé par eux, mais d'un autre côté, on ne leur a fait, non plus qu'à nous, aucune de ces déclarations pleinement rassurantes qui, sans endormir notre vigilance, attesteraient du moins qu'on est disposé à respecter notre neutralité *en tout état de cause*. Il vaut mieux après tout qu'il en soit ainsi, puisque cela doit nous engager d'autant plus à nous tenir prêts à tout événement.

D'après les déclarations publiques données par M. de Bismark (6 février 1888; discours au Reichstag), Kalnoky (5 novembre 1887; discours au comité de la délégation hongroise pour les affaires intérieures), Tisza (4 février 1888; discours à la diète hongroise), Crispi (25 octobre 1887; discours de Turin), la triple alliance a pour but la défense et non l'agression, la garantie mutuelle des territoires et le respect des traités existants. Nous voulons croire aux intentions sincères des auteurs de ces déclarations, bien que l'on connaisse les convoitises que n'ont cessé de nourrir l'Italie et l'Autriche spécialement, sur certains territoires avoisinants. L'examen du seul des traités d'alliance qui ait été rendu public, celui du 7 octobre 1879 entre l'Allemagne et l'Autriche, prouve bien que le *casus foederis* est seulement prévu pour le cas où l'une des parties serait attaquée par une autre puissance. Mais nous n'y trouvons pas de clause portant qu'en cas de victoire, les alliés s'interdisent tout agrandissement de territoire. Des avantages de cette nature peuvent avoir été stipulés dans des conventions spéciales ou dans de simples entretiens. Donc, en admettant que la triple alliance ait une signification pacifique, il ne s'en suit pas nécessairement qu'après une guerre victorieuse, les frontières actuelles seraient respectées. Le contraire est bien plutôt à présumer.

Ce qui nous importe, c'est que la Suisse sorte intacte des luttes probables. Elle aura d'autant plus de chance qu'il en soit ainsi, qu'elle aura mieux prévu les éventualités qui peuvent se produire, et pris les mesures nécessaires pour y faire face.

Ces éventualités et ces mesures doivent être considérées sous trois points de vue: *diplomatique, militaire et financier*. Mais avant d'aborder les questions de détail, il y a lieu d'envisager la situation qui nous serait faite dans le cas d'une guerre où la France serait engagée.

La France, l'Allemagne et l'Italie mobilisant à la fois, et l'Autriche vraisemblablement aussi pour se porter du côté de la Russie, la difficulté de nous approvisionner deviendrait énorme. Si nous manquions à ce moment-là des vivres, des munitions, des armes, des objets d'habillement et d'équipement, des chevaux, etc., nécessaires pour une campagne forcément longue, il nous serait presque impossible de nous les procurer.

La difficulté de trouver l'argent qui nous ferait défaut ne serait pas moins grande.

Nous admettons qu'à notre déclaration de neutralité, les belligérants feraient une réponse favorable: nos obligations n'en resteraient pas moins très lourdes. Chacun d'eux aurait les yeux fixés sur nous, par crainte que nous ne soyons pas en état de remplir notre tâche. Le moindre prétexte pourrait être invoqué contre nous. Si l'on tient compte que depuis 1870, la frontière française s'est hérissée, soit du côté de l'Allemagne, soit du côté de l'Italie, de fortifications redoutables, il est naturel de se demander si les états-majors de ces deux pays n'ont pas prévu l'éventualité d'une jonction sur le territoire suisse pour attaquer plus facilement la France. De son côté, la France n'aurait-elle pas avantage à pénétrer sur notre plateau pour attaquer l'Allemagne, ou à passer par la Savoie et le Valais pour faire irruption en Italie, ou à envahir notre territoire pour empêcher la jonction des armées allemandes et italiennes? Ces simples indications suffisent pour qu'on en déduise toute sorte de combinaisons stratégiques, qui sans doute n'auront pas échappé à la perspicacité de notre état-major, mais qu'il n'est pas dans notre mission d'examiner ici de plus près.

Il est clair que le danger d'une violation de notre neutralité ne peut être évité ou diminué que si nos voisins savent qu'ils auraient à compter avec une résistance fortement organisée et capable de se soutenir longtemps.

Notre objectif doit donc être celui-ci: *Etre en état sous tous les rapports de tenir la campagne avec toutes nos troupes pendant un délai minimum que nous évaluons à ... mois.*

Bien que nous ne croyions pas à une guerre imminente, la situation générale est si pleine de dangers, surtout du côté de l'Orient, qu'un incident quelconque pourrait la faire éclater. Si c'était le cas prochainement, serions nous prêts *sous tous les rapports* comme il faudrait l'être?

Telle est la question générale que nous demandons au Conseil fédéral de vouloir bien discuter.

L'année dernière, en janvier et février, lorsque nous nous sommes préoccupés des mesures à prendre pour la sauvegarde éventuelle de notre neutralité, l'alliance de l'Allemagne et de l'Italie n'était pas encore conclue, ou du moins pas encore connue. Notre tâche se présentait donc dans des conditions plus favorables qu'aujourd'hui. Ce qu'on pouvait envisager alors comme suffisant ne l'est plus dans la situation nouvelle.

Toutes les puissances ont dès lors fait des dépenses considérables pour augmenter leurs moyens militaires. Si d'après l'adage: *si vis pacem, para bellum*, l'énormité même de ces préparatifs peut faire reculer les plus hardis devant la perspective d'une guerre générale, elle met aux mains des belligérants un surcroît de ressources dont l'un ou l'autre pourrait être tenté de diriger l'usage contre notre pays. N'est-il pas nécessaire de redoubler aussi nos précautions?

Sans doute, nous ne devons rien faire d'inutile, mais nous ne devons non plus rien négliger d'essentiel. C'est pourquoi nous nous sommes senti pressé de fournir au

Conseil fédéral l'occasion d'examiner la situation dans son ensemble, pour voir ce qui nous manque et arrêter un *plan général dont l'exécution devrait être poursuivie méthodiquement*.

Nous n'avons pas la prétention de fixer les lignes de ce plan. Toutefois, il nous semble que l'on pourrait discuter utilement les points suivants. Sous le rapport *diplomatique*, il y aurait lieu, à notre avis:

1. de continuer à vouer une attention soutenue à tous les faits intéressant la politique européenne, et à les noter soigneusement; c'est tout particulièrement la tâche de nos Ministres de nous renseigner d'une manière intelligente et régulière, et nous devons reconnaître qu'en général ce service est bien fait par eux, surtout à Paris et à Berlin;

2. de nous efforcer d'entretenir de bons rapports avec les autres pays, surtout avec nos voisins;

3. de maintenir constamment à l'étude la question de Savoie, qui pourrait aisément devenir une cause de frottements avec nos voisins, en cas de guerre ou même sans cela;

4. de prévoir, pour le cas de complications, une représentation diplomatique à Londres et à Petersbourg, représentation qui pourrait nous rendre les plus grands services soit pendant la guerre, soit plus encore lors du règlement des questions qui suivrait la conclusion de la paix.

Sous le rapport *militaire*:

1. de pourvoir à ce que les diverses éventualités stratégiques résultant de la situation nouvelle soient étudiées et à ce que les mesures y relatives soient préparées;

2. de pourvoir à ce que notre armée soit mise en état de soutenir une campagne comme celle qui doit être prévue, et cela sans avoir besoin de faire appel au dernier moment aux fournisseurs étrangers;

3. de veiller à ce que nous ayons constamment en Suisse des approvisionnements suffisants de matières premières pour les besoins de la défense militaire.

Sous le rapport *financier*:

1. de mettre la Caisse fédérale en état de disposer facilement des sommes nécessaires pour une campagne comme celle qui est prévue;

2. de pourvoir à ce que la disette de numéraire ne se fasse pas trop vivement sentir en cas de guerre et de fournir aux transactions, le cas échéant, d'autres moyens offrant toute garantie.

Si le Conseil fédéral veut bien entrer en matière sur le présent rapport, nous *proposons*:

a) d'avoir une discussion générale sur la situation et sur les mesures éventuelles qu'elle paraît exiger;

b) de renvoyer ensuite à l'examen et au rapport des départements respectifs les questions que le Conseil fédéral déciderait de mettre à l'étude.¹

1. Der Antrag wurde Hertenstein zur Kenntnisnahme vorgelegt, nach dessen Tod und der inzwischen eingetretenen internationalen Entspannung vom Bundesrat jedoch wieder an das Departement zurückgewiesen. Am 8. 6. 1889 erneut vorgebracht, lag er bis zum 27. 5. 1890 auf dem Kanzleisch auf, auch diesmal ohne dass der Bundesrat materiell dazu Stellung bezogen hätte. Vgl. den Antrag des Departements des Auswärtigen vom 8. 6. 1889 (E 2/2322). Vgl. auch Nr. 413.

*Der schweizerische Gesandt in Berlin, A. Roth,
an den Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz*

B Streng confidentiell

Berlin, 10. Mai 1888

In meinem Berichte vom 7. d. M.¹ habe ich die Ansicht vertreten, die Gründe für die Haltung der deutschen Regierung, anlässlich der Vorkommnisse der letzten Monate, dürften ausschliesslich in der «Sozialistenfrage» liegen.

Treten wir nun der Frage näher, wie wir uns nach dieser Richtung den akuten Charakter der gedachten Differenzen zu erklären haben.

Dass die deutsche Regierung dem Treiben der Sozialdemokraten in der Schweiz schon seit Jahren mehr Aufmerksamkeit zugewendet hat, als es bei uns gemeiniglich angenommen worden ist, und dass die hiessige Verstimmung über die Angriffe des «Sozialdemokrat» in Zürich gegen die staatliche Ordnung Deutschlands und gegen den Kaiser und die Kaiserliche Familie nicht neuern Datum's ist, brauche ich nicht besonders hervorzuheben. So viel mir bekannt, trugen indess, trotz dieser Verstimmung, die deutscherseits gelegentlich in Bern gemachten Vorstellungen bis vor ganz Kurzem doch mehr das Gepräge von confidentiell und in ruhiger Sprache mitgetheilten Bedenken und Wünschen und schienen, dieser Angelegenheit wegen, unsere guten Beziehungen nie ernstlich in Frage zu stehen.

Ich kann mich wenigstens nicht erinnern, aus Berichten von Bern oder im mündlichen Verkehr mit Ihnen, Herr Bundesrath, und Ihren Herrn Collegen, früher jemals einen gegentheiligen Eindruck erhalten zu haben.

In Berlin, und zwar nicht nur im Verkehr mit dem Auswärtigen Amte, sondern auch im Privat-Umgeange mit den massgebenden Spitzen und Räthen desselben und auch mit andern offiziellen Persönlichkeiten, dessgleichen auch in der officiösen Presse, bin ich ebenfalls keinerlei Kundgebungen begegnet, welche mich hätten befürchten lassen, es könnte die Sozialistenfrage zu ernstest Auseinandersetzungen und Frictionen zwischen uns und der deutschen Regierung führen, wie solche neulich nun doch stattgefunden haben.

Hiemit soll nicht gesagt sein, dass ich im gesellschaftlichen Verkehr mit der officiellen Welt nicht dennoch oft Klagen über das Treiben der deutschen Sozialdemokraten in der Schweiz und Wünsche betreffend «strammeres» Vorgehen gegen dieselben Seitens unserer Behörden vernommen hätte. Hierüber und über sachbezügliche Auslassungen der Presse habe ich auch, je nach der Bedeutung der mir gewordenen Mittheilungen, periodisch nach Bern berichtet.

Anzeichen für eine merkliche Verschärfung der dieser Verhältnisse wegen hier herrschenden Misstimmung lagen aber, nach meinen Wahrnehmungen, bis vor kurzer Zeit, wie schon bemerkt, nicht vor.

Dass ich es von jeher vermieden habe, diese Frage im Auswärtigen Amte von mir

1. Nr. 370.

aus zur Sprache zu bringen und dass mir von Bern aus auch zu keiner Zeit Instructionen ertheilt oder Andeutungen gemacht worden sind, welche mich hätten vermuthen lassen können, man wünsche dort, dass ich aus meiner reservirten Haltung heraustrete, ist Ihnen zur Genüge bekannt. Ich darf wohl beifügen, dass anlässlich meines mündlichen Verkehrs (in Bern) mit den jeweiligen Herrn Vorstehern des politischen Departements, mir im Gegentheil wiederholt ausdrücklich empfohlen worden ist, von meinem bisherigen Verhalten nicht abzugehen.

Diese letztern Ausführungen betrachte ich desswegen nicht als überflüssig, weil ich die Eventualität nicht als ausgeschlossen betrachte, dass bei der dermaligen Sachlage die Frage aufgeworfen werde, wie es komme, dass *ich* nicht in der Lage gewesen sei, den Bundesrath rechtzeitig über die Wendung der Dinge zu orientiren und gewissen Reclamationen vorzubeugen.

Auf welchen Zeitpunkt und auf welche Vorkommnisse dürfte nun die Verschlechterung der frühern Situation zurückzuführen sein?

Ich finde den Ausgangspunkt hiefür in dem Erscheinen des «Rothen Teufel».

Verschärfend wirkte dann offenbar der Umstand, dass die Erledigung des Untersuchs betreffend dieses Pamphlets und betreffend das Gebaren der Sozialdemokraten in Zürich im Allgemeinen so lange auf sich warten liess, bezw. dass dieser Untersuch, nach deutscher Auffassung, durch die «den Sozialdemokraten günstig gestimmten zürcherischen Behörden verschleppt und gar nie ernst genommen worden sei.»

Auch der Sozialisten Kongress in Schönenwegen, bei St. Gallen, trug dann das Seine bei und gab derselbe betreffend «Gewährenlassen Seitens schweizerischer Behörden» viel zu reden und zu klagen.

Dass jedoch die Missstimmung der deutschen Regierung über diese verschiedenen Momente uns gegenüber, trotz der veränderten Sachlage, in ganz anderer und viel gemässigerer Form zum Ausdruck gebracht worden wäre, wenn sich inzwischen nicht neue Complicationen ereignet hätten, ist für mich zweifellos.

Mit der *Affaire Fischer* war nun aber die Situation gründlich verdorben und selbst für den Fall, dass wir in der Lage gewesen wären, der deutschen Regierung noch vor der bewussten Reichstagsitzung Erklärungen betreffend amtliche Missbilligung und Ahndung des Fischer'schen Verhaltens abzugeben, würde diese neue Situation in der Hauptsache doch dieselbe geblieben sein.

Die Kaiserliche Regierung fühlte sich durch den Singer-Bebel'schen Überfall auf's Empfindlichste getroffen. Mitten in der Debatte über die neue Sozialisten-Vorlage und bereits nervös über die ungünstigen Aussichten betr. Durchbringen der Hauptbestimmungen derselben, griffen ihre grössten Gegner plötzlich mit Enthüllungen in die Verhandlungen ein, welche geeignet waren, ihre politische Polizei vor der ganzen Welt zu discreditiren und zwar mit Enthüllungen, welche — so hiesse es — von einem Beamten eines befreundeten Staates Vertretern derjenigen Parthei zur Verfügung gestellt worden waren, welche sich als offene Feinde der staatlichen Ordnung Deutschlands bekennen. Als Spezialmoment trat noch hinzu, dass durch diese Enthüllungen der Chef der hiessigen politischen Polizei, Direktor Krüger, ein im Auswärtigen Amte, welchem er zugetheilt ist, sehr geschätzter Beamter, auch persönlich in hohem Grade blossgestellt war.

Dass dieser Vorfall, zumal bei den hiessigen Begriffen von Beamten-Disciplin, in der öffentlichen Meinung und zwar bei allen politischen Partheien, — die Gegner der

Regierung natürlich ausgenommen, — eine allgemeine Reprobation und Erbitterung hervorgerufen hatte, ist auch in der That begreiflich.

In dieser Erbitterung, sagen wir geradezu, in dem akut ausgebrochenen Zorne der Regierungskreise über die Fischer'schen Indiscretionen und deren Consequenzen und in dem nunmehr in hohem Grade genährten Misstrauen der Kaiserl. Regierung gegenüber unsern Kantonalen Behörden, Zürich an der Spitze, ist der Schlüssel zu suchen für die Erklärung der schroffen Form der letzten Reclamationen betreffend die Sozialdemokraten, für die Empfindlichkeit des Auswärtigen Amts gegenüber der Basler-Fastnachts-Affaire² etc. etc. etc.

Dieses Misstrauen, namentlich Zürich gegenüber, dürfte auch sobald nicht weichen, namentlich wenn Taktlosigkeiten, wie die Theilnahme und Redneri des Statthalteradjunkten Lang an der Abschiedsfeier der Sozialdemokraten, sich wiederholen sollten.

Hier liegt der Schwerpunkt. Anscheinliche Partheinahme schweizerischer Behörden oder Beamten zu Gunsten der Gegner der staatlichen Ordnung in Deutschland und Indiskretionen in Untersuchungssachen auf politischem Gebiet erbittern die Kaiserl. Regierung am Meisten und könnten schliesslich zu einer chronischen Verstimmung derselben führen, welche für uns in der That auch noch andere Gefahren in sich schliessen würde, als diejenigen von denen in der letzten Zeit die Rede war.

Nach dieser speciellen Richtung möchte ich nun unsern Behörden besondere Sorgfalt und Umsicht empfehlen und dürfte z. B. die Angelegenheit O'Danne³ in Zürich auch mit grosser Vorsicht zu behandeln sein.

Das Gebahren der sozialdemokratischen Presse fällt erst in zweiter Linie in Betracht und wird uns, Fälle arger Excesse natürlich ausgenommen, auch in der Folge nicht in so empfindlicher Weise Belästigungen durch die deutsche Regierung zuziehen, wie neue Vorfälle obiger Art.

2. Vgl. BBI 1888, 2, S. 263.

3. O'Danne wurde am 17. 7. 1888 wegen Erpressung und Betrugsversuches an die deutschen Behörden ausgeliefert (J. von Salis: Schweizerisches Bundesrecht, IV, S. 101).

E 13 (B)/236

373

*Memorandum des Departements des Auswärtigen*¹

Konfidentiell

Bern, 16. Mai 1888²

EXPOSÉ BETR. DEN STAND DER HANDELSVERTRAGS-
UNTERHANDLUNGEN

Über Handelsverträge wird zur Zeit hauptsächlich mit Italien, Österreich-Ungarn, Deutschland und Belgien unterhandelt. Was letztern Staat betrifft, so handelt es sich nur um einen Meistbegünstigungsvertrag an Stelle der täglich

1. Das nicht unterzeichnete Memorandum wurde wahrscheinlich von Ph. Willi, dem Chef der Handelsabteilung im Departement des Auswärtigen verfasst.

2. Laut Stempel des Departements des Auswärtigen.

kündbaren Meistbegünstigungserklärung vom Jahr 1879.³ Die belgische Regierung hat im vergangenen Jahre einen Vertragsentwurf eingereicht der einiger Modifikationen bedarf. Die hierauf bezüglichen Vorschläge des Bundesrathes werden zur Zeit von der genannten Regierung geprüft. Dringlichkeit ist nicht vorhanden, doch ist anzunehmen dass der neue Vertrag noch im laufenden Jahre perfekt werde.⁴

Sehr schwierig und komplizirt ist die Sachlage betr. die 3 genannten *Nachbarstaaten*. Unsere Handelsbeziehungen mit denselben sind so mannigfaltig und die Zölle sind in den letzten Jahren hüben und drüben so gesteigert worden, dass durch blosse Meistbegünstigungsverträge die gegenseitigen Beziehungen nicht befriedigend geregelt werden können. Dem Zustandekommen der Konventionaltarife welche wir anstreben, stehen aber ganz eigenartige Schwierigkeiten entgegen. Jeder der 3 Staaten mit welchen wir unterhandeln, ist zugleich in Unterhandlungen mit andern, kommerziell und politisch für ihn wichtigeren Staaten begriffen: so Italien mit Frankreich, Österreich-Ungarn mit Deutschland und umgekehrt. So lange sich diese über ihre künftigen Konventionaltarife nicht verständigt haben, machen sie der Schweiz keine wesentlichen Zollkonzessionen, die sie unter sich auszutauschen beabsichtigen. Unsererseits aber können wir keine Verträge abschliessen, deren Vortheile nur auf der Voraussetzung beruhen würden dass für diese oder jene unserer Hauptexportartikel in Bälde Zollerleichterungen zwischen den Gegenkontrahenten und *dritten* Staaten vereinbart u. uns kraft der Meistbegünstigungsklausel zu Gute kommen werden. Schon mehr als ein Mal, und besonders gegenüber Deutschland, hat man sich in solchen Voraussetzungen getäuscht.

Gestützt darauf, dass eine lange Dauer des gegenwärtigen französisch-italienischen Zollkrieges in kommerzieller u. politischer Beziehung unberechenbare Folgen haben könnte, darf auf eine baldige Verständigung zwischen Frankreich und Italien gehofft werden; an eine solche würde sich voraussichtlich sofort auch der Abschluss unseres eigenen Handelsvertrags mit Italien schliessen.

Deutschland u. *Österreich* wünschen mit einander seit Jahren einen umfassenden Konventionaltarif — wenn nicht eine Zollunion, zu vereinbaren. Unterhandlungen hierüber sind wiederholt begonnen worden und gescheitert, so auch wieder vor einigen Monaten. Momentan herrscht desshalb eine Spannung zwischen beiden Reichen, welche jedes derselben verhindert, der Schweiz Zollreduktionen zu konzeditiren, von welchen der andere in Folge der provisorischen Meistbegünstigung in erheblichem Masse profitiren könnte. Unter den wichtigsten Interessen welche wir gegenüber Österreich und Deutschland zu verfechten haben, befinden sich aber viele welche auch diese Staaten untereinander sehr nahe angehen. Ferner stehen Österreich sowohl wie Deutschland in einem Meistbegünstigungsverhältniss zu *Frankreich* welches sie mehr oder weniger hindert, sich gegenseitig oder andern Staaten Vortheile einzuräumen die für Frankreich erheblichen Werth besässen.

Was bei dieser Sachlage bis jetzt gethan werden konnte, ist geschehen. Ein gewisses *Minimum* von Erleichterungen für den schweizerischen Export nach

3. AS 1879, 4, S. 365 und 447.

4. Vgl. die Botschaft des Bundesrates und den Vertragstext in: BBl 1889, 4, S. 319—330.

den fraglichen Nachbarländern dürfte, namentlich auch dank unseren Kampfzöllen⁵, doch durchgesetzt werden können. Die Unterhandlungen mit Österreich werden zu diesem Zwecke in den nächsten Wochen beginnen. Was Deutschland betrifft, werden die Unterhandlungen im laufenden Jahre ebenfalls wieder betrieben werden und es ist die Annahme erlaubt, dass von beiden Staaten einige Zugeständnisse gemacht werden, welche den Abschluss eines Vertrages ermöglichen.

5. Vgl. die Botschaft des Bundesrathes an die Bundesversammlung, betreffend Abänderung des Zolltarifgesetzes vom 26. Juni 1884. Vom 19. November 1886 (BBl 1886, 3, S. 1045—1095) und das Bundesgesetz betreffend Abänderung des Zolltarifgesetzes vom 26. Juni 1884. Vom 17. Dezember 1887 (BBl 1887, 4, S. 879—894).

374

E 1004 1/153

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 29. Mai 1888¹

2456. Viehverkehr mit Österreich

Industrie- und Landwirtschaftsdepartement

Das Industrie- und Landwirtschaftsdepartement erstattet Bericht über die Stellung, welche die herwärtigen Bevollmächtigten für die Handelsvertragsunterhandlungen mit Österreich-Ungarn bezüglich des Übereinkommens behufs Verhinderung der Ausbreitung von Tierseuchen durch den Viehverkehr² einnehmen sollen. Es kommt zu folgenden Schlussfolgerungen:

1. Schon vor dem Abschluss der Konvention war der Viehverkehr Österreich-Ungarns nach der Schweiz ein verhältnismässig bedeutender, derjenige der Schweiz nach Österreich-Ungarn verhältnismässig gering.

2. Nach dem Abschluss der Konvention hat mit der Eröffnung der Arlbergbahn die Einfuhr von Rindvieh und Schweinen aus Österreich-Ungarn in die Schweiz, namentlich aber der Transit von Schafen und Schweinen ganz bedeutende Dimensionen angenommen, während die Ausfuhr aller Viehgattungen aus der Schweiz nach Österreich-Ungarn abnahm und gegenwärtig ganz unbedeutend ist.

3. Österreich-Ungarn hat von Anfang an grossen Wert auf das Zustandekommen der Konvention gelegt; die tatsächlichen Verhältnisse haben dargetan, dass diesem Lande aus derselben wesentliche Vorteile erwachsen sind und fernerhin erwachsen werden. Das Fortbestehen der vertraglichen Abmachungen vom 31. März 1883 oder deren Aufhebung kann somit für Österreich-Ungarn keine Frage untergeordneter Natur sein.

4. Vom landwirtschaftlichen Standpunkte aus betrachtet hat die Schweiz gar kein

1. Abwesend: Hammer, Ruchonnet.

2. AS 1883—1884, 7, S. 142—156.

Interesse an der Fortdauer der Konvention; im Hinblick auf die Viehseuchenpolizei ist im Gegenteil eine möglichst baldige Kündigung derselben angezeigt, wie dies schon die Gesellschaft schweizerischer Landwirte in ihrer Eingabe an die Bundesversammlung³ im Jahr 1886 vorgeschlagen hat.

5. Das schweizerische Landwirtschaftsdepartement ist daher der Ansicht, es sei diese Kündigung ins Auge zu fassen, und es stellt dasselbe den Antrag, es möchte, damit die Möglichkeit derselben gewahrt bleibe, die Konvention beim Abschluss des Handelsvertrages nicht als Kampfmittel benützt und derselben bei diesem Anlass überhaupt nicht Erwähnung getan werden.

Der in Ziffer 5 der Schlussfolgerungen gestellte Antrag wird vom Bundesrat zum Beschluss erhoben.

Der Bericht soll vorläufig noch auf dem Kanzleisch verbleiben.

3. *Nicht ermittelt.*

375

E 22/1918

*Der schweizerische Gesandte in Washington, E. Frey,
an den Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz*

B

Washington, 8. Juni 1888

Seit meinem letzten Berichte an Hrn. Bundespräsidenten Deucher vom 17. April 1886¹ in Sachen der Unterhandlungen über einen Arbitrationsvertrag bin ich in dieser Angelegenheit nicht etwa müssig gewesen, obgleich ich auch heute nicht in der glücklichen Lage bin, Ihnen Günstiges zu melden. Ich bin zwar längst der Überzeugung, dass die Regierung des Hrn. Cleveland und speziell Hr. Bayard von diesem Verträge nichts wissen will. Allein ich würde es für werthvoll gehalten haben, in den Besitz einer ausdrücklichen aktenmässigen Absage zu gelangen. So weit wollte indessen Hr. Bayard offenbar nicht gehen. Er und seine Unterstaatssekretäre Rives, Adeë und Moore versprachen mir jeweilen, die Angelegenheit wieder in die Hand zu nehmen und mir binnen Kurzem zu schreiben, aber ich habe von ihnen nie eine geschriebene Zeile erhältlich machen können, ausgenommen die lakonische Bemerkung des Hrn. Adeë vom 10. Nov. 1887: «The Arbitration treaty is still under consideration» — und einer Mittheilung des Hrn. Moore vom 7. dieses Monats auf welche ich unten zu sprechen komme.

Unterm 8. Merz d. J. besprach ich mich mit Hrn. Rives, dem I. Unterstaatssekretär. Das Projekt leuchtete ihm sehr ein; wenigstens sagte er so, und er versprach mir, in wenigen Tagen weitere Mittheilungen zu machen. Am 21. Merz begab ich mich abermals zu Hrn. Rives, allein nur um von ihm zu vernehmen, dass Hr. Bayard ganz und gar abgeneigt sei, die Unterhandlungen wieder aufzunehmen. Trotzdem brachte ich den Gegenstand am 13. April bei Hrn. Bayard zur Sprache. Ich verwies ihn auf die längeren Unterhandlungen, die ich mit Hrn. Frelinghuysen über das Projekt gepflo-

1. *Nicht abgedruckt.*

gen und betonte, dass meine Regierung das Zustandekommen des Vertrages sehr lebhaft begrüßen würde. Hr. Bayard versicherte mir, dass er die Frage prüfen und mir demnächst schreiben werde. Am 10. Mai liess mir Hr. Unterstaatssekretär Moore vertraulich mittheilen, er wünsche mit mir über den Gegenstand zu sprechen. In meiner unmittelbar darauffolgenden Entrevue mit Hrn. Moore auf dem Staatsdepartement sagte mir derselbe, dass er wisse, dass mir an dem Abschlusse des Vertrages viel liege; ihm persönlich würde es zur grossen Genugthuung gereichen, wenn es ihm gelänge, noch vor meiner Abreise von Washington eine befriedigende Lösung herbeizuführen. Er habe sich zu diesem Zwecke seit einigen Tagen mit der Sache befasst und hoffe mir bald ein Mehreres mittheilen zu können.

Allein ich wartete auch auf diese Botschaft vergeblich und als ich bei anderer Gelegenheit mittelst vertraulichen Schreibens vom 6. dies. mich bei Hrn. Moore nach dem Stande der Sache erkundigte, erhielt ich am folgenden Tag die Antwort: «I regret to say I have been unable to get the arbitration matter into a tangible form. The present time does not seem favorable for the conclusion of a convention of the character referred to.»

Dies schreibt mir Hr. Moore 14 Tage nachdem Hr. Cleveland den Beschluss des Kongresses genehmigt hat, welcher ihn bevollmächtigt und beauftragt, mit den Staaten Amerika's Arbitrationsverträge abzuschliessen.

Ich betrachte damit diese Angelegenheit, soweit sie mich betrifft, als erledigt, da ich überzeugt bin, dass Hr. Bayard sich wohl hüten wird, mir die so oft in Aussicht gestellte schriftliche Antwort zu geben.

376

E 1004 1/154

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 14. September 1888¹

4177. Schmuggel sozialistischer Drukschriften

Justiz- und Polizeidepartement. Antrag vom 13. September 1888

Das Justiz- und Polizeidepartement ist in neuerer Zeit durch die Presse darauf aufmerksam gemacht worden, dass von Rorschach und Basel aus *sozialistische Schriften*, die zum grössten Teil aus der Genossenschaftsdrukerei Hottingen² hervorgegangen, nach Deutschland eingeschmuggelt werden. Das Departement hat über die Vorkommnisse Untersuchungen veranstaltet und legt den Bericht³ über deren Ergebnis zur Einsichtnahme vor.

Schliesslich macht das Departement darauf aufmerksam, dass der «Basler Arbeiterfreund» und in Verbindung damit Korrespondenzen von Basel in der «Neuen

1. *Abwesend: Ruchonnet und Deucher.*

2. *Vgl. Nrn. 367 und 369.*

3. *Als Annex teilweise abgedruckt.*

Zürcher Zeitung» und im «Schweizer Handels-Courier» es beschuldigten, dass es im Dienste deutscher Behörden seine Massnahmen angeordnet habe.

Nach Antrag des Departements wird beschlossen:

1. Die Akten seien auf dem Kanzleisch aufzulegen.⁴

2. In das Bulletin über die Bundesratsverhandlungen sei folgende Notiz aufzunehmen:

«Das Justiz- und Polizeidepartement hat dem Bundesrat Bericht erstattet über die Untersuchungen, welche es anlässlich der an verschiedenen Orten in Deutschland erfolgten Verhaftungen von in der Schweiz wohnhaften Personen über die Einschmuggelung von Drukschriften provokatorischen Inhalts nach Deutschland angeordnet hat. Die fraglichen Untersuchungen sind keineswegs, wie verschiedene Zeitungen gemeldet haben, auf Ansuchen deutscher Behörden eingeleitet worden und haben ausschliesslich den Zweck gehabt, den Bundesrat über diese Vorgänge genau zu unterrichten.

Der Bundesrat hat das Vorgehen seines Justiz- und Polizeidepartements genehmigt und das letztere beauftragt, auch in Zukunft über alle Erscheinungen dieser Art, wie bis anhin, zu wachen.»

ANNEX

E 21/14450

Antrag des Justiz- und Polizeidepartements an den Bundesrat⁵

Bern, 13. September 1888

Nachdem wir in neuerer Zeit durch die Presse darauf aufmerksam gemacht worden, dass von *Rorschach* und von *Basel* aus socialistische Schriften, die zum grössten Theil aus der Genossenschaftsdruckerei Hottingen hervorgegangen sind, nach Deutschland eingeschmuggelt werden, sahen wir uns genöthigt, die Wahrheit dieser Berichte zu constatiren und zu ermitteln, ob vielleicht Manipulationen damit verbunden seien, die auch in der Schweiz zu verfolgen wären.

Die ersten dieser Berichte kamen von St. Gallen. Darnach haben die Grenzwächter in Ueberlingen eine etwa 8 Zentner schwere Kiste abgefasst, die von Rorschach gekommen war und Lederwaare enthalten sollte, in Wirklichkeit aber mit socialistischen Schriften angefüllt war. Am 10. Juli⁶ ersuchten wir das Polizeidepartement des Kantons St. Gallen um Mittheilung darüber, was ihm von dieser Sache bekannt und etwa zu ermitteln möglich sein sollte. Die st. gallischen Behörden sind dann allerdings weiter gegangen, als wir beabsichtigt haben. Am gleichen 10. Juli hat nämlich der Untersuchungsrichter am grossherzogl. badischen Landgerichte Constanz an das Bezirksammanamt Rorschach eine Requisition erlassen behufs Einvernahme einiger Personen über den erwähnten Schriftenschmuggel. Ohne weitere Anfrage an uns hat das Bezirksammanamt die Einvernahme vollzogen und im fernern eine Haussuchung vorgenommen. Diese Massnahmen hätten auch in Folge unseres Auftrages ausgeführt werden können, allein wir würden die Protokolle nicht nach Constanz abgeliefert haben, weil wir an der constanten Praxis festhalten, dass die Schweizerbehörden bei Untersuchungen, die im Auslande wegen politischer Verbrechen gepflogen werden, grundsätzlich jede Mitwirkung ablehnen müssen.

4. Sie blieben dort bis zum 18. 9. 1888 und wurden anschliessend *ad acta* gelegt (E 1004 1/154, Nr. 4238).

5. Unterzeichnet vom Stellvertreter des Vorstehers des Justiz- und Polizeidepartements, Droz.

6. Nicht abgedruckt.

An Hand der von St. Gallen erhaltenen Mittheilungen⁷ haben wir die Nachforschungen auch in Zürich fortsetzen lassen. Es ist aus den bezüglichen Akten ersichtlich, dass erwähnte Drucksachen wirklich von Hottingen gekommen sind und dass dieser Schmuggel, wie ohnediess bekannt ist, schon lange schwunghaft betrieben wird.

Dem letzten Berichte der Justiz- und Polizeidirektion des Kantons Zürich, d.d. 7. September⁸, ist auch ein Bericht der Station Hottingen vom zürcherischen Polizeicorps beigefügt, woraus das jetzige Personal der Redaktion des «Socialdemokrat» und der Genossenschaftsdruckerei in Hottingen zu ersehen ist. Als weitere interessante Notiz heben wir aus diesem Berichte die Mittheilung hervor, dass die Genossenschaftsdruckerei auf den 1. October nächsthin nach London werde verlegt werden. Die Lokalitäten sind auf nächsten October anderweitig vermietet. Eine Reduktion des Personals, sowie die successive Räumung der Druckerei-Lokalitäten habe sich seit der Ausweisung von Bernstein und Genossen bereits bemerkbar gemacht.

Was den Schmuggel von Basel aus betrifft, so haben wir am 23. August abhin ein gleiches Schreiben⁹ an das Polizeidepartement von Basel-Stadt gerichtet in Betreff eines Vorganges, der am 14. August an der Zollstation Stetten stattgefunden hat und wobei eine von Basel kommende Weibsperson arretirt wurde, nachdem constatirt war, dass sie eine grosse Anzahl Exemplare des «Socialdemokrat» und andere socialistische Schriften um den Leib gebunden hatte.

Das Polizeidepartement von Basel hat zwar allerdings vom Amtsgerichte Lörrach eine ähnliche Requisition erhalten, wie das Bezirksammanamt Rorschach von Constanx. Es wurde aber dem Begehren von Lörrach nicht entsprochen, aber auch eine andere Untersuchungshandlung, wodurch auf Grund einer eigenen Untersuchung unsern Wünschen hätte Rechnung getragen werden können, unterlassen. Was uns von Basel berichtet werden konnte, ist vorher in Lörrach und Freiburg gesammelt worden. Zu drei Malen mussten wir nach Basel unser Gesuch um eine selbständige Untersuchung erneuern, die jetzt allerdings kein Resultat mehr haben konnte. Die einvernommenen Personen leugnen den Schmuggel von Drucksachen und selbst der Ehemann der an der Station zu Stetten angehaltenen Frau bestreitet die Geständnisse der letztern und erklärt, er habe seiner Frau keine Drucksachen zum Schmuggeln gegeben. Der Letztere, ein gewisser Karl Ernst Thomass, genannt Pinkert, von Zauswitz (Sachsen), Schreiner-geselle, erzählt übrigens eine Geschichte, wonach im Jahre 1885 die deutsche Polizei ihn für ihre Dienste zu gewinnen versucht hätte, jedoch ohne zu reüssiren. Das Polizeidepartement von Basel ist jedoch der Ansicht, dass die bezüglichen Briefe, welche von Thomass als Copien erklärt sind, erfunden seien. Wir sind auch nicht der Ansicht, dass in dieser Richtung etwas weiteres gethan werden sollte.

Schliesslich müssen wir darauf aufmerksam machen, dass der «Basler Arbeiterfreund» und in Verbindung damit Correspondenzen von Basel in der «Neuen Zürcher-Zeitung» und im «Schweizer Handels-Courrier» das unterzeichnete Departement beschuldigt haben, dass es im Dienste deutscher Behörden seine Massnahmen angeordnet habe.

Wir beschränken uns darauf, Ihnen die beiden Fascikel betreffend die obererwähnten Vorgänge an der St. Galler- und Basler-Grenze zur Einsicht vorzulegen, und den *Antrag* zu stellen, es möchte in das Bulletin der Bundesrathsverhandlungen folgende Notiz aufgenommen werden: [...] ¹⁰.

7. *Nicht abgedruckt.*

8. *Nicht abgedruckt.*

9. *Nicht abgedruckt.*

10. *Es folgen die Ausführungen, die in leicht abgeänderter Form vom Bundesrat in seiner Sitzung vom 14. 9. genehmigt und im Protokoll aufgenommen worden sind.*

E 13 (B)/155

377

*Antrag des Vorstehers des Departements des Auswärtigen, N. Droz,
an den Bundesrat*

Bern, 24. September 1888

Am 31. August und 1. September waren auf Einladung des Departements des Auswärtigen die Herren Bundesräthe Hammer und Welti, Minister Aepli von Wien, Bavier von Rom, Lardy von Paris und Roth von Berlin, ferner die Delegirten für die Handelsvertragsunterhandlungen mit Österreich-Ungarn u. Italien, Herren Nationalrath Cramer-Frey und Landammann Blumer, unter dem Vorsitz des unterzeichneten Departementsvorstehers im Bundesrathhause versammelt, um die gegenwärtige Situation betreffend die Handelsvertrags-Unterhandlungen mit Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien im Allgemeinen zu prüfen und speziell die Instruktionen für die Fortsetzung der Unterhandlungen mit diesen Staaten vorzubereiten. Das Ergebniss dieser Konferenz, sowie verschiedener Gutachten, welche nachträglich von den beteiligten Departementen und den Delegirten eingeholt worden sind (Beilagen)¹ ist folgendes:

I. *Österreich-Ungarn.* Die Unterhandlungen mit diesem Lande sind von den Bevollmächtigten vergangenen Mai und Juni so weit geführt worden, dass sich die Differenzen im Wesentlichen nur noch um einige Hauptforderungen drehen, von deren Befriedigung oder Ablehnung es abhängt, ob ein Vertrag zu Stande kommt oder nicht. Wenn der Bundesrath den beiliegenden Instruktions-Entwurf², der in der genannten Konferenz aufgestellt worden ist, genehmigt, darf auf eine schliessliche Verständigung gehofft werden. Als Artikel auf welche sich die *Hauptdifferenzen* beziehen, stehen sich zur Zeit noch gegenüber: für die

Einfuhr in Österreich-Ungarn.

Wollenes Kammgarn,	Export c ^a . 1 Million fr.
Baumwollgarn	Export c ^a . 3 Millionen fr.
Bedruckte Baumwollgewebe	Export c ^a . 2½ Millionen fr.
Seidengewebe	Export c ^a . 2½ Millionen fr.
Maschinen	Export c ^a . 2 Millionen fr.
	11 Millionen fr.

Einfuhren in die Schweiz

Vieh	Import c ^a . 15 Millionen fr.
Mehl	Import c ^a . 4 Millionen fr.
Malz	Import c ^a . 4½ Millionen fr.
Eier	Import c ^a . 2 Millionen fr.
Holz	Import c ^a . 1 Millionen fr.
	26½ Millionen fr.

1. Es handelt sich um 23 Beilagen. Davon 3 Instruktionsentwürfe für die Verhandlungen mit Österreich (E 1004 1/154, Nr. 4394), 15 weitere Schriftstücke betreffend den Vertrag mit Österreich (E 13 (B)/236), 3 Dokumente betreffend den Vertrag mit Deutschland (E 13 (B)/155), ein Dokument betrifft Italien (E 13 (B)/215) und eines die Arlbergbahn (E 2200 Wien 1/105).

2. E 1004 1/154. Nr. 4394.

Auf den genannten Artikeln für die Einfuhr in die Schweiz sind mit Ausnahme von Eiern, bereits mässige Tarifkonzessionen gemacht worden³; es sollen dafür nach dem beiliegenden Instruktions-Entwurf keine weitere Zugeständnisse erfolgen, und zwar theils mit Rücksicht auf die Unterhandlungen mit Italien, wie z. B. betreffend Eier, theils im Hinblick auf die einheimischen Produzenten von Vieh, Mehl, Malz und Holz. Dagegen können für einige weniger wichtige Artikel, wie Mineralwasser, gebogene Möbel, Schuhwaaren, Kleider, Hüte etc. weitere Reduktionen vorgeschlagen werden, um unsere eigenen Forderungen möglichst durchzusetzen.

Über Käse, Stickereien und Chocolate, sowie über einige minder bedeutende *Exportartikel* der Schweiz ist eine Einigung bereits erzielt, indem hiefür von der österreichisch-ungarischen Delegation annehmbare Zugeständnisse gemacht worden sind.

Der im beiliegenden Gutachten des Landwirtschaftsdepartements⁴ im Interesse der schweiz. Viehproduzenten gestellte Antrag, für Vieh keine Konzessionen zu machen, kann nicht mehr berücksichtigt werden, da der Bundesrath schon in seiner Sitzung vom 29. Mai⁵, prinzipiell beschlossen hat, eine mässige Zollreduktion für Vieh zu gewähren und demzufolge der österreichischen Delegation der Zoll von 15, (Ochsen und Kühe) 12 (Rinder) und 6 fr. (Jungvieh) bereits angeboten worden ist. Ohne eine solche Reduktion für den Hauptartikel des österreichischen Imports in die Schweiz wäre denn auch das Zustandekommen eines Tarifvertrages überhaupt gar nicht denkbar. Selbst die bereits offerirte Zollreduktion wird von der österreichischen Delegation noch als viel zu gering bezeichnet, doch waltet bei den Bevollmächtigten sowohl als beim unterzeichneten Departement, wie bereits angedeutet, die Ansichten vor, dass weitere Zugeständnisse nicht zu machen seien, sondern dass eher auf andern Artikeln ein Mehreres gethan werden könnte, um Österreich zu befriedigen.

Einen vollständigen Überblick der beiderseits bis jetzt gestellten Forderungen und gemachten Zugeständnisse bietet die Beilage N^o 4 und 5.⁶

Ein grosses Gewicht wird, wie von Italien, so auch von Österreich, auf die Verein-

3. *Vgl. den Bericht der Handelsvertragsdelegation an Droz vom 8. 6. 1888. Darin führte Cramer-Frey aus: [...] Auf allen Hauptpositionen haben wir eventuelle Zugeständnisse im Sinne ihrer Instruktion, namentlich die auf Vieh, Butter, Holz etc. durchaus davon abhängig gemacht, dass uns auf unsern Hauptforderungen betr. B[aum]woll-, Seiden- & Maschinen-Branchen viel weiter gehende Konzessionen gewährt werden, als es bis zur Stunde geschehen. [...] (E 13 (B)/236).*

4. *Am 8. 9. 1888 hatte der Stellvertreter des Vorstehers des Industrie- und Landwirtschaftsdepartements, Schenk, an Droz geschrieben: [...] Infolge der im neuen Zolltarife erhöhten Viehzölle hat sich die Vieheinfuhr in die Schweiz wesentlich vermindert. [...] Diese Einfuhrverminderung kommt der inländischen Landwirtschaft zu gute und zwar der gesammten Landwirthschaft, weil Betriebe ohne Viehhaltung seltene Ausnahmen sind und weil bei jeder Viehhaltung als Endprodukt stets das Fleisch wesentlich in Betracht kommt. [...] Es ist damit der Nachweis geliefert, dass die einheimische Landwirthschaft sehr wohl im Stande ist, den Ausfall, welchen die Vieheinfuhr aufweist zu decken; auch lassen die anhaltend niedern Preise der Milchprodukte erwarten, dass die Landwirthschaft sich mehr als bisher wieder der Fleischproduktion zuwenden wird. [...] Die gegenwärtig für die Vieheinfuhr bestehenden Zollansätze sollten daher unbedingt beibehalten werden (E 13 (B)/236).*

5. E 1004 1/153, Nr. 2443.

6. *Vgl. die Beilagen zum Schreiben von Cramer-Frey an Droz vom 22. 9. 1888 (E 13 (B)/236).*

barung eines *Zollkartells* gelegt. Die schweiz. Delegirten haben bis jetzt, den Instruktionen des Bundesrathes gemäss⁷, eine ablehnende Haltung gegenüber dieser Zumuthung eingenommen. Nach Andeutungen die denselben gemacht worden sind, würden indessen österreichischerseits vielleicht schon gewisse beschränkte Zugeständnisse, wie sie nun auf Antrag des Zolldepartements im beiliegenden Instruktionsentwurf⁸, Art. 15, proponirt werden, als Entgegenkommen empfunden werden.

Betreffend die *Dauer des Vertrags* (Art. 18 des beiliegenden Vertragsentwurfes) geht die Ansicht der beteiligten Departemente, sowie der Herren Delegirten, einstimmig dahin, dass die von Österreich-Ungarn vorgeschlagene eventuelle Dauer bis 1897 abzulehnen sei. Hiebei entsteht indessen die Frage, ob bei der in Aussicht genommenen Festsetzung der Vertragsdauer bis 1. Februar 1892 eine einjährige Kündungsfrist zu vereinbaren, oder ob hievon Umgang zu nehmen sei. Im letztern Falle erlöscht der Vertrag am 1. Februar 1892 von selbst, wenn nicht ein besonderes Abkommen zu dessen Verlängerung getroffen wird. Die Frage hat eine gewisse Bedeutung mit Rücksicht auf den Ablauf des Handelsvertrags mit Frankreich. Das unterzeichnete Departement hat hierüber keine abgeschlossene Meinung und enthält sich daher vorderhand einer bestimmten Antragstellung, um die Diskussion im Schoosse des Bundesrathes vorauszugehen zu lassen.

Einen besondern Gegenstand der Berathung bietet ferner die Eventualität einer *provisorischen Verlängerung des jetzigen Handelsvertrages*. Mit beiliegender Note vom 20. Sept.⁹ hat der österreichisch-ungarische Gesandte in Bern im Auftrage seiner Regierung dem Bundesrathe den Wunsch unterbreitet, es möchte die am 7. November 1887 erfolgte Kündigung¹⁰ des alten Handelsvertrages¹¹ auf den 31. Dezember 1887 vordatirt werden, so dass der Ablauf erst am 31. Dezember 1888, statt schon am 7. November erfolge. Bis zu letzterem Datum werde es nämlich nicht möglich sein, einen neuen Vertrag zu vereinbaren und zugleich den gesetzgebenden Behörden zur Ratifikation zu unterbreiten. Eine Verlängerung des alten Vertrages sei also unvermeidlich, wenn kein Unterbruch in den Vertragsbeziehungen beider Länder stattfinden solle. Zu diesem Behufe müsste aber dem Reichsrath in Wien und dem Reichstag in Budapest ein eigenes Gesetz über Ermächtigung der Regierung zur provisorischen Regelung der Handelsbeziehungen beider Länder vorgelegt werden, und zwar müsste man die Vorbereitungen zu dieser Gesetzesvorlage schon in der ersten Woche Oktober an Hand nehmen können. Angenehmer wäre es daher der genannten Regierung, wenn der Bundesrath sich dazu entschliessen könnte, die Verlängerung de facto, einseitig, dadurch herbeizuführen, dass er den Kündigungstermin in obgenannter Weise verlegen würde.

Wir haben hierüber die Ansicht der Herren Delegirten eingeholt, deren Gutachten hier beiliegen. (Beilagen N^o 8—10).¹² In Übereinstimmung mit den Genannten erscheint uns der österreichische Vorschlag als unannehmbar. Die Vordatirung einer

7. Vgl. das Bundesratsprotokoll vom 9. 3. 1888 (E 1004 1/152, Nr. 1092).

8. E 1004 1/154, Nr. 4394.

9. E 13 (B)/236.

10. Vgl. die Note von Aepli an das österreichisch-ungarische Aussenministerium vom 7. 11. 1887 (E 13 (B)/236).

11. AS 1866—1869, IX, S. 576—594.

12. Vgl. die Schreiben von Cramer-Frey vom 23. und 24. 9. 1888 und von Blumer vom 24. 9. 1888 an Droz (E 13 (B)/236).

Vertragskündigung ist an und für sich eine ganz ungewöhnliche Massregel, die auch zu unrichtigen Deutungen über die Haltung des Bundesrathes in der obschwebenden Vertragsangelegenheit Anlass geben und im Auslande den irrigen Eindruck machen könnte, als ob die Schweiz mehr Grund zur Vermeidung einer Periode der Vertragslosigkeit habe als Österreich-Ungarn. Unsere Ansicht über die, dem österreichisch-ungarischen Gesandten zu ertheilende Antwort fassen wir am Schluss unserer Vorlage in Form eines Noten-Entwurfes¹³ zusammen.

Mit Note vom 18. Juli a.c.¹⁴ hat der österreichisch-ungarische Gesandte dem Bundesrath auch das Begehren seiner Regierung unterbreitet, es möchte auf die Verwaltung der Nordostbahn von Staats wegen in dem Sinne eingewirkt werden, dass diese sich nachträglich dem Protokoll vom 29. Januar 1880¹⁵ betr. die Beziehungen der schweizerischen Eisenbahnen zum Arlbergunternehmen ebenfalls anschliesse. Das Eisenbahn-Departement hat die Verwaltung der Nordostbahn, auf welche in dieser Angelegenheit kein Zwang ausgeübt werden kann, zur Vernehmlassung eingeladen. In einer am 18. ds. in Bern unter dem Vorsitz des genannten Departements stattgefundenen Konferenz von Abordnungen der st. gallischen Regierung, sowie der Verwaltungen der Nordostbahn und der Vereinigten Schweizerbahnen erklärte diejenige der Nordostbahn keine Instruktionen in dieser Hinsicht zu besitzen. Sie könne hingegen darauf verweisen, dass ihre Verwaltung bisher thatsächlich allen billigen Ansprüchen der österreichischen Staatsbahnen entgegengekommen sei. Die Angelegenheit werde des Weiteren geprüft werden und behalte man abschliessliche Äusserungen dem Verwaltungsrathe der Gesellschaft vor, dem in dieser Sache der Entscheid zustehe.¹⁶

Auf Grund dessen wird das unterzeichnete Departement die schweiz. Delegirten veranlassen, der österreichisch-ungarischen Vertragsdelegation vorläufig entsprechende Mittheilungen zu machen.

II. *Deutschland.* Die Antwort¹⁷ der deutschen Regierung auf die Propositionen¹⁸ welche der Bundesrath derselben im Mai dieses Jahres gemacht hat, ist nicht befriedigend. Zugestanden hat die deutsche Regierung bis jetzt die Reduktion der Uhrenzölle im verlangten Umfange, ferner eine geringe Konzession für Stickereien und einige weniger bedeutende Artikel, wie Beuteltuch, laminiertes Gold; sodann die verlangte Bindung des Käsezolles und einiger anderer Zölle. Zurückgewiesen sind hingegen u. A. namentlich unsere Begehren betr. Seidengewebe, Nähseide, Baumwollgarn, etc., welche nach dem Programm der Konferenz wenigstens theilweise aufrecht erhalten werden sollten. Hinsichtlich der deutschen Gegenforderungen handelt es sich noch hauptsächlich um grössere Zollreduktionen für Holz, Korb- und Bürstenwaaren, Cement, Mehl, (im Prinzip bereits zugestanden), Zichorien, Bier, (im Prinzip bereits zugestanden), Holzstoff und Vieh. Der Instruktionsentwurf sieht für Vieh,

13. E 13 (B)/236.

14. *Nicht ermittelt.*

15. E 2200 Wien 1/85, *vgl. auch Nr. 172.*

16. *Vgl. das Schreiben von Welti an Droz vom 12. 9. 1888 (E 2200 Wien 1/105).*

17. *Vgl. das Schreiben von Roth an Droz vom 9. 6. 1888, sowie die Beilagen zum Schreiben von Roth vom 18. 2. 1888 und das Bundesratsprotokoll vom 25. 5. 1888 (E 1004 1/153, Nr. 2386). Sämtliche Schreiben und Beilagen in: E 13 (B)/155.*

18. *Vgl. das Bundesratsprotokoll vom 25. 5. 1888 (E 1004 1/153, Nr. 2386) und die Beilagen (E 13 (B)/155).*

Mehl und Holzstoff die gleichen Zugeständnisse vor, wie sie bis jetzt Österreich-Ungarn gemacht worden sind, für Bier würde eine Reduktion von 5 auf 4 fr., für feine Bürstenbinderwaaren eventuell eine solche von 50 auf 40 fr. und für Hüte von 150 auf 125 fr. offerirt, wogegen hinsichtlich der andern Artikel an den bisherigen Offer-ten festgehalten würde.

Einen vollständigen Überblick der beiderseits bis jetzt gestellten Forderungen und gemachten Zugeständnisse bieten die Beilagen N^o 20 u. 21.

Von Herrn Minister Roth ist in der Konferenz der Wunsch geäußert und motivirt worden, es möchten ihm behufs Beendigung der Revisions-Unterhandlungen mit Deutschland sachkundige Bevollmächtigte, welche mit ihm den Vertrag zu unterzeichnen hätten, beigegeben werden. Wir proponiren hiefür die Herren Nationalrath Cramer-Frey und Landammann Blumer, welche bereits für die Unterhandlungen mit Österreich-Ungarn und Italien bevollmächtigt sind.

III. *Italien*. Der Entwurf einer Note¹⁹, durch welche der italienischen Regierung die Wiederaufnahme der Unterhandlungen auf der Basis gewisser prinzipieller Zugeständnisse für Baumwollgewebe und Maschinen proponirt wird, legen wir als Antrag bei. (N^o 22).

Das Departement *beantragt*:

1. Genehmigung des Instruktions-Entwurfs für Österreich-Ungarn.

Beilage N^o 1—3²⁰.

2. Genehmigung des Instruktions-Entwurfs für Deutschland.

Beilage N^o 19²¹.

3. Ernennung der Herren Nat.Rth. C. Cramer-Frey in Enge b. Zürich, und Landammann Ed. Blumer in Schwanden

zu Bevollmächtigten für die Unterhandlungen mit Deutschland und Ausrüstung derselben mit den nöthigen Vollmachten hiefür, sowie zur Unterzeichnung des Vertrages.

4. Erlass beiliegender Note (N^o 7)²² an die K.K. österr.ung. Gesandtschaft in Bern.

5. Erlass beiliegender Note (N^o 22)²³ an die schweizerische Gesandtschaft in Rom.²⁴

19. *Vgl. den Antrag Droz vom 4./25. 9. 1888* (E 13 (B)/215).

20. *Vgl. die Beilagen* (E 13 (B)/155) *zum Bundesratsprotokoll vom 28. 9. 1888* (E 1004 1/154, Nr. 4394).

21. *Nicht abgedruckt.*

22. E 13 (B)/236.

23. E 13 (B)/215.

24. *In den Bundesratssitzungen vom 28. 9. und vom 10. 10. 1888* (E 1004 1/154, Nrn. 4394 und 4549) *wurden die Instruktionen mit einigen kleinern Abänderungen gutgeheissen. Vgl. E 1001 (E) q 1/160, Nrn. 4394 A-E und E 1001 (E) q 1/161, Nr. 4549 A. Die von Österreich gewünschte Verschiebung des Vertragsablaufs auf den 31. 12. 1888 wurde gebilligt.*

E 13 (B)/155

*Der schweizerische Handelsvertragsdelegierte in Berlin, E. Blumer,
an den Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz*

B Privat

Berlin, 1. November 1888

Da ich schon vier Wochen von meinen Geschäften abwesend bin und sich die übernommene Handelsvertragsmission etwas in die Länge zieht, ist es unerlässlich, dass ich für 2 à 3 Tage nach Hause zurückkehre. Es lässt sich diess zweifelsohne nach der morndrigen entscheidenden Sitzung¹ ohne jegliche grössere Inconvenienzen machen und hoffe ich, dass Sie mir desshalb nicht zürnen. Selbstredend werde ich auch zu Hause über den Gang der Unterhandlungen vollste Diskretion wahren. Sowie der Entscheid des Reichskanzlers² eingetroffen sein wird, werde ich wieder in Berlin zurück sein und bin dann selbstredend auch wieder zu sofortiger Abreise von hier nach Wien bereit.

Sie gestatten mir wohl noch einige allgemeine Bemerkungen.

Der Vertrag mit *Österreich* darf meiner Ansicht nach als *recht befriedigend* bezeichnet werden. Die grössten schweizer Industrien, B[aum]wolle, Stickerei, Seide, Maschinen, Uhren bekommen z. Th. recht wirksame Conzessionen; die Landwirthschaft muss allerdings die hohen Viehzölle opfern, gewinnt aber Käse — und die Conzessionen auf u/nsern/Gewerbepositionen sind mässig. Die jüngste Auflehnung des Kaufm. Direktoriums in St. Gallen betreff *reduz[irten] Zoll [auf] feinen Geweben für Stickerei* billige ich nicht. Da eben eine andere schweizer Industrie, die B[aum]wollspinnerei & B[aum]wollweberei ein gegentheiliges Interesse hat, und den Begehren der Stickerei sonst voll entsprochen worden ist. Die Stickerei wird wahrscheinlich bei *Österreich, Deutschland und Italien* profitiren. Die Verhandlungen in Wien haben wir recht zäh geführt und so lange, bis wir wirklich einsehen mussten, dass ein Mehreres absolut nicht zu erreichen sei.

Wesentlich ungünstiger sieht es gegenüber *Deutschland* aus. Von Werth sind zwar so zu sagen alle Bindungen und Tarif-Conzessionen welche uns zugestanden worden,

1. Die Handelsvertragsdelegation in Berlin berichtete mit Schreiben an Droz vom 2. 11. 1888: [...] Wir schlagen Ihnen vor, es solle unsererseits auf weitere Ermässigung des Stickereizolles verzichtet & dagegen an der Reduktion des Ansatzes auf Seidenwaaren vom M 800 auf M 600, eventuell mit Ausschluss der Jacquardgewebe, festgehalten werden. Deutschland würde seinerseits auf weitere Ermässigung des Chemie- & Portland-Cementzolles verzichten & blos an F 60 für baumwollene Kleidungsstücke & Seidenwäsche festhalten [...] (E 13 (B)/155).

2. Die Handelsvertragsdelegation in Berlin berichtete mit Schreiben an Droz vom 8. 11. 1888: Nachdem gestern Abend Herr Staatsminister von Bötticher zurückgekehrt war, wurde auf heute Mittag zu einer Konferenz eingeladen. Herr von Bötticher gab zu Beginn derselben sofort Kenntniss von den Entschliessungen des Fürsten von Bismark, die dahin giengen, dass die noch pendente schweizerische Forderung der Reduktion des Zolles auf Ganzseidenwaaren — ohne Unterschied ob *façonirt* oder nicht — auf 600 M, andererseits die schweizerische Offerte der Ermässigung des schweiz. Zolles auf baumwollene Kleidungsstücke auf 60 fr acceptirt worden sei. Auch mit allen übrigen vereinbarten Abmachungen gehe der Reichskanzler einig. [...] (E 13 (B)/155).

aber es ist immerhin wenig. Andererseits sind die von uns zugestandenen Conzessionen, welche wir nicht Östreich schon zugegeben haben, auch nicht gross. *Viel besser* resp. wirksamer wäre jedenfalls gewesen statt eine Revision des Vertrages zu beantragen, denselben zu kündigen. Herr GeheimRath Huber behauptet fortwährend, er könne unmöglich dem Reichskanzler einen Vertragsentwurf präsentieren, in welchem die *Werthe* der Conzessionen sich nicht ungefähr die Wage halten; daher gestern u/*nser*/Vorschlag³ an Sie, noch für etwa 10 à 15 Millionen Bindungen in u/*nserm*/Tarif zuzugestehen.

Ich denke, Herr B/*undes*/rath Hammer wird hierin, auch trotzdem ihm die Wahl völlig überlassen bleibt, nur ungern einwilligen, aber weit schlimmer wäre doch, wenn diess dann zur Folge hätte, dass wir einen Theil der Bindungen des deutschen Tarifs wieder zurückgeben müssten. Dass die Sache formell in der That etwas ungleich aussieht, können Sie aus inliegender Liste⁴ ersehen, die ich gestern mit Herrn Huber, theils nach deutscher, theils nach schweizerischer Statistik & nach eigener Appreciation zusammengestellt habe. Ich mache zwar immer geltend, dass ein so formaler Vergleich der Werthsummen unstatthaft sei, da u/*nsere*/ Bindungen & Conzessionen einen relativ weit grössern innern Werth besitzen & Deutschland eben durch die blosser Meistbegünstigung sich für eine grosse Reihe der wichtigsten Artikel des Absatzgebietes in der Schweiz sichert. Deutschland ist auch an u/*nserm*/Abschluss mit Österreich sehr interessirt, da die *österr.* & schweiz. Conzessionen ihm zu gute kommen.

Sie wissen, hochgeehrter Herr Bundesrath, dass das Gewerbe & z. Th.⁵ wohl auch die Agrarier in der Schweiz *jeden* Vertrag mit Deutschland bekämpfen werden; ein grosser Theil der Industrie wird denselben *sehr* kühl aufnehmen. Dennoch ist wohl nicht zu leugnen, dass der gegenwärtige Zustand etwas verbessert wird; auch ist es, was bei Deutschland ziemlich schwer in's Gewicht fällt, doch wieder ein Schritt weg von den unabänderlichen autonomen Tarifen zu Handelsverträgen.

Über den Stand der Dinge mit *Italien* sind wir schon länger gar nicht mehr unterrichtet. Wir haben uns mit den schweizer Industriellen in Verbindung gesetzt um bei B/*aum*/wolle & Maschinen etc. mehr spezialisiren zu können — Produkte, welche Frankreich weniger beschlagen. Da die Spinner & Weber stets den Zollkrieg mit Italien predigen und Ellena *sehr* hartnäckig ist, wird das nicht so glatt abgehen.

Sie wissen, dass wir einige Artikel, die Italien besonders interessiren, Eier, Charcuterie, Geflügel, unter der Hand Östreich zugegeben haben; es sollten daher meiner Ansicht nach die Verhandlungen mit Italien auch in Bälde wieder aufgenommen werden, zu einer Zeit nämlich, da wir betreff obgenannter Artikel, sowie für Vieh noch etwas zu <verkaufen> haben.

3. *Nicht abgedruckt.*

4. *Nicht abgedruckt.*

5. *zum Theil.*

E 13 (B)/155

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz*

B

Berlin, 11. November 1888

Ich beehre mich, Ihnen mein heutiges Chifferntelegramm, lautend:

«Der Handelsvertrag¹ ist soeben unterzeichnet worden. Die Herren Cramer-Frey und Blumer reisen morgen Montag 8 Uhr früh nach Wien.»

zu bestätigen.

Das Vertragsinstrument² werde ich Ihnen morgen per Paketpost zustellen.

Aus Auftrag meiner Herrn Collegen erlaube ich mir, in Ergänzung unseres Schlussberichts vom 8^{ten} d. M.³, noch besonders hervorzuheben, dass wir auf Grund unserer Instructionen⁴ also darauf verzichtet haben, unsere ursprüngliche Forderung betreffend vertragliche Garantie des activen Veredlungsverkehrs wieder aufzunehmen, dass wir Ihnen aber anderseits dringend empfehlen möchten, gefälligst darauf Bedacht zu nehmen, dass die deutsche Erklärung vom Monat Juni l. J.⁵, wonach seitens der kaiserlichen Regierung nicht beabsichtigt wird, diesen zur *Zeit autonom* gestatteten Veredlungsverkehr aufzuheben oder zu beschränken, in der Botschaft an die Bundesversammlung gehörig verwerthet werde.

Wir fügen bei, dass wir bei vertraulichen Besprechungen den Eindruck gewonnen haben, dass eine Änderung des status quo in der That nicht zu befürchten ist.

1. *Vgl. die Botschaft des Bundesrates und den Vertragstext* (BB1 1888, 4, S. 961—1042).

2. K I/114.

3. *Vgl. Nr. 378, Anm. 2.*

4. *Vgl. die Instruktion für die schweizerische Handelsvertragsdelegation vom 10. 10. 1888* (E 13 (B)/155).

5. *Nicht ermittelt.*

E 2200 Wien 1/105

*Der Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz,
an den schweizerischen Gesandten in Wien, A. O. Aepli*

S

Berne, 16 novembre 1888

J'ai soumis au Conseil fédéral, à la fin de sa séance de ce matin¹, votre rapport du 14² et que je venais de recevoir, ainsi que le projet de déclaration³ qui l'accompagnait. Le Conseil fédéral a formulé diverses observations tant au point de vue de la forme qu'à celui du fond.

Sous le rapport de la *forme*, il estime que si la déclaration devait avoir le caractère que vous lui donnez, c'est-à-dire être signée par les plénipotentiaires des deux pays, il serait difficile de ne pas l'envisager comme une partie intégrante du traité, devant être portée à la connaissance de l'Assemblée fédérale et probablement ratifiée par elle. Nous tomberions ainsi dans l'inconvénient que nous avons voulu éviter en refusant de mentionner dans le traité de commerce des conventions qui ne sont pas en connexité nécessaire avec le traité. C'est en particulier le cas de la convention pour la police vétérinaire du 31 mars 1883⁴. Comme notre instruction télégraphique du 22 octobre⁵ vous le disait, notre intention était et est encore de régler ce point par un *échange de notes* et non point par une déclaration bilatérale. Le Conseil fédéral est d'avis que les deux autres questions doivent être réglées de la même manière. Sous le rapport du *fond*, l'engagement pris au sujet de la convention pour le commerce du bétail va au delà de notre instruction prérappelée du 22 octobre et ne diffère guère de celui qui était contenu dans la proposition autrichienne⁶ que nous avons repoussée. La seconde phrase de votre projet ne nous donnerait aucun droit bien réel, puisque la révision de la convention ne pourrait résulter que du consentement des deux parties.

En ce qui concerne le cartel de douane, la rédaction que vous proposez a un caractère trop général qui ne répond pas à la manière beaucoup plus spéciale et restreint dont la question a été posée. Si cette déclaration devait être formulée de la sorte, surtout comme l'engagement bilatéral, il est fort probable qu'elle serait un sérieux obstacle à la ratification du traité par l'Assemblée fédérale.⁷

1. E 1004 1/155, Nr. 5131.

2. E 13 (B)/236.

3. *Als Annex 1 abgedruckt.*

4. AS 1883—1884, 7, S. 141—156.

5. *Nicht abgedruckt.*

6. *Vgl. das Schreiben von Aepli an Droz vom 16. 10. 1888 (E 13 (B)/236).*

7. *Am 13. 11. 1888 hatte Droz an Aepli geschrieben: [...] Nachdem wir die Frage, mit den andern beteiligten Departementen, nochmals geprüft, ertheilen wir Ihnen den Auftrag, den oesterreichisch-ungarischen Delegirten bei den Vertragsunterhandlungen zu eröffnen: Es sei bei der jetzigen eidg. Gesetzgebung nicht möglich, in Unterhandlungen über das von denselben vorgelegte Kartell einzutreten. [...] Allein man sei gegenwärtig damit beschäftigt, zu untersuchen, welche Aenderungen zur wirksamen Unterdrückung jener Vorgehen nothwendig und geeignet seien. [...].*

Telles sont les observations que le Conseil fédéral m'a chargé de vous communiquer. A son avis votre projet doit être remplacé par une simple note d'après le projet ci-joint⁸ que vous adresseriez au Gouvernement autrichien en note définitive dès que l'entente avec les négociateurs de l'autre pays serait établie à cet égard.

ANNEX I

E 13 (B)/236

*Entwurf einer Erklärung der schweizerischen Handelsvertragsdelegation in Wien⁹
an das Aussenministerium von Österreich-Ungarn*

Wien, 14. November 1888

Bei Gelegenheit der heute stattgefundenen Unterzeichnung des zwischen der Schweiz und Österreich-Ungarn abgeschlossenen Handelsvertrages geben die Schweizerischen Bevollmächtigten in Namen und Auftrag des Schweizerischen Bundesrathes nachfolgende Erklärungen ab:

1. Bezüglich der zum Schutze gegen die Verbreitung der Rinderpest und der anderen ansteckenden Thierkrankheiten, insbesondere hinsichtlich des Grenzverkehrs, zu treffenden Vorkehrungen bleibt das Übereinkommen vom 31. März 1883 während der Dauer des gegenwärtigen Vertrages in Kraft. Die vertragenden Theile behalten sich die Befugnis vor, nach gemeinsamer Verständigung an diesem Übereinkommen Abänderungen jeder Art vorzunehmen, welche mit dem Zwecke und den Grundlagen desselben nicht im Widerspruche stehen und deren Nützlichkeit durch die Erfahrung dargethan sein würde.

2. Die Bestimmungen der Vereinbarung vom 22. Juni 1885 betreffend den wechselseitigen Schutz der Fabriks- und Handelsmarken¹⁰ bleiben während der Dauer des gegenwärtigen Vertrages in Kraft und sollen auch auf Muster und Modelle Anwendung finden, sobald das zur Zeit in Berathung liegende Schweizerische Bundesgesetz über diese Materie in Kraft tritt.

3. Der Bundesrath ist zur Zeit noch nicht in der Lage, in Unterhandlungen über den von den österreichisch-ungarischen Delegirten eingereichten Entwurf eines Zoll-Cartells¹¹ einzutreten, wird aber nicht ermangeln, zu untersuchen, ob und in wie weit in dem Rahmen des letzteren oder in anderer Weise dem Schleichhandel gegenseitig entgegen getreten werden kann. Er erklärt sich auch bereit nach Massgabe des Ergebnisses seiner Untersuchungen mit der k.u.k. Regierung in Verhandlung einzutreten.

Die österreichisch-ungarischen Bevollmächtigten nehmen von diesen Erklärungen Akt.

Zu Ihrer Orientierung fügen wir noch bei, dass von Deutschland während der Dauer der Handelsvertragunterhandlungen in Berlin *vertraulich* uns ein ähnliches Uebereinkommen vorgeschlagen wurde, nach der vom Bundesrathe in obigen Sinne ertheilten Antwort hat aber Deutschland nicht insistirt. [...] (E 2200 Wien 1/105).

8. *Als Annex 2 abgedruckt.*

9. *Es handelt sich um eine Beilage zum Schreiben von Aepli an Droz vom 14. 11. 1888* (E 13 (B)/236).

10. AS 1886—1887, 9, S. 29—31.

11. *Vgl. den Entwurf eines Zoll-Cartells vom 20. 10. 1888* (E 13 (B)/236).

ANNEX 2

E 2200 Wien 1/105

*Der Bundesrat an die schweizerische Gesandtschaft in Wien,
zuhanden des Aussenministeriums von Österreich-Ungarn*

Projet de note

Bern, 16. November 1888

Le soussigné a été chargé de porter à la connaissance du Gouvernement Impérial et Royal etc. la manière de voir et les déclarations du Conseil fédéral au sujet des questions suivantes qui ont été abordées dans le cours des négociations pour la conclusion d'un nouveau traité de commerce.

I. Concernant la convention du 31 mars 1883, le Conseil fédéral n'a pas l'intention de la dénoncer pendant la durée du nouveau traité de commerce mais il doit toutefois se réserver d'en provoquer la révision si les circonstances venaient à démontrer qu'elle n'est pas complètement suffisante pour la réalisation du but que les Etats se sont proposé.

II. Concernant la protection des marques de fabrique et de commerce et des modèles et dessins industriels, le Conseil fédéral ne voit aucun motif de dénoncer ou de modifier la convention du 22 juin 1885, et il se déclare prêt à signer une convention spéciale sur la protection des dessins et modèles pour le moment de l'entrée en vigueur de la loi fédérale actuellement pendante devant les chambres.¹²

III. Concernant l'établissement d'un cartel de douane, le Conseil fédéral ne saurait, dans l'état actuel de la législation suisse, aller au-delà des propositions qu'il a formulées au cours des négociations; mais il examine en ce moment les modifications qu'il y aurait lieu d'apporter, le cas échéant à cette législation pour permettre une répression plus efficace des contraventions aux lois fiscales de la Confédération, et il se réserve, suivant le résultat de cet examen et des mesures qui pourront en découler, de reprendre avec le Gouvernement Impérial et Royal, la négociation sur ce point.

12. *Vgl. die Botschaft des Bundesrathes an die Bundesversammlung, betreffend den Gesetzesentwurf über die gewerblichen Muster und Modelle. Vom 12. März 1888 (BBl 1888, 1, S. 653—672) und die Inkraftsetzung des Gesetzes auf den 15. 11. 1888 durch den Bundesrat am 5. 10. 1888 (BBl 1888, 4, S. 158f.).*

381

E 2200 Wien 1/105

*Der Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz,
an den schweizerischen Gesandten in Wien, A. O. Aepli*

S

Berne, 17 novembre 1888

A plusieurs reprises et ce matin encore, des télégrammes de Vienne ont annoncé aux journaux suisses que les conférences pour le traité de commerce auraient dû être ajournées faute des instructions attendues de Berne. De telles dépêches sont fort désagréables non seulement pour notre département, mais pour le Conseil fédéral, car elles laissent supposer que nous ne mettons pas ici l'activité désirable afin de vous munir d'instructions. Or cette supposition est absolument erronée, et je tiens à ce que nos négociateurs s'en rendent eux-mêmes bien compte.

Il est évident qu'un rapport, mis à la poste à Vienne n'est pas le lendemain déjà entre nos mains. Dès que nous en recevons un, nous nous empressons, toute affaire cessante de le lire, de comparer les propositions presque toujours si nombreuses qu'il renferme avec les instructions précédentes, puis de communiquer aux autres départements ce qui peut les concerner. Autant que possible, pour gagner du temps, je traite ces derniers points verbalement avec mes collègues, mais lorsqu'ils'agit d'une consultation importante, nécessitant un examen tout spécial, je suis obligé d'écrire et d'attendre la réponse. Il arrive parfois que le collègue à qui j'ai affaire est absent ou empêché d'une autre manière, ce qui est encore une cause de retard bien involontaire. Enfin, lorsqu'il y a lieu d'en référer au Conseil fédéral, c'est une machine encore plus lourde à remuer, attendu que dans la règle, il faut laisser à chaque membre le temps de lire les actes pour se former une opinion; souvent aussi il faut multiplier le texte des propositions, afin que chacun l'ait sous les yeux pour la discussion.

Vous voyez par là qu'il n'est matériellement pas possible de vous répondre chaque fois à lettre vue. Ainsi, hier matin, 16 ct., vos deux rapports du 14¹ sont seulement arrivés à 10 heures au Palais. Monsieur le D^r. Willi en a rapidement pris connaissance afin de réunir les pièces nécessaires pour me les soumettre. Je les ai reçues vers 10¹/₂ heures à la séance du Conseil fédéral, où nous avons d'importantes questions à traiter. Lire 26 pages de rapports et comparer chaque proposition avec l'instruction précédente ne se fait pas en 5 minutes, surtout dans une séance où l'on doit discuter d'autres objets. D'ailleurs lire n'est pas tout, il faut encore prendre le temps de la réflexion. A 11¹/₂ heures j'ai pu donner connaissance à mes collègues des points principaux de vos rapports; une longue discussion qui a duré jusqu'à 12¹/₂ heures s'est engagée au sujet de votre proposition de déclaration² et elle a abouti aux décisions dont je vous ai communiqué la teneur. Le Conseil fédéral a ensuite autorisé les départements à régler les autres points de détail dont il n'avait pas le temps de s'occuper lui-même.³

Ayant pu pendant la séance prendre l'avis des départements de l'Intérieur et de l'Agriculture, pour les points qui les concernaient, j'ai remis vos rapports à M^r Hammer qui présidait la séance en l'absence de M^r Hertenstein et qui par conséquent n'aurait pu les lire plus tôt, même s'il avait eu possibilité de lui en faire part. Après midi, je me suis empressé de rédiger les instructions que le Conseil fédéral m'avait chargé de vous faire parvenir concernant le projet de déclaration. Puis je me suis rendu chez M^r Hammer avec lequel j'ai conféré jusqu'à passé 5 heures: il nous a fallu entr'autres faire venir des experts pour la question de l'alcoolisation des vins. Ensuite, j'ai dû rédiger les instructions télégraphiques⁴ que vous avez reçues. Il n'y a donc pas eu une seule minute de perdue. Toutes les autres affaires ont été mises de côté pour celle-ci et vous pouvez juger par là qu'il eût été matériellement impossible de vous envoyer des instructions pour midi⁵ sur d'aussi importants rapports arrivés à dix heures du matin. Le télégraphe n'aurait pas même eu le temps de jouer assez vite.

1. E 13 (B)/236.

2. Nr. 380, Annex 1.

3. E 1004 1/155, Nr. 5131.

4. Nicht abgedruckt. Vgl. Nr. 380 und Annex 2.

5. Die schweizerischen Delegierten hatten die nächste Verhandlungssitzung auf Freitag, 16. 11. 1888, nachmittags angesetzt und daher bis Mittag Instruktionen benötigt. Vgl. ihr Schreiben an Droz vom 14. 11. 1888 (E 13 (B)/236).

Si je suis entré dans tous ces détails, c'est pour qu'à l'avenir vous calculiez mieux le temps qui nous est strictement nécessaire pour vous donner réponse, en tenant compte aussi de l'imprévu qui peut se produire. J'ai moi-même passé deux mois à Paris à négocier le traité de commerce avec la France, et je sais par expérience combien les périodes d'inaction qui s'écoulent entre l'envoi du rapport et la réception de la réponse sont ennuyeuses. Vous devez aussi bien que nous avoir hâte d'en finir, d'autant plus que nous avons encore en perspective les négociations avec l'Italie. Mais je vous prie de considérer que vos rapports mettent deux jours à nous parvenir et qu'il faut nous laisser une journée pour recueillir l'avis des autres départements, consulter s'il y a lieu le Conseil fédéral, rédiger nos instructions et vous les faire parvenir, en sorte que vous ne devriez pas fixer une nouvelle séance avant le 4^{ème} jour au plus tôt, surtout s'il s'agit de questions d'une certaine importance. Actuellement, tous les points secondaires du nouveau traité peuvent être envisagés comme réglés. Les questions qui vont rester en suspens nécessiteront probablement de nouvelles réunions du Conseil fédéral. Je vous prie d'en tenir compte lorsque vous aurez de nouvelles instructions à nous demander. Je vous prie de tenir compte aussi de l'heure d'expédition de vos télégrammes. Si par exemple vous nous télégraphiez dans l'après-midi, de telle sorte que la dépêche ne nous arrive qu'après 5 heures du soir il ne nous est pas possible de vous promettre une réponse pour le lendemain après midi, car, si la dépêche est chiffrée surtout, ce n'est que le lendemain matin que nous pourrions la porter à la connaissance des départements intéressés, réunir le Conseil fédéral, rédiger l'instruction etc. A Vienne les choses peuvent marcher plus vite, car le Conseil des ministres n'a pas à se réunir pour chaque point un peu difficile du traité. Ici, il en est autrement, comme vous savez.

Dans tous les cas, notre désir, conforme au vôtre, est d'activer le plus possible la marche des négociations. Nous avons fait et nous continuerons à faire ce qui est en notre pouvoir pour cela. D'un autre côté nous attendons que les faits qui ont motivé les télégrammes désagréables venus de Vienne ne se renouvelleront plus.

Je saisis d'ailleurs cette occasion de rendre une fois de plus hommage à l'excellence et à la promptitude des rapports que vous nous envoyez sur ces négociations. Toujours clairs et précis, ils facilitent grandement notre examen des questions pendantes.

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 1. Dezember 1888¹

5359. Handelsvertrag mit Italien

Departement des Auswärtigen. Antrag vom 24. November 1888

Bezüglich des Abschlusses eines *Handelsvertrags mit Italien* wird auf den Antrag² des Departements des Auswärtigen, Handelsabteilung, beschlossen:

1. Die neuen Unterhandlungen werden, wie die frühern, welche im Dezember vorigen Jahres mit Italien über Abschluss eines neuen Handelsvertrages geführt worden sind³, den Herren Minister Bavier in Rom, Nat[ional]Rat Cramer-Frey in Zürich und Landammann Blumer in Schwanden übertragen.

2. Das von der Handelsabteilung des Departements des Auswärtigen für die Unterhandlungen vorgelegte Programm wird genehmigt. Dasselbe lautet:[...]⁴.

3. Die Delegirten des Bundesrates werden ermächtigt, im geeigneten Momente, sei es im Anfange, sei es im Laufe der Unterhandlungen, den Delegirten der k.italienischen Regierung zu eröffnen, dass wenn bei den jezigen Unterhandlungen kein neuer Vertrag zu Stande komme oder nicht wenigstens die Unterhandlungen auf dem Wege eines gegenseitigen Einverständnisses so weit vorgerückt seien, dass angenommen werden könne, dass ein neuer Vertrag vereinbart werde, der Bundesrat sich in die Lage versetzt sehen würde, auf die Produkte italienischer Provenienz den schweiz. Generaltarif zur Anwendung zu bringen und gleichzeitig auf demselben Erhöhungen einzelner Ansätze zu beschliessen.

4. Das Zolldepartement wird beauftragt, Bericht und Antrag hinsichtlich der Erhöhung von Ansätzen des Generaltarifs auf Produkte italienischer Provenienz in Bereitschaft zu halten.

ANNEX

E 13 (B)/215

*Antrag des Vorstehers des Departements des Auswärtigen, N. Droz,
an den Bundesrat*

Handelsvertrag. Schweiz-Italien

Bern, 24. November 1888

Italien hatte Handelsverträge mit Conventionaltarifen mit Frankreich, Spanien, Oesterreich-Ungarn und der Schweiz.⁵

Diese Verträge wurden von Italien successive gekündet, um für einen neuen Generaltarif freie Hand zu haben. Dieser ist am 14. Juli 1887 definitiv aufgestellt worden und am 1. Januar 1888 in

1. *Abwesend: Hammer, Welti.*

2. *Als Annex abgedruckt.*

3. *Vgl. Nrn. 354 und 362.*

4. *Nicht abgedruckt.*

5. AS 7, 1883—1884, S. 382—425.

Kraft und Anwendung getreten. Gegenüber dem frühern Tarif vom 9. August 1883 enthält derselbe wesentliche Erhöhungen.

Italien hat sich indessen bereit erklärt, in Unterhandlungen über neue Handelsverträge einzutreten, und es sind einerseits mit Oesterreich-Ungarn, am 7. Dezember 1887; anderseits mit Spanien, am 26. Februar 1888, neue Verträge vereinbart und bereits in Kraft und Anwendung getreten. Die mit denselben verbundenen Conventionalansätze für den Import in Italien, bieten aber für die Schweiz, mit Ausnahme des Käse, welcher gemäss dem oesterreichisch-italienischen Verträge in Italien zu Fr. 12 per 100 kg. verzollt werden muss, während der Ansatz im Generaltarif Fr. 25 beträgt, keine wesentlichen Vortheile.

In Folge der erwähnten Kündigung ist unser Handels-Vertrag mit Italien Ende vorigen Jahres abgelaufen. Um einen neuen Vertrag zu negociiren, sind vom Bundesrathe die Herren Minister Bavier in Rom, Nationalrath Cramer-Frey in Zürich und a. Ständerath Ed. Blumer in Schwanden als Delegirte bezeichnet worden. Im Dezember v.J. sind die Unterhandlungen in Rom begonnen worden.⁶ Gleichzeitig hätten die Unterhandlungen zwischen Italien und Frankreich geführt werden sollen; allein die Ankunft der französischen Delegirten verzögerte sich bis gegen Ende jenes Monats. Der Fortgang unserer Unterhandlungen hieng wesentlich von demjenigen mit der französischen Delegation ab. Nach den einleitenden Verhandlungen zwischen unsern und den italienischen Delegirten sind im gegenseitigen Einverständniss die weitem definitiven Unterhandlungen verschoben worden, um inzwischen diejenigen zwischen Italien und Frankreich vor sich gehen zu lassen. Der gekündigte schweizerisch-italienische Vertrag, vom 22. März 1883, ist um zwei Monate, nämlich bis Anfangs März a.c. verlängert worden⁷, in der Meinung, es werden inzwischen die Unterhandlungen zwischen Italien und Frankreich einerseits, sowie zwischen Italien und der Schweiz anderseits, zum Abschluss gelangen. Ein Einverständniss zwischen den zwei ersten Staaten ist aber nicht erzielt worden. Die Unterhandlungen zwischen ihnen sind abgebrochen und seit 1. März a.c. wenden dieselben gegenseitig ihre Generaltarife an, mit theilweise noch erhöhten Ansätzen. Es ist zur Stunde noch nicht abzusehen, wann dieser Zollkrieg zwischen Italien und Frankreich ein Ende erreichen wird. Unser Vertrag mit Italien ist am 1. März definitiv ausser Wirksamkeit getreten. Eine neue Prolongation hielten wir nicht für zweckmässig, um vollständig freie Hand zu behalten. Dagegen besteht seither das mündliche Übereinkommen⁸, von dem wir aber, wie selbstverständlich auch Italien, von heute auf morgen, ohne Kündigung, zurücktreten können, sich gegenseitig auf dem Fusse der Gleichstellung mit der meistbegünstigten Nation zu behandeln. Auf die Länge darf dieser Zustand nicht dauern, denn während Italien in Folge der Meistbegünstigung unsern mit Frankreich im Jahre 1882 vereinbarten weitgehenden Conventionaltarif⁹ geniesst, bieten uns seine neuen Verträge mit Oesterreich-Ungarn und Spanien, ausser dem ermässigten Ansatz für Käse, wie bereits bemerkt, keine wesentlichen Ermässigungen. Der Bundesrath hat demnach am 28. September abhin die schweiz. Gesandtschaft in Rom beauftragt¹⁰, an die k. italienische Regierung die Anfrage zu richten, ob sie mit der baldigen Anhandnahme der definitiven Unterhandlungen mit der Schweiz sowie mit der in kurzen Zügen im Schreiben an die Gesandtschaft dargelegten Grundlage einverstanden sei.

Das italienische Ministerium antwortete unterm 30. Oktober und erklärte sich bereit, hinsichtlich einiger Artikel des italienischen Generaltarifs, welche die Schweiz besonders interessiren unsere Begehren zu prüfen.¹¹ Folgendes sind die Änderungen, welche das Ministerium an den im Handelsvertrage von 1883 enthaltenen Ansätze eintreten lassen will:

1. Holz in Brettern für Parquets zugerichtet, Fr. 4.—.

Im Handelsvertrage von 1883 war für diese Position Zollfreiheit zugesichert. Im neuen italienischen Generaltarif ist hiefür ein Ansatz von Fr. 6.—. Die Offerte von Fr. 4 ist identisch mit dem Conventionaltarif des italienisch-oesterreichischen Vertrags.

6. *Vgl. Anm. 3.*

7. AS 1889, 10, S. 838 f.

8. *Vgl. Nrn. 364 und 365.*

9. AS 1882—1883, 6, S. 348—361.

10. E 13 (B)/155.

11. *Nicht abgedruckt.*

2. Grobe Korbwaren, ebenfalls Fr. 4.—. Im Handelsvertrag von 1883 war hiefür ebenfalls Zollfreiheit zugesichert. In dem neuen Generaltarif ist für diesen Artikel ein Ansatz von Fr. 8 aufgenommen.

3. Käse Fr. 12. Es ist dies der gleiche Ansatz, welcher Oesterreich-Ungarn im Vertrage mit Italien zugesichert ist. Der Zoll im Generaltarif besteht in Fr. 25.—. In unsern Vertrage von 1883 war ein Ansatz von Fr. 8 aufgenommen.

4. Kautschuk, verarbeitet zu Posamentierwaaren, Bändern und elastischen Geweben Fr. 146, soll aber wohl heissen Fr. 140, denn dies ist der Ansatz des italienischen Generaltarifs, der in diesem Falle gebunden würde. Unser Handelsvertrag von 1883 enthält hiefür den Ansatz von Fr. 115.50.

5. Kautschuk in andern Arbeiten Fr. 50. Der Ansatz des Generaltarifs würde damit gebunden. Im Handelsvertrag von 1883 sind für diesen Artikel Fr. 32 zugesichert.

Seit der Inkrafttretung des neuen italienischen Generaltarifs ist der Export der Schweiz nach Italien wesentlich zurückgegangen. Derselbe betrug nämlich:

	1887 vom 1. Januar bis 30. September	1888 vom 1. Januar bis 30. September
	Fr. 1000.—	Fr. 1000.—
Baumwollgewebe	5615	3677
Stickereien	880	679
Gewebe aus Leinen oder Hanf	228	143
Gewebe aus Seide und Halbseide	1144	890
Gewebe aus Wolle	517	361
Elastische Gewebe	109	69
Häute, gegerbte, mit Haaren	194	146
Töpferwaaren, gemeine	65	35
Maschinen	3416	2654
Bau- und Nutzholz	519	377

In einer von Vertretern der Baumwoll-Spinnerei, -Weberei, -Druckerei und -Zwirnerei an den Bundesrath gerichteten Petition¹², d. d. 5. lf. Mts., dahin lautend, es möchte mit Italien nur dann wieder ein Handelsvertrag abgeschlossen werden, wenn die italienischen Zollsätze so festgesetzt werden, dass uns während der Vertragsdauer der Export nach Italien ermöglicht wird — eventuell die Ansätze unseres Generaltarifs gegenüber Italien zu vervierfachen, — werden über die zu unsern Ungunsten eingetretene Veränderung folgende Angaben gemacht:

Export nach Italien

	II. Quartal 1887	II. Quartal 1888
	q.	q.
Spinnerei	1240	1234
Weisse, rohe Weberei	1584	347
Druckerei	1415	812
Maschinen-Industrie	9925	5345
Webmaschinen	1623	2230
Müllereimaschinen	716	198

Die Petenten schicken diesen Angaben folgende Bemerkung voraus:

«Alle unsere Industrieprodukte unterliegen den sehr hohen Sätzen des gegenwärtigen Generaltarifs, einzig bedruckte Baumwolltücher werden in Folge einer an Oesterreich gemachten Konzession

12. Die Petition war unterzeichnet von Vertretern des Börsenvereins Glarus, der Mouchoirdruckerei, des Schweiz. Spinner-, Zwirner- & Webervereins und der Kaufmännischen Gesellschaft Winterthur (E 13 (B)/216).

sion zu Fr. 175.80 verzollt statt zu Fr. 180.80, per 100 kg., eine kaum erwähnenswerthe Begünstigung, welche zudem von Italien durch die neu eingeführten Zollspesen illusorisch gemacht wird. Diese und andere Schwierigkeiten in der Zollbehandlung, in denen unsere Nachbarn geradezu erfinderisch sind¹³, tragen nicht wenig dazu bei, das Geschäft mit Italien zu schmälern. Die schädlichen Wirkungen dieses Zustandes haben sich sehr bald eingestellt und die gesammte schweizerische Baumwollindustrie hat darunter zu leiden gehabt, insbesondere ist die glarnerische Zeugdruckerei, deren eine Branche, die Mouchoir-Druckerei, wenigstens 50% ihres Produktes nach Italien lieferte, in ihrem Verkehr dahin nahezu lahm gelegt worden.»

Hinsichtlich des weitem Vorgehens bei diesen Unterhandlungen hat sich das unterzeichnete Departement gefragt, ob nicht die Note des italienischen Ministeriums vom 30. Oktober abhin zu beantworten, die darin enthaltene ganz irrige Behauptung, als hätte unter dem neuen italienischen Generaltarif der schweizerische Export nach Italien sich vermehrt, zu widerlegen und für die Vertragsunterhandlungen ein Programm mit unsern wesentlichen Begehren und Offerten durch Vermittlung unserer Gesandtschaft zu übergeben sei, damit sich das Ministerium über dasselbe wenigstens im Allgemeinen ausspreche, bevor für die mündlichen Unterhandlungen unsere Delegirten wieder nach Rom sich begeben; oder ob nicht vielmehr sofort, d.h. nach Abschluss der Unterzeichnung der neuen Verträge mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn unsere Delegirten in Rom sich einfinden sollen, um die Unterhandlungen, zu denen sich das italienische Ministerium in der citirten Note bereit erklärt, zu führen.

Es darf wohl als unzweifelhaft angenommen werden, dass es Italien nicht daran liegt, mit der Schweiz beförderlich einen neuen Vertrag zu vereinbaren, indem es bei dem bestehenden Provisorium unsere mit Frankreich vereinbarten mässigen Conventionalansätze geniesst, zu denen nun auch noch die Deutschland und Oesterreich-Ungarn zugesicherten ermässigten Ansätze kommen¹⁴, und es würden voraussichtlich wieder mehrere Wochen verfliessen, bis wir auf unsere Note und das beigefügte Programm Antwort erhielten. Diese würde wahrscheinlich die Vertragsangelegenheit so wenig fördern, als die Note vom 30. Oktober abhin. Und es würden wieder Wochen verfliessen, ohne dass wir dem Ziele, unsere Absatzverhältnisse in Italien besser zu gestalten, auch nur um einen Schritt näher gerückt wären. Das Departement würde deshalb vorziehen, die Delegirten sofort nach Rom zu senden, damit sie die mündlichen Unterhandlungen fortsetzen. Nach der Ansicht des Departements soll unsere Delegation ermächtigt werden, gleich im Anfange oder im Laufe der Unterhandlungen, wie sie es für zweckmässig erachtet, der italienischen Delegation zu eröffnen, dass der Bundesrath das gegenwärtige Provisorium nicht über Neujahr hinaus andauern lassen könne, sondern dass er sich genöthigt sehe, auf die Importartikel aus Italien den Generaltarif in Anwendung zu bringen, wenn bis Neujahr ein neuer Vertrag nicht zu Stande gekommen oder wenigstens die Unterhandlungen soweit gediehen seien, dass man sich voraussichtlich verständigen werde. Herr Cramer-Frei schreibt dem Departement hierüber unterm 19. ds.: «Darüber sind mein College, Herr Blumer und ich einig, dass die Reise nach Rom kaum stattfinden würde und kaum ein zufriedenstellendes Resultat haben könne, wenn nicht auf die italienische Regierung ein gewisser Druck ausgeübt und je nachdem im Verlaufe der Pourparlers bald angedeutet werden darf, dass im Falle einer negativen Haltung von Seite Italiens für die Schweiz die Nothwendigkeit einer Änderung des gegenwärtigen Regime's vorliegen würde.»¹⁵

Das Departement hat die Consequenzen der Anwendung des Generaltarifs mit vielleicht theilweise erhöhten Ansätzen in ökonomischer und politischer Hinsicht geprüft. Wie seit 1. März a.c. gegenüber Frankreich, würde Italien wohl auch gegenüber der Schweiz die Ansätze seines Generaltarifs auf industrielle Erzeugnisse, welche die Schweiz besonders interessiren, noch wesentlich erhöhen. Wir legen hier das italienische Dekret «applicazione della Tariffa generale e dei dazi differenziali alle importazioni francesi» bei.¹⁶ Dasselbe enthält bei 60 Nummern des Generaltarifs erhöhte Zölle für französische Produkte.

Dass bei der gegenseitigen Anwendung des Generaltarifs mit noch erhöhten Ansätzen der

13. Vgl. das Schreiben des Vororts an Droz vom 1. 5. 1888 (E 13 (B)/215).

14. AS 1889, 10, S. 831 f, und 860–863.

15. Nicht abgedruckt.

16. Nicht ermittelt.

schweizerische Export nach Italien wohl noch mehr zurückgehen und grösstentheils aufhören müsste, unterliegt keinem Zweifel. Allein die Klage unserer Industriellen über die Schwierigkeiten im Verkehr mit Italien und den Rückgang unseres Exportes ist eine allgemeine und dass dieselbe begründet ist, geht aus den in diesem Berichte mitgetheilten Daten hervor. Die oben genannten Zweige unserer Textilindustrie rufen in ihrer Petition einer *vierfachen* Erhöhung unserer Zölle für italienische Produkte, wenn Italien nicht zu einem annehmbaren Verträge Hand biete. Die Maschinen-Industrie ist in ähnlicher Lage und leidet stark unter dem neuen Generaltarif, so dass der Export ebenfalls wesentlich zurückgegangen ist. Bedeutend ist der Export nach Italien in Uhren; hiebei wäre aber nichts zu befürchten; Italien hat die Erfahrung gemacht, dass bei allzu hohem Zolle auf solche Artikel der Schmuggel provocirt werde, und dass die Zolleinnahme sich vermindert statt vermehrt.

Was die Landwirtschaft betrifft, so fände sie für den Käse Ersatz in erhöhten schweizerischen Zöllen auf Vieh aus Italien.

Beim Import der Schweiz aus Italien steht Seide obenan. Dass Italien einen erhöhten Exportzoll auf diesen Artikel legen würde, ist kaum zu befürchten. Es ist dies auch gegenüber Frankreich nicht geschehen; denn der Export der Seide ist für Italien eine Lebensfrage. Sodann folgt an Bedeutung der Wein. Italien ist für denselben keine absolut nothwendige Bezugsquelle. Unsern Bedarf können wir aus Spanien, Frankreich, Oesterreich-Ungarn und Deutschland beziehen. Die Südfrüchte liefern uns ebenfalls Frankreich und Spanien neben andern entfernteren Ländern.

Für Getreide, Mais, Reis, Hülsenfrüchte sind wir ebenfalls nicht auf die italienische Provenienz angewiesen. Der Import aus Italien betrug im Jahre 1886 Fr. 4,700,000. Dass der Import von Schlachtvieh aus Italien erschwert werde, liegt im Wunsch unserer Landwirtschaft.

Was die politische Seite der vorliegenden Frage betrifft, so kann Italien im Rücktritt der Schweiz von einem Provisorium, das zum Schaden der schweizerischen Gewerbethätigkeit schon allzu lange gedauert hat, nicht einen feindlichen Akt erblicken, für den wir etwa von Frankreich beeinflusst sein möchten. Es ist notorisch, dass wir seit der von Italien erfolgten Vertragskündigung uns fortwährend bemüht haben, die Verkehrsverhältnisse mit jenem Lande neuerdings zu regeln, allein ohne Erfolg, obgleich unsere Begehren in sehr bescheidenen Grenzen gehalten worden sind. Dagegen ist es uns gelungen, mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn, zwei mit Italien befreundeten Staaten, neue Handels-Verträge zu vereinbaren¹⁷, indem unsere Forderungen als mässig und annehmbar erachtet worden sind. Es kann nicht verkannt werden, dass es uns von jeher stets sehr daran gelegen ist, die freundschaftlichen Beziehungen mit Italien ungestört zu erhalten und dass gerade dieses Bestreben die Ursache ist, dass wir, nicht zu unserm ökonomischen Vortheil, zum erwähnten Provisorium Hand geboten und nicht früher den Weg betreten haben, den wir jetzt endlich in Aussicht nehmen, wenn die neuen Unterhandlungen bis Neujahr resultatlos bleiben.

Für die nächsten Vertragsunterhandlungen in Rom hat das Departement ein Programm angefertigt, in welchem unser Begehren und unsere Offerten zu Gegenkonzessionen im Allgemeinen enthalten sind. Dasselbe ist hier beigelegt.¹⁸ Die Delegirten des Bundesrathes hätten nach Ansicht des Departements zunächst officiös über dieses Programm zu unterhandeln und es würden ihnen, nachdem sie über das Resultat dieser officiösen Unterhandlungen berichtet, die definitiven Instruktionen für die officiellen Unterhandlungen ertheilt.

Das Departement stellt nun folgende *Anträge*:

1. Die Fortsetzung der Unterhandlungen seien, wie die früheren, welche im Dezember v. J. mit Italien über Abschluss eines neuen Handelsvertrages geführt worden sind, den Herren Minister Bavier in Rom, Nationalrath Cramer-Frey in Zürich und Landammann Blumer in Schwanden zu übertragen.

2. Das von der Handelsabtheilung des Departements des Auswärtigen für die Unterhandlungen vorgelegte Programm sei genehmigt.

3. Die Delegirten des Bundesrathes seien ermächtigt, im geeigneten Momente, sei es im Anfange, sei es im Laufe der Unterhandlungen, den Delegirten der k. italienischen Regierung zu eröffnen, dass wenn bei den jetzigen Unterhandlungen kein neuer Vertrag zu Stande komme oder

17. Vgl. Nrn. 378 und 383.

18. Nicht abgedruckt.

wenigstens die Unterhandlungen auf dem Wege eines gegenseitigen Einverständnisses so weit vorgerückt seien, dass angenommen werden kann, dass ein neuer Vertrag vereinbart werde, der Bundesrath von Neujahr an auf die Produkte italienischer Provenienz den schweizerischen Generaltarif zur Anwendung bringe und gleichzeitig auf demselben Erhöhungen einzelner Ansätze beschliessen werde.

4. Das Zolldepartement sei zu beauftragen, Bericht und Antrag hinsichtlich der Erhöhung von Ansätzen des Generaltarifs auf Produkte italienischer Provenienz in Bereitschaft zu halten.

383

E 13 (B)/236

*Der Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz,
an die Handelsvertragsdelegierten C. Cramer-Frey und E. Blumer¹*

Kopie
S

Bern, 17. Dezember 1888

Ich beeile mich, Ihr Schreiben vom 15. ds.², das mir soeben zugekommen ist, zu beantworten. Sie bemerken in demselben, in Folge der die letzten Tage im Nationalrath stattgehabten Discussion³ befinden sie sich im Momente nicht im Besitze der nöthigen Geistesruhe, um die dortseitigen Verhandlungen fortzusetzen. Sie seien auf die Anklagebank versetzt u. zum Theil auch darauf verblieben.

Es ist, hochgeachtete Herren, richtig, dass die Discussion eine ziemlich animirte war u. dass dabei manche Ausdrücke gefallen sind, die bei ruhiger Überlegung u. — ich darf wohl beifügen — auch bei gründlicherer Kenntniss der Sachlage u. der handelspolitischen Situation unterblieben wären. Diese Ausfälle waren indessen in erster Linie gegen den Bundesrath u. den Vorsteher des Departements, welches die Handelsvertragsunterhandlungen leitet, gerichtet.⁴ Im Bewusstsein, nach bestem Wissen u. Gewissen gehandelt zu haben, sind wir über die Ausfälle hinweggegangen;

1. *Am Kopf des Schreibens findet sich die Bemerkung:* Herrn Nationalrath Cramer-Frey für sich & zu Händen des Herrn Landamman Blumer. p.a. Schweiz. Gesantsch[*aft*] in Rom.

2. *Nicht abgedruckt.*

3. *Vgl. die Nationalratsprotokolle vom 12. und 13. 12. 1888* (E 1001 (C) d 1/97, Nrn. 351 und 354).

4. *In der Nationalratsdebatte vom 12. 12. 1888 stellte Beck-Leu den Antrag: [...]* die vom Bundesrath nachgesuchte Ratifikation nicht auszusprechen [...] weil, wie schon aus dem Innern der Botschaft selbst erhelle, diese Verträge auf dem Rücken der landwirtschaftlichen Bevölkerung der Schweiz und zu deren Ungunsten abgeschlossen worden seien [...]. *In der Diskussion wurde bemerkt: [...]* Eines ins Andere gerechnet habe die Masse des Schweizervolkes von den vorliegenden Verträgen nur Nachteile, Vorteile habe einzig eine ganz kleine Zahl Grossindustrieller. Von diesem Gesichtspunkte aus sei allerdings zunächst der Vertrag mit Oesterreich zu verwerfen, während der Vertrag mit Deutschland weniger gefährlich sei. Es werde, damit der erstere nicht dem letzteren Ziele zuliebe angenommen werde, getrennte Abstimmung verlangt.

(Bühler aus Graubünden, unterstützt von Gisi und Decurtins) [...] (E 1001 (C) d 1/97, Nr. 351).

jedoch nicht, soweit sie sich auf unsere verehrten Bevollmächtigten beziehen.⁵ Die öffentlichen Blätter haben hierüber gar nicht oder unrichtig berichtet, mit Ausnahme der *N[eu]en Z[ürcher] Z[ei]tung*, die in N. 350 auszüglich mittheilt: «Auch nahm er (der Vorsteher des *D[epartement]s* des Auswärtigen) die beiden schweiz. Unterhändler in Schutz gegen die von der Opposition erhobenen Vorwürfe, als hätten sie einseitig die Interessen der Grossindustrie gewahrt u. stattete ihnen vor dem ganzen Rathe den Dank des Vaterlandes ab für die grossen Verdienste, die sie sich um das Vaterland erworben haben.»

Bei der Abstimmung hat der Nationalrath gegenüber einer verschwindend kleinen Minorität Ihre Arbeit & Ihr Werk sanktionirt u. damit jene Ausfälle zurückgewiesen. Im Abstimmungsergebnisse⁶ liegt meines Erachtens für Sie einerseits Satisfaktion, andererseits eine Missbilligung der gedachten unmotivirten Bemerkungen der Opposition.

In den Parlamenten werden überhaupt in neuester Zeit Handelsverträge nicht immer mit derjenigen ruhigen Objektivität behandelt, die im Interesse der Sache liegen würde. Wo zu Angriffen zutreffende Motive fehlen, da wird Zuflucht zu oft leidenschaftlichen Ausfällen genommen.

Wollen Sie, hochverehrte Herren, daher den Muth nicht verlieren & Ihre Arbeiten, die Sie begannen, zum Wohle unseres Vaterlands fortsetzen u. zu Ende führen. Wenn Sie dabei auch nicht auf Anerkennung verletzten Ehrgeizes u. einseitiger Interessen zählen können, so ist Ihnen dagegen der Dank des Vaterlands & seiner obersten Exekutivbehörde sicher.

PS. Je voudrais avoir le temps de dicter de mémoire ce que j'ai dit au Conseil national pour vous défendre des attaques dirigées moins encore contre vous que contre moi. Vous pourriez vous convaincre que le beau rôle n'a pas été du côté de vos adversaires.

5. *In der Debatte vom 13. 12. 1888 erklärte Droz: [...] Was man von den eigentlichen Vertragsunterhändlern verlange und was der Bundesrat in den beiden Männern gefunden habe, welche sich mit so grosser Opferwilligkeit dem daherigen Mandate unterzogen, das sei eine gründliche Beherrschung des beim Abschluss solcher Verträge in Betracht fallenden Materials, und jene Unabhängigkeit der Gesinnung, welche nie ein Einzelinteresse über das allgemeine Landesinteresse stelle. [...] (E 1001 (C) d 1/97, Nr. 354).*

6. *Der Vertrag mit Oesterreich-Ungarn war vom Nationalrat am 13. 12. 1888 mit 92:34 Stimmen gutgeheissen worden, jener mit Deutschland mit 105:10 (E 1001 (C) d 1/97, Nr. 354). Vgl. auch die Botschaft des Bundesrathes an die Bundesversammlung, betreffend die Handelsverträge mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn. (Vom 1. Dezember 1888) und den Vertragstext (BB1 1888, 4, S. 961–1042).*

E 2300 Berlin 8

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz*

B Privatim und confidentiell

Berlin, 17. Dezember 1888

Bevor wir unsere Correspondenz betreffend Handelsvertrag vor der Hand wieder abschliessen, möchte ich Ihnen zu Ihrer Information noch folgende vertrauliche Mittheilungen machen.

1. Es dürfte Ihnen vielleicht aufgefallen sein, dass unsere Berichte über die Schlussverhandlungen stets von der Hand des Herrn Cramer-Frey geschrieben waren.

Ich habe, diesen formellen Punkt anbelangend, zu bemerken, dass, als ich sofort nach der ersten Conferenzsitzung mich meinen Herren Collegen gegenüber dahin ausgesprochen hatte, ich beabsichtige den Bericht für Bern an der Hand meiner ausführlichen Notizen noch am gleichen Abend in Arbeit zu nehmen, Herr Cramer-Frey mir den Vorschlag machte, dass die Berichterstattung ihm, der in Folge der Verhandlungen in Wien mit allen Details der Tariff Fragen ganz vertraut sei, überlassen werden möchte, in der Meinung, dass wir selbstredend uns vorher über den Inhalt des Berichts und über die Antragstellung etc. einigen.

Dieser Vorschlag trug so prononciert das Gepräge eines bestimmten Wunsches, dass ich mich demselben ohne Weiteres fügen zu müssen glaubte, und so kam es, dass dann Herr Cramer-Frey auch in der Folge die für Sie bestimmten Berichte abfasste.

Ich erwähne dies, um Sie darüber nicht im Zweifel zu lassen, dass die Initiative für diesen modus procedendi nicht von mir ausging, und dass es keineswegs Bequemlichkeitsgründe, sondern ausschliesslich Collegialitäts-Rücksichten waren, welche mich bestimmten, dem Vorschlag des Herrn Cramer-Frey beizupflichten.

2. Es würde mich nicht wundern, wenn Sie darüber erstaunt gewesen wären, dass, nachdem ich mich früher, und auch noch im Herbst in Bern¹, so pessimistisch über die Chancen der Schlussunterhandlungen ausgesprochen, wir hiebei ein relativ so günstiges Ergebniss erzielt haben.

Sie erinnern sich vielleicht aber, dass ich mich Ihnen gegenüber beiläufig auch dahin vernehmen liess, es wäre immerhin möglich, dass der Reichskanzler, nach den unliebsamen Differenzen von diesem Frühjahr², sich aus allgemeinen politischen Gründen schliesslich doch noch etwas nachgiebig zeige, und dass ich beabsichtige, an massgebender Stelle gelegentlich vertraulich zu betonen, wie wünschenswerth es wäre, dass dieses Motiv Berücksichtigung finde.

Letzteres habe ich denn auch gethan, und ich bin heute in der Lage, gestützt auf Mittheilungen aus zuverlässigster Quelle ganz vertraulich zu berichten, dass in der

1. Vgl. Nr. 377.

2. Vgl. Thematisches Verzeichnis, IV. Niederlassungs- und Asylpolitik. 4.3. Der «Sozialdemokrat» und der «Rothe Teufel» und 5.1. Der Fall Haupt/Schröder.

That dieses allgemeine politische Motiv gegen den Schluss unserer Unterhandlungen ausschlaggebend gewirkt hat.

Meine Collegen werden Ihnen bezeugen, dass in den ersten Conferenztzungen die deutschen Commissarien sehr wenig Entgegenkommen zeigten. Sie haben im Weitern aus unserem Berichte³ über die Sitzung, welche der Reise des Herrn von Boetticher nach Friedrichsruhe voranging, ersehen können, dass wir, Herr Cramer-Frey und ich, also noch unmittelbar vor Thorschluss die Situation zum Mindesten als sehr ungewiss auffassten und zwar gestützt auf verschiedene wenig ermuthigende Aeusserungen des Herrn von Boetticher.

Letzterer brachte dann aber bekanntlich in wenigen Tagen das bedingungslose Jawort von Friedrichsruhe zurück, und dieses Jawort hatte er erreicht gestützt auf einen *mündlichen* Vortrag, ohne dass der Reichskanzler auch nur einen Blick in die betreffende Vorlage gethan und ohne dass er seinerseits eine einzige Tarifposition zur Sprache gebracht hätte. «Ich will einen Vertrag mit der Schweiz» habe er Herrn von Boetticher kurz erwidert, und soll er unter Anderem deutlich zu erkennen gegeben haben, dass ihn hiebei allgemeine Gründe politischer Natur leiten.

Sie können sich auf die Authenticität dieser Mittheilungen unbedingt verlassen. Meine Quellen sind, wie oben erwähnt, absolut zuverlässig. Zudem haben Gegenproben, welche ich neulich noch auf mehr indirektem Wege gemacht habe, die mir direkt ertheilte Auskunft vollauf bestätigt.

Ich setze Werth darauf, Ihnen gegenüber, auch diesen Punkt der Unterhandlungen betreffend, die Sachlage klar zu stellen.

3. Vgl. das Schreiben von Roth an Droz vom 7. 11. 1888 (E 13 (B)/155).

385

E 22/1942

*Der schweizerische Delegierte an der internationalen See- und
Wechselrechtskonferenz, P. Speiser,
an den Bundesrat*

B

Basel, 24. Dezember 1888

Sie haben mir neuerdings die Ehre erwiesen, mich als Delegirten des hohen Bundesrates zu den internationalen Verhandlungen abzuordnen, welche die Belgische Regierung zum Zwecke der internationalen Vereinheitlichung des Seerechtes und des Wechselrechtes veranstaltet hat.

Der Kongress fand in diesem Jahre vom 30. September bis 6. Oktober in Brüssel statt und wurde im wesentlichen von denselben Staaten und Korporationen beschickt, welche sich an dem ersten Kongresse in Antwerpen im Jahre 1885¹ betheiligt hatten. Auch dieses Mal war Deutschland offiziell nicht vertreten; die italieni-

1. Vgl. den Bericht von Speiser vom 10. 11. 1885 (E 22/1941).

schen Delegirten zur wechselrechtlichen Sektion, welche in Antwerpen eine hervorragende Beteiligung an der Diskussion genommen hatten und in mehreren Schriftstücken den damals ausgearbeiteten Entwurf besprochen hatten, waren sämtlich, wie mitgeteilt wurde durch Krankheit, verhindert, in Brüssel zu erscheinen, so dass Italien ebenfalls nicht vertreten war.

Die belgische Kommission hatte für die Beratung in Brüssel ein einlässliches Questionnaire² ausgearbeitet, in welchem alle Punkte berücksichtigt waren, welche in Antwerpen oder in den seither erschienenen Kritiken des Entwurfs zur Sprache gebracht worden waren.

Dieses Questionnaire wurde den Beratungen zu Grunde gelegt und zwar so, dass die wichtigern Punkte zuerst behandelt wurden und zum Teile einer Spezialkommission zur Vorberatung überwiesen wurden, in welcher jeder Staat durch einen Delegirten vertreten war.

Dieser Modus ermöglichte eine weit gründlichere Erörterung der wichtigern Fragen, und es ist nicht zu bestreiten, dass die diesmalige Konferenz sich zu einem intensiven, für alle Besucher lehrreichen und zweifellos auch wirksamen internationalen Gedankenaustausche über das Wechselrecht gestaltete.

Die belgische Kommission hatte auch die sorgfältigsten Vorbereitungen getroffen, um in möglichst vielen Streitpunkten eine Verständigung herbeizuführen, und Dank der gewandten Leitung des Herrn E. Pirmez, Ministre d'Etat, wurde die angestrebte Verständigung auch erzielt, wenigstens vorläufig; denn es lässt sich nicht leugnen, dass eine Anzahl der vereinbarten Kompromisse vor einer strengen Kritik, wie sie von den einzelnen Staaten geübt werden wird, nicht werden Stand halten.

Es wird hierorts auf die einzelnen Fragen nicht näher einzugehen sein; ich beschränke mich, das Hauptergebnis der Brüsseler Beratungen festzustellen, und erlaube mir, für das Einzelne auf einen Bericht zu verweisen, den ich in der Zeitschrift für Schweizerisches Recht, Band VIII³, erscheinen lasse und von dem ich mich beehre einen Separatabzug beizulegen.

In den Antwerpener Verhandlungen hatten sich die französische Auffassung des Wechsels und die deutsche Auffassung des Wechsels schroff gegenübergestanden, und da die Vertreter der französischen Auffassung, Franzosen und Belgier, in der Mehrheit waren, hatte dieselbe bei den Abstimmungen in der Regel den Sieg davon getragen.

In der Zwischenzeit hat aber die belgische Kommission durch gründliches Studium des deutschen Wechselrechts sich überzeugt, dass dasselbe die moderne Rechtsentwicklung darstellt, und ist in Folge dessen in wesentlichen Punkten zu der deutschen Auffassung übergegangen; aber auch von den französischen Vertretern sind wissenschaftlich hervorragende Mitglieder zu demselben Ergebnisse gekommen, während allerdings die offiziellen Delegirten an dem französischen Systeme glaubten festhalten zu müssen. Der Streit drehte sich in Antwerpen namentlich um die Frage der Provision; es war nicht möglich, in Brüssel durch Mehrheitsbeschluss kurzweg den deutschen Grundsatz, der die Provisionsfrage aus dem Wechselrechte verweist und überhaupt nicht anerkennt, zu adoptiren. Auf Vorschlag der belgischen Kommission wurde die Schwierigkeit dadurch umgangen, dass die Provisionsfrage

2. Nicht abgedruckt.

3. Nicht abgedruckt.

im internationalen Wechselgesetze ignoriert wird, aber mit der Erklärung, dass es jedem Land freistehen soll, in sein Konkursrecht Bestimmungen aufzunehmen, welche sich auf die Provision beziehen; dieselbe Lösung wurde für andere Punkte gefunden.

Damit ist aber doch tatsächlich das deutsche System als Sieger aus dem Kampfe hervorgegangen; denn es ist das ausgesprochen worden, was der Grundgedanke der deutschen Wechselrechtstheorie ist, dass nämlich in's Wechselrecht nur das gehöre, was die Wechselurkunde selber betrifft, dagegen nichts, was das materielle Verhältnis der Wechselkontrahenten zu einander berührt.

Das Ergebnis der Brüsseler Konferenzen ist also der Sieg des durch die deutsche Wechselordnung vertretenen modernen Wechselrechtes, und es ist vorauszusehen, dass auch Frankreich, das eine Revision seines Handelsrechts plant, sich diesem Ergebnisse unterordnen wird.

Es wird ferner anzuerkennen sein, dass den aus so einlässlichen Beratungen hervorgegangen einzelnen Beschlüssen des Brüsseler Kongresses auch in andern Punkten bei zukünftigen gesetzgeberischen Akten im Gebiete des Wechselrechts wird Beachtung geschenkt werden müssen.

Über die weitere Entwicklung der Sache gibt zunächst der Beschluss des Kongresses in einer letzten Plenarsitzung Auskunft:

«Le cabinet de sa Majesté le roi des Belges est chargé d'entamer les négociations diplomatiques nécessaires pour faire entrer par tous les gouvernements dans leurs législations les principes consacrés par le Congrès.

La commission royale d'organisation est maintenue en fonction comme comité consultatif du gouvernement.

Le congrès ne sera réuni à nouveau que si les négociations diplomatiques en démontraient la nécessité.»

Demnach beabsichtigt die belgische Regierung diplomatische Schritte zur Verwirklichung der angestrebten Rechtseinheit auf dem Gebiete des Seerechts und des Wechselrechts zu tun.

Indessen wird dies kaum in nächster Zeit geschehen.

Da in den Brüsseler Beratungen die Beschlüsse nicht auf den Gesetzesentwurf basirt wurden, so bedarf es zunächst einer Durcharbeitung des Entwurfes, und bei dieser wird sich zeigen, dass eine Anzahl Beschlüsse miteinander nicht harmoniren.

Es wird dies voraussichtlich dazu führen, dass die belgische Regierung – und es scheint mir dies auch in der oben mitgetheilten Resolution angedeutet – auf den Gedanken einer Annahme des internationalen Entwurfes verzichten und nur die Berücksichtigung der einzelnen Grundsätze des Entwurfes in der nationalen Gesetzgebung empfehlen wird.

Es wird dann den einzelnen Regierungen freistehen, zu erwägen, ob sie die Abweichungen des geltenden Gesetzes von dem internationalen Entwurfe für so bedeutend und die internationalen Grundsätze für so richtig halten, dass sich eine Änderung der Gesetzgebung rechtfertigen liesse.

Die Länder, welche das deutsche System schon besitzen, werden naturgemäss nicht die ersten sein, welche eine Änderung eintreten lassen, sondern es wird zunächst Belgien selbst und sodann Frankreich die modernen Grundsätze zu adoptiren haben; und für die übrigen Länder wird die Stellung der deutschen Regierung massgebend sein. Da Deutschland nach der Inkraftsetzung des Entwurfes eines bür-

gerlichen Gesetzbuches eine Revision seiner handelsrechtlichen Gesetzgebung plant, so ist nicht ausgeschlossen, dass bei diesem Anlasse auch das Wechselrecht mit dem internationalen Entwurfe könnte in Einklang gebracht werden.

Schliesslich will ich nicht unterlassen, auf die überaus freundliche Aufnahme hinzuweisen, welche Ihrem Vertreter sowohl bei den offiziellen Leitern des Kongresses, als bei den Delegirten der andern Länder zu teil geworden ist; es wurde ihm, wie den Vertretern anderer Staaten, die Auszeichnung eines Vizepräsidenten der Sektion für Wechselrecht übertragen, und beim Empfange am königlichen Hofe sprach sich der König in überaus wohlwollender Weise über die Beziehungen der beiden Länder aus.

386

E 13 (B)/215

*Der schweizerische Gesandte in Rom, S. Bavier,
an den Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz*

B Persönlich

Rom, 25. Dezember 1888

Unserm heutigen Kollektivbericht¹ habe ich noch eine persönliche Bemerkung beizufügen.

Ich bin in allen materiellen Fragen mit meinen Herren Mitdelegirten einverstanden & die Thätigkeit & Beharrlichkeit derselben verdient die höchste Anerkennung.

Daneben glaube ich aber dass die *politische* Frage bei H^r Crispi stark in's Gewicht fällt. In der Besprechung die ich gestern mit ihm gepflogen habe, gab er den lebhaften Wunsch zu erkennen mit uns einig zu werden & sagte; «Wenn wir von beiden Seiten nachgeben, werden wir sicher zu einem befriedigenden Resultat kommen.» Auch versprach er ernstlich mit Ellena zu reden. Es ist nun dieser letztere freilich gerade diejenige Persönlichkeit die für uns am gefährlichsten erscheint. Er ist sehr competent, dabei aber ausserordentlich zähe & hält am Generaltarif, den er verfasst hat, ungemein fest. Das Fatale dabei ist, dass Crispi grosse Stücke auf ihn hält & sich von ihm beeinflussen lässt.

Dessenungeachtet glaube ich, dass Crispi sich zweimal besinnen wird bevor er den Vertrag scheitern lässt. Allerdings wird nöthig sein unserseits die Forderungen etwas herabzustimmen, damit er vor dem Parlament mit dem Vertrag auftreten kann. Wenn sich punkto Zoll-Cartell² *etwas* thun liesse wäre es sehr gut. Ich weiss nicht ob vielleicht ein Ausgangszoll auf Tabak und Colonialwaaren möglich wäre oder ob Sie eine andere Massregel, die Italien einigermaßen beruhigen würde, anzuwenden für möglich halten & stelle die Sache Ihrem bessern Ermessen anheim.

Die diplomatische Aktion halte ich, im *letzten* Augenblick, für sehr nützlich. Der deutsche Botschafter hat grossen Einfluss auf Crispi. Ich habe aber, namentlich weil

1. Nicht abgedruckt.

2. Am 11.12.1888 hatten die Italiener einen neuen Kartellentwurf vorgelegt (E 13(B)/215).

es im Wunsche meiner Herren Collegen war, immer damit zugewartet; schliesslich wird es aber doch dazu kommen müssen.³

Graf Solms (der deutsche Botschafter) fragte mich gestern: wie es mit unsern Verhandlungen stehe & ich erwiderte blos: wir sind noch weit auseinander. Weder er noch ich sprachen dann über die Sache. Dagegen äusserte Baron Bruck, den ich gestern sah, zu mir: «Solms hat Auftrag Sie zu unterstützen, sobald Sie es verlangen». Ich sagte nichts darüber & verhalte mich einstweilen passiv, bis der Moment kommt & alsdann sind auch die Herren Cramer & Blumer einverstanden, dass ich zu Solms gehe. Natürlich bleibt Alles *streng geheim*. Solche bons offices kommen ja stets in der Diplomatie vor, ohne dass Dritte etwas darüber erfahren.⁴ — Ich füge, um nicht missverstanden zu werden, bei, dass Ellena persönlich sehr artig ist & die Herren Cramer & Blumer sich über sein persönliches Auftreten keineswegs beklagen; wir alle aber nur bedauern, dass er sich verpflichtet glaubt am Generaltarif festzuhalten.

3. Vgl. Nr. 388.

4. Vgl. auch das Schreiben von Droz an Aepli vom 4. 12. 1888, worin dieser ersucht wurde, konfidentuell um österreichische Unterstützung bei den Verhandlungen in Rom nachzusuchen (E 2200 Wien 1/106).

387

E 1001 (E) q 1/161

Der Bundesrat an die argentinische Gesandtschaft in Bern

Kopie

N 5798 *Maschinenschrift*

Bern, 28. Dezember 1888

Par note du 24 novembre dernier¹, vous avez cru devoir vous plaindre

I. De ce que le département fédéral des affaires étrangères a interdit, par circulaire du 23 octobre² dernier, aux agents et sous-agents d'émigration d'entrer en relations d'affaires avec des personnes ou bureaux qui font de la propagande en faveur de l'émigration pour la République argentine et de ne pas accepter à l'expédition des gens que de telles personnes ou de tels bureaux auraient encouragés à émigrer;

II. De ce que M. Weber, se nommant directeur d'un bureau d'information de la République argentine à Bâle, a été accusé de violation de la loi fédérale concernant les opérations des agences d'émigration et déféré au tribunal de police de Bâle, fait dont il est résulté pour lui des frais et qui était de nature à discréditer son bureau;

III. De ce qu'un fonctionnaire du département fédéral des affaires étrangères a publié dans les «Basler Nachrichten» des articles hostiles à l'émigration pour la République argentine en général et au bureau de M. Weber en particulier.

Nous avons l'honneur de répondre à ces plaintes ce qui suit:

1. E 7175 (A) 1/10.

2. E 7175 (A) 1/4.

1. La circulaire du département fédéral des affaires étrangères du 23 octobre dernier, défendant aux agences d'émigration suisses l'expédition, pour la République argentine, de personnes qui auraient été engagées à émigrer par des bureaux de propagande, est en tous points conforme aux prescriptions des articles 5, dernier alinéa, 10, 12, 13 et 19 de notre loi sur les opérations des agences d'émigration³ et, déjà pour ce motif, n'est pas de nature à pouvoir donner lieu à une plainte fondée de la part d'une autorité étrangère.

Le département fédéral des affaires étrangères a appris et constaté qu'une propagande secrète et active se fait depuis quelque temps dans certaines contrées de la Suisse en faveur de l'émigration pour la République argentine, que diverses brochures sur ce pays, des tableaux sur les prix des moyens de subsistance et les conditions de salaires ont été envoyés à nombre de personnes et que l'on a fait entrevoir à celles-ci que des avances de fonds leur seraient accordées pour payer les frais de leur passage.

Ces faits doivent être envisagés comme la conséquence du décret du gouvernement argentin du 25 novembre 1886, par lequel un bureau d'information et de propagande (*oficina de información y de propaganda*) a été créé entre autres à Bâle, et d'un autre décret d'après lequel les différents bureaux de propagande créés en Europe doivent être mis en mesure d'avancer à 50,000 émigrants pour l'Argentine les frais de passage sur mer. Les mesures en question peuvent avoir été dictées et le sont sans doute dans l'intérêt bien-entendu de la République argentine, mais, comme leur exécution se fait en partie dans notre pays et touche par conséquent la population suisse, nous estimons qu'il nous appartient de nous occuper des suites qu'elles peuvent avoir pour nos ressortissants.

A ce point de vue, nous envisageons l'encouragement de l'émigration par des moyens artificiels, tels que promesses d'avance de fonds, prospectus, brochures, tableaux de salaires, pour l'exactitude du contenu desquels aucune garantie n'est offerte, non seulement comme contraire à notre loi, mais encore comme préjudiciable aux intérêts de nos populations.

En effet, l'autorité d'un pays ne peut pas voir avec indifférence des émissaires étrangers se livrer sur son territoire, par tous les moyens possibles, à une propagande de nature à dépeupler des contrées entières. Elle a plutôt le devoir de veiller à ce que l'émigration n'ait pas lieu dans des circonstances qui pourraient avoir pour effet la misère des familles qui s'expatrient, attendu que les émigrants partant pour la République argentine, après avoir accepté une avance du prix de passage et contracté ainsi des obligations de remboursement, courent le danger sérieux d'être complètement déçus dans les espérances qu'on leur a fait concevoir.

La légation de la République argentine peut être assurée, d'une part, que les mêmes mesures seraient prises contre n'importe quelle propagande de même nature et, d'autre part, que toute émigration pour la République argentine, poursuivant son cours normal et naturel, non seulement ne trouvera pas d'obstacles chez nous, mais sera même envisagée comme préférable à celle à destination de maint autre pays.

2. Quant au fait que M. Weber a eu à se défendre devant le tribunal de police à Bâle contre l'accusation d'avoir violé la loi fédérale concernant les opérations des agences

3. Vgl. *das Bundesgesetz betreffend den Geschäftsbetrieb von Auswanderungsagenturen vom 22. 3. 1888* (AS 1889, 10, S. 652–664).

d'émigration suisses, nous ne pouvons envisager votre plainte comme fondée en présence de l'article 19 de cette loi, qui statue: «Les personnes et leurs complices qui sans patente ou autorisation se livrent à des opérations d'émigration, font profession de vendre des billets de passage, participent à une entreprise de colonisation, font des publications interdites par le Conseil fédéral (article 24, chiffre 1) seront déférées, d'office ou sur plainte, aux tribunaux cantonaux.»

Le fait que M. Weber a été acquitté ne lui donne aucunement le droit de se plaindre, attendu que tout citoyen suisse ou étranger peut être appelé à comparaître devant les tribunaux et à subir des frais de ce chef, et que d'autre part l'acquiescement dont se prévaut M. Weber ne prouve pas qu'il n'ait lui-même, par ses agissements, provoqué sa mise en accusation. S'il a pu croire que sa position de directeur nommé par le gouvernement argentin devait le garantir contre toute action judiciaire et lui conférer le droit de faire de la propagande sans avoir à tenir compte de nos lois, il est dans l'erreur. Nous ne pouvons pas reconnaître M. Weber comme fonctionnaire de la République argentine; nous n'avons du reste jamais été appelés à nous prononcer sur cette question, et son bureau a été ouvert sans qu'on nous en ait donné connaissance. Mais, fût-il même reconnu par nous comme fonctionnaire de la République argentine, qu'il n'en serait pas moins soumis à nos lois comme tout citoyen suisse et étranger établi sur notre sol. Il aurait été au moins de son devoir de s'informer, immédiatement après l'ouverture de son bureau, auprès de qui de droit si l'activité à laquelle il voulait se livrer ne serait pas contraire aux lois du pays.

La légation argentine peut donc se convaincre que c'est plutôt nous qui avons un motif fondé de nous plaindre des procédés et agissements de M. Weber.

En ce qui concerne le désir exprimé dans la note de la légation d'obtenir l'assurance que de nouvelles actions judiciaires ne seront plus ouvertes contre M. Weber, nous avons le regret de ne pouvoir y satisfaire; il ne tient d'ailleurs qu'à M. Weber lui-même de n'être plus exposé à de tels désagréments; pour cela il n'a qu'à se conformer strictement aux prescriptions de nos lois, comme tout autre habitant de notre pays est tenu de le faire, sans vouloir réclamer un privilège qui ne peut lui être reconnu.

3. Quant au troisième point de votre plainte, il n'est pas mieux fondé que les deux autres. En effet, le département fédéral des affaires étrangères, ainsi que tous ses fonctionnaires, est absolument étranger aux articles parus dans les «Basler Nachrichten» sur l'émigration suisse pour la République argentine, et ils n'en ont eu connaissance qu'après qu'ils avaient été publiés. Le reproche adressé à ce sujet à un de nos fonctionnaires est donc entièrement gratuit. Nous devons d'ailleurs réserver le droit de l'administration de faire les publications qu'elle estime utiles et nécessaires dans l'intérêt des personnes qui se proposent d'émigrer.

La légation fait ressortir dans sa note la liberté, l'hospitalité et la prospérité dont jouissent les citoyens suisses établis dans la République argentine. Nous nous plaignons à le reconnaître aussi, tout en constatant que les citoyens argentins établis en Suisse ou qui voudront s'y établir sont assurés de jouir chez nous d'une hospitalité et d'une liberté non moins grandes que celles que les Suisses trouvent sur le territoire argentin, mais, de même que les Suisses établis en Argentine doivent se soumettre aux lois du pays, de même nous devons exiger que les ressortissants argentins établis en Suisse respectent les nôtres.⁴

4. *Vgl. auch den* GBer. 1888 (BBl 1889, 2, S. 419–421).

388

E 13 (B)/215

*Der schweizerische Gesandte in Rom, S. Bavier,
an den Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz*

B Confidentiel

Rom, 29 Dezember 1888

Der deutsche Botschafter, Solms, besuchte mich schon diesen Vormittag, um mir mündlich über seine *bons offices* zu berichten.¹ Er sagte mir, dass er vorgezogen habe H' Damiani, den Vertrauten von Crispi, auszuholen. Nach der Äusserung desselben unterliege es keinem Anstand uns die Concessionen auf Baumwolle & Maschinen zu gewähren wenn wir ein Zoll-Cartell mit Italien eingehen wollen. Graf Solms fügte bei: der Schmuggel aus der Schweiz sei ein unmoralisches Gewerbe, welches Italien jährlich um 10 Millionen Franken schädige. Es handle sich ja nicht darum, dass die Schweiz in politischer Beziehung irgend welche Concessionen mache, sondern nur, dass sie nicht dulde, dass ein so unsauberes Geschäft offen betrieben werde & ihm scheine, dass man unbedenklich sich wenigstens principiel dazu verstehen sollte.

Ich verdankte G/raf Solms seine Bemühungen & erwiderte ihm, es sei uns längst bekannt, dass Italien einen Zoll-Cartell haben wolle. Aber man nehme Anstand denselben zu gewähren & bei uns die Polizeigewalt zu Gunsten eines fremden Staates auszuüben. Der Bundesrath sei weit entfernt davon den Schmuggel als etwas erlaubtes anzusehen & bedaure denselben. Übrigens sei, selbst bei einem Cartell, keine Einschränkung desselben möglich so lange Italien seine Zollbeamten nicht besser bezahle. Man schmugge aus Östreich fortwährend nach Italien, obschon ein Zoll-Cartell bestehe.

Ich wolle übrigens Ihnen vertraulich über die stattgehabte Unterredung Bericht erstatten.

G/raf Solms erwiderte er halte hiemit seine Intervention vorläufig für beendet, stehe jedoch stets gerne zu Diensten.²

1. Vgl. Nr. 386.

2. Am 23. 1. 1889 wurde zwischen der Schweiz und Italien ein neuer Handelsvertrag unterzeichnet. Botschaft des Bundesrates und Vertragstext in: BBl 1889, 1, S. 393–437.

E 2300 Berlin 9

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz*

B Persönlich und confidentiel

Berlin, 13. Januar 1889

Letzten Freitag war ich bei dem Grafen H^c Bismark zum Diner eingeladen, in Gesellschaft von mehrern Botschaftern, Gesandten etc.

Während des Diner's und auch nachher, im Rauch-Salon, bis unmittelbar vor unserm Weggehen, drehte sich die Conversation zumeist um gleichgültige Dinge nicht politischer Natur. Als ich mich anschickte, mich von dem Grafen zu verabschieden, glaubte ich dann noch ein verbindliches Wort über die Erledigung der Angelegenheit betr. die Zoll-Strasse bei Lützel einfließen lassen zu sollen und hierauf erwiderte alsdann der Graf, mich etwas auf die Seite führend, ungefähr Folgendes:

«Ach ja, die Sache ist nun erledigt. Die ganze Geschichte war übrigens von geringer Bedeutung. Andere Fragen, welche die Schweiz betreffen, sind für uns und für erstere viel wichtiger. H. v. Bülow, der uns immer recht gute Berichte schickt, hat neulich gemeldet, dass die Militär-Centralisations-Bewegung, welche von den schweiz. Offizierskreisen ausgehe, vor der Hand an massgebender Stelle und in den eidg. Rätchen noch wenig Entgegenkommen finde. Wir bedauern dies sehr, denn wir wünschen die Schweiz möglichst stark, und so lange die Kantone in militärischen Dingen, wobei namentlich die Offiziersernennungen hervorzuheben sind, noch so viel mitzureden haben, wird eben doch Ihre Armee für den Ernstfall noch Erkleckliches zu wünschen übrig lassen. Überhaupt wäre der Schweiz noch etwas mehr Centralisation entschieden erspriesslich. So sollte namentlich die Centralgewalt den Kantonen gegenüber betreffend Überwachung und Einschränkung der subversiven Elemente noch viel kräftiger einschreiten können, als es jetzt der Fall ist. Wir anerkennen vollkommen den guten Willen des Bundesrathes und sind demselben im Besondern sehr dankbar für die Unterdrückung des sozialdemokratischen Schandblattes in Zürich. Wir möchten nur wünschen, derselbe wäre auch nach dieser Richtung in seiner Thätigkeit weniger gelähmt durch die Kompetenzen und Gegenströmungen der Kantone. Einen ganz besondern Werth legen wir aber, wie bemerkt, darauf, dass die Schweiz militärisch stark sei und dass die von den Offizierskreisen so warm befürwortete Centralisation recht bald durchgeführt werde. Wir wünschen dies namentlich mit Rücksicht auf gewisse andere Staaten; wir wünschen, dass auch andere Regierungen über die Fähigkeit der Schweiz, Einbrüche in ihr Gebiet mit Gewalt abzuwehren, so recht überzeugt seien. Sie wissen, ich habe da namentlich ein gewisses Loch im Jura im Auge. *Wir* werden *nie* bei Ihnen einbrechen, *nie*. Das haben wir Ihnen 1870 sofort des Bestimmtesten erklärt; das habe ich Ihnen persönlich seither wiederholt betont und die gleiche Antwort würde Ihre Regierung bei dem eventuellen Ausbruche neuer kriegerischer Verwicklungen wieder a tempo erhalten. Dafür müssen wir aber — ich komme nochmals darauf zurück — immer und immer wieder den Wunsch betonen, dass Sie stark und militärisch gut organisirt seien, wozu die besprochene Militär-Centralisation in ganz erheblichem Masse beitragen dürfte. Ich glaube, H. von Bülow hat

sich H. Präsident Hammer gegenüber gelegentlich schon in diesem Sinne geäußert. Verwerthen Sie das, was ich Ihnen jetzt gesagt habe, nach Gutdünken; sei es, dass Sie nach Bern schreiben (natürlich sehr vertraulich) oder dass Sie den Herren dort etwa anlässlich der Ferien mündlich von der Sache sprechen. Doch bitte ich Sie ausdrücklich, diese meine Mittheilungen als Privat-Äusserungen aufzufassen, welche ich Ihnen hier in meinem Hause gemacht habe und zwar auch hier nur deswegen gemacht habe, weil ich Sie näher kenne und weil ich weiss, dass ich mich auf Sie betreffend Alles, was geeignet ist, den bisherigen freundschaftlichen Verkehr zwischen beiden Regierungen aufrechtzuerhalten und zu kräftigen, sowie auch was Discretion betrifft, unbedingt verlassen kann. Amtlich und drüben im Auswärtigen Amt hätte ich Ihnen alles nicht gesagt.»

Da sich mittlerweile alle andern Gäste behufs Verabschiedung uns genähert hatten und der Graf sich selbst anschickte, unser tête à tête aufzuheben, konnte ich ihm nur noch summarisch antworten. Puncto subversive Elemente in den Kantonen etc. erwiderte ich, es dürfte sich doch empfehlen, dass in der Beurtheilung unserer Zustände dem wahren Sachverhalte und u. A. der fortgesetzt vortrefflichen Haltung der eidg. Räte etwas mehr Rechnung getragen werde und dass gewisse Press-Extravaganzen weniger Beachtung finden; der Bundesrath werde sich mit den Competenzen, welche er bereits besitze, auch in der Folge nach Bedürfniss zu helfen wissen und er sei auch entschlossen von diesen Competenzen Gebrauch zu machen. Betreffend Militär-Centralisation bemerkte ich, so weit es sich um meine persönliche Ansicht handle, so stehe ich nicht an, dem Grafen das Geständniss abzulegen, «qu'il prêchait à un converti», soweit es sich um die Grundidee handle; ich habe auch die vollendete Überzeugung, dass die Sache kommen werde. Nur dürfte das Tempo hiefür nicht ein so rasches sein, wie die Anhänger der Centralisation es wünschen. Es seien eben noch diese und jene constitutionelle und andere Bedenken mehr zu heben und mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden, welche man in militärischen Kreisen vielleicht nicht hinreichend in Rechnung gebracht habe und dann müsse ich wirklich selbst, obwohl, wie gesagt, für die Centralisation eingenommen, zugestehen und hervorheben, dass man im Lager der Centralisten sans phrase denn doch die jetzigen Zustände zu schwarz ausmale. Der Graf möge überzeugt sein, dass wir auch bei der gegenwärtigen Organisation nicht nur gewillt, sondern auch materiell im Stande wären, unsern Pflichten betreffend active Wahrung der Neutralität zu genügen.

Ich überlasse es vertrauensvoll Ihnen, Herr Bundesrath, zu beurtheilen, ob und in welcher Form und Ausdehnung vorstehende Mittheilungen zur Kenntniss Ihrer Herrn Collegen gelangen sollen. Nur darf ich Sie für alle Fälle bitten, dafür besorgt zu sein, dass rücksichtlich derselben die strengste Discretion beobachtet und dass gegen Aussen mein Name und derjenige des Grafen Bismark unter keinen Umständen genannt werde.¹

1. *Anmerkung am Schluss des Schreibens:* Dieser Bericht gelangt durch die Vermittlung einer meiner nahen Anverwandten, welche bei uns auf Besuch war und morgen abreist, nach Zürich und wird dort sofort auf die Post gegeben werden.

390

E 2300 Berlin 9

*Der Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz,
an den schweizerischen Gesandten in Berlin, A. Roth*

S Confidentielle

Berne, 28 janvier 1889

Les nombreuses occupations qui m'ont absorbé pendant ce mois ne m'ont pas permis de répondre plus tôt à vos deux intéressantes et importantes communications des 9¹ et 13² courant. J'en ai fait l'usage le plus discret et tiens à vous donner brièvement mon opinion à ce sujet.

Votre rapport du 9 aborde entre autres deux questions qui sont pour nous d'un intérêt tout spécial: celle de l'utilisation du Gothard en temps de guerre et celle de notre droit d'occupation de la Savoie.

Il est à notre connaissance que les abords du Gothard et la route alpestre elle-même ont fait l'objet d'études récentes de la part d'officiers allemands et italiens, études qui se sont prolongées jusque dans les derniers temps malgré la saison rigoureuse. M. le Colonel Pfyffer est d'avis que l'éventualité d'une jonction des armées allemandes et italiennes sur notre territoire doit être envisagée comme très sérieuse, et il n'attache par conséquent qu'une importance toute relative aux assurances de respect de notre neutralité qui nous sont données de part et d'autre.

En ce qui concerne la question qui vous a été posée par le comte de Waldersee, si nous envisagerions comme contraire à nos devoirs de neutralité de laisser transiter par le Gothard, d'Italie à destination de l'Allemagne, les céréales et autres envois de même nature, il n'y a pas de doute à cet égard, c'est-à-dire que ce genre de marchandises n'a jamais été considéré comme pouvant faire l'objet d'une prohibition de transit.

Vos communications relatives à la Savoie sont dans un sens différentes de celles que vous nous avez faites en 1887.³ A cette époque, on vous avait déjà donné à entendre qu'on n'aimerait pas nous voir faire usage de notre droit d'occupation, à moins, ajoutait-on, que ce ne fut *cum animo possidendi*. Il semble que même cette dernière éventualité ne serait plus vue de bon œil.⁴ On peut se demander ici quels arrangements existent à ce sujet entre l'Allemagne et l'Italie. Songerait-on peut-être à nous offrir plus tard un échange de territoire consistant dans un morceau de Savoie, dont les Italiens auraient pris possession malgré les traités, contre une partie du Tessin? Je n'ai pas besoin de vous dire ce que nous penserions d'une telle combinaison.

1. *Nicht abgedruckt.*

2. *Nr. 389.*

3. *Vgl. Nr. 370, besonders Anm. 3.*

4. *In seinem Schreiben an Droz vom 9. 1. 1889 hatte Roth zum Thema Savoyen geschrieben: [...] Ich wiederhole heute, dass wir, nach meiner festen Überzeugung, bei Deutschland und bei Italien zum Mindesten gesagt auf ernste Bedenken und Verstimmungen stossen würden, wollten wir bei dem Ausbruche eines Krieges zwischen Deutschland und Italien einer- gegen Frankreich andererseits von unserem Rechte der Besetzung Savoyens Gebrauch machen. [...]* (E 2300 Berlin 9).

Votre rapport du 13 corrobore sur divers points les appréciations qui résultent de celui du 9. La crainte que vos interlocuteurs ont manifesté au sujet d'une violation de notre neutralité par la France a peut-être son fondement. M. le colonel Pfyffer envisage qu'au début des opérations, le danger d'une invasion serait plus grand du côté français que des autres. Les puissances alliées auraient intérêt à nous voir défendre, à ce moment là, énergiquement notre frontière contre la France, jusqu'à ce que la concentration de l'armée italienne dans le nord de la péninsule fût accomplie, mais dès ce moment le danger principal viendrait des alliés cherchant à se réunir sur notre sol. Echapperons-nous à ce double danger, et sinon quelle sera notre situation? Voilà les questions graves que nous avons à nous poser. Il va sans dire que nos mesures doivent être prises à toute éventualité, sans que d'ailleurs la crainte d'un danger qui peut ne pas se réaliser nous fasse commettre de lourdes fautes de tactique.

L'accélération de la centralisation militaire serait, suivant les circonstances, une de ces fautes. A un certain point de vue, le bruit qu'on fait autour de cette question a des inconvénients, parce qu'il peut faire croire que nous sommes plus faibles que ce n'est le cas en réalité. La centralisation est désirable, mais elle doit être préparée sûrement, de manière à ce que la prochaine guerre ne nous trouve pas en état de transformation, c'est-à-dire de désorganisation. Vous avez fort bien répondu sous ce rapport à votre dernier interlocuteur. Nos voisins ont assez étudié notre militaire pour savoir comment il est organisé, mais peut-être se figurent-ils que nous avons moins de force de résistance que ce ne serait le cas. Cette erreur a son bon et son mauvais côté: mauvais s'ils croyaient devoir nous envahir uniquement parce que, à leurs yeux, nous ne serions pas en état de nous défendre sérieusement; — bon, si, étant résolus à nous envahir quand-même, ils n'y mettaient pas dès le début des forces suffisantes.

En résumé, vos deux rapports ont produit sur nous un sentiment accentué de défiance. Il sera bon d'observer la même grande circonspection que jusqu'ici sur tous ces points fort délicats et pour nous des plus graves. Ecouter beaucoup, recueillir soigneusement tout ce qui peut être utile, mais ne faire de confidences à personne: telle me paraît être l'attitude qui nous est commandée.

Je serais très heureux d'avoir votre opinion sur tous ces points, ainsi que tous les renseignements qu'il vous sera possible de vous procurer. Il va sans dire que vous pourrez à l'occasion répondre à M. de Waldersee sur le point du transit; peut-être sera-ce un moyen d'apprendre quelque chose de plus.

Je vous remercie du reste d'une manière toute spéciale de vos précieuses communications, et puis vous assurer que votre attitude a notre complète appréciation.

*Der schweizerische Gesandte in Wien, A. O. Aepli,
an den Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz*

B

Wien, 31. Januar 1889

Mein Telegramm von gestern Nachmittag¹, mit welchem ich Ihnen den plötzlich erfolgten Tod des Kronprinzen anzeigte, wird Ihnen ohne Zweifel zugekommen sein. Ihr Telegramm von gestern Abend², mit welchem Sie mich beauftragen, dem k. u. k. Ministerium des Äussern im Namen des Bundesrates dessen Beileid auszudrücken, habe ich erhalten und demselben heute Folge gegeben.

Über die Ursache des plötzlichen Todes des Kronprinzen circulirten gestern zunächst die Gerüchte, der erlauchte Todte sei bei der Jagd durch Sturz vom Pferde oder durch die unglückliche Entladung eines Jagdgewehres getödtet worden. Nachher verbreitete sich die Nachricht, er sei gestern Morgen in Folge einer erhaltenen Schusswunde todt im Bette gefunden worden. Dann folgte Abends in einem Extrablatt der officiellen «Wiener Zeitung» die Mitteilung, «dass der durchlauchtigste Kronprinz in Folge eines Schlaganfalles seine edle Seele ausgehaucht habe.» Er sei, hiess es ferner, Montags den 28. mit mehrern Jagdgästen nach Meyerling, bei Baden, zur Jagd gegangen, habe sich schon am 29. etwas unwohl gefühlt, sei desshalb nicht zu einem auf diesen Tag angeordneten Familiendiner nach Wien zurückgekehrt und am 30. früh in seinem Jagdschlösschen Meyerling an einem Herzschlag gestorben. Daneben werden im Publicum noch mancherlei andere Gerüchte und Vermutungen über die wahre Todesursache herumgeboten, welche ich aber, da für deren Richtigkeit durchaus keine Gewähr vorliegt, unerwähnt lasse. Nach der officiellen u. von den hiesigen Blätter nun acceptirten Eröffnung, ist der Herzschlag als die wirkliche Todesursache anzusehen.³

Vor Allem wendet sich das Mitgefühl dem Kaiser zu, dem, nachdem er in seiner vierzigjährigen Regierungszeit so manche erschütternde Ereignisse zu erleben gehabt hat, nun auch der Schmerz nicht erspart wird, seinen einzigen Sohn, der sein Thronfolger hätte werden sollen, zu verlieren.

Diesem letztern werden, und gewiss nicht mit Unrecht, warme Nachrufe gewidmet. Was er s. Z. als Politiker u. Militär dem Staate zu leisten im Stande gewesen wäre, wird zwar gegenwärtig, da er noch keine hervorragende Gelegenheit gefunden hatte, sich weder auf dem einen, noch auf dem andern Gebiete hervorzutun, nicht gesagt werden können. Dagegen erlangten seine intellectuellen Eigenschaften, seine allgemeine Bildung, die sich in der Ornithologie bis zur Gelehrsamkeit steigerte, seine

1. Aepli hatte am 30. 1. 1889 dem Departement des Auswärtigen gemeldet: Kronprinz Rudolf, einziger Sohn des Kaisers, in Folge Jagdunfall tod. Grosse Bestürzung (E 2/843).

2. E 2200 Wien 1/109. — Am 31. 1. 1889 kondolierte der Bundesrat dem Kaiser auch direkt per Telegramm (E 2/843).

3. Vgl. das Telegramm der Gesandtschaft in Wien an den Bundesrat vom 1. 2. 1889: Laut Mittheilung der officiellen Wienerzeitung hat sich der Kronprinz durch einen Revolverschuss das Leben genommen. [...] (E 2/843).

schriftstellerische Befähigung, die er in seiner Schrift «fünfzehn Tage auf der Donau», in seiner «Orientreise» u. in seiner eingreifenden Beteiligung bei dem grossen Werke «die oesterreichische Monarchie in Wort und Bild» an den Tag legte, seine persönliche Liebenswürdigkeit, seine liberale Gesinnung, an die sich grosse Hoffnungen knüpften, allgemeine Anerkennung.

Seit seinem Tode ist der ältere Bruder des Kaisers, Erzherzog Karl Ludwig, Thronfolger geworden, nach dessen Ableben die Krone auf seinen ältesten Sohn Franz Ferdinand übergehen wird.

392

E 1001 (E) q 1/162

Der Bundesrat an die europäischen Industriestaaten¹

Zirkularnote 1111

Berne, 15 mars 1889

En 1881 déjà, nous avons pris la liberté de faire pressentir les gouvernements de quelques-uns des principaux Etats industriels de l'Europe, par l'entremise de nos agents diplomatiques et consulaires, sur la question de savoir s'ils seraient disposés à prêter la main à la conclusion d'une convention internationale sur le *travail dans les fabriques*.²

Les réponses³ que nous avons reçues nous ont convaincus qu'il régnait sur cet objet des manières de voir passablement divergentes.

D'une part, on appuyait sur les difficultés que rencontrerait notre initiative, tandis que, de l'autre, on désirait tout d'abord voir préciser dans un programme, de l'examen duquel dépendrait la décision ultérieure, les points propres à être introduits dans une convention.

Dans ces conditions, nous n'avons pas cru devoir, pour le moment, donner de suite à cette affaire. Mais, dans l'intervalle des huit années qui se sont écoulées dès lors, les circonstances ont pris, sans aucun doute, une tournure plus favorable. Plusieurs Etats ont adopté des lois sur le travail industriel; d'autres se préparent à le faire. Divers corps législatifs se sont occupés de projets sur cette matière et ont même discuté spécialement la question de conventions internationales y relatives. Cette question a été traitée d'une manière très-approfondie dans la littérature; dans la vie publique même, elle acquiert un intérêt croissant, qui a pour effet de mettre à néant nombre d'appréhensions antérieures. Il s'est produit aussi d'importantes manifestations, dont nous ne citerons, que l'une des plus récentes, les décisions du VI^e congrès international d'hygiène et de démographie qui a eu lieu à Vienne en 1887.⁴ Partout on ne peut pas le méconnaître — les rapports de la production et du travail se présentent

1. Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich-Ungarn, Portugal, Russland, Schweden und Norwegen sowie Spanien.

2. Vgl. den Antrag des Handels- und Landwirtschaftsdepartements vom 29. 4. 1881 (E 23/1).

3. E 23/1.

4. Vgl. den GBer. 1887 (BBl 1888, 2, S. 701).

dans des conditions telles qu'il n'est réellement pas permis de refuser à cette question une véritable importance d'actualité.

Aussi ne croyons-nous pas agir d'une façon inopportune en venant de nouveau agiter l'objet qui nous occupe auprès des gouvernements des Etats industriels de l'Europe. Les circonstances actuelles mieux définies le permettant, nous présentons la question sous une forme plus positive, tout en tenant compte des vœux exprimés précédemment déjà par quelques-uns de ces gouvernements.

D'après notre manière de voir, il ne devrait pas s'agir ici uniquement de conventions internationales dans l'intérêt pur et simple des ouvriers et de leurs familles — l'expression généralement usitée de «législation internationale sur la protection des travailleurs» ne nous paraît pas heureusement choisie, surtout à cause même du mot «législation» employé ici — mais il nous semble que l'on devrait tenir compte plus particulièrement de deux points spéciaux: d'une part, une certaine réglementation de la production industrielle et, de l'autre, l'amélioration des conditions de la vie de l'ouvrier.

Quant au premier point, qu'il nous soit permis de nous référer au fait que, pour beaucoup de gens, les traités internationaux paraissent être le moyen le plus efficace pour restreindre la production, qui aujourd'hui s'étend bien au delà des besoins, et, par conséquent, pour diminuer le mal qui résulte de cet état de choses, et ramener ainsi les conditions réciproques de production dans des limites naturelles et rationnelles.

Il est vrai de dire que, de ce premier point, dépend aussi le second, c'est-à-dire l'amélioration de la situation de l'ouvrier. En effet, la législation nationale ne peut pas étendre sa bienfaisante influence, pour la sauvegarde des familles ouvrières, au delà d'une certaine mesure. Toutefois, il est urgent que l'Etat agisse aussi d'une manière efficace dans cette direction. Ce qui le prouve bien, ce sont les lois existant aujourd'hui dans un grand nombre d'Etats, en partie même depuis plusieurs dizaines d'années, et les mauvais résultats qu'ont fournis les enquêtes auxquelles on s'est livré dans ce domaine au point de vue de l'hygiène, de la statistique et de la science sociale. L'humanité, aussi bien que le souci d'améliorer la force armée des Etats affaiblie par la dégénérescence de nombreuses classes de population, interdit de laisser subsister plus longtemps cet état de choses.

Les progrès que l'on cherche à obtenir ne pourront certainement pas se réaliser d'un seul coup; aussi ne s'agira-t-il, sans doute, que d'arriver aux résultats réalisables dès l'abord. Dans cet ordre d'idées, nous désirerions, avant tout, voir régler avec succès, par une union internationale, le *travail du dimanche et le travail des enfants et des femmes* dans les établissements industriels, afin que la famille ne soit pas livrée à la dépravation physique et morale et, en un mot, ruinée par le fait d'une exploitation trop considérable et trop précoce des forces de l'ouvrier, exploitation contraire aux lois de la nature et à la moralité.

La marche à suivre pour arriver à une entente internationale sur cette importante question devrait être, selon nous, de convoquer, tout d'abord, une conférence ne portant aucun caractère diplomatique et réunissant des délégués des différents Etats intéressés. Cette conférence, se basant sur un programme adopté d'avance, étudierait la question et fixerait les points dont l'exécution paraîtrait désirable et que l'on soumettrait ensuite aux gouvernements des Etats participants, en leur proposant de les sanctionner par une convention internationale.

Pour le programme de la conférence préparatoire en question nous prenons la liberté, en nous référant à l'exposé qui précède et en tenant compte de la législation existant actuellement déjà dans les divers Etats, de vous proposer les points suivants:

1. Interdiction du travail du dimanche.
2. Fixation d'un minimum d'âge pour l'admission des enfants dans les fabriques.
3. Fixation d'un maximum de la journée de travail pour les jeunes ouvriers.
4. Interdiction d'occuper les jeunes gens et les femmes dans des exploitations particulièrement nuisibles à la santé et dangereuses.
5. Restriction du travail de nuit pour les jeunes gens et les femmes.
6. Mode d'exécution des conventions qui pourront être conclues.

Lorsque la conférence se sera entendue sur ces points ou sur certains d'entre eux; les résultats en seront communiqués aux gouvernements sous forme de propositions pures et simples ne liant encore personne. Alors, dans le cas où l'un ou l'autre des gouvernements ne trouverait acceptable pour lui qu'une partie seulement de ces propositions, on pourrait conclure des conventions internationales spéciales entre ceux des Etats qui tomberaient d'accord sur la solution d'un même groupe de questions. Ces conventions n'auraient pas pour but de remplacer les lois nationales; elles obligeraient seulement les parties contractantes à introduire dans leur législation nationale certaines prescriptions de minimum. Il va de soi qu'il resterait toujours loisible aux Etats qui voudraient aller plus loin de le faire. Ainsi par exemple, la Suisse ne pense nullement à affaiblir, mais bien plutôt à développer encore davantage sa législation sur les fabriques⁵, à laquelle elle s'est complètement accoutumée dans cette période de douze années depuis sa mise en vigueur. Pour les Etats dont la législation ne renferme pas encore de ces prescriptions de minimum, il n'est pas douteux que, s'ils voulaient entrer dans l'union internationale, on stipulerait, en leur faveur, une période transitoire d'une durée convenable. On réserverait enfin, à des conférences ultérieures spéciales, auxquelles participeraient les Etats qui y seraient disposés, le soin de fixer définitivement les textes des conventions à conclure.

Nous prenons donc la liberté de soumettre aux gouvernements des Etats industriels européens nos vues sur cette grave question, et nous les prions, en même temps, de bien vouloir nous informer s'il leur serait agréable de se faire représenter par des délégués à une conférence préalable qui aurait lieu, dans ce but, à Berne au mois de septembre de l'année courante.

Si, comme nous l'espérons, nos ouvertures rencontrent un accueil favorable, nous nous réservons de communiquer ultérieurement un programme détaillé, pour servir de base aux discussions de la conférence.

5. *Vgl. das Bundesgesetz betreffend die Arbeit in den Fabriken vom 23.3.1877 (AS 1877-1878, S. 241-252).*

E 2300 Berlin 9

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz*

B Confidentiell

Berlin, 21. März 1889

Ich danke Ihnen nachträglich bestens für Ihre confidentiellen Mittheilungen vom 28. Januar l. J.¹ betreffend «l' utilisation du Gothard en temps de guerre» und betreffend «notre droit d' occuper la Savoie», und füge bei, dass ich, seit dem Zeitpunkte, wo ich Ihnen in Sachen berichtete (9.² und 13. Jan.³ l. J.) Neues betreffend diese beiden Fragen nicht erfahren habe.

Von Ihren Nachrichten betreffend den neulichen Aufenthalt deutscher und italienischer Offiziere in der Gegend des Gotthards habe ich gehörig Notiz genommen. Ich werde auch diesen Vorgängen fortgesetzt meine ganze Aufmerksamkeit zuwenden.

Dem General von Waldersee habe ich unlängst in einer Abendgesellschaft en passant die Mittheilung gemacht, «die Richtigkeit meiner ihm gegenüber geäußerten Ansicht, dass wir im besprochenen Kriegsfall den Transit von Getreide etc. über den Gotthard nicht als mit unseren Neutralitätspflichten unverträglich ansehen würden, sei mir aus Bern von kompetenter Seite bestätigt worden.»

Graf Waldersee schien durch diese Mittheilung anfänglich insofern eher unangenehm berührt, als sie ihn nach meinem Eindruck befürchten liess, er sei in der fraglichen früheren Conversation mit mir etwas unvorsichtig gewesen. Nach einem etwas verlegenen «So» erwiderte er nämlich; «Ich möchte aber doch dringend wünschen, dass Sie meine bezügliche Frage als rein akademisch gestellt auffassen etc.», worauf ich ihm dann die Versicherung gab, dass ich die Sache genau so angesehen und mich in Bern streng confidentiell und nur privatim erkundigt habe.

Betreffend den scheinbaren Widerspruch zwischen meinen oben gedachten Berichten und demjenigen von 1887⁴ bemerke ich kurz Folgendes:

Es sind mir seit 1887 keinerlei Mittheilungen geworden, welche mich annehmen lassen könnten, man habe hier in der Hauptsache, Savoyen betreffend, den damals von mir dargelegten Standpunkt geändert.

Dagegen habe ich die Empfindung, die Situation habe sich allerdings insofern etwas verändert, als man in den deutschen Regierungskreisen zur Zeit eher annehmen dürfte, dass es nicht in unserer Absicht liege, Savoyen eventuell *cum animo possidendi* zu besetzen, und zwar desswegen nicht, weil wir die Gefahr wittern, dass Italien für obigen Fall eine Compensation im Tessin suchen würde.

Somit würde also nur die *temporäre* Besetzung übrig bleiben, und dies wäre Deutschland und Italien, wie schon früher hervorgehoben und wie ich auch neulich wieder ausführte, entschieden sehr unerwünscht.

1. Nr. 390.

2. Vgl. Nr. 390, Anm. 4.

3. Nr. 389.

4. Vgl. Nr. 370, Anm. 3.

Obiger Eventualität (Velleitäten Italiens auf Tessin als Compensation für Savoyen) stehe ich, offen gestanden, ziemlich misstrauisch gegenüber, und ich bin, bessere Belehrung vorbehalten, auch aus diesem Grunde der Idee der eventuellen Besetzung Savoyens durch unsere Truppen wenig zugänglich.

Indem ich wiederhole, dass ich betreffend die verschiedenen von Ihnen besprochenen Fragen seit dem Monat Januar absolut nichts Neues erfahren habe, bitte ich Sie, Herr Bundesrath, mit meinem erneuerten Dank für Ihre sehr interessanten Mittheilungen vom 28. Januar, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu genehmigen.

394

E 1004 1/157

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 30. April 1889

1793. Ausweisung des Polizeiinspektors Wohlgemuth und Anordnung der Verhaftung von Lutz

Justiz- und Polizeidepartement. Antrag vom 27. April 1889
 Departement des Auswärtigen. Antrag vom 23. April 1889

Das Justiz- und Polizeidepartement legt die Akten vor, welche auf sein Ansuchen die Regierung des Kts. Aargau mit Schreiben vom 25. April¹ abhin ihm übermacht hat und welche die Wühlereien und versuchte Spionage des Herrn Wohlgemuth, kais. deutschen Polizeiinspektors zu Mülhausen, gegenwärtig in Rheinfeldern in Verhaft befindlich, betreffen.

Das Departement stellt den Antrag, die Ausweisung des Herrn Wohlgemuth durch Dekret nach dem vorgelegten Entwurf zu verfügen.

Nachträglich hat dasselbe einen zweiten Entwurf zu einem Ausweisungsbeschluss vorgelegt, nach welchem gleichzeitig auch der Schneider Balthasar Anton Lutz-Ehrle, aus Forst (Bayern), in Basel, ausgewiesen werden soll.

Das Departement des Auswärtigen erklärt sich in seinem Vortrage mit letzterem Antrage einverstanden und legt seinerseits den Entwurf einer Herrn von Bülow, K. Deutschen Gesanten, diesfalls zu machenden Mitteilung vor.

Bei Eröffnung der heutigen Verhandlung gibt der Vorsteher des letztgenannten Departements, Herr Bundesrat Droz, dem Rate Kenntnis vom Inhalte von zwei Besprechungen, welche am 28. dies. zwischen ihm und Herrn von Bülow stattfanden (vide die bei den Akten befindlichen Notizen).²

Im Verlaufe der Diskussion wird der Antrag gestellt, es sei heute lediglich die Ausweisung von Wohlgemuth und nicht auch diejenige von Lutz zu beschliessen, dagegen sei das Justiz- und Polizeidepartement zu beauftragen, die sofortige Verhaftung

1. E 21/8475.

2. Nicht ermittelt.

des Lutz anzuordnen und die Untersuchung mit Bezug auf diesen vervollständigen zu lassen.

Diesem Antrage gegenüber wird derjenige auf sofortige und gleichzeitige Ausweisung auch des Lutz aufrecht erhalten.

Der Vorsteher des Departements des Auswärtigen, welcher sich letzterem Antrage anschliesst, beantragt ausserdem, die Untersuchungsakten Wohlgemuth dem K. Deutschen Gesanten zum Behufe der Mitteilung an die K. Deutsche Regierung zu übergeben.

Der Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartements macht den Vorschlag, es sei, nach Genehmigung des Herrn Wohlgemuth betreffenden Ausweisungsbeschlusses, die Regierung von Aargau einzuladen, Herrn Wohlgemuth noch heute, nach Eröffnung des Beschlusses, dass er auf Grund des Art. 70 der Bundesverfassung³ ausgewiesen sei, sowie des Art. 63, litt. a, des Bundesstrafrechts von 1853⁴, aus der Haft zu entlassen und denselben zu veranlassen, das schweiz. Gebiet sofort zu verlassen.

In der Abstimmung unterliegt der Antrag, Lutz heute schon auszuweisen, mit 2 gegen 4 Stimmen; der Antrag, denselben verhaften zu lassen, wird jedoch einstimmig angenommen. Der Antrag des Vorstehers des Departements des Auswärtigen betreffend Mitteilung der Akten und derjenige des Vorstehers des Justiz- und Polizeidepartements betreffend die an die aargauische Regierung zu erlassende Weisung werden nicht beanstandet. Demzufolge wird beschlossen:

I. Erlass folgenden Bundesratsbeschlusses:

«Der schweizerische Bundesrat, nach Einsicht der bezüglichlichen Untersuchungsakten und von Art. 70 der Bundesverfassung, dahin lautend: «Dem Bunde steht das Recht zu, Fremde, welche die innere oder äussere Sicherheit der Eidgenossenschaft gefährden, aus dem schweizerischen Gebiete wegzuweisen,»

in Betracht, dass August Wohlgemuth, Polizeiinspektor aus Mülhausen, gegenwärtig in Rheinfelden, Kts. Aargau, verhaftet, auf schweizerischem Gebiete Handlungen begangen hat, welche in ihrem Resultate geeignet sein könnten, die innere oder äussere Sicherheit der Eidgenossenschaft zu gefährden,

beschliesst:

1. August Wohlgemuth, 56 Jahre alt, ist aus dem Gebiet der schweizerischen Eidgenossenschaft weggewiesen.

2. Dieser Beschluss wird der Regierung des Kts. Aargau mitgeteilt, mit der Einladung, denselben dem Wohlgemuth, nebst Art. 63, litt. a, des Bundesstrafrechts von 1853, eröffnen zu lassen.

3. Das eidgen. Justiz- und Polizeidepartement ist mit der Überwachung der Vollziehung beauftragt.

II. Das Justiz- und Polizeidepartement wird beauftragt, den Schneider Anton Lutz-Ehrle, aus Forst (Bayern), in Basel, verhaften und die Untersuchung mit Bezug auf Lutz vervollständigen zu lassen. Zu diesem Behufe wird Herr Dr. Trachsler, I. Sekretär des Justiz- und Polizeidepartements, nach Basel abgeordnet.

III. Die Untersuchungsakten Wohlgemuth sind durch das Departement des Aus-

3. AS 1874–1875, I, S. 21.

4. AS 1851–1853, III, S. 424.

wärtigen dem deutschen Gesanten zuhanden der Kaiserlichen Regierung mit folgenden Worten zu übergeben, und es ist dem letzteren von der mündlichen Eröffnung eine Kopie zu überlassen:

«Je n'ai pas manqué de faire rapport au Conseil fédéral sur nos deux entretiens d'hier, dans lesquels vous avez demandé la mise en liberté pure et simple de l'inspecteur de police Wohlgemuth. Mes collègues qui, depuis notre séance de vendredi, ont pu prendre une connaissance approfondie du dossier de cette affaire, sont arrivés à la conviction unanime que la Suisse, par le fait de cet agent, a subi un dommage effectif, attendu que les agissements de Wohlgemuth étaient de nature à compromettre notre sûreté intérieure et à troubler nos bons rapports avec nos voisins. Nous sommes persuadés que dès que le gouvernement impérial aura reçu communication du dossier dans sa totalité, il arrivera à la même conclusion. En conséquence nous mettons ce dossier à votre disposition, en vous priant de le transmettre à Berlin. Vu les agissements du fonctionnaire dont il s'agit, nous n'avons pu, à notre grand regret, consentir à ce qu'il fût remis en liberté purement et simplement comme si son arrestation n'avait par été justifiée, mais nous avons déféré, autant qu'il était possible, au désir du gouvernement impérial, en faisant abstraction de poursuites judiciaires contre Wohlgemuth et en nous bornant à ordonner son expulsion, ce que le gouvernement argovien a été invité par télégramme à lui faire connaître en le mettant en liberté sur le champ. Quant à Lutz, comme en dehors de ses relations avec Wohlgemuth, d'autres faits le concernant sont encore l'objet d'une enquête, nous avons décidé de le faire arrêter immédiatement, et nous prendrons à son sujet un arrêté dans une prochaine séance.»

IV. Telegraphische Weisung an die Regierung des Kts. Aargau im Sinne des Antrages des Vorstehers des Justiz- und Polizeidepartements.

395

E 1004 1/157

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 3. Mai 1889

1834. Angelegenheit Wohlgemuth und Lutz

Justiz- und Polizeidepartement. Mündlich

Nach Anhörung eines Berichtes des Stellvertreters des Justiz- und Polizeidepartements über das Resultat der Aktenvervollständigung in Sachen *Wohlgemuth* und *Lutz* und nach Schluss der Beratung wird einstimmig beschlossen:

I. Erlass folgenden Ausweisungsbeschlusses gegen Lutz:

«Der schweizerische Bundesrat, nach Einsicht der bezüglichen Untersuchungsakten, in Anbetracht, dass Balthasar Anton Lutz, von Forst (Bayern), geboren 1855, Schneider, wohnhaft in Basel, die ihm vom Polizei-Inspektor Wohlgemuth in Mülhausen angetragene Rolle eines Agent provocateur übernommen, sowie das ihm von gleicher Seite wiederholt übergebene Geld entgegengenommen hat, um in den Arbeiterkreisen von Basel, von Elsass-Lothringen und denjenigen des Grossherzog-

tums Baden zu wühlen und Wohlgemuth diesfalls Berichte zu erstatten, und dass er solche Berichte wirklich erstattet hat, in Anwendung des Art. 70 der Bundesverfassung, beschliesst: 1) Balthasar Anton Lutz, geboren 1855, ist aus dem Gebiete der schweizerischen Eidgenossenschaft weggewiesen. 2) Dieser Beschluss wird der Regierung des Kantons Basel mitgeteilt, mit der Einladung, denselben dem Lutz, nebst Art. 63, litt. a, des Bundesstrafrechtes von 1853, eröffnen zu lassen und hierauf die Ausweisung zu vollziehen. 3) Das Justiz- und Polizeidepartement ist mit der Überwachung der Vollziehung beauftragt.»

II. Im Ingress des Beschlusses betreffend die Ausweisung des Wohlgemuth (Prot. vom 30. April)¹ werden noch einige Zusätze angebracht so dass der Beschluss nunmehr lautet wie folgt:

«Der schweizerische Bundesrat, nach Einsicht der Untersuchungsakten und im Hinblick auf Art. 70 der Bundesverfassung, dahin lautend: «a. Dem Bund steht das Recht zu, Fremde, welche die innere oder äussere Sicherheit der Eidgenossenschaft gefährden, aus dem schweizerischen Gebiete wegzuweisen»; in Betracht, dass August Wohlgemuth, Polizei-Inspektor in Mülhausen, gegenwärtig zu Rheinfelden (Aargau) verhaftet, auf schweizerischem Gebiete Handlungen begangen hat, welche in ihrem Resultate geeignet sein konnten, die innere oder äussere Sicherheit der Eidgenossenschaft zu gefährden, indem er den Balthasar Anton Lutz aus Bayern, wohnhaft in Basel, veranlasste, in den baslerischen, elsass-lothringischen und badischen Arbeiterkreisen zu agitiren, durch den schriftlichen Auftrag: «Wühlen Sie nur lustig darauf los», beschliesst:

1) August Wohlgemuth, sechsfünfzig Jahre alt, ist aus dem Gebiete der schweizerischen Eidgenossenschaft weggewiesen. 2) Dieser Beschluss wird der Regierung des Kantons Aargau mitgeteilt, mit der Einladung, denselben dem Wohlgemuth, nebst Art. 63, litt. a des Bundesstrafrechtes von 1853, eröffnen zu lassen. 3) das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement ist mit der Überwachung der Vollziehung beauftragt.»

III. Die Untersuchungsakten werden auf dem Kanzleisch aufgelegt.

1. Nr. 394.

396

E 2/78

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz*

*Empfangskopie
T Chiffriert*

Berlin, 3. Mai 1889, 13.26 h
(Ankunft: 3. Mai 1889, 14.15h)

Bestätige dankend Empfang des confidentiellen Berichtes vom 1. Mai.¹ Bei der momentanen Sachlage erscheint es mir höchst dringlich dass wir die deutschen griefs, dahin gehend die Polizei in Rheinfelden habe de connivence mit den Sozialisten gehandelt und mitgeholfen Wohlgemuth nach Rheinfelden zu locken, bald möglichst

1. Nicht abgedruckt.

als unbegründet erweisen können. Die heutigen Blätter der regierungsfreundlichen Presse, auch die Nationalzeitung, nehmen auf Grund obiger griefis und des gestrigen Artikels der N[ord] D[eutschen] Allgemeinen Zeitung nunmehr gehässig Parthei gegen uns.

397

E 13 (B) 78

*Antrag des Vorstehers des Departements des Auswärtigen, N. Droz,
an den Bundesrat*

Percement du Simplon.
Conférence diplomatique

Berne, 4 mai 1889

Par dépêche en date du 30 avril¹, la Légation suisse à Rome transmet la réponse² affirmative du Gouvernement italien à notre proposition d'ouvrir une conférence diplomatique appelée à étudier les conditions pour le percement du Simplon. La Légation demande des instructions ultérieures. Le Département soussigné *propose*:

1. De charger la Légation suisse à Rome d'informer le Gouvernement italien que le Conseil fédéral a pris connaissance avec plaisir de cette réponse, et de demander si les négociateurs italiens seraient en état de prendre part, d'ici à quelques semaines, à cette conférence, pour laquelle le Conseil fédéral propose Berne.

2. De charger le Département des chemins de fer et le Département soussigné de soumettre au Conseil fédéral un projet d'instructions pour les négociateurs suisses ainsi que des présentations en ce qui concerne le choix de ces négociateurs.³

1. *Nicht abgedruckt.*

2. *Vgl. die Note der italienischen Regierung an Bavier vom 29. 4. 1889 (E 13 (B) 78).*

3. *Der Antrag wurde vom Bundesrat mit Beschluss vom 15. 5. 1889 genehmigt (E 1004 1/157, Nr. 2012).*

398

E 2/78

*Aufzeichnung des Vorstehers des Departements des
Auswärtigen, N. Droz*

Berne, 6 mai 1889

Monsieur de Bülow s'est présenté à 4¹/₂ h. et après m'avoir entretenu de diverses affaires, il m'a dit: «En ce qui concerne l'affaire Wohlgemuth, j'ai écrit à Berlin ce que vous aviez bien voulu me dire l'autre jour au sujet du rôle de la police à Rheinfelden, savoir que Lutz avait probablement attiré Wohlgemuth dans un piège, mais que vous ne croyiez pas à la connivence de la police.¹ J'ai aussi écrit le résultat de notre entretien de samedi, dans lequel vous m'avez dit, après avoir pris connaissance du rapport

1. *Vgl. die Aufzeichnung von Droz vom 4. 5. 1889 (E 2/78).*

de M. Trachsler², que certainement la police à Rheinfelden n'avait pas tendu elle-même de piège et s'était borné à donner suite à la dénonciation qu'elle avait reçue. Je n'ai pas encore de réponse à cette dernière lettre, mais on m'a fait savoir en réponse à ma première communication, ce qui suit. J'ai traduit le passage et je vais vous en donner lecture. Il lit: «M. Droz oublie que le préfet de Rheinfelden est un socialiste, partisan des idées de Lutz et qu'il s'est prêté avec empressement à l'arrestation de Wohlgemuth. Ces faits auraient dû engager le Conseil fédéral à avoir plus d'égards pour la demande présentée par nous, et à ne pas prendre une décision qui, en mettant Lutz et Wohlgemuth sur le même pied, ressemble à un mauvais vouloir pour l'Allemagne.»

J'ai répondu: «Je ne sais sur quoi l'on se fonde pour prétendre que le préfet de Rheinfelden est un socialiste. Les personnes qui le connaissent et qui connaissent la population de cette contrée disent qu'il appartient au parti libéral (freisinnig). D'ailleurs les opinions politiques de M. Baumer n'ont rien à faire dans la question; il s'agit de savoir si son attitude a été correcte. Or, je déclare que dans ma conviction la plus profonde il n'y a rien à reprendre à sa conduite qui a été très-réservée et conforme à nos lois. J'aime à croire, du reste, que lorsque le gouvernement impérial aura pris connaissance de votre dernière communication, il n'hésitera plus à reconnaître qu'il n'y a eu de notre part aucune espèce de mauvais vouloir et que nous ne pouvions pas en expulsant Lutz ne pas parler de ses rapports avec W[ohl]gemuth et vice-versa.»

M. de Bülow m'a alors demandé à quoi tenait le retard mis par la police argovienne à nous faire part de l'arrestation de Wohlgemuth.

Je lui ai répondu que l'arrestation a eu lieu vers le soir, le préfet étant absent pour une circonstance de famille. Le lendemain matin il a interrogé Wohlgemuth et a fait son rapport à la Direction de Police d'Aarau. Celle-ci a délégué à Rheinfelden son commandant de police pour procéder à un nouvel interrogatoire. Puis le dossier est venu à Aarau, où le gouvernement était occupé à en prendre connaissance, lorsque nous lui avons télégraphié à la suite de votre demande. Il eût été certainement à désirer que l'on nous eût informé de suite de l'arrestation, mais je dois constater qu'il n'y a eu, dans ces lenteurs, aucune espèce d'intention malicieuse.

M. de Bülow demande là-dessus, s'en référant à un billet qu'il m'a adressé hier qu'on veuille bien lui donner connaissance du moment où Lutz sera expulsé et de la frontière à laquelle il sera conduit.

Je lui ai dit que Lutz sollicitait un délai de 15 jours pour régler ses affaires et que j'avais fait savoir au Dépt. de Police de Bâle que la question serait soumise au C[on]seil F[édéral]; qu'en attendant j'avais autorisé sa sortie de prison à la condition que la police veille à ce qu'il ne se fasse aucune manifestation autour de sa personne et que lui-même ne s'y prête en aucune manière.

2. *Nicht ermittelt.*

399

E 2/78

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz*

Berlin, 11. Mai 1889

Confidentieller Bericht über meine Audienz bei dem Reichskanzler Fürst
Bismarck am 10. Mai 1889

Am 9. d. Mts. hat der Reichskanzler Fürst Bismarck mich durch seine Kanzlei einladen lassen, ihn Freitag den 10. gl. Mts. Nachmittags halb 3 Uhr «mit meinem Besuche zu beehren».

Dieser Einladung Folge leistend habe ich mich zur genannten Stunde im Vorzimmer des Fürsten eingefunden, von wo ich auch alsbald in das Arbeitscabinet des letzteren eingeführt worden bin. Nach verbindlicher Begrüssung seitens des Fürsten bin ich alsdann von ihm aufgefordert worden, Platz zu nehmen. (Er setzte sich an seinen Schreibtisch und ich mich ihm gegenüber.) Hierauf hat der Fürst unsere Unterredung mit den Worten eingeleitet «Wir haben da den dummen Vorfall Wohlgenuth». Dieser Fall, — äusserte der Fürst dann weiter, — hätte indess an und für sich kaum zu den unangenehmen Erörterungen geführt, welche die beiden Regierungen jetzt beschäftigen, wenn derselbe nicht den Tropfen zum Überlaufen bilden würde. Seit Jahren fänden die Sozialdemokraten in der Schweiz Aufnahme und werden dieselben von den Behörden unterstützt. Dass das Treiben der Sozialdemokraten gegen die Grundlagen der deutschen Staats- und Rechtsordnung gerichtet sei, stehe fest. Ebenso unterliege es keinem Zweifel, dass dieselben später mit Gewalt vorgehen werden, sobald sie sich hiezu stark genug fühlen. Das müsste auch in der Schweiz bekannt sein. Es sei Thatsache, dass die sozialdemokratische Bewegung in Deutschland durch die Genossen in der Schweiz mächtig gefördert werde und zwar durch Agitationen aller Art und besonders durch Verbreitung von sozialrevolutionären Druckschriften und heimliche Einführung derselben nach Deutschland. Wie gefährlich die Umtriebe der Sozialdemokraten seien, beweisen die derzeitigen Arbeiter-Unruhen im Westen Deutschlands, welche derartige Dimensionen angenommen haben, dass die Industrie schwer unter denselben leide und dass wegen Mangel an Kohlen selbst eine Unterbrechung des regelmässigen Eisenbahnverkehrs zu befürchten sei. Dass die Sozialdemokraten auch hier die Hand im Spiele haben, unterliege keinem Zweifel. Das Staatsinteresse lege der Kaiserlichen Regierung die Pflicht auf, den Umtrieben der Sozialdemokraten mit aller Kraft entgegenzutreten und dieselben überall zu überwachen, wo man sie finde. Die Kaiserliche Regierung müsse sich namentlich durch eigene Informationen stets bestmöglich darüber auf dem Laufenden zu erhalten suchen, was in den sozialdemokratischen Kreisen an der Grenze gegen die deutsche Rechts- und Staatsordnung unternommen werde. In der Schweiz seien die dort sich aufhaltenden Sozialdemokraten fest organisiert. Die Schweiz wolle dieselben nicht überwachen, die Kaiserliche Regierung befinde sich also im Zustande der Notwehr, wenn sie auf schweizerischem Gebiete durch deutsche Polizeibeamte die für sie uner-

lässlichen Informationen einziehen lassen wolle. Das gestatte nun aber also die Schweiz Deutschland nicht. Die deutschen Polizeibeamten riskieren dort, wie der Fall Wohlgemuth beweise, jeden Augenblick verhaftet, wie gemeine Verbrecher behandelt, und selbst ausgewiesen zu werden. Das könne die Kaiserliche Regierung sich nicht gefallen lassen; sie müsse sich sicher stellen, wie sie eben könne, und wenn sie von der Schweiz nicht genügende Garantien gegen Vorfälle à la Wohlgemuth erlange, so werde sie eben genöthigt sein, zu Repressalien zu greifen, indem sie eine strenge Controlle des Grenzverkehrs eintreten lasse. Der Fürst bedauere es aufrichtig, diese Maassregeln in Aussicht nehmen zu müssen, denn dieselben werden gegenseitig schwer empfunden werden und beidseitig eine hochgradige Animosität hervorrufen. Die Kaiserliche Regierung habe aber keine anderen Mittel zur Verfügung, um sich zu schützen. Dann könne man den Fall Wohlgemuth auch nicht so ohne Weiteres im Sand verlaufen lassen. Die Kaiserliche Regierung sei durch die Behandlung, die, im Widerspruch mit den Rücksichten, welche nach völkerrechtlichen Gewohnheiten befreundete Staaten sich schulden, dem deutsche Beamten Wohlgemuth widerfahren, empfindlich verletzt worden. Selbst in dem puncto Asylrecht viel angerufenen England würde so etwas nie vorkommen. England lasse die Detectivs fremder Staaten völlig unbehelligt. Gestützt auf diese Sachlage werde denn auch er, der Fürst, heute abend Herrn von Bülow die Instructionen zustellen, welche ihm eben zur Unterschrift vorgelegt worden seien, und wovon er mich bitte, Kenntniss zu nehmen.

Der Fürst gab mir dieses Actenstück in die Hand und machte sich, währenddem ich dasselbe durchlas, mit anderen Schriften zu schaffen. Diese Instructionen fand ich im Ganzen eher allgemein gehalten. Sie behandeln den Fall Wohlgemuth ziemlich kurz, betonen die Nothwendigkeit für die Deutsche Regierung auf Schweizerischem Boden Informationen über das Treiben der deutschen Sozialisten einzuziehen, und drohen für den Fall, dass schweizerischerseits die verlangten Garantien nicht geboten werden, Repressalien in der Richtung an, dass die deutsche Regierung durch Beschränkung und strenge Controlle des Verkehrs betreffend Menschen, Waaren und Postsendungen sich zu schützen suchen würde.

Ich erwiederte vorerst ungefähr Folgendes:

Wie Herr Bundesrath Droz Herrn von Bülow wiederholt erklärt habe, bedauere der Bundesrath aufrichtig, durch die Art und Weise, wie sich der Fall Wohlgemuth präsentiert habe, in die Zwangslage versetzt worden zu sein, die einfache Freilassung des Wohlgemuth nicht verfügen zu können, sondern dessen Ausweisung beschliessen zu müssen. Der Bundesrath habe früher wiederholt den Beweis geleistet, namentlich letztes Jahr (Ausweisung der Leiter des «Sozialdemokrat»¹ in Zürich, welche Maassregel zu ergreifen ihm gar nicht leicht gefallen und dann die gerichtliche Verfolgung der Fastnachtsgeschichte in Basel² etc.), dass er den Wünschen der Kaiserlichen Regierung innert der Grenzen der Möglichkeit gerne entgegenkomme, und dass er hohen Werth auf die Aufrechterhaltung guter Beziehungen mit Deutschland lege; hätte er aber in dem Falle Wohlgemuth anders gehandelt, als es geschehen, so würde ihm für die weitere Handhabung und Leitung der Fremdenpolizei der Boden unter den Füßen weggenommen worden sein. Denn die öffentliche Meinung in der Schweiz sei völlig einstimmig in dem Urtheil, dass hier ein eklatanter Fall von provo-

1. Nr. 369.

2. Vgl. BBl 1888, 2, S. 263.

catorischem Vorgehen vorliege. Anschliessend hieran widerlegte ich noch die Griefs betreffend Connivence des Bezirksammans Baumer mit den Sozialisten, «Malicen» seitens der Aargauer Behörden und schlechte Behandlung des Wohlgemuth betreffend Arrestlocal, Verpflegung etc. Dann fügte ich bei, über die muthmaassliche Vernehmung des Bundesrathes auf die von Herrn von Bülow auf Grund der gedachten Instructionen zu thuenden Schritte glaube ich mich nicht näher aussprechen zu sollen. Ich sei ohne Instructionen und, meine persönlichen Muthmassungen zu vernehmen, könnte bei der dermaligen Sachlage für den Fürsten kaum von Werth sein. Ich sei indess fest überzeugt, dass der Bundesrath neuerdings gerne der Frage näher treten werde, ob es für ihn Mittel und Wege gebe, um eine baldige Verständigung herbeizuführen. Endlich fügte ich noch einige allgemeine Bemerkungen bei betreffend die Unmöglichkeit für den Bundesrath, die deutschen Sozialdemokraten zu verfolgen, solange dieselben nicht aggressiv vorgehen. Dass der Bundesrath dagegen fest gewillt sei, diejenigen fremden Elemente, welche sich aggressiv verhalten, nicht zu dulden und die Fremdenpolizei innert der Schranken der verfassungsmässigen Möglichkeit mit aller Energie zu handhaben, bewiese unter Anderem auch das vielbesprochene Kreisschreiben³, durch welches eine wirksame Fühlung zwischen dem Bundesrath und den cantonalen Behörden angestrebt und zum Theil auch bereits erzielt worden sei.

Fürst Bismarck bemerkte hierauf, die Kaiserliche Regierung habe ebenfalls gehofft, dass, in Folge der von mir berührten Weisungen an die Kantone, die in Frage kommenden Verhältnisse sich bessern würden. Der Fall Wohlgemuth bewiese aber leider das Gegentheil. Der Bundesrath sei eben nach wie vor machtlos gegenüber der cantonalen Selbstständigkeit. Aus eigener Machtvollkommenheit habe ein untergeordneter Localpolizeibeamter in völkerrechtswidriger Weise einen Beamten des mit der Schweiz in den besten Beziehungen lebenden Deutschen Reichs verhaften, und habe die cantonale Behörde diese gehässige Massregel in der Folge aufrecht erhalten können, ohne dass der Bundesrath in der Lage gewesen wäre, seiner, des Fürsten, Bitte um Freilassung dieses Beamten Rechnung zu tragen. Man sollte meinen, die Schweiz müsste mit Rücksicht auf die bisherige Entwicklung ihrer Cultur und die Gemeinsamkeit der beiderseitigen Interessen naturgemäss freundlich zu dem Deutschen Reiche stehen. Das sei nun aber nicht der Fall. Die ganze schweizerische Presse stelle sich feindlich zu der deutschen Regierung; und in der schweizerischen Bevölkerung seien die Deutschen bald ebensogut gehasst, wie in Frankreich. Das sei sehr zu bedauern. Die Kaiserliche Regierung wünsche mit der Schweiz in bestem Frieden zu leben; sie könne aber leider an diesen Verhältnissen nichts ändern und Deutschland müsse sich nun eben seiner Haut wehren. Die Schweiz werde jedenfalls unter diesen gespannten Verhältnissen und unter den in Aussicht genommenen Grenzmaassregeln mehr leiden als Deutschland. Es sei dies namentlich der Fall betreffend den Handel und die Industrie, auf welchem Gebiete Deutschland der Schweiz durch den letzten Handelsvertrag im Vergleich mit dem, was die Schweiz Deutschland zugestanden habe, so unverhältnissmässig weitgehend entgegengekommen sei.⁴ Der Fürst kam hierauf abermals auf den Fall Wohlgemuth zurück mit dem Bemerk-

3. BBl 1888, 4, S. 1044–1048.

4. Vgl. Nr. 384.

ken, er habe persönlich mit Wohlgemuth gesprochen; derselbe sei ein beschränkter Mensch, ein wenig geschulter Elsässer, namentlich sprachlich wenig gebildet; er habe jedenfalls unter dem «Wühlen» etwas ganz anderes verstanden, als was schweizerischerseits dahinter gesucht werde. Wühlen sei überhaupt kein juristischer Begriff. Und dass Wohlgemuth einzig dieses Ausdrucks wegen von einem untergeordneten Beamten, wie alt Ochsenwirth Baumer, verhaftet worden sei und habe verhaftet werden können, sei allein schon genug, um die deutsche Regierung zu zwingen, seriöse Garantien gegen die Wiederkehr ähnlicher Vorfälle zu verlangen. Sollte es wirklich der Fall sein, dass, wie ich behaupte, die Polizei nicht direkt mitgeholfen habe, den Wohlgemuth in die Falle zu locken, so bleibe doch das Odium zu Lasten der Aargauischen Polizei, dass sie in Folge von Denunziationen von Sozialisten einen deutschen Beamten auf die blosser Vermuthung hin, derselbe habe incorrect gehandelt, wie einen gemeinen Verbrecher behandelt habe. Er, der Fürst, müsse immer wieder darauf zurückkommen, dass dieser Vorfall, abgesehen davon, dass durch denselben Deutschland empfindlich von uns beleidigt worden sei, die Kaiserliche Regierung namentlich auch deswegen zu weiteren Maassnahmen zwingt, weil durch denselben der Beweis geleistet worden sei, dass der Bundesrath gegenüber den weitgehenden Competenzen der Cantonalbehörden bis auf Weiteres nicht in der Lage sei, das Treiben der deutschen Sozialisten in der Schweiz genügend zu überwachen und der Kaiserlichen Regierung die von ihr als unerlässlich erachteten Garantien zu bieten. Und da man Deutschland nicht gestatten wolle, sich durch Deutsche Beamte auf Schweizerischem Gebiete in Sachen zu informieren, so bleibe also der Kaiserlichen Regierung nur übrig, sich auf eigenem Gebiete an der Grenze durch eine strenge Controlle des ganzen Grenzverkehrs möglichst zu schützen, und zwar ebensogut mit Rücksicht auf die Personen, als auf Waaren und auch mit Rücksicht auf Postsendungen. Zunächst habe er diese Maassregeln nur für die Aargauische Grenze in Aussicht genommen. Dort werden dieselben aber in aller Strenge durchgeführt werden; man werde die Waarensendungen genau durchsuchen, Briefe und Postpakete öffnen etc., und man werde gegebenen Falls auch schweizerische Beamte verhaften. Durch diese Beschränkungen der Anwendung der gedachten Maassregeln wolle er zeigen, dass er das Bestreben des Bundesrathes, in guten Beziehungen mit der Kaiserlichen Regierung zu stehen, immerhin anerkenne; er wolle den Kanton Aargau treffen, nicht den Bundesrath. Was im Allgemeinen das Verlangen Deutschlands betreffe, dass der Bundesrath der Kaiserlichen Regierung hinreichende Garantien biete gegen die fernere Duldung der sozialrevolutionären Umtriebe der deutschen Sozialisten in der Schweiz; so — fuhr der Fürst fort, — müsse er mich noch im Besonderen darauf aufmerksam machen, dass nach dieser Richtung bereits ein Einvernehmen zwischen ihm und der Russischen Regierung behufs gemeinsamen Vorgehens stattgefunden, dass Österreich sich zweifellos anschliessen werde und höchst wahrscheinlich auch Italien.

Der Fürst hatte eine Abschrift von Instructionen vor sich, welche Herr von Giers Herrn von Hamburger — ich glaube im Monat März — ertheilt hatte.⁵ Der Fürst las mir einige Stellen aus diesem Schriftstück vor; eine derselben lautet ungefähr dahin, Herr von Hamburger solle dem Bundesrathe eröffnen, dass,

5. Vgl. das Schreiben von Giers an von Hamburger vom 23. 3. 1889 (E 2/78).

wenn die gegenwärtigen Zustände in der Schweiz, wenn das Gewährenlassen der Umtriebe der revolutionären Elemente so fort dauern sollte, die Russische Regierung sich ernstlich mit der Frage von Repressalien befassen und namentlich auch in Erwägung ziehen müsste, ob die Respectierung der bisher anerkannten Neutralität der Schweiz weiter aufrecht erhalten werden könne.⁶ Der Fürst fügte bei, Herr von Hamburger sei zwar in Folge des inzwischen eingetretenen Vorgehens des Bundesrathes in der Bombenaffaire⁷ nachträglich angewiesen worden, die gedachten Instructionen vorläufig nicht zur Ausführung zu bringen. In der Hauptsache sei jedoch Russland mit den Anschauungen der Kaiserlich-Deutschen Regierung nach wie vor einverstanden und bereit, das Verlangen der letzteren in Bern zu unterstützen. Oesterreich betreffend, welches Deutschland eng befreundet und als Grenzstaat bei der Sache ebenfalls direct interessiert sei, sei die Mitwirkung, wie bemerkt, zweifellos. Er, der Fürst, habe es als zweckdienlich erachtet, mir alle diese Momente in offener Darlegung zur Kenntniss zu bringen; er betone nochmals, dass er das bisherige Bestreben des Bundesrathes, mit der Kaiserlichen Regierung gute Beziehungen zu unterhalten, gerne anerkenne und sehr bedaure, dass die bisherigen Beziehungen jetzt einen so unfreundlichen Character angenommen haben. Zur Zeit sei aber das Tischtuch zwischen Deutschland und der Schweiz zerrissen. — In meiner weiteren Entgegnung sagte ich ungefähr Folgendes:

Der Bundesrath stehe den Cantonen gegenüber durchaus nicht so macht- und kompetenzlos da, wie es der Fürst annehme. In dem Fall Wohlgemuth habe eben der Ausdruck «Wühlen Sie nur lustig drauf los» von Anfang an jede Beilegung des Falles in anderer weniger schroffer Weise unmöglich gemacht. In Folge des schon erwähnten Kreisschreibens sei die Centralbehörde auf dem besten Wege, um zu einer einheitlichen wirksamen Controlle des Verhaltens der in Frage stehenden fremden Elemente zu gelangen. Dass der Bundesrath nicht nur den festen Willen, sondern auch die Macht habe, in jedem Falle einzuschreiten, wo Fremde aggressiv und strafbar gegen fremde Regierungen und Staaten vorgehen, habe er neulich wieder bewiesen anlässlich des Untersuchs in der Bombenaffaire in Zürich.

Auf die Zwischenbemerkung des Fürsten, wir seien dem uns ferne liegenden Russland gefälliger, als dem Grenzstaate Deutschland, bemekte ich, dies sei durchaus nicht der Fall; ich müsse dem Fürsten gegenüber constatieren, dass wir gegen Anarchisten und alle Leute, welche die Anwendung der Gewalt befürworten und sich wirklich revolutionärer Umtriebe gegen das Ausland schuldig machen, stets sofort eingeschritten seien, und ich müsse mir erlauben, neuerdings auf die Maasnahmen zu verweisen, welche der Bundesrath voriges Jahr in sehr schwierigen Verhältnissen getroffen habe, um den Wünschen der Kaiserlichen Regierung nach Möglichkeit entgegenzukommen.⁸ Dann mache ich den Fürsten noch darauf aufmerksam, dass, soviel mir bekannt, bis jetzt noch nicht ein einziger Fall sich zugetragen habe, wo ein deutscher Grenzpolizeibeamter auf unserem

6. Ähnlich soll sich Bismarck laut einer Aufzeichnung von Welti (als Annex abgedruckt) auch Crispi gegenüber geäußert haben.

7. Vgl. Nr. 402, Anm. 1.

8. Vgl. Nr. 369.

Gebiete irgendwie belästigt worden wäre. Ich glaube im Gegentheil annehmen zu können, dass der bisherige Verkehr der beiderseitigen Grenzpolizeiorgane der denkbar glatteste gewesen sei, obschon deutsche Polizeibeamte zweifellos auch vor dem Falle Wohlgemuth oft und viel auf unser Gebiet gekommen sein dürften, um Informationen über die sozialdemokratische Bewegung einzuziehen.

Die Äusserungen des Fürsten über den Hass der schweizerischen Bevölkerung gegenüber Deutschland und über die feindliche Haltung der ganzen schweizerischen Presse müsse ich als durchaus unzutreffend erklären. Ich ging auf diesen Punkt ausführlicher ein, unter Darlegung der Verhältnisse wie sie in That und Wahrheit bestehen, und bat den Fürsten, aus der zur Zeit in der Schweiz allerdings vorhandenen Aufregung keine Schlüsse zu ziehen, welche für die früheren normalen Verhältnisse absolut nicht passen würden.

Dass der Fürst das Bestreben des Bundesrathes, mit Deutschland gute Beziehungen zu unterhalten, anerkenne, sei mir sehr angenehm zu vernehmen und lasse mich hoffen, die erwünschte Verständigung werde nicht ausbleiben. Der Auffassung müsse ich aber entgegentreten, dass durch die Beschränkung der fraglichen Repressalien auf die Aargauische Regierung für den Bundesrath die Situation gemildert würde. Durch eine solche betreffend Grenzausdehnung nur partiell angewandte Maassregel würde sich eben doch die ganze Schweiz und damit in erster Linie der Bundesrath, welcher die Eidgenossenschaft nach aussen vertritt, getroffen fühlen.

Da ich aus verschiedenen Äusserungen des Fürsten betreffend diese Grenzmaassregeln den Schluss ziehen zu müssen glaubte, derselbe könnte sich eventuell veranlasst sehen, diese Repressalien schon in allernächster Zeit ins Werk zu setzen, gab ich noch in dringlicher Weise dem Wunsche Ausdruck, dass er diesbezüglich vor der Hand eine abwartende Haltung einnehmen möge, und dass die weiterzuführenden Verhandlungen zu einem Resultate führen, welches den Fürsten bestimmen werde, von diesen Grenzrepressalien überhaupt ganz abzusehen.

Der Fürst antwortete hierauf, Zustimmungen nach dieser Richtung zu geben, sei er ausser Stande. Er könne, wie die Sachen jetzt stehen, betreffend die zu treffenden Maassregeln überhaupt nicht mehr einseitig vorgehen, sondern müsse mit den übrigen genannten Mächten im Benehmen bleiben.

Beiläufig liess der Fürst noch die Bemerkung fallen, ein Mittel zur Beilegung der Differenzen wäre vielleicht die Zurücknahme des Ausweisungsbefehls, worauf ich erwiederte, auf diese Lösung dürfte, meiner Auffassung nach, kaum gehofft werden können.

Hiemit war unsere Unterredung zu Ende, und ich verabschiedete mich alsdann von dem Fürsten.

ANNEX

E 2/524

Aufzeichnung von Bundesrat E. Welti⁹

Bern, 30. Juni 1889

«Soweit ich das politische Temperament Italiens kenne halte ich für unmöglich, dass irgend ein Ministerium in eine formelle Abmachung, welche die Verteilung der Schweiz zum Ziele hätte, eintreten könnte.

Was sicher ist, ist folgender Zwischenfall, der sich anlässlich der letzten Königsreise nach Berlin abspielte.

Während eines Gespräches zwischen Crispi und Bismark bemerkte letzterer, bei den gegenwärtigen Verhältnissen Europas schein ihm das Neutralitätsprinzip bei den Staaten zweiten Ranges nicht mehr zulässig. Ein jeder müsse seine eigene Politik haben und die Verantwortung dafür übernehmen. Crispi gab darauf keine Antwort.

Diese Episode ist authentisch. Sie beweist, dass Bismark Belgien, die Schweiz und Holland in seinen Kurs ziehen möchte, dass aber diese Idee keinen günstigen Boden in Italien findet. Es ist unzweifelhaft, die Lage der Schweiz im Falle eines allgemeinen Krieges wäre eine solche, dass ihr Boden leicht verletzt werden könnte.»

9. *Am Kopf dieser Aufzeichnung bemerkte Welti:* Die nachstehenden Notizen habe ich aus zweiter Hand erhalten; sie stammen aus Italien und scheinen übersetzt zu sein. Man hat mir dieselben unter der Bedingung übergeben, dass ich keinen Namen nenne.

400

E 1004 1/157

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 18. Mai 1889

2059. Wohlgemuth Angelegenheit

Departement des Auswärtigen. Antrag vom 17. Mai 1889

Am 13. laufenden Monats hat der deutsche Gesante, Herr von Bülow, dem Vorsteher des Departements des Auswärtigen, Herrn Bundesrat Droz, eine Depesche¹ vorgelesen, welche er vom Fürsten Bismark in der *Angelegenheit Wohlgemuth* erhalten hat.

Da Herr Bülow ermächtigt war, eine Abschrift derselben zu überlassen, hat Herr Droz ausdrücklich darum ersucht, und es hat das Departement diese Abschrift nebst dem Entwurf² der von Herrn Droz zu erteilenden Antwort zur Einsichtnahme auf dem Kanzleisch aufgelegt.

1. *Als Annex abgedruckt.*

2. *Nicht abgedruckt.*

Am vorgelegten Entwürfe werden im Verlauf der Diskussion einige Änderungen angebracht und lautet die zu erteilende Antwort nunmehr folgendermassen:

«S.E. M. de Bülow a bien voulu laisser copie au soussigné de la dépêche de S.A. le Prince de Bismark, du 10 mai, relative à l'affaire de l'inspecteur de police Wohlgemuth. Le soussigné n'a pas manqué de la soumettre au Conseil fédéral, qui a examiné avec le plus grand soin les points qu'elle aborde, et il a l'honneur de porter aujourd'hui à la connaissance de M. de Bülow le résultat de cet examen.

En raison des excellents rapports que les deux Gouvernements entretiennent, la nécessité où le Conseil fédéral s'est vu de prendre son arrêté du 30 avril³ à l'égard de M. Wohlgemuth lui a été particulièrement désagréable. Mais l'examen des pièces du dossier ne lui permettait pas d'admettre l'innocuité des agissements de M. Wohlgemuth sur notre territoire. Aujourd'hui encore, le Conseil fédéral continue à envisager que ces agissements étaient de nature à compromettre la sécurité intérieure et extérieure de la Suisse, et il avait espéré que le Gouvernement impérial arriverait à la même conclusion.

Quant aux circonstances dans lesquelles l'arrestation a eu lieu, les dernières communications que le soussigné a eu l'honneur de faire à ce sujet à S.E. M. de Bülow se sont croisées avec la dépêche de S.A. le Prince Chancelier. En se référant au rapport de la police argovienne du 9 mai⁴ dont la copie est aux mains du Gouvernement impérial, le Conseil fédéral peut se borner à constater qu'au moment de l'arrestation, la police argovienne avait déjà en mains les quatre premières lettres de M. Wohlgemuth à son agent Lutz, et que les deux autres ont été trouvées sur ce dernier, lors de son interrogatoire à la préfecture de Rheinfelden. L'assertion contenue dans la dépêche, que ces différentes lettres auraient été seulement produites à la suite d'une perquisition domiciliaire, repose ainsi sur des informations erronées, dépourvues de tout caractère officiel. Il résulte de ces lettres que les faits pour lesquels M. Wohlgemuth a été expulsé avaient déjà été commis bien avant son arrestation. D'après les enquêtes minutieuses qui ont eu lieu et qui sont corroborées par divers témoignages concordants, la conduite de la police argovienne a été correcte et conforme à nos lois, en particulier cette police n'a nullement aidé à tendre un piège à M. Wohlgemuth. On ne peut lui reprocher que la lenteur de la procédure suivie avant l'envoi du dossier à Berne, lenteur qui n'avait d'ailleurs rien d'intentionnel.

Le Conseil fédéral a remarqué avec plaisir que la dépêche ne parlait pas des prétendus mauvais traitements dont M. Wohlgemuth s'est plaint dans sa déposition à Berlin. Il ne s'y arrêtera donc pas non plus, n'hésite du reste pas à déclarer que si, ce qui est peu probable, des ressortissants suisses venaient à se trouver en Allemagne dans le même cas que M. Wohlgemuth en Suisse, il envisagerait comme entièrement justifiées les mesures semblables qui seraient prises contre eux par les autorités allemandes.

En ce qui concerne la présence des socialistes allemands sur notre territoire, il est à remarquer qu'ils n'y sont pas, comme la dépêche l'admet, à titre de réfugiés politiques auxquels le droit d'asile est accordé, mais bien en vertu de notre traité d'établissement

3. Nr. 394.

4. Nicht abgedruckt.

avec l'Allemagne, du 27 avril 1876.⁵ La Suisse n'a pas le droit de les renvoyer par mesure préventive, mais seulement dans les cas prévus à l'article 7 du dit traité. Dans le but de remplir ses devoirs de bon voisinage envers l'Allemagne non moins que pour sa propre sécurité, la Suisse a fait usage de ce droit en ordonnant de nombreuses expulsions d'anarchistes, de révolutionnaires et d'agents provocateurs. Elle a expulsé aussi l'année dernière les rédacteurs du «Sozialdemokrat»⁶ à cause de leurs provocations incessantes contre l'Empire, son Souverain et son Gouvernement, ce qui a engagé les chefs de cette officine à en transporter le siège à Londres, où leurs publications n'ont du reste pas revêtu un caractère moins agressif.

Si, malgré ces mesures, des manifestations de même nature se produisent encore çà et là sur notre territoire, il faut l'attribuer à deux causes principales. D'une part, le courant de l'immigration allemande, qui se renouvelle sans cesse, amène chez nous des éléments qu'il nous serait plus agréable de n'être pas obligés de recevoir. D'autre part, ainsi que des constatations officielles réitérées l'ont prouvé, l'agitation qui règne encore dans ces milieux est en grande partie entretenue par des agents de police étrangère peu scrupuleux, qui ne se contentent pas de prendre et de fournir des informations, mais qui organisent le désordre là où il n'existe pas. S'il était possible d'obvier à ces causes de dangers et de dommages pour la tranquillité des deux pays, le Conseil fédéral le verrait avec la plus grande satisfaction.

Le Conseil fédéral n'a évidemment pas à intervenir dans le choix des moyens par lesquels le Gouvernement impérial est renseigné sur les menées qui peuvent être dirigées du dehors contre la tranquillité de l'Allemagne. Il se borne à constater que la simple recherche d'informations sur notre territoire n'a jamais été l'objet de mesures répressives, et à déclarer que ses efforts tendront toujours à assurer aux ressortissants allemands toute la protection à laquelle ils ont droit, en tant qu'ils ne se livrent chez nous à aucune action contraire aux lois ou de nature à compromettre la sécurité de la Confédération et ses bons rapports avec l'étranger.

En s'en tenant à ces principes, on évitera certainement le retour d'incidents comme celui qui nous occupe. Par contre, des mesures gênant la circulation à la frontière n'atteindraient pas le but qu'on se propose; outre que ces mesures prendraient envers la Suisse un caractère que les circonstances ne justifient pas, outre qu'elles causeraient un tort grave et immérité aux populations amies des deux pays, ainsi que S.A. le Prince de Bismark veut bien le reconnaître lui même, elles éloigneraient plutôt de la solution amiable qui doit être de concilier et de sauvegarder autant que possible les intérêts légitimes des deux pays dans une matière aussi importante que délicate.

Le soussigné prie S.E. M. de Bülow de vouloir bien porter ce qui précède à la connaissance de S.A. le Prince-Chancelier, et saisit etc.»

5. AS 1876–1877, 2, S. 567–575.

6. *Vgl. Nr. 369.*

ANNEX

E 2/78

*Der deutsche Reichskanzler, O. von Bismarck,
an den deutschen Gesandten in Bern, O. von Bülow,
zuhanden des Vorstehers des Departements des Auswärtigen, N. Droz*

Abschrift

N

Berlin, 10. Mai 1889

In der Angelegenheit des Polizei-Inspektors Wohlgemuth habe ich von den eingereichten, Ew. Ex. von Herrn Droz übergebenen Akten Kenntniss genommen. Indem ich dieselben behufs Rückgabe beifüge, lasse ich Ihnen gleichzeitig ein Exemplar des Reichsanzeigers vom 7. d. M. zugehen, in welchem das mit Wohlgemuth aufgenommene Vernehmungprotokoll⁷ abgedruckt ist.

Ew. Ex. ersuche ich, dieses Exemplar dem dortigen Herrn Departementschef der auswärtigen Angelegenheiten unter dem Ausdruck unseres Bedauerns über das, wie ich glaube, ungerechtfertigte und feindliche Verfahren der Aargauer Beamten zu übergeben und dabei darauf hinzuweisen, dass Wohlgemuth's Aussagen die gegen ihn in der Schweiz erhobenen Anschuldigungen widerlegen. Insbesondere wollen Sie Herrn Droz darauf aufmerksam machen, dass die Landjäger in Rheinfelden nicht ohne *vorgängige* Ermächtigung der dortigen Behörde zu der Verhaftung des Kaiserlichen Beamten schreiten und ihn vor seiner Ankunft behufs Verhaftung erwarten konnten. Die Betheiligung der Aargauer Beamten an der dem deutschen Polizei-Inspektor gestellten Falle steht danach für uns ausser Zweifel. Der deutsche Polizeibeamte ist in den wenigen Minuten, welche zwischen seiner Ankunft und seiner Verhaftung lagen, gar nicht im Stande gewesen, eine nach Schweizer Gesetz verbotene, seine Einsperrung rechtfertigende Handlung zu begehen, und die Briefe, die er an Lutz geschrieben hatte, können dazu nicht den Anlass geboten haben, da sie erst nach der Verhaftung bei einer Haussuchung laut amtlicher Angabe gefunden worden sind. Diese Briefe enthalten auch nichts Strafbares, sie bekunden nur Verlangen nach Information, und der von Wohlgemuth gebrauchte Ausdruck «wühlen» hat an sich überhaupt keine, am allerwenigsten eine strafbare Bedeutung.

Wir sind indessen weit entfernt, das Recht der Schweiz, jeden Ausländer auszuweisen, in Zweifel zu ziehen; nur wollen Ew. Ex. bemerklich machen, dass das gleiche Recht auch uns, Schweizern gegenüber, zusteht, und dass wir berechtigt sind, uns in der Ausübung desselben nach dem Beispiel der Schweizer Behörden zu richten. Unsere Behörden werden dabei nicht meine Zustimmung haben, wenn sie damit eine zehntägige Einsperrung eines in Deutschland reisenden Schweizer Beamten in hartem Gefängniss verbinden sollten; aber auch hierzu haben uns die Aargauer Behörden das Beispiel gegeben.

Die Schweiz ist seit Jahrzehnten der Sammelpunkt der revolutionären und anarchistischen Verschwörer gegen unseren inneren Frieden, welche aus diesem sicheren Hinterhalt durch persönliche Agitation und durch massenhafte Verbreitung aufregender Druckschriften nach Deutschland bei uns die Elemente bearbeiten, welche zur Schädigung unserer gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung geneigt und bereit sind. Herr Droz wird nicht in Abrede stellen, dass durch diese Umtriebe die innere Sicherheit und Ruhe des deutschen Reichs geschädigt wird. Es liegt in ihnen mehr als eine Belästigung; es liegt darin eine Bedrohung unseres innern Friedens. Dennoch haben wir, wie uns Herr Droz bezeugen wird, bisher das von der Schweiz in dieser Ausdehnung beanspruchte Asylrecht durch keine diplomatische Reklamation angefochten. Wir haben uns auf unsere eigene Abwehr der daraus für uns entstehenden Gefahren und Belästigungen beschränkt. Zu dieser Abwehr gehört aber unsere *Information* über die Pläne und die Stärke unserer von der Schweiz gehegten Feinde. Auch in England werden Verschwörer gegen andere Länder geduldet; aber wenn Organe der bedrohten Regierungen sich dort über die gegen ihr Vaterland geschmiedeten Pläne unterrichten wollen, so haben sie nicht zu befürchten, dass englische Lokalbeamte unter Duldung

7. Nicht abgedruckt.

der Regierung sie hemmen, bekämpfen und in Hinterhalte locken und einsperren. Wenn die Schweizer Behörden uns für die Nothwehr, welche in der polizeilichen Beobachtung unserer dort geschützten Gegner liegt, nicht mindestens ebenso freie Bewegung gestatten wollen, wie den Verschwörern gegen unsern innern Frieden thatsächlich dort gewährt wird, so müssen wir im Interesse der Sicherheit von Recht und Ordnung im Reiche diejenigen Massregeln treffen, welche wir auf eigenem Gebiet und ohne auf freundnachbarliche Unterstützung zu rechnen, ergreifen können. Wir werden dann zu unserm lebhaften Bedauern genöthigt sein, den Verkehr aus der Schweiz nach Deutschland in Person und Sachen genauer als bisher zu controlliren, um die agitatorische Einwirkung von Schriften und Personen, welche von der Schweiz her auf uns geübt wird, wenigstens nach Massgabe der verfügbaren Mittel zu beschränken, wenn wir uns auch bescheiden, dass wir diesen Übelstand nicht vollkommen zu beseitigen vermögen. Unsere Pflicht gegen das eigene Land ist aber zu thun, was wir können, wenn uns die Information über das Verhalten der deutsch-feindlichen Elemente in der Schweiz fehlt; weil der Versuch, sie zu erhalten, uns von den Schweizer Behörden versagt wird, so werden unsere Schutzmassregeln um so allgemeiner sein müssen, weil wir kein Mittel haben, verdächtige Personen und Sendungen von unverdächtigen zu unterscheiden.

Die Kaiserliche Regierung wird ungern zu Massregeln schreiten, von denen sie voraussieht, dass sie auf den Verkehr und die Stimmung beider seit lange befreundeten Länder nachtheilig zurückwirken werden. Aber sie hat Pflichten gegen das Land und wenn ihr der bescheidene Anspruch versagt wird, sich mit der Person und dem Treiben der in der Schweiz geduldeten Verschwörer gegen unsere innere Sicherheit bekannt zu machen, wenn der Versuch dazu mit Einsperrung und Ausweisung diessseitiger Beamten bestraft wird, so kann die Verantwortlichkeit für die daraus hervorgehenden Übelstände nicht uns zur Last fallen.

Ew. Ex. wollen Herrn Droz diesen Erlass vorlesen und wenn es gewünscht wird, Abschrift davon lassen.

401

E 2/78

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz*

Empfangskopie

T

Berlin, 25. Mai 1889, 14.15 h
(Ankunft; 25. Mai 1889, 15.00 h)

Aus Mittheilungen welche mir mein Gewährsmann gestern Abend spät machte, muss ich schliessen dass die Antwort des Bundesrathes¹ auf die Note² des Reichskanzlers die Situation nicht nur nicht verbessert, sondern dadurch dass der Bundesrath das Vorgehen der Aargauer Behörden ausdrücklich als korrekt erklärt, ungünstig compliciert hat. Die Kaiserliche Regierung sei im fernern auch deswegen unbefriedigt weil sie die verlangten Garantien gegen Wiederkehr von Verhaftung eines Kaiserlichen Beamten in der Erklärung des Bundesrathes nicht zu finden vermöge. Eine neue Note dürfte alsbald von hier nach Bern abgehen oder schon abgegangen sein.

Näherer Bericht folgt mit heutiger Abendpost.³

1. Vgl. Nr. 400.

2. Nr. 400, Annex.

3. Nicht abgedruckt.

*Der schweizerische Geschäftsträger in Wien, G. Carlin,
an den Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz*

B Teilweise chiffriert

Vienne, 30 mai 1889

Au cours d'un entretien que j'ai eu hier avec le comte Kálnoky, Ministre des Affaires étrangères, il a été question de l'affaire Wohlgemuth. Sur ma demande, s'il avait reçu, à ce sujet, des communications quelconques de la part de l'Allemagne, il m'a répondu négativement. «Il est incontestable», a ajouté le Ministre, «que les journaux officieux allemands parlent avec aigreur de cette affaire. Je ne dis pas qu'ils ont raison; mais, ce qui m'a aussi frappé, moi, c'est la sévérité avec laquelle on a procédé contre Wohlgemuth, tandis qu'on laissait aux révolutionnaires russes de Zurich tout le temps de faire disparaître les traces du complot qu'ils tramaient indubitablement contre la vie du Czar.¹ Et, si je n'ai rien reçu de l'Allemagne au sujet du cas Wohlgemuth, j'ai appris de source russe non officielle, mais très sûre, que la manière dont l'affaire des bombes de Zurich avait été traitée avait produit une impression peu favorable sur le Czar et les sphères gouvernementales russes. C'est surtout contre les procédés et l'indiscrétion du Commandant de Police Fischer que le comte Kálnoky croit qu'il y a des griefs à formuler.

A ces remarques, que M. le Ministre a dit et répété ne me faire qu'à titre *tout à fait confidentiel*, ce dont je vous prie de vouloir bien prendre note, j'ai répondu que j'étais fort étonné de rencontrer cette manière de voir immédiatement après que le Conseil fédéral avait donné, par l'expulsion des Russes paraissant compromis dans l'affaire de Zurich, des preuves aussi palpables de sa ferme volonté de faire respecter, en Suisse, par tout le monde, les égards que les peuples se doivent entre eux. Quant à l'affaire Wohlgemuth, j'ai rétabli les faits dénaturés par une partie de la presse allemande et ai insisté sur la fâcheuse situation dans laquelle des agents provocateurs étrangers pouvaient mettre la Suisse, en la faisant passer, aux yeux de l'Europe, pour un foyer d'agitations révolutionnaires, tandis que le peuple suisse était le peuple le plus tranquille et le plus plein de bon sens qu'on puisse trouver. Enfin, j'ai fait remarquer que certaines inégalités de procédure pouvaient provenir de ce que la Confédération n'avait pas de propres agents de Police, mais devait se servir de ceux des Cantons.

M. le comte Kálnoky a voulu me faire entendre, à cette occasion, que le droit d'asyle absolu avait fait son temps: «Partout on revient en arrière, on rétablit les passeports; il n'est plus trop difficile d'obtenir, dans certains cas particuliers, des Etats

1. Am 6. März 1889 verunglückten auf dem Zürichberg zwei russische Studenten, Dembsky und Brynstein, bei einem Sprengunfall schwer (vgl. E 21/14341). Die daraufhin erfolgte Untersuchung ergab, dass keine [...] traces réelles d'un attentat projeté contre le souverain ou contre la sécurité intérieure d'un autre pays [...] gefunden werden konnten (E 1004 1/157, Nr. 1411). Trotzdem wurden durch Bundesratsbeschluss vom 7. 5. 1889 Dembsky und 12 weitere Russen – Brynstein war seinen Verletzungen erlegen – aus der Schweiz ausgewiesen (BBl 1889, 2, S. 925–927). Zur Reaktion der russischen Regierung vgl. Nr. 408.

Unis d'Amérique et même de l'Angleterre, des extraditions ayant un caractère politique.»

Le Ministre continue à trouver la situation générale satisfaisante. A son avis, il ne faut ajouter que peu d'importance au discours de Lord Salisbury, «qui, sans raisons plausibles, a ses heures de pessimisme et qui, d'ailleurs, avait besoin de peindre noir en noir pour obtenir l'argent demandé pour l'augmentation de la flotte anglaise.» — Les tumultes de Belgrade n'inquiètent pas non plus le comte Kálnoky. «Le Roi a octroyé aux Serbes une constitution trop libérale, pour laquelle ils ne sont pas mûrs, et maintenant que Milan, qui tenait énergiquement à ce que l'ordre soit maintenu, est hors du pays, les partis tapent l'un sur l'autre. Aujourd'hui ce sont les radicaux qui tapent sur les progressistes pour les empêcher de se reformer en parti; demain les rôles peuvent changer. C'est de la politique intérieure serbe qui n'affecte en rien la paix de l'Europe. Il n'y aura pas de guerre pour la Serbie.»

Il ne saurait plus y avoir de doute que le voyage de l'empereur d'Allemagne et du Roi d'Italie à Strasbourg était chose décidée. L'empereur en aurait fait la proposition de son propre chef, Humbert n'aurait pas voulu ou pas osé refuser, et c'est le Prince de Bismarck qui, après coup, aurait dû faire comprendre à son souverain que, par égard pour la tranquillité de l'Europe, il valait mieux renoncer au plaisir de ce voyage. Voilà la version que je tiens du comte Knuth, Ministre du Danemark, généralement bien renseigné. L'Ambassadeur de France, M. Decrais, m'a dit qu'il croyait aussi que les choses s'étaient passées ainsi. — [...]².

2. Es folgen einige Bemerkungen darüber, dass in der österreichisch-ungarischen Innenpolitik im Moment wenig geschehe.

403

E 1004 1/157

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 31. Mai 1889

2246. Wohlgemuthaffäre

Departement des Auswärtigen. Antrag vom 31. Mai 1889

Dem Vorsteher des Departementes des Auswärtigen, Herrn Bundesrat Droz, ist vom deutschen Gesandten in Bern, Herrn v. Bülow, folgende vom 24. Mai datirte Note¹ des Fürsten v. Bismarck vorgelesen und abschriftlich überlassen worden:

«Von der mit Bericht vom 19. Mai des Jahres eingereichten Note², welche der dortige Departementschef der auswärtigen Angelegenheiten unter dem 18. desselben Monats an Ew. Exc. gerichtet hat, habe ich Kenntnis genommen. Die in dem Erlass vom 10. Mai aufgestellten Gesichtspunkte³ sind durch die Ausführungen des Herrn

1. E 2/78

2. E 1004 1/157, Nr. 2069.

3. Vgl. Nr. 399.

Droz nicht widerlegt worden; sie finden insbesondere keine Unterstützung in dem von ihm hervorgehobenen Niederlassungsvertrag vom 27. April 1876.⁴ Die Fassung in Art. 7 des letzteren enthält keine Beschränkung der völkerrechtlich und staatsrechtlich zweifellosen Ausweisungsbefugnis gegenüber solchen deutschen Revolutionären, deren Tätigkeit das friedliche Einvernehmen beider Nachbarstaaten schädigt. Dass zahlreiche, den Schweizer Regierungen bekannte Anarchisten in der Schweiz ihren Wohnsitz genommen oder sich daselbst niedergelassen haben, ist zweifellos und konnte nur geschehen, weil die Kantonalbehörden, in Widerspruch mit Art. 2⁵ des Vertrages, den deutschen Einwanderern gegenüber von dem Erfordernis der Bescheinigung ihres Leumundes durch ihre Heimatbehörden regelmässig absahen. Dieser Artikel begründet nicht nur für die Schweiz, sondern auch für das deutsche Reich Rechte; für letzteres ist es nicht gleichgültig, wenn in seiner Nachbarschaft und an der Grenze in dem Gebiete der Eidgenossenschaft bescholtene Personen, wie es die Sozialrevolutionäre sind, vertragswidrig geduldet werden und von dort aus das Nachbarland durch persönliche und publizistische Agitation beunruhigen.

Gegenüber dieser vertragswidrigen Duldung nicht nach Art. 2 legitimirter Personen ist die Verhaftung und Ausweisung des als k. Beamten legitimierten Polizeinspektors Wohlgemuth um so auffallender. Auf diesen treffen die Voraussetzungen des Art. 7 nicht zu; er ist von keinem gerichtlichen Urteil betroffen und hat sich in der Schweiz nicht lästig gemacht. Dass dies geschehen sei, ist eine unwahre Behauptung und die *petitio principii* für das feindliche und rechtswidrige gegen Wohlgemuth eingeschlagene Verfahren. Das letztere beruht in der missbräuchlichen Auslegung der in dem Briefe an Lutz gebrauchten Phrase, welche den tatsächlichen Verhältnissen gegenüber bedeutungslos ist. Dass Wohlgemuth den Lutz als *agent provocateur* benutzen wollte, findet in den stattgehabten Ermittlungen keine Unterstützung. Dagegen ist Lutz als Lokspizel gegen Wohlgemuth von der Schweiz aus benutzt worden, und dafür, nach unseren durch Schweizer Blätter bestätigten Nachrichten, unter anderen der Grossrat Wullschleger von Basel und insbesondere der Bezirksamtman Baumer von Rheinfelden in Verbindung mit Lutz und anderen deutschen Anarchisten tätig gewesen.

Dem Verkehr zwischen befreundeten Grenzstaaten entspricht es nicht, dass Wohlgemuth, nachdem er sich als kaiserlicher Beamter legitimirt hatte, festgehalten und ausgewiesen worden ist. Lag für die Schweiz ein Grund zur Beschwerde gegen deutsche Beamte vor, so war der Weg der Reklamation bei der k. Regierung nach den Traditionen befreundeter Nachbarn gegeben. Noch weniger gerechtfertigt ist es, dass dem Beamten, nachdem er sich zu erkennen gegeben hatte, *seine dienstlichen Papiere* weggenommen worden sind und weiter vorenthalten werden. Wir würden danach berechtigt sein, auch unsererseits Schweizer Beamten, welche in Deutschland reisen sollten, ihre amtlichen Papiere fortzunehmen und dieselben zu behalten. Ein nachbarliches Verhältnis lässt sich unter diesen Umständen nicht aufrechterhalten. Wenn unbegründete Behauptungen und zwangsweise Auslegungen bedeutungsloser

4. AS 1876–1877, 2, S. 567–575.

5. *Dieser lautet:* Um in der Schweiz Wohnsitz zu nehmen, oder sich dort niederzulassen, müssen die Deutschen mit einem Heimatscheine und einem von der zuständigen Heimatsbehörde ausgestellten Zeugnisse versehen sein, durch welches bescheinigt wird, dass der Inhaber im Vollgenusse der bürgerlichen Ehrenrechte sich befindet und einen unbescholtenen Leumund genießt.

Worte genügen, damit ein deutscher Beamter in der Schweiz schlechter behandelt werde, als bescholtene Anarchisten, welche den Umsturz des deutschen Reiches anstreben und betreiben, so tritt für die kaiserliche Regierung die Verteidigung der Grenze gegen die ihr von der Schweiz drohenden Gefahren als Gebot der Notwehr ein. Die der Schweiz gewährte Neutralität muss auch von der Schweiz in ihrem Verhalten gegen ihre Nachbarn gewürdigt werden. Sie bringt für die Schweiz Pflichten mit sich, ohne deren Erfüllung sie im europäischen Staatensystem nicht haltbar sein würde.

Ew. Ex. ersuche ich ergebenst, diese Mitteilungen Herrn Droz vorzulegen und ihm Abschrift davon zu lassen.»

Auf Grundlage der in der Vormittagsitzung stattgefundenen Diskussion ist der vom Departement vorgelegte Entwurf einer Antwort abgeändert und vom Departementsvorsteher in Verbindung mit den Herren Vizepräsident Ruchonnet und Bundesrat Welti ein neuer Entwurf festgestellt worden.

Dieser Entwurf wird genehmigt und das Departement demgemäss ermächtigt, Herrn von Bülow folgende Antwort zu erteilen:

«Le soussigné n'a pas manqué de soumettre au Conseil fédéral la nouvelle dépêche de S.A. le Prince de Bismark, du 24 courant, relative à l'affaire Wohlgemuth, dont S.E. M. de Bülow lui a remis copie, et il a l'honneur d'y répondre comme suit:

En ce qui concerne l'opinion exprimée dans la dépêche au sujet de l'article 2 du traité d'établissement du 27 avril 1876, le Conseil fédéral regrette de ne pouvoir s'y ranger. Cet article a seulement voulu régler les conditions que chaque Etat est en droit de requérir des ressortissants de l'autre Etat qui viennent sur son territoire pour y séjourner ou s'établir, mais il ne constitue pas une obligation réciproque dans le sens où l'entend la dépêche. Indépendamment du droit qu'a tout Etat de recevoir chez lui qui bon lui semble, il est certain que pas plus en Allemagne qu'en Suisse on n'a envisagé jusqu'ici comme un devoir vis-à-vis de l'autre pays d'exiger dans tous les cas le certificat de bonne réputation. Il est du reste à remarquer que, par circulaire du 13 septembre 1880⁶, le Conseil fédéral avait cru devoir, dans un intérêt d'ailleurs exclusivement suisse, recommander aux cantons l'observation stricte de l'art. 2 vis-à-vis des ressortissants allemands, mais que la Légation d'Allemagne à Berne fit alors diverses démarches, dont entre autres une par écrit le 10 décembre de la même année⁷, pour obtenir qu'on atténuat une pratique qui paraissait trop rigoureuse, ce qui eut lieu en effet ainsi que le constatent plusieurs instructions complémentaires conservées dans nos archives.

Au sujet du cas Wohlgemuth, le Conseil fédéral constate avec peine qu'une divergence aussi profonde ait pu se produire dans l'appréciation de faits qui lui paraissent cependant d'une entière évidence. Sans revenir sur ces faits pour le moment, il se bornera à présenter quelques remarques essentielles sur les passages de la dépêche d'après lesquelles les autorités suisses auraient agi dans cette affaire d'une manière hostile, contraire au droit et contraire aux bons rapports internationaux.

Après ses précédentes déclarations, le Conseil fédéral croit avoir à peine besoin de répéter qu'il ne peut avoir eu la pensée frivole de commettre un acte d'hostilité envers l'Allemagne, à l'amitié de laquelle il attache un si haut prix. Juge de ce que per-

6. BBl 1880, 3, S. 685 f.

7. Nicht ermittelt.

met et de ce que prescrit le droit public suisse, le Conseil fédéral a pris son arrêté du 30 avril⁸ en se fondant non seulement sur quelques mots dont la signification est d'ailleurs très précise, mais sur un ensemble de faits tombant sous le coup de la constitution fédérale, sans parler de l'action pénale qui était aussi possible mais qu'il n'a pas voulu ouvrir à cause du caractère plus grave qu'elle aurait revêtu. Le renouvellement de tels faits dans les derniers temps et l'émotion bien naturelle qu'ils ont produite rendaient absolument nécessaire de prendre des mesures pour sauvegarder les intérêts de notre pays. Dans ce but, le Conseil fédéral n'aurait certainement pas manqué de suivre de préférence la voie indiquée par la dépêche, si les demandes écrites et verbales de M. de Bülow avaient permis d'espérer que nos réclamations aboutiraient mieux que l'année dernière, dans des circonstances à peu près semblables. Il ne nous restait ainsi qu'à prendre nous-mêmes les mesures que nous jugions les mieux appropriées. En prononçant l'expulsion de M. Wohlgemuth, nous n'avons pu considérer en lui le fonctionnaire, attendu qu'il n'était pas accrédité auprès de nous et qu'il était venu en Suisse secrètement à notre insu et d'une manière subreptice et déguisée, mais uniquement l'étranger apportant le trouble sur notre territoire et menaçant de compromettre nos bons rapports avec un pays voisin et ami, cas expressément prévu par l'article 7 du traité d'établissement.

Tandis que la première dépêche déclarait expressément ne pas contester notre droit d'expulser un étranger, la seconde dit que nous avons agi contrairement au droit (*rechtswidriges Verfahren*). Cette divergence ne peut s'expliquer que par la fâcheuse différence qui existe dans l'appréciation des faits. Aussi le Conseil fédéral verrait-il volontiers que l'on procédât à la vérification et à la fixation des faits controversés, soit par une entente amiable, soit par tout autre moyen. Il est persuadé que cela contribuerait sûrement à l'aplanissement de la difficulté pendante.

En ce qui concerne les papiers de service de M. Wohlgemuth, le soussigné doit remarquer qu'on s'est d'abord empressé de les envoyer à Berlin, d'où ils sont revenus avec le dossier; que dès lors on n'a pas décidé de ne pas les rendre et que, suivant le vœu de M. de Bülow, on n'en a fait aucun usage; que d'ailleurs ces papiers ne paraissent pas avoir une grande valeur pour ce fonctionnaire de police, puisque M. de Bülow a proposé au soussigné de les livrer au feu en commun.

Le Conseil fédéral doit se défendre également contre le reproche de traiter plus favorablement les anarchistes et les révolutionnaires qu'un fonctionnaire allemand venu en Suisse dans les conditions où s'y trouvait M. Wohlgemuth. Le soussigné ne peut que s'en référer à ce qu'il a écrit à M. de Bülow en date du 18 courant⁹, savoir que le Conseil fédéral entend couvrir également de sa protection tous les ressortissants allemands qui viennent en Suisse, sans distinction quelconque, en tout qu'ils respectent les lois de notre pays et ne commettront aucun acte de nature à compromettre notre sécurité intérieure et extérieure. Quant aux anarchistes et aux révolutionnaires, y compris les agents provocateurs, il suffit de rappeler les mesures prises et en préparation, pour montrer que le peuple suisse et ses autorités sont fermement résolus à sévir contre les auteurs de désordres, quels qu'ils soient.

Le soussigné ne doit pas dissimuler à S.E. M. de Bülow que le Conseil fédéral a éprouvé quelque surprise en voyant qu'à cette occasion la dépêche croyait devoir

8. *Vgl. Nr. 394.*

9. E 2/78.

s'occuper de la neutralité de la Suisse. La Suisse a toujours été trop soucieuse de faire respecter les droits qui résultent de cette neutralité pour négliger aucun des devoirs qui en découlent aussi. Mais elle ne peut envisager comme un devoir de sa neutralité de souffrir sur son territoire des actes contraires à ses droits de souveraineté. Quoique neutre, la Suisse jouit, en matière d'exercice de la police chez elle aussi bien que dans ses rapports de police avec l'extérieur, de la plénitude de ses droits à l'égal de tous les autres Etats de l'Europe. Ce n'est pas en vertu de sa neutralité qu'elle a pris et prendra les mesures qui lui paraissent nécessaires contre les fauteurs de désordres, mais en vertu de son droit d'état souverain qui tient à avoir la paix chez lui et avec les autres Etats.

Conformément à ces principes consacrés de tout temps par le droit des gens, le Conseil fédéral sera toujours heureux de faire tout ce qu'on peut légitimement attendre de lui pour le maintien et le développement des bons rapports entre la Suisse et l'empire d'Allemagne.

Le soussigné prie S.E. de vouloir bien communiquer ce qui précède à S.A. le Prince de Bismark, et il saisit cette occasion pour lui renouveler les assurances de sa haute considération.»

404

E 2/78

*Das Departement des Auswärtigen
an den schweizerischen Gesandten in Berlin, A. Roth*

Kopie
S

Berne, 2 juin 1889

Je vous confirme mon télégramme chiffré d'hier soir, portant:

Le Conseil fédéral a arrêté hier, après plusieurs séances de discussion minutieuse, le texte de la réponse à Bülow, qui lui sera remise aujourd'hui.¹ Partant du point de vue que des concessions de principe sont impossibles, la réponse réfute très fermement, mais courtoisement la dépêche.² Le Conseil fédéral voudrait une vérification amiable et contradictoire des faits pour aplanir la divergence d'appréciation existante. Vous recevrez copie des pièces par cassette. Bülow a fait des démarches ce matin auprès du Président et de moi. Il voudrait déclaration expresse que nous laisserons prendre des informations et que nous surveillerons de plus près les menées subversives. Nous lui avons répondu que le premier point ne se prêtait pas à arrangement international, mais que nous nous en tenions aux déclarations de ma note du 18³ et à pratique suivie. Sur le second point, le passé prouve notre volonté de sévir et nous préparons d'autres mesures dans notre propre intérêt. J'aurai encore entretien avec

1. *Vgl. Nr. 403.*

2. *Ibid.*

3. *Nr. 400.*

lui ce soir. Concernant jubilé du roi de Wurtemberg, le Conseil fédéral vous charge de dire à votre collègue que nous nous ferons représenter et désignerons ultérieurement délégation.

Voici maintenant quelques renseignements complémentaires qui contribueront à éclairer pour vous la situation.

Hier matin (samedi), M. de Bülow s'est présenté chez M. le Président Hammer, auquel il avait demandé une audience dans le but de l'entretenir, m'a-t-il dit, d'une invitation éventuelle aux Légations d'Allemagne et l'Italie pour la fête d'inauguration du monument Alfred Escher. «De l'abondance du cœur la bouche parle», m'a dit M. de Bülow. «J'ai cru devoir entretenir aussi M. le Président de l'affaire Wohlgemuth, dans le désir que j'ai de faire mon possible pour aplanir la difficulté et attendu que, comme ancien Ministre à Berlin, il connaît bien notre situation.» Il est cependant fort probable, étant donnée la discipline stricte qui régit la diplomatie allemande, que M. de B[ülow] n'a pas fait cette démarche sans qu'elle eût été conseillée ou approuvée à Berlin.

Quoi qu'il en soit, M. le Président m'a fait part de son entretien avec M. de B[ülow]. En voici le résumé. M. de B[ülow] a exprimé l'opinion que le retrait de l'arrêté d'expulsion mettrait fin à l'incident. M. Hammer lui a répondu qu'il n'y fallait pas songer, et a donné comme opinion personnelle sans engager en rien celle du C[onseil] f[édéral], que peut-être si le gouvernement impérial commençait par blâmer et déplacer Wohlgemuth, la Suisse pourrait, en présence de cette satisfaction, retirer son arrêté. M. de B[ülow] a alors parlé des mesures à prendre pour l'avenir en ce qui concerne les informations de police et la répression des menées socialistes. M. le Président lui a répondu sur le premier point qu'il ne nous était pas possible de laisser fonctionner la police d'un autre Etat sur notre territoire et sur le second point que la démocratie sociale n'était pas envisagée en Suisse comme un parti subversif tant qu'elle reste sur le terrain des discussions permises et ne se livre à aucun acte de violence ou de provocation contre nous ou contre d'autres Etats.

Au sortir de son audience chez le Président, M. de B[ülow] est monté chez moi, et sans me parler alors de cette audience, ce qu'il a fait seulement l'après-midi (voir plus loin), il a engagé l'entretien sur l'affaire Wohlgemuth. Je lui ai dit que je lui remettrais notre réponse dans la journée, et il a demandé ce que nous avions décidé quant aux mesures à prendre pour l'avenir. Je lui ai tenu à peu près le langage suivant: «Vous ne devez pas douter de notre vif désir d'apaiser ce différend fâcheux et je n'ai pas besoin de vous dire combien il est loin de notre pensée de maintenir intentionnellement une cause de dissentiment avec l'Allemagne, alors que tous nos intérêts nous commandent de faire tout ce qui est en notre pouvoir pour rester en bonne intelligence avec elle. Mais il est des concessions de principe que nous ne pouvons absolument pas faire sans cesser d'être un Etat libre et souverain. Les points sur lesquels la discussion porte entre les deux gouvernements sont au nombre de trois: le cas Wohlgemuth, les informations à prendre sur notre territoire, les mesures contre les anarchistes et les révolutionnaires.

Sur le premier point, le Conseil fédéral ne peut arriver à comprendre comment une divergence pareille peut se produire en présence du dossier qui lui paraît très clair. Il n'y trouve d'autre explication que dans la circonstance que certains faits auxquels nous attachons une importance essentielle ont peut-être échappé à l'attention du gouvernement impérial. C'est pourquoi il serait très utile de procéder à une constata-

tion amiable des points de fait controversés. Il en résultera peut-être un rapprochement.

Le second point est très délicat et ne me paraît pas se prêter à un arrangement international formel. Nous avons dit dans notre première réponse que la simple recherche d'informations sur notre territoire n'avait jamais été l'objet de mesures restrictives. Mais aucun Etat ne peut se lier envers un autre pour lui reconnaître le droit de pratiquer la police sur son territoire. Si je suis bien informé, les pays qui admettent des détectives étrangers, le font à bien plaisir et dans tous les cas, leur police est informée confidentiellement de la présence de ces derniers. Je ne puis en aucune manière préjuger ce que le Conseil fédéral répondrait si on lui faisait une ouverture dans ce sens. Dans tous les cas, il me paraît que c'est une question de tact réciproque de la part des Etats qui croient devoir envoyer ou recevoir des agents de police secrète. Jusqu'ici, nous n'avons sévi que contre les agents provocateurs, et d'ailleurs nous n'avons pas eu à nous occuper des simples agents informateurs, car ils n'ont jamais appelé notre attention, et ne l'appelleraient sans doute pas davantage à l'avenir. Encore une fois, c'est un terrain très délicat sur lequel nous ne pouvons pas plus qu'aucun autre Etat prendre des engagements positifs.

Sur le troisième point, je puis m'expliquer plus catégoriquement. Dans la réponse que vous recevrez, nous nous référons d'abord, comme dans ma première réponse, à tout ce que nous avons fait pour réprimer les menées subversives. En outre, nous vous parlons cette fois de mesures *en préparation*. Vous savez que nous avons été invités par l'Assemblée fédérale à préparer une révision de notre code pénal, qui doit viser une répression plus effective de cas semblables. Ce sont là des mesures d'ordre intérieur, sur lesquelles nous n'avons aucun engagement à prendre vis-à-vis d'autres Etats. Mais pour vous montrer combien nous désirons, dans notre propre intérêt, enlever à des tiers tout motif de nous adresser des reproches sur la défectuosité de notre organisation de police politique, je puis vous dire que soit à cette occasion, soit à celle des bombes à Zurich⁴, nous nous sommes préoccupés de diverses mesures nouvelles à prendre. Sans vous donner l'opinion du Conseil fédéral qui ne s'est pas encore prononcé, je puis vous dire entre autres que mon opinion personnelle, qui se traduira probablement par des propositions à mes collègues, est que nous devrions nommer un procureur général permanent, poste prévu par notre loi de procédure; ce fonctionnaire nous permettrait de diriger immédiatement toutes les enquêtes qui nous paraissent avoir quelque importance. Nos polices cantonales, sans y mettre de mauvais vouloir, ne se rendent pas toujours un compte exact de l'importance de telle ou telle affaire. Je suis aussi d'avis qu'on pourrait peut-être avoir sur quelques points de notre territoire des agents de police relevant directement du pouvoir central, mais cette question doit être examinée de très près à cause des compétences cantonales. Enfin, je crois qu'il y a lieu de voir si l'on ne doit pas être plus sévère à l'égard de la participation d'étrangers à des assemblées politiques qui ont lieu sur notre territoire comme celles de Riehen, de Bâle et de Zurich. Que des Suisses jugent à propos de protester contre la politique extérieure du C[onseil] féd[éral] c'est leur droit, mais je ne puis le reconnaître à des étrangers, et il est certain que lorsque les Suisses seront seuls dans leurs assemblées, celles-ci prendront un tout autre caractère. Voilà mon opinion, que je vous communique pour bien vous montrer que nous nous appliquons toujours

4. Vgl. Nr. 402, Anm. 1.

davantage à réprendre aux exigences de la situation, mais je répète que ce sont là des questions d'ordre intérieur, qui ne peuvent faire l'objet d'un engagement international.»

M. de B[ülow] m'a paru satisfait de ces communications, et m'a dit que si l'on pouvait en faire mention de la manière la plus explicite possible dans la dépêche, cela produirait sans doute une bonne impression à Berlin.

M. le Président est ensuite venu me faire part de l'entretien qu'il avait eu avec M. de B[ülow]. Nous sommes convenus que je ferais venir ce dernier pour lui remettre ma réponse, à laquelle nous avons d'ailleurs jugé qu'il n'y avait rien à changer, et que je profiterais encore de l'occasion pour lui confirmer sur différents points notre manière de voir.

L'après-midi j'ai donné suite à cette intention. J'ai lu la réponse en l'accompagnant de commentaires dans le sens de ce qui précède, et le résumé de notre entretien a été celui-ci: M. de B[ülow] a exprimé le désir que ces explications produisent bon effet à Berlin, et je lui ai répondu que l'Allemagne nous trouverait certainement désireux d'entrer en matière sur toutes propositions acceptables pour nous en vue d'aplanir le différend.

Je vous envoie ci-joint copie des dernières pièces échangées, ainsi que d'un entretien que M. Carlin a eu à Vienne avec M. Kalnoky.⁵ J'ajoute que M. de Hamburger m'a dit samedi, que le gouvernement russe était très satisfait de la manière dont nous avons conduit et terminé l'enquête sur les bombes, et qu'il ne doutait pas d'être chargé de nous exprimer expressément des remerciements à ce sujet.

5. Nr. 402.

405

E 2/78

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz*

B Confidentiell und persönlich

Berlin, 7. Juni 1889

Über die Aufnahme, welche Ihre Note vom 31. Mai¹ und der dieselbe begleitende Bericht des Herrn von Bülow im Auswärtigen Amte in Berlin gefunden, bezw. darüber, wie man dort momentan hierüber urtheilt, ist mir gestern Abend von unbetheiligter, aber in der Regel zuverlässig informierter Seite streng vertraulich folgendes mitgetheilt und angedeutet worden:

Durch diese neue Note habe sich die Situation — bemerkte mein Gewährsmann — noch verschlechtert, und zwar:

I. Weil der Bundesrath au fond auf seiner Auffassung des Falls Wohlgemuth beharre, ohne der deutschen Beurtheilung derselben auch nur im Geringsten Rechnung zu tragen. Darüber, dass der Kaiserlichen Regierung durch die Inhaftaltung

1. Nr. 403.

und die Ausweisung Wohlgemuths, nachdem sich derselbe als deutscher Beamter legitimiert, eine Beleidigung widerfahren sei, für welche die Schweiz in irgend einer Form Genugthuung zu leisten habe, sei, mit Ausnahme der bekannten Gegner des Reichs, die ganze öffentliche Meinung in Deutschland völlig im Klaren. Die gleiche Ansicht werde auch von den verschiedensten ausländischen Regierungen getheilt. Die diesbezüglichen Auslassungen des Bundesrathes lassen aber ganz und gar nicht annehmen, dass derselbe geneigt wäre, den Fall Wohlgemuth dadurch endlich aus der Welt zu schaffen, dass er nach einem Mittel suchen würde, um die Deutschland erwiesenermassen angethane Beleidigung in freundnachbarlichem Entgegenkommen wieder gut zu machen. Das beweise u. A. der Passus in der Note vom 31. Mai, wo es heisse: «En prononçant l'expulsion de M. Wohlgemuth» bis «prévu par l'art. 7 du traité d'établissement.» Was könne da die «vérification et la fixation des faits controversés, soit par une entente amiable, soit par tout autre moyen» im Sinne einer Verständigung nach obiger Richtung noch zu Tage fördern?

2. Weil der Bundesrath fortgesetzt eine positive Zusage betreffend Gewährenlassen des Einziehens von Informationen auf schweizerischem Gebiete durch deutsche Polizei-Beamte ablehne und der Kaiserlichen Regierung somit Garantien dafür, dass in Zukunft deutsche Polizei-Beamte, welche Informationen einziehen, nicht mehr riskieren, verhaftet und ausgewiesen zu werden, nicht bieten wolle. Wenn Herr Bundesrath Droz dem Kaiserlichen Gesandten, Herrn von Bülow, bei den vertraulichen mündlichen Verhandlungen, diese und jene Andeutungen gemacht habe, welche nach schweizerischer Auffassung das Gegentheil von Obigem beweisen sollen, so müsse dem gegenüber deutscherseits geltend gemacht werden, dass diese allgemein gehaltenen Andeutungen materiell und formell weit davon entfernt seien, die Kaiserliche Regierung befriedigen zu können. Der Umstand, dass bestimmtere bindende Erklärungen in den beiden Noten des Herrn Bundesrath Droz gänzlich fehlen, lassen der Kaiserlichen Regierung keinen Zweifel darüber, dass eben der Bundesrath, mit Rücksicht auf seine Abhängigkeit von den Kantons-Regierungen, nicht glaube solche Garantien bieten zu können. Auch der Passus in der ersten Note des Herrn Bundesrath Droz, vom 18. Mai l.J.², lautend: «Il se borne à constater que la simple recherche d'informations» etc. ... bis «et ses bons rapports avec l'Etranger» gehören in das Gebiet dieser vagen, allgemeinen Andeutungen, in welchen die Kaiserliche Regierung keine Garantien im Sinne der diesseitigen Ansprüche zu finden vermöge.

Die Ausführungen in der zweiten Note des Herrn Bundesrath Droz betreffend Neutralität und Souveränität der Schweiz, gipfelnd in dem Satz: «Ce n'est pas en vertu de sa neutralité qu'elle a pris et prendra» etc. ... bis «chez lui et avec les autres états» haben im Auswärtigen Amt ebenfalls einen ungünstigen Eindruck hinterlassen, indem man hier den Standpunkt vertrete, dass, wenn die Grossmächte der Schweiz den grossen Vortheil der Anerkennung ihrer Neutralität gewähren, für die Schweiz hieraus entschieden die Verpflichtung resultiere, Unterlassungen oder Handlungen zu vermeiden, welche die Regierungen der Garantie-Mächte verletzen.

Das Facit der bisherigen Verhandlungen sei, dass der Bundesrath bis jetzt auch nicht eine einzige der von dem Reichskanzler verlangten Concessionen gemacht habe, und dass auch nicht angenommen werden könne, derselbe würde bei fortgesetzten Verhandlungen mehr Entgegenkommen zeigen, als es bisher der Fall gewe-

sen. Mithin bleibe der Kaiserlichen Regierung eben nichts anderes übrig, als nunmehr in der mir seiner Zeit vom Reichskanzler angedeuteten Weise sich Genugthuung zu verschaffen, bezw. den Weg der Abhülfe auf eigenem Gebiete zu suchen und im Übrigen eine vereinte Action der zunächst interessierten Grossmächte zu veranlassen.

Auf meine Frage, wie wohl in obigem Falle Seitens der Kaiserlichen Regierung zunächst vorgegangen werden dürfte, antwortete mir mein Gewährsmann streng vertraulich ungefähr Folgendes:

Der Reichskanzler wird eben wahrscheinlich für die deutsche Grenze gegenüber dem Ct. Aargau in allernächster Zeit eine strengere Controlle des Verkehrs von Menschen und Waren in der Weise anordnen, dass ohne Pass Niemand herüber gelassen wird, dass die Effecten und Waren, welche die Reisenden bezw. die über die Grenze kommenden mit sich führen, strenger visitiert werden etc. und dass man gegenüber solchen, welche sich den betr. Vorschriften nicht unterziehen, eventuell zu Verhaftungen schreitet. Erwägt man, wie klar der Reichskanzler alle Verhältnisse beurtheilt, so kann jedoch darüber ein Zweifel nicht bestehen, dass er diesen Controll- und Sperrmaassregeln einen practischen Werth jedenfalls nicht beizulegen vermag, und dass der Zweck, welchen er mit denselben verfolgen will, vielmehr nur als eine Art Revanche-Demonstration für den Fall Wohlgemuth, welchen er zum grössten Theil den Aargauerbehörden zu Lasten schreibt, aufzufassen ist. Dass im Sinne der Bemerkungen, welche mir neulich Graf Bismarck machte, Sperrungsmaassregeln für die *ganze* Grenze bis gegen Bregenz beabsichtigt seien, glaubt mein Gewährsmann nicht annehmen zu müssen. Derselbe legt überhaupt dieser Seite der Sache eine grössere Bedeutung nicht bei, sofern es, wie er z. Z. sicher annehmen zu können glaubt, bei den, nach seinem Dafürhalten, sowohl materiell, als auch betr. die Ausdehnung des in Frage kommenden Grenzgebietes wenig bedenklichen Absichten des Reichskanzlers sein Bewenden haben wird.

Ernst, ganz ernst dürften dagegen die dermaligen Absichten des Reichskanzlers betr. Verhandlungen mit Oösterreich und Russland behufs Veranlassung einer gemeinsamen Action, bezw. Pressure gegen die Schweiz zu nehmen sein. Zweifellos seien diese Verhandlungen auch schon eingeleitet, und dürften dieselben in Wien und Petersburg entgegenkommend aufgenommen werden. In diesen gemeinsamen Vorstellungen soll die Neutralitätsfrage behandelt und von der Schweiz kategorisch verlangt werden, dass sie die Fremden in wirksamerer Weise, als es bis jetzt geschehen, überwache und gegen die subversiven Elemente mit aller Strenge vorgehe etc. Ob dieses Collectiv-Vorgehen der Deutschen, Oösterreichischen und Russischen Regierung (von Italien wurde bei dieser Unterredung nicht gesprochen) so ganz unmittelbar bevorstehe, vermöge er, mein Gewährsmann, nicht zu beurtheilen. Die Möglichkeit, dass nach dieser Richtung nunmehr in Sachen eher ein etwas langsames Tempo eingeschlagen werde, sei indess in keiner Weise ausgeschlossen. Zu dieser Annahme berechtige z.B. auch der Umstand, dass der Reichskanzler Berlin dieser Tage für den Sommer wieder definitiv verlasse (er geht nach Varzin) und dass auch Graf Bismarck am 14. d. M. für 6 Wochen verreise und für Anfangs August nur hieher zurückkehre, um alsbald wieder mit dem Kaiser auf Reisen zu gehen (England).

Bei der hiessigen Organisation d. h. mit Rücksicht darauf, dass der persönliche Wille des Reichskanzlers ausschlaggebend sei und dass diese oder jene Änderung der Situation denselben von heute auf morgen zu ändern Entschliessungen führen

könnte, müsse aber auch eine Action mit beschleunigtem Tempo mit in Rechnung gezogen werden.

Darüber, ob es in der Absicht des Auswärtigen Amtes liege, Herrn von Bülow weitere Instructionen zu ertheilen, bzw. die Verhandlungen mit dem Bundesrath fortzusetzen, oder ob man vielmehr beabsichtige, oben besprochene Maassnahmen ohne Weiteres zur Ausführung zu bringen, erklärte mir mein Gewährsmann nicht genügend unterrichtet zu sein, um mir nach der einen oder andern Richtung auch nur andeutungsweise seine Ansicht mittheilen zu können.

Dass die Verhandlungen für eine gemeinsame Action im angegebenen Sinne bereits eingeleitet sind, scheint mir u. A. auch aus den Mittheilungen hervorzugehen, welche nämlich Graf Kálnoky Herrn Carlin gemacht hat³. Ich füge bei, dass der Östreichische Botschafter in Berlin, Graf Szécheny, welcher vorgestern bei uns dinierte, sich bei mir sehr affairé darüber erkundigte, ob die letzte Antwort des Bundesrathes schon hier eingetroffen und wie dieselbe laute, mit dem weitern Bemerkten, auch seine Regierung verfolge diese Angelegenheit mit ganz besonderer Aufmerksamkeit; wir seien eben doch gegen den deutschen Beamten Wohlge-muth zu schroff vorgegangen, wir seien immer noch zu lax in der Überwachung der subversiven fremden Elemente etc. etc.

So präsentiert sich mir heute die Situation. *Ich* würde es meinerseits sehr begrüsen, wenn es wirklich in der Absicht des Fürsten Bismarck liegen sollte, in der Hauptsache, d. h. in der Einleitung und Ausführung der angedrohten gemeinsamen Action der verschiedenen genannten Grossmächte eher eine zuwartende Haltung einzunehmen d. h. ein langsames Tempo einzuschlagen. Kommt Zeit, kommt Rath, und dann bleibt einem ja immer auch noch die Hoffnung, dass sich mit dem Zuwarten die gegenseitige Verstimmung eher etwas abschwächen werde. Natürlich wird da viel, sehr viel, von der Haltung der derzeit vereinigten Bundesversammlung abhängen. Auf den Bundesrath d. h. auf sein korrektes Verhalten in Wort und That und auf seine Mässigung und Discretion setze ich das vollste Vertrauen. Wird nun aber in den beiden Räten den Verlegenheiten Rechnung [ge]tragen, welche unzeitgemässe Voten und Resolutionen dem Bundesrathe bereiten könnten? In absentia bin ich nach dieser letztern Richtung weniger beruhigt, namentlich für den Fall, dass die gedachten Grenzmaassregeln von der deutschen Regierung mittlerweile zur Ausführung gebracht werden sollten, und würde ich es dankbarst anerkennen, wenn Sie mir gelegentlich mittheilen wollten, wie Sie diesbezüglich denken und prognostizieren. Behalten die Räte und behält auch unser Volk kaltes Blut, so dürften schliesslich auch diese Complicationen an uns vorübergehen, ohne dass wir ernstlich Schaden nehmen. Über einen Punkt dürfen wir uns indessen keine Illusionen machen. Mögen die derzeitigen Differenzen so oder anders beigelegt werden, mit der gegenwärtigen Organisation betr. Fremdenpolizei kommen wir auf die Dauer entschieden nicht mehr aus. Ohne eine durchgreifende Verbesserung der jetzigen Zustände riskieren wir jeden Augenblick neue Conflictte mit dem Auslande und je öfter solche Conflictte vorkommen, je bedrohlicher werden die Grossmächte im Norden und im Osten gegen uns auftreten, bis dann schliesslich die Anerkennung unserer Neutralität in der That in die Brüche geht. Und Alles dies nur wegen einer verhältnissmässig kleinen Anzahl von Fremden, welche grösstentheils der politischen Denkweise und den

3. Vgl. Nr. 402.

Interessen unserer Bevölkerung auf fond theilnahmslos gegenüberstehen und kein Bedenken tragen, uns durch ihr Thun und Treiben gegen Aussen hin jeden Augenblick den empfindlichsten internationalen Verlegenheiten auszusetzen.

Für Ihre confidentiellen Mittheilungen vom 2. d. M.⁴ über Ihre und Herrn Präsident Hammers Unterredungen mit Herrn von Bülow und für die Kenntnissgabe des Berichtes des Herrn Carlin vom 30. Mai l. J.⁵, sowie der Noten Bülow (24. Mai)⁶ und der Ihrigen (31. Mai)⁷ spreche ich Ihnen nachträglich noch meinen besten Dank aus.

4. Nr. 404.

5. Vgl. Anmerkung 3.

6. Vgl. Nr. 403.

7. *Ibid.*

406

E 2/2095

*Der Chef der Abteilung für Auswanderungswesen, L. Karrer,
an den Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz*

B

Bern, 6. Juni 1889

Mit Zuschrift vom 16. Mai abhin¹ hatte ich die Ehre, Sie darauf aufmerksam zu machen, wie sehr die Erfüllung der dem unterzeichneten Bureau zukommenden Aufgabe der Ertheilung von Rath und Auskunft an Auswanderer, welche nach Argentinien gehen wollen, erschwert werde durch den Umstand, dass das schweiz. Konsulat in Buenos Aires (Hr. L.U. Jaccard) Ihre Zuschrift vom 15. October 1888² mit den darin gestellten Fragen fortwährend unbeantwortet lasse. Ich füge bei, dass auch von den übrigen 4 in Argentinien bestehenden schweiz. Konsulaten nur dasjenige von Rosario (Hr. Lehmann) Ihr Kreisschreiben vom 15. October beantwortet habe. Auch dieser Eine Bericht ist noch dürftig genug ausgefallen, und enthält so viel wie nichts über eine der wichtigsten Fragen, nämlich über die Beschaffenheit der in jener Gegend ziemlich zahlreichen neuen Kolonisationsunternehmungen, und die Bedingungen und Garantien, welche den neu zuwandernden Kolonisten seitens der Unternehmer geboten werden.

Nun ist bei Ihnen ein Brief des Hrn. Jaccard vom 25. April l. J.³ eingetroffen, wonach der Minister des Äussern der argentinischen Republik sich bei ihm über die Hindernisse beklagt hat, welche die schweiz. Regierung der Auswanderung nach Argentinien in den Weg lege⁴, während doch die argentinische Regierung zur Aufrechterhaltung der freundschaftlichen und der Vermehrung der commerziellen Beziehungen das Mögliche gethan habe. Er, Hr. Jaccard, habe zwar entgegengehalten, die Schweiz suche nur ihre Auswanderer, gleichviel welchem Lande sie sich

1. Nicht ermittelt.

2. Nicht ermittelt.

3. Nicht abgedruckt.

4. Vgl. Nr. 387.

zuwenden, zu schützen; der Minister habe aber für den Fall der Fortdauer jener Hindernisse die Aufhebung des argent. Gesandtschaftspostens in Bern in Aussicht gestellt.

Man hätte nun erwarten sollen, dass der Konsul angesichts einer so ernsten Sachlage zu der Einsicht gekommen wäre, dass vielleicht gerade ihm der wichtigste Antheil der Schuld an der gegenwärtigen Situation zufallen müsse, da er es nicht nur unterlassen habe, Sie längst von den Massregeln der argent. Regierung zur Beförderung der Einwanderung und den daherigen, vor seinen Augen sich vollziehenden Vorgängen zu unterrichten, sondern auch sich nach den Bedingungen und Verhältnissen der zahlreichen neu entstehenden Kolonisationsunternehmungen zu erkundigen und darüber an Sie Bericht zu erstatten. Auch wäre zu erwarten gewesen, dass er den Minister nicht im Zweifel gelassen hätte über die hauptsächlichsten Bedingungen, unter denen in der Schweiz einzig von einer Vertretung von Kolonisationsunternehmungen die Rede sein kann, denn es fehlte ihm nicht an Gelegenheit, von den hierseitigen gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen genau Kenntniss zu nehmen. Statt dessen schreibt er in seinem obenerwähnten Briefe, es sei für jeden handeltreibenden Konsul, welches Land er auch vertrete, schwer, wenn nicht geradezu unmöglich, in unparteiischer Weise gewisse Informationen über die in Frage liegende Angelegenheit zu ertheilen, und das Mittel, zu genauen Angaben zu gelangen, bestehe nach seiner Ansicht in der Entsendung einer competenten und unparteiischen Persönlichkeit nach Argentinien, welche während eines oder zweier Monate dieses Land zu studiren hätte.

Die Offenheit, mit welcher Hr. Jaccard bekennt, dass er als handeltreibender Konsul keinen unparteiischen Bericht über fragliche Materie zu liefern vermöge, verdient alle Anerkennung. Es ist dabei nur zu bedauern, dass er, vielleicht zum Schaden seines Wohnlandes wie seiner Heimat, die er zu vertreten die Ehre hat, mit diesem Bekenntniss erst jetzt aufrückt, und dass er, nicht längst, einem richtigen Gefühle folgend, den dringenden Wunsch ausgesprochen hat, von seiner Stelle entlassen zu werden.

Ich darf es, hochgeehrter Herr Bundesrath, nicht unterlassen Ihnen hier mitzutheilen, dass wenn Hr. Jaccard, früher oder bei gegenwärtigem Anlass einem solchen Wunsche Ausdruck gegeben hätte, diess in Buenos Aires höchst wahrscheinlich mit Befriedigung aufgenommen worden wäre; denn die Klagen darüber, dass sich Hr. Jaccard der dortigen Schweizer nur so weit annehme, als er absolut müsse und Sporteln erheben könne, scheinen schon ziemlich allgemein und alt zu sein. Auch ist mir von einem mit den Verhältnissen genau vertrauten schweizerischen Staatsmann mitgetheilt worden, Hr. Jaccard habe, — wenigstens während längerer Zeit, — die Besorgung der Konsulatsgeschäfte einfach einem seiner schweizerischen Angestellten übertragen, und ihm als Entschädigung hiefür einen Drittheil der jährlich auf etwa Fcs. 7000 sich belaufenden Sporteln überlassen. Er selbst betreibt ein Geschäft mit Qualität-Spirituosen, die er theilweise auch im Détail-Ausschank verkauft; dass diese letztere Berufsstellung kaum geeignet ist, zur Würde eines schweiz. Konsuls etwas beizutragen, liegt auf der Hand.

Die unterzeichnete Amtsstelle ist u. A. auch berufen, Auswanderer auf Verlangen mit Empfehlungen zu versehen. Unter vorhandenen Umständen aber kann ich es kaum wagen, solche Auswanderer, welche drüben einer sicheren Berathung gerade am meisten bedürftig wären, an den Konsul in Buenos Aires zu empfehlen, so nahe-

liegend diess unter anderen Verhältnissen auch wäre. Was dieser in Fällen, in denen er um Rath angegangen wird, zu thun pflegt, theilt er in einem Brief vom 10. April⁵ mit; er weist die Auswanderer an das Bureau einer französisch-belgischen Patronatsgesellschaft, welche auch von Schweizern unterstützt werden soll.

Vom Standpunkt des schweiz. Auswanderungsbureau aus erscheint ein derartiger Zustand, wie er zur Zeit in Buenos Aires und in Argentinien überhaupt besteht, als unhaltbar, wenn nicht die Interessen unserer, alljährlich um weit über tausend sich vermehrenden Landesgenossen schwer darunter leiden sollen. Wir bedürfen dort einer Vertretung, welche unabhängig von den Interessen des Handels, der Spekulation, der Kolonisationsunternehmungen und dgl. sich der Schweizer annimmt und die heimatlichen Behörden durch fleissige und zuverlässige Berichterstattung auf dem Laufenden hält. Noch mehr: das jüngste Schreiben des Herrn Jaccard liefert den Beweis, wenn ein solcher überhaupt noch nöthig ist, dass einem schweizerischen Vertreter Eigenschaften zugemuthet werden müssen, welche man in der Regel nur bei geschulten Diplomaten findet, und welche ihm den Verkehr mit der Regierung erleichtern und einen höheren Einfluss sichern. Man begreift die Nothwendigkeit einer derartigen Vertretung um so besser, wenn man bedenkt, dass jetzt schon ungefähr 30,000 Schweizer in verschiedenartigsten Stellungen in Argentinien leben, dass nach amtlichen argentinischen Tabellen im Jahre 1886: 1284, im Jahre 1887: 1420, und im Jahre 1888: 1479 Schweizer dort eingewandert sind; dass ferner infolge der immer deutlicher zu Tage tretenden Prohibitivtendenzen gegenüber der Einwanderung in die Vereinigten Staaten von Nordamerika inskünftig immer mehr Auswanderer sich den südamerikanischen Staaten, vorab Argentinien zuwenden werden.

Ich muss freilich beifügen, dass auch in den übrigen südamerikanischen Staaten Verhältnisse sich vorfinden, welche eine ähnliche Vertretung wünschenswerth machen. Die Verhältnisse der schweizerischen Kolonisten in *Chile* sind bekannt; die Zahl der Schweizer in diesem Lande mag zur Zeit gegen 3,000 betragen, und neue Kolonisationsbestrebungen machen sich in letzter Zeit dort geltend, die auch in der Schweiz ihre Propaganda zu entfalten bemüht sein werden. *Brasilien* hat die Unterstützung einer Masseneinwanderung von 800,000 Köpfen grundsätzlich beschlossen, und schon seit längerer Zeit sind Agenten hiefür in verschiedenen Ländern thätig. Eine portugiesische Gesellschaft, welche die «Lieferung» von 250,000 Europäern nach Brasilien kontraktlich übernommen hat, verlangte und erhielt von unterzeichnetem Bureau Auskunft über die Bedingungen, welche ihrerseits und seitens der brasilianischen Regierung für die Gründung einer schweizerischen Kolonie dargeboten werden müssten, um Aussicht auf Genehmigung seitens des Bundesrathes haben zu können; und wenn die verlangten, allerdings sehr weitgehenden Garantien wirklich geboten werden, so wird sich ein Bruchtheil unserer Auswanderung den bereits schon vorhandenen deutschen Kolonien im südlichen Brasilien beigesellen, und die sehr beträchtliche, vielleicht auf 10,000 zu schätzende Zahl der in Brasilien ansässigen Schweizer rasch vermehren. *Uruguay*, das bereits eine blühende Schweizerkolonie hat, und auf dem Wege ist, die Anlage weiterer gedeihlicher Niederlassungen für schweizerische Einwanderer zu ermöglichen, zählt zur Zeit vielleicht 5000 Schweizer in seinen verschiedenen Provinzen.

Selbstverständlich kann nicht davon die Rede sein, dass die Schweiz in allen diesen

5. E 2200 Buenos Aires 1/6, S. 434 f.

Staaten diplomatische Vertreter unterhalte. Allein es unterliegt für mich keinem Zweifel, dass nicht mehrere unserer dortigen Konsulate durch ähnliche Rücksichten, wie sie bei demjenigen von Buenos Aires bestehen, von einer eingreifenden Aktion zum Schutze unserer Auswanderung sich ablenken lassen. Da erblicke ich als das einzige Mittel zu einer wirksamen Abhülfe der gegenwärtigen Übelstände darin, dass in Buenos Aires ein diplomatischer Posten errichtet, mit einer geeigneten Persönlichkeit besetzt, und diese bei den Regierungen in Santiago, Rio de Janeiro, Montevideo, vielleicht auch bei denjenigen der übrigen südamerikanischen Staaten accreditirt werde.

Ob ein solches Ziel jetzt schon erreichbar ist, wage ich nicht zu entscheiden. Dagegen halte ich den Vorschlag des Hrn. Konsul Jaccard, einstweilen einen unabhängigen, sachverständigen Mann nach Argentinien zu entsenden, in dem Sinne für zweckmässig, nothwendig und ausführbar, *dass dieser Mann gleichzeitig auch ein praktisch gebildeter Diplomat sein, und in ausserordentlicher Mission auch bei den wichtigsten der übrigen vorerwähnten Regierungen accreditirt werde*, bis eine definitive Lösung der Frage auf Grund der zu machenden Erfahrungen möglich ist. Alle dortigen schweiz. Konsulate wären der Oberaufsicht dieses Mandatärs zu unterstellen.

So stellt sich die Sache dar, wenn man sie vom Standpunkte des Auswanderungswesens aus betrachtet; nicht minder wichtige Interessen werden auf dem commerziellen Gebiete zu wahren und zu schützen sein. Ich kann mich selbstverständlich hierüber nicht näher auslassen, muss aber doch auf die Thatsache aufmerksam machen, dass dem gesammten südamerikanischen Handel durch einen Vertrag, den die Regierung der Vereinigten Staaten anstrebt, und wozu theilweise schon Programme aufgestellt und bestimmte Persönlichkeiten als Unterhändler in Aussicht genommen sind, eine vollständige Umgestaltung zu Ungunsten der europäischen Länder droht. Im Ferneren gilt es für Alle, welche sich ernstlich um die Verhältnisse in den südamerikanischen Staaten interessiren, als unausweichlich, dass spätestens mit dem Ableben des jetzigen Kaisers von Brasilien in diesem Lande grosse politische Ereignisse zu erwarten sind, von denen auch dessen Nachbarländer nicht unberührt bleiben dürften. Da mag es als klug erscheinen, rechtzeitig diejenigen Massregeln zu treffen, welche den sehr bedeutenden Interessen unserer zahlreichen Angehörigen daselbst am dienlichsten sind.⁶

6. *Handschriftliche Notiz am Kopf des Schreibens*: Vorl[äufig] a[d] a[cta]. Erection d'un poste diplomatique à Buenos Ayres.

Vgl. auch den Bericht des Auswanderungsamtes: Die historische Entwicklung der schweizerischen Kolonisation in Argentinien (E 7175 (A) 1/35).

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 11. Juni 1889

2246. Angelegenheit Wohlgemuth

Departement des Auswärtigen

Herr Bundesrat Droz als Vorsteher des Departements des Auswärtigen gibt Kenntnis von der in Erwiderung auf die herwärtige Note vom 31. Mai¹ in Sachen Wohlgemuth vom Fürsten v. Bismark an den deutschen Gesanten gerichteten Depesche vom 6. d. M., welche Herr von Bülow Herrn Droz vorgelesen und von der er ihm Abschrift belassen hat. Die Depesche lautet:

«Aus dem Bericht vom 2. d. M. habe ich mit Bedauern ersehen, dass der Schweizer Bundesrat auf seinem ungerechtfertigten Verhalten beharrt. Wollte ich auf die Note des Herrn Droz vom 31. vor. Mts. näher eingehen, so würde ich nur schon Gesagtes wiederholen. Es wird sich jetzt darum handeln, die von uns in Aussicht genommenen Massregeln ins Werk zu setzen.

In der Note des dortigen Herrn Departementschefs finden sich jedoch zwei Punkte, welche der Richtigstellung bedürfen.

Die Auslegung, welche der Schweizer Bundesrat dem Artikel 2 des Niederlassungsvertrages vom 27. April 1876² gibt, steht mit dem klaren Wortlaut des Vertrages in Widerspruch. Nach demselben *müssen* Deutsche, um in der Schweiz *Wohnsitz zu nehmen* oder sich dort *niederzulassen*, unter Anderem mit einem Leumundszeugnis versehen sein. Diese Fassung wäre unverständlich, wenn die Schweizer Behörden nach ihrem Ermessen von diesem Erfordernis absehen können. Die Erfüllung desselben ist ein Recht, auf welches jeder der vertragsschliessenden Teile bestehen kann. Die k. Regierung hat diesen Standpunkt niemals verlassen. Die von Herrn Droz in Bezug genommene und der diesseitigen Weisung entsprechende Note Ihres Herrn Amtsvorgängers vom 10. Dezember 1880³ hat diese Seite des Art. 2 gar nicht berührt. Damals handelte es sich um den Umstand, dass einzelne Kantonalregierungen die Erfüllung der in diesem Artikel aufgestellten Erfordernisse auch von den nur *vorübergehend* sich in der Schweiz aufhaltenden Deutschen, wie reisenden Handwerksburschen, verlangten. Der Bundesrat hatte in seinem Kreisschreiben vom 13. September 1880⁴ den Kantonen gegenüber die Auffassung vertreten, dass sich Art. 2 des Vertrages auf einen *vorübergehenden* Aufenthalt nicht beziehe. Die Note vom 10. Dezember 1880 enthielt nur die Anfrage, ob der Schweizer Bundesrat seine Meinung in dieser Hinsicht geändert habe. Der dortige Herr Departementschef der auswärtigen Angelegenheiten berührt zwar die Frage, dass die dienstlichen Papiere des Polizeiinspektors Wohlgemuth demselben eingehalten werden, gibt aber einen

1. Vgl. Nr. 403.

2. Vgl. Nr. 403, Anm. 5.

3. Nicht ermittelt.

4. BBl 1880, 3, S. 685f.

Grund für dieses rechtswidrige Verfahren nicht an. Es widerspricht den völkerrechtlichen Gebräuchen und den nachbarlichen Beziehungen, dass ohne Einleitung eines strafrechtlichen Verfahrens und nachdem sich der Inhaber als Beamter legitimiert hatte, dessen *Dienstpapiere*, welche mit der in Rede stehenden Angelegenheit gar nicht zusammenhängen, und auf welche ausser dem Beamten dessen vorgesezte Behörde Anspruch hat, der letzteren vorbehalten werden.

Euer Hochw. geb. ersuche ich ergebendst, vorstehenden Erlass Herrn Droz vorzulesen und auf Wunsch Abschrift zurückzulassen.»

Herr Bundesrat Droz macht auch konfidentielle Mitteilungen über die gegenwärtige politische Situation.

408

E 2/78

Aufzeichnung des Vorstehers des Departements des Auswärtigen, N. Droz

Berne, 12 juin 1889

M. de Bülow m'a fait demander par carte à quelle heure de la matinée je pourrais le recevoir. Je lui ai fixé 11 heures. Il m'a dit être chargé de me lire une dépêche¹ relative non point à l'affaire Wohlgemuth en elle-même, mais aux questions de principe qu'elle soulève, et de m'en laisser copie. Cette lecture faite il m'a remis la copie en question.

Je me suis borné à lui répondre: J'en ferais part au Conseil fédéral.

Il m'a alors parlé des nouvelles publiées par la bulletin du *Bund* d'hier, entre autres, et qui sont inexactes. Je lui ai répondu que nous n'avions fait aucune communication directe à la presse, que c'était le résultat des bruits qui ont circulé dans les couloirs de l'Assemblée.

Enfin, il m'a demandé s'il se produirait une interpellation dans les Chambres. Je lui ai répondu qu'hier le Conseil fédéral n'avait pas encore jugé le moment venu de nantir les Chambres, mais que la situation pouvait se modifier d'un instant à l'autre. — *M. de B[ülow]* est parti.

M. de Hamburger s'est fait annoncer immédiatement après. Il m'a dit en entrant: J'ai la tâche fort désagréable et à laquelle j'ai résisté de toutes mes forces de venir appuyer auprès de vous les démarches de *M. de Bülow*. J'espérais que cela me serait épargné, mais il y a ordre de l'Empereur, et je dois m'exécuter.

Je dois d'abord vous faire remarquer que je me suis refusé à une démarche collective pour laquelle *M. de Bülow* a insisté vivement. J'ai voulu venir seul pour vous parler librement. En second lieu, je vous fais remarquer que je ne viens vous faire qu'une communication verbale. Avant-hier, on m'avait télégraphié de vous laisser copie de la dépêche du 23 Mars², dont je vous ai parlé une fois à titre tout à fait personnel, mais hier j'ai reçu l'ordre de ne vous faire qu'une communication de vive voix. Si vous dési-

1. *Nicht ermittelt.*

2. *Nicht abgedruckt.*

rez toutefois relire cette dépêche la voici. Je ne vous la lis pas, et vous me la renverrez un de ces jours. M. Bülow est fort peu content de la manière dont je fais ma démarche; il le télégraphiera à M. de Bismarck, qui sera furieux contre moi, mais cela m'est parfaitement égal.

D'après mes instructions, je suis chargé de vous dire que si nous nous associons à la démarche de l'Allemagne, c'est uniquement pour la question de principe, parce que nous envisageons que vous avez quelque chose à faire pour une meilleure surveillance des éléments subversifs, mais nous ne nous associons en aucune manière aux griefs allemands dans l'affaire Wohlgemuth. Je suis chargé expressément de vous faire remarquer que «plus soucieux et plus respectueux des lois de votre pays, le représentant de la Russie a toujours pu accomplir chez vous sa mission sans encombre.» Nous vous remercions sincèrement de tout ce que vous avez fait contre les menées subversives, et nous désirons que vous fortifiez vos mesures afin que vous ne donniez plus ni occasion ni prétexte aux réclamations du dehors.

Je lui ai répondu que j'appréciais vivement la différence et la délicatesse des procédés employés par M. de Hamburger pour cette communication. Je lui ai fait remarquer que la dépêche du 23 mars se rapportait à une situation qui n'est plus du tout la même qu'aujourd'hui, attendu qu'alors le Tsar et le cabinet russe étaient sous le coup de fausses nouvelles répandues sur l'affaire des bombes à Zürich³ et sur la manière dont l'enquête était dirigée, tandis qu'aujourd'hui M. de Hamburger peut nous rendre le témoignage que cette affaire n'avait heureusement pas la gravité qu'on y attribuait, que l'enquête a été dirigée avec le plus grand zèle et le plus grand soin et que le Conseil fédéral avait sévi énergiquement. J'ai relevé que nous avons toujours montré une très ferme volonté de réprimer toutes les menées qui pourraient nuire à la tranquillité d'autres pays et que nous préparions de nouvelles mesures dans ce but. Je lui ai rappelé que nous demandions de la Russie dans notre dernière note verbale, de nous aider en réformant son système de passeports. J'ai fait ressortir que le droit d'asile n'était pas en cause ici, attendu que les socialistes allemands aussi bien que les nihilistes russes sont chez nous en vertu des traités d'établissement, argument qui a vivement impressionné M. de Hamburger. Enfin, je lui ai dit que toutes les mesures que nous avons prises et que nous prendrions encore ne procédaient pas d'un devoir spécial que nous impose notre neutralité, mais du devoir qu'à tout Etat, qu'il soit neutre ou non, de veiller à ce que son territoire ne serve pas de repaire d'où l'on dirige des actes hostiles contre des pays amis.

M. de Hamburger m'a vivement remercié de cette réponse. Il m'a dit que depuis des semaines il écrivait dans le même sens à Petersbourg, mais qu'il était heureux de pouvoir le faire maintenant avec plus de détails et comme venant de l'autorité fédérale. Il ne doute pas que ma réponse si amicale et si concluante satisfiera pleinement à Petersbourg et que le cabinet russe ne se laissera pas entraîner dans une seconde action diplomatique de ce genre. «Mais prenez bien vos précautions, a-t-il dit en terminant, vous avez de bons amis qui vous rendent justice, mais vous avez aussi de terribles ennemis qui saisiront tous les prétextes pour vous nuire. Fortifiez votre police politique, veillez aussi en particulier à ce que les publications faites chez vous ne prêchent pas impunément la révolte et l'anarchie dans les autres pays. C'est un bon ami de vous qui vous donne ce conseil. Et souvenez-vous toujours que si on vous a

3. *Vgl. Nr. 402, Anm. 1.*

beaucoup calomnié à Petersbourg, je sais par quel canal, vous avez aussi de chauds défenseurs qui vous rendent justice, sans vous dissimuler que vous avez aussi des côtés faibles que dans votre intérêt, vous devez vous appliquer à corriger.»

Nous avons encore échangé divers propos sur le ton le plus amical. M. de Hamburger m'a dit que M. Seiller viendrait demain me faire une même communication au nom de l'Autriche, qui ne s'est jointe à l'action commune qu'à cause de l'ajournement du traité d'extradition.

409

E 2/78

*Der schweizerische Geschäftsträger in Wien, G. Carlin,
an den Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz*

B Confidentiel

Vienne, 12 juin 1889

Je vous confirme mon télégramme chiffré d'hier, de la teneur suivante:

«Comte Kálnoky vient de me dire qu'il considère l'affaire Wohlgemuth comme très sérieuse. Sur des communications que lui a faites l'Ambassadeur d'Allemagne, il a écrit au Baron Seiller de vous conseiller de céder. Kálnoky dit qu'au cas contraire la Suisse se mettrait dans une situation fort pénible. Ayant en vue la sécurité de son souverain, il est prêt à appuyer les revendications de l'Allemagne. Il ne doute pas que la Russie soit dans les mêmes dispositions. Il trouve que la Suisse est trop indulgente envers les menées révolutionnaires préparées chez elle, et est inaccessible à tout argument tendant à établir le contraire. Il avoue que Wohlgemuth n'est qu'un prétexte. J'écrirai demain.»

C'est à son jour de réception hebdomadaire que j'ai vu le Comte Kálnoky. Pendant que j'attendais, au Ministère, mon tour d'être reçu, le Prince Reuss, Ambassadeur d'Allemagne est survenu. Nous avons parlé de l'affaire Wohlgemuth. L'Ambassadeur s'est empressé de me dire que son gouvernement la considérait comme *fort sérieuse*, et que la Chancellerie impériale persisterait absolument dans sa manière de voir. «Et ici, on est tout à fait de notre avis, on est parfaitement entré dans nos vues», ajouta l'Ambassadeur en passant dans le salon du Comte Kálnoky. Il semble donc que, depuis mon dernier rapport, l'Allemagne a commencé à préparer contre nous l'action générale que nous craignons et elle a trouvé, ici, les dispositions que je présentais. J'essayai cependant d'exposer notre bon droit au Comte Kálnoky. Tout fut inutile; je me heurtai à un parti pris inébranlable. Le Comte Kálnoky accuse la Suisse de favoriser les révolutionnaires et nihilistes étrangers établis chez elle et de ne pas souffrir que les gouvernements intéressés se procurent, par leurs agents, les renseignements que la Police Suisse ne veut ou ne peut pas leur donner. «Cet état de chose ne peut guère continuer. Tant les Etats monarchiques y ont un intérêt. Presque tous les attentats dirigés en ces derniers temps contre des souverains de l'Europe ont été préparés en Suisse, et c'est surtout en vue de la sécurité de mon souverain que je me suis

trouvé prêt à appuyer les demandes de l'Allemagne. L'affaire des bombes de Zurich¹ a provoqué à Pétersbourg une vraie panique. La Russie a été, est peut-être encore, fort indisposée contre la Suisse. Vous connaissez la bienveillance dont nous avons toujours fait preuve envers la Suisse: et bien, c'est précisément au nom de ces sentiments que je donne *bien vivement* à votre Gouvernement le conseil de céder. Car s'il devait persister dans sa manière de voir, on ne déclarerait, certes, pas la guerre à la Suisse, mais on prendrait, contre elle, des mesures qui nuiraient gravement à sa prospérité matérielle et ne manqueraient même pas de provoquer des commotions à l'intérieur du pays.»

Le Comte s'étant refusé à répondre à ma demande en quoi consisteraient ces mesures et si l'Autriche-Hongrie s'y associerait, je lui fis remarquer qu'il serait difficile de trouver des mesures qui ne nuiraient pas, en même temps, à ceux qui les prendraient contre nous, et que je ne croyais pas que des «commotions» à l'intérieur de la Suisse étaient à craindre. Au reste j'eus beau dire et notamment faire ressortir que, dans l'affaire des bombes de Zurich, aucun complot positif n'avait pu être découvert, le Comte maintient sa manière de voir, en prétendant que la neutralité garantie à la Suisse lui imposait des devoirs auxquels elle ne saurait se soustraire. Il m'avoua, cependant, que l'affaire Wohlgemuth n'était qu'un prétexte.

C'est peut-être en partant de ce point de vue qu'on trouverait une base pour une entente à l'amiable avec l'Allemagne. Cette dernière se déciderait à ne pas trop insister sur sa demande de réparations concernant Wohlgemuth, en revanche on tâcherait de lui donner, *si possible*, pour l'avenir, certaines garanties quant au contrôle des agissements des socialistes et anarchistes séjournant en Suisse.

Dans un entretien que j'ai eu, aujourd'hui, avec le Prince Lobanow-Rostowzky, Ambassadeur de Russie, j'ai eu l'occasion de contrôler quant à leur justesse les assertions avancées par le Comte Kálnoky sur l'impression produite en Russie par l'affaire des bombes de Zurich. Il m'a semblé que le comte Kálnoky avait exagéré. Du moins le Prince Lobanow m'a-t-il assuré que, depuis l'expulsion des révolutionnaires russes, il n'avait plus reçu aucune communication relative à cette affaire. Il s'était mis en rapport avec M. de Hamburger, afin d'être avisé pour le cas où l'expulsion se serait faite sur la frontière autrichienne. C'était tout. Quant au cas Wohlgemuth, il savait que l'Allemagne avait fait, ici, des démarches pour être secondée dans ses réclamations, mais il n'a rien appris qui puisse lui faire admettre que des démarches semblables aient été faites à St. Pétersbourg.

J'ajoute qu'on est un peu nerveux, au Ministère des Affaires Etrangères, à cause des affaires de Serbie, sans avoir, toutefois des craintes bien sérieuses. M. Petroniévitich, le nouveau Ministre de Serbie, dit que la réhabilitation du Métropolitain Michaël ne pouvait être différée par égard pour les aspirations du Clergé serbe. Il nie que les événements de ces derniers jours aient une autre portée. Le Comte Kálnoky semble, nolens volens, se ranger à cet avis.

J'ai reçu votre télégramme chiffré² d'hier soir et attends la lettre que vous m'y annoncez. Il va sans dire que je vous tiendrai au courant de tout ce que je pourrais encore apprendre d'intéressant.

1. Vgl. Nr. 402, Anm. 1.

2. E 2200 Wien 1/109.

*Der Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz,
an den schweizerischen Gesandten in Berlin, A. Roth*

Kopie
S

Berne, 13 juin 1889

En vous confirmant mon télégramme de ce matin¹, j'ai l'honneur de vous adresser:

1. une copie de la dépêche² que M. de Bülow m'a remise hier,
2. une relation de l'entretien que j'ai eu hier avec M^{ers} de Bülow et Hamburger.³

Comme je vous l'ai télégraphié, M. le baron Seiller, Ministre d'Autriche, est venu me voir ce matin. L'entretien que j'ai eu avec lui et dont vous recevrez prochainement copie n'a pas cessé de revêtir le ton le plus cordial et le plus affectueux. Il s'est déroulé essentiellement comme celui que j'avais eu la veille avec M. de Hamburger. M. Seiller m'a dit dès l'abord: «Vous êtes convaincu, n'est-ce-pas, de la profonde amitié qui unit l'Autriche-Hongrie à la Suisse; je vous prie donc d'apprécier essentiellement à ce point de vue la démarche que je suis chargé de faire auprès de vous.» Après que j'ai eu éclairé M. Seiller sur les détails de l'incident Wohlgemuth en insistant particulièrement sur la circonstance que si nous avions pu prévoir que ce fonctionnaire serait puni par son gouvernement nous n'aurions pas hésité à le relaxer, sans prononcer son expulsion, mais que nous n'avions pas pu agir ainsi l'Allemagne ayant toujours et formellement déclaré que la conduite de Wohlgemuth n'était pas reprehensible, — M. Seiller n'a pas hésité à me dire qu'il considérait que le droit était de notre côté et qu'il écrirait dans ce sens à son gouvernement. «Mais, a-t-il ajouté, ne pourriez-vous pas trouver un moyen pour en aboutir à un arrangement», et à plusieurs reprises et avec chaleur il a insisté sur ce point. — «En présence des prétentions allemandes ai-je répondu, j'avoue ne pas voir comment un arrangement serait possible; si l'on nous indique une issue, ce n'est pas de nous toutefois, que viendra la résistance.» Là-dessus M. Seiller a pris congé.

Je viens de recevoir votre télégramme de ce matin⁴ qui m'informe que les mesures à prendre contre nous à la frontière ne paraissent pas encore arrêtées. J'ai le sentiment qu'elles pourraient fort bien ne pas être prises, que la démarche collective de l'Allemagne, la Russie et l'Autriche a plutôt produit une détente et que l'Allemagne, ainsi qu'il ressort de sa dernière note à laquelle nous pourrions répondre d'une manière qui produira, je l'espère, un certain apaisement, cherche plutôt à déplacer la question et à glisser sur l'incident Wohlgemuth. Quoiqu'il en soit la situation reste critique et exige impérieusement, il serait impardonnable de se le dissimuler, que nous prenions des mesures énergiques à l'intérieur pour mettre de l'ordre dans notre maison. Et il en sera fait ainsi, soyez-en persuadé.

A Paris, M. Lardy a eu un entretien avec le chargé d'affaires d'Angleterre, M.

1. *Nicht abgedruckt.*

2. *Nicht ermittelt.*

3. *Nr. 408.*

4. *Als Annex zu Nr. 411 abgedruckt.*

Egerton, sur la situation. M. Egerton lui a donné des assurances tranquillisantes. M. Lardy ayant eu l'occasion de voir M. Spuller lui a parlé dans le même sens, en lui disant qu'il n'y avait pas lieu d'enfler l'importance de l'incident.

De notre côté, nous cherchons dans la mesure du possible à tranquilliser les Chambres et à maintenir notre presse dans les limites d'une polémique sage et pacifique. Jusqu'à nouvel ordre nous ne ferons pas de communication aux Chambres.

Vous recevrez prochainement vos pouvoirs pour Stuttgart.

411

E 2/78

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz*

B Confidentiell und persönlich

Berlin, 13. Juni 1889

Kaum war mein erstes Telegramm von heute¹ und mein Schreiben von heute Mittag² expedirt, so besuchte mich mein Gewährsmann, um mir mitzutheilen, er habe mittlerweile, d. h. seit heute Vormittag, da ich bei ihm war, erfahren, dass die H. H. von Bülow und Hamburger bereits gestern in Bern Noten (im früher angegebenen Sinne) abgegeben haben und dass der österreichische Gesandte diese Démarche von Deutschland und Russland heute mündlich unterstützen werde. Über diese Noten mich hier noch näher auszusprechen, wäre für Sie und für mich unnützer Zeitverlust.

Ich beschäftige mich einzig mit dem «Was nun» und beziehe mich diesbezüglich in der Hauptsache auf mein Telegramm, welches im Laufe dieser Nacht an Sie abgehen wird.³ Und da die Postzeit drängt, verlasse ich mich auf die Richtigkeit der Expedition dieses Telegramms und verzichte auf die Reproduktion desselben. Dasselbe interpretirend und ergänzend will ich Ihnen nur noch Folgendes zur Kenntniss bringen: Der Reichskanzler, sagte mir mein Gewährsmann, beschäftigt sich zur Zeit mit dem Falle Wohlgemuth nur noch insofern, als ihm derselbe betreffend die Mängel unserer Fremdenpolizei als typisch erscheint. Wohlgemuth selbst ist ihm vollständig gleichgültig. Es würde jetzt auch gar nichts mehr nützen, wenn der Bundesrath den Ausweisungsbefehl zurücknehmen würde. Der Reichskanzler verlangt nunmehr positive Erklärungen betr. die feste Absicht des Bundesrathes, auf dem Gebiete der Fremdenpolizei die erforderliche Remedur eintreten zu lassen. Verschiedene Persönlichkeiten, welche die Situation sehr gut kennen, vertreten nun die Ansicht, dass bestimmte schriftliche Erklärungen an Herrn v. Bülow, im Sinne der Mittheilungen, welche H. Droz demselben gelegentlich mündlich gemacht hat, sehr, sehr viel Aussicht darauf haben könnten, dass der Reichskanzler damit die ganze Angelegenheit

1. Als Annex abgedruckt.

2. Nicht abgedruckt.

3. Nicht abgedruckt.

als abgethan betrachten würde. Seien wir in der Lage, solche Erklärungen abzugeben, so werde der Reichskanzler nichts weiter dahinter suchen, wenn der Bundesrath nebenbei seine bisher vertretene Auffassung nochmals vertrete. Ein einlässliches Zurückkommen auf den Fall Wohlgemuth sei indess inopportun und zwar um so mehr, als wir, bei obiger Lösung der Differenzen, Wohlgemuth speziell betreffend eigentlich unbedingt Recht behalten.

Verweigern wir die fragl. Erklärungen, dann werde die Situation sehr ernst. Wir mögen doch bedenken, was es bei den heutigen unsichern Zeiten für uns bedeute, wenn 3 Grossmächte die Frage unserer Neutralität als eine offene betrachten. Dass Deutschland in der Affaire Wohlgemuth Hintergedanken allgemein politischer Natur leiten, könne er, mein Gewährsmann, mir als absolut grundlos erklären. Deutschland habe ein Interesse an der Neutralität der Schweiz und wünsche das bisherige Verhältniss beizubehalten. Dabei dürfen wir aber doch nicht vergessen, dass wenn in Folge eines unbefriedigenden Bescheides des Bundesrathes die Frage der Neutralität und Unverletzbarkeit der Schweiz eine offene bleiben sollte, die Militärparteien der Grossmächte eben doch ein viel leichteres Spiel hätten, ihren Wünschen pcto. strategischer Nutzbarmachung der Schweiz im gegebenen Momente Geltung zu verschaffen, als wenn es bei dem status quo bleibe etc.

Sehr zu empfehlen sei, wie ich auch telegraphisch gemeldet, dass der Bundesrath auf die Collectiv-Note recht bald antworte. Pcto. Grenz-Repressalien sei noch gar nichts festgestellt.

Ich danke Ihnen nachträglich noch für Ihre gefälligen Mittheilungen vom 12. d. M.⁴ und verbleibe mit ausgezeichnete Hochachtung.

ANNEX

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz*

T

Berlin, 13. Juni 1889

Gestützt auf Mittheilungen, welche soeben aus zuverlässiger Quelle erhalten, glaube annehmen zu können Deutschland wäre geneigt Fall Wohlgemuth und Collectivreclamation als erledigt zu betrachten wenn Sie Bülow in Antwort auf gestrige Note⁵ Namens Bundesrathes mutatis mutandis erklären würden, der Bundesrath habe im Allgemeinen Remedur puncto Fremdenpolizei schon vor Fall Wohlgemuth ins Auge gefasst. Er beabsichtige besonders alsbaldige Einsetzung eines Bundesanwaltes. Er sei ferner bereits der Frage näher getreten, ob auf dem Gesetzgebungswege für einzelne Punkte der Schweiz behufs Ausübung der Fremdenpolizei Agenturen zu organisieren seien, welche direkt von der eidgenössischen Centralbehörde abhängen. Bei Prüfung dieser Frage werde der Bundesrath auch in Erwägung ziehen ob und wie den Ausländern die Theilnahme an politischen Versammlungen oder die Veranstaltung solcher Versammlungen erschwert werden könne und solle. Mit solcher Antwort würde nach Ansicht meines Gewährsmannes der Reichskanzler sich höchst wahrscheinlich zufrieden geben. Nur vertraulich und mündlich gemachte Andeutungen nützen jetzt nichts mehr, der Kanzler verlange positive Erklärungen. Sehr sei jedenfalls zu empfehlen, dass der Bundesrath in kürzester Zeit Bescheid gebe; ferner würde die Verständigung wesentlich gefördert wenn Bundesrath aus eigener Initiative Bülow die persönlichen Dienstpapiere Wohlgemuths ohne Weiteres ausliefern würde.

4. Nicht ermittelt.

5. Nicht ermittelt.

*Der Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz,
an die österreichisch-ungarische Gesandtschaft in Bern*

Kopie
N

Berne, 14 juin 1889

Je vous remercie ainsi que le comte Kalnoky de la forme très amicale et confidentielle que vous avez donnée à votre démarche.¹ J'y vois la preuve des sentiments d'amitié qui animent l'Autriche envers nous et pour lesquels nous lui sommes vivement reconnaissants.

Il est certainement fâcheux que notre traité d'extradition n'ait pu être ratifié dans cette session. Mais les scrupules juridiques qui ont arrêté la commission du Conseil national sont respectables. Ils existent aussi chez bon nombre de juristes de divers pays soit monarchistes, soit républicains. Le Conseil fédéral les a éprouvés longtemps et ce n'est qu'après un examen approfondi de la question qu'il est arrivé à les surmonter et à se convaincre que la nouvelle rédaction du traité présenterait des avantages sur l'autre. Il faut laisser le temps à la Commission d'examiner à son tour la question sous toutes ses faces; elle a demandé au Conseil fédéral de lui fournir de nouveaux éléments pour s'éclairer spécialement quant à la possibilité d'élaborer une loi sur l'extradition pour servir de base à l'appréciation des délits politiques. Le Conseil fédéral a accepté la mission, et il fera tous ses efforts pour assurer le triomphe d'un acte au pied duquel il a mis sa signature avec une entière conviction.

Plus fâcheux encore que ce retard est le fait que plusieurs Gouvernements amis persistent à envisager que les autorités suisses traitent avec une certaine bienveillance les anarchistes et les révolutionnaires, quelque nom qu'ils prennent, et qu'elles ne combattent pas avec assez d'énergie leurs entreprises criminelles. Toute notre histoire des dernières années est là pour prouver le contraire. De nombreuses séries d'expulsions et récemment encore celles qui ont eu lieu à la suite de l'affaire des bombes à Zürich, expulsions en grande partie basées sur le seul fait que les individus qui en ont été frappés faisant partie d'une organisation terroriste, devraient amener les Gouvernements amis à porter un jugement plus juste sur notre compte. Leurs reproches immérités ne contribuent pas à faciliter notre tâche. En ce qui concerne l'affaire des bombes, je puis vous dire que le Gouvernement russe, d'abord très inquiet et défiant à notre égard, a fini par reconnaître que l'enquête avait été menée avec le plus grand soin, et M. de Hamburger nous en a exprimé ses remerciements.

Quant au cas Wohlgemuth, nous n'aurions pas mieux demandé que de le traiter autrement si nous avions eu l'espoir que l'Allemagne nous donnerait satisfaction pour la conduite certainement répréhensible de son fonctionnaire. Mais, dès le début cet espoir a dû être écarté. Les intérêts vitaux de notre pays ne nous permettaient pas de laisser passer cette nouvelle et grave atteinte à notre sécurité intérieure et extérieure. Nous ne nous sommes en aucune manière dissimulé les conséquences pénibles que notre décision aurait pour nous. Mais il y a des situations qu'un peuple qui veut

1. Vgl. Nr. 410.

rester indépendant ne peut se résigner à subir, quoi qu'il puisse lui en coûter. Vous avez pu vous convaincre que ce sentiment est partagé par notre peuple unanime, et si le Conseil fédéral avait agi autrement, il n'aurait plus eu qu'à se retirer.

Le comte Kalnoky nous donne le conseil amical de faire tous nos efforts pour applanir ce différend. Mais comment cela est-il possible alors que des faits si évidents sont appréciés de la sorte à Berlin? Qu'on nous indique une solution acceptable, et nous serons heureux d'y donner les mains, car l'intérêt d'un petit pays comme le nôtre est, à n'en pas douter, de vivre en bonne amitié avec ses voisins. Nous ne pouvons cependant faire des concessions qui ne seraient autre chose que la perte de notre souveraineté et de notre indépendance.

Nous ne demandons rien que de juste et de raisonnable; nous demandons qu'on veuille bien ne pas nous traiter comme un Gouvernement et comme un peuple qui favorisent sciemment les attentats, les crimes et les menées anarchistes et révolutionnaires. L'esprit de justice qui anime les Gouvernements des grandes puissances devrait les amener au contraire à reconnaître les efforts que nous faisons pour débarrasser notre territoire des éléments subversifs que d'autres pays y refoulent contre notre gré. La situation qui nous est faite est d'autant plus pénible que nous avons seuls en Europe le triste privilège d'être exposés à des réclamations pareilles tandis qu'on n'en formule pas contre d'autres pays où des faits beaucoup plus graves se passent et qui sont le siège avéré des organisations qui jettent leurs rameaux bien ailleurs qu'en Suisse.

Ce n'est pas à dire que nous estimions n'avoir plus rien à faire pour répondre aux exigences de notre position internationale. Des mesures diverses sont en préparation pour compléter et fortifier toujours davantage nos moyens de lutte contre les anarchistes et les révolutionnaires. Sous ce rapport, vous pouvez assurer le comte Kalnoky que nous prenons nos devoirs très à cœur, et que nous tiendrons compte des indications amicales qu'il veut bien nous donner.

Les mesures que nous avons prises et que nous prendrons ne résultent toutefois pas, à nos yeux, de notre neutralité, mais du devoir qu'a chaque Etat, neutre ou non, de veiller à l'ordre sur son territoire et aux bons rapports avec les autres Etats. Notre droit d'asile n'est pas non plus une conséquence de notre neutralité, mais un attribut de la souveraineté de chaque Etat. A cet égard, nous n'avons jamais admis la conception erronée d'après laquelle la Suisse, à raison de sa neutralité, serait un temple de Delphes où les malfaiteurs sont en sûreté. Quoique neutre, la Suisse a le même droit que tout autre Etat, de se débarrasser des gens qui ne lui conviennent pas et d'admettre ceux qu'elle veut recevoir. Elle n'a à se diriger en cette matière, comme tout autre Etat, que d'après ses droits souverains et d'après les égards qu'elle doit aux autres pays. Il est du reste à remarquer que les socialistes et les nihilistes qui sont sur notre territoire ne s'y trouvent pas comme réfugiés politiques, mais en vertu des traités d'établissement. Nous ne les expulsions pas par mesure préventive, mais seulement lorsqu'ils se sont rendus coupables d'actes contraires à nos lois ou de nature à troubler nos bons rapports avec l'étranger.

En résumé, je vous prie de nouveau d'exprimer au comte Kalnoky notre reconnaissance pour l'intérêt qu'il porte à un aplanissement amiable de notre conflit avec l'Allemagne, et de lui dire que nous serions heureux si ce résultat pouvait être obtenu sur le seul terrain où nous puissions nous placer, celui du respect de nos droits de souveraineté.

413

E 2200 Paris 1/0185

*Der Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz,
an den schweizerischen Gesandten in Paris, Ch. Lardy*

S

Berne, 15. juin 1889

Il devient de plus en plus évident que l'affaire Wohlgenuth n'a été qu'un prétexte de la part de l'Allemagne pour se ménager une raison, exécration sans doute, de nous dire qu'elle n'a pas à se gêner avec nous et à respecter notre neutralité, quand il lui conviendra de nous tenir ce langage. Le moment approche sans doute, avec une rapidité plus grande qu'on ne le croyait il y a peu de jours, où nous serons mis en face de la redoutable question d'avoir à laisser utiliser notre territoire comme base d'opérations contre la France ou de devoir tenir tête aux armées allemandes et italiennes qui voudront forcer le passage.

Depuis quelque temps, cette préoccupation me hante et a grandi avec les derniers faits qui sont confirmés par les nouvelles très alarmantes de ce soir. Je ne parle que des journaux, car nous n'avons encore aucune dépêche diplomatique ni de Vienne, ni de Berlin, ni de Rome. L'année dernière, le 8 mai, j'avais préparé un rapport¹ au Conseil fédéral pour l'éventualité de plus en plus probable d'une double attaque de notre territoire au nord et au sud. Je l'avais remis à M. Hertenstein, qui, avec son esprit d'économie poussée à l'excès, ne m'a pas paru vouloir tenir grand compte des propositions que je faisais au point de vue militaire. Je l'ai sorti de nouveau de mes cartons pour en faire part à M. Hauser, qui fera, je crois, le nécessaire. Pourvu que nous ne soyons pas trop en retard!

Parmi les questions dont il y a lieu de se préoccuper soit au point de vue diplomatique, soit au point de vue militaire, l'une des plus importantes est celle de la Savoie. De Berlin, on nous a donné à plusieurs reprises par M. Roth l'avis officieux que l'occupation de notre part en était «unerwünscht». En descendant de Goeschenen à Lucerne, lors du passage du roi Humbert, M. Crispi m'a dit à brûle-pourpoint: «Avez-vous fait de nouvelles négociations avec la France pour la question de Savoie?» Je lui ai répondu que nous ne nous étions pas occupés de cette question. Qu'il en ait été parlé à Berlin, c'est indubitable, et l'on peut supposer que l'Italie a l'intention d'envahir ce pays, si possible, pour marcher sur Lyon et Dijon, sans parler des autres combinaisons stratégiques qui nous touchent encore plus directement.

La question de savoir comment nous nous comporterons envers la Savoie, déjà difficile en elle-même, est compliquée par la perplexité où nous sommes vis-à-vis des intentions de la France. La négociation qui a abouti à notre note de 1887², ne nous a pas renseignés suffisamment à ce sujet. Il serait pourtant très essentiel de connaître les dispositions du gouvernement et de l'état-major français. Aujourd'hui on ne doit certainement plus nous envisager à Paris avec les mêmes défiances que précédemment. On sait ou doit savoir que nous lutterons aussi pour notre peau, suivant toute probabilité, et que notre écrasement serait fatal pour la France. Ne croyez-vous donc pas,

1. Nr. 371.

2. Nr. 338, Annex.

Monsieur le Ministre, que le moment serait venu de savoir de quel bois on se chauffe maintenant? M. Spuller, [qui] nous veut du bien, [serait peut-être plus expansif que M. Flourens]³. Ne pourriez-vous, par exemple à propos de la question de Morgins, laisser tomber un mot en passant sur la Savoie? Il le relèvera peut-être ou même certainement, car il ne doit pas avoir l'oreille dure, en ce moment surtout, et nous en apprendrons sans doute davantage. Je le crois aussi l'homme discret dont nous avons besoin pour qu'on ne tambourine pas l'affaire au dehors.

A mon avis, la seule chose essentielle serait d'avoir quelques lignes nous disant qu'on est d'accord en principe avec notre note de 1887. Alors, nous pourrions traiter en toute liberté d'esprit la question de notre attitude éventuelle, dans un comité restreint composé de MM. Hauser et Pfyffer et de moi. Il ne s'agirait plus ensuite, le moment décisif venu, que de nantir le Conseil fédéral de nos propositions. Rien n'en transpirerait jusque-là.

Un autre point. Des observations relevées par des agents du colonel Pfyffer constatent certains préparatifs sur la frontière alsacienne. Ainsi, on mettrait les lampions dans les gares militaires, opération qui n'aurait pas de raison d'être si on ne songeait pas à les utiliser prochainement. Il y a d'autres petits faits semblables auxquels les nouvelles de ce soir dans les journaux donnent un caractère encore plus inquiétant. Ne pourrait-on savoir très-discrètement si des observations de même nature ont été faites par des agents français, qui en auraient certainement donné connaissance au Ministère de la guerre, mieux outillé pour ce service d'information que notre Département militaire et notre état-major? M. Pfyffer attacherait un grand prix à obtenir ces renseignements.

Ce sont là des missions très délicates. Mais avec votre tact et vos nombreux moyens d'action, je ne doute pas que vous n'arriviez à nous orienter sans compromettre notre situation de neutres qui veulent le rester, mais qui ont besoin de savoir ce qui se passe autour d'eux et quelles intentions on nourrit à leur égard.

3. Die Worte in Klammern wurden nachträglich durchgestrichen.

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 17. Juni 1889

2500. Konflikt mit Deutschland, Antwort an den deutschen Gesandten

Departement des Auswärtigen

Das Departement des Auswärtigen legt den umgearbeiteten Entwurf¹ zu einer Antwort auf die von Herrn von Bülow am 12. dieses Monats mitgeteilte Depesche des Fürsten von Bismarck vom ... gleichen Monats vor.²

1. E 2/78.

2. Vgl. Nr. 408.

Die Depesche erleidet im Verlaufe der Diskussion noch einige Abänderungen und lautet nunmehr wie folgt:

«Le soussigné a été chargé de répondre comme suit à la dépêche de Son Altesse le Prince de Bismarck, du 5 courant, dont copie a été remise ici le 11.³

Le Conseil fédéral a été vivement surpris et péniblement affecté des imputations contenues dans cette dépêche à l'adresse de la Suisse et il ne peut les mettre que sur le compte de rapports inexacts et tendancieux parvenus à la police allemande.

Rien n'autorise en effet à prétendre que la Suisse est le centre où se préparent les agressions contre la paix intérieure de l'Allemagne, le milieu où les criminels anarchistes les plus dangereux reçoivent ouvertement leur éducation politique, à prétendre aussi que son gouvernement se montre tout au moins indifférent aux dangers et aux dommages qui menacent des puissances amies, garantes de sa neutralité, et qui seraient la conséquence des menées dirigées contre elles avec la connivence d'autorités suisses.

La vérité est au contraire que si la direction du «Sozialdemokrat» doit être envisagée, ainsi qu'une brochure due à un haut fonctionnaire de la police allemande l'assure, comme la tête du parti hostile aux institutions de l'Empire, cette direction a émigré à Londres au printemps de l'année dernière, à la suite des mesures que nous avons prises contre ses chefs. Leur imprimerie y a été également transférée au commencement d'octobre écoulé, et c'est maintenant de Londres que s'expédient leurs publications.⁴

Il a été constaté du reste qu'en Allemagne même on abuse du nom de la Suisse en imprimant des écrits incendiaires portant faussement la date de Hottingen (Zurich). En outre, il est malheureusement prouvé par nos enquêtes que les criminels dont les exploits ont terrifié l'Allemagne et l'Autriche, entretenaient les relations les plus intimes avec des individus à la solde de la police allemande, que nous avons dû expulser comme anarchistes. De même, nos enquêtes nous ont permis de suivre la main des agents de la même police dans des désordres qui ont eu lieu sur divers points de notre propre territoire.

Il n'est par conséquent pas juste d'accuser la Suisse, à cause de faits isolés contre lesquels elle a d'ailleurs sévi, d'être un repaire qui, grâce à la tolérance et à l'inaction de son gouvernement, menace la tranquillité des autres pays. Aucun Etat n'a le pouvoir, quelque soin qu'il y mette, de se débarrasser complètement des éléments subversifs qui peuvent se trouver chez lui, ni d'empêcher qu'il s'en forme de nouveaux. L'Allemagne en fait elle-même l'expérience, malgré la puissance des moyens qu'elle met en œuvre. Sans doute, dans l'exercice de la police politique, nos autorités inférieures ont parfois commis des fautes, mais nous n'en avons laissé passer aucune sans réprimande. Ainsi, l'année dernière, nous avons blâmé publiquement le capitaine Fischer de ses indiscretions, ainsi, tout récemment, nous avons reproché à la police argovienne la lenteur de sa procédure, tandis qu'il n'est pas à notre connaissance que le gouvernement impérial ait, par exemple, désapprouvé la conduite de M. Wohlgemuth. On ne nous a fourni du moins aucune déclaration dans ce sens.

Son Altesse le Prince de Bismarck rappelle les témoignages d'amitié et de bienveillance que l'Allemagne a donnés à la Suisse. Ces témoignages nous sont certainement

3. *Vgl. Nr. 407.*

4. *Vgl. Nrn. 367 und 369.*

très précieux et nous ne les oublions pas, mais c'est trop exiger de nous en retour que de nous demander le sacrifice de deux attributs principaux de notre souveraineté, le droit d'asile et le droit d'exercer seuls la police sur notre territoire. Si le gouvernement impérial se bornait à appeler notre attention sur des améliorations désirables dans notre police internationale, il nous trouverait disposés à lui indiquer à titre amical, les mesures que nous avons en préparation et dont nous nous sommes préoccupés bien avant l'incident Wohlgemuth. Mais nous devons repousser toute prétention qui constituerait une ingérence dans nos affaires intérieures.

Nous avons été particulièrement frappés de ce que, dans la dépêche du 5 juin, on a de nouveau mis en cause notre neutralité, qui n'a rien à faire dans cette discussion. Le fait qu'un pays est neutre n'altère du reste pas sa souveraineté. La neutralité sans la souveraineté ne serait qu'un leurre, car comment être véritablement neutre si l'on n'est pas indépendant? C'est ce que, dans leur clairvoyance, les Puissances européennes ont reconnu lorsqu'elles ont proclamé, dans l'acte du 20 novembre 1815, que «la neutralité et l'inviolabilité de la Suisse, et son indépendance *de toute influence étrangère*, sont dans les vrais intérêts de l'Europe entière.» Quelle que puisse être, du reste, la manière de voir actuelle d'une ou de plusieurs Puissances au sujet de notre neutralité et de l'intérêt qu'elle présente pour elles, il y a lieu de tenir compte que la neutralité de la Suisse repose aussi sur sa volonté.

En résumé, nous demandons qu'on veuille bien ne pas nous traiter, contre toute évidence, comme un gouvernement et un peuple amis du désordre, favorisant la révolution et l'anarchie, ni comme un Etat d'ordre inférieur sous le rapport de sa souveraineté. Loin de méconnaître nos devoirs internationaux, nous sommes profondément soucieux de les remplir, en prenant, dans les limites compatibles avec la sauvegarde de nos droits d'Etat souverain, toutes les mesures propres à empêcher et à réprimer les menées que des agitateurs chercheraient à organiser sur notre territoire contre la tranquillité d'autres pays, de l'Allemagne en particulier. Sous ce rapport les nombreuses mesures que nous avons déjà prises et les nouvelles mesures que nous préparons sont de sûrs garants de nos intentions.

En priant son Excellence Mons. de Bülow de porter ce qui précède à la connaissance de Son Altesse le Prince de Bismarck, le soussigné saisit cette occasion pour lui renouveler les assurances de sa haute considération.»

Laut einem von Herrn Bundesrat Droz mitgeteilten Telegramm⁵ des schweizerischen Gesanten in Rom, Herr Bavier, hat Herr Ministerpräsident Crispi seine guten Dienste zur Vermittlung des mit Deutschland waltenden Anstandes angetragen. Das Departement wird ermächtigt, die Gesantschaft zu beauftragen, Herrn Crispi sein Anerbieten lediglich zu verdanken.

5. E 2/78.

415

E 2/78

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz*

Empfangskopie
T Confidentiell

Berlin, 25. Juni 1889 11.25 h
(Ankunft: 25. Juni, 12.45 h)

Gestern Abend bei Trauungsfeierlichkeiten im Schloss wurde mir vertraulich von verschiedenen Seiten bemerkt, Ihre Erklärung Namens Bundesrathes im Nationalrath¹ habe in Auswärtigen Amte günstigen Eindruck gemacht. So äusserte sich z. B. auch Österreichischer Botschafter. Über diesseitige Absichten betreffend weiteres Vorgehen konnte ich noch nichts zuverlässiges erfahren. Mein Gewährsmann meinte, man werde vielleicht mit Rückäusserung auf letzte bundesrätliche Note zuwarten bis Bundesversammlung Gesetzenwurf betreffend Generalanwalt angenommen habe. Im ganzen glaube ich eine etwelche Besserung der Situation constatiren zu können.

Heutige Morgennummer der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung enthält längeren geschichtlichen Rückblick über unsere Neutralität und zitiert hiebei² Preussische Note vom 9. Januar 1857, Entwurf der Londoner Conferenz von 1861, Russlands Note vom 16. März 1852, Schreiben des Vororts Zürich an Eidgenossen vom 22. Februar 1834³, Erklärungen von Preussen, Österreich, Frankreich vom 18. Januar 1848⁴. Diese Daten sollen nachweisen, dass das uns gewährte Privilegium der Neutralität uns Verpflichtung auferlege, feindliche Bestrebungen gegen Garantemächte nicht zu dulden. — Schicke Ihnen Artikel mit Mittagsschnellzug.

1. BBl 1889, 3. S. 652—655.

2. Die nachfolgend genannten Dokumente wurden nicht ermittelt.

3. D 1861.

4. Nicht ermittelt.

416

E 2/78

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an das Departement des Auswärtigen in Bern*

Empfangskopie
T

Berlin, 28. Juni 1889
(Ankunft: 28. Juni, 16.05 h)

Im heutigen Morgenblatt der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung heisst es, einer der wichtigsten Beschwerdepunkte Deutschlands gegen Schweiz liege in der offenbaren Parteinahme der schweizerischen Polizeibehörden und -Beamten für die fremden Sozialrevolutionäre. Artikel kommt auf Polizeihauptmann Fischer zurück und sagt dann wörtlich auch «der schweizerische Bundesrath nimmt keinen Anstand

sich bei seinen öffentlichen Kundgebungen auf die verdächtigen Ermittlungen des sozialdemokratischen Polizeihauptmanns zu stützen und dieselben gegen deutsche Regierung zu verwerthen» — Dann wird noch Adjunkt Lang, Bezirksamman Baumer und Wullschläger¹ exempliert.

Ich hoffe Ihnen über die Situation baldestens berichten zu können. Bis heute war über Absichten des Reichskanzlers betreffend weiteres Vorgehen absolut nichts zu erfahren. Mein Gewährsmann hält es fortwährend für sehr dringlich dass wir eine Formel finden um Deutschland unverzüglich Details der Maassnahmen puncto Fremdenpolizei mitzuthemen. Auch ich beurtheile die Situation in Folge der Artikel der Norddeutschen Allgemeinen als wieder ungünstiger.

Cassette erhalten.

1. Es handelt sich um den bekannten Basler Sozialdemokraten Eugen Wullschleger.

417

E 2/78

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz*

Empfangskopie

T

Berlin, 29. Juni 1889, 14.20 h

Mein Gewährsmann vertritt Ansicht, dass trotz Fortsetzung der Polemik in der N[ord] D[eutschen] Allgemeinen [Zeitung] Verhandlungen mit uns dennoch allmählig ihrem Schluss entgegen gehen und zwar ohne Bruch herbeizuführen. Reichskanzler dürfte in seiner Antwort auf Bundesraths Note¹ zwar auf seiner Ansicht betreffend Niederlassungsvertrag beharren und Vertragsrevision oder etwas Ähnliches beantragen. Schroffe Vertragskündigung werde kaum erfolgen. Dann dürfte in dieser Antwort erklärt werden, man werde gewärtigen ob schweizerische Massnahmen betreffend Fremdenpolizei sich als genügend erweisen und behalte sich einstweilen vor, sich je nach Bedürfniss an der Grenze selbst zu schützen. Diesbezüglich sei einstweilen von eventueller strengerer Visitation der Reisenden und ihres Gepäcks und der Waarensendungen die Rede. Diese Massnahmen seien aber noch keineswegs fest in Aussicht genommen. Sehr förderlich für Beilegung der Differenzen wäre es wenn Bülow schleunigst Mittheilungen über Details der bewussten Massnahmen gemacht würden. Schriftlicher Bericht² und Aufzeichnungen über seinerzeitige Audienz bei Kanzler folgen per Cassette mit Abendpost.

1. Vgl. Nr. 414.

2. Nicht abgedruckt.

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz*

B Confidentiell

Berlin, 4. Juli 1889

Unter bester Verdankung beehre ich mich, Ihnen den Empfang des chiffirten Telegramms von gestern Abend¹ zu bestätigen. Ich ersehe aus dem in demselben enthaltenen Résumé der neuesten deutschen Note², dass die diesbezüglichen Andeutungen meines Gewährsmannes, von denen ich Ihnen telegraphisch Kenntniss gegeben³, im Grossen und Ganzen zutreffend waren.

Betreffend den Niederlassungsvertrag geht die Note *der Form nach* freilich weiter, als ich nach den gedachten Informationen annehmen zu müssen glaubte. Der Fürst stellt uns also die Kündigung in Aussicht, gestützt auf Art. 11 des Vertrags. Au fond kommt aber diese Kündigung doch einem Antrage auf Revision gleich, indem diesen Punkt betreffend in der Note gesagt wird « que sans cela l'Allemagne n'aurait aucun intérêt à remplacer le traité actuel par un autre traité. »

Für das weitere Vorgehen der Kaiserlichen Regierung nach dieser Richtung dürfte die zu erwartende Antwort des Bundesrathes ausschlaggebend sein. Und da ich nicht annehmen kann, dass der Bundesrath in der Lage sein werde, betreffend Art. 2 des Vertrages Erklärungen abzugeben, welche den Fürsten Bismarck auch nur einigermaßen befriedigen könnten, so sehe ich also der demnächstigen Kündigung des Vertrags, Seitens Deutschlands, verbunden mit dem Antrage, über einen neuen Vertrag zu verhandeln, als ziemlich sicher entgegen.

Diese Action wird dann wohl als ein *vorläufiger* Abschluss des Conflictes aufgefasst werden können und dürfte die Kaiserliche Regierung doch kaum darauf dringen, dass die Verhandlungen für einen neuen Vertrag sofort aufgenommen werden, denn der Einsicht, dass ein solches Drängen weder nothwendig, noch zweckdienlich wäre und dass wir gegenseitig im Interesse der Sache wünschen müssen, für solche Unterhandlungen die Rückkehr normaler diplomatischer Beziehungen abzuwarten, wird man sich auch hier nicht verschliessen wollen.

So denke ich mir den Verlauf der Frage der Kündigung des Niederlassungs-Vertrags, soweit ich im Moment die Situation zu beurtheilen vermag. Darüber, was materiell bei dieser Revision des Vertrags herauskommen soll und ob es überhaupt möglich sein wird, einen Vertrag zu Stande zu bringen, bin ich freilich bis auf Weiteres noch ganz im Unklaren.

Ist der Bundesrath, wie Sie es andeuten, in der Lage, die letzte deutsche Note in concilianter Weise zu beantworten und bei diesem Anlasse der Kaiserlichen Regierung puncto Massnahmen betreffend Reorganisation der Fremdenpolizei etwas bestimmtere und detaillirtere Mittheilungen zu machen, so dürften wir anderseits die Eventualität der Ausführung der angedrohten Grenzrepressalien als bis auf Weiteres

1. Nicht abgedruckt.

2. Es handelt sich um die Note vom 26. Juni 1889. Vgl. Nr. 419.

3. Nr. 417.

ausgeschlossen betrachten können. Damit wäre wieder ein Stein aus dem Wege geschafft und die späterer Rückkehr zu einer weniger schroffen Erörterung der materiellen Differenzen erleichtert.

Die neueste Kundgebung der deutschen Sozialdemokraten in der Schweiz, d. h. des «Landesausschusses» derselben, liefert nach meinem Dafürhalten einen neuen Beweis dafür, dass es bei uns, betreffend Duldung der fremden agitatorischen Elemente, entschieden anders werden muss. Wir stehen also, wie wir aus obengenannter Kundgebung ersehen, einem festorganisierten Bunde der deutschen Sozialdemokraten gegenüber, mit einem Ausschusse an deren Spitze, einem Bunde, welcher mit den Sozialdemokraten in Deutschland zweifellos in Verbindung steht und dieselben in ihrer Bekämpfung der Regierungspolitik unterstützt. Und diese Menschen tragen kein Bedenken, gerade in dem jetzigen kritischen Momente in dieser Weise sich breit zu machen und uns neue Ungelegenheiten zu bereiten. Wenn solchen Auswüchsen der Vereinsfreiheit etc. der Fremden bei uns in der Folge nicht mit aller Energie entgegengetreten wird, so riskiren wir jeden Augenblick wieder neue Differenzen mit den Regierungen der beteiligten Mächte und werden schliesslich alle Loyalitäts- und Ordnungsdemonstrationen der Bundesbehörden und der ruhigeren Elemente des Schweizervolkes im Auslande kaum mehr ernst genommen werden.

Noch muss ich Ihnen die Mittheilung machen, dass mein oft citierter Gewährsmann Berlin mit längerem Urlaub verlassen hat, dass Ende dieser Woche der ganze deutsche Bundesrath in Urlaub geht und auch die Mehrzahl meiner Collegen mit Anfang nächster Woche von Berlin abreist. Dass der Fürst Bismarck in Varzin Quartier genommen und der Graf Bismarck ebenfalls abwesend ist, habe ich Ihnen bereits gemeldet. Dies Alles führe ich namentlich desswegen an, weil es mir in Folge dessen von nun an äusserst schwer fallen dürfte, Informationen über die Situation einzuziehen, zumal ich mich zu diesem Zwecke nicht an das Auswärtige Amt wenden kann und der russische und der österreichische Botschafter von mir in Sachen auch nicht wohl aufgesucht werden können.

419

E 1004 1/158

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 9. Juli 1889¹

2861. Konflikt mit Deutschland

Departement des Auswärtigen. Antrag vom 7. Juli 1889

Das eidg. Departement des Auswärtigen beantragt:

1. Der vorgelegten Antwortnote auf die mündlich eröffnete und in Abschrift mitgeteilte Note der deutschen Reichskanzlei vom 26. Juni abhin die Genehmigung zu erteilen und den Chef des genannten Departements zu ermächtigen, dem deutschen Gesanten, Herrn v. Bülow, von dieser Antwort eine Ausfertigung zuzustellen.

1. *Abwesend: Hauser.*

2. Zu beschliessen: es seien alle zwischen den beidseitigen Regierungen ausgewechselten Noten über die gegenwärtigen Anstände mit Deutschland im Bundesblatt, deutsche und französische Ausgabe, zu veröffentlichen.²

3. Es sei eine Untersuchung über die Organisation der deutschen Sozialisten in der Schweiz anzuordnen.

Die Note des Fürsten v. Bismark vom 26. Juni lautet wie folgt:

Mit Ew. Tit. Schreiben vom 18. d. M. habe ich die beiden Noten erhalten, welche Herr Droz unterm 15.³ und 17.⁴ an Sie gerichtet hat. Nach Inhalt derselben hat der Bundesrath sein Bedauern darüber ausgesprochen, dass die Ksl. Regierung es abgelehnt hat, den Hergang der Wohlgemuth'schen Sache einer neuen Prüfung zu unterziehen.

Wir haben dies in der Überzeugung gethan, dass keine neue Prüfung an der Thatsache etwas ändern kann, dass ein Kaisl. Polizeibeamter unter Wissen und Mitwirkung eidgenössischer Beamter, auf Schweizer Gebiet gelockt worden ist, um dort eingesperrt zu werden, und dass die Schweizer Centralbehörde sich dieses Verfahren der Kantonalbehörden angeeignet hat, indem sie den Kaisl. Beamten mit der Strafe der Ausweisung belegte. Diese Thatsache würde durch keine weiteren Ermittlungen aus der Welt geschafft werden. Durch diese Ausweisung hat die Schweizer Centralbehörde ihren Entschluss bekundet, deutschen Beamten, welche Erkundigungen über das Treiben unserer deutschen Gegner in der Schweiz einzuziehen den Auftrag haben, nicht dieselbe Duldung und Nachsicht zu gewähren, deren die dort befindlichen reichsfeindlichen Deutschen sich in so reichem Masse erfreuen.

Nachdem uns auf diese Weise die Möglichkeit benommen ist, uns gegen die in der Schweiz geduldeten deutschen Reichsfeinde und gegen deren Umtriebe und Brandschriften durch Beobachtung an Ort und Stelle zu schützen, werden wir, wie dies in meinem Schreiben vom 6. d. M.⁵ an Ew. Tit. dargelegt worden, genöthigt sein, die Kontrolle des feindlichen Treibens auf die deutsche Seite der Grenze zu verlegen, obgleich wir uns sagen müssen, dass dies dort nur unvollständiger und mit grossem Schaden für den friedliebenden Theil der Bevölkerung beider Länder durchgeführt werden kann.

Die Massregeln, welche zu diesem Behufe zu treffen sind, werden nicht ohne Berührung mit den Bestimmungen des Niederlassungsvertrages⁶ bleiben können, in Bezug auf welchen die Schweizer Regierung über die Tragweite des Art. 2⁷ mit uns verschiedener Meinung ist. Der Wortlaut dieses Vertrages lässt unseres Erachtens eine solche Meinungsverschiedenheit nicht zu. Er bestimmt, dass die sich Niederlassenden mit gewissen Zeugnissen ihrer Heimatbehörde versehen sein *müssen*. Wenn die Schweizer Auslegung die richtige wäre, wenn jede der beiden Regierungen, und namentlich die deutsche, der anderen nur das Recht hätte wahren wollen, diese Zeugnisse zu fordern oder nicht, so würde der Text dahin gefasst worden sein, dass

2. *Im Bundesblatt schliesslich doch nicht abgedruckt. Vgl. Nr. 422.*

3. E 2/78.

4. *Vgl. Nr. 414.*

5. *Vgl. Nr. 407.*

6. AS 1876—1877, 2, S. 567—575.

7. *Vgl. Nr. 403, Anmerkung 5.*

jede der beiden Regierungen die fraglichen Zeugnisse fordern *kann*, dass sie sich das Recht vorbehält, es zu thun oder zu lassen. Wenn hier das Wort «*müssen*» gewählt ist, so beweist dies, dass *wir* wenigstens schon damals im Jahre 1876 Werth darauf gelegt haben, gegen die Möglichkeit gesichert zu werden, dass jeder Deutsche, welcher mit den Behörden seines Vaterlandes in Unfrieden lebt, in der Schweiz den Schutz dieses Vertrages für sich in Anspruch nehmen könne. Die Note des Herrn Droz hält diese Auslegung für unzulässig, weil sie mit dem Landeshoheitsrecht der Vertragsschliessenden unerträglich sein würde. Ich könnte darauf einfach erwidern, dass *jeder* internationale Vertrag, soweit er überhaupt Pflichten und Rechte gewährt, eine Beeinträchtigung der unbeschränkten Freiheit in Ausübung der Souveränitätsrechte eines jeden der Vertragsschliessenden enthält. Dass wir in Deutschland den Art. 2 des Vertrages vom 27. April 1876 für keine zu weit gehende Beeinträchtigung der Landeshoheit halten, geht [*daraus*] hervor, dass im Deutschen Reiche der Art. 2 des Vertrages seit länger als einem Jahrzehnt im Sinne *unserer* Auslegung zur Ausführung gelangt, und wir den Schweizer Unterthanen die Niederlassung nur gestatten, wenn sie die im Art. 2 erwähnten Zeugnisse ihrer Heimath vorlegen. Wenn diese Praxis mit der Souveränität des *deutschen* Reiches vereinbar ist, so hat für uns natürlich das Argument, dass die *Schweizer* Landeshoheit eine solche Concession nicht gestatten würde, keine überzeugende Kraft. Namentlich da es sich nicht, wie Herr Droz sagt, um admission des étrangers allgemein handelt, sondern nur um die Art der Behandlung deutscher Unterthanen bei ihrer Zulassung in der Schweiz. Dieselben behalten die Eigenschaft deutscher Unterthanen, auch in der Schweiz, und es ist nur natürlich, dass vertragsschliessende Staaten sich über die Behandlung ihrer eigenen Unterthanen im andern Lande besondere Zusicherungen in Verträgen ausbedingen. Die Deutschen, welche in der Schweiz sich niederlassen, bleiben nichts destoweniger deutsche Unterthanen, und zwischen zwei Staaten, welche in dem Grade befreundet sind, wie die Schweiz und das deutsche Reich es im Jahre 1876 waren, war es erklärlich und gebräuchlich, dass gegenseitige Zusicherungen des einen über die Behandlung, einschliesslich der Kontrolle der Unterthanen des andern gegeben wurden. Verträge, wie der Niederlassungsvertrag vom Jahre 1876, sind aber durchführbar nur da, wo und nur so lange wie zwischen beiden Theilen das Mass von gegenseitigem Wohlwollen besteht, welchem darin Ausdruck gegeben ist. Zu unserem Bedauern ist unser Wohlwollen für das Schweizer Nachbarland aber zu einem einseitigen geworden und der Inhalt jener Verträge dürfte mit den durch diese Änderung geschaffenen Beziehungen nicht mehr in Übereinstimmung sein. Die Schweizer Regierung hat uns bisher den Art. 2 des Vertrages einfach nicht erfüllt und gerade darin wird eine der Hauptursachen der beklagenswerten Veränderung unserer gegenseitigen Beziehungen zu suchen sein. Hätte die Erfüllung stattgefunden, so ist kaum anzunehmen, dass bei den deutschen Regierungen das Bedürfniss fühlbar geworden wäre, ihre in der Schweiz niedergelassenen Unterthanen und deren Treiben polizeilich zu beobachten. Durch die Note vom 15. ist die Nichterfüllung des Art. 2 zum ersten Male prinzipiell und amtlich konstatiert worden. Wir wären daher in der Lage, den Vertrag vom Jahre 1876 wegen amtlicher Ablehnung der Erfüllung von Seiten der Schweiz schon jetzt für hinfällig zu erklären. Aus Rücksicht auf die Folgen für die von dieser unvorhergesehenen Änderung betroffenen Angehörigen beider Länder ziehen wir aber den Weg der im Art. 11 vorbehaltenen Kündigung vor, und werden Ew. Tit. zu diesem Behufe die nöthigen Ermächtigungen zugehen.

Wenn ich aus der Note vom 17. die Andeutung entnehme, dass die Schweizer Regierung sich mit den ihr wünschenswerth erscheinenden Verbesserungen ihrer internationalen Polizei beschäftigt, so entnehme ich daraus gern die Hoffnung, dass das Ergebniss dieser Bemühungen uns in Zukunft der Nothwendigkeit überheben werde, unseren Schutz gegen verbrecherische Unternehmungen Deutscher, in der Schweiz wohnender Sozialdemokraten ausschliesslich selbst und diesseits der Grenze zu übernehmen. Wir werden uns freuen, wenn in der Schweiz Einrichtungen ins Leben treten, welche uns das Vertrauen wiedergeben, dass unsere innere Sicherheit von dorthier nicht stärker, als an den übrigen Grenzen des deutschen Reiches bedroht ist. Artikel 2 des Vertrages würde, wenn er in der Schweiz mit gleicher Genauigkeit wie in Deutschland bisher gehandhabt worden wäre, schon bisher verhütet haben, dass dieses Vertrauen erschüttert werden konnte, und wir würden den Glauben nicht verloren haben, dass das Wohlwollen der Schweizer gegen ihre deutschen Nachbarn noch heute dasselbe wäre, wie es bei Abschluss eines so intimen Vertrages, wie der von 1876 war, vorausgesetzt wurde.

Herr Droz schliesst die Note vom 17. mit dem Verlangen dass wir die Regierung und das Volk der Schweiz nicht für Förderer der Revolution und der Anarchie halten sollen. Ich erinnere mich nicht, dass wir dem auswärtigen Departement der Eidgenossenschaft einen dahingehenden Vorwurf gemacht hätten. Ich zweifle auch nicht an der Absicht der eidgenössischen Centralbehörde, die Pflichten internationaler Nachbarschaft in dem Sinne des Schlusses der Note zu erfüllen, aber ich muss annehmen, dass die bisherige Gesetzgebung der Schweiz der Central-Regierung nicht die erforderlichen Mittel gewähre, um die Lokalbehörden in einzelnen Kantons zur Beobachtung der Rücksichten gegen auswärtige Mächte nöthigen zu können, welche zur Erhaltung des guten Einvernehmens zwischen benachbarten Ländern unentberlich sind. Zu den dazu erforderlichen Attributen der Centralgewalt eines Bundesstaats zählen wir namentlich das Recht, jede Lokalbehörde zur Beobachtung der im Namen der Gesamtheit geschlossenen internationalen Verträge anzuhalten. Ohne eine Sicherheit hierfür würden die deutschen Regierungen kein Interesse daran haben, für den jetzt zu kündigenden Niederlassungsvertrag demnächst einen Ersatz anzustreben.

Ew. Hochwohlgeboren ersuche ich, den vorstehenden Erlass dem Herrn Departementschef Droz vorzulesen und ihm, wenn er es wünscht, Abschrift davon zurückzulassen.

Ueber Punkt 3 oben bemerkt das Departement, dass der Bundesrat in seiner letzten Note an Herrn v. Bülow hervorgehoben hat, die Centralverwaltung der deutschen sozialistischen Partei sei nach London verlegt worden, wo das Organ derselben publizirt werde.⁸ Diese Behauptung würde nun aber, wenigstens zum Teil, dementirt durch die neue Kundgebung dieser Partei, auf welche sich die beigelegte Depesche des Herrn Minister Roth in Berlin vom 6. d. M.⁹ bezieht. Aber auch abgesehen hievon erscheint es dem Departement angesichts der unzweifelhaften Tatsache, dass auf schweiz. Gebiet eine vollständig organisirte auswärtige politische Partei existirt, dringend geboten, dass der Bundesrat über diese Organisation, ihre Zwecke und Aktionsmittel unterrichtet sei, um mit Sach-

8. *Vgl. Nr. 414.*

9. *Nicht ermittelt.*

kenntnis entscheiden zu können, ob dieselbe zu dulden oder gegenteils aufzulösen sei.

Die Anträge des Departements des Auswärtigen werden (mit einigen Abänderungen im vorgelegten Entwurf zu einer Note an die deutsche Gesandtschaft) genehmigt.

Die von Herrn Droz als Vorsteher des Departements des Auswärtigen abzugebende Antwort lautet nunmehr:

Le soussigné a été chargé de répondre comme suit à la dépêche de Son Altesse le prince de Bismarck, du 26 juin, dont Son Excellence, M. de Bülow lui a remis copie le 1^{er} juillet.

Dans sa note du 15 juin, le soussigné avait déclaré qu'il ne reviendrait pas de son chef sur l'incident Wohlgemuth. S'il le fait aujourd'hui, c'est pour réitérer simplement, en réponse à la dépêche: 1^o que les autorités suisses n'ont en aucune manière ni tendu ni contribué à tendre un piège à l'inspecteur de police de Mulhouse; 2^o que ce fonctionnaire a été incarcéré, puis expulsé, non point parce qu'il serait venu en Suisse prendre des informations, mais parce qu'il y avait fomenté de l'agitation; 3^o qu'une discussion amicale contradictoire aurait, à notre avis, mis ces faits en pleine évidence.

Le Conseil fédéral ne peut donc admettre comme justifiées les déductions que S.A. le prince de Bismarck tire de cet incident; il envisage, au contraire, qu'en manifestant sa ferme intention de faire cesser sur territoire suisse toute agitation factice ou réelle, il a agi dans l'intérêt bien entendu des deux pays.

Dans sa dépêche, le prince-chancelier maintient et développe sa manière de voir quant au sens et à la portée de l'article 2 du traité d'établissement. Le Conseil fédéral regrette profondément d'avoir vu surgir une interprétation du traité, dont, jusqu'aux récentes communications du gouvernement impérial, il n'avait jamais été question entre les deux pays. Même si nous concédions que, dans sa teneur littérale, l'article 2 est susceptible d'une double interprétation, le gouvernement impérial, pour faire prévaloir la sienne, devrait pouvoir établir qu'elle correspond effectivement à la volonté des parties contractantes au moment de la conclusion du traité.

Or, à cet égard, il ne peut subsister aucun doute: le message du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale sur notre traité d'établissement avec l'Allemagne (3 juin 1876)¹⁰, le rapport de la commission du Conseil des états (20 juin 1876)¹¹ et enfin le mémoire du chancelier de l'empire au Reichstag (18 novembre 1876)¹² sur le même objet prouvent clairement et d'une manière concordante que les deux gouvernements n'ont pas entendu restreindre leur droit de recevoir chez eux qui bon leur semble, mais qu'ils ont eu pour but unique de déterminer les conditions moyennant lesquelles le séjour ou l'établissement sur le territoire de l'un des Etats ne pourrait pas être refusé aux ressortissants de l'autre.

Pour ne citer ici que ce seul document, voici comment s'exprime le mémoire (Denkschrift) du chancelier impérial relativement à l'article 2 du traité d'établissement):

10. BBl 1876, 2, S. 877—890.

11. BBl 1876, 3, S. 128—134.

12. *Nicht ermittelt.*

«Artikel 2 bestimmt, welche Ausweisschriften die Deutschen *auf Erfordern* beizubringen haben, um in der Schweiz Wohnsitz zu nehmen oder sich dort niederzulassen. Auch in dieser Beziehung wird von den Deutschen nicht mehr verlangt, als von den Angehörigen der Schweizer Kantone.»

Ces mots «auf Erfordern», pour avoir un sens, ne peuvent évidemment se rapporter qu'aux autorités suisses. Ils montrent bien que, dans l'opinion de l'auteur du message au Reichstag allemand, les ressortissants de l'Empire, pour prendre résidence en Suisse, doivent être en mesure de fournir les pièces justificatives prescrites, *lorsque celles-ci sont exigées*, mais que les autorités suisses n'ont nullement l'obligation de les exiger.

C'est là ce qui résulte aussi de l'histoire des négociations de notre traité d'établissement avec l'Allemagne, auxquelles les traités semblables conclus par la Suisse, le 31 octobre 1863, avec le Grand-Duché de Bade¹³, le 30 juin 1864, avec la France¹⁴, et le 18 mars 1869 avec le royaume de Wurtemberg¹⁵, ont servi de base. L'article 4 du traité avec le Wurtemberg dit que, pour obtenir la faculté de s'établir de part et d'autre, *il suffit* de déposer un acte d'origine et un certificat de bonne vie et mœurs et de non-indigence. De l'obligation pour l'un ou l'autre pays d'exiger ces papiers de légitimation il n'en est pas question. La formule plus rigoureuse du traité du 27 avril 1876 fut proposée par le délégué suisse pour bien marquer que les Allemands ne pourraient éluder les prescriptions des lois suisses sur la police des étrangers et pour le rendre concordant avec l'article 2 de notre traité d'établissement du 30 juin 1864 avec la France. Voici la teneur de l'article 2 de ce dernier traité:

«Pour prendre domicile ou former un établissement en Suisse, les Français *devront être munis* d'un acte d'immatriculation constatant leur nationalité, qui leur sera délivré par l'Ambassade de France, après qu'ils auront produit des certificats de bonne conduite et de bonnes mœurs, ainsi que les autres attestations requises.»

Les deux textes sont donc bien identiques dans leurs dispositions essentielles. Or, comme le chancelier de l'empire d'Allemagne en 1876, la France n'a jamais compris les stipulations de cet article dans le sens d'une *obligation* imposée à la Suisse de restreindre ses permis de résidence aux seuls Français remplissant les conditions qui y sont énumérées, mais dans le sens d'*un droit* de la Suisse d'agir de la sorte. Il en est de même des autres pays avec lesquels nous avons des conventions semblables.

Nous ne pouvons, après cela, ne pas manifester notre surprise d'entendre affirmer que, déjà en 1876, le gouvernement impérial aurait attaché de l'importance à empêcher la Suisse, *par les stipulations du traité d'établissement*, de donner accueil à tous ceux de ses sujets qui ne vivent pas en paix avec ses autorités. Si ce désir a existé, il est demeuré secret, le négociateur allemand ne l'a pas exprimé et l'article 2 du traité n'en est pas l'expression. Une semblable tendance aurait été, du reste, contraire à l'esprit du traité, qui a pour but de faciliter et non pas d'entraver l'établissement réciproque des ressortissants d'un état dans le territoire de

13. AS 1863—1866, VIII, S. 2—6.

14. AS 1869—1872, X, S. 34—56.

15. AS 1866—1869, IX, S. 935—940.

l'autre, en leur assurant, sous ce rapport, le maximum de droits et d'avantages possibles (articles 3 et 6).

Nous devons donc repousser l'imputation que nous n'aurions pas observé les stipulations du traité du 27 avril 1876 et contester absolument au gouvernement impérial le droit de le déclarer devenu caduc pour cause de non-observation de notre part.

Quant à la manière dont le traité a été exécuté de part et d'autre, nous nous bornerons à faire ressortir les quelques considérations suivantes.

En premier lieu, des renseignements précis nous permettent d'affirmer que le certificat de bonne vie et mœurs n'a pas été, dans tous les cas, réclamé des citoyens suisses établis en Allemagne.

Ensuite il est à remarquer que, par diverses publications officielles, entre autres par la circulaire du 13 septembre 1880¹⁶, qui a donné lieu à une correspondance diplomatique avec la légation d'Allemagne à Berne, par la circulaire complémentaire du 16 février 1881¹⁷, et, à répétées fois, par son rapport annuel de gestion, le Conseil fédéral a fait suffisamment connaître sa manière d'appliquer l'article 2. Ces documents ayant été remis dès leur apparition à la légation d'Allemagne, — sans que, du reste, elle élevât jamais aucune réclamation contre leur contenu —, l'on ne peut concevoir comment le gouvernement impérial en vient à prétendre aujourd'hui que c'est seulement par notre note du 15 juin qu'il aurait appris quelle est notre interprétation du traité.

Enfin, nous devons faire observer que nos polices cantonales ont toute raison de se montrer sévères, en ce qui concerne les papiers de légitimation d'étrangers, pour empêcher l'invasion d'éléments équivoques, qui deviennent si facilement une charge et un danger pour notre pays. C'est cette préoccupation qui a présidé de notre part à la rédaction du traité du 27 avril 1876. Sans faire un trop grand fond sur les certificats de bonne vie et mœurs, souvent délivrés dans des conditions qui leur ôtent toute créance sérieuse — car il arrive que les pires sujets, anarchistes et révolutionnaires, ayant des papiers parfaitement en règle, sont reçus sans défiance — nous sommes cependant loin de vouloir renoncer à cette garantie, dans notre propre intérêt. Et nous prenons volontiers acte de ce que nos autorités cantonales pourront désormais exiger la production de cette garantie d'une manière encore plus rigoureuse, sans risquer de voir le gouvernement impérial demander lui-même des tempéraments dans l'exécution de cette clause du traité.

Le soussigné espère que Son Altesse le prince-chancelier voudra bien se convaincre par l'exposé qui précède, que le Conseil fédéral n'a jamais eu l'intention qu'on lui prête de subordonner l'admission des Allemands en Suisse au placet du gouvernement impérial, ni de revendiquer pour lui un droit réciproque vis-à-vis des Suisses qui prennent résidence en Allemagne. S'il est vrai, ainsi que le dit la dépêche du 26 juin, que tout traité international implique pour chacune des parties contractantes, dans la mesure des droits qu'il crée et des obligations qu'il impose, l'abandon d'une part de sa souveraineté, il n'est pas moins certain qu'il y a des attributs de sa souveraineté que la Suisse n'a jamais consenti et ne consentira

16. BBl 1880, 3, S. 685 f.

17. BBl 1881, 1, S. 360 f.

jamais à restreindre de son plein gré par la voie de stipulations internationales. Et l'exercice du droit d'asile est l'un de ces attributs, toute l'histoire de la Suisse le prouve. Ce sont là des principes dont nous ne pouvons nous départir et qui nous dirigeront, si nous avons à négocier un nouveau traité d'établissement avec l'Allemagne; il nous a paru nécessaire de le rappeler.

La question des mesures destinées à empêcher que du territoire suisse des menées anarchistes et révolutionnaires ne puissent être dirigées contre la paix intérieure de l'empire, et à réprimer celles qui, malgré les précautions prises, viennent malheureusement à se produire, a déjà fait l'objet des précédentes communications du soussigné. Le Conseil fédéral ne peut que réitérer les déclarations catégoriques qu'il a données à ce sujet. Reconnaisant dans leur plénitude les devoirs internationaux qui incombent à la Confédération aussi bien qu'à tout gouvernement soucieux de maintenir ses bons rapports avec des pays amis, le Conseil fédéral a montré en toute circonstance et par des faits sa ferme résolution de ne tolérer en Suisse aucun acte contraire au droit des gens et aux égards que les Etats se doivent entre eux. En agissant ainsi, il n'est que l'expression de la volonté du peuple suisse qui s'est en particulier manifestée par les votes unanimes des Chambres fédérales lorsqu'on a dû faire appel à leur concours législatif.

Actuellement, grâce aux mesures énergiques prises dans les dernières années, aucun chef connu du mouvement anarchiste et révolutionnaire n'est établi ou toléré en Suisse.

La création d'un office central pour la police politique, telle qu'elle résulte en particulier de la décision prise par les Chambres dans leur dernière session, permettra de suivre mieux encore et de réprimer dans les limites de notre constitution, toutes les manifestations nouvelles qui, soit dans le domaine de la presse, soit dans celui des associations et réunions, revêtiraient un caractère illicite ou dangereux et menaceraient nos relations internationales.

Le Conseil fédéral ne doute pas que ces explications ne soient de nature à rassurer complètement le gouvernement impérial et à le convaincre qu'il n'y a pas lieu pour lui de recourir à des moyens exceptionnels, contraires aux intérêts des deux Etats. Si nous insistons avec tant de fermeté sur le respect de nos droits, c'est parce que nous avons la volonté non moins ferme de remplir scrupuleusement nos devoirs internationaux, spécialement vis-à-vis de l'Allemagne avec laquelle nous avons toujours été désireux d'entretenir les meilleurs rapports.

Le soussigné prie Son Excellence M. de Bülow de porter ce qui précède à la connaissance de Son Altesse le prince de Bismarck et de vouloir bien agréer les assurances de sa haute considération.

Die Fortsetzung der Diskussion und die Beschlussfassung über Anträge, welche dahinzielen, die Untersuchung weiter auszudehnen, insbesondere auch über die politische Tätigkeit der Fremden in der Schweiz Auskunft zu erhalten, über die Zahl der Fremden, welche Mitglieder von der schweizerischen Arbeitervereinigung angehörenden Gesellschaften sind, eine Statistik oder ein Namensverzeichnis anzulegen, und die Statuten dieser Gesellschaften einzuholen, wird auf eine spätere Sitzung verschoben.

Protokollauszug ans Auswärtige zur Vollziehung ad 1 und 2 und ans Justiz- und Polizeidepartement zur Vollziehung ad 3.

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 12. Juli 1889

2925. Verschiebung der Konferenz über Arbeiterschutz

Industrie- und Landwirtschaftsdepartement. Antrag vom 11. Juli 1889

Auf das Kreisschreiben vom 15. März abhin¹, betreffend eine im Monat September nächsthin in Bern abzuhaltenden *Konferenz über Arbeiterschutz*, haben bis jetzt in zustimmendem Sinne geantwortet die Regierungen der Niederlande, von Belgien, Portugal, Österreich-Ungarn, Frankreich, Luxemburg, Italien, Grossbritannien. Russland hat abgelehnt und Deutschland, Spanien, Dänemark, Schweden und Norwegen haben überhaupt nicht geantwortet.

Aber selbst unter den im Prinzip zustimmenden Regierungen haben diejenigen von Italien und Grossbritannien Vorbehalte gemacht, welche deren Teilnahme an der Konferenz teilweise illusorisch erscheinen lassen. Italien erklärt, dass es in Bezug auf Sonntagsarbeit, Festsetzung eines Minimalarbeitstages für jugendliche Arbeiter und Verbot oder Beschränkung der Frauenarbeit in besondern Verhältnissen oder in bestimmten Betrieben keine Verpflichtungen eingehen könne. Grossbritannien will zwar auf eine Diskussion der Programmpunkte und zwar hauptsächlich zu seiner eigenen Information mit Bezug auf die Gesetzgebung anderer Länder eintreten, verweigert aber jede Teilnahme an einem Abkommen, das Bestimmungen zur Beschränkung der Produktion enthielte.

Unter solchen Umständen ist die Nichtteilnahme Deutschlands um so bedauerlicher, als angenommen werden darf, dass die deutsche Regierung sich unter andern Verhältnissen an der Konferenz beteiligt hätte, und mit derselben bezüglich verschiedener Programmpunkte ein Übereinkommen zu erzielen gewesen wäre.

Bei dieser Sachlage hält das Departement eine Verschiebung der Konferenz auf nächstes Frühjahr für angezeigt und dies um so mehr, als es dadurch den betreffenden Regierungen möglich gemacht wird, das vorzulegende Detailprogramm einlässlich zu prüfen.

In diesem Sinne wird an sämtliche Staaten ein Kreisschreiben nach Entwurf erlassen.²

An Belgien, Deutschland, Dänemark, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich-Ungarn, Portugal, Russland, Schweden und Norwegen, Spanien (durch Vermittlung der schweiz. Agentschaften, wo solche bestehen, sonst direkt).

1. Nr. 392.

2. E 23/1.

421

E 2/78

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz*

Empfangskopie
T Confidentiell

Berlin, 17. Juli 1889, 7.42 h
(Ankunft: 17. Juli 1889, 9.30 h)

Habe heute Graf Bismarck besucht. Er war bei Besprechung der Situation betreffend unsern Conflict sehr ruhig und massvoll. Aus seinen vertraulichen Mittheilungen resultiert, dass Auswärtiges Amt unsere Note vom 10. Juli¹ noch beantworten wird. Der Graf wird aber dahin wirken, dass man hiebei auf Wohlgemuth nicht mehr zurückkomme und dass diese Rückäusserung überhaupt so abgefasst werde, dass wir nicht mehr zu antworten brauchen, indem auch er wünsche, es möchte behufs Erleichterung einer spätern Verständigung nunmehr ein vorläufiger Abschluss der bisherigen Verhandlungen eintreten. Kündigung des Niederlassungsvertrags dürfte allerdings allernächstens erfolgen.² Graf Bismarck hofft, dass man sich etwa gegen Winter über Grundlagen zu neuem Vertrag verständigen werde, nachdem Bundesrath mittlerweile seine Absichten über Reorganisation der fremden Polizei zur Ausführung gebracht haben werde. Die bereits veranlassten Grenzmassregeln haben einzig den Zweck, Deutschland von dem heimlichen Verkehr des deutschen Sozialdemokraten-Verbandes in der Schweiz mit den hiesigen Genossen zu schützen. Andere Beweggründe haben Reichsregierung hiebei entschieden nicht geleitet. Ich habe aus dieser Conversation Eindruck gewonnen, dass wenn nicht der Kanzler persönlich noch andere Weisungen ertheilt, die deutsche Rückäusserung auf Note vom 10. Juli die Situation nicht weiter complicieren dürfte.

Werde Ihnen bald möglichst schriftliche Notizen zukommen lassen. Momentan ist mir dies meines körperlichen Befindens wegen absolut unmöglich. Hoffe morgen Abend abreisen zu können.

1. Vgl. Nr. 419.

2. Vgl. Nr. 422.

422

E 21/24534

*Das Departement des Auswärtigen
an die Gesandtschaften in Berlin, Paris, Rom und Wien*

Kopie
KS Confidentiell

Bern, 29. Juli 1889

Comme suite à nos précédentes communications relatives à nos difficultés avec l'Allemagne, nous avons l'honneur de vous informer que M. de Bülow a remis samedi le 20 crt., en l'absence de M. Droz, à M. le Président Hammer la note¹ dont vous trou-

1. Nicht abgedruckt.

verez ci-joint copie. M. de Bülow a exposé verbalement² que le Gouvernement impérial avait été conduit à nous dénoncer le traité d'établissement³ par les trois motifs suivants: d'abord parce que notre interprétation du traité n'offrirait aucune garantie de contrôle sur les Allemands s'établissant en Suisse; ensuite parce que les autorités suisses refuseraient de protéger l'Allemagne contre les menées socialistes qui s'ourdissent sur notre territoire, agissant ainsi que contrairement aux relations d'amitié qui unissaient les deux pays; enfin parce que les mesures de protection que l'Empire d'Allemagne se verrait dans le cas de prendre sur son territoire touchant au traité d'établissement, le maintien de ce traité ne lui laisserait pas la liberté d'action désirable.

Le Dép[artemen]t des A[ffaires] E[trangères] a immédiatement répondu par note⁴ à la communication de M. de Bülow qu'il prenait acte au nom du Cons[eil] féd[éral] de ce que le traité d'établissement expirerait le 20 juillet 1890.

Si nous ne vous avons pas donné plus tôt connaissance de ce qui précède, c'est par le motif suivant. M. de Bülow a, paraît-il, exprimé l'opinion que notre note du 10 juillet⁵ recevrait une réponse du Prince Chancelier. Cette indication nous ayant été confirmée d'autre part, nous avons l'intention d'attendre la réponse annoncée pour vous entretenir de l'état de nos relations avec l'Allemagne. Mais jusqu'ici notre attente a été vaine.

Le même motif a engagé le C[onseil] f[édéral] à surseoir encore à la publication des notes échangées avec l'Allemagne au sujet de l'incident Wohlgemuth et les questions qui s'y rattachent.⁶

2. Vgl. die Aufzeichnung von Hammer vom 20. 7. 1889, worin er abschliessend festhält: [...] Obiges ist das Resumé der von H. v. Bülow nach ausdrücklicher Weisung nur mündlich angeführten Gründe für deren ganz genaue Wiedergabe mein Gedächtnis nicht unbedingte Garantie übernimmt (E 21/24534).

3. AS 1876—1877, 2, S. 567—575.

4. Nicht ermittelt.

5. Vgl. Nr. 419.

6. Die Publikation dieser Noten war vom Bundesrat in seiner Sitzung vom 9. 7. 1889 beschlossen worden. Vgl. Nr. 419.

423

E 1004 1/158

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 2. August 1889¹

3186. Anstand mit Deutschland

Departement des Auswärtigen. Antrag vom 1. August 1889

Nach Antrag des Departements (polit. Abtl.) wird der Presse folgende Mitteilung gemacht:

Der kais. deutsche Gesante, H. v. Bülow, hat Dienstags den 30. Juli dem Bundes-

1. Abwesend: Droz.

präsidenten die Antwort² des deutschen Reichskanzlers auf die hierseitige Note vom 10. Juli³ übergeben und der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 31. Juli von derselben Kenntnis genommen. Die Haltung der Note schliesst die Erwartung nicht aus, dass die schwebenden Fragen zwischen der Schweiz und Deutschland einer ruhigen Lösung entgegengeführt werden können.

ANNEX

E 2/78

*Der deutsche Reichskanzler, O. von Bismarck,
an den deutschen Gesandten in Bern, O. von Bülow,
zu Händen des Vorstehers des Departements des Auswärtigen, N. Droz*

Abschrift

N

Varzin, 25. Juli 1889

Im Anschluss an meinen Erlass vom 17. ds., Nr. 43, lasse ich Ew. Ex. die darin vorbehaltene Antwort auf die Note des Herrn Droz vom 10. Juli in Nachstehendem zugehen.

Herr Droz ist nochmals auf die Angelegenheit Wohlgemuth zurückgekommen, um zu bestreiten, dass die schweizerischen Behörden dem Mülhauser Polizei-Inspektor eine Falle gestellt, oder an einem derartigen Unternehmen mitgewirkt hätten.

Mit dieser Versicherung steht der Inhalt des hier abschriftlich vorliegenden, auf den Fall bezüglichen Akten-Fascikels Aargau in Widerspruch. Die Verhaftung des Wohlgemuth geschah in Folge eines vor dessen Ankunft vorbereiteten Polizeibefehls; der Auftrag an die Polizeisoldaten Müller und Märki hatte nur in Folge einer Verabredung zwischen dem mitverhafteten, aber sofort freigelassenen deutschen Sozialdemokraten Lutz und dem lokalen Polizeibeamten vorbereitet werden können. Die Schweizer Lokalpolizei war also in Verbindung mit einem deutschen Demokraten, der der deutschen Polizei für Geld Dienste zu leisten vorgab, in Verbindung getreten, um einen deutschen Beamten auf Schweizer Gebiet zu locken und dort einzusperren. Die sofortige Entlassung des sehr viel verdächtigeren Deutschen Lutz, sobald seine Rolle als Mitschuldiger gespielt war, erklärt sich nur durch die zwischen den Polizeiorganen von Rheinfelden und ihm vorher getroffene Verabredung, durch welche Wohlgemuth in den Hinterhalt gelockt wurde. In meinem Erlass vom 24. Mai d. J.⁴ habe ich die Personen näher bezeichnet, welche die Polizeiverwaltung in Rheinfelden bilden und welche durch ihre Parteizugehörigkeit in der Lage waren, sich mit dem deutschen Unterthan Lutz zu dem Unternehmen die Hände zu reichen. Die nöthigen polizeilichen Vorbereitungen waren so getroffen, dass Wohlgemuth beim Betreten des Schweizer Bodens auf Grund eines *bereits vorher ausgestellt* Haftbefehls von den ad hoc schon anwesenden Landjägern verhaftet werden konnte.

Aus den dem Wohlgemuth weggenommenen dienstlichen Papieren ergab sich seine der Schweiz gegenüber harmlose Thätigkeit, Informationen über das Treiben der dort gegen uns wirkenden *deutschen* Reichsfeinde einzuziehen. Die Thatsache, dass Wohlgemuth mit Lutz, einem deutschen Reichsangehörigen, zu dem bezeichneten Zweck in schriftlichen Verkehr getreten ist, konnte als «Unruhestiftung» der Schweiz gegenüber niemals qualifiziert werden. Andere Strathaten zu begehen, war aber dem Wohlgemuth durch seine sofortige, von der Rheinfelder Polizei im Einvernehmen mit deutschen Sozialisten von langer Hand vorbereiteten Verhaftung jede Möglichkeit abgeschnitten.

Herr Droz betont zu 3, dass ein freundlicher gegenseitiger Meinungs-austausch über den von ihm in den Vordergrund gestellten Fall Wohlgemuth volle Klarheit verbreitet haben würde. Der darin-

2. Als Annex abgedruckt.

3. Vgl. Nr. 419.

4. Vgl. Nr. 403.

liegende Vorwurf hätte, nach dem von der Schweizer Regierung in der Sache eingeschlagenen Verfahren von uns selbst wohl erhoben, aber nicht an uns gerichtet werden können. Denn lag in dem Verhalten des Wohlgemuth für die Schweiz ein Grund zur Beschwerde, so bot sich von selbst der unter befreundeten Regierungen übliche Weg der Beschwerde und des Strafantrages dar. Die Thatsache, dass diesem Beamten, nachdem er sich zu erkennen gegeben, seine dienstlichen Papiere fortgenommen und vorenthalten wurden, dass er verhaftet gehalten und schliesslich *ausgewiesen* wurde, beweist zu unserm Bedauern, dass schweizerischerseits kein Bedürfniss empfunden wurde, den Zwischenfall nach den unter befreundeten Nachbarn üblichen Traditionen der Regelung entgegenzuführen.

Ich würde auf die Einzelheiten des Wohlgemuth'schen Falles nicht zurückgekommen sein, wenn die obersten Sätze der Eröffnung des Herrn Droz nicht dazu nöthigten. Missgriffe, wie die dabei vorgekommenen, sind nicht selten im Grenzverkehr befreundeter Regierungen und würden für uns einen politischen Charakter nicht gewonnen haben ohne die Unterlage, welche die Stellung der deutschen Demokraten in der Schweiz und die Beziehungen lokaler Polizeibeamter daselbst zu denselben den dabei zu Tage getretenen Erscheinungen gewähren. Nicht in der Schweiz, sondern in der deutschen Sozialdemokratie in der Schweiz sehen wir einen Gegner, dessen Bestrebungen wir im Interesse Deutschlands zu bekämpfen haben.

In der Begründung der Schweizer Auffassung über Art. 2 des Niederlassungsvertrages⁵ wird von Herrn Droz auf eine Botschaft des Bundesrathes an die Bundesversammlung und auf einen Bericht der Kommission des Ständeraths Bezug genommen.⁶ Einseitige Erklärungen können indessen nicht als Interpretation eines Vertrages gelten. Der Hinweis auf die diesseitige Denkschrift an den Reichstag vom 18. November 1876, wonach «Artikel 2 bestimmt, welche Ausweisschriften die Deutschen *auf Erfordern* beizubringen haben, um in der Schweiz Wohnsitz zu nehmen oder sich dort niederzulassen» erscheint nicht zutreffend, allerdings sollen die Deutschen «auf Erfordern», d. h. nicht ungefragt die Urkunden vorlegen, aber die Nachfrage nach diesen Schriftstücken ist obligatorisch. Der Fremde wird nach Lage der Sache seine Dokumente nicht aufdringen, wenn sie nicht gefordert werden. Die von Herrn Droz zur Unterstützung seiner Auffassung herbeigezogenen Verträge⁷ mit Baden vom 31. Oktober 1863, mit Frankreich vom 30. Juli 1864 und Württemberg vom 18. März 1869 können diesseits nicht als beweiskräftig erachtet werden. Der Umstand, dass nach Art 4 des Vertrages mit Württemberg es zur Erlangung der Niederlassungsbefugniss genügt, einen Heimatschein und ein Zeugnis über guten Leumund und Erwerbsfähigkeit beizubringen, erweist gerade für unsere Auffassung, dass zu dem bezeichneten Zweck weniger in der That nicht gefordert werden darf, und mehr haben wir bei der von uns verlangten Auslegung des Art. 2 unseres Niederlassungsvertrags in der That nicht beansprucht. Wenn es richtig ist, dass der letztere in übereinstimmender Fassung mit dem Art. 2 des Französisch-Schweizerischen Niederlassungsvertrages hergestellt worden ist, so findet unsere Auslegung in dem französischen Vorbild eine Stütze, denn französische Unterthanen dürfen sich in der Schweiz nur niederlassen, sofern sie mit einem, ihre Staatsangehörigkeit bezeugenden Matrikelschein der französischen Botschaft versehen sind. Die Zulassung französischer Revolutionäre in der Schweiz wird hiernach von der Erlaubniss der dort beglaubigten französischen Vertretung abhängen. Der französische Vertrag geht daher viel weiter, als der deutsche, indem er gesandtschaftlich ertheilte Atteste zur Niederlassung fordert. Das Vertrauen, welches wir bei Abschluss unseres Vertrages in fortdauernde freundnachbarliche Beziehung zu der Schweiz setzten, veranlasste die deutsche Regierung, der Vorsorge der schweizerischen Behörden die Beobachtung der in Art. 2 gegebenen Vorschriften zu überlassen, wobei sich allerdings im Laufe der Jahre eine Praxis entwickelte, welche den Standpunkt des diesseitigen Interesses aufgab, indem sie vom Erforderniss der Beibringung von Leumunds-Attest und Heimatschein, Sozialdemokraten gegenüber, Abstand nahm. Auch der von Herrn Droz angerufene Geist des Vertrages, der nicht die Erschwerung, sondern die Erleichterung der Niederlassung zum Zweck habe, ist nur insofern stichhaltig, als es sich um Niederlassung rechtschaffener und achtbarer Reichsangehöriger, aber nicht solcher Personen handelt, deren Lebensaufgabe bei Niederlassung in der Schweiz der

5. Vgl. Nr. 403, Anm. 5.

6. Vgl. Nr. 419, Anm. 10 und 11.

7. Vgl. Nr. 419, Anm. 13 bis 15.

Umsturz der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung in Deutschland ist. Dadurch, dass die Schweiz solche deutsche Sozialdemokraten nach Tausenden ins Land liess, ohne die zur Niederlassung erforderliche Legitimation ihnen abzuverlangen, hat sie Deutschland gegenüber Zustände geschaffen, welche sich mit den bei Abschluss des Niederlassungsvertrages gegebenen Verhältnissen nicht mehr decken und deshalb haben wir denselben kündigen müssen.

An der Auffassung der Schweizerischen Regierung über die ihr aus unserem Vertrage obliegenden Pflichten sind wir offiziell erst durch die Feststellung in der Note des Herrn Droz vom 15. Juni d. J.⁸ unterrichtet worden und konnten daher erst von diesem Zeitpunkt gegen die dortseitige Handhabung des Vertrages Verwahrung einlegen.

Wir können dem Schweizerischen Bundesrath nach der Bemerkung des Herrn Droz nur beipflichten, dass die kantonalen Polizeibehörden Grund haben, sich mit Bezug auf die Legitimationsurkunden von Fremden streng zu erweisen und das Eindringen zweifelhafter Elemente zu verhindern, welche so leicht zu einer Last und Gefahr für die Schweizer und ihr Land werden, und deren bisherige wohlwollende Behandlung in der Schweiz sie bereits zu einer Gefahr für uns und für Gesetz und Ordnung überall gemacht hat.

Die Zusicherung, dass künftig die Kantonalbehörden mit grösster Strenge auf der Leistung solcher Ausweise bestehen werden, wird von uns mit Dank entgegengenommen in der Hoffnung, dass dadurch ein Wandel in der bisherigen Praxis geschaffen werden wird. Die Bundesregierung kann überzeugt sein, dass die Kaiserliche Regierung bei derartigen Massregeln sich nicht, wie Herr Droz befürchtet, für die Einschlagung eines mildereren Verfahrens in der Ausführung der besagten Vertragsbestimmung verwenden wird. Frühere Fälle deutscher Reklamationen sprechen nicht hiergegen; die denselben zu Grunde liegenden Vorgänge betrafen lediglich solche Deutsche, welche sich *durchreisend* und ohne Aufenthalt zu nehmen, in Kantonen befanden, wo sie zur Beibringung von Legitimationspapieren ausnahmsweise angehalten wurden.

Obschon wir das von Herrn Droz erwähnte «Asylrecht» für keinen völkerrechtlich genauen Begriff und für kein Privilegium der Schweiz mehr wie jedes anderen Landes halten, so sind wir doch weit entfernt, uns in die Fremdenpolizei der Schweiz zu mischen, soweit dieselbe andere als deutsche Unterthanen betrifft, und auch letzteren würden wir, wenn sie von der deutschen Staatsgewalt verfolgt würden, den Schutz der Schweizer Grenze gönnen, so lange sie nicht von dort her ihr früheres Vaterland schädigen. Um ein solches Asylrecht aber handelt es sich hier nicht; die deutschen Sozialisten betreten nicht als Flüchtlinge den Boden der Schweiz, sondern halten sich dort auf, lediglich um die deutschen Regierungen unter dem Schutze der für die Schweizer Bürger gegebenen Gesetze von dort aus anzugreifen.

Die Kaiserliche Regierung nimmt mit Vergnügen Akt von den Seitens des schweizerischen Bundesraths vorbereiteten Massregeln, durch welche den vom Schweizer Gebiet aus gegen die innere Sicherheit der Nachbarstaaten gerichteten anarchistischen Bestrebungen vorgebeugt und feindlichen Umtrieben entgegengetreten werden soll. Das deutsche Reich wird gewiss gern seine freundschaftlichen Beziehungen zur Schweiz in gewohnter Weise pflegen, wenn es gelingt, durch Massregeln, wie die von der Bundesversammlung in ihrer letzten Session beschlossenen, gefährliche, die internationalen Beziehungen bedrohende Kundgebungen zu überwachen und für die Nachbarstaaten unschädlich zu machen.

Ew. Ex. ersuche ich ergebendst, vorstehende Bemerkung Herrn Droz in Erwiderung auf seine Eingangs erwähnte Note vorzulesen und ihm auf Wunsch Abschrift zu hinterlassen.

8. E 2/78.

E 2300 Rom 4

*Der schweizerische Geschäftsträger in Rom, G. B. Pioda
an den Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz*

B Confidentielle

Rome, 6 août 1889

J'ai l'honneur de vous accuser réception de votre dépêche du 23 Juillet¹ écoulé N° 23, par laquelle vous m'avez donné copie d'une lettre² que vous avez reçue de Venise et m'avez invité à vous faire part des réflexions qu'elle me suggère.

Il est aussi difficile de confirmer que de contredire la plupart des assertions contenues dans la lettre en question, attendu qu'elles touchent à un ordre de faits qui ne peuvent être contrôlés d'une manière positive et qui offrent aux journalistes et à d'autres débiteurs une source intarissable de nouvelles qu'ils répandent aujourd'hui pour les démentir demain.

Je tâcherai donc de vous exposer d'une manière aussi objective que possible l'ensemble des impressions reçues dans différentes conversations et lectures relatives aux points touchés par la communication de Venise. De l'aveu de tout le monde la situation internationale européenne est grave et par moments même menaçante: les dangers de guerre imminente sont conjurés les uns après les autres, mais la conviction reste que tôt ou tard une guerre et une terrible guerre sera inévitable. La Nuova Antologia du 1^{er} c^t dit dans sa revue politique, page 573, 2^{ème} ligne: «Per ora si afforza la speranza che la pace non sarà turbata. Si acquista intanto qualche altro mese e se ne approfitta per compiere le opere di difesa e proseguire gli armamenti.» Les rapports sont certainement tendus entre l'Italie et la France, mais il n'est guère probable que ce soit l'Italie qui commencera la guerre contre son ancienne alliée; elle fait partie de la triple ligne de la paix et son attitude est la défense et non d'attaquer. L'animadversion est certainement beaucoup plus forte au delà que de ce côté-ci des Alpes. Des deux côtés de la frontière tous les passages importants sont barrés par des forts et les troupes alpines étudient leur terrain et s'aguerrissent par des manœuvres des plus fatigantes. Une compagnie d'alpins italiens, entièrement équipée, vient de monter à plus de 3000 mètres sans aucun accident. Des deux côtés on se prépare à qui mieux mieux pour toute éventualité. La tâche de la flotte italienne sera naturellement d'empêcher des bombardements et des débarquements de la part de la flotte française. On compte ici sur la flotte anglaise qui viendra en aide de l'italienne pour empêcher que la France ne prenne le dessus dans la Méditerranée.

Quoiqu'il en soit de la prétendue alliance franco-russe, dans les conditions actuelles on croit ici fort probable que si le feu prend du côté de la France, la Russie en profitera pour tâcher d'arriver à ses buts et vice-versa et la guerre deviendrait générale. Que ferait l'armée italienne dans cette éventualité? On parle de conventions militaires de l'Allemagne et de l'Autriche-Hongrie avec l'Italie. C'est possible, il y a même toute probabilité. Dans les sphères officielles on n'en parle pas, même on les a démen-

1. Nicht ermittelt.

2. Nicht ermittelt.

ties. Quant au bruit qu'une partie de l'armée italienne passerait en Galicie pour combattre contre les Russes à côté des Austro-Hongrois, c'est le journal irrédentiste le «Dritto» qui l'a répandu il y a un mois avec insistance. La Riforma et les autres officieux l'ont démenti comme chose absurde. J'ai touché ce point l'autre jour dans une conversation que j'ai eue avec M. Damiani, Sous-secrétaire d'Etat aux Affaires Etrangères. De la tête il a fait un mouvement négatif et a ajouté: «Si la chose était vraie elle ferait l'objet d'une convention secrète et personne n'en parlerait. Si on donne tant de détails c'est signe que ce ne sont que des suppositions comme il y en a tant d'autres. Du reste Dieu seulement sait ce qui arrivera si la guerre éclate.» Tout en laissant son rôle à la Providence, il est toutefois permis de supposer chez les Gouvernements quelque prévoyance pour les éventualités d'une guerre à laquelle on se prépare.

Le Chargé d'Affaires d'Angleterre ne croit pas à la convention militaire en question. Il prétend que la Prussie ne bouge pas étant loin d'être prête pour une guerre. On ne parle pas dans le public de l'éventualité du transport en Galicie d'une partie de l'armée italienne et même quelques officiers avec lesquels j'ai eu l'opportunité de causer de la chose, n'en savent rien et ne la croient guère probable. Ils doutent que les officiers supérieurs des régiments qui sont en Vénétie aient eu une telle communication.

On a parlé aussi d'un fort contingent de troupes italiennes qui par le Brenner serait transporté contre la France dans les Vosges. On se demande avec tout cela qui viendra défendre l'Italie, puisque ses soldats vont défendre l'Allemagne et l'Autriche-Hongrie?

J'ai demandé à M. Crispi s'il y avait à craindre que les mouvements dans l'île de Crète puissent amener des complications. Il m'a répondu que non. Même la Grèce s'abstient d'encourager le mouvement. Si la guerre éclatera ce sera pour autre chose. Il ne paraissait pas donner de l'importance même aux mouvements en Serbie.

Tout en admettant que dans les sphères officielles on ait trahi quelques préoccupations, vous avez vu que le Roi a quitté la Capitale depuis quelque temps déjà et qu'il s'apprête à faire dans quelques jours son voyage à Lecce. Il paraît qu'il passera par Rome en allant ou en revenant pour y recevoir, à moins que cet événement n'ait lieu à Naples, la mission de Menelik qu'on attend dans quelques jours. En ce moment-ci le Roi et le Prince royal visitent les champs de manœuvres en Lombardie.

Au Ministère des Affaires Etrangères on m'a dit qu'il existe un traité avec Menelik. Celui-ci paraît en train de réussir à se faire reconnaître Négus. On espère ici que cette éventualité pourra permettre à l'Italie de retirer la plus grande partie de ses troupes de la mer rouge et de réduire les frais de beaucoup, tout en donnant un développement commercial aux possessions.

L'occupation de l'Asmara a été annoncée hier officiellement. La Riforma et les autres officieux sont pleins de joie pour ce fait et disent que le programme militaire ayant ainsi eu son entière exécution, il faut maintenant rendre l'occupation profitable dans le sens d'y établir une colonie organisée de façon à ce qu'elle suffise à elle-même. On s'est montré content au Ministère des Affaires Etrangères de ce que Ras Alula les ait débarassés de Debeb, un allié rien moins que sûr.

Les journaux de l'opposition par contre trouvent que la capture de Debeb est un nouveau tour que Ras Alula a joué à l'Italie et prévoient d'autres surprises qui coûteront des hommes et des millions au pays.

L'agitation irrédentiste n'est guère profonde dans le pays où on la trouve un prétexte inopportun, dangereux et antipatriotique. Quoique l'énergie que le Gouverne-

ment a montrée par la dissolution des comités irrédentistes n'ait pas réussi à étouffer entièrement l'idée, elle a toutefois fait cesser les bruits et évité les démonstrations, ce qui n'est pas peu de chose dans un pays où les masses s'électrisent facilement. Du reste, Aurelio Saffi, un des chefs les plus respectés du parti républicain, tout en admettant, en principe, les aspirations d'italianité et tout en blâmant le Gouvernement de la dissolution des comités pour Trente et Trieste, a émis l'opinion que l'agitation est inopportune.

Le mouvement radical et socialiste, ennemi de l'alliance avec les empires contre la république française, n'est toutefois pas sans importance et la crise financière et économique est une circonstance qui le favorise. Les élections administratives qui vont se faire en Octobre et Novembre d'après la nouvelle loi provinciale et communale, ne manquent pas de préoccuper les esprits sur leur résultat. Il se pourrait bien que radicaux et cléricaux, qui recrutent les mécontents, ne voient leurs rangs grossir au préjudice des partis de gouvernement et que ceux-ci doivent céder l'administration de plus d'une commune aux uns ou aux autres.

La Gazette officielle a publié, il y a quelques jours, à la surprise de tout le monde, le décret de clôture de la Session du Parlement. Quelques journaux croient que ce décret précède de peu la dissolution de la Chambre, ce que d'autres considèrent peu probable. Le Gouvernement compte sur une grande majorité dans la Chambre actuelle pour les questions politiques. Les élections politiques devraient presque coïncider avec les administratives et ces deux agitations électorales dans un moment de crise agricole et économique en général constitueraient une condition de choses peu apte à conduire à la Chambre des éléments favorables au Gouvernement.

D'autre part la Chambre actuelle n'a pas voulu entendre parler de réduction de dépenses ni de nouveaux impôts et la question financière devient de plus en plus grave. Il faudra donc une décision. Les uns croient que cette question pourrait ou devrait décider le Gouvernement à demander au pays une Chambre qui l'appuie dans ses projets financiers. La Riforma s'exprime toutefois dans le sens qu'une dissolution de la Chambre ne serait point opportune actuellement et qu'elle n'est point nécessaire pour résoudre les questions financières.

Quant au départ du Pape on n'y croit pas ici à moins que quelque éventualité future n'amène un danger pour sa sécurité personnelle. On ne réussit pas à s'imaginer que les Cardinaux et Prélats romains et italiens, qui forment encore la majorité dans la hiérarchie catholique, et qui sont installés avec toutes leurs aises à Rome, puissent conseiller sérieusement le Pape à s'en aller et à renoncer ainsi au prestige que lui donne le nom de sa résidence. Il s'agit de «alere flammam» de ne pas laisser tomber la question du pouvoir temporel, afin de ne pas perdre l'occasion de le reconstituer si elle se présentait propice dans une crise que pourrait subir le Royaume d'Italie. Il peut être d'ailleurs facile de partir, quoique, à ce qu'il paraît, aucun Etat catholique n'ait montré un empressement excessif à offrir au Pape une hospitalité qui pourrait devenir pour eux une servitude incommode, mais il pourrait être plus difficile de revenir.

A l'occasion de ma visite à M. Crispi, le jour de sa réception du corps diplomatique, il me dit: «A ce qu'il paraît vous êtes sûrs de la France et vous êtes ses amis!» «La Suisse est amie de tous ceux qui respectent sa neutralité», ai-je de suite interrompu. «Oui, mais l'Italie vous a donné en toute occasion des preuves d'amitié sincère et même à l'occasion de l'affaire Wohlgemuth elle ne s'est pas associée aux autres puissances contre vous. Et pourtant vous ne vous fortifiez que contre elle au Gothard. Que

craignez-vous donc de notre part?» «Nous espérons n'avoir jamais rien à craindre de l'Italie qui se montre notre bonne amie, mais de même qu'elle construit et complète des forteresses pour toutes éventualités, même contre son alliée, l'Autriche-Hongrie, la Suisse peut, sans que d'autres puissent la prendre en mauvaise part, fortifier les accès au massif du Gothard qui est son Acropole, à laquelle on peut aboutir des quatre points cardinaux.» «Mais Genève et la ligne du Jura vers la France ne sont pas fortifiées?», a-t-il observé. «C'est là une question grave qui est à l'étude depuis longtemps», ai-je répondu, et qui exigera d'énormes sacrifices de nos finances.»

Il ne m'a pas paru entièrement persuadé. Il est vrai que plusieurs articles de notre presse n'ont pas été écrits, paraît-il, dans le but de le rassurer sur ce point. La Tribuna du 5 c^t. observe dans son bulletin politique du jour: «Nell'ultimo fascicolo della Nouvelle Revue si riparla della neutralità svizzera e si ripete il consiglio già dato al Governo elvetico di premunirsi contro una invasione italiana dalla parte del Gottardo e del Sempione.

Abbiamo già discussa codesta questione sollevando da parte nostra delle obiezioni di cui non si è tenuto conto. Inutile ripetere oggi che l'accettazione del consiglio da parte della Svizzera, e mettendo questa in aperta diffidenza verso di noi, la si spinge niente meno che a violare lo spirito della neutralità.

I neutri debbono guardare da tutte le parti e non da una sola. E per quanto sappiamo, la Svizzera non ha ancor detto una parola a proposito delle fortificazioni di quel Chablais e di quel Faucigny che altra volta rivendicava neutrali con tanta vivacità. Vuole proprio la Nouvelle Revue che anche noi facciamo una campagna in questo senso? E non le pare che la nostra riserva meriterebbe in ogni caso di esser imitata?»

L'attitude du Gouvernement et du peuple suisses vis-à-vis de l'Allemagne a été beaucoup admirée ici par tout le monde en général et les sympathies qui se prononçaient n'étaient pas précisément pour le puissant allié.

E 2200 Berlin 1/9

425

*Der Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz,
an den schweizerischen Gesandten in Berlin, A. Roth*

S

Bern, 18. September 1889

Nachdem die Collectivunterhandlungen europäischer Staaten mit Japan betreffend Handelsverträge als abgeschlossen betrachtet werden müssen und nunmehr Japan mit jedem einzelnen Staate getrennt unterhandelt, so betrachten wir auch das Mandat, welches der Bundesrath dem deutschen Gesandten, Herrn D^r v. Holleben in Tokio, übertragen hat, die Schweiz bei den Unterhandlungen zu vertreten, als erledigt. Dabei setzen wir voraus, dass die separaten Unterhandlungen zwischen der Schweiz und Japan nicht in Tokio, sondern in Europa, Bern oder Berlin, geführt werden.

Wir beauftragen Sie demnach, dem Auswärtigen Amte des Deutschen Reiches, mit dessen Einwilligung Herr von Holleben das Mandat übernommen, mitzutheilen,

dass wir das Mandat als erledigt erachten und dass der Bundesrath die vorzüglichen Dienste, welche Herr von Holleben der Schweiz geleistet, bestens verdankt.

Wir benutzen gleichzeitig diesen Anlass, Ihnen zur Kenntniss zu bringen, dass jüngsthin der bei der Schweiz und bei Österreich-Ungarn accreditirte japanische Gesandte, Graf Toda, in Bern anwesend war, und dass derselbe auf unserm Departemente auch die Handelsvertragsunterhandlungen zwischen der Schweiz und Japan zur Sprache gebracht hat. Gestern legte er uns eine Depesche¹ seiner Regierung vor, laut welcher dieselbe in dem Falle, wenn die Schweiz zu den Unterhandlungen bereit wäre, die nöthigen Instruktionen der Gesandtschaft per Telegraph ertheilen würde. Als Ort der Unterhandlungen wäre dann Bern in Aussicht genommen.

Heute antworteten wir der Gesandtschaft, die noch in Bern anwesend ist, dass wir die Verträge und Tarife, welche Japan mit Nordamerika² u. Deutschland³ vereinbart, zu erhalten wünschen, und die Gesandtschaft bitten, uns dieselben zu verschaffen. Diese Documente würden selbstverständlich die Unterhandlungen erleichtern und abkürzen.

Den zwischen Deutschland u. Japan vereinbarten Vertrag haben wir durch Ihre gef. Vermittlung erhalten. Es ist aber unumgänglich nöthig, dass wir auch den Conventionaltarif kennen. Betreffend die Vereinigten Staaten von Nordamerika besitzen wir weder Vertrag noch Conventionaltarif. Unsere Kenntniss beschränkt sich auf die Mittheilungen unserer Gesandtschaft in Washington über Gespräche, die sie hinsichtlich des Vertrages geführt hat.⁴

E 13 (B)/203

ANNEX

Aufzeichnung des schweizerischen Gesandten in Washington, A. de Claparède

Autogr[aphe]

Lancy-les-Bains, 21 septembre 1889

NOTES

SUR LE PROJET DE TRAITÉ ENTRE LA SUISSE ET LE JAPON
PRÉSENTÉ AU CONSEIL FÉDÉRAL PAR LE GOUVERNEMENT
JAPONAIS⁵

Considérations générales

La conclusion récente de traités par lesquels le Gouvernement du Japon ouvre aux ressortissants de quelques Etats le territoire de l'Empire, dans son entier, met le Conseil fédéral dans l'obligation

1. E 13 (B)/203.

2. *Nicht ermittelt.*

3. *Vertrag und Tarif vom 11. 6. 1889 in: E 13 (B)/203.*

4. *Am 23. 5. 1889 hatte Claparède an Droz geschrieben:* In fernerer Beantwortung Ihrer geehrten Depesche vom 24. April d. Js. betreffend den Abschluss eines Americanisch-Japanischen Handelsvertrages, beehre ich mich Ihnen mitzutheilen, dass das Department of State mir mitgetheilt «dass das Ergebniss der zwischen Japan und den Vereinigten Staaten statt gehabten Verhandlungen bezweckend Abschluss eines Handelsvertrages bisher vom Americanischen Senate nicht berathen worden sei, und dass die vorherige Zustimmung dieser hohen Körperschaft die Ratification und die Promulgation jeder Verträge oder Conventionen bedinge» (E 2200 Washington 1/276).

5. E 13 (B)/202.

de négocier un nouveau traité avec le Japon⁶; autrement le commerce suisse serait placé dans une situation inférieure qui lui serait fort préjudiciable.

Or, il paraît évident:

1° que le Gouvernement japonais fait de la suppression de la juridiction des Consulats étrangers la condition *sine qua non* de l'ouverture de tout le territoire de l'Empire;

2° que l'ouverture du Japon, dans son entier, est un avantage assez grand pour compenser largement les grands inconvénients pouvant résulter pour nos nationaux de la suppression de la juridiction de nos consulats.

Ceci admis — et ces points sont à nos yeux hors de contestation — nous ne doutons pas que le projet de traité présenté au Conseil fédéral par le Gouvernement japonais ne soit identique aux propositions faites par ce Gouvernement aux autres Puissances. Nous devons supposer également que le Conseil fédéral a eu connaissance du texte des traités déjà conclus par le Japon avec d'autres Etats sur la base indiquée.

Il y a en effet, pour la Suisse un intérêt majeur à ce que le nouveau traité entre la Confédération et le Japon soit *identique, mutandis mutatis*, avec l'un au moins des traités signés entre le Japon et les *Grandes Puissances*, afin que dans les conflits auxquels l'application du traité donnera *nécessairement* lieu le gouvernement fédéral puisse appuyer son interprétation de l'*interprétation d'une Grande Puissance*. Un bon traité est quelque chose, voir beaucoup: en obtenir l'exécution — dans l'Extrême-Orient — c'est davantage, et c'est là qu'est la principale difficulté, car, il ne faut pas oublier que — même au Japon — la vue d'un pavillon flottant à la corne d'artimon d'un bâtiment de guerre est trop souvent l'argument auquel il faut recourir après avoir épuisé les autres. Comme la Suisse ne l'a pas à sa disposition, il importe que sur tous les points essentiels le texte du traité suisse soit identique à celui des Etats-Unis, de l'Allemagne ou de l'Angleterre.

Il nous paraît d'ailleurs assez probable que la signature de ce traité obligera en quelque sorte le Conseil fédéral, sinon à envoyer un représentant à Tokio, du moins à charger l'un des Ministres étrangers accrédités au Japon de représenter temporairement la Suisse auprès du gouvernement impérial pour veiller aux intérêts des Suisses pendant les premiers temps de l'ouverture du territoire avec plus d'autorité que ne le pourrait un consul de commerce.

[...]⁷.

6. Am 2. 11. 1889 berichtete Roth an Droz: [...] Die derzeitige Situation in Japan betreffend sind im Auswärtigen Amte noch keine offiziellen Berichte eingegangen. Man vertritt indess daselbst die Ansicht, dass das neuliche Attentat in Tokio auf den Minister des Auswärtigen und die Demission des ganzen Ministeriums in der That sehr wohl eine Folge der bisherigen Haltung derselben betreffend Handelspolitik und Handelsverträge sein könnte. [...] (E 13 (B)/203.

7. Im Folgenden besprach Claparède die einzelnen Artikel des japanischen Vertragsentwurfs.

*Der schweizerische Gesandte in Berlin, A. Roth,
an den Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz*

B Confidentiell und Persönlich

Berlin, 15. November 1889

Ich habe Ihnen Ende August in Bern mündlich bemerkt, dass mir (in Pontresina) von einem gut informierten süddeutschen Diplomaten die Mittheilung gemacht worden sei, die süddeutschen Regierungen seien von Berlin aus dahin beschieden wor-

den, die Kündigung des deutsch-schweizerischen Niederlassungs-Vertrags¹ sei in Folge der Ansprüche, welche Frankreich, gestützt auf den Frankfurter Friedensvertrag, betreffend Niederlassung der Franzosen in Deutschland und speziell in Elsass-Lothringen neuestens geltend gemacht habe, zur absoluten Nothwendigkeit geworden. Frankreich verlange nämlich auf Grund der Meistbegünstigungs-Clausel des gedachten Frankfurter Vertrages, dass die Franzosen betreffend Niederlassung auf dem gleichen Fusse behandelt werden, wie die schweizerischen Staatsangehörigen, und zwar genau so, wie der deutsch-schweizerische Niederlassungsvertrag es bestimme.

Seither sind mir hier von Bekannten aus den deutschen Regierungskreisen im Privatgespräche wiederholt Andeutungen gemacht worden, welche mir denn auch keinen Zweifel darüber lassen, dass besagtes Motiv bei der Kündigung des Vertrags eine entscheidende Rolle gespielt haben dürfte. Und nun ist mir Seitens des französischen Botschafters direkt bestätigt worden, dass sachbezügliche Pourparlers zwischen der französischen und der kaiserlichen Regierung wirklich stattgefunden haben.

Herr Herbette erzählte mir anlässlich eines Gegenbesuches, welchen ich ihm gestern Abend machte, aus eigener Initiative unter Anderem auch Nachstehendes:

Als er, im vergangenen Frühjahr, den Grafen Bismarck besucht, um denselben um Aufschluss über die Bedeutung und Tragweite einer durch die Zeitungen signalisirten Einschränkung der bekannten, betreffend Elsass-Lothringen getroffenen Pass- und anderen Massregeln zu bitten, habe ihm Bismarck bemerkt, er sei für den Augenblick nicht hinlänglich renseignirt, um ihm erschöpfende Auskunft zu ertheilen. Er werde aber sofort Nachfrage halten. Er, Herbette, habe 8 Tage später Graf Bismarck wieder aufgesucht und bei diesem Anlasse habe sich letzterer alsdann wie folgt geäußert: «Ich will ganz offen mit Ihnen sein; wir haben uns überzeugt, dass wir aus Versehen (par inadvertance) eine Bestimmung in die gedachte Verordnung aufgenommen haben, welche im Widerspruche mit dem Frankfurter Vertrag steht, nämlich die Bestimmung, gemäss welcher wir den Franzosen den Aufenthalt in Elsass-Lothringen von permis de séjour abhängig machen. Diese permis de séjour können wir in Folge des deutsch-schweizerischen Vertrags von den schweizerischen Staatsangehörigen nicht verlangen. Und da Ihnen der Frankfurter Vertrag die Meistbegünstigung garantirt, so können sie in der That Anspruch darauf machen, dass die Franzosen gleich behandelt werden, wie die Schweizer. Wir haben also die fragliche Bestimmung betreffend die permis de séjour aufgehoben. Das ist die Einschränkung, von welcher die Zeitungen sprachen.»

Herbette habe dann Graf Bismarck scherzend geantwortet: «C'est bien en principe; mais de peu d'importance et de valeur dans la pratique, puisque vous ne laissez pas entrer les Français en Alsace-Lorraine pour y séjourner.»

Und mir gegenüber fügte Herbette diesbezüglich dann noch lachend bei: «Et voilà que peu de temps après cette conversation on dénonce tout simplement votre traité, pour ne plus être gêné vis-à-vis de nous à l'avenir.»

Ich bin begierig, zu erfahren, wie man deutscherseits bei dieser Sachlage eine vertragliche Neugestaltung, beziehungsweise das vertragliche Fortbestehen der durch den bisherigen Vertrag geordneten Verhältnisse sich denkt.

1. AS 1876—1877, 2, S. 567—575.

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 22. November 1889¹

4699. Handelsvertrag mit der Türkei

Departement des Auswärtigen. Antrag vom 21. November 1889

Am 13. März nächsten Jahres läuft der Handelsvertrag ab, welcher am 29. April 1861 zwischen Frankreich und der Türkei abgeschlossen und nebst dem dazu gehörenden Tarif auch auf die Schweiz ausgedehnt wurde.

Die Unterhandlungen über den Abschluss eines neuen Vertrages und Tarifs dauern schon seit 1882. Die Pforte hatte damals allen interessirten Mächten den Wunsch geäußert, ihren Zolltarif zu erhöhen, um ihre Finanzlage zu verbessern. Zur Wahrnehmung der schweizerischen Interessen während den speziell französisch-türkischen Unterhandlungen die alsdann eröffnet wurden und deren Resultate wiederum auch für die Schweiz Gültigkeit haben sollten, bezeichnete der Bundesrat auf Vorschlag des Handels- und Landwirtschaftsdepartements eine Anzahl schweizerischer Kaufleute in Konstantinopel, welche den Tarifkonferenzen mit beratender Stimme beizuwohnen hatten und sich dieser Aufgabe in der Folge in verdankenswerter Weise entledigten.² Diese Unterhandlungen über den Tarif gelangten im Jahr 1887 zum Abschluss, nachdem unter vielen Bemühungen für den Hauptartikel des schweiz. Exports nach der Türkei, bedruckte baumwollene Kopftücher (Kalankiars), die Herabsetzung des projektirten Zolles von 570 Piastern auf 400 Piaster per 100 kg (gleich zirka 12½% vom Werte) gelungen war. Der textliche Teil des Vertrages ist zur Stunde noch nicht endgültig festgesetzt, obschon uns nur noch wenige Monate vom Ablauf des alten Vertrages trennen. Dies und die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit, dass die französischen Kammern, bei ihrer prinzipiellen Tendenz gegen alle neuen Handelsverträge, den neuen Vertrag ablehnen würden, auch wenn er rechtzeitig zu Stande käme, hat das Departement veranlasst, den Abschluss eines selbständigen Handelsvertrages mit der Pforte durch Vermittlung der französischen Regierung ins Auge zu fassen.

Der Text dieses Vertrages könnte sich nach Ansicht des Departements auf wenige Artikel beschränken, durch welche der Schweiz im Wesentlichen die Behandlung auf dem Fusse der meistbegünstigten Nation zugesichert würde; der dem Vertrage beizufügende Tarif wäre der bereits zwischen Frankreich für sich und im Namen der Schweiz mit der Pforte vereinbarte.

In den massgebenden französischen Ministerien erklärte man sich auf bezügliche offiziöse Eröffnungen des Herrn Minister Lardy hin bereit, einen solchen Separatvertrag für die Schweiz zu vermitteln.

Das Departement teilte Herrn Minister Lardy mit, dass es mit dem von letzterem vorgelegten Vertragsentwurf³ einverstanden sei; falls der Bundesrat anderer Meinung

1. *Abwesend: Hammer.*

2. *Vgl. E 13 (B)/270.*

3. *Vgl. die Beilage zum Schreiben von Lardy an Droz vom 16. 11. 1889 (E 13 (B)/271).*

wäre, so würde ihm hievon beförderlich Mitteilung gemacht.⁴ Um keinen vertragslosen Zustand eintreten zu lassen, hätte der Abschluss des Vertrages und dessen Ratifizierung noch während der nächsten Bundesversammlung zu erfolgen und es sei aus diesem Grunde nötig, dass der franz. Botschaft in Konstantinopel beförderlichst seitens der französ. Regierung die nötigen instruktionen erteilt werden.

Antragsgemäss wird beschlossen:

Der Bundesrat erklärt sich mit dem vorgelegten Vertragsentwurf als Grundlage für die Unterhandlungen mit der Türkei einverstanden.⁵

4. Vgl. das Schreiben des Departements des Auswärtigen an die Gesandtschaft in Paris vom 19. 11. 1889 (E 13 (B)/271).

5. Zu den Verhandlungen vgl. den GBer. 1890 (BBl 1891, 1, S. 800—803).

428

E 2300 Rom 4

Der schweizerische Gesandte in Rom, S. Bavier, an den Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz

B Confidential

Rom, 20. Dezember 1889

Gestern Abend hatte ich die übliche Privataudienz beim König, welche eine ganze Stunde — von 9—10° — in Anspruch nahm. Ich beehre mich Ihnen das Hauptsächlichste aus der dabei gepflogenen Unterhaltung zu berichten.

Der König sprach sich sehr offen & einlässlich über manigfaltige Dinge aus. Er erzählte von seiner Reise über den Gotthard¹ nach Berlin & sagte, dass der Empfang, der ihm in der Schweiz zu Theil geworden sei, ihm einen äusserst wohlthuenden Eindruck gemacht habe. Er beauftragte mich ausdrücklich dem h. Bundesrath seinen lebhaftesten Dank auszusprechen & ihm zu sagen, dass die in Göschenen & auf der Reise gemachte nähere Bekanntschaft der Herren Bundesräthe ihm sehr erfreulich gewesen sei. Er werde die ihm bewiesenen Aufmerksamkeiten stets in dankbarer Erinnerung behalten.

Über die politische Lage äusserte er sich in dem Sinne, dass ihm der Friede *vollkommen gesichert* zu sein scheine. Er durchgieng alle grössern Staaten mit ihren Regierungen & fand dass überall die feste Tendenz den Frieden zu erhalten vorhanden sei. Freilich sei man zu ungeheuren Rüstungen genöthigt, die die bewaffnete Mannschaft, welche er von allen Ländern aufzählte, stets vermehren & fabelhafte Summen verschlingen. Aber es müsse damit doch bald ein Ende nehmen & jedenfalls seien solche Ausgaben einem Krieg, der, einmal ausgebrochen, fürchterliche Dimensionen annehmen müsste, hundertmal vorzuziehen. In der Trippelallianz erblicke er auch ein Pfand für die Ruhe Europa's & als ich bemerkte die Allianz wäre noch beruhigender wenn Frankreich & Russland darin aufgenommen würden, erwiderte er

1. Vgl. E 2/810.

lachend, warum nicht? sie würden uns willkommen sein! Ein grosses Verdienst an der Festigung der Allianz habe Crispi sich erworben. Er sprach dann in sehr anerkennender Weise über den Ministerpräsidenten, welcher Italien nach Innen & nach Aussen in ausgezeichneter Weise vertrete. Sein Vorgänger Depretis sei zwar auch ein äusserst tüchtiger Mann gewesen. Indessen haben Alter & Krankheit ihn, in den letzten Jahren, geknickt & geschwächt. Crispi sei viel kräftiger (più vibrato) & trotz seiner 70 Jahre noch voll Geist & Leben. Er beherrsche das Parlament vollkommen, da die Abgeordneten es sehr wohl einsehen, dass, unter gegenwärtigen Verhältnissen, ein würdiger Ersatzmann für ihn nicht zu finden wäre. Der König durchgieng dann die eventuellen Candidaten die Crispi nachfolgen könnten: Rudini, Nicotera, Zanardelli, Baccarini & fand, dass keiner derselben die nothwendigen Eigenschaften für einen tüchtigen Ministerpräsidenten besitze.

Über das Finanzexposé, welches der Schazminister Giolitti den Kammern vorgelegt hat, schien er nicht ganz befriedigt zu sein. Er tadelte namentlich, dass Giolitti die Verwaltung seines Vorgängers (Magliani) einer unbilligen Critik unterzogen habe, während dem eben doch Magliani der gegenwärtig tüchtigste Finanzmann Italiens sei.

S. M. fragte mich über die laufenden Geschäfte zwischen der Schweiz & Italien. Indem ich ihm darüber berichtete, ermangelte ich nicht namentlich hervorzuheben, dass wir demnächst die Mitwirkung Italiens beim Bau einer Simplonbahn nachsuchen werden & sodann bemerkte ich, dass die hohen Zolltarife, die vexatorische Behandlung unserer die Grenze passirenden Waaren, sowie die meist ungünstige Interpretation unserer Reklamationen sehr unangenehm & schadenbringend für unsern Handel seien.

Den ersten Punkt (Simplon) übergieng der König mit Stillschweigen. In Bezug auf die Zollverhältnisse sagte er, es bestehe, wie er mich versichern könne, durchaus kein übler Wille gegen die Schweiz; aber die Beamten seien eben sehr eifrig bemüht die Zolleinnahmen zu vermehren, die Taxen seien freilich hoch & da die Schweizer, wie Jedermann, ungern viel bezahlen so begreife er die Unzufriedenheit sehr wohl. Es werde aber schwer halten Allem abzuhelfen. Italien bedürfe der Zollerträge & könne für den Augenblick dieselben nicht entbehren. Sie seien in einer erfreulichen Progression begriffen; er habe gerade heute die Resultate der letzten Woche geprüft & gefunden, dass die tägliche Einnahme an Zöllen circa 1 Million Franken betrage.

Wir sprachen dann über die Abschaffung der Differentialtarife gegenüber Frankreich. Der König sagte er mache sich durchaus keine Illusionen über die Wirkung derselben, da das französische Parlament eine so überaus protektionistische Handelspolitik verfolge, dass von ihm kein Entgegenkommen zu gewärtigen sei. Italien aber wolle durch die That beweisen, dass es versöhnlich & freundschaftlich gegen Frankreich gestimmt sei & wenn man diess auch jezt noch nicht anerkenne so werde der Zukunft vorbehalten bleiben Italien diese Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Übrigens sei der durch die gesammten Handelsbeziehungen entstandene Ausfall schon so ziemlich ausgeglichen. Er habe die Weingegenden Italiens, namentlich die Puglie, bereist, von wo aus n/ach/Frankreich früher circa 2½ Millionen Hektoliter Wein ausgeführt worden seien, welche sich auf 100,000 Hektoliter reduzirt haben. Aber der Nothstand sei gehoben, da der Preis des Weines sehr gesteigert worden & neue Absazquellen gefunden worden seien. Unzufrieden seien nur Diejenigen welche, im ersten Schrecken, ihre Produkte zu Spottpreisen verkauften & jezt diess bereuen.

Noch selten sei ihm in Italien ein so herzlicher Empfang zu Theil geworden wie gerade in diesen Provinzen, wo die Bevölkerung momentan allerdings schwer geschädigt worden sei.

Der König wiederholte seine Wünsche für Erhaltung des Friedens: Kein Land habe ihn nöthiger als Italien, um auf der Bahn des Fortschrittes & der begonnenen Reformen [!] sich entwickeln zu können. Ich schloss mich diesem Wunsche an & ergänzte ihn: dass die kommenden Weinachten [!] den Frieden auf Erden bringen & erhalten mögen!

429

E 21/24534

*Der Vorsteher des Departements des Auswärtigen, N. Droz,
an den schweizerischen Gesandten in Berlin, A. Roth*

Kopie

S

Bern, 26 décembre 1889

J'ai l'honneur de vous accuser réception de vos deux rapports personnels et confidentiels des 17¹ et 24 crt.², ainsi que de votre lettre du 23 crt.³ me transmettant une coupure de journal (reproduction d'un article de l'Ostschweiz⁴). J'aurais répondu de suite à vos intéressantes communications du 17, si le lendemain de leur arrivée je n'avais dû m'aliter; en même temps que moi M. Rodé et deux employés de la division subissaient les plus violentes atteintes de l'influenza et toutes les affaires restaient ainsi pour quelques jours forcément en suspens.

Je n'ai rien à dire concernant les propos que vous désirez être autorisé à tenir à M. H. de Bismarck, si ce n'est que les approuver en plein. Tout votre exposé du 17 crt. m'est une preuve que vous êtes en parfaite unité de vues avec moi sur la manière dont la question du traité d'établissement doit être conduite; je puis donc en toute confiance vous laisser procéder comme vous l'indiquez.⁵

L'article de l'Ostschweiz dont je joins un exemplaire original aux présentes ne m'avait pas échappé. Je me proposais aussi de vous en écrire pour vous tranquilliser. Une confrontation immédiate avec la relation authentique de votre entretien avec le

1. Nicht abgedruckt.

2. E 2/78.

3. *Ibid.*

4. Der Artikel enthält Auszüge aus einem angeblichen Gespräch zwischen dem Fürsten von Bismarck und Roth über die schweizerische Asylrechtspolitik (E 21/24534). In seinem Schreiben vom 24. 12. 1889 (vgl. Anm. 2) distanzierte sich Roth von dessen Inhalt.

5. Im Schreiben vom 17. 12. 1889 hatte Roth vorgeschlagen, der deutschen Regierung mitzuteilen: [...] dass der Bundesrat mit Rücksicht auf die bisherigen Beziehungen zwischen den beiden Ländern der Fortdauer der bisherigen vertraglichen Verhältnisse ein aufrichtiges Interesse entgegenbringe und zu jeder Zeit gerne geneigt sei, sachbezügliche Vorschläge der Kaiserlichen Regierung in wohlwollende Erwägung zu ziehen [...] dass aber unsererseits [...] eine materielle Änderung des Vertrages in seinen prinzipiellen Hauptbestimmungen weder gewünscht noch überhaupt als thunlich erachtet werde (E 21/24534).

Chancelier m'ayant convaincu que ce document⁶ n'avait pas servi de base à l'article en question, j'en avais conclu comme vous qu'il ne s'agissait, au fond, que de bavardages inter pocula, qui fleurissent malheureusement, vous le savez, pendant les sessions de l'Assemblée fédérale. Votre lettre du 24 est venue corroborer mes appréciations. Je pense qu'il est sage de ne pas faire de bruit autour de cette affaire, qui n'ayant plus guère d'actualité finira par passer à peu près inaperçue, si l'on ne la remue pas.

Je vous parlerai dans une correspondance prochaine du procès des anarchistes à Neuchâtel et de ses conséquences probables.

6. Nicht ermittelt.

430

E 12/31

Antrag des Vorstehers des Finanz- und Zolldepartements, B. Hammer, an den Bundesrat

Berne, 28 décembre 1889

Gemäss Art. 13 des internationalen Münzvertrages vom 6. November 1885¹ verbleibt derselbe bis zum 1. Januar 1891 in Kraft. Falls er nicht ein Jahr vor Ablauf dieser Frist gekündigt worden ist, gilt er als stillschweigend um ein Jahr und so fort von Jahr zu Jahr verlängert. Nach geschehener Kündigung bleibt er noch ein Jahr, vom 1. Januar an gerechnet, der auf die Kündigung folgt, in Kraft.

Das Finanzdepartement hat nicht ermangelt, bei der schweizerischen Gesandtschaft in Paris Erkundigungen darüber einzuziehen, welches die Intentionen unserer Mitkontrahenten betreffs der Konvention sein möchten.

Aus den von Herrn Minister Lardy erhaltenen Mittheilungen² geht hervor, dass weder in Frankreich, noch in Belgien, Italien und Griechenland Neigung vorhanden ist, den Vertrag auf den ersten Termin zu künden.

Was die Schweiz anbelangt, so ist Ihnen in Erinnerung, dass in der Sitzung des Nationalrathes vom 5. April d. J. mit einer Mehrheit von vier Stimmen die Motion des Herrn Nationalrath Dr. Joos, lautend:

«Der Bundesrath ist einzuladen, die Frage zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten, ob das eidg. Münzgesetz im Sinne der Einführung der Goldwährung zu revidiren sei.»

zum Beschluss erhoben worden ist³. Das Finanzdepartement ist auch mit der Ausarbeitung eines betreffenden Gesetzesentwurfes beschäftigt.

Bekanntlich gieng die Initiative zur Kündigung des vorhergehenden vom 5. November 1878 datierten Münzvertrages⁴ von der Schweiz aus; sie motivierte diesen Schritt mit dem Hinweis auf die Nothwendigkeit, verschiedene Münzfragen einer

1. AS 1884—1885, 8, S. 425—465.

2. Vgl. die Schreiben von Lardy an den Bundesrat vom 5. und 7. 11. 1889 (E 2200 Paris 1/109).

3. Vgl. das NR-Prot. vom 5. 4. 1889 (E 1001 (C) d 1/98, Nr. 473).

4. AS 1879, 4, S. 293—317.

neuen Berathung zu unterstellen, wobei sie gleichzeitig die Bereitwilligkeit zu erkennen gab, über die Grundlagen zu einer neuen Konvention mit den Contrahenten in Unterhandlungen zu treten⁵. Die Folge der herwärtigen Kündigung war bekanntlich der Abschluss des gegenwärtig in Kraft bestehenden Vertrages vom 6. November 1885 mit der demselben angehängten Liquidationsklausel, welche uns im Grossen und Ganzen den Austausch der in unserm Lande zirkulirenden fremden 5 Fr. Stücke der lateinischen Münz-Union garantirt.

Durch ihr einstweiliges Verbleiben bei dem lateinischen Münzverband erwachsen der Schweiz unter diesen Umständen keine Nachtheile und die Vortheile der seit bald einem Vierteljahrhundert bestehenden internationalen Verbindung dürfen anderseits nicht unterschätzt werden. Zudem würde zur Stunde und jedenfalls solange als nicht eine grosse erst zu schaffende zentrale schweizerische Notenbank den Geldumlauf richtig zu regeln vermöchte, die reine Goldwährung, wenn solche etwa nach Auflösung der lateinischen Münz-Union eingeführt werden wollte, nur mit grossen Schwierigkeiten aufrecht zu erhalten sein.

Gestützt auf vorstehende Anbringen stellt das Finanzdepartement den Antrag, der Bundesrath wolle der schweiz. Gesandtschaft in Paris zu Handen der französischen Regierung mittheilen, dass die Schweiz von dem ihr zustehenden diessjährigen Rechte der Kündigung des lateinischen Münzvertrages keinen Gebrauch machen werde.⁶

5. *Vgl. Nr. 137.*

6. *Der Bundesrat entschied in seiner Sitzung vom 28. 12. 1889 antragsgemäss (E 1004 1/159, Nr. 5166).*

431

E 20/87

Antrag des Vorstehers des Departements des Innern, K. Schenk, an den Bundesrat

Rheinkorrektion

Bern, 30. Dezember 1889

Die Delegirten des Bundesrathes zu der Berathung und Entwerfung des Staatsvertrages betreffend die Rheinkorrektion von Kriessern bis zum Bodensee, die Herren Oberbauinspector von Salis und Landamman Zollikofer haben mit Schreiben vom 13. dieses Monats¹ das Protokoll² über die Verhandlungen der vom 9. und 10. dieses Monats in Feldkirch versammelt gewesenen schweizerisch-österreichischen Delegirten Kommission eingereicht. Aus Schreiben und Protokoll ist ersichtlich, dass eine eingehende Durchberathung des Staatsvertrages stattgefunden und zur Einigung in allen Punkten, mit Ausnahme von einem geführt hat. Dieser Punkt betrifft die gleichzeitige Ausführung und Vollendung beider Durchstiche; die österreichischen

1. *Nicht abgedruckt.*

2. *Nicht abgedruckt.*

Delegirten verlangten die Aufnahme der daherigen Bestimmung, wie sie an der Spitze des Präliminarübereinkommens von 1871³ steht, in den Staatsvertrag, während die schweizerischen Delegirten deren Ersetzung durch ein den technischen und finanziellen Anforderungen entsprechendes Bauprogramm verlangten. Die österreichischen Delegirten erklärten als durch ihre Instruction gebunden, an ihrem Begehren festhalten zu müssen, waren aber damit einverstanden, dass die schweizerische Delegation die Begründung ihrer Anschauungsweise zu Protokoll gebe. Diess ist denn auch geschehen, ebenso wurden in diesem die über alle andern Punkte des Staatsvertrages erzielten Vereinbarungen vorgemerkt. Dagegen musste unter diesen Umständen von der Ausstellung eines Vertragsentwurfes abgesehen werden und die Delegirtenkommission vertagte sich, in der Meinung, dass sie bezüglich eines Wiederausammentrittes die Verfügungen abzuwarten habe, zu denen die beidseitigen hohen Regierungen auf Grund des vorliegenden Protokolles sich veranlasst finden würden.

Wir bemerken hiezü Folgendes: Die schweiz. Delegirten haben, indem sie die Einführung des vorerwähnten Gleichzeitigkeitsgrundsatzes in den Staatsvertrag ablehnten, gemäss Art. 4 der vom Bundesrathe ihnen ertheilten Instruction⁴ gehandelt.

Einen in der Instruction nicht vorgesehenen Punkt bildet die Erklärung der schweiz. Delegirten, dass sie sich mit der Vornahme von Entwässerungsarbeiten im Gebiete des obern Durchstiches gleichzeitig mit der Ausführung des untern Durchstiches einverstanden erklären. Es handelt sich dabei aber um eine an sich zweckmässige Maassregel, deren Zugestehen zudem ein Verständigungsmotiv bilden kann.

In Art. 7 der Instruction ist sub. a gesagt, es *könne* die betreffende Bestimmung des Präliminarübereinkommens dahin modifizirt werden, dass auf der Flussstrecke zwischen beiden Durchstichen die Versetzung der bestehenden Wühre auf gemeinsame Kosten vorzunehmen sei. Hievon absehend, will die Delegirtenkommission es dabei belassen, dass diess von jedem Staate auf seiner Seite nach vereinbartem Plane zu geschehen habe, was also der Instruction nicht widerspricht und vom Standpunkte des diesseitigen Interesses vorzuziehen sein dürfte.

Die übrigen Punkte des Protokolles geben keine Veranlassung zu Bemerkungen vom Gesichtspunkte der Instruction. Vielmehr ist noch hervorzuheben, dass der von den diesseitigen Delegirten instructionsgemäss beantragten nochmaligen Revision von Project und Kostenvoranschlag behufs möglichster Reduction des letztern von Seite der österreichischen Delegation gänzlich beigepflichtet worden ist. Das unterzeichnete Departement findet daher auch, letzteres gebe zu hierseitigen Verfügungen vorläufig keine Veranlassung, diess zudem aus dem Grunde, weil in allen Stadien dieser Angelegenheit die Initiative der österreichischen Regierung überlassen wurde. Dabei möchte allerdings unter Umständen angemessen sein, dass zu angemessener Zeit von der Gesandtschaft in Wien einschlägige Erkundigungen eingezogen würden.

Demnach *beantragen wir*

Das Protokoll der Delegirtenkommission, Feldkirch, den 9. und 10. Dezember 1889 sei, nach Kenntnissnahme von demselben zu den Akten zu nehmen;

3. AS 1869—1872, X, S. 548—554.

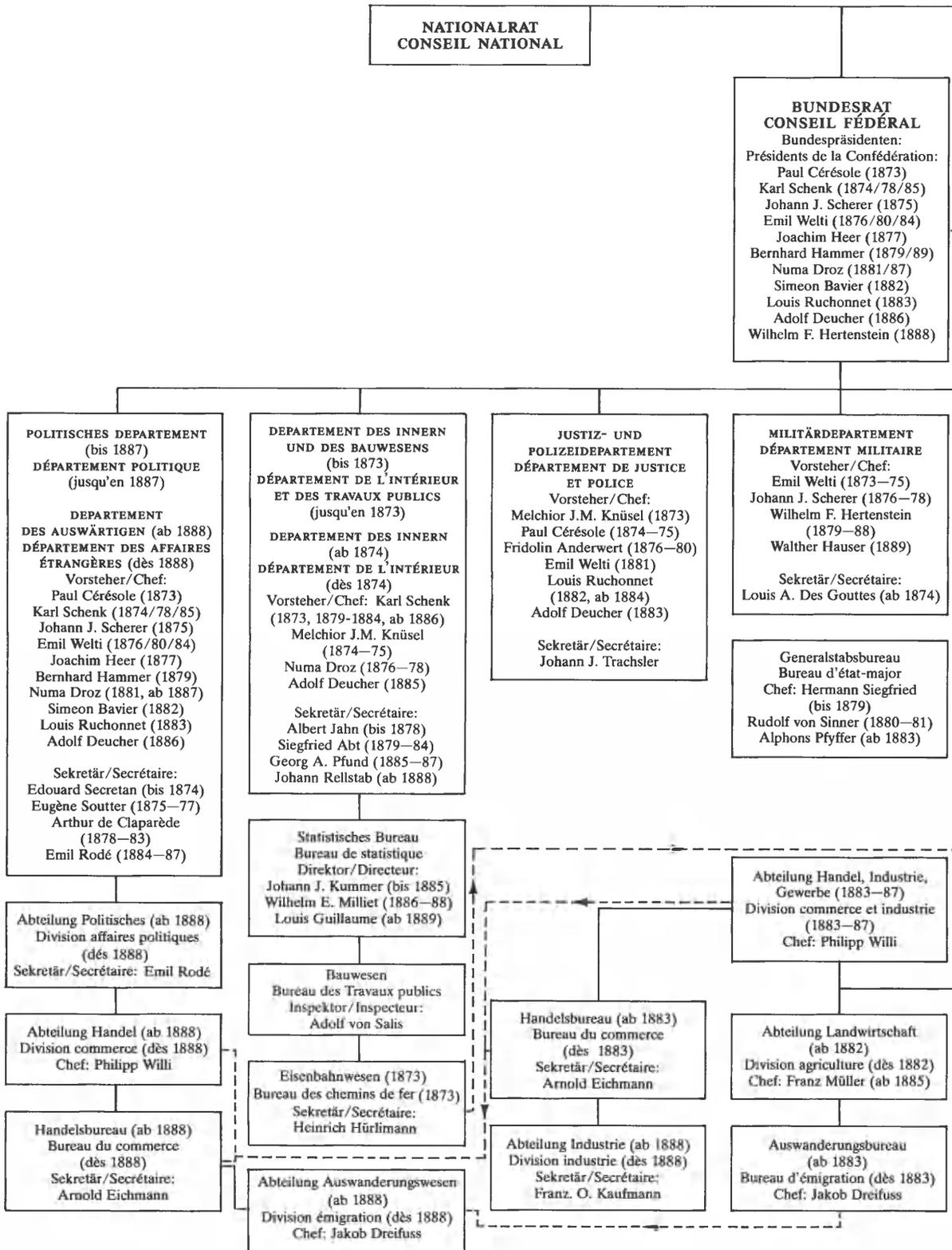
4. Nicht abgedruckt.

Der Gesandtschaft in Wien sei dieses Protokoll in zwei Exemplaren des Abdruckes mitzutheilen und dieselbe sei zugleich einzuladen, nach Verlauf einiger Zeit, falls bis dahin eine Äusserung über die Angelegenheit von der österr. Regierung nicht erfolgt, darauf Bedacht zu nehmen, an geeigneter Stelle, über deren Verbleiben Erkundigung einzuziehen.⁵

5. Der Antrag wurde vom Bundesrat in seiner Sitzung vom 7. I. 1890 unverändert genehmigt. Vgl. das BR-Prot. vom 7. I. 1890 (E 1004 1/160, Nr. 47), welches auszugsweise auch im BBl 1890, 1, S. 81 abgedruckt ist.

VII. ANHANG

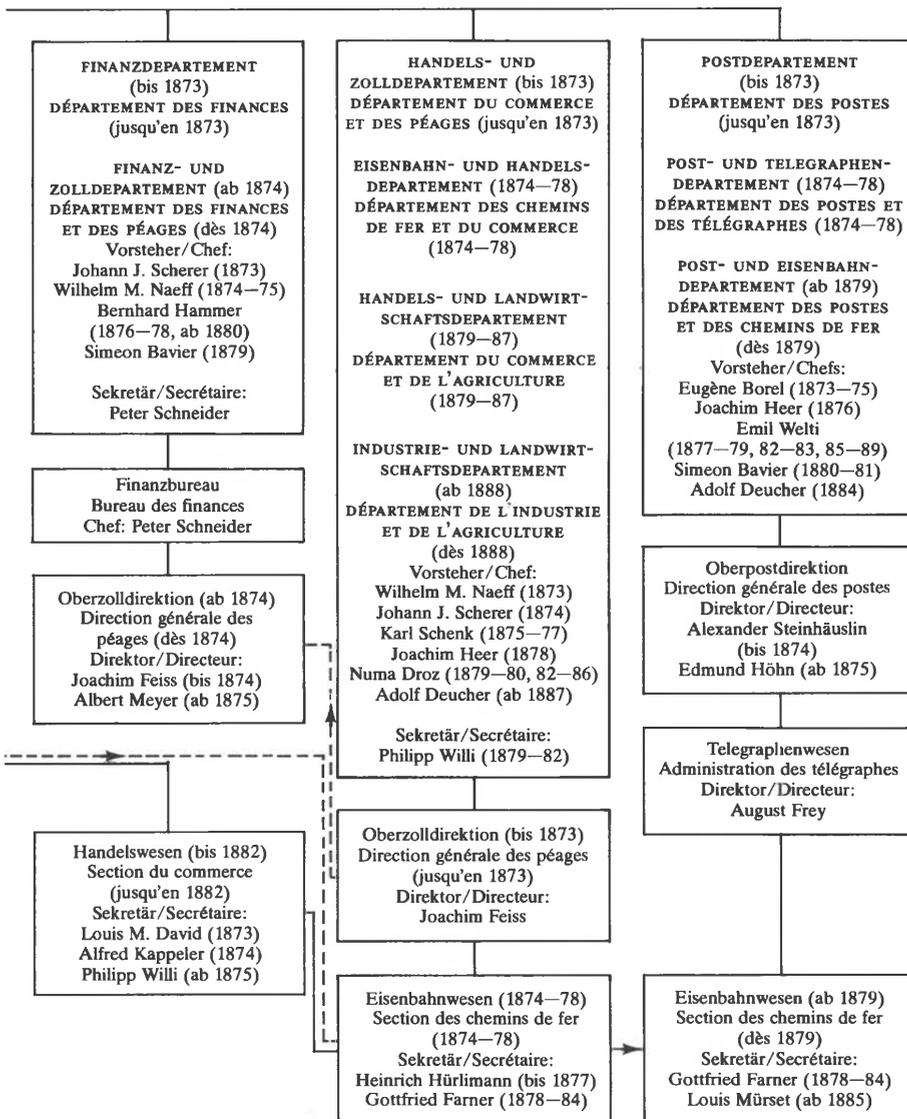
VII. 1 ORGANIGRAMM DER FÜR DIE INTERNATIONALEN
BEZIEHUNGEN ZUSTÄNDIGEN STELLEN DES BUNDES
1873—1889



**STÄNDERAT
CONSEIL DES ÉTATS**

**BUNDESKANZLEI
CHANCELLERIE
FÉDÉRALE**

Bundeskanzler:
Chanceliers de la Confédération:
Johann U. Schiess (bis 1881)
Gottlieb Ringier (ab 1882)



VII. 2 DIE DIPLOMATISCHEN UND KONSULARISCHEN VERTRETUNGEN DER SCHWEIZ IM AUSLAND
1873—1889

Staaten	Gesandtschaften	Bevollmächtigte Minister	Geschäftsträger	Konsulate
EUROPA				
1. Belgien				Antwerpen, Brüssel (ab 1886 Generalkonsulat)
2. Dänemark				Kopenhagen (ab 1887)
3. Deutschland und Bayern	Berlin	Bernhard Hammer (bis 17. 5. 1876) Arnold Roth (ab 4. 12. 1876)		Bremen, Frankfurt a./M. (ab 1877) Hamburg, Königsberg (ab 1879), Leipzig, München (ab 1877), Stuttgart (ab 1876)
4. Frankreich und französische Besitzungen	Paris	Johann Konrad Kern (bis 1. 3. 1883) Charles Lardy (ab 1. 3. 1883)		Bastia (bis 1876), Bayonne (ab 1876), Besançon (ab 1874), Bordeaux, Cannes (ab 1883), Havre, Lyon, Marseille, Nancy (ab 1874), Nantes (ab 1876), Nizza, Algier, Oran, Philippeville Patras (ab 1885)
5. Griechenland				Liverpool, London (Generalkonsulat), Montreal (ab 1875), Adelaide (ab 1879), Brisbane (ab 1889), Melbourne (ab 1875), Sidney (ab 1875), Port-Louis
6. Grossbritannien und britische Besitzungen				Ancona, Genua, Livorno (bis 1875 Generalkonsu- lat), Mailand, Messina, Neapel (Generalkonsulat), Palermo, Rom (Generalkonsulat, bis 1876), Turin (Generalkonsulat), Venedig
7. Italien	Rom	Giovanni Battista Pioda (bis 3. 11. 1882) Simeon Bavier (ab 5. 1. 1883)		Amsterdam, Rotterdam, Batavia (bis 1881 General- konsulat)
8. Niederlande und niederländische Besitzungen				Budapest, Triest
9. Österreich-Ungarn	Wien	Johann Jakob von Tschudi (bis 22. 3. 1883) Arnold Otto Aepli (ab 18. 4. 1883)		Lissabon (ab 1874 Generalkonsulat) Bukarest (Generalkonsulat, ab 1881), Galatz (ab 1881)
10. Portugal				
11. Rumänien				

12. Russland

13. Schweden und
Norwegen

14. Spanien und
spanische
Besitzungen

Moskau, Odessa, Riga, St. Petersburg (Generalkonsulat), Tiflis (ab 1883), Warschau (ab 1875)
Christiania, Stockholm (ab 1887)

Barcelona, Madrid (Generalkonsulat), Sevilla (bis 1874), Havanna (bis 1876), Manila

AMERIKA

1. Amerika
(Vereinigte Staaten)

Washington
(ab 12. 5. 1882)

John Hitz
(bis 20. 6. 1881)
(Politischer Agent)

Charleston (bis 1881), Chicago, Cincinnati, Galveston, Knoxville, Louisville (ab 1884), New Orleans, New York, Philadelphia, Portland (ab 1885), San Francisco, St. Louis, St. Paul (ab 1889), Washington (Generalkonsulat, bis 1882)

2. Argentinien

Emil Frey
(12. 5. 1882—1. 7. 1888)
Alfred de Claparède
(ab 1. 7. 1888)

Buenos-Ayres, Concordia (ab 1887), Cordoba (ab 1887), Mendoza (ab 1887), Rosario de Santa Fé (ab 1884)

3. Brasilien

Bahia, Campinas, Desterro (bis 1877), Leopoldina, Maranhão (bis 1888), Para (ab 1882), Pernambuco, Rio de Janeiro (Generalkonsulat), Rio Grande do Sul (1877—1884 vakant)

4. Chile

Traiguén (ab 1888), Valparaíso

5. Kanada vgl.
Grossbritannien

6. Kolumbien

Panama (1884—1887)

7. Kuba vgl. Spanien

8. Mexiko

Mexico (Generalkonsulat)

9. Peru

Lima (ab 1884)

10. Uruguay

Montevideo, Nueva Helvecia (ab 1889), Paysandu (ab 1885)

Staaten	Gesandtschaften	Bevollmächtigte Minister	Geschäftsträger	Konsulate
ASIEN				
1. Japan				Osaka (bis 1888), Yokohama (Generalkonsulat)
2. Niederländisch Indien vgl. Niederlande				
3. Philippinen vgl. Spanien				
AFRIKA				
1. Algerien vgl. Frankreich				
2. Kongostaat				Brüssel (ab 1886)
3. Mauritius vgl. Grossbritannien				
4. Südafrikanische Republik (Transvaal)				Pretoria (ab 1887)
AUSTRALIEN				
1. Australien vgl. Grossbritannien				

VIII.3 DIE DIPLOMATISCHEN UND KONSULARISCHEN VERTRETUNGEN DES AUSLANDES IN DER SCHWEIZ
1873—1889

Staaten	Gesandtschaften	Bevollmächtigte Minister	Geschäftsträger	Konsulate
EUROPA				
1. Belgien	Bern	<p>Hubert Dolez (25. 8. 1879—25. 4. 1881) (Ministerresident) Maurice Delfosse (26. 8. 1881—12. 5. 1888) Joseph Jooris (ab 15. 5. 1888)</p>	<p>Hubert Dolez (bis 12. 6. 1877) Joseph Jooris (23. 8. 1877— 27. 5. 1879)</p>	Basel (ab 1878), Genf, Zürich
2. Dänemark				Genf
3. Deutschland	Bern	<p>Maximilian Heinrich von Roeder (bis 23. 11. 1882) Otto von Bülow (ab 21. 12. 1882)</p>		Basel, Genf, Zürich
3.1. Bayern	Bern	<p>Friedrich von Niethammer (bis 27. 11. 1887) Curt von der Pfordten (ab 7. 12. 1887) (Ministerresident)</p>		
4. Frankreich	Bern (ab 8. 1. 1874 Botschaft)	<p>Pierre Lanfrey (bis 23. 11. 1873) Jean Baptiste Alexandre Damaze, comte de Chaudordy (8. 1. — 12. 9. 1874) Bernard d'Harcourt (6. 10. 1874—29. 1. 1879) Paul Armand Challemeil-Lacour (12. 2. 1879— 10. 6. 1880) Emmanuel Arago (ab 9. 7. 1880)</p>		Basel, Genf, Neuenburg (bis 1874), Zürich

Staaten	Gesandtschaften	Bevollmächtigte Minister	Geschäftsträger	Konsulate
5. Griechenland	Bern	Alfred Guthrie Graham Bonar (bis 8. 4. 1874) Edwin Corbett (28. 8. 1874—25. 1. 1878) (Ministerresident)		Genf, Zürich (ab 1888) Genf, Lausanne (ab 1886), Zürich (ab 1886)
6. Grossbritannien	Bern	Horace Rumbold (8. 3. 1878—12. 9. 1879) (Ministerresident) Hussey Crespiigny Vivian (27. 12. 1879—18. 6. 1881) (Ministerresident) Francis Ottiwell Adams (11. 1. 1882—4. 5. 1888) Charles Stewart Scott (ab 17. 10. 1888)		
7. Heiliger Stuhl	Luzern (bis 23. 1. 1874)		Giovanni Battista Agnozzi (bis 23. 1. 1874)	
8. Italien	Bern	Luigi Amadeo Melegari (bis 22. 5. 1881) Alessandro Fé d'Ostiani (9. 11. 1881—23. 1. 1888) Augusto Peiroleri (ab 22. 3. 1888)		Basel, Genf, Lugano, Zürich
9. Niederlande	Bern	Moritz von Ottenfels (bis 20. 1. 1887) Constantin von Trautenberg (10. 11. 1887—24. 11. 1888)		Bern (bis 1884), Davos-Platz (ab 1889), Genf (bis 1878), Zürich (1875—1882 vakant) Genf, St. Gallen, Zürich
10. Österreich-Ungarn	Bern	Alfred von Söllner (ab 2. 2. 1888)		

11. Portugal	Bern (vom 29. 8. 1883— 17. 8. 1887 vakant)	Julio Augusto Ferreira, vicomte de Santa Isabel (bis 26. 5. 1874) Sebastao Guedes Brandao Mello, comte de San Miguel (9. 11. 1881—29. 8. 1883) Alfredo Ferreira dos Anjos (ab 17. 8. 1887)	Bern, Genf, Zürich (ab 1883)
12. Russland	Bern	Michael von Gortschakoff (bis 3. 6. 1878) Basilius von Kotzebue (20. 6. 1878—26. 11. 1879) Andreas von Hamburger (ab 26. 11. 1879)	Genf (bis 1886) Genf
13. San Marino			Zürich (ab 1889)
14. Schweden und Norwegen			Bern (1877—1878), Genf, Zürich (ab 1888)
13. Serbien			
16. Spanien	Bern	Manuel Cortina y Rodriguez (bis 26. 6. 1873) Carlos Martra (26. 6. —21. 9. 1873)	
		Isidoro Hoyos y de la Torre, vicomte de Manzaneras (19. 4. 1875—15. 5. 1876) Mariano Ramon Zarco del Valle (15. 5. —24. 7. 1876)	Melchor Sangro y Rueda, conte de la Almina (27. 8. 1874— 19. 4. 1875)
		Melchor Sangro y Rueda, conte de la Almina (ab 19. 4. 1881)	Narciso Garcia de Loygorri y Rizzo, vicomte de la Vega (9. 10. 1877— 25. 5. 1880)

Staaten	Gesandtschaften	Bevollmächtigte Minister	Geschäftsträger	Konsulate
AMERIKA				
1. Amerika (Vereinigte Staaten)	Bern	Horace Rublee (bis 8. 9. 1876) (Ministerresident) Michael J. Cramer (26. 8. 1881—9. 7. 1885) (Ministerresident) Boyd Winchester (9. 7. 1885—24. 5. 1889) (Ministerresident) John Davis Washburn (ab 24. 5. 1889) (Ministerresident) Hector Alvarez (22. 6. 1885—25. 4. 1888) (Ministerresident) José Lopez (ab 15. 5. 1888) (Ministerresident)	Nicholas Fish (7. 8. 1877— 26. 8. 1881)	Basel, Bern (ab 1878), Chaux-de-Fonds (ab 1882) Genf, Horgen (ab 1878), Luzern (ab 1886), Olten (bis 1878), St. Gallen, Vevey (ab 1880), Winterthur (ab 1889), Zürich
2. Argentinien	Bern (ab 22. 6. 1885)			Bern (ab 1888), Bellinzona (ab 1888), Genf (ab 1884), Lausanne (bis 1886), Neuenburg (ab 1888), San Simone bei Chiasso (bis 1888), Zürich (ab 1878)
3. Bolivien	Bern			Nyon (ab 1888)
4. Brasilien	Bern (bis 30. 4. 1878)	Julio Constancio de Villeneuve (bis 25. 9. 1873) (Ministerresident)	Jean Pereira de Andrade (25. 9. 1873— 30. 4. 1878)	Bern, Genf

5. Chile		Genf (ab 1886), Zürich (ab 1874)
6. Costa Rica		Genf (ab 1875)
7. Dominikanische Republik		Chaux-de-Fonds (1880—1886)
8. Haiti		Chaux-de-Fonds (1874—1883)
9. Kolumbien		Genf (ab 1887)
10. Kuba vgl. Spanien		
11. Mexiko		Genf (ab 1882), Vevey (ab 1881)
12. Peru		Genf (ab 1876)
13. Salvador	San Sebastian (ab 4.10.1883)	Genf (ab 1885)
14. Uruguay		Basel, Genf, Lugano
15. Venezuela		Bern (ab 1888)

ASIEN

1. Japan	Paris (26.9.1879— 29.12.1887)	Naonobou Sameshima (bis 4.12.1880) Judzuru Ida (19.1.1882—4.8.1883) Hachisuka Machiaki (4.8.1883—29.12.1887) Toda Ujitaka (ab 29.12.1887)
	Wien (ab 29.12.1887)	

VIII. INDEX

1. PERSONENREGISTER

- Aarifi Pascha, Ahmed (Türkischer Staatsmann, Aussenminister 1874/75, Grossvezir Juli—Dez. 1879), 136
- Aberzuza y Ferrer, Buenaventura (Vertreter der spanischen Republik in Paris 1873), 54
- Adams, Francis-Ottiwel (Erster Legationsrat mit dem Titel eines Gesandten an der Britischen Botschaft in Paris, seit 1881 Gesandter in Bern) 406, 408, 409, 511, 773
- Adee, Alvey A. (US-Unterstaatssekretär), 833
- Aeppli, Arnold Otto (Regierungsrat des Kantons St. Gallen 1851—1873, Geschäftsträger in Wien Juli-Okt. 1866, Nationalrat 1872—1883, Gesandter in Wien 1883—1893, Unterhändler in der Bistumsfrage Basel/Tessin 1884), 467, 565, 569, 573—575, 611, 614, 621, 664, 677, 688, 691, 756, 785, 837, 839, 845—847, 862, 870
- Agnozzi, Giovanni-Battista (Geschäftsträger des Heiligen Stuhls in Luzern April 1868—Jan. 1873 [Abbruch der Beziehungen durch die Schweiz], dann Sekretär der Kongregation für Propaganda), 1, 2, 5, 47, 75—77, 79, 80, 81, 85, 88, 327
- Airoldi, Giovanni (Tessiner Advokat und Politiker, Vertreter des Monte Ceneri-Komitees), 336
- Alby, Pierre François d'Aymard d', Marquis de Châteaurenard (Französischer Gesandter in Bern Dez. 1870—Okt. 1871), 746
- Aleko Pascha [Bogorodi, Aleksandur] (Türkischer Staatsmann und Diplomat, Generalgouverneur von Ostrumelien), 338
- Alexander II. (Kaiser von Russland 1855—1881), 154, 383
- Alexander III. (Kaiser von Russland 1881—1894), 383, 390, 391, 663, 665, 669, 671, 674, 680, 752
- Alexander, siehe Battenberg, Alexander von
- Alfonso, José (Chilenischer Minister für Äusseres und Kolonien), 264
- Almina, siehe Sangro y Rueda
- Anderwert, Joseph Fridolin (Thurgauer Nationalrat 1863—1874, Bundesrat 1875—1880), 80, 193, 220, 244, 291, 351
- Andrássy, Julius, Graf von Csík-Szent Király und Kraszna-Horka (Österreichisch-ungarischer Aussenminister Nov. 1871—Okt. 1878), 10, 151, 289, 301, 337, 338
- André, Girod et Cie. (Pariser Edelmetallhandlung), 774
- Andrieux, Jules (Verwalter der Kolonie Ocampo in Argentinien) 451
- Anker, Albert (Schweizerischer Kunstmaler), 153
- Antonelli, Giacomo (Kardinalstaatssekretär 1848—1876), 81, 88
- Arago, Emmanuel (Französischer Botschafter in Bern), 391, 410, 411, 546—548, 681, 770—773
- Archinard, Charles (Staatskanzler des Kantons Genf), 351
- Arnim, Harry, Graf von (Deutscher Botschafter in Paris 1872—1874), 21, 33, 59, 78, 79, 90—92
- Arthur, Chester Allan (US-Präsident 1881—1885), 516
- Asinari, Antonio Maria Filippo, conte di San Marzano (Sardischer Vertreter am Wiener Kongress 1814/15), 540, 729
- Audiffret-Pasquier, Edme Armand Gaston, Duc d' (Französischer Senator), 41
- Aumale, Henri Eugène Philippe Louis d'Orléans, Herzog von (Französischer Thronprätendent), 651
- Baccarini, Alfredo (Italienischer Staatsmann, Abgeordneter) 948
- Baguer, A. (Spanischer Legationssekretär in Wien), 301
- Balan, Hermann Ludwig von (Deutscher Diplomat), 52
- Balatschano [Bălăceanu], Joan (Rumänischer Staatsmann, seit 1876 diplomatischer Agent, seit Okt. 1878 Gesandter in Wien), 218, 219, 258
- Bamberger, Ludwig (Deutscher liberaler Politiker und Journalist, Vorsitzender des «Vereins zur Förderung der Handelsfreiheit»), 297, 342
- Banneville, Gaston Robert Morin, Marquis de

- (Französischer Botschafter in Wien 1871–1873), 10
- Baragnon, Pierre Paul (Französischer Abgeordneter), 31, 34, 41, 95
- Barbey, Edouard (Französischer Marineminister Mai–Nov. 1887), 676
- Baron, Armand (Verfasser der Broschüre, «La neutralité de la Savoie du nord, Genève 1883»), 541
- Barsanti, Pietro (1870 wegen Aufstandsversuchs hingerichteter italienischer Republikaner), 303
- Barthélemy-Saint-Hilaire, Jules (Französischer Abgeordneter, Privatsekretär von Präsident Thiers, seit Dez. 1875 Senator, Aussenminister Sept. 1880–Nov. 1881), 30, 38, 407–409
- Battenberg, Alexander von (Fürst von Bulgarien 1879–1886), 338, 787
- Baumer, Emil (Bezirksamtmann von Rheinfelden), 880, 883, 884, 894, 923
- Baumgartner, Gallus Jakob (Führender Politiker des Kantons St. Gallen in der Regenerationszeit), 691
- Baur, J. C. (Ingenieur und Eisenbahnbaunternehmer in Siders), 114, 116, 117
- Bavier, Simeon (Bundesrat 1879–1882, Schweizerischer Gesandter in Rom 1883–1895), 317, 334, 342, 343, 362, 401, 403, 404, 430, 436, 440, 443, 460, 472, 473, 475, 488, 493, 494, 500, 501, 512, 513, 540, 542, 545, 549, 552, 602, 644, 673, 756, 759, 760, 775, 777, 783, 805, 806, 808, 810, 811, 837, 850, 851, 854, 861, 865, 879, 921, 947
- Bayard, Thomas Francis (US-Staatssekretär 1885–1889), 833, 834
- Beaconsfield, siehe Disraeli, Benjamin
- Bebel, August (Führender deutscher Sozialdemokrat, Reichstagsabgeordneter), 788, 790, 792, 793, 829
- Beck-Leu, Franz Xaver (Grossbauer, Luzerner Nationalrat 1869–1894, katholisch-konservativ), 855
- Beeler, Joseph (Sekretär der schweizerischen Kommission für die Weltausstellung in Paris 1878), 230
- Béhic, Louis Henri Armand (Französischer Minister für Landwirtschaft, Handel und Öffentliche Arbeiten Juni 1863–Jan. 1867), 407
- Bennigsen, Rudolf von (Führer der national-liberalen Fraktion im Deutschen Reichstag), 277
- Berdez, Louis (Schweizerischer Bundesanwalt 1874), 97
- Berger, Gottlieb (Staatsschreiber des Kantons Bern, Nationalrat 1881–1902), 779
- Berner, Albrecht Friedrich (Deutscher Strafrechtler), 455
- Bernstein, Eduard (Redaktor und Mitherausgeber des «Sozialdemokrat»), 792, 814, 816, 819, 821, 836
- Bertani, Agostino (Italienischer Abgeordneter), 191
- Bertheau-Hürlimann, Friedrich (Aktuar des Schweiz. Spinner-, Weber- und Zwirner-Vereins), 394
- Berti, Domenico (Italienischer Minister für Ackerbau, Industrie und Handel), 494, 545
- Bertrand, Isidor-Augustin (Abbé, Leiter der «Typographie des Célestins» in Bar-le-Duc), 93
- Beulé, Charles Ernest (Französischer Innenminister Mai 1873–Mai 1874), 56
- Beyer, Anton (Österreichischer Ingenieur, Experte für Wasserbauten im Aussenministerium), 462
- Biaggi, Francesco (Im Krieg Chiles gegen Bolivien und Peru geschädigter Schweizer), 562
- Bianchi, Angelo (Kardinal, Sekretär der Kongregation für Bischöfe und geistliche Orden), 295, 296
- Biglia (Italienischer Eisenbahnexperte), 243
- Billot, Albert Joseph (Französischer Diplomat), 548, 549
- Bismarck, Herbert, Graf von (Staatssekretär im Deutschen Auswärtigen Amt), 578, 679, 680, 705, 764, 768, 769, 780, 783, 794, 795, 798–804, 823, 866, 867, 902, 925, 934, 945, 949
- Bismarck, Otto Eduard Leopold, Fürst von Schönhausen (Deutscher Reichskanzler und preussischer Ministerpräsident), 7, 12, 39, 90, 91, 101, 102, 149, 154, 200, 236, 277, 289, 310, 336, 337, 343, 381–383, 390, 556, 577–579, 586, 596, 617, 618, 646, 664–666, 669, 674, 675, 677, 681, 704, 705, 727, 733, 737, 743, 752–754, 762, 764, 766, 791, 795, 798, 807, 825, 842, 881, 883, 885, 887–890, 893, 895, 896, 903, 908, 910, 919–921, 924–926, 929, 932, 936, 949
- Blaine, James Gillespie (US-Präsidentschaftskandidat 1884), 592
- Blancpignon, Louis Léon (Französischer Polizeispitzel in Genf), 35, 36

- Bland, Richard Parker (US-Abgeordneter, Initiant des Silbermünzengesetzes von 1878), 280, 342, 532, 533
- Bleuler, Hermann (Oberst, Oberinstruktor der schweizerischen Artillerie), 682, 771
- Blumer-Jenny, Eduard (Glarner Baumwoll-drucker, Landesstatthalter 1884–1887, Landammann, 1887–1925, Ständerat 1877–1888, Nationalrat 1899–1925, Handelsvertragsunterhändler), 394, 395, 399, 436, 437, 474–480, 783, 837, 839, 841, 842, 844, 850, 851, 853–855, 862
- Blumer, Pierre (Baumwollfabrikant in Schwanden/Glarus), 395
- Bodenheimer, Constant (Bernser Regierungs-rat 1870–1878, Ständerat 1874–1878), 352
- Böhmert, Viktor (Professor für Nationalöko-nomie und Statistik am Polytechnikum Zürich), 65
- Bötticher, Karl Heinrich von (Deutscher Innenminister 1880–1897 und Vizekanzler 1881–1897, Preussischer Vizepräsident 1888–1897), 780, 842, 858
- Boibeau (Journalist am «Journal des Débats»), 270
- Bonelli, Cherubino (Italienischer Zollinspek-tor), 371
- Borel, Jules (Schweizerischer Konsul in Brüs-sel 1861–1885), 63
- Borel, Louis (Sohn von Bundesrat Borel), 765, 769
- Borel, Victor Eugène (Bundesrat 1872–1875, dann Direktor der Weltpostunion), 12, 43, 60, 63, 139, 155, 165, 765
- Boullanger, Georges-Ernest-Jean-Marie (Französischer General, Kriegsminister Jan. 1886–Mai 1887), 667, 679, 700–706, 721, 726, 732, 734–736, 739, 740, 748, 768, 771
- Bourbon (Französisches resp. spanisches Königshaus), 54
- Bourcart, Carl Daniel (Erster Legationssekretär der schweizerischen Gesandtschaft in Paris), 770
- Braillard (Im Krieg Chiles gegen Bolivien und Peru geschädigter Schweizer), 562–564
- Brandis, Otto, Graf von (Legationsrat bei der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft in Bern), 769, 773
- Bray-Steinburg, Otto Camillus, Graf von (Bayrischer Gesandter in Wien), 10, 300
- Brelay, Pierre Eugène (Französischer Abge-ordneter), 269
- Brennwald, Kaspar (Schweizerischer Gene-ralkonsul in Yokohama 1866–1881), 44
- Brioschi, Francesco (Mathematikprofessor, italienischer Senator), 336
- Broch, Ole Jacob (Norwegischer Delegierter an der Münzkonferenz von 1881), 402
- Brogliè, Jacques Victor Albert, Duc de (Französischer Vizepräsident und Aussen-minister Mai 1873–Mai 1874, Minister-präsident und Justizminister Mai–Nov. 1877), 41, 42, 46, 52–59, 73–75, 91, 100, 249
- Brousse (Sekretär des französischen Handels-vertragsdelegierten Ozenne), 189
- Brousse, Emile (Französischer Abgeordneter)
- Bruck, Carl Ludwig, Freiherr von (Österrei-chisch-ungarischer Botschafter in Rom), 862
- Brynstein, Jakob (Russischer Sozialrevolutio-när in Zürich), 893
- Büchler, Friedrich (Schweizer Kolonist in Hel-vezia/Argentinien), 368
- Bühler, Eduard (Besitzer einer Baumwollwe-bererei in Winterthur), 408, 474
- Bühler-Honegger, Johann Heinrich (Maschi-nenfabrikant, Zürcher Nationalrat 1881–1893, Handelsvertragsexperte), 436, 474, 476, 479
- Bühler, Peter Theophil (Advokat und Gross-bauer, Graubündner Nationalrat 1883–1902), 855
- Bührer, Wilhelm (Inhaber einer Druckerei in Riesbach bei Zürich), 468, 469
- Bülow, Alfred von (II. Legationssekretär der deutschen Gesandtschaft in Bern), 772, 773
- Bülow, Bernhard Ernst von (Staatssekretär im Deutschen Auswärtigen Amt 1873–1879), 82, 85, 90, 105, 106, 226, 227, 235, 236, 238, 239, 248, 249, 300, 307–312, 314, 315, 338
- Bülow, Otto von (Deutscher Gesandter in Bern 1882–1892), 555, 586, 615, 662, 663, 666, 667, 669, 670, 675, 680, 705, 706, 733, 734, 737, 743, 762, 766, 790, 791, 794–798, 800–804, 823, 866, 875, 879, 880, 882, 883, 887, 888, 890, 893, 895, 896, 898, 900, 901, 903, 904, 908–910, 913–915, 919, 921, 923, 925, 928, 929, 932, 934–936
- Bürgi, Gottfried (Landwirt in Arth, Handels-vertragsexperte), 474, 477, 479
- Burckhardt-Bischoff, Adolf (Bankier in Basel, Delegierter an der Münzkonferenz von 1881), 401

- Burnier, Victor (Genieoberst im schweizerischen Generalstab), 418
- Busch, Clemens August (Unterstaatssekretär im deutschen Auswärtigen Amt), 395
- Cairolì, Benedetto (Italienischer Staatsmann), 303
- Cambessèdes, Emile (Staatsrat des Kantons Genf für Inneres und Kirchenwesen 1870—1881, Ständerat 1872—1875), 2
- Campenon, Jean-Baptiste-Marie-Edouard (Französischer Kriegsminister Nov. 1881—Jan. 1882, Okt. 1883—Dez. 1885), 546, 548, 549
- Camphausen, Otto (Preussischer Finanzminister 1869—1878), 248
- Carlin, Gaston (Schweizerischer Diplomat, Legationsrat an der Gesandtschaft in Wien 1887—1890), 892, 900, 903, 904, 911
- Carlos von Bourbon, Don, Herzog von Madrid (Spanischer Thronprätendent), 15—17, 54
- Carnot, Sadi (Französischer Staatsmann, Minister für Öffentliche Arbeiten Dez. 1887—Juni 1894), 373, 549, 550
- Castelar, Emilio (Spanischer Ministerpräsident Nov. 1873—Jan. 1874), 15
- Castorina (Beamter im italienischen Handelsministerium), 809
- Cayol, Henri (Druckerei in Konstantinopel), 143
- Caze, Edmond Marie (Französischer Abgeordneter), 269
- Cérésole, Paul Jacob (Bundesrat 1870—1875, Direktor der Simplonbahngesellschaft 1876—1881, Direktor der «Suisse Occidentale-Simplon» 1881—1885), 7, 10, 12, 15, 17, 20, 24, 25, 27, 28, 30, 34—38, 40, 43—45, 49, 52, 55, 57, 60, 67, 72, 78, 82, 84, 85, 93, 97, 113, 125, 172, 181, 362, 372, 373, 375, 376, 541, 549—551
- Cérésole, Madame (Gattin von Bundesrat Cérésole), 127
- Cernuschi, Enrico (Bankier und Nationalökonom in Paris), 403
- Ceseri, 153
- Cézanne, Ernest (Ingenieur der «Chemins de Fer du Nord», französischer Abgeordneter 1871—1875), 95, 96, 99—101, 507
- Challemel-Lacour, Paul Armand (Französischer Staatsmann und Diplomat, Botschafter in Bern Febr. 1879—Juni 1880, Aussenminister Febr. 1883—März 1885), 331, 406, 408, 506, 542
- Chamberlain, Joseph (Britischer Staatsmann, Handelsminister April 1880—Juni 1885), 407
- Chambord, Henri-Charles-Fernand-Marie-Dieudonné d'Artois, Duc de Bordeaux, Comte de (Französischer bourbonischer Thronprätendent), 54, 59, 102
- Charmes, Marie-Julien-Joseph-François (Direktor für politische Angelegenheiten im französischen Aussenministerium), 651
- Châteaurenard, siehe Alby, Pierre François d'
- Chaudordy, Jean Baptiste Alexandre Damaze, Graf von (Französischer Botschafter in Bern), 78, 79, 82, 85, 95, 97, 99—101
- Chauvet, Michel Georges (Staatsrat des Kantons Genf 1867—1881), 351
- Cheir-Ali (König von Afghanistan Mai 1863—Mai 1866, März 1869—Febr. 1879), 289
- Chenevière, Arthur (Bankier, Genfer Nationalrat 1878—1884), 15, 436, 437
- Chéronnet, Victor (Generaldirektor der «Suisse Occidentale»), 375
- Chevalier, Michel (Französischer Wirtschaftswissenschaftler), 190
- Chigi, Don Mario, Fürst von (Marschall der heil. Römischen Kirche und Hüter des Conclave), 501
- Christophore, siehe Cosandey, Christophore
- Cingria, Albert (Handelsvertragsexperte aus Genf), 474
- Claparède, Alfred de (Schweizerischer Diplomat, Legationssekretär, dann Legationsrat an der Gesandtschaft in Berlin 1869—1888, 1883 vorübergehend Geschäftsträger in Wien, Gesandter in Washington 1888—1893), 155, 170, 195, 236, 237, 293, 296, 528, 562, 573, 763, 765, 804, 820, 943, 944
- Claude, Victor (Französischer Senator aus den Vogesen), 261
- Clemenceau, Georges (Französischer Staatsmann, Abgeordneter), 667
- Cleveland, Grover (US-Präsident März 1885—März 1889, März 1893—März 1897), 592, 833, 834
- Coello de Portugal y Quesada, Diego, Graf (Spanischer Gesandter in Rom), 303
- Collet, Firmin (Französischer Priester in Genf), 97
- Comminges-Guitaut, René, Comte de (Französischer Gesandter in Bern 1868—1870), 668
- Conte, A. (Spanischer Gesandter in Wien), 301
- Conti, Carlo (Tessiner Staatsrat), 525

- Conus, Albert (Schweizer Siedler in Punta Arenas/Chile), 264
- Conzett, Conrad (Inhaber der Genossenschaftsdruckerei in Hottingen), 792, 814, 815, 817, 818
- Cornaz, Auguste (Neuenburger Staatsrat), 575
- Correnti, Cesare (Italienischer Abgeordneter), 243
- Cosandey, Christophore (Bischof von Lausanne 1880–1883), 504
- Cottin, Paul Joseph (Französischer Abgeordneter, Herausgeber des «Indépendant de l'Ain»), 72
- Courcel, Alphonse Chaudron, Baron de (Französischer Botschafter in Berlin), 578
- Cramer-Frey, Conrad (Präsident des Schweizerischen Handels- und Industrievereins und der Kaufmännischen Gesellschaft Zürich 1882–1900, Zürcher Nationalrat 1883–1900, Handelsvertragsunterhändler), 455, 474, 475, 477, 479–481, 584, 649, 658, 775, 777, 783, 837–839, 841, 844, 850, 851, 853–855, 857, 858, 862
- Crispi, Francesco (Italienischer Staatsmann, Innenminister Dez. 1877–März 1878, Aug. 1887–Jan. 1891, Ministerpräsident Aug. 1887–Jan. 1891), 775, 777, 783, 805, 806, 808, 809, 811, 825, 861, 865, 885, 887, 918, 921, 940, 941, 948
- Cross, Richard Assheton, 1st Viscount (Britischer Staatsmann), 343
- Crowe, Joseph Archer, Sir (Britischer Handelsattaché in Paris), 441, 578, 579, 752, 753
- Curien (Attentäter gegen Ferry), 542
- Czacki, Wladimir (Erzbischof von Salamina, Sekretär der Kongregation für ausserordentliche geistliche Angelegenheiten 1877–1879, seit Okt. 1879 Nuntius in Paris), 327, 344, 359
- Dacord, Fräulein (Gesellschafterin der Frau des türkischen Botschafters in Wien), 71
- Damiani, Abele (Unterstaatssekretär im italienischen Aussenministerium), 865, 940
- Danelle-Bernardin, Jean Baptiste Fernand (Französischer Abgeordneter), 269
- Daru, Napoléon, Graf (Französischer Aussenminister Jan.–Mai 1870), 41
- Dauphinat, Jean Simon (Französischer Senator), 450
- Dautresme, Auguste Lucien (Französischer Abgeordneter, Handelsminister Dez. 1886–März 1889), 269, 767
- David, Louis Maurice (Handelssekretär im Eidgenössischen Handels- und Zolldepartement), 44
- Debeb (Äthiopischer Kriegsherr), 940
- Decazes, Louis Charles Eli, Herzog von D. und von Glücksbjerg (Französischer Staatsmann, seit Nov. 1873 Stellvertretender Aussenminister, Mai 1875–Nov. 1877 Aussenminister), 41, 55, 78, 79, 83, 86, 90–92, 100, 101, 175, 183, 186–190, 231, 232, 249
- DeClercy, 541
- Decrais, Pierre Louis Albert (Französischer Diplomat, Direktor der Politischen Abteilung im Aussenministerium, Botschafter in Rom 1883–1886, dann in Wien), 527, 677, 893
- Decurtins, Caspar (Graubündner Nationalrat 1881–1905, Gutsbesitzer und Privatgelehrter, katholischer Sozialpolitiker), 855
- Defourny (Angeblich Priester in Beaumont-en-Argonne und Verfasser des «Appel des catholiques suisses...» 1874), 97
- Delbrück, Rudolf von (Präsident des deutschen Reichskanzleramtes Jan. 1871–Mai 1876), 170, 171, 200, 222, 297
- Dembsky, Alexander (Russischer Sozialrevolutionär in Zürich), 892
- Demole, François (Handelsvertragsexperte für Landwirtschaft), 411
- Denormandie, Louis Jules Ernest (Gouverneur der «Banque de France», Delegierter an der Münzkonferenz von 1881), 402
- Depretis, Agostino (Italienischer Staatsmann, Ministerpräsident März 1876–März 1878, Dez. 1878–Juli 1879, Mai 1881–Juli 1887, Aussenminister Dez. 1877–März 1878, Dez. 1878–Juli 1879, März 1884–Okt. 1885, April–Juli 1887), 223, 242, 243, 316, 319, 334–336, 542, 552, 721, 726, 760, 761, 768, 948
- Derby, siehe Stanley, Edward Henry
- Desseiligny, siehe Pierrot-Deseiligny, Alfred Nicolas
- Desprez, Félix Hippolyte (Direktor für politische Angelegenheiten im französischen Aussenministerium), 58, 549
- Deucher, Adolf (Bundesrat 1883–1912), 568, 651–663, 665, 682, 705, 733, 762, 766, 777, 833
- Develle, Jules Paul (Französischer Abgeordneter), 269

- Devès, Pierre Paul (Französischer Abgeordneter), 269
- Diday, François (Schweizerischer Maler), 153
- Dilke, Charles, Sir (Britischer parlamentarischer Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten), 406–409, 512, 768, 769
- Disraeli, Benjamin, Earl of Beaconsfield (Britischer Staatsmann, Premierminister Febr. 1874–April 1880), 338
- Doenhoff, Otto, Graf von (Deutscher Diplomat, Gesandter in Tokio 1882–1885), 558, 560, 583
- Doré, Gustave (Französischer Maler), 813
- Dréo, Amauny Prosper Marie (Französischer Abgeordneter), 269
- Dreyfus-Neumann, Samuel (Basler Bankier, Mitglied der «Alliance israélite universelle»), 255
- Drouyn de l'Huys, Edouard (Französischer Aussenminister 1855–1866), 78, 407
- Droz, Numa (Bundesrat), 274, 319, 320, 323, 341, 348, 350, 379, 380, 382, 387, 390, 391, 395, 396, 404, 409–411, 418, 420, 427, 429–431, 433, 435–439, 441, 443, 444, 446, 450, 464, 467, 470, 474–478, 480, 481, 484, 488, 496, 498, 499, 511, 512, 517, 527, 528, 557, 568, 611, 619, 626, 634, 637, 638, 641, 644, 653, 657, 669, 670, 673, 677, 679, 681, 682, 694–696, 698, 700, 704, 707, 709, 710, 718, 719, 723, 725–727, 733, 737, 738, 741, 747, 748, 752, 754, 760, 762, 765, 767, 770, 771, 774, 775, 777, 779, 785, 788, 790, 794–798, 804, 807–809, 813, 814, 816–824, 828, 833, 834, 837–841, 844, 845–847, 850, 853, 855–858, 861, 862, 865, 866, 868, 870, 874, 875, 878–882, 887, 890–895, 900, 901, 904, 908, 909, 911, 913–916, 918, 921–924, 926–929, 934–939, 942–944, 947, 949
- Dubruel, Blaise Gaspard (Französischer Generalkonsul in Genf 1870–1873), 46
- Dubs, Jakob (Bundesrat 1861–1872), 668
- Duchâtel, Charles Jacques Marie (Französischer Botschafter in Wien), 382, 383, 397
- Dünkelberg, Friedrich Wilhelm (Direktor der landwirtschaftlichen Akademie in Poppelsdorf), 368, 369
- Dufaure, Jules Armand Stanislas (Französischer Staatsmann, Ministerpräsident Febr.–Dez. 1876, Dez. 1877–Jan. 1879, Justizminister Febr. 1871–Mai 1873, März 1875–Dez. 1876, Dez. 1877–Jan. 1879), 15, 32, 34, 304
- Dufour, Guillaume-Henri (General im Sonderbundskrieg 1847), 61, 153, 541
- Dumartheray, François (Mitarbeiter der Zeitschrift «Révolté» in Genf), 351
- Dûmas, Jean Baptiste André (Präsident der «Commission spéciale du mètre»), 146, 147
- Dunant, Jean Henri (Schriftsteller und Philanthrop, regte die Gründung des «Roten Kreuzes» an), 47
- Dupanloup, Félix-Antoine-Philibert (Bischof von Orléans), 13, 25
- Dupont, Eugène (Schweizerischer Generalkonsul in St. Petersburg), 341, 637, 638
- Dutemple, Jean Marie Félix (Französischer Abgeordneter), 90
- Edmond (Bekannter von Lardy in Bern), 541
- Egerton, Edwin Henry (1. Sekretär der britischen Botschaft in Paris), 914
- Eichmann, Arnold (Sekretär der Sektion Handel und Industrie im Eidgenössischen Handels- und Landwirtschaftsdepartement), 474
- Eisendecker, Karl von (Deutscher Diplomat, Gesandter in Tokio 1881/82), 405, 471
- Ellena, Vittorio (Staatsrat im italienischen Aussenministerium, Handelsvertragsunterhändler), 774–777, 809, 843, 861, 862
- Elliot, Henry George, Sir (Britischer Botschafter in Wien 1877–1884), 397
- Englich (Polizeichef von Krakau), 337
- Ernst, von (Kurier Lardys), 668
- Escarguel, Lazare Henri (Französischer Abgeordneter), 269
- Escher, Alfred (Zürcher Nationalrat 1848–1882, Verwaltungsratspräsident der Nordostbahn 1852–1882 und der Gotthardbahn 1870–1878 sowie der Schweizerischen Kreditanstalt 1856–1877, 1880–1882), 200, 206, 233, 240–242, 250, 898
- Escher von der Linth, Johann Konrad (Erbauer des Linth-Kanals), 153
- Etienne, Hyppolite Ulysse (Handelsvertrags-experte für Uhren aus Les Brenets), 231
- Eulenburg, Botho, Graf zu (Preussischer Innenminister März 1878–Febr. 1881), 302
- Evarts, William Maxwell (US-Staatssekretär), 402
- Falk (Druckerei in Genf), 351
- Falk, Adalbert (Preussischer Kultusminister Jan. 1872–Juli 1879), 300, 307, 356

- Falk, Karl (Schneider, österreichischer Anarchist in Freiburg/Schweiz), 555
- Fallières, Armand (Französischer Staatsmann, Innenminister Aug. 1882—Jan. 1883, Mai—Nov. 1887), 767
- Farre, Jean Joseph (Französischer Genie-General, Kriegsminister Dez. 1879—Nov. 1881), 360—362, 373, 546
- Favre, Alphonse, (Geologe, Korrespondent des «Institut de France»), 61
- Favre, Jules (Französischer Aussenminister Nov. 1870—Aug. 1871), 746
- Favre, Louis (Ingenieur, Erbauer des Gotthardtunnels), 162, 164, 180—183, 200, 205, 248
- Fèd d'Ostiani, Alessandro, Conte (Italienischer Gesandter in Bern), 459, 572, 576, 577, 589, 772, 773
- Feer-Herzog, Karl (Aargauer Nationalrat 1857—1880, Seidenbandfabrikant, Delegierter an Münzkonferenzen, Präsident der Gotthardbahngesellschaft 1871—1880), 74, 83, 87, 94, 127, 280, 281, 284, 285, 342, 532
- Fehr, Heinrich (Käsehändler in Burgdorf, Handelsvertragsexperte), 411, 474, 476, 477, 479, 480
- Fenton, Reuben E. (1. Delegierter der USA an der Pariser Münzkonferenz von 1878), 283
- Ferrata, Domenico (Auditor bei der Nuntiatuur in Paris, dann Vize-Sekretär der Kongregation für ausserordentliche geistliche Angelegenheiten, päpstlicher Unterhändler bei der Wiederherstellung des Bistums Basel 1884), 523, 569, 571, 580
- Ferron, Théophile Adrien (Französischer Kriegsminister Mai—Nov. 1887), 767, 768
- Ferrucci, Antonio (Bauingenieur, italienischer Delegierter an der Monte Ceneri-Konferenz 1879 in Luzern), 243, 336
- Ferry, Jules François Camille (Französischer Staatsmann, Ministerpräsident Sept. 1880—Nov. 1881, Febr. 1883—März 1885), 92, 269, 375, 376, 408, 521, 522, 542—544, 546—548, 550, 551, 579, 746
- Fiala, Friedrich Xaver Odo (Bischöflicher Generalvikar für den Kanton Solothurn 1873—1885, Bischof von Basel Jan. 1885—Mai 1888), 561, 565, 587, 588
- Fierro, Alejandro (Chilenischer Aussenminister), 263
- Fierz, Johann Heinrich (Baumwollhändler und Eisenbahnunternehmer, Zürcher Nationalrat 1855—1874), 206, 216
- Fischer, Jakob (Zürcher Polizeihauptmann), 788—790, 792—796, 798—803, 816, 829, 830, 892, 920, 922
- Fischer, Richard (Typograph, Mitarbeiter am «Sozialdemokrat»), 815
- Fischer, von (Berner Bankier, Vertreter des «Crédit Lyonnais»), 750
- Fish, Nicholas (US-Geschäftsträger in Bern), 286, 287, 347, 397, 398
- Florentini, Nicolaus Franz (Bischof von Chur 1859—1877), 692
- Floquet, Madame (Gattin von Charles-Thomas Floquet), 700
- Flourens, Emile (Französischer Aussenminister Dez. 1886—März 1889), 665, 666, 673, 674, 679, 680, 682, 698—700, 703, 707—709, 714, 717—721, 723—727, 734—736, 738—742, 746—750, 752—755, 767—769, 771, 919
- Flourens, Madame (Gattin von Aussenminister Flourens), 698
- Folliet, André Eugène (Französischer Abgeordneter, Departement Haute-Savoie), 72
- Forssell, Hans Ludwig (Schwedischer Delegierter an der Münzkonferenz von 1881), 402
- Fournier, François Ernest (Französischer Armeekommandant in China), 578
- Fourtou, Marie-François-Oscar-Bardy (Französischer Minister für Öffentliche Arbeiten 1873), 34, 90, 249
- Francillon, Ernest (Berner Nationalrat 1881—1890, Uhrenfabrikant «Longines»), 436, 438, 594
- Franscini, Arnaldo (Direktor des IV. schweizerischen Zollkreises), 316, 319, 371, 494, 496, 553, 590
- Franz Ferdinand Carl Ludwig Joseph Maria, Erzherzog von Österreich-Este, 871
- Freemantle, Charles William, Sir (Britischer Delegierter an der Münzkonferenz von 1881), 401
- Frelinghuysen, Frederick Theodore (US-Staatssekretär Dez. 1881—März 1885), 562, 563, 833
- Frenzdorf (Dr., deutscher Eisenbahnjournalist), 196
- Frère-Orban, Hubert Joseph Walthère (Belgischer Staatsmann, Ministerpräsident und Aussenminister Juni 1878—Juni 1884), 66
- Freudenreich, Adolf Georg Horatius (Attaché an der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin), 159

- Frey, Alfred (Sekretär des Schweizerischen Handels- und Industrievereins), 481, 649
- Frey, Emil Johann Rudolph (Schweizerischer Gesandter in Washington), 515, 529, 563, 812, 820, 833
- Frey-Hérosé, Friedrich (Bundesrat 1848–1866), 126
- Freycinet, Charles Louis, de Saulces de (Französischer Staatsmann, Ministerpräsident Dez. 1879–Sept. 1880, Jan.–Juli 1882, Jan.–Dez. 1886, Aussenminister Dez. 1879–Sept. 1880, Jan.–Juli 1882, April 1885–Dez. 1886, Minister für Öffentliche Arbeiten Dez. 1877–Dez. 1879), 289, 331, 373–376, 436, 440, 445, 579, 651, 652, 666, 739, 740
- Friedrich II. (König von Preussen 1740–1786), 667
- Fuhrich, Franz (Drucker und Verleger der «Freiheit»), 468, 469
- Gaiffe, Adolphe (Grundbesitzer in Oron), 55
- Gailly, Gustave Adrien (Französischer Abgeordneter), 269
- Gambetta, Léon (Französischer Staatsmann, Ministerpräsident und Aussenminister Nov. 1881–Jan. 1882), 95, 289, 360, 362, 373, 376, 381, 400, 409, 419, 420, 422–425, 436, 437, 769
- Gareis, Carl (Mitverfasser des Werkes «Staat und Kirche in der Schweiz»), 502, 523
- Garibaldi, Giuseppe (Italienischer Freiheitskämpfer), 8
- Garrigat, Jean Zacharie Albert (Französischer Abgeordneter), 269
- Gaudin, Emile François (Französischer Abgeordneter), 269
- Gavard, Pierre Alexandre (Staatsrat des Kantons Genf für Öffentliche Arbeiten), 374, 380
- Gebner, Rudolf (Schweizer Vize-Konsul in Washington), 398
- Geigy-Merian, Johann Rudolf (Basler Nationalrat, Fabrikant von Farbstoffen, Handelsvertragsunterhändler), 231, 394, 395, 399, 400, 410, 411, 431, 436–438, 473, 474, 477, 478, 480, 488, 494, 496, 545, 657, 658
- Gentsch, siehe Gentz, Joseph
- Gentz, Joseph (Österreichischer Hofrat), 190
- Gerster, Moritz (Amtsnotar in Bern), 699
- Gerwig, Robert (Oberingenieur der Gottthardbahn), 198
- Giers, Nikolai Karlowitsch (Russischer Aussenminister), 884
- Giffen, Robert (Chef für Handel im britischen «Board of Trade»), 512
- Giolitti, Giovanni (Italienischer Staatsmann), 948
- Girardet, Abraham (Schweizerischer Maler), 153
- Girod, Amédée (Genfer Staatsrat für Justiz und Polizei), 35–37
- Gisi, Joseph (Solothurner Nationalrat 1887–1902, Landwirt), 855
- Giudici, Vittorio (Italienischer Abgeordneter aus Como), 336
- Gladstone, William Ewart (Britischer Staatsmann), 768
- Glinka, Nikolaj Dimitriewitch (1. Sekretär der russischen Gesandtschaft in Bern), 104
- Goblet, René Marie (Französischer Ministerpräsident Dez. 1886–Mai 1887, Innenminister Jan.–Juli 1882, Kultusminister April 1885–Dez. 1886, Aussenminister April 1888–Febr. 1889), 269, 668, 679, 694, 739, 740, 746, 749, 750
- Gontaut-Biron, Anne Armand, Conte de (Französischer Botschafter in Berlin), 90
- Gonzenbach, Karl Emil Viktor (St. Galler Nationalrat 1878–1884, Präsident des Kaufmännischen Direktoriums in St. Gallen 1864–1886, Handelsvertragsexperte und -unterhändler), 394, 395, 399, 400, 436, 437, 474, 476–479
- Gortschakow, Alexander Michailowitsch, Fürst von (Russischer Aussenminister 1856–1882), 104, 105, 140, 154, 279, 337
- Gortschakow, Michael, Prinz von (Russischer Gesandter in Bern 1872–1878), 61
- Goschen, George Joachim, Viscount (Britischer Parlamentarier), 343
- Goulard, Marc Thomas Eugène (Französischer Innenminister Dez. 1872–Mai 1873), 20, 21, 23, 28, 33
- Goumoëns, Otto Adalbert Armand von (Oberstleutnant und Gutsbesitzer), 60
- Gramont, Antoine-Alfred-Agénor, Duc de (Französischer Aussenminister Jan.–Aug. 1870), 668, 745
- Granville, George Leveson-Gover, Earl (Britischer Aussenminister), 408, 511, 512
- Grecchi, Francesco (Italienischer Konsul in Lugano), 568, 572, 576, 577
- Grévy, Jules (Französischer Staatspräsident Jan. 1879–Dez. 1887), 674, 679
- Grosbeck, William S. (US-Delegierter an der Münzkonferenz von 1878), 281
- Grosjean, Arnold (Neuenburger Nationalrat,

- Uhrenfabrikant, Handelsvertragsexperte), 474, 477, 480
- Guillaume, Louis (Direktor der Strafanstalt von Neuenburg), 275, 276
- Guillemin, Ernest (Französischer Abgeordneter), 269
- Guyer-Freuler, Eduard (Schweizer Ingenieur, Generalkommissar für die Weltausstellung 1878 in Paris, Erbauer der Pilatusbahn), 230
- Hahn, Christoph (Dr., württembergischer Delegierter für die Auswanderung nach Kanada), 274
- Hamburger, Andreas von (Russischer Gesandter in Bern), 773, 884, 885, 900, 909–914, 916
- Hammer, Johann Bernhard (Schweizerischer Gesandter in Berlin 1868–1875, dann Bundesrat), 7, 38, 49, 82, 84, 101, 105, 119, 123, 132, 149, 154–156, 158, 170, 180, 196, 200, 281, 284, 285, 287, 317, 326, 327, 329, 333–336, 338, 343–346, 394, 395, 398, 400, 418, 420, 493, 539, 541, 568, 583, 653, 657, 680, 765, 777, 832, 837, 843, 848, 850, 867, 898, 904, 934, 935, 950
- Hansemann, Adolf (Deutscher Bankier, Leiter der Disconto-Gesellschaft), 196
- Harcourt, Bernard Hyppolite Marie, Comte d' (Französischer Botschafter in Bern), 131, 134, 175–177, 188, 254, 361
- Hasselmann, Wilhelm (Deutscher sozialistischer Reichstagsabgeordneter), 299
- Hatzfeldt, Paul von (Deutscher Botschafter in London), 764
- Haupt, Christian (Mineralwasserfabrikant in Genf, deutscher «agent provocateur»), 788, 792, 793, 797, 801, 817, 857
- Hauser, Walther, (Zürcher Nationalrat 1869–1875, Ständerat 1879–1888, Regierungsrat 1881–1888, dann Bundesrat), 399, 400, 436, 438, 918, 919, 925
- Havas (Französische Nachrichtenagentur), 407
- Hayes, Rutherford Birchard (US-Präsident März 1877–März 1881), 533
- Haymerle, Heinrich, Freiherr von (Österreichisch-ungarischer Aussenminister Dez. 1878–Okt. 1881), 382, 383, 397
- Heer, Andreas (Schweizer Kaufmann in Konstantinopel), 67, 70, 71, 168
- Heer, Fridolin (Schweizer Kaufmann in Konstantinopel), 168
- Heer, Joachim (Landammann von Glarus 1857–1875, dann Bundesrat), 167, 224, 226, 228, 229, 233–235, 237, 244, 246, 250, 255, 258, 260, 264, 265, 267, 268, 270, 273, 290, 374, 480
- Heitz, Johann Philipp (Thurgauer Nationalrat, Baumwollfabrikant), 399, 436, 438
- Hellweg, Wilhelm (Chefingenieur der Gott-hardbahngesellschaft), 192, 198, 220
- Hennequin, Eugène Gabriel (Französischer Konsul in Genf), 46
- Henri V. siehe Chambord, Henri
- Hentsch, Edouard (Präsident des Verwaltungsrates des «Comptoir d'Escompte»), 699
- Herbert von Rathkeal, Gabriel, Freiherr (Österreichisch-ungarischer Botschaftsrat in Konstantinopel), 138
- Herbette, Jules-Gabriel (Französischer Botschafter in Berlin), 669, 679, 763, 766, 768, 945
- Hernandez (1. Sekretär der spanischen Botschaft in Paris), 15
- Hertenstein, Wilhelm Friedrich (Bundesrat), 403, 528, 537, 545, 601, 656, 717, 722, 765, 792, 819, 827, 848, 918
- Herzog, Hans (Schweizer General 1870/71), 680
- Hirsch (Deutsches Nachrichtenbüro), 312
- Hirsch, Adolphe (Leiter des Observatoriums Neuenburg, Delegierter an der internationalen Meterkonferenz) 145, 148, 231
- Hitz, John (Schweizerischer Generalkonsul und politischer Agent in Washington), 397, 398
- Hoene, Eugen (Kanzleichef der deutschen Botschaft in Paris), 752, 763–765
- Hofmann, Karl von (Präsident des deutschen Reichskanzleramtes resp. Innenminister Juni 1876–Nov. 1880, Preussischer Handelsminister Juli 1879–Nov. 1880), 236, 248, 249, 276, 297, 300, 349
- Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig, Fürst, Prinz von Ratibor und Corvey (Deutscher Staatsmann und Diplomat), 102, 103, 270, 564
- Hohenzollern (Deutsches Adelsgeschlecht), 279
- Hohl, Johannes (Schweizerischer Konsul in Barcelona), 475
- Hohl, Johann Jakob (Appenzeller Ständerat, Textilfabrikant, Regierungsrat 1874–1880 und 1883–1887, regierender Landammann 1875–1880 und 1883–1886), 437, 438
- Hold, Hans (Oberst, eidgenössischer Kom-

- missär zur Untersuchung der Vorfälle in Göschenen), 179–181, 191
- Holleben, Theodor von (Deutscher Ministerresident in Buenos-Aires, später Gesandter in Tokio), 450, 451, 942, 943
- Holstein, Friedrich von (1. vortragender Rat der politischen Abteilung des deutschen Auswärtigen Amtes), 743, 744, 763–765, 823
- Horton, Dana (Amerikanischer Delegierter an den Münzkonferenzen von 1878 und 1881), 283, 403
- Hotz, Henri (Schweizer Unternehmer in Winterthur und Mailand, Vertrauensmann des Handelsdepartements), 316
- Houdetot, Gaston, Comte d' (Präsident der «Société pour l'amélioration du sort des Prisonniers de Guerre»), 104, 106, 118
- Hoyos, Ladislaus, Graf von (Österreichisch-ungarischer Botschafter in Paris), 665
- Huber, Otto (Vortragender Rat im deutschen Reichskanzleramt), 170, 171, 843
- Hübner, Wilhelm (In Alexandrien geschädigter Schweizer), 456
- Hue (Major, Militärberater von Aussenminister Flourens), 738–740, 742
- Huene, siehe Hoene, Eugen
- Hughes-Canoni, H. (Vorhangfabrikant in St-Quentin), 225
- Ida, Judzuru (Japanischer Gesandter in Paris), 484, 485, 486
- Imer-Schneider, Edmond (Ingenieur aus Genf), 352
- Imhof, Heinrich Max (Schweizer Maler und Bildhauer), 153
- Indra (Oberbaurat im österreichischen Innenministerium), 689
- Inouye, Kaoru (Japanischer Aussenminister Dez. 1879–Dez. 1887), 583
- Irigoyen, Bernardo (Argentinischer Aussenminister), 451
- Iwakura, Tomomi, Sionii (Japanischer Botschafter auf Erkundungsmission 1872/73), 43–45
- Ito, Hirobumi, Herzog (Japanischer Botschafter auf Erkundungsmission 1872/73), 43, 44
- Jaccard, Louis Ulysse (Schweizer Konsul in Buenos-Aires), 366, 450, 451, 904–907
- Jacob-Kunkler, Johann E. (Kaufmann in Flawil), 474
- Jacobini, Ludovico (Kardinalstaatssekretär 1880–1887), 492, 497, 500–502, 506, 534, 535, 561, 565
- Jäger, Friedrich (Architekt, Mitglied des Schweizer Generalkommissariats für die Weltausstellung in Paris 1878), 229
- Jägerschmidt, Charles (Beamter für Handelsfragen im französischen Aussenministerium), 72, 73, 84, 332
- Jäggi-Gyger, Friedrich (Schweizer Auswanderungspropagandist), 165
- Jametal, Gustave-Louis (Französischer Abgeordneter), 269
- Jasmund, Julius Helmut von (Geheimer Legationsrat im deutschen Auswärtigen Amt), 308
- Jenny-Zwicky, Fritz (Glarner Baumwollfabrikant, Handelsvertragsexperte), 474
- Jenny, Peter (Glarner Baumwollfabrikant und Grosskaufmann, Nationalrat 1866–1872, Ständerat 1875–1877), 211
- Jonghe d'Ardoye, Louis, Comte de (Belgischer Gesandter in Wien 1866–1891), 678
- Joos, Wilhelm (Schaffhauser Nationalrat 1863–1900, Arzt und Rentner), 950
- Jung, Henri-Félix-Théodore (Französischer General, Kabinettschef von Kriegsminister Boulanger), 739
- Jungo, Ignace (Schweizer Siedler in Punto Arenas/Chile), 264
- Kabuli Pascha, Mehmet (Türkischer Staatsmann, Botschafter in Wien 1873/74, Handelsminister 1868–1871, 1874), 67–69, 71, 136
- Kaiser, Simon (Direktor der Solothurner Bank, Nationalrat 1857–1887, Präsident der Zolltarifkommission des Nationalrates), 633
- Kalbfuss, Charles Louis (Schweizer Auswanderer in Argentinien), 450, 451
- Kallay, Béni, von Nagy-Kalló (Inspektor des österreichisch-ungarischen Aussenministeriums), 370
- Kálnoky, Gustav, Graf (österreichisch-ungarischer Aussenminister Dez. 1881–Mai 1895), 585, 639, 677, 690, 892, 900, 903, 911, 912, 916, 917
- Kammerer, Anton (Österreichischer Anarchist, Mitarbeiter der «Freiheit», lebte zeitweilig als Buchbinder in Bern), 555, 618
- Karl Ludwig Joseph Maria (Erzherzog von Österreich), 383, 871
- Karrer, Ludwig (Eidg. Auswanderungskommissär), 904

- Kaufmann, Joseph (Deutscher Polizeispitzel, Mitarbeiter der «Freiheit»), 468, 797
- Kaulbars, Nikolai von (Russischer Emissär in Bulgarien), 665
- Keller (Pseudonym von Alfred Escher), 242
- Keller, Conrad (Privatdozent für Zoologie an der Polytechnischen Schule in Zürich, Leiter der Madagaskarexpedition), 685
- Keller, Johann Jakob (Zürcher Nationalrat, Baumwollfabrikant), 649
- Kennel, Friedrich Philipp von (Deutscher Anarchist in Bern, Spengler), 469, 555
- Kern, Johann Konrad (Schweizerischer Gesandter in Paris 1856–1883), 12, 15, 20, 22, 24, 25, 27, 30, 32–37, 39, 40, 45, 54, 55, 57, 63, 73–75, 78, 90, 93, 100, 127, 128, 141, 143, 145, 149, 168, 183, 186, 187, 189, 190, 206, 209, 224–226, 228, 230–232, 250, 252, 258, 260, 265, 268, 271, 273, 288, 292, 293, 304, 319, 331–333, 349, 360, 372, 374–376, 379, 383, 386, 387, 392, 399, 400, 406, 409, 410, 411, 413, 417–420, 422–425, 427, 429, 433, 436, 441, 444–446, 508, 745, 746
- Keudell, Robert von (Deutscher Botschafter in Rom), 236, 248
- Khalil Pascha (Türkischer Botschafter in Wien, seit Sept. 1872 Aussenminister), 68, 69, 136
- Kiefer-Bär, Georg (Kurzwarenhändler in Basel), 779
- Kinel, Albert (Geheimer Baurat im deutschen Reichskanzleramt, Mitglied des Verwaltungsrates der Gotthardbahn), 248, 249, 604
- Kisch, Alexander (Rabbiner in Zürich, Präsident des «Cultur-Vereins der Israeliten in der Schweiz»), 255
- Kloss, Karl (Schweizerischer Legationssekretär in Washington), 820
- Knüsel, Melchior Joseph Martin (Bundesrat 1855–1875), 19, 43, 77
- Knuth, Joakim Sigismund Ditlev, Graf (Dänischer Gesandter in Wien 1884–1890), 893
- Koehlin-Geigy, Alphons (Leiter der Basler Handelsbank, Ständerat 1866–1875, Präsident der Basler Handelskammer 1876–1891, Handelsvertragsunterhändler), 172, 175, 187, 188, 189, 194, 195, 214, 216, 316, 321, 325
- Koller, Gottlieb (Gotthardbahninspektor), 169, 244, 250, 251
- Korb, Karl, Freiherr von Weidenheim (Österreichischer Handelsminister), 353
- Kourimoto (Übersetzer der japanischen Erkundungsmission 1872/73), 44
- Krapotkine, siehe Kropotkin, Peter
- Krieter, Wilhelm (Preussischer Polizeiinspektor, Verfasser der Broschüre «Die geheime Organisation der Sozialdemokratischen Partei»), 815
- Kropotkin, Peter, Fürst (Russischer Revolutionär), 351, 403, 404
- Krüger (Dem deutschen Auswärtigen Amt zugeweihter Direktor der politischen Polizei), 788, 829
- Krüger, Emil (Deutscher Sozialist in Zürich), 792, 794, 816, 817
- Kuefstein, Karl, Graf von (Österreichisch-ungarischer Diplomat), 402
- Künzle-Steger, Josef Ulrich (Exportkaufmann für Weisswaren in St. Gallen), 686
- Künzli, Arnold (Aargauer Nationalrat 1864–1865, 1869–1908, Industrieller, Oberst, Eidgenössischer Kommissar im Tessin 1880 und 1890), 399, 436
- Kumitsch [Kumics], Michael (Anarchist), 618
- Kummer, Johann Jakob (Direktor des schweizerischen Statistischen Bureau's), 274
- Laboulaye, Antoine Paul René de (Sekretär der französischen Botschaft in Bern), 113, 114, 136, 175
- Lachat, Eugène (Bischof von Basel seit Febr. 1863, im Jan. 1873 von 5 der 7 Diözesankantone abgesetzt, seit Aug. 1885 Apostolischer Administrator des Tessins), 326, 345, 346, 360, 517–520, 525, 534, 535, 561, 565, 581, 588
- Lachat, Joseph François (Am 26.1.1874 aus dem Kanton Bern ausgewiesener katholischer Vikar von Saignelégier), 134, 135
- La Londe, Auguste Paul, de Cordier de Bigars, Comte de (Sekretär der französischen Gesandtschaft in Bern 1871–1873), 85, 87
- La Marmora, Alfonso Ferrero, Marchese di (Italienischer Staatsmann, General), 78
- Lanfrey, Pierre (Französischer Gesandter in Bern), 13, 21, 22, 24, 25, 27, 32, 35–37, 57, 58, 72, 113, 114, 333
- Lang, Otto (Zürcher Bezirksanwalt), 830, 923
- Lardet, Charles (Schweizer Generalkonsul in Madrid), 464, 475
- Lardy, Charles (Legationsrat bei der schweizerischen Gesandtschaft in Paris, dann

- Gesandter 1883–1917), 52, 57, 72, 74, 78, 83, 85, 87, 90, 94, 95, 99, 261, 281, 284, 285, 304, 342, 343, 372, 373, 401, 408, 410, 412, 420, 422, 425, 426, 433, 441, 443–446, 506, 521, 522, 527, 532, 537, 539, 540, 542, 546–551, 562, 577, 578, 583, 584, 591, 595, 601, 636, 641, 651, 663–665, 668, 673, 679, 681, 682, 694, 698, 700, 707, 709, 710, 714, 717–719, 723, 725–728, 732, 738, 740–742, 746–748, 750, 752, 754, 762–765, 767, 770, 771, 774, 775, 837, 913, 914, 918, 946, 950
- Launay, Edoardo, Graf von (Italienischer Gesandter in Berlin 1867–1871, dann Botschafter), 202, 226, 227, 234, 248
- La Valette, Adrien, Comte de (Geschäftsleiter der «Ligne d'Italie»), 27, 31, 32, 34, 42, 95, 96, 99, 100
- Lavalette, Charles-Jean-Marie-Félix, Marquis de (Französischer Staatsmann und Diplomat), 143
- Lebaudy, Jean Gustave (Französischer Abgeordneter, Mitglied der Pariser Handelskammer), 269
- Leblanc, Emile Augustin (Französischer Kommunarde), 35
- Légrand, Louis (Französischer Abgeordneter), 269
- Légrand, Pierre (Französischer Abgeordneter), 269
- Lehmann, Hans (Schweizerischer Vize-Konsul in Rosario), 904
- Leo XII. (Papst 1823–1829), 535, 536
- Leo XIII. (Papst 1878–1903), 271, 272, 295, 308, 326, 327, 330
- Lepère, Edme-Charles-Philippe (Französischer Abgeordneter), 31, 34, 41
- Leroy-Beaulieu, Pierre-Paul (Französischer Nationalökonom), 262, 265
- Lesseps, Ferdinand, Vicomte de (Französischer Diplomat, Erbauer des Suez-Kanals), 737
- Letellier (1886 in Karlsruhe unter Spionageverdacht verhafteter französischer Offizier), 666
- Levachoff, siehe Kropotkin, Peter
- Lewal, Jules Louis (Französischer Kriegsminister Jan.–März 1885), 601, 602
- Leyden, Casimir von (Legationsrat und Erster Sekretär der deutschen Botschaft in Paris), 752
- Lincoln, Abraham (US-Präsident März 1861–April 1865), 592
- Lion, A. (Bauingenieur in Paris), 115
- Lissa, Mathias (Schneider, österreichisch-ungarischer Anarchist in Bern), 555
- Lobanow-Rostowzky, Aleksej-Borisovič (Russischer Botschafter in Wien 1882–1895), 912
- Lochmann, Jean Jacques (Schweizerischer Oberst, Waffenchef des Genie und Chef des Topographischen Bureaus), 537
- Lockroy, siehe Simon, Edouard Etienne Antoine
- Loftus, Augustus William Frederick Spencer (Britischer Botschafter in St. Petersburg 1871–1879), 122
- Lombardi, Vittorino (Staatschreiber des Kantons Tessin), 109
- Lommel, Thomas Georges (Eisenbahningenieur, Direktor der Simplonbahngesellschaft), 37
- Louis XV. (König von Frankreich 1715–1774), 53
- Louis Philippe (König der Franzosen 1830–1848), 27, 304
- Loys, Jean Ferdinand de (Unternehmer, Vertreter des Finanzkonsortiums zur Steigerung der Ligne d'Italie 1873/74), 37, 38, 41, 96
- Lutz-Ehrle, Balthasar Anton (Schneider, deutscher «agent-provocateur»), 875–880, 888, 890, 894, 936
- Luzzatti, Luigi (Italienischer Handelsvertragsdelegierter, Generaldirektor des Ministeriums für Ackerbau und Handel), 23, 183, 187–190, 194, 774
- Lyons, Richard, Lord (Britischer Botschafter in Paris), 27, 260, 261, 270, 388, 441, 578
- Lytton, Edward Robert, Lord (Britischer Gesandter und Erster Sekretär der Botschaft in Paris), 27
- Mac-Mahon, Marie-Edme-Patrice-Maurice (Französischer Staatspräsident Mai 1873–Jan. 1879), 39, 40, 42
- Märki, Friedrich (Aargauer Polizeisoldat), 936
- Magatti, Massimiliano (Advokat, katholischer Politiker im Tessin), 580
- Magliani, Agostino (Italienischer Finanzminister Dez. 1878–März 1879, Nov. 1879–April 1887, Aug. 1887–Febr. 1889), 494, 545, 948
- Magne, Pierre (Französischer Finanzminister Mai 1873–Febr. 1875), 83
- Magnin, Pierre-Joseph (Französischer Landwirtschafts- und Handelsminister Sept.

- 1870—Febr. 1871, Finanzminister Dez. 1879—Nov. 1881, seit Nov. 1881 Gouverneur der Bank von Frankreich), 373, 402, 774, 775
- Mahdi [Muhammad Ahmad] (Islamischer Prophet im Sudan), 579
- Mahy, François Césaire de (Französischer Abgeordneter), 269
- Malet, Edward Baldwin, Sir (Britischer Botschafter in Berlin 1884—1895), 669
- Malézieux, François Adrien (Französischer Abgeordneter), 269
- Malou, Jules (Belgischer Staatsmann, Finanzminister Dez. 1871—Okt. 1884), 83
- Manassli (Wirklicher Staatsrat von Bessarabien), 341
- Mancini, Pasquale Stanislao (Italienischer Staatsmann, Aussenminister Mai 1881—März 1884), 460, 489, 494, 513—515, 522, 545, 552, 554, 576, 590
- Manuel, Gustav (1. Sekretär der schweizerischen Oberzolldirektion), 445
- Maraini, Clément (Ingenieur, Vertreter der Gotthardbahngesellschaft in Rom), 206, 241, 242, 250, 336
- Marckwort, Ferdinand von (Österreichisch-ungarischer Legationsrat in Bern), 10
- Marcuard, Jules (Berner Bankier), 747
- Mariani, Jean-Baptiste-Félix (Französischer Konsul in Basel 1877—1880, Direktor für Handel im französischen Aussenministerium 1880—1885, Geschäftsträger, dann Gesandter in München 1885—1888, seit 1888 französischer Botschafter in Rom), 380, 411, 431
- Marie (Vizedirektor für Aussenhandel im französischen Handelsministerium), 226, 777
- Marilley, Etienne (Bischof von Lausanne und Genf 1846—1879), 5, 48, 326, 502, 504
- Marteau, Amédée (Französischer Wirtschaftsexperte), 508
- Martin, Louis-Alexandre (Kaufmann, Neuenburger Nationalrat 1878—1881, Ständerat 1881—1883), 436, 437
- Martuscelli, Ernesto (1. Sekretär der italienischen Gesandtschaft in Bern), 240
- Marty-Raschle, Fridolin (Chef des Hauses «Marty & Comp.» in Bukarest), 211
- Massa, Mattia (Generaldirektor der Oberitalienischen Bahnen), 243, 336
- Maurice, Pétrus Mathieu resp. Mathieu François (Am 25. Jan. 1875 in Compesières altkatholisch getauftes Kind), 130
- Mazzini, Giuseppe (Italienischer Revolutionär, Vorkämpfer der nationalen Einigung), 16
- Meglia, Pier Francesco (Nuntius in Paris), 271
- Melegari, Luigi Amadeo (Italienischer Gesandter in Bern), 61, 145, 172, 180, 195, 234, 250, 251, 334, 335, 370
- Méline, Félix Jules (Französischer Abgeordneter, Landwirtschaftsminister Febr. 1883—März 1886), 269
- Menabrea, Federico Luigi, Conte, Marchese de Valdora (Italienischer Ministerpräsident Okt. 1867—Nov. 1869, Botschafter in Paris seit Dez. 1882), 540
- Menelik (Kaiser von Abessinien 1889—1911), 940
- Mensshengen, Ferdinand von (Österreichisch-ungarischer Gesandter in Bern 1856—1867), 701
- Mermillod, Gaspard (Bischof von Hebron in partibus infidelium seit 1864 und apostolischer Vikar von Genf seit Jan. 1873, aus der Schweiz ausgewiesen Febr. 1873, Bischof von Lausanne und Genf 1883—1890, dann Kardinal), 1, 2, 4, 7, 10, 14, 21, 25, 46—49, 52, 53, 56, 57, 79, 88, 326, 492, 493, 497—506
- Metternich-Winneburg, Klemens Wenzel Lothar Nepomuk von (Minister des Kaiserlichen Hauses und der Auswärtigen Angelegenheiten von Österreich 1809—1821, Haus-, Hof- und Staatskanzler 1821—1848), 691, 692, 788
- Meyer, Albert (Schweizerischer Oberzolldirektor), 316, 379, 395
- Meyerhofer, Jacob (Zürcher Polizeileutnant), 815
- Michael (Griechisch-orthodoxer Metropolit und Erzbischof von Serbien 1859—Okt. 1881), 912
- Milan Obrenović (Fürst, seit 1882 König von Serbien), 893
- Millaud, Edouard (Französischer Abgeordneter), 269
- Minghetti, Marco (Italienischer Ministerpräsident März 1863—Sept. 1864, Aug. 1873—März 1876), 189
- Mingrelien, Nikolaus Dadian, Fürst von (Anwärter auf den bulgarischen Thron), 664
- Mirza Malcom Khan (Sonderbotschafter des Schah von Persien), 23
- Mohrenheim, Artur Pavlovič (Russischer Diplomat, Gesandter in Kopenhagen

- 1867–1882, Botschafter in London 1882–1884, Botschafter in Paris 1884–1897), 753
- Molinary, Guillaume de (Französischer Nationalökonom), 780
- Mollien, Charles Eudoxe (Französischer Abgeordneter), 269
- Moltke, Helmuth Karl Bernhard, Graf von (Preussischer Feldmarschall), 150, 151, 156, 358, 377, 670, 671, 704
- Montalivet, Martha Camille Bachasson, comte de (Französischer Minister unter König Louis Philippe), 304
- Montgolfier, Pierre Louis Adrien de (Französischer Abgeordneter, Bauingenieur), 72
- Moore, John Bassett (US-Unterstaatssekretär), 833, 834
- Morel, Joseph Karl Pankraz (Schweizerischer Bundesrichter), 510
- Morin, Arthur Jules (General, Präsident des französischen «Conservatoire des arts et métiers»), 147
- Most, Johann (Deutscher Anarchist, lebte als Journalist in den USA), 468, 618
- Motteler, Ernst Julius (Chef der Expedition des «Sozialdemokrat»), 792, 815, 821
- Moynier, Gustave (Präsident des «Comité international de secours pour les militaires blessés» in Genf), 28, 111
- Mühler, Heinrich von (Preussischer Kultusminister März 1862–Jan. 1872)
- Müller (Aargauer Polizeisoldat), 936
- Müller, Eduard (Berner Nationalrat 1884–1895, ausserordentlicher Bundesanwalt 1885, Bundesrat 1895–1919), 598, 611
- Münster, Georg Hubert, Reichsgraf von (Deutscher Botschafter in London 1873–1885, dann Botschafter in Paris), 50, 666, 667, 763–765, 768
- Muts-Hito (Kaiser von Japan 1867–1912), 43
- Nadaillac, Jean François Albert du Pouget, marquis de (Präfekt des Departements Basses-Pyrénées), 16
- Naeff, Wilhelm Matthias (Bundesrat), 43, 63, 73, 119, 164, 170
- Napoléon I. (Kaiser der Franzosen 1804–1814/15), 283, 752
- Napoléon, Jérôme (Französischer Thronprätendent), 14, 21
- Nardi, Bernardus Petrus (Kapuziner, angeblich Unterhändler des Papstes), 24
- Nasser-Ed-Din (Schah von Persien 1848–1896), 60–62
- Nazare Aga (Persischer Geschäftsträger in Paris), 23, 59
- Nestlé, Henri (Kindermehlfabrikant in Vevey), 446, 448, 449
- Neusburger, Josef (Österreichischer Oberingenieur), 462
- Nicotera, Giovanni (Italienischer Staatsmann), 948
- Nigra, Costantino (Italienischer Gesandter in Paris und Wien), 78, 84, 90–92, 664
- Nikolaus I. (Russischer Kaiser 1825–1855), 786
- Nina, Lorenzo (Kardinalstaatssekretär 1878–1880), 295, 296, 359, 360
- Nobiling, Karl (Deutscher Kaiserattentäter), 278
- Ocampo, Manuel (Besitzer der Kolonie Ocampo in Argentinien), 451
- O'Danne, Sidney Augustin (Preussischer Hauptmann, militärischer Erzieher von Kaiser Wilhelm II.), 830
- Ollivier, Emile (Französischer Ministerpräsident Jan.–Aug. 1870), 668
- Olózaga, Salustiano (Spanischer Botschafter in Paris 1868–1873), 14–16, 23
- Oppenheim, Abraham (Deutscher Bankier), 196
- Orczy, Béla, Freiherr von (Geheimrat und Sektionschef im österreichisch-ungarischen Aussenministerium), 337
- Ormond, Jacques François (Staatsrat des Kantons Genf 1871–1875), 2
- Ottensfels-Gschwind, Moritz von (Österreichisch-ungarischer Gesandter in Bern), 10, 131, 199, 344, 353, 354, 359, 468, 523, 585, 638, 678
- Oubril, Paul d' (Russischer Botschafter in Berlin), 356, 383
- Ozenne, Jules Antoine Sainte-Marie (Generalsekretär des französischen Ministeriums für Ackerbau und Handel, Handelsminister Nov.–Dez. 1877), 22, 23, 27, 28, 187–190, 209, 225, 226
- Palmerston, Henry John Temple, Viscount (Britischer Staatsmann), 391
- Parieu, Marie Louis Pierre Félix, Esquivou de (Französischer Währungsexperte), 83, 84
- Parnis Effendi (Rat im türkischen Aussenministerium), 138, 139, 142
- Patru, Etienne (Staatsrat des Kantons Genf 1881–1883), 536
- Pedrazzini, Martino (Katholisch-konservativer Tessiner Politiker, Staatsrat 1875–

- 1890, Nationalrat 1873—1890), 517—519, 525, 580
- Pedroli, Giuseppe (Staatsrat des Kantons Tessin), 109
- Perels, Emil (Österreichischer Gutachter für die Rheinkorrektion), 461, 487
- Perroulaz, Etienne (Römisch-katholischer Pfarrer in Bern), 131
- Pestalozzi, Johann Heinrich (Schweizerischer Pädagoge 1746—1827), 153
- Peterelli, Remigius (Anwalt, katholisch-konservativer Graubündner Ständerat 1864—1892 [mit kurzen Unterbrüchen zu Beginn], Unterhändler zur Beilegung des Kulturkampfes 1884), 565, 569
- Pétronievitch, M. (Serbischer Gesandter in Wien), 912
- Pfyffer, Alphons (Schweizerischer Generalstabschef), 537, 682, 695, 696, 709, 710, 715, 721, 722, 746, 771, 868, 869, 919
- Philippin-Duval, Jacob François Louis (Schweizerischer Generalkonsul in St. Petersburg), 140
- Philippin, Jules (Staatsrat für Öffentliche Arbeiten des Kantons Neuenburg 1875—1882, Ständerat 1856—1860, Nationalrat 1860—1882), 374, 375, 380, 414, 417, 444, 619
- Philippoteaux, Auguste (Französischer Abgeordneter), 269
- Picot, Georges (Direktor für Kriminalfälle im französischen Justizministerium), 304
- Pierrot-Deseiligny, Alfred Nicolas (Französischer Minister für Öffentliche Arbeiten Mai 1873—Mai 1874), 41, 42
- Pierson, Nicolaas Gerard (Niederländischer Delegierter an der Münzkonferenz von 1881), 402
- Pinkert, siehe Thomass, Karl Ernst
- Pino-Friedental, Felix, Freiherr von (Österreichischer Handelsminister Jan. 1881—März 1886), 449
- Pioda, Giovan Battista (Schweizerischer Gesandter in Rom), 169, 180, 191, 202, 203, 223, 234, 239, 240, 250, 302, 303, 315, 316, 321, 324—326, 329, 330, 335, 363, 364
- Pioda, Giovan Battista (Sohn des obigen, schweizerischer Diplomat, Legationssekretär in Rom), 939
- Pirmez, Eudoxe (Belgischer Staatsmann, Staatsminister ohne Kabinettsrang seit 1884), 282—284, 402, 651, 859
- Pius VII. (Papst 1800—1823), 5
- Pius IX. (Papst 1846—1878), 76, 295, 308, 326, 327, 492, 500
- Planta, Peter Conradin von (Graubündner Anwalt und Politiker, Verfasser zahlreicher Gesetze und Gutachten), 692
- Plantier, Claudius Henricus (Bischof von Nîmes 1855—1875), 12, 13, 92
- de Pont, Alphons, Freiherr von (Minister in besonderer Verwendung im österreichisch-ungarischen Aussenministerium), 301
- Pouyer-Quertier, Auguste Thomas (Französischer Abgeordneter), 190, 269
- Puttkamer, Robert von (Preussischer Kultusminister Juli 1879—Juni 1881, Innenminister und Vizepräsident Juni 1881—Juni 1888), 356, 788, 796, 797, 800, 801
- Radowitz, Joseph von (Deutscher Diplomat), 140
- Rambert, Henri Louis (Anwalt in Lausanne, Berater von Louis Favre), 37, 164
- Rampa, Franz Constantin (Bischof von Chur 1879—1888), 467, 518, 519
- Ras Alula (Äthiopischer Kriegsherr in Tigre 1889), 940
- Raschid Pascha (Türkischer Botschafter in Wien), 136, 138
- Rauscher, Joseph Othmar (Kardinal von Wien), 692
- Raymond, Paul (Herausgeber französischer Landkarten), 732
- Raynal, David (Französischer Minister für Öffentliche Arbeiten Nov. 1881—Jan. 1882, Febr. 1883—März 1885), 550
- Reay, Lord (Vertreter von Britisch-Indien an der Münzkonferenz 1881), 402
- Rechberg, Johann Bernhard, Graf v. R. und Rothenlöwen (Österreichischer Ministerpräsident Mai 1859—Dez. 1860, Aussenminister Mai 1859—Okt. 1864), 701
- Regazzi, Pietro (Staatsrat des Kantons Tessin 1878—1890), 525, 535, 561
- Reinach, Joseph (Französischer Jurist und Politiker), 342, 344
- Reinsdorf, Friedrich August (Deutscher Anarchist und Kaiserattentäter), 618
- Rémusat, Charles de (Französischer Aussenminister Aug. 1871—Mai 1873), 12—14, 20, 21, 23—28, 32, 33, 37, 46, 100, 114
- Renault, Léon (Französischer Abgeordneter), 373, 374
- Rentern, 669
- Respini, Gioachino (Führender katholisch-konservativer Tessiner Politiker, Grossrat

- 1875–1899, Staatsrat 1877 und 1890, Ständerat 1879–1885), 457, 458, 580
- Ressmann, Constantin (Italienischer Botschaftssekretär und Minister in Paris), 78, 79, 91, 663–665, 747
- Reuss, Heinrich, Prinz von (Deutscher Botschafter in Wien), 301, 337, 383, 678, 911
- Riesch, Jakob Franz (Domprobst in Chur), 691
- Rieter-Bodmer, Fritz (Leiter einer Baumwollfärberei und -druckerei in Zürich), 433
- Rieter-Ziegler, Heinrich Peter (Feinspinnerei- und Maschinenbauindustrieller in Winterthur, Oberstleutnant, Zürcher Ständerat 1878–1889, Generalkommissär der Schweiz an Weltausstellungen und Handelsvertragsunterhändler), 155, 216, 399, 436, 437
- Ringier, Karl Albrecht Gottlieb (Anwalt, Aargauer Ständerat 1868–1877, Bundeskanzler 1881–1909), 821
- Rives, George Lockhart (US-Unterstaatssekretär), 812, 833
- Rivier, Alphonse (Schweizerischer Generalkonsul in Brüssel), 767
- Robert, Roberto (Designierter Vertreter der spanischen Rep. in Bern 1873), 14, 16, 23
- Robilant, Carlo Felice Nicolis, Graf von (Italienischer Gesandter in Wien 1871–1876, dann Botschafter 1876–1885, Aussenminister Okt. 1885–April 1887), 10, 699
- Rodé, Emile (Sekretär des Politischen Departements seit Nov. 1883), 546, 748, 949
- Roeder, Maximilian Heinrich von (Deutscher Gesandter in Bern), 19, 180, 200, 222, 234–239, 248, 249, 309, 311, 312, 314, 340, 393, 468, 668
- Roguin, Ernest (Legationsrat an der schweizerischen Gesandtschaft in Paris), 521
- Romang (Gründer der Kolonie Helvetia in Argentinien), 366–368
- Rotenhahn, Wolfram von (1. Sekretär der deutschen Botschaft in Paris), 578
- Roth, Arnold (Schweizerischer Gesandter in Berlin), 226, 234, 235, 238, 239, 248, 276, 296, 298, 299, 301, 305, 307, 313, 348, 355, 377, 380, 390, 394, 395, 450, 471, 556, 563, 602, 644, 657–659, 661, 662, 669, 670, 679, 696, 704, 727, 733, 737, 743, 744, 756, 760, 762, 765, 766, 780, 788, 789, 795–798, 803, 804, 807, 820, 822–824, 828, 837, 840, 841, 844, 857, 858, 866, 868, 874, 878, 881, 891, 897, 900, 913–915, 918, 922–924, 934, 942, 944, 949
- Rothan, Gustave (Verfasser des Buches «La France et sa politique extérieure en 1867»), 668, 753
- Rothschild (Jüdisches Bankhaus), 579, 705
- Roudot, Natalis (Französischer Publizist), 592, 593, 595
- Rouher, Eugène (Französischer Staatsmann, Abgeordneter, Ministerpräsident 1855–1859, 1863–1869, Handelsminister 1855–1866), 269, 407
- Rouland, Gustave (Gouverneur der Bank von Frankreich) 21, 22
- Rouvier, Maurice (Französischer Ministerpräsident Mai–Nov. 1887, Handelsminister Nov. 1881–Jan. 1882, Postminister Mai–Nov. 1887, Finanzminister Febr. 1889–Jan. 1893), 269, 419, 420, 424–427, 430, 431, 433–436, 445, 593, 595, 767, 768
- Roy, Gustave (Präsident der Pariser Handelskammer), 225, 226
- Ruau, Jean Louis André (Generaldirektor der Direktion der Münzen und Medaillen im französischen Finanzministerium), 284
- Rübel, August (Handelsvertragsexperte für Seide), 474, 476, 479, 480
- Ruchonnet, Antoine-Louis John (Bundesrat), 386, 392, 393, 399, 400, 403, 404, 411, 419, 420, 422–429, 468, 484, 486, 492, 494, 509, 511–513, 515, 519, 528, 529, 539–542, 546, 548, 567, 579, 595, 615, 653, 709, 812, 813, 821, 832, 895
- Rudini, Antonio (Italienischer Staatsmann), 948
- Rudolf Franz Carl Joseph (Kronprinz von Österreich, Prinz von Ungarn und Böhmen), 870
- Rusconi, Carlo (Italienischer Delegierter an der Münzkonferenz von 1878), 283, 402
- Russel, Odo William Leopold, Lord (Britischer Botschafter in Berlin), 226, 305, 358, 391
- Rutté, R. de (Schweizer in Lima, im Krieg Chiles gegen Bolivien und Peru geschädigt), 563, 564
- Sachsen-Coburg, Ferdinand von (Fürst von Bulgarien), 664
- Sadik Pascha (Türkischer Botschafter in Paris), 228
- Saffi, Aurelio (Italienischer Staatsmann und Gelehrter), 941
- Saint-Marsan, siehe Asinari, Antonio Maria Filippo
- Saint-Vallier, Charles Raymond, de la Croix

- de Chevière, Comte de (Französischer Botschafter in Berlin), 390, 391
- Salazar (Ekuadorianischer Ministerresident in Paris), 54
- Salis, Adolf von (Eidgenössischer Oberbauinspektor), 369, 689, 951
- Salis, Ludwig Rudolf von (Bearbeiter des «Schweizerischen Bundesrechts» für die Jahre 1874—1903, Bern 1903/04), 830
- Salisbury, Robert Arthur Talbot Gascoigne Cecil, Marquess of (Britischer Staatsmann, Erstminister Juni 1885—Jan. 1886, Aug. 1886—Aug. 1892, Aussenminister März 1878—April 1880, Juni 1885—Jan. 1886, Jan. 1887—Aug. 1892), 666, 893
- Salmerón y Alonso, Nicolao (Spanischer Ministerpräsident Juli—Sept. 1873), 54
- Sameshima, Naonobu (Japanischer Gesandter in Paris), 293
- Sandoz, Lucien et fils (Uhrenfabrik in Le Locle), 637, 638
- Sanetomi, Sanjo, Fürst (Japanischer Ministerpräsident 1871—1885), 43
- Sangro y Rueda, Melchor, conde de la Almina (Spanischer Gesandter in Bern), 465, 470, 475
- Saracco, Giuseppe (Italienischer Minister für Öffentliche Arbeiten), 761
- Sarasin, Hans Franz (Basler Seidenbandunternehmer), 431
- Satie, Conrad (Schriftsteller), 71
- Saussier, Félix Gustave (Französischer General), 763
- Savoy, Joseph Alexandre (Direktor, dann Superior des Priesterseminars in Freiburg/Schweiz, Professor des Kanonischen Rechts), 492, 493, 500, 501
- Say, Léon (Französischer Finanzminister Dez. 1872—Mai 1873, März 1875—Mai 1877, Dez. 1877—Dez. 1879), 269, 270, 283, 284, 290, 342, 343, 593—595, 768, 769
- Schatzmann, Rudolf (Leiter der schweizerischen Milchversuchsstation in Lausanne, Handelsvertragsexperte), 411
- Schenk, Karl (Bundesrat), 43, 90, 95, 98, 99, 101, 104, 105, 111, 123, 131, 134—136, 143, 145, 152, 158, 165, 172, 175, 183, 184, 187, 209, 211, 212, 230, 244, 246, 267, 272, 288, 293, 295, 299—302, 304, 307, 312, 313, 326, 368, 403, 404, 470, 517, 526, 528, 571, 572, 576, 579, 581, 598, 746, 838, 951
- Scherer, Johann Jakob (Bundesrat), 21, 22, 43, 44, 113, 119, 122, 126, 128, 132, 134, 135, 140, 141, 145, 149, 152, 154, 155, 167, 169, 170, 175, 176, 183, 184, 211, 237, 244
- Scherer-Boccard, Theodor, Graf von (Katholischer Politiker, Präsident des schweizerischen Piusvereins), 457
- Scherrer-Engler, Bernhard (Präsident der Ostschweizerischen geographisch-kommerziellen Gesellschaft in St. Gallen), 686
- Schiess, Johann Ulrich (Eidgenössischer Staatsschreiber 1847—1848, Bundeskanzler 1848—1881), 244
- Schinz, Konrad (Schweizerischer Vizekonsul in St. Petersburg), 637
- Schloeth, Lukas Ferdinand (Schweizerischer Bildhauer), 153
- Schlütter, Friedrich Hermann (Sozialdemokrat, Bürger der USA, Prokurist der Volksbuchhandlung der Genossenschaftsdruckerei in Hottingen), 815—818, 821
- Schmid, Andreas (Leinwandfabrikant in Burgdorf, Berner Nationalrat 1869—1872, 1881—1887, Handelsvertragsexperte), 399, 400, 474
- Schmidlin, Wilhelm (Verfasser der Broschüre «Schutzzölle oder Handelsfreiheit?»), 171
- Schnaebeli, Guillaume (Französischer Zollbeamter), 752, 753, 763, 766
- Schneider, F. (Redaktor der «Freiheit»), 468
- Schorlemer-Alst, Burghard, Freiherr von (Deutscher Abgeordneter), 356
- Schröder, Karl (Möbelpolier in Zürich, deutscher «agent provocateur»), 468, 788, 792, 793, 797, 801, 817, 857
- Schultze, Moritz (Deutscher Anarchist in Bern, Schriftsetzer), 555
- Schuwaloff, Paul, Graf (Russischer Botschafter in Berlin 1885—1894), 669, 680, 737
- Schuwaloff, Peter Andrejewitsch, Graf (Russischer Botschafter in London 1874—1879, 2. Delegierter an der Berliner Konferenz 1878), 152, 338
- Schwegel, Joseph, Freiherr von (Sektionschef im österreichisch-ungarischen Aussenministerium), 353
- Schweinitz, Hans Lothar von (Deutscher Botschafter in Wien 1871—1875 und in St. Petersburg 1876—1892), 138
- Schweizer, Alexander (Oberst im schweizerischen Armeestab), 718, 724—726, 734, 736, 739, 741, 749
- Seccombe, Thomas Sir (Finanzsekretär von Britisch-Indien), 283
- Secretan, Edouard (Sekretär des Politischen Departements 1871—1874), 41

- Secrétan, Edouard (Direktor der Gazette de Lausanne), 541
- Seiller, Alois von (Österreichisch-ungarischer Gesandter in Bern), 911, 913
- Seismit-Doda, Federico (Italienischer Staatsmann, Finanzminister März—Dez. 1878, März 1889—Jan. 1891), 401
- Server Pascha, Amin (Türkischer Staatsmann, Aussenminister 1871/72, 1878), 68
- Seymanowsky, siehe Szymanowski, Emil
- Sherman, John (US-Schatzsekretär März 1877—März 1881), 342
- Siber, Hermann (Schweizerischer Vizekonsul in Yokohama), 44
- Simanosky, siehe Szymanowski, Emil
- Simmons, John Lintorn Arabin (Britischer Genie-Oberst), 419
- Simon, Edouard Etienne Antoine (Französischer Handelsminister Jan.—Dez. 1886, Unterrichtsminister April 1888—Febr. 1889), 767
- Singer, Paul (Deutscher sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter), 788, 790, 792, 793, 829
- Soetbeer, Adolf Georg (Münzexperte, Professor in Göttingen), 343
- Solms-Sonnenwalde, Eberhard von (Deutscher Botschafter in Rom), 862, 865
- Soubeyrau, Jean Marie Barande (Französischer Abgeordneter), 83
- Speiser, Paul (Basler Professor für Handels- und Wechselrecht, Regierungsrat, Schweizerischer Delegierter an den internationalen Konferenzen zur Vereinheitlichung des See- und Wechselrechts), 858
- Spuller, Jacques Eugène (Französischer Staatsmann, Aussenminister Febr. 1889—März 1890), 914, 919
- Stanley, Edward Henry, Earl of Derby (Britischer Staatsmann, Aussenminister Febr. 1874—März 1878), 122, 151, 268
- Steiger-Meyer, Jakob (Appenzeller Sticker- und industrieller, schweizerischer Handelsvertragsunterhändler), 225, 591—595
- Steiner-Cramer, Leonhard (Präsident des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrievereins 1872/73), 64
- Stellmacher, Hermann (Deutscher Anarchist, lebte zeitweilig als Schuhmacher in Zürich), 468, 555, 618, 797
- Stephani (Italienische Nachrichtenagentur), 303
- Stephani, Arnold (Schweizerischer Xylograph und Zeichner), 153
- Stern, Moritz Reinhold, Baron von (Russischer Sozialist in Zürich), 792, 794, 816, 817
- St-Hilaire, siehe Barthélemy-Saint-Hilaire, Jules
- Stockalper, Ernest de (Eisenbahningenieur), 37
- Stössel, Johannes (Zürcher Regierungsrat 1875—1917, Nationalrat 1878—1891, Ständerat 1891—1905), 803
- Stoffel, Eugène Georges, Baron (Französischer Oberst), 21
- Stoll, Georg (Direktor der Schweizerischen Kreditanstalt 1873—1885, Verwaltungsrat der Nordostbahn), 206, 233
- Stouff, Eugène-Justin (Katholischer Priester in Croix/Dekanei Delle 1873—1877), 130, 131
- Streckeisen, Albert (Schweizer Generalkonsul in London), 47
- St. Urs und Victor (Solithurner Kollegiatstift), 569
- Sumner, Charles (US-Senator), 530
- Surbeck, Johann Georg (Direktor der deutschen Schule in Alexandrien), 456
- Suter, Gallus August (Anwalt, St. Galler Nationalrat 1866—1869, 1884—1890), 634
- Suter-Vermeulen, J. G. (Niederländischer Generalkonsul in Bern 1865—1879), 125
- Sydow, D. (Unterstaatssekretär im preussischen Kultusministerium), 307
- Széchenyi, Emerich, Graf von Sárvár und Felső-Vidék (Österreichisch-ungarischer Botschafter in Berlin 1878—1892), 903
- Szymanowski, Emil (Spediteur des «Sozialdemokrat» in Zürich), 792, 794, 817
- Taafe, Eduard, Graf von (Österreichischer Ministerpräsident und Innenminister von Aug. resp. Juli 1879 bis Nov. 1893), 690, 692
- Tanabé (1. Sekretär der japanischen Botschaft auf Erkundungsmission 1872/73), 44
- Tauscher, Johann Leonhard (Deutscher Sozialdemokrat, technischer Leiter der Genossenschaftsdruckerei in Hottingen), 815—818, 821
- Teisserence de Bort, Pierre Edmond (Französischer Staatsmann, Handelsminister April—Dez. 1872, Mai 1873, März 1876—Mai 1877, Dez. 1877—Jan. 1879), 231, 232, 260, 261, 269, 270, 290, 338, 388
- Teuscher, Wilhelm (Bernischer Regierungsrat 1870—1878), 130

- Thibaudin, Jean (Französischer Kriegsminister Jan.—Dez. 1883), 542
- Thiers, Louis Adolphe (Französischer Staatspräsident und Ministerpräsident Aug. 1871—Mai 1873), 12, 14, 21, 23, 24, 26, 27, 30, 32—35, 38—41, 45, 135, 425
- Thomachot, Claude (Herausgeber des «Révolté»), 351
- Thomas (Bombenleger von Bremerhafen), 300
- Thomass, Karl Ernst (Deutscher Sozialdemokrat in Basel), 836
- Thouvenel, Henri-Louis (Französischer Diplomat), 143
- Tirard, Pierre Emmanuel (Französischer Handelsminister März 1879—Nov. 1881, Jan.—Juli 1882), 269, 331, 332, 375, 386—388, 400, 407—413, 419, 425, 426, 430, 436, 440, 441, 443, 445, 450
- Tisza, Kálmán, von Boresjenö (Ungarischer Ministerpräsident Dez. 1875—März 1890), 825
- Toda, Ujitaka (Japanischer Gesandter in Wien), 943
- Todtleben, Eduard Ivanovič (Russischer Kriegsingenieur und Heereskommandant, Generalgouverneur von Odessa 1879, von Vilenö, Kovenö und Grodno 1880—1884), 341
- Tognetti, Domenico (Staatschreiber des Kantons Tessin), 525
- Trachsler, Johann Jakob (Sekretär des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements), 794, 876, 880
- Tschudi, Johann Jakob von (Schweizerischer Gesandter in Wien), 10, 67—70, 98, 106, 131, 135, 136, 138, 141, 145, 167, 168, 197, 212, 216, 218, 255, 257, 258, 300, 336, 338, 353, 370, 382, 396, 446, 460, 480, 486, 573
- Umberto I. (König von Italien 1878—1900), 893, 918
- Valsecchi (Italienischer Eisenbahxperte), 250
- Varax, François, Comte de (Sardischer Gesandter in Bern Juli—Dez. 1815), 695
- Varroy, Henri Auguste (Französischer Minister für Öffentliche Arbeiten Dez. 1879—Sept. 1880, Jan.—Juli 1882), 374
- Vautier, Benjamin (Schweizerischer Kunstmaler), 153
- Vautier, Moïse (Genfer Staats- und Nationalrat), 2
- Vela, Vincenzo (Schweizerischer Bildhauer), 153
- Viada, Edoardo (Honduranischer Gesandter in Paris), 54
- Viette, Jules François (Französischer Abgeordneter, Ackerbauminister Dez. 1887—Febr. 1889), 269, 426
- Villaume, Karl von (Deutscher Militärattaché in St. Petersburg), 669
- Visconti-Venosta, Emilio, Marchese (Italienischer Aussenminister), 169, 194
- Vischer (Basler Seidenbandunternehmer), 431
- Vittorio Emanuele II. (König von Italien 1861—1878), 39, 79
- Vögelin, Friedrich Salomon (Zürcher Nationalrat, Professor für Kultur- und Kunstgeschichte an der Universität), 619
- Vogüé, Charles-Jean-Melchior, comte de (Französischer Diplomat, Botschafter in Konstantinopel März 1871—Mai 1875), 67, 70, 135, 136, 141, 142, 167, 168
- Voigts-Reetz, Konstantin Bernhard von (Preussischer General), 156
- Vrolik, Agnites (Niederländischer Delegierter an der Münzkonferenz von 1881, Finanzminister 1854—1858), 402
- Waddington, Richard (Französischer Abgeordneter), 261, 269
- Waddington, William Henry (Französischer Ministerpräsident Febr.—Dez. 1879, Aussenminister Dez. 1877—Dez. 1879, Unterrichtsminister Mai 1873), 253, 260, 261, 270, 288—290, 304, 332, 361, 375, 376
- Waldersee, Alfred, Graf von (Preussischer General), 704, 868, 869, 874
- Walker, Francis A. (US-Delegierter an der Münzkonferenz von 1878), 282, 342, 343
- Walsham, John, Sir (Britischer Gesandter in Paris), 578
- Wartmann, Hermann (Sekretär des kaufmännischen Direktoriums in St. Gallen), 152
- Watel, L. & Ferry, C. (Bauunternehmen in Paris), 115
- Weber, Eduard (Besitzer einer Auswanderungsagentur in Basel), 862—864
- Weber, Friedrich (Schweizerischer Kupferstecher), 153
- Wehrli, Johann Jakob (Schweizerischer Pädagoge 1790—1855), 153
- Weiss, Philippe A. (Genfer Handelsvertragsxperte für Uhren und Schmuck), 230, 231

- Weiss, Karl Theodor (Deutscher Polizeispitzel), 797
- Welti, Friedrich Emil (Bundesrat), 16, 67, 68, 132, 164, 165, 191, 195, 197, 200, 202–204, 206, 207, 212, 218, 222, 223, 240, 244, 251, 267, 331, 334, 353–355, 359, 360, 372, 374, 375, 377, 403, 404, 418, 432, 457, 470, 493, 498, 509, 518, 519, 523, 526–528, 535, 539, 541, 552, 555, 556, 562, 565, 567–569, 576, 577–579, 582, 585, 591, 595, 599, 602, 617, 635, 653, 743, 756, 837, 840, 850, 885, 887, 895
- Wesdehlen, Ludwig von (Deutscher Botschaftsrat in Paris), 90, 91
- Widmann, Bohuslav Adalbert, Freiherr von (Statthalter von Tirol 1879–1890), 460, 461
- Wilhelm I. (Deutscher Kaiser 1871–1888), 667
- Wilhelm III. (König der Niederlande 1849–1890), 61
- Willi, Caspar II. (Bischof von Chur 1877–1879), 692
- Willi, Philipp (Chef der Abteilung Handel, Industrie und Gewerbe im Eidgenössischen Handels- und Landwirtschaftsdepartement), 228, 229, 437, 474, 641, 644, 830, 848
- Wilson, Daniel (Französischer Abgeordneter), 269
- Winchester, Boyd (US-Ministerresident in Bern), 812
- Windthorst, Theodor, Graf zu Stolberg-Wernigerode (Deutscher Reichstagsabgeordneter, Führer des «Zentrums»), 149, 356, 380, 382
- Winterfeld, Adolf von (Deutscher Militärschriftsteller), 377
- Wohlgemuth, August (In Rheinfelden/AG verhafteter Polizeinspektor aus Mülhausen/Elsass), 875–888, 890, 892–896, 898, 900–903, 908–910, 912–916, 918, 920, 921, 926, 929, 935–937, 941
- Wolff, Arnold (Schweizerischer Generalkonsul in Yokohama), 405, 471, 481, 484–486, 557, 559, 560, 582
- Würth, Jean-Marc (Genfer Kantonsingenieur 1874–1884), 536
- Wullschleger, Eugen (Präsident des Basler Arbeiterbundes), 894, 923
- Wunderly, Johann (Besitzer einer Gerberei und Lederhandlung in Zürich), 446, 448
- Wunderly-von Muralt, Hans (Zürcher Baumwollspinnereiunternehmer, Handelsvertragsexperte), 474, 476–480, 657
- Wyss, Marie (Nach Utah ausgewanderte Bernerin), 347
- Yamagutti, Massouka, Juschii (Japanischer Botschafter auf Erkundungsmission 1872/73), 43
- Zanardelli, Giuseppe (Italienischer Innenminister März–Dez. 1878, Justizminister Mai 1881–Mai 1883, April 1887–Jan. 1891), 202, 243, 250, 948
- Zimmermann, Jakob (Schweizer Auswanderer in die USA), 286, 287
- Zollikofer, Ludwig (Landammann und Vorsteher des Baudepartements des Kantons St. Gallen), 461, 951
- Zorn, Philipp (Mitverfasser des Werkes «Staat und Kirche in der Schweiz»), 502, 523
- Zuan-Salis, Rudolf (Sekretär der schweizerischen Kommission für die Weltausstellung in Paris 1878), 230
- Zürcher, Johann Ulrich (Schweizerischer Konsul in Valparaiso), 263, 264
- Zuppinger, Jakob (In Alexandrien geschädigter Schweizer), 456
- Zuylen van Nijvelt, Jakob Pieter Pompejus van (Niederländischer Gesandter in Paris 1867–1875, seit 1876 Gesandter in Wien), 212, 577

2. ORTSREGISTER

Die Namen «Bern» und «Schweiz/Schweizerische Eidgenossenschaft» werden im Ortsregister nicht berücksichtigt. Zusätzlich zu den Ortsnamen werden auch die Bezeichnungen «Deutscher Zollverein» und «Lateinische Münzunion» aufgenommen.

- Aarau, 127, 880
- Aargau, 534, 561, 565, 571, 572, 587, 588, 875–878, 883, 884, 886, 890, 891, 902, 936
- Ägypten, 69, 579, 617, 768, 786
- Afrika, 578
- Ain, 331
- Airola, 163, 164, 181, 247, 608, 654, 656

- Aisne, 288
 Aix-les-Bains, 701, 702, 708, 716, 720
 Albertville, 716, 732, 738
 Aleppo, 71
 Alexandrien, 455, 456
 Algerien, 439, 579
 Allinges, 57
 Alpen, 96, 99, 189, 339, 355, 364, 494, 681,
 758, 761, 939
 Altdorf, 162
 Amerika, 148, 451, 469, 516
 Amiens, 95
 Amsterdam, 617
 Anden (und Kordilleren), 281
 Annecy, 72, 73, 537, 707, 708, 712, 716, 724,
 728, 751
 Annemasse, 58, 72, 73, 268, 331—333, 374,
 375, 418, 424, 540
 Antwerpen, 65, 83, 286, 378, 601, 678, 858,
 859
 Appenzell, 434, 628
 Appenzell Innerrhoden, 295
 Archipel Oriental, 126
 Argentinien, 165, 248, 344, 367, 450, 509,
 617, 862—864, 904, 906, 907
 Arizona, 344
 Arlberg, 353—355, 832, 840
 Arona, 234, 507
 Arsine, 536
 Arth, 201, 241, 247, 474, 607, 635
 Arve, 707, 716
 Ascona, 459
 Asmara, 940
 Augsburg, 816
 Australien, 282
- Babelsberg, 279
 Baden (Grossherzogtum), 17, 102, 170, 314,
 332, 625, 657, 878, 930, 937
 Bahia, 687
 Balkan, 678, 706, 785
 Ballon de Servance, Fort du, 253
 Bar-le-Duc, 93, 97
 Barcelona, 475
 Basel (Bistum), 9, 49, 326, 345, 359, 360,
 517—520, 523—525, 534—536, 561, 565,
 566, 569, 571, 572, 581, 587, 588
 Basel (-Stadt), 55, 96, 214—216, 231, 305,
 314—316, 332, 465, 473, 474, 567, 625,
 646, 702, 765, 770, 779, 797, 830, 834—
 836, 858, 862—864, 875—878, 880, 882,
 894, 899, 923
 Baselland, 305, 534, 561, 565, 571, 572, 587,
 588
- Bauges, Massif des, 540, 717, 738, 739
 Bayern, 9, 17, 102, 306, 314, 875—878
 Bear Lake County, 347
 Beaumont-en-Argonne, 97
 Belfort, 12, 55, 156, 675
 Belgien, 17, 20, 22, 64, 66, 74, 83, 88, 94, 120,
 124, 128, 129, 150, 152, 154, 159, 196, 255,
 282, 284, 291, 294, 295, 378, 402, 423, 500,
 512, 522, 528, 551, 577—579, 584, 616,
 617, 622, 629, 632, 641—643, 651, 656,
 671, 677—679, 705, 721, 733, 774, 775,
 830, 858, 860, 871, 887, 933, 950
 Bellagio, 189
 Belle Etoile, 717
 Bellegarde, 55
 Bellinzona, 109, 192, 336, 525, 601
 Berlin, 7, 19, 38, 49, 79, 84, 86, 91, 101, 104,
 105, 111, 118, 119, 121, 123, 138, 147, 149,
 151, 152, 154, 155, 170, 171, 195, 204, 206,
 217, 226, 229, 234—240, 242—244, 248,
 276—278, 288, 289, 292, 296—302, 305—
 307, 312, 313, 327, 336, 338, 341, 342, 348,
 355, 358, 359, 361, 363, 364, 377, 379, 380,
 387, 390, 393—395, 426, 451, 456, 528,
 556, 559, 563, 577—579, 593, 594, 602,
 617, 631, 636, 644, 646, 648, 656—658,
 661—663, 665—667, 669, 670, 674, 679,
 681, 698, 701, 704, 709, 727, 733, 737, 743,
 752, 753, 760, 762, 764, 766—769, 780,
 787, 788, 791, 796, 798, 807, 820, 822, 823,
 827, 828, 837, 842, 844, 866, 868, 874,
 877—879, 881, 887, 888, 890, 891, 896—
 898, 900, 902, 913—915, 917, 922—925,
 934, 942, 944, 947
 Berner Oberland, 43, 230
 Bessaçon, 156, 229, 375, 418, 508
 Bessarabien, 341
 Beyruth, 71
 Bex, 450
 Biasca, 192, 247, 636
 Bludenz, 468
 Bodensee, 107, 369, 370, 462, 697, 951
 Bodio, 608, 654, 656
 Böhmen, 690
 Bolivien, 562, 617
 Bonneville, 745
 Bordeaux, 508
 Bosnien, 288, 786, 787
 Bossey, 418
 Boudry, 528
 Bourboule, 406, 407
 Bourget, Lac du, 540, 541, 702, 708, 712, 716,
 717, 719, 720, 724, 726, 728, 734, 751
 Bouveret, 417—419

- Brasilien, 147, 275, 551, 617, 906, 907
 Bregenz, 462, 463, 902
 Bremerhafen, 300
 Brenets, Les, 231
 Brenner, 940
 Brescia, 250
 Breslau, 337
 Brig, 716
 Brindisi, 557
 Brissago, 458
 Brünig, 43
 Brüssel, 40, 63, 64, 66, 83, 111, 112, 118, 119,
 121–124, 128, 129, 132, 157, 158, 160,
 468, 485, 522, 617, 651, 652, 686, 705,
 858–860
 Brugg, 540
 Bruggerhorn, 462
 Budapest, 301, 302, 337, 447, 448, 573–575,
 678, 839
 Buenos Aires, 366–368, 450, 485, 617, 904–
 907
 Bukarest, 211, 218, 255, 257, 617, 630, 774
 Bulgarien, 338, 617, 664, 665, 678, 680, 681,
 707, 737, 786, 787
 Bulle, 716
 Burgdorf, 474

 Cadenazzo, 234, 238, 247
 Calais, 95, 549
 Cañete, 264
 Carouge, 493
 Chabag, 341
 Chablais, 49, 538, 712, 724, 728, 744, 942
 Chaboux, siehe Lestal
 Chambéry, 3, 48, 502, 537, 716, 720
 Chaux-de-Fonds, La, 309, 310, 312, 313, 323,
 474
 Chiasso, 192, 201, 238, 336, 370–372, 495,
 589
 Chicago, 816
 Chile, 263, 264, 562–564, 617, 906
 China, 282, 578, 617
 Christiania, 617
 Chur, 369, 467, 517–519, 691–694
 Churwalden, 692
 Col du Bonhomme, 716
 Collonges, 72, 331, 332
 Colorado, 344
 Como, 250, 330, 336, 458, 467, 495, 518, 519,
 535, 566, 590
 Compesières, 130
 Comstock (Gebirge), 281, 344
 Condé, Fort, 253
 Costa Rica, 617

 Cruseilles, 716
 Culoz, 537, 540, 541, 701, 702, 708, 716, 720

 Dänemark, 9, 17, 120, 146, 147, 159, 475,
 483, 484, 617, 622, 672, 871, 933
 Dalmatien, 191, 289
 Dappental, 254
 Delle, 549
 Dent du Nivolet, 717
 Deutscher Zollverein, 323, 779, 780, 824, 825
 Deutschland, 7–9, 18–21, 24, 25, 27, 29–31,
 33, 39, 49, 59, 63, 67, 78, 84, 85, 91, 92,
 102–104, 112, 120–123, 137, 142, 146,
 147, 149, 150, 152, 154, 156, 158, 159, 166,
 171, 180, 184–186, 193, 198, 201–204,
 207, 209, 217, 222, 227, 234, 236, 239, 242,
 247, 250, 254, 255, 261, 265, 267, 270, 271,
 278, 279, 281, 292, 293, 297, 298, 302, 305,
 306, 312, 326, 327, 335, 348–350, 358,
 359, 361, 363, 365, 378, 385, 387, 390, 391,
 393–396, 401, 403–405, 415, 426, 449,
 456, 468–470, 475, 482, 485, 509, 512,
 526, 528, 557, 559, 560, 562–564, 570,
 574, 577–579, 592–594, 603, 605, 612–
 614, 617, 618, 622, 624–631, 633, 634,
 638, 644–650, 653, 655–658, 660–669,
 671, 672, 674, 676, 677, 679, 681, 694, 697,
 698, 704, 706, 709, 715, 717, 721, 726, 733,
 737, 743, 752, 753, 755, 760, 766–768,
 775, 779–781, 786, 787, 789–792, 796,
 797, 800, 801, 807, 808, 815, 820, 822, 823,
 826, 828–832, 834, 835, 837, 840–843,
 847, 853–855, 858, 860, 868, 871, 874,
 880–886, 888–891, 894, 895, 898, 900,
 901, 910–917, 920–940, 942–945
 Deutz, 151
 Dijon, 95, 156, 508, 709
 Dominikanische Republik, 617
 Domodossola, 507, 759
 Donau, 785
 Donaufürstentümer, siehe Rumänien
 Doubs, 134, 135, 156
 Dranse, 716
 Dresden, 337
 Drezzo, 371
 Droset, Côte

 Eaux-Vives, 351
 Ecluse, 540
 Edinburg, 4
 Ekuador, 54, 617
 Elberfeld/Wuppertal, 592
 Elsass (-Lothringen), 19, 51, 314, 625, 657,
 671, 679, 680, 681, 877, 945

- Ems, 460
 Enge (bei Zürich), 579, 841
 Entremont, 537
 Erstfeld, 608, 636, 654, 656
 Esperanza, 366
 Estramadura [Extremadura], 10
 Europa, 39, 71, 260, 281, 303, 347, 348, 415, 484, 540, 559, 591–594, 664–666, 672, 708, 736, 755, 768, 786, 825, 863, 871, 872, 887, 897, 911, 917, 921, 942, 947
 Evian, 81, 417, 716
 Exeter, 468, 469
- Faucigny, 49, 538, 712, 724, 728, 744, 942
 Faverges, 712, 716, 724, 726, 728, 735, 736, 738, 741, 749, 751
 Feldkirch, 486, 689, 951, 952
 Ferney, 7, 35, 57
 Flamet, 716
 Forst (Bayern), 875–877
 Frankfurt am Main, 103, 270, 302, 334, 387, 409, 599, 675, 945
 Frankreich, 8, 9, 12–15, 18, 20–25, 29–31, 33, 35–39, 41, 46, 50, 51, 53, 54, 57, 58, 63, 64, 66, 67, 70, 72, 75, 78, 85–87, 91–97, 99, 102, 103, 113, 114, 120, 121, 128, 136, 137, 143–148, 150–153, 156, 158, 159, 168, 173–175, 177, 183, 184, 187–190, 206, 209, 210, 214, 215, 217, 218, 223, 224, 226, 229, 231, 233, 249, 251–255, 259–262, 265, 266, 268, 270, 273, 284, 289–291, 293, 303, 316, 319, 321, 330–333, 338, 342, 349, 350, 353–355, 358, 359, 361, 374–376, 378, 379, 381, 383, 387–392, 397–402, 406–408, 412, 414, 415, 420, 421, 423–434, 437, 438–442, 445, 447, 456, 470, 472, 478, 480, 482, 485, 490, 500, 507, 511, 512, 521, 522, 526–528, 537–544, 546, 548, 551, 562–564, 578, 579, 584, 591–594, 596, 612–614, 616, 617, 623, 626, 627, 629, 630, 636, 638, 641–643, 647, 650–652, 656, 658, 659, 662, 664–667, 671, 672, 674, 677–681, 694–700, 704–719, 721, 725, 728–733, 736–740, 742, 743, 745, 749–755, 757, 758, 763, 766–770, 772–775, 777, 780, 784–787, 805, 808, 809, 820, 823, 825, 826, 831, 839, 843, 849–851, 853, 854, 860, 869, 871, 883, 930, 933, 937, 939–942, 945–947, 950
 Freiburg/Breisgau, 836
 Freiburg/Schweiz, 17, 263, 295, 326, 327, 375, 493, 497, 499, 500, 501, 573, 757, 758
- Friedrichsruh, 858
 Fussach, 487, 693
- Gabon, 578
 Gaillard, 175–177
 Gais, 434
 Galatz [Galatj], 257
 Galizien, 213, 338, 690, 785, 940
 Genf, 1–6, 12, 15–17, 20, 21, 25, 28–30, 33, 34, 36, 37, 45–49, 53, 56–62, 72, 73, 79, 84, 87, 88, 93, 94, 97, 104–106, 111–113, 118–123, 130, 131, 161, 176, 177, 302, 303, 305, 310, 326, 327, 332, 333, 337, 351, 374, 375, 378, 379, 417, 418, 454, 465, 474, 492, 493, 497–500, 502–506, 536, 537, 573, 661, 697, 702, 708, 715, 716, 767, 792, 801, 942
 Genfersee, 61, 419, 697, 701, 716
 Genua, 243
 Gex, Pays de, 72, 187, 268, 331, 428, 431, 441, 444, 445, 725
 Giubiasco, 201, 247, 340, 607
 Givet (Fort), 253
 Glarus, 167, 168, 256, 465, 474, 479, 526, 625, 628, 852
 Goldau, 237, 238
 Göschenen, 164, 169, 179, 181, 182, 191, 247, 362, 363, 365, 605, 608, 654, 656, 947
 Gondo, 757, 759
 Gotthard, 31, 32, 37, 38, 42, 51, 96, 162, 170, 179–181, 183–185, 191, 192, 195, 197–199, 201–204, 206, 208, 220–222, 226, 227, 229, 230, 233–249, 267, 327–329, 334–336, 339, 340, 354, 362–364, 473, 494, 507, 508, 541, 549, 551, 602–611, 635, 636, 653–656, 702, 716, 760, 761, 868, 874, 942, 947
 Goudron (Briançon), 253
 Gozzano, 507
 Grande Croix, 253
 Graubünden, 565, 688, 691–693, 855
 Grenoble, 28
 Griechenland, 17, 120, 146, 159, 289, 291, 522, 617, 631, 636, 644, 940, 950
 Grossbritannien, 4, 8, 18, 20, 22, 27, 30, 50, 81, 120–122, 137, 142, 146, 148, 152, 154, 158, 159, 166, 198, 217, 229, 251, 255, 259, 260, 268, 270, 282–284, 293, 321, 331, 334, 338, 358, 359, 381, 385, 387, 388, 390–392, 397, 400, 401, 403, 405–409, 424, 434, 436, 437, 477, 482, 485, 489, 511, 528, 542, 557, 577, 578, 617, 622, 625, 627, 629, 656, 664, 678, 737, 753, 786, 871, 882, 902, 913, 933, 940, 944

- Guatemala, 551, 617
Gurnigel, 567
- Haag, Den, 212, 578
Haiti, 617, 656
Hamburg, 153, 299
Hannover, 9
Hard, 487
Hawaii, 622
Hedjaz, 526
Heidelberg, 298
Heiliger Stuhl, 1–6, 14, 24, 25, 47–49, 53, 76–82, 85, 86, 88, 105, 272, 295, 296, 298, 307, 308, 326, 327, 330, 345, 346, 492, 497, 500–506, 517, 519, 523–525, 534–536, 561, 565, 571, 580, 581, 587, 588, 768
Helvetia (Schweizerkolonie in Argentinien), 366, 367
Herisau, 591
Herzegowina, 169, 288, 787
Hessen, 18, 102, 298, 306
Hiogo, 453
Honduras, 617
Honfleur, 409
Hottingen bei Zürich, 814, 818, 834–836, 920
- Immensee, 238, 241, 247, 340, 603, 607–609, 635
Indien, 198, 281, 282, 288, 402
Innsbruck, 460–462, 464, 689
Interlaken, 222
Intra, 457
Irland, 8
Isère (Tal der), 716, 738
Istanbul, siehe Konstantinopel
Italien, 7, 8, 11, 18, 22–25, 27, 30, 31, 34, 39, 41, 44, 45, 50, 51, 61, 62, 74–76, 78, 84, 88, 91, 92, 94, 98, 103, 109, 110, 113–118, 120, 144–147, 149–152, 154, 159, 169, 172–174, 180, 182–190, 194, 195, 198, 201–204, 207, 209, 213–215, 217, 218, 222, 223, 226, 227, 229, 234, 237, 239, 240, 242, 243, 248, 250, 251, 255, 259, 261, 267, 270, 274, 283–285, 288, 289, 291, 293, 298, 302, 315–324, 327, 328, 330, 334–336, 359, 362–365, 373, 375, 376, 378, 390, 397, 401, 412, 423–425, 458–460, 472–481, 485, 488–491, 495, 496, 506, 507, 512, 521, 522, 528, 541, 542, 545, 551, 553, 554, 564, 568, 572, 576–578, 584, 589, 590, 603, 605, 617, 622, 627, 631, 632, 636, 641, 644, 646, 649, 653, 655, 656, 658, 663–665, 668, 675, 676, 681, 694, 697–700, 706–710, 715, 716, 721, 734, 737, 738, 743, 747, 749, 755, 757–759, 761, 768, 774, 777, 784, 786, 805–807, 809, 810, 820, 823–826, 830, 831, 837, 838, 841–843, 849–854, 859, 861, 865, 868, 871, 874, 875, 879, 884, 887, 902, 933, 939–942, 950
- Japan, 43–45, 65, 292–294, 404, 405, 414, 452–454, 471, 481–486, 528, 529, 557–560, 582, 617, 623, 631, 942–944
Jassy, 255
Jokohama, siehe Yokohama
Jura, 17, 93, 96, 100, 130, 323, 345, 346, 374, 508, 523, 524, 541, 637, 675, 697, 866, 942
- Kabul, 289
Kalksburg, 197
Kanada, 274, 275
Kandia, 786
Karlsruhe, 666
Kissingen, 248, 249
Köln, 151, 196
Königsberg, 151
Kolumbien, 617
Kongo, 577, 579, 651, 652
Konstantinopel, 67, 70, 71, 135, 137–139, 142, 143, 166–168, 289, 432, 527, 672, 680, 753, 946, 947
Konstanz, 836
Krakau, 337
Krefeld, 592, 657
Kreta, 753, 754, 940
Kriessern, 107, 369, 370, 951
Krim, 41, 50, 786
- Lancy-les-Bains, 943
Langensee, 238, 245, 507
La Plata-Staaten (Argentinien, Uruguay und Paraguay), 165
Lateinische Münzunion (Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien, Schweiz), 22, 63, 64, 74, 75, 83, 88, 94, 280, 281, 284, 291, 342, 384, 385, 403, 521, 522, 583–585, 636, 774, 775, 950, 951
Lausanne, 5, 37, 41, 97, 125, 164, 373, 375, 508, 574, 767, 770
Lausanne und Genf (Bistum), 1–4, 48, 176, 326, 327, 492, 500–505
Lecce, 940
Lecco, 250
Lecheraines, 712, 724, 726, 728, 735, 738, 751
Lemberg, 664
Lestal (Fort), 717, 726, 732
Les Usses (Bach), 716

- Leuk, 116
 Liberia, 617, 656
 Licona, 651, 652
 Lima, 617
 Lissabon, 485, 617
 Little Pope, 578
 Liverpool, 286
 Locarno, 110, 192, 238, 330, 457, 458
 Locle, Le, 418, 637, 638, 697
 Lörrach, 836
 Lombardei, 940
 Lomont, 251
 London, 23, 47, 50, 65, 152, 275, 289, 315,
 337, 387, 391, 397, 404, 468, 469, 485, 512,
 577, 578, 599, 617, 669, 722, 753, 764, 768,
 803, 827, 836, 889, 920, 922, 928
 Longchamps, 23, 668
 Longwy, 253
 Louche, La, 717
 Louisville, 530
 Lützel, 866
 Luganersee, 169
 Lugano, 192, 201, 238, 247, 319, 340, 371,
 494, 496, 568, 590, 607, 608
 Luino, 495, 589
 Lukmanier, 37
 Lustenau, 462
 Luxemburg, 4, 617, 871, 933
 Luzern, 43, 47, 86, 88, 192, 201, 241, 246—
 248, 250, 267, 327, 339, 534, 561, 565, 571,
 572, 587, 588, 607, 634, 635, 780
 Lyon, 61, 83, 96, 156, 229, 378, 418, 537, 592,
 594, 709

 Maas, 156, 678
 Madagaskar, 685
 Madrid, 16, 17, 299, 303, 464, 475, 485, 617
 Magellan (Meerenge), 264
 Mailand, 201, 234, 250, 316, 320, 330, 458,
 467, 507, 518, 519, 535, 554, 566, 761
 Marienbad, 249
 Marseille, 95
 Massaua, 682, 719
 Maurienne, la, 738
 Mayerling bei Baden, 870
 Mecklenburg, 306
 Megève, 716
 Mendrisio, 495
 Metz, 151, 671
 Mexiko, 509, 617
 Meyerling, siehe Mayerling
 Mittelmeer, 61, 96, 418, 506, 737, 939
 Moldau, 786
 Monnetier, 61
 Monstein, 368, 462
 Montblanc, 373, 508, 716
 Mont-Cenis, 37, 42, 62, 96, 253, 681, 701, 738
 Montecatini, 251
 Mont Joli, 716
 Monte Ceneri, 201, 241, 250, 335, 336, 340
 Montenegro, 617, 787
 Montevideo, 617, 907
 Monthoux, 540
 Montlingen, 462
 Montmélian, 738
 Mont Pennay, 717
 Montreux, 311
 Mont Sion, 716
 Morges, 60, 716
 Morgins, 716
 Mornex, 342
 Morteaux, 20, 374, 418
 Mosel, 156
 Moskau, 672
 Mülhausen, 875—878, 929, 936
 Münster [Müstair], 692
 Neapel, 299, 940
 Neuenburg, 17, 231, 275, 276, 305, 312, 313,
 337, 374, 493, 497, 499, 500, 501, 527, 528,
 573, 575, 950
 Newa, 338
 New-York, 125, 342, 469
 Nicaragua, 617
 Nidwalden, 295
 Niederlande, 4, 18, 51, 65, 91, 120, 121, 124—
 127, 146, 148, 159, 212, 213, 284, 359, 475,
 482, 551, 577, 578, 617, 623, 629, 871, 887,
 933
 Niederwald, 618
 Nîmes, 12, 13, 86, 92
 Nizza, 21, 681
 Norddeutscher Bund, 678
 Norwegen, 402
 Novara, 507

 Obwalden, 295
 Ocampo, 450
 Occident, 485, 486
 Odessa, 341
 Österreich (-Ungarn), 7—9, 17, 50, 67, 98,
 107, 120, 129, 143—147, 150, 154, 159,
 174, 178, 183, 184, 189, 191, 211, 212, 214,
 215, 217, 219, 251, 255, 261, 284, 288, 289,
 292, 297, 298, 315—317, 319, 322, 323,
 338, 353, 354, 358, 369, 390, 391, 402, 411,
 449, 450, 461, 469, 473, 480, 485, 490, 500,
 526, 528, 540, 541, 554, 570, 573—575,
 578, 594, 596, 597, 599, 612—615, 617,

- 618, 621–623, 626–631, 638, 639, 646, 647, 649, 664, 665, 672, 674–676, 678, 688, 689, 691, 693, 701, 702, 706, 709, 769, 774–776, 780, 784–788, 807, 820, 822, 825, 826, 830–832, 837–843, 846, 847, 850, 851–855, 865, 871, 884, 885, 902, 911–913, 916, 920, 922, 933, 939, 940, 942, 943, 953
 Ogowé, 578
 Ohio, 532
 Orient, 67, 69–71, 139, 142, 167, 168, 251, 260, 261, 455, 664, 666, 786
 Orléans, 25, 26
 Oron, 55
 Osaka, 453
 Ostasien, 944
 Ostschweiz, 228, 232, 432, 479, 686
 Ottomanisches Reich, siehe Türkei
 Oxford, 509, 586
- Pallanza, 457
 Panama, 617
 Paraguay, 451, 617
 Paraná, 366, 368
 Paré, 371
 Paris, 11, 12, 14, 15, 20–22, 24, 30, 31, 34–37, 39, 40, 47, 53, 54, 55, 57, 58, 60, 61, 63, 64, 66, 72–74, 78, 83, 87, 91, 93–97, 99, 102, 104, 113–115, 120, 123, 127, 128, 139, 145, 147, 151, 152, 156, 166, 167, 183, 186, 188–190, 199, 206, 209, 224, 225, 228–230, 232, 251, 253–255, 258–261, 265, 268, 269, 271, 273, 280, 281, 288, 292, 293, 295, 299, 302, 303, 312, 331, 333, 342, 344, 349, 352, 355, 359, 360, 372, 374, 376, 377, 379, 380, 383, 384, 386–388, 392, 397, 399–401, 405–409, 411–413, 418–420, 425, 427–430, 432–437, 440–442, 445–447, 506, 507, 521, 522, 526–528, 537, 539–542, 546–548, 551, 552, 562, 653, 577–579, 583, 585, 591–594, 601, 617, 636, 651, 662–665, 667, 668, 671, 673, 679, 681, 694–696, 698–701, 704, 705, 707, 708, 710, 711, 717, 718, 720, 723, 725, 727–732, 734, 738, 741, 744, 745, 747, 748, 750, 752, 754, 755, 763–765, 767–769, 771, 774, 787, 803, 823, 824, 827, 837, 849, 913, 934, 947, 950, 951
 Pasco, 281
 Pedriate, 371
 Pegli, 359
 Persien, 23, 39, 47, 59, 60, 62, 617, 623
 Peru, 146, 147, 281, 562, 617
 Pest, siehe Budapest
- Philadelphia, 124, 125, 152, 153, 155
 Philippopolis, 666
 Piemont, 169
 Pino, 201, 234, 238, 247, 335, 340, 603, 607–609, 635
 Plevna, 665
 Polen, 7
 Pontarlier, 12, 55
 Pontresina, 944
 Portugal, 7, 10, 18, 120, 121, 146, 159, 475, 484, 551, 617, 622, 871, 933
 Potsdam, 277
 Preussen, 8, 9, 50, 106, 278, 299, 540, 672, 922, 940
 Pruntrut, 25, 251, 675
 Punta Arenas, 263, 264
 Pyrenäen, 15, 672
- Reutlingen, 274
 Rhein, 98, 106, 107, 243, 368–370, 460, 462–464, 486, 487, 541, 688, 690, 691, 693, 951
 Rheineck, 462
 Rheinfelden, 875, 878–880, 888, 890, 891, 894, 936
 Rheintal, 463, 464, 615
 Rhone, 95, 708, 712, 716, 719, 720, 724, 726, 728, 751
 Riehen, 899
 Riesbach bei Zürich, 468, 469
 Rigi, 43
 Rio de Janeiro, 617, 907
 Roche, La, 716
 Roche du Guet, 717
 Roches, Col des, 374, 418
 Rocroi (Fort), 253
 Rohrspitz, 487
- Rom, 8, 13, 14, 21, 23, 25, 53, 75, 80, 81, 86, 120, 123, 144, 169, 183, 184, 187–191, 194, 195, 202–204, 206, 213, 215, 223, 227, 229, 234, 236, 239, 241–244, 248, 250, 251, 272, 295, 296, 299, 302, 303, 307, 308, 312, 315, 316, 318–320, 325–327, 329, 330, 334, 335, 344, 357, 362–364, 458, 466, 472, 479, 488, 492–496, 502, 507, 512, 513, 515, 519, 520, 522–525, 528, 535, 549, 552, 554, 576, 589, 602, 617, 636, 641–644, 656, 662, 666, 673, 709, 719, 727, 747, 758, 760, 775, 778, 805, 808, 810, 811, 823, 837, 841, 850, 851, 853–855, 861, 862, 865, 879, 921, 934, 939–941, 947
- Rorschach, 834–836
 Rosario, 904
 Rotes Meer, 940

- Tour du Pin, La, 720
 Tours, 78, 745
 Transvaal, 617
 Trasadingen, 287
 Trient, 941
 Triest, 663, 941
 Trouville, 288
 Türkei, 17, 70, 71, 120, 136, 137, 146, 147, 158, 167, 217, 228, 432, 433, 526, 527, 578, 617, 622, 629–631, 633, 634, 786, 787, 946, 947
 Tunis, 579, 617, 656
 Turin, 6, 89, 250, 320, 540, 715, 744, 745, 825

 Überlingen, 835
 Ugine, 712, 716, 717, 724, 726, 728, 732, 734–736, 738, 744, 751
 Ungarn, 9, 338, 447, 573
 Unterhallau, 286
 Uri, 164, 165, 180, 181, 191, 295, 454
 Urkantone, 479
 Uruguay, 617, 906
 Utah, 347

 Valparaiso, 263, 264, 617
 Varzin, 82, 902, 925, 936
 Venedig, 150, 250, 289, 939, 940
 Veneto, 250
 Venezuela, 146, 147, 617
 Verdun, 156
 Vereinigte Staaten von Amerika, 53, 81, 146, 147, 155, 229, 280–283, 286, 288, 293, 297, 344, 347, 383, 384, 397, 401, 402, 450, 482, 485, 515, 529–533, 562–564, 591–594, 617, 622, 753, 820, 906, 907, 943, 944
 Verrières, Les, 697
 Versailles, 14, 40, 46, 91, 186–188, 425
 Verviers, 302
 Vevey, 61, 234, 446
 Veyrier, 418
 Vierwaldstättersee, 245
 Villafranca, 701
 Villoresi-Kanal, 169
 Vogesen, 261, 675, 940
 Vorarlberg, 106, 368, 369, 449, 460–462, 468, 487, 614, 627–629, 689, 693
 Vuache, Mont, 536–540, 542–544, 546, 547, 707, 716, 746, 773

 Waadt, 17, 55, 61, 71, 375, 378, 450, 454, 493, 497, 499–501, 573, 574, 621, 715, 757, 758
 Wallis, 41, 61, 115–117, 295, 330, 375, 417, 538, 575, 601, 702, 715, 716, 738, 744, 757, 758, 826
 Warschau, 672
 Wasen, 182
 Washington, 125, 152, 281, 283, 347, 398, 515, 516, 528, 529, 563, 592, 594, 617, 813, 820, 833, 834, 943
 Westafrika, 578
 Westschweiz, 575, 756, 757
 Wetzlar, 151
 Wien, 3, 4, 6, 10, 18, 22, 23, 28–30, 49, 50, 67, 70, 71, 89, 93, 98, 106, 123, 131, 135, 142, 153, 166, 167, 178, 188, 197, 212, 216, 218, 255, 289, 295, 299, 300, 312, 336, 338, 353, 354, 357, 368, 387, 396, 418, 446–450, 460, 461, 486, 523, 528, 538, 555, 565, 570, 573–575, 611, 617, 621, 634, 646, 662–666, 676–678, 688, 689, 695, 701, 715–717, 727–729, 744, 745, 751, 785, 837, 839, 842, 844–849, 870, 871, 900, 902, 911, 934, 952, 953
 Wiesbaden, 460
 Winterthur, 216, 316, 474, 852
 Württemberg, 17, 102, 314, 898, 930, 937

 Yeddo, siehe Tokio
 Yenne, 716
 Yokohama, 43, 44, 292, 405, 454, 471, 481, 482, 557, 560, 582, 617

 Zauswitz (Sachsen), 836
 Zäziwil, 347
 Zentralamerika, 54
 Zentralasien, 50
 Zürich, 63, 64, 140, 168, 197, 206, 211, 216, 241, 274, 299, 300, 302, 305, 310, 446, 448, 465, 468, 469, 474, 490, 502, 523, 567, 592, 625, 649, 701, 737, 770, 773, 788, 789, 792, 793, 800–802, 813–818, 828–830, 835, 836, 850, 851, 854, 866, 867, 882, 885, 899, 912, 916
 Zug, 201, 241, 247, 295, 340, 365, 534, 561, 565, 571, 572, 588, 607, 635

IX. VERZEICHNIS DER BENUTZTEN BESTÄNDE
DES SCHWEIZERISCHEN BUNDESARCHIVS BERN

AMTLICHE BESTÄNDE

D	Das Archiv der Tagsatzungsperiode 1814–1848
A. PERTINENZBESTÄNDE	
E 2	Auswärtige Angelegenheiten 1848–1895
E 6	Handel und Gewerbe 1787–1930
E 7	Verkehr 1848–1917
E 8 (A)	Kirche (neue Signaturen E 22 und E 2)
E 8 (K)	Statistik 1849–1921
E 8 (L)	Sanitätswesen 1848–1926
E 8 (P)	Mass und Gewicht 1849–1921
E 9	Finanzwesen 1842–1921
E 11	Zollwesen 1849–1896
E 12	Münzwesen 1849–1922
E 13 (A)	Multilaterale Staatsverträge (neue Signaturen E 21 und E 22)
E 13 (B)	Bilaterale Staatsverträge 1848–1952
E 14	Ausstellungswesen und Kongresse
E 20	Bauwesen 1848–1923
E 21	Polizeiwesen 1713–1954
E 22	Justizwesen 1444–1955
E 23	Arbeiterschutz und Bildungswesen 1855–1931
E 27	Landesverteidigung ca. 1600–1960
E 53	Eisenbahnen
B. PROVENIENZBESTÄNDE	
<i>Bundeskanzlei</i>	
E 1001 1	Anträge der Bundeskanzlei und der Departemente an den Bundesrat
E 1001 (C) d 1	Protokolle des Nationalrates
E 1001 (D) d 1	Protokolle des Ständerates
E 1001 (E) q 1	Missiven des Bundesrates
E 1001 (E) t 1	Instruktionen und Kreditive des Bundesrates 1864–1898
E 1004 1	Protokolle des Bundesrates

Politisches Departement

E 2200	Diplomatische und konsularische Vertretungen der Schweiz im Ausland
E 2300	Politische Berichte
E 2400	Geschäftsberichte der Auslandvertretungen des Politischen Departements

Handels- und Landwirtschaftsdepartement

E 7175 (A)	(Industrieabteilung) Arbeitskraft und Auswanderung 1880–1953
------------	---

Post- und Eisenbahndepartement

E 8001 (B)	(Kanzlei) Zentralregistratur 1850–1973
E 8100 (C)	(Eisenbahnwesen) Zentralregistratur

C. URKUNDEN

K 0	Staatsverträge 1798–1848
K I	Staatsverträge 1848 ff.

PRIVATBESTÄNDE

J.I.2	Friedrich Emil Welti
J.I.19	Karl Schenk
J.I.22	Joachim Heer
J.I.63	Familie Welti
J.I.67	Alfred Escher
J.I.129	Bernhard Hammer

BERÜCKSICHTIGTE UND ZITIERT E AMTLICHE
DRUCKSCHRIFTEN

- Amtliche Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen der Schweizerischen Eidgenossenschaft
- Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über seine Geschäftsführung
- Offizielle Sammlung der das Schweizerische Staatsrecht betreffenden Aktenstücke, der in Kraft bestehenden Eidgenössischen Beschlüsse, Verordnungen und Concordate, und der zwischen der Eidgenossenschaft und den benachbarten Staaten abgeschlossenen besondern Verträge
- Schweizerisches Bundesblatt
- Feuille fédérale suisse